

Aktuell

Krieg

Die theologische und rechtliche Legitimation des Irak-Krieges durch den noachitischen Bund. , i
SALZA LICHT 3/2002, 9-11

Der inzwischen gewonnene Irak-Krieg, der ein Terror-Regime beseitigt und ein ganzes Volk befreit hat, wird in unserem Land nach wie vor unterschiedlich beurteilt. Ein großer Teil der führenden Politiker des Regierungslagers lehnt ihn immer noch ab, ebenso die meisten Vertreter der Kirchen und der Großteil der Bevölkerung, während einige Politiker der CDU und einige führende Vertreter des evangelikalen Lagers ihn für geboten und rechtmäßig halten.

Tatsächlich hat sich bei der Beurteilung dieses Krieges ein tiefer Unterschied zwischen den USA und Europa gezeigt. Die USA sind überwiegend religiös, ja christlich geprägt, während Europa sich überwiegend als säkularer Kontinent versteht. Der Spanier Solana, der außenpolitische Vertreter der Europäischen Union, sprach Ende Januar von der „wachsenden Kluft zwischen der EU und den USA, die nicht auf politischem Gebiet sondern auf religiösem Gebiet liege“. Solana zeigte sich überrascht, „Wie stark sich religiöses Denken im Weißen Haus breit gemacht habe.“ Für ihn, Solana, sei dies nur schwer zu verstehen, denn „wir Europäer sind säkular“. Für die Amerikaner, so Solana, war der Angriff auf das World Trade Center ein „Ausdruck des Bösen“, für Europäer nur ein „sträfliches Symptom politischen Fehlverhaltens.“ Soweit Solana.

Gläubigen Christen sollte es nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Erde nicht schwer fallen, die religiöse, genauer gesagt: christliche Haltung des Weißen Hauses zu verstehen und sich mit ihr zu solidarisieren. Es ist ja nicht einzusehen, warum die gläubigen Christen sich der „säkularen Weltsicht“ des offiziellen Europas anschließen sollten.

Es ist in den deutschen und europäischen Medien nicht zur Kenntnis genommen worden, dass sich Präsident Bush bei der Entscheidung zum Irak-Krieg auf den „noachitischen Bund“, berufen hat. In den Bestimmungen dieses Bundesschlusses Gottes mit Noah, dem Vertreter aller Menschen, heißt es: „Vergießt einer das Blut des Menschen, dem werde durch Menschen sein Blut vergossen“ (1.Mose 9,6). Auf hebräisch lautet dieser Satz: „Schofek dam ha-Adam, ba-Adam Damo jischafek.“ In diesem Satz ist die gesamte Rechtsordnung auf der Erde begründet. Der noachitische Bund wurde zwischen Gott und allen Menschen geschlossen, also auch mit den Angehörigen der anderen Religionen und Kulturen außerhalb Israels, auch mit den Muslimen. Das gesamte Rechtswesen und alle Staaten haben ihre Legitimation ausschließlich hier im Bund Gottes mit Noah erhalten.

Präsident Bush hat dem Krieg gegen Saddam Hussein die zutreffende Begründung gegeben, denn er hat ihn in erster Linie geführt, weil Saddam Hussein ein Mörder an seinem eigenen Volk und an anderen Völkern ist und weil niemand, leider auch die UNO nicht, in der Lage oder willens war, diesen Mörder zur Rechenschaft zu ziehen und sein Terrorregime zu beseitigen.

Die Ablehnung des Irak-Krieges durch die großen Kirchen, z.B. durch den Papst, den Weltkirchenrat und durch die EKD zeigt an, dass die großen Kirchen sich weitestgehend aus der „Heilsgeschichte“ verabschiedet haben, d.h. sie beurteilen die Gegenwart und ihre Herausforderungen nicht im Horizont der biblischen Geschichtsschau. Sie streben eine dauerhafte Friedensepoche auf der Erde an, anstatt alle Kraft darauf zu verwenden, durch eindeutige Verkündigung des Evangeliums die Wiederkunft Jesu und das Kommen des Reiches Gottes vorzubereiten.

„Heilsgeschichte“ bedeutet in wenigen Worten: Gott hat die Welt gut geschaffen, durch den Sündenfall des Menschen kamen das Böse und der Tod in die Geschichte. Im Bund Gottes mit Noah, dem „noachitischen Bund“, hat Gott der Menschheit und der Kreatur eine Notordnung gegeben, damit sie existieren können, solange bis der Bundesschluss Gottes in Jesus Christus allen Menschen bekannt gemacht worden ist. Menschheit, Erde und Universum werden also nicht, wie sie jetzt sind, auf ewig konserviert, sondern sie werden nur erhalten auf die Zukunft Jesu Christi hin, d.h. in der Erwartung eines neuen Himmels und einer neuen Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt.

Dass die Großkirchen sich weitestgehend aus der Heilsgeschichte verabschiedet haben, zeigt sich auch daran, dass sie die Herausforderung durch den Islam nicht annehmen. Sie setzen sich mit ihm nicht religiös-kontrovers auseinander. Sie wollen ihn ökumenisch vereinnahmen anstatt ihn so zu verstehen, wie sich der Islam selbst versteht, nämlich als eine antichristliche Religion. Deshalb wollen sie auch die wachsenden Gefahren, die von dem militanten Zweig des Islam, dem Islamismus, ausgehen, nicht wahrhaben.

Welche Rolle hat die UNO im Rahmen des noachitischen Bundes zu spielen? Die UNO ist als Nachfolgerin des auf amerikanische Initiative 1920 gegründeten Völkerbundes der Ausdruck dafür, dass die Völker ein Forum wünschen, auf dem sie ihre Konflikte wenn möglich friedlich lösen können. Die UNO ist die bislang letzte Stufe der Entwicklung des Völkerrechts, eine Entwicklung, die mit der antiken Begründung des Naturrechts eingesetzt hat. Im antiken Griechenland war das Naturrecht die Lehre, dass der Mensch im Staat an einer durch die Götter gestifteten ewigen Urordnung des Kosmos teilhat. Das beginnende Mittelalter sieht bei Kaiser Justinian (527-565) im „Corpus iuris civilis“ das als Naturrecht an, was „immer gut und gerecht“ war. Für alle Menschen beständen gemeinsame Vorstellungen im Hinblick auf den Krieg und die Freiheit, und diese Vorstellungen würden einem „ius gentium“ entspringen, das ist einem Völkerrecht. Von den späteren Juristen wurde das Naturrecht immer näher an Gott herangerückt, es wurde „göttliches Recht“. Thomas von Aquin definiert das Naturrecht als Erleuchtung des Menschen durch das göttliche Licht, die ihn zur Erkenntnis von Recht und Unrecht befähigt. Das von Menschen gesetzte „positive Recht“ dürfe dem Naturrecht nie widersprechen.

Der bedeutendste Formulierer des modernen Naturrechts und eigentliche Schöpfer des modernen Völkerrechts wurde der Niederländer Hugo Grotius (1583- 1645). Bei ihm wurde das Naturrecht von seiner objektiven und göttlichen Grundlage gelöst und in die zwischenmenschlichen Beziehungen verlegt. Obwohl er ein überzeugter evangelischer Christ war, wagt er die Begründung des Rechts zu denken: „etsi deus non daretur“ = „als ob es Gott nicht gäbe“.

Der Grund für diese Ablösung des Naturrechts und des Völkerrechts von Gott bei Grotius lag in den konfessionellen Streitigkeiten, die seit der Reformation Europa verwüsteten. Weil die göttliche Offenbarung gleichsam aufgespalten worden war, musste der Mensch eine andere Begründung für das Recht als die Offenbarung Gottes finden, und diese fand er in der menschlichen Vernunft.

Das moderne Völkerrecht wird erzeugt durch Verträge, Gewohnheitsrecht und von zivilisierten Nationen anerkannte allgemeine Rechtsgrundsätze. Entscheidungen internationaler Gerichte sind wichtig für die Fixierung bislang strittiger Völkerrechtssätze. Der Artikel 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag enthält eine auf diesen Wertungen aufgebaute, fast überall anerkannte Aufzählung der Völkerrechtsquellen. Und dieses Statut ist Bestandteil der Satzung der UNO.

Der wohl bedeutsamste Grundsatz des Völkerrechtssystems ist der Grundsatz der Souveränität. Dieser Grundsatz bedeutet, dass ein souveräner Staat innerhalb seines Staatsgebietes eine ausschließliche Zuständigkeit ausübt und dass jede Intervention in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich eines anderen Völkerrechtssubjekts eine Völkerrechtsverletzung darstellt.

Weil es diesen Grundsatz der Souveränität gibt, scheut sich die UNO leider immer wieder, zugunsten einer verfolgten Minderheit oder einer unterdrückten Bevölkerung die Souveränität eines diktatorischen oder gar terroristischen Regimes zu verletzen. So geschah es 1994, als in Ruanda die Mehrheit der Hutu die Minderheit der Tutsi verfolgte und 800.000 Menschen innerhalb weniger Monate ermordete, ohne dass die UNO, die informiert war, einschritt. Ohne die Initiative der USA zur Intervention gegen Serbien wäre ein ähnlicher Völkermord in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo geschehen. Dass ein Saddam Hussein 25 Jahre lang sein eigenes Volk quälen und Nachbarvölker, darunter auch Israel, angreifen konnte, ohne dass die UNO ausreichend tätig wurde, liegt an diesem Grundsatz der Souveränität der Staaten.

Das Völkerrecht und die Satzung der UNO sind also reformbedürftig, wenn sie dem Frieden auf der Erde wirklich dienen sollen. Dabei sollte der Schutz der Menschenwürde den Rang eines überragenden, naturrechtlich begründeten Rechts erhalten, das von jedermann zu achten ist, auch von jedem Staat und jeder Regierung, eines Rechts, das übrigens auch für den Gesetzgeber, selbst für den Verfassungsgesetzgeber, nicht zur Disposition steht. Von dieser Wertvorstellung sind die Verfassungen der Demokratien ohnehin geprägt, auch das deutsche Grundgesetz. Der Schutz der Menschenwürde muss demnach im Völkerrecht im Konfliktfall höheren Rang haben als das Recht der staatlichen Souveränität.

Dass die USA trotz noch umstrittener Rechtmäßigkeit ihrer Intervention das irakische Terror-Regime angegriffen und beseitigt haben, könnte ein Vorgriff auf zukünftig zu formulierendes Völkerrecht sein. Das Völkerrecht bedarf also doch einer Begründung im göttlich zu verstehenden Naturrecht, bzw. es bedarf einer Begründung im noachitischen Bund. Präsident Bush hat aufgrund seines Glaubens an den geoffenbarten dreieinigen Gott eine Überschreitung des geltenden, nur in der Vernunft des Menschen begründeten Völkerrechts hin zu einem in Gottes Willen begründeten Völkerrecht gewagt und hat ein unterdrücktes,

gequältes Volk befreit, das allerdings noch beweisen muss, dass es diese Freiheit zum Guten gebrauchen will. Ich wüsste nicht, warum wir Bush nicht loben sollten, dass er das Wagnis eingegangen ist.

• *Hans-Christoph Gensichen, Pfarrer i. R., Steinebach/Wied.*

Kath.net - Ihr Katholischer Nachrichtendienst

US-Richter verbannt zehn Gebote aus Gerichtsgebäude

Das Monument verstoße gegen die Trennung von Kirche und Staat, argumentierte Richter Thompson. Der Oberste Richter von Alabama will nun vor das Höchstgericht gehen.

Montgomery (www.kath.net / CWNews.com) Ein Bundesrichter im US-Bundesstaat Alabama hat angeordnet, dass ein Monument mit den Zehn Geboten im Gerichtsgebäude von Montgomery entfernt werden müsse. Richter Myron Thompson argumentierte, der über zweieinhalb Tonnen wiegende Stein verstoße gegen die Trennung von Kirche und Staat. Roy Moore, der Oberste Richter von Alabama, will nun vor das US-Höchstgericht gehen. Es ist übrigens in einem Gebäude untergebracht, an dessen Ostfassade Moses mit den Zehn Geboten zu sehen ist. Christliche Gruppierungen haben friedliche Demonstrationen angekündigt, um den Abtransport des Monuments zu verhindern.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=5722>

Auf KATH.NET seit dem: 07. 08. 2003 12:10 Uhr

© www.kath.net

Kath.net - Ihr Katholischer Nachrichtendienst

USA: Stadtrat darf nicht mehr zu Jesus beten

Wicca-Hexe klagte gegen Gebete bei Ratssitzungen. Der Bürgermeister zeigt sich enttäuscht, man werde Berufung einlegen.

Great Falls (www.kath.net / idea) Die Stadträte von Great Falls im US-Bundesstaat South Carolina dürfen vor ihren Sitzungen nicht mehr zu Jesus beten. Das entschied Distriktrichter Cameron McGowan am 21. August, nachdem die Anhängerin eines Hexenkultes, die Wicca-Priesterin Darla Kaye Wynne, die Stadt deswegen verklagt hatte. Gebete vor oder nach Ratssitzungen, die sich an die Gottheit einer speziellen Religion richten, verstießen gegen die religiöse Neutralität des Staates, argumentierte sie.

Im Stadtrat von Great Falls war es bislang üblich, Sitzungen mit Gebeten im Namen Jesu Christi zu eröffnen. Wynne forderte, man solle entweder Vertreter verschiedener Religionen einladen, um die Gebete zu sprechen, oder nur noch allgemein zu "Gott" beten. "Wir sind sehr enttäuscht von dieser Entscheidung, werden uns dem aber vorerst fügen", sagte Bürgermeister H. C. Starnes zu dem Urteil. Man werde Berufung einlegen.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=5868>

Auf KATH.NET seit dem: 29. 08. 2003 12:49 Uhr

© www.kath.net

'Zehn Gebotel' aus Gerichtsgebäude von Alabama entfernt

Die Mehrheit der US-Amerikaner hatte sich für den Verbleib des Monuments ausgesprochen, ergab eine Gallup-Umfrage.

Montgomery (www.kath.net) Nur einer von vier US-Amerikanern unterstützt den Beschluss des Bundesgerichts in Alabama, der die Entfernung des Monuments mit den 10 Geboten aus dem Gerichtsgebäude der Hauptstadt Alabamas vorschrieb. 77 Prozent der befragten US-Bürger lehnten den Beschluss ab, ergab eine Gallup-Umfrage, wie CNN meldete. Das zweieinhalb Tonnen wiegende Granitmonument mit den Zehn Geboten, das vom obersten Richter Roy Moore persönlich aufgestellt worden war, wurde am Mittwoch entfernt. Es sei ein Verstoß gegen das in der US-Verfassung verankerte Gebot der Trennung von Kirche und Staat, argumentierten die Kritiker.

Es ist ein trauriger Tag für unser Land, wenn die moralische Grundlage unserer Gesetzgebung und die Anerkennung Gottes vor der Öffentlichkeit versteckt werden muss, nur um einen Bundesrichter zu beruhigen, kommentierte Moore. Er war von seinem Amt suspendiert worden, nachdem er sich geweigert hatte, das Monument zu entfernen. Zahlreiche Menschen waren von weit her angereist, um Moore zu unterstützen. Man sei zwar enttäuscht, erlebe es aber nicht als Niederlage, meinte Pat Mahoney von der Christian Defense Coalition, einer Vereinigung zur Verteidigung des christlichen Glaubens, die ebenfalls auf juristischem Weg versucht hatte, die Entfernung des Monuments zu stoppen. Moore hatte den Gedenkstein nach seinem Amtsantritt im Jahr 2000 aufgestellt. Ich werde meinen Gott nicht verleugnen, meinte er, als er im Vorjahr gerichtlich aufgefordert wurde, das Monument zu entfernen.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=5860>

Auf KATH.NET seit dem: 28. 08. 2003 12:03 Uhr

© www.kath.net

Indisches Höchstgericht: Kein Grundrecht auf religiöse Bekehrung

Wer in Zukunft die Religion wechseln will, muss sich auf einen Behördenlauf gefasst machen. Indische Christen protestieren gegen das umstrittene Urteil.

New Delhi (www.kath.net / CWNews.com) Es gebe kein Grundrecht auf religiöse Bekehrung, entschied das Höchstgericht in Indien. Die Regierung dürfe Bestimmungen erlassen, die im Sinne des öffentlichen Interesses Konversionen verbieten. Im konkreten Fall wurde eine Klage einer Gruppe von Christen zugewiesen, die gegen eine Verschärfung der Religionsgesetze im Bundesstaat Orissa protestierten. Die neuen Bestimmungen des Höchstgerichts legen fest, dass ein Konvertit eine Erklärung des Magistrats ausfüllen muss, in der er bestätigt, dass die Konversion sein eigener Wille sei. Die Polizei überprüft daraufhin, ob es irgendeinen Einwand gibt, ehe die Erlaubnis zur Konversion gegeben wird.

In Orissa gibt es immer wieder Konflikte zwischen Hindus und Christen. Die Hindus kritisieren den wachsenden Einfluss der Christen und die steigende Anzahl der Bekehrungen. 1999 verbrannten fundamentalistische Hindus aus diesem Grund den australischen Missionar Graham Stuart Staines und dessen zwei Söhne. Auch Pater Arul Doss von der Diözese Balasore wurde in Orissa ermordet, weil sich unter seinem Einfluss zu viele Menschen zum christlichen Glauben bekehrten. Christen haben gegen die neuen Maßnahmen der Regierung protestiert. Die indischen Bischöfe zeigten sich enttäuscht.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=5905>

Auf KATH.NET seit dem: 05. 09. 2003 09:27 Uhr

© www.kath.net

Studie: Reporter begreifen es häufig einfach nicht

Blind gegenüber dem Spirituellen: Wie die Medien die Religion behandeln - Die Berichterstattung über Katholiken und den Islam war in allen Zeitungen tendenziös
Seattle (kath.net/Zenit.org)

Beschwerden darüber, wie die Medien die katholische Kirche und Religion im Allgemeinen behandeln, sind nicht neu. In einer Ansprache vor einem Fachkongress über Journalismus in Seattle sprach Wilton Gregory, Vorsitzender der US-Bischöfskonferenz, Probleme bei der Berichterstattung über die Missbrauchsskandale an. Das berichtete die "Tacoma News Tribune" am 6. September.

Bischof Gregory habe zwar eingeräumt, dass die Medien dazu beigetragen hätten, bitter nötige Reformen bei der Behandlung von Missbrauchsproblemen anzuregen, die Voreingenommenheit jedoch, mit der über die Angelegenheit berichtet worden sei, habe den Bischöfen und der ganzen katholischen Gemeinschaft unnötigen Schaden zugefügt.

Viele in den Medien weisen eine solche Anschuldigung zurück, als ein Beispiel für die Redensart "shooting the messenger" (auf den Boten, der eine unangenehme Nachricht bringt, schießen). Aber eine eingehende Studie über Religion und Presse, die im letzten Jahr veröffentlicht wurde, weist auf schwere Mängel bei der Medienberichterstattung hin.

In seinem Buch "Von Jahwe zu Yahoo!: Die Religiösen Wurzeln der weltlichen Presse", untersuchte Doug Underwood religiöse Haltungen in den Nachrichtenredaktionen. Underwood, viele Jahre lang aktiver Journalist und jetzt außerordentlicher Professor für Kommunikation an der Universität von Washington, führte eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung über die Religiosität der Journalisten durch.

Bei seinen Erhebungen ergab sich, dass die Religion durchaus eine Rolle bei der Meinungsbildung von Journalisten spielt, und dass es ein Irrtum ist, wenn man diesen Berufsstand als in der Regel irreligiös oder unbeeinflusst von religiösen Werten abtut. Aber, fügt er hinzu, eine bei den Journalisten häufig vorkommende Eigenschaft ist eine skeptische und empirische Mentalität, die sie für den Sinn der spirituellen Dimension, die im Leben vieler Menschen so wichtig ist, blind macht. Außerdem besteht eine natürliche Spannung zwischen der Recherche nach "nüchternen Tatsachen," dem Geschäft der Journalisten, und der Verkündung spiritueller Werte und religiöser Glaubensinhalte durch Kirchgänger.

Underwood weist darauf hin, dass es nicht leicht ist, Kommentatoren in der überregionalen Presse zu finden, die das Thema Religion so behandeln können, dass ein Verständnis der Thematik über deren politische Implikation hinaus erkennbar ist. "Journalisten müssen lernen", empfiehlt er, "die Religion mit größerer Sympathie, größerem Verständnis und größerer Sensibilität zu behandeln."

Terroristen und Pädophile

Die "Washington Times" berichtete am 2. Juli von einer in diesem Sommer veröffentlichten Studie, die Underwoods Ergebnisse stützt. Die Untersuchung, die von 29 Studenten des Fachs Religion in höheren Semestern an der Universität von Rochester durchgeführt wurde, habe gezeigt, dass beinahe die Hälfte aller 314 untersuchten Artikel über Religion aus 12 Zeitungen in Wirklichkeit von politischen, juristischen oder kriminellen Aktivitäten handelten. Nur 28 Prozent der Artikel bezogen sich bei der Behandlung des Themas Religion ausschließlich auf Glauben und Werte.

Bemerkenswerterweise handelte die Berichterstattung über den Islam vorwiegend von Verbrechen und Gewalt, und ein Drittel aller Artikel über die katholische Kirche bezog sich auf Verbrechen. Ein Nachruf für einen Priester im "Boston Globe" vom 14. Februar enthielt zum Beispiel viele Details über sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche, obwohl der Priester nichts mit dieser Sache zu tun hatte.

"Die Berichterstattung über Katholiken und den Islam war in allen Zeitungen tendenziös," sagte Curt Smith, Dozent für das Fach Englisch, einer der Leiter der Studie. "Wenn einer von einem anderen Planeten käme, müsste er denken, alle Moslems wären Terroristen und alle Katholiken pädophile Priester."

Eine Ursache der Probleme liege darin, dass nur eine Handvoll Universitätsprogramme Journalisten auf das Thema Religion vorbereiten. Das stellt Mark Schneider fest, der einen achtwöchigen Sommerkurs über Religionsjournalismus an der Northwestern University gibt, und er fügt hinzu, viele Journalisten empfänden eine "Abneigung" gegen Glaubensdinge.

Die Kritik an der Berichterstattung durch die Medien über Religion bekam von unerwarteter Seite Unterstützung. Ein Artikel am 4. März von Nicholas Kristof, Verfasser von Editorials für die "New York Times",

bemerkt, dass die überregionalen Nachrichtenmedien die religiös und politisch konservativen Evangelikalen durch den Filter der Bildungselite des Nordostens sehen.

Persönlich stimme er zwar nicht mit den Evangelikalen überein, schreibt er, gibt aber zu: "Liberale Kritiker scheinen manchmal nicht nur voller Empörung über politische Entscheidungen zu sein, hinter denen evangelikale Einstellungen stehen -- das wäre in Ordnung --, sondern sie spotten auch über konservatives Christentum überhaupt. Solcher Spott über religiösen Glauben ist unverzeihlich."

Er fügte hinzu: "Liberale zeigen manchmal mehr Wissbegierde, was die Religion von Afghanistan als was diejenige von Alabama angeht, und mehr Interesse am Lesen der Upanishaden (des indischen Bramahismus aus dem 8. bis 6. Jahrhundert vor Christus) als am Lesen der Geheimen Offenbarung."

Voreingenommenheit der BBC

Auf der anderen Seite des Atlantik ist die Berichterstattung der Medien über Religion nicht weniger problematisch. Die Londoner Tageszeitung „The Telegraph“ bemerkte, die Zurückweisung des Vorwurfs unfairer Behandlung durch die BBC von allem, was römisch-katholisch sei, klinge hohl. Bestritten wurde dieser Vorwurf von Alan Bookbinder, einem bekennenden Agnostiker, dem Hauptverantwortlichen für die Abteilung Religion der BBC.

Der "Telegraph" schrieb am 10. September dazu, der Mangel der BBC an Achtung vor der Kirche zeige sich deutlich in der überproportionalen Sendezeit für Abweichler in der katholischen Kirche. Als einschlägiges Beispiel nennt der "Telegraph" "Woman's Hour" ("Die Stunde der Frau") am 2. September, eine Sendung über den priesterlichen Zölibat.

Die Sendung konzentrierte sich auf den Selbstmord eines Priesters, der sich in eine Religionslehrerin, Jane Curry, verliebt hatte. Diese ihrerseits prangerte die "Scheinheiligkeit" der Kirche an. Die Studiogäste griffen, mit einer Ausnahme, die Kirche ebenfalls an. Selbst die Moderatorin, Jenni Murray, schloss sich der vereinten Kritik an. Der "Telegraph" fragte, warum die BBC sich nicht einmal die Mühe gemacht habe, wenigstens eine britische Katholikin dazu einzuladen, um einen alternativen Standpunkt vorzustellen.

Am 19. April sei in einer BBC-Sendung über den heiligen Paulus, die für Mai geplant war, die Behauptung aufgestellt worden, ein epileptischer Anfall oder ein außergewöhnlicher Blitzstrahl könnte die Bekehrung des Apostels auf der Straße nach Damaskus verursacht haben.

Vilayanur Ramachandran, ein Nervenspezialist, erzählte dem Publikum, Patienten, die Anfälle erlitten, hätten oft intensive mystische Erfahrungen wie der heilige Paulus. Eine bizarrere Theorie, die von John Derr, einem amerikanischen Erdbebenexperten, vorgebracht wurde, lautet, der heilige Paulus sei möglicherweise von einem Strahl elektromagnetischer Energie, ähnlich einem Kugelblitz, die von einem Erdbeben ausgelöst worden sei, getroffen worden.

Die von Underwood beobachtete politische Schlagseite bei der Berichterstattung über religiöse Angelegenheiten ist auch im Vereinigten Königreich anzutreffen, wie dies eine Reporterin des "Independent" am 1. März anschaulich machte: Die Journalistin Elaine Storkey war in einem ungenannten Fernsehstudio während der Inthronisation (der feierlichen Besteigung des Bischofsstuhls) des neuen anglikanischen Erzbischofs von Canterbury, Rowan Williams, anwesend. Nach Storkeys Worten war es "ein trauriges Erlebnis", da der eigentliche Sinn der Zeremonie durch Bilder von Anti-Kriegsprotestlern, Nachrichteneinblendungen von den Vereinten Nationen und von einer auf einen gedankenverlorenen Tony Blair fixierten Kameraeinstellung ganz in den Hintergrund gedrängt worden sei.

Die TV-Gastgeber hätten ständig wiederholt, dass Williams auf Grund seiner Ansichten über Frauen als Bischöfinnen und über homosexuelle Priester umstritten sei. Das Schlusswort der TV-Sendung war: "Hiermit verlassen wir die Feier der Inthronisation von Rowan Williams, dem 104. Erzbischof von Canterbury, der besonders für seine Opposition gegen Tony Blair in der Frage des Irak bekannt ist und innerhalb der Kirche als Liberaler gilt."

Offensichtliche Entstellung

Ein weiteres problematisches Gebiet ist die Berichterstattung der Medien über das Intervenieren der Kirchen in politischen Belangen. Presseberichte verdrehen manchmal offensichtlich die Nachricht. So geschehen am 20. Februar in der spanischen Tageszeitung "El Mundo".

Zwei Tage davor hatten ZENIT und die italienische katholische Zeitung "Avvenire" über Stellungnahmen des Außenministers des Vatikan Kardinal Sodano berichtet, in denen er die Position des Heiligen Stuhls in der Vorbereitungsphase zu der Militäraktion der USA gegen den Irak erklärte. Kardinal Sodano sagte deutlich, dass der Vatikan keine pazifistische Position einnehme, sondern statt dessen sich bemühe, den Frieden zu fördern und Konflikte zu vermeiden.

Die Schlagzeile und der Artikel in "El Mundo" behauptete jedoch, Kardinal Sodano habe bekräftigt, dass die Kirche tatsächlich pazifistisch sei. Der Artikel versah sogar seine fragwürdige Behauptung zur Hervorhebung mit Anführungsstrichen.

Solche Manipulation ist relativ selten. Häufiger neigen die Medien dazu, den tieferen Sinn der religiösen Botschaft nicht zu begreifen, und diese auf das Niveau der Machtpolitik hinunter zu drücken.

Wohl könnten die Kirchen und religiösen Denominationen auch viel dazu tun, die Art ihrer Kommunikation zu verbessern. Aber die Medienschaffenden könnten ebenfalls ihr Gewissen ein wenig überprüfen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6116>

Auf KATH.NET seit dem: 06. 10. 2003 09:16 Uhr

© www.kath.net

Vietnamesische Regierung unterdrückt christliche Bergvölker

Polizei beschlagnahmt Bibeln und foltert Christen

Washington / Spartanburg (www.kath.net / idea) Das US-Außenministerium und die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International zeigen sich besorgt über die zunehmende Unterdrückung der Bergstämme im kommunistischen Vietnam. So gingen Polizei und Grenzsoldaten mit Gewalt vor allem gegen Christen vor, berichtet die Montagnard-Stiftung zur Erhaltung der Bergstämme Vietnams (Spartanburg, US-Bundesstaat South Carolina). Im August und September hätten sich gewaltsame Übergriffe auf christliche Bergdörfer gehäuft. So hätten Sicherheitskräfte in einem Dorf in der Provinz Daklak Bibeln und Liederbücher beschlagnahmt und Bewohner geschlagen. Eine Frau ist vergewaltigt worden. Die Stiftung berichtet von gewaltsamen Übergriffen und Folter auch in anderen Bergdörfern Zentral-Vietnams. Von den knapp 80 Millionen Einwohnern Vietnams sind 54,1 Prozent Buddhisten, 21,8 Prozent ohne Religionszugehörigkeit, 8,1 Prozent Christen, die meisten (6,4 Prozent) Katholiken, 8,1 Prozent gehören Stammesreligionen an, und der Rest sind Anhänger anderer Religionen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6107>

Auf KATH.NET seit dem: 04. 10. 2003 11:44 Uhr

© www.kath.net

Laotische Regierung setzt chemische Waffen gegen Christen ein

Das Christentum ist "Staatsfeind Nummer eins" in dem kommunistischen Land. Amnesty International ist äußerst besorgt um die Menschenrechte in Laos.

Vientiane (www.kath.net / idea) In Laos setzen Regierungstruppen chemische Waffen gegen das zumeist christliche Bergvolk der Hmong ein und hungern ihre Dörfer aus. Die Hmong fordern Demokratie und Religionsfreiheit und werden deshalb von der kommunistischen Regierung als Staatsfeinde verfolgt. Das berichtet die Kommission für Religionsfreiheit der Weltweiten Evangelischen Allianz (Edmonds, US-Bundesstaat Washington). Wie es heißt, betrachten die Kommunisten in dem südostasiatischen Land das Christentum als eine imperialistische Religion aus dem Ausland, die durch die politischen Interessen des Westens, besonders der USA gestützt werde. Schon 1999 sei das Christentum zum "Staatsfeind Nummer eins" erklärt worden. Unter Berufung auf einen Beobachter, dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird, berichtet die Kommission von Angriffen auf die Hmong durch Bodentruppen, Bomben und chemische Waffen, die Kopfschmerzen, Durchfall, Blindheit, Zahnausfall und schließlich den Tod verursachten. Gleichzeitig unternehme das laotische Regime alles, damit diese Vorfälle nicht international bekannt würden.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International ist ebenfalls "äußerst besorgt" um die Menschenrechte in Laos. Es lägen Berichte vor, nach denen Angehörige der Hmong, die für ihren Widerstand gegen Kommunismus und Regierungskontrolle bekannt sind, von Soldaten systematisch ausgehungert würden. Es habe bereits ungezählte Todesopfer gegeben. Von den rund 5,4 Millionen Laoten gehören rund sieben Prozent zum Volk der Hmong. 61 Prozent der laotischen Bevölkerung sind Buddhisten, 31,2 Prozent Angehörige von Stammesreligionen, 4,2 Prozent Nichtreligiöse, 1,8 Prozent Christen und ein Prozent Muslime. Der Rest gehört anderen Religionen an.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6229>
Auf KATH.NET seit dem: 20. 10. 2003 11:43 Uhr
© www.kath.net

Verfassungsgericht wies Beschwerde gegen Tischgebet im Kindergarten ab

Verwaltungsgerichte sollen klären, ob eine missionarische Zielsetzung ausgeschlossen ist
Karlsruhe/Bad Endbach (kath.net/idea) Das Bundesverfassungsgericht hat die Verfassungsbeschwerde eines hessischen Familienvaters gegen das Tischgebet in einem kommunalen Kindergarten abgewiesen. Die Karlsruher Richter nahmen die Beschwerde aus formalen Gründen nicht zur Entscheidung an. Das gab das Gericht am 15. Oktober bekannt. Der Atheist Bernd Noll (Bad Endbach) war zuvor mit Eilanträgen vor dem Gießener Verwaltungsgericht und dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel gescheitert. Er wollte erreichen, daß im Kindergarten von Bad-Endbach-Wommelshausen (Landkreis Marburg-Biedenkopf) kein Dankgebet vor dem Frühstück gesprochen wird. Noll ist der Ansicht, daß Angestellte eines Kindergartens religiös-weltanschaulich neutral bleiben müssen. Das Bundesverfassungsgericht verwies den Mann zurück an die Verwaltungsgerichte. Sie müßten feststellen, ob eine missionarische Zielsetzung des Kindergartens ausgeschlossen werden könne. Dessen verantwortliches Personal sei nach den Feststellungen der Verwaltungsgerichte bemüht, der Situation des betroffenen Kindes gerecht zu werden. Die Erzieherinnen wirkten auf die anderen Kinder pädagogisch ein, dem nicht am Tischgebet teilnehmenden Kind respektvoll zu begegnen und sein Verhalten als Ausdruck einer achtswerten eigenen weltanschaulichen Überzeugung zu tolerieren.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6223>
Auf KATH.NET seit dem: 19. 10. 2003 09:45 Uhr
© www.kath.net

Oberstes US-Gericht prüft Verfassungsmässigkeit von Treueschwur

Der Oberste Gerichtshof der USA hat am Dienstag die Verfassungsklage gegen den täglich an US-Schulen geleisteten Treueschwur zugelassen. Schwurformel «eine Nation unter Gott» ist der Anstoß.

USA (kath.net/RNA)

Im Juni vergangenen Jahres hatte ein kalifornisches Berufungsgericht in San Francisco den Treueschwur für verfassungswidrig erklärt und damit vor allem bei der Regierung in Washington einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. US-Präsident George W. Bush nannte die Entscheidung lächerlich. Die Richter gaben damit einem Atheisten Recht, der dagegen geklagt hatte, dass seine Tochter jeden Morgen an der Schwur-Zeremonie in ihrer Schule teilnehmen muss. Im März bestätigte ein weiteres Berufungsgericht das Urteil. Täglich leisten Millionen US-Schüler vor der gehissten Fahne den Eid: «Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar mit Freiheit und Gerechtigkeit für alle.» Dabei legen die Kinder die Hand aufs Herz. Der Baptistenprediger Francis Bellamy hatte den Schwur auf die Flagge 1892 zum 400. Jahrestag der Entdeckung Amerikas durch Christopher Columbus verfasst. Die Formulierung «Nation unter Gott» wurde vom US-Kongress 1954 auf der Höhe der antikommunistischen Verfolgungswelle unter Senator Joseph McCarthy hinzugefügt.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6222>
Auf KATH.NET seit dem: 19. 10. 2003 09:38 Uhr
© www.kath.net

Das Kreuz mit dem Kreuz

Das katholische Italien ist empört: Laut Urteil muss eine Schule die Kruzifixe abnehmen

von Paul Badde

DIE WELT 28.10.03

Rom - Eine Madonnenfigur mit Turban empfängt über dem Hafen von Lampedusa alle Flüchtlinge, die Fischer dort regelmäßig aus jenem Meer fischen, das Italien von der Welt des Islam trennt. Die größte Moschee Europas befindet sich etwas weiter nördlich im Land: nicht auf dem Balkan, sondern natürlich in Rom, der Stadt der Apostel. Dass es gefährlich ist, in Saudi-Arabien auch nur ein Kreuz am Hals zu tragen, hat die Italiener von ihrer Gastfreundschaft bisher nicht abbringen können. Doch nun muss ausgerechnet Adel Smith, der Präsident der Moslemischen Union, da etwas falsch verstanden haben - und nach ihm auch noch Mario Montanaro, Richter von L'Aquila in Mittelitalien, der Signor Smith Recht gab bei dessen Klage, seinen Kindern den Anblick von Kruzifixen in der Schule zu ersparen.

Die Kleinen würden von den Kreuzen an der Wand verwirrt, behauptete er, wenn nicht zumindest auch der Halbmond noch daneben abgebildet werde. Gerade in Italien hätte sich als Kompromisslösung ja vielleicht eine Abbildung der Madonna mit einem Halbmond unter den Füßen angeboten, wie sie sich unzählige Mal im Land findet. Aber Richter Montanaro wollte wohl etwas moderner sein. Als wäre er in Deutschland oder Frankreich, ordnete er jedenfalls die Entfernung der Kruzifixe aus der Schule an, um den Religionsfrieden des pluralistisch und laizistisch verfassten Italien wiederherzustellen. So laizistisch wie Frankreich oder gar die Türkei ist aber Italien natürlich noch immer nicht. Der Protest gegen das Urteil ist deshalb groß und laut, doch nicht einhellig. Auf der Linken wird der Entscheid begrüßt, in dem Adel Smith sogar die "historische Niederlage der arroganten Vertreter eines religiösen Rassismus" erkennen will. Sogar führende Vertreter islamischer Organisationen haben sich gegen das Urteil ausgesprochen. Der Rechtspopulist Umberto Bossi schlug danach sogleich vor, große Kreuze auch auf allen Flughäfen und Bahnhöfen aufzustellen.

Worum geht es also mit dem Kreuz? Der Mensch sei immer einarmig, versuchte Hilde Domin einmal eine Antwort darauf: "Nur der gekreuzigte / beide Arme / weit offen / . . ." Es klang fast italienisch, auch wenn die agnostische jüdische Dichterin aus Köln stammt. In Italien aber ist auch in der Prosa um des Friedens willen noch immer jeder gut beraten, der diese offenen Arme weder schließen noch aus der Welt und von der Wand nehmen will.

Italien: Debatte um das Kruzifixurteil

Muslimischer Führer behauptet, dass der Staat andere Religionen benachteiligt. Bischöfe: Urteil wird geprüft, Maßnahmen werden folgen.

Aquila (www.kath.net) Ein italienischer Richter hat verfügt, dass die Kruzifixe in den Klassenräumen einer italienischen staatlichen Schule in der Nähe von Aquila entfernt werden müssen. Dem voraus ging eine Klage von Adel Smith, dem Präsidenten der muslimischen Union der italienischen Muslime. Er wollte neben dem Kruzifix ein muslimisches Symbol anbringen, was die Schulleitung jedoch nicht gestattete. Richter Mario Montanaro urteilte, das Anbringen des Kreuzes sei ein Zeichen dafür, dass der Staat den katholischen Glauben als zentral erachte und andere Religionen weniger wertschätze. Demnach dürfe es in Klassenräumen gar keine religiösen Symbole geben. Er sei erstaunt über das Urteil, sagte Kardinal Ersilio Tonini laut italienischen Medienberichten. Das Symbol der religiösen und kulturellen Werte des italienischen Volkes dürfe nicht aus den Klassenräumen verbannt werden. Die italienische Bischofskonferenz kündigte Maßnahmen gegen das Urteil an.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6279>

Auf KATH.NET seit dem: 27. 10. 2003 10:46 Uhr

© www.kath.net

Italien: Ministerielle Untersuchung gegen 'Kruzifix'-Richter

Der Kruzifixstreit droht politisch instrumentalisiert zu werden. Papst: Kreuz ist Symbol für Kirche, Gesellschaft und die ganze Menschheit.

Rom (www.kath.net / [zenit](http://www.kath.net/zenit) / VIS) Zur Kruzifix-Debatte äußerte sich Papst Johannes Paul II. am Mittwoch bei der Generalaudienz. Das Kreuz habe eine wichtige Symbolkraft für die Kirche, für die Gesellschaft und die gesamte Menschheit. Er wünsche, dass alle an einer Zivilisation der Liebe arbeiteten, für die das Kreuz Christi ein sprechendes Symbol ist.

Der Richter, der das Urteil zur Abnahme des Kruzifixes gefällt hat, könnte nun Gegenstand einer administrativen Untersuchung werden. Das kündigte am Dienstag der italienische Justizminister an. Nachdem er mit den Verantwortlichen der zuständigen Justizverwaltung in L'Aquila gesprochen hatte, in deren Zuständigkeitsbereich sich die Schule befindet, kündigte Minister Roberto Castelli an, er werde selber die Untersuchung eröffnen. Sollte sich herausstellen, dass das Gerichtsurteil ausgesprochen worden ist, indem genaue Anordnungen der Gesetzgebung oder des italienischen Gesetzbuches ignoriert wurden, könnte dies eine Disziplinarstrafe für den Richter ergeben, sagte der Diplomingenieur gegenüber der Zeitung seiner Partei, La Padania.

Der Justizminister, der der separatistischen Lega Nord angehört, wandte sich - allerdings an einem Tag, in dem wegen eines Streiks in der Branche die großen interregionalen Blätter nicht erscheinen - an seine Parteizeitung. Eine mögliche Strafe für den 33-jährigen Richter Mario Montanaro wird letztlich vom Consiglio Superiore della Magistratura (Obersten Rat der Magistratur), dem Selbstkontrollorgan der Judikative, abhängen, dem in Italien der Staatspräsident vorsteht. Das Aufhängen des Kruzifix in den Schulen ist in Italien nach einem Gesetz von 1924 vorgesehen, ebenso wie das Portrait des Königs. Heutzutage gilt diese Regelung sinngemäß auch für das aktuelle Staatsoberhaupt, den Staatspräsidenten. In der Praxis findet man in Italien sowohl Klassenzimmer mit beiden Insignien, nur einer oder gar keiner.

Dieses Gesetz sei von keinem Parlament und noch weniger durch das Verfassungsgericht verändert worden, sagte der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof Giuseppe Betori, am Sonntag. Die Konkordate mit dem italienischen Staat, die Lateranverträge von 1929, die im Jahre 1984 von der Regierung Bettino Craxi erneuert worden sind, gehen vom weiteren Bestand des Gesetzes aus, da die Materie darin nicht neu geregelt wird. Italiens Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi hatte bereits am Montag erklärt, das Urteil könne bei der nächsthöheren Instanz angefochten werden, zudem betonte auch er, dass das Kruzifix nicht nur für eine Religion stehe, sondern auch für das zugrunde liegende Wertesystem.

Die Klage gegen das Abbild Christi in der Vor- und Grundschule Antonio Silveri in dem kleinen Ort Ofena wurde von Adel Smith, dem Präsidenten der Union der Muslime Italiens, angestrengt. Smith ist Vorsitzender der islamisch-fundamentalistischen Union der Muslime Italiens. Er gibt an, dass diese Union über 5000 Anhänger verfügt, seine Person wird jedoch von den muslimischen Gemeinschaften Italiens kritisiert. Der Generalsekretär dieses Verbandes, Hamza Roberto Piccardo sagte, dass Smith jede Gelegenheit ausnutzt, die christliche Religion und ihre Symbole zu beschimpfen und zu bekämpfen.

Der einzige muslimische Bürgermeister Italiens, Mahmoud Shour, der einem Ort in der Nähe von Ofena vorsteht, hat erklärt: Wir Muslime achten die anderen. Smith ist ein Provokateur. Man kann keine Politik machen, indem man Gott instrumentalisiert. Alle Bemühungen hinsichtlich einer fortschreitenden Integration sind nun in Gefahr. In der Tat sind derzeit in Italien von Seiten einer Regierungspartei, der postfaschistischen Alleanza Nazionale Gianfranco Finis Bestrebungen zu verzeichnen, das kommunale Wahlrecht für Ausländer einzuführen. Dieses Ansinnen wird von der separatistischen Lega Nord, die ebenfalls Koalitionspartner Berlusconi ist und der der Justizminister angehört, bekämpft. So ist der Kruzifixstreit in Italien mitten in einer regierungsinternen parteipolitischen Auseinandersetzung ausgebrochen und droht dadurch auch, zusätzlich von einigen Seiten instrumentalisiert zu werden.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6298>

Auf KATH.NET seit dem: 29. 10. 2003 13:58 Uhr

© www.kath.net

Verhaftungswelle in Ägypten: 22 Christen festgenommen

Muslime, die zum Christentum übertreten, werden juristisch weiterhin als Anhänger des Islam behandelt. Kairo (www.kath.net / idea) Bei einer Verhaftungswelle in Ägypten sind seit dem 21. Oktober 22 koptische Christen und ehemalige Muslime, die zum Christentum übergetreten sind, festgenommen worden. Auslöser war nach Informationen des christlichen Hilfswerks Barnabas Fund (Pewsey bei London) das Verhör eines Christen, der unter Folter Informationen preisgegeben habe. Den Verhafteten wird die Fälschung von Personalausweisen vorgeworfen. Christen in Kairo haben christliche und muslimische Verteidiger engagiert.

Zwar gibt es in Ägypten kein Gesetz, das den Religionswechsel verbietet, doch während Konvertiten zum Islam neue Papiere mit islamischem Namen erhalten, können Muslime, die zum Christentum übertreten, keinen christlichen Namen annehmen. Sie werden juristisch weiter als Muslime behandelt.

Nach der Scharia, der islamischen Gesetzgebung, müssen jene, die vom Glauben abfallen, mit Strafen rechnen. Konvertierte Frauen müssen muslimische Männer heiraten und ihre Kinder im Islam erziehen. Dies zwingt viele ehemalige Muslime, unter anderem Namen neue Papiere zu beantragen, so das Hilfswerk. In diesem Fall könne ihnen Dokumentenfälschung vorgeworfen werden. Von den etwa 68 Millionen Ägyptern sind 86,5 Prozent Muslime, knapp 13 Prozent Christen, und 0,5 Prozent gehören keiner oder anderen Religionen an.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6307>
Auf KATH.NET seit dem: 30. 10. 2003 13:39 Uhr
© www.kath.net

80 Jahre Türkei: Christen nach wie vor stark benachteiligt

Keine Ausbildung von Geistlichen und kein Neubau von Kirchen möglich.

Frankfurt am Main (www.kath.net / idea) Christen sind in der Türkei nach wie vor stark benachteiligt. Obwohl die türkische Verfassung die Gleichberechtigung aller Staatsbürger garantiert, ist die Gleichstellung der nichtmuslimischen Minderheiten bei weitem nicht erreicht. Das hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) anlässlich des 80. Jahrestages der Republik Türkei am 29. Oktober in Frankfurt am Main erklärt. Die Benachteiligung religiöser Minderheiten müsse bei der Kandidatur der Türkei für die Europäische Union (EU) berücksichtigt werden, fordert die Organisation.

Nach ihren Angaben können seit der Schließung der theologischen Seminare im Jahr 1970 keine Geistlichen in der Türkei ausgebildet werden. Ausländische Pfarrer wie die beiden deutschen in Istanbul könnten nur als Konsularbeamte ihren Dienst tun. Christen hätten außerdem keinen Zugang zu höheren Stellen im öffentlichen Dienst oder beim Militär. Anträge auf Kirchenneubauten blieben unbeantwortet. Für christliche Gemeinden sei es nahezu unmöglich, Eigentum zu erwerben. Nach Angaben der IGFM haben auch evangelikale Gemeinden unter Diskriminierungen zu leiden. Sie seien teilweise geschlossen worden oder von einer Schließung bedroht und würden überwacht. Von den 66 Millionen Einwohnern der Türkei sind 99 Prozent Muslime. Die Zahl der Christen liegt bei 100.000.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6315>
Auf KATH.NET seit dem: 31. 10. 2003 20:12 Uhr
© www.kath.net

Jordanierin ist 'Verfolgte Christin des Monats'

Die Witwe wehrt sich gegen die Zwangsislamisierung ihrer Kinder. Ihr droht jetzt die Beugehaft.

Frankfurt am Main (www.kath.net / idea) Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea haben die Jordanierin Siham Quandah (Husn) als Verfolgte Christin des Monats November benannt und zur Unterstützung für sie aufgerufen. Die Witwe wehrt sich dagegen, dass ihre 15jährige Tochter Rawan und ihr 12jähriger Sohn Fadi zwangsweise als Muslime erzogen werden sollen. Die Kinder waren nach dem Tod ihres Vaters im November 1994 - er soll zuvor zum Islam übergetreten sein - nach islamischem Recht zu Muslimen erklärt worden. Ein Gericht sprach einem muslimischen Onkel das Sorgerecht zu, nachdem er wegen nicht-islamischer Erziehung der beiden geklagt hatte.

Der Mutter, die in bisherigen Berufungsverhandlungen unterlag, wurde wiederholt eine mehrwöchige Beugehaft angedroht, falls sie ihre Kinder nicht an diesen Onkel übergibt. Siham Quandah ist in den

vergangenen Jahren mehrfach mit ihren Kindern untergetaucht, damit die Familie nicht auseinandergerissen wird. Nach Angaben der IGFM zeigt der Fall beispielhaft, wie das islamische Familienrecht Christen schwer diskriminiert. Die Menschenrechtsorganisation ruft dazu auf, in Briefen an das jordanische Königshaus um eine Lösung im Sinne des Sorgerechts der Mutter zu bitten.

Foto: Logo Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6323>

Auf KATH.NET seit dem: 02. 11. 2003 23:37 Uhr

© www.kath.net

Jordanien: Siham Quandah weiter in Not

IGFM - Internationale Gesellschaft für

Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,Nr. 1

Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main Januar / Februar 2004

S.2

Wie die Nachrichtenagentur Compass meldete, hatte die Polizei am Abend des 16. Dezember 2003 erneut versucht, Frau Quandah zu verhaften und ihre 15jährige Tochter Rawan und den 14jährigen Sohn Fadi in muslimische Obhut zu geben. Ein lokales Gericht hatte im Juni vergangenen Jahres angeordnet, daß Frau Quandah in Haft zu nehmen sei, wenn sie ihre Kinder nicht einem muslimischen Führer übergibt. Frau Quandah war nicht zu Hause und entging so erneut der Vollstreckung.

Wie die IGFM aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, werden die zahlreichen Protestund Bittbriefe an das jordanische Königshaus aufmerksam zur Kenntnis genommen. Ein Freund der Witwe sagte jedoch gegenüber COMPASS: „Unsere Regierung wird Siham und ihre Kinder weder Jordanien verlassen lassen, noch wollen sie ihr Problem lösen. Nach neun Jahren Furcht und ständigen Schikanen, muß es ihr erlaubt werden, in Frieden zu leben.“ Wir bitten Sie herzlich, lassen Sie nicht nach. Es ist jetzt Zeit, das Königshaus zu fragen, wann es dazu beiträgt, das Unrecht zu beenden.

China: Regime wirbt über staatlichen Sender für Atheismus

Marxismus, Leninismus und Maoismus sind angesagt, alle anderen Glaubensüberzeugungen seien zu verleumden, heißt es in einer Regierungsanweisung.

Peking (idea / www.kath.net) Die kommunistische Regierung will den wachsenden religiösen Aktivitäten mit verstärkter Werbung für den orthodoxen Kommunismus begegnen. Die Behörde für Radio, Film und Fernsehen habe alle Sender angehalten, Programme zur Verbreitung des Atheismus zu produzieren, berichtet die Kommission für Religionsfreiheit der Weltweiten Evangelischen Allianz unter Berufung auf die Tageszeitung South China Morning Post. Man solle die Prinzipien des Marxismus, Leninismus und Maoismus sowie die Lehren Deng Xiao-pings verbreiten, habe es in der Regierungsanweisung geheißen.

Davon abweichende Glaubensüberzeugungen seien zu verleumden. Das Blatt führt die Maßnahmen auf die Besorgnis des Regimes angesichts der stark wachsenden Religionsgemeinschaften zurück. Von den über 1,2 Milliarden Chinesen sind knapp die Hälfte ohne Religionszugehörigkeit, 28,5 Prozent gehören traditionellen chinesischen Religionen an, 8,4 Prozent sind Buddhisten, 7,3 Prozent Christen, 4,3 Prozent Anhänger von Stammesreligionen und zwei Prozent Moslems.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6317>

Auf KATH.NET seit dem: 01. 11. 2003 11:28 Uhr

© www.kath.net

Mehrheit der Italiener für Kruzifixe in Schulen

81 Prozent sind für Kreuze in öffentlichen Schulen, 16 Prozent dagegen, ergab eine Abacus-Umfrage.

Rom (www.kath.net) 81 Prozent der Italiener haben sich für das Anbringen von Kruzifixen in Schulen ausgesprochen. Das ergab eine Abacus-Umfrage, von die der Messaggero am Montag berichtete. 16 Prozent der Befragten sind gegen Schulkreuze, drei Prozent hat keine Meinung zu diesem Thema. 41 Prozent der Befürworter meinte, das Kreuz sei Symbol der katholischen Bevölkerungsmehrheit der Italiener.

Rund zwei Drittel der Gegner der Kruzifixe ist überzeugt, ein religiöses Symbol sei in öffentlichen Schulen nicht angebracht. Ein Viertel der Befragten, die das Kruzifix ablehnen, meint, es diskriminiere Gläubige anderer Religionen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6334>

Auf KATH.NET seit dem: 04. 11. 2003 10:16 Uhr

© www.kath.net

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG / Nr. 256 Seite 24

Bibeltreue pur reicht nicht

Eltern müssen ihre Kinder wieder in Schule schicken -Trotz Sexualkunde

RNZ 6.11.03,24

Gießen. (dpa) Im Prozess um die Schulpflicht ihrer Kinder ist ein bibeltreues Elternpaar aus dem Vogelsberg gerichtlich verwarnt worden. Das Gießener Landgericht verurteilte die Eltern von acht Kindern zu einer Geldbuße von 400 Euro. Falls die Eheleute in den nächsten zwei Jahren erneut gegen das Schulgesetz verstoßen, kämen weitere 800 Euro Geldstrafe hinzu, sagte die Vorsitzende Richterin am Mittwoch. Die Kammer hob damit einen überraschenden Freispruch des Amtsgerichts Alsfeld auf.

„Staatliche Schule ist unausweichlich“, erklärte die Richterin. Es sei Sache der Verwaltungsbehörden, die Schulpflicht in Zukunft auch durchzusetzen, sagte Oberstaatsanwalt Volker Uhl. Das Gericht folgte mit dem Urteil der Forderung der Staatsanwaltschaft. Die Verwarnung, die die Kammer aussprach, ist die mildeste Sanktion im Strafgesetzbuch.

Das Ehepaar Sigrid und Michael Bauer aus dem Vogelsberg hatte geklagt, öffentliche Schulen unterwanderten ihre christlichen Erziehungsideale wie Schamhaftigkeit und Gehorsam gegenüber den Eltern. Seit mehr als zwei Jahren unterrichten sie ihre fünf schulpflichtigen Kinder daher zu Hause. Alle acht Kinder des Paares - sie sind zwischen 10 Monate und 16 Jahre alt - nahmen an der Verhandlung teil. Besonders stören sich die Eheleute an der „ausschließlichen“ Weitergabe der Evolutionstheorie und an der „ständigen Konfrontation“ mit dem Thema Sexualität.

Im Gegensatz zur ersten Instanz war für das Landgericht Gießen die allgemeine Schulpflicht von höherer Bedeutung als die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Eltern. Weil die Pflicht zum Schulbesuch jedoch das so genannte elterliche Erziehungsrecht erheblich einschränke, müsse der Unterricht „streng neutral“ gehalten werden. Das sei der Fall. Dass die Evolutionstheorie gelehrt werde, sei nicht zu beanstanden, sagte Richterin Gertrud Brühl. Auch das Konzept der Sexualkunde basiere auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens zur sexuellen Selbstbestimmung - wenn der Unterricht teils auch „hart grenzwertige“ Beispiele aufgreife. „Die Schulwirklichkeit entspricht dem, was Kinder tagtäglich erleben.“

Die Verteidigung, die den Prozess mit einer Flut von Anträgen zum Stocken gebracht hatte, plädierte auf Freispruch. „Indem sie die Kinder in die Schule schicken, verletzen sie jedes Mal Gottes Wort“, erklärte Rechtsanwältin Gabriele Eckermann. Gerade die Sexualkunde führe bei Schülern zu einer „Früh-Sexualisierung“.

Chinesische Christin von Polizei zu Tode geprügelt

Die 33-jährige Zhang Hongmei war wegen illegaler religiöser Aktivitäten festgenommen worden. Wenig später war sie tot.

Hongkong (www.kath.net / CWNews.com) Eine chinesische Christin ist von der Polizei zu Tode geprügelt worden. Das berichtet eine in Hongkong ansässige Menschenrechtsorganisation, das Information Center for Human Rights and Democracy. Die 33-jährige Zhang Hongmei war am 29. Oktober wegen illegaler religiöser Aktivitäten in der Provinz Shandong von der Polizei festgenommen worden. Die Polizei forderte von den Angehörigen umgerechnet 362 US-Dollar für die Freilassung der Frau.

Die Familie weigerte sich zu zahlen und suchte die Polizeistation auf, wo die Frau festgehalten wurde. Sie sei unfähig gewesen zu sprechen und habe Verletzungen am ganzen Körper gehabt, berichtet die Menschenrechtsorganisation. Wenig später seien die Angehörigen über ihren Tod informiert worden, über die Ursache wurde geschwiegen. Nach öffentlichen Protesten vor der Polizeistation erklärte sich die Regierung bereit, Nachforschungen aufzunehmen.

In China wird die Religionsfreiheit theoretisch von der Verfassung garantiert. In der Praxis müssen Glaubensgemeinschaften offiziell gemeldet werden und regelmäßig Kontrollen über sich ergehen lassen. Missbrauch und Unrecht stehen auf der Tagesordnung, Festnahmen und Umerziehung von Christen sind üblich.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6360>

Auf KATH.NET seit dem: 07. 11. 2003 09:24 Uhr
© www.kath.net

Würzburger Gymnasium entfernt Kreuze für einen Schüler

In jedem Klassenzimmer, das der Schüler betritt, werden die Kruzifixe abgehängt. Seine Eltern sehen durch das christliche Symbol ihre Religionsfreiheit verletzt.

Würzburg (www.kath.net / [idea / red](http://idea/red)) Die neue (All-)Macht der Minderheit? An einem staatlichen Gymnasium in Würzburg müssen Kreuze aus jenen Klassenzimmern entfernt werden, in denen sich ein Schüler aufhält, dessen Eltern ihre Religionsfreiheit durch das christliche Symbol verletzt sehen. Nach dem Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1999 gilt in Bayern ein Gesetz, das dies möglich macht, wenn Erziehungsberechtigte der Anbringung des Kreuzes aus "ernsthaften und einsehbaren Gründen des Glaubens oder der Weltanschauung" widersprechen.

Ferner muss der Schulleiter versuchen, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Sollte dies fehlschlagen, muss bei der zu treffenden Regelung möglichst auch der Wille der Mehrheit berücksichtigt werden. Im aktuellen Fall werden in jenen Räumen des von rund 1.000 Schülern besuchten Röntgen-Gymnasiums, in denen sich der betreffende Junge ständig aufhält, die Kruzifixe dauerhaft entfernt, in anderen werden sie nur für seine Unterrichtszeit abgehängt. Seit 1999 gab es in Bayern an vier Gymnasien, einer Realschule und zwei Volksschulen Streit wegen der Kreuze in Klassenzimmern.

Vertreter der beiden großen Kirchen bedauerten den jüngsten Vorgang. Die katholische Bistumsleitung und der Diözesanrat in Würzburg erklärten, selbstverständlich müssten Minderheitsmeinungen "im Maß des Möglichen" respektiert werden. Aber auch Andersdenkenden sollte Respekt gegenüber einem Symbol möglich sein, "das die Geschichte unserer fränkischen Heimat prägt und an Voraussetzungen unseres Lebens erinnert, die wir nicht selbst schaffen können – wie Erlösung, Liebe und Solidarität".

Ähnlich äußerte sich der evangelische Dekan Günter Breitenbach. Man könne auch von Kruzifixgegnern so viel Größe und Toleranz erwarten, das zu respektieren, was einer großen Mehrheit heilig sei. Es könne nicht angehen, dass Einzelne überall die Entfernung christlicher Symbole aus der Öffentlichkeit verlangen könnten.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6404>

Auf KATH.NET seit dem: 13. 11. 2003 08:55 Uhr

© www.kath.net

Die neue 'Allianz der Ungläubigen' gegen die katholische Kirche

Neben der Europäischen Humanistischen Federation ist die Pro-Abtreibungs-Organisation Planned Parenthood, Catholics for a Free Choice und Wir sind Kirche dabei.

Brüssel

(www.kath.net)

In Europa bildet sich eine neue Allianz der Ungläubigen. Als Zielobjekt von Attacks dient seit einiger Zeit der geplante Artikel 51 der zukünftigen EU-Verfassung, in dem festgestellt wird, dass die Union den Status achtet, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen. In einer Pressemeldung des Anti-Kirchen-Netzwerks, die unter anderem von Georges Liénard, dem Sekretär der Europäischen Föderation der Humanisten, unterzeichnet ist, scheinen auch zwei weitere illustre Persönlichkeiten auf: Neil Datta, Koordinator des weltweiten Pro-Abtreibungs-Netzwerks Planned Parenthood und Elfriede Harth, Vertreterin der Gruppe Catholics for a Free Choice (CFFC).

Letztere gilt als Bindeglied zwischen der Organisation und der Gruppe Wir sind Kirche. Dies wurde vor einiger Zeit auch von Christian Weisner von Wir sind Kirche gegenüber KATH.NET bestätigt. Wörtlich meinte Weisner: CFFC gehört wie 'Wir sind Kirche' zu den mehr als 300 Gruppen aus aller Welt, die zuletzt Anfang Oktober 2001 die Kirchenvolks-Synode (Schattensynode) vorbereitet und erfolgreich durchgeführt haben. Bei der Kampagne gegen den Kirchen-Artikel ist auch das Netzwerk Kirche im Aufbruch beteiligt, das 1991 gegründet wurde und in Deutschland von Kirche von unten bzw. Wir sind Kirche und in Österreich vom Kirchenvolksbegehren vertreten wird.

Dass das Kirchenvolksbegehren das Anliegen der Allianz gegen die Kirche unterstützt, hat vergangene Woche auch Ingrid Thurner von Wir sind Kirche gegenüber der österreichischen Presseagentur APA bestätigt. In einer Aussendung vom Dienstag dieser Woche bestätigt sie nochmals die Forderung nach der Streichung des Artikels 51.

Dokumentation über den Artikel 51 der geplanten EU-Verfassung:

Artikel I-51: Status der Kirchen und weltanschaulichen Gemeinschaften
(1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.
(2) Die Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.
(3) Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit ihnen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6402>

Auf KATH.NET seit dem: 13. 11. 2003 08:03 Uhr

© www.kath.net

'10 Gebote'-Richter wurde entlassen

Das Gericht stimmte für die Entlassung des Obersten Richters. Roy Moore bedauert nichts: Wir müssen die Heuchelei in diesem Land beenden.

Montgomery (www.kath.net / CWNews.com) Der Einsatz für die Zehn Gebote hat ihn seinen Posten gekostet: Roy Moore, der Vorsitzende des Obersten Gerichts im US-Bundesstaat Alabama, ist am Donnerstag entlassen worden. Er hatte nach seiner Wahl zum Obersten Richter vor zwei Jahren ein Monument, das die Zehn Gebote zeigte, in der Eingangshalle des Gerichtsgebäudes in Montgomery aufstellen lassen. Ein Streit entbrannte. Kritiker sahen die Trennung von Staat und Kirche gefährdet.

Der Richter weigerte sich jedoch, das zweieinhalb Tonnen schwere Monument entfernen zu lassen, woraufhin er suspendiert wurde. Am 27. August wurde das Monument aus dem Gerichtsgebäude entfernt. Das Gericht in Alabama urteilte am Donnerstag einstimmig, Moore habe gesetzeswidrig gehandelt.

Moore war im Jahr 2000 für eine sechsjährige Amtszeit als Höchstrichter gewählt worden. Gegenüber Reportern meinte Moore, er bedauere nichts. Er habe getan, was er tun musste. Wir müssen die Heuchelei in diesem Land beenden.

Nur einer von vier US-Amerikanern hatte den Beschluss des Bundesgerichts in Alabama unterstützt, der die Entfernung des Monuments mit den 10 Geboten aus dem Gerichtsgebäude der Hauptstadt Alabamas

vorschrieb. 77 Prozent der befragten US-Bürger lehnten den Beschluss ab, hatte eine Gallup-Umfrage ergeben.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=6414>

Auf KATH.NET seit dem: 14. 11. 2003 11:58 Uhr

© www.kath.net

Sie wollen Gottes

Ein Ehepaar Will seine Kinder nicht

FAZ 15.11.03,75

VOGELSBERGGKREIS. Sexualkunde in der Gesamtschule Grünberg. Die Sechstkläßler haben gerade die Geschichte von Martin gelesen; einem Jungen, der die Selbstbefriedigung entdeckt und dabei von seinen Eltern ertappt wird. Die Mädchen in der Klasse - nicht die Jungen - sollen Martin einen fiktiven Antwortbrief schreiben. Ob er wirklich blöd werde und keine Kinder mehr kriege vom Masturbieren, wie ihm das sein Vater erzählt habe.

Damaris Bauer ist eine von den Schülerinnen. Sie fühlt sich beschämt, verläßt den Unterricht. Den Zettel aber nimmt sie mit und zeigt ihn ihren Eltern. Für Michael und Sigrid Bauer ein Schock. „Zwangssexualisierung“ nennen sie das. Sie beschließen, Damaris und die Geschwister Rebecca, Samara, Tim und Lucas von der Schule zunehmen. Auf einen weiteren Beleg, wie bei ihren Kindern Keuschheit und Schamhaftigkeit verletzt und andere christliche Grundsätze untergraben würden, wollen die Bauers nicht warten. Fortan soll nur noch die Mutter Lehrerin sein und „Heimunterricht“ geben - nach amerikanischem Vorbild.

Das war im Juni 2001. Vier Monate später stellt das Schulamt in Gießen einen Strafantrag gegen Michael und Sigrid Bauer wegen Vernachlässigung der Schulpflicht. Die Eltern haben ihre fünf schulpflichtigen Kinder zwar mittlerweile auf der sogenannten Philadelphia-Schule in Siegen angemeldet. Doch ist dieser Verein, der seine Mitglieder mit Lehrbüchern und Lehrplänen versorgt, staatlich nicht anerkannt.

„Es ist unser Recht und unsere Pflicht, unsere Kinder von einer weltanschaulichen Prägung fernzuhalten, die mit unserem christlichen Glauben nicht vereinbar ist“, schreibt Michael Bauer daraufhin an das Schulamt und meint damit nicht nur die Sexualerziehung. Gewalt gegen Schüler und Lehrer werde in Kauf genommen, Rollenspiele beeinflussten die Kinder psychisch, und allein die Evolutionstheorie werde gelehrt, die biblische Schöpfungslehre dagegen als unwissenschaftlich verspottet.

Das Wort Gottes wollen die Eltern ehren und ihre Kinder zu verantwortungsvollen und lebensfähigen Menschen erziehen. „Das Beste, was wir unseren Kindern geben können“, versichert Michael Bauer dem Amtsgericht in Alsfeld im April 2003, „das geben wir ihnen.“ Der Richter glaubt ihm und spricht das angeklagte Ehepaar frei. „Wissentlich und wollentlich, aber dennoch nicht schuldhaft“ sei den Kindern die

Schulpflicht entzogen worden. Das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit wiegen schwerer. Eine Bestrafung sei daher nicht zulässig. So darf der „Heimunterricht“ vorerst weiter stattfinden. Damaris lernt, daß Gott Himmel und Erde erschaffen hat. Daß niemand wissen kann, wie alt die Welt wirklich ist. Und daß der Mensch nicht vom Affen abstammen kann - weil die Übergangsformen fehlen, von denen Darwin gesprochen hat. Sie lernt in einem alten Bauernhaus daheim in Gemünden-Ehringshausen. Vor sieben Jahren ist die Familie aus dem Hunsrück hierher gezogen. Ein schweigendes Dorf im Vogelsbergkreis, in dem die Hunde anschlagen, wenn sich Fremde auf den Schotterwegen verirrt haben.

Gleich mehrere Fahrzeuge parken vor dem Gehöft der Bauers. Der Hausherr hantiert an einem Land Rover. Michael Bauer, 37 Jahre alt und gelernter Automechaniker, ist selbständig. Einen „Service für Haus und Hof“ hat er gegründet. So hat er viel Zeit für die Familie, sagt er, freundlich und ernst, und betritt seine gute Stube.

„Hier muß noch viel gemacht werden“, entschuldigt sich Sigrid Bauer. Sie hat das kleine Klassenzimmer hergerichtet. Eine Gitarre lehnt an der Tür, Bibel- und Lutherverse schmücken die Wände, einen Computer gibt es und eine selbst gezeichnete Deutschlandkarte. „Eine Gemeinschaftsarbeit“, sagt die Mutter stolz und nimmt ihre jüngste Tochter Jessica auf den Arm. Acht gesunde Kinder hat die Fünfunddreißigjährige zur Welt gebracht. Nach dem siebten Kind kam der Landrat im Auftrag des Bundespräsidenten und hat einen Scheck überbracht. Aber zwei Kinder wollte sie noch, zehn insgesamt. „Warum ist das so ungewöhnlich? Kinder sind unsere Zukunft. Warum freuen sich die Menschen nicht darüber?“

Der Unterricht beginnt jeden Tag um 7.30 Uhr. Still und diszipliniert schlagen die Geschwister ihre Schulhefte auf. Einen gemeinsamen Stundenplan gibt es nicht. Rebecca, die Älteste, lernt ihr Lieblingsfach Englisch, Tim übt Mathe. Keine Tests, keine Prüfungen, kein Sitzenbleiben. Jeder lerne von jedem, die Kleineren aber besonders von den Größeren, sagt die Heimlehrerin. „Lernkontrollen mache ich schon. Aber nur, um zu gucken, ob der Stoff auch sitzt.“

Gleichmütig erzählt Sigrid Bauer, daß sie mit der Mittleren Reife die Schule verließ. Einen Beruf hat sie nicht erlernt. Auf einer Jugendfreizeit lernte sie ihren Mann kennen, und gemeinsam entschieden sie sich gegen Karriere und für Familie und Kinder, „viele Kinder!“ Daß die schlechtere Berufsaussichten haben könnten, glaubt sie nicht. Studien aus den Vereinigten Staaten, wo „Homeschooling“ legal ist und etwa 1,5 Millionen Kinder nach den Regeln bibeltreuer Christen unterrichtet werden, zeigten doch, daß die „Heimschüler“ nicht schlechter abschnitten als der Durchschnitt - oft sogar besser.

Ihre Anzahl in Deutschland ist übersichtlich. Aus religiösen Gründen, so schätzt Andreas Fincke von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, würden etwa 40 bis 80 Kinder nicht in den Unterricht geschickt. 150 Anmeldungen zählt dagegen Helmut Stücher, Gründer der deutschen Philadelphia-Schule, schon für seinen Verein. Darunter seien nicht nur gläubige Christen. „Die Probleme an deutschen Schulen häufen sich. In absehbarer Zeit werden sich viele Eltern für Privatunterricht entscheiden“, meint Stücher.

Vermissen die Kinder der Bauers ihr altes Schulumfeld nicht, ihre Mitschüler, die Lehrer? Nein, sagt Rebecca, die Sechzehnjährige, und lächelt schüchtern. „Meine Freundinnen sehe ich ja trotzdem.“ Ihr Vater nickt. Daß er sein Erziehungsrecht wahrnehme, bedeute ja nicht, daß er seine Kinder überbehüten oder von allen Gefahren abschotten wolle. Dann holt der kleine, aber aufrechte Mann mit dem schütterten Haar einen Aktenordner hervor. Seine Stimme verliert an Festigkeit, als er aus alten Schulbüchern seiner Kinder vorliest. Es mache ihn traurig, sagt der Vater, daß das Elternhaus an deutschen Schulen so oft negativ dargestellt werde. Immer unbegreiflicher werde ihm diese Gesellschaft: „Ist nicht die Familie der ideale Ort zur Erziehung und zum Lernen?“

Am 5. November 2003 erscheint die Familie wieder vor Gericht. Die Richterin folgt der Forderung der Staatsanwaltschaft: Sie hebt den Freispruch auf. „Staatliche Schule ist unausweichlich“, heißt es im Urteilsspruch, „wer die Kinder nicht auf die sie umgebende Gesellschaft vorbereitet, handelt verfehlt.“ Eine „unerlaubte Indoktrination“ der Kinder liege nicht vor. 400 Euro Geldbuße und eine Verwarnung: Sollten die Eheleute in den nächsten zwei Jahren wieder gegen das Schulgesetz verstoßen, kämen 800 Euro hinzu.

„Indem sie die Kinder in die Schule schicken, verletzen sie jedesmal Gottes Wort“, hatte die Rechtsanwältin der Familie gewarnt. Sie weiß: Die Bauers werden sich dem Urteil nicht beugen. In einer Stellungnahme zur Anklage hat Michael Bauer geschrieben: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

DANIEL STEINVORTH

Der Landtag und das Kreuz

Kreuz-Debatte in Österreich: Bischof Kurt Krenn wünscht sich ein Kreuz im Sitzungssaal des NÖ Landtags. Die ÖVP ist dafür, Ablehnung kommt von SPÖ und den Grünen.

St. Pölten (www.kath.net) Ein politischer Streit um das Kreuz ist in Niederösterreich ausgebrochen. Nicht die Schulklasse, sondern der Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtags ist Objekt der Auseinandersetzung, von der ORF Niederösterreich berichtete. Soll ein Kreuz in einer politischen Räumlichkeit hängen? Ja, sagt Diözesanbischof Kurt Krenn, der den Politikern ein Kruzifix für den Sitzungssaal als Geschenk anbot, wodurch die Debatte ausgelöst wurde. Nein, meint die Klubobfrau der Grünen, Madeleine Petrovic. Sie drohte, das Kreuz eigenhändig abzuhängen.

Die ÖVP will das Geschenk von Bischof Kurt Krenn annehmen. Es sei ein Symbol des christlichen Glaubens, erklärte Klubobmann Klaus Schneeberger: Was gibt es sinnvoller, als ein Kruzifix geschenkt zu bekommen? Auch die FPÖ sieht die Trennung von Staat und Kirche durch ein Kreuz im Landtag nicht gefährdet und hat nichts einzuwenden. Fraktionsobmann Thomas Ram meinte, das Kreuz sei Symbol unseres Kulturkreises. Gegen das Kreuz im Landtag sind SPÖ und Grüne. Die Trennung von Staat und

Kirche sei ein so wichtiges Prinzip, für das haben so viele Menschen Einsatz geleistet, dass wir es unbedingt beibehalten müssen, erklärte Madeleine Petrovic.

Ob das Kreuz aufgehängt werden darf, entscheidet Landtagspräsident Edmund Freibauer, der mit allen Fraktionen ein Einvernehmen herstellen muss. Landtagsdirektor Karl Lengheimer erklärte, das Problem sei eine Angelegenheit der Verwaltung des Landtages, gesetzlich gebe es keine Regelung, auch in der Verfassung sei diesbezüglich nichts festgeschrieben.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6454>

Auf KATH.NET seit dem: 20. 11. 2003 10:43 Uhr

© www.kath.net

Christliche Gottesdienste in Nordnigeria verboten

Zahlreiche Christen sind nach den jüngsten Übergriffen auf der Flucht. Aufgebrachte Muslime hatten zwölf Kirchen und zahlreiche Häuser in Brand gesetzt.

Kazaure (www.kath.net / idea) Im nordnigerianischen Bundesstaat Kano haben die Behörden nach den jüngsten Ausschreitungen zwischen Muslimen und Christen alle christlichen Gottesdienste verboten. Zu den Gewalttaten war es nach einer Auseinandersetzung an einer Schule in Kazaure gekommen. Aufgebrachte Muslime waren daraufhin durch die Stadt gezogen und hatten zwölf Kirchen und zahlreiche Geschäfte und Häuser von Christen in Brand gesetzt.

Es gab mehrere Verletzte. Viele Christen flohen daraufhin aus der Gegend. Seit der Einführung des islamischen Religionsgesetzes, der Scharia, in zwölf nordnigerianischen Bundesstaaten 1999 sind mehr als 5.000 Menschen bei religiösen Konflikten ums Leben gekommen. In Nigeria sind 52,6 Prozent der 112 Millionen Bürger Christen und 41 Prozent Muslime. Knapp sechs Prozent gehören Naturreligionen an.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6541>

Auf KATH.NET seit dem: 01. 12. 2003 16:40 Uhr

© www.kath.net

Vietnam:

Das Lebender Montagnard-Christen in Gefahr

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V. Nr. 6 Oktober 2003,3

Die christlichen Montagnards (Bergvölker auf dem zentralvietnamesischen Hochland) sind Opfer et- einer feind! ichen Re i gionspolitik der vietnamesischen kommunistischen Regierung. Tausende haben sich Anfang 2001 Demonstrationen gegen diese Politik angeschlossen, die mit brutaler Gewalt aufgelöst wurden. Hunderte Personen wurden geschlagen, verhaftet, gefoltert und zu hohen Haftstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt. Das ganze Gebiet ist bis heute hermetisch abgeriegelt, so daß westliche Diplomaten und Journalisten keinen Zugang haben. Inszenierte Besuche auf dem Hochland konnten den miserablen Zustand nicht verwischen: Polizisten wurden in die Häuser der aktiven Christen eingesetzt, „leben“ mit diesen Christen auf engem Raum und kontrollieren sie bis in die Intimspähre. Gottesdienste auch in familiären Rahmen wurden aufgelöst, Christen dazu gezwungen, ihren Glauben „freiwillig“ aufzugeben. Seit 2001 flohen mehrere Tausend Christen in das benachbarte Kambodscha, wo es seit 2002 keine Flüchtlingslager mehr unter dem Schutz des UN Flüchtlingshilfswerks für sie gibt. So müssen sie sich in den Wäldern versteckt halten, denn wenn die kambodschanische Polizei sie findet, werden sie gegen die Zahlung von Kopfgeldern an Vietnam ausgeliefert. Etliche Flüchtlinge sind an Hunger und wegen Mangels an Medikamenten gegen tropische Krankheiten gestorben.

Diakon A-En (1) in der Provinz Kontum beschreibt, wie die vietnamesische Polizei ihn wegen seiner religiösen Aktivitäten bestraft hat. In dieser Kruzifix-Haltung mußte er drei Stunden lang stehen. Als er es nicht mehr aushalten konnte, hat die Polizei ihn so brutal geschlagen, daß er sich nur auf allen Vieren nach Hause schleppen konnte. Wegen der Isolation lebt die Familie des Diakons A-En in absoluter Armut.

Die Familien der beiden Diakone A-Bret (l) und A-Bnut (r) in der Provinz Kontum stehen vor einer ungewissen Zukunft, nachdem die Familienoberhäupter von der vietnamesischen Polizei mißhandelt worden und untergetaucht waren.

Diese Menschen brauchen unsere Hilfe. Wir bitten Sie, unterstützen Sie unseren Pfarrerrfonds. Nur mutige Menschen gehen zu diesen isolierten Christen. Wir helfen den Pfarrern, die trotz aller Bedrängnis Wege finden, auch anderen, noch Bedürftigeren zu helfen. Mit einem Beitrag von 100 € für zwei Monate helfen wir, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Das Geld wird durch zuverlässige Boten direkt überbracht. Bitte helfen Sie diesen mutigen Menschen!

Kennwort: Pfarrerrfonds Vietnam (23)

Eine Provokation

Ein Beitrag von Florian Kolfhaus / DIE TAGESPOST zum Film 'The Passion of Christ' - Wenn 'The Passion' in die Kinos kommt, muß man Beichtstühle an den Ausgängen aufstellen

Eines der Kinoereignisse des Jahres: Mel Gibsons Darstellung des Leidens Christi ist mehr als ein Historienfilm. „The Passion of Christ“ ist Film gewordene Spiritualität. In den Vereinigten Staaten und in Kanda soll der Streifen am Aschermittwoch in die Kinos kommen. Wann „The Passion of Christ“ bei uns zu sehen sein wird, ist noch offen.

Bilder, zumal bewegte, üben eine faszinierende Kraft auf den modernen Menschen aus. Was dem geschriebenen Wort oft nicht mehr gelingt, das erreicht das Medium Film: Es bannt den Blick des Zuschauers auf die Leinwand, fesselt seine Aufmerksamkeit und trifft sein Gemüt. Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn tragische Szenen dem Publikum im dunklen Kinosaal Tränen in die Augenwinkel steigen oder atemberaubende Stunts sie hörbar aufstöhnen lassen. Doch so rasch wie ein Bild auf das andere folgt, so schnell klingen auch diese emotionalen Regungen ab. Fällt der Vorhang und wird das Licht eingeschaltet, so drängen sich die vor kurzem noch ergriffenen Kinobesucher schon an den Ausgängen, um sich anderen Zerstreuungen zuzuwenden.

Es gibt wenige Filme, die mehr sind als eine kurzweilige Unterhaltung; wenige Filme, die ihre Zuschauer verändern. Einer von ihnen ist Mel Gibsons Film „The Passion“ – ein cinematographisches Meisterwerk über die letzten 24 Stunden im Leben Jesu.

„Der Zuschauer taucht ein in das Leiden und Sterben Jesu. Nicht als Beobachter, als Teilnehmer“

Der Autor dieses Beitrags hatte unlängst das Glück, mit befreundeten Journalisten eine Vorführung von „The Passion“ in Rom zu besuchen. Wie bei anderen Kinofilmen hatten wir gebannt auf die Leinwand geblickt, waren fasziniert und bewegt, erschüttert und gerührt, aber erst am Ende der Vorführung wurde uns allen deutlich, dass dieser Film anders war als die bisherigen, die wir gesehen hatten – ergriffen blieben wir fast 15 Minuten unbewegt auf unseren Sitzen, unfähig ein Wort zu sagen, geschweige denn zu applaudieren. Der Kinosaal erschien uns unwirklich; die Realität war das, was in beinahe zwei Stunden an unseren Augen vorbeigezogen war.

So wie Meeresforscher in einer Tauchglocke auf dem Grund des Ozeans auf einmal in eine faszinierende Welt eintreten, die sie bisher nur aus Büchern und Vorträgen kannten, und selbst ein Teil davon werden, so lässt „The Passion“ den Zuschauer eintauchen in das Leben, Leiden und Sterben Jesu. Er ist nicht mehr Beobachter, sondern Teilnehmer. Die Tatsache, dass die Darsteller nur Aramäisch und Latein sprechen, vermittelt den Eindruck, gleichsam in einer Zeitmaschine inmitten jener Ereignisse versetzt zu werden, von denen die Heilige Schrift uns als dem zentralen Geschehen unserer Erlösung berichtet.

Die Kameraführung, die stets so dicht wie möglich auf die Darsteller hält, und den Zuschauer niemals durch einen Schwenk von den brutalen Szenen der Folterung erlöst, tut das ihre, um den Eindruck zu vermitteln, selbst dabei zu sein: im Garten Gethsemane, im Hof des Hohenpriesters, auf der via dolorosa und schließlich unter dem Kreuz auf Golgotha. Mag der areligiöse Zuschauer lediglich von dieser unvermittelten Nähe der historischen Handlung fasziniert sein, so erschüttert es den gläubigen Beobachter, weil er erkennen muss, dass er selbst Teilnehmer der Passion ist und Verantwortung trägt für das Schicksal Jesu.

„The Passion“ ist mehr als ein aufwändiger Historienstreifen à la Hollywood, er ist auf die Leinwand gebannte Meditation, Film gewordene Spiritualität. Er will das Drama der Erlösung darstellen, das Jesus für jeden Einzelnen durchleiden wollte. Christus hat ja nicht eine anonyme Masse erlöst, sondern jedes menschliche Individuum, wann immer es gelebt haben mag. Mel Gibsons Film gelingt es, die geschichtlichen Ereignisse der Hinrichtung eines galiläischen Propheten so darzustellen, dass ihr übernatürlicher und universaler Charakter deutlich wird: Es ist der Sohn Gottes, der hier leidet und stirbt, damit ich lebe!

Dieses Drama der Erlösung beginnt mit dem Leiden Christi am Ölberg, mit seiner Angst und Verlassenheit. Seine Freunde schlafen einen Steinwurf weit entfernt, der Vater im Himmel scheint seine Bitten nicht zu hören, er ist allein – nur der Teufel, Mel Gibsons Film stellt ihn in der Gestalt einer Frau dar, steht an seiner Seite, um ihm zuzuflüstern, dass die Rettung der Menschheit allzu schwer sei für einen einzigen; ein sinn- und hoffnungsloses Unterfangen. Christus bricht zusammen – voller Angst, Verzweiflung, Verlassenheit – die lächelnde Dame an seiner Seite aber lässt eine Schlange ihrem Ärmel entgleiten, die sich zu Jesus schlängelt.

Begann nicht die Unheilsgeschichte der Menschheit in einem Garten? Adam, Eva, die Schlange? – Mit überraschender Spannkraft richtet sich Jesus auf und zertritt ihr den Kopf, und in diesem Moment dringen die Soldaten in den Garten Gethsemane ein. Das Drama der Erlösung beginnt, die Akteure sind vorgestellt. Nein, noch nicht alle: Die Kamera zeigt die Mutter Jesu, an seiner Seite die Hauptperson der Passion, und Maria von Magdala in einem kleinen schwach erleuchteten Zimmer, die Fragen wiederholend, die traditionellerweise beim Paschamahl gestellt werden, jetzt aber – genau in diesen Stunden – ihre eigentliche Aktualität erlangen: „Warum ist diese Nacht anders als alle anderen Nächte? Wir waren einst Sklaven, jetzt aber sind wir frei!“

„Der Film will deutlich machen, dass die Liebe, die sich in Leid und Tod bewiesen hat, gegenwärtig ist“ Immer wieder wird die Darstellung des Leidens Christi von Szenenwechseln unterbrochen. Der Zuschauer ersehnt sie förmlich, weil die Darstellung der Folter allzu grausam, allzu schonungslos und brutal ist. Aber gerade die Rückblicke in die Kindheit Jesu lassen die Passion Jesu noch schrecklicher erscheinen.

So wankt Jesus etwa unter dem Kreuz und stürzt, Maria eilt herbei und erinnert sich, wie ihr Sohn als Kind gefallen ist und sie ihn sofort in ihre Arme genommen hat; hier aber, auf der via dolorosa, kann sie nicht helfen! Es sind nicht so sehr die blutigen Folterszenen, die das Herz des Zuschauers ergreifen, sondern die zärtliche Liebe, die im Kontrast zu dem Hass der Soldaten und der Gleichgültigkeit der Menge, buchstäblich zu Tränen rührt. Das Weinen eines Petrus, der nach dem Verrat es nicht zulässt, dass Maria ihn in die Arme nimmt, um zu vergeben: „Mutter geh weg von mir, ich bin nicht würdig!“. Das zarte Mitgefühl der frommen Frauen, die nach der Geißelung, als die Soldaten und der gaffende Pöbel den Platz verlassen, niederknien, um das Blut Jesu aufzuwischen; der innere Wandel eines Simon von Zyrene, der erst widerwillig Jesus das Kreuz tragen hilft, dann aber ihn selbst stützt und ihm zuflüstert: „Es ist nicht mehr weit! Gleich sind wir da!“ – Das ist es, was den Zuschauer ergreift und Tränen in die Augen treibt.

Mit großer Sensibilität gelingt es zu zeigen, wie in der Passion Christi Hass und Liebe, Brutalität und Zärtlichkeit, grausamer Spott und mitfühlender Trost ineinander verwoben sind. Als Jesus unter der Last des Kreuzes schwankend den Weg nach Golgotha hinaufsteigt, gehen hinter den die Menge zurückdrängenden Soldaten zwei Frauen mit – die eine links, die andere rechts von ihm. Während Maria mitleidend, doch ohnmächtig zu trösten ihren Sohn begleitet, folgt ihm auf der anderen Seite die Teufelin, sanft lächelnd und ein Kind auf dem Arm tragend, so als ob sie spottend sagen wollte: „Mein Kind lebt, deines aber stirbt!“ – Zwischen diesen beiden Extremen, mütterliche Liebe und teuflischer Hass, bewegt sich der ganze Film und bewegt damit die Herzen seiner Zuschauer.

„The Passion“ erzählt nicht nur Geschichte. Es ist ein Film, der Gegenwart werden lässt, was Christus aus Liebe zu uns getan hat und der deutlich machen will, dass diese göttliche Liebe, die sich in Leid und Tod bewiesen hat, niemals zu einem nur historischen Faktum und damit zur bloßen Erinnerung werden kann. Als die Soldaten auf Golgotha Jesus die Kleider vom Leibe reißen, blendet der Film eine Szene des letzten Abendmahls ein: Das Tuch, das den Korb mit den Fladenbroten bedeckte, wird weggehoben. Wer denkt da nicht unwillkürlich auch an den Beginn der eucharistischen Gabenbereitung, wenn das Kelchvelum weggenommen wird. Das Opfer beginnt.

Immer wieder unterbrechen Bilder des letzten Abendmahls die furchtbare Darstellung der Kreuzigung und erinnern daran, dass Jesus in der Nacht, in der er verraten wurde, auf geheimnisvolle Weise vorweggenommen hat, was sich in blutiger Realität auf Golgotha ereignete. Und der katholische Zuschauer weiß: Dieses Opfer dauert fort in der heiligen Messe.

Mel Gibsons Film ist eine Provokation – auf vielerlei Weise! Den Zuschauer, der dem Christentum fernsteht, fordern die brutalen Bilder, die das Leiden eines Unschuldigen zeigen, zum Mitgefühl heraus, dem sich keiner verschließen kann, der menschlich und empfindsam geblieben ist: „Ecce homo!“

Den gläubigen Christen aber jagt der Film wie Blitze immer wieder einen einzigen Gedanken durch den Kopf, der wesentlich provozierender und herausfordernder ist: „Ich wars – Ja, mein Gott, ich wars!“

„Wenn ‚The Passion‘ in die Kinos kommt, muss man Beichtstühle an den Ausgängen aufstellen“

„The Passion“ ist ein drastisches „Ecce homo“, das dem Gläubigen vor Augen stellt, was seine Sünden, seine Gleichgültigkeit und seine Halbheit angerichtet haben. Nicht den römischen Soldaten und nicht den jüdischen Hohenpriestern, weder Pontius Pilatus, noch Herodes, weder der hasserfüllten Menge auf den Straßen, noch den feigen Freunden Jesu in ihren Verstecken kann die Schuld an seinem Tod zugeschrieben werden – ich wars! Sicherlich, diese waren die Akteure in dem historischen Geschehen der Verurteilung und Hinrichtung Christi, ich aber, und das will Mel Gibsonss Film zeigen, ich aber bin Täter im überzeitlichen Drama der Erlösung. Das ist die eigentliche Provokation des Films, das Schockierende und Erschreckende, das jeden, der mit den Augen des Glaubens „The Passion“ sieht, am Sitz fesselt, schweigen lässt und nachdenklich macht.

Ich kann die italienische Journalistin gut verstehen, die mir beim Verlassen des Vorführsaales betroffen zugeflüstert hat: „Wenn ‚The Passion‘ in die Kinos kommt, muß man Beichtstühle an den Ausgängen aufstellen.“

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6738>

Auf KATH.NET seit dem: 03. 01. 2004 18:18 Uhr

© www.kath.net

Die Abschaffung des Menschen

Von C. S. Lewis

Das Ernsteste wohl, das Lewis je verfasst hat

In diesen drei kurzen Vorträgen gelingt dem Verfasser ein gewaltiges Crescendo. Ausgehend von einem scheinbar harmlosen Geplänkel: der Erhebung eines ungereimten Ausdrucks in einem Schulbuch für die Oberstufe, demaskiert er die dahinterliegende grundverkehrte Weltanschauung, die jeden objektiven Wert leugnet; dies führt zur Entfaltung der großen Alternative von Anerkennung oder Verwerfung dessen, was er das «Tao» nennt (die für die Welt samt dem Menschen geltende Wertordnung) und endet mit einer apokalyptischen Beschreibung des Augenblicks, da der Mensch auch seine eigene Natur zum Material seiner Manipulation degradiert und damit notwendig von der Humanität in die Bestialität absinken wird. Das Ernsteste wohl, das Lewis je verfasst hat.

C.S. Lewis

Die Abschaffung des Menschen
Übertragen von Hans Urs von Balthasar
Vorwort von Hans Urs von Balthasar
103 Seiten, kartoniert

Euro 7.50; SFr. 13.50

Das Buch kann direkt bei KATH.NET in Zusammenarbeit mit der Buchhandlung CHRIST-MEDIA (Auslieferung Österreich und Deutschland) und der Buchhandlung Immanuel (Auslieferung Schweiz) bestellt werden. Es werden die anteiligen Portokosten dazugerechnet. Die Bestellungen werden in den jeweiligen Ländern (A, D, CH) aufgegeben, dadurch nur Inlandportokosten.

Für Bestellungen aus Österreich und Deutschland: buch@kath.net

Für Bestellungen aus der Schweiz: buch-schweiz@kath.net

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=6739>

Auf KATH.NET seit dem: 04. 01. 2004 11:51 Uhr

© www.kath.net

Vietnam: Christen einschüchtern und quälen

Vorweihnachtliche Rituale vietnamesischer Sicherheitskräfte

IGFM - Internationale Gesellschaft für

Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Nr. 1

Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main Januar / Februar 2004

S.2

In den letzten 6 Jahren wurden die Weihnachtsfeiern der H;Mong- und der Montagnard-Christen, ethnische Volksgruppen in Vietnam, systematisch gestört. Es herrscht Verzweiflung. Eine Weihnachtsfeier gilt als Versammlung, und diese sind für die Volksgruppen verboten worden.

Die Arbeitsgruppe 184, benannt nach einem im Jahre 2001 geschaffenen Gesetz „zur Einstellung der Missionierung und zur Verhinderung der Verbreitung des evangelischen Glaubens“ in Vietnam - der IGFM als Geheimplan 184 B bekannt - macht ernst: Wenn die evangelischen Aktivitäten bis Ende 2002 nicht beseitigt werden können - so das Vorhaben - werden die protestantischen Christen unter den ethnischen Minderheiten ab 2004 in die Wälder gedrängt.

Von Dorf zu Dorf ziehen Vertreter der vietnamesischen Volkskomitees, Polizei und Armee. Familienoberhäupter sollen eine vorgefertigte Erklärung für die ganze Familie unterschreiben, in dem sie dem „verräterischen, von US Imperialisten eingeführten und illegalen Glauben“ abschwören. Ferner müssen sie versprechen, zu den animistischen Bräuchen zurückzukehren. Wer nicht unterschreiben will, wird von staatlichen Hilfsleistungen ausgeschlossen. Seine Kinder müssen die Schule verlassen. Die Verweigerer werden regelmäßig zur Polizei zitiert, in Gewahrsam genommen, unter Hausarrest gestellt, geschlagen, in manchen Fällen vergewaltigt.

Die Verfolgung von Christen in der Weihnachtszeit wurde zu einem Ritual der Sicherheitskräfte. Bereits Anfang Dezember meldeten die Christen Repressionen. Viele suchten inzwischen den Weg in die Wälder oder nach Kambodscha. Auf der Flucht verhaftet, müssen sie mit hohen Hafturteilen, Folter und langem Hausarrest rechnen.

In der Zeit zwischen dem 5. und dem 14. Dezember berichteten die Montagnards in Zentralvietnam von brutalen Übergriffen und Verhaftungen durch die Polizei. Mitte Dezember wurde bekannt, daß die Hauskirchen in vier Dörfern der Tong Kommune in der Provinz Lai Chau zerstört wurden. In der Provinz Gia Lai wurde ein Kind am 14.12. in der Öffentlichkeit bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, weil es seinen untergetauchten Vater nicht verraten wollte. In Gia Lai wurden die Christen Nih und So verhaftet, geschlagen, getreten und mit Elektroschock gefoltert. Anschließend wurde Nih niedergestochen; sein Leichnam wurde mit offener Brust zur Schau gestellt.

Einige mutige Pfarrer lassen ihre Gemeinde nicht allein und begleiten sie durch die Wälder; sie geben Beistand und helfen beim Neuanfang. Die IGFM hält über vertrauenswürdige Kuriere Kontakt zu diesen mutigen Pfarrern und deren Familienangehörigen. Um sie nicht zu gefährden, bringen wir überschaubare Beträge (100 € für eine Familie für zwei Monate) in unregelmäßigen Abständen, aber doch genug, um ein Gemeindeleben zu ermöglichen und Armen zu helfen. Bitte bedenken Sie, nicht nur die evangelischen Christen sind in Not; auch die Katholiken brauchen unsere Unterstützung. Die Menschen sind zu arm, als daß wir sie jetzt allein lassen dürfen. Bitte helfen Sie.

ALLTAG DER MONTAGNARDS

Die Brutalität der vietnamesischen Behörden wird in dem folgenden Bericht dokumentiert. „Am 11. September 2003 gingen zwei Cöng An (Polizisten) in das Dorf Plei Krec, Kommune K Dang, Distrikt Dak Doa, Provinz Gia Lai, um die Männer Yak (geh. 1962), Pom (geh. 1975) und Kren (geb. 1968) zu verhaften. In der Polizeistation des Distrikts Dak Doa wurden die Männer bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen und getreten, weil sie sich zum Christentum bekannten. Nach zwei Tagen Folterung brachte die Polizei die Männer in ihr Dorf zurück. Die Opfer konnten vor Schmerzen weder stehen noch laufen. So gingen die Dorfbewohner aus Krec zusammen zur Kommunenverwaltung, um gegen den Vorfall zu protestieren. Erst aufgrund dieses Protestes haben Beamte der Kommunenverwaltung die drei Männer im Gesundheitszentrum der Kommune behandeln lassen.“

Massive Menschenrechtsverletzungen und Christenverfolgung in Bhutan

Internationale Nicht- Regierungsorganisationen werfen dem Land ethnische Säuberungen vor.

Thiumpu ([zenit](#) / RNA) Dass auch der im Westen gerne als besonders friedliche Religion dargestellte Buddhismus einen menschenverachtenden Umgang mit Christen betreiben kann, zeigt der Himalaya-Staat Bhutan: Heute ist dort laut kirchlichen Quellen jede öffentliche Versammlung einer anderen Religion gesetzlich verboten und wird verfolgt. Dem Land werden auch ethnische Säuberungsaktionen vorgeworfen. In Bhutan sei es Christen bei schwerer Strafe verboten, öffentliche Gottesdienste zu feiern oder ihren Glauben anderweitig zu praktizieren, beklagt der römisch-katholische Bischof Stephen Lepcha von Darjeeling (Indien), zu dessen Diözese Bhutan kirchenrechtlich gehört. Der buddhistische Staat zwischen Indien und China garantiere seinen Bürgern kein Recht auf Religionsfreiheit, meldet auch der vatikanische Missions-Nachrichtendienst Fides.

Schätzungsweise 65 000 Christen würden in dem im Himalaja gelegenen Kleinstaat terrorisiert und bedroht. Wer kein Buddhist sei, werde seit längerer Zeit politisch und sozial diskriminiert. Bis Mitte der Sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war das Land des Donnerdrachens (Bhutan) für jegliche christliche Mission vollkommen verschlossen. Erst 1963 kamen die Jesuiten und 1965 die Salesianer auf Einladung in das Land, um dort im Bildungswesen tätig zu sein.

Nachdem sich in den folgenden 25 Jahren die Lage der Christen geringfügig entspannt hatte und die wenigen, meist aus Indien stammenden Christen unterschiedlicher Konfessionen mehr Menschen zum christlichen Glauben führen konnten, folgten neue Beschränkungen. Einheimische Christen verloren ihre Arbeit. Es wurde die Überwachung aller christlichen Hausversammlungen angeordnet. 1982 wurden die Salesianer des Proselytismus beschuldigt und ausgewiesen.

Besondere Schikanen für Christen melden Menschenrechtsorganisationen seit Ende der neunziger Jahre. So würden kirchliche Versammlungsräume immer wieder von Polizisten gestürmt und die Namen der Gläubigen erfasst. Mehrere evangelische Pfarrer seien verhaftet und mit langen Gefängnisstrafen bedroht worden. Der Nachrichtenagentur Fides zufolge ist derzeit im Land eine sehr harte Verfolgung im Gange. Von den Christen werde verlangt, abzuschwören oder das Land zu verlassen. Religionsfreiheit existiere nicht mehr. In einigen Städten könnten sich die Christen ihres Glaubens wegen nicht mehr versammeln. Sie werden in ihrer Arbeit nicht befördert, grundlos gekündigt und aus dem Land vertrieben.

Die Zahlen des Himalaja-Staates über Einwohner und Religionszugehörigkeit schwanken, je nach Quelle, zwischen 800 000 und rund zwei Millionen Einwohnern. Etwa 72 Prozent bekennen sich zum Buddhismus, 23 Prozent zum Hinduismus, vier Prozent zum Islam. Christen bilden eine Minderheit von knapp 0,5 Prozent. Bhutan gehörte lange Zeit zu den abgeschiedensten und von den Einflüssen der modernen Zeit am wenigsten berührten Ländern der Welt. Dieser Isolationismus wurde mit der Furcht vor einem Souveränitätsverlust an die beiden mächtigen Nachbarn Indien und China, aber auch mit der Bewahrung der jahrhundertealten Kultur und dem Schutz der Natur des Landes begründet. Internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und humanitäre Werke üben seit Jahren harte Kritik an Bhutans Umgang mit seinen Minderheiten und werfen dem Land massive Menschenrechtsverletzungen, unter anderem auch ethnische Säuberungen, vor.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7002>

Auf KATH.NET seit dem: 13. 02. 2004 09:40 Uhr
© www.kath.net

Indien: Fanatische Hindus attackierten Christen

Fundamentalistische Hindus wollten elf christliche Familien brutal zur Konversion zwingen.

Neu Delhi ([www.kath.net](#) / [CWNews.com](#)) Gewaltsam drangen letzte Woche 36 fundamentalistische Hindus in die Häuser elf christlicher Familien in einem abgelegenen Dorf im Osten Indiens ein: Die Familien sollten sich einer „Bekehrungs“-Zeremonie unterziehen. Sieben Frauen wurden von der Gruppe Hindus ausgezogen, misshandelt und kahl geschoren, weil sie ihren christlichen Glauben nicht aufgaben. Auch zwei christliche Männer wurden geschlagen und mit Kuhdung beschmutzt, weil sie nicht zum hinduistischen Glauben zurückkehren wollten. Die Polizei nahm gestern im östlichen Bundesstaat Orissa zwei Männer fest, die in Verbindung mit diesen Übergriffen stehen.

Das „Global Council of Indian Christians“ (GCIC) hat von ähnlichen Angriffen auf Christen berichtet, die sich in der Region Orissa in der Vergangenheit häuften. Auch zahlreiche Bibelverbrennungen durch fanatische Hindugruppen sind dem GCIC bekannt. Sajan K. George, ein Sprecher der GCIC, sagte gegenüber

CWNews, dass der evangelische Pastor Rev. Subhas Samai die Angriffe der Polizei meldete. Kurz darauf wurde der Pastor selbst Opfer eines brutalen Angriffs. Die Täter forderten auch von ihm, seinen Glauben öffentlich zu „verraten“.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=7033>

Auf KATH.NET seit dem: 18. 02. 2004 13:16 Uhr
© www.kath.net

INRI-Live

(Tatsachenberichte!)

Er-Lebnis-Bericht

/

07.03

n.

Chr.

„DEM DEUTSCHEN VOLKE“

Gelobt sei der König aller Obrigkeiten und der Herr der Herrscharen – Jesus der Christus, Amen ! (Psalm 82)

03.07.03 – ca. 8.45 wartend auf den Einlass in den Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Zum drittenmal im Vertrauen auf unserem Herrn und Gott im Reichstag, mit der Hoffnung, dass Heute mehr Vertreter der Deutschen Obrigkeit zu gegen sind. Beim erstenmal wurde die Sitzung wegen einer Europasitzung abgesagt und beim zweitenmal war gähnende Leere im hohem Haus, außer ein Zeitung lesender Retzo Schlauch war anwesend. Auf dem Bildschirm der Saaldiener stand das Programm für den heutigen Tag:
9.00 Regierungserklärung... Halleluja, Gott unser Vater macht Termine!
8.55 Einlass in den Plenarsaal, in die Zuschauerabteilungen.
Alle hohen Vertreter dieses Landes waren vertreten und warteten auf die Regierungserklärung des Deutschen Bundeskanzlers zu seinen Reformen, der sozialen Gerechtigkeit...aber auf den Zuschauerrängen saßen zwei Kinder Gottes und warteten ebenfalls..., jedoch nicht auf den Kanzler und seine Botschaft, sondern auf den Moment in der sie die Botschaft, die ihnen der Herr auf's Herz gelegt hat ausrufen sollen – ganz im Vertrauen auf den lebendigen Gott, dem Schöpfer von Himmel und Erde!

Kurz nach 9.00 der Kanzler beginnt mit seiner Regierungserklärung, fordert vom italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi eine Entschuldigung für seine Äußerung im Europaparlament und stellt anschließend seine Regierung als Guttäter da, weil diese die Steuersenkung um ein Jahr vorziehen will u.s.w....

9.17 Meinem Bruder, dem dicken Schaf steht der Schweiß auf der Stirn und sein ganzer Körper pulsiert durch seinen Herzschlag, er tippt mich an und sagt, dass es nun an der Zeit wäre, stand auf, ging bis zum Geländer, warf ca. 25 „Flugblätter“ in den Sitzungssaal und rief dabei dem Kanzler zu: „Gerhard, lass dich warnen, ihr bringt ein Kind pro Minute in diesem Land um, tut Buße und lest die Bibel, Sodom und Gomorra...“ Halleluja, was für ein herrlicher Gott, der Menschen so frei macht, dass er sie als unnütze Knechte dazu gebraucht, um jeden Menschen, ohne Ansehen der Personen, vor seinen Irrwegen zu warnen, auch diejenigen, die dann auch sehr schnell an dem dicken Schaf dran waren, um ihn aus den Zuschauerrängen zu entfernen, nicht ganz ohne Gewalt. Und genau in diesen Momenten erlebt man die Gegenwart unseres Herrn Jesu Christi. Als fünf Bundestagspolizisten und zwei Saaldiener den Bruder mit einem Würgegriff zu Boden ringten, durfte der Bruder weiterhin rufen, warnen, einladen ohne auch nur einen Moment einen Gedanken des Hasses wider diese Beamten zu haben, ganz im Gegenteil... hier wird die Lammesgesinnung offenbar - Halleluja! Nachdem nun das dicke Schaf entfernt worden war fuhr der Kanzler mit einem Scherz über diese Ermahnung hinweg und brachte seine Regierungserklärung zu ende.

So folgte nun die Erwiderung der Opposition zur Regierungserklärung durch Angelika Merkel, anschließend kam dann Herr Müntefering zu Wort.

In dieser Zeit saß nun noch ein zweites Schaf mitten unter Wölfen im Zuschauerraum und hatte nun auch noch reichlich innere Anfechtungen, wie z.B.: Ist doch schon alles gesagt... Du kommst nicht mal bis zum Geländer... steh doch auf und geh nach Hause... hat doch eh kein Zweck u.s.w... Dem Herrn sei Dank haben diese Anfechtungen aber auch ein Ende gehabt, auch und besonders durch die Gebete von Geschwistern, denn schließlich geht es darum, unserem Herrn und Gott die Ehre zu geben, es ist ein Zeugnis vor der sichtbaren aber vor allem vor der unsichtbaren Welt. Im Nachhinein stellte sich auch heraus, dass die Beamten wussten, dass noch ein zweiter Besucher in dieser Gesinnung da sein musste, da ja die Eintrittskarten zusammen bestellt worden waren auf den Namen des dicken Schafes. Sie wussten halt nur nicht, wer es ist. Ohne dies zu wissen, legte der Herr diesem Schaf auf's Herz etwas schneller zum Geländer zu gehen.

Der Moment kam näher, dadurch zu erkennen, dass der Puls schlagartig kräftiger wird und die innere Temperatur anfängt zu steigen, so wie bei einem Hochdruckkessel. Um so befreiender ist es dann auch, wenn man das, was der Herr einem auf's Herz legt, dem Mund überlaufen lässt. Als Herr Müntefering noch sprach wurde der Zeitpunkt nach knapp einer Stunde ausharren klar.

10.17 Der Applaus für die Rede Münteferings lies nach und Herr Guido Westerwelle machte sich auf den Weg an's Podium. Nun darf der zweite Bruder aufstehen, schnellen Schrittes zum Geländer laufen, auch ca. 25 „Flugblätter“ in den Sitzungssaal werfen und freimütig der gesamten Obrigkeit zurufen, die nun gezwungener Maßen zuhören musste:

„Ihr lasst im Namen des Volkes 160000 Kinder in einem Jahr in Berlin und Brandenburg töten, pro Minute ein Kind in Deutschland, lasst euch warnen, kehrt um ,tut Buße und lest die Bibel, es ist ein Falscher Frieden...“

In der Zeit des Rufens kletterte inzwischen nun auch schon ein Beamter an diesem Bruder herum, um diesen von dem Geländer zu lösen und daran zu hindern weiterhin diesen Liebesruf loszuwerden, was ihm auch gelang als Verstärkung dazukam. Vorbelastet durch das erste Zeugnis waren die Beamten nun sehr energisch bemüht diesen Bruder mit Handschellen und großer Entschlossenheit abzuführen. Und auch hier erwies sich der Herr als ein lebendiger Gott, der zu seinem Wort steht, da es wie beim ersten Bruder keine körperliche Gewalt als Widerstand gab, nicht mal ein Gedanke des Hasses gegen diese Beamten, sondern ein ständiges Einladen, Warnen, Verkünden der frohmachenden Botschaft vom Reiche Gottes! Halleluja!

Anschließend wurde dieser Bruder, wie der andere zuvor auch, verhört. Nun ergaben sich noch wunderbare Gespräche mit den Beamten, welche im Kern auch als Aussagen schriftlich festgehalten wurden. Die Aussagen, so stellte es sich beim Betrachten danach heraus, waren ohne Absprache fast wörtlich „einstimmig“ – ganz nach dem Wort des Herrn: „...ein Herr, einerlei Meinung, einerlei Sinn, ein Glaube, eine Taufe... Halleluja ! (Phil.1,27 / Eph. 4,4 / 1.Kor.1,10)

Und diese Aussagen fassen auch den Beweggrund dieses Zeugnisses zusammen. Es geht nicht darum, wie es in den Zeitungen fälschlicher Weise geschrieben und in den Nachrichten verbreitet wurde, die Regierung zu beschimpfen, sondern Gott, die Liebe in Person ist der Antrieb, Wahrheit mit meinen Nächsten zu reden – ohne Ansehen der Person !

Und da diese Obrigkeit nun wahrlich, offensichtlich sich nicht nach dem Wort Gottes ausrichtet (Kindstötung im Mutterleib, schwule Bürgermeister...) müsste doch einem jeglichen Kind Gottes der Mund übergehen um diese Menschen zu warnen, da diese auf dem breiten Weg der Verdammnis sind, um sie einzuladen, und dazu gehört nun auch einmal die klare Diagnose, die zwar messerscharf und knallhart ist, aber auch dazu dient, dass mein Gegenüber weiß, woran er ist, um dann schließlich zum Heilmittel, der Buße zu kommen denn : „So sind wir nun Botschafter an Christi Statt, denn Gott vermahnt durch uns; so bitten wir nun an Christi Statt: Lasset euch versöhnen mit Gott...und zwar hat Gott die Zeit der Unwissenheit übersehen; nun aber gebietet er allen Menschen an allen Enden Buße zu tun...“ (2.Kor.5,20 / Apg 17,30)

In dieser Gesinnung segnen wir alle Beteiligten, die Obrigkeit und besonders die Beamten und hoffen, dass alle zur Erkenntnis der Wahrheit kommen, in Jesu Namen Amen.

Die Brüder in Christo

'Bibel und Bomben'

Wie im deutschen Dokumentationskanal „Phoenix“ Christen diffamiert wurden - Ein Kommentar von Rainer Dick

Die Bürgerrechtlerin und CDU-Politikerin Vera Lengsfeld hat kürzlich beklagt, daß die Meinungsvielfalt in unserem Land immer mehr eingeschränkt wird. Das geschieht ihrer Meinung nach nicht durch restriktive Gesetze, sondern durch die Meinungshoheit einer bestimmten politischen Kaste: Andere Meinungen werden verunglimpft, verdächtigt und öffentlich niedergebügelt. Ich will hier nicht entscheiden, ob sie recht hat. Nur drängen sich mir, der ich Jahrzehnte das Meinungsmonopol der SED aus nächster Nähe erlebt habe, manche beängstigenden Parallelen des Wortmißbrauchs auf.

Fatales Beispiel einer Mischung von Demagogie, Zynismus, Christenhaß und Antiamerikanismus lieferte am 3. März der Fernsehsender Phoenix, der Dokumentationskanal von ARD und ZDF, in der Sendung „Die

neuen Kreuzritter“. Es ging um den sogenannten Bibel-Gürtel der USA. Die Tendenz war unüberhörbar: Schlecht und gefährlich sind Christen, die die Bibel ernst nehmen, wie George W. Bush, Christen, die in islamischen Ländern missionieren wollen („Kann man die armen Leute nicht endlich in Ruhe lassen?“), volle Kirchen, weil sich dort Fundamentalisten sammeln, und geordnete Familienverhältnisse, weil das konservativ ist. Dumm und gefährlich sind zudem Nationalstolz, Zweifel an der Evolutionstheorie und die Unterstützung des Irak-Krieges („Bibel und Bomben“).

Nun kann man gewiß die amerikanische Politik kritisieren. Sicher ist auch vieles an amerikanischem Sendungsbewußtsein zu hinterfragen. Und schon gar nicht sind amerikanische Christen das allgemein gültige Ideal. Was aber hier dem Zuschauer zugemutet wurde, das war unterste Schublade, einfach häßlich, vom Haß gestaltet. Dagegen müssen Christen das Zeugnis der Wahrheit setzen und mit dem Kirchenlieddichter Johannes Heermann (1585-1647) bitten: „Hilf, daß ich rede stets, womit ich kann bestehen; laß kein unnützlich Wort aus meinem Munde gehen; und wenn in meinem Amt ich reden soll und muß, dann gib den Worten Kraft und Nachdruck, ohn Verdruß.“ (Der Autor, Rainer Dick (Nürnberg), ist Landessekretär des CVJM Bayern) (idea)

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=7207>

Auf KATH.NET seit dem: 12. 03. 2004 13:09 Uhr
© www.kath.net

Unverantwortlich und hochgefährlich?

Vatikan: Gibson-Film nicht antisemitisch - Michel Friedman übt Kritik

RNZ 12.3.04,2

Der Vatikan hält den umstrittenen Jesus-Film von Mel Gibson (Foto: dpa) nicht für antisemitisch. „Der Papst hat den Film gesehen und keinen Kommentar abgegeben. Das Schweigen der kirchlichen Hierarchie ist viel sagend. Es gibt hier nichts Antisemitisches, denn ansonsten hätte sie das angeprangert sagte Vatikan-Sprecher Joaquin Navarro-Valls in einem Interview der Tageszeitung „Il Messaggero“ (Donnerstag) -der ersten offiziellen Vatikan-Stellungnahme zu dem Kinostreifen. Der Film sei eine cineastische Transkription der Evangelien. „Wenn der Film antisemitisch wäre, wären das auch die Evangelien. “

Dagegen schürt nach Ansicht des Publizisten Michel Friedman der Film antisemitische Vorurteile. In der „Bild“-Zeitung (Donnerstag) äußerte er seine Sorge um religiös ungebildete junge Kinobesucher und die Beziehungen zwischen Christen und Juden. Gibson gehe „unverantwortlich und hochgefährlich“ mit den Errungenschaften des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) um, das ein wichtiger Schritt zur Verständigung zwischen den Religionen gewesen sei. Der Regisseur erkenne die Ergebnisse des Konzils nicht an und gehöre daher zu den „Fundamentalisten der christlichen Bewegung“, sagte Michel Friedman.

„Der Film zeigt unreflektiert, vergröbernd und historisch falsch, dass die Ermordung Jesus Christi in der Verantwortung und in der Schuld der Juden liege“, meinte Friedmann, früher Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. <

Mit diesem „religiösen Hassvorurteil“ seien in Europa jahrhundertlang Juden verfolgt, erschlagen und ermordet worden. Ob der Schauspieler und Regisseur Gibbon persönlich ein Antisemit sei, könne dahingestellt bleiben, da das Produkt zu bewerten sei, sagte Friedman und fügte hinzu: „Der Film reißt alte, scheinbar überwundene Vorurteile wieder auf.“ t

Friedman, in dessen Familie zahlreiche Menschen Opfer des Holocaust wurden, sprach sich jedoch gegen ein Verbot des Films aus.

Die Brutalität des Filmes wolle er nicht bewerten, da dies eine Frage der künstlerischen Umsetzung sei. „Die Kunst ist frei, aber unter ihrem Deckmantel darf kein Antisemitismus betrieben werden.“

„Die Passion Christi“ kommt am 18. März mit rund 400 Kopien und der Altersbeschränkung ab 16 Jahren in die Kinos.

Anders als der Vatikan sind die christlichen Kirchen in Deutschland bereits auf Distanz zu dem Hollywood-Werk gegangen und haben vor allem die Brutalität angeprangert.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hält den Film mangels theologischer Tiefe für ungeeignet für die Konfirmanden-arbeit.

Nach Ansicht der katholischen Bischöfe verkürzt er wegen der drastischen Darstellung von Grausamkeiten auf problematische Weise die Botschaft der Bibel. In Brasilien hat ein Rechtsanwalt wenige Tage vor der nationalen Erstaufführung ein landesweites Verbot des Films beantragt. dpa

Gibsons unbequeme Klarheit

Hier die „Passion Christi“ – dort der Glaube an den Kuschelgott
Ein Kommentar des Protestanten Uwe Siemon-Netto

Zwei Milliarden Menschen glauben, daß Jesus für ihre Sünden gekreuzigt worden ist. Nichts anderes hat Mel Gibson in seinem Film „Die Passion Christi“ dargestellt – mit einer brutalen Deutlichkeit, die in unserer Ära des Plapperns und Mümmelns manchen tüchtig nervös macht. Im deutschsprachigen Raum weiß man nicht, worüber man sich im Zusammenhang mit diesem Streifen mehr empören soll – über die gehässigen Unterstellungen von Nichtchristen, die unsere Medien dominieren, oder die Spitzfindigkeiten, mit denen Kirchenleute an Gibsons Werk herumkritteln? Gibson verbreite „Antisemitismus unter dem Deckmantel eines Films“, behauptete zum Beispiel der Ex-Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, in der Bild-Zeitung. Das ist unwahr. Gibson hat von der ersten Szene an deutlich gemacht, wer an Christi Leid schuld ist – nicht „die Juden“, sondern „unsere Missetat ... unsere Sünde“ (Jesaja 53,6). So unmißverständlich steht's in der ersten Szene auf der Leinwand; aber bei den katechetischen Analphabeten unserer gackernden Talkshow-Elite fällt der Groschen immer noch nicht. In schauerlicher Weise zeigt sich hier wieder, daß der Glaube, der seit fast 2.000 Jahren überragende Gestalten wie St. Augustin, Thomas von Aquin, Luther, Calvin, Wesley, Michelangelo, Dürer und Bach angetrieben hat, in unseren Landen verächtlich gemacht werden darf wie keine andere Religion oder Weltanschauung. Noch schlimmer ist, daß sich Berufschristen an diesem Geschäft beteiligen.

Ein ekelhafter Kommentar

Zwei Wiener Theologen, der Oberkirchenrat Michael Bünker und der reformierte Landessuperintendent Peter Karner, begaben sich sogar in die Untiefen des Schmuddelsexes, um Gibson zu verunglimpfen: Sein Film verherrliche Gewalt „auf sadomasochistische Weise“, lautete ihr ekelhafter Kommentar. Selbst der oberste Katholik in Deutschland, Karl Kardinal Lehmann, Gibsons Glaubensbruder, konnte sich's nicht verkneifen, auf die Gefahr „antisemitischer Unterstützung“ in der „Passion Christi“ hinzuweisen – einer dezidiert nicht vorhandenen Gefahr, wie prominente US-Rabbiner betont haben.

Da kann man als Protestant fast stolz sein, daß wenigstens einer von uns, der stellvertretende EKD-Ratsvorsitzende Christoph Kähler (Eisenach), Gibsons Werk als „stark“ erkannt hat; man fühlt sich hier an das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern erinnert. Die EKD hingegen eierte herum: Man solle den Film „weder empfehlen noch skandalisieren“. Hatte da nicht einer einmal gesagt: „Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein“? Gewiß, man kann sich ehrlich darüber streiten, ob Gibson zu realistisch war. Zwar sehen wir im Fernsehen, welchen Horror das manifest Böse am 11. September 2001 in New York oder am 11. März 2004 in Madrid angerichtet hat. Aber das blutige Leiden des fleischgewordenen Gottes – nein, das darf man doch soooo nicht auf die Leinwand projizieren! Nur noch Blinden und Tauben kann heute entgehen, wie recht der Theologe Helmut Thielicke hatte, als er im Zweiten Weltkrieg schrieb, daß „ein Schuldverhängnis über der Welt brütet, ihren Kontinenten und Meeren“. Hier hilft kein postmoderner Kuschelgott, sondern nur der Glaube an das Leiden und die Auferstehung Christi. Daran hat uns Gibson dankenswerterweise erinnert. (Der Autor, Dr. Uwe Siemon-Netto (Washington), ist lutherischer Theologe und Journalist) (idea)

Foto: (c) ICON-Production

Terror und Zahlenmystik um 9-11: Was sagen Koran und Bibel dazu?

Seit den Anschlägen von Madrid - 911 Tage nach den Anschlägen in den USA - herrscht eine regelrechte Zahlenspekulation. Ein Kommentar von Christian Sieberer.

Wien

(www.kath.net)

Die Bombenanschläge von Madrid haben erneut zu einer Zahlenspekulation um 9-11 geführt. Zur Erinnerung: Am 11. September 2001 - von den Amerikanern 9-11 genannt - passierte der große Anschlag auf New York und Washington D.C. Jetzt hat die französische Agentur AFP herausgefunden, dass das große Attentat in der spanischen Hauptstadt genau 911 Tage nach dem 11. September 2001 (= 9-11) stattfand.

Auch zwei andere schreckliche Attentate seit dem Jahr 2001 stehen in diesem Zahlenmystik-Zusammenhang: Am 11. April 2002, genau sieben Monate nach den Anschlägen in den USA, gab es den schweren Anschlag auf eine Synagoge in Djerba (Tunesien), wo 21 Menschen getötet wurden. Ein Jahr, einen Monat und einen Tag später, am 12. Oktober 2002 gab es schließlich den fürchterlichen Anschlag auf den Nachclub in Bali mit 202 Toten.

Kann man eigentlich auch im Koran oder sogar in der Bibel Hinweise zu 9-11 finden?

Vieles spricht für eine Täterschaft von Al-Kaida-Terroristen, die mit diesem feigen Anschlag auf unschuldige Zivilisten vermutlich ihren ersten großen Gewaltakt in Europa gesetzt haben. Die Botschaft lautet wohl: Wir können die ganze Welt in Schrecken versetzen, Kontinent für Kontinent. Welche Bedeutung die Zahlenkombination 9/11 hat, wenn sie ganz offensichtlich bewusst als Zeitmarke für diese barbarischen Verbrechen gewählt worden ist, bleibt ein Rätsel.

Im Koran, dem sich die Terroristen verpflichtet fühlen, liest man in Sure 9 Vers 11 : Bereuen sie (Anm.: die Götzendiener) aber und verrichten sie das Gebet und zahlen die Zakat, so sind sie eure Brüder im Glauben. Und Wir machen die Zeichen klar für ein wissendes Volk. Das klingt wohl zu harmlos im Vergleich mit anderen Versen, die sich viel besser für eine fanatische Fehlinterpretation missbrauchen ließen.

Aber auch in der Bibel findet sich in der Offenbarung des Johannes ein Satz, der durchaus bemerkenswert ist. Kapitel 9, Vers 11 lautet: Sie haben als König über sich den Engel des Abgrunds; er heißt auf hebräisch Abaddon, auf griechisch Apollyon. Die Jerusalem Bibel hat dazu die Fussnote: Die beiden Namen heißen übersetzt: Verwüstung und Zerstörer.

Alles nur Zufall?

Kaplan

Christian

Sieberer

www.pfaffenheini.net

Foto: (c) AgenziaSir

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=7233>

Auf KATH.NET seit dem: 16. 03. 2004 10:04 Uhr

© www.kath.net

Kath.net - Ihr Katholischer Nachrichtendienst

Die Passion - Torheit oder Kraft?

Ein Kommentar von Peter J. Ischka (Internationale Bibelgesellschaft Deutschland) zu Die Passion Christi: Jetzt ist wieder Saison für Nörgler und Besserwisser aus unseren christlichen Kreisen

Der Kinofilm Die Passion Christi löst heftige Reaktionen aus. Das sollte nicht verwundern, prallen doch zwei Welten aufeinander. Der Apostel Paulus hat das der Gemeinde in Korinth gegenüber sehr treffend ausgedrückt: Die Botschaft vom Kreuz ist denen, die verloren gehen, Torheit, uns aber ist es Gottes Kraft! Wenn man so durch den Blätterwald der Medien wandert, bekommt man reichlich von dieser Torheit zu

Gesicht. Der Film wird als grausam kritisiert. Von einer blutigen Materialschlacht wird geredet. Ist es nicht verwunderlich - ja sogar scheinheilig, so zu reagieren? Würden die Medien über wirklich grausame Gewaltfilme kommunizieren, bliebe für aktuelle Berichterstattung wenig Raum. Wenn man dieses Rumoren nüchtern beurteilt, bemerkt man recht schnell: Es geht hier nicht um mehr oder weniger Gewalt - es geht wieder einmal um Jesus, an dem Anstoß genommen wird. Man müsste sich ja mit ihm und seinem stellvertretenden Tod auseinander setzen, wenn man nicht fadenscheinige Argumente vorschieben würde. Die Befürchtung eines antisemitischen Potenzials des Filmes verhält sich wie eine sich selbst erfüllende Prophetie: Ach, jetzt wo Sie es sagen, merke ich es auch. Hätte man das nicht auf diese Weise thematisiert, würde sich kaum jemand darum kümmern. Die Frage, wer Jesus umgebracht hat, ist aus der Sicht der Christen nur so zu beantworten: Sie und ich. Jeder Mensch. Weil jeder gesündigt hat - den Willen Gottes, also das Ziel verfehlt hat. Das wieder bewusster zu erkennen, wird der Film auslösen, wenn der Betrachter es zulässt. Ich persönlich bin tief betroffen von dem, was Jesus, der Sohn Gottes, für mich getan hat - welcher hohen Preis hat er bezahlt, damit ich Vergebung meiner Sünden erhalte und dadurch wieder in Frieden mit Gott kommen kann. Ich habe, nachdem ich den Film nun gesehen habe, ein höheres Maß an Dankbarkeit für dieses Geschenk, das weit über mein Verstehen hinausgeht. Ich bin davon überzeugt: Die tatsächliche Hinrichtung Christi war weit grausamer, als sie in diesem Film dargestellt wird. Wir sind durch ein etwas verklärt frommes Jesusbild verwöhnt. Ein Reliquiensammler hat in der Stern-TV-Sendung am 10. März ein wahres Wort ausgesprochen: Ich werde diesen Passionsfilm nicht ansehen, denn das könnte mein Bild von Jesus zerstören.

Jetzt ist wieder Saison für Nörgler und Besserwisser aus unseren christlichen Kreisen. Was wird jetzt nicht alles vom Hörensagen her weitergegeben. Was nicht alles unbiblisch sein soll an dem Film. Wo Mel Gibson in seiner Glaubenseinstellung überall falsch liegt könnte. Immer wenn etwas in Bewegung gerät, wird diese Gruppe aktiv - zuletzt war das bei ProChrist 2003, wo man nach dem Haar in der Suppe suchte. Aber durch diese Kritik ist noch keiner in eine persönliche Beziehung zu dem Christus Jesus gekommen. Vielmehr trägt dieser Stil des Christseins dazu bei, suchende Menschen abzustoßen.

Egal, was man über den Film denkt und wie negativ die Presse sein mag - wir können davon ausgehen, dass mehr als 10 Millionen Menschen den Film in Deutschland sehen werden. Welche Evangelisations-Kampagne hat so etwas je erreicht? Und die Menschen bezahlen sogar etwas dafür. Der Film hat etwas von der Kraft, die mit der Botschaft vom Kreuz zu tun hat. Die Besucher werden von dem Film auf verschiedene Weise berührt werden. Sie werden mit Jesus Christus konfrontiert. Sie werden Fragen haben. Jetzt liegt es an uns, ob wir diese große Herausforderung annehmen oder uns feige von dieser Aufgabe distanzieren. So nach dem Motto: „Ich wasche meine Hände in Unschuld.“ Ich glaube, dass das wirklich skandalös wäre, wenn sich die Christenheit wieder mit sich selbst beschäftigt aus der Verantwortung zieht, anstatt alles Erdenkliche zu tun, um Menschen, die auf diese eindrucksvolle Weise mit Jesus in Berührung kommen, zu begleiten.

Ich persönlich setzte mich sehr dafür ein, dass Gemeinden, Hauskreise und einzelne Christen sich bereitmachen, aktiv Menschen, die diesen Film besuchen zu begleiten. Von der Internationalen Bibelgesellschaft haben wir dazu Publikationen vorbereitet, die die Umsetzung erleichtern. Im Internet unter www.DiePassion.info zeigen wir eine Reihe von Ideen, wie man den Film begleiten kann. Den Film mit Freunden gemeinsam anzusehen und danach ins Gespräch zu kommen, wird sicher der beste Weg sein. Gemeinden haben die Chance, Programme anzubieten, die sich auf den Film beziehen. Als Fortsetzung zum Film: „Die Auferstehung Christi“ wäre ein logisches Thema. Damit können sie durch Kinowerbung und Inserate in lokalen Zeitungen deutlich erkennbar an die Öffentlichkeit treten. Alles in allem ist dieser Film eine einzigartige Möglichkeit für Christen, die Bedeutung von Jesus in einer säkularen Gesellschaft ins Gespräch zu bringen: Nicht um gegen etwas zu sein, sondern für jemanden, nämlich für Jesus Christus, der für uns gestorben ist. Paulus würde wahrscheinlich fragen (Gal 3,1): Warum wollt ihr Christen in Deutschland das nicht endlich begreifen! Wer konnte euch bloß so durcheinander bringen? Habe ich euch das Sterben Jesu am Kreuz nicht so geschildert, als hättet ihr alles mit eigenen Augen gesehen? Diese Frage wird für jeden, der den Film gesehen hat, wieder hochaktuell. Nutzen wir die Chance!

Peter	J.	Ischka
Direktor,	Internationale	Bibelgesellschaft
www.DiePassion.info		Deutschland
URL:	http://www.kath.net/detail.php?id=7269	
Auf KATH.NET	seit dem: 21. 03. 2004	08:32 Uhr
© www.kath.net		

Ex-Bundesminister Apel warnt vor 'weichgespültem Christentum'

Eine Kirche, die genauso plural sein wolle wie der Staat, könne den Menschen keinen Halt geben und nicht „Licht der Welt“ und „Salz der Erde“ sein.

München (www.kath.net / idea) Der ehemalige Bundesminister Hans Apel (SPD) hat die Kirchen vor Anpassung an die pluralistische Gesellschaft gewarnt. Eine Kirche, die genauso plural sein wolle wie der Staat, könne den Menschen keinen Halt geben und damit auch nicht als „Licht der Welt“ und „Salz der Erde“ wirken, sagte Apel bei einer Veranstaltung der Kirchlichen Sammlung für Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB), die vom 19. bis 21. März in München stattfand.

Der evangelischen Kirche warf Apel vor, zu einem „religiös verkommenen Bauchladen“ geworden zu sein, „der anbietet, was gefällt“. Als Beispiele nannte Apel buddhistische Elemente, den Auftritt des Dalai Lama – Oberhaupt des tibetischen Buddhismus - beim Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin und die Segnung homosexueller Paare in einigen Landeskirchen. Aus Enttäuschung über den Kurs der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche war Apel Ende 1999 aus der Landeskirche ausgetreten und in die Selbstständige Evangelisch-Lutherische Kirche gewechselt.

Als aktuelle Anfechtung durch den Zeitgeist beklagte Apel den Versuch mancher Theologen, die moralischen Forderungen des Apostels Paulus aus dem kirchlichen Denken auszuklammern, was sich stark bei der Bewertung der Homosexualität zeige. „Wer aber Paulus beiseite schieben will, der versucht, das Christentum weichzuspülen“, so Apel. Mit dem Eintreten für die Segnung homosexueller Partnerschaften machten sich Kirchen schuldig; sie würden damit zu Totengräbern des christlichen Europas. Die Christen rief Apel zu einem klaren Bekenntnis auf. Das gelte gerade in dem sich verändernden Europa, das durch eine größere Zahl von Konfessionslosen und Muslimen geprägt sei.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=7283>

Auf KATH.NET seit dem: 23. 03. 2004 10:58 Uhr

© www.kath.net

DIE ZEIT

14/2004

Gewaltverherrlichung ist der Bibel fremd

Den Evangelisten ging es nicht um Jesu Qualen, sondern darum, dass er für die Sünden der Menschen gestorben ist. Davon weiß Mel Gibsons Film „Die Passion Christi“ nichts

Von Walter Schmithals

Drei Vorwürfe sind es vor allem, die gegen Mel Gibsons Film Die Passion Christi erhoben werden: Er verfehle die Botschaft der Passionsgeschichte, er sei judenfeindlich, und er verherrliche die Gewalt.

Der erste Vorwurf ist nicht unbegründet, aber er gilt im Prinzip für alle Bildmedien, die christliche Motive darstellen. Die biblische Theologie ist, angefangen vom Schöpfungswort Gottes bis hin zu dem Wort, das Joh 1,14 zufolge Fleisch wurde, ausschließlich Worttheologie. Das Bilderverbot im Alten Testament wie die Bilderstreitigkeiten im Verlauf der Kirchengeschichte beruhten auf der Annahme, dass sich im Medium Wort Gedanken ungleich differenzierter, umfassender und vielschichtiger ausdrücken lassen, als es das plakative Bild, bei aller Prägnanz im Einzelnen, vermag. Wer das biblische Wort mitbringt, wird in Gibsons Film manches verstehen, der Film selbst aber gibt nichts von dem zu verstehen, was er abbildet.

Der Vorwurf der Judenfeindschaft (oft fälschlicherweise und anachronistisch mit Antisemitismus gleichgesetzt) trifft dagegen weniger Mel Gibson als vielmehr die Evangelien selbst, die er zur Vorlage genommen hat. Auf Recht und Unrecht dieses Vorwurfs wurde an dieser Stelle schon eingegangen (siehe ZEIT Nr. 10/04).

Die Schimpflichkeit des Todes

Wie steht es aber mit dem Vorwurf der Gewaltverherrlichung, von manchen zum Vorwurf des Sadismus oder der Gewaltpornografie gesteigert? Diesem Vorwurf liegt die Tatsache zugrunde, dass die Kreuzesstrafe, die für Unfreie und

Provinzbewohner üblich, für römische Bürger aber verboten war, mit besonders qualvollen Leiden verbunden gewesen ist. Der Todeskampf konnte Tage dauern. Gibson beruft sich darauf, dass er auch insofern einfach der biblischen Passionserzählung folgt. Damit hat er aber nur auf den ersten Blick Recht.

Es ist nämlich zu bedenken, dass die Evangelisten die besonderen Qualen des Kreuzestodes nie zu einem eigenen Thema machen. Zwischen Kreuzigung und Tod liegen nur sechs Stunden, und der Gekreuzigte kommuniziert mit den ihn umgebenden Menschen in gewöhnlicher Weise. Es ist nicht das Leiden, sondern Jesu Tod, der theologisch bedeutungsvoll ist. „Er erniedrigte sich selbst und ward gehorsam bis zum Tode“, heißt es in einem urchristlichen Hymnus, den der Apostel Paulus zitiert (Phil 2,8), und wenn er hinzufügt: „Ja, bis zum Tode am Kreuz“, so blickt er nicht auf die besondere Grausamkeit dieses Todes, sondern auf dessen Schimpflichkeit und Banalität, die jede Heroisierung dieses Todes ausschließt. Jesus stirbt unseren Tod, den alltäglichen Tod eines Menschen; er wird in allem den Menschen gleich. Um diese Aussage geht es in dem „Gekreuzigt, gestorben und begraben“ des apostolischen Glaubensbekenntnisses: Jeder Mensch darf auch in der Tiefe des Todes der Nähe des barmherzigen Gottes gewiss sein. Und sofern der Tod als Gericht Gottes über das menschliche Wesen verstanden werden soll – „Der Tod ist der Sünde Sold“ (Röm 6,23) –, gilt gleichermaßen, dass damit auf den Tod selbst, nicht aber auf einen besonders grausamen Tod und ungewöhnliche Qualen geblickt wird.

Sollte also etwa Mel Gibson in seiner Darstellung der Passion Jesu den Realismus von Geißelung, Kreuzigung, Sterben und Tod deshalb auf die Spitze getrieben haben, weil Jesu Leiden größer, drastischer und blutiger sein musste als jedes menschenmögliche Leiden – Jesus stirbt ja bei Gibson gleichsam einen doppelten Tod, weil schon die dargestellte Grausamkeit der Geißelung eigentlich zum Tode hätte führen müssen –, so wird er damit den biblischen Berichten nicht gerecht. Und auch die zu Zeiten verbreitete Leidensmystik, die sich in die Betrachtung der Wunden Jesu versenkt, hat nur einen begrenzten Anhalt an der Passionserzählung.

Man muss in diesem Zusammenhang beachten, dass am Anfang der christlichen Lehrentwicklung nicht die Bedeutsamkeit des Todes Jesu, sondern die seiner Auferweckung stand. Mit anderen Worten: Die Christologie kommt zeitlich vor der Heilslehre, die Aussagen zur Person Jesu vor denen zu seinem Werk. Am Anfang der Entwicklung stand nämlich das Bekenntnis, dass Gott den gekreuzigten Jesus durch seine Auferweckung von den Toten zum Messias und Kyrios eingesetzt beziehungsweise als seinen Sohn adoptiert hat. Erst dies Bekenntnis erweckte die Frage, warum der solcherart Erhöhte den Tod am Kreuz hatte leiden müssen. Auf diese Frage gibt die Urchristenheit eine einmütige Antwort: Christus ist für alle Menschen gestorben. Sein Tod ist ein heilvoller, erlösender, rettender Tod, ein Erweis der Liebe Gottes.

Diese einmütige Antwort wird freilich unterschiedlich ausgeführt, und zwar so, dass die einzelnen Ausführungen sich in der Regel an verbreitete Schemata zeitgenössischer Heilslehren anschließen, ohne dabei ein eigenes System zu entfalten, wie es spätere christliche Dogmatik tat. Ein solches Schema ist zum Beispiel das der stellvertretenden Sühne, mit der Jesus in seinem Tod die Sündenschuld der Menschen getilgt hat, ein Motiv, das sich an den antiken Opferkult anschließt und im Mittelalter durch Anselm von Canterbury mithilfe juristischer Kategorien zu einer höchst problematischen, bis heute aber einflussreichen Sühnetheorie ausgebaut wurde.

Daneben gibt es im Anschluss an alttestamentliche Gedanken auch die Vorstellung des Bundesopfers, mit dem der neue Bund Gottes mit den Menschen besiegelt wurde. Apokalyptischem Denken nahe steht die mythische Erklärung, der Tod Jesu sei ein an Satan bezahltes Lösegeld, um die Menschen aus dessen Macht loszukaufen. Paulus bevorzugt einen Gedanken antiker Mysterienfrömmigkeit, dass nämlich der Glaubende seinen alten Menschen mit Jesus in den Tod gibt, damit er als neuer Mensch sein Leben aus Gott hat. Einer anderen hellenistischen Religiosität gehört die Vorstellung an, Gott habe sich in Jesus zu den Menschen erniedrigt, um ihnen seine Barmherzigkeit zu zeigen, wobei Jesu Tod der extreme Erweis dieser Erniedrigung ist. In diesem Zusammenhang kann dann auch der aus dem Völkerrecht stammende Begriff der Versöhnung bedeutsam werden: Der sich bis in den Tod zum Menschen erniedrigende Gott überwindet von sich aus die Kluft, die der sündige Mensch zwischen ihm und sich aufgerichtet hat. In keinem dieser Schemata aber spielt die besondere Grausamkeit des Todes Jesu irgendeine Rolle.

Das gilt ebenso für die gegenüber solchen Bekenntnissen sekundären Passionserzählungen der Evangelisten, in denen das „für uns“ des Todes Jesu stets vorausgesetzt ist, ohne jemals in eine abstrakte Theorie gepresst zu werden. Für diese Berichte bildet der damals gewöhnliche Vorgang des Gerichtsverfahrens und der Hinrichtung nur den Rahmen, in dem sie ihre spezifischen Perspektiven auf das Geschehen ausbilden. Bei diesen Perspektiven handelt es sich nicht nur um die Verlagerung der Schuld an Jesu Tod von den Römern auf die jüdischen Autoritäten, die bei Matthäus im Vordergrund steht, also um die erwähnte Judenfeindschaft.

Die älteste Passionsdarstellung, wie wir sie im Markus-Evangelium lesen, legte zum Beispiel besonderes Gewicht darauf, eine urchristliche Bekenntnisaussage erzählend zu illustrieren, die Paulus in 1. Kor 15,3 zitiert, nämlich „dass Christus gestorben ist für unsere Sünden nach der Schrift“. Dieses Bekenntnis verbindet das zentrale Heilsgeschehen des Neuen Testaments mit der Heilserwartung des Alten, um unter den jüdischen und heidnischen („gottesfürchtigen“) Angehörigen der Synagoge geneigte Ohren zu finden. Mit Ps22,2 betet Jesus: „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen.“ Was in Ps22,8 beklagt wird, geschieht unter Jesu Kreuz: „Alle, die mich sehen, verspotten mich,

sperren das Maul auf und schütteln den Kopf.“ Und die Spötter nehmen Ps 22,9 in den Mund: „Er klage es dem Herrn, der helfe ihm heraus und errette ihn, hat er Gefallen an ihm.“ Nach Ps 22,19 losten die Soldaten um Jesu Kleider. Jes 53 liegt nicht nur überhaupt der Passionserzählung zugrunde – „Die Strafe liegt auf ihm, auf dass wir Frieden hätten, und durch seine Wunden sind wir geheilt“ (Jes 53,5) –, sondern auch mit einzelnen Aussagen wie der, dass Jesus den Verbrechern gleichgestellt wurde und für seine Peiniger gebetet hat (Jes 53,12).

Der Evangelist Lukas nimmt um die erste Jahrhundertwende solche Gedanken auf, schildert selbst aber vor allem die Passion Jesu als ein vorbildliches Martyrium, an dem sich die Märtyrer seiner Zeit ein Beispiel nehmen sollen. In die Szene von Jesu Gebet im Garten Gethsemane vor seiner Gefangennahme fügt Lukas ein: „Und als er in Todesangst geriet, betete er umso beharrlicher. Da wurde sein Schweiß wie Blutstropfen, die auf die Erde fielen“ (Lk 22,44) – das ist die Situation des Märtyrers vor seiner Hinrichtung. Vor seinen Anklägern, dem Hohenrat der Juden, leugnet Jesus nicht, der Christus sein zu wollen, und gibt damit den wegen ihres Glaubens angeklagten Christen ein Beispiel mutigen Bekennens angesichts der Todesstrafe. Nach seiner Kreuzigung bittet er für die Henker: „Herr, vergib ihnen; denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Lk 23,34). Und Jesus stirbt dem Bericht des Lukas zufolge mit den Worten: „Vater, ich lege meinen Geist in deine Hände“ (Lk 23,46). Dass und wie die christlichen Märtyrer diesem Vorbild nachfolgen sollen, verdeutlicht Lukas nachdrücklich durch die Weise, wie er vom Tod des Stephanus berichtet, dem ersten Märtyrer, von dem wir erfahren. Auch Stephanus bekennt vor dem Hohenrat mutig seinen Glauben. Auch er bittet für seine Mörder: „Herr, rechne ihnen diese Sünde nicht an“ (Apg 7,60).

Der Evangelist Johannes beschreibt die Passion Jesu unter anderem im Hinblick auf die so genannten Docketen. Der Docketismus geht von einem schroffen Leib-Seele-Dualismus aus: Die Seele ist göttlichen Ursprungs, der Leib aber eine Schöpfung der Dämonen. Darum bestreiten die Docketen, dass Jesus wirklich Mensch geworden und einen irdischen Leib besessen habe; er habe vielmehr in einem Scheinleib unter den Menschen gewohnt. Dem widerspricht Johannes. Ihm zufolge hat Pilatus Jesus, nachdem er blutig geschlagen und mit der Dornenkrone gekrönt worden war, dem Volk mit den Worten vorgeführt: „Seht, welch ein Mensch“ (Joh 19,1–5), eine Demonstration der wahren Mensch- und Leiblichkeit Jesu.

Es starb ein wirklicher Mensch

Weil die Docketen den alten Passionsbericht, wonach Simon von Kyrene an Jesu Stelle das Kreuz nach Golgatha getragen habe, damit erklärt hatten, dass ein Scheinleib das Kreuz nicht tragen können, korrigiert Johannes die Überlieferung und behauptet, Jesus selbst habe das Kreuz getragen (Joh 19,16–17). Und weil sich die Docketen auf den alten Bericht beriefen, dem zufolge der Gekreuzigte es abgelehnt habe, einen Betäubungstrank anzunehmen, berichtet Johannes auch hier und erzählt nicht nur, dass Jesus ausdrücklich gesagt habe, „mich dürstet“, sondern auch, dass ihm ein Schwamm mit Essigwasser gereicht worden sei und er tatsächlich getrunken habe (Joh 19,28–30). Nach Jesu Tod sticht Johannes zufolge ein Soldat mit einem Speer in Jesu Seite, „und sogleich kamen Blut und Wasser heraus“ (Joh 19,34–35) – eine Demonstration dessen, dass kein Scheinleib am Kreuz gehangen hat, sondern ein wirklicher Mensch gestorben war.

Aber bei allen diesen unterschiedlichen Erzählstrategien der Evangelisten spielt die besondere Qual des Leidens und Sterbens Jesu am Kreuz ersichtlich keine Rolle. Da die Kreuzesstrafe häufig verhängt und immer öffentlich vollzogen wurde, setzen die Evangelisten bei ihren Lesern mit Recht eine Kenntnis des Strafvollzuges voraus und sehen davon ab, diesem Umstand besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Diese Dezenz geht dem Film von Mel Gibson ab. Er folgt zwar der biblischen Darstellung, aber er ist nicht biblisch.

Walter Schmithals ist Professor emeritus für neutestamentliche Theologie an der Humboldt-Universität Berlin

Berlin: Senat verbannt religiöse Symbole aus Schule, Polizei und Justiz

SPD und PDS wollen Lehrern, Polizisten und Richtern alle religiösen Symbole verbieten. Kirchenvertreter kritisieren diese Entscheidung.

Berlin (www.kath.net / idea) In Berlin dürfen Beamte und staatliche Angestellte an Schulen, bei der Polizei und in der Justiz künftig keine religiösen Symbole mehr tragen. Darauf einigte sich die aus SPD und PDS bestehende Landesregierung am 30. März. Eine entsprechende Gesetzesinitiative soll vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden. Gegenüber idea bestätigte die SPD-Abgeordnete Heidi Fischer (Berlin), dass diese Vorschrift für christliche, muslimische und jüdische Symbole gelten solle.

„Allerdings gilt unsere Regelung nur für Staatsangestellte - Schüler dürfen auch weiterhin im Unterricht ein Kopftuch oder Halskreuz tragen“, stellte Fischer klar. Auch Religionslehrer seien nicht betroffen, da es sich bei ihnen in Berlin um kirchliche Angestellte handele. In Ausnahmefällen könne ein Antrag auf Befreiung von dem Verbot gestellt werden. „Gegen ein winziges Kreuzlein, das ohnehin von der Kleidung verdeckt wird, wird sowieso niemand etwas haben“, so die Abgeordnete.

In den übrigen Bereichen des öffentlichen Diensts soll es den Beamten freigestellt bleiben, ob sie religiöse Symbole tragen oder nicht. „Wir wollen eingreifen, wo der Staat den Bürgern deutlich sichtbar entgegentritt, also bei Polizei, Schulen, Justiz“, so Frau Fischer. Ob ein Finanzbeamter ein Kreuz trage, werde von niemandem bemerkt. Mit dem Verbot der religiösen Symbole reagiert der Senat auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom September 2003: Es hatte entschieden, daß einer in Baden-Württemberg beschäftigten muslimischen Lehrerin das Tragen des Kopftuchs im Unterricht nur per Landesgesetz verboten werden könne.

Bischof Huber: Christen haben keinen Anlass für die Maßnahmen gegeben

Der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, Wolfgang Huber (Berlin), warf der Landesregierung vor, die Religionsfreiheit einzuschränken. Der Gesetzentwurf gehe nicht darauf ein, aus welchen Gründen das Kopftuch der muslimischen Lehrerin problematisch sei. „Vorbehalte bestehen nicht, weil dadurch eine Religionszugehörigkeit erkennbar wird, sondern weil es Zweifel daran begründet, ob die Trägerin in ihrem Verhalten für die Grundrechte so eintritt, wie es von einer Lehrerin erwartet werden muss“, so der mit einer Lehrerin verheiratete Bischof, der auch als EKD-Ratsvorsitzender amtiert. Es gebe keinen Grund zu unterstellen, dass Christen durch das Tragen religiöser Symbole in Schule, Polizei und Justiz zu einer derartigen Gesetzesregelung Anlass gegeben hätten.

Allianz: Auf's Schärfste protestieren

Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb (Stuttgart), erklärte gegenüber idea, gegen die beabsichtige Einschränkung der Religionsfreiheit für Juden und Christen könne man nur „auf's Schärfste protestieren“. Das Vorgehen der Berliner Landesregierung zeuge von einer Unkenntnis sowohl des Islams als auch des Christentums. Während das Kopftuch die Abgrenzung vom freiheitlich-demokratischen Staat symbolisiere, sei das Tragen christlicher Symbole Ausfluss der in der Verfassung niedergelegten Glaubens- und Religionsfreiheit.

Evangelischer Arbeitskreis: Kulturkampf

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (Berlin), bezeichnete das Gesetzesvorhaben als „kulturkämpferischen Akt“. Die rot-rote Koalition zeige immer unverhohlener ihre religionsfeindliche Seite und ihr Desinteresse am Christentum. Der EAK fordere den SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering auf, sich von dieser Politik klar zu distanzieren.

URL:

<http://www.kath.net/detail.php?id=7346>

Auf KATH.NET seit dem: 01. 04. 2004 08:55 Uhr
© www.kath.net

DIE ZEIT

16/2004

Störfaktor Religion

Ein freier Staat gewährt den Kirchen keine Privilegien

Von Robert Leicht

Mit Politik werden wir zu tun haben, solange es Menschen gibt. Aber mit Religion? „Opium für das Volk“ – eine Sache für Süchtige, nicht für Gesunde. Religion, gar noch als Faktor der Politik – musste sie dem technisch-wissenschaftlich zivilisierten Menschen nicht als überständige, jedenfalls ständig abnehmende Ressource erscheinen? Religion und Moderne – ein Widerspruch, der sich nach und nach von selber erledigt? Inzwischen zeigt es sich allerdings, dass das rationalistische Selbstverständnis der Moderne antiquiert ist. Noch immer leben mehr – und immer mehr – Fromme auf der Welt als Atheisten, und einige werden höchst unbequem. Es mag schon sein, dass sich am Ende der Tage alle Religion als Traum herausstellt. Bis dahin aber erweist sich erst einmal die Vorstellung einer religionslosen Welt als Illusion. Wie aber soll die Politik mit der Religion umgehen?

Die Gefahren der Intoleranz

Ob wir es mit den wirtschaftlich rückständigen islamischen Staaten oder mit der modernsten demokratischen Supermacht der Welt, mit den Vereinigten Staaten, zu tun haben – so oder so wird man deren Politik nicht verstehen, ohne auch das religiöse Element in ihren Motiven zu entschlüsseln, sei es fundamentalistisch aufgeladen oder zivilreligiös moderiert. Selbst im westlichen Kontinentaleuropa, wo die Säkularisierung sich noch am ehesten durchgesetzt hat, brechen unvermutet religionspolitische Konflikte auf. **Gerade in den Auseinandersetzungen um die**

Bioethik muss die Politik Entscheidungen treffen, die ohne Rückgriff auf letzte Fragen nach dem Menschenbild nicht zu verantworten sind. In den Schlussberatungen um die Europäische Verfassung spitzt sich der Disput um die religiösen Traditionen des Kontinents noch einmal zu. In Frankreich wie in Deutschland tobt ein Kopftuchstreit: Wie hält es der Staat mit der Religion der anderen?

Solange Religion nur als überholte, zudem als autoritäre Ressource erschien, konnte sich der militante Laizismus als zeitgemäße Bestimmung des Verhältnisses zwischen Religion und Politik darstellen. Laizismus hieß dabei nicht nur – wie in Frankreich seit 1905 – institutionelle Trennung von Kirche und Staat, sondern zugleich die vollständige Verbannung von Religion aus dem öffentlichen Raum. Aber ebenso wie die technisch-wissenschaftliche (und rein ökonomische) Rationalität sich als eine Form der geistigen Magersucht erwiesen hat, zeigt sich nun, dass dieser vormalige moderne Laizismus selber in die Jahre gekommen ist. Anstatt die möglichst liberale Vielfalt aller geistigen Orientierungen in Gesellschaft und Politik nach einem allgemeinen Gesetz der wechselseitigen Freiheit zu organisieren, regelt er die Probleme auch des religiösen Pluralismus durch eine gleichmäßige Beschneidung aller: kupierte Gleichheit anstelle optimierter Freiheit. Demgegenüber könnte sich nun das religionspolitische Modell Deutschlands paradoxerweise als das liberalere erweisen.

Zwar waren hierzulande die Bündnisse zwischen Thron und Altar, die in den protestantischen Territorialstaaten bis 1918 gedauert hatten, zunächst nur in einer „hinkenden“ Trennung zwischen Staat und Kirche aufgelöst worden. Aber dieser Kompromiss kann heute größere Freiheitspotenziale entfalten als der Laizismus – freilich nur, wenn er für alle Religionen verallgemeinert wird, sofern sie den Vorrang der freiheitlichen Verfassung respektieren. Für diese Einsicht gibt es zum einen Gründe, zum anderen Voraussetzungen.

Die Gründe: Schon Alexis de Tocqueville hatte sich – als er aus der Sicht des nachrevolutionären Frankreich die Demokratie in Amerika untersuchte – gefragt, wie eine Gesellschaft zusammenhalten kann, die vom Gesetz der Gleichheit, aber auch vom Individualismus regiert wird. Tocqueville entdeckte dabei in Amerika die integrative Kraft einer staatsfreien, frei schwebenden Religion. Von Tocquevilles Diagnose führt eine direkte Linie in die Gegenwart, nämlich zu der inzwischen berühmten Formel des Verfassungsrechtlers und vormaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der frühneuzeitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Auch der Philosoph Jürgen Habermas sucht neuerdings nach transrationalen Elementen der Verbindlichkeit in einem säkularen Staat und nach Wegen, die unerledigte Sache der Religion in einer nichtreligiösen Semantik zur Geltung zu bringen – eine Quadratur des Kreises. Wer sich auf Religion als Faktor der Politik einlässt, muss sich freilich mit dem Potenzial an Unbedingtheit, ja Intoleranz auseinander setzen, das mit fast jeder Offenbarungsreligion verbunden ist, mit den monotheistischen Religionen zumal – und wenn schon nicht in ihrer Doktrin, so doch in der historischen Praxis. Es ist schon so: Die Freiheit kann nicht die Religion beschädigen, sehr wohl aber die Religion die Freiheit. Deshalb ist jeder religionspolitische Kompromiss an zwei strenge Voraussetzungen geknüpft.

Gleiches Recht für jede Konfession

Die erste Voraussetzung für die freie Präsenz der Religion im öffentlichen Raum ist die scharfe Trennung zwischen politischer Macht und geistlicher Vollmacht. Religionsgemeinschaften dürfen nur an die freien Gewissen ihrer Anhänger appellieren und niemals Zwang ausüben. Der Staat hingegen muss oft Zwang ausüben – und hat deshalb in Sachen Religion keinerlei Kompetenz zu beanspruchen (übrigens auch nicht die Kompetenz, im vermeintlichen Auftrag Gottes die Demokratie über die Welt zu verbreiten). Das ist gewissermaßen die Kehrseite der Böckenförde-Formel: Der moderne Staat lebt zwar von Voraussetzungen, die er selber nicht garantieren kann – er darf sich allerdings auch nicht anmaßen, sie selber zu produzieren. Die Religionsgesellschaften haben keinerlei staatliches Mandat, der Staat hat keinerlei religiöses Mandat, weder positiv noch negativ. Zugespitzt ausgedrückt: Nur ein Staat, der nicht darauf aus ist, Gott abzuschaffen, kann ein wahrhaft säkularer Staat sein.

Die zweite Voraussetzung ist diese: Religionsgesellschaften können für sich nichts beanspruchen, was sie – unter dem Dach der freiheitlichen Verfassung – nicht auch allen anderen gleichermaßen zugestehen, Christen, Juden, Muslimen – Frommen wie Unfrommen. Was früher als konfessionelle Parität beansprucht wurde, muss heute als allgemeine Pluralität gelten. Freiheit in diesem Sinne, erst recht Religionsfreiheit, ist privilegienfeindlich.

Unter diesen Voraussetzungen allerdings haben Gesellschaften und Staaten, die den ziemlich unsterblichen Faktor von Religion in der Politik anerkennen, die Chance, beides zu erreichen – einen größeren Grad an Freiheit und an Verbindlichkeit, ein aufgeklärteres Verhältnis von Rechten und Pflichten. Der Laizismus ist demgegenüber nur die zweitbeste Lösung – zugleich aber die unvermeidliche Antwort auf Kirchen, die den Übergang von der Parität der Konfessionen zu der Pluralität der Religionen nicht bewältigen wollten.

Das Christentum hat gerade vor Ostern allen Grund zur selbstkritischen Revision seiner Geschichte. *In hoc signo vinces* – „In diesem Zeichen wirst du siegen!“, diese legendäre Kreuzes-Vision des römischen Kaisers Constantinus im Jahre 312 war die fatale Wende von einer Religion des Leidens und der Liebe zu einer Religion der Macht – und zur Perversion des Verhältnisses von Religion und Politik.

Islamisches Terrornetz El Kaida macht Jagd auf Missionare

Neues Strategiepapier nennt das Töten von Christen eine „gute Sache“

Mainz (kath.net/idea)

Das islamische Terrornetz El-Kaida plant, westliche Städte mit Terror zu überziehen, und propagiert Anschläge gegen Missionare, Rabbiner, Touristen, Geschäftsleute und Politiker. Das geht nach Recherchen des ZDF aus einem neuen Strategiepapier hervor, das der Anführer von El-Kaida im arabischen Raum, Abdulaziz al-Mukrin, unterzeichnet hat. Die 50seitige Erklärung spricht von einer „militärischen Diplomatie, geschrieben mit Blut und dekoriert mit Körperteilen“. Als Terrorziel Nummer eins werden Juden genannt, an zweiter Stelle folgen Christen. In der Kategorie der zu bekämpfenden Nationalitäten stehen die Amerikaner ganz oben, gefolgt von Briten, Spaniern, Australiern, Kanadiern und Italienern. Deutschland taucht in dem Papier nicht auf, aber Frankreich, das den Irak-Krieg ebenfalls abgelehnt hatte. Die Erklärung spricht von den „gesegneten Schlägen in Madrid“, wo am 11. März durch Bomben an verschiedenen Bahnhöfen 200 Menschen ums Leben kamen und 1.500 verletzt wurden. Die Attentate hätten sich „gegen die Wirtschaft und die Regierungen der Kreuzfahrer, Juden und Gottlosen“ gerichtet.

Gefahr für Christen in Arabien

Besonders scharf kritisiert das Strategiepapier christliche Missionare, die in „rein islamischen Ländern“ wie dem Jemen, dem Irak und Saudi-Arabien Bibeln verteilten. Es sei eine „gute Sache“, alle zu ermorden, die für solche Aktionen zuständig seien. Die Identität der Missionare sei den Mudschaheddin-Kämpfern bekannt. Man bitte Gott nun um eine Gelegenheit, diese Christen zu verfolgen. Nach ZDF-Angaben halten amerikanische und deutsche Sicherheitsbehörden das El-Kaida-Strategiepapier für authentisch.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7384>

Auf KATH.NET seit dem: 06. 04. 2004 11:28 Uhr

© www.kath.net

Kritik an Karfreitags-Sendung von 'Big Brother'

Der christliche Glaube wurde in einer religiösen Big Brother-Sendung aufs Korn genommen - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte fordert Absetzung der Sendung.

Köln / Frankfurt a. Main / Hamburg (www.kath.net / idea) Die Fernsehreihe Big Brother, bei der die Mitwirkenden ein Jahr lang unter Kamerabeobachtung zusammenwohnen, hat am Karfreitag den christlichen Glauben aufs Korn genommen. Die niederländische Produktionsfirma Endemol verordnete den drei Bewohnergruppen ein religiöses Programm. Die sogenannten Normalen mussten in neun Bibel-Prüfungen gegen die Survivors (Überlebende) antreten. So mussten die Teilnehmer wie Jesus auf dem Wasser wandeln - mit Hilfe von Styroporplatten.

Die Aufgabe, Perlen aus einem Wasserbehälter zu fischen, sollte an das Gleichnis von der kostbaren Perle (Matthäus 13,45f.) erinnern und das Suchen von Münzen im Sand an das Gleichnis vom verlorenen Groschen (Lukas 15,8-10). Zur Belohnung durften die Gewinner den Film Das Leben des Brian anschauen. Der Streifen, der das Leben und den Tod Jesu als Satire darstellt, wird von vielen Christen als gotteslästerlich empfunden. Nach Angaben von RTL 2 verfolgten knapp 1,5 Millionen Zuschauer die Sendung am Karfreitag.

Medienverbund KEP fordert mehr Kontrolle

Bei Medienexperten und Menschenrechtlern stieß der Ausflug von Big Brother ins Religiöse auf scharfe Kritik. Zum Boykott dieser Häme gegen den christlichen Glauben rief der Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes KEP (Konferenz Evangelikaler Publizisten), Wolfgang Baake (Wetzlar), auf. Offenbar wolle RTL 2 mit Religion für Quote sorgen, wenn Sexszenen und die übertriebene psychische Drangsalierung der Kandidaten nicht mehr ausreichten. Baake forderte eine schärfere Kontrolle durch die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen.

Ausgeburts der Spaßgesellschaft

Die Absetzung der Fernsehserie verlangte der Geschäftsführende Vorsitzende der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Karl Hafen (Frankfurt am Main). Die Sendung sei die Ausgeburt einer Spaßgesellschaft und mache aus dem Karfreitag ein Happening. Kritisch sieht auch die Gremienvorsitzendenkonferenz der Landesmedienanstalten Programme wie die fünfte Big-Brother-Staffel. Es schade allgemein dem gesellschaftlichen Wertekonsens, wenn öffentlich Häme, Spott und Ausgrenzung propagiert würden, erklärten die Vorsitzenden auf ihrer Sitzung am 2. März. Aber nicht nur im Fernsehen, sondern auch in manchen gedruckten Medien machte der Spott nicht vor dem Karfreitag halt. Das Hamburger tip-Magazin veröffentlichte am 25. März die fünf besten Passionswitze über das Leiden und Sterben Jesu.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7445>

Auf KATH.NET seit dem: 15. 04. 2004 11:01 Uhr

© www.kath.net

'The Passion' stellt Deutungshoheit der 'Entmythologisierung' in Frage

Ein Kommentar von Gerhard Gronauer - Die Entmythologisierung der Bibel war angesagt. Deshalb interessierten sich moderne Theologen mehr für den lebenden als für den sterbenden Christus

Das Erstaunlichste an Mel Gibsons Passionsfilm ist die heftige Diskussion, die er hervorgerufen hat. Wenn Gibsons Passion Christi nur filmisch schlecht, theologisch flach oder zu blutig wäre, hätte der Film nicht derart lange die Feuilletons beherrscht. Man hätte ihn einfach nicht beachtet. Die öffentliche Diskussion ist deshalb zustande gekommen, weil der Film Aggressionen, ja regelrechten Haß erzeugt hat. Und das weniger wegen der Gefahr, daß Gibsons Werk zu antisemitischen Zwecken mißbraucht werden könnte. Für dieses Thema haben sich die Kritiker im Laufe der Debatte immer seltener interessiert. Man ärgert sich über eine ganz andere Sache. Der umstrittene Historiker Daniel Jonah Goldhagen bringt dies auf den Punkt, wenn er in der Wochenzeitung Die Zeit schreibt, Gibson habe den progressiven Formen des Christentums den Fehdehandschuh hingeworfen und dafür seine mittelalterliche Sicht ausgebreitet.

Die verdrängte Passion

Die Kritiker ärgern sich über Gibsons Interpretation der Passion Christi, weil sie darin einen Rückschritt in eine vergangene Epoche zu erkennen meinen. Sie berufen sich dabei auf eine Weltanschauung, die als modern bezeichnet wird. Was die moderne Umgestaltung der Theologie charakterisierte, formulierte der Theologe Rudolf Bultmann (1884-1976) treffend: Man kann nicht elektrisches Licht und Radioapparat benutzen und gleichzeitig an die Wunderwelt des Neuen Testaments glauben. Der moderne Mensch könne die biblische Mythologie und die damit einhergehende Deutung des Todes Jesu nicht mehr für wahr halten. Die Entmythologisierung der Bibel war daher angesagt. Deshalb interessierten sich moderne Theologen mehr für den lebenden als für den sterbenden Christus. Die Politik der Bergpredigt (Franz Alt) verdrängte die Passion auf dem Berg Golgatha. In dieser Zeit drehte man eine Reihe von Jesusfilmen, an deren Spitze Pasolinis Das erste Evangelium - Matthäus (1964) stand. Hier wurde Jesus als entschiedener Sozialreformer dargestellt, der ähnlich wie Rudi Dutschke seinen politischen Überzeugungen zum Opfer fiel.

Erster Jesus-Film der Postmoderne

Bei Mel Gibson treten solche Motive in den Hintergrund. Indem er die Moderne hinter sich läßt, kehrt er aber nicht ins Mittelalter zurück, sondern nimmt vielmehr selber am Fortschritt teil: Gibson hat den ersten Jesusfilm der Postmoderne (Nach-Moderne) produziert! Wie postmoderne Architektur Baustile unterschiedlicher Epochen zitiert, so integriert Gibson in seinen Film unzählige Motive aus der Kunst- und Frömmigkeitsgeschichte: Einzelne Szenen erinnern an altkirchliche Legenden, andere an Grünewalds Kreuzigungsgemälde oder Michelangelos Pietà, wieder andere an Erbauungsbücher aus dem 19. Jahrhundert. Aus allen diesen Bildern hat Gibson ein ganz neues, ein durchaus zeitgemäßes Kunstwerk geschaffen. Postmodern ist Gibsons Werk auch darin, daß es verschiedene, ja gegensätzliche Deutungen ermöglicht. Dabei sagt jede Beschreibung des Films mehr über die Person des Kritikers aus als über den Film selbst.

Deutungshoheit in Gefahr

Postmodern ist folglich die Tatsache, daß der Streifen wieder eine biblische und mythologische Interpretation des Todes Jesu zuläßt: Christus ist für unsere Sünden gestorben (Jesaja 53), nicht wegen revolutionärer politischer Forderungen. Im Gegensatz zum modernen ist der postmoderne Mensch wieder

eher bereit, an eine biblische Wunderwelt zu glauben. Dagegen schlagen die Wächter der Moderne Alarm. Ihre Deutungshoheit ist in Gefahr, sollte sich in unserer Gesellschaft eine Re-Mythologisierung durchsetzen. Die Vertreter der Moderne fürchten einen Epochenwechsel. Das ist wohl der wahre Grund, warum Gibsons Passion Christi eine solche Kontroverse ausgelöst hat.

Wie vor 200 Jahren

Dabei findet derzeit nichts anderes statt, als was man vor 200 Jahren beim Übergang von der Aufklärung zur Romantik beobachten konnte. Daß die damalige Jugend zu alten Ruinen wanderte und sich an Volksmärchen ergötzte, war für die Aufklärer auch ein Rückschritt in eine für überwunden geglaubte Ära. Sie fürchteten, daß sich ihre Werte in Beliebigkeit auflösten und Wahrheit nicht mehr vom Irrtum zu unterscheiden sei. Wir dürfen jedoch nicht vergessen: Zeitgleich mit der Romantik kam es in Deutschland und der Schweiz zu einer christlichen Erweckung, die bis heute unübertroffen geblieben ist. So bietet auch der gegenwärtige Trend zur Spiritualität Anknüpfungspunkte für die christliche Verkündigung. Vielleicht kann Gibsons Passionsfilm dabei eine Hilfe sein. (Der Autor, Pfarrer Gerhard Gronauer (Aschaffenburg), ist derzeit von der bayerischen Landeskirche für ein Promotionsstipendium der Stiftung der Deutschen Wirtschaft beurlaubt) (idea)

www.kath.net/passion.php: Die Reaktionen

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7469>

Auf KATH.NET seit dem: 18. 04. 2004 17:41 Uhr

© www.kath.net

Berliner Senat macht kirchenfeindliche Politik wie im Sozialismus

Kirchenjurist von Wedel warnt vor Folgen der Säkularisierungspolitik von SPD und PDS: Dies sei Jakobinertum in Reinkultur

Berlin (kath.net/idea)

Der aus SPD und PDS bestehende Berliner Senat setzt die kirchenfeindliche Politik des Sozialismus nahtlos fort. Diesen Vorwurf erhebt der Kirchenjurist Reymar von Wedel (Berlin) in einem Kommentar in der am 15. April erschienenen Ausgabe der Evangelischen Wochenzeitung Die Kirche (Berlin). Zur Zeit plant die Landesregierung ein Verbot des Tragens religiöser Symbole für Lehrer, Polizisten und Justizangestellte. Dies sei Jakobinertum in Reinkultur, so von Wedel. Der Berliner Senat scheine auf der Linie der französischen sowie der sozialistischen Revolution in Rußland fortzufahren, die das Christentum offiziell abgeschafft hätten. So verweigere die Berliner SPD schon seit vielen Jahren Religion als ordentliches Schulfach. Christliche Schulen würden finanziell ausgetrocknet, obwohl sie von der Bevölkerung viel höher geschätzt würden als die staatlichen Schulen. Das Ende dieser Politik könne nur eine Staatsvergottung wie im spätrömischen Reich sein. Diesen Zustand bezeichne die Offenbarung des Johannes als Tier aus dem Abgrund, so von Wedel. Es sei zu befürchten, daß es in Berlin zu einem dritten Kirchenkampf komme. Widerstand werde dann geboten sein.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7465>

Auf KATH.NET seit dem: 18. 04. 2004 09:39 Uhr

© www.kath.net

Debatte um 'Die Passion': Reaktionäre Aufgeregtheit und Pharisäismus

Zeitung der Piusbruderschaft wirft deutschen Bischöfen Pharisäismus vor - Die Welt: Film ärgert jene, die feststellen müssen, dass er den über ihn verbreiteten Vorurteilen nicht gerecht wird.

München (www.kath.net)

Die Kritik an der Debatte um den Film Die Passion Christi lässt nicht nach. Nun hat die Kirchliche Umschau, ein Medium der Piusbruderschaft, die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und ihren Vorsitzenden, Kardinal Karl Lehmann, aufgrund ihrer negativen Stellungnahme zum Film kritisiert. Die Stellungnahme sei symptomatisch für einen Katholizismus in der Ökumenismusfalle. Nicht nur Katholiken

stellten sich die Frage, warum sich die Bischöfe durch die christentumsfeindliche Intelligencia erpressen lassen, heißt es in dem Kommentar.

Der Deutschen Bischofskonferenz sei der Vorwurf des Pharisäismus nicht zu ersparen, da sich die Mehrheit der Mitglieder mittlerweile in privaten Äußerungen vom Film beeindruckt zeigte. Die Kirchliche Umschau betont, dass man über Geschmack natürlich streiten könne, dass aber die Inhalte des Films zweifelsfrei vom römisch-katholischen Glauben inspiriert seien. Und dies ist das Kriterium.

Reaktionäre Aufgeregtheit titelte ein Leitartikel in der deutschen Zeitung Die Welt vom 3. April. Der Film sei ein Ärgernis für alle jene, die feststellen müssen, dass er den über ihn verbreiteten Vorurteilen und Scheindebatten so gar nicht gerecht wird, heißt es in dem Bericht. Selten ist um ein Kinoereignis schon vor dem Start eine solche Wand von Warnungen und Empörung errichtet worden - und selten war die Reaktion der Besucher so diametral entgegengesetzt. Laut Umfragen findet eine Mehrheit der Passion-Besucher den Film gut, ein großer Teil will ihn weiterempfehlen.

Was sich rund um diesen Film an Debatten abspiele könne wohl nur mit den hysterischen Kino-Debatten der fünfziger Jahre verglichen werden. Es gebe eine Welle wahrlich reaktionärer Aufgeregtheit um die Verfilmung der letzten Stunden im Leben Jesu Christi!, heißt es in dem Leitartikel. In der Mitte der Freizeitkultur ist der Kern der christlichen Botschaft angekommen. Das scheint nicht sein zu dürfen. Das Beklagen der Gewalt sei heuchlerisch; was stört, sei die Präsenz einer Botschaft, die man glaubte erfolgreich aus dem gesellschaftlichen und kulturellen Gedächtnis gelöscht zu haben.

Es handle sich um einen Kulturkampf, der seit der Selbstermächtigung des autonomen Menschen gegen den Glauben geführt wird, endet der Artikel: Nur dass diesmal von ungewohnter Seite eine erfolgreiche Runde eingeläutet worden ist. Aber so etwas passiert eben schon mal in einer offenen Gesellschaft - auch wenn ihre Feinde sich darob die Kleider zerreißen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7482>

Auf KATH.NET seit dem: 20. 04. 2004 10:25 Uhr

© www.kath.net

ORF missachtete die Religionsfreiheit

Der Bundeskommunikationssenat der Republik Österreich hat einer Rundfunkbeschwerde gegen den Österreichischen Rundfunk (ORF) wegen blasphemischer Äußerungen des Ex-Priesters Adolf Holl stattgegeben - Von Stephan Baier / DIE TAGESPOST

Wien (kath.net/DT/sb/red)

Der Bundeskommunikationssenat der Republik Österreich hat einer Rundfunkbeschwerde gegen den Österreichischen Rundfunk (ORF) wegen blasphemischer Äußerungen des Ex-Priesters Adolf Holl stattgegeben. Wie kath.net und Die Tagespost berichteten, hatte der 1976 durch Kardinal König vom Priesteramt suspendierte Holl im ORF sexuelle Phantasien in Bezug auf die Mutter Gottes vorgetragen. Ein niederösterreichischer Rechtsanwalt sammelte daraufhin knapp siebentausend Unterschriften für eine Rundfunkbeschwerde. Dieser hat der Bundeskommunikationssenat in einer Entscheidung vom 26. April nun stattgegeben. Wörtlich heißt es in dem Bescheid, die Äußerungen Holls seien geeignet, jedenfalls gläubige Personen römisch-katholischer Konfession in ihren religiösen Gefühlen zu verletzen. Vor dem Hintergrund der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sei dies folgerichtig, darin eine Missachtung von Grundrechten anderer, namentlich der Religionsfreiheit, zu erblicken. Weiter wird in dem Bescheid kritisiert, dass die gewählte Vulgärsprache in einer Durchschnittsbetrachtung jedenfalls bei Kindern geringeren Alters geeignet sein kann, die milieubedingt nicht an eine derartige Sprache gewöhnt sind, die geistige oder sittliche Entwicklung derselben zu beeinträchtigen.

Gemäß ORF-Gesetz wird der Österreichische Rundfunk durch den Bundeskommunikationssenat verpflichtet, folgende Sätze auszustrahlen: Der Österreichische Rundfunk hat durch Wiedergabe von Äußerungen des Dr. Adolf Holl in teils vulgärer Sprache in der Sendung 'Gedanken für den Tag' am 12. Jänner 2004 um 6.57 Uhr gegen § 10 Abs. 1 ORF-Gesetz verstoßen. Der in vulgärer Sprache vorgetragene Wunsch eines anonymen Briefschreibers nach Geschlechtsverkehr mit der Gottesmutter Maria entsprach nicht dem für alle Sendungen des ORF geltenden Gebot, die Grundrechte anderer zu achten.

Der zitierte Paragraph 10 des ORF-Gesetzes schreibt vor, dass alle Sendungen des Rundfunks die

Menschenwürde und die Grundrechte achten müssen. Sendungen dürfen demnach nicht zu Hass auf Grund von Rasse, Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion oder Nationalität aufreizen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7593>

Auf KATH.NET seit dem: 05. 05. 2004 12:06 Uhr

© www.kath.net

Madonna im Hausflur: Keine Mietminderung für Protestanten

Gericht in Münster: Jesus auch nach evangelischem Glauben durch Maria geboren - Anblick könne bei Protestanten keinen besonderen Schock auslösen

Münster (www.kath.net)

Evangelische Mieter haben kein Anrecht auf Minderung der Miete, wenn eine Madonnenstatue im Treppenhaus steht. Diese Entscheidung hat ein Gericht in Münster getroffen wie das Internetportal web.de unter Berufung auf die Neue Juristische Wochenschrift berichtet. Die Madonna beeinträchtigt nicht den Gebrauchswert der Wohnung, so der Kernsatz der Entscheidung. In der Begründung wird verwiesen, dass Jesus auch nach evangelischem Glauben durch Maria geboren worden sei, so dass der Anblick einer Madonna bei Protestanten keinen besonderen Schock auslösen könne.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7589>

Auf KATH.NET seit dem: 05. 05. 2004 08:20 Uhr

© www.kath.net

EU-Verfassung ohne Gottesbezug ist ‚Selbstberaubung‘

Der jüdische Europarechtsexperte Joseph Weiler stellte sein neues Buch „Ein christliches Europa“ im Wiener Parlament vor. Ein Bericht von KATH.NET-Mitarbeiter Dominik Hartig.

Wien (www.kath.net, dh)

Der orthodoxe Jude Joseph H.H. Weiler plädiert in seinem neuen Buch „Ein christliches Europa“ für ein selbst- und verantwortungsbewusstes Engagement der Christen im zusammenwachsenden Europa. Seine „Analyse eines Nichtbetroffenen“ sieht in Europa eine „unbegründete Christophobie“, die einer Selbstverstümmelung gleichkommt.

Das „Christentum soll sich einbringen, nicht verstecken“. Joseph Weiler, Professor für Internationales Recht und Europarecht an der New York University Law School und am Europakolleg in Brügge will, obwohl überzeugter Jude, die Christen in Europa aus ihrer scheinbaren Lethargie aufrütteln. Im Wiener Parlament präsentierte er gestern auf Einladung von Nationalratspräsident Andreas Khol und dem Verlag Anton Pustet und im Gespräch mit dem „Die Zeit“-Journalisten Jan Ross sein neues Buch.

„Ein christliches Europa“ ist eine geistige Auseinandersetzung mit der aktuellen europäischen Verfassungsdebatte und befürwortet sowohl eine Nennung Gottes in der Verfassungspräambel als auch den Bezug auf die christlichen Wurzeln Europas – sonst wäre es ein „Europa, das nicht auf seine Vergangenheit blickt“. Außerdem sei die europäische Kultur ohne das Christentum nicht zu verstehen. Der in Südafrika geborene Jurist wünscht sich natürlich keine christliche Missionierung Europas, ist auch keineswegs gegen eine ausdrückliche Nennung der säkularen Tradition, wie sie es in Europa ja auch gibt. Eine Bezugnahme auf die christlichen Wurzeln sei aber mindestens ebenso berechtigt, ist Weiler überzeugt, dem der Beitrag der Christen bei der Gestaltung Europas auch ein wenig abgeht. So würden hunderte Bücher aus unterschiedlichsten Ideologien den europäischen Integrationsprozess beleuchten, aber nur sehr wenige aus christlicher Sicht.

Seiner Ansicht nach müssten auch die Schreiben des Papstes und die Lehrmeinungen der Kirche, derzeit „total unbekannt“, besser bekannt gemacht und studiert werden. „Centesimus Annus“ sei nämlich mindestens so bedeutend wie ein Werk von Habermas. Es sei wichtig, dass sich die Europäer einer Debatte über die Werte, nach denen sie leben wollen, stellen.

„Die Christen dringen nicht in den Blickwinkel Europas, Europa dringt nicht in den Blickwinkel der Christen“, analysiert der „nichtbetroffene“ Jude. Das Hauptproblem der Christen in Europa sei die „Verinnerlichung“ einer überholten Geisteshaltung. Sie rührt von der französischen Revolution her und besagt, Religion sei –

wie ein Hobby, ein Lieblingsgericht oder sonstige Vorlieben – allein Sache des privaten Gewissens und Vergnügens – „eine Geisteshaltung der 1770er anstatt eine von heute“. Dabei könne das Christentum heute genauso wie in der Vergangenheit einen entscheidenden Beitrag leisten, vor allem in den drei Themen „Gesetzesordnung, Menschenrechte und Demokratie“.

Abschließend sprach sich Wiens Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn für eine Erwähnung Gottes auch in der österreichischen Verfassung aus, als „gemeinsame Orientierung“, da sich immerhin drei Viertel der Europäer als religiös bezeichnen würden. Außerdem würde so auch ein „Mehr“ der Barmherzigkeit gegenüber dem Recht, das lediglich Mindeststandards sichere, betont sowie der Öffentlichkeitsanspruch gegenüber der Tendenz zur biedermeierischen Privatisierung. Aber natürlich habe es Gott nicht nötig, „in der Verfassung zu stehen“, wenn diese unchristlich sein sollte.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7633>

Auf KATH.NET seit dem: 11. 05. 2004 14:06 Uhr

© www.kath.net

Gottesleugner lassen sich fast komplett vom Staat finanzieren

3.000 'Humanisten' erhalten jährlich fast 600.000 Euro Zuschüsse: - Proportional gesehen weit mehr Unterstützung als für andere Religionsgemeinschaften

Berlin (kath.net/idea)

Der atheistische Humanistische Verband (HVD) in Berlin erhält pro Jahr rund 582.000 Euro Zuschüsse aus Landesmitteln. Wie aus einer Antwort des Berliner Wissenschaftsstaatssekretärs Hans-Gerhard Husung (SPD) auf eine Anfrage des PDS-Abgeordneten Klaus Lederer hervorgeht, finanziert das rot-rot regierte Land die Arbeit der rund 3.000 Berliner Freidenker zu 91,5 Prozent. Lederer war in seiner Anfrage von einer Benachteiligung der Atheisten gegenüber Kirchen und Religionsgemeinschaften ausgegangen. In der Antwort des Staatssekretärs heißt es hingegen, der HVD erfahre eine Förderung, „die proportional gesehen die Unterstützung für andere Religionsgemeinschaften weit übersteigt“. Im Gegensatz zu den Kirchen erhalte der HVD Zuschüsse zur Finanzierung nahezu aller Stellen seiner Verwaltungszentrale, der Büroeinrichtung, von Anwalts- und Gerichtsgebühren, für Publikation und Weiterbildung. Im Jahr 2003 habe der HVD rund 54.000 Euro aus Beiträgen und Spenden selbst erwirtschaftet; das hätte nicht einmal für das Gehalt des Geschäftsführers gereicht. 1999 habe der Verband knapp 3.000 Mark pro Mitglied erhalten. Zum Vergleich: Der jüdischen Gemeinde Adas Jisroel zahlte der Senat knapp 1.100 Mark pro Person, die beiden großen Kirchen erhielten etwa 20 Mark.

Kirche erinnert den Senat an Vertragstreue

Die Pressesprecherin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, Christina-Maria Bammel, erklärte dazu gegenüber idea, die Kirche gehe davon aus, daß der Berliner Senat seine Geldmittel gerecht verteile. „Wir weisen den Senat in diesem Zusammenhang auf unsere schwere Not im Bildungsbereich hin und erinnern ihn an die Tugend der Vertragstreue.“ In den vergangenen Jahren waren in Berlin die staatlichen Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft sowie für den konfessionellen Religionsunterricht massiv gekürzt worden. Mehrfach hatte die Kirche dem Senat vorgeworfen, gegen bestehende Verträge zu verstoßen. Dadurch werde etwa der Fortbestand des in Berlin als freiwillige Arbeitsgemeinschaft erteilten Religionsunterrichts in seinem derzeitigen Umfang gefährdet.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7632>

Auf KATH.NET seit dem: 11. 05. 2004 12:22 Uhr

© www.kath.net

Passion Christi: Ein Brechmittel?

Ein Kommentar von Bernhard Müller (Pur-Magazin): Die Anbiederung an die säkulare Gesellschaft durch offizielle kirchliche Stellen zeigt sich bei der aktuellen Filmkritik wieder einmal überdeutlich

Das christliche Lager spaltet sich bei Mel Gibsons Film Die Passion Christi. Da sind einerseits die frommen Katholiken und die Evangelikalen, die die Bibel im wahrsten Sinne des Wortes noch ernst nehmen und andererseits die christlichen Schriftgelehrten von heute, die gescheiterten Theologen, die 200 Jahre kritische

Bibelwissenschaft verarbeitet haben und uns weismachen wollen, dass damals alles gar nicht so war. Während die einen Gibson für seinen missionarischen Film danken, warnen die anderen und hetzen gegen den Regisseur. Als Antisemit wird er beschimpft, auch wenn sich dafür im Film keinerlei Anhaltspunkte finden und er selber immer wieder betont: Antisemitismus ist Sünde. Aber das interessiert seine Kritiker, wie den österreichischen evangelischen Oberkirchenrat Michael Bünker gar nicht, der meint, es spiele für die Wirkung des Films keine Rolle, ob Gibson die antisemitische Ausrichtung seines Films gar nicht beabsichtige bzw. Antisemitismus grundsätzlich ablehne, denn Antisemitismus sei eine Krankheit, die der Kranke oft selbst gar nicht bemerke. So einfach machen es sich Kirchenmänner, wenn sie jemanden grundlos steinigen. Schwerstes Geschütz gegen den Film haben auch die Schweizerische und die Deutsche Bischofskonferenz aufgeföhren. Kardinal Lehmann, der namens der ganzen katholischen Kirche Deutschlands sprach, sieht in der blutrünstigen Passion Gibsons eine drastische Darstellung, die die Botschaft der Bibel auf problematische Weise verkürze und befürchtet, durch den Film könnten antisemitische Vorurteile wieder aufleben. Der Münchner Kardinal Wetter lehnte eine Einladung ins Kino ab und sah den Film nicht an, um sich nicht instrumentalisieren zu lassen, merkte dabei aber gar nicht, dass er sich längst zum Instrument der propagierten Kampagne gegen den Film hat machen lassen, in dem er unbesehen die gängige Kritik nachredet. Die Medienstelle der Schweizerischen Katholischen Bischofskonferenz erklärt in einer offiziellen Stellungnahme, schon die vier unterschiedlichen Passionsberichte der Evangelisten selbst erheben keinen Anspruch darzustellen, wie es war; sie enthielten nur theologische Deutungen und Aktzentuierungen und dürften nicht als Zusammenstellung von Fakten gesehen werden. Also könne auch Gibsons Film nicht mehr sein als ein Gemisch aus Interpretation, Fantasie, Vergrößerung usw. Das Argument, es würden in dem Streifen nur Bibelzitate verwendet, schütze, so die Schweizer Bischofskonferenz, nicht vor dem Antisemitismus-Vorwurf, denn auch das bloße Zitieren der Bibel könne antisemitisch sein.

Dank des Gibson-Films haben wir es von kirchenamtlicher Seite schwarz auf weiß: Die Bibel ist antisemitisch und die Passionsgeschichte unhistorisch. Bei solcher Argumentation, die an die Grundfundamente unseres Glaubens geht, kann Gibsons Film freilich nicht bestehen. Die Anbiederung an die säkulare Gesellschaft durch offizielle kirchliche Stellen zeigt sich bei der aktuellen Filmkritik wieder einmal überdeutlich. Man schämt sich für den Opfertod Jesu und will den theologisch anstößigen Kern christlicher Botschaft verstecken. Es sind wieder die Bauleute am Werk, die den Eckstein verwerfen. Mel Gibson, der eine apostolische Intention mit seinem Film verfolgt und die Produktionskosten selbst finanzierte, wird von hochbezahlten Kirchenleuten scharf kritisiert. Doch es sind Steinewerfer, die im Glashaus sitzen. Warum halten sich die bischöflichen Kritiker die Augen zu, wenn es um die Inhalte ihrer eigenen Mediengeschäfte geht? Beispielsweise um die Filme, CDs und Bücher, die der kircheneigene Weltbild-Vertrieb Monat für Monat in Millionen Haushalte transportiert.

Auf welchem Niveau die gescheiten Passions-Kritiker gegen den Film argumentieren, hat jetzt Josef Dirnbeck, Theologe und vielgepriesener zeitgenössischer Autor in der Zeitschrift Kirche in zum Besten gegeben. Er schaue sich den Film nicht an, schließlich sei er ja nicht abwegig veranlagt: Ich muss nicht selber gekotzt haben, um sicher zu sein, dass ein Brechmittel ein Brechmittel ist. Oder der Studienleiter der evangelischen Akademie Wittenberg, Friedrich Schorlemmer, der den Film obszön schimpft und von einer geistigen Verblödung spricht, weil sich so viele Menschen dieses Machwerk anschauten. Solche Theologen finden immer neue, immer größere Steine um Menschen mit inbrünstiger Christlichkeit zu bewerfen. Der Streit wird zusehens innerkirchlich geführt. Gläubige, die sich der säkularen Gesellschaft zu wenig anpassen, sollen ausgegrenzt werden, um die Kirche kompatibel mit Gesellschaftsformen zu machen, die dem Evangelium widersprechen.

[Pur-Magazin](#)

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7635>

Auf KATH.NET seit dem: 11. 05. 2004 17:31 Uhr

© www.kath.net

... zur politischen und innerkirchlichen Bewegung der Homosexuellen.
Salz&Licht 1/2004,12

Es ist offensichtlich geworden, dass wir als bibeltreue Christen einen Stand gegen den momentanen Zeitgeist einnehmen. Die ganze Palette der sexuellen Liberalisierung ist für uns klar gegen Gottes Maßstäbe gerichtet. Dass das eine hochpolitische Sache ist, möchte ich an zwei Aussagen aufzeigen.

Das Für und Wider der Homosexualität ist nur ein vordergründiges Instrument, um den anstehenden Kampf zu kämpfen.

Die gegenwärtige Sexualerziehung durch die Medien bis hin in die Schulen ist ein Angriff auf den biblischen GottesGlauben. Schon Sigmund Freud warnte vor den zerstörerischen Folgen sexueller Stimulierung von Kindern: „Kinder, die sexuell stimuliert werden, sind nicht mehr erziehungsfähig, die Zerstörung der Scham bewirkt eine Enthemmung auf allen anderen Gebieten, eine Brutalität und Mißachtung der Persönlichkeit des Menschen“. Sonst ist man ja gern bereit, S. Freud zu folgen, aber auf diesem Gebiet nutzt man seine Analyse zum Gegenteil. In einem Handbuch für Lehrer als „Anleitung zur Handhabung der Rahmenrichtlinien für Sexualkunde in Hessen“ von H.J. Gamm heißt es: „Wir brauchen die sexuelle Stimulierung der Schüler, um die sozialistische Umstrukturierung der Gesellschaft durchzuführen und den Autoritätsgehorsam einschließlich der Kinderliebe zu den Eltern gründlich zu beseitigen“. Diese beiden Zitate möchte ich noch unterstreichen mit einem Zitat aus einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel „A Religion for a New Age“, der in „The Humanist“ erschienen ist, dem führenden humanistischen Magazin der USA:

Der Kampf für die Zukunft der Humanität muss in den Klassenräumen der öffentlichen Schulen durch Lehrer, die korrekt ihre Rolle als Bekehrungsagenten eines neuen Glaubens wahrnehmen, ausgetragen und gewonnen werden ... Der Klassenraum muss und wird eine Arena des Konflikts zwischen dem Alten und dem Neuen - dem rottenden Körper der Christenheit ... und dem neuen Glauben des Humanismus werden." (Ausgabe Januar/Februar 1983, Seite 26 - Übersetzung aus dem Englischen vom Verfasser)

Hier möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass Humanismus, wie im oben erwähnten Zitat gezeigt, eine New-Age Religion ist, gestützt auf das Fundament der Evolutionstheorie, die auf keinen Fall wissenschaftlich bewiesen ist. Nun kann man erkennen, was eine gottlose Gesellschaft vorhat. Es geht immerhin um Macht. Die Globalisierung hat natürlich die Finger im Spiel. Die Christenheit ließ sich zu sehr in die humanistischen Parteien einspannen, anstatt den antigöttlichen Tendenzen Paroli zu bieten. Das Thema Homo ist nur eine der Früchte dieser Tendenz, während die Wurzel in den Machtbestrebungen der neuen Weltordnung liegt, die logischerweise in totaler Rebellion gegen den Willen Gottes sind. Über das Pro und Kontra der Homofrage zu diskutieren, ist nicht tiefgründig genug, sondern es heißt zu ergründen: sind wir Geschöpfe des biblischen Gottes oder das Zufallsprodukt eines darwinistischen Urknalls? Wer immer zu der Überzeugung gelangt, dass wir Geschöpfe eines persönlichen Gottes sind, würde die leidige Diskussion beenden und besser eine diakonische Begleitung von Homos fördern, um der gegenwärtigen Weißwäscherei dieses Lebensstils entgegenzuwirken. Die Diskussion um die Homos eignet sich allerdings vorzüglich, uns Christen in die Enge zu drücken, weil die EU in ihrem Globalisierungsbestreben mit den Antidiskriminierungsgesetzen die lästigen Reste der Opposition auszuschalten vermag.

Wir sind nicht gegen Menschen, die in homosexuelle Lebensweise geraten sind, genauso wenig wie JESUS gegen eine Ehebrecherin war. Aber wir müssen und dürfen einem politischen Trend, der seine Wurzeln ganz deutlich in der sogenannten 68er Revolte hat, entgegenwirken. Erstens, weil diese Revolte ganz und *gar* gegen christliche und auch bürgerliche Strukturen ist. Ferner, weil die Politik, die von dieser, auch als „Frankfurter Schule“ bekannten Ideologie beeinflusst wurde, total am Scheitern ist. Das Paradies, das die Frankfurter Propheten verheißen haben, ist ins Gegenteil ausgeschlagen. Dagegen treten wir an in vor Gott und dem deutschen Volk - und nicht zu vergessen! - dem Grundgesetz verpflichtet.

• *Dieter Steffen*

'Forum Deutscher Katholiken' für Recht auf freie Religionsausübung

Europäische Kultur tief vom Christentum geprägt - Kritik am Laizismus, der Religion und religiöse Symbole immer mehr aus dem öffentlichen Raum verdrängt.

Deutschland (www.kath.net) Das Forum Deutscher Katholiken fordert das Recht auf unbehinderte Ausübung der Religion und auf unsere religiösen Symbole in der Öffentlichkeit. In einer Resolution bezeichnet die Gruppe den Laizismus als ein Gespenst, das in Europa umgeht. Er sei bestrebt, Religion und religiöse Symbole aus dem öffentlichen Raum, insbesondere aus Schulen und Bildungseinrichtungen

zu verdrängen, den Gottesbezug in der Europäischen Verfassung zu verhindern und religiöse Betätigung insgesamt zur Privatsache zu erklären.

Das Forum Deutscher Katholiken betont, dass Leben und Kultur in Europa tief vom Christentum geprägt seien - das zeige sich in Architektur, Kunst, Musik, Literatur und in den karitativen Einrichtungen für Kranke, Behinderte und Alte. Christen verlangten keine Privilegien, wollten jedoch ihre Religion unbehindert ausüben, heißt es in der Resolution.

Das Kreuz ist für uns Christen zentrales Symbol und Zeichen der erlösenden Liebe Gottes zu den Menschen. Es beleidigt niemand und tut niemand Gewalt an, sondern steht für Frieden und eine auf Versöhnung gerichtete Wertordnung. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns nachdrücklich vor Augen geführt: Ein Staat ohne Gott und ohne Religion schafft nicht mehr Freiheit, er vielmehr anfällig für Inhumanität, Barbarei und Chaos. Staat und Kirche haben den gleichen Menschen zum Ziel ihrer Bemühungen. Daher treten wir für ein partnerschaftliches Zusammenwirken ein, wo sich die beiden Bereiche berühren.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7691>

Auf KATH.NET seit dem: 19. 05. 2004 09:44 Uhr

© www.kath.net

Israel: Selbstmordattentäter gab nach Begegnung mit Christen auf

Generalsekretär der Israelischen Bibelgesellschaft: Christliche Glaube die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Israel

Stuttgart (kath.net/idea)

Die Begegnung mit einem Christen hat Anfang des Jahres ein Selbstmordattentat in Israel verhindert. Das berichtete der Generalsekretär der Israelischen Bibelgesellschaft, Doron Even-Ari (Jerusalem), bei einer Konferenz für Weltmission am 20. Mai in Stuttgart. Ein zur Terrororganisation Hamas gehörende Palästinenser sei mit 15 Kilogramm Sprengstoff auf dem Weg zu seinem Einsatzort gewesen. Unterwegs habe er sich von seinem Bruder verabschiedet, ohne zu wissen, daß dieser ein Jahr zuvor Christ geworden sei. Im Gespräch sei ihm die Ungeheuerlichkeit des geplanten Verbrechens bewußt geworden; er habe das Vorhaben aufgegeben und den Sprengstoffgürtel vergraben. In den Augen der Hamas gelte er jetzt als Verräter, der mit dem Tod bestraft werden müsse. Der Mann halte sich versteckt. „Dankt Gott für diesen Friedensboten und betet für seine Sicherheit“, bat Even-Ari die rund 1.400 Besucher des Missionstages. Nach Ansicht des Theologen ist der christliche Glaube die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Israel. Zahlreiche politische Initiativen seien gescheitert, weil sie die Religion ausklammerten. Weder Judentum noch Islam forderten zur Feindesliebe auf, wie sie für Christen selbstverständlich sein sollte. „Wir brauchen göttliche Liebe zur Überwindung des Hasses“, so Even-Ari. Die Bibelgesellschaft trage durch Verbreitung von Friedensworten aus dem Neuen Testament in Hebräisch und Arabisch zur Versöhnung bei. 80.000 Exemplare einer entsprechenden Broschüre hätten reißenden Absatz gefunden.

Foto: (c) kath.net

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7718>

Auf KATH.NET seit dem: 23. 05. 2004 10:07 Uhr

© www.kath.net

Die demographische Vergreisung Europas und der Islam

Eine Analyse von Weihbischof Andreas Laun (Salzburg): Ursache der demographischen Katastrophe ist die schon lange andauernde liberal-atheistische Politik in ganz Europa.

I. Eine Geschichte

Ein Dorf, herrlich gelegen, die Leute leben gut. Im Rahmen der bischöflichen Visitation gibt es auch ein Gespräch mit der Gemeinde. Was sind die Anliegen des Bischofs?, fragt der Bürgermeister. Meine Antwort: Wie viele Kinder müssten 2004 in Ihrem Dorf geboren werden, damit Sie in den nächsten Jahrzehnten nicht aussterben? Dann erläutere ich meine Frage und erinnere an die ständig wachsende Zahl von Muslimen in Europa. Sie haben völlig recht, Herr Bischof, sagt der Bürgermeister, fährt aber fort: Mehr Kinder können

wir uns nicht leisten. Früher waren die Menschen in dieser Gegend sehr arm, heute sagen sie, sie könnten sich ihre Zukunft nicht mehr leisten. Niemand scheint erschrocken zu sein oder sich um seine Enkel zu sorgen. Im Gegenteil: Ich erlebe den Zusammenbruch ohnehin nicht mehr. Verhaltenes Lachen. Darauf ich: Wenn Sie wüssten, dass Ihrem Dorf eine gefährliche Lawine droht: Würden Sie sagen, dass Sie sich den Lawinenschutz nicht leisten können? Schweigen. Ich mache es anschaulich: Ich würde auf dem Lawinenkegel stehen und den Reportern erklären: Die reichen Leute liegt hier unter dem Schnee konnten sich den Lawinenschutz leider nicht leisten... Einer der Gemeindevertreter meldet sich: Der Pfarrer sollte ein paar Kinder zeugen! Gelächter, kurz darauf Ende des Gespräches.

II. Die demographische Vergreisung Europas und der Islam

Aller Diskussion gehen folgende Tatsachen voraus:

- Wenn in Europa nicht sehr bald eine radikale Änderung kommt, wird es weiter vergreisen. Greise sterben.
- In das Vakuum strömen andere Völker ein und fordern nach Maßgabe ihrer Größe politische Macht.
- Noch nie in der Geschichte haben mächtige Gruppen oder Länder freiwillig auf Macht verzichtet. Das ist bei den Muslimen nicht anders, zumal ihnen ihre Religion das Durchsetzen ihrer Macht gebietet.

Sollen wir uns fürchten oder kann uns das gleichgültig lassen? Folgende Denkmöglichkeiten bestehen:

1. Das Wunsch-Szenarium der christlichen Europäer

Die Muslime haben unsere Rechts- und Werteordnung schätzen gelernt und das Miteinander von Muslimen und Christen funktioniert wie wir Europäer es uns wünschen und so, wie es die Kirche einmahnt. Es entsteht ein intensiver Dialog der Religionen, und viele Muslime lassen sich auf Grund der Erfahrung mit echten Christen und unter dem Eindruck der Überlegenheit des Evangeliums im Vergleich mit dem Koran taufen. Möglicherweise weckt die herausfordernde Präsenz des Islam die Christen auf und sie entwickeln mit der Hilfe Gottes neue missionarische Kraft.

Auf der politischen Ebene verbünden sich die muslimischen Parteien mit den Christen gegen die europäischen Atheisten: Die christlich-muslimische Zusammenarbeit ermöglicht, die Pornographie einzudämmen, den ungeborenen Kindern den Schutz des Gesetzes zurückzugeben und Absurditäten wie eine Homo-Ehe gehören nur noch ins Kuriositäten-Kabinett der Rechtsgeschichte.

2. Das Wunsch-Szenarium der liberalen Europäer

In den Augen der liberalen Europäern ist der Islam genauso Privatsache wie das Christentum - und belanglos. Sie wollen nur nicht gestört werden von irgendwelchen religiösen Allüren. Die Muslime sollen nur kommen und brav arbeiten, sich unauffällig verhalten und nicht lästig sein. Oder anders gesagt: Die Muslime sollen werden wie die lauen Christen, deren Religion ja auch nicht stört.

3. Das Wunsch-Szenarium der überzeugten Muslime

Istanbul wurde vor 1000 Jahren eine muslimische Stadt, jetzt ist Rom an der Reihe, hat kürzlich ein führender Muslim in Italien gesagt. Tatsache ist: Der Islam will Europa muslimisch machen. Da der Islam zwischen Staat und Religion nicht trennt, werden die Muslime Europa in ein muslimisches Land verwandeln wollen. Vielleicht nicht in ein radikal muslimisches Europa, aber was heißt radikal und worin besteht ein nicht-radikaler muslimischer Staat? Islamisches Europa light? Wie würde es ausschauen? Was bedeutet es für die Juden und Christen, für die Frauen, für den Umgang mit islamisch unerwünschten Gruppen? Sollten sich die künftigen Großeltern schon jetzt darauf einstellen, dass ihre Enkelinnen vielleicht Tschador tragen müssen? Niemand kann ausschließen, dass in einem islamisch dominierten Europa radikale Kräfte an die Macht kommen werden und dass europäische Talibans aus Europa ein radikal islamisches Land machen wollen. Es mag nicht sehr wahrscheinlich sein, ausschließen kann man es aber nicht. Wie ginge es dabei den Juden und Christen? Sie wären im besten Fall Dhinnis, Bürger zweiter Klasse, im schlechtesten Fall Sklaven oder Verfolgte.

Man mache den Muslimen keinen Vorwurf: Warum sollten sie ein mehr und mehr verödetes Europa nicht in Besitz nehmen? Welche europäische Kultur sollte sie beeindrucken: Unsere modern-absurden Kunstwerke aus Schrott? Unsere Homo-Ehen? Unsere sexuelle Unmoral, die wir unseren Kindern in der Schule lehren? Unser modernes Theater, in dem die Schauspieler auf Toiletten sitzen oder in Unterwäsche auftreten müssen? Unsere Weigerung, Gott und Sein Gesetz öffentlich auch nur zu nennen? Unsere Verhöhnung der Religion, die wir Freiheit der Kunst nennen? Unseren Zynismus, mit dem Ethikkommissionen die Tötung unserer eigenen Kinder vor der Geburt legitimieren? Wäre es eigentlich so schade um dieses Europa? Die Muslime antworten mit Nein und wollen folgerichtig ihr islamisches Europa bauen.

Wir leben in einer Zeit, in der man wie nie zuvor gelernt hat, die Kultur unserer Vorfahren freizulegen, zu restaurieren, zu bewahren. Notwendig wäre es, dies auch auf der geistigen Ebene zu tun. Dies würde bedeuten: Wir tragen den genannten Schutt ab und errichten das moderne Europa auf seinen jüdisch-christlichen Fundamenten neu. Darin bestünde die vielgenannte Beseelung Europas. In einem solchen

Europa hätten auch die Muslime die Freiheit, als Muslime zu leben bis zu dem wunderbaren, von Gott geschenkten Tag, an dem sie zu Christus finden und in Freiheit um die Taufe bitten.

Wie wird es wirklich sein? Das hängt davon ab, ob wir jüdisch-christlich geprägten Europäer aufwachen oder uns weiter treiben lassen.

III. Das Versagen der Christen

Ursache der demographischen Katastrophe ist die schon lange andauernde liberal-atheistische Politik in ganz Europa. Sie hat die Familie zerstört, sie macht es den Frauen unmöglich, bei ihren Kindern zu bleiben, und macht sie glauben, darin bestünde ihre Befreiung, sie hat die Sexualmoral in ihr Gegenteil verkehrt, sie propagiert Verhütung und erlaubt Abtreibung, sie belohnt Kinderlose und fördert mit Steuergeldern homosexuelle Partnerschaften. Also sind die Atheisten die Schuldigen? Ja, aber auch nein: Die eigentlich Schuldigen sind die Christen, Laien und Kleriker, die geschwiegen haben und untätig geblieben sind. Während man die Splitter und Balken in den Augen der Vorfahren katalogisierte, verdrängte man die eigenen Splitter und Balken. Wie so oft schon in der Geschichte: Die Macht des Bösen folgte aus der Blindheit, der Trägheit und der Feigheit der Guten. Von einem französischen General gefragt, ob sie nicht Angst um Frankreich habe angesichts der angreifenden deutschen Truppen, antwortete Bernadette Soubriou: Ich fürchte nichts außer den schlechten Katholiken und diese schlechten Katholiken sind zum Teil sehr prominente Katholiken, auch geweihte.

IV. Was ist zu tun?

1. Das Kräfteverhältnis ändern: durch Kinder

Die Muslime sind auf dem Weg zur Mehrheit und damit zur politischen Macht. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Die Christen müssen Kinder zeugen, viele Kinder, mehr Kinder als die Muslime. Von der Österreichisch-Ungarischen Monarchie hat man gesagt: Alii bella gerant, tu, felix Austria, nube! (Mögen andere Kriege führen, du, glückliches Österreich, heirate!) Heute heißt das: Keine Gewalt, aber heiratet und zeugt Kinder, viele, viele Kinder! Nur wenn wir genug Kinder haben, können wir mit den Muslimen auf gleicher Augenhöhe reden und verhandeln. Ohne Kinder werden wir sterben, vorher noch ihre Befehlsempfänger sein.

Wir brauchen Kinder. Zu antworten, die Frauen müssten doch das Recht haben, selbst zu bestimmen, ist weltfremd: Wer spricht, wenn es brennt, vom Menschenrecht darauf, einen Ausflug zu unternehmen? Es ist fünf vor zwölf oder schon später, wir haben nur die Wahl: Uns ändern oder Aussterben.

2. Bewusstseinsänderung

Nicht die Muslime bedrohen Europa, sondern die lauen, gleichgültigen Katholiken (und anderen Christen, ökumenisch gedacht). Sie haben den liberal-atheistischen Europäern die Macht überlassen, den Wellness-Tod Europas zu planen und einzuleiten. Die Katholiken müssen aufwachen und Europa geben was, es braucht: eine Bewusstseinsänderung durch Neuevangelisierung. Nur dann können die Politiker jene Maßnahmen treffen, die Kinderreichtum wieder möglich machen.

3. Christliche Einwanderer ins Land holen

Eine wichtige Maßnahme wäre es auch: Christen ins Land zu holen statt Muslimen. Es wird schwierig sein, aber nicht unmöglich. Eine gemeinsame christliche Wurzel und Sozialisierung würde das Zusammenleben und Zusammenwachsen mit solchen Neu-Europäern viel leichter machen als es mit den Muslimen möglich sein wird.

4. Lebensverneinende Gesetze abschaffen

Bestimmte Gruppen sind immer noch dabei, Verhütung und Abtreibung und sexuelle Unmoral zu propagieren - als ob es nicht längst klar wäre, wie eben diese Politik Europa in seine demographische Katastrophe geführt hat. Daher: Alle Gesetze, die Abtreibung begünstigen, sind für Europa gefährlicher als das Entzünden von Lagerfeuer in einem dünnen Wald bei starkem Wind!

5. Der Umgang mit den Muslimen

Wir dürfen nicht müde werden, mit den Muslimen aufrichtig zu reden. Mit aufrichtig reden meine ich ein stets wiederkehrendes Ceterum censeo... bezüglich der Glaubens- und Gewissensfreiheit auf der Grundlage der gemeinsamen Überzeugung, dass es auch in Fragen der Religion Wahrheit gibt. Wenn Muslime nicht bereit sind, dieses Fundament jüdisch-christlichen Denkens anzuerkennen, müssen wir sie höflich und bestimmt bitten, uns zu verlassen. Menschen einbürgern, die schon ankündigen, gegen unsere Kultur zu sein? Biedermann und die Brandstifter lassen grüßen!

Ist das alles Illusion, politisch nicht machbar, nicht zu finanzieren? Wir können uns alles leisten, nur Kinder nicht? Schade, wenn es so ist, denn dann werden wir zugrunde gehen. Aber die Kirche wird weiter leben und bei Gott ist nichts unmöglich. In Lemberg stand ich kürzlich vor einem Kreuz, und mein Begleiter erklärte mir: Auf dem Sockel stand bis vor einigen Jahren noch Lenin.

Das Kinderbarometer

Wer bei seinem Bier sitzen bleibt, obwohl das Haus brennt, hat das Feuer noch nicht bemerkt. Die Europäer wissen: Wir haben zu wenig Kinder. Aber noch sitzen sie bei ihrem Bier. Vielleicht brauchen wir ein alarmierendes Kinderbarometer, damit wir aufwachen. Man könnte es auf öffentlichen Plätzen aufstellen oder besser vor jedem Nachrichtenblock kommentarlos laufen lassen - in Form von Ziffern mit Erklärung:

1. Ziffer: Die Geburtenrate, die Europa im Jahr 2004 haben müsste, um nicht auszusterben.
2. Ziffer: Die Zahl der Geburten, die bis zum laufenden Monat stattgefunden haben.
3. Ziffer: Das Jahr, in dem der letzte Bewohner Europas gestorben sein wird, wenn alles weitergeht wie bisher.
4. Ziffer: Die Zahl der seit Jahresbeginn abgetriebenen Kinder.

Eine solche Anzeigetafel müsste europaweit allgegenwärtig sein wie das Firmenlogo von VW. Aus triftigen Gründen ist anzunehmen: Ohne Mobilisierung der öffentlichen Meinung sind wir verloren. Mit einer solchen Anzeige könnte etwas in Bewegung kommen. Wenn jemand eine bessere Idee hat, gut, nur: wie auch immer - es muss etwas getan werden. Vielleicht lassen die Europäer dann doch ihr Bier stehen und laufen heim zum löschen. Es ist höchste Zeit.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=7803>

Auf KATH.NET seit dem: 03. 06. 2004 20:30 Uhr

© www.kath.net

Kulturrevolutionäre strebten Zerstörung der Gesellschaft an

'Die Wende' macht 68er-Generation für Niedergang Deutschlands verantwortlich: 'Die Kirchen hätten das Gedankengut der „Kritischen Theorie“ aufgenommen und damit ihren geistigen Tod beschleunigt' Siegen (kath.net/idea)

Ein schonungsloses Aufdecken der wahren Ursachen für den wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Niedergang Deutschlands hat der Verein „Die Wende“ bei seiner Jahrestagung Anfang Juni in Siegen gefordert. Nach Ansicht dieser 1993 gegründeten Organisation, die eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens anstrebt, streben die sogenannten 68er-Revolutionäre eine Zerstörung der ethisch-moralischen Grundwerte von Staat und Gesellschaft an. Die Ablehnung von Leistung, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Pflichtbewußtsein habe zu immer weniger Einsatzbereitschaft im Beruf und damit zum wirtschaftlichen Niedergang geführt, heißt es in einer Erklärung. Anspruchsdenken ruiniere die Sozialsysteme. Eine fehlende Ehrfurcht vor dem Leben und die daraus folgende Legalisierung von Abtreibungen seien die Hauptursache für die Überalterung der Gesellschaft und die Rentenprobleme. Die Diffamierung des Lehrerberufs sowie die Verächtlichmachung von Ehe und Familie seien schuld an der Bildungsmisere und der Verrohung eines immer größeren Teils der Jugend. Die Kriminalität sei durch Täter- statt Opferschutz, Beschimpfung der Polizei und Massenzuwanderung nicht integrierbarer Personen erhöht worden.

Statt absoluter Freiheit kam die Anarchie

Der Theologe Prof. Armin-Ernst Buchrucker (Wuppertal) warf den 68ern vor, auf die Auflösung von Ordnung, Kultur, Familie, Staat und Kirche hingearbeitet zu haben. Man habe moralische Prinzipien abgelehnt, um zur angeblich absoluten Freiheit zu gelangen. Statt dessen habe man Anarchie verbreitet. Typische Befürworter dieser Denkrichtung seien heute an führenden Positionen der Politik tätig, etwa Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und die „Grünen“-Minister Joschka Fischer und Jürgen Trittin sowie aus der CDU Rita Süßmuth, Heiner Geißler und Richard von Weizsäcker. Nach Angaben des Journalisten Klaus Rainer Röhl (Köln), der als Herausgeber der linken Zeitschrift „konkret“ die Studentenrevolte maßgeblich mitprägte, haben die 68er mit ihren Warnungen vor Atom- und Umweltkatastrophen Angst geschürt. Die Kirchen hätten das Gedankengut der „Kritischen Theorie“ aufgenommen und damit ihren geistigen Tod beschleunigt.

Zum Förderkreis der „Wende“ gehören etwa 900 Personen, von denen die meisten in christlichen Gemeinschaften und Organisationen engagiert sind. Ihr Ideengeber ist der Stuttgarter Sozialphilosoph Prof. Günther Rohrmoser, dessen Buch „Der Ernstfall“ den pietistischen Unternehmer Bruno Weinmann (1921-1998) zum Engagement für eine auf Gottes Geboten fußende Lebensordnung anregte. Bis 1998 verschenkte die „Wende“ rund 150.000 theologische und philosophische Schriften. Seither gibt die Organisation monatlich rund 100 Bücher und andere Schriften gegen eine Spende ab. Vorsitzender ist der Gymnasiallehrer Jörg Birnbacher (Wendelstein bei Nürnberg).

Mehr Geld für Muslime

Der Berliner Senat spart am Fach Religion betroffen ist nur der christliche Unterricht

FOCUS 24/2004,30

Bischöfe gehören nicht zu Gewohnheitsdemonstranten. Der evangelische Berliner Landesbischof Wolfgang Huber und der katholische Kardinal Georg Sterzinsky aber fühlten sich in der Pflicht: Vergangenen Mittwoch marschierten sie wider den drohenden Untergang des christlichen Abendlands. Zumindest in Berlin.

Mit der Protestaktion geißelten evangelische und katholische Kirche die Pläne des Senats, die Zuwendungen für den Religionsunterricht zu kürzen. Nach den Sommerferien will PDS-Kultursenator Thomas Flierl den 90-prozentigen Lohnkostenzuschuss für die Religionslehrer nur dann zahlen, wenn mindestens zwölf Kinder in der Klasse sitzen.

Die Messlatte, argumentieren die Kirchen, liege zu hoch. So lauschen zum Beispiel nur acht Schüler aus der Klasse 9b des Lessing-Gymnasiums ihrem Evangelisch-Lehrer Andreas Gniewoß. Die Teilnahme am Religionsunterricht ist in der Hauptstadt - anders als im übrigen Deutschland - freiwillig.

Nur jeder dritte Schüler entscheidet sich für die christlichen Lehrstunden. Die anderen, so vermutet Bischof Huber, sitzen in der „Eisdiele oder spielen Fußball“.

5,7 Millionen Euro will der Senat am christlichen Religionsunterricht einsparen - gleichzeitig steigt die Unterstützung der staatlich geförderten Islam-Stunden um fast 50 Prozent auf 1,4 Millionen Euro. Das Recht, den Koran auch an staatlichen deutschen Schulen lehren zu dürfen, erstritt sich vor vier Jahren die Islamische Föderation in Berlin, die den Status einer Religionsgemeinschaft besitzt. Der Dachorganisation von 26 islamischen Vereinen sagen Experten enge Verbindungen zu Milli Görus, dem fundamentalistischen Auslandsableger der verbotenen türkischen Wohlfahrtspartei, nach. Der Verfassungsschutz beobachtet die Gruppe.

Davon unbeeinflusst freuen sich die Islam-Dozenten über immer mehr Schüler. Im Januar folgten 2'00 Kinder und Jugendliche aus Berlin dem ebenfalls freiwilligen Koran-Unterricht, im nächsten Jahr, so hat PDS-Senator Flierl ausrechnen lassen, werden es bereits 6000 Schüler sein.

Bischof Huber prophezeit dagegen, dass der christliche Religionsunterricht im Ostteil der Stadt und in den multikulturellen Westbezirken wegen mangelnder Schülerzahlen nicht mehr bezuschusst wird und damit ausfallen muss.

„Der Islam-Unterricht sollte nicht ebenso stark gefördert werden wie die christlichen Grundreligionen Deutschlands“, sagt Oberschüler Marc, 14, vom Lessing-Gymnasium. Sein Lehrer Andreas Gniewoß erkennt im Sparwillen des Senats die Absicht, dass einige noch immer den Kampf gegen die Religion führen“, der für ihn mit dem Untergang der DDR beendet schien.

FRANK HAuKE

Weil jeder Mensch zur Liebe berufen ist

Homosexuelle Beziehungen und die entsprechende Lebensweise auch innerhalb der Kirche (im Gegensatz zum Lehramt) werden von manchen moralisch gut geheißenen und Homosexualität wird als Schöpfungsvariante betrachtet - Von Bischof Klaus KÜNG

Ehe und Familie sind in Europa unter die Räder gekommen. Ideologische Altlasten des Kommunismus auf der einen Seite, praktischer Materialismus hedonistischer Prägung auf der anderen. Doch unter Beziehungstrümmern und Wertechaos erwacht die Sehnsucht nach etwas Neuem. Den Christen kommt jetzt ein besonders wichtiger gesellschaftspolitischer Auftrag zu. Ein Beitrag zur Demographie-Debatte. Die Situation der Familie ist, abgesehen von einigen Besonderheiten einzelner Länder, überall in Europa ähnlich: Rückgang der Eheschließungen, besonders der kirchlichen, aber auch der zivilen, Ansteigen der Lebensgemeinschaften (auch homosexueller in mehreren Ländern), hohe Scheidungsziffern, wenig Kinder, Abtreibungen, in einigen Nationen Euthanasie mit der Gefahr der Ausbreitung auf ganz Europa. In den Wohlstandsländern ist künstliche Befruchtung bereits sehr verbreitet.

Besonders bedrängend ist die Situation der Familie in weiten Teilen Russlands, mit materieller Armut, extrem hohen Arbeitslosenzahlen, hoher Jugendkriminalität und einer Scheidungsrate von bis zu 60 Prozent. Etwas besser als im Durchschnitt Europas sind die Familienverhältnisse in Polen. Ähnliches gilt für Malta und mit gewissen Abstrichen für Kroatien, auch wenn die Tendenzen Mittel- und Westeuropas in diesen Ländern bereits spürbar sind. Beeindruckend ist, wie das traditionsgemäß immer sehr kinder- und familienfreundliche Italien inzwischen bezüglich Kinder ganz dem europäischen Niveau entspricht und auch bezüglich Zunahme der Lebensgemeinschaften und der Ehescheidungen sich auf bestem Wege der Anpassung befindet. Ähnliches ist von Spanien zu sagen.

Kulturelle und ideologische Faktoren

Eine tiefer greifende Schädigung im Bewusstsein der Menschen ist in den ehemals kommunistischen Ländern feststellbar, wo aus ideologischen Gründen die Familie auf der Grundlage von Ehe lange Zeit hindurch gezielt unterminiert wurde. Das Ziel war die klassenlose Gesellschaft und der soziale Fortschritt. Die Familie im traditionellen Sinn war geradezu ein Symbol der Bourgeoisie, die Arbeiterfrau ein Zeichen von Gleichberechtigung und sozialem Fortschritt, die Ungebundenheit ein Symbol der Freiheit, wobei der Einzelne kaum zählt. Das Kind soll vom Staat erzogen werden. Wenn es ungeplant kommt, bedeutet es eine Behinderung des Fortschritts, eine Störung. Das große Problem der Straßenkinder und die hohe Jugendkriminalität haben damit zu tun.

Auch in westlichen Ländern ist der Einfluss einer sozialistisch geprägten Lebensanschauung nicht zu übersehen: Die sozialistischen Partei- und Regierungsprogramme fordern und fördern die rechtliche Gleichstellung der Lebensgemeinschaften (einschließlich der homosexuellen), Scheidungen werden erleichtert, die Einrichtung von Ganztageskinder- und -jugendbetreuungsstätten werden als sehr wichtig und die Liberalisierung von Verhütungs- und Abtreibungsprogrammen als Errungenschaften betrachtet. Die Auswirkungen des langjährigen Lobbyings frauenrechtlicher und feministischer Gruppen auf das Bewusstsein der Mehrheit (auch innerhalb der Kirche) ist unübersehbar. In Ost und West hat sich die partnerschaftliche Konzeption der ehelichen oder eheähnlichen Beziehung durchgesetzt. Das Rollenverständnis von Mann und Frau in der Familie ist elastischer geworden. Die Ausbildungsmöglichkeiten sind heute in den meisten Ländern für Männer und Frauen gleich. Das ist positiv, aber mit ein Grund, warum viele Frauen, abgesehen von Karenzzeiten bei der Geburt eines Kindes, berufstätig sind. Nicht wenige sind dadurch, dass die Erziehungsarbeit und die Widmung an den Haushalt finanziell nicht honoriert werden, dazu praktisch genötigt. Andere üben den Beruf aus, weil die Beschäftigung mit dem Haushalt nicht angesehen ist und sie diese nicht befriedigt. Dies aber hat Auswirkungen auf das Leben der Familie.

Grenzenlos kommerzialisierte Erotisierung

Zur Ablehnung der Familie auf der Grundlage der Ehe kommt es durch extreme Formen des Feminismus. Sehr negativ wirkt sich für die Familie, insbesondere für die Kinder aus, wenn sich der Wunsch nach Selbstverwirklichung über die Bedürfnisse der anderen hinwegsetzt und zum Egoismus in Reinkultur wird. Verhütung und Recht auf Abtreibung im Falle der Not gehören meist leider wie selbstverständlich zu dieser Denkweise. In der Wohlstands- und Fun-Gesellschaft West- und Mitteleuropas dominiert der praktische Materialismus mit hedonistischer Prägung. Die vorherrschende Lebensanschauung ist auf das Diesseitige gerichtet: Man möchte etwas vom Leben haben; man erwartet sich einen gewissen Komfort, Glück, Abwechslung. In dieser Denkweise wird der Beruf als besonders wichtig angesehen. Die berufliche Laufbahn ist die Grundlage des persönlichen Ansehens. Dazu kommt, dass Wohlstand, Vergnügen, die Ferien und so weiter verdient sein müssen. Zudem sind in der Wettbewerbsgesellschaft die Anforderungen an den Einzelnen, insbesondere bei wichtigeren Positionen, oft sehr groß. Man hat unter anderem deshalb keine Zeit für die Familie.

Die Konsum- und Werbegesellschaft ist mit einer fast allgegenwärtigen, beinahe grenzenlos kommerzialisierten Erotisierung verknüpft. Die Auswirkungen für die Entwicklung der Persönlichkeit sind bei vielen Menschen sehr negativ, Verhaltens- und Beziehungsstörungen treten häufig auf, Depressionen und Süchte gehören zu den typischen Folgeerscheinungen. Sexualität wird in dieser Wohlstands- und Fun-Gesellschaft von der Frage Kinder weitgehend abgelöst. Sexualität bedeutet oft einfach Kompensation zu Stress und Ausgleich, sie kann geradezu suchartigen Charakter annehmen. Die Anwendung von Verhütungsmethoden aller Art ist dabei gang und gäbe. Auch abartige Sexualpraktiken scheinen weit verbreitet zu sein. Kinder sind nicht unbedingt wie in früheren Zeiten für die Weitergabe des elterlichen Betriebes, für Kranken- und Altersversicherung der Eltern wichtig. So werden sie dann nicht selten zum Objekt der Selbstverwirklichung ihrer Väter und Mütter. Für ihre berufliche Ausbildung wird im Vergleich zu früher außerordentlich viel investiert.

Charakteristisch ist der von vielen verwendete Freiheitsbegriff im Sinne von Sich-Freiheiten-Nehmen, mit Relativierung fast aller Werte und Gebote, auch im Sinne von Sich-Nicht-Binden. Sowohl beim Eingehen einer Ehe als auch bei Übernahme geistlicher Bindungen sind Zögern, Zuerst-Probieren, Zusammenleben, Mitleben geradezu typisch. Es bestehen Bindungsängste. Nicht zu unterschätzen ist die Gruppendynamik: Sie führt zur Ausgrenzung jener, die den Megatrends nicht folgen wollen oder diesen entgegenwirken. Ein besonderes Beispiel ist das sehr effiziente Lobbying homosexueller Gruppen: Es hat in der Öffentlichkeit vieler Länder zu einem Umdenken geführt. Die Bewegung ist zu einer Denk- und Lebensweise geworden, welche geradezu ein Kontrastprogramm zu Ehe und Familie darstellt und nicht ohne Grund als besonderes Kennzeichen die Fahne des modernen Fortschritts schmückt. Die rechtliche Absegnung dieser Lebensweise schließt die Gutheißung aller Arten des Zusammenlebens ein.

Die Ablehnung der Enzyklika Humanae Vitae, die Betrachtung der Sexualität als Wert unabhängig von der Fortpflanzung haben dazu geführt, dass homosexuelle Beziehungen und die entsprechende Lebensweise auch innerhalb der Kirche (im Gegensatz zum Lehramt) von manchen moralisch gut geheißen und Homosexualität als Schöpfungsvariante betrachtet wird. Das ist eine Art Schlussstrich in der Ablehnung der gesamten moralischen Forderungen kirchlicher Sexualmoral.

Die Aufweichung der Werte, die Verdrängung Gottes aus den Herzen der Menschen, das Infragestellen von fast allem Überkommenen, die Folgeerscheinungen mancher gesellschaftlicher Entwicklungen führen zum Aufbrechen neuer Sehnsüchte. Charakteristisch ist zum Beispiel das Verlangen nach Spirituellem, auch die Sehnsucht nach Gelingen der Liebe, nach geistlicher Heilung an der Wurzel. Denn groß sind oft die Leiden im Zusammenhang mit nicht geglückten ehelichen Beziehungen, zerbrochenen Familien, Scheidungswaisen, Abtreibungen, Scheitern an der Leistungs- und Konsumgesellschaft. Diese Leiden sind geradezu kennzeichnend für die Gesellschaftsbilder in Ost und West. Die aufbrechenden Sehnsüchte sind oft sehr vage, mit Neigung ins Esoterische, es zeigen sich aber auch Ansatzpunkte für das Religiöse.

Es darf nicht übersehen werden, dass sich neben all diesen besorgniserregenden und meist eher negativen Entwicklungen gerade in den letzten Jahren fast überall junge Menschen, die bewusst und gezielt eine christliche Familie anstreben, in mehr oder weniger großen Gruppen zu sammeln beginnen. Dort, wo Gott entdeckt wird, entsteht im Vertrauen auf seine Hilfe die Bereitschaft zu einem klaren Ja, zur festen, unauflösliehen Bindung in der vor Gott geschlossenen Ehe. Es bricht das Verlangen auf, einen, den heutigen Verhältnissen angepassten, christlichen Lebensstil zu entwickeln; auch Kinder werden in größerer Zahl bejaht. Man begegnet dann, inmitten einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft, von neuem den fröhlichen Gesichtern kinderreicher Familien.

Der Gottesbezug ist grundlegend für das Menschen- und für das Familienverständnis. Es gehört - aus Liebe zu den Menschen - zu den größten Dringlichkeiten unserer Zeit, eine wirksame Neuevangelisierung zu versuchen, wobei der erste Schritt oft in der Hinwendung zu Gott bestehen wird. Leben und Lieben sind beim Menschen, weil er Geschöpf Gottes ist, sehr eng miteinander verknüpft, weil jeder Mensch zur Liebe berufen ist und Liebe das letzte Ziel des Lebens darstellt. Alles, was die Liebe und das Leben betrifft, sind daher die ersten Ansatzpunkte jeder Verkündigung: Die vorhandene Unruhe des Herzens muss angesprochen werden. Insbesondere Jugendliche sind oft sehr interessiert. Die Stunde der Wahrheit ist gekommen! Den Christen kommt bezüglich Ehe und Familie sowie Schutz des Lebens ein besonders wichtiger gesellschaftspolitischer Auftrag zu. Es gehört zu den größten Herausforderungen Europas, insbesondere die Förderung der kinderreichen Familie auf der Grundlage von Ehe, die Unterstützung und Valorisierung der Erziehungstätigkeit in der Familie sowie die Neubesinnung auf den Schutz des Lebens von seinem Beginn bis zum natürlichen Tod als Prioritäten zu entdecken. Christen müssen sich dafür engagieren. Ohne ihren Einsatz wird es nicht dazu kommen.

Von Bischof Klaus Küng (Feldkirch)

Gefangener des Monats August: Nguyen Hong Quang

Vietnamesischer Mennonit und Rechtsanwalt setzt sich für Christen ein: Ende 2003 organisierte er einen Hungerstreik gegen die Verhaftung von Christen.

Wetzlar / Frankfurt am Main ([www.kath.net / idea](http://www.kath.net/idea)) Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea haben den vietnamesischen Pastor Nguyen Hong Quang als Gefangenen des Monats August benannt und zur Unterstützung für ihn aufgerufen. Der Mennonit war am 8. Juni zu einem Treffpunkt gelockt und von Polizisten festgenommen worden.

Der Vorwurf für seine Inhaftierung lautet Widerstand gegen die Staatsgewalt. Quang soll Ermittlungen der Polizei verhindert haben. Die Polizei durchsuchte im März sein Haus, das auch als Büro der mennonitischen Kirche dient, und beschlagnahmte alle Unterlagen sowie Hab und Gut der Pastorsfamilie. Seine Frau und seine drei Kinder im Alter von neu, acht und zwei Jahren stehen mittellos da. Der 46jährige Quang ist Rechtsanwalt und Generalsekretär der mennonitischen Kirche Vietnams. 1984 geriet er ins Visier des Staatssicherheitsdienstes und wurde seither wegen religiöser Aktivitäten mehrmals inhaftiert.

Flugblätter christlicher Sportler verteilt

Ende 2003 organisierte er einen Hungerstreik gegen die Verhaftung von Christen. Ferner verteilte er Flugblätter mit Aussagen christlicher Sportler bei den südostasiatischen Spielen in Ho-Chi-Minh-Stadt. Quang begleitete den Bau einer evangelischen Kapelle, die die kommunistische Regierung seit Jahren verhindern wollte. Er schrieb im Januar dieses Jahres Berichte über die Verhaftungen und Verfolgung von Christen aus dem Hochland. Er half nicht nur Protestanten, sondern auch Katholiken, zum Beispiel in einem Rechtsstreit um den Priester Nguyen Van Ly. Die IGFM sieht in Pastor Nguyen Hong Quang einen Menschenrechtsverteidiger, der sich unermüdlich und friedlich für das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit einsetzt.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8220>
Auf KATH.NET seit dem: 04. 08. 2004 11:06 Uhr
© www.kath.net

Frühere Geisel islamischer Extremisten vergibt ihren Entführern

Ex-Missionarin Gracia Burnham sagt vor philippinischem Gericht aus - Christen müssen bereit sein, das Evangelium „ins Herz der islamischen Welt“ zu tragen

Manila (kath.net/idea)

Die frühere amerikanische Missionarin Gracia Burnham, die mit ihrem Mann 376 Tage in der Hand der islamischen Extremistengruppe Abu Sayyaf (Vater des Scharfrichters) war, ist auf die Philippinen zurückgekehrt, um im Prozeß gegen ihre Entführer auszusagen. Die Burnhams waren am 27. Mai 2001 mit dem Amerikaner Guillermo Sobero und 17 Filipinos auf der Touristeninsel Palawan entführt worden. Sobero wurde wenige Wochen später enthauptet aufgefunden. Bei der Befreiungsaktion am 7. Juni 2002 wurden Martin Burnham und die philippinische Krankenschwester Deborah Yap im Schußwechsel getötet; Frau Burnham kam verletzt frei. In dem jetzt unter strengen Sicherheitsvorkehrungen geführten Prozeß identifizierte sie sechs der acht Verdächtigen als ihre Entführer. Laut ihrer Aussage bezeichneten sich die Geiselnnehmer als eine Gruppe Osama bin Ladens und feierten die Terroranschläge in den USA vom 9. September 2001. Unter Tränen beschrieb Frau Burnham ihre Gefangenschaft und identifizierte eine rostige Hundekette als diejenige, mit der die Entführer ihren Mann fesselten.

Evangelium ins Herz der islamischen Welt tragen

Abu-Sayyaf-Kämpfer hatten auch das Göttinger Ehepaar Wallert monatelang in ihrer Gewalt. Frau Burnham lebt mit ihren drei Kindern im US-Bundesstaat Kansas. Ihre Erlebnisse hat sie in dem Buch „In Gegenwart meiner Feinde“ geschildert. Vor dem philippinischen Gericht sagte sie, sie habe ihren Entführern vergeben. Sie rief die Christen auf, für alle zu beten, die unter einem extremistischen Islam zu leiden haben. Wahrscheinlich hätten Moslems nicht genug Liebe von Christen erfahren. Das sollte jetzt anders werden, indem man bete, liebe und vergebe. Vor allem sollte man dafür beten, daß die Kämpfer die

Botschaft von Jesus Christus in ihrer eigenen Sprache zu hören bekämen. Dazu müßten Christen bereit sein, das Evangelium „ins Herz der islamischen Welt“ zu tragen, auch wenn dies für einige den Märtyrertod bedeuten könne.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8239>

Auf KATH.NET seit dem: 07. 08. 2004 09:00 Uhr

© www.kath.net

Christen werden heute verfolgt 'wie zu Kaiser Neros Zeiten'

Am schlimmsten ist die Lage in Nordkorea, Saudi-Arabien und Laos, berichtet das Magazin Cicero. Potsdam (www.kath.net / idea) Wie zu Kaiser Neros Zeiten werden heute Christen in vielen Ländern diskriminiert, gefoltert oder umgebracht. Das berichtet die Monatszeitschrift Cicero, die in Potsdam erscheint. Wie es weiter heißt, würden nach vorsichtigen Schätzungen der amerikanischen Kommission für internationale Religionsfreiheit jährlich rund 167.000 Christen wegen ihres Glaubens getötet. Verfolgung könne ihnen in kommunistisch regierten Staaten wie Nordkorea ebenso widerfahren wie in islamischen Ländern, etwa Saudi-Arabien. Das Bild der Unterdrückung sei sehr unterschiedlich: In manchen Ländern stellten die Regierungen den Christen nach, während es in anderen Staaten Extremisten oder Rebellen seien. So gewähre das südamerikanische Kolumbien zwar seinen Bürgern Religionsfreiheit, doch hätten Angehörige von Guerillagruppen in den vergangenen Jahren Hunderte Geistliche getötet. Besonders die antichristlichen Ressentiments aus der islamischen Welt beunruhigten Wissenschaftler und religiöse Institutionen. Extremistischer Islam breitet sich aus So habe der amerikanische Theologe Paul Marshall in der Monatszeitschrift des Amerikanischen Jüdischen Kongresses geschrieben, dass extremistische Versionen des Islam überall an Macht gewinnen, oft mit saudischer oder iranischer Hilfe. Sie verbreiteten sich über Ost- und Westafrika, sowie über Süd-, Südost- und Zentralasien. Der am längsten anhaltende und blutigste Bürgerkrieg der letzten Jahre, der seit 20 Jahren im Sudan tobende Konflikt zwischen der islamischen Zentralregierung und Christen bzw. Anhängern von Naturreligionen im Süden des Landes, hat laut Cicero zwar einen komplexen Hintergrund, doch sei ein Schlüsselmerkmal, daß das Regime das gesamte Land zu einem islamischen Staat machen wolle. Besonders gefährdet seien Christen in Nordkorea, Saudi-Arabien und Laos, schreibt das Monatsmagazin unter Berufung auf das Missionswerk Offene Grenzen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8357>

Auf KATH.NET seit dem: 28. 08. 2004 12:53 Uhr

© www.kath.net

Berlin: Linke Studenten rufen zum Protest gegen Jesus-Tag auf

Veranstalter: Hätten sie uns nicht bemerkt, wären wir als Christen viel zu harmlos

Berlin ([kath.net/idea](http://www.kath.net/idea))

Zum Protest gegen den Jesus-Tag, zu dem am 11. September in Berlin mehrere Zehntausend Christen erwartet werden, ruft eine linke Studentengruppe der Berliner Humboldt-Universität im Internet auf. Sie steht auch in Verbindung mit dem Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten. Wer am Jesus-Tag teilnehme, verneine „das Ziel einer Gesellschaft freier Menschen im Hier und Jetzt“, heißt es in einem Pamphlet der „HUMmel-AntiFa - antifaschistische Hochschulgruppe der Humboldt-Universität“. Die Teilnehmer des Jesus-Tags hätten ein „sexistisches, biologistisches und rassistisches Menschenbild“ und diskriminierten in ihren Äußerungen Homosexuelle. Durch ihre Unterstützung für an Jesus glaubende messianische Juden verhielten sie sich auch antisemitisch.

Gegnern mit Gebet begegnen

Der Vorsitzende des Trägervereins des Jesus-Tags, Axel Nehlsen (Berlin), erwiderte, der Jesus-Tag sei eine Kundgebung für das Wohl und die Zukunft Deutschlands. „Wenn uns niemand von den selbsternannten Gegnern bemerkt hätte, hätten wir uns fragen müssen, ob wir als christliche Großdemonstration vielleicht allzu harmlos sind“, sagte Nehlsen gegenüber idea. Sollten tatsächlich Gegendemonstranten auftauchen, wollten ihnen die Veranstalter des Jesus-Tags „mit Gebet im Vorfeld sowie freundlicher Gesprächsbereitschaft“ begegnen.

Wenige Tage vor Beginn der größten christlichen Veranstaltung des Jahres in Berlin hätten sich 62 Busgruppen aus ganz Deutschland angemeldet. Da es keine Anmeldung für Einzelteilnehmer gebe, sei schwer einschätzbar, ob wie im Jahr 2000 wieder 50.000 Menschen zum Jesus-Tag kommen. Spätentschlossene könnten auch während des Jesus-Tags an den Zugängen zum Brandenburger Tor das Programmheft erwerben, das für eine sinnvolle Planung des Tagesablaufs erforderlich sei.
URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8392>
Auf KATH.NET seit dem: 04. 09. 2004 07:55 Uhr
© www.kath.net

Vietnam: Bergvölker auf der Flucht nach Kambodscha und Thailand

Pfarrer letzte Anker der christlichen Flüchtlingsgemeinden

Mitteilungen der Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM) Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt, Tel.: 069 - 420 108 0, Fax: 069 - 420 108 33 e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de AUGUST/SEPTEMBER 2004

Seit Ostern 2004 flohen wieder Hunderte Montagnards (Bergvölker) nach Zusammenstößen mit der Polizei aus Zentralvietnam nach Kambodscha und Thailand. Wie schon 2001 hatten die Christen unter den Montagnards zu Tausenden gegen die Beschlagnahmung ihres Landes und die Verfolgung aus religiösen Gründen protestiert. Die Regierung schlug auch die diesjährigen Demonstrationen brutal nieder. Es gab mindestens ein Dutzend Tote und mehrere Hundert Verletzte. Nach den Vorfällen setzte Vietnam die Verfolgung gegen Demonstranten sowie Fluchthelfer fort und riegelte sowohl die Dörfer als auch die Grenzen zu Kambodscha hermetisch ab. Kambodscha hat die Arbeit des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) behindert und in den letzten drei Jahren über ein Tausend Flüchtlinge nach Vietnam abgeschoben.

Aus Angst vor einer Verhaftung halten sich die Flüchtlinge monatelang in den Wäldern in der kambodschanischen Provinz Ratanakiri versteckt - geplagt von tropischen Krankheiten und Hunger. Immer noch vegetieren bis zu 250 Flüchtlinge im Dschungel dahin. Vietnam und Kambodscha spielen das Flüchtlingsproblem herunter, indem sie die Flüchtlinge als illegale Immigranten bezeichnen und dem UNHCR „Verlockungsversuch“ vorwerfen. So hatte Kambodscha humanitäre Hilfe nur sporadisch und auf internationalen Druck zu den Flüchtlingen durchgelassen. In der Zwischenzeit erreichte das UNHCR einen Teilerfolg: Am 26. Juli 2004 konnte die erste Gruppe mit 31 erschöpften MontagnardFlüchtlingen aus dem nord-kambodschanischen Dschungel nach Phnom-Penh fliegen.

Die IGFM verurteilt nicht nur die Schließung der kambodschanisch-vietnamesischen Grenze, sondern auch die Einschüchterungsversuche von Kambodscha gegen Personen, die über das Schicksal der Verfolgten berichten wollen. Kambodscha hatte am 25.7.2004 zwei Journalisten und einen Menschenrechtler verhaftet und für zwei Tage festgehalten. Die Journalisten von Radio Free Asia und der englischen Zeitung Cambodia Daily wurden erst freigelassen, nachdem sie zu dem falschen Geständnis, sie seien in das Geschäft mit Menschen schmuggel verwickelt, gezwungen worden waren.

Die Pfarrer spielen für den Zusammenhalt der ethnischen christlichen Flüchtlingsgemeinden und für die Freiheit, seinen Glauben ausüben zu dürfen, eine entscheidende Rolle. Darum unterstützt die IGFM die Pfarrer und deren Familien über den Pfarrerfonds mit Zuwendungen in Höhe einer monatlichen Unterstützung von 100 €, die über zuverlässige Kuriere überbracht werden. Bitte unterstützen Sie den Pfarrerfonds weiterhin.

Auf Anregung der IGFM hat die evangelische Nachrichtenagentur Idea den vietnamesischen Pfarrer Nguyen Hong Quang als „Gefangenen des Monats August“ benannt. Der mennonitische Pfarrer (hier im Bild mit seiner Familie), der auch als Rechtsanwalt tätig ist, berichtete unter anderem über Verhaftungen und Verfolgung von Christen auf dem vietnamesischen Hochland und unterstützte anwaltlich die inhaftierten Neffen des katholischen Pfarrers Nguyen Van Ly. Am 8. Juni 2004 wurde Pfarrer Quang verhaftet. Seine Frau und seine drei Kinder im Alter von neun, acht und zwei Jahren stehen mittellos da.

Moslemische Erziehung zeigt Wirkung

DER DURCHBLICK 9/2004,15

In einer Umfrage wurden Jugendliche in Deutschland gefragt »Wie wichtig ist Gott für Ihr Leben?« Darauf haben mit »wichtig« acht Prozent der evangelischen, neun Prozent der katholischen und 75 Prozent der moslemischen Jugendlichen geantwortet. Könnte es sein, dass dieses Ergebnis beweist, wie unzureichend, um es milde auszudrücken, unsere christliche Überzeugungsarbeit gewesen sein muss, und wie **viel** mehr unsere muslimischen Schwestern und Brüder mit ihrer Sittenstrenge bewirkt haben? Scheinbar macht es eben doch etwas aus, wenn man seinen Kindern, so lange sie noch im Elternhaus leben, nicht gestattet, sich jede Kulturlosigkeit, die aus der Flimmerkiste kommt, »reinzuziehen«, wie das heute so treffend heißt. Obwohl auch die mohammedanischen Jugendlichen außerhalb der Verbotszone ihrer Eltern genügend Gelegenheit in unserer Gesellschaft finden, sich das zu besorgen, was ihnen vorenthalten wird, scheint dennoch die Vermittlung von Werten durch die Glaubwürdigkeit der elterlichen Konsequenz, Wirkung zu zeigen. Das Umfrageergebnis beweist es: So sollten wir zum Beispiel schleunigst Schluss machen mit der Vorstellung, es genüge gelegentlich sonntags zur Kirche zu gehen. Wer ohne wichtigen Grund sonntags fehlt, begeht eine Sünde, die der Beichte bedarf.

Rochus Schneider

Irak: Terroristen töten neun junge Christen

Christen sind verstärkt Ziele terroristischer Angriffe im Irak. Die blutige Verfolgung der Chaldäer nimmt an Schärfe zu.

Königstein im Taunus (www.kath.net / KIN) In Bagdad wurden neun junge Christen getötet, als sie von ihrer Arbeit in einem Freizeitclub nach Hause fuhren. Der Angriff auf die jungen Männer ereignete sich in der Nacht von Sonntag auf Montag, meldete das internationale Hilfswerk „Kirche in Not“ in Königstein.

Bei den Opfern handelt es sich um drei Brüder einer Familie sowie zwei Brüder einer weiteren Familie und vier ihrer Freunde. Alle neun gehören zur chaldäisch-katholischen Kirche. Bereits in der vergangenen Woche wurde in Mosul ein 30-jähriger Mann von Terroristen entführt und enthauptet, auch er war ein chaldäischer Christ.

Der Mann unterhielt einen kleinen Souvenir- und Geschenkeladen in der Nähe der Universität. Wegen ihrer besseren Schulausbildung verfügen die Christen im Irak meist über gute Fremdsprachenkenntnisse, die sie beim Einzelhandel sowie im Import-Export-Geschäft zu gesuchten Geschäftspartnern ausländischer Firmen machen. Meist verkaufen sie auch Alkohol oder arbeiten wie die neun jüngsten Opfer in Clubs, in denen Ausländer verkehren und in denen auch Alkohol ausgegeben wird.

Das dürfte ein Motiv der islamistischen Terroristen für die Mordserie sein, heißt es in einer Mitteilung des Hilfswerkes. Geistliche der chaldäischen Kirche werden immer wieder bedroht. In einem Fall wurden die Mordandrohungen so konkret, dass der zuständige Bischof den Priester in eine andere Stadt versetzen musste.

Ein weiteres Motiv ist nach Angaben von „Kirche in Not“ die Erpressung. Entführungen von einheimischen Christen, über die im Westen nur selten berichtet wird, enden oft unblutig, sofern die Angehörigen das geforderte Lösegeld aufbringen können. Im September jedoch habe sich die Lage für die irakischen Christen erheblich verschärft.

Seit dem offiziellen Ende des Krieges vor anderthalb Jahren wurden bereits mehr als 80 Christen von islamistischen Terroristen getötet, allein zwanzig in diesem September. Zwei von ihnen wurden mit Schwertern enthauptet. Der Mord wurde auf einer CD aufgezeichnet, diese wurde in Mosul verbreitet. Auch Kirchen und Priesterwohnungen werden angegriffen. So entging Pater Sabah Kamura am 10. September nur knapp einem Anschlag mit Maschinengewehren und Handgranaten. Am selben Tag wurde auch auf die Sankt-Georgskirche in Doura, einem Vorort von Bagdad, ein Anschlag verübt.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8565>

Auf KATH.NET seit dem: 28. 09. 2004 12:04 Uhr

© www.kath.net

Sonne, Meer und Folter

Kehrseite des Tourismus in Urlaubsparadiesen: In Kuba, China, Israel, der Türkei und auf den Malediven werden Menschenrechte verletzt.

Frankfurt am Main ([www.kath.net / idea](http://www.kath.net/idea)) Sandstrand und Sonnenschein suchen die meisten Touristen im Urlaub; an Folter und Verfolgung denken sie kaum. Zu „verantwortlichem Reisen“ hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main anlässlich des Welttourismustags am 27. September aufgerufen.

Urlauber könnten dazu beitragen, dass sich die Menschenrechtssituation in Ländern wie Kuba, China, Israel, der Türkei und den Malediven bessert. So weist die IGFM darauf hin, dass der Tourismus auf Kuba zu einem erheblichen Teil den Unterdrückungsapparat finanziere. Vor allem Sextouristen seien willkommen: „Sie zahlen gut und sind besonders unkritisch gegenüber dem politischen System.“

Die ebenfalls kommunistisch regierte Volksrepublik China präsentiere sich als Land des Kulturtourismus und der Olympischen Spiele 2008. Touristen müssten aber wissen, dass China der Staat sei, in dem am meisten Menschen gefoltert würden. Führend sei China auch bei Hinrichtungen. Hunderttausende würden aus religiösen, ethnischen oder politischen Gründen verfolgt.

In der Türkei – einem bevorzugten Urlaubsziel der Deutschen – seien Christen durch Benachteiligung und Diskriminierung einem Verdrängungsprozess ausgesetzt. Innerhalb des letzten Jahrhunderts sei ihr Bevölkerungsanteil von 20 Prozent auf 0,3 Prozent gesunken. Reisende könnten christliche Gemeinden unterstützen, indem sie in Antalya und Istanbul nach Gottesdienstzeiten der deutschen Geistlichen fragen. Vergeblich hält man hingegen auf den Trauminseln der Malediven nach Kirchen Ausschau. Sie sind wie alle nicht-muslimischen Gebetsstätten verboten, so die IGFM. In dem islamischen Ein-Parteien-Staat werde die Rede-, Meinungs- und Religionsfreiheit radikal unterdrückt.

Auch in Israel steht laut IGFM nicht alles zum besten. Pfarrer, Ordensleute und Kirchenpersonal müssten zum Teil monatelang vergeblich auf Visa warten. Christliche Gemeinden drohten zu verweisen. Durch die Sperranlage zu den Palästinensergebieten sei es vielen palästinensischen Christen verwehrt, Kirchen und Schulen zu besuchen. Christliche Besucher des Heiligen Landes sollten die Diskriminierungen der kleiner werdenden Zahl der dortigen Christen nicht vergessen, so die IGFM.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8563>

Auf KATH.NET seit dem: 28. 09. 2004 09:30 Uhr

© www.kath.net

Weihbischof Dick: Europa macht bekennende Christen mundtot

Kölner Weihbischof: Ablehnung eines EU-Kommissars wegen Homo-Äußerungen ist Christenverfolgung - Politikwissenschaftler Löw: Offensichtlich dürfe man Überzeugungen nicht äußern, wenn sie politisch nicht korrekt sind

Köln (kath.net/idea)

Die Europäische Union wendet sich zunehmend gegen das Christentum. Die Weigerung, einen Gottesbezug in die Präambel der EU-Verfassung aufzunehmen, sei der Anfang gewesen. Jetzt mehrten sich die Versuche, bekennende Christen mundtot zu machen, sagte der Kölner Weihbischof Klaus Dick beim ersten Ökumenischen Bekenntniskonvent in Freudenstadt stattfand. Die Ablehnung des designierten EU-Innen- und Justizkommissars Rocco Buttiglione durch den Innenausschuß des Europaparlaments bezeichnete Dick als eine Art Christenverfolgung. Buttiglione, bekennender Katholik, hatte Homosexualität Sünde genannt, sich zugleich aber gegen jede Diskriminierung Homosexueller gewandt. Nach Ansicht der Kritiker habe der Italiener einen Gesinnungsfehler, der ihn vom Amt eines EU-Kommissars ausschließe, erklärte Dick. Kritik übte der Bischof auch daran, daß die EU die Türkei aufgefordert habe, Ehebruch nicht als Straftat anzusehen. Wer eheliche Treue verlange, wie es auch die Bibel tue, gelte offenbar als Europa-unfähig.

Der Konventspräsident, Prof. Peter Beyerhaus (Gomaringen bei Tübingen), berichtete aus Schweden, daß ein Pastor zu einer einmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden sei, weil er praktizierte Homosexualität unter Berufung auf die Bibel als Sünde kritisierte hatte. In Deutschland müßten Religionslehrer mit

Disziplinarverfahren rechnen, wenn sie mit Grundschülern allzu drastisch über die Hölle sprechen, berichtete der Vorsitzende des Arbeitskreises für Religionsfreiheit der Deutschen Evangelischen Allianz, Pfarrer Paul Murdoch (Sachsenheim bei Stuttgart). Die biblische Überzeugung, daß Menschen, die nicht an Jesus Christus glauben, auf ewig verdammt seien, passe nicht zum Zeitgeist.

Verfassungsgericht kontra Verfassung: Gott spielt keine Rolle

Der Politikwissenschaftler Prof. Konrad Löw (Baierbrunn bei München) bezeichnete sich selbst als Verfolgungsoffer, das um seines Engagements für Wahrheit und Gerechtigkeit willen leiden müsse. Die Bundeszentrale für politische Bildung habe sich von einem Aufsatz Löws distanziert, die entsprechende Ausgabe des Deutschland-Archivs eingestampft und sich für die Veröffentlichung entschuldigt, ohne eine Begründung zu geben. Daraufhin habe ihn die Konrad-Adenauer-Stiftung von drei Vorträgen ausgeladen. Die CSU habe ihn zum Parteiaustritt genötigt. In dem Aufsatz, so Löw, habe er nachgewiesen, daß das Bundesverfassungsgericht die Gottesbezüge im Grundgesetz nicht beachte. In keinem Urteil habe die Präambel, daß sich das deutsche Volk die Verfassung im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen gegeben habe, eine Rolle gespielt. Das höchste deutsche Gericht spreche statt dessen von der Verpflichtung zur Eigenverantwortung. Das Sittengesetz, das laut Grundgesetz das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit beschränke, sei zur Selbstbestimmung geworden. Dies bedeute nach Ansicht des Gerichts, daß die Freiheit des einzelnen seine Grenze an seiner Selbstbestimmung finde. Ein solcher Satz sei aber sinnlos. Die Kritik, so Löw weiter, könne sich auch auf seine Aussage beziehen, daß das deutsche Volk als Ganzes den nationalsozialistischen Verbrechen im Dritten Reich nicht zugestimmt habe. Dabei habe er jüdische Historiker zitiert, daß auf einen deutschen Judenhasser 50 Deutsche gekommen seien, die mit den verfolgten Juden Mitleid empfunden hätten. Offensichtlich dürfe man Überzeugungen nicht äußern, wenn sie politisch nicht korrekt seien, sagte Löw.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8739>

Auf KATH.NET seit dem: 24. 10. 2004 11:07 Uhr

© www.kath.net

Christen im Irak: ‚Wir leben wie in modernen Katakomben‘

Bereits 4.000 christliche Familien haben Bagdad verlassen. Muslimische Fundamentalisten bezeichnen die Christen als ‚Kreuzritter‘.

Bagdad (www.kath.net / Fidesdienst) „Christen sind im Irak gezwungen, ihre Gottesdienste in den Untergeschossen der Kirchen zu feiern. Sie leben in ständiger Lebensgefahr. Wir bitten die internationale Staatengemeinschaft und die Weltkirche um Hilfe“, heißt es im Appell, mit der sich der 30jährige christliche Laiengläubige Elias an den Fidesdienst wendet. Im Gespräch mit dem Fidesdienst äußert er die Sorge und die Angst um die christliche Gemeinde und um seine Familie, die teils in Bagdad und teils in Mossul lebt. Elias, der sich als Laie in der Ortskirche engagiert, erzählt von den dramatischen Lebensumständen der Christen in Bagdad: „Wir können unsere Häuser nicht verlassen, weil es auf der Straße sehr gefährlich ist. Zu jeder Tages- und Nachtzeit explodieren Minen und Mörser, mit denen die Rebellen auf Amerikaner und all diejenigen abzielen, die mit der Regierung zusammenarbeiten.“

„Jeden Tag sterben irakische Polizisten, Soldaten und Zivilisten“, berichtet er weiters. „Es herrscht ein echter Bürgerkrieg! Wenn jemand von uns Christen sich auf die Straße wagt, weiß er nicht ob er unversehrt wieder zurückkommt. Christliche Familien haben Angst um ihre Kinder und Frauen und deshalb verlassen viele das Land.“

„Nach dem ersten Attentat auf die Kirchen in Bagdad sind bereits 4.000 christliche Familien nach Syrien und Jordanien geflüchtet“, erzählt Elias. „Andere Gläubige wollen bleiben und fürchten sich nicht vor dem Tod, In der Geschichte des Irak hat die christliche Glaubensgemeinschaft viele Blutbäder erlebt. 1915 kam es in Mardine im Norden des Landes zu einer wahren ethnischen Säuberung: dort lebten meine Großeltern.“

„Um 1950 gab es weitere Christenverfolgungen und heute wiederholt sich diese tragische Geschichte. Christen nennen den 1. August 2004 - den Tag, an dem es zu den ersten Attentaten gegen Kirchen kam, die als Einschüchterungsmaßnahme erstmals auf diese Art im Irak vorkamen - den ‚Tag des Blutes‘. Und die jüngsten Attentate auf die Kirchen am 16. Oktober zeigen, dass die Angriffe gegen Christen

weitergeführt werden. Auch als Laienchristen werden wir bedroht, wenn wir in die Kirchen gehen, um dort dem Priester zu helfen.“, so Elias weiter.

„Wir feiern unseren täglichen Gottesdienst wie die Urchristen in den Untergeschossen der Kirchen und mit wenigen mutigen Gläubigen: wir leben wie in modernen Katakomben“, berichtet er. „Wir bitten die internationale Staatengemeinschaft und die Weltkirche darum, dass sie etwas gegen diese Situation unternehmen, die für uns unzumutbar ist.“

„Wir möchten nur Frieden und Ruhe! Islamische Fundamentalisten wollen uns aus dem Land vertreiben: Sie sind der Ansicht, dass der Irak ein muslimisches Land ist. Sie nennen uns geringschätzig die ‚Kreuzritter‘. Dabei lassen sich andere muslimische Gläubige von radikalen Gruppen mitreißen, denn sie werden oft von ihren Anführern dazu angespornt. Meiner Ansicht nach predigen 80 Prozent der Mullah Hass und fundamentalistisches Gedankengut. Dies ist sehr schlimm. Wenn es so weiter geht, dann wird es im Irak bald keine Christen mehr geben. Helft uns, damit dies nicht passiert!“, lautet der verzweifelte Appell.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8752>

Auf KATH.NET seit dem: 26. 10. 2004 16:37 Uhr

© www.kath.net

Kampf oder Kapitulation

Ein Kommentar von Stephan Baier / DIE TAGESPOST - Die Ideologen der linken Fraktionen wollen die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Wer sich diesem Ziel in den Weg stellt, darf nicht auf Schonung hoffen

Der Streit um Rocco Buttiglione ist eskaliert: so sehr, dass der designierte Kommissionspräsident Barroso seine gesamte Mannschaft zurückziehen musste und der alte Kommissionspräsident Prodi seine Präsenz in Brüssel verlängern muss. Der Streit ist eskaliert, weil die linke Seite des Europäischen Parlaments – Kommunisten, Sozialisten, Grüne und Teile der Liberalen – ihn eskalieren lassen wollte. Und sie wollte dies, um ein unübersehbares Zeichen zu setzen: Wer, wie Rocco Buttiglione, aus seinem persönlichen Glauben heraus praktizierte Homosexualität für „Sünde“ und die so genannte traditionelle Familie für verteidigungswert hält, darf nicht auf Toleranz hoffen.

Die Ideologen der linken Fraktionen wollen die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Wer sich diesem Ziel in den Weg stellt, darf nicht auf Schonung hoffen. Die europäische Christdemokratie hingegen gab sich staatstragend: Von Anfang an war sie bereit, ehemalige Kommunisten und überproportional viele Linksliberale in der künftigen Kommission zu dulden, bei Interessenskonflikten und Inkompetenzen ein Auge zuzudrücken, um einer insgesamt guten Kommission freie Fahrt zu lassen.

Buttiglione verteidigten die Christdemokraten eher halbherzig. EVP-Chef Hans-Gert Pöttering betonte, wie wichtig die Vielfalt des kulturellen und religiösen Hintergrunds bei den Kommissaren sei.

Der Streit um Buttiglione beweist, dass die weltanschauliche Auseinandersetzung um die Gesellschaftspolitik nur eine Alternative kennt: Kampf oder Kapitulation. Die für Europa entscheidende Frage ist nicht, wie Barroso eine Mehrheit findet, sondern ob Buttiglione in seiner persönlichen Beurteilung der Familie Recht hat. Hier muss Europas Christdemokratie noch viel mutiger Farbe bekennen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8768>

Auf KATH.NET seit dem: 28. 10. 2004 12:37 Uhr

© www.kath.net

Menschenrechtler: Größte Christenverfolgung aller Zeiten im Gange

Jeder 10. Christ Opfer von Diskriminierung und Gewalt - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM): Christenverfolgung hat weiter zugenommen - Religiöse Unterdrückung herrscht in etwa 50 der 200 Länder

Frankfurt am Main (kath.net/idea)

Gegenwärtig ist die größte Christenverfolgung aller Zeiten im Gange. Etwa jeder zehnte der weltweit rund zwei Milliarden Christen leidet aufgrund seines Glaubens unter massiven Diskriminierungen und Gewalt. Religiöse Unterdrückung herrscht in etwa 50 der 200 Länder. Darauf machen christliche Menschenrechtsexperten anlässlich des Weltgebetstages für verfolgte Christen am 14. November aufmerksam. Während viele Regierungen Berichte zur Lage der Nation und Kirchen zur Lage ihrer Gemeinden veröffentlichen, informiert idea jedes Jahr über die Situation der verfolgten Christenheit. Besonders groß ist der Druck auf Christen in kommunistischen und islamischen Staaten.

Nach Angaben des international tätigen Missionswerkes Offene Grenzen ist Nordkorea das Land mit der schlimmsten Christenverfolgung. Von den mehr als 200.000 Gefangenen in Arbeitslagern seien Zehntausende Christen. Auf Platz zwei der Liste des Werkes steht das islamische Königreich Saudi-Arabien. Es verbietet Christen und anderen Nicht-Muslimen jede Religionsausübung. Immer wieder kommt es zu Inhaftierungen und Ausweisungen von Ausländern, weil sie ihren christlichen Glauben praktizieren. Große Sorgen bereitet Offene Grenzen, dessen deutscher Zweig seinen Sitz in Kelkheim bei Frankfurt am Main hat, auch der zunehmende islamische Extremismus. In politisch instabilen Ländern wie dem Irak und Pakistan komme es gehäuft zu Mordanschlägen auf Christen. In Afghanistan und im Irak habe sich ihre Situation trotz der Befreiung von totalitären Regimes nicht verbessert. Viele irakische Christen, die als Kollaborateure der USA betrachtet würden, flüchteten aus Angst vor Anschlägen und Entführungen nach Syrien und Jordanien.

Nach Angaben des Missionswerkes hat die Christenverfolgung aber auch eine ermutigende Seite. Sie hat etwa in den Kirchen Chinas und Vietnams eine beispiellose Erweckung bewirkt. Das geschieht nun auch in Indien, wo die Christen wachsender Feindseligkeit ausgesetzt sind, berichtet der Leiter des schweizerischen Zweiges von Offene Grenzen, Pierre Tschanz. **Nach seiner Beobachtung stoßen auch die Kirchen im einst christlichen Abendland zunehmend auf Verachtung und Gleichgültigkeit, weil sie wegen mangelnder Bibeltreue ihre Glaubwürdigkeit verloren hätten. Gleichzeitig gebe es immer mehr Moscheen in Westeuropa und erste Einschränkungen des Glockenläutens. Tschanz: Die Verfolgung in unseren Ländern droht rascher näher zu rücken, als wir denken.**

Nach Einschätzung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main hat die Christenverfolgung in diesem Jahr weiter zugenommen - vor allem durch islamische Extremisten in Afrika und Asien. Wer in Staaten wie Mauretanien, dem Sudan, Saudi-Arabien und dem Iran vom Islam zum Christentum übertrete, sei von der Todesstrafe oder durch Familienangehörige bedroht. Hinduistisch und buddhistisch geprägte Staaten wie Indien und Sri Lanka versuchten, mit Antikonversionsgesetzen Übertritte zum Christentum zu verhindern. Kommunistische Staaten wie die Volksrepublik China, Laos, Vietnam und Kuba behandelten Christen nach wie vor als Staatsfeinde. In manchen Ländern Lateinamerikas wie Kolumbien komme es zur Ermordung von Christen, die sich sozial oder für die Menschenrechte engagierten. Nach Angaben der IGFM leiden missionarisch aktive und evangelikale Christen mehr unter Verfolgung als andere.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=8902>

Auf KATH.NET seit dem: 14. 11. 2004 14:33 Uhr

© www.kath.net

Protestantenzahl sinkt schneller als die Zahl der Katholiken

Statistik von 1990 bis 2000: Katholikenzahl von 46,2 auf 41,8 (4,4 Prozent) gesunken, Protestantenzahl von 40,7 auf 35,3 gesunken (5,4 Prozent).

Zürich (www.kath.net)

Laut aktuellen Volkszählungsdaten ist der Anteil der Katholiken in der Schweizer Bevölkerung zwischen 1990 und 2000 von 46,2 um 4,4 auf 41,8 Prozent gesunken. Dies berichtet diese Woche die Zeitung „swissinfo“. Die Zahl der Protestanten ist noch stärker gesunken: In derselben Zeitspanne ging deren Zahl sogar um 5,4 Prozent zurück, nämlich von 40,7 auf 35,3 Prozent. Damit bleiben die Katholiken in der Schweiz nominell in der Mehrheit.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9014>

Auf KATH.NET seit dem: 26. 11. 2004 11:31 Uhr

© www.kath.net

'C'I'-Partei: Bei diesem Christen gnadenlos

Vom unterschiedlichen Umgang mit Martin Hohmann und Michel Friedman - Ein Kommentar von Helmut Matthies - Nie zuvor sind CDU und CSU so gnadenlos mit einem ihrer Abgeordneten umgegangen. Einem Politiker wird Unrecht getan, und so gut wie niemanden regt es auf. Vor vier Wochen entschied das Bundesparteigericht der CDU, den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann aus der Partei auszuschließen. Grund ist seine Rede am 3. Oktober letzten Jahres, in der er erwähnte, daß bei der Durchsetzung der russischen Revolution von 1917 - bei der auch zahllose Christen umgebracht wurden - in führenden Positionen gottlos gewordene Juden tätig waren. Trotzdem dürfe man aber nicht von den Juden als Tätervolk sprechen. Ebenso sollte man aber im Blick auf das Dritte Reich auch nicht von den Deutschen als Tätervolk reden. Denn es haben nie alle mitgemacht, sondern vor allem die, die sich von Gott losgesagt hatten. Sein Tätervolk -Satz wurde in fast allen Medien verkürzt dargestellt, obwohl Hohmann die Einzigartigkeit des Holocausts herausgestellt hatte. Die Folge war eine unvorstellbare Kampagne - Hohmann, der antisemitische Hetzer - gegen den unbescholtenen Abgeordneten aus Fulda, der sich große Verdienste um die Aufarbeitung des Unrechtes an Juden in seiner Heimat und für das Verhältnis zu Israel erworben hat. Obwohl sich Hohmann von umstrittenen Passagen seiner Rede distanziert, bekommt er von seiner Partei eine scharfe Rüge und wird in einen anderen Bundestagsausschuß strafversetzt. Obwohl ihn prominente Juden verteidigen, strengt der Zentralrat der Juden in Deutschland ein Verfahren gegen ihn wegen Volksverhetzung an. Die Staatsanwaltschaft lehnt dies ab mit der Begründung, die Hohmann-Rede habe kein geltendes Recht verletzt (ist also weder volksverhetzend noch antisemitisch). CDU-Chefin Angela Merkel erklärt am 5. November letzten Jahres, daß man über die beiden Maßnahmen gegen Hohmann nicht hinausgehen wolle.

Friede Springer rief an und Angela Merkel knickte ein

Doch der Zentralrat der Juden läßt nicht locker. Ebenso allen voran die Springer-Presse. Hohmann: Friede Springer rief bei Angela Merkel an und drohte, wenn Hohmann nicht rausfliege, werde die Kampagne in ‚Welt‘ und ‚Bild‘ wochenlang laufen. Angela Merkel knickte ein, auch nach massivem Druck durch CSU-Chef Edmund Stoiber. Es kommt zu einem Parteiausschlußverfahren. Von den fünf Parteirichtern stimmten Anfang November dieses Jahres vier dafür. Der stellvertretende Vorsitzende, Friedrich-Wilhelm Siebeke, begründete in einem 17seitigen Sondervotum, warum er dagegen ist: Hohmann habe die Rüge seiner Partei akzeptiert, und danach sei nichts Tadelnswertes mehr geschehen. Den Ausschluß halte er für einen Akt rechtswidriger Doppelbestrafung. Im übrigen bezweifelt Siebeke, daß durch Hohmanns Verhalten ein Schaden für die CDU eingetreten sei. Man dürfe es nicht Hohmann anlasten, daß mit einer ARD-Falschmeldung (Abgeordneter nennt Juden Tätervolk) ein unbegründeter Verdacht des Antisemitismus auf die CDU fallen könne. Von allen großen Tageszeitungen ging nur die Frankfurter Allgemeine Zeitung ausführlich darauf ein. Ansonsten Schweigen - auch in seiner Partei. Dagegen hat ein führender Wirtschaftsmann in Deutschland, Hans-Olaf Henkel, in seinem Bestseller Die Kraft des Neubeginns. Deutschland ist machbar Hohmann verteidigt: Man unterstellt ihm einfach das, was man glaubte, das er gesagt haben müßte.

Bei Friedman lief es anders

Mit einem anderen Parteimitglied ging die CDU anders um. Der Vizepräsident des Zentralrates der Juden, Michel Friedman, wurde im Juli letzten Jahres wegen illegalen Kokainbesitzes in zehn Fällen bestraft. Daß er sich Prostituierte von einer Menschenschmugglerbande besorgt hatte und damit in den Dunstkreis der organisierten Kriminalität geriet, spielte juristisch keine Rolle. Noch bevor der Prozeß gegen die ukrainische Bande begann, gab es schon wenige Wochen nach dem Aufdecken seiner kriminellen Tat eine sogenannte Welcome back!-Party. Mit dabei war Angela Merkel.

Paul Spiegel: Friedman verdient eine zweite Chance ...

Kurze Zeit später wurde Friedman Herausgeber im Berliner Aufbau-Verlag, bekam eine neue Talkshow, und während man den Ausschluß des Politikers Hohmann aus der CDU verkündete, fanden sich in allen großen Zeitungen Riesenanzeigen über die neueste Fernsehsendung von Friedman. Unter den Riesenlettern Unverschämt gut ist ein strahlender Friedman zu sehen. Der Präsident des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, hatte gleich nach der Kokain- und Sexaffäre seines gerade zurückgetretenen Stellvertreters im letzten Jahr gesagt: Selbstverständlich hat Michel Friedman eine zweite Chance verdient. Er bekam sie sehr schnell.

. Martin Hohmann nicht?

Martin Hohmann aber ermöglichen weder Juden (in Gestalt des Zentralrates) noch Christen (CDU/CSU) diese zweite Chance. Er schrieb am 10. November dieses Jahres an die CDU-Vorsitzende, ob nicht der Ausschluß aus Fraktion und Partei in eine einjährige Zwangsabwesenheit umgewandelt werden könnte. Doch selbst auf diesen für Hohmann ja noch immer schmerzhaften Kompromiß ging Angela Merkel nicht ein. Am 18. November hieß es, es bleibe beim Ausschluß.

Nie zuvor sind CDU und CSU so gnadenlos mit einem ihrer Abgeordneten umgegangen. Dieses Verhalten schadet nicht nur dem Ansehen von CDU/CSU, sondern auch dem Verhältnis zwischen nichtjüdischen und jüdischen Bürgern. Das Empfinden, daß ausgerechnet eine C-Partei einem ihrer am aufrechtsten für Christliches kämpfenden Abgeordneten in gröbster Weise Unrecht getan hat, rumort bei mehr Bürgern, als die CDU-Spitze vermutet. Die sächsische Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann, die dem Vorstand der CDU/CSU-Fraktion angehört, warf Merkel schon im September vor, daß ihre Entscheidung, Hohmann aus der Fraktion auszuschließen, eine der Ursachen für die Verluste der CDU bei den letzten Wahlen sei. Ein Schaden für die CDU

Welch einen charakterlich vorbildlichen, geistlich orientierten Abgeordneten die CDU verloren hat, wird aus einer Aussage Hohmanns in einem Interview mit der Jungen Freiheit deutlich: Ich habe ein sehr ausgeprägtes Gottvertrauen. Wenn es so gekommen ist, dann ist dies eine Fügung Gottes, mit der ich fertig werden muß. Er hat es zugelassen. Da ich mich in dieser Sache frei von unguten Absichten fühle, wird er mir die Kraft geben, es durchzustehen. Gefühle wie Abneigung und Groll zerfressen nur das eigene Herz und bringen keinen Schritt voran. (idea)

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9063>

Auf KATH.NET seit dem: 01. 12. 2004 16:11 Uhr

© www.kath.net

EU ohne GOTT gescheitert

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 7/2005,1

Die EU-Verfassung ohne GOTTES-Bezug ist gescheitert. Ausgerechnet Frankreich, dessen führende Politiker ablehnten, die christlichen Wurzeln Europas in der EU-Charta zu erwähnen, sorgte mit fast 55% (der abgegebenen Stimmen) dafür, daß eine gottlose EU-Charta nicht zustandekam. Fast jeder zweite Franzose hatte sich die Mühe gemacht, den Verfassungstext zu lesen. 62% der Niederländer stimmten kurz darauf gleichfalls mit Nein.

Auch wenn viele Beweggründe der Stimmbürger materieller sowie politischer und nicht religiöser Art waren - GOTT schreibt auch auf krummen Zeilen gerade.

In Deutschland hat der Bundestag - anders als zehn andere EU-Länder - nicht nur eine Volksabstimmung undemokratisch verweigert, sondern zugleich ein Doppelspiel getrieben:

Offiziell waren CDU/CSU für einen GOTTES-Bezug in der EU-Verfassung. Sogar der Kanzler. Doch lehnten nur 23 der 601 Abgeordneten aller Parteien bei der Abstimmung die EU-Verfassung ab.

Eine Ehrenrettung für den Bundestag war die Rede des von der CDU ausgeschlossenen MdB Martin Hohmann:

Er verdeutlichte, daß künftig 80% aller Entscheidungen in der EU fallen sollen. In seiner kurzen Parlamentsrede sagte er wörtlich:

„Der Bundestag könnte sich entsprechend [verkleinern. er](#) könnte 80% seiner Kosten einsparen. Vielleicht könnte man ihn in eine Beschäftigungs-Gesellschaft für entmachtete Abgeordnete umwandeln... Bei gleichem Aufwand weiterzuarbeiten, das ist politische Hochstapelei... Europa braucht mehr denn je ein Wertegefüge.

Dieses kann - aufgrund der 2000jährigen europäischen Geschichte und Kultur - nur die Botschaft von JESUS CHRISTUS sein ... Ohne GOTT geht Europa zum Teufel.

Die riesige Aufgabe, rund 30 europäische Völker zu einem harmonischen und friedlichen Zusammenleben zu einen, übersteigt menschliches Vermögen. Dazu braucht es GOTTES Segen."

Deutsche Ministerin will flächendeckenden Islam-Unterricht

Renate Künast: Nicht nur die Inhalte der Bibel, sondern auch jene des Koran vermitteln.

Berlin (www.kath.net) Die deutsche Verbraucherministerin Renate Künast wünscht sich einen flächendeckenden Islam-Unterricht an deutschen Schulen, meldete die „Berliner Zeitung“. Islamischer Religionsunterricht biete die Chance, „einen aufgeklärten europäischen Islam zu entwickeln, der kein Problem damit hat, sich in eine libertäre und offene Gesellschaft einzufügen“, meint die Politikerin der „Grünen“. „Warum soll man nur die Inhalte der Bibel nicht aber des Koran vermitteln?“, fragt Künast.
URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9078>
Auf KATH.NET seit dem: 03. 12. 2004 11:50 Uhr
© www.kath.net

IGFM: Todesgefahr für Konvertiten - Kein Recht auf Religionswechsel

Menschenrechtsorganisation zum Tag der Menschenrechte: Das Recht auf freien Religionswechsel wird immer weiter eingeschränkt - In mehreren islamischen Staaten steht auf Abfall vom Islam die Todesstrafe Frankfurt/M. (www.kath.net)<BR

Zum Tag der Menschenrechte am Freitag weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte auf die wachsende Bedrohung für Konvertiten hin. Die in Frankfurt ansässige Menschenrechtsgesellschaft sieht das Recht auf freien Religionswechsel als immer weiter eingeschränkt an. Die Wahrnehmung dieses Grundrechtes könne sogar den Tod zur Folge haben. Bedroht seien nicht nur Christen, sondern auch Neumitglieder anderer Religionsgemeinschaften. Die Bedrohung geht von unterschiedlichen religiös-extremistischen Gruppierungen, aber auch von staatlicher Seite aus. Die Täter fühlten sich als gute Muslime, Hindus und Buddhisten, die ihre Religion und kulturelle Identität verteidigen müssten, stellt die IGFM fest.

In Sri Lanka setzen sich seit Frühjahr die aus buddhistischen Mönchen bestehende Minderheitenpartei JHU und der Minister für buddhistische Angelegenheiten für ein Gesetz zur Verhinderung von Religionsübertritten ein. Wachsender religiöser Nationalismus hat seit Anfang 2003 zu über 150 Angriffen auf überwiegend protestantische Gemeinden geführt. In Indien kommt es unter dem Druck von Hindu-Aktivisten immer wieder zu rituellen Rückführungsfeiern von christlichen Konvertiten und Neu-Buddhisten zum Hinduismus. Am 19. September dieses Jahres wurde im ostindischen Bundesstaat Orissa für 75 Christen eine zwangsweise Rückführungszeremonie zum Hinduismus abgehalten. Orissa hat 2003 ein Anti-Konversions-Gesetz erlassen, dass Abwerbung und Abkehr vom Hinduismus zum Christentum oder Buddhismus unter Strafe stellt. In Nepal ist der Übertritt zu einer anderen Religion als dem Hinduismus ebenso wie Mission verboten und kann mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet werden.

In mehreren islamischen Staaten wie Mauretanien, Sudan, Saudi Arabien und Iran steht auf Abfall vom Islam die Todesstrafe. Der im September im Iran inhaftierte freikirchliche Pastor Hamid Pourmand, ein vom Islam zum Christentum übergetretener früherer Offizier, schwebt nach IGFM-Einschätzung in Lebensgefahr. In Afghanistan wurden von Ende Juni bis August fünf zum Christentum übergetretene Muslime ermordet. In Malaysia bestätigte im Juli ein Gericht die Verurteilung von vier christlichen Konvertiten aus dem Islam zu einer dreijährigen Einweisung in ein Rehabilitationszentrum des Glaubens. Ein offizieller Religionswechsel ist für ethnisch-muslimische Malayen nicht möglich.

Das Recht, die eigene Religion frei und ohne Bedrohung wählen zu können, wäre insbesondere in islamischen Staaten eine notwendige Anpassung an die Moderne und die Universale Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, so Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM. Ein Vorbild für Religionsfreiheit und gutes Zusammenleben der Religionen ist der säkular ausgerichtete westafrikanische Staat Senegal mit über 90% Muslimen und einer respektierten christlichen Minderheit. Beim EU-Kandidaten Türkei hat sich im Gegensatz zu weiter bestehenden Beschneidungen der Religionsfreiheit die Lage christlicher Konvertiten gebessert. So nimmt in Istanbul der römisch-katholische Bischof Louis Pelatre jährlich öffentlich Konvertiten aus dem Islam in die katholische Kirche auf und im südöstlichen Diyarbakir leitet der freikirchliche Pastor Guvener jetzt offiziell eine Gemeinde aus früheren Konvertiten.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9138>
Auf KATH.NET seit dem: 10. 12. 2004 00:46 Uhr
© www.kath.net

Verhinderter EU-Kommissar befürchtet 'schleichenden Totalitarismus'

Rocco Buttiglione in München mit Preis der Europäischen Jugend ausgezeichnet - Es gibt nur eine Wahrheit - die, daß es keine Wahrheit gibt werde heute auf dem Kontinent inquisitorisch durchgesetzt München (kath.net/idea)

Einen schleichenden Totalitarismus, der die Gewissen unterdrückt, beobachtet der italienische Europaminister Rocco Buttiglione in der Europäischen Union (EU). Bei einer Festveranstaltung der Jungen Europäer - der Jugendorganisation der überparteilichen Europa-Union - sagte Buttiglione in München, **das Dogma Es gibt nur eine Wahrheit - die, daß es keine Wahrheit gibt werde heute auf dem Kontinent inquisitorisch durchgesetzt.** Der Katholik erhielt von den Jungen Europäern den neuen Preis der Europäischen Jugend für sein Auftreten als christlicher Denker in der Politik. Er war wegen seiner Glaubensüberzeugungen zur Abtreibung, zur Rolle der Frau und zur Homosexualität auf Ablehnung bei sozialdemokratischen, liberalen und grünen EU-Parlamentariern gestoßen. Angesichts eines drohenden Scheiterns der gesamten EU-Kommission (Regierung) hatte der designierte Justiz-Kommissar seine Bewerbung zurückgezogen. Ich will keine Homosexuellen diskriminieren - wir alle sind Sünder, sagte Buttiglione in München. **Die große Gefahr heute sehe er nicht in erster Linie im radikalen Islam, sondern im sinnentleerten Europa. In diese geistige Lücke könne der Islam stoßen. Die freie Gesellschaft biete zwar die Freiheit zur Sünde, sie müsse aber auch den Christen die Freiheit lassen zu sagen, was Sünde sei. Auch Jesus werde immer wieder falsch verstanden. Er sagte zu der Ehebrecherin nicht: 'Ich verurteile dich nicht - und nun suche dir ruhig einen neuen Liebhaber!'; sondern 'Sündige hinfort nicht mehr!'**

In seiner Laudatio würdigte der ehemalige Leiter der ständigen Vertretung Bayerns bei der EU, Ministerialdirigent a.D. Hubertus Deßloch, Buttiglione als einen christlichen Philosophen, der die Gegenwarterscheinungen zu Ende denke. Sein Glaube befähige ihn, den unter der Decke geführten Kulturkampf offenzulegen. Dafür sei er in ganz Europa bekannt und geliebt.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9145>

Auf KATH.NET seit dem: 10. 12. 2004 17:04 Uhr

© www.kath.net

Vietnam: Fest der Freude in einem Klima der Angst

IGFM 7/2004,2

„Bitte geben Sie diese Informationen weiter an die Öffentlichkeit und erheben Sie bitte gemeinsam Ihre Stimme, um das verbrechen der bösen Leute im vietnamesischen Volk anzuprangern. Diese Personen haben den aufrichtigen Menschen Schaden zugefügt. Lieben Sie das vietnamesische Volk und das Land, aber nicht die kommunistischen Banditen.“ (Aus einem Brief von Y Bon Nie, Montagnard-Christ, November 2004)

Der Leiter der Rechtsabteilung der Evangelischen Vereinigung Vietnams Nguyen Hong Quang wurde am 12. November wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt im schweren Fall“ von einem Gericht in Ho-Chi-Minh-Stadt zu drei Jahren Haft verurteilt: Er hatte im März 2004 einen Streit zwischen Gläubigen und Milizen schlichten wollen, wurde von Milizen zusammengeschlagen. Drei Monate danach wurde er verhaftet. Nguyen Hong Quang ist den Behörden ein Dorn im Auge. Pfarrer Quang ist nämlich sowohl Pfarrer als auch Rechtsanwalt. Gefangene aus politischen und religiösen Gründen bekommen nur selten einen Rechtsbeistand vor Gericht. In den Prozessen, bei denen die vietnamesischen Behörden seine Verteidigung mit allen Mitteln verhindert hatten, erkämpfte sich Nguyen Hong Quang das Recht eines Beobachters. Er beriet die Opferfamilien bei Behördengängen und schrieb für sie Beschwerden wegen der Schikanen und Diskriminierung. Er sammelte und untersuchte Fälle von Menschenrechtsverletzungen und stellte sie in der Öffentlichkeit dar. Sein Antrag auf Zulassung eines „Rechtshilfefonds für Mittellose“ wurde von der Regierung abgelehnt mit der Begründung, er wolle die Rechtshilfetätigkeiten für die Einmischung in Staatsangelegenheiten missbrauchen. Sein Rechtsberatungsbüro wurde bereits im August 2000 von den Behörden geschlossen. Seit 1984 wurde er mehrmals inhaftiert, er wurde bedroht und mißhandelt; es wurden als Verkehrsunfälle getarnte Mordversuche auf ihn verübt.

Es gibt einige mutige Pfarrer wie Nguyen Hong Quang, die bei ihren Gemeinden bleiben und für deren Rechte eintreten. Gerade jetzt, wo sich die Christen auf das Weihnachtsfest vorbereiten, mehren sich die Meldungen über Mißhandlungen

und Verhaftungen. Religiöse Versammlungen an diesen Tagen - auch private in familiären Rahmen - wurden in den letzten Jahren immer wieder brutal aufgelöst, Teilnehmer verhaftet und geschlagen. Weihnachten 2004 wird es vermutlich auch nicht anders sein - vielleicht sogar noch schlimmer, denn die Informationen, die die IGFM in den letzten Tagen en-eichen, deuten auf eine systematische Zerstörung des Christentums bei den Bergvölkern hin - noch vor Weihnachten. Die Evangelische Vereinigung Vietnams rief die Christen in Vietnam auf, in der Zeit zwischen dem 7. und dem 9. November 2004 zu beten und zu fasten. „*Dabei sollten Christen beten, dass sich Christen auch unter widrigen Umständen standhaft und treu zu Gottesdiensten versammeln, dass alle Gemeindeleiter genug Weisheit und Mut aufbringen, um die Gemeinde zu führen, und dass die Behörden ihre Vorurteile gegenüber Christen aufgeben sowie alle Verfolgung und Behinderung beenden*“.

Die Sorgen der Evangelischen Vereinigung Vietnams sind berechtigt. In Dutzenden Briefen an die IGFM berichteten Anfang November Protestanten aus der Provinz Gia Lai, daß die Polizei und die Volkskomitees evangelische Pfarrer und Diakone mit Schlägen und Verhaftung drohten, wenn sie ihren Glauben nicht aufgeben würden. Einige Christen sollen vor lauter Angst Papiere unterschrieben haben, in denen sie sogar die Todesstrafe akzeptierten, für den Fall daß sie „rückfällig“ würden. „Hartnäckige“ Christen, die nicht unterschrieben, wurden Handschellen angelegt und geschlagen. An anderen Orten in den Provinzen Gia Lai und Kontum wurden die Montagnard-Christen vor die Wahl zwischen Verzicht auf den Glauben, Vertreibung aus dem Dorf oder Beitritt zur kontrollierten Staatskirche gestellt. Für die vietnamesischen Ureinwohner, die das Gemeinschaftsleben gewohnt sind, wäre das Vertreiben aus ihren Dörfern die härteste Strafe.

Eine Gemeinde ohne geistlichen Beistand hat es schwer, diese Verfolgung durchzustehen. Darum unterstützt die IGFM Pfarrer, die bereit sind, mit ihren Gemeinden das schwere Schicksal zu meistern. Zur Zeit helfen wir sieben Pfarrern regelmäßig mit 100 € zweimonatlich. Aufgrund der vielen Briefe kennen jetzt sehr viele Namen und Aufenthaltsorte von Pfarrern, die ebenfalls dringend unterstützt werden müssen. Bitte helfen Sie mit, daß die Montagnards die Botschaft der Nächstenliebe zu Weihnachten spüren können.

Pakistan: verkauft, zur Konversion gezwungen, die Kinder entführt

Eine Christin hofft auf Recht und ein Ende der Gewalt

IGFM 7/2004,3

Maria, eine pakistanische Christin, wurde vor Jahren von einem muslimischen Onkel mütterlicherseits entführt und an einen anderen Muslim als Ehefrau verkauft, der sie mit Gewalt zum Übertritt zum Islam zwang. Nach einer geraumen Zeit gelang es ihr, aus der Haft ihres muslimischen Ehemannes Abdul Ghaffar zu fliehen. Sie lebt seit drei Jahren im Schutzhaus Apna Gar, bis zum 13. September auch zusammen mit ihren Kindern Jousha und Marrium. Die Anwälte von CLAAS führten zwei Verfahren in ihrer Angelegenheit, das eine wegen Annullierung der Ehe, das zweite wegen des Sorgerechts über die Kinder. Das erste Verfahren wurde in ihrem Sinne entschieden, aber das zweite Verfahren ist weiterhin vor Gericht anhängig. Das Gericht erlaubte Abdul Ghaffar, seine Kinder auf dem Gelände des Gerichtshofes zu treffen. Am 13. September 2004 entführte der Vater die Kinder während der Besuchszeit. In dieser Zeit waren die Kinder in der Obhut des Gerichts. Die Rechtsanwälte erwirkten eine Untersuchung gegen Abdul Ghaffar.

Ob Maria eine Chance hat, Recht zu bekommen, ist fraglich. Die am 26.10.1984, also vor zwanzig Jahren, von dem pakistanischen Diktator Zia ul-Haq eingeführten „Laws of Evidence“ gelten als die wesentlichen Gesetze zur gerichtlichen Beweisaufnahme und nach ihnen bemißt sich der Aussagewert eines Zeugen. Danach ist die Aussage eines Nicht-Muslims oder einer muslimischen Frau nur die Hälfte von der eines männlichen Muslimen wert. Präsident Musharraf hatte zuletzt noch bei einer Menschenrechtskonferenz in Islamabad eine Überprüfung der Gesetze versprochen, aber wie bisher auch blieb es bei den Versprechen; er kann sich gegen die Islamisten in Pakistan, die auch ihn bedrohen, nicht durchsetzen. Weil gerade die Frauen vor Sharia-Gerichten schutzlos sind, brauchen sie professionelle Hilfe, z.B. von „Apna Gar“.

Das Schutzhaus „Apna Gar“ wurde im Juni 2000 eingerichtet. Erste Aufgabe des Hauses ist es, Mädchen und Frauen vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen und ihnen Rechtsberatung, Rechtshilfe und persönliche Unterstützung zu gewähren. Der Standort des Hauses bleibt aus Sicherheitsgründen geheim. Die Aufenthaltsdauer beträgt in der Regel wenige Tage bis drei Monate. Ein Daueraufenthalt wie von Maria ist nicht die Regel. Das Leben und die Sorge für die Opfer in der Anonymität ist sehr beschwerlich und gefährlich. „Apna Gar“ hat sechs Räume, vier Frauen teilen sich ein Zimmer. Verpflegung, medizinische Versorgung und Grundlagenunterricht, auch in Rechtsangelegenheiten und in Fragen der Selbstbehauptung sind gewährleistet. Hilfe durch Rechtsanwälte ist gewährleistet und ganz besonders die Begleitung zu Gerichtsterminen. Allen Frauen und Mädchen, die in dieses Haus aufgenommen werden, ist gemein:

- sie können nach Vergewaltigungen nicht mehr in ihre Familien zurückkehren
- sie wurden zum Übertritt zum Islam gezwungen
- sie wurden in Ehen gezwungen oder sollten in solche gezwungen werden
- sie prozessieren in Sorgerechtsangelegenheiten gegen den Staat

Die IGFM unterstützt das Haus seit zwei Jahren; mit der Menschenrechtsorganisation CLAAS, die dieses Haus führt, besteht eine enge Partnerschaft. Um dem Projekt eine dauerhafte Zukunft zu sichern, muß für jede Frau mindestens 60 Euro im Monat aufgebracht werden. Der Aufwand für die rechtsanwaltliche Betreuung aller Frauen beträgt monatlich im Durchschnitt etwa 250 Euro. Bitte helfen Sie mit, daß diese Frauen Schutz und ihr Recht bekommen. ,

Kennwort Apna Gar (46)

Haben die Christen bis Weihnachten die gleichen Rechte wie die Muslime in der Türkei?

IGFM 7/2004,4

Am 17. Dezember 2004 entscheiden die 25 EU-Regierungschefs über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Hierzu ist Einstimmigkeit notwendig. Die IGFM setzt sich seit Jahren für die religiöse Gleichberechtigung türkischer Christen mit den türkischen Muslimen ein. Der EU-Kommissar Günter Verheugen antwortete am 28. Oktober 2004 auf die Unterschriftensammlung der IGFM:

„Die türkischen Behörden haben mehrmals die Zusicherung gegeben, dass sie sich für die Annahme eines Gesetzes einsetzen, das die weiterhin bestehenden Schwierigkeiten der nichtmuslimischen Gemeinschaften in einer umfassenden Art behandelt. Gemäß den Informationen, die wir von den türkischen Behörden bekommen, ist gegenwärtig der entsprechende Gesetzesentwurf zur Diskussion im Parlament.

Die Kommission wird weiterhin die Situation in der Türkei hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen Probleme überwachen und insistiert in ihrem jüngst veröffentlichten Fortschrittsbericht und auch in der Empfehlung auf einem fortwährenden Reformprozeß in der Türkei.“ (Auszug)

Wie auch immer die Entscheidung ausfallen wird, die Antwort von Herrn Verheugen ist die *Bestätigung* dafür, daß die Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht erfüllt sind. Die Staatschefs werden also angesichts eines erst in der Diskussion befindlichen Gesetzes nicht wissen, ob die Türkei jemals gleiche Rechte für Christen durchzusetzen gewillt ist. Die IGFM wird ihre Aktion daher fortsetzen und den Druck erhöhen. Wir hoffen weiterhin auf Ihre Unterstützung.

Noch vor dem 17. Dezember wird die IGFM an den EU-Ratspräsidenten Dr. Jan Pieter Balkenende, Postbus 2001 in 2500 EA Den Haag, Niederlande, appellieren, den Mut aufzubringen, aufgrund mangelnder Religionsfreiheit in der Türkei sich gegen den Beginn von Beitrittsverhandlungen (zu diesem Zeitpunkt) auszusprechen und eine Verschiebung der Entscheidung zu empfehlen.

Für christliche Religionslehrer im Tur Abdin hat der türkische Staat kein Geld

Wichtiger als alle öffentlichen Aktionen ist es aber, den Bleibewillen der in der Türkei lebenden Christen zu fördern. Lebendige Gemeinden gibt es nicht nur in Istanbul und anderen großen Städten, sondern auch im Tur Abdin, die Keimzelle des europäischen Christentum im Südosten der Türkei. Aus dem noch vor 100 Jahren fast geschlossen christlich zu *bezeichnenden Gebiet* mit *über 1600 Jahre alten* Klöstern wurden die assyrischen Christen *in mehreren Schüben vertrieben* oder in der Auseinandersetzung zwischen Kurden und Türken aufgegeben. Auf den Dörfern gibt es noch wenige mehr *mehr* als 10 Religionslehrer, die der aramäischen Kirchensprache mächtig sind. Mit jedem Lehrer, der aufgibt und wegzieht, verliert eine christliche Gemeinde die Beziehungen zu ihren Ursprüngen, zu den alten Texten und der Liturgie aus der Frühzeit des Christentums, die Welt ein Stück lebendes Kulturgut. Diese Lehrer helfen den wenigen Rückkehrwilligen beim Aufbau und bei wichtigen Entscheidungen. Seit ein paar Jahren unterstützt die IGFM Lehrer durch einen Zuschuß in Höhe von 50 Euro monatlich (600 Euro jährlich) zum Lohn. Es ist Zeit, mehr zu tun. Bitte helfen Sie uns dabei, in der Türkei die Religionsfreiheit für Christen durchzusetzen.

Kennwort TurAbdin (41)

Hektisch auf der Suche - aber nach was?

Der aufgeklärte Mensch und seine spirituelle Unterernährung - Ein Beitrag für Chrismon, Dezember 2004 - Von Peter Seewald

Die Ferien waren zu Ende gegangen. Unsere Koffer standen wieder auf dem Dachboden, und wenn ich aus dem Fenster blickte, sah ich Regentropfen auf das Pflaster spritzten.

Auf meinem Schreibtisch lagen Stapel unerledigter Post, offene Rechnungen türmten sich und pausenlos klingelte das Telefon, als plötzlich jemand vor der Tür stand. Zittrig und klein, mit Händen wie aus Wachs: mein Nachbar, Herr Wimmer. Der Alte setzte sich in meinen Korbstuhl und suchte nach Worten. Er habe keine Freunde mehr, sagte er schließlich, und seine Kinder hätten keine Zeit, sich um ihn zu kümmern. Seit dem Tod seiner Frau sei er ganz alleine zurückgeblieben. Kurz: Sollte ich einmal längere Zeit nichts von ihm hören, so möge ich doch so freundlich sein, eine der Telefonnummern anzurufen, die er mir auf einen Zettel notiert habe.

Alleine zurückgeblieben. Als der Mann gegangen war, trat ich auf meinen Balkon und beobachtete die Menschen unten auf den Bürgersteigen. Die einen liefen nach links, die anderen nach rechts. Lediglich ein Landstreicher fiel ein wenig aus der Reihe, der an den bunten Sträußen vor dem Blumenladen schnupperte. Herr Wimmer sah nicht glücklich aus, was man versteht. Ich weiß nicht, ob er an ein Paradies glaubt, an Reinkarnation oder an ein Ende mit gar nichts. Selbst in seiner Generation ist die Vorstellung von Ewigkeit geschrumpft auf die paar Jahre an Pension, für die man dann ein Leben lang geschuftet hat. Mir fiel ein Satz aus einer Geschichte ein, die ich am Abend zuvor gelesen hatte. Es gibt einen Gott im Himmel, schreibt darin Isaac Singer, und eines Tages werdet ihr Rechenschaft ablegen müssen.

Es ist noch nicht lange her, seit ich wieder in die katholische Kirche zurückgekehrt bin. Es gab viele Gründe für ein Comeback. Einer davon war, gesehen zu haben, wohin eine Gesellschaft geht, die sich nur noch auf sich selbst bezieht. Ein anderer war, dass mich mein Leben langweilte. Ich suchte nach Wahrheit. Wenn Sie mich nun aber fragen, ob ich sie gefunden habe, muss ich zugeben: ich arbeite daran. Trotz der neuen Affaire mit Gott, wie Graham Greene dieses Verhältnis einmal nannte, fallen mich die alten Ungewissheiten an wie wilde Tiere in der Nacht. Und wenn die ganze Welt nur Zufall ist, überlege ich dann. Ergebnis einer unbestimmten Energie, die im Universum herumsaust und selbst nicht weiß, was sie soll? Wurde die Schrift des Lebens, die in unseren Genen seit Jahrmillionen Regie führt, möglicherweise nicht doch von einem dummen Urknall geschrieben?

Alles ist ein wenig anders geworden. Man spricht eine neue Sprache. Man bewegt und benimmt sich anders. Dann dieses verfluchte Tempo. An manchen Tagen lese ich fünf Zeitungen und blättere in Magazinen, aber es fällt mir schwer, daraus klug zu werden. Gelegentlich kommt es mir sogar vor, als sei eine Art big bang eingetreten, ein geistiger Nuklearschlag, der uns in eine andere Umlaufbahn katapultierte. Hat der Umbruch der Millenniumsjahre nicht auch eine gewaltige Rast- und Ratlosigkeit ausgelöst? Man bekommt einen Eindruck von der wilden Jagd nach dem verlorenen Sinn, wenn man in den riesigen Trauben vor den Wie-kann-ich-besser-leben-Regalen der Buchhandlungen steht. Wer sind wir, scheinen die Wartenden zu fragen, wo kann ich finden, was mir fehlt? Mein Friseur erzählte mir enthusiastisch, er habe soeben ein Relax-Wochenende gebucht, mit einem indischen Guru hoch oben in den Bergen. Fast besser als meine Feldenkrais-Gruppe, glaubt er. Ein Bekannter schickte eine Grußkarte aus einem Retreat-Center, in dem er endlich mal wieder sich selbst spüren wolle. Bei einer kleinen Tischgesellschaft, an der ich unlängst teilnehmen durfte, schwärmte ein junger Diplomat über seine neueste Entdeckung. Der Buddhismus, fasste er zusammen, sei in Wirklichkeit die einzige Methode, um ganz und gar glücklich zu werden. Ich wurde ganz klein auf meinem Platz und vergrub den Kopf im Salatteller. Peinlich, nur Mitglied einer Glaubensgemeinschaft zu sein, in der es nicht so sehr um einen selbst, sondern vor allem um den anderen geht.

Es ist nicht so, dass die Leute nichts mehr glaubten. Ganz im Gegenteil. Wie in einen Zaubertrank stürzten wir uns die Jahre über nacheinander in die Psycho-, die Drogen-, die Eso-, die Bio-, die Fitness-, die New-Economy-, die Wellness-, die Diät- und in die Geheimnisse-des-Glücks-Welle. Nicht zu vergessen die Pornowelle, die mit gut besuchten Erotikmessen längst Bestandteil bürgerlicher Kultur geworden ist. Jeder einigermaßen begabte Amateur kann heute mit einer neuen Verheißung, und sei sie noch so krumm, über Nacht ein Heer von Ahnungslosen hinter sich versammeln. Nur von einem Angebot erwarten wir offenbar kaum noch was: von jenem Modell, das Europa einmal so erfolgreich machte - Christentum, die Rezeptur des Abendlandes.

Manche Länder tun sich leichter mit Religion, andere schwerer. Dass es in Deutschland in dieser Frage einen regelrechten Komplex gibt, ist sicherlich auch ein Ergebnis schuldhafter Nazi-Vergangenheit. Zum Fluch des Bösen gehört, dass es auch das Gute schlecht macht und Traditionen, Werte und Überzeugungen in den Sumpf zieht, die eigentlich unerlässlich sind. Nicht ohne Grund wirkt die hektische Suche nach neuen Inhalten oft genug wie eine Flucht - um bloß nicht in Berührung zu kommen mit etwas, das möglicherweise politisch nicht korrekt und außerhalb der Mode ist. Aber haben wir darüber nicht auch ein sehr merkwürdiges Bild von Gott bekommen? Besser gesagt: Haben wir überhaupt noch eines? Niemals zuvor jedenfalls, außer in den Jahren des Faschismus, gab es in diesem Staat eine Gesellschaft, in der das Heidentum die Kultur stärker dominierte als heute. Inzwischen haben wir einen Zustand erreicht, den man wohl als spirituelle Unterernährung, wenn nicht gar als religiösen Notstand bezeichnen muss. Viele Christen fühlen sich bereits wieder, nach einem Jesus-Wort, wie Schafe unter die Wölfe geschickt. Und betrachtet man den permanenten Großangriff auf die Überlieferung der Evangelien, ist man in der Tat erinnert an die Passion in der Via Dolorosa. Der Hintergrund der Kreuzigung Christi heute wie damals: Man glaubt IHM nicht.

Der Weg ist nicht leichter geworden. Wer heute damit anfängt, wieder an Gott zu denken, steht inzwischen vor einem Berg von Fragen, die früher niemand stellte. Ein Gott auf einem Esel. Ein Schöpfer der Welt, der seinen Jüngern die Füße wäscht. Gibt es nicht doch viele, allzu viele Widersprüche an der überlieferten Religion? Wer an Jesus glaubt, konnte der Religionsphilosoph Karl Barth noch ohne Zittern postulieren, der hört das Wort Gottes. Und heute? Heute sind wir davon überzeugt, dass es nichts mehr gibt, was als einigermaßen klare Erkenntnis zu vertreten wäre. Das neue Dogma: Alle Religion ist relativ. Und ist nicht, Heilige hin, Kirchenväter her, die ganze christliche Überlieferung ohnehin nur Schwindel und Betrug? Unzählige Artikelserien handeln vom Fluch des Christentums. Schlaue Theologen finden Beweise gegen Jesus, welche die Generationen vor uns in ihrer Verblendung offensichtlich übersehen hatten. Gut, wenn dem so ist, dann ist es wirklich an der Zeit, Adieu zu sagen. Schmeißen wir die Kreuze aus den Schulen. Tilgen wir das C aus den Namen von Parteien. Belassen wir es an Weihnachten bei Kaufrausch und Kaviar. Warum nicht?

Und wenn dem nicht so ist? Was dann? Halten wir, bitte, mal einen Moment inne. Meinetwegen nur für einen Test. Wäre es denn nicht auch einen Versuch wert, einfach über den Tellerrand hinauszusehen? Sich einmal hineinzustellen in den Raum, den Christen als Geheimnis bezeichnen? Nachzuvollziehen, dass Kirchenfenster nur von innen leuchten? Zu begreifen, dass die Schätze des Glaubens weder im Crash-Kurs, noch ohne die Rückeroberung des metaphysischen Denkens zu bekommen sind? Im Zweifel für den Angeklagten. Ja. Auch hier. Und wer dann plötzlich eine andere Brille aufsetzt, könnte in der Tat die Chance haben, Kirche auch, um es salopp zu sagen, als eine globale Bewegung für Love and Peace zu sehen. Als eine verwegene Truppe, die sich mit ihrem Gebot der Feindesliebe, das es in keiner anderen Religion gibt, den Gewalten dieser Welt in den Weg wirft. Weil sie ganz einfach die Lösung kennt, um die Spirale von Gewalt und Gegengewalt endlich durchbrechen zu können.

Anders ausgedrückt: Für Gläubige ist Gott eine Realität. Ein Narr, wer sie nicht sehen kann. Nicht die biblische Überlieferung ist demnach eine Scheinwelt, sondern eine Welt ohne sie, die Welt der Medien, der Meinungen, des Marketings, ist es. Verlören wir diese Seite unseres Daseins, wären wir so etwas wie ein Kopf ohne Hirn, ein Leib ohne Seele: halbe Menschen eben. Vermutlich sogar, wie ein Blick auf die zunehmende Zahl bestialischer Verbrechen zeigt: echte Zombies.

Es ist eben nicht egal, an was man glaubt. Wie der Unglaube noch kein Wert an sich ist, so ist nicht jede Spiritualität und jede Religion schon per se ein Heilsangebot. Es gibt verrückte Formen davon, und einige sind, man kann es in der Tagesschau verfolgen, absolut lebensgefährlich. Auf die Botschaft kommt es an. Sie ist grundlegend für den Zusammenhang von Glaube und Demokratie, Glaube und Freiheit, Glaube und Solidarität. Wenn man das bedenkt, dann sind die vielen zu beobachtenden Zeichen des Niederganges schon ein Beleg für die These, dass die Quellen der Ethik eben nicht unter dem Parkett des Börsenhandels liegen und auch nicht aus überschuldeten Staatshaushalten sprudeln. Dann läuft eine Moderne, die sich nicht mehr auf eine übergeordnete Instanz bezieht, schon Kraft ihrer Konstruktion ins Leere. Wie eine Radachse, die sich nur noch um sich selber dreht. Abgesehen davon, dass wir, was wirkliches Weltwissen betrifft, objektiv immer dümmer werden.

In unseren Tagen erwarten wir von den Hirten der Kirche zu Recht unübersehbare Zeichen, die der Geschichtlichkeit der Stunde entsprechen. Eine Art Perestroika des Christentums. Schließlich ist mit der Sache Jesu die letzte Vision verbunden, die uns noch geblieben ist. Die Frage ist ja gar nicht: Hat das Christentum noch eine Chance in dieser Gesellschaft? Die Frage ist in Wahrheit: Hat die Gesellschaft noch eine Chance ohne das Christentum? Das Ding ist nur: Wir haben aus dem Evangelium eine Veranstaltung gemacht, die sich mit allem anfreundet, was das Leben irgendwie bequemer macht. Es ist ein Wir-tun-nur-

noch-so-als-ob-Christentum. Aber nicht nur Priester verbiegen und verraten die Botschaft Jesu. So viel ich weiß, gibt es in diesem Land noch immer 50 Millionen Menschen, die Mitglied der beiden großen Volkskirchen sind. Nicht gerade eine Minderheit. Wo aber ist das Volk Gottes? Hat es sich versteckt? Und ist es angesichts dieser Verhältnisse nicht auch an der Zeit, einmal die Erwartungen zu überprüfen, die wir gegenüber der so genannten Amtskirche entwickelt haben? Sie zumindest dem Maß anzugleichen, das wir selbst zu geben bereit sind? Heute fragen wir pausenlos und ziemlich ungeniert nach unseren Wünschen an die Religion. Die frühen Christen fragten auch noch danach, was ER erwartet. Und das macht dann wohl den Unterschied.

Es gibt einen Traum: Könnte man nicht auch, um ein Wort Willy Brandts zu nutzen, wieder mehr Glauben wagen? Wieder damit beginnen, zusammenzufügen, was zusammen gehört? Glauben und Leben. Gott und die Welt. Die Botschaft des Evangeliums neu zu entdecken. Als Hilfe zur Selbsthilfe. Seine unendliche Kraft. Seine unendliche Weisheit. Seine unendliche Barmherzigkeit. Rufe mich, und ich werde dir antworten, heißt es im Buch der Bücher. Dann könnte sich auch herumsprechen, dass wir längst nicht mehr nur in der Zeit nach Christus leben, sondern bereits wieder, mehr und mehr, in der Zeit vor ihm. Und wer weiß, möglicherweise bekommen wir dann nach den ideologischen Verkrampfungen des letzten Jahrhunderts endlich wieder einen klareren Blick auf die ganze Größe des Mysteriums Jesu. Mehr erschrecken als über die uns so plagenden Zweifel könnten wir dann freilich über die Feststellung: Ja, es stimmt. Alles ist wahr.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9148>

Auf KATH.NET seit dem: 11. 12. 2004 10:46 Uhr

© www.kath.net

Italien: Verfassungsgericht erklärt Kreuze in Schulklassen für legitim

Ein aufreibender Streit wurde mit dem Urteil beendet: Das Kruzifix ist „Symbol gemeinsamer Werte“ (Präsident Ciampi) und nicht diskriminierend.

Rom (www.kath.net) In Italiens Schulklassen werden weiterhin Kruzifixe hängen. Das entschied am Mittwoch das italienische Verfassungsgericht, wie der „Corriere della Sera“ meldete. Damit wurde eine Debatte beendet, die seit geraumer Zeit immer wieder aufflammte.

Im Vorjahr hatte ein Richter in den Abruzzen angeordnet, das Kruzifix aus Klassenzimmern einer Schule in Ofena zu entfernen. Ein Muslim hatte argumentiert, der Anblick des Kreuzes sei eine Zumutung für seine Kinder. Richter Mario Montanaro urteilte daraufhin, das Anbringen des Kreuzes sei ein Zeichen dafür, dass der Staat den katholischen Glauben als zentral erachte und andere Religionen weniger wertschätze.

Demnach dürfe es in Klassenräumen gar keine religiösen Symbole geben.

In den Streit um das Kreuz hatten sich Politiker bis in höchste Kreise eingeschaltet. Der italienische Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi hatte das Kruzifix im Herbst des Vorjahres als „Symbol gemeinsamer Werte“ bezeichnet.

Bei einer Umfrage Anfang November des Vorjahres hatten sich 81 Prozent der Italiener für das Anbringen von Kruzifixen in Schulen ausgesprochen; 16 Prozent der Befragten sind gegen Schulkreuze, drei Prozent hat keine Meinung zu diesem Thema. 41 Prozent der Befürworter meinte, das Kreuz sei Symbol der katholischen Bevölkerungsmehrheit der Italiener. Rund zwei Drittel der Gegner der Kruzifixe ist überzeugt, ein religiöses Symbol sei in öffentlichen Schulen nicht angebracht. Ein Viertel der Befragten, die das Kruzifix ablehnen, meint, es diskriminiere Gläubige anderer Religionen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9193>

Auf KATH.NET seit dem: 16. 12. 2004 11:57 Uhr

© www.kath.net

Vietnam: Fortgesetzte Folter an inhaftierten Mennoniten

IGFM: Misshandlungen zur Erzwingung falscher Geständnisse stehen in Vietnam auf der Tagesordnung Ho Chi Minh Stadt (kath.net/igfm)

Mindestens fünf der sechs inhaftierten mennonitischen Christen in Vietnam sind im Gefängnis fortgesetzt misshandelt worden. Zwei vor kurzem freigelassene Mennoniten berichteten der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), dass auch die infolge von Misshandlung psychisch krank gewordene Le Thi Hong Lien vor Schlägen nicht verschont blieb. Die IGFM wirft der vietnamesische Polizei

vor, dass sie in allen ihren Gefängnissen die Gewalt bewusst eingesetzt hat, um falsche Geständnisse zu erzwingen. Die sechs Mennoniten um Pastor Nguyen Hong Quang waren Mitte November wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu Haftstrafen zwischen neun Monaten und drei Jahren verurteilt worden. Die Brüder Nguyen Huu Nghia und Nguyen Thanh Nhan kamen am 2. bzw. 3. Dezember frei, nachdem sie am 2. März dieses Jahres verhaftet worden waren. Ihre Zeugenaussagen, die der in Frankfurt ansässigen IGFM vorliegen, belegen die Gewaltanwendungspraxis der vietnamesischen Polizei und der Justizbehörden.

Polizei und Staatsanwalt hatten versucht, die Gefangenen zu zwingen, Pastor Quang als Anstifter und Radelführer der März-Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Mennoniten zu denunzieren. Sie wurden zum Verhör bestellt, meist nachdem kriminelle Häftlinge sie schwer geschlagen hatten. Den Brüdern wurden vorgefertigte Verhörprotokolle zur Unterschrift vorgelegt, in dem sie ihre angeblichen Straftaten zugeben und Reue zeigen. Weil die Gefangenen dies nicht taten, wurden sie misshandelt. Heute können die beiden Brüder infolge der Misshandlungen nicht mehr arbeiten. Im Gefängnis wurden sie mehrmals ins Gesicht bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen. Ihre Nasenbeine wurden gebrochen. Nhan wurde gezwungen, vier Monate lang auf Zehenspitzen zu hocken. Das lange Sitzen und die Schläge auf die Wirbelsäule im Lendenbereich haben zur Nervenschädigung geführt. Das linke Bein von Nhan ist heute gelähmt und er kann nicht mehr schmerzfrei sitzen. Zwei Monate verbrachte er in Isolationshaft, in einer kleinen Zelle ohne Fenster und Belüftung. Zweimal wurde er bewusstlos aus der Zelle getragen. Sein Bruder Nghia leidet infolge von Schlägen und Tritten auf Brust und Kopf an schweren Atembeschwerden, chronischen Schwindelgefühlen und Kopfschmerzen. Die Gefängniswärter sollen kriminelle Mitgefangene angestiftet haben, ihn zu misshandeln. Bis zu seiner Freilassung wurde er fast zwei Monate lang in der Krankenstation des Gefängnis Chi Hoa behandelt. Übereinstimmend berichteten Nhan und Nghia von weiteren Misshandlungen an zwei anderen inhaftierten Mennoniten, Pham Ngoc Thach und Nguyen Van Phuong, ihre Schmerzschreie und Hilferufe seien in allen Gefängniszellen zu hören gewesen. Nhan und Nghia trafen die Mennonitin Le Thi Hong Lien zum ersten Mal wieder am Prozesstag 12.11.2004. Frau Lien war in einer sehr schlechten körperlichen und seelischen Verfassung. Sie redete nicht und weinte andauernd. Im Gericht antwortete sie nicht auf die Fragen des Richters, so dass man sie aus dem Gerichtsaal entfernen ließ. Trotz ihrer Unzurechnungsfähigkeit wurde sie zu 12 Monaten Haft verurteilt. Bei der Rückfahrt wurde sie von Polizeibeamten mehrmals geschlagen, weil sie ihre Befehle nicht verstanden hatte.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9202>

Auf KATH.NET seit dem: 17. 12. 2004 10:22 Uhr

© www.kath.net

PRO VITA plant österreichische ‚Christian Coalition‘

KATH.NET-Exklusiv: PRO VITA startet christliche Lobbyinggruppe für die nächsten Wahlen – Tausende Aktivisten wollen Einfluss auf Parteien nehmen - Themen: Abtreibung, Euthanasie, Glaubensverhöhnung Wien (www.kath.net)

Die in Niederösterreich ansässige Lebensrechtsorganisation „PRO VITA“ kündigt gegenüber KATH.NET für die nächsten Wahlen eine „Christian Coalition“ für Österreich an. Dabei handelt es sich um eine christliche Lobbyinggruppe, die Einfluss auf politische Parteien nehmen möchte. In den USA hat die „Christian Coalition“ innerhalb weniger Jahre großen Einfluss auf die Republikanische Partei genommen und damit Wahlen beeinflusst.

„PRO VITA“ ist derzeit in ganz Österreich auf der Suche nach Aktivisten, die bei diesem Projekt mitwirken sollen. Alfons Adam, der Sprecher von „PRO VITA“, erklärte gegenüber KATH.NET, dass mittlerweile bereits 3000 Personen mitwirkten und man derzeit Unterschriften von potentiellen Mitarbeitern sammle. Unsere Kultur sei eine „Anti-Kultur“, geprägt von Gotteslästerung, Hässlichkeit und Dummheit“, die auch mit Steuergeldern von Christen finanziert werde, sagt Adam. Ziel der Lobbyinggruppe ist deswegen unter anderem die Streichung von Steuergeldern für die „gotteslästerliche, hässliche und dumme Anti-Kultur“ und die Umschichtung dieser Mittel für soziale und erzieherische Aufgaben, heißt es in einer Aussendung. „Unser Staat, der zunehmend von der ‚Kultur des Todes‘ geprägt wird, ist kein Rechtsstaat, weil nicht alle Menschen den Schutz der Gesetze genießen“, wird weiters festgehalten. „Und wir wissen, dass sich die menschliche Qualität einer Gesellschaft daran misst, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.“

Hauptauslöser für die Idee einer christlichen Lobby ist die derzeitige Abtreibungsdebatte in Salzburg. Auch eine umstrittene ORF-Sendung mit Adolf Holl habe dazu beigetragen, teilten die Initiatoren mit. Bei der Salzburger Abtreibungsdebatte vermisst Alfons Adam eine klare Position der ÖVP und ein mutiges Bekenntnis von Kirchenvertretern: „Wir haben christliche Politiker gewählt in der Hoffnung, sie würden das Notwendige im richtigen Geist schon tun. Es gibt den Klerus, von dem wir mit Grund angenommen haben, dass er in erster Linie für die Christianisierung unseres Landes zuständig wäre. Die Fakten zeigen, dass wir uns in diesen Annahmen geirrt haben. Deshalb müssen wir die Sache selbst in die Hand nehmen.“

Spätestens bei den nächsten Wahlen möchte „PRO VITA“ die Lobbyinggruppe aktivieren und auf Parteien Einfluss nehmen, mit Vorzugsstimmenwahlkampf Personen unterstützen oder eigene Kandidaten aufstellen. Adam: „Von politischen Parteien, die unsere Stimme wollen, werden wir verlangen, dass auch Kandidaten unserer Weltanschauung bei den Wahlen aufgestellt werden. Notfalls werden wir bei Wahlen mit eigenen Kandidaten antreten.“

Einer der Schwerpunkte der geplanten Lobbyinggruppe soll der umfassende Schutz des Lebens sein –von Abtreibung bis Euthanasie. „Im Wissen darum, dass wir als erstes das Bewusstsein unserer Mitmenschen für den Wert jedes menschlichen Lebens verändern müssen, streben wir den bedingungslosen Schutz des Menschen von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod an“, erklärte der „PRO VITA“-Sprecher.

Zu den prominentesten Mitgliedern von „PRO VITA“ zählen der ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat, Vincenz Liechtenstein, und der emeritierte Salzburger Universitätsprofessor Wolfgang Waldstein.

www.provita.at

[Christliche Lobbyinggruppe in Österreich - Was sagen Sie dazu? - Ihre Meinung im KATH.NET-Forum](http://www.kath.net/detail.php?id=9231)

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9231>

Auf KATH.NET seit dem: 20. 12. 2004 11:53 Uhr

© www.kath.net

Weihnachten 2004: Hilferuf der Kopten aus Ägypten

Islamische Fundamentalisten üben zunehmend Druck aus. „An Weihnachten werden wir keine Messe feiern, sollte die Gewalt gegen Christen andauern“, so das Oberhaupt der orthodoxen Kopten in Ägypten Kairo (kath.net/Fidesdienst)

Es wird ein „besonderes“ Weihnachten sein. So beschreibt ein Beobachter aus Kairo gegenüber dem Fidesdienst das bevorstehende Weihnachtsfest der Christen in Ägypten, wo der Druck, den islamische Extremisten auf Christen ausüben täglich zunimmt. „Papst Shenouda III. gab bereits bekannt, man werde an Weihnachten keine Messe feiern, sollte die Gewalt gegen Christen andauern“, so der Beobachter. „Papst Shenouda III. wohnt aus Protest gegen Drohungen und Einschüchterungen gegenüber Christen seit einiger Zeit nicht mehr im Patriarchat, sondern in einem abgelegenen Kloster.“

Wie die Beobachter berichten „hat der Druck auf die Christen in den vergangenen drei Wochen zugenommen. Am schlimmsten war die Entführung der Ehefrauen dreier orthodoxen christlichen Priester, von denen wir nicht wissen, wo sie sich aufhalten.“

„Muslimische Extremisten sind verärgert darüber, dass die Christen ihrem Glauben treu bleiben und sich nicht zum „wahren Glauben“ bekehren. Sie wollen die Christen in Ägypten ausrotten, dabei gibt es die christliche Kirche schon seit sehr langer Zeit in diesem Land.“, so der Beobachter weiter.

„Außerdem versucht man auch mit anderen Methoden zu verhindern, dass die Christen in Ägypten die Weihnachtszeit richtig feiern können“, so der Beobachter. „An den Universitäten finden zum Beispiel von 1. bis 8. Januar die Examen statt. Damit können christliche Studenten das Neujahrsfest und das orthodoxe Weihnachtsfest am 7. Januar nicht feiern. Studenten, die oft hunderte Kilometer von ihren Familien entfernt die Universität besuchen, können nicht bei den eigenen Angehörigen sein, wenn sie am nächsten Tag ein Examen haben.“ „Und dies obwohl das orthodoxe Weihnachtsfest vor zwei Jahren von den ägyptischen Behörden zum staatlicher Feiertag erklärt wurde, Doch die Universitäten nehmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse christlicher Studenten“, so der Beobachter abschließend.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9243>

Auf KATH.NET seit dem: 21. 12. 2004 14:16 Uhr

© www.kath.net

DIE ZEIT

53/2004

Wenn Islamisten Sprengstoff hinterm Altar verstecken

Irakische Christen werden zunehmend diskriminiert, entführt und umgebracht. Viele flüchten ins Ausland oder an sichere Orte im Irak. Andere wollen sich verteidigen

Von Birgit Svensson

Bagdad/Erbil

Es ist, als hätten sie Blei in den Schuhen. Zwar hat der Discjockey die Musik für die Gäste auf volle Lautstärke gestellt, und einige Pärchen tanzen auf der weitläufigen Tanzfläche zu arabischen und westlichen Songs. Doch ausgelassen wirken die Feiernden im Aluija-Club an Bagdads Firdous-Platz nicht, dort, wo im April 2003 die Statue Saddam Husseins mit lautem Freudengeschrei vom Sockel gestoßen wurde. »Wenn eine Hochzeitsfeier schon um acht Uhr abends beendet werden muss, kann keine Freude aufkommen.« Ab 22 Uhr herrscht in der irakischen Hauptstadt Ausgangssperre, so will es der Ausnahmezustand seit dem 7. November.

Agob ist der Bruder des Bräutigams und ziemlich missgelaunt. Dem hellhäutigen Armenier mit kahl geschorenem Kopf hilft auch kein Alkohol mehr, um die Sorgen zu vergessen, die seine Familie und Gemeinde seit einigen Monaten belasten. »Wir werden bedroht, entführt, unsere Kirchen zerbombt. Wir können hier nicht mehr leben. Das ist nicht mein Land, aber wo soll ich hin?« Er hat keine Verwandten in den USA, keine Freunde in Deutschland, die ihm eine Einladung schicken könnten, damit er eine Chance auf eines der begehrten Visa hätte.

Agob ist in Bagdad geboren, vor 32 Jahren. 1914 floh sein Großvater in den Irak, noch bevor die türkische Regierung Hunderttausende Armenier auf Todesmärsche schickte. 200000 sollen damals in Richtung Bagdad gegangen sein. Schätzungsweise 20000 leben heute noch im Zweistromland. Doch von Tag zu Tag werden es weniger. Von den eingeladenen Hochzeitsgästen ist ein Drittel nicht erschienen. Entweder seien sie ausgereist oder trauten sich nicht aus dem Haus, erzählen die anderen. Wenn es nicht sein Bruder wäre, der heiratet, wäre Agob auch nicht gekommen. Sie hätten Drohbriefe erhalten, erzählt der Armenier, »weil hier Alkohol ausgeschenkt wird«.

Die Christen im kriegszerrütteten Irak unter amerikanischer Kontrolle sind bedroht. Sie fliehen nach Jordanien, weiter in die USA und nach Europa oder ziehen innerhalb des Iraks in ruhigere Gebiete. Rund 30000 Christen hätten seit April, dem Beginn der Aufstände und des grenzenlosen Terrors, den Irak verlassen, schätzt Yonadam Kanna, Vorsitzender der chaldäisch-assyrischen Vereinigung, der 750000 Mitglieder angehören. »Doch der Exodus wird weitergehen, solange keine Ruhe und Ordnung herrscht und wir um unser Leben bangen müssen.« Manche Gruppen haben es direkt auf die Christen abgesehen. Islamische Fundamentalisten fordern sie auf, ihre Alkoholgeschäfte zu schließen. Andere sollen ihre Boutiquen und Schönheitssalons dichtmachen. Frauen ohne Kopftücher, ohne Schleier werden auf der Straße zunehmend belästigt.

Eva hat helle Augen, mittelblonde Haare und ist noch etwas schüchtern, wenn sie mit den ankommenden Gästen des ersten und einzigen Fünf-Sterne-Hotels in der kurdisch-irakischen Stadt Erbil spricht. Die 20-jährige Frau sticht heraus aus der Mehrheit der Irakerinnen. Sie sei Chaldäerin, lässt sich Eva entlocken, und vor zwei Monaten aus Bagdad in den Norden gezogen. Die Situation für die Christen in der Hauptstadt sei unerträglich geworden. »Mein Vater hat die ganze Familie nach Erbil geschickt«, sagt sie, hierher in die autonomen Kurdengebiete, die von Terror, Aufruhr und Ausnahmezustand weitgehend verschont geblieben sind. Erbil und vor allem das ebenfalls kurdische Sulemanija verzeichnen in den letzten Wochen einen enormen Zustrom von Christen.

Schon Saddam Hussein entfesselte eine Kampagne gegen Christen

Im Gebiet des heutigen Iraks leben Christen seit rund 2000 Jahren. Die Mehrheit gehört der mit Rom verbundenen chaldäischen Kirche an. Einige Chaldäer sprechen noch Aramäisch, die Ursprache der Christen, die Sprache von Jesus. Die zweite große christliche Gemeinde im Irak sind die Assyrer, Nachkommen der alten Reiche Assyrien und Babylonien, die zu den Ostkirchen zählen. Schwierigkeiten hatten Christen im Irak auch schon unter Saddam Hussein. Zwischen 1991 und 2002 sind 300000 ausgewandert. Die Ursache dafür lag in Saddams Abkehr vom Säkularismus nach dem verlorenen Golfkrieg 1991. Die neue Marschrichtung hieß antisäkular, antiwestlich, antichristlich. Als *Allahu Akbar* (Allah ist größer) als Schriftzug auf der irakischen Fahne erschien, wurden Alkohol, Casinos und

Kneipen verboten. »Viele von uns verloren ihre Lebensgrundlage«, erklärt Yonadam Kanna die damalige Flüchtlingswelle.

Zu Saddams Anhängern rechnet der 53-jährige Assyrier auch die Entführer von christlichen Irakern in der jüngsten Zeit. 200 seien bereits gekidnappt worden, über 60 ermordet. »Die Fedajin-Kämpfer ließ Saddam zu brutalen Kriminellen ausbilden, ohne moralische Hemmschwellen«, sagt Kanna. Hinzu kämen noch 60000 Kriminelle, die kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner im März 2003 aus den Gefängnissen freikamen, und natürlich internationale Terroristen. »Ein tödlicher Cocktail für die Christen«, meint Kanna. Angefangen habe der Bombenterror gegen christliche Einrichtungen Anfang August, als koordinierte Attacken in Bagdad und Mossul zehn Menschen das Leben gekostet haben. Die beiden Anschlagsserien auf Kirchen in den Bagdader Stadtteilen Karrada und al-Dora im September und November seien nur der vorläufige Höhepunkt.

Yonadam Kanna hat nie im Ausland gelebt, im Gegensatz zu anderen irakischen Flüchtlingen, die nach Saddams Sturz aus aller Welt zurückgekommen sind und nun politische Ämter bekleiden. Kanna versteckte sich in den achtziger Jahren vor Saddams Schergen im Norden des Iraks. Dort wurde er Minister in der Autonomieregierung Kurdistans und blieb als solcher auf der schwarzen Liste des Diktators. Die irakische Armee holte in den achtziger und neunziger Jahren mehrmals zu Vernichtungskampagnen gegen die Kurden aus. Weniger bekannt ist, dass damals auch viele christliche Dörfer im Nordirak, alte Klöster und Kirchen planiert wurden. »Wir müssen doppelt leiden«, sagt Yonadam Kanna – unter dem Regime und feindseligen Irakern.

Tatsächlich neigen manche Muslime im Irak dazu, Christen mit den verhassten amerikanischen Besatzungstruppen zu identifizieren, weil sie denselben Glauben haben. Dabei geht es vielen von ihnen nicht um den Tod der Christen, wohl aber um ihre Vertreibung. Beim jüngsten Bagdader Anschlag auf Kirchen an einem Novembersonntag forderte ein anonymes Anrufer die Kirchengemeinde eine halbe Stunde vor der Bombenexplosion auf, das voll besetzte Gotteshaus schnell zu räumen. Als der Sprengstoff hochging, waren die Kirchen leer – niemand wurde getötet, keiner verletzt.

»Die wollten ein Symbol treffen«, sagt Yonadam Kanna.

Nun hat die chaldäisch-assyrische Vereinigung 1500 Sicherheitskräfte im Norden des Landes mobilisiert, um die christlichen Einwohner besser schützen zu können. Seit der Großoffensive von irakischen Sicherheitskräften und US-Truppen in Falludscha ist die Situation im Norden, wo nach Bagdad die meisten Christen wohnen, noch schwieriger geworden. In Mossul, der zweiten irakischen Hochburg der Aufständischen, wird es für Minderheiten unerträglich. Aber sollen die Christen deshalb eine Parallelarmee haben? »Wir wollen unsere Vereinigung nicht in eine Miliz umwandeln«, wehrt Kanna ab. »Wir akzeptieren keine Gewalt.« Nur wenn nötig, könnten in kurzer Zeit mehr als 10000 Mann bewaffnet werden. Christen sollen nicht zum Spielball für Extremisten werden, sagt Kanna.

Vorerst steht jedoch der politische Kampf auf der Tagesordnung. Für die Parlaments- und Regionalwahlen am 30. Januar haben sich acht Parteien zusammengeschlossen, welche die Christen im Irak vertreten und sich um die insgesamt 275 Sitze bewerben. Yonadam Kanna ist bereits Mitglied des Übergangsparlaments. Auch nach dem 30. Januar will er auf jeden Fall dabei sein.

In islamischen Ländern sind Christen 'Bürger 2. Klasse'

Historiker Daniel Pipes: Im Westen heißen wir die Muslime willkommen, obwohl die Selbstherrlichkeit vieler ihrer Führer und deren Ziel, die islamische Herrschaft bei uns aufzurichten, immer unverhüllter zutage treten

Zürich (kath.net/idea)

Während Moslems in christlichen Ländern ihren Glauben weitgehend ungehindert ausüben können, hat sich die Lage der Christen in der islamischen Welt in den vergangenen Jahren ständig verschlechtert. Das berichtet der US-amerikanische Historiker Prof. Daniel Pipes (Boston) in der Zeitschrift des Ostkircheninstituts Glaube in der 2. Welt (Zürich). Pipes zufolge leben etwa 70 Millionen Christen in Ländern mit moslemischen Mehrheiten, darunter allein 50 Millionen in Indonesien, das insgesamt 230 Millionen Einwohner hat. In Ägypten gehören etwa zwölf Millionen Menschen zur Koptisch-Orthodoxen Kirche, in Pakistan drei Millionen zu verschiedenen Denominationen. Kleine Gemeinden mit jeweils einigen hundert Mitgliedern gibt es laut Pipes in den nordafrikanischen Ländern Algerien, Marokko und Tunesien. Überall würden die christlichen Minderheiten als Bürger 2. Klasse diskriminiert und in Schulen und Universitäten, am Arbeitsplatz und vor Gerichten benachteiligt. Als Beispiel einer Schikane nennt Pipes die Errichtung einer Stadtautobahnbrücke in Kairo genau an der Stelle der anglikanischen Kathedrale. Als Ersatz für die weit sichtbare Kirche wurde ein kleines Gebäude in einer Hintergasse genehmigt. Aufgrund

der sich verschlechternden Lebensumstände verließen viele Christen ihre Heimat. Die zurückbleibenden Christen würden immer älter und ärmer und zunehmend an den Rand gedrängt.

Einige Moslems wollen Islamische Republiken in Europa

Entgegengesetzte Erfahrungen machten etwa 22 Millionen Moslems in traditionell christlichen Ländern, so Pipes weiter. Sie hätten nicht nur dieselben bürgerlichen Rechte wie alle übrigen Einwohner, sondern erhielten für die islamische Religionsausübung sogar Vorzüge, etwa in Schulen und am Arbeitsplatz.

Dennoch träten einige Muslime im Westen für die Einführung des islamischen Rechts und die Verwandlung der europäischen Staaten in Islamische Republiken ein. Etliche bedienten sich terroristischer Methoden.

Pipes: Im Westen heißen wir die Muslime willkommen, obwohl die Selbstherrlichkeit vieler ihrer Führer und deren Ziel, früher oder später die islamische Herrschaft bei uns aufzurichten, immer unverhüllt zutage treten.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9377>

Auf KATH.NET seit dem: 06. 01. 2005 10:59 Uhr

© www.kath.net

Orthodoxe Kirche stellt sich hinter Buttiglione

Griechisch-Orthodoxer Erzbischof von Athen: Die Kritik an dem italienischen Politiker sei ein Beweis für den niedrigen moralischen Standard der Menschheit

Athen (kath.net/idea)

Der wegen ablehnender Äußerungen zur Homosexualität gescheiterte EU-Kommissar Rocco Buttiglione erhält Rückendeckung aus der orthodoxen Kirche. Nach Ansicht des griechisch-orthodoxen Erzbischofs Christodoulos (Athen) ist Buttiglione ein „guter Christ“, der Homosexualität zu Recht eine „Sünde vor Gott“ genannt habe. Die Kritik an dem italienischen Politiker sei ein Beweis für den niedrigen moralischen Standard der Menschheit. „Die Mehrheit will eine offenkundige, schreiende Sünde unterstützen und erwartet von den Christen, daß sie schweigen, um jenen zu gefallen, die Homosexualität für eine normale Sache halten“, zitiert das Fachblatt „Orthodoxie aktuell“ (Bochum) den Erzbischof.

Buttiglione hatte bei seiner Anhörung im EU-Parlament gesagt, daß er als überzeugter Katholik Homosexualität als Sünde ansehe und das Leitbild der Familie hochhalte. Zugleich hatte er betont, daß er sich in seinem Amt an die Gesetze halten und keine Diskriminierung Homosexueller dulden werde. Dennoch lehnten ihn sozialdemokratische, liberale und „grüne“ EU-Parlamentarier ab. Angesichts eines drohenden Scheiterns der gesamten EU-Kommission (Regierung) zog Buttiglione seine Bewerbung zurück. „Eine Art Christenverfolgung“

Der Fall hatte bei Katholiken und konservativen Protestanten zu heftiger Empörung geführt, die jetzt von der orthodoxen Kirche unterstützt wird. Der katholische Kurienkardinal Mario Francesco Pompedda warf dem EU-Parlament vor, „einen wahren Katholiken zu diskriminieren“. Der Kölner Weihbischof Klaus Dick warnte vor „einer Art Christenverfolgung“. Ein Mitglied des EKD-Rats, der Journalist Peter Hahne (Berlin), rügte die Intoleranz von Buttigliones Kritikern, die nicht zwischen privater und amtlicher Meinung unterscheiden könnten. Buttiglione habe die stärksten Verbündeten, die man sich denken könne: Gott und die Bibel.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9394>

Auf KATH.NET seit dem: 08. 01. 2005 08:34 Uhr

© www.kath.net

Meisner wird in Predigtdokumentation Hinweis auf Hitler tilgen lassen

Stellungnahme des Presseamtes des Erzbistums Köln zur Kritik an der Dreikönigspredigt von Kardinal Meisner - Kirche von unten attackiert Meisner - Juden-Vertreter droht mit rechtlichen Schritten

Köln (kath.net/PEK)

Das Presseamt des Erzbistum Köln hat am Samstag zu der Aufregung um die Äußerungen von Kardinal Joachim Meisner Stellung genommen. Das Presseamt betonte, dass der Titel der SPIEGEL-Schlagzeile Kardinal Meisner vergleicht Abtreibungen mit Hitlers Verbrechen bezeichnend für die Interessenlage des SPIEGEL sei. Der Wortlaut der Predigt Kardinals Meisners vom 6. Januar wurde so verkürzt zitiert, dass der Eindruck entstehen konnte, dem Kardinal ginge es allein um einen Vergleich von kriminellen Taten. In Wirklichkeit hatte Kardinal Meisner an wenigen Beispielen deutlich gemacht: Wo sich Menschen zum Herrn über das Leben machen, verlieren andere das Leben. Das aus dem Zusammenhang gerissene Zitat steht aber in einem Zusammenhang., so das Presseamt in einer Stellungnahme.

Gesagt hat der Erzbischof von Köln. [KATH.NET hat berichtet.](#)

Mein Leben, mein Herz, mein Leib gehört nicht mir. Es ist sein [= Gottes] Eigentum. Ich kann über mein eigenes Leben und über das Leben anderer nicht verfügen. Ich kann es immer nur dankend empfangen. Es ist bezeichnend: Wo der Mensch sich nicht relativieren oder eingrenzen lässt, dort verfehlt er sich immer am Leben: zuerst Herodes, der die Kinder von Betlehem umbringen lässt, dann unter anderem Hitler und Stalin, die Millionen Menschen vernichten ließen, und heute, in unserer Zeit, werden ungeborene Kinder millionenfach umgebracht. Abtreibung und Euthanasie heißen die Folgen dieses anmaßenden Aufbegehrens gegenüber Gott. Das sind nicht soziale Probleme, sondern theologische. Hier kommt das erste Gebot ins Spiel: ‚Du sollst keine fremden Götter neben mir haben‘. [Unterstrichen ist die vom SPIEGEL zitierte Textpassage]

Das Presseamt betonte weiters, dass die Kritik an diesem Text übersieht, dass der Kardinal mit keinem Wort die Einzigartigkeit des Genozids an den Juden unter Hitler relativiert habe. Der Vergleich von Heute mit den Zeiten unter Herodes, Hitler und Stalin bezieht sich allein darauf, dass Verfehlungen am menschlichen Leben geschehen sind, die sich darauf zurückführen lassen, dass sich Menschen zum Herrn über das Leben machen. Heute besteht fast kollektiv die Annahme, der Mensch könne vor allem über das Lebensrecht ungeborener Kinder entscheiden.

Auch Kardinal Meisner selbst hatte bereits am Abend des 7. Januars gesagt: Wenn ich geahnt hätte, dass mein Verweis auf Hitler missverstanden hätte werden können, hätte ich seine Erwähnung unterlassen. Es tut mir leid, dass es dazu gekommen ist. In der Dokumentation meiner Predigt werde ich darum auch den Hinweis auf Hitler tilgen lassen, denn damit bleibt die Aussageabsicht des Textes ganz erhalten: Wo der Mensch sich selbst zu Gott macht, dort verfehlt er sich am Leben.

Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hatte dem Kölner Kardinal am Freitag rechtliche Schritte angedroht, sollte dieser sich nicht von seinem Vergleich distanzieren.

Inzwischen hat auch die Gruppierung Initiative Kirche von unten (IKvu), die ein Nahverhältnis zum sogenannten Kirchenvolksbegehren hat, den Kölner Kardinal scharf attackiert. In einer Aussendung meinte IKvu Wie weit kann Meisner noch in seinen beleidigenden und volksverhetzenden Äußerungen gehen, ohne dass die Bischofskonferenz und der Vatikan reagieren? Die IKvu hofft, dass sich nach dem Zentralrat der Juden auch die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelischen Vertreter in Deutschland zu Meisners unmöglichem Vergleich äußert und ihn auffordert, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Die IKvu gilt in Deutschland als höchst umstrittene Gruppierung, die immer wieder die Lehre der Katholische Kirche und ihre Vertreter attackiert.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9398>

Auf KATH.NET seit dem: 08. 01. 2005 13:40 Uhr

© www.kath.net

BBC strahlte gotteslästerliche Oper aus

Jesus, Maria, Josef, Adam und Eva in der Hölle, Jesus „ein bißchen schwul“ und 8.000 Obszönitäten und Flüche - Tumultartige Szenen bei Protesten vor BBC-Einrichtungen in London - 50.000 Protestschreiben London (www.kath.net / idea)

Tausendfache Proteste von Christen gegen die Ausstrahlung einer gotteslästerlichen und unflätigen Oper sind bei der britischen Rundfunkanstalt BBC auf taube Ohren gestoßen. Sie sendete am 8. Januar das mit Obszönitäten gespickte Stück „Jerry Springer – The Opera“. Die Oper basiert auf einer US-Talkshow mit dem Moderator Jerry Springer, bei der sich Kontrahenten mit größten Schimpfworten überschütteten. Über 8.000 Obszönitäten und Flüche wurden in der Oper gezählt, die die BBC im Dezember in Cambridge

aufzeichnete. Das Libretto lese sich wie eine „Litanei von Latrinensprüchen“ hieß es in der britischen Presse. Jesus, Maria, Josef, Adam und Eva treten in der Hölle auf. Jesus bekennt, daß er „ein bißchen schwul“ sei. Außerdem führen Mitglieder des Ku Klux Klans einen Steptanz auf. Tausende Christen demonstrierten vor BBC-Studios in London und anderen Großstädten in England, Schottland und Wales gegen die Übertragung. Die BBC ist mit rund 50.000 Protestschreiben überschwemmt worden. Trotzdem hielt die Anstalt an der Übertragung fest. Die Zuschauer würden vorher vor dem anstößigen Inhalt gewarnt, so ein Sprecher.

Einige Demonstranten vorläufig festgenommen

Bei Protesten vor BBC-Einrichtungen in London kam es dem christlichen Informationsdienst Assist zufolge teilweise zu tumultartigen Szenen. Die Polizei nahm einige Demonstranten vorläufig fest. Der anglikanische Bischof Michael Reid verbrannte Kopien der BBC-Sendelizenz, weil die Anstalt seiner Ansicht nach gegen die eigene Satzung verstoße. Stephen Green, Direktor der Organisation „Christliche Stimme“, sagte, es sei kein Markenzeichen einer zivilisierten Gesellschaft, wenn Gott gelästert und religiöse Überzeugungen in den Dreck gezogen würden. Der Parteivorsitzende der Christlichen Volksallianz, Alan Craig, der von der BBC zu einer Vorabvorführung der Oper eingeladen wurde, forderte eine interne Untersuchung durch den Aufsichtsrat der BBC. Christen könnten sich nicht damit abfinden, daß eine öffentlich-rechtliche Anstalt Jesus Christus so verulke. Die BBC würde es nicht wagen, in ähnlicher Weise mit Mohammed umzugehen. Es gab aber auch andere christliche Stimmen. Jonathan Bartley von der linksevangelikalen Vereinigung „Ekklesia“ erklärte, Christen hätten durch ihre Demonstrationen eine große Chance verpaßt, ihre Standpunkte in die öffentliche Debatte einzubringen. In der Oper gehe es unter anderem um Fragen nach Moral, Beziehungen, Gerechtigkeit und das Böse in der Welt.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9426>

Auf KATH.NET seit dem: 12. 01. 2005 09:45 Uhr

© www.kath.net

Hinduistische Extremisten zerstören Kreuze und bedrohen Karmelitinnen

Antichristliche Gewalt in Westindien: „Heute war es das Kreuz, das nächste Mal werden es eure Köpfe sein“ wurde auf Wände gesprüht.

Mumbai (www.kath.net / Fidesdienst) Hinduistische Extremisten verübten in Westindien erneut antichristliche Gewalt: Zielscheibe war ein Kloster der Karmelitinnen von der hl. Theresa in Ambernath in der Nähe von Mumbai, der Hauptstadt des indischen Unionsstaates Maharashtra.

Wie es in einer Verlautbarung der indischen Bischofskonferenz heißt, die dem Fidesdienst vorliegt, kam es am Morgen des 23. Januar zu einem Überfall hinduistischer Extremisten auf das Kloster, bei dem diese mehrere Kreuze zerstörten und andere Schäden verursachten und die Wände mit Drohungen besprühten, die besagten: „Heute war es das Kreuz, das nächste Mal werden es eure Köpfe sein“ oder „Verschwindet oder ihr seid vor uns nicht sicher“.

Die Schwestern, wurden nach Aussage einer Mitschwester, die noch unter Schock steht, auch mündlich aufgefordert, die Gegend zu verlassen. Die Oberin des Karmelitinnen-Klosters, Schwester Dian, sagte: „Die Mitschwester haben Geräusche gehört und dann die Männer gesehen und um ihr Leben gefürchtet. Es ist das erste Mal, dass wir auf diese Weise bedroht wurden. Wir wissen nicht, wer diese Verbrecher sind, doch sie sagten uns, sie seien Mitglieder einer hinduistischen Gruppe“.

In dem indischen Karmelitinnenkloster leben drei Schwestern und zwei Novizinnen. Dem Kloster ist ein Altenheim angeschlossen. Sie sind auch bei den Gläubigen der katholischen Pfarrei „Uns. lb. Frau von Fatima“, in der ihr Kloster sich befindet, sehr beliebt.

Wie Schwester Dian, die auch die Gefängnispastoral der Erzdiözese Mumbai koordiniert, bestätigte, wurde die Polizei von den Schwestern umgehend benachrichtigt. Derzeit finden Ermittlungen statt und für die Zukunft sollen Maßnahmen zum Schutz vor neuen Überfällen ergriffen werden.

Heftig kritisiert wurde die Episode auch von der All India Catholic Union, in der sich katholische Laiengruppen und -verbände zusammenschließen. Die Union forderte mehr Maßnahmen zum Schutz der Christen, die „friedliebend und gastfreundlich sind und von hinduistischen Extremisten mit systematischen Einschüchterungsmaßnahmen terrorisiert werden“. Die Organisation erinnerte in diesem Zusammenhang

jedoch auch daran, dass die letzten Übergriffe in der Region vor zwei Jahren stattfanden und dass die meisten Menschen hier harmonisch zusammenleben.

Der Orden der Karmelitinnen von der hl. Theresa hat 1.400 Mitglieder, die in Italien, Deutschland und Afrika tätig sind. Es handelt sich um den ältesten indischen Frauenorden, der 1866 in der indischen Erzdiözese Verapally im Unionsstaat Kerala gegründet wurde.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9558>

Auf KATH.NET seit dem: 27. 01. 2005 14:29 Uhr

© www.kath.net

Nicht auf Teufel komm raus provozieren und religiöse Gefühle verletzen

Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) entschuldigt sich bei der Kirche für blasphemische Plakataktion des Volkstheaters (Ans Kreuz genagelter Frosch mit Bierkrug)

München (kath.net/ok)

Die kritische Stellungnahme des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude (SPD) zu Plakataktionen der städtischen Bühnen Münchner Volkstheater und Münchner Kammerspiele ist im Erzbischöflichen Ordinariat als „Klarstellung“ begrüßt worden. Ude habe im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Kultur und Religion „unmissverständlich klargestellt, dass christliche Glaubensinhalte vor Verächtlichmachung ebenso geschützt werden müssen wie die anderer Religionen“, erklärte der Generalvikar des Erzbistums München und Freising, Domkapitular Robert Simon, am Mittwoch in München.

Beim Neujahrsempfang der Erzdiözese hatte der Oberbürgermeister am 21. Januar eingehend zu den Theaterplakaten und dabei grundsätzlich auch zur Verletzung religiöser Gefühle Stellung genommen. Ein inzwischen zurückgezogenes Plakat des Volkstheaters bezeichnete er als „Fehlgriff“. Das unmittelbar nach einem öffentlichen Protest von Generalvikar Simon durch den Intendanten des Volkstheaters Christian Stückl eingezogene Plakat zeigte einen ans Kreuz genagelten Frosch mit einem Bierkrug. „Für diesen Fehlgriff, der sofort behoben wurde, kann ich mich nur entschuldigen“, sagte Ude unter dem Beifall der 500 Gäste des Neujahrsempfangs.

„Keine glückliche Hand“ hätten auch die Kammerspiele mit einem Plakat bewiesen, das den Papst mit einem Elefantenkopf zeigt, kritisierte der Oberbürgermeister. In der Plakatserie des Theaters wurden unter anderem in der Maskierung von Mickymäusen auch der amerikanische Präsident Bush und sein Verteidigungsminister Rumsfeld dargestellt. Für Ude wurden so „Verantwortliche des Irak-Krieges geradezu verharmlost zu Lieblingsfiguren der Kinderwelt“. Die für den Februar vorgesehene Fortsetzung der Serie, die eine Darstellung des Papstes mit einem Elefantenkopf zeigt, nannte Ude in diesem Zusammenhang befremdend. Denn Papst Johannes Paul II. sei gerade in der zentralen Frage von Krieg und Frieden zu einer Leitfigur weit über die katholische Glaubensgemeinschaft hinaus geworden. „Auch wenn dies keineswegs despektierlich gemeint sein muss, abwegig ist es trotzdem“, hatte Ude erklärt.

Er wolle in den städtischen Kulturinstituten dafür werben, „dass wir mit künstlerischen Mitteln menschliche Fragen aufgreifen, aber nicht auf Teufel komm raus provozieren und dabei religiöse Gefühle verletzen“, sagte der Oberbürgermeister. Es könne für ihn nicht peinlicher sein. Sowohl von seinem Kunstverständnis her wie auch von der Bedeutung und dem Stellenwert der Freiheit der Kunst müsste er eigentlich „stramm auf städtischer Seite stehen“. Wörtlich sagte Ude: „Ich kann es nicht.“ Er halte es für wünschenswert, „dass Theater wieder mit den Mitteln des Theaters Aufmerksamkeit erzielt und nicht mit Plakaten, die nur schockieren, ohne eine erkennbare ästhetische Qualität oder künstlerische Dimension zu haben“.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9545>

Auf KATH.NET seit dem: 26. 01. 2005 11:04 Uhr

© www.kath.net

Christa Meves: ‚Wir brauchen eine christliche Kulturrevolution‘

Warum Abtreibung für Politiker ein Tabuthema bleibt. Interview mit der Psychotherapeutin Christa Meves.

Uelzen (www.kath.net / idea) In den 70er Jahren war sie eine einsame Prophetin in der evangelischen Kirche: die Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin Christa Meves (Uelzen). **Sie stritt auf Podien, bei Vorträgen und in der EKD-Synode für ein christliches Familien- und Erziehungsmodell, bei dem sich Mütter in den ersten Lebensjahren vollzeitig um ihre Kinder kümmern. Ein Argument hat dabei für Christa Meves immer mehr an Gewicht gewonnen: Die Hirnforschung hat ergeben, daß sich Kinder bei verlässlicher Zuwendung durch ihre Mutter dramatisch besser entwickeln. Frau Meves' düstere Prophetien über zunehmende Abtreibungen, Ehescheidungen und Geburtenschwund sind inzwischen alle Realität. Am 4. März wird die streitbare Christin, die 1987 in die katholische Kirche übergetreten ist, 80 Jahre alt.** Über ihre Erfahrungen und ihre Zukunftserwartungen sprach idea-Reporter Marcus Mockler mit ihr.

idea: Frau Meves, Sie haben in den 60er Jahren mit Ihrer Arbeit als Therapeutin begonnen. Was ist heute bei Kindern und Jugendlichen anders als vor 40 Jahren?

Meves: Wir sind eine Suchtgesellschaft geworden. In den 60er-Jahren gab es in Deutschland praktisch kein Rauschgift. Wir waren eine aufblühende Gesellschaft. Dann kam die 68er-Bewegung, deren Ideologie in der Kindererziehung die junge Generation krank gemacht hat. Heute sind 10 bis 20 Prozent der Schulabgänger für den Arbeitsprozeß gar nicht mehr vermittelbar. Verhängnisvoll ist auch die Frühsexualisierung der Jugend. Junge Mädchen wurden dadurch unwillig und unfähig zur Fortpflanzung gemacht.

idea: Das müssen Sie erklären ...

Meves: Durch frühe und wechselnde Sexualekontakte haben die Geschlechtskrankheiten stark zugenommen. Zehn Prozent der sexuell aktiven Mädchen haben sich Chlamydien-Bakterien eingefangen, die unfruchtbar machen können. Frauen in den 20ern bekommen heute schon Gebärmutterhalskrebs – das gab es früher nur bei alten Frauen. Das ist nachweisbar auch eine Folge des Sexualverhaltens. Dazu kommt, daß im vergangenen Jahr allein unter den 10- bis 14jährigen rund 6.000 schwanger geworden sind. Daraus resultieren wiederum mehr Abtreibungen. Das alles schadet den jungen Leuten schwer. Das Konzept, allein mit Aufklärung und Verhütung diese Probleme zu lösen, hat sich als krasse Fehlvorstellung erwiesen.

Manipulierte Maßlosigkeit

idea: Sie haben bereits Anfang der 70-er Jahre vorausgesagt, daß Ende des 20. Jahrhunderts seelische Erkrankungen, Süchte, Kriminalität und sexueller Mißbrauch stark zunehmen würden. Wie kam Ihre Botschaft damals an?

Meves: Durch diese Warnungen wurde ich erst bekannt. In meinem Büchlein „Manipulierte Maßlosigkeit“ hatte ich die Folgen der Programme der „Neuen Linken“ dargestellt. Viele Menschen wurden dadurch hellhörig. Es gab dann erheblichen Widerstand. Veranstaltungen mit mir wurden gestört und Massenblätter, etwa der „Spiegel“, kämpften gegen mich.

idea: Widerstand erlebten Sie auch in der evangelischen Kirche. Es gab sogar einmal während einer EKD-Synode, deren Mitglied Sie waren, ein Anti-Meves-Flugblatt, initiiert von einem konfessionellen Frauenverband. Das damals noch existierende Wochenblatt der EKD, das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt, startete eine Kampagne gegen Sie. Hat Sie das sehr verletzt?

Meves: Na ja, man muß das erst verkraften. Aber ich hatte mit erheblichem Widerstand gerechnet und erwartet, daß man versuchen würde, mich gesellschaftlich zu isolieren.

Christliche Kulturrevolution erforderlich

idea: Was hat Sie während der schwersten Angriffe geistlich getröstet?

Meves: Das Wissen, mit meiner Arbeit im Geist und im Auftrag unseres Gottes zu stehen.

idea: Gibt es eigentlich auch Prognosen, bei denen Sie sich getäuscht haben und die Sie später zurücknehmen mußten?

Meves: Nein, die gibt es nicht. Ich brauche nicht ein einziges Wort zurückzunehmen. Es ist alles wie befürchtet eingetreten, etwa die Katastrophe des Geburtenschwundes.

idea: Sehen Sie denn überhaupt noch eine Chance, den Trend zu kaputten Ehen und Familien, Abtreibungen und seelischen Krankheiten umzukehren?

Meves: Wir brauchen eine christliche Kulturrevolution. Gorbatschow schrieb nach 1989 dem Osten ins Stammbuch: Daß der Kommunismus gescheitert ist, liegt daran, daß wir den Müttern nicht mehr Raum gegeben haben zur Erziehung der Kinder. Die Neue Linke, aus der die derzeitige Bundesregierung kommt, arbeitet leider genau in diese Richtung weiter. Dabei muß nicht Erwerbsarbeit, sondern Erziehung aufgewertet werden. Mütter müssen gerade in den ersten Jahren die Chance haben, sich selbst um ihre Kinder zu kümmern. Das würde uns auch im Blick auf die Bildungskrise gut tun. Die wenigsten wissen:

Kinder, die 12 bis 18 Monate gestillt werden, sind mit zehn Jahren intellektuell den nichtgestillten Altersgenossen durchschnittlich um zwei Jahre voraus!

Eine Trendwende beim Stillen

idea: In diesem Punkt gab es ja bereits eine Trendwende: 1970 stillten nur 15 Prozent der Mütter, 20 Jahre später waren es schon wieder 65 Prozent. Machen solche Entwicklungen Hoffnung?

Meves: Ja, das ist wunderschön. Wir werden deshalb vermutlich auch eine leichte Verminderung der endemischen Depressionen in Deutschland bekommen. Diese haben nämlich zum großen Teil ihren Ursprung in der frühen Kindheit. Leider steht dem aber die Ideologie entgegen, flächendeckend Kinderkrippen einzurichten. Das ist das alte sozialistische Konzept.

idea: Auf eine Trendwende hoffen Christen noch sehnlicher beim Thema Abtreibung. Warum wagen sich nicht einmal C-Politiker daran, die Tötung ungeborener Kinder einzudämmen?

Meves: Wir hatten seit Anfang der 70-er Jahre in Deutschland rund acht Millionen Abtreibungen. Betroffen sind davon aber nicht nur acht Millionen Frauen, sondern auch acht Millionen Männer und indirekt auch ein Vielfaches an Angehörigen, die an der Entscheidung beteiligt waren. Hochgerechnet, ist fast jeder zweite in diesem Land direkt oder indirekt in eine Abtreibung involviert gewesen. Und diese Masse muß ihre Schuld verdrängen. Die wenigsten haben es geschafft, das seelsorgerisch aufzuarbeiten. Deshalb kann man heute mit dem Thema Abtreibung keinen Saal mehr füllen.

idea: Halten Sie an diesem Punkt eine Wende für möglich?

Meves: Es muß den Menschen so sehr an den Kragen gehen, daß sie sich zur Umkehr entschließen. In Deutschland sind es ja nur noch 26 Millionen Menschen, die für die übrigen 55 Millionen Geld erwirtschaften. Und diese Rate verschlechtert sich immer weiter. Irgendwann schlägt die Stunde, in der die Verantwortlichen verstehen, daß sie das Ruder herumreißen müssen – und es hoffentlich dann auch tun.

Ungeeignet für die Politik

idea: Sie selbst hatten Angebote, in hohe politische Ämter zu gehen. Warum haben Sie die Gelegenheit nicht ergriffen, dort etwas fürs „christliche Abendland“ zu bewirken?

Meves: Weil ich keine Politikerin bin. Ich wäre schon deshalb nicht geeignet, weil mir von meiner Persönlichkeit her die Durchsetzungskraft fehlt. Ich bin eher nachgiebig.

idea: Sie gehörten von 1973 bis 1984 der EKD-Synode an. Warum hat Sie die Arbeit in diesem Gremium so enttäuscht?

Meves: Weil man ganz deutlich sehen konnte, daß sich dort kein Widerstand gegen den „Marsch durch die Institutionen“ formierte, was aber ganz gewiß Aufgabe einer christlichen Institution gewesen wäre. Statt dessen half man, linke Positionen durchzusetzen.

idea: Ist das heute besser?

Meves: Um das beurteilen zu könne, bin ich zu lange draußen. Es ist wohl etwas mehr Einsicht da, aber die Segnung homosexueller Paare in manchen Landeskirchen zeigt, daß man weiterhin biblische Positionen außer Kraft setzt, um dem Zeitgeist zu frönen.

„Die Teufel sitzen auch auf den Klosterdächern“

idea: 1987 sind sie in die katholische Kirche übergetreten. Familienpolitisch sieht es dort allerdings nicht viel besser aus. Auch aus katholischen Gremien ertönt immer lauter die Forderung nach der Vereinbarkeit von Kindern und Karriere, was durch mehr Kinderbetreuung erreicht werden soll.

Meves: Daß die Teufel auch auf den Klosterdächern sitzen und sich auch in der katholischen Kirche angesiedelt haben, war mir klar, als ich konvertierte. Aber ich mußte damals aus der evangelischen Kirche raus. Immer, wenn ich von der EKD-Synode nach Hause kam, hatte ich Schnupfen – sonst das ganze Jahr nicht. Mein Mann (ein Arzt) sagte: „Merkst Du denn nicht, daß Du die Nase voll hast?“ Gleichzeitig machten mir päpstliche Lehrschreiben deutlich, daß ich bei den grundlegenden Fragen in Rom einen mächtigen Verbündeten habe. Ein anderer wichtiger Punkt ist der katholische Gottesdienst: das Knien, das Anbeten, die feierliche Stille, die Vorstellung, daß Gott jetzt anwesend ist – das war genau das, was ich suchte.

idea: Viele Evangelische haben Ihren Übertritt nicht verstanden. Die Kritik an der evangelischen Kirche teilen sie, aber die katholische Kirche vertritt mit ihrem verpflichtenden Glauben an die Himmelfahrt Mariens oder die Unfehlbarkeit des Papstes Positionen, die biblisch nicht gedeckt sind. Macht Ihnen das Bauchschmerzen?

Meves: Marienanbetung ist Unsinn und auch unkatholisch. Marienverehrung ist aber wichtig: Wir brauchen das Vorbild der Mutter Maria. Sie hat sich für ihr Kind Jesus eingesetzt und sich später dann zurückgenommen. Zur Frage des Papstamtes möchte ich sagen: Auch nicht jede Enzyklika beansprucht für sich Unfehlbarkeit, obwohl das viele Evangelikale denken. Was wir aber in der Kirche brauchen, ist Hierarchie und Autorität. Es kann nicht jeder alleine alles verstehen und erfassen. Machtmißbrauch – auch

durch Päpste – ist kein Argument gegen richtige Autorität in der Kirche. Im übrigen gibt es ja eine Ökumene zwischen frommen Katholiken und Evangelikalen. Hier ist viel Einigkeit, wofür ich sehr dankbar bin.

Mutter als Beruf anerkennen

idea: Sie haben sich viele Jahre für die Anerkennung der Mütter und für das Modell „Mutter als Beruf“ engagiert. Was soll das bringen?

Meves: Das wird die Arbeitslosigkeit dezimieren. Junge Frauen könnten sich leichter für Ehe und Familie entscheiden. Sie könnten eine Ausbildung erhalten und ein Zertifikat erwerben, um dann ein Gehalt zu bekommen, das nicht niedriger als die Sozialhilfe liegen darf. Sie würden sich engagierter und preisgünstiger um ihre eigenen Kinder kümmern, als das über qualifizierte Fremdbetreuung geschehen kann. Darüber hinaus kämpfe ich dafür, daß Eltern politisch mehr Stimmen bekommen durch ein Familienwahlrecht, das die Kinderzahl berücksichtigt. Das Aufziehen von Kindern muß auch in der Rente angemessen gewertet werden.

idea: Sie haben 113 Bücher veröffentlicht, Gesamtauflage sechs Millionen Exemplare in 13 Sprachen. Was war Ihr absoluter Bestseller?

Meves: Sowohl mein Buch „Manipulierte Maßlosigkeit“ als auch mein „Ehe-Alphabet“ waren große Renner. Letzteres wurde auch ins Chinesische und in Afrikaans übersetzt. Geschrieben habe ich es Anfang der 70er Jahre, als meine beiden Töchter heirateten. Es erschien in der Phase des Ehescheidungs-Booms. Das „Ehe-Alphabet“ fördert die Kommunikation eines Paares auf der Basis des Glaubens.

idea: Und das hat auch in Ihrer Ehe funktioniert?

Meves: Aber ja. Mein Mann und ich waren 57 Jahre verheiratet. Leider erkrankte er an einem schweren Schlaganfall und brauchte zwölf Jahre lang Pflege, die ich nie aus der Hand gegeben habe. Im vorigen Jahr ist er der Krankheit erlegen.

Wenn der Ehepartner stirbt

idea: Ist man dann nach so vielen Jahren nicht entwurzelt, wenn der Partner stirbt?

Meves: Die schwere Krankheit meines Mannes hatte mich einerseits darauf vorbereitet – und doch war das erste Jahr nach seinem Tod sehr schwer. Ich hatte es mir etwas leichter vorgestellt. Er war 15 Jahre älter als ich – und gleichwohl er ein Pflegefall war, habe ich ihn immer als den Stärkeren, als den mich Beschützenden empfunden.

idea: Sie werden in dieser Woche 80. Hat man da noch Pläne?

Meves: Ich muß weitermachen, ich kann nicht aufhören. Wir brauchen eine Umkehr zur Akzeptanz der Wahrheit des Christentums. Dafür werde ich mich ganz gewiß bis zum letzten Atemzug einsetzen.

idea: Wir danken für das Gespräch.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9852>

Auf KATH.NET seit dem: 01. 03. 2005 19:20 Uhr

© www.kath.net

Im Namen der Toleranz wird Meinungsfreiheit abgeschafft

Religionsbeauftragter: In Europa wächst Abneigung gegen das Christentum
Tübingen (kath.net/idea)

Mit der Forderung nach religiöser Toleranz verbindet sich nicht mehr unbedingt das Engagement für mehr Glaubens- und Gewissensfreiheit. Das Gegenteil ist oft der Fall. Dieser Ansicht ist der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz für Religionsfreiheit, Pfarrer Paul C. Murdoch (Sachsenheim bei Stuttgart). Um „Toleranz“ durchzusetzen, höhlten zahlreiche westeuropäische Länder das Recht auf freie Meinungsäußerung aus oder beschränkten religiöse Aktivitäten. Zu den Gründen zählt Murdoch vor allem eine zunehmende Abneigung gegen das Christentum. In Spanien schaffte die von der Sozialistischen Partei geführte Regierung Privilegien der katholischen Kirche ab. Ihr sei es um die Beschränkung religiöser Freiheiten gegangen und nicht, wie im Ausland vermutet, um eine Stärkung der protestantischen Freikirchen. In Frankreich dürfen muslimische Schülerinnen an Schulen kein Kopftuch tragen. Dieses Gesetz solle nicht verfassungsfeindliche politische Demonstrationen abwehren, wie es das deutsche Kopftuchverbot bezwecke, sondern richte sich auch gegen Kreuze und die jüdische Kippa. In Belgien brauchen ausländische Straßenevangelisten eine staatliche Arbeitserlaubnis; sonst werden sie ausgewiesen. Gegen zwei dänische Fernsehsender, die die Diskriminierung moslemischer Frauen dokumentierten, wurden Strafanzeigen gestellt, weil sie angeblich anti-islamische Vorurteile verbreiteten.

Anti-christliche Grundhaltung: Katholik durfte nicht EU-Kommissar werden

Am deutlichsten, so Murdoch, zeige der Fall des italienischen Katholiken Rocco Buttiglione, wie schlecht es um die Toleranz in Europa bestellt sei. Der Politiker war im Herbst als EU-Justizkommissar vorgeschlagen, aber wegen seiner christlichen Überzeugungen von der Parlamentsmehrheit zurückgewiesen worden. Er hatte aufgrund seines Glaubens Homosexualität Sünde genannt, zugleich aber versichert, daß er sich an alle Gesetze halten werde. Öffentliches Eintreten von Christen für biblische Werte werde mit moslemischem Extremismus auf eine Stufe gestellt, kritisiert Murdoch im Mitteilungsblatt des Tübinger Albrecht-Bengel-Hauses.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9894>

Auf KATH.NET seit dem: 06. 03. 2005 08:50 Uhr

© www.kath.net

Sozialistische Jugend reitet scharfe Attacken gegen Kreuze in Schulen

Anlass ist die aufgebrochene Kopftuch-Verbots-Diskussion in Österreich - SJ-Vorsitzender Dvorak: Reden sie über Kreuze, bevor sie über Kopftücher sprechen, Frau Innenministerin

Wien (www.kath.net)

Ludwig Dvorak, der Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich (SJÖ), hat am Mittwoch aufgrund der von der österreichischen Innenministerin Liese Prokop vom Zaun gebrochenen Kopftuch-Verbots-Diskussion scharfe Attacken gegen das Kreuz in den Klassenzimmern in öffentlichen Schulen geritten. Prokop hatte diese Woche gemeint, dass sie ein Problem mit moslemischen Lehrerinnen, die ein Kopftuch tragen, habe.

Die Diskussion um religiöse Symbole ist unterschwellig migrantInnenfeindlich geprägt. Dies ist eindeutig abzulehnen. Es muss darum gehen, Religion, ganz gleich welchen Bekenntnisses, zur Privatsache zu deklarieren und aus den öffentlichen Institutionen zu verbannen. Dies beginnt aber nicht beim Kopftuch, sondern beim Kruzifix in den Klassenzimmern., meint der SJÖ-Vorsitzende in einer Aussendung und betont weiters: Im Sinne einer seriösen Diskussion um das Verhältnis von Kirche und Staat muss die erste konsequente Forderung die Entfernung der Kreuze aus den Schulen sein. In der aktuellen Debatte müssen alle Religionen gleich bewertet werden. Reden sie über Kreuze, bevor sie über Kopftücher sprechen, Frau Innenministerin. Dvorak meinte auch, dass die Werte der demokratischen Republik wohl kaum in einer katholischen Kirche zu finden, in der die Gleichberechtigung von Frauen nach wie vor ein Fremdwort sei und dass die freie Ausübung des Religionsbekenntnisses Privatsache sei.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9924>

Auf KATH.NET seit dem: 09. 03. 2005 12:59 Uhr

© www.kath.net

Indien: Bischöfe wehren sich gegen Anti-Bekehrungs-Gesetz

Die Bischöfe im indischen Bundesstaat Rajastan fordern eine Unterschriftenaktion

Jaipur (www.kath.net / Fidesdienst) Die Bischöfe des nordwestindischen Unionsstaats Rajastan lehnen in einer offiziellen Stellungnahme den Vorschlag der Regierung des Staates ab, die ein Gesetz einführen will, das religiöse Konversion verbietet. Der Staat wird von der Baratiya Party regiert, die eine hinduistisch geprägte nationalistische Ideologie vertritt und bekannt gab, sie werden das Anti-Konversions-Gesetz billigen, das bereits in anderen indischen Staaten wirksam ist und vorschreibt, dass für einen Religionswechsel eine richterliche Einwilligung vorgelegt werden muss.

In einem gemeinsamen Memorandum an Staatschef Vasundhara Rahh fordern die Bischöfe von der Regierung die Verwerfung eines solchen Vorhabens, da dies nur Spannungen und Unsicherheit unter den Minderheiten hervorrufe, da ihre Tätigkeit als „Proselytenmacherei“ abgestempelt werden und gesetzlich verfolgt werden könne. Das Memorandum wurde von Bischof Ignace Menezes von Ajmer-Jaipur und

Bischof Joseph Pathalil von Udaipur sowie von dem protestantischen Bischof Collin Theodore von der „Nordindischen Kirche“ unterzeichnet.

Die Bischöfe fordern die christlichen Gläubigen aller Konfessionen zu einer Unterschriftenaktion auf, die die Initiative der Regierung blockieren soll. In diesem Zusammenhang weisen sie darauf hin, dass die Kirche weder an „Zwangsbekehrungen“ noch an „nicht ethischen“ Bekehrungen interessiert sei, dass Gesetze jedoch nicht über das Gewissen eines Menschen und seine Beziehung zu Gott bestimmen dürften.

Die Bischöfe erinnern auch daran, dass bei jüngsten Episoden des religiösen Fundamentalismus gegen Christen die Polizei kaum etwas unternommen hat, um gegen die Verantwortlichen zu ermitteln. In diesem Kontext fordern die Bischöfe von der Regierung mehr Schutz für religiöse Minderheiten anstelle von zusätzlichen Einschränkungen. Unterdessen kam es in Rajastan vor kurzem zu weiterer antichristlicher Gewalt: am 13. März wurden acht Mitglieder einer protestantischen Gemeinde in dem Dorf Koida angegriffen, während sie an einem Sonntagsgottesdienst teilnahmen.

Delegation christlicher Vertreter unter Leitung von Erzbischof Vincent Concessao von Delhi traf sich vor kurzem zu Gesprächen mit dem indischen Premierminister Manmohan Sing. Dabei äußerten die Delegationsmitglieder ihre Sorge hinsichtlich der Episoden der Gewalt, die radikale hinduistische Gruppen und Bewegungen gegen die Gläubigen verüben. Die christlichen Religionsvertreter baten Singh um angemessene Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt und erinnerten in diesem Zusammenhang an das Engagement christlicher Gemeinden für die Entwicklung armer und ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen, darunter auch Dalit und Kastenlose.

Wie Beobachter aus Indien gegenüber dem Fidesdienst berichten, kam es in den ersten beiden Monaten des Jahres 2005 zu insgesamt 19 Angriffen gegen christliche Einrichtungen oder Personen, bei denen in sechs Fällen Katholiken betroffen waren.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9999>

Auf KATH.NET seit dem: 17. 03. 2005 15:24 Uhr

© www.kath.net

Britische Kirchgänger wollen wieder mehr Moral in den Predigten

„Lauwarmes Schweigen“ über christliche Werte soll gebrochen werden, ergab eine Umfrage unter 14.000 Gläubigen.

London (www.kath.net / idea) Kirchgänger in Großbritannien und Irland wünschen sich von ihren Kirchen Moralpredigten. Angesichts des Niedergangs von Sitte und Anstand sollten sie ihr „lauwarmes Schweigen“ brechen und „moralische Werte mit Mut und Überzeugungskraft vertreten“. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter 14.000 Kirchenmitgliedern, die vom Ökumenischen Forschungskomitee zwischen September 2003 und September 2004 durchgeführt wurde.

Die Angesprochenen wurden gebeten, auf vier Fragen zum Kirchenleben ausführlich zu antworten. Wie Lord Bromley Betchworth im Vorwort der jetzt veröffentlichten Studie schreibt, zeige sie, dass die Mehrheit des Kirchenvolks konservative Moralvorstellungen habe. Sie seien entsetzt, dass ihre Werte vielfach auf den Kopf gestellt würden, und wünschten, dass die Kirchen deutlich für die traditionelle christliche Lehre eintreten.

Wenn man auf diese Stimmen hörte, könne dies große Wirkung auf Gottesdienstbesuch und Ethik entfalten. 91 Prozent der Befragten verträten die Ansicht, dass der Niedergang der Moral sowie der Mangel an christlicher Lehre die Kirchen entleere.

Wenn sich Schwule über homo-freundliche Kirche beschwerten

In tausenden Briefen werde Beschwerde geführt, dass die Kirchen die Heiligkeit Gottes und die Notwendigkeit persönlicher Umkehr vernachlässigten. Viele Kirchenmitglieder beklagten sich, dass man „billige Gnade“ predige nach dem Motto „Gott liebt mich ja sowieso“. Die große Mehrheit der Befragten lehne die Ordination von Homosexuellen ab.

Einige zölibatär lebende Schwule beklagten, dass die kirchliche Unterstützung für praktizierende Homosexuelle ihre Bemühungen um ein keusches Leben untergrabe. So schrieb ein junger Mann: „Wenn Teile der Kirche sagen, dass mein Kampf nichts wert sei und es in Ordnung wäre nachzugeben, dann verleugnet dies das Kreuz, das ich auf mich nehme, und macht meine Treue zum Herrn lächerlich.“

Unwissenheit über Bedeutung des Osterfestes

Deutschland

DIE WELT 19.3.05

Die Bedeutung des Osterfests ist vielen Deutschen ein Rätsel. So wissen 37 Prozent nicht, daß Jesus am Ostersonntag auferstanden ist, wie eine am Freitag veröffentlichte Emnid-Umfrage unter 1000 Bundesbürgern für die Zeitschrift "Bildwoche" ergab. Während in Westdeutschland jeder fünfte (21 Prozent) zugibt, die Bedeutung des Ostersonntags nicht zu kennen, ist es im Osten mehr als jeder dritte (36 Prozent). 13 Prozent meinten zwar, die richtige Antwort zu kennen, lagen aber falsch. Immerhin 63 Prozent der Deutschen wissen, daß am Ostersonntag die Auferstehung Jesu gefeiert wird. AP

Gott, die Welt und das Böse

Am Mittwoch erscheint das neue Buch von Papst Johannes Paul II. Darin stellt der Papst auch den Holocaust in eine Reihe mit der Abtreibung - Von Paul Badde / DIE WELT

Rom ([www.kath.net / welt](http://www.kath.net/welt)) Es war im Jahr 1993 als Papst Johannes Paul II. mit Józef Tischner und Krzysztof Michalski, zwei Philosophen aus einer polnischen Heimat, in seinem Sommersitz Castel Gandolfo über dem Albaner See ein langes Gespräch führte. Über Gott, die Welt und das Geheimnis des Bösen. Das Böse sei immer das Fehlen von etwas Gutem, „ein Verlust, ein Mangel“, erklärte der Papst seinen beiden Freunden damals.

Die Tonbandabschrift ihres Gesprächs hat der Papst letztes Jahr noch einmal für eine Veröffentlichung überarbeitet - nachdem Jozef Tischner im Jahr 2000 schon gestorben war – und nun wird es am Mittwoch in Italien und Deutschland als Buch unter dem Titel „Erinnerung und Identität“ erscheinen. Vor der Veröffentlichung schienen die Sicherheitsvorkehrungen um das Buch schärfer als um Fort Knox. Es gab ein striktes Embargo, das jeder unterschreiben musste, der Einblick in das Manuskript oder die Druckfahnen bekam.

In Warschau bekam das Embargo letzte Woche aber dennoch ein Leck. Als Skandal vorab meldete die Nachrichtenagentur AP deshalb aus Polen: „Papst vergleicht Holocaust mit Abtreibung“. Und wer das Buch heute in aller Ruhe liest, muss sagen: Ja, das tut er. In keiner Weise vergleicht der Papst zwar die Methoden oder Absichten der Massenmörder von Auschwitz mit jenen Müttern, die sich zu einer Abtreibung entschließen. Was aber die Toten selbst betrifft, so lässt er keinen Zweifel daran, dass er die sechs Millionen Tote des deutschen Menschheitsverbrechens nicht prinzipiell von dem Millionenheer der toten Kinder im Mutterleib unterscheidet.

„Wenn der Mensch allein, ohne Gott, entscheiden kann, was gut und was böse ist“, führt er im ersten Teil seiner nun inkriminierten Passage aus, „dann kann er auch verfügen, dass eine Gruppe von Menschen zu vernichten ist. Entscheidungen dieser Art wurden im Dritten Reich gefällt von Menschen, die – nachdem sie auf demokratischen Wegen zur Macht gekommen waren – sich dieser Macht bedienten, um die perversen Programme der nationalsozialistischen Ideologie zu verwirklichen, die sich an rassistischen Vorurteilen orientierten.“ Dabei bleibt er jedoch nicht stehen.

„An diesem Punkt kann man es nicht unterlassen“, fährt er wenige Zeilen später fort, „ein Problem anzusprechen, das heute außerordentlich aktuell und schmerzlich ist. Nach dem Sturz der nationalsozialistischen und kommunistischen Regime, die auf den Ideologien des Bösen aufgebaut waren, haben in ihren Ländern die eben erwähnten Formen der Vernichtung de facto aufgehört. Was jedoch fort dauert, ist die legale Vernichtung gezeugter, aber noch ungeborener menschlicher Wesen. Und diesmal handelt es sich um eine Vernichtung, die sogar von demokratisch gewählten Parlamenten beschlossen ist, in denen man sich auf den zivilen Fortschritt der Gesellschaften und der gesamten Menschheit beruft.“ Den Ausdruck Vernichtung benutzt der Papst also tatsächlich für

beide Vorgänge. Nach diesen Worten handelt es sich hier nicht einmal um einen Vergleich, sondern um ein begriffliches In-Eins-setzen eines wesentlich identischen Vorgangs.

Damit greift der greise Johannes Paul II. noch einmal selbst in den neuen Europäischen Kulturkampf ein. Die ersten Reaktionen lassen daran keinen Zweifel. „Wenn der Papst Abtreibung und den Holocaust in einen Zusammenhang bringt, fehlt es ihm an moralischer und ethischer Orientierung“, gab Volker Beck, Fraktionsgeschäftsführer der Grünen, vor der „Netzeitung“ schon zu Protokoll. Die Gleichsetzung des Holocaust mit der „Abtreibungsproblematik“ sei „genauso unerträglich wie das Unwort Bombenh Holocaust“. Den Papst fordert er kategorisch auf „das Buch zurück zu ziehen“.

Paul Spiegel, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, bescheinigte dem Papst in der gleichen Ausgabe, dass die „Spitze der Katholischen Kirche nicht begriffen“ habe oder nicht begreifen wolle, dass man den Holocaust nicht mit der Abtreibung vergleichen könne. Es gebe einen gewaltigen Unterschied „zwischen einem fabrikmäßigen Völkermord und dem, was Frauen mit ihrem Körper tun.“

Dass der Papst aber sehr wohl weiß, was er sagt und sehr wohl meint, was er schreibt, macht er noch deutlicher in den folgenden Sätzen dieses Zusammenhangs. Denn nach dem Begriff der „Sünde“, den Rocco Buttiglione im letzten Herbst wieder zu einer politischen Kategorie werden ließ, fügt er dem Diskurs Europas nun auch noch die Dimension des „Bösen“ hinzu – jedoch für die Gegenwart und nicht nur für die Geschichte, und ausgerechnet am Reizthema der so genannten „Homo-Ehe“.

Die Passage macht zudem deutlich, dass er sie den Gesprächen von 1993 mit eigener Hand in den letzten Monaten noch eigens hinzugefügt haben muss, eindeutig nach der Buttiglione-Affäre, wenn er schreibt: „Auch an anderen schweren Formen der Verletzung des Gesetzes Gottes fehlt es nicht. Ich denke zum Beispiel an den starken Druck des Europäischen Parlaments, homosexuelle Verbindungen anzuerkennen als eine alternative Form der Familie, der auch das Recht der Adoption zusteht. Es ist zulässig und sogar geboten, sich zu fragen, ob nicht hier – vielleicht heimtückischer und verhöhler – wieder eine neue Ideologie des Bösen am Werk ist, die versucht, gegen den Menschen und gegen die Familie sogar die Menschenrechte auszunutzen. Warum geschieht all das? Welches ist die Wurzel dieser nachauflärerischen Ideologien? Die Antwort ist - alles in allem – ganz einfach: Das geschieht, weil Gott als Schöpfer und damit als Ursprung der Bestimmung von Gut und Böse verworfen worden ist. Man hat den Begriff dessen verworfen, was uns im Tiefsten zu Menschen macht.“

Von der Sache her geht er dabei kaum über das hinaus, was Kardinal Ratzinger im letzten November gesagt hat, als er ausführte, „dass die Pille den Weg zu einer wahrhaft anthropologischen Revolution größten Ausmaßes eröffnet hat, (weil sie) die Sicht auf die Sexualität als Ganzes verändert hat. Die Pille hat die Sexualität von der Fruchtbarkeit abgekoppelt, und auf diese Weise die Auffassung des menschlichen Lebens überhaupt von Grund auf verändert. Der Geschlechtsakt hat seinen ursprünglichen Zweck und sein Ziel verloren, die vorher immer offenkundig und eindeutig waren. In der Folge sind seitdem alle Weisen der Geschlechtlichkeit gleichwertig geworden. Dieser Revolution vor allem folgte die Angleichung der Homosexualität an die Heterosexualität.“

Es ist eine fundamentale Frage des Europäischen Menschenbildes, um die hier gerungen wird. Der Grünen-Politiker Beck freilich, der das sehr komplexe Buch des Papst jetzt in einem Satz ohne Zusammenhang begreifen will, sieht auch das ganz anders: „Die Politik zur Beseitigung der Diskriminierung von Homosexuellen als Ergebnis einer ‚neuen Ideologie des Bösen‘ zu bezeichnen, ist Volksverhetzung.“

Am kommenden Mittwoch werden die Leser selbst darüber urteilen und entscheiden dürfen. Mit dem letzten Buch Johannes Paul II. wird in jedem Fall wieder ein neues Kapitel der Geschichte des Neuen gegen das Alte Europa aufgeschlagen werden: in dem Konflikt der laizistischen Union gegen das Abendland, das viele schon verdämmern sahen. Der alte kranke Papst hat seine Stimme wieder gewonnen und erhoben, wie er am Sonntag beim Gebet des Angelus am Fenster seines Palastes zeigte, als er die Katholiken aller Welt mit einem Jesus-Wort des Evangelisten Matthäus an seinen „petrinischen Dienst“ erinnerte: „Du bist Petrus und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen.“

Buchtipps

Johannes Paul II.

Erinnerung und Identität - Gespräche an der Schwelle zwischen den Jahrtausenden

Preis: 14,95 Euro oder 24,90 SFR

224 Seiten, 14 x 22 Zentimeter

Lesebändchen, Leineneinband mit Schutzumschlag

Auch Guido Westerwelle mockiert sich über neues Papstbuch

Das diese Woche erscheinende Buch Erinnerung und Identität sorgt weiter für für deftige Worte von deutschen Politikern - Der FDP-Chef diffamiert das Buch als bestürzende moralische Fehlleistung Berlin (www.kath.net)

Auch der FDP-Chef Guido Westerwelle hat sich über das neue Papstbuch Erinnerung und Identität aufgeregt. Er bezeichnete den vom Papst angeblich formulierten Zusammenhang zwischen Holocaust und Abtreibung als bestürzende moralische Fehlleistung und meinte: Wer wie die katholische Kirche Verhütung verdammt, hat kein Recht, Frauen in Not zu kriminalisieren. Übrigens dürfte auch Westerwelle hat das Buch noch nicht gelesen haben, da das Buch erst am Mittwoch erscheint und selbst der deutsche Verlag die Bücher erst am Dienstag bekommen wird wie KATH.NET erfahren hat. Auszüge aus dem Buch werden ab Mittwoch in der deutschen Bild-Zeitung veröffentlicht werden. Kai Diekmann, der Chef von Bild, meinte zu dem Werk laut deutscher Netzeitung: Es sind Gedanken eines Jahrhundert-Menschen, die tief bewegen und uns optimistisch in die Zukunft blicken lassen.

URL: <http://www.kath.net/detail.php?id=9780>
Auf KATH.NET seit dem: 21. 02. 2005 11:24 Uhr
© www.kath.net

Kein Kompromiss mit dem Bösen

Christus ist die Antwort auf das Rätsel Mensch, sagt der Papst

Von Stephan Baier

DER DURCHBLICK 41/05,6

Nein, der Papst hat keine historisch fragwürdigen oder moralisch unzulässigen Vergleiche angestellt. Aber er hat sich in dem Buch, das unter dem Titel »Erinnerung und Identität« erschien, auch nicht damit begnügt, das erfahrbare Böse in der Welt philosophisch zu analysieren und theologisch zu deuten. Er benennt das Böse ganz konkret, ohne es zu relativieren: Er spricht von Menschen, »die, nachdem sie auf demokratischen Wegen zur Macht gekommen waren, sich dieser Macht bedienten, um die perversen Programme der nationalsozialistischen Ideologie zu verwirklichen, die sich an rassistischen Vorurteilen orientieren«.

Wollte uns da jemand glauben machen, dieser nahe Auschwitz geborene Papst wolle die Verbrechen des Hitler-Regimes relativieren? Das Gegenteil ist der Fall: Johannes Paul II. stellt in seinem sehr persönlichen Buch dem Leser »die Eliminierung von Millionen von Juden in den Vernichtungslagern«, die »hitlerschen Verbrechen« noch einmal vor Augen - in der Hoffnung, dass wir und die Welt etwas daraus lernen. Nichts wird hier verharmlost: »Das Böse des 20. Jahrhunderts war nicht ein Übel in Kleinformat, sozusagen >hausgemacht<. Es war ein Übel von gigantischen Ausmaßen, ein Übel, das sich der staatlichen Strukturen bedient hat, um sein unheilvolles Werk zu vollenden, ein Übel, das zum System erhoben wurde.«

In diese Analyse bezieht der Papst - selbst Zeitzeuge und Opfer beider totalitärer Ideologien - den Kommunismus mit ein. Nationalsozialismus und Kommunismus sind für ihn »Ideologien des Bösen«, wie er mehrfach schreibt: »Unser Leben war versunken unter einem großen Ausbruch des Bösen, und nur schrittweise begannen wir, uns seines wirklichen Ausmaßes bewusst zu werden.« Bis zu diesem Punkt dürfte der Philosoph Karol Wojtyla wohl mit höflichem Applaus rechnen, doch als Papst kann er nicht über das besiegte Böse schreiben, ohne zugleich auch das aktuelle Böse zu benennen. Hierin, im Übergang von der Zeitgeschichte zur Zeitkritik, liegt wohl der Grund dafür, dass das Buch aus der Feder des Papstes von vielen als Provokation verstanden wird.

VERLETZUNGEN DES GESETZES GOTTES

Zum Missfallen mancher Zeitgenossen prügelt der Papst nicht nur die überwundenen Ideologien des 20. Jahrhunderts, sondern auch den modischen Liberalismus, der »nur als primitiv bezeichnet

werden kann«. Zu den »schweren Formen der Verletzung des Gesetzes Gottes« zählt der Papst »den starken Druck des Europäischen Parlaments, homosexuelle Verbindungen anzuerkennen als eine alternative Form der Familie, der auch das Recht der Adoption zusteht«. Johannes Paul II. sieht darin einen Versuch, »gegen den Menschen und gegen die Familie sogar die Menschenrechte auszunutzen«. Ebenso klar weist der Papst »die legale Vernichtung gezeugter, aber noch ungeborener menschlicher Wesen« zurück.

Als »Strömungen der Anti-Evangelisierung« bezeichnet er: »die Ehescheidung, die freie Liebe, die Abtreibung, die Empfängnisverhütung, den Kampf gegen das Leben in seinem Anfangsstadium wie in seiner Endphase und die Manipulation des Lebens«. Den Mächtigen dieser Welt tritt der Heilige Vater kräftig auf die Füße, wenn er hierzu schreibt: »Dieses Programm arbeitet mit enormen finanziellen Mitteln, nicht nur in den einzelnen Nationen, sondern auch auf Weltebene. Tatsächlich verfügt es über große Zentren ökonomischer Macht, mit deren Hilfe es versucht, den Entwicklungsländern die eigenen Konditionen aufzuzwingen.« Ja, der Papst erkennt darin eine »andere Form von Totalitarismus (...) die sich heimtückisch verbirgt unter dem Anschein der Demokratie«.

Doch Johannes Paul II. ist weder Pessimist noch Untergangsprophet. Er mahnt, die ganze Menschheitsgeschichte als ein Drama der Koexistenz von Gut und Böse zu begreifen. Von Anfang an sei die Geschichte der Menschen durch die Versuchung zum Bösen gekennzeichnet, aber zugleich auch »durch die Grenze, welche der Schöpfergott dem Bösen setzt«. Der Papst wiederholt diese durchaus politisch relevante Frohbotschaft mehrfach: »Gott selbst ist derjenige, welcher dem Bösen eine definitive Grenze setzen kann«.

IM KREUZ IST DER SIEG

So ordnet der Papst die Menschheitsgeschichte in den Heilsplan Gottes ein. Die große Ursünde, die er mit dem heiligen Augustinus als »Eigenliebe bis hin zur Gottesverachtung« definiert, sei in Christus überwunden, in der am Kreuz sichtbar gewordenen »Gottesliebe bis hin zur eigenen Geringschätzung«. Deshalb weiß der Papst, der selbst in Polen die Herrschaft der Nazi-Diktatur wie der aus Moskau gesteuerten Kommunisten erlebt hat: »Denjenigen, die der planmäßigen Aktion des Bösen unterworfen werden, bleiben als Quelle geistiger Selbstverteidigung und als Siegesverheißung nichts anderes als Christus und sein Kreuz.«

Der Papst denkt dabei offensichtlich nicht nur an die zahlreichen Märtyrerinnen und Märtyrer, von denen er selbst viele zur Ehre der Altäre erhob. Er ist davon überzeugt, dass der Mensch in der Selbstverleugnung der Christusnachfolge seine wahre Selbstverwirklichung findet. Mit Blick auf den, den alle Christen seit den frühen Zeiten der Kirche als den »wahren Gott und wahren Mensch« bekennen, beantwortet der Papst die Fragen nach dem Menschen, nach seiner Würde und seiner Freiheit: **»Die richtige Antwort auf das Rätsel Mensch ist tatsächlich Christus, der Redemptor hominis.«**

**Kommentatoren, die mäkelt, der Papst sei auch im Alter nicht »milder« geworden, haben das Denken Johannes Pauls II. nicht einmal im Ansatz verstanden. Dieser Papst wurde zu einem unbeirr-
baren Anwalt der Menschenwürde und zu einem Gewissen unserer Zeit, weil er im Menschen das sieht, was der Mensch von der Schöpfung her ist und worin seine Berufung liegt: Abbild Gottes. Deshalb kämpft der Papst gegen alle Formen des Totalitarismus, gegen den Krieg, gegen die Tötung Ungeborener und unheilbar Kranker. Weil Würde und Freiheit des Menschen eine Gabe Gottes sind, gibt es für den Papst keinen geistigen oder politischen Kompromiss mit dem Bösen - nicht mit dem Bösen um uns und nicht mit dem Bösen in uns.**

Johannes Paul II.: »Erinnerung und Identität. Gespräche an der Schwelle zwischen den Jahrtausenden«, (Deutsch von Ingrid Stampa), Verlagsgruppe Weltbild, Augsburg 2005, 224 Seiten, Euro 14,90.

DER AUTOR

Stephan Baier

Jahrgang 1965, ist Österreich- und Europakorrespondent der überregionalen katholischen Tageszeitung "Die Tagespost". Nach dem Studium der Theologie in Regensburg, München und Rom arbeitete er zunächst als Pressesprecher für die Diözese Augsburg, dann fünf Jahre lang als Pressesprecher u. Parlamentarischer Assistent für Otto von Habsburg im Europäischen Parlament. Baier, Autor mehrerer Sachbücher, ist verheiratet und Vater von fünf Kindern

Vietnam: Premierminister verbietet Druck auf Christen Polizisten handeln jedoch angeblich auf höheren Befehl

IGFM 2/2005,4

Am 4. Februar 2005 hatte der vietnamesische Premierminister die Anordnung 01/2005/CTTag erlassen, nach der es streng verboten ist, Druck auf die evangelischen Christen in Vietnam auszuüben. Die evangelischen - nicht offiziell registrierten - Hauskirchengruppen standen dieser Anordnung skeptisch gegenüber, weil sie in der Vergangenheit bereits viele folgenlose Lippenbekenntnisse der Regierung erlebt hatten. Sie hatten recht behalten: Mehrere Versammlungen der protestantischen Christen in Vietnam wurden gestört und aufgelöst. Polizeibeamten und Miliz drängten in Gottesdienste ein und verhielten sich dreist und respektlos. Konfrontiert mit der Anordnung 01/2005/CT-TTg erwiderten die Polizisten, diese Anordnung nicht zu kennen oder auf höheren Befehl zu handeln.

Die Bedrängung und Verfolgung von ethnischen Protestanten ist Alltag in Vietnam - mit schlimmen Folgen für die Familien der Opfer. Sieben Montagnards (Bergvölker) wurden nach einer Teilnahme an einer Taufe so schwer mißhandelt, daß sie sich danach aus Angst vor weiteren Maßnahmen monatelang in den Wald versteckt halten mußten. Die Frauen zweier Diakone erzählten, ihre Ehemänner seien nach einer Vorladung der Polizei - ohne Vorladungsschreiben und Haftbefehl - nicht mehr zurückgekommen. Nach Informationen der IGFM befinden sie sich zur Zeit in einem Umerziehungslager. Vier weitere Pastoren und Diakone wurden schwer mißhandelt, nachdem sie eine Erklärung, zukünftig auf den evangelischen Glauben zu verzichten, nicht unterschrieben hatten. Das Haus eines Pastors wurde letztes Jahr zweimal abgerissen, so daß seine Familie obdachlos ist.

Der IGFM sind 188 Montagnards namentlich bekannt, die seit 2001 wegen friedlicher Proteste, religiöser Versammlungen oder Fluchtversuche zu Haftstrafen von bis zu 13 Jahren verurteilt wurden. Weitere 163 Personen sind ohne Prozeß seit 2001 wegen Fluchthilfe oder unerlaubter Versammlungen inhaftiert. Allein zwischen August 2004 und Januar 2005 sind mindestens 16 Montagnards wegen angeblicher „Störung der öffentlichen Ordnung und der nationalen Einheit“ - d.h. wegen Teilnahme an oder Organisation von Versammlungen - zu Haftstrafen zwischen 4 und 12 Jahren verurteilt worden. Nach internationalen Pressemeldungen sollen in der Weihnachtszeit zwischen dem 12. und dem 24.12.2004 mindestens 129 Montagnards in der Provinz Gia Lai verhaftet worden sein.

Die Montagnards-Christen, die üblicherweise im Großfamilienverhältnis leben, geraten durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen in große Not. Die IGFM hat in der Vergangenheit mehrere Christen auf dem Hochland geholfen und will ihnen weiter aus der Misere helfen. So hat Ende Januar die Familie eines Pastors 250 Euro erhalten, damit sie das verpfändete Ackerland zurückkaufen konnte. Das Grundstück hatte die Familie vor zwei Jahren als Pfand abgegeben. Sie hatte damals dringend Geld für die medizinische Behandlung des Pastors benötigt, der von der Polizei schwer mißhandelt wurde. Vor einem Jahr erlag er an den Folgen.

Die IGFM unterstützt Pfarrer, die trotz aller Drangsalierung bei ihren Gemeinden bleiben, mit einem Betrag von monatlich 100 Euro, der durch zuverlässige Kuriere überbracht wird. Pfarrer mit Familie erhalten eine höhere Unterstützung. Wir müssen und wollen diese Hilfe fortsetzen. Kennwort: Pfarrerrfonds Vietnam (23)

An: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/M

SPIEGEL ONLINE - 08. April 2005, 13:04

URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,350316,00.html>

Debatte um Trauerbeflaggung

Aufstand der Laizisten

Von Romain Leick, Paris

Die Trennung von Staat und Kirche ist den Franzosen heilig. Eine überwältigende Mehrheit begrüßte die Entscheidung, muslimische Kopftücher an Schulen zu

verbieten. Umso hitziger wird jetzt darüber diskutiert, dass die Regierung zu Ehren des verstorbenen Oberhauptes der Katholischen Kirche Trauerbeflaggung angeordnet hat.

Frankreich lässt sich gern als "älteste Tochter der Kirche" umschmeicheln. Jede historische Auszeichnung ist dieser Nation, die seit 1500 Jahren besteht, willkommen. Zwei Drittel der Franzosen sind katholisch, achtmal besuchte der Papst das Land, zuletzt kam er als Pilger im vorigen August in die Marienstadt Lourdes. Präsident Jacques Chirac zeigte sich von Johannes Paul II. sogar stärker beeindruckt als von seinem großen Vorbild Charles de Gaulle.

Dennoch löste die Trauer um den verstorbenen Papst einen ebenso seltsamen wie einzigartigen Streit aus. Die Republik beruht seit hundert Jahren auf einem unantastbaren Grundpfeiler: dem Laizismus, der strikten Trennung von Staat und Kirche, festgeschrieben in einem Gesetz von 1905 und auch heute noch Bestandteil der Verfassung. In seiner Neutralität vor der Religion achtet der Staat alle Glaubensrichtungen, duldet aber keine Vermengung mit der Politik.

Darf das laizistische Frankreich demnach Staatstrauer tragen, um den Papst zu ehren? Die Trikolore wurde vorigen Freitag auf Halbmast gesetzt, Präsident Chirac und sein Premier Jean-Pierre Raffarin nahmen selbstverständlich an den Feierlichkeiten in Rom teil, so wie sie schon am Sonntag zuvor einen Gedenkgottesdienst in Notre-Dame besucht hatten.

Innenminister Dominique de Villepin forderte alle Präfekten - die Vertreter der Regierung in den Departements - auf, an den Messen in ihren jeweiligen Diözesen zu Ehren des Heiligen Vaters teilzunehmen. Der konservative Bürgermeister von Marseille, Jean-Claude Gaudin, gab den städtischen Angestellten am Freitagmorgen sogar frei, damit sie im Fernsehen die Zeremonie in Rom verfolgen konnten.

Für militante Laizisten war das zuviel. Der frühere sozialistische Senator Jean-Luc Mélenchon erregte sich über die offizielle "Papolatrie", als wäre sie ein Götzendienst. Sein Kollege Michel Charasse befand: "Die Republik sollte nicht auf dieses Niveau herabsteigen. Wenn morgen der Dalai Lama stirbt, werden dann ebenfalls die Flaggen gesenkt?" Der Grüne Yves Contassot, einer der stellvertretenden Bürgermeister von Paris, erkannte gar einen klaren Gesetzesverstoß: "Die Regierung erweckt den Eindruck, Anwalt einer Religion zu sein. Sie darf sich nicht in das religiöse Leben einmischen. Das ist Machtmissbrauch." Sozialisten-Chef François Hollande, etwas zurückhaltender, fand die Staatstrauer "exzessiv" und mahnte, die Grenzen zu beachten, wachsam zu bleiben und kein Durcheinander anzurichten.

In die Defensive gedrängt, erwiderte die Regierung, Johannes Paul II. sei schließlich nicht nur ein religiöser Führer, sondern auch ein Staatschef gewesen - ein letztlich verlogenes Argument. Als Premier Raffarin in der katholischen Zeitung "La Croix" eine Würdigung des Papstes veröffentlichte, bestand er darauf, die Bezeichnung "Premier Ministre" in der Signatur wegzulassen, so als hätte sich nur ein privater Bürger geäußert.

Die Kontroverse hätte wohl kaum solche Ausmaße angenommen, wäre nicht vor kurzem ein umstrittenes Gesetz gegen das Tragen religiöser Symbole in den öffentlichen Schulen erlassen worden, das muslimischen Mädchen das Kopftuch im Unterricht verbietet. Der Islam ist die zweite Religion in Frankreich, fünf Millionen Muslime bilden die größte islamische Gemeinde in Europa. Sollte hier doch mit zweierlei Maß gemessen werden? Oder handelte es sich um eine kleinliche, unwürdige Polemik, die umso deplazierter schien, als der Tod des Papstes einen starken Widerhall weit über den Katholizismus hinaus - auch in der islamischen Welt - gefunden hatte?

In Wahrheit finden sich im Laizismus à la française von Anfang an zwei Richtungen: eine offene, die sich mit dem Prinzip der Neutralität begnügt, den Glauben aber respektiert, und eine dogmatische, die einem militanten Antiklerikalismus frönt. Dieser hat die Auseinandersetzung

noch einmal Auftrieb verliehen. Aber sie befindet sich auf dem Rückzug, statt modern wirkt der laizistische Fundamentalismus eher archaisch, stammt er doch aus einer Zeit, da der Machtkampf zwischen Staat und Kirche, zwischen Republik und Papst noch nicht entschieden war.

Ein Blick in die Vergangenheit hätte gereicht, um die Polemik zu entschärfen: Die französische Republik hat noch jeden Papst bei dessen Tod geehrt. Wieso also Johannes Paul II. verwehren, was seinen Vorgängern vergönnt war - aber auch so fragwürdigen Gestalten wie dem Palästinenserführer Jassir Arafat und dem sowjetischen KP-Chef Leonid Breschnew? Die Republik wurde dadurch jedenfalls nicht in ihren Fundamenten e

DIE ZEIT

16/2005

Das Opium der Partei

Die Berliner Sozialdemokraten führen einen Kulturkampf gegen den Religionsunterricht

Von Robert Leicht

Ausgerechnet zum Ende jener Woche, in der die Welt nach Rom blickte und selbst Atheisten sich zumindest über die elementare emotionale Bewegungsmacht der Religion wunderten, verschärfte die Berliner SPD – im Bunde mit der PDS, übrigens – ihren zähen Kulturkampf gegen die Religion. Künftig, so beschloss es ihr Landesparteitag, soll an den Berliner Schulen ein von Staats wegen angeordneter »Werteunterricht« stattfinden. Kein Schüler soll dieses neue Pflichtfach abwählen dürfen, auch nicht zugunsten des herkömmlichen Religionsunterrichts.

Die schärfste Kritik gegen diesen geplanten Oktroi kommt nun von sozialdemokratischer Prominenz (Johannes Rau, Wolfgang Thierse, Richard Schröder) und aus der Parteispitze selbst: Ein Rückfall hinter das Godesberger Programm – so rügte SPD-Chef Franz Müntefering. Und mit ihm schüttelt das ganze Parteipräsidium heftig die Köpfe.

Was steckt hinter diesem in der vermeintlichen Metropole aufgeführten Kleinstadt-Atheismus? Es geht jedenfalls nicht um eine pädagogische, angeblich dringliche Reaktion auf einen »Ehrenmord« und nicht um einen ehrlichen Versuch, das Multikultithema auf andere Weise schulisch zu behandeln. Die Sache hat auch nichts zu tun mit der seit dem 11. September 2001 veränderten Welt, denn dieser Kampf der Berliner SPD reicht weit, weit zurück in die weiland Große Koalition unter Eberhard Diepgen. Es geht wirklich nur um die Religion – und gegen den Religionsunterricht. Alle scheinbar so gut gemeinten aktuellen Anknüpfungspunkte sind in Wahrheit nur Vorwände, nun endlich auch noch die wackligsten Kompromiss-Konstrukte der vergangenen Jahre beiseite zu schieben: Her mit dem Werteunterricht, weg mit dem Religionsunterricht. Diese Kulturkämpfer fallen selbst hinter den Alten Fritz zurück. Schon unter ihm sollte jeder nach seiner Fassung selig werden – nicht etwa nach der des Staates oder gar der einer Partei.

Wo der Alte Fritz Recht hatte, da hatte (und hat) er Recht – heute mehr denn je. Der moderne, freiheitliche und weltanschaulich neutrale Staat hat in Fragen von Religion und Werten keinerlei Setzungszuständigkeit und schon gar keine Durchsetzungskompetenz zu beanspruchen. Zwar gehört es zu einem aufgeklärten und umfassenden Bildungsbegriff, dass im Unterricht auch an öffentlichen Schulen erste und letzte Fragen menschlicher Existenz, die Fragen von Leben und Tod, Sinn und Schuld verhandelt werden, und das möglichst im Diskurs mit authentischen, überzeugenden Pädagogen. Aber aufgrund welcher existenzieller Überzeugungen ein solcher Unterricht (katholisch, evangelisch, jüdisch, muslimisch – oder eben gar nicht) stattfindet, das unterliegt keinesfalls staatlicher Anordnung, sondern allein dem freien Wahl- und dem nicht minder freien Abwahlrecht der Eltern und der religionsmündigen Schüler. Im Gemeinschaftskundeunterricht kann der Staat das tun, was einige Befürworter des Werteunterrichts geltend machen: auf ein friedliches Zusammenleben in Freiheit hinwirken.

In Glaubensdingen und Wertefragen aber hat der Staat nur über zweierlei zu wachen: über die wissenschaftliche Qualifikation der Lehrenden – und über deren Verfassungstreue. Was hingegen authentische Lehre einer Religion ist, haben deren berufene Vertreter zu verantworten. Zwischen den Angeboten zu wählen haben schließlich nur die Adressaten, die Eltern und Schüler – und das allein nach ihrer Fassung. Bildungsbreite und Wahlfreiheit auf eine

knappe Formel gebracht: Wer Religionsunterricht wünscht, bekommt ihn – wer ihn ablehnt, eben nicht. Diskriminiert wird weder der eine noch der andere.

Ihre Kirchenkritik könnte man der Berliner SPD ja noch nachsehen – schließlich hatte sich die weiland preußische Staatskirche viel zu lange Zeit sehr unverständig gegenüber der Sozialdemokratie verhalten. Doch das ist nun schon eine Weile her – und wenigstens die Kirchen haben aus diesem Kannitverstan viel gelernt. **Aber dass diese Religionsfeindlichkeit umschlägt in eine Wahlfeindlichkeit – das ist eine Todsünde wider den Geist der Freiheit; denn auch die Religion gehört zur Freiheit. Der Eifer, mit dem die Berliner Parteifunktionäre den heranwachsenden Bürgern amtliche Wertevorgaben machen und mit dem sie deren eigene Überzeugungen ins Abseits schieben wollen – dieser Eifer hat sowohl ideologische als auch autoritäre Züge. Und provinziell ist er noch dazu.**

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=10319>

24. April 2005, 08:27

Bischof Marx begrüßt Glaubensbekenntnis Rüttgers

Trier (www.kath.net /biptrier) Die negativen Reaktionen auf die Äußerungen des CDU-Politikers Jürgen Rüttgers zum christlichen Menschenbild sind nach Ansicht von Bischof Reinhard Marx nicht berechtigt. Er begrüße es, so der Bischof von Trier, der auch Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz ist, am 23. April in einer Stellungnahme, wenn ein Politiker sich zum christlichen Menschenbild bekenne und seinen katholischen Glauben nicht verschweige. Rüttgers habe seiner Auffassung nach nicht eine Abgrenzung gegenüber anderen Religionen und Konfessionen in den Blick genommen, sondern ein klares Bekenntnis zum eigenen Glauben abgegeben. Ein fester eigener Standpunkt sei die Grundlage für jeden fruchtbaren Dialog auch und gerade zwischen Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen.

Jürgen Rüttgers hat am Donnerstag in einer Talkshow auf die Frage, ob er glaube, dass die katholische Kirche und ihr Menschenbild anderen Religionen überlegen sei, geantwortet: „Ich glaube, daß es das Richtige ist, wenn Sie wollen, auch überlegen.“ Nun werden ihm diese Äusserungen von vielen Seiten ausgelegt als Abwertung anderer Religionen und Konfessionen. Im Hintergrund steht der Wahlkampf für den Landtag in Nordrhein-Westfalen. Man kann auch Parallelen zu Roco Buttiglione erkennen.

Rüttgers preist den Katholizismus

RNZ 22. oder 21.4.05

Düsseldorf. (dpa) Vier Wochen vor der Landtagswahl hat der CDU-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, mit umstrittenen Äußerungen zu Katholizismus und zur besonderen Bedeutung des Christentums heftigen Wirbel ausgelöst.

In der N24-Sendung „Studio Friedman“ hatte er gesagt, als Katholik, „glaube ich, dass unser christliches Menschenbild das richtige ist und nicht vergleichbar ist mit Menschenbildern, die es anderswo auf der Welt gibt“. Auf die Frage nach der etwaigen Überlegenheit der katholischen Kirche und ihres Menschenbildes, sagte Rüttgers: „Ich glaube, dass es das Richtige ist, wenn Sie wollen auch, überlegen.“

Seine Äußerungen stießen bei SPD, den Grünen, der evangelischen Kirche, aber auch bei der CDU auf Unverständnis. Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) sagte: „Ich teile Rüttgers Auffassung nicht.“ SPD-Vize Kurt Beck warf Rüttgers vor, dieser verstehe den Geist der Ökumene nicht.

Rüttgers wies die Vorhaltungen zurück. „Das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild ist keine Überheblichkeit“, hieß es in einer am Freitagabend in Düsseldorf verbreiteten Mitteilung. Er habe andere Religionen nicht abgewertet. Rüttgers potenzieller Koalitionspartner, die NRW-FDP, zeigte sich irritiert. „Egal, wie das Zitat des CDU-Vorsitzenden Jürgen Rüttgers gedeutet wird: Mit der FDP wird es in der künftigen gelb-schwarzen Landesregierung kein Gegeneinander der Religionen geben“, sagte ihre Parlamentarische Geschäftsführerin Thomann-Stahl.

Katholizismus

Rüttgers Bekenntnis löst Empörung aus

Einen Monat vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen sorgt CDU-Spitzenmann Jürgen Rüttgers mit zumindest missverständlichen Äußerungen zum Katholizismus für Kopfschütteln und Aufregung. Zwar versuchte er schnell wieder zurückzurudern, trotzdem erhielt der Wahlkampf nun eine eigentümliche Note.

Hamburg/Berlin - Lange haben die Parteistrategen von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen gerätselt, was Jürgen Rüttgers noch für einen Fehler begehen könnte, damit er den schon sicher geglaubten Sieg in Nordrhein-Westfalen noch einmal aufs Spiel setzen könnte. Vor fünf Jahren sorgte seine Aussage "Kinder statt Inder" für Wirbel. Bei der N24-Sendung "Studio Friedman" wurden seine politischen Gegner am Donnerstagabend dann hellhörig. Dort ließ sich der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 22. Mai von Moderator Michel Friedman zu einer umstrittenen Äußerung hinreißen.

Nach ersten Angaben des Senders N24 hatte Rüttgers in der Talkshow erklärt: "Ich glaube, dass die katholische Kirche und ihr Menschenbild das Richtige ist und anderen Religionen überlegen ist." Die CDU und Rüttgers bestritten am Freitag in Düsseldorf aber, dass er der katholischen Kirche Überlegenheit bescheinigt habe. Er habe sich vielmehr auf das christliche Menschenbild bezogen. Der Sender korrigierte seine Darstellung daraufhin. Das Zitat sei "ungenau wiedergegeben" gewesen.

Nach übereinstimmender Darstellung von CDU und N24 antwortete Rüttgers auf Fragen nach einer Äußerung von Papst Benedikt XVI., die katholische Kirche sei anderen Kirchen überlegen. Rüttgers sagte in der entscheidenden Wortlautpassage tatsächlich - etwas verschwurbelt - folgendes: "Ich glaube, dass wir wieder lernen müssen, dazu zu stehen, dass wir wieder etwas für wahr und etwas für unwahr halten. Ich bin Katholik und ich glaube, dass unser christliches Menschenbild das Richtige ist und nicht vergleichbar ist mit den anderen Menschenbildern, die es anderswo auf der Welt gibt." Auf Nachfrage, ob die katholische Kirche und ihr Menschenbild anderen Religionen überlegen sei, habe Rüttgers geantwortet: "Ich glaube, dass es das Richtige ist, wenn Sie wollen auch 'überlegen'."

Am Freitagabend sah sich Rüttgers zu einer weiteren Stellungnahme bemüht: "Das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild ist keine Überheblichkeit", hieß es in seiner in Düsseldorf verbreiteten Mitteilung. Er habe andere Religionen nicht abgewertet. "Jeder, der mich kennt, weiß, dass dies falsch ist. Ich will einen gleichberechtigten Dialog und einen respektvollen Umgang der Religionen miteinander." In der christlich-jüdisch-abendländischen Kultur gebe es "Religionen erster und zweiter Klasse nicht".

Auch dem "Kölner Stadt-Anzeiger" sagte er, der Eindruck, er werte andere Religionen ab, sei falsch. "Ich mache Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, weil es meiner Überzeugung entspricht und ich es für richtig halte." Er wolle einen "gleichberechtigten Dialog und einen respektvollen Umgang der Religionen miteinander".

Politische Freunde gehen auf Distanz

Zuvor hatten sich aber schon Freund und Feind auf ihn eingeschossen. Selbst Rüttgers Parteifreund, Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus, sagte der "Thüringer Allgemeinen": "Ich teile Rüttgers Auffassung nicht." Auch die FDP in Nordrhein-Westfalen, die nach der Landtagswahl mit der CDU koalieren will, ging auf Distanz. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP im Landtag, Marianne Thomann-Stahl, betonte, egal wie das Zitat gedeutet werde: "Mit der FDP wird es in der künftigen gelb-schwarzen Landesregierung kein

Rüttgers Gegenkandidat von der SPD, NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück, sagte der "Westdeutschen Zeitung": "Für mich gibt es keine Christen erster und zweiter Klasse, und keine Religion sollte sich über eine andere erheben." NRW-SPD-Landeschef Harald Schartau erklärte, Rüttgers habe die Gefühle vieler gläubiger Menschen verletzt. Seine Aussage zeuge "von einem intoleranten und verengten Weltbild". SPD-Fraktionschef Edgar Moron sagte, Rüttgers habe sich als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten disqualifiziert. Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck erklärte, viele gläubige Christen engagierten sich für die Ökumene. "Wer versöhnen will, kann nicht gleichzeitig spalten. Das hat Jürgen Rüttgers offenbar nicht verstanden."

NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) nannte die Rüttgers-Aussagen "vollkommen unverständlich und überheblich." Religion solle zwar Werte für das eigene Leben vermitteln, aber "man darf nicht den Eindruck vermitteln, die Christen seien besser als etwa Juden, Muslime oder Buddhisten." Für NRW-Kulturminister Michael Vesper (Grüne) spricht aus der Sicht des CDU-Politikers "kulturelle Hybris", mit der er sich für das Amt des Ministerpräsidenten von NRW disqualifiziere. Die Bundesgeschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke, kommentierte: "Dass er jetzt dreist abstreitet, was er nachweislich gesagt hat, ist erbärmlich."

Die Grünen-Landesvorsitzenden Britta Haßelmann und Frithjof Schmidt warfen Rüttgers vor, seine Äußerungen seien "ein Schlag ins Gesicht für die überwältigende Mehrheit der deutschen Katholiken", auch habe er "die deutschen Protestantinnen und Protestanten zutiefst beleidigt".

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, warnte in der "Rheinischen Post" davor, "den eigenen Glauben über den Anderer zu setzen". In der "Bild"-Zeitung empfahl er Rüttger, darüber nachzudenken, "woher der katholische Glaube abstammt, nämlich aus dem jüdischen Glauben". "Und im übrigen heißt es "Glauben" und nicht "Wissen". Kategorien wie "überlegen" seien in Religionsfragen fehl am Platz.

Schwarz-Gelb bis Freitag zehn Punkte vorn

Nach einer am Freitag veröffentlichten Umfrage liegt die CDU wenige Wochen vor der Landtagswahl am 22. Mai mit einem Vorsprung von zehn Punkten weiter deutlich vor der SPD. Ein Bündnis von CDU und FDP hätte demnach einen Vorsprung von sieben Punkten vor der regierenden rot-grün Koalition. Nach der jüngsten Umfrage liegt die CDU stabil bei 45 Prozent. Allerdings hat nach den vom Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid veröffentlichten Zahlen die FDP einen Prozentpunkt verloren und steht nur noch bei 6 Prozent. Dennoch ergäbe das für Schwarz-Gelb eine Mehrheit von 51 Prozent der Stimmen.

Die SPD kommt nach dieser Umfrage unverändert auf 35 Prozent, die Grünen erreichen 9 Prozent. Laut Emnid will die Mehrheit den politischen Wechsel. 58 Prozent der Befragten seien der Meinung, dass die SPD nach 39 Jahren in der Regierung verbraucht sei, 37 Prozent teilten diese Auffassung nicht. Dagegen berichtete die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" unter Berufung auf eine Forsa-Umfrage, nur 31 Prozent der Wähler glaubten, eine CDU-geführte Landesregierung würde es besser machen als die jetzige. 59 Prozent meinen, die Zeit für einen politischen Wechsel sei nicht reif.

SPIEGEL ONLINE - 22. April 2005, 20:33

URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,352884,00.html>

Im Wortlaut

Rüttgers zum katholischen Menschenbild

Nordrhein-Westfalens CDU-Spitzenkandidat sorgt mit Äußerungen zur Überlegenheit des katholischen Glaubens für Wirbel. SPIEGEL ONLINE dokumentiert Ausschnitte aus dem Gespräch, das Michel Friedman mit Jürgen Rüttgers in Berlin führte.

Friedman: "Zum gleichberechtigten Respekt aller Kirchen sagt Benedikt XVI: 'Die katholische Kirche ist allen anderen Kirchen überlegen.' Hat er Recht?"

Rüttgers: "Er sagt, dass das, was er glaubt und das, was seine Kirche glaubt, das Richtige ist. Und ich finde, das darf er auch."

Friedman: "Ich sage noch einmal: Die katholische Kirche sei allen anderen Kirchen überlegen."

Rüttgers: "Ich hab' das schon verstanden. Er sagt, das ist das Richtige, und wenn's das Richtige ist, dann muss er zwangsläufig sagen, dass das andere nicht richtig ist."

Friedmann: "Und was sagen Sie?"

Rüttgers: "Ich glaube, dass wir wieder lernen müssen, dazu zu stehen, dass wir wieder etwas für wahr und etwas für unwahr halten. Ich bin Katholik, und ich glaube, dass unser christliches Menschenbild das Richtige ist und nicht vergleichbar ist mit Menschenbildern, die es anderswo auf der Welt gibt."

Friedman: "Aber wir sprechen von dem Begriff überlegen. Ist die katholische Kirche und ihr Menschenbild anderen Religionen überlegen?"

Rüttgers: "Ich glaube, dass es das Richtige ist, wenn Sie wollen auch überlegen."

Friedman: "Was bedeutet das denn eigentlich für einen Protestanten, einen Juden oder einen Moslem, wenn sie sagen, die katholische Religion ist den anderen überlegen?"

Rüttgers: "Das bedeutet, dass er von seiner genauso überzeugt sein kann und dass man auf der Basis dann anfängt miteinander zu reden."

RNZ-Leserbrief vom 26.4.05 zur ethischen Dekadenz der deutschen Politik (anlässlich der RNZ-Artikel über die Äußerungen Rüttgers, Graffiti-Sprayer, Visa-Affäre und den EU-Beitritt der Türkei)

Es ist bezeichnend für das (Dumm-)Toleranzdiktat und die damit verbundene Entdifferenzierung der deutschen Politik, dass Rüttgers mit seinen Äußerungen zur Überlegenheit des christlichen Menschenbildes bei vielen Politikern (und leider auch im Kommentar der RNZ) auf Widerstand stößt. Gleichzeitig aber wird z.B. der Koran- bzw. Islamunterricht an deutschen Schulen eingeführt, obwohl der Koran so offensichtlich gegen die Menschenrechte

verstößt, dass die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (der EU) eine Broschüre über diese Verstöße des Koran herausgegeben hat. Dort heißt es unter anderem:

“Unter Hinweis auf den Koran lassen sich Intoleranz, Gewalt und Mord an Andersdenkenden rechtfertigen. Denn im Koran wird sogar zum Kampf mit der Waffe gegen die Ungläubigen aufgerufen, um sie ggf. zu töten. Als Ungläubige gelten alle Nichtmuslime. Zwar haben auch Christen einschließlich Päpste und Bischöfe im Lauf der Geschichte zu Gewalt und Krieg aufgerufen und gegen Menschenrechte verstoßen. Aber keiner konnte sich dafür auf die Botschaft Jesu berufen.”

Tatsächlich hat Rüttgers aus religionspsychologischer und religionspsychopathologischer Sicht vollkommen recht: Jesus – aber keine einzige christliche Kirche, auch nicht die katholische - stellt in seinem/ihrem gesamten Verhalten DAS Modell seelischer Gesundheit dar, das von jedem Menschen in jeder Lage durch ein Lernen am Modell im Sinne der Nachfolge Jesu übernommen werden kann. Keine religiöse Lehre ist alltagstauglicher, nachvollziehbarer und allgemeinverständlicher als die Lehre Jesu. Und keine wendet sich mehr auch an die untersten, geschlagenen und leidenden Menschen der Bevölkerung, denen Jesu selbst in seiner Kreuzigung noch Vorbild war. Keine mystische Erfahrung, keine buddhistische Praxis und kein Koran kann mehr erreichen als Jesus in der Bergpredigt oder im höchsten aller Gebote gezeigt hat: ‚Liebe Gott über alles und Deinen Nächsten wie dich selbst.’

Und doch ist es wieder einmal der homosexuelle Grünen-Politiker Beck, der Rüttgers und damit das Christentum angreift, weil diese Pathologischem bzw. unreiferen Religionen gegenüber noch nicht (aktiv) tolerant sind. Derselbe Beck hatte auch schon dem gerade verstorbenen Papst einen Mangel an moralischer ethischer Orientierung vorgeworfen, weil dieser sowohl den Holocaust wie auch die millionenfache Abtreibung von ungeborenen Kindern als Tötung von Menschen anprangert. Passend zu dieser pathologischen Weltsicht hat Beck in einem eigenen Buch die Freigabe der Pädophilie gefordert ...

Zu dieser von Beck demonstrierten moralischen Entdifferenzierung passt auch, dass sich die Grünen dagegen wehren, Graffiti-Schmierereien an fremdem Eigentum zu bestrafen. Moral wird also diskreditiert und Straftaten werden gleichzeitig verharmlost! Dazu passt dann auch, dass die Rüttgers-Kritiker die Türkei in die EU aufnehmen wollen, obwohl in diesem Land noch der armenische Völkermord geleugnet und dessen Verbalisierung schon als Straftat gilt, Frauen zu Ehen gezwungen und Demonstrationen niedergeknüppelt werden.

Politiker sind also moralisch so weit gesunken, dass die Visa-Affäre (z.B: mit Förderung von gewalttätiger Prostitution) zum Selbstdarstellungsproblem Fischers statt zum Rücktritt führt, dass Schröder seine Wahlversprechen ohne jede Konsequenz brechen kann und die Heidelberger Parteikollegen (wie in der HSB-Affäre) diese Politik auf Kosten des Steuerzahlers ohne jede Haftbarkeit für daraus resultierende Fehlentscheidungen noch fortsetzen. Mit dem bloßen Nachplappern einer solchen Politik werden dann auch noch völlig überhöhte Gehälter (wie z.B. das von Herr Binding mit 8000 Euro monatlich) kassiert. Daß die deutschen Politiker dann gegen das Christentum wettern, ist dann verständlich - denn das stellt höchste moralische Ansprüche und gefährdet damit ihre Selbstverblendung. Die Bürger durchschauen das glücklicherweise und stufen Politiker auf der niedrigsten Stufe der ethischen Wertung von Berufen ein. Politiker aber schert dass nicht; sie kassieren weiter mehr als doppelt so hohe Gehälter wie Ärzte, die für Leben und Tod verantwortlich (und haftbar) sind. Das ist das Kranke an der Demokratie.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=10693>

09. Juni 2005

Indien: Katholiken werden im Bundesstaat Orissa täglich bedroht

In Orissa ist es erneut zur Diskriminierung christlicher Familien durch hinduistische Extremisten gekommen, berichtet der Bischof von Cuttack-Bhubaneswar.

Bhubaneswar (www.kath.net / Fidesdienst) „Die Missionare und unsere Ordensleute haben Angst. Jeder Ortswechsel ist mit Gefahr verbunden. Christen werden ausgelacht und im Alltag behindert und die örtliche Verwaltung und die lokalen Polizeibehörden stehen dem Ganzen völlig gleichgültig gegenüber.“ Dies beklagte Erzbischof Raphael Cheenath von Cuttack-Bhubaneswar im indischen Unionsstaat Orissa in einem Gespräch mit dem Fidesdienst über die Lage der einheimischen katholischen Gemeinde.

In den vergangenen Tagen war es in Orissa erneut zur Diskriminierung christlicher Familien durch hinduistische Extremisten gekommen. Die örtlichen Behörden beschlossen die Demolierung von Wohnungen 109 christlicher Familien. Wie einheimische Quellen berichten, wurde dieser Beschluss von

der „Rashtriya Swayamsevak Sangh“ (RSS) angeregt. Die extremistische Gruppe inspiriert sich an der im Unionsstaat Orissa weit verbreiteten nationalistischen Hindutva-Ideologie, die sie wenn nötig auch mit militärisch organisierter Gewalt durchsetzen.

Im Gespräch mit dem Fidesdienst berichtet der Erzbischof von alltäglicher mehr oder minder gewaltsamer Intoleranz. „In unserer Diözese wird am 11. Juni die katholische Kirche „Unsere Liebe Frau von der Nächstenliebe“ in Raikia nach Abschluss der Wiederaufbauarbeiten neu eingeweiht. Die Kirche wurde im August bei einem Angriff von Extremisten zerstört. Doch die Gewalt ist damit nicht zu Ende. Die Katholiken haben Angst. Einige Eingeborene, die zum Christentum konvertierten, wurden gezwungen zum Hinduismus zurückzukehren, nachdem man ihnen das Leben unmöglich gemacht hatte: sie wurden diskriminiert, hatten keinen Zugang zur Wasserversorgung, zum Markt und zu den notwendigsten Dienstleistungen. Unsere Missionare werden bei Besuchen in den Dörfern oft bedroht und setzen dabei auch ihr Leben aufs Spiel.“ Erzbischof Cheenath erklärt mit einer gewissen Verbitterung: „Leider unternehmen weder die Regierung noch die Polizeibehörden etwas dagegen. Die Schuldingen werden nicht verfolgt und die Justiz bleibt untätig. Die Gründe für eine solche Untätigkeit sind vorwiegend politisch: Die Regierung des Unionsstaates Orissa unter der nationalistischen Baratiya Janata Party (BJP) möchte die Unterstützung der fundamentalistischen Gruppen nicht aufs Spiel setzen, die andernfalls öffentlich protestieren würden“. Nach Ansicht des Erzbischofs „besteht der Ausweg für uns immer im Dialog und im Bemühen um den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zu den Menschen, die oft von extremistischen Gruppen negativ beeinflusst werden. Diese Extremisten machen nur einen verschwindend kleinen Teil der indischen Bevölkerung aus, doch sie sind einflussreich und gut organisiert. Außerdem werden sie von verschiedenen Geschäftsleuten finanziell unterstützt und genießen zudem das Wohlwollen der örtlichen Regierung, was dazu führt, dass sie sich selbst stark fühlen“. Vor einem solchen Hintergrund appelliert der Erzbischof an alle, die die Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Demokratie in Indien auf nationaler Ebene unterstützen mit der Bitte, zum Schutz der Minderheiten einzugreifen und die pluralistische Tradition des indischen Subkontinents zu achten.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=10756>

16. Juni 2005

Die Demokratie braucht das Kreuz

Das Gerichtsurteil gegen Kreuze in staatlichen Sitzungssälen ist falsch und gefährlich. Ein Kommentar von Christoph Morgner / idea.

Es ist nicht zu fassen. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat als letzte Instanz entschieden: Der Offenbacher Kreistag muss ohne Kreuz tagen. Weil es angeblich das Neutralitätsgebot des Staates verletzt, muss es während der Sitzungen abgehängt werden. Darauf können Politiker bestehen. Und das tun nach meinen Informationen einige aus der Fraktion der Grünen. Hier haben die Richter unserer Demokratie einen Bärenienst erwiesen.

Denn wem verdanken die Abgeordneten, dass sie sich in einem demokratischen Staat entfalten und frei äußern können? Dem Mann am Kreuz. Es ist unbestritten, dass wir es bei der Demokratie heutigen Zuschnitts mit einer Langzeitfolge des christlichen Glaubens zu tun haben. Die Wurzeln im Neuen Testament sind eindeutig: Jeder Mensch ist von Gott gleich geliebt und deshalb gleich viel wert, ungeachtet seiner Rasse, seiner Hautfarbe und seines Geschlechts.

Diese Werte stehen fest, wenngleich im Laufe der Geschichte manche kirchliche Praxis dahinter zurückgeblieben ist. Der Historiker August Heinrich Winkler konstatiert im „Spiegel“: „Die Idee des Individuums, die im Zentrum unserer Rechtskultur steht, hat eindeutig christliche Wurzeln. Mein Eindruck ist, dass sehr viele europäische Politiker sich nicht klar sind über die Voraussetzungen, die ihr eigenes Denken prägen. Die Vorstellung, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, lässt sich zurückführen auf die revolutionäre Maxime der Gleichheit aller Menschen vor Gott.“

Die Verfassungsväter wussten es noch

Leider haben sich diese Erkenntnisse weder bis zum europäischen Verfassungsgeber noch bis zum Hessischen Verwaltungsgerichtshof herumgesprochen. Es ist die christliche Botschaft, der wir das Recht verdanken, unsere Meinung frei äußern zu können. Sie steht gegen alle Formen von Diktatur und Unterdrückung. Sie prägt das gesellschaftliche Klima in Richtung soziale Gerechtigkeit, Rücksicht, Nächstenliebe und Solidarität.

Das haben die Väter und Mütter unserer Verfassung gewusst. Nach dem unseligen Dritten Reich haben sie auf die christlichen Wurzeln geachtet, die den neuen Staat tragen sollen. Diese Wurzeln müssen gepflegt und genährt werden, sonst trocknen sie aus. Indem wir als Kirchen die biblische Botschaft verkündigen, unsere Kinder in christlichem Geist erziehen, ihnen Respekt und Achtung vor Andersdenkenden vermitteln, stärken wir unser Gemeinwesen und machen wir Menschen demokratiefähig und demokratiewillig.

Auch ein neutraler Staat braucht Prägekräfte

Unser weltanschaulich neutraler Staat – wir haben keine Staatskirchen – braucht um seiner Grundwerte willen Prägekräfte, die sich der christlichen Botschaft verdanken. Wer jedoch die Meinungsfreiheit nutzt, um vor Gericht einzuklagen, das Kreuz abzuhängen, höhlt damit die Basis aus, der er die Meinungsfreiheit überhaupt verdankt. Hierbei geht es nicht zuerst um die Kirchen und ihre sogenannten Privilegien, sondern hier steht langfristig der gesunde Fortbestand unserer Demokratie auf dem Spiel.

Um ihretwillen muß in Politik, Erziehung, Rechtsprechung usw. für ein Klima gesorgt werden, in dem christlicher Geist atmen und blühen kann. Unserem Staat kann nicht gleichgültig sein, was sich in ihm religiös zuträgt. Immerhin hat die christliche Botschaft ihren Praxistest optimal bestanden. Der Mann am Kreuz tut unserer Demokratie rundum gut. Es wäre ratsam, wenn sich unsere Gerichte daran erinnern würden.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=10816>

22. Juni 2005

Gegen das Christentum: UNO und EU als neue Ideologien

In EU-Dokumenten würden oft alle Formen von Religion in einen Topf geworfen und als fundamentalistisch und intolerant abgetan, heißt es in einem neuen Buch.

Rom ([www.kath.net / zenit](http://www.kath.net/zenit)) Die christliche Auffassung der Menschenrechte wird in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union immer mehr angefeindet. Das ist die These, die das Anfang Juni im "Piemme"-Verlag erschienene Buch "Contro il Cristianismo: L'ONU e l'Unione Europea come nuova ideologia" ("Gegen das Christentum: Die UNO und die EU als neue Ideologie") vertritt.

Eugenia Roccella und Lucetta Scaraffia, die beiden Autorinnen, weisen in ihrem Werk auf auffallende Änderungen in der Menschenrechtsdefinition hin. So enthalte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO aus dem Jahre 1948 beispielsweise keinerlei so genannter "reproduktive Rechte". Einen Hauptgrund für das Aufkommen dieser neuartigen "Rechte" sehen die Autorinnen im kulturellen Umbruch der 1960er Jahre. Damals habe nicht nur eine "Kulturrevolution" auf dem Gebiet der Sexualität stattgefunden, sondern auch hinsichtlich des Rechtsbegriffs, sagen sie.

Die Sexualität sei von der Fortpflanzung getrennt, die Idee von der Autonomie des Individuums verherrlicht und das menschliche Leben zu etwas bloß Biologischem degradiert worden, das man im Labor manipulieren könne. Die Menschheit habe sich in diesen Jahren auch darum bemüht, eine neue Utopie zu entwerfen, die auf der Befriedigung sexueller Begierden gegründet war. Diese utopische Sicht sei dann von internationalen Organisationen im Laufe der Jahre immer stärker den Ländern der Dritten Welt auferlegt, ja oft sogar aufgezwungen, indem man finanzielle Unterstützungen mit dem Programm der so genannten reproduktiven Rechte koppelte.

In dem neuen Buch wird erklärt, dass die internationalen Institutionen die katholische Kirche und einige andere Religionen und religiöse Organisationen als Gefahr für eine derartige Rechtsauffassung betrachten. Scharfe Kritik habe auch die Position der Kirche zu einigen Frauenfragen hervorgerufen. Gipfelpunkt dieser Entwicklung sei schließlich die Weigerung der EU gewesen, das christliche Erbe Europas in der Präambel der neuen Verfassung überhaupt anzuerkennen.

Die Autorinnen erklären, dass sich die katholische Sicht der Menschenrechte von anderen Auffassungen ganz wesentlich in ihren Grundlagen unterscheidet: Regierungen und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen würden ihren Rechtsbegriff auf Ideen der Aufklärungsdenker des 18. Jahrhunderts und der amerikanischen und französischen Revolutionen gründen; die Kirche verbinde dagegen die Rechte mit dem Begriff der menschlichen Würde, die wiederum auf der Gottesebenbildlichkeit des Menschen beruhe. Im Denken der Kirche spiele auch der Begriff des "Naturrechts" (oder des "natürlichen Sittengesetzes") eine bedeutende Rolle, das mit der menschlichen Natur verbunden sei und deswegen nicht willkürlich umdefiniert werden könne.

Auch wenn die UNO-Erklärung von 1948 auf einer rein menschlichen Interpretation der Menschenrechte basiert, betrachtete die Kirche dieses Dokument doch sehr wohlwollend und habe in den Jahren danach viele diesbezügliche UN-Initiativen unterstützt.

Eine säkulare Religion

Neben den Divergenzen in der Sexualmoral und im Menschenrechtsverständnis verweisen die beiden Verfasserinnen noch auf eine weitere Konfliktquelle zwischen Kirche und Vereinten Nationen: In den letzten Jahren hätten Organisationen innerhalb und auch außerhalb der Vereinten Nationen versucht, eine Art Alternativreligion mit einem eigenen Verhaltenskodex zu entwickeln und zu etablieren.

Die Vereinten Nationen waren, so heißt es, an einer Anzahl von Initiativen beteiligt, die den Dialog zwischen den Religionen und den verschiedenen sittlichen Verhaltenskodexen betrafen. Angelpunkt dieser Bemühungen sei eine Auffassung, die alle Religionen und Glaubensüberzeugungen auf ein und dieselbe Stufe stellt. Es sollen sogar Versuche unternommen worden sein, einen universellen Moralkodex zu formulieren, um die Zehn Gebote durch die Idee einer "Erdcharta" zu ersetzen, in der Religion, Ökologie und Heidentum miteinander vermischt werden.

Die Mischung von New Age, ökologischen Bestrebungen und der Idealisierung des Toleranzprinzips als Leitfaden religiöser Praxis habe starke Kritik seitens der Kirche ausgelöst. Konkret wird im Buch der damalige Erzbischof Jean-Louis Tauran mit einer Aussage aus dem Jahr 2003 zitiert, einer Zeit, in der für die auswärtigen Beziehungen des Heiligen Stuhls verantwortlich war.

Er verurteilt, dass man die christlichen Werte manchmal deshalb ablehne, weil man meint, sie stünden im Gegensatz zum Prinzip der Toleranz. Und er weist darauf hin, dass jene Organisationen, die hinter dieser Kritik am Christentum stehen, in vielen Fällen von ideologischen und ökonomischen Interessen geleitet sind und ihre Vorstellungen den schwächeren Nationen auferlegen.

Christenverfolgungen werden ignoriert

Die Europäische Union beteilige sich zwar nicht so sehr an der Propagierung einer neuen, allumfassenden Weltreligion oder eines universellen ethischen Verhaltenscodexes, dafür sei sie aber von einer stark säkularistischen Orientierung beeinflusst, die den etablierten Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, feindlich gegenüber stehe.

Rocella und Scaraffia weisen darauf hin, dass der Bericht der Menschenrechtskommission des Europäischen Parlaments für das Jahr 2003 Chinas Unterdrückung wie etwa der Falun Gong oder der Buddhisten sehr wohl verurteile, über die Christenverfolgung aber kein Wort verliere. Dementsprechend würden die islamischen Länder von der EU kritisiert, weil die Frauen nicht gebührend behandelt würden, über die schweren Einschränkungen christlicher Aktivitäten in vielen dieser Länder werde zugleich aber Stillschweigen bewahrt.

Scharfer EU-Kritik müsse sich auch Italien gefallen lassen, weil die italienische Verfassung auf die Bedeutung der katholischen Kirche Bezug nehme. Dabei seien die Garantien für eine vollkommene religiöse Freiheit in diesem Land reichlich vorhanden, schreiben die Autorinnen. Sie weisen auch darauf hin, dass der Bericht aus dem Jahr 2003 die Religion im Allgemeinen als den schlimmsten Feind der Menschenrechte und eine Gefahr für den Weltfrieden darstelle.

In den letzten Jahren habe man in den EU-Dokumenten der Religion im Allgemeinen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Oft sei in ihnen die Tendenz festzustellen, alle Formen von Religion in einen Topf zu werfen und sie als fundamentalistisch und intolerant abzutun, weshalb sie mit einer modernen pluralistischen Gesellschaft unvereinbar seien.

Es sei auch genau dieselbe EU-Menschenrechtskommission gewesen, die die katholische Kirche wegen ihrer Weigerung, die "Ehe" gleichgeschlechtlicher Paare anzuerkennen und ihre Adoption von Kindern zu befürworten, ausdrücklich kritisiert habe.

Die EU unterstütze sehr aktiv die verschiedenen Arten der Familienplanung und finanziere diesbezügliche UN-Initiativen, aber auch Aktivitäten privater Organisationen, wie zum Beispiel der "International Planned Parenthood Foundation" (IPPF), eine jener führenden Organisationen, die die Abtreibungspraxis in alle Teile der Welt bringen möchten.

Das Buch zeigt, auf welche Weise die Begeisterung für so genannte "reproduktive Rechte" die EU dazu führt, die katholische Kirche als einen Feind der Frauen darzustellen. Und während EU-Dokumente in ihrer Kritik der Behandlung von Frauen in islamischen Ländern sehr behutsam vorgehen, werde bei Kirche und Papst selten mit Kritik gespart.

Zuschüsse für "Planned Parenthood"

Im ausführlichen Anhang des Buches, den Assuntina Morresi zusammengestellt hat, findet sich neben einer Chronologie der UN-Konferenzen und Dokumente auch eine Übersicht über die Aktivitäten von "Planned Parenthood" und der Gründerin dieser Organisation, Margaret Singer.

Demnach umfasst die internationale Organisation 148 nationale Gruppen und ist in 180 Ländern aktiv. Im Jahr 2003 verfügte sie über ein Einkommen von 87 Millionen Dollar. Sie unterhält enge Beziehungen sowohl zu den nationalen Regierungen als auch zu den Vereinten Nationen und zur Europäischen Union. In der Tat sollen 73 Prozent ihrer Geldmittel des Jahres 2003 aus Regierungsquellen stammen. Die nationalen Gruppen seien sogar noch finanzkräftiger, heißt es. Das Einkommen für die Jahre 2003 bis 2004 der "Planned Parenthood Federation of America", so das Buch, belief sich auf 810 Millionen Dollar, von denen 265,2 Millionen Dollar aus Regierungssubventionen kamen. Diese Zahlen scheinen zu zeigen, dass die Menschenrechtsauffassung, die "Planned Parenthood" anbietet, für viele Regierungen attraktiver ist als die der Kirche.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=10835>

24.6.05

Amerikanische Juden nehmen Christen in Schutz

JAACD: "Christentum ist letzte Bastion gegen moralischen Niedergang"

Boston (kath.net/idea)

Amerikanische Juden verteidigen den christlichen Glauben gegen Vorurteile in Medien, Politik und Wissenschaften. Dazu haben sie die Organisation „Juden gegen Antichristliche Diffamierung“ (JAACD) gegründet. Sie wollen die Öffentlichkeit über die wahre Bedeutung des christlichen Glaubens aufklären. Vorsitzender ist der Journalist Don Feder (Boston). Nach seinen Angaben wird JAACD von zahlreichen Rabbinern sowie jüdischen Schauspielern und Kulturwissenschaftlern unterstützt. Das religiöse Spektrum reiche von orthodox bis weltlich. Sie hätten erkannt, daß das Christentum die letzte Bastion gegen den moralischen Niedergang der USA bilde. Außerdem schätzten sie die Solidarität insbesondere von konservativen Christen mit Israel. Vor Journalisten sagte Feder, daß sich viele Angriffe gegen den christlichen Glauben auch gegen das Judentum richteten. Beide Religionen verträten dieselben moralischen Werte, wie Gott sie in den Zehn Geboten offenbart habe. „Die Gesellschaft möge Christen wie Aussätzige behandeln. In unseren Augen sind sie Helden“, so Feder vor der Presse. Der amerikanischen Öffentlichkeit wirft er Doppelzüngigkeit vor. Man dürfe sich ohne weiteres zu Karl Marx oder Jane Fonda bekennen. Dagegen hätten Gerichte verboten, auf staatlichem Boden Weihnachtskrippen aufzustellen oder in Schulen Gebete zu sprechen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11394>

Irak: Der Islam hat Vorrang

5.9.05

Der irakische Verfassungsentwurf droht Christen als „Menschen zweiter Klasse“ zu behandeln. Von Heinz Gstrein / idea

Bagdad (www.kath.net / idea) Nach langem Ringen liegt der Entwurf für die künftige Verfassung des Irak vor. Seine westlichen Paten ergehen sich in Lobpreisungen dieses „demokratischen Dokuments“ und seiner Verbesserungen in letzter Minute. Tatsächlich ist die von Schiiten und Kurden ausdrücklich geforderte Regionalautonomie – und damit eine Dreiteilung des Landes – nun doch nicht festgeschrieben worden.

Was aber unverändert blieb, ist die Berufung auf das religiöse Gesetz des Islams als wichtigste Verfassungs- und Rechtsquelle. Damit wird der Irak zwar zu keiner Islamischen Republik wie der iranische Nachbar und auch kein von Allah regierter Gottesstaat wie Saudi-Arabien. Doch droht er die Reihe jener Staaten zwischen Ägypten und Pakistan zu verlängern, wo Frauen, Juden und Christen sowie alle Andersgläubigen und -denkenden diskriminiert sind oder bestenfalls in Rechtsunsicherheit leben müssen. Das islamische Recht betrachtet und behandelt weibliche Wesen und Nichtmuslime als Menschen zweiter Klasse. Sind die Mädchen und Frauen der Verfügungsgewalt von Vätern, Brüdern und Ehemännern unterstellt, so werden Andersgläubige – sofern eine radikale Interpretation des Korans sie nicht ganz ausrotten will – bestenfalls als „Schutzbefohlene“ ihrer islamischen Mitbürger geduldet. Das bedeutet

politische und vor allem religiöse Diskriminierung und eine fast wie unter den Kommunisten auf bescheidene „Kultfreiheit“ reduzierte Religionsfreiheit.

Wie in Ägypten?

Sicher spricht der irakische Verfassungsentwurf jetzt auch von „Gleichberechtigung“ und „Meinungsfreiheit“. Doch hat gerade die ägyptische Praxis mit einer solchen „Mischverfassung“ in den letzten 25 Jahren gezeigt, dass immer das islamische vor dem Völkerrecht den Ausschlag gibt. An dieser Weichenstellung der heute in Bagdad tonangebenden Schiiten haben weder mehrere telefonische Interventionen von Präsident Bush noch Vorhaltungen des Mittelöstlichen Kirchenrates aus Beirut und sogar von Papst Benedikt XVI. beim irakischen Außenminister auf Rom-Besuch etwas ändern können. Einzige Hoffnung liegt jetzt bei den irakischen Sunniten, die diese Verfassung weiter ablehnen. Bei ihnen dominieren nicht die fanatischen Moslems, sondern eher pluralistisch gesinnte Kräfte, die in einem religiös neutralen Staat leben wollen, wie das die Ideologie des von Saddam allerdings zur Schreckensherrschaft pervertierten arabischen Baath-Sozialismus vorsah.

Wenn die Sunniten am 15. Oktober beim Verfassungsreferendum in drei Provinzen eine Zweidrittelmehrheit gegen diesen Entwurf zustande bringen, ist ein Rückfall Iraks ins islamische Mittelalter wenigstens vorerst gestoppt. Nicht gebremst wird damit die doppelte Absetzbewegung der irakischen Christen aus dem von den Schiiten dominierten Südteil des Landes.

Im früher von zahlreichen Chaldäern und einer bis 2003 wachsenden Zahl an Pfingstchristen bewohnten Basra gibt es kaum noch eine christliche Präsenz: Die meisten haben ihre Heimatstadt und überhaupt den Irak Richtung Jordanien und weiter nach Mittel-, Westeuropa sowie Skandinavien verlassen. Dieselbe Flucht in die Emigration nimmt auch unter den Christen in der Hauptstadt Bagdad weiter zu.

Sie gehen aber meist nordwärts in das schon seit 1991 autonome Kurdengebiet, wo sie mehr Religionsfreiheit und persönliche Sicherheit finden. Wie schon einmal nach dem mittelalterlichen Mongolensturm bieten die kurdischen Berge auch nach diesem amerikanischen „Wüstensturm“ gegen Saddam Hussein mit seinen für die irakischen Christen langfristig immer schlimmeren Folgen diesen nun eine letzte Zuflucht.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11452>

Sudan: ‚Viele unserer Christen sind für ihren Glauben gestorben‘

12.9.05

Bischof Macram Gassis sprach in der Schweiz über die systematische Christenverfolgung im Sudan. Ein Bericht von Reto Beeler.

Zürich (www.kath.net) Er machte als erster die Menschenrechtsverletzungen in seinem Land international bekannt und ist seither permanent in Lebensgefahr: Der sudanische Bischof Macram Gassis von El Obeid im Sudan feierte am 6. September eine Heilige Messe in der Liebfrauenkirche in Zürich und hielt einen Diavortrag über die katholische Kirche im Sudan.

„Es ist nicht schön, wenn man über sein Land reden muss und sagen muss, es sei böse. Aber ich bin Hirte und Bischof und so muss ich immer die Wahrheit sprechen. Aus diesem Grund werde ich im Sudan als ‚schlechter‘ Bischof bezeichnet“, berichtete Bischof Gassis, der immer von Leibwächtern begleitet wird, wenn er durch seine Diözese reist, weil die Gläubigen Angst um sein Leben haben.

Das selbe Schicksal wie sein Volk

„Als ich aufstand, um die Würde meines Volkes zu verteidigen, ihre gottgegebenen menschlichen Rechte, da wusste ich, dass ich das selbe Schicksal und die selben Verfolgungen erfahren werde. Und ich teilte die Erfahrung meines Volkes, indem ich kein komfortables Leben führen konnte: Ich hatte keinen Frieden, keine Identität, kein fließendes Wasser, keine Transportmittel - das einzige Transportmittel waren meine Füße.“

Dennoch habe er sich „privilegiert“ gefühlt, bekannte er in seiner Predigt. „Denn spirituell sind wir reich. In dieser Isolation ist die Kirche sehr lebendig, aber wir brauchen Hilfe.“ Konkrete Hilfe spendet das internationale Hilfswerk „Kirche in Not“ in der Schweiz, auf dessen Einladung der Bischof kam.

Systematisch verfolgt und zwangsislamisiert

Die Lage der Christen im Sudan ist dramatisch: Die Christen werden systematisch verfolgt und zwangsislamisiert. Ein Bürgerkrieg, der mehr als vierzig Jahre dauerte, forderte über zwei Millionen Todesopfer, mehr als vier Millionen Menschen mussten flüchten.

Seit 1989 sind nach Schätzungen der einheimischen Ortsbehörden bis zu 200.000 Frauen und Kinder aus dem christlich-animistischen Südsudan in den islamischen Norden des Landes verschleppt und versklavt

worden. Bischof Macram Gassis war der erste, der die Menschenrechtsverletzungen in seinem Land international bekannt machte.

Der erste katholische Bischof

Nach eigenen Worten ist Bischof Gassis für die Regierung in Kharthum ein Rätsel: Sein Großvater war ein Syrer; deswegen sieht Bischof Gassis aus wie ein Araber, spricht arabisch, aber er war der erste katholische Bischof im islamisch geprägten Norden. In seiner Diözese in den Nuba-Bergen wächst die katholische Kirche sehr stark.

Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass der Bischof während der Kriegsjahre bei der Bevölkerung geblieben war, während viele andere flüchteten. In einer einzigen Messe firmte Bischof Gassis 503 Menschen; ein anderes Mal taufte er über 250 Erwachsene gleichzeitig. Vor einem Jahr wurde der Bischof von einem Stamm aufgesucht, der drei Tage und drei Nächte unterwegs war, um ihn zu bitten, getauft zu werden.

Kathedrale ist Baumkrone

In seinem Dia-Vortrag zeigte Bischof Gassis auf, dass ein Missionsbischof eine sehr vielfältige Berufung ist. Als „Vater aller“ ist er zuständig für den Bau von Spitälern, Schulen, Kirchen, für die Ausbildung von Priestern, Lehrern, Krankenpflegern. Seine Kathedrale ist nicht in einem Gebäude, sondern unter der Krone eines riesigen Baumes. Damit er seine vielfältigen Aufgaben erfüllen kann, ist er auf Hilfe von außen angewiesen. Seinen Dia-Vortrag schloss Bischof Gassis mit den Worten: „Beten Sie für mich. Ich habe das Herz eines Löwens, aber mein Körper ist schwach.“

Märtyrer: Schluss mit Kompromissen

In seiner Predigt sprach er über die Märtyrer. „Sie haben aufgehört damit, Kompromisse einzugehen. Dies ist die Krankheit unserer heutigen Welt: wir versuchen immer Kompromisse einzugehen. Wir verzichten auf unsere moralischen Werte und unseren geistlichen Reichtum, um Kompromisse einzugehen. Jesus selber lehrte uns aber, wir könnten nicht zwei Herren dienen.“

„Viele unserer Christen sind für ihren Glauben gestorben“, sagte der Bischof. „Mein Katechet Augustino wurde für seinen Glauben gekreuzigt. Im Sudan ist Sklaverei eine Realität. Und wenn sie fragen ‚Ist das denn die Möglichkeit, in der heutigen Zeit?‘, dann antworte ich ihnen: Ja, im Sudan haben wir Sklaverei. Wir haben den Dschihad, den Heiligen Krieg. Wir haben Gewalt gegenüber jungen Mädchen und Frauen. Unsere Kirchen und Kapellen werden gebrandschatzt. Den Leuten werden Nahrungsmitteln vorenthalten, um sie dazu zu bringen, Muslims zu werden.“

Friedensabkommen: Nicht Ende sondern Anfang

Das Friedensabkommen für den Sudan vom Jänner sei „nicht das Ende sondern der Anfang“, betonte der Bischof. „Friede braucht Gerechtigkeit. Friede ist ein Prozess. Und dieser Prozess muss entworfen und darauf gelebt werden.“ Die sudanesishe Kirche sei nicht nur eine „Empfängerkirche“, sagte er im Hinblick auf die Unterstützung durch das Hilfswerk „Kirche in Not“.

Auch sie sei eine „Geberkirche“ und die Kirche des Westens eine „Empfängerkirche“. „Das ist wahr wegen unserer Liebe, der Kreuzigung unserer Leute, der Tränen unserer Frauen, der Versklavung unserer Kinder und der Vergewaltigung unserer Mädchen. Wir sind Jesus am Kreuz und wir bringen der Kirche Versöhnung und Erlösung. So ist dies ein gegenseitiges Geben und Nehmen.“

Christ sein erfordert tätige Liebe

Christ sein erfordere tätige Liebe, schloss der Bischof seine Predigt. „Christ sein ist nicht wie ein Hemd, das wir anziehen und wieder ausziehen. Christ sein ist unsere Berufung, unser Leben. Ich möchte mit einem Wort des Heiligen Augustinus schließen: ‚Wenn du nur eine Seele gerettet hast, dann hast du das Schicksal deiner eigenen Seele bestimmt.‘ So lasst uns viele Seelen retten, damit wir im Himmel vereint sind.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11438>

10. September 2005

Martin Hohmann hat weiterhin Chancen auf ein Direktmandat

Aus CDU ausgeschlossener Abgeordneter erhält starke heimische Unterstützung

Fulda ([kath.net/idea](http://www.kath.net/idea))

Der aus der CDU ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann (Neuhof bei Fulda) hat weiterhin gute Chancen, als unabhängiger Kandidat im Kreis Fulda bei der Bundestagswahl am 18.

September das Direktmandat zu gewinnen. Einer Internetumfrage der Osthessen-News zufolge steht Hohmann in der Wählergunst am höchsten; bei einer Abstimmung der Besucher einer Podiumsdiskussion

mit allen Kandidaten des Wahlkreises 176 folgte er an zweiter Stelle hinter CDU-Kandidat Michael Brand. Der katholische Politiker Hohmann war aus der CDU und deren Bundestagsfraktion ausgeschlossen worden, nachdem er bei einer Rede am Tag der Deutschen Einheit im Jahr 2003 in mißverständlicher Weise "die Juden" im Zusammenhang mit dem Begriff "Tätervolk" genannt, gleichzeitig aber gesagt hatte, weder Juden noch Deutsche könne man als "Tätervolk" bezeichnen. Trotzdem hatten die Internet-Ausgaben von Tagesschau und Tagesthemen getitelt: "CDU-Abgeordneter nennt Juden ‚Tätervolk‘." Im vorigen Jahr stellte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main fest, daß Hohmann keine Gleichsetzung vorgenommen habe. Gegen seinen Parteiausschluß hat er eine Klage beim Landgericht Berlin eingereicht. Die erste mündliche Verhandlung wird erst nach der Bundestagswahl stattfinden.

Wie Hohmann gegenüber idea erklärte, bekomme er im Wahlkreis und darüber hinaus starke Unterstützung. So hätten sich drei Postwurfsendungen an 130.000 Haushalte sowie die Produktion einer Werbe-DVD mit einer Erstauflage von 10.000 Stück problemlos über Spenden finanzieren lassen. "Die Menschen hier haben ein Gefühl für Gerechtigkeit. Sie wollen sich auch durch das von den Medien aufgezwungene Mißverständnis meiner damaligen Rede nicht davon abbringen lassen, mich zu unterstützen", so Hohmann.

Unterdessen äußert die CDU größte Sorgen, daß ein Sieg Hohmanns die Union im Bundestag die Mehrheit kosten könnte. Laut Paragraph 6 des Bundeswahlgesetzes werden die Zweitstimmen von Wählern nicht berücksichtigt, wenn sie ihre Erststimme einem erfolgreichen Bewerber gegeben haben, der über keine Landesliste zugelassen ist. Diese Regelung könnte bei Hohmann greifen. Der Bundestagsabgeordnete, der mit dem Slogan "Erststimme: Hohmann, Zweitstimme: wie bisher" wirbt, beteuert, diese Bestimmung nicht gekannt zu haben. Sie sei auch 50 Jahre lang in Deutschland nicht akut gewesen. Der hessische CDU-Chef Roland Koch hingegen warf Hohmann vor, seine Unterstützer mit dem Slogan hinters Licht zu führen. Hohmann gehört laut der Nachrichtenagentur IDEA zu den profiliertesten Christen im Bundestag. So hat er sich nach den von islamistischen Extremisten verübten Terroranschlägen vom 11. September 2001 gegen ein falsches Toleranzdenken und eine christlich-muslimische Verbrüderung gewandt. Aus dem Koran ergebe sich "eindeutig, daß Allah nicht mit dem dreieinigen Gott der christlichen Religion identisch ist". Im Jahr zuvor hatte er durch eine Rede im Bundestag Homosexuellenverbände gegen sich aufgebracht, als er über das "Unwerturteil der drei großen monotheistischen Weltreligionen über Homosexualität als solche" sprach. Hohmann ist zudem entschiedener Abtreibungsgegner und kritisierte erst jüngst bei einer Wahlkampfveranstaltung, daß seit der Liberalisierung des Abtreibungsrechts "sieben Millionen kleine Kinder getötet" worden seien - "darunter vielleicht ein zweiter Goethe, ein zweiter Bach oder eine zweite Mutter Teresa".

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11599>

Nordkorea verbietet humanitäre Hilfe aus dem Ausland

29.9.05

Ausnahme: Langfristige Entwicklungshilfe, auch christliche Hilfswerke sind betroffen. Der Diktator Kim Jong-Il läßt sich in einer Art Götzendienst verehren.

Pjöngjang (www.kath.net / idea) Nordkorea hat alle ausländischen Hilfsorganisationen, die humanitäre Projekte betreiben, aufgefordert, das Land bis Ende des Jahres zu verlassen. Wie die russische Nachrichtenagentur Itar-Tass meldet, möchte die kommunistische Diktatur verhindern, daß ausländische Hilfskräfte Staatsgeheimnisse weitergeben. <ü> Gegenüber den Vereinten Nationen gab das Regime in Pjöngjang als Begründung an, man könne auf die Nothilfe verzichten, weil sich die heimische Produktion deutlich verbessert habe. Außerdem wolle man nicht in Abhängigkeit vom Ausland geraten. Im Land bleiben dürfen ausländische Hilfsorganisationen, die langfristige strukturelle Entwicklungshilfe leisten. Das Welternährungsprogramm der UNO geht von 6,5 Millionen chronisch unterernährten Nordkoreanern aus. Entscheidende Frage: Ist es Entwicklungshilfe?

Betroffen sind von der staatlichen Entscheidung auch christlich-humanitäre Hilfswerke. Ob man weiterarbeiten kann, entscheidet sich für Klaus Dewald (Gießen) - Leiter des Werks „Global Aid Network“ (GaiN) - an der Frage, inwieweit man der nordkoreanischen Regierung plausibel machen könne, daß es sich bei einem bestimmten Projekt um Entwicklungshilfe handele. GaiN bietet an der Universität in Pjöngjang zwei Studienkurse an, die als Entwicklungshilfe eingestuft werden.

Die weitere materielle Unterstützung für 4.500 Kinder in sechs nordkoreanischen Waisenhäusern sei aber fraglich, so Dewald gegenüber idea. Ähnlich äußerte sich auch Thomas Petracek (Weiterstadt), der die Projekte des adventistischen Hilfswerkes ADRA in Nordkorea betreut. ADRA hat unter anderem ein zerstörtes Krankenhaus wiederaufgebaut und betreibt Großbäckereien, die täglich 36.000 Kinder mit Brot versorgen. Beide Projekte könnten beim derzeitigen Stand nicht fortgeführt werden.

Herrscher läßt sich als Götze verehren - Christen brutal verfolgt

Kein Land ist so abgeschottet wie Nordkorea. Der Diktator Kim Jong-Il läßt sich mit seiner Familie in einer Art Götzendienst verehren. Wenn Christen sich dieser Verehrung verweigern, werden sie brutal verfolgt.

Nach Angaben von Menschenrechtlern werden Wärter in Straflagern befördert, wenn es ihnen gelingt, durch Folter dafür zu sorgen, daß Christen ihrem Glauben abschwören. Offiziell leben unter den 23,6 Millionen Einwohnern Nordkoreas etwa 12.000 Christen. Über die wirkliche Zahl gibt es keine zuverlässigen Schätzungen. Religionsstatistiker gehen davon aus, daß es weit über 400.000 sind.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11812>

Indonesien: Betende Christen auf offener Straße bedroht

Eine Gruppe betender Christen wurde von muslimischen Extremisten beschimpft und verhöhnt.

21.10.05

Java (www.kath.net) In Privathäusern ist das Gebet streng verboten, und ihre Kirchen wurden von fundamentalistischen Extremisten zugesperrt. So blieb einer Gruppe indonesischer Christen in West Java am letzten Sonntag nur mehr eine letzte Möglichkeit, nämlich auf offener Straße zu beten. Das berichtete AsiaNews.

Als sie einer Gruppe von rund 300 betenden Muslimen begegnen, suchen sie sich einen anderen Ort und beginnen zu beten. Eine Gruppe von Extremisten folgt ihnen, beginnt sie zu beschimpfen und zu verhöhnen; einige fordern, dass das Gebet sofort beendet wird. Im Gedränge wird eine Christin zu Boden gestoßen. Um eine Eskalation zu verhindern, ziehen sich die Christen zurück.

Die Gruppe setzte sich aus Christen zusammen, deren Kirchen vor fünf Wochen auf Anordnung des Bürgermeisters von Jatimulya zugesperrt wurden, teilte einer der Anwesenden in einem E-Mail mit. Hinter der Aktion stehe eine Gruppe, die sich „Allianz gegen den Glaubensabfall“ nenne. „Die Verfassung garantiert die Religionsfreiheit“, klagt er. „Aber es ist verboten, zuhause zu beten und die Kirchen werden zugesperrt. Die einzige Möglichkeit, um miteinander zu beten, ist, sich auf der Straße zu treffen.“

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 11. Oktober. Eine Gruppe von Extremisten unterbrach mit Gewalt das Rosenkranzgebet in einem Privathaus auf Jakarta. In letzter Zeit wurden außerdem rund 30 protestantische Hauskirchen geschlossen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11866>

27. Oktober 2005

Vietnam: Christen nach geheimen Anweisungen der KP verfolgt

Der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte liegt ein Geheimplan vor, der Gesetze und die Anordnung des Premierministers unterläuft.

Dien Bien / Frankfurt (www.kath.net) Christen in Vietnam werden vom Staatssicherheitsdienst als gefährlich eingestuft und daher verfolgt. Das teilte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit. Ihr liegt ein Geheimplan der regierenden Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) vor, der festlegt, dass Treffen der evangelischen Christen der ethnischen Minderheit der Hmong in der nordwestlichen vietnamesischen Provinz Dien Bien „mit allen verfügbaren Mitteln“ aufgelöst werden.

Die Partei unterläuft damit eine Anordnung des Premierministers, der die Verfolgung verboten hatte, betont die IGFM. Sie ruft Vietnam auf, rechtsstaatliche Prinzipien einzuhalten und geheime Anweisungen abzuschaffen.

„Mobilisierung der Bevölkerung im Kampf gegen den Missbrauch der Religionen und des Glaubens, gegen die illegale Missionierung und zur Auslöschung der sicherheitspolitisch komplizierten Treffpunkte in der Kommune Cha Cang des Distrikts Muong Nhe“, lautet der vollständige Titel des geheimen Plans 30-KH/184, der von der Leitungskommission 184 der KPV am 25. Februar 2005 ausgearbeitet wurde und auf die Christen der ethnischen Minderheit der Hmong abzielt.

„Führungspersonen, die sich aktiv für die illegale Missionsarbeit, für Aufhetzerei und Organisation von freier Siedlerei, von Petitionen gegen die Wahrheit, für den Streit um Land und für die Zerstörung der Umwelt engagiert haben“, sind die Zielpersonen des viermonatigen Plans 30-KH/184 in der Kommune Chang Ca. Aktivitäten der Aktivisten sollen unterbunden und Treffen „mit allen verfügbaren Mitteln“ ausgelöscht werden. Zur Durchsetzung des Plans steht eine Truppe von 109 Personen, darunter 78 Polizisten der Provinzen und des Distrikts bereit.

Angesichts der Kritik der Weltöffentlichkeit am Umgang mit den Christen in den ethnischen Minderheiten hatte der vietnamesische Premierminister Phan Van Khai am 4. Februar 2005 eine Anordnung zur erleichterten Behandlung der evangelischen Christen erlassen. Diese Anordnung verbietet den Behörden, Christen zur Aufgabe ihres Glaubens zu zwingen. Ferner sollen für Christen religiöse Versammlungen wieder möglich sein.

Der Plan 30-KH/184 widersprach jedoch und unterlief somit diese Anordnung. Die geheimen Anweisungen haben, so die IGFM, ganz offensichtlich einen höheren Stellenwert als jegliche Gesetze oder Regierungsdekrete. Das erkläre auch, warum viele Beamten bei der Auflösung von Versammlungen von Christen zugaben, auf Weisung einer höheren Macht (als der des Premierministers) zu handeln.

Die Leitungskommission 184 wurde 1998 von der Zentrale der KPV in Hanoi gegründet und hat Zweigstellen in allen nordvietnamesischen Provinzen. Sie gab bereits 1999 zwei geheime Papiere namens „Plan 184A“ und „Plan 184B“ zur Bekämpfung des evangelischen Glaubens auf dem Flachland sowie in den Bergregionen heraus. Christen der ethnischen Minderheit der Hmong in Nordvietnam erlitten seitdem ein schweres Schicksal.

Hmong-Christen in der Provinz Dien Bien wurden bis Mitte 2004 dadurch fast ausgerottet. Die IGFM registrierte, dass einzelne Hmong-Christen 2002 und 2003 zu Tod geschlagen wurden. Zahlreiche Hmong-Christen wurden verhaftet oder sind in andere benachbarten Provinzen oder nach Laos geflohen. Nach Informationen der IGFM wurde der evangelische Glaube von Behörden in Dien Bien als feindlich, nämlich als „amerikanischer bzw. reaktionärer Glaube“ angesehen. Behörden in Dien Bien zwangen Hmong-Christen zum Abschwören ihres Glaubens und zur Wiederkehr zur animistischen Ritualen.

Widerständler wurden mit hohen Geldstrafen belegt und bei humanitären Hilfsaktionen benachteiligt. Bei Aktionen zur Beseitigung des Hungers und Bekämpfung der Armut erhielten nur diejenigen, die dem christlichen Glauben abgeschwört hatten, einen Ochsen oder einen Kredit zum Existenzaufbau.

Vietnam

Die Not der christlichen Minderheiten nicht verleugnen, nicht vergessen

IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,Nr. 1 Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main Mitteilungen an Freunde und Förderer 4/2007,1

Einige Dutzende Helfer haben Mitte Februar 500 Neujahrspäckchen der IGFM an ethnische Minderheiten in den vietnamesischen Bergregionen verteilt. Jedes Päckchen beinhaltete notwendige, aber hochwertige Lebensmittel, die für die arme Landbevölkerung kaum erschwinglich sind. Anders als bei der Aktion im Jahr 2005 wurden die Lebensmittel vor Ort gekauft und verpackt. Transportkosten wurden damit gespart, wichtiger aber war, dass die Aktion dadurch der vietnamesischen Polizei nicht auffiel. Die meisten Empfänger waren verfolgte Christen; die Verteilung der Geschenke wurde von Kirchenleuten unterstützt. Die IGFM profitierte dabei von dem Wissen der Ortsansässigen und konnte den Inhalt der Pakete nach den Bedürfnissen so variieren, so dass die Familien, die aus zehn Minderheitsgruppen in acht verschiedenen Provinzen stammten, sich richtig über die Geschenke freuen konnten.

Viele Familien sehen sich einer feindlichen Haltung der vietnamesischen Regierung gegenüber: Aufgrund ihrer Rasse, Hautfarbe und Religion leiden sie unter dem pauschalen Verdacht, aufsässig, separatistisch und verräterisch zu sein. Aufässig, weil sie 2001 und 2004 zu Zehntausenden auf die Straße gegangen waren, um sich für Minderheitenrechte und Religionsfreiheit einzusetzen. Separatistisch, weil vor rund vierzig Jahren die Organisation FULRO (Front Uni de Lutte des Races Opprimées) der ethnischen Minderheiten bewaffnet gegen die damalige südvietnamesische Regierung gekämpft hat.

FULRO aber wurde bereits 1990 völlig aufgelöst. Und verräterisch, weil sie evangelisch sind und damit einen Glauben angenommen haben, der von der Regierung als amerikanisch und reaktionär bezeichnet wird.

Die vietnamesische Regierung hatte für ihre Behauptungen nie handfeste Beweise erbracht. Für die Christen der ethnischen Minderheit hatte sie sogar eine eigene Bezeichnung erfunden, nämlich Mitglieder des DEGAR-Protestantismus - in Anspielung auf angeblich separatistische Absichten, weil die ethnischen Minderheiten auf dem zentralvietnamesischen Bergland sich selbst DEGAR (Söhne der Berge) nennen. Auch die Mennoniten, die ihren Ursprung in Holland haben, werden als DEGAR-Protestanten bezeichnet.

FULRO und DEGAR werden zu Propagandazwecken eingesetzt. Am 4. April 2007 meldete beispielsweise die Polizeizeitung in ihrer Ausgabe Nr. 4, dass die Polizei die Führungsriege der „reaktionären und aufrührerischen“ FULRO und DEGAR-Protestanten verhaftet habe. Als Beweise wurden lediglich drei Handys und einige SIM Cards in der Zeitung abgebildet!

Die Verfolgung der ethnischen Christen in den Bergregionen ist sehr brutal, weit brutaler als gegen evangelische Christen in den Städten. Die IGFM hat eine Liste von 190 Montagnards erstellt, die zurzeit inhaftiert sind. Einige westliche Regierungen wollen sich nicht für sie einsetzen mit der Begründung, die Haftgründe seien unklar. Die Realität aber ist, dass alle Gefangenen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und in unfairen Prozessen zu hohen Haftstrafen verurteilt worden waren. Die IGFM fordert schon seit langem von der vietnamesischen Regierung, endlich eine vollständige Liste aller Montagnard-Gefangenen und die Vorwürfe gegen sie zu veröffentlichen. Letztendlich sollen die westlichen Regierungen dieses Vorhaben aktiv unterstützen.

Die meisten der gefangenen Montagnards sind bewusst in 1000 km von ihren Familien entfernten Gefängnissen eingekerkert worden; so werden auch die Angehörigen bestraft. Die IGFM hilft, dass sie wenigstens ein- oder zweimal im Jahr die Gefangenen besuchen können. Für Fahrt und Aufenthalt am Haftort gibt die IGFM 150 Euro pro Familie. Bitte helfen Sie mit, dass die Gefangenen nicht in Vergessenheit geraten. **Kennwort Vietnam (23)**

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20661>

Saudi-Arabien: Vater tötet Tochter, weil sie Christin wurde

23.8.08

Laut ihrem Blog hatte die Frau nach der Konversion schon um ihr Leben gefürchtet.

Riad (kath.net/idea) In Saudi-Arabien ist eine junge Christin wegen ihres Glaubens von ihrem eigenen Vater brutal ermordet worden. In der Hauptstadt Riad brachte der muslimische Mann seine Tochter um, nachdem er erfahren hatte, dass sie zum Christentum übergetreten war, berichtete das Hilfswerk Open Doors am Donnerstag.

Der Mann habe seiner Tochter die Zunge herausgeschnitten und die Frau bei lebendigem Leib verbrannt. Einige Tage vor ihrem Tod hatte die Christin, deren Namen nicht genannt wurde, in ihrem öffentlich einsehbaren Internettagebuch (Blog) geschrieben, dass ihre Familie hinsichtlich des Glaubenswechsels Verdacht geschöpft habe. Sie fürchte nun um ihr Leben.

Fanatische Muslime glauben, dass ihnen der Prophet Mohammed aufgetragen hat, jeden zu töten, der den Islam verlassen hat. Der Islam ist in Saudi-Arabien Staatsreligion, 99 Prozent der rund 27 Millionen Einwohner gehören ihm an. Die wenigen Christen im Land sind überwiegend Gastarbeiter. Ehemalige Muslime, die zum Christentum übergetreten sind, leben ihren Glauben meist im Geheimen.

Auf dem Weltverfolgungsindex von Open Doors, einer Liste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden, steht Saudi-Arabien nach Nordkorea an zweiter Position

Christenverfolgung geht uns alle an!

Mit dem Einmarsch der Amerikaner hat 2003 ein stiller Exodus aus dem Irak begonnen. 800.000 Menschen sollen bislang vor dem blutigen Chaos geflohen sein. Rückblick: Waren vor Tausend Jahren noch über

neunzig Prozent der irakischen Bevölkerung christlich - sind wir heute bei weniger als zwei Prozent angelangt und wenn nicht sehr bald Hilfe eintrifft, werden auch die letzten Christen im Irak lediglich 2000 Jahre alte Geschichte sein.

Die Lage der Christen im Irak hat sich seit 2003 dramatisch verschlechtert: Oft bleibt ihnen nur die Flucht, um Verfolgung und Ermordung durch Extremisten zu entgehen. Der irakische Staat ist nicht in der Lage, die Sicherheit der Christen zu gewährleisten und dadurch ihrem Exodus effektiv entgegen zu treten. Schätzungen zufolge haben seit 2003 bereits mehr als die Hälfte der irakischen Christen das Land verlassen. In vielen vor dem Krieg von Christen bewohnten Stadtvierteln leben heute keine Christen mehr. Die Liste der Gräueltaten gegen Christen im Irak ist lang: Schutzgelder werden erpresst, Läden geplündert, gebrandschatzt und enteignet, Kirchen in die Luft gesprengt, Mädchen vergewaltigt und zwangsislamisiert, Priester enthauptet oder gekreuzigt. Hier eine kurze Chronik des Schreckens:

Vor kurzem erst wurden 13 Priester auf bestialische Weise getötet. Die Geistlichen wurden bei lebendigem Leib in Teile zersägt, so berichtete ein irakischer Christ, der nach Jordanien flüchten konnte. Er schilderte, wie Muslime einen Priester in sieben Teile geschnitten hätten. Ein Christ sammelte die Leichenteile eines Priesters, barg sie in einer Decke, ließ den Leichnam im Krankenhaus zusammennähen und bestattete ihn. Vielfach würden sich die Christen nicht mehr trauen, die zerstückelten Leichenteile ihrer Glaubensbrüder aufzusammeln, weil man diese anschließend auch mit Sprengsätzen versehen würde.

Der Fall einer 42-jährigen irakischen Mutter von zwei Kindern, die als Putzfrau bei Amerikanern im Irak arbeitete: Als sie aus dem Haus kam, erschoss man sie, nicht mit einer Kugel, sondern mit 42 Kugeln; so groß sei der Hass auf die Christen, die ihnen, wie die Täter meinen, Land und Öl weggenommen hätten. So mischen sich in den Mordattentaten sowohl politische als auch religiöse Motive.

Für die Freilassung eines neun-jährigen christlichen Mädchens zahlte deren Familie 33.000 Euro. Zuvor war das kleine Mädchen 19 Tage lang gefangen gehalten und jeden Tag von fünf Männern vergewaltigt worden. Bevor man das Mädchen wiederfrei ließ, schnitt man ihr den Genitalbereich auf. Acht Mädchen wurden befragt, denen es ebenso erging. Insgesamt wurden 202 vergewaltigte Mädchen und junge Frauen zwischen 5 und 25 Jahren ermittelt, Christinnen aus dem Irak, die systematisch von militanten Muslimen geschändet worden waren. Sogar in der Moschee werde dort gepredigt: „Es ist die Zeit des Schwertes über die Christen gekommen“.

Am Karfreitag 2007 wurde mitten auf der Straße in Bagdad ein 14-jähriger Christ an ein Kreuz genagelt und dann mit einem Schwert von unten aufgespießt. Daraufhin verspotteten sie den gekreuzigten Teenager: „Du sagst, Du gehörst zu Jesus; dann soll er kommen und dich retten“.

Februar 2008: Eine Mutter von 6 Kindern, die nur mit einem Kopftuch ihr Haupt bedeckt hatte und nicht mit dem vorgeschriebenen muslimischen Tschador, wird in Bagdad mitten auf der Straße erschossen. Zwölf Kugeln durchsiebten ihren Körper. Der jüngste Sohn war erst drei Monate alt. Der Vater war zuvor bereits von militanten Muslimen umgebracht worden. Die Liste der Gräueltaten ist lang, dies waren nur wenige Auszüge, um dem Leser annähernd das Bild des Grauens aufzuzeigen, welches sich im Irak täglich abspielt.

Wenig Hoffnung für bedrohte Minderheiten im Irak. Beschämend: In der EU sind ausreisewillige Christen nicht willkommen.

Als wäre es nicht schon schlimm genug, dass das Leid der Christen im Irak in den Medien europäischer Staaten totgeschwiegen wird, will sich die EU jeglicher Verantwortung dieses Exodus im 21. Jahrhundert entziehen.

Experten sprechen von der größten Flüchtlingskrise im Mittleren Osten seit 50 Jahren, und dennoch hat das Schicksal der irakischen Flüchtlinge bei der Weltgemeinschaft bisher kaum Aufmerksamkeit gefunden. Die UN-Flüchtlingskommission (UNHCR) weist schon lange auf dieses Krisengebiet hin. **In einem UNHCR-Bericht vom vergangenen Jahr belegt der Irak sowohl bei der Zahl der Flüchtlinge als auch bei der Zahl der Binnenvertriebenen den zweiten Platz weltweit. Demnach sind 1,45 Mio. Iraker auf der Flucht und 1,83 Mio. Menschen innerhalb des Landes von ihrem ursprünglichen Wohnort vertrieben worden.**

Noch im April 2008 hatte der deutsche Innenminister Wolfgang Schäuble angekündigt, irakischen Christen die Einreise nach Deutschland zu erleichtern. Im Juli 2008 musste er auf der EU-Innenministerkonferenz einen Rückzieher machen: Eine Privilegierung von bedrohten Menschen, nur weil sie Christen seien, sei nicht möglich.

EU verleugnet eigene Wurzeln

Thomas Schmid, Chefredakteur der deutschen Tageszeitung "Die Welt", verurteilt den "beschämenden" Vorgang: "Wieder zeigt die EU, wie wenig sie mit der Tradition anfangen kann, in

der sie wurzelt". Und er erinnert daran, dass in Deutschland der 90er Jahre mehrere Hunderttausend bosnische Muslime Aufnahme fanden.

Vermerk:

Bei den heutigen Christen im Irak handelt es sich größten teils um aramäisch-stämmige Bevölkerungsgruppen, die der Syrisch Orthodoxen Kirche, der Chaldäischen Kirche und der Assyrischen Kirche angehören. Die Bezeichnungen „Chaldäisch“ und „Assyrisch“ sind politische Bezeichnungen und beziehen sich nicht auf die Ethnie. Die Liturgien finden bis heute noch in aramäischer Sprache statt. Die aramäischen Christen im Irak zählen zu den ersten Christen überhaupt. Ferner gibt es noch armenische und koptische Christen im Irak.

Die Aramäer

Erste Zeugnisse

Die Aramäer sind ein semitisches Volk, deren Heimat im Nahen Osten ist. Ältestes Zeugnis ihrer Existenz und Sesshaftigkeit in Mesopotamien und Syrien ist eine assyrische Inschrift aus dem Jahr 1112 v. Chr. Über den Ursprung der Aramäer und ihre Historie erfährt man auch im Alten Testament. Dieses Volk findet man sowohl in der Geschichte der Patriarchen Abraham, Isaak und Jakob als auch in den Büchern der Könige Israels und der Propheten.

Sprache

Die aramäische Sprache ist die ältestbezeugte noch gesprochene semitische Sprache und gehört neben dem Griechischen und dem Chinesischen zu den drei ältesten Sprachen der Welt. Die älteste Datierung der Sprache sind Inschriften des 10. Jh. v. Chr. aus Nordsyrien. Bereits am Anfang des 8. Jh. v. Chr. wurde das Aramäische zur Handels- und Diplomatensprache des Vorderen Orients. Drei Jahrhunderte später, um 500 v. Chr., erklärt der Achämenidenkönig Darius 1. das Aramäische zur offiziellen Sprache des Persischen Reiches. Zur Zeit Jesu Christi wurde es zur Umgangssprache im gesamten Nahen Osten, so dass die Muttersprache Jesu aramäisch war.

Aramäer = Syrer

In der Wissenschaft werden die Aramäer als „Syrer“ bezeichnet. Dieser Begriff entstand nach der Eroberung der aramäischen Gebiete durch Alexander d. Gr. im 4. Jh. v. Chr. Die Griechen bezeichnen das Gebiet, in dem die Aramäer lebten als „Syria“ und die Bewohner „Syríoi“ bzw. „Syroi“. Der zeitgenössische Historiker Posidonios schreibt: „Das Volk, welches von uns syrioi/syroi genannt wird, nennt sich selbst *aramaioi*.“ Der Begriff „Syrer“ hat mit dem heutigen arabischen Staat „Syrien“ nicht unbedingt zu tun. Diese Bezeichnung ist politischgeographisch zu verstehen, während der Begriff „Syrer“ für die Aramäer ethnischer Natur ist.

Verfolgung und Diaspora

Der Zerfall der aramäischen Kultur beginnt mit der Islamisierung des Nahen Ostens im 7. Jh. n. Chr. Die Aramäer sind als Christen über Jahrhunderte hinweg Verfolgungen und Diskriminierungen der arabischen Dynastien, der Mongolen und des Osmanischen Reichs ausgesetzt. Die jüngste Verfolgung ist der Genozid im Jahre 1915 seitens der Jungtürken. Ein Völkermord, welchen der türkische Staat bis heute leugnet. Aufgrund ständiger Verfolgungen, Ermordungen und staatlichen Repressalien bis in die heutige Zeit verließen die Aramäer ihre Heimat und fanden rund um den Globus Zuflucht. Etwa 150.000 leben heute in den Staaten Westeuropas und davon mehr als 70.000 auf dem Gebiet der Bundesrepublik.

Der Kreis Aramäischer Studierender e.V.

Der Kreis Aramäischer Studierender (KrAS) Heidelberg e.V. ist ein eigenständiger, unabhängiger, gemeinnütziger Verein, der sich aus Studierenden der unterschiedlichsten Fachrichtungen der Universität Heidelberg zusammengeschlossen hat. Diese Vielfalt wird dadurch bereichert, dass der Verein nicht nur aus Aramäern besteht, sondern auch aus Liebhabern der aramäischen Kultur aus anderen Nationen. Im Jahre 2000 wurde der Kreis Aramäischer Studierender gegründet und in das Vereinsregister eingetragen.

Die Prinzipien des Vereins sind, die Belange der Aramäer als gesellschaftliche Einheit zu erarbeiten.

Gleichzeitig wollen wir selbstbewusst als Aramäer auftreten. So können wir unsere Anliegen der Gesellschaft nahe bringen und Fortschritte erreichen.

Satzungsmäßige Ziele des Vereins:

- Bekanntmachung der aramäischen Kultur und Sprache
- Pflege des internationalen - insbesondere des deutsch-aramäischen- Kulturaustauschs
- Erhaltung und Bewahrung der aramäischen Tradition

Wege zur Erreichung der Ziele

Um unsere Kultur und Sprache publik zu machen, veranstalten wir Vorträge an der Universität Heidelberg. Unserer Einladung folgten bisher diverse Wissenschaftler:

Prof. Dr. Martin Tamcke, Universität Göttingen, „Das erste Schisma der syrischen Kirchen und seine Auswirkungen auf die heutigen Syrer“; Dr. Regina Randhofer, Universität HalleWittenberg, "Die Gesängeder syro-antiochenischen Kirche"; Prof. Dr. Mihran Dabag, Leiter des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum, „Gewalt und Toleranz - Aramäer und Armenier im Osmanischen Reich", Prof. Dr. Stefan Maul, Universität Heidelberg, „Die Aramäer im assyrischen Reich". Außerdem arbeiten wir eng mit der IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V.) zusammen, mit denen wir Vorträge wie „Die Minderheitenrechte der Aramäer in der Türkei im Rahmen der Beitrittsverhandlungen" und „Die Türkei auf dem Weg nach Europa - Werden Menschenrechte für die Aramäer und andere Christen endlich gewährt?" veranstalteten. Unsere Veranstaltungswoche zu Ostern 2004 fanden in der Öffentlichkeit großen Anklang, als wir im Heidelberger Rathaus eine Fotoausstellung „Aramäische Christen im Turabdin" präsentierten, die mit einem Vortrag von Dr. Holger Gzella, Universität Heidelberg, „Die Aramäer und ihre Sprache" verbunden wurde. Zudem luden wir zur Eucharistiefeier in aramäischer Sprache in die Syrisch-Orthodoxe Kirche in Leimen ein. Im Rahmen einer Aramäischen Nacht mit dem Vortrag „Wer sind die Aramäer" und der Filmvorführung „Die verborgene Perle" konnten wir unseren Mitstudierenden einen Einblick in die aramäische Geschichte und Kultur vermitteln. Ein weiterer Erfolg ist, dass wir den Vorspann der Sendung mit der Maus auf Aramäisch sprechen durften. Letztlich sind wir bei verschiedenen Straßenfesten in Heidelberg mit dem Verkauf aramäischer kulinarischer Spezialitäten vertreten.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen möchten, können sie dies mit Hilfe einer Spende tun. Der Kreis Aramäischer Studierender ist vom Finanzamt Heidelberg als gemeinnützig und - mildtätig dienenden Zwecken anerkannt. Ihre Spende lässt sich daher steuerlich geltend machen. Die Kontodaten lauten:

Kreis-Aramäischer-Studierender e.V.
Sparkasse Heidelberg
BLZ: 672 500 20
Kontonr.: 9006699
Kontakt unter: krashd@web.de

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=21090>

Hat British Airways Christen diskriminiert?

16.10.08

Die 56-jährige Nadia Eweida (London) hatte sich Ende 2006 geweigert, einen Kreuzanhänger abzulegen, wenn sie am Schalter Fluggäste abfertigte - Das ganze wird derzeit vor Gericht ausgetragen
London (kath.net/idea)

Hat die Fluggesellschaft British Airways Christen durch ihre Kleiderordnung religiös diskriminiert? Das soll jetzt in einem Berufungsverfahren vor einem Londoner Arbeitsgericht geklärt werden.

Die 56-jährige Nadia Eweida (London) hatte sich Ende 2006 geweigert, einen Kreuzanhänger abzulegen, wenn sie am Schalter Fluggäste abfertigte. Die Kleiderordnung von British Airways verbot es, ein solches religiöses Symbol in Uniform zu tragen. Die Christin betrachtete dies als diskriminierend, weil muslimische Frauen Kopftücher und Sikhs religiöse Symbole tragen durften.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=21215>

Keine Kreuze mehr in Linzer Kindergärten und Schulen

30.10.08

Die SPÖ hat in Linzer Horten und Kindergärten die Kreuze abhängen lassen - ÖVP ortet einen Gesetzesbruch und ist empört: "Offensichtlich hat die SPÖ in Linz Probleme mit den christlichen Symbolen"

Linz (www.kath.net)

In Linzer Horten und Kindergärten gibt es seit Jahren keine Kreuze mehr. Dies hat sich bei der letzten Gemeinderatssitzung herausgestellt wie der ORF berichtet. In der letzten Gemeinderatssitzung wollte die ÖVP wissen, wie es um die Kinderbetreuung in Linz steht. Eine Anfrage betraf die Anbringung von Kreuzen: "Ein Punkt war eben die Anbringung des Kreuzes. Wir waren dann tatsächlich fassungslos, als dann gesagt wurde, dass in Linzer Schulen und Kindergärten keine Kreuze aufgehängt werden.", erzählt ÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer, der sogar von einem Gesetzesbruch spricht, da im Kinderbetreuungsgesetz festgelegt ist, dass ein Kreuz in jedem Gruppenraum anzubringen ist, wenn im Kindergarten die Kinder mit christlichem Glauben in der Mehrheit sind.

SPÖ Vizebürgermeisterin Ingrid Holzhammer sieht verteidigt die Anordnung und betont, dass man ja in Österreich eine klare Trennung zwischen Kirche und Staat habe: "Nachdem wir das Religionsbekenntnis der Kinder nicht erheben, wissen wir gar nicht, ob die Mehrheit einen christlichen Glauben hat. Außerdem hängen wir auch keine anderen religiöse Symbole auf." Stelzer von der ÖVP kritisiert die Aussagen heftig: "Ganz offensichtlich hat die SPÖ in Linz Probleme mit den christlichen Symbolen und vielleicht sogar auch mit den Werthaltungen, die da dahinter stehen."

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=21299>

Linzer Sozialisten: Eintreten für Kruzifix ist 'faschistoid'

10.11.08

Der Linzer Bürgermeister Franz Dobusch (SPÖ) möchte das Kinderbetreuungsgesetz beim Verfassungsgerichtshof aufheben lassen - SPÖ-Landesrat Ackerl bezeichnet das Eintreten für Kreuze als "faschistoid"

Linz (www.kath.net)

Der Linzer Bürgermeister Franz Dobusch (SPÖ) möchte im Linzer Kruzifixstreit den Verfassungsgerichtshof einschalten. Hintergrund der Klage ist die das oberösterreichische Kinderbetreuungsgesetz, in dem vorgeschrieben wird, dass in jenen Kindergärten Kreuze aufzuhängen sind, in denen die Mehrheit der Kinder Christen sind. Dieses Gesetz gibt es in Oberösterreich seit 1973. Jetzt möchte Dobusch das ganze überprüfen lassen und die Aufhebung veranlassen. Bei weiterer Nichteinhaltung der Gesetze könnte die Stadt Linz mehrere Millionen Euro an Förderungen verlieren.

ÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer hat am Sonntag in einer Presseaussendung das Vorhaben von Dobusch scharf kritisiert und als "höchst bedenklich" bezeichnet und gemeint, dass Dobusch damit gegen 127.000 Linzer und Linzerinnen "zu Felde ziehe". "Paradox sei nur, dass Dobusch ein Gesetz in Frage stellt, dass von seiner Partei im Landtag mitbeschlossen wurde und in ganz Oberösterreich selbstverständlich umgesetzt wird.", meinte Stelzer, der auch Kritik an Aussagen von Landesrat Josef Ackerl übte, der das Eintreten für Kreuze als "faschistoides Verhalten" bezeichnete. Stelzer erklärte dazu laut Volksblatt: „Wenn man als Verfechter christlicher Grundwerte in Linz nun schon als Faschist beschimpft wird, zeugt das nicht nur von der Intensität der Abneigung der SPÖ gegenüber religiösen Werten, sondern insbesondere auch von der demokratischen Unkultur und der Intoleranz, die sich unter absoluter Regentschaft der SPÖ in der Stadt ausgebreitet hat.“

Kontakt Landesrat Josef Ackerl:

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xchg/SID-7FC2BF8D-B6A62731/ooe/hs.xsl/19011_DEU_DRUCK.htm

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22002>

Krankenschwester suspendiert, weil sie Gebet anbot

2.2.09

Vorwurf: Caroline Petrie soll ihre berufliche Stellung ausgenutzt haben

Chatham (kath.net/idea)

In Großbritannien ist eine Krankenschwester vom Dienst suspendiert worden, weil sie einer Patientin angeboten hatte, für deren Genesung zu beten. Das berichtet die britische Zeitung „Telegraph“ (Chatham/Kent). Die 45-jährige Caroline Petrie arbeitet für das Pflegeunternehmen „North Somerset Primary Care Trust“, das ältere Patienten auch zuhause besucht und pflegt.

Der Vorfall, der zur Suspendierung von Frau Petrie führte, ereignete sich bereits Mitte Dezember bei einem Hausbesuch. „Kurz bevor ich ging, fragte ich die ältere Dame, ob ich noch für sie beten solle“, erzählt Caroline Petrie. Das habe die Patientin verneint und so sei sie gegangen, ohne zu beten.

Einige Tage später habe sich ihr Arbeitgeber gemeldet und sie gebeten, zu dem Vorfall Stellung zu nehmen. Die Patientin hatte sich über das Angebot beschwert.

Nachdem Frau Petrie einige Monate zuvor einem Patienten eine kleine Gebetskarte geschenkt hatte und dafür von ihrem Arbeitgeber bereits eine Mahnung bekommen hatte, wurde sie diesmal vom Dienst suspendiert. Der Vorwurf: Sie habe ihre berufliche Stellung ausgenutzt, um Ansichten zu verbreiten, die nichts mit der Gesundheit der Patienten zu tun hätten und damit den Berufscode verletzt. Wie Frau Petrie sagte, habe sie den Patienten stets lediglich angeboten, für sie zu beten – entweder direkt bei ihnen zuhause oder später.

Viele hätten dieses Angebot dankbar angenommen. Bis auf weiteres bleibt Caroline Petrie, die einer Baptistengemeinde angehört, vom Dienst suspendiert und erhält auch kein Gehalt. Im schlimmsten Fall könnte sie ihre Stelle ganz verlieren. Eine Entscheidung wird für nächste Woche erwartet.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22551>

Iran: Drei zum Christentum Konvertierte verurteilt

2.4.09

Der Richter verhängte eine achtmonatige Strafe und drohte den Angeklagten mit einer Apostasieanklage, falls sie nicht jegliche „christliche Aktivitäten“ unterlassen

Frankfurt am Main (kath.net/IGFM)

Wie jetzt bekannt wurde, befand ein islamisches Revolutionsgericht am 10. März drei zum Christentum konvertierte Iraner der „Kooperation mit regierungsfeindlichen Bewegungen“ schuldig, so die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Der Richter verhängte eine achtmonatige Strafe, ausgesetzt zur Bewährung, und drohte den Angeklagten mit einer Apostasieanklage, falls sie nicht jegliche „christliche Aktivitäten“ unterlassen und ihren Glauben weiter ausüben. Nach dem im Iran geltenden islamischen Recht können der Abfall vom Islam und das „Verleiten“ zum Abfall mit dem Tod bestraft werden, so die IGFM.

Die drei Männer Seyed Allaedin Hussein, Homayoon Shokouhi und Seyed Amir Hussein Bob-Annari wurden am 11. Mai 2008 von Sicherheitskräften am Flughafen von Shiraz festgenommen. Sie waren auf dem Weg nach Dubai, um dort an einem christlichen Hochzeitsseminar teilzunehmen. Zunächst konnte die Familie der Männer eine Anklage durch die Zahlung eines Geldbetrages unbekannter Höhe abwenden.

Am 10. März 2009 wurden die drei Konvertiten wegen der „Kooperation mit regierungsfeindlichen Bewegungen“ zu einer achtmonatigen Haftstrafe verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die Bewährungsfrist beträgt fünf Jahre. Außerdem verhängte der Richter ein Kontaktverbot der Angeklagten untereinander. Sollten sie die Bewährungsaufgaben nicht erfüllen, müssen die Männer für acht Monate ins Gefängnis. Darüber hinaus drohte der Richter den Angeklagten, sie würden wegen Abfall vom Islam angeklagt, sollten sie weiterhin ihren Glauben verbreiten oder „christliche Aktivitäten“ ausüben. Die IGFM kritisiert, dass damit in eklatanter Weise gegen die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieften Rechte der religiösen Selbstbestimmung und der freien Meinungsäußerung verstoßen wird.

„Die Warnung, dass sie verhaftet und wegen Apostasie angeklagt werden, sollten sie weiterhin christliche Aktivitäten durchführen, ist äußerst besorgniserregend“, so ein regionaler Analytiker, der anonym bleiben möchte.

Die Islamischen Revolutionsgerichte wurden nach der iranischen Revolution 1979 gegründet. Sie verfolgen jene, die verdächtigt werden, das islamische Regime in irgendeiner Form zu gefährden. Die Verurteilung wegen der „Kooperation mit regierungsfeindlichen Bewegungen“ zielt auf die iranischen Fernsehsender Love Television und Salvation TV ab. Während das Internet staatlich kontrolliert wird, können diese Satellitensender die staatliche Zensur umgehen. Jedoch konnte eine Zusammenarbeit zwischen den Anklagten und den TV-Sendern nicht nachgewiesen werden. Einige Quellen glauben, diese Verbindungen seien erfunden, so die IGFM.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23686>

Evangelikaler: Strafantrag gegen ZDF-'Frontal 21'-Autoren

19.8.09

Weyel: Teile eines Beitrags über Mission waren Beschimpfung und Hetze

Gießen (kath.net/idea) Strafantrag wegen Verleumdung hat der evangelikale Unternehmer Ulrich Weyel (Gießen) gegen drei Fernsehjournalisten gestellt. Sie sind Autoren des Beitrags „Sterben für Jesus – Missionieren als Abenteuer“, der am 4. August im ZDF-Magazin „Frontal 21“ ausgestrahlt wurde. Darin hatten die Verfasser Arndt Ginzel, Martin Kraushaar und Ulrich Stoll missionarisch engagierte Christen mit islamischen Selbstmordattentätern verglichen. „Eingeblendete Filmszenen von bewaffneten, terroristischen Islamkämpfern zielen darauf ab, die ‚Radikalität‘ der christlichen Missionen den selbstmörderischen Verbrechen islamistischer ‚Gotteskrieger‘ gleichzusetzen. Sie machen das Ausmaß dieser Verleumdung anschaulich“, schreibt Weyel in der Begründung des Strafantrags an die Staatsanwaltschaft Gießen. Er ist Mitglied der Freien evangelischen Gemeinde in der Universitätsstadt.

Der Beitrag sei eine „schlimme Grenzüberschreitung“. Teile der Sendung empfinde er als Beschimpfung und sogar Hetze, so Weyel. Er fühle sich durch den Beitrag „zutiefst verletzt“, weil dieser die evangelikale Bewegung im Allgemeinen diskreditiere. Der Unternehmer unterstützt über seine Ulrich-Weyel-Stiftung sozial-missionarische Projekte in Deutschland, Russland und Afrika. Einmal pro Woche gibt der 70-Jährige unentgeltlich Deutschunterricht für Bürger ausländischer Herkunft. 2004 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für seine ehrenamtlichen Aktivitäten.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24162>

Die Diözese Linz und 'weicher Sex'

8.10.09

Drei Jahre nach der Veröffentlichung der umstrittenen Jugend-Card der Diözese Linz "bewirbt" die offizielle Website Pro-Abtreibungs- und Pro-Homo-Organisationen

Linz (kath.net)

Die Diözese Linz „bewirbt“ drei Jahre nach der Veröffentlichung der umstrittenen Jugend-Card auf der offiziellen Homepage nach wie vor Pro-Abtreibungs- und Pro-Homoorganisationen. Auf der Homepage des Linzer Pastoralamts findet man einen offiziellen Unterbereich „Aktion Leben/Jugend“. Dort verlinkt die „Aktion Leben“, die sich offiziell als „nicht-kirchlich“ darstellt oder dargestellt wird, unter anderem auf "firstlove.at".

Geht man auf die Homepage der Organisation, die ein Angebot der „Österreichischen Gesellschaft für

Familienplanung“ ist, wird man dort mit der Einladung zum Ansehen von „gemeinsamen Verhütungsmethoden“ konfrontiert. Verhütungsmittel werden auch zum Verschreiben angeboten.

Beim Thema Abtreibung erfährt man dann bei der Frage: „Meine Freundin ist schwanger und will einen Schwangerschaftsabbruch machen - wie kann ich ihr helfen?“ wörtlich: „Überlegt gemeinsam, was ihr an eurer Verhütung verbessern könnt, um nicht nochmals in so eine Situation zu kommen; geht gemeinsam zur Frauenärztin und holt euch Informationen. Tragt gemeinsam die Kosten für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch.“

Die „Österreichische Gesellschaft für Familienplanung“, die im übrigen auf der Homepage auch Adressen zur Abtreibung vermittelt, ist Mitglied der International Planned Parenthood Federation. Diese ist die weltweit größte Pro-Abtreibungsorganisation, die sich vehement für das Recht auf Abtreibung weltweit einsetzt.

Mit bizarren antikirchlichen Inhalten geht es dann auch auf der Website der „Katholischen Männerbewegung“ (KMB) der Diözese Linz weiter. Diese findet man ebenfalls via Pastoralamt und via „Katholischer Aktion“.

Bei einem sogenannten "Männeratlas", der im Sommer noch mit der bizarren Headline „Harter Schwanz – Weicher Sex“ titelte (siehe Screenshot) teilte die KMB dann den Männern folgendes mit: *„Wir Männer tragen unser Geschlechtsteil so sichtbar durch die Gegend, dass es schwer fällt, nicht darauf zu achten. Mann-Sein heißt für viele Männer Fixiert-sein auf ihren Penis, als „Willi“ oder „Johannes“ führt „er“ nicht selten ein Eigenleben. Wenn der Schwanz umkippt, fällt man(n) um. Manchmal ist der Selbstwert des Mannes mit der Steifheit seines Gliedes gekoppelt. Dass „er“ dann verweigert, ist sein gutes Recht, könnte man meinen, angesichts dieser großen Verantwortung.“*

Bei den links wird wieder einmal die Homosexuelleninitiative – Hosi Linz, eine Pro-Homo-Pressuregroup, beworben. Dort finde man laut KMB „umfangreiche Veranstaltungen und Materialien zum Thema Sexualität und sexuelle Identität“.

Auch für sextra.de wird geworben. Die Website der umstrittenen Pro-Abtreibungsorganisation von Deutschland wird als "ausgezeichnete Website" bezeichnet.

Kleiner Nachtrag: Die umstrittene Jugend-CD wurde von Bischof Schwarz aufgrund solcher und ähnlicher links später untersagt. Der Linzer Bischof wurde inzwischen um eine Stellungnahme gebeten, wir berichten weiter.

[Kathpedia: Bischof Schwarz](#)

Kontakt - Bischof Ludwig Schwarz: bischoefl.sekretariat@dioezese-linz.at

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=11936>

Französisches Gerichtsurteil erlaubt perverses Jesus-Bild

4.11.05

Die linke Zeitung "Libération" hatte einen nackten Christus mit Präservativ dargestellt - Das Gericht hat eine Klage von Katholiken abgewiesen.

Paris (www.kath.net)

Ein französisches Gericht hat eine Klage gegen die linke Zeitung "Libération", die einen nackten Christus mit einem Präservativ dargestellt hat, abgewiesen. Die Zeitung hatte im April die glaubensverhöhrende Zeichnung veröffentlicht, was zu einer Klage durch die "Generelle Allianz gegen Rassismus und für den Respekt der französischen und christlichen Identität" geführt hatte. Das Gericht bezeichnete die Darstellung zwar als "grob", sah in der Darstellung der Zeitung aber keinen Verstoß.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=12312>

„Ich hätte meine Arbeit verloren“, sagt eine Lehrerin. Finanzielle Unterstützung erhalten die Ärmsten der Armen nur, wenn sie Hindus werden.

Indien: Katholiken konvertieren aus materieller Not zum Hinduismus

14.12.05

Raipur (www.kath.net) Über 40 katholische Familien aus einem indischen Dorf sind aufgrund materieller Not zum Hinduismus konvertiert. Das meldete AsiaNews. Die Lehrerin Kaithabai Surjha erklärte, der Bürgermeister von Roopapali, 1.400 Kilometer südöstlich von Neu-Delhi, habe ihr angekündigt, sie werde ihren Job verlieren, sollte sie weiter Christin bleiben.

Ihr Mann wurde Hinduist, um die von der Regierung zur Verfügung gestellte Unterstützung für die Dalit zu erlangen, die ärmste Schicht im indischen Kastensystem. Finanzielle Mittel für Katholiken seien von der Regierung gestrichen worden, heißt es in dem Bericht. Das Ehepaar bat den Pfarrer, sie nicht weiter zu besuchen und keine Katecheten mehr ins Dorf zu schicken.

„Sie wurden bedroht“, sagt Abraham Narayan, Katechet bei einigen Familien, die nun konvertierten. Ein anderer Katechet, Madhu Nag, erklärte, die Erzdiözese hätte zahlreiche Initiativen für das Dorf geplant.

Das Problem sei die Regierung: Sie stelle Subventionen für die Armen zur Verfügung, um ein wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Profitieren können davon jedoch nur die Dalit der Buddhisten, Hindus und Sikh, jedoch nicht die Christen und Muslime.

Eine einzige katholische Familie ließ sich auch durch die widrigen Umstände nicht dazu bewegen, zum Hinduismus zu konvertieren. „Wir sind seit Generationen Christen“, erklärte der 65-jährige Moosa. „Wir sind in sozialer, wirtschaftlicher und religiöser Hinsicht benachteiligt, aber wir haben keine Angst vor der Verfolgung, weil Jesus bei uns ist“, meint er.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=12269>

Bei Übertritt zum Christentum: Diskriminierung bis Mord

In mehreren islamischen Staaten droht Konvertiten die Todesstrafe. Darauf weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte zum „Tag der Menschenrechte“ am 10. Dezember hin

9.12.05

Frankfurt am Main (www.kath.net / igfm) Zum internationalen „Tag der Menschenrechte“ am 10. Dezember 2005 und aus Anlass der Ermordung des iranischen Pastors Ghorban Tori am 22. November 2005 weist die IGFM auf die Gefährdung von Konvertiten hin. Obwohl Artikel 18 der UN-Menschenrechtserklärung das Recht auf freien Religionswechsel garantiert, steht in mehreren islamischen Staaten wie Mauretanien, Sudan, Saudi Arabien und Iran weiter die Todesstrafe auf die „Abkehr vom Islam“. In Indien und Sri Lanka sieht die IGFM ebenfalls das Recht auf Religionswahl bedroht.

Drei Jahre Haft

Der vom Islam zum Christentum übergetretene 50jährige Ghorban Tori war in der nordostiranischen Stadt Gonbad-e-Kavus entführt und erstochen worden, nachdem er als missionarisch eingestellter Leiter einer kleinen freikirchlichen Konvertitengemeinde bereits Drohungen erhalten hatte. Die IGFM erinnert an den früheren Offizier Hamid Pourmand, der im Februar diesen Jahres im Iran wegen angeblicher Vertuschung seines in der Armee erfolgten Übertrittes zum Christentum zu drei Jahren Haft verurteilt wurde.

Die IGFM bedauert, dass die im Juli 2005 im Sudan verabschiedete Verfassung neben Scharia-Elementen wie Auspeitschen und Amputationen im Strafrecht weiter die Todesstrafe bei „Abwendung vom islamischen Glauben“ vorsieht. Ebenso appelliert die IGFM an das in Mauretanien im August an die Macht gekommenen Militär-Regime, im Rahmen der von ihm angekündigten „Bedingungen für offene und demokratische Verhältnisse“ den Artikel 306 des Strafrechtes, der die Hinrichtung für die Abkehr vom Islam bestimmt, abzuschaffen.

Psychiatrie für Konvertiten

Die IGFM bedauert, dass in Malaysia aufgrund des Urteils des höchsten Berufungsgerichtes in Kuala Lumpur von September 2005 das Verlassen des Islam an die Erlaubnis eines Scharia-Gerichtes gebunden ist. Eine solche Erlaubnis ist bisher noch nie erteilt worden. In Ägypten sind der IGFM mehrere aktuelle Fälle von Konvertiten bekannt, die in Verbindung mit ihrem Glaubenswechsel zum Christentum in Haft oder Psychiatrie gekommen sind.

Aber auch in Teilen der nichtislamischen Welt wird das Recht auf Religionsänderung unterdrückt. In mehreren indischen Bundesstaaten wie Orissa, Madhya Pradesh und Chattisgarh unterbinden so genannte „Anti-Konversionsgesetze“ einen freien Religionswechsel und bedrohen Missionierung mit Gefängnisstrafen.

Kein Recht auf Arbeit und Bildung

Vom Hinduismus zum Islam oder Christentum übergetretene Dalits („Kastenlose“) werden Arbeitsplatz- und Bildungsrechte verweigert, die an sich ein Regierungsprogramm für die Angehörigen der untersten Klasse vorsieht. Die IGFM appelliert an den im November neu gewählten Staatspräsidenten Sri Lankas Mahinda Rajapakse, sich gegen den von der buddhistischen „Partei des Nationalen Erbes“ beantragten Gesetzesentwurf zum Verbot des Glaubensübertritts von Buddhisten einzusetzen.

Im kommenden Jahr liegt die Verabschiedung des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“ der Vereinten Nationen 40 Jahre zurück. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen haben zahlreiche islamische Staaten, aber auch Länder wie Indien und Sri Lanka ratifiziert. Die IGFM appelliert aus diesem Grund dafür, dass das darin garantierte Recht auf freien Religionswechsel beachtet wird.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=12320>

Atheistengruppen rufen zum Boykott von 'Der König von Narnia' auf
14.12.05

Die "Pierce County Demokraten" bezeichnen den Film als "christliche Propaganda" und als "Werbefilm für den christlichen Glauben" Hollywood (www.kath.net)

Der große Erfolg des "König von Narnia" in den US-Kinos hat zu heftigen Reaktionen von Atheistengruppierungen geführt, wie das Schweizer Portal "espace" berichtet. Die "Pierce County Demokraten" haben zum Boykott des C.S.-Lewis-Films aufgerufen und diesen als "christliche Propaganda" bezeichnet. Im Internet wurde von der Atheistenvereinigung eine Kampagne gestartet, wo der Film wegen seiner "religiösen Untertöne" kritisiert wird. Der Film ist laut "Pierce County Demokraten" voll von bedeutenden christlichen Themen. Gemeint ist unter anderem der Löwe Aslan, der den Jesus-Charakter symbolisiere. Ein Sprecher der Gruppe meinte wörtlich: "Der Film ist nicht mehr als ein Werbefilm für den christlichen Glauben und tut alle anderen Glaubensrichtungen als zweitrangig ab."

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 1/2006,3

Soner Onder, ein türkischer Christ, erhielt in der Haft 11 000 Briefe aus aller Welt. Viele Unbekannte versprochen ihm ihre Für-bitte. Die Behörden wurden unruhig. Statt nach 16 Jahren wurde Soner Onder nach 12 Jahren entlassen.

Das zeigt, wie sinnvoll es ist, daß der KURIER Monat für Monat bittet, sich für einen Unschuldigen einzusetzen. Diesmal gleich für 31 Journalisten in China, die dort inhaftiert sind. Auf Kuba sind es 24, in Eritrea 13, in Iran und Birma je 6.

In China werden immer mehr Geistliche, die ohne ein staatliches Dokument die Sakramente spenden, inhaftiert wie jetzt Pfr. Yang Jianwei mit vier Seminaristen in Baoding/Hebei. In manchen Gefängnissen existieren Stehzellen und totale Kamera-Überwachung. Ist das die Vorbereitung Chinas auf die Olympiade 2008?

Die Anschrift der Botschaft Chinas: Märkisches Ufer 24, D-10 179 Berlin. Fax 030/27588-221. www.china-botschaft.de

Die Botschaft Kubas:

Stavanger Str.20, D-10 439 Berlin. Fax 030/91645 53. www.botschaft-kuba.de

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=12475>

Italien:Pfarrer vor Gericht,weil er historische Existenz Jesu vertritt 3.1.06

Ein Atheist meint, dass die Kirche mit dieser „Legende“ viel Geld verdient. Der Pfarrer müsse ihm beweisen, dass Jesus existierte, dann lasse er die Klage fallen.

Viterbo (www.kath.net) Nach vier Jahren Streiterei ist es so weit: Am 27. Jänner 2006 um neun Uhr Vormittag wird Pfarrer Enrico Righi aus dem Städtchen Bagnoregio in der Provinz Viterbo vor dem Richter stehen und sich dafür rechtfertigen müssen, dass er öffentlich die historische Existenz Jesu vertritt und dadurch die Gutgläubigkeit der Menschen ausnutzt. Das meldete die Turiner Tageszeitung „La Stampa“.

Jesus hat als historische Person existiert, schrieb der Pfarrer im Pfarrbrief. Das regte Luigi Cascioli, Pensionist und überzeugter Atheist, auf. Schon vor über drei Jahren verklagte er Righi. Ein römisches Berufungsgericht lehnte die Klage ab. Cascioli wurde am 26. Mai 2005 zu einem Bußgeld von 1.500 Euro verurteilt.

Nach Auffassung Casciolis ist nicht nur Don Righi anzuklagen, sondern alle Kirchenleute, die verbreiten, dass Jesus als historische Person existierte. Diese Behauptung gründe auf einer Legende und verschaffe der Kirche viel Geld, lauten Casciolis Anklagepunkte.

Er machte dem Pfarrer in einem offenen Brief nun das Angebot, die Klage fallen zu lassen. Bedingung: Don Enrico Righi muss ihm beweisen, dass Jesus Christus wirklich existiert hat. In einem zweiten Brief wandte er sich an Kardinal Giacomo Biffi, der den Streit schlichten könnte.

Saudi-Kicker erhalten bei Fußball-WM Gebetsraum und Koran - Menschenrechtler kritisieren angesichts der dortigen Menschenrechtssituation vorausseilender Gehorsam gegenüber islamischen Fußballern.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=12784>

Würden deutsche Spieler in Saudi-Arabien mit der Bibel begrüßt?

9.2.05

München (www.kath.net/idea)

Einen religiösen Extra-Service bekommt die saudi-arabische Fußball-Nationalmannschaft während der Weltmeisterschaft in Deutschland in ihrem Domizil: Das Vier-Sterne-Hotel "Dolce" in Bad Nauheim (Mittelhessen) wird den Kickern einen Gebetsraum mit Ausrichtung nach Osten zur Verfügung stellen, damit sie fünfmal täglich gen Mekka beten können. Selbstverständlich würden auch die Bibeln in den Hotelzimmern des Teams durch den Koran ersetzt, bestätigte Generaldirektor Michel Prokop auf idea-Anfrage.

Die Christliche Menschenrechtsorganisation "Christian Solidarity International" Deutschland (CSI) sieht so viel religiöses Entgegenkommen kritisch: "Angesichts einer sich verschlimmernden Menschenrechtslage für Christen in islamischen Ländern ist solch ein ‚vorausseilender Gehorsam‘ gegenüber islamischen Fußballern nicht mehr mit Religionsfreiheit zu entschuldigen." CSI fragt: "Wenn in Saudi-Arabien die Fußball-WM stattfände, würden deutsche Spieler dann mit Bibeln auf den Zimmern begrüßt?" Saudi-Arabien zählt zu den Ländern mit der schärfsten Christenverfolgung. Von den 22,5 Millionen Einwohnern sind etwa 4,5 Prozent Christen. Es handelt sich fast ausschließlich um Gastarbeiter, vor allem aus Asien. Immer wieder werden Christen wegen öffentlicher oder privater Religionsausübung festgenommen und ausgewiesen.

PETER HAHNE: Schluss mit lustig. Das Ende der Spaßgesellschaft, Verlag Johannis 2005, 35.Aufl.

Die Frage nach unserer kulturellen Identität stellt sich immer drängender. Im Blick auf das Vorhaben des rot-roten Berliner Senats, Beamten und Lehrern nicht nur das Tragen von Kopftüchern, sondern auch von Kreuzen zu verbieten, erklärte der ostdeutsche CDU-Bundestagsabgeordnete Günther Nooke: »Nachdem die Linken die Entchristlichung unserer Gesellschaft vorangetrieben haben, geht es nun an die abendländischen Wurzeln.« (S. 52)

Mitteilungen

an Freunde und Förderer Für DIE MENSCHENRECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 6/2005,1-3

Antwort der EU-Kommission auf IGFM-Appell zur Türkei unzureichend!

„Die Kommission ist sich vollständig der Schwierigkeiten bewusst, mit denen nichtmuslimische Gemeinschaften in der Türkei konfrontiert werden.... Die türkischen Behörden haben mehrmals die Zusicherung gegeben, dass sie sich für die Annahme eines Gesetzes betreffend religiöse Stiftungen einsetzen, das die Schwierigkeiten der nicht-muslimischen Gemeinschaften behandelt. Die Kommission verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die Formulierung und Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs.... Der Fortschritt der Verhandlungen wird von der Fortsetzung des politischen Reforrr; r ozesses abhängen, einschließlich Reformen bezogen auf Religionsfreiheit.... Im November wird die Kommission einen neuen Fortschrittsbericht veröffentlichen. Dieser nimmt ebenfalls zu den von Ihnen angesprochenen Problemen Stellung. Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen weiterhelfen zu können. Mit freundlichen Grien

Europäische Kommission, Generaldirektion Erweiterung, Türkei-Referat”

(Brüssel, 13. September2005)

Seit gut 25 Jahren kämpft die IGFM für die Achtung der Religionsfreiheit in der Türkei. Festzuhalten bleibt: die Zahl der Christen in der Türkei ist in dieser Zeit weiter zurückgegangen; die Probleme, die es vor 25 Jahren gab, gibt es heute immer noch. Nur die Wahrheit ebnet den Weg zur Versöhnung! Die Zeit drängt: Die Frage der Nachfolge des griechisch-orthodoxen Patriarchen ist eng mit dem Verbleib des Sitzes des Patriarchats in Istanbul verbunden. Einerseits soll der Patriarch laut Gesetz Türke sein, andererseits durfte die Priesterausbildung in den seit 1970/1971 geschlossenen Lehranstalten trotz staatlicher Zusagen nicht wieder aufgenommen werden. Spielt die Türkei mit dem Gedanken, dass das gesamte Immobilienvermögen der

Kirche entsprechend eines überwiegend auf christliche Gemeinden angewandten Erbgesetzes an den Staat fallen könnte, wenn die Nachfolge nicht geregelt werden kann?

Für die Beitrittsverhandlungen verlangen wir einen energischen Kampf für die Rechte der in der Türkei lebenden Christen sowie die Förderung rückkehrbereiter Christen, die endlich wieder in ihrer Heimat leben wollen, aus der sie einst fliehen mußten. Nur ein deutliches „Menschen-rechte zuerst!“ macht Europa stark.

West-Java/Indonesien: drei Jahre Haft wegen Anstiftung zum Religionswechsel

Dr. Rebekka Zakaria, Eti Pangesti und Ratna Bungun wurden am 1. September zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie für schuldig befunden wurden, versucht zu haben, muslimische Kinder zum Christentum zu bekehren. Pastorin Dr. Rebekka Zakaria und ihre beiden Mitarbeiterinnen hatten in der Kleinstadt Harguelis im Bezirk Indramayu auf Ersuchen der staatlichen Grundschule ein religiöses Erziehungsprogramm angeboten, an dem nach wenigen Monaten 40 Kinder teilnahmen, von denen nur 10 aus christlichen Familien stammten. Als bei einem Osterausflug im März 2005 eines der Kinder auf eigenen Wunsch eine Bibel erhielt, zeigte der Vorsitzende des örtlichen Rates der muslimischen Religionsgelehrten die Frauen an, die am 13. Mai festgenommen wurden.

Saudi Arabien: Verhaftungen selbst bei privaten Gebetstreffen

Seit der Regierungsübernahme des 80jährigen Königs Abdullah Anfang August 2005 ist die Religionsfreiheit weiteren Einschränkungen unterworfen. Die Religionspolizeidurchsuchte Wohnquartiere von Christen, und inhaftierte neun indische Christen wegen „verbotener religiöser Aktivitäten“. Kirchenbau und öffentliche Gottesdienste sind in Saudi Arabien per se untersagt. Selbst bei Gebetstreffen in privaten Wohnungen kommt es immer wieder zu Verhaftungen.

Ägypten: Glaubenswechsel nur zum Islam denkbar

Während zum Islam übergetretene Christen unverzügliche neue Personaldokumente erhalten, ist für zum Christentum über-getretene Muslime eine Austragung der alten und Eintragung der neuen Religionszugehörigkeit nicht möglich; sie erwarten zudem Anklagen wegen angeblicher Urkundenfälschung oder Bedrohung der staatlichen Sicherheit, Inhaftierung, Folter oder Einweisung in die Psychiatrie. Vergewaltigungen und Zwangsislamisierungen von koptischen Christinnen sind ägyptische Realität. In diesem Jahr wurden die Fälle der 28jährigen Hanan Emil und der 19jährigen Studentin Neveen Marcos bekannt.

Erst wenige Monate zurück liegt der Fall des Konvertiten Gasir Mahmud, der in einer Kairoer Klinik „zwangstherapiert“ wurde.

Pakistan: wegen angeblicher Blashemie verhaftet und gefoltert

Younis Masih aus einem Ort in der Nähe der pakistanischen Stadt Lahore wurde am 10. September 2005 der Blasphemie beschuldigt, verhaftet und ins Kot-lakhpatt-Gefängnis von Lahore gebracht, wo er gefoltert wurde. Er wurde beschuldigt, das Qawali – ein mystisches islamisches Sufi-Lied – unterbrochen und sich abfällig über den Propheten geäußert zu haben. Meena Masih, Younis Ehefrau, erklärte bei einer Pressekonferenz am 14. September 2005 in Islamabad, dass muslimische extremistische Organisationen die Christen der Region bedrohten, Häuser überfielen, Kirchen und Bibeln entweihten. „Wir fürchten um unser Leben und haben Angst, von Extremisten umgebracht zu werden.“ Strafanzeigen der Pakistanischen Minderheitenallianz (APMA) gegen die Täter nimmt die Polizei nur widerwillig auf. In Pakistan droht denjenigen, die der Blasphemie bezichtigt werden, die Todesstrafe. Die IGFM setzt sich seit Jahren für die Abschaffung der Blasphemiegesetze ein.

Indien: wegen angeblicher Missionstätigkeit verhaftet

Am 7. Oktober 2005 wurde der christliche Heimleiter Sunny John im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh wegen angeblicher Missionstätigkeit unter Hindukinder verhaftet. Sunny John betreut drei Kinderheime. Er verweist darauf, daß keines seiner Schützlinge zum Christentum übergetreten ist.

Am 13. September 2005 wurde der Jesuiten-Pater Ignatius Bara im Bundesstaat Jharkand von einer extremistischen Hindu-Gruppe angegriffen und totgeschlagen. Pater Ignatius hatte sich besonders für die

Rechte der indischen Ureinwohner eingesetzt. Im Juli 2005 waren zwei evangelische Pastoren im Bundesstaat Andra Pradesh ermordet worden.

Öffentlichkeitsarbeit hilft: Pastor Than Van Truong aus Psychiatrie entlassen

Pastor Than Van Truong (hier mit seiner Frau), ehemals Hauptmann der vietnamesischen Armee, geriet ins Visier des Geheimdienstes, als er sich 1996 öffentlich zum Christentum bekannte. Am 27. Mai 2003 wurde er wegen staatsfeindlicher Propaganda festgenommen und acht Monate ohne Gerichtsurteil inhaftiert. Am 20.1.2004 wurde er unter Hausarrest gestellt. Als er seine 96jährige Mutter in Nordvietnam besuchen wollte und deswegen seinen Wohnort verließ, wurde er erneut festgenommen. Weil er am Glauben festhielt, wurde er im September 2004 wegen Schizophrenie in die Psychiatrie eingewiesen. Die IGFM hielt während der gesamten Haft engen Kontakt zu seinen Freunden, unterstützte seine Familie und berichtete weiter über die Haftschikanen. Offensichtlich mit Erfolg. Am 17.9.2005 kam Pastor Than Van Truong frei.

Vietnam: Polizei stiftet zu Christenverfolgung an

Nicht nur Christen von Untergrundkirchen, sondern auch Mitglieder der offiziell anerkannten evangelischen Kirche in Vietnam werden von der vietnamesischen Regierung unter Druck gesetzt. Die Öffentlichkeit erfährt nur wenig davon, weil die offiziell anerkannte Kirche bemüht ist, ihre „guten Beziehungen zur Regierung“ nicht zu stören. Besonders schwer haben es die christlichen Gemeinden der ethnischen Minderheiten in abgelegenen Gebieten, wo die lokalen Behörden über das Leben ihrer Bürger entscheiden können. Wie die H'mong, über die wir berichteten, wollen auch die Christen der ethnischen Minderheit H're in der zentral-vietnamesischen Provinz Quang Ngai dem christlichen Glauben nicht abschwören. Polizei und Miliz dringen deshalb in ihre Häuser ein, misshandeln die Familienangehörigen und belegen sie mit Geldstrafen.

Am Sonntag, 21. August 2005, drangen Vertreter der örtlichen Polizei in das Haus des evangelischen Christen Van-Hoang Dinh und fertigten ein Protokoll über eine „illegale religiöse Versammlung“ an. Die Polizei sagte, dass in der Gemeinde keine Christen beherbergt werden sollen. Da Herr Van-Hoan sich weigerte, das Protokoll zu unterschreiben, drohte die Polizei, die Zerstörung seines Hauses durch „Bevölkerungsgruppen“ anzuordnen. Und tatsächlich kam eine Gruppe von Veteranen und riß sein Haus ein. Sie zerstörten seine Ställe für Geflügel und Wasserbüffel und durchlöcherten das Wellblechdach mit spitzen Gegenständen. Mit Hühnern der Familie feierten sie ihren Sieg. Sie teilten der Familie mit, sie würden das Haus wieder aufbauen, wenn die Familie ihrem Glauben abschwören und die Bibel verbrennen würde. Andernfalls werde das Haus verbrannt.

Schon kurz danach machten die Veteranen ihre Drohung wahr: sie legten Feuer an die Hausruine und brannten es nieder. Die Opfer sind zur Zeit obdachlos, weil die Beamten Nachbarn und Freunden mit Prügel drohten, falls sie die Opfer in Obhut nähmen.

Die lokalen Behörden wollen die Region „christenfrei“ machen. Am 26. Juli 2005 wurden sieben Häuser von Christen in dem Ort Son Tay dem Erdboden gleichgemacht, die verbliebenen drei Häuser am 31. Juli. Nach-dem die IGFM die Verfolgung der Familie Van-Hoang Dinh an die Öffentlichkeit gebracht hatte, berichtete nun auch die vietnamesische Presseagentur VNA, daß Van-Hoang Dinh aus religiösen Gründen aus dem Kreis Son Tay gejagt und sein Haus in Son Thuong von „aufgebrachten Personen“ angezündet worden sei.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=13026>

Fernsehmoderator Hahne befürchtet 'dramatischen Kampf der Kulturen'
5.3.06

Die größte „Waffe der Islamisten“ sei - angesichts der demographischen Katastrophe Westeuropas - nicht das Öl, sondern die Kinder, die jenseits von Toleranz und Menschenrechten erzogen würden.

Nürnberg (www.kath.net/idea)

Einen „dramatischen Kampf der Kulturen“ befürchtet der Fernsehmoderator und Bestsellerautor Peter Hahne (Berlin), „wenn Christen nicht entschiedener die Freiheitsrechte des Evangeliums betonen“. Fremde Religionen brächten einem lauen und laschen Christentum und einer sich selbst infragestellenden Kultur statt Achtung nur Verachtung entgegen, sagte er beim Jahresempfang der Christliche Polizeivereinigung (CPV) am 1. März in Nürnberg. Wer es „in einer Perversion des Toleranzgedankens“ dulde oder gar befördere, daß christliche Symbole verhöhnt, gegen das Kreuz geklagt und der Religionsunterricht abgeschafft werde, brauche sich nicht zu wundern, daß aus einer Parallel- schnell eine Gegen-Gesellschaft werde. „Ich fürchte mich nicht vor der Stärke des Islam, sondern vor der Schwäche des Christentums“, meinte Hahne, der auch Ehrenkommissar der bayerischen Polizei ist.

Die größte „Waffe der Islamisten“ sei - angesichts der demographischen Katastrophe Westeuropas - nicht das Öl, sondern die Kinder, die jenseits von Toleranz und Menschenrechten erzogen würden. Fatal sei auch, daß die westliche Welt die zunehmende Christenverfolgung in muslimischen Staaten tatenlos hinnehme.

Freiheit statt Ehrenmorde, Verschleierungspflicht und Zwangsheirat

Vor etwa 600 führenden Personen aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Polizei wandte sich Hahne auch gegen „das naive Gerede vom wertneutralen Staat“. Solange es in deutschen Städten Ehrenmorde, Verschleierungspflicht und Zwangsheirat gebe, könne man für die aus christlichen Wurzeln entstandenen Freiheitsrechte des Grundgesetzes nur dankbar sein. So stamme der abendländische Gleichheitsgrundsatz nicht aus der Ideologie der Evolution, in der das Recht des Stärkeren dominiere, sondern aus dem Schöpfungsglauben, daß der Mensch Gottes Ebenbild ist. „Das müssen wir wieder heilig halten“, forderte Hahne, der auch dem Rat der EKD sowie dem Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz angehört.

Zehn Gebote als Kernbestand der demokratischen Rechtsordnung

Der bayerische Innenminister und evangelische Landessynodale Günther Beckstein (CSU) rief ebenfalls zu einer stärkeren Beachtung christlicher Werte auf. Respekt von nichtchristlicher Seite hätten Christen nur zu erwarten, wenn sie selbst ihre Werte achteten. Der Politiker bezeichnete die Zehn Gebote als Kernbestand der demokratischen Rechtsordnung. Er dankte der Polizei, daß sie die Rechtsordnung gegenüber jenen schütze, die meinten, auf eine ethische Orientierung verzichten zu können. Die CPV hat Kontakte zu rund 2.300 Polizisten. Vorsitzender ist Erster Polizeihauptkommissar Hartmut Birx (Norken/Westerwald).

Verfolgte Christen

Von Florian Pittroff

Jesus selbst hat seinen Jüngern Verfolgung prophezeit, als er sie aussandte, die Botschaft vom Reich Gottes zu verkünden. Blutige Christenverfolgungen gab es jedoch nicht nur im Römischen Reich, während der Französischen Revolution, in den totalitären Systemen des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Bis heute ist die Verfolgung von Christen weltweit Realität.

Hochaktuell und von großer Brisanz ist deshalb das Buch des Journalisten Reinhard Backes. Es wirft einen Blick auf die Situation von Christen in fast 20 Ländern der Erde. Im Gespräch mit der Katholischen »SonntagsZeitung« sagte Ba-

ckes, es gehe ihm nicht darum, zum Beispiel den Islam zu verteufeln, viel-mehr wolle er Menschenrechte einfordern: »Die freie Religionsausübung ist

ein Menschenrecht.« Es gebe zwar Bücher über die Unterdrückung der Frau oder über Kinderarbeit, aber das Thema Glaubensfreiheit, so Backes weiter, sei bisher gar nicht oder nur am Rande behandelt worden.

Diese Lücke zu

schließen, ist die Intention seines neuen Werkes. »Sie werden euch hassen« erscheint im Auftrag des internationalen katholischen Hilfswerks »Kirche in Not/Ostpriesterhilfe«. Insgesamt zwei Jahre hat Backes für das 254 Seiten starke Buch recherchiert. Er beschreibt erschütternde Beispiele von Intoleranz gegen Christen in der Welt von heute und ergänzt sie um fundierte Hintergrundinformationen. Zur Sprache kommen Länder wie Indien, der Sudan und China, in denen Menschen wegen ihres christlichen Glaubens um ihr Leben fürchten müssen.

Das Buch, so sagt der Autor, dokumentiere zum einen die Arbeit von »Kirche in Not/Ostpriesterhilfe«, zum anderen aber will Backes mit dem Buch eine breite Öffentlichkeit auf das Thema Christenverfolgung aufmerksam machen.

Die Frage nach dem Unterschied der Verfolgung heute und früher beantwortet Backes mit einem Zitat aus einer Predigt von Papst Johannes Paul II.: »In den Verfolgungen der ersten Jahrhunderte waren die üblichen Strafen: der Tod, die Deportation und die Verbannung. Heute sind zum Gefängnis, zum Konzentrationslager, zur Zwangsarbeit und zur Vertreibung aus der Heimat weniger auffällige, aber dafür raffiniertere Strafen hinzugekommen: nicht der blutige Tod, sondern eine Art zivilen Todes; nicht nur die Absonderung in einem Gefängnis oder Lager, sondern die ständige Einschränkung der persönlichen Freiheit oder die soziale Diskriminierung.« Das Buch ist eine erschütternde Momentaufnahme der Christenverfolgung nach der Jahrtausendwende.

Buch-Informationen

Reinhard Backes: Sie werden Euch hassen. Christenverfolgung heute. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2005. 256 Seiten, 8 Abb., gebunden. 17,30 E U R.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=12792>

Atheistenklage abgelehnt
10.2.06

Ein italienischer Richter hat eine absurde Klage gegen einen Pfarrer abgelehnt, in der es darum ging, ob Jesus Christus tatsächlich gelebt hat - Staatsanwaltschaft prüft jetzt Verleumdungsklage gegen Atheisten.

Italien (www.kath.net)

Ein italienischer Richter in Viterbo hat am Donnerstag eine Klage eines Atheisten abgelehnt, in dem es um die Frage ging, ob Jesus Christus tatsächlich existiert hat. Der Atheist Luigi Cascioli wollte mit der Klage gegen einen katholischen Priester vorgehen, weil er diesem vorwarf, die "Gutgläubigkeit" der Menschen auszunutzen, indem er Jesus als historische Figur darstelle. Cascioli hat sich bei seinem Klagsversuch auf den Artikel 661 des italienischen Strafgesetzbuch gestützt, in dem steht, dass jemand, der andere bewusst in die Irre führt, wegen "Missbrauchs der Leichtgläubigkeit" bestraft wird. Jetzt hat der Richter den Fall an die Staatsanwaltschaft zurückverwiesen, die jetzt prüft, ob jetzt nicht möglicherweise der Atheist wegen Verleumdung vor Gericht gestellt wird.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=12852>

Kruzifix darf weiterhin in italienischen Schulzimmern hängen
16.2.06

Urteil des Staatsrates: Es kann eine bedeutsame „symbolische Funktion“ haben, weil es auf Werte wie Toleranz und Respekt verweist, die einen religiösen Ursprung haben.

Rom (www.kath.net) Der italienische Kruzifix-Streit ist entschieden: Kruzifixe dürfen in öffentlichen Schulen weiterhin angebracht werden, entschieden Richter des italienischen Staatsrates laut Meldung von ANSA. Das Kruzifix habe eine erzieherisch wertvolle „symbolische Funktion“, heißt es in dem 19-seitigen Urteil.

Es sei ein „geeignetes Symbol“, um die hohe Grundlage der sittlichen Werte auszudrücken, die einen religiösen Ursprung haben und welche „jene Werte sind, welche die Laizität in der gegenwärtigen Staatsordnung unterstreichen“. Als Beispiele werden unter anderem genannt: Toleranz, gegenseitiger Respekt, Wertschätzung der menschlichen Person, Einsatz für seine Rechte.

Das Kruzifix habe unterschiedliche Bedeutungen, hielten die Richter fest. In einem Gotteshaus habe es eine exklusiv religiöse Bedeutung, in einer nicht-religiösen Einrichtung wie einer Schule kann es hingegen – auch in einem laizistischen Kontext – eine für die Erziehung bedeutsame „symbolische Funktion“ haben.

Ausgelöst wurde die Debatte von einer Finnin, die in Abano Terme lebt. Sie forderte, das Kreuz müsse aus den Schulklassen entfernt werden, die ihre beiden Söhne besuchen. Eine jüngste „Eurispes“-Umfrage zeigte, dass 80,3 Prozent der Italiener befürworten, dass in den Schulzimmern und öffentlichen Einrichtungen Kruzifixe angebracht sind.

Kreuze bleiben

Bereits im Jahr 2004 hatte Italiens Oberstes Berufungsgericht, Rom, die Klage des Muslims Adel Smith gegen das Kreuz im Klassenzimmer seiner Tochter abgewiesen.

Anfang Februar 2006 entschied das oberste Organ der italienischen Verwaltungsgerichte, daß Kreuze in den Schulen hängenbleiben, auch wenn sich Gegner daran stoßen.

In der Urteilsbegründung heißt es u.a.:

„Das Kreuz symbolisiert bürgerlich bedeutsame Werte; Werte, die unserer Verfassungsordnung, dem Fundament unseres zivilen Zusammenlebens, zugrundeliegen und sie inspirieren.“

Ebenfalls Anfang Februar dieses Jahres hatte der Oberste Justizrat

Italiens (Selbstverwaltungsorgan der Richter und Staatsanwälte) den Richter Luigi Tosti gemäßregelt, weil dieser ein Kreuz aus dem Gerichtssaal entfernen wollte.

Leider werden in Deutschland Urteile gegen das Kreuz gefällt. Wir erinnern unsere KURIER-Leser an die fortdauernde CM-Aktion „Bringt das Kreuz in die Öffentlichkeit“, die von bisher 394 Mitstreitern beantwortet wurde durch das Anbringen eines Kreuzes am Haus, auf dem Grundstück oder an öffentlichen Wegen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=13063>

Mohammed-Karikaturen nein, Jesus- Karikaturen ja?

9.3.06

Eine Studentenzeitung der Universität Toronto hat eine Jesus-Figur bei sexuellen Perversionen mit einem Ferkel karikiert.

Saskatoon (www.kath.net / LifeSiteNews) – Beleidigende Karikaturen greifen um sich: Vor zwei Wochen veröffentlichte die Zeitung der Universität Toronto einen Cartoon, auf dem Jesus und Mohammed miteinander schmusen. Die Absicht war, Toleranz in Sachen Homosexualität zu fördern.

Nun veröffentlichte die kanadische Studentenzeitung der Universität von Saskatchewan „The Sheaf“ zum zweiten Mal innerhalb mehrerer Wochen Karikaturen, die das Christentum in ähnlicher Weise beleidigen wie die Mohammed-Karikaturen in Dänemark. Die Karikatur – sie trägt den Titel „Kapitalistische Ferkel“ - zeigt Jesus, der oralen Sex mit einem Schwein hat. Dieselbe Zeitung hatte kurz vorher beschlossen, die Mohammed-Karikaturen aus Respekt vor dem Islam nicht abzubilden. Das habe die Studenten besonders verletzt, sagte ein Mitarbeiter der Organisation „Catholic Christian Outreach“ (CCO), die an den Universitäten im Land evangelisiert. In der vergangenen Woche habe die Zeitung einen Artikel veröffentlicht, in dem es hieß, sie wollten die Mohammed-Karikaturen aus Dänemark nicht veröffentlichen.

Viele Studenten hätten die Jesus-Karikatur widerlich gefunden und seien „gekränkt, beleidigt und frustriert“ gewesen, berichtet er. Und das umso mehr als sie das Blatt, das von sich behauptet, unabhängig zu sein, mit ihren Studiengebühren unterhalten unterstützen müssen. Von fast 20.000 Studenten bekommt die Zeitung etwa 120.000 US-Dollar. Dennoch beeindruckte ihn, dass sie gewaltlos mit der Situation umgingen. Sie bemühten sich vielmehr entschlossen um Gerechtigkeit, indem sie die Entlassung der Karikaturisten forderten.

Auch der Direktor der Universität Peter MacKinnon nahm Stellung zu den beleidigenden Karikaturen: „In der Ausgabe vom 23. Februar erklärten die Herausgeber des ‚Sheaf‘, sie würden keine kontroversen Karikaturen des Propheten Mohammed veröffentlichen. Es überrascht, dass sie keine ähnliche Einschränkung bei ihrer Entscheidung machten, die „Kapitalistischen Ferkel“ in der Ausgabe vom 2. März abzubilden.“ Die Karikatur trage nicht dazu bei, „um das Verständnis oder die Debatte zu fördern, in der sich Universitäten auszeichnen sollten.“ Er forderte „The Sheaf“ auf, sich zu entschuldigen.

Ein Lokalradio ermutigte die Studenten außerdem, sich diesbezüglich bei der Menschenrechtskommission zu beschweren. Zusätzlich wurde eine Internetseite erstellt, auf der die Beleidigten aufgerufen werden, die Inserenten der Zeitung zu kontaktieren und sie über den Boykott der Unterstützung der Zeitung zu informieren. Der Betriebsleiter der Zeitung Liam Richards versuchte eine Entschuldigung: Er meinte, das Drucken der Karikaturen sei „nicht eine Entscheidung der Herausgeber gewesen, sondern ein Fehler infolge von Missverständnissen.“

06.04.2006 - Klima und Wetter Das Wunder der Eisscholle

Forscher: Jesus ging über Eis und nicht über Wasser

Als Jesus der biblischen Geschichte nach über das Wasser des [Sees Genezareth](#) wandelte, könnte er in Wirklichkeit auf einer kleinen Eisscholle gestanden haben. Das glaubt zumindest ein Team amerikanischer Ozeanographen, das die Klimaverhältnisse rund um den im nördlichen Israel gelegenen See untersucht hat. Demnach gab es vor rund 2.000 Jahren an dem Uferbereich, in dessen Nähe Jesus gewirkt haben soll, eine

sehr seltene Kombination aus ungewöhnlichen Strömungsverhältnissen und Wetterphänomenen – und die könnte dazu geführt haben, dass sich auf dem ansonsten eisfreien See vereinzelt Eisschollen bildeten. Vom Ufer aus betrachtet wären solche Eisstücke im Wasser praktisch unsichtbar gewesen, berichten die Forscher.

Die Ursache für die ungewöhnliche Eisbildung sind nach Ansicht der Forscher die warmen, salzigen Quellen, die den westlichen und den nord-westlichen Rand des Sees Genezareth säumen. Kühlt sich das Oberflächenwasser direkt oberhalb dieser Quellen ab, verhindert das wärmere Salzwasser in der Tiefe das Absinken des kalten Wassers, das normalerweise in Binnenseen stattfindet. So bleibt die obere Wasserschicht weiterhin der kalten Luft ausgesetzt - mit der Folge, dass die Temperatur weiter abfällt.

Bei dem heutigen warmen Klima im nördlichen Israel ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich dabei über den Quellen Eis bildet, sehr gering. Das sah vor 2.000 Jahren jedoch anders aus: Im Schnitt war die Lufttemperatur in der Zeit vor 2.500 bis 1.500 Jahren um mindestens drei Grad niedriger als heute, berichten Doron Nof und seine Kollegen. Fegten zusätzlich noch kalte Luftströmungen über die Seeoberfläche, fiel die Lufttemperatur teilweise für mehrere Tage deutlich unter den Gefrierpunkt – und unter solchen Bedingungen könnten sich über den Quellen zumindest für wenige Stunden tatsächlich kleine Eisschollen gebildet haben, glauben die Wissenschaftler. Ihrer Schätzung nach gab es solche Kälteeinbrüche etwa alle 160 Jahre einmal.

Ein Mensch, der auf einem solchen schwimmenden Eisstück stand, hätte vom Ufer aus tatsächlich so gewirkt, als gehe er auf dem Wasser – besonders dann, wenn die Oberfläche der Scholle vom Regen geglättet war, schreiben die Forscher. Doch auch jemand, der einen guten Blick auf das Eisstück hatte, hätte das Phänomen nicht unbedingt erkennen müssen, eben weil es so selten war. Nof und seine Kollegen halten es daher für möglich, dass solche plötzlich auftretenden Eisschollen der eigentliche Ursprung der Geschichte von Jesu Gang über das Wasser war: Einige der salzigen Quellen liegen nämlich in der Nähe der heutigen Pilgerstadt Tabgha, einem Gebiet, in dem mehrere archäologische Hinweise auf die Anwesenheit Jesu gefunden wurden.

Doron Nof ([Staats-Universität von Florida, Tallahassee](#)) et al.: [Journal of Paleolimnology, Bd. 35, S. 417](#)
ddp/wissenschaft.de – Ilka Lehen-Beyel © wissenschaft.de, Konradin Relations GmbH 2006

Mitstreiter!

Wie im kath.net und über die Google-Suchmaschine zu lesen, plant der Musiksender "MTV" eine Ausstrahlung der Cartoon-Serie "Popetown".

Diese Serie wurde aufgrund massiver Proteste in England nicht ausgetrahlt!

In dieser Serie wird unser katholischer Glaube in den Dreck hezogen.

Wir sollten uns das nicht gefallen lassen und Protest bei dem Sender mtv einlegen.

Beiliegend findet Ihr meine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft Berlin.

Es wäre sicher von Vorteil, wenn in Berlin auch von anderen Personen Anzeigen eingingen.

Vergelt's Gott.
Initiative NIE WIEDER !
gez. Günter Annen

a.. Initiative NIE WIEDER !
b.. Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim
c.. Tel./Fax: 06201/2909929/28, E-Mail: info@babycaust.de

a.. An die
 b.. Staatsanwaltschaft Berlin
 c.. Turmstraße 91
 10559 Berlin
 d.. übermittelt Telefax: +49 (0)30 9014-3310

a.. 08.04.2006
 b.. Betreff: Strafanzeige
 c..
 d.. Wir erstatten hiermit
 e.. Strafanzeige
 f..
 g.. wegen Verspottung, Beschimpfung und Verhöhnung des kath. Glaubens,
 gemäß § 166 StGB,
 h.. gegen
 i..
 j.. 1.den Musiksender "MTV" 2. den für die
 Ausstrahlung der
 k.. Stralauer Allee 7
 Cartoonserien "Popetown"
 l.. 10245 Berlin und Verantwortlichen
 m..
 n.. und begründen dies wie folgt:
 o..
 p.. Der Musiksender "MTV" plant ab 3. Mai 2006 eine Ausstrahlung der
 Cartoon-Serie
 q.. "Popetown".
 r.. In diesen "Serien" wird der katholische Glaube aufs Übelste
 beschimpft, verspottet und
 s.. verhöhnt. Die in England für den BBC produzierte Sendereihe wurde dort
 wegen massiven
 t.. Protesten nicht ausgestrahlt.
 u..
 v.. Wir haben erst vor einigen Wochen den "Karikaturenstreit um die
 Mohammed Bilder
 w.. mit weltweiten Protesten - leider teilweise gewalttätig und sogar mit
 einigen Opfern -
 x.. miterlebt.
 y..
 z.. Nicht nur muslimische Gläubige, sondern auch katholische Christen
 dürfen erwarten, daß
 aa.. der Staat auch schon bei zu erwartenden Verstößen (ab 3.5.2006) gegen
 § 166 StGB
 ab.. frühzeitig einschreitet und das gotteslästerliche Werk aus dem
 Verkehr zieht, um eine
 ac.. Störung des öffentlichen Friedens zu verhindern und u.U. eine
 ähnliche Eskalation
 ad.. wie im Karikaturenstreit zu vermeiden.
 ae..
 af.. Bitte teilen Sie uns mit, welche Maßnahmen Sie veranlaßt haben.
 ag.. Mit freundlichen Grüßen
 ah.. Initiative NIE WIEDER !
 ai.. gez. Klaus Günter Annen

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=13331>

Deutschland: Proteststurm gegen ‚Popetown‘
 8.4.06

„Würden Sie auch ‚Mohammed-Town‘ ausstrahlen?“, fragt Birgit Kelle, Herausgeberin von VERS 1, die Verantwortlichen des Senders MTV.

Bergheim (www.kath.net)

Die Proteste gegen die Ausstrahlung der Sitcom „Popetown“ mehren sich. „Man würde Muslimen eine solche Sendung niemals zumuten“, kritisierte die deutsche Religionsphilosophin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz. [KATH.NET hat berichtet.](#)
 Nun ruft auch die christliche Monatszeitung VERS 1 ihre Leser auf, gegen die geplante Ausstrahlung der blasphemischen Cartoon-Serie „Popetown“ durch den Musiksender MTV zu protestieren. „Es ist an der Zeit, dass wir Christen in Deutschland

deutlich machen, dass wir die Verhöhnung unseres Glaubens, seiner Symbole und Repräsentanten nicht mehr hinnehmen“, sagt Birgit Kelle, Herausgeberin der Zeitung.

„Popetown“ ist eine Comicserie, die einen infantilen Papst zeigt, der mit einem Kinderspringstock durch den Vatikan hüpfte, und einen korrupten Kardinal, der Waisenkinder in die Sklaverei verkauft. Die ursprünglich für die britische BBC produzierte Serie wurde in Großbritannien nicht ausgestrahlt, nachdem Zehntausende Christen protestiert und die Achtung ihrer religiösen Gefühle gefordert hatten.

Gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Empörung um die Mohammed-Karikaturen ist es nach Auffassung der VERS 1-Macher „eine Instinkttlosigkeit erster Güte, dass ein in Deutschland ausstrahlender Sender jetzt um des PR-Effekts willen die religiösen Gefühle zahlreicher Menschen vorsätzlich verletzt“.

In einem Schreiben an MTV-Geschäftsführerin Catherine Mühlemann hatte Birgit Kelle, selbst evangelisch, bereits am 4. April gefragt: „Würden Sie auch ‚Mohammed-Town‘ ausstrahlen?“ Und weiter: „Kein Christ wird Ihnen bei Ausstrahlung die Studiofenster zertrümmern, handelt es sich doch beim Christentum um eine Religion des Friedens. Wir verdienen aber nicht weniger Respekt als andere Religionen.“

Ab kommender Woche wird es auf der Homepage <http://www.vers1.net/> ein Protest-Flugblatt zum Herunterladen geben.

Außerdem sollen ab kommende Woche Tausende „Stoppt MTV – verhindert ‚Popetown!‘“-Aufkleber bundesweit in Umlauf gebracht werden.

Kunstform oder Verhöhnung der Kirche

RNZ 11.4.06,13

Cartoon beim Musiksender MTV über einen „durchgeknallten Papst“ empört Katholiken und Politiker

Hamburg. (dpa) Gegen eine satirische Zeichentrickserie des Musiksenders MTV über einen „durchgeknallten Papst“ haben die deutschen Katholiken und die CSU scharf protestiert. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) forderte gestern alle Christen in Deutschland auf, von MTV den Verzicht auf die Serie „Popetown“ zu fordern, die am 3. Mai starten soll.

CSU-Landtagsfraktionschef Joachim Herrmann sagte in München: „Ich fordere den Sender auf, nicht auf den religiösen Gefühlen der Christen herumzutampeln und die Sendung sowie die besonders geschmacklose Werbung dazu einzustellen.“ Das ZdK und die CSU wandten sich gegen eine ganzseitige Anzeige, mit der MTV für den Cartoon wirbt und die Jesus vor dem leeren Kreuz im Fernsehsessel zeigt. Der Titel der Anzeige lautet „Lachen statt rumhängen“.

Die Anzeige sei in allen großen Programmzeitschriften erschienen, hieß es bei MTV. Der Sender erklärte, die Serie solle in keiner Weise eine Haltung von MTV Networks dem Katholizismus oder der katholischen Kirche gegenüber ausdrücken, sie sei vielmehr als Form satirischer Unterhaltung und somit als Kunstform zu verstehen.

Herrmann sagte: „Wie sollen junge Menschen lernen, andere Kulturen, andere Weltanschauungen und andere Religionen zu achten, wenn ihnen im Fernsehen Respektlosigkeit als cool vermittelt wird?“, ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer betonte: „Nur wenige Tage vor Karfreitag und dem Osterfest werden die Christen in Deutschland in empörender Weise provoziert.“ Die Serie sei eine „widerwärtige Verhöhnung der katholischen Kirche“. Schon die Werbung für die Sendung ziehe „den christlichen Glauben in größter Weise in den Schmutz“.

Unterdessen startete die christliche Mo-

natszeitung „Vers 1“ im Internet die Website „www.stoppt-popetown.de“ mit einer Kampagne gegen die Serie. Zur Begründung heißt es: „Nach den Ereignissen rund um die Mohammed-Karikaturen hatten wir gedacht, es bestehe Einigkeit darüber, dass Medien Rücksicht auf die religiösen Gefühle der Gläubigen nehmen sollten - egal ob sie Muslime, Juden, Buddhisten oder Christen sind. Aber offenbar haben wir uns geirrt.“

MTV erklärte, das im Auftrag der BBC pro-

duzierte Comedy-Format beschreibe satirisch die fiktiven Erlebnisse von Pater Nicholas im Vatikanstaat. „Popetown“ arbeite hier bei mit den für Satire üblichen Stilmitteln wie Verfremdung, Überspitzung und Parodie. Auf der MTV-Website kündigt der Sender an, in der Serie seien „ein durchgeknallter Papst und ein krimineller Kardinal“ für „ungewollt-gewollte Todesfälle“ und die Versklavung von Kindern verantwortlich.

www.zdk.de; www.mtv.de/popetown

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=13326>

07. April 2006, 12:23

Pakistan: Muslimische Extremisten verbrennen Bibel

Aus Protest gingen am 4. April 1.500 Christen auf die Straße, um gegen die Untat zu demonstrieren.

Lahore (www.kath.net / idea) In Pakistan haben muslimische Extremisten in der Öffentlichkeit eine Bibel und andere christliche Schriften verbrannt. Über 1.500 Christen gingen daraufhin am 4. April im Distrikt Multan der Provinz Punjab auf die Straße, um gegen die Untat zu demonstrieren.

Wie die pakistanische Zeitung Daily Times (Lahore) berichtet, hatten vier Männer die Bibel, christliche Kalender und andere Schriften auf einem Abfallhaufen in Brand gesteckt. Die namentlich bekannten Täter seien immer noch auf freiem Fuß.

In den vergangenen zwei Monaten sind in Pakistan fünf christliche Gemeinden attackiert worden. In dem Land, Von dessen 156 Millionen Einwohnern 96 Prozent Muslime, 2,3 Prozent Christen und etwa 1,5 Prozent Hindus sind, kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen muslimischen Extremisten und Christen.

Auslöser ist oft das vor 20 Jahren eingeführte Blasphemiegesetz. Es stellt die Beleidigung des Islam und des Propheten Mohammed unter Todesstrafe. Unter anderem wurde behauptet, Christen hätten den Koran geschändet oder verbrannt.

Muss sich das ein Christ bieten lassen?

Politiker und Katholiken der Region bewerten „Popetown“ als eine Verhöhnung des Christentums
RNZ 12.4.06,11

Von Inge Höltzcke

Rhein-Neckar. Das geht dem Vorsitzenden des neu gegründeten Arbeitskreises Christliche Werte der CDU Rhein-Neckar, Matthias Busse, eindeutig zu weit und stößt in seinen Augen wahrlich an „die Grenzen des guten Geschmacks“. Die Rede ist von dem umstrittenen Film „Popetown“ (Papststadt), den der Musiksender MTV ab 3. Mai ausstrahlen will und schon jetzt mit einer äußerst fragwürdigen Anzeige bewirbt. So auch in dem Spielmagazin „Garne Star“.

Busse, der regelmäßig sonntags in die Kirche geht und sich als gläubiger Katholik bezeichnet, (so seine Worte gestern gegenüber der RNZ), empfindet die Zeichentrickserie als „eine unverschämte Beleidigung des christlichen Glaubens“. Allein die Werbeanzeige, auf der ein lachender Jesus mit Dornenkrone, Fernsehsessel und Fernbedienung, offensichtlich gerade dem leeren Kreuz entstieg, mit dem Titel „Lachen statt abhängen“ zu sehen ist, sei jenseits des Tolerablen. „Auch ein Christ muss sich nicht alles bieten lassen, insbesondere, wenn sein Glaube mit Füßen getreten wird“, empört er sich und hat dabei gleich zahlreiche Abgeordnete auf seine Seite. So etwa auch den Europaabgeordneten Thomas Ulmer. Auch Klaus Dieter Reichardt (MdB) empfindet für die geplante Sendung als lutherischer Christ nur „Ab-scheu“.

Auch der Europaabgeordnete Daniel Caspary (CDU) hat die Werbeanzeige des Fernsehsenders MTV für dessen geplante Zeichentrickserie „Popetown“ aufs Schärfste kritisiert: „Die Veröffentlichung dieser Werbekampagne so kurz vor dem christlichen Osterfest ist der Gipfel an Geschmacklosigkeit und verletzt die religiösen Gefühle von Millionen von Christen“, erklärte Caspary, der zuvor in einem Brief an den Sender seine Empörung zum Ausdruck gebracht hatte.

Für Busse ist es nicht nachvollziehbar, warum MTV einen Film ausstrahlen will, der schon in vielen anderen Ländern auf massive Proteste gestoßen sei. „Diese Sendung gehört nicht auf den Bildschirm, sondern in den Müll“, macht er seinem Ärger Luft.

Und um was geht es in dem dubiosen Streifen: Laut Website von MTV bedingen „ein durchgeknallter Papst und eine kritischer Kardinal ungewollt-gewollte Todesfälle, die Versklavung von Kindern und weitere, äußerst seltsame Vorfälle“.

Papetown wurde bereits vor Jahren von der BBC produziert, aber **aufgrund** heftiger Proteste weder dort noch in anderen Ländern ausgestrahlt. Allein in Neuseeland ging der Film über die Bildschirme.

Busse empfindet diesen Film übrigens nicht nur als Affront gegen den Katholizismus, sondern gegen das Christentum schlechthin. Seiner Ansicht nach seien hier Katholiken und Protestanten auf den Plan gerufen und müssten sich gemeinsam gegen „Popetawn“ zur Wehr setzen. So hat etwa auch die Chefredakteurin einer christlichen Monatszeitung, Birgit Kelle, sich mit einem Protestbrief an MTV gewandt mit der sicherlich nicht ganz unberechtigten Frage „Würden Sie auch Mohammed-Town ausstrahlen?“

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel./Fax: 06201/2909929/28, E-Mail: info@babycaust.de

Der Film „The Da Vinci Code - Sakrileg“

nach dem Roman von Dan Brown

läuft ab dem 18. Mai 2006 in allen deutschen Kinos.

So jedenfalls künden es Vorschauprogramme in den Kinos und der Verleiher Sony Pictures Releasing GmbH selbst an.

In den letzten Tagen vor Ostern häufen sich die gotteslästerlichen Angriffe gegen unseren christlichen Glauben.

Vielen sind die heftigen Proteste in Deutschland gegen den Sender MTV bekannt, der bekanntlich die Cartoon-Serie „Popetown“ ab 2. Mai ausstrahlen will.

Bitte unterstützen Sie, wenn möglich, auch diese

Protest-Aktion „Stoppt Popetown“ !

Informationen hierzu finden Sie unter www.vers1.net

Auch in Österreich plante die ARGEkultur Salzburg eine gotteslästerliche Aktion am Karfreitag.

Man wollte in einer Prozession ein Kreuz mitführen, an dem eine nackte „Künstlerin“ „gekreuzigt“ ist.

Heftige Proteste aus vielen Teilen der Bevölkerung,

Strafanzeigen,

ja auch Proteste von Seiten der Bischöfe,

sorgten letztlich dafür, dass der

Veranstalter die Prozession absagte.

Ein Erfolg all derer, die sich für unseren christlichen Glauben einsetzen und eine Verhöhnung unseres Glaubens nicht akzeptieren!

Zurück zu dem Film „The Da Vinci Code - Sakrileg“:

Im Kinofilm „The Da Vinci Code - Sakrileg“ wird in Form eines spannenden

Krimis dargelegt,
daß der Glaube und die Existenz der katholischen Kirche
auf einem Schwindel basiert,
der über die Jahrhunderte streng geheim gehalten wird:

Jesus sei mit Maria Magdalena verheiratet und
ein normaler Sterblicher gewesen und
nicht Gott!

Der Autor stellt den Wahrheitsanspruch,
in dem er vorgibt, daß es sich zwar „nur um einen Roman“ handle,
daß aber alle Dokumente tatsächlich existieren und
sorgfältig recherchiert worden sei.

Schon das Buch wurde ein Erfolgsroman und der Film wird weitere Massen
in die Verirrung mitreißen.

Lassen wir es uns eine Gewissenspflicht sein,
protestieren Sie.

Das Versenden von Unterschriftenlisten oder vorgedruckte Karten wird
selten ernst genommen und geht den Weg über den Schredder in den Abfall.

Ein persönlich geschriebener Satz Brief oder
eine Postkarte

wird sehr wohl registriert und sogar mit dem Faktor 1000 multipliziert
als Meinung in der Bevölkerung.

Sie können z.B. schreiben an:

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy- Brandt- Strasse 1
10557 Berlin
Fax: 01888 / 272 - 2555
internetpost@bundeskanzlerin.de
Sony Pictures Releasing GmbH
Kemperplatz 1
10785 Berlin
Telef. 030/2575 - 5800

Fax: 030/2575 - 5809 E-Mail: info@sonypictures.de
Bundespräsidenten

Jürgen Köhler

Spreeweg 1

10557 Berlin

Fax 030/20 00 1999

poststelle@bpra.bund.de

(Auch Fax- oder eMail- Fluten können sehr wirkungsvoll sein)

Textvorschlag: (bitte individuell abändern!)

Hiermit protestiere ich gegen die Aufführung des Filmes

„The Da Vinci Code - Sakrileg“

in deutschen Kinos.

In dem Film wird der christliche Glaube verhöhnt,

die Gottheit Jesu Christi geleugnet und

die katholisch Kirche auf einem Betrug basierend dargestellt.

In anstößigen Szenen wird Gott beleidigt.

Der Film missachtet meine religiöse Überzeugung und verletzt mich.

a) Ich erwarte von christlichen Politikern, Einfluss zu nehmen und die
Aufführung des Filmes zu verhindern!

b) Ich erwarte vom dem Filmverleiher „Sony“, den Film aus dem
Verleihprogramm zu nehmen.

Bitten Sie die Verleihfirma Sony, den Film „The Da Vinci Code -
Sakrileg“ aus dem Verleihprogramm zu nehmen.

Bitten Sie die Firma Sony, keine gotteslästerliche Filme in Zukunft
aufzunehmen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihr

Klaus Günter Annen

Spendenkonto: Sparkasse Rhein-Nackar Nord Konto-Nr.: 3 858 36 38 BLZ:
670 50 505

Herausgeber, ViSdP, Vertrieb und Druck: "Initiative Nie Wieder!"

Redaktionsanschrift: Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Bibelverse im Bund

Unter Lebensgefahr praktizieren konvertierte Christen ihren Glauben in geheimen Gottesdiensten

FOCUS 16/2006,170

Die Angst steht Abdul Kahm ins Gesicht geschrieben. Seinen richtigen Namen will er nicht nennen, ein Foto lehnt er ab. Das Treffen mit ihm findet konspirativ über Umwege und Mittelsmann in einem Kabuler Wohnhaus statt. Der 50-jährige Afghane hat allen Grund, sich zu fürchten, weil er getan hat, was ihm fundamentalistische Muslime gar nicht verzeihen: Er hat sich vom Islam abgewandt und ist zum Christentum übergetreten. Wie sein Landsmann Abdul Rahman, der dafür beinahe vor drei Wochen zum Tode verurteilt worden wäre - hätte die internationale Gemeinschaft nicht bei der afghanischen Regierung interveniert. Sie ließ ihn ins Asyl nach Italien ausreisen.

Rahman und Karim sind nicht die einzigen Abtrünnigen in Afghanistan. Auf über 1000 wird die Zahl der Konvertiten geschätzt, von denen viele ihren Glauben der Lebensgefahr zum Trotz regelmäßig praktizieren. Im Geheimen, oft erfahren nicht einmal die nächsten Angehörigen davon. „Je nach Sicherheitslage kommen wir mal wöchentlich, mal monatlich zusammen“, berichtet Karim. „Wir wechseln ständig die Treffpunkte und spielen laute Musik, damit die Nachbarn nichts mitkriegen.“ 30 bis 50 Gläubige schlossen sich zu Hausgemeinschaften zusammen, mit einem Vorstand, bestehend aus einem Organisator, einem Prediger und dessen Assistent. Der Organisator arrangiere die Treffen, verwalte Adressen und Telefonnummern, der Prediger und sein Assistent seien für die Gestaltung des Gottesdienstes zuständig.

Zum Christentum kamen die meisten Afghanen in Flüchtlingslagern außerhalb des Landes, in denen christliche Hilfsorganisationen missionierten. Nicht so Karim. Als gläubiger Muslim bekämpfte er vor mehr als 20 Jahren die atheistischen sowjetischen Besatzer und büßte dafür mit mehreren Jahren Haft. „In der Zelle saß noch ein politischer Gefangener, und immer wieder unterhielten wir uns über den Koran und Jesus“, erzählt der westlich gekleidete Journalist. „Nach sechs Monaten gab sich mein Zellengenosse als Christ zu erkennen, sprach viel über Gott und schmuggelte mir nach der Entlassung in seinem Hosenbund eingenahte Bibelverse in die Zelle.“

An solchen Schmuggel war unter den fundamental-islamischen Taliban nicht zu denken. In dieser Zeit wurden Christen ermordet, Autos und Häuser christlicher Hilfsorganisationen wie Skielter Now immer wieder nach Bibeln durchsucht. Aus Angst, in den Verdacht der Missionierung zu geraten, schließen ausländische Christen noch heute Afghanen von ihren Gottesdiensten aus. Denn der Kampf um die eigentlich verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit ist noch lange nicht gewonnen. Im vorigen Jahr landete der Journalist Ali Nasab im Gefängnis, nachdem er für eine milde Interpretation der Scharia bei Apostasie plädiert hatte. Und Hardliner wie Ex-Präsident Burhanuddin Rabbani fordern nach wie vor vehement die Verurteilung des Konvertiten Rahman. „Von der Regierung Karzai haben wir konvertierten Christen uns mehr Freiheiten erhofft“, sagt Karim enttäuscht.

ANNETTE BLETFNER

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=13568>

Kontroverse in Spanien: Menschenrechte für Menschenaffen?
5.5.06

Katholische Kirche: Regierung will Affen Rechte einräumen, die sie ungeborenen Menschen versagt -Kommentator von "El Pais": "Als nächstes sollen die Menschenaffen noch Rentenansprüche und das Recht auf Bäume mit 30 Quadratmetern Wohnfläche erhalten.

Madrid (www.kath.net/idea)

Sollen Menschenaffen bestimmte Menschenrechte erhalten? Über diese Frage ist in Spanien eine heftige Kontroverse entbrannt. Die regierenden Sozialisten wollen Gorillas, Orang-Utans und Schimpansen aufgrund ihrer "Verwandtschaft" mit dem Menschen das Recht auf Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit einräumen. Das hieße zum Beispiel, daß Menschenaffen nicht mehr in Zoos gehalten und in Zirkusarenen vorgeführt werden dürfen. Außerdem dürften Labors sie nicht mehr zu Forschungszwecken benutzen. Die Sozialisten gehen damit auf Forderungen des internationalen "Projekts Menschenaffen" ein, das nach eigenen Angaben von Wissenschaftlern an 70 Universitäten unterstützt wird. "Wenn Spanien die Vorschläge annimmt, wäre es nach Neuseeland weltweit das zweite Land, das unseren Empfehlungen folgt", sagte der

Generalsekretär des Projekts in Spanien, Pedro Pozas. Scharfe Kritik an dem Vorhaben übte die katholische Kirche. "Die Regierung will den Affen Rechte einräumen, die sie ungeborenen Kindern verweigert", so der Erzbischof von Pamplona, Fernando Sebastián. Abtreibungen sind in Spanien bei Gefahr für das physische oder psychische Wohl der Frau straffrei. Auf Widerspruch stieß die Initiative der Sozialisten auch in den Medien. So spöttelte ein Kommentator in der Zeitung "El País": "Als nächstes sollen die Menschenaffen noch Rentenansprüche und das Recht auf Bäume mit 30 Quadratmetern Wohnfläche erhalten."

Philosoph: Menschen "Cousins der Schimpansen"

Dagegen verteidigte der sozialistische Abgeordnete Francisco Garrido das Vorhaben. Er bezeichnete Menschenaffen als "genetische Gefährten der Menschheit". Sie seien zwar keine Menschen, "aber sie gehören zu unserer Familie". Der Philosoph Jesús Mosterin unterstützte das Vorhaben mit den Worten: "Wir Menschen sind nicht die Kinder der Götter, sondern die Cousins der Schimpansen."

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=13825>

Bibelschmuggel nach Nordkorea

1.6.06

Südkoreanische Christen setzen ihr Leben aufs Spiel, um die Heilige Schrift nach Nordkorea zu bringen.

Seoul (www.kath.net / idea) Auf einen der gefährlichsten Missionsdienste lassen sich südkoreanische Christen ein. Sie schmuggeln Bibeln über die fast hermetisch abgeriegelte Grenze in den kommunistisch regierten Norden. Das teilte der Präsident des Welt-Bibel-Übersetzungs-Zentrums, Gary L. Bishop (Fort Worth/US-Bundesstaat Texas), dem Informationsdienst Mission Network News (Grand Rapids/US-Bundesstaat Michigan) mit.

Bei Nacht und Nebel brächten die Christen jeweils kleine Mengen Neuer Testamente über die Grenze und hofften, nicht von den Grenzsoldaten entdeckt zu werden. Noch riskanter sei die Verteilung. Die Bücher würden vergraben. Nordkoreanische Christen erhielten Hinweise, wo sie zu finden seien.

Das Missionswerk habe damit eine Kette vom Druck der Bibeln in Südkorea bis zur Verteilung unter den Untergrundchristen aufgebaut, so Bishop. Nordkorea ist das Land mit der schärfsten Christenverfolgung. Das Regime des Diktators Kim Jong-Il, der sich in einer Art Götzendienst verehren läßt, betrachte das Christentum als eine der größten Bedrohungen und wolle es deshalb ausrotten, so das Missionswerk Open Doors.

Von den 23,6 Millionen Einwohnern Nordkoreas sind offiziellen Angaben zufolge etwa 12.000 Christen. Religionsstatistiker gehen davon aus, daß sich weit über 400.000 Christen im Verborgenen treffen. Vermutlich sind bis zu 100.000 Christen in Arbeitslagern eingesperrt.

Mission verboten

Kurier der christlichen Mitte 6/2006,3

Nach Berichten algerischer Regierungssprecher konvertieren in Algerien täglich durchschnittlich 6 Muslime zum Christentum. Da die christliche Missionsarbeit als „besonders bedrohlich“ beurteilt wird, hat das Parlament beschlossen, Missionierung von Muslimen unter Strafe zu stellen.

Das Gesetz soll am 28. August 2006 in Kraft treten:

Verboten ist, missionarische Schriften herzustellen, zu lagern und zu verteilen.

Verstöße gegen das Anti-Missions-Gesetz werden mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft.

In Algerien ist der Islam Staatsreligion. Rund 99% der fast 30 Millionen Einwohner sind Muslime.

Über die Christenverfolgung durch Muslime, die von Allah im Koran befohlen ist, über die Geschichte des Islam, die nach Aussage des ehemaligen Muslims **Mark Gabriel**, Prof. für islamische Geschichte an der Al Azhar-Universität, Kairo, nur als „ein einziger blutiger Strom“ zu bezeichnen ist, über die Ermordung von Christen von der Offenbarung des Islam an bis heute berichtet das CM-Büchlein „**Allahs Krieg gegen die Christen**“, das Sie gegen Selbstkostenpende von 2 Euro bei der KURIER-Redaktion bestellen können. Sie erfahren auch, was Muslime erlebten, die sich JESUS zuwandten.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14002>

22.6.06

Muslimische Mädchen dürfen ein Kopftuch tragen, ein kleiner Silberring, der auf christliche Werte verweist, ist verboten.

West Sussex (www.kath.net / LifeSiteNews.com) Es ist nur ein kleiner Silberring, um den seit zwei Jahren ein Streit in einer britischen Privatschule entstanden ist. Christliche Schülerinnen der Millais School in West Sussex wollten einen sogenannten Keuschheitsring tragen, der darauf hinweist, dass sie bis zur Ehe enthaltsam leben wollen.

Die Schule untersagte den Mädchen dies mit der Begründung, es widerspreche dem Dresscode. Die Schuluniform ist vorgeschrieben, der einzige Schmuck, der erlaubt ist, sind kleine Ohrringe. Heather und Phil Playfoot, die Eltern eines Mädchens, das den Ring tragen will, finden, dass die Christen diskriminiert werden.

„Es gibt muslimische Mädchen in der Schule, die das Kopftuch tragen dürfen, obwohl das nicht Teil der Schuluniform ist und Sikh-Mädchen, die Armringe tragen dürfen, obwohl auch das nicht Teil der Schuluniform ist“, erklärten sie der „Daily Mail“. Sie überlegen jetzt eine Klage.

Ihr Wunsch ist, dass sich ihre 15-jährige Tochter Lydia „frei fühlt, etwas zu tragen, was sie für wichtig hält“. Lydia selbst hat den Ring wieder in die Schublade gelegt. „Ich habe wirklich Schwierigkeiten bekommen“, sagt sie. Die Mädchen wurden in der Schule bestraft und erhielten Einzelunterricht.

„Der Ring ist ein Symbol für meinen Glauben“, erklärt die 15-Jährige. „Als Christen sollten wir rein bleiben von jeder sexuellen Sünde. Wenn ich den Ring trage, ist das ein guter Weg, um das zu zeigen.“ Schulleiter Leon Nettley meinte in einer Stellungnahme, die Schule trage ohnehin ihren Teil zu einer guten Erziehung bei. Im Unterricht werde betont, dass sexuelle Aktivitäten von Minderjährigen illegal seien.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=13901>

Komoren: Christen wegen Bibelkurs inhaftiert

9.6.06

Der neue Staatspräsident kündigte den Beginn einer „grünen“ Revolution an: Er wolle auch die Scharia einführen, sollten die Wähler das wünschen.

Moroni (www.kath.net) Auf den Komoren wurden vier Männer wegen Teilnahme an christlichen Aktivitäten zu drei Monaten Haft verurteilt. Das teilte das Hilfswerk „Open Doors“ mit. Das Gerichtsurteil wurde nur wenige Tage nach der Wahl des neuen Präsidenten auf den Komoren, Ahmed Abdallah Mohamed, gefällt.

Nach Angaben von „Open Doors“ ist es seit rund einem Jahrzehnt auf dem Inselstaat im Indischen Ozean nicht mehr zu solchen Fällen von Christenverfolgung gekommen. Die vier Männer wurden während eines Bibelkurses verhaftet. Die Polizei unterbrach die Versammlung, führte die Christen ab und notierte die Namen aller Anwesenden.

Während der Untersuchungshaft wurden zwei der Männer geschlagen, entkleidet und in eine Zisterne geworfen, wo sie zwei Nächte verbringen mussten. Die Polizei versuchte sie durch psychischen und physischen Druck dazu zu bringen, ihren Glauben zu verleugnen. Radikale Muslime verlangten bei der Gerichtsverhandlung lauthals die Todesstrafe für die Christen. Am Tag der Verhandlung, gab der neue Staatspräsident die Zusammenstellung einer neuen Regierung bekannt. In seiner Rede sagte er, dies sei „der Beginn einer grünen Revolution“ und nahm Bezug auf die Farbe der islamischen Flagge. Er wolle sich in seiner Regierungszeit auf wirtschaftliche Reformen konzentrieren, sei aber auf Wunsch der Wähler auch bereit, die Scharia, das islamische Gesetz, durchzusetzen. Die Mehrheit der Bevölkerung auf den Komoren ist muslimisch.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14011>

Pakistans Bischöfe: Das Blasphemiegesetz tötet, die Regierung schweigt

23.6.06

Die bischöfliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden fordert, dass die Regierung nicht weiter tatenlos zusieht sondern für Gerechtigkeit sorgt.

Lahore (www.kath.net) Mit deutlichen Worten setzen sich die pakistanischen Bischöfe gegen den umstrittenen Blasphemie-Paragraphen zu Wehr. Von einer „wachsenden Intoleranz, die von diesem Gesetz ausgeht“ ist in einem Dokument zu lesen, das von der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der pakistanischen Bischofskonferenz veröffentlicht wurde, wie AsiaNews meldete.

Beleidigungen des Propheten Mohammed werden bis hin zur Todesstrafe geahndet. Menschenrechtler werden nicht müde, darauf aufmerksam zu machen, dass der Paragraph nicht der Religionsfreiheit entspricht, häufig dafür verwendet wird, um persönliche Feindschaften auszutragen und ein Werkzeug der „Einschüchterung“ ist.

Die Bischöfe äußerten sich „tief besorgt“ über die Verhältnisse. Auch der Fall von Mohammad Sadiq wird von der Kommission angeführt. Er wurde kürzlich ermordet, während er versuchte, einem Opfer des Blasphemiegesetzes zu helfen. Dieser und ähnliche Fälle zeigten „den alarmierenden Unsicherheitszustand, in dem die pakistanischen Bürger leben und der vom Missbrauch der Religion her kommt“, schreiben P. Emmanuel Yousaf und Peter Jacob von der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden.

Sie fordern, dass die Regierung nicht weiter tatenlos zusieht sondern für Gerechtigkeit sorgt. Das Gesetz trat 1996 in Kraft. Seither wurde eine Reihe von Christen getötet, weil man ihnen vorwarf, den Islam oder den Propheten Mohammed beleidigt

zu haben. Von den insgesamt 156 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime. Der Anteil der Christen liegt bei 2,5 Prozent (rund 1,2 Millionen Katholiken), der Anteil der Hindus liegt bei 1,5 Prozent.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14025>

Nordvietnam: Polizei geht brutal gegen Christen vor

25.6.06

Gesellschaft für Menschenrechte mahnt Achtung der Religionsfreiheit an.

Frankfurt / Main (www.kath.net/idea)

Mitglieder einer evangelischen Gemeinde sind in der nordvietnamesischen Provinz Thanh Hoa innerhalb weniger Tage zweimal verhaftet und von der Polizei schwer mißhandelt worden. Private Treffen zur Ausübung ihres Glaubens sollen damit unterbunden werden, wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main mitteilte. Die Organisation appellierte an Vietnam, die Religionsfreiheit zu achten. Die EU-Vertretung in Hanoi solle sich dafür einsetzen, daß die Christenverfolgung in Vietnam aufhöre.

Polizisten beschimpfen Christinnen als „Tiere“

Am 4. Juni hatten sich vier Frauen im Dorf Thieu Vien zur Bibelstunde in der pfingstkirchlichen Gemeinde „Full Gospel Church“ (Kirche des vollen Evangeliums) getroffen. Die Polizei nahm sie unter dem Vorwurf fest, sie seien „professionelle Verbreiter von Aberglauben“. Das Treffen sei verboten, denn der evangelische Glaube existiere in dem Dorf nicht. Sie wurden brutal zusammengeschlagen.

Nguyen Thi Nhan erlitt schwere Verletzungen im Gesicht und am ganzen Körper. Sie ist nun auf einem Ohr taub. Mehrere Tage war es ihr unmöglich zu essen. Polizisten bezeichneten die Frauen als „Tiere“, die „aus Dummheit dem evangelischen Glauben gefolgt“ seien. Ihre Fahrräder wurden beschlagnahmt.

Evangelist wurde blutig geschlagen

Zwei Männer und drei Frauen wurden am 18. Juni bei einem Treffen in einem Privathaus im selben Dorf festgenommen. Polizeichef Nguyen Manh Hoe schlug im Polizeirevier persönlich auf die Männer ein. Sie sollten schriftlich erklären, daß sie sich nicht mehr privat treffen. Der Evangelist Nguyen Trung Ton wurde am Abend mit blutverschmierter Kleidung entlassen. Die Bibelgruppe war 1999 gegründet worden. Bis April dieses Jahres konnten sich die Mitglieder ungestört treffen. Seit November 2004 wurden die Treffen aber offenbar von der Polizei überwacht. Damals war eine neue Verordnung über Glauben und Religion in Kraft getreten. Seit kurzem werden die Versammlungen gestört und aufgelöst und Teilnehmer in Polizeigewahrsam genommen. Der Gruppe wurde verboten, Ostern zusammen zu feiern. Sie beantragte darauf, daß ihre Aktivitäten nach den gesetzlichen Vorschriften anerkannt werden. Dies wurde aber abgelehnt.

Pakistan: Vier Vergewaltiger einer Christin hingerichtet

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14114>

5.7.06

Die Gefangenen wurden am Morgen des 29. Juni gehängt - Christinnen wurden in Pakistan wiederholt Opfer von Vergewaltigungen - Die Täter werden in der Regel nicht bestraft.

Faisalabad

(www.kath.net/idea)

In Pakistan sind vier Männer hingerichtet worden, die 1999 eine Christin vergewaltigt hatten. Nach Angaben der Justizbehörden in Faisalabad wurden die Gefangenen am Morgen des 29. Juni gehängt. Zuvor hatte Präsident Pervez Musharraf ein Gnadengesuch abgelehnt. Christinnen wurden in Pakistan wiederholt Opfer von Vergewaltigungen. Die Täter werden in der Regel nicht bestraft. Die Menschenrechtskommission des Landes meldete allein im vergangenen Jahr 207 Fälle von Gruppenvergewaltigungen. Von den 156 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, 2,3 Prozent Christen und 1,5 Prozent Hindus.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14025>

Nordvietnam: Polizei geht brutal gegen Christen vor

25.6.06

Gesellschaft für Menschenrechte mahnt Achtung der Religionsfreiheit an.

Frankfurt / Main (www.kath.net/idea)

Mitglieder einer evangelischen Gemeinde sind in der nordvietnamesischen Provinz Thanh Hoa innerhalb weniger Tage zweimal verhaftet und von der Polizei schwer mißhandelt worden. Private Treffen zur Ausübung ihres Glaubens sollen damit unterbunden werden, wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main mitteilte. Die Organisation appellierte an Vietnam, die Religionsfreiheit zu achten. Die EU-Vertretung in Hanoi solle sich dafür einsetzen, daß die Christenverfolgung in Vietnam aufhöre.

Polizisten beschimpfen Christinnen als „Tiere“

Am 4. Juni hatten sich vier Frauen im Dorf Thieu Vien zur Bibelstunde in der pfingstkirchlichen Gemeinde „Full Gospel Church“ (Kirche des vollen Evangeliums) getroffen. Die Polizei nahm sie unter dem Vorwurf fest, sie seien „professionelle Verbreiter von Aberglauben“. Das Treffen sei verboten, denn der evangelische Glaube existiere in dem Dorf nicht. Sie wurden brutal zusammengeschlagen.

Nguyen Thi Nhan erlitt schwere Verletzungen im Gesicht und am ganzen Körper. Sie ist nun auf einem Ohr taub. Mehrere Tage war es ihr unmöglich zu essen. Polizisten bezeichneten die Frauen als „Tiere“, die „aus Dummheit dem evangelischen Glauben gefolgt“ seien. Ihre Fahrräder wurden beschlagnahmt.

Evangelist wurde blutig geschlagen

Zwei Männer und drei Frauen wurden am 18. Juni bei einem Treffen in einem Privathaus im selben Dorf festgenommen. Polizeichef Nguyen Manh Hoe schlug im Polizeirevier persönlich auf die Männer ein. Sie sollten schriftlich erklären, daß sie sich nicht mehr privat treffen. Der Evangelist Nguyen Trung Ton wurde am Abend mit blutverschmierter Kleidung entlassen. Die Bibelgruppe war 1999 gegründet worden. Bis April dieses Jahres konnten sich die Mitglieder ungestört treffen. Seit November 2004 wurden die Treffen aber offenbar von der Polizei überwacht. Damals war eine neue Verordnung über Glauben und Religion in Kraft getreten. Seit kurzem werden die Versammlungen gestört und aufgelöst und Teilnehmer in Polizeigewahrsam genommen. Der Gruppe wurde verboten, Ostern zusammen zu feiern. Sie beantragte darauf, daß ihre Aktivitäten nach den gesetzlichen Vorschriften anerkannt werden. Dies wurde aber abgelehnt.

Fakt oder Fiktion ?

„Sakrileg“ aus der Sicht eines Althistorikers

Dan Brown teilt in seinem Thriller „Sakrileg“ die handelnden Personen ebenso wie die historischen Persönlichkeiten in gut und böse ein. Während Jesus und Maria Magdalena positiv gezeichnet sind, erscheint Kaiser Konstantin im Zusammenhang mit der Geschichte des frühen Christentums als der Bösewicht. Über Konstantin, Jesus und Maria Magdalena stellt er folgende Behauptungen auf (S.317 ff.):

- I. Konstantin war kein Christ**, sondern wurde erst kurz vor seinem Tod gegen seinen Willen getauft.
- II. Er machte das Christentum ausschließlich aus Gründen der politischen Machterhaltung zur Staatsreligion**, denn er ging davon aus, dass es sich in Kürze als stärkste Religion seines Reiches gegen heidnische Religionen durchsetzen werde.
- III. Er ließ Tausende Handschriften und an die achtzig unverfälschte, alte Evangelien vernichten, die den ursprünglichen Jesus, einen sterblichen Menschen, zeigten.**
- IV. Er ließ nur die Evangelien als „kanonisch“ zu, die Jesus als Gott darstellten.**
- V. Das Neue Testament in seiner heutigen Form geht zurück auf Kaiser Konstantin.**
- VI. Beim „Heiligen Gral“ handelt es sich nicht um den Abendmahlskelch von Jesus (eine Legende, die erstmals im 12. Jahrhundert auftauchte), sondern um das Geheimnis, dass Jesus und Maria Magdalena verheiratet waren und ein Kind hatten** und dass heute noch direkte Nachkommen von Jesus in Frankreich leben.

Dazu einige kurze Gegenargumente. Literaturhinweise zur Vertiefung finden Sie am Schluss.

Konstantin (der Große) wurde zwischen 270 und 288 geboren. Nach dem Tod seines Vaters, des Kaisers Constantius Chlorus, wurde er 306 in York von Soldaten zum Kaiser über einen Teil des weströmischen Reiches ausgerufen. Am 28.10.312 besiegte er Maxentius, seinen kaiserlichen Konkurrenten im weströmischen Reich, der in Rom residierte.

Zu I. Nach seinem Sieg über Maxentius verstand sich Konstantin bis zu seinem Tod (337) offensichtlich als Christ. Indizien dafür sind:

1. Am Tag nach der erfolgreichen Schlacht ging er nicht wie alle seine Vorgänger zum Capitol, um dem höchsten römischen Gott Jupiter zu opfern. Das wurde ihm als Abwendung vom heidnischen Glauben ausgelegt.
2. Noch im gleichen Jahr begann er mit dem Bau einer Kirche.
3. Von diesem Zeitpunkt an sind zahlreiche Briefe Konstantins sowohl an Christen als auch an Nichtchristen erhalten, in denen er sich zum Christentum bekennt.
4. Im Jahre 313 wurde im „Mailänder Toleranzedikt“ zwischen Konstantin und Licinius, dem Kaiser des oströmischen Reiches, das Christentum erstmals als „erlaubte Religion“ definiert.
5. Er ließ Münzen prägen, auf denen die griechischen Anfangsbuchstaben für „Christos“ (X und P) zu sehen sind. Nach eigener Aussage hatte Konstantin vor der Schlacht gegen Maxentius einen Traum, in dem ihm Christus mit den Worten erschienen war: „In diesem Zeichen wirst Du siegen“. Als Zeichen sah er das X und das P.
6. Konstantin ließ sich zwar tatsächlich erst kurz vor seinem Tod taufen, doch das entsprach der damaligen Sitte vieler Christen. Ursprünglich hatte er sogar den Wunsch, sich – wie Jesus – im Jordan taufen zu lassen und schob auch aus diesem Grund seine Taufe hinaus.

Zu II. Das Christentum wurde nicht unter Konstantin, sondern erst unter Theodosius im Jahre 380 Staatsreligion im römischen Reich.

Gerade auf Grund der politischen Verhältnisse und sozialen Strukturen ist es unwahrscheinlich, dass Konstantin Christ wurde, um seine Macht zu festigen:

1. Im Jahre 312 waren nach schweren Christenverfolgungen nur etwa 10% der Bevölkerung Christen, die meisten in der Osthälfte. Es gab damals so gut wie keine Christen im Senat, in der Verwaltung und im Heer. Zum Machterhalt aber war der Kaiser gerade auf diese drei „Säulen“ angewiesen.
2. Konstantin hat sich zwar zum christlichen Glauben bekannt, aber heidnischen Glauben nicht verboten. In seiner Regierungszeit sind weiterhin viele Schlüsselstellungen mit Heiden besetzt worden.
3. Erst Theodosius machte 43 Jahre nach Konstantins Tod das Christentum zur Staatsreligion und verbot alle heidnischen Religionen.

Zu III. Das ursprüngliche Bild von Jesus findet sich in den Evangelien des Neuen Testaments, weil sie die ältesten sind und auf Augenzeugenberichte zurückgehen

Im Roman werden drei „unverfälschte, alte Evangelien“ erwähnt: Die gnostischen Evangelien von Thomas, Philippus und Maria Magdalena (bei denen niemand davon ausgeht, dass der Name jeweils mit dem Verfasser identisch ist). Bei den gnostischen Evangelien handelt es sich nicht um Evangelien im herkömmlichen Sinn. Sie enthalten Spruchweisheiten, geheime Lehren von Jesus („Dies sind die geheimen Worte, die Jesus, der Lebendige, sprach und die Dydimus Judas Thomas niedergeschrieben hat“, Beginn des Thomasevangeliums) oder Dialoge, die „Erkenntnis“ („Gnosis“) zur Erlösung vermitteln sollen. Sie enthalten weder einen historischen Bericht über die Passion von Jesus noch über seine Auferstehung. In den gnostischen Evangelien wird gerade nicht ein menschlicher, sondern nur ein vergöttlichter Jesus gezeigt. Sehr menschlich begegnet Jesus uns dagegen in den neutestamentlichen Evangelien. Die gnostischen Evangelien sind auch nicht feministisch („Jesus war sozusagen der erste Feminist“, S. 340), sondern im Gegensatz zu den Evangelien im Neuen Testament eher frauenfeindlich. („Simon Petrus sprach zu ihnen: ‚Maria soll von uns weggehen, denn die Frauen sind des Lebens nicht wert.‘ Jesus sprach: ‚Siehe, ich werde sie ziehen, auf dass ich sie männlich mache, damit auch sie ein lebendiger, euch gleichender, männlicher Geist werde. Jede Frau, die sich männlich macht, wird eingehen in das Königreich des Himmels.“, Fragment 114 des Thomasevangeliums).

Die gnostischen Evangelien könnten sich auch deshalb nicht im Neuen Testament befinden, weil sie zur Zeit des Kanonisierungsprozesses in den Gemeinden wohl noch nicht geschrieben waren.

Sie sind übrigens auch nicht geheim, sondern können in jeder Buchhandlung gekauft werden

Zu IV. Jesus wurde nicht göttlich per Abstimmung auf dem Konzil von Nizäa

Beim Konzil von Nizäa ging es nicht darum, *ob* Jesus Gott ist, sondern *wie* seine Göttlichkeit zu verstehen ist. War Jesus „wesensgleich“/„wesenseins“ mit Gott oder nur „wesensähnlich“? Die Entscheidung in Nizäa

fiel eindeutig für „wesenseins“ aus (bei ca. 300 Bischöfen gab es nur zwei Gegenstimmen). Damit folgten die Bischöfe dem Zeugnis des Neuen Testamentes - sowohl der Evangelien als auch der Briefe - von der Gottgleichheit von Jesus. Alle vier Evangelien aus dem ersten Jahrhundert betonen, dass Jesus angeklagt wurde, „weil er sich Gott gleich setzte“. Selbst der heidnische Statthalter Plinius schreibt im Jahre 112, dass die Christen „Jesus als Gott verehren“.

Zu V. Der Kanon der vier Evangelien stand (spätestens) schon um 160 fest.

Über den Kanon des Neuen Testamentes wurde in Nizäa weder gestritten noch entschieden. Konstantin konnte auch keinen Einfluss mehr nehmen, weil zu diesem Zeitpunkt (325) der Kanonisierungsprozess bereits so gut wie abgeschlossen war:

1. Im Kanon Muratori, der etwa ab 160 abgefasst wurde, werden bereits 22 von den 27 Schriften des Neuen Testamentes als kanonisch („Richtschnur“) bezeichnet. In der Aufzählung fehlen der Hebräer-, der Jakobus-, ein Johannesbrief und die beiden Petrusbriefe. Neben den vier Evangelien von Matthäus, Markus, Lukas und Johannes wird kein anderes Evangelium als kanonisch aufgelistet. Das bedeutet: Der Kanon der Evangelien stand schon (spätestens) Mitte des 2. Jahrhunderts fest.

2. Zwischen 160 und 170 verfasst Tatian aus Syrien ein Werk, das die Ereignisse der Evangelien zu einem einheitlichen, widerspruchsfreien Bericht verarbeitet. Er benutzte dazu ausschließlich die vier Evangelien, die wir heute im Neuen Testament finden.

3. Im Jahre 180 begründet Irenäus, der Bischof von Lyon, dass es vier Evangelien gibt: Matthäus, Markus, Lukas und Johannes. Für ihn war der Kanon mit diesen vier Evangelien definitiv abgeschlossen.

Kriterien, die zur Kanonisierung führten, werden im Kanon Muratori genannt:

a. Die Texte müssen möglichst alt, d.h. möglichst nahe an den Ereignissen um Jesus entstanden sein. Nach altkirchlicher Überlieferung wurden zwei Evangelien von Jüngern von Jesus geschrieben - Matthäus und Johannes -, eines von Markus, dem Begleiter des Petrus, und eines von Lukas, dem Begleiter des Paulus.

b. Die kanonischen Texte des Neuen Testamentes müssen in den Gemeinden bereits als vertrauenswürdig anerkannt sein. Der Kanon wurde also nicht durch eine Person oder ein Konzil festgelegt, sondern durch den Gebrauch innerhalb der Gemeinden als glaubwürdig festgestellt.

c. Außerdem muss die Lehre der Evangelien mit der Lehre der Apostel übereinstimmen.

Wenn man etwas historisch Zuverlässiges über Jesus und die ersten Jünger herausfinden will, muss man die Evangelien lesen, die sich im Neuen Testament befinden. Denn diese Texte sind die ältesten und damit auch näher an den Ereignissen als etwa die Texte von Flavius Josephus (93) und Tacitus (110) über Jesus.

Die Evangelien wurden in der Form wie wir sie heute vorfinden nach Meinung der meisten Forscher zwischen 65 und 95 geschrieben. Manche gehen sogar von einer Abfassungszeit zwischen 40 und 65 aus. Die meisten Briefe wurden in den 50er und 60er Jahren verfasst.

Die Textüberlieferung des Neuen Testaments ist übrigens außergewöhnlich gut. Es gibt einen Text aus dem 18. Kapitel des Johannesevangeliums aus der ersten Hälfte, andere Texte von Briefen und das vollständige Johannesevangelium aus der 2. Hälfte des 2. Jahrhunderts. Das Neue Testament liegt komplett vor in Kopien aus dem 4. Jahrhundert. Zum Vergleich: Das Werk von Tacitus liegt nur in Kopien aus dem 9. und 11. Jahrhundert vor; Platons Werk gibt es sogar nur in Kopien, die 1300 Jahre jünger sind als das Original.

Zu VI. Es gibt keinen Text aus der Antike, der einen Hinweis auf eine Ehe von Jesus mit Maria Magdalena enthält.

Für eine Ehe zwischen Jesus und Maria Magdalena werden im Roman zwei Gründe genannt:

1. Damals waren alle jüdischen Männer verheiratet. Es steht nirgendwo im Neuen Testament, dass Jesus nicht verheiratet war. Also war er verheiratet.

Da der erste Satz nicht stimmt, ist die Schlussfolgerung hinfällig. Damals waren die Essener unverheiratet; auch Johannes der Täufer und Paulus waren ehelos. Im 1. Korintherbrief, Kapitel 9, schreibt Paulus: „Haben wir etwa kein Recht zu heiraten, wie die übrigen Apostel, die Brüder des Herrn und Kephas?“ Wäre Jesus verheiratet gewesen, hätte er in dieser Aufzählung nicht gefehlt.

2. Im Philippusevangelium (entstanden zwischen dem 2. und dem 4. Jahrhundert) heißt es: „Und die Gefährtin des Erlösers war Maria Magdalena. Christus liebte sie mehr als seine Jünger und küsste sie oft auf den [Mund]. „Mund“ wurde von den Forschern eingefügt, weil der Text an dieser Stelle nicht mehr lesbar war.

Teabing sagt nun: Wer des Aramäischen mächtig ist, weiß, dass „Gefährtin“ mit „Ehefrau“ übersetzt werden muss. Wer des Aramäischen mächtig ist, weiß allerdings gar nichts, denn der Text ist koptisch. Die Übersetzung von „koinonos“ mit Ehefrau anstelle von Gefährtin wäre sehr ungewöhnlich (es müsste dann eigentlich „gyne“ stehen) und wird auch von Gnosisexperten nicht vorgenommen. Auch bei der Formulierung „küsste sie auf den Mund“ sehen Gnosisexperten keinen erotischen Hinweis: In der Gnosis wurde Erkenntnis durch Küssen weitergegeben. So auch an einer anderen Stelle im Philippusevangelium. (Kap.58f.)

Es gibt keinen Text aus der Antike, der einen Hinweis auf eine Ehe zwischen Jesus und Maria Magdalena enthält. Nicht einmal die erstmals im 9. Jahrhundert aufgetauchte Legende, dass Maria Magdalena nach der Kreuzigung von Jesus nach Frankreich floh, schreibt etwas davon. Der Gedanke einer solchen Ehe taucht erst in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts auf (1970?).

Fakt der Fiktion?

Der Roman „Sakrileg“ enthält fast nur Fiktion. Das ist nicht verwunderlich, denn es handelt sich ja um einen Thriller. Irritiert haben mag manchen Leser der Satz auf Seite 9: „Alle Dokumente sind wirklichkeits- bzw. wahrheitsgetreu wiedergegeben.“ Doch diese Aussage muss man wohl ebenfalls als Teil der Fiktion verstehen. Auch Baron von Münchhausen hat immer wieder betont: „Alles, was ich jetzt erzähle, ist wahr.“ Die meisten seiner Aussagen verdankt Dan Brown dem Buch „Der Heilige Gral und seine Erben“. Er hat die beiden Hauptautoren im Namen des Bösewichts Sir Leigh Teabing verewigt: Leigh ist der Nachname von Richard Leigh, Teabing ein Anagramm von Michael Baigent.

Das Buch „Der Heilige Gral und seine Erben“ beruht nach eigener Aussage in weiten Teilen auf den „Geheimen Dokumenten“ der Prieuré de Sion. Auf diese Dokumente und die Prieuré de Sion“ verweist auch Dan Brown als erstes in seinem Vorwort. Die Prieuré de Sion wurde aber nicht - wie von ihm behauptet - im 11. Jahrhundert gegründet, sondern 1956 als e.V. in Paris registriert. Die geheimen Dokumente gehen ebenfalls nicht auf das 11. Jahrhundert zurück, sondern wurden in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts verfasst. Sie sind so echt wie „Hitlers Tagebücher“, wie der „Stern“ sachkundig schrieb. Dass es sich um Fälschungen handelt, haben die Urheber inzwischen mehrfach (auch vor Gericht) zugegeben.

„Was gibt es Schöneres als Verschwörungstheorien?“ fragt Dan Brown. Schöner ist manchmal die Wahrheit, z.B. die Wahrheit über Jesus von Nazareth wie wir sie in den Texten der Augenzeugen aus dem 1. Jahrhundert finden. Auch in diesen Texten gibt es manchmal schwer Verständliches. Aber eine Aussage von Mark Twain hilft da weiter: „Nicht das an der Bibel beunruhigt mich, was ich nicht verstehe, sondern das, was ich verstehe.“ Insofern ist allen Lesern des Neuen Testaments eine anregende Beunruhigung zu wünschen.

Dr. Jürgen Spieß

Literatur:

Zum Kaiser Konstantin, seine Hinwendung zum Christentum und dem Konzil von Nizäa:

Hartwin Brandt, Konstantin der Große – der erste christliche Kaiser, München 2006

Klaus M. Girardet, Die konstantinische Wende – Voraussetzungen und geistige Grundlagen der Religionspolitik Konstantins des Großen, Darmstadt, 2006

Zur Kanonisierung des Neuen Testaments und zum Verhältnis der kanonischen zu den gnostischen Evangelien:

Bruce Metzger, Der Kanon des Neuen Testaments, Düsseldorf, 1993.

Darrell L. Bock, Die Sakrileg Verschwörung – Fakten und Hintergründe zum Roman von Dan Brown (Vorwort von Rainer Riesner), Gießen 2006.

"Ein schrecklicher Rückfall"

Hollywoodstar Mel Gibson betrunken am Steuer - bei der Festnahme soll er sich antisemitisch geäußert haben

Von Uwe Schmitt

DIE WELT 31.7.06

Washington - "Ich habe mich bei meiner Festnahme verhalten wie jemand, der völlig außer Kontrolle ist, und habe Dinge gesagt, die ich nicht für wahr halte und die verachtenswert sind . . . Ich habe Schande über mich und meine Familie gebracht, und das bedaure ich sehr." Mit einem Geständnis, das an Zerknirschtheit seinesgleichen in Hollywoods Annalen nicht finden dürfte, hat der Schauspieler und Regisseur Mel Gibson (50) am Samstag versucht, den Imageschaden durch Berichte von seiner Festnahme wegen Trunkenheit am Steuer zu begrenzen. Nach Darstellung des Webdienstes TMZ, der einen handgeschriebenen Polizeibericht ins Netz stellte, stieß Gibson Drohungen gegen Polizisten aus und erging sich in antisemitischen Verwünschungen. Wiederholt verfluchte er angeblich "f+++ing jews" und fragte einen Polizisten, ob er Jude sei. "Die Juden sind verantwortlich für alle Kriege dieser Welt", soll der trunkene, vor Wut rasende Filmstar gebrüllt haben. Auch die "Washington Post" berichtet unter Berufung auf Polizisten, daß sich Gibson antisemitisch geäußert haben soll.

Gibson war in der Nacht zum Freitag auf dem Küstenhighway in Malibu gestoppt worden, als er mit mehr als 140 Kilometern in der Stunde doppelt so schnell fuhr wie erlaubt und bei einem Alkoholtest deutlich über der in Kalifornien zulässigen Grenze von 0,8 Promille lag. Er habe sein "ganzes erwachsenes Leben mit der Alkoholkrankheit gekämpft" und nun einen "schrecklichen Rückfall erlitten", den er tief bedaure und für den er sich entschuldige. Er habe "notwendige Schritte eingeleitet, um wieder gesund zu werden", ließ Mel Gibson mitteilen. Die Polizisten hätten ihre Arbeit getan, ihn vor sich selbst geschützt und verhindert, daß andere Personen verletzt wurden. Er entschuldige sich aufrichtig. Gegen eine Kaution von 5000 Dollar war Mel Gibson nach einigen Stunden der üblichen erkennungsdienstlichen Behandlung freigelassen worden. Das Polizeifoto, ein begehrtes Sammlerstück, wurde nicht herausgegeben.

Das Büro des Sheriffs bestritt, den Bericht geschönt zu haben. Dafür spricht, daß in der Darstellung Gibsons sexistische Beleidigung einer Polizistin ("Was starren Sie mich so an, sugar tits") im Mad-Max-Jargon nicht fehlt.

Zu einem ernsten Schadensfall könnte die Randalie Gibsons durch die im Bericht des Polizisten James Mee dokumentierten antisemitischen Ausfälle werden. Denn der australische "Oscar"-Preisträger ("Braveheart"), Mitglied einer extrem konservativen katholischen Sekte, hatte mit seinem selbstfinanzierten Kreuzigungsfilm "The Passion of the Christ" (2004) nicht nur beispiellose Sensation gemacht durch mehr als 600 Millionen Dollar Einnahmen weltweit. Er verursachte auch einen Skandal, indem er durch seine blutrünstige Darstellung eines jüdischen Mobs und ihrer feigen Führer mit der uralten antisemitischen Mär der "Christus-Mörder" zu zündeln schien.

Der Regisseur goß nicht gerade Öl auf stürmisches Wasser, als er sich weigerte, sich von Äußerungen seines Vaters Hutton zu distanzieren, die den Holocaust als "überwiegend" Fiktion leugneten. Prominente Juden, auch Christen zeigten sich entsetzt über den Film und seinen Schöpfer. Jüdische Produzenten in Hollywood schworen, mit Mel Gibson nie mehr arbeiten zu wollen. Mancher versteht eine TV-Mini-Serie über die Memoiren des holländischen Holocaust-Opfers Flory Van Beek, von Gibsons Firma Con Artists für ABC produziert und demnächst zu sehen, als stilles Friedensangebot. Seine jüngste Regiearbeit, "Apocalypto", ein Film über den Niedergang der Maya-Kultur nach der spanischen Unterwerfung, soll Anfang Dezember in die Kinos kommen. Gibson hatte sich am rechten Rand der republikanischen Partei, in der man ihm seit

"Passion" höchst wohlgesonnen war, Feinde gemacht, als er den Kult von Menschenopfern der Maya mit den Aktionen der Bush-Regierung verglich.

"Hass ist gegen meinen Glauben"

Mel Gibson entschuldigt sich für antisemitische Sprüche. Ein Fernsehsender will ihm jedoch vorerst nicht verzeihen.

Von Andrew Glazer

DIE WELT 2.8.06

Los Angeles - Los Angeles - Hollywood-Star Mel Gibson hat am Dienstag um Vergebung für seine antisemitischen Äußerungen gebeten. "Hass jeder Art ist gegen meinen Glauben", erklärte der Schauspieler in einer Stellungnahme. "Es gibt keine Entschuldigung und sollte auch keine Toleranz für jemanden geben, der antisemitische Bemerkungen macht." Gibson versicherte: "Ich bin kein Antisemit. Ich bin kein Eiferer." Er war Ende vergangener Woche betrunken am Steuer seines Wagens erwischt worden und hatte bei seiner Festnahme Juden beleidigt.

"Ich bitte nicht nur um Vergebung", erklärte der Schauspieler in einer Stellungnahme. "Ich möchte einen Schritt weiter gehen und mich mit den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde treffen, mit denen ich dann direkt über einen angemessenen Weg zur Heilung sprechen kann." Der US-Sender ABC stoppte unterdessen eine geplante Zusammenarbeit mit Gibsons Produktionsfirma Icon für eine Holocaust-Serie.

Anklageerhebung am 28. September

Nach Informationen der Entertainment-Webseite TMZ.com sagte Gibson bei dem Zwischenfall auf dem Pacific Coast Highway am Freitag zu einem Polizisten: "Die Juden sind für alle Kriege in der Welt verantwortlich. Sind Sie ein Jude?"

Die Bezirksstaatsanwaltschaft bestätigte, dass sie den Fall erhalten habe und prüfe. Die Anklageerhebung sei vorläufig für den 28. September angesetzt worden. Der Polizist James Mee sagte der Nachrichtenagentur AP, es tue ihm leid, dass er mit der Festnahme dem Ruf Gibsons geschadet habe. Doch hoffe er, dass der Schauspieler künftig nachdenke, bevor er sich angetrunken ans Steuer setze.

Gibson hat nicht nur Freunde und Kollegen verraten

Besonders kritisch wertete die Fachzeitschrift "Variety" das Verhalten des Hollywood-Superstars. Dessen Sturz werde schwindelerregend sein, schrieb der Produzent Peter Bart in einem Leitartikel. "Die Kritik wird ihn töten, ein Teil des Publikums wird auf seine Arbeit herabschauen. Seine Glaubwürdigkeit als Regisseur ist schwer beschädigt." Durch seine Tiraden habe Gibson nicht nur seine Freunde und Kollegen, sondern auch sich selbst verraten. Image-Berater Peter Montoya spricht von einem "schrecklichen Schlag" für Gibsons Ansehen. Er glaube jedoch nicht, dass das Ganze außer Kontrolle geraten werde. Immerhin habe Gibson eine eiserne Regel beherzigt und sich schnell entschuldigt. "In Amerika kann das Publikum sehr viel verzeihen, wenn Du Verantwortung übernimmst und Dich entschuldigst", sagte Montoya.

Eine jüdische Organisation rief die Filmindustrie zu einem Boykott Gibsons auf. Der nationale Direktor der Liga gegen Verleumdung, Michael Foxman, sagte, in einer Zeit eskalierender Spannungen in der Welt dürfe Gibson "mit derart aufrührerischen Äußerungen" nicht so davonkommen. "Menschen in der Unterhaltungsindustrie, ob Juden oder nicht, müssen verstehen, was auf dem Spiel steht, ihn professionell meiden und sich weigern, mit ihm zusammenzuarbeiten - selbst wenn es ihnen am Ende selbst ein Opfer abverlangt", sagte er.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14743>

Schweiz: „Pro Ecclesia“ kritisiert Papst-Verleumder
25.9.06

Rechtliche Schritte gegen den Schriftsteller Dieter Meier will die katholische Volksbewegung „Pro Ecclesia“ prüfen. Baden (www.kath.net, sb)

Pro Ecclesia Schweiz verurteilt aufs Schärfste die Verunglimpfungen von Dieter Meier in seinem Buch „Hermes Baby“ und in einem Interview mit der Tageszeitung „20 Minuten“ am 6. September. Darin bezeichnete der Schriftsteller Papst Benedikt XVI. als Massenmörder und stellte den Heiligen Vater mit Hitler und Stalin gleich.

Die katholische Volksbewegung behält sich rechtliche Schritte gegen Meier vor, heißt es in einer Pressemitteilung. Der Papst betreibe „mit seinem total veralteten Moralkodex sowie der Ignoranz und Lüge gegenüber Aids und dem Kondomgebrauch geplanten und gezielten Massenmord“, behauptete Meier in dem Interview. „Für mich ist Ratzinger ein Massenmörder in der Dimension von Stalin oder Hitler.“

Die Äusserungen von Dieter Meier seien „absurd“, argumentiert „Pro Ecclesia“. Zum Beispiel in Afrika hätten alle Länder mit hohem Katholikenanteil weitaus niedrigere AIDS-Infektionsraten als Länder mit geringem Katholikenanteil. „Wer sich mit seinem Partner in Treue übt, wer keinen ständigen Partnerwechsel hat und keinen Drogenmissbrauch betreibt, kommt fast nie in Gefahr, Aids zu bekommen“, heißt es.

Auf diese Zusammenhänge weise die ethische Position der katholischen Kirche auf einmalige und hervorragende Weise hin, auch nach dem moralischen Empfinden von vielen gläubigen Christen anderer Konfessionen.

Darum sei die Gleichstellung des Heiligen Vaters mit Hitler und Stalin eine „ungeheuerliche Beleidigung und Verleumdung“, die „Pro Ecclesia“ nicht hinnehmen will. Die Organisation ist überzeugt, dass mehrere Straftatbestände des Schweizerischen Strafgesetzbuches verletzt wurden und behält sich darum vor, diese auch zur Anzeige zu bringen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14771>

Deutsche Oper köpft Jesus
27.9.06

Dass in „Idomeneo“ (Mozart) unter anderem Jesus der Kopf abgeschlagen wird, erscheint nur als Randbemerkung in den Nachrichten. Ein Beitrag von Franziskus von Ritter-Groenesteyn.

München (www.kath.net) Die Deutsche Oper in Berlin macht einen Rückzieher. Sie setzt Mozarts „Idomeneo“ vom Spielplan ab. Die politische Welt heult auf, sieht sich in ihrem Recht auf Meinungs- und Kulturfreiheit beschränkt. Der abgeschlagene Kopf des Propheten Mohammed in der Schlussinszenierung der Oper, von Mozart nie so gedacht, wohl aber im Sendungsbewußtsein des Regisseurs Hans Neuenfels verankert, beunruhigt die öffentlichen Gemüter.

Dass Neuenfels auch unter anderem Jesus den Kopf abgeschlagen lässt, erscheint nur als Randbemerkung in den Nachrichten. Darüber regt sich keiner auf.

Dabei stellt sich wieder einmal die Frage an die Politik: Darf der Kern von Religion zum Spielball von Geschmacklosigkeit säkularer Kulturgourmets gemacht werden? Hirten sind aufgerufen zu einer deutlichen Stellungnahme; eine Stellungnahme, die Politiker und Kulturverantwortliche wachrüttelt.

In ihren religiösen Gefühlen verletzte Christen müssen endlich ein Sprachrohr in den Medien finden und sich in rechtstaatlich angemessener Weise wehren dürfen. Doch immer noch sind engagierten Christen wie schon bei „Popetown“ und „Da Vinci Code“ die Hände zur Untätigkeit gebunden, weil die vorhandenen gummiweichen Gesetze kein wirksames Mittel zur Gegenwehr darstellen.

„Popetown“ darf unbehelligt Woche für Woche auf MTV laufen und sein falsches Kirchen- und Glaubensbild verbreiten. Wäre nicht die Angst vor Radikalen, dürfte auch Neuenfels Woche für Woche Jesus köpfen.

Gleichzeitig verbietet es das deutsche Medienrecht, dass christliche Sender eine Sendelizenz bekommen; argumentiert wird mit dem Vielfaltskriterium. Verkehrte Welt. Was ist aus den vollmundigen Versprechen bayerischer

Politiker geworden gesetzlich Initiative zu ergreifen und Abhilfe zu schaffen?

Die Geschichte von Idomeneo ist im übrigen aus der Bibel abgeschaut. Sie steht im Buch der Richter (Ri 11,30-39). Sie ist ein Beispiel dafür, dass man sich genau überlegen soll, was man verspricht.

Jiftach verspricht Gott für einen Sieg über die Ammoniter „was immer mir als erstes aus der Tür meines Hauses entgegenkommt ... ich will es ...als Brandopfer darbringen.“ Als Jiftach nach errungenem Sieg zu Hause ankommt, rennt ihm als erstes seine über alles geliebte Tochter entgegen ... Doch anders als Neuenfels erkennt Jiftach seinen Fehler und demütigt sich vor Gott.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14919>

Christen im Irak stehen Terror hilflos gegenüber
13.10.06

Ein 14-jähriger Junge wurde gekreuzigt, christliche Mädchen werden vergewaltigt, ein Priester wurde enthauptet

Mossul (www.kath.net) In der irakischen Stadt Mossul ist am Mittwoch ein syrisch-orthodoxer Priester ermordet worden. Das meldete AsiaNews. Bereits am 9. Oktober war P. Paulos Eskandar von einer nicht näher bekannten islamischen Gruppierung entführt worden. Die Täter verlangten Lösegeld.

Empörung und Trauer über die Bluttat herrscht bei den orthodoxen und katholischen Bischöfen des Landes. Die Christen im Irak stehen dem Terror hilflos gegenüber.

Ebenso am Mittwoch wurde der 55-jährige Geistliche Joseph Fridon Petros in Bagdad von Islamisten angegriffen und ermordet. "Der Mord an Vater Paulos, der sehr beliebt war, wird die Panik der Christen im Irak verstärken", befürchtet der Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch. "Wenn sie die finanziellen und logistischen Möglichkeiten hätten, würden die meisten Assyro-Chaldäer vor dem Terror ins Ausland fliehen."

Erst kürzlich war in Bassora ein 14-jähriger Junge in Bagdads christlichem Vorort Albasra gekreuzigt worden, wie die Assyrian International News Agency (AINA) meldete.

In letzter Zeit werden auch immer häufiger christliche Mädchen vergewaltigt, meldete AsiaNews. Am 8. Oktober wurde eine Christin zuhause überfallen und vor den Augen der Familie vergewaltigt; eine andere wurde am selben Tag entführt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker appellierte am Freitag an die Innenminister des Bundes und der Länder, den rund 20.000 christlichen Flüchtlingen aus dem Irak ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu gewähren. An die Gerichte appellierte die Menschenrechtsorganisation, diesen Schutzsuchenden ihren Status als anerkannte Asylbewerber nicht zu nehmen, denn der Terror gegen Assyro-Chaldäer im Irak habe sich dramatisch verschärft.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14951>

CSU ruft zum Boykott von British Airways auf

16.10.06

Die Luftlinie verbietet Angestellten, ein kleines Silberkreuz offen zu tragen

München (www.kath.net)

Die CSU ruft zum Boykott von British Airways auf und verlangt von Bundestagspräsident Norbert Lammert, dass bei der Fluglinie keine Flüge für Abgeordnete mehr gebucht werden, nachdem die Gesellschaft ihren Mitarbeitern das Tragen eines kleinen Silberkreuzes am Hals verboten hat wie die Zeitung „Die Welt“ berichtet. Der CSU-Abgeordnete Johannes Singhammer schrieb in einem Brief an Lammert, er halte das Vorgehen der Fluggesellschaft „als Christ für absolut nicht hinnehmbar und schlichtweg diskriminierend gegenüber den christlichen Grundüberzeugungen“. Für Singhammer ist ein Boykott ein „deutliches Zeichen“.

Die Kleiderordnung für Beschäftigte der Luftlinie sehe vor, dass religiöse Symbole unter der Uniform versteckt werden müssten. Da die Frau sich weigerte, dies zu tun, wurde sie ohne Abfindung von ihrem Dienst suspendiert; dagegen will sie vor einem Arbeitsgericht klagen. Die betroffene Frau argumentiert unter anderem, dass Sikhs ihre Turbane und angestellte muslimische Frauen den Hijab, das Kopftuch, durchaus tragen dürften. Dies begründet die Airline damit, "dass diese Symbole sich schlecht unter der Uniform verbergen lassen".

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14956>

„Vermeiden Sie in den Wohnungen möglichst religiöse Symbole“

17.10.06

„Kreuz-Aufregung“ auch in Österreich: Geschäftsführer von Tourismus Schruns/Tschagguns im Rund-Mail an Ferienwohnungsvermieter: Religiöse Symbole in den Wohnungen möglichst vermeiden

Vorarlberg (www.kath.net)

Auch in Österreich gibt es jetzt eine „Kreuz-Aufregung“ wie „Vorarlberg Online“ berichtet. Im Tourismusort Schruns herrscht große Aufregung wegen eines Rund-Mails, das von Tourismus-Direktor Manuel Bitschnau an 300 Ferienwohnungsvermieter verschickt wurde. In dem Rundmail forderte Bitschnau die Vermieter auf religiöse Symbole in den Wohnungen zu vermeiden.

Wörtlich hieß es in dem Schreiben: „Vermeiden Sie in den Wohnungen möglichst religiöse Symbole. Nicht einmal die Hälfte unserer Gäste sind katholisch. Es gibt eine Vielzahl von Religionen. Religion ist etwas sehr Persönliches. Ein Kreuz oder ein Heiligenbild befremdet womöglich einen Gast, obwohl es für uns selbstverständlich ist.“

Einige Vermieter sind über das E-mail empört. Maria Berthold aus Schruns, die in ihren Ferienwohnungen Ikonen, Herrgottswinkel und auch religiöse Literatur anbietet, ist über das Schreiben empört und meint: „Die Gäste dürfen ruhig wissen, was für eine Linie im Haus verfolgt wird. Wir leben hier in einem katholischen Land. Warum sollen wir das verleugnen?. Diese Anpassung geht zu weit. Bald kommt es noch soweit, dass die Kirchenglocken auch nicht mehr läuten dürfen, weil's die Gäste stört.“

Inzwischen hat Bitschnau selbst sein Schreiben relativiert und sich entschuldigt: „Es war nicht so gemeint, dass man in einer Ferienwohnung keine religiösen Symbole anbringen soll. Vielmehr wollte ich sagen, dass man es mit religiösen Symbolen nicht übertreiben sollte. Ich möchte mich dafür entschuldigen und wollte mir nicht anmaßen, Gastgebern vorzuschreiben, ihre religiösen Wurzeln zu verleugnen.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14983>

Bistum Linz: Kirchliche Antiwerbung bei jungen Kirchenbeitragszahlern
19.10.06

Auf einer CD des Bistums wird viel über Verhütung und Homosexualität gesagt, aber wenig zum Thema Glaube und Sonntag.

Linz (www.kath.net) Für einen Eklat sorgt derzeit eine Aussendung des Bistums Linz an 15.000 junge Kirchenbeitragszahler. Die Diözese verschickt CDs mit dem Titel „Raum für mein Leben“. Das multimediale Lexikon soll laut Angaben der Herausgeber „religiöse und kirchliche Themen“ ansprechen und ist eine Zusammenarbeit vom Kirchenbeitragsreferat, Kommunikationsbüro der Diözese Linz und der Katholischen Jugend (KJ).

Enthalten sind zwölf Videos sowie hunderte Kurztexte zu verschiedensten Themen. Der Haken an der Sache: Wer die Texte liest, der wundert sich, dass sie von der katholischen Kirche kommen. Selbst säkularen Medien war das Thema am Donnerstag eine Schlagzeile wert. „Überraschende Aussagen zum Thema Sex“, titelte der ORF.

Unter anderem werden nämlich die katholischen Jugendlichen aufgefordert, miteinander nicht ohne Verhütung „ins Bett zu gehen“. „Keine Scheu, sprecht darüber, wir leben im 21. Jahrhundert“, werden sie ermutigt. Und: „Informiere Dich, was es alles so gibt (Pille, Kondom, Pflaster, Diaphragma...), was schützt auch vor Geschlechtskrankheiten wie AIDS, was verträgst Du, womit geht es auch Deinem Partner gut.“

Verwiesen wird auch auf entsprechende Links. Verlinkt wird unter anderem zur „First Love Ambulanz im AKH Linz“, auf deren Website es lapidar heißt: „Wenn du erfahren hast, dass du schwanger bist, ist es wichtig, dir erst mal Klarheit zu verschaffen, was du tun kannst. Du kannst das Baby bekommen, du kannst es nach der Geburt zur Adoption freigeben (d.h. ein Paar, das sich ein Kind sehr wünscht, wird dein Baby aufziehen) oder du kannst bis zum 3. Schwangerschaftsmonat einen Schwangerschaftsabbruch (Abtreibung, Fristenlösung) vornehmen lassen.“

Beim Thema „Homosexualität“ ist nachzulesen, dass rund fünf Prozent der Bevölkerung homosexuell geprägt seien; verwiesen wird auf eine Aussage des Linzer Pastoralrates aus dem Jahr 1999: „Diese Frauen und Männer sind – wie alle anderen auch – ohne Vorbehalte eingeladen, in unseren Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen mitzuleben, mitzufeiern und mitzuarbeiten“, lesen die Jugendlichen zu dem Thema.

Auch hier wird entsprechend verlinkt: Zur Homosexuellenlobby-Gruppe HOSI-Linz, die seit Jahren massive Propaganda für Homosexualität macht. Ein weiterer Link geht zur nicht-kirchlichen „Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e.V.“ in Deutschland; auf dieser Homepage wird ebenfalls massiv Propaganda für Homosexualität und heftige Kritik an der Lehre der Kirche geäußert.

Zum Thema „Glaube“ erfahren die Jugendlichen folgendes: „Jede/r soll an etwas glauben können. Glaube gibt Halt und Orientierung. Das richtige ‚Glauben‘ ist so eine Sache. Immer mehr finden ihre individuelle Form, ihren eigenen Zugang zu Spiritualität und Glaube, auch unabhängig von Institutionen. Heutzutage gilt meistens: Gut ist, was gefällt.“

Die angebotenen Wege seien verschieden. „Ob Gott, Naturgeist oder Aliens, ob Himmelreich, Nirvana oder die Ewigen Jagdgründe, ob mit technischen Mitteln, Esoterik oder Glaube, jeder sucht auf irgendeine Art und Weise sein Leben lang nach Antworten, nach Motivation und persönlichen Erklärungen.“

Interessantes findet sich auch zum Thema Sonntag. Dieser Tag sei ein gemeinsamer freier Tag für Freundschaften, für Beziehungen, das Familienleben oder Freizeitaktivitäten. Er sei wichtig zur Unterbrechung und schaffe Ruhe. Was sich in der Liste der Aktivitäten nicht findet, das ist der Sonntagsgottesdienst.

Die Merkwürdigkeit schlechthin findet sich unter dem Stichwort „Kirche“. Hier fallen die Begriffe „altmodisch und überholt, hierarchisch und dogmatisch, moralinsauer und skandalbeladen“. Aber das sei nur eine Seite der Kirche, wird verwiesen. Anzunehmen ist, dass der Linzer Diözesanbischof Ludwig Schwarz die Details der CD nicht kannte. Er hat offenbar andere Vorstellungen davon, wie man Jugendliche für die katholische Kirche gewinnen kann. Bei der letzten Jugendkatechese in der Krypta des Mariendoms rief er die jungen Leute auf, alles auf die Karte des Glaubens zu setzen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=14995>

Türkei, Weißrussland, Bosnien-Herzegowina missachten Religionsfreiheit

21.10.06

Das Büro für demokratische Institutionen beschäftigte sich mit den Menschenrechten in den OSZE-Ländern.

Warschau (www.kath.net/Zenit)

Die Missachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten von Christen in vielen Teilen der Erde beklagte vor kurzem Attilo Tamburrini, Leiter der italienischen Sektion von Kirche in Not, anlässlich der diesjährigen Vollversammlung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODHIR) in Warschau.

Die genannte Einrichtung erhielt 1992 von der Helsinki-Konferenz den Auftrag, die OSZE-Mitgliedsstaaten dabei zu unterstützen, ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Durchsetzung der Menschenrechte nachzukommen. Seit seiner Gründung ist das ODHIR mit Sitz in der polnischen Hauptstadt Warschau stetig gewachsen. Heute beschäftigt es mehr als 120 Mitarbeiter aus rund 30 Ländern und ist im gesamten OSZE-Raum tätig. Seit März 2003 wird es vom Österreicher Botschafter Christian Strohal geleitet.

Durch ständigen Kontakt mit den Teilnehmerstaaten überwacht das ODHIR die Umsetzung und Einhaltung der Verpflichtungen der OSZE im Bereich der Menschenrechte und trägt somit zur Frühwarnung und Konfliktprävention bei.

Zum Abschluss der 10-tägigen Vollversammlung sprachen sich die 56 Teilnehmerstaaten übereinstimmend für die Schaffung eines Informationsdienstes aus, der den Kampf zur Einhaltung der Menschenrechte und gegen Diskriminierung, Rassenhass und Verletzung der Religionsfreiheit in Zukunft mit entsprechender Dokumentation zusätzlich unterstützen soll. Tamburrini wies in seinem Beitrag darauf hin, dass „nicht einmal jene 18 OSZE-Mitgliedsstaaten die Religionsfreiheit voll gewähren, in denen diese verfassungsmäßig verankert ist“. Exemplarisch führte er Weißrussland, die Türkei und Bosnien-Herzegowina an.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15038>

Hilferuf aus dem Irak: Immer mehr Christen müssen fliehen

26.10.06

Zwölf katholische Zentren und mindestens fünf katholische Kirchen mussten vorübergehend schließen, berichtete ein Ordensmann.

Bagdad (www.kath.net / [Zenit](#)) Der irakische Redemptoristenpater Bashar Warda warnte vor kurzem in Königstein davor, dass sich im Irak die Lage insbesondere für die christliche Minderheit dramatisch zuspitze. Immer mehr Christen sähen sich aufgrund der Auseinandersetzung zwischen Schiiten und Sunniten gezwungen, aus der irakischen Hauptstadt zu fliehen – sogar aus Vierteln wie „Al Dora“, die als sicher gälten.

Viele suchten in sicherere Regionen des Landes Zuflucht, zum Beispiel im Kurdengebiet im Norden des Landes. Rund 700 Familien seien bereits in den Nordirak, nach Syrien oder Jordanien geflohen; zwölf katholische Zentren – darunter das „Babel College“, die einzige theologische Fakultät – und mindestens fünf katholische Kirchen hätten zumindest vorübergehend schließen müssen.

Der Ordenspriester berichtete am Hauptsitz von Kirche in Not, dass es immer wieder Anschläge gegen die Christen im Irak gebe. Ende August sind zwei chaldäisch-katholische Priester in Bagdad entführt worden, der mittlerweile frei gekommene Pfarrer Saad Sirup Hanna von der Gemeinde Sankt Jakob und P. Basil Yaldo, Rektor am Priesterseminar St. Peter. Viele Christen kehrten ihrer Heimat ganz den Rücken, beklagte der Priester.

Gegenüber ZENIT bezeichnete der Erzbischof von Kirkuk, Louis Sako, die irakische Hauptstadt Bagdad in der vergangenen Woche erneut als ein regelrechtes „Gefängnis“, aus dem die Christen auszubrechen versuchten.

Für Pater Warda gibt es für Bagdad allerdings einen Hoffnungsschimmer – in Form einer katholischen Schule, in der Christen (30 Prozent) und Muslime (70 Prozent) gemeinsam die Schulbank drückten. Das dort gebotene interreligiöse Ausbildungskonzept ginge voll auf, meinte der Priester. Es komme zu keinen größeren Spannungen.

Pater Joaquín Alliende, Kirchlicher Assistent von „Kirche in Not“, hat angesichts der steigenden Zahl von Christen, die im Irak Übergriffen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit ausgesetzt sind, zu intensivem Gebet aufgerufen. Viele Christen müssten im Irak mit dem Schlimmsten rechnen, da sie von nichtstaatlichen Gruppierungen verfolgt würden.

Auch nach Angaben des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) hat sich die Christenverfolgung im Irak deutlich verschärft.

Das Christentum hat in Mesopotamien, dem antiken Zweistromland auf dem Gebiet des heutigen Irak, begonnen und sich von dort ausgebreitet. Bis zum 14. Jahrhundert waren die meisten Bewohner Christen. Bis zum Jahr 2003 gab es Schätzungen zufolge noch über eine Million Christen im Irak. Heute sollen es nur noch halb so viele.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15083>

14-jähriger Christ im Irak enthauptet

31.10.06

Die Kette von Morden an Christen, Bombenanschlägen gegen Kirchen, Vergewaltigungen und Entführungen reißt nicht ab.

Bagdad (www.kath.net) Furchtbare Nachrichten über Morde an assyro-chaldäischen Christen erreichten die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) am Dienstag aus dem Irak. Dort ist der 22 Jahre alte christliche Assyro-Chaldäer Z.A. am Sonntag im Stadtteil as-Saa von Mosul auf dem Weg zur Arbeit ermordet worden.

Ein 14-Jähriger wurde bereits am 21. Oktober in Bakuba in der Provinz Diala von Maskierten enthauptet. In einem Bericht auf der arabischsprachigen Website ankawa.com heißt es, die Männer seien kurz nach Arbeitsbeginn um 6 Uhr morgens erschienen und hätten von dem Jungen I.Y. den Ausweis verlangt. P> Als sie ihn als Ungläubigen beschimpften, hätte I.Y. gerade noch antworten können, er sei zwar Christ, aber kein Ungläubiger. Dann hätten die Maskierten ihn an Armen und Beinen gepackt und geköpft.

„Diese Verbrechen reihen sich ein in eine Kette von Morden an Einzelpersonen, Bombenanschlägen gegen Kirchen und kirchliche Einrichtungen, Vergewaltigungen und Entführungen, die sich gezielt gegen im Irak lebende Christen richten“, berichtete der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido in Göttingen.

Erst am 11. Oktober sei die enthauptete Leiche des syrisch-orthodoxen Priesters Paul Alexander in Mosul gefunden worden. Am gleichen Tag sei der 55 Jahre alte Geistliche Dr. Joseph Fridon Petros in Bagdad von Islamisten angegriffen und umgebracht worden.

Der Terror gegen Christen im Irak verschärfe sich täglich so dramatisch, dass jetzt die überwiegende Mehrheit von ihnen versuche, sich und ihre Familien zu retten. „Wir erleben den Exodus eines 2000 Jahre alten Volkes, das bis heute die Muttersprache Jesu spricht, wenn auch in einer modernen Form“, sagte die GfV-Referentin Sarah Reinke. Der Erzbischof von Kirkuk, Louis Sako, bezeichnete Bagdad gegenüber der christlichen Nachrichtenagentur Zenit als ein regelrechtes „Gefängnis“, aus dem die Christen auszubrechen versuchten. Sogar aus Stadtvierteln wie „Al Dora“, die noch vor kurzem als sicher gegolten hätten, müssten die Menschen flüchten. Das „Babel College“, die einzige theologische Fakultät, hätte zumindest vorübergehend schließen müssen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15265>

„British Airways“ diskriminiert Christen

21.11.06

Eine Mitarbeiterin war entlassen worden, weil sie sich weigerte, das Kreuz zu verstecken, das sie an einer Halskette trug. Ihr Einspruch wurde jetzt abgelehnt.

London (www.kath.net / RNA / red) Es ist ein klarer Fall von Diskriminierung: Christen, die bei den British Airways arbeiten, müssen das Symbol ihres Glaubens – das Kreuz – unter der Uniform verstecken. So will es die Kleiderordnung des Unternehmens. Muslimen und Sikhs wird das Tragen religiöser Symbole erlaubt.

Eine Angestellte, die sich dem widersetzte, wurde entlassen. Sie erhob Einspruch, der am Montag abgelehnt wurde. Die Schalterangestellte Nadia Eweida war suspendiert worden, weil sie ein Kreuz an einer Halskette trug. Sie weigerte sich, das Kreuz unter ihrer Uniform zu verstecken.

Eweida erhob Einspruch gegen die Suspendierung, den das Unternehmen am Montag ablehnte, wie britische Medien berichten. Die Frau argumentierte, auch Muslimen und Sikhs werde das Tragen von Kopftüchern und Turbanen erlaubt. Sie wolle ihren christlichen Glauben nicht verstecken.

Die British Airways betonen in einer Aussendung, die Mitarbeiterin könne ihren Job wieder haben, müsse sich jedoch an die Kleidervorschriften halten. Sie besagen, dass persönliche Schmuckgegenstände oder Kreuze unter der Uniform zu tragen sind. Symbole wie Kopftücher und Turbane ließen sich „schlecht unter der Uniform verbergen“, argumentierte das Unternehmen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15441>

„Es gibt kein Missionsverbot in Deutschland“

11.12.2006

Die menschenrechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach, über Solidarität mit verfolgten Christen, das Zentrum gegen Vertreibungen und das Umdenken beim Lebensschutz.

München (www.kath.net/KiN)

Das Gespräch mit Erika Steinbach führte Michael Ragg für die Radiosendung „Weltkirche aktuell“, die zum Internationalen Tag der Menschenrechte am Sonntag, 10. Dezember, auf katholischen Radiosendern ausgestrahlt wurde.

MICHAEL RAGG: Frau Steinbach, Ihr Name steht an der Spitze der Unterzeichner eines gemeinsamen Antrags von CDU/CSU und SPD, der ausdrücklich „die Solidarität mit verfolgten Christen“ zum Ausdruck bringen will. Wie kam es dazu?

ERIKA STEINBACH: Mein persönliches Anliegen und das meiner Fraktion war, gerade jetzt die Lage verfolgter Christen weltweit zu beleuchten. Wir sprechen über viele verfolgte Gruppen weltweit, aber an unsere Glaubensgeschwister haben wir in der Vergangenheit zu wenig erinnert. **Achtzig Prozent aller religiös Verfolgten auf der Welt sind Christen.**

Ragg: Worin sehen Sie die Ursache?

Steinbach: Ich glaube, dass sich in manchen Regionen der Welt eine Art religiöser Fundamentalismus ausbreitet. Das ist in islamisch geprägten Ländern in den letzten Jahren deutlich zu beobachten. Dazu kommen aber auch Diktaturen wie Nordkorea. Dort wird Religion als feindliches Element gegenüber der Staatsführung angesehen. Dass sich ein Christ frei artikulieren kann und will, ist für Diktatoren schwer erträglich, das wissen wir auch aus der europäischen Vergangenheit. Es soll deutlich werden, dass wir dies nicht unkommentiert hinnehmen, sondern uns solidarisch an die Seite unserer Glaubensgeschwister stellen.

Ragg: Sie haben die islamischen Länder angesprochen, die die größte Gruppe von Verfolger-Ländern bilden. Die meisten dieser Staaten haben aber die Internationale Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Verstehen diese Länder unter Menschenrechten, vor allem auch unter Religionsfreiheit, das selbe wie wir?

Steinbach: Diese Staaten haben zwar internationale Konventionen unterzeichnet, die natürlich auch die Glaubensfreiheit schützen. Allerdings haben sie danach in der Kairoer Menschenrechtserklärung beschlossen, dass diese Konventionen in ihren Ländern unter dem Vorbehalt der Scharia stehen. Das hat zur Folge, dass im

Grundsatz alles wieder ausgehebelt wird, was in den Menschenrechtskonventionen zum Thema Glaubensfreiheit gesagt ist. In diesen Ländern ist der islamische Glaube die dominierende Religion, die andere höchstens duldet, aber niemals als gleichberechtigte Gesprächspartner oder Menschen im Glauben behandelt.

Ragg: Es heißt in Ihrem Antrag, dass in mindestens fünfzig Staaten täglich Kirchen und Gebetshäuser zerstört werden. In welchen Ländern haben es Christen besonders schwer?

Steinbach: Vor allem in Asien und hier besonders in Nordkorea. Die Tätigkeit christlicher Kirchen wird dort gleichgesetzt mit bedrohlichem ausländischem Einfluss und als Gefahr für den Staatsapparat angesehen. Dementsprechend ist die Situation von Christen dort so schwierig wie in keinem anderen Land der Erde. Seit der Machtübernahme der Kommunistischen Partei im Jahre 1948 dauert diese systematische Unterdrückung der Christen an. Von den ehemals zweitausend christlichen Kirchengebäuden mit 300.000 Gläubigen finden wir heute nichts mehr. Die sind einfach verschwunden; sie sind unterdrückt, verfolgt und umgebracht worden. Und das mit einer Rigidität und Konsequenz, die ihresgleichen sucht.

Ragg: Auf einige Länder geht Ihr Antrag besonders ein. So zum Beispiel auch auf die Türkei, die in die Europäische Union aufgenommen werden möchte. Erfüllt dieses Land in Sachen Religionsfreiheit den europäischen Standard?

Steinbach: Die Religionsfreiheit ist in der Türkei auf dem Papier zugesichert. Aber wir stellen auch in anderen Ländern fest, dass Papier sehr geduldig ist. In Wirklichkeit haben Christen mit einer Reihe von Widrigkeiten zu kämpfen. Sie erleben vor allem Aggressivität; es gab auch Anschläge und Morde an christlichen Würdenträgern. Vor neunzig Jahren war noch ein Drittel der Türken christlich. Nach den Völkermorden an den Armeniern, Chaldäern, Assyriern und anderen christlichen Religionsgemeinschaften leben heute nur noch 0,2 Prozent Christen in der Türkei. Die christlichen Kirchen haben es schwer, weil sie nicht als Rechtspersonlichkeiten anerkannt werden. Sie haben keine Möglichkeit zu klagen, wenn ihnen Unrecht widerfährt. Sie können auch keine eigenen Kirchenneubauten in die Wege leiten. Selbst Renovierungen sind nicht einfach, sondern mit Unmengen an Bürokratie verbunden. Ich glaube, dass in der Türkei noch sehr vieles im Argen liegt. Insbesondere in den ländlichen Gebieten gibt es schon dramatische Entwicklungen von Aggressionen gegenüber Christen.

Ragg: Wäre eine volle Anerkennung der Religionsfreiheit der Christen für Sie eine unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union?

Steinbach: Jedes Land, dass in die Europäische Union aufgenommen werden möchte, muss die Standards der Europäischen Union erfüllen. Davon kann in der Türkei zurzeit keine Rede sein - wenn man überhaupt der Meinung ist, dass die Türkei ein europäisches Land sei. Schauen Sie sich die Karte an: Die Türkei liegt mehr im kleinasiatischen Bereich als auf dem europäischen Kontinent. Wenn die Türkei einen solchen Antrag auf volle Mitgliedschaft in der Europäischen Union stellt, dann muss sie sich auch an den Standards der EU messen lassen. Und dazu gehört auch die Religionsfreiheit.

Ragg: Der Einsatz der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen für die Religionsfreiheit hat unter der Regierung Schröder kaum eine Rolle gespielt, wenn man etwa an die zahlreichen Staatsbesuche Schröders in China oder Russland denkt. Bundeskanzlerin Angela Merkel aber hat sich zum Beispiel bei ihrem China-Besuch demonstrativ mit einem katholischen Bischof getroffen. Gibt es denn die frühere Sorge nicht mehr, dass eine solche Begegnung den wirtschaftlichen Beziehungen schaden könnte?

Steinbach: Man muss bedenken, dass eine Bundesregierung alle Aspekte im Land im Auge behalten muss. Aber ich begrüße ausdrücklich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihren Staatsbesuchen in China und in der Türkei deutlich gemacht hat, dass es über rein materielle Interessen eines Landes hinaus auch die Pflicht gibt, sich der verfolgten Menschen anzunehmen. Ein Signal setzen mit Verfolgten und Unterdrückten - das hat sie in China, aber auch beim Treffen mit Nichtregierungsorganisationen in Russland gemacht. Das menschenrechtspolitische Engagement der Bundesregierung hat sich gegenüber der vorherigen Bundesregierung deutlich verstärkt. In den vorangegangenen Jahren gab es nie die Möglichkeit, so intensiv über Menschenrechte auch zu wichtigen Zeiten im Bundestag zu debattieren. Das zeigt, wie wichtig unserer Fraktion und der Bundesregierung das Thema Menschenrechte, Religionsfreiheit, Christenverfolgung sowie die Solidarität mit verfolgten Christen geworden ist.

Ragg: Es gibt eine Reihe von kirchlichen und nicht-kirchlichen Menschenrechts-Organisationen, die sich für verfolgte Christen engagieren. Dazu zählen das katholische Hilfswerk KIRCHE IN NOT, auf evangelischer Seite die „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ oder die überkonfessionelle Internationale Gesellschaft für Menschenrechte. Wie können diese Organisationen den Politikern helfen, sich für Religionsfreiheit einzusetzen?

Steinbach: Diese Organisationen leisten sehr effiziente Arbeit und sind für uns Politiker wichtige Berater. Ein Politiker kann nur aus dem schöpfen, was er auch an Informationen bekommt. Und da sind die kirchlichen und nichtkirchlichen Institutionen, wie etwa auch die „Gesellschaft für bedrohte Völker“, eine wesentliche Hilfe - nicht nur für mich, sondern auch für meine Fraktion und den Deutschen Bundestag. Ich würde mir aber auf der anderen Seite wünschen, dass aus dem kirchlichen Bereich etwas mutiger auf diese Themen hingewiesen würde. Das scheint mir hin und wieder ein wenig zaghaft, wenn ich das mal anmerken darf.

Ragg: Woran liegt das?

Steinbach: Vielleicht denkt man sehr diplomatisch. Vielleicht fürchtet man auch, man könnte den verfolgten Menschen mehr schaden als nutzen. Es ist immer eine Abwägung - aber ich glaube, wenn Staaten merken, dass sich in anderen Regionen der Welt wichtige Einrichtungen und auch kirchliche Würdenträger für unterdrückte Menschen einsetzen, dann werden sie auch vorsichtiger sein.

Ragg: Man kennt Sie noch nicht so lange als menschenrechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sondern vor allem als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. In dieser Position geraten Sie häufig in die Schlagzeilen, vor allem in Polen, aber auch hier in Deutschland, weil Sie ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ mitgegründet haben. Sie wollen eine Dauerausstellung über Verfolgungen im 20. Jahrhundert organisieren. Warum ist das umstritten?

Steinbach: Das müssen Sie diejenigen fragen, die damit nicht zu Rande kommen und ob sie Menschenrechte mit zweierlei Maß messen wollen. Für mich ist die Würde der Menschen nicht zu klassifizieren, sondern Menschenrechte sind unteilbar, sie gelten für jeden - auch für die zum Ende des Zweiten Weltkriegs vertriebenen und geschundenen Deutschen, die überwiegend schuldlos waren. Die wirklichen Täter hatten sich längst abgesetzt. Diejenigen, die dann in Lagern gefoltert und umgebracht wurden, waren Zivilisten. Das widersprach der Haager Landkriegsordnung von 1907, in der ausdrücklich steht, dass auch im Laufe eines Krieges die Zivilbevölkerung und ihre Kulturgüter geschützt werden müssen. Hitler hat sich daran nicht gehalten, aber am Ende des Krieges haben sich die anderen Staaten auch nicht daran gehalten. Fast bis 1950 haben sie deutsche Zivilisten vertrieben, in Zwangsarbeitslager gesteckt oder nach Sibirien verbannt. Wenn man Menschenrechte ernst nimmt, dann muss man sich an die Seite aller Menschen stellen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Dazu gehören auch die deutschen Heimatvertriebenen.

Ragg: Nun mag ja mancher junger Mensch denken, das mit der Vertreibung war doch gar nicht so schlimm. Da mussten Menschen ihre Heimat verlassen, die haben aber in der wirtschaftlich schnell wachsenden Bundesrepublik eine neue Heimat gefunden - und schuld an der Vertreibung waren sowieso die Deutschen selbst.

Steinbach: Die jüngere Generation weiß sehr wenig über Vertreibung, doch sie ist ein Teil unserer deutschen Identität. Durch Medienberichterstattung, Erlebnisberichte von Zeitzeugen und besonders nach Gründung der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ ist in den letzten Jahren einiges an Information nachgeholt worden. Mehr als fünfzehn Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben worden. Die Heimat lag im damaligen Ostdeutschland, von dem ein Großteil heute zu Polen gehört, ein kleinerer Teil um das ehemalige Königsberg ist heute russisch. Die Deutschen siedelten seit Jahrhunderten auch in der damaligen Tschechoslowakei, in den baltischen Staaten, in Ungarn oder im jugoslawischen Raum. Die Russlanddeutschen leben heute zum Teil noch in ihren Deportationsgebieten. Zweieinhalb Millionen haben die Vertreibung nicht überlebt. Wir müssen erkunden, welches kulturelle Erbe die vertriebenen Deutschen mit hierher gebracht haben. Wir müssen uns aber auch selbst erkunden, um unsere kulturelle Erbschaft sortieren zu können und unsere eigene Identität finden, denn die haben wir noch lange nicht gefunden.

Ragg: Vor allem von polnischer und tschechischer Seite wird gesagt, dass Hitler an der Vertreibung Schuld war und dass eine Ausstellung über die Vertriebenen von der Schuld Deutschlands und Hitlers ablenken soll ...

Steinbach: Wenn man in Kategorien der Blutrache denkt, dann kann man so argumentieren. Eines ist klar: Ohne Hitler wäre die Büchse der Pandora nicht zu öffnen gewesen, auch wenn es zuvor bereits Vertreibungsphantasien gegeben hat, wie in Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei. Aber dass man dies in Mitteleuropa als Begründung nimmt, alle Deutschen aus der Heimat zu vertreiben, das kann nur ein Vorwand sein. Hitler hat auch die Benelux-Länder und Frankreich besetzt. Dort sind aber nur diejenigen vertrieben worden, die verurteilt wurden, weil sie straffällig geworden sind. Alle anderen Deutschen durften selbstverständlich im Land bleiben. Heute hat Belgien eine große deutsche Minderheit. Belgien ist ein gutes Beispiel für KIRCHE IN NOT, denn von dort aus hat Pater Werenfried van Straaten nach dem Krieg eine große Hilfsaktion eingeleitet, um den deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen zu helfen. Das war eine große Hilfeleistung von KIRCHE IN NOT seinerzeit. Daran sollte man heute vielleicht auch erinnern. Es ist bemerkenswert, dass er dort sammelte, wo es sicherlich auch Rachegefühle gab – gerade um diese abzubauen. Aber in Polen und Tschechien nimmt man das als Vorwand: Wir sind nicht schuld, wir haben keinen Anteil daran. Es hat jeder sein Maß an Verantwortung. Das hat nichts mit Kollektivschuld und Aufrechnung zu tun, sondern es ist ein Tatbestand, den man auf den Tisch legen muss. Es ist ein Teil unserer europäischen Geschichte. Aber das darf uns nicht daran hindern, den Weg zueinander zu suchen. Deshalb haben wir mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen“ auch unsere Nachbarländer eingeladen, daran mitzuwirken. Wir wollen das Miteinander und nicht das Gegeneinander.

Ragg: KIRCHE IN NOT wird für die geplante Dauer-Ausstellung einen der legendären Kapellenwagen zur Verfügung stellen, mit dem Pater Werenfried und andere Priester in den Nachkriegsjahren die katholischen Heimatvertriebenen seelsorglich betreut und mit Hilfsgütern versorgt haben. Was wird sonst in dieser Ausstellung zu sehen sein?

Steinbach: Wir hatten kürzlich eine Ausstellung in Berlin, bei der die europäische Vertreibung an ausgewählten Völkerschicksalen dargestellt wurde. Es begann mit dem Schicksal der Armenier, Assyrer und Chaldäer und ging über den „Bevölkerungsaustausch“ der Griechen und Türken, die aus Deutschland vertriebenen Juden, die polnischen Vertriebenen und die deutschen Heimatvertriebenen, bis hin zu dem, was den Finnen widerfahren ist. Wir haben auch Zypern thematisiert, wo heute noch eine brisante Stimmung ist, und die Geschehnisse in den Neunzigerjahren auf dem Balkan. Noch heute müssen dort Soldaten sein, um für Frieden zu sorgen. Wir stellen uns eine Dokumentationsstätte in Berlin vor, die die Siedlungsgeschichte der Deutschen und vor allem die Vertreibungsgeschichte der Deutschen und deren Schicksale zeigt. Es freut mich, dass die Bundesregierung dieses Dokumentationszentrum errichten will, denn letztendlich ist es eine staatliche Aufgabe. Aber wir haben den Anstoß dafür gegeben. Seitens unserer Stiftung werden wir aus der Ausstellung, die in Berlin gezeigt worden ist, eine Wanderausstellung machen und damit in die Bundesländer reisen. Es gibt auch Anfragen aus Italien und Österreich.

Ragg: Wie geht es jetzt weiter mit dem „Zentrum gegen Vertreibungen“?

Steinbach: Staatsminister Neumann berät zurzeit mit einem Beratungsgremium, wie man das Dokumentationszentrum errichten kann. Ich bin überzeugt, dass im kommenden Jahr schon konkrete Pläne auf dem Tisch liegen. Genauso gehe ich davon aus, dass auch die Betroffenen, der Bund der Vertriebenen als Repräsentant und das „Zentrum gegen Vertreibungen“, eingebunden werden, wenn es an die Umsetzung dieses Dokumentationszentrums geht, so dass wir in absehbarer Zeit sagen können: Die Darstellung unserer deutschen Geschichte in allen Facetten wird vervollständigt sein.

Ragg: Viele Christen sehen auch in unserem Land Defizite bei den Menschenrechten. Sie haben einmal auf die Frage nach ihrem Lieblingshelden geantwortet: Papst Benedikt XVI. mit seiner Glaubensfestigkeit und Beständigkeit in bewegten Zeiten. Diese Beständigkeit hat die Deutsche Bischofskonferenz zu spüren bekommen, als der damalige Kardinal Ratzinger sich unbeirrt für den Ausstieg der Kirche aus dem staatlichen System der

Schwangeren-Konfliktberatung stark gemacht hat. Gerade der CDU/CSU ist das nicht so recht gewesen, denn sie hätte lieber die Kirche in dieses System eingebunden. Wie sehen Sie das aus heutiger Sicht?

Steinbach: Ich kann die katholische Kirche verstehen, dass sie von ihrer Seite her den Weg aus der Beratung gesucht hat. In weiten Teilen war erkennbar, dass es eigentlich nur das Feigenblatt sein sollte, um dann am Ende einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu können. Wie eine Frau damit umgeht, das muss sie für sich entscheiden. Aber eine Kirche hat natürlich einen anderen Auftrag: das Leben schützen. Bei Leben oder Nicht-Leben lassen sich schwer Kompromisse schließen, da kann man sich nur für das eine oder andere entscheiden. Da die katholische Kirche ihr Wertefundament hat, muss sie auch auf dieser Basis agieren.

Ragg: Es gibt in Ihrer Fraktion Initiativen für ein Verbot der so genannten Spätabtreibungen. Ist es nicht missverständlich, sich explizit dagegen einzusetzen? Es kann der Eindruck entstehen, dass die Tötung eines Babys im Mutterleib eigentlich in Ordnung ist, wenn sie nur früh genug erfolgt.

Steinbach: Die Tötung von Kindern im Mutterleib ist auch heute nicht in Ordnung. Es ist nicht rechtmäßig, es wird nur nicht unter Strafe gestellt. Niemals ist gesagt worden, dass es in Ordnung ist. In einer Zeit, in der wir alle beklagen, dass wir zu wenig Kinder im Land haben und wissen, dass viele Kinder abgetrieben werden, ist es auch kein Weg, der zukunftsförderlich ist. Wir müssen aber als Politiker sehen, was wir überhaupt durchsetzen können. In der Großen Koalition ist es uns noch nicht gelungen, unseren Koalitionspartner zu bewegen, sich gegen Spätabtreibungen auszusprechen. Es ist ein schwieriges Unterfangen.

Ragg: Gibt es ein Umdenken, zumindest in der CDU/CSU? Denn in letzter Zeit liest man häufiger, dass Verbände der Jungen Union sich deutlich für mehr Lebensschutz einsetzen. Das war in den Jahren davor kein Thema mehr gewesen.

Steinbach: Es freut mich, dass die Junge Union sich für viele Wertethemen engagiert. Bei uns werden Kinder aus allen Herren Länder adoptiert und hier in Deutschland werden sie abgetrieben. Das macht doch keinen Sinn! Bei den Spätabtreibungen kommt hinzu, dass auch die Ärzte, die diese Abtreibung vornehmen müssen, auf uns zugekommen sind und sagten: „Ich kann so etwas nicht machen, das ist erkennbar ein Mensch, den ich da abtreibe.“ Auch sie sind in Gewissensnöten. Ich hoffe, dass wir bei diesem Thema zu einem Erfolg mit unserem Koalitionspartner kommen. Schöner wäre es, wenn es der Kirche und der Gesellschaft gelänge, die Sensibilität in der Bevölkerung zu schaffen. Auch wenn eine junge Schwangere ihr Kind zur Adoption freigibt, wäre das immer noch besser als das Kind abzutreiben.

Ragg: Abgesehen vom Recht auf Leben sind die Grund- und Menschenrechte in Deutschland weithin anerkannt und gesichert. Aber viele Christen sehen mit Sorge, dass viele Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland, laut einer Umfrage, einige dieser grundlegenden Rechte nicht anerkennen, etwa die Religionsfreiheit oder die Gleichberechtigung der Frau. In wenigen Jahrzehnten werden diese Gruppen die Mehrheit unserer Bevölkerung stellen. Was muss die Politik heute tun, damit unsere Kultur, die vom Christentum stark geprägt ist, nicht verloren geht?

Steinbach: Die Politik kann das überhaupt nicht mehr bewirken, sondern die Kirchen selbst sind aufgefordert, ein aktives Christentum vorzuleben und sich nicht zu verstecken. Man muss intensiv das Christentum nach außen zeigen. Das gilt auch für Pfarrer, die sich genießen, den Priesterkragen offen zu tragen, und lieber in zivil gehen. Man muss seinen eigenen Glauben selbstbewusst leben. Es gibt kein Missionsverbot in Deutschland. Man sollte durchaus versuchen, dass man andere Menschen gewinnt, sich dem christlichen Glauben zuzuwenden. Da ist Mut bei allen Christen angesagt. **Die Intensität und Glaubenskraft wie bei den in Deutschland lebenden Muslimen gibt es nur noch bei sehr wenigen Christen. Und das ist schon hochgradig beunruhigend.**

„Fettnäpfchen“ Weihnachtsfeier

„Politische Korrektheit“ verhindert in Großbritannien immer öfter Weihnachtspartys im Büro

Von Ute Dickerscheid

RNZ 8.12.06,17

London. (dpa) Traditionelle Weihnachtsfeiern sind nach Einschätzung zahlreicher britischer Arbeitgeber und Stadtverwaltungen nicht länger politisch korrekt. Einige britische Anwaltskanzleien veröffentlichten sogar schon eine Warnung: Im multikulturellen London arbeiteten Menschen verschiedenen Glaubens zusammen, und vor allem Muslime könnten die oft ausschweifenden Bürofeiern als beleidigend empfinden, so die Anwälte. Aus Angst vor Ärger oder sogar Klagen wird in diesem Jahr offenbar bereits weniger gefeiert. Von 5 000 britischen Unternehmen wollen etwa 80 Prozent keine Party veranstalten, so das Ergebnis einer Umfrage der Anwaltskanzlei Peninsula, die sich auf Arbeitsrecht spezialisiert hat.

Die Kanzlei spricht von „einer Welle der politischen Korrektheit“, die über Großbritannien hereingebrochen sei. In einigen britischen Großstädten untersagen die örtlichen Behörden Weihnachtsschmuck und Lichterketten in Einkaufszentren und Fußgängerzonen. Außerdem würden traditionelle Weihnachtsveranstaltungen „säkularisiert“, so Peter Dole von Peninsula. Politische Korrektheit herrscht auch im britischen Fernsehen: Außer der Queen wird in diesem Jahr eine völlig verschleierte Muslimin eine Weihnachtsansprache halten.

Viele Unternehmen haben diese Entwicklung in den vergangenen Wochen offenbar aufmerksam verfolgt. Keiner wolle ins Fettnäpfchen treten, erklärt Dole, und deshalb gingen viele auf Nummer Sicher. Wer sich trotzdem traut zu feiern, „braucht

Nerven wie Clint Eastwood", kommentierte die „Daily Mirror“.

Unternehmen sollten eine Reihe von Regeln befolgen, damit die Feiern nicht aus dem Ruder laufen, empfiehlt Greg Campbell von der Kanzlei Faegre and Benson. Sexuelle, rassistische oder religiöse Diskriminierung müssten auf jeden Fall verhindert werden, sonst könnten Arbeitnehmer klagen.

Also keine Weihnachtsfeiern nach Büroschluss, und auch sonst soll am Arbeits-

platz keine weihnachtliche Sentimentalität aufkommen. Etwa 74 Prozent von 2 300 befragten britischen Arbeitgebern verbieten laut Peninsula sogar Weihnachtsbäume und Weihnachtsschmuck, um andersgläubige Mitarbeiter nicht zu beleidigen. Das seien 71 Prozent mehr als im Vorjahr. So ließ die Royal Bank of Scotland, Großbritanniens zweitgrößte Bank, ihre Mitarbeiter in der Londoner City wissen, dass das Aufhängen von Weihnachtsschmuck „aus Sicherheitsgründen“ nicht gestattet sei.

Viele Muslime finden die „politische Korrektheit“ zu Weihnachten jedoch völlig übertrieben. „Das kann leicht nach hinten losgehen und christliche Briten gegen Muslime aufbringen“, meint ein Sprecher des Christlich-Muslimischen Forums in Peterborough im Nordosten Englands. Auch Zahid Hussain vom Muslimischen Rat hält nichts davon, die Weihnachtsstimmung im Land zu unterdrücken. „Weihnachten ist Weihnachten, und wir machen beim Feiern mit“, sagte Hussain einer britischen Zeitung.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15491>

Wird Friedlichkeit der Christen von Gegnern ausgenutzt?

16.12.06

Missionswissenschaftler bei Anhörung im Deutschen Bundestag: Rund 200 Millionen Christen werden diskriminiert und verfolgt.

Berlin (www.kath.net/idea)

„Christen sind die meistverfolgte Religionsgemeinschaft der Welt.“ Das sagte der Geschäftsführer des Arbeitskreises Religionsfreiheit der Deutschen Evangelischen Allianz, Professor Thomas Schirrmacher (Bonn), am 11. Dezember in Berlin bei einer Expertenanhörung im Deutschen Bundestag. Sie waren vom Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unter Leitung des CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler eingeladen worden. Dabei berieten Außen- und Kulturpolitiker das Thema Religionsfreiheit erstmals gemeinsam.

Nach Angaben Schirrmachers werden rund 200 Millionen Christen diskriminiert und verfolgt. Die Friedlichkeit der Christen werde von ihren Gegnern oft ausgenutzt, weil diese kaum handfeste Gegenwehr auf Unterdrückung erwarteten. Der Missionswissenschaftler plädierte dafür, die Namen politisch und religiös Verfolgter zu veröffentlichen, da viele Unterdrückerstaaten die Öffentlichkeit scheuten. Länder wie Indien, Indonesien oder die Türkei beobachteten die politischen Diskussionen der westlichen Welt sehr genau. Die vom Bundestag beschlossene Resolution zur Religionsfreiheit sei daher ein gutes Signal.

Die stellvertretende Direktorin des Evangelischen Missionswerks (EMW), Pfarrerin Maren von der Heyde (Hamburg), wies darauf hin, dass ein Wechsel zum Christentum etwa in zahlreichen islamischen Ländern mit Repressionen verbunden sei. Die Träger christlicher Entwicklungshilfe müssten ihr missionarisches Engagement oft zurückstellen, obwohl dies zu ihrem Wesen gehöre.

Sie plädierte ferner dafür, die Evangelikalen stärker in den Dialog der Religionen einzubeziehen. Der Abtprimas des katholischen Benediktinerordens, Notker Wolf (St. Ottilien), sagte, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit gehörten zusammen. Er kritisierte deshalb die Selbstzensur des Internet-Suchdienstes Google in der Volksrepublik China. Google hatte sich im Januar den strengen chinesischen Zensurbestimmungen unterworfen, um dort seinen Suchdienst anbieten zu können.

Zugleich vertrat Wolf die Ansicht, dass in China eine relative Freiheit gegeben sei, wenn man mit staatlichen Stellen kooperiere. So betrieben die Benediktiner mehrere christliche Krankenhäuser. Der Leiter des Kommissariats der katholischen deutschen Bischöfe, Prälat Karl Jüsten (Berlin) sagte, der demokratische Rechtsstaat fördere die Religionsfreiheit am besten. Umgekehrt sei die Religionsfreiheit in vielen nicht demokratischen Staaten eingeschränkt, am stärksten in Nordkorea und dem Iran.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15609>

Britische Fluglinie setzt Bibelverbot von Saudi Arabien um

01.01.07

Eine Stewardess darf die Heilige Schrift nicht auf Flügen nach Saudi-Arabien mitnehmen.

London (www.kath.net/idea)

Erneut hat eine Christin aus Glaubensgründen Ärger mit einer britischen Fluggesellschaft. British Midlands International (BMI) hat einer Flugbegleiterin verboten, auf Flügen nach Saudi-Arabien ihre Bibel mitzuführen. Die Stewardess protestierte gegen das Verbot, das einer Diskriminierung gleich komme. Ein BMI-Sprecher verteidigte die Entscheidung. Die Fluglinie erfülle nur die saudi-arabischen Gesetze.

Die Behörden des streng islamischen Landes beschlagnahmten Bibeln und gäben diese bei der Ausreise nicht wieder zurück. Man habe der Stewardess den Einsatz auf einer anderen Route angeboten. Ein Sprecher der

Menschenrechtsorganisation „Christliche Solidarität Weltweit“ zeigte sich verwundert, dass eine europäische Fluglinie Gesetze eines arabischen Staats durchsetze, die gegen die Religionsfreiheit gerichtet sind. Erst kürzlich war British Airways in die Kritik geraten, weil deren Kleiderordnung das Tragen eines Kreuzes an einer Halskette untersagt. Die 55-jährige koptisch-orthodoxe Angestellte Nadia Eweida weigert sich, ihren Kreuzanhänger abzulegen, wenn sie in Uniform Passagiere abfertigt. Sie fühlt sich als Christin ungerecht behandelt, weil Muslime und Sikhs Kopftücher beziehungsweise Turbane als Ausdruck ihres Glaubens tragen dürfen. In den Konflikt haben sich auch Premierminister Tony Blair und die anglikanische Kirche eingeschaltet. Blair riet der Fluggesellschaft zum Einlenken, und der Erzbischof von Canterbury Rowan Williams (London), deutete an, dass die Kirche ihre 15 Millionen Euro abziehen könnte, die sie bei British Airways investiert hat.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15699>

Mehr Zulauf für „Humanistische Lebenskunde“ in Berlin
13.01.07

42.500 Schüler nehmen teil – Knapp 111.000 Schüler im Religionsunterricht
Berlin (www.kath.net/idea)

Das in Berlin angebotene freiwillige Unterrichtsfach „Humanistische Lebenskunde“ verzeichnet wachsenden Zulauf. Das berichtet der Berliner Tagesspiegel unter Berufung auf Zahlen des atheistischen Humanistischen Verbands, der für den Unterricht verantwortlich ist. Demnach nehmen daran derzeit 42.500 Schüler teil, etwa 1.700 mehr als 2005/2006. Rund 87.000 Schüler besuchen den evangelischen Religionsunterricht, 24.800 den katholischen und 4.800 den islamischen. Ab sofort kann humanistische Lebenskunde auch im Bundesland Brandenburg unterrichtet werden, nachdem das Landesverfassungsgericht mit einem entsprechenden Urteil im Dezember den brandenburgischen Landtag zu einer Schulgesetzänderung gezwungen hatte. Der Humanistische Verband will seinen Unterricht aber nicht in Schulklassen anbieten, in denen das Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER) unterrichtet wird.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15763>

British Airways lenkt ein: Kreuzverbot gestrichen[^]
22.1.07

Proteste gegen Fluglinie erfolgreich: Auch Christen dürfen in Uniform wieder religiöse Symbole tragen
London (www.kath.net/idea)

Nach vier Monaten hat die Fluggesellschaft British Airways (BA) im Arbeitsstreit um einen Kreuzanhänger eingelenkt. Ab sofort ist es Angestellten erlaubt, religiöse Symbole als Anstecker an die Uniform zu heften. Auch will die Airline Flexibilität zeigen und Christen ebenso erlauben, Kreuzanhänger zu tragen, wie bisher schon Musliminnen Kopftücher und Sikhs Turbane tragen durften, berichtet die Rundfunkanstalt BBC. Damit hat sich die 55-jährige koptisch-orthodoxe Angestellte Nadia Eweida (London) durchgesetzt, die sich durch das Kreuzverbot diskriminiert fühlte. British Airways hatte sie im September in unbezahlten Urlaub geschickt, weil sie sich weigerte, ihren etwa zwei Zentimeter großen Kreuzanhänger abzulegen, wenn sie in Uniform Passagiere abfertigt. Der Streit um die Kleiderordnung beschäftigte die Öffentlichkeit in- und außerhalb Großbritanniens. Bei einer Abstimmung im Unterhaus hatten rund 100 Abgeordnete Kritik an der Personalpolitik von BA geübt. Premierminister Tony Blair riet dem BA-Vorstandsvorsitzenden Martin Broughton zum Nachgeben. Das geistliche Oberhaupt der anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury Rowan Williams (London), deutete an, dass seine Kirche ihre bei BA investierten 15 Millionen Euro abziehen könnten, wenn das Unternehmen nicht einlenke. In Deutschland sah der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein (Kassel), die Grenze zur Groteske überschritten. Der Glaube sei nicht nur Privatsache; er wolle auch öffentlich bekannt sein. Die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern drohte BA mit Boykott wegen der „offenkundigen und sichtlich gewollten Diskriminierung von Christen“. Die Fluglinie hat rund 34.000 uniformierte Angestellte.

Stewardess protestiert gegen Bibelverbot

Ungelöst ist weiter ein religiös begründeter Arbeitskonflikt mit der einer anderen britischen Fluglinie. British Midlands International (BMI) hat einer Flugbegleiterin verboten, auf Flügen nach Saudi-Arabien ihre Bibel mitzuführen. Die Stewardess protestierte gegen das Verbot, das einer Diskriminierung gleich komme. Ein BMI-Sprecher verteidigte die Entscheidung. Die Fluglinie erfülle nur die saudi-arabischen Gesetze. Die Behörden des streng islamischen Landes beschlagnahmten Bibeln und gaben diese bei der Ausreise nicht wieder zurück. Ein Sprecher der Menschenrechtsorganisation „Christliche Solidarität Weltweit“ zeigte sich verwundert, dass eine europäische Fluglinie Gesetze eines arabischen Staats durchsetze, die gegen die Religionsfreiheit gerichtet seien.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=15898>

Wird EU zu einem unterdrückerischen Regime?

5.2.07

Französischer Abgeordneter Vanneste wegen Homo-Kritik vor Gericht verurteilt - Früherer Dissident des Sowjet-Regimes Wladimir Bukowski sieht Anzeichen dafür, dass sich die Europäische Union zu einem unterdrückerischen Regime entwickelt Paris (kath.net/idea)

In Frankreich ist ein Parlamentsabgeordneter wegen kritischer Äußerungen zur Homosexualität zu einer Geldstrafe von 3.000 Euro verurteilt worden. Außerdem muss der konservative Abgeordnete Christian Vanneste 2.000 Euro Entschädigung an drei Homo-Gruppen zahlen, die ihn im nordfranzösischen Douai vor Gericht gebracht haben. Rechtliche Grundlage ist das französische Gesetz gegen Hassreden. Der Philosophielehrer Vanneste hatte mehrfach öffentlich erklärt, dass er die Homosexualität als eine Bedrohung für das Überleben der Menschheit ansehe. Außerdem sei sie der Heterosexualität moralisch unterlegen. Vanneste brachte seine Meinung am 6. Juli auch vor der Nationalversammlung zum Ausdruck. Kritiker des Urteils gegen Vanneste befürchten, dass das Gesetz gegen Hassreden zum Verbot von Schriften mit Kritik an der Homosexualität führen könnte. Dazu könne auch die Bibel gehören. Der frühere Dissident des Sowjet-Regimes Wladimir Bukowski sieht in der juristischen Verfestigung der Politischen Korrektheit ein Anzeichen dafür, dass sich die Europäische Union zu einem unterdrückerischen Regime entwickelt.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=16089>

Ägypten: Christen nach Brandanschlag auf ihre Häuser inhaftiert

27.2.07

Kopten werden von der Polizei zu Selbstbeichtigungen gezwungen.

Kairo/Frankfurt/M. (www.kath.net) Die ägyptische Polizei hat im oberägyptischen Armant zwei koptisch-orthodoxe Familien festgenommen, nachdem diese zur Polizeistation gekommen waren, um Brandanschläge auf ihre Häuser anzuzeigen, berichtet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Die Kopten wurden von der Polizei gezwungen, ein Protokoll zu unterschreiben, wonach sie ihre Häuser selbst angezündet hätten, um die Tat Muslimen anzulasten und Polizeischutz einzufordern. Wie die IGFM weiter berichtet, wurden die Familien zuvor 36 Stunden lang festgehalten.

Am 13. Februar hatten unbekannte Täter brennende, kerosingetränkte Stoffketten in die Häuser am Stadtrand von Armant (600 Kilometer südlich von Kairo) geworfen. Die Bewohner der Häuser, koptisch-orthodoxe Christen, konnten die Brandherde löschen.

Daraufhin suchten sechs Angehörige der Familien die zuständige Polizeistation auf, um dort die Anschläge zu melden. Die Polizeibeamten weigerten sich jedoch, den Fall zu untersuchen. Zur Begründung wurde angegeben, dass es keine Beweise gäbe und der Schaden nur minimal sei.

Die Kopten wurden außerdem von der Polizei aufgefordert, Aussagen zu unterschreiben, wonach sie ihre eigenen Häuser angezündet hätten, um die Tat Muslimen anzulasten und Polizeischutz einzufordern. Als sie ihre Unterschrift verweigerten, wurden sie in Polizeihaft genommen und erst 36 Stunden später, nachdem sie letztendlich dem Druck zu unterschreiben nachgegeben hatten, freigelassen.

Den Angriffen auf die koptischen Häuser gingen am 13. Februar Anschläge auf vier, von Christen geführte Geschäfte voraus, berichtet die IGFM weiter. Gerüchten zufolge soll eine Liebesbeziehung zwischen einer muslimischen Frau und einem Christen ein Anlass für die Ausschreitungen gewesen sein.

Lokalen Zeitungen zufolge liege der Ursprung der Unruhen an Beschuldigungen, ein Christ hätte muslimische Frauen durch Erpressung mit Nacktaufnahmen gezwungen, zu konvertieren.

Obwohl laut einer koptischen Zeitung das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Armant, im Gegensatz zu anderen Landesteilen, als harmonisch anzusehen sei, gibt es doch Berichte, nach denen interreligiöse Beziehungen als Tabubruch angesehen wurden und gegenseitige Anschuldigungen bereits oft zu Spannungen führten.

Der Vater eines überführten muslimischen Täters gab radikalen muslimischen Gruppen, die der Jugend seit den späten 90ern extremistische Gedanken einbläuten, die Schuld an der Gewalt. Ein anderer führte aus, dass die Geschäftsleute wahrscheinlich aufgrund von Neid zur Zielscheibe geworden waren, da viele junge Muslime unter Arbeitslosigkeit und Armut litten.

In der Realität beteiligen sich oft ägyptische Sicherheitskräfte an den anti-christlichen Gewalttaten. Im Jahr 2006 sind allein bei Angriffen auf Kirchen in el-Udaysaat und Alexandria zwei Kopten getötet und mehr als zwanzig verletzt worden. Die IGFM fordert die ägyptische Regierung daher auf, Maßnahmen zu ergreifen, um religiös motivierte Gewalttaten, besonders in den Reihen des Polizeiapparates, einzudämmen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=16169>

Meinungsfreiheit ade? Darf Kirche nicht mehr vor Esoterik warnen?

7.3.07

Verwaltungsgericht von München untersagt evangelischer Landeskirche kritische Aussagen über Seminaranbieterin zu Bioenergie-Kursen“, Rutengehen und Räucher Ritualen

München (kath.net/idea)

Darf die evangelische Landeskirche in ihren Publikationen vor „Bioenergie-Kursen“, Rutengehen und Räucher Ritualen einer Seminaranbieterin warnen? Das Verwaltungsgericht München sagt nein und hat in einem Beschluss der bayerischen Landeskirche und ihrem Sektenbeauftragten Wolfgang Behnk (München) untersagt, kritische Beurteilungen über die Anbieterin solcher Kurse zu veröffentlichen. Anlass ist der Gemeindebrief der evangelischen Kirchengemeinde Weiltingen bei Ansbach, in der der Gemeindeverantwortliche Günther Nickel vergangenen Oktober unter der Überschrift „Ist das eine Sekte?“ vor den Seminaren einer Frau in seiner Region warnte, ohne allerdings ihren Namen zu nennen. Diese hatte auf Handzetteln für ihre Kurse geworben – darunter ein „Bioenergetischer Schnupperkurs“, Rutengehen und Räucher Ritualen. Nickel nahm Rücksprache mit dem Sektenbeauftragten Behnk und schrieb an seine Gemeindeglieder: Das Seminarangebot habe zwar nichts mit einer Sekte zu tun, doch sei es „nicht dem Evangelium gemäß und steht an manchen Stellen sogar im krassen Gegensatz zum christlichen Glauben“. Der Text enthält auch die Warnung: „Wegen der vielen Widersprüche zum Evangelium, was das Menschen- und Gottesbild anlangt, ist äußerste Vorsicht geboten, sich mit diesen Dingen einzulassen.“ Genau diese beiden Äußerungen werden ihm und der Landeskirche untersagt.

Gegensatz zum Christentum in Frage gestellt

Das Verwaltungsgericht München sieht durch die Äußerungen im Gemeindebrief negative Folgen für den Ruf und die Tätigkeit der Seminaranbieterin, die geklagt hatte. Denn es könne der Eindruck entstehen, ihre Tätigkeit sei nicht dem Evangelium gemäß. Dabei habe sich der Sektenbeauftragte kritisch geäußert, ohne sich hinreichende Anhaltspunkte für eine solche Abqualifizierung verschafft zu haben. Nach Ansicht des Gerichts lässt die Anbieterin „nicht unbedingt den Schluss zu, dass sie sich mit religiösen, spirituellen Dingen beschäftigt oder sich mit ihrer Tätigkeit in einen Gegensatz zum christlichen Glauben setzen will“. Da bei der evangelischen Landeskirche die Gefahr einer Wiederholung solcher Aussagen bestehe, solle sie eine Unterlassungserklärung unterzeichnen.

Landeskirche legt Beschwerde ein

Die Landeskirche sieht in dem Gerichtsbeschluss einen massiven Eingriff in die Meinungsfreiheit. Der Kirche könne es nicht untersagt werden, sich in einem örtlichen Presseorgan der Pfarrei kritisch zu spirituellen Fragen der Zeit wie der Esoterik zu äußern, schreibt der Sektenbeauftragte Behnk. Die Kirche hat Beschwerde beim bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingelegt. Rückendeckung hat Pfarrer Nickel inzwischen auch von seinen Kollegen im Pfarrkapitel Dinkelsbühl bekommen, die sich geschlossen hinter seinen Beitrag im Gemeindebrief gestellt haben.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=16299>

„Wir sollten zusammenstehen und diese Diskriminierung bekämpfen“

21.03.07

Großbritannien: Christen fühlen sich diskriminiert - Jeder vierte empfindet Benachteiligung am Arbeitsplatz - Katholischen Unterhausabgeordneten Ann Widdecombe möchte jetzt dagegen ankämpfen

London (kath.net/idea)

Viele Christen in Großbritannien fühlen sich wegen ihres Glaubens diskriminiert. Bei einer Umfrage der Rundfunkanstalt BBC (London) erklärte etwa jeder Dritte, die Medien stellten den christlichen Glauben in ein schlechtes Licht. Jeder vierte Christ fühlt sich am Arbeitsplatz und jeder fünfte am Wohnort religiös diskriminiert. Befragt wurden über 600 Christen für das BBC-Programm „Heaven and Earth“ (Himmel und Erde). Pfarrer Malcolm Duncan von der Kampagne Faithworks (Glaubenswerke) sagte, Christen litten mehr unter Diskriminierung als Anhänger anderer Religionen in Großbritannien. Nach Ansicht der katholischen Unterhausabgeordneten Ann Widdecombe müssen sich Christen entscheiden, ob sie diese Situation hinnehmen oder dagegen ankämpfen wollen. „Nach meiner persönlichen Auffassung sollten wir zusammenstehen und diese Diskriminierung bekämpfen“, sagte die konservative Politikerin. Der für Religion zuständige BBC-Redakteur Robert Piggott ist der Ansicht, dass ein so hohes Maß der Unzufriedenheit von Christen mit der Behandlung ihres Glaubens noch vor einigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Einige Kirchenvertreter halten die Aussagen jedoch für übertrieben.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=16354>

„Passion Christi“ sorgt erneut für Aufregung

27.03.07

Mel-Gibson-Film am Karfreitag: Die Israelitische Kultusgemeinde von Wien fordert vom ORF eine Programmänderung und droht mit weiteren Schritten - Auch der Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit reagiert nervös

Wien (www.kath.net)

Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) macht Stimmung gegen die geplante Aufführung der „Passion Christi“ von Mel Gibson im ORF und fordert am Dienstag in einer Aussendung vom ORF eine Programmänderung. Die Ausstrahlung wird als eine „Gedankenlosigkeit des ORF“ bezeichnet. Außerdem wird mit weiteren Schritten gedroht. [Wie KATH.NET berichtet hat,](#)

wird der Mel-Gibson-Film am Karfreitag erstmals im deutschsprachigen Raum erstmals von großen Fernsehsendern ausgestrahlt. Die Kultusgemeinde meint jetzt dazu, dass der Film ein „antisemitischer Gruselfilm mit einem Antisemiten als Hauptdarsteller“ sei und im Film in „in tief vorkonziliarer Weise den Juden die Schuld an der Kreuzigung zugesprochen wird“. Wörtlich behauptet die IKG: „Diese Produktion eines einer reaktionären Sekte angehörenden Regisseurs und Schauspielers, der in betrunkenem Zustand gerne mal seinen antisemitischen Grundeinstellungen freien Lauf lässt, erzeugt ein mittelalterliches Bild von „den Juden“, das jede nur mögliche Art von Vorurteilen im Stande ist, zu schüren.“ Auch ein Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische Zusammenarbeit möchte die Ausstrahlung von Mel Gibsons Film „Die Passion“ am Karfreitag im ORF-Fernsehen verhindern. Der Präsident des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Helmut Nausner, behauptet in einer von Markus Himmelbauer, dem Geschäftsführer des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit, verschickten Aussendung wörtlich: „Weder hilft er, das Geheimnis des Leidens, des Sterbens und der Auferstehung Christi zu verstehen, noch trägt er dazu bei, Brücken zwischen Christen und Juden zu bauen. Der Film hilft vielleicht, die Quote des ORF zu heben, dabei reißt er aber Gräben auf und bedient alte Vorurteile. Wenn manche Kirchen heute sich bemühen, Aussagen einzelner Theologen zu korrigieren, wer korrigiert dann das Lehramt eines Mel Gibson, der so tut, als erfülle er eine Mission im Namen des Evangeliums.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=16587>

25. April 2007, 07:48

Gotteslästerungsparagrafen verschärfen

„Die Wende“: Blasphemische Angriffe auf Christentum bleiben weitgehend ungeahndet.

Burbach (www.kath.net/idea)

Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagrafen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer der Jahrestagung des Vereins „Die Wende“ gefordert.

Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müssten den christlichen Glauben mit dem gleichen Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten, heißt es in einer in Burbach bei Siegen einstimmig gefassten Resolution.

Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der „Wende“ werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte.

Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, „das Heilige heilig zu halten“, um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte (Frankfurt am Main) auf den zunehmenden Einfluss von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.

Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und eine kritische Berichterstattung über den Islam nicht erwünscht sei. Die 1993 gegründete „Wende“ hat nach eigenen Angaben mehr als 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der 79-jährige evangelische Sozialphilosoph Prof. Günter Rohrmoser (Stuttgart). Vorsitzender ist Gymnasiallehrer Jörg Birnbacher (Wendelstein bei Nürnberg)

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17054>

Gerichtsverfahren gegen 'Sakrileg' und 'Da Vinci Code' eingeleitet

Mehrere italienische Geistliche haben Anzeige gegen Film erstattet - Die Staatsanwaltschaft der Stadt Civitavecchia kümmert sich jetzt darum
18.6.07

Rom (www.kath.net)

Die Staatsanwaltschaft der Stadt Civitavecchia bei Rom hat ein Verfahren gegen den Regisseur und die Filmproduzenten von „Sakrileg“ eingeleitet. Das Verfahren wegen Obszönitäten und Verunglimpfung der Religion wurde eröffnet, weil einige Priester Anzeige erstatteten.

Das berichteten italienische Medien. Als besonders anstößig sehen die Geistlichen die Filmszene, in der Jesus als Vater eines Kindes dargestellt wird.

Im Roman von Dan Brown wird der ahistorische Mythos verbreitet, dass Jesus mit Maria Magdalena verheiratet gewesen sei und mit ihr ein Kind hatte. Mehrere hochrangige Vertreter der Kirche kritisierten den Film heftig.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17111>

Lydia und ihr 'anstößiger' Keuschheitsring
23.6.07

Eine 16-jährige Schülerin aus England darf in ihrer Schule keinen Keuschheitsring tragen, jetzt verklagt sie die Schule: "In meiner Schule dürfen Musliminnen ein Kopftuch tragen, das sieht so aus, als seien Christen Opfer von Diskriminierung"

London (www.kath.net)

Eine 16-jährige Schülerin aus Großbritannien hat genug von der Diskriminierung von Christen in England und klagt ihre Schule, weil diese ihr verbieten möchte, dass sie in der Schule einen Keuschheitsring trägt. Lydia Playfoot erklärte gegenüber der BBC: "In meiner Schule dürfen Musliminnen ein Kopftuch tragen, für andere Religionen ist aller mögliche Schmuck erlaubt - das sieht so aus, als seien Christen Opfer von Diskriminierung."

Die Schülerin wurde vor einiger Zeit vom Unterricht ausgeschlossen, nach dem sie sich geweigert hatte, einen sogenannten Keuschheitsring abzulegen. Der Ring gilt als Symbol der Bewegung „Wahre Liebe wartet“, auf dem der Bibelvers "Das ist es, was Gott will: eure Heiligung. Das bedeutet, dass ihr die Unzucht meidet, (und) dass jeder von euch lernt, mit seiner Frau in heiliger und achtungsvoller Weise zu verkehren" aus dem 1. Brief an die Thessalonicher eingraviert ist. Lydia Playfoot sieht ihr Recht auf Religionsfreiheit gemäß Artikel neun der Erklärung der Menschenrechte verletzt. Die Schule selbst argumentiert, dass der Ring kein „zentrales Element des christlichen Glaubens“ sei und gegen die Kleiderordnung verstoße. Der Vater von Lydia, ein Prediger in Süd-England, kritisierte den "weltlicher Fundamentalismus", der bestimmte religiöse Überzeugungen zum Schweigen bringen wolle.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17301>

Wenn das Fernsehen einen brennenden Koran zeigen würde
16.7.07

Politiker und Bischöfe empört über Bibelverbrennung in ARD-Beitrag - In dem 45-minütigen Beitrag über „christliche Fundamentalisten“ ließ Autor Tilman Jens mehrfach eine Bibel in Flammen aufgehen

Frankfurt am Main (kath.net/idea)

Einen brennenden Koran hätte das deutsche Fernsehen wohl kaum als stilistisches Mittel benutzt, vermutet der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Wolfgang Bosbach (CDU). Bei der Bibel gibt es weniger Skrupel, wie der Hessische Rundfunk in der Sendung „Hardliner des Herrn“ am 11. Juli demonstrierte. In dem 45-minütigen Beitrag über „christliche Fundamentalisten“ ließ Autor Tilman Jens mehrfach eine Bibel in Flammen aufgehen. Unterlegt waren diese Szenen mit Texten wie: „Das Wort der Bibel rettet vor dem ewigen Wurm, vor dem Feuer der Verdammnis.“

Der „Bild“-Zeitung sagte Jens, er habe „die Bibel als drohendes, Angst machendes Instrument und gleichzeitig als Feuerschwert Gottes darstellen“ wollen. Chefredakteur Alois Theisen (Frankfurt am Main) verteidigte die Szenen als „zugespitztes stilistisches Mittel, um im Film einzelne Teile zu trennen“. Bosbach möchte sich nicht vorstellen, was in Deutschland passieren würde, wenn im Fernsehen ein Koran angezündet worden wäre.

Laut „Bild“ hat das Vorgehen auch bei Kirchenführern Empörung ausgelöst. Der Vorsitzende der Medienkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Gebhard Fürst (Stuttgart), bezeichnete das Verbrennen einer Bibel als Verhöhnung der für Christen und Juden gleichermaßen Heiligen Schrift.

Der Hamburger Weihbischof Hans-Jochen Jaschke wandte sich gegen jede Bücherverbrennung. Das habe erst recht für die Bibel zu gelten. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Blumenthal erklärte, dass man so etwas „auf keinen Fall dulden“ dürfe. Der Film hatte rund 1,4 Millionen Zuschauer.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17302>

Nordkorea: Christ soll öffentlich hingerichtet werden
16.7.07

Weltweite Kampagne will Freilassung des Ex-Offiziers erreichen - Nordkorea gilt als das Land mit der weltweit schärfsten Christenverfolgung. Alleinherrscher Kim Jong-Il betrachtet Christentum als eine der größten Bedrohungen.

Washington (kath.net/idea)

In Nordkorea soll ein ehemaliger Offizier hingerichtet werden, weil er Christ ist. Das berichtet die international tätige Hilfsaktion Märtyrerkirche in Washington. Das Werk hat zu einer weltweiten Kampagne zur Freilassung von Son Jong Nam aufgerufen. Er ist seit über einem Jahr im Gefängnis. Der Organisation zufolge war der Soldat 1998 nach China desertiert, wo er einem koreanischen Missionar begegnete und Christ wurde.

Seither fühle er sich berufen, den christlichen Glauben in Nordkorea zu verbreiten, so die Hilfsaktion. 2001 verhaftete ihn die chinesische Polizei und lieferte ihn an Nordkorea aus, wo er sofort festgenommen wurde. Nach drei Jahre wurde er aus der Haft entlassen. Er kehrte nach China zurück.

Bei der Rückkehr in seine Heimat im Januar 2006 verhaftete ihn die Polizei erneut. Seine öffentliche Hinrichtung soll die Bevölkerung vor einer Hinwendung zum Christentum warnen. Das Hilfswerk appelliert an Politiker, sich für das Leben des

Christen einzusetzen. Nützlich seien auch Protestbriefe an Nordkoreas UN-Vertretung in New York (515 East 72nd Street, 38-F, New York, N.Y. 10021 USA).

Nordkorea gilt als das Land mit der weltweit schärfsten Christenverfolgung. Alleinherrscher Kim Jong-Il (siehe Foto) lässt sich in einer Art Götzendienst verehren und betrachtet das Christentum als eine der größten Bedrohungen. Nach offiziellen Angaben leben unter den 22,4 Millionen Einwohnern 12.000 Christen. Religionsstatistiker gehen jedoch von weit mehr als 400.000 im Untergrund aus. Vermutlich sind bis zu 100.000 in Arbeitslagern eingesperrt.

DIE WELT 18. Juli 2007, 17:44 Uhr

Kirche

Nacktfotos auf dem Altar und Sex in der Kirche

Seit April dringen immer wieder Jugendliche in die Husumer Hauptkirche ein. Sie werfen mit Bibeln und Kerzen, bedrohen die Besucher, machen Nacktfotos auf dem Altar und haben Sex im Nebenzimmer. Der Kirchenvorstand ist hilflos - und bittet jetzt die Gemeindemitglieder um Hilfe.

Eine etwa zehnköpfige Jugendbande hat seit April die Gläubigen in der Husumer Marienkirche terrorisiert, dem wichtigsten Gotteshaus der Stadt. Die Jugendlichen drangen regelmäßig während der Besuchszeiten in die Kirche ein, warfen mit Bibeln und Kerzen, bedrohten Gemeindemitglieder, ließen sich nackt auf dem Altar fotografieren und hatten öffentlichen Sex in einem Nebenraum. Dies teilte der stellvertretende Kirchenvorsteher Volker Articus am Mittwoch auf Anfrage der Nachrichtenagentur AP mit.

„Es handelt sich um sieben bis zehn Jugendliche, die auf dem Platz vor der Kirche Alkohol und Drogen nehmen und dann Unheil anrichten“, sagte er. Da die Jugendlichen noch nicht strafmündig seien, könne die Polizei ihnen nur schwer beikommen, sagte Articus über die Gruppe, die auch Türen und Schubladen in der Kirche aufgebrochen habe.

Der Kirchenvorstand bittet die Gemeindemitglieder um Hilfe

Jetzt habe die Stadt aber eine neue Satzung erlassen, wonach Alkoholkonsum auf dem Platz vor der Kirche verboten sei. Außerdem habe die Gemeinde ihre Mitglieder aufgefordert, bei der Bewachung der Marienkirche zu helfen, weil die meist älteren Herrschaften vom freiwilligen Besucherdienst mit den aggressiven Jugendlichen überfordert seien, sagte Articus.

Eine Schließung der bei Touristen beliebten 174 Jahre alten Kirche sei aber nie in Frage gekommen, sagte der Kirchenvorstand: „Man kann nicht sagen, ‚die Marktkirche überlassen wir den Vandalen‘“. Die Husumer Marienkirche gilt als Hauptwerk des Klassizismus in Schleswig-Holstein.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17214>

Bischof Mixa warnt vor aggressivem Laizismus

5.7.07

Augsburger Bischof bei Ulrichswoche: "Ich habe keine Angst vor einem missionarischen Islam, aber vor einer laschen Christenheit. Selbst Aufklärung, Atheismus und Marxismus hätten sich in der Auseinandersetzung mit dem Christentum heraus gebildet."

Augsburg (kath.net/IBA).

Vor einem zunehmend aggressiven Laizismus in allen Teilen Europas hat der Augsburger Bischof Dr. Walter Mixa vor rund 1.000 Gläubigen anlässlich des Eröffnungsgottesdienstes der diesjährigen Ulrichswoche gewarnt. Nicht ein geistig-kraftvoller und sich ausbreitender Islam sei die gefährlichste Bedrohung der christlich-abendländischen Kultur, sondern die

„systematische Verdrängung des christlichen Glaubens aus der Politik und dem öffentlichen Leben“, die zu einer „geistigen Immunschwäche Europas“ führe. „Ich habe keine Angst vor einem missionarischen Islam, aber vor einer laschen Christenheit“, sagte der Bischof in seiner Predigt.

Bischof Mixa erinnerte an seinen Amtsvorgänger Bischof Ulrich, den Patron des Bistums Augsburg, der 955 bei der Lechfeldschlacht das christliche Abendland vor den heidnischen Horden aus dem Osten gerettet habe. Bischof Mixa betonte, dass die europäische Kultur durch und durch christlich geprägt sei: „Ohne das Christentum wären die Menschenrechte, die Sozialstandards unserer Gesellschaft, das europäische Rechtssystem, das Bildungswesen, die soziale Marktwirtschaft und die gesamte Geschichte der europäischen Kunst, der Architektur, der Musik und der Dichtung nicht denkbar“, so der Bischof. Selbst Aufklärung, Atheismus und Marxismus hätten sich in der Auseinandersetzung mit dem Christentum heraus gebildet.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17152>

Deutsches Gericht schützt den Erzbischof von Köln vor Verunglimpfung

27.6.07

Einstweilige Verfügung des Landgerichts Köln gegen den Kölner Kabarettisten Jürgen Becker. Dieser darf Meisner nicht mehr als "Hassprediger" bezeichnen. Köln (www.kath.net)

Das Landgericht Köln hat eine Einstweilige Verfügung gegen den Kölner Kabarettisten Jürgen Becker erlassen. Danach darf er Kardinal Joachim Meisner nicht mehr als „Hassprediger“ bezeichnen. Generalvikar Dominik Schwaderlapp erklärte in einer [kath.net](http://www.kath.net) vorliegenden Erklärung: "Bei allem Respekt vor dem Recht auf freie Meinungsäußerung gibt es Grenzen des Anstands und der Ehre, die nicht überschritten werden dürfen. Hier wird nicht nur der Kardinal beleidigt, sondern in der Herabsetzung eines ihrer höchsten Repräsentanten auch die Gemeinschaft der Katholiken selbst."

Man habe sich zu juristischen Schritten entschlossen, um das Amt und die Person des Erzbischofs von Köln vor Verunglimpfung zu schützen.

In einem Interview, das am 15. Juni 2007 in der Kölner Tageszeitung „Express“ erschienen war, hatte Becker auf die Frage nach seiner Meinung zum geplanten Moscheebau und mit Blick auf Kardinal Meisner gesagt: „In Köln kann man keinen Moslem dazu ermuntern, Katholik zu werden. Denn von einem Hassprediger zum anderen zu wechseln, bringt nichts.“

Mit seinem Beschluss folgte das Gericht der Auffassung des Anwalts des Erzbistums, wonach diese Aussage eine Beleidigung und ein Angriff auf die Ehre des Kardinals sei.

Unter „Hasspredigern“ verstehe man Personen, die unter religiöser Verbrämung volksverhetzende Aktivitäten entfalteten und zu Gewalt aufriefen. In diesem Sinn werde der Begriff insbesondere in den Medien verwendet.

Im Gegensatz dazu hat Kardinal Meisner sich mit Blick auf den interreligiösen Dialog und die Beziehungen zu den Muslimen wiederholt für gegenseitigen Respekt eingesetzt.

So plädierte er zuletzt in einem Interview für den Deutschlandfunk, das am 21. Juni 2007 im „Kölner Stadt-Anzeiger“ nachgedruckt wurde, für „eine wirklich gute Nachbarschaft“ und Wachsamkeit: „Wir müssen in Fairness miteinander arbeiten.“

Das Gericht hat angeordnet, dass Becker seine Aussage nicht wiederholen darf. Hält er sich nicht daran, droht ihm die Verhängung eines Ordnungsgelds bis zu 250.000 Euro oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten.

Die Einstweilige Verfügung ist eine vorläufige Regelung. Die Gegenseite kann dagegen Widerspruch einlegen, was zu einem Gerichtsverfahren mit mündlicher Verhandlung führen würde, oder sie kann eine Unterlassungserklärung abgeben und damit die Angelegenheit erledigen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17099>

Die Dunkelmänner

22.6.07

Mythen, Lügen und Legenden um die Kirchengeschichte – Ein neues und spannendes Buch von Michael Hesemann für alle, die wissen wollen, wie es wirklich ist

Linz (www.kath.net)

Zahlreiche Angriffe und Vorurteile gegen die Kirche und den Glauben beruhen nicht auf Irrtümern, sondern auf beabsichtigten Verzerrungen historischer Tatsachen. Die populärsten „Mythen, Lügen und Legenden um die Kirchengeschichte“ werden in diesem Buch kenntnisreich und spannend auf den Prüfstand gestellt – dabei setzt sich der Autor auch mit modernen Mythen wie dem „Jesus-Grab“, dem angeblichen „Judas-Evangelium“ oder der „Päpstin Johanna“ auseinander. Ein Buch für alle, die wissen wollen, wie es wirklich ist.

LESEPROBE:

Einleitung:

Die schwarze Legende

Das England des 16. Jahrhunderts hatte ein schweres Image-Problem. König Heinrich VIII. hatte sein Land vom Rest der christlichen Welt isoliert und sich selbst zum Oberhaupt seiner Kirche bestimmt, bloß um seine vielen Scheidungen zu legitimieren. Während seine Töchter, die katholische Maria Tudor und die anglikanische Elisabeth, um den Thron stritten, schaute das Land neidisch auf Spanien: auf seine innere Einheit, auf seinen Aufstieg zur Weltmacht, auf die Entdeckung Amerikas, die von den Briten verschlafen worden war. Maria heiratete den spanischen Thronfolger Philipp II. Er war der Erbe eines Reiches, in dem die Sonne nicht unterging. Doch die Vorstellung, damit die politische Selbständigkeit zu

verlieren, sorgte in breiten Kreisen der Bevölkerung für Unbehagen. Elisabeth dagegen setzte auf Nationalismus und gewann damit die Herzen ihrer Untertanen und den Thron. Sie ließ den Piraten Francis Drake die von Spanien kontrollierten Weltmeere unsicher machen. Und sie bediente sich der traditionellen Geheimwaffe des Unterlegenen: der üblen Nachrede, der Propaganda.

Durch gezielte Fälschungen, groteske Verzerrungen und aufgebauschte Horrorgeschichten wurden die Spanier als blutrünstige, grausame und gierige Unterdrücker dargestellt. Ziel der Desinformationskampagne war, die Großmacht zu diskreditieren, die britischen Raubzüge zu legitimieren und Elisabeths zweite große Rivalin, Maria Stuart, auf die Spanien setzte, innenpolitisch zu disqualifizieren. Die Masche zog. Fortan galt Spanien als Symbol für Gewalt, Fanatismus, Intoleranz und Rückständigkeit. Das wurde oft und gerne kolportiert: von den Protestanten, um die führende katholische Großmacht zu diskreditieren, von Kriegsgegnern wie den Holländern und von Napoleon Bonaparte, als er Spanien seinem Machtbereich einverleibte und als Retter des Landes auftreten wollte.

In Spanien hatte man bald einen Namen für diese hispanophobe Propaganda: man taufte sie *leyenda negra*, „Schwarze Legende“. Der Name steht heute für jeden Versuch, einen eigentlich überlegenen Gegner durch Lügen und Zerrbilder seiner Geschichte moralisch zu disqualifizieren, um ihn effizienter bekämpfen zu können.

Mittlerweile weiß jeder, daß Spanien eine großartige Kulturnation ist, deren Geschichte nicht grausamer war als die jedes einzelnen seiner Nachbarn. Die Schwarze Legende aber lebt weiter. Und verfolgt man die Publikationen der letzten Jahrzehnte, so entsteht der Eindruck, als habe sie ein neues Opfer gefunden: die katholische Kirche. Die Parallelen sind offensichtlich. Auch hier scheint sich eine Handvoll opportunistischer Autoren gegenseitig darin zu übertreffen, die Evangelien als Lügengeschichten, die Päpste als machtgierige Verbrecher, die Kirche als Instrument der Unterdrückung und Rom als Hort der Intoleranz darzustellen. Alte Horrorgeschichten, mal erfunden von den Christenverfolgern der Antike, mal von den Reformatoren, den Philosophen der Aufklärung oder den Ideologen moderner Diktaturen, werden plötzlich wieder aufgewärmt.

Da Lügen wie Weine sind – sie reifen mit den Jahren und sind am Ende richtig wertvoll –, wird ihr Alter nur zum Vorteil; es macht sie schwerer überprüfbar. Neue Vorwürfe kommen hinzu, wilde Geschichten um jahrhundertealte Verschwörungen, aufgebaut auf mageren Indizien und plumpen Fälschungen, aber angereichert mit so viel action, sex und crime, daß sie für viele unwiderstehlich sind.

Stimmen diese Zutaten, ist es ganz einfach, einen Bestseller zu schreiben, und als Erzschurken moderner Dramen eignen sich die vermeintlichen „Dunkelmänner“ der Kirche allemal. Wird die These eines Buches von der Fachwelt nur belächelt, kann der clevere Autor dies gleich als Hinweis auf eine Verschwörung deuten. Ignoriert die Kirche das Werk, weil sie Besseres zu tun hat, heißt es: Schau, sie verbirgt sich hinter einer Mauer des Schweigens! Hat der Verfasser einmal den Leser davon überzeugt, daß die Kirche etwas zu verbergen hat, kann er selbst als großer Aufklärer auftreten und als Jäger der verlorenen Wahrheit moralische Autorität beanspruchen: Immerhin entlarvt er das, woran Millionen Menschen glauben, was ihrem Leben bislang Trost und Halt schenkte, mit einem Mal als gigantische Lüge. Dankbar, daß ihm endlich die Augen geöffnet wurden, wird der Leser sein Werk weiterempfehlen und auf das nächste warten, bis die Tantiemen ausreichen für ein englisches Schloß, eine Villa in Neuengland oder, im deutschen Sprachraum, am Starnberger See.

Es lohnt sich also, die Schwarzen Legenden der katholischen Kirche, die Geschichten um ihre Dunkelmänner, weiterzuspinnen, es ist fast eine Garantie für Auflage und Erfolg. So werden wir Jahr für Jahr mit neuen „Enthüllungen“ beglückt, die alle gemein haben, daß sie die Grundlagen des Christentums in Frage stellen, während sie ihr ganz eigenes Verhältnis zur Wahrheit haben.

Michael Hesemann

Die Dunkelmänner

Mythen, Lügen und Legenden um die Kirchengeschichte

gebunden, 208 Seiten, 135 mm x 215 mm,

EUR 20,50

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=16948>

Größte Christenverfolgung der Gegenwart ignoriert

6.6.07

Nach Kardinal Meisner übt auch die Gesellschaft für bedrohte Völker Kritik am Evangelischen Kirchentag, weil dieser nichts gegen den Exodus der Assyro-Chaldäer aus Irak macht – Sprecher: „Diese Menschen brauchen Hilfe“

Köln (www.kath.net)

Zum Auftakt des 31. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Köln hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Mittwoch Vorwürfe gegen die Kirchentagsleitung erhoben. "Statt den Kirchentag dafür zu nutzen, die Christen in Deutschland in zentralen Großveranstaltungen über die größte Christenvertreibung der Gegenwart zu informieren und zur Solidarität aufzurufen, wird der gewaltsame Exodus der Assyro-Chaldäer aus dem Irak nicht zur Kenntnis genommen", kritisierte der GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch das Kirchentagsprogramm.

"Dabei brauchen diese Menschen, die bis heute die Sprache Jesu - das Aramäische - sprechen, dringend unsere ganz konkrete Hilfe! Wir dürfen sie nicht im Stich lassen!" Vor dem gezielten Terror islamistischer Fundamentalisten mussten bereits drei Viertel der früher rund 650.000 Assyro-Chaldäer in die kleinen Nachbarländer Jordanien und Syrien oder in das noch relativ sichere autonome nordirakische Bundesland Kurdistan flüchten.

"Die fast 2000-jährige Geschichte der Christen im Zweistromland steht vor dem Ende. Angesichts dieser Tragödie hätte die Kirchentagsleitung flexibel reagieren und Teile ihres geplanten Programmes umstrukturieren müssen", meinte Zülch. Denn hoffen und beten reiche nicht aus, um das Leben der Assyro-Chaldäer zu retten. Alle Christen im zentralen und südlichen Irak schwebten ständig in Lebensgefahr, selbst Kinder und Greise, Priester und Nonnen. Erst am vergangenen Sonntag hätten Terroristen in Mosul einem Priester und drei Diakonen der chaldäischen Kirche aufgelauert und sie direkt nach der Messe erschossen.

Hunderte von Christen seien in den vergangenen Jahren verschleppt, Frauen vergewaltigt, Menschen bestialisch ermordet worden. Auf 30 Kirchen aller Konfessionen, aber auch auf christliche Schulen oder auf Geschäfte christlicher Kaufleute seien Bombenanschläge verübt worden. Selbst islamische Geistliche beteiligten sich inzwischen an der Hetze gegen Christen, forderten sie dazu auf, zum Islam überzutreten oder das Land sofort zu verlassen. Todesdrohungen gegen Assyro-chaldäische Christen kursierten täglich auf Flugblättern, kämen per SMS oder mit der Briefpost.

Die GfV fordert von der Bundesregierung und den Regierungen der großen europäischen Nachbarländer die Aufnahme eines Kontingents von jeweils 20.000 christlichen Flüchtlingen aus dem Irak. Die bereits in Deutschland lebenden Assyro-Chaldäer müssten ein gesichertes Bleiberecht erhalten.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17493>

Das unblutige Martyrium mitten in der Wohlstandsgesellschaft

12.8.07

Es gibt nicht nur das blutige Martyrium in der Verfolgung, sondern auch das stille, unbemerkte, das viele Gläubige in der Kirche des Westens zu tragen haben, weil sie in einem Umfeld leben, das den Glauben zerstört und lächerlich macht - Von Urs Keusch.

Wien (www.kath.net/Vision2000)

Es gibt nicht nur das blutige Martyrium in der Verfolgung, sondern auch das stille, unbemerkte, das viele Gläubige heute in der Kirche des Westens zu tragen haben, weil sie in einem Umfeld leben, das den Glauben zerstört und lächerlich macht. Meine Generation ist in einer Zeit aufgewachsen (68-iger Jahre), wo alles wankte. Wir wurden erfasst von allen zersetzenden Zweifeln am christlichen Glauben. Die geistigen Fundamente brachen ein, die alten Wertetafeln wurden zerschlagen. Nietzsches Prophezeiungen klangen von allen Hügeln wider: „Du wirst niemals mehr beten, niemals mehr anbeten, niemals mehr in endlosem Vertrauen ausruhen.“ Und: „Ich sah eine große Traurigkeit über die Menschen kommen.“ Es war die Traurigkeit des Nihilismus, die den Menschen beschleicht, wenn es keinen Gott mehr gibt. Es ist ein Leben ohne Hoffnung, ohne Heimat, ohne Zuflucht.

In diese Zeit fiel auch das II. Vatikanum mit seinen „nachkonziliaren Neuerungen“: eine Phase der Kirchengeschichte, in der sich in weiten Teilen der abendländischen Kirche ein „Glaubensabsturz“ (Kardinal Ratzinger) ereignete, der in der Geschichte einmalig ist und nicht zur Ruhe kommen will. Die Kirche: das sind wir, das sind wir Menschen in dieser Zeit, Teil dieser Geschichte. Der Nihilismus, das Auslöschen des wärmenden Feuers in den Herzen und darum auch in der Kirche - diese Nebelkälte hat uns alle erfasst, auch uns, die wir Christen sind oder uns Christen nennen. Jesus hat davon gesprochen: „Weil die Gottlosigkeit überhandnimmt, wird die Liebe der vielen erkalten“ (Mt 24,12). Sie kühlt sich immer mehr ab in den menschlichen Beziehungen, in den Familien, darum auch in der Kirche. Wir verlieren zunehmend die Freude am Leben, die Freude an Gott und Seiner Schöpfung.

Darum leidet auch die Schöpfung und stöhnt unter der Last, die wir Menschen ihr aufbürden, weil wir so rücksichtslos, so lieblos geworden sind. Wo die Liebe erkalte, dort geht den Häusern die Wärme aus, dort geht der einsame Mensch um, dort gibt es nur noch Gefängniszellen, dort ist das Leben nicht mehr auszuhalten. Nietzsche, der das alles vorausgesehen und verkündet hat (denn er hat es am eigenen Leibe erfahren), schreibt einem Freund: „Ein tiefer Mensch braucht Freunde. Ich habe weder Gott noch Freunde. Da es keinen Gott mehr gibt, ist das Leben nicht mehr auszuhalten.“ Und das ist das Lebensgefühl vieler, vieler Menschen heute.

Ich bete, daß ich den Glauben nicht verliere

Als junger Theologiestudent hatte ich das Glück, einem etwa 80 Jahre alten Priester zu begegnen, der nicht nur ein herausragender Gelehrter war, sondern von vielen Menschen als Ratgeber, als Seelsorger aufgesucht wurde, weil er ein heiligmäßiger Priester war. Ich erinnere mich bis zur Stunde als wär' es gestern gewesen - und das sind nun über 30 Jahre her -, dass er in den Gesprächen immer wieder sagte:

„Ich bete jeden Tag darum, dass ich den Glauben nicht verliere.“

Ich muss gestehen, daß ich damals diese Sorge überhaupt nicht verstehen konnte. Ich konnte nicht begreifen, dass ein heiligmäßiger Mensch mit drei Doktorgraden so etwas sagen konnte. Warum solche Befürchtungen, solche Ängste, warum ein solches Gebetsanliegen? Den Glauben verliert man doch als alter Mann nicht!

Heute, nach über 30 Jahren, weiß ich, was dieser Priester meinte - und welche Finsternis er heraufkommen sah. Ich habe es am eigenen Leibe erfahren, wie schleichend, ja, wie unheimlich diese Gefahr ist, den Glauben zu verlieren, vor allem auch, wenn man Theologie studiert. Ich habe viele Menschen gekannt, die einmal von der Gnade, von der Liebe Gottes wunderbar berührt waren und im Laufe der Jahre den Glauben verloren haben: eigentlich nicht verloren, es ist ihnen nach und nach das Feuer des Glaubens ausgegangen, sie haben kein Holz auf die Glut gelegt: Sie haben das tägliche Gebet vernachlässigt, die geistliche Schriftlesung, den ehrfurchtsvollen Empfang der Sakramente.

Und noch etwas, noch eine Gefahr war mächtig: Die Welt der elektronischen Medien trat in den vergangenen Jahrzehnten einen Siegeszug an, der von niemandem vorausszusehen war. Täglich speit dieses ruhelose und oft so

freche Maul immer mehr zersetzende Informationen, mehr verunreinigende Bilder, mehr Lärm und Unruhe, mehr Gemeines und Häßliches in unsere Wohnstuben, ja, in viele Kinderzimmer. „Es wurde ermächtigt, mit seinem Maul anmaßende Worte und Lästerungen auszusprechen“ (vgl. Offenbarung 13,5) Dort, wo einmal das Heiligenbild stand, wo die Familie zusammen betete, erhebt sich heute an vielen Orten ein ganzer Turmbau an elektronischen, Bilder und Lärm erzeugenden Geräten. Die Ruhe ist aus dem Leben genommen, Gottes Sehnsucht nach dem Menschen wird kaum mehr wahrgenommen.

Christsein - oft ein unblutiges Martyrium

Wir leben heute in einer Phase der Geschichte und der Kirche, in der das Christsein, die Nachfolge Christi und das lebendige Bekenntnis zu Jesus Christus und zu seinen Geboten für viele Menschen - junge und alte - immer mehr zu einem unblutigen Martyrium wird. Machen wir uns nichts vor! Wie schwer ist es heute für junge Menschen geworden, die die ganze Verführung unserer Zeit erkannt und durchschaut haben und sich Jesus Christus zugewandt haben, an den Schulen zu bestehen, den Spott, die Verächtlichmachung, die Isolation und oft eine unendliche Einsamkeit zu ertragen! „Nicht durch Worte, durch Lachen tötet man.“ So Nietzsche. Aber das ist nichts Neues. Diese jungen Menschen müssen wissen, dass sie sich heldenhaft einreihen in die lange nahtlose Kette der Märtyrer, die bei Christus anfängt und erst mit dem letzten bekennenden Christen zu Ende gehen wird.

Dieses unblutige Martyrium erleben heute auch viele erwachsene Christen, vor allem jene Generation von gläubigen Menschen, die vor 30, 40, 50 oder mehr Jahren - äußerlich wenigstens - noch weitgehend eine heile Welt und Kirche erfahren haben. Sie erleben seit Jahrzehnten, wie der Geist der Welt immer mehr auch das volkshkirchliche Leben durchsetzt, wie der Geist des Glaubens und des Gebetes in den Pfarreien schwindet, wie die Volkskirche eben immer mehr verweltlicht und sich so sehr dem Geist der Welt angleicht, dass sie für Christus nicht mehr erkennbar ist.

Viele müssen miterleben, wie Priester, die noch treu zu ihrem Bischof und zur Sendung der Kirche stehen, von ihren eigenen „Gläubigen“ gekränkt, gedemütigt, fertiggemacht werden. Immer mehr Priester gibt es, die es nicht mehr wagen, eine Pfarrei zu übernehmen. Dann erleben wir Situationen, dass Priester und andere Verantwortliche der Kirche sich öffentlich (wenn möglich zusammen mit ihren Gemeinden und Kirchenräten) gegen ihren Bischof stellen und die Medien dazu missbrauchen, ihren eigenen Bischof bis zur Erschöpfung unblutig zu foltern...

Wieviel seelischer Schmerz wird heute von glaubenden Menschen ausgetragen, von Bischöfen, Priestern, Laien, wie viele Tränen unsichtbar geweint! „Ich fühle mich als Christ oft grausam allein“, sagte mir gestern ein älterer Mann. Heute schreibt mir eine Frau: „Wir haben hier im Altersheim ganz selten eine Heilige Messe und zur Kirche kann ich schon über ein Jahr nicht mehr gehen.“ Eine Frau erzählt mir: „Ich finde in der ganzen Pfarrei niemand, der mit mir in der Kirche den Rosenkranz beten würde.“ Man könnte endlos so fortfahren. Viele gläubige Menschen, Bischöfe, Priester wie Laien, sind in Gefahr, an diesen Leiden zu zerbrechen, daran krank zu werden, und viele sind daran zerbrochen.

Aber das darf nicht sein! Diese Menschen müssen wissen: Was Du leidest, das leidet zuerst Christus in Dir! Wo Menschen sich lieblos gegen ihren Bischof auflehnen, tun sie es Christus an. Wo Christen lieblos streiten und die Gemeinde spalten, da zerreißen sie dem Herrn den Leib. Wo Menschen in der Kirche herrschen wollen und nicht dienen, da schlagen sie Christus ans Kreuz. Das alles leidet zuerst Christus in Dir! Und Christus möchte diesen Menschen sagen:

„Lass Dich nicht entmutigen. Lass Dich nicht brechen. Ich brauche Dich! Ich brauche dein Mitleid, deine Geduld, dein Gebet, dein Erbarmen. Und ich brauche vor allem das österliche Strahlen auf deinem Gesicht! Es war immer so, durch die ganze Geschichte meines Volkes Israel und meiner Kirche: Immer war es der ‚kleine Rest‘, mit dem mein Vater die Welt überwunden hat, mit dem Er seine Kirche neu gebaut hat, mit dem Er die Wunder seiner Barmherzigkeit wirkt, wenn die Stunde gekommen ist.

Bleibt standhaft wie meine Mutter unter meinem Kreuz! Ihr seid meine Freunde, wenn ihr bei mir ausharrt. Mit euch, mit diesem kleinen, unscheinbaren Rest werde ich meine Kirche wieder aufbauen. Mit euch werde ich die Kinder, die jungen Menschen aus der dunklen Flut ziehen. Mit euch werde ich meinen Durchbruch schaffen, etwas ganz Neues, wenn ihr geduldig bleibt und ausharrt und in der Liebe nicht nachlasst, sondern in ihr immer mehr wächst. Euch werde ich die Krone des Lebens geben.“

Im Tagebuch der heiligen Faustyna geht diese Wahrheit vom „kleinen Rest“ wie ein symphonisches Thema durch alle Seiten. Sie schreibt: „Ich sehe ganz klar, dass auserwählte Seelen die Welt erhalten...“ Und was Jesus zu ihr sagt, gilt allen Menschen, die heute ihren Schmerz um die Kirche aus Liebe zu Ihm ertragen: „Für dich segne ich die Welt!“ Und was Jesus an anderer Stelle zur heiligen Faustyna sagt, das sagt er zu jedem Menschen, der sich in der Liebe und in der Geduld nicht entmutigen lässt und sich weiterhin öffentlich zu Jesus Christus bekennt und für seine gekreuzigte Kirche einsteht und in Liebe für sie kämpft:

„Ich sehe, dass deine Liebe überaus rein ist, reiner als die der Engel, und zwar deswegen, weil du kämpfst. Für dich segne ich die Welt. Ich sehe deine Anstrengungen für mich. Sie entzücken Mein Herz.“

Danke, Jesus! Komme bald!

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=17743>

Ein entgöttlichtes Zusammenleben degeneriert zur totalitären Unkultur
16.9.07

Erzbisum Köln stellt sich hinter Kardinal Meisner: Reflexhafte Unterstellungen einzelner Personen - Generalvikar Schwaderlapp: Es fehlt das nötige Wohlwollen!

Köln (www.kath.net/PEK)

Kardinal Meisner bedauert, dass durch die aus dem Zusammenhang gerissene Missinterpretation eines einzelnen Wortes die Schönheit einer seit Jahren mit Freude erwarteten Feier überschattet worden sei. Dies teilte die Pressestelle des Erzbistums mit. Dies habe das Museum Kolumba, das eine der bedeutendsten Einrichtungen seiner Art in Köln und darüber hinaus ist, nicht verdient.

Zugleich ist er entsetzt darüber, dass sein gesellschaftlicher Appell, den Bezug zu Gott zu bewahren, durch reflexhafte Unterstellungen zunächst einzelner Personen in der Öffentlichkeit völlig verzerrt worden sei. Es ist nach seiner Überzeugung die unbedingte Pflicht eines Bischofs, gerade bei der Eröffnung eines kircheneigenen Kunstmuseums an die engen Beziehungen zu erinnern, die zwischen Kultur und Gottesverehrung (Kultus) bestehen sollen. Genau dies habe er in seiner Predigt mit dem Satz tun wollen: „Dort, wo die Kultur vom Kultus, von der Gottesverehrung abgekoppelt wird, erstarrt der Kultus im Ritualismus und die Kultur entartet.“ Mit „Kultur“ bezeichnet er dabei die gesamten Lebensäußerungen einer Gesellschaft, nicht nur den „Kulturbetrieb“. Er wiederholt damit, was er bei vielen Gelegenheiten nicht müde wird zu betonen: Ein entgöttlichtes Zusammenleben der Menschen degeneriert zur totalitären Unkultur, weil ohne Gott die Maßstäbe des Menschlichen fehlen. Die Äußerung des Kardinals wendet sich also weder gegen bestimmte Kunstformen, Kunstwerke oder Künstler, noch will sie irgendjemanden diskreditieren oder gar diffamieren.

Die Unterstellung, er habe sich durch die Verwendung eines von den Nationalsozialisten missbrauchten Begriffs deren Sprache zu Eigen gemacht, weist Kardinal Meisner zurück. Sobald die kritisierte Aussage im Gesamtzusammenhang der Predigt gesehen werde, könne ein solcher Vorwurf nur als absurd bezeichnet werden, zumal ihm die Ideologie und das Kunstverständnis der Nationalsozialisten völlig fern liegen.

Kardinal Meisner hat in der Ansprache zunächst dargelegt, dass „durch die Menschwerdung Gottes jeder Mensch vom Glanz Gottes berührt und geprägt ist“. Danach bezeichnet er es als große „Pervertierung“ des Menschen, „wenn er diese Identifikation auf Gott hin vergisst und dadurch zum Ohne-Gott oder gar zum Antigott wird, wie wir es in der Geschichte des 20. Jahrhunderts in Europa in grausamster Weise erleben mussten.“ Anschließend kommt er auf das KZ Birkenau und die darin manifestierte Menschenverachtung der Nationalsozialisten zu sprechen. Den von der Nazi-Ideologie missbrauchte Begriff der Entartung richtet er somit direkt gegen diese und alle Formen des Totalitarismus. Er greift ein ausdrücklich ideologisch besetztes Wort auf, um so gerade jene zuvor genannten Unkulturen mit ihrem eigenen Vokabular zu kennzeichnen und zu entlarven. Er bedauert, dass dies in der verkürzten Form des Zitats Anlass zu Missverständnissen gegeben habe. Es dürfe aber nicht den Ideologien überlassen bleiben, wie über Kultur gesprochen werde.

Über Äußerungen eines Bischofs zu diskutieren und auch zu streiten, zu dessen Pflichten gelegentlich das Ansprechen unbequemer Wahrheiten gehört, ist das eine. Einen Amtsträger und Menschen für Dinge zu geißeln, die er nicht gemeint und noch weniger ausgesprochen hat, ist nicht nur ethisch äußerst fragwürdig, sondern überdies einer demokratischen Kultur völlig unangemessen. Es ist sehr zu wünschen, dass die Rückkehr zu einer sachlichen, fairen und ehrlichen Diskussion sehr bald gelingt.

Generalvikar Dominik Schwaderlapp weist im domradio-Interview die Kritik an Kardinal Meisner scharf zurück: „Es fehlt das nötige Wohlwollen!“

Der Kölner Generalvikar Dominik Schwaderlapp hat am Samstagnachmittag im domradio Interview mehr Verständnis für Kardinal Meisner eingefordert. Im Hinblick auf die Diskussionen um die umstritten Predigt von Kardinal Meisner sagte er: „Der ausgelöste Wirbel zeigt, da fehlt das nötige Wohlwollen, das man auch einem Kardinal Meisner entgegenbringen muss.“ Jeder Mensch brauche ein Wohlwollen, ohne das es kein Verständnis gebe. Der Kölner Kardinal befinde sich gegenwärtig in einer Situation, in dem ihm dieses wohlwollende Verständnis nicht entgegengebracht werde. Alle „unvoreingenommenen Hörer“ der Predigt hätten das Anliegen des Kardinals verstanden.

Es sei dem Kardinal um sein immer wieder formuliertes Anliegen gegangen, dass eine Welt ohne Gott entgöttlicht werde und sich dann auch wider den Menschen wende. „Ein Kultus ohne Gott würde in sich erstarren, und was eine Kultur ohne Gott bedeutet, haben wir im letzten Jahrhundert in Europa gesehen“, so interpretierte der Generalvikar seinen Kardinal. „Wenn man hier ein einziges Wort isoliert und Assoziation des Nationalsozialismus dem unterlegt und damit dem Kardinal vorwirft, dass er dieses Vokabular oder dieses Denken benutzt, dann kann ich dies nur in aller Schärfe zurückweisen. Nichts liegt dem Kardinal ferner, als das nationalsozialistische Gesellschaftsbild oder Kulturbild.“, so Schwaderlapp im domradio auf die Frage, ob der Kardinal seine Botschaft nicht habe anders formulieren müssen.

Kardinal Meisner sei inzwischen wie geplant nach Rumänien aufgebrochen, um dort eine Kirche einzuweihen, die vom Erzbistum Köln unterstützt werde. Zur Reaktionen der Öffentlichkeit und dem enormen Presseecho und der Reaktion Meisners sagte der Generalvikar: „Das hat den Kardinal schon getroffen. Zumal es diametral entgegengesetzt ist zu dem, was er gemeint hat!“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18053>

Schweden: Regierung verbietet religiöse Aktivitäten in Schulen

24.10.07

Im Unterricht sollen religiöse Dinge in Zukunft nicht mehr so behandelt werden, als ob es sich hier um objektive Wahrheiten handeln würde.

Stockholm (www.kath.net / LifeSiteNews.com) Nur eine tote Religion ist eine gute Religion: Dieser Meinung ist die schwedische Regierung, die jetzt ein Konzept entwickelt hat, das Religion in Schulen zwar zulässt, sie jedoch vollkommen aushöhlt.

Im Unterricht sollen religiöse Dinge in Zukunft nicht mehr so behandelt werden, als ob es sich hier um objektive Wahrheiten handeln würde; dies gilt im Übrigen auch für katholische Schulen.

Der Schulunterricht solle außerdem nicht vom Glauben beeinflusst sein, forderte der schwedische Schulminister Jan Björklund. Er rechtfertigt die Maßnahmen der Regierung damit, dass „Schüler vor jeder Art von Fundamentalismus geschützt werden müssen“.

Über die Anfänge des Lebens dürfe künftig nur mehr aus wissenschaftlicher Sicht gesprochen werden. Ein religiöser Standpunkt soll Tabu sein. Die „Intelligent Design“-Theorie soll aus dem Biologie-Unterricht verschwinden.

Gebete oder Gottesdienste sind auch zukünftig erlaubt. Allerdings darf kein Lehrer offiziell im Unterricht behaupten, dass dahinter irgendeine objektive Wirklichkeit stehe. Björklund: „Der Schulunterricht muss eine wissenschaftliche Grundlage haben.“

Die neuen Richtlinien müssen noch vom Parlament angenommen werden und sollen 2009 in Kraft treten. Verstöße dagegen können die Existenz kosten: Die Regierung droht mit Strafen oder sogar mit Schließung der Schule. In Schweden gibt es 67 Grundschulen und sechs höhere Schulen mit religiösem / konfessionellem Hintergrund.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18035>

Verbaler Amoklauf von Claudia Roth geht weiter
21.10.07

Grünen-Chefin Claudia Roth hält auch am Sonntag an den Beschimpfungen von Bischof Walter Mixa fest

München (www.kath.net)

Die deutsche GRÜNEN-Chefin Claudia Roth hat am Sonntag in der Sendung „Der Sonntags-Stammtisch“ des Bayerischen Fernsehens kein Wort des Bedauerns über ihre ausfälligen Worte vom Samstag zum Augsburger Bischof Walter Mixa gefunden und an der Bischofsbeschimpfung ("durchgeknallter, spalterischer Oberfundi" - [KATH.NET berichtete](http://www.kath.net)) festgehalten. Roth meinte wörtlich: "Der Herr Mixa, der Bischof von Augsburg, hat eben Äußerungen gemacht, wo ich schon sage, die sind überhaupt nicht in der Realität angekommen. Er bezeichnet Frauen als Gebärmaschinen, also da kriege ich wirklich Gänsehaut. Er hat letzte oder vorletzte Woche gesagt, dass Kinderbetreuungseinrichtungen/Kindertagesstätten Umerziehungsanstalten sind. Er hat das Familienministerium als immer noch sozialistisch rot-grün regiert bezeichnet und der DDR-Geist schwebt da noch herum. Also er hat wirklich Äußerungen gemacht, die so spalterisch sind und die mit der Anerkennung von Gleichberechtigung für Frauen nichts zu tun haben."

Das Bistum Augsburg hatte am Samstag die Attacken von Roth scharf verurteilt. Öffentlichkeitsreferent Dirk Hermann Voß hatte dazu in einer ersten Reaktion gesagt: "Wir sind schockiert über die Art und Weise wie Frau Roth als Bundesvorsitzende der Grünen einen Bischof der Katholischen Kirche attackiert. Die Wortwahl von Frau Roth gegenüber Bischof Dr. Walter Mixa erinnert in erschreckender Weise an die Propaganda-Hetze der National-Sozialisten gegen die Katholische Kirche und ihre Repräsentanten. Die verbalen persönlichen Attacken von Frau Roth gegen Vertreter der Kirche und ihr permanenter Versuch, sich selbst zur Zensurbehörde der gesellschaftspolitischen Diskussion in Deutschland zu machen, trägt seit langem schon beunruhigende faschistoide Züge. Die Ausdrucksweise ist einer demokratischen Politikerin ganz und gar unwürdig und Frau Roth hat damit mehr als deutlich gemacht, dass sie und ihre Partei auf allen Ebenen für Christen nicht wählbar sind."

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18166>

Die Welt ist religiöser geworden
8.11.07

Interview mit dem deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier (SPD) über verfolgte Christen, Gott und die Welt

Berlin (kath.net/idea)

„Unter den Übermütigen ist immer Streit“ (Sprüche 13,10) – so lautet ein Lieblingsvers des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier (Berlin) aus der Bibel. Seine Überzeugung: Nur ein Politiker, der zuhören kann und sich beraten lässt, kann auch richtige Entscheidungen treffen. Steinmeier ist engagierter evangelischer Christ – auch geprägt durch seine Frau, die aus dem pietistisch orientierten Siegerland stammt. Er selbst ist 1956 im lippischen Detmold geboren und war bis 2005 bei Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) Chef des Bundeskanzleramtes. Unter Angela Merkel (CDU) ist der promovierte Jurist Außenminister geworden. Im Interview nimmt Steinmeier – auch stellvertretender Parteivorsitzender der SPD – insbesondere zur Frage der verfolgten Christen Stellung. Anlass ist der Weltweite Gebetstag für verfolgte Christen am Sonntag (11. November), an dem Gemeinden aus über 100 Ländern auf allen Kontinenten teilnehmen, um für die Lage der rund 200 Millionen diskriminierten Christen zu beten. Die Fragen an Außenminister Steinmeier stellte Helmut Matthies.
idea: Von den weltweit rund 2,1 Milliarden Christen leiden etwa 200 Millionen – also etwa jeder Zehnte – wegen ihres Glaubens unter Diskriminierung bis hin zu Verfolgung. Gehört es zu den Aufgaben der deutschen Außenpolitik, gegen diese Diskriminierung vorzugehen? Welche Schritte wurden unternommen? Gibt es Erfolge?

Steinmeier: Das Eintreten für Religionsfreiheit als universales Menschenrecht und für die Forderung nach religiöser Toleranz weltweit ist fester Bestandteil der Menschenrechtspolitik Deutschlands und seiner Partner in der Europäischen Union. Es ist ein wichtiges Anliegen deutscher Außenpolitik. Das Recht auf Religionsfreiheit gilt für Anhänger jedes Glaubens. Leider ist dieses Recht heute noch lange nicht weltweit durchgesetzt. Millionen von Gläubigen unterschiedlicher Konfessionen – nicht nur, aber auch Christen – sind aufgrund ihrer Religion Benachteiligungen oder gar Verfolgung ausgesetzt.

Um glaubwürdig für Religionsfreiheit weltweit eintreten zu können, müssen wir uns für die Glaubensfreiheit aller Religionen und religiösen Gruppen einsetzen. Die Bundesregierung fördert deshalb aktiv den Dialog zwischen den Kulturen und den interreligiösen Diskurs. Wir setzen dabei auf die Teilnahme moderater Vertreter der islamischen Welt zur Förderung von Toleranz und gegenseitigem Verständnis. Ein solcher Ansatz erfordert langen Atem. Wenn sich diesem Ansatz heute zunehmend Vertreter verschiedenster Religionen öffnen, sehe ich darin auch einen Erfolg unserer Politik.

Wir sprechen mit Peking

idea: In China sind Tausende von Christen inhaftiert. Wird dieses Thema in Peking angesprochen?

Steinmeier: In unseren Gesprächen mit der chinesischen Führung sprechen wir regelmäßig und kritisch Menschenrechtsdefizite einschließlich der Religionsfreiheit an. Unser Ziel dabei sind konkrete und sichtbare

Verbesserungen für die Betroffenen. Dafür brauchen wir einen kontinuierlichen Dialog, Entschiedenheit und langen Atem. Ein Forum, in dem wir dieses Thema mit China in der Vergangenheit immer wieder angesprochen haben, ist der Deutsch-Chinesische Menschenrechtsdialog. Hier haben wir zum Beispiel in Fällen willkürlicher Verhaftung von Menschen, die ihre Religion ausüben möchten, deren Freilassung gefordert. Die für Dezember 2007 vorgesehene Gesprächsrunde hat die chinesische Regierung leider abgesagt. Ich setze mich dafür ein, diesen Dialog mit China, in dem wir Menschenrechtsthemen offen ansprechen können, wieder aufzunehmen.

idea: In der Türkei sind in den letzten Monaten mehrere Christen – darunter auch ein deutscher Theologe – ermordet worden. Wie sorgt die deutsche Außenpolitik dafür, dass das Thema „Religionsfreiheit“ bei den Verhandlungen um einen möglichen EU-Beitritt entschlossen vorangebracht wird?

Steinmeier: Diese Mordanschläge haben sowohl in Deutschland als auch in der Türkei große Bestürzung ausgelöst. Die türkische Regierung hat sie – ebenso wie wir – auf das Schärfste verurteilt. Die türkischen Behörden haben die Täter schnell gefasst und der Justiz übergeben, die für die Haupttäter lange Haftstrafen beantragt hat. Hier sollten wir anerkennen, dass die türkische Regierung im Rahmen ihrer Verfassungsänderungen und Reformpakete Verbesserungen der rechtlichen Situation nichtmuslimischer Minderheiten – zum Beispiel beim Eigentumserwerb und im Baurecht – verabschiedet hat. Diese Reformanstrengungen begrüßen wir sehr, sie reichen aber aus unserer Sicht noch nicht aus. Deshalb rufen wir die Türkei dazu auf, die Voraussetzungen für ein Klima der Toleranz zu schaffen.

Die Religionsfreiheit ist Gegenstand des Kapitels 23 „Justiz und Grundrechte“ der laufenden EU-Beitrittsverhandlungen. Der türkischen Regierung ist bewusst, dass die Menschenrechtslage und die Rechte religiöser Minderheiten große Bedeutung für die Einschätzung der EU-Beitrittsfähigkeit haben. Dies sollten wir weiterhin betonen, aber der Türkei in fairen Beitrittsverhandlungen auch die Chance geben, diese Veränderungen, die sicher Zeit brauchen werden, umzusetzen. Unsere Hoffnung ist, dass eine fest europäisch verankerte Türkei europäische Werte und Traditionen des Islam im Sinne eines friedlichen Miteinanders in Europa und in unserer Nachbarschaft verbinden wird. Es gilt daher, diejenigen Kräfte in der Türkei zu unterstützen, die sich für die Fortsetzung der Reformen und für eine moderne und offene Gesellschaft einsetzen. Ich bin sicher, dass ein deutsch-türkischer Dialog der Kirchen und Religionsgemeinschaften hierbei helfen kann.

idea: Im Blick auf Afghanistan erinnerten Sie bereits im letzten Jahr die Regierung in Kabul daran, dass das Grundrecht der Religionsfreiheit in der afghanischen Verfassung garantiert sei und Sie darauf vertrauten, dass dies nicht „nur auf dem Papier“ stehe. Bisher ist die afghanische Regierung dem nicht gefolgt – wie zahlreiche Beispiele belegen. Wird die deutsche Außenpolitik weitere Schritte unternehmen?

Steinmeier: Der politisch-zivile Wiederaufbau Afghanistans schreitet voran. Viel bleibt zu tun, und vieles – das will ich nicht verschweigen – macht auch Sorge. Der Einsatz der internationalen Gemeinschaft und – darin eingebettet – das Engagement Deutschlands ruhen unverändert auf der Entschlossenheit, Afghanistan in einem schwierigen regionalen Umfeld zu stabilisieren und nach der Schreckensherrschaft der Taliban aufzubauen. Am Ende dieses Prozesses soll eine staatliche Ordnung stehen, die fundamentale Voraussetzungen politischer Legitimität erfüllt und sich auf eine breite Mehrheit der afghanischen Bevölkerung abstützen kann. Die afghanische Verfassung bekennt sich zu den universellen Menschenrechten, einschließlich der Religionsfreiheit. Dieses Bekenntnis zur Religionsfreiheit darf in der Tat kein Lippenbekenntnis sein. Wir müssen die Verantwortlichen, die Regierung, die Parlamentarier und Organisationen der Zivilgesellschaft hartnäckig daran erinnern, dass wir die Umsetzung der Menschenrechte in Gesetz und Praxis erwarten. Aber wir müssen ihnen auch dabei helfen, ein sicheres Umfeld und funktionierende Institutionen zu schaffen, die den Schutz der Menschenrechte erst ermöglichen.

idea: Sehen Sie im arabischen Raum Verbesserungen im Blick auf die Religionsfreiheit insbesondere von nicht-muslimischen Minderheiten? Was können Sie tun, damit das Recht von Muslimen auf Religionswechsel gewährleistet ist?

Steinmeier: Die Situation religiöser Minderheiten in dieser Region hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. In den islamisch geprägten arabischen Staaten wird zwar Anhängern der Buchreligionen grundsätzlich formal ein besonders geschützter Status zuerkannt, also auch Christen. Trotzdem ist die Situation für Andersgläubige in der Praxis oft unbefriedigend. Hier gibt es große Unterschiede zwischen den Staaten. In unterschiedlichem Maße wird Zurückhaltung bei der öffentlichen Glaubensausübung auferlegt. Vor allem Religionsunterricht, der Bau von Kirchen und Mission unterliegen in den meisten Ländern der Region Einschränkungen – bis hin zum völligen Verbot. Die von Ihnen angesprochene Konversion ist ein Problem. Ebenso existieren rechtliche Diskriminierungen, die im Extremfall bis zur strafrechtlich sanktionierten Todesstrafe – etwa für Blasphemie – reichen.

idea: Was können Bürger gegen Menschenrechtsverletzungen tun? Hilft es, wenn man Regierungen bzw. Botschaften Protestbriefe schickt?

Steinmeier: Sie sprechen einen zentralen Punkt an: Eine lebendige Zivilgesellschaft, aufmerksame Bürgerinnen und Bürger, engagierte Netzwerke von Kirchen und Religionsgemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen sind für funktionierende rechtsstaatliche Systeme unverzichtbar. Protestbriefe können helfen, denn sie machen oft auf Einzelfälle aufmerksam, die die Behörden noch nicht im Blick haben können. Aber daneben gehört aktives Eintreten im eigenen Umfeld für mich genauso dazu – auch und gerade gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

idea: Zu einem anderen Thema: Die EKD hat sich in ihrer neuen Friedensdenkschrift gegen eine Ausweitung von Auslandseinsätzen ausgesprochen. Haben Sie für dieses Votum Verständnis?

Steinmeier: Zunächst – ich begrüße, dass die EKD sich mit dem Thema Frieden immer wieder auseinandersetzt. Konflikte, wo auch immer auf der Welt, können uns nicht gleichgültig sein. Die Bundesregierung setzt in ihrem Engagement für Konfliktlösung und Konfliktprävention auf zivile Mittel: auf Dialog, auf kluge Diplomatie, auf die Stärkung gemäßigter Kräfte, auf Wiederaufbau und Entwicklung. Auf militärische Mittel greifen wir nur zurück, wo sie zur Unterstützung des zivilen Engagements zwingend erforderlich sind oder ziviles Engagement überhaupt erst möglich machen. Und aus meiner Erfahrung sage ich Ihnen, dass verantwortliche Politiker in jedem Einzelfall sehr genau abwägen, ob ein Auslandseinsatz vertretbar ist oder nicht. Gegenwärtig sind etwa 7.000 deutsche Soldaten in zehn unterschiedlichen Einsätzen engagiert, ebenso wie 250 Polizeibeamte in Auslandsmissionen. Diese Auslandseinsätze stellen einen wichtigen Beitrag für Frieden,

Sicherheit und Stabilität dar. Die Einsätze sind mit Belastungen, ja auch mit Risiken verbunden. Sie sind kein Selbstzweck, sondern folgen jeweils einem klaren politischen Ziel: Auf dem Balkan helfen wir mit, den schwierigen Stabilisierungsprozess zu sichern; im Kongo hat eine europäische Operation unter deutscher Führung dazu beigetragen, die friedlichen Wahlen abzusichern. Und in Afghanistan helfen wir, den von den Menschen so ersehnten Wiederaufbau gegen militante Störer zu stützen. Weder Sie noch ich können in die Zukunft sehen – aber wir müssen damit rechnen, dass es erneut Situationen geben wird, in denen es nach eingehender Prüfung und Debatte politisch, aber auch ethisch geboten sein könnte, uns aus unserer Verantwortung heraus für Auslandseinsätze zu entscheiden.

idea: Sie haben zu Jahresbeginn bei einer Begegnung mit europäischen Kirchen geäußert, die Kirchen seien wichtige Partner in der Diskussion um gemeinsame europäische Werte. An welche Werte denken Sie hier insbesondere?

Steinmeier: Ich denke, um nur ein paar Aspekte zu benennen, an unser gemeinsames Fundament, auf dem die europäische Einigung beruht: an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, an die Geltung und Durchsetzung der Menschenrechte, an Pluralismus und den Respekt gegenüber Andersdenkenden und Andersglaubenden. Ich denke hier auch an die europäische Erfahrung von Reformation, Aufklärung, Totalitarismus und Shoa und an die daraus folgende unbedingte Achtung vor der Würde des Einzelnen. Wenn Sie sich die globale Entwicklung ansehen, so können wir in Zukunft weniger denn je davon ausgehen, dass unsere westlich-europäische Kultur als allgemeine Richtschnur akzeptiert werden wird. Wir werden viel stärker vermitteln müssen. Und in diesem Prozess sehe ich gerade die Kirchen in einer wichtigen Rolle. Konflikte nicht zu schnell als religiös begründet ansehen

idea: Beim Empfang aus Anlass des 65. Geburtstages des EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Wolfgang Huber, sagten Sie kürzlich in Berlin, Religion sei als Faktor wieder in die Weltpolitik zurückgekehrt – leider aber nicht immer zum Besten der Menschheit. Was meinen Sie konkret damit?

Steinmeier: Eine Renaissance der Religion, dies habe ich bei vielen meiner Reisen gesehen, ist in vielen Weltregionen wahrzunehmen. Religion ist ein nicht zu unterschätzender identitätsstiftender Faktor, ein Zeichen auch für die Suche nach Sinn, nach Werten und Orientierung. Ein Faktor ist sie aber auch, wo Religion als Rechtfertigung für Abschottung und Gewalt instrumentalisiert wird. Was mich nicht weniger beunruhigt, ist, dass Konflikte zu häufig vorschnell als eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen und Religionen interpretiert werden. Diese gefährliche Interpretation wird einerseits von vielen zu Recht in Frage gestellt, und doch findet sie immer wieder statt. Wir müssen dem entgegenwirken, indem wir für ein gegenseitiges Verständnis werben, das über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg trägt. Darin weiß ich mich mit dem Ratsvorsitzenden einig: Wir müssen tragfähige Verbindungswege zwischen Kulturen und Religionen schaffen.

idea: Sie sind bekennender Protestant und haben bei dem gleichen Anlass in Berlin gesagt, hochrangige Religionsgespräche sollten künftig nicht nur im Vatikan, sondern auch in der Lutherstadt Wittenberg oder anderen Reformationstädten stattfinden. Ist Ihrer Ansicht nach der Protestantismus nicht offensiv genug?

Steinmeier: Die Frage ist berechtigt, meine eher augenzwinkernde Bemerkung in meiner Würdigung Bischof Hubers allerdings überinterpretiert. Beabsichtigt war lediglich eine ganz freundschaftliche Erinnerung des reformierten Anliegens gegenüber der lutherischen Mehrheit in der EKD. Im Übrigen hat die Evangelische Kirche mit ihrem Zukunftskongress in Wittenberg ein Zeichen gesetzt. Sie veranstaltet international interreligiöse Dialoge in der Lutherstadt und sie bereitet sich intensiv auf das Reformationsjubiläum 2017 vor.

idea: Was bedeutet Ihr christlicher Glaube Ihnen persönlich?

Steinmeier: Ich hatte Gelegenheit, auf dem Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin das ein wenig auszuführen. Mein Vortrag dort über die Bedeutung der Zuversicht im christlichen Glauben kommt nicht von ganz ungefähr. Aus dieser Kraft schöpfe auch ich Lebensmut im Persönlichen und Gestaltungswillen in der politischen Arbeit.

idea: Wir danken für das Gespräch.

„Sie werden euch hassen!“

Die Christenverfolgung nimmt weltweit zu.

Eine Bestandsaufnahme

EINS, November 2007, 8-10

Von Paul C. Murdoch

Mit seiner Botschaft würde Jesus auf Ablehnung stoßen. Das wusste er. Seine Jünger warnte er: „Ich sende euch wie Schafe unter die Wölfe, darum seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben.“ Er sagte ihnen noch mehr: „Sie werden euch hassen!“ Und zwar um seinetwillen.

So gab es von Anfang an Widerstand gegen das Evangelium und gegen die, die es verbreitet haben. Christen wurden verfolgt. Die Apostelgeschichte ist voll von Begebenheiten, bei denen die Jünger Jesu, die Apostel und andere Gläubige Angriffen ausgesetzt waren bis hin zum Märtyrertod.

Fast 300 Jahre dauerten die Übergriffe auf Christen im Römischen Reich an. Auch danach gab es Widerstand gegen das Evangelium und seine Boten. Überall, wo ein christliches Zeugnis wie Licht in der Finsternis aufzuleuchten begann, gab es den Versuch, dieses Licht auszulöschen. Das gilt sowohl in der Missionssituation –

außerhalb des christianisierten Bereiches -, wie auch innerhalb der Kirche, wo das Evangelium unterdrückt worden ist.

Die Grundtatsache ist unbestritten. Sobald wir aber mit Zahlen umgehen, stellt sich die Frage, wie gezählt wird. **Es kurieren Zahlen von 160.000 „Märtyrern“ pro Jahr. Diese Zahl basiert wie alle Statistiken auf Durchschnittsannahmen und Hochrechnungen.** Hinter der Zahl steckt die Summe der Menschen, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, weil sie Christen waren – geteilt durch 100. Der Großteil dieser Verstorbenen ist in kriegesischen oder pogromähnlichen Ausschreitungen ums Leben gekommen. Da stellt sich natürlich die Frage: Sind das „Märtyrer“? Hunderttausende von Christen im Südsudan, die im Bürgerkrieg umgekommen sind, oder die Millionen Armenier und syrischen Christen, die im Genozid durch die Türken starben – sind das Märtyrer? Greifen hier nicht andere, politische Zusammenhänge?

Kann man die Widerstandskämpfer, die ihr Leben im Einsatz gegen Adolf Hitler ließen, als „Märtyrer“ zählen – auch wenn sie aus Glaubensgründen gehandelt haben? Werden hier nicht Äpfel mit Birnen verglichen? Kann man die 23 Millionen russisch-orthodoxen Kulaken, die von den Kommunisten in den Tod geschickt wurden, als Opfer zählen? Oder müsste man sie nicht mit in die Hochrechnung aufnehmen? Und wie sieht es aus mit den Volksstämmen in Vietnam, Laos und Kambodscha, die von der Mehrheitsbevölkerung und vor allem von den politischen Führungskräften als eine Störung im System empfunden werden? Ist es ihr Christsein, das ihre Andersartigkeit begründet und das sie zu Außenseitern der Gesellschaft macht?

... wenn er den Namen „Christ“ nicht trüge

Es gibt wohl einen Unterschied zwischen dem Märtyrer als Blutzegen und dem verfolgten Christen. Dass aber Christen verfolgt werden, ist traurige Wirklichkeit. Als kleinsten gemeinsamen Nenner für alle Definitionen, die für „verfolgte Christen“ verwendet werden, verstehe ich: Ein verfolgter Christ ist einer, der nicht verfolgt würde, wenn er den Namen „Christ“ nicht trüge. Dabei dürfen wir nicht verkennen, dass es in der Regel einen vordergründigen Anlass für die Christenverfolgung gibt. Dann scheint es so, als seien andere Gründe als der Glaube Grund für die Verfolgung. In den seltensten Fällen wird Aggression direkt mit einer Christusfeindlichkeit begründet. Die Kleinbauern Russlands, die Kulaken, wären nicht niedergemetzelt worden, hätten die Kommunisten nicht eine neue Klasse von Menschen schaffen wollen, die „frei vom Opium des Volkes“ sich entfalten sollte. Nicht jeder Christ, der unterdrückt oder verfolgt wird, erfährt dies wegen seines Christuszeugnisses, eher im Gegenteil. Sie befinden sich in einem buchstäblichen Teufelskreis der Unterdrückung und Verfolgung. Sie werden unterdrückt, weil sie Christen sind; sie werden verfolgt, weil sie sich als Unterdrückte nicht wehren können.

Die Dynamik der Verfolgung kennt folgende Stadien:

1. Toleranz
2. Duldung
3. Desinformation
4. Diskriminierung
5. Unterdrückung
6. Pogromartige Ausschreitungen
7. Gezielte Verfolgung
8. Systematische Verfolgung

Es sind drei **Umgebungen**, in denen die Unterdrückung und Verfolgung von Christen in höherem Maße vorkommt:

- A. Ausgesprochen religiös begründete Verfolgung
- B. Verfolgung durch totalitäre Staaten/Despoten
- C. Verfolgung durch korrupte Systeme

Die **Stufen der Verfolgung** und die Bereiche, in der die Verfolgung vorkommt, möchte ich anhand von Fallbeispielen verdeutlichen.

A. Ausgesprochen religiös begründete Verfolgung

Wir können hier nur auf wenige Beispiele eingehen. Nehmen wir die Türkei. Zum 90. Mal jährte sich am 24. April 2005 der türkische Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern. Die Türkei bestreitet weiterhin,

dass es sich um einen echten Völkermord — also eine strategisch von osmanischen Behörden geplante und systematisch durchgeführte Vernichtung — gehandelt habe. Weil das „Türkentum“ auch am Islam fest-gemacht wird, werden andere Ethnien — oder auch Gruppen türkischer Abstammung oder Menschen anderer Religionszugehörigkeit — an den Rand der Gesellschaft oder auch darüber hinaus gedrängt. Vor nicht einmal 100 Jahren hatte die Türkei einen christlichen Bevölkerungsanteil von mehr als 20% (darunter griechisch-orthodoxe, syrisch-orthodoxe und armenisch-orthodoxe Christen). Heute sind es weniger als 0,2%.

Hier kamen die Stufen 6,7 und 8 (pogromartige Ausschreitungen, gezielte Verfolgung, systematische Verfolgung) voll zum Tragen.

Heute hat die in der Türkei verbliebene winzige christliche Minderheit es mit den Stufen 2 bis 6 zu tun. Zuverlässige Zahlen über „heimliche Christen“ kann es naturgemäß nicht geben.

Beispiele.

Vier Tage vor der Haftentlassung zweier Christen am 20. Oktober 2006 berichtete das Massenblatt „Hürriyet“ unter der Schlagzeile: „Razzia der Gendarmerie im Missionsbüro“ auf der Titelseite über Ermittlungen in Silivri: Das mit der „Taksim Protestant Church“ verbundene Büro habe Namen und private Daten von 5.000 Bürgern aus der Region Marmara gesammelt und an Schulen missioniert. Diese Anschuldigungen wurden auch im Fernsehen verbreitet. In der Zeit vor und nach den Morden, an drei Christen in Malatya im April 2007 gab es verstärkt Desinformation und Propaganda gegen Christen in den türkischen Medien.

Im Februar 2006 wurde ein katholischer Priester in der Stadt Trabzon am Schwarzen Meer von einem Jugendlichen erschossen. Ebenfalls 2006 wurden zwei weitere Priester überfallen. Der aus Malatya stammende armenisch-türkische Publizist Hrant Dink war Anfang 2007 von einem jungen Ultranationalisten ermordet worden. Danach hatte der Staat zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen für Schriftsteller und Journalisten getroffen. Unbekannte haben am 4. November 2006 im Westen der Türkei eine protestantische Kirche mit Brandsätzen angegriffen. Fenster gingen zu Bruch und es kam zu Schäden an der Außenfassade. Seit Monaten wurden die Protestanten in Odemis, 100 Kilometer von Izmir entfernt, von Unbeteiligten schikaniert. Trotz wiederholter Anzeigen durch den Pastor unternahm die Polizei nichts. Erst nach den jüngsten Angriffen untersucht sie mit einer Antiterrorereinheit den Vorfall.

B. Verfolgung durch totalitäre Staaten/Despoten

Gott sei Dank: Die Zahl der totalitär geführten Staaten ist gesunken! Aber es gibt sie noch. Etwa Eritrea, wo über 2.000 Christen wegen ihres Glaubens unter übelsten Bedingungen inhaftiert sind.

Auch hier nur einige Beispiele:

In Nordkorea gibt es gezielte und systematische Verfolgung von Christen (Stufen 6 und 7). Im April 2005 wurde zwar berichtet, es entstünden wieder Kirchen in Nordkorea, einem Land, das lange Zeit für seine Feindseligkeit gegenüber jeglicher anderen Religion (besonders dem Protestantismus) bekannt war. Aber noch kann man eine Entwarnung geben. In der stalinistischen Ideologie haben sich Risse gebildet und die nordkoreanische Regierung hat Angst, die Kontrolle zu verlieren, da sich immer mehr organisierte Christen-Gruppen bilden.

Das ist überhaupt der Punkt in totalitären Staaten. Die Oligarchie hat Angst, dass Menschen eine andere Autorität anerkennen könnten als ihre eigene. Besonders schlimm ist es für sie, wenn Menschen in Gott eine absolute Autorität anerkennen.

1988 wurde die erste nordkoreanische Kirche in Pjöngjang eröffnet. Nordkorea hat inzwischen zwei protestantische Kirchen, deren Anhänger von der Geheimpolizei streng von ausländischen Besuchern abgeschirmt werden. Die Existenz zweier protestantischer Kirchen kann aber noch kein Zeichen einer wirklichen Lockerung sein — in einem Land, wo es einst 3.000 Gemeinden mit rund 250.000 Christen gab.

Der Diktator Kim Jong-Il lässt sich in einer Art Personenkult verehren und betrachtet das Christentum als eine der größten Bedrohungen. Von den 23,6 Millionen Einwohnern Nordkoreas sind offiziellen Angaben zufolge etwa 12.000 Christen. Religionsstatistiker gehen davon aus, dass sich über 400.000 Christen im Verborgenen treffen. Vermutlich sind bis zu 100.000 in Arbeitslagern eingesperrt. Aus China ausgewiesenen nordkoreanischen Flüchtlingen drohen in ihrer Heimat harte Strafen, sogar Hinrichtungen. Flüchtlinge berichteten, dass Kinder abgeschobener Frauen getötet wurden.

Uns allen sind die Bilder der vergangenen Wochen aus Birma/Myanmar noch lebendig vor Augen. Lange hatten die Militärs den Buddhismus instrumentalisiert — vor allem im Kampf gegen die Christen unter den Karen, den Chin und den Kachin. Jetzt hat sich ein Teil der Mönche gewehrt. Unter den Minderheiten im Norden des Landes kam es in den vergangenen Jahren zu großen Zuwächsen in den Kirchen. Es entstanden neue christliche Gemeinden. Das passt weder den Militärs noch den buddhistischen Funktionären. Sie wollen einen einheitlichen Staat: ein Volk und eine Religion. Alles, was sich dieser Ideologie widersetzt oder in den Augen der Militärjunta diesem Ziel widerspricht, wird erbarmungslos verfolgt. Die Karen leiden seit vielen Jahren unter den harten „Strafaktionen“ der Armee. Dörfer werden niedergewalzt, Kinder als Söldner missbraucht, Frauen vergewaltigt, Männer erschossen. *Derart totalitäre Staaten versuchen „ihr“ Volk zu Einheitsmenschen zu klonen. Christen lassen das nicht mit sich machen. Darum werden sie von Regierungsseite verfolgt.*

Verfolgung durch korrupte Systeme

Gott ist ein Gott der Ordnung. In Ländern und Gebieten, in denen die öffentliche Ordnung nicht durch den Staat aufrecht erhalten wird, **kann** das zu schweren Problemen führen, wie z.B. in Chiapas (Mexiko), Coca-Anbaugebieten in Bolivien und Kolumbien oder im von **Anarchie** bedrohten Irak.

In korrupten bzw. chaotischen Systemen herrscht ein Geist der Unordnung. Kriminelle Elemente und das „Recht des Stärkeren“ bestimmen das Geschehen. In den Drogenanbaugebieten verfolgt die Droienmafia **rigoros** eigene Interessen, die keinen Widerspruch von Kirchen dulden. Pfarrer und Priester, die dagegen predigen, werden umgebracht. Auch wenn Rebellen sich von den Kirchen kritisiert sehen, greifen sie brutal durch. Wiederholt sind Pfarrer vor oder in ihren Kirchen erschossen worden. **Im mittelamerikanischen El Salvador wurde im Oktober 2006 ein evangelisches Pfarrerehepaar auf offener Straße ermordet. Bei den Opfern handelt es sich um den 60-jährigen Pastor Francisco Carillo und seine 49-jährige Frau.**

In Südostasien ist es ähnlich. Sieben Christen sind im Süden der Philippinen erst am 16. April 2007 von der islamischen Terrorgruppe Abu Sayyaf („Vater des Scharfrichters“) enthauptet worden. Die Gegend wird von islamischen Terroristen unsicher gemacht. Die philippinische Regierung führt Krieg gegen sie, kann aber das Gebiet nicht kontrollieren. Die jungen Hilfsarbeiter waren von Kämpfern an Baustellen und einer Fischfabrik nahe der Stadt Parang, etwa 1.000 Kilometer südlich von Manila, entführt worden. Nachdem die Organisation, die mit dem Terrornetz El Kaida in Verbindung steht, vergeblich knapp 80.000 Euro Lösegeld gefordert hatte, zwang sie am 19. April Zivilisten, die abgetrennten Köpfe in zwei Kasernen abzugeben.

Ein Fazit

Als Christen in den freieren westlichen Gesellschaften müssen wir uns darüber klar sein: Christen in den gefährdeten Ländern werden vor allem aus einem Grund verfolgt – weil die Botschaft, die sie bringen, bestehende Strukturen in dieser Welt verändern will. Diese Veränderung ist vielfach eine Bedrohung für die Mächte, die regieren. Nicht die Menschen, die sich Christen nennen, sind das Objekt des Hasses, sondern die Botschaft, die sie vertreten und verbreiten. Je mehr sich diese Botschaft verbreitet, desto größer ist der Widerstand. Das erklärt, warum nicht-missionierende Kirchen eher in Ruhe gelassen werden. Es erklärt auch, warum die Christenverfolgung stetig zugenommen hat, bis in unsere Tage hinein. **Das 20. Jahrhundert allein brachte mehr an Opfern von Christenverfolgung als alle neunzehn Jahrhunderte zuvor.**

Zwischen Leiden und Hoffen

Streiflichter zur Situation von Christen
in islamischen Ländern

Von Albrecht Hauser

EinS November 2007, 12-14

Wie ein roter Faden zieht sich durch die 2.000jährige wechselvolle Geschichte der Christenheit eine Spur des Leidens. Christliche Existenz ist durch das Kreuz gezeichnet. Immer da, wo ideologische, religiöse oder politische Machtansprüche den christlichen Glauben als eine Gefahr wahrnehmen, kann dieser Konflikt ins Leiden führen. Auf Ganze gesehen, gibt es daher wohl kein politisches System, das der Kirche Jesu Christi die Sicherheit ihrer Existenz für immer gewähren kann. In der westlichen Christenheit wird das Leiden um des Evangeliums willen gerne als etwas verdrängt, was heute nicht mehr sein soll. Aber die verfolgte Gemeinde Jesu braucht das Ohr und die Herzen aller, die sich als Glieder am weltweiten Leib Jesu Christi verstehen.

Mangelnde Religionsfreiheit und Menschenrechtsverletzungen sind nichts Neues in der Geschichte. Aber das wachsende Ausmaß der Verfolgung der Gemeinde Jesu im 21. Jahrhundert erschreckt, trotz der universalen Menschenrechte und internationaler Gremien, die sich für Religions- und Glaubensfreiheit einsetzen. Eigentlich müsste es einen internationalen Aufschrei geben gegen so viel Verletzung menschlicher Würde. Wer teilnahmslos wegschaut oder schweigt, wird mit schuldig und fördert schlussendlich seine eigene Unfreiheit.

Verfolgung in islamischen Ländern

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs finden die größten Verfolgungen von Christen weltweit in islamischen Ländern statt. Seit der islamischen Revolution unter Khomeini 1979 im Iran, hat der politische Islam weltweit an Einfluss zugenommen.

Kein religionspolitisches System hat in den letzten 1.400 Jahren die (Minderheiten-Gruppen von) Christen so kontinuierlich angefochten, bedrängt und auch verfolgt wie der Islam – bis heute, z.B. in Ägypten, Sudan, Saudi-Arabien. Dabei existierten in vielen heute islamischen Ländern einst blühende Kirchen.

Aber auch in Ländern wie Nigeria, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch, Malaysia und Indonesien werden Christen verfolgt. Oder im Irak, aus dem heute Christen systematisch vertrieben und bedroht werden. Seit nahezu 2.000 Jahren gibt es Christen im Irak; vor dem ersten Golfkrieg (1990/91) noch ca. 1,4 Millionen, also ca. 8% der Gesamtbevölkerung des Landes. Heute sind es wohl kaum noch 200.000. Das Überleben der Christen im Irak ist fraglich. Die Islamisten in allen Lagern bedrängen und verfolgen besonders die christlichen Minderheiten.

Die Beispiele sind schrecklich. Einem Priester wurden nach der Entführung Beine und Arme abgehackt. In Basra wurde 2006 ein 14jähriger christlicher Junge gekreuzigt: Christliche Frauen wurden entführt, entehrt, zwangsislamisiert und brutal umgebracht. Christliche Kirchen sind durch gezielte Anschläge beschädigt, zum Teil zerstört worden. Im Frühjahr 2007 wurden Christen in Dora, einem Stadtteil Bagdads, wo seit Generationen viele Christen gelebt haben, aufgefordert, den Islam anzunehmen oder die Kopfsteuer (Jizya) zu zahlen. Ansonsten würden sie umgebracht.

Die Christenverfolgung in vorwiegend islamischen Ländern hat in den vergangenen Jahren auch deshalb zugenommen, weil die Christen in den Augen der Islamisten den islamischen Alleinanspruch infrage stellen. Dabei geraten Christen gerade auch in den islamischen Ländern des Nahen Ostens vermehrt zwischen die Mahlsteine internationaler Politik. Sie werden dabei leicht zu Prügelknaben islamischer Propaganda. Der „Krieg gegen den Terror“ wird in der islamischen Welt durch die Propaganda weitgehend als ein Krieg gegen den Islam wahrgenommen. Der Streit um die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung hat zusätzlich die Spannungen angeheizt. Die konservativen Kräfte im politischen Islam erhoffen sich eine Erneuerung und langfristige Vormachtstellung durch die Rückbesinnung auf die Anfangsjahre des Islam. Und christliche Minderheiten werden in den Augen der Islamisten als ein störendes Überbleibsel der Kolonialzeit wahrgenommen.

Methoden der Verfolgung

Eine gesellschaftliche Diskriminierung nichtmuslimischer Bevölkerungsgruppen wird praktisch in allen islamischen Ländern seit den Anfängen als etwas Selbstverständliches hingenommen. Christen und Juden haben nach islamischer Auffassung ohnehin einen korruptierten und minderwertigen Glauben und werden daher weitgehend als Bürger zweiter Klasse angesehen. Da sie keine Muslime sind, wird angenommen, dass sie auch keine loyalen und vollwertigen Bürger sein können. Selbst in Ländern, die formal Religionsfreiheit und die universalen Menschenrechte anerkennen, werden Christen unter dem Islam wie Schutzbefohlene (Dhimmis) behandelt, denen keine kritische Einmischung in gesellschaftliche und religiöse Angelegenheiten des Landes zugestanden wird. Man drängt sie daher wieder vermehrt in die Rolle der Schutzbefohlenen, die ihr Schicksal still hinzunehmen haben.

Spricht man Probleme der Christen in islamischen Ländern an, wird das schnell als Kritik am Islam verstanden. Auch im Westen führt das zu einer stillschweigenden Selbstzensur. Aus Angst vor Repressalien haben christliche Minderheiten oft Leiden geduldig in Kauf genommen. Veröffentlichungen im Westen werden als „Nestbeschmutzung“ der islamischen Länder gebrandmarkt – durch einheimische und manchmal auch westliche Medien noch vertieft. So konnte man bei den Ermordungen der drei Christen in Malatya im April 2007 eine klischeebehaftete Berichterstattung in der türkischen Presse erkennen. Deren Tenor: Die Ermordeten waren missionarisch aktiv – wobei verfälschend suggeriert wurde, dass sie da-mit etwas „Illegales“ getan hätten.

In vielen islamischen Ländern finden Christen kaum Arbeit auf dem offiziellen Stellenmarkt. In manchen Fächern werden ihnen nur unter erschwerten Bedingungen Studienplätze gewährt. In Pakistan sind viele Christen, die als Straßenfeger oder Reinigungspersonal arbeiten, sozial marginalisiert und verachtet. Viele Christen sind zu Leibeigenen von Großgrundbesitzern geworden, zum Teil seit Generationen verschuldet. Kinder solcher Eltern werden manchmal vergewaltigt und anschließend gezwungen, den Islam anzunehmen. Ein Zurückkehren zum christlichen Glauben wird erschwert. Kinder armer christlicher Familien werden entführt und weit von ihrem Heimatort entfernt in eine islamische Familie zwangsverheiratet – und die Familien haben von sich aus keine Möglichkeit, sich zu wehren und werden leicht manipuliert. Glücklicherweise gibt es in Pakistan eine Gruppe christlicher Rechtsanwälte, die sich in Kooperation mit säkular muslimischen Rechtsanwälten vieler solcher Fälle annehmen. Aber die Mitarbeiter solcher christlichen Menschenrechtsstellen haben ständig mit Todesdrohungen zu leben.

Auch aus Ägypten – wo ca. 9 Millionen Christen, vorwiegend Kopten, aber auch evangelische und katholische Christen, leben – wurden in den vergangenen Jahren Fälle christlicher Studentinnen bekannt, die entführt und dann zwangsislamisiert wurden. Die Rechtsunsicherheit für Christen ist in jüngsten Jahren deutlich größer geworden.

Die institutionelle Diskriminierung

Neben der gesellschaftlichen, gibt es in manchen islamischen Ländern eine massive institutionelle Diskriminierung. Die Polizei greift dann z.B. nur zögerlich oder gar nicht ein, wenn Christen ahgegriffen werden. Oder nie kommt bewusst etwas verspätet, wie z.B. in Sangla Hill (Pakistan), wo im November 2005 ca. 1.500 aufgebrachte Muslime bis zum Eintreffen der Polizei bereits eine Schule, ein Pfarrhaus, die katholische Kirche und die Kirche der Heilsarmee niedergebrannt hatten. Aus Indonesien gibt es Berichte, dass sogar Polizisten bei Ausschreitungen gegen Christen beteiligt waren.

In Pakistan wurden im Jahre 2006 zwanzig christliche Jungen, die verschwunden und von Islamisten entführt worden waren, in einer verdeckten Aktion wieder „freigekauft“. Da der Drahtzieher dieser Entführungen ein führender „Geistlicher“ einer sehr einflussreichen islamistischen Organisation ist, hat die Polizei Angst vor seiner Festnahme, obwohl genug gut dokumentierte Beweise vorliegen.

Schließlich besteht in vielen islamischen Ländern eine gesetzlich verbrieft Diskriminierung. Besonders da, wo die islamischen Gesetze der Scharia teilweise oder ganz eingeführt sind, werden Christen automatisch benachteiligt. In Pakistan gibt es ein Blasphemie-Gesetz, nach dem auf erwiesener Beleidigung Mohammeds die Todesstrafe steht. Eine Reihe pakistanischer Christen sitzt im Gefängnis, weil sie durch falsche Anschuldigungen der Beleidigung bezichtigt werden.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Konvertiten umgebracht, doch die Strafverfolgung solcher Täter findet kaum statt. Erst im Sommer 2007 wurden in einigen Städten Pakistans die Christen durch Flugblätter aufgefordert, den Islam anzunehmen oder die Gegend zu verlassen. Sonst würden sie umgebracht. Allein solche Drohungen schaffen Verunsicherung und Angst. In Ägypten werden jedes Jahr viele Christen aus verschiedenen Gründen Muslime. Die Regierung hilft dann schnellstens zu einer neuen Namensidentität. Der Weg zurück ist aber umso schwieriger. Gegenwärtig

sträuben sich alle Gerichte, solchen Personen das Recht zu gewähren, wieder Christen zu werden. Dieser Schritt wird gar als Abfall vom Islam geahndet! Die Kirche setzt sich für solche Fälle ein, kommt aber dabei selber durch die Islamisten; die z.T. in Regierungsämtern sitzen, unter enormen Druck.

Besonders schwierig ist es für Konvertiten zum christlichen Glauben. Sämtliche islamischen Rechtsschulen bestehen nach wie vor darauf, dass öffentlich gewordener Abfall vom Islam mit dem Tode bestraft werden muss. Nicht nur aus Saudi-Arabien, auch aus dem Iran sind solche Urteile bekannt. In anderen Ländern wird erwartet, dass die Moscheegemeinde oder nächsten Angehörigen zur Rettung der Ehre den Abgefallenen bestrafen. Manchmal werden Konvertiten unter dem Vorwand, psychisch krank zu sein, in eine geschlossene Psychiatrie abgeschoben oder unter Drogenverdacht festgenommen.

Trotz Christenverfolgung hören wir aber auch aus islamischen Ländern, dass Menschen ihren Weg in die Nachfolge Jesu Christi finden. Aus Algerien etwa, wo wachsende Gemeinden entstehen. Auch aus dem Iran gibt es Nachrichten von wachsenden Gemeinden, ganz zu schweigen von vielen Iranern, die im Exil durch das Evangelium neue Hoffnung gewinnen.

So sind auch in den letzten Jahren im schrecklichen Bürgerkrieg des Sudan Menschen Christen geworden. Auch heute baut Christus mitten im Leid seine Gemeinde. Imund der Zuversicht. Eine Christin aus dem Sudan erzählte mir: „Singen und Reden mit Gott in Klage und Lob ist eine Art, wie wir im Sudan auf Probleme reagieren. Wir singen, wenn wir fröhlich sind. Wir singen aber auch, wenn wir mit Problemen konfrontiert werden. Daher sind wir mitten in unserer Not eine singende Kirche.“

Was tun?

Was können Christen in unseren Breiten tun? Christen und Flüchtlinge aller Konfessionen brauchen Hilfe, Christen in islamischen Ländern müssen nachhaltig unterstützt werden!

Angesichts des Leidens und der Ungerechtigkeit sind wir mehr denn je gefordert, uns durch gezielte Information und Fürbitte, wie auch durch praktische Hilfe und internationalen Rechtsbeistand für die Belange unserer leidenden Mitchristen in islamischen Ländern einzusetzen.

Wichtige Informationen enthalten die AKREF-Nachrichten und Gebetsnachrichten von Paul Murdoch (zu beziehen über die Internetseite der Evangelischen Allianz, www.ead.de). Unersetzlich ist die Fürbitte. Gemeinden, Synoden und Kirchenleitungen müssen sich informieren, und in jedem Sonntagsgottesdienst sollte die leidende Kirche in die Fürbitte eingeschlossen werden.

Und dann: Öffentlichkeit herstellen, in Absprache mit den Christen und Kirchen in den Ländern. Die Nachrichtenagentur idea (www.idea.de) etwa veröffentlicht regelmäßig Informationen zu einem Gefangenen des Monats. Zu dessen Unterstützung kann man Briefe an die Verantwortlichen schreiben. Es geht dabei auch um die Stärkung der einheimischen kirchlichen Trägerstrukturen durch Partnerschaft. Manchmal hilft dabei eine stille Intervention, manchmal große Öffentlichkeit. Das ist je nach Land und Situation verschieden. Wo möglich, helfen auch gegenseitige Besuche.

Schließlich zählt das Stichwort „Advocacy“: Das meint internationalen Rechtsbeistand und Verteidigung auf diplomatischen, rechtlichen und politischen Ebenen. So kann durch Öffentlichkeit auf die Leidenssituation der einheimischen Christen aufmerksam gemacht und ihre Präsenz in islamischen Ländern gestärkt werden. Von Verantwortlichen in Kirche und Gesellschaft kann für die Betroffenen Hilfe und Intervention erbeten werden.

Kirchenrat Albrecht Hauser (i.R.) leitet den Arbeitskreis Islam der Deutschen Evangelischen Allianz. Weitere Infos: ead.de/akislam.

Sie wollen, dass wir Moslems werden

Von Agnes Tandler

CHRIST IN DER GEGENWART 1/2008,9

Vor der backsteinroten Kathedrale in Lahore steht eine Gruppe Männer und diskutiert. Es geht um Cricket. Doch eigentlich geht es um Gott. Die Männer sind erzürnt über Cricketstar *Yousuf Youhana*. Früher war der Spieler Christ - der einzige in der Nationalmannschaft. Bis er mit seiner Frau zum Islam übertrat und das ganze Land wissen ließ, wie gut er sich seither fühlt.

Zwischen zwei und drei Prozent der 156 Millionen Einwohner im islamischen Pakistan bekennen sich zum christlichen Glauben. Die Hälfte davon sind Katholiken. Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 hat sich ihre Situation extrem verschlechtert, auch wenn die Verfassung freie Religionsausübung garantiert.

Christen in Pakistan werden zunehmend bedroht. Schikanen sind an der Tagesordnung.

„Vor zwei Jahren wurden in Sangla Hill, etwa fünfzig Kilometer von Lahore entfernt, drei Kirchen, ein Konvent, zwei katholische Schulen und viele Häuser und Geschäfte niedergebrannt“, berichtet *Souhail Akhtar* vom „Nationalen Kirchenrat Pakistan“. Besonders im Norden des Landes werde die Lage immer schlimmer. Nach Angaben der pakistanischen Menschenrechtskommission werden jedes Jahr zwei bis drei Fälle registriert, in denen Christen die Lästerung des Religionsgründers Mohammed vorgeworfen wird. Oft wird der Blasphemie-Paragraph dazu missbraucht, Nachbarschaftsstreitigkeiten zwischen Christen und Muslimen „auszutragen“. Die Verfahren ziehen sich nach Angaben von „Amnesty international“ meist über Jahre hin. Folter ist die Regel. Daher wandern viele Christen nach Indien aus. „Zur Zeit der Gründung Pakistans gab es im Bistum Peshawar etwa hundert Kirchen. Heute sind es noch vier-zehn“, sagt *Peter Jacob* von „Justitia et Pax“.

Auch *Andrew Nisari* hat Angst. Angst vor Bomben. Barfuß steht der Ordenspriester auf dem blauen Teppich um den Altar der Kirche im Herzen von Lahore. Die Kirche ist fürs hundertjährige Jubiläum herausgeputzt. Während des Streits um die Mohammed-Karikaturen 2006 standen auf gebrachte Muslime vor der Kirche, um sie anzugreifen. „Die Polizei schirmte uns ab“, erzählt der Priester. Und fügt hinzu: „Sie wollen, dass wir alle Moslems werden.“ Wie Cricketstar Yousuf Youhana.

Christen müssen viele Schikanen über sich ergehen lassen. Der soziale Aufstieg wird ihnen verwehrt. Im Staatsdienst dürfen sie nicht arbeiten. Selbst wenn Christen ein Geschäft betreiben, werden Muslime nie zu-lassen, dass es gut läuft. Auf dem Land ist alles noch schlimmer. Nisari: „Da sind wir wie Unberührbare. Christen dürfen die Wasserpumpe nicht anfassen, weil sie verunreinigt werden könnte. Das Glas, aus dem sie auf dem Markt trinken, wird zerbrochen, und sie müssen dafür zahlen.“ Doch die Bedrohung festigt die Gemeinschaft. Sonntags ist die Kirche gefüllt bis zum letzten Platz. „Das war früher nicht so.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18715>

Britische Fluglinie darf christliche Symbole an der Uniform verbieten

11.1.08

Koptisch-orthodoxe Christin verliert Prozess: Sie hatte sich Ende 2006 geweigert, einen Kreuzanhänger abzulegen, wenn sie am Schalter Fluggäste abfertigte.

London (www.kath.net / idea) Eine Angestellte der Fluggesellschaft British Airways hat einen Arbeitsgerichtsprozess wegen religiöser Diskriminierung verloren. Die heute 56-jährige koptisch-orthodoxe Christin Nadia Eweida (London) hatte sich Ende 2006 geweigert, einen Kreuzanhänger abzulegen, wenn sie am Schalter Fluggäste abfertigte.

Die Kleiderordnung verbot es, ein solches religiöses Symbol in Uniform zu tragen. Frau Eweida betrachtete dies als diskriminierend, auch weil Musliminnen Kopftücher und Sikhs Turbane tragen durften. Vier Monate lang wurde sie in unbezahlten Urlaub geschickt.

Nach starkem Druck der Öffentlichkeit – etwa aus dem Unterhaus, vom damaligen Premierminister Tony Blair und der anglikanischen Kirche – lenkte British Airways ein und erlaubte Angestellten, religiöse Symbole als Anstecker an die Uniform zu heften. Ein Arbeitsgericht in London gab jetzt jedoch im Nachhinein British Airways Recht.

Die Fluglinie dürfe ihren Beschäftigten in Uniform das Tragen von Kreuzanhängern verbieten. Das Unternehmen zeigte sich erfreut: „Wir haben immer darauf bestanden, dass unsere Kleiderordnung nicht gegen Christen diskriminiert.“

Frau Eweida hingegen ist enttäuscht. Das Gericht habe der Fluggesellschaft ermöglicht, den Beschäftigten ihren Willen aufzuzwingen. Frau Eweida will mit Kreuzanhänger an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Die Fluglinie hat über 30.000 uniformierte Angestellte.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18719>

Wie im Rausch - Weihnachtsfest endet in Tragödie

Indien (www.kath.net)

Am 24. und 25. Dezember griffen hinduistische Fundamentalisten mehrere Pfarreien in Orissa an – einer Region, in der sich die Steyler Missionare seit vielen Jahren für die Menschen einsetzen. In ihrem Rausch töteten die Fundamentalisten fünf Menschen, zerstörten 53 Kirchen, sechs Schwesternkonvente, sechs Schülerwohnheime und andere christliche Einrichtungen. Ein Bericht des Steyler Missionars Erzbischof Raphael Cheenath SVD.

Weihnachtsfest endet in Tragödie

Das Weihnachtsfest, ein Ereignis von Freude und Frieden, verwandelte sich in eine Tragödie.

Die Unruhen begannen am 24. Dez. um 8.00 Uhr morgens im Dorf Bamunigam, in der Nähe der Polizeistation. Einige Hindu-Fundamentalisten entfernten gewaltsam den Weihnachtsschmuck, den die christlichen Unternehmer (Verkaufsläden) in Vorbereitung auf Weihnachten mit Erlaubnis der zivilen Autoritäten angebracht hatten. Es folgte eine verbale Auseinandersetzung zwischen beiden Gruppen mit der Aufforderung der Hindus an die Christen, ihre Weihnachtsfeiern zu stoppen. Innerhalb einiger Minuten war plötzlich eine Gruppe von Leuten anwesend, die auf die Mitglieder der Christlichen Gemeinschaft mit Stöcken, Messern oder ledernen Waffen und Gewehren losgingen. Als die Leute diesen bewaffneten Mob auf sich zukommen sahen, liefen sie aus Furcht weg. Die Fundamentalisten schossen auf die Leute mit ihren Gewehren und verwundeten zwei Personen schwer. Sie zerstörten auch ungefähr 15 Geschäfte der Christen, nachdem sie an diesen und an ihren Häusern Feuer gelegt hatten. Sechs oder sieben Christen wurden vom Mob zusammengeschlagen.

Am zweiten Tag, am Weihnachtstag, 25.12., kam die Menge zurück und zerstörte die Kirchen in der Bamunigan Gegend. Dann zogen sie in christliche Dörfer ein und brannten ihre Häuser und sonstige Eigentümer nieder. Die Christen wurden aufgefordert, ihre Dörfer zu verlassen. Die Christen waren unter moralischen Druck, doch gab es keinen polizeilichen Schutz.

Angriff auf die Pfarreien Bamunigam und Balliguda

Am selben Tag, am 24. Dezember, marschierte um etwa 2.00 Uhr nachmittags eine größere Gruppe von ca. 400-500 Leuten in die Pfarrei Balliguda ein und zerstörte und plünderte das Kirchengebäude. Gegen 10.00 Uhr abends waren die folgenden Institutionen zerstört oder voll oder teilweise verbrannt: die große Pfarrkirche, das Pfarrhaus, der Schwesternkonvent, Computer-Raum, Apotheke, 2 Schülerwohnheime etc.

Der gleiche bewaffnete Mob zog zur Stadt und zerstörte auch die Kirche der Baptistengemeinde. Auch eine andere Kirche der Pfingstler wurde angegriffen.

Am 25. Dezember zogen sie drohend herum, um die Priester und Christen einzuschüchtern, sodass sie nicht in der Lage waren, ihre Anzeigen bei der Polizei einzureichen. Die Situation ist weiter hoffnungslos und es besteht große Furcht unter den Christen.

Am 25. Dezember wurde auch der Schwesternkonvent in Phulbani angegriffen. Sie zerstörten von außen her alles Mögliche: Türen, Fenster, etc. Sie beschädigten auch einen neuen Schulbus. Die Priester und Schwestern in der Pfarrei Pobingia wurden angehalten, auf einen sichereren Ort auszuweichen, was sie auch taten. Gegen 12.00 Uhr Mittag griff dann eine Gruppe der Bajrangdal-Leute die Kirche an und zerstörten sie. Danach am Nachmittag zerstörten sie auch das Pfarrhaus. All dies fand ungestraft in Gegenwart der Polizei statt. Mehr als die Hälfte der 24 Pfarreien im Kandhamal Distrikt konnten wegen der Furcht vor weiteren Attacken keine Weihnachtsmesse feiern. Zum Beispiel baten 2 Polizisten die Priester in der Pfarrei Phulbani, auf ihre Zelebrierung zu verzichten, sonst würde es weitere Ausschreitungen geben. Während der Mitternachtsmesse am 24. Dezember warf jemand eine Bombe auf das Haus des Erzbischofs in Bhubaneswar. Sie explodierte im Freien und Gott sei Dank wurde nichts beschädigt.

Zerstörungen

Es wurden insgesamt 5 Pfarrkirchen, 48 Dorfkirchen, 6 Schwesternkonvente, 3 Pfarrhäuser, 6 Schülerwohnheime, 1 kleines Seminar und 2 weitere Institutionen zerstört.

Es wurde auch noch eine große Anzahl von Dorfkirchen zerstört, von denen wir noch keine definitiven Nachrichten haben. In der Pfarrei Barakhama wurden 400 Häuser angezündet, 5 Personen wurden ermordet, das Eigentum, sowie ein Traktor, ein Jeep und zwei Motorräder verbrannt. Das Ausbildungshaus der Kapuziner wurde total verwüstet.

All das ereignete sich an den ersten 3 Tagen des Vandalismus. Wir haben Nachricht von anderen Kirchen und Institutionen, dass die Angreifer weiterhin aktiv sind, die Zerstörung des Eigentums weitergeht und die Christen weiterhin unter Angriff stehen. Andererseits wurden die unschuldigen Christen gefangengenommen und manche christliche Führer beschuldigt, um die Fundamentalisten zu beruhigen.

Geplanter Angriff und Zerstörung

Orissa hatte in der Vergangenheit einige kommunale Herde, wo Konflikte aufflammten. Aber diesmal war es sehr intensiv und gewaltsam vorhergeplant. Dies ergibt sich aus verschiedenen Gesichtspunkten:

Die Geschwindigkeit mit der die Angriffe ausgeführt wurden. Dies wäre ohne Planung nicht möglich gewesen. Innerhalb einer halben Stunde kam in Bamunigam eine Gruppe von 200 Leuten zusammen und zugleich etwa 400-500 in Balliguda, die eine gewaltige Zerstörung auslöste. Diese zwei Angriffe fanden gleichzeitig statt, obwohl die Orte auseinander liegen. Die Leute erschienen auf der Szene der Zerstörung mit Werkzeugen, die in der Lage waren, in kurzer Zeit massive Zerstörungen anzurichten. Sie hatten zum Beispiel Petroleum bei sich, um die Häuser anzuzünden. Sie hatten Gewehre, Metallschneidezangen, um die Gitter an Fenstern und Türen zu zerschneiden.

Die Angreifer hatten genügend Lebensmittel bei sich, um sich ein Essen auf dem angegriffenen Gelände zu bereiten.

Daraus muss man schließen, dass sie den Angriff von langer Hand vorbereitet hatten.

All das zeigt, dass ohne Vorplanung diese unvorhergesehene Zerstörung in der kurzen Zeit von maximal 3 Tagen nicht hätte stattfinden können.

Grund für die Zerstörung

Ich hatte nach dem ersten Vorfalle meinen Priestern und den Schwestern den Rat gegeben, sich selbst zu schützen und sich nicht so sehr um die Besitztümer zu kümmern. So habe ich ihnen geraten, gleich zu fliehen, sobald sie von einem

drohenden Angriff hören sollten. Deswegen waren dann die Institutionen offen für die totale Zerstörung durch die Fundamentalisten.

Wir konnten uns nicht auf den Polizeischutz verlassen, sei es weil sie zu wenige waren oder weil sie der Sache teilnahmslos gegenüberstanden. Ich weiss es nicht. Die Zerstörung fand in Bamunigam sogar vor den Augen der Polizei (20 Beamte) statt, die einfach zuschauten.

Die Fundamentalisten brachen die Haupttore auf, zerschmetterten die Fensterscheiben, verbogen die Vergitterungen und sammelten alles auf einen Stapel in der Mitte des Gebäudes, schütteten Kerosin oder Benzin darüber und zündeten es an. Das war das Ende ihrer Show und dann stürmten sie zu einem anderen Ort. Was immer sie tragen konnten, nahmen sie mit. Wer waren die Angreifer?

Generell gehört der bewaffnete Mob von Fundamentalisten zur sog. ‚Sangh Parivar‘, einer Gruppe die eine extreme und intolerante Hinduismus-Ideologie mit Hass und Gewalt propagiert. Aber die Leute, die die Taten ausführten, gehörten zu anderen Dörfern, um ihre Bekanntheit zu verbergen. Nach der Tat verschwanden sie aus der Szene. Deshalb ist es sehr schwierig, individuelle Personen zu identifizieren, die in dem Konflikt verwickelt waren.

Wie verhält sich die Regierung?

Im Allgemeinen verspricht die Regierung Hilfe und Schutz. Da am 25. Dezember Weihnachten ist, hatten wir einige Schwierigkeiten erwartet. Wir gingen deshalb zum Magistrat und zum Superintendenten der Polizei wegen der zu erwartenden Probleme. Sie versprachen und Hilfe. Aber faktisch kam es so:

1. Die Distriktverwaltung hatte keine vorsorgenden Maßnahmen zur Abwehr von Unruhen ergriffen; folglich waren sie nicht in der Lage, die Zerstörung aufzuhalten oder zu kontrollieren.
2. Als die Unruhen am 24. Dez. um 8.00 morgens begannen, nahm ich sofort Kontakt mit dem Generaldirektor der Polizei auf, der mir Unterstützung versprach. Aber wir waren äußerst enttäuscht, da erst nach 26 Stunden nach dem ersten Angriff die Polizeiwache den Ort des Angriffs auf Bamunigam erreichte. Diese liegt in einer Entfernung vom Bhubaneswar (Bischofshaus) von ca. 300 km. Vom Distrikthauptquartier zur Unruhegegend sind es weitere 85 km.
3. Entweder war die Besetzung der Polizeiwache unzureichend oder diese hatte nicht genügend Macht, um die nötigen Schritte am Ort vorzunehmen.
4. Die Fundamentalisten bewegten sich frei auf Lastwagen oder anderen Fahrzeugen, indem sie ihre Slogans schrieten. Dabei wurde die Zerstörung unbeaufsichtigt weitergeführt.
5. Bisher wurde niemand gefangengenommen, obwohl die meisten Angriffe vor den Augen der Polizei stattfanden.
6. Die meisten Priester, Pastoren und Schwestern im Kanhamal Distrikt haben ihre Lager in den Wäldern aufgeschlagen. Tatsächlich sind die Fundamentalisten auf der Suche nach ihren Verstecken.
7. Die Christen, die bereits attackiert wurden und jene, die in großer Furcht vor Attacken leben, fühlen mit guten Gründen, dass sie der Barmherzigkeit der Fundamentalisten ausgeliefert sind.

Allgemein kann man sagen, dass die Administration total versagte, notwendige und effektive Schritte zu unternehmen, um solche unvorhergesehenen Zerstörungen der Einrichtungen der christlichen Gemeinschaften im Kandhamal Distrikt zu unterbinden.

7. Eine Gesandtschaft brachte dem Chefminister folgende Forderungen vor:

1. Dass eine offizielle Untersuchung zur genauen und unparteiischen Aufklärung für die Justiz eingesetzt wird.
2. Dass das zentrale Paramilitär in angemessener Stärke an die betroffenen und empfindlichen Orte verteilt wird, um weitere Vorfälle abzuwenden, da die lokale Polizei nicht in der Lage war, die Situation unter Kontrolle zu halten.
3. Dass eine unparteiische und angemessene Untersuchung der zerstörten Eigentümer der Kirchen und christlichen Institutionen und anderer Einrichtungen eingesetzt wird und eine angemessene Entschädigung so bald als möglich in Aussicht gestellt wird, um das Vertrauen der Menschen in die Administration wieder herzustellen.
4. Dass eine angemessene Entschädigung jenen Familien gegeben wird, in denen Tote oder Verletzte zu beklagen sind.
5. Dass die Schuldigen, die für die Ursachen der kommunalen Disharmonie verantwortlich sind und den Schaden an Menschen und Eigentum verursacht haben, ernstlich gefasst werden und dass die örtlichen Regierungsstellen exemplarisch für ihre Vernachlässigung, Interaktion und Apathie bis zur schweigenden Duldung der Übeltäter bestraft werden.
6. Dass ein Komitee zur Faktenfindung bestehend aus verschiedenen Kirchenführern und vorgeschlagenen Repräsentanten der verschiedenen betroffenen Orte und Personen des Kandhamal Distrikts besucht, eine Bestandsaufnahme der Situation durchführt und die Opfer und die Familien tröstet. Deshalb fordern wir, dass dem Team bei ihren Nachforschungen Polizeischutz gewährleistet wird.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18744>

„Für sie war ich ein Symbol des verhassten Christentums“
14.1.08

Entführt, misshandelt, gefoltert: Ein irakischer Priester erzählt im Exklusiv-Interview mit AsiaNews, wie er zwölf Tage Entführung überlebte.

Damaskus (www.kath.net) Selbst wenn er lacht, leuchtet sein Gesicht nicht. P. Hani Abdel Ahad, 33, sitzt der Schock auch ein halbes Jahr danach noch in den Gliedern. Am 6. Juni 2007 wurde der irakische Priester in Bagdad entführt.

Zwölf Tage lang wurde er von seinen Entführern misshandelt und gefoltert – nur weil er Christ ist. Nach seiner Befreiung ging er nach Damaskus. Im Exklusiv-Interview mit AsiaNews erzählt P. Hani Abdel Ahad von seiner Gefangenschaft und warum er nicht mehr in den Irak zurückkehren will.

P. Hani, sind Sie schon vor Ihrer Entführung persönlich bedroht worden?

P. Hani Abdel Ahad: Als ich entführt wurde, war ich ein knappes Jahr aus dem Libanon zurück im Irak. Von 2002 bis Juli 2006 habe ich in Beirut gelebt. Dort habe ich studiert und meinen Abschluss in „Vergleichender Religionswissenschaft“ gemacht. In Bagdad war ich zunächst verantwortlich für junge Studenten am chaldäischen Seminar.

Das Gebäude wurde mehrfach Angriffsscheibe von Aggressionen durch Milizen und Terroristen. Eine Zeitlang haben sie ständig Leichen hereingeworfen, um uns zu erschrecken. Das Seminar befindet sich in einer sehr sensiblen Zone, im Grenzgebiet zwischen dem schiitischen Viertel Kadhimiya und dem sunnitischen Viertel Adhamiya. Ich habe die Sache bei der Polizei angezeigt, aber niemand hat etwas getan.

Im November 2006 waren nur mehr drei Studenten hier, und so wurde mir die Pfarre zur Göttlichen Weisheit anvertraut. Nur wenigen Gläubigen gelang es, zur Messe zu kommen, und wenn wir in die Kirche gingen, versuchten wir, dies so kurz wie möglich zu machen, manchmal nur für ein schnelles Gebet. Fast jeden Tag wurde ich bedroht. Mehrmals haben mich einige Männer auf Motorrädern umringt und mit Worten attackiert. Ich bin trotzdem dort geblieben, um meine Arbeit weiterzutun.

Was ist dann an diesem 6. Juni passiert?

P. Hani Abdel Ahad: Die Spannungen wurden immer größer, bis zu jenem 6. Juni... diesem schrecklichen Tag. Ich war mit der Arbeit in der Pfarre fertig und ging gerade nach Hause, zusammen mit jenen vier Burschen, die dann zusammen mit mir entführt wurden.

Plötzlich hielten uns Milizen auf zwei Motorrädern auf und forderten unsere Ausweise: „Wir wollen nur wissen, wer du bist, weil wir dich noch nie hier gesehen haben“, sagten sie. Ich erklärte ihnen, ich sei ein Priester. Plötzlich kam ein Auto. Darin saß ein Mann, dessen Gesicht verhüllt war. Er befahl: „Der Priester kommt mit uns.“ Die vier Burschen mussten in ein anderes Auto einsteigen.

Ich erfuhr erst am Tag meiner Freilassung, dass sie bereits am nächsten Tag wieder frei gelassen wurden. Im ersten Augenblick versuchte ich zu scherzen und die Ruhe zu bewahren, aber vielleicht war das schlecht, weil sie das irritierte. Sie warnten mich: „Noch ein Wort und wir schlagen dir den Kopf ab.“ Sie haben mich gefesselt und in ein Haus gebracht, wo sie mich vier Tage lang nackt in einer Toilette einsperrten.

Wie ist Ihre Gefangenschaft weiter gegangen?

P. Hani Abdel Ahad: In diesen zwölf Tagen haben sie mir alles angetan, auf die grausamste Art und Weise. Jeden Tag haben sie mich aufgefordert, zum Islam zu konvertieren. Sie zwangen mich, den Koran zu rezitieren, und sie erklärten mir islamische Lehren. Permanent wiederholten sie, dass wir Christen Ungläubige seien. Ich lernte die Tiefe des Hasses kennen, den diese Menschen gegen die Christen hegen, und das, was ihre Handlungen motiviert.

Sie erzählten mir, sie wollten sich über mich an dem Angriff rächen, den das libanesische Heer auf Milizen der Gruppe Fatah al-Islam ausübte (Mai bis Juli 2007, Anm. d. Red.). Sie beschuldigten die Christen, die USA zu unterstützen. Als der Papst den amerikanischen Präsidenten Bush empfing, haben sie mich noch mehr gequält. Sie haben mich auf den Arm genommen und gesagt: „Jetzt sag doch deinem Papa, dass er kommen und dich befreien soll!“

Schließlich haben sie mich in ein anderes Haus gebracht, und dort haben sie mich noch schlechter behandelt. Sie haben mich mit den Händen an die Zimmerdecke gefesselt und mich aufgehängt, während sie mit ihrer Indoktrinierung weitermachten. Leider haben sie den Inhalt des Pen Drives entdeckt, den ich in der Tasche hatte. Sie haben einen meiner Artikel gelesen, wo ich den Islam und das Christentum verglich, und sie haben mich beschuldigt, ein Feind ihrer Religion zu sein, was bestraft werden müsse.

In dieser zweiten Phase haben sie Psychoterror gemacht: Ich habe gesehen, wie sie eine andere Geisel umgebracht haben, einen irakischen Polizeibeamten. Sie fragen ihn, ob die Polizei die Schiiten mit Waffen versorge. Er gab keine Antwort. Sie fesselten ihn wie ein Lamm, warfen ihn in eine Ecke und erschossen ihn.

Dann haben sie mich gewarnt, ich sei der Nächste: Mein Prozess sei abgeschlossen, sie hätten mich zum Tode verurteilt, sagten sie. Ich denke aber, dass sie mich nur erschrecken wollten. Einer von ihnen erklärte mir, er hätte mich nicht erschossen, da mein christliches Blut das Haus unrein gemacht hätte, in dem wir waren, und er an diesem Ort nicht mehr beten hätte können. Wenn sie sich an mich wandten, nannten sie mich immer „Dreck“. Aber mehr kann ich nicht erzählen, es muss noch Zeit vergehen...

Welchen Eindruck hatten Sie von Ihren Entführern und von dem Ziel, das diese antrieb?

P. Hani Abdel Ahad: Sie waren Profis, intelligent, gut ausgebildet, organisiert, mit guten Waffen. Ihre Gesichter konnte ich nicht sehen, aber an ihren Stimmen und Dialekten hörte ich, dass einige sicherlich aus dem Irak waren. Auch Araber waren in der Gruppe, aber die Härtesten von ihnen waren wohl Afghanen. Ich weiß nicht, was sie angetrieben haben könnte. Mein Eindruck war, dass ihr erstes Ziel nicht Geld war.

Sie haben mich wegen meiner Religion entführt und gefoltert. Vor meiner Freilassung haben sie mich gewarnt: „Ihr und eure Familien müsst den Irak verlassen. Wohin auch immer ihr geht, wir werden euch finden.“ Für sie war ich ein Symbol des verhassten Christentums, und sie wussten, dass sie durch meine Bestrafung viele andere erschrecken würden.

Was ist nach Ihrer Freilassung passiert?

P. Hani Abdel Ahad: Ich habe mich an die Behörden gewendet und Anzeige über die Bedrohungen und Folterungen erstattet, die ich erlitten hatte. Aber es ist nichts passiert. Ich bin gezwungen worden, aus Sicherheitsgründen mit meiner Familie nach Syrien zu emigrieren. Auch für sie war es zu gefährlich, im Irak zu bleiben.

Aber das, was wir hier erleben, ist kein Leben: Nur unser Glaube gibt uns Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Mein Vater hat bis zum letzten Moment versucht, im Irak zu bleiben. Er hat in leitender Funktion bei einer französischen Firma gearbeitet, ist gebildet, spricht drei Sprachen. Hier jedoch ist er nur ein Flüchtling: Er ist abhängig von Nahrungsmitteln der Caritas, des UNHCR und des Roten Kreuzes.

Werden Sie jemals in den Irak zurückkehren?

P. Hani Abdel Ahad: Derzeit bin ich Pfarrer in Sednaya, wenige Kilometer von Damaskus. Meine Familie und ich hoffen jedoch, dass wir bald das Visum für die USA oder Neuseeland bekommen. In den Irak wollen wir nicht mehr zurückkehren. Der Traum der irakischen Christen hier in Syrien ist, in den Westen zu gehen. Ich bin nicht einmal ein Jahr im Irak gewesen

und habe alles verloren, sogar fast das Leben. Die einzige Sache, die uns bleibt, ist Gott, unser Glaube. Und den können uns auch die schlimmsten Grausamkeiten nicht nehmen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18776>

Neue Website: Christianophobie in Europa

17.1.08

Die aufgelisteten Fälle beinhalten die Verspottung oder Verhöhnung des christlichen Glaubens, die Entfernung christlicher Symbole oder das Verbot, diese zu tragen.

Wien (www.kath.net) Einem brennenden Thema widmet sich eine neue Website: [Christianophobia](#) veröffentlicht Fälle von Christenhass in Europa, erklärt den Begriff und stellt wichtige Zitate und Anregungen darüber zur Verfügung. Initiiert wurde die Website von der Wiener Netzwerk-Initiative „Europa für Christus“.

„Christianophobie bedeutet irrationale Furcht vor oder Hass gegenüber Christen oder dem Christentum im Allgemeinen“ erklärt die Juristin Gudrun Kugler, Initiatorin der Webseite. „Der Begriff beinhaltet auch anti-christliche Voreingenommenheit und manifestiert sich in der schrittweisen Marginalisierung von Menschen mit christlichen Überzeugungen.“

Die aufgelisteten Fälle beinhalten die Verspottung oder Verhöhnung des christlichen Glaubens, die Entfernung christlicher Symbole oder das Verbot, diese selbst zu tragen, wie auch Attacken auf den Glauben in Film und Fernsehen.

Es gehe bei der Initiative nicht „um Selbstmitleid, sondern darum, Lösungen zu suchen, die auch die politische Ebene betreffen“, betont Kugler. Sie schlägt als Gegenstrategie die Stärkung des Selbstvertrauens der europäischen Christen vor.

„Viel von dem, für das Europa berühmt ist, stammt aus dem Christentum. Zur Humanisierung Europas hat es viel beigetragen - und hat immer noch viel anzubieten. Es liegt an uns Christen, mit Selbstbewusstsein am öffentlichen Leben teilzunehmen. Dadurch werden christianophobe Tendenzen abgeschwächt.“

Die Verfolgung jener „politisch inkorrekten“ Positionen, die wesentlich zum christlichen Glauben gehören - etwa die Ablehnung der Abtreibung oder der „Homosexuellen-Ehe“ - ist massiv: Dokumentierte Fälle reichen von Entlassungen bis hin zur Verhängung von Strafen, in einigen Fällen wurden Personen sogar zu Gefängnishaft verurteilt.

Der französische Parlamentarier Christian Vanneste wurde wegen kritischer Äußerungen zur Homosexualität zu rund 10.000 Euro Strafzahlung verurteilt. Der Begriff „Christianophobie“ habe bereits Eingang in diverse Dokumente der UNO und OSZE gefunden, sagen die Initiatoren.

Auch der Vatikan unterstützt die offizielle Anerkennung dieses Phänomens, so zum Beispiel der vatikanische Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten, Erzbischof Dominique Mamberti.

Joseph Weiler, der bekannte jüdische Autor und Professor für Völkerrecht an der New York University, meint dazu: „Der europäische Laizismus ist, im Gegensatz zum amerikanischen Säkularismus, nicht einfach nur ein ‚Ich glaube nicht an Gott‘, sondern eine Art Glaube für sich. Es handelt sich um eine aktive Feindseligkeit gegenüber der Religion, im Fall Europas gegenüber dem Christentum.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18243> „Die Kollegin Flautre redet, mit Verlaub gesagt, Unsinn“

17.11.07

Heftigen Schlagabtausch im Europäische Parlament zwischen der Grün-Politikerin Flautre und Bernd Posselt von der CSU - Grund war eine Dringlichkeitsentschließung, in der „alle gewalttätigen Übergriffe gegen christliche Gemeinschaften“ verurteilt werden

Straßburg/München (www.kath.net)

Das Europäische Parlament in Straßburg hat in einer Dringlichkeitsentschließung "aufs schärfste alle gewalttätigen Übergriffe gegen christliche Gemeinschaften" im Nahen Osten und in anderen Weltregionen verurteilt und "die betroffenen Regierungen eindringlich aufgefordert, diejenigen, die diese Verbrechen begangen haben, vor Gericht zu stellen". Die EU-Kommission, der Rat und die zuständigen Ausschüsse des Europaparlamentes müssten sich intensiv mit der Religionsfreiheit und der Sicherheitslage bedrohter christlicher Minderheiten befassen. Es sei die Pflicht der staatlichen Behörden in den betroffenen Ländern, "alle religiösen Gemeinschaften, auch die christlichen, vor Diskriminierung und Unterdrückung zu schützen."

In der Plenardebatte kam es zu einer heftigen Kontroverse zwischen der französischen Grünen Hélène Flautre und dem Fraktionsredner der christdemokratischen EVP, dem Münchner CSU-Europaabgeordneten Bernd Posselt. Flautre lehnte die Resolution mit dem Argument ab, diese sei kein Appell an die Toleranz und an den interreligiösen und interkulturellen Dialog. Es handle sich um "ultra-sensible Fragen". Den Initiatoren aus der EVP unterstellte sie, dass sie einen ähnlichen Vorstoß etwa von Seiten der Golfstaaten zugunsten der muslimischen Gemeinschaften in Europa im Zweifelsfall als "bösen Schlag, Signal der Aggressivität und unakzeptable Einmischung" in die inneren Angelegenheiten der EU ablehnen würden. Posselt reagierte darauf mit den Worten: "Die Kollegin Flautre redet, mit Verlaub gesagt, Unsinn! Muslime setzen sich massiv für muslimische Minderheiten ein. Auch wir tun dies. Aber leider ist es eine Tatsache: Wenn wir uns nicht für Christen einsetzen, dann tut dies niemand." Weder die Islamische noch die Arabische Liga hätten sich jemals "mit den

Rechten von Christen befasst, so wie wir uns mit den Rechten von Muslimen." Posselt, der auch Präsident der Paneuropa-Union Deutschland ist, nannte es daher "höchste Zeit, dass wir dieses Thema auf die Tagesordnung setzen. Es ist ein Akt der Gerechtigkeit." Das Problem der bedrängten Christen sei aber nicht der Islam, sondern die Intoleranz neuzeitlicher totalitärer Ideologien. Als Beispiele nannte Posselt "das kommunistische China, das pseudo-christliche, nationalistische Rußland sowie die verschiedenen kommunistischen und islamistischen Regime, wobei der Islamismus für mich nur eine perverse Diktatur und Ideologie des 21. Jahrhunderts ist."

Man müsse zwischen Islam und Islamismus unterscheiden: "Die Christen im Nahen Osten haben 1200 Jahre lang unter islamischer Herrschaft überlebt, sie sind erst in unserer angeblich so fortschrittlichen Zeit massiv gefährdet - noch dazu im Irak, unter westlicher Besatzung." Es sei eine Verpflichtung der Europäer, ihre Verantwortung wahrzunehmen, um allen bedrängten Christen "ein Überleben in Freiheit und in Würde zu ermöglichen."

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18814>

Muslime sollen verfolgte Christen in islamischen Ländern unterstützen
21.1.08

Muslime sollen sich nicht nur um ihre eigene Religionsfreiheit im Westen sorgen, sondern auch um verfolgte Christen in muslimischen Ländern, findet die Schweizerische Evangelische Allianz.

Zürich (www.kath.net) Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) sorgt sich wegen der Minarett-Initiative um die Religionsfreiheit für Muslime in der Schweiz. Das stößt bei der Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) auf Unverständnis.

In Saudi-Arabien, Ägypten, Iran und vielen islamischen Ländern werden Christen nach wie vor brutal verfolgt, erklärte Annette Walder-Stückelberger, neue Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit der SEA. In zahlreichen islamischen Staaten werden die UNO-Menschenrechte nur unter Vorbehalt der Scharia akzeptiert.

Diese sehe für Menschen, die vom Islam zu einer anderen Religion wechseln, das Todesurteil vor. Islamische Länder stehen zuoberst auf dem Index für Christenverfolgung. Sie sei deshalb über die Anfrage der OIC die Minarett-Initiative betreffend sehr erstaunt, zumal man wisse, wie wenig, wenn überhaupt, in den Ländern dieser Organisation Religionsfreiheit gewährleistet sei.

„Die Diskriminierungen und teilweise brutalen Verfolgungen von Christen stehen in krassem Gegensatz zur angesprochenen Initiative“, so Walder. Die OIC solle sich dafür einsetzen, dass Christinnen und Christen in allen islamischen Ländern ihren Glauben frei leben könnten.

Mit Blick auf Bundesrat und EDA sagte Annette Walder-Stückelberger, sie sehe spätestens jetzt den Zeitpunkt für gekommen, dass auch die Schweizer Regierung sich bei den Staaten der OIC nach der Religionsfreiheit für Christinnen und Christen in ihren Ländern erkundige.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18207>

Als die schlimmste Christenverfolgung begann ...

13.11.07

Vor Auschwitz gab es den russischen Gulag - Was mit der Oktoberrevolution begann, war die schlimmste Christenverfolgung der Kirchengeschichte – 96.000 Geistliche, Diakone und Mönche wurden erschossen -

Von Helmut Matthies

Moskau (kath.net/idea)

Vor 90 Jahren wurde eine Idee Realität, die zum größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte wurde: der Kommunismus. Rund 100 Millionen Opfer forderte das, was 1917 mit der sogenannten Oktoberrevolution begann. Ohne das Geschehen vor 90 Jahren hätte es das zweite große Verbrechen im letzten Jahrhundert wohl nicht gegeben: die nationalsozialistische Diktatur mit der Ermordung von Millionen Juden und einem der brutalsten Kriege überhaupt, dem Zweiten Weltkrieg. Und trotzdem wird in den Medien merkwürdigerweise nur verhalten und in den Kirchen gegenwärtig gar nicht dieses Datums gedacht. Ein Beitrag von Helmut Matthies.

Moskau am 7. November 2007: Zum 90. Jahrestag der Revolution am 25. Oktober 1917 (nach neuem Kalender der 7. November) marschieren Tausende Kommunisten durch Moskau. Wie seit Jahren werden riesige Porträts von Marx, Lenin und Stalin hoch gehalten. In der „Prawda“ wird die Oktoberrevolution mit martialischen Worten gerühmt.

Gleichzeitig die folgende Szene: Zwölf Stunden lang verlesen in Moskau Männer und Frauen die Namen von Opfern des Terrorregimes. Sie schaffen aus Zeitgründen, „nur“ 40.000 Namen für einen Augenblick in Erinnerung zu rufen.

1917: Was wirklich geschah

Es ist fast vergessen, dass die Bolschewiki mit ihrer Revolution 1917 keine Diktatur stürzten, sondern eine zwar provisorische, aber demokratische Mehr-Parteien-Regierung, die breite Unterstützung im Volk genoss. Da die Kommunisten es nicht geschafft hätten, legal an die Regierung zu kommen, half nur die Macht der Gewehre. Fast die gesamte

Bevölkerung empfand den Sturz ihres seit der bürgerlichen Revolution (mit dem Ende der Monarchie) vom Februar 1917 freiesten Systems unter allen kriegführenden Ländern als Konterrevolution. Mit dem November 1917 begann zunächst unter Lenin (1870-1924), dann unter Stalin (1879-1953) eine beispiellose Terrorherrschaft.

Der „Große Terror“

Nach der ersten großen Welle von Ermordungen vor 90 Jahren folgte zwei Jahrzehnte später – vor jetzt 70 Jahren also – eine zweite, genannt der „Große Terror“. Allein in Moskau wurden 40.000 Menschen erschossen, mindestens 700.000 weitere im Land. Manche Angehörige leben noch. Schon vor der systematischen Judenvernichtung in Deutschland ab 1942 gab es in der Sowjetunion eine systematische Vernichtung der eigenen Bevölkerung, denn „getötet wurde nach Quoten für die einzelnen Regionen, die in Moskau festgelegt wurden“ (so die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Oktober). Und: „Im Unterschied zu anderen Terrorformen begnügte sich die stalinistische Säuberung nicht mit der Liquidierung. Das war zu wenig“ (so die Tageszeitung „Die Welt“ vom 1. November). Denn der unschuldig Verhaftete musste sogar noch um seine Verurteilung und Hinrichtung bitten. So erklärte selbst Nikolai I. Bucharin, ein Freund Lenins, der (nur weil er politisch etwas abgewichen war) angeklagt war – wie gewünscht – vor seiner Erschießung, er liebe Stalin „von ganzem Herzen“.

Über 1.000 Pfarrer getötet

Opfer des Klassenhasses waren nicht nur Adelige, Bürgerliche und Reiche, sondern vor allem auch Christen. Beispielsweise wurden an einem der KGB-Hinrichtungsplätze – in Butovo bei Moskau – mehr als 1.000 Pfarrer hingerichtet. Zahllose Kirchen wurden vernichtet. In der Sowjetunion ging ihre Zahl um 86% zurück – von 51.413 auf 7.000. Die einst blühende deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland wurde fast aller ihrer Geistlichen beraubt. 200 Pastoren brachte man um. 1937 wurde der letzte Pastor verhaftet, 1938 die letzte lutherische Kirche geschlossen. Über das Leiden der orthodoxen Kirche wurde erst 2003 eine Statistik veröffentlicht. Danach wurden 96.000 Geistliche, Diakone und Mönche erschossen.

Wer nicht sofort tot war

Was mit der Oktoberrevolution begann, war die schlimmste Christenverfolgung der Kirchengeschichte. Laut offiziellen Angaben wurden in der Sowjetunion 20 Millionen Bürger in Arbeitslagern umgebracht; weitere 15 Millionen kamen bei Verschleppungen ums Leben. Der einzige kommunistische Staatschef, der sich aus dem Ostblock lösen konnte, Jugoslawiens Präsident Tito, sagte 1962: „Bei Stalin war jedes Verbrechen möglich, denn es gibt kein einziges, das er nicht begangen hätte ... ihm wird jedenfalls ... der Ruhm zufallen, der größte Verbrecher der Geschichte zu sein.“ Während seiner Herrschaft kamen mehr als viermal so viele Sowjetbürger ums Leben (darunter auch zahllose Juden) wie durch den II. Weltkrieg, der laut Stalin sieben Millionen Menschen im Land das Leben kostete.

Noch keine Aufarbeitung

Trotz der unvorstellbaren Verbrechen gibt es auch 16 Jahre nach dem Ende des Kommunismus in Russland noch immer keine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit. Zaghafte Ansätze werden sabotiert. So ist von der russischen Regierung ein Lehrbuch verboten worden, in dem erstmals auch die Schattenseiten der Sowjetunion dargestellt worden sind. Bis heute gibt es kein Erinnerungszentrum für die Opfer des Terrors. Präsident Putin besuchte zwar jetzt eine der vielen Hinrichtungsstätten in der Sowjetunion – in Butovo nahe der Hauptstadt – und sagte dort auch, die 20.000 Erschossenen seien „sinnlosen Ideen“ geopfert worden, betonte aber, dass sich derartige Tragödien in der Weltgeschichte immer wiederholten. Menschenrechtsorganisationen kritisierten seine Rede als „PR-Übung“, sieht er doch nicht die Terrorherrschaft Lenins und Stalins als größte politische Katastrophe seines Landes an, sondern den Untergang der Sowjetunion 1991.

Vor Auschwitz war der Gulag

Es ist keine Schmälerung deutscher Schuld, wenn Historiker darauf hinweisen, dass auch die Revolution von 1917 den Boden für den II. Weltkrieg bereitete. So konnte Hitler über Deutschland hinaus mit seiner Behauptung Glauben finden, dass nur seine Machtübernahme den Sieg des Kommunismus in Deutschland verhindert habe. Vor dem schrecklichen Auschwitz gab es den ebenso schrecklichen russischen Gulag.

Die Rolle der Juden

Immer wieder ist von der hohen Beteiligung von Juden an der Durchsetzung des Kommunismus die Rede. Dazu hat der evangelische Kirchenhistoriker Gerhard Stricker (Zürich) festgestellt: „Dass Russen mit jüdischen Wurzeln in der Frühphase am Aufbau des Bolschewismus maßgeblich mitgewirkt haben, ist unbestritten – ebenso, dass sie sowohl in leitender als auch in ausführender Funktion im Vergleich zu anderen Sowjetvölkern zeitweise klar überrepräsentiert waren. Ihr Anteil war so groß, dass sich heute viele Russen – Nationalisten und Antisemiten – aus der Verantwortung für die Oktoberrevolution herauszustehlen versuchen und die Schuld für den gesamten Sowjet-Kommunismus ‚den Juden‘ zuschieben.“ Auch werde darauf verwiesen, dass es eine „Jüdische Sektion der Kommunistischen Partei“ gegeben habe. Ebenso sei von jüdischen Aufsehern in Gefängnissen „oft Schauerliches zu lesen“. Doch, so Stricker, das Aufzählen auch von hundert „bolschewistischen Übeltätern mit jüdischen Namen“ führe nicht weiter, denn von den Abertausenden kommunistischen Henkern anderer Herkunft sei selten die Rede. Auch müsse erwähnt werden, dass z.B. 1925 in der Ukraine 45 % aller Juden von den Kommunisten zu Staatsfeinden erklärt worden seien und Stalin 1936 bis 1939 „praktisch alle Genossen jüdischer Herkunft“ aus dem Weg geräumt habe.

Was ist mit dem Westen?

Bis heute haben sich dieser Vergangenheit nicht nur Russland nicht gestellt, sondern ebenso beispielsweise nicht die westlichen Kirchen, von denen führende Persönlichkeiten jahrelang die Christenverfolgung leugneten und jeden, der sich antikommunistisch äußerte, als friedensgefährdend bezeichneten. So hatte der große reformierte Theologe Karl Barth selbst 1949 noch den MenschenSchlächter Josef Stalin als „Mann von Format“ herausgestellt. Der große Streiter gegen das Dritte Reich – Martin Niemöller – nahm von der anderen großen Diktatur des 20. Jahrhunderts – der UdSSR – den Lenin-Preis entgegen. Auf die Frage nach der Situation der Christen in der Sowjetunion antwortete er 1969, er habe deren Führer gefragt, ob in ihrem Land Christen diskriminiert wurden. Sie hätten mit „Nein“ geantwortet, und er glaube ihnen. Und erst 2006 verhinderte die PDS zusammen mit anderen im Europarat, dass eine Resolution über die „Notwendigkeit einer

Verurteilung der Verbrechen kommunistischer totalitärer Regime“ verabschiedet wurde. Dazu schrieb der deutsch-französische Publizist Alfred Grosser im Magazin „Cicero“: Bis heute werden „die Millionen Toten, die die Verbrechen Stalins und Maos hervorgebracht haben, verniedlicht“.

Lesetipp:

Schwarzbuch Gulag, Die sowjetischen Konzentrationslager.

Herausgegeben von I. W. Dobrowolski, Autoren: Iwanowa, G. I. / Slawko, I. / Esnowskaja, G. F. I. W.

Einband gebunden

Seiten/Umfang 360 Seiten

50 schwarz-weiß Abbildungen, erschienen 2002

20,50 EURO

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=19077>

Antimissionierungsgesetz bedroht Christen in Algerien

18.2.08

Ein muslimischer Arzt wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er Medikamente der Caritas verwendet hatte.

Frankfurt am Main (www.kath.net) Seit Anfang 2008 wird in Algerien ein Anti-Missionierungs-Gesetz umgesetzt, das im Sommer 2006 in Kraft getreten war. Das Gesetz bedroht zunehmend die kleine christliche Minderheit im nordafrikanischen Algerien, warnt jetzt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Sie ist beunruhigt über die Zunahme von Gerichtsverfahren, Verurteilungen aus nichtigen Gründen und die Einschränkung kirchlicher Tätigkeit. Auch sei von muslimischen Geistlichen dazu aufgerufen worden, Mission zu unterbinden, wissen die Menschenrechtler.

In dem zu 99 Prozent islamischen Land Algerien, in dem der Islam Staatsreligion ist, wurde jetzt ein katholischer Priester aufgrund des Dekretes zur Regelung der religiösen Praxis nichtmuslimischer Gemeinschaften wegen Teilnahme an einem Gebetstreffen afrikanischer Christen am 29. Dezember 2007 zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

Nach Angaben der Behörden habe es für den Ort des Treffens keine Zulassung gegeben. Bei der gleichen Verhandlung wurde nach Angaben von Middle East Concern ein muslimischer Arzt zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er Medikamente benutzt hatte, die er durch Vermittlung der katholischen Caritas erhalten hatte.

Der Prozess gegen die drei Christen Youssef Ourahmane, Hamid Ramadani und Rashid Essaghir, der am 12. Februar stattfinden sollte, wurde vertagt. Wegen angeblicher Beleidigung des Islam wurde ihnen bereits drei Jahre Gefängnis angedroht.

Gegen zwei weitere Christen sind Prozesse für den 5. März und den 2. April 2008 anberaumt worden. Mindestens sieben lokale christliche Gemeinden wurden wegen fehlender staatlicher Lizenzen geschlossen.

Die Aufenthaltserlaubnis für lateinamerikanische Priester, die für katholische Kirchengemeinden tätig sind, wurde aufgehoben. Das Kirchenpersonal ist von einer systematischen Verweigerung von Einreise-Visa betroffen.

Die IGFM fordert Algerien auf, die Religionsfreiheit der Nichtmuslime zu achten, die geschlossenen christlichen Gemeinden wieder zu öffnen, die Prozesse gegen Christen zu beenden, den verurteilten muslimischen Arzt freizulassen und die Einreise und den Aufenthalt für Kirchenpersonal zuzulassen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=19789>

Nordirische Schüler sollen keine Kruzifixe mehr tragen dürfen

9.5.08

Die irische Bildungsministerin plant Richtlinien, wonach gläubige Schüler massiv in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt werden.

Belfast (www.kath.net / LifeSiteNews.com) Nordirische katholische Schüler sollen künftig keine Kruzifixe mehr tragen dürfen. Das will die nordirische Bildungsministerin Caitriona Ruane, ein Mitglied der Sinn Féin

Partei.

Ruane will in Nordirland entsprechende britische Richtlinien für Schuluniformen implementieren, wonach Schüler keinerlei religiöse Symbole mehr tragen dürfen.

Gregory Carlin, ein aus Nordirland stammender Brite, der intensiv gegen diese Maßnahme in Großbritannien gekämpft hatte, erklärte, dies würde eine „Anglisierung der Schulen in Ulster“ bedeuten. Ihm liegt ein Schreiben der Ministerin vor, in dem sie ankündigt, die Richtlinien noch vor Ende des laufenden Schuljahres einführen zu wollen.

„Die Freiheit, eine Religion oder einen Glauben zu bezeugen, bedeutet nicht, dass ein Individuum das Recht hat, seine Religion oder seinen Glauben zu jeder Zeit, an jedem Ort oder auf jede beliebige Art und Weise zu zeigen“, argumentierte Ruane in dem Schreiben.

Carlin ist erneut bereit, auf die Barrikaden zu gehen: „Die Kinder in Ulster haben einen absoluten Anspruch darauf, ihren Glauben in der Schule zu bezeugen“, unterstreicht er.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=19710>

Vorwurf: BBC zensiert christlichen Wahlwerbespot

30.4.08

Zwei Rundfunkanstalten (BBC und ITV) bestanden auf Änderung der Wortwahl - **KathTube: Der unzensurierte Spot**
London (kath.net/idea)

Zwei britische Rundfunkanstalten - BBC und ITV - müssen vor Gericht die Zensur eines Wahlwerbespots einer christlichen Partei verteidigen. Es geht um eine Sendung der Partei Christian Choice (Christliche Wahl) zur Londoner Kommunalwahl am 1. Mai. Die Partei spricht sich gegen die Errichtung einer Mega-Moschee nahe dem Gelände der Olympischen Spiele 2012 aus. Einem Bericht der Londoner Tageszeitung The Times zufolge betreibt die islamische Gruppe Tablighi Jamaat das Bauprojekt, das umgerechnet 95 Millionen Euro kosten soll. Christian Choice bezeichnet Tablighi Jamaat als "separatistische islamische Gruppe" und begrüßt, dass sich "gemäßigte Muslime" gegen den Bau der Mega-Moschee ausgesprochen hätten. Wie Alan Craig, Bürgermeisterkandidat der christlichen Partei, erklärte, hätten BBC und ITV auf einer Änderung seiner Aussagen in dem fünf Minuten dauernden Werbespot bestanden. Die BBC, die den geänderten Kurzfilm am 23. April ausstrahlte, habe an dem Wort "separatistisch" Anstoß genommen, das er in "umstritten" umformulieren musste. ITV wollte auch das Wort "umstritten" nicht zur Beschreibung der islamischen Gruppe akzeptieren, sondern nur für den geplanten Moscheebau. Craig hofft, dass das Gericht in einer Eilentscheidung die Rundfunkanstalten zwingt, den Film im Original zu senden. Die "politisch korrekte" Zensur sei ein Versuch, eine vernünftige Debatte zu verhindern. Es gehe um Meinungsfreiheit und Demokratie, so Craig.

Hass gegen jüdische und christliche Lebensweise

Im Londoner Osten, wo die Großmoschee entstehen soll, kämen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion bisher ganz gut miteinander aus, aber Tablighi Jamaat bringe die Menschen separatistisch gegeneinander auf. Die Times verweist darauf, dass ein Sprecher der Gruppe als Ziel beschrieben habe, Muslime von einer jüdischen und christlichen Kultur zu bewahren, indem man solchen Hass auf ihre Lebensweise schüre, "wie Menschen gegenüber Urin und anderen Exkrementen haben".

Denkschule für radikal-islamische Taliban

Wie die Times weiter berichtet, wurde Tablighi Jamaat 1926 in Indien gegründet. Die Gruppe sei eng mit der "ultra-konservativen" Deobandi-Denkschule verbunden, die die radikal-islamischen Taliban in Afghanistan hervorgebracht habe und immer größeren Einfluss in Großbritannien gewinne. Sprecher der Gruppe weisen den Vorwurf des Separatismus und Extremismus weit von sich. Man verfolge friedliche und unpolitische Ziele.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18968>

Ein Atheisten-Schwein macht Lärm
7.2.08

Deutsches Bundesfamilienministerium möchte das Kinderbuch „Wo bitte geht's zu Gott? fragte das kleine Ferkel" auf den Index setzen - Bistum Rottenburg-Stuttgart erstattet Anzeige

München (www.kath.net)

Das deutsche Bundesfamilienministerium hat den Antrag gestellt, das "Kinderbuch" mit dem Titel „Wo bitte geht's zu Gott? fragte das kleine Ferkel" des Atheisten Michael Schmidt-Salomon auf den Index zu setzen, da das Buch geeignet sei, "die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden". In dem Buch wird sowohl gegen das Christentum als auch gegen Muslime und gegen das Judentum gehetzt. Das Buch wird vom Ministerium als ein Buch mit "antisemitische Tendenzen" bezeichnet. Michael Schmidt-Salomon möchte mit seinem "Kinderbuch" vor allem erreichen, dass Religion als "lächerlicher Schwindel" dargestellt wird. Das deutsche Bistum Rottenburg-Stuttgart hat diese Woche Anzeige gegen das Buch erstattet. Auch der Tübinger Religionspädagoge Albert Biesinger kritisierte das Buch, wie das Kölner "Domradio" berichtet, weil in dem Buch beispielsweise katholische Christen als Menschenfresser dargestellt werden.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=19832>

Pakistan: Christlicher Arzt fälschlich unter Blasphemieverdacht

15.5.08

Ein Mob von über 2.000 Muslimen versuchte, Dr. Robin Sardar Bahin zu töten. Mit Stöcken, Schusswaffen und Kerosin bewaffnet griffen sie die Familie an.

Punjabi (www.kath.net / [zenit](http://www.zenit.net)) Ein christlicher Arzt wurde letzte Woche in Pakistan angeklagt, gegen das pakistanische Blasphemiegesetz zu verstoßen zu haben. In einem Bericht der Pakistan Christian Post wird die Anklage gegen Dr. Robin Sardar Bahin aus Chack Chatta Hafizabad, in der Provinz von Punjabi mit einem privaten Rachfeldzug eines befreundeten Moslems namens Muhammad Rafique begründet.

Dieser habe ihm wahrscheinlich einen fingierten Kommentar angehängt. Die Provinz steht unter Verwaltung der Pakistan Muslim League PML (N). Es wird vermutet, dass der Pakistani aus Eifersucht über die angesehene Stellung und den guten Ruf des christlichen Arztes der Polizei erzählte, dass sich Sardar beleidigend über den Propheten Mohammed geäußert habe.

Der Arzt wurde nach dieser Anklage gemäß der Scharia ins Zentralgefängnis von Gujranwala eingeliefert. Zuvor hatte innerhalb kürzester Zeit nach Verbreitung der Anklage ein Mob von mehr als 2000 Moslems gebildet, die Sardars Haus und Praxis attackierten. Mit Stöcken, Schusswaffen und Kerosin bewaffnet verschafften sie sich Zugang zum Haus und griffen die Familie an.

Wenn die Polizei nicht gerade noch rechtzeitig eingeschritten wäre, hätten sie Sardar ermordet, erklärt der Bericht. Seit diesem Tag wurden jeden Tag Demonstrationen auf den Straßen der Stadt organisiert und verlangt, dass Sardar gehängt werden solle. Außerdem müssen alle Christen in der Umgebung, aber vor allem die Angehörigen Sardars in Angst leben, weil islamische Geistliche aufgerufen haben sie zu töten.

Die Nationale Kommission für Gerechtigkeit und Frieden eine Menschenrechtsorganisation der Katholischen Kirche hat sich des Falles, der bei der Polizei von Hafizabad unter FIR Nr. 149/08 als Verletzung von Paragraph 295/C registriert wurde, angenommen und verlangt, dass die Behauptungen zurückgezogen und Sicherheit für Sardar und seine Familie gewährt wird.

Die Menschenrechtsvereinigung Christian Solidarity International Sektion Österreich hat sich des Falles ebenfalls angenommen und bittet um Gebet für den positiven Ausgang des Verfahrens.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20027>

Ein Tag des Ruhmes oder ein Tag der Schande?

5.6.08

Der 12. Juni könnte als das Datum in die Geschichte eingehen, an dem Europa offiziell den Glauben verlor -

Eine Analyse von Michael Whitcraft und Paul Herzog von Oldenburg

Irland (kath.net)

Der 12. Juni könnte als das Datum in die Geschichte eingehen, an dem Europa offiziell den Glauben verlor.

Das heißt nicht, dass der Kontinent gegenwärtig ein Hort der katholischen Tugend wäre. An jenem Tage jedoch wird Irland darüber abstimmen, ob es die neue Version einer Verfassung der Europäischen Union (EU), die als der Vertrag von Lissabon bezeichnet wird, annimmt oder nicht. Dieses Dokument lehnt es ab, die katholischen Wurzeln Europas anzuerkennen und würde das Ende für alle noch vorhandenen staatlichen Überreste der christlichen Zivilisation mit sich bringen.

Die EU-Behörden sind eifrig darauf bedacht, ihren Plan voranzutreiben. Im Jahre 2005 lehnten Frankreich und die Niederlande eine EU-Verfassung ab, die mindestens zu 90 % mit dem jetzt eingebrachten „Vertrag“ identisch war. Da selbst kleine Kinder es schnell mitbekommen, wenn Eltern versuchen, ihnen dieselben Brüsseler Sprossen auf unterschiedliche Weise schmackhaft machen zu wollen, können die Behörden nicht davon ausgehen, dass sie die Völker Europas mit derselben Verfassung ein drittes Mal gleichsam zwangsernähren können.

Die EU-Richtlinien fordern allerdings immer noch die Einstimmigkeit unter den Mitgliedsstaaten bei der Ratifizierung des Vertrages bzw. der Verfassung. Da allein Irland eine Volksabstimmung vor der Vertragsunterschrift fordert, wird die Ratifizierung der Verfassung durch das Votum der Iren am 12. Juni entschieden werden. Irland wird die Stimme derer sein, die keine Stimme haben.

Der Deutsche Bundestag hat den Vertrag schon ratifiziert, wohlwissend, daß ein Referendum darüber zu gefährlich gewesen wäre, denn höchstwahrscheinlich wäre der Vertrag von den Deutschen abgelehnt worden.

Was ist es aber, das den Vertrag von Lissabon so schlimm macht, und warum ist es so dringend notwendig, dass die Iren ihn scheitern lassen? Die irische Schwesterorganisation der Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur DVCK e.V., die Irische Vereinigung für eine Christliche Kultur, hat die Antwort auf diese Frage in einem 14-seitigen Dokument dargelegt.

Es trägt den Titel: „Neun Gründe, weshalb ein gewissenhafter katholischer Bürger den Vertrag von Lissabon bei der bevorstehenden Volksabstimmung ablehnen muß.“

Neun Gründe ...

Das Dokument legt kurz und bündig einige der schrecklichen Elemente dar, die in der neuen Verfassung enthalten sind und gibt genügend Gründe an, weshalb jeder praktizierende Katholik am 12. Juni mit Nein stimmen sollte.

Nachfolgend geben wir eine Zusammenfassung der neun Punkte des Dokuments wieder:

1. Verrat an den christlichen Wurzeln Europas

Ähnlich wie die vorherige gescheiterte Verfassung, enthält der Vertrag von Lissabon keinen Gottesbezug und erwähnt die christlichen Wurzeln Europas nicht einmal. In seiner Präambel heißt es: „Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben.“

Allerdings weiß sogar ein Grundschüler, dass die europäischen Werte von der katholischen Kirche entwickelt wurden, welche die barbarischen Volksstämme, die Europa bewohnten, grundlegend erneuerte und auf dem Kontinent die christliche Zivilisation schuf.

Diese Auslassung hat weiterreichende Konsequenzen als nur die Leugnung der historischen Wahrheit. In diesem Sinne äußerte sich auch Johannes Paul II. anlässlich des 1200. Jahrestages der Kaiserkrönung Karls des Großen, als er die Charta der Grundrechte erörterte: Die Kirche hat die Entstehung dieses Dokuments mit lebendiger Aufmerksamkeit verfolgt. Ich kann meine Enttäuschung darüber nicht verhehlen, dass man in den Wortlaut der Charta nicht einmal einen Bezug auf Gott eingefügt hat. Doch in Gott liegt der höchste Quell der Würde der menschlichen Person und ihrer grundlegenden Rechte. Man darf nicht vergessen, dass die Ablehnung Gottes und seiner Gebote im vergangenen Jahrhundert zur Tyrannei der Götzen geführt hat.

Der damalige Kardinal Ratzinger bekräftigte diese Ansichten am Tag vor dem Tode Johannes Pauls II.: So ist auch die Ablehnung des Gottesbezugs nicht Ausdruck einer Toleranz ... sondern eher Ausdruck eines Bewusstseins, das Gott endgültig aus dem öffentlichen Leben der Menschheit auslöschen und in den subjektiven Bereich noch bestehender Kulturen der Vergangenheit verdrängt sehen möchte.

Außerdem nahm der polnische Episkopat das Fehlen Gottes im vorherigen Verfassungsentwurf mit „Empörung“ wahr und nannte es eine „Verfälschung der historischen Wahrheit und eine bewusste Marginalisierung des Christentums“.

2. Aufbürdung des Relativismus

In der Präambel der Charta der Grundrechte, dem Dokument, nach welchem der Vertrag von Lissabon die Rechte der Gesellschaft, ihre Freiheiten und Prinzipien definiert, heißt es:

Zu diesem Zweck ist es notwendig, angesichts der Weiterentwicklung der Gesellschaft, des sozialen Fortschritts und der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen den Schutz der Grundrechte zu stärken, indem sie in einer Charta sichtbarer gemacht werden.

Der Vizepräsident des Gremiums, welches die Erarbeitung des Textes der Charta beaufsichtigte, Guy Brabant, erklärte, dass dies den Weg „für ein entwicklungsfähiges und dynamisches Verständnis der Grundrechte“ öffne. Ein Entwurf der Charta enthielt die Formulierung „Inspiration aus seinem religiösen Erbe beziehend“. Herrn Brabant zufolge musste dieser Passus entfernt werden, womit verhindert worden sei, dass das religiöse Erbe Europas „als eine Inspirationsquelle für die Grundrechte“ betrachtet würde.

Abermals hat die Hierarchie der Kirche sich klar gegen das Dokument ausgesprochen. Bischof Dominique Rey von Fréjus-Toulon (Frankreich) sagte:

Diese Charta stellt in mehreren Punkten einen intellektuellen und moralischen Bruch mit den anderen großen internationalen juristischen Formulierungen dar, indem sie eine relativistische und entwicklungsfähige Auffassung der Menschenrechte vertritt, welche die Grundsätze des Naturrechts in Frage stellt.

Die nachfolgenden Worte, entnommen aus einer unlängst gehaltenen Ansprache des Heiligen Vaters, sind in der Tat passend:

Bei nicht wenigen Denkern scheint heute eine positivistische Rechtsauffassung vorzuherrschen. Nach ihnen werden die Menschheit bzw. die Gesellschaft oder de facto die Mehrheit der Bürger die letzte Quelle des Zivilrechts. ... Wenn die fundamentalen Bedürfnisse, ... die Grundrechte des Menschen auf dem Spiel stehen, kann kein von Menschen geschaffenes Gesetz die vom Schöpfer in das Herz des Menschen eingeschriebene Norm umstoßen, ohne dass die Gesellschaft selbst in dramatischer Weise in dem getroffen wird, was ihre unverzichtbare Grundlage darstellt.

3. Begrenzter Schutz für das menschliche Leben

Dieselbe Charta der Grundrechte stellt einfach fest: „Jede Person hat das Recht auf Leben.“ Diese Formulierung ist jedoch, gerade wegen ihrer Einfachheit, unzureichend, um den vielen Angriffen auf das menschliche Leben begegnen zu können, die in der modernen Gesellschaft weit verbreitet sind, wie z. B. Euthanasie, Abtreibung und das Klonen von Menschen.

Der angesehene Professor, Msgr. Michel Schooyans, erklärte hierzu: In seiner aktuellen Formulierung ist dieser Schlüsselartikel einfach inakzeptabel. Abgesehen davon, dass er die Idee des Menschseins und der Persönlichkeit für die absurdesten Interpretationen öffnet, sollte dieser Artikel eigentlich ausführen müssen, dass das Recht auf Leben sich von der Geburt bis zum natürlichen Tod erstreckt.

Eine der jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zeigt, dass diese „absurden Interpretationen“ mehr als bloße Theorie sind. In dieser Entscheidung wurde ausgesagt, dass ungeborene Kinder keine Persönlichkeit besäßen und somit unter der neuen Verfassung in keiner Weise geschützt seien.

Erschreckenderweise wird das Recht auf Leben ungeborenen Kindern verweigert, da der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Abtreibung als „Gesundheitsvorsorge“ definiert hat, was diese Sünde zu einem Menschenrecht macht!

Außerdem verbietet die Charta das reproduktive Klonen von Menschen, öffnet ihm aber zu therapeutischen oder anderen Zwecken die Tür.

Unter den neuen Verfassungen wären auch kranke und alte Menschen bedroht. Dies wurde von Herrn Brabant deutlich zum Ausdruck gebracht: Um (Euthanasie) auszuschließen, legten mehrere Mitglieder der Konvention Änderungsvorschläge in dem Bestreben vor, klarzustellen, dass „jede Person das Recht auf Leben bis zu seinem natürlichen Ende“ habe. Diese Formulierung wurde nicht beibehalten, weil einige Staaten, wie die Niederlande, auf eine teilweise und fortschreitende Anerkennung „des Rechtes auf einen würdevollen Tod“ zusteuern.

4. Offizielle Anerkennung der Diskriminierung aus Gründen der „sexuellen Ausrichtung“, welche die Rechte der Kirche einschränkt

Im Falle seiner Ratifizierung würde der Vertrag von Lissabon das erste internationale Dokument in der Geschichte werden, das Diskriminierung aufgrund der „sexuellen Ausrichtung“ verbietet. Dies wird in zwei Artikeln der Verfassung festgestellt. Erstens erklärt der neue Artikel 5 b: „Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen zielt die Union darauf ab, Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“

Ähnlich erklärt der neue Artikel 6 a des Vertrages von Amsterdam: „Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen ... kann der Rat ... geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“

Die Einbeziehung der so genannten „sexuellen Ausrichtung“ in Diskriminierungsangelegenheiten setzt im Grunde Unterschiede in der Rasse, im Alter und der ethnischen Herkunft mit dem Laster der Homosexualität gleich, eine Behauptung, die einigen Minderheiten wahrscheinlich gar nicht gefallen wird.

Außerdem könnte sie dazu benutzt werden, Homosexuelle in beruflichen Posten und Funktionen unterzubringen, bei denen die Moral und der gesunde Menschenverstand diktieren, dass sie dort keinen Platz haben, wie z. B. im Priestertum, im Sportunterricht, im Schulunterricht und sogar in der Pflege- oder Adoptivelternschaft.

Die Berücksichtigung der Homosexualität als eine Basis für Nichtdiskriminierung stellt auch eine offene Herausforderung gegen die katholische Lehre dar, so wie sie von der Kongregation für die Glaubenslehre zum Ausdruck gebracht wurde. Am 22. Juli 1992 veröffentlichte sie ein Dokument mit dem Titel „Einige Betrachtungen bezüglich der Antwort auf Gesetzesvorschläge zur Nicht-Diskriminierung homosexueller Personen“, in dem es hieß:

In jüngster Zeit sind mancherorts Gesetzesvorschläge eingebracht worden, welche eine Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung illegal machen ...

„Sexuelle Orientierung“ stellt keine Eigenschaft dar, die mit Rasse, ethnischen Hintergrund usw. in Bezug auf Nichtdiskriminierung vergleichbar wäre. Anders als diese, ist homosexuelle Orientierung eine objektive Unordnung (vgl. „Brief“, Nr. 3) und erweckt moralische Besorgnis.

Es gibt Bereiche, in welchen es keine ungerechte Diskriminierung darstellt, die sexuelle Orientierung zu berücksichtigen, beispielsweise bei der Vermittlung von Kindern zur Adoptivelternschaft oder zur Pflegeunterbringung, bei der Beschäftigung von Lehrern oder Sporttrainern und bei der Rekrutierung fürs Militär.

... Unter anderen Rechten haben alle Menschen das Recht auf Arbeit, auf Wohnung usw.

Nichtsdestoweniger sind diese Rechte nicht absolut. Sie können aufgrund von objektiv unordentlichem äußerem Betragen eingeschränkt werden. Dies ist manchmal nicht nur legal, sondern verpflichtend.

Das Dokument brachte auch die Sorge zum Ausdruck, dass die Einbeziehung „homosexueller Ausrichtung“ unter den Erwägungen über die Gründe, aus denen eine Diskriminierung ungesetzlich ist, leicht dazu führen kann, dass Homosexualität als eine positive Quelle der Menschenrechte betrachtet wird, beispielsweise in Bezug auf so genannte aktive Förderungsmaßnahmen oder eine bevorzugte Behandlung bei Vermietungen von Wohnobjekten.

Außerdem wird das Verbot jeder Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Ausrichtung die Freiheit der Kirche, das Evangelium und die sittlichen Lehren, die sich daraus ergeben, zu predigen, beschränken, wie der damalige Kardinal Ratzinger kritisch anmerkte:

Der Begriff der Diskriminierung wird immer weiter gefasst, und so kann sich das Diskriminierungsverbot immer mehr in eine Beschränkung der freien Meinungsäußerung und der Religionsfreiheit verwandeln. Bald

wird man nicht mehr behaupten dürfen, dass die Homosexualität – wie die katholische Kirche es lehrt – eine objektive Unordnung im menschlichen Leben darstellt.

5. Aufhebung der Unterschiede zwischen Mann und Frau

Der Artikel 23 der Charta der Grundrechte erklärt:

Die Gleichheit von Männern und Frauen ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen.

Der Vizepräsident Guy Brabant erklärt: Der wirklich wichtige Ausdruck im ersten Paragraphen dieses Artikels ist: „in allen Bereichen.“ Der ursprüngliche Text bezieht sich nur auf die sozialen Bereiche, die am Ende des Paragraphen immer noch vorkommen: Beschäftigung, Arbeit und Arbeitsentgelt. Diese Elemente sind jedoch nur beibehalten worden, um ihre Wichtigkeit hervorzuheben; sie haben keinen begrenzenden Charakter mehr, im Gegensatz zum Vertrag zur Einrichtung der Europäischen Gemeinschaft, von dem der Artikel 141 über die Gleichheit der Geschlechter unter der Überschrift „Sozialpolitik“ eingefügt wurde.

Die Charta geht mit dem Postulat der Gleichheit „in allen Bereichen“ viel weiter. Zweifellos ist dies das erste Mal, dass diese Erklärung in einem internationalen Dokument juristischen Charakters abgegeben wurde.

Die Leugnung der gottgegebenen Unterschiede der Geschlechter „in allen Bereichen“ würde die ordnungsgemäße Funktion der Gesellschaft zerstören. Im religiösen Bereich würde sie beispielsweise das Verbot weiblicher Priester durch die Kirche für gesetzwidrig erklären.

In der Tat verurteilt der vom Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit erarbeitete Bericht „Frauen und Fundamentalismus“, der später vom Europaparlament angenommen wurde, die Führungsgremien religiöser Organisationen sowie die Führer extremistischer politischer Bewegungen, die Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Fanatismus und die Ausgrenzung der Frauen aus leitenden Positionen der politischen und religiösen Hierarchie fördern.

6. Aushöhlung der Konzepte der Ehe und der Familie

Bezüglich der Rechte der Ehe erklärt die Charta:

Das Recht, eine Ehe einzugehen, und das Recht, eine Familie zu gründen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen gewährleistet, welche die Ausübung dieser Rechte regeln.

Die Tatsache, dass das Dokument die Ehe nicht als die Lebensgemeinschaft eines Mannes und einer Frau definiert, würde gleichgeschlechtlichen „Paaren“ die Tür öffnen, welche dieselben Rechte wie verheiratete Paare hätten, einschließlich des Rechts auf Adoption und künstliche Befruchtung. Bischof Dominique Rey argumentiert, dass dies gleichbedeutend mit einer Trennung der Ehe von der Familie sei und symptomatisch für eine Zeit stehe, in welcher sich

allmählich das Recht zum Kind gegenüber dem Recht des Kindes durchsetzt, insbesondere gegenüber dem Recht, geboren zu werden und einen Vater und eine Mutter zu haben.

Der damalige Kardinal Ratzinger zeigte weiterhin, dass diese fehlerhafte Definition der Ehe die Familie aushöhlt, welche die Grundzelle der Gesellschaft selbst ist. Dann sagte er die Konsequenzen einer solchen Aushöhlung voraus:

Europa wäre nicht mehr Europa, wenn diese Grundzelle seines sozialen Aufbaus verschwände oder wesentlich verändert würde. Die Grundrechts-Charta redet vom Recht auf Ehe, spricht aber keinen spezifischen rechtlichen und moralischen Schutz für sie aus und definiert sie auch nicht näher.

Hinsichtlich der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher „Ehen“ vor dem Gesetz ergänzte er:

Mit dieser Tendenz tritt man aus der gesamten moralischen Geschichte der Menschheit heraus, die bei aller Verschiedenheit der Rechtsformen der Ehe doch immer wusste, dass diese ihrem Wesen nach das besondere Miteinander von Mann und Frau ist, das sich auf Kinder und so auf die Familie hin öffnet.

7. Eltern wird das Recht verweigert, ihre Kinder religiös zu unterweisen

Die Charta verweigert Eltern auch ihr Grundrecht, ihre Kinder zu unterrichten. Sie erteilt der EU die Befugnis, anzuordnen, dass Schüler aus säkularer Perspektive unterrichtet werden sollen.

Die Charta stellt fest:

Die Freiheit zur Gründung von Lehranstalten unter Achtung der demokratischen Grundsätze sowie das Recht der Eltern, die Erziehung und den Unterricht ihrer Kinder entsprechend ihren eigenen religiösen, weltanschaulichen und erzieherischen Überzeugungen sicherzustellen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen geachtet, welche ihre Ausübung regeln.

Der Vizepräsident Guy Brabant erklärt das volle Ausmaß dieses Artikels: Der Ausdruck: „demokratische Grundsätze“, die im Rahmen der Freiheit zur Gründung von Lehranstalten geachtet werden sollten, muss so interpretiert werden ... dass er, wenn nicht den Säkularismus, so doch zumindest die Neutralität der Lehre mit einschließt, welche die Mehrheit der Konvention in der Charta nicht ausdrücklich festschreiben wollte.

Er erklärt weiter: Die Freiheiten, die Eltern durch diesen Artikel gewährt werden, müssen sich mit den Rechten für Kinder harmonisieren lassen, die durch Artikel 24 anerkannt werden, insbesondere ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung, welches „in den Angelegenheiten, die sie betreffen, in einer ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechenden Weise berücksichtigt“ werden soll.

Diese Ergänzung der Rechte der Eltern durch die Rechte des Kindes macht die Entwicklung der Ideen und der gesellschaftlichen Sitten deutlich, welche für die Familienbeziehungen im letzten halben Jahrhundert so kennzeichnend war.

Eine solche Vorkehrung könnte die Lehrpläne katholischer Schulen gefährden und die von Gott eingesetzte Familienhierarchie auf den Kopf stellen. Sie würde aufsässigen Halbwüchsigen die Freiheit geben, die Grenzen der in ihren Familien etablierten Ordnung zu überschreiten, was die Chancen stark vermehren würde, dass sie ihre Jugendkriminalität auch in ihrem Leben als Erwachsene nicht ablegen werden. Dies würde in hohem Grade den Sieg der aufrührerischen Studenten darstellen, die im Jahre 1968 an der Pariser Universität Sorbonne demonstrierten.

8. Zwang zur Annahme ausländischen Rechts

Die Charta würde auch all ihre Mitgliedsstaaten binden, EU-Recht anzunehmen, das in anderen Ländern entstand. Gegenwärtig gehören mehr als 80 % der neuen Gesetze, die den Bürgern Europas auferlegt werden, in diese Kategorie.

Der frühere deutsche Bundespräsident Roman Herzog erklärte, wie sich dies in Deutschland ausgewirkt hat: Das Bundesjustizministerium hat für die Jahre 1998 bis 2004 die Zahl der Rechtsakte der Bundesrepublik Deutschland und die Zahl der Rechtsakte der Europäischen Union einander gegenübergestellt. Ergebnis: 84 Prozent stammten aus Brüssel, nur 16 Prozent originär aus Berlin. ... Die Zahlen des Bundesjustizministeriums verdeutlichen es: Über den weitaus größten Teil der in Deutschland geltenden Gesetze beschließt im Ministerrat [der EU] die Bundesregierung, nicht der Deutsche Bundestag.

Außerdem ist die Begrenzung des bindenden Charakters der Charta der Grundrechte auf das EU-Recht und die EU-Institutionen unrealistisch, weil

(a) die Prinzipien des Vorrangs und der Einheitlichkeit des Unionsrechts bedeuten, dass Mitgliedsstaaten nicht nur durch die Charta der Grundrechte gebunden sein werden, wenn sie EU-Recht umsetzen, sondern auch durch die „Auslegung und Anwendung ihrer nationalen Gesetze im Einklang mit den Gesetzen der

Union“ (vor allem Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften in den Leitentscheidungen Factortame, Simmenthal und in anderen Präzedenzfällen); und weil

(b) die Charta Grundrechte in Bereichen postuliert, in welchen die Union gegenwärtig keine Kompetenz hat, z. B. in der Ächtung der Todesstrafe, in der Wahrung der Bürgerrechte in Strafprozessen und in verschiedenen anderen Bereichen.

Dies alles gibt dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften einen neuen und erweiterten Zuständigkeitsbereich bei Menschen- und Bürgerrechten und macht diesen Gerichtshof zur höchstrichterlichen Instanz, die entscheidet, welche Rechte die Menschen in dem riesigen Bereich haben, der durch das Europarecht abgedeckt ist.

Folglich würde die Annahme der Charta der Grundrechte als bindendes juristisches Dokument allen EU-Mitgliedsstaaten einheitliche Maßstäbe in höchst empfindlichen Bereichen auferlegen, in denen gegenwärtig erhebliche nationale Unterschiede bestehen.

Angesichts dieser Situation fragt Papst Benedikt XVI. zurecht:

Wie könnten sie [die EU-Behörden] ein so wesentliches Element der europäischen Identität wie das Christentum ausschließen, mit dem sich eine große Mehrheit der Bürger weiterhin identifiziert? ... Führt diese einzigartige Form der „Apostasie“ von sich selbst, noch bevor sie Apostasie von Gott ist, Europa vielleicht nicht dazu, an der eigenen Identität zu zweifeln?

9. Irland muss die Stimme derer werden, die keine Stimme haben

Obwohl der Vertrag von Lissabon als eine neue Verfassung präsentiert wird, enthält er mindestens 90 % der zuvor eingebrachten Verfassung, die von den Bürgern in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde. Da die Iren das einzige Volk sein werden, vor dem diese Verfassung zur Abstimmung gebracht wird, haben die Umstände das Land in die historische Position versetzt, die Stimme des gesamten Europa zu sein, dem undemokratischerweise das eigene Stimmrecht versagt worden ist.

Daher obliegt es jedem, die Ablehnung des Vertrages von Lissabon bei der irischen Volksabstimmung, die für den 12. Juni angesetzt ist, entschieden zu unterstützen. Vor allem sind wir Katholiken aufgerufen, für dieses Anliegen zu beten, steht hier doch im tiefsten Grunde der Glaube Europas auf dem Spiel.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20110>

Grüne eine Gefahr für religiöse Toleranz und religiösen Frieden
16.6.08

Bischof Mixa kritisiert den „Kulturkampf“ der Grünen: Ein dreister Versuch, einen demonstrativen Atheismus als gesellschaftliche Norm und politisches Leitbild zu installieren
Augsburg (kath.net/iba).

Der Bischof von Augsburg, Walter Mixa, hat die Forderung der bayerischen Grünen nach einem Verbot aller religiösen Symbole in den Schulen des Freistaates scharf kritisiert. Mixa bezeichnete in Augsburg den Beschluss der Landesdelegiertenversammlung als „dreisten Versuch, einen demonstrativen Atheismus als gesellschaftliche Norm und politisches Leitbild zu installieren“.

Das Kreuz Christi sei ein Symbol der Solidarität Gottes mit den Menschen und stehe wie kein anderes Zeichen für die Würde und die Freiheit des Menschen. Die Solidarität Gottes mit dem Menschen, die für den christlichen Glauben kennzeichnend sei, beinhalte auch die Verpflichtung des Menschen zur Solidarität mit

den Schwachen, Kranken, Behinderten und Unterdrückten.

Es sei bezeichnend, dass in der Geschichte des Christentums die Vertreter inhumaner Ideologien immer gegen das Kreuz zu Felde gezogen seien. Große Teile der Grünen würden zunehmend „eine Gefahr für die religiöse Toleranz und den religiösen Frieden in unserem Land“, sagte Mixa. Die Forderungen der Grünen kennzeichneten einen „Kulturkampf, der gegen die Kirche, die christlich abendländische Tradition und die Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der Menschen in Bayern gerichtet ist“.

Die relativierenden Aussagen des bayerischen Landesvorstandes der Grünen kritisierte Mixa als „durchschaubare Doppelstrategie“: „Teile der Grünen verletzen die religiösen Gefühle von Christen und äußern sich in provokanter Weise gegen die Kirche, um am nächsten Tag beschwichtigend zu erklären, dass alles nicht so schlimm gemeint sei“.

Bischof Mixa forderte den Spitzenkandidaten der Grünen bei der bayerischen Landtagswahl auf, sich klar von dem Beschluss der Landesdelegiertenversammlung zu distanzieren oder offen zu erklären, dass er auf die Stimmen der Christen in Bayern keinen Wert lege.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20224>

Jemen: Sieben Christen wegen ‚Werbung für’s Christentum‘ verhaftet
30.6.08

Christen in islamischen Ländern geraten zunehmend unter Druck.

Washington/Sanaa (www.kath.net/idea)

Im Jemen sind sieben Christen verhaftet worden. Ihnen wird vorgeworfen, in dem islamischen Land für das Christentum geworben und Bibeln verteilt zu haben. Das berichtet die christliche Menschenrechtsgruppe „International Christian Concern“ (ICC, Washington). Demnach nahmen Behörden die sieben Christen bereits am 18. Juni in der jemenitischen Provinz Hodiada fest und brachten sie in die Hauptstadt Sanaa.

Einer der sieben ist Hadni Dohni, ein vom Islam zum Christentum übergetretener Jemenit. Bei den anderen sechs soll es sich um Ausländer handeln.

Wie ICC berichtet, könne nicht ausgeschlossen werden, dass die Christen während der Verhöre durch Sicherheitsbehörden gefoltert werden. Der Vorfall im Jemen reihe sich ein in eine Kette von Verhaftungen von Christen in islamischen Ländern.

Auch Christen im Iran, Ägypten oder Algerien berichteten von zunehmenden Aktionen gegen Christen, so ICC. Die Organisation setzt sich für verfolgte Christen in der ganzen Welt ein und versteht sich als deren Fürsprecher bei der US-Regierung in Washington.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20282>

Spaniens Sozialisten weiterhin auf Konfrontation mit der Kirche
7.7.08

Jetzt sollen alle religiösen Symbole wie Kreuze aus öffentlichen Gebäuden und Schulen verschwinden - Auch das Lebensrecht der ungeborenen Kinder wird weiter eingeschränkt

Spanien (www.kath.net)

Die spanischen Sozialisten gehen weiter auf Provokationskurs mit der katholischen Kirche. Beim Parteitag in Madrid haben sich die Delegierten dafür ausgesprochen, aus den öffentlichen Gebäuden, religiöse Symbole wie Kreuze zu entfernen. Auch Schulen sind möglicherweise davon betroffen. Auch das Lebensrecht der ungeborenen Kinder sollen weiter eingeschränkt werden. Bis jetzt kann man in Spanien offiziell nur bei Vergewaltigung, bei einer möglichen Behinderung des Kindes sowie bei einer Gefahr für die "körperliche oder psychologische Gesundheit" der Mutter das ungeborene Kind abtreiben lassen.

„Pastor“ als Spion

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 8/2008,2

Der Türke **Ilker Cinar** war 13 Jahre lang als evangelischer Pastor und Superintendent im Bezirk Tarsus, Türkei, tätig, bevor er im Jahr 2005 - bejubelt von der Presse: „Allah sei Dank!“ - wieder Muslim wurde. In seinem Buch „Der Code ist entschlüsselt - ein ehemaliger Missionar berichtet“ behauptet er, daß tausende christliche Hauskirchen die Türkei unterwandern würden. Auch auf zahlreichen Veranstaltungen warnt Cinar vor den Christen und ruft dazu auf, die Türkei vor ihnen zu retten. Das Weltchristentum habe sich gegen die Türken verbündet.

Jetzt enthüllte die türkische Zeitung „Bugün“, daß Cinar von 1992 bis 2005 als Agent vom türkischen Militär bezahlt worden war.

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 8/2008,3

Nikodemus kam nachts (Joh 3). Ähnlich ängstlich sind manche der 5 Millionen Turkmenen, wenn sie von den nur 10% zumeist orthodoxen Christen Turkmeniens über **JESUS** hören wollen.

Im Heimatort des verstorbenen Diktators Nijasow sind in der neuen, größten Moschee Zentral-Asiens neben Koranversen auch Zitate des Verstorbenen eingraviert, während das Turkvolk trotz der riesigen Gasvorkommen seines Landes zumeist in Armut lebt. Auch der neue Alleinherrscher, Präsident G. Berdymukhamedow, bedrängt die Christen:

Der Familienvater W. Kalatajewskij wird freundlich ins Rathaus eingeladen, verhaftet und ins Straflager geschickt, weil er sich weigert zu versprechen, gegenüber Mithäftlingen im Straflager über **JESUS** zu schweigen und ' nicht mehr vorzubeten. wird er ohne seine Familie ins Ausland abgeschoben.

Schreiben Sie bitte - nach einem Gebet - an den neuen Präsidenten Gurbanguly Berdymukhamedow, Langobardenallee 14, 14052 Berlin. Fax **030-30102453**.

botschaft-turkmenistan@t-online.de

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=18976>

Weltverfolgungsindex 2008: 200 Millionen verfolgte Christen weltweit
8.2.08

Trauriger Rekord: Nordkorea ist zum sechsten Mal in Folge auf Platz 1, zeigt eine Untersuchung des Hilfswerks „Open Doors“.

Kelkheim (www.kath.net)

Eine unverminderte Verfolgung von Christen weltweit zeigt erneut der aktuell erschienene Open Doors-Weltverfolgungsindex 2008. Ebenso unablässig braucht die verfolgte Kirche daher die Gebete von Glaubensgeschwistern in der freien Welt, um auf die Leiden der rund 200 Millionen Christen zu reagieren.

„Oft ist es erst unter hohen Sicherheitsrisiken für Helfer und Empfänger möglich, die verfolgte Kirche mit Bibeln, Studienmaterial und anderen Hilfsgütern zu erreichen. Doch das Gebet überwindet Grenzen und gesellschaftliche wie politische Bollwerke. Verfolgte bitten uns dringend darum“, sagt Markus Rode, Leiter des überkonfessionellen Hilfswerkes für verfolgte Christen Open Doors in Deutschland (Kelkheim bei Frankfurt).

Der Weltverfolgungsindex soll ein Impuls für Kirchen und Gemeinden sein, sich neu mit ihren Glaubensgeschwistern zu solidarisieren und konkret für sie einzutreten. Ebenso sollen Politiker durch den Weltverfolgungsindex ein Instrument haben, um auf die unerträgliche Lage von Christen in vielen Ländern aufmerksam zu machen.

Die jährlich herausgegebene Liste zeigt an, in welchen Ländern Christen am härtesten verfolgt werden. Mittels eines Fragebogens bewertet das Werk die Situation von Christen in über 100 Ländern und veröffentlicht die Ergebnisse der ersten 50.

Die heftigsten Verfolgerstaaten

Zum sechsten Mal in Folge steht wieder Nordkorea an der Spitze. Unter den ersten zehn Ländern sind sechs Staaten, in denen der Islam die Religion der Mehrheitsbevölkerung ist: Ihre Plätze zum Vorjahr (VJ) halten Saudi-Arabien (Platz 2), der Iran (3) und der Jemen (6). Die Malediven (VJ 5) rücken einen Rang vor. Afghanistan (VJ 10) ist aktuell auf Platz 7 und Usbekistan auf Platz 9 (VJ 11).

Ehemaligen Muslimen, die Christen wurden, droht die gesellschaftliche Ausgrenzung oder die unnachgiebige Verfolgung durch Religionswächter oder ihre Familie. Drei der vorderen Länder haben eine kommunistische Regierung: Nordkorea, Laos (Platz 8/VJ 9) und China (Platz 10/VJ 12). Bhutan auf Platz 5 (VJ 7) ist das einzige buddhistische Land unter den ersten zehn.

Einige Veränderungen

Neu im Weltverfolgungsindex sind die Palästinensergebiete (42), wo im Oktober 2007 im Gazastreifen ein christlicher Buchladenleiter ermordet wurde; mehrere Christen wurden verhaftet, geschlagen und verhört. Verschlechtert hat sich auch die Situation für Christen in Pakistan, Mauretanien, Libyen, Jordanien und Weißrussland. Verbesserungen der Religionsfreiheit erleben Christen in Somalia, Vietnam, Burma, Äthiopien, Kolumbien und Nepal.

Fokus: Nordkorea und China

In Nordkorea laufen die über 200.000 Christen wie auch die Helfer Gefahr, entdeckt, verhaftet und hingerichtet oder in ein Arbeitslager deportiert zu werden. Im Jahr 2007 wurden mehr Christen verhaftet und gefoltert. Das Christentum wird als gefährlicher ausländischer Einfluss betrachtet, der den Anstoß für den Zusammenbruch kommunistischer Regime in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion gegeben hat und deshalb eine der größten Bedrohungen für die Macht des Regimes darstellt.

Nordkoreanische Behörden wollen die Christen ausrotten. Zwischen 50.000 und 70.000 Christen sind in mindestens 30 Arbeitslagern gefangen. Christen gelten als politische Straftäter und müssen täglich bis zu 18 bis 20 Stunden Schwerstarbeit leisten bis sie vor Erschöpfung oder durch Folter sterben. Man schätzt, dass rund 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in den Arbeitslagern erwirtschaftet werden.

China: Zunahme der Verfolgung vor Olympia

An die Vergabe der Olympischen Spiele an Peking knüpfte das Internationale Olympische Komitee (IOC) auch die Einhaltung der Menschenrechte und damit der Religionsfreiheit. Doch wenige Monate vor der Eröffnung des Sportereignisses am 8. August hat die Verfolgung von Christen in der Volksrepublik China nicht nachgelassen.

In den Olympiastätten kommt es immer wieder zu Hausdurchsuchungen und Versammlungsverböten. Die chinesische Regierung möchte verhindern, dass die Olympischen Spiele zu einem missionarischen Großereignis werden. Im Vorfeld hat die Regierung damit begonnen ausländische Christen auszuweisen.

Nordkoreanische Flüchtlinge in China in Gefahr

Bei der Flucht aus dem Unrechtsregime ins Nachbarland China setzen Nordkoreaner ihr Leben aufs Spiel. Nach Angaben der chinesischen Regierung sind rund 50.000 bis 70.000 Nordkoreaner in China. Open Doors schätzt, dass 70 Prozent von ihnen Christen wurden. Die Volksrepublik China verweigert den Flüchtlingen den Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 der Vereinten Nationen.

Die Flüchtlinge haben derzeit keinerlei Rechtsstatus in China. So arbeiten die meisten von ihnen wie Sklaven für einen spärlichen Lebensunterhalt und versuchen, unentdeckt zu bleiben. Darunter sind auch viele Frauen und Mädchen, die sich prostituieren oder verheiraten lassen, um nicht wieder nach Nordkorea zurückgeschickt zu werden.

Dem UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) wird der freie Zugang zu den Flüchtlingen verweigert. Gefasste Flüchtlinge in China werden gnadenlos nach Nordkorea abgeschoben, wo ihnen Arbeitslager oder die sofortige Hinrichtung droht.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20678>

Wenn Psychiater über Religion stolpern

26.8.08

Mit dem Kongress „Religiosität in Psychiatrie und Psychotherapie“ hat sich der Psychiater Raphael Bonelli in die Schusslinie gebracht. Von Stephan Baier/Die Tagespost

Graz (kath.net/Die Tagespost) Zum erfolgreichen Wissenschaftler gehört beides: Fleiß und Begabung. Dem österreichischen Psychiater, Neurologen und Psychotherapeuten Raphael Bonelli kann man beides schwer absprechen. Habilitierter doppelter Facharzt, anerkannter Hirnforscher, Huntington-Experte, Leiter einer psychiatrischen Frauenstation und der neuropsychiatrischen Ambulanz der Universitätsklinik für Psychiatrie in Graz. Die Liste seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen wuchs Jahr um Jahr.

Doch dann organisierte Bonelli im Oktober vergangenen Jahres in Graz einen großen Kongress „Religiosität in Psychiatrie und Psychotherapie“ („Die Tagespost“ berichtete). Damit geriet der wissenschaftliche Senkrechtstarter ins Visier – mancher Organisationen, mancher Medien und mancher Kollegen.

Medialer Sturm und klinikinterne Intrigen

Knapp 1200 Mediziner, Psychologen, im psychosozialen Bereich Tätige, Philosophen, Theologen und Seelsorger nahmen an dem Kongress teil, der sich, wie Bonelli selbst formuliert hatte, dem „letzten Tabu in der Psychiatrie“ – nämlich der Religiosität – stellte. Möglicherweise lief der Kongress manchen zu

erfolgreich. Möglicherweise war der Tabubruch zu schmerzlich.

Jedenfalls empörten sich Homosexuellen-Lobbyisten über einen angeblichen „Schwulenheiler“, der gar nicht auftrat, ereiferte sich ein Magazin über eine Kontroverse zur Frage „Gibt es Besessenheit jenseits der Psychose?“ Für den Kongress waren dies von Anfang an Randthemen – für seine Gegner nicht.

Mit dem medialen Sturm setzten auch die klinikinternen Intrigen gegen Bonelli ein. Vorwürfe, er sei im Dienst nicht in der Klinik oder ohne Urlaubsschein auf Urlaub, konnten im Frühjahr 2008 rasch widerlegt werden.

Die große Überraschung erlebte Bonelli am 27. Juni, als er aus dem Urlaub zurückkam. Er wurde zum ärztlichen Direktor bestellt, mit zwölf Vorwürfen gegen sein ärztliches und wissenschaftliches Vorgehen konfrontiert und sofort vom Dienst freigestellt. Weder wurde ihm damals eine Anklageschrift ausgehändigt noch die Möglichkeit zu vorbereiteter Rechtfertigung gegeben.

Ein Verfahren, über das der ehemalige Rektor der Universität Graz und frühere Dekan ihrer medizinischen Fakultät, Thomas Kenner, nur den Kopf schütteln kann. Er protestierte brieflich gegen „die überfallsartige Suspendierung des international bekannten Kollegen“, zeigte sich „bestürzt und entrüstet“.

Kenner in seinem Schreiben an den ärztlichen Direktor des Landeskrankenhauses (LKH): „Die Strafmaßnahme mit erniedrigender Beschlagnahme von Unterlagen und Eigentum erfolgte ohne klare Auskunft über angeblich gravierende Vorwürfe und mittels Maßnahmen, wie sie gegen Schwerverbrecher eingesetzt werden.“

Im Gespräch mit dieser Zeitung übt Kenner Kritik an Bonellis Vorgesetztem, dem Vorstand der Universitätsklinik für Psychiatrie Graz, Hans-Peter Kapfhammer: „Ein normaler Chef ruft den Kollegen zu sich und kritisiert, was ihm nicht passt.“ Das Verfahren sei „unmöglich“. Kenner wörtlich: „So kann man es unter Kollegen nicht machen.“

Lange vor dem Beschuldigten erfuhr das Magazin „Profil“, welcher Vorwurf vor der Untersuchungskommission Gewicht haben sollte: Zwei Assistenzärzte (Namen der Redaktion bekannt) hatten für wissenschaftliche Studien Patienten mit deren Einverständnis erhöhte Mengen Blut abgenommen – allerdings ohne rechtzeitiges Votum der Ethikkommission. Haften soll dafür Bonelli als Stationsleiter.

Die Sache hat einen Schönheitsfehler: Laut Kenner soll Institutsvorstand Kapfhammer über die erhöhten Blutabnahmen „voll informiert“ gewesen sein – „darüber gibt es Unterlagen“. Kenner verweist auf die bis Mitte Juli sogar im Internet auffindbare Dokumentation der „Arbeitsgruppe für biologische Psychiatrie“. Er halte es für „völlig ausgeschlossen, dass Kapfhammer nichts davon wusste“.

„Die Tagespost“ versuchte, Professor Kapfhammer zu dem Fall zu interviewen, doch dieser lehnte ab: „Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich nach sechs Wochen höchsten Ärgers in der Angelegenheit von Herrn Bonelli nicht auch noch ein Bedürfnis verspüre, hierüber ein Interview abzugeben.“

Bedauerlich, denn Fragen hätte es viele gegeben: Etwa, ob es stimmt, dass Kapfhammer den von Bonelli organisierten Kongress, bei dem die von ihm geleitete Universitätsklinik für Psychiatrie als einer der Veranstalter auftrat, gegenüber Mitarbeitern als „größenwahnsinnig“ bezeichnete. Ob es stimmt, dass er Bonelli mehrfach eine Aussprache über Vorwürfe verweigerte. Wann er wieviel von den umstrittenen Blutabnahmen in seiner Klinik wusste.

Fragen, die nun möglicherweise unbeantwortet bleiben, denn die Untersuchungskommission befasst sich nicht mit einer denkbaren Mitverantwortung Kapfhammers, wie der ärztliche Direktor des LKH, Gernot Brunner, im Gespräch mit dieser Zeitung beteuerte: „Nein, es gibt keine Untersuchung gegen andere.“

Bonelli, mittlerweile nicht mehr suspendiert, sondern im Urlaub, hält die gegen ihn erhobenen Vorwürfe für „an den Haaren herbeigezogen“. Gegenüber der „Tagespost“ beteuert er: „Ich habe mir diesbezüglich nichts vorzuwerfen, allenfalls Gutgläubigkeit gegenüber Mitarbeitern.“

Während des laufenden Verfahrens der Untersuchungskommission will er zu Details nicht Stellung nehmen. Fragt man andere nach den Hintergründen jener dokumentierbaren Intrige gegen Bonelli, die zunächst zu seiner Dienstfreistellung und dann – gespeist von Insiderinformationen – zur medialen Skandalisierung führte, dann ist oft das Wort „Neid“ zu hören.

Als ehemaliger Universitäts-Rektor und Dekan der medizinischen Fakultät hat Thomas Kenner keine Bedenken, offen zu sprechen: „Bonelli hat unglaublich viele Projekte, hat mehr publiziert als irgendwer sonst an der Klinik. Das ruft natürlich auch Neid hervor.“ Er erwarte eine vollständige Rehabilitierung Bonellis.

„Es war an der Zeit, so etwas in Europa zu machen“

Ein Mitarbeiter der Klinik schildert eine Atmosphäre der wechselseitigen Vorwürfe, Unterstellungen und Diffamierungen. „Da steckt viel Neid dahinter, vielleicht auch Minderwertigkeitskomplexe“, so der Mitarbeiter, dessen Namen wir aus juristischen Gründen nicht nennen. Der eigentliche Grund für die Eskalation sei ein anderer: „Der Kongress ist der Stein des Anstoßes.“

Eine niedergelassene Psychiaterin, die aus Angst vor Repressionen ebenfalls ungenannt bleiben möchte, bestätigt im Gespräch mit der „Tagespost“: Die „Haupttriebfeder“ sei der Kollegen-Neid, doch sei das alles nur passiert, „weil einer einen Religionskongress macht“. Ungläubige Psychoanalytiker würden nun fürchten, „dass Religiöse ihnen das Wasser abgraben“, so die These.

Der ärztliche Direktor der größten Fachklinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Mecklenburg-Vorpommern, Andreas Brooks, meint im Gespräch mit der „Tagespost“, das Thema Religiosität habe bei Amerikas Psychiatern Konjunktur und werde seit zehn Jahren diskutiert. „Es war an der Zeit, dass wir so etwas in Europa machen. Dass man daraus dem Veranstalter einen Strick dreht, da kann man nur den Kopf schütteln“, so Brooks.

Primarius Christian Spaemann, selbst Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin in Braunau am Inn, schätzt Bonelli als „absolut seriösen Psychiater und Wissenschaftler“, der in mehreren Fachartikeln „auf die Grenzen zwischen methodengeleiteter Psychiatrie und Psychotherapie einerseits und religiöser, seelsorgerischer Begleitung andererseits hingewiesen“ habe.

Religion und wissenschaftliche Psychiatrie in ein niveauvolles Gespräch zu bringen, war das Anliegen des von Bonelli initiierten Kongresses. Diesen Dialog will er trotz beruflicher Turbulenzen weiterführen: Der zweite Kongress – nicht umstritten, aber umkämpft – wird im Oktober in Graz stattfinden.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20598>

Bayern: Lehrer muss unter dem Kreuz unterrichten

16.8.08

Verwaltungsgericht weist Klage gegen Kruzifix im Klassenzimmer ab

Augsburg (kath.net/idea) Ein bayerischer Lehrer hat erfolglos dagegen geklagt, unter einem Kruzifix unterrichten zu müssen. Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg vom 14. August müssen es Lehrer an bayerischen Volksschulen grundsätzlich hinnehmen, dass in den Klassenräumen ein Kruzifix angebracht ist. Das Kreuz in Schulen sei Ausdruck der kulturellen Prägung Bayerns, zu der christlich-abendländische Werte gehörten. Der atheistische Kläger argumentierte, dass er durch das Kreuz eine schwerwiegende seelische Belastung erleide. Der Lehrer hatte bereits vor zwei Jahren mit einer Klage erreichen wollen, dass Kruzifixe aus Unterrichtsräumen entfernt werden. Damals hatte er sich auf die Neutralitätspflicht des Staates berufen. Der Pädagoge ist seit 1982 Beamter auf Lebenszeit. Seit sechs Jahren unterrichtet er an einer Volksschule in Neusäß im Landkreis Augsburg. Bereits 1995 hatte er vor Gericht durchgesetzt, dass er keine Klassen zum Schulgottesdienst begleiten muss.

Gericht akzeptiert nur „atypische Fälle“

Das Verwaltungsgericht Augsburg hatte zuletzt 2004 eine ähnliche Klage eines Lehrers aus Neu-Ulm abgewiesen. Dieses Urteil war vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof später bestätigt worden. Bereits im Jahr 2001 hatte der Verwaltungsgerichtshof entschieden, dass die Glaubensfreiheit eines Lehrers nur in „atypischen Sonderfällen“ dazu berechtigt, das Entfernen des Kreuzes zu verlangen. 1995 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Aufhängen von Kreuzen in staatlichen Schulen verfassungswidrig ist, wenn Eltern dagegen Einspruch erheben.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20726>

In ständiger Angst und Bedrohung

1.9.08

In Pakistan wurde erst kürzlich ein dreizehnjähriges christliches Mädchen von einem muslimischen Mann entführt und vergewaltigt - Zu solchen Vorfällen komme es immer wieder

Königstein/Wien (kath.net/KIN)

Der Sekretär der Katholischen Bibelkommission Pakistans und Pfarrer einer großen Gemeinde in Lahore, Pater Emmanuel Asi, hat gegenüber dem internationalen katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ erklärt, die Christen in Pakistan lebten „in ständiger Angst und Bedrohung“. Erst kürzlich sei beispielsweise ein dreizehnjähriges christliches Mädchen von einem muslimischen Mann entführt und vergewaltigt worden. Zu solchen Vorfällen komme es immer wieder. Um der Strafe für das Verbrechen zu entgehen, würden die Männer behaupten, die vergewaltigte Frau sei nun Muslimin. Der Mann heirate sie, schicke sie jedoch nach kurzer Zeit wieder weg. Niemand könne etwas dagegen unternehmen, denn die Opfer würden von ihren „Ehemännern“ so stark unter Druck gesetzt und mit dem Tode bedroht, dass sie vor Gericht in Gegenwart ihrer Eltern selbst bestätigen, zum Islam übergetreten zu sein. Ein muslimischer Mann könne auf diese Weise straflos jede beliebige Frau entführen und vergewaltigen.

Die Armut der pakistanischen Christen führe zudem dazu, dass oft ganze Familien von Großgrundbesitzern abhängig seien. Es handele sich um „eine Form der Sklaverei“. Die Menschen würden nicht monatlich bezahlt, sondern bekämen – wenn überhaupt - erst nach der Ernte ihren geringen Lohn ausgezahlt. Insgesamt würden Christen bei der Arbeitssuche und auch bei der Aufnahme in Schulen und Universitäten stark benachteiligt, da ein christlicher Name für eine Ablehnung ausreiche. Auch vor dem Gesetz seien Christen Bürger zweiter Klasse.

Dennoch seien die Christen in Pakistan „stolz und glücklich, dass sie Christen sind“, betonte Asi. Sie fassten ihren christlichen Glauben als „Gnade und großen Segen“ auf, obgleich ihr Leben „schmerzlich und voller Angst und Frustration“ sei. Emmanuel Asi: „Von den Urchristen wissen wir, dass Verfolgung und Unterdrückung eine wichtige Rolle bei der Vertiefung und der Verbreitung des Glaubens spielen. In Pakistan erleben wir es auch.“

Positiv sei zudem, dass das Zeugnis der Christen bei der persönlichen Begegnung mit Muslimen etwas verändere und dass diese spürten, dass „Christen anders sind“. Vor allem muslimische Frauen würden angezogen durch „die Freiheit und die Freude“, die sie bei Christinnen erlebten, denn „christlichen Frauen können mit Männern zusammen in die Kirche gehen, sie können im Chor singen, mancherorts können Mädchen sogar Ministrantinnen werden“. Auch die Präsenz von Ordensfrauen sei ein „großartiges Zeugnis“. Viele muslimische Mädchen möchten gern in katholischen Schulen unterrichtet werden. Die Kirche setze sich vor allem für die Ausbildung von Frauen ein und unterhalte zahlreiche Frauengruppen, zu denen immer wieder auch muslimische Frauen eingeladen werden. Asi erhofft sich gerade von den Frauen eine Veränderung der Gesellschaft.

Christen machen in Pakistan lediglich eine kleine Minderheit von rund 1,5 Prozent an der zu 97 Prozent islamischen Bevölkerung aus. Sie gelten als unterste Stufe der Gesellschaft und werden immer wieder Opfer von Diskriminierung und Übergriffen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=19398>

Schwarzer Tag für Indien: Neues Anti-Konversions-Gesetz in Rajasthan
26.3.08

Fünf Jahre Gefängnis drohen künftig jenen, die zum Christentum konvertieren

Jaipur (www.kath.net) Ein neues Anti-Konversions-Gesetz im indischen Bundesstaat Rajasthan bedroht die Christen im Land. Das meldete AsiaNews. Der Gesetzesvorschlag wurde bereits vor zwei Jahren eingebracht, wurde allerdings erst jetzt durch das Parlament angenommen.

Gemäß des neuen Gesetzes werden künftig Konversionen, die durch „Gewalt, Zwang oder Betrug“ erfolgen, mit fünf Jahren Haft sowie einer Geldstrafe von umgerechnet rund 800 Euro bestraft.

Der Erzbischof von Ernakulam-Angamaly und Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Varkey Vithayathil, ist entsetzt. „Dieses Gesetz ist absolut sinnlos, dahinter stecken fundamentalistische Kräfte, die dadurch nur Misstrauen und Intoleranz in unserer Gesellschaft verbreiten.“

Die Verfassung garantiere jedem die Freiheit, die eigene Religion auszuüben und zu bekennen, betonte er. Das neue Gesetz sieht im übrigen keine Restriktionen für jene vor, die zum Hinduismus konvertieren. Kardinal Vithayathil verteidigt den christlichen Glauben. „Wir bekehren niemanden durch Zwang“, erklärt er.

In Indien werden Anti-Konversions-Gesetze von hinduistischen Nationalisten häufig dazu missbraucht, Christen anzuklagen. Mittlerweile gibt es sechs indische Staaten mit Anti-Konversions-Gesetzen: Arunachal Pradesh, Gujarat, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Himachal Pradesh und Rajasthan.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20766>

Deutschland: Absurde Gefängnisstrafe bei Hausunterricht

6.9.08

Christliche Hausschuleltern gehen in Revision - Ehepaar Dudek war im Juni zu einer Haftstrafe verurteilt worden
Eschwege (kath.net/idea)

Das christliche Ehepaar Jürgen und Rosemarie Dudek aus Herleshausen (Osthessen), das seinen Kindern aus Glaubensgründen Hausunterricht erteilt, wehrt sich gegen eine Gefängnisstrafe. Die Eheleute, die keiner Kirche angehören, waren im Juni zu jeweils drei Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden, weil sie ihre schulpflichtigen Kinder „dauernd und hartnäckig“ vom Schulbesuch ferngehalten hätten. Zuvor waren die beiden Akademiker in früheren Verfahren zu Geldstrafen von insgesamt 1.050 Euro verurteilt worden. Jetzt nahmen sie sich erstmals einen Rechtsbeistand, der gegen das Urteil Revision eingelegt hat.

Verteidiger Andreas Vogt (Eschwege) kritisierte gegenüber ideaHessen vor allem das Strafmaß als fehlerhaft: „Freiheitsstrafen unter sechs Monaten dürfen nur ausnahmsweise bei besonderen Umständen verhängt werden.“

Ferner ist Vogt überzeugt: „Das Landgericht Kassel hat seine Amtsaufklärungspflichten verletzt.“ Zeugen aus der öffentlichen Schule und vom Staatlichen Schulamt seien nicht vernommen worden. Der Anwalt verweist auf den ältesten Sohn der Familie, Jonathan (16). Nachdem er ausschließlich zu Hause unterrichtet worden war, hatte er das letzte halbe Jahr eine staatliche Realschule besucht und den Abschluss als Klassenbester mit der Durchschnittsnote 1,1 erreicht.

Inzwischen absolviert er eine Ausbildung zum Schreiner. Dazu erklärte der Anwalt: „Der hohe Bildungsertrag ist hier mit Händen zu greifen.“ Das Paar hat sieben Kinder, von denen drei im Alter von 8 bis 14 Jahren zu Hause unterrichtet werden. Die Eltern begründen ihre Haltung damit, dass der Unterricht an öffentlichen Schulen den christlichen Glauben ihrer Kinder zerstören könnte. Unterdessen droht ihnen ein neues Verfahren.

Das Schulamt in Bebra hat wieder Strafantrag gegen das Ehepaar gestellt. Für Schulamtsleiter Arno Meißner steht fest: „Die Dudeks verhalten sich konsequent nicht gesetzeskonform.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20178>

Ägypten: Kopten verlangen staatlichen Schutz

24.6.08

Bedeutendes Kloster zerstört.

Gewalt nimmt zu. Angst vor wachsendem Islamismus. - Von Stefan Beig / Wiener Zeitung

Kairo (kath.net/WIZ)

Mit ungewöhnlich scharfen Worten forderte die koptische Kirche in Ägypten Präsident Hosni Mubarak letzten Sonntag öffentlich auf, die „zunehmenden bewaffneten Angriffe auf Mönche“ und „Beleidigungen des Kreuzes“ zu verhindern. Anlass war ein Überfall am 31. Mai auf das aus dem 4. Jahrhundert stammende Abu-Fana-Kloster im oberägyptischen Ort El-Minya, das zu den ältesten Klöstern weltweit gehört.

Shenouda III. von Alexandrien, der koptische Papst, berichtete, dass mindestens 60 bewaffnete Männer am Angriff beteiligt waren. „Sie entführten drei Mönche und folterten sie. Die Mönche wurden gezwungen, ihrer Religion abzuschwören und das Kreuz zu bespucken. Als sie sich dazu weigerten, wurden sie auf Bäumen aufgehängt und geschlagen.“ Laut William Tadros, Pressesprecher der Union Orientalischer Christen in Österreich und koptischer Menschenrechtsaktivist, wurden „Mauern, Kirchen, Mönchszellen, heilige Schriften, Landmaschinen und Felder des Klosters zerstört und niedergebrannt.“ Vier weitere Mönche seien beim Überfall verletzt worden, auch der Bruder eines Mönchs wurde entführt und bislang nicht frei gelassen.

Kopten öffentlich bisher zurückhaltend

Die Lage der Kopten hat sich in Ägypten in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Erst wenige Tage vor dem Vorfall erschossen maskierte Männer einen koptischen Juwelier und seine drei Mitarbeiter in Kairo, ohne dabei etwas zu erbeuten. Neu ist, dass sich erstmals die Führung der koptischen Kirche in Ägypten öffentlich an Mubarak wendet. Bisher gaben nach gewaltsamen Übergriffen prominente Kopten Seite an Seite mit dem ägyptischen Staat Erklärungen ab, in denen jeder fundamentalistische Hintergrund der Angriffe bestritten und zur nationalen Einheit aufgerufen wurde. Die Täter blieben ungestraft.

Auch diesmal wollte Shenouda III. die religiöse Dimension der Auseinandersetzung nicht überbewerten; die Angreifer seien Kriminelle, die daran gewöhnt sind, Gewalt anzuwenden. Doch er richtete auch mahnende Worte an die Regierung: „Mir geht es um die Sicherheit der Mönche. Wüstenstämme auf dem Gebiet des Klosters sind gegen die Wünsche der Mönche. Die Zusammenstöße sind nicht neu, sondern begannen vor Jahren.“

Hinter den Anschlägen stecken Beduinen-Stämme, die das Wüstengrundstück des Abu-Fana-Klosters nicht anerkennen. Die Gewalt begann, als die Mönche vor einigen Jahren mit Genehmigung des ägyptischen Staates einen Zaun um ihr Grundstück errichten wollten. Laut William Tadros folgten „innerhalb der letzten fünf Jahre achtzehn Überfälle auf das Kloster. Weder Polizei noch Justiz zogen die Angreifer jemals zur Rechenschaft, obwohl sie namentlich bekannt sind.“ Vier Mal berief die Regierung eine gemeinsame Sitzung mit allen Beteiligten ein, ohne als dass die Überfälle nachher endeten.

Kritik an Kopten

Namhafte Kopten Ägyptens, die die Ausschreitungen beschönigen, wurden kürzlich vom ägyptischen Schriftsteller Ahmad Al-Aswani scharf kritisiert. „Ich weiß nicht, ob sie sich bewusst sind, dass ihre Worte das Leiden nur vergrößern und die Serie der Gewalt nicht beenden“, erklärte er auf der Website Aafaq.org. „Warum benützen sie nicht ihre Medienpräsenz, um die Gläubigen zu verteidigen? Was hier geschieht, ist der Versuch, Ägyptens Kopten zu terrorisieren, um sie entweder zur Emigration oder zur Konversion zum Islam zu zwingen. Wir haben den Punkt erreicht, wo koptisches Leben und Eigentum in geheimer Absprache mit den Autoritäten straflos beseitigt werden kann, ohne Angst vor effektiver Reaktion, und im

Vertrauen darauf, dass, wie immer, alles mit öffentlichen Umarmungen vergessen wird.“

Deutlicher werden die Kopten in der Emigration. Tadros erklärt: „Die Kopten verlangen den Rücktritt des Gouverneurs von El-Minya und ausreichenden staatlichen Schutz für das Kloster. Ein Wachtposten, der sich in zwei Kilometer Entfernung vom Kloster befindet, wurde unverzüglich zu Hilfe gerufen. Die Einsatzkräfte kamen jedoch erst nach vier Stunden. Die Krankenambulanz (Roter Halbmond) verschiedener Einsatzstellen wurde alarmiert. Sie verweigerten sämtliche Hilfeleistung. Dieses Verhalten örtlicher Behörden ist bezeichnend für die Politik des Staates im Umgang mit seiner indigenen christlichen Bevölkerung. Stets wird ihr der Schutz verweigert. Der Gouverneur hat die Mönche aufgefordert, dem Haupttäter Tribut zu zahlen.“

Österreichs Kopten appellierten gemeinsam mit der Union orientalischer Christen an die Weltgemeinschaft, die UN-Ratsversammlung für Menschenrechte und die EU Kommission für Menschenrechte die ägyptische Regierung zum Schutz der koptischen Bürger aufzufordern. Laut einer Presseerklärung seien die Täter der Polizei bereits bekannt, müssten aber mit keiner Bestrafung rechnen, weil sich ihre Anschläge gegen Christen richteten.

Islamismus als Hauptursache

In den letzten Jahrzehnten verließen 1,5 Millionen Kopten ihr Heimatland. Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lebten sie weitgehend ungestört in Ägypten und durften auch öffentliche Ämter bekleiden. Das änderte sich mit dem wachsenden Druck der Muslimbruderschaft, die laut Tadros erstmals im Jahr 1952 in Suez elf Kopten tötete. Seit die Scharia unter Mubaraks Vorgänger Anwar as-Sadat zur einzigen Quelle der Gesetzgebung wurde, sind Kopten durch das Gesetz nicht mehr geschützt und können nur auf Unterstützung des Präsidenten hoffen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker berichtet, dass die Kopten bei Job- und Wohnungssuche benachteiligt würden, chancenlos seien sie bei der Bewerbung für öffentliche Ämter.

Nach Einschätzung von William Tadros ist der Islamismus, der den Staat zunehmend unter Druck setzt, an der Verschlechterung der Lage schuld. „Durch staatliche Schulen, Moscheen und Medien, die von Fundamentalisten beherrscht werden, wird ein aggressives Klima des Hasses erzeugt. Seit der Islamisierung ist das Kopftuch allgegenwärtig, koptische Frauen sind sofort erkennbar.“

Hass auf Christen nimmt zu

In den neunziger Jahren nahm die Gewalt zu. Koptische Mädchen werden entführt und zwangsislamisiert. In jüngerer Zeit gab es Pogrome gegen Kopten, etwa im Jahr 2000, als militante Islamisten im südägyptischen Dorf Al-Kosheh 21 Kopten töteten und mehrere Gebäude vernichteten. Probleme bekamen die Kopten zuletzt vor allem im Zusammenhang mit der Errichtung und Renovierung von Kirchen.

„Das Problem existiert erst, wenn Politik und Religion miteinander verbunden sind und man die andere Religion nicht aushalten kann“, meinte Anba Damian, orthodoxer Bischof für Deutschland, vor über einem Jahr im Kath.net-Interview zum Fundamentalismus. „Es werden Gerüchte verbreitet, dass Christen eine Bedrohung für Moslems wären, dabei haben sie keine Waffen, keine Lobby, kein großes politisches Gewicht. Trotzdem braucht ein Imam nur seine Leute aufhetzen und dann gehen sie auf uns los.“

Angst vor Muslimbruderschaft

Besonders groß ist die Angst vor der Muslimbruderschaft, berichtet Damian: „Als ich unmittelbar vor der Wahl des ägyptischen Parlaments in Kairo durch den Stadtteil Nasser City fuhr, sah ich Menschen, die sich scharenweise auf der Straße versammelten. Sie schrieten „Der Islam ist die Lösung“, warfen sich nieder und beteten. Ich dachte: Das ist nicht das Ägypten, das ich kenne! So viel Angst hatte ich noch nie seit meiner Geburt in Ägypten. Ich erfuhr später, dass 88 Muslimbrüder die Wahl in das Parlament geschafft haben. Es

ist kein Geheimnis, dass wir Angst haben, dass die Muslimbrüder an die Macht kommen.“ Mittlerweile würden Einladungen zum Islam am Arbeitsplatz offen und laut und deutlich ausgesprochen: „Man denkt nicht an die Gefühle, nicht an das Zusammenleben mit den anderen. Man denkt nur an eine gewaltsame Islamisierung Ägyptens.“

Die Kopten sind die einheimischen Christen Ägyptens. Wie viele Kopten tatsächlich in Ägypten leben ist unklar. Die öffentlich zugänglichen Zahlen schwanken zwischen fünf und 16 Millionen (!).

IGFM 6/2008,3

Was wie die Warnung auf einer Zigarettenschachtel klingt, ist für Neu-Christen in zahlreichen islamischen Staaten bittere Realität. Wer dies im Dialog der Religionen unterschlägt, vergeht sich an der Wahrheit und der Freiheit und hilft Extremisten, Fuß zu fassen. Menschenrechte sind keine Einbahnstraße. Zur Schärfung der Sinne sollte jedes Dialoggespräch mit einem Appell für die aus religiösen Gründen Verfolgten beginnen und ebenso enden. Wir nennen Ihnen hier Schicksale, für die Sie sich einsetzen können.

Iran: Jagd auf Konvertiten nimmt zu

Nach Art. 167 der iranischen Verfassung können auch Verbrechen bestraft werden, für die „Gesetze nicht vorhanden“ sind. Dazu gehörte z.B. der Abfall vom Islam (Apostasie), der entsprechend der „authentischen islamischen Quellen“ und der „gültigen religiösen Fatwas“ (Rechtsgutachten) bestraft werden soll. Am 9. September hat das iranische Parlament in erster Lesung ein Gesetz gebilligt, wonach für den Abfall vom Islam für Männer zwingend die Todesstrafe vorgesehen ist. Frauen erwartet lebenslängliche Haft. § 225.10 sagt dazu: „Während dieser Strafe werden ihr nach Anweisung des Gerichtes erschwerte Lebensbedingungen bereitet, und es wird versucht, sie zum rechten Weg zu geleiten und zum Widerruf zu ennutzen. ... An den fünf täglichen Gebetszeiten muss sie ausgepeitscht werden und ihre Lebensqualität und die Menge des Essens, der Bekleidung und des Wassers muss herabgesetzt werden, bis sie Reue zeigt.“

„Es sind ca. zwei Monate her, dass man keine Nachricht seit seiner Verhaftung von Ramtin Soudmand hört. Sein Vater, Pastor Hossein Soudman, wurde im Jahre 1990 hingerichtet, die Mutter von Ramtin ist blind und er hat selbst eine eigene Familie. ...“ (Pastor Beat Egli, Giessen, 2.10.2008). „Nach 41 Tagen Haft wurde Ramtin Soudmand am 30.9.2008 von der Geheimpolizei beschuldigt, er habe gegen das Islamische Regime propagiert. Das Verfahren soll in den nächsten Tagen beginnen.“ (Pastor Egli, 13.10.2008)

In unregelmäßigen Abständen führt die iranische Polizei Razzien durch, um konvertierte Christen aufzuspüren: Man schätzt ihre Zahl auf 250.000. Sie praktizieren ihren Glauben oft in selbst gegründeten Hauskirchen, denen die iranische Regierung Spionage für und Unterstützung von Israel und USA unterstellt. Am 9. August nahm die Polizei Shahin Zanboori bei seiner Taufe fest. Im Verhör, wo er weitere Christen nennen sollte, wurde er misshandelt. Am 31. August wurde er freigelassen, jedoch eine Anklage wegen Spionage angedroht, für die ebenfalls die Todesstrafe vorgesehen ist. Inoffiziellen Quellen zufolge sind 43 konvertierte Christen derzeit inhaftiert. Für die anwaltliche Hilfe für Ramtin Soudman und andere Christen erbitten wir Ihre finanzielle Unterstützung. **Kennwort: Konvertiten (41)**

Ägypten: Einmal Muslim, immer Muslim?

Der 56jährige Maher Ahmed El-Mo'otahsem Bellah El-Gohary, seinen Angaben zufolge seit 34 Jahren praktizierender Christ, hat am 4. August 2008 beim Staatsgerichtshof in Kairo beantragt, die Eintragung seiner Religionszugehörigkeit in seinem Ausweis von „Muslim“ auf „Christ“ zu ändern. El-Gohary's 14 jährige Tochter Dina ist getauft und als Christin erzogen worden. Wenn sie 16 Jahre alt wird, wird sie einen Pass erhalten, in dem sie aber automatisch als Muslimin bezeichnet wird - es sei denn, ihrem Vater würde Recht zugesprochen. Als juristische „Muslimin“ wäre es ihr beispielsweise verboten, einen Christen zu heiraten.

Im Oktober vergangenen Jahres berichteten wir über den Versuch des Journalisten Mohammed Azhmed Hegazy, der sich im Alter von 16 Jahren entschieden hatte, vom Islam zum Christentum zu wechseln, und im August 2007 die staatliche Anerkennung beantragte, damit sein Kind getauft werden könnte. Gegen die Verweigerung des Eintrags klagte er im Oktober 2007. **Am 29. Januar 2008 entschied das Gericht: es ist gegen das Gesetz, den Islam zu verlassen. Nur der Wechsel von anderen Religionen in den Islam sei zulässig. Hegazy hatte große Aufmerksamkeit erregt, als er sich am 25. August 2007 in einer Fernsehsendung auf den Großmufti Ägyptens Dr. Ali Goma'a berief, dass Allah die Konvertiten im Jenseits selbst bestrafen werde, aber eine weltliche Strafe sei, auch nach dem Koran, unzulässig. Seitdem lebt Hegazy mit Frau und Tochter im Untergrund, weil islamische Fundamentalisten versuchen, ihn zu töten. Im Oktober 2007 wäre es ihnen beinahe gelungen, nachdem einer seiner Rechtsanwälte seine Adresse weitergegeben hatte. Hegazy hat Berufung eingelegt; eine Entscheidung steht aus.**

Laos: Christen sollen abschwören

IGFM 6/2008,2

Seit sieben Jahren stellen die IGFM und die Evangelische Nachrichtenagentur idea einen Gefangenen des Monats vor und bitten um Hilfe für

seine Freilassung. Der laotische Pastor Sompong Supatto ist der „Gefangene des Monats Oktober“.

Die Übergriffe auf Christen im kommunistisch regierten Laos haben in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Von den rund sechs Millionen Einwohnern von Laos sind 61 Prozent Buddhisten, 31 Prozent Anhänger von Stammesreligionen, 3 Prozent Christen und 1 Prozent Muslime. Im Juli wurden in der Provinz Saravan 80 Christen in einem Schulgebäude festgesetzt - ohne Versorgung mit Lebensmitteln. Die Behörden gaben ihnen zu verstehen, dass sie nur freigelassen würden, wenn sie ihren Glauben aufgäben. 10 von 17 Familien taten dies unter dem Druck ihrer schwächer werdenden Kinder. Die anderen 7 Familien wurden aus ihrem Dorf Katin vertrieben und müssen in notdürftigen Unterkünften auf Feldern kampieren.

Der 32-jährige Hauskirchenleiter Sompong Supatto wurde am 3. August während eines Gottesdienstes zusammen mit den beiden 18-jährigen Gemeindemitgliedern Boot Chanthaleuxay und Khamnvan Chanthaleuxay verhaftet. Sie sind nach Angaben der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch for Laos Religious Freedom“ in dem Dorf Boukham (Provinz Savannakhet) inhaftiert und müssen schmerzhaftes Hand- und Fußfesseln tragen.

Die Verfassung von Laos garantiert zwar die Religionsfreiheit, lokale Behörden gehen aber immer wieder gegen missionarisch aktive Christen vor. Sie werfen ihnen vor, das Volk zu spalten, was nach Artikel 9 der Verfassung verboten ist. Bitte fordern Sie in Briefen an den laotischen Ministerpräsidenten Bounnyang Vorachit (Vientiane) die Freilassung von Pastor Sompong Supatto und seiner beiden Gemeindemitglieder.

His Excellency,

H. E. Prime Minister Bouasone Bouphavanh P.M's Office, RUE Sisivat, Vientiane Laos

Subject: Request to Probe into the matter of the Pastor Sompong's Conviction.

Respected Sir,

I respectfully want to draw your attention towards the case of Pastor Sompong Supatto, he is a Protestant Christian having a family in the province Savannakhet. Pastor Supatto is aged about 32, and he was convicted for his faith in August 2008, and was arrested during a divine service with other believers in the village Boukham. He is the victim of faith, because his offence is his religion i.e. Christianity. I believe that the International Reputation of your Government will be enhanced, if it is observed that your legal system is also practicing and abiding by the Article 18 of the UN Declaration of Human Rights. Which states everyone's right for free expression of faith. Moreover the constitution of Laos also provides the religious freedom too. Therefore in the light of the afore said subject I would request you on the behalf of the International Society of Human Rights to take this matter seriously and release the Pastor in accordance with your convenience along with the other Christian worshippers, thus enabling them to practice their religion freely and to continue their peaceful duties towards their country. I believe by doing this you will also be able to enhance the interfaith relationship with the Christian residents of your country, along with the International Community.

In confidence of your careful attention, and positive response Sincerely Yours,

An Weihnachten flammte die Gewalt auf

Indien leidet unter vielen Krisen - Christen werden von radikalen Hindus verfolgt-Angst vor Aufweichung des Kastensystems

Von Judith Knöbel-Methner

RNZ 28.11.08,20

Heidelberg. Indien erzittert nicht nur unter islamistischen Anschlägen. Auch von radikalen Hindu-Gruppen geht blutige Gewalt aus. Sie richtet sich gegen die christliche Minderheit - und das schon seit Jahren. **Kirchen werden niedergebrannt, Christinnen vergewaltigt, Familien aus ihren Dörfern vertrieben, Männer ermordet. Seit 2005 nehmen die Übergriffe zu.**

Im vergangenen August wurde im Bundesstaat Orissa der hindunationalistische Guru Swami Laxmananda von Maoisten ermordet. Die Tat wurde jedoch den Christen angehängt. Innerhalb weniger Tage wurden über 500 ihrer Häuser und 17 Kirchen zerstört, 13 000 Menschen in die Flucht getrieben und rund 40 getötet.

„Bei vielen Hindus herrscht eine tiefe Angst vor einer Unterwanderung ihrer Kultur durch das Evangelium“, sagt Romy Schneider vom Missionshilfswerk Open Doors, das sich in über 50 Ländern für verfolgte Christen einsetzt. Vor allem radikale Hindugruppen, deren Ziel ein rein hinduistischer Staat ist, denken so.

Ein großer Teil der indischen Christen gehört zu den sogenannten Dalits, den Unberührbaren, der untersten Stufe im indischen Kastensystem, mit dem niedrigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status. Für sie bedeutet ihre Religion ein Stück Befreiung von der Benachteiligung durch das Kastensystem. Bestimmte Aspekte der indischen Kultur wie Kinderehen, Witwenverbrennung und Kindstötung sind unvereinbar mit dem Evangelium. Viele Hindus betrachten das Christentum daher skeptisch. Deshalb und auch in Bezug auf den christlichen Glaubensgrundsatz von Jesus als dem alleinigen Heilsbringer fordern hinduistische Fundamentalisten religiöse Kompromissbereitschaft - zur Not mit Gewalt.

Doch die Verfolgung hat weitere Gründe, auch wirtschaftliche. Als im August in Orissa christliche Geschäfte zerstört wurden, gab es bei hinduistischen Ladenbesitzern wenig Bedauern. „Für sie bedeutete das natürlich in erster Linie weniger Konkurrenz“, erklärt Schneider. Allerdings dächten nicht alle Hindus in Indien so: „Viele Christen auf der Flucht haben zum Beispiel Unterschlupf in hinduistischen Häusern gefunden.“

Unter Druck geraten die Christen regelmäßig wegen des Vorwurfs der Missionierung. In einigen Staaten wurden daher sogar Anti-Konversionsgesetze erlassen: „Die Missionierung eines Hindus mittels Gewalt oder Versprechungen wird dadurch verboten“, erklärt Michael Gottlob von der Indien-Ko-Gruppe von Amnesty International. Die gemäßigte indische Zentralregierung hat der christlichen Kirche gegenüber zwar eine neutrale Einstellung. Die Regierungen vieler Teilstaaten werden allerdings von der Hindu-partei BJP (Bharatiya Janata Party) und fundamentalistischen Hindu-Gruppen dominiert - etwa Rajasthan, Orissa, Gujarat, Chattisgarh, Madhya Pradesh, Karnataka und Bihar. Dort sind die Übergriffe gegen Christen besonders heftig. Gottlob fürchtet, dass die Gewalt an Weihnachten wieder aufflammt. Den hohen kirchlichen Feiertag nahmen schon im vergangenen

Jahr viele radikale Hindus zum Anlass, um gegen ihre christlichen Mitbürger zu ziehen.

> **Das Christentum in Indien** ist älter als in den christlichen Hochburgen Europas. Der Überlieferung nach kam der Apostel Thomas im Jahr 52 n. Chr. nach Indien und gründete mehrere christliche Gemeinden. Infolge der Erschließung des Seeweges nach Indien durch Vasco da Gama begann ab 1508 die Missionierung durch die Portugiesen. Ende des 19. Jahrhunderts setzte erster hinduistischer Widerstand gegen christliche Missionierungen ein.

Heute sind 82 Prozent der Inder Hindus, 12 Prozent Muslime, 2,3 Prozent Christen (rund 24 Millionen), der Rest verteilt sich auf andere Glaubensrichtungen. Es gibt vier christliche Hauptströmungen: orthodoxe, römisch-katholische (über 50 Prozent), protestantische und eigene einheimische Gruppen. Das derzeitige Hauptthema der Kirche in Indien ist die Sicherung ihres eigenen Überlebens.

Christen sind oft benachteiligt. So gelten etwa Studienplatz- oder Jobreservierungen für Angehörige der niederen Klassen nur dann, wenn diese keine Christen sind. Seit den 1980er Jahren kommt es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen mit Hindus. jkm

Christenverfolgung

Es gibt das Menschenrecht auf Religionsfreiheit

Von Till- R. Stoldt

DIE WELT 11. Dezember 2008, 17:33 Uhr

Christen werden fast überall, wo sie Minderheit sind, verfolgt. Doch sie setzen sich zur Wehr:

In Gaza, im Iran oder China nehmen Evangelikale Hilfswerke kein Missionsverbot hin, sondern schmuggeln Bibeln Land, um ihre Religion ausüben zu können. Trotzdem suchen verfolgte

Christen häufig Zuflucht in westlichen Ländern.

Am letzten Abend seines Lebens rief Rami Ayyad seine Frau an und sagte ihr, er werde wohl nie mehr nach Hause kommen, Extremisten hielten ihn gefangen. Noch in der Nacht fand man seine Leiche, von Messerstichen und Pistolenschüssen entstellt. Er hinterließ neben seiner Frau drei kleine Kinder.

Sein Verbrechen: Er hatte gewagt, in der palästinensischen Gaza-Stadt einen christlichen Buchladen zu eröffnen. Mehrfach hatten ihn Islamisten gewarnt, er werde sterben, wenn der Laden nicht schließe. Aber der Händler verkaufte weiter seine Bücher. Bis zum Tod.

Wenn das Recht auf freie Religionsausübung im Ausland nicht gewährleistet ist, sollte ...

Unterstützt wurde er dabei von dem christlichen Hilfswerk Open Doors (OD). Mit Geld, Gebet und Literatur auf Arabisch. Und so ist es häufig, wenn verfolgte Christen vor Ort der Repression widerstehen wollen:

Ermutigt und gefördert werden sie durch fromme Hilfswerke von denen OD nur das bekannteste ist.

Damit setzen die meist evangelikalen Hilfswerke den Kontrapunkt in der aktuellen Diskussion um die Aufnahme verfolgter Christen in westliche Länder. Während Kirchen und Politiker derzeit nur über Asylgewährung großen Stils sprechen, wenn es um Hilfe für verfolgte Christen geht, hält Open Doors dagegen: Würden Christen der Verfolgung stets weichen, wäre das Christentum bald ein US-Glaube mit europäischem Ableger.

Zwar sei Asyl für irakische Christen humanitär geboten, wie Deutschland-Chef Markus Rode einräumt. Vor allem aber dürfe darüber ein anderes Ziel nicht vergessen werden: die Hilfe für Verfolgte, die vor Ort bleiben wollen – im Falle der irakischen Christen zum Beispiel durch heimatnahe Neuansiedlung im relativ sicheren Norden des Landes. Dort hat OD durch Geld-, Tier- und Pflanzenspenden bereits vielen hundert Flüchtlingen zu einer neuen Existenz verholfen.

Hilfswerke wie Open Doors verstehen die Unterdrückung Gläubiger nicht primär als Startsignal zur Fluchthilfe, sondern als Aufforderung, die Attackierten in ihrer Heimat zu stärken – mit geschmuggelten Bibeln, geheimer Pastorenausbildung, Druckerpressen, Medizin und Geld. Aber auch mit Kursen für die Opfer antichristlicher Gewalt. Dort sollen die Gefolterten, Vergewaltigten oder Traumatisierten die Kraft finden, ihren Peinigern zu vergeben – und in ihrer Heimat, sozusagen am Tatort, auszuharren.

Wegen dieses Engagements werden OD-Mitarbeiter in Teilen Asiens und Afrikas oft als westliche Agenten beschimpft. Aber so absurd der Vorwurf klingt – ganz falsch ist er nicht. Diese Christen sind in der Tat Agenten eines westlichen Freiheitsverständnisses und vor allem des Menschenrechts auf Religionsfreiheit. **Das zeigt sich etwa, wenn OD christliche Buchhändler im Hamas-regierten Gazastreifen fördert. Oder iranische Pastoren, die im Mullah-Staat das Evangelium predigen. Man kann dergleichen als Beihilfe zum Himmelfahrtskommando bezeichnen. Man kann darin aber auch den unermüdlichen Versuch sehen, das Recht auf Religionsfreiheit in Theokratien und anderen zwangshomogenen Gesellschaften bekannt zu machen. Denn OD klagt auch dort religiöse Selbstbestimmung ein, wo es naturgemäß kaum jemand anders wagt, etwa in Ländern, die nichtislamische Mission und den öffentlichen Abfall vom Islam mit dem Tod bestrafen.**

Aber noch in anderer Hinsicht wirken diese Aktivisten als Agenten westlicher Freiheit: Sie testen aus, was die in den meisten Ländern theoretisch geltende Religionsfreiheit praktisch wert ist. Wie solch ein Praxistest aussieht, veranschaulicht der Fall von Lina Joy aus dem vermeintlich liberalen Malaysia. Die gebürtige Muslimin konvertierte mit 26 Jahren zum Christentum. Seitdem versucht sie, aus ihrem Personalausweis den Eintrag "Islam" streichen zu lassen. Vergeblich.

Kein Gericht des Landes gestattet ihr, offiziell aus dem Islam auszutreten, womit die Christin auch dem islamischen Erb- und Familienrecht unterworfen bleibt. Schließlich verbot sogar Ministerpräsident Abdullah Badawi jede öffentliche Diskussion des Falles. Stattdessen musste die Wahlchristin untertauchen, weil zornige Islamisten nach ihrem Leben trachteten. Nur dank OD-Mitarbeitern überlebte sie diese Enttarnung der malaysischen "Religionsfreiheit". Bislang.

Christliche Hilfswerke haben umstürzlerische Tendenzen

Dem Kampf christlicher Hilfswerke für Menschenrechte wohnt aber auch eine umstürzlerische Tendenz inne.

Etwa in Nordkorea, wo das Hilfswerk neben Lebensmitteln und Medizin auch viele Tausend Radios einschmuggelte, damit dortige Untergrund-Christen wenigstens per Radio an (südkoreanischen) Gottesdiensten teilnehmen und sich nebenbei der allgegenwärtigen Medienmanipulation des Regimes entziehen können.

Ähnlich in der Volksrepublik China. Wird dort ein Untergrundpastor geschnappt, drohen ihm schnell 20 Jahre Haft samt Folter und Umerziehungslager, weil das Regime staatsunabhängige Christengemeinden wohl zu Recht als potenzielle Oppositionsherde fürchtet. Doch das Wachstum der Untergrundchristen können selbst drakonische Strafen nicht stoppen. Ihre Zahl hat sich binnen Jahrzehnten auf 50 bis 80 Million Chinesen mindestens verdoppelt. Dazu trug OD erheblich bei durch viele Million eingeschmuggelter Bibeln, durch Schulung Zehntausender Gemeindeleiter, durch Geld, Medizin und Technik.

Ob in Nordkorea, Iran oder Teilen Nigerias – überall wurden schon Bibelschmuggler hingerichtet oder erschlagen. Solch frommer Opfermut könnte manche westlich-liberalen Zeitgenossen befremden, ahnt man bei Open Doors. Nur, so könnten die christlichen Aktivisten einwenden: Wer sonst außer Überzeugungstätern soll eifernden Theokraten und Diktatoren permanenten Widerstand leisten? Übrigens: Die Arbeit des ermordeten Buchhändlers von Gaza wird fortgesetzt. Nun betreibt seine Witwe den christlichen Buchhandel. Unterstützt wird sie dabei von Open Doors. Und noch haben die extremistischen Mörder nicht gewagt, wieder zuzuschlagen. Zeichnet sich da ein Gesinnungswandel ab? Ein erster Erfolg?

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22144>

Es ist wie ein Rausch
18.2.09

Keiner der drei Anklagepunkte gegen Gerhard Wagner hält einer kritischen Betrachtung stand. Eine Analyse der Vorwürfe von Salzburgs Weihbischof Andreas Laun.

Salzburg (kath.net) Es sind drei Vorwürfe gegen Gerhard Wagner, die die Zeitungen wieder und wieder abgedruckt haben, und die offenbar als Beweis dafür gemeint sind, dass er ungeeignet ist, Bischof zu werden, Beweis, dass er schrecklich ist.

Diese Vorwürfe lauten: Er behauptet die Heilbarkeit der Homosexualität, er hält „Harry Potter“ für verderblich, weil die Bücher die jungen Leser in einen ungesunden Satans- und Hexenglauben führen können, und er sieht Zusammenhänge zwischen Sünde und Abfall von Gott auf der einen Seite und Naturkatastrophen wie den Hurrikan, der eine Stadt mit relativ vielen Abtreibungs-Kliniken und noch viel mehr Bordellen zerstört hat.

Soweit die Anklage, das Urteil ist bekannt: „Weg mit ihm!“, vorgetragen in einer Tonlage, die unheimliche Assoziationen zum „Kreuzige ihn!“ wecken kann. Als ich vor Jahren mein kleines Buch gegen das Kirchenvolksbegehren herausgebracht hatte und es einem anderen, älteren Bischof gab, sagte dieser: „Gut, aber ich sage Dir: Ich habe den Nationalsozialismus erlebt, es war wie ein Rausch, und dagegen helfen keine Argumente. Heute ist es wieder so, wie ein Rausch! Du wirst die Leute nicht erreichen!“

Das ist wohl wahr, es gibt viele, viele Menschen, die auf der einen Seite wissenschafts-gläubig sind, auf der anderen Seite aber immun gegen Argumente. Und doch: Die Wahrheit kann untergehen, aber sie ertrinkt nicht, man kann sie nicht besiegen. Darum muss es eine Antwort auf die drei Anklagepunkte geben. Dass die Ankläger nur drei „Beweise seiner Schuld“ nennen können, spricht zusätzlich für sich:

1. Zur „Heilbarkeit der Homosexualität“

Wenn der Arzt einem Menschen sagt, er leide an dieser oder jener „Krankheit“, kann der Betreffende erschrecken, beleidigt ist er nicht. Nun, jemand zu sagen, seine Gefühle seien „krank“ ist insofern tatsächlich ein anderer Fall, weil sich der Mensch mit diesen seinen „Gefühlen des Verlangens“ identisch fühlt und darum meint, mit dem Begriff „Krankheit“ persönlich angegriffen zu werden, obwohl schwer einzusehen, warum ein Trieb, der biologisch gesehen eindeutig zwar nicht nur, aber doch wesentlich auf Fortpflanzung gerichtet ist, nicht krank genannt werden dürfte, wenn er in die biologisch falsche, sterile Richtung geht.

Dazu kommt: Mit „heilbar“ meint man ja eigentlich nichts anderes als „veränderbar“, und damit verwandelt sich die Frage in eine wertneutrale Sachfrage, die sich in moderner Diktion so stellen lässt: Ist die homosexuelle Orientierung veränderbar, und wenn ja, ändert sie sich manchmal „von selbst“ oder nur mit Hilfe eines Psychologen oder gar Arztes?

Antwort darauf geben zunächst Tatsachen: Eine dieser Tatsachen ist: Es kommt vor, dass Männer mit Familie plötzlich erklären, sie seien homosexuell, Frau und Kinder verlassen und zu ihrem „Freund“ ziehen. Umgekehrt gibt es Homosexuellen, die den Schritt der Veränderung in der anderen Richtung tun. Zudem gibt es Menschen mit homosexueller Orientierung, die Hilfe suchen und um Hilfe bitten. Das heißt: Es gibt ganz offenkundig „Veränderung der sexuellen Orientierung in beide Richtungen.“

Wer meint, gegen die gegen diese Tatsachen die „Wissenschaft“ auf seiner „ideologischen Seite“ zu haben, irrt: Der amerikanische Psychiater R. Spitzer, dessen Einfluss maßgeblich mitgewirkt hat bei der Entscheidung, Homosexualität aus der Liste der „Krankheiten“ zu streichen, sagt heute auf Grund seiner Untersuchungen: die homosexuelle Neigung ist tatsächlich veränderbar!

Bedenkt man diese Fakten und hält sich vor Augen, dass vergleichbare Veränderung wie eine Geschlechtsumwandlung von der Gesellschaft heute sehr wohl akzeptiert werden, folgt: Es gibt das Recht auf Veränderung, und es wäre diskriminierend, dieses Freiheitsrecht den zunächst homosexuell empfindenden Menschen vorzuenthalten. Auch der schon genannte R. Spitzer spricht vom „Recht auf Veränderung“, und dass er nach Veröffentlichung seiner Untersuchungsergebnisse wütend angegriffen und

sogar mit dem Tod bedroht wurde, spricht für sich!

Es genügt, das Wort „Heilung“ und „Therapie“ zu vermeiden, weil beide Begriffe „Krankheit“ logisch voraussetzen, und man auf die Gefühle der Betroffenen Rücksicht nehmen sollte. Nun, Wagner hat noch traditionell von Heilung gesprochen, aber der Sache nach hat er recht, es gibt Veränderung und die Homosexuellen haben ein Recht darauf, auch wenn eine Mehrheit der Betroffenen, nach dem Urteil von G. v. Aardweg, einem anderen Fachmann auf diesem Gebiet, die Veränderung nicht erreichen können, auch wenn sie es wollten.

Und deswegen, wegen einer richtigen Aussage mit einem nicht ganz glücklichen Begriff, soll ein Mann ungeeignet sein, Bischof zu sein? Man bedenke dabei: Über die Veränderbarkeit der sexuellen Orientierung eines Menschen, sagt die Kirche nichts, sie kann auch nichts sagen, dieses Urteil liegt nicht in ihrer Kompetenz: Wenn ein Bischof dazu redet, teilt er nur seine private Meinung mit, die sich allein auf seine sachlich gut oder schlecht abgesicherten Informationen stützt! Ein Kriterium dafür, ob er für das bischöfliche Amt geeignet ist oder nicht, kann ein solches Urteil auf keinen Fall sein!

2. Zum Urteil über Harry Potter

Wer es wissen will, braucht nur im Internet Stichworte wie Teufel, Hexen, Zauberei eingeben und er wird sehen! Die Welt der dunklen Mächte oder auch nur kranker Fantasien, der Betrüger und Lügengeister ist weit verbreitet! Wie kann es auch anders sein:

Nach einem berühmten Wort hausen auf verwaisten Altäre tatsächlich die Dämonen (Ernst Jünger)! Eine Veränderung, die ihre Logik in sich trägt: Wenn sich die Welt von Gott abkehrt, entsteht nicht eine Welt der Vernünftigkeit und der Millionen, die sich brüderlich umschlingen, sondern eine Welt, in die alte Ängste zurückkehren, die vom Aberglauben beherrscht wird und in der die uralten, unausrottbaren Triebe der Herrschsucht, der Geldgier und der Grausamkeit den Ton angeben.

Darum ist es durchaus verständlich, dass ein Priester sich besorgt zeigt, ob „Harry Potter“ in Jugendlichen nicht vielleicht doch Türen für unreine Geister und Fantasien öffnet, vor denen er warnen sollte. Allerdings, die Meinung über Harry Potter ist in der katholischen Welt geteilt, einige sind besorgt (wie z.B. Frau Kuby), andere halten sie für harmlos (P. Walthard Zimmer).

Hier ist nicht die Frage, wer mehr Recht hat, klar aber ist: Es ist verständlich und legitim, besorgt zu sein. Nun, Gerhard Wagner ist besorgt, und er mag sich irren, aber immerhin hat er gezeigt, dass er ein aufmerksamer Wächter für die ihm Anvertrauten ist. Sicher ist: Wenn Gerhard Wagner zur „besorgten Fraktion“ gehört, ist das absolut keine Disqualifikation für ihn.

3. Hurrikan und „Gottesstrafe“

2005 zerstörte der Hurrikan Katrina New Orleans. Pfarrer Wagner kommentierte das Ereignis in seinem Pfarrbrief folgendermaßen: „Der Hurrikan ‚Katrina‘ hat nicht nur alle Nachtclubs und Bordelle vernichtet, sondern auch alle fünf (!) Abtreibungskliniken. Wussten Sie, dass 2 Tage danach die Homo-Verbände im französischen Viertel eine Parade von 125.000 Homosexuellen geplant hatten? Wie erst so langsam bekannt wird, sind die amoralischen Zustände in dieser Stadt unbeschreiblich.“

Angesichts dieser Lage fragte Wagner: „Ist die auffallende Häufung von Naturkatastrophen nur eine Folge der Umweltverschmutzung durch den Menschen, oder mehr noch die Folge einer ‚geistigen Umweltverschmutzung‘? Darüber werden wir in Zukunft verstärkt nachdenken müssen.“ Nun, dieser Versuch Wagners, das Theodizeeproblem zu lösen, wurde von der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien in einer offiziellen Stellungnahme als „theologisch unhaltbare Kommentierung von

Naturereignissen“ verurteilt. Soweit die Worte Wagners, aus denen ihm jetzt zusammen mit den beiden anderen Vorwürfen ein Strick gedreht werden soll.

Aber auch dieser Anklagepunkt ist mehr als unzureichend: Erstens nimmt Wagner das Wort „Strafe Gottes“ nicht in den Mund und zweitens urteilt er nicht wirklich, sondern lädt nur ein, über einen möglichen Zusammenhang von Sünde und Unglück nachzudenken, nicht mehr und nicht weniger, es geht ums Nachdenken!

Die Gegner werden einwenden: Ja, aber hinter dieser Einladung zum Nachdenken steht deutlich erkennbar das Urteil: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der „geistigen Umweltverschmutzung“ und dem schrecklichen Naturereignis. Tatsächlich, Wagners Aussage suggeriert dieses Urteil, aber er behauptet nicht, den genauen Zusammenhang zu kennen, er bleibt vorsichtig.

Daraus ergibt sich die Frage: Steht dieser Gedanke im Widerspruch zum Glauben der Kirche? Nein, das tut er eindeutig nicht, er täte es nur in einer Art mathematischen Zuordnung: Da Sünde, dort Unglück, großer Sünde entspricht großes Unglück, kleiner Sünde kleines Unglück! Jesus hat in der Geschichte vom Blindgeborenen solche Rechnung eindeutig zurückgewiesen!

Aber angesichts der Toten, die der einstürzende Turm von Schiloach unter sich begrub, sagte derselbe Jesus: „Jene achtzehn Menschen, die beim Einsturz des Turms von Schiloach erschlagen wurden: Meint ihr, dass nur sie Schuld auf sich geladen hatten, alle anderen Einwohner von Jerusalem aber nicht?“ (Lk 13,4). Im Anschluss daran erzählt Lukas das Gleichnis vom Feigenbaum, der keine Früchte trägt, zunächst noch eine Chance bekommt, dann aber, wegen seiner Unfruchtbarkeit, umgehauen werden soll!

Erst recht entspricht der Gedanke, Unglück könnte auch mit Sünde zu tun haben, dem Alten Testament: In der Erzählung von der Sintflut, von Sodom und Gomorra, in den Texten aller Propheten, allgemein in dramatischer Bildrede: Weil die Menschen überheblich wurden und Gott vergaßen, „deshalb wurde ich für sie zu einem Löwen, wie ein Panther lauere ich am Weg. 8 Ich falle sie an wie eine Bärin, der man die Jungen geraubt hat.“ (Hosea 13, 7-8).

Und nicht zuletzt: Die katholische Kirche müsste „Fatima schließen“, wenn sie glauben würde: Es gebe keinerlei Zusammenhang zwischen Sünde und Unglücksfällen, seien es Unglücksfälle, die von Menschen gemacht sind, seien es Naturkatastrophen! Und was hat Wagner getan? Er hat nur, gut biblisch, gut katholisch das Nachdenken über diese sich daraus ergebenden Fragen angeregt! Kein Verstoß gegen ein Dogma der Kirche, nein, wirklich nicht, aber viele der Ankläger leugnen eine ganze Reihe katholischer Lehren!

Man kann sagen, das von ihm angesprochene Thema ist heikel, kann leicht benützt werden, um aus der Frohbotschaft eine Drohbotschaft zu machen, nur – das hat Wagner nicht getan und dass er das schwierige Thema im Pfarrbrief nicht erschöpfend abgehandelt hat, wird ihm auch der erbitterteste Feind nicht zum Vorwurf machen können!

Das Ergebnis erinnert an den Prozess Jesu: Keiner der Anklagepunkte hält einer kritischen Betrachtung stand, sie sind null und nichtig. Es ist jedem Christen erlaubt zu denken, es hätte einen besseren Kandidaten gegeben als Wagner, aber zu behaupten, er wäre ungeeignet wegen seiner Ansichten“ ist Unsinn!

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22803>

US-Gericht verurteilt Bibel-Verhöhnung
5.5.09

Ein Schüler verklagte seinen Geschichtslehrer, weil dieser im Unterricht unter anderem den biblischen Schöpfungsbericht als „abergläubischen Unsinn“ bezeichnet hatte, und bekam Recht.

Santa Ana (kath.net) In einem Rechtsstreit zwischen einem US-Geschichtslehrer und seinem Schüler hat der Schüler Recht bekommen: Er hat den Lehrer verklagt, der im Unterricht die biblische Schöpfungsgeschichte als "abergläubischen Unsinn" bezeichnet hatte. Ein US-Bundesrichter in Kalifornien entschied, dass der Lehrer James Corbett damit gegen die US-Verfassung verstoßen hatte. Das meldet oe24.at.

Der Schüler verklagte den Lehrer, weil dieser vor der Klasse mehr als 20 Äußerungen gemacht habe, die die Bibel und den christlichen Glauben herabsetzten. Besonders die Bezeichnung „abergläubischer Unsinn“ für die biblische Schöpfungsgeschichte verstößt laut Gerichtsurteil gegen die vorgeschriebene Neutralität von Staatsbediensteten in Religionsfragen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=31559>
24.5.11

Mitten im Kulturkampf. Europa zwischen zwei Lebensentwürfen

Wer als Christ bestehen will, ist geistig mit einem zunehmend heftigen Gegenwind konfrontiert.“ Ein Kommentar von Christof Gaspari / Vision 2000

Wien (kath.net/ [Vision2000.at](http://www.vision2000.at)) Es geht in diesem Schwerpunkt nicht darum, eine mittelalterliche Idylle zu zeichnen, in der die Botschaft Christi eine heile Welt erzeugt habe. Das 1000jährige Mittelalter war vielmehr – wie jede Periode der Geschichte – geprägt von Phasen des Aufschwungs und der Degeneration, der Erneuerung und des Verfalls.

Immer wieder bedurfte das gesellschaftliche Leben der Erneuerung: So spricht man von der „Karolingischen Renaissance“ (Wende zum 9. Jahrhundert), der „Gregorianischen Reform“ (11. Jahrhundert), der Reformbewegung durch die Bettelorden (13. Jahrhundert)... Das Gemeinsame dieser Reformen: Sie hatten einen festen Bezugspunkt, die Heilige Schrift, die Lehre der Kirchenväter. Eine Erneuerung von der Wurzel her war also möglich, eine Wiederbelebung des Geistes, der die vorherrschende Kultur vom Ursprung her geprägt hatte.

Das Auf und Ab von Blüte und Verfall im Mittelalter macht deutlich: Das Errichten einer christlichen Kultur allein reicht nicht, um die Geschicke der Menschen zum Guten zu lenken. Sicher bietet eine solche Kultur eine gute Basis für menschliche Entfaltung. Aber sie bewahrt nicht vor Fehlverhalten, Hybris und Missbrauch von Macht und Reichtum.

Weil es gegen Ende des Mittelalters zu ärgernisregendem Fehlverhalten, vor allem auch bei kirchlichen Würdenträgern kam, wurde der Boden für eine grundsätzliche Infragestellung des bisherigen Ansatzes aufbereitet. Für heutige Vorstellungen kaum nachvollziehbar war der Verfall des Papsttums: Gefangenschaft in Avignon, Gegenpäpste, Päpste, die sich als weltliche Herrscher (Alexander VI.), ja als Kriegsherren verstanden (Julius II.). Kein Wunder, dass sich Unmut regte, nach tiefgreifenden Reformen gerufen wurde.

Reformatoren traten auf den Plan: Hus, Luther, Zwingli, Calvin. Es kommt zur Glaubensspaltung. Sie wird von Europas Fürsten, die in der Emanzipation vom einheitsstiftenden Prinzip der Christenheit die Chance auf Machterweiterung sehen, instrumentalisiert. Es folgen Jahrzehnte mörderischer Religionskriege.

Mit der Krise des Glaubens, dem tragenden Element der mittelalterlichen Ordnung, beginnt eine Befreiungsbewegung von jenem kulturellen Rahmen, in dem sich das Leben des Menschen bis dahin abgespielt hatte.

Kardinal Joseph Ratzinger kennzeichnet dies (in Glaube, Wahrheit, Toleranz), wie folgt: „Die Epoche, die wir Neuzeit nennen, ist von Anfang an durch das Thema Freiheit bestimmt; der Aufbruch nach neuen Freiheiten ist überhaupt der einzige Grund, der zu einer solchen Periodisierung berechtigt. Luthers Kampfschrift Von der Freiheit eines Christenmenschen schlägt sofort das Thema in kräftigen Tönen an. (...) Es ging um die Freiheit des Gewissens gegenüber der kirchlichen Autorität, also um die innerste Freiheit des Menschen überhaupt. (...) Dass plötzlich das ganze Ordnungssystem der mittelalterlichen Kirche letztlich nicht mehr zählte, wurde als ein ungeheurer Befreiungsschub empfunden.“

Und weiter: „Der ganzen Aufklärung gemeinsam ist der Wille zur Emanzipation... (...) Es geht um den Ausbruch der Einzelvernunft aus den Bindungen der Autorität, die alle kritisch überprüft werden müssen. Nur das vernünftig Einsichtige soll gelten.“

René Descartes, Philosoph und Mathematiker, beeindruckt von den wissenschaftlichen Erkenntnissen seiner Zeit, zeigt schon im 17. Jahrhundert die Perspektiven auf, die das Denken und Streben unserer Tage prägen. Es gehe darum, schreibt er (in Discours de la méthode), „eine praktische (Philosophie) zu finden, die uns die Kraft und Wirkungsweise des Feuers, des Wassers, der Luft, der Sterne, der Himmelsmaterie und aller anderen Körper, die uns umgeben, ebenso genau kennen lehrt, wie wir die verschiedenen Techniken unserer Handwerker kennen, so dass wir sie auf eben dieselbe Weise zu allen Zwecken, für die sie geeignet sind, verwenden und uns so zu Herren und Eigentümern der Natur machen könnten.“

Voltaire greift diese Gedanken im 18. Jahrhundert auf und verhilft ihnen zum Durchbruch. Dazu der Historiker Jean Daujat: „Von da an wird die grenzenlose Zuversicht in die Fähigkeiten der menschlichen Vernunft vorherrschen. Sie stützt sich

ebenso auf die raschen Erfolge des Fortschritts aller Wissenschaften wie auf die erfolgreichen literarischen Werke der großen Klassiker: der Mensch, der ausschließlich auf die natürliche Erleuchtung seiner Vernunft vertraut, braucht keine göttliche Offenbarung. Er ist von Natur aus gut und bedarf nicht der Gnade und des Heils. (...) Gleichzeitig mit dem Christentum lehnt Voltaire aber alle Religionen ab, die vom Eingreifen Gottes reden oder davon, man könne mit Ihm in Beziehung treten.“

Damit sind wir bei der Aufklärung angelangt, in der ein fundamentales Gegenkonzept zum bis dahin christlichen Grundentwurf Europas ans Licht tritt. An die Stelle Gottes als Maß aller Dinge, als Ursprung und Ziel, tritt nunmehr der Mensch, durch dessen Vernunft sich Perspektiven eines grenzenlosen Fortschritts auf tun würden. Den Stand des Wissens sollte im 18. Jahrhundert die Encyclopédie zusammenfassen, um die Souveränität des Menschen zu dokumentieren. Dazu Daujat: „Die Encyclopédie sollte eine vollständige Übersicht über alles menschliche Wissen, das durch die menschliche Vernunft erworben worden war, bieten. Ihre Initiatoren, Diderot und der große Mathematiker d'Alembert, machten aus ihr eine Waffe gegen das Christentum und alle Religionen, indem sie behaupteten, sie bewiese die grenzenlosen Fähigkeiten der menschlichen Vernunft. Die Encyclopédie hatte einen enormen Einfluss auf die Verbreitung eines Rationalismus, der sich jeder Offenbarung und jeder göttlichen Einflussnahme entgegenstellte...“

Aus der berechtigten Kritik an Missständen war eine geistige Revolution geworden, die alles auf den Kopf stellte: An die Stelle Gottes als Gesetzgeber tritt der Mensch, von dem Jean Jacques Rousseau postuliert, er sei von Natur aus gut. Emmanuel Joseph Sieyès, Generalvikar von Chartres, Freimaurer, Wegbereiter des Umsturzes in Frankreich, bringt diese Umkehrung auf den Punkt:

„Die Nation besteht vor allem anderen, sie ist der Ursprung von allem. Ihr Wille ist legal, sie selbst ist das Gesetz... Die Nation ist nicht nur keiner Verfassung unterworfen, sondern sie kann es nicht sein, sie darf es nicht sein, also gleichen Sinnes gesagt, ist sie es nicht... Eine Nation kann auf irgendeine Weise wollen, es genügt, dass sie will; alle Formen sind gut, und ihr Wille ist immer das oberste Gesetz.“

In diesen wenigen Sätzen sind bereits die Weichen hin zu allen Totalitarismen der folgenden Jahrhunderte gestellt: der Mensch als höchste Instanz. Man ist an die Verheißungen des Widersachers im Paradies erinnert: Ihr werdet sein wie Gott.

Diesen Emanzipationswillen kennzeichnet Kardinal Ratzinger (Glaube, Wahrheit...) so: „Das implizite Ziel aller modernen Freiheitsbewegungen ist es, endlich wie ein Gott zu sein, von nichts und niemandem abhängig, durch keine fremde Freiheit in der eigenen beschränkt.“ Damit sei das Bild einer Göttlichkeit errichtet, die rein egoistisch ist, erklärt Ratzinger, „ein Götze, ja, das Bild dessen, was die christliche Überlieferung den Teufel – den Gegengott – nennen würde...“

Daher auch die Feindschaft gegenüber der Kirche. Von Voltaire stammt das Wort: „Écrasez l'infâme!“ – „Zermalmt die Niederträchtige!“ Und: „Es gibt ein Recht auf Blasphemie, sonst gibt es keine wahre Freiheit.“ Bei Jean Meslier, einem Priester, der im Selbstmord endete und dem die Französischen Revolution ein Denkmal errichten wollte, liest man es wieder so: „Alles, was Euch Eure Priester und Eure Doktoren so beredsam über die Größe, das Vortreffliche und das Heilige der Mysterien predigen, ... ist im Grund nichts als Illusionen, Lügen, Vorspiegelungen und Betrug, zuerst zu politischen Zwecken erfunden, dann von Verführern und Heuchlern fortgesetzt und von unwissenden, groben Völkern empfangen und blind geglaubt.“

Klarerweise drängte diese in den Debattierklubs und Zirkeln der Aufklärer entwickelte Sichtweise auf Umsetzung. Sie inspirierte die Elite Frankreichs (Adelige, Geistliche und Bürger), das von Gottes Gnaden errichtete (jedoch äußerst dekadente) Königtum zu stürzen, um das neue Reich der Freiheit zu errichten. Seither wird die Französische Revolution als Anbruch einer neuen Zeit des Fortschritts angesehen.

Um welchen Preis dieser „Fortschritt“ erkaufte wurde, zeigen die Opferzahlen: 17.000 zum Tode Verurteilte, 35.000 Opfer der „Terreur“, 400.000 bis 1800 in Kriegen Gefallene und eine weitere Million Opfer in den napoleonischen Kriegen.

Mit welcher Grausamkeit ans Werk gegangen wurde, kommt im Brief des Generals Westermann, der die Revolutionstruppen in der Vendée befehligte, zum Ausdruck. An den Konvent schrieb er am 23.12.1793: „Die Vendée gibt es nicht mehr. Ich habe sie soeben in den Sümpfen von Savenay begraben. Ich habe Kinder unter den Hufen der Pferde zertreten und Frauen massakriert. Nicht einen einzigen Gefangenen habe ich mir vorzuwerfen. Ich habe alles ausgelöscht...“

Keine Frage: Grausamkeit ist keine Spezialität von Revolutionären, wohl aber Kennzeichen aller folgenden Versuche, endgültig das Reich des Menschen aufzurichten. Unvorstellbare Blutbäder gab es in der Commune de Paris (1871), unter der Sowjetherrschaft in Russland, der Nazi Herrschaft in Deutschland, der Kulturrevolution in China... Wo immer der Mensch alle Rückbindungen an eine transzendente Vorgabe ablegt, artet das Geschehen in Unmenschlichkeit aus.

Was lehrt uns dieser Rückblick? Dass Europa mit zwei Menschen- und Weltbildern konfrontiert ist: mit dem christlichen, aus dessen Wurzeln es hervorgegangen ist, und mit dem der Aufklärung, das sich als Gegenentwurf versteht und dessen Umsetzungsversuche die Geschichte der beiden letzten Jahrhunderte geprägt hat. Dazu Kardinal Ratzinger (in: Ohne Wurzeln – Der Relativismus und die Krise der europäischen Kultur):?

„So hat in Europa einerseits das Christentum seine wirksamste Gestaltwerdung erlebt, aber zugleich ist in Europa eine Kultur gewachsen, die den radikalsten Widerspruch nicht nur gegen das Christentum, sondern gegen die religiösen und moralischen Traditionen der Menschheit überhaupt darstellt.“

Wir stehen mitten in diesem Kulturkampf. Obwohl er nicht mit Waffen ausgefochten wird, nimmt er an Intensität zu, denn die Gottlosigkeit ist mittlerweile zur Staatsreligion geworden. Daher schreitet sie im öffentlichen Raum voran. Wesentliche, christlich geprägte Werte werden mit scheinbar menschenfreundlichen Gesetzen und im Namen der Menschenrechte unterlaufen: das Lebensrecht des ungeborenen Kindes wird dem Selbstbestimmungsrecht der Frau geopfert, die Gestalt der Familie dem Diskriminierungsverbot gegenüber Homosexuellen, das Erziehungsrecht der Eltern gesundheitspolitischen Verpflichtungen des Staates, das die Religionsfreiheit wird umgedeutet, um die Freiheit von Religionsausübung im öffentlichen Raum durchzusetzen...

Ohne fixen, transzendenten Bezugspunkt erweisen sich die Menschenrechte als Blendwerke, die je nach

Nützlichkeit so oder so zum Zuge kommen.

An dieser Stelle ist es mir wichtig festzuhalten, dass Sie, liebe Leser, diese Aussagen nicht als Klagelied, sondern als Situationsbeschreibung aufnehmen. Wer als Christ bestehen will, ist geistig mit einem zunehmend heftigen Gegenwind konfrontiert.

Diesem geistigen Kampf müssen sich Christen heute stellen. Bestehen werden sie ihn, wenn sie nicht auf eigene Kraft und kluge Einsichten, sondern auf größere Hingabe an den Heiligen Geist setzen. Er ist uns in dieser österlichen Zeit in besonderer Weise zugesagt.

Und Er wird uns zu Zeugen der Wahrheit rüsten wie die Apostel zu Pfingsten: Damit auch wir verkünden, dass nur in Jesus Christus das Heil ist, heute wie seit jeher

17. Dezember 2017, 11:10 Uhr

Pakistan

Mindestens acht Tote bei Attentat auf Kirche

Zwei Selbstmordattentäter haben einen christlichen Gottesdienst in Pakistan attackiert.

Mindestens acht Menschen wurden getötet, Dutzende verletzt.

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Kirche in Pakistan sind nach Behördenangaben mindestens acht Menschen getötet worden. Mehr als zwei Dutzend weitere Menschen wurden verletzt, mindestens sechs davon lebensbedrohlich. Ziel der beiden Selbstmordattentäter war die Methodistenkirche in der Stadt Quetta, der Hauptstadt der südwestlichen Provinz Baluchistan. Baluchistans Innenminister Sarfraz Bugti zufolge stürmten zwei Selbstmordattentäter auf die Kirche zu, als der Sonntagsgottesdienst gerade begonnen hatte. Dort lieferten sie sich eine Schießerei mit Sicherheitskräften.

Einen der Täter erschossen Polizisten noch im Eingangsbereich der Kirche, bevor er seine Sprengweste zünden konnte. Der zweite sei bis zum Hauptportal vorgedrungen, wo er sich in die Luft gesprengt habe, erklärte Bugti. Zwei Unterstützer sollen auf der Flucht sein, nach ihnen wird gefahndet.

Weihnachtsgottesdienst mit 400 Besuchern

Bugti zufolge werden die Sonntagsmessen in der Regel von rund 250 Menschen besucht. Wegen des bevorstehenden Weihnachtsfestes hätten aber mehr Menschen teilgenommen. Ein Polizeivertreter sprach von 400 Kirchenbesuchern.

Ein Augenzeuge, der mit einem Schuss im rechten Arm getroffen wurde, berichtet von einem Knall während des laufenden Gottesdienstes, gefolgt von vielen Schüssen. "Es herrschte Chaos", sagte er der Nachrichtenagentur AP. "Die Menschen wurden in der geschlossenen Kirche von Kugeln getroffen."

Christen werden in Pakistan immer wieder Ziel von Anschlägen islamistischer Extremisten. Vor einem Krankenhaus in der Nähe der Kirche versammelten sich nach der Attacke Demonstranten, um gegen die prekäre Sicherheitslage zu protestieren. Bislang hat sich jedoch noch keine Gruppierung zu dem Anschlag bekannt.

In der rohstoffreichen Provinz Baluchistan, die an [Iran](#) und [Afghanistan](#) grenzt, kommt es immer wieder zu Anschlägen islamistischer Aufständischer. Zudem kämpfen verschiedene Rebellengruppen seit 2004 für politische Autonomie.

irb/AFP/AP/Reuters

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/pakistan-mehrere-tote-bei-selbstmordanschlag-auf-kirche-a-1183753.html>

"Der Hass fanatisierter Menschen auf das andere"

DIE WELT 12. Dezember 2008, 02:32 Uhr

Über die Ursachen der Christenverfolgung

Menschenrechtsexperte Professor Thomas Schirmmacher vom Institut für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz über den Versuch, die Unterdrückung Andersgläubiger zu legalisieren

DIE WELT:

Professor Schirmmacher, ursächlich für Angriffe auf Christen sind oft aggressive, westliche Missionare, die in nicht christliche Lebenswelten eindringen - diese Meinung ist hierzulande verbreitet. Sind verfolgte Christen also selbst schuld?

Thomas Schirmmacher:

Wie kommen Sie darauf?

Immer wieder werden Fälle von Missionaren bekannt, die genau in den Regionen öffentlich für den Glauben werben, wo Verfolgungen ausbrechen; etwa in der indischen Region Odessa, wo radikale Hindus seit Monaten durch die Dörfer ziehen und Jagd auf Christen machen.

Schirmmacher:

Aber solche Missionare sind stets Einheimische und absolut friedlich. Zumindest ein Inder muss mit seinen indischen Landsleuten doch noch über seinen Glauben reden, also ein Menschenrecht wahrnehmen dürfen. Das ist mancherorts zwar riskant, aber deshalb darf man nicht Opfer und Täter verwechseln. Außerdem werden bei der derzeitigen Christenjagd in Indien nur wenige Missionare getötet.

Sondern?

Schirmmacher:

Uns erreichen vor allem Berichte von christlichen Waisenhäusern, die zerstört und angezündet wurden. Eine unbekannte Zahl von Kindern ist dabei verbrannt, viele sind untergetaucht. Und die Kinder haben ganz bestimmt nicht missioniert!

Trotzdem zielt die Christenverfolgung laut nationalistischer Hindu-Verbände darauf ab, die Ausbreitung des christlichen Glaubens zu stoppen, weil er Indien überfremde.

Schirmmacher:

Überfremden? Es gibt zwei Prozent Christen in Indien. Außerdem wird auf diese Sorge längst Rücksicht genommen: Wo in der indischen Öffentlichkeit für den christlichen Glauben geworben wird, sind Einheimische am Werk, nicht Europäer und Amerikaner

Gilt das auch außerhalb des indischen Subkontinents?

Schirmmacher:

In der Tendenz schon. In Asien und Afrika gibt es immer weniger ausländische christliche Missionare. Bei Katholiken und liberalen Protestanten hat der postkolonialistisch anmutende weiße Missionar längst ausgedient, bei den Evangelikalen stammen vielleicht noch 25 Prozent der Missionare aus westlichen Ländern, Tendenz sinkend, und die arbeiten unter Leitung der einheimischen Kirchen.

Halten Sie auch den Vorwurf "aggressiver Mission" für ungerecht?

Schirmmacher:

Allerdings. Gerade wo Christen Verfolgung droht, sprechen sie nur sehr behutsam über ihren Glauben, weil sie ja um die Gefahr wissen. Allzu oft verbirgt sich hinter der Etikettierung als "aggressive Mission" auch eine Empfindlichkeit, die von repressiver Intoleranz nicht mehr zu unterscheiden ist. Wenn etwa ein Christ im Iran sagt, der dortige Islam sei zu hart, dann kann ihn ein iranischer Mullah bereits wegen aggressiver Mission verklagen. Aber wollen wir uns diese Maßstäbe von Theokraten zueigen machen?

Die Führer mancher islamischer Staaten würden mit Ja antworten.

Schirmmacher:

In der Tat, die unternehmen derzeit einen Angriff auf die Religionsfreiheit der UN-Charta und versuchen, sie neu zu definieren. Im UN-Menschenrechtsrat hat eine große Gruppe islamischer Staaten Ende November versucht, Religionsfreiheit so auszulegen, dass der Schutz des Glaubens vor vermeintlicher Respektlosigkeit radikal ins Zentrum gestellt wird - zulasten der Freiheit vom oder zum Glauben.

Was fiele laut dieser Definition unter "Respektlosigkeit"?

Schirmmacher:

Kritik am Islam zum Beispiel, aber auch Missionsversuche. All das würde als Verstoß gegen die Menschenrechte gelten, sollte sich die Mehrzahl islamischer Staaten mit ihrem Vorhaben durchsetzen.

Ließe sich die Gewalt gegen Christen vermeiden, wenn diese auf jegliche Missionsarbeit verzichteten?

Schirmmacher:

Nur einem Bruchteil der weltweit rund 200 Millionen verfolgten Christen wäre damit geholfen. **Denn die größten Verfolgungstragödien der Gegenwart - ob in China, Nordkorea oder im Irak - sind keine Reaktion auf Missionare, auch wenn hierzulande manchmal ein anderer Eindruck erweckt wird.**

Was steht tatsächlich dahinter?

Schirmmacher:

Mal die Sorge vor politischem Kontrollverlust, mal der Hass fanatisierter Menschen auf das andere und Fremde, mal der Wunsch, seinen Zorn an Sündenböcken auszuleben ...

... etwa im Irak ...

Schirmmacher:

... ja, dort lassen die Islamisten ihren durch den Krieg entfachten Zorn an den Wehrlosesten aus. Irakische Christen verfügen über keine Mittel, um sich gegen Massaker, Vergewaltigung und Folter zu verteidigen, sie haben weder im Militär noch in der Polizei Rückhalt. Die sind allein. Erzählen Sie mal einem irakischen Christen, er werde verfolgt, weil er mit aggressiven, westlichen Missionaren im Bunde stehe. Der würde lachen, wenn er noch lachen könnte.

Die Bundesregierung fördert Agitation gegen verschiedene Christen

Steeb: Die Bundeszentrale für politische Bildung vermittelt Ideologie statt Information

Es sei unglaublich, dass der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, in seinem Begleitbrief zur Verteilung der Zeitschrift „Q-rage“ Islamisten und Evangelikale auf eine Ebene derer stelle „die wichtige Freiheitsrechte in Frage stellen“. Die von der Bundesregierung geförderte Publikation wurde in den letzten Tagen in einer Auflage von 1 Million von der Bundeszentrale an die Schulen in Deutschland versandt. Ohne Begründungen würden hier - nach Angaben der Zeitschriftenmacher etwa 1,8 Millionen – Evangelikale vom für die Information und politische Bildung verantwortlichen Präsidenten in die Nähe von Verfassungsfeinden gerückt, schreibt Hartmut Steeb, der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz an den Präsidenten. Dass er dabei auch noch den verleumderischen Artikel voller Falschbehauptungen über den im Frühjahr 2008 stattgefundenen Christival-Kongress in seinem Begleitbrief auch noch als „interessante Informationen“ darstelle, zerstöre das Vertrauen in die politische Bildungsarbeit dieser Bundesregierung. So werde u. a. in völliger Umdrehung der Tatsachen behauptet, dass 20.000 junge Christen beim Christival Bremen unsicher gemacht hätten. Richtig sei aber, dass Gegner des Christivals in Bremen für Krawalle verantwortlich seien, die von den Christival-Besuchern ohne jede Gewalterwiderung geblieben seien. „Während die Konversion zum muslimischen Glauben als eine positive Lebensalternative vorgestellt wird, herrscht in der vor einigen Tagen an die Schulen in Deutschland verschickten und von der

Bundesregierung geförderten Zeitschrift „Q-rage“ eine unglaubliche Intoleranz gegenüber evangelischen Christen und ihren Glauben“, fasst Hartmut Steeb seine Eindrücke nach der Lektüre zusammen.

Wenn Ideologie statt Information verbreitet wird, kann dies nicht ohne Konsequenzen bleiben

Das Magazin ist nach eigenen Angaben in einer Auflage von einer Million erschienen und wird an Schulen verteilt. Darin haben Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren Artikel verfasst, die sich mit dem Thema Diskriminierung in Deutschland befassen. "Sie gehen der Frage nach: Wie steht es um das multikulturelle Zusammenleben im Land?", kündigt das Heft an. "Sie berichten von gelungenen Beispielen des Miteinanders, aber auch von Problemen mit Diskriminierung der unterschiedlichsten Art."

„Es ist ein verständliches Bestreben, Jugendliche zur Aktion und zum Schreiben anzuleiten“, schreibt Steeb in seinem Brief an Thomas Krüger. Aber das entbinde ja weder Zuschussgeber noch ihn als Beförderer dieser Zeitschrift nicht von der Pflicht, sachlich zu informieren anstatt der Verbreitung von Ideologie Vorschub zu leisten. Das Blatt enthalte auch so viele objektiven Falschdarstellungen, dass sich die Frage stelle, ob es in der Bundeszentrale für politische Bildung und bei der Vergabe öffentlicher Mittel für Bildungsaufgaben keine Qualitätskontrolle gebe. „Oder sitzen nur die falschen Leute am falschen Platz?“, fragt Steeb.

Inzwischen hat der Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes kep, Wolfgang Baake den Rücktritt des Präsidenten Thomas Krüger gefordert und die Bundesregierung gebeten, sich von den Inhalten der Publikation zu distanzieren. Nötig sei auch, dass der immense Vertrauensverlust wieder gut gemacht werde durch eine zutreffende Information über die Evangelikalen und das Christival und ihre Verfassungstreue, ergänzt Steeb.

krueger@bpb.de

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86

53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-0 (Zentrale)

Tel +49 (0)228 99515-115 (Kundenberatung)

Fax +49 (0)228 99515-113

E-Mail: info@bpb.de

- [Anfahrtsskizze zur Adenauerallee](#)

Sieglinde WE

----- Original-Nachricht -----

> Datum: Sat, 20 Dec 2008 23:53:21 +0100

> Von: "Deutsche Evangelische Allianz (DEA)" <Info@ead.de>

> An: "Deutsche Evangelische Allianz (DEA)" <Info@ead.de>

- > Betreff: Q-Rage müssen wir mit Courage begegnen
- > Liebe Schwestern und Brüder, liebe Freunde,
- >
- > seit Donnerstag vergangener Woche glühen die Drähte im Hinblick auf die
- > Tatsache, dass der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung
- > (bpb), Thomas Krüger, in einem Schreiben an 20.000 Schulen in einem Atemzug
- > "islamistische und evangelikale Gruppen, die wichtige Freiheitsrechte in
- > Frage stellen" genannt hat. Dabei war der Hinweis auf "interessante
- > Information" in einer Zeitschrift "Q-rage" mit kräftigen Verdrehungen der
- > Wirklichkeit im Hinblick aufs Christival und die damaligen Auseinandersetzungen.
- > Andererseits findet sich darin laut Präsident Krüger ein einfühlsames
- > Porträt über eine 17-jährige Konvertitin zum Islam.
- >
- > Wir haben kräftig dagegen protestiert und manche Unterstützung, auch von
- > Bundespolitikern - u.a. dem Vorsitzenden und Stellvertretenden
- > Vorsitzenden des Kuratoriums des bpb - erfahren. Präsident Krüger hat sich zwar für
- > den Beitrag in "Q-rage" übers Christival entschuldigt, der nicht
- > akzeptabel sei, nicht aber für seinen eigenen haarsträubenden Vergleich zwischen
- > islamistischen und evangelikalen Gruppen und auch nichts davon
- > zurückgenommen, dass "evangelikale Gruppen...wichtige Freiheitsrecht in Frage
- > stellen". Am Dienstag kommt er nach Stuttgart zu einem 4-Augen-Gespräch mit mir.
- >
- > Eigentlich wollte ich erst nach dem Gespräch meinen nächsten Bericht
- > geben. Nun aber haben die taz und Spiegel-online, die wesentlich hinter
- > "Q-rage" stehen und die in "Q-rage" schreibenden Schüler betreuend
- > unterstützen, in ihren Medien "zum Kampf geblasen" und Präsident Krüger des
- > "Einknickens" beschuldigt (was er ja - siehe oben - noch längst nicht getan hat).
- > Dabei werden aber erneut die Vorgänge beim Christival aufgemischt und
- > unsere Bewegung insgesamt.
- > <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,596970,00.html>;
- > <blocked::http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,596970,00.html>;>
- > <http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/bundeszentrale-knickt-vor-evangelikalen-ein>;
- > <blocked::http://www.taz.de/1/leben/medien/artikel/1/bundeszentrale-knickt-vor-evangelikalen-ein>;>
- > <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/kotau-vor-christen-fundis>
- > <blocked::http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/kotau-vor-christen-fundis> .
- >
- > Ich danke allen, die sich in der vergangenen Woche durch Schreiben,
- > Gespräche, Gebete in die Diskussion eingemischt bzw. sich an der
- > Auseinandersetzung beteiligt haben. TAZ und Spiegel-online versuchen mit ihren Beiträgen
- > nun massiv, die insgesamt bisher - aus meiner Sicht - gut verlaufende
- > Protestaktion umzudrehen. Nun ist zu erwarten, dass von den dort nahestenden
- > Gruppen Druck auf Politiker kommt. Darum erscheint es mir nötig, auch
- > unsererseits nicht nachzulassen sondern unsere Möglichkeiten zu nutzen. Ich
- > stelle mir das u.a. so vor, dass jeder das ihm mögliche tut:
- >
- > 1. Wer braucht noch diese Information? In welche vertrauensvolle Kanäle
- > kann ich das gebeten, damit gebetet und geschrieben wird? Dazu kann dieses
- > mail weiter geleitet werden.
- > 2. Kann ich selbst trotz des Termindrucks noch schreiben und andere zum
- > Schreiben ermutigen?
- > 3. Kann ich selbst einige Zeit an Online-Diskussionen teilnehmen oder wen

- > kann ich dazu ermutigen?
- > 4. Habe ich die Chance Jugendliche zu gewinnen, die selbst beim Christival
- > waren und von ihren eigenen Eindrücken schreiben?
- > 5. Leserbriefe an TAZ, Spiegel-Online, Welt und die noch berichtenden
- > Medien (Aufmerksamkeit, wo jetzt weiteres auftaucht, ist gefragt)
- > 6. An die Finanzträger für q-rage schreiben, die dieses Projekt
- > finanziell unterstützen (auch die Kritik daran, dass trotz "Distanzierung" durch
- > den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung dieses
- > öffentlich geförderte Medium die Verbreitung weiter aufrecht erhält, sich nicht
- > von diesem Beitrag auch seinerseits distanziert usw.)
- > - Bundeszentrale für politische Bildung (bfb)
- > - Beiratsmitglieder des bfb
- > - Bundespresseamt
- > - Bundesinnenministerium
- > - Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
- > - Bundestagsabgeordnete
- > - Landtagsabgeordnete
- > - Kultusminister der Länder (Bildung, Verteilung von so genannter Bildung
- > an Schulen ist Ländersache)
- > - Europäischer Sozialfonds (da auch von dort finanziert, können auch
- > Europaabgeordnete um Intervention gebeten werden), Lehrerverbände,
- > Elternvertretungen usw.
- >
- > (Adressen zum Großteil im Anhang)
- > Bei all dem ist freilich auch sehr wichtig, dass wir darauf achten, dass
- > die Formulierungen stimmen: Klar und unmissverständlich in der Sache,
- > freundlich im Ton, keinen Vorschub leisten für Angriffe gegen uns, nicht das
- > Feindbild bestätigen, dass wir militant seien usw. Bitte gegebenenfalls auch
- > Fragen stellen und um Antworten bitten, damit die Schreiben nicht nur
- > abgelegt werden können.
- >
- > In wenigen Minuten starten wir in den 4. Advent. Selten habe ich wie in
- > diesem Jahr gedacht: Wie gut, dass Weihnachten nicht von der öffentlichen
- > Meinung abhängt! ER ist das Licht der Welt!
- >
- > In diesem Sinne, herzlichen Dank, auch für alle Fürbitte
- > und einen herzlichen Gruß
- >
- > Ihr/euer Hartmut Steeb
- >
- > Hartmut Steeb
- > Generalsekretär
- > Deutsche Evangelische Allianz
- > Esplanade 5-10a
- > 07422 Bad Blankenburg
- > Tel. 036741-2424
- > Fax 036741-3212
- > email: info@ead.de
- > www.ead.de
- > www.micha-initiative.de
- > www.werte-waehlen.de
- > www.gemeindeferienfestival.de

20. Dezember 2008, 13:38 Uhr

HEILIGER ZORN

Evangelikale führen Kreuzzug gegen Schüler-Autoren

Von Oliver Trenkamp

In diesem Kulturkampf streitet eine mächtige Lobby gegen zwei 18-Jährige: Evangelikale Gruppen feuern mit voller Kraft gegen zwei Jungjournalisten - sie hatten in einer Schülerzeitung das frömmelnde "Christival" kritisiert. Der bizarre Kreuzzug zeigt den neuen Machtanspruch christlicher Hardliner.

In einen Kulturkampf sind Samuel L. und Hannes G., beide 18, hineingeraten. Ganz ungewollt. So recht wissen die beiden Schülerzeitungsredakteure nicht, was sie davon halten sollen. Wie soll man auch reagieren, wenn der eigene Name und Lebenslauf plötzlich auf Internet-Seiten auftaucht, von denen man noch nie gehört hat? Wenn man dargestellt wird, als sei man ein wütender Hetzer, der den christlichen Glauben zersetzen möchte? Wenn man von der Bundeszentrale für politische Bildung attestiert bekommt, einseitig und undifferenziert zu schreiben?

Titel "Q-Rage": Islam ist das Schwerpunktthema

Für die bundesweite Schülerzeitung "Q-rage" hatten die beiden einen Text geschrieben, Überschrift: "Die evangelikalen Missionare". Es ging um das Christival, ein Event, zu dem im Sommer rund 16.000 junge Christen nach Bremen pilgerten. Das Fest veranstalteten Mitglieder verschiedener Freikirchen, evangelischer Landeskirchen, christlicher Verbände und der Deutschen Evangelischen Allianz, des Dachverbandes der hiesigen Evangelikalen.

Die beiden Nachwuchsjournalisten interessierten sich für den Teil des Frömmel-Kongresses, den sie für missionarisch, intolerant oder gar reaktionär halten. Sie schrieben, dass ein Seminar unter dem Titel "Homosexualität verstehen - Chance zur Veränderung" nach Protesten abgesagt wurde. Und erwähnten auch die Veranstaltung "Sex ist Gottes Idee - Abtreibung auch?", die stattfand. Eine überzeugte 19-jährige glaubensfeste Christin, die die Bibel wörtlich nimmt, beschreiben sie ebenso, wie sie einen Gegner des Festivals zu Wort kommen lassen. Im Text heißt es unter anderem, dass in evangelikalen Gemeinden "erkonservative, zum Teil verfassungsfeindliche Ideologien fast nebenbei vermittelt" würden.

Christliches Medienbündnis ruft zum Kreuzzug

Es ist vielleicht kein ausgewogener Text, den die beiden geschrieben haben, kein differenzierender Besinnungsaufsatz. Samuel und Hannes beziehen Stellung. Aber eines ist der Text ganz sicher nicht: eine Hetzschrift.

Viele Medien hatten kritisch über das ["Christival" berichtet, auch SPIEGEL ONLINE](#); stets wurden die umstrittenen Seminare erwähnt. Doch erst der Beitrag der jungen Autoren, erschienen ein halbes Jahr nach dem Event, erzürnte evangelikale Funktionäre wie auch stramm rechte Internet-Kommentierer so sehr, dass sie die Empörungsmaschinerie heiß laufen ließen.

Denn "Q-rage" ist nicht irgendeine Schülerzeitung, die auf ein, zwei lokalen Pausenhöfen verkauft wird. In Millionenaufage geht sie an alle Schulen in Deutschland, herausgegeben von "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Das ist ein Netzwerk von 500 Schulen, die sich selbst verpflichtet haben, gegen Rassismus und Mobbing vorzugehen. Finanziell unterstützt wird die Initiative aus dem EU-Sozialfonds, vom Bundesarbeitsministerium, Bundespresseamt und der Bundeszentrale für politische Bildung (Bpb). Der Präsident der Bundeszentrale heißt Thomas Krüger, er ist SPD-Politiker und war mal Jugendsenator in Berlin.

Empfehlung von der Bundeszentrale

Das Heft erscheint einmal im Jahr, diesmal mit dem Schwerpunkt "Islam". Profi-Journalisten, darunter auch SPIEGEL-ONLINE-Autoren, betreuen die Redaktion, helfen bei der Recherche und beim Schreiben der Texte. Aber den Hauptteil der Arbeit machen rund 20 Schüler. Sie entschieden sich für Themen wie: Warum trägt man Pali-Tuch? Wie lebt man in einer Berliner Straße, die als Nazi-Hochburg gilt? Warum konvertieren junge Deutsche zum Islam? Und einigen war es wichtig, sich die Evangelikalen genauer anzuschauen.

Daraus konstruieren evangelikale Funktionäre nun den Vorwurf, mit Steuergeldern werde Hetze gegen Christen betrieben. Denn mit jedem Zeitungspack erreichte auch ein Empfehlungsschreiben Krügers die Schulen. Im Brief, der SPIEGEL ONLINE vorliegt, heißt es: "In der Zeitung finden sich interessante Informationen, wie islamistische und evangelikale Gruppen, die wichtige Freiheitsrechte in Frage stellen, Jugendliche umwerben."

Darauf konzentrierte sich das empörte Trommelfeuer. Die Internet-Seite des evangelischen Medienmagazins "Pro" titelte: "Christen Pfui - Moslems Hui: Mit öffentlichen Geldern gegen Evangelikale". Ähnliche Texte erschienen auf den Seiten der "Evangelischen Allianz" und fast wortgleich bei der Rechtspostille "Junge Freiheit".

Im Web wird losgepöbelt

Auch das islamophobe Internet-Portal "Politically Incorrect", auf dem sich Empörung oft mit Ressentiments und Hass mischt, teilte aus. Dort wird in den Kommentaren so richtig drauflosgepöbelt: Von "Mohammedaner-Propaganda" und "Gutmenschen-Kampf" ist da die Rede.

Der Hauptvorwurf: In der Schülerzeitung wie im Krüger-Brief würden Evangelikale mit Islamisten gleichgesetzt. Bei Evangelikalen gebe es aber ganz unterschiedliche Gruppen, die ihren Glauben unterschiedlich streng auslegten - und vor allem keine Bomben werfen. Kurz: Evangelikale Christen seien keine Fundamentalisten. Und bei weitem nicht so böse wie islamistische Hardliner.

In ihrem Furor übersehen sie: Auch Islamisten sind nicht alle gleich. Der Begriff Islamismus meint keineswegs nur terroristische Bombenwerfer, sondern auch verschiedene Strömungen jener Muslime, die den Koran wörtlich nehmen und nichts von einer Trennung zwischen Religion und Staat halten - auch bei ihnen gibt es viele Abstufungen.

"Die schießen mit Atomraketen auf Spatzen"

Die Evangelikalen jedenfalls packte sogleich der heilige Zorn, der christliche Medienverbund forderte sogar Krügers Rücktritt. Hartmut Steeb, Generalsekretär der "Deutschen Evangelischen Allianz" und auch Autor der rechten Zeitung "Junge Freiheit", empfand Krügers Brief als "Agitation gegen entschiedene Christen" - das sei nicht hinnehmbar. Er erwartet, dass die Bundeszentrale den Schaden "wiedergutmachen" soll, und will am 23. Dezember ein Gespräch mit Krüger führen.

Das ist sehr viel Aufregung um eine Schülerzeitung und einen Brief. Aber es passt zur Strategie evangelikaler Gruppen in Deutschland, die um mehr politischen Einfluss und öffentliches Gehör ringen. Der SPIEGEL berichtete schon im Frühjahr von einem Plan, den Evangelikalen-Funktionär Steeb verfasst hatte. Darin geht es darum, "dass sich unsere Gesellschaft zur 'christlichen Leitkultur' stellt. Seine Anhänger sollen...

- **"in Parteien mitarbeiten und dort biblisch-ethische Wertmaßstäbe bewusst einbringen"**
- **bereit sein "zur Übernahme öffentlicher Verantwortung in Haus, Schule, Betrieb, Bezirksbeirat, Stadtrat, als Schöffe"**
- **"den Mund auf tun im persönlichen Umkreis, im Unterricht, im Betrieb, bei Veranstaltungen, im Gespräch mit politisch Verantwortlichen"**
- **"Leserbriefe schreiben"**

Eberhard Seidel von "Schule ohne Rassismus", der die Schülerzeitung koordiniert, ist entsetzt, welche Geschütze die christlichen Hardliner auffahren: "Die schießen mit Atomraketen auf Spatzen. Da nähern sich Jugendliche journalistisch komplexen Themen." Einzelheiten könne man kritisieren, aber der Furor sei "vollkommen übertrieben".

Besonders überrascht Seidel die Aggressivität der Hardliner. In einigen Foren werden mittlerweile Fotos und Adressen der jungen Autoren gepostet, ebenso die Anschrift der verantwortlichen Redakteurin.

Präsident Krüger rudert unter Druck zurück

Thomas Krüger und seine Bundeszentrale reagierten auf ihre Art: Sie distanzieren sich - und zwar nicht von den Evangelikalen, sondern von "Q-rage" und dem Artikel von Samuel und Hannes. "Die bpb hält diesen Beitrag in seiner Einseitigkeit und Undifferenziertheit für gänzlich unakzeptabel."

Warum dann vorher das Empfehlungsschreiben? Krügers Behörde verweist darauf, dass jeder Kooperationspartner von "Q-rage" die Zeitung empfohlen habe, in diesem Jahr sei die Bundeszentrale an der Reihe gewesen. "Wir

haben auf die ausgewogene Berichterstattung früherer Ausgaben vertraut", sagte Krüger SPIEGEL ONLINE, "im Stress habe ich dann mehr oder weniger blind unterschrieben, und so ist die bedauerliche Formulierung durchgerutscht."

Krügers Job erfordert ein immerwährendes Einerseits-Andererseits. Er soll politische Bildung vorantreiben, ohne sich politisch festzulegen. Aber ist es weise, Schüler im Regen stehen zu lassen, die schärfer formulieren, als die Behörde es darf? Zumal es beim Schulnetzwerk um "Courage" geht? "Ich bin sehr dafür, sich kontrovers mit Themen zu beschäftigen", sagt Krüger. "Aber wir können keinen Schutzschirm aufspannen für Beiträge, die nicht unserer differenzierten Herangehensweise entsprechen."

Er will sich mit allen Beteiligten treffen, um die Wogen zu glätten. Auch im Kuratorium der Bundeszentrale sitzen erboste Mitglieder wie Ernst-Reinhard Beck. Der CDU-Bundestagsabgeordnete bezeichnete Krügers Schreiben als "absolut inakzeptabel" und forderte eine "Distanzierung ohne Wenn und Aber".

"Q-rage"-Macher Seidel interpretiert Krügers Rückzieher als Reaktion auf das Wüten einer einflussreichen Lobby evangelikaler Gruppen, die Prinzipien eines fairen und demokratischen Meinungsstreits in Frage stellen. "Das macht politische Bildungsarbeit schwierig bis unmöglich. Wie soll man den Schülern vermitteln, dass sie Stellung beziehen sollen, wenn man ihnen dann signalisiert: Wir lassen euch im Stich?" Das Projekt soll trotzdem weiterlaufen. Die Bundeszentrale will es auch im kommenden Jahr fördern.

Abgeklärt kommentiert Jungjournalist Hannes die Äußerungen von Krüger - "der will natürlich seinen Job nicht verlieren". Zu dem Text steht er nach wie vor: "Sicher, er ist provokant, aber nicht falsch." Mittlerweile sind auch das Bild von ihm und seine Kontaktadresse in den Internet-Foren nicht mehr zu finden - die Betreiber haben sie wieder gelöscht.

„Hier ist die Hölle auf Erden“

Das Christentum ist die meistverfolgte Religion der Welt - Irak ist nur einer von vielen Brennpunkten

RNZ 23.12.08,18

Von Stephan Köhnlein

Frankfurt. Von einem friedvollen Weihnachtsfest können viele Christen nur träumen. In zahlreichen Ländern müssen sie Diskriminierungen erdulden, um ihren Besitz oder oft sogar um ihr Leben fürchten. **Rund 80 Prozent der Menschen, die weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt werden, sind Christen. Schätzungen zufolge sind es weltweit 200 Millionen. Das Christentum ist damit die meistverfolgte Religion auf der Welt.**

Die Organisation Kirche in Not hat 2008 die Situation der Christen in aller Welt dokumentiert und dabei zwei gegenläufige Tendenzen festgestellt: In vielen ehemals kommunistischen Ländern hat sich nach Jahrzehnten der Intoleranz und harten Unterdrückung die Lage der Christen zuletzt verbessert. Dagegen zeigt sich in einigen islamischen Ländern eine zunehmende Welle des Extremismus, sodass dort oft das Überleben der Kirche auf dem Spiel steht.

Besonders erschütternd ist die Situation im Irak. Christen werden enteignet, entführt, gefoltert und getötet. Zu Hunderttausenden fliehen sie aus dem Land. Im Februar wurde der Erzbischof von Mossul verschleppt, sein Fahrer und zwei Begleiter erschossen. Die Entführer forderten drei Millionen Dollar Lösegeld. Außerdem sollten die Christen sich am Kampf gegen die amerikanischen Truppen beteiligen. Zwei Wochen später wurde der Leichnam des Geistlichen gefunden.

In den Kirchen im Irak explodieren Bomben, Geistliche werden auf offener Straße ermordet. Christen, die im Land bleiben wollen, müssen oft horrenden Schutzgelder zahlen oder eine Tochter mit einem Muslim verheiraten. „Die Christen im Westen glauben nicht mehr an die Hölle“, sagt Weihbischof Schlemmer Warduni aus Bagdad: „Sie sollten einmal hierher kommen - dann würden sie ihre Meinung schnell ändern. Hier finden sie die Hölle auf Erden.“ Ende November verständigten sich die EU-Innenminister auf die Aufnahme von 10 000 irakischen Flüchtlingen, vornehmlich verfolgte Christen. Die Kirchen in Deutschland begrüßten die Entscheidung, bezweifeln aber, ob das Kontingent tatsächlich ausreicht. Um die Situation für die Christen im Irak zu verbessern, müssten die ausländischen Regierungen auch Druck auf Bagdad ausüben.

Der Irak ist jedoch nur ein Brennpunkt, an dem Christen diskriminiert und verfolgt werden. Die Organisation Kirche in Not führt 19 Länder und Regionen dieser Welt auf, wo Christen besonders schwere Repressionen erdulden müssen, darunter Ägypten, Algerien, China, Indien und auch die Türkei.

Für Bischof Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, ist Solidarität unter Christen Pflicht: „Wir müssen dafür eintreten, dass die Anerkennung des fundamentalen Menschenrechts der Religionsfreiheit weltweit und ohne Ausnahmen gilt.“ Wenn zum Beispiel der Iran ein Gesetz vorbereite, das den Abfall vom Islam erneut unter Strafe stellen soll, dann könne die Kirche dazu nicht schweigen: „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass viele Verständnis dafür haben, wenn wir gerade in dieser Frage sehr deutlich sprechen.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=21656>

Berliner Stirne wider die Anti-Religiöse Lobby

21.12.08

Das Bündnis "Pro Reli" streitet mit einem Volksbegehren für die Wiedereinführung des alternativen Pflichtfaches Religion an staatlichen Schulen, und damit auch für die Freiheit, religiöse Intelligenz entwickeln zu dürfen. Von Constantin Magnis/Cicero.

Berlin (kath.net/cicero) Der volle Wert eines Gegenstands erschließt sich einem oft erst dann, wenn man ihn sich erkämpfen muss. Christoph Lehmann kämpft für den Religionsunterricht. Der hagere, 47jährige Rechtsanwalt ist Vorsitzender der Initiative Pro Reli, einer Volksabstimmungsinitiative, die für die Wiederaufwertung des Religionsunterrichtes in Berlin fight. Gegen die Mehrheit des Rot-Roten Senats, der den Unterricht 2006 in guter Tradition mit der Entkirchlichungspolitik der SED als reguläres Pflichtfach abschaffte und mit dem Ethikunterricht ersetzt hat.

Lehmann ist katholisch, und damit Teil der Minderheit in einer Stadt, die Religionsfragen schon immer etwas anders handhabte als der Rest der Republik. „Nehmen sie als Beispiel Thomas Flier, den letzten Kultursenator, der in Berlin für die Kirchen zuständig war“, sagt Lehmann. „Der war einmal bei einer Messe in der Hedwigskathedrale. Beim Herausgehen hörte man ihn sagen, dies sei das erste Mal gewesen, dass er in der Kirche war. Das wäre doch woanders gar nicht vorstellbar, dass jemand die Verantwortlichkeit für die Kirchen bekommt, in Berlin immerhin mit 1,2 Millionen Mitgliedern, und dazu so gar keinen Bezug hat!“

Eine Lobby untergräbt das Religiöse

Ein gutes Drittel der fast dreieinhalb Millionen Berliner gehört einer der großen Kirchen an, dazu kommen 9 Prozent Muslime, Freikirchen, andere religiöse Minderheiten, die oft das Gefühl haben, dass ihnen in der deutschen Hauptstadt ganz bewusst der Horizont eingeschränkt wird. „Manchmal“ sagt Lehmann, „gewinnt man den Eindruck, eine Lobby arbeite bewusst und subtil daran, religiöse Inhalte und Angebote in der Öffentlichkeit abzubauen.“

Ein aktives Interesse daran hat beispielsweise der Humanistische Verband Deutschlands (HVD), der wiederum eng mit den Berliner Sozialdemokraten und der Linken verknüpft ist, so ist etwa Felicitas Tesch, schulpolitische Sprecherin der SPD Fraktion, gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende des HVD in der Hauptstadt.

Doch Lehmann und seine etwa 200 aktiven Mitstreitern von Pro-Reli fechten keinen ideologischen Grabenkampf und wollen keine weltanschaulichen claims abstecken. Sie streiten dafür, dass aus Kindern Erwachsene werden dürfen. Der Religionsunterricht existiert auch in Berlin noch, doch 2006 wurde er zur Wahloption degradiert. Wer Wert darauf legt, hat die Möglichkeit über den regulären Stundenplan hinaus Religion als zusätzliches Fach zu belegen.

Ein Fach wie Mathematik derartig an den Rand zu schieben, und das Studium der Inhalte der Laune von Eltern und Kindern zu überlassen, wäre absurd. Dabei, argumentieren die Pro-Reli Initiatoren, ist die Vermittlung von religiösem Wissen, das Stellen und Diskutieren von Sinnfragen und die Auseinandersetzung mit dem Glauben ebenso unersetzlich für die menschliche Bildung wie die Naturwissenschaften.

Anker im Bezugssystem

Ein Schlüsselwort in Lehmanns Argumentation sind die Bezugssysteme. „Die Kirche selbst hat die Diskussion manchmal auch ungeschickt geführt, indem sie behauptet hat es ginge in der Religion vor allem um Werte“, sagt er. „Denn man muss viel tiefer gehen. Die entscheidende Frage ist doch: Wie widerstandsfähig bin ich in Grenzsituationen. In vielen Fällen haben Atheisten und Christen ähnliche Werte. Aber dann gilt es zu prüfen: Wo ist mein Bezugssystem, und wie stabil ist das wirklich?

In unserer Gesellschaft wird der Unterschied zwischen einer bloßen Auffassung, die man mit der Wetterlage ändert, und der Überzeugung einer Verantwortung, die über das hiesige Leben

hinausgeht, doch kaum auf die Probe gestellt. Wenn ich mir dagegen anschau, wie viele Christen damals in der DDR gelebt haben, dass die eben nicht zur Jugendweihe gegangen sind und damit ihren Studienplatz riskiert haben, das waren dann schon andere Herausforderungen.“

Was legitimiert die Menschenwürde?

Wie relevant dieser Unterschied sein kann, zeigt die Frage nach der Legitimation der Menschenwürde: „Neulich zitierten sie beim HVD irgendwo den Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar, dies sei ja offensichtlich falsch, denn wir wüssten ja, dass die Würde des Menschen regelmäßig angetastet wird. Aber wenn sie aus der jüdisch-christlichen Tradition kommen, müssen sie sagen: Falsch, die Würde des Menschen ist immer unantastbar! Sie ist auch in den Gaskammern von Auschwitz unantastbar gewesen, weil der Mensch Ebenbild Gottes ist, und als solches ist er in seiner Würde gar nicht antastbar.“

Man kann sich sicher auf einer oberflächlichen Weise einig werden, dass Menschenwürde ein Wert ist der geschützt werden muss, aber was sie bedeutet, und wo sie verankert ist, diese Frage wird unter Umständen völlig anders beantwortet. Ich persönlich kann ethische Fragen nicht beantworten, ohne ein Bezugssystem in dem die Frage nach Gott vorkommt.“

Der kritische Rationalismus gilt auch für den Glauben an Gott

Dass diese Frage nach Gott so kategorisch aus der Bildung verdrängt werden soll, hält Lehmann für fahrlässig und dumm: „Ich halte mich da ganz an den kritischen Rationalismus: Für mich ist eine These so lange für vertretbar, bis sie widerlegt ist. Das gilt in den Naturwissenschaften genau wie in der Religion. Wenn man mir beweisen könnte, dass Gott nicht existiert, müsste ich ihn als These aufgeben. Aber solange das nicht geschieht, muss ich das als Möglichkeit akzeptieren. Das gilt für Religion genau wie für Naturwissenschaften. Und jenseits des rein Rationalen zeigt mir meine Erfahrung:

Die Existenz Gottes ist für mich plausibler als die Nichtexistenz. Ich muss auch akzeptieren, dass jemand anderes nicht daran glaubt. Aber eines ist Religion ganz sicher nicht: Ein Erklärungsversuch für Kinder. Wer das glaubt, und sein theologisches Wissen nicht kritisch hinterfragt und weiterentwickelt, bleibt natürlich später stecken. Und das genau in dem Alter, in dem Jugendliche die meisten Fragen haben.“

Fördert der Religionsunterricht Glaubensindoktrination?

Kritiker argwöhnen, Religionsunterricht sei letztlich Indoktrination, die eine Wagenburgmentalität der Glaubensgemeinschaften fördert. Doch Lehmann erlebt, dass erst die erwachsene Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben die Dialog- und damit auch Toleranzfähigkeit fördert. Denn der staatlich verordnete Ethikunterricht, wie er momentan in Berlin stattfindet, läuft immer Gefahr, die letzten Fragen undifferenziert zu verallgemeinern, glaubt er:

„Jeder meint genau zu wissen was der andere denkt, obwohl man ihn in Wirklichkeit gar nicht versteht. Und niemand traut sich heute mehr wirklich, die eigene Position zu äußern, ein echtes Kommunikationsproblem. Gerade im Gespräch mit Muslimen habe ich oft erlebt, dass die Begegnung viel leichter fällt, wenn man die eigenen Standpunkte klar vermittelt, als wenn man mit so einem allgemeinen toleranten Ansatz kommt.“

Bekenntnisspezifischer Religionsunterricht, so das Argument, fördert erst die Toleranz, weil er die Gesprächsfähigkeit fördert. „Wenn ich einem strengen Muslim im Ethikunterricht erzähle, Männer und Frauen sind gleichberechtigt, dann erklärt ihm sein Vater zuhause, dass im Koran halt steht dass die Frau ein Kopftuch zu tragen hat, und das gilt als Wort Gottes, Punkt.

Wenn er aber stattdessen im Islamunterricht die verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten beleuchtet, etwas über das Kopftuch lernt, dass man dann kann der seinem Vater erwidern. Und er lernt, als gläubiger Moslem in unserer Gesellschaft zuhause zu sein.“

„Sich wie Münchhausen selbst aus dem Sumpf ziehen? Frustrierend.“

Lehmann jedenfalls ist in seinem Glauben zuhause, und die Idee, Kindern die Möglichkeit zu beschneiden, selbst einmal dort anzukommen, hält er für unklug. „Eine der größten Bestätigungen, die ich in meinem Katholizismus erfahren habe, war Sartre. Dessen Essays über Existentialismus und den Humanismus, das war für mich eine Welt, die ich persönlich so unvorstellbar fand: Sich wie Münchhausen selbst am Zopf aus dem Sumpf ziehen zu wollen, das fand ich frustrierend.

Ich glaube nicht, dass wir alleine alles in uns haben, denn Menschen sind immer auch unvernünftig, und wenn sie sich noch so anstrengen. Erst das Angebot der Liebe Gottes und dessen Annahme macht uns wirklich zu freien Menschen. Aber wie gesagt: Das ist meine

Meinung, jenseits des Beweisbaren oder Widerlegbaren, und ich muss auch tolerieren, dass Leute - diesseits des Widerlegbaren - andere Auffassungen haben. Und ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, dass sie für diese dieselben Freiheiten genießen, wie ich sie für mich in Anspruch nehme.“

Mit dieser Kraft hat Pro-Reli bis jetzt über 70.000 Stimmen für die Wiedereinführung des Religionsunterrichts gesammelt. In den Gemeinden, auf der Straße, per Post und Rundmail. Wenn es ihnen gelingt, bis zum 21. Januar weitere 100.000 zu kassieren, wird der Senat dem Willen des Volkes stattgeben. „Eigentlich müssten wir das schaffen“, sagt Lehmann. „Der Rücklauf der Unterschriften ist jedenfalls bisher sehr ermutigend. Es war schwer, am Anfang die engagierten Kirchenmitglieder in Bewegung zu bringen. Zunehmend merken sie aber, worum es geht und leisten teilweise Übermenschliches.“ Haben sie Erfolg, bekommt die Dimension des Übermenschlichen auch im Berliner Bildungswesen wieder Raum.

<http://www.cicero.de/index.php>

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22322>

Streit um Religionsunterricht in Berlin und Brandenburg wird schärfer
9.3.08

ProReli: Initiative erwirkt Einstweilige Verfügung gegen Linkspolitikerin Pau

Berlin (kath.net/idea)

Der Streit um den Volksentscheid zum Religionsunterricht in Berlin nimmt an Schärfe zu. Am 5. März hat das Landgericht Köln eine Einstweilige Verfügung gegen die Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ und Bundestagsvizepräsidentin, Petra Pau, erlassen. Sie darf fortan der Initiative ProReli nicht mehr vorwerfen, den Ethikunterricht an Schulen abschaffen zu wollen. Die Linke hatte erklärt, die Einführung des Religionsunterrichtes habe „die Abschaffung des bisher für alle Berliner Schüler obligatorischen Fachs „Ethik“ zur Folge“.

Auf ihrer Internetseite erklärt Pau nun, dass ihre Presseerklärung eine Meinungsäußerung im Zuge der aktuellen politischen Auseinandersetzung darstelle. Sie habe darauf aufmerksam machen wollen, dass ein für die Initiative ProReli erfolgreich verlaufender Volksentscheid die Abschaffung des Fachs Ethik zur Folge hätte.

Frau Pau greift in ihrer Erklärung auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an. „Sie freut sich für ProReli und verschweigt, dass dieselbe Initiative das interkulturelle Unterrichtsfach Ethik egoistisch abschaffen will“, heißt es dort.

Nach der Entscheidung der Richter ist es ihr untersagt, wörtlich oder sinngemäß zu behaupten, dass die Initiative das Unterrichtsfach Ethik „abschaffen“ will. Bei Zuwiderhandlung droht der Berliner Bundestagsabgeordneten ein Ordnungsgeld von bis zu 250 000 Euro. Frau Pau will gegen das Urteil Rechtsmittel einlegen.

Volksentscheid am 26. April

ProReli setzt sich dafür ein, dass Religionsunterricht neben Ethik als Pflichtfach an Schulen in Berlin und Brandenburg eingeführt wird. Aufgrund einer Entscheidung des rot-roten Senats ist in Berlin der Ethikunterricht seit 2006 Pflichtfach. Zusätzlich können Schüler das Fach Religion hinzu wählen. Der Verein ProReli hatte über 200.000 Unterschriften gesammelt für Einführung des Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach.

Der Berliner Volksentscheid zur Gleichstellung des Religions- mit dem Ethikunterricht findet am 26. April statt. Die Regierungskoalition von SPD und Linkspartei folgte mit dem Termin nicht dem Vorschlag der Initiatoren des Volksbegehrens ProReli sowie von Kirchen, CDU, FDP und Grünen. Diese hatten dafür plädiert, den Volksentscheid zusammen mit der Europawahl am 7. Juni abzuhalten.

Kritiker werfen der Koalition vor, durch den separaten Abstimmungstermin eine niedrigere Bürgerbeteiligung erreichen zu wollen und zugleich Mehrkosten in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro zu verursachen.

SPD, Linke und Grüne gegen Religionsunterricht, CDU und FDP dafür

Am 5. März hat das Berliner Abgeordnetenhaus sich mit den Stimmen von SPD, Linke und Grüne für den Erhalt des bisherigen Modells Ethikunterricht ausgesprochen. Es erfülle die Integrationsziele der Schulen besser als nach Glaubensrichtung aufgeteilter Religionsunterricht. CDU und FDP stimmten dagegen. In der Debatte warf die FDP dem SPD-Bildungssenator Jürgen Zöllner Intoleranz vor. Dieser hatte gesagt, ein Wahlpflichtfach Religion gefährde die Integration. Für die Linke sagte Steffen Zillich: „Wir sagen Nein zu

ProReli, weil wir damit eine grundgesetzlich abgesicherte Regelung für weltanschauungsfreien Werteunterricht beibehalten.“

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22300>

Christenverfolgung in den OSZE-Ländern

5.3.09

Runder Tisch der OSZE in Wien über Diskriminierung von Christen - OSZE-Vorsitzer Mario Mauro: Medien müssten anstatt Vorurteilen „eine Botschaft des Verständnisses und des Respekts gegenüber Christen“ bringen

Wien (kath.net/gkl)

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte ODIHR mit Sitz in Warschau lud am 4. März rund 50 Experten in die Wiener Hofburg, um sich gemeinsam mit Vertretern der Staaten dem Phänomen Intoleranz gegen und Diskriminierung von Christen zu widmen. Als persönlicher Vertreter des OSZE-Vorsitzes nahm Dr. Mario Mauro, Vizepräsident des Europäischen Parlaments teil. Experten aus Deutschland waren unter anderen der Soziologe Dr. Thomas Schirrmacher und der Journalist Reinhard Backes, aus Österreicher nahm Juristin Dr. Gudrun Kugler, von der Plattform <http://www.christianophobia.eu/> teil.

Ziel der Veranstaltung war es, konkrete Vorschläge für die Arbeit der OSZE zu entwickeln, um gezielt der wachsenden Intoleranz gegenüber Christen gegenzusteuern. Diskutiert wurde im Plenum und in zwei Arbeitsgruppen: „Verweigerung von Rechten“ geleitet von John Kinahan, Repräsentant des Forums 18, und „Soziale Ausgrenzung und Marginalisierung“, geleitet von Gudrun Kugler. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen waren die Grundlage der abschließenden Podiumsdiskussion.

Einhellig wurde festgestellt, dass die Intoleranz gegenüber Christen auch in Ländern mit langer demokratischer Tradition zunimmt. Die Art und Weise unterscheidet sich allerdings stark „im Westen und im Osten von Wien“. Im Osten, insbesondere in Zentralasien, werden Glaubensgemeinschaften oft nicht anerkannt und sind somit de facto von einem

Versammlungsverbot betroffen.

Im „Westen von Wien“ erleben Christen einerseits eine Einschränkung in ihren Rechten: Die Experten nannten unter anderem Einschränkungen im Bereich Gewissensfreiheit (z.B. nicht an unethischen medizinischen Handlungen mitwirken zu müssen); im Bereich Meinungsfreiheit (gefährdet u.a. durch „Hate Speech Legislation“, die in einigen europäischen Ländern z.B. kritische Stellungnahmen zur Homosexualität oder Abtreibung verbietet); im Bereich Religionsfreiheit (z.B. durch arbeitsrechtliche Bestimmungen und öffentliche Auflagen, die christlichen Glaubengemeinschaften nicht erlauben, ihrem Leitbild entsprechend zu handeln*) und im Bereich Erziehung (wenn Eltern z.B. auf Lehrpläne, die ihrem Glauben widersprechen, keinen Einfluss nehmen können; oder wenn christliche Kinder in der Türkei am islamischen Religionsunterricht teilnehmen müssen).

Im Teilbereich „Soziale Ausgrenzung und Marginalisierung von Christen“ fanden die Experten folgende Problembereiche:

- Ausgrenzung der Christen aus dem öffentlichen Leben (wenn Christen eine politische Karriere unmöglich gemacht wird);
- Schüren von Vorurteilen gegen Christen durch Medien;
- Angriff auf christliche Symbole, insbesondere Weihnachtssymbole (Entfernung von Christbäumen, Krippen, etc., oft auch gegen den Willen auch nicht christlicher Bevölkerungsteile) und
- die oft aggressive Vorgangsweise gegen Christen, die sich öffentlich engagieren (z.B. die Vorgänge rund um das deutsche Christival; oder die Weise, wie christliche Lebensschützer von Gegendemonstranten behandelt werden).

„Ein Vorurteil gegen Christen scheint das letzte sozial akzeptierte Vorurteil in Europa zu sein. Auf der Webseite www.christianophobia.eu dokumentieren wir Fälle, in denen aus einem Vorurteil konkrete Intoleranz wurde. Dass die OSZE die Problematik aufgreift, ist ein erster Schritt Richtung Toleranz gegenüber allen, auch praktizierenden Christen,“ sagt Gudrun Kugler, die auch bei der Vorbereitung des Runden Tisch für ODIHR mitgewirkt hat.

Als Gründe für die Intoleranz gegen und Diskriminierung von Christen in Europa gaben die Experten unter anderem die radikale Säkularisierung, extreme Formen der Political Correctness und Aspekte der Antidiskriminierungsgesetzgebung an.

Der Persönliche Vertreter des OSZE-Vorsitzes Mario Mauro meinte, die Medien müssten anstatt Vorurteilen „eine Botschaft des Verständnisses und des Respekts gegenüber Christen“ bringen. „Politische Ämter“ dürften Christen „nicht verwehrt werden“. Christen müsste das „Recht auf Verweigerung an der Mitwirkung an unethischen Handlungen aus Gewissensgründen gewährt werden.“ Botschafter Janez Lenkarcic, Direktor der ODIHR, versprach am Ende des Runden Tisches, das Engagement der ODIHR zum Schutz der Christen auszubauen. Er plane, die vielen konkreten Vorschläge, wie die genauere Dokumentation der Problematik, die spezifische Schulung von Journalisten und Beamten, die Organisation von weiteren thematischen Runden Tischen, die genaue Überprüfung des Umsetzungsprozess relevanter Dokumente in den teilnehmenden Staaten, u.s.w., nach Möglichkeit für die ODIHR umzusetzen.

** Dies ist der Fall, wenn in einigen europäischen Ländern jemand von einer christlichen Gemeinschaft der gar nicht an Gott glaubt, angestellt werden muss, weil man im Arbeitsrecht nicht aufgrund des Glaubens unterscheiden darf. Oder wenn katholische Adoptionsstellen in England Kinder an homosexuelle Paare vermitteln müssen (Antidiskriminierungsgesetzgebung)*

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22353>

Öffnet die EU die Büchse der Pandora?
12.3.09

Ein umstrittener EU-Gesetzesvorschlag, der alle christlichen Symbole aus öffentlichen Gebäuden verbannen könnte, soll noch dieses Jahr zur Abstimmung kommen

Brüssel (kath.net)

In der EU könnten nach dem Willen der Europäischen Union (EU) öffentlich zur Schau gestellte christliche Symbole bald verboten sein. Derzeit werde an einem Gesetzesvorschlag gearbeitet, der vorsieht, dass Atheisten gegen das Aufstellen etwa von Kruzifixen klagen können wie das christliche Medienmagazin PRO berichtet. Damit könnten bald sämtliche christliche Symbole aus öffentlichen Gebäuden verschwinden. Allerdings wäre auch blasphemische Symbole von der "Zensur" betroffen, da der Vorschlag sowohl Christen wie auch Atheisten erlauben würde, gegen von ihnen als diskriminierend empfundene öffentliche Symbole zu klagen. Betroffene Gebäude wären alle Gebäude, in denen öffentliche Dienste angeboten werden, darunter Krankenhäuser, Hotels, Gefängnisse und Gebäude wohltätiger Organisationen. Simon Calvert von dem britischen evangelikalen "Christian Institute" meint, dass das Gesetz eine "Büchse der Pandora" sei. "Was ist mit Bibeln in Hotels? Würden Gerichte Krippenszenen von Weihnachtsmärkten verbannen?" Die Abstimmung über den Antrag soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Türkei:

Weithin unbeachtet von der westlichen Öffentlichkeit spielt sich im Tur Abdin, im Südosten der Türkei, ein neuer Angriff gegen die dort seit Jahrtausenden lebenden Aramäer ab. Mit dem Vorwurf, vor dem Bau des Klosters Mar Gabriel habe auf dem Gelände des Klosters eine Moschee gestanden, verlangen zahlreiche türkische Bürger die Rückgabe des angeblich geraubten Landes und haben deshalb Anzeigen eingereicht. Obwohl Mar Gabriel bereits 387 nach Christus - vor mehr als 1600 Jahren -, gebaut wurde, also weit vor Mohammeds Geburt, ermittelt die Staatsanwaltschaft und heizt damit eine Einschüchterungskampagne gegen die rund 70 Klosterbewohner an. Der Bischof, aber auch die Nonnen, werden von der Dorfbevölkerung so massiv bedroht, dass sie sich nicht mehr trauen, zu den Gerichtsverhandlungen zu erscheinen, um sich zu verteidigen. Insofern kann man nicht vorhersehen, wie diese Verfahren letztendlich enden werden. Rechtsanwalt David Gelen von der deutsch-aramäischen Gemeinde beobachtet die Prozesse gegen das Kloster und hat auf der Jahresversammlung der IGFM darüber berichtet.

Die Aramäer befinden sich im Gegensatz zu Griechen und Armeniern zudem in der misslichen Lage, dass sie nicht als religiöse Minderheit anerkannt sind und nicht auf Minderheitenrechte pochen können. Und wer in der Tur ei nicht als Minderheit anerkannt ist, darf keinen Nachwuchs ausbilden und weder seinen Glauben noch seine Sprache an die nächste Generation weitergeben. Somit also verstoßen die Lehrer im Kloster gegen türkisches Recht, weil dort zumindest in bescheidenem Umfang der christliche Glaube und Aramäisch gelehrt werden. Das öffnet der Willkür Tür und Tor, und der Staat kann das Kloster schließen. Diese Unsicherheit ist für Klosterbewohner wie für den Rest der aramäischen Bevölkerung, die von einst 200.000 auf nunmehr nur noch 2.000 Seelen geschrumpft ist, eine schwere Belastung. Weil die Erinnerung daran, dass noch in den 90er-Jahren immer wieder

aramäische Dorfvorsteher, Ärzte und Anwälte von religiösen Fanatikern ermordet worden waren, besteht, hält man sich mit Beschwerden zurück in der Angst, vielleicht selbst Opfer werden zu können. Auch diese Vorgänge müssen bald Gegenstand der Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur EU werden.

Die IGFM unterstützt seit über 15 Jahren Lehrer, die im Sonntags- u. Abendschuldienst Kindern die Muttersprache trotz der Bedrohung weitergeben. Ohne sie gäbe es bald keine Aramäer mehr im Tur Abdin. Wenn wir im Westen den Christen dort-nicht beistehen, wird sich die Türkei durch religiösen Fanatismus einer weiteren Minderheit entledigen und ein lebendiges kulturelles Welterbe unwiederholbar vernichten. Die Lohnkosten für einen Lehrer belaufen sich auf ca. 1.200 Euro im Jahr. Wir meinen, hier sollten wir weiter helfen.

Kennwort: Lehrer Tur Abdin (25)

Vietnam:

Die „abnormal schnelle und spontane Ausbreitung des protestantischen Christentums in den nördlichen Provinzen entschieden zu unterbinden“, lautet der Auftrag in dem jetzt bekannt gewordenen „Trainingshandbuch über die Aufgaben für die Protestanten in der nördlichen Bergregion“. Vietnamesische Staatsbeamte werden darin unterwiesen, Neuchristen zurück in ihre animistischen Traditionen zu drängen.

Die Methoden, derer sie sich bedienen, sind bis ins kleinste Detail ausgearbeitet, sodass Christen kaum mehr ihre Verfolgung glaubhaft machen können. Früher konnten sie ihre offenen Wunden fotografieren oder Haftbefehle als Beweis vorlegen. Heute nimmt man ihnen die Kamera weg oder isoliert sie, bis sie nichts mehr haben. Sie werden an Körperteilen geschlagen, die keine blauen Flecken hinterlassen. Sie werden ohne Vorladung tagelang festgehalten.

Gottesdienste werden nicht mehr von Polizei oder Regierungsbeamten aufgelöst, sondern „aufgebrachte“ Frauen und Greise dringen in die Kirchen und Gebetsversammlungen und stören die Gottesdienste. Die Christenverfolgung in Vietnam dauert an, aber die Weltgemeinschaft wird mit subtilen Mitteln daran gehindert, sich ein klares Bild zu verschaffen, um Kritik üben oder sich für Einzelfälle einsetzen zu können.

Christen in den Bergregionen leiden am meisten; als ethnische Minderheit und Christen werden sie doppelt verfolgt. Sie können ihre Dörfer kaum verlassen, ohne dafür bestraft zu werden. Werden sie verfolgt, sind die meisten auf sich allein gestellt. Die Abgelegenheit der Gemeinden und schlechte Straßenverbindungen erschweren eine systematische Erfassung ihrer Situation.

Vor zwei Jahren hatte die IGFM ein Helfernetzwerk unterstützt, das Informationen über verfolgte Christen in den Bergregionen Vietnams sammelte und an die Öffentlichkeit weiterleitete. Diese Veröffentlichungen hätten zu einer spürbaren Eindämmung der brutalen Maßnahmen im Jahr 2006 und Halbjahr 2007 geführt.

Dieses Projekt wird jetzt durch ein Fortbildungsprojekt erweitert:

Kirchenleiter sollen vorbereitet werden, was zu tun ist, wenn die Verfolgung einsetzt. Sie sollen bei ihren Gemeinden bleiben und ihre Standpunkte verteidigen lernen. Sie sollen allein oder in Gruppen in der Lage sein, mit Staatsbeamten über die Rechtmäßigkeit ihres Tuns zu diskutieren und Beschwerden gegen Willkürakte einreichen können. In Kurzseminaren, jedoch über die Dauer eines Jahres, erhalten die

Teilnehmer Einblick in das vietnamesische Religionsgesetz und in die Strafverfahrensordnung. Um ihnen einen Vorsprung in der Argumentation zu geben, erfahren sie etwas über internationale Rechtsstandards, damit sie über Kontakte zu ausländischen Vertretungen Fälle für den bilateralen Menschenrechtsdialog einbringen können. Und ganz praktisch werden sie in die Führung von Aufzeichnungsgeräten eingeführt, damit sie die Auflösung von Gottesdiensten in Bild und Ton festhalten können. Zurzeit sind vier Hauskirchenleiter „in Ausbildung“. Sie sollen später im Schneeballsystem andere Gemeindeleiter motivieren und unterrichten.

Die Kosten für das Pilotprojekt werden sich bis Ende des Jahres auf ca. 10.000 Euro belaufen, darin enthalten sind technisches Gerät wie Notebooks, Kameras und Zubehör und die teuren Internetgebühren, vor allem aber der Unterhalt für die vier Seminaristen: 100 Euro pro Person und Monat, also 400 Euro pro Monat.

Wir bitten Sie um Ihre Spende unter dem

Kennwort: Vietnam (23).

Show in Niederlanden

Papst laut TV-Gericht "schuld an Aids-Toten"

DIE WELT 16. April 2009, 11:46 Uhr

Das TV-Gericht in der niederländischen Reality-Doku "Advokat des Teufels" hat für neuen Ärger gesorgt: Nach dem Freispruch für Osama bin Laden fällt die Jury auch ein Urteil über Papst Benedikt XVI. Mit seiner Einstellung zu Kondomen soll er schuld sein an der Verbreitung des HI-Virus und Millionen Toten.

Eine fünfköpfige "Bürger-Jury" ist in der Gerichtsshow zu dem Schluss gelangt, dass der Papst für Millionen von Aids-Toten verantwortlich ist. Sie sprach ihn "schuldig", weil er mit seinen Äußerungen gegen den Gebrauch von Kondomen die Ausbreitung der tödlichen Immunschwächekrankheit Aids fördere.

Gegen den Schuldspruch, zu dem die Jury allerdings nicht einstimmig kam, argumentierte der Amsterdamer Star-Anwalt Gerard Spong. In seinem Plädoyer für den Papst sagte Spong, dass die katholische Kirche Aidskranken helfe und sich gegen deren Stigmatisierung ausspreche. Zudem warnten auch Wissenschaftler, dass ständige Aufforderungen zum Kondomgebrauch Menschen indirekt zu riskanten Sex-Praktiken ermunterten.

Benedikt XVI. hatte Mitte März auf seiner ersten Afrikareise erklärt, dass Aids nicht mit Kondomen zu besiegen sei, sondern diese „das Problem noch verschlimmern“. Wichtiger als Verhütungsmittel sei ein Lebenswandel nach moralischen Maßstäben. Die Äußerung rief zahlreiche Proteste hervor. In Afrika leben 67 Prozent der HIV-infizierten Menschen der Welt. 17 Millionen sind dort schon an Aids gestorben.

Einstimmig befand die „Bürger-Jury“, dass der Heilige Vater auch zu verurteilen sei wegen Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen.

Einen „Freispruch“ erreichte Verteidiger Spong im dritten Anklagepunkt, wonach sich der Papst durch eine angeblich nur zögerliche öffentliche Distanzierung von dem Holocaust-Leugner Richard Williamson einer „Legitimierung des Antisemitismus“ schuldig gemacht habe.

Alle drei Anklagen gegen den Papst wurden in der Show durch den renommierten Fernseh-Korrespondenten Aad van den Heuvel und den Moraltheologen Jean-Pierre Wils vertreten, der kürzlich wegen der Williamson-Affäre aus der katholischen Kirche ausgetreten war.

In der Premiere der Serie, die im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Niederlande ausgestrahlt wird, hatte Spong erfolgreich den meistgesuchten Terroristenführer der Welt, Osama bin Laden, verteidigt.

Der Anwalt hatte sich dabei mit der Argumentation durchgesetzt, es sei nicht hinreichend bewiesen, dass Osama bin Laden Drahtzieher der Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA war.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22711>

Kulturkampf in Berlin

23.4.09

In Berlin tobt ein Kulturkampf um den Religionsunterricht. Nun entscheidet das Volk - Eine Analyse von Karsten Huhn

Berlin (kath.net/idea)

Seit Monaten tobt in Berlin ein Glaubensstreit. Es geht um das Engagement für den Religionsunterricht. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) warnt vor einem „Kreuzzug“ der katholischen Kirche. Auf der Gegenseite wirbt der TV-Moderator Günther Jauch auf riesigen Werbeplakaten für den Religionsunterricht: „In Berlin geht’s um die Freiheit. Sagen Sie nicht, Sie hätten keine Wahl gehabt.“

Worum geht es? Die beiden großen Kirchen versuchen mit CDU und FDP ihre Mitglieder für den Religionsunterricht zu mobilisieren; **auf der Gegenseite trommeln SPD, Grüne, Linkspartei, der Lesben- und Schwulenverband sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für Ethik als Unterrichtsfach.** Zum Teil verläuft der Streit allerdings quer durch die Parteien: So hat sich die Bundespräsidentenskandidatin der SPD, Gesine Schwan, für den Ethik-Unterricht ausgesprochen, der SPD-Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse aber für den Religionsunterricht.

Im Kern geht es darum, ob Religion als Wurzel von Kultur und Identität für alle anerkannt wird oder ob man glaubt, auch ohne sie auskommen zu können. Obwohl der Streit derzeit nur in Berlin ausgetragen wird, hat er deshalb für das ganze Land Bedeutung. **Anders als in fast allen anderen Bundesländern ist Religion in Berlin kein ordentliches Unterrichtsfach. Im Jahr 2006 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus mit den Stimmen von SPD, PDS und einem Teil der Grünen beschlossen, Ethik zu einem Pflichtfach an den Berliner Oberschulen zu machen. Religion kann nur noch zusätzlich belegt werden als freiwilliges Angebot.**

Der rot-rote Berliner Senat begründet dies damit, dass Berlin anders sei als andere Bundesländer. In Berlin gehören nur 29% einer Kirche an, 6% sind Muslime, über 60% sind konfessionslos. „Berlin hat sich eine Lösung gewählt, die zu diesem Anderssein am besten passt.“ Dagegen wendet sich die 2007 gegründete Bürgerinitiative „Pro Reli“. **Sie setzt sich**

für die Gleichberechtigung der Fächer Ethik und Religion ein: Jeder soll zwischen Religion und Ethik wählen können. Denn beim jetzigen Zustand wird Religion benachteiligt.

Die Initiative wird geleitet vom Rechtsanwalt und katholischen CDU-Politiker Christoph Lehmann. 2008 startete sie ein Volksbegehren, bei dem sich 265.823 Berliner für einen Volksentscheid aussprachen. (Dafür benötigt wurden nur 170.000 Unterschriften.) Nun kommt es am 26. April in Berlin zum Volksentscheid. Der Pro-Reli-Entwurf wird Gesetz, wenn mindestens 610.000 Berliner dafür stimmen (ein Viertel der Wahlberechtigten) – und nicht noch mehr dagegen.

Doch selbst um den Wahltermin wurde verblissen gerungen: „Pro Reli“ setzte sich für den 7. Juni ein, den Tag der Europawahlen, weil an diesem Tag mit mehr Wahlbeteiligung zu rechnen sei und sich durch die Zusammenlegung der Wahltermine etwa eine Million Euro Kosten sparen ließe. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit sprach sich für den 26. April aus, weil es sich bei der Abstimmung um eine wichtige bildungs- und integrationspolitische Entscheidung handle. Diese „sollte so schnell wie möglich getroffen werden“. Als „absolutistischen Herrscher“ und „Sonnenkönig“ bezeichnet die CDU deshalb den Bürgermeister, einen „Trickser“ nennt ihn die FDP.

Inzwischen ist Berlin mit der Religionsfrage plakatiert, als ginge es um die letzten Dinge. „Religion ist freiwillig“, wirbt die Linke auf ihren Plakaten, dazu sind Albrecht Dürers „Betende Hände“ und eine Blümchentapete zu sehen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken wirft den Gegnern des Volksentscheides deshalb Irreführung vor. Mit Sprüchen wie „Religion ist freiwillig“ lenke der rot-rote Senat vom eigentlichen Anliegen ab.

Für einen Außenstehenden ist der Berliner Kulturkampf schwer zu begreifen: „Pro Reli“ ist mit dem Slogan „Freie Wahl zwischen Ethik und Religion“ in den Kampf gezogen. Die SPD wiederum bittet mit dem Slogan „Religion oder Ethik? Wir machen beides!“ zur Wahlurne. Die Einführung eines Wahlpflichtfaches – wie „Pro Reli“ es fordert – zwinge die Schüler, sich zwischen Ethik- und Religionsunterricht zu entscheiden, sagt SPD-Landeschef Michael Müller. „Wir wollen das nicht, denn das ist keine Wahlfreiheit, sondern Wahlzwang.“

Wie entscheiden die Berliner?

Wie werden die Berliner sich entscheiden? Kurz vor der Abstimmung stellte die Initiative „Pro Reli“ eine „repräsentative“ Meinungsumfrage des Institutes Ipsa vor, derzufolge eine

Mehrheit der Berliner den Religionsunterricht wünscht. Wenige Tage zuvor hatte allerdings die gegen das Wahlpflichtfach Religion arbeitende Initiative „Pro Ethik“ eine ebenfalls „repräsentative“ Forsa-Umfrage vorgestellt – nach der die Berliner den Ethik-Unterricht bevorzugen. Am 26. April wird einer der emotionalsten Wahlkämpfe der letzten Jahre entschieden – mit einem dann wirklich repräsentativen Ergebnis.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22713>

Als Ban Ki Moon mit keinem Wort die Christendiskriminierung erwähnte
23.4.09

Russisch-Orthodoxe Kirche bei der Anti-Rassismus-Konferenz der Vereinten Nationen: Auch "Christianophobie" als Form der Diskriminierung und Intoleranz anerkennen - Kritik am UNO-Generalsekretär, der dieses Thema verschwieg

Moskau (kath.net)

Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat bei der Anti-Rassismus-Konferenz der Vereinten Nationen, die diese Woche in Genf abgehalten wurde, gefordert, dass auch "Christianophobie" als Form der Diskriminierung und Intoleranz anerkannt wird. Georgy Ryabykh, der Delegierte der Russisch-Orthodoxen Kirche meinte gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax, dass es ist für die Russisch-Orthodoxe Kirche sehr wichtig sei, dass dies bei der Liste der Bedrohungen neben Anti-Semitismus und Islamophobia hinzugefügt werde. Der Delegierte beklagte, dass UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon bei der Eröffnungsrede zur Konferenz zwar Anti-Semitismus und Islamophobia erwähnte aber kein einziges Wort über Christianophobia verlor. Es gäbe heutzutage eine Menge von Beispielen, wo die Rechte von Christen verletzt werde, erklärte Ryabykh abschließend.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=22682>

Sind Linke moralischer als Religiöse?
20.4.09

Journalist bei taz-Kongress: Gott schütze uns vor Rückkehr der Religionen

Berlin (kath.net/idea)

Linksorientierte Menschen orientieren sich oft stärker an Werten als religiöse. Diese Ansicht vertrat der Journalist und Schriftsteller Robert Misik (Wien) auf einem Kongress zum 30-jährigen Bestehen der linksalternativen „tageszeitung“ (taz) am 19. April in Berlin.

Die Vorstellung, dass nur der Glaube an Gott Menschen vom Foltern, Morden und Brandschatzen abhält, sei falsch, so der Religionskritiker bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „Brauchen wir Gott für unsere Werte?“ Nach seinen Worten untergräbt die Bibel teilweise die Moral. So sei die im Alten Testament beschriebene Eroberung Kanaans durch das jüdische Volk eine „Erlaubnis zur ethischen Säuberung“. Zudem zeugten die Paulus-Briefe im Neuen Testament mit ihrer Androhung von Höllenqualen und ewiger Verdammnis von einer obsessiven Bössartigkeit.

Scharfe Kritik übte Misik auch am Berliner Volksbegehren „Pro Reli“, das sich für eine Gleichberechtigung des Religionsunterrichts neben dem Fach Ethik einsetzt. Wenn „Pro Reli“-Vertreter von dem Pflichtfach Ethik als „Zwangsethik“ sprechen, sei dies etwa so als wenn man von „Zwangsmathematik“ oder „Zwangsdeutsch“ spreche. Der Kampf von „Pro Reli“ sei ein „Terrorismus der Mehrheitsmoral“ und verstärke Identitätswahn und den Rückzug in Parallelgesellschaften.

Misik: „Gott schütze uns vor der Rückkehr der Religionen.“ Der Journalist gehörte in den 80er-Jahren zu der Gruppe Revolutionäre Marxisten.

Historiker: Blutige Bilanz säkularer Heilssysteme

Der jüdische Publizist Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, widersprach Misik. Die Bilanz säkularer Heilssysteme wie des Kommunismus, Faschismus und Maoismus falle blutig aus. Verglichen damit könne sich die 2.000jährige Bilanz von Judentum, Christentum und auch Islam durchaus sehen lassen. Nirgendwo sonst seien Werte so verdichtet und so packend zu finden wie in der Bibel. Wolffsohn: „Politiker kommen und gehen, Moden kommen und gehen. Das, was Religion im Kern über den Menschen vermittelt, bleibt.“ Für das Zusammenleben könne man sich nach dem biblischen Gebot „Liebe den Fremden wie dich selbst“ richten.

Wolffsohn zeigte sich erschrocken darüber, wie ahnungslos viele Christen über ihre Wurzeln seien. Er sei deshalb für „Pro Reli“. Als Vater schulpflichtiger Kinder habe er allerdings schlechte Erfahrungen mit dem Religionsunterricht gemacht: „Wir mussten zu Hause Nachhilfe leisten, weil im Religionsunterricht über alles gesprochen wurde – von Wehrdienstverweigerung bis zu Teufelssekten – nur nicht über Religion.“

Vorwurf: Berliner Ethikunterricht will von Religion wegbringen

Auch die Kulturbefragte der EKD, Petra Bahr (Berlin), äußerte sich kritisch zum Religionsunterricht. Dieser habe sich über 20 Jahre lang selbst diskreditiert. Bahr: „Es kann nicht sein, dass man im Deutschunterricht mehr über Religion erfährt als im Religionsunterricht.“ Sie wolle, dass ihr Kind lerne, dass es geliebt, aber nicht der Maßstab aller Dinge sei, dass es Gerechtigkeit und Barmherzigkeit übe und die Würde des anderen achte. Bahr setzt sich für „Pro Reli“ ein, da der Berliner Ethikunterricht das Ziel habe, die

Schüler von allen religiösen Bindungen zu distanzieren. Der Religionsunterricht sei ein Ort, an dem man zweifeln, fragen und suchen könne.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20052>

Grüner Angriff auf die Religionsfreiheit

9.6.08

Erzbischof Schick übt scharfe Kritik am Parteitagsbeschluss der Grünen, die jetzt alle religiösen Zeichen, wie Kreuze, Schwesternhauben, Priesterkragen in Schulen verbieten möchte

Bamberg/Neuensees(bbk)

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick hat sich in deutlichen Worten gegen einen Parteitagsbeschluss der Bayerischen Grünen gewandt, alle religiösen Zeichen, wie Kreuze, Schwesternhauben, Priesterkragen und Kopftuch der Muslime in Schulen verbieten zu wollen. „Der gestrige Entscheid auf dem Grünen-Parteitag in Augsburg muss uns alle, nicht nur die Christen, auf den Plan rufen“, sagte Schick am Sonntag bei der Feier des 100-jährigen Kirchenjubiläums in Neuensee bei Michelau (Bezirk Oberfranken).

„Das ist ein Angriff auf die Religionsfreiheit, eines der wichtigsten Menschenrechte, und auch auf unser Grundgesetz. Wir brauchen die freie Religionsausübung in Toleranz und keine intoleranten Religionsverbote“, so Schick wörtlich. Es sei nicht zu verstehen, wie man auf der einen Seite den Schutz der Freiheitsrechte fordern und auf der anderen Seite die Religionsfreiheit einschränken könne, so Schick mit Blick auf den Grünen-Beschluss.

Wenn religiöse Zeichen in den Schulen verboten seien, sei zu befürchten, dass sie „über kurz oder lang auch ganz aus der Öffentlichkeit verschwinden sollten“, sagte der Bamberger Erzbischof. Nur intolerante, autokratische Regierungen, in denen die Bürgerrechte reglementiert seien, würden das religiöse Bekenntnis und die religiösen Symbole in der Öffentlichkeit verbieten. „Solche Zustände dürfen wir nicht zulassen. Für alle wollen wir die Religionsfreiheit, die auch das Bekenntnis und die religiösen Symbole in der Öffentlichkeit umfasst“, so Schick: „Wir sind ein christlich geprägtes Land

und deshalb müssen die christlichen Symbole, die zu unserer Tradition gehören, bleiben.“

Aber auch für Mitbürger mit anderen Bekenntnissen, wie die Muslime und Juden, müsse die Religionsausübung im Rahmen der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet bleiben, sagte Schick.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=20206>

Paulus würde heute in mindestens 20 Staaten verfolgt

28.6.08

IGFM zum Paulus-Jahr: Selbst in der Türkei wäre der Apostel seines Lebens nicht sicher.

Frankfurt am Main (www.kath.net/idea)

Der Apostel Paulus müsste heute in mindestens 20 Ländern mit Verfolgung und Martyrium rechnen, wenn er – wie zu seinen Lebzeiten – als Missionar tätig wäre. Darauf hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main zum Auftakt des Paulus-Jahres hingewiesen.

Es wird am 28. Juni von Papst Benedikt XVI. und dem orthodoxen Patriarchen Bartholomaios in der Paulusbasilika in Rom eröffnet und dauert bis zum 29. Juni 2009. Paulus wurde vor 2.000 Jahren in Tarsus (heute Türkei) geboren und soll nach altkirchlicher Überlieferung nach dem Jahr 60 in Rom den Märtyrertod gestorben sein.

Nach Einschätzung der IGFM würde er heute in Ländern wie Nordkorea, Iran, Afghanistan oder Somalia wahrscheinlich getötet. In Staaten mit Anti-Missions-Gesetzen wie Algerien oder Teilen Indiens müsste er für mehrere Jahre hinter Gitter. Selbst in der Türkei, zu der heute seine Geburtsstadt Tarsus gehört, wäre er seines Lebens nicht sicher, so die IGFM.

Dies hätten die Morde an dem katholischen Priester Andrea Santoro 2006 sowie dem armenischen Zeitungsherausgeber Hrant Dink und den drei evangelischen Christen Tilmann Geske, Necati Aydin und Ugur Yüksel im vergangenen Jahr gezeigt. Immer wieder komme es vor, dass christliche Missionare in den türkischen Medien als eine Bedrohung des Türkentums schlechtmacht würden.

Die IGFM ruft die Türkei auf, eine den Standards der Europäischen Union entsprechende Religionsfreiheit anzuerkennen und durchzusetzen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=21215>

Keine Kreuze mehr in Linzer Kindergärten und Schulen

30.10.08

Die SPÖ hat in Linzer Horten und Kindergärten die Kreuze abhängen lassen - ÖVP ortet einen Gesetzesbruch und ist empört: "Offensichtlich hat die SPÖ in Linz Probleme mit den christlichen Symbolen"

Linz (www.kath.net)

In Linzer Horten und Kindergärten gibt es seit Jahren keine Kreuze mehr. Dies hat sich bei der letzten Gemeinderatssitzung herausgestellt wie der ORF berichtet. In der letzten Gemeinderatssitzung wollte die ÖVP wissen, wie es um die Kinderbetreuung in Linz steht. Eine Anfrage betraf die Anbringung von Kreuzen: "Ein Punkt war eben die Anbringung des Kreuzes. Wir waren dann tatsächlich fassungslos, als dann gesagt wurde, dass in Linzer Schulen und Kindergärten keine Kreuze aufgehängt werden.", erzählt ÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer, der sogar von einem Gesetzesbruch spricht, da im Kinderbetreuungsgesetz festgelegt ist, dass ein Kreuz in jedem Gruppenraum anzubringen ist, wenn im Kindergarten die Kinder mit christlichem Glauben in der Mehrheit sind.

SPÖ Vizebürgermeisterin Ingrid Holzhammer sieht verteidigt die Anordnung und betont, dass man ja in Österreich eine klare Trennung zwischen Kirche und Staat habe: "Nachdem wir das Religionsbekenntnis der Kinder nicht erheben, wissen wir gar nicht, ob die Mehrheit einen christlichen Glauben hat. Außerdem hängen wir auch keine anderen religiöse Symbole auf." Stelzer von der ÖVP kritisiert die Aussagen heftig: "Ganz offensichtlich hat die SPÖ in Linz Probleme mit den christlichen Symbolen und vielleicht sogar auch mit den Werthaltungen, die da dahinter stehen."

Evangelischer Kirchentag in Bremen
Es war nicht anders zu erwarten.

Der 32. Evangelische Kirchentag, der vom 20. – 24. Mai 2009 in Bremen stattfand, unterschied sich nicht von den vorherigen „christlichen“ Großveranstaltungen. Große Samba-Eröffnungsparty am 20. Mai, Abschlußparty am 23. Mai und dazwischen.... wurde gefeiert. Aus über 2.500 Veranstaltungen konnten die Besucher des Kirchentages wählen. Das wird sicher nicht jedem einfach gefallen sein. Gegen Abend erklang von den verschiedenen Bühnen meist ohrenbetäubender Lärm, der die Jugendlichen anlockte und für Partystimmung sorgte. Ob man den Sänger verstand oder nicht, war egal. Hauptsache, man hatte Spaß. Der große Abschlußgottesdienst am 24. Mai auf der Bürgerweide ließ, Gott sei Dank, noch ein wenig erkennen, daß nicht alle Religionen gleich sind.

Mit meinem mobilen „Fahrrad-Infostand“ war ich mitten im Geschehen. Viele Flugblätter konnten wieder „an den Mann“ oder „an die Frau“ gebracht werden. Zahlreiche Gespräche mit Jugendlichen wurden geführt, die sich bei Betrachten der Abtreibungsbilder meist entsetzt über diese Realität zeigten.

Daß Bremen eine Hochburg von linken Chaoten ist, hatte ich noch in Erinnerung. Denn letztes Jahr wurde der Kongreß Christival, der in Bremen unter der Schirmherrschaft von Familienministerin von der Leyen stattfand, von Protestaktionen der linken Szene begleitet.

An meinem mobilen Stand hatte ich mit solchen jungen Nachwuchs-Chaoten zu tun, die eigentlich nicht diskutieren wollten, sondern nur eine Gelegenheit suchten, zu stören oder zu zerstören. Ich konnte letzteres zwar verhindern, war aber machtlos, als eine solche Horde meinen kleinen Stand „überfiel“ und die ausgelegten Flugblätter und Bücher mitnahmen.

Eine Überraschung neuer Qualität erfuhr ich am Tag „Christi Himmelfahrtstag“. Mein Auto hatte ich außerhalb des Zentrums geparkt. Beide Außenspiegel und alle Türgriffe waren mit Hundekot beschmiert, die Fenster mit schwarzer Farbe besprüht und das Auto mit Klopapier eingewickelt. Diese Attacke hielt mich jedoch nicht davon ab, auch in den nächsten Tagen über das Unrecht der Abtreibungstötung in Wort und Bild zu informieren.

Offenbar fehlt es den Leuten an Anstand. Ein „Knigge“ tut offenbar Not.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23207>

Christen sind die am stärksten verfolgte religiöse Gemeinschaft
19.6.09

Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu „Religionsfreiheit als Menschenrecht“

Berlin (kath.net/idea)

Keine andere religiöse Gemeinschaft wird weltweit so stark verfolgt wie die der Christen. Darauf hat die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach (Berlin), aufmerksam gemacht. Wie sie bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Religionsfreiheit als Menschenrecht: Christenverfolgung heute“ am 18. Juni in Berlin sagte, hätten weltweit rund 200 Millionen Christen wegen ihres Glaubens unter Repressionen zu leiden. 90 Prozent um ihres Glaubens willen getöteten Menschen seien Christen. Am schlimmsten sei die Situation laut dem Weltverfolgungsindex des Hilfswerks Open Doors in islamischen und kommunistischen Ländern.

„missio“: Keine generelle Christenverfolgung

Der Leiter der Fachstelle Menschenrechte des katholischen Hilfswerks „missio“, Otmar Oehring (Aachen), erklärte, er halte diese Zahlen für übertrieben. In keinem islamischen oder kommunistischen Land würden alle Christen verfolgt, sondern es handele sich vielfach um Einzelfälle. So könne man in der Türkei nicht von Christenverfolgung sprechen, obwohl Christen vielfach von Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf ausgeschlossen seien oder in den Medien herabgesetzt würden. Oehring plädierte dafür, statt von Verfolgung lieber von Diskriminierung oder Herabsetzung zu sprechen.

Vaatz sieht Defizite bei den Kirchen

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Aufbau Ost, Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung, Arnold Vaatz (Dresden), bemängelte kirchliche Defizite. Wenn die Kirchen sich nicht entschiedener für den Schutz von Christen einsetzten, könne die Politik nur wenig tun. Er wünsche sich, dass die Kirchen ihre „eigene Identität“ stärker verträten, so Vaatz. Er beobachte sowohl in der Politik als auch in der Kirche eine „Assymetrie in der Wahrnehmung“. Wenn es im Bundestag etwa darum gehe, ob verfolgte Christen in Deutschland aufgenommen werden sollen, gebe es auch unter christlichen Kollegen regelmäßig eine Debatte darüber, ob es statthaft sei, einzelne Christen zu unterstützen, wenn nicht auch allen anderen religiös Verfolgten geholfen werde. „So kann man gar nichts erreichen“, sagte Vaatz.

In der Kirche werde kaum darüber gesprochen, warum in islamischen Ländern weithin keine Kirchen gebaut werden dürfen, sondern vor allem darüber, ob die in Deutschland errichteten Moscheen höher sein dürften als die Kirchtürme.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23218>

Religionsfreiheit: Der Iran am Scheideweg

20.6.09

Nach der Wiederwahl von Präsident Achmadinedschad: Interview mit Berthold Pelster, dem Menschenrechtsexperten des weltweiten katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“

Teheran ([kath.net/Zenit](http://www.kath.net/Zenit)) Trotz brutaler Gewalt seitens der Polizeikräfte und mehreren Toten unter den Demonstrierenden: Im Iran halten die Proteste der Bevölkerung gegen den Ausgang der Präsidentschaftswahl vom 12. Juni an. Die Menschen in Teheran demonstrieren für Reformen in ihrem Land, in die auch die dort lebenden Minderheiten große Hoffnungen setzen. Über die Situation der Christen im Iran sprach ZENIT mit dem Menschenrechtsexperten des weltweiten katholischen Hilfswerks "Kirche in Not", Berthold Pelster.

ZENIT: Herr Pelster, das Hilfswerk Kirche in Not hat vor den Wahlen im Iran zum Gebet für die dort lebenden Christen aufgerufen. Warum?

Berthold Pelster: Weil von diesen Wahlen nicht nur für das iranische Volk im Allgemeinen, sondern vor allem auch für die Minderheiten im Besonderen sehr viel abhing. Und zu diesen Minderheiten zählen die Christen, die es in einem islamischen Staat denkbar schwer haben.

Wie viele Christen gibt es denn im Iran?

Das ist schwer zu sagen, denn ihre Zahl wird durch falsche Statistiken von Seiten der Behörden kleiner gemacht als sie wirklich ist. Nach offiziellen Regierungsangaben gibt es etwa 100.000 Christen im Land. Tatsächlich aber dürften es mindestens doppelt so viele sein. Die meisten von ihnen gehören der armenisch-apostolischen Kirche an. Doch es gibt auch kleine Gruppen von Katholiken und Protestanten.

Unter welchen Bedingungen leben diese Christen?

Sie leben in einem muslimischen Staat, der sich nach der iranischen Revolution 1979 zum Ziel gesetzt hat, aus dem Iran einen islamischen Gottesstaat zu machen, und zwar auf den Grundlagen der schiitischen Glaubensrichtung des Islam. Der schiitische Islam ist in der Verfassung als Staatsreligion festgelegt.

Das hat zur Folge, dass andere Glaubensrichtungen des Islam gesellschaftlich benachteiligt werden, wie zum Beispiel die kleine sunnitische Minderheit im Land. Besonders rigoros geht der Staat gegen die Religion der Bahai vor.

Diese Glaubengemeinschaft ist im 19. Jahrhundert aus dem schiitischen Islam hervorgegangen, wird aber vom Staat als häretisch gebrandmarkt und brutal unterdrückt. Nach der islamischen Revolution 1979 wurden hunderte Bahais verhaftet und Dutzende hingerichtet, vor allem aus der Führungsschicht. Viele heilige Stätten der Bahais wurden vom Staat beschlagnahmt oder zerstört.

In diesem rigorosen religiösen Klima haben auch die Christen einen schweren Stand. Auch sie gelten nur als "Bürger zweiter Klasse" und werden gesellschaftlich benachteiligt, etwa in der Ausbildung oder im Beruf. Missionierung in der Öffentlichkeit ist verboten, genauso der Wechsel vom Islam hin zu einer anderen Religion. Jede Abwendung vom Islam, auch Apostasie

genannt, gilt als Verrat an der Religion und an der muslimischen Gemeinschaft und wird in der islamischen Tradition mit dem Tod bestraft.

Das heißt, Konvertiten droht in jedem Fall die Todesstrafe?

Oft droht ihnen Gefahr von der eigenen Familie, die in Selbstjustiz die vom Abtrünnigen beschmutzte Familienehre wieder herstellen will. Die Tötung eines Apostaten gilt im Übrigen nicht als strafrechtliches Vergehen, sondern vielmehr als Pflicht eines jeden Muslims.

Wird ihr Glaubenswechsel öffentlich bekannt, so verlieren Konvertiten meistens ihren Arbeitsplatz. Auch droht ihnen die Konfiszierung ihres Besitzes. Sollten sie verheiratet sein, gilt ihre Ehe vor dem Gesetz nun als illegal, denn es ist muslimischen Frauen nicht erlaubt, mit einem Nicht-Muslim verheiratet zu sein. Trennt sich die Frau nicht von ihrem zum Christentum übergetretenen Ehemann, so kann sie wegen illegalen Zusammenlebens angeklagt werden.

Wegen all dieser gravierenden Konsequenzen müssen konvertierte ehemalige Muslime ihren neuen Glauben im Verborgenen leben, in ständiger Angst vor Verfolgung und Vergeltung. Vielen Konvertiten bleibt keine andere Wahl als das Land zu verlassen. Von Religionsfreiheit kann daher im Iran, wie auch in vielen anderen islamisch geprägten Ländern, keine Rede sein.

Im vergangenen September wurde dem iranischen Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt, in dem der Abfall vom islamischen Glauben unter Strafe gestellt wird. Wie sehen diese Regelungen konkret aus?

Das Gesetz wurde vom Parlament mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Sobald auch der "Islamische Wächterrat" zugestimmt hat, kann das Gesetz in Kraft treten. Damit sollen Strafen ins offizielle Strafrecht übernommen werden, die der islamischen Tradition entsprechen.

Die Abwendung vom islamischen Glauben wird bei Frauen mit lebenslanger Haft, bei Männern mit dem Tod bestraft. Die Strafen fallen so drastisch aus, weil nach islamischem Verständnis die Abwendung vom Islam, wie schon erwähnt, gleichbedeutend ist mit der Aufkündigung der Loyalität zur islamischen Gemeinschaft, also mit Hochverrat.

Präsident Ahmadinedschad rühmt sich aber doch damit, dass die christliche Minderheit gleiche Rechte genießt wie die Muslime. Wie sieht es damit aus?

Durch die staatliche Verfassung werden die Christen zwar neben den Juden und den Zoroastriern als religiöse Minderheit offiziell anerkannt. Doch in der Praxis gelten Christen, wie geschildert, nur als Bürger zweiter Klasse. Sie dürfen ihren Glauben nur innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft und in eigenen Räumlichkeiten ausüben.

Besonderer Druck wird auf evangelische Christen ausgeübt. Sie werden teilweise vom Staat gezwungen, ihre Gottesdienste in assyrischer oder armenischer Sprache zu feiern, also in den Sprachen der schon seit langer Zeit im Iran lebenden christlichen Minderheiten. Gottesdienste in persischer Sprache dagegen sind verboten.

Mitglieder evangelikaler Gemeinden benötigen einen offiziellen Ausweis von der Regierung, und bei ihren Sonntagsgottesdiensten führt die staatliche Religionspolizei häufig Zugangskontrollen durch.

Weil die Lage für die Christen im Iran insgesamt also sehr schwierig ist, sind seit der iranischen Revolution 1979 viele Tausende von Christen ausgewandert. Die christliche Bevölkerung schrumpft also, eine Erscheinung, die wir leider in vielen islamischen Ländern beobachten.

Jegliches öffentliche Bekenntnis zum christlichen Glauben ist untersagt, Werbung für den eigenen Glauben ist streng verboten. Steht dies nicht im Widerspruch zu dem vom Iran unterzeichneten UN-Zivilpakt, der das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert?

Ja. Denn dieses Recht umfasst auch die Freiheit, seine Religion alleine oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekunden durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht, öffentlich oder privat.

Haben Sie die Hoffnung, dass es durch die Proteste im Iran nun zu Reformen kommen wird?

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder wirft die Regierung die Massendemonstrationen mit brutaler Gewalt nieder. Das hätte zur Folge, dass Präsident Ahmadinedschad an der Macht bleibt.

Oder die Demonstrationen führen tatsächlich dazu, dass die Wahl annulliert und wiederholt wird. Dann gäbe es aus meiner Sicht die Hoffnung, dass sich gemäßigte Politiker durchsetzen könnten, die für eine Demokratisierung des Landes sorgen könnten, mit positiven Auswirkungen auch auf das grundlegende Menschenrecht der Religionsfreiheit.

Gesetzesnovelle

Irland bestraft Gotteslästerung mit 25.000 Euro

Von Bianca Blei

DIE WELT 22. Juli 2009, 15:36 Uhr

Künftig droht den Iren für Gotteslästerung eine saftige Geldstrafe: Bis zu 25.000 Euro sieht eine Mitte Juli verabschiedete Gesetzesnovelle vor. Bei atheistischen Gruppierungen stößt das auf heftige Kritik. Doch Justizminister Dermot Ahern ist überzeugt, er sei zu diesem Gesetz gezwungen gewesen.

Irland katapultiert sich zurück ins tiefste Mittelalter. Das zumindest behaupten Gegner einer umstrittenen Gesetzesänderung. Kurz vor der Sommerpause beschlossen die Abgeordneten mit nur einer Stimme Mehrheit, dass Gotteslästerung künftig mit bis zu 25.000 Euro bestraft werden soll. Justizminister Dermot Ahern verteidigt die Novelle gegen die harsche Kritik und verweist darauf, dass die irische Verfassung ein solches Gesetz sogar vorschreibe.

Tatsächlich: Artikel 40 der Verfassung aus dem Jahr 1937 besagt, dass die Veröffentlichung "gotteslästerlichen, umstürzlerischen oder unsittlichen Materials" bestraft werden müsse. Gegen diese Vorschrift wolle er sich nicht auflehnen, schreibt Minister Ahern in einem Kommentar für die Zeitung "Irish Times". Die Verfassung habe man zu befolgen, sie sei kein Dokument "à la carte", aus dem man beliebig auswählen könne.

Dennoch wächst die Empörung: "Niemand wollte dieses Gesetz", kommentiert der Publizist Padraig Reidy im britischen "Guardian". Zwar habe es immer wieder öffentliche Diskussionen über Religion gegeben, aber kein einziger kirchlicher Würdenträger habe jemals eine Verschärfung des Gotteslästerung-Gesetzes gefordert.

Michael Nugent, Mitinitiator der Plattform "Atheist Irland", nennt die Novelle in einem Zeitungsartikel "sowohl dumm, als auch gefährlich". Dumm, weil ein "mittelalterliches religiöses Verbrechen in eine moderne und pluralistische Republik" übertragen werde. Und gefährlich, weil Anreize für "religiöse Entrüstungsstürme geschaffen werden, da nun eine exakte Definition von Blasphemie" vorliege.

Gotteslästerung, Blasphemie und Herabwürdigung religiöser Lehren sind oft Auslöser für heftige Diskussionen und Ausschreitungen.

Ian O'Doherty von der Zeitung "Irish Independent" treibt die Kritik auf die Spitze: **"Katholizismus ist ein Kannibalkult, deren Anhänger ihren Anführer verspeisen. Juden, die Glauben, dass Gott sie in einem Heiligen Land ansiedeln will, sind verblendete Irre. Muslime, die islamisches Recht einsetzen**

wollen, sind nichts als faschistische Terroristen und Scientologen sind ein Haufen gehirngewaschener Freaks, die vom böswilligen Geschwätz eines gescheiterten Science-Fiction-Autors geleitet werden." Es folgt die gelungene Pointe: "Na dann, Jungs, ich sehe euch vor Gericht."

Justizminister Dermot Ahern versteht den Widerstand nicht. Er habe "keinen neuen Straftatbestand geschaffen", sondern im Gegenteil das bestehende Gesetz abgeschwächt. "Ich habe die siebenjährige Haftstrafe aus dem Paragraphen gestrichen und dagegen eine Geldstrafe eingesetzt", sagte Ahern. Ursprünglich hatte er allerdings eine Strafe von bis zu 100.000 Euro gefordert.

Religion war in Irland schon immer ein heikles Thema, jahrelang gab es einen blutigen Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken. Immer wieder gibt es deshalb auch Tote. Die katholische Kirche hat einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung. **Laut Umfragen steht die Mehrheit der Bevölkerung – von der 87 Prozent katholisch sind – hinter dem Gesetz.**

Die Lösung, das Blasphemie-Gesetz ganz zu streichen, liegt nah. Doch dazu wird es wohl nicht kommen. Ein landesweites Referendum wäre dafür notwendig, weil es sich um eine tief greifende Änderung der Verfassung handeln würde. Der Justizminister lehnt sie allerdings ab. Als Grund nennt er die Wirtschaftskrise. Eine Volksabstimmung sei "eine teure und unnötige Ablenkung".

Irland ist übrigens nicht das einzige Land mit einem Blasphemie-Gesetz. Das deutsche Strafgesetzbuch besitzt ebenfalls einen solchen Artikel, Paragraph 166 wurde sogar mehrfach reformiert. Seit der letzten Novelle gilt nicht mehr Gott als das höchste zu schützende Gut, sondern der öffentliche Friede, der eventuell durch Blasphemie gestört werden kann. Wer dagegen verstößt kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit Geldbuße bestraft werden. Eine Initiative zur Verschärfung des Paragraphen unternahm der ehemalige Ministerpräsident Bayerns, Edmund Stoiber (CSU), im Jahr 2006, jedoch ohne Erfolg.

Christenverfolgung unter Christen

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 7/2009,4

Vor 70 Jahren wurde der Antisemitismus in unserem Land propagiert. Die Judenphobie griff um sich wie ein Krebsgeschwür. Die Folgen waren Verfolgung und Tod.

Heute handelt es sich nicht um Antisemitismus, sondern um den Anti-Jesuitismus, nicht um Judenphobie, sondern um Christenphobie, nicht um wachsende Juden-, sondern um Christenverfolgung:

Am 7. Mai 2009 wurde versucht, **Papst Benedikt XVI.** im Menschenrechtsbericht des Europaparlamentes aufzuführen. Der Grund, weshalb er mit Diktatoren und der-gleichen auf eine Ebene gestellt werden sollte, war der, daß er Kondome nicht als Lösung für die Not in Afrika ansieht. Nur aufgrund der zu geringen Stimmenbeteiligung entging der Papst diesem Angriff.

Kardinal Francis George äußerte sich dazu: „Verleumdung des Papstes und antipäpstliche Propaganda sind in der Geschichte normaler-weise die Vorstufe aktiver Christenverfolgung.“

Wenn Christen verfolgt werden, dann wird JESUS CHRISTUS verfolgt.

Die Frage ist, ob wir bereit sind, für unseren HERRN Verfolgung zu ertragen. Denn daß uns Verfolgung erwartet, sollte uns nicht wundern, hat doch schon Paulus gesagt, daß alle, die in CHRISTO JESU gottselig leben wollen, verfolgt werden.

Jan Weremchuk

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23521>
Nordkorea: Christin wegen Bibelverbreitung hingerichtet
27.7.09

Mann, Kinder und ihre Eltern in Straflager eingeliefert

Pjöngjang (kath.net/idea) Wegen Bibelverbreitung soll eine nordkoreanische Christin nach Angaben einer Menschenrechtsorganisation öffentlich hingerichtet worden sein. Außerdem habe man die 33-jährige Ri Hyon-Ok, Mutter von drei Kindern, beschuldigt, für Südkorea und die Vereinigten Staaten spioniert zu haben. Das berichtet die „Investigative Kommission für Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ am 24. Juli.

Die Hinrichtung soll bereits am 16. Juni in der Stadt Ryongchon an der Grenze zu China stattgefunden haben. Am nächsten Tag seien der Ehemann, die Kinder und die Eltern der Frau in ein Straflager abtransportiert worden. Die Kommission setzt sich dafür ein, den kommunistischen Diktator Nordkoreas, Kim Jong-Il, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu stellen. Nordkorea ist laut Untersuchungen des Hilfswerks Open Doors der schlimmste Christenverfolgerstaat.

Das Regime in Pjöngjang halte das Christentum für eine der größten Gefahren, weil es auch in Osteuropa den Anstoß für den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft gegeben habe, so die Organisation. Sie setzt sich weltweit für verfolgte Christen ein. Zwar herrscht in Nordkorea offiziell Religionsfreiheit, aber bis zu 70.000 Christen werden in über 30 Arbeits- und Straflagern gefangen gehalten. Von den 23,6 Millionen Einwohnern sind offiziellen Angaben zufolge etwa 12.000 Christen, die zu vier staatlich anerkannten Kirchengemeinden gehören – zwei evangelischen, einer katholischen und einer russisch-orthodoxen. Religionsstatistiker gehen davon aus, dass sich weit über 400.000 Christen im Verborgenen treffen.

DER DURCHBLICK Juli 2009,10

Der Weltfußballverband »FIFA« diskriminiert Christen.

Nach einem Turnier Anfang Juli erteilte die FIFA der brasilianischen Nationalelf einen offiziellen Verweis. Der Grund: Die siegreichen Brasilianer hätten nach dem Endspiel gemeinsam gebetet. Dazu erklärte die FIFA, daß religiöse, politische oder persönliche Botschaften auf dem Spielfeld zu unterbleiben hätten. Einige Tage vorher hatte sich je-doch die ägyptische Mannschaft nach einem Sieg demonstrativ gegen Mekka gewandt und gemeinsam ein Gebet gesprochen, ohne daß die FIFA dies beanstandet hätte. Weshalb er Muslimen gestattet, was Christen verboten sein soll, begründete der Verband nicht.

Feindbild Christentum

von Michael Volk

DER DURCHBLICK Juli 2009,11

Verschiedene Ideologien haben in Politik, Medien und Gesellschaft die Oberhand gewonnen und besimmen zunehmend Leben und Denken in Europa: atheistischer Humanismus, Liberalismus, Sozialismus, Laizismus. So unterschiedlich, ja unter sich widersprüchlich>. sie im Ein*ne sein mögen, in einem sind sie sich einig: das Christentum ist ihr Feind. In dem schmalen Bändchen »Europa ohne Christus?« zeigt der Publizist Stefan Meetschen eindrucksvoll, wie weit die Intoleranz gegenüber Christen bereits gediehen ist.

In Kultur und Medien werden christliche Symbole und Standpunkte verzerrt dargestellt, verspottet oder offen angefeindet. Jeglicher Widerstand gegen die Gender-Ideologie und die Homosexualisierung Europas wird kriminalisiert. Politiker, die sich offen zur katholischen Moral bekennen, sind chancenlos, Ärzte und Pfleger, die sich gegen Abtreibung stellen, werden

diskriminiert. Und die aller-meisten Gläubigen verharren in Passivität. Noch schlimmer ist, daß Christen, die in der Öffentlichkeit angegriffen werden, von den eigenen Glaubensgenossen meist im Regen stehen gelassen werden. Stefan Meetschen führt zahlreiche Beispiele für die Christenfeindlichkeit in Europa an - und man könnte ihnen fast täglich weitere hinzufügen.

Einerseits läßt einen dies erschrecken. Andererseits verfällt der Autor keineswegs in Pessimismus oder Resignation. Die Entchristlichung Europas ist keine Naturkatastrophe, die man einfach hinnehmen muß. Es hängt viel-mehr von den Christen selbst ab, ob Europa auch in Zukunft noch christlich sein wird. Meetschen empfiehlt die Aktion »Europa für Christus« (im Internet: www.europe4christ.net) und gibt praktische Ratschläge zu Gebet und Handeln. Freilich wären an dieser Stelle ein wenig mehr konkrete Vorschläge, hilfreich gewesen. Vielleicht müssen aber alle Christen selbst noch viel mehr Ideen und Strategien entwickeln.

Zur Bewußtmachung der Gefahr, in der sich das christliche Europa befindet hat Stefan Meetschen jedenfalls seinen Teil beigetragen.

Buch-Informationen:

Stefan Meetschen: Europa ohne Christus? Ein Essay. Kißleg: fe-medienverlag, 2009. tb, 95 S. ISBN: 978-3939684527. 5,00 EUR.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23299>

Überzeugte Christen können ihre Religion öffentlich vertreten

29.6.09

CDU-Politiker Nooke weist Kritik an getöteten Bibelschülerinnen zurück

Berlin/Schorndorf (kath.net/idea)

Überzeugte Christen haben das Recht, ihre Religion öffentlich zu vertreten. Das erklärte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke (CDU), im Blick auf Vorwürfe, die beiden im Jemen getöteten Bibelschülerinnen Anita Grünwald und Rita Stumpp seien an ihrem Tod selbst schuld. Wie die Nachrichtenagentur ddp meldet, fordert Nooke, dass die Diskussion „vom Kopf auf die Füße gestellt“ werden müsse. Es sei absurd, den Opfern vorzuwerfen, sie trügen durch eine missionarische Tätigkeit selbst Schuld an ihrem Tod. Zum Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit gehöre, seine Religion und Lehre offen vertreten zu dürfen.

„Dazu zählt in gewisser Weise auch die Missionierung“, sagte Nooke laut ddp der Zeitung „Rheinpfalz am Sonntag“. Jeder müsse selbst entscheiden, in welche Gefahren er sich freiwillig begeben. Doch auch in islamisch geprägten Ländern müsse ein offenes Vertreten des Christseins möglich sein. Der Tod der Bibelschülerinnen setze nicht die ins Unrecht, „die missioniert haben, sondern jene, die die beiden Frauen umgebracht haben und die Staaten, die dagegen nur halbherzig vorgehen“, so Nooke.

„Das Licht soll in der Dunkelheit scheinen“

Kritik an den Vorwürfen gegen die Bibelschule Brake und die beiden jungen Frauen wurde auch beim Jahresfest der Evangelischen Karmelmission in Schorndorf bei Stuttgart geübt. Dort sagte der Festprediger, Pfarrer Heiko Krimmer (Kirchheim/Teck), dass Christen beauftragt seien, das Evangelium allen Menschen zu bezeugen. „Das Licht soll in der Dunkelheit scheinen“, laute die Aufforderung Jesu Christi an seine Nachfolger. Dies gelte auch für Länder, in denen Blutrache, Frauenunterdrückung und bittere Armut vorherrschen. Wer dort hingehe, sei kein fundamentalistischer Fanatiker oder Provokateur, sondern ein gehorsamer Diener Gottes. Es sei bestürzend, wenn Beauftragte der großen Kirchen erklärten, die ermordeten Frauen seien an ihrem Tod selber schuld, da sie Warnungen nicht befolgt hätten.

Von der entführten deutschen Familie Henschel und einem britischen Ingenieur, die zusammen mit den Bibelschülerinnen und einer ebenfalls getöteten Koreanerin verschleppt wurden, gibt es keine Lebenszeichen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23598>

Angst vor dem Islam in Deutschland?

6.8.09

Ein Mord in Dresden verursacht deutschfeindliche Kundgebungen - Eine Analyse von Eberhard Troeger

Dresden (kath.net/idea)

Am 2. Juli erstach ein russlanddeutscher Einwanderer in einem Saal des Dresdener Landgerichts auf bestialische Weise eine Ägypterin, die gegen ihn ausgesagt hatte. Der Mann war wegen ausländer- und islamfeindlichen Ausfällen nach einem Streit auf einem Spielplatz von der Muslimin angezeigt worden. Der Vorfall ist besonders tragisch und verabscheuenswürdig, da die ägyptische Familie wegen der wissenschaftlichen Forschungsarbeit des Ehemannes zu Gast in Deutschland weilte, der Mord vor den Augen des Ehemannes und des dreijährigen Kindes geschah und der Ehemann – u. a. durch einen polizeilichen Fehler – schwer verletzt wurde.

Trotzdem ist es mehr als bedenklich, was dann aus dem Fall gemacht wurde. Während die Öffentlichkeit in Deutschland einige Tage kaum reagierte, wurde der Fall in Ägypten und anderen islamischen Ländern bekannt und teilweise für politische Propaganda instrumentalisiert.

Wütende Muslime demonstrierten gegen Deutschland. Der iranische Präsident Ahmadineschad verstieg sich zu der Aussage, der Vorfall sei ein Beweis für die „Brutalität der deutschen Regierung und ein absoluter Beweis für die Korruption des deutschen Justizsystems“.

Solidarität: Warum so spät?

Abstruse Verschwörungstheorien spielen in der islamischen Welt immer noch eine große Rolle.

Selbst gebildete Menschen unterscheiden oft nicht zwischen dem Verbrechen eines Einzelnen und dem Verhalten einer Gesellschaft. Entsprechend pauschalisierend sind die Reaktionen. Umso überraschender war das, was in Dresden als Reaktion auf die deutschfeindlichen Demonstrationen im Ausland geschah. Plötzlich kam es zu Solidaritätsbekundungen für die Familie der Ermordeten. Kerzen wurden aufgestellt und Blumen niedergelegt. Vertreter des Staates beeilten sich mit Mitleidsbekundungen und Entschuldigungen.

Spitzenpolitiker nahmen am 11. Juli an einer großen Trauerfeier in Dresden teil. Warum erst, nachdem Muslime Druck machten? Warum nicht gleich öffentliche Worte der Anteilnahme und der Entschuldigung?

Warum nicht auch bei entführten Christen?

Vor allem aber: Wo waren die Blumen, Kerzen und öffentlichen Bekundungen der Anteilnahme, als am 12. Juni im Jemen zwei deutsche Praktikantinnen – vermutlich von radikalen Muslimen – ermordet und eine deutsche Familie entführt wurde, die seither vermisst wird?

Während im Jemen Menschen öffentlich ihre Abscheu vor der Tat bekundeten, war die öffentliche Debatte in Deutschland zunächst typisch deutsch: Warum sind die beiden jungen deutschen Frauen so dumm gewesen, sich der Gefahr im Jemen auszusetzen? Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, und das ist das eigentlich Bedenkliche an den unterschiedlichen öffentlichen Reaktionen.

Die Islamvertreter müssten es besser wissen

Ein Vertreter des deutschen Islam, der Generalsekretär des Zentralrates der Muslime in Deutschland,

Mazyek, verstieg sich gar zu der Behauptung, der Mord von Dresden sei ein schlimmer Höhepunkt der „Islamophobie“, die es seit Jahren in Deutschland gebe. Wie bitte? Müsste der Zentralrat nicht etwas besser verstehen, warum Migranten oft zwischen verschiedenen Kulturen zerrissen sind und deshalb ihre Probleme gern auf andere projizieren?

Müsste er nicht verstehen, dass Deutschland innerhalb weniger Jahrzehnte großzügig Millionen von Migranten aufgenommen hat und dies nicht spurlos an einer Gesellschaft vorübergehen kann? Eine Phobie ist bekanntlich eine unbegründete, krankhafte Angst.

Was bezwecken die muslimischen Verbände, wenn sie Teilen der deutschen Gesellschaft eine pathologische Angst vor dem Islam unterstellen? Soll unserer Gesellschaft bewusst ein schlechtes Gewissen gemacht werden, indem der Antisemitismus-Vorwurf kopiert wird? Das Ziel besteht offensichtlich darin, alle Bedenken im Blick auf den Islam und seine Demokratiefähigkeit zum Schweigen zu bringen.

Die Sorge um den Islam ist berechtigt

Die Sorge um den wachsenden Einfluss des Islam in Europa ist aber mehr als berechtigt. Ein Blick in die Urkunden des Islam und in seine Geschichte genügt, um zu verstehen, dass der orthodoxe Islam von seinem ursprünglichen Ansatz her auf Dominanz aus ist und einem Denken huldigt, das totalitäre Züge aufweist. Natürlich weiß ich, dass die große Masse der Muslime in Europa hier im Frieden leben will. Aber es gibt einflussreiche Gruppen – und dazu gehört auch der Zentralrat –, die mehr wollen. Deshalb denken viele Bürger unseres Landes mit Sorge an mögliche Zukunftsentwicklungen, z. B. an die zunehmende Zahl von Muslimen aufgrund von Kinderreichtum und Zuwanderung. Die Reaktion des Zentralrates zeigt, dass seine Vertreter in ihrem Denken noch wenig in Deutschland angekommen sind. **Sonst würden sie den Mord von Dresden nicht mit „Islamophobie“ erklären, sondern als das einschätzen, was er ist: die schlimme Tat eines einzelnen Menschen, der an der Freiheit unserer Gesellschaft gescheitert ist.**

Der Autor ist einer der führenden evangelischen Islam-Experten.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23582>

Pakistan: Christen lebendig verbrannt
4.8.09

In einer der blutigsten Attacken gegen Christen, die es je in Pakistan gegeben hatte, wurden acht Menschen, darunter zwei Kinder lebendig verbrannt

London/Wien (kath.net/KIN/red)

In einer der blutigsten Attacken gegen Christen, die es je in Pakistan gegeben hatte, wurden acht Menschen, darunter zwei Kinder lebendig verbrannt. Die Opfer, unter ihnen die neunjährige Umia Alnaf, ihre Mutter Asifa und Mause Masih, zehn Jahre alt, starben am Samstag, den 1. August, als fast 3000 Angreifer randalierend durch das christliche Stadtviertel von Gojra zogen. Die Stadt in der Punjab Provinz liegt 48 km von Faisalabad entfernt. Mehr als 20 Personen wurden bei dem Angriff verwundet. Der Mob, der mit Stöcken, Schlägern und einigen Schusswaffen ausgerüstet war, setzte 50 Häuser und 2 Kirchen in Brand.

Dieser Angriff ereignete sich zwei Tage nach einem ähnlichen Vorfall. Im nahegelegenen Dorf Korian wurden 70 christliche Häuser und zwei kleinere Kirchen von Banden in Brand gesetzt. In einem Interview mit dem internationalen Hilfswerk KIRCHE IN NOT sagte Bischof Joseph Coutts von Faisalabad: „Unter den Menschen herrscht große Empörung über die vorgefallenen Ereignisse. Die Emotionen gehen extrem hoch. Die Menschen könnten auf jede mögliche Weise antworten. Dies ist zweifellos eine der schlimmsten Attacken, denen wir je ausgesetzt waren.“

Bischof Joseph, der am Sonntag dem Begräbnis der getöteten Opfer von Gojra vorstand, betonte das Versagen der Behörden, welche die Ursachen der Gewalt nicht bekämpft hatten und kritisierte das zu langsame Eingreifen der Polizei. Die Reaktion der Polizei auf die gut bekannte Bedrohung gegen Gojra beschrieb der Bischof als „halbherzig und ineffizient“. Er unterstrich die Anzahl der jüngsten Attacken gegen Christen und erzählte, dass die Gefährdung ihrer Sicherheit ignoriert wurde. „In all diesen Fällen tat die Polizei so gut wie nichts, um den tobenden Mob zu stoppen. Kondolenzbekundungen, Entschuldigungen und Zusicherungen strömen von offizieller Seite und anderen Bürgern nach dem Vorfall herein, aber das rasch gefragte Vorgehen, um solchen Ereignissen vorzubeugen, hat bisher immer gefehlt.“

Bischof Joseph beschuldigte eine verbotene militante religiöse Gruppe der Attacken. Sie wolle eine „Art von religiöser Säuberung“ durchführen, um Pakistan in einen islamistischen Gottesstaat zu verwandeln, in dem Nicht-Muslime gezwungen werden zu konvertieren oder das Land zu verlassen.

Zu den getöteten Opfern gehören Asia Victar, 22 und ihre Mutter Eerueen, Ikhlaf Hameed und zwei Männer, Haneed Khan und Mr. Sharif, beide über 70 Jahre alt. Das neunte Opfer, ein 25jähriger Mann aus Faisalabad, wurde bei einem Unfall getötet, als er den Opfern von Gojra Lebensmittelhilfe bringen wollte.

Die Attacken wurden von empörten Muslimen entzündet, nachdem Berichte bekannt wurden, dass Kinder alte Schulbuchseiten zerrissen, um das Papier als Hochzeitskonfetti zu verwenden. Sie bemerkten nicht, dass die Seiten Verse aus dem Koran enthielten. In Korian, dem Dorf in der Nähe von Gojra, wo die Hochzeit stattfand, reagierten die Christen schnell genug, um die muslimischen Unruhen zu unterdrücken. Vier Tage später, am Donnerstag den 30. Juli, erhob sich ein großer Mob in Korian und forderte, dass Taalib Masih, der Vater der Kinder, für diesen Akt der Blasphemie gehängt werden sollte. Die Christen von Korian hatten

jedoch die Gefahr eines Angriffs vorhergesehen und waren geflohen, bevor die Angreifer eintrafen. Der Mob plünderte daraufhin 80 christliche Häuser im Dorf und durchsuchte zwei kleinere protestantische Kirchen. Die folgenden Gerüchte über die Entweihung des Korans durch Christen, lenkte die Aggression des Mobs auf das christliche Stadtviertel von Gojra.

Bischof Joseph Coutts hat bereits etliche Male die Aufhebung des Blasphemie Gesetzes gefordert. Dieses Gesetz kann zu einer lebenslangen Haftstrafe oder der Todesstrafe gegen Täter oder Taten des fehlenden Respektes gegenüber dem Koran und dem Propheten Mohammed führen.

Der Bischof berichtete ebenfalls, dass er viele Kondolenzbekundungen von muslimischen Führungspersonlichkeiten erhielt und betonte die Notwendigkeit der Fortsetzung der interreligiösen Zusammenarbeit.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23602>

Gottesdienst mit Eva Herman verweigert

7.8.09

EKD-Auslandsgemeinde in Stockholm untersagt Feier in St. Gertruds-Kirche

Stockholm/Korntal (kath.net/idea)

Die deutsche evangelische Kirchengemeinde in Stockholm hat einer christlichen Touristengruppe untersagt, in der St. Gertruds-Kirche einen Gottesdienst zu feiern. Als Grund gab sie die geplante Beteiligung der Journalistin und Autorin Eva Herman (Hamburg) an. Herman gehört zum Referententeam einer von der württembergischen Ludwig-Hofacker-Vereinigung mitveranstalteten Ostseekreuzfahrt mit rund 285 Teilnehmern. Für den 8. August war ein Gottesdienst in der Gertruds-Kirche vorgesehen, in dem Herman ihren christlichen Glauben bezeugen sollte.

Am 4. August teilte ein Mitglied der Gemeindeleitung, Astrid M. Källström, dem Reisebüro „hand in hand tours“ (Ebhausen/Schwarzwald) mit, dass man Herman nicht einladen wolle. Dies geschehe „vor dem Hintergrund der Ereignisse von Anfang September 2007. Die NDR-Journalistin Herman wurde damals vom NDR aufgrund ihrer Publikation ‚Das Arche Noah-Prinzip‘ gekündigt“. Bei der Präsentation des Buchs am 7. September 2007 hatten Medien Hermans Wertschätzung der Mutter fälschlicherweise als Befürwortung der nationalsozialistischen Familienpolitik interpretiert.

Inzwischen hat das Oberlandesgericht Köln festgestellt, dass Frau Herman dies nicht gesagt hat. Das Gericht sprach der Journalistin wegen schwerwiegender Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte 25.000 Euro Schmerzensgeld zu.

Damson: Ich schäme mich für meine Kirche

Die Absage der EKD-Auslandsgemeinde ist auf scharfe Kritik gestoßen. Der Geschäftsführer der Ludwig-Hofacker-Vereinigung, Erwin Damson (Korntal bei Stuttgart), bezeichnete die Ausladung als ungeheuerlichen Vorgang. Seit 1995 feiere die Vereinigung bei ihren Kreuzfahrten Gottesdienste in der St.

Gertruds-Kirche. Dies sei auch ein Zeichen der Verbundenheit mit der deutschen Gemeinde in der schwedischen Hauptstadt. „Ich schäme mich für meine Kirche“, sagte Damson gegenüber idea. Die Begründung wies er als „skandalös“ zurück. Die seit dem 1. August als Gemeindepastorin amtierende württembergische Theologin Susanne Blatt hätte wissen müssen, dass Frau Herman längst rehabilitiert sei. „Traurig“ mache ihn auch die Reaktion des EKD-Kirchenamts. Seine Bitte, die Stockholmer Gemeinde über Frau Herman aufzuklären, sei ohne Reaktion geblieben. Damson gehörte von 1983 bis 2006 der württembergischen Synode an. Nach Angaben des Geschäftsführers von „hand in hand tours“, Heiner Zahn, fällt der Gottesdienst aus. Das am 5. August von Pfarrerin Blatt telefonisch unterbreitete Angebot, den Gottesdienst unter der Bedingung zuzulassen, dass Frau Herman „nur eine Lesung“ machen solle, sei unannehmbar

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23664>

Indien unter Beobachtung wegen religiös motivierter Gewalt
16.8.09

US-Kommission für Religionsfreiheit fordert besseren Schutz von Minderheiten

Washington/Neu Delhi (www.ktah.net/idea)

Die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit hat Indien auf eine Beobachtungsliste der Staaten gesetzt, in denen religiöse Minderheiten gefährdet sind. Man beobachte ein „beunruhigendes Anwachsen“ religiös motivierter Gewalt. Der indische Staat tue zu wenig, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Das US-Außenministerium wird aufgefordert, bei der indischen Regierung auf einen besseren Schutz religiöser Minderheiten zu drängen.

Anlass sind schwere Ausschreitungen militanter Hindus gegen Christen und Muslime. Vor einem Jahr war vor allem im Bundesstaat Orissa eine Welle der Gewalt gegen Christen ausgebrochen, nachdem der extremistische Hindu-Führer Swami Laxmanananda Saraswati am 24. August ermordet worden war. Hindu-Extremisten machten Christen für die Bluttat verantwortlich. Bei Vergeltungsattacken wurden nach Angaben des Gesamtindischen Christenrats rund 200 Christen ermordet, 18.000 verletzt und 53.000 vertrieben. Im Jahr 2002 waren mehr als 1.000 Personen, meist Muslime, bei Unruhen im Bundesstaat Gujarat ums Leben gekommen, nachdem 60 Hindus bei einem Zugunglück starben.

Indische Regierung: Justiz geht „Verirrungen“ nach

Von den 1,1 Milliarden Einwohnern Indiens sind 82 Prozent Hindus, zwölf Prozent Muslime und mindestens drei Prozent Christen. Die Regierung in Neu Delhi reagierte mit Bedauern auf die Aufnahme des Landes auf die US-Beobachtungsliste. Der Sprecher des Außenministeriums, Vishnu Prakash, verwies darauf, dass sich Indien als multi-ethnischer und multi-religiöser Staat verstehe.

„Verirrungen“ würden durch das unabhängige Rechtssystem behandelt. Auf der Beobachtungsliste der US-Kommission stehen ferner Ägypten, Afghanistan, Indonesien, Kuba, Laos, Russland, Somalia, Tadschikistan, die Türkei, Venezuela und Weißrussland.

„Besonders Besorgnis erregende Staaten“

Die 1998 ins Leben gerufene Kommission veröffentlicht regelmäßig Berichte über Länder, in denen die Religionsfreiheit bedroht ist. Sie empfiehlt der US-Regierung, Sanktionen zu erlassen; die Regierung muss den Empfehlungen aber nicht folgen. Als „besonders Besorgnis erregende Staaten“ bezeichnet die Kommission in ihrem am 1. Mai veröffentlichten jüngsten Jahresbericht Birma, Nordkorea, Eritrea, Iran, Irak, Nigeria, Pakistan, die Volksrepublik China, Saudi-Arabien, Sudan, Turkmenistan, Usbekistan und Vietnam.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23730>

Ägypten: Todes-Fatwa gegen orthodoxen Priester
26.8.09

Ein koptischer Priester sucht an, einen privaten Raum als religiösen Versammlungsort nutzen und eine Gebetshalle bauen zu dürfen. Der muslimische Ältestenrat des Dorfes spricht daraufhin die Todes-Fatwa gegen ihn aus. Von Barbara Wenz.

Minia (kath.net) In Ezbet Dawood Youssef, Provinz Minia, Ägypten, leben rund 800 koptische Christen. Sie werden betreut von Father Estefanos Shehata. Father Estefanos, der religiöse Zeremonien wie Beerdigungen und Hochzeiten bisher auf der Straße abhalten musste, plante den Bau eines Versammlungsortes. Er renovierte einen Raum in seinem privaten Wohnhaus und stellte den Antrag, diesen Teil des Hauses für religiöse Zwecke nutzen zu dürfen. Das meldet christiantoday.com.

Eigentlich nur eine Formsache, sollte man meinen, denn in Ägypten müssen Gebäude, die religiösen Zwecken dienen, vom Staat genehmigt werden. Das Dorf Ezbet Dawood Youssef hat bereits eine Moschee, eine zweite ist in Planung. Da sollte Father Estefanos bescheidener Wunsch nach einem Versammlungsort für seine koptische Gemeinde nicht auf allzu viel Widerstand stoßen - sagte sich der Priester.

Von staatlicher Seite wurde ihm gesagt, er müsse zunächst das Einverständnis der Muslime im Ort einholen, damit es nicht zu Streitigkeiten käme. Father Estefanos war optimistisch. Sie hätten immer ein sehr gutes Verhältnis zu den Muslimen gehabt, deshalb glaube er nicht, dass es Probleme gebe. Er und seine Gemeinde würden die Muslime im Dorf als geliebte Brüder betrachten. Es sei unwahrscheinlich, dass es zu Missstimmungen kommen werde, entgegnete er den Beamten.

Doch der muslimische Ältestenrat des Dorfes, der sich anlässlich einer Beratung über das Anliegen auch mit den Ältesten der Nachbardörfer getroffen hatte, sah dies anders. So gravierend anders, dass er die Todes-Fatwa gegen Father Estefanos aussprach. Laut Aussage des Priesters hätte der Rat von der koptischen Gemeinde gefordert, ihn von seinem Vorhaben abzubringen, schließlich bräuchte es auch nur eine einzige Kugel, um ihn loszuwerden. Nach Informationen des Verbandes der koptischen Christen von Großbritannien habe man ihm ebenfalls untersagt, für die Dauer von einem Monat sein Heimatdorf zu betreten.

Nun hat sich Father Estefanos an Ägyptens Staatspräsident Hosny Mubarak mit der Bitte um Gerechtigkeit gewendet. Er will von ihm wissen: Warum räumt man uns als ägyptischen Staatsbürgern nicht das Recht ein, uns in Würde und an einem angemessenen Platz, statt auf der offenen Straße, von unseren Toten zu verabschieden? Mubarak solle den Kopten das Recht auf eigene Gebetsstätten garantieren. In Ägypten leben rund 12 Million koptische Christen und machen damit 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=23737>

„Als Christ kann ich die Muslime lieben“

Ein Interview über die Leiden und die Zukunft der Kopten in Ägypten mit Bischof Anba Damian, Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland

Kairo (kath.net/KiN) Es häufen sich die Meldungen, dass in Ägypten immer wieder koptische Kirchen niedergebrannt werden. Schlimmer noch, die ägyptischen Behörden und die Polizei scheinen in solchen Fällen nicht einzugreifen. Woher der Hass gegen die Christen kommen könnte und wie die einheimischen Kopten unter diesen Voraussetzungen in die Zukunft blicken, berichtete der Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, Anba Damian, gegenüber dem weltweiten katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“. Das Gespräch führte Volker Niggewöhner.

Bischof Damian, ist es in den letzten Jahren gefährlicher geworden, ein Kopte in Ägypten zu sein?

Ja, die Situation hat sich in den letzten Monaten und Jahren verschärft. Die Kopten haben viel gelitten. Vor allem das Verhalten der Sicherheitsbeamten und der örtlichen Behörden können wir oft nicht verstehen. Manchmal dauert es drei Monate, bis die koptischen Bischöfe überhaupt einen Termin bekommen, um mit einem örtlichen Gouverneur über Angriffe gegen uns sprechen zu dürfen.

Wir kommen schneller an unsere Rechte, wenn wir uns mit unseren Bitten direkt an Präsident Mubarak wenden. Aber wir möchten unsere Rechte nicht durch die Gnade des Präsidenten bekommen, sondern durch das Gesetz.

Hängt das Ansteigen der Gewalt gegen die Kopten mit dem Erfolg der Muslimbruderschaft bei der letzten Parlamentswahl zusammen?

Wir bemerken, dass sich die Gesellschaft schon rein äußerlich immer mehr dem konservativen Islam annähert. Wir Kopten haben nichts dagegen, dass die Frauen Schleier tragen, das ist ja auch nur ein äußerlicher Ausdruck des Glaubens. Schade ist aber, dass nur die Äußerlichkeiten zugenommen haben, nicht aber die Spiritualität. Wenn die Muslime in Ägypten wirklich so fromm wären, dann müssten wir alle mehr Frieden, Gerechtigkeit und Segen erfahren. So viel Gebet müsste Ägypten eigentlich in ein heiliges Land verwandeln. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Selbst ein hochrangiger ägyptischer Politiker hat mir gegenüber zugegeben, dass es in Ägypten viel Heuchelei gebe. Das ist ein Phänomen, das untersucht werden muss.

Warum sind denn die örtlichen Behörden und die Polizei so passiv?

Man kann das nicht mit Sicherheit sagen, bei Vielen ist es aber einfach die Angst vor den radikalen Islamisten.

Die Übergriffe auf die ägyptischen Christen sind keine Einzelfälle, oft beteiligt sich ein regelrechter Mob an den Ausschreitungen. Können Sie sich diesen Hass erklären?

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass die Ägypter grundsätzlich ein friedfertiges Volk sind. Leider gibt es bei uns aber immer noch viele Analphabeten. Die wichtigste Quelle der politischen Bildung für einen muslimischen Ägypter ist darum auch heute noch die Predigt beim Freitagsgebet in der Moschee. Wenn der Imam gut und friedlich predigt, dann verlassen die Menschen die Moschee auch mit einem friedlichen Herzen.

Wenn er sie aber aufhetzt gegen uns, dann verlassen sie – bildlich gesprochen – die Moschee mit dem Benzinkanister in der einen und dem Streichholz in der anderen Hand und gehen auf uns los. Das würde nicht passieren, wenn sich die Menschen umfassend informieren könnten. Darum ist Bildung eine der wichtigsten Herausforderungen in Ägypten.

Was müsste sich in Ägypten Ihrer Meinung nach sonst noch ändern?

Die Religionsfreiheit muss ernster genommen werden. Es ist kein unverschämter Wunsch, die eigene Religion oder Konfession frei zu wählen, zu ändern oder auszuüben. Es ist das höchste Gut, das Gott uns gegeben hat. Die Regierung sollte diese Freiheit garantieren, sich ansonsten aber aus religiösen Angelegenheiten heraushalten. Ihre Aufgabe ist meiner Ansicht nach die Bekämpfung von Armut, Ignoranz und Krankheiten.

Inwiefern werden Christen in Ägypten benachteiligt?

Das geschieht in vielen Bereichen. Es fängt schon in der Ausbildung an und setzt sich auf dem Arbeitsmarkt fort. Der Bevölkerungsanteil der Kopten steht auch in keinem Verhältnis zu unserer Vertretung in der Politik. Je nach Statistik machen die koptischen Christen in Ägypten zwischen sechs und fünfzehn Prozent der Bevölkerung aus. Doch im Parlament sitzen derzeit nur vier Kopten unter den 440 Abgeordneten, und das, obwohl viele Kopten erstklassig ausgebildet sind.

Herrscht in Ägypten Misstrauen gegenüber den Kopten?

Im Gegenteil, selbst viele muslimische Geschäftsleute vertrauen in Geld- und Geschäftsangelegenheiten den Kopten mehr als ihren muslimischen Glaubensbrüdern. Die Kopten waren noch nie eine Gefährdung für die ägyptische Gesellschaft. Wir sind keine Feinde des Staates oder der Muslime. Wir sind die Ureinwohner unseres Landes.

Wie kann es gelingen, Vorurteile abzubauen?

Wir müssen unterscheiden lernen zwischen der Lehre und den Menschen. Als Christ kann ich vielleicht Vieles im Islam nicht verstehen oder akzeptieren, aber ich kann auf die Muslime zugehen, mit ihnen reden, sie lieben. Wenn wir mit einem Mindestmaß an Respekt miteinander umgehen, können wir viele Missverständnisse und Vorurteile beiseite schaffen und den Hass und Terror bekämpfen.

Wir müssen vor allem den Dialog mit den vernünftigen Köpfen des Islam ausbauen, mit Leuten, die offen und ehrlich reden und auch so handeln. Hierzu zähle ich zum Beispiel Dr. Mohammed Tantawi, den Großscheich der Al-Azhar-Universität, der auch mit unserem Papst Schenuda III. befreundet ist. Ich kenne ihn persönlich und schätze ihn sehr. Wenn mehr Muslime sich nach seinem Vorbild verhalten würden, dann würden wir alle – Muslime und Christen – eine bessere Lebensqualität in unserem Heimatland haben.

Präsident Husni Mubarak, der als Garant für die Stabilität im Land und als Beschützer der Christen gilt, ist bereits über 80 Jahre alt. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die Zeit nach ihm?

Präsident Mubarak hat für Ägypten Großartiges geleistet, deshalb genießt er meine Liebe und Hochachtung. Natürlich hat es in seiner Regierungszeit auch Schattenseiten gegeben. Aber ich rechne es ihm besonders hoch an, dass es ihm gelungen ist, unser Heimatland aus Kriegen herauszuhalten.

Was die Nachfolge anbelangt, halte ich viel von Mubaraks Sohn Gamal, aber letztlich ist das die Entscheidung des ägyptischen Volkes. Jeder Kandidat, der vernünftig, fair und korrekt ist, ist mir willkommen. Ich befürchte allerdings das Schlimmste, falls islamische Extremisten an die Macht kommen sollten. Ich bete, dass das nicht passiert. Aber wir haben keine Angst, denn ich bin überzeugt, dass Gott selbst dann unsere Kirche beschützen würde. Wir tragen gerne unser Kreuz, denn unser Ziel ist das ewige Leben mit Gott und dieses Ziel kann uns keiner nehmen.

Aufruf zum Protest

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 9/2009,3

„Ob Jesus... je gelebt hat, ist umstritten“, behauptet ein vom CDU-Kultus-Ministerium Sachsen genehmigtes Ethik-Lehrbuch (für 13-, 14jährige). Er habe vier Brüder und einige Schwestern gehabt. Die Auferstehung wird als eine Art Märchen abgetan.

Bitte wenden Sie sich mit Ihrem Protest an das Sächsische Staatsministerium für Kultus, Carolaplatz 1, 01097 Dresden Fax 0351-5642886.

Strafanzeigen gegen das ZDF

Staatsanwaltschaft prüft Ermittlungen wegen Beitrag „Sterben für Jesus – Missionieren als Abenteuer“ von Frontal 21

(MEDRUM) Die Sendung Frontal 21 mit ihrem Beitrag "Sterben für Jesus - Missionieren als Abenteuer" über evangelikale Christen hat ein staatsanwaltschaftliches Nachspiel. Gegen das ZDF werden wegen mehrerer Strafanzeigen offenbar Ermittlungen wegen Volksverhetzung geprüft.

Passionierte, junge evangelikale Christen wurden in der Sendung Frontal 21 vom 04.08.09 auf eine Stufe mit islamistischen Selbstmordattentätern gestellt. Die Recherche- und Darstellungsmethoden des Sendebeitrages sind auf vielfache Kritik gestoßen.

Wie das katholisch orientierte Internetportal kath.net heute berichtet, wurden zwischenzeitlich mehrere Strafanzeigen gestellt. Die Staatsanwaltschaft Mainz habe die Ermittlungen aufgenommen.

So habe der Geschäftsführer des Freien Evangelischen Regionalverbands Hannoversch Münden, Karl-Heinz Schröder, in einer Strafanzeige kritisiert, dass Bilder aus islamistischen Terrorcamps „mit Aufnahmen seriöser, staatlich und kirchlich anerkannter theologischer Fachschulen verquickt“ worden seien. Damit hätten die Autoren den falschen Eindruck erweckt, „terroristische, radikale und verfassungsfeindliche Organisationen“ seien dasselbe wie Evangelikale. Schröder wirft den Verantwortlichen der Sendung vor, in der Bevölkerung „Hass, Herabwürdigung und massive Vorbehalte“ gegen Christen geweckt zu haben, die in der Sendung pauschal als „evangelikal“ diskreditiert und dadurch massiv in ihrem öffentlichen Auftrag behindert worden seien. kath.net zufolge erhielt Schröder die Bestätigung von der Staatsanwaltschaft, dass seine Anzeige angenommen worden sei.

Auch der Rat der EKD hatte die journalistischen Methoden der ZDF-Mitarbeiter massiv kritisiert und mit einer klaren Position die Verunglimpfungen von Christen durch das ZDF zurückgewiesen. Die journalistischen Mittel, mit denen evangelikale Christen diffamiert worden seien, bezeichnete der Rat der EKD als "fragwürdig".

Die journalistischen Methoden, mit der evangelikale Christen in die Nähe oder gar auf eine Stufe mit islamistischen Fundamentalisten oder Terroristen gestellt werden, waren in der jüngeren Vergangenheit bereits mehrfach Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. Im November letzten Jahres hatte beispielsweise die von regierungsamtlichen Stellen unterstützte Schülerzeitschrift "Q-rage" einen Artikel "Evangelikale Missionare" publiziert, in dem junge Schülerautoren behaupteten, die evangelikalen Christen würden verfassungsfeindliche Ideologien verbreiten. Die Zeitschrift wurde in Millionenaufgabe an deutsche weiterführende Schulen verteilt und der umstrittene Artikel war sogar vom Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, ehemals Bundestagsabgeordneter der SPD, in einem Begleitschreiben positiv erwähnt worden. Krüger entschuldigte sich anschließend mit der Begründung, er habe den Artikel nicht gekannt und das Schreiben versehentlich unterzeichnet. Zu einem späteren Zeitpunkt beklagte er sich allerdings in der NDR-Sendung "Zapp", dass er sich vielfachem Druck ausgesetzt sah. Für Zapp schien dies ein passendes Indiz zur Untermauerung der Feststellung zu sein, Christen würden versuchen, Journalisten einzuschüchtern. "Radikale" Ansichten seien unter Evangelikalen nichts Ungewöhnliches, hieß es in der Sendung.

Auch die Verantwortlichen beim ZDF könnten sich jetzt möglicherweise über Druck oder gar Einschüchterung durch angeblich "radikale" Christen beklagen, falls die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen sie führen sollte. Doch dies sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es keinesfalls darum gehen kann, illegitimen Druck gegen Journalisten und die Pressefreiheit auszuüben. Es geht vielmehr darum, dass auch Journalisten und die Presse - bei aller notwendigen Freiheit und ihrem Recht, ja sogar ihrer Pflicht zur Kritik - die Rechte von Bürgern und Teilen der Bevölkerung bei ihrer Berichterstattung beachten müssen. Das Grundgesetz und Strafgesetzbuch gelten für jedermann, auch für die Presse. Vor dem Gesetz sind alle gleich: Weder evangelikale Christen noch Journalisten haben Sonderrechte.

Gerade die Berichterstattung und Kommentierung öffentlich-rechtlicher Fernsehanstalten sollte beispielgebend für eine objektive und faire Berichterstattung sein. Auch ein großzügiger Maßstab findet an diesen Kriterien seine Grenzen. Dies liegt schon wegen der besonderen Glaubwürdigkeit öffentlich-rechtlicher Medien in unser aller Interesse. Das setzt journalistische Sorgfalt und Ethos voraus. Nicht immer scheint dies in ausreichendem Maße gegeben zu sein. Auch genügt es dabei nicht, nicht vorsätzlich gehandelt zu haben. Objektive und faire Berichterstattung dürfen auch nicht fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden, weder durch die NDR-Sendung Zapp

noch durch Frontal 21. Ob im Fall von Frontal 21 auch strafrechtliche Bestimmungen verletzt oder mißachtet wurden, wird der Gang der Ermittlungen (hoffentlich überzeugend) zeigen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24037>

Großbritannien: Erneut Aufregung mit dem Kreuz
25.9.09

Einer Krankenschwester ist verboten worden, im Pflegedienst weiterhin eine Halskette mit einem Kreuzanhänger zu tragen

London (kath.net/idea)

Erneut Ärger mit dem Kreuz in Großbritannien: Einer Krankenschwester ist verboten worden, im Pflegedienst weiterhin eine Halskette mit einem Kreuzanhänger zu tragen. Die 54-jährige Shirley Chaplin aus Exeter (Südwestengland) will sich gegen diese Anordnung der Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) juristisch zur Wehr setzen.

Sie fühlt sich wegen ihres christlichen Glaubens diskriminiert, zumal muslimische Kolleginnen ihren Dienst auch mit Kopftuch versehen dürften. Unterstützung erhält die Krankenschwester von einem örtlichen Unterhausabgeordneten und dem Pfarrer ihrer Kirchengemeinde. Nach Angaben des anglikanischen Geistlichen John Eustace von der Christuskirche in Exeter trägt Chaplin das etwa drei Zentimeter große Silberkreuz seit ihrer Konfirmation im Jahr 1971. Es sei ihr als Zeichen ihres Glaubens sehr wichtig. Der liberal-demokratische Abgeordnete Richard Younger-Ross bezeichnete das Vorgehen des NHS als „religiöse Voreingenommenheit“.

Sicherheitsbedenken wegen Kreuz

Der NHS begründet das Verbot mit Sicherheitserwägungen: Patienten könnten nach der Kette greifen und die Krankenschwester verletzen. Außerdem verstoße das Tragen des Kreuzes gegen die Kleiderordnung. Die Vorgesetzten boten Frau Chaplin eine Versetzung an einen Arbeitsplatz in der Verwaltung ohne Patientenbetreuung an; sonst müsse man sie entlassen. Die zweifache Mutter und Großmutter, die in acht Monaten in den Ruhestand treten will, stimmte der Versetzung zu, behielt sich aber eine Klage gegen die Versetzung vor. In ihrem rund 30-jährigen Dienst als Krankenschwester habe sich niemals ein Patient über das Kreuz beschwert. Es habe auch keine Unfälle gegeben.

Christen im öffentlichen Dienst haben es schwer

Im öffentlichen Dienst Großbritanniens hat es in jüngster Vergangenheit mehrfach ähnliche Fälle gegeben. Laut einer Richtlinie des Gesundheitsministeriums werden Missionierungsversuche von Ärzten oder Pflegepersonal als Belästigung oder Einschüchterung angesehen. Im Mai wurde der 71-jährige Krankenpfleger Anand Rao vom NHS in Leicester (Mittelengland) entlassen, weil er bei einer Fortbildung in einem Rollenspiel einer Patientin geraten hatte, zur Kirche zu gehen. Im vorigen Dezember war eine Pflegerin im südwestenglischen Badeort Weston-super-Mare suspendiert worden, weil sie eine Patientin gefragt hatte, ob sie für sie beten dürfe. Die 45-jährige Caroline Petrie gewann den Arbeitsprozess und durfte im Februar ihren Dienst wieder aufnehmen. Wegen des Tragens eines Kreuzanhängers in Uniform hatte Ende 2006 eine Angestellte der Fluggesellschaft British Airways vorübergehend ihren Job verloren. Die 56-jährige Nadia Eweida (London) hatte sich geweigert, das Kreuz abzulegen, wenn sie Fluggäste abfertigte. Das verstieß gegen die Kleiderordnung. Nach einem Protestturn lenkte British Airways ein und erlaubte Angestellten, religiöse Anstecker an die Uniform zu heften.

26.09.09

Blanker Haß gegen das Leben

Antifa-Gruppen, Anti-Sexisten, Feministinnen und Humanisten stellen Wertordnung des Grundgesetzes auf den Kopf

von Kurt J. Heinz

(MEDRUM) Manfred Libner vom Bundesverband Lebensrecht stellte sich im Interview in der Jungen Freiheit (Ausgabe 25.09.09) den Fragen zum "Marsch für das Leben", der am Samstag in Berlin stattfindet. Befragt, wie er denn die letztjährige Veranstaltung erlebt habe, antwortete Libner: "Das war der blanke Haß."

Am heutigen Samstag veranstaltet der Bundesverband Lebensrecht seinen diesjährigen Schweigemarsch "**1000 Kreuze für das Leben**" für den Schutz des ungeborenen Lebens. Im Vorfeld wurde bereits von linksradikalen Gruppierungen, die sich als "antifaschistisch", "antisexistisch", "feministisch" und "humanistisch" bezeichnen, zu Störaktionen aufgerufen. Sie wollen es nicht zulassen, dass sich Lebensrechtler gegen die massenhafte Tötung ungeborenen Lebens aussprechen und einen wirksameren Schutz des Lebensrechts fordern.

Durch massive Störaktionen wurde bereits im letzten Jahr versucht, die Veranstaltung der Lebensrechtler zu torpedieren. Libner erklärte dazu der Jungen Freiheit: "Ich weiß nicht, was gewesen wäre, wenn uns die Polizei nicht so zur Seite gestanden hätte." Nach seinen Erlebnissen ging es den Gegendemonstranten nicht um eine sachliche Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Positionen. Vielmehr sei es den Störern darum gegangen, die Lebensrechtler zu beleidigen, zu demütigen und möglichst zu vertreiben, so Libner. Im Gespräch mit der Jungen Freiheit schildert er das feindselige Treiben: "**Das Ganze war extrem aggressiv. Man versuchte, unsere weißen Kreuze zu stehlen und zu zerstören, einzelne unserer Marschteilnehmer wurden überfallartig aus nächster Nähe aus Leibeskräften angeschrien, quasi Schallattacken. Störer begleiteten unseren Zug oder lauerten uns immer wieder auf, um uns zu beschimpfen. Mit hämischer Freude an der Unerträglichkeit des Gesagten für die Ohren von Christen wurde in Sprechchören Gott geschmäht.**"

Ähnlich wie es beim 6. Internationalen Kongreß für "Psychotherapie und Seelsorge" im Mai dieses Jahres in Marburg zu beobachten war, seien Christen als degenerierte Menschen und Religion als Geisteskrankheit dargestellt worden. Waren es in Marburg Sprüche wie "Wir sind hier, um eure religiösen Gefühle zu verletzen" oder "Vögel deinen Nächsten wie die selbst", erschallten in Berlin Haßgesänge wie „Fickt die Kirche!“ oder „Föten zu Pflugscharen!“. In Berlin demonstrierten

lesbische Störerinnen, dass sie keine Schamgrenzen kennen und ließen die Hüllen fallen. "Immer wieder entblößten und küßten sie sich schamlos vor unseren Augen und zeigten, um was es eigentlich ging", erzählt Libner. Es habe immerhin nicht den Versuch gegeben, die Teilnehmer körperlich anzugreifen.

Libner baut zwar auf die bewährte Zusammenarbeit mit der Polizei, dennoch muß aber auch am Samstag mit hetzerischen Störattacken und Haßtiraden auf die Träger weißer Kreuze gerechnet werden. Ein harmonischer Verlauf kann nicht erwartet werden. Mit dem Schlachtruf **"1000 Kreuze in die Spree"** bekunden die Gegner der Lebensrechtler überdeutlich, was sie vom Gedenken an das gewaltsam beendete Leben ungeborener Kinder halten: Nichts - außer Geringschätzung und Verachtung. **Das Ganze erinnert an die Kriegserklärung des Landesvorstandsmitgliedes der LINKEN in Schleswig-Holstein, Asja Huberty, die sie an Abtreibungsgegner in einem Artikel abgegeben hat, der im Internetportal der LINKEN veröffentlicht worden war. Der Embryo im Mutterleib befinde sich "im besten Falle auf der evolutionären Stufe mit einer Kaulquappe", schrieb darin Huberty, die selbst zur Fraktion der LINKEN der Lübecker Bürgerschaft gehört und Bundesdelegierte ihrer Partei ist. Es kann daher nicht verwundern, dass der "Anti-Marsch" gegen das Leben nicht nur durch den mit staatlichen Finanzmitteln unterstützten Abtreibungsberatungsverein "Pro Familia e.V.", sondern auch aus dem Kreis der Partei der LINKEN unterstützt wird.**

Brigitte Zypries, Bundesjustizministerin und Genossin der SPD, die sich als Vorreiterin eines Kampfes gegen Hasstiraden im Internet präsentiert, verschließt hier offenbar ihre Augen und Ohren. Das menschliche Leben und seine Würde ist das höchste Gut, das unsere Verfassung kennt. Doch die Verachtung, die ungeborenen Kindern und den Lebensschützern aus linksradikalen Kreisen entgegenschlägt, ist für Zypries offenbar kein Grund, sich vor die Lebensschützer und die ungeborenen Kinder zu stellen. Die Würde des Menschen gilt nichts, so lange der Mensch mit Hilfe eines Beratungsscheines straffrei ums Leben gebracht werden kann. Diese Realität ist zur Gewöhnung geworden. Eine Frau, die sich nicht scheut zu verkünden, Kinder würden auch ohne Vater und Mutter gut gedeihen, tritt ihrer feministischen Klientel auch nicht entgegen, um das zu verteidigen, was nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes durch unsere Rechtsordnung und die staatlichen Gewalten besonders zu schützen ist.

Wo bleibt der Appell einer Justizministerin, die höchsten Rechtsgütern unserer Verfassung in ganz besonderem Maße verpflichtet ist? Müsste nicht gerade sie an der Spitze derer mitmarschieren, die sich schützend vor das ungeborene Leben stellen? Müsste sie nicht denen Einhalt gebieten, die ihren Haß in die Ohren von Menschen schreien, die nichts anderes tun wollen, als betend und schweigend dem Recht auf Leben der Schwächsten unter den Schwachen zu gedenken und uns deren Ohnmacht ins Bewußtsein zu rufen? Selbstverständlich müsste sie das tun. Sie hat einen Eid darauf geleistet, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Auch die ungeborenen Kinder gehören zum deutschen Volk. Sie sind seine Zukunft. Mit ihrer hunderttausendfachen Vernichtung wird nicht nur hunderttausendfach das Leben eines Menschen und seine Freiheit zu Grabe getragen, sondern auch Zukunft dieser Gesellschaft vernichtet. Dafür ist eine linke Jungpolitikerin wie Asja Huberty sogar bereit "Krieg" gegen ein Abtreibungsverbot im Namen der selbstbestimmten Sexualität und beruflichen Gleichstellung der Geschlechter zu führen. Doch eine Ministerin wie Brigitte Zypries zeigt keine Entschlossenheit, sich solch blindem Haß und fanatischer Verachtung entgegenzustellen.

Unsere Wertordnung wird so auf den Kopf gestellt. Wer sich wie Christen und Lebensrechtler für den Erhalt und Schutz dieser Wertordnung einsetzt, wird als Fundamentalist diffamiert und fällt der entwürdigenden Aggression linksautoritärer Gruppen zum Opfer. Dieses Geschehen gipfelt in der Verhöhnung, dass diesem Haßausbruch auch noch das Siegel eines "anti-faschistischen, anti-sexistischen, feministischen und humanistischen" Kampfes aufgesetzt wird. Das alles trägt Züge totalitärer Willkür und eines Fanatismus, der mit einer freiheitlichen, demokratischen Gesinnung nicht das Geringste gemein hat. Deswegen sind nicht nur Christen und Lebensrechtler, sondern alle demokratischen Politiker aufgerufen, einem solchen Treiben entschlossen entgegenzutreten.

Gedächtnisprotokoll von Rechtsanwalt Christian Hausen aus Neumünster über Fernsehaufnahme (Panorama) vom 05.10.2009

Vorbemerkung: Der NDR fragte am Vormittag telefonisch an wegen eines Interviews zu meinem von „MEDRUM“ veröffentlichten Artikel „Die Medien – mit vier ‚B‘ gegen Christen. Begründungslosigkeit, Beschimpfungszwang, Beweislastwillkür und Beschränkungslust“. In dem gemeinsamen Telefonat baten die Initiatoren darum, noch an demselben Nachmittag vorbei kommen zu dürfen. Man wünschte eine Kirche als Background; ich lehnte ab, um den (wohl gewollten) Eindruck zu vermeiden, Verteidiger von diskriminierten Christen hätten nur in Gotteshäusern etwas zu suchen.

Die beiden Interviewerinnen und zwei Techniker (Kamera und Ton) waren sehr freundlich, wünschten etwas Spezifisches von mir als Eingang. Ich spielte auf dem Klavier Popmelodien (u. a. E. John) verknüpft mit Chorälen (u. a. Ein feste Burg...). Im Hinblick auf meine beiden Bücher („Hilfe, wir werden diskriminiert!“ und „Mehr Mut zum ‚C‘ in der Politik“, beide sdv-Verlag Schleswig) hatte das Kamerateam Lust, mich in

meinem Kanzleizimmer beim Diktat zu erleben, ich machte mit. Die Atmosphäre während der zentralen „Vernehmung“ von mehr als einer Stunde im Wohnzimmer war entspannt, die beiden Fragestellerinnen insistierten weitgehend auf Begründungen für meine deutlichen Worte in dem Artikel gegen „Frontal 21“ vom ZDF, waren aber kaum interessiert an meiner ARD-Kritik, es ging ja um eine geplante Panorama-Sendung. Anstatt detailliert auf die Wünsche einzugehen, hatte ich die Gelegenheit genutzt, Grundlegendes zum Konflikt Medien/Christen zu artikulieren. Das war nicht immer nach dem Geschmack der Interviewerinnen und erklärt auch die Länge des Gedankenaustauschs von ca. 70 Min. sowie den Verzicht darauf, meinen Beitrag – trotz unmittelbaren Zusammenhangs – am 08.10. zu senden. Als erwähnenswert ist mir Nachstehendes im Gedächtnis geblieben (die Wiedergabe erfolgt stichwortartig):

1. Persönliches: Verständnis für Sorgen und Pflichten der Journalisten. Aufgabe von ARD und ZDF, vor fehlerhaftem Verhalten von Christen zu warnen. Ablehnung jeglicher Zensur. Selbst evangelisch-lutherisch, Pastorensohn. Früh Bedürfnis zur Verteidigung von Minderheiten, Anzeichen späterer beruflicher Laufbahn (Hinweis auf epd-Medienpapst Geisendörfer: von 1500 großen Deutschen stammen 750 aus protestantischen Pastorenfamilien). Bereicherung durch „Tischgespräche“, siehe auch Bundeskanzlerin. Folge z. B.: Interesse an Anspruchsvollem wie Philosophischem Quartett des ZDF.

Ablehnung des modischen Psychologisierens und Unterstellens der Motivierung vor allem durch persönliche Nöte. Nachfrage: „Was empört Sie persönlich an ‚Frontal‘“. Kein Beleidigtsein, eher Gefühle der Überlegenheit gegenüber geistlosen, das Christentum mittels der „vier B“ diskreditierenden Gegnern. Statt „verletzt sein in den religiösen Gefühlen“ besser: Aufklärung, dass Blasphemisches einfach nicht „intelligent“. Kein Engagement wegen vermeintlicher privater Probleme, sondern Bemühen um einen kleinen Beitrag zur Linderung gesellschaftlicher Not.

2. Justizparallele: Inspiration zugunsten Christenprotektion durch Anwaltsberuf, Erkenntnisse über Missstände der Justiz. Vier B (Titel des Artikels) nehmen zu. Ursächlich ist etwa Zivilprozessreform mit deutlicher Beschränkung richterlicher Kontrolle in der Berufungsinstanz. Darüber Streit mit Justizministerin Däubler-Gmelin, Diskussionen mit Bundesverfassungsrichtern (die sich gegen geringes Niveau des Europäischen Gerichtshofs wenden). Buchmanuskript über EU-Verfassung, Kapitulation der Dritten Gewalt (Justiz) vor der Vierten (Medien). Zunehmender Verzicht von Richtern auf Argumentieren, Behaupten statt Begründen (meine Reaktion z. B.: total ironischer Schriftsatz an OLG Düsseldorf; „Teamwork“-Satire über Parteilichkeit von einem Amts- und Landgericht). Ablehnung von Pauschalierung: ein ausgezeichnete Richter letzte Woche in Goslar; Spitzenurteil LG München: Klage gegen „Das Gespenst“ des Schriftstellers Achternbusch (Verunglimpfung Jesu) abgewiesen, weil Werk aufgrund allzu niedrigen Niveaus nicht über die Beleidigungsfähigkeit verfügte.

3. Medienmacht: Parallelität zwischen Dritter und Vierter Gewalt, gerade im Hinblick auf die „vier B“. Große Macht der Medien, darüber Buchmanuskript. Dankbarkeit für konstruktive Informationen und beeindruckende Naturbilder. Einschränkung des Wahrheitsbedürfnisses (siehe § 138 ZPO), kritisierte Politiker aber verlieren bei gravierenden Lügen Amt. § 263 StGB: „Betrug“ (ohne Absicht einer Vermögensschädigung) durch Lüge, Entstellen, Unterdrücken und Unterlassen! Angst der Medien vor Tabubrüchen: z. B. bezüglich „Toleranz“ nicht nur als Dulden, sondern gutheißen; Kritik an „Political Correctness“ oder der naturwidrigen Gender-Ideen (Diskriminierung der Teilnehmer aus Entwicklungsländern in grundlegender Beschlussversammlung von Peking). Warum Interview von bald 70 Minuten durch zwei hintereinander fragende Journalistinnen? Und das ohne Honoraranspruch („Als Student erhielt ich vom ‚Bericht aus Bonn‘ 250 DM“). Interviewter empfand Prolongieren als Hoffnung der Interviewenden auf dessen „dummen Satz“.

4. Christophobie: Laut Definition geht es um Angst vor dem Christentum. Interviewerin betonte, Sendung habe allgemein Evangelikale gemeint. Mein Hinweis auf umfassende TV-Kritik in Bezug auf Christen: Herabsetzung der Hessischen Kulturpreis für „Toleranz“ ablehnenden zwei Bischöfe (katholisch und evangelisch) durch diverse Medien, weil muslimischer Vertreter Kermani zuvor das Zentrum des

christlichen Glaubens (Kreuzestod Jesu) als Götzendienst und Gotteslästerung verunglimpft hatte (natürlich wäre Ehrung für Poesie trotzdem hinzunehmen, angesichts vernichtenden Urteils über Christentum aber niemals für „Toleranz“); inzwischen erfolgte eine Art Versöhnung); Diffamierung des christlichen Komponisten Georg Friedrich Händel am Ostersonntag (Geldgier und Lustprinzip) anstelle von konstruktiver Erörterung des „Messias“; statt Satire über „ProChrist“ Herauskrystallisierung von Erfreulichem (Wandlung von NeoNazi zu konstruktivem Sozialarbeiter); Buch der NDR-Redakteure Oda Lamprecht und Christian Baars „Mission Gottesreich“: Aufforderung zu an Dritte Reich erinnernder umfassender Diskriminierung Evangelikaler.

Einzureihen „Frontal“-Sendung vom 04.08.2009. Zu Recht von EKD und Evangelischem Missionswerk scharf kritisiert. Im ZDF-Beitrag bemühte Parallelität zwischen Risiko risikobereiten Entwicklungshelfern und Komasäufern zeugt von intellektuellen Defiziten. Jurist denkt an Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung (§§ 185 ff StGB). Nicht strenge Ausgewogenheit wird gefordert, aber das Unterlassen von „Blödsinn“ im Sinne des Literaturkritikers Reich Ranicki. Unverantwortlichkeit des Bezugs zwischen Islamisten und karitativen Krankenschwestern (Bedauern der Interviewerinnen, dass EKD sich zunehmend positiver gegenüber den Evangelikalen äußert).

5. Diffamierungslust: Warum so negativ gegenüber Christen, besonders ab April 2009? Was treibt Medien zu Anlehnungen an Kriminelles von Kommunisten und Nationalsozialisten? Der „Titanic“-Redakteur Martin Sonneborn hat mit „Partei“ satirisch auf Missstände hingewiesen. Hitler hat Minderheiten verfolgt wie bekennende Christen oder Homosexuelle, heute scheinen es Evangelikale zu sein. Natürlich morden Politiker und Medien in zivilisierten Staaten nicht, Weichen sind gestellt: So gelangt z. B. in Schweden ein Pastor ins Gefängnis, wenn er gemäß Römerbrief Kapitel 1 über die „Unnatürlichkeit der Homosexualität“ predigt. Römisches Reich: Über Freiheitsentzug gelangte Nero zum Christenmord (Begriff „Endlösung“ stammt von gerade hier verweilendem unbefangenen norwegischen Pastor). Natürlich sollen Medien Irrwege von Frommen aufzeigen, etwa charismatische Einseitigkeit – viele solche Kirchen vernachlässigen z. B. in Afrika Sozialarbeit mit Folge des Hungerns; anders z. B. lutherisch geprägtes Skandinavien. Medien sollten frommes Tun objektiv, ja weitgehend wohlwollend darstellen. Änderungsbedarf besteht auch in den – vergleichsweise seltenen – Kirchensendungen.

6. Vorbildfunktion: Es ließe sich eine Vielzahl von positiven Errungenschaften der Christen aufzählen, Interviewerinnen bremsen ab. Familienleben (90 % der Jugendlichen wünschen Ehe mit lebenslanger Treue und vielen Kindern, bald jede zweite Ehe wird geschieden; bei miteinander betenden Christen ist die Quote 1: 1000). Kriminalität bei bibeltreuen Christen ist vergleichsweise gering, wenn z. B. 50 % der Deutschen als legitim ansehen, Chef zu bestechen. Es könnten Krankenkassen entlastet werden, wenn Medien die Gesundheitsbemühungen der Christen deutlich herausstrichen. Warum keine wohlwollenden Reportagen über Jugendorganisationen CVJM oder EC? Wann bringen Medien etwas über vorbildliche Christen in Vergangenheit wie Henry Dunant (Rotes Kreuz) oder August Hermann Francke (erste Apotheke und Heilanstalten)? Wann hört man etwas über beachtenswertes Engagement der Frommen zugunsten von Schöpfung und Umwelt? Deren geistige Grundlage, Neues Testament, verwirft die Gewalt (siehe Nikolai-Kirche: friedliche Wiedervereinigung). Warum wird der Glaube bedeutender Naturwissenschaftler wenig bekannt gemacht (Einstein, Planck, Heisenberg, Newton, Faraday etc.; „Spiegel“ spottet zwar über die „Wiedergeborenen“ in USA, ist aber beeindruckt von Fülle der Nobelpreisträger!). Eigene hohe Achtung vor Missionaren: Schwiegervater als Arzt in Tansania über „Bethel“-Mission mit sichtbar geringerem Gehalt als heute staatliche Entwicklungshelfer; selbst Berufsreise nach Birma: Staunen über Dankbarkeit der Bevölkerung mittels großer Ausstellung über Missionar Judson wegen Medizin, Schule und Evangelium.

7. Intellektualität: deutliche Defizite in diversen Medien. Nicht nur Meinung von Reich-Ranicki („blöd“). Warum gelten Evangelikale in der vom Bund finanzierten Schülerzeitung „Q-Rage“ als verfassungsfeindlich? Ganz wichtig: Was ist der Unterschied zwischen dem Münchener Geschäftsmann

Dominik Brunner, der am selbstlosen Einsatz für Mitmenschen starb, sowie den jungen Frauen, die bei der Nächstenhilfe im Jemen ermordet wurden. Muss riesig sein, weil die Medien weitgehend die Zivilcourage des Mutigen in der S-Bahn lobten, den Einsatz jedoch der Krankenschwestern diskreditierten. Ungleiches Maß! Jedenfalls vermag ein Pastorensohn durch das erhaltene Bildungspotenzial die Ähnlichkeit erkennen, um aus der Gesamtschau beide bewundernswerte riskante Einsätze in vollem Umfang zu würdigen. Der Jurist bemüht sich um die Gesamtschau, die den Interviewerinnen offensichtlich Schwierigkeiten bereitete, z. B. beim Vorwurf der „Kampagne gegen Frontal 21“. Sendung vom 04.08. war davon nur ein Teil, die weiteren erwähnten Publikationen lassen sich zusammen als Kampfstrategie einordnen. Fazit: Die Medien nutzen zu wenig ihre großen Möglichkeiten zum Besten der Bevölkerung.

Am Schluss erfolgte ein herzliches Dankeschön der Interviewerinnen. Man ging friedlich auseinander. Meine „Sturheit“ wurde noch etwas positiv gedeutet, dass ich wohl viele Vorträge und Plädoyers hielt sowie über ein Wissen verfügte. Meine Frau: Machen Sie Ihre Arbeit so, dass Sie ein gutes Gewissen behalten können!

Wer hat schon Angst vor evangelikalen Terroristen?

Wider die bössartige Gleichsetzung von Evangelikalen und islamistischen Terroristen

von Thomas Schirmmacher

(MEDRUM) Trotz pausenloser Horrormeldungen über den Islamismus, werden wir – zu Recht – immer wieder daran erinnert, ja erinnern selbst immer wieder daran, dass man Islamisten und friedliche Muslime auseinander halten muss. Nicht so bei friedlichen Evangelikalen. Da reichen ARD und ZDF ein vermeintlich negatives Beispiel, um zig Millionen - zu Unrecht - in Sippenhaft zu nehmen!

Innerhalb von drei Tagen fand ich folgende wahllos herausgegriffenen Meldungen über Islamisten, die parallel in fast allen großen Medien Deutschlands veröffentlicht wurden:

- *In der pakistanischen Hauptstadt Islambad hat ein islamistischer Selbstmordattentäter durch einen Bombenanschlag auf das örtliche Hauptquartier des Welternährungsprogrammes vier UN-Angestellte getötet.*
- *Islamisten haben einen Tag lang das Hauptquartier der pakistantischen Armee durch Beschuss und Geißnahme lahmgelegt. 30.000 pakistanische Soldaten versuchen nun, gegen Islamisten vorzugehen und die Schande wieder gut zu machen.*
- *Ein einstündiges deutschsprachiges Video einer mit Al-Kaida verbundenen islamistischen Gruppe, in dem mehrere deutsche und deutschsprachige Islamisten Deutschland drohen, zeigt im Hintergrund Bilder aus den Terrorcamps, auf denen sich auffällig viele blonde oder europäisch wirkende Kinder befinden.*
- *Im Jemen kämpft die Regierung einen verzweifelten Kampf gegen das islamistsiche Netzwerk Al-Kaida, dass Jemen zu seiner neuen Hauptzentrale*

ausbauen will. Obwohl sich hier die Zukunft des islamischen Terrorismus entscheiden könnte, fehlt Jemen die internationale Unterstützung.

- In Hamburg wurde eine zehnköpfige islamistische Terrorzelle entdeckt, die im März zur Terrorausbildung in den Hindukusch gereist sind. In Deutschland sollen derzeit rund 80 ausgebildete islamistische Terroristen leben.*
- 155 Beamte durchsuchen in Berlin Wohnungen in einem Schlag gegen eine Gruppe von 15 Islamisten, die im Verdacht stehen, Anschläge gegen Russland zu planen, und die sich absetzen wollten.*
- Ein Buch über Ehrenmorde im Droste Verlag erscheint in letzter Minute aus Angst vor Racheakten von Islamisten doch nicht.*

Das waren nur drei Tage!

Und mit solchen Islamisten werden Evangelikale auch in ARD und ZDF verglichen? Absurd! Haltlos! Böswillig!

Schon meine friedlichen muslimischen Nachbarn mit solchen Terroristen zu vergleichen, wäre eine Schande, aber friedliche, oft pazifistisch eingestellte Evangelikale?

Wo muss man evangelikale Gemeinden nach Waffen durchsuchen? Wo unterhalten Evangelikale Terrorcamps, überfallen Armeehauptquartiere und liefern sich Gefechte mit 30.000 Soldaten? Wer hat schon Angst, in ein Urlaubsland zu fahren, weil dort Evangelikale wohnen? Wo sind die Evangelikalen, die andersdenkende Journalisten oder ihre Familien bedrohen? Warum kommt keine evangelikale Gruppe in irgendeinem Verfassungsschutz vor, weder in Deutschland noch irgendwo weltweit?

Wer kann allen Ernstes glauben, dass 1,8 Mio. Evangelikale in Deutschland Freiheit und Frieden bedrohen und davon noch keiner etwas mitbekommen hat, während gleichzeitig einige Tausend Islamisten nahezu täglich die Welt in Atem halten?

Tatsachen und Fragen an ARD und ZDF

Evangelikale dürfen mit ihren Zwangsgebühren ARD und ZDF bezahlen, damit diese mit konspirativen Mitteln ‚beweisen‘ und propagieren, was nicht zu beweisen ist, dass Evangelikale eine Art christlicher Islamisten seien. Fakt ist: Es gibt keine evangelikalen Terroristen, keine Selbstmordattentäter und kein evangelikales Netzwerk, das irgendwelche unfriedlichen oder gewaltsamen Akte plant. Und Tatsache ist, dass es überhaupt keine Evangelikalen gibt, die planen, irgendetwas durch Tod und Gewalt durchzusetzen. Alles andere ist Unsinn und übelste Verleumdung. Selbst wenn es einen einzigen evangelikalen Terroristen geben sollte oder wenigstens einen, der davon träumt einer zu sein, müsste man ihn klar von den zig Millionen friedlichen Evangelikalen unterscheiden.

ARD und ZDF sollten sich fragen: Gehört nicht zur Religionsfreiheit auch, dass man vor Verfolgung durch staatliche und quasistaatliche Institutionen geschützt ist? Wissen unsere öffentlich-rechtlichen Medien eigentlich, dass es keine Verfolgung von Minderheiten gibt, in denen nicht die Medien eine zentrale Rolle spielen, und dass

heute oft die Medien mehr als andere darüber entscheiden, welche Minderheit als Opfer und welche als aussätzig und selbst dran schuld gilt?

Der Theologe und Soziologe **Prof. Dr. phil. Dr. theol. Thomas Schirmmacher** ist Rektor des Martin Bucer Seminars (Bonn, Zürich, Innsbruck, Prag, Ankara), Leiter des Instituts für Lebens- und Familienwissenschaften, wo er auch Ethik lehrt, Professor für Religionssoziologie an der Staatlichen Universität Oradea, Rumänien, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit und der Weltweiten Evangelischen Allianz (Bonn, Kapstadt, Colombo) sowie Sprecher für Menschenrechte dieses weltweiten Zusammenschlusses und Kuratoriumsvorsitzender des Hilfswerkes ‚Gebende Hände‘. Er promovierte 1985 in Ökumenischer Theologie in Kampen (Niederlande), 1989 in Kulturanthropologie in Los Angeles, und 2007 in Vergleichender Religionswissenschaft an der Universität Bonn.

2008 wurde er für seinen jahrelangen internationalen Einsatz verfolgter Christen und verfolgter Anhänger anderer Religionen mit dem Internationalen "Pro Fide"-Preis ausgezeichnet.

Thomas Schirmmacher ist Autor zahlreicher Bücher. Seine 8-bändige Ethik ist 2009 in 4. Auflage erschienen. Ebenfalls 2009 erschienen ist sein Buch über "Rassismus - Alte Vorurteile und neue Erkenntnisse" (Haenssler-Verlag).

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24435>

Transsexueller Jesus stößt auf Protest

5.11.09

Christen demonstrieren vor schottischem Theater

Glasgow (kath.net/idea)

Ein Theaterstück mit einem transsexuellen Jesus hat im schottischen Glasgow Proteste von Christen hervorgerufen. Vor der Premiere von „Jesus – Himmelskönigin“ am 3. November versammelten sich etwa 300 Demonstranten vor dem Tron-Theater. Sie sangen Kirchenlieder und hielten Plakate mit Aufschriften wie „Jesus, König der Könige, nicht Himmelskönigin“ hoch. In dem Werk des Transsexuellen Jo Clifford wird Jesus Christus als ein Mann dargestellt, der eine Frau sein möchte. Nach Angaben der Rundfunkanstalt BBC sind die Aufführungen bis zum 7. November Teil des „Glasgay“-Kunstfestivals. Es wird unter anderem vom schottischen Kunstrat und der Stadt Glasgow gefördert.

Die Veranstalter beschreiben es als „Schottlands jährliche Feier der Homo-Kultur“. Nach Angaben des Glasgay-Produzenten Steven Thomson sollte das Theaterstück niemanden verletzen oder beleidigen. Es sei ein literarisches Werk über den Lebensweg des Autors als Transsexueller.

Im Juli hatte bereits ein Bibelprojekt in einer Glasgower Kunstaussstellung für Aufsehen gesorgt. Bei dem Exponat „Offene Bibel“ wurden Besucher der Galerie für Moderne Kunst eingeladen, Anmerkungen und Gedanken auf die Ränder der ausgestellten Bibel zu schreiben. Besucher machten davon reichlich Gebrauch – allerdings mit teilweise unflätigen und obszönen Einträgen. Diese Verunstaltung stieß auf heftige Kritik. Zu der Ausstellung gehörte auch eine Videoinstallation, in der eine Frau Seiten aus einer Bibel herausreißt und sie sich in Mund, Büstenhalter und Slip steckt. Das Projekt der Pastorin Jane Clarke von der Metropolitan Community Church wurde vorzeitig gestoppt. Die Kirche bietet Homo-, Bi- und Transsexuellen eine geistliche Heimat und rühmt sich ihrer kulturellen, sexuellen und theologischen Vielfalt.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24415>

Anti-Kreuz-Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs

3.11.09

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat gegen Kruzifixe in italienischen Klassenzimmern entschieden. Die Richter gaben einer Klägerin Recht, die sich in Italien vergeblich gegen die Kreuze an öffentlichen Schulen gewandt hatte

Straßburg (kath.net/KNA) Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat gegen Kruzifixe in italienischen Klassenzimmern entschieden. Die Richter gaben am Dienstag in Straßburg einer Klägerin Recht, die sich in Italien vergeblich gegen die Kreuze an öffentlichen Schulen gewandt hatte. Der Staatsrat, das oberste italienische Verwaltungsgericht, hatte 2006 entschieden, das Kreuz sei zu einem Symbol für die Werte

Italiens geworden. Dort wurde die Klage der Italienerin abgewiesen.

Der Menschenrechtsgerichtshof entschied dagegen einstimmig für die Klägerin, die Mutter zweier schulpflichtiger Kinder ist. Die Richter erklärten, die Kruzifixe seien eindeutig ein religiöses Symbol. Dies könne für Kinder, die anderen oder keiner Religion angehörten, verstörend wirken. Das Recht, an keine Religion zu glauben, gehöre zur Religionsfreiheit. Der Staat müsse dieses Recht besonders schützen.

Besonders in Bildung und Erziehung müsse der Staat auf die konfessionelle Neutralität achten, erläuterten die Richter. Ein Kruzifix als Zeichen für den Katholizismus, die italienische Mehrheitsreligion, könne nicht dem Pluralismus in der Erziehung dienen. Damit werde das Recht der Eltern eingeschränkt, ihre Kinder gemäß ihren Überzeugungen zu erziehen. Auch das Recht der Kinder, zu glauben oder nicht zu glauben, werde dadurch verletzt.

Italien hatte dagegen darauf hingewiesen, die katholische Religion sei die einzige, die in der Verfassung genannt werde. Dadurch sei das Kreuz ein Symbol auch des italienischen Staates. Die Kruzifixe in den Schulen seien nach Erlassen von 1924 und 1928 aufgehängt worden.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24447>

Ganz Italien scharft sich um das Kruzifix

5.11.09

Straßburger Kruzifix-Urteil entwickelt sich zum Bumerang-Effekt - Von Burkhard Jürgens (KNA)

Rom (kath.net/KNA) Im sonst eher europamüden Italien hat das Kruzifix-Urteil des Straßburger Gerichtshofs für Menschenrechte die Gemüter in Wallung gebracht. So beherzt Politiker und Bürger sich sonst darüber zanken, ob und wie sich die Kirche ins zivile Leben einmischen darf - die richterliche Meinung, dass Kreuze in öffentlichen Schulen die Religionsfreiheit von Nichtchristen verletzen, sieht der Großteil der Bevölkerung als Angriff auf die italienische Kultur. Und dabei kennen Italiener keinen Spaß.

Wenn Ministerpräsident Silvio Berlusconi am Freitag im Kabinett über seine bereits angekündigte Berufung gegen das Urteil diskutiert, kann er im Volk mit einer Zustimmung rechnen wie lange nicht mehr: 61 Prozent erklärten in einer Hörerumfrage des Senders Radio 24 ihren Widerspruch zu dem Gerichtsentscheid in Straßburg. «Ganz Italien scharft sich um das Kruzifix», übertitelte die Tageszeitung «Il Tempo» einen doppelseitigen Beitrag über den Stand der Dinge.

Und dabei kommt es auch zu merkwürdigen Szenen.

So ließ San Remos Bürgermeister Maurizio Zoccarato aus Protest ein zwei Meter hohes Kreuz vor dem Rathaus aufstellen. Zudem ordnete er in allen kommunalen Schulen Kontrollgänge an, um dort das Kruzifix aufzuhängen, wo etwa eines fehlen sollte. Auch die Gemeinde Sassuolo bei Modena und der Provinzrat von Trapani orderten laut einem Bericht der Tageszeitung «Avvenire» größere Kreuz-Kontingente. Noch schärfer reagierte Bürgermeister Riccardo Roman im norditalienischen Galzignano Terme: Von jetzt an wird dort in zweiwöchigem Abstand überprüft, ob in allen öffentlichen Gebäuden ein Kreuz hängt - wenn nicht, drohen 500 Euro Bußgeld.

In Montegrotto Terme bei Padua zeigen seit Mittwoch die städtischen elektronischen Anzeigetafeln ein Kruzifix und die Parole «Wir hängen sie nicht ab». Die Gemeinde Busto Arsizio setzte die Europafahne am Rathaus auf Halbmast. Unterdessen kündigte die Franziskusstadt Assisi an, neben Kreuzen auch Krippen in kommunalen Gebäuden auszustellen. Die Stadtverwaltung argumentierte, es laufe schließlich ein Antrag bei der UNESCO, die traditionelle Weihnachtsdarstellung als Weltkulturerbe anzuerkennen.

Kneipenbesitzer im Aostatal kündigten laut «Il Tempo» an, sich der Kreuze anzunehmen, wenn sie in Schulen abgehängt werden sollten - denn auch bei ihnen trafen sich die Jugendlichen. Unterstützung erhalten die Kreuzbewahrer auch von islamischer Seite: Scheich Abd Al-Wahid Pallavicini, Präsident der

Italienischen Islamischen Gemeinschaft, erklärte in einem Gastbeitrag für «Il Tempo», aus Sicht der islamischen Lehre sei das Straßburger Urteil nicht zu billigen. Bei allen Vorbehalten gegen figürliche Darstellungen achteten auch Muslime das Bild des Gekreuzigten als Verweis auf den Geist Gottes.

Handfester äußerte sich Italiens Reformminister Umberto Bossi: «Einen Scheißdreck» nannte der Chef der rechtspopulistischen Regierungspartei Lega Nord den Straßburger Richterspruch - und das ausgerechnet beim Staatsbegräbnis der Lyrikerin Alda Merini im Dom von Mailand. «Europa ist weit weg von den Leuten, es handelt im Widerspruch zu dem, was die Bürger wollen», führte er aus. Bossi bestand darauf, seine Meinung treffe auch die Intention der Verstorbenen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24418>

Vatikan: 'Erstaunen und Bedauern' über Kruzifix-Urteil
3.11.09

Vatikansprecher Federico Lombardi: Es scheint, als wolle man die Rolle des Christentums für die Formung der europäischen Identität leugnen. Damit könne man unter Katholiken keine Sympathien für die europäische Idee gewinnen.

Vatikanstadt (kath.net/KNA) Der Vatikan hat das Kruzifix-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte «mit Erstaunen und Bedauern» zur Kenntnis genommen. «Es scheint, als wolle man die Rolle des Christentums für die Formung der europäischen Identität leugnen», erklärte Vatikansprecher Federico Lombardi am Dienstagabend.

Als schwerwiegend bezeichnete es Lombardi, dass gerade an Schulen ein Symbol für die Bedeutung religiöser Werte ausgegrenzt werden solle. «Religion leistet einen wertvollen Beitrag für die Erziehung und das moralische Wachstum der Person und ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Zivilisation», sagte der Jesuit.

Die Straßburger Richter, kritisierte Lombardi, betrachteten das Kreuz als ein «Zeichen der Trennung, des Ausschlusses oder der Freiheitsbeschränkung». Das entspreche weder dem Volksempfinden noch der Sichtweise der Kirche. «Das Kruzifix war immer ein Zeichen des Angebots der Liebe Gottes und der Einheit und Offenheit für die ganze Menschheit», so der Vatikansprecher.

Es erstaune, dass ein europäisches Gericht derart schwerwiegend in eine Materie eingreife, die zutiefst mit dem geschichtlichen, kulturellen und spirituellen Selbstbewusstsein des italienischen Volks verbunden sei. Damit könne man unter Katholiken keine Sympathien für die europäische Idee gewinnen, erklärte Lombardi.

Absolut keine Ausnahme mehr

Europäische Kommission macht ernst mit der Abschaffung religiöser Freiheitsrechte zugunsten Homosexueller

MEDRUM 26.11.09

(MEDRUM) Die Europäische Kommission macht der britischen Regierung in einem Brief klar, dass Gesetze abgeschafft werden müssen, die der Religion Freiheitsrechte gegenüber der "sexuellen Orientierung" gewähren. Dies berichtete Lifesitnews am 24.11.2009.

Es könnte der erste Testfall der neuen rechtlichen Situation in der EU werden, die durch den Lissabonner Vertrag geschaffen wurde, meinte Hilary White, Verfasserin des Artikels "*EU Commission Demands UK Abolish Religious Freedom Rights*" in Lifesitenews. Sie berichtet über einen Brief der Europäischen Kommission an die britische Regierung, in dem es heißt: **"Es dürfen absolut keinerlei Ausnahmen mehr in Sachen Anti-Diskriminierungsgesetze gestattet werden."**

EU-Kommissar Vladimir Spidla stellte Lifesitenews zufolge fest, Großbritannien habe eine genaue Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinie des EU-Rates verfehlt. Die britische Regierung sei aufgefordert, so rasch wie möglich die völlige Übereinstimmung mit den EU-Bestimmungen herbeizuführen. Die Ausnahmen, die die britische Regierung zum Beispiel für kirchliche Arbeitgeber erlaube, seien größer als es die EU-Richtlinien zuließen. Gegenwärtig ist es in Großbritannien noch erlaubt, einem homosexuellen Bewerber eine Einstellung in Kirchen oder religiöse Organisationen zu versagen, um Konflikte mit Glaubensüberzeugungen zu vermeiden. Ebenso ist es gegenwärtig religiösen Gemeinschaften noch möglich, die Adoption von Kindern an homosexuelle Partner zu verweigern oder eine kirchliche Trauungszeremonie zu verweigern. Dies soll auch nach der Vorstellung homosexueller Aktivisten bald der Vergangenheit angehören.

In den USA haben sich gegen staatliche Eingriffe in die Gewissens- und Religionsfreiheit zahlreiche leitende Persönlichkeiten aus Kirchen und Religionsgemeinschaften zusammengeschlossen. Sie wollen einer Beugung des Gewissens und Einschränkung der Religionsfreiheit mit entschiedenem Widerstand begegnen. So wollen sie es beispielsweise nicht hinnehmen, wenn Kliniken in der Verantwortung der Kirche etwa gezwungen werden sollen, Abtreibungen vorzunehmen. In der so genannten "Manhattan Declaration - A Call of Christian Conscience" haben sie erklärt, dass sie sich einem Zwang zur Beugung ihres Gewissens nicht unterwerfen werden. Zu den mehr als 100 namhaften Erstunterzeichnern gehören unter anderen 15 katholische Bischöfe. In MEDRUM besteht die Möglichkeit, eine von den Unterzeichnern der amerikanischen Initiative autorisierte Solidaritätserklärung zu unterstützen.

21.11.2009

Ein Ruf des christlichen Gewissens

Erklärung von Manhattan kündigt Widerstand gegen die Beugung des Gewissens durch staatlichen Zwang an

von Kurt J. Heinz

(MEDRUM) In einer "Erklärung von Manhattan" sprechen sich 125 hochrangige Vertreter christlicher Kirchen und Glaubensgemeinschaften in den USA dafür aus, dem Ruf des christlichen Gewissens zu folgen und sich politischen Zwangsmaßnahmen zu widersetzen, die von ihnen Verstöße gegen zentrale Gebote Gottes erzwingen.

125 leitende Persönlichkeiten christlicher Gemeinschaften, die der Orthodoxen, Katholischen und Evangelischen Kirche angehören, - darunter 15 katholische Bischöfe - kündigen in der Erklärung von Manhattan dem Präsidenten der USA, Barack Obama, ihren Widerstand gegen die Befolgung von Gesetzen an.

Zu Beginn der "**Manhattan Declaration - A Call of Christian Conscience**" heben die Unterzeichner ihre Beweggründe hervor:

"Wir sind in großer Sorge, dass in unserer Nation heutzutage

- **das Leben der Ungeborenen, der behinderten und älteren Menschen ernsthaft bedroht ist,**
- **die Institution der Ehe, die bereits durch Wechsel von Sexualpartnern, Untreue und Scheidung angeschlagen ist, durch ihre Umdeutung von in Mode gekommenen Ideologien gefährdet wird,**
- **das Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit durch jene in schwerster Weise gefährdet wird, die das Instrument des Zwangs gegen gläubige Menschen und ihre tiefste Gewissensüberzeugung einsetzen."**

Die Unterzeichner wehren sich dagegen, wenn Einrichtungen ihrer Kirchen und Glaubensgemeinschaften durch Gesetze gezwungen werden sollen, Abtreibungen vorzunehmen, embryonale Stammzellen für Zwecke der Stammzellforschung zu mißbrauchen, an der Unterstützung der Selbsttötung und Euthanasie mitzuwirken oder sich an irgendwelchen anderen Handlungen gegen das Lebensrecht zu beteiligen.

Herausragendes Merkmal der Erklärung ist die Ankündigung entschiedenen Widerstandes. Er manifestiert sich im Nachdruck der Feststellung:

"Wir sind bereit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist.

Aber unter keinen Umständen sind wir bereit, dem Kaiser zu geben, was Gott gehört."

**("We will fully and ungrudgingly render to Caesar what is Caesar's.
But under no circumstances will we render to Caesar what is God's.")**

Aufgrund der Entschlossenheit, politischen Entscheidungen der Obama-Regierung entgegenzutreten und ihr christliches Gewissen nicht beugen zu lassen, könnte die Erklärung von Manhattan eine Bedeutung von historischem Rang erlangen. Wenn die Unterzeichner ihren Widerstand in die Tat umsetzen, wird sich zeigen, ob der Friedensnobelpreisträger Obama auch so weit gehen wird, hochrangigen Repräsentanten in den Vereinigten Staaten seinen politischen Willen aufzuzwingen und diesen mit staatlichen Zwangsmaßnahmen bis hin zu Gefängnisstrafen gegen Persönlichkeiten durchzusetzen, die nicht bereit sind, ihr Gewissen vergewaltigen zu lassen; zum Beispiel dann, wenn sich eine katholische Klinik in den USA weigert, unter ihrer Verantwortung ungeborene Kinder abzutreiben. Im Widerstand dieser Initiative gegen Obamas gesellschaftspolitische Vorstellungen liegt ein Sprengstoff, der zu einer großen Belastung für die Regierung Obama und die Gesellschaft in den USA werden könnte.

Die Erklärung von Manhattan wurde am Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. Aus dem Kreis der Unterzeichner waren vertreten:

- Robert George, McCormick Professor of Jurisprudence, Princeton University
- Donald William Wuerl, Archbishop of Washington, Diocese of Washington, D.C.
- Harry Jackson Jr., Bishop, Hope Christian Church
- Justin Rigali, Archbishop of Philadelphia, Diocese of Philadelphia
- Timothy George, Professor, Beeson Divinity School at Samford University
- Chuck Colson, Founder, The Chuck Colson Center for Christian Worldview
- Ron Sider, Professor, Palmer Theological Seminary and Director of the Seminary's Sider Center on Ministry & Public Policy
- George Weigel, Distinguished Senior Fellow, Ethics and Public Policy Center and Founding President of the James Madison Foundation
- Tony Perkins, President, Family Research Council
- Jim Daly, President and CEO, Focus on the Family
- Fr. Chad Hatfield, Chancellor, CEO and Archpriest, St Vladimir's Orthodox Theological Seminary.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24987>

21.12.09

Zwei Drittel aller Menschen ohne Glaubensfreiheit

Untersuchung: Einschränkung der Religionsausübung nimmt überhand - Weltweit werden rund 200 Millionen Christen wegen ihres Glaubens benachteiligt oder unterdrückt

Washington (kath.net/idea)

Mehr als zwei Drittel der Menschheit leben in Ländern, in denen die Religionsausübung in großem Maße eingeschränkt ist. Das geht aus einer Untersuchung des US-Forschungsinstituts Pew (Washington) hervor. Danach wird die Religionsfreiheit in 68 von 198 Ländern stark oder sehr stark beschnitten. Das ist zwar nur etwa jedes dritte Land, doch haben diese Staaten oft eine große Bevölkerung. So kommt es, dass annähernd 70 Prozent der 6,8 Milliarden Erdenbürger in religiös restriktiven Staaten leben. Das Forschungsinstitut untersuchte die religiöse Situation weltweit von 2006 bis 2008. Es berücksichtigt sowohl staatliche Eingriffe wie auch gesellschaftliche Widerstände, etwa durch religiös motivierten Terrorismus oder gewalttätige Gruppen.

Den stärksten Einschränkungen unterliegt die Religionsausübung in den islamischen Ländern Saudi-Arabien, Pakistan und Iran. Dort treten sowohl staatliche wie auch gesellschaftliche Restriktionen auf. In kommunistisch regierten Ländern wie Vietnam oder der Volksrepublik China haben die staatlichen Beschränkungen eindeutig die Oberhand. Hingegen überwiegen im gemischt religiösen Nigeria und im überwiegend muslimischen Bangladesch die sozialen Widerstände.

Am wenigsten Einschränkungen in Amerika

Am stärksten sind die religiösen Einschränkungen im Nahen Osten und Nordafrika, am geringsten in Nord- Mittel- und Süd-Amerika. Unter den 25 bevölkerungsreichsten Ländern weisen Iran, Ägypten, Indonesien, Pakistan und Indien die größten Beschränkungen auf; die geringsten finden sich in Brasilien, Japan, den Vereinigten Staaten, Italien, Südafrika und Großbritannien. In 75 Ländern (38 Prozent) schränkt der Staat die Freiheit ein, den Glauben zu bekennen und für ihn zu werben. In 178 Ländern (90 Prozent) müssen sich religiöse Gemeinschaften staatlich registrieren lassen. In 117 Ländern (59 Prozent) kann dies zu Schwierigkeiten bei der Religionsausübung führen.

Christen werden am stärksten verfolgt

Nach anderen Untersuchungen sind Christen am stärksten Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Nach Schätzungen von Menschenrechtsexperten werden weltweit rund 200 Millionen Christen wegen ihres Glaubens benachteiligt und unterdrückt. Ziel von Übergriffen sind vor allem missionarisch bzw. evangelistisch tätige Christen. Das geht aus dem Jahrbuch zur Christenverfolgung „Märtyrer 2009“ hervor, das bei der Evangelischen Nachrichtenagentur idea (Wetzlar) erschienen ist. Herausgeber sind die Arbeitskreise für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=24946>

Großbritannien: Standesbeamtin muss 'Homo-Ehe' 'vollziehen'

16.12.09

Eine britische Standesbeamtin hat im Streit um ihre Ablehnung der sogenannten Homo-Ehe eine Niederlage erlitten. Ein Berufungsgericht entschied, sie dürfe die Trauung homosexueller Paare nicht aus religiösen Gründen ablehnen

London (kath.net/KNA) Eine britische Standesbeamtin hat im Streit um ihre Ablehnung der sogenannten Homo-Ehe eine Niederlage erlitten. Ein Berufungsgericht entschied laut britischen Medienberichten vom Mittwoch, sie dürfe die Trauung homosexueller Paare nicht aus religiösen Gründen ablehnen.

In der Vorinstanz hatte das zuständige Arbeitsgericht anders entschieden. Die praktizierende Christin dürfe von ihrem Arbeitgeber nicht dazu gezwungen werden, gleichgeschlechtliche Paare zu trauen. Die Behörde habe das Recht der Frau auf ihre religiöse Überzeugung missachtet, hieß es damals zur Begründung.

Das Berufungsgericht entschied nun, ein Verbot der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung aus dem Jahr 2007 sei in diesem Fall höher zu bewerten als die religiösen Rechte der Klägerin. Es sei schlicht rechtswidrig, den Vollzug ziviler Ehen zu verweigern.

(C) 2009 KNA Katholische Nachrichten-Agentur GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Stellungnahme der Deutschen Evangelischen Allianz

"Mission Gottesreich – Fundamentalistische Christen in Deutschland"

Die Deutsche Evangelische Allianz widerspricht grundlegenden Aussagen der beiden ARD-Journalisten Oda Lambrecht und Christian Baars, die in ihrem Buch "Mission Gottesreich – Fundamentalistische Christen in Deutschland" evangelikale Christen kritisieren. Sie weisen die Anschuldigung mit Entschiedenheit zurück, dass evangelikale Christen eine Gefahr für Kirchen und Demokratie wären.

In dem Buch "Mission Gottesreich" findet sich eine pauschalierende Sicht der evangelikalen Bewegung ihren Niederschlag, der ihr nicht gerecht wird. Die Verfasser wollen offenbar nicht wahrnehmen, dass auch evangelikale Christen sehr wohl für die Meinungsvielfalt, die Offenheit und Toleranz eintreten. Darum erschrecken wir über die Forderung der Journalisten, im Grunde evangelikales Christsein, zumindest in der Öffentlichkeit, zu verbieten.

Die Deutsche Evangelische Allianz erinnert daran, dass Verfolgung ethnischer religiöser Minderheiten in der Geschichte und Gegenwart im Regelfall immer mit Desinformation beginnt. Dieser folgen konkrete Diskriminierung, die dann mit konkreter Verfolgung endet. Der Desinformation durch die Autoren folgen bereits starke Forderungen der Diskriminierung: So sollten Evangelikale keine Medien wie Zeitschriften oder Fernsehsender herausgeben bzw. betreiben, keine Politikerkontakte pflegen, keine Veröffentlichungsmöglichkeiten nutzen, ihnen sollte Gemeinnützigkeit und Steuergelder entzogen werden oder von ihnen mitgetragene Privatschulen sollten verboten werden. Derartige Forderungen sind höchst gefährlich. Die Religionsfreiheit muss auch in Zukunft in einem Rechtsstaat gesichert sein. Die Autoren aber kritisieren gerade Behörden, die entschieden haben, dass evangelikale Christen in ihren Werken und Einrichtungen nicht gegen Gesetze verstoßen.

In ihrem Buch fordern die Autoren nicht nur den Staat auf, evangelikale Christen per Gesetz zu beeinträchtigen. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wird aufgefordert, sich von Evangelikalern zu distanzieren, obwohl nach seriösen Schätzungen die Mehrheit dieser Glaubensrichtung zu den aktiven Christen in den evangelischen Landeskirchen gehört.

Anscheinend haben sich die Autoren aber dazu entschlossen, über die Evangelikalen nur Negatives zu berichten. So taucht nichts auf, was das gezeichnete negative Bild entlasten könnte. Die Evangelikalen scheinen mit dieser selektiven Darstellung ein gefährlicher und nutzloser Teil der Gesellschaft zu sein. Dem Leser bleibt verborgen, welche Anerkennung zahlreiche evangelikale Einrichtungen erhalten und wie positiv sich das Engagement von Kirche und evangelikalen Christen in vielfältiger Weise auswirkt. Warum etwa der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Weltweite Evangelische Allianz kürzlich in einem Festakt in New York eigens für ihren Einsatz gegen weltweite Armut und für AIDS-Kranke auszeichnete, muss dem Leser des Buches schleierhaft bleiben.

Die Vorwürfe richten sich gegen die ganze Christenheit

Als Deutsche Evangelische Allianz nehmen wir überrascht zur Kenntnis, dass es nach Auffassung der Autoren "in Glaubensfragen keine allgemeingültige Wahrheit geben kann". (Interview, Christliches Medienmagazin pro, www.pro-medienmagazin.de, 16.03.09) Davon aber sind Christen grundsätzlich überzeugt. Eine feste Überzeugung ist nach unserer Auffassung eine hilfreiche Grundlage für einen Dialog mit Andersdenkenden. Wenn z.B. über die Evangelikalen geschrieben wird "Sie bekennen sich zu Jesus. Doch er gilt nicht nur als Erlöser der Christen, sondern als Retter der ganzen Welt", dann ist das nicht mehr als eine Binsenweisheit und Inhalt des christlichen Glaubensbekenntnis schlechthin. Und wenn geschrieben wird, dass Evangelikale außerdem glauben, „dass Jesus auf die Erde zurückkehren wird“, dann ist das ebenso richtig, aber eben auch Inhalt des Apostolischen Glaubensbekenntnis, das alle Christen aller anerkannten Kirchen weltweit verbindet. Kurzum: Die Autoren verkennen offensichtlich, dass sie nicht einen bestimmten Glaubenstypus, sondern jedes überzeugte Christsein anprangern. „Wir leiden daran, dass so wenige Gruppen leidenschaftliche Ideen vertreten. Wir leiden daran, dass niemand missioniert. Mission ist die gewaltfreie Selbstrepräsentation und Unverborgenheit der Kirche. Religiöses Selbstbewusstsein und Mission sind nicht voneinander zu trennen. Wer von etwas überzeugt ist, zeigt sich in seinen Überzeugungen. Der Geist stirbt, wo er sich verbirgt. Christen werden zu Christen, wenn sie sich als Christen zeigen. Man wird der, als der man sich zeigt. Was sich verbirgt, stirbt.“ (Fulbert Steffensky in „Mut zur Ehrlichkeit“, Radius-Verlag, 2007)

Das Buch versucht, Evangelikale immer wieder in die Nähe gewaltbereiter, gesetzes- brechender Fundamentalisten zu rücken. So wird behauptet, dass sie aufgrund ihrer festen Überzeugung „ihren Glauben oder ihre Idee verbreiten – einige auch mit Gewalt“. Wir stellen dazu klar: Es gehört zu den fundamentalen christlichen Grundüberzeugungen, bewusst andere Menschen zum Glauben an Jesus Christus einzuladen.

Aber Evangelikale setzen sich im Gegensatz zur im Buch beschriebenen Behauptung ausschließlich dafür ein, ihren Glauben und ihre Ethik nicht mit Gewalt anderen überzustülpen.

Die Autoren kritisieren fortlaufend Evangelikale für Handlungen, die in einer demokratischen Gesellschaft alle Gruppierungen, Verbände und Organisationen tun und dürfen und nach demokratischem Verständnis sollen. So wird kritisiert: „Evangelikale wollen die Gesellschaft verändern. Sie rufen zu mehr Engagement in der Politik auf.“ Dem können wir nur mit Befremden über so viel undemokratisches Verständnis entgegentreten. Es bleibt offen, ob die Autoren damit zum Ausdruck bringen wollen, dass unsere Gesellschaft schlicht keine Veränderung brauche oder ob die Mitwirkung und Mitgestaltung bei Veränderungsprozessen der Bevölkerungsgruppe der Evangelikalen vorenthalten werden soll.

Der Deutschen Evangelischen Allianz erscheint gefährlich, dass die Autoren für eine Kriminalisierung des evangelikalen Christentums eintreten. Anstelle von Seriosität und Ausgewogenheit wird offenbar das Ziel verfolgt, evangelikale Christen öffentlich zu diskreditieren. Wir halten es für befremdlich, dass gerade Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine derartig einseitige Darstellung verfasst haben

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=25019>

Ein ungleicher Wettbewerb

23.12.09

Den wahren Unterschied zwischen dem Wachstum von Islam und Christentum hat der Spiegel nicht erfasst.
Von Thomas Schirmmacher

Hamburg (kath.net/thomasschirmmacher.info) Mit großer Dramatik beschreibt der Spiegel in seinem Titelbeitrag „Die Rückkehr des Allmächtigen“ als neu, was nie anders war: Die beiden größten Weltreligionen sind am wachsen und es sind die ‚Fundamentalisten‘ und wirklich Überzeugten, die vor allem Mission betreiben, kath.net hat berichtet. War das je anders? Der Allmächtige ist zurück und der Spiegel merkt es als erstes? Oder als letztes? War das nicht alles seit dem Untergang des kommunistischen Imperiums vorprogrammiert?

Der Spiegel tut dabei so, als ob nur Islam und Christentum missionieren würden, dagegen Buddhismus und Hinduismus nicht. Und was ist mit dem Dalai Lama und seinen Welttouren? Warum werden in Indien Zwangsbekehrungen zum Hinduismus durchgeführt und der Islam mit Gewalt bekämpft? Und dass gerade der Spiegel ob seiner vielen Kampagnen, auch gegen das Christentum (man denke an das Jesusbuch von Augstein), anderen das Missionieren vorwirft, ist schon fast zum Schmunzeln.

Aber immerhin, vieles ist gut recherchiert und manches wird mutig ausgesprochen, etwa, dass der islamistischen Gewalt „deutlich mehr Muslime zum Opfer“ gefallen sind als Christen. Erfreulich ist auch, dass sich der Spiegel in seiner Polemik gegenüber

Evangelikalen zurückhält. Dass der Spiegel die Säkularisierungstheorie – je moderner, desto unreligiöser – widerruft, ist immerhin selbst eine Schlagzeile wert, war er doch selbst lange ihr eifrigster Verfechter, ja fast ihr Symbol. Dass mein Lehrer Peter Berger, der wohl bedeutendste Religionssoziologe der Welt, der diese These vor über 40 Jahren mit aufstellte, sie schon Mitte der 1980er Jahre widerrufen hatte, hat der Spiegel nämlich bisher nie gemeldet.

Der Schlusssatz „Islam und Christentum werden die prägenden Kräfte bleiben, auch wenn kein Schulkind mehr weiß, wer Marx und Nietzsche gewesen sind“ ist gerade für den Spiegel doch ein sehr ehrliches Eingeständnis auch in eigener Sache. Denn dem ganzen Artikel ist ja abzuspüren, dass man bloß nicht in den Verdacht geraten will, dass man selbst etwa etwas mit dem Glauben an den „Allmächtigen“ zu tun habe.

Vieles zeigt aber auch, dass hier religiös Unmusikalische schreiben. Wenn etwa mit großer Dramatik darauf verwiesen wird, dass neuerdings ganze Hochschulen in den USA der Missionarsausbildung dienen, fehlt offensichtlich das Wissen, dass schon die Jesuiten Jahrhunderte lang deswegen Hochschulen gründeten, dass die erste Universität Asiens in Indien (Serampore College) im 18. Jahrhundert diesem Zweck diene, dass viele Eliteuniversitäten der USA, wie Harvard und Princeton, hier ihren Ursprung haben und oft Missionare wie David Livingstone hochgebildete Leute waren.

An anderer Stelle heißt es, es gebe „mehr als 400 Millionen Freikirchler weltweit“. De facto ist das die Zahl der Evangelikalen. Freikirchler nennt man Angehörige von kleinen Kirchen in Ländern mit ehemaligen Staatskirchen. In den meisten Ländern dieser Erde, in den USA, Korea, China oder Indien gibt es keine Freikirchen bzw. sind alle Kirchen Freikirchen. Und in den Ländern mit ehemaligen Staatskirchen wie Schweden, England oder Deutschland ist ein erheblicher Teil der Evangelikalen jeweils in den ehemaligen Staatskirchen, in Deutschland etwa 50 Prozent der Evangelikalen. Umgekehrt gibt es nicht wenige Freikirchler, die dezidiert keine Evangelikalen sein wollen.

Die Parallelisierung von Ausbreitung des Islam auch mit Gewalt und der angeblich ebenso gefährlichen christlichen Mission entbehrt jeder Grundlage. Nicht zufällig kann der Spiegel viele Beispiele von Gewalt seitens islamistischer Gruppen anführen, aber keines auf christlicher Seite, auch wenn der Spiegel christliche Missionare „Gottesstreiter, die Soldaten Christ“ nennt, übrigens die Bezeichnung der wahrhaft nicht für Gewalt bekannten Heilsarmee. Stattdessen weicht der Spiegel als Gegenüber zu

Beispielen islamistischer Gewalt auf christliche Äußerungen aus, etwa die Erde sei 6000 Jahre alt. Da habe ich doch lieber einen Nachbarn, der das friedlich glaubt, als einen der mich mit Gewalt bedroht!

Der Spiegel schreibt: „Es waren überzeugte Wahhabiten, welche ihre gekaperten Flugzeuge in die Türme des World Trade Center steuerten, es sind Pastoren fundamentalistischer US-Kirchen, die inzwischen häufig vom ‚Islamofaschismus‘ sprechen.“ Also, eine dumme, islamkritische Vokabel zu verwenden (und ich bin auch gegen so etwas, siehe mein Buch „Feindbild Islam“) ist dasselbe wie Tausende von Menschen umbringen?

Also nochmal: Der Spiegel führt kein einziges Beispiel dafür an, dass christliche Mission mit Gewalt betrieben wird oder Gewalt legitimiert. Er stößt sich – wie ich auch – nur an bisweilen drastischer Sprache, nur ist das eben ein ganz anderes Kapitel und nichts, wogegen das Gewaltmonopol des Staates in Stellung gebracht werden müsste.

Fundamentalist ist nicht einfach jeder, der meint, die Wahrheit zu haben, denn dann wäre die große Mehrheit der Menschheit Fundamentalisten und nur die Westeuropäer wären gute Menschen. Fundamentalismus heißt vielmehr, einen Wahrheitsanspruch mit Gewalt oder wenigstens undemokratischen Mitteln durchsetzen zu wollen. Das ist, wovor die Menschen Angst haben. Demnach hat der Islam einen leider zu großen, insgesamt aber kleinen Flügel an gewaltbereiten Fundamentalisten, die Christen und auch die Evangelikalen dagegen praktisch keinen – die wenigen Ausnahmen lehnen alle selbst den Kontakt zur evangelikalen Mehrheit ab.

Dazu kommt: Selbst wenn stimmt, was über Evangelikale in den USA gesagt wird: Seit wann gilt in Deutschland die Sippenhaft noch? Muss wirklich jeder konservative Christ weltweit für alles haften, was irgendwo in der Welt gesagt wird?

Damit sind wir bei meiner religionssoziologischen Grundsatzkritik:

1. Auch wenn der Spiegel den Eindruck erweckt, darzustellen, was die Hälfte der Menschheit bewegt, ist er von einem Gesamtbild der weltweiten Lage weit entfernt. Ein Beispiel unter vielen: Die katholische Kirche erscheint praktisch nur als Zuschauer, die auf die Erfolge der Evangelikalen neidisch ist. In Wirklichkeit ist die katholische Kirche etwa in Afrika stark am Wachsen und gerade in dem dargestellten Weltlauf zwischen Islam und Christentum ein zentraler Faktor.

2. Religionssoziologisch ist die Frage von zentraler Bedeutung, wodurch die Religionen denn vor allem wachsen. Der Spiegel übergeht hier völlig, dass sich gerade hier ein tief greifender Unterschied zwischen Islam und Christentum auftut: Der Islam wächst fast ausschließlich durch sein enormes Bevölkerungswachstum (und in einigen Ländern durch die starke Auswanderung von Muslimen aus ihren Kernländern). Dazu kommt der Anpassungsdruck in islamischen Ländern. Die ‚Erfolge‘ durch klassische Überzeugungsarbeit und Einzelübertritte sind vergleichsweise gering.

Das Christentum wächst praktisch nirgends durch Anpassungsdruck. Das Bevölkerungswachstum ist in vielen ehemals christlichen Ländern zum Stillstand gekommen, und selbst in Asien und Afrika, wo Christen mehr Kinder haben, trägt das Bevölkerungswachstum weniger zum Wachstum bei, weil die nächste Generation – anders als im Islam – vergleichsweise einfach den christlichen Glauben wieder aufgeben kann und das auch in Teilen tut. **Das Wachstum des Christentums geht deswegen zu weit mehr als 90 Prozent auf inhaltliche Werbung und Einzelbekehrungen aus Überzeugungen zurück. Das war längst nicht immer so, gilt heute aber fast überall. Man mag das beurteilen, wie man will, in das Gesamtbild eines Wettlaufes zwischen Christentum und Islam hätte das unbedingt hineingehört.**

Erst diese Gegenüberstellung zeigt, wie ungleich der Wettbewerb zwischen den beiden Religionen ist, den der Spiegel erfreulicherweise zum Thema gemacht hat.

3. Ein Grundirrtum ist die Aussage: „Es sind nicht die Mütter Teresa dieser Welt, die das Missionsgeschäft mit größter Leidenschaft betreiben“. Doch, es sind sie. Denn Mutter Teresa war nun einmal hochgradig religiös motiviert (‚Fundamentalistin‘ würde das der Spiegel nennen).

Denn einerseits wird die weltweite christliche Sozialarbeit unter den Ärmsten der Armen von sehr überzeugten Christen betrieben. World Vision und die Heilsarmee seien hier stellvertretend genannt.

Und andererseits ist der Einsatz für die Schwachen integraler Bestandteil gerade des Eifers überzeugter Christen. Die Evangelikalen investieren Milliarden für die sozial Schwachen weltweit. Das mag man schätzen oder schlimm finden. Aber eine simple Unterscheidung in gute christliche Entwicklungshelfer und schlechte Missionsprediger wird der Realität fast nirgends gerecht.

Übrigens gilt das auch für die islamische Seite. Viele Erfolge der islamischen Fundamentalisten sind dem Umstand zu verdanken, dass sie ein eigenes, funktionierendes Sozialsystem aufbauen, wo der Staat versagt – auch wenn es nur für Muslime gilt. Die Palästinensischen Autonomiegebiete sind dafür das bekannteste Beispiel.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=25023>

England: Christliche Lehrerin entlassen

23.12.09

Eine englische Lehrerin wird entlassen, weil sie einer kranken Schülerin ihr Gebet angeboten hat. "Ich bin völlig erstaunt, dass ein Land mit einer so starken christlichen Tradition zu einem Land geworden ist, wo es schwer ist, über den Glauben zu reden."

Bristol (kath.net) Eine britische Lehrerin wurde vom Dienst suspendiert, weil sie zu einer kranken Schülerin gesagt hatte, dass sie für sie beten werde. Die konfessionslosen Eltern beschwerten sich, die Schulleitung entließ die Lehrerin, die keinen fixen Vertrag hatte. Das meldet die BBC.

Die 54-jährige erfahrene Lehrkraft Olive Jones arbeitete als Assistenzlehrerin für Schüler, die wegen Krankheit nicht zum Unterricht kommen können; sie kam zu den Schülern nach Hause. Das Gespräch über ihren Glauben fand im Haus der Schülerin statt, von ihrer Entlassung erfuhr sie nur wenige Stunden später.

"Ich bin völlig erstaunt, dass ein Land mit einer so starken christlichen Tradition zu einem Land geworden ist, wo es schwer ist, über den eigenen Glauben zu reden." Hätte sie ein Verbrechen begangen, hätte die Reaktion nicht härter ausfallen können, erzählt sie. Sie habe das Gebet als Hilfe angeboten und würde niemals jemandem etwas aufzwingen.

Der Direktor der Oak Hill Short Stay School in Nailsea nahe Bristol sagte gegenüber der BBC, dass die Vorwürfe gegen die Lehrerin nun untersucht würden. Olive Jones ist eine Freundin der Krankenschwester Caroline Petrie, die wegen eines ähnlichen Vorfalles vom Dienst suspendiert, später aber wieder eingestellt wurde.

Der koptische Bischof in Deutschland AnbaDamian (Foto) erklärt nach dem blutigen [Anschlag auf das koptische Weihnachtsfest](#), warum die Tat wenig verwundert. Wer die Freitagspredigt in den Moscheen anhört, stellt fest: Die Botschaft der islamischen Führer Ägyptens ist eine Kriegserklärung gegen die "Ungläubigen". Demgegenüber ist es Ägypten heute beinahe schon kriminell, wenn Christen in einer privaten Wohnung beten wollen.

Der Bischof [über die angebliche Religionsfreiheit in Ägypten](#):

Wir haben in Ägypten eine Kultur der Lügen. Das muss ich so deutlich sagen. Denn es geschieht beinahe täglich, dass christliche Mädchen entführt werden, dass ihnen Organe entnommen werden, dass sie

vergewaltigt und in die Prostitution geschickt werden. Davon redet keiner! Die Wahrheit sieht vielmehr so aus, dass es schon seit geraumer Zeit in dieser Region Gewalt gegen Christen gegeben hatte und dass der Bischof sich geweigert hat, auf eine Aufklärung dieser Gewalt zu verzichten, so wie es die örtlichen Behörden von ihm verlangt hatten. Der Bischof verlangte Schadenersatz für die Menschen, die ihre Häuser und Geschäfte verloren hatten. Er weigerte sich, das Geschehene zu ignorieren und vor den Kameras zu lächeln. Daraufhin wurde ihm gesagt: „Wir werden dir zeigen, wie Islam geht, wenn du nicht tust, was wir wollen!“ Das ist die Situation in Ägypten: Niemand wird davon abgehalten, Christen zu töten, aber wir müssen dabei lächeln und zeigen, wie friedlich wir sind. Wir müssen auf unsere Rechte verzichten. Genau dagegen hat sich der Bischof aufgelehnt. Daraufhin war er persönlich das Ziel dieses Anschlags. Er sollte getötet werden. Wenn Gott und seine Schutzengel ihn nicht unter ihren Schutz genommen hätten, wäre er schon längst ermordet worden.

Geschürt wird der Hass in den Moscheen:

Die Ägypter sind von Natur aus ein friedvolles Volk. Aber die Menschen lernen durchs Hören. Und wenn die Freitagspredigt in der Moschee heiß ist von Hass, dann gehen diese eigentlich friedlichen und einfachen Menschen auf uns los. Es geht also um die Lehre, die von den Imamen gepredigt wird. Ich war zum Beispiel einmal bei einem muslimischen Freund in Ägypten und hörte mir in seiner Moschee die Freitagspredigt an. Ich war entsetzt! Das war keine Predigt, sondern eine Kriegserklärung! Ich frage mich, was das soll! Wir müssen in die Moschee gehen, um zu beten, und wir müssen sie mit Frieden im Herzen verlassen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=25741>

Zwölf Kreuze in den Müllsack als Reaktion auf muslimische Beschwerde
25.2.10

Kreiskrankenhaus in Bad Soden lässt zwölf Kreuze aus Krankenzimmern abhängen und in einen Müllsack stecken - Reaktion auf muslimische Beschwerde

Bad Soden (kath.net/idea) Vor den Augen von Patienten hat das Kreiskrankenhaus in Bad Soden zwölf Kreuze aus Krankenzimmern abhängen und in einen Müllsack stecken lassen. Die Aktion stieß bei Patienten auf Unverständnis und Kritik. Wie es hieß, ging die Aktion auf die Beschwerde eines Muslims zurück.

Klinik-Geschäftsführer Helmuth Hahn-Klimroth bedauerte, dass man nicht mit der nötigen Sensibilität vorgegangen sei. Doch gehörten Kreuze nicht zur üblichen Einrichtung von öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern. Einzige Ausnahme sei in der Vergangenheit die chirurgische Abteilung in der Klinik-Niederlassung in Hofheim gewesen.

Bis 1974 sei dies ein katholisches Krankenhaus gewesen. Auf Wunsch der Mitarbeiter seien die Kreuze geblieben, auch nachdem der Main-Taunus-Kreis die Trägerschaft übernommen habe. Als die Chirurgie im vorigen September nach Bad Soden umgezogen sei, hätten Mitarbeiter die Kreuze wieder aufgehängt. Nach zwei Patientenbeschwerden habe die Pflegedienstleitung beschlossen, die Kreuze abhängen zu lassen. Was aus ihnen werde, wolle man mit den beiden Klinik-Seelsorgern entscheiden, so Hahn-Klimroth.

Kruzifix gefährdet nicht die Genesung

Der evangelische Dekan Eberhard Kühn (Bad Soden) hätte es besser gefunden, wenn die Kreuze hängen geblieben wären. Gegenüber idea sagte er: "Ein Kruxifix im Krankenhauszimmer gedeutet für einen Moslem nicht, dass seine Genesung gefährdet ist." Es sei vielmehr ein Zeichen dafür, dass der Patient mit seiner Seele wahrgenommen werde. Kühn möchte mit den Kreuz-Kritikern ins Gespräch kommen. Er begrüße es,

dass im Stationszimmer auf Wunsch der Mitarbeiter weiter ein Kreuz hängen darf.

CDU für Kreuze in Krankenhäusern

Kritik kommt auch aus der Politik. Ihm fehle jedes Verständnis für die Entfernung der Kreuze, erklärte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Hessen, Axel Wintermeyer (Wiesbaden). Toleranz und Pluralismus dürften nicht dazu führen, sich von der eigenen kulturellen Identität abzuwenden. Wintermeyer: "Das Kreuz als Symbol der Auferstehung Jesu Christi steht im Zentrum der Hoffnungsbotschaft des christlichen Glaubens. Daher hat es insbesondere in Krankenhäusern seinen Platz."

Zu einer ähnlichen Kontroverse ist es in Düsseldorf gekommen. Im Neubau des Amts- und Landgerichts sollen keine Kreuze mehr aufgehängt werden. Ohnehin gibt es kaum noch Kreuze in Gerichten. Das nordrhein-westfälische Justizministerium schätzt, dass dieses christliche Symbol in rund 60 der 1.300 Gerichtssälen hängt.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=25764>

Die Rückkehr der 12 Kreuze

26.2.10

Das Krankenhaus in Bad Solen bestätigte am Freitag gegenüber Kath.Net, dass die Kreuze wieder vollständig aufgehängt wurden

München (kath.net)

Das Kreiskrankenhaus in Bad Soden hat die Kreuze, die ursprünglich aus Krankenzimmern abgehängt und in einen Müllsack gesteckt wurden, wieder aufhängen lassen. Dies bestätigte am Freitag Hahn-Klimroth, der Geschäftsführer des Krankenhauses gegenüber Kath.Net: "Ich darf Ihnen bestätigen, dass die genannten Kreuze in den Patientenzimmern im Krankenhaus Hofheim komplett wieder aufgehängt worden sind." Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur IDEA - [Kath.Net berichtete](#) - passierte die Kreuzesabhängung aufgrund von Beschwerden von Muslimen. Das Krankenhaus selber wollte dies nicht bestätigen.

Wider die feigen Gotteslästerer

MEDRUM 09.04.10

Wider die feigen Gotteslästerer

Ein deutsches Magazin bricht ein Tabu - und niemand in Kirche und Politik protestiert

Ein Kommentar von Helmut Matthies

(MEDRUM/idea) Wer je geglaubt hat, alle Tabus seien schon gebrochen, erlebte zum Osterfest, dass er sich getäuscht hat. Hunderttausendfach prangt an Kiosken oder in Buchhandlungen das Titelblatt eines Magazins, auf dem in Großaufnahme zu verstehen gegeben wird, dass sich ein Geistlicher am Geschlechtsteil von Jesus Christus zu schaffen macht, während der Heiland der Welt auf schlimmste Weise stirbt: Er verreckt am Kreuz. Sex mit dem sterbenden Jesus - das war bislang geradezu undenkbar.

Jetzt ist es Wirklichkeit geworden durch das deutsche Satiremagazin „Titanic“ aus Frankfurt am Main. So viel Blasphemie gab es noch nie! Die Herausgeber bieten den Titel auch noch als Hintergrundbild für den Computerbildschirm zum Herunterladen an (Bildausschnitte links und rechts).

Wenn es Mohammed wäre

Darf Satire sogar eine solche Grenze an Schamlosigkeit gegenüber dem Sohn Gottes, nach dem sich immerhin fast zwei Drittel der Deutschen nennen, überschreiten? Dabei war das Blatt mit nach eigenen Angaben hunderttausend Auflage feige: Warum dann nicht auch Mohammed im Sex mit einem Imam vereint - um sozusagen religiös ausgewogen zu diffamieren?

Das wagte das Blatt natürlich nicht! Das hätte ja nicht nur einen Aufschrei gegeben. Zahllose deutsche Botschaften in aller Welt hätten in Flammen gestanden, und halb Deutschland wäre über Ostern im bürgerkriegsähnlichen Zustand gewesen, denn auch die mittlerweile 4,3 Millionen Muslime in Deutschland hätten sich das nicht bieten lassen. Das zeigen die Erfahrungen mit den vergleichsweise harmlosen dänischen Anti-Mohammed-Karikaturen 2005.

Dass zu Ostern in Berlin von mutmaßlich Linksradikalen am Karfreitag eine nackte Jesus-Figur verkehrt herum ans Kreuz genagelt wurde, regte immerhin das Boulevardblatt „Berliner Kurier“ auf.

Warum wird geschwiegen?

Doch zu der unvergleichlich schlimmeren Gotteslästerung des „Titanic“-Magazins gab es keinen Aufschrei, obwohl täglich Hunderttausende mit dem blasphemischen Titelblatt an Kiosken und in Buchhandlungen konfrontiert werden. Spekulieren wir mal über die Gründe: Hat das Schweigen damit zu tun, dass man sich sagt: Es ist eben Satire?

Doch darf man einfach hinnehmen, dass an den wichtigsten christlichen Feiertagen der Kreuzestod Jesu derart gotteslästerlich missbraucht wird?

Merkwürdig ist jedenfalls: Wenn einmal irgendein Kirchenleiter in idea kritisiert wird, wird er meist sofort von anderer Seite in Schutz genommen. Ist der Herr der Kirche weniger wichtig als der Kollege oder die Kollegin?

Oder hat man Angst, als humorlos, prüde oder altmodisch zu gelten, wenn man den Herrn der Kirche vor so viel Schweinerei in Schutz nimmt?

Die Kirchen baten um Verzeihung

Oder ist man kirchlicherseits so erschüttert über die sexuellen Missbrauchsskandale, dass man lieber schweigt? Doch kann das Versagen Einzelner in den Kirchen je diese Blasphemie rechtfertigen? Im Übrigen haben der Papst, katholische Bischöfe wie evangelische Kirchenleiter die Missbrauchsfälle mit scharfen Worten missbilligt, um Verzeihung gebeten und Maßnahmen getroffen, die Ähnliches künftig verhindern sollen.

... und was ist mit den anderen?

Im Gegensatz dazu hat sich die vor allem aus der SED hervorgegangene Linkspartei bisher mit keinem Wort für die zahllosen Missbrauchsfälle zur DDR-Zeit in den 474 staatlichen Kinderheimen - besonders den 32 sogenannten Jugendwerkhöfen für Schwererziehbare - entschuldigt, die Honecker & Co. errichten ließen. Tatsache ist, dass auch von den jetzt die Kirchen scharf kritisierenden „Grünen“ bisher keine Distanzierung von sogar pro-pädophilen Aussagen einzelner Repräsentanten aus den 1970er und 1980er Jahren erfolgte.

Die Kirchen wissen, dass sie auf Sündern - angefangen vom „Fels“ Petrus - aufbauen. Sie haben im Falle des sexuellen Missbrauchs schmerzlich erfahren müssen, dass sie Sünden nicht erkannt oder benannt haben. So versuchen sie gegenwärtig, Buße zu tun und sich um Wiedergutmachung zu bemühen.

Das unterscheidet sie von anderen - auch anderen Religionen. Zu dem furchtbaren Massaker mit 40 Toten in Moskau haben sich Islamisten bekannt. Wo sind die muslimischen Führer, die erklären, Gewalt im Namen des Korans sei nicht legitim? Übte jemand Gewalt, ob sexuell oder anderer Art, im Namen Jesu aus, könnte er sich nicht auf das Neue Testament und schon gar nicht auf den Herrn der Kirche berufen.

Copyright Helmut Matthies, 08.04.2010

Helmut Matthies leitet seit 1978 die Nachrichtenagentur *idea* und ist Chefredakteur der von *idea* herausgegebenen Wochenzeitschrift *ideaSpektrum*. *idea* informiert über Ereignisse und Entwicklungen in Kirche und Gesellschaft und ist eine unabhängige Evangelische Nachrichtenagentur, die von einem Verein getragen wird und der Evangelischen Allianz nahe steht. Wie MEDRUM berichtete, wurde der Theologe und Publizist Matthies 2009 für sein publizistisches Lebenswerk mit dem Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis ausgezeichnet. In der Begründung für die Auszeichnung heißt es: „Aus kleinsten Anfängen heraus hat Matthies *idea* zur bedeutendsten evangelischen Stimme in der deutschen Medienlandschaft ausgebaut.“

Internetseite des Satiremagazins Titanic -> www.titanic-magazin.de/newsticker.html. Zu den Kommandantisten des Magazins gehört nach Angaben der Initiative "Nie wieder e.V." der bekannte Komiker Otto Walkes. Die Redaktion von Titanic ist erreichbar über Email: info@titanic-magazin.de.

Presserat wacht über Verstöße von Medien

Auch Satire darf nicht alles. Darüber unterrichtet der Deutsche Presserat auf seiner Internetseite. Das Satire-Magazin "Titanic" erhielt erst Anfang März 2010 eine Rüge durch den Deutschen Presserat, weil es gegen den Pressekodex verstoßen hatte. Weitere Information dazu: -

> www.presserat.info

Der Presserat bietet auf seiner Internetseite die Möglichkeit an, Beschwerden über Medien abzugeben. Hierfür steht ein Online-Formular zur Verfügung: -> www.presserat.info/301.0.html

Beschwerden können auch per E-mail übermittelt werden an: -> beschwerde@presserat.de

Im vorliegenden Fall kann Beschwerde dagegen erhoben werden, daß gegen Ziffer 10 (Religion, Weltanschauung, Sitte) verstoßen wurde, in der es heißt: "Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen." KATH.NET berichtete darüber: -> [Perverse 'Titanic'-Titelbild sorgt für Beschwerden beim Presserat](#)).

Zuständig für strafrechtliche Ermittlungen ist die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, Anschrift:

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main
Konrad-Adenauer-Straße 20, 60313 Frankfurt am Main

Tel.: 069 / 13 67 - 01, Fax: 069 / 13 67 - 21 00

Anne Will bietet mit ihrer Sendung Pöbeleien und Hetze ein Podium

MEDRUM 13.04.10

Anne Will bietet mit ihrer Sendung antichristlichen Pöbeleien und Hetze ein Podium

Regisseur Rosa von Praunheim und Journalist Urich Jörges ausfällig - schmähende Bloggeinträge veröffentlicht

(MEDRUM) Anne Will wollte in ihrer Sonntagabendsendung "*Benedikts Schweigen - sind wir noch Papst?*" erörtern, ob Papst Benedikt angesichts seiner Haltung im Mißbrauchskandal an Zustimmung eingebüßt hat. Das Medienecho und sendebegleitende Bloggeinträge zeigen, daß die Sendung mehr durch Pöbeleien als durch überzeugende Antworten in Erinnerung bleiben wird.

Für ihre Sendung vom 11.04.10 hatte Anne Will angekündigt, folgenden Fragen nachzugehen: Bemüht sich die katholische Kirche entschlossen genug um Aufklärung und Buße oder wollen sie und ihr Oberhaupt den Skandal nur "aussitzen"? Wie muss sich die katholische Kirche reformieren, um im 21. Jahrhundert als relevante moralische Instanz zu bestehen? Anne Will hatte dazu unter anderen den Bischof von Essen, Franz-Josef Overbeck, die Journalisten Hans Ulrich Jörges vom Stern und Matthias Matussek vom Spiegel sowie den Regisseur Rosa von Praunheim geladen. Sie waren die Wortführer in einer Diskussionsrunde, die sich zu einer hitzigen Debatte entwickelte.

Mit Overbeck und Matussek stand sich ein Lager von Katholiken einem Lager von Nicht- und Anti-Katholiken bestehend aus Jörges und von Praunheim gegenüber, die nicht zu einvernehmlichen Antworten fanden. Das muß nicht überraschen. Nicht erwartet werden konnte und inakzeptabel war indes, daß - nachdem Jörges und von Praunheim begonnen hatten, pöbelhafte Bemerkungen in die Runde zu werfen - die Debatte an polemischer, kränkender Schärfe zunahm und am Ende fast aus den Fugen geriet. **So fuhr Jörges den Bischof in einem herrschenden Tonfall an: "Lassen Sie mich ausreden, Sie Christenmensch!" (vergleichbar wäre, Bischof Overbeck hätte Jörges mit den Worten disziplinieren wollen: "Lassen Sie mich ausreden, Sie Journalistenmensch!").** Zugleich forderte der Nicht-Katholik Jörges, das Zölibat müsse beendet werden, Frauen sollten ins im Priesteramt, „damit dieser Altmännerverein mal durchgepustet wird“ (vergleichbar wäre: Christen in die Redaktionstuben des Stern, damit dieser Hedonistenverein mal aufgemischt wird). Von Praunheim warf in die Runde, 40 Prozent der katholischen Priester seien homosexuell, und fauchte Matussek, der sich gegen Frauen im Priesteramt aussprach im beleidigenden Pöbelstil an: „Du bist ja ein richtiger Macho-Macker.“ Statt derartige Ausfälligkeiten zu unterbinden, wandte sich Anne Will von ihrer Gästerunde ab.

Es verwundert nicht, daß es nach der Sendung von vielen Seiten kritische Anmerkungen gab. Die Süddeutsche Zeitung schrieb: "Regisseur Rosa von Praunheim wütete gegen die katholische Kirche". In der Welt war zu lesen, Anne Will sei es nicht gelungen, die aufgebrachten Gäste zu bändigen: "Sie musste sogar aufstehen und die Runde verlassen, um dem allgemeinen Gezeter zu entkommen und einen Einspielfilm anmoderieren zu können." Ähnlich äußerte sich die Frankfurter Rundschau, die feststellte, die eingangs gestellt Frage hätte nicht abschließend geklärt werden können. Der Westen schrieb: "Die teils sehr hitzige Debatte unter Fernseh-Gästen verdeutlicht einmal mehr, in wie vielen Punkten die katholische Kirche zurzeit kritisiert, hinterfragt und angegriffen wird. Eine Lösung? Auf der TV-Couch auf jeden Fall nicht in Sicht."

Wer also Unterhaltung mit pöbelhaften Einlagen suchte, hatte die richtige Sendung eingeschaltet. Wer allerdings an einem kompetenten, sachlichem Dialog interessiert war, kam kaum auf seine Kosten. Jörges und von Praunheim ersetzten Argumente durch Polemik und pöbelhafte Beiträge, die dem Niveau eines Stammtischgespräches zu fortgeschrittender Stunde entsprachen. Mit einer anspruchsvollen Sendung hat dies wenig zu tun. Aber solchen Vertretern gestehen Anne Will und der NDR offenbar Narrenfreiheit zu.

Das Niveau der Sendung setzt sich in noch üblerer Form in den sendebegleitenden Blogbeiträgen fort. Dort werden nicht nur unwahre Tatsachen, sondern auch Beschimpfungen übelster Art durch Anne Will veröffentlicht. Bekennende Katholiken wie **Andreas Englisch** und **Manfred Lütz** werden beispielsweise als "**rechte Kirchenbande**" verächtlich gemacht, **Bischof Overbeck** wird als "**größter Verächter der Frauen**" in der Bischofskonferenz beschimpft. **Gabriele Kuby** wird als "**gemeingefährlich**" bezeichnet. Für derartige öffentliche Schmähungen von Personen darf das Öffentlich-Rechtliche Fernsehen kein Podium bieten. Es muß sich an Maßstäben messen lassen, die den Schutz des Persönlichkeitsrechtes wahren und persönliche Hetze unterbinden.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=26398>

Verlogenheit und einseitige Schuldzuweisung in der Missbrauchsdebatte
16.4.2010

"Spiegel"-Redakteur kritisiert: Humanistische Union propagierte früher Sex mit Kindern

Hamburg (kath.net/idea) Gegen einseitige Schuldzuweisungen an die katholische Kirche im Missbrauchsskandal hat sich der "Spiegel"-Redakteur Matthias Matussek (Hamburg) gewandt. Zwischen Zölibat und Pädophilie gebe es keinen Zusammenhang.

"Ich glaube im Gegenteil, dass der Zölibat diese Verbrechen eher verhindert, weil er eine zusätzliche moralische Sperre aufrichtet", schreibt der Katholik in seinem Internetblog.

Matussek: "Es ist viel eher die kirchenfeindliche Partei der Gegenseite, die Humanistische Union, der Grünen-Politikerinnen wie Claudia Roth und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) angehören, die noch in den achtziger Jahren umstandsfreien Sex mit 12-Jährigen propagierte."

Es sei gewaltig viel Verlogenheit im Raum: "Jeder eifernde Idiot, der schon immer auf der Kirche herumtrampeln wollte, darf es nun unbefangen tun." Anlass für die Äußerungen war eine Gesprächsrunde in der ARD-Sendung "Anne Will" am 11. April, an der auch Matussek teilgenommen hatte. Darin wurde Kritik am Umgang der Kirche mit den Missbrauchsfällen und dem angeblichen Schweigen des Papstes dazu geäußert.

Kurier der christlichen Mitte 3/2010,3

Der ägyptische Christ Youssef (30) betreibt einen kleinen Computer-Laden. Eine Polit-Bande erpreßt ihn monatlich um 300 Pfund (fast 40 €). Zuerst weigerte sich Youssef. Da zerstörten die Erpresser seine Geräte. Als er das bei der Polizei anzeigte, sperrte sie ihn als „Lästerer des Islam“ ein, bis er seine Klage zurückzog und nun zahlt. Doch Youssef ist verzweifelt und wirtschaftlich ruiniert.

Bitte beten Sie für ihn! Schreiben Sie dem zuständigen islamischen Abgeordneten Abd-el Rahim al Ghoul über die Botschaft Ägyptens, Stauffenbergstr. 6, 10785 Berlin. Fax 030-4771049.
www.egyptian-embassy.de

Koptische Christen in Not

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 4/2010,2

Anfang Januar 2010 wurden sieben koptische Christen in der ägyptischen Stadt Nag Hammdi nach dem Gottesdienst von Muslimen erschossen. Die meisten Opfer waren Jugendliche. Mit einer Demonstration in Berlin versuchten die in Deutschland lebenden ägyptischen Christen die Aufmerksamkeit auf dieses Verbrechen zu lenken. In einem Interview mit „Kirche in Not“ sagte Bischof Anba Damian vom Koptisch-Orthodoxen Patriarchat in Hörter u.a.:

„Was die Attentäter angeht, kam von offizieller Seite die übliche Aus-sage, die lautet: 'Ach, da handelt es sich um psychisch Kranke'. Dazu kann ich nur sagen: Die Märchen hören nicht auf, denn diese immer gleiche Geschichte hören wir immer wieder. Wir haben die Nase voll und halten es nicht mehr aus. Die Kopten haben nichts Böses getan und niemanden verletzt ...

Im Augenblick ist es in Ägypten bei-nahe schon kriminell, wenn man in einer privaten Wohnung beten will. Wer als Christ eine Wohnung oder ein Haus kaufen will, muß unter-schreiben, daß er diese Immobilie niemals als Gebetsraum.. nutzen wird. So weit sind wir in Ägypten! Wir bekommen keine Genehmigung, Kirchen zu bauen oder zu erweitern. Und wenn einer auf die Idee käme, sein Haus zu einer Kirche zu machen, dann muß er damit rechnen, daß es in Brand gesteckt wird. Denn es gibt niemanden, der uns in Schutz nimmt ...

Wir haben in Agypten eine Kultur der Lügen. Das muß ich so deutlich sagen. Denn es geschieht beinahe täglich, daß christliche Mädchen entführt werden, daß ihnen Organe entnommen werden, daß sie vergewaltigt und in die Prostitution geschickt werden. Davon redet keiner

Der (zuständige) Bischof weigerte sich, das Geschehen zu ignorieren und vor den Kameras zu lächeln. Daraufhin wurde ihm gesagt: "Wir werden dir zeigen, wie Islam geht, wenn du nicht tust, was wir wollen!" Das ist die Situation in Agypten. Niemand wird davon abgehalten, Christen zu töten, aber wir müssen lächeln und zeigen, wie friedlich wir sind. Wir müssen auf unsere Rechte verzichten. Genau dagegen hat sich der Bischof aufgelehnt. Daraufhin war er persönlich das Ziel dieses Anschlags. Er sollte getötet werden. Wenn GOTT und seine Schutzengel ihn nicht unter ihren Schutz genommen hätten, wäre er schon längst ermordet worden ...

Wir sind keine politisch Verfolgten, wir werden religiös verfolgt ... Die Ägypter sind von Natur aus ein friedvolles Volk. Aber die Menschen lernen durchs Hören. Und wenn die Freitagspredigt in der Moschee heiß ist von Haß, dann gehen diese . eigentlich friedlichen und einfachen Menschen auf uns los ...

Ich war zum Beispiel einmal bei einem muslimischen Freund in Agypten und hörte mir in seiner Moschee die Freitagspredigt an. Ich war entsetzt. Das war keine Predigt, sondern eine Kriegserklärung ...

Wir brauchen ein Gesetz, durch das alle Menschen in Agypten gleich behandelt werden ... Die Scharia ist die Quelle der ägyptischen Gesetzgebung und das bedeutet: Wenn ein Muslim einem Christen etwas antut, darf der Täter nicht bestraft werden. Das heißt im Prinzip für die Muslime: Grünes Licht für Gewalt gegen Christen. Wenn ein Kopte auf die Idee käme, auf ein Polizeirevier zu gehen, weil seine Tochter entführt wurde, dann muß er aufpassen, daß er nicht selbst ins Gefängnis kommt. Das ist untragbar ...

Wir werden aufgrund unserer Religion in Agypten verfolgt ... Wir sind eine Kirche von Märtyrern. Die Geschichte hat gezeigt, daß die Kirche aufblüht, wenn ihr Blut vergossen wird. Wir erfahren täglich, daß die Kirche wächst. Die Menschen, die uns ermorden und verfolgen, sorgen mit ihren Taten für das Wachstum der Kirche. Wir haben keine Angst vor dem Tod des Körpers ...

Sie können unsere Situation bekanntmachen und damit dafür sorgen, daß die Verantwortlichen endlich nicht mehr die Augen vor den Tatsachen verschließen können."

Mehr über die Leiden verfolgter Christen finden Sie in dem CM-Büchlein „**Allahs Krieg gegen die Christen**“ (2 €).

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=27016>

Atheisten packt 'blankes Entsetzen' über Kandidat Wulff

11.06.10

Konfessionslose attackieren CDU-Politiker wegen Kontakten zu Evangelikalen

Hannover (kath.net/idea)

Wegen seiner Kontakte zu Evangelikalen gerät Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) bei Atheisten unter Druck. Er wäre als Bundespräsident „nicht akzeptabel“, schreiben führende Konfessionslose und Atheisten im Internetmagazin wissenrockt.de. Vor allem stoßen sie sich daran, dass der 50-jährige Katholik dem Kuratorium des Evangelisationswerks ProChrist (Kassel) angehört. Wulff ist Kandidat von Union und FDP für die Bundespräsidentenwahl am 30. Juni in Berlin. Er tritt gegen den DDR-Bürgerrechtler und früheren Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Pfarrer Joachim Gauck, an, der von SPD und Grünen aufgestellt wurde. Für die Links-Partei bewirbt sich die frühere Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, die Bundestagsabgeordnete Lukrezia Jochimsen (74), um die Nachfolge des am 31. Mai überraschend zurückgetretenen Bundespräsidenten Horst Köhler.

„Religiöse Wahnideen“

Unter Konfessionslosen und Atheisten rege sich „blankes Entsetzen“ über Wulffs Kandidatur, schreibt der Vorstandssprecher der atheistischen Giordano-Bruno-Stiftung, Michael Schmidt-Salomon (Beßlich bei Trier). Ein Bundespräsident, „der Gruppierungen unterstützt, die aufgrund religiöser Wahnideen die Evolutionstheorie leugnen und Schwulenhetze betreiben“, sei untragbar. Der zweite Vorsitzende des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten, Rudolf Ladwig (Hagen) befindet, dass hinter Wulffs „bieder-leutseligen Schwiegersohn-Fassade“ ein „Unterstützer knallharter evangelikaler Missionare“ stecke.

Nach Ansicht von Prof. Frieder Otto Wolf, Präsident des Humanistischen Verbands Deutschlands (Berlin),

lässt Wulff ein klares Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Trennung von Staat und Kirche vermissen. Da wäre Pfarrer Gauck noch eher akzeptabel, wenn er seine Vergangenheit als Geistlicher hinter sich ließe, so Wolf.

„Erbärmliches“ Politik-Niveau

Für Schmidt-Salomon ist es „erbärmlich“ für das intellektuelle Niveau der Politik, wenn man die Wahl zwischen einem protestantischen Pfarrer und einem bibeltreuen Christdemokraten habe. Auch der scheidende Bundespräsident Horst Köhler habe sich bei vielen Religions- und Konfessionslosen unbeliebt gemacht. So habe der Protestant die Bibel als das wichtigste Buch, das er kenne, empfohlen. Mit den Worten „Kämpfen Sie um jeden Einzelnen“ habe Köhler noch kurz vor seinem Rücktritt die Kirchen aufgefordert, sich verstärkt der religiösen Überzeugungsarbeit zu widmen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=27016>

Atheisten packt 'blankes Entsetzen' über Kandidat Wulff

11.6.2010

Konfessionslose attackieren CDU-Politiker wegen Kontakten zu Evangelikalen

Hannover (kath.net/idea)

Wegen seiner Kontakte zu Evangelikalen gerät Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) bei Atheisten unter Druck. Er wäre als Bundespräsident „nicht akzeptabel“, schreiben führende Konfessionslose und Atheisten im Internetmagazin wissenrockt.de. Vor allem stoßen sie sich daran, dass der 50-jährige Katholik dem Kuratorium des Evangelisationswerks ProChrist (Kassel) angehört. Wulff ist Kandidat von Union und FDP für die Bundespräsidentenwahl am 30. Juni in Berlin. Er tritt gegen den DDR-Bürgerrechtler und früheren Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Pfarrer Joachim Gauck, an, der von SPD und Grünen aufgestellt wurde. Für die Links-Partei bewirbt sich die frühere Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, die Bundestagsabgeordnete Lukrezia Jochimsen (74), um die Nachfolge des am 31. Mai überraschend zurückgetretenen Bundespräsidenten Horst Köhler.

„Religiöse Wahnideen“

Unter Konfessionslosen und Atheisten rege sich „blankes Entsetzen“ über Wulffs Kandidatur, schreibt der Vorstandssprecher der atheistischen Giordano-Bruno-Stiftung, Michael Schmidt-Salomon (Beßlich bei Trier). Ein Bundespräsident, „der Gruppierungen unterstützt, die aufgrund religiöser Wahnideen die Evolutionstheorie leugnen und Schwulenhetze betreiben“, sei untragbar. Der zweite Vorsitzende des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und

Atheisten, Rudolf Ladwig (Hagen) befindet, dass hinter Wulffs „bieder-leutseligen Schwiegersohn-Fassade“ ein „Unterstützer knallharter evangelikaler Missionare“ stecke.

Nach Ansicht von Prof. Frieder Otto Wolf, Präsident des Humanistischen Verbands Deutschlands (Berlin), lässt Wulff ein klares Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Trennung von Staat und Kirche vermissen. Da wäre Pfarrer Gauck noch eher akzeptabel, wenn er seine Vergangenheit als Geistlicher hinter sich ließe, so Wolf.

„Erbärmliches“ Politik-Niveau

Für Schmidt-Salomon ist es „erbärmlich“ für das intellektuelle Niveau der Politik, wenn man die Wahl zwischen einem protestantischen Pfarrer und einem bibeltreuen Christdemokraten habe. Auch der scheidende Bundespräsident Horst Köhler habe sich bei vielen Religions- und Konfessionslosen unbeliebt gemacht. So habe der Protestant die Bibel als das wichtigste Buch, das er kenne, empfohlen. Mit den Worten „Kämpfen Sie um jeden Einzelnen“ habe Köhler noch kurz vor seinem Rücktritt die Kirchen aufgefordert, sich verstärkt der religiösen Überzeugungsarbeit zu widmen.

Eine Delegation der Unionsfraktion, der auch Kirchenvertreter angehörten, hat von Montag bis Mittwoch Christen der verschiedenen Konfessionen in der Türkei besucht. Auch wenn sich die Lage der Christen in der Türkei insgesamt zwar leicht verbessert habe, forderten die Repräsentanten Ankara zu einem anderen Umgang mit den Christen auf.

Christen in der Türkei: Kein „Orchideenthema“

Nach wie vor herrsche in der Türkei ein Klima der Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten, sagten die Delegierten bei einer Pressekonferenz am Donnerstag in Berlin. Die Delegation, der neben dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johannes Singhammer, der Leiter des Kommissariats

der deutschen Bischöfe, Prälat Karl Jüsten, der Bevollmächtigte des Rates der EKD, Bernhard Felmborg, Otmar Oehring vom Hilfswerk „missio“ in Aachen, und der Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes KEP, Wolfgang Baake, angehörten, hielt sich vom 31. Mai bis 2. Juni in Istanbul und der Provinz Mardin auf.

Kauder musste die Reise wegen des Rücktritts Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten vorzeitig beenden. Nach seiner Rückkehr erklärte er: „Wir müssen mehr Solidarität für bedrängte und verfolgte Christen in der Welt zeigen. Der Einsatz für Religionsfreiheit ist Teil unserer wertegeleiteten Außenpolitik.“ Kauder sei durch seine Reise zu der Erkenntnis gekommen: „Religionsfreiheit wird in der Türkei nicht in vollem Umfang gewährt.“ Die Delegation kam mit Gesprächspartnern fast aller großen christlichen Konfessionen zusammen, der griechisch-orthodoxen Kirche, der chaldäisch-katholischen Kirche, der syrisch-orthodoxen Kirche, den evangelischen Freikirchen sowie den deutschsprachigen katholischen und evangelischen Gemeinden in Istanbul. Ein zentrales Ereignis war die Reise nach Istanbul und in die Provinz Mardin, wo sich auch das aus dem 4. Jahrhundert stammende und nun durch Landstreitigkeiten in seiner Existenz bedrohte syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel befindet.

Rechtsstreit um Gottesdienstausübung

Singhammer nannte das mehr als 1.600 Jahre alte Kloster eine „Wiege des Christentums“, die von türkischer Seite „in sehr subtiler Form“ immer wieder neuen Schikanen oder Rechtsstreitigkeiten ausgesetzt werde. Die wirtschaftliche Existenzfähigkeit und damit auch die religiöse Existenz des Klosters sei nach wie vor gefährdet. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende warnte: „Es droht eine fortschreitende Miniaturisierung türkischer Staatsbürger christlichen Glaubens.“ Den türkischen Behörden warf er vor, christliche Bauwerke als touristische Sehenswürdigkeiten erhalten zu wollen, aber kein Interesse an der Erhaltung des religiösen Lebens zu haben. Unter anderem forderte er für die christlichen Kirchen die Möglichkeit der Priesterausbildung sowie ein Ende der subtilen Diskriminierung. Singhammer wies darauf hin, dass für Muslime in Deutschland der Bau von Moscheen selbstverständlich ist. Die Delegation erfuhr, dass es Christen nicht gestattet ist, ihren Nachwuchs an Geistlichen auszubilden. Auch Unterricht in der Sprache der Minderheiten dürfe nicht erteilt werden. Die Lage stelle sich zum Teil „dramatisch“ dar: Während es am Anfang des 20. Jahrhunderts noch 200.000 Christen im Tur Abdin im Südosten

der Türkei gegeben habe, so seien es heute nur noch 3.000. Allein die freikirchlichen Gemeinden seien in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Ihnen sei es aber praktisch kaum möglich, neue Kirchen und Gebetsstätten zu errichten.

Der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz der Bundesregierung, Wolfgang Baake, wies auf die „Vereinigung Protestantischer Kirchen“ in der Türkei hin, der etwa 4.000 Mitglieder in 70 Gemeinden angehörten.

Die Vereinigung fordere vom türkischen Staat das Recht auf Ausbreitung der Religion und Verkündigung. Dieses Recht sei zwar in der Türkei gesetzlich garantiert, doch gelte etwa in Lehrbüchern die missionarische Tätigkeit als „nationale Bedrohung“. Eine Gemeinde kämpfe seit einem Jahr um das Recht auf einen Gottesdienst.

Der Leiter des Katholischen Büros bei der Bundesregierung, Prälat Karl Jüsten, appellierte an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Christen in der Türkei noch eine Zukunft hätten. Die Lage der christlichen Minderheiten dürfe kein „Orchideenthema“ der politischen Debatte sein, sagte Jüsten.

Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälat Bernhard Felmborg, kritisierte die seit Jahrzehnten andauernde Schließung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars Chalki.

Wer theologische Ausbildung in freier Verantwortung einer Kirche verhindere, „der legt die Axt an die Zukunft einer Kirche“. Felmborg sprach von einem Teufelskreis: Viele Kleriker seien überaltert, es fehle an geistlicher Ausbildung.

Zugleich zeigten Gespräche im Patriarchat in Istanbul tiefe Frustration, weil die Regierung immer wieder Hoffnungen mache, die unerfüllt blieben. ||

VON: js | 04.06.2010

Mit „Die Türkei in Europa“ (Roberto de Mattei: [Die Türkei in Europa: Gewinn oder Katastrophe?](#) Resch Verlag Gräfelfing 2010, 152 S., € 13,90) hat der italienische Politikwissenschaftler Roberto de Mattei ein Werk vorgelegt, das ebenso gründlich wie pointiert mit den Legenden aufräumt, mit deren Hilfe man uns den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union schmackhaft zu machen versucht.

(Von [„Manfreds politische Korrektheiten“](#))

Da ist zum Beispiel der Mythos von der „westlichen“ Türkei. Geboren wurde dieser Mythos während des Kalten Krieges, als er politisch nützlich war und dazu taugte, das Land zu einem Pfeiler der NATO zu machen. Tatsächlich sind höchstens Teile der Eliten „westlich“ in einem einigermaßen strengen Sinne, und deren Einfluss schwindet dahin.

Die gewachsene Identität der Türkei umfasst aber mindestens vier Komponenten, und davon ist die westliche, sofern von ihr überhaupt die Rede sein kann (und sie nicht einfach ein ähnliches ideologisches Kunstprodukt ist wie die „europäische“, von der man unsereinen zu überzeugen versucht), die historisch jüngste. Älter, tiefer und prägender sind – und zwar in dieser Reihenfolge –

die islamische, die osmanische und die nationaltürkische, die leicht zu einer pan-türkischen ausgebaut werden kann und ausgebaut wird.

De Mattei zeigt, dass diese Komponenten wesentlich als Ergänzungen aufzufassen sind, nicht etwa als Gegensätze, und dass sie durchweg eine antichristliche und antieuropäische Stoßrichtung haben. Der Islam, und seit dem späten Mittelalter das Osmanentum als dessen Speerspitze, war mindestens tausend Jahre lang, bis zur türkischen Niederlage vor Wien 1689, der Hauptfeind Europas und des Christentums gewesen, und dieser Tradition ist man sich in der Türkei bis heute über alle politischen Grenzen hinweg bewusst.

Die Pflege der eigenen islamischen Identität ist in der Türkei gleichbedeutend mit der Pflege der nationalen Einheit, und zu dieser Identität gehört untrennbar die Feindschaft gegen das Christentum. Die Aufforderung an die EU, „kein christlicher Klub“ zu sein, enthält aus dieser Sicht die Aufforderung, ihrerseits keine Identität zu haben, jedenfalls keine nichtmuslimische, und wie wir wissen, kommen Europas sogenannte Eliten dieser Aufforderung nur allzu bereitwillig nach. Die Islamisten, die mehr und mehr die Oberhand in der türkischen Innenpolitik gewinnen, können bei ihrer Politik also auf einen breiten nationalen Konsens vertrauen.

De Mattei nennt ihre „weiche“ Methode der schleichenden Islamisierung der Gesellschaft – der eigenen türkischen wie der europäischen – in einer geglückten Formulierung die „gramscianische“ (unter Bezug auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci und sein Konzept der „kulturellen Hegemonie“) im Gegensatz zur „leninistischen“ der „harten“ Islamisten vom Schlage Bin Ladens. Er zeigt, wie das Projekt „EU-Beitritt“ ihnen dazu dient, sowohl mit der damit verbundenen „Demokratisierung“ im eigenen Land die Kemalisten mazzusetzen, als auch die religiös-ethnische Unterwanderung Europas voranzubringen.

Ein EU-Beitritt würde die Türkei bereits aus demographischen Gründen zum mächtigsten Land Europas machen: Im Jahr 2023 wird es schätzungsweise 90 Millionen Türken allein in der Türkei geben, die in praktisch jedem westeuropäischen Land über eine fünfte Kolonne aus Migranten verfügen wird, und die Türkei achtet darauf (Erdogan: „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit!“), dass diese Kolonne auch als solche erhalten bleibt.

Dabei ist noch die im Westen wenig beachtete, aber zielstrebig vorangetriebene pan-türkische Politik der Türkei zu berücksichtigen, die auf die Einigung aller Turkvölker unter Führung der Türkei abzielt. Es liegt in der Logik dieser Politik, auch Usbeken, Kasachen, Kirgisen etc., die das wünschen, die türkische Staatsangehörigkeit zu gewähren – und dies bedeutet, wenn die Türkei erst in der EU ist, de facto europaweite Niederlassungsfreiheit nicht nur für die eigentlichen Türken, sondern auch für ihre zentralasiatischen Verwandten, insgesamt also für rund 200 Millionen Menschen muslimischen Glaubens.

Die Türkisierung und Islamisierung Europas ist ein sich selbst verstärkender Prozess: Je weiter er schon gediehen ist, desto schwerer wird es, sein Fortschreiten aufzuhalten. Der EU-Beitritt der Türkei ist mithin der Schlüssel zur Zerstörung der christlichen und liberalen Kultur Europas.

De Matteis knappe, nur 122 Seiten starke Analyse beleuchtet, kenntnisreich untermauert, alle wesentlichen Gesichtspunkte, die mit der Beitrittsfrage zusammenhängen, auch solche, die selbst in der islamkritischen Szene selten beachtet werden. Insbesondere hebt er völlig zu Recht die Rolle des Islam als des Dreh- und Angelpunkts des türkischen Selbstverständnisses hervor, statt sie in der üblich gewordenen Weise zu bagatellisieren, und stellt ihn überzeugend in den Kontext historischer, geopolitischer und sozialer Entwicklungen.

Seine Analyse der türkisch-islamischen Strategie ist stichhaltig und entlarvt, wie nebenbei, die kindische Naivität – eine Naivität, die von Verrat kaum zu unterscheiden ist – der europäischen Beitrittsbefürworter.

<http://www.pi-news.net/2010/06/rezension-die-tuerkei-in-europa/#more-143891>

Spaniens Kirche: Religionsgesetz ist ‚kultureller Selbstmord‘

Abhängen von Kreuzen im öffentlichen Raum sei Teil der Verfolgung der katholischen Kirche in Spanien.

Madrid (www.kath.net/ KNA)

Als „kulturellen Selbstmord“ kritisiert Spaniens Bischofskonferenz das geplante Entfernen religiöser Symbolen aus staatlichen Gebäuden des Landes. Der Sprecher der Bischofskonferenz, Juan Antonio Martinez Camino, erklärte laut Medienberichten vom Freitag, das Entfernen katholisch-christlicher Symbole aus Schulen, Krankenhäusern, Ministerien, Rathäusern und anderen staatlich öffentlichen Gebäuden sei Teil der Verfolgung, unter der die katholische Kirche in Spanien derzeit leide. Das Kreuz aus dem öffentlichen Leben zu verbannen bedeute, gegen das Kreuz selbst zu sein, so Camino.

Ein Verbot religiöser Symbole in staatlichen Gebäuden ist Teil des geplanten Gesetzes zur Religionsfreiheit, die sozialistische Regierung unter Ministerpräsident Jose Luis Rodriguez Zapatero in der vergangenen Woche in die Wege leitete. Der Entwurf, den die Regierung in den kommenden Wochen zur Abstimmung vorlegen will, sieht auch vor, dass künftig bei Staatsakten keine Gottesdienste mehr gefeiert werden.

Dies soll den „nicht religiösen Charakter“ des Staates unterstreichen und eine Diskriminierung anderer Religionen verhindern. Zudem ist im Rahmen des Gesetzentwurfs ein landesweites Verbot der Burka, des islamischen Vollschiebers, in öffentlichen Gebäuden vorgesehen.

DIE WELZ 1.8.10

http://www.welt.de/channels-extern/ipad/wissen_ipad/article8741556/Schweinemangel-verschaerft-Muell-Chaos-in-Kairo.html?wtmc=Newsletter.NL_Persoenlich&print=true#reqdrucken

Schweinemangel verschärft Müll-Chaos in Kairo

In Kairo stinkt der Müll zum Himmel: Ein Teil wird zwar entsorgt – was aber bis vor kurzem von Schweinen gefressen wurde, bleibt liegen.

„Mutter der Welt“ nennen die Ägypter ihre Hauptstadt Kairo zärtlich. Doch die Liebe der Einwohner zu ihrer Stadt wird getrübt: Denn die Verwaltung der Metropole bekommt das Müll-Problem nicht mehr in den Griff. Auch in den Vierteln der Reichen und Ausländer türmt sich inzwischen der Abfall am Straßenrand. Tierknochen liegen zwischen Plastikflaschen, Kartoffelschalen und toten Katzen.

Ein Grund für die Müll-Krise ist der Konflikt zwischen den vor einigen Jahren angeheuerten großen Entsorgungsunternehmen und den Familien der Müllsammler, die seit Jahrzehnten von der Müllabfuhr und dem Recycling der Wertstoffe leben. Zugespielt hat sich die Lage im vergangenen Jahr, als die Regierung auf dem Höhepunkt der Schweinegrippe-Hysterie befahl, die Schweine der Müllsammler zu töten, die bisher einen Großteil der organischen Abfälle gefressen hatten.

Dass Experten der Weltgesundheitsorganisation WHO diese Maßnahme damals als völlig untauglich zur Bekämpfung der Schweinegrippe einstufen, störte die Regierung in Kairo nicht. Denn der ist das unweit der Innenstadt gelegene Viertel der Müllsammler, wo Erwachsene und Kinder in Wohnhäusern Abfall sortieren und recyceln, schon seit Jahren ein Dorn im Auge. Angeblich gibt es sogar bereits Pläne, die „Müllmenschen“ umzusiedeln.

Außerdem erntete die Regierung für ihre Entscheidung, die mehr als 150.000 Schweine der christlichen Müllsammler keulen zu lassen, Lob von konservativen Muslimen. Denn das Schwein gilt im Islam als „unreines“ Tier.

Die Müllsammler hatten erst versucht, sich gegen den Beschluss der Regierung zu wehren. Doch weil sie keine Lobby haben, verhallten ihre Proteste ungehört. Einige Familien versuchten, die Schweine durch Ziegen zu ersetzen. Doch Ziegen fressen weniger und sind bei der Auswahl ihrer Kost auch viel wählerischer, so dass immer noch viel Abfall übrigblieb.

Schließlich gingen die Müllsammler dazu über, den Abfall direkt neben den Häusern der Menschen zu sortieren, die ihn produziert haben. Plastik, Glas, Papier und andere Wertstoffe nehmen sie noch mit, den organischen Müll aber lassen sie liegen. Mit dem

Ergebnis, dass es auf den Straßen, vor den Hauseingängen und auf den „Dienstboten“-Treppen der herrschaftlichen Häuser aus der Kolonialzeit nun ziemlich schmutzig ist.

Lediglich dort, wo die Bewohner zusätzlich zu dem von der Behörde mit der Stromrechnung erhobenen Müllgebühren noch ein Bakschisch für den Müllsammler zahlen, sieht es etwas besser aus.

Umweltminister Magid George denkt zwar inzwischen über den Bau von Biogas-Anlagen für Haushalts- und Agrarabfälle nach, doch praktische Maßnahmen in diese Richtung wurden von der Behörde bisher noch nicht ergriffen. In einigen Bezirken haben frustrierte Anwohner deshalb Protestaktionen und „Nachbarschafts-Putztage“ organisiert.

In Zamalek, einem Viertel, in dem viele wohlhabende Ägypter und Ausländer wohnen, wurde im vergangenen Juni eine Stadtteil-Initiative gegründet, die auf freiwillige Mülltrennung setzt.

„Sie sagen den Besitzern der Wohnungen, Geschäfte und Restaurants, dass sie ihren Abfall in zwei Beuteln vor die Tür legen sollen: Ein Beutel für organische Abfälle und ein Beutel für den Rest“, erklärt die Abfall-Expertin Laila Iskander. „Dann können die Müllsammler den Sack mit den für sie interessanten Materialien mitnehmen und den zweiten Sack in die Lastwagen der Müllabfuhr werfen.“

Kein Aufklärungsunterricht für Kinder - Baptisten-Mutter muss ins Gefängnis

ÄZ 4.8.10

SALZKOTTEN/PADERBORN (dpa). Sie wollte ihre Kinder nicht zum Aufklärungsunterricht schicken - und ging dafür lieber ins Gefängnis. Eine strenggläubige Baptistin in Ostwestfalen wurde zunächst zu 300 Euro Bußgeld verurteilt, weil sie sich weigerte, zwei Grundschulkinder zum Schultheater "Mein Körper gehört mir" zu lassen.

Weil die zehnfache Mutter aus Salzkotten die Strafe nicht zahlen wollte, verhängte das Amtsgericht Paderborn sechs Tage Haft, sagte ein Sprecher am Mittwoch und bestätigte damit einen Bericht der "Neuen Westfälischen". In Ostwestfalen gibt es seit Jahren immer wieder Probleme mit Glaubensgemeinschaften, die Kinder nicht zur Sexualkunde schicken.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=27725>

Nordkorea: Drei Christen hingerichtet
12.8.10

Nordkorea belegt auf dem Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors seit Jahren den ersten Platz. Nach Schätzungen sind etwa 70.000 Christen in Arbeitslagern inhaftiert. Christliche Untergrundgemeinden werden brutal verfolgt.

Seoul/Kelkheim (kath.net)

In Nordkorea wurden drei Christen hingerichtet, die sich heimlich in einer Untergrundgemeinde versammelt hatten. 20 weitere Mitglieder der Hausgemeinde kamen in ein Arbeitslager, berichtet das überkonfessionelle christliche Hilfswerk Open Doors.

Wie der Informationsdienst AsiaNews unter Berufung auf nordkoreanische Quellen berichtete, entdeckten Sicherheitsbehörden Mitte Mai eine Hausgemeinde in Kuwal-dong (Provinz Pyongan) im Westen Landes. 23 Christen hatten sich dort zu einem Gottesdienst versammelt. Drei Christen wurden zum Tode verurteilt

und unverzüglich hingerichtet. Vermutlich hielten die Behörden sie für die Leiter der Gruppe. Die übrigen Mitglieder kamen in das Arbeitslager Nr. 15 in Yodok (Kwan-li-so), ein Lager für überwiegend politische Gefangene. ^{[1][2][3]}_{SEP:SEP}Seit Jahren gilt Nordkorea nach Einschätzung des Hilfswerkes für verfolgte Christen Open Doors als das Land, in dem Christen am stärksten verfolgt werden. Auf dem aktuellen Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Werkes belegt es Platz 1, gefolgt vom Iran und Saudi-Arabien. Open Doors bittet, für die Angehörigen der ermordeten Christen sowie für die inhaftierten Mitglieder der Hausgemeinde zu beten. Befürchtet wird, dass sie grausam gefoltert werden, um an Informationen über weitere Hausgemeinden zu gelangen.

Hartes Vorgehen gegen Christen

Open Doors schätzt, dass derzeit nahezu 70.000 Christen landesweit in Arbeitslagern gefangen sind. Rigoros geht das Regime mit gezielten Bespitzelungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Arbeitslagerstrafen für die gesamte Familie eines entdeckten Christen sowie Hinrichtungen gegen Christen vor. Mindestens 200.000 Gläubige versammeln sich nur heimlich im Untergrund. Bei Hausdurchsuchungen sind viele entdeckt worden. In Gefangenschaft werden sie schrecklich gefoltert. Seit Jahren unterstützt Open Doors verfolgte Christen in Nordkorea unter anderem mit humanitärer Hilfe, Schulungen und Gebetsaufrufen („Bete für Nordkorea“).

Glaube im Untergrund

Neben der Weitergabe des christlichen Glaubens von Generation zu Generation kommen Nordkoreaner auch bei Aufenthalten in China in Kontakt mit dem Evangelium. Obwohl sie ihr Leben riskieren, wollen sich nordkoreanische Christen weiter für die Untergrundgemeinde engagieren, so die Aussagen von Hausgemeindeleitern: Heimlich, manchmal nur zu zweit, treffen sie sich zu Gottesdiensten und unterstützen isoliert lebende Christen wie auch nicht-christliche Landsleute. Wie Open Doors erfuhr, hat die Zahl der Christen in Nordkorea den vergangenen zehn Jahren zugenommen. Hausgemeinden sind miteinander vernetzt und haben sogar eine eigene Gebetskampagne in ihrem Land ins Leben gerufen. Damit wollen sie sich für Veränderungen in ihrer Heimat einsetzen.

Published on MEDRUM (<http://www.medrum.de>)
[Startseite](#) > Content

Keine Fingerbreite Gewissensfreiheit bei staatlicher Sexualerziehung in NRW

27.08.10

Keine Fingerbreite Gewissensfreiheit bei staatlicher Sexualerziehung in NRW

Staatsgewalt schlägt bei Familie in Salzkotten erneut zu: 40 Tage Erzwingungshaft für Familienvater von 12 Kindern

(MEDRUM) 40 Tage ging Jesus in die Wüste um zu fasten. Das liegt zwei Jahrtausende zurück und geschah freiwillig. 40 Tage ging jetzt ein Familienvater aus Salzkotten in die Einöde eines Gefängnisses, um sein christlich geprägtes Gewissen nicht beugen zu lassen. Das geschah vor zwei Tagen am Mittwoch. Der Vater von 12 Kindern ging allerdings nicht freiwillig, sondern wurde von Polizeibeamten und Streifenwagen abgeholt, weil an seiner Person Erzwangshaft vollstreckt wird, die ein Amtsgericht angeordnet hat, nachdem Kinder der Familie an einigen wenigen Unterrichtsveranstaltungen nicht teilgenommen hatten.

In einer gestrigen Mitteilung von "Schulunterricht zu Hause", die MEDRUM vorliegt, heißt es:

"Wieder wurde ein Vater - diesmal einer von 12 Kindern! - Herr N.N. (Name ist der Redaktion bekannt) aus Salzkotten, in Erzwangshaft gebracht, und zwar für 40 Tage! Er wurde am 25. August von zu Hause zum Vollzug abgeholt.

Grund für diese Verhaftung ist, daß Schulen, Schulbehörden und Gerichte die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Eltern - ein Menschen- und Grundrecht (Art. 2 des 1. Zusatzprotokolls der EMRK; Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG i. V. m. Art. 4 GG) -, ihre Kinder gemäß ihrem Glauben zu erziehen, mißachten. Herr N.N. und seine Ehefrau haben ihre Grundschüler an der atheistischen staatlichen Sexualerziehung und auch an Theaterveranstaltungen nicht teilnehmen lassen, die ihren Glauben konterkarieren."

Es wird für den Vater der 14-köpfigen Familie aus Salzkotten eine neuartige Erfahrung sein, auf die er liebend gerne verzichtet hätte. 40 Tage und Nächte muß er nun in der Justizvollzugsanstalt Hamm verbringen, weil seine Kinder einer Veranstaltung zur Sexualerziehung und einer Theateraufführung der Salzkottener Grundschule unerlaubt ferngeblieben sind. Wie bereits bei anderen Familien zuvor blieben Schulleitung und Schulbehörde auch im Fall dieser Familie uneinsichtig. Sie erteilten den Kindern der Salzkottener Familie keine Befreiung von Sonderveranstaltungen, die der Sexualerziehung und Aufführung eines Theaterstückes gewidmet waren. Doch die Eltern blieben bei ihrer konsequenten Haltung, ihre Kinder nicht an Veranstaltungen besonderer Art teilnehmen zu lassen, die sie mit ihrem christlichen Gewissen und ihrer elterlichen Erziehungspflicht nicht in Einklang bringen können.

Die staatlichen Organe verhängten deswegen Bußgelder in einer Höhe von insgesamt 1.090 EUR gegen den Vater. Der überzeugte Christ sah allerdings nicht ein, Buße zu tun, nur weil er seine Kinder vor einigen wenigen Schulveranstaltungen bewahren wollte, die er als unethisch beurteilte. Dabei ging es nicht um normales, routinemäßiges Unterrichtsgeschehen und übliche Inhalte schulischer Bildung, sondern um die Frage, nach welchen moralischen Leitvorstellungen seine Kinder erzogen werden sollen.

Die Kompromißlosigkeit der Schule und Gewissenstreue der Eltern kommen nun alle teuer zu stehen. 40 Tage Erzwangshaft kosten den Steuerzahler ein Vielfaches von dem, was die Teilnahme eines Grundschulkindes an einer fragwürdigen Unterrichtsveranstaltung letztlich wert ist. Hinzu kommt, daß die Familie für 40 Tage zum Hartz IV - Empfänger wird. Denn das Arbeitseinkommen des Familienvaters entfällt während der Haft. Für die Ersatzleistungen muß ebenfalls der Steuerzahler aufkommen.

Das scheint für die Schulleitung und zuständige Schulaufsichtsbehörde jedoch keine Rolle zu spielen. Auch die Tatsache, daß zwölf Kinder und ihre Mutter für fast sieben Wochen auf den Vater verzichten müssen, fällt offenbar nicht ins Gewicht. Von Bedeutung ist vielmehr, den Willen der Familie zu brechen. Denn es soll erzwungen werden, daß die Eltern die

Teilnahme ihrer Kinder an besonderen Schulveranstaltungen dem Diktat der Schulleitung unterwerfen. Wie in den vorherigen Fällen geht es nicht um den Erwerb von fachlicher Bildung, sondern ausschließlich um Sexualerziehung und Theateraufführungen, die fraglos unterhaltend sein mögen, deren Bildungs- und Erziehungswert aber aus wohlerwogenen Gründen bestritten werden kann.

Dies scheint eine Eskalation und einen sehr hohen Preis wert zu sein. Selbst die Arbeitsstelle des Ernährers der Familie ist nun gefährdet. Sein Arbeitgeber und seine Rechtsanwältin hatten sich bemüht, einen offenen Vollzug zu erwirken. Dies hätte es dem pflichtbewußten Mann ermöglicht, tagsüber an seiner Arbeitsstelle zu erscheinen und außerhalb der Arbeitszeit die Erzwingungshaft in der JVA abzusitzen. Doch obwohl der Arbeitgeber das Gericht wissen ließ, daß er dringend auf die Arbeitsleistung des Trockenbaumonteurs angewiesen ist, wurde dem Antrag nicht stattgegeben.

So droht der Familie nun auch noch der Verlust der Arbeitsstelle. Eine Abwesenheit von sieben Wochen kann die Firma nicht ohne weiteres hinnehmen, machte der Arbeitgeber zuvor klar. Falls sich ein qualifizierter Bewerber findet, könnte der Familie auch die baldige Arbeitslosigkeit des Vaters drohen. 14 Personen könnten so schnell zum Hartz IV-Dauerempfänger werden. Keine rosigen Aussichten also, weder für die Salzkottener Familie noch für die steuerzahlenden Bürger.

Die Folgen des Fernbleibens von einigen Schulveranstaltungen sind gewaltig. Der Versäumnis von in der Summe nicht einmal 10 Stunden Unterrichtsveranstaltung steht ein Bußgeld von 1.090 EUR, 40 Tage Erzwingungshaft, sieben Wochen Verdienstaufschlag und Hartz IV-Ersatzleistungen sowie eine mögliche längere Arbeitslosigkeit gegenüber. Der von Politikern verordnete Gesetzesrahmen und das Handeln der Staatsorgane machen eine solche Eskalation möglich, bei der das Wohl und Wehe einer Familie und das Kindeswohl von 12 Kindern beiseite geschoben wird.

Die Staatskanzlei von NRW sieht dies anders. Sie rechtfertigte aus Anlaß eines vorherigen Falles das Vorgehen im Auftrag des ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) mit der Begründung, Eltern seien nicht berechtigt, ihre Kinder nur dann zu Schule zu schicken, wenn ihnen der Unterrichtsinhalt gerade zusage. "Sonderrechte" für einzelne Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung könne es nicht geben. Auf den konkreten Sachverhalt, die elterlichen Belange und die Frage der Verhältnismäßigkeit des staatlichen Zugriffs ging die Staatskanzlei nicht ein, obwohl längst nicht alles gut geheißsen werden kann, was Schulen, Schulaufsichtsbehörden und Kultusministerien sich für Unterrichtsveranstaltungen so einfallen lassen, wie gerade erst an der Entscheidung des Kultusministeriums von Niedersachsen deutlich geworden ist, mit dem Buch "Selam Berlin" sexistische Trivialliteratur auf vulgärem Primitivniveau zur Pflichtlektüre in der Integrierten Gesamtschule zu machen.

Es dürfte niemanden verwundern, daß sich verantwortungsbewußte Eltern in bestimmten Fällen gegen einen staatlichen Eingriff in ihre elterliche Erziehungsverantwortung wehren. Sie wollen ihre Grundrechte wahrnehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar bestätigt, daß die elterlichen Grundrechte durch die Schulpflicht in zulässiger Weise beschränkt sind, hat aber ebenso klar festgestellt, daß die Schule nicht gegen die Glaubensvorstellungen der Eltern erziehen darf und im Einzelfall Konflikte zwischen dem Erziehungsrecht der Eltern und dem Erziehungsauftrag des Staates im Wege einer Abwägung nach den Grundsätzen der praktischen Konkordanz zu lösen sind. Die praktische Konkordanz besteht in diesem Fall offensichtlich darin, daß die Schule auch bei einer umstrittenen Veranstaltung keine Freistellung für die Kinder erteilt, sondern den den

staatlichen Machtapparat bis hin zur Vollstreckung von 40-tägiger Erzwingungshaft mit all seinen Konsequenzen wie in einigen anderen Fällen zuvor in Gang gesetzt hat.

Die Frage, ob die Proportionen zwischen elterlicher Verantwortung und staatlichem Eingriff im Fall Salzkotten den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und der Prüfung kritischer Vernunft standhalten, stellt nicht nur die Rechtsanwältin der Familie, sondern auch der Verstand eines kleinen Kindes. Das jüngste Kind der Familie, ein 8-jähriges Mädchen, kann das alles nicht begreifen, was für Schulbehörden und Politiker selbstverständlich erscheint. Als sein Vater abgeholt wurde, sagte sie: "Was, so lange muß der Papa wegbleiben, wegen einer Theateraufführung?"

Leser, die sich brieflich an den Vater und die Familie wenden wollen, können die Kontaktdaten bei der MEDRUM-Redaktion erfragen.

Wegen der Verhängung von Erzwingungshaft bittet die christliche Gemeinde, der die betroffenen Familien angehören, um Unterstützung einer Bittschrift, für die eine Online-Aktion "Schutz der Gewissensfreiheit" in MEDRUM eingerichtet wurde:

Online-Aktion → [Schutz der Gewissensfreiheit](#)

Kontaktadressen:

CDU-Landesverband NRW: info@cdu-nrw.de

SPD-Landtagsfraktion: spd-fraktion@landtag.nrw.de

FDP-Landesverband NRW: info@fdp-nrw.de

Schulamt: 600774@schule.nrw.de

Elternverein NRW: info@elternverein-nrw.de

MEDRUM → [Schule darf nicht gegen Glaubensvorstellungen der Eltern erziehen](#)

MEDRUM → [Inhaftierungswelle geht weiter](#)

MEDRUM → [Erzwingungshaftwelle erfasst jetzt auch Mutter von 14 Kindern](#)

MEDRUM → [Sexistischer Trivialstil ist Schüler-Pflichtlektüre in der Bildungsrepublik Deutschland](#)

Source URL: <http://www.medrum.de/content/keine-fingerbreite-gewissensfreiheit-bei-staatlicher-sexualerziehung-nrw>

1. Was ist die "Resolution gegen Diffamierung von Religionen"?

Die Resolution wird seit 1999 in verschiedenen Formen und mit unterschiedlichen Titeln regelmäßig in die UN eingebracht. Seitdem ist immer wieder über sie abgestimmt worden. Es wird erwartet, dass in der Generalversammlung der UN im Dezember 2010 erneut abgestimmt wird. Die ursprüngliche Version der von der OIC eingebrachten Resolution hatte zum Ziel, die "Diffamierung des Islam" zu verbieten, später jedoch wurde dieses Ziel in den Schutz vor "Diffamierung der Religionen" geändert, um breitere Unterstützung zu finden. Bis 2010 war der Islam die einzige Religion, die in der Resolution Erwähnung fand. Sowohl der Genfer Menschenrechtsrat als auch die UN Generalversammlung haben sie bereits verabschiedet. Im März 2010 wurde eine neue Version beim Menschenrechtsrat eingebracht (zum Text der Resolution in Englisch [hier](#)). Erneut bezieht sie sich vor allem auf "Islamophobie", erwähnt aber auch den Antisemitismus und die "Christianophobie" und wurde von einer knappen Mehrheit verabschiedet. Dennoch bleibt der Schutz des Islam klar das Ziel dieser Resolution.

Für Christen wären die Folgen einer solchen Resolution dramatisch: Jedes Bibel lesen in der Öffentlichkeit, jedes Singen christlicher Lieder, aber auch jedes Gespräch mit den Nachbarn, welches auch Fragen des Glaubens streift, könnten als Beleidigung einer anderen Religion verboten werden. Christen wären völlig auf das innere Haben ihres Glaubens beschränkt, dürften ihn aber nicht mehr äußern. Selbst das Feiern von Gottesdiensten oder das Sichversammeln in Kirchengebäuden könnte bei strenger Auslegung untersagt werden

2. Was ist an dieser Resolution falsch und gefährlich?

Die Resolution gegen Diffamierung von Religionen versucht, Worte und Handlungen zu kriminalisieren, die sich gegen eine bestimmte Religion, besonders gegen den Islam. Auch wenn die Verfechter der Resolution vorgeben, das Konzept der "Diffamierung von Religionen" schütze die Religionsausübung und fördere Toleranz, werden in der Realität Intoleranz und die Verletzung der Menschenrechte auf Religions- und Meinungsfreiheit gefördert. Dies betrifft gerade die religiösen Minderheiten in vielen Staaten. Menschenrechte stehen per Definition dem einzelnen Menschen zu, doch diese Resolution hat zum Ziel, Menschenrechte einer Religion zuzugestehen. Das verstößt nicht nur gegen das bisherige Menschenrechtsverständnis, sondern gibt einer religiösen Mehrheit die Möglichkeit, eine Minderheit legal zu unterdrücken.

Die Resolution gegen Diffamierung von Religionen stellt eine internationale Legitimation für nationale Gesetze bereit, die Blasphemie oder eine andere Kritik an Religionen verbieten. In einigen Staaten werden Blasphemiegesetze aktuell von staatlichen Institutionen wie auch von Privatpersonen für ihre Zwecke missbraucht. Sie liefern die rechtliche Grundlage für Aktionen, die "zivilen Ungehorsam" unterbinden und die Kritik an politischen Strukturen verhindern sollen, dabei jedoch das Recht auf Bekenntnisfreiheit für religiöse Minderheiten und Einzelpersonen einschränken. Oft dienen entsprechende Anschuldigungen bei privaten Konflikten auch als Vorwand, Angehörige religiöser Minderheiten (häufig Christen) zu unterdrücken. Aufgrund dieser Gesetze wurden Strafverfahren gegen Einzelpersonen eingeleitet, weil sie der Diffamierung, Herabwürdigung, Beleidigung oder Verunglimpfung des Islam beschuldigt wurden.

Diese Verfahren gehen häufig mit massiven Menschenrechtsverletzungen einher.

3. Was tut Open Doors dagegen?

Zum einen führt Open Doors eine weltweite Unterschriftenkampagne gegen die erneute Verabschiedung der Resolution durch. Daneben unternimmt Open Doors verschiedene Anstrengungen, die Gefahren dieser Resolution den Vereinten Nationen zu verdeutlichen. Viele Open Doors Länderbüros (unter anderem in Deutschland) wirken bei ihren Regierungen und anderen darauf hin, auf das Abstimmungsverhalten bei den UN Einfluss zu nehmen. Schließlich wird das Thema auch einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt und erklärt.

4. Warum die Dringlichkeit?

Resolutionen gegen "Diffamierung von Religionen" werden seit 1999 in den UN-Menschenrechtsrat eingebracht und verabschiedet. In den vergangenen Jahren hat es eine spürbare Abnahme in der Zustimmung zur Resolution gegeben, und in diesem Jahr könnte die Ablehnung erstmals größer sein als die Zustimmung. Unser gemeinsames Handeln kann den entscheidenden Unterschied machen. Ständige Lobbyarbeit, Aktionen an der Basis und die Aufmerksamkeit der Medien sind erforderlich, um aus der bisherigen knappen Zustimmung eine Ablehnung zu machen. Bis diese Resolution abgelehnt wurde, bietet sie der nationalen Gesetzgebung von Staaten wie etwa Pakistan eine Legitimation für dessen Blasphemiegesetze. Durch diese Gesetze werden Einschränkungen der Religionsfreiheit, vor allem für Christen, angeordnet.

5. Ergebnis der letzten Abstimmung

Der "Resolutionsentwurf zur Bekämpfung der Diffamierung von Religionen" (Dokument A/64/439/Add.2, Teil II) wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit einem Abstimmungsergebnis von 80 Ja- gegen 61 Nein-Stimmen, mit 42 Enthaltungen wie folgt angenommen:

Ja zur Resolution: Ägypten, Äthiopien, Afghanistan, Algerien, Angola, Aserbaidshan, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Belarus, Bhutan, Bolivien, Brunei, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Laos, Demokratische Volksrepublik Korea, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Eritrea, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Indonesien, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kasachstan, Kirgisistan, Komoren, Kongo, Kuba, Kuwait, Libanon, Libyen, Malaysia, Malediven, Mali, Marokko, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nicaragua, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Philippinen, Qatar, Russische Föderation, Saint Vincent und die Grenadinen, Saudi-Arabien, Senegal, Singapur, Somalia, Sri Lanka, Sudan, Südafrika, Surinam, Swaziland, Syrien, Tadschikistan, Thailand, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Uganda, Vereinigte Arabische Emirate, Usbekistan, Venezuela, Vietnam, Volksrepublik China.

Nein zur Resolution: Andorra, Australien, Belgien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Frühere Jugoslawische Republik Mazedonien, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Marshall Inseln, Mexiko, Mikronesien(Vereinigte Staaten von), Monaco, Montenegro, Nauru, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Palau, Panama, Papua Neu Guinea, Polen, Portugal, Republik Korea, Republik Moldawien, Rumänien, Saint Lucia, Samoa, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Timor-Leste, Tonga, Tschechische Republik, Ungarn, Ukraine, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten, Uruguay, Vanuatu, Zypern.

Enthaltung: Äquatorialguinea, Albanien, Antigua und Barbuda, Argentinien, Armenien, Bahamas, Belize,

Benin, Bosnien und Herzegovina, Botswana, Brasilien, Burkina Faso, Burundi, Costa Rica, Ecuador, Fidschi, Ghana, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Indien, Jamaika, Japan, Kamerun, Kapverden, Kenia, Kolumbien, Lesotho, Liberia, Malawi, Mauritius, Mongolei, Nepal, Paraguay, Peru, Ruanda, Saint Kitts und Nevis, Sambia, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vereinigte Republik Tansania.

Abwesend: Gambia, Kiribati, Madagaskar, Sao Tome und Principe, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Solomonen, Zentralafrikanische Republik.

6. Welche Staaten sind Mitglied der Organisation der islamischen Konferenz (OIC)?

Ägypten, Afghanistan, Albanien, Algerien, Aserbaidshan, Bahrain, Bangladesch, Benin, Brunei, Burkina Faso, Cote d'Ivoire, Dschibuti, Gabun, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Indonesien, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Kasachstan, Kirgisistan, Kuwait, Libanon, Libyen, Kamerun, Komoren, Malaysia, Malediven, Mali, Marokko, Mauretanien, Mosambik, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästina, Qatar, Saudi-Arabien, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Surinam, Syrien, Tadschikistan, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Uganda, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate.

7. Welche Wirkung hat die Resolution?

Eine Resolution (übersetzt: Entschluss) ist zunächst einmal rechtlich nicht verbindlich, sondern drückt eine Willenserklärung der zustimmenden Staaten aus. Sofern allerdings über etliche Jahre hinweg immer wieder wortgleiche oder zumindest dem Sinn nach vergleichbare Resolutionen verabschiedet werden, können diese in Gewohnheitsrecht erwachsen und damit ebenfalls verbindlich werden. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der Widerstand gegen die Resolution schwächer wird oder nicht vorhanden ist. Bei der nächsten Abstimmung im Dezember 2010 besteht aber zum ersten Mal seit langem die realistische Möglichkeit, dass die Zahl zustimmender Staaten kleiner sein wird als die Zahl der ablehnenden oder neutralen. Einen Versuch, ein verbindliches Abkommen mit dem Ziel des Schutzes von Religionen vor Diffamierung zu vereinbaren, hat die OIC wegen des zu erwartenden Widerstandes vorerst zurückgestellt.

McCafferty-Bericht für Europarat will Gewissen vergewaltigen

22.09.10

McCafferty-Bericht für Europarat will Gewissen vergewaltigen

"Europa für Christus" ruft zum Widerstand gegen Nötigung zur Beteiligung an Abtreibung, Euthanasie oder Selbsttötung auf

(MEDRUM) Es soll in der europäischen Staatenwelt zur Pflicht werden, auch ethisch umstrittene Ansprüche von Individuen an medizinische Dienstleistungen umfassend zu erfüllen und sich an den dafür nötigen Maßnahmen - auch gegen eigene Gewissensnot - zu beteiligen. Das geht aus dem sogenannten McCafferty-Bericht für den Europarat und einem intervenierenden Appell hervor, mit dem die Initiative "Europa für Christus" zum Widerstand gegen derartige

Zwangsverpflichtungen sowie zum Schutz des Gewissens und ethischer Wertentscheidungen aufruft.

Die Vereinigung "Europa für Christus" ist in großer Sorge über den Schutz des Gewissens in der europäischen Staatenwelt. Anlaß ist der McCafferty-Bericht, der am 7. Oktober 2010 zur Abstimmung im Europarat steht. Die Angehörige der sozialistischen Fraktion Christine McCafferty aus Großbritannien gibt als Berichterstatterin im Auftrag des Ausschusses für "Soziales, Gesundheit und Familie" Empfehlungen, wie mit Widerstand aus Gewissensgründen gegen ethisch bedenkliche Handlungen verfahren werden soll.

McCafferty-Bericht: Regulierung des Umgangs mit Gewissensentscheidungen

Der McCafferty-Bericht sagt zu Gewissensgründen:

"Conscientious objection in the medical field is generally based on personal convictions and ethical values of medical professionals of various professional categories (healthcare providers). Their convictions, very often linked to religion, can stand against their readiness to provide certain medical information and services. These consist, for example, of certain family planning services and reproductive technologies, safe abortion services where legal, and pain-relief by life-shortening means for terminally ill patients."

Unter die sogenannten "medical services", "reproductive technologies" und "family planning services" wird insbesondere die Abtreibung subsumiert. Weiter wird festgestellt:

Healthcare providers who invoke conscientious objection have certain legal and ethical duties that aim to protect the patient. States should ensure that regulations on conscientious objection clearly specify these duties. The absence of effective legal and policy frameworks in some member states means that individuals are unable to access the healthcare services that they are entitled to receive, undermining, inter alia, their rights to healthcare services and to privacy, and potentially constituting a breach of the duty of care and abandonment of patients.

Diese Formulierung bedeutet, die Staaten sollen aufgefordert werden, die Verpflichtungen der Gesundheitsdienste umfassend zu gewährleisten, um für Individuen den uneingeschränkten Zugang zu allen medizinischen Dienstleistungen sicherzustellen. Im Bericht wird dabei unter anderem auf die Verfahrensweise in Norwegen verwiesen:

In Norway, regulations on conscientious objection require healthcare providers to give written notice to their employing hospital if they refuse to assist with abortions, and those hospitals, in turn, have to report it to government authorities.

Demnach sind Kliniken in Norwegen verpflichtet, diejenigen an Regierungsstellen zu melden, die sich weigern, an Abtreibungen mitzuwirken.

(Text des McCafferty-Berichtes → [Women's access to lawful medical care ...](#))

Memorandum für die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE)

Im begleitenden Memorandum des Director of the European Centre for Law and Justice an die *Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE)* vom 17. September 2010 wird vorgeschlagen, daß die europäischen Staaten einschneidende Verpflichtungen schaffen, um ethisch umstrittene medizinische Dienstleistungen in umfassender Form auch gegen Gewissenswiderstände durchzusetzen:

Among its more unacceptable provisions, this Council of Europe document asks the European Member States:

- to "oblige the healthcare provider to provide the desired treatment to which the patient is legally entitled [i.e. abortion] despite his or her conscientious objection",
- to oblige the healthcare provider to take part indirectly, in all circumstances, in abortion and other critical medical practices despite their conscientious objection,
- to oblige the healthcare provider to prove "that their objection is grounded in their conscience or religious beliefs and that the refusal is done in good faith",
- to deprive "public/ state institutions such as public hospitals and clinics as a whole", from the "guarantee of the right to conscientious objection",
- to create a "registry of conscientious objectors",
- to create "an effective complaint mechanism" against the conscientious objectors.

The report focuses "especially on the field of reproductive health care" for women, i.e., mainly on abortion, but it also concerns some other practices such as assisted reproduction.

(Text des Memorandums → [MEMORANDUM ON THE PACE Report, Doc. 12347, 20 July 2010](#))

Erklärung und Aufruf von "Europa für Christus"

Vor diesem Hintergrund erklärt "Europa für Christus" zum McCafferty-Bericht:

Der Europarat stimmt am 7. Oktober über einen Bericht zur Gewissensfreiheit ab. Der Bericht trägt den Namen: "Women's access to lawful medical care: the problem of unregulated use of conscientious objection".

Wir sind in großer Sorge, weil eine Annahme dieses Berichts für Christen und christlich-orientierte Krankenhäuser ein großes Problem darstellen wird.

Die größten Probleme des McCafferty-Berichts:

- 1. Die Gewissensfreiheit soll nur für Individuen gelten. Krankenhäuser müssten alles anbieten, was im jeweiligen Land erlaubt ist, also z.B. Abtreibung, Euthanasie, Beihilfe zum Selbstmord, Verpflanzung embryonaler Stammzellen, Sterilisierung, etc. Das würde für christlich-orientierte Krankenhäuser heißen, dass sie zusperren... oder ihre christliche Orientierung aufgeben müssten.**
- 2. Für einzelne Ärzte und Krankenpersonal soll die Gewissensfreiheit eingeschränkt werden durch eine Hinweis- und Begleitungspflicht bei der Vornahme des Eingriffs durch andere. Auch das ist für Christen oft moralisch nicht möglich! Es könnte sein, dass Christen dann nur mehr schwer im medizinischen Dienst arbeiten könnten.**
- 3. Es soll ein Verzeichnis geschaffen werden, in dem alle, die bestimmte Dinge nicht machen wollen, erfasst werden. Eine schwarze Liste sozusagen, die diese Ärzte und Pfleger an den Pranger stellen könnte.**
- 4. Der Bericht stellt den „Zugang zu rechtmäßiger medizinischer Versorgung“ mit dem Grundrecht auf Gewissensfreiheit gleich. Das ist rechtlich falsch - und schafft zum Beispiel ein indirektes „Recht auf Abtreibung“**

Ihre Mithilfe ist nun dringend gebraucht! Bitte schreiben Sie Ihren Abgeordneten im Europarat eine kurze Email, in der Sie diese vier Punkte anführen und sie auffordern, am 7. Oktober gegen den Bericht zu stimmen.

Kontaktmöglichkeiten

Europa für Christus hat Kontaktmöglichkeiten aufgezeigt, an die sich Leser wenden können, um ihre Auffassung zum McCafferty-Bericht und zum Schutz von Gewissensentscheidungen zu übermitteln:

- [Österreichische Mitglieder des Europarats](#)
- [Deutsche Mitglieder des Europarats](#)
- [Abgeordnete des Europarats nach Ländern geordnet](#)
- Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats: [Mr. Mevlut Cavusoglu](#) (Türkei)
- Generalsekretär des Europarats: [Mr. Mateo Sorinas](#) (Spanien) und flemming.kjerschow@coe.int
- Präsidentin des Gesundheitsausschusses: [Mrs. Liliane Maury Pasquier](#) (Schweiz, Sozialisten)

Eine ähnliche Entwicklung im Umgang mit Gewissensentscheidungen gab es in den USA. Dort meldeten viele namhafte Personen - darunter auch Bischöfe - ihren Widerstand gegen die Beugung des Gewissens durch staatlichen Zwang in der sogenannten Manhattan Declaration an (MEDRUM berichtete: [Ein Ruf des christlichen Gewissens](#)).

Initiative "Europa für Christus"

"Europa für Christus!" ist eine internationale und ökumenische christliche Initiative zur Schaffung eines Netzwerkes für:

- Gebet für ein von christlichen Werten getragenes Europa
- Bildung zu den wesentlichen Themen und Anliegen der Christen in Europa
- Zusammenarbeit und Austausch

"Europa für Christus!" wurde gleichzeitig von Christen verschiedener Konfessionen als Antwort auf die Diskriminierungen der heutigen Zeit überlegt. Seit Juli 2005 gibt es den in Deutschland eingetragenen, unabhängigen Verein "Europa für Christus! e.V.", der mit möglichst vielen Gruppen auf partnerschaftliche Weise kooperiert.

Vorsitzende von "Europa für Christus!" ist Ludmilla Gräfin Arco-Valley, ehem. Beamtin der Europäischen Gemeinschaft. Sie gehört zu den Erstunterzeichnern der Initiative "Für Freiheit und Selbstbestimmung".

Weitere Information: <http://www.europe4christ.net>

Online-Unterstützungsaktion

Für Leser, die sich nicht selbst oder direkt an Mitglieder und Repräsentanten im Europarat wenden wollen, besteht auch die Möglichkeit, sich einer in MEDRUM eingerichteten Online-Aktion anzuschließen und den Aufruf von Europa für Christus zu unterstützen. Diese namentliche Unterstützung wird an verantwortliche Stellen weitergegeben.

Online-Aktion → [Gewissenschutz durch Europarat](#)

Quellen:
MEDRUM

Source URL: <http://www.medrum.de/content/mccafferty-bericht-fuer-europarat-will-gewissen-vergewaltigen>

Für den Schutz des Gewissens in Europa

Für den Schutz des Gewissens in Europa

Appell zur Ablehnung des McCafferty-Berichtes im Europarat

Aus Anlaß der Beratung und Beschlussfassung im Europarat über den McCafferty-Bericht McCafferty-Bericht [Women's access to lawful medical care: the problem of unregulated use of conscientious objection](#) am 7. Oktober unterstütze ich den Aufruf von "Europa für Christus", den Bericht und seine Empfehlungen abzulehnen.

Europa für Christus hat als größte Probleme des McCafferty-Berichts herausgestellt:

1. *Die Gewissensfreiheit soll nur für Individuen gelten. Krankenhäuser müssten alles anbieten, was im jeweiligen Land erlaubt ist, also z.B. Abtreibung, Euthanasie, Beihilfe zum Selbstmord, Verpflanzung embryonaler Stammzellen, Sterilisierung, etc. Das würde für christlich-orientierte Krankenhäuser heißen, dass sie zusperrten... oder ihre christliche Orientierung aufgeben müssten.*
2. *Für einzelne Ärzte und Krankenpersonal soll die Gewissensfreiheit eingeschränkt werden durch eine Hinweis- und Begleitungspflicht bei der Vornahme des Eingriffs durch andere. Auch das ist für Christen oft moralisch nicht möglich! Es könnte sein, dass Christen dann nur mehr schwer im medizinischen Dienst arbeiten könnten.*
3. *Es soll ein Verzeichnis geschaffen werden, in dem alle, die bestimmte Dinge nicht machen wollen, erfasst werden. Eine schwarze Liste sozusagen, die diese Ärzte und Pfleger an den Pranger stellen könnte.*
4. *Der Bericht stellt den „Zugang zu rechtmäßiger medizinischer Versorgung“ mit dem Grundrecht auf Gewissensfreiheit gleich. Das ist rechtlich falsch - und schafft zum Beispiel ein indirektes „Recht auf Abtreibung“*

Die Gewissensentscheidung des Individuums und Entscheidungsfreiheit von Institutionen und ihrer Mitarbeiter, nicht zu Handlungen gezwungen zu werden, die mit dem Gewissen des Einzelnen und den ethischen Maßstäben der von Institutionen vertretenen Grundwerte nicht vereinbar sind, müssen geschützt werden. Personen und Institutionen dürfen wegen ihrer ethischen und Gewissenentscheidungen, die sich für sich und ihren Verantwortungsbereich treffen, nicht diskriminiert werden.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=28248>

Wie soll der Staat auf religiöse Konflikte reagieren?

25.9.10

Juristentag diskutiert über Verhältnis zu Christentum und Islam

Berlin (kath.net/idea)

Erfordern neue religiöse Konflikte – etwa mit dem Islam – neue Antworten des Staates? Diese Frage berät der 68. Deutsche Juristentag, der vom 21. bis 24. September in Berlin stattfindet.

An der Tagung nehmen 2.800 Juristen teil. Sie wollen untersuchen, ob Änderungen der Rechtsordnung notwendig sind, und Vorschläge zur Fortentwicklung des Rechts vorlegen. Am Ende stimmt der Juristentag über diese Empfehlungen ab und legt sie der Öffentlichkeit vor.

In einem Gutachten für den Juristentag empfiehlt der Professor für Öffentliches Recht, Christian Waldhoff (Bonn), religiöse Symbole – etwa Kruzifixe – nicht von vornherein aus öffentlichen Schulen zu verbannen. Sinnvoll sei es, im Einzelfall zu prüfen, ob der Schulfrieden gewahrt sei oder eine „Gefahrsituation“ bestehe.

Waldhoff plädierte ferner dafür, den Sonntagsschutz zu pflegen. Dieser verbinde sozialpolitische mit religiösen Zielen. Die damit verbundene Privilegierung des christlichen Bekenntnisses stelle keinen Widerspruch zur religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates dar. Für denkbar hält es der Professor, dass angesichts der zunehmenden Zahl von Muslimen auch nicht-christliche Feiertage geschaffen werden.

Zudem seien islamisch-theologische Studiengänge zur Ausbildung islamischer Religionslehrer an staatlichen Universitäten einzurichten. Waldhoff rechnet damit, dass „Religionsdelikte“ – etwa die „Beschimpfung“ von Religion – eine wachsende Bedeutung erlangen. Zur Sicherung des inneren Friedens müsse der Staat weiterhin die ungestörte Religionsausübung gewährleisten und dafür die Grenzen freier Meinungsäußerung und der Kunst bestimmen.

Kirchhof: Ein staatlicher Schutzschirm für die Kirchen

Der Steuerrechtler und ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. Paul Kirchhof (Heidelberg) sagte, der Staat müsse seine kulturellen Voraussetzungen pflegen. Dazu zähle das Orientierungswissen von Philosophie, Moral und Religion.

Wenn der Staat einen Schutzschirm über gefährdete Finanzinstitute aufspanne, dürfe er den Schutzschirm über Kulturträger wie die Kirchen nicht geschlossen halten. Die „Nachbarschaft von Staat und Kirche“ sei ein Grundprinzip des derzeitigen Staatskirchenrechts und müsse erhalten bleiben.

Altbischof Huber für islamische Theologie an Unis.

Der frühere EKD-Ratsvorsitzende, Bischof i.R. Wolfgang Huber (Berlin), sagte, Religion könne dem säkularen Staat nicht gleichgültig sein. Durch die wachsende Präsenz des Islams werde Religion verstärkt ein öffentliches Thema. Zur Religionsfreiheit gehöre auch das Recht, Moscheen zu bauen.

Allerdings solle dies „im Blick auf Zahl, Größe und städtebauliche Dominanz“ maßvoll geschehen. Zudem sei die Etablierung von islamischer Theologie an staatlichen Universitäten zu fördern. Dies diene der Entwicklung einer religiösen Diskussionskultur.

Iranische Juristin: Islam ist Sinn spendende Lebensform

Die iranische Juristin und islamische Theologin Hamideh Mohagheghi (Hannover) sagte, mit dem Islam würden oft mit Demokratie unvereinbare Einstellungen wie Starrheit, Rückständigkeit, Frauenfeindlichkeit und Gewalttätigkeit verbunden.

Für Muslime sei der Islam hingegen „die Sinn spendende Lebensform schlechthin, die vor der Selbstaufgabe in einer dominanten Mehrheitsgesellschaft schützt“. Der Staat solle in seiner Gesetzgebung nur dann Verbote vorsehen, wenn eine religiöse Handlung eine Gefahr für die Demokratie darstelle. So sei das Tragen eines Kopftuchs für muslimische Frauen weder ein Symbol für die Unterdrückung der Frau noch ein politisches Zeichen für fundamentalistische Ideen, sondern eine religiöse Pflicht, die sie gegenüber Gott zu erfüllen hätten.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=28268>
Bücherverbrennung: Öffentlichkeit misst mit zweierlei Maß

26.9.10

Aufschrei gegen Koranverbrennung – Schweigen zu Bibelverbrennung im Iran

Lake Forest (kath.net/idea)

Bei Verbrennungen religiöser Bücher misst die Weltöffentlichkeit offenbar mit zweierlei Maß. Während eine angedrohte Koranverbrennung durch eine kleine christliche Gemeinschaft in den USA weltweit Empörung auslöste, blieb das Verbrennen von Hunderten Bibeln im Iran ohne Reaktion aus Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Darauf machte der Informationsdienst Assist (Lake Forest/US-Bundesstaat Kalifornien) am 23. September aufmerksam.

Anfang Juni hatte der Informationsdienst Farsi Christian News Network (FCNN) gemeldet, dass Sicherheitskräfte der Islamischen Republik Iran Ende Mai in der westiranischen Grenzstadt Sardasht (Provinz West-Aserbaidschan) Hunderte Alte und Neue Testamente beschlagnahmt und verbrannt hätten. Dies gehe aus Internetveröffentlichungen der paramilitärischen Revolutionsgarden und von Morteza Talalei, Mitglied des Stadtrats von Teheran, hervor. Hunderte Bibeln seien von Aserbaidschan aus eingeschmuggelt worden. Sie sollten im Land verteilt werden, doch seien diese „pervertierten Torahs und Evangelien“ beschlagnahmt und verbrannt worden.

Bibelverbrennung: Politik und Kirchen schweigen

Im Unterschied zu der für den 11. September geplanten, aber kurz vorher abgesagten Koranverbrennung durch Pastor Terry Jones (Gainesville/Florida) nahm die Weltöffentlichkeit kaum Notiz von der iranischen Bibelverbrennung. Es gab keine wahrnehmbare Reaktion aus Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Gegen die geplante Koranverbrennung hatten hingegen Staatslenker wie US-Präsident Barack Obama und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ebenso protestiert wie muslimische Verbände, Kirchen und christliche Dachorganisationen, etwa die Weltweite Evangelische Allianz (WEA). Diese forderte nach der abgesagten Koranverbrennung eine gleich starke Verurteilung von Angriffen auf jedwede Religion. Generalsekretär Geoff Tunnicliffe (New York) führte dazu eine Liste von Gewalttaten gegen Christen aus der jüngsten Vergangenheit an. Die WEA repräsentiert 420 Millionen Evangelikale, die sich in 128 nationalen Allianzen organisieren.

http://www.welt.de/politik/deutschland/article10414565/Gruene-wollen-Islam-dem-Christentum-gleichstellen.html?wtmc=Newsletter.NL_Persoendlich

Grüne wollen Islam dem Christentum gleichstellen

Die bayerischen Grünen fordern die Abschaffung der Privilegien der katholischen Kirche. Alle Religionen sollen gleich behandelt werden.

Die Grünen fordern die Abschaffung der kirchlichen Privilegien in Bayern und eine Gleichbehandlung aller Religionen – einschließlich des Islam. "In einem weltanschaulich neutralen und demokratischen Staat werden alle anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als gleichwertig angesehen", heißt es in dem Bericht der grünen Kirchenkommission für den Würzburger Parteitag an diesem Wochenende. „Es findet keine Bewertung und keine inhaltliche Einmischung statt.“ Damit stellen sich die Grünen gegen die CSU, die an der rechtlichen Sonderstellung vor allem des katholischen Klerus festhalten will.

Raum für religiöse Extremisten wollen die Grünen nicht schaffen, wie sie in dem Papier ausdrücklich betonen: „Im Gegenzug fordert der Rechtsstaat, dass diese Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften das Grundgesetz und die in ihm verbürgten Grundrechte und Werte anerkennen“, heißt es in dem Papier. Die Grünen drängen darauf, dass die Beziehungen von Kirche und Staat entflochten werden – auch finanziell. „Es ist nicht unser Ziel, alles abzuschaffen“, betonte die religionspolitische Sprecherin Ulrike Gote. „Aber wir sollten in Verhandlungen mit den Kirchen gehen.“

Ein grünes Ziel: Der Freistaat zahlt nach wie vor die Gehälter der bayerischen Bischöfe und anderer hoher Kleriker. „Aber im Sinne der gebotenen Entflechtung ist es nötig, dass das Privileg auf Bezahlung der Bischöfe und anderer Würdenträger in Verhandlungen abgelöst wird“, heißt es in dem Papier. Außerdem soll die Kirche repräsentative Gebäude in Staatsbesitz – wie das Erzbischöfliche Palais in München – nicht mehr kostenlos nutzen dürfen, sondern Miete zahlen.

Die katholische Kirche soll außerdem kein Vetorecht bei der Besetzung der 21 sogenannten Konkordatslehrstühle für Theologie mehr haben.

Außerdem sollen die Bürger so weit wie möglich von der Pflicht befreit werden, den Behörden ihre Religionszugehörigkeit zu offenbaren.

Umgekehrt soll die katholische Kirche auch ihre Bischöfe in Zukunft frei aussuchen können – ohne dass die Staatsregierung das absegnet.

Anders als noch auf ihrem Parteitag 2008 lehnen die Grünen Kreuzfixe in Klassenzimmern nicht mehr grundsätzlich ab. Bei der Frage, ob muslimischen Lehrerinnen das Tragen von Kopftüchern erlaubt sein soll, konnten sich die Grünen nicht zu einer einheitlichen Position durchringen.

Den CSU-Vorwurf, die Grünen wollten die eigene deutsche Kultur und die christliche Tradition verleugnen, wies Gote zurück. „Wir fordern eigentlich nur, was im Grundgesetz steht“, sagte sie. „Dort ist das Neutralitätsgebot des Staates verankert.“

WULFF-VISITE

Christen in der Türkei – ein Leben mit Schikanen

Bei seinem Besuch in Ankara will Bundespräsident Wulff über die Lage der türkischen Christen sprechen. Manche von ihnen sind nicht mal ihres Lebens sicher.

- **Von:** Susanne Güsten

Datum: 18.10.2010 - 11:13 Uhr

Türkische Fähnchen flatterten im Frühlingswind, als im Mai dieses Jahres die syrisch-katholische Kirche von Iskenderun wiedereröffnet wurde. Türkische Politiker und Würdenträger in dunklen Anzügen und Geistliche aller möglichen Konfessionen drängten sich in der Frühlingssonne vor der mit Luftballons geschmückten Kirche. Gemeinsam durchschnitten sie das rote Band, nachdem Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan per Telekonferenz aus Ankara das Signal dazu gegeben hatte. "Hayirli olsun" – gesegnet soll es sein –, rief Erdogan und die Gemeinde jubelte.

Für hunderttausende Euro hatte der Staat die jahrzehntelang als Waffenlager und Pornokino genutzte Kirche restauriert, nun wurde sie den Christen zurückgegeben. Als "Treffpunkt der Religionen und Kulturen, an dem alle Völker in Ruhe und Frieden zusammenleben können" lobte der römisch-katholische Bischof von Anatolien, Luigi Padovese, die Türkei in seiner Ansprache. Vier Wochen später war Padovese tot - von seinem Leibwächter erstochen in einem Attentat, dessen Hintergründe noch nicht geklärt sind.

Das südtürkische Iskenderun, wo der Bischof auch seinen Amtssitz hatte, liegt unweit von Tarsus an der Mittelmeerküste, wo Bundespräsident Christian Wulff bei seinem Türkei-besuch in dieser Woche an einem Gottesdienst teilnehmen will. Die Feier wird symbolischer Höhepunkt einer Visite sein, bei der das

besondere Interesse des Bundespräsidenten der Situation der Christen in der Türkei gilt - einer Situation, die von den Ereignissen in Iskenderun widergespiegelt wird: **Auf der einen Seite bemüht sich die (selbst religiös inspirierte) Regierung Erdogan beharrlich um Verbesserungen der Minderheitenrechte und eine Gleichstellung der Christen. Auf der anderen Seite können Christen in der Türkei nicht einmal ihres Lebens sicher sein. Wie Padovese wurden in den vergangenen Jahren ein weiterer katholischer Priester, drei Protestanten und ein armenischer Christ von religiös-politisch motivierten Attentätern ermordet. Eine misstrauische Bevölkerung und feindselige Behörden machen den Christen das Leben schwer.**

Von armenisch-apostolisch bis zu syrisch-orthodox tummeln sich mehr als ein Dutzend christlicher Glaubensgemeinschaften in Anatolien, wo das Christentum tiefe Wurzeln hat. Noch vor 100 Jahren machten Christen ein Drittel der Bevölkerung in Istanbul und Anatolien aus. Nach den Massakern an den Armeniern im untergehenden Osmanischen Reich, dem Bevölkerungsaustausch mit Griechenland in den 20er Jahren und Jahrzehnten der systematischen Benachteiligung beträgt der christliche Anteil an der türkischen Bevölkerung heute kein halbes Prozent mehr.

Trotzdem betrachten viele türkische Bürger und Behörden die wenigen Christen noch immer als gefährliche Staatsfeinde, vor denen es das Land zu schützen gelte. Obwohl sich die Regierung seit einigen Jahren bemüht, die jahrzehntelang errichtete Mauer der Diskriminierung Stück für Stück abzutragen, sind die Widerstände im Staatsapparat wie auch in der Opposition stark.

So reformierte die Regierung Erdogan vor vier Jahren die Gesetze, die es christlichen Gemeinden bis dahin unmöglich gemacht hatten, Kirchen zu bauen oder auch nur anzumieten. Seit 2006 sind die gesetzlichen Hindernisse nun ausgeräumt, doch in der Praxis habe sich wenig geändert, klagte die Vereinigung der protestantischen Kirchen kürzlich: Fast alle Anträge der Gemeinden würden vor Ort von kommunalen Behörden blockiert. Andere Probleme gab es, als die Regierung ein Reformpaket durchs Parlament boxte, mit dem die staatliche Enteignung tausender Immobilien aus Kirchenbesitz rückgängig gemacht wurde. Die kemalistische Opposition zog dagegen vor das Verfassungsgericht.

Angesichts solcher Widerstände dürfte es auch beim besten Willen noch länger dauern, bis die Christen in der Türkei nicht mehr benachteiligt sind, denn die Liste der Klagen ist lang. So betrachtet der türkische Staat nur orthodoxe Armenier und Griechen sowie Juden als religiöse Minderheiten, denen er begrenzte Rechte und eigene Schulen zugesteht. Syrisch-orthodoxe, protestantische, katholische und andere Gemeinden werden aufgrund einer äußerst umstrittenen Auslegung des Friedensvertrags von Lausanne von 1923 dagegen nicht als Institutionen oder Rechtspersonen anerkannt und sind deshalb praktisch geschäfts- und handlungsunfähig. Erst seit Kurzem können Gemeinden sich mit einigen Schwierigkeiten als Vereine anmelden.

Das brennendste Problem der Kirchen ist aber das faktische Verbot der Priesterausbildung, das seit annähernd 40 Jahren besteht und insbesondere das 1700 Jahre alte Patriarchat von Konstantinopel fast zum Aussterben gebracht hat. Als Übergangslösung ließ Ministerpräsident Erdogan jetzt zwar auf Bitten des Patriarchen 14 Metropoliten aus dem Ausland einbürgern, um den Untergang abzuwenden. Gegen die von der Regierung angestrebte Wiedereröffnung des orthodoxen Priesterseminars Halki und anderer christlicher Seminare stemmen sich aber immer noch mächtige Kräfte in Justiz, Bürokratie und Opposition.

Nur mit kleinen Schritten geht deshalb die Verbesserung der Lage der Christen voran. Erstmals seit Gründung der Republik konnten in diesem Jahr Tausende griechisch-orthodoxe und armenische Christen in ihren altangestammten Kirchen im nordtürkischen Trabzon und im osttürkischen Van beten, die bis dahin für Gottesdienste gesperrt waren. Nun sollen auch die Pauluskirche in Tarsus, die Nikolauskirche im alten Myra, die Marienkirche in Izmir und ein Dutzend weitere historische Kirchen wieder freigegeben werden – ein entsprechender Erlass ist in Vorbereitung.

Wichtiger als solche Symbole ist allerdings der Geisteswandel, der zumindest in türkischen Regierungskreisen eingesetzt zu haben scheint. Christliche und jüdische Bürger seien gefälligst korrekt zu behandeln und vor Hetze zu schützen, schrieb Ministerpräsident Erdogan kürzlich in einem Runderlass an die Behörden: Als türkische Staatsbürger hätten sie das gute Recht, neben der nationalen Kultur und Identität auch ihre eigene Kultur und Identität zu bewahren.

Ein Beitrag aus dem Tagesspiegel

- **Quelle:** ZEIT ONLINE, [Tagesspiegel](#)
- **Adresse:** <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-10/tuerkei-christen>

<http://www.welt.de/politik/ausland/article10846593/Todesstrafe-fuer-Christin-nach-Mohammed-Blasphemie.html?wtmc=RSS.Politik.Ausland>

Todesstrafe für Christin nach Mohammed-Blasphemie

Weil sie sich über den Propheten Mohammed despektierlich geäußert hat, soll eine Christin in Pakistan am Galgen sterben

Im islamischen Pakistan gibt es unter den gut 184 Millionen Einwohnern geschätzt drei Millionen Christen. Diese sind regelmäßig Opfer von Diskriminierungen und Schikanen. Wie der britische "Telegraph" ([hier](#)) berichtet, will sich die fünffache Mutter Asia Bibi jetzt an ein Appellationsgericht wenden, das das Todesurteil durch ein örtliches Gericht in Sheikhpura aufheben könnte.

Frau Bibi sitzt seit dem Juni vergangenen Jahres im Gefängnis. Sie war von der lokalen Polizei zunächst in eine Art Schutzhaft genommen worden, nachdem ein Mob, darunter auch islamische Geistliche, ihren Tod gefordert hatte. Vorangegangen war, laut "Telegraph", einige Tage zuvor ein Zwischenfall bei der gemeinsamen Feldarbeit mit anderen Frauen. Bibi war losgegangen, um Wasser zu holen. Mehrere Frauen weigerten sich, laut dem Bericht des Telegraph, das Wasser zu trinken, weil es aus den Händen einer Christin komme und somit "unrein" sei. Der Vorfall sei bereits fast vergessen gewesen, bis einige Tage später der Mob auftauchte.

Die amerikanische evangelikale Seite "persecution.com" ([hier](#)) hatte allerdings im vorigen Jahr die Ereignisse so dargestellt, als hätte es tatsächlich eine Bemerkung von Frau Bibi über Mohammed gegeben. Demnach soll Bibi, deren Familie zu den drei christlichen in einem Dorf mit 1500 muslimischen Familien gehört, am 19. Juni 2009 bei der gemeinsamen Feldarbeit mit anderen Frauen für den muslimischen Großgrundbesitzer Muhammad Idrees von ihren Kollegen zum wiederholten Male bedrängt worden sein, ihrem Glauben abzuschwören. Daraufhin sei es zu einem Disput gekommen und Bibi habe gesagt, dass Christus für die Sünden aller Menschen gestorben sei, was denn Mohammed für die Menschen getan habe. Jesus lebe und Mohammed sei tot. Dann solle sie gesagt haben: "Unser Christus ist der wahre Prophet Gottes und eurer der falsche."

Daraufhin hätten die anderen Frauen Männer hinzugeholt, diese hätten Bibi eingesperrt, um ihre Bestrafung vorzubereiten. Ihr Gesicht sollte schwarz angemalt werden und dann sollte sie auf einem Esel durch das Dorf getrieben werden. Um dies zu verhindern, habe die

Polizei sie schließlich in Gewahrsam genommen. "Persecution.com" gibt das Alter von Bibi auch mit 37 an, statt mit 45 wie der Telegraph.

Viele Angeklagte sterben im Gefängnis

Shahzad Kamran vom der Organisation Sharing Life Ministry, bestätigte, dass Frau Bibi von dem Mob beschuldigt wurde, schlecht vom Propheten Mohammed gesprochen zu haben. Die Blasphemie-Anzeige sei von den Polizisten, die sich zu ihrem eigenen Schutz in Haft genommen hätten, daraufhin routinemäßig aufgenommen worden. "Der Prozess hätte – eigentlich – ein eindeutiges Ergebnis gehabt: Sie war unschuldig und hat die inkriminierten Worte nicht gesagt."

Pakistans Blasphemiegesetz wird häufig missbraucht, um religiöse Minderheiten - neben Christen vor allem Hindus – zu diskriminieren. Wie der Telegraph schreibt, ist in Pakistan noch nie jemand wegen Blasphemie hingerichtet worden, die meisten Verurteilten wurden von Appellationsgerichten freigelassen. Allerdings wurden etwa zehn jenes Vergehens angeklagte Menschen im Gefängnis ermordet. Möglicherweise deshalb befindet sich Frau Bibi seit über einem Jahr in Isolationshaft.

Grünen-Chef Cem Özdemir: "Christlich-abendländische Kultur" existiert nicht

04.12.10

Grünen-Chef Cem Özdemir: "Christlich-abendländische Kultur" existiert nicht

Bildungslücke oder subtile anti-christliche Propaganda eines grünen Parteifundis?

von Kurt J. Heinz

(MEDRUM) Der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, vertritt die Auffassung, es existiere keine christlich-abendländische Kultur. Dies geht aus einem Antwortschreiben auf eine Bürgeranfrage hervor.

In einem Schreiben an Cem Özdemir, Parteichef und ehemals Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und Europaparlament, stellte ein Bürger Ende November 2010 die besorgte Frage, ob der Islam in die christlich-abendländische Kultur integrierbar sei. Özdemir ließ dieses Schreiben mit der Feststellung beantworten:

"Ich denke, dass die Christlich-abendländische Kultur als solche nicht existiert. Vielmehr wird sie konstruiert, um andere Gruppen von ihr auszuschliessen."

Weiter lässt Özdemir im Schreiben darauf hinweisen, daß die **"Religion des Islam"** mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Eine fundamentalistische Auslegung und das Aufrufen zu Gewalt sei hingegen ebenso wenig damit vereinbar wie **"christlicher Fundamentalismus"**.

Was Özdemir unter christlichem Fundamentalismus versteht, wo es in Deutschland christliche Fundamentalisten gibt, die zur Gewalt aufrufen, und welche Vorstellungen eines christlichen Fundamentalismus vermeintlich nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind, ließ Özdemir - ein schwäbisches Schlaule (immerhin Fachhochschulabsolvent für Sozialpädagogik) - vielleicht bewußt im Unklaren.

Die Auffassung des Chefs der Grünen steht in eklatantem Widerspruch zum Konsens all der Parteien (CDU, FDP und SPD), die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nach der Befreiung vom Nationalsozialismus verfasst haben, seither für die Grundwerte der bundesdeutschen Verfassung eintreten und sich zu den christlich-abendländischen Wurzeln dieses Landes bekennen. Nicht zuletzt hatte Bundespräsident Christian Wulff bei seiner Rede am Tag der Deutschen Einheit in diesem Jahr die christlichen Wurzeln des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft hervorgehoben.

Was von dem versteckten Angriff des in Baden-Württemberg geborenen Politikers mit türkischen Wurzeln auf das Christentum zu halten ist, christlicher Fundamentalismus mit dem Grundgesetz unvereinbar, wird beispielsweise aus einer Stellungnahme des Professors für Theologie und Spezialisten für Fragen der Christenverfolgung, Thomas Schirmacher deutlich: *"Der Vorwurf des Fundamentalismus ist völlig inakzeptabel. Denn mit diesem Begriff soll unterschwellig auch Gewaltsamkeit suggeriert werden. Doch Christen lehnen Gewalt entschieden ab"*, so Schirmacher im Gespräch mit MEDRUM.

Die Auffassungen des Parteivorsitzenden der Grünen, 1997 vom SFB-Radio zum "Multikulti-Mann des Jahres" gekürt, über die christliche Kultur und ihre Werte stellt eine bizarre Verfremdung deutscher Geschichte und Gegenwart dar, die ihre Ursache ebenso gut in erschreckenden Bildungslücken wie in einer anti-christlichen inneren Haltung haben könnte. Dessenungeachtet werfen Özdemirs Thesen für vermutlich viele kritische Beobachter ein zweifelhaftes Licht auf die diffuse Rolle seiner Parteigenossin und Bundespolitikerin der Grünen, Katrin Göring-Eckhardt. Sie ließ sich zur Präses der Synode der EKD wählen und steht damit an der Spitze des Kirchenparlamentes einer christlichen Kirche, deren prägende Kraft und historische Bedeutung für die Verfassung und Werteordnung des deutschen Staates von ihrer eigenen Parteispitze in Abrede gestellt wird. Für die beiden grünen Spitzenpolitiker Özdemir und Göring-Eckardt mag dies kein Problem darstellen, ist vielleicht sogar so gewollt oder wird bewußt von ihnen in Kauf genommen. Welche Bedeutung dies für die Christen der EKD und die Entwicklung der evangelischen Kirche hat, ist allerdings eine ganz andere Frage. Es scheint nicht völlig grundlos zu sein, wenn Göring-Eckardt von manchen kritisch eingestellten Protestanten als "Trojanisches Pferd" bezeichnet wird, das die Grünen der EKD vor die Kirchentüre gestellt hatten. Wer den jüngsten Beschluß der EKD-Synode über ein neues Pfarrdienstgesetz analysiert, kann zumindest feststellen, daß der Familienbegriff der EKD-Oberen eine kräftig grüne Farbe angenommen hat. Im Gegensatz zur Existenz christlich-abendländischer Kultur, wird ein derartiger Farbwechsel der EKD von Özdemir noch nicht bestritten.

Source URL: <http://www.medrum.de/content/gruenen-chef-cem-oezdemir-christlich-abendlaendische-kultur-existiert-nicht>

Wir achten unsere eigenen Traditionen nicht

An vielen Orten der Welt werden Christen mit dem Tode bedroht. Es ist beschämend, wie wenig das unsere Öffentlichkeit beunruhigt.

Die Tat war von perfider Kaltblütigkeit. Acht Männer sprengten am 31. Oktober dieses Jahres das schwere Tor, das in den Innenhof der syrisch-katholischen Bischofskirche in Bagdad führte. In der fand gerade, es war Sonntag, der Nachmittagsgottesdienst statt, mehr als hundert Gläubige hatten sich eingefunden.

Als die Männer das Kirchengebäude stürmten, stellte sich ihnen einer der beiden jungen Priester, Vater Wasseem, entgegen. Er wusste längst, dass er es mit Terroristen zu tun hatte. Er bat die bewaffneten Männer, niemanden zu töten – sie sollten sich an ihn halten. Das taten diese dann auch, Vater Wasseem musste sich niedersetzen, dann wurde er mit einer Pistole erschossen. Darauf töteten die Terroristen Vater Thaer, den zweiten Priester. Sie warfen Handgranaten in die Sakristei, in die sich die Gläubigen geflüchtet hatten, einer der Männer zündete einen Sprengstoffgürtel. Am Ende waren 52 Menschen tot, mehr als 60 verletzt. Die Kirche, die sie angriffen, hatten die Terroristen, die zu der Gruppe „Islamischer Staat Irak“ gehörten, eine „dreckige Höhle der Götzenanbeter“ genannt.

Höhepunkt einer Kette von Christenverfolgungen

Vor dem Sturz des Diktators Saddam Hussein haben im Irak deutlich mehr als eine Million Christen gelebt. Sie waren seit alters her hier. Man kann das Land, aus dem Abraham stammt, als ein Urland des Christentums bezeichnen. Seit 2000 Jahren leben Christen hier. Jetzt zählt der Irak noch 400.000 bis 500.000 Christen, ihre Zahl nimmt ständig ab. Denn die Mordtat vom 31. Oktober war nur der monströse Höhepunkt einer ganzen Kette von Christenverfolgungen, die seit dem Jahr 2003 im Gange sind.

CHRISTEN IM IRAK

Vor einem Jahr hatte Vater Thaer gesagt: „Als Christen in der Nachfolge Christi haben wir immer Hoffnung, und diese Hoffnung geben wir unseren Kindern weiter. Hätten wir keine Hoffnung mehr, wie sollten sie die Kinder haben?“ Das Christentum ist eine Religion, für die Zeit und Geschichte und Veränderung zählen, das Besserwerden gehört fest zu ihrem Erwartungshorizont. Es ist Aktivität und ein Zutrauen in die Zukunft darin.

Menschen, die nicht mehr standhalten können

Dieses aber kommt den irakischen Christen, die viele schwierige und bedrohliche Situationen überstanden haben, allmählich abhanden. Seit Jahren ist ein Exodus der Christen aus dem Irak im Gange – und er hat gar nichts mit jenem großen Exodus zu tun, der einst den bewussten Aufbruch weg von den Fleischtöpfen der ägyptischen Unfreiheit brachte.

Diesmal ist es die anschwellende Flucht von Menschen, die standhalten wollten und nun einfach nicht mehr standhalten können. Kurz nach dem Mordanschlag vom 31. Oktober sagte der Generalvikar der syrisch-katholischen Kirche im Irak diese bitteren Worte: „Nun ist es klar, dass sie alle von hier gehen werden.“ Und ein anderer sagte: „Schon bald wird das Christentum im Irak eine Sache der Vergangenheit sein. Es wird keine Christen im Irak mehr geben.“

Ein Glaube, dessen Bewahrung lohnenswert sein müsste

Man sollte denken, dass uns das etwas angehe. Zum einen ganz allgemein. Zu Recht haben wir ein waches Gefühl für Verletzungen von Menschenrechten entwickelt.

Minderheiten, sagen wir, müssen wo auch immer ihre Rechte haben, und es ist nicht tragbar, dass religiöse Gruppen ihres Glaubens wegen verfolgt werden. Aber auch im Besonderen könnte uns das elende Schicksal der Christen im Irak etwas angehen. Denn ohne Zweifel gehört – ob wir nun gläubig sind oder nicht – das Christentum zu unserem Erbe.

Dutzende Tote bei Geiselfreiung in Kirche

Wir sind von ihm, von seinem Menschenbild geprägt. Unsere Vorstellung von der Unverletzlichkeit des Individuums hat nicht nur, aber auch christliche Wurzeln. Ein Glaube, der Nächstenliebe fordert und so großen Respekt vor dem Anderen aufbringt, dass er sogar die Feindesliebe wenn nicht predigt, so doch für wünschenswert hält: Ein solcher

Glaube ist in einer notorisch kriegerischen, notorisch von Egoismus, Gewalt und Übervorteilung geprägten Welt etwas Kostbares, etwas, dessen Bewahrung lohnenswert sein müsste.

Wir müssten eigentlich ein starkes Gefühl für dieses Erbe haben und es selbst dann verteidigen wollen, wenn wir es nicht mehr für zeitgemäß halten. Und vor allem: Wenn anderswo auf der Welt Christen verfolgt und angegriffen und ermordet werden, dann gäbe es guten Grund, das als Angriff auf uns selbst zu sehen: auf die Traditions-, Werte- und Erinnerungswelt, der wir entstammen, der wir anhängen.

Die Solidarität hielt sich in engen Grenzen

Doch davon ist leider nicht viel zu spüren. Als vor Jahren erstmals verfolgte Christen aus dem Irak in nennenswerter Zahl nach Deutschland kamen und im ehemaligen Ost-West-Auffanglager Friedland – einem symbolträchtigen deutschen Ort – erste Aufnahme fanden, hielten sich Solidarität und öffentliche Aufmerksamkeit in durchaus engen Grenzen.

Und der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble musste sich Vorwürfe anhören, es sei nicht korrekt, wenn er die Aufnahme der irakischen Christen unter ausdrücklichem Bezug auf ihr Christsein betreibe. Säkular, wie wir gottlob inzwischen seien, dürften wir nur Verfolgte sans phrase aufnehmen.

Eine Herzenskälte, die nicht zur Versöhnungsidee passt

In den Jahren 2007 und 2008 wollte in Baden-Württemberg das Diakonische Werk eine Kampagne für die Aufnahme eines Kontingents irakischer Christen nicht mittragen – mit der Begründung, man sehe lediglich Bedarf für schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Irak. Und auffällig war auch, dass insbesondere Kirchengemeinden, die sich der friedensstiftenden Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden verpflichtet sahen, das Thema verfolgte Christen partout nicht anfassen wollten.

Hier wird es nun ganz absurd, und es wird eine Herzenskälte sichtbar, die so gar nicht zur Versöhnungsidee passen will: Um Muslime – die hier in Deutschland ziemlich ungestört ihrem Glauben nachgehen können – nicht in Verlegenheit zu bringen oder gar zu brüskieren, verzichtet man darauf, den Angehörigen des eigenen Glaubens beizustehen. Es gibt eine Art von interkultureller Versöhnungsarbeit, die aus Respekt oder Angst vor dem Anderen das Eigene missachtet. Das ist nicht mutig, sondern feige.

Der Westen steht weltweit im Wort

Nicht nur im Irak, sondern an vielen Orten der Welt werden Christen verfolgt, mal staatlich, mal von religiösen Eiferern. Die Christenheit macht keinen guten Eindruck in der Welt, wenn sie nicht jeden einzelnen dieser Fälle als ureigene Angelegenheit sieht.

Das Christentum ist eine universalistische Religion, und diese hat lange gebraucht, bis es ihr gelungen ist, den ihr inne wohnenden Universalismus der Menschenrechte und ihre Grundachtung vor dem Individuum über den geschriebenen Buchstaben hinaus zu verwirklichen. Mit diesem Universalismus steht der Westen weltweit im Wort. Verzichtet er auf ihn, wird er nicht Achtung, sondern Hohn und Spott ernten.

http://www.welt.de/politik/ausland/article11978166/Christenverfolgung-ist-in-Nordkorea-am-schlimmsten.html?wtmc=Newsletter.NL_Persoenlich

Rangliste

Christenverfolgung ist in Nordkorea am schlimmsten

Eine aktuelle Übersicht zeigt, Christen werden überall auf der Welt wegen ihres Glaubens verfolgt. Seit Jahren führt Nordkorea die Liste an.

Nordkorea hält einen traurigen Rekord: Zum neunten Mal in Folge führt das abgeschottete Land die Rangliste der Länder an, in denen Christen weltweit am stärksten verfolgt werden. Auch der Iran bleibt auf Platz 2 des "Weltverfolgungsindex 2011" (WVI), den das Hilfswerk für verfolgte Christen "Open Doors" veröffentlichte. In Nordkorea werde jede religiöse Aktivität vom Regime als Angriff auf die sozialistischen Prinzipien wahrgenommen, heißt es. Christen hätten keinerlei Existenzberechtigung. Im Iran registrierte die Hilfsorganisation weiterhin Verhaftungswellen von Christen, vor allem im Dezember 2009 und den ersten drei Monaten des Jahres 2010. Viele Gottesdienste würden von der Geheimpolizei überwacht. Auf Christen, die sich in Gemeinden oder Hausgemeinden engagieren, werde Druck ausgeübt

Wie das Hilfswerk weiter mitteilte, hat Afghanistan im neuen Index Saudi-Arabien auf Platz 3 abgelöst. Die Lage im arabischen Königreich habe sich aber gegenüber dem Vorjahr keinesfalls verbessert. Der Irak rückte wegen des Terrors gegen Christen von Platz 17 auf Platz 8. Die Lage für Christen in China hat sich nach Einschätzung des Hilfswerks verbessert; das Land rückte von Rang 13 auf Rang 16. "Es gibt Anzeichen, dass die Regierung den christlichen Glauben stärker toleriert. Anders als im Vorjahr hat sie keine systematischen Maßnahmen zur Einschränkung öffentlicher christlicher Aktivitäten unternommen", so "Open Doors". Auch seien weniger Versammlungsorte oder Wohnungen von Christen durchsucht oder geschlossen worden.

Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr sieht die Initiative auch in der Türkei, die von Rang 35 auf Platz 30 der Negativliste aufstieg. "Hass gegen Christen wird besonders von Nationalisten geschürt, die auch vor Angriffen oder der Ermordung von Christen nicht zurückschrecken", heißt es. Doch auch Politiker und Medien schürten eine feindliche Stimmung.

Neu im Weltverfolgungsindex sind Malaysia und Russland, die auf Platz 50 kommen. Das russische Gesetz zur Gewissensfreiheit erkenne nur vier „traditionelle“ Religionen an: die östliche Orthodoxie, den Islam, den Buddhismus und das Judentum. Staatsbeamte unterstützten und schützten die Orthodoxen auf Kosten anderer Denominationen, lautet der Vorwurf. Der unterschwellige gesellschaftliche Druck auf kleine christliche Gemeinschaften nehme zu. Zudem sei es zu Gewalttaten und Zerstörungen durch russische Muslime gekommen. Nicht mehr im Weltverfolgungsindex registriert wird Kenia.

Open Doors schätzt, dass weltweit rund 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Christen seien damit die größte Gruppe aller aus religiösen Gründen Verfolgten. Der jährlich veröffentlichte Weltverfolgungsindex erscheint seit 1993. Jedes Jahr bewertet eine internationale Arbeitsgruppe von Open Doors die Situation für Christen in Ländern mit eingeschränkter Religionsfreiheit. Kriterien sind veröffentlichte Berichte zu Übergriffen auf Christen, Informationen durch eigene Befragung vor Ort und Einschätzungen von Experten.

Der Islam ist in acht der ersten zehn Länder des Index die Religion der Mehrheitsbevölkerung. Rund 100 Millionen Christen werden weltweit aufgrund ihres Glaubens verfolgt, schätzt Open Doors. Jedes Jahr bewertet das Werk die Religionsfreiheit für Christen in 50 Ländern anhand eigener Befragungen vor Ort, von Berichten über Übergriffe und Experteneinschätzungen.

"Gerade als Christen in der freien Welt haben wir eine besondere Verantwortung für unsere verfolgten Glaubensgeschwister", sagt Markus Rode, Leiter von Open Doors Deutschland. Es sei nicht hinnehmbar, dass Christen für 25 Jahre und länger in Todeszellen sitzen, in Arbeitslagern gefoltert werden oder auf der Flucht sind, weil sie sich für den Glauben an Christus entschieden haben. Der erste Hilferuf Verfolgter mit der Bitte um Gebet gehe daher an die Christen und Kirchengemeinden in Freiheit.

"Das Leiden von Millionen Christen darf nicht länger nur ein Randthema in unserer Gesellschaft bleiben", appelliert Rode. Das Hilfswerk ruft Christen, Politiker und die Öffentlichkeit in aller Welt auf, verfolgten Christen eine Stimme zu geben und ihnen im Gebet sowie durch konkrete Unterstützung beizustehen.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=30772>

Deutschland: Russlanddeutsche Baptisten in Erzwingungshaft

Zwei Väter lehnten es ab, dass ihre Kinder den Sexualkundeunterricht besuchen

Paderborn (kath.net/idea)

Weil sie sich geweigert haben, ihre Kinder an der Sexualerziehung einer Grundschule teilnehmen zu lassen, sitzen zwei russlanddeutsche Baptisten im Gefängnis. Die beiden Männer aus Salzkotten bei Paderborn

müssen 14 bzw. 40 Tage in der Justizvollzugsanstalt Hamm verbringen. Damit wollen die Justizbehörden erzwingen, dass die Väter Bußgelder bezahlen.

Die beiden Baptisten lehnen dies ab. Ihrer Ansicht nach erzieht die Schule zu einem Sexualverhalten, das den biblischen Normen widerspreche. Der Vorsitzende des Vereins „Schulunterricht zu Hause“, Armin Eckermann (Dreieich bei Frankfurt am Main), übt scharfe Kritik an der Inhaftierung der beiden Baptisten: „Der Staat will ihren Willen brechen. Das ist eine Missachtung des internationalen Elternrechts.“

Die Kinder vermissten ihre Väter, und die Mütter seien ohne Unterstützung ihrer Ehemänner. Eckermann sprach von einer „Inhaftierungswelle“, gegen die auch Organisationen aus anderen europäischen Ländern protestierten. In einer Petition hätten sie unter Berufung auf internationale Konventionen gegenüber Regierungen und Parlamenten in Europa die Beachtung der Rechte der Eltern gefordert, ihre Kinder gemäß ihren eigenen Überzeugungen erziehen zu können.

Darüber hinaus hätten sie Deutschland aufgefordert, unverzüglich alle Eltern freizulassen und zu entschädigen, die derzeit angeklagt oder inhaftiert sind, weil sie diese Rechte in Anspruch genommen hätten. Unterdessen sei eine im Februar für sechs Wochen aus den gleichen Gründen inhaftierte Mutter von zwölf Kindern entlassen worden, berichtete Eckermann. „Die Frau freut sich, dass sie sich jetzt endlich wieder um ihre Kinder kümmern kann.“

ÄZ 9.8.11

<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/46904/>

Ausland

Britische Apotheker kritisieren Richtlinie zur „Pille danach“

London – Apotheker in Großbritannien haben eine neue Richtlinie zur Herausgabe der „Pille danach“ kritisiert. Wie die Tageszeitung *Daily Telegraph* heute berichtete, sind Apotheker, die das Medikament wegen moralischer Bedenken nicht abgeben wollen, künftig verpflichtet, den Kunden an eine andere Apotheke zu verweisen und sicherzustellen, dass er das gewünschte Präparat erhält.

Gleiches gelte für Medikamente, die im Rahmen von künstlicher Befruchtung eingesetzt werden. Nach Ansicht von Apothekern setzt diese Regelung ihr Recht außer Kraft, die Abgabe von Mitteln mit abtreibender Wirkung aus religiösen Gründen zu verweigern.

Laut Medienberichten sperrten sich bislang zahlreiche christliche, jüdische und muslimische Apotheker gegen einen Verkauf entsprechender Präparate. Wie der *Daily Telegraph* berichtet, soll die Richtlinie zunächst für ein Jahr gelten und dann erneut überprüft werden. Nach Angaben der zuständigen Behörde habe die Richtlinie in erster Linie empfehlende Funktion, sei jedoch nicht verpflichtend. Kritik übten die Pharmazeuten laut der Zeitung vor allem an der Vorgabe, potenzielle Arbeitgeber schon im Bewerbungsverfahren über mögliche Vorbehalte gegen die „Pille danach“ zu informieren. Dies werde zu Konflikten zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten führen und zur Folge haben, dass Apotheker, die die Herausgabe aus Gewissensgründen verweigerten, künftig nicht mehr eingestellt würden, zitierte die Zeitung eine katholische Apothekerin. © kna/aerzteblatt.de

http://www.welt.de/politik/ausland/article13796939/Hier-werden-Christen-am-schlimmsten-verfolgt.html?wtmc=Newsletter.NL_Persoenlich

Länder-Index

Hier werden Christen am schlimmsten verfolgt

Christen leben in vielen Ländern gefährlich. Laut Weltverfolgungsindex ist die Situation in Nordkorea am schlimmsten – gefolgt von neun islamisch geprägten Ländern.

Christen werden in Nordkorea, in Afghanistan und Saudi-Arabien weltweit am stärksten verfolgt. Das geht aus dem Weltverfolgungsindex 2012 hervor, den das christliche Hilfswerk Open Doors in Kelkheim im Taunus veröffentlicht hat. **Neun der zehn vorderen Plätze belegen islamisch geprägte Staaten. „Die Situation für Christen hat sich zunehmend dort verschlechtert, wo auch der islamische Extremismus zugenommen hat“, bilanziert Open Doors.**

Bereits zum zehnten Mal in Folge führt das abgeschottete Nordkorea die Rangliste der 50 Länder an, in denen Christen laut Open Doors am stärksten verfolgt werden. Afghanistan löst den Iran [im Vergleich zum Vorjahr](#) auf dem zweiten Platz ab, Saudi-Arabien ist vor Somalia Dritter in der unrühmlichen Rangliste. Die jüngsten Umwälzungen in Nordafrika sieht die Organisation skeptisch. Auch in den Ländern des „Arabischen Frühlings“ werde sich aller Voraussicht nach das Leben für Christen nicht verbessern, heißt es in der Mitteilung des Hilfswerks. So habe sich die Lage in Ägypten nach dem Ende der Herrschaft des langjährigen Machthabers Husni Mubarak sogar verschlechtert. Mehrere Kirchen seien angegriffen worden, Islamisten machten Stimmung gegen Christen.

Nach Schätzungen von Open Doors werden weltweit rund 100 Millionen Menschen wegen ihres christlichen Glaubens verfolgt. Alljährlich bewertet das Hilfswerk die Religionsfreiheit für Christen in 50 Ländern anhand eigener Befragungen vor Ort, von Berichten über Übergriffe und Experteneinschätzungen.

dpa/jw

<http://www.opendoors-de.org/verfolgung/wvi/>

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/udo-ulfkotte/deutschland-christen-als-menschen-zweiter-klasse.html>

Deutschland: Christen als Menschen zweiter Klasse

Udo Ulfkotte

Wer im deutschsprachigen Raum Christen verhöhnt, der bekommt flächendeckend Beifall. Wer nachweislich wahre Tatsachenbehauptungen über Muslime verbreitet, der bekommt es mit dem Staatsschutz zu tun.

In einer deutschen Stadt wie München gilt es als Kunst, einen gekreuzigten Frosch mit herausgestreckter Zunge und Bierkrug in der Hand öffentlich auszustellen. Die religiösen Gefühle von Christen wurden mit dem gekreuzigten Frosch im Haus der Kunst in München ganz sicher beleidigt. Das blasphemische Werk war zuvor auch schon in Bozen zu sehen. Ein anderer Künstler, Andres Serrano, hat ein Kreuz in einen Behälter mit Urin gesteckt. Selbstverständlich müssen Christen auch das hinnehmen. Er nannte das Kunstwerk »Piss Christ«.

Wenn umgekehrt Schweineköpfe kunstvoll vor einer Moschee abgelegt werden, dann ist das selbstverständlich keine Kunst, sondern ein Angriff auf den Glauben von Muslimen. Und dann werden die Verdächtigen sofort festgenommen. Man nennt das dann »islamfeindlich«. Haben Sie schon jemals von einer Festnahme wegen »Christenfeindlichkeit« gehört? Der öffentlich-rechtliche Sender ARD verbrennt vor laufender Kamera eine Bibel – gab es da etwa eine Festnahme? Wenn umgekehrt in einem islamischen Land ein Koran verbrannt wird, dann hat die ARD viel Verständnis für wütende Muslime und für die Aburteilung jener, die einen Koran angezündet haben. Schließlich handelt es sich bei den Opfern ja nicht um Christen. Mit GEZ-Gebühren werden also jene bezahlt, die das Wertesystem von Christen mit Füßen treten.

Wenn muslimische Imame Kinder vergewaltigen, dann berichten unsere Medien nicht darüber. Wenn Imame wie Yasser Schahad wegen Kindesvergewaltigung aus westlichen Ländern abgeschoben werden, dann schweigen unsere Medien. Wenn allerdings christliche Priester sich an Kindern vergehen, dann ist das aus Sicht unserer Medien ein Beleg für die Verkommenheit unserer Kirchen. In dem international renommierten Informationsdienst Kopp Exklusiv finden sich regelmäßig viele weitere Belege dafür, wie öffentlich-rechtliche Sender in Deutschland inzwischen Hass gegen Christen schüren.

An Berliner Schulen werden Andersgläubige von Muslimen seit Jahren schon als »Scheißchristen« bezeichnet. Wir akzeptieren das, lassen uns immer öfter »du Scheiß Christ« nennen. Schließlich haben nicht wenige Muslime nichts anderes als Rassenhass auf ethnische Deutsche. Man spricht nur nicht darüber. Und niemand schützt die ethnischen Deutschen vor den rassistischen Angriffen.

Ein einziges Beispiel: Am 28. Mai 2010 hat die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Ermittlungsverfahren (Az.: 2090 Js 81399/09) gegen die türkischstämmigen Muslime Süleyman S. und Burak U. eingestellt. Der Autor dieses Artikels hatte vom E-Mail-Account der beiden Mitbürger ein Schreiben erhalten, in dem er als »Scheiß Christ« und »Scheiß Deutscher« bezeichnet wurde – unterschrieben war es mit dem Zusatz »Fahr zur Hölle!«. Der zuständige Staatsanwalt – ebenfalls rein zufällig ein Mitbürger mit »Migrationshintergrund« – fand die vorgenannten Äußerungen keineswegs verunglimpfend und stellte das vom Autor beantragte Strafverfahren gegen die türkischstämmigen Mitbürger ein. Ein türkischer Muslim darf einen Deutschen demnach heute straflos als »Scheiß Deutscher« titulieren. Das ist die eine Seite. Versuchen Sie im Gegenzug aber bitte nie, einem türkischen Muslim zu schreiben, er sei ein »Scheiß Türke« oder ein »Scheiß Muslim«. Denn dann werden Sie als Nicht-Muslim sofort am eigenen Leib in diesem »Scheiß Land« mit einer brutal hohen Strafe zu spüren bekommen, was es heißt, ein »Scheiß Deutscher« zu sein – ein Mensch zweiter Klasse in der eigenen Heimat. Und die Politik unterstützt das alles ganz offensiv. Muslime entwickeln sich in Deutschland zu einem Albtraum für die einheimische Bevölkerung. Wer das kritisiert, der wird beim Staatsschutz vorgeladen.

Es gibt einen Christen, der uns warnt: Bischof Anba Damian, Bischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland und höchster Repräsentant des Koptisch-Orthodoxen Patriarchen in Deutschland. Er warnt uns in einem Interview vor der absehbaren Christenverfolgung in Deutschland. Er sagt: »Es besteht die Gefahr, dass ein an Dominanz zunehmender Islam in Deutschland die Christen ernsthaft gefährden wird. Das Leid der Christen in Ägypten könnte auch das Leid der Christen in Deutschland werden, wenn es in der deutschen Gesellschaft keine gravierende Veränderung gibt. Ich versichere Ihnen, wenn man wegschaut und wenn man nichts tut, wird das, was uns in Ägypten geschieht, auch Ihnen eines Tages in Ihrem Heimatland geschehen. Wenn Sie nicht aus unserer Geschichte lernen, sind Sie bald dran. Nehmen Sie das ernst. Ich bin kein Hassprediger, ich habe auch viele muslimische Freunde, ich möchte nicht einfach die Menschen in Angst versetzen. Wir sollen keine Angst haben, aber wir müssen genau aus unserer Vergangenheit lernen. Einst waren wir die Herren in unserem Vaterland, im eigenen Land. Heute kämpfen wir, um zu leben und um überleben zu können. Denken Sie an die Wachstumskurve. Die Wachstumskurve allein ist ein Indiz dafür, dass, wenn wir so weitermachen, wir eines Tages eine Minderheit in unserem eigenen Land sind. (...) Wir müssen für unsere Kinder etwas tun, damit sie in ihrem eigenen Land nicht als Bürger der zweiten oder dritten Klasse oder gar als minderwertige Menschen im eigenen Land behandelt werden.«

In immer mehr Ländern der Welt wird ganz offen dazu aufgerufen, Christen zu verfolgen. Erstaunlicherweise schauen die Politiker des einst christlichen Europas tatenlos zu. Sie verhalten sich nach dem Motto: Die wollen doch nur spielen. Das aber kann kein gutes Ende nehmen.

<http://www.pi-news.net/2012/09/alle-5-minuten-wird-ein-christ-getotet/#more-277389>

..von wem wohl? Wann wacht die Welt endlich auf? Nun, zumindest "welt online" scheint sich in einem Erweckungsprozess zu befinden. Dort wird immer offener über den moslemisch-korankonformen Mord an Andersgläubigen geschrieben. Durch die aggressiven Ausschreitungen der Salafisten hierzulande und die weltweiten Gewalt-Exzesse um das Mohammed-Filmchen kommt Bewegung in die öffentliche Diskussion. Die Mainstream-Medien tasten sich gaaanz langsam an die Wahrheit heran und versuchen sie ihren Lesern in homöopathischen Dosen zu vermitteln. Der schützende Eispanzer um den Islam wird so langsam eingeschmolzen.

(Von Michael Stürzenberger)

Unter der Überschrift "Alle fünf Minuten wird ein Christ getötet" schreibt sich Redakteur Ulli Kulke an die Wahrheit heran:

Millionen von Muslimen werden derzeit angestachelt zu tödlichen Hasstiraden auf alles Westliche. Von der Verfolgung von 100 Millionen Christen in vielen islamischen Staaten spricht kein Mensch.

In Amerika hat jemand einen Film ins Internet gestellt, der Mohammed, den Propheten Allahs, beleidigt, unter anderem als Kinderschänder. Gut findet ihn kaum jemand, auch wenn die Filmemacher den Anspruch erheben, ihre Ideen aus dem Koran geschöpft zu haben, wo schließlich zu lesen sei, dass der Prophet Mohammed die Ehe mit einer Neunjährigen vollzogen habe. So oder so: Die muslimische Welt fühlt sich getroffen.

Die Folge sind Mord und Totschlag. Rund um den Globus marschiert in islamischen Ländern der Mob auf, um gegen westliche – nicht nur amerikanische – Einrichtungen und gegen Menschen aus dem Westen Gewalt anzuwenden, oftmals unbehelligt von den staatlichen Stellen vor Ort, bisweilen mit deren stiller Duldung und Sympathie.

Kulke nimmt auch die rückgratlosen Appeaser in den Medien ins Visier, für die natürlich der böse Westen für die weltweiten Ausschreitungen rasender Moslems verantwortlich sei:

Viele Tote sind inzwischen zu beklagen, Hunderte Verletzte. Ein Teil unserer Medien sucht zumindest die Mitschuld im Westen selbst, der Moderator des ZDF-Magazins, Claus Kleber, gehört dazu, auch die "Süddeutsche Zeitung" und einige andere.

Die Beleidigung ihrer Religion, auch wenn sie von einem zunächst Unbekannten ausging, scheint für viele Muslims das schlimmste Verbrechen zu sein, ein todeswürdiges Verbrechen. Dafür dürfen nun ganze Gesellschaften, Staaten, ja eine komplette Hemisphäre in Haftung genommen werden.

Zur Erinnerung: Die wütenden Attacken gegen den Westen nach der Veröffentlichung von "Mohammed-Karikaturen" in Dänemark vor sieben Jahren forderten etwa 100 Todesopfer. Satirische Beleidigung einer anderen Religion ist also ein todeswürdiges Verbrechen. Weitaus ehrenwerter scheint es da offenbar für die Wächter des muslimischen Glaubens zu sein, Angehörige einer anderen Religion nicht zu beleidigen, sondern gleich totzuschlagen, zu verfolgen, zu vertreiben, einfach so. Schließlich kennt man den passenden Begriff des Ehrenmords. Ehrenbeleidigung ist unbekannt.

Und so ist es kein Wunder, dass die weltweite Christenverfolgung hauptsächlich in islamischen Ländern stattfindet. Endlich sprechen wir mal öffentlich darüber:

Das christliche Hilfswerk Open Doors gibt an, dass weltweit 100 Millionen Christen wegen ihres Glaubens von Verfolgung, Misshandlung oder Tod bedroht sind. Es gibt noch höhere und es gibt auch niedrigere Schätzungen. Unumstritten ist, dass Christen heute die am meisten verfolgte Glaubensgemeinschaft sind.

Laut dem Theologen Thomas Schirmacher, Geschäftsführer des Arbeitskreises für Religionsfreiheit der Deutsch-Österreichischen Evangelischen Allianz, bekennen sich neun von zehn wegen ihres Glaubens verfolgte zum Christentum.

In ganz überwiegendem Maße sind davon Christen in muslimischen Ländern betroffen (auch wenn Nordkorea hierbei an der Spitze stehen soll und auch aus China Vorfälle gemeldet werden).

Der Beauftragte für Religionsfreiheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Massimo Introvigne, geht sogar davon aus, dass weltweit alle fünf Minuten ein Christ wegen seines Glaubens stirbt.

In vielen muslimischen Ländern hoffen Christen vergeblich auf den Schutz durch staatliche Stellen. In Nigeria, Somalia, auch im Iran gilt es nicht einmal als Kavaliersdelikt, einen Christen zu erschießen, zu erdolchen oder zu erschlagen. Handelt es sich um einen konvertierten Muslim, gilt es oft geradezu als Pflicht. Abfall vom Glauben an Allah ist vielerorts ein Kapitalverbrechen.

Die ach so morderne Türkei, die viele deutsche Politiker möglichst bald in der EU sehen wollen, nimmt sich bei der Christenverfolgung und Tötung nicht aus:

Auch in der Türkei ist es nach aller Erfahrung offenbar nicht schwer, nach Morden an Christen einfach unbehelligt abzutauchen, selbst dort werden Christengemeinden nicht als Körperschaften anerkannt, selbst dort dürfen sie keine Priester ausbilden. Wer einmal auch nur mit dem Gedanken gespielt hat, in Saudi-Arabien oder im Norden Nigerias eine christliche Kirche zu errichten, wird manchen Streit hierzulande um die Höhe von Minaretten und andere Details beim Bau von Moscheen mit ganz eigenen Augen sehen.

Warum nicht quid pro quo? Kein Bau einer Moschee in Europa mehr, solange die massenhafte Christenverfolgung, Diskriminierung und Tötung in islamischen Ländern fortbesteht! Es ist die einzige Sprache, die die Vertreter dieser intoleranten und gewaltbereiten Ideologie offensichtlich verstehen. Aber das wäre ja politisch inkorrekt, kulturell unsensibel, intolerant und rücksichtslos. Dieses elende rückgratlose Gutmenschentum wird wohl erst dann aus Deutschland verschwinden, wenn die Stadtviertel der linksgrünen Doppelmoralisten und Heuchler brennen.

Inzwischen weiß man, dass jener beanstandete Film wohl von Kopten gedreht wurde. Dabei handelt es sich um eine christliche Glaubensgemeinschaft in Ägypten, die dort für viele Muslims als Freiwild gilt. Erst Anfang vergangenen Jahres kamen bei einem Anschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria 21 Gläubige ums Leben.

Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan, überall dort, wo man jetzt wegen des Tatbestandes der Beleidigung mit Mordaufrufen massenhaft durch die Straßen zieht, sind sich ansässige Christen seit vielen Jahren ihres Lebens nicht mehr sicher.

Hier der gesamte [welt online-Artikel](#). **Dort ist auch ein Video über koptische Christen in Ägypten zu sehen. Wunderbare Menschen, denen man die Nächstenliebe schon optisch ansieht, im Gegensatz zu den vielen hasserfüllten moslemischen Fratzen aus dem gleichen Land. Es steht vielen Menschen schon im Gesicht geschrieben, welche Religion, Weltanschauung oder Ideologie sie verinnerlicht haben.**

Europa steht unter einer immensen Bedrohung, von der die meisten Menschen keine Vorstellung haben, da diese Gefahr bisher von den meisten Medien und Politikern verschwiegen, vertuscht oder schöngeredet wurde. Wir merken sie uns alle, da sie im Prinzip Volksverräter sind. Aber wir merken uns auch die wohltuenden Ausnahmen wie in diesem Fall welt online.

<http://www.der-postillon.com/2013/02/erlaubnis-von-pille-danach-kommt-uber.html>

Erlaubnis von "Pille danach" kommt über 2000 Jahre zu spät für Jungfrau Maria

Trier (dpo) - Die Deutsche Bischofskonferenz hat entschieden, dass katholische Kliniken vergewaltigten Frauen künftig die "Pille danach" verschreiben dürfen. Die Heilige Jungfrau Maria begrüßt die neue Regelung, kritisiert jedoch, dass sie über 2000 Jahre zu spät komme. Wäre die "Pille danach" damals schon erlaubt gewesen, dann hätte sie sich eine ungewollte Schwangerschaft und jede Menge Ärger sparen können.

"Jetzt schauen Sie mal nicht so entsetzt", so Maria weiter. "Jesus war ein guter Junge, aber es ist nicht so, dass ich eine Wahl gehabt hätte. Die Empfängnis durch den Heiligen Geist erfolgte weder einvernehmlich noch hat sie damals in meine Lebensplanung gepasst."

Immerhin sei Maria bereits in einer festen Beziehung mit Josef von Nazaret gewesen, als ihr plötzlich der Erzengel Gabriel erschien und verkündete, sie sei schwanger.

"Frohe Botschaft – von wegen: Ich war wütend und verzweifelt. Doch ich hatte keine andere Möglichkeit, als das Kind zu

bekommen", erzählt Maria. "Dabei war es schon damals unglaublich schwer, einen Krippenplatz zu bekommen." Davon, wie schmerzhaft eine Jungfrauengeburt ist, will sie erst gar nicht reden. Nur soviel: Es sei kein Wunder, dass Marienstatuen immer wieder weinen.

Historiker indes sind sich einig: Hätte es die Möglichkeit, die "Pille danach" zu nehmen, tatsächlich bereits kurz vor Christi Geburt gegeben, dann würden heutzutage wohl keine zölibatär lebenden alten Männer darüber entscheiden, was eine Frau nach einer Vergewaltigung zu tun oder zu lassen hat.

18. April 2013, 15:12 Uhr

Bibelfromme Urchristen

Schule der "Zwölf Stämme" droht das Aus

Von Heike Sonnberger

Die Schule der Glaubensgemeinschaft "Zwölf Stämme" in Bayern steht wohl vor dem Aus: Die Urchristen haben Probleme, qualifizierte Lehrer zu finden. Außerdem werfen Aussteiger ihnen vor, ihre Kinder mit Stöcken zu züchtigen. Das haben einige Bibelfromme gegenüber den Behörden nun auch zugegeben.

Sexualkunde kommt im Unterricht gar nicht dran, in Deutsch lesen die Kinder keine Jugendbücher, lernen dafür umso mehr über die Bibel: Die Schule der urchristlichen Glaubensgemeinschaft "Zwölf Stämme" ist ein Sonderfall in der bayerischen Bildungslandschaft. Die Behörden genehmigten sie vor knapp sieben Jahren widerstrebend, nachdem sich Eltern der Gemeinschaft jahrelang gegen die staatliche Schulpflicht gewehrt hatten. Die Mitglieder der "Zwölf Stämme" dürfen ihre Kinder seither auf ihrem nordschwäbischen Gut Klosterzimmern selbst unterrichten. Damit könnte nun aber bald Schluss sein.

Die Schule und die Gemeinschaft sind sehr umstritten. Aussteiger werfen den rund hundert Bewohnern des Gutshofs auf dem Land zwischen Augsburg und Nürnberg vor, ihre Kinder mit der Rute zu misshandeln. Das bayerische Kultusministerium erwägt, die Schule zum kommenden Schuljahr zu schließen. Anlass dafür wäre dann allerdings eine Formalie: Die Gemeinschaft hat Schwierigkeiten, qualifizierte Lehrer aufzutreiben.

Die rund 20 Grund- und Hauptschüler würden derzeit unter anderem von einer Hebamme, einem Rettungssanitäter und einem Germanistikstudenten unterrichtet, sagte Ministeriumssprecher Ludwig Unger. Der einzige fachlich qualifizierte Lehrer sei oft nicht da. Bis zur zweiten Maihälfte habe die Gemeinschaft noch Zeit, einen ausgebildeten Lehrer zu benennen, der ständig an der "privaten Ergänzungsschule" lehrt. Tut sie das nicht, wollen die Behörden die Schule dichtmachen. "Das ist die definitive Deadline", sagte Unger. Eigentlich war die Frist schon Ende März ausgelaufen. Bis dahin hatte die Schule es nicht geschafft, die Auflage zu erfüllen.

"Es ging darum, uns innerlich zu brechen"

Die bibelfromme Gemeinschaft der "Zwölf Stämme" wurde in den USA gegründet, seit fast 15 Jahren leben einige Familien auf dem Gutshof Klosterzimmern. Sie bauen Gemüse und Getreide an, halten Tiere und produzieren ihren eigenen Strom. Die Frage, wie sie dort weitgehend abgeschottet von der modernen Welt ihre Kinder großziehen, beschäftigt auch das Jugendamt und die Staatsanwaltschaft Augsburg.

Ehemalige Mitglieder der "Zwölf Stämme" hatten dem "Focus" vor einem Jahr berichtet, dass die Fundamentalchristen ihre Kinder regelmäßig schlugen, um sie gefügig zu machen. Ab dem zweiten Lebensjahr, erzählt ein Aussteiger, sei er von den Erwachsenen mindestens dreimal am Tag mit Rutenschlägen auf den nackten Hintern, Rücken, Arme und Beine traktiert worden. "Es ging nicht darum, ob man etwas Schlechtes getan hatte, sondern darum, uns innerlich zu brechen." Ein anderes früheres Mitglied sagte: "Lachte ein Kind im Unterricht oder spielte ein Fantasienspiel, wurden die Motive bis ins kleinste Detail zerpfückt und es bestraft."

Die "Zwölf Stämme" hatten die Vorwürfe damals zurückgewiesen und erklärt: "Wir sind eine offene und transparente Gemeinschaft, die keine Form von Kindesmisshandlung duldet." Bei einem Treffen im

Kultusministerium am 5. Februar hätten einige Mitglieder der Gemeinschaft jedoch erstmals zugegeben, ihre Kinder mit einem Stock zu maßregeln, heißt es im Bericht des Ministeriums an den Landtag von Ende März. "Sie haben sich auf das Alte Testament berufen", sagt Alfred Kanth, Leiter des zuständigen Jugendamts Donau-Ries, der bei dem Treffen dabei war. Die Gemeinschaft deute die Schläge offenbar nicht als Misshandlung, sondern als elterliches Recht und als Zeichen elterlicher Liebe. "Zwölf-Stämme"-Sprecher Holger Röhrs wollte sich gegenüber SPIEGEL ONLINE nicht dazu äußern.

Verschlossene Gemeinschaft, keine Beweise

Handfeste Beweise für Züchtigungen gibt es bisher nicht. Eine Amtsärztin habe fast alle 40 bis 50 Kinder im vergangenen Sommer untersucht - und dabei keine Spuren von Misshandlung feststellen können, sagte Jugendamtsleiter Kanth. "Ein paar Kinder haben zwar gefehlt, aber es gab keine Anzeichen dafür, dass sie wegen der Untersuchung weggeschickt worden sein könnten." Alle vier bis sechs Wochen seien Mitarbeiter des Jugendamts auf dem Hof zu Besuch. "Wir erleben dort fröhliche, wohlerzogene und altersgemäß entwickelte Kinder, die an ihren Eltern hängen", sagte Kanth. "Wir haben keine Handhabe, um sie aus den Familien zu nehmen."

Auch die Staatsanwaltschaft Augsburg hat Schwierigkeiten, den Bibelfrommen konkrete Taten nachzuweisen. "Die Ermittlungen gestalten sich nicht einfach", sagte Sprecher Matthias Nickolai. Das liege auch daran, dass es sich um eine sehr verschlossene Gemeinschaft handle. Wann und ob je Anklage erhoben werden könne, sei derzeit nicht absehbar.

Der Schulaufsicht sind ebenso die Hände gebunden. Denn niemand von den "Zwölf Stämmen" habe bisher zugegeben, dass Züchtigungen auch in der Schule stattfänden, sagte Ludwig Unger. Seit 2010 habe zwar kein Schüler mehr einen externen Hauptschulabschluss abgelegt. Das liege aber im Ermessen der Eltern. Ansonsten seien die Schüler in den letzten Jahren auf einem guten Leistungsniveau gewesen.

Und so ist der Mangel an qualifizierten Lehrern die einzige Möglichkeit der Behörden, gegen die Gemeinschaft vorzugehen und die Schule zu schließen. Damit stünden sie aber wieder vor einem alten Problem: Wo sollen die Kinder der "Zwölf Stämme" ab September unterrichtet werden?

Vor einigen Jahren hatte die Polizei bereits versucht, die Kinder zwangsweise an einer staatlichen Schule einzuschulen. Sieben Väter saßen mehrere Tage in Beugehaft. Eingelenkt hatte die Gemeinschaft trotzdem nicht. "Wir wollen unsere Kinder nur vor schlechten Einflüssen schützen", sagte Sprecher Röhrs damals. Nun wird dieser Streit wohl wieder von neuem losbrechen.

LESEN SIE MEHR ÜBER RADIKALE CHRISTEN:

Verhütung verboten, ein Leben nach der Bibel: Die Großfamilie Wilson lebt auf einem Bauernhof an der US-Ostküste - und ist Teil der Quiverfull-Bewegung. Das erklärte Ziel der radikalen Christen: So viele Kinder in die Welt setzen wie nur möglich. mehr...

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/zuechtigung-und-lehrermangel-schule-der-zwoelf-staemme-droht-aus-a-895160.html>

CID – Radio e.V.
www.cidradio.eu // www.urchristen.eu
www.cidnews.de
pastor@cidradio.eu / pastor_adel@cidradio.eu
Tel: 01805 – 807708 (0,14 €/min)
78410 Konstanz, Postfach 101037

Freundesbrief für 4 / 2013

Liebe Freunde und Geschwister,

Heute werde ich kein Wort einfügen sondern den Link eines CID-Weckrufes. Bitte erst bis zum Ende sehn

und dann gern Eure Meinung an cidradio@cidradio.eu

http://www.youtube.com/watch?v=Uk9Xw7d6G_k

Neue Termine von Pastor Adel und die Bitte um Gebet.

Vortragsplan von Pastor Fouad Adel für das Monat Mai:

Vorträge in der Schweiz:

Minoritätsgemeinde – Schalomtreffen:

+ Am Freitagabend, 3. Mai 2013 von 19.00 bis 20.30 Uhr im:
Seeallee 12 in 9246 Heiden im Appenzellerland – Schweiz
Vortragsthema: „Zehn Monate meines Lebens im Gefängnis für
CHRISTUS – Lebenszeugnis von Fouad Adel“
+ Am Samstag 04. Mai 2013 von 9.30 bis ca. 11.15 Uhr im:
Seeallee 12 in 9246 Heiden im Appenzellerland – Schweiz
Thema: „Der Kampf der verfolgten Gemeinde JESU in den
islamischen Ländern“
Mehr Info:
Daniel Wiget, Präsident Landeskirchliche Minorität
Pfluggasse 10, CH-9450 Altstätten
+41 71 755 59 87 / Mobil +41 79 697 55 14
Mail: bdwiget@bluewin.ch

Vorträge in Missions- und Freizeithaus "Sonnenstrahlen nach Osten"
Im Neuwengert 2
74321 Bietigheim-Bissingen (Ca. 26 Km. von Stuttgart)

+ Am Fr. 17. Mai 2013, ab 19:30 Uhr:
das Thema: „Zehn Monate meines Lebens in Haft für Christus.
Lebenszeugnis von Fouad Adel“
+ Sa. 18. Mai 2013:
Ab 14.00 Uhr bis 15:30 Uhr:
das Thema: „Allah — unter des Mondes Schatten: Hintergrund und
Zusammenhänge des okkulten Gottes Allah.“
Eine Kaffe Pause ca. 30 Minuten, (Mit Diskussionen)
dann ab 16:00 bis 17:30 Uhr
das Thema: „Mohammeds Biographie und The Innocence of Muslims
– Schlachtfeld der Fakten“
das Abendessen und danach
ab 19:30 Uhr: das Thema: „Die christliche Botschaft - islamischer
Ideologie, ein Vergleich“

Wie schon gesagt bitten wir um Gebet um Bewahrung für Familie, die Fahrt und
bei den Vorträgen.

Bericht von CID-Radio e.V.

CID-Radio e.V. ist weiter aktiv im Bereich Internet mit TV-Sendungen. Wir haben
nun
zwei Möglichkeiten TV zu sehen. Einmal allein auf der Seite www.cidradio.eu
oder in
unserem CID-Chat (siehe kleines Smilie), wo man mitschreiben kann und Fragen
stellen, Austauschen, Meinung sagen, Gedanken mitteilen kann und auch
Vorschläge
für Themen machen kann.

Unsere Nachrichtenseite www.cidnews.de erfreut sich immer größerer
Beliebtheit,
auch die Downloads werden immer mehr genutzt.
Viel Seelsorge und Gespräche sind notwendig, auch christliche Literatur und
Glaubenshilfen werden verschickt. Wir werden auch immer um Bibeln gebeten die
wir
am liebsten verschicken. Die Broschüre „Mohammeds Biographie“ muss
nachgedruckt
werden.

Gebetsanliegen:

- Für Pastor Adel (Reisedienst und Recherchearbeiten und die Bewahrung)
- Für Pastor Klaus (Sendedienst, Recherchearbeiten, Seelsorge und
Aufklärung)
- Für den Schriftendienst und Porto, auch Schriften zum Nachdrucken
- Die Broschüre „Mohammeds Biographie“ muss nachgedruckt werden.
- Für die ganze Arbeit von Pastor Adel und Pastor Klaus.
- Für die Gefahren und Politiker in Nordkorea.
- Für unsere verfolgten Geschwister auf der Welt, Sie flehen um unsere
Hilfen
und Gebete.
- Für die Finanzen damit unsere Arbeit weitergehen kann.

Vielen Dank auch für Eure Freundschaft und Unterstützung.
Wir grüßen Euch alle und wünschen von Herzen Shalom und Gottes Segen.
Euer Jeremia und Klaus.

Wir schaffen unsere Arbeit nur mit Eurer Hilfe.

Unsere eMails:
Pastor Adel : jeremiaadel@t-online.de
Pastor Klaus: pastor@cidradio.eu
CID-Radio: cidradio@cidradio.eu

Konto Deutschland

Inhaber: CID-Radio e.V. ; Kontonummer: 858955804 ; BLZ: 70010080

Wenn die Spende extra für die Islamarbeit sein soll bitte den Verwendungszweck
: PA angeben . Danke.

Wer per PayPal überweisen möchte die folgende email verwenden :
cid-radio@cid-radio.de

Konto für unsere Freunde und Geschwister aus dem Ausland:
Inh: CID-Radio e.V. ; IBAN: DE 62 700 100 800 858 955 804 ; BIC: PBNKDEFF

Profil bearbeiten
<http://www.cid-radio.ch/cms/index.php?section=newsletter&cmd=profile&code=RthTRHhyeG&mail=M.Schroeter-Kunhardt%40gmx.de>

<http://www.pi-news.net/2013/04/munchen-gedenkveranstaltung-zum-volkermord-an-den-armeniern-katholische-kirche-mauert/#more-319670>

München: Gedenkveranstaltung zum Völkermord an den Armeniern – Katholische Kirche mauert

Am 24. April 1915 begannen die Vertreibungen und Tötungen der Christen in der Türkei. Diesem systematischen Genozid fielen bei Massakern und Todesmärschen, die im Wesentlichen in den Jahren 1915 und 1916 stattfanden, etwa 1,5 Millionen Menschen zum Opfer. Die Türkei leugnet es bis heute, dass es sich um einen Völkermord handelt und verharmlost die Vorfälle als “kriegsbedingte Sicherheitsmaßnahmen”, die Todesfälle werden mit “ungünstigen Umstände” und “vereinzelten Übergriffen” erklärt. In Frankfurt und München finden am kommenden Mittwoch große Veranstaltungen im Gedenken an diese furchterlichen Geschehnisse statt. Und was macht die Katholische Kirche? Nichts – außer sich von der Münchner FREIHEIT-Veranstaltung zu distanzieren.

(Von Michael Stürzenberger)

Dieser Völkermord wurde von Raphael Lemkin, dem Schöpfer der 1948 von der UN verabschiedeten Anti-Genozid-Konvention, als der erste systematisch ausgeführte Völkermord des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Er wird allerdings bis heute von den Nachkommen der Verantwortlichen geleugnet und von der Welt weitgehend verdrängt. Wie konfliktgeladen das Thema des armenischen Völkermords noch immer in der Türkei ist – und für diejenigen, die es kritisch in die Öffentlichkeit tragen, oft sogar lebensgefährlich – zeigen die Ermordung des armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink am 19. Januar 2007 und die Anklagen gegen den Nobelpreisträger Orhan Pamuk.

Wie grausam das ablief und in einigem dem Vorgehen der Nazis gegen Juden erinnert, berichtet die Junge Freiheit in ihrem hochinteressanten Artikel “Da gibt es nichts zu leugnen”:

Von August 1915 bis Juli 1916 wurden auch die Armenier im übrigen Reich verfolgt und in Zügen nach Aleppo im heutigen Syrien deportiert. Weil aber Tunnel der Bagdad-Bahn noch im Bau waren, mußten diese zu Fuß umgangen werden. Von Aleppo aus wurden sie in syrische Todeslager wie Dair-as-Zur (oder armenisch Der Zor) getrieben. Dieses hat für die Armenier heute etwa den gleichen Klang wie Auschwitz für die Juden. Wer durchhielt, den brachten die Schergen im Juli 1916 um oder jagten ihn ohne Überlebenschance in die Wüste. Andere wurden auf bestialische Weise in Höhlen mit Benzin übergossen und lebendig verbrannt. Insgesamt fanden so mindestens eine Million Armenier den Tod. Außerdem wurden etwa 100.000 junge Frauen und Kinder verschleppt und gezwungen, mit einer muslimischen Identität zu leben.

Weite Teile Kleinasiens waren bekanntlich christlich, bis die osmanisch-moslemeischen Heere einfielen und die Gegend islamisierten:

Nach dem 4. Jahrhundert n. Chr. nahmen die Armenier das Christentum an. Als aber Anfang des 16. Jahrhunderts die türkischen Osmanen die armenischen Gebiete eroberten, waren Christen in dem moslemischen Staat nur noch Untertanen niedrigeren Ranges. Sie mußten eine zusätzliche Kopfsteuer, seit 1856 eine Militärbefreiungssteuer zahlen. Die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten Ende des 19. Jahrhunderts führten im osmanischen Vielvölkerreich zur zunehmenden Drangsalierung der christlichen Minderheiten, Mitglieder neuer nationalistischer Turk-Parteien begannen um 1890, gezielt die armenischen Institutionen zu terrorisieren.

Umfangreiche Morde an Christen wurden schon weit vor 1915 durchgeführt:

Im Jahr 1891 stellte Sultan Abdul Hamid II. (1842–1918) irreguläre Kavallerieeinheiten auf, die „Hamidiye“, die als Kampftruppe gegen die Armenier eingesetzt werden sollten. Es ist bis heute unklar, ob der Sultan die Massaker von 1894 bis 1896 befohlen hatte, bei denen Zigtausende Armenier ermordet wurden. Laut Forschungen des türkischen Historikers Taner Akçam kann die Opferzahl sogar mit über 80.000 Armeniern beziffert werden.

Im Juli 1908 erzwangen nationalistische „Jungtürken“ im Osmanischen Reich ein konstitutionelles Regime. Unter ihrem massiven Druck wurden 1909 in Kilikien weitere 30.000 Armenier ermordet. Nach der Niederlage in den Balkankriegen errichtete das „jungtürkische Triumvirat“ Talât Bey, Cemal Bey und Enver Bey 1913 ein diktatorisches System, das entschlossen war, künftig die „inneren Feinde“ zu bekämpfen.

Vor dieser Invasion stellten Christen auf dem Gebiet der heutigen Türkei fast 100 % der Bevölkerung, Anfang des 20. Jahrhunderts waren es nur noch 25% und heute verschwindende 0,2%. Äußerst lesenswert hierzu der Artikel “Die Ausrottung der Christen in der Türkei” von Michael Mannheimer.

Wie ist nun in diesem Zusammenhang die Androhung des türkischen Ministerpräsidenten Abdullah Gül zu verstehen, es würde einen “neuen Holocaust” geben, wenn die Europäer dem Islam nicht mit “Toleranz” begegneten?

Am kommenden Mittwoch findet in Frankfurt ein großer Veranstaltungstag mit Trauerkranzniederlegung, Mahnwache, Demonstration und Gedenkfeier in der Paulskirche statt.

In München führt DIE FREIHEIT am Odeonsplatz vor der Theatinerkirche von 15-20 Uhr eine Gedenkveranstaltung durch. Anstatt mitzumachen, hat sich der Katholikenrat der Region München bereits distanziert. In der Pressemitteilung des Vorsitzenden Dr. Uwe Karrer und des Vorstands Helga König vom 19.4. ist zu lesen:

Katholikenrat weist Aktivitäten der Partei die „Die Freiheit“ scharf zurück – Keine Instrumentalisierung der Opfer von Christenverfolgung und Völkermord für menschenfeindliche Zwecke

Der Katholikenrat der Region München weist in aller Schärfe den Versuch der Partei „Die Freiheit“ zurück, die unzähligen unschuldigen Opfer von Christenverfolgungen bis hin zum Völkermord in ihrer islamfeindlichen Propaganda zu vereinnahmen und für ihre eigenen menschenfeindlichen Ziele zu instrumentalisieren. Dieses Ansinnen extremistischer Personen und Netzwerke widerspricht jedem christlichen und menschlichen Empfinden.

Für den 24. April, den Gedenktag zum Völkermord an Armeniern von 1915, hat der bayerische Landesverband der Partei „Die Freiheit“ zu einer Kundgebung am Odeonsplatz in München aufgerufen. Die Partei „Die Freiheit“ und ihr Landesvorsitzender Michael Stürzenberger gelten seit der Vorstellung des bayerischen Verfassungsschutzberichts 2012 als verfassungsfeindlich.

Maria Frank, die eine „Einladung“ zum „Gedenktag“ der Partei „Die Freiheit“ verschickt, wurde im Februar 2013 vom Münchner Amtsgericht wegen Volksverhetzung verurteilt. Der Katholikenrat der Region München fordert dazu auf, sich den Aufrufen und Aktionen von „Die Freiheit“ und der gleichermaßen als verfassungsfeindlich eingestuften Ortsgruppe München des Internetblogs „Politically Incorrect“ (ebenfalls angeführt von Michael Stürzenberger) zu widersetzen und vor deren Aktivitäten zu warnen.

Gedenken ist ein wertvolles Anliegen aller aufrichtigen Christen wie Nichtchristen. Es darf niemals als Instrument pauschaler Hetze gegen Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit missbraucht werden.

Das Christentum wird in der Türkei systematisch ausgetrocknet und was macht die katholische Kirche der Region München? Sie diffamiert diejenigen, die die historischen Tatsachen aussprechen und an den Skandal erinnern. Was für eine heldenhafte Zivilcourage! Was ist das für eine seltsame Interpretation von “Nächstenliebe”, wenn man bei der massiven Christenverfolgung, -diskriminierung und -tötung in islamischen Ländern wegschaut. Bloß nicht anecken bei den türkischstämmigen Moslems in Deutschland, die sich ja “in ihren religiösen Gefühlen” und ihrem “Nationalstolz” beleidigt fühlen könnten, denn dann wird es nämlich bekanntlich ernst. Oft todernst.

Diese Appeaser und Bücklinge der katholischen Kirche haben es bis heute nicht fertiggebracht, bei den türkischen Regierungs- und Religionsbehörden das einzufordern, was wir denen kritiklos gewähren sollen: Den Bau von Gotteshäusern.

In der Türkei dürfen alte Kirchen nicht renoviert, neue nicht gebaut und keine Priester ausgebildet werden. Christen dürfen in der Türkei keine Beamte, Polizisten oder Richter werden. Immer wieder werden Christen umgebracht, beispielsweise der Deutsche Tilman Geske, der zusammen mit zwei türkischen Glaubensbrüdern am 18. April 2007 in Malatya grausam gefoltert und ermordet wurde. Seine Mörder sind selbst nach 6 Jahren noch nicht verurteilt und die Hintermänner nicht erforscht. Lesen wir da irgendwelche Pressemitteilungen des ehrenwerten Katholikenrates der Region München? Nein? Oder zur Köpfung des Bischofs Luigi Padovese am 3. Juni 2010, weswegen der Mörder nur zu lachhaften 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde? Oder zur geplanten Enteignung des Klosters Mor Gabriel? Lieber kriecht man vor dem deutschen Ableger DITIB der mächtigen türkischen Religionsbehörde DIYANET und veranstaltet idiotische "DIALOG"-Veranstaltungen, bei denen man sich vorsätzlich anflunkern lässt. Und freut sich gutmenschlich-toleranzbesoffen über jeden neuen protzigen Islampalast, der auf deutschem Boden errichtet wird.

Kontakt zum Katholikenrat der Region München im Erzbistum München & Freising:

» info@katholikenrat-muenchen.de

24.04.13

Wenig geehrte Damen und Herren,

Sie sollten sich schämen, die Proteste gegen den TÜRKISCHEN Völkermord durch Stürzenberger und DIE FREIHEIT an den armenischen Christen als "menschenfeindlich" zu verurteilen.

Der Gründer des Islam war sexsüchtig, ein (Juden-)Mörder, erlaubte Vergewaltigungen und halluzinierte. Seine "Nachfolger" haben bisher 270 Millionen Menschen umgebracht, jedes Jahr töten muslimische Fanatiker auch jetzt noch ca. 90000 Christen wegen ihres Glaubens. EIN Beispiel für die HOCHGRADIGE PSYCHOPATHOLOGIE DES ISLAM ist der Völkermord an den Armeniern. Und Sie nennen Proteste dagegen "menschenfeindlich"?

Sie sollten endlich Ihre Hausaufgaben machen und gegen die Psychopathologie des Islam und des Koran ihren politisch korrekten Mund auf tun - aber das werden Sie nicht mehr tun, Ihre Anpassung an die Gegner des Christentums ist schon zu weit fortgeschritten. Als Religionspsychopathologe empfehle Ihnen dennoch - wenngleich ohne große Hoffnung für die Ignoranten der Wahrheit (übrigens ist der Heilige Geist der 'Geist der Wahrheit') - die Anhänge zur Fortbildung.

<http://www.freiewelt.net/interview/der-islam-ist-antithese-zum-christentum-10047235/>

Interview mit Martin Rhonheimer

»Der Islam ist die Antithese zum Christentum«

14. November 2014, 11:47 | Kategorien: Interviews, Politik | Schlagworte: Christentum, Gott, Gottesbild, interreligiöser Dialog, IS, Islam, Islamischer Staat, Jesus Christus, Koran, Menschenbild, Menschenrechte, Religion, Trinität | von Redaktion (oe)

Martin_Rhonheimer

Foto: privat

Der Professor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität zum Heiligen Kreuz Martin Rhonheimer.

Die Gewalttaten der muslimischen Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) beunruhigen die Welt. Im Interview mit FreieWelt.net erörtert Martin Rhonheimer die Chancen, den Koran moderat auszulegen.

Herr Professor Rhonheimer, in Ihrem vor zwei Jahren erschienenen Buch »Christentum und säkularer Staat« haben Sie im Schlussteil des Werkes Ihre Skepsis geäußert, ob sich der Islam (im Unterschied zum Christentum) mit der säkularen politischen Freiheitskultur des Westens vereinbaren lässt. Fühlen Sie sich nun durch den aktuellen Terror der Miliz »Islamischer Staat« (IS) in Ihrer Skepsis bestätigt?

Martin Rhonheimer: Meine Aussage ging viel tiefer und betraf nicht nur das, was jetzt aktuell geschieht. Sie bezieht sich auf die theologische Struktur des Islam, seinen Religionsbegriff und sein Menschenbild. Es handelt sich beim Islam ja um etwas anderes als das, was wir nach westlichen Maßstäben unter Religion verstehen. Der Islam ist nicht nur Religion, er umfasst ein politisch-religiöses Sozial-, Rechts- und Herrschaftssystem. Das islamische Menschenbild geht auf die Vorstellung zurück, dass Allah die Menschheit als

Muslime geschaffen hat, dass alle Nichtmuslime deshalb eigentlich Abtrünnige sind. Folglich kann es im Islam auch keine Unterscheidung zwischen Schöpfungsordnung und Heilsordnung geben. Ebenso wenig ist eine Unterscheidung zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt möglich, wie es auch kein Naturrecht geben kann, das für alle Menschen, auch die »Ungläubigen«, unterschiedslos moralischer Maßstab ist. Und damit können auf islamischer Grundlage auch keine allgemeinen Menschenrechte anerkannt werden. Nur die Scharia kann hier als wahres Recht anerkannt werden.

Wer nicht Muslim ist, muss in jedem Fall bekehrt werden?

Martin Rhonheimer: Nein, das kann man so nicht sagen. Der Islam zielt in erster Linie darauf ab, diese Welt in das sogenannte »Haus des Islam« zu verwandeln, wo das Gesetz der Scharia gilt, die Ordnung Allahs. Innerhalb dieser Ordnung können Juden und Christen, als Besitzer der Schrift, weiter ihren Glauben ausüben. Sie sind allerdings zu einer bestimmten »Kopfsteuer« verpflichtet und besitzen lediglich den Status von »dhimmis«, Schutzbefohlenen, der demütigende Diskriminierungen einschließt. Es geht also nicht in erster Linie darum, die Menschen zu bekehren, sondern die Ordnung Allahs zu etablieren. Das ist ein völlig anderer Ansatz als beim Christentum.

Sie betonen den Unterschied zwischen dem islamischen und dem jüdisch-christlichen Menschenbild, die unterschiedliche Einstellung zur gesellschaftlichen Ordnung. Wahr ist doch wohl aber auch, dass die Christen und die christlich geprägten Gesellschaften gegenüber Ungläubigen stets ein Überlegenheitsgefühl hatten. Die Würde des Menschen, aller Menschen stand nicht immer auf der Prioritätenliste christlicher Herrscher.

Martin Rhonheimer: Im Christentum steht von Anfang an die fundamentale Gleichheit aller Menschen im Mittelpunkt. Alle Menschen sind Ebenbild Gottes und vor ihm gleich. Kaiser Konstantin hat mit diesem Argument die Kennzeichnung von Sklaven im Gesicht verboten. Christliche Herrscher haben zwar immer wieder bestimmte Personengruppen diskriminiert, wie etwa die Juden. Das wurde auch theologisch legitimiert und führte zu furchtbaren, meist politisch motivierten Exzessen. Zugleich standen die Juden aber im Mittelalter auch unter dem besonderen Schutz der Päpste. Christliche Theologen haben sich schließlich dafür eingesetzt, die Indios in der Neuen Welt als Menschen mit Würde zu behandeln und ihr Recht auf Freiheit und Eigentum anzuerkennen, auch wenn sie nicht getauft waren. Dabei wurden sie von päpstlichen Verlautbarungen unterstützt, deren Verbreitung die weltlichen Herrscher zu verhindern suchten. Entscheidend ist: Das Christentum hat als erste Religion der Weltgeschichte aus seinen heiligen Texten keine eigene Sozial- und Rechtsordnung abgeleitet, sondern das römische Recht übernommen. Ebenso wie es griechische Philosophie und Wissenschaft assimilierte und weiterentwickelte. Die spannungsvolle christliche Unterscheidung zwischen Geistlichem und Weltlichem war das innovative Ferment, das schließlich die moderne Welt hervorbrachte. Der Prozess islamischer Aneignung antiker Wissenschaft und Kultur wurde hingegen schon früh durch die muslimische Theologie und das islamische Recht definitiv abgeblockt. Diese Geschichte ist leider viel zu wenig bekannt.

Kann sich der Islam nicht wie das Christentum erneuern?

Martin Rhonheimer: Da gibt es einen zentralen Unterschied. Das Christentum konnte sich immer wieder auf seine Ursprünge zurückbesinnen. Die Kirche hat es stets geschafft, historischen Ballast abzuwerfen, sich im Lichte des Evangeliums und der apostolischen Tradition auf das genuin Christliche neu auszurichten. Wenn Christen auf ihre Ursprünge zurückgehen, stoßen sie auf Jesus, der davon spricht, man solle dem Kaiser geben, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört. Und der dem Apostel Petrus sagt, er solle sein Schwert in die Scheide stecken. Solche Rückbesinnung hat zu immer wieder neuen Reinigungsprozessen und Reformschüben geführt. Wenn hingegen Muslime zu den Ursprüngen ihrer Religion zurückgehen, kommen sie zum politisch-religiösen Führer Mohammed und da sieht es doch eher kriegerisch aus. Der Islam kann nicht einfach historischen Ballast abwerfen, er muss seine religiösen Ursprünge und Grundlagen in Frage stellen, wenn er sich reformieren will.

Nun ist in der vergangenen Woche ein offener Brief von über 100 muslimischen Gelehrten und Religionsführern veröffentlicht worden, die den IS-Terror aufs Schärfste verurteilen und den Islamisten anhand von 24 Punkten, fußend auf dem Koran und der islamischen Tradition, die Kompetenz für Religionsurteile absprechen. Offensichtlich ist also doch nicht alles Gewalt-orientiert, was Mohammed gelehrt hat.

Martin Rhonheimer: Ich begrüße diesen zwar komplexen, aber offenen Brief, der tatsächlich Neuansätze enthalten könnte, etwa, wenn er betont, dass man sich nicht vorbehaltlos auf Texte des Korans stützen darf, die vor 1.400 Jahren geschrieben wurden. Eine solche

Historisierung des Korans wäre etwas völlig Neues. Allerdings, das will ich nicht verleugnen, enthält dieser Brief auch Widersprüche und Ungenauigkeiten. Der Dschihad wird als reiner Verteidigungskrieg beschrieben, doch das Kriterium für Verteidigung bleibt unklar. Traditionelle islamische Lehre besagt doch, wer sich den »Boten Allahs« widersetzt, wird damit automatisch zum Angreifer, so dass an sich jeder Eroberungskrieg als Verteidigungskrieg gerechtfertigt werden kann. Dann steht in diesem Brief, dass der Islam immer die Sklaverei bekämpft habe. Das ist definitiv falsch. Wenn Christen nicht bereit waren, als dhimmis zu dienen, konnten sie getötet und ihre Frauen und Kinder durften als Sklaven verkauft werden. Das ist auch heute noch geltendes Kriebsrecht der Scharia.

Glauben Sie, dass dieser Brief trotzdem helfen kann, den interreligiösen Dialog zwischen Christen und Muslimen voranzutreiben? Es gibt schon eine ganze Reihe von Dialog-Initiativen, besonders nach der Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. (2006), doch manchmal könnte man denken: Gibt es überhaupt eine Basis für einen echten Dialog?

Martin Rhonheimer: Das ist eine schwierige Frage – und auch eine peinliche Frage. Ich denke nämlich, dass es sich bei diesem interreligiösen Dialog um eine Illusion handelt. Zumindest wenn man damit bezweckt, zu theologischer Gemeinsamkeit oder einem gemeinsamen »Weltethos« zu gelangen. Obwohl der Islam monotheistisch ist und an einen barmherzigen Gott glaubt, der allerdings nur für Muslime barmherzig ist, ist der Islam aufgrund seines Menschen- und Gottesbildes doch die absolute Antithese zum Christentum. Wir scheinen, gerade weil sogar Jesus und Maria im Koran auftauchen, sehr nah beieinander zu sein, doch da Jesus lediglich als Prophet und nicht als Messias angesehen wird, liegen wir doch sehr weit auseinander. Der Islam ist nicht eine Religion, die Jesus Christus nicht kennt. Sondern eine Religion, für die gerade wesentlich ist, Jesus als Erlöser des Menschen zu leugnen. Die zentrale christliche Glaubensaussage »Jesus ist Gottessohn, er ist Gott« ist für Muslime eine Blasphemie. Während es für uns Christen ein Riesenproblem ist, dass Jesus beim Islam durch den Propheten Mohammed ersetzt wird, der von Muslimen als der definitive Prophet Gottes verehrt wird. Nicht zu reden von anderen Verfälschungen der christlichen Wahrheit, die man im Koran finden kann, etwa wenn von der christlichen Trinität, angeblich bestehend aus Gott Vater, Jesus und Maria die Rede ist. Will man hier vorankommen, müssen Muslime bereit sein zuzugeben, dass der Koran auch Irrtümer enthält.

Wenn es keine gemeinsame Basis zum Dialog gibt, wie sollen Christen und Muslime dann zusammen in Frieden leben? Weltweit, speziell in Europa, wo viele Muslime inzwischen ein Zuhause gefunden haben. Ist Integration auch eine Illusion?

Martin Rhonheimer: Das ist eine ganz andere Frage! Die Muslime, die in Europa leben, sind aufgrund von Arbeit, Ausbildung oder anderen Gründen zu uns gekommen. Solche theologische Fragen spielen dabei keine entscheidende Rolle. Außerdem wissen sie, dass sie, solange sie als Minderheit in der Diaspora leben, die Gesetze des Gastgeberlandes zu respektieren haben. Doch was heißt eigentlich Integration? Vermutlich, dass in Europa lebende Muslime anerkennen, dass die westlichen Werte, die Werte also, die im wesentlichen vom Christentum geprägt sind und ohne die auch die Aufklärung nie möglich gewesen wäre, die Werte sind, die jeder, der in Europa lebt, zu achten und zu schätzen hat. Nur äußerliche Befolgung unserer Rechtsordnung, solange man (noch) in der Minderheit ist, ist keine echte Integration. Das Hauptproblem ist dabei aber, dass wir selbst verlernt haben, diese Werte hochzuschätzen: Bürgerliche und individuelle Freiheit. Und als deren Grundlage das Privateigentum. Das legitime Streben nach materiellem Wohlstand, Unternehmertum, Kreativität, Innovationsbereitschaft. Dies sind die Werte, die den Westen groß gemacht und die Massen der Menschen aus zuvor unüberwindbarer Armut und Elend befreit haben. Dass uns die islamische Welt kulturell, wissenschaftlich oder technologisch je überlegen war, ist eine Legende, die wir uns selber gerne erzählen. Unsere Schwäche besteht darin, dass wir den Glauben an die Überlegenheit unserer modernen freiheitlichen Zivilisation verloren haben und das hat auch mit dem religiösen Glaubensverlust zu tun.

Letzte peinliche Frage: **Warum vertreten die Christen gegenüber Muslimen nicht offensiver ihr Werte- und Glaubensangebot? Steckt dahinter Angst, weil in jüngster Vergangenheit viele Christen, darunter auch Priester, zum Opfer muslimischer Gewalt geworden sind? Wäre es nicht ein Beitrag zum Weltfrieden (und durchaus im Einklang mit dem Missionsauftrag Jesu), wenn Christen offensiver unter Muslimen evangelisieren würden?**

Martin Rhonheimer: Sicherlich ist das Leben der Christen, die in den arabischen Ländern leben, ein viel bewussteres als bei uns. In Europa verdünnt sich der Glaube und das Glaubenswissen unter Christen, sowohl Katholiken wie auch Protestanten, immer mehr. Leider! Denn so lässt sich niemand, auch kein Muslim, für unseren Glauben gewinnen. Wirkliche Konversionen zu Christus finden nicht unter Gutmenschen statt, die immer nur von »sozialer Gerechtigkeit« sprechen, in allem an die Hilfe des Staates appellieren, mehr Umverteilung verlangen und Eigenverantwortung und Risiko scheuen. Andererseits darf man aber nicht leichtfertig mit dem Risiko umgehen, dem sich diejenigen aussetzen, die als Muslime zum Christentum konvertieren. Christ zu werden ist für einen Muslim ein enormer Schritt voller Gefahren. Nur Gott weiß, was in den Herzen eines Menschen vor sich geht, der diesen Schritt nicht wagt. Wir sollten unseren muslimischen Mitbürgern unseren Glauben dadurch attraktiv machen, dass wir ihn wirklich leben. Und indem wir dazu stehen, dass unsere westliche Zivilisation zu so viel Wohlstand und Lebensqualität geführt hat, weil sie auf dem Humus des Christentums gewachsen ist.

Martin Rhonheimer lehrt Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom. Er ist Mitglied der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft und Mitbegründer des Lord Acton Kreises. Das Interview führte Stefan Meetschen. Es wurde zuerst in der Zeitung Die Tagespost veröffentlicht. Schlagworte: Christentum, Gott, Gottesbild, interreligiöser Dialog, IS, Islam, Islamischer Staat, Jesus Christus, Koran, Menschenbild, Menschenrechte, Religion, Trinität

Islamische Länder machen Jagd auf Christen

<http://www.welt.de/politik/ausland/article11990223/Islamische-Laender-machen-Jagd-auf-Christen.html>

Laut einer christlichen Organisation leiden Christen vor allem in islamischen Ländern. 50 Staaten stehen auf dem Verfolgungsindex.

Am schlimmsten ist es in Nordkorea. Als im Mai 2010 die Polizei der kommunistischen Diktatur eine christliche Hauskirche in der Provinz Pyungang entdeckte, wurden drei der 23 Gemeindeglieder zum Tode verurteilt, die übrigen 20 kamen in Arbeitslager. Da der stalinistische Personenkult um den Diktator Kim Jong Il jede religiöse Betätigung ausschließt, werden Christen in Nordkorea seit Jahrzehnten systematisch verfolgt, bei jeder ihrer Versammlungen drohen den Teilnehmern Verhaftungen, Deportationen oder gar der Tod. Deshalb steht Nordkorea im jetzt veröffentlichten Weltverfolgungsindex 2011 der christlichen Missions- und Menschenrechtsorganisation „Open Doors“ wieder auf dem ersten Platz jener Staaten, in denen Christen unterdrückt werden.

Auf den zweiten Platz setzte „Open Doors“ neuerlich den Iran, wo sich die dramatische Lage für Christen aktuell daran zeigt, dass nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am Dienstag der Teheraner Gouverneur Morteza Tammadon die Verhaftung von Leitern missionarisch aktiver Christengemeinden bestätigte und auch für die Zukunft ein hartes Vorgehen gegen jeden ankündigte, der Muslime zum Übertritt zum Christentum zu bewegen versuche. An dritter Stelle liegt nach dem neuen Index Afghanistan. Fand es sich 2010 noch auf dem sechsten Platz, so hat sich nach Einschätzung der deutschen Sektion von „Open Doors“ die Situation für die afghanischen Christen noch verschärft. Nicht nur wegen der Taliban-Angriffe, sondern auch deshalb, weil der Staat immer schärfer gegen angeblich vom Islam „abfallende“ Muslime vorgehe. So ist derzeit nach IGFM-Angaben, weil er sich zum Christentum bekennt.

Die afghanische Botschaft in Berlin behauptet, dass Christen in dem Land am Hindukusch nicht diskriminiert werden. „Die einzelnen Religionen respektieren sich gegenseitig. Grundsätzlich gibt es keine Probleme“, sagte der politische Sekretär der Botschaft, Hadi Ahmadi, auf Anfrage. Den Bericht der Organisation IGFM bezweifelt er ebenfalls: „Wir

hatten Kontakt zu den Verantwortlichen vor Ort und haben keine Anhaltspunkte dafür, dass die Geschichte wahr ist.“

Auf dem Verfolgungsindex von „Open Doors“ finden sich insgesamt 50 Staaten, darunter sind nur wenige Länder, die nicht oder nur teilweise islamisch sind wie etwa China (Platz 13), Indien (32) oder Russland (50). Die Türkei, offiziell ein säkularer Staat, rangiert auf Platz 30, während das Ferienparadies der Malediven, ein harter islamischer Staat, an sechster Stelle steht. Insgesamt 100 Millionen Christen, schätzt „Open Doors“, würden derzeit weltweit „aufgrund ihres Glaubens verfolgt“. Dies lässt sich freilich nur dann sagen, wenn man die Kriterien von „Open Doors“ übernimmt.

Wie die Organisation zu ihrem Index ausführt, gebe es „Verfolgung nicht nur dort, wenn der Staat Einzelne oder ganze Gruppen von Christen wegen ihres Glaubens einsperrt, verletzt, foltert oder tötet“. Vielmehr fasst „Open Doors“ unter „Verfolgung“ auch Diskriminierung etwa im Berufsleben oder Bildungswesen, weiterhin die Einschränkung religiöser Betätigung, beispielsweise ein Verbot des Kirchenbaus oder der Missionierung, sowie eine staatliche Duldung von Gewalttaten, die Privatpersonen an Christen verüben.

Angesichts dieser Definitionsprobleme möchte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die seit einigen Jahren das Thema Christenverfolgung verstärkt anspricht, den Zahlenangaben von „Open Doors“ nicht umstandslos folgen. „Es kann bei diesem Thema nicht um ein Spiel mit möglichst großen Millionenzahlen gehen“, sagte Prälat Bernhard Felmborg, EKD-Beauftragte bei der Bundesregierung, der „Welt“. Man müsse zwischen Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung differenzieren. Es gebe aber „die unabwiesbare Grundtendenz, dass sich seit ungefähr zehn Jahren die Lage für Christen in vielen Ländern deutlich verschlechtert hat.“

Die Evangelische Kirche sei froh darüber, dass es dafür neue Aufmerksamkeit in der Politik gebe, sagte Felmborg. „Wir fordern die Bundesregierung auf, bei allen Kontakten mit den Regierungen der betroffenen Staaten das Thema der Religionsfreiheit deutlich zu artikulieren.“ Ähnlich sieht das die katholische Kirche.

Die Bundesregierung kritisiert die Verfolgung von Christen zwar, sie will aber nicht als Konsequenz daraus die Entwicklungszusammenarbeit mit jenen Ländern einschränken, in denen Christen leiden. Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) wies diese Gedanken mit Blick auf den Anschlag auf koptische Christen im ägyptischen Alexandria zurück. Die ägyptische Regierung bemühe sich um die Aufklärung der Terroranschläge, sagte Niebel. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungsministerium, Gudrun Kopp (FDP), ergänzte: „Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit soll Konflikte verhindern, nicht verschärfen. Eine gezielte staatliche Förderung an bestimmte Religionen, Volksgruppen oder Ethnien würde aber verschärfend wirken.“ Maßgabe für staatliche Entwicklungszusammenarbeit sei die Einhaltung von Menschenrechten. Die deutschen Hilfsgelder für Ägypten von jährlich rund 60 Millionen Euro seien vorrangig für Projekte im Bereich Trinkwasser- und Abwasserversorgung gedacht sowie für erneuerbare Energien. Davon profitierten auch Christen.

Kopp wies Vorwürfe zurück, wonach Deutschland den in Ägypten bedrohten Kopten nicht helfe. Er fühle sich von Niebel „gekränkt“, weil dieser „die Entwicklungshilfe nicht infrage“ stelle. Zudem, so Anba Damian, bekämen die Kopten „gar nichts“. Dem entgegnete Kopp, sie könne die angebliche Kränkung nicht nachvollziehen. Die Christen in Ägypten würden nicht von Hilfsgeldern ausgeschlossen. Man könne ihre Lage aber aus den genannten Gründen nicht mit staatlichen Hilfsgeldern verbessern. Hilfe könne aber über nicht-staatliche und kirchliche Organisationen kommen. Außerdem gelte für die Bundesregierung: „Wir können Druck auf Regierungen ausüben, Menschenrechte zu achten und Minderheiten zu respektieren“, sagte Kopp.

Dass die Bundesregierung den ägyptischen Kopten indirekt helfe, bestätigte EKD-Prälat Felmborg: „Die Bundesregierung finanziert zwei Projekte des Evangelischen Entwicklungsdienstes, die Christen in Ägypten zugute kommen.“ Das eine sei ein Projekt mit dem Sozialwerk der koptisch-orthodoxen Kirche Ägyptens und werde mit jährlich 250.000 Euro unterstützt, das andere ist eine Kooperation mit der evangelisch-presbyterianischen Kirche Ägyptens, wofür jährlich 500.000 Euro

aufgewandt werden. „Dieses Projekt fördert die ländliche Entwicklung und den Dialog zwischen Christen und Muslimen“, so Felmborg. Mit Blick auf Deutschland sagte er, dass Muslime hier „eine Religionsfreiheit erleben, die es in vielen ihrer Herkunftsländer gegenüber Christen und anderen religiösen Minderheiten nicht gibt.“ Er hoffe, dass sie die positiven Erfahrungen in ihre Herkunftsländer weitergeben.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=29465>

Großbritannien: Lebensschützerin vom Dienst suspendiert

22.12.10

Wieder ein Fall von Gesinnungsterror im britischen Öffentlichen Dienst: Eine Mitarbeiterin im Gesundheitsdienst wird suspendiert, weil sie vor Abtreibung warnte

London (kath.net) Der britische Nationale Gesundheitsdienst (NHS) hat eine Mitarbeiterin suspendiert, weil sie durch Flugblätter vor Abtreibung warnte. Das berichtet die Rheinische Post.

Die 39-jährige katholische Mitarbeiterin einer Familienplanungsstelle verteilte Blätter an Kollegen, um über die psychologischen Folgen einer Abtreibung zu informieren, wie die Zeitung "Daily Telegraph" berichtet. Nun steht ihr ein internes Disziplinarverfahren bevor, bei dem sie ihren Arbeitsplatz verlieren könnte. Die Mitarbeiterin wird juristisch vom "Christian Legal Centre", einer Vereinigung christlicher Anwälte, unterstützt.

Gesinnungsterror im britischen Öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst Großbritanniens stoßen bekennende Christen häufig auf Probleme. Eine Lehrerin wurde vom Schulamt vorübergehend entlassen, weil sie angeboten hatte, für einen Schüler zu beten.

Einer Krankenschwester aus Exeter (Südwestengland) wurde verboten, im Pflegedienst eine Halskette mit einem Kreuzanhänger zu tragen. In Leicester (Mittelengland) wurde ein Krankenpfleger entlassen, weil er bei einer Fortbildung in einem Rollenspiel einer Patientin geraten hatte, zur Kirche zu gehen. Eine Pflegerin aus Weston-super-Mare wurde suspendiert, weil sie eine Patientin gefragt hatte, ob sie für sie beten dürfe. Die Pflegerin gewann jedoch den Arbeitsprozess.

Einem christlichen Sozialarbeiter aus London wurde gekündigt, weil er einer kranken Klientin zu Gottvertrauen geraten hatte. Wegen des Tragens eines Kreuzanhängers in Uniform hatte Ende 2006 eine Angestellte der Fluggesellschaft British Airways vorübergehend ihren Job verloren. Nach einem Proteststurm lenkte das Unternehmen ein und erlaubte religiöse Anstecker. Vor Gericht kämpft die 58-jährige Nadia Eweida weiter dafür, dass ihre Suspendierung als religiöse Diskriminierung anerkannt wird.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=29645>

Schirmmacher: Neue Qualität bei Gewalt gegen Christen

9.1.11

Religionswissenschaftler: Bei den jüngsten Anschlägen sind mit einem Mal so viele Menschen gestorben wie sonst in fünf bis zehn Jahren. Ein Grund: Orientalische Christen haben 2010 international vernehmbar gegen ihre Diskriminierung protestiert.

Bonn (kath.net/idea) Eine neue Qualität bei der Gewalt gegen Christen beobachtet der Religionswissenschaftler Thomas Schirmacher (Bonn). Das Feindbild der Terroristen sei gröber und undifferenzierter geworden, sagte er in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ (Berlin). „Alle Christen werden nun in einen Sack gesteckt: Einheimische, Ausländische, Orthodoxe, Katholische, Evangelikale.“

In der islamischen Welt seien im vergangenen Jahr verstärkt auch alteingesessene Christengemeinschaften zum Ziel von Terror und Selbstmordattentaten geworden. „Mal wurden in Pakistan über 20 Christen getötet, mal im Irak 50, nun im ägyptischen Alexandria 23 Gottesdienstbesucher.“

Seien in Pakistan früher „vielleicht drei Gläubige pro Jahr gelyncht worden“, so seien bei den jüngsten Anschlägen mit einem Mal so viele Menschen gestorben wie sonst in fünf bis zehn Jahren, erklärte Schirmacher.

Einen Grund für die zunehmende Gewalt sieht der Religionswissenschaftler darin, dass orientalische Christen – ob Aramäer, Armenier oder Kopten – 2010 laut gegen ihre Diskriminierung in den islamischen Mehrheitsgesellschaften protestiert hätten. „Terror und Drohungen in Europa wie im Orient sind auch eine Reaktion der Islamisten auf diesen wachsenden Mut“, so Schirmacher.

Der „historische Deal“ zwischen muslimischer Mehrheit und christlicher Minderheit werde zunehmend aufgekündigt – auch im Irak oder der Türkei. „Er bestand darin, dass die orientalischen Christen nicht laut und schon gar nicht gegenüber dem Ausland über ihre rechtliche Benachteiligung klagten. Im Gegenzug ließ man sie als Bürger zweiter Klasse in Ruhe.“

Prof. Thomas Schirmacher ist Sprecher für Menschenrechte der Weltweiten Evangelischen Allianz, die weltweit etwa 420 Millionen evangelische Christen vertritt, und Direktor von deren 2006 gegründetem Internationalen Institut für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo).

„Aufruf aus Kairo

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 2/2011,3

Zunächst scheint der blutige Anschlag auf die koptischen Christen in den ersten Minuten des Jahres 2011 wie eine Wiederholung des Attentats in Nag Hammadi am koptischen Weihnachtstag 2010, freilich waren es dieses Mal dreimal soviel Tote.

Die Kirche Ägyptens ist nach ihrer eigenen Beschreibung die „keniset es-salib“, die Kirche des Kreuzes. Ihr Kalender beginnt mit den schlimmsten Christenverfolgungen durch die Römer unter Kaiser Diokletian. Die Kopten sind stolz, in einem Land zu leben, das als erstes der Welt christianisiert war ...

Doch die fortschreitende Re-Islamisierung konnte auch vor Ägypten nicht haltmachen ... Der von nicht-ägyptischen Kreisen geschürte Haß auf die Christen speist sich aus zwei Quellen: Frustration über das eigene Versagen und erneutes Suchen nach den Erfolgen kriegerischer Art in den vergangenen Jahr-hunderten, ausgehend von der Zeit Mohammads. Dabei scheint der Erfolg, den

der Islam im Westen hat, eine zusätzliche Kraftquelle zu sein. Alle Dialogprogramme - so sagen mir viele Muslims - dienen nur dazu, dem Islam seine ihm (vermeintlich) zukommende Stellung in Europa zu sichern: „Das Christentum ist schwach geworden in Europa - daher bringen wir die echte Religion!“

Die Christen Ägyptens fühlen sich andererseits vom Westen völlig verlassen. Allenfalls werden sie als historisches Auslaufmodell betrachtet, zum Beispiel, was Liturgie und Theologie anbelangt ... Die Christen in Ägypten beobachten die immer stärker werdende Versuchung des europäischen Christentums, sich den „Bedürfnissen der Zeit“ anzupassen. So sind etwa die Reaktionen mancher deutscher katholischer Bischöfe nach der Minarett-Abstimmung in der Schweiz auf absolutes Unverständnis gestoßen ...

Ich wünsche mir, daß die Katholiken Deutschlands und allen voran die katholischen Bischöfe in aller Deutlichkeit Solidarität mit den Christen des Nahen Ostens zeigen. Wir, als deutschsprachige Katholiken in Ägypten, haben genug von rein verbalen Solidaritätsbekundungen. Ich lade alle deutschen Bischöfe zu einem Besuch ein bei allen christlichen und muslimischen Autoritäten Ägyptens.

Wir warten auf Zeichen, nicht nur auf Worte!

*Msgr. Joachim Schroedel,
Pfarrer der deutschen
kath. Gemeinde in Kairo*

Viele Bibeltexte jugendgefährdend: Auf Index setzen!

Erstellt am 22. Januar 2011 von [Nicsbloghaus](#)

gefunden bei [kath.net](#)!

Ein evangelischer Theologe möchte Passagen der Bibel von der Bundesfamilienministerin auf den Index für jugendgefährdende Schriften setzen lassen. Die Begründung: An hunderten Stellen laufe die Bibel mit ihren „menschen- und lebensfeindlichen Aussagen“ den Menschenrechten zuwider. Wie der Pastor und Politologe Hartwig Hohnsbein (Göttingen) in einem Vortrag zum Thema „Einfluss und Aktivitäten fundamentalistisch-christlicher selbsternannter Lebensschutzorganisationen“ am 12. Januar im Roten Rathaus in **Berlin** sagte, machten vor allem viele Evangelikale die Bibel zur alleinigen Grundlage ihres Handelns. Im 17. Jahrhundert seien Hexenprozesse mit der Bibel gerechtfertigt worden. Heute gingen Evangelikale mit der Bibel gegen Homosexuelle und Abtreibungen vor.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=30723>

Erzbischof vor UN: Wer katholische Sexualmoral vertritt, wird verfolgt

23.3.11

Tomasio Rede vor UNO-Menschenrechtsrat: Angriffe auf Katholiken, die traditionelle Ansichten über Sexualmoral und menschliche Natur vertreten, sind eine Menschenrechtsverletzung gemäß den Standards des UN-Rates selbst

Genf ([kath.net](#)) Erzbischof Silvano M. Tomasi, ein Vertreter des Vatikan bei der UNO, wandte sich in einer Rede gegen Angriffe auf die Gewissens- und Religionsfreiheit von Katholiken, die traditionelle Ansichten über Sexualmoral und die menschliche Natur haben. Das berichten die CNA und EWTN News.

Er hielt die Rede am Dienstag bei einem Treffen des UN-Rates für Menschenrechte. Er sprach von einem „verstörenden Trend“ in Diskussionen über Gesellschaftspolitik und Menschenrechte: „Menschen werden angegriffen, weil sie Standpunkte vertreten, die sexuelles Verhalten zwischen Menschen desselben

Geschlechts nicht unterstützen.” Erzbischof Tomasi ist Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf.

“Wenn sie ihre moralischen Überzeugungen oder Überzeugungen über die menschliche Natur, die auch Ausdruck religiöser Überzeugungen sein können ..., ausdrücken, dann werden sie stigmatisiert, und mehr noch, sie werden verunglimpft und verfolgt.“

Der Erzbischof betonte: Die Versuche, katholische oder andere Kritiker der homosexuellen Praxis zum Schweigen zu bringen, sind eine Menschenrechtsverletzung gemäß den Standards des UN-Rates selbst.

Anlass dieser Äußerungen war, dass der Menschenrechtsrat wieder zum Thema “sexuelle Orientierung als Menschenrecht” beriet. Die Kirche befürchtet, dass ein allgemeines „Menschenrecht auf sexuelle Orientierung“ unter gewissen Umständen zu internationalen Aktionen gegen Christen führen kann, die homosexuelle Praxis ablehnen.

Im Hinblick auf Gesetze mahnte Erzbischof Tomasi den Unterschied zwischen sexuellen Gefühlen oder Gedanken und sexuellen Handlungen ein. “Ein Staat soll niemals eine Person bestrafen oder sie irgendeines Menschenrechts berauben, wenn das nur auf Gedanken oder Gefühlen, die sexuellen eingeschlossen, basiert. Aber Staaten können und müssen Handlungen regulieren, diverse sexuelle Handlungen eingeschlossen. Auf der ganzen Welt gibt es einen Konsens, dass gewisse Arten sexuellen Verhaltens per Gesetz verboten sein müssen. Pädophilie und Inzest sind zwei Beispiele.”

“Menschliche Sexualität, wie jede andere freiwillige Aktivität, besitzt eine moralische Dimension.“ Wer den freiwilligen und moralischen Charakter sexueller Handlungen leugne und diese stattdessen als unvermeidlichen Ausdruck einer “Orientierung” behandle, der unterminiere den eigenen Anspruch auf menschliche Freiheit und Würde.

Der Erzbischof unterstrich auch die Position der Kirche: “Menschliche Sexualität ist eine Gabe, die in echter Weise in der vollständigen und lebenslangen gegenseitigen Hingabe von einem Mann und einer Frau in der Ehe ausgedrückt wird.“

Sieg des Kreuzes

Mitte März 2011 wurde in zwei bedeutenden Gerichtsurteilen die Anbringung von Kreuzen in Kindergärten und Schulen als rechtmäßig bestätigt:

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 5/2011,1

Am 16. März 11 entschied der Österreichische Verfassungsgerichtshof, daß die Anbringung von Kreuzen und religiöse Feiern in Kindergärten - wie z.B. das Nikolausfest - nicht gegen die Verfassung verstoßen.

Am 18. März 11 bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Rechtmäßigkeit von Schulkreuzen in Italien. Er begründete seine Entscheidung damit, daß Schulkreuze „dem Ermessungsspielraum des jeweiligen Staates“ unterliegen. Das Urteil gilt damit für alle europäischen Staaten. Wörtlich heißt es in dem Urteil u.a.: „Der Gerichtshof muß im Prinzip die Entscheidung der Staaten in diesen Bereichen respektieren, einschließlich des Platzes, den sie der Religion einräumen... In dieser Hinsicht ist es richtig, daß die (italienischen) Regelungen der Mehrheitsreligion eine vorherrschende Sichtbarkeit in der schulischen Umgebung geben, indem sie die Präsenz

des Kruzifixes, das unzweifelhaft auf das Christentum verweist... in den Klassenzimmern der öffentlichen Schulen vorschreiben...".

Gegen dieses Urteil, das einen achtjährigen Rechtsstreit beendet, ist kein Einspruch mehr möglich. Wir bitten unsere Leser, das kostenlose CM-Faltblatt „Bringt das Kreuz in die Öffentlichkeit“ zu verbreiten. Herzlichen Dank!

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=31806>

USA: Toleranz für jeden – außer für Katholiken?

10.6.11

Amerikanische Katholiken sind besorgt, dass ihnen immer mehr Freiheiten genommen werden. Von Edith Breburda

Rockford (kath.net) Amerikanische Katholiken sind besorgt, dass ihnen ihre religiösen Freiheiten immer mehr genommen werden. Grund für die Annahme ist ein neues Gesetz, erlassen vom Bundesstaat Illinois. Im Mittleren Westen der USA hat am 26. Mai 2011 die Diözese von Rockford beschlossen aus einem Adoptionsprogramm für Kinder auszusteigen. Die Diözese will keine Kinder an unverheiratete oder gleichgeschlechtliche Paare vermitteln. In Texas beschloss ein Richter, dass während einer Abschlussfeier der High-School, Worte religiösen Inhaltes nicht benutzt werden dürfen, da ein Elternpaar der Meinung war, dass ein Gebet ihrem Sohn, sowie allen Teilnehmern schadet.

Rockford Illinois-am 26. Mai erklärte die Diözese von Rockford, Illinois in einer Pressekonferenz, dass ihre Wohlfahrtsorganisation "Catholic Charities" in Zukunft keine Adoptionsvermittlungen sowie Pflegeeltern- (foster care) Dienste mehr in ihren Geschäftsstellen anbietet. Am 1. Juni 2011 trat das "Illinois Religious Freedom Protection and Civil Union Act"- Gesetz in Kraft. Es legalisiert gleichgeschlechtliche Partnerschaften und unverheiratete Verbindungen. Den Lebensgefährten sollen so alle Rechten zukommen, die normalerweise Ehepartner haben. Das Gesetz zwingt katholische Mitarbeiter, Kinder auch an unverheiratet zusammenlebende Paare sowie an gleichgeschlechtliche Partner zu vermitteln. Die Katholische Wohlfahrts-organisation wird unter anderem mit 7.5 Millionen US-\$ aus Staatsgeldern finanziert und so muss die Diözese den Landesgesetzen Folge leisten, wenn sie weiterhin Adoptionen vermitteln oder sogenannte "Pflegeeltern-Dienste" in ihren Geschäftsstellen anbieten will.

Seit über 100 Jahren bietet Catholic Charities einen Adoptionsservice und Pflegefamilien-Service an. Momentan arbeitet die Agentur mit etwa 350 Familien der Diözese zusammen. 58 Mitarbeiter werden nun ihre Stellen verlieren, da die Angestellten nicht gegen ihr Gewissen, oder gegen die Lehrmeinung der Kirche handeln wollen. So schwer es für die Diözese war, diese Entscheidung zu treffen, sie will sich nicht vom Staat diktieren lassen und ihre Moralvorstellungen des Geldes wegen hinten an stellen.

Die Versuche der Katholischen Einrichtungen, Paare, die nicht im Einklang mit der Lehrmeinung der Kirche stehen, an andere Agenturen verweisen zu dürfen scheiterte. Penny Weigert, die Diözesansprecherin bedauert es sehr, dass der Staat von Illinois nicht einlenkte, obwohl viele religiöse Gemeinschaften die Gesetzgeber sprichwörtlich angefleht haben.

Kardinal Francis George von Chicago sowie die Katholische Konferenz des Staates Illinois versuchten ihrerseits, das neue Gesetz anzufechten, da es den Status der Ehe in der Öffentlichkeit herabsetzt und den Service der Katholischen Wohlfahrt bezüglich Adoption und "foster care" beschneidet. Leider war bisher jeder Einspruch erfolglos. Die Catholic Charities-

Organisationen der Diözesen von Peoria, Springfield und Joliet folgten am 7. Juni 2011 dem Beispiel von Rockford. Führende Mitglieder der Diözesen wollen jetzt noch einmal versuchen, gegen das neue Gesetz zu klagen, aus Sorge um die vielen Waisenkinder, die letztendlich die Leidtragenden sind. Die Frage ist, ob eine neugegründete Privatagentur mit Staatsgeldern unterstützt werden würde, wenn sie Adoptionen nur an die Eltern vermitteln, welche ihren "Vorstellungen" entsprechen. Religiöse Wohltätigkeitsorganisationen bieten von jeher legale soziale Dienste an. Noch nie hat die Meinung Andersgesinnter sie dazu gezwungen, ihren Service aufzugeben.

In einem anderen Bundestaat der USA, in San Antonio in Texas, fanden die Äußerungen des atheistischen Elternpaares Christa und Danny Schultz sehr viel Beachtung. Sie waren besorgt, dass ihrem Sohn Schaden zugefügt wird, wenn er mit Worten wie Gott oder Gebet bei seiner Schulabschlußfeier konfrontiert würde. Chef- US-Bezirks-Richter Fred Biery entschied daraufhin, dass bei der Graduiertenfeier der Oberschule keinerlei Gebet gesprochen werden darf und auch nicht das Wort „Gott“ oder ein „Amen“ erwähnt werden soll, da dies den Teilnehmern der Feier schaden würde. Jedem, der diesem Urteilsspruch zuwiderhandelt, wird mit einer Gefängnisstrafe gedroht. Amerikanische Katholiken kommentieren, dass dieses dem Ersten Staatsgesetz der Meinungsfreiheit widerspricht. "Wir können das tun was wir wollen und sollten nicht darauf achten müssen gewisse Dinge nur tun zu dürfen wenn es dem Anderen auch genehm ist. Katholischen Christen darf es nicht verboten werden, das zu tun, was ihre Religion ausmacht. Ein Christ spricht ganz natürlich jeden Tag vom lieben Gott und keiner hat das Recht, ihn gesetzlich zu belangen, wenn er nicht den Mund hält", erläutert beispielsweise ein anonymer Journalist auf der "Konservative T&T" Internetseite.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=31740>

Christen klagen wegen Diskriminierung vor Menschenrechtsgerichtshof 6.6.11

Vier Christen, die ihre Prozesse wegen Diskriminierung vor britischen Gerichten verloren haben, ziehen nun vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

London (kath.net/KAP) Vier Christen, die ihre Prozesse wegen Diskriminierung vor britischen Gerichten verloren haben, ziehen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das berichtet der "Sunday Telegraph". Das Straßburger Gericht habe die Klagen als rechtlich bedeutend eingestuft, warte aber vor einer offiziellen Annahme noch auf eine Stellungnahme der britischen Regierung.

Bei den Klägern handelt es sich laut Bericht unter anderen um eine Mitarbeiterin der Fluggesellschaft British Airways. Ihr war vom Arbeitgeber das Tragen eines Kreuzes um den Hals untersagt worden. Ebenfalls geklagt hätten eine Standesbeamtin, die abgelehnt hatte, Zeremonien für gleichgeschlechtliche Partnerschaften durchzuführen, sowie ein christlicher Partnerberater, der keine homosexuellen Paare beraten wollte. Die vierte Klägerin sei eine Krankenschwester aus Exeter, der wegen Tragens eines Kreuzes im Dienst gekündigt worden war.

Copyright 2011 Katholische Presseagentur, Wien, Österreich

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=32279>

12. Juli 2011, 10:00

Führt die Homo-Debatte zum Ende der Religionsfreiheit?

Timothy Dolan, Erzbischof in New York, bloggt über die Gefahr, dass die Homosexualitätsdebatte zum Ende der gesetzlich garantierten Religionsfreiheit führen wird. Die Gläubigen werden „bald verfolgt“ und „vor Gerichte gezerrt“.

New York (kath.net) Die Debatte über Homosexualität gefährde zunehmend die Religionsfreiheit, schreibt Timothy Dolan, Erzbischof in New York. In seinem Blog äußerte er die Sorge, dass die Kirche und die Gläubigen „bald verfolgt“ und „vor Gerichte gezerrt werden“.

Dolan wies darauf hin, dass in Leitartikeln bereits gefordert werde, „das Recht auf Religionsfreiheit zu entfernen“. „Wenn die Erfahrung von jenen wenigen anderen Staaten und Ländern“, wo diese Aufhebung der Religionsfreiheit bereits Gesetz ist, „ein Hinweis ist, dann werden die Kirchen und die Gläubigen bald verfolgt, bedroht und vor Gerichte gezerrt werden“ wegen ihrer Überzeugung, dass die Ehe zwischen Mann und Frau geschlossen wird, „um Kinder auf die Welt zu bringen“.

„Doch werden hier die wahren Kräfte der ‚Intoleranz‘ enthüllt“, erläuterte der Erzbischof weiter.

„Die Karikatur behauptet natürlich, dass jene, welche die traditionelle Ehe verteidigen, Bigotte und Polterer aus dem rechten Lager seien.“ Dolan bemerkte, dass ein anerkannter Kommentator darauf hingewiesen habe, dass eigentlich nicht die Homophobie, sondern die Theophobie das Kernproblem sei, also der Hass mancher auf Gott, Glaube, Religion und die Kirche. „Die Kirche trat immer für die Ehe ein, wo und wann sie auch immer in Gefahr war – Ehe zwischen einem Mann und einer Frau, welche sich in lebenslanger und treuer Liebe verbinden, welche in neues Leben in den Kindern führt. Veteranen „meines Alters und darüber“ könnten sich, bemerkte Dolan weiter, daran erinnern, dass die Kirche die Ehescheidung ohne Klärung der Schuldfrage bekämpft habe. Damals habe man sich Sorgen darum gemacht, „den Wert der Eheverbindung herabzusetzen und den Kindern zu schaden (wissenschaftliche Studien weisen inzwischen nach, dass genau dies geschehen ist).“ Dann habe sich die Kirche der „Verhütungsmentalität“ widersetzt, „weil sie befürchtete, dass das geheiligte Verbindung zwischen Liebe und Fruchtbarkeit zerreißen würde. Dann, man möge sich erinnern, löste die Kirche den Alarm aus, weil sexuelle Freizügigkeit, Ehebruch, vorehelicher Geschlechtsverkehr sowie Zusammenleben vor oder anstatt der Ehe zunahmen. Und jetzt lassen wir die Kirchenglocken wegen der nächsten Verwässerung des authentischen Eheverständnisses läuten, denn wir sind besorgt, dass der nächste Schritt eine weitere Neudefinition bringen wird, welche Partnerwechsel und Untreue rechtfertigen sollen.“

Emmas irrige Weltbilder oder: Alice Schwarzers Panik, als konservativ zu gelten

22.07.11

Emmas irrige Weltbilder oder: Alice Schwarzers Panik, als konservativ zu gelten

Ein Kommentar von Thomas Schirmacher

(MEDRUM) Nach dem kompletten Lesen der beiden Ausgaben Emma 298: Winter 2011 und Emma 299: Frühling 2011 möchte ich auf den Widerspruch aufmerksam machen, dass Emma geradezu verbissen gegen Konservative kämpft und diese als ständige Bedrohung darstellt, ihre am häufigsten thematisierten Forderungen 1. Kampf den Islamisten, 2. Kampf der Pornografie und 3. Kampf der Prostitution aber gerade mit den Forderungen der Konservativen übereinstimmen.

Image

Ich werfe hier bewusst einmal Frau Schwarzer und Emma in einen Topf, da in ‚Emma‘ erkennbar nichts gegen ihren Willen erscheint. Die Belege lassen aber nachvollziehen, was sie selbst und was andere gesagt haben.

Verschwörungstheorie und irriges Feindbild

In ihrem einführenden Artikel „Die PID und die Heiligkeit des Lebens“ (Emma 298: Winter 2011:6-7) sieht Alice Schwarzer die gesamte Republik nach Rechts abdriften und die konservativen Gegner von Abtreibung und PID weit im Lager von SPD, FDP, Grünen und Linken. Das deutsche Abtreibungsrecht sei eh schon rechts-konservativ und „nur im frenetisch katholischen Polen und Irland heute strenger geregelt“ (6). Zu den ja wirklich nur zaghaften und symbolischen Verschärfungen bei Spätabtreibungen kritisiert Schwarzer vehement das Engagement gegen Spätabtreibungen von Renate Schmidt und Andrea Nahles und kritisiert, dass die Stimmen für die Gesetzesergänzungen von „einem Viertel der SozialdemokratInnen, einem Drittel der Grünen und ja, 80 Prozent der Liberalen“ (7) kamen. Die „Debatte“ sei „munitioniert von konservativen bis fundamentalistischen Christen“ (7) - ja gibt es denn aus Schwarzers Sicht auch andere? Und hat sie bei der Bundestagsdebatte wirklich zugehört? Wo war denn da die christliche Munition? Braucht Schwarzer hier nicht eher die Verschwörungstheorie, dass Christen dahinter stehen, um sich nicht die umgekehrte Frage stellen zu müssen, ob ihr Begriff von ‚konservativ‘ und ‚rechts‘ nicht einfach irrig ist, wenn so Frau Nahles plötzlich zum konservativen Flügel der SPD mutiert?

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel, so Schwarzer, hat PID „auf dem Altar des konservativen Flügels der CDU“ (7) geopfert. „Sekundiert wird die Kanzlerin dabei von der katholischen und gläubigen Forschungsministerin Annette Schavan“ (7). Und warum gibt es dann auch in der CDU/CSU keinen Fraktionszwang? Und könnte es nicht auch sein, dass Frau Merkel tatsächlich gegen PID ist und nicht nur Wählerstimmen sucht?

Margaret Heckel sekundiert in „Rechtsruck in der CDU“ (Emma 298: Winter 2011: 21): Angeblich will Frau Merkel durch konservative Positionen ihre Stammwähler wieder einfangen. Nun, erstens gibt es ja nun mal diese Stammwähler und in einer Demokratie dürfen die ja auch ihre Vertretung finden, oder? **Aber dass nun die CDU, die unter Merkel fast jede ihrer traditionell konservativen Positionen geräumt hat - völlig gleichgültig, ob man das gut oder schlecht findet -, einen Rechtsruck erlebt, existiert nur in Emmas Feindbild. Im besten Fall ist die CDU in den letzten Jahren fünf Schritte nach links gegangen und macht nun einen Schritt zurück.**

Feinde überall

An dieser Stelle muss Thomas Geisterkamps. „Männerbünde und Evangelikale: Die unheilige Allianz der Anti-Feministen“ (Emma 298: Winter 2011: 54-57) angesprochen werden.

Geisterkamp rührt für Emma einen großen Brei aus Junge Freiheit, CDU, DEA, Evangelikalen, Bundesforum Männer, EKD, Katholiken und schmeißt Leute inklusive Foto in einen Topf, die in der Realität nichts miteinander zu tun haben, nämlich die Familienministerin Kristina Schröder, den FAZ-Ressortchef Volker Zastrow, den Soziologieprofessor Gerhard Amendt und die Moderatorin Eva Hermann. Dass der Autor das alles als Mitarbeiter der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung schreibt und ihm seine Parteilichkeit aus allen Knopflöchern kommt, ficht ‚Emma‘ dabei scheinbar nicht an. Allen voran müssen verschwörerisch wieder die Evangelikalen zu Drahtziehern werden, die wachsen (was in der Realität nicht stimmt) und einen enormen Einfluss auf die Politik haben (was erst recht nicht stimmt). „Aber das sind auch die in Deutschland erstarkenden Bibeltreuen, quasi das christliche Pendant zu den islamischen Fundamentalisten.“ (54)

Na ja, da ist mir der evangelikale Hardliner zwar immer noch lieber als Bin Laden, weil er keinen umbringt. Aber einen Beleg für solche Aussagen bleibt Geisterkamp sowieso schuldig. Und alles, was er über Evangelikale schreibt, ist inhaltlich nicht zu belegen. Angeblich vertreten die Evangelikalen, Frauen seien nur zum Kinderkriegen geschaffen. Kann er das bitteschön mal belegen? Das hat er bestenfalls mit der Position des Papstes verwechselt. Doch der würde so was Plumpes nicht sagen.

In der von mir herausgegebenen idea-Dokumentation ‚Familienplanung‘ steht da etwa ganz Anderes. Oder es heißt: „Unter dem Dach der DEA versammeln sich allein in Deutschland etwa 1,8 Millionen erzkonservative Evangelikale, von denen die Mehrheit Kreationisten sind“ (54). Nun gehören zu den Evangelikalen auch die sogenannten Linksevangelikalen, die traditionell SPD oder die ‚Grünen‘ wählen.

Aber wer will schon differenzieren? Und die Mehrheit sind Kreationisten? Hat er das erforscht? Bisher jedenfalls hat niemand eine solche Zahl erhoben und auch Insider wissen das nicht, denn der Ausgang der hin und her wabernden innerevangelikalischen Diskussion zu diesem Thema ist noch völlig offen.

Geisterkamp spricht „die von Amerika ausgehende, internationale Evangelikale Bewegung“ (54) an. Weiß er nicht oder will er nicht wissen, dass das bestenfalls Geschichte ist und dass etwa nur 30 Mio. der 600 Mio. Mitglieder der Weltweiten Evangelischen Allianz aus den USA kommen und dort die Kirchen und Christen des Globalen Südens längst in allen Gremien die Mehrheit haben und ihren eigenen Weg gehen? **Angeblich ist es das dritte Prinzip der Evangelikalen, dass die Gläubigen sich in die Politik einmischen sollen. Das ist ja wohl ein Scherz, oder? Zumindest in Deutschland. Die evangelikale Bewegung ist lange Zeit völlig unpolitisch gewesen und auch gegenwärtig ist der größere Teile der Meinung, überzeugte Christen sollten sich aus der Politik heraushalten - leider! Im Übrigen: In der Demokratie dürfen doch alle Staatsbürger an der politischen Willensbildung teilnehmen, oder? Oder gilt das nur für Nichtevoangelikale oder für von ‚Emma‘ Zugelassene?**

Aber, was haben die Evangelikalen mit irgendetwas von dem zu tun, was dann im Folgenden diskutiert wird? Nichts. Aber Geisterkamp kann die Verschwörung trotzdem konstruieren, indem er die Familienministerin zur Evangelikalen mutieren lässt. Kristina Schröder wird zur Evangelikalen, weil sie zur Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) gehört, von denen angeblich zahlreiche Mitglieder bei der ‚Deutschen Evangelischen Allianz‘ mitarbeiten. In der DEA arbeiten Hunderttausende Mitglieder der evangelischen Landeskirche mit. Also sind diese Landeskirchen evangelikal und folglich auch andere Mitglieder wie die Synodenvorsitzende der EKD auch evangelikal? In örtlichen Allianzen arbeiten oft auch Katholiken mit - also ist die Deutsche Bischofskonferenz auch evangelikal? Und alle Katholiken unter den Ministern?

Trotzdem fragt ‚Emma‘ allen Ernstes ohne Beleg aus dem Tun und Reden von Frau Schröder, ob die Ministerin „eine erzkonservative Christin oder gar Fundamentalistin ist?“. Und dann der Höhepunkt: Da es mit Bush ein Evangelikaler ins Weiße Haus geschafft habe, blühe uns dann jetzt mit Schröder Ähnliches in Deutschland? Da Geisterkamp nun schon so einen großen Topf hat, rührt er gleich einen noch größeren Brei: In den großen Topf gehört auch, dass der Koalitionsvertrag eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik vereinbart und die Konrad-Adenauer-Stiftung Referenten zu Männerthemen sprechen lässt. Aha, CDU und FDP sind bereits auf die Christen hereingefallen! Klänge überzeugender, wenn es nicht aus SPD-Mund käme. Und auch die evangelischen Kirchen werden in denselben Pott geschmissen, schließlich hätten sie federführend das Bundesforum Männer mitbegründet. Und dann werden noch FAZ und Junge Freiheit (und das noch im selben Atemzug) hineingerührt.

Gehöre ich selbst in den Topf? Dazu müsste Geisterkamp etwa mein Buch „Moderne Väter“ lesen.

Wahrscheinlich wird er alles zur Gleichberechtigung überlesen und aus meiner Kernthese, dass die Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht bei der Mutter allein abgeladen werden darf, sondern Einsatz und Opfer des Vaters verlangt, auch nur als Männerkram abtun.

Exkurs: Gesterkamps ungedeckte Checks über einen Geschlechterkampf von rechts

Schon in seinem Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung „Geschlechterkampf von rechts: Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisierten“

(<http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2010/148798.htm>), den Geisterkamp hier offensichtlich zu Grunde legt, subsumiert er unter „Geschlechterkampf von rechts: Konservative Publizisten, Männerrechtler,

Familienfundamentalisten, militante Abtreibungsgegner, evangelikale Christen und rückwärts gewandte katholische Kirchenoberen“ (4). Da findet sich denn Paul Kirchhof in einem Boot mit Eva Hermann, Frank Schirmacher mit Christa Meves (8, 10). Ins Boot gehört für ihn nicht nur die Junge Freiheit (8, 10) oder ein Deutschlandfunk-Redakteur, sondern es heißt: „Die Welt, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Cicero, Focus und auch der Spiegel bilden hier die Vorreiter des neuen Geschlechterkampfes in den Leitmedien“ (8).

Wie einfach ist doch das Leben, wenn es nur die Guten und Bösen gibt - und man diese Weltsicht dann noch seinen Gegnern vorwirft. (Übrigens löst Gesterkamp auch hier nirgends den Scheck ein, dass die Evangelikalen in dieses Boot gehören, außer einem Link auf S. 20, der aber zu einem anderen Thema gehört.)

Emmas Kampf gegen Islamismus, Prostitution und Pornografie

In fast jeder Nummer von ‚Emma‘ werden Islamismus, Prostitution und Pornografie bekämpft, oft mit eigenen Dossiers.

Beginnen wir mit dem Islamismus (<http://www.emma.de/kampagnen/islamismus/>; Dossiers: Emma 298: Winter 2011: 110-114 und Emma 299: Frühling 2011: 114-117). ‚Emma protestiert‘ gegen Pakistan und Saudi Arabien in der Leitung der UN-Women-Konferenz und gegen Pakistans im Menschenrechtsausschuss der UN bis 2010 immer wieder verabschiedete Erklärung ‚Defamation of Religion‘ („Urs Gehringer. „Islamisten bei UN Women“. Emma 298: Winter 2011: 20). In „amnesty und die Fundis“ (Emma 298: Winter 2011: 103) wird beschrieben, wie Gita Sahgal, Leiterin der Gender Unit von Amnesty International, gegen die Zusammenarbeit ihrer Organisation mit Islamisten zu Felde zog. Daraufhin wurde sie gefeuert. Ähnliches geschah mit drei Gründungsmitglieder von Amnesty International Algerien.

‚Emma‘ bekämpft das neue Prostitutionsgesetz scharf (siehe

<http://www.emma.de/kampagnen/prostitution/>). Vor allem wird darauf verwiesen, dass längst alle Innenminister, gleich welcher Partei, das Gesetz im Blick auf den Kampf gegen den Menschenhandel für eine Katastrophe halten (Chantal Louis. „Prostitution: Innenminister schlagen Alarm“. Emma 298: Winter 2011: 48-49). Im Dossier zum Thema („Die Ware Frau - Dossier Prostitution“. Emma 299: Frühling 2011: 122-145) beschwert sich ein konkreter Kriminalbeamter („Die Zuhälter baden doch in Schampus!“. Interview mit Hauptkommissar Hohmann. Emma 299: Frühling 2011: 132-133), wird vertreten, dass Prostitution prinzipiell Menschenhandel ist, nicht nur im Fall sogenannter Zwangsprostitution (Catherine MacKinnon. „Prostitution ist Menschenhandel“. Emma 299: Frühling 2011: 140-141), weswegen ‚Emma‘ erfreulicherweise wie ich selbst in meinem kommenden Buch ‚Menschenhandel‘ das Prostitutionsgesetz Schwedens, das schlicht und einfach die Freier bestraft, begrüßt und für sehr erfolgreich hält (Ingrid Meissl-Ärebo. „Sexkauf ist strafbar!“. Emma 299: Frühling 2011: 144-145).

Schon länger gibt es zwei Lager im Bereich des Feminismus, wenn es um Prostitution geht. Die einen sehen die freiwillige Prostitution als Akt der Befreiung der Frau von enger Sexualmoral an und werten die Prostituierte als ‚Sexarbeiterin‘ (Engl. ‚commercialsexworkers‘ - CSW), wie man sie heute politisch korrekt zu nennen hat. Prostitution müsse deswegen deutlich von Zwangsprostitution unterschieden werden, die erstere geschützt, die zweite bekämpft werden. Diese Sicht hat sich weltweit bei der UN durchgesetzt und bestimmt etwa die Gesetzgebung in Deutschland.

Das andere Lager sieht Prostitution an sich als Beispiel für die Unterdrückung von Frauen durch Männer an, will sie deswegen abschaffen, aber nicht, indem die Opfer, die Prostituierten bestraft werden, sondern die Täter, die Männer. Diese Sicht wird von vielen führenden deutschen und internationalen Organisationen gegen Frauen- und Menschenhandel vertreten, so SOWODI, die Coalition against Trafficking in Woman (CATW) und die European Women's Lobby (EWL). Sie bestimmt auch das nordische Modell, das am Beispiel von Schweden unten vorgestellt wird.

Auch in der deutschen feministischen Bewegung gibt es einen erbitterten Kampf zwischen Befürwortern der Prostitution als normaler Tätigkeit als Ausdruck der sexuellen Befreiung und des Selbstbestimmungsrechtes von Frauen und Gegnern der Prostitution, die prinzipiell als Unterdrückung von Frauen gesehen wird, wobei das deutsche Prostitutionsgesetz als Katastrophe gesehen und das nordische Modell befürwortet (siehe dazu unten) wird - allen voran von Alice Schwarzer.

Emmas Kampf gegen die Pornografie ist alt und legendär, wenn auch aktueller denn je (<http://www.emma.de/kampagnen/pornografie/>; Dossier „Pornografisierung ist Sexualisierung von Erniedrigung und Gewalt“. Emma 298: Winter 2011: 76-97). Emma steht dabei auf Seiten derer, die vor der großen Suchtgefahr der Pornografie warnen (Norman Doidge. „Pornografie macht süchtig“. Emma 298: Winter 2011: 93-95). Die Übereinstimmung mit meinem Buch ‚Internetpornografie‘ ist enorm.

Chantal Louis beschreibt zudem in ihrem brillanten Artikel „Sportlerinnen oder Pornostars?“ (Emma 299: Frühling 2011: 81-82), wie der Sport zunehmend von pornografischen und hypererotischen Darstellungen durchdrungen wird, vom Beachvolleyball, der seine plötzliche Popularität den neuen Kleidervorschriften zu verdanken hat, über Sportlerinnen als häufigste Berufsgruppe im ‚Playboy‘ bis hin zu den neuen Footballspielen in den USA vor ausverkauften

Stadien, in denen ehemalige Pornodarstellerinnen und andere üppige und sportunerfahrene ‚Sportlerinnen‘ gegeneinander antreten. Besser hätte das kein Bischof kritisieren können!

Zu guter Letzt

Man könnte weitere ‚konservative‘ Anliegen und ‚evangelikale‘ Gemeinsamkeiten auflisten, die nur nicht ganz so häufig in ‚Emma‘ erscheinen, so etwa der gut begründete Protest gegen Freispruch bei sexuellem Kindesmissbrauch aufgrund aussagepsychologischer Gutachten (Chantal Louis. „Alles wird gut“. Emma 299: Frühling 2011: 54-61).

Ach ja, zu guter Letzt: Da heißt es noch in einem Artikel über Frauen, die es in Europa an die Staatsspitze geschafft haben: „In Europa kommen Staatenlenkerinnen häufiger aus dem konservativen Lager.“ (Emma 299: Frühling 2011: 36).

Vielleicht stimmen ja einfach die Schwarz-Weiß-Weltbilder von Emma nicht mehr.

ImageBild links: Thomas Schirmmacher ist Spezialist für Fragen der Christenverfolgung. 2008 wurde er für seinen jahrelangen internationalen Einsatz verfolgter Christen und verfolgter Anhänger anderer Religionen mit dem Internationalen "Pro Fide"-Preis ausgezeichnet.

Schirmmacher ist Autor zahlreicher Bücher. Seine 8-bändige Ethik ist 2009 in 4. Auflage erschienen.

Ebenfalls 2009 erschienen ist sein Buch über "Rassismus - Alte Vorurteile und neue Erkenntnisse" (Haenssler-Verlag).

Thomas Schirmmacher im Internet: www.thomasschirmmacher.info

Source URL: <http://www.medrum.de/content/emmas-irrige-weltbilder-oder-alice-schwarzers-panik-als-konservativ-zu-gelten>

Published on *MEDRUM* (<http://www.medrum.de>)

Startseite > Content

Peter Seewald: „Der Papst ist eine Provokation für den Lifestyle“

19.09.11

Peter Seewald: „Der Papst ist eine Provokation für den Lifestyle“

(MEDRUM) Im Interview mit der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT erklärte Peter Seewald, Papst Benedikt XVI. sei "eine Provokation für den Lifestyle."

Der Journalist Peter Seewald gilt als „Papst-Intimus“. Kein deutscher Journalist kenne Benedikt XVI so gut, wie der ehemalige Kommunist und "Berufsrevolutionär Seewald", meint die JUNGE FREIHEIT zum Interview mit dem Journalisten Seewald, der drei Erfolgsbücher gemeinsam mit Papst Benedikt geschrieben habe. Die Meinung von Seewald, dieser Papst sei ein „wahrer Querdenker“ und „eine Provokation für den Lifestyle“, gilt der Wochenzeitung also etwas. Im Gespräch mit JUNGE FREIHEIT erklärt Seewald weiter, seine Gegner könnten Benedikt XVI. „nicht das Wasser reichen“ und das mache sie „doppelt aggressiv“. In seiner Kritik spart Seewald auch die deutschen Medien nicht aus. In der Papst-Berichterstattung würden Nachrichten verfälscht, unterdrückt und manipuliert. Papstfeindliche Splittergruppen seien präsenter, „als alle Bischöfe zusammen“, so der Journalist Seewald.

Das Gespräch mit Peter Seewald ist abgedruckt in JUNGE FREIHEIT, Nr. 38/11, vom 16. September 2011: „Der wahre Querdenker“.

Source URL: <http://www.medrum.de/content/peter-seewald-der-papst-ist-eine-provokation-fuer-den-lifestyle>

Published on MEDRUM (<http://www.medrum.de>)

Startseite > Content

Giordano-Bruno-Stiftung gibt Angela Merkel Tips für den Papstbesuch

20.09.11

Giordano-Bruno-Stiftung gibt Angela Merkel Tips für den Papstbesuch

Kleinkariertes aus einer Anstalt, die für Humanismus und Aufklärung sorgen will, aber Kirchenhass betreibt

(MEDRUM) Eine Bundeskanzlerin dürfte für einige Tips sicher dankbar sein, könnte sich die Giordano-Bruno-Stiftung gedacht haben, als ihr bewußt wurde, dass Angela Merkel beim Treffen des Papstes in Deutschland eine nicht alltägliche Begegnung bevorsteht. So könnte der Offene Brief verstanden werden, in dem die Stiftung am 6. September 2011 die Bundeskanzlerin reichlich mit Tips für ihr Zusammentreffen mit Benedikt XVI. versorgt hat. Tatsächlich aber scheint die Triebfeder des blamablen Briefes Kirchenhass zu sein, der ins Kleid der Emanzipation gesteckt wurde (Alexander Kissler in DIE TAGESPOST) und letztlich geradezu kleinkariert daherkommt.

Aus dem Offenen Brief

Eine Auswahl aus Tips der Giordano-Bruno-Stiftung an die Bundeskanzlerin (zitiert aus einem Offenen Brief vom 6. September 2011):

Tip 1

Wahren Sie daher beim Treffen mit Benedikt XVI. die gebührende Distanz und vermeiden Sie es, ihn als „Heiligen Vater“ anzusprechen!

Tip 2

Fordern Sie den Papst zu einer lückenlosen Aufklärung der von Priestern und Ordensleuten begangenen Verbrechen an Heim- und Internatskindern auf!

Tip 3

Machen Sie dem Papst unmissverständlich klar, dass die europäischen Antidiskriminierungsvorschriften auch für kirchliche Betriebe in Deutschland gelten müssen!

Tip 4

Überzeugen Sie Benedikt XVI. davon, dass es eine Geschmacklosigkeit sondergleichen wäre, wenn ausgerechnet er als „deutscher Papst“ die Seligsprechung von Pius XII. vornehmen würde!

Tip 5

Erarbeiten Sie mit dem Papst ein Konzept zur Aufhebung der Privilegien, die sich die Kirche vor allem in vor- und antidemokratischen Zeiten gesichert hat!

Tip 6

Erklären Sie dem Papst, dass die Konfessionsfreien in Deutschland es nicht mehr einsehen, für interne Kirchenbelange, etwa die Pension des bayrischen Prügelbischofs Walter Mixa, zur Kasse gebeten zu werden!

Tip 7

Legen Sie dem Papst nahe, dass er auf den doppelten Völkerrechtsstatus des Heiligen Stuhls und der Vatikanstadt verzichten sollte!

"Eher hinter Gitter als vor den Bundestag"?

Zu diesem Brief merkt der Kulturjournalist Alexander Kissler in seinem Essay "Signale aus der Schattenwelt" in der katholischen Zeitung "DIE TAGESPOST" (Ausgabe vom 19.09.11) an:

"Ob die Kanzlerin den Brief gelesen hat?" Falls ja, könnte sie ihn mit dem Hirnforscher Wolf Singer besprechen, der nicht nur den Festvortrag zu Angela Merkels 50. Geburtstag hielt und dabei einmal mehr den freien Willen zur Illusion erklärte, sondern der als Beiratsmitglied der Giordano-Bruno-Stiftung den Inhalt des rüpelhaften, schütter informierten Briefes gewiss vollständig teilt.

Dem Beirat gehören übrigens weitere illustre Persönlichkeiten an: ZDF-Moderator Volker Panzer etwa, Wissenschaftsjournalist Udo Pollmer, die Philosophen Ludger Lütkehaus, Thomas Metzinger und Dieter Birnbacher, SPD-Politikerin Ingrid Matthäus-Maier, Jurist Eric Hilgendorf, der Zeichner Janosch, die Schriftsteller Max Kruse und Karen Duve. Sie alle sind offenbar der Meinung, dass der Papst eher hinter Gitter als vor den Bundestag gehört."

"Jeder blamiert sich, so gut er kann"

Es gibt sicher viele Möglichkeiten, den Brief der Giordano-Bruno-Stiftung zu erklären. Kissler meint, die neoatheistische „Giordano-Bruno-Stiftung“ wolle als „Denkfabrik für Humanismus und Aufklärung“ verstanden werden und betreibe das Gegenteil. In ihrem Brief gebe sie sich wenig Mühe, den Kirchenhass ins Kleid der Emanzipation zu stecken. "Mein Gott, wie peinlich - Sie alle fühlen sich durch den klugen Gast aus Rom in ihrer Deutungsmacht bedroht", so Kissler weiter zu den Motiven der Papst-Gegner. Benedikt XVI. sei noch gar nicht angekommen, da stehe das Urteil der „Papstkritiker“ längst fest. Die Tagespost schreibt zu Kisslers Analyse: "Kritik, Radau, Polemik: Jeder blamiert sich, so gut er kann."

Alexander Kissler zum Papstbesuch in einer Domspatz-Soirée in München

Alexander Kissler wird am 30. September 2011 in einer Domspatz-Soirée ein Resümee zum Papstbesuch ziehen."Der Papst in Deutschland - Was bleibt?", lautet die Fragestellung, auf die er Antworten geben wird.

Mehr über Alexander Kissler: www.alexander-kissler.de

Source URL: <http://www.medrum.de/content/giordano-bruno-stiftung-gibt-angela-merkel-tips-fuer-den-papstbesuch>

<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,804645,00.html>

17. Dezember 2011, 00:00 Uhr

Religion

Das Model Gottes

Von Matthias Matussek

Die pakistanische Konvertitin Sabatina kämpft gegen die Verfolgung von Christen. Sie selbst lebt in Deutschland im Opferschutz, weil sie wegen ihres Abfalls vom Islam mit dem Tod bedroht ist. Kein Weihnachtsmärchen.

Sie müssen einfach dorthin gehen", sagt Sabatina am Telefon, "es ist wichtig", und es klingt so, als dulde sie keinen Widerspruch. Als sollte ein Stellvertreter für sie hingehen, denn sie kann nicht. Es wäre lebensgefährlich. Sie lebt im Opferschutz, und Demonstrationen sind schwer zu sichern.

Die Bäume in der Mönckebergstraße sind mit Lichtergirlanden umwickelt, Auslagen zeigen Schuhe in Kunstschnee, zwischen Juweliergeschäften lässt sich ein langbeiniger blonder Engel mit langbeinigen Pudeln fotografieren. Auch die Pudel tragen Flügel.

Klare Sache: Hamburg bereitet sich auf die Geburt des Erlösers vor. Oder so. War es das, was Sabatina vorführen wollte? Wie weit uns das alles schon entglitten ist?

Ein paar hundert Meter weiter steht eine Gruppe von Demonstranten wie eine struppige Störung. Von einem Podest herab spricht eine Frau von Iran, von einem Pastor, die Menschen schützen ihre Kerzen vor dem Nieselregen.

Wie ungemütlich, die Leute da haben ein Anliegen. Auch das dreht sich ums Christentum, aber irgendwie düsterer.

Die Frau beschwört Passanten, die mit ihren Einkaufstüten vorüberhasten, an den iranischen Pastor Jussuf Nadarchani zu denken, der im vergangenen Jahr wegen seiner Konversion vom Islam zum Christentum zum Tode durch Erhängen verurteilt wurde. Nadarchani, Vater zweier kleiner Kinder, weigert sich, die Konversion zu widerrufen, und sitzt.

Sabatina ist anwesend durch ihre Flugblätter. Auf denen heißt es: "Was würden Sie tun, wenn der Austritt aus der Kirche mit dem Tod bestraft würde?" Die Frage klingt natürlich absurd in einer Gesellschaft, die ihre Kirchenaustritte vollzieht wie die Kündigung eines Zeitungsabos, das man längst vergessen hat.

Das christliche Bekenntnis wird zur Frage von Leben und Tod

Und die hier: "Wie viel Toleranz hätten Sie, wenn man Ihre Kinder töten würde, weil sie christliche Vornamen haben?" Die Fragen sind natürlich ein Skandal, und der liegt darin, dass das christliche Bekenntnis hier im Rummel plötzlich zur Frage auf Leben und Tod wird.

Die Idee, dass Christen zu Weihnachten die Menschwerdung ihres Gottes feiern, ist längst verlorengegangen. Stattdessen wird Familie hochgefeiert in einem quasireligiösen Akt. Aber was feiert man, wenn die zerfallen ist? Das neue iPad?

In dieser überpuderten Leere steht auch Jürgen Klimke von der CDU mit anderen Mitgliedern des Bundestages ein wenig ratlos herum. Er gibt gern zu, dass es das Thema "Christenverfolgung" hier in der Mönckebergstraße schwer hat. Todesstrafe für religiöse Abweichung?

Nun müsste es ja eigentlich ein enormes Interesse für Abweichler geben, das Kaufhaus gegenüber wirbt mit dem Spruch "The right to be an outsider". Doch das ist Mode. Das Transparent "Keine Hinrichtung für den falschen Glauben" ist der grimmige Ernst.

Die Demonstranten bilden eine Lichterkette, sie hoffen, sagt einer, dass sie bis in Nadarchanis Zelle leuchtet. Es ist keine Lichterkette gegen Ausländerhass, sondern gegen den Hass auf Christen. "Ist es nicht eigenartig, dass zu Lichterketten gegen Ausländerhass Zigtausende mobilisiert werden können, aber gegen Christenhass nur ein paar Dutzend?"

Sie ist zu schön, um wahr zu sein

Sabatina, die Konvertitin. Sie ist nur ein Vorname, wie Ronaldo oder Shakira. Sie sitzt bei Lanz oder spricht vor Bundestagsabgeordneten. Bürgerliche Salons in Berlin laden sie ein. Der Haken? Sie ist zu schön, um wahr zu sein.

Vor rund acht Jahren hatte sie ein Buch veröffentlicht, in dem sie ihre eigene Geschichte erzählt. "Sterben sollst du für dein Glück" handelt von einem Schicksal aus der religionspathologischen Knautschzone der Globalisierung.

Da ist der Großvater, der Mullah war in diesem Dorf bei Lahore, in dem Sabatina aufwuchs, da ist der tiefreligiöse Vater, der einen Job als Kranführer in Österreich fand und die Familie nachholte, und da ist sie, gerade mal zehn Jahre alt, als sie in eine neue Welt fällt.

Es ist die Erzählung über die Rebellion eines Teenagers, die dazu führte, dass sie sich "doppellagig" anzog, wenn sie zur Schule ging, Jeans und Top und drüber die sittsame Tracht einer Muslimin, die von Bollywood träumt.

Ihre Mutter dagegen träumte davon, sie mit dem Cousin zu verheiraten, dem sie versprochen war in Lahore, seit ihrer Geburt. Sie wehrt sich. Und lässt sich überreden zu einem Urlaub, nur um den Jungen mal richtig kennenzulernen, und als sie sich nun energischer weigert, nimmt man ihr den Pass ab.

Sie wird in eine Madrassa eingeliefert, um sie auf die Spur zu bringen, ein religiöses Internat mit defekten Duschen, in denen blutige Monatsbinden herumliegen, und mit einem Mullah, der die Suren durch einen Vorhang spricht, denn Frauen sind die Versuchung, sind die Sünde. Schließlich ist ihr Widerstand gebrochen. Sie willigt zum Schein in die Verlobung ein, ein prächtiges Fest wird angesetzt. Sie denkt nur an eines: zurück nach Linz, zurück in die Freiheit.

"Wer unserem Glauben den Rücken kehrt, hat den Tod verdient"

Und dort vollzieht sie den endgültigen Bruch, nicht nur mit der Familie, sondern auch mit Tradition und Religion. Sie bringt den Glauben an Allah und seinen Propheten nicht mehr auf. Nun muss sie sich, ein letztes Mal, vor dem Tribunal der Familie verantworten. "Wer unserem Glauben den Rücken kehrt, hat den Tod verdient", sagt der Vater.

Sie läuft, wie schon zuvor, die Notschlafstelle an. Eine Beraterin sagt: "Jo, dann werden S' halt wieder Moslem, is ja eh wurscht." Doch ein Freund nimmt sie mit zur Polizei. Sie erzählt ihre Geschichte. Seither ist Sabatina im Opferschutz.

Was war geschehen? Sabatina hatte sich für das Christentum entzündet. Dieser Freund hatte ihr die Bibel zugesteckt, das Neue Testament, in dem auch die Geschichte von der Ehebrecherin erzählt wird, der Jesus vergibt, statt zuzusehen, wie sie gesteinigt wird. Und es ist ausgerechnet eine Frau, der er erscheint nach der Auferstehung vor seinen Jüngern, "eine Frau, und das in der damaligen Zeit, in der Frauen nichts galten".

Vorher, sagt sie, hatte sie nie das Gefühl, angesprochen zu werden, weder Allah noch sein Prophet wandte sich an sie, eine Frau. Doch Jesus tat es.

Konversionen spielen eine eminente Rolle in der Kirchengeschichte, seit Paulus vor Damaskus von seinem Pferd stürzte und die Stimme Gottes hörte. Nicht alle verlaufen so spektakulär. Doch alle sind mit einem Riss verbunden und mit einem kämpferischen Neuanfang. Heute weiß Sabatina genau, was sie will.

Es ist nicht leicht, sie zu treffen, sie taucht auf und taucht unter, mal in Berlin, mal in Hamburg, wo sie eine Mappe mit Fotos von geköpften Christen bei sich hat, Splatter-Fotos aus der heißen Zone des Glaubenskampfes im 21. Jahrhundert. "So was veröffentlicht ihr nie", sagt sie und meint: Dazu seid ihr politisch korrekten Pressefritzen zu feige.

Es gibt einen Haufen Leute, die sie hassen müssen

Sie lebt derzeit in einer mittelgroßen Stadt, irgendwo in Süddeutschland. Sie wechselt Wohnungen oft. Das ist bittere Notwendigkeit - es gibt einen Haufen Leute, die sie hassen müssen. Da wären die Nazis - ihre Hautfarbe ist eindeutig dunkler als die eines Ariers aus Zwickau. Die Islamisten, weil sie zum Christentum konvertiert ist. Ihre Familie, weil sie sich der Zwangsverheiratung entzogen hat. "In Deutschland gibt es 30 Ehrenmorde pro Jahr", sagt sie. In diesen Tagen ist sie besonders nervös, denn wieder wurde eine Tochter von ihrem eigenen Vater, einem Kurden, hingerichtet.

Wem noch dürfte sie suspekt sein? Für die Linke ist sie zu konservativ, für Feministinnen vermutlich zu schön und für den großen Rest unserer Partygesellschaft eine Zumutung, weil sie eine völlig unzeitgemäße Vorstellung von Liebe hat und Sex vor der Ehe ablehnt. Und dann spricht sie auch noch Wienerisch. Sabatina lebt in dieser Stadt wie auf einem anderen Stern. Sie gehört nicht dazu. Sie gehört niemandem mehr. Sie gehört ihrer Sache.

Eine Mädchenwohnung. Rosenblätter auf der Fensterbank, eine Kerze dazwischen mit Silberstaub und Sternchen. Die Wände altrosa. Ein rotes Sofa im Wohnzimmer, ein kleiner Tisch mit zwei Stühlen, es könnte ja tatsächlich mal ein Zweiter da sein. Bisher war es nicht der Fall. Kein Fernseher hier, kein Computer. Eine nonnenhaft karge Wohnung. Sabatina lebt von einem knappen Budget. In den letzten Jahren hat sie oft umsonst gewohnt, bei Freundinnen. Ein bisschen ist noch übrig von den Buchverkäufen. An der Wand ein kitschiges Jesus-Bildchen, daneben ein verklärtes Porträt von ihr. In der christlich-mystischen Literatur ist oft vom himmlischen Bräutigam die Rede - Sabatina flüchtete, so sieht es aus, buchstäblich in seine Arme. Nach dem Bruch mit der Familie, 2001, durchlebte sie ihre "Rebellionszeit". Sie zog nach Wien, ging aus, versuchte es als Schlagersängerin, modelte. Aber das war es alles nicht. Sie las weiter in der Bibel, und da stieß sie eines Tages auf den Satz: "Wenn ihr von ganzem Herzen nach mir fragt, lasse ich mich von euch finden."

"Sie lebt ihr Christentum, sie ist auf einer Mission"

Sie ließ sich 2003 taufen, in einer kleinen Barockkirche; von einem Dorfpfarrer, der überzeugt war von ihrem inneren Umbruch. "Ihr Bibelwissen war enorm", sagt er. "Sie lebt ihr Christentum, sie ist auf einer Mission."

Mittlerweile war ihr Buch erschienen. Und plötzlich tauchten in der Presse erotische Fotos auf, die sie einst nach einem Mode-Shooting machen ließ - "wir haben nur rumgealbert, die waren nie für die Öffentlichkeit bestimmt". Sie klagte und gewann und vernichtete die Fotos. Sie wurde krank über alldem, bulimisch, suchte Rat bei einer Therapeutin.

Es sprach sich herum, dass sie sich taufen lassen würde. Sie verbat sich jede Presse, versprach dafür, später das Bild noch einmal nachzustellen. Die Fotografen wünschten sich ein enges Top, sie lachte und willigte ein, und der alte Pfarrer sagte scherzend: "Sie ist das Model Gottes auf dem Laufsteg der Welt."

Schmälert es die Glaubwürdigkeit, wenn man eitel ist? Wahrscheinlich. Gleichzeitig kann es wohl keinen sichtbareren Bruch mit der frauenverhüllenden Tradition des Islam geben als ein knappes Top. Sie sagt: "Gott hat mich so gemacht, dass ich nicht ganz schiach aussehe, und ich mag mich." Ihre Bekenntnis-Intensität kann einen Shopping-Christen aus der Mönckebergstraße nur mit Kopfschütteln zurücklassen.

Sabatina, die Befreierin

Sabatina, die von Bollywood phantasierte, hat nun eine neue Rolle gefunden, es ist eine heroische Rolle, die sie sich ausgesucht hat, romantisch und in Cinemascope: Sabatina, die Befreierin. Den Marschbefehl hat sie bei Jesaja gefunden: Sie zitiert, ergriffen: "Du sollst die Augen der Blinden öffnen und die Gefangenen aus dem Gefängnis führen."

Wie ernst sie diesen Auftrag nimmt, beschreibt sie in ihrem neuen Buch "Nur die Wahrheit macht uns frei"*.

Sie berichtet, wie sie 2008 mit einem bewaffneten Leibwächter und Mitarbeitern durch Pakistan fuhr und wie ihr auf nachtdunkler Piste zur Warnung eine Leiche vor den Jeep geschmissen wurde.

Sie trifft Kindersklaven auf diesem Trip. Sie trifft Frauen, die gekidnappt und vergewaltigt wurden, eine Christin, deren Sohn man erhängt hatte, eine andere, die mit Tuberkulose im Gefängnis sitzt.

"Wir haben Leute unten, die ihr helfen."

Vor allem aber hilft sie in Deutschland. Derzeit sind es drei Frauen, aus Afghanistan, aus Syrien, aus Marokko, denen sie neue Unterkünfte arrangiert, weil sie vor Zwangsehen fliehen, die eine Anwältin "legale Vergewaltigung" nennt - nur dass sie nicht legal sind in Deutschland.

Die Wahrheit, oder das, was sie dafür hält, äußert Sabatina unverblümt, zum Beispiel wenn sie den Islam "religiösen Faschismus" nennt und das "Verständnis der Deutschen blind". Sie wird jetzt, mit zwei Syrern zusammen, auf YouTube eine Propaganda-Offensive starten.

Als Beleg für ihren Faschismus-Vorwurf führt sie neben den Suren, die gegen die Ungläubigen hetzen, die islamische Sekte Ahmadiyya an, deren Kalif zu Silvester 2000 "eine Religion, einen Führer" propagierte. "Das müsste doch vertraut klingen in Deutschland, oder?"

Mit Ahmadiyya-Mitgliedern hatte sie jüngst auf einer Tagung zu "Gewalt in Migrantenfamilien" zu tun. Dort platzte ihr der Kragen, als jemand vortrug, wie friedliebend der Islam sei. Das Leben des Propheten sei ein Modell an Frömmigkeit und Güte. Zwangsehen kämen kaum vor, der Prophet würde das untersagen. **Sabatina sprang auf. "Wir haben ein Mädchen von euch betreut", rief sie, "sie wollte sich nicht in der Nähe eurer Moschee treffen, weil sie Angst hatte." Und seine Aischa, setzte sie hinzu, habe der Prophet geheiratet, als sie sechs war. Daraufhin habe ein Islamwissenschaftler protestiert. "Nein, sie war neun." Sabatina schüttelt sich vor Lachen.**

Die einzige vernünftige Politikerin für sie ist jene Frau, der von Renate Künast kürzlich "ein Mangel an Herzensbildung" vorgeworfen wurde: Familienministerin Kristina Schröder, die selbst schon Zielscheibe islamistischer Drohungen war.

Über 3000 Zwangsheiraten jährlich

Schröder hatte kürzlich "erschreckende Zahlen" präsentiert. Man müsse, anders als bisher angenommen, von über 3000 Zwangsheiraten jährlich ausgehen. "Die Dunkelziffer ist zehnmal so hoch", sagt Sabatina. "Und da gibt die Bundeskanzlerin keine Erklärung, dass sie sich schämt, dass so was in Deutschland vorkommt."

Sabatina weiß, dass die derzeitigen Diskussionen über die rechten Killer in Deutschland mit historischen Schuldgefühlen spielen. Sie sind wie Wanderdünen, die in ihren mählichen Ortsverschiebungen jedem ermöglichen, seine Rechnungen zu begleichen und etwa die Migrationsdebatte neu zu führen.

Schon fragte sich Özlem Topçu in einem Leitartikel für die "Zeit", ob man den Integrationsdruck aufrechterhalten könne, wenn gleichzeitig der rechte Rand unbeaufsichtigt bliebe. Cem Özdemir nahm sich bei Jauch noch einmal Sarrazins "ominöses Buch" als vermutete Inspiration für die Morde vor, ohne darauf hingewiesen zu werden, dass es erst hinterher erschienen war.

Und Erdogan, der lupenreine Demokrat, der unliebsame Kritiker gern ins Gefängnis schickt, Erdogan, der seine Landsleute bei jeder Gelegenheit davor warnt, ihre Traditionen aufzugeben, bot den Deutschen seine Hilfe an.

"Ausgerechnet Erdogan", ruft Sabatina. "In der Türkei ist jede dritte Frau zwangsverheiratet, der Staatspräsident Gül hat seine geehelicht, als sie 15 war." Erdogan solle, bevor er "hilft", erst mal dafür sorgen, dass in der Türkei keine Christen ermordet werden.

Sagt Sabatina, die Konvertitin. Sie eifert, wie es unter den deutschen Dialog-Christen keiner mehr tut, kein Bundespräsident, kein Bischof, womöglich hat sie diese Glut tatsächlich aus dem Islam übernommen. Sie versteht die lauen Christen nicht. "Sie wissen so wenig von ihrer Religion, und wenn sie darüber reden, machen sie Witze." Sie versteht nicht, dass sich da eine golden angepinselte Nackte in einer Disco von einem Kreuz herabhängen lässt. "Auch deshalb verachten die Muslime den Westen" sagt sie, "euch ist nichts mehr heilig."

Sie wird weiterkämpfen

Sie wird nun also weiterkämpfen, wird auf YouTube in die Volksaufklärung einsteigen. Und sie wird mit der Universität Graz an einem Projekt für transkulturelle Therapie mitarbeiten. "Die Suizidalität unter zwangsverheirateten Mädchen ist doppelt so hoch wie im Normalschnitt."

Irgendwann, nächstes Jahr, wird sie weiterziehen, in die USA. Da wohnt ihre Freundin AyaanHirsi Ali, die Frauenrechtlerin und Islamkritikerin. Zu Heiligabend erwartet sie ihr erstes Kind. "Das ist doch kein Zufall!" Sie lacht, auch deshalb, weil sie weiß, dass Hirsi Ali dem überhaupt keine Bedeutung beimisst.

Hirsi Ali ist von Religion aller Art kuriert. "Behauptet sie." Erneut lacht sie. Vielleicht ist ihre Fröhlichkeit doch das Erstaunlichste an ihr. Im März in New York wird sie auf dem "Women in the World"-Kongress sprechen. Letztes Mal war es Meryl Streep.

An einer Wand in der Küche hängen Fotos ihrer Geschwister. Die Brüder sehen aus wie Teenager-Idole. Ein anderes Bild zeigt einen Alten mit Turban, ernst und scheu, vor einem Feld. Da ist eine Kuh, die Ecke eines Zelts, eine Hauswand aus Lehmziegeln. Ihr Großvater, der Mullah. Er ist weit weg. Tausende Kilometer und gefühlte tausend Jahre.

Ihr Wunsch zu Weihnachten? Dass ihre Familie mit ihr Frieden schließe, sagt sie. Und dann, sehr leise: "Ich war wohl keine einfache Tochter."

Sie wird sich auch dieses Jahr keinen Weihnachtsbaum zulegen. Aber sie wird Heiligabend zur Christmette gehen und beten, für ihre Familie und für Jussuf Nadarchani in Iran - und alle anderen, die wegen ihres Glaubens in dieser Nacht im Gefängnis sitzen.

URL:

- <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,804645,00.html>

info@sabatina-ev.de

Unser Aufruf zum Protest:

Gólgota Picnic

Das widerliche blasphemische Theaterstück „Gólgota Picnic“, ein Werk des argentinisch-spanischen Regisseurs Rodrigo Garcia, wird nun auch in Deutschland aufgeführt. Das Thalia Theater in der Gaußstraße in Hamburg hat für den

23. Januar 2012, 20.00 Uhr, den Aufführungs-Termin bekanntgegeben.

Die Theatergruppe Centro Dramático Nacional (Madrid) & Théâtre Garonne(Toulouse) ist seit Mitte letzten Jahres mit diesem Stück auf Tour. In Paris wurden die Aufführungen von Demonstrationen katholischer Gruppierungen begleitet. Mehrere hundert Demonstranten nahmen vor dem Theater daran teil. Einen Abstecher machte das Theater-Ensemble nach Graz. Dort fanden bereits im Vorfeld der Aufführung, 30. September bis 2. Oktober 2011, Proteste statt.

In „Gólgota Picnic“ wird Jesus Christus als Terrorist dargestellt und mit derartigen Blasphemien verhöhnt, daß man diese nicht wiederholen kann. Eine Szene zeigt z.B. eine groteske Nachahmung der Kreuzigung, eine halbnackte Frau mit falschen Stigmata und einem Motorhelm mit einer Dornenkrone auf ihrem Kopf.

Schauspieler und Schauspielerinnen treten in vielen Szenen völlig nackt auf und wem das noch nicht reicht, kann auf der Großleinwand deren Genitalien im Detail betrachten.

Wir Christen dürfen uns eine solche Gotteslästerung nicht gefallen lassen. Ohne unseren Protest wird dieses Stück bald noch in weiteren Städten aufgeführt werden. Helfen Sie mit, dies zu verhindern. Schreiben Sie oder rufen Sie an:

Thalia-Theater in der Gaußstraße

Gaußstraße 190

22765 Hamburg

E-Mail: petra.mai@thalia-theater.de oder info@thalia-Theater.de

Tel: 0049 (0)40 / 306039-10,-12 oder Fax. 0049 (0)40/ 306039-11

+++++

Danke für Ihre Unterstützung. Hunderte von Beschwerde-E-Mails gingen beim Thalia-Theater ein.

Leider konnte die Aufführung nicht verhindert werden.

Die Pius-Bruderschaft veranstaltete am 23.1.2012 vor dem Theater eine Gebets- und Sühne-Mahnwache.

Annähernd

100 Personen waren dort anwesend.

Für diesen Einsatz ein herzliches Vergelt's Gott an Teilnehmer.

+++++

Zur Information:

Initiative Nie Wieder! e.V.

Cestarostraße 2, D 69469 Weinheim

Telefon: 06201/2909929 Fax: 06201/2909928

E-Mail: info@babycast.de

Pressemeldung

Staatsanwaltschaft Hamburg ermittelt gegen Thalia-Theater

(Weinheim, 23.01.2012). Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat am 17.1.2012 ein Ermittlungsverfahren (AZ: 7101 Js 33/12) gegen die **Thalia Theater GmbH, Joachim Lux**, wegen

Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen eröffnet.

Am heutigen Abend ist um 20:00 Uhr im Thalia-Theater an der Gaußstraße die Aufführung des Stückes „**Golgota Picnic**“ vorgesehen.

Das umstrittene Stück hat bereits im Vorfeld heftige Protestaktionen ausgelöst, da Jesus Christus als Terrorist und in blasphemischer Weise dargestellt wird.

Es ist davon auszugehen, daß christliche Gruppen vor dem Theater friedliche Gebets-Mahnwachen abhalten werden, um so gegen die Aufführung zu protestieren.

Ob die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens der StA Hamburg bereits eine Auswirkung auf die Aufführung heute Abend in Hamburg haben wird, gab die Staatsanwaltschaft nicht bekannt.

Initiative Nie Wieder! e.V.

gez.Klaus Günter Annen

<http://www.opendoors-de.org/downloads/wvi/weltverfolgungsindex2012>

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2012

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Berichtszeitraum: 1. November 2010 bis 31. Oktober 2011

Inhalt

Weltverfolgungsindex - Entstehung

In Kürze - Weltverfolgungsindex 2012

Die ersten zehn Länder in Kürze

Rangliste der 50 betroffenen Länder

Hintergründe zu einzelnen Ländern

Open Doors in Kürze

KontaktSeite 2 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Open Doors schätzt, dass weltweit rund 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Christen sind damit die größte Gruppe aller aus religiösen Gründen Verfolgten.

Der von Open Doors veröffentlichte Weltverfolgungsindex (WVI) listet die Länder auf, in denen Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt und benachteiligt werden. Jedes Jahr neu bewertet eine internationale Arbeitsgruppe von Open Doors dafür die Situation der Christen in Staaten mit eingeschränkter Religionsfreiheit. Der WVI erscheint seit 1993 und soll Kirchen, Gesellschaft, Medien und Politik die Situation der verfolgten christlichen Gemeinde weltweit bewusst machen, und dadurch effektive Hilfe auf verschiedenen Ebenen ermöglichen.

Als Bewertungsgrundlage für die Situation der Christen in Ländern mit eingeschränkter Religionsfreiheit dienen folgende Faktoren:

- ☐ veröffentlichte Berichte von Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum
- ☐ Informationen durch Befragung von Open Doors Mitarbeitern vor Ort mittels eines Fragebogens
- ☐ Einschätzungen von Experten

Informationen aus erster Hand

Open Doors ist ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, das in über 50 Ländern mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit verfolgte und benachteiligte Christen unterstützt, stärkt und ermutigt. Seit Jahrzehnten ist es durch eigene Mitarbeiter in Ländern mit Christenverfolgung präsent und arbeitet zumeist im Verborgenen - «im Untergrund» - konfessionsübergreifend mit den Untergrundkirchen der jeweiligen Länder zusammen. Denn in vielen Staaten können sich Christen aufgrund ihres Glaubens nicht öffentlich versammeln und müssen ihren Glauben geheim halten.

Für den Weltverfolgungsindex befragt Open Doors jährlich zumeist Mitarbeiter, Pastoren und Kirchenleiter vor Ort zur aktuellen Situation sowie Experten. Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum, sondern spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider.

Wenn Informationen aus einem Land nicht erhältlich oder unsicher sind, wirkt sich das in der Platzierung zugunsten des Landes aus - selbst wenn der tatsächliche Grad der Verfolgung möglicherweise höher liegt. Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation «überholt» wird.

Bei der Erhebung werden verschiedene Aspekte der Religionsfreiheit beleuchtet, wie beispielsweise:

Der rechtliche und offizielle Status von Christen

- ☐ Ist Religionsfreiheit einschließlich des Rechts auf öffentliche Versammlungen in der Landesverfassung und/oder Gesetzen verankert?

- ☐ Haben alle Staatsbürger gleiche Rechte und Pflichten?
- ☐ Haben die Bürger das Recht, ungestraft zum Christentum zu konvertieren oder müssen sie befürchten, aufgrund ihres Religionswechsels vor Gericht gestellt zu werden?
- ☐ Gibt es eine verpflichtende Staatsreligion für jeden Bürger?
- ☐ Dürfen Christen ihre Religion öffentlich ausüben? Seite 3 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

- ☐ Bestehen im Land Gesetze gegen Religionswechsel (Anti-Konversionsgesetze) oder Blasphemie zum Schutz einer bestimmten Religion?

Die tatsächliche Situation der im Land lebenden Christen

- ☐ Werden Christen ihres Glaubens wegen verhaftet oder getötet?
- ☐ Werden Christen ihres Glaubens wegen zu Gefängnis- oder Arbeitslagerstrafen verurteilt bzw. in die Psychiatrie eingewiesen?

Reglementierungen durch den Staat

- ☐ Dürfen christliche Literatur und Bibeln im Land gedruckt, verbreitet bzw. eingeführt werden? Gilt dies für jede im jeweiligen Land gesprochene Sprache?
- ☐ Werden christliche Veröffentlichungen zensiert oder verboten?
- ☐ Dürfen Kirchen gebaut, renoviert oder Räume für gemeindliche Zwecke gemietet oder gekauft werden?
- ☐ Müssen sich christliche Gemeinschaften registrieren lassen? Ist dies in einem überschaubaren Zeitraum und unter zumutbaren Bedingungen möglich?

Faktoren, die die Religionsfreiheit in einem Land untergraben können

- ☐ Werden Versammlungsorte von Christen oder deren Häuser angegriffen?
- ☐ Gehen Behörden den Beschwerden und Anzeigen von Christen wegen nicht-staatlicher Übergriffe nach?
- ☐ Ermitteln Sicherheitskräfte bzw. staatliche Stellen nach solchen Übergriffen?
- ☐ Initiieren bzw. unterstützen Medien Hetzkampagnen gegen christliche Minderheiten? Wenn ja, wie geht der Staat damit um?

[zurück zu Inhalt](#)

Weltverfolgungsindex 2012 in Kürze

- Berichtszeitraum für den WVI 2012 ist der 1. November 2010 bis 31. Oktober 2011.
- Nordkorea belegt zum zehnten Mal in Folge Platz 1 in der Rangliste von 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung. Zwischen 50.000 und 70.000 Christen sind dort schätzungsweise in Arbeitslagern eingesperrt.
- Die zehn vorderen Plätze im WVI 2012 belegen: Nordkorea, Afghanistan, Saudi-Arabien, Somalia, Iran, Malediven, Usbekistan, Jemen, Irak und Pakistan.
- Neun dieser Top Ten-Länder sind islamisch geprägt. Nordkorea ist kommunistisch.
- Insgesamt sind 38 Länder im WVI 2012 islamisch geprägt.
- Pakistan ist neu unter den ersten zehn Ländern des WVI 2012 (Vorjahr Platz 11).
- Die größte Veränderung im Index gab es für Sudan (Nord) und Nigeria (Nord). Sudan rückte von Platz 35 auf Platz 16 vor, Nigeria von Platz 23 auf Platz 13.
- Neu im WVI 2012 sind Kasachstan (Platz 45) und Kolumbien (Platz 47).
- Nicht mehr unter den 50 Ländern des WVI sind Russland (teilte sich im WVI 2011 den Platz mit Malaysia), Sansibar

(Tansania) und Sri Lanka. Seite 4 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

- China ist eines der Länder mit niedrigerer Platzierung als im Vorjahr, von Platz 16 im Vorjahr aktuell auf Platz 21. Laos ist nicht mehr unter den Top Ten-Ländern des WVI (von Platz 10 auf Platz 12).

Grund sind Veränderungen in den Platzierungen anderer Länder.

- Von den Ländern des sogenannten «arabischen Frühlings» wurde Ägypten am höchsten eingestuft. Aktuell auf Platz 15, im Vorjahr Platz 19.
- Für den Berichtszeitraum erreichten Open Doors Berichte aus Nigeria über mindestens 300 Christen, die aufgrund ihres christlichen Bekenntnisses getötet wurden. Die Dunkelziffer könnte zwischen 1.000 und 1.500 liegen. In Ägypten wurden 60 Christen getötet, im Irak 38. Aufgrund der Abschottung Nordkoreas gibt es keine genauen Daten über die ermordeten Christen in diesem Land. Auch Hunderte, vermutlich

Tausende von Christen sind im Sudan aufgrund ihres Glaubens umgekommen. In der Kriegs- bzw. Bürgerkriegssituation des Landes ist jedoch eine Schätzung schwierig bis unmöglich.

- Den ausführlichen Bericht zum Weltverfolgungsindex, alle Platzierungen und Zusatzinformationen finden Sie unter www.weltverfolgungsindex.de.

[zurück zu Inhalt](#)

Die ersten zehn Länder im
Weltverfolgungsindex in Kürze

Platz 1: Nordkorea

Zum zehnten Mal in Folge belegt Nordkorea

Platz 1 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) als

das Land, in dem Christen wegen ihres Glaubens

am stärksten verfolgt werden. Auch nach dem

Tod des langjährigen Machthabers Kim Jong Il

im Dezember 2011 und dem damit einhergehenden Führungswechsel geht Open Doors nicht

von einer Verbesserung der Situation für die

Menschen im Allgemeinen und insbesondere für

die Christen aus. In dem abgeschotteten Land

müssen alle Menschen einem strengen Personenkult um den 1994 verstorbenen Staatsgründer Kim Il Sung –
er gilt noch immer als «ewiger

Präsident» - und seinen Sohn Kim Jong Il («geliebter Führer») folgen. Jedwede Regimekritik

oder Auflehnung wird hart bestraft, in der Regel

mit Arbeitslager. Die 200.000 bis 400.000 Christen können ihren Glauben nur im Verborgenen –

im «Untergrund» -und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen leben. Für April 2012 hat die

Regierung zum 100. Geburtstag von Kim Il Sung

ein Fest «epischen Ausmaßes» angekündigt.

Eine Feier, die sich das verarmte Land eigentlich

nicht leisten kann. Das nordkoreanische Volk hat

Hilfe von außen dringend nötig. Einigen Organisationen wurden Hilfsmaßnahmen im Land genehmigt.

Berichten zufolge kam es im WVI-Berichtszeitraum zu zahlreichen Verhaftungen

von Christen. Doch trotz harscher Verfolgung ist

es dem Regime zu keinem Zeitpunkt gelungen,

die Gemeinde Jesu im Untergrund auszulöschen.

Im Gegenteil: Heute sind die Hausgemeinden

besser vernetzt als je zuvor und können sich

gegenseitig ermutigen.

Platz 2: Afghanistan

Das muslimisch geprägte Land rückte einen Platz

nach vorn. Zehn Jahre nach dem Ende des Taliban-Regimes hat sich die Lage insbesondere für

Christen kaum verbessert. Obwohl die Regierung internationale Abkommen unterzeichnet

und sich verpflichtet hat, die Religionsfreiheit zu

schützen, kann sie die grundlegendsten Prinzipien dieses Rechts nicht gewährleisten. Heute

gibt es in Afghanistan keine öffentliche Kirche

mehr. Gefährdet sind vor allem afghanische

Christen muslimischer Herkunft. Sie halten ihren

Glauben geheim. Andernfalls müssen sie als

«Abtrünnige» vom Islam mit der Verfolgung

durch die eigene Familie sowie durch Behörden

und muslimische Geistliche rechnen und im

schlimmsten Fall sogar mit ihrer Ermordung. Auf

einer Internetseite haben die Taliban im Oktober 2011 allen Christen im Land den Vernichtungskampf

angesagt. Insbesondere christliche

Entwicklungshelfer sind im Visier von Aufständischen. Seite 5 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Platz 3: Saudi-Arabien

Wenngleich das streng islamische Land weiter auf einem vorderen Platz steht, gibt es Zeichen der Hoffnung: Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft in dem Königreich nimmt zu. Sie halten ihren Glauben geheim, denn bei Entdeckung droht ihnen die Todesstrafe. SaudiArabien folgt einer sehr strengen Form des sunnitischen Islam: dem Wahhabismus (benannt nach einem religiösen Führer aus dem 18. Jahrhundert). Das herrschende Königshaus sieht sich als Hüter der beiden heiligsten Städte des Islam und damit berufen, durch die strenge Durchsetzung des Islam die Reinheit der Religion zu wahren. Religionsfreiheit gibt es nach dieser Haltung nicht. Auf den Abfall vom Islam (Apostasie) steht die Todesstrafe. Jegliche öffentliche nichtmuslimische Anbetung ist verboten. Öffentliche christliche Kirchen sind nicht erlaubt. Open Doors erreichten Berichte von einigen Christen, die um ihres Glaubens willen körperlich verletzt wurden. Zahlreiche Christen sind aufgrund der anhaltenden Repressionen und Verfolgung bereits aus dem Land geflohen. In einigen Fällen bestand Lebensgefahr. Aufgrund etlicher Verhaftungen im Jahr 2011 ist Saudi-Arabien auf dem WVI um einen Platz vorgerückt.

Platz 4: Somalia

Somalia ist einen Platz nach vorn gerückt. Hauptquelle der Verfolgung ist der islamische Extremismus. Von offizieller Seite her gibt es keine somalischen Christen. Und doch bekennen sich hunderte Somalier muslimischer Herkunft zum christlichen Glauben, den sie jedoch nur heimlich im «Untergrund» ausleben können. Sie sind daher nicht in kirchenähnlichen Strukturen organisiert. Häufig sind die kleinen Hausgruppen verstreut. Die größte bekannte Gemeinschaft dieser Art besteht aus fünf Mitgliedern. Für Eltern ist es zu gefährlich, ihre Kinder christlich zu erziehen. Bei Entdeckung durch Islamisten droht ihnen und ihren Eltern der Tod. Insbesondere die Al Shabaab-Miliz gewinnt an Stärke und kontrolliert weite Teile des Landes im Süden. Zahlreiche Menschen sind aufgrund der Hungersnot sowie aus ethnischen und politischen Gründen, aber auch wegen ihres christlichen Glaubens aus dem Land geflohen. Somalia hat eine Übergangsregierung, die auf dem islamischen Recht (Scharia) basiert. Eine Mäßigung erfährt die strikte Anwendung der Scharia jedoch dadurch, dass die Übergangsregierung die internationale Gemeinschaft braucht, um ihre Macht zu erhalten.

Platz 5: Iran

Die religiös motivierte Verfolgung von Minderheiten im islamisch geprägten Iran hat sich seit dem Jahr 2005 verschlimmert. Über 200 Christen sind im Berichtszeitraum verhaftet worden. Im Oktober 2010 hatte der oberste geistliche Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, in einer öffentlichen Ansprache vor der Gefahr durch wachsende Hauskirchen gewarnt. Auch Geheimdienstminister Heydar Moslehi soll im Oktober und November 2011 vor der Bedrohung durch christliche Hauskirchen und andere christliche Aktivitäten gewarnt haben. Armenische

und assyrische Christen gehören zu den anerkannten religiösen Minderheiten im Iran, denen Religionsfreiheit garantiert wird. Dennoch berichten auch sie von Repressionen und Diskriminierung. Religionswächter bespitzeln Gottesdienste traditioneller, genehmigter Kirchen auf der Suche nach Konvertiten. Traditionellen

Christen ist es zudem verboten, Konvertiten zu unterstützen. Wird diese Anordnung nicht befolgt, droht die Schließung der Kirche. Nach Ansicht der Regierung kann ein Muslim seinen

Glauben nicht wechseln: Ein ethnischer Perser ist und bleibt ein Muslim, so die offizielle Sicht.

Die öffentliche christenfeindliche Rhetorik hochrangiger Amtsträger ist auch für die gestiegene Zahl von Festnahmen von Christen verantwortlich. Zwar kamen die meisten Festgenommenen später wieder frei, doch der Druck auf die Hausgemeinden aus Christen muslimischer Herkunft bleibt unvermindert hoch. Trotz des harten Kurses der Regierung und islamischer Geistlicher gründen Konvertiten jedoch immer neue Hausgemeinden. Konvertiten aus dem Islam bilden die Mehrheit der christlichen Minderheit im Iran. Schätzungsweise mehr als drei Viertel der Christen im Land sind ehemalige Muslime.

Platz 6: Malediven

Die maledivische Regierung sieht sich selbst als Beschützerin und Verteidigerin des Islams. Da jeder Bürger der Malediven zum islamischen Glauben verpflichtet ist, sind alle abweichenden religiösen Überzeugungen streng verboten. Die Regierung unterscheidet nicht zwischen einheimischen und ausländischen Christen. Die wenigen maledivischen Christen muslimischer Herkunft können sich nicht öffentlich versammeln, Seite 6 von 55 www.weltverfolgungsindex.de geschweige denn gemeinsam Gottesdienst feiern. Während die Behörden alle religiösen Aktivitäten, die sie als verdächtig ansehen, genau überwachen, bleibt auch der Druck durch die Gesellschaft außerordentlich hoch. Malediver unterstützen die repressive Politik der Behörden, denn sie sehen Religionsfreiheit lediglich als Freiheit an, den Islam berührende religiöse Themen zu diskutieren. Zum vergangenen Berichtszeitraum hat sich nichts Wesentliches verändert, die Einstufung bleibt dieselbe wie im WVI 2011.

Platz 7: Usbekistan

Zum fünften Mal in Folge ist Usbekistan unter den ersten zehn Ländern im WVI und damit das am höchsten eingestufte zentralasiatische Land.

In dem autoritär regierten Staat setzt das Regime auf Machterhalt. Religiöse Aktivitäten werden genau beobachtet. Behörden und Sicherheitskräfte gehen rigoros gegen jede Art von vermeintlichem Extremismus oder subversiven Aktionen vor. In der jüngeren Vergangenheit waren davon verstärkt christliche Gemeinden betroffen. Nach negativen Medienberichten über Christen wuchs auch in Teilen der Gesellschaft die Feindseligkeit gegenüber Christen muslimischer Herkunft. Die Überwachung christlicher Aktivitäten ist intensiviert worden. Aktivitäten staatlich nicht registrierter Gemeinden sind streng verboten; dazu gehören auch Jugendprojekte und soziales Engagement sowie Schulungen von Pastoren etc. Treffen im privaten Kreis werden geduldet. Bibelstunden oder Gebetsversammlungen stehen jedoch immer in der Gefahr, von Sicherheitskräften unterbunden

zu werden. Auch staatlich anerkannte Gemeinden leiden unter zunehmenden Hausdurchsuchungen. Gemeindemitglieder wurden mit Geldbußen belegt und schikaniert. Insbesondere Jugendveranstaltungen stehen im Visier staatlicher Behörden; christliche Jugendliche werden eingeschüchtert. In den vergangenen zehn Jahren wurde nur einer einzigen christlichen Gemeinde die Registrierung gewährt. Die Einfuhr von Bibeln und anderer christlicher Literatur ist verboten, ebenso wie die Herstellung im Land selbst.

Platz 8: Jemen

Der Jemen ist politisch sehr instabil. Terroristische Bewegungen und die regierungskritischen Proteste im Jahr 2011 haben die Lage weiter verschlechtert. Mehrfach kam es zu Entführungen von Ausländern. Gewöhnlich endeten sie mit Lösegeldzahlungen. Vier der im Juni 2009 verschleppten neun ausländischen Christen werden weiterhin vermisst. Aufgrund der unruhigen und gewaltbelasteten Lage im Jemen hatte Open Doors nur eingeschränkt Zugang zu dem Land. Dies hat zur Folge, dass weniger Informationen über die Situation der Christen verfügbar sind. Daher hat sich die Einstufung des Jemen im Jahresvergleich um einen Platz verbessert.

Platz 9: Irak

Der Exodus irakischer Christen hält weiter an. In den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der Christen im Land dramatisch abgenommen. Instabilität, Konflikte zwischen den religiösen Ethnien, Bombenanschläge und anhaltender Terror gegen religiöse Minderheiten beherrschen die Berichte aus dem Irak. Die irakische Regierung ist nicht im Stande, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen und ein Mindestmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Die Korruption steigt auf allen Ebenen stark an. Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion und Quelle der Gesetzgebung. Kein Gesetz darf gegen die Lehren des Islams und die anerkannten Überlieferungen verstoßen. Demnach leben Muslime, die Christen geworden sind, gefährlich. Denn nach islamischer Rechtsauffassung muss die Abkehr vom Islam bestraft werden. Hierfür kann die Todesstrafe verhängt werden, was im Irak von staatlicher Seite bisher aber nicht geschehen ist. Weiter wird verfassungsrechtlich Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit für alle Bürger garantiert - explizit erwähnt werden dabei Christen, Yeziden und Mandäer (Sabäer). Wenngleich der Terror vonseiten islamischer Extremisten anhält, gab es weniger Berichte über Opfer als im vergangenen Berichtszeitraum. Jedoch werden Christen weiter bedroht, beraubt, vergewaltigt oder entführt sowie Kirchen angegriffen. Eine neue Entwicklung ist die Verschlechterung der Lage der Christen im nördlichen Teil des Landes, in den Autonomen Kurdengebieten. Dort ist die Gewalt gegen Christen auf dem Vormarsch. Die Hauptursache liegt auch hier im islamischen Extremismus. Seite 7 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Platz 10: Pakistan

Für traurige Schlagzeilen sorgte Pakistan im Jahr 2011 nicht nur wegen der Ermordung zweier hochrangiger Politiker, die die berüchtigten Blasphemiegesetze kritisiert hatten. Christen sind in dem islamisch geprägten Land schon lange eine bedrängte Minderheit. Sie machen nahezu drei Prozent der Bevölkerung aus. Alle anderen sind Muslime. Morddrohungen gehören für Pastoren und Gemeindeleiter zum Alltag.

Fast jeden Monat kommt es zu tätlichen Angriffen und der Beschädigung kirchlicher Immobilien. Der Druck kommt von mehreren Seiten.

Islamische militante Organisationen und eine auf den Regeln des Islams basierende Kultur machen sie zu Bürgern zweiter Klasse. Gleichzeitig gewährt ihnen Pakistans Gesetzgebung eine gewisse Freiheit, etwa Kirchen zu betreiben. Die christliche Minderheit wächst. Immer wieder treten einzelne Muslime christlichen Gemeinden bei, insgesamt in bemerkenswerter Zahl. Doch der Trend zeigt eine Verschlechterung der Lage für Christen in Pakistan. In diesem WVI rückt es unter die zehn ersten Länder vor.

zurück zu InhaltSeite 8 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Weltverfolgungsindex 2012

www.weltverfolgungsindex.de

Berichtszeitraum 1. November 2010 bis 31. Oktober 2011

Platz Land Punkte 2012

1

Punkte 2011 Platz 2011 Trend

2

Abweichung

3

1. Nordkorea 88,0 90,5 1. 2,5- 0

2. Afghanistan 67,5 66,0 3. 1,5+ 0

3. Saudi-Arabien 67,5 64,5 4. 3,0+ 0

4. Somalia 66,5 64,0 5. 2,5+ 0

5. Iran 66,0 67,5 2. 1,5- 2

6. Malediven 63,0 63,0 6. 0 0

7. Usbekistan 61,0 57,5 9. 3,5+ 0

8. Jemen 58,5 60,0 7. 1,5- 5

9. Irak 57,0 58,5 8. 1,5- 0

10. Pakistan 56,5 55,5 11. 1,0+ 0

11. Eritrea 56,0 55,0 12. 1,0+ 0

12. Laos 55,5 56,0 10. 0,5- 0

13. Nigeria (Nord) 55,0 44,0 23. 11,0+ 0

14. Mauretanien 54,0 53,5 13. 0,5+ 0

15. Ägypten 53,5 47,5 19. 6,0+ 0

16. Sudan 53,5 37 35. 16,5+ 0

17. Bhutan 51,0 53,5 14. 2,5- 0

18. Turkmenistan 50,5 51,5 15. 1,0- 0

19. Vietnam 49,5 48,0 18. 1,5+ 0

20. Tschetschenien 49,5 47,0 20. 2,5+ 0

21. China 48,5 48,5 16. 0 0
22. Katar 47,0 48,5 17. 1,5- 2
23. Algerien 46,5 45,0 22. 1,5+ 0
24. Komoren 45,5 46,5 21. 1,0- 0
25. Aserbajdschan 45,5 43,5 24. 2,0+ 0
26. Libyen 42,0 41,0 25. 1,0+ 0
27. Oman 42,0 41,0 26. 1,0+ 2
28. Brunei 42,0 39,5 29. 2,5+ 1,5
29. Marokko 41,0 39,5 31. 1,5+ 0
30. Kuwait 40,5 40,0 28. 0,5+ 0
31. Türkei 40,5 39,5 30. 1,0+ 0
32. Indien 40,5 39,0 32. 1,5+ 0
33. Burma/Myanmar 39,0 40,0 27. 1,0- 0
34. Tadschikistan 39,0 38,0 33. 1,0+ 0
35. Tunesien 39,0 35,0 37. 4,0+ 0
36. Syrien 39,0 34,5 38. 4,5+ 3
37. Vereinigte Arabische Emirate 38,5 37,5 34. 1,0+ 2
38. Äthiopien 36,0 30,0 43. 6,0+ 0
39. Dschibuti 33,5 33,5 39. 0 0
40. Jordanien 33,5 33,5 40. 0 2
41. Kuba 33,5 33,5 41. 0 0
42. Weißrussland 33,5 32,0 42. 1,5+ 0
43. Indonesien 31,5 26,5 48. 5,0+ 0
44. Palästinensergebiete 31,0 29,5 44. 1,5+ 5,5
45. Kasachstan 30,5 - - 0
46. Bahrain 30,0 28,5 45. 1,5+ 7,5
47. Kolumbien 30 - - 0
48. Kirgisistan 29,5 28,5 46. 1,0+ 0
49. Bangladesch 27,5 27,5 47. 0 1
50. Malaysia 27,0 22,5 50. 4,5+ 0

fünf oder mehr Punkte höher

Höhere Platzierung

Keine Veränderung in der Platzierung

Niedrigere Platzierung aber gleich oder mehr Punkte

Niedrigere Platzierung und weniger Punkte

Neu in der Liste

[zurück zu Inhalt](#)

1

Punkte: 0= völlige Freiheit 100= totale Unterdrückung

2

Trend: „+“= Punkte höher als im Vorjahr / „-“= Punkte niedriger / „0“= keine Punkteveränderung

3

Abweichung: evtl. aufgrund fehlender oder nicht bestätigter Informationen nicht vergebene PunkteSeite 9 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Informationen zu den einzelnen Ländern

1. Nordkorea

2. Afghanistan

3. Saudi-Arabien

4. Somalia

5. Iran

6. Malediven
7. Usbekistan
8. Jemen
9. Irak
10. Pakistan
11. Eritrea
12. Laos
13. Nigeria (Nord)
14. Mauretanien
15. Ägypten
16. Sudan
17. Bhutan
18. Turkmenistan
19. Vietnam
20. Tschetschenien
21. China
22. Katar
23. Algerien
24. Komoren
25. Aserbaidshan
26. Libyen
27. Oman
28. Brunei
29. Marokko
30. Kuwait
31. Türkei
32. Indien
33. Burma/Myanmar
34. Tadschikistan
35. Tunesien
36. Syrien
37. Vereinigte Arabische Emirate
38. Äthiopien
39. Dschibuti
40. Jordanien
41. Kuba
42. Belarus/Weißrussland
43. Indonesien
44. Palästinensergebiete
45. Kasachstan
46. Bahrain
47. Kolumbien
48. Kirgisistan
49. Bangladesch
50. Malaysia
- Nordkorea Platz 1

Zum zehnten Mal in Folge belegt Nordkorea Platz 1 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) als das Land, in dem Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt werden. Auch nach dem Tod des langjährigen Machthabers Kim Jong Il im Dezember 2011 und dem damit einhergehenden Führungswechsel geht Open Doors nicht

von einer Verbesserung der Situation für die Menschen im Allgemeinen und insbesondere für die Christen aus.

In dem abgeschotteten Land müssen alle Menschen einem strengen Personenkult um den 1994 verstorbenen Staatsgründer Kim Il Sung – er gilt noch immer als «ewiger Präsident» - und seinen Sohn Kim Jong Il («geliebter Führer») folgen. Jedwede Regimekritik oder Auflehnung wird hart bestraft, in der Regel mit Arbeitslager. Die 200.000 bis 400.000 Christen können ihren Glauben nur im Verborgenen - im «Untergrund» - und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen leben. Zwischen 50.000 bis 70.000 Christen sind in Arbeitslagern eingesperrt, also nahezu ein Viertel aller Christen in Nordkorea.

Noch vor einhundert Jahren galt Nordkorea Hauptstadt Pjöngjang mit ihren einhundert Kirchen als das «Jerusalem des Ostens». Unter dem Staatsgründer Kim Il Sung verschwanden jedoch in kurzer Zeit über 2.000 Gemeinden. Die Mutter von Kim Il Sung soll eine presbyterianische Diakonin gewesen sein. Der Personenkult um die Kim-Dynastie wird von jedem Nordkoreaner gefordert. Der Sohn des verstorbenen Kim Jong Il, Kim Jong Un, wird offiziell bereits als der «Große Nachfolger» gefeiert. Ausländische Besucher Nordkoreas sahen im vorigen Jahr in der Hauptstadt Pjöngjang Spruchbänder mit der Aufschrift: «Der ewige Vater ist immer bei uns». Für April 2012 hat die Regierung zum 100. Geburtstag Kim Il Sungs ein Fest «epischen Ausmaßes» angekündigt. Eine Feier, die sich die verarmte Nation nicht leisten kann. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind derzeit sechs Millionen Menschen – ein Viertel der Bevölkerung – akut

Seite 10 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

von Hunger bedroht. Seit Jahren leiden die Menschen unter der Lebensmittelknappheit aufgrund von Misswirtschaft, Naturkatastrophen und der Bereicherung durch die Elite. Es wird erwartet, dass der Ende 20-jährige Kim Jong Un die Nachfolge seines verstorbenen Vaters Kim Jong Il antreten wird. Kim Jong Un soll gesagt haben, ihm würden rund 30 Prozent der Bevölkerung genügen, um zu überleben. Zudem soll er hinter der Aussendung von hundert zusätzlichen Spionen nach China stehen, die die Aufgabe haben, christliche Netzwerke zu infiltrieren, um nordkoreanische Flüchtlinge aufzugreifen. Berichten zufolge ermordeten Spione im August 2011 in Dangdong (China) einen südkoreanischen christlichen Missionar. Die nach offizieller Darstellung herrschende Religionsfreiheit wird ausländischen Besuchern in Form von vier Kirchen in der Hauptstadt vorgetäuscht: Zwei Kirchen sind protestantisch, eine katholisch und eine russisch-orthodox. Doch die Gottesdienste in Pjöngjang sind lediglich eine Touristenattraktion.

Die harsche Verfolgung der Christen hält an. Sie haben in Nordkorea keinerlei Existenzberechtigung. Christen, die sich nur heimlich im Untergrund versammeln, stehen immer in der Gefahr,

entdeckt zu werden. Ihnen drohen Gefängnis, Arbeitslager oder die Hinrichtung. Berichten zufolge wurden im vorigen Jahr viele Christen verhaftet. Aus Sicherheitsgründen können hierzu keine weiteren Angaben gemacht werden.
zurück zu Länderübersicht

Afghanistan Platz 2:

Aufgrund einer weiteren Verschlechterung der Lage hat sich die Gesamtpunktzahl für Afghanistan leicht erhöht. Das muslimisch geprägte Land rückt einen Platz nach vorn. Zehn Jahre nach dem Ende des Taliban-Regimes hat sich die Lage insbesondere für Christen kaum verbessert.

Obwohl die Regierung internationale Abkommen unterzeichnet und sich dabei verpflichtet hat, die Religionsfreiheit zu schützen, kann sie die grundlegenden Prinzipien dieses Rechts nicht gewährleisten.

Heute gibt es in Afghanistan keine öffentliche Kirche mehr. Über die Zahl der Christen in Afghanistan liegen Open Doors nur Schätzungen vor. Der überwiegende Teil sind Ausländer. Viele von ihnen arbeiten für Hilfsorganisationen (NGOs), weitere sind in Afghanistan in verschiedenen Funktionen tätig. Hauptsächlich sind es katholische und evangelische Christen. Christliche Hilfsorganisationen sind im Land noch erlaubt, wenngleich ihre Aktivitäten überwacht werden.

Alle afghanischen Christen haben einen muslimischen Hintergrund. Sie sind im hohen Maß gefährdet und halten ihren Glauben geheim.

Andernfalls müssen sie als «Abtrünnige» vom Islam mit der Verfolgung durch die eigene Familie sowie durch Behörden und muslimische Geistliche rechnen und im schlimmsten Fall sogar mit ihrer Ermordung – es sei denn sie kehren wieder zum Islam zurück. Zusammenkünfte in Privatwohnungen sind möglich, erfordern jedoch große Vorsicht.

Die Einstellung der afghanischen Regierung gegenüber entdeckten Konvertiten aus dem Islam ist feindselig. Um die Apostaten zurück zum islamischen Glauben zu bringen, werden alle Mittel angewendet. So kamen zwei inhaftierte afghanische Christen im Berichtszeitraum nur aufgrund enormer internationaler Bemühungen

wieder frei. Sobald die Identität eines afghanischen Christen bekannt wird, ist ein Verbleib in seinem Heimatland für ihn kaum möglich. Die massive Feindseligkeit Christen gegenüber ist jedoch nicht auf die Behörden beschränkt.

Die Taliban waren zwar eine Zeit lang geschwächt, doch die Terroristengruppe findet gegenwärtig zu neuer Stärke zurück. Auf einer Internetseite hat die Gruppierung im Oktober

2011 allen Christen im Land den Vernichtungskampf angesagt. Insbesondere christliche Entwicklungshelfer sind im Visier von Aufständischen, da ihnen unterstellt wird, Muslime zum christlichen Glauben bekehren zu wollen. Die Taliban benannten in der Internetbotschaft rund 200 Organisationen. Im August 2011 wurden in der Provinz Parwan, nördlich von Kabul, zwei deutsche Entwicklungshelfer verschleppt und erschossen.

Weitere Berichte über Entführungen und andere

Widerstände lassen kaum Hoffnung auf Verbesserungen für die Christen in Afghanistan zu. In

Paschtunen-Gebieten ist der Druck auf NichtMuslime sogar noch intensiver als in anderen

www.weltverfolgungsindex.de

Gegenden des Landes. In den kommenden Jahren werden die internationalen Streitkräfte ihren Abzug aus dem Land fortsetzen. Das könnte zu einem stärkeren Taliban-Einfluss führen, der höchstwahrscheinlich eine weitere Verschlechterung für Minderheitengruppen, darunter Christen, nach sich ziehen würde.

zurück zu Länderübersicht

Saudi-Arabien Platz 3:

Die Verfassung des streng islamischen Königreichs auf der Arabischen Halbinsel enthält keinerlei grundlegende Gesetze oder Regeln für die Ausübung nicht-islamischer Religionen. Religionsfreiheit existiert nicht in dem wahhabitischen Königreich, das seinen Bürgern nur die

Zugehörigkeit zu einer einzigen Religion gestattet: dem Islam. Die freie Wahl des persönlichen Glaubens oder gar ein Religionswechsel sind verboten. Das Rechtssystem basiert auf dem islamischen Recht, der Scharia. Apostasie, der

Übertritt eines Muslims zu einer anderen Religion, ist ein todeswürdiges Verbrechen, dessen Ahndung nur durch den Widerruf des «Abtrünnigen» vermieden werden kann. Ehemalige Muslime müssen befürchten, Opfer von «Ehrenmorden» zu werden, falls ihre Familie oder ihr gesellschaftliches Umfeld ihren neuen Glauben entdeckt.

Zwar erkennt die Regierung das Recht von

Nicht-Muslimen an, Gottesdienste im privaten

Rahmen zu halten, doch die allgegenwärtige

Religionspolizei «Mutawwa» respektiert dieses

Recht oft nicht. Die öffentliche Ausübung nichtmuslimischer Anbetung ist untersagt. NichtMuslimen, die an derartigen Aktivitäten beteiligt

sind, drohen Verhaftung, Inhaftierung, Auspeitschung, die Abschiebung und Misshandlung.

Die meisten Christen in Saudi-Arabien sind Gastarbeiter mehrheitlich von den Philippinen. Abgesehen

davon, dass diese ausländischen Arbeiter ausgebeutet und schlecht bezahlt werden,

sind die Christen unter ihnen wegen ihres Glaubens regelmäßig verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt.

Als Hausangestellte werden

Frauen nicht selten Opfer von Vergewaltigung,

wenn sie sich nicht zum Islam bekehren.

Open Doors erreichten einige Berichte von

Christen, die um ihres Glaubens willen misshandelt wurden. Die Gesamtzahl der Menschen, die

diese Art von Verfolgung erleben, liegt wahrscheinlich sehr viel höher. Jedoch dringen Informationen über die Lage der Christen nur sehr

spärlich aus dem verschlossenen Königreich

nach außen. Viele sind aufgrund der anhaltenden Repressionen und Verfolgung bereits aus

dem Land geflohen. In einigen Fällen bestand

Lebensgefahr.

Der 31-jährige Yohan Nese und der 28-jährige

Vasanth Sekhar Vara, zwei indische Gastarbeiter, wurden im Januar 2011 festgenommen. Sie

hatten an einem Gebetstreffen mit anderen

indischen Staatsbürgern teilgenommen. Man

beschuldigte die beiden der Bekehrung von

Muslimen hin zum christlichen Glauben. Die

Religionspolizei verhörte und misshandelte sie

im Polizeigewahrsam. Nach sechs Monaten unter prekären Haftbedingungen wurde zunächst

Vasanth Sekhar Vara entlassen. Am 12. Juli kam

auch Yohan Nese wieder frei. Beide kehrten

nach Indien zurück. Am 12. Februar wurde ein

Gastarbeiter in Dschidda verhaftet, nachdem er in der Nähe einer Moschee mit Muslimen über Glaubensthemen diskutiert hatte. Zuerst sah er sich mit der Todesstrafe konfrontiert, doch schließlich wurde er in sein Heimatland abgeschoben. Aufgrund der Verhaftungen erhöhte sich die Gesamtpunktzahl für Saudi-Arabien. Trotz der Durchführung der zweiten Kommunalwahlen des Landes am 29. September 2011 erwartet das Forschungsinstitut «Economist Intelligence Unit» (EIU) vor 2016 keine demokratischen Reformen oder einen Schritt in Richtung eines gewählten Parlaments. Sollte sich die politische Lage nicht ändern, ist auch nicht mit einer Verbesserung der Situation für die Christen zu rechnen. Doch wenngleich das streng islamische Land weiter auf einem vorderen Platz steht, gibt es Zeichen der Hoffnung: Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft in dem Königreich nimmt zu. Nicht wenige sind durch christliche Fernsehsendungen via Satellit zum Glauben gekommen. Dies bezeugen unter anderem Zuschauerreaktionen. Gerade die Zunahme der Christen muslimischer Herkunft und der erstaunliche Mut, mit dem sie ihren Glauben weitergeben, werden religiöse Eiferer antreiben, dieser Entwicklung vehement entgegenzutreten. Es wird daher in naher Zukunft von einer Zunahme der Verfolgung und Unterdrückung ausgegangen. zurück zu Länderübersicht Seite 12 von 55 www.weltverfolgungsindex.de

Somalia Platz 4:

Die Lage für Christen in dem Land am Horn von Afrika ist insgesamt kritischer geworden. Somalia ist einen Platz nach vorn gerückt. Hauptquelle der Verfolgung ist der islamische Extremismus. Nach offizieller Ansicht gibt es keine einheimischen Christen in dem ostafrikanischen Land. Und doch bekennen sich etliche Somalier muslimischer Herkunft zum christlichen Glauben, den sie jedoch nur heimlich im «Untergrund» ausleben können. Statt kirchenähnlicher Strukturen sind sie in kleinen Hausgruppen organisiert, die jedoch weit verstreut sind. Die größte bekannte Gemeinschaft dieser Art besteht aus fünf Mitgliedern. Für Eltern ist es zu gefährlich, ihre Kinder christlich zu erziehen. Bei Entdeckung durch Islamisten droht ihnen und ihren Eltern der Tod. Viele Menschen sind aufgrund der Hungersnot sowie aus ethnischen und politischen Gründen, aber auch wegen ihres christlichen Glaubens aus dem Land geflohen. Somalia hat eine Übergangsregierung, die auf dem islamischen Recht (Scharia) basiert. Die strikte Anwendung des islamischen Rechts erfährt jedoch dadurch eine Mäßigung, dass die Übergangsregierung die internationale Gemeinschaft braucht, um ihre Macht zu erhalten. Mehrere Christen wurden im Berichtszeitraum entführt und brutal ermordet. Insbesondere die Al Shabaab-Miliz gewinnt an Stärke und kontrolliert weite Teile des Südens. In dem Land gibt es zwar definierte Gebiete, allerdings sind einige Grenzen umstritten. Im autonomen, wenn auch

nicht international anerkannten, Somaliland im Norden konnte die islamisch-extremistische Gruppe Al Shabaab noch keinen Fuß fassen. Die Lage in Puntland im Nordosten ist vergleichbar mit der in Somaliland. Doch aufgrund weitgehender Gesetzlosigkeit ist Puntland ein Rückzugsort für Piraten und Kämpfer der Al Shabaab.

Unter den islamistischen Gruppierungen gewinnt insbesondere Al Shabaab an Stärke. In den von den Radikalen kontrollierten Gebieten sind Christen muslimischer Herkunft äußerst gefährdet. Die Terrorgruppe will in ganz Somalia eine strenge Anwendung des islamischen Gesetzes (Scharia) erreichen und die Übergangsregierung stürzen. Durch die Verbindung zum Terrornetzwerk Al Kaida ist die somalische Gruppe stark radikalisiert worden. Ihre Unterstützung unter der örtlichen Bevölkerung schwindet jedoch langsam; besonders nachdem Al Shabaab ausländische Helfer an der Versorgung von Hungerleidenden hinderte. Erklärtes Ziel der Terrorgruppe ist es, Christen in den von ihr kontrollierten Landesteilen auszulöschen.

In einer derartigen Lage ist die Gefährdung von Christen und Anhängern anderer Minderheitenreligionen extrem hoch.

Die Übergangsverfassung «Transitional Federal Charter of the Somali Republic» sieht Religionsfreiheit vor, aber in der Praxis wird dieses Recht wenig respektiert. Denn die Charta etabliert

auch den Islam als nationale Religion, so dass kein Gesetz dem Islam widersprechen darf. Die international anerkannte Übergangsregierung

«Transitional Federal Government» (TFG) gründet ihre Politik ebenso wie ihre Vorgänger auf eine strenge Interpretation des islamischen

Rechts. Je stärker die Politik der TFG gegen

Christen gerichtet ist, desto mehr Rückhalt erfährt sie von muslimischen Extremisten.

Die TFG erlaubt Christen in Somalia keine öffentliche Ausübung ihres Glaubens. Dennoch scheint die Regierung Beobachtungen zufolge nicht sehr

aktiv gegen Christen vorzugehen. Ihr Machtbereich beschränkt sich jedoch lediglich auf die Hauptstadt Mogadischu. Fast ganz Südsomalia

wird von der Al Shabaab kontrolliert. Bis August

2011 kontrollierte die TFG nur zehn Prozent von

Mogadischu. Internationalen Streitkräften ist es

gelingen, über 95 Prozent der Stadt einzunehmen. Der Einfall kenianischer Truppen in Somalia hat Al Shabaab aus der Hauptstadt zurückgedrängt.

Open Doors erwartet für Somalia keine Verbesserung der Lage, weder kurz- noch langfristig.

Christen sind als Anhänger einer Minderheitenreligion im Allgemeinen und unter den herrschenden Umständen im Besonderen extrem

gefährdet. Wenn es den Streitkräften der Übergangsregierung -unterstützt von internationalen Kräften – gelingt, ihren Machtbereich auszuweiten und Al Shabaab zurückzudrängen, könnte sich die Lage etwas bessern.

zurück zu LänderübersichtSeite 13 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Iran Platz 5:

Die religiös motivierte Verfolgung von Minderheiten im islamisch geprägten Iran hat sich seit dem Jahr 2005 verschlimmert. Sie zielt insbesondere auf die Baha'i, auf Sufi-Muslime und auf Christen muslimischer Herkunft ab.

Armenische und assyrische Christen gehören zu den anerkannten religiösen Minderheiten im Iran, denen Religionsfreiheit garantiert wird.

Dennoch berichten auch sie von Repressionen und Diskriminierung. Religionswächter bespitzeln Gottesdienste traditioneller, genehmigter Kirchen auf der Suche nach Konvertiten. Ihnen ist es zudem verboten, Konvertiten zu unterstützen. Wird diese Anordnung nicht befolgt, droht die Schließung der Kirche.

Nach Ansicht der Regierung kann ein Muslim seinen Glauben nicht wechseln: Ein ethnischer Perser ist und bleibt ein Muslim, so die offizielle Sicht.

Der Islam ist im Iran Staatsreligion. Alle Gesetze und Vorschriften müssen mit der offiziellen Interpretation der Scharia (islamisches Recht) übereinstimmen. Armenische und assyrische Kirchengemeinden dürfen ihre Mitglieder nur in ihrer eigenen Sprache unterweisen. Die gängige Auslegung der Scharia sieht die Todesstrafe für jeden Muslim vor, der den Islam verlässt, um einen anderen Glauben anzunehmen.

Doch trotz des harten Kurses der Regierung und islamischer Geistlicher gründen Konvertiten immer neue Hausgemeinden. Christen muslimischer Herkunft bilden die Mehrheit der christlichen Minderheit im Iran, die derzeit schätzungsweise 460.000 Gläubige umfasst. Mehr als drei Viertel der Christen im Land sind ehemalige Muslime. Sie sind es, denen die Schärfe der Verfolgung durch das Regime und islamische Geistliche primär gilt.

Konvertiten werden unter Druck gesetzt, verhaftet, verhört und eingesperrt. Doch auch im sozialen und familiären Umfeld können ihr Glaubenswechsel und der damit einhergehende Bruch mit der Familientradition zu Repressionen führen. Berichtet wird von Arbeitsplatzverlust, Behördenwillkür und Verbannung aus dem Familienverband. Während der letzten Monate des Jahres 2010 sowie Anfang 2011 kam es zu Massenverhaftungen von Christen. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum über 200 Personen festgenommen. Diese Zahl entspricht in etwa derjenigen im Berichtszeitraum des vorigen WVI.

Zur jüngsten Verhaftungswelle führten öffentliche christenfeindliche Äußerungen hochrangiger religiöser und politischer Amtsträger. Im Oktober 2010 hatte der oberste geistliche Führer des Irans, Ayatollah Ali Khamenei, in einer öffentlichen Ansprache zum ersten Mal vor der Gefahr durch wachsende Hauskirchen gewarnt. Auch Geheimdienstminister Heydar Moslehi warnte vor der Bedrohung durch christliche Hauskirchen und andere christliche Aktivitäten. Seinen Aussagen zufolge haben «seine Agenten» hunderte von Untergrundgruppen entdeckt, u. a. 200 in der für Muslime heiligen Stadt Mashhad.

Als Reaktion auf die Festnahme von Christen kündigte der Provinzgouverneur von Teheran, Moreza Tamadon, im Januar 2011 weitere Verhaftungen in naher Zukunft an. Er übte besonders Kritik an der christlichen Mission, als einer «verdorbenen, abweichlerischen Bewegung» und nannte sie «eine kulturelle Invasion des Feindes». Die protestantische Bewegung verglich er mit den Taliban und den Wahhabiten im Islam.

In noch jüngerer Vergangenheit soll der Geheimdienstminister Moslehi im Oktober und

November 2011 vor der Bedrohung durch christliche Hauskirchen gewarnt haben. Er deutete zudem an, dass neue Anstrengungen unternommen würden, dieses Anwachsen der hauskirchlichen Bewegung im Iran zu bekämpfen. Die öffentliche christenfeindliche Rhetorik hochrangiger Amtsträger ist auch für die gestiegene Zahl von Festnahmen von Christen verantwortlich.

Zwar kamen die meisten Festgenommenen später wieder frei, doch der Druck auf Hausgemeinden aus Christen muslimischer Herkunft bleibt unvermindert hoch.

Das Regime hat nach den öffentlichen Unruhen, die den Wahlen von 2009 folgten, an Überzeugungskraft verloren. Im Bemühen, die Aufmerksamkeit von inneren Problemen abzulenken,

geht es zunehmend gegen Christen vor. Etliche Christen muslimischer Herkunft sitzen weiter im Gefängnis. Ihnen droht die Todesstrafe. Doch im aktuellen Berichtszeitraum gab es keine Berichte von Christen, die ihres Glaubens wegen getötet wurden. Seite 14 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Daher kam es zu einer geringen Abnahme der Gesamtpunktzahl für den Iran. Gleichzeitig erhöhten sich die Punkte für andere Länder unter den Top Ten; infolgedessen fiel der Iran von Platz zwei auf Platz fünf zurück.

Dennoch hat sich die Religionsfreiheit für Christen nicht verbessert. Ihre Situation bleibt sehr ernst. Kurzfristig erwartet Open Doors keine Besserung. Die Furcht iranischer Behörden vor einem weiteren Wachstum christlicher Gemeinden ist nicht unbegründet. Schon jetzt bilden Konvertiten die Mehrheit unter iranischen Christen. Die Neugier und das Interesse am Christentum und an anderen nicht-muslimischen Religionen nehmen im Iran stark zu. Besonders junge Menschen sind von der iranischen Regierung und ihrer Vorgehensweise im Namen des Islams (schiitische Richtung) enttäuscht.

zurück zu Länderübersicht

Malediven Platz 6:

Den meisten Menschen sind die Malediven eher als Urlaubsparadies denn als Christenverfolgerstaat bekannt. Doch in dem Inselstaat im Indischen Ozean ist die Ausübung jeder anderen

Religion gesetzlich verboten. Christen werden systematisch verfolgt. Die Regierung betrachtet sich selbst als Hüterin und Verteidigerin des Islams. Kirchen sind verboten; die Einfuhr christlicher Literatur ist untersagt. Nicht-Muslime werden diskriminiert, die gesellschaftliche Kontrolle ist enorm. Hierbei wird nicht zwischen einheimischen und ausländischen Christen unterschieden.

Im Vergleich zum vorigen Berichtszeitraum hat sich die Lage für Christen nicht wesentlich verändert. Punktzahl und Platzierung bleiben im aktuellen WVI gleich. Die kleine Zahl einheimischer Christen muslimischer Herkunft kann sich weiterhin nur im Verborgenen treffen.

99 Prozent der rund 320.000 Einwohner des beliebten Urlaubsziels sind Muslime. Während die Behörden alle religiösen Aktivitäten, die ihnen als verdächtig erscheinen, genau überwachen, bleibt auch der Druck durch die Gesellschaft außerordentlich hoch. Zusätzlich hat die Regierung die Kontrolle aller Medien verstärkt. Die Mehrheit der Bürger unterstützt die repressive Politik gegen nicht-islamische Religionen.

Sie sehen Religionsfreiheit in erster Linie als Freiheit, den Islam berührende religiöse Themen zu diskutieren. Diese Freiheit existierte unter dem ehemaligen Regime nicht.

Im September 2011 hat das Ministerium für Islam-Angelegenheiten das «Gesetz für religiöse Einheit» aus dem Jahr 1994 verschärft und neue Vorschriften erlassen. Demnach ist das Verbreiten nicht-islamischer Lehren verboten. Nur amtlich genehmigte Prediger dürfen in der Öffentlichkeit sprechen. Sie dürfen dabei keinen Hass gegen Anhänger anderer Religionen schüren.

Jede Verletzung des Gesetzes kann mit zwei bis fünf Jahren Haft, der Verbannung oder Hausarrest bestraft werden. Ausländer, die sich hierbei strafbar gemacht haben, werden des Landes verwiesen. Was zunächst positiv klingt, untermauert in Wirklichkeit die bestehende staatliche Politik, die den Islam als untrennbaren Teil der kulturellen Identität der Malediver festschreibt. Die Gesetzgebung, welche die Ausübung einer anderen Religion als des Islams untersagt, wird auf diese Weise noch einmal bestätigt.

Die maledivische Regierung sieht sich als Beschützerin und Verteidigerin des Islams. Das zeigte sich vor Kurzem in der Inhaftierung und Ausweisung eines indischen Lehrers. Der 30-jährige Shijo Kokkattu, katholischer Christ und Lehrer an der Raafainu-Schule auf dem RaaAtoll, wurde bei einer Hausdurchsuchung durch die Polizei Ende September festgenommen. Unter dem Vorwurf, Kokkattu predige Muslimen seinen christlichen Glauben, brachten ihn die Beamten zum Verhör auf eine andere Insel. Shijo Kokkattu arbeitete seit zwei Jahren an der Schule, deren Direktor ihn als «sehr guten Lehrer» bezeichnete. Versehentlich hatte Kokkattu einige christliche Lieder in einem indischen Dialekt sowie ein Marienbild auf den Schulcomputer hochgeladen. Kollegen hatten ihn daraufhin angezeigt.

Im Berichtszeitraum gab es keine Berichte über Christen muslimischer Herkunft, die wegen ihres Glaubens getötet wurden. Doch der Druck auf sie bleibt nach wie vor hoch.

In Anbetracht des strengen Vorgehens der Regierung gegen nicht-islamische Religionen und der damit verbundenen Unterstützung durch die Gesellschaft ist nicht zu erwarten, dass es in den
Seite 15 von 55
www.weltverfolgungsindex.de
kommenden Jahren zu wesentlichen Veränderungen kommen wird.
zurück zu Länderübersicht

Usbekistan Platz 7:

Zum fünften Mal in Folge ist Usbekistan unter den ersten zehn Ländern im WVI 2012 und das am höchsten eingestufte zentralasiatische Land. Die Gesamtpunktzahl hat sich im Vergleich zum vergangenen WVI beträchtlich erhöht.

In dem autoritär regierten Land setzt das Regime auf Machterhalt. Religiöse Aktivitäten werden genau beobachtet. Gegen jede Art von vermeintlichem Extremismus oder subversiven Aktionen gehen Behörden und Sicherheitskräfte rigoros vor. In der jüngeren Vergangenheit waren davon verstärkt christliche Gemeinden betroffen.

Für Christen ist die Ausübung ihres Glaubens im bevölkerungsreichsten Land der Region schwieriger geworden, wenngleich die russischorthodoxe Kirche weniger betroffen zu sein scheint. Nach negativen Medienberichten über Christen wuchs auch in Teilen der Gesellschaft die Feindseligkeit gegenüber Christen muslimischer Herkunft. Die Überwachung christlicher Aktivitäten ist intensiviert worden. Aktivitäten staatlich nicht registrierter Gemeinden sind streng verboten; dazu gehören auch Jugendprojekte und soziales Engagement sowie Schulungen von Pastoren etc. Treffen im privaten Kreis werden geduldet. Bibelstunden oder Gebetsversammlungen stehen jedoch immer in der Gefahr, von Sicherheitskräften unterbunden zu werden.

Auch staatlich anerkannte Gemeinden leiden unter zunehmenden Hausdurchsuchungen. Gemeindemitglieder wurden mit Geldbußen belegt und schikaniert. Insbesondere Jugendveranstaltungen stehen im Visier staatlicher Behörden; christliche Jugendliche werden eingeschüchtert. Zudem können insbesondere Christen vor Gericht keine faire Behandlung erwarten. Einer der Hauptgründe für Hausdurchsuchungen in Kirchen ist das Bestreben der Behörden, jegliche christliche Literatur zu beschlagnahmen. Sicherheitskräfte konfiszieren Bibeln, Gesangbücher und theologische Kommentare ebenso sowie DVDs und Computer. Dadurch werden ganze Gemeindebibliotheken, die ohnehin unter außerordentlich schwierigen Umständen zusammengetragen wurden, entwendet. Weder die Einfuhr von Bibeln und anderer christlicher Literatur ist offiziell erlaubt, noch ihre Herstellung im Lande selbst. Da der Staat auch die Medien kontrolliert und Internetseiten mit religiösem Inhalt blockiert, ist es für Christen schwer, an Bibeln und andere Materialien in irgendeiner Form zu kommen.

In den vergangenen zehn Jahren wurde nur einer einzigen christlichen Gemeinde die Registrierung gewährt. Die amtliche Politik, Christen nicht nur mit Geldstrafen, sondern auch mit kurzen Haftstrafen von drei bis 15 Tagen zu belegen, wird fortgeführt. Die Zahl der Christen, die dieser Behandlung unterworfen werden, hat sich merklich erhöht. Razzien, Drohungen und Einschüchterungen sind nicht auf ein bestimmtes Gebiet im Land beschränkt, sondern werden aus der Hauptstadt Taschkent ebenso gemeldet wie aus ländlichen Gebieten, von Karakalpakstan im Westen bis zum Ferghana-Tal im Osten.

Doch nicht nur die Regierung ist der christlichen Minderheit gegenüber feindselig eingestellt. Der gesellschaftliche Druck insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft ist immens. Andere religiöse Gruppen und sogenannte «Mahalla»-Komitees (Nachbarschaftskomitees) beobachten die Christen und zeigen sie an. Nachbarschaft, Familie und islamische Geistliche sind hier die Hauptquellen der Drangsalierung.

In etlichen Fällen haben Christen muslimischer Herkunft ihren Arbeitsplatz verloren, sobald ihr Glaube öffentlich wurde. In Fernsehprogrammen und Talkshows, aber auch in Zeitungen und

Radiosendungen werden Christen häufig negativ dargestellt. In manchen Fällen wurden die Zuschauer vor Christen gewarnt und Arbeitgeber dadurch veranlasst, christliche Arbeitnehmer zu entlassen. Auf diese Weise haben etliche Familien ihre Einkommensquelle verloren. Die Prognosen für usbekische Christen sind nicht ermutigend. Die Behörden haben begonnen, ihren Griff auf alle Gemeinden zu verstärken. Angefacht durch negative Fernsehberichte, nimmt die Feindseligkeit in Teilen der Gesellschaft zu. Eine große Herausforderung für die Seite 16 von 55 www.weltverfolgungsindex.de

Gemeinde Jesu in Usbekistan ist – neben der Bewältigung der anhaltenden Repressionen – die Ausbildung und Schulung von örtlichen Pastoren. zurück zu Länderübersicht

Jemen Platz 8:

Der Jemen ist politisch sehr instabil. Terroristische Bewegungen und die regierungskritischen Proteste im Jahr 2011 haben die Lage in dem Land im Süden der Arabischen Halbinsel weiter verschlechtert. Viele Ausländer haben den Jemen verlassen. Regelmäßig ist es dort zu Entführungen von Ausländern gekommen, die für gewöhnlich mit Lösegeldzahlungen oder der Haftentlassung von Clan-Angehörigen im Austausch gegen die Freilassung der Entführten endeten. Vier der im Juni 2009 verschleppten ausländischen Christen werden immer noch vermisst. Die jemenitische Verfassung garantiert Religionsfreiheit, erklärt aber gleichzeitig den Islam zur Staatsreligion und die Scharia (islamisches Recht) zur Grundlage aller Gesetzgebung. Ausländern werden einige Freiheiten zugestanden, ihren Glauben zu praktizieren. Schätzungsweise einige tausend Christen leben im Jemen. Die meisten von ihnen sind Ausländer aus westlichen Staaten, Süd- und Ostasien oder arabischen Ländern; hinzu kommen Flüchtlinge zumeist aus Äthiopien. In Aden gibt es für ausländische Christen drei katholische und eine anglikanische Kirche, doch im Norden des Landes sind keine Kirchengebäude gestattet. Jemeniten hingegen dürfen weder zum Christentum noch zu einer anderen Religion übertreten. Konvertiten aus dem Islam droht die Todesstrafe, falls ihr neuer Glaube entdeckt wird. Das Evangelium an Muslime weiterzugeben, ist verboten. Einige Ausländer sind in der Vergangenheit wegen christlicher Aktivitäten des Landes verwiesen worden.

Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft wird auf nur einige hundert geschätzt. Sie erfahren Verfolgung durch staatliche Behörden, die eigene Familie und Sippe sowie extremistische Gruppen, die die «Abtrünnigen» mit dem Tod bedrohen, sollten sie nicht zum Islam zurückkehren. Die wenigen Christen muslimischer Herkunft praktizieren ihren Glauben nur heimlich. Aufgrund der unruhigen und gewaltbelasteten Lage im Jemen war der Informationsfluss zeitweise unterbrochen, so dass insgesamt weniger Informationen über die Situation der Christen erhältlich waren und es zu einer Abweichung von fünf Punkten kommt. Die Gesamtpunktzahl für den Jemen hat sich leicht verringert. Aus diesem Grunde wurde das Land einen Platz niedriger eingestuft. Wie in anderen islamisch geprägten Ländern

gingen auch im Jemen die Bürger auf die Straße und forderten Reformen sowie den Rücktritt des Präsidenten. Sie demonstrierten gegen die hohe Arbeitslosigkeit, die wirtschaftlichen Bedingungen und Korruption. Der Jemen ist das ärmste arabische Land im Nahen Osten. Gravierend sind die weit verbreitete Korruption, das niedrige Bildungsniveau, die Gewalt und die Misswirtschaft im Land. Offiziellen Statistiken zufolge ist jeder dritte Einwohner im Jemen arbeitslos; das betrifft vor allem die jüngere Generation. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Nach drei Jahrzehnten Regierungszeit unterzeichnete am 23. November 2011 der jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh in SaudiArabien ein Abkommen zur Machtübergabe. Er übertrug die Führungsgewalt auf seinen Stellvertreter Abd-Rabbu Mansour Hadi. Im Februar 2012 soll es Präsidentschaftswahlen geben.

Die jemenitische Politik ist außerordentlich komplex. Das Land ist tief gespalten zwischen Saleh-Befürwortern und Gegnern. Der Süden des Landes fordert die Unabhängigkeit. Trotz Salehs Rücktritt besteht die Gefahr, dass der Konflikt, in dem sich schiitische Huthi-Rebellen und sunnitische Islamisten gegenüberstehen, blutiger wird. Eine gemeinsame jemenitische Identität gibt es nicht. In dem Land existiert ein autonomes Clan-System. Zudem operieren Gruppen von Al Kaida-Anhängern im Jemen und Rebellen Gruppen im Norden des Landes.

zurück zu Länderübersicht

Irak Platz 9:

Instabilität, Konflikte zwischen den religiösen Ethnien, Bombenanschläge und anhaltender

Terror gegen religiöse Minderheiten beherrschen die Berichte aus dem Irak. Seite 17 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

Der Exodus von Christen aus dem Irak hält weiter an. Nach Einschätzungen von Open Doors leben heute nur noch etwa 300.000 Christen im Irak, weniger als halb so viele wie im Jahr 1991.

Die meisten gehören traditionellen Kirchen an, wie assyrischen, chaldäischen, katholischen oder armenischen Gemeinden. Zudem gibt es etliche tausend evangelikale Christen. Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft wird auf 2.500 geschätzt.

Seit dem Sturz Saddam Husseins hat sich die

Lage irakischer Christen beträchtlich verschlechtert. Die Gewalt gegen sie ist vielfältig motiviert: religiös, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Irakische Christen sind seit Jahrhunderten in dem Land verwurzelt. Bereits vor

2.000 Jahren gab es in der Region erste Gemeinden – weit vor der Entstehung des Islams.

Heute sind sie der Verfolgung durch kriminelle

Banden und radikale Islamisten ausgesetzt, die

sie als Verbündete des Westens ansehen. Während der westliche Einfluss im Land abnimmt und ausländische Truppen das Land verlassen,

wollen Extremisten offenbar das Land regelrecht

von Christen «säubern» und sie durch Gewaltakte und Einschüchterungen zum Verlassen ihrer

Heimat zwingen. Hunderttausende von Irakern, sowohl Muslime als auch Christen, sind bereits ausgewandert, und noch viel mehr leben als Binnenflüchtlinge vor allem in den kurdischen Gebieten im Norden des Landes.

Die irakische Regierung ist nicht im Stande, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen und ein Mindestmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Die Korruption steigt auf allen Ebenen stark an. Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion und Quelle der Gesetzgebung. Kein Gesetz darf gegen die Lehren des Islams und die anerkannten Überlieferungen verstoßen. Deshalb leben Muslime, die Christen wurden, gefährlich. Denn nach islamischer Rechtsauffassung muss die Abkehr vom Islam bestraft werden. Hierfür kann die Todesstrafe verhängt werden, was im Irak von staatlicher Seite bisher aber nicht geschehen ist. Weiter wird verfassungsrechtlich Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit für alle Bürger garantiert - explizit erwähnt werden dabei Christen, Yeziden und Mandäer (Sabäer). Grundsätzlich wird der Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion in der irakischen Verfassung nicht geregelt. Das macht es für Konvertiten aus dem Islam unmöglich, sich auf Glaubensfreiheit zu berufen.

Die Hauptursache für die Verfolgung liegt im islamischen Extremismus. Analysten sehen eine Hauptursache für den wachsenden Extremismus im Abdriften des Iraks in den Einflussbereich des Irans, während gleichzeitig der Einfluss der USA im Land abnimmt. Irakische Christen fühlen sich von ihrer Regierung nicht ausreichend geschützt. Wenngleich der Terror vonseiten islamischer Extremisten anhält, gab es im abgelaufenen Jahr weniger Berichte über Opfer als im letzten Berichtszeitraum des WVI. Trotz der Verschiebung von einem Platz nach unten, hat sich die Lage für Christen im Irak jedoch keinesfalls verbessert. Christen werden weiterhin bedroht, beraubt, vergewaltigt oder entführt, Kirchen werden angegriffen. Im Berichtszeitraum des WVI 2012 erfuhr Open Doors von 38 getöteten und zwischen 48 und 99 verletzten Christen. Die Zahlen könnten höher liegen. Im vorigen Berichtszeitraum lagen die Zahlen noch darüber: Laut WVI 2011 gab es während dieses Zeitfensters mindestens 90 tote Christen und 230 verletzte, u.a. nach Sprengstoffanschlägen in Bagdad und auf einen Bus mit christlichen Studenten. Auch die Entführungen von Christen haben abgenommen, obwohl es auch weiterhin zu Verschleppungen kommt. Im April 2011 explodierte in der Nähe des Hintereingangs einer katholischen Kirche in der Hauptstadt Bagdad eine Bombe. Mindestens sieben Personen wurden nach der Ostersonntagsmesse verletzt. Die Fenster der Kirche gingen zu Bruch. Im August 2011 wurden in Kirkuk Bombenanschläge auf zwei Kirchen verübt. Etliche Menschen wurden verletzt. In zwei weiteren Kirchen der Stadt fand man Sprengkörper. Einen Monat zuvor war in Kirkuk eine neue Kirche eröffnet worden. Die Anschläge könnten eine Reaktion darauf gewesen sein. Aufgrund der anhaltenden religiös-motivierten Gewalt gegen Christen haben viele das Land verlassen oder sind in die Kurdengebiete im

Norden gezogen. Anfang der 1990er Jahre lebten 850.000 Christen im Irak; im Jahr 2003 waren es nur noch 550.000. Anfang 2010 verblieben noch 345.000 Christen im Land. Genaue Zahlen sind schwierig zu ermitteln, zumal mehr als die Hälfte der noch im Land verbliebenen Seite 18 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Christen als Binnenflüchtlinge (sogenannte IDPs, Internally displaced persons) leben müssen, häufig in den Kurdengebieten oder der Niniveh-Ebene. Heute gibt es schätzungsweise nur noch etwa 300.000 Christen im Irak. Die größte nichtmuslimische Religionsgemeinschaft im Irak steht in der Gefahr, nach 2.000-jähriger Präsenz aus dem Land zu verschwinden.

Der Auszug von Christen aus dem Irak könnte zudem politische und soziale Folgen für die Region haben. Das Forschungsinstitut «Economist Intelligence Unit» erwartet, dass «die Regierung der nationalen Einheit, welche die vier größten politischen Gruppen stellt, weiterhin schwach und gespalten sein wird und einige Blöcke sich zurückziehen werden, um sich der parlamentarischen Opposition anzuschließen.» Man erwartet, dass die Schwäche des Staates den aufständischen Gruppen in die Hände spielen würde, die so ihre Machtbasis ausweiten könnten. Das würde die Lage der Christen weiter verschärfen. All dies wirkt sich auch auf die Kurdenregion im Norden aus, wo viele Christen Zuflucht vor dem Terror gesucht haben. Eine neue beunruhigende Entwicklung ist die Verschlechterung der Lage in eben diesen Autonomen Kurdengebieten. Auch hier ist die Verfolgung mittlerweile auf dem Vormarsch. Die Angriffe islamischer Randalierer vom 2. bis 5. Dezember 2011 auf Geschäfte von Christen und einige vorwiegend christliche Ortschaften im Nordirak zeigen, dass die Zukunft für Christen im gesamten Irak düster ist.

zurück zu Länderübersicht

Pakistan WVI Platz 10:

Für traurige Schlagzeilen im Hinblick auf die Christen in Pakistan sorgte im Jahr 2011 die Ermordung zweier hochrangiger Politiker. Am 2. März 2011 wurde der Minister für Minderheiten und römisch-katholische Christ, Shahbaz Bhatti, in der Hauptstadt Islamabad auf dem Weg zu seiner Arbeit in seinem Dienstwagen beschossen. Er verstarb auf dem Weg ins Krankenhaus. Zu der Tat bekannten sich pakistanische Taliban.

Dem Bekenntnisschreiben zufolge wurde Bhatti wegen seiner Bemühungen exekutiert, das Blasphemiegesetz zu ändern: «Wir werden niemanden verschonen, der sich an Akten der Blasphemie beteiligt», hieß es. Der 42-Jährige war der einzige Christ in der Regierung. Er hatte sich ebenso wie der im Januar getötete Gouverneur der Provinz Punjab Salman Taseer für die Freilassung der wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilten Christin Asia Noreen (bekannt als Asia Bibi) und gegen die berüchtigten Blasphemiegesetze eingesetzt. Nach Aussage eines Gemeindeleiters in Karachi war der Mord an Bhatti «eine der entmutigendsten Taten der vergangenen Jahre für Christen». Die Position Bhattis im Kabinett wurde abgeschafft und der

Posten auf das Niveau der Landesregierungen herabgestuft.

Christen sind in dem islamisch geprägten Land schon lange eine bedrängte Minderheit. Sie machen nahezu drei Prozent der Bevölkerung aus. Alle anderen sind Muslime. Morddrohungen gehören für Pastoren und Gemeindeleiter zum Alltag. Fast jeden Monat kommt es zu tätlichen Angriffen und der Beschädigung kirchlicher Immobilien. Der Druck kommt von mehreren Seiten. Vier weitere Christen wurden im Berichtszeitraum getötet. Zwei von ihnen wurden am 22. März 2011 vor ihrer Kirche in Hyderabad, Provinz Sindh, niedergeschossen. Doch der Trend zeigt eine Verschlechterung der Lage für Christen in Pakistan. In diesem WVI rückt es unter die zehn ersten Länder vor.

Islamische militante Organisationen und eine auf den Regeln des Islams basierende Kultur machen Christen zu Bürgern zweiter Klasse. Gleichzeitig gewährt ihnen Pakistans Gesetzgebung eine gewisse Freiheit, etwa Kirchen zu betreiben. Doch andererseits ist die schwache und korrupte Zentralregierung offenbar weder willens noch fähig, religiöse Minderheiten wie die Christen zu schützen. Pakistanische Christen haben in ihrer Heimat wenige Verbündete. Die Verfolgungsdynamik besteht schon seit vielen Jahren. Einem Bericht des Forschungsinstituts «Pew Research Report» vom Januar 2011 zufolge könnte Pakistan Indonesien noch vor dem Jahr 2030 als Heimat der größten muslimischen Bevölkerung übertreffen.

Doch trotz des feindlichen Klimas wächst die christliche Minderheit in Pakistan. Immer wieder treten einzelne Muslime christlichen Gemeinden bei, insgesamt in bemerkenswerter Zahl.

zurück zu Länderübersicht Seite 19 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Eritrea Platz 11:

Das ostafrikanische Eritrea ist auf dem WVI 2012 einen Platz vorgerückt. Die leichte Verschlechterung der Lage im Land ist hauptsächlich auf eine höhere Anzahl von Übergriffen gegen die kleine Gruppe unabhängiger und staatlich nicht anerkannter Christen zurückzuführen. Präsident Isaias Afewerki's Regierung hat Christen, die sich außerhalb staatlich genehmigter Kirchen versammeln, zu Staatsfeinden erklärt.

In Eritrea leidet aber auch die Glaubensgruppe der Zeugen Jehovas unter aggressiver Verfolgung. Hauptziel der Verfolgung ist derzeit ein kleiner Teil der Gemeinde Jesu in dem ostafrikanischen Land. Doch die Verfolgungslage ist so angespannt, dass in naher Zukunft auch anerkannte Kirchen betroffen sein könnten.

Hauptquelle der Verfolgung ist das autoritäre Regime, das seine Macht erhalten will. Sein Rückhalt in der Bevölkerung ist geschwunden, so dass Christen, die sich außerhalb der staatlichen Zensur versammeln, nicht mehr wie früher verraten werden.

Das Verfolgungsmuster in Eritrea weist deshalb häufig die besondere Dynamik einer staatlich betriebenen Verfolgung auf: Keine spontanen Tötungen durch Einzelpersonen oder von religi-

ösen Führern inspirierte Gruppen, sondern systematisches Handeln durch den Staat. Christen aus der nicht anerkannten Minderheit werden unter Druck gesetzt, damit sie ihre Religion ändern oder verleugnen. Sie werden gefoltert und gezwungen, sich in die staatlich registrierten Denominationen einzureihen.

Zwar ist im vergangenen Jahr kein eritreischer Christ getötet worden, doch starben fünf Christen aufgrund unbehandelter Krankheiten in Haft. Gefangene wurden aus der Haft entlassen, damit sie nicht im Gewahrsam der Regierung sterben. Manchen wurde die medizinische Behandlung verweigert; andere wurden ärztlich nicht angemessen versorgt. Hausgemeindechristen, die entdeckt wurden, kamen ohne ordentliche Gerichtsverhandlung ins Gefängnis. Aufgrund des harten Vorgehens der Regierung im ganzen Land ist es schwer genau festzustellen, wie viele Christen in Haft sind. Derzeit sind nach Open Doors-Schätzungen rund 1.000 Christen aufgrund ihres Glaubens landesweit in Polizeistationen, Militärlagern oder Schiffscontainern unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt. Viele sitzen seit Monaten, manche seit Jahren ohne offizielle Anklage oder Gerichtsverfahren ein.

Im Mai 2002 erklärte Präsident Isaias Afewerki alle Kirchen für illegal – darunter über 30 unabhängige Gemeinden. Nur die Eritreisch-Orthodoxe und die Katholische Kirche sowie die Evangelisch-Lutherische Kirche – die alle bereits seit 1952 im Land vertreten sind – und der Islam sind anerkannt. Seitdem veranlasst die Regierung Kirchenschließungen und verbietet Privatversammlungen. Wer sich außerhalb der staatlich anerkannten Glaubensrichtungen versammelt, z.B. in Privathäusern, kann verhaftet, gefoltert und massiv bedrängt werden, seinen Glauben zu verleugnen. Viele Christen haben seit dem Regierungserlass das Land verlassen. Bei der Mehrzahl der Christen in Eritrea handelt es sich um Menschen, die seit 2002 zum Glauben gekommen sind.

Die Eritreisch-Orthodoxe Kirche ist die größte Konfession in Eritrea und gilt als vergleichsweise regierungsnah; auch sie ist jedoch nicht frei.

Schenkt man einigen Berichten Glauben, so spionieren manche ihrer Mitglieder Aktivitäten nicht anerkannter Christen aus, um sie der Regierung zu melden.

Die christliche Gemeinde wächst an Größe und Stärke. Doch auch die Verfolgung nimmt zu. Seit dem 20. Juni 2011 werden christlichen Gefangenen Besuche und die Versorgung durch Verwandte verweigert. Im vergangenen Jahr wurde ein hartes Durchgreifen bei Hausgemeinden beobachtet, was zur Inhaftierung von mindestens 23 Jugendlichen führte.

Ein neues Niveau der Verfolgung zeigte sich, als die Regierung von orthodoxen und katholischen Priesteramtskandidaten die Teilnahme am Militärdienst forderte. Geistliche sind normalerweise vom Wehrdienst ausgenommen. Der Widerspruch der betroffenen Kirchen war erfolglos, die Jugendlichen wurden zwangsrekrutiert.

Die Regierung ist enttäuscht darüber, dass es ihr trotz des harten Vorgehens gegen die Hausgemeinden nicht vollständig gelungen ist, deren Aktivitäten einzudämmen. Enthüllungen der Internetplattform Wikileaks zufolge, plant die Seite 20 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Regierung, besonders gegen die Leitung solcher Hausgemeinden vorzugehen.

Open Doors erwartet, dass die Verfolgungslage im kommenden Jahr insgesamt unverändert

bleibt. Falls die Regierung jedoch beginnen sollte, anerkannte Gemeinschaften zu verfolgen oder ihre Aktionen gegen Hausgemeinden auszuweiten, könnte dies zum Widerstand gesellschaftlicher Gruppen gegen die staatlichen Aktionen führen und so auch zu einer Abschwächung der Verfolgung beitragen.

zurück zu Länderübersicht

Laos Platz 12:

Das ostasiatische Land ist auf dem WVI 2012

nicht mehr unter den ersten zehn vorderen Ländern. Doch hat sich die Situation für Christen im Laufe des vergangenen Jahres nicht wesentlich

verändert. Das kommunistisch-atheistische Regime und die Behörden üben auf alle Teile der Gesellschaft eine strenge Kontrolle aus. Das betrifft auch religiöse Aktivitäten.

Nur drei christliche Konfessionen sind staatlich anerkannt und haben die Registrierung erhalten:

die Katholische Kirche, die Laos Evangelical Church und die Siebenten-Tags-Adventisten.

Anderen kleineren protestantischen Freikirchen wird die Registrierung verweigert. Die Aktivitäten

nicht registrierter Gemeinden gelten als illegal. Mitglieder von Hausgemeinden und deren Leiter werden unter verschiedenen Vorwänden

verhaftet und zeitweilig in Gewahrsam genommen. Nur sehr vorsichtig können Christen mit anderen über ihren Glauben sprechen, ohne

dabei die staatlich gesetzten Grenzen zu überschreiten.

Der Theravada-Buddhismus ist die von der laotischen Regierung bevorzugte Religion. Die christliche Minderheit wird als «landesfeindlich» eingestuft, da man in ihren Reihen «ausländische Agenten» vermutet. In der Folge kommt es zu

Repressionen durch örtliche Beamte, die willkürlich gegen Christen vorgehen. Staatliche Stellen verhalten sich passiv gegenüber den lokalen

Behörden auf Provinz- und Bezirksebene, die die religiösen Rechte sowie die Rechte ethnischer

Minderheiten einschränken. Zwar hat es in südlichen Gebieten (z. B. in der Provinz Attapeu) einige Fortschritte gegeben, doch in etlichen

Gebieten im Norden des Landes ist es zu einer

verschärften antichristlichen Haltung gekommen, die sich vor allem gegen Christen aus dem Stamm der Hmong richtet.

Lokalbehörden machen sich oft die vorherrschende negative Haltung der Gesellschaft gegenüber Christen zur Rechtfertigung von Überwachungsmaßnahmen zunutze. Häufig beobachten buddhistische Leiter und Dorfschamanen

örtliche Christen genau.

Doch trotz des anhaltenden Druckes von mehreren Seiten und der Unfreiheit wächst die Gemeinde Jesu auch in Laos, vor allem innerhalb

von Stammesgruppen. Daher ist die Verfolgungssituation unter diesen Volksgruppen am

schlimmsten. Die Mehrheit der laotischen Christen sind Stammesangehörige. Vereinzelt werden Christen festgenommen, inhaftiert und bedrängt, ihren Glauben aufzugeben. Das betrifft

besonders Christen aus den Stämmen Katin oder

Hmong. Im April 2011 haben mindestens vier

Hmong-Christen ihr Leben verloren und etliche

weitere wurden verhaftet. Gemeinderäumlichkeiten und andere Besitztümer wurden entweder zerstört oder beschlagnahmt.

Als ermutigendes Zeichen gilt das Eingreifen der Regierung im Fall mehrerer vertriebener christlicher Familien. Die Regierung gab den Familien ein eigenes Stück Land, das sie landwirtschaftlich bestellen können, ihren Kindern wurde der Besuch öffentlicher Schulen erlaubt, und Christen wurden in staatliche Krankenhäuser aufgenommen.

zurück zu Länderübersicht

Nigeria (Nord) Platz 13:

Die Hauptquelle der Verfolgung von Christen im Norden Nigerias ist der islamische Extremismus.

Für den Berichtszeitraum erreichten Open Doors aus Nigeria bestätigte Berichte über mindestens 300 Christen, die aufgrund ihres christlichen Bekenntnisses getötet wurden. Die Dunkelziffer könnte zwischen 1.000 und 1.500 liegen. Auf dem WVI 2012 stieg das westafrikanische Land von Platz 23 auf Platz 13. Das vergangene Jahr war ein Jahr des Terrors für die nigerianischen Christen. Seite 21 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Diese Veränderung wirft ein Schlaglicht auf die strukturelle Entwicklung im Norden des Landes.

Dabei geraten religiöse Minderheiten im Scharia-beherrschten Norden Nigerias in einen Teufelskreis, der sie regelrecht zu ersticken droht.

Ausschlaggebend hierfür sind die beständigen Spannungen zwischen tief im Machtanspruch des Islams verwurzelten gesellschaftlichen Gruppierungen einerseits und der Zentralregierung andererseits.

Die Serien brutaler Angriffe im Berichtszeitraum zeigen, wie anhaltend gefährdet Christen im Norden Nigerias sind. Vor allem die radikalislamische Sekte «Boko Haram» (zu Deutsch: moderne Erziehung ist Sünde) verübte mehrfach brutale Gewalttaten. Kein anderer Name steht so für Verfolgung wie Boko Haram. Die Gruppe wurde 2001 gegründet; im Jahr 2009 wurde sie verboten. Nach Rückschlägen durch den Einsatz der Sicherheitskräfte ist es der Gruppe jedoch gelungen, sich neu zu organisieren. Inzwischen hat sie sich zu einer ernstzunehmenden Bedrohung nicht nur für Christen entwickelt.

Neben Kirchen, Häusern und Geschäften von Christen griffen Mitglieder der Gruppierung auch staatliche Gebäude, Polizeistationen und selbst Moscheen an, die in ihrem Augen zu moderat in ihren Predigten waren.

Am 12. Juni 2011 zündeten Boko Haram Aktivisten in Maiduguri (nordöstlicher Bundesstaat Borno) eine Bombe und töteten etwa 14 Menschen, darunter einen Pastor und seinen Sekretär. Beide wurden auf dem Kirchengelände erschossen. Christliche Gemeindeleiter in Maiduguri sind beunruhigt. Die Regierung sei zu nachlässig, um den Aktivitäten der Terrorgruppe ein Ende zu setzen. Von 2009 bis November 2011 sind über 50 Kirchen von Sektenmitgliedern zerstört und zehn Pastoren getötet worden. Zahlreiche weitere Christen wurden ermordet.

Die in Nigeria entstandene Boko Haram, die sich mit dem Terrornetzwerk Al-Kaida im Magreb

(AQIM) verbündet hat, übernahm auch die Verantwortung für den Bombenanschlag vom 26.

August 2011 in Nigerias Hauptstadt Abuja. Die

Explosion einer Autobombe tötete mindestens

19 Menschen und verletzte viele weitere. Das

Ziel war die Zentrale der Vereinten Nationen.

Dadurch internationalisierte Boko Haram ihren

Kampf gegen den westlichen Einfluss in Nigeria.

Ein anderes Gesicht des extremistischen Islams

in Nordnigeria ist die allgemeine Unterstützung

der Anfeindungen gegen Christen durch breite

Schichten der Gesellschaft. Dies zeigt sich besonders bei dramatischen Übergriffen auf Kirchen oder einzelne Christen.

Die vielen Angriffe und Toten, das ständige Niederbrennen von Häusern oder Kirchen und das

Gefühl, diesen Attacken schutzlos ausgeliefert

zu sein, schüren besonders unter jugendlichen

Christen Rachegedanken. Ende August 2011

übten junge Christen- von muslimischen Jugendlichen provoziert - Vergeltung für den Tod von

drei Christen. Berichten nigerianischer Tageszeitungen zufolge, wurden dabei mehr als zwölf

Muslime getötet und eine größere Anzahl von

Christen verletzt. Auf die christlichen Jugendlichen hatten zuvor entweder Muslime oder

Sicherheitskräfte geschossen.

Nach diesem Vorfall erhielten Christen in Jos,

der Hauptstadt des zentralen Bundesstaates

Plateau, Drohungen aus benachbarten nördlichen Staaten. Open Doors Mitarbeiter in Nigeria

berichteten, die Stimmung sei äußerst angespannt, ja geradezu explosiv. Gewaltbereite

Muslime in der Region würden offenbar auf einen Zwischenfall warten, um «zum Angriff überzugehen».

Im April 2011 gewann Amtsinhaber Goodluck E.

Jonathan von der regierenden volksdemokratischen Partei (PDP), ein Christ, die nigerianische

Präsidentschaftswahl. Jonathans Kandidatur

löste wegen seiner christlichen Überzeugung

eine breite Debatte aus. Ein politisches Abkommen zwischen Muslimen und Christen besagt,

dass ein muslimischer Präsident immer durch

einen christlichen abgelöst werden muss und

umgekehrt. Aus diesem Grund waren die Muslime der Meinung, alle Präsidentschaftsbewerber hätten

Muslime sein müssen. Jonathans Sieg

löste schwere Unruhen in mehreren nördlichen

Bundesstaaten aus. Von Yobe im Nordosten bis

Sokoto im Nordwesten wurden hunderte von

Toten gemeldet. Zahlreiche Kirchen wurden

zerstört.

Die Verbindung der Aktivitäten terroristischer

Gruppen und die breite gesellschaftliche Unterstützung auf der lokalen Ebene für die weitere

Islamisierung Nordnigerias stellt die Gemeinde

Jesu in diesem Teil des Landes vor große Herausforderungen. Das gilt umso mehr, als ein mögli-

Seite 22

von 55
www.weltverfolgungsindex.de

ches Ziel der Fanatiker in der Eliminierung aller

christlichen Präsenz im «Haus des Islams» besteht.

Für den Bundesstaat Plateau, gelegen an der

Grenze zwischen dem vorwiegend muslimischen

Norden und dem christlichen Süden, ist die Gefahr eines Bürgerkrieges sehr groß. Erschwerend

kommt hinzu, dass in dieser Region viele ethnische Gruppen um die Kontrolle von fruchtbarem

Land sowie um politische und wirtschaftliche Macht wetteifern.

Während im Laufe des vergangenen Jahrzehnts der Konflikt in erster Linie religiöse und ethnische Züge trug, liegen seine Wurzeln in den schwelenden wirtschaftlichen und politischen Streitfragen und in der rasanten Bevölkerungszunahme. Die Auswirkung der Entwicklungen in Nordnigeria sowie in Plateau liegt noch im Dunkeln.

Im Norden Nigerias leben unter den etwa 70 Millionen Einwohnern schätzungsweise 27 Millionen Christen. Einem Informanten von Open Doors zufolge «stehen etwa fünf Millionen Christen in den nördlichen Scharia-Staaten unter intensivem Druck».

Aufgrund der herrschenden Strukturen und der ausgeprägten Solidarität unter Muslimen und den einzelnen Scharia-Staaten – noch dazu in einer angespannten sozio-ökonomischen Lage – erwartet Open Doors, dass sich die Verfolgungslage in Nordnigeria verschlechtern wird. Es steht zu befürchten, dass auch Christen aus den bislang ruhigeren Gebieten des Nordens in den Teufelskreis religiös motivierter Gewalt hineingezogen werden.

zurück zu Länderübersicht

Mauretanien Platz 14:

Mauretanien ist nicht oft in den Nachrichten und scheint von der internationalen Gemeinschaft vergessen zu sein. Den Leiden der kleinen christlichen Minderheit in dem Land im Nordwesten Afrikas wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Aufgrund harter staatlicher Restriktionen ist es für christliche Organisationen und Christen im Allgemeinen sehr schwer bis unmöglich, im Lande zu arbeiten.

Nach Somalia, Eritrea und Nord-Nigeria ist Mauretanien das afrikanische Land, das auf dem WVI 2012 von Open Doors am höchsten eingestuft wird.

Auch auf dem Government Restrictions Index des US-Forschungsinstituts PEW-Forum wird das Land als «hoch» eingestuft. Diese Zuordnung besagt, dass religiöse Überzeugungen und Praktiken durch Gesetze, Handlungen und die Politik der Regierung stark eingeschränkt werden.

Mauretanien ist stolz auf seine islamische Identität. Abgesehen vom Islam wird keine andere Religion offiziell anerkannt. Die Verfassung des Landes enthält keinerlei Regelungen zur Religionsfreiheit, und seine Gesetze verbieten den Übertritt zum christlichen Glauben. Die Strafe für Apostasie (Abfall vom Islam) ist der Tod. Daher haben einheimische Christen kaum Möglichkeiten, öffentliche Gottesdienste zu feiern. Einzig in kleinen Hausgemeinden können sie sich treffen. Und selbst dies geschieht aus Sicherheitsgründen nur selten.

Etliche Christen wurden in der letzten Zeit getötet.

Im Jahr 2009 wurde der US-amerikanische

Lehrer Chris Leggett wegen Verbreitung des

Christentums von islamischen Extremisten ermordet. Eine junge Frau - sie war vom Islam zum Christentum übergetreten - starb im Mai 2010.

Ihr Vater und ihre Brüder hatten sie zuvor misshandelt, weil sie sich weigerte, zum muslimischen Glauben zurückzukehren.

2011 hat sich die allgemeine Lage nicht wesentlich verbessert. Berichten zufolge wurden mehrere einheimische Christen muslimischer Herkunft geschlagen. Über Ermordungen von Christen liegen keine Informationen vor. Der Druck

auf Christen hat im Vergleich zum vergangenen

WVI jedoch zugenommen.

In Mauretanien ist der Verfolgungsdruck auf Christen muslimischer Herkunft vonseiten der Familie, Stammesmitgliedern und Leitern örtlicher Moscheen sehr hoch.

Etwas Freiheit genießen christliche Gemeinden von Ausländern, doch selbst für sie ist die Situation schwierig. Für mauretanische Christen ist es völlig unmöglich, ihre Gemeinden registrieren zu lassen; daher müssen sie sich im Geheimen versammeln. Seite 23 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Ein extremistischer Islam ist fraglos der Hauptfaktor bei der zunehmenden Verfolgung in dem Land. In jüngster Zeit ist die extremistisch-islamische Ideologie in Mauretanien immer deutlicher zutage getreten. Wie die von den USA finanzierte Nachrichtenseite «Magharebia»

kürzlich in einem Länderbericht bemerkte, gewinnen Salafisten durch ihre Bemühungen, strenge moralische Regeln durchzusetzen, zunehmend an Einfluss.

Islamisten erzeugen Spannungen und Opposition gegen Christen. Im Dezember 2011 fragten islamistische Parlamentsmitglieder in der Nationalversammlung die Regierung nach ihrer Haltung gegenüber christlichen Organisationen. Das führte zu einer zunehmenden Überwachung christlicher Aktivitäten. Im Juli 2011 forderte der Rat der mauretanischen Imame die Regierung auf, offensichtliche Apostasie und Missionierung zu kriminalisieren.

Darüber hinaus wächst in Mauretanien der Einfluss von Al Kaida im Maghreb (AQIM). Die Gruppe wird von einheimischen Mauretanern unterstützt und beobachtet Christen in dem Land. Nördliche Regionen sind zunehmend unter der Kontrolle extremistischer Muslimgruppen, die zumeist Verbindung zum Terrornetzwerk Al Kaida haben.

Verglichen zum vorigen WVI verschlechterte sich die Lage im Land, wenn auch nicht dramatisch. Auf dem WVI 2012 ist das Land um eine Position abgestiegen, da andere Länder vorgerückt sind. Die Punktzahl ist aufgrund einer leichten Zunahme der Verfolgung sogar gestiegen.

Das zumeist aus Wüsten bestehende Land wird von einem stark repressiven Regime regiert und ist bislang vom «arabischen Frühling» unberührt geblieben, der in einigen Nachbarländern zu drastischen Umwälzungen in Politik und Gesellschaft geführt hat. Der Einfluss des extremistischen Islam nimmt zu, was zu einer verstärkten Unterdrückung von Christen führen wird. zurück zu Länderübersicht

Ägypten Platz 15:

Ägypten ist die Heimat von zehn Millionen Christen – das sind etwa drei Viertel aller Christen des Nahen Ostens. Zwischen dieser großen christlichen Minderheit und der muslimischen Mehrheit hat es von jeher Spannungen gegeben. Während der vergangenen Monate haben diese jedoch spürbar zugenommen.

Die Revolution, die zum Sturz von Präsident Hosni Mubarak führte – er trat am 11. Februar 2011 zurück - vereinte Muslime und Christen im Widerstand gegen einen verhassten Diktator. Gemeinsam forderten sie ein Ende der Korruption sowie ein Lösungskonzept für die strukturelle

Armut und die hohe Arbeitslosigkeit. Doch nach dem Umsturz verschlechterten sich die muslimisch-christlichen Beziehungen. Ägyptische Christen, die ihre neu gefundene Freiheit anfangs genossen, hegten die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage. In den auf das Verfassungsreferendum folgenden Ereignissen gewannen jedoch die Islamisten die Oberhand. Seitdem ist es der Regierung nicht gelungen, die notwendige Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Die zunehmende Intensität der Gewalt gegen Christen ist ein Hinweis darauf, dass sich die Lage für sie verschlechtert hat. Ägypten überspringt mehrere Positionen im aktuellen WVI von Platz 19 auf Platz 15.

Radikale islamische Fundamentalisten sehen in der gegenwärtigen Situation ihre Gelegenheit politisch Fuß zu fassen. Die Muslimbruderschaft, die dschihadistische «Gamaa Islamiyya» und die salafistische «Ansar al-Sunna Society» präsentieren sich auf öffentlicher Bühne. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung haben islamistische Gruppen politische Parteien gegründet, sich zur Wahl gestellt und wollen die künftige Entwicklung im Land mitbestimmen. Die Situation der Christen in Ägypten kam mit dem sogenannten «Maspero-Massaker» Anfang Oktober 2011 wieder in die Schlagzeilen. In Kairo waren überwiegend koptische Demonstranten vor den als «Maspero» bekannten Sitz des staatlichen Fernsehens gezogen, um dagegen zu protestieren, dass immer wieder Kirchen und Christen angegriffen werden. Aus der friedlich begonnenen Kundgebung wurde ein Gewaltexzess: Schlägertrupps griffen Christen an; das Militär ging mit Panzern gegen die Menschengruppen vor. 26 Menschen starben, hunderte wurden verletzt. Die meisten Opfer sollen Christen gewesen sein. Bei den blutigen Ausschreitungen griff das Militär nicht zum Schutz der

Seite 24 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

Christen ein. Im Gegenteil: Soldaten beteiligten sich sogar an den Tötungen. Dieses Massaker kann kaum als isolierter Zwischenfall angesehen werden, sondern ist Teil eines insgesamt negativen Trends, der in der Silvesternacht 2011 mit dem Bombenanschlag auf eine Kirche in Alexandria begann. Dabei wurden zahlreiche Christen getötet oder verletzt. Der enorme Anstieg der Zahl von getöteten und verletzten Christen sowie angegriffener Kirchen und Häuser von Christen bedeutet eine deutliche Zunahme der Verfolgung.

Ultra-konservative Salafisten, die für eine strenge Form und konsequente Anwendung islamischer Gesetze wie in der Frühzeit des Islam eintreten, schüchtern weiterhin einheimische Christen ein. Sie blockieren Kircheneingänge und fordern, dass Kirchen aus den Kommunen ausgelagert oder Instandsetzungen von Kirchen verboten werden. Berichten zufolge ist auch die Zahl von Entführungen koptischer Mädchen und Frauen seit der Revolution vom 25. Januar 2011 gestiegen. Frauen werden zur Ehe mit einem Muslim und damit zum Übertritt zum Islam gezwungen. In ländlichen Gebieten werden Kopten

terrorisiert. Sicherheitskräfte schützen sie nicht ausreichend.

Schon während der Regierungszeit Mubaraks wurden christliche Gemeinden unterdrückt. Der Militärrat, der eine zunehmend christenfeindliche Haltung zeigt und Sympathien für die Muslimbrüder hegt, wird voraussichtlich auch nach den Parlamentswahlen eine Beibehaltung seiner Kontrolle der Regierung anstreben, wie er es die vergangenen 50 Jahre lang getan hat. Gemessen an dem öffentlichen Auftreten der Salafisten sieht die Zukunft für Christen und für gemäßigte Muslime düster aus. Sollten sie bürgerliche und politische Rechte erlangen, so könnte dies die Stellung der Christen wesentlich verbessern. Doch diese Perspektive erscheint angesichts der wachsenden Unterstützung der Muslimbrüder und Salafisten durch die wenig gebildete Bevölkerung eher unwahrscheinlich. Nach dem Sieg der radikalen Muslime bei den Parlamentswahlen am 25. November ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass sich die Lage der Christen verschlechtern wird.

zurück zu Länderübersicht

Sudan Platz 16:

Die Verfolgung von Christen im Sudan hat im Laufe der vergangenen Monate stark zugenommen.

Der heutige Sudan entspricht dem früheren Nord-Sudan vor der Unabhängigkeit des Südsudans. Das Land ist auf dem WVI 2012 von Platz 35 auf Platz 16 vorgerückt. Diese Veränderung rührt vor allem von einer höheren Zahl von Übergriffen her, bei denen Christen und Kirchen betroffen waren. Die offizielle Zahl getöteter Christen ist niedrig. Doch in den umstrittenen Grenzregionen zum Süden, Abyei, Süd Kordofan und Blue Nile hat es viele tausend Tote gegeben. Religionszugehörigkeit war dabei ein Aspekt, der sich jedoch mit gegensätzlichen politischen Loyalitäten und dem Streben nach der Kontrolle über Bodenschätze vermischte.

Dabei sind Hunderte, vermutlich Tausende von Christen aufgrund ihres Glaubens umgekommen. In der Kriegs- bzw. Bürgerkriegssituation des Landes ist jedoch eine Schätzung schwierig bis unmöglich. Daher ist in die Bewertung des Landes für den WVI auch die Tatsache eingeflossen, dass viele Christen aufgrund ihres Glaubens starben, ohne dabei eine Zahl festzulegen.

Christen sind ohnehin in einer exponierten Stellung, da Regierung wie Gesellschaft im Sudan die Religionsfreiheit stark einschränken. Die Hauptquelle für Verfolgung liegt auch hier im islamischen Extremismus.

Der Sudan hat sich am 9. Juli 2011 friedlich in einen muslimischen Norden und den vorwiegend christlich-animistischen Südsudan geteilt. Im nunmehr unabhängigen Süden ist die Religionsfreiheit prinzipiell garantiert. In den sechzehn Bundesstaaten des Nordens jedoch unterliegen sämtliche Bürger dem islamischen Recht

(Scharia). Der Präsident des Nordens, Omar alBashir, hatte bereits im Dezember 2010 öffentlich angekündigt, dass im Falle einer Teilung des Landes die Scharia, das islamische Recht, noch schärfer durchgesetzt werden würde. Sie gilt als wesentliche Quelle für Recht und Verfassung.

Arabisch soll offizielle Sprache werden.

Gleichzeitig unterstützt die muslimische Mehrheitsgesellschaft den Präsidenten, indem sie Verfassungsänderungen fordert, um dem Land einen noch offensichtlicheren islamischen Cha-

Seite 25 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

rakter zu geben. Eigentlich erscheint dies überflüssig, umso mehr, als das islamische Recht in der Praxis bereits stärker als zuvor zur Anwendung kommt. Es scheint, als würden sich islamische Gesellschaftsgruppen und die Regierung vereinen, um eine strenge islamische Gesellschaft zu etablieren.

Die Verfolgung von Christen im Sudan hat verschiedene Quellen: (a) islamische Gruppierungen und weite Teile der Öffentlichkeit, die einen

islamischen Staat errichten wollen; (b) die Familie von Christen muslimischer Herkunft; (c) der Staat in seinem Vorgehen gegen anerkannte

Christen. Ein Glaubenswechsel wird schlicht

nicht anerkannt, jeder islamisch geborene Sudanese gilt zeitlebens als Muslim.

Viele traditionelle Christen haben den Sudan

(Nordsudan) in Richtung Südsudan verlassen.

In naher Zukunft wird die Christenverfolgung im

Sudan ernsthaft zunehmen. Christen im Lande

sind eingeeengt zwischen Islamisierung und Arabisierung. Die Auswirkungen eines möglichen Krieges zwischen dem Sudan und dem Südsudan

werden für Christen möglicherweise noch katastrophaler sein. Religiös motivierte Übergriffe wären in den Wirren eines Krieges nur sehr

schwer auszumachen.

zurück zu Länderübersicht

Bhutan Platz 17:

Die etwa 700.000 Bewohner des südasiatischen

Landes erleben derzeit, wie sich auf Geheiß von

König Jigme Khesar Namgyel (offiziell «Fünfter

Drachenkönig») das Land von einer einst absoluten über die gegenwärtige konstitutionelle Monarchie hin zu einer für die Zukunft angestrebten Demokratie wandelt. Im Jahr 2008 fanden

die ersten freien Wahlen statt.

Diese Veränderungen betreffen auch Christen in

positiver Weise. Auf dem WVI 2012 wird das

buddhistisch geprägte Land mit einer geringeren

Punktzahl niedriger platziert. Vorjahr rangierte

es noch auf Platz 14.

Premierminister Jigme Thinley zufolge fasst «die

demokratische Kultur allmählich kräftig Wurzeln». Andererseits will er die kleine christliche

Minderheit im Land offiziell nicht anerkennen.

Thinley will den Wechsel der Religion generell

verhindern: «Es gibt keinen Grund, warum

Christen andere zu ihrem Glauben einladen sollten. Dass es in unserem Land Christen gibt, ist

gut; wir sind Verfechter einer kulturellen Vielfalt.» Doch es sei «die schlimmste Form von

Diskriminierung», wenn Menschen, die einer

anderen Religion angehören, andere bekehren

wollten.

Das Parlament plant nun die Einführung eines neuen Abschnitts 463 in das Strafgesetzbuch. Danach würde sich jeder Mensch, der andere mit Hilfe falscher Versprechungen oder Bestechung zum Religionswechsel zu überzeugen sucht, strafbar machen. Bhutanesische Christen sehen sich unter Generalverdacht und weisen Anschuldigungen der Zwangsbekehrung durch Geldgeschenke oder andere Vergünstigungen zurück.

Obwohl christliche Kirchen noch nicht offiziell anerkannt sind, sucht die Regierung nach Möglichkeiten einer Registrierung. Das Hauptthema bei Verhandlungen wird die Frage des «Evangelisierens» sein. Momentan sehen sich Christen in einer Übergangszeit. Die Kirche in Bhutan ist keine Untergrundkirche mehr. Christen dürfen sich ohne behördliche Einmischung sonntags in Privathäusern versammeln. In dieser Hinsicht hat sich die Lage für Christen beachtlich verbessert. In entlegenen Ortschaften treffen sie allerdings nach wie vor auf Schwierigkeiten.

Die Lage der Christen bleibt vage, solange ihr Status nicht offiziell geregelt ist. Eine positive Entwicklung ist, dass keine Berichte über Christen vorliegen, die verhaftet, körperlich misshandelt oder in anderer Form geschädigt worden sind. Gelegentlich kommt es zu Diskriminierungen.

Ob die christliche Minderheit eine Zunahme an Religionsfreiheit erleben wird, hängt weitgehend davon ab, wie die geplanten Regelungen im Strafrecht (Antibekehrungsgesetz) ausgelegt werden. Zudem muss der Prozess um die Anerkennung und Registrierung von Gemeinden sowie die Etablierung von religiösen Rechten und Pflichten festgelegt werden. Man kann den Umgang mit der christlichen Minderheit als Testfall im Hinblick auf eine demokratische Entwicklung im Land ansehen.

zurück zu Länderübersicht Seite 26 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Turkmenistan Platz 18:

In Turkmenistan unterliegen Christen weiterhin der engen Überwachung durch die Behörden. Weder die leichte Abnahme der Punkte noch die niedrigere Einstufung bedeuten, dass sich die Lage für die christliche Minderheit wesentlich verbessert hat. Allerdings ist es im Berichtszeitraum zu keinen Entführungen von Christen oder Angriffen auf Häuser gekommen.

Wie in anderen zentralasiatischen Ländern muss zwischen der Situation staatlich anerkannter registrierter und nicht registrierter Gemeinden unterschieden werden. Großkirchen wie die Russisch-Orthodoxe Kirche scheinen weniger von Repressionen betroffen zu sein. Jede nicht registrierte religiöse Aktivität ist strikt verboten.

Eine Registrierung zu erlangen, ist ein mühsamer bürokratischer Vorgang. Für indigene turkmenische Gemeinschaften ist es schlicht unmöglich; für die anderen ist es schwierig. Doch selbst registrierte Gemeinschaften haben große Schwierigkeiten, einen Versammlungsort zu

finden, oder gar eine gottesdienstliche Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Polizei und Geheimdienst beobachten jede christliche Aktivität sehr genau. Die niedere Beamtenschaft und Ortsbehörden sind Christen gegenüber im Allgemeinen sehr voreingenommen. Dutzende von Christen wurden für jeweils kurze Zeit in Haft genommen. Die strenge Überwachung macht es Kirchen schwer, ihre Mitglieder zu unterweisen. Herstellung und Import religiöser Literatur sind verboten. Registrierte Gemeinschaften dürfen eine Importgenehmigung beantragen, normalerweise wird der Antrag jedoch abgelehnt. Im Berichtszeitraum konnten turkmenische Gemeinden keine Bibeln, Kommentare, Gesangbücher usw. einführen. Indigene Christen muslimischer Herkunft stehen vor besonderen Problemen, da sie mit der offenen Feindseligkeit der eigenen Familie, von Freunden und Nachbarschaft zurechtkommen müssen. Sie stehen unter dem ständigen Druck, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Der turkmenische Pastor Ilmurad Nurliev ist nach seiner Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis weiterhin in Haft. Ihm wurde im Oktober 2010 aufgrund falscher Vorwürfe der Prozess gemacht. Von bisherigen Amnestien blieb er ausgenommen. Wie für alle anderen zentralasiatischen Staaten ist der Ausblick auch für Turkmenistan nicht sehr positiv. Solange die Behörden Christen als zerstörerisches Element für die Gesellschaft betrachten, ist keine Änderung zu erwarten.

zurück zu Länderübersicht

Vietnam Platz 19:

Vietnam gehört zu den Ländern, die trotz gestiegener Bewertungspunkte eine Position nach hinten gerückt sind. Das ist vor allem der verschlechterten Lage der Christen in Ägypten geschuldet. Daher kann der Abstieg des südostasiatischen Landes auf der Liste nicht mit einer Verbesserung der Lage gleichgesetzt werden. Das Gegenteil ist der Fall. Die vietnamesischen Behörden behalten alle christlichen Aktivitäten im Lande fest im Blick. Christen sind häufig mit behördlicher Willkür konfrontiert. Oft werden sie beschuldigt, «gesellschaftliche Unruhen» zu verursachen, «die örtliche Regierung zu bekämpfen» oder ihnen wird «Subversion» vorgeworfen. Kirchliche Leiter werden überwacht und müssen hinsichtlich ihrer Äußerungen und Handlungen sehr vorsichtig sein. Christen werden regelmäßig von der Geheimpolizei verhört, besonders, wenn sie mit anderen über ihren Glauben gesprochen haben. Berichte zeigen, dass die vietnamesische Armee im Mai und Juli 2011 zwei Dörfer christlicher Hmong angegriffen hat. Bei diesen Attacken wurden mindestens 16 Personen verletzt. Auslöser für diese Angriffe war eine Mischung aus der staatlich forcierten marxistisch-leninistischen Ideologie und der ständigen Vernachlässigung der ethnischen Minderheiten, die im Grenzgebiet von Kambodscha und Laos leben. Besonders auf lokaler Ebene kommt es zu Willkür seitens der Behörden. Der Grad religiöser Freiheit in einer Region oder einer Ortschaft

hängt stark davon ab, wie «kommunistisch» sie ist. Die lokalen Behörden legen fest, was Christen erlaubt wird und was nicht. Einige Ortsvorsteher sind eifrig bemüht, traditionelle, religiös-animistische Praktiken durchzusetzen. Wer die-Seite 27 von 55
www.weltverfolgungsindex.de
se Praktiken ablehnt, wird von Nachbarn angefeindet, mitunter sogar aktiv verfolgt. Christen, die ethnischen Minderheiten und Stämmen angehören, sind am meisten von Verfolgung und Benachteiligung aufgrund ihres Glaubens betroffen. In Stammesgebieten stoßen sie auf Widerstand durch religiöse Dorfführer und Schamanen. Besonders dann, wenn Christen in ihr Dorf kommen, um das Evangelium zu verkündigen. Deswegen überwachen sie jene, die Konvertiten helfen und berichten den Ortsbehörden über deren Aktivitäten. Unter Ausnutzung ihrer starken gesellschaftlichen Stellung beeinflussen örtliche religiöse Führer kommunale Behörden oft dahingehend, Maßnahmen gegen das zunehmende Wachstum von christlichen Gemeinden zu ergreifen. In ländlichen Gebieten müssen Christen in sehr schwierigen Umständen leben. Evangelisation und christliche Unterweisung erfolgen heimlich. Solange Christen beschuldigt werden, aufgrund ihres Glaubens gesellschaftliche Unruhen zu verursachen – sei es vor Gericht oder durch die dörfliche Gesellschaft – ist eine echte Besserung der Lage unwahrscheinlich. Anhaltende Streitigkeiten in den Stammesgebieten führen dazu, dass sich die Diskriminierung vietnamesischer Christen verfestigt. Ihnen wird die Anerkennung als Bürger verweigert, die in der gegenwärtigen Lage einen wertvollen Beitrag für ihr Land und die Gesellschaft leisten können.

zurück zu Länderübersicht

Tschetschenien Platz 20:

Tschetschenien ist formal immer noch Teil der Russischen Föderation, doch die Unabhängigkeitskriege während der 1990er Jahre gegen islamische Rebellen und die russische Armee sind der Allgemeinheit noch in Erinnerung. Weiterhin bestehen in dem Land im Nordkaukasus Spannungen, und gelegentlich kommt es zu terroristischen Anschlägen – auch im benachbarten Dagestan und anderen nordkaukasischen Regionen. Dies geschieht, obwohl Russland viele separatistische Führer getötet hat und es 1999 gelang, ein moskaufreundliches tschetschenisches Regime einzusetzen. Tschetschenien ist eins der Gebiete in Russland, wo der Islam eine wichtige Rolle spielt. Offiziell gilt in Tschetschenien die russische Gesetzgebung, aber es gibt auch einige örtliche Vorschriften, welche die Religionsfreiheit einschränken.

Das Regime des tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrov hat seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, die Scharia einzuführen, was noch nicht erfolgt ist. Die Regierung hat jedoch bereits Kleidervorschriften erlassen. Einer unausgesprochene Regel zufolge müssen alle Frauen, die für die Regierung arbeiten, bei der Arbeit ihren Kopf bedecken, und alle für die Regierung tätigen Männer müssen freitags eine besondere Kleidung anziehen. Langsam aber sicher wird das Land islamisiert.

Es wird angenommen, dass der Prozess dieser allmählichen Islamisierung vom tschetschenischen Regime aus Pragmatismus durchgeführt

wird, um dem Druck islamistischer Gruppen nachzukommen, die im ganzen Land noch sehr stark sind. Das seit langem existierende Bestreben, Tschetschenien in ein all-islamisches Kalifat umzuwandeln, wird auch unter der Regierung Kadirovs aufrecht erhalten. In Grosny, der Hauptstadt von Tschetschenien, wurde die größte Moschee im Kaukasus erbaut. Die Jugend ist sowohl von der korrupten Regierung als auch von der grassierenden Arbeitslosigkeit enttäuscht. Alle einheimischen Christen sind Christen muslimischer Herkunft und leiden unter staatlicher und familiärer Unterdrückung. Es gibt nur wenige Versammlungen tschetschenischer christlicher Gruppen, und diese haben nicht mehr als drei bis fünf Mitglieder. Örtliche Beamte und Verwandte überwachen die Aktivitäten von Christen und setzen sie unter starken Druck, zum Islam zurückzukehren.

Wie in anderen Ländern ist die Christenverfolgung nicht nur religiös, sondern auch politisch motiviert, da das Christentum mit Russland in Verbindung gebracht wird, mit dem man einen Krieg hatte. Tschetschenische Christen, deren Glaube bekannt wird, gelten als Verräter am Islam und an der Gesellschaft.

Der Übertritt zum Christentum ist für die Familie eine große gesellschaftliche Schande, und manchmal wird der «Schuldige» getötet, um die Ehre wieder herzustellen. Gemeinschaft mit anderen Christen zu pflegen oder den eigenen Seite 28 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Glauben offen zu bekennen, ist fast unmöglich. Die Gemeinde Jesu in dem Land muss viele Nöte ertragen. Menschen, deren christlicher Glaube entdeckt wurde, erhielten ernsthafte Todesdrohungen und mussten das Land verlassen. Das allgemeine religiöse Klima in Tschetschenien ist immer islamisch geprägt gewesen, und der Einfluss des Islams nimmt zu. Das einzige, was die Islamisierung des Landes eindämmt, ist seine politische Abhängigkeit von Russland. Tschetschenien bleibt einer der schwierigsten Orte für Christen.

zurück zu Länderübersicht

China Platz 21:

Erstmals befindet sich China nicht mehr unter den ersten 20 Ländern im WVI. Das liegt jedoch daran, dass die Verfolgung in anderen Ländern zugenommen hat. Die Situation der Christen in China bleibt relativ unverändert.

Es werden hitzige Diskussionen darüber geführt, wie weit sich die Lage der Christen wirklich verbessert hat. Während einige Kommentatoren die Verfolgung als beendet sehen, sind andere der Meinung, die Lage habe sich sogar verschlechtert. Die Wahrheit ist eine Mischung aus beidem.

Das Christentum setzt sein sehr schnelles

Wachstum im heutigen China fort. Offiziellen Angaben aus dem Jahr 2011 zufolge gehören 23 Millionen Christen der staatlich anerkannten registrierten chinesischen protestantischen Kirche (Drei-Selbst-Patriotische Kirche) an. Darüber hinaus gebe es zwischen 40 und 50 Millionen nicht registrierte Christen (Hausgemeindechristen). Einige andere Schätzungen liegen weit höher. Open Doors geht von insgesamt 80 Millionen Christen in China aus.

Die Verstärkung hat noch einen weiteren Typus von Hausgemeinde hervorgebracht: die sogenannte «Dritte Kirche». Hierbei handelt es sich um meist gut ausgebildete urbane Christen, häufig in gehobenen beruflichen Positionen.

Auch diese nicht anerkannten Gemeinden haben mit behördlicher Willkür zu rechnen. Zu ihren Mitgliedern gehören u.a. Universitätsprofessoren, Ärzte, Anwälte und KPParteimitglieder. Diese Bewegung gehört zu den am schnellsten wachsenden christlichen Gemeinschaften in China. Die ihr angehörenden Kirchen streben in ihrem Gottesdienst und ihrem Verhältnis zum Staat eine größere Offenheit an und verpflichten sich zum Engagement für die Bedürfnisse der Gesellschaft. Um staatliche Einmischung zu vermeiden, begrenzen sie ihre Versammlungsgröße bei Gottesdiensten auf 200 Besucher, obwohl viele von ihnen in Großstädten für sonntägliche Treffen große Räumlichkeiten anmieten. Dabei machen sie sich eine rechtliche Grauzone im Hinblick darauf zunutze, ob derartige Gemeinden Immobilien besitzen und unabhängig funktionieren dürfen.

Mehr als 450 ausländische kirchliche Organisationen und Gruppen sind heute in China aktiv. Hausgemeindeführer dürfen Konferenzen im Ausland abhalten und bitten häufig um Hilfe, um ihre Mitglieder angesichts des zunehmenden Materialismus zur Nachfolge Jesu anzuleiten. Viele christliche Arbeitgeber halten mit ihren Fabrikangestellten Bibelstunden ab. Einige christliche Netzwerke bieten humanitäre Hilfe an. Überall im Land entstehen christliche Buchläden. Für Millionen von Christen, wenn auch nicht für alle, ist durch das Internet ein noch nie dagewesener Zugang zu Predigten, Bibelübersetzungen und sogar zu interaktivem Gebet und Seelsorge möglich.

Zudem berichten Informanten aus dem Netzwerk von Open Doors, dass Regierungsvertreter einen offenen Dialog mit ausgewählten Hausgemeindeführern geführt haben, was viele Christen hoffen lässt, dass die Regierung «endlich versteht, dass Hausgemeinde-Christen keine politische Bedrohung für den Staat sind».

Es gibt außerdem Anhaltspunkte dafür, dass die Regierung Partner finden muss für den Umgang mit dem moralischen Vakuum, das sich infolge der «kapitalistischen Vetternwirtschaft», der Korruption und der gesellschaftlichen Ungleichheit in China entwickelt. Möglicherweise zieht die Regierung christliche Kirchen als einen solchen wertvollen Alliierten in Betracht. Viele sehen den positiven Wandel in der Haltung politischer Leiter als Resultat des Engagements der Hausgemeinden nach dem Erdbeben in der Provinz Sichuan vom Mai 2008.

Seite 29 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

China ist immer noch ein Einparteienstaat mit einer Regierung, die den meisten Christen nicht

ihre vollen religiösen Rechte gewährt. Selbst denjenigen, die staatlich anerkannte Drei-Selbstkirchen besuchen, ist die Ausübung ihres Glaubens nur innerhalb der genehmigten Kirchengebäude erlaubt.

Die Regierung hinderte im Oktober 2010 eine christliche chinesische Delegation daran, zu einem Kongress nach Kapstadt/Südafrika zu reisen. Ihnen wurde verboten, den der Tagung vorausgegangenen Lausanner Vertrag zu unterzeichnen. Dieser sieht ein deutlich breiter angelegtes Engagement zur Weitergabe des christlichen Glaubens vor, als China derzeit gestattet.

Für Schlagzeilen sorgte im Jahr 2011 auch die große Shouwang-Hausgemeinde in der Hauptstadt Peking. Sie strebte durch ihr Vorgehen bewusst eine offizielle Klärung der rechtlichen Stellung von Hausgemeinden an, besonders in der Frage ob eine Hausgemeinde Eigentum besitzen darf, ohne Teil der offiziellen Kirche zu werden.

Die 1000-Mitglieder große Shouwang-Gemeinde wurde durch behördliches Eingreifen daran gehindert, ein von ihr angestrebtes Gebäude zu kaufen oder auch nur zu nutzen. In der Folge versammelten sich seit April Gemeindeglieder zum Gottesdienst an öffentlichen Plätzen. Daraufhin kam es zu Festnahmen. Einer der Pastoren wurde unter Hausarrest gestellt. Der Organisation «China Aid» zufolge wurden seitdem mehr als 700 Gemeindeglieder kurzzeitig in Haft genommen.

Es muss hinzugefügt werden, dass die bewusste Provokation der Shouwang-Gemeinde gegenüber der Regierung von anderen Hausgemeindeführern kritisiert wurde.

Wer in China für die Rechte von Christen kämpft oder Aktivisten unterstützt, muss weiterhin mit Repressalien rechnen. Pastor Shi Enhao wurde im Juli 2011 zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt, mutmaßlich wegen der Organisation «illegaler Versammlungen» - ein staatlicher Euphemismus für Hausgemeinden. Der tatsächliche Grund war jedoch seine Zugehörigkeit zu einer Organisation mit dem Namen «Chinesische Hausgemeinden-Allianz». 17 ihr angehörende Pastoren hatten dem nationalen Volkskongress am 10. Mai 2011 eine Petition für mehr Freiheit vorlegt.

Auch Christen und Unterstützer von christlichen Gemeinden im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang sehen sich schweren Bedrängnissen gegenüber. China greift hart gegen muslimischen Extremismus durch. Der Hausgemeindeführer Alimujiang Yimiti aus Xinjiang kam im August 2009 für 15 Jahre in Haft, weil er angeblich «ausländische Organisationen unrechtmäßig mit Staatsgeheimnissen versorgt» hatte.

Der Organisation «China Aid» zufolge wurden mehr als 300 Christen in elf chinesischen Provinzen inhaftiert; nur wenige wurden verurteilt. In den kommenden Jahren ist keine größere Veränderungen in der Dynamik Kirche – Staat zu erwarten, besonders in Anbetracht der angespannten politischen Stimmung, die jedem Wechsel an der Führungsspitze vorausgeht: Im Herbst 2012 wird der Parteivorsitz und im Frühjahr 2013 die Staatsführung neu geregelt. Die chinesische kommunistische Partei ist nicht bereit, in naher Zukunft die Macht zu teilen.

Solange dies der Fall ist, wird die Gemeinde Jesu nur in dem Maß frei sein, wie sich die Partei nicht von ihr bedroht fühlt. Auch wenn es gewisse Freiräume für Gemeinden und Dienste gibt, sind die Verhaltensregeln meist unklar. Da die neueren Hausgemeinden (Dritte Kirche) aktiv mehr Gerechtigkeit und Einfluss in der Gesellschaft anstreben, könnte die Situation sich wieder verschlechtern.

zurück zu Länderübersicht

Katar Platz 22:

Wie in anderen arabischen Ländern war das Jahr 2011 auch in Katar geprägt von sozialen Unruhen, wenn auch die Stellung des regierenden Emirs nie bedroht war. Einer der Gründe dafür ist, dass der Emir die Gehälter im öffentlichen Sektor um 60 Prozent erhöht hat.

Fast alle Bürger und Staatsangehörigen Katars sind der Definition nach entweder sunnitische oder schiitische Muslime. Staatsreligion ist ein streng konservativer Islam. Die Mehrheit der schätzungsweise über 1,8 Millionen Einwohner Katars sind ausländische Gastarbeiter, die teil-Seite 30 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

weise unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen.

Es gibt rund 90 000 Christen im Land, die meisten von ihnen sind Ausländer. Katholische, anglikanische, orthodoxe, koptische und asiatischchristliche Kirchen besitzen einen Rechtsstatus.

Doch die Treffen dürfen nur von Ausländern besucht werden. Die Anerkennung als Kirche ist schwer zu erlangen: Mindestens 1.500 eingetragene Mitglieder sind erforderlich.

Die Verfassung Katars erklärt: «Die Freiheit zum Praktizieren religiöser Riten in Übereinstimmung mit dem Gesetz und den Erfordernissen der öffentlichen Ordnung und Moral soll allen Personen garantiert sein.» Doch tatsächlich erfahren

auch ausländische Christen bei der Ausübung ihres Glaubens Einschränkungen. Die Weitergabe des christlichen Glaubens an Muslime ist strikt verboten. Öffentliche Gottesdienste sind nur auf zugewiesenen Grundstücken erlaubt.

Beim Evangelisieren ertappte Ausländer werden häufig abgeschoben. Einigen wurde später die Erneuerung ihres Visums verweigert.

Während des Berichtszeitraums sind weiterhin ausländische Gastarbeiter wegen christlicher Aktivitäten des Landes verwiesen worden, aber weniger als im vorigen Berichtszeitraum. Ein Muslim, der vom Islam zu einer anderen Religion übertritt, gilt als Abgefallener (Apostat) und kann mit der Todesstrafe belegt werden. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 ist

noch keine Hinrichtung vollstreckt oder eine andere Bestrafung wegen Apostasie gemeldet worden. Dennoch sehen sich Christen muslimischer Herkunft schwerer Verfolgung seitens ihrer Familien und Kollegen oder auch durch die

Regierung ausgesetzt, die ihren Glaubenswechsel nicht anerkennt und sie weiterhin als Muslime betrachtet. Gelegentlich erhält Open Doors Meldungen,

dass Christen muslimischer Herkunft ihres Glaubens wegen von ihrer Familie, welche die Bekehrung als eine Verletzung der Familienehre betrachtet, misshandelt werden. Folge dieser Unterdrückung ist, dass Konvertiten ihren neuen Glauben geheim halten.

Die Gesamtpunktzahl für Katar ist leicht zurückgegangen, daher die Abstufung von Platz 17 auf Platz 22. Doch hat sich die Lage für Christen im Allgemeinen nicht wesentlich verbessert. Open Doors gingen jedoch keine Berichte über Misshandlungen von Christen zu - wenngleich diese im familiären Kontext stattgefunden haben könnten. Überdies sind weniger christliche Gastarbeiter wegen ihrer christlichen Aktivitäten abgeschoben worden als im Vorjahr.

Es ist schwer einzuschätzen, wie die Zukunft für Katar aussehen wird. Solange das Volk durch steigende Löhne oder andere positive Effekte des «arabischen Frühlings» in positiver Stimmung bleibt, kann der Status quo in dem öl- und gasreichen Golfstaat weiterhin aufrecht erhalten werden. Seit den letzten Unruhen im Nahen Osten scheint die örtliche Bevölkerung offener zu werden für einen Wandel. Dies könnte auch der Beginn einer offeneren Haltung gegenüber dem christlichen Glauben sein.

zurück zu Länderübersicht

Algerien Platz 23:

Die Großdemonstrationen gegen das autoritäre Regime in Algerien begannen im Dezember 2010 und führten zur Aufhebung des 19-jährigen Ausnahmezustandes – was symbolische Bedeutung hat. Er war ausgerufen worden, um die algerischen Behörden in den 1990er Jahren im brutalen Konflikt mit islamistischen Rebellen zu unterstützen.

Die jüngsten Proteste in dem nordafrikanischen Land, bei denen fünf Menschen getötet und mehr als 800 verletzt wurden, sind aufgrund massiver polizeilicher Unterdrückung nach nur wenigen Monaten gestoppt worden. Anders als in benachbarten Ländern, führten diese Demonstrationen zu keinen Veränderungen der Machtverhältnisse. Die Militärregierung unter Präsident Abdelaziz Bouteflika bleibt weitgehend unverändert im Amt. Ihr Fortbestehen war durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht wirklich bedroht.

Die Politik Algeriens der letzten Zeit wird von großer Sprunghaftigkeit charakterisiert. Die Unterdrückung von Christen blieb indes konstant. Kirchliche Leiter deuten an, dass der Druck auf Christen sogar zugenommen hat.

Die sehr junge algerische Kirche - die vor allem aus Christen der ersten Generation besteht - ist mit vielen Arten von Diskriminierung durch den Staat und Familienmitglieder konfrontiert. Vom Seite 31 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

«arabischen Frühling» in anderen nordafrikanischen Ländern ermutigt, verstärken islamistische Gruppen, insbesondere die Salafisten, ihren Druck auf eine Regierung, die bereits mit islamischen Parteien zusammenarbeitet. Die

Islamic Salvation Front (FIS) bleibt weiter verboten. Islamisten treten immer sichtbarer auf und überwachen die Aktivitäten von Christen. Die Verfassung Algeriens erklärt den Islam zur Staatsreligion und verbietet religiösen Organisationen jede Aktivität, die den Lehren und Moralvorstellungen des Islam entgegensteht. Ein im September 2006 in Kraft getretenes Antimissionsgesetz - Vorschrift 06-03 - beschränkt die Ausübung nicht-islamischer Religionen, indem etwa öffentliche religiöse Versammlungen wie Gottesdienste verboten werden.

Algerien fiel im WVI 2012 um einen Platz zurück, während gleichzeitig die Gesamtpunktbewertung stieg. 2011 verschlechterte sich die Lage für Christen in Algerien etwas; die Zahl der gemeldeten Zwischenfälle hat sich erhöht. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Karim Siaghi. Der Christ muslimischer Herkunft wurde im Mai zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm wird zur Last gelegt, einem Nachbarn auf dessen Bitten hin eine christliche CD geschenkt und den Propheten Mohammed beleidigt zu haben. Ein weiteres Verfolgungsbeispiel sind die Kirchenschließungen durch den Gouverneur der Provinz Bejaïa. Seiner Aussage zufolge waren alle Kirchen in der Provinz illegal, weil sie nicht registriert waren. Seit Inkrafttreten der Vorschrift 06-03 im Februar 2008 hat die Regierung jedoch keiner neuen Kirchengemeinde die Registrierung genehmigt. Daher versammeln sich Christen weiterhin in inoffiziellen «Hauskirchen», bei denen es sich oft um Privatwohnungen oder Büros von Gemeindemitgliedern handelt. Einige dieser Gruppen kommen offen zusammen, während andere heimlich in Privathäusern Gottesdienst halten.

Die dem Anschein nach positive Nachricht, dass die algerisch-protestantische Kirche (EPA) nach vielen Jahren endlich die Registrierung erlangte, stellte sich als Enttäuschung heraus. Zwar sind die genauen Gründe für den Beschluss der Zentralregierung nicht bekannt, die EPA als Dachorganisation protestantischer Gemeinden anzuerkennen; doch es wird vermutet, dass die Regierung bei der internationalen Gemeinschaft einen guten Eindruck machen wollte. Faktisch bringt die Anerkennung kaum mehr Freiheiten. Denn auch weiterhin müssen einheimische Gemeinden einzeln anerkannt werden und dafür die Registrierung erlangen. Die Registrierung der EPA hat in der Praxis sogar zu mehr Kontrolle geführt. Auf lokaler Ebene intensivierte sich die Unterdrückung, und keine der EPA angehörenden Ortsgemeinden ist registriert worden. Es wurde über die Schließung örtlicher Kirchen und die Inhaftierung von Christen berichtet. Für das kommende Jahr werden keine Verbesserungen der Lage algerischer Christen erwartet.

zurück zu Länderübersicht

Komoren Platz 24:

Obwohl die Komoren auf dem WVI 2012 von Position 21 auf 24 abgestiegen sind, hat sich die Situation der Christen nicht verändert. Zwar wurde Open Doors kaum ein Vorfall gemeldet, doch die staatlichen Begrenzungen bleiben eng. Nach einer im Mai 2009 durchgeführten Volksbefragung wurde die Verfassung des Inselstaates im Indischen Ozean geändert und das Land als islamischer Staat ausgerufen. Dieser Schritt

bedeutet eine schwere Einschränkung der Religionsfreiheit. Das Strafrecht verbietet die Werbung für den Übertritt zu einer anderen Religion als dem Islam. Jeder vom Islam zum Christentum Übergetretene kann strafrechtlich verfolgt und vor Gericht gestellt werden.

Deshalb operieren Christen muslimischer Herkunft in Untergrundgemeinschaften. Nur Ausländern ist es erlaubt, sich zu versammeln. Die

Polizei ist wachsam und vernimmt Ausländer eingehend. Die öffentliche Verteilung von Bibeln und christlicher Literatur oder der Versuch, Muslime zu bekehren, wird schwer bestraft. Ausländische Christen können ausgewiesen werden.

Die einheimische muslimische Gemeinschaft übt enormen Druck auf nicht-muslimische Bürger und Ausländer aus, damit sie auf den Komoren, vor allem während des Ramadans, islamische Riten praktizieren. Dies schüchtert NichtMuslime ein, so dass sie ihre Gottesdienste in Abgeschiedenheit feiern. Eine derartige Härte vonseiten der Gesellschaft ist ungewöhnlich. Die Seite 32 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

meisten Bürger kennen einander gut und gehen unabhängig vom Glauben friedlich miteinander um. Der Einfluss radikaler Elemente aus dem Iran veranlasst jedoch Muslime in örtlichen Moscheen dazu, hinsichtlich christlicher Aktivitäten wachsam zu sein. Ein Informant äußerte gegenüber Open Doors: «Sie verunglimpfen den christlichen Glauben fortwährend, schüren die Emotionen und fördern so Verfolgung.»

Der iranische Einfluss geht auf Ahmed Abdallah Mohamed Sambi zurück, den vorigen Präsidenten der Komoren. Er wurde im Mai 2006 gewählt. Sambi war Geistlicher und Geschäftsmann und hat im Iran islamische Politiktheorie studiert. Zudem war er ein enger Freund des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Sie entwickelten im Jahr 2006 bilaterale Beziehungen für Wirtschaftsfragen sowie den Forschungs-, Technologie- und Informationsaustausch. Seither haben die beiden Länder kulturelle und politische Gemeinsamkeiten und pflegen enge Beziehungen. Der politische und religiöse Einfluss des Irans war bereits in der Vergangenheit sehr stark; seit dem Tod des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi, der mit dem Iran zu konkurrieren versuchte, ist er sogar noch gewachsen.

Christen muslimischer Herkunft haben dem Verfolgungsdruck widerstanden. In einigen Teilen der Gesellschaft genießen sie jetzt mehr Akzeptanz als früher. Ein Beispiel: Auf Grande Comore, der größten Insel der Komoren, müssen die Christen weiter im «Untergrund» anbeten. Doch während Verwandte deren neuen Glauben akzeptiert haben, sind andere Teile der Gesellschaft wie Polizei, extremistische Kräfte oder leitende muslimische Geistliche aus Moscheen dafür nicht offen. In der Region Anjouan, eine der drei Hauptinseln der Republik, insbesondere in der Stadt Musamadou, ist bekannt, wer Christ ist und wo sich eine Gruppe trifft. Niemand geht

hier gegen die Gläubigen vor.

Diesen positiven Beispielen steht jedoch der Druck der Mehrheitsgesellschaft gegenüber, die muslimische Sitten und Riten streng hütet. Zudem korrigieren radikale Kräfte aus dem Iran jegliche Andeutungen einer Mäßigung christenfeindlicher Ansichten. Ob aktiv daran beteiligt oder nicht: Die Regierung hat den Rahmen für diese Verfolgungsdynamik etabliert.

Open Doors erwartet daher eine Zunahme der Verfolgung in naher Zukunft. Berichten zufolge wächst die Zahl der Christen. Obwohl die Zahlen noch gering sind, kann diese Entwicklung zu negativen Reaktionen seitens der verschiedenen Parteien aus dem religiösen Umfeld führen.

zurück zu Länderübersicht

Aserbaidshan Platz 25:

Aserbaidshan rangiert niedriger als im vorigen WVI; jedoch mit einer höheren Gesamtpunktzahl.

Die an Russland, Georgien, Armenien, die Türkei und den Iran grenzende Republik ist offiziell ein säkularer Staat und in etwa mit der Türkei vergleichbar. Die Bevölkerung ist mehrheitlich muslimisch. Die Regierung ist gegen jede Form von Religion negativ eingestellt.

Der fundamentalistische Islam gilt bei der Führung des Landes als destabilisierender Faktor.

Die Präsenz einer großen muslimischen Aseri sprechenden Gemeinschaft im Süden zum Iran ist ein Grund zur Besorgnis. In verschiedenen Regionen wächst der Einfluss des traditionellen/orthodoxen Islams.

Die Unterdrückung von Christen ist nicht nur religiös, sondern auch nationalistisch-ethnisch motiviert. Aseri-Christen werden als Verräter angesehen, da man das Christentum mit dem Erzfeind des Landes - Armenien - in Verbindung bringt. Die allgemeine Wahrnehmung von Christen in Aserbaidshan ist negativ.

Open Doors-Informationen zufolge werden behördliche Überprüfungen immer strikter. Die Regierung ist bei der Kontrolle von religiösen Gruppen aktiver. Die Lage der Christen hat sich im Vergleich zum WVI 2011 verschlechtert.

Alle Kirchen und religiösen Gruppen mussten ihre staatliche Registrierung bis zum 1. Januar 2010 erneuern. Doch seit diesem Datum hat keine neue Gemeinde die Registrierung erlangt.

Eine erfolgreiche Registrierung scheint beinahe unmöglich. Nicht registrierte religiöse Aktivitäten sind strafbar; die Geldbußen für eine Gesetzesübertretung hoch. Fast alle protestantischen Denominationen sind heute ohne rechtlichen

Status. Privathäuser dürfen nicht für die Abhal-
Seite 33 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

tung von Gottesdiensten genutzt werden. Nicht anerkannte Gemeinden bekommen Probleme mit der Polizei. Es gibt Hausdurchsuchungen in protestantischen Kirchen. Gemeindliche Leiter werden festgenommen oder mit einer Geldstrafe belegt. Die Freiheit, eine Kirche zu bauen, besteht

überhaupt nicht. Gemeinden benötigen dafür eine ausdrückliche Genehmigung, die kaum gewährt wird. Im Berichtszeitraum ist keine derartige Baugenehmigung erteilt worden.

Der Gesetzgebung vom Dezember 2010 zufolge ist es für nicht registrierte Gemeinden gesetzwidrig, sich zu versammeln. Doch einige nehmen das Risiko auf sich. Viele Christen finden keine Arbeitsstelle oder haben Schwierigkeiten sie zu behalten. Geheimdienstkräfte beobachten sie genau. Die Rolle der Geheimdienste und der Polizei ist bedeutend.

Es gibt auch ein Komitee für religiöse Angelegenheiten, das alle Aktivitäten kontrolliert. Die Zahl einheimischer Christen wächst weiter, und manche geben trotz des Risikos ihren Glauben weiter. Das Wachstum der Gemeinde Jesu in Aserbaidschan ist ermutigend. Doch angesichts der gesetzlichen Restriktionen, die weiter zunehmen werden, ist auch eine Zunahme der Unterdrückung zu erwarten.

zurück zu Länderübersicht

Libyen Platz 26:

Libyen fällt auf dem WVI um eine Position zurück, steigt jedoch in der Punktzahl. Unter der despotischen Herrschaft von Muammar alGaddafi war die Situation für Christen in dem nordafrikanischen Land bereits außerordentlich hart. Es gab einige Freiheiten für ausländische Christen, zumeist Gastarbeiter aus afrikanischen Nachbarländern. Schwarz-Afrikaner und nichtarabische Afrikaner erlebten Rassismus. Nach dem Umsturz in Libyen wurde die Lage für diese Menschen gefährlich, da sie als mögliche Söldner Gaddafis im Kampf gegen die Opposition angesehen wurden.

Unter Gaddafis Herrschaft hatte Libyen keine ordentliche Verfassung, die die Religionsfreiheit geregelt oder geschützt hätte. Es gab das « Grüne Buch» der Rechtsvorschriften, ein Werk Muammar al-Gaddafis. Darin wurden die Regierungsform und soziale Ordnung aus islamischer Sicht geregelt. In der Praxis war es Gaddafis Gesetz.

Die gefürchtete und allgegenwärtige Geheimpolizei sorgte dafür, dass die Restriktionen für die Organisation kirchlicher Aktivitäten sowie die Weitergabe christlicher Literatur durchgesetzt wurden.

Die Weitergabe des christlichen Glaubens an muslimische Libyer wurde kriminalisiert.

Wie in den meisten islamisch geprägten Ländern führt der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion für Konvertiten auch in Libyen häufig zu gesellschaftlichem Druck. Christen muslimischer Herkunft stehen immer in Gefahr, vonseiten ihrer Familien verfolgt zu werden. Es wurden einige Fälle gemeldet, bei denen Christen von Familienmitgliedern verprügelt wurden.

Die meisten libyschen Christen fürchten sich, mit anderen Christen zusammenzukommen, da jede Art von religiöser Versammlung - außer islamischen - verboten ist.

Im vorigen Berichtszeitraum hat man vielen Gemeinden von Ausländern die Genehmigung entzogen. Mindestens zwei Christen wurden inhaftiert und möglicherweise gefoltert. Aus dem Gefängnis entlassene

Christen werden im Allgemeinen des Landes verwiesen.

Die Aufstände in den Nachbarländern Ägypten und Tunesien sowie die militärische Unterstützung durch die NATO ermutigten das libysche Volk gegen Gaddafi zu kämpfen, der seit 1969 an der Macht war. Aber nach einem blutigen Bürgerkrieg ist zu befürchten, dass die Zukunft schlimmer sein wird als unter Gaddafi.

Während der Aufstände, die im Februar 2011 begannen, waren Christen offener im Bekenntnis zu ihrem Glauben. Nun fürchten sie die Folgen ihres Bekenntnisses. Aufgrund der Unruhen haben 75 Prozent der ausländischen Christen das Land verlassen. Unklar ist, wie viele

Christen im Land verblieben sind oder zurückkehren werden.

Der Nationale Übergangsrat (NTC) hat nach Monaten der Kämpfe die Macht übernommen. Seine Absichten hinsichtlich der Religionsfreiheit

hat er bereits enthüllt, indem er einen gefährlichen Präzedenzfall schuf. Unter seiner Aufsicht Seite 34 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

wurde bei der Einnahme von Tripolis die Saint-Georges-Kirche geplündert. Zudem sind zwei

Christen wegen der Einfuhr christlicher Bücher

vom NTC festgehalten worden. Es ist zu erwarten, dass der NTC das islamische Recht (Scharia)

einführt und Libyen ein viel stärker islamisch

ausgerichtetes Land wird. Der damalige NTC-Präsident verkündete öffentlich eine «Demokratie gemäß der Scharia» - ein Widerspruch in sich

selbst. Diese Entwicklung würde die Stellung der

Christen in Libyen noch weiter zurückstufen.

zurück zu Länderübersicht

Oman Platz 27:

Anfang des Jahres 2011 kam es auch im Sultanat

Oman zu inneren Unruhen. Zwei Menschen

starben. Der Aufruhr in dem Land im Osten der

Arabischen Halbinsel ebte größtenteils ab,

nachdem die Schaffung von 50.000 Arbeitsplätzen, mehr Redefreiheit für die Bürger, eine Verbesserung der Wohlfahrtspflege sowie eine Kabinettsänderung versprochen wurden. Hinsichtlich der Situation der einheimischen Christen

gibt es keine sichtbare Veränderung.

Der Islam ist im Sultanat Staatsreligion. Laut

Verfassung ist die Scharia (islamisches Gesetz)

Grundlage jeder Gesetzgebung. Jedem Bürger

wird die freie Ausübung seines Glaubens garantiert, solange die öffentliche Ordnung dabei nicht gestört wird. Doch das Strafgesetz sieht

Freiheitsstrafen für jeden vor, der den Propheten Mohammed, den Koran oder den Islam beleidigt. Die Regierung hält die Religionszugehörigkeit ihrer Bürger in den Personalausweisen

fest, für Ausländer in den Aufenthaltsberechtigungskarten.

Auf den Lehrplänen aller staatlichen Schulen

steht Islamunterricht. Apostasie wird nicht als

Verbrechen geahndet, wird jedoch auch nicht

vom Rechtssystem respektiert. Dieses setzt voraus, dass alle Bürger Omans Muslime sind.

Schon die Vorstellung eines Glaubenswechsels

erzeugt Unverständnis. Ein Konvertit aus dem

Islam ist daher mit Problemen beim Familienrecht konfrontiert. Es spricht einem Vater das

Sorgerecht für seine Kinder ab, sollte er den Islam verlassen. Christen muslimischer Herkunft droht bei Entdeckung ihrer Konversion Verfolgung seitens der Familie und der Gesellschaft. Sie können ihre Familie, ihr Haus und ihren Job verlieren und sogar getötet werden.

Im Berichtszeitraum wurde die Abschiebung von ausländischen Gastarbeitern wegen ihrer christlichen Aktivität fortgesetzt.

Der Großteil der 35.000 Christen im Oman sind Ausländer. Es gibt nur wenige einheimische Christen muslimischer Herkunft. Alle religiösen Organisationen müssen registriert sein; christliche Versammlungen werden auf teilnehmende Staatsbürger und politische Botschaften überprüft.

Ausländischen Christen wird gestattet, in Privathäusern oder auf Werksgeländen diskret Gottesdienste zu halten. Die dafür genehmigten

Räumlichkeiten unterliegen jedoch strengen Auflagen, um jeglichen Anstoß bei Einheimischen zu vermeiden.

Es gab für den Oman einen geringen Anstieg in der Punktzahl, der vor allem von den obengenannten Ausweisungen und weiteren Informationen über nationale Gesetze herrührte. Diese sind in Bezug auf die Religionsfreiheit restriktiver, als früher angenommen.

Der geringe Punkteanstieg führt nicht zu einer höheren Einstufung auf dem WVI. Die niedrigere Platzierung erklärt sich mit Veränderungen in anderen Ländern.

zurück zu Länderübersicht

Brunei Platz 28:

Das Sultanat Brunei ist ein kleiner Staat auf der südostasiatischen Insel Borneo und grenzt an Malaysia. Der Islam ist Staatsreligion. Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, doch Gesetze schränken diese Freiheit in der Praxis ein.

Die Beobachtung der kleinen christlichen Minderheit ist strenger geworden. Das erklärt auch die Verschiebung im WVI um einen Platz nach oben.

Brunei Darussalam ist eine muslimische Nation, basierend auf der «Melayu Islam Beraja»-

Ideologie (MIB, Malaiisch-muslimische Monarchie). Die vorherrschende sunnitische islamische Glaubensrichtung/Rechtsschule ist die der Scha-Seite 35 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

fiiten. Alle anderen Religionen dürfen in Frieden und Harmonie praktiziert werden. Doch in der Praxis dürfen nur Nicht-Malaien ihren Glauben

wählen. Der Großteil der Bevölkerung sind Malaien. Tritt ein Malaie zu einem anderen Glauben über, «stört» er damit «Frieden und Harmonie» und wird unvermeidlich einer Umerziehungsmaßnahme zum islamischen Glauben unterzogen.

Im Berichtszeitraum erklärte der Sultan, das islamische Strafrecht einführen zu wollen, was für die christliche Minderheit – und besonders für Christen muslimischer Herkunft – die Lage erschweren würde. Die Überwachung von Kirchen und christlichen Versammlungen scheint zugenommen zu haben. Der Staat schickt Spione in diese Versammlungen. Christen müssen äußerst vorsichtig agieren. In einem Fall ist ein

Pastor von Beamten offen gewarnt worden, vorsichtiger zu sein mit seinen christlichen Aktivitäten und bei der Auswahl der Personen, mit denen er sich trifft.

Es ist sehr schwierig für bestehende Gemeinden, eine staatliche Genehmigung für die Renovierung einer Kirche zu bekommen. Anbaugenehmigungen werden nie erteilt, ganz gleich, ob die Gemeinde registriert ist oder nicht. Die Einfuhr von Bibeln, christlicher Literatur und anderen Materialien ist auf den persönlichen Gebrauch beschränkt. Ein Import für dienstliche Zwecke, also zur Nutzung im Gemeindedienst, ist nicht möglich. Materialien in der Landessprache sind verdächtig und somit schwer zu bekommen. Dementsprechend stehen Gemeindeleiter vor großen Herausforderungen bei der Unterweisung ihrer Mitglieder und in ihrem Gemeindedienst. Solange der Staat einer bestimmten Religion den Vorzug gibt und die freie Religionswahl verweigert sowie die Erlaubnis für einen Glaubenswechsel an die Beibehaltung von Frieden und Harmonie in der Gesellschaft knüpft, wird sich für die christliche Minderheit in Brunei nichts Wesentliches ändern.

zurück zu Länderübersicht

Marokko Platz 29:

Die Umsturzwelle des «arabischen Frühlings» in Nordafrika und des Nahen Osten hat auch das Königreich Marokko ergriffen. Die Proteste führten nicht zum Ende der Monarchie, doch König Mohammed VI. kündigte Reformen an, um den sozialen Frieden wiederherzustellen.

Die Proteste in dem nordafrikanischen Land endeten im Juli 2011 damit, dass der König sich zu gewaltigen politischen Zugeständnissen gezwungen sah. Dazu gehörten u. a. Änderungen in der Regierung, eine Verfassungsreform, eine stärkere Verpflichtung zur Respektierung bürgerlicher Rechte und ein Ende der Korruption.

Es war Pragmatismus, dass Mohammed VI. – der als direkter Nachkomme des Propheten Mohammed, dem Gründer des Islams, gilt – dem Druck der moderat-islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) nachgab. Bei den Ende 2011 abgehaltenen Parlamentswahlen erlangte die PJD einen gewaltigen Sieg und ist nun, dem neuen verfassungsmäßigen Verfahren entsprechend, berechtigt, einen Premierminister stellen.

Ausländer dürfen ihren Glauben praktizieren; eine staatlich anerkannte marokkanische Kirche gibt es nicht. Doch auch Ausländerkirchen sind Beschränkungen ausgesetzt, wenngleich diese nie so massiv waren, wie in benachbarten nordafrikanischen Ländern.

Die Hauptquelle der Verfolgung ist der fundamentalistisch-islamische Einfluss auf die Behörden und innerhalb der Gesellschaft. Der Islam ist Staatsreligion, aber die Verfassung sieht eine gewisse Religionsfreiheit vor. In der Praxis gibt es eine Anzahl von Einschränkungen bei der Ausübung dieser Freiheit. Beispielsweise verbietet die Regierung die Weitergabe christlicher Materialien und untersagt jede Art von Evangelisation. Gemeinschaften aus ausländischen Christen

praktizieren ihren Glauben offen. Per Gesetz steht die Konversion eines Muslims zu einer anderen Religion zwar nicht unter Strafe. Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren jedoch gesellschaftlichen Druck und sind sozial isoliert. Marokkanische Christen muslimischer Herkunft werden regelmäßig von der Polizei verhört und teilweise wie Kriminelle behandelt. Zudem müssen Konvertiten mit Ablehnung vonseiten ihrer Freunde und Familienmitglieder rechnen. Seite 36 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Verglichen mit dem WVI 2011 scheint sich die Lage der Christen in Marokko etwas verbessert zu haben. Dennoch steigt Marokko von Position 31 auf Platz 29 auf. Denn islamistische Kräfte werden in Marokko immer sichtbarer. Charakteristisch für die Situation der Christen im Jahr 2010 waren: großer Druck auf einheimische Hausgemeinden und die Ausweisung von über 150 christlichen Ausländern. Im Jahr 2011 gab es weniger Vorfälle dieser Art. Die Behörden wendeten den Großteil ihrer Ressourcen dafür auf, die Unruhen im Land unter Kontrolle zu bringen. Der «arabische Frühling» schürte auch bei der jungen christlichen Generation Hoffnung auf mehr Freiheit. Es wird sich zeigen, ob diese Hoffnung Realität wird oder ob staatliche Restriktionen wieder zunehmen werden. In der Praxis wird sich auch zeigen, wie gemäßigt die Islamisten in der Regierung sind, und ob gemäßigten Muslimen die Bildung einer Koalition gelingt, um dem Druck von Al-Kaida und anderen fundamentalistischen Gruppen zu widerstehen.

zurück zu Länderübersicht

Kuwait Platz 30:

Die Volksaufstände Anfang 2011 im Nahen Osten und der Region Nordafrika regten auch einige Proteste in Kuwait an, doch werden sie nach Einschätzung von Beobachtern wohl kaum zu nennenswerten Systemveränderungen führen. Premierminister Scheich Nasser al-Mohammad al-Sabah und sein Kabinett traten im Dezember 2011 nach einem Streit mit ihren parlamentarischen Gegnern wegen Korruptionsvorwürfen zurück.

Die Verfassung Kuwaits garantiert Religionsfreiheit, doch bildet die Scharia, das islamische Recht, die Grundlage aller Rechtsprechung.

Auch darüber hinaus gibt es in dem Land auf der Arabischen Halbinsel einige Einschränkungen:

Die Religionsausübung darf nicht im Widerspruch zur öffentlichen Ordnung und Moral stehen und muss herrschenden Sitten entsprechen.

Der Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion ist demnach nicht gestattet, die Weitergabe des christlichen Glaubens verboten. Die Regierung hat die Missionsanstrengungen sunnitischer Muslime hingegen aktiv unterstützt.

Hauptquellen der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft sind die eigene Familie und muslimische Extremisten, in geringerem Maße auch die Behörden. Es gibt nur ein paar hundert kuwaitische Christen muslimischer Herkunft. Die meisten der 420.000 Christen sind Gastarbeiter aus dem Ausland.

Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft wächst; sie sind auch mutiger geworden, ihren Glauben weiterzugeben. Doch dafür riskieren sie Diskriminierung, Schikane, polizeiliche Überwachung ihrer Aktivitäten, willkürliche Festnahme und Inhaftierung, Misshandlung und Beschimpfung.

Der Glaubenswechsel vom Islam hin zu einer anderen Religion wird nicht anerkannt und führt zu rechtlichen Problemen mit Blick auf Personenstands- und Eigentumsangelegenheiten vor Gericht. Die Regierung schreibt islamischen Religionsunterricht an staatlichen und privaten Schulen für alle Schüler vor. Christlicher Religionsunterricht ist selbst rechtlich anerkannten Christen untersagt.

Für Ausländer gibt es vier registrierte Konfessionen, deren Mitglieder sich auf abgeschlossenen Grundstücken versammeln. Diese sind jedoch zu klein für die Zahl der Menschen, die zusammenkommen. Es ist außerordentlich schwer, an eine Immobilie für gottesdienstliche Versammlungen zu gelangen. Andererseits haben diese Einschränkungen eine stärkere Zusammenarbeit und Gemeinschaft unter den Kirchen gefördert.

Die Situation für Christen in Kuwait ist in den vergangenen Jahren mehr oder weniger stabil geblieben. Während des vorigen Berichtszeitraums erreichten Open Doors Berichte über einen Christen, der wegen seines Glaubens aus dem Land fliehen musste. Ein anderer wurde verhaftet.

Auch in diesem Berichtszeitraum musste ein Christ fliehen. Es wurden keine Verhaftungen gemeldet, doch könnte es durchaus zu Festnahmen gekommen sein.

Für den WVI 2012 erhielt Open Doors Informationen zu nationalen Gesetzen, die in Bezug auf die Religionsfreiheit restriktiver sind als zuvor

Seite 37 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

angenommen. Dies führte zwar zu einer leichten Zunahme der Punkte; in der Rangliste rutscht Kuwait dennoch von Platz 28 auf Platz 30 ab.
zurück zu Länderübersicht

Türkei Platz 31:

Die Türkei fiel um einen Platz im WVI zurück. Die türkische Republik wurde als säkularer Staat gegründet. Doch Christen erfahren verschiedene

Formen der Diskriminierung. Staatliche Einschränkungen der Religionsfreiheit haben ihren Ursprung in der Interpretation der säkularen Verfassung und der Gesetze des Landes, die tendenziell gegen nicht-muslimische Minderheiten gerichtet sind. Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen der offiziellen Auslegung der säkularen Gesetzgebung und den inoffiziellen Praktiken durch staatliche Stellen, Polizeibeamte und Richter.

Staatliche Beschränkungen, gesellschaftliche Feindseligkeiten und Nationalismus sind Ursachen für die Verletzung der Religionsfreiheit in der Türkei und führen auch zu Menschenrechtsverletzungen (Verbrechen aus Hass, unfaire Behandlung vor Gericht, Diskriminierung usw.).

Muslimische Türken, die sich für den christlichen Glauben interessieren, werden häufig Opfer von Diskriminierung durch ihre Familien. In einer

patriarchalischen Gesellschaft wie der türkischen gilt der Religionswechsel eines Familienmitgliedes mancherorts noch als Verletzung der Familienehre. Viele Christen muslimischer Herkunft werden enterbt oder aus dem Familienverband verbannt und ausgestoßen. Ihnen droht auch der Arbeitsplatzverlust.

Die Regierung verhält sich passiv im Blick auf diese Arten der Diskriminierung, da sie nur eine kleine Minderheit betreffen. Einige registrierte Gemeinden dürfen Gottesdienste organisieren. In der Öffentlichkeit zu predigen, ist gestattet, doch riskieren diese Prediger, von der Polizei und türkischen Nationalisten drangsaliert zu werden. Evangelisation ist möglich, doch bekommen Christen hierfür kein Dauervisum. Eine Bibelübersetzung ins moderne Türkisch ist seit Jahren erhältlich. Druck und Vertrieb von Bibeln und christlicher Literatur in Kirchen ist erlaubt; ihre offene Weitergabe jedoch führt zu Problemen.

Christen, die sich aufgrund ihrer religiösen Haltung für andere engagieren, werden gelegentlich von Regierungsvertretern und Staatsbeamten bedroht oder bedrängt. Die Weitergabe von Glaubenslehren durch nicht-muslimische religiöse Gruppen ist gesellschaftlich inakzeptabel und manchmal gefährlich.

Bei manchen Gottesdiensten sind Polizisten anwesend, um Kirchgänger zu schützen, aber auch, um die Aktivitäten der Christen zu beobachten. Dieser «Schutz» ist jedoch unregelmäßig, und von Zeit zu Zeit werden kirchliche Immobilien verwüstet.

Der traditionell säkulare Staat hat sich unter Premierminister Recep Tayyip Erdoğan und Präsident Abdullah Gül (beide Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, AKP) in den vergangenen Jahren mehr zu einem am Islam orientierten Staat entwickelt.

Als die Türkei aktiv über ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union verhandelte, führte das Land eine Reihe von Reformen ein. Diese trugen anfangs zu einer wachsenden religiösen Toleranz und zum Schutz von Minderheiten bei. Die Morde von drei Christen in Malatya (Osttürkei) im Jahr 2007 schaden dem Ansehen der Türkei auf internationalem Parkett. Der Prozess um die Täter läuft noch immer. Die notwendigen Reformen wurden jedoch nicht vollendet. Trotz einiger Verbesserungen hat es das Land nicht geschafft, die Diskriminierung von Christen auszumerzen.

Nur die armenische und die griechischorthodoxe Kirche werden von der Regierung offiziell anerkannt. Es ist zu erwarten, dass die Unterdrückung von Christen fortgesetzt wird. Die rechtliche und gesellschaftliche Stellung christlicher Minderheiten hat sich nicht verbessert.

zurück zu Länderübersicht

Indien Platz 32:

Indiens rangiert auf demselben Platz wie im Vorjahr. Die Bedingungen für Christen haben sich nicht verbessert. Monat für Monat kommt es

www.weltverfolgungsindex.de
 weiterhin zu zerstörerischer Gewalt gegen
 Evangelisten, Pastoren und kirchliche Versammlungen. Für gewöhnlich finden die Übergriffe in
 entlegenen oder ländlichen Gebieten statt.
 Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 109 Fälle
 von Gewalt gegen Christen erfasst. In vielen
 Fällen wurde ein Pastor oder Evangelist von einer Gruppe attackiert und zusammengeschlagen. Meist haben
 die Behörden nicht in angemessener Weise reagiert.
 Die Angriffe gegen Christen oder Kirchen erfolgen in der Regel durch Banden, die von extremistischen
 Hindu-Organisationen beeinflusst
 und mobilisiert werden. Sie folgen der «Hindutva»-Ideologie, der zufolge jeder Inder Hindu zu
 sein hat. Allen Minderheiten stehen ihre Anhän-
 ger feindselig und hasserfüllt gegenüber.
 Obwohl sie bei den letzten Wahlen auf nationaler Ebene eine herbe Niederlage einfuhr, regiert
 die hindu-nationalistische Partei BJP (Bharatiya
 Janata Party) auf der Landesebene über zwei
 Drittel der Bevölkerung. Als radikale HinduPartei versucht die BJP weiterhin, ihre extremistische Version
 des Hinduismus im kulturellen
 Mainstream zu etablieren.
 «Der sich wie ein Virus verbreitende HinduExtremismus ist heute die größte Bedrohung der
 Kirche», sagte im August 2011 ein Gemeindeleiter in Delhi. Ortsverwaltungen und Polizeibehörden sind oft
 parteiisch und stellen sich nicht
 selten auf die Seite der Täter – in gewisser Hinsicht eine Form von Amnestie für Schlägertrupps.
 Im Berichtszeitraum erlebten indische Christen
 keine Massaker wie im Jahr 2008 im Bundesstaat Orissa. Doch dauern die Folgen aus den
 pogromartigen Ausschreitungen gegen Christen
 nach der Ermordung eines Hindu-Führers an:
 Nach einem Bericht der nationalen Minderheitenkommission Ende 2011, ist aus den 827 in
 der Provinz Kandhamal registrierten Straftaten
 erst in 512 Fällen Anklage erhoben worden; in
 65 Fällen wurden 361 Personen verurteilt. Bis
 heute wurden insgesamt 2.246 Personen aus
 Mangel an gerichtlich verwertbaren Beweisen
 freigesprochen. Die übrigen 321 Fälle sind noch
 anhängig. Sporadisch kommt es in dieser Gegend weiterhin zu Gewalttaten. An Weihnachten 2010 stürmten
 etwa 200 Extremisten in der
 Ortschaft Koyi Konda einen Gottesdienst. Die
 Männer verprügelten Gottesdienstteilnehmer,
 zerstörten Mobiliar und legten in zehn Häusern
 von Christen sowie an Getreidefeldern Feuer.
 Im Bundesstaat Maharashtra stoppten HinduExtremisten am 2. Mai den Bau einer Kirche und
 organisierten einen Boykott gegen die Christen
 des Ortes. Dieser ging so weit, dass deren Kinder
 die örtliche Schule nicht mehr besuchen durften. Derartige Vorfälle sind in ganz Indien nahezu an der
 Tagesordnung. Meist werden sie von
 Zwangsbekehrungsvorwürfen begleitet, die als
 Vorwand für die Übergriffe dienen.
 Ein Auslöser von Angriffen ist das unverminderte Wachstum christlicher Gemeinden. Besonders aus den
 unteren Gesellschaftsschichten
 bzw. unter den Dalits (Unberührbaren) kommen
 viele Menschen zum Glauben an Jesus. Die Gemeinde Jesu in Indien wächst beträchtlich. Nach
 offiziellen Angaben gibt es 2,3 Prozent Christen

unter den mehr als 1,2 Milliarden Einwohnern. Doch nach Einschätzungen von Open Doors könnte die Zahl bei fünf Prozent liegen – das entspricht über 70 Millionen Christen. Zudem gibt es wachsende Spannungen zwischen Muslimen und Christen in den Staaten Kerala, Kaschmir und Assam. In bestimmten Regionen stellen maoistische Aufständische und buddhistische Fundamentalisten ebenfalls eine Bedrohung für Christen dar – ein kleiner, aber zunehmender Trend. Trotz allem bleibt Indien jedoch ein weitgehend pluralistisches Land. Die meisten christlichen Leiter sind der Ansicht, dass die erdrückende Armut auf vielen Ebenen eines der Hauptprobleme ist. 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt. 72 Prozent der Kinder besuchen keine Schule. In Indien gibt es 60 Millionen Kinder, die arbeiten müssen und noch immer haben 600 Millionen Menschen keinen Zugang zu elektrischem Strom. Der indische Parlamentarier Dr. Shashi Tharoor, sagte, Indiens Bestimmung sei «nicht die einer Supermacht, sondern die eines super-armen Landes». Obwohl die Mehrheit der Christen in Indien weiterhin relativ frei ihren Glauben leben kann, gehen in vielen Landesteilen Hindu-Extremisten gegen Christen vor. Sie formieren sich besonders in den ländlichen Gebieten neu und grün-Seite 39 von 55 www.weltverfolgungsindex.de den Schulen zur Weitergabe ihrer Ideologie. Selbst gut ausgebildete Führer wollen den Hinduismus zu einer viel weniger toleranten Religion machen. Pastor Richard Howell, Generalsekretär der Evangelischen Allianz Indien, zufolge, «sehen sich Christen in Indien weiterhin der schlimmsten Verfolgung in Indien gegenüber, die es je gegeben hat». Christen richten sich auf einen Anstieg der Verfolgung ein. zurück zu Länderübersicht

Burma/Myanmar Platz 33:
«Ein frischer Wind weht durch das Land!» Das ist die Kurzfassung dessen, was Beobachter wie die Internationale Crisis Group (ICG) über das südostasiatische Myanmar nach seinem Übergang zu einer neuen, halb bürgerlichen Regierung im März 2011 sagen. Es sind etliche positive Anzeichen zu beobachten, seit die neue Führung im Amt ist. Damit nährt sie Hoffnungen auf weitere spürbare Veränderungen. Zwei dieser Zeichen sind die Rückkehr von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi auf die politische Bühne und die mögliche Wiederzulassung ihrer Partei, der National League for Democracy, sowie die Haftentlassung von Hunderten inhaftierter politischer Dissidenten. Doch auf die mit der neuen Regierung verbundenen glänzenden Aussichten fallen auch einige dunkle Schatten: Die Mehrheit der sogenannten «politischen Gefangenen», insgesamt mindestens 2000, ist immer noch in Haft. Zudem führt die Armee ihren Krieg gegen ethnische Rebellen – von denen dem Namen und der Konfessionszugehörigkeit nach die meisten Christen sind – mindestens ebenso intensiv weiter wie zuvor. Etlichen Berichten zufolge ist die Armee wiederholt in christliche Dörfer des Kachin-Stammes eingedrungen. Christen wurden drangsaliert und

manchmal zu Trägerdiensten gezwungen. In einem Fall verwandelte die Armee ein christliches Dorf im August 2011 in einen militärischen Vorposten, einschließlich Befestigungen, Gräben und Landminen. Obwohl die Christen einen Beschwerdebrief an die Behörden sandten, unternahm die neue Regierung nichts, um den Christen zu helfen. Dieses Ereignis passt in die lange Geschichte des ethnischen Konflikts mit dem Kachin-Stamm, der in der nördlichen Grenzregion zu China und Indien lebt. Nach Aussagen internationaler Beobachter stimmt die gegenwärtige Reaktion der Streitkräfte nicht mit der Rhetorik des neuen Präsidenten überein, der von Versöhnung redet.

Andererseits ist im September 2011 eine neue Menschenrechtskommission eingerichtet worden, in der Minderheiten vertreten sind. Ein Mitglied ist ein bekanntes, respektiertes Mitglied der christlichen Minderheit der Kachin. Da die Kommission erst vor kurzer Zeit geschaffen wurde, muss sich erst noch zeigen, wie unabhängig sie arbeiten und welche speziellen Aufgaben sie wahrnehmen wird. Dennoch ist ihre Bildung ein ermutigendes Zeichen.

So nahm das Land auf dem WVI 2012 bei den Punkten leicht ab, wurde aber aufgrund der Veränderungen in anderen Ländern beträchtlich niedriger eingestuft. Daher muss betont werden, dass es bislang noch immer keine nennenswerten Veränderungen hinsichtlich der Verfolgung von Christen im früheren Burma gibt.

Ob der eingangs erwähnte «frische Wind» die missliche Lage der christlichen Minderheit verändern wird, bleibt unklar. Der Druck vonseiten der Gesellschaft und des Militärs scheint derzeit unverändert. Ein protestantischer Gemeindeleiter erklärte besorgt, die neuen Maßnahmen könnten eine kurzweilige Bemühung gewesen sein, um den jährlich wechselnden ASEAN-Vorsitz (Verband Südostasiatischer Staaten) für 2014 zu erhalten - was das Land vor kurzer Zeit erreicht hat – und um die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, ihre Sanktionen gegen Myanmar aufzuheben.

zurück zu Länderübersicht

Tadschikistan Platz 34:

In diesem Jahr rangiert das zentralasiatische Tadschikistan einen Platz niedriger als im WVI 2011. Doch von einer Verbesserung der Lage für die christliche Minderheit kann nicht die Rede sein. Die Veränderung ist in erster Linie auf die drastische Verschlechterung der Lage im Sudan zurückzuführen, die das afrikanische Land um fast 20 Listenplätze nach oben trieb. Seite 40 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Die neuen Religionsgesetze unterscheiden streng zwischen staatlich registrierten und nicht registrierten Gemeinden. Christen muslimischer Herkunft werden auch in Zukunft mehr Probleme bekommen. Unklar ist, wie neue Verordnungen umgesetzt werden, doch in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen der Christen scheint eine weitere Verschlechterung möglich zu sein.

Im August 2011 führten die Behörden ein neues «Gesetz über die elterliche Verantwortung» ein, das Eltern für die religiösen Aktivitäten ihrer Kinder voll verantwortlich macht. Dieses Gesetz macht Tadschikistan, verglichen mit den anderen zentralasiatischen Staaten, einzigartig – weniger im Alltag, sondern vielmehr in den Bereichen der Rechtsprechung und der ideologischen Ausrichtung.

In der Vergangenheit war es schon mühsam, gemeindliche Aktivitäten wie Kindergottesdienste oder Jugendcamps durchzuführen. Doch jetzt untersagt das neue Gesetz jegliche Teilnahme von Personen unter 18 Jahren an religiösen Aktivitäten mit Ausnahme von Beerdigungen. Kinder können Religionsunterricht nur in Einrichtungen bekommen, die eine staatliche Lizenz besitzen. Über die Hälfte der Bevölkerung Tadschikistans ist unter 18 Jahren. Eltern, die gegen diese Verordnung verstoßen, müssen mit empfindlichen Geldbußen und sogar Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren rechnen. Die Regierung stellte ihre Entschlossenheit in religiösen Dingen vor Kurzem dadurch unter Beweis, dass im August 2011 junge Muslime am Betreten von Moscheen für die Eid-al-Fitr-Gebete gehindert wurden. Sie wollten das Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan feiern.

Insbesondere Christen muslimischer Herkunft werden durchaus auch angegriffen und drangsaliert; sie werden überwacht und unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Eine Quelle der Verfolgung ist die Familie und auch die Gesellschaft als Ganzes. Solange sich die Gesamtlage in der Region Zentralasien nicht ändert, wird die christliche Minderheit dauerhaften und wahrscheinlich zunehmenden Restriktionen ihrer Freiheit gegenüberstehen.

zurück zu Länderübersicht

Tunesien Platz 35:

Tunesien ist das Land, in dem die Protestbewegungen des «arabischen Frühlings» ihren Anfang nahmen. Es ist auch das Land, in dem – basierend auf seiner Tradition politischer Aktivisten und seiner allgemein gut gebildeten Bevölkerung – der Übergang zur Demokratie die größte Chance auf Erfolg haben könnte.

Das nordafrikanische Tunesien gilt als das liberalste Land der Region und ist stark vom Tourismus abhängig. Davon abgesehen wird Tunesien nach Einschätzung der unabhängigen «International Crisis Group» (ICG) den Drang zu radikaler politischer Veränderung gegen die Erfordernisse der Stabilität abwägen, den Islamismus

in die neue Landschaft integrieren und mit internationaler Hilfe grundlegende sozio-ökonomische Probleme anpacken müssen.

Eine breite Koalition von Arbeitslosen, Anwälten, Intellektuellen, Arbeitern aus der Mittelschicht sowie Gewerkschaften, die radikale politische Veränderungen verlangten, stand hinter der Jasmin-Revolution vom Dezember 2010. Die

Proteste führten zum Sturz von Präsident Ben Ali und Premierminister Ghannouchi.

Im Oktober 2011 wurden erste Wahlen abgehalten. Als Sieger ging die islamische EnnahdaPartei vor, welche bereits ihre Absicht verkündet hat, Schritte zur Einführung der Scharia zu unternehmen und Tunesien zu einem islamischen Staat umzugestalten.

Aufgrund der hochgradigen Polarisierung zwischen den Liberalen, der säkular eingestellten Elite und den gut organisierten Islamisten in

Tunesien ist unklar, wie viel von dem islamischen Programm umgesetzt werden wird. Doch das Land wurde von den ständigen Turbulenzen im Gefolge der Revolution beeinflusst. Radikale

Muslime kehren nach Tunesien zurück – die meisten von ihnen aus dem französischen Exil – und verbreiten fundamentalistische Botschaften. Sie organisieren gewalttätige Demonstrationen, die von den geschwächten Sicherheitsdiensten der Regierung nur schwer kontrollierbar sind. Die besonders gewalttätige Ermordung von Pater Marek Rybinski, einem polnischen Priester und Missionar vom Orden der Salesianer im Seite 41 von 55 www.weltverfolgungsindex.de Februar 2011, ist ein deutliches Beispiel für die Zunahme religiös motivierter Gewalt im Land. Ein anderes Beispiel ist der Fall eines einheimischen Gemeindeleiters. Er musste das Land verlassen, weil sein Leben und das seiner Familie ernsthaft bedroht waren. Zwar anerkennt die Verfassung Tunesiens Religionsfreiheit und einen Wechsel vom Islam hin zu einem anderen Glauben, doch die Verwaltungsbeamten auf allen Ebenen handeln in der Praxis oft anders. In Tunesien lebende ausländische Christen erleben mehr Überprüfungen und haben den Verdacht, dass ihre Telefone angezapft sind. Pastoren von Ausländergemeinden werden überwacht; die Einfuhr von christlicher Literatur in arabischer Sprache wird behindert. Einheimische Gemeinden können sich nicht registrieren lassen – seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 ist keiner neuen Gemeinde mehr die offizielle Registrierung bewilligt worden. Ist ihre Konversion vom Islam bekannt geworden, werden einheimische Christen muslimischer Herkunft verhört und geschlagen. Berichte aus Tunesien lassen erkennen, dass der Druck auf Christen, der sowohl von den Behörden als auch von den Familien Christen muslimischer Herkunft ausgeht, seit der JasminRevolution zugenommen hat. In diesem Zusammenhang muss sich zeigen, ob der demokratische Wandel die Lage der kleinen christlichen Minderheit in Tunesien verbessern wird.

zurück zu Länderübersicht
 Syrien Platz 36:
 Die Proteste gegen die Regierung von Präsident Bashar al-Assad und deren gewaltsame Niederschlagung dauern seit Monaten an. Die Situation im Land kann am besten als chaotisch beschrieben werden. Syriens gesellschaftliches und politisches Klima ist außerordentlich explosiv; das Land steht am Rande eines Bürgerkrieges. Sollte das derzeitige Regime stürzen, werden künftige Machthaber nicht notwendigerweise demokratischer regieren, so Beobachter. Syrien hat mehr als 20 Millionen Einwohner, 1,9 Millionen davon sind Christen. Unter dem säkularen Regime von Präsident Assad hat die christliche Gemeinschaft bislang in relativer Freiheit gelebt. Solange Christen die kommunale Harmonie nicht störten oder die Regierung bedrohten, wurden sie toleriert und genossen Kultusfreiheit. Die anerkannte syrische Kirche ist keine verborgene oder geheime Kirche. Sie ist in der Gesellschaft respektiert, wenngleich jede christliche Versammlung von der Geheimpolizei überwacht wird. Aufgrund von politischem Druck und von Abkommen mit anderen religiösen Führern können oder wollen diese Gemeinden in Syrien nicht offen evangelisieren. Christen muslimischer Herkunft haben viele Probleme, zumeist vonseiten der Familie und Freunde. Die Regierung sieht sich auch mit starken fundamentalistisch-islamischen Gruppen konfrontiert, die gegenüber Christen und anderen Minderheiten feindselig eingestellt sind.

Extremistische Kämpfer aus dem Ausland - meist aus anderen arabischen Ländern - leben und operieren seit März 2011 in Syrien. Diese ausländischen Kämpfer sind in Häuser eingedrungen und haben Christen und andere Minderheitengruppen bedroht. Christenfeindliche Einstellungen nehmen inmitten der jetzigen gewalttätigen und chaotischen Situation im Land deutlich zu.

Als Angehörige einer Minderheitenreligion haben die meisten Christen früher das alawitische Regime unterstützt, da es ihnen relativen Frieden und Ruhe bot. Heute jedoch unterstützen die meisten Christen die Regierung nicht mehr; sie sehnen ein Friedensabkommen und ein Ende der Gewalt herbei.

Ihre frühere Unterstützung des alawitischen Regimes hat sie jedoch zum Ziel für Angriffe seitens der Opposition werden lassen. Zudem sind sie auch aus religiösen Gründen in Gefahr, da sich fundamentalistisch-islamische Gruppen gegen jede nicht-muslimische Religion im Land wenden.

Seit März 2011 sind vor allem sunnitische und salafistische Demonstranten auf die Straße gegangen. Nach Jahrzehnten der Vorherrschaft der Eliten der alawitischen Minderheit hat sich die Frustration der religiösen Mehrheitengruppen angestaut. Christenfeindliche Spannungen tra-

Seite 42 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

ten zunächst in Form von Drohungen auf. Bei einigen Demonstrationen wurden Christen zur Teilnahme gezwungen oder aufgefordert, nach Libanon zu emigrieren. Alawiten werden mit dem Tode bedroht. Die Lage hat sich noch weiter verschlechtert.

Berichte einheimischer Christen lassen darauf schließen, dass sich die gesellschaftliche Stimmung zunehmend gegen Christen wendet. So sollen bereits Versammlungsorte von Christen – vor allem Kirchengebäude – überfallen und dabei Menschen verletzt worden sein. Einheimische Christen melden, dass fundamentalistische Taxifahrer geschworen hätten, jeder unverschleierte Kundin etwas anzutun. Vor einigen Monaten sind in Damaskus zwei Christinnen verschleppt worden. Einer Frau gelang es, aus dem fahrenden Auto zu springen. Die andere Frau wurde mitgenommen. Bis heute fehlt von ihr jede Spur.

In Anbetracht dieser Entwicklungen stieg die Gesamtpunktzahl für Syrien erheblich an. Das Land rückte vom Platz 38 auf Position 36 im Index vor.

Was ist für die Zukunft der Christen in Syrien zu erwarten? Solange die Alawiten vereint bleiben, wird die Macht weiter in den Händen des AssadClans verbleiben. Die Alawiten würden in diesem Fall weiterhin den Apparat des militärischen Geheimdienstes kontrollieren und die Baath-Partei das Monopol über das politische System behalten. Trotz der gegenwärtig traurigen Menschenrechtslage befürworten Christen das Weiterbestehen eines säkularen Regimes, das vom extremen Islam nicht so stark beeinflusst ist.

Obwohl kaum vorhersagbar ist, wie sich die Ereignisse entwickeln werden, wird erwartet, dass

ein Regierungswechsel zu Anarchie und zu Machtkämpfen führen würde. Dies könnte zu einer Machtübernahme durch islamische Extremisten führen – und damit zu einer Verschlechterung der Lage für Christen und anderer Minderheitengruppen. Sollte das geschehen, würden Christen entweder isoliert oder aus dem Land getrieben - ein Szenario ähnlich wie im Irak.

zurück zu Länderübersicht

Vereinigte Arabische Emirate Platz 37:

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VEA) sind eins der liberalsten Länder in der Golfregion.

Ausländer machen rund 85 Prozent der Bevölkerung aus.

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion. Alle Anordnungen und Gesetze müssen mit der

Scharia, dem islamischen Recht, in Einklang stehen. Die Verfassung sieht Religionsfreiheit unter der Bedingung vor, dass weder geltende Gesetze, noch die öffentliche Moral und Ordnung oder muslimischen Sitten verletzt werden. In der Praxis schränkt die Regierung diese Freiheit ein.

Es gibt einige Kirchen in den VAE, jedoch muss die Nutzung eines Gebäudes oder eines Raumes für religiöse Zwecke genehmigt sein. Christen in

den VAE, bei denen es sich zumeist um ausländische Gastarbeiter handelt, dürfen sich in Privathäusern versammeln, erleben aber trotzdem

Repressionen. Dies liegt vor allem an der diskriminierenden Haltung der Regierung und der feindseligen Haltung der Gesellschaft Christen

gegenüber. In der Vergangenheit kam es deshalb schon zu Ausweisungen von Ausländern.

Die Weitergabe nicht-islamischer religiöser Literatur ist verboten.

Zu Übergriffen kommt es auch durch Einheimische, die christliche Migranten beobachten. Das ist im ganzen Land Realität, wenn auch kleinere, konservativere Emirate restriktiver sind als die größeren.

Christen muslimischer Herkunft stehen aufgrund des stark vom Islam beeinflussten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens unter Druck, insbesondere seitens ihrer Familien und Verwandten.

Alle Bürger der VAE sind traditionell Muslime.

Sie haben nicht die Freiheit, ihren Glauben zu wechseln. Auf den Abfall vom Islam (Apostasie) steht die Todesstrafe. Um dieser Bestrafung, gesellschaftlicher Stigmatisierung oder anderen

Strafen zu entgehen, werden Konvertiten gedrängt, zum Islam zurückzukehren oder in ein anderes Land zu reisen, wo ihre Bekehrung erlaubt ist.

Unter der muslimischen Bevölkerung gibt es sehr wenige Christen. Einem Muslim das Evan-Seite 43 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

gelium zu verkündigen, gilt als Bekehrungsversuch und ist untersagt. Einheimische Christen mit muslimischem Hintergrund praktizieren ihren Glauben im Geheimen.

Die Gesamtpunktzahl für die Vereinigten Arabischen Emirate hat sich leicht erhöht. Wegen des Punkteanstiegs bei anderen Ländern mit ähnlicher Platzierung steigen die Emirate von Platz 34 auf Platz 37 ab. Für den aktuellen Berichtszeitraum erhielt Open Doors weiterführende Informationen über die Verfassung und nationale

Regelungen, die hinsichtlich der Religionsfreiheit restriktiver sind, als früher vermutet.

Im Allgemeinen hat sich an der Glaubensfreiheit für Christen im gegenwärtigen Berichtszeitraum kaum etwas verändert. Ausländischen Christen, die Muslimen das Evangelium oder christliche Literatur weitergeben, droht die Festnahme, Inhaftierung und Abschiebung. Diesbezüglich erhielt Open Doors jedoch keine Berichte.

Es gab einige Meldungen über gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit. Der gesellschaftliche Druck hat einige Muslime von einem Religionswechsel zurückschrecken lassen.

Christen in den VAE sehen viele Möglichkeiten für einen muslimisch-christlichen Dialog. Zwar waren die VAE vom «arabischen Frühling» nicht sehr betroffen, doch die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten haben viele Bürger dazu veranlasst, über Staatsmacht und eine gute Regierung nachzudenken. Vereinzelt kam es dabei zu Glaubensgesprächen mit Christen.

zurück zu Länderübersicht

Äthiopien Platz 38:

Äthiopien ist aufgrund einer höheren Zahl an Übergriffen auf Christen aktuell von Platz 43 auf Platz 38 gestiegen. Die Gründe für die Verfolgung in dem ostafrikanischen Land sind klerikale Überheblichkeit und islamischer Extremismus.

Offenbar stehen Erneuerungsbewegungen innerhalb der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche (EOC) und protestantische Gemeinden im Visier der EOC und radikaler Muslime.

Früher richtete sich vor allem die Äthiopisch-Orthodoxe Kirche (EOC) gegen aufkommende protestantische Gemeinden und bedrängte deren Mitglieder. Protestantische Gemeinden sind in Äthiopien die am schnellsten wachsende Glaubensgemeinschaft. Doch auch Erneuerungsbewegungen in den eigenen Reihen wurden unterdrückt. Inzwischen haben sich Islamisten in mehrheitlich muslimischen Gebieten als Hauptverfolger von Protestanten aber auch EOC-Mitgliedern herausgestellt. Gegner der Christen finden sich heute mehr innerhalb gesellschaftlicher Gruppen als in Regierungskreisen.

Es existiert kein Gesetz, das die Integration von neu zum Glauben gekommenen Christen in einheimische Gemeinden untersagt. Allerdings stellen sich Ortsansässige und die Familien der betreffenden Christen häufig gegen sie. Daher «ermutigen» leitende Mitglieder der EOC und muslimische Gruppen zum Angriff auf Kirchen und Konvertiten. Die Ziele sind dabei völlig verschieden, jedoch haben beide einen gemeinsamen «Feind» und eine ähnliche Strategie.

Die EOC bleibt weiter eine Quelle der Verfolgung von Christen in Äthiopien. Leiter sehen durch das Aufkommen anderer Kirchen und Gemeinden ihre historische Vorherrschaft bedroht. Ihrer Ansicht nach, so berichten einheimische Informanten, würden Protestanten und Islamisten ihnen Mitglieder nehmen und damit die Kirche und die Nation zu zerstören versuchen. EOC-Mitglieder zeigen ihrer Konfession gegenüber Hingabe und starkes Engagement.

Der «innere Kern» der EOC stellt sich auch gegen Erneuerungsbewegungen innerhalb der Kirche. Vermeintliche Reformer gelten insgeheim als Agenten der Protestanten. Eine Reihe von Priestern und anderen kirchlichen Mitarbeitern wurden aus der Kirche ausgeschlossen, nachdem ihnen unterstellt wurde, «reformatorisch» zu sein.

Radikaler Islamismus ist eine weitere Quelle für Verfolgung in Äthiopien. Muslime missbilligen es, wenn protestantische Christen Mitgliedern der örtlichen Moscheegemeinde das Evangelium weitergeben.

Darüber hinaus ist die unvorhergesehene Verschiebung des Islamismus in Äthiopien vom sunnitischen Islam hin zur wahhabitischen Richtung, einer strengen Form des Islam, eine nega-Seite 44 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

tive Entwicklung in Äthiopien. Es wird vermutet, dass Leiter und Prediger einheimischer islamischer Bewegungen und Prediger aus arabischen Ländern Intoleranz sowie eine neues Selbstbewusstsein gefördert haben.

Auffallend ist auch die häufige Erhebung falscher Anschuldigungen gegen Christen. Fast alle Inhaftierungen waren die Folge fingierter Anschuldigungen. Die Beamten schienen sich des internationalen Drucks bewusst zu sein. Behauptungen, es komme zu Menschenrechtsverletzungen, weisen sie deshalb heftig zurück. Jedes

Mal, wenn Christen ins Gefängnis mussten, gab es zahllose Vorwände: Die Beleidigung anderer Religionen, illegale Versammlungen, illegales Bauen, Diebstahl und Bedrohung des öffentlichen Friedens sind einige davon. Es wurden falsche Zeugen herangezogen, und es kam zu Verurteilungen.

Die Spannung zwischen der EOC und den Islamisten hat die Aufmerksamkeit der Regierung erregt. Mit dem Wohlwollen des Ministeriums für Bundesangelegenheiten wurde ein «Forum des Religionsdialogs für Frieden und Entwicklung» gegründet. Dem Forum gehören Führungspersönlichkeiten aus EOC, Islamisten und Protestanten an. Inzwischen berichten einige Gemeindeleiter jedoch, dass das Forum dafür benutzt werde, «allgemein übliche» Restriktionen durchzusetzen, etwa gegen das Evangelisieren außerhalb von Kirchen.

Im Bundesstaat Benishangul Gumuz beispielsweise ist es Christen nicht erlaubt, an öffentlichen Versammlungsorten, in Büros, Schulen, auf Märkten usw. über Religion zu diskutieren. Im Staat Oromia wurden Gemeinden Massenveranstaltungen an öffentlichen Orten untersagt. Oromia ist die Region, wo viele islamistische Angriffe stattgefunden haben.

EOC und Islamisten werden protestantische Christen weiterhin als Bedrohung betrachten.

Doch radikale Muslime zielen auch auf die EOC im Allgemeinen ab. Open Doors erwartet, dass die Verfolgung aller Christen – ungeachtet ihrer Konfession – kurzfristig zunehmen wird, und das umso mehr, als der extremistische Islam in Äthiopien aus dem Ausland unterstützt wird. Zudem zieht es einige extremistische Gruppen wie Al Shabaab aus dem benachbarten Somalia nach Äthiopien.

zurück zu Länderübersicht

Dschibuti Platz 39:

Die Punktebewertung für Dschibuti bleibt gleich.
Das ostafrikanische Land verbleibt auf Platz 39.
Open Doors hat zwar nur eingeschränkten Zugang zu Informationen über die Christen in dem Land, doch den Einschätzungen nach hat sich ihre Situation nicht verändert.
Hauptquelle der Verfolgung ist der islamische Extremismus. Dem Religionsfreiheitsbericht (IRF) des US-Außenministeriums vom Juli bis Dezember 2010 zufolge «schützen die Verfassung und andere Gesetze sowie die Staatsführungen die Religionsfreiheit. In der Praxis setzte die Regierung diese Schutzvorkehrungen im Allgemeinen durch».
Obwohl der Islam Staatsreligion ist, hat die Regierung dem IRF-Bericht zufolge «den Personen keine Sanktionen auferlegt, die sich entschlossen, die islamischen Lehren zu ignorieren oder andere Glaubensrichtungen zu praktizieren».
Das Fazit des IRF im Hinblick auf Familienfragen trübt diesen Eindruck jedoch: «Die Regierung gestattet nur nicht-muslimischen ausländischen Einwohnern eine standesamtliche Ehe. Muslime werden im Rahmen einer religiösen Zeremonie verheiratet. Ein Nichtmuslim darf eine muslimische Frau nur nach der Bekehrung zum Islam ehelichen.» Nach dem Familienrecht «ist ein Hindernis für die Eheschließung gegeben, wenn eine muslimische Frau beabsichtigt einen Nichtmuslim zu heiraten».
Aufgrund von begrenzten Informationen ist es schwierig, die Haltung der Regierung Christen gegenüber genau zu bestimmen, besonders gegenüber Christen muslimischer Herkunft. Gelegentliche Berichte aus früheren Jahren über Verfolgung haben unterschieden zwischen «registrierten Ausländergemeinden» und «einheimischen Christen», von denen die meisten nur heimlich ihren Glauben leben können. Derartige Unterscheidungen machen es wahrscheinlich, dass auch die Regierung an Verstößen gegen das Recht auf Religionsfreiheit beteiligt ist. Im IRF-Bericht für Juli bis Dezember 2010 heißt es: «Es gab gelegentliche Berichte über gesellschaftliche Diskriminierung auf der Grundlage von Religionszugehörigkeit, Überzeugung oder Praxis. Gesellschaftliche Normen und Gebräuche haben vom Missionieren durch Nichtmuslime und vom

Seite 45 von 55
www.weltverfolgungsindex.de
Religionswechsel aus dem Islam abgeschreckt; nicht-muslimische religiöse Gruppen haben ihren Glauben im Allgemeinen nicht öffentlich weitergegeben». Aus Angst vor Entdeckung teilen Konvertiten ihrer Familie und der örtlichen Gemeinschaft ihren neuen christlichen Glauben oft nicht mit.
Sowohl die Regierung als auch gesellschaftliche Gruppen wollen den islamischen Charakter des Landes schützen. Doch offenbar betreiben die eigene Familie von Konvertiten und die örtliche Gemeinschaft die Verfolgung aktiver als die Regierung. In Anbetracht eines Mangels an direkten Informationsquellen für den Berichtszeitraum ist es schwierig, Angaben zur künftigen Entwicklung der Lage für Christen zu machen.

zurück zu Länderübersicht

Jordanien Platz 40:

Jordanien hat einen gemäßigten «arabischen Frühling» erlebt. Die Regierung hat auf lokale Proteste für politische Reformen mit erheblichen Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst und Subventionen für Nahrungsmittel und Energieversorgung reagiert. Dadurch wurden die Proteste begrenzt.

In einem der bekanntlich am stärksten westlich orientierten Länder im Nahen Osten erleben traditionelle Christen ein gewisses Maß an religiöser Freiheit. Gemäß der jordanischen Verfassung «stellt der Staat die freie Ausübung aller Religionen sicher, solange diese mit den Sitten und Gebräuchen des Landes einhergehen und nicht der öffentlichen Ordnung oder Moral zuwiderlaufen». Der Islam ist Staatsreligion, das jordanische Rechtssystem basiert auf der Scharia (Islamische Gesetzgebung) und Gesetzen europäischen Ursprungs. Allerdings ist eine Abkehr vom Islam verboten und die «öffentliche Missionierung» von Muslimen gilt als Verstoß gegen Regierungsvorgaben.

Im Großen und Ganzen war das Zusammenleben von Muslimen und Christen im Berichtszeitraum friedlich. Christen muslimischer Herkunft fallen jedoch noch immer unter die Rechtsprechung von Scharia-Gerichten und haben im Allgemeinen wenig Aussicht, Schikane und Verhöre zu vermeiden.

In der Vergangenheit hat die eigene Familie Anklage vor Scharia-Gerichten gegen die Konvertiten erhoben, was den Verlust des Sorgerechtes

für die Kinder, die Scheidung der Ehe und den Entzug einzelner Bürgerrechte zur Folge hatte.

Christen muslimischer Herkunft sind Diskriminierung und seelischem sowie körperlichem Missbrauch durch ihre Familien und manchmal auch durch Behörden und die Gesellschaft ausgesetzt.

Geheimdienstbeamte haben Berichten zufolge mehrmals Christen muslimischer Herkunft zu ihrem Glauben verhört, mit einem Gerichtsprozess und anderen Konsequenzen gedroht sowie Belohnungen wie etwa einen Arbeitsplatz für eine Rückkehr zum Islam in Aussicht gestellt.

Weiter wurden Arbeitszeugnisse, die für Bewerbungen oder die Eröffnung eines Geschäftes wichtig waren, verweigert und Arbeitgebern wurde geraten, Christen muslimischer Herkunft zu entlassen.

Über einige Jahre hinweg gab es beträchtliche Spannungen zwischen evangelikalen Freikirchen und traditionellen Kirchen in dem haschemitischen Königreich. Diese scheinen sich weitgehend gelegt zu haben.

Die meisten neuen Christen entstammen der nominellen christlichen Gemeinschaft, aber seit Kurzem kommen mehr und mehr Muslime in Jordanien zum christlichen Glauben. Während die Gemeinde Jesu in dem Land zahlenmäßig insgesamt abnimmt, erleben die Freikirchen ein ermutigendes Wachstum: eine Verdopplung der Mitglieder im Zeitraum 1995 bis 2010. Daraufhin haben die Behörden diese Gemeinden verstärkt

beobachtet und vor manchen Gemeinden wurden Geheimdienstmitarbeiter postiert. Manche Gemeindeleiter werten dies jedoch anders: Die Sicherheitsdienste seien wegen der Drohungen gegen christliche Kirchen in der Region zu ihrem Schutz abgestellt worden.

Die Religionsfreiheit für Christen in Jordanien hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht bedeutend verändert. Entsprechend rangiert das Land auf Platz 40. Es gab keine nennenswerten Übergriffe auf Christen im Berichtszeitraum. Jedoch übten örtliche Behörden Druck besonders auf Christen muslimischer Herkunft aus; sie wurden überwacht und manchmal verhaftet. Christen muslimischer Herkunft erlebten auch Bedrohung durch die eigene Familie und radikal-islamische Gruppen. Seite 46 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

In Jordanien bleiben Christen weiter eine Gemeinschaft unter mäßigem Druck. Die Anzahl der Christen hat seit der Unabhängigkeit des Landes (1946) abgenommen, die Gründe hierfür sind niedrige Geburtsraten und Abwanderung ins Ausland.

Andererseits sind zahlreiche Christen aus dem Irak ins Land gekommen – eine noch anhaltende Entwicklung. Auch viele muslimische Flüchtlinge kommen aus dem Irak, aus den Palästinensergebieten und Syrien nach Jordanien, was zusammen mit dem Anwachsen des politisierten Islam den Druck auf die Christen erhöht, besonders auf Freikirchen und Christen muslimischer Herkunft.

[zurück zu Länderübersicht](#)

Kuba Platz 41:

Kuba ist eines der wenigen in der Welt verbliebenen kommunistischen Länder. Vor einigen Jahren hat der alternde Landeschef Fidel Castro seinem Bruder Raúl die Regierung übertragen.

Die erhofften Veränderungen blieben aus.

Kuba isoliert sich weiter vom Rest der Welt und steht unter totalitärer Kontrolle. Die Christen

stellen knapp 57 Prozent der Bevölkerung, wobei die Mehrheit zur römisch-katholischen Kirche gehört. In den vergangenen Jahren ist die

Zahl protestantischer Christen deutlich gewachsen und viele religiöse Organisationen berichteten von bemerkenswertem Mitgliederzuwachs

und Aufbrüchen, besonders unter der jungen

Bevölkerung. Die meisten Kirchen verzeichneten

eine wachsende Teilnahme von Kindern am Religionsunterricht, da die Regierung keine entsprechenden Veranstaltungen an Samstagen

und Sonntagen mehr anbietet.

Die Verfassung Kubas garantiert zwar Religionsfreiheit, doch die Regierung schränkt diese in der Praxis ein. Kirchen müssen sich staatlich registrieren lassen, was sehr schwierig ist.

Es gibt zahlreiche nicht-registrierte Hauskirchen

ohne gesetzlichen Status, die Schikanen durch

die Behörden erdulden müssen. Die Regierung

begrenzt den Bau neuer Kirchengebäude; Genehmigungen sind nur schwer zu erlangen.

Eine Erlaubnis zum Druck christlicher Literatur

gibt es selten. Bibeln, theologisches Studienmaterial und altersgerechte christliche Literatur sind kaum vorrätig.

Die wachsende Zahl der nicht-registrierten

Hauskirchen hat keinen Zugang zu den Materialien, denn Bibeln werden in Kuba über offizielle Kanäle verteilt und auch nur an registrierte Kirchen.

Das totalitäre Regime duldet keine Konkurrenz.

Religiöse Gruppierungen beklagen eine weitverbreitete Überwachung und Unterwanderung durch den Geheimdienst. Pastoren und Christen werden verschiedentlich unter Druck gesetzt, nicht zu evangelisieren und ihre Aktivitäten auf ihr Gemeindegelände zu beschränken.

Die in der Vergangenheit teils heftige Verfolgung von Christen verändert sich allmählich. Während die Christen früher misshandelt, verhaftet und manchmal sogar ermordet wurden, geschieht Verfolgung nun latenter. Weiterhin gibt es

Drangsalierung, strenge Überwachung und Diskriminierung, gelegentlich kommt es auch zur Verhaftung von Leitern. Christen werden beobachtet und Gottesdienste sind mit Spionen durchsetzt; einige werden bedroht und an Schule und Arbeitsplatz diskriminiert.

Open Doors liegen keine Berichte vor, nach denen Personen aus rein religiösen Gründen verhaftet oder festgehalten worden wären. Gemäß

dem Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit im Auftrag des US-Außenministeriums gaben jedoch einige religiöse Gruppierungen an,

dass ihnen die Regierung wegen ihrer religiösen Aktivitäten Verbrechen zur Last gelegt habe, die sie nicht begangen hätten. Einige Pastoren und Christen teilten mit, dass sie unter scharfer Beobachtung stehen, wegen evangelistischer Tätigkeiten bedroht wurden, und angewiesen wurden, Aktivitäten auf ihr Kirchengrundstück zu beschränken.

Weil viele Gemeinden nicht registriert sind, haben sie keinerlei Rechtsstatus. In manchen Regionen erleben die Christen allerdings mehr Druck

als in anderen, etwa in Varadero. Dies ist eine speziell für Touristen ausgelegte Region. Nur Kubaner, die in diesem Gebiet arbeiten, dürfen dort auch wohnen. Christen wurden bereits

wiederholt aufgefordert, dort nichts «Christliches» zu unternehmen. Besonders Jugendliche Seite 47 von 55 www.weltverfolgungsindex.de

dürfen nicht angesprochen werden; dies werde als «Unterwanderung mit falscher Ideologie» eingeschätzt, so ein Pastor. Die Regierung von Kuba ist darauf bedacht, die Region «sauber» und für die tausenden nach Varadero reisenden Touristen angenehm zu erhalten.

Im aktuellen WVI verbleibt Kuba weiterhin auf Platz 41. Die Situation der Christen bleibt unverändert. Dies wird voraussichtlich auch in Zukunft so bleiben, solange das kommunistische Regime regiert. Verbesserungen sind nicht zu erwarten.

Die von religiösen Organisationen gemeldeten

Aufbrüche und Mitgliederzunahmen in Gemeinden unter der jungen Bevölkerung sind ein Zeichen der Hoffnung.

[zurück zu Länderübersicht](#)

Belarus/Weißrussland Platz 42:

Das osteuropäische Weißrussland (Belarus) wird oft als die letzte in Europa verbliebene Diktatur angesehen. Regiert wird das Land seit 1994 von Alexander Lukaschenko mit autoritärem Führungsstil. Seine Regierung lässt wenig Raum für andersdenkende Gruppierungen, besonders politische.

Nach der Präsidentschaftswahl 2010 wurden

Menschenrechte wie Redefreiheit und Versammlungsfreiheit wiederholt verletzt.

Obwohl die Verfassung die Gleichheit von Religionen und Denominationen festschreibt, ist die orthodoxe Kirche die einzige offiziell anerkannte

Konfession. 80 bis 85 Prozent aller Christen in

dem Land gehören ihr an. Katholiken und Lutheraner werden lediglich geduldet.

Die Registrierung einer christlichen Gemeinde in

Weißrussland ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Tatsächlich ist es jeder religiösen Organisation verboten, aktiv zu werden, es sei denn

sie besitzt die Anerkennung als religiöse Körperschaft.

Das Gesetz zur Freiheit des Gewissens und religiöser Organisationen erklärt religiöse Aktivitäten von nicht-registrierten Organisationen zu

einer kriminellen Handlung, was mit zwei Jahren

Gefängnis oder hohen Geldstrafen geahndet

wird.

Religiösen Gemeinschaften ist es untersagt, eigene Medien zu entwickeln, religiöse Bildungseinrichtungen zu gründen, Geistliche auszubilden oder aus dem Ausland einzuladen, damit

diese den Bedürfnissen der Christen begegnen könnten.

Mitglieder religiöser Organisationen haben nicht

das Recht, außerhalb der Ortschaft, wo sie registriert sind, ihre Glaubensüberzeugungen weiterzugeben oder religiöse Handlungen durchzuführen (predigen, Literatur verteilen, öffentliche

Gebetsversammlungen und Gottesdienste abhalten etc.).

Protestanten und Katholiken sind in ihren Aktivitäten eingeschränkt und werden vom Geheimdienst beobachtet. Weil die evangelikalen Gemeinden zahlenmäßig wachsen, nimmt die Verfolgung ihnen gegenüber an Intensität zu.

Von Gewalt begleitete Hausdurchsuchungen in

nicht-registrierten Kirchen sind an der Tagesordnung. Im März 2010 musste ein Pastor

zweimal eine Geldstrafe in Höhe von über einem

Monatsgehalt zahlen, weil er einer nichtregistrierten Gemeinde vorsteht. Jedes Mal folgte die Verurteilung auf eine zuvor im Gottesdienst durchgeführte Razzia.

Im Juli 2010 wurde ein Pastor gleich drei Mal an

einem Tag dafür verurteilt, dass er in einem Dorf

über seinen Glauben gesprochen hatte.

Einige Leiter der Christlich-Demokratischen Partei in Weißrussland wurden bedroht und sogar für längere Zeit ins Gefängnis gesteckt. Zwei von

ihnen kamen ins Arbeitslager, wurden jedoch

später wieder frei gelassen. Einer der Jugendleiter der Partei, Dimitry Daschkevitsch, wurde

unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert und durch Schlaf- und Nahrungsentzug sowie andauernde psychische Angriffe gefoltert.

Die überaus restriktiven Religionsgesetze in

Weißrussland werden weiterhin von der Regierung als Mittel zur Unterdrückung religiöser

Minderheiten eingesetzt. Eine Änderung ist derzeit nicht in Sicht.

[zurück zu Länderübersicht](#)Seite 48 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Indonesien Platz 43:

Die Situation für die Christen in Indonesien hat sich bedeutend verschlechtert. Christen sehen sich mehr und mehr Feindseligkeiten und Verfolgung ausgesetzt.

Obwohl staatliche Behörden sich gerne den Anschein der Neutralität geben, suchen sie offensichtlich nur das Wohlwollen und die Unterstützung muslimischer Parteien, gerade auch extremistischer Prägung.

Bis 2010 haben mehr als 50 Regierungsbezirke (eine Ebene unterhalb der Provinzregierung) in 16 von insgesamt 33 Provinzen Indonesiens an die Scharia angelehnte Nebengesetze erlassen.

Eine andere Quelle spricht von 151 Nebengesetzen, die im Zeitraum von 1999 bis 2009 in 24 Provinzen erlassen wurden. Diese Gesetze regeln den Moralkodex und das religiöse Leben, etwa hinsichtlich Prostitution, Glücksspiel, Alkoholgenuß, Pornografie, Korankenntnis und muslimischer Kleiderordnung.

Die veränderte Haltung der Regierung zeigt sich deutlich im Umgang mit der Indonesischen Christlichen Kirche Taman Yasmin (GKI) in Bogor, West Java. Trotz Anordnung des Obersten Gerichtshofs im Dezember 2010, die Kirche wieder zu eröffnen, weigerte sich der Bürgermeister und äußerte gegenüber dem Innenminister Gamawan Fauzi, dass die Kirche nicht in einer Straße gebaut werden solle, die einen islamischen Namen trägt. Entsprechend ließ er die Kirche versiegeln und untersagte jedwede Treffen. Die Behörden setzten den Beschluss des Obersten Gerichtshofes nicht durch und beraubten so die Christen ihrer Rechte.

Übergriffe auf Kirchengebäude gab es im Jahr 2010 regelmäßig; die meisten Fälle wurden von den Behörden weder untersucht, noch wurde jemand verurteilt.

Zum ersten Mal in der Landesgeschichte erlebte die christliche Minderheit einen Anschlag durch einen Selbstmordattentäter. Am 25. September 2011 attackierte ein 31-jähriger Muslim die Christliche Gemeinde Bethel Injil Sepuluh in Keputon, Solo, auf Java. 27 Menschen wurden dabei verletzt; der Attentäter starb. Wäre er etwas früher gekommen oder hätte er einen anderen Kircheneingang benutzt, so läge die Zahl der Opfer weitaus höher.

Am 26. September fand die Polizei eine ähnliche Bombe außerhalb der Maranatha Gemeinde in der Stadt Ambon auf der gleichnamigen Insel.

Einige Tage zuvor – am 11. September – waren muslimische und christliche Gruppen aneinander geraten, wobei drei Personen getötet und mehr als ein Dutzend verletzt wurden.

In der Woche vor Ostern 2011 entdeckte die Polizei in Serpong, nahe Jakarta, fünf Sprengkörper, vergraben unter einer Gasleitung in der Nähe einer katholischen Kirche. Die Bomben sollten am Karfreitag explodieren, konnten aber entschärft werden.

Das in Jakarta ansässige «Setara Institut für

Frieden und Dialog» berichtete von 99 Vorfällen allein im Zeitraum seit Juli 2011, die mit Gewalt und Konflikten einher gingen. Dies ist ein enormer Anstieg zum Vorjahr, in dem insgesamt 99 Vorfälle registriert wurden.

Extremistische muslimische Gruppierungen verhalten sich zunehmend feindselig und gewaltbereit gegenüber Christen und werden von nationalen und lokalen Behörden nicht daran gehindert. Radikale nutzen gerne die Blasphemiegesetze als Legitimation für ihre Aktionen.

Der nachsichtige Umgang der Behörden mit den Urhebern christenfeindlicher Übergriffe hat einen Freiraum für Extremisten geschaffen der die Zukunft der christlichen Minderheit zunehmend schwierig erscheinen lässt. Darin liegt auch der Grund für das Vorrücken des Landes im WVI 2012.

zurück zu Länderübersicht

Palästinensergebiete Platz 44:

Das Grundgesetz in den Palästinensergebieten – gegenwärtig ein Ersatz für eine Verfassung – erklärt den Islam zur offiziellen Staatsreligion und die Scharia (islamische Gesetzgebung) zur Grundlage der Rechtsprechung. Offiziell wird Glaubensfreiheit garantiert, solange die öffentliche Ordnung oder Moral nicht verletzt werden. Die Dynamik der Christenverfolgung in den Palästinensergebieten ist komplex. Die Situation im Gazastreifen stellt sich anders dar als im

Westjordanland, da beide Gebiete unterschied-

Seite 49 von 55
www.weltverfolgungsindex.de

liche Regierungen haben – wenngleich sich Hamas und Fatah seit Kurzem annähern. Die

Palästinenserbehörde herrscht in beiden Gebieten –

die nicht den Status einer eigenständigen Nation

haben– und zeigt dabei eine insgesamt negative

Haltung gegenüber den Christen. Berichten zufolge nimmt der Druck auf Christen zu, insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft. Die

Situation ist vergleichbar mit der des Vorjahres.

Im Palästinensergebiet gibt es verschiedene

christliche Gruppen: traditionelle Christen (zumeist mit palästinensischem oder arabischem Hintergrund) und Christen muslimischer Herkunft.

Palästinensische Christen sehen sich von mehreren Seiten verfolgt und bedrängt. Im Bereich der Verfolgung arabischer Christen gilt es zu unterscheiden zwischen politischer - aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit - und religiöser - aufgrund

ihres Glaubens. Im Allgemeinen wird die Bevölkerung im Palästinensergebiet mehr und mehr muslimisch. Die Anzahl palästinensischer Christen nimmt rasant ab. Der Hauptgrund hierfür liegt in der Auswanderung von Christen. Neben

dem wachsenden Einfluss des Islams spielen

dabei auch die wirtschaftlichen Verhältnisse

eine Rolle. Christen können relativ leicht auswandern, wenn sie über die finanziellen Mittel

verfügen, Englisch sprechen und Kontakte oder

Verwandte im westlichen Ausland haben. Die

Restriktionen von israelischer Seite sind ein weiterer Grund für die Emigration arabischer Christen aus den Gebieten.

Die etwa 40.000 Christen bilden eine Minderheit

in dem islamisch geprägten Umfeld. Traditionelle Christen haben das Recht, ihre Religion auszuüben und zu praktizieren, es sei denn, sie versuchen Muslime zu evangelisieren.

Christen muslimischer Herkunft werden von der

Gesellschaft und ihren Familien unterdrückt, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Der Staat versagt darin, einzelnen Christen zu ihrem Recht zu verhelfen oder ihre Rechte zu schützen. In manchen Fällen müssen sie um ihrer Sicherheit willen in sogenannte «Schutzhäuser» in der Region fliehen.

Im Gazastreifen üben insbesondere radikalislamische Gruppierungen Druck auf die Christen aus. Hinzu kommt die Unterdrückung durch die Hamas, so dass sich immer mehr Christen gezwungen sehen, das Land zu verlassen. Auch im Westjordanland werden Christen diskriminiert, obwohl von dort keine massive Verfolgung gemeldet wird.

In der Gesamtpunktzahl haben die Palästinensergebiete im Vergleich zum WVI 2011 zugelegt; die Region verbleibt aber auf Platz 44. Der Hauptgrund für den Punktezuwachs liegt in einem «Ehrenmord». Aus Sicherheitsgründen können keine Einzelheiten dazu genannt werden. Auch wurde ein christlicher Chirurg im Februar 2011 in Gaza angegriffen. Danach erhielt er mehrere Warnungen, er solle seine evangelistischen Aktivitäten einstellen. Der Arzt gab an, dass er mit niemanden über seinen Glauben spreche.

Der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas bat am 23. September 2011 vor den Vereinten Nationen um die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Der Sicherheitsrat berät darüber; die USA haben bereits erklärt, dass sie im Falle einer Abstimmung ihr Veto einlegen würden.

Die UNESCO hat die Palästinensergebiete zwischenzeitlich am 31. Oktober 2011 als Vollmitglied aufgenommen.

Einige Beobachter erwarten keine Auswirkungen des «arabischen Frühlings» in anderen arabischen Ländern auf Gaza, da die Bevölkerung im Land mit der Hamas insgesamt zufrieden sei.

Andere wiederum befürchten, dass der wachsende Einfluss der Muslimbruderschaft in Ägypten sich auch auf die Palästinenser und damit besonders auf die Christen nachteilig auswirken wird.

zurück zu Länderübersicht

Kasachstan Platz 45:

Kasachstan ist Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und stellte 2010 den Präsidenten. Um einen guten Eindruck zu machen, haben die Behörden

in Kasachstan ein geplantes Gesetz zur Religionsausübung ausgesetzt, welches religiösen Gruppierungen, etwa Muslimen und Christen, Seite 50 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

sowie kleineren Gruppen wie den Zeugen Jehovas geschadet hätte.

Wegen dieser Aussetzung fiel das Land aus dem WVI und landete vergangenes Jahr auf Platz 52.

Beobachter verschiedener Nichtregierungsorganisationen hatten gewarnt, dass das Gesetz ratifiziert werden würde, sobald sich das Land nicht mehr im internationalen Blickpunkt befinde.

Diese Stimmen behielten Recht, denn im September 2011 erließ das Parlament zwei Gesetze, welche die Religionsfreiheit weiter einschränken. Diese Verordnungen sind seit Oktober 2011 in Kraft.

Der Name der Gesetze ist Programm: Das «Gesetz zu Religionsausübung und religiöse Gemeinschaften» beschäftigt sich ebenso mit Religion wie eine weitere Gesetzessammlung, die

gleich neun andere Gesetze berührt. Es ist bezeichnend, dass der Begriff «Freiheit» in den Titeln nicht auftaucht, im Unterschied zu den Vorläufern aus dem Jahr 1992.

Öffentliche Diskussionen dazu wurden untersagt und Warnungen vom Ausland – einschließlich der OSZE – blieben von der Regierung unbeachtet. Ohne diese Missachtung einer befreundeten Organisation zu berücksichtigen, hat der Europäische Rat Kasachstan eingeladen, Vollmitglied in der «Kommission für Demokratie durch Recht» («Venediger Kommission») zu werden.

Die Gesetze zielen darauf ab, den extremistischen Islam einzudämmen, doch nichtregistrierte christliche Gemeinden leiden ebenfalls darunter. Auf größere Kirchen wie die orthodoxe Kirche scheinen die Gesetze weniger

Auswirkung zu haben.

Im Zusammenhang mit dem Einführungsprozess der Gesetze ließ der Präsident verlautbaren:

«Wir müssen Ordnung in unser Haus bringen.

Ich gehe davon aus, dass Sie (das Parlament) diese Sache mit Ernsthaftigkeit angehen, und wir alles tun werden, was getan werden muss».

Wie bereits in anderen zentralasiatischen Staaten fordern die Verordnungen von religiösen Gruppierungen eine erneute Registrierung. Das stellt insbesondere für einige kleinere christliche Glaubensgemeinschaften eine unüberwindliche Hürde dar. Das System aus vier Ebenen der Registrierung ist sehr kompliziert; der Prozess ist bürokratisch und mühsam.

Nicht-registrierte religiöse Aktivitäten sind verboten. Einer nicht-registrierten Gruppierung vorzustehen, ihr anzugehören oder diese finanziell zu unterstützen, ist eine Straftat. Dies hat große Auswirkung auf christliche Gemeinschaften, die sich nicht registrieren lassen wollen, etwa Baptistengemeinden, oder auf jene, welche die Voraussetzungen für die neue Registrierung nicht erfüllen. Die Gesetzesänderungen

sehen schwere Strafen für Personen vor, die in irgendeiner Weise mit solchen Gruppierungen in Verbindung stehen.

Die verschiedenen Neuregelungen sind zahlreich. Jeder nur denkbare Aspekt der Religionsausübung wird eingeschränkt. Alle religiösen

Materialien unterliegen der Zensur, neue Gottesdiensträume erfordern eine Bewilligung durch die lokalen und nationalen Regierungsbehörden, Gründer von Religionsgemeinschaften müssen Bürger Kasachstans sein und Dienste unter Jugendlichen werden definitiv schwieriger.

Der Sprung im aktuellen WVI von 8,5 Punkten nach oben liegt jedoch nicht allein in der äußerst rigiden neuen Gesetzgebung. Die Regierung ist zudem entschlossen, gegen alle Religionen vorzugehen, die von ihr als extremistisch eingestuft werden - einschließlich des Christentums.

Christen müssen mit ernststen Folgen rechnen, da sie eine Minderheit stellen und so ein leichtes

Ziel bieten. Die ersten nach dem Berichtszeitraum eingegangenen Zeichen weisen auf harte Zeiten für Christen hin: Eingeladene Pastoren

wurden daran gehindert, an Konferenzen teilzunehmen, erste Entwürfe zeigen die zu erwartende Zensur aller religiöser Literatur und Gegenstände. Christen – wie auch andere Gruppierungen – sind angehalten, täglich über ihre

Maßnahmen gegen religiösen Extremismus zu

berichten.

Falls die Entwicklung so weiter geht, wird Kasachstan bald einen Platz inmitten der anderen zentralasiatischen Länder im WVI einnehmen.

zurück zu Länderübersicht

Bahrain Platz 46:

«Wenn sich nicht alle Konfliktparteien auf einen umfassenden Dialog einigen, der sinnvolle Re-Seite 51 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

formen zum Ziel hat, wird Bahrain in einen anhaltenden und kostspieligen politischen Stillstand geraten», so die Analyse der «International Crisis Group» (ICG) in ihrem am 28. Juli 2011 gegebenen Länderkurzbericht.

In Bahrain demonstrierte die mehrheitlich schiitische Bevölkerung gegen die sunnitische Regierung und brachte so den Streit um die Vorherrschaft im Land zwischen Saudi Arabien und dem Iran zum Ausdruck. Die Saudis sandten der Regierung in Bahrain Truppen, um den Funken der Revolution des «arabischen Frühlings» auszulöschen. Der Iran beschränkte sich bislang auf rhetorische Drohungen.

Die Verfassung des Königreichs Bahrain erklärt

den Islam zur Staatsreligion und weiter: «Der

Staat garantiert die Unantastbarkeit der Anbetung und die Freiheit, religiöse Riten, Feste, Prozessionen und Versammlungen abzuhalten, solange diese im Einklang mit den landesüblichen

Gebräuchen stehen». Die Scharia (islamische

Gesetzgebung) ist Grundlage für die Rechtsprechung im Land.

Das hauptsächlich vom schiitischen Islam geprägte Land ist aufgrund seiner Position im internationalen Bankwesen und Handel im Allgemeinen recht tolerant. Es gibt zwei christliche

Buchläden und einige christliche Krankenhäuser.

Eine beträchtliche Anzahl von ausländischen

Christen - zumeist aus Südostasien - lebt und

arbeitet in Bahrain. Ausländer können ihren

Glauben relativ ungehindert in privaten Gottesdiensträumlichkeiten praktizieren. Es gibt jedoch

nur wenige dafür zur Verfügung stehende Gebäude, die von mehreren Dutzend Gemeinschaften gleichzeitig genutzt werden müssen. Die

Missionierung von Muslimen ist gesetzlich verboten. Werbung für die Gottesdienste darf nur in Englisch, nicht aber in Arabisch erfolgen.

Üblicherweise zeigt die Gesellschaft keine Toleranz gegenüber dem Glaubenswechsel eines

Muslims hin zu einem anderen Glauben. Konvertiten wurden von ihren Familien und Dorfgemeinschaften verbannt und manchmal auch

körperlicher Gewalt ausgesetzt.

Christen muslimischer Herkunft wagen es in der

Regel nicht, über ihren Glaubenswechsel zu

sprechen. Manche halten es für besser, das Land

für immer zu verlassen. Der Druck geht hauptsächlich von Familien und der Gesellschaft aus, weniger von der Regierung.

Die Verfolgung von staatlicher Seite her hat offenbar sogar abgenommen. Derzeit ist die Regierung damit beschäftigt, die Stabilität im Land

zu bewahren und Proteste niederzuschlagen.

Bahrain ist mit Rang 46 einen Platz niedriger

eingestuft als im Vorjahr; die Gesamtzahl der

Punkte hat sich gleichwohl leicht erhöht. Die

Herabstufung erklärt sich durch die Zunahme

von Punkten bei anderen Ländern des WVI.

Der Grund für die höhere Punktevergabe sind

weitere Informationen über die mangelnde

Freiheit für Muslime, ihren Glauben wechseln zu können. Da die Verfassung den Islam als Staatsreligion benennt und das islamische Gesetz als wichtigste Quelle der Rechtsprechung gilt, ist es Muslimen verboten, ihren Glauben zu verlassen. Christen muslimischer Herkunft werden auch nach ihrem Glaubenswechsel weiter vom Staat als Muslime angesehen. Eine Gesetzesänderung diesbezüglich wurde nicht gestattet. Hinsichtlich der Religionsfreiheit für Christen bleibt Bahrain eines der freiesten Länder der arabischen Halbinsel.
zurück zu Länderübersicht

Kolumbien Platz 47:

Formal betrachtet ist das südamerikanische Kolumbien ein modernes demokratisches Land, in dem Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit garantiert werden.

Doch weite Teile des Landes werden von kriminellen Organisationen, Drogenkartellen, revolutionären und paramilitärischen Truppen kontrolliert. In seinen zwei aufeinander folgenden Amtsperioden gelang es Präsident Álvaro Uribe recht gut, den Einfluss dieser Gruppierungen zu schwächen. Allerdings konnte er deren Aktivitäten nicht völlig ausschalten, und so bleibt eine Bedrohung der nationalen Sicherheit.

Recherchen von Open Doors haben ergeben, dass kriminelle Organisationen gezielt gegen Christen vorgehen. Daher ist Kolumbien erneut unter den 50 Ländern, in denen Christen am Seite 52 von 55 www.weltverfolgungsindex.de

stärksten verfolgt und benachteiligt werden.

Die Verfolgung durch kriminelle Organisationen wird weithin durch die Kombination zweier Faktoren verstärkt: Das organisierte Verbrechen sieht Christen, die öffentlich Widerstand gegen kriminelle Machenschaften zeigen, als Bedrohung an; insbesondere dann, wenn sie sich in sozialen Projekten oder in der Politik engagieren. Außerdem ist bekannt, dass der christliche Glaube sich nicht mit ihren revolutionären Idealen vereinbaren lässt. Die Rebellen fürchten den Einfluss der Christen auf die Gesellschaft oder gar auf ihre eigenen Gefolgsleute, der zum Widerstand gegen ihre Aktivitäten führen könnte. Im Jahresbericht 2010 listet die christliche Organisation «Justapaz» Übergriffe gegen Christen auf: 95 Morddrohungen bzw. Mordversuche, 71 erzwungene Vertreibungen, 17 Tötungsdelikte, zwei verschwundene Personen; viele wurden zusammengeschlagen, gefoltert und zur Mitarbeit gezwungen. Laut «Justapaz» sind kriminelle Organisationen für knapp 90 Prozent dieser Vorfälle verantwortlich.

Open Doors-Informationen zufolge wurden im Jahr 2011 fünf Christen wegen ihres Glaubens getötet. Die Dunkelziffer dürfte aufgrund der andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen im Land weit höher liegen.

Im Februar wurden ein Pastor und zwei seiner Verwandten in der Stadt Dibulla, Guajira von rechten Rebellentruppen ermordet als Vergeltung für die zunehmende Anzahl von Christen. Damit sollten auch die Gebets- und Fastentreffen gestoppt werden.

Am 5. März 2011 wurde Pastor George Ponton

von der Evangelical Christian Church of Colombia im Bezirk Cauca von einheimischen Stammesführern vergiftet. Zwei Christen, die für die World Missionary Movement Church tätig waren, wurden im September 2011 von Milizen umgebracht.

Die stärkste Verfolgung erfahren die auf dem Land lebenden indigenen Christen (Zahlen liegen nicht vor) durch Allianzen zwischen der «heidnischen» (nicht-christlichen) Bevölkerung und paramilitärischen Truppen. Die heidnische Bevölkerung erhält materielle Unterstützung von Paramilitärs, damit sie die indigenen Christen verfolgen können.

Die paramilitärischen Gruppen (FARC und andere) führen die Bevölkerung mit der Behauptung in die Irre, die indigenen Christen zerstörten ihre Kultur und Traditionen. So instrumentalisiert die FARC die Bevölkerung quasi als erweiterte Armee, um Christen zu terrorisieren.

Die Gebiete indigener Stämme sind in Kolumbien durch ein nationales Gesetz geschützt, welches ihnen Autonomie bescheinigt. Wegen dieser Autonomieregelung dürfen staatliche Sicherheitskräfte (Polizei und Militär) diese Gebiete nicht betreten. Die Regionen werden durch Organisationen der Volksgruppen verwaltet, die aber so schwach sind, dass sie von Guerillas unterwandert werden. Weil die Regierung dort nicht präsent und Rechtsstaatlichkeit praktisch nicht gegeben ist, sind diese Gebiete zu sicheren Rückzugsgebieten für die Guerilla mit ihrem Drogenhandel geworden. Diese Situation trägt zur Verschlimmerung der Christenverfolgung bei.

Dessen ungeachtet verbessert sich die Sicherheitslage in Kolumbien fortwährend, auch weil zwei hochrangige Befehlshaber der FARC 2009 und ein weiterer Anfang 2011 gefangen genommen wurden.

Die Gewalt in Kolumbien ist allerdings strukturbedingt, und in Gebieten ohne Regierungskontrolle können Drogenkartelle und illegale bewaffnete Truppen weiter ungehindert agieren.

Solange die Christen sich als alternative Stütze der Gesellschaft zeigen und dies durch ihr Engagement bei sozialen und politischen Tätigkeiten unter Beweis stellen, werden sie weiterhin im Visier der Kartelle sein.

zurück zu Länderübersicht

Kirgisistan Platz 48:

Die diesjährige Herabstufung von Platz 46 im Vorjahr bedeutet nicht, dass sich die Situation der christlichen Minderheit verbessert hat. Die Anzahl der Bewertungspunkte hat leicht zugenommen. Doch durch die Neuzugänge im aktuellen WVI und die Ausweitung der Verfolgung in Indonesien, ist Kirgisistan auf Platz 48 abgerutscht.

Das zentralasiatische Land hat einige politische Unruhen hinter sich. Die alte Regierung wurde Seite 53 von 55 www.weltverfolgungsindex.de

gestürzt und die Übergangsregierung stand vor der schwierigen Aufgabe, die für die Zukunft notwendigen Veränderungen im Land zu definieren.

Obwohl Kirgisistan sich noch immer im Übergangszustand befindet, wurden in dem Land Ende Oktober 2011 die ersten freien demokratischen Wahlen im gesamten zentralasiatischen Raum abgehalten. Es gab wenige Unregelmäßigkeiten, die Wahlen verliefen friedlich und brachten einen neuen Präsidenten ins Amt. Ob diese Änderungen Erleichterungen für die Christen im Land bringen werden, bleibt offen.

Der neue Präsident hat angekündigt, er werde sich auf die Einigkeit des Landes konzentrieren. In Erinnerung an die gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen des Jahres 2010 zwischen dem Kirgisischen und dem usbekischen Teil der Bevölkerung, ist dies ein wichtiges Ziel. Doch jedes Mal, wenn in anderen asiatischen und zentralasiatischen Staaten die Konzentration auf Einigkeit und soziale Harmonie als politisches Ziel und Strategie ausgegeben wurde, führte dies zu Schikanen und Unterdrückung von Minderheiten, die Christen eingeschlossen. In Kirgisistan kann Ähnliches geschehen. Die strengen im Jahr 2009 eingeführten Religionsgesetze sind noch in Kraft. Der Übertritt zum christlichen Glauben ist Muslimen weiterhin untersagt, wodurch das Leben der kleinen Gruppe von Christen muslimischer Herkunft erschwert wird. Wie in anderen zentralasiatischen Ländern unterscheidet das Gesetz zwischen staatlich registrierten und nicht-registrierten Gemeinschaften, wobei die Registrierung für christliche Kirchen mit schier unüberwindlichen Hürden verbunden ist. Größere Kirchen – wie die russisch orthodoxe – sind davon weniger betroffen. Literatur und andere religiöse Materialien unterliegen der Zensur; christliche Unterweisung für Kinder ist selbst für registrierte Gemeinschaften nur eingeschränkt durchführbar. Christen erleiden körperliche Angriffe; Versammlungsorte wie Privathäuser werden überfallen. Christen muslimischer Herkunft erfahren Unterdrückung durch Familien, Freunde und Nachbarn. Gemäß vorliegenden Berichten werden Christen intensiv überwacht: durch den Staat, durch islamische Geistliche und die «Malhalla» (Nachbarschaftskomitees). Kirgisistan befindet sich an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Die ersten freien und fairen Wahlen haben den Minderheiten – ethnischen wie religiösen – die Möglichkeit zur Erlangung eines rechtlichen Status eröffnet. Die Einstellung der Gesellschaft tendiert jedoch eher zur Diskriminierung der Christen in Verbindung mit einer Nichtanerkennung der durch die Regierung gewährten Freiheit.

zurück zu Länderübersicht

Bangladesch Platz 49:

Im aktuellen WVI wurde Bangladesch von Platz 47 auf Rang 49 zurückgestuft, obgleich die Situation hinsichtlich der Verfolgung von Christen im Wesentlichen unverändert ist. Am 20. Juni 2011 hat die Regierung von Bangladesch ihr Festhalten am Islam als Staatsreligion verkündet. Die Regierung schlägt Änderungen in der Verfassung vor, diese würden sich aber nicht auf das derzeitige Rechtssystem auswirken. Das Erbrecht und andere Bereiche des Familienrechts basieren bereits auf der Religion. Mit den neuen Vorschlägen sollen gewisse Aspekte des Säkularismus wieder hergestellt werden, für die

christliche Minderheit sind jedoch kaum Änderungen zu erwarten.

Christen dürfen ihren Glauben im Allgemeinen ausleben, doch insbesondere Konvertiten aus dem Islam müssen achtsam sein.

Sie müssen beispielsweise jederzeit damit rechnen, dass örtliche Behörden oder die muslimische Bevölkerungsmehrheit Gottesdienste stören oder einzelne Christen unter Druck setzen.

Berichte erwähnen tätliche Angriffe auf Christen ebenso wie auf ihre Häuser und Versammlungsstätten.

Auf der anderen Seite wurden Christen bei einer Gerichtsverhandlung im August 2011 freigesprochen. Sie waren angeklagt, «religiöse Gefühle verletzt zu haben», weil sie ein zweitägiges

Gesundheitslager organisiert hatten, bei dem Seite 54 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Dorfbewohner kostenlos behandelt wurden.

Auch ein anderer Christ wurde vom Gericht entlastet. Ihm war die Verteilung christlicher Literatur im März 2011 nahe einer muslimischen Versammlung zum Vorwurf gemacht worden war.

Obwohl die feindselige Einstellung von Familie, Gesellschaft und Regierung nicht so offenkundig ist wie in anderen muslimischen Ländern und der Einfluss des extremistischen Islam eher schwach ist, bleiben die Aussichten für die christliche Minderheit gemischt.

zurück zu Länderübersicht

Malaysia Platz 50:

Malaysia ist in der Bewertung um 4,5 Punkte gestiegen und verbleibt damit im WVI.

Das südostasiatische Land ist in mehrfacher Hinsicht zweigeteilt. Der westliche Teil, die malaiische Halbinsel, ist streng islamisch und etliche dort befindliche Bundesstaaten nutzen die Scharia als Rechtsgrundlage. Der östliche Teil des Landes (Teile der Insel Borneo) ist vorwiegend animistisch und christlich geprägt. Der sunnitische Islam ist laut Verfassung «Religion des Staatswesens».

In der Praxis dürfen nur nicht-malaysische Bürger ihren Glauben frei wählen. Für 75 Prozent der Bevölkerung wäre demnach ein Glaubenswechsel illegal. Ethnische Malaier gelten als Muslime.

In fünf Bundesstaaten kann Apostasie vom Islam mit einer Geldbuße oder sogar Gefängnisstrafe geahndet werden.

Die wachsende Abneigung gegenüber Christen

lässt sich anhand der folgenden Ereignisse darstellen: Ohne jede Befugnis drangen am 3. August 2011 mindestens 20 Beamte der Abteilung

für Islamische Angelegenheiten im Staat Selangor zusammen mit Polizisten in einen Gemeindesaal der Methodistenkirche ein. Dort machten

sie Fotos und Videoaufnahmen der etwa 100

anwesenden Gäste eines gemeinschaftlichen

Essens. Einer Meldung des obersten Malaiischen

Kirchenbundes zufolge gaben die Beamten an,

dass sie eine nicht näher erläuterte Beschwerde

erhalten hätten; sie nahmen die persönlichen

Daten der beim Abendessen anwesenden Muslimen auf. Das malaysische Gesetz verbietet die

Konversion von Muslimen zu anderen Religionen. Der Vorfall ereignete sich, nachdem Gerüchte verbreitet worden waren, dass Christen das ganze Land zum Christentum führen wollten. Dies wurde öffentlich debattiert mit dem Ergebnis, dass 5.000 Demonstranten aufgebracht gegen die christliche Minderheit loszogen. Obwohl sich viel weniger Muslime am Aufruhr beteiligten als von den Initiatoren erhofft, nahmen jedoch Jugendorganisationen mehrerer Regierungsparteien teil.

Der zweite Vorfall, der die veränderte Haltung gegenüber Christen zeigt, bezieht sich auf eine Aussage des Premierministers vom 16. September 2011, dass eine «umfassende Überarbeitung» der Publikations- und Druckereigesetze erfolgen müsse. Kurz darauf verkündete die Regierung von Malaysia, dass die Bibel in einheimischer Sprache nun im Land gedruckt werden dürfe.

Idris Jala aus der Abteilung des Premierministers versicherte, dass es keine Einschränkungen für eine Bibel in Malaiisch geben würde, auch nicht in den Staaten Sabah und Sarawak auf Borneo. Jala verwies jedoch darauf, dass die an der Westküste (Halbinsel von Malaysia) gedruckten Bücher die Aufschrift «Nur für Christen» tragen müssten und zusätzlich ein Kreuz auf der Vorderseite aufgedruckt werden müsse. Diese Aussage wurde als Entgegenkommen der Regierung gegenüber der aufgebrachten christlichen Bevölkerung angesehen, die über die Beschlagnahmung christlicher Literatur erbost war.

Die Vorfälle zeigen, dass die Freiheit der Christen im Land zu schwinden scheint. Unterstützt wird diese Einschätzung von Berichten, nach denen mehr Christen muslimischer Herkunft verhaftet und tödlich angegriffen wurden als zuvor. Malaysische Christen sehen sich zunehmender Feindseligkeit durch die Regierung und durch islamistische Fundamentalisten ausgesetzt, während etablierte Kirchen und Gemeinden bedroht werden.

[zurück zu Länderübersicht](#) Seite 55 von 55

www.weltverfolgungsindex.de

Open Doors in Kürze

□ Schätzungsweise 100 Millionen Christen werden weltweit aufgrund ihres Glaubens verfolgt. Sie werden u.a. bespitzelt, verhört, misshandelt, eingesperrt und im schlimmsten Fall getötet. Darüber hinaus werden viele weitere Millionen Christen ausgegrenzt und diskriminiert.

□ Open Doors ist ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, das in über 50 Ländern mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit verfolgte und benachteiligte Christen unterstützt, stärkt und ermutigt.

□ Seit 56 Jahren ist das Hilfswerk aktiv für verfolgte Christen.

□ Gegründet wurde es von dem Holländer Anne van der Bijl – nach seiner Bestsellerbiographie später bekannt als «Bruder Andrew». Das Buch «Der Schmuggler Gottes» wurde mit einer Auflage von 10 Millionen

Stück in 36 Sprachen verbreitet. Den Decknamen «Bruder Andrew» legte van der Bijl sich zu, als er begann, Bibeln zu Christen in Länder hinter dem Eisernen Vorhang zu bringen. Als die Empfänger ihn nach seinem Namen fragten, antwortet er: «Ich bin allen ein Bruder, die Jesus Christus lieben und ihm nachfolgen.»

□ Open Doors unterstützt in Zusammenarbeit mit lokalen christlichen Gemeinden und Partnern verfolgte Christen mit Bibeln und christlicher Literatur sowie Hilfe zur Selbsthilfe-Projekten, bildet Gemeindeleiter aus, engagiert sich für Gefangene und unterstützt die Familien ermordeter Christen.

□ Gebet ist das erste, worum verfolgte Christen bitten. Eines der wichtigsten Anliegen von Open Doors ist

es daher, dieser Bitte zu entsprechen und zum Gebet aufzurufen.

□ Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit («Sprachrohrdienst») informiert Open Doors in Ländern der sogenannten freien Welt – etwa in Deutschland - in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Hilfe für verfolgte Christen auf.

□ Jedes Jahr veröffentlicht Open Doors den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

□ Im Jahr 2010 stellte das Werk rund 3,4 Millionen Bibeln, Studienliteratur, Kinderbibeln und Lehrmaterial für Pastoren und Gemeindemitarbeiter sowie andere Literatur bereit.

□ Nahezu 160.000 Pastoren und Gemeindeleiter wurden im Jahr 2010 geschult. Zudem nahmen 143.000 Christen an Alphabetisierungs - und Berufsausbildungsprogrammen teil und erhielten Nothilfe.

□ Die Arbeit des deutschen Zweiges - Open Doors Deutschland e.V. - wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Kontakt

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 1142

65761 Kelkheim

Telefon 06195-6767 0 / E-Mail info@opendoors-de.org

www.opendoors-de.org

Kontakt Presse für Interviewanfragen und Bilder, Grafik Weltkarte

Telefon 06195-6767 180 / E-Mail pressebuero@opendoors-de.org

Aufruf zum Abfackeln der Kirchen in Freiburg

Vorab: Ob Gewalt von „RECHTS“ oder von „LINKS“ kommt, ist egal. Jede Gewalt oder jede Anstiftung dazu ist ein Verbrechen und muß bestraft werden.

Seit Samstag, dem 4. Februar 2012, liegt der Staatsanwaltschaft Freiburg eine Strafanzeige gegen die Antifa Freiburg wegen Aufruf zu Straftaten vor. Der Begriff Antifa bezeichnet vor allem im antifaschistischen Spektrum linke, linksradikale und autonome Gruppen und Organisationen, die sich in ihrem Verständnis von Antifaschismus das Ziel gesetzt haben, Nationalismus und Rassismus zu bekämpfen. Auf ihrer Webseite www.autonome-antifa.org hatten die LINKEN zum „Abfackeln von Kirchen“ aufgerufen:

„Gerne hätten wir über abgefackelte Kirchen in Deutschland nach dem Vorbild von Nova Scotia oder North Tulsa, von Abita Springs, Hardeeville oder Logansport berichtet. Leider brennen hierzulande höchstens Gebetsbücher in Greven, aber weder Kathedrale, Dom noch Münster. Doch wir geben die Hoffnung nicht auf und vielleicht geschehen ja noch Zeichen und Wunder, so daß wir uns nächstes Jahr an der Glut eines niedergebrannten Gotteshauses erwärmen können.“

Ähnliche Aufrufe geschahen bereits in den Jahren 2008 bis 2010.

Über Straftaten von „RECHTS“ berichten die Medien ausführlich. Sie werden unter Anteilnahme und mit Unterstützung der Bevölkerung verfolgt und möglichst noch im Keim erstickt. Richtig so!!

Was aber wird von Seiten der Justiz geschehen, wenn nun, wie in Freiburg geschehen, linke Gruppierungen zu Straftaten aufrufen?

Wird die Staatsanwaltschaft die vorliegende Strafanzeige der „Initiative Nie Wieder! e. V.“ überhaupt ernst nehmen und bearbeiten?

Wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden und von der Staatsanwaltschaft ausgeforscht werden, welche Personen hinter diesem Aufruf stehen? Wird es anschließend auch eine Überwachung vom Staatsschutz geben?

Wir sind gespannt, mit welchem Maß die Staatsanwaltschaft Freiburg messen wird!

http://www.welt.de/politik/ausland/article13884066/Pastor-droht-im-Iran-der-Tod-durch-den-Strang.html?wtmc=Newsletter.NL_Persoenlich

Christenverfolgung

[Drucken](#)[Bewerten](#) Autor: Thomas Winkel und Christoph Schmidt | 23.02.2012

Pastor droht im Iran der Tod durch den Strang

Mitten im Atomstreit lässt Teheran die Muskeln spielen. Das Land bereitet die Hinrichtung eines inhaftierten Pastors vor. Er soll in den nächsten Tagen gehängt werden.

Beim Streit um das iranische Atomprogramm lässt Teheran an vielen Fronten die Muskeln spielen: gegenüber der Internationalen Atomenergiebehörde, in der Meerenge von Hormus und nun offenbar auch im Zentralgefängnis von Rasht im Norden des Landes.

Dort soll der inhaftierte Pastor Youcef Nadarkhani in den nächsten Tagen hingerichtet werden. Das Gefängnispersonal habe bereits die Anweisung erhalten, die Exekution vorzubereiten. Das berichtet die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).

Der 1977 geborene Pastor einer Pfingstgemeinde wurde vor anderthalb Jahren zum Tod durch den Strang verurteilt – wegen „Abfalls vom islamischen Glauben“. Dies löste in der westlichen Welt eine Welle der Empörung aus, auch in Deutschland.

Bundesregierung und Bundestag setzten sich für Nadarkhani ebenso ein wie die Deutsche Bischofskonferenz und Menschenrechtler. Mitten in der Auseinandersetzung um das Atomprogramm wird es plötzlich eng und ernst für den Pastor hinter Gittern.

Gröhe fordert Aufhebung des Todesurteils

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe fordert jetzt erneut den Iran auf, das Todesurteil gegen Nadarkhani aufzuheben und ihn bedingungslos freizulassen. Niemand dürfe in seiner Religionsfreiheit eingeschränkt werden, sagte Gröhe. Erst recht dürfe ein „Glaubensabfall“ kein Grund für eine Hinrichtung sein, so Gröhe. Protest kommt auch von der IGFM. Beobachter zeigen sich besorgt über die Lage der Menschenrechte, die sich im Land der Ayatollahs weiter verschlechtere.

Nadarkhani ist nun ins Licht gerückt; zugleich steht sein Name für andere Fälle, die das Regime im Dunkel halten kann. Denn kaum eine Forderung birgt soviel Zündstoff für das islamisch-westliche Verhältnis wie die nach Religionsfreiheit. Der eingekerkerte Pastor leitete eine Pfingstgemeinde.

Am 22. September 2010 verurteilte ihn ein Revolutionsgericht zum Tod, wegen „Abfalls vom Islam“ und „Verbreitung nichtislamischer Lehren“. Ein anderes Gericht hatte zuvor festgestellt, dass Nadarkhani vor seinem Wechsel zum Christentum ein echter Muslim gewesen sei. Laut UN-Menschenrechtscharta kein Problem. Danach hat das Recht auf Religionsfreiheit universale Geltung. Abfall vom Glauben als Verbrechen gegen die Gemeinschaft

Doch die harten Urteile in einigen islamischen Ländern gegen vom Glauben „Abgefallene“ sprechen eine andere Sprache. Hinrichtungen zeigen, dass zwischen Rechten auf dem Papier und Rechten im Alltag eine tödliche Lücke klafft.

Dabei droht der Koran Abgefallenen nicht mit weltlichen Strafen, sondern „nur“ mit Gottes Zorn im Jenseits. Scharia-Gelehrte stützen sich vor allem auf überlieferte Aussprüche Mohammeds – etwa: „Wer den Glauben aufgibt, den tötet!“

Westlicher Individualismus und islamisches Kollektivdenken prallen bei der Beurteilung der sogenannten Apostasie direkt aufeinander. Der Mehrheitsislam wertet den Abfall vom Glauben nicht als private Entscheidung, sondern als Verbrechen gegen die Gemeinschaft.

Von Anfang an verkündete er die Einheit von Religion und Staat und bezog seine Identität auch aus der Abgrenzung gegenüber Andersgläubigen. Deshalb erschien muslimischen Führern eine Abkehr vom Glauben, das heißt von ihrem Glauben, als eine Art Fahnenflucht.

Glaubenswechsel wird selbst in gemäßigten Ländern hart bestraft

Staaten wie der Iran, Saudi-Arabien, Sudan und Jemen bedrohen die Abwendung von der Staatsreligion weiterhin mit dem Tod. Hinrichtungen sind jedoch selten, schon weil die Fälle von Apostasie selten sind. Aus Ägypten sind neben Hafturteilen auch Zwangsscheidungen und Einweisungen in die Psychiatrie bekannt.

Auch in gemäßigteren Ländern wie Tunesien oder der Türkei bleibt Glaubenswechsel zutiefst verpönt und sozial geächtet. In Deutschland haben die großen Verbände DITIB und Zentralrat der Muslime in offiziellen Erklärungen freilich jede Bestrafung abgelehnt.

Die christlichen Kirchen in der islamischen Welt gehen mit der Missionierung sehr zurückhaltend um. Nur einige freikirchliche Gruppen setzen gezielt auf offensive Mission unter Muslimen und haben damit kleine Erfolge – leben aber gefährlich.

KNA

Todesstrafe für Pastor

Pastor Youcef Nadarkhani, geboren 1977, lebt in Rasht, der Hauptstadt der iranischen Provinz Gilan im Norden des Iran am Kaspischen Meer. Er ist verheiratet mit Fatemeh Pas(s)andideh, die beiden haben zwei Kinder: Daniel (*2003) und Yoel (*2005).

Für seinen christlichen Glauben wurde Pastor Youcef Nadarkhani im Iran zum Tod durch den Strang verurteilt. Das iranische Gericht verlangt von ihm die Abkehr vom christlichen Glauben und die Annahme des Islam, nur so könne er sein Leben retten. Inzwischen hat das oberste iranische Gericht die Todesstrafe bestätigt: Wenn er früher mal Moslem gewesen und später Christ geworden sein sollte, habe er sein Leben verwirkt. Pastor Nadarkhani bestreitet, früher Moslem gewesen zu sein, auch wenn er in eine moslemische Familie hineingeboren wurde. Vorgeworfen wurde ihm auch, christliche (= nichtislamische) Lehren verbreitet und gegen den islamischen Zwangsunterricht seiner Kinder protestiert zu haben.

Um Druck auf Pastor Nadarkhani zu erzeugen, wurde am 18. Juni 2010 auch seine Ehefrau Fatemeh Pasandideh inhaftiert. Die iranischen Behörden drohten, den Eltern das Erziehungsrecht zu entziehen und ihre Kinder einer muslimischen Familie zuzuführen. Pastor Nadarkhanis Ehefrau wurde ohne rechtlichen Beistand vor Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt, konnte aber durch das Berufungsverfahren am 11. Oktober 2010 nach viermonatiger Haft aus dem Gefängnis freikommen. Pastor Nadarkhanis prominenter Rechtsanwalt Mohammad Ali Dadkhah wurde dagegen Anfang Juli 2011 zu Peitschenhieben, 9 Jahren Haft und 10-jährigem Berufsverbot als Dozent und Anwalt sowie zu einer Geldstrafe verurteilt.

Seit 12.10.2009 ist Pastor Nadarkhani bereits in Haft. Das sind inzwischen mehr als 2 Jahre, eine sehr lange Zeit. Dazu gibt es Foltervorwürfe, die bisher nicht untersucht werden konnten. Ausländische Delegationen konnten ihn auch nicht besuchen. Aufgrund der internationalen Proteste wurde das Todesurteil noch nicht vollstreckt. Dagegen versucht die iranische Presse neuerdings, Vorwürfe von Verbrechen ins Spiel zu bringen, die sämtlich als nachträglich konstruiert und frei erfunden anzusehen sind. Die Fortsetzung der Protest, ist jetzt besonders wichtig, damit die Sache nicht im Sande verläuft und Pastor Nadarkhani endlich freigelassen wird. Würde der Iran mit dem Todesurteil für den christlichen Glauben durchkommen, stünde das Leben hunderttausender anderer iranischer Christen ebenfalls auf dem Spiel. Es werden alle darum gebeten, so viele Menschen wie möglich auf die Sache aufmerksam zu machen und zur Teilnahme an der Unterschriftenliste einzuladen, die Sie hier finden:

www.freiheitfuernadarkhani.de

Die UN-Menschenrechtserklärung fordert das Recht auf freie Religionsausübung in Artikel 18:

Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen in der Öffentlichkeit oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung eines Ritus zu bekunden.

Der auch vom Iran unterzeichnete „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte / International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)“ gewährleistet das Recht auf Religionsfreiheit in Artikel 18:

(1) Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.

(2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde. UPDATE 01/2012: Die iranische Regierung bemüht sich offenbar darum, den Fall aus dem Fokus der westlichen Öffentlichkeit zu bringen: So wurde Pastor Nadarkhanis Anwalt in Rasht darüber informiert, dass das Gericht die Anweisung erhalten hat, ein Jahr lang nichts in diesem Fall zu unternehmen. Youcef bleibt solange ohne Kontakt zu Anwälten und Familie inhaftiert, eine schriftliche Ausfertigung des letzten Urteils vom September 2011 soll es vorerst nicht geben.

Weitere Informationen

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

4

E-Mail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de

1 www.freiheitfuernadarkhani.de

Deutsche Christen ungeschützt!

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 5/2012,4

„Wir geben die Hoffnung nicht auf und vielleicht geschehen ja noch Zeichen und Wunder, so dass wir uns nächstes Jahr an der Glut niedergebrannter Gotteshäuser erwärmen können.“

Auf ihrer Homepage klagen die „Linksradiكالen“ der „Autonomen Antifa Freiburg“, dass in Deutschland höchstens Gebetbücher brennen würden, nicht aber Kathedralen und Dome.

Strafanzeigen gegen diesen Aufruf hatten keinen Erfolg:

Das deutsche Strafrecht schützt weder die einzelne Religionsgemeinschaft noch den einzelnen Gläubigen. Geschützt wird lediglich das friedliche Zusammenleben der Religionsgemeinschaften. Das öffentliche Beschimpfen einer Religionsgemeinschaft, ihrer Einrichtungen oder Lehren ist nach § 166 STGB zwar verboten, aber nur dann, wenn sie geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Und hieran scheitern die Strafanzeigen in den meisten Fällen. Das gilt ebenso für das Verbot, gottesdienstliche Handlungen zu stören (§ 167 STGB) oder Beerdigungen (§ 168), die - falls die Störungen geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden, mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bedroht sind.

freiburg@autonome-antifa.org

05.05.12

AN die "Antifa Freiburg" etc.,

sollten Sie folgenden Satz publiziert haben:

„Wir geben die Hoffnung nicht auf und vielleicht geschehen ja noch Zeichen und Wunder, so dass wir uns nächstes Jahr an der Glut niedergebrannter Gotteshäuser erwärmen können.“

ist das nahezu dieselbe Sprache, die jeder kommunistische und Nazi-Faschismus spricht und sprach ...

Sicher haben die Kirchen auch Schaden angerichtet

Eines aber scheinen Sie nicht zu wissen: Neurobiologisch und psychiatrisch ist jedes Mensch genuin religiös - wenn auch nicht kirchlich. Das - und die im Rahmen dieser Forschung WISSENSCHAFTLICH BELEGTE nicht nur religiös begründete Pathologie mancher vermeintlich normalisierter freizügiger sexueller Persionen - können Sie auf meiner homepage NAHTODFORSCHUNG.COM nachlesen.

<http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/christenverfolgung/>

Einer der es wissen muss, der OSZE- Antidiskriminierungsbeauftragte Massimo Introvigne , gab bekannt, dass weltweit jährlich um die 100 000 Christen ermordet werden, das ist alle drei Minuten einer. Die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ stellte fest, dass 75-80% der wegen ihres Glaubens verfolgten Menschen in der Welt Christen sind. Ein Aufschrei der westlichen Öffentlichkeit blieb aus, obwohl das Motiv für Verfolgung und Ermordung von Christen ist, dass die sie in den muslimischen Ländern sich zu den Werten einer offenen Gesellschaft westlicher Prägung bekennen. Auch ein dramatischer Appell der Russisch- Orthodoxen Kirche vom Dezember letzten Jahres blieb weitgehend ungehört.

Die „Erste Internationale Konferenz gegen die Diskriminierung und Verfolgung der Christen“ in Russland forderte die Welt mit einem Appell an die internationale Staatengemeinschaft auf, Maßnahmen gegen die Christenverfolgung zu ergreifen. Diese Konferenz wurde vom Moskauer Patriarchat der Russisch- Orthodoxen Kirche organisiert und fand in den russischen Medien breite Beachtung, im Westen dagegen kaum. Im Schlusssdokument der Moskauer Tagung werden Länder wie Ägypten, Pakistan, Afghanistan, Nigeria, der Sudan, Indonesien, Saudi-Arabien, Eritrea und Indien als jene Staaten genannt, in denen die Christen besonders verfolgt und unterdrückt werden. Die Konferenz forderte die Schaffung „einer internationalen Stelle gegen die Diskriminierung und Verfolgung der Christen“, die den Verfolgten helfen soll. **Die Rangliste der Verfolgerstaaten führt Nordkorea an. Christ zu sein, kommt in Nordkorea oft einem Todesurteil gleich. Hunderttausend Christen sind in dem Land in Gefängnissen interniert und müssen Hunger, Folter und Zwangsarbeit erleiden. „Open Doors“, eine Organisation, die sich in den Dienst der verfolgten Christen gestellt hat, schätzt, dass von den insgesamt 400000 Christen in Nordkorea 25 Prozent in Arbeitslagern interniert sind. In Pjöngjang, einst zu 30 Prozent katholisch, gibt es heute nur noch eine Kirche.**

Aber auch in den arabischen Ländern sieht es nicht gut aus für Christen. Allein in Ägypten gab es während des „Arabischen Frühlings“ mehr als 30 Tote und 200 Verletzte. Die Kopten machen in Ägypten etwa 15% der Bevölkerung aus. Es häufen sich die Übergriffe der muslimischen Mehrheit auf die christliche

Minderheit. In Syrien, wo es 3 Millionen Aramäer gibt, wurden kürzlich ein Priester und sieben Gläubige getötet. In Pakistan stehen die Entführung und Vergewaltigung christlicher Mädchen auf der Tagesordnung. Ist ein Mädchen schwanger geworden, wird sie mit ihrem Vergewaltiger verheiratet und muss zum Islam übertreten. Motorradbanden attackieren regelmäßig christliche Schulen. Im Südsudan wurden hunderte Christen in einer Kirche mit Macheten abgeschlachtet. In Nigeria gehen fast 500 Morde auf das Konto einer einzigen Sekte, die sich BohoHaram nennt. In vielen arabischen Ländern gibt es die Todesstrafe für Menschen, die zum Christentum konvertieren.

Während die Verbrennung von liegengelassenen Koranen durch die US- Army in Afghanistan Anfang des Jahres eine Welle der Entrüstung in den islamischen Ländern und in den westlichen Medien ausgelöst hat, wurde die Verbrennung von Hunderten von Bibeln durch die Behörden der Islamischen Republik Iran im April ignoriert.

In Saudi-Arabien muss man mit Verhaftung rechnen, wenn man an Silvester die Straße mit einem Luftballon überquert. Silvesterfeiern werden in diesem Land als feindliches westliches Brauchtum angesehen. In Tadschikistan kann es tödlich sein, sich nach russischem Brauch als Nikolaus zu verkleiden. Aber auch in der Türkei, deren EU-Beitritt kürzlich von unseren Außenminister wieder ein mal gefordert wurde, sieht es nicht viel besser aus. Spätestens seit den Morden von christlichen Missionaren in Malatya und der Ermordung des armenischen Publizisten Hrant Dink wird in westlichen Zeitungen sporadisch über die Christenfeindlichkeit in der Türkei berichtet. In manchen türkischen Zeitungen wird Stimmung gegen Christen gemacht, die angeblich die Türkei zum Wohle Brüssels unterjochen wollen.

Kenner schätzen ein, dass bei jedem Schritt in Richtung EU in der türkischen Provinz ein Christ ermordet wird. Der frühere Vorsitzende der türkischen Bischofskonferenz Luigi Padovese richtete einen dramatischen Appell an die Weltöffentlichkeit: „Wir sind hier nicht mehr sicher“ kurz darauf wurde er ermordet. Das dieses Problem nicht nur von radikalen Minderheiten verursacht wird, sondern mit der türkischen Staatspolitik korrespondiert, macht eine Einschätzung der Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach deutlich:

„Die christlichen Kirchen sind (in der Türkei) rechtlich nicht anerkannt; es ist ihnen untersagt, ihre Priester auszubilden, Immobilien zu besitzen, Bankkonten zu führen; der Bau von Gebets- und Gotteshäusern ist stark eingeschränkt. Die Situation der Christen ist von Schikanen im Alltag, bürokratischen Hürden und Benachteiligungen geprägt. Christen werden widerrechtlich verhaftet, bei der Ausübung ihres Glaubens gestört – es kommt zu Einschüchterungen und Störungen von Gottesdiensten.“

Leider sind Stimmen, wie die von Ingrid Fischbach selten unter Politikern, selbst in der CDU. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bezeichnete im Bundestag die Christen als die „die bedrohteste Glaubensgruppe in der Welt“ Er erwarte von der Bundesregierung, „dass sie die Botschafter der Länder, in denen eine besonders intensive Christenverfolgung zu verzeichnen ist, zu einem Gespräch einlädt“. Die Verfolgung müsse zu einem Thema der europäischen Außenpolitik werden.“ Leider hört man nichts davon, dass die Bundesregierung diese Anregung aufgegriffen hätte.

Aber auch beim jüngsten Katholikentag war die weltweite Verfolgung von Christen nur ein Thema am Rande, im „Interreligiösen Raum“. Statt den Vertretern verfolgter christlicher Gemeinden ein öffentlichkeitswirksames Podium zu geben, kritische Mahner wie Bischof Damian waren gar nicht eingeladen, durften Politikerinnen wie Sara Wagenknecht um die Kirche als Verbündete im antikapitalistischen Kampf werben.

Wo blieb die Solidarität mit den bedrohten Glaubensbrüdern? Als einziger Politiker warnte Volker Kauder davor, dass der „arabische Frühling zu einem arabischen Winter“ werden könne.

Innenminister Friedrich dagegen wiegelte ab: „Das christliche Wertefundament sei weiter weltweit gefragt. Die Werte des Abendlandes haben Hochkonjunktur.“

Man fragt sich unwillkürlich, was an eine indifferenten, feigen Westen attraktiv sein soll. Sein mangelnder Wille, seine Werte zu verteidigen, ist es sicherlich nicht.

Erschien zuerst in der „Tagespost“

Kontakt

info@vera-lengsfeld.de

www.vera-lengsfeld.de

PRO KOMPAKT27/2012

„Selbstverliebte Kirchen vergessen verfolgte Christen“

Christen werden in der muslimischen Welt zunehmend Opfer von Diskriminierungen. Auf Solidarität von den Kirchen hierzulande könnten sie dabei nur selten zählen.

Das sagt die Islamwissenschaftlerin Rita Breuer im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ – und wirft den Kirchen Selbstverliebtheit vor.

Alle mehrheitlich muslimischen Länder befänden sich unter den ersten fünfzig Staaten, die Christen verfolgen, sagt Rita Breuer. „Je intensiver die religiöse Ausprägung eines islamischen Staatswesens ist, desto schlechter ist die Lage der Christen.“ Die beiden großen Kirchen in Deutschland gingen allerdings tendenziell davon aus, der Islam habe dieselben Werte und Grundideen wie das Christentum. Das sei eine Form von Blauäugigkeit und Selbstverliebtheit, „zu glauben, dass jeder Mensch die Werte teilt, auf denen das Christentum fußt. Und nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass andere eigenständige Religionsgemeinschaften manches anders sehen als wir“, so die katholische Wissenschaftlerin. Damit nehme man den Islam aber nicht ernst.

Wie Breuer sagte, seien Christen in der muslimischen Welt oft fassungslos darüber, wie sich die Kirchen für die Rechte der Muslime in Deutschland einsetzen, gleichzeitig aber keinen Sinn für die Lage der Christen in muslimischen Ländern hätten. Es entstehe der Eindruck, „dass man sich hierzulande lieber mit der Frage beschäftigt, ob ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen islamfeindlich ist, als sich zu überlegen, wie man den bedrängten Christen zu Hilfe eilen kann“. Zwar gebe es Organisationen, die das tun. Auch die Aufmerksamkeit dafür wachse langsam, doch es gebe noch keine flächendeckende Auseinandersetzung mit dem Thema. Nicht jeder Muslim diskriminiere Christen und auch nicht jeder Christ in einem muslimischen Land werde verfolgt. „Aber es geht darum, es nicht länger zu leugnen, dass Christen in der muslimischen Welt zunehmend Opfer von Diskriminierungen werden, von Beleidigungen, Benachteiligungen, Verfolgung bis hin zur Tötung.“ Oft werde das in der Öffentlichkeit beschönigt oder ignoriert.

Selbstbewusstes Bekenntnis

Von den Kirchen wünscht sich Breuer „ein ganz klares und selbstbewusstes Bekenntnis zur eigenen Religion und Wertigkeit“. Dazu gehöre es, sich für verfolgte Glaubensgeschwister einzusetzen und auch Probleme im Dialog mit Muslimen nicht klein zu reden.

Auch Politiker sollten gegenüber muslimischen Staaten sowie Verbänden in Deutschland das Thema Christenverfolgung immer wieder ansprechen und auf dem Recht der freien Religionsausübung bestehen. Wut empfinde Breuer, wenn sie daran denkt, dass Salafisten in Deutschland Korane verteilen dürfen, es aber beispielsweise im Iran verboten ist, eine persisch-sprachige Bibel überhaupt zu besitzen. Eine „unerträgliche Schieflage“ sei das. „Muslime haben hier das ungeteilte Recht auf freie Religionsausübung. Dafür werde ich mich immer einsetzen.

Dass die Salafisten dieses Recht für sich in Anspruch nehmen, solange es ihnen nützt, aber es nicht vertreten – darauf kann man auch nicht häufig genug hinweisen.“

Rita Breuer ist promovierte Islamwissenschaftlerin aus Aachen. Im Herder-Verlag erschien kürzlich ihr Buch: „Im Namen Allahs? Christenverfolgung im Islam.“ ||

VON: JSt | 02.07.2012

21. August 2012, 19:16 Uhr

Ausstellung in Kassel

Kirchen kritisieren Jesus-Karikatur

Sagt eine Stimme aus dem Himmel zu Jesus am Kreuz: "Ey... du... Ich hab deine Mutter gefickt." Witzig? Nicht für die Kirche. Die hat das Plakat heftig kritisiert, mit dem die Caricatura in Kassel für ihre aktuelle Ausstellung wirbt. Es gehe um "das Zentrum des Glaubens".

Kassel - Eine Jesus-Karikatur in Kassel ist von mehreren Kirchen scharf kritisiert worden. "Was ich schwierig finde, ist, wenn eine Karikatur das Zentrum des Glaubens verunglimpft", sagte die Stadtdekanin der Evangelischen Kirche, Barbara Heinrich. Ähnlich äußerten sich laut "Hessischer/Niedersächsischer Allgemeinen" ("HNA") auch die katholische und die orthodoxe Kirche sowie die Freikirchen.

Sie alle kritisieren eine Zeichnung des Künstlers Mario Lars. Darauf zu sehen ist ein leidender Jesus am Kreuz, dem eine Stimme aus dem Himmel zuruft: "Ey... du... Ich hab deine Mutter gefickt". Geworben wird damit für die Caricatura-Ausstellung "Die Komische Kunst - analog, digital, international", die derzeit in der Galerie für Komische Kunst in Kassel zu sehen ist. Lars' Zeichnung hängt nicht nur in der Ausstellung selbst, sondern auch überlebensgroß an der Außenfassade des Kulturbahnhofs.

Stadtdekanin Heinrich sagte, sie habe nichts gegen Karikaturen über kirchliche Amtsträger oder die Organisation. Es sei jedoch eine Grenze überschritten, wenn religiöse Gefühle verletzt würden. Sie forderte die Caricatura auf, nicht die Zeichnung aus der Ausstellung, wohl aber das Werbeplakat zu entfernen.

Der Geschäftsführer der Caricatura, Martin Sonntag, verteidigte das Plakat. Es liege im Wesen solcher Zeichnungen, dass sie aneckten. "Wir können aber nicht bei jeder Beschwerde die Karikatur abhängen."

Humor sei nicht steuerbar, sagte Künstler Lars der "HNA". Einen Staatsakt aus der Geschichte zu machen, halte er für übertrieben. Eine Institution wie die Kirche sollte seiner Meinung nach über den Dingen stehen und sich wichtigeren Problemen zuwenden. "Diese große Aufregung über einen kleinen Witz tut der Kirche nicht gut."

aar/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/caricatura-in-kassel-kirchen-kritisieren-jesus-karikatur-a-851332.html>

<http://www.pi-news.net/2012/08/christen-kinder-in-pakistan-verfolgt/#more-274593>

Mitte des Monats war es in Pakistan zur Verhaftung eines elfjährigen Mädchens namens Rimsha gekommen. Rimsha hat vermutlich Down Syndrom. Ihr wird vorgeworfen, Koranblätter verbrannt zu haben. Das Mädchen gehört zu einer christlichen Familie und lebte in einem Slum der Hauptstadt Islamabad. N24 berichtet, dass die Christen aus dem Slum fliehen mussten.

Hierzu der Kopp-Verlag:

RiftahMasih [richtiger Name siehe Plakat oben!] wurde von Muslimen aus der Nachbarschaft geschlagen, als diese angeblich sahen, dass sie beim Kochen einige Seiten aus dem Heiligen Buch verbrannte. Einige Hundert Christen flohen aus Furcht vor weiteren Gewalttaten aus ihren Häusern und Wohnungen, nachdem die

Moscheen über den angeblichen Zwischenfall über Lautsprecher berichteten und Hunderte erboster Muslime auf die Straßen stürmten.

NBC News sprach mit einem Menschenrechtsanwalt, der sich des Falls angenommen hat. Er bestätigt, dass Rimsha geistig behindert ist und zudem völlig verstört. Er befürchtet, dass es bei ihrer Freilassung zu Lynchjustiz kommen würde.

Heute übersetzte der Kopp-Verlag einen Bericht von Russiatoday, wo es um einen Mordfall im pakistanischen Teil des Punjab, in Faisalabad geht. Dort war ein christlicher Junge vermisst worden, der nicht mehr vom Markt zurückkam. Der Elfjährige wurde brutalst verstümmelt aufgefunden:

Die Leiche Samuel Yaquubs war schwer verstümmelt. Nase und Lippen waren abgetrennt und der Magen entfernt worden. Darüber hinaus wurden seine Beine verstümmelt. Nach Polizeiangaben wurde der Körper später verbrannt und konnte kaum identifiziert werden. Angehörige identifizierten die Leiche anhand der Stirn des Jungen.

Zum letzten Mal war er auf dem Weg zum nahegelegenen Markt gesehen worden. Seine verstümmelten Überreste wurden am muslimischen Feiertag Eid ul-Fitr gefunden, der das Ende des Fastenmonats Ramadan markiert.

Ermittlungsbeamte versuchen nun herauszufinden, ob im Vorfeld der Tat Vorwürfe wegen Gotteslästerung gegen das Kind erhoben worden waren.

In Pakistans Gefängnissen sitzen Christen, die wegen Blasphemie angeklagt sind. Der Papst bemüht sich seit langem, die vierfache Mutter Asia Bibi aus dem Gefängnis frei zu bekommen. Es sitzen aber auch zahlreiche Anhänger islamischer Sekten aus den fadenscheinigsten Gründen wegen Blasphemie ein. Bei einer Freilassung droht ihnen Lynchjustiz.

Von Übergriffen auf viele Mädchen der christlichen Minderheit berichtete kath.net schon letztes Jahr. Laut Angaben von Erzbischof Tomasissoll es gehäuft zu Entführungen, Zwangskonversionen und Zwangsehen christlicher Mädchen kommen:

Christliche Mädchen werden entführt und zur Heirat gezwungen, wobei sie auf ihren Glauben verzichten und zum Islam übertreten müssen.

Die Nachrichtenagentur Zenit schreibt, dass es 700 solcher Fälle jährlich in Pakistan geben soll:

Die Ordensfrau möchte aus Sicherheitsgründen anonym bleiben. In Pakistan kümmert sie sich um junge christliche Frauen, die misshandelt, verschleppt, vergewaltigt oder zur Bekehrung zum Islam gezwungen werden, und sieht sich dabei täglich mit den Geschichten solcher Frauen konfrontiert. Zum Fall Farah Hatim sagt die Schwester zum Fidesdienst: „Die Geschichte von Farah ist sehr traurig. Doch sie ist leider keine Seltenheit. Jedes Jahr werden mindestens 700 solcher Fälle gemeldet, und wir können nur wenigen Dutzend dieser Mädchen helfen“.

Der Fidesdienst spricht von 1000 Fällen jährlich. PI hatte vor kurzem über den Fall einer jungen pakistanischen Christin berichtet, die nach Beendigung ihres Medizinstudiums von einer Moslemfamilie entführt wurde und gezwungen wurde, einen der Söhne zu heiraten.

Die zu 95 Prozent aus Moslems bestehende pakistanische Gesellschaft scheint immer mehr zu verrohen. Das kommt dabei heraus, wenn man den Koran als Gesetzbuch nimmt.

An Lichterketten-Aktionen der deutschen Politik braucht man nicht zu denken. Pakistan wird ausgeblendet, die Probleme auf die Armut geschoben, die Armut auf die Kolonialzeit. Wer das kritisiert, ist politisch inkorrekt, also rechts und damit naziverdächtig.

Ein menschenrechtsunwürdiges Pakistan ist schon schlimm genug. Ein schweigendes Europa ist absolut feige und dumm.

Artikel auf <http://www.kath.net/detail.php?id=38332>

3.10.12

Kein Respekt vor dem Christentum?

Christen sind die am meisten diskriminierte Gruppe in Europa - Von Nina Schmedding (KNA)

Brüssel (kath.net/KNA) Darf man eine Madonna aus einer Kirche auf die Straße werfen? In einem Theaterstück das Antlitz Jesu mit Kot beschmieren? Oder den Papst als inkontinenten Mann darstellen? Mit der Frage, welche Haltungen hinter solchen Handlungen stecken und welche Signalwirkung von ihnen für religiöse Gruppen und die Gesellschaft ausgehen, beschäftigten sich am Dienstag in Brüssel Vertreter aus Religion und Politik. Die Diskriminierung von Christen in Europa stand im Mittelpunkt des vom EU-Parlament und der EU-Bischofscommission COMECE gemeinsam veranstalteten Symposiums.

Einen deutlich negativen Trend sieht die Wiener Beobachtungsstelle gegen Intoleranz und Diskriminierung von Christen in Europa. Laut Statistik seien Christen die am meisten diskriminierte religiöse Gruppe Europas: 84 Prozent des Vandalismus in Frankreich richteten sich demnach gegen christliche Gebetsstätten. 48 Prozent aller Geistlichen in Großbritannien machten innerhalb eines Jahres diskriminierende Erfahrungen. Und in Schottland würden 95 Prozent aller anti-religiös motivierten

Gewalttaten gegen Christen verübt.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Europa fordere deshalb schon seit Jahren einen öffentlichen Dialog über die Diskriminierung von Christen in Europa, betonte der Vertreter der Beobachtungsstelle, Martin Kugler. Außerdem empfehle sie die Überarbeitung von Gesetzen mit möglichen negativen Auswirkungen für Christen. Dabei gehe es nicht um Privilegien, die Christen einforderten, so Kugler. Es gehe nur um gleiche Rechte.

Auffällig sei, dass Medien und Politik über Diskriminierung oder Intoleranz gegenüber Christen nicht oder nur ansatzweise berichteten, kritisierte Florian Kolfhaus, vatikanischer Vertreter aus dem Staatssekretariat. «Man stelle sich einmal vor, aus einer Synagoge würde eine Menorah von Vandalisten auf die Straße geworfen. Was gäbe das für einen europaweiten Aufschrei - und zu Recht», sagt Kolfhaus. Ein ähnlicher Vorfall in einer katholischen Kirche im vergangenen Jahr in Italien habe dagegen nahezu keine Aufmerksamkeit erregt. Nicht jedes Graffiti an Kirchenmauern oder auf christlichen Grabsteinen sei Ausdruck des Hasses, stellte Kolfhaus fest. Aber es zeige mangelnden Respekt und mangelndes Verständnis gegenüber der Religion.

Der Sekretär der EU-Bischofscommission COMECE, Piotr Mazurkiewicz, erklärte, es sei überraschend, dass im liberalen demokratischen Kontext Europas Diskriminierung von Christen diskutiert werden müsse. Von Politik und Gesellschaft würden säkulare Sichtweisen bevorzugt, weil man meine, sie seien neutral. Wenn man ein Kreuz aus einem Klassenzimmer entferne, habe dies aber eine Bedeutung. Auch säkulare Bewegungen könnten schließlich intolerant sein: Als Beispiel nannte Mazurkiewicz die Schließung katholischer Adoptionsagenturen in Schottland aufgrund von politischem Druck, weil sie homosexuellen Paaren keine Kinder vermitteln wollten. Toleranz bedeute aber doch, auch Gegenmeinungen zuzulassen.

Einig waren sich EU- und Kirchenvertreter vor allem darin, dass dem Schutz der christlichen Gewissensfreiheit im europäischen Recht eine größere Bedeutung zukommen müsse. Es müsse erlaubt sein, dass ein Mediziner nicht an einer Abtreibung mitwirken oder ein Apotheker keine «Pille danach» verkaufen wolle. «Wortmeldungen von Christen, die ihren Glauben verteidigen, werden dagegen zusehends als unpassend empfunden», kritisierte Kolfhaus. Die EU-Abgeordneten sicherten zu, sich im Parlament verstärkt für eine Thematisierung der Diskriminierung von Christen einsetzen zu wollen. Für eine Aussprache im EU-Plenum sei es allerdings noch zu früh; für viele Abgeordnete stelle eine offene Debatte darüber eine Bedrohung dar, weil sie sich mit dem Thema nicht auskennen würden, bedauerte der konservative EU-Abgeordnete Jan Olbrycht (EVP).

Wo finden sich extreme Ansichten - im Schöpfungswerk oder in der Redaktion der Süddeutschen Zeitung?

21.10.12

Wo finden sich extreme Ansichten - im Schöpfungswerk oder in der Redaktion der Süddeutschen Zeitung?

Die Journalistin Tina Baier fällt ein gewagtes Urteil über die evangelische Lukas-Schule und ihr christliches Bekenntnis

(MEDRUM) Die private evangelische Lukas-Schule in München steht im Brennpunkt des Artikels *"Methoden an evangelischer Privatschule"* von Tina Baier, der am 19.10.12 in der Süddeutschen Zeitung erschienen ist. Es geht um die Sinnhaftigkeit und Akzeptabilität von Methoden, die nach Darstellung Tina Baiers an der Lukas-Schule praktiziert werden. Die Autorin zeichnet ein bizarres Bild von dieser Schule und meint am Ende, dort würden extreme Ansichten vertreten. Sie kritisiert insbesondere Ingo Resch, Mitglied des Vorstands der Lukas-Schule, der Baier das Bildungsgeschehen erläutert hat, und stellt fest, er scheine nicht der einzige mit extremen Ansichten zu sein. Es stellt sich die Frage: Welche Ansichten Reschs stuft Tina Baier als extrem ein und bezeichnet sie diese zu Recht als extrem? Oder hat die Journalistin vielleicht sogar selbst extreme Ansichten, denen sie ihre Werturteile über Resch und die Lukas-Schule unterwirft? In den ersten beiden Teilen ihres Artikels zeichnet Tina Baier das Bild einer Schule, die - wie Baier behauptet - angeblich fundamentalistisch ausgerichtet sei. Dies sei nicht bekannt und genau darin liege das Problem, schreibt die Journalistin. Sie fügt dabei einige ausgewählte Facetten aus dem Schulleben aneinander, die ihr Urteil vermeintlich zu bestätigen scheinen, vom Vorstand des Trägervereins aber entweder nachvollziehbar erklärt, teilweise bestritten und zum Teil als frei erfunden bezeichnet werden (Einzelheiten dazu finden sich in der Stellungnahme zu dem Artikel „Himmel und Hölle“ unter www.lukas-schule.de; die SZ greift diese Stellungnahme in einem Folgeartikel *"Landeskirche kündigt Untersuchung an"* am 21.10.12 auf). Für Baiers Artikel sind die dafür maßgeblichen Tatsachen offenbar unerheblich. Sie spielen keine erkennbare Rolle. Es gibt kein Für, sondern nur ein Wider die Lukas-Schule. Angeblich, so Resch, hatte die Journalistin bereits angekündigt, sie werde einen negativen Beitrag schreiben. Wenn das ihre Absicht war, ist es ihr gelungen, wie besonders auch der dritte und letzte Teil ihres Artikels zeigt. Tina Baier gibt im dritten Teil ihres Artikels, der mit dem Zitat *"Gott hat die Menschen als Mann und Frau geschaffen"* überschrieben ist, Teile der Äußerungen wieder, die Ingo Resch im Gespräch mit Baier gemacht hat. Bauer schreibt:

"Wir halten uns streng an den Lehrplan", sagt Resch. "Im Religionsunterricht ist Gott der Schöpfer." Im Biologieunterricht werde "ein geschichtlicher Werdeprozess aufgezeichnet".

Später im Gespräch wird Resch deutlicher: Er kenne Äußerungen, wonach Darwins Evolutionstheorie eine Lüge sei, von Leuten aus der evangelischen Landeskirche. Daran sei nichts Schlimmes. "Entschuldigen Sie, haben wir nicht Meinungsfreiheit und Forschungsfreiheit?", fragt er und spricht von "Gesinnungsterror", der eine kritische Evolutionsforschung verhindere.

Und Homosexualität werde heute geradezu propagiert. "Das ist nicht biblisch. Gott hat die Menschen als Mann und Frau geschaffen, weil er wollte, dass sie sich vermehren, das geht nun mal nur heterosexuell."

Danach fragt Baier:

"Ob es an der Lukas-Schule wirklich gelingt, derartige Ansichten aus dem Unterricht herauszuhalten? Zumal Resch dort nicht der einzige mit extremen Ansichten zu sein scheint.

Als sei es ein Beleg für ihre Behauptung, Resch vertrete extreme Ansichten, fügt Baier als Äußerung von Resch an:

"Ich will nicht verhehlen, dass wir unterschiedliche Intensitäten des Glaubens im Lehrkörper haben", gibt er selbst zu.

Wie Resch in einer Stellungnahme zum Artikel von Tina Baier erklärt hat, wurde die Journalistin im Gespräch darüber informiert, dass in der Schule keine Lehren vertreten werden, die unter dem Begriff des sogenannten Kreationismus bekannt sind. Resch bestätigt die von Baier wiedergegebene Äußerung, dass an der Lukas-Schule unterschiedliche Intensitäten des Glaubens bestehen. Daran hält er nichts für außergewöhnlich, sondern sieht auch eine Stärke. Resch:

"Dies ist auch gut so, denn hier arbeiten Menschen zusammen, die aus den verschiedenen Glaubensbekenntnissen stammen, überwiegend aus dem evangelischen Bereich, aber auch aus der

katholischen oder griechisch orthodoxen Kirche stammen. Von den fünf Schulleitern gehören drei der evangelisch-lutherischen Kirche an, einer der SELK (Selbständigen evangelisch lutherischen Kirche) und einer der Freien Evangelischen Gemeinde. Die Stärke der Schule liegt zweifelsohne darin, dass Lehrkräfte aus den verschiedenen Glaubensrichtungen konstruktiv zusammenarbeiten. Es darf in der Schule nicht für eine bestimmte Glaubensrichtung oder Bekenntnis geworben werden. Besonderheiten der Glaubensausrichtung (z.B. ob Erwachsene oder Kinder getauft werden usw.) sind nicht Inhalt der Vermittlung. Als gemeinsamer Nenner gilt das Glaubensbekenntnis der Evangelischen Allianz."

Mit Blick auf die Wertung "extreme Ansichten" von Baier, kann festgehalten werden: Baier ordnet offenkundig als extreme Ansicht die Äußerungen Reschs ein,

- dass im Religionsunterricht Gott der Schöpfer ist,
- dass für evolutionskritische Auffassungen die Meinungs- und Forschungsfreiheit gelten sollte
- dass das Propagieren von Homosexualität unbiblisch ist,
- dass Gott die Menschen als Mann und Frau geschaffen hat,
- dass sich Menschen nun mal nur heterosexuell vermehren können.

Für das Werturteil von Tina Baier, was extreme Ansichten sind, spielt es wohl kaum eine Rolle, ob sie das Glaubensbekenntnis der Evangelischen Allianz, den gemeinsamen Nenner der Lukas-Schule, kennt. Sie würde, so kann vermutet werden, ebenso den katholischen Katechismus und viele Äußerungen kirchlicher Würdenträger als "extrem" einstufen. Doch es wäre sicherlich eine Überforderung von Baier zu erwarten, sich selbst einzugestehen, dass ihre journalistische Arbeit in diesem Artikel mehr mit Gesinnungsjournalismus und extremen, zumindest recht gewagten Ansichten gemein hat, als es einer Zeitung, die sich professionellem Journalismus verpflichtet fühlt, recht sein kann.

Über die Lukas-Schule

Information über die Lukas-Schule im Internet: www.lukas-schule.de

Die Lukas-Schule sagt dort über sich: "Die vier Lukas Schulen sind christliche Schulen, die sich nach den üblichen staatlichen Lehrplänen richten. Die Lehrkräfte bekennen sich zum christlichen Glauben. Die Schüler sollen zu Verantwortungsbewusstsein geführt werden und Freude am Erbringen von Leistung empfinden. Sie sollen lernen sich in die Klassengemeinschaft zu integrieren und auch jeden Menschen als ein Geschöpf Gottes wertschätzen."

In den Medien wurde über die Lukas-Schule vom Bayerischen Rundfunk und vom Magazin FOCUS berichtet (Ev. Landessynode: Gebet und Geborgenheit und Konfessionelle Schulen: Abgänger haben gute Chancen).

19.10.12 <u>Methoden an evangelischer Privatschule</u>	Süddeutsche Zeitung
21.10.12 <u>Landeskirche kündigt Untersuchung an</u>	Süddeutsche Zeitung
20.03.12 <u>Ev. Landessynode: Gebet und Geborgenheit</u>	Bayerischer Rundfunk
15.09.06 <u>Konfessionelle Schulen: Abgänger haben gute Chancen</u>	FOCUS

<http://www.medrum.de/content/schueler-der-lukas-schule-der-oeffentlichkeit-infolge-umstrittener-information-beschimpft>

Schüler der Lukas-Schule in der Öffentlichkeit infolge umstrittener Information beschimpft
25.10.12

Schüler der Lukas-Schule infolge umstrittener Information in der Öffentlichkeit beschimpft
Evangelische Schule wehrt sich gegen umstrittene Fundamentalismus-Vorwürfe und spricht von überwältigender Unterstützung in der Elternschaft - auch Generalsekretär der Evangelischen Allianz weist Schlagworteinsatz des Fundamentalismus-Begriffes zurück

(MEDRUM) Die Publikation eines umstrittenen Artikels von Tina Baier in der Süddeutschen Zeitung über die Lukas-Schule in München hat offenbar dazu geführt, dass Schüler in der Öffentlichkeit beschimpft wurden. Dies geht aus einem Offenen Brief der Lukas-Schule an die Elternschaft hervor, in dem die erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen werden.

Tief betroffen

Tina Baier behauptete in ihrem in der Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung am 19.10.12 erschienenen Artikel *"Methoden an einer evangelischen Privatschule"* (in der Printausgabe unter dem Titel "Himmel und Hölle" erschienen) insbesondere, die Lukas-Schule sei fundamentalistisch ausgerichtet und Schülern sei mit dem Teufel gedroht worden. Baier schrieb weiter dazu: *"Bei der evangelischen Kirche ist bekannt, dass die Lukas-Schule dem fundamentalistischen Spektrum innerhalb der Kirche angehört."* Außerdem meinte Baier, Ingo Resch (der sich als Mitglied des Vorstandes der Schule ihr gegenüber zum Bildungsgeschehen geäußert hatte), sei wohl nicht der einzige, der "extreme Ansichten" vertrete (MEDRUM berichtete ["Wo finden sich extreme Ansichten - im Schöpfungswerk oder in der Redaktion der Süddeutschen Zeitung?"](#)). Diese und andere Behauptungen wies die Schule in ihrer [Stellungnahme zu dem Artikel „Himmel und Hölle“ aus der Süddeutschen Zeitung vom 19. 10. 2012](#) zwar entschieden zurück, musste aber dennoch die Erfahrung machen, dass - infolge der umstrittenen Information über sie - Schüler in der Öffentlichkeit beschimpft wurden. In einem [Offenen Brief an die Eltern unserer Schüler](#) reagierte die Schule nun auch darauf: *"Tief betroffen sind wir davon, dass die Berichterstattung dazu geführt hat, dass Schüler der Lukas-Schule in der Öffentlichkeit beschimpft wurden."*

Viele positive Berichte in 22 Jahren

Im Brief an die Elternschaft nimmt die Lukas-Schule erneut zu Behauptungen Stellung, die in der Süddeutschen Zeitung publiziert wurden:

- "1. Die Lukas-Schule, und hiermit sind Träger, Schulleitung und Lehrerkollegium gemeint, steht für den Glauben an einen Gott, der alle Menschen liebt – unabhängig von ihrer Herkunft, Leistung oder anderen Eigenschaften; Diskriminierung findet bei uns nicht statt und würde auch niemals toleriert.*
- 2. Unsere Schule steht vorbehaltlos für die Einhaltung der staatlichen Lehrpläne, auch im Fach Biologie – Wissenschaftsfeindlichkeit und Einschränkungen der Meinungsfreiheit sind uns fremd.*
- 3. Wir sprechen weder Denk- noch Literaturverbote aus – die Behauptung, einzelne Bücher an der Schule seien verboten, ist schlicht und einfach unwahr.*
- 4. Die vielen positiven Berichte aus den vergangenen 22 Jahren zeigen, dass unsere Lehrer nicht Angst einflößend agieren und auch niemanden bedrohen, schon gar nicht geistlich."*

Einladung zu Informationsabenden und Gesprächen

Mit ihrem Brief will die Lukas-Schule nicht rundherum jegliche Fehler abstreiten, sie wendet sich aber sowohl gegen bestimmte unwahre Behauptungen wie gegen eine

unzulässige Verallgemeinerung von untypischen Fällen, weil sie ein falsches Bild vermitteln. Dazu sagt die Lukas-Schule:

"Auch wenn wir die Unterstellungen und Vorwürfe entschieden zurückweisen, möchten wir nicht den Eindruck erwecken, als ob an unserer Schule keine Fehler gemacht würden. Sicher gibt es auch Kinder und Jugendliche, die an unserer Schule nicht glücklich geworden sind. Wir erlauben uns aber den Hinweis, dass sich unser Konzept sehr positiv auf die allermeisten unserer ehemaligen und aktuellen Schüler ausgewirkt hat bzw. auswirkt, sowohl im persönlichen als auch im schulischen Bereich. Schüler oder Eltern, die sich an einzelnen Themen stoßen, bitten wir ganz herzlich: Kommen Sie auf uns zu, lassen Sie uns darüber reden."

Die Lukas-Schule hat aus Anlass der aktuellen Ereignisse die Eltern zu Informationsabenden eingeladen. Wie aus dem Offenen Brief hervorgeht, ist die Unterstützung aus der Elternschaft groß. Die Schulleitung spricht von einer überwältigenden Unterstützung, die die Schule in den vergangenen Tagen erfahren hat und dankt den Eltern für das entgegengebrachte Vertrauen in ihre Arbeit.

Evangelische Landeskirche geht Vorwürfen nach

Wie erwähnt hat die Schule bereits nach der Veröffentlichung des Artikels von Tina Bauer Stellung genommen und die erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen. Daraufhin berichtete die Süddeutsche Zeitung in ihrem Artikel "Landeskirche kündigt Untersuchung an" auch über die Stellungnahme der Schule, allerdings nur ausschnitthaft. So schreibt die Zeitung beispielsweise, dass die Schule den Behauptungen, sie lehre kreationistische Inhalte und drohe Schülern mit dem Teufel, widersprochen hat. Die evangelische Landeskirche hat laut Süddeutscher Zeitung angekündigt, sie werde den Vorwürfen nachgehen.

Zwischenzeitlich hat auch der Bayerische Rundfunk das Thema aufgegriffen. Unter der Überschrift "Fundamentalistische Protestanten?" berichtet der Sender über Beschwerden, die von Eltern anonym erhoben worden seien. So hätten sich Eltern beklagt, dass die Faschingsferien als Frühlingsferien bezeichnet werden, weil Fasching nicht gefeiert werde, und dass in der Bibliothek keine Harry-Potter-Bücher zu finden seien. Weiter verweist der Bayerische Rundfunk auf die Darstellung der Süddeutschen Zeitung: den Kindern sei mit dem Teufel gedroht worden, Lehrer hätten die Evolutionstheorie angezweifelt und Homosexualität sei in der Schule als "Sünde" bezeichnet worden. Der Sender betont: "Die staatliche Schulaufsicht des Kultusministeriums und die Landeskirche sind nun vor Ort und prüfen die Vorwürfe."

"Wir betonen das Gemeinsame der christlichen Konfessionen"

Ihr Selbstverständnis und wofür die Lukas-Schule steht, hat die Schule vielfach dargestellt, auch im Brief an die Elternschaft. Darin heißt es:

Die Lukas-Schule ist eine evangelische Bekenntnisschule. Unser besonderes Ziel ist es, im schulischen Alltag gelebten christlichen Glauben erfahrbar zu machen. Wir bieten den Kindern professionellen und innovativen Unterricht durch staatlich geprüfte und erfahrene Lehrkräfte, die Christen sind und ihr Leben in Verantwortung vor Gott gestalten. Wir betonen das Gemeinsame der christlichen Konfessionen, nicht das Trennende; das hat in den vergangenen 22 Jahren maßgeblich zum Erfolg der Schule beigetragen.

Hartmut Steeb: Auch schlagwortartige Wiederholung macht Fundamentalismus-Vorwurf nicht richtiger

In seiner vorherigen Stellungnahme verwies der Vorstand der Schule darauf, dass nicht für eine bestimmte Glaubensrichtung geworben werden darf und stellte fest: *"Der gemeinsame Nenner ist das Glaubensbekenntnis der Evangelischen Allianz."* Für eine fundamentalistische Ausrichtung, wie sie in der Süddeutschen Zeitung beschrieben wurde, gibt es demnach keine Grundlage, wie auch aus einer Stellungnahme des Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, hervorgeht. Laut dem *christlichen Medienmagazin pro* erklärte Steeb, *"der Vorwurf des 'Fundamentalismus' werde auch nicht dadurch richtiger, dass er immer wieder als Schlagwort gegen jene gebraucht werde, 'die sich nicht in allen Fragen an den derzeitigen Mainstream anhängen, die auch den Zweifel an der herrschenden Evolutionstheorie zulassen und die Existenz des Teufels nicht leugnen.'"* Die Lukas-Schule steht nach Kenntnis von Steeb zu den gemeinsamen Bekenntnissen der Christenheit und verbreitet keine Sonderlehren, die diesen widersprechen würden, wie er weiter in *pro* erklärte. Auch die "Einbettung" in die Gemeinschaft der Evangelischen Allianz München biete dafür Gewähr, meinte Steeb.

Wo sind Teufelsgefahren wirklich allgegenwärtig?

Das Internetportal "Kultur und Medien" kommt angesichts der tatsächlichen Verhältnisse zu einer eindeutigen Empfehlung an die Süddeutsche Zeitung. Wenn es ihr wirklich darum gehe, Kinder und Jugendliche vor dem Reden über den Teufel zu schützen, sollte sie sich nicht um die gediegene Lukas-Schule kümmern, sondern die Musikszene kritisch unter die Lupe nehmen. "Kultur und Medien": "Allgegenwärtig ist der Teufel in diesen Monaten in den Neuerscheinungen von Musik-CDs. Und diese richten sich vornehmlich an Jugendliche, also an jene Klientel, um die die SZ auch so besorgt ist." Beispielhaft werden einige Produkte aufgezählt:

- die Platte „Gallopig Blasphemy“ (Galoppierende Gotteslästerung) von der Band „Satan´s Wrath“ (Satans Zorn) .
- die Platte „Dominion of Darkness“ (Herrschaft der Finsternis) von „Hellbringer“ (Höllenbringer) mit Liedern wie „Bell Of The Antichrist“ (Glocke des Antichrist), „Satanic Destructor“ (Satanischer Zerstörer) oder „Demons Blood“ (Blut des Teufels) mit Liedern wie „Zwischen Satan und Belial“.
- das Stück „Your Heaven, My Hell“ (Dein Himmel, deine Hölle) in „Phantom Antichrist“ von „Kreator“ oder „Choir Of The Damned“ (Chor der Verdammten).
- Titel wie „Sons Of Hell“ (Söhne der Hölle) oder „Hellfire“ (Höllenfeuer) auf der letzten Platte von „Sodom“
- oder „Watains“ bzw. „Opus Diaboli“ mit Liedern wie „Storm of the Antichrist“ (Sturm des Antichrists) oder „Devils Blood“ (Blut des Teufels)
- die Platte „Demonocracy“ (Dämonenkratie) von „Job For A Cowboy“ (Arbeit für einen Cowboy)
- oder „Thanatos“ (Gott des Todes), thematisiert in „Emerging from the Netherworlds“ (Aus den Tiefen emporkommend) und Themen wie „Dolor Satane“ (Schmerz Satans).

Das Fazit von Kultur und Medien: "Hiergegen sollte sich der aufklärerische Eifer der „SZ“ richten, sofern es ihr tatsächlich darum geht, Schüler mit dem Teufelsthema zu verschonen. Aber offenbar handelt es sich bei dieser

angeblichen Sorge um Kinder lediglich um einen Vorwand in einer unfairen Kampagne gegen eine christliche Schule." (kultur-und-medien: Aus angeblicher Teufelsfurcht hetzt die Süddeutsche Zeitung gegen eine christliche Schule)

23.10.12	Lukasschule: Fundamentalistische Protestanten?	Bayerischer Rundfunk
22.10.12	Evangelische Schule sieht sich durch Medien diffamiert	Medienmagazin pro
21.10.12	Landeskirche kündigt Untersuchung an	Süddeutsche Zeitung
21.10.12	Wo finden sich extreme Ansichten - im Schöpfungswerk oder in der Redaktion der Süddeutschen Zeitung?	MEDRUM
19.10.12	Methoden an evangelischer Privatschule	Süddeutsche Zeitung

Der Sendebeitrag des Bayerischen Fernsehens: www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/abendschau-der-sueden/lukas-schule-muenchen

<http://bibelkreis-muenchen.de/?p=2216>

Leserbrief zum Artikel "Himmel und Hölle" von Tina Baier, SZ. vom 19.10.2012, Nr. 242, Lokalteil München – Seite R4

Veröffentlicht am **24. Oktober 2012** von **peter**

Mit Erstaunen las ich Ihren Beitrag über die Lukas-Schule, mit der ich mich auch als Familienvater von inzwischen fünf erwachsenen Kindern verbunden weiß. Gerade die Atmosphäre, die es ermöglicht, evangelisch Gläubige aus verschiedenen Traditionen und Überzeugungen mit einzubeziehen und dabei den respektvollen Umgang auch mit anderen Glaubensrichtungen einzuüben, war für uns Eltern während der Schulzeit unserer Kinder beispielhaft (mit den Paralleljahren zusammengerechnet 27 Lukas-Schuljahre). Echtes Interesse am Schüler, intensives Bemühen, die Eltern oder Erziehungsberechtigten in die pädagogische Arbeit mit einzubeziehen, eine Orientierung an der bayerischen Verfassung in Verbund mit dem Glaubensspektrum evangelischen Lebens (aller Couleur), all das wird nach meiner Erfahrung in stetem Bemühen weitestgehend vorgelebt und praktiziert. "Ehrfurcht vor Gott" – nicht vor dem Teufel (!), ohne Druck (!) – zu fördern mag nicht automatisch in allen bayerischen Bildungseinrichtungen eine solche Priorität haben, wie ich es an der Lukas-Schule kennen gelernt habe. Wie kritisch soll eine solche Werteorientierung als wichtiges Rückgrat der Gesellschaft in bester abendländischer Tradition nun in Augenschein genommen werden?

Als Theologe möchte ich zu einer schmerzhaft oberflächlichen und ohne zusammenhängende Kenntnis geäußerten "Fundamentalismus"-Verdächtigung nun etwas anmerken. Ohne einem als bildungsresistent zu identifizierenden – aber oft in karikierender Form wahrgenommenen – Fundamentalismus das Wort zu reden, muss von evangelischer Seite doch festgehalten werden: Fundamentalethische und bekenntnisorientierte Überzeugungen gehören zum Proprium einiger evangelischer "Helden", besonders in Zeiten der beiden Diktaturen im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Einem Pfarrer Brüsewitz müsste unsere deutsche Geschichte größten Respekt zollen, wenn auch wirkliches Verständnis kaum möglich ist. Brüsewitz verbrannte sich 1976 in der damaligen DDR selbst öffentlich. Ich hätte versucht ihn abzuhalten,

aber sein Motiv beeindruckt (trotzdem nur entfernt vergleichbar mit dem Schicksal des lutherischen Liederdichters Jochen Klepper, der gegen Ende des Krieges solidarisch mit seiner jüdischen Frau Suizid beging, aus Sorge um deren bevorstehender Deportation): Brüsewitz weigerte sich, seine in der Bibel verankerte Gewissensüberzeugung einfach einem atheistisch geprägten Spitzelstaat und gewissen opportunistischen Kreisen seiner Kirche zu opfern (Anm.: der Suizid selber ist natürlich nicht von der Bibel her zu legitimieren! Aber der Gewissenskonflikt wird hieraus verständlich!) Eine ganz andere Erfahrung, die leichter nachvollziehbar ist, aber auch damals in seiner eigenen Kirche umstritten war – beschreibt Pfr. Uwe Holmer, der der Lukas-Schule anlässlich ihres 20. Jubiläums 2009 einen Beitrag brachte. Er schrieb durch seine versöhnende Haltung Geschichte, als er nach schmerzhaften 40 Jahren DDR-Erfahrung als Christ den ehemaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker und dessen Frau in seine diakonische Einrichtung aufnahm und beide damit vor einer potentiellen Lynchjustiz schützte. Ebenfalls eine fundamentalethische Überzeugung (Stichwort: “Nachfolge”) findet man bekanntermaßen bei Dietrich Bonhoeffer, der sich lieber einem Todesurteil durch die Nazis unterwarf als sein christliches sowie politisches Bekenntnis dem Hitlerstaat zu opfern. Viele Beispiele aus der Geschichte evangelischen Lebens könnten hier aneinander gereiht werden. Aktuell wären Persönlichkeiten zu nennen, die wie der iranische evangelische Pfarrer Yucef Nadarchani, der einem anderen Kulturkreis angehört, bereit sind, mit einer Todesdrohung in ihrer Heimat zu leben, weil sie Christen sind. Das lässt sich nur mit einem eindeutigen Überzeugungsprofil aushalten. Um dieses zu bekommen, darf Glaube niemals aufgezwungen oder eingefordert werden, aber es muss ausreichend auch Information zur Verfügung stehen, die ein authentisches, in unserer modernen Gesellschaft lebbares, Glaubensprofil ermöglicht. Dafür steht die Lukas-Schule. Nicht dass Biografien wie die genannten zum Programm erhoben werden, niemand braucht doch hoffentlich in unserem einzigartigen, geschichtlich so wertvollen rechtsstaatlichen Schutzraum Ängste wegen seiner Überzeugungen zu haben. Aber: sollen die in unserem Gemeinwesen zum Glück vorhandenen Freiheiten, verantwortliche Bürger auszubilden, die wachsam sind, und die den Gefahren von links und rechts nicht so ohne weiteres erliegen, in Frage gestellt werden, nur weil Überzeugungsprofile scheinbar zu einseitig aus dem jüdisch-christlichen Erbe (d.i. vor allem AUCH die Bibel) kommen? Brauchen wir denn eher unkritische, angepasste, geistig unförmige Konsumenten, die sich dann bei potentiellen ethischen Konfliktentscheidungen einfach einer Mainstreammeinung unterwerfen? Die Lukas-Schule meint, dass Verantwortung vor dem Schöpfer auch zur Verantwortung vor der Schöpfung und in der Gesellschaft führt. Damit wird nun gerade nicht einem bildungsfeindlichen Fundamentalismus das Wort geredet. Aber der Fundamentalismusbegriff selbst sollte jetzt enger und klarer definiert werden und nicht automatisch assoziativ-schlagwortmäßig missbraucht werden, was leider in diesem Artikel auch geschehen ist. Dazu noch eine Anmerkung aus meiner Erfahrung: bei aller Überzeugung gehört selbstkritische Reflexion auf jeden Fall mit zum Umgangsrepertoire des Kollegiums, der Verwaltung und der Trägerschaft an der Lukas-Schule. Das trifft sowohl auf pädagogische Qualifikation als auch auf Bildungsinhalte zu. Mancher hat die Lukas-Schule schon wegen dieser Qualität beneidet. Schade wäre, wenn sich Neid als Motiv von Recherchen und Berichterstattungen einschleichen würde. Wegen des hohen Guts einer ehrlichen Selbstdisziplinierung ist das, was an christlicher Überzeugung gelebt und vermittelt wird, aber doch umso authentischer und wird durch die vielen Anfragen auch so wahrgenommen. Ich bin jedenfalls stolz auf meine fünf Kinder, die, auch durch die Lukas-Schule, inzwischen als gehobene bayerische Verwaltungsbeamtin, Diplomingenieur für Geomedientechnik, Architektin, Elektronikerhandwerker und staatlich anerkannte Erzieherin ihre Frau und ihren Mann in der Gesellschaft stehen und allesamt einen persönlich überzeugten, fröhlich-dankbaren Glauben in reformierter evangelischer Tradition leben. **Klaus Giebel**

Sehr geehrte SZ-Redaktion,
sehr geehrte Fau Baier!

Und wieder veröffentlichen Sie (Sa., den 3.11.) einen Artikel über die Lukas-Schule bzw. ihren Rektor -
in hetzerischer Manier.

Das, was Sie, Frau Baier, tun, grenzt an Rufmord!

Wenn Sie gerne lesbisch leben möchten (ich weiß ja nicht, ob das zutrifft, aber so, wie Sie auftreten, liegt es nahe),
dann tun Sie das. Aber lassen Sie andere Menschen in Frieden **ihr Leben und ihren Glauben** leben!

Wir leben in einem "modernen" Staat, in dem **Meinungs- und Glaubensfreiheit** besteht -
grundgesetzlich abgesichert.

Meinen Sie wirklich, dass es legitim ist, allen Christen (und den Moslems übrigens auch),
den Glauben an ihr Heiliges Buch - Bibel bzw. Koran - "verbieten" zu wollen
(bzw. Inhaltsteile daraus),

damit Homosexuelle in Deutschland, der EU oder anderswo "freie Bahn" haben -
und beliebig ihr Sexualleben "missionieren" können?

Es ist mir völlig egal, wie Sie oder jemand sonst sexuell lebt.

Das Leben ist so viel mehr als Sex -

warum muss das immer so aggressiv in die Mitte gerückt werden?

Wichtig sind **Menschlichkeit, Sachlichkeit, Verstand, Vernunft, Liebe. Großherzigkeit.**

Entschuldigen Sie, aber das, was Sie in der SZ betreiben, ist herablassende Haarspaltereil!
Es ärgert mich, dass Sie, als renommierte Zeitung, auf derart niedere Art mit achtbaren
Menschen umgehen,
die der Gesellschaft einen wichtigen und wertvollen Dienst erweisen.

Unsere Gesellschaft braucht Prinzipien, sie braucht Moral, sie braucht **Achtung und Respekt vor dem Nächsten.**

Das alles lassen Sie in den Artikeln über die Lukasschule vermissen -
und schlagen immer wieder neu in die gleiche Kerbe.

Was soll das?

Sie verstoßen gegen grundlegende Prinzipien:

Die Achtung der Menschenwürde, der Meinungs- und Glaubensfreiheit.

Und sie praktizieren eine einseitige und von Hass -

im Gegensatz zu Respekt gegenüber Andersdenkenden - geleitete Debatte.

Nein, es ist keine Debatte, es ist eine Unverschämtheit, was Sie hier bieten, Tina Baier.

Sehr geehrte SZ-Redaktion, bitte wahren Sie Objektivität und Sachlichkeit in Ihren Texten und in der Berichterstattung.

Ich habe Sie nun bereits mehrfach, auch in anderen Themenbereichen, dazu aufgefordert.

Ich bekam sogar netterweise die Leserbriefseiten der SZ vom 25. und 26.10. zur Verfügung gestellt -

in denen klar ersichtlich ist, dass viele Eltern ein sehr positives Zeugnis über die "beklagte" Schule abgegeben.

Schüler der Lukasschule wurden infolge der SZ-Texte beschimpft und aggressiv angegangen.

Es geht zu weit!

Anstatt einer Entschuldigung - die dringend fällig wäre - nun dies.

Christenverfolgung in Deutschland ist real - man sieht es genau hier!

Die "Homo-Lobby" kämpfte 2009 in Marburg mit aller Macht gegen das Stattfinden einer christlichen Seelsorge-Tagung.

Nach ihrem Willen sollen Glaubens-, Meinungs- und Redefreiheit beschnitten werden, um einer Minderheit von Menschen, die Sex in ihrer Lebensmitte haben, keinen Anstoß zu bieten.

Das können wir, als verantwortliche, verstandesgeleitete und an Gott, den Schöpfer gläubige Menschen uns nicht bieten lassen.

Ich habe die [Erklärung](#) damals auch [unterschrieben](#).

Und das ist gut so.

Jesus Christus sei gelobt.

In IHM ist die Liebe, Vergebung und Erlösung.

[Gott lässt sich nicht spotten](#). (Gal. 6,7)

Er hat den Menschen den freien Willen - und auch den Verstand - gegeben.

ER hat aber Seinen Sohn, Jesus, den die Menschen ins Grab gebracht haben, nicht im Tod

gelassen.

Dadurch zeigt Er Seinen Sieg - in der Schwachheit, durch die Schwachheit hindurch.

ER gebe auch Herrn Birnbacher und allen Betroffenen und Angegriffenen Weisheit und Kraft,

mit den Verletzungen, die hier (bewusst!) geschlagen werden, umzugehen.

Sauer kann man schon werden über eine derartige "Impertinenz" durch Ihre Autorin.

"[Alles prüfet - und das Gute behaltet](#)" schreibt Paulus.

So wollen - und sollen wir leben.

Hass oder Lästerei sind nicht gut.

Und sie haben in einer renommierten Zeitung überhaupt nichts zu suchen!

Almut Rosebrock, Aktionsbündnis "Gerne leben mit Kindern", www.glmk.de

Almut Rosebrock

Rheinblick 1

53343 Wachtberg

Tel. 0228/340926

www.glmk.de

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/diskussion-um-lukas-schule-schulleiter-streitet-vorwuerfe-ab-1.1515908>

Sehr geehrte (es fällt mir schwer, das zu schreiben, ehrlich gesagt, wenn man Ihre Texte gelesen hat) Tina Baier,

Sehr geehrte Süddeutsche Zeitung!

Zur Kenntnisnahme und Ermutigung an die Lukasschule

Sehr geehrte Verantwortlich der Bayerischen Landeskirche!

Sehr geehrter Herr Kauder und andere Politiker!
Sehr geehrte Mitadressaten (per BCC)

"Christlich-fundamentalistisches Hassportal", damit beginnt der Artikel - was ist denn das?
Das passt überhaupt nicht zusammen.

Christlich- fundamentalistisch sind Menschen, die an die Realität der Bibel in ihrer Vielfalt und Komplexheit glauben.
Auch "Evangelikale" genannt.

Hass gibt es da nicht - weil Gott uns zuerst geliebt hat.

Wie wir hier sehen, ist man allerdings dem **Hass der Welt** ausgeliefert - wie Jesus es auch war.
Ihn hat es ans Kreuz gebracht... .

Haben wir hier in Deutschland nicht **Rede-, Glaubens- und Meinungsfreiheit?**

Wie kann es sein, dass Sie derart gegen einen einzelnen Menschen, den ehrbaren und engagierten Rektor einer Schule,
hetzen (dieser Begriff ist mir, als engagierter Christin, total fremd; da Sie selbst ihn aber ständig benutzen, nehme ich ihn hier)- und das bereits seit 3 Wochen?!?

Mit welcher Berechtigung tun Sie das.
Und wirken damit absolut rufschädigend auf diese Schule, wo Eltern sich aktiv entschieden haben,
ihre Kinder dorthin zu schicken - und die Schule hat einen guten Ruf, nach wie vor!

Die [Zuschriften von Eltern der Lukasschule](#), die Sie bekommen haben, belegen,
dass die Schule sich sehr gut und liebevoll um einzelne Schüler kümmert.

Sie haben viele Zuschriften von Eltern und Schülerinnen und Schülern der betroffenen Schule bekommen (Leserbriefe, auch abgedruckt).

[Schüler LEIDEN](#) unter den Folgen Ihrer "Hetzerei"!!!!
(das Wort finde ich schrecklich - hier trifft es leider zu)

Das finde ich am allerschlimmsten.

Es wurde Ihnen [bereits mitgeteilt](#) - und Sie machen immer weiter. Schockierend.
Wo ist Ihre **Mit-Menschlichkeit? Haben Sie gar kein Herz?**

Sie hetzen hier gegen Christen - um die "Freiheit" von homosexuell lebenden Menschen zu

fordern.

"Freiheit" durch solche "Aktionen", durch Redeverbote?

Übrigens können Sie gerne SEHR viele Misstände in der aktuellen Politik, in allen Bereichen, anprangern, beschreiben, an die Öffentlichkeit bringen. Ich hätte eine riesenlange Liste dazu.

Sie betreiben Hetze, Sie sind die "Hassperson", ja der "Hassprediger" (in übertragenen Sinne).

Eine Journalistin, die (mit welchen Beweggründen) eine derartige Hetzjagd veranstaltet, lässt die Homo-Lobby (zu der Sie offensichtlich gehören) in problematischerem Licht erscheinen.

Übrigens enthalten sowohl die Bibel als auch der Koran Textstellen, die "Mann bei Mann liegen" untersagen.

Wollen Sie, Tina Baier und SZ, uns Christen, und dazu den Moslems, unsere Jahrtausende alte Glaubensgrundlage verbieten?

Was maßen sich die Menschen eigentlich an, die den Begriff "Homophobie" geprägt haben?

Christen sind menschenliebend. (Das wäre auf Latein "homophil").

Wir lieben die Menschen so, wie Gott sie geschaffen hat.

Und hier steht unter der Schöpfung mit der **Polarität zwischen Mann und Frau**: "Und es war gut so!"

Und es ist gut so. Die Menschheit hat sich entwickelt und vermehrt.

Das Gewissen, die "Augen des Herzens" sind geschult, u.a. durch das Lesen von Gottes Wort, der Bibel.

Lesen Sie doch mal selbst einen der Briefe von Paulus, zum Beispiel einen der Timotheusbriefe, oder den an Titus.

Oder das Hohelied der Liebe, 1. Kor. 13.

Kann man da noch hassen?

Es heißt: **Gott hasst die Sünde - aber Er liebt den Sünder.**

Durch Jesu Tod am Kreuz hat er unsere Schuld auf SICH genommen.

Das macht uns frei, Seine Kinder zu sein (Joh. 1)

So ist es.

Bitte beenden Sie endlich dieses absolut unrühmliche Kapitel Ihrer Zeitung!

Bitte wenden Sie sich wirklich wichtigen Themen zu!

Bitte fragen Sie mal, wie es Lehrern an Schulen allgemein geht - ob der herrschenden Arbeitsbedingungen?

Bitte fragen Sie, wie es Schülern geht mit dem G8-Druck, unter dem sie stehen!

Ich hoffe, die SZ verliert über dieses Vorgehen viel Abonnenten!

Normalerweise denke ich so nicht - aber hier bleibt mir fast nichts Anderes mehr.

Grüße aus Bonn!

Almut Rosebrock, Aktionsbündnis "Gerne leben mit Kindern", www.glmk.de

"Denn ich schäme mich des Evangeliums nicht; denn es ist eine Kraft Gottes, die selig macht alle, die daran glauben,
die Juden zuerst und ebenso die Griechen. Denn darin wird offenbart die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt, welche kommt aus Glauben in Glauben; wie geschrieben steht (Habakuk 2,4):
"Der Gerechte wird aus Glauben leben."

Paulus im Brief an die Römer, Kap. 1, V. 16 und 17

Diese Texte dürfen an andere Interessierte weitergeleitet werden.
Wer sich selbst betroffen fühlt, der schreibe.

Almut Rosebrock
Rheinblick 1
53343 Wachtberg
Tel. 0228/340926
www.glmk.de

Sehr geehrte SZ-Redaktion,
sehr geehrte Frau Baier!

Mail, 4.11.2012

Und wieder veröffentlichen Sie (Sa., den 3.11.) einen Artikel über die Lukas-Schule bzw. ihren Rektor - in hetzerischer Manier.

Das, was Sie, Frau Baier, tun, grenzt an Rufmord!

Wenn Sie gerne lesbisch leben möchten (ich weiß ja nicht, ob das zutrifft, aber so, wie Sie auftreten, liegt es nahe), dann tun Sie das. Aber lassen Sie andere Menschen in Frieden **ihr Leben und ihren Glauben** leben!

Wir leben in einem "modernen" Staat, in dem **Meinungs- und Glaubensfreiheit** besteht - grundgesetzlich abgesichert.

Meinen Sie wirklich, dass es legitim ist, allen Christen (und den Moslems übrigens auch), den Glauben an ihr Heiliges Buch - Bibel bzw. Koran - "verbieten" zu wollen (bzw. Inhaltsteile daraus),

damit Homosexuelle in Deutschland, der EU oder anderswo "freie Bahn" haben - und beliebig ihr Sexualleben "missionieren" können?

Es ist mir völlig egal, wie Sie oder jemand sonst sexuell lebt.

Das Leben ist so viel mehr als Sex -

warum muss das immer so aggressiv in die Mitte gerückt werden?

Wichtig sind **Menschlichkeit, Sachlichkeit, Verstand, Vernunft, Liebe. Großherzigkeit.**

Entschuldigen Sie, aber das, was Sie in der SZ betreiben, ist herablassende Haarspaltereil! Es ärgert mich, dass Sie, als renommierte Zeitung, auf derart niedere Art mit achtbaren Menschen umgehen, die der Gesellschaft einen wichtigen und wertvollen Dienst erweisen.

Unsere Gesellschaft braucht Prinzipien, sie braucht Moral, sie braucht **Achtung und Respekt vor dem Nächsten.**

Das alles lassen Sie in den Artikeln über die Lukasschule vermissen - und schlagen immer wieder neu in die gleiche Kerbe.

Was soll das?

Sie verstoßen gegen grundlegende Prinzipien:

Die **Achtung der Menschenwürde, der Meinungs- und Glaubensfreiheit.**

Und sie praktizieren eine einseitige und von **Hass -** im Gegensatz zu **Respekt gegenüber Andersdenkenden -** geleitete Debatte.

Nein, es ist keine Debatte, es ist eine Unverschämtheit, was Sie hier bieten, Tina Baier.

Sehr geehrte SZ-Redaktion, bitte wahren Sie Objektivität und Sachlichkeit in Ihren Texten und in der Berichterstattung.

Ich habe Sie nun bereits mehrfach, auch in anderen Themenbereichen, dazu aufgefordert.

Ich bekam sogar netterweise die Leserbriefseiten der SZ vom 25. und 26.10. zur Verfügung gestellt -

in denen klar ersichtlich ist, dass viele Eltern ein sehr positives Zeugnis über die "beklagte" Schule abgegeben.

Schüler der Lukasschule wurden infolge der SZ-Texte beschimpft und aggressiv angegangen.

Es geht zu weit!

Anstatt einer Entschuldigung - die dringend fällig wäre - nun dies.

Christenverfolgung in Deutschland ist real - man sieht es genau hier!

Die "Homo-Lobby" kämpfte 2009 in Marburg mit aller Macht gegen das Stattfinden einer christlichen Seelsorge-Tagung.

Nach ihrem Willen sollen Glaubens-, Meinungs- und Redefreiheit beschnitten werden, um einer Minderheit von Menschen, die Sex in ihrer Lebensmitte haben, keinen Anstoß zu bieten.

Das können wir, als verantwortliche, verstandesgeleitete und an Gott, den Schöpfer gläubige Menschen uns nicht bieten lassen.

Ich habe die [Erklärung](#) damals auch [unterschrieben](#).

Und das ist gut so.

Jesus Christus sei gelobt.

In IHM ist die Liebe, Vergebung und Erlösung.

[Gott lässt sich nicht spotten](#). (Gal. 6,7)

Er hat den Menschen den freien Willen - und auch den Verstand - gegeben.

ER hat aber Seinen Sohn, Jesus, den die Menschen ins Grab gebracht haben, nicht im Tod gelassen. Dadurch zeigt Er Seinen Sieg - in der Schwachheit, durch die Schwachheit hindurch.

ER gebe auch Herrn Birnbacher und allen Betroffenen und Angegriffenen Weisheit und Kraft, mit den Verletzungen, die hier (bewusst!) geschlagen werden, umzugehen.

Sauer kann man schon werden über eine derartige "Impertinenz" durch Ihre Autorin.

"Alles prüfet - und das Gute behaltet" schreibt Paulus.

So wollen - und sollen wir leben.

Hass oder Lästerei sind nicht gut.

Und sie haben in einer renommierten Zeitung überhaupt nichts zu suchen!

Almut Rosebrock, Aktionsbündnis "Gerne leben mit Kindern", www.glmk.de

Sehr geehrte Frau Baier!

Per Mail an die SZ am 28.10.2012

Ich habe Ihren Text gelesen - und finde es nicht gut, wie unsachlich und vorverurteilend Sie ihn verfasst haben.

Ich habe bereits kürzlich mehrere Male die SZ zu sachlicherer und objektiver Berichterstattung aufgefordert, zum Beispiel zur [Expertenanhörung zum Betreuungsgeld](#) (die war am 14.9. im Familienausschuss des Bundestages).

Damals hat ein Reporter, Kollege von Ihnen, gerade die 3 Fachleute, die (als einzige!) die INTERESSEN DER KINDER vertraten - und das, wie ich fand, excellent taten - von Anfang an nur "verrissen".

Die Bevölkerung Deutschlands hat ein Anrecht auf und benötigt **sachliche und fundierte Informationen**, um sich über komplexe Themen eine eigene Meinung zu bilden.

Manipulative und einseitige Berichterstattung sollte in einem modernen und "demokratischen Staat" (wir haben leider nur noch eine "Fassadendemokratie" pro Wirtschaft!) **nicht vorkommen**.

Ich möchte Sie bitten, sich bei den betroffenen Personen (ich schreibe aus der Ferne, als nicht direkt betroffene, aber doch mitgetroffene Christin!) zu **entschuldigen** für das, was Sie ihnen angetan haben.

<http://www.medrum.de/content/schueler-der-lukas-schule-der-oeffentlichkeit-infolge-umstrittener-information-beschimpft>

<http://www.medrum.de/content/schueler-der-lukas-schule-ueber-zeitungsartikel-sehr-empoert>

**Wissen Sie, der christliche Glaube lebt aus dem Verzeihen.
Dafür ist Jesus am Kreuz gestorben.**

Und Gott hat Ihn da nicht gelassen, Seinen Sohn und wahren Gott!

Halleluja - das gibt Kraft - zum Lieben, zum Leben ---- und auch zum Vergeben.

Probieren Sie es doch mal aus, sich wirklich **offen diesen Menschen zu stellen!**

Gehen Sie in die Schule und reden Sie mit den betroffenen Lehrern, Eltern und Schülern!
Vielleicht schreiben Sie hinterher einen Bericht über Ihre Erlebnisse dort.

Vielleicht bieten Sie, unter Teilnahme anderer, "neutralerer" Personen eine Diskussion zum Thema "Ethik in den Medien" oder "Vom Umgang mit Vorverurteilungen" oder, ganz persönlich, einfach: "Wie geht es Euch, wie geht es Ihnen?" an.

Bitte stellen Sie sich Ihrer Verantwortung!
Und wachsen Sie daran!

Fehler sind dazu da, um daraus zu lernen - und sie später möglichst nicht zu wiederholen... .

Alles Gute für Sie!

Almut Rosebrock, Aktionsbündnis "Gerne leben mit Kindern", www.glmk.de

<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/52354>

AUSLAND

EU-Parlamentarier: Borg-Kandidatur vorurteilsfrei debattieren

Montag, 12. November 2012

Brüssel – Konservative EU-Parlamentarier fordern eine vorurteilsfreie Anhörung des designierten EU-Gesundheitskommissars und maltesischen Außenministers Tonio Borg. Solange die Prinzipien der EU-Grundrechtecharta respektiert würden, müssten in der EU „auch unterschiedliche Wertvorstellungen möglich“ sein, betonten die Abgeordneten Peter Liese (CDU) und Richard Seeber (ÖVP) heute in Brüssel. Sollte sich Borg uneingeschränkt zur EU-Grundrechtecharta bekennen, erfülle er damit eine notwendige Voraussetzung für den Posten des EU-Kommissars für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Zudem solle sich die Anhörung vor dem EU-Parlament auf seine fachliche Qualifikation konzentrieren, forderten die Politiker, die Koordinatoren der EVP-Fraktion im Ausschuss für Umweltfragen, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sind. Alle Vorgespräche mit Borg hätten gezeigt, dass er sich intensiv mit den Themen Gesundheit und Verbraucherschutz auseinandergesetzt habe.

Verbände und EU-Abgeordnete hatten dem Katholiken Borg homosexuellen- und frauenfeindliche Äußerungen vorgeworfen. Außerdem steht der maltesische Kandidat wegen einer Korruptionsaffäre in der Kritik. Borg hatte die Vorwürfe dementiert.

Die dreistündige Anhörung Borgs im EU-Parlament findet morgen statt. In der kommenden Woche wird das Plenum in Straßburg in geheimer Wahl über die Ernennung Borgs abstimmen. © kna/aerzteblatt.de

<http://www.pi-news.net/2012/11/qualitatspresse-vs-kreuz-net-und-pissbruder/#more-291232>

Seit das polternde kreuz.net geschrieben hat, Dirk Bach werde in “der ewigen Homo-Hölle brennen” ([wir haben berichtet](#)), was schön nach Predigern wie Luther oder Abraham a Sancta Clara klingt, brennt in der gleichgeschalteten “Qualitätspresse” das rote Oberstübchen. Homosexualität gehört anscheinend zur letzten Säule der Republik. Wir haben ja sonst nichts mehr, keine eigene Kasse und nicht einmal eine Grenze. Ziel der stets islamfreundlichen und antichristlichen Presse-Meute ist es eindeutig, die ultraorthodoxe (und manchmal antisemitische) Seite [kreuz.net](#) der Katholischen Kirche, einzelnen Pfarrern und den Bischöfen unterzuschieben. Hei, wäre das ein Fest im “Kampf gegen Rechts”.

Nun sucht und sucht die Presse nach den Betreibern. Als aktivster Blockwart und Initiator der Kopfgeld-Aktion entpuppt sich der schwule [katholische Theologe David Berger](#) (Foto oben), Forschungsschwerpunkt jetzt “Schwule und Katholiken”, dem man nach seinem “Coming out” die kirchliche Lehrerlaubnis entzog und der natürlich Ratzinger-Gegner ist:

„Wir sind bestürzt, mit welchen IT-Spezialisten kreuz.net zusammenarbeitet und wie viel Geld dahintersteckt. Die Seite wird von großen IT-Firmen gestützt“, sagt David Berger. Um unentdeckt zu bleiben, verlagere man kreuz.net bis zu drei Mal am Tag auf Server in andere Länder, etwa aus den USA nach Rumänien und zurück.

IT-Firmen unterstützen kreuz.net? Da lachen ja die Hühner. Höchst interessant ist aber ein anderer Aspekt. Wie stellt sich die linke Meinungsdiktatur den Kampf gegen kreuz.net vor? Wir sind fündig geworden. Es gibt [da ein “Watch-kreuznet Blog”](#), und das kommentiert täglich so:

Und wer warnt vor den radikalen katholischen Piss-Brüdern an Schulen? Wieso dürften die gestörten Kirchenfaschisten Schulen und Kindergärten unterhalten? Wieso werden diesen Kirchenradikalen Kinder anvertraut????

Oder:

Den faschistoiden Piss-Brüdern passt es mal wieder nicht in den Kram, dass die von Hans Küng gegründete Weltethos Organisation jetzt auch in China tätig ist. Eine Organisation, die sich zum u.a. für den Ausgleich und die Annäherung zwischen Religionen einsetzt passt ja garnicht in das Weltbild der Pius-Gestörten. Den Köpfen der Piss-Brüder gibt es nur die Katholische Kirche und daneben nichts. **Der katholische Glaube ist die einzige wahre und zulässige Religion. Sowas nennt man faschistoide Denkweise. Den braunen Hetzern der Piss-Bruderschaft sollte man alle Privilegien entziehen, die sie aufgrund ihres Status als Religion besitzen. Wenn die Welt die Wahl zwischen Freimaurerei und katholischem Faschismus hat...dann lieber die Freimaurerei.**

Ein interessanter Gedanke! Ein Katholik, der nur an Jesus glaubt und nicht an Mohammed oder Volker Beck, ist also Faschist! Eine Religion reicht anscheinend nicht. Weiter:

Wir machen uns die Welt wie sie uns gefällt. ... die verlogene Piss-Bruderschaft kann man einfach nicht ernst nehmen... eine Ansammlung von traditionalistisch gestörten gescheiterten menschlichen Existenzen.....auf den Punkt gebracht: die Piss-Bruderschaft ist ein erbärmliches Kasperletheater. Schau’n wir mal was aus den Ermittlungen gegen die +.net Deppen wird... wahrscheinlich wird dann auch **der eine**

oder andere Piss-Bruder zur Strecke gebracht... das **große Aufräumen** im katholischen Traditionalistensumpf hat gerade erst begonnen...

Oder:

Die Piss-Bruderschaft ist ein Sammelbecken von gestörten katholischen Kirchenfaschisten. gloria.tv ist eine Ansammlung von Hetzern und Verleumdern. kreuz.net ist eine Ansammlung von homophoben braunen Katholikenarschlöchern.

Mit dieser Seite (alle Zitate letzte zwei Wochen) hat die Presse keinerlei Probleme. Das [Kopfgeld auf kreuz.net](#), deadoralive, ist inzwischen auf 23.000 Euro gestiegen.

<http://www.medrum.de/content/anti-christliche-schikane-aus-der-bruesseler-kommission>

"Anti-christliche Schikane" aus der Brüsseler Kommission

22.11.12

"Anti-christliche Schikane" aus der Brüsseler Kommission

EU-Abgeordneter Martin Kastler gegen Anweisung an Slowakei, Heiligenschein auf Euromünze zu entfernen

(MEDRUM) Dürfen Euromünzen christliche Symbole enthalten? Der EU-Abgeordnete Martin Kastler wendet sich gegen Stellen in der Europäischen Kommission, die sich auf den Heiligenschein "eingeschossen" haben und seine Darstellung auf einer Gedenkmünze der Slowakei untersagen wollen.

Mit Empörung reagierte der Europaabgeordnete Martin Kastler (CSU) auf eine Anweisung aus der Europäischen Kommission an die Slowakei und den Versuch zweier Mitgliedstaaten, den Heiligenschein der beiden Nationalheiligen Kyrill und Method auf einer 2013 erscheinenden 2-Euro-Gedenkmünze zu entfernen. Kastler sieht hier einen neuen Fall von anti-christlicher Schikane.

Die Begründung zur "religiösen Neutralität" hält der Parlamentarier für lächerlich. Kastler: *"Mit derselben Begründung könnte man Belgien, die Niederlande und Spanien auffordern, die Kronen ihrer Königshäuser zu entfernen. Der eine oder andere Demokrat könnte sich durch diese monarchischen Symbole ebenso verletzt fühlen."*

Gegen das Doppelkreuz der Heiligen - gleichzeitig Staatssymbol der Slowakei - könne die Kommission nicht vorgehen, stattdessen "schießen sich spezielle Beamte scheinbar auf den Heiligenschein ein", meint Kastler. Damit werde Europa und dem Euro ein Bärendienst erwiesen. Kastler ist sich sicher, dass sich niemand an den unauffälligen Heiligenscheinen über Kyrill und Method gestört hätte. Vielmehr hätte dies gläubigen Menschen "einen schönen Anhaltspunkt gegeben, sich etwas mehr mit unserer gemeinsamen Währung zu identifizieren, die doch vor allem an einem Vertrauensmangel krankt", so Kastler weiter. Er plädiert dafür, dass die Europäische Union, anstatt unauffällige Heiligenscheine zu retouchieren, in der jetzigen Krise auf den Beistand der Heiligen hoffen sollte. "Manchmal", so Kastler, "glaube ich, in der Europäischen Kommission gibt es eigens PR-Experten für Fettnäpfchen, Skandale und schlechte Presse". Erscheinen soll die neue Münze 2013 aus Anlass der Ankunft von Kyrill und Method vor 1150 Jahren auf dem heutigen slowakischen Staatsgebiet - nun ohne Heiligenschein. Die beiden in Thessaloniki geborenen Brüder waren als christliche Missionare im slawischen Raum tätig, übersetzten die Heilige Schrift ins Altkirchenslawische und wurden 1980 vom Seligen Papst Johannes Paul II. zu offiziellen Patronen Europas erhoben.

Kurzkommentar: Der Leitspruch der Europäischen Union, "In Vielfalt geeint", wird bei dem ganzen Geschehen offenbar auf den Kopf gestellt und verkommt zur Farce. Er könnte heißen: "Durch Einfalt entzweit!" Wer die Einheit will, muss die Einfalt beseitigen. Doch wer befreit die EU-Bürger von der Einfalt in der EU?

09. Dezember 2012, 13:00 Uhr

S.P.O.N. - Helden der Gegenwart

Schluss mit der bumsfidelen Bisexualität

Eine Kolumne von Silke Burmester

Sie glauben an das Gute. An Gott. Und an die Heilbarkeit von Menschen, die das eigene oder gar beide Geschlechter lieben. Schön, dass es noch junge, engagierte Christen gibt, die sexuell Verwirrte umerziehen wollen. Ein Akt der Nächstenliebe, den auch sündige Kleriker gut gebrauchen könnten.

Liebe evangelische Homo-Helfer!

Was bin ich froh, dass sich der Sache auch heutzutage noch jemand annimmt: Homosexuelle bezüglich ihres Lebensstils zu beraten und Alternativen zu ihrem Schwulsein aufzuzeigen, Enthaltensamkeit, Beten, Vaginalverkehr, so Sachen.

Ich hatte schon gedacht, da kümmert sich keiner mehr drum, auch in der Annahme, dass es keinen mehr kümmert, aber nun bin ich doch sehr erleichtert zu hören, dass dem gar nicht so ist, dass Ihr, die Offensive Junger Christen, meint, dass man da doch noch was machen könne. Bei den Schwulen.

Christl Ruth Vonholdt ist bei Euch Leiterin des Arbeitsbereichs Deutsches Institut für Jugend und Gesellschaft, und die Medizinerin weiß, "nach jetzigem Stand der Wissenschaft ist [Homosexualität](#) weder angeboren noch genetisch festgelegt". Was Euch inspiriert, Homos Hilfe anzubieten. Wobei, jetzt, da die Hessische Landesregierung [in die Kritik geraten](#) ist, weil sie diesen christlichen Verein der Nächstenliebe mit rund 13.000 Euro für dessen Angebot eines Freiwilligen Sozialen Jahres unterstützt hat, weist Ihr erneut darauf hin, dass ihr den armen Irrenden gar nicht Heilung anbietet, sondern nur Beratung. Dass Ihr lediglich jene Schwulen berätet, die nicht zufrieden mit ihrem Schwulsein sind. Tausende also.

Und das finde ich so wichtig!

Diese Möglichkeit zu bieten. Diesen Menschen eine helfende Hand zu reichen, den Dialog und auch das Wort Gottes anzubieten, der das Gleichgeschlechtliche ja bei Leibe nicht vorgesehen hatte. Und weil ich selbst nie Mitglied der Kirche war, und nie meinen Beitrag geleistet habe, freut es mich umso mehr, wenn ich über die indirekte finanzielle Unterstützung dieses Angebots durch Steuermittel doch noch meinen Obolus leisten kann. Quasi eine Art heidnischer Finanzausgleich.

"Du musst halt glauben"

Mich beschäftigt das Thema ja sehr. Schon Sigmund Freud, die alte Triebnatter, ist ja davon ausgegangen, dass jeder Mensch bisexuell geboren wird. Also so von der Natur konzipiert ist, dass er theoretisch mit beiden Geschlechtern was anfangen könnte. Liebesmäßig. Sexuell.

Wobei mich allerdings wundert, dass Gott gerade bei diesem elementaren Bestandteil seiner Schöpfung so ein eklatanter Fehler unterlaufen sein soll - schließlich möchte er ja allen Saft im Namen der Befruchtung vergossen sehen, und nicht nur aus Jux und Dollerei. Aber zum Glück ist die Kirche ja schon vor Jahrhunderten an dieser Schwachstelle eingesprungen und hat die Zwangsheterosexualität etabliert. So haben letztendlich die meisten Bisexuellen ihre bumsfidele Beidseitigkeit so gut im Griff, dass es nur selten zu Aussetzern mit dem eigenen Geschlecht kommt. Womit bewiesen ist: Geht doch!

Was Ihr ja auch sagt. Und was mir gut gefällt. Weil Ihr nicht aufgebt. Weil Ihr Euch nicht der flauschigen Multi-Sex-Doktrin einer Gesellschaft unterwerft, die ihre Gottlosigkeit als Moderne missdeutet.

Auch für mich war es ein langer Weg. In dieser schwierigen Phase, mit 13 Jahren, wollte ich unbedingt vom Konfirmationspfarrer erklärt bekommen, wie es sein könne, dass eine Frau ohne Geschlechtsverkehr schwanger wurde. Wie sie dabei Jungfrau hatte bleiben können, und wieso es Josef nichts ausmacht, dass seine Liebste das Kind von einem anderen hat, wo doch Männer sonst immer so ein Bohei um das Thema machen.

Erlebnispark der Sünde

Weil ich mit den Erklärungen so unzufrieden war, und der Pfarrer irgendwann nicht weiter wusste, sagte er in seiner Hilflosigkeit: "Du musst halt glauben. Du musst das einfach glauben." Das war der Moment, nach zwei Jahren freiwilligen Konfirmationsunterrichts, in dem ich wusste, hier bin ich falsch. Von jetzt auf eben war es aus und vorbei. Zwei Sätze hatten genügt, mich aus der Christengemeinschaft auszuschließen, mir zu zeigen: Das ist nicht mein Verein.

In meiner Verzweiflung, so allein und in Anbetracht all dieser mit so viel fehlgeleiteter Freude ihr Schwulsein auslebenden Männer in meinem Umfeld, habe ich auch mal bei den anderen, den Katholiken, geguckt. Mir gefällt die Konsequenz, mit der sie zu solchen Fragen stehen. In der Theorie.

Weniger gut gefällt mir, was die Kirchenmänner in der Praxis machen, Stichwort: St. Pölten. Was ein österreichisches Priesterseminar ist, dessen Gewölbe sie in eine Art Erlebnispark der Sünde umgestaltet hatten, inklusive Kinderpornos. Oder was jene Vertreter Gottes treiben, die nicht so weit fahren wollen und sich die Knaben aus dem Schoß der Gemeinde holen. Wie Ihr, liebe Offensive Junger Christen, Euch denken könnt, war das mit den Katholiken nix für mich. Denn auch bei denen soll man glauben. An das Gute. An die Kraft Gottes, die den armen Kinderschändern hilft, auf den Pfad der Tugend zurückzukehren. Weshalb man sie auch in Amt und Würden lässt.

Aber jetzt, nach all den Jahren, in denen ich so allein mit meinem Wunsch nach Fakten dastand, kommt Ihr und gebt sie mir. Fakten. Wissen, nicht "Glauben". Das Wissen, dass Homosexualität nicht genetisch bedingt ist. Und dass man da was machen kann. Endlich!

Zu wissen, dass Ihr das denkt, macht mich so froh und dankbar, dass ich noch in diesem Moment zu beten beginne. Für Euch, die Ihr Euch "offensiv für eine Erneuerung in Kirche und Gesellschaft einsetzt". Denn Euer Weg der Erneuerung ist für mich der Weg der Erkenntnis: Mal wieder zu merken, was für ein Blödsinn Kirche ist. Dafür kann dann selbst ich mal 'ne Runde beten.

URL:

- <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/silke-burmester-ueber-kirche-und-schwule-a-871348.html>

<http://www.pi-news.net/2012/12/padophilie-kein-priester-problem/>

Die Katholische Kirche hat die bekannten Fälle sexuellen Missbrauchs untersuchen lassen.

Hauptergebnis: Die Geistlichen sind nicht anfälliger als der Bevölkerungsschnitt. Das berichtet die ZEIT aus einer nicht repräsentativen Studie. Natürlich gibt es gleich zweifelnde und spöttische Kommentare, aber das Ergebnis ist nicht verwunderlich. Am 14. März, 2010, hatte die Süddeutsche diese Schlagzeile: *Drei Promille aller Täter*. Und was stand in diesem Text?

... Unterstellt man ferner für die drei fehlenden Bistümer sicherheitshalber jeweils eine doppelt so große Zahl, also 30 weitere Personen, errechnet sich eine Gesamtzahl von vielleicht 147 Priestern, die in den 15 Jahren bundesweit von der Polizei als Tatverdächtige registriert wurden. Dem steht gegenüber, dass in Deutschland zwischen 1995 und 2008 die Zahl der polizeilich erfassten Tatverdächtigen des sexuellen Kindesmissbrauchs insgesamt 128.946 betrug. Rechnen wir für 2009 noch den Durchschnittswert dieser 14 Jahre hinzu, ergibt sich für die 15 Jahre eine Gesamtzahl von rund 138.000. Von ihnen waren also 0,1 Prozent katholische Priester. Massenhaft kann man das nicht nennen.

Dann rechnete Autor Pfeiffer, der bekannte Kriminologe aus Hannover, noch eine Dunkelziffer dazu und kam zur Aussage, damit läge der Anteil der Priester bei den Tätern lediglich bei drei statt bei einem Promille. Die Berichterstattung in den kirchenfeindlichen "Qualitätsmedien" war aber so, daß 99% aller Täter angeblich katholische Pfarrer gewesen sein sollten. Und obwohl dies nachweislich falsch ist, glaubt das ganz Deutschland bis heute. Daran wird auch dieser Blogbeitrag nichts ändern.

<http://www.medrum.de/content/land-hessen-wirft-dijg-angebliche-angebote-zur-heilung-homosexueller-menschen-vor>

Land Hessen wirft DIJG angebliche Angebote zur "Heilung" homosexueller Menschen vor
05.12.12

Land Hessen wirft DIJG angebliche Angebote zur "Heilung" homosexueller Menschen vor
Diakoniepräsident: Verstöße gegen Diskriminierungsverbot von Homosexuellen könnten mit
Ausschluss der Offensive Junger Christen (OJC) aus der Diakonie geahndet werden

(MEDRUM) Mit dem Vorwurf eines angeblichen Angebots zur "Heilung" homosexueller Menschen sollen Verstöße der Offensive Junger Christen und des Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft (DIJG) gegen das Diskriminierungsverbot von Homosexuellen geahndet werden. Das geht aus Erklärungen von Hessens Sozialminister Stefan Grüttner (CDU), des Diakoniepräsidenten Johannes Stockmeier und des Bundestagsabgeordneten von Bündnis90/ Die Grünen, Volker Beck, hervor.

Als sei es eine konzertierte Aktion, wollen Sozialminister Grüttner, der Diakoniepräsident Stockmeier und der Grünenpolitiker Beck gegen die OJC und das DIJG wegen angeblicher Diskriminierung und umstrittener Praktiken zur Heilung Homosexueller vorgehen.

In einer Antwort an den Hessischen Landtag vom 29. November 2012 auf eine Kleine Anfrage der Grünen stellt Hessens Sozialminister fest: "Der Landesregierung sind insbesondere Angebote des "Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft (DIJG)" zur "Heilung" homosexueller Menschen bekannt." Grüttner lehnt derartige Angebote ab und hält es für erforderlich, dass die "Einstellung des DIJG zur Homosexualität und Gleichberechtigung der Geschlechter keinen Einfluss auf die pädagogische Begleitung des Vereins Offensive Junger Christen (OJC) hat", weil dieser zur Trägergruppe der evangelischen Kirche für die Ableistung des Freiwilligen Sozialen Jahres gehört, die aus Landesmitteln bezuschusst wird.

Grüttner: Angebote des DIJG zur "Heilung" homosexueller Menschen sind bekannt

In seiner Antwort macht Sozialminister Grüttner unter anderem folgende Aussagen:

1. ***Sexuelle bzw. geschlechtliche Identität ist ein Wesensmerkmal des Menschen - es ist keine Wahlmöglichkeit.***
2. ***Homosexualität ist keine Krankheit und bedarf entsprechend keiner Therapie zur Konversion.***
3. ***Verschiedentlich wurde festgestellt, dass "Konversions-" oder "Reparationstherapien" zu Ängsten, sozialer Isolation, Depression bis hin zu Suizidalität führen.***
4. ***Der Landesregierung sind insbesondere Angebote des "Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft (DIJG)" zur "Heilung" homosexueller Menschen bekannt.***
5. ***Wenn nicht sichergestellt werden kann, dass die Einstellung des Deutschen Instituts für Jugend und Gesellschaft zu den Themen Homosexualität und Gleichberechtigung der Geschlechter keinen Einfluss auf die pädagogische Begleitung des Vereins Offensive Junger Christen hat, wird es einen entsprechenden Hinweis auf der gemeinsamen Homepage der Landesarbeitsgemeinschaft FSJ und des Sozialministeriums geben.***

Volker Beck: Die Diakonie darf derartige Praktiken nicht dulden

Der Hessische Rundfunk berichtete über das Vorgehen von Sozialminister Grüttner gegen die OJC unter der Überschrift "Verdacht auf Schwulen-Diskriminierung: Land überprüft evangelischen Verein". Hintergrund sei eine mögliche Diskriminierung von Homosexuellen. Sozialminister Stefan Grüttner (CDU) habe die Überprüfung der Zusammenarbeit mit der OJC in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen bestätigt, so der Sender. Wie zudem der Evangelische Pressedienst meldete, will sich auch die evangelische Diakonie verstärkt gegen eine Diskriminierung von Homosexuellen in ihren Einrichtungen einsetzen.

Diakoniepräsident Johannes Stockmeier habe der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt, dass der Verband entsprechende Verstöße auch mit einem Verbandsausschluss ahnden könne. Der Grünenpolitiker Volker Beck hat dies laut epd begrüßt. Therapien, die "eine angebliche Heilung von Homosexualität versprechen, dürften unter dem Dach der Kirche keinen Platz finden". Der epd zitiert Beck

mit den Worten: "Seelsorge sieht anders aus. Die Diakonie darf derartige Praktiken unter ihrem Dach nicht dulden."

Weder OJC noch DIJG bieten Therapie zur Heilung Homosexueller an

Zum Vorwurf, das DIJG biete Therapien zur "Heilung Homosexueller" an, erklärte die Leiterin des DIJG, die Kinder- und Jugendärztin Christl R. Vonholdt unmissverständlich: "**Das DIJG bietet keine Therapien an.**" Vor diesem Hintergrund fragt sich: Wie kommt Sozialminister Grüttner zu der Behauptung, ihm seien Heilungsangebote des DIJG bekannt? Er könnte einem Irrtum aufgesessen sein, der leicht hätte vermieden werden können, wenn die OJC und das DIJG vor der Information an den Landtag beteiligt worden wären. Dies ist allerdings aus unverständlichen Gründen, wie die Sprecherin des DIJG bestätigte, unterblieben. Die Landesregierung und der Diakoniepräsident übersehen deshalb wohl auch, dass das DIJG in Fragen der Homosexualität eine Position vertritt, die nicht das Geringste mit Diskriminierung von Homosexuellen zu tun hat. Denn für die Leiterin des DIJG ist es eine Selbstverständlichkeit, dass homosexuell empfindende Menschen das Recht haben, eine homosexuelle Identität anzunehmen und einen homosexuellen Lebensstil zu wählen, wie sie anlässlich der jetzt bekannt gewordenen Vorwürfe des Sozialministers bekräftigte. Dies hätte Grüttner schon durch einen Blick auf die Internetseite des DIJG auch selbst feststellen können. Das DIJG teilte weiter dazu mit: "*Das DIJG bekennt sich zu einer offenen und toleranten Gesellschaft, in der die Würde jedes Menschen als höchster Wert gilt und die Selbstbestimmung des Einzelnen gewährleistet wird.*"

Paternalistische Verbote mit freiheitlichem Demokratieverständnis unvereinbar

Grüttner hätte, wiederum sorgfältige Prüfung vorausgesetzt, ebenso feststellen können, dass das DIJG in Fragen zur Homosexualität keine diskriminierende, sondern fachlich differenzierte Sicht vertritt. Dazu gehört auch die Auffassung, dass jenen Menschen, die ihre Homosexualität als „ich-dyston“, als nicht stimmig für sie, als nicht zu ihnen gehörend erleben, erläutert Vonholdt, ebenso die Freiheit haben müssen, therapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen, die der Diagnose „Ich-dystone Sexualorientierung“ (ICD-10 F66.1) zugeordnet werden kann. Vonholdt betont, dass dementsprechende Therapien von anerkannten Therapeuten durchgeführt werden müssen, die allgemein anerkannte verhaltenstherapeutische, tiefenpsychologische und andere gebräuchliche Therapieverfahren anwenden. Die Kinder- und Jugendärztin hält nichts davon, Therapien in Fällen von "ich-dystoner Homosexualität" zu verbieten. Vonholdt erklärte dazu: "*Dies wäre eine Bevormundung jedes Ratsuchenden und damit ein massiver Eingriff in die Selbstbestimmungs- und Freiheitsrechte jedes Bürgers. Wir halten solche paternalistischen Verbote für nicht vereinbar mit einem freiheitlichen Demokratieverständnis.*"

Vor dem Hintergrund des Geschehens stellt sich die ernste Frage, welches Demokratieverständnis diejenigen haben, die offenbar daran interessiert sind, das DIJG mit Hilfe des Vorwurfs der Diskriminierung Homosexueller zu diskreditieren. Volker Beck, der in konservativ eingestellten Kreisen als Lobbyist von Lesben- und Schwulenverbänden gilt, hat dies in der Vergangenheit bereits mehrfach versucht, insbesondere, als er beim Marburger Kongress 2009 ein Redeverbot für die Leiterin des DIJG forderte, aber am Widerstand der Veranstalter und einer informierten Öffentlichkeit scheiterte (MEDRUM berichtete). Während von Beck kaum eine Änderung seiner Haltung zum DIJG erwartet werden kann, bleibt indes abzuwarten, wie Hessens Sozialminister und der Diakoniepräsident angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, die ihnen vermutlich nicht verborgen bleiben werden, weiter verfahren wollen.

04.12.12 [Verdacht auf Schwulen-Diskriminierung: Land überprüft evangelischen Verein](#)

1) [Hessisches Sozialministerium](#). Sozialminister Stefan Grüttner (CDU!!), Dostojewskistr. 4 . 65187 Wiesbaden
Fachabteilung Soziales, elke.kiltz@hsm.hessen.de

2) **Diakoniepräsident Johannes Stockmeier** (ehemals Oberkirchenrat in Baden)
Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Johannes Stockmeier, Berlin

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Leiter: Johannes Stockmeier
Caroline-Michaelis-Str.1
10115 Berlin
Tel.: +49 30 652 11-0
Fax: +49 30 652 11-3333
E-Mail: praesidialbereich@diakonie.de (Sekretariat J. Stockmeier)

online-kommunikation@diakonie.de

> ----- Original-Nachricht -----
> Datum: Wed, 05 Dec 2012 10:53:29 +0200
> Von: Almut Rosebrock <almut.rosebrock@gmail.com>
> An: MEDRUM <info@medrum.de>
> CC: BT CDU CSU Fraktion <fraktion@cducsu.de>, BT FDP-Fraktion <pressestelle@fdp-bundestag.de>
> Betreff: Gängelung zu Gender und "Anti-Homophobie" - NPD-Verbotsverfahren wieder angedacht - wo bleibt die FREIHEIT???

>
> Am 05.12.2012 09:54, schrieb MEDRUM:
>
>>
>> 05.12.12
>>
>> Land Hessen wirft DIJG angebliche Angebote zur "Heilung"
>
>> homosexueller Menschen vor
>>
>> Diakoniepräsident: Verstöße gegen
>> Diskriminierungsverbot von Homosexuellen könnten mit
>> Ausschluss der Offensive Junger Christen (OJC) aus
>> der Diakonie geahndet werden
>>
>> (MEDRUM) Mit dem Vorwurf eines angeblichen Angebots zur
>> "Heilung" homosexueller Menschen sollen Verstöße der
>> Offensive Junger Christen und des DIJG gegen das
>> Diskriminierungsverbot von Homosexuellen geahndet werden.
>> Das geht aus Erklärungen von Hessens Sozialminister
>
>> Stefan Grüttner (CDU), des Diakoniepräsidenten
>
>> Johannes Stockmeier und des Bundestagsabgeordneten
>

>> von Bündnis90/ Die Grünen, Volker Beck, hervor.
>> Weiterlesen »

>

>

> Hochinteressant - und beängstigend! Die Gängelung durch den

>

> "Mainstream" schreitet dramatisch weiter fort.

> Man muss den Anfängen wehren - aber es ist schon weit

> fortgeschritten.

> Doch es ist nie zu spät - ich bin für PROTEST !!!

>

> Ich schreibe gerade anlässlich des wieder mal angedachten

> "NPD-Verbotsverfahrens".

> Es passt hierzu, da es grundlegend um FREIHEIT geht!

>

> Verbot ist die Methode von Diktaturen und derartigen Regimes!

> Ein moderner Staat muss Meinungsvielfalt aushalten!

> Und wächst und bewährt sich daran - da VIELFALT eine

> Bereicherung des Lebens darstellt!

>

> Das Auffällige:

> In einer Zeit, in der die regierenden Parteien - für mich als

> (kritische) Bürgerin - erstaunlich "konform" gehen

> in Hinsicht auf Euro- und Europa-Politik, Ausländer-Politik,

> Sozialpolitik, "Gender-Politik, usw.,

> soll ausgerechnet eine Partei, die alternative, kritische

> Meinungen von Menschen vertritt

> (wir haben doch formal "Meinungsfreiheit") VERBOTEN werden!

>

> Die "Mainstream-Parteien-Politik" behauptet (und denkt allen

> Ernstes?), die "Volksmeinung" zu vertreten.

> Kritiker werden "weggedrückt". Geleugnet.

> Kriminalisiert.

> Verboten.

>

> Ist das Demokratie? Ist das modern? Ist das fortschrittlich?

>

> Wenn die Politik wirklich menschlich befriedigend agieren würde

> -

> wenn es den Menschen in unserem Land durchgehend gut ginge -

>

> dann wären auch "kritische Parteien" wie die NPD, wie Pro NRW,

>

> usw. gar nicht notwendig.

>

> Sie sind es aber - da das oben blau Geschriebene (leider)

> überhaupt NICHT zutrifft.

>

> Aller "Schönrederei" in dieser unserer "Scheinrepublik"

> (schöner Schein, Geldschein und "Diplom-Schein") zum Trotz.

>

> Zur Klarstellung: Ich bin evangelische Christin, Mutter,

> verantwortlich mitdenkende Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland.
 > Mir begegnen hierzulande - in unserem "reichen Land" - aktuell, in
 >
 > meinem engsten Umfeld,
 > dermaßen viele Missstände, extreme Not und Ungerechtigkeit
 > -
 > und dazu derart viel Verantwortungslosigkeit bzw.
 > Verantwortungs-Wegschieberei und Leugnen von seiten der Politik,
 > dass es mir immer wieder die Sprache verschlägt.
 >
 > Ich will nicht schweigen - und ich kann nicht schweigen!
 > WIR SIND DAS VOLK!
 >
 > Und so schreibe und rede ich - immer wieder, immer weiter -
 > wie es Bonhoeffer, wie es die Christen und Widerständler in der
 >
 > DDR und in der NS-Zeit und
 > verantwortliche, denkende, kritische Menschen zu allen Zeiten
 > gemacht haben.
 >
 > Wir lassen uns nicht das Wort verbieten!
 >
 > Ich gehöre nicht zur NPD.
 > Ich finde es aber unerträglich, wie verachtend und
 > herablassend heute und hierzulande mit Menschen,
 > die eine "andere Meinung" als der "Mainstream" vertreten (bei
 > Nadja
 > Drygalla war es sogar nur der Freund),
 > umgegangen wird.
 >
 > Das ist KEINE Demokratie.
 > Es grenzt an Medien- und Meinungsdiktatur, Zwangsherrschaft,
 > Dauer-Manipulation, Volk-Verdummung überall.
 >
 > Menschen, die sich klar dagegen stellen, werden vom "Regime"
 >
 > bekämpft.
 >
 > Leute, wo sind wir?????
 >
 >
 > Almut Rosebrock, Aktionsbündnis "Gerne leben mit Kindern",
 > www.glmk.de
 >
 > Im Anhang mein erster Text von heute früh über staatlich
 > verordnete Hetze und Stress -
 > und deren (dramatische!) Folgen für die Gesellschaft.
 >
 >
 >
 >
 > *****

- > Almut Rosebrock
- > Rheinblick 1
- > 53343 Wachtberg
- > Tel. 0228/340926
- > www.glmk.de

<http://www.welt.de/111895764>

09.12.12

Religion

"Wenn Du Muslim wirst, lassen wir Dich leben"

100 Millionen Christen werden weltweit bedroht und diskriminiert, Zehntausende angegriffen und ermordet – sie werden verfolgt wie kaum andere. Ein Zustandsbericht. Von J. Erling, M. Fagotto, B. Kálnoky und C. Putsch

Christen werden weltweit diskriminiert und verfolgt. Die Menschenrechtsorganisation "Open Doors" ist ein Hilfswerk für diese Gläubigen. Sie führt in ihrem Weltverfolgungsindex 2011 eine Liste von 50 Ländern an, in denen Christen mit eingeschränkter Religionsfreiheit bis hin zu massiver Unterdrückung und schweren Übergriffen konfrontiert sind. Die Staaten breiten sich auf der Weltkarte betrachtet wie ein Gürtel über Afrika und Asien aus.

Nordkorea führt den Index an; in dem diktatorisch geführten Land haben christliche Gläubige keinerlei Existenzberechtigung. Werden ihre heimlichen Treffen entdeckt, drohen ihnen Gefängnis, Arbeitslager oder die Hinrichtung.

Im Erfassungszeitraum des Indexes wurden Hunderte Christen aus verschiedenen Gründen verhaftet, manche von ihnen getötet oder in politische Arbeitslager deportiert.

Auf Platz zwei folgt der Iran, wo die christlichen Gemeinden immer wieder von Verhaftungswellen erschüttert werden. Gottesdienste werden von der Geheimpolizei überwacht, Bibeln beschlagnahmt und verbrannt.

Ethnische Christen (Armenier und Syrer) sind zwar offiziell als religiöse Minderheit anerkannt, aber auch sie berichten von Verhaftungen, Vernehmungen und Misshandlungen. Es ist ihnen verboten, Christen muslimischer Herkunft zu unterstützen.

Ähnlich dramatisch ist die Lage im drittplatzierten Land auf dem Weltverfolgungsindex, in Afghanistan: Dort gibt es nur sehr wenige Christen, aber sie schweben in ständiger Gefahr. In den vergangenen Jahren kam es zu Verhaftungen; ein christlicher Entwicklungshelfer wurde von Taliban getötet. Einheimische, die ihre Religion nicht geheim halten, werden mit Gewalt oder gar dem Tode bedroht. Viele üben ihren Glauben daher nur noch im Verborgenen aus.

Auf den Plätzen vier bis zehn des Weltverfolgungsindex folgen Saudi-Arabien, Somalia, Malediven, Jemen, Irak, Usbekistan und Laos. Nach Schätzung von "Open Doors" leiden global insgesamt rund 100 Millionen Christen unter Verfolgung. Vier Beispiele.

Irak

Erbil, Kurdistan, Irak. "Fünf Tage lang hielten sie mich gefangen, ohne Essen, ohne Wasser. Immer wieder schlugen sie mich. Eines Tages hörte ich, wie sie in den Keller hinunterkamen, in dem ich gefangen gehalten wurde. Plötzlich fühlte ich eine kalte Klinge an meinem Nacken, jemand sagte: 'Wenn du Muslim wirst, bringen wir dich nicht um.'"

RostomSefarian, 63 Jahre alt, sitzt in einem Lehnstuhl im Wohnzimmer seines neuen Hauses in Erbil, der Hauptstadt der irakischen Region Kurdistan. Er unterbricht seine Erzählung, kämpft mit den Tränen. Er schluckt ein paar Mal heftig und spricht weiter, mit der Hand umklammert er das Kruzifix, das er auch

während seiner Gefangenschaft immer bei sich hatte. "Einmal nahmen sie es und steckten es in eine Flasche mit Urin, ich musste zusehen. ‚Soll dir doch das Kreuz jetzt helfen‘, sagten sie und lachten."

Das war im Juli 2006. **Sefarian, ein armenischer Christ, der damals in Mosul im Norden des Irak lebte, war von einer Gruppe islamischer Fundamentalisten gekidnappt worden, als er in seiner Schleifwerkstatt arbeitete. Er war eines der Opfer in einer Serie von Entführungen und Ermordungen von irakischen Christen, die bis heute anhält.**

"Die ganze Zeit über hatten sie mir Handschellen angelegt und die Augen verbunden. Ein Sack Kohle war mein Kopfkissen, für meine Notdurft hatte ich eine Flasche", erzählt er. Nach fünf Tagen Qual wurde Sefarian schließlich freigelassen – nachdem sich seine Familie auf ein Lösegeld von 72.000 US-Dollar eingelassen hatte.

Es war schon das zweite Mal, dass Sefarian von einer der vielen bewaffneten Gruppen in Mosul gekidnappt wurde. Die erste Entführung war erst ein Jahr zuvor geschehen, im Januar 2005, sie dauerte einen Tag und wurde durch die Zahlung von 12.000 US-Dollar an seine Geiselnnehmer beendet. Auch ein Cousin seiner Frau, ebenfalls Christ, wurde entführt, aber er sollte nicht mehr freikommen: Nach drei Tagen fand ihn seine Familie ermordet auf.

"In meinem Alter finde ich keine Arbeit mehr"

Sefarian traf schließlich die gleiche Entscheidung wie 35.000 weitere christliche Flüchtlinge aus dem ganzen Irak: Er flüchtete nach Kurdistan, in den autonomen nordöstlichen Teil des Irak, in die einzige stabile Gegend des Landes. Keine leichte Entscheidung. Sefarian musste sein vierstöckiges Haus in Mosul für weniger als ein Siebtel des Wertes verkaufen.

Im August 2006 zog er mit seiner Frau und dem Sohn nach Erbil, wo er jetzt in einer kleinen Mietwohnung in Ankawa lebt, einer christlichen Enklave am Stadtrand. Ohne Pension oder eine andere Unterstützung durch die irakische Regierung ist Sefarian nun auf den Lohn seines Sohnes angewiesen, um zu überleben.

"In meinem Alter finde ich keine Arbeit mehr. Ich spreche kein Kurdisch und habe auch keine anderen Mittel zum Leben. In Mosul lebte ich wie ein König", sagt er mit einem bitteren Lachen, während sein Blick über die Bilder von christlichen Heiligen und die Kruzifixe in seinem Wohnzimmer huscht.

Zufluchtsort für Minderheiten

Dank der ethnischen Homogenität und der politischen Autonomie, die Kurdistan 1991 erlangte, als die Vereinten Nationen (UN) hier eine flugfreie Zone erzwangen, um Kurden vor den militärischen Strafaktionen des Saddam-Regimes zu schützen, blieb die Region von den täglichen Bombardierungen und den religiös motivierten Morden verschont, die den Irak seit der US-Invasion gegen Saddam Hussein zerstört haben.

Kurdistan, das von der lokalen kurdischen Regionalregierung (KRG) verwaltet wird, wurde so zu einem Zufluchtsort für viele Iraker und Minderheiten, vor allem Christen, die vor der Gewalt in Städten wie Mosul und Bagdad flohen. Hier, so rühmen sich die lokalen Behörden, seien alle Religionen geschützt, gemäß dem Geist der neuen irakischen Verfassung. "Wir respektieren die Christen, und die Christen respektieren uns (die Muslims)", erklärt Kamil Haji Ali, Minister für Stiftungen und religiöse Angelegenheiten. "Immer wenn eine neue Gruppe christlicher Flüchtlinge hier ankommt, nehmen wir Kontakt mit den örtlichen Geistlichen als ihren Repräsentanten auf."

Tatsächlich galt Kurdistan, wo etwa 160.000 Christen leben, vor allem in Ankawa und dem nördlichen Gouvernement Duhok, als sicherer Ort für irakische Christen. Seit ein paar Jahren aber verlassen immer mehr Christen Kurdistan und den Irak endgültig, wegen mangelnder wirtschaftlicher Perspektiven, wegen sprachlicher und kultureller Barrieren und auch wegen des fehlenden politischen Schutzes. Es zieht sie hauptsächlich in Richtung Europa und Nordamerika.

Nach dem jüngsten Bericht der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist die Zahl der geflüchteten christlichen Familien in den vier nördlichen Regierungsbezirken des Irak, von denen drei in Kurdistan liegen, von 1350 auf 500 im Jahr 2011 gesunken, während das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR im selben Jahr in der benachbarten Türkei eine Zunahme von irakischen Flüchtlingen registrierte, die Hälfte davon, rund 1700, Christen. Neueste Schätzungen gehen von einer christlichen Bevölkerung im Irak von 300.000 bis 500.000 Menschen aus. 1991 waren es 1,3 Millionen.

Seit 2004 insgesamt 71 Kirchen angegriffen

Die irakischen Christen gehören fünf verschiedenen Konfessionen an, von katholischen Chaldäern über Nestorianer zu Orthodoxen. Die meisten sind ethnische Assyrer, eine Neuaramäisch oder Syrisch sprechende Bevölkerung, die auf die alte gleichnamige Gemeinschaft zurückgeht, die schon vor 4000 v. Chr. Mesopotamien bewohnte. Die Assyrer wurden in den ersten drei nachchristlichen Jahrhunderten missioniert und haben das Christentum seitdem als eine Säule ihrer kulturellen Identität begriffen. Stolz widerstanden sie den regelmäßigen Arabisierungs- und Islamisierungsversuchen, die arabische und ottomanische Führer über die Jahrhunderte hinweg unternahmen, und nannten sich selbst die Ureinwohner des Irak.

Nun sehen sich die Christen der größten Herausforderung ihrer Existenz gegenüber: Als Bevölkerung von ein paar Hunderttausend unter mehr als 30 Millionen Irakern kämpfen sie darum, sich in einem Land Gehör zu verschaffen, das nach ethnischen und religiösen Aspekten organisiert ist und dessen Politik durch die viel größeren religiösen Gemeinschaften der Schiiten, Sunniten und Kurden dominiert wird.

"Wir sind das schwächste Glied im irakischen Mosaik", sagt Keldo Ramzi, christlicher Sekretär der Chaldäisch-Assyrischen Jugend-Union in Erbil. "Wenn jemand den USA eine Botschaft vermitteln will, zielt er auf Christen oder sprengt Kirchen in die Luft." Der schlimmste Angriff ereignete sich im Oktober 2010, als eine Serie von Selbstmordattentaten die Kirche "Our Lady of Salvation" in Bagdad traf und 58 Menschen in den Tod gerissen wurden. Laut dem neuesten Bericht der Assyrischen Internationalen Nachrichtenagentur wurden im Irak seit 2004 insgesamt 71 Kirchen angegriffen oder Ziel eines Bombenanschlags.

Nur die Schattenseiten des Baubooms

Die Lage in Kurdistan ist nur bis zu einem gewissen Grad besser: Ende 2011 wurde von einer Anschlagsserie auf den Besitz von Christen durch Islamisten und Rebellen berichtet. Und selbst wenn Christen ihren Glauben hier in relativer Sicherheit leben können, klagen viele darüber, dass ihre wirtschaftlichen und bürgerlichen Rechte nicht respektiert würden. Eine Anstellung bei der Regierung zu finden ist schwierig für Mitglieder einer Gemeinschaft, deren Muttersprache nicht Kurdisch ist. Während Kurdistan seit 2003 aufgrund der Ölförderung einen beeindruckenden wirtschaftlichen Boom verzeichnen kann, sagen viele Christen, dass sie nur die Schattenseiten davon erlebt haben. Abgeschnitten von dem Bauboom, der in Erbil stattfindet, bleibt Ankawa ein verschlafener Vorort, in dem christliche Kirchtürme aus einer Landschaft von kleinen Läden und Einfamilienhäusern herausragen.

Dennoch wurden in Ankawa heimlich Häuser an Muslime verkauft, sodass die religiöse Zusammensetzung der Stadt sich verändert und dem "Gentlemen's agreement" zuwiderläuft, das laut einigen christlichen Politikern mit dem KRG vereinbar wurde, um die christliche Identität der Gegend zu erhalten. "Sie bauen wenige, sehr teure Wohnungen, die sich niemand leisten kann", beklagt sich NauradYousif, ein 41-jähriger Christ aus Ankawa, der auf dem Postamt arbeitet. "Die Christen hier sind eine arme Gemeinschaft, diese Wohnungen sind nicht für uns. Wenn sie die Identität von Ankawa ändern wollen, wird das eine Katastrophe", sagt er.

Prostitution und Alkohol

Es gibt einen vermeintlichen Vorteil, der sich aus dem christlichen Charakter der Gegend ergibt und der seit einiger Zeit eifrig genutzt wird: Es eröffnen Nachtclubs und Restaurants mit Alkohollizenz. Sie ziehen Menschen aus der ganzen Stadt an und bringen Probleme wie nächtliche Schlägereien und, noch erheblicher, Prostitution mit sich. "Viele Prostituierte sind junge Frauen aus anderen Teilen des Irak, die keine Arbeit und auch sonst keine Perspektive haben. Wir verstehen ja ihre Probleme, aber wir sind nicht glücklich über diese Situation", klagt der Geistliche Tariq Elissa, Gemeindepfarrer der hiesigen chaldäisch-katholischen St.-Georg-Kirche.

Ihm zufolge wurde in den letzten Jahren auch hektarweise Land der Christen von der Regierung in Besitz genommen, die darauf Bürotürme und Wohnkomplexe rund um Erbil errichtet. "Das Grundstück, auf dem der Flughafen gebaut wurde, gehörte früher Christen, aber die Besitzer hatten keine offiziellen Dokumente, um das zu beweisen, denn früher hat sich keiner um solche Dinge gekümmert", sagt er. "Im restlichen Irak bringen sie uns mit Gewehren um, hier machen sie das mit Geld."

Tiefe Gräben innerhalb der Gemeinschaft

Die Christen selbst tun sich schwer damit, sich selbst zu helfen, Einigkeit zu zeigen, um Aufgaben anzugehen. Die Geschichte der religiösen Spaltungen, die dazu führten, dass diese kleine christliche Gemeinschaft aus fünf verschiedenen Konfessionen besteht, spiegelt sich heute in der Politik wider, wo 17

christliche politische Parteien um drei beziehungsweise fünf Sitze konkurrieren, die im Parlament des Irak beziehungsweise von Kurdistan für Christen reserviert sind.

Auch wenn einige Parteien versuchen, eine gemeinsame Plattform zu bilden, gibt jeder die tiefen Gräben innerhalb der Gemeinschaft zu. Die politischen und religiösen Verantwortlichen werfen sich gegenseitig vor, die Interessen der Christen nicht angemessen zu vertreten. "Wir kommen alle aus einer Mutterkirche. Unsere Traditionen, Sprachen und Kulturen sind die gleichen, und trotzdem bereiten uns die internen Spaltungen Probleme", sagt Casper Syawish, ein 73-jähriger Mann, der ursprünglich aus dem Dorf Harir stammt. Er verließ es 1963, nachdem irakische Truppen bei der Niederschlagung eines kurdischen Aufstands mehrere christliche Dörfer zerstört hatten. "Wir dürfen uns nicht zersplittern. Wir können nicht vor anderen stehen, wenn wir uns noch mehr aufspalten", fügt der Mann hinzu, ein ehemaliger Angestellter der irakischen Telefongesellschaft.

Als ethnische Gruppe anerkannt

Der Fall Saddams hat aber natürlich nicht nur Probleme gebracht. Obwohl er von der christlichen Gemeinschaft wegen der Zunahme von Gewalt, die auf ihn folgte, mit gemischten Gefühlen begrüßt wurde, führte das neue politische Klima auch zu mehr Freiheit: Während die Assyrier unter dem vorherigen Regime zu den Arabern gerechnet wurden, erkennt die neue irakische Verfassung sie nun als eigene ethnische Gruppe an und erlaubt ihnen erstmals in der irakischen Geschichte, in Kirchen und Schulen Aramäisch statt Arabisch zu benutzen.

Eine bahnbrechende Entscheidung für ihre kulturelle Identität, die den Weg frei machte für die Errichtung von Lehranstalten wie der Sekundarschule in Ur, dem einzigen Institut in Erbil, in dem Aramäisch gesprochen wird. Die Schule, ein graues und düsteres einstöckiges Gebäude im Zentrum von Ankawa, hat zurzeit allerdings nur 45 Schüler. "Die Menschen sind nicht besonders motiviert, ihre Kinder hierher zu schicken, die allermeisten melden sie in kurdischsprachigen Schulen an", erzählt der Rektor Akram Jaji bekümmert. "Ich befürchte, dass das langfristig unsere Identität beeinflussen wird."

Darüber hinaus fürchten viele Christen auch andere Probleme, die sich ihnen stellen werden, wenn im Irak endlich Frieden herrschen wird. Die Folgen des arabischen Frühlings, nach dem islamistische Parteien die Wahlen in Tunesien und Ägypten gewonnen haben, sind hier nicht unbemerkt geblieben. Was könnte ein demokratischer Irak für die Christen bedeuten? "Wenn der politische Islam die Regierung hier kontrollieren wird, dann weiß ich nicht, was mit uns in 50 Jahren passiert", sagt Farouk Anna Atto, Direktor des SyriacHeritage Museums in Ankawa, dessen Ausstellung der Geschichte der Assyrier gewidmet ist.

Diskussion um christliche Enklave

Angesichts der ständigen Abwanderung von Menschen, die, wie einige befürchten, schließlich zu einem Aussterben der Christen im Irak führen könnte, schlagen assyrische Parteien bereits die Schaffung einer autonomen Region im Land vor, in der Christen als Mehrheit und selbstverwaltet leben könnten. Da genau dieser Status schon Kurdistan verliehen worden ist, betreiben die Befürworter dieses Vorschlags Lobbying bei der Zentralregierung, um die Kontrolle über die Ninive-Ebene zu erhalten, ein Gebiet von 4000 Quadratkilometern östlich von Mosul, das schon jetzt mehrheitlich von Christen bewohnt wird. Das Projekt, das offiziell eine selbstverwaltete christliche Enklave in einer Gegend mit reichem Ölvorkommen schaffen würde, um deren Kontrolle sich die Region Kurdistan und die irakische Zentralregierung immer noch streiten, wird von vielen Christen abgelehnt. "Die katholische Kirche war schon immer gegen dieses Projekt", sagt Afnan de Jesus, eine 43 Jahr alte arabisch-chaldäische Nonne, die aus Mosul stammt und zum Christentum konvertiert ist. "Es wäre sehr gefährlich, nur unter uns zu leben, isoliert von den andern", erklärt sie und gibt zu, dass eine Alternative dazu aber erst noch gefunden werden muss.

"Ich gehe davon aus, dass es einen Plan gibt, den Irak von allen Christen zu säubern. Wir wissen nicht, woher er kommt, aber es gibt ihn", fährt sie bedrückt fort und schaut auf die drei anderen Nonnen, die im Hauptraum ihres Konvents in Ankawa sitzen. Die "Little Sisters of Jesus", die "Kleinen Schwestern Jesu", wie der Orden heißt, mussten Dora in der Nähe von Bagdad 2006 verlassen, nachdem Gewalt und Morde ein unerträgliches Maß erreicht hatten. Vor 2003 gab es in Dora mehr als 2000 christliche Familien, jetzt sind es nur noch 150.

"Wir müssen in die Sonne gehen"

Während sich die Mehrheit der ortsansässigen Christen offensichtlich damit abgefunden hat, zwischen einem Leben im Exil und einer unbehaglichen Existenz hier als Bürger zweiter Klasse wählen zu müssen, versucht ein junger und aktiver Teil der christlichen Bevölkerung, gegen diese passive Mentalität anzukämpfen. Angekommen in der globalisierten Welt und des Englischen mächtig, sind viele junge Christen inzwischen bei ausländischen Firmen in Kurdistan angestellt. Sie sind sich ihrer Rechte bewusst und entschlossen, auf jeden Fall im Irak zu bleiben. Dafür sind sie bereit, die Verbindung von Religion und Politik zu durchbrechen, die ihrer Meinung nach so viele Probleme geschaffen hat.

"Wenn wir unsere Rechte im Namen des Christentums einfordern, werden wir sehr schwach sein, weil Kirchen sich nicht in Regierungen einmischen können", erklärt Savina Rafael Daoud, eine 22-jährige assyrische Frau aus Ankawa, am Rande des assyrischen Neujahrsfest, das jedes Jahr am 1. April von Tausenden Leuten in Dohuk im Nordirak gefeiert wird. Wie viele andere junge Leute um sie herum trägt sie eine Militäruniform im Gedenken an die assyrische Miliz, die in den 80ern und 90ern gegen das Saddam-Regime kämpfte. "Wir sind stolz auf unsere Kämpfer", erklärt sie und fügt hinzu: "Wir werden nicht durch die Bibel Erfolg haben, sondern nur, wenn wir unsere Rechte als Nation einfordern."

Einige junge Leute machen sich die guten Beziehungen zwischen Kurden und Christen zunutze und öffnen sich, engagieren sich in der Gesellschaft, etwas, was die christliche Gemeinschaft bisher unterlassen hat.

"Wenn wir unter uns sind, ist das gut, aber deshalb müssen wir uns nicht von den anderen separieren", erklärt der 23-jährige David Saka, Betriebswirtschaftsstudent an der Universität von Kurdistan. "Ich habe viele kurdische Freunde, ich bin Iraker, hier will ich leben."

Eine Vision, die von einem Flügel der assyrisch-christlichen Gesellschaft geteilt wird, der die Entscheidung, weiterhin im Irak zu leben, als ersten Schritt sieht, seine Rechte wiederzugewinnen. "Die Christen sind hier nicht sehr mutig. Ja, es gibt Probleme, aber das bedeutet nicht, dass wir das Land verlassen sollten", sagt Salim Kako, ein assyrischer Politiker. "Wir können nicht unser Leben lang den Schatten suchen. Wir müssen in die Sonne gehen und für unsere Rechte kämpfen."

Matteo Fagotto

Übersetzung: Ulrike Engelhardt

China

Als Bischof Ding Guangxun, Chinas einziger protestantischer Führer mit dem Titel Bischof, vor einigen Wochen starb, schickten drei KP-Parteichefs Kränze: der neue Generalsekretär Xi Jinping, sein Vorgänger Hu Jintao und der noch lebende KP-Patriarch Jiang Zemin. Ding, den man im Ausland auch K. H. Ting nannte, wurde 97 Jahre alt, jahrzehntelang leitete er die staatlich sanktionierte protestantische Kirche, zuletzt als Ehrenvorsitzender. Das Parteiorgan "RenminRibao" (Volkszeitung) druckte die Nachricht von seinem Tod am 22. November auf seiner Titelseite. Bei der Trauerfeier verbeugten sich ranghöchste Kommunisten vor dem anglikanischen Bischof.

Sie hatten dafür vor allem drei Gründe, die sie auch nannten: Die KP ehre ihn als "hervorragenden Patrioten und engen Freund der Kommunisten". Er hätte die zersplitterte protestantische Kirche nach der Machtübernahme der Kommunisten unter einem Dach vereint, mit dann nur noch zwei Gruppierungen: dem nationalen Christenrat und der sogenannten Drei-Selbst-Bewegung der Evangelen. Vor allem aber half Ding, Religion und Sozialismus kompatibel zu machen. Die KP lobte sein Credo: "Ein Christ in China ist ein noch besserer Bürger (als die anderen)."

Im Leben und im Tod des wegen seiner Anpassung an die politische Macht so umstrittenen wie auch verehrten Bischofs spiegelt sich das Dilemma der evangelischen Kirche wider. Der Leichnam Dings wurde bei seiner Aufbahrung in Nanjing für die offizielle Totenfeier unter Teilnahme höchster Parteiführer mit Chinas Nationalfahne bedeckt. Auf dem Banner stand "Trauer um Bischof Ding"; auf dem Foto dazu trug er einen Anzug. Bei der zweiten Totenfeier für die Gläubigen bedeckte ihn ein weißes Leinentuch mit Kreuz. Das Foto zeigte ihn in Bischofskleidung. Die Aufschrift lautete: "Bischof Ding. Ruhe in Frieden in den Armen des Herrn."

Die größte Bibeldruckerei der Welt

Ding Guangxun war nach Ansicht vieler chinesischer Gläubigen zeitlebens Diener zwei Herren. Im Internet brachte es ein Blogger so auf den Punkt; "Wer wartet auf ihn im Himmel? Jesus oder Marx?" Er gehörte zu den 138 chinesischen Christenführern, die der Partei 1954 ihre Unterstützung zusagten. Sie passten das Prinzip von der alleinigen "Erlösung durch den Glauben" den politischen Verhältnissen an – das werfen

ihnen heute Geistliche der unabhängigen evangelischen Hauskirchenbewegung vor, die neben der offiziellen Kirche explosiv gewachsen ist.

Bekannt wurde vor allem Pekings einflussreiche "Shouwang"-Kirche, deren Mitglieder immer wieder von den Behörden verfolgt und auch verhaftet werden. Selbst deren Geistliche würdigen aber auch Dings Verdienste um den Wiederaufbau der Kirche nach 1978 – nach Ende eines Vierteljahrhunderts von Maos Terror gegen alle Gläubigen.

Ding verschaffte mit seinem Religionskurs der registrierten Kirche immerhin den Freiraum zur Missionierung mit millionenfachen Taufen. Und mit der Gründung der Amity-Stiftung durch die offizielle Kirche erhielten die Protestanten das Recht auf den Druck von Bibeln; 1988 wurde ihre heute größte Bibeldruckerei der Welt gegründet. Im Juli produzierte sie ihre "hundertmillionste Bibel". 60 Millionen der Heiligen Schrift blieben im Land. 40 Millionen wurden in alle Welt exportiert.

Christliche Religionen erleben Aufschwung

Bis zu 40 Millionen aktive Gläubige bekennen sich heute zum Protestantismus, darunter sind mindestens ein Drittel Hauskirchen-Christen. Schlechter ist es um die katholische Kirche bestellt, die bis heute am Schisma zwischen staatstreuer Kirche mit ihren knapp sechs Millionen Gläubigen und einer romtreuen Kirche im "Untergrund" mit ebenso vielen papsttreuen Katholiken leidet. Die Volksrepublik bleibt eines der letzten sozialistischen Länder der Welt, die sich der Aussöhnung mit dem Papst (ebenso wie mit dem Dalai Lama) verweigern und die staatstreue Kirche zwingen, ihre Bischöfe selbst zu ernennen. Offiziellen 69 Bischöfen stehen heute 38 Bischöfe im Untergrund gegenüber, die immer wieder schlimmster Verfolgung ausgesetzt sind.

In der allgemeinen Vertrauenskrise um die Kommunistische Partei erleben indes alle chinesischen Religionen einen Aufschwung. Protestanten und Katholiken verbreiten sich schneller als der Islam, machen allerdings kaum fünf Prozent der chinesischen Bevölkerung aus. Ein Drittel aller Chinesen bekennt sich dagegen heute wieder zum Buddhismus, Daoismus und den Volksreligionen.

Johnny Erling

Türkei

Seit etwas mehr als zehn Jahren regiert in der Türkei eine islamisch gesinnte Regierung. Was das für die Christen des Landes bedeutete, darüber waren die Ansichten von Anfang an gespalten – würde sich ihre Lage verbessern, weil eine religiös geprägte Regierung auch anderen Religionen entgegenkommen würde? Oder verschlechtern, so wie christliche Gemeinschaften in vielen islamischen Ländern unter starkem Druck stehen?

"Grundsätzlich ist es schon so, dass diese Regierung Religion positiv sieht, und das macht sich auch in dem einen oder anderen Entgegenkommen gegenüber christlichen Gemeinschaften bemerkbar", sagt Franz Kangler, Priester der (österreichischen) katholischen St. Georgs-Kirche in Istanbul. Aber es gebe nach wie vor beunruhigende Tendenzen – etwa die Gerichtsentscheidungen gegen das aramäische Kloster Gabriel Mor. Im Juni hatte das Oberste Gericht der Türkei frühere Gerichtsentscheidungen bestätigt, wonach Land um und in dem Kloster dem türkischen Staat gehöre. Land, welches immer als Besitz des Klosters gegolten hatte, und wofür auch immer Steuern gezahlt worden waren.

Neben solchen Entwicklungen gibt es andere, positivere. Eine Reihe historischer Kirchen sind auf Kosten der Regierung renoviert worden, Gottesdienste in der Paulskirche in Tarsus sind nunmehr ohne großen bürokratischen Aufwand möglich, obwohl die Kirche – wie auch die Istanbuler Hagia Sophia – vom Staat zum Museum erklärt wurde.

Kirchen besitzen keinen Rechtsstatus

Eine zusätzliche Gefahr für Christen erwuchs in den letzten Jahren offenbar durch den Machtkampf zwischen der islamisch geprägten AKP-Regierung und militant "kemalistischen" (säkularen) Kreisen mit Verbindungen zu türkischen Sicherheitskräften. Es kam zu mehreren spektakulären Morden an Christen. In zwei Fällen – die Abschachtung von drei evangelikalen Missionaren im Jahr 2007 und der Mord am katholischen Priester Andrea Santoro im Jahr 2006 – soll es Verbindungen der Täter zu einer Gruppe von Verschwörern gegeben haben, die angeblich planten, die Regierung zu stürzen. Im Jahr 2010 wurde der apostolische Vikar für Anatolien, Bischof Luigi Padovese, vom eigenen Fahrer ermordet und geköpft. Der Täter soll psychisch labil gewesen sein.

Neben der Gefährdung durch Gewalttäter bleiben auch die anderen zentralen Probleme der christlichen Gemeinden bestehen. Diese fordern vergeblich, Gebäude wie die Paulskirche wieder zu geweihten Kirchen zu machen, statt sie als "Museen" zu führen. Die Kirchen – als Organisation – besitzen überdies keinen Rechtsstatus und können daher auch nicht selbst Immobilienbesitz erwerben oder über solchen verfügen. Stattdessen werden Immobilien über eine Vielfalt von rechtlichen Konstruktionen verwaltet, über die Gründung von Stiftungen, Vereinen oder als Privatbesitz.

Im vergangenen Jahr bestätigte der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc, dass man der katholischen Kirche keinen Rechtsstatus geben könne. Auch für das griechisch-orthodoxe Patriarchat werde eine "Lösung" gesucht, die seine Existenz zwar anerkennt, ohne ihm jedoch eine Rechtspersönlichkeit zu verleihen.

Entsprechend schwierig gestaltet sich die Abwehr von Enteignungsversuchen durch den Staat. Allein die griechisch-orthodoxe Gemeinde hat im Laufe der Jahre tausende Gebäude an den Staat verloren und von vielen Hundert Prozessen noch nie einen gewonnen. Laut türkischem Recht fallen Stiftungen und Kirchen, die nicht genutzt werden, an den Staat. Die armenische Gemeinde in Istanbul zelebriert daher jeden Sonntag in einer anderen Kirche den Gottesdienst – es gibt nicht mehr genug Gläubige, um alle Kirchen zu füllen, deswegen nutzt man sie reihum, damit sie rechtlich gesehen nicht "verwaisen".

0,1 bis 0,2 Prozent der Bevölkerung

Insgesamt bleibt die Lage für die Christen ein frustrierendes Gemisch aus kleinen Fortschritten und großer Diskriminierung. So wurde dem griechisch-orthodoxen Patriarchat nach langem Ringen die türkische Staatsbürgerschaft für ausländische Nachwuchs-Priester gewährt; aber im eigenen historischen Priesterseminar auf der Insel Helybeliada darf noch immer nicht gelehrt werden.

Rund 100.000 Christen leben in der Türkei, so schätzt man. Winzige 0,1 bis 0,2 Prozent der Bevölkerung. Noch zur Jahrhundertwende des vorigen Jahrhunderts stellten Christen ein Viertel der Bevölkerung des damaligen osmanischen Reiches. Dann kamen die Balkankriege, die mit einer massiven Fluchtwelle der Muslime aus dem Balkan in die Türkei einhergingen, der Genozid an den Armeniern ab 1915, der Bevölkerungsaustausch mit Griechenland in den 20er-Jahren, und zuletzt, nach dem Istanbul Pogrom gegen Griechen, die verbliebenen Armenier und Juden 1955.

Heute gibt es nur noch wenige Tausend Griechen. Schätzungen zufolge sind etwa 60.000 Armenier im Land, die meisten aus Armenien selbst und viele davon ohne gültige Aufenthaltspapiere. Der Wirtschaftsboom in der Türkei hat in den letzten Jahren zu einem Anstieg eingewanderter Christen aus Entwicklungsländern geführt: Das apostolische Vikariat in Istanbul geht von rund 15.000 Katholiken in der Stadt aus, die meisten davon Ausländer, etwa aus den Philippinen. Eine rasch wachsende Gruppe sind evangelikale Christen, zumeist Türken, die von freikirchlichen protestantischen Missionaren (oft aus den USA) konvertiert wurden. Ihre Anzahl dürfte mittlerweile 5000 übertreffen.

Die meisten Christen leben in Istanbul. Daneben gibt es Siedlungsgebiete im äußersten Südosten nahe der syrischen Grenze, dort leben einige geschlossene Gemeinschaften von Aramäern.

Boris Kálnoky

Nigeria

Der Terror schlägt nicht jeden Tag zu, aber er ist jeden Tag da. Vor dem Gottesdienst, unsichtbar, manifestiert in den immer gleichen Abwehrritualen. Soldaten am Eingang, Personenkontrollen beim Einlass, wie am Flughafen – nur die Warteschlangen sind länger. Einige Gläubige bringen Klappstühle mit. Halteverbot im Umkreis von einigen Hundert Metern um die Kirchen. Das längst nicht mehr Unvorstellbare als ständiger Begleiter des Alltags.

James Wuye, 50, wird sich nie daran gewöhnen. An Gottesdienste in Kaduna ohne derartige Sicherheitsvorkehrungen kann sich der Pfarrer nicht mehr erinnern, "aber sie als Normalität anzusehen, würde doch heißen, die Dinge so zu akzeptieren, wie sie sind", sagt er. Und damit die Gewalt, den Hass, die Instrumentalisierung der Religion – sowohl die des Islams, aber auch die seine, das Christentum. Es hieße aufzugeben. Die Überzeugung, dass viele Einzelne mit dem Glauben an Frieden stärker sein werden als Wenige mit dem Glauben an Krieg.

Vor ein paar Tagen ist Wuye aus Kenia zurückgekommen. Im Flieger saß er neben dem um zwei Köpfe größeren Mohammed Ashafa, wie so oft in den vergangenen Jahren. Sie hatten Politiker und Gemeindeführer getroffen, über ihren eigenen Weg gesprochen. Wie sie von Todfeinden zu Verbündeten

wurden, das Friedenszentrum Interfaith Mediation Centre aufbauten, Tausende Freiwillige ausbildeten und ein Frühwarnsystem für religiös beeinflusste Gewalt entwickelten. Eine gelungene Reise, dachten sie während des Flugs, ein Beitrag, um Gewalt zwischen rivalisierenden ethnischen Gruppen bei den anstehenden Wahlen in Kenia zu verhindern. Ein Moment des Durchatmens. Doch als sie aus dem Flieger stiegen und das Handy einschalteten, blinkte die SMS auf: "Kaduna: Bombe in Kirche explodiert. Elf Tote." Manchmal fühlt sich Wuye, ein kleiner, rundlicher Mann mit unermüdlichem Lächeln, an Sisyphos erinnert, erzählt er am Telefon. Der tragische Held der griechischen Mythologie wurde, so beschrieben es Autoren der Antike, dazu verurteilt, bis in alle Ewigkeit einen Marmorblock einen Berg hinaufzubringen, der dann immer wieder herunterrollt.

Dies war so ein Sisyphos-Moment. Nicht der erste, wahrlich nicht, und auch nicht der letzte. Noch am Flughafen rief Wuye seine Mitarbeiter an, nahm Kontakt zu Behörden und Politikern auf. Das Zentrum verschickte Tausende SMS und Emails an Christen und Muslime in der Gegend – ein Aufruf zur Besonnenheit. Nicht der erste. Nicht der letzte.

Manchmal wirkt das Ziel weit weg

Die beiden saßen an einem späten Nachmittag im Schatten eines Baumes. Ein schöner Tag. Kaduna hatte damals seit Monaten keine größeren Anschläge mehr verkraften müssen. Das Vertrauen zwischen den beiden Männern war förmlich greifbar, die Gewissheit, dass ihr gemeinsames Ziel größer war als sie selbst, und erreichbar: Frieden.

Davon ist Nigeria im Jahr 2012 weit entfernt. "Es ist kein Ziel, das man irgendwann erreicht und abgeschlossen hat", sagt Wuye heute, "es bedarf ständiger Arbeit, und manchmal wirkt es weit weg." Nach Angaben der amerikanischen Denkfabrik Institute of Peace hat die Terrororganisation Boko Haram "seit August 2011 fast wöchentlich Bomben an öffentlichen Plätzen oder in Kirchen im Nordosten Nigerias gezündet". Keine Gewalt hat Dauer, behauptete Leonardo da Vinci vor Jahrhunderten. Nigeria widerlegt ihn. Boko Haram bedeutet in der Hausa-Sprache soviel wie "nicht-islamische Erziehung verboten". Geleitet wird die Organisation von rund 20 Geistlichen. Nach Angaben amerikanischer und nigerianischer Geheimdienste soll es Hinweise auf grenzübergreifende Dschihad-Bewegungen geben, der auch al-Qaida im Islamischen Maghreb in Mali und Niger sowie die Al-Shabab-Miliz in Somalia angehören sollen.

Die Islamisten kämpfen für die Einführung einer besonders strengen Form der islamischen Gesetzgebung Scharia; schon jetzt gelten gemäßigte Formen in einigen nördlichen Provinzen. Erste Strategie ist dabei die Destabilisierung des Staates. Alleine in diesem Jahr sind nach Angaben der Nachrichtenagentur AP mindestens 740 Menschen von Boko Haram getötet worden. Paradoxerweise waren darunter mehr Muslime als Christen. Selbst gemäßigte Muslime sowie Beamte gelten als Feinde, bei Sprengstoffanschlägen werden nicht nur Ziele gewählt, an denen sich ausschließlich Christen bewegen.

Zehntausende Morde

Doch schon in den Jahren zuvor, lange vor der Entstehung von Boko Haram, gab es immer wieder religiös motivierte Gewalt, von Muslimen, aber auch von Christen. Im Laufe der Jahrzehnte wurden Zehntausende ermordet. Das Problem ist komplexer als Boko Haram – der Hass gegen Anhänger anderer Religionen greift tiefer. Er lässt sich nicht allein mit militärischer Gewalt bekämpfen, auf die sich die Strategie der nigerianischen Regierung derzeit beschränkt.

In Nigeria leben die meisten Muslime und Christen friedlich nebeneinander, das ist wichtig zu betonen. Aber es gibt genug Fanatische, um diesen Frieden auch außerhalb der derzeit betroffenen nördlichen Provinzen zu gefährden. Im Juni appellierte Papst Benedikt XVI. an die Mörder, die Attacken "sofort zu beenden". Nigeria müsse eine Gesellschaft formen, in der das Recht auf den eigenen Glauben "vollständig geschützt" sei.

Die erste Hälfte ihres Lebens haben Wuye und Ashafa gegen dieses Recht gekämpft. Ashafa predigte die Ermordung von Anhängern christlicher Jugendgruppen. Als konservativer Imam in der 13. Generation hasste er Christen wie Wuye, der ebenfalls aus einer Familie mit tief verwurzelt Glauben stammte. Der schnell in einer einflussreichen evangelikalen Kirche Karriere machte. Der früh eine Gemeinde übernahm. Die beiden kennen sich seit den 80er-Jahren, hetzten in Zeitungsartikeln und eigenen Fernseh-Sendungen gegeneinander. "Wenn es damals zum Kampf gekommen wäre, hätten wir den Tod des anderen in Kauf genommen", hatte Ashafa während des Interviews vor zwei Jahren gesagt.

Beide waren dem Grundsatz "Auge um Auge" so lange gefolgt, bis sie blind waren. Mehrere Cousins von Ashafa wurden bei Kämpfen mit Christen getötet. Auch Wuye verlor Verwandte – und seinen rechten Unterarm. Anfang der 90er-Jahre stellte er sich jungen Muslimen entgegen, die seine Kirche in Kaduna niederbrennen wollten. Vergeblich. Wuye verlor nicht nur die Kirche, sondern auch beinahe das Leben. Ein Angreifer hatte mit einer Machete zugeschlagen. Der Geistliche verlor viel Blut, überlebte knapp.

Irgendwann war der Respekt da

1995 traf er Ashafa in einem Hotel in Kaduna. Das UN-Kinderhilfswerk Unicef und internationale Diplomaten hatten das Treffen mit der Hilfe von Gemeindeführern vermittelt, nachdem der Konflikt die Verbreitung von lebenswichtigen Impfstoffen an Kinder unmöglich gemacht hatte. Beide hatten lange gezögert, doch schließlich stimmten sie zu, das Wohl der Kinder verband. Wuye reichte seine linke Hand zum Gruß. Was für eine Symbolik, dachte er, ihm fehlte die rechte Hand, die üblicherweise zur Versöhnung gereicht wird. An ihrer Stelle trug der Geistliche eine Prothese.

Es war ein Treffen des gegenseitigen Misstrauens. Auch der Angst. Doch es folgte ein weiteres. Und noch eins. Die Gespräche wurden länger, gingen tiefer und irgendwann war da etwas, was beide für unmöglich gehalten hatten – gegenseitiger Respekt. Seit 1996 arbeiten sie nun zusammen, es ist das Geburtsjahr der interreligiösen Begegnungsstätte Interfaith Mediation Centre.

Sie beschreiben die Philosophie des Hauses und seiner 14 fest angestellten Mitarbeiter (sieben Christen, sieben Muslime) als "afrikanische Lösung". Alle Maßnahmen dienen der Vermeidung von Gewalt. Als im September 2005 die dänische Zeitung Tageszeitung Jyllands-Posten Mohammed-Karikaturen veröffentlichte, drohte im Norden Nigerias ein Flächenbrand. Ashafa und Wuye halfen dabei, die Aggressionen zu reduzieren, indem sie unter anderem innerhalb von Stunden christliche Kirchenführer überredeten, im Fernsehen und Radio die Verunglimpfung des Propheten zu verurteilen.

Um der Theologie des Hasses entgegenzuwirken, die oft in den Schulen und zu Hause gelehrt wird, gründeten sie Friedensclubs an Schulen und Universitäten, an denen Konfliktschlichter ausgebildet werden. Das Zentrum entwickelte ein Unterrichtskonzept, das Schulen dabei helfen soll, den Religionsunterricht von radikalen Ideen frei zu halten. Es wird an über 30 Lehranstalten umgesetzt. "Umprogrammierung" nennt das Wuye.

Bei einwöchigen Camps diskutieren Jugendliche rivalisierender Gemeinden und Religionen und lernen gemeinsam Fähigkeiten wie das Bedienen von Computern und Buchhaltung. Ein Beitrag gegen Vorurteile, aber auch gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit im Norden Nigerias, dem idealen Nährboden aller Extremisten. Psychologen helfen nach Anschlägen verletzten Opfern, ihr Trauma zu überwinden.

Inzwischen gibt es Büros in drei Provinzen sowie ein Netzwerk Tausender Freiwilliger, Wuye und Ashafa haben ihr Konzept in über einem Dutzend Ländern mit religiöser Gewalt vorgestellt. Sie unterstützten Organisationen in Ruanda, Burundi und Sudan, aber auch in Nordirland und den USA.

"Am Ende landen wir immer wieder bei der Armut"

An wenigen Orten aber ist die Situation so komplex wie in Nigeria. Die Bevölkerung teilt sich zu beinahe gleichen Teilen in Christen und Muslime auf. Neun von zehn Nigerianern beten jeden Tag, Religion bedeutet hier auch Geld und Einfluss. "In Nigeria ist es üblich, alles mit Religion in Verbindung zu bringen", sagt Wuye. Dabei gehe es bei diesem Konflikt längst nicht nur um religiösen Fanatismus. "Es geht um Armut, rivalisierende Politiker und Rivalität um Land." Die Massaker im nahe gelegenen Jos kamen zustande, weil muslimische Nomaden aus dem Norden von Dürren und mangelnder Weidefläche in den Süden gedrängt worden waren. Dort rivalisieren sie zunehmend mit meist christlichen Farmern um das Land.

Gleichzeitig konzentriert sich die nigerianische Wirtschaft zunehmend auf die Rohstoffindustrie. Das Land ist der achtgrößte Erdölproduzent der Welt, Branchen wie die Landwirtschaft aber werden so an den Rand gedrängt. Daher gewinnen Jobs in den lokalen Regierungen und Verwaltungen immer mehr an Bedeutung. Sie vergeben "Eingeborenen-Zertifikate", die für die Vergabe lukrativer Regierungsaufträge elementar ist. Über die Besetzung der jeweiligen Posten in den Behörden gibt es immer wieder Streit zwischen ethnischen Gruppen. Oft ist das entscheidender als die unterschiedliche Religion. "Am Ende", sagt Wuye am Telefon, "landen wir immer wieder bei der Armut."

Armut führt nicht zwingend zu fehlgeleitetem Glauben, so wie Wohlstand nicht zwingend zur religiösen Vernunft führt. Doch sie macht anfälliger für Beeinflussungen und damit die Arbeit von Wuye und Ashafa

schwierig. Oft wissen sie ja selbst nicht, wie sie die Rechnungen für die Arbeit des Zentrums bezahlen sollen, die internationalen Spenden sind wertvoll, aber knapp. "Wenn wir die Ressourcen hätten, unsere 10.000 Freiwilligen für Arbeit in Gegenden einzusetzen, würden wir unser Netzwerk innerhalb von Monaten vervielfachen", glaubt Wuye. "Wir könnten einen noch größeren Beitrag leisten."

Dann muss er das Gespräch beenden. Die Arbeitstage werden derzeit lang, das sind sie immer, aber vor Weihnachten besonders. Gerade zu dieser Jahreszeit gab es während der vergangenen Jahre viele Anschläge. Trotzdem: "Die Leute freuen sich auf dieses Fest", sagt Wuye, "sie werden in die Kirchen kommen."

Christian Putsch

<http://www.medrum.de/content/michael-herl-spottet-der-frankfurter-rundschau-ueber-veraergerte-christen>

Michael Herl spottet in der Frankfurter Rundschau über verärgerte Christen

18.12.12

Michael Herl spottet in der Frankfurter Rundschau über verärgerte Christen

Kritik an ZDF-Comedy-Serie "Götter wie wir" stößt bei Theatermacher auf bissigen Spott und arrogant wirkende Polemik

(MEDRUM) Die ZDF-Comedy-Serie "Götter wie wir" hat viele Gemüter erregt. In einer Petition an das ZDF haben mehr als 30.000 Bürger ihren Unmut über die Sendung ausgedrückt, in der sie eine Verhöhnung ihres christlichen Glaubens sehen. Der Autor und Theatermacher Michael Herl nahm die Welle der Kritik zum Anlass, sich in einem Kolumnenbeitrag in der Frankfurter Rundschau über die Erregten lustig zu machen. "Wie süß", schreibt Herl, "da fühlen sich die armen Schäfchen beleidigt, und nun mupfen sie auf". Unter dem Titel "Götter wie Inge und Renate" nimmt Michael Herl die Kritiker der Comedy-Serie aufs Korn. Gründe für Kritik an der Sendung sieht er keine, im Gegenteil. Er findet sie gut und die Quoten fantastisch. Gar keinen Gefallen findet er allerdings daran, dass sich mehr als 30.000 Unterzeichner einer Petition an das ZDF wenden, und eine Absetzung der Serie fordern. In der Petition an das ZDF heißt es am Ende: *"Wir protestieren hiermit auf das Schärfste gegen diese unverschämte Beleidigung des abendländischen Glaubens von Millionen Europäern und fordern die SOFORTIGE Einstellung dieser beleidigenden und blasphemischen Sendereihe, sowie eine öffentliche Entschuldigung!"*

Auf Kritik stieß die Serie auch bei Wolfgang Baake, Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes KEP. Er hatte eine Programmbeschwerde eingelegt. Die Sendung verhöhne den Glauben vieler Christen, hieß es im christlichen Medienmagazin pro.

In Michael Herls Kolumne steht einleitend: "Zwei Transen sind Gott. Die Quoten auf ZDFkultur sind fantastisch. Und nun gibt es sogar eine Petition der allzeit kritischen Christen dazu - Hallelujah."

Michael Herl lobt die Serie ohne jeden Vorbehalt. "Gottlob" habe sich mit ZDF-Kultur ein Sender für diese Sendung gefunden. Herl:

- *Die Quoten sind fantastisch, das war zu erwarten.*

Den Unmut der Unterzeichner der Petition findet Herl hingegen nicht fantastisch und macht sich über sie lustig:

- *Nicht jedoch die herrliche Reaktion der abendländischen Gutmenschen.*
- *Mehr als 30 000 Bessere als Andere haben nun nämlich beim ZDF eine Petition gegen die Sendung eingereicht. Ist das nicht wundervoll?*

• *Och Gottchen, ... Da fühlen sich die armen Schäfchen beleidigt... Und nun mupfen sie auf. Wie süß.*
Den Gegnern der Sendung empfiehlt er, zum Islam zu konvertieren, um sich danach nicht mehr betroffen fühlen zu müssen:

- *Liebe zürnende Christenschar, da habe ich einen Tipp für Euch: Konvertiert! Geht doch rüber!*

Denen, die nicht konvertieren wollen, legt Herl nahe, zu glauben, was sie glauben wollen, aber Andersgläubige und Spötter in Ruhe zu lassen. Herl zeigt sich als Anhänger von Inge und Renate:

- *Wenn Ihr das nicht wollt (Löcher in den Socken, oder was?), ... Glaubt an Euren Gott und lasst uns den unseren, nämlich Inge und Renate.*

Schließlich verweist er auf Bibel TV. Dort könnten die Kritiker ihre eigene Sendung machen, zum Beispiel über Inge und Renate. Um so gut zu sein wie Inge und Renate, müssten sie sich allerdings anstrengen und noch viel üben, schon handwerklich, meint Herl, wenn er Bibel TV so ansehe.

Michael Herl erhielt 2005 den Kulturpreis "Skyline" der SPD Frankfurt am Main.

Zur Zeit haben sich mehr als 37.000 Personen der Petition angeschlossen. Weitere Information:

→ [petition-gegen-die-zdf-sendung_goetter-wie-wir](#)

03.12.12 [Götter wie Inge und Renate](#) Frankfurter Rundschau

<http://www.fr-online.de/meinung/kolumne-goetter-wie-inge-und-renate,1472602,21025724.html>

Götter wie Inge und Renate

Von MICHAEL HERL

Zwei Transen sind Gott. Die Quoten auf ZDFkultur sind fantastisch. Und nun gibt es sogar eine Petition der allzeit kritischen Christen dazu - Hallelujah.

Eigentlich ja nichts Besonderes: Ein Haufen klug-verrückter Köpfe ersinnt eine Idee für eine Fernsehsendung. Keine Ahnung, was die genommen haben, es muss jedenfalls ein verdammt gutes Zeug gewesen sein. Heraus kam nämlich ein richtig lustiges und intelligentes Werk um zwei Transen, die Gott sind. Mir war schon lange klar, dass Gott Inge und Renate sind, den meisten Menschen aber wohl nicht. Gottlob fand sich auch ein Sender, ZDFkultur. Seit dem 12. Oktober ist nun „Götter wie wir“ jeden Sonntag um 23.05 Uhr dort zu sehen.

Die Quoten sind fantastisch, das war zu erwarten. Nicht jedoch die herrliche Reaktion der abendländischen Gutmenschen. **Mehr als 30 000 Bessere als Andere haben nun nämlich beim ZDF eine Petition gegen die Sendung eingereicht. Ist das nicht wundervoll?**

Davon träumt doch jeder Autor. Und eine herzallerliebste Website haben sie geschaffen, wo sie die Sendung und ihre Macher beschimpfen. Beiträge ließen sie sich einfallen wie „Gott hat die homosexuellen Städte Sodom und Gomorra vernichtet“, „solche Kunst brauchen wir nicht“ oder „armes Großdeutschland“.

Einer möchte sich gar für die Sache auf den Opferaltar begeben („Mein Leben für Christus“). Und alle fordern sie in alter deutscher Tradition die sofortige Sendungsverbrennung.

Och Gottchen, vermag ich da nur zu sagen. Da fühlen sich die armen Schäfchen beleidigt... Und nun mupfen sie auf. Wie süß. Und das noch so kurz vor dem Fest, an dem der Lattengustl, wie Herr von Nazareth in Hessen genannt wird, angeblich das Licht der Welt erblickte. Geschossen wird aus allen Rohren. Einer wähnt unser Land gar auf einem „strammen Marsch auf eine modernisierte, hedonistische DDR-Diktatur“. So, so. Da sind die beim ZDF also alle schwule Kommunisten. Man lernt nie aus. Am Erstaunlichsten aber: Viele der Schimpfer führen plötzlich den Islam als leuchtendes Beispiel an. Von wegen „bei denen trauen die sich so was nicht, aber wir müssen es erdulden“.

Liebe zürnende Christenschar, da habe ich einen Tipp für Euch: Konvertiert! Geht doch rüber! Moscheen gibt es Gott sei Dank jede Menge im Land, trotz Eures Widerstands. Und ständig werden es mehr. So begeben Euch dorthin, ziehet Eure Schläppchen aus, knieet nieder – und schon braucht es Euch nicht mehr zu jucken, was die Jungs beim ZDF da senden.

Wenn Ihr das nicht wollt (Löcher in den Socken, oder was?), dann lernt endlich zu begreifen, dass wir nicht mehr im Mittelalter leben. Glaubt an Euren Gott und lasst uns den unseren, nämlich Inge und Renate. Und wenn Ihr uns eins auswischen wollt, dreht doch auch so was Schönes. Ihr habt

doch eigene Sender wie Bibel-TV, God-TV oder den Evangeliumsrundfunk. Macht lustige Filmchen, in denen ihr behauptet, Inge und Renate seien in Wahrheit ein alter Mann mit einem weißen Bart. Tut das. Wir sind so tolerant und lassen Euch. Wir haben in Deutschland nämlich eine Freiheit der Meinung und der Kunst. Aber: Um Kunst zu werden, muss Eure Sendung mindestens so gut sein wie „Götter wie wir“. Und da müsst Ihr Euch anstrengen. Denn wenn ich mir Euer Bibel-TV so ansehe, muss ich leider sagen: „Sechs, setzen“. Schon vom Handwerklichen her. Übt halt noch ein bisschen. Inge und Renate seien mit Euch.

Michael Herl ist Autor und Theatermacher

01. Januar 2013, 19:49 Uhr

Schwaben-Debatte in Berlin

Thierse lässt das Lästern nicht

Wolfgang Thierse gegen die Schwaben: Wie steht es in dem Streit? Erst lästerte der Bundestagsvizepräsident über zugezogene Schwaben in Berlin. Dann stänkerten die Baden-Württemberger zurück und jetzt holt Thierse wieder aus. Hört sich ganz nach einem 2:1 an, oder?

Berlin - Auch das neue Jahr befriedet Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) und die Schwaben nicht. Dabei sagte Thierse: Eigentlich habe er gar nichts gegen die Schwaben.

Thierse lebt seit über 40 Jahren im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg. Wer hier Streit sucht oder einfach nur lästern möchte, muss nur ein Wort sagen: "Schwaben". Das hat Thierse kürzlich getan: "Ich wünsche mir, dass die Schwaben begreifen, dass sie jetzt in Berlin sind und nicht mehr in ihrer Kleinstadt mit

Kehrwoche", sagte er der "Berliner Morgenpost".

Und provozierte damit manch schwäbischen Kollegen: "Ohne die Schwaben wäre die Lebensqualität in Berlin nur schwer möglich", sagte etwa der EU-Energiekommissar und Ex-Regierungschef von Baden-Württemberg, Günther Oettinger (CDU), der "Bild"-Zeitung. "Die Berliner sollen uns Schwaben dankbar sein und nicht über uns lästern wie Herr Thierse", sagte Grünen-Chef Cem Özdemir.

Thierse wiederum scheint genau daran Gefallen gefunden zu haben: Dass sich die "organisierte Schwabenschaft" so über seine "freundlich-heitere Bemerkung" mokiere, "forciert eher Vorurteile, als dass es sie abbaut", sagte er nun dem "Tagesspiegel". "Dass Schwaben so ernst reagieren, überrascht mich. Berliner haben mehr Witz."

fln/dapd

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-thierse-spd-wehrt-sich-gegen-schwaben-angriff-a-875315.html>

08. Februar 2013, 07:59 Uhr

Sorge um christliche Minderheit

Union mahnt Menschenrechte in Ägypten an

Von Philipp Wittrock

Ägyptens Präsident Mursi hat Kanzlerin Merkel jüngst versprochen, sich für die Demokratie in seinem krisengeschüttelten Land stark zu machen. Doch die Union hat Zweifel. Bei einem Besuch in

Kairo zeigt sich CDU/CSU-Fraktionschef Kauder vor allem über die Lage der christlichen Minderheit besorgt.

Berlin - Die angespannte Lage in Ägypten nach der friedlichen Revolution erfüllt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Sorge. "Wir werden die Entwicklung in nächster Zeit genau beobachten müssen", sagte der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), der sich derzeit zu einem mehrtägigen Besuch in Kairo aufhält. "Sollte sich die Lage der Menschenrechte verschlechtern, müssen wir das in den Kontakten zu Ägypten sofort zur Sprache bringen."

Vor etwa einer Woche hatte der ägyptische Präsident Mohammed Mursi bei einer Kurzvisite in Berlin einen demokratischen Transformationsprozess hin zu einem zivilen Rechtsstaat in seinem erneut von Unruhen erschütterten Land versprochen. Mursi gehört den islamistischen Muslimbrüdern an.

Kauder reiste am Mittwoch nach Ägypten, um dort mit Vertretern der Regierung und der Opposition und der christlichen Minderheit zu sprechen. "Die Regierung und die Muslimbrüder müssen der Ankündigung, dass sie die Freiheit der Religion weiter garantieren wollen, umsetzen", sagte Kauder SPIEGEL ONLINE. Der CDU-Politiker setzt sich seit langem für die Rechte christlicher Minderheiten in muslimisch geprägten Ländern ein.

Für diesen Freitag war ein Empfang beim neuen koptischen Papst Tawadros II. geplant. "Wenn ein Mann wie der neue Papst Tawadros II. vor einer Verschlechterung der Lage der Kopten warnt, muss uns das schon jetzt alarmieren", sagte Kauder. Er halte aber nichts davon, mit der Streichung von Entwicklungshilfe zu drohen. "Das würde nur auf die Christen in Ägypten zurückfallen und ihre Lage noch kritischer machen."

Auf die Frage, weshalb die Bundesregierung Ex-Präsident Husni Mubarak trotz grober Menschenrechtsverletzungen unterstützt habe, antwortete Kauder gegenüber der Nachrichtenagentur dpa: "Es gibt keine Gleichheit im Unrecht." Er forderte eine strafrechtliche Verfolgung von Extremisten, die zur Ermordung von Oppositionellen aufrufen.

Kritik übte der CDU-Politiker auch an dem zuweilen etwas widersprüchlichen Auftreten der liberalen und linken Oppositionsparteien: "Ich habe der Opposition geraten, sich auf ein bisschen mehr Gemeinsamkeit einzustellen." Vor allem in der Debatte um die umstrittene neue Verfassung müsse die Opposition mit einer Stimme sprechen.

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/unionsfraktionschef-kauder-in-aegypten-sorge-um-menschenrechte-a-882122.html>

<http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Alle-fuenf-Minuten-wird-ein-Christ-ermordet-/story/27492516>

Alle fünf Minuten wird ein Christ ermordet

Von Thomas Wehrli.

Die unfreiwilligen Märtyrer des 21. Jahrhunderts: Der islamische Extremismus bringt dem Christentum die grösste Glaubensverfolgung seiner Geschichte.

Gefangen, gefoltert, getötet. Die Bilder schockieren. Jenes der jungen Christin etwa, noch keine 20, an Händen und Füßen ans Bett gefesselt, malträtirt, das Kreuz durch den Mund gerammt. Tot. Erlöst. Die Welt schweigt. Sieht weg.

Friede, Freude, Eierkuchen. Am kommenden Sonntag, an Ostern, dem Fest der Auferstehung, wird Papst Franziskus die Welt einmal mehr zu Frieden mahnen, zu Toleranz auch, zu Solidarität. Die Bilder werden um «urbi et orbi», um Stadt und Erdkreis, gehen. Die Welt hört zu. Schaut hin.

Entführt, entehrt, enthauptet. Alle drei bis fünf Minuten wird irgendwo auf der Welt ein Mensch getötet. Nicht, dass er etwas verbrochen hätte, um Gottes Willen, nein,

es reicht, dass er Christ ist. Sein Todesurteil ist sein Glaube. Von 105'000 Glaubenstoten pro Jahr spricht Soziologe Massimo Introvigne, Antidiskriminierungsbeauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Von bis zu 170'000 gehen die amerikanischen Soziologen Brian Grim und Roger Finke aus.

Nigeria auf Rang 13 des Weltverfolgungsindex

65'000 Opfer mehr oder weniger. Welch Detail. Nero, der alte Römer, hätte an beiden Zahlen seine helle Freude gehabt – an der exerzierten Grausamkeit nicht minder. Er, der Antichrist, er, der Brandstifter, liess die Christen verfolgen, verhaften, verbrennen, kreuzigen oder im Kolosseum den Tieren vorwerfen. **Seit seiner Zeit wurden laut David B. Barrett vom amerikanischen «Center for the Study of Global Christianity» 70 Millionen Christen ermordet, starben, wie einst Stephanus, den Märtyrertod, starben ihn, anders als der erste Märtyrer, selten bis nie aus Passion. Das Erschreckende: 45 Millionen waren es allein im 20. Jahrhundert.**

Gefeiert, gelobt, gesegnet. Papst Benedikt wünschte in seiner letztjährigen und damit letzten Osterbotschaft in Nigeria die notwendigen Energien, «um den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft wiederaufzunehmen, welche die Religionsfreiheit respektiert». Ein frommer Wunsch. Die Realität ist eine andere. Regelmässig wird das westafrikanische Land zum «Schauplatz blutiger terroristischer Überfälle» (Benedikt), verübt von der islamistischen Gruppe «Boko Haram», verübt an Christen.

Auf dem Weltverfolgungsindex, den das überkonfessionelle Hilfswerk «Open Doors» seit 1993 Jahr für Jahr herausgibt, belegt Nigeria Rang 13. Es ist damit eines von 50 Ländern, in denen Menschen einzig aufgrund der Tatsache, dass sie Christen sind, schikaniert, gemobbt, verfolgt, ins Gefängnis geworfen, ins Arbeitslager verfrachtet oder getötet werden. Rund 100 Millionen Katholiken, Reformierte und Orthodoxe, so schätzt die Organisation, haben nichts zu lachen. Weil sie katholisch, reformiert oder orthodox sind. Von 200 Millionen spricht das katholische Hilfswerk Kirche in Not. Fast jeder zehnte Christ also.

Unerbittliche Verfolgung

Ein trauriger Doppelrekord. Zum einen wurden noch nie so viele Menschen einzig wegen ihres Glaubens verfolgt wie heute. Zum anderen ist das Christentum damit die mit Abstand am stärksten verfolgte Religion. «Von 100 Menschen, die weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt oder diskriminiert werden, sind 80 Christen», weiss man bei Kirche in Not: «Von 100 Menschen, die weltweit wegen ihres Glaubens ermordet werden, sind 75 Christen.»

Zugegeben: Die Christen stellen mit 2,3 Milliarden Zugewandten auch die klar grösste Glaubensgruppe. Aber bei 1,6 Milliarden Muslimen und einer Milliarde Hindus ist eine Verfolgungsquote von 80 Prozent, wenn man es statistisch-nüchtern besieht, doch exorbitant.

Aufgegriffen, ausgepeitscht, aufgespitzt. Die Verfolgung der Christen trägt in ihrer Massierung, ihrer Grausamkeit, ihrer Unerbittlichkeit fast immer den einen Namen: islamischer Extremismus. Acht der zehn schlimmsten Länder auf dem Index sind islamisch geprägt. Nordkorea, das unter dem jungen Führer Kim Jong Un noch energischer gegen Gläubige vorgeht, sie zu Tausenden in Arbeitslager steckt, Nordkorea, das zum elften Mal in Folge den unrühmlichen ersten Platz belegt, ist kommunistisch-totalitär; im Gemischtglaubensladen Eritrea, der Nummer 10 auf der Liste, liegt die Hauptursache in der Paranoia seines marxistischen Diktators Isaias Afewerki.

Christen - Bürger zweiter Klasse

In den anderen acht Top-10-Staaten, darunter dem Ferienparadies Malediven, stellen Muslime zwischen 88 und 99,9 Prozent der Bevölkerung und sind auch an der Macht; in 24 der 30 führenden Ländern, so bilanziert «Open Doors», geht die

Gewalt von islamistischen Extremisten aus – «entweder als amtierende Regierung oder als Oppositionsgruppe».

Zufall? Mitnichten. «Christen droht die grösste Gefahr von der seit den 1980er-Jahren langsam und stetig voranschreitenden Islamisierung», weiss man bei Open Doors, dem Hilfswerk, das die Entwicklung seit 1955 beobachtet. Christen, einst willkommen, werden zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, werden «subtil ausgegrenzt», wenn es gut geht, werden aus Jobs gemobbt, werden offen geächtet, werden zur Auswanderung animiert.

In Saudiarabien lernen bereits die Schüler: Gewalt gegen Ungläubige ist okay. Und ausgerechnet der arabische Frühling, der den Menschen in Nordafrika die Freiheit bringen sollte, ist für die Christen zum bitterkalten Winter mutiert. Die Umstürze haben die Islamisten hochgespült – und spülen die Christen weg. So paradox es auch tönen mag: Unter den Gewaltherrschern, Revolutionsführer und Diktatoren – egal, ob sie nun Saddam Hussein, Muammar al-Gaddhafi oder Hosni Mubarak hiessen – lebten die Christen oft sicherer.

«Zur Flucht gezwungen»

Beispiel Ägypten: Seit die Muslimbrüder das Sagen im Land haben, müssen sich die Christen ducken. Letzten Dezember stimmten die Ägypter der neuen Verfassung von Präsident Mursi deutlich zu. Sie ist schariakonform. Damit kann einem Muslim, der zum Christentum konvertiert, die Todesstrafe drohen.

Beispiel Mali: Seit dem Militärputsch vor einem Jahr wird der Norden des Landes von einem Al-Qaida-Ableger kontrolliert. «In kürzester Zeit errichteten die Islamisten einen islamischen Staat unter Scharia-Recht», rapportiert Open Doors. «Viele Christen wurden zur Flucht gezwungen und ihre Kirchen verbrannt.»

Beispiele Tansania, Kenia, Uganda, Niger: Diese afrikanischen Staaten tauchen erstmals auf dem Index auf. Andere wie Äthiopien, Libyen oder Eritrea haben im Index einen gewaltigen Sprung nach vorne gemacht. Sie alle stehen für die «islamische Erweckung», diesen Wecker, der Afrika mit seinen schrillen Tönen von Norden bis Süden durchrüttelt.

Schöpfungen des Satans

Vertrieben, verbrannt, vernichtet. Wer sagt, das seien alles Zufälligkeiten, wer glaubt, das seien nur Momentaufnahmen, der irrt. Oder will irren. Der Islam, so friedlich er auch dreinblicken kann, hat in seiner radikalsten Ausprägung ein anderes Gesicht. Eine hässliche Fratze ist es, die kein Pardon kennt, die nur eines im Blick hat: die Weltherrschaft. «Juden und Christen sind dem Schweissgestank von Kamelen und Dreckfressern gleichzusetzen und gehören zum Unreinesten der Welt», sagte Ayatollah Khomeini, sagte es offen, sagte es laut. «Alle nicht muslimischen Regierungen sind Schöpfungen Satans, die vernichtet werden müssen.»

Ungläubige, diese minderwertigen Kreaturen, diese gottlosen Geschöpfe, gehören bekehrt. Oder ausgelöscht. Erst recht, wenn sie vom einzig «richtigen» Weg abgekommen sind. Das sagt nicht ein Extremist, sondern die Lehre. An rund 200 Stellen im Koran, an etwa 1800 Stellen im Hadith, den Überlieferungen, ist von Verfolgung der Ungläubigen die Rede, von ihrem Tod auch.

Der Islam kennt, unbestritten, eine (beschränkte) Kultusfreiheit und anerkennt andere Religionen, zumindest ihre Existenz. Christen und Juden sind jedoch nur «Dhimmi», «Schutzbefohlene», man kann auch sagen: zweitklassige Bürger. Die Mehrheit der Muslime ist, ebenfalls unbestritten, friedlich. Doch war das nicht auch im Dritten Reich so? Waren es nicht auch dort die wenigen, welche die vielen kontrollierten, sie ideologisierten und sie letztlich beherrschten?

Gequält, geschrien, getötet

Der deutsche Soziologe und Islamkritiker Michael Mannheimer geht davon aus, dass «eine zu allem entschlossene und gut organisierte Minderheit von drei bis fünf Prozent in der Lage ist, der Mehrheit einer Gesellschaft ideologisch den Stempel aufzudrücken». Er ist überzeugt: «Wie selten zuvor in der Geschichte zeigt sich der Islam in seiner fundamentalsten und archaischesten Form.»

Die Gotteskrieger kämpfen. Für eine islamische Welt; für eine «am Wort klebende» Umsetzung der Suren. Blut klebt mit.

Es ist ein gefährlicher Irrtum, zu glauben, die Mehrheit der Muslime sei wegen des Islams friedlich; sie ist trotz dem Islams friedlich. «Der Koran ist genauso rassistisch wie Hitlers ‹Mein Kampf› und müsste sofort verboten werden», urteilt Alice Schwarzer, unüberhörbare Feministin, die mit Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz nun wirklich nichts am Hut hat. Gequält, geschrien, getötet. Die Welt bleibt stumm. Ein Schweigen der Lämmer ist's. Passt ja zu Ostern.(Basler Zeitung)

<http://www.pi-news.net/2013/04/beleidigung-christlicher-bekenntnisse-straffrei/#more-321165>

Die Beleidigung christlicher Bekenntnisse wird in Deutschland bisher nicht geahndet. Daran änderten auch die Strafanzeigen gegen den “Karikaturisten” Roland Regge Schulz nichts. Regge-Schulz hatte unter seinem Künstlernamen Mairo Lars auf der letztjährigen Caricatura in Kassel eine Karikatur über Jesus erstellt, in der er Gott zu Jesus sprechen lässt “Ey... Du... Ich habe deine Mutter gefickt” (PI hatte berichtet). Darauf bekam der Künstler zahlreiche Strafanzeigen, darunter auch von dem Islamkritiker Ralph Mayer. Mayer bekam nun von der Staatsanwaltschaft Kassel einen Bescheid über die Einstellung des Verfahrens zugeschickt. Darin heißt es unter anderem: Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen wäre die Schuld des Täters als gering anzusehen. Ein öffentliches Interesse, dass die Strafverfolgung gebietet liegt nicht vor.

...

Zwar könnte trotz geringer Schuld der Beschuldigten weiter ein öffentliches Interesse an der strafrechtlichen Verfolgung anzunehmen sein, wie – wie sich aus dem relativ breit gestreuten Kreis der Anzeigenersteller entnehmen lässt – die Sache in der Öffentlichkeit relativ großes Aufsehen erregt hat. Andererseits müssen nicht unbedingt mit Mitteln des Strafprozesses die Grenzen des guten Geschmacks aufgezeigt werden, um für die Zukunft Straftaten vergleichbarer Art zu verhindern. Dies würde anhand eines Falles wie des vorliegenden angesichts der Ungenauigkeit einer Grenzziehung kaum gelingen.

Diese Ausführung der Staatsanwaltschaft ist sehr interessant. Sie wollte mit der Einstellung des Verfahrens verhindern, dass es zu einem Präzedenzfall kommt, was genau Religionskritik darf. Eine solche Beurteilung dürfte sicher einigen Islamkritikern entgegen kommen, die derzeit für ihre Aussagen vor Gericht stehen.

Allerdings lässt sich die Staatsanwaltschaft auch einige Hintertüren offen, denn wann ein öffentliches Interesse der Strafverfolgung gegeben ist, könnte dann der (moslemische?) Mob auf der Straße entscheiden.

Bescheid der Staatsanwaltschaft [Seite 1](#) und [Seite 2](#)

Kategorie: [Christentum](#) | [PI](#), 30. Apr 2013 | [Druckversion](#) | | [Kommentar schreiben](#)

Die Kommentare zu den Beiträgen ge

<http://www.medrum.de/content/theodor-heuss-preis-verleihung-cohn-bendit-geriet-zur-farce>

Theodor-Heuss-Preis-Verleihung an Cohn-Bendit geriet zur Farce

28.04.13

Theodor-Heuss-Preis-Verleihung an Cohn-Bendit geriet zur Farce Vorabdruck eines Redaktionsbeitrages aus der Schriftenreihe der Kirchlichen Sammlung von Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB)

(MEDRUM) Kaum eine politische Auszeichnung der letzten Zeit war so umstritten wie die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an den Vertreter der 68er, den Politiker der Grünen, Daniel Cohn-Bendit. Der ursprünglich als Laudator und Festredner vorgesehene Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Voßkuhle, sagte die von ihm erbetene Mitwirkung ab, als die kritikwürdige Vergangenheit von Cohn-Bendit in die öffentliche Diskussion geriet (MEDRUM berichtete wiederholt: Theodor Heuss Preis für Daniel Cohn-Bendit, 14.02.13, und Verfassungsgerichtspräsident lehnt Festrede zum Theodor-Heuss-Preis für Daniel Cohn-Bendit ab, 16.03.13). Voßkuhle wollte nicht den Eindruck erwecken, er billige das, was Cohn-Bendit in der Vergangenheit über sein Verhältnis zu Sex mit Kindern geäußert hatte. Wellen der Empörung und Rechtfertigungen begleiteten schließlich die umstrittene Entscheidung der Theodor-Heuss-Preis-Stiftung, dem Politiker der Grünen den renommierten Preis zu verleihen. Ein Redaktionsbeitrag aus der nächsten Ausgabe der Schriftenreihe der Kirchlichen Sammlung von Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) befasst sich im Rückblick mit dem fragwürdigen Geschehen. MEDRUM dokumentiert diesen Beitrag als Vorabdruck.

Beitrag der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern
(Dokumentation):

Cohn-Bendit erhielt Theodor-Heuss-Preis

*Im Jahre 2010 haben wir unter dem Eindruck des Missbrauchsskandals, der ein in der Gesellschaft breit vorkommendes Phänomen fälschlich zu einem kirchlichen Phänomen umdichten wollte, unser Buch „Die missbrauchte Republik – Aufklärung über die Aufklärer“ herausgegeben. **Während die katholische Kirche weiterhin bei jeder sich bietenden Gelegenheit medial in Kollektivhaftung für ihre Einzeltäter genommen wird, werden andere, die zumindest Schreibtischtäter waren und schriftlich für Sex mit Kindern warben, mit Ehren überhäuft. Freilich nicht wegen ihrer Schriften, aber eben trotzdem.***

Am 20. April erhielt Daniel Cohn-Bendit den bis dato renommierten Theodor-Heuss-Preis. Unser Buch widmet seinen Untaten immerhin ein ganzes Unterkapitel. Davon ungerührt lobte nun der Laudator, Roger de Weck, Cohn-Bendit für dessen Verdienste um den Ausbau einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Zudem sei Cohn-Bendit abwechselnd für die deutschen und die französischen Grünen ins Europaparlament gewählt worden und dies seit 1994. Das sei einzigartig. „Davor kann man sich verneigen.“ So leicht verneigt sich also mancher.

Andere sind da zurückhaltender, zumal wenn die „Verdienste“ noch auf ganz andern Gebieten erworben wurden. Eigentlich sollte die Laudatio der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, halten. Dieser wollte das nach anfänglicher Zusage dann lieber nicht mehr. Hintergrund der Absage Voßkühles waren die bekannten Zitate Cohn-Bendits aus dessen Autobiografie in der er von sexuellen Handlungen mit kleinen Kindern in einem Frankfurter Kindergarten schwärmte. Selbst die Bundesjustizministerin, sonst bei der Auswahl ihrer Kontakte zu Leuten mit abweichenden Meinungen zum Themenkomplex „Sexualstrafrecht“, nicht übertrieben schüchtern, hielt hier auffällig sicheren Abstand und erschien (vorsichtshalber?) gar nicht erst. Und diejenigen, die dennoch meinten, gar das Wort ergreifen zu müssen, schickten sicherheitshalber ein paar distanzierende Worte voraus. Die Frankfurter

Allgemeine Zeitung berichtete: „Dann gibt es Grußworte, Festreden, eine Laudatio auf den 68 Jahre alten grünen Politiker. Es sprechen: der Vorsitzende der Heuss-Stiftung, Ludwig Theodor Heuss, der Enkel des Bundespräsidenten; Ministerpräsident Kretschmann, ein alter Weggefährte des Preisträgers; Roger de Weck, ein Schweizer Publizist; und schließlich Cohn-Bendit selbst. Die Laudatoren und der Preisträger müssen so viele Worte zur Rechtfertigung dieser Preisvergabe verwenden, dass man sich fragt: Warum bekommt jemand einen Preis, wenn hierfür so viel Entschuldigungsprosa nötig ist?" **Eine sehr berechtigte Frage, denn nach den Recherchen eines Baden-Württembergischen Landtagsabgeordneten, der nach der Lektüre unseres Buches umgehend Kontakt aufnahm, sind inzwischen noch weit mehr Äußerungen aus Cohn-Bendits Feder aufgetaucht, welche die Preisverleihung zur Farce werden lassen. Sie seien an dieser Stelle aus Gründen der Scham ungenannt.**

Ein wertloser Entlastungsbrief

Weit interessanter ist der Persilschein, mit dem Cohn-Bendit, wenn er auf seine niedergeschriebenen Erinnerungen, die er heute als „schlechte Literatur“ abtut, angesprochen wird, hektisch zu winken beginnt. In einem Brief aus dem Jahr 2001 hatten laut FAZ einige von Cohn-Bendits früheren Zöglingen und deren Eltern erklärt, dass kein Missbrauch stattgefunden habe. „Wir wissen, dass er niemals die Persönlichkeitsgrenzen unserer Kinder verletzt hat. Im Gegenteil, er hat sie geschützt“, heißt es in dem Brief. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (F.A.S.) fand nun Tatsachen heraus, die eine Neubewertung dieses Schreibens erforderlich machen. So räumte die damalige Initiatorin des Briefes zwischenzeitlich laut F.A.S. ein, sie habe mit Cohn-Bendit selbst nie über eventuelle Vorfälle gesprochen. Auch sein Buch habe sie nicht „so genau“ gelesen. Interessant ist zudem dass sie einen Sohn hat. Schwärmte Cohn-Bendit nicht eher für kleine Mädchen? Weitere braune Flecken auf dem Persilschein sind die Fakten, dass ihr Sohn in einen anderen Kindergarten ging, und zudem seiner Mutter schon deshalb nichts über eventuelle Erlebnisse mit Cohn-Bendit aus den 70er Jahren berichten konnte, weil er erst 1980 geboren wurde, also Jahre nach der Veröffentlichung von Cohn-Bendits Einlassungen. Die FAZ berichtete über die Briefschreiberin: „Sie habe ihn aus politischen Gründen entlastet: ‚Ich war empört darüber, dass daraus eine Kampagne gegen Dany gemacht wurde, um ihn politisch zu diskreditieren. Ich fand auch die Anschuldigung gegen Dany, dass er pädophil sei, vollkommen haltlos‘, sagte Frau Vogel der F.A.S. Sie musste zugeben, dass ihr Sohn zur fraglichen Zeit gar nicht von Cohn-Bendit in der Universitäts-Kita betreut worden war.“

Da macht es zusätzlich hellhörig, dass Cohn-Bendit sich damit entlasten wollte, dass er kein Missbrauchstäter sein könne, weil er mit den Kindern von einst noch heute befreundet sei und diese ihn zu seinen Geburtstag besuchten. Gerade diese Aussage ist allerdings alles andere als entlastend. Wenn Cohn-Bendit seine kleinen Freunde von einst noch in so guter Erinnerung hat, dann sollte ihm aufgefallen sein, dass ein Entlastungsbrief von jemandem, der gar nicht zum potentiellen Opferkreis gehört haben kann, weil er in einem anderen Kindergarten war und zudem viel zu jung ist, um Cohn-Bendit in dessen Kindergarten begegnet zu sein, nichts wert ist. Wollte Cohn-Bendit hier bewusst täuschen?

Cohn-Bendits Rolle an der Odenwaldschule

Dass der Theodor-Heuss-Preis-Empfänger neben seinen Äußerungen über seine sexuellen Erlebnisse mit Kindern, die er heute als rein fiktional entschuldigen will, und neben hämischen Veröffentlichungen als

Herausgeber über RAF-Opfer Schleyer („kein Omelette ohne zerbrochene Eier“) auch an der Odenwaldschule eine zumindest fragwürdige Rolle als potentieller Vertuscher spielte, wurde bisher kaum thematisiert. So war er es, der sich vom Rektor der Odenwaldschule, Gerold Immo Becker instrumentalisieren ließ, eine frühzeitige Beendigung des Missbrauchs zu verhindern. So berichtet die FAZ: „Einmal wollte eine Gruppe von Lehrern in der Konferenz der Odenwaldschule über das heikle Thema sprechen: das Zusammenleben an der Schule und die Sexualität. Sie verlangten deutliche Grenzziehungen zwischen Lehrern und Schülern - und auch unter den Schülern. Gerold Becker, der Schulleiter, nahm den Ball fix auf, indem er sich einen prominenten und beliebten Exschüler als Helfer einlud: Daniel Cohn-Bendit. Der kam, wie Zeitzeugen berichten, mit einem kleinen Harem weiblicher Groupies an die Schule. Er sprach über die Sexualität Jugendlicher – in die sich Erwachsene grundsätzlich nicht regulierend einzumischen hätten. Die Becker-Fans johlten. Die Lehrer, die einen pädagogischen Diskurs beginnen wollten, sahen sich bloßgestellt.“

Gesine Schwan stellt sich vor 68er

Gesine Schwan, als Vorsitzende des Kuratoriums der Heuss-Stiftung wohl eine der Hauptverantwortlichen für die Auswahl des Preisträgers lenkt vom Makel des desselben ab, indem sie laut FAZ behauptet, vielen Kritikern, sei es nur darum gegangen, die Achtundsechziger-Bewegung zu diskreditieren. Offenbar ist der ehemaligen Kandidatin für das Bundespräsidentenamt nicht aufgefallen, dass das unnötig ist. Das „Diskreditieren“ haben Alt-68er wie Cohn-Bendit ganz alleine geschafft. Dass aber eine Gesine Schwan das nicht registrieren will, sondern denen, die Cohn-Bendits Verhalten kritisieren, unlautere Motive unterstellt, gewährt weit tiefere Einblicke in ihr sittliches Denken, als ihr und ihren Freunden lieb sein sollte. Für die Frage nach der Verwerflichkeit von sexuellem Kindesmissbrauchs muss die Frage ob man 68er war oder nicht, unerheblich sein. Es darf keine Sonderrechte für 68er geben. Und Cohn-Bendits Verdienste um die Demokratie? Naja, es gibt ungezählte, zwar weniger prominente, aber langjährig tätige und durch und durch rechtschaffene Politiker, deren Verdienste jedem Vergleich mit Cohn-Bendit standhalten.

Schuldeingeständnis, Reue und Bitte um Vergebung?

Der Ministerpräsident Baden-Württembergs indes stieß nach einem Bericht der FAZ versöhnliche Töne an und warb für das Verzeihen, „auch wenn die Äußerungen seines Parteifreundes ‚höchst prekär‘ und ‚unakzeptabel‘ seien: ‚Vergebung ist in der Demokratie elementar, es macht gerade ihre Stärke aus.‘ Sie biete die Chance, wieder neu anfangen zu können. Die Demokratie habe auch ihm persönlich nach ‚linksradikalen Verirrungen meiner Studentenzeit‘ die Chance auf einen Neuanfang gewährt, sagte der Regierungschef.“

Da hat Winfried Kretschmann recht! Man soll verzeihen. Und dennoch hat das Ganze einen merkwürdigen Nachgeschmack, wenn diese Forderung von Protagonisten einer politischen Richtung kommt, die Andersdenkenden das Recht auf Irrtum nicht einräumen will und Andersdenkende am liebsten umerziehen würde. Wer Andersdenkenden nicht einmal das Recht auf deren Meinung lassen will, sollte nicht so schnell von „Verzeihen“ sprechen, wenn es um die Auszeichnung der eigenen Leute geht. Zumal vor dem „Verzeihen“ die Bitte um Vergebung und Reue kommt. Cohn-Bendit jedoch schlägt mit unglaublichen Halbwahrheiten um sich, in der Hoffnung

das Problem damit zu erledigen. Eingeständnis seiner Schuld, Reue und Bitte um Vergebung? – Fehlanzeige!

Ende der Dokumentation

Copyright: Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern → www.ksbb-bayern.de

<http://www.pi-news.net/2013/05/turkischer-politiker-kreuz-raus-aus-gerichtssaal/#more-323151>

Bei der Frage wem oder was der NSU-Prozess am meisten dient rücken Wahrheitsfindung und Recht zunehmend in den Hintergrund. Denn zu aller erst scheint er den Türken endlich die Möglichkeit zu bieten, ihre chronische Forderhose bis zum Exzess zu kultivieren. Nach dem Hickhack um die Presseplätze soll nun das Kreuz verbannt werden.

(Von L.S.Gabriel)

Wie der [Tagesspiegel](#) berichtet, fordert der türkische Politiker Mahmut Tanal (Foto oben), das Kruzifix aus dem Gerichtssaal A 101, in dem der NSU-Prozess stattfindet, sofort zu entfernen. Es sei eine „Bedrohung“ für alle Nichtchristen, empört sich der Moslem. Das christliche Symbol stelle eine „Verletzung des laizistischen Rechtsstaates“ dar, weil religiöse Symbole in einem Rechtsstaat nichts zu suchen hätten.

Tanal gehört der säkularen Oppositionspartei CHP an und war Mitglied der sechsköpfigen Parlamentarierdelegation aus Ankara, die bei der Prozesseröffnung am Montag im Gerichtssaal anwesend war.

Bereits im [Beschuß des Ersten Senats](#) vom 17.juli 1973 – 1 BvR 308/69 – war einem Beschwerdeführer jüdischen Glaubens diesbezüglich recht gegeben worden.

Der Zwang, entgegen der eigenen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung in einem mit einem Kreuz ausgestatteten Gerichtssaal verhandeln zu müssen, kann das Grundrecht eines Prozessbeteiligten aus Art. 4 Abs. 1 GG verletzen.

Die Beschwerdeführer haben dargelegt, daß für sie der Zwang zum „Verhandeln unter dem Kreuz“ eine unzumutbare innere Belastung darstellt. Sie haben dazu ernstliche, einsehbare Erwägungen vorgetragen, von deren näherer Erörterung mit Rücksicht auf die Regelung in Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 136 Abs. 3 WRV abgesehen wird. Ihren Verfassungsbeschwerden gegen die Weigerung, ihnen eine Verhandlung in einem Gerichtssaal ohne Kreuz zu ermöglichen, war daher stattzugeben.

So gesehen haben die Türken wohl auch diesmal wieder gute Karten, dass man ihren Forderungen stattgeben wird. Und natürlich wollen wir doch niemandes Gefühle verletzen und selbstverständlich liegt es uns auch fern, jemanden von einer Wand aus mit einem ca. 30 cm großen Holzkreuz zu „bedrohen“.

Man darf gespannt sein, wie sich all diese Forderer verhalten werden, wenn Onur U., dem Tottreter vom Berliner Alexander Platz, der Prozess gemacht wird. Ob man da auch so viel „Einfühlungsvermögen“ für die Hinterbliebenen des Opfers Jonny K. walten lässt?

<http://www.medrum.de/content/gruene-mit-missionarischem-eifer-gegen-christlich-gepraegte-kultur-und-identitaet>

Grüne mit missionarischem Eifer gegen christlich geprägte Kultur und Identität
13.05.13

Grüne mit missionarischem Eifer gegen christlich geprägte Kultur und Identität
Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU nimmt das Verhältnis der Grünen zur christlichen Kultur und den Kirchen unter die Lupe

(MEDRUM) In einem Faktencheck zur Bundestagswahl befasst sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) mit den Positionen der Grünen zur Kirche und vergleicht Aussagen der Grünen mit eigenen Positionen.

Grüne wollen christlich geprägte Kultur aushöhlen

Aufgrund einer umfassenden Zusammenstellung und Analyse von Aussagen der Grünen zu Fragen der christlichen Religion und Kultur kommt der EAK zu der Feststellung, dass die Grünen mit ihrer Politik die christlich geprägte Kultur aushöhlen wollen.

Ein Beleg dafür ist die Forderung der Grünen im Programm zur niedersächsischen Landtagswahl, das Tanzverbot am Karfreitag als nicht mehr zeitgemäß abzuschaffen

In vergleichbarer Weise wollen die Grünen das Wirken der christlichen Kirchen beschneiden und arbeiten auf eine vollständige Trennung von Staat und Kirche hin: "Wir wollen die Trennung von Staat und Religion vorantreiben." (Auszug aus dem Faktencheck des EAK zum Arbeitskreis "Säkulare Grüne", Bild links). Anhand vielfach belegter Aussagen der Grünen auf Bundes- und Landesebene stellt der EAK in seinem Faktencheck besonders heraus:

"Die Grünen stehen für die Relativierung und Aushöhlung der christlichen Feiertagskultur.

Die Grünen fordern immer wieder die Entfernung von Kreuzen bzw. Kruzifixen aus öffentlichen Räumen.

Die Grünen stehen in den Bundesländern für die massive Verdrängung bzw. völlige Abschaffung des bekenntnisgebundenen Religionsunterrichtes gemäß Art. 7 Abs. 3 GG.

Die Grünen sind für die Ablösung des bewährten bisherigen Kirchensteuersystems und wollen die Staats-Kirchen-Verträge beseitigen."

Diesen Positionen stellt der EAK als eigene Haltung gegenüber, dass er sich einsetzt für:

"den Erhalt des Religionsunterrichtes

den Schutz der christlichen Feiertagskultur

die bewährte Kooperation zwischen Kirche und Staat

das Bekenntnis zu unseren kulturgestaltenden und prägenden Wurzeln."

Der Faktencheck des EAK ist einer 24-seitigen Broschüre dokumentiert und im Internetportal des EAK abrufbar (auch hier im Anhang beigelegt). Vorsitzender des EAK ist der Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (Wahlkreis Düren). Über sein Verhältnis zu christlicher Politik sagt er:

"Verantwortungsvolle Politik ist für mich nicht zuletzt christlichen Werten und dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Der Dialog mit Vertretern der Kirchen und auch anderer Religionsgemeinschaften hat daher für meine politische Arbeit wesentliche Bedeutung."

Weitere Information zum EAK: <http://www.eak-cducsu.de/web/index.php>

Darüber hinaus hat - wie MEDRUM wiederholt berichtete - die Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, auch Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) - bei ihrer Bewerbung im Rahmen der Urwahl der Grünen erklärt, sie fände es eine gute Idee, ein Rechtsinstitut für polyamore Lebensmodelle zu schaffen. Göring-Eckardt hat sich ebenso wie die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, für die völlige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe ausgesprochen. Claudia Roths Haltung gipfelte in ihrem Ausruf: "Die Würde der schwul-lesbischen Liebe sei unantastbar." Die sei die grüne Version von Artikel 1 des Grundgesetzes.

28.02.13 Norbert Geis: Keine Verfassungsänderung durch die Hintertür MEDRUM

04.01.13 Partei der Grünen zieht Rosa Strippen in den Schulen von NRW ein MEDRUM

17.11.12 Claudia Roth: "Die Würde der schwul-lesbischen Liebe ist unantastbar!" MEDRUM

08.11.12 Katrin Göring-Eckardt will "richtige Homo-Ehe" MEDRUM

23.04.10 Claudia Roth für eine "Grüne" Katholische Kirche MEDRUM

Wie der Islam den Westen programmiert.

Oder: Provozierte Provokateure – Teil 1

In den beiden ersten Teilen dieser Studie wird untersucht werden, wie gewisse Kreise des islamisch orientierten Kulturkreises die westlichen Staaten durch gezielte Falschaussagen zu bestimmten Handlungen programmieren und dabei als stärkste Waffe den Vorwurf der sogenannten „Verletzung religiöser Gefühle“ als „Provokationen“ funktionalisieren. Dabei wird die Argumentation entwickelt, dass es sich bei diesem Verhalten nicht um eine passive Reaktion von benachteiligten Gruppen handelt. Vielmehr ist eine aktive, intelligente und effiziente Kommunikations-Strategie am Werk, um durch Steuerung und Kontrolle von Medienwirkungen Macht über die westliche Politik zu gewinnen. Die Mittel und Wege dieser spezifischen Machtstrategie werden dabei exemplarisch an der Medienwirkung von „imperativen Provokationen“ untersucht, sowie am Beispiel des technischen Funktionsbegriffs, da sich dieser in besonderer Weise dazu eignet, die „Erzwingung“ von automatisiertem „Funktionieren“ durch spezielle „Argumente“ auf einfache Weise erläutern zu können.

Im dritten und vierten Teil werden die ethischen Grundlagen und die Schlagkraft der Programmierung des Westens untersucht werden. Aufgezeigt wird dabei, wie die Argumente gegen den Westen moralisch aufgeladen werden, so dass sie außen- und innenpolitisch die Wirkung entfalten, um das gewünschte Funktionsergebnis programmieren zu können. Dabei wird offensichtlich werden, dass der Westen hauptsächlich in moralischer Hinsicht von Seiten islamischer Kreise gesteuert wird mit dem Ziel, die Angriffe gegen die westliche Werteordnung zu verdecken und somit aus diesem Schutz heraus die Zersetzung der Wertegemeinschaft des Westens fortsetzen zu können.

Im fünften Teil wird am Beispiel der sogenannten „Political Correctness“ in Deutschland aufgezeigt, dass die in den beiden ersten Teilen skizzierte Strategie aus dem islamisch orientierten Kulturkreis, durch moralische Aufladung von Argumenten die offene Gesellschaft funktionalisierend programmieren zu können, strukturell deckungsgleich von der politischen 68er-Bewegung und deren Nachfolgern genutzt wurde und wird. Aus dieser Perspektive werden die identischen Zielsetzungen erklärbar: die Zerstörung der kulturellen Werteordnung aller Nationalstaaten in Europa und die Errichtung einer antidemokratischen theokratischen Staatsform (EUdSSR bzw. Scharia).

Im sechsten Teil dienen die funktionalen, ethischen und politischen Analysen als Basis für die Entwicklung einer kulturpolitischen Gegenstrategie, die notwendige politische Souveränität westlicher Demokratie durch die Formulierung einer eindeutigen nationalen Leitkultur zu gewährleisten.

In allen Aufsätzen wird der Schlüsselbegriff der Freiheit eine theoretische Klammer bilden: als Kriterium von automatisierten, unfreien Verhalten, das in eine offene Gesellschaft induziert werden soll; als Argumentationsbasis, westliche Moralvorstellungen aus vorgeblichen Notwendigkeiten in das Gegenteil zu verkehren, und schließlich als grundlegendes positives Kriterium, eine kulturelle Leitkultur zu begründen.

Einführung: beispielhafte Programmierung Deutschlands

Die Frage, wie weit (religiöse) Gefühle ein gültiger Maßstab sein können, das Verhalten anderer Menschen zu bestimmen, wird anfangs des 3. Jahrtausends immer drängender. Der Zeitpunkt rückt näher, zu dem Atomwaffen auf Israel und westlichen Großstädten gerichtet sein werden, weil das die (religiösen) Gefühle einer bestimmten Strömung in der Welt als notwendig erachten. Aufgrund dieser Bedrohungssituation liegt es nahe, dass westliche Staaten schwach werden, und sich mit dem Argument erpressen lassen, die Gefühle von großen Gruppen auf der Welt dürften nicht verletzt werden. Das wichtigste Mittel auf dem Weg in diesen Abgrund der Unvernunft und des Hasses ist das Instrument des globalen partikulären Terrors, der fortwährend an die Aussage geknüpft wird, der Terror könne verhindert werden, wenn der Westen es nur unterlässt, die Gefühle anderer Menschen zu verletzen. Jene Verletzungen werden regelmäßig „Provokationen“ genannt. Wie weit diese strategische Medienwirkung schon in westliche Gesellschaften gedrungen ist, zeigt eine aktuelle Äußerung der Justizministerin in Deutschland in der Passauer Neuen Presse bezüglich der öffentlichen Darstellung von Mohammed-Karikaturen durch PRO Deutschland bzw. Pro NRW, Zitat:

"Diejenigen, die den Glauben anderer derart herabwürdigen, provozieren unter Berufung auf die Meinungsfreiheit ganz bewusst",

und weiter,

"Wir müssen respektvoll miteinander umgehen, damit wir weiter friedlich und in Freiheit miteinander leben können. Dazu gehört, dass sich die breite Mehrheit der Gesellschaft entschieden gegen die wenigen Provokateure stellt."

Was da eine deutsche Ministerin für Justiz (!) öffentlich fordert, ist beispielhaft für die Programmierung westlicher Politik durch den islamisch orientierten Kulturkreis: Die Ministerin fordert die Mehrheit der Menschen in Deutschland auf, sich gegen deutsche Bürger zu stellen, die ihre Grundrechte ausüben, nämlich eine andere Meinung zu haben als andere Menschen auf der Welt. Ihr Argument, die „Würde eines Glaubens“ würde „erniedrigt“ ist dabei völlig substanzlos (s.a. Abschnitt A in diesem Dokument). Denn ein „Glauben“ kann nur erniedrigt werden, indem man den Glauben infrage stellt. Zu fordern, dass man einen „Glauben“ glauben sollen muss, weil er sonst „erniedrigt“ wird, ist mit der Forderung auf eine Stufe zu stellen, die Vernunft als oberste Maxime des Denkens durch Aberglaube und Irrationalität zu ersetzen. Eine Juristin sollte dieses logische Rüstzeug besitzen, wenn sie sich als Ministerin der Justiz derartig exponiert.

Diese politisch verantwortungslose öffentliche Äußerung der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), in der sie die Freiheit des Denkens in Deutschland durch den gezielten Aufbau von Druck auf der Straße zu verhindern empfiehlt, steht exemplarisch am Anfang dieser Analyse, um die massive politische Wirkung islamischer Kommunikations-Strategien auf eine bestimmte politische Klasse im Westen zu verdeutlichen.

I. Kommunikations-Analyse: „Provokationen“.

Die Frage, ob eine Medienwirkung objektiv gegeben ist oder nicht, lässt sich nur in Ausnahmefällen eindeutig beantworten. Wer beispielsweise 100 Bettel-Briefe an 100 Empfänger verschickt, und 97 Briefe kommen an, der kann sagen, seine Medienwirkung betrage mengenmäßig 97%. Dieser quantitativen Medienwirkung steht eine qualitative Fragestellung zur

Seite. Nämlich beispielsweise, wie viele Empfänger den Brief gelesen haben? Haben dies 60 von 100, dann beläuft sich die qualitative Medienwirkung auf 60% der Empfänger. Misst man weiter, wie viele Leser der Aufforderung zur Spende nachgekommen sind, und findet 1 Spender auf 100 Leser, dann schrumpft die qualitative Medienwirkung auf 1%. Aber auch dieser Wert muss in ein qualitatives und quantitatives Verhältnis gesetzt werden: Denn wenn z.B. 1% von 1 Millionen Angeschriebene nur jeweils 10 Euro spenden, kämen 100.000 Euro zusammen, was als qualitative Medienwirkung im Verhältnis zu den Kosten der Briefsendungen einen großen Gewinn darstellen kann.

Es sollte aus diesem Beispiel klar werden, dass sich die allergrößten theoretischen wie praktischen Schwierigkeiten ergeben, die Qualität einer Wirkung von Kommunikation objektiv messen zu wollen. Diese Schwierigkeiten, eine Medienwirkung qualitativ und quantitativ feststellen zu können, gelten universell – sei es aus der Perspektive der Sender als auch aus der Perspektive der Empfänger. Es liegt einfach in der Natur der Sache, dass das, was gemeint wurde und das, was interpretiert wird, schwierig zur Übereinstimmung gebracht werden können. Und selbst die Frage, wie weit man auf diesem Weg der Verständigung schon gekommen ist, bedarf neuer Kommunikation, die wiederum meinungs- und interpretationsbedürftig ist.

Unerträgliche Medienwirkungen

Völlig anders verhält es sich in dem Falle, dass eine Person oder Gruppe kommuniziert, eine Botschaft sei nicht nur zur Kenntnis genommen worden, sie sei darüber hinaus in der Qualität so stark gewesen, dass man die Wirkung der kommunizierten Botschaft nicht mehr zum Ertragen bereit oder fähig sei.

In diesem speziellen Falle ist die Qualität der Kommunikation als Wirkung nicht mehr zu steigern: Was unerträglich schmerzt, muss zwangsläufig eine intensive Wirkung ausüben. Würde ein Kommunikationspartner mitteilen, dass die auf ihn eingewirkte Kommunikation unerträglich intensiv sei, dann könnten wir in diesem Falle sicher sein, dass die Wirkung der Kommunikation in diesem Falle eine maximale Qualität darstellt. Daher eignen sich Provokationen als ein spezieller Sonderfall von Kommunikations-Wirkung in besonders guter Weise dazu, aus der Sicht von Kommunikation untersucht zu werden. Denn, die so schwierig zu messende Wirkung von Kommunikation muss nicht mehr aufwendig gefunden werden - der Empfänger reklamiert lauthals, dass die Medienwirkung unerträglich stark sei!

Diesen vorliegenden Behauptungen, westliche Medienwirkungen würden im muslimischen Kulturkreis eine unerträgliche Qualität erzeugen, muss jedoch nicht nur mit größter Vorsicht begegnet, sondern im Weiteren ausdrücklich argumentativ widersprochen werden. Die Notwendigkeit des Widerspruchs ergibt sich aus der Analyse des Vorwurfs der Provokation (als angebliche Folge verletzter Würde), die nachfolgend in mehreren Punkten dargelegt werden wird.

a) Herabwürdigung? Der Kern des Vorwurfs der Provokation findet sich in der qualifizierenden Begründung, „religiöse Gefühle“ würden verletzt, weil der „Glaube“ in seiner „Würde“ verletzt werden würde. Untersucht man diesen Vorwurf, muss man zur Kenntnis nehmen, dass eine Herabwürdigung des islamischen Glaubens nicht so einfach erreicht werden kann. Denn der Wert der islamischen Würde resultiert – verkürzt gesagt – aus dem Unwert, den man der nichtgläubigen Welt zuschreibt [1]. Wenn jedoch der Eigenwert das Ergebnis einer grundsätzlichen und systematischen Abwertung aller Nichtgläubigen ist, dann ist auch die Würde des Islams jenen Umständen geschuldet. Wenn aber die Würde des Islams durch negative Fremdwertzuschreibung zustande kommt, indem alle Nichtgläubigen regelmäßig entwertet wurden, kann dieselbe Bewertungsqualität, die man selbst bewirkte, anderen nicht zum Vorwurf gemacht werden – wer

die Entwertung anderer zur ethischen Maxime erklärt, muss sich selbst diesem Prinzip unterwerfen, muss sich selbst entwerten lassen!

b) Aufwertende Abwertung. Aus dem ersten Punkt resultiert, ein Eigenwert, der auf Entwertung anderer basiert, könnte lediglich durch die Aufwertung (!) der zuvor Entwerteten, entwertet werden.

c) Medien(un)wirkung Nichtgläubiger. Der zuvor schon akzentuierte Umstand, dass Nichtgläubige zu unwerten Individuen definiert wurden, führt weiterhin zu dem sehr interessanten Umstand, dass eine Wirkung von Ungläubigen auf Gläubige nicht ausgeübt werden kann. Denn dass, was ein Ungläubiger äußert, kann auf einen Gläubigen keinen Wert ausüben, denn weil dem Ungläubigen selbst keinen Wert beigemessen wird, kann auch seine Kommunikation keinen Wert haben. Dies bedeutet, eine Medienwirkung von Ungläubigen kann im Islam nicht stattfinden. Eine Herabwürdigung von Gläubigen durch Ungläubige kann daher logisch nicht stattfinden.

d) Konstruktion einer Lüge: Aus den genannten Gründen (Herabwürdigung und/oder Medienwirkung von Ungläubigen ist unmöglich), kann die Aussage des islamisch orientierten Kulturkreis, Ungläubige würden durch Medienwirkungs-Provokationen die Würde religiöser Gefühle verletzen, grundsätzlich nicht richtig sein. Da die logisch widersprüchliche Aussage aber dennoch fortgesetzt kommuniziert wird, kann es sich nur um eine strategische Lüge handeln, um die Kommunikation einer Unwahrheit als Wahrheit, um ein bestimmtes Kommunikationsziel zu realisieren.

e) Lüge als neue Medienwirkung: Die fortgesetzte Mitteilung einer Unwahrheit als Wahrheit muss einen Sinn haben. Im vorliegenden Falle dient das Lügen aus dem islamisch orientierten Kulturkreis offensichtlich dazu, die westliche Welt zu bestimmten Verhaltensweisen zu bewegen – die Lüge ist Mittel zum Zweck, das Verhalten Dritter zu beeinflussen: islamische Kommunikation soll westliche Kommunikation (Kultur) bekämpfen, bis diese in ihrer Wirkung zerstört ist.

f) Unterwerfung unter eine fremde Medienwirkung: Das Ziel der Verbreitung der Unwahrheit ist es daher, dass sich die westliche Welt der Medienwirkung des Islams unterwirft, und bestimmte Verhaltensweisen nicht mehr zeigt, d.h. die kommunikative Medienwirkung der westlichen Welt soll eingeschränkt werden, während gleichzeitig die Medienwirkung des moslemisch geprägten Kulturkreises zunehmen soll. Eine quantitative Einschränkung von Kommunikation, während gleichzeitig nur noch die Qualität/Inhalte des Islams Geltung beanspruchen sollen dürfen, läuft jedoch darauf hinaus, dass die Kommunikation des Westens in die Richtung des Islam gänzlich eingestellt werden soll. Das Prinzip der grundsätzlichen Abwertung aller nichtislamischen Werte bestimmt daher logisch richtig, dass nichtislamische Kommunikation keinen Wert haben darf – sie muss folglich gänzlich unterdrückt, verboten, in ihrer Medienwirkung aufgehoben werden.

g) Konterstrategie: Ein mögliches Gegenargument, dass der Islam auf die Kommunikation von Unwerten mit Ignoranz reagieren könnte, da diese Kommunikation keinen Wert besitzt, kann keine Geltung beanspruchen. Denn der Wert des Islams bemisst sich gerade in der öffentlichen Dominanz der eigenen Kultur. Die Tatsache des öffentlichen Berichtens, dass andere, nichtislamische Kulturen existieren und anders sind, ist schon ein Infragestellen des Eigenwertes und entwertet somit die eigene Würde, nur exklusiv einen Wert haben zu dürfen. Kurz: für die Würde des Islams ist die Existenz jeder anderen Kultur eine Herabwürdigung, eine Beleidigung, eine Provokation.

Zwischenfazit: völlige Kontrolle der Medienwirkung

Da, wie ausgeführt wurde, der freie Westen qualitativ kontrolliert werden soll, welche Inhalte er kommunizieren darf oder auch nicht, geht es letztendlich darum, dem Westen nur noch die Äußerungen zu gestatten, die keinem noch so unbedeutenden Glaubens-Aspekt des Islams widersprechen. Dieses Ziel ist daher mit der völligen Abschaltung von Kommunikation gleichzusetzen. Letztlich geht es deshalb durch die unwahre Behauptung einer negativen Medienwirkung auf den Islam nur darum, den Westen völlig der Wirkung der westlichen Gedanken zu berauben: der Islam soll gedanklich nicht mehr in Frage gestellt werden dürfen. Das Werkzeug zu diesem Ziel, die westliche Kultur „zum Schweigen“ zu bringen, ist der universelle Vorwurf der „Provokation(en)“.

Auf der Basis der neuen Erkenntnisse hat sich die Fragestellung grundsätzlich gewandelt. Da wir nun erkannt haben, dass der Vorwurf der Provokation eine strategische Falschaussage darstellt, um den Westen zu bewegen, seine Kommunikation in Richtung Islam zu stoppen, ist klar geworden, dass der Vorwurf der „Provokation“ entgegen der allgemeinen Auffassung nicht dem Schutz einer verletzten Gruppe Gläubiger dienen soll. Vielmehr stellt der Vorwurf der Provokation offensichtlich ein Kommunikations-Werkzeug darstellt, mit dessen Hilfe ein genau zuvor bestimmtes Ergebnis auf Abruf erzielt werden soll.

Im Weiteren wird daher untersucht werden müssen, in welcher Art und Weise der islamisch orientierte Kulturkreis den Vorwurf der Provokation als Werkzeug handhabt, den Westen dazu zu „nötigen“, sozusagen die westliche Medienwirkung nicht mehr in Richtung Mekka auszurichten zu dürfen: Das millionenfache aggressive „Was-guckst-Du-ich-haue-Dir-auf-die-Fresse?!“ des urbanen Mikroterrorismus auf Europas Straßen transformiert auf globaler Kommunikationsebene zum alltäglichen „Was-veröffentlicht-Ihr-wir-sprengen-Euch-in-die-Luft?!“-Terrorismus.

(Fortsetzung in Teil 2)

[1] G. Andreas Kämmerer: „Der Wert unserer Werte“ (in Vorbereitung).

G. Andreas Kämmerer---

<http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=414>

Die moralische Schlagkraft des Islam.

Provozierte Provokateure - Teil 4

IV. Außenpolitische und innenpolitische Opfer-Strategien

Die Handlungsweisen in den verschiedenen Sphären, die außen- wie innenpolitische, haben eine übergeordnete Ursache, der allen Beteiligten bekannt ist: der islamische Glauben, der für eine Gewissheit gehalten wird. Notwendig ist daher aus islamischer Sicht, die islamische Kultur als das Verhalten nach korankonformen Regeln bestimmen und in allen gesellschaftlichen und politischen Bereich durchsetzen zu müssen.

Da dieser kulturelle Machtanspruch global formuliert ist, und die Welt in das Haus des Friedens (die Scharia herrscht) und in die Welt des Krieges (die Scharia muss erkämpft werden) zweiteilt, sind die Handlungszwänge des Islams in Bezug auf Israel und die Palästinenser beispielsweise

andere als in den Fragen, Parallelgesellschaften in Europa zu konstruieren und als Brückenpfeiler der koranischen Rechtsordnung, die Schritt für Schritt eingeführt und durchgesetzt werden soll, zu installieren: Je nach politischer Perspektive muss der Kampf durch Kommunikation an das jeweilige Schlachtfeld angepasst werden.

Die analysierten Argumente des globalen islamischen Kulturkampfes lassen sich alle auf einen wesentlichen Punkt zusammenfassen: Der muslimische Kulturkreis ist schwach und der Westen stark. Das bedeutet, der Schwächere kann nur das Opfer des Stärkeren sein/werden. Daraus ergibt sich aus westlicher Sicht eine universelle Schwäche im Orient, die sich darin zeigt, angesichts einer finanziellen und kulturellen prekären Lage zu sehr und zu intensiv im Gottesglauben Halt und Sinn in der Existenz zu finden. Man kann daher das Mitleid eines großen Anteils des westlichen politischen Spektrums gegenüber dem islamischen Kulturkreis auf den Punkt zusammenfassen, dort müsse fundamentale Religiosität als Ersatz für kulturellen und wirtschaftlichen Reichtum gelebt werden.

In dieser Argumentation verbindet sich das linksideologisch fundierte schlechte Gewissen reicher westlicher Staaten und Intellektuellen (folgt in Teil 5) über ihren eigenen (teilweise unverdienten) Wohlstand mit dem Bedürfnis, eine Erklärung für den radikalisierten Glauben zu finden. Weil der säkularisierte Westen kein Konzept mehr verfolgt, das Sein durch Glauben zu begründen, kann nur dieser naheliegende Fehlschluss begangen werden, kulturelle und wirtschaftliche Benachteiligung sei die Ursache dafür, im Islam den als göttlich empfundenen Regeln bis in den Tod gehorchen zu wollen.

Dem Westen fehlt es daher an dem Sensorium, dass der Glaube bis in den Tod nicht die Ursache in einem leeren Bücherregal oder leeren Kassen findet. Der Gläubige, den sein Glaube bis in den Tod führt, will aber den Nichtgläubigen schlichtweg vernichten, weil der Nichtgläubige (auf westliche Maßstäbe übertragen) fortgesetzt Wohlstand und Reichtum zerstört. Der Nichtgläubige entwertet den Reichtum des Glaubens und muss daher physikalisch entwertet oder zur Unterwerfung gezwungen werden. Denn dem fundamentalen Glauben fehlt schlichtweg das Instrumentarium für diskursive Argumentation. Aus dieser westlichen Perspektive sind die provozierten Muslime passive Opfer in mehrfacher Hinsicht.

Strategische Diskriminierungs-Kommunikation

Aus der analysierten Perspektive ergibt sich eine grundsätzliche Kommunikations-Strategie, die den extrem reagierenden muslimischen Kulturkreis in mehrfacher Hinsicht als „Zielscheibe“ mangelnden „Respekts“, als Opfer von Provokationen darstellt. Dabei lassen sich zumindest 6 verschiedene Kommunikations-Ziele differenzieren.

Der muslimische Kulturkreis ist/wird:

1. wirtschaftlich benachteiligt durch den Westen;
2. kulturell unterentwickelt, weil wirtschaftlich benachteiligt;
3. in den religiösen Dogmatismus gezwungen, wg. der Punkte 1 und 2;
4. dem eigenen Glaubens-Wert beraubt und somit zusätzlich zu den Punkten 1-3 gedemütigt vom reichen Westen, weil dieser zusätzlich noch dieses letzte Glückskapital in Frage stellen will;
5. wegen den Punkten 1 - 4 zu den Amokläufen durch Provokationen gezwungen, und somit zum

5. Mal missbraucht;

6. letztlich im Recht befindlich, dem Westen für alle Punkte und Konsequenzen die Schuld zuweisen zu dürfen.

Interessanterweise folgen die innenpolitischen Erklärungsmuster für islamische Parallelgesellschaften in allen europäischen Staaten und insbesondere in Deutschland demselben strukturellen Muster, um mangelnde Integrationsleistungen "„entschuldigend“" der Aufnahmegesellschaft als Folge von Diskriminierung zu überantworten. Die entsprechenden innenpolitischen Kommunikations-Typen lauten analog zu den internationalen: Muslimische Einwanderer werden:

1. sozial benachteiligt, diskriminiert, ausgegrenzt;

2. kulturell, bildungsmäßig diskriminiert, weil sozial ausgegrenzt;

3. in den religiösen Trost (islamischen Dogmatismus/Extremismus) gezwungen, weil kulturell und sozial diskriminiert;

4. durch die deutsche Kultur täglich zusätzlich diskriminiert, gedemütigt, weil islamischen Vorschriften verletzt werden;

5. den mehrfachen provokanten Demütigungen in Deutschland können nicht entflohen werden, weil das soziale Netz bindet;

6. Daher: die massive muslimische Gewalt auf den Straßen gegen Ungläubige in Deutschland/Europa ist eine hilflose, aber notwendige Reaktion auf wirtschaftliche und kulturelle Mehrfachdiskriminierungen, denen man nicht entfliehen kann, und ist daher gerechtfertigt.

Strategischer Opportunismus

Bei diesen skizzierten Kommunikations-Strategien, die wahren Gründe zu verbergen, spielen nicht das unzweifelhafte Ziel (globale Scharia), sondern vielmehr die Möglichkeiten eine entscheidende Rolle. Das bedeutet konkret, die aktuell zur Verfügung stehende Macht bestimmt die Wahl der Mittel im Kampf gegen die Ungläubigen. Während gegenüber Israel offene militärische Gewalt eingesetzt wird, ist die Macht in Europa noch so begrenzt, dass in erste Linie die Schwächen des Gegners ausgenutzt werden müssen.

Eine Ausnutzung der Schwächen kann nur bedeuten, die Schwächen zu bestärken, und so die Schwäche noch schwächer werden zu lassen, während die Macht über den Einwanderungs- und Geburtdruck Jahr für Jahr langsam ansteigt.

Die Schwächen im Westen sind auf den Punkt gebracht: Werte- und Kulturrelativismus, die eine schwache und von Schuld geprägte nationale Identität zur Folge haben. Diese kulturelle Identitätsschwäche hat im zweiten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends eine Größenordnung erreicht, dass von politischer Seite nationale Suizide geplant und vorbereitet werden: In einer gemeinsamen Aktion kollektiven Selbstmordes sollen sich alle europäischen Staaten als Nationen in den Tod stürzen und in einem „vereinigen“ Europa ein neues Paradies finden.

Der analysierte „Beleidigungsmechanismus“ baut innen- wie außenpolitisch auf einer einfachen Kausalität auf: WEIL wir benachteiligt wurden, MÜSSEN wir in den Aberglauben flüchten, und

wenn man uns diesen Aberglauben nehmen will durch mangelhaften Respekt, werden wir zum 2. Mal diskriminiert. Und wer so oft zum Opfer wurde, muss, wenn er nicht flüchten kann, mit den Rücken an der Wand stehend, hilflos um sich schlagen (Gewalt, Terror). In zumindest zweifacher Hinsicht werden durch diese gedanklichen Motive eine ursächliche Verantwortung, eine kausale Verursachung, eine Begründung des eigenen Tun oder Unterlassens auf die späteren Angriffsziele umgelenkt.

V. Die moralische Atomschlagkraft der Muslime

Aus jener moralischen Doppelschlagkraft folgt die Notwendigkeit, handeln zu müssen! Die Schuld, die moralische Verantwortung für eigene brutale Gewaltexzesse liegt nun immer beim Geschädigten selbst, der den Angriff selbst verschuldet hat: Die einfache Logik dabei: Wer eine geladene Waffe auf sich selbst richtet und den Abzug durchdrückt, kann die Schuld für den erfolgten Schaden der Waffe geben.

Das Kunststück jener perversen Moraldemontage liegt darin, nicht nur die eigene Verantwortung und Schuld von sich auf Dritte zu weisen, sondern die Verschiebung der „Anstiftung“ zur Tat vielmehr dem Opfer selbst (!) zuzuschreiben.

Diese Implosion jeglicher Struktur praktischer Ethik hinterlässt ein gesetz- und moralfreies Vakuum - es ist ein alle ethische Maßstäbe vernichtender „Atomschlag“. In der Folge bedeutet dies, jedes Opfer von diesbezüglicher gottbefohlenen Gewalt bettelt selbst um eine gerechte Bestrafung. Das bedeutet logisch: aus negativer Moral wird positive Moral. Der Täter ist tugendhaft, ja ein Held. Und so wie es sich selbst bestätigende Prophezeiungen gibt, so gibt es in dieser moralischen Vernichtungsaktion eine sich automatisch selbst beweisende Ethik - –eine Moral-Tautologie, in der jede nutzbringende Handlung ethisch bewiesen werden kann: Utilitaristische Nützlichkeitsprinzipien werden somit mit einer theokratischen Ethik zu einem hedonistischen Dogmatismus zwangsverheiratet: Totschlagen darf Spaß machen, wenn es die eigene Religion beweist, indem das Opfer seine eigene Ermordung provoziert, ja geradezu erzwungen hat.

Das alles ist kein zivilisatorischer Sündenfall, als habe für Augenblicke die Gegenwart des 3. Jahrtausends einen Spalt für die Vergangenheit geöffnet, durch den die Barbarei eines 7. Jahrhunderts lugt. Vielmehr findet hier eine negative moralische Emergenz statt, eine neue moralische Negativ-Qualität erscheint aus dem Nichts; die gesetzlose Barbarei des Mächtigen, der die Schwächeren ohne Begründung vernichten kann, verbindet sich mit einer negativen Ethik, die die Barbarei zu einem göttlichen Prinzip überhöht: Die amoralische Barbarei verbindet sich mit einer barbarischen Moral zu einer alle abweichenden Gedanken vernichten wollenden totalitären Religion.

Politischer Automatismus?

Unterwirft sich der rationale Westen, unterwerfen sich die europäische und deutsche Politik dieser Strategie, sich zu beliebigen Verhalten programmieren zu lassen, dann wird die politische Unabhängigkeit aufgegeben. Es bedeutete die Unterwerfung unter einen Handlungsautomatismus, der von fremden, kulturfeindlichen Kräften gesteuert wird. Ein Automatismus, dem in Deutschland offensichtlich schon Innenminister auf Bundes- und Landesebene unterworfen zu sein scheinen, indem sie bereit sind, die Meinungsfreiheit, das Recht auf freie Gedanken, im öffentlichen Raum einschränken zu wollen, um keinen Anlass für Provokationen liefern zu können.

Es stellt sich für die eingangs zitierte Äußerung der deutschen Justizministerin die Frage, welche Motive sie getrieben haben mag, in der Umkehrung des Dargelegten, den offensichtlich provozierten „Provokateuren“ (die unsere deutsche Meinungsfreiheit symbolisch darstellend verteidigen mussten) die moralische Verantwortung und Schuld für die tödlichen Gewaltexzesse eines islamisch-religiös motivierten Mobs zu geben. Denn wer in jenem Kontext wie die Ministerin „Respekt“ gegenüber anderen Religionen einfordert, damit wir weiter friedlich und in Freiheit miteinander leben können“, fordert direkt eine Unterwerfung unter die Scharia, unter die islamische Werte- und Rechtsordnung.

Denn Respekt gegenüber dem Islam bedeutet immer die Anerkennung des Anspruchs, die Gottheit des Islams nicht mehr infrage stellen zu dürfen. Daher fordert Frau Leutheusser-Schnarrenberger indirekt die Installation eines rechtskräftigen Gottesstaaten-Status des Islams in Deutschland. Wer in Folge die Gottheit des Islams „beleidigt“ - wobei, wie wir erkennen konnten, eine Beleidigung von den Beleidigten strategisch so definiert wird, dass die Beleidigungen automatisch so lange eintritt, bis die Scharia herrscht - wandert dann in Deutschland in das Gefängnis, wenn er nicht, am Ende der negativen Entwicklung einer kulturellen Zivilisationsvernichtung in Zukunft auf offener Straße totgeschlagen, gelyncht wird, wie wir es in vielen anderen islamisch dominierten Ländern gegenüber Christen aktuell beobachten können (übrigens unter der weitgehenden Ausblendung der westlichen Öffentlichkeit als ein weiterer, programmierter Kniefall vor der islamisch bedingten Medienwirkung).

Vorläufiges Fazit

Die ersten Teile der vorliegenden Analyse haben eine bemerkenswerte Erleichterung in der Beurteilung der Problemlage ermöglicht. Wir sind nun in der vorteilhaften Lage, in der Verbindung der funktionalen und moralischen Analyse die bisher allgemein als vage empfundene Funktionalisierung des Westens durch den Islam präzise auf den Punkt beschreiben zu können: Der Westen wird funktionalisiert, indem die Freiheitsgrade für politische Entscheidungen moralisierend soweit eingeschränkt werden, dass nur noch ein automatisiertes Verhalten möglich ist, dass von den Provozierten erwünscht und vorprogrammiert wurde.

Voraussetzung für das Gelingen dieser islamischen Machtstrategie ist der vom Westen tief empfundene Widerspruch, trotz eines fehlenden kulturellen Selbstwertgefühls dennoch wirtschaftlich führend zu sein. Jene Schwäche des nationalen und religiösen Eigenwerts, der die Machtstrategie des Islams erst ermöglicht, finden seine Gründe in einem seit Jahrzehnten andauernden Werte- und Kulturverfall der westlich orientierten Zivilisation.

Im demnächst folgenden fünften Teil werden daher jene gesellschaftspolitischen Mechanismen beleuchtet, die die aktuelle Schwäche des Westens verursachen und zu einer Lähmung der Abwehrkräfte gegenüber den globalen Angriffen der islamisch orientierten Kulturkreise gegen die westliche Werteordnung führen.

(Fortsetzung demnächst im 5. Teil)

G. Andreas Kämmerer

<http://charismatismus.wordpress.com/2013/05/17/skandal-der-sitz-evangelischer-freikirchen-im-swr-rundfunkrat-geht-an-muslime/>

Skandal: Der Sitz evangelischer Freikirchen im SWR-Rundfunkrat geht an Muslime
Erfolglose Proteste von Kirchenleitungen und Gemeinden

Die evangelischen Freikirchen im Südwesten haben ihren Kampf um einen Sitz im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) verloren. Der neue SWR-Staatsvertrag, den die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vereinbarten, sieht vor, dass der bisher den Freikirchen zustehende Platz im Aufsichtsgremium künftig von einem Mitglied muslimischer Verbände eingenommen wird.

Die Landtage der beiden Bundesländer sollen den Vertrag noch vor der Sommerpause endgültig beschließen. Der bisherige Vertreter der Freikirchen im Rundfunkrat, Bernd Friedrich, repräsentierte etwa 550.000 Mitglieder der klassischen Freikirchen und von orthodoxen, altkatholischen, unabhängigen und neuapostolischen Gemeinden.

Nach seinen Angaben hatten sich mehr als 20 Kirchenleitungen und Gemeinden in Schreiben an den grünen Ministerpräsident Winfried Kretschmann für den Sitz der Freikirchen im Rundfunkrat des SWR eingesetzt.

Zahlreiche Gruppierungen haben zwei oder mehr Sitze, etwa Gewerkschafter, Naturschützer oder Bildungsverbände. Warum also die christlichen Freikirchen nicht einmal einen einzigen?

Quelle: <http://www.idea.de>

**Liebe Freunde!
Liebe Mitstreiter!**

Ich habe heute Strafanzeige gegen das widerliche Video von Carolin Kebekus "Dunk dem Herrn"

bei der Staatsanwaltschaft Köln gestellt.

Wir Katholiken dürfen uns nicht alles gefallen lassen ... bei Beleidigung und Verunglimpfung müssen wir reagieren!

Auch Satire hat Grenzen!!

Stellen Sie bitte auch einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft(StA) in Köln.

(Einen Textvorschlag finden Sie unten)

Wenn möglichst viele Anzeigen bei der StA eingehen, kann das nicht ohne Wirkung bleiben.

Schreiben Sie aber auch an die "Künstlerin" Kebekus und teilen Sie Ihre Meinung zu dem Video "Dunk dem Herrn" mit.

Vielleicht wirkt auch noch ein kleiner Hinweis, ihre "Kunstprodukte" in Zukunft meiden zu wollen.

Homepage: www.carolinkebekus.de

E-Mail: info@dirkvoeller.de (Agent-TV/Show/Filmanfragen)

E-Mail: info@agentur-boa.de (Bühne/Tour/Gastspielanfragen)

Staatsanwaltschaft Köln: 50939 Köln

Am Justizzentrum 13

Fax: 0221/477-4050

E-Mail: poststelle@sta-koeln.nrw.de

Danke für Ihre Unterstützung und freundliche Grüße

Initiative Nie Wieder!

Günter Annen

Textvorschlag:

**An die
Staatsanwaltschaft Köln
Am Justizzentrum 13
50939 Köln**

übermittelt per Fax: 0221 / 477-4050

07. Juni 2013

Betreff: Strafanzeige

Grüß Gott!

Wir erstatten Strafanzeige und stellen Strafantrag
gegen

1. Carolin Kebekus, Adresse unbekannt
2. Boris Rietfort, Moltkestr. 49 50674 Köln (Domäne-Inhaber)
3. Produzent und Verantwortlichen des Video „Dunk dem Herrn“

wegen

Verstoß gegen § 166 StGB, Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen und aus allen rechtlichen Gründen
und begründen dies wie folgt:

Auf der Internetseite www.carolinkebekus.de ist das Video „Dunk dem Herrn“ veröffentlicht.

In diesem Video geht es der „Satire-Künstlerin“ Carolin Kebekus nicht darum, Kritik an der katholischen Religion und seinen Kirchenvertretern in satirischer Art der Öffentlichkeit aufzuzeigen, sondern nur um zu beleidigen, zu beschimpfen und um den katholischen Glauben lächerlich zu machen.

Als bekennender Katholik bin ich durch dieses Video aufs Tiefste beleidigt. Es ist absolut respektlos gegen Andersdenkende, was da die Verantwortlichen von „Dunk dem Herrn“ produziert und veröffentlicht haben. Auch „Satire“ hat Grenzen!

Warum trauen sich die Produzenten dieses Videos nicht, in ähnlicher Weise den Propheten Mohammed zu beleidigen oder zu beschimpfen? Wahrscheinlich, weil berechtigte Angst vorhanden ist, es könne zu heftigsten Redaktionen kommen. Bei Beleidigungen gegen den katholischen Glauben und somit gegen alle Katholiken, wie o.g. Video in vielen Szenen anschaulich zeigt, fürchtet man scheinbar keine Konsequenz.

Oder will man die Katholiken durch solche widerlichen Videos zu Straftaten herausfordern ... letztendlich zu Straftaten nötigen?

Ich erwarte von der Staatsanwaltschaft Köln ein Beweissicherungsverfahren einzuleiten, das o.g. Video zu beschlagnahmen und weitere Veröffentlichungen zu untersagen.

Zudem gehe ich davon aus, daß Sie umgehend die Ermittlungen einleiten.

Nicht nur Beleidigungen und Verunglimpfungen gegen muslimische oder jüdische Religionsgemeinschaften, sondern auch solche gegen die katholische Glaubensgemeinschaft müssen geahndet werden.

Grüß Gott und freundliche Grüße

Initiative Nie Wieder!

- Klaus Günter Annen -

Es gibt eine große Diskussion zu dem Thema

<http://www.derwesten.de/kultur/fernsehen/warum-die-zensur-debatte-komikerin-carolin-kebekus-so-sehr-nuetzt-id8036480.html>

Von: Martin Weidhaas [mailto:martin.weidhaas@t-online.de]

Gesendet: Donnerstag, 18. Juli 2013 00:27

An:

Betreff: Bereicherer an der Schwulen- und Lesbenfront

Hallo Freunde,

unsere Bereicherer bewähren sich an allen Fronten:

- Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, fordert unermüdlich Teilhabe aller Türken an unseren Errungenschaften in Deutschland und Tolleranz für den den homophoben Islam;
- Seine Frau, Dilek Kolat, sorgt als Arbeitssenatorin erfolgreich für Vollbeschäftigung in Berlin, zumindest auf der CSD-Parade, auf dem die Schwulen und Lesben gern ihre nackten Tatsachen und ihre Fetische zeigen; stolz fuhr sie auf dem Show-Wagen der SPD mit und demonstrierte eindrucksvoll für Tolleranz gegenüber dem im Koran verbotenen Schwulen- und Lesbentum.

Es paßt halt doch alles irgendwie zusammen, Hauptsache Deutschland erstirbt am demografischen Faktor, egal wie!

Seid begrüßt

Martin Weidhaas

<http://www.berlin.de/sen/aif/presse/archiv/20130621.1350.386405.html>

<http://www.pi-news.net/2013/08/putin-westliche-fuhrer-sollten-sich-gegen-christenverfolgung-vereinigen/#more-348503>

Putin: Westliche Führer sollten sich gegen Christenverfolgung vereinigen
In der Washington Times ist zu lesen, dass Russlands Präsident Vladimir Putin einen längst überfälligen Vorstoß im Kampf gegen die weltweite brutale Christenverfolgung gemacht hat. Nachdem alle fünf Minuten ein Christ wegen seines Glaubens ermordet wird – jährlich über 100.000 - ist das Schweigen der Lämmer meisten Politiker hierzulande ohnehin ein geistig-moralisches Armutszeugnis. Aber angesichts der Tatsache, dass in der "Hitliste" der schlimmsten zehn christenverfolgenden Länder neun moslemische sind, unter den 50 schlimmsten 38 moslemische, erklärt sich das Wegschauen: Man will es sich nicht mit der Weltmacht Islam verscherzen, vor allen Dingen nicht mit dem Öl, Gas und Geld, das von den Arabern zu uns sprudelt.

(Von Michael Stürzenberger)

Putin aber scheint sich nicht wie Merkel korrumpieren zu lassen, die sich wohl über intensive Rüstungsgeschäfte mit der arabischen Welt, vor allen Dingen Katar, freut. Da sieht man doch gerne bei der Christenverfolgung weg, auch wenn dieses Land einer der schlimmsten Terrorunterstützer der Erde ist und unsere Todfeinde Al-Qaida, Taliban sowie Hamas mit Milliarden Dollar füttert, damit die ihr mörderisches Handwerk gegen "Ungläubige" verrichten können. Und da stört natürlich auch ein Bürgerbegehren gegen ein Europäisches Islamzentrum in München, das von diesem Unrechtsstaat finanziert werden soll. **Putin hingegen hat ein milliardenschweres Bestechungs Waffenkauf-Angebot aus Saudi-Arabien abgelehnt, das ihn wohl von der Unterstützung für Assad abbringen lassen sollte. Der Mann zeigt in dieser Hinsicht Standfestigkeit, Moral, Anstand und Charakter, denn wenn Assad fällt, ist der nächste grausame Islamterror-Staat mit Al-Qaida, Muslimbrüdern, Wahhabiten und Salafisten geboren, und dann sind hunderttausende Christen in Lebensgefahr.**

Die Washington Times berichtet:

Vladimir Putin sagte letzte Woche, er beobachte "mit Alarm", dass "in vielen Regionen der Welt, vor allem im Nahen Osten und in Nordafrika, die interkonfessionellen Spannungen zunehmen und die Rechte der religiösen Minderheiten verletzt werden, darunter von Christen und orthodoxen Christen. "

Der russische Präsident machte seine Bemerkungen bei einem Treffen mit den orthodoxen christlichen Führern in Moskau. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, Schritte zur Wahrung der Rechte der christlichen Menschen weltweit vorzunehmen und die Gewalt zu verhindern, die sie permanent in Dutzenden von Ländern rund um den Globus leiden.

Das Treffen fand mit den Staats-und Regierungschefs aller 15 orthodoxen Kirchen statt, um das 1.025-jährige Jubiläum der offiziellen Annahme des Christentums durch Fürst Wladimir im Jahre 988. Die orthodoxen Führer sprachen sich gegen das, was sie als wachsende säkulare Unterdrückung von christlichen Freiheiten in den westlichen Nationen wie die Großbritannien und Frankreich ansehen, wo die gleichgeschlechtliche Ehe soeben legalisiert wurde, und christliche Unternehmer mit Gefängnis bedroht und gezwungen wurden, Geldbußen für die Verweigerung der Teilnahme an homosexuellen Trauungen zu bezahlen. (..)

Im Iran wurden christliche Pastoren wie Saeed und Youcef Nadarkhani Abedini in den vergangenen zwei Jahren geschlagen und gefoltert sowie mit Hinrichtung bedroht. In einem kürzlichen Interview mit CBN berichtete der eritreische Folterüberlebende "Philip" grausame Geschichten von seinen eigenen Erfahrungen in Folterlagern der

Wüste Sinai. "In einigen Fällen wurden wir einfach gefoltert, weil wir Christen waren", sagte er. "Ich wurde drei Tage von der Decke gehängt, meine Hände wurden aufgeschnitten bis das Blut floss und das Fleisch begann sich buchstäblich von meinen Händen zu lösen."

Diese Geschichten sind nichts Neues. Entsetzliche Christenverfolgung sind weit verbreitet, seit Neubekehrte im Römischen Reich den Löwen zum Fraß vorgeworfen wurden. Es überrascht nur, dass solche Geschichten auch aus Russland kamen, und es ist nicht allzulange her, dass Atheismus die offizielle Doktrin der Sowjetunion und der zwanzigjährige Ivan Moiseyev in der Roten Armee zu Tode geschlagen wurde. Was hat sich seit damals geändert? Putin deutete es an als er sagte, die Kirche in Russland sei ein "moralischer Kompass" für viele, die Hilfe suchten. Dabei verwies er auf das letzte Jahrhundert des Elends und des Kampfes, den das russische Volk erduldet habe. Er würdigte auch die Rolle, die die Kirche in "Kultur und Bildung" gespielt hat und fügte hinzu: "Die Annahme des Christentums wurde zu einem Wendepunkt in dem Schicksal unseres Vaterlandes."

Es wäre schön, wenn auch Putin und die orthodoxen Priester in Russland das Kind endlich beim Namen nennen würden: Es sind der Kommunismus und der Islam, die für das Morden an Christen verantwortlich sind. Selbst wikipedia dokumentiert dies klar und deutlich (Hervorhebungen durch PI):

Laut Weltverfolgungsindex 2012 befinden sich unter den zehn Staaten, in denen Christen den größten Verfolgungen ausgesetzt sind, neun islamisch geprägte Länder (Afghanistan, Saudi-Arabien, Somalia, Iran, Malediven, Usbekistan, Jemen, Irak und Pakistan). Insgesamt befinden sich unter den fünfzig indexierten Staaten 38 islamische Länder. In Ländern wie Saudi-Arabien, Iran, Somalia, den Malediven, Jemen und Afghanistan ist der Islam Staatsreligion. Die Türkei, die sich als laizistischer Staat versteht, erkennt Christengemeinden nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts an und verbietet ihnen die Rechte einer Vereinigung (Besitz von Bankkonten oder Immobilien) und die Ausbildung von Priestern. Die vor allem orthodoxen und katholischen Christen in der Türkei leben mit regelmäßigen, auch körperlichen, Angriffen.

Aber wehe, man spricht dies öffentlich an und benennt diese christenmordenden Staaten, die den Islam als Staatsreligion haben und daher alle Andersgläubigen unterdrücken, verfolgen und vielfach töten als das, was sie sind: Beschissen. Dann droht eine Anzeige. Zu sehen hier in einem aktuellen Video aus München, aufgenommen am vergangenen Samstag auf dem Marienplatz in München:

Die Geisteskrankheit der politischen Korrektheit, die den Blick auf die Tatsachen zu vernebeln versucht, wird aus Deutschland hinausgefegt werden, und dann kann das Problem klar und deutlich benannt werden: Es hat 5 Buchstaben und heißt I-S-L-A-M:

Kamera: Spider Pig)

18. August 2013, 07:37 Uhr

Angriffe auf Kopten

Ägyptens Christen in Gefahr

Aus Kairo berichtet Ulrike Putz

Dutzende Kirchen und Gemeindehäuser sind in den vergangenen Tagen in Ägypten attackiert worden. Zeugen beschuldigen Islamisten, die Christen

angegriffen zu haben. Den Kopten stehen schwere Zeiten bevor. Sie suchen Schutz bei der Armee.

Die Kirche des Heiligen Georg ist eine der größten in Kairo: 2000 bis 3000 koptische Christen kommen an hohen Feiertagen hier zum Gottesdienst zusammen. Sie steht an einem der teuren Boulevards, der am westlichen Nilufer an Gärten und Parks entlangführt. Die reich verzierten Fenster des Gebäudes beleuchten den Innenraum bunt, wenn Sonne durch das Glas fällt.

Doch näher anschauen kann man sich Sankt Georg am Samstag nicht. An Tag vier der neuen Gewaltexzesse in Ägypten ist das Gotteshaus verriegelt. Vor ihm stehen fünf Panzer, worüber der Sicherheitsmann der Kirche froh ist. "Die Armee hat Erfahrung mit Terroristen. Jetzt, wo sie da ist, wird uns nichts mehr passieren", sagt Malek Fuad. Dass er sich auf den Schutz der Soldaten verlassen kann, hatte sich am Freitag gezeigt. "Wir hatten Warnungen erhalten, dass die Muslimbrüder unsere Kirche angreifen wollten. Wir haben die Armee alarmiert, zum Glück kam sie." Etwa 3000 Islamisten marschierten die Straße entlang der Kirche vorbei, viele von ihnen hätten Waffen dabeigehabt, sagt Fuad. Ein Offizier, der in den Kirchhof tritt - die Soldaten dürfen die Toiletten dort benutzen -, erzählt, dass es zu schweren Gefechten zwischen den Islamisten und den Sicherheitskräften kam. "Ich lag mit meinem Maschinengewehr auf dem Vordach der Kirche. Von dort aus habe ich geschossen und auch ein paar Männer getötet."

Ob Sankt Georg am Freitag das Ziel brandschatzender Islamisten werden sollte oder ihr Marsch nur zufällig am Gotteshaus vorbeiführte, ist unklar. Sicher ist, dass seit Mittwoch, seit die Kämpfe zwischen Staatsmacht und Anhängern der Muslimbrüder ausbrachen, Dutzende Kirchen und koptische Einrichtungen angegriffen wurden.

Für Sonntag haben Islamisten neue Protestmärsche in Kairo angekündigt. Die Übergangsregierung diskutiert über ein Verbot der islamistischen Muslimbruderschaft, aus deren Reihen der Anfang Juli vom Militär abgesetzte Präsident Mohammed Mursi stammt. Zugleich droht die Regierung, mit "eiserner Faust" gegen Terrorismus vorzugehen.

Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon verurteilte die wachsende Gewalt in Ägypten. In einer am Samstag in New York veröffentlichten Erklärung nannte Ban Angriffe auf Kirchen, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen inakzeptabel und rief die Konfliktparteien zu äußerster Zurückhaltung auf.

Christliche Websites berichten von 49 Attacken in den vergangenen Tagen. Es könnten auch mehr gewesen sein: Viele Christen leben in kleinen Dörfern und Städten in Oberägypten. Was dort passiert, entgeht einheimischen wie ausländischen Medien oft.

Unsicherheit statt Freiheit

Etwa zehn Prozent der 84 Millionen Ägypter sind Christen. Angriffe auf die Minderheit gibt es seit vielen Jahren. Doch seit die Revolutionäre den Diktator Husni Mubarak aus dem Amt jagten, haben sie zugenommen.

Der Umsturz hat für die Christen Unsicherheit statt Freiheit gebracht: Präsident Mohammed Mursi hatte zwar zugesagt, sie in seine Regierung einzubinden, doch erfüllte sein Versprechen nicht. Stattdessen nahmen unter den Muslimbrüdern die Attacken auf die Christen weiter zu: Im April wurde erstmals die Sankt Martins Kathedrale, der Sitz des koptischen Papstes, angegriffen. Die Sicherheitskräfte ließen die Randalierer gewähren und griffen erst nach einer Stunde ein.

Inzwischen sind die Islamisten entmachtet, doch für die Christen verbessert sich die Situation dadurch erst einmal nicht. Von den aufgebrachten Anhängern der Muslimbrüder geht neue Gefahr für die Gemeinden aus.

Zwar hat die Bruderschaft die Angriffe auf Kirchen inzwischen verurteilt und ihre Anhänger zur Zurückhaltung aufgefordert. Doch schwang in ihrer Stellungnahme der Vorwurf mit, die Christen hätten sich die Attacken selbst zuzuschreiben, weil sie sich mit der Mehrheit der Ägypter gegen die Muslimbrüder gestellt hätten. Ägyptens Kopten hätten dem Islam den Krieg erklärt, heißt es auf einer Facebook-Seite der Brüder. Daher dürften sich die Christen nicht über den Zorn der Islamisten wundern. "Auf jede Reaktion gibt es eine Gegenreaktion."

"Armee! Armee! Armee!"

Angesichts solcher Statements und ihrer Verwundbarkeit als Minderheit sehnen sich viele Christen inzwischen nach der Sicherheit eines Polizeistaats zurück. Dass die Armee vor nur wenigen Monaten noch erklärter Feind der Christen war, wird verdrängt. Im Oktober 2011 töteten Soldaten vor dem Maspero-Fernsehgebäude 28 Menschen, die dort gegen den Angriff auf eine Kirche in Oberägypten protestiert hatten.

Aktuell jedoch bietet die Armee den einzigen Schutz gegen radikalisierte Islamisten. Also hängen die Christen ihr Mäntelchen in den Wind: So hat die Gemeinde die 1300 Jahre seit der Eroberung Ägyptens durch die muslimischen Truppen überlebt.

"Armee! Armee! Armee!", lobte ein alter Herr die Soldaten vor Sankt Georg. "Die Sicherheitskräfte müssen die Terroristen ausmerzen", fordert Fuad vor seinem Kirchenwächterhäuschen. Angesichts der sehr konkreten Bedrohung hat er gerade wenig Verwendung für christliche Tugenden. "Vergebung, die andere Wange hinhalten: Das sind Sachen, die man sich leisten können muss", sagt er.

Der Armeeoffizier ist zurück: Ein neuer Marsch nähert sich der Moschee. Die Muslimbrüder hatten für Samstag zu neuen Aufmärschen aufgerufen. "Alle Mann in Stellung", ruft er seinen Männern zu. Die fangen an zu laufen. Der Offizier geht, um sein Maschinengewehr aufzubauen. "Ihr könnt gern mitkommen auf das Vordach", sagt er. "Dann zeige ich euch, wie ich ein paar von denen erschieße."

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-islamisten-greifen-christen-an-a-917165.html>

29. August 2013, 17:42 Uhr

Zeitungsbericht über Exekution

Kim Jong Uns Ex-Freundin soll hingerichtet worden sein

In Nordkorea soll die angebliche Ex-Geliebte von Diktator Kim Jong Un

exekutiert worden sein. Das meldet eine südkoreanische Zeitung. Die

Sängerin Hyon Song Wol soll unter anderem gegen die Pornografiegesetze des Landes verstoßen haben.

Seoul - Die südkoreanische Zeitung "Chosun Ilbo" meldet die Hinrichtung von Kim Jong Uns angeblicher Ex-Freundin. Hyon Song Wol sei in der vergangenen Woche von einem Erschießungskommando des kommunistischen Regimes exekutiert worden, berichtet das Blatt. "Chosun Ilbo" gehört zu den auflagenstärksten Zeitungen Südkoreas und gilt als konservativ. Eine unabhängige Bestätigung für die Hinrichtung im abgeschotteten Nordkorea gibt es nicht.

Die südkoreanische Zeitung beruft sich unter anderem auf nicht genannte chinesische Quellen. Demnach wurde die Sängerin Hyon Song Wol am 17. August verhaftet, weil sie gegen die Pornografiegesetze des Landes verstoßen habe. Die öffentliche Exekution von ihr und einem Dutzend weiterer in Nordkorea bekannter Künstler soll drei Tage später stattgefunden haben.

Hyon Song Wol und die anderen Künstler "wurden mit Maschinengewehren vor den Augen ihrer Familien exekutiert", berichtet die Zeitung unter Berufung auf eine anonyme Quelle. Die Sängerin gehörte zum für Propaganda-Songs bekannten Pochonbo Electronic Ensemble. Die anderen Opfer der Hinrichtung seien Mitglieder des Unhasu-Orchesters sowie Sänger, Musiker und Tänzer der Wangjaesan Light Music Band gewesen, heißt es.

Die Beschuldigten sollen sich selbst beim Sex gefilmt und die Videos anschließend verkauft haben, auch nach China. Zudem hätten einige der Hingerichteten Bibeln in ihrem Besitz gehabt und seien als politische Dissidenten betrachtet worden.

Allein der Besitz einer Bibel wird in Nordkorea mit der Todesstrafe oder Arbeitslager für die gesamte Familie bestraft. Christen werden von dem Regime weltweit am stärksten verfolgt. Das geht aus dem Weltverfolgungsindex 2013 hervor, den das christliche Hilfswerk Open Doors im Januar veröffentlichte.

Kim Jong Un habe die Sängerin vor gut zehn Jahren kennengelernt, berichtet "Chosun Ilbo". Später habe Hyon Song Wol einen Soldaten geheiratet, doch es hätten sich hartnäckig Gerüchte über eine Affäre mit dem jetzigen Diktator gehalten.

wit

URL:

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nordkorea-kim-jong-uns-ex-freundin-soll-hingerichtet-worden-sein-a-919310.html>

Syrische Rebellen zwingen Christen zum Islam

http://www.krone.at/Welt/Syrische_Rebellen_zwingen_Christen_zum_Islam-Laut_Bericht-Story-375097

Syrische Rebellen sollen am Wochenende die Truppen des Machthabers Bashar al- Assad aus der historischen christlichen Enklave Maaloula vertrieben haben. Die Einwohner soll diese "Befreiung" allerdings zu Tode ängstigen: Einige seien ermordet, andere mit vorgehaltener Waffe

gezwungen worden, zum Islam zu konvertieren, heißt es in einem aktuellen Bericht.

Zu den Rebellen in Maaloula gehören laut Augenzeugenberichten Kämpfer mit Beziehungen zur Terrororganisation Al- Kaida. Diese mischt schon länger im unübersichtlichen Syrien- Konflikt mit - ein Grund, warum die Weltgemeinschaft Angst hat, gegen Assad vorzugehen. Die Al- Kaida könnte das Machtvakuum nach Assads Absetzung nützen, um Teile des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen, so die Befürchtungen.

Mordvorwürfe gegen Rebellen

Die neue Meldung der "Daily Mail" könnte diese Einschätzung verstärken. Die Rebellen hätten nach dem Einmarsch in Maaloula "Gott ist groß" geschrien und christliche Häuser sowie Kirchen angegriffen, berichtet darin ein Einwohner. "Sie haben Leute angeschossen und getötet. Ich habe Schüsse gehört und dann drei Körper in der Mitte der Straße der alten Viertel des Dorfes liegen sehen. Wo ist Präsident Obama, um zu sehen, was uns zugestoßen ist?"

Zum Islam gezwungen?

Ein anderer Einwohner berichtete, er habe Zwangskonvertierungen beobachtet: "Ich habe gesehen, wie die Kämpfer fünf Dorfbewohner gepackt und bedroht haben und sagten: 'Entweder konvertierst du zum Islam oder du wirst geköpft.'" Andere Bürger berichten von Brandanschlägen und Raubüberfälle auf Kirchen.

Maaloula im Westen Syriens ist einer der letzten Orte weltweit, in dem Aramäisch gesprochen wird - jene Sprache, mit der sich schon Jesus mit seinen Jüngern unterhielt. Im syrischen Bürgerkrieg ist sie wegen ihrer Nähe zur Hauptstadt von strategischer Bedeutung.

08. September 2013, 07:54 Uhr

Misshandlungsverdacht bei Urchristen

"Die leben mit ihren Kindern in einer eigenen Welt"

Aus Deiningen berichtet Anna Kistner

Wurden Kinder auf Gut Klosterzimmern jahrelang systematisch verprügelt? Heimlich gedrehte Videoaufnahmen lassen daran kaum mehr Zweifel. Die Urchristen der "Zwölf Stämme" streiten die Vorwürfe nicht ab. Besuch in einer Parallelwelt im Nördlinger Ries.

Schaukeln und Eimer liegen im Sandkasten verstreut. Zwei leere Schaukeln baumeln im Wind. Ein Volleyballnetzes haben die Anhänger der urchristlichen Gemeinschaft "Zwölf Stämme" mit einem rot beschrifteten Leintuch verhängt. "Yom Kippur ohne Kinder" steht darauf. Die Szenerie, vor der sich Annette Schüle, 49, und ihr Mann Klaus, 53, aufgestellt haben, soll zeigen, dass hier Unrecht geschehen ist. Ein "Überfallkommando" habe ihre Kinder am Donnerstag mitgenommen, sagt Klaus Schüle. In den frühen Morgenstunden seien Jugendamtsmitarbeiter und Polizisten auf das Gut Klosterzimmern im westbayerischen Deiningen gekommen. Polizisten in Schutzwesten, mit Pistolen und Kampfstiefel hätten die Familien im Wohnzimmer zusammengetrieben. "Der Leiter des Jugendamtes las vor, dass uns das

Sorgerecht entzogen wurde", sagt Schüle. Dann seien die Mitarbeiter des Amtes langsam auf die Kinder zugegangen. "Unser 13-Jähriger zitterte vor Angst", sagt die Mutter mit Tränen in den Augen. Was die radikalen Christen als Überfall beschreiben, heißt im Behördendeutsch **Inobhutnahme nach vorläufigem Sorgerechtsentzug**. Eine gut begründete Inobhutnahme, wie die Behörden meinen. Es gebe "glaubwürdige, konkrete und verwertbare Informationen" darüber, dass das "körperliche und seelische Wohl der Kinder nachhaltig gefährdet sein könnte".

Hinweise auf erhebliche und dauerhafte Kindesmisshandlung

Das Landratsamt Donau-Ries erklärte, man habe "neuerliche Hinweise auf erhebliche und dauerhafte Kindesmisshandlung" in der Urchristen-Gemeinde erhalten. Auch am zweiten bayerischen Standort der "Zwölf Stämme" nahe Ansbach holten die Behörden zwölf Kinder aus der sektenähnlichen Gemeinschaft. Die "Zwölf Stämme" streiten sich seit mehr als einem Jahrzehnt mit den Behörden. Zunächst ging es dabei um die Schulpflicht, weil die Urchristen ihre Kinder aus Angst vor Sexualkunde und Evolutionslehre von der Schule fernhielten. Vor rund einem Jahr kamen Vorwürfe auf, Kinder würden in der Gemeinschaft systematisch geschlagen, Züchtigung als normales Erziehungsmittel angesehen. Im August stellte die Staatsanwaltschaft Augsburg ihre Ermittlungen jedoch aus Mangel an Beweisen ein.

Nun lieferte offenbar ein Journalist neues, brisantes Material. Wolfram Kuhnigk, der sich bei den "Zwölf Stämmen" als vollbärtiger Sinnsucher vorstellte, lebte mit Unterbrechungen knapp zwei Wochen auf Gut Klosterzimmern. Was die Urchristen im Nördlinger Ries nicht ahnten: In mehreren sogenannten "Bestrafungsräumen" (Kuhnigk) im Keller des Guts installierte der verdeckte Reporter Kameras und Mikrofone.

Mehr als 50 "gespenstische" Prügelszenen gefilmt

Eine Szene aus dem so entstandenen Material zeigt, was ein kleiner Junge dort erdulden musste: In einem schlecht beleuchteten Raum beugt sich das Kind mit heruntergelassener Hose noch vorne. Eine Frau schlägt mit einer Rute mehrmals hart auf den Po des Kindes. Ein weiterer Junge steht daneben. Die Schläge sind gut zu hören, sonst allerdings kein Ton: weder Weinen, noch Schreien.

Mehr als 50 solcher Sequenzen habe er gesammelt, sagt Reporter Kuhnigk SPIEGEL ONLINE. Die Szenen seien "gespenstisch" sagt ein Redaktionsmitglied der Sendung RTL extra, in der der ganze Beitrag am Montag um 22.45 Uhr zu sehen sein soll. **Die Züchtigungen liefen so ruhig und routiniert ab, als seien die Kinder daran gewöhnt.**

Kuhnigk erklärt, im Jargon der "Zwölf Stämme" würden die Kinder durch die Schläge "gereinigt" und "vom Teufel befreit". Schläge würden ständig und aus unterschiedlichen Gründen fällig. Es reiche schon, wenn ein Kind im Unterricht nicht aufpasst. Das "Recht zu korrigieren" habe jedes getaufte und damit erwachsene Mitglied der Glaubensgemeinschaft. Es gebe zwar Mitglieder, die ihre Kinder liberal erziehen wollen, eine "allgegenwärtige, gegenseitige Kontrolle, ein auf Einschüchterung gebautes, totalitäres Bespitzelungssystem" mache es aber unmöglich, einen eigenen Willen zu leben, sagt Kuhnigk.

Seine Belege zeigte der Journalist vor etwa drei Wochen dem Jugendamt in Donauwörth. Es alarmierte das Amtsgericht Nördlingen, das den Fall nun aufrollt und die Kinder abholen ließ. Und auch die Ermittlungsbehörden sind nun wieder am mutmaßlichen Misshandlungsfall Gut Klosterzimmern interessiert: Christian Engelsberger, Sprecher der Augsburger Staatsanwaltschaft, **sagte der Zeitung "Augsburger Allgemeine"**, seine Behörde ermittle "wegen Misshandlung Schutzbefohlener und gefährlicher Körperverletzung", zunächst gegen Unbekannt. Bei einer Durchsuchung seien "Stöcke und Ruten gesichert" worden. Außerdem habe man "Räume gefunden, bei denen der Verdacht besteht, dass dort Misshandlungen stattgefunden haben". Die Ausstattung lege diesen Schluss nahe.

"Harmlose, liebe Menschen"

Als im Frühsommer die ersten Prügelvorwürfe aktenkundig wurden, hatten es die "Stämme"-Mitglieder mit einer Charmeoffensive im Ort Deiningen versucht. "Bestimmt haben Sie uns und unsere Kinder öfters durchs Dorf schlendern sehen. Welches Bild haben Sie von unseren Kindern? Sehen Sie deren Wohl als gefährdet an?", fragten sie in einer Stellungnahme auf der Internet-Seite der "Twelve Tribes".

Bei der nahegelegenen Metzgerei in Deiningen hat die offenbar verfangen. Auch nach der Polizeiaktion vom Vortag heißt es dort, die Anhänger der "Zwölf Stämme" seien "harmlose, liebe Menschen". Die Frau an der Kasse sagt: "Die leben mit ihren Kindern in ihrer eigenen Welt." Dass in der heilen Welt in Klosterzimmern

- zwischen grünen Feldern, geranienbehängten Balkonen und friedlich grasenden Kühen - ein Prügelregiment herrschen soll, kann sich hier keiner vorstellen.

Auf die direkte Frage, ob ihre Kinder geschlagen würden, sagen Klaus und Annette Schüle, das wollten sie nicht kommentieren. Keine Bestätigung, aber auch keine Widerrede. Vorwürfe gegen ihre Gemeinschaft würden von einem ehemaligen Mitglied als "Racheaktion" organisiert. Rache für was? Die Schüles schauen stumm auf den Boden. Keine Antwort.

"Wir sind als Sektenmitglieder abgestempelt. Uns glaubt man eh nicht", sagen sie stattdessen. "Wir lieben unsere Kinder. Ihr Willen wird in Klosterzimmern nicht gebrochen", sagt die Mutter. Vor einem Jahr habe ein Amtsarzt ihre sechs Kinder untersucht und keine Verletzungen feststellen können. Ihre Kinder seien glücklich, nur ein Sohn habe aus freier Überzeugung die Glaubensgemeinschaft verlassen.

LESEN SIE MEHR ÜBER RADIKALE CHRISTEN:

Verhütung verboten, ein Leben nach der Bibel: Die Großfamilie Wilson lebt auf einem Bauernhof an der US-Ostküste - und ist Teil der Quiverfull-Bewegung. Das erklärte Ziel der radikalen Christen: **So viele Kinder in die Welt setzen wie nur möglich. mehr...**

Mitarbeit: Christoph Titz, Frauke Lüpke-Narberhaus

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/12-staemme-urchristliche-sekte-sieht-sich-verfolgt-a-920843.html>

15. September 2013, 12:42 Uhr

"Zwölf Stämme"

Christen-Sekte soll Kinder ins Ausland gebracht haben

Bei einem Großeinsatz holte die Polizei 40 Kinder aus den Fängen der Sekte "Zwölf Stämme" in Bayern. Nach SPIEGEL-Informationen lebten Mitglieder der urchristlichen Gruppe aber auch in Sachsen-Anhalt. Dort sind nun mehrere Kinder verschwunden.

Hamburg - Die umstrittene Glaubensgemeinschaft "Zwölf Stämme" hat mehr Standorte als bislang bekannt: Nach SPIEGEL-Informationen waren sie nicht nur in den zwei Anwesen in den bayerischen Dörfern Klosterzimmern und Wörnitz sesshaft. Seit Juli lebt ein Teil der Gemeinschaft auch in einer Ortschaft in Sachsen-Anhalt. Nach Angaben von Nachbarn und ehemaligen Sektenmitgliedern sollen etwa zehn schulpflichtige Kinder seit vorvergangener Woche aus der Ortschaft Dolchau verschwunden sein. Die Jungen und Mädchen im Alter zwischen rund 7 und 16 Jahren sollen auf einen Hof der "Zwölf Stämme" in Tschechien gebracht worden sein - vermutlich um sie dem Zugriff der deutschen Jugendämtern zu entziehen.

Vor zwei Wochen hatten bayerische Behörden 40 Kinder aus den Gemeinschaften in Klosterzimmern und Wörnitz geholt. Es habe "neuerliche Hinweise auf erhebliche und dauerhafte Kindesmisshandlung durch die Mitglieder" gegeben, teilte das Landratsamt Donau-Ries damals mit. Der neue Standort der "Zwölf Stämme" in Sachsen-Anhalt war den Behörden offenbar nicht bekannt.

Reporter löste Großeinsatz aus

Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Misshandlung Schutzbefohlener und schwerer Körperverletzung. Die Erwachsenen der Gemeinschaft sollen die Kinder mit Weidenruten schlagen.

Die bibelfrome Gemeinschaft ist sehr umstritten: Aussteiger warfen den rund hundert Bewohnern des Klosters im vergangenen Jahr im "Focus" vor, ihre Kinder mit der Rute zu misshandeln. Die Gemeinschaft wies die Vorwürfe damals zurück und erklärte: "Wir sind eine offene und transparente Gemeinschaft, die keine Form von Kindesmisshandlung duldet."

Nun hatte sich der Fernsehreporter Wolfram Kuhnigk in die Gemeinschaft eingeschlichen, er lebte mit Unterbrechungen knapp zwei Wochen auf Gut Klosterzimmern. In mehreren sogenannten Bestrafungsräumen im Keller des Guts installierte er Kameras und Mikrofone. Seine Aufnahmen schockieren: Sie zeigen weinende Jungen und Mädchen, denen eine Frau mit einem Stock auf den Po schlägt. Damit lieferte er offenbar die Beweise, die den Behörden bislang fehlten, und löste so den Großeinsatz der Polizei aus. Am Freitag begannen dann erste Verfahren vor dem Amtsgericht Ansbach in Bayern.

"Zwölf Stämme" wurde in den USA gegründet, seit fast 15 Jahren leben einige Familien in Bayern, zuvor wohnten sie in Pennigbüttel, nördlich von Bremen: Anfang der neunziger Jahre hatte sich die Gemeinschaft dort niedergelassen. In Bayern bauen sie Gemüse und Getreide an, halten Tiere und produzieren ihren eigenen Strom. Die Frage, wie sie dort weitgehend abgeschottet von der modernen Welt ihre Kinder großziehen, beschäftigt das Jugendamt und die Staatsanwaltschaft Augsburg schon länger.

Streit gab es auch um die Schule der Gemeinschaft: Die Mitglieder der "Zwölf Stämme" hatten sich geweigert, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken. Unter anderem wegen des Sexualkundeunterrichts, der ließe sich nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren. Vor knapp sieben Jahren hatten dann die Behörden die Schule zunächst widerstrebend genehmigt. Zum 31. Juli hatte das Kultusministerium die Genehmigung wieder entzogen; die Schule hatte Probleme, qualifizierte Lehrer zu finden.

Inzwischen haben die "Zwölf Stämme" erneut eine eigene Schule beim Ministerium beantragt.

Aber selbst wenn das Ministerium eine neue Schule genehmigen sollte, so würde doch - nach derzeitigem Stand - das Wichtigste fehlen: die Schüler. Denn ob sie wieder in die Familien und damit in die Gemeinschaft zurückkehren werden, ist bislang unklar.

aki/fln

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/zwoelf-staemme-christen-sekte-sollen-kinder-ins-ausland-gebracht-haben-a-922111.html>

01. August 2014, 17:02 Uhr

Christensekte

"Zwölf Stämme" zeigen Fernsehreporter an

Von [Carola Padtberg-Kruse](#)

Die Christensekte "Zwölf Stämme" hat wegen Misshandlungen das Sorgerecht für ihre Kinder verloren - nun gehen die Fundamentalisten gegen den Reporter vor, der die Beweise lieferte. Ihre Erklärung: Züchtigen sei "ein Gesamtkonzept".

Auf dem bayerischen Gut Klosterzimmern sollen Kinder der christlichen Sekte "Zwölf Stämme" jahrelang systematisch verprügelt worden sein, heimliche Videoaufnahmen lassen daran kaum Zweifel. Die Urchristen streiten die Vorwürfe nicht ab, trotzdem wehren sie sich nun: Sie wollen ihre Kinder zurück.

Über einen Anwalt zweifeln die Fundamentalisten die Glaubwürdigkeit der Filmaufnahmen an, die im vergangenen Jahr zum Entzug des Sorgerechts geführt hatten. In dieser Woche zeigten sie den investigativen Journalisten wegen "vorsätzlicher falscher Zeugenaussage und Fälschung beweisheblicher Dokumente" an. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig gewählt: Am Montag soll ein weiterer Beitrag über die "Zwölf Stämme" bei RTL ausgestrahlt werden. Der Sender kündigt "neue erschütternde Details" an.

Nachdem der RTL-"Extra"-Reporter im Sommer vergangenen Jahres heimlich gefilmtes Material bei den zuständigen Jugendämtern eingereicht hatte, war im September 2013 die Polizei mit einem Großaufgebot angerückt: Insgesamt 40 Kinder hatte sie aus zwei Wohnsitzen der Glaubensgemeinschaft geholt. Es gab Hinweise auf erhebliche und dauerhafte Kindesmisshandlung in der Gemeinde. Die Behörden sahen darin den Grund für eine "Inobhutnahme nach vorläufigem Sorgerechtsentzug" und brachten die Kinder [in Pflegefamilien und Heimen unter](#).

Dass körperliche Züchtigung zum Erziehungskonzept der Sekte gehört, streiten ihre Mitglieder nicht ab. Trotzdem sehen sie sich als Opfer einer Hetzkampagne und beklagen, ihre Rechte als Eltern würden beschnitten. Zunächst wehrte sich die Sekte, indem sie verharmlosende Briefe, Fotos und Videos im Internet veröffentlichte und so einen seltenen [Einblick in ihre verworrene Welt gewährte](#).

"Züchtigen ist ein Gesamtkonzept"

Auf einer Pressekonferenz am Freitag präsentierte der Anwalt der Sekte nun seine Argumente, um die Gemeinschaft zu entlasten. Der Journalist habe seine Aufnahmen bearbeitet, bevor er sie den Behörden vorlegte, so der Vorwurf. Das schlussfolgert der Anwalt aus den Zeitstempeln im Rohmaterial. Journalist Wolfram Kuhnigk hingegen beteuert die Echtheit seiner Aufnahmen. Kuhnigk erklärte am Freitag, er habe "weder Aussagen noch Filmmaterial manipuliert". Es handle sich "um einen verzweiferten Versuch, hier vom eigentlichen Straftatbestand der Kindesmisshandlung abzulenken". Schon bei der Übergabe der Prügel-Videos an die Staatsanwaltschaft Augsburg hatte Kuhnigk außerdem Abweichungen in den Zeitstempeln schriftlich erklärt: Diese entsprächen "nicht dem Aufnahmedatum, sie sind meinem Unvermögen geschuldet, die chinesische Bedienungsanleitung zu verstehen".

Die Zeugen seien außerdem "nicht glaubwürdig, weil sie nicht namentlich in Erscheinung treten wollen", behauptet der Sektenvertreter. In dem Verfahren gegen die Sekte waren auch sechs Aussteiger angehört worden, die sich [während ihrer Aussage an einem geheimen Ort aufhielten](#).

Außerdem soll vor Gericht geklärt werden, ob der körperliche Missbrauch das Kindeswohl derart gefährdete, dass die Behörden eingreifen mussten. Die Sekte argumentiert: Misshandlungen lägen nicht vor, schließlich habe nie ein Arzt Misshandlungsspuren nachweisen können.

Erneute räumte der Anwalt der "Zwölf Stämme" am Freitag Prügelstrafen für die Kinder ein: "Es ist richtig, dass einzelne Eltern ihre Kinder gezüchtigt haben." Die Schläge würden aber bewusst so praktiziert, dass eine Misshandlung ausgeschlossen sei, denn: "Züchtigen ist ein Gesamtkonzept." Die Sekte vergleicht die Schläge mit der Rute mit einer Beschneidung, die doch ebenfalls "eine Körperverletzung aus religiösen Gründen" sei.

Jeder Schlag ist Misshandlung

Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland grundsätzlich jede Körperstrafe unabhängig von ihrer Härte als Misshandlung, auch emotionale Misshandlung und Vernachlässigung zählen dazu. Einige Formen stehen nach dem Strafgesetzbuch unter Strafe. Ärzte, Pädagogen und Psychologen unterliegen auch bei Kindern ihrer Schweigepflicht, bis sie den Verdacht hegen, das Kindeswohl könne gefährdet sein.

Im Gesetz ist jedoch auch der Grundsatz "Hilfe statt Strafe" verankert: Vor der Strafverfolgung und dem Sorgerechttentzug soll zunächst den Familien geholfen werden, bei Konflikten ohne Gewalt miteinander auszukommen. Nur wenn Jugendamt und soziale Dienste übereinkommen, die Kinder schützen zu müssen, darf die Polizei eingesetzt werden.

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/zwoelf-staemme-sekte-zeigt-rtl-reporter-an-a-984059.html>

<http://www.pi-news.net/2013/08/agyptische-moslems-zunden-63-kirchen-an/#more-351958>

Ägyptische Moslems zünden 63 Kirchen an

EGYPT-POLITICS-UNREST-CHRISTIANS Bisher 63 Kirchen wurden in den vergangenen fünf Tagen angezündet und geplündert. Fünf katholische Schulen in Minia, Suez und Assiut brannten teilweise bis auf die Grundmauern ab. In Suez und Assiut wurden zwei Klöster zerstört, in Minia ein kirchliches Waisenhaus schwer beschädigt. Auch in Kairo wurde nach Informationen von „Al Jazeera“ der Konvent der Franziskanerinnen im Stadtzentrum attackiert. In Alexandria lynchte der Mob auf offener Straße einen koptischen Taxifahrer, der mit seinem Wagen aus Versehen in eine Pro-Mursi-Demonstration hineingeraten war. Nach einer Liste der katholischen Kirchenführung in Kairo wurden darüber hinaus 58 Wohnhäuser, 85 Geschäfte und 16 Apotheken geplündert sowie drei Hotels in Luxor angezündet, die Kopten gehören.

(Und der Tagesspiegel berichtet weiter, die Angreifer wüssten genau, wo die Kopten lebten, denn die Moslem-Brüder beginnen inzwischen, alle Häuser und Geschäfte zu markieren – ein rotes X für Muslim, ein schwarzes X für Christ. Nebenbei gesagt, weiß die Presse gar nicht, was sich alles zum Beispiel in Oberägypten abspielt.)

<http://www.pi-news.net/2013/09/pakistan-70-tote-bei-terrorangriff-auf-christen/#more-361012>

Pakistan: 70 Tote bei Terrorangriff auf Christen

In der nordwestpakistanischen Stadt Peshawar sind heute mehr als 70 Menschen ermordet und mehr als 100 verletzt worden. Am Ende des Sonntagsgottesdienstes sprengten sich zwei Selbstmordattentäter am Eingang der Kirche in die Luft. Nach Angaben der Polizei trugen beide Täter jeweils sechs Kilo Sprengstoff am Körper und zündeten diesen während der Essensverteilung am Kirchenhof. Grausame Bilder, nicht für Kinder!

(Von L.S.Gabriel)

Rev. Humphrey S. Peters, Bischof von Peshawar, sprach nicht nur sein Beileid aus und rief zum Gebet, sondern auch schlug eine trotzigste Note an. In einer Erklärung verurteilte Peters die lokale Regierung und nannte den Angriff einen "Totalausfall" der offiziellen Bemühungen Minderheiten zu schützen, berichtet CNN.

Christen sind mit weniger als 4 Prozent des Bevölkerungsanteils eine absolute Minderheit.

Nazir John, ein Besucher der Kirche, sagte: "Es gab Explosionen und es war wie in der Hölle für alle. Als ich wieder zu mir kam, sah ich nichts als Rauch, Staub, Blut und schreiende Menschen. Es waren überall abgetrennte Körperteile und Blut.

Sahibzada Anees, von der Polizei in Peshawar erklärte, dass die meisten Verletzten in sehr kritischem Zustand seien und dass dies trotz besonderer Sicherheitsmaßnahmen geschehen konnte, die die Kirche hätten schützen sollen. „Wir sind in einem Gebiet, das ein Ziel des Terrorismus ist und es gab eine besondere Sicherheitsanordnung für diese Kirche.“

Die Ärzte Mohammad Iqbal und Sher Ali bestätigten die Opferzahlen und berichteten, dass es sich bei den Toten um viele Frauen und Kinder handle. Andere sprachen vom „schlimmsten Angriff auf Christen“.

Ein Flügel des pakistanischen Taliban hat die Verantwortung für den Bombenanschlag in der Stadt Peshawar übernommen und sagte, es würde weiterhin auf Nicht-Muslime gezielt, bis die Vereinigten Staaten die Drohnen-Angriffe auf das Stammesgebiet stoppen würden.

Hier ein Video der Nachrichtenagentur Reuters:

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/christen-in-aegypten-eine-welle-der-gewalt-die-nicht-mehr-abebbt-12602058.html>

Christen in Ägypten

Eine Welle der Gewalt, die nicht mehr abebbt

04.10.2013 · Es ist so schlimm wie in den neunziger Jahren: Die Attacken auf Kirchen und christliche Einrichtungen in Ägypten reißen nicht ab. Den Kopten wird der Alltag zur Hölle gemacht.

Von Markus Bickel, Minya

Stolz hält der schwächliche Polizist seine beiden Gewehre in den Händen. Vor der katholischen Kirche Al Berbas hat er sich aufgestellt, Fußgänger, die die Gasse vor dem Gotteshaus passieren,

winken ihm zu. „Wenn jemand gekommen wäre, um die Kirche anzuzünden, hätten wir ihn an einen Pfahl gebunden“, sagt der in eine braune Dschalabija gekleidete Mann mit blauem Tuch um den Kopf.

Doch das war zum Glück nicht nötig, als Mitte August in der oberägyptischen Provinz Minya ein Volkssturm gegen christliche Einrichtungen losbrach: „Wir waren vorbereitet, rund um die Uhr haben mehr als sechzig Männer das Dorf bewacht“, sagt er zufrieden. „Weil die Liebe unter uns wohnt“, sei es Christen und Muslimen gemeinsam gelungen, mögliche Angreifer abzuschrecken. Aber auch sieben Wochen nach den Attacken auf Kirchen, Klöster, christliche Waisenhäuser, Schulen, Läden und Restaurants in ganz Ägypten bleibt die Lage in dem Dorf südlich der Provinzhauptstadt Minya angespannt. Tag und Nacht positionieren sich die von Polizeichef Muhammad Hussein al Rafah befehligten Sicherheitskräfte rund um die katholisch-koptische Kirche, um Übergriffe zu verhindern. „Christen und Muslime in Al Berba bilden eine Einheit“, sagt der kräftige Mann. Anders als im Nachbarort Abu Qurqas, wo Krawallmacher Mitte August das Gotteshaus zerstörten, hielten die Bewohner seiner Gemeinde immer zusammen.

Ein Klima der Angst

Doch hinter den Kulissen ist das Zusammenleben der 12 000 Bewohner längst nicht so harmonisch wie Polizeichef Rafah und Bürgermeister Abdelhamid Derdir es beschreiben. Im September wurde ein angesehenes Mitglied der katholisch-koptischen Gemeinde entführt. Bewaffnete Männer zerrten ihn am Ortsrand in einen Geländewagen; erst nach Zahlung eines Lösegeldes kam der Vater dreier Kinder 48 Stunden später wieder auf freien Fuß. Ein Klima der Angst herrscht seitdem in Al Berba. „Ich fahre nicht mehr alleine mit dem Auto“, sagt Schwester Juliana vom Orden Notre Dame de Sion. „Und selbst im Dorf bin ich nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr auf den Gassen oder Wegen zu finden.“

Vor mehr als zwanzig Jahren zog die Österreicherin in den Süden Ägyptens, eine der Wiegen des Christentums in Nordafrika, half mit beim Aufbau eines Gemeindezentrums und eines weitläufigen Spielplatzes, der von Muslimen wie Christen gleichermaßen genutzt wird. Doch nach dem Sturz des islamistischen Präsidenten Muhammad Mursi im Juli und dem Massaker an Hunderten seiner Anhänger Mitte August fühlt sie sich zurückversetzt in jene Tage, als islamistische Terroristen in Minya und anderen Provinzen Oberägyptens für Angst und Schrecken sorgten. „Es ist wie in den neunziger Jahren“, sagt sie. „Da konnten wie auch nicht, sobald es dunkel war, unterwegs sein, und es wurde uns geraten, immer andere Routen zu nehmen, nie die gleiche.“

Eine Welle der Gewalt

Ägyptens Christen sind bedroht – vielleicht stärker als je zuvor. Von den „heftigsten gewaltsamen Szenen in Ägyptens jüngerer Geschichte“ schreibt das Egyptian Center for Public Policy Studies (ECPPTS) in einer gerade erschienen Studie über die Welle der Gewalt, die nach dem Sturz Mursis begann – und die nach der brutalen Räumung der beiden Protestlager Mitte August in Kairo eskalierte. Mehr als vierzig Kirchen, 122 Läden, fünf Schulen und fünfzig Häuser, vor allem in den Provinzen Minya und Fayum, Assiut, Beni Sueif, Sohag sowie Luxor seien angegriffen worden. Allein in der nahe Minya gelegenen Stadt Delga wurden 62 koptische Familien aus ihren Häusern vertrieben; erst Ende September gelang es den Sicherheitskräften, das dort von Islamisten ausgerufenen Minikalifat zu beenden.

Zurück gewagt in die Stadt haben sich die meisten Christen dennoch nicht. Die drei koptisch-orthodoxen Kirchen wurden bei den Ausschreitungen zerstört, ebenso ein katholisches und ein protestantisches Gotteshaus. An die vor mehr als anderthalb tausend Jahren gebaute Jungfrau-Maria-Kirche sprühten die Angreifer die Worte „Märtyrer-Moschee“. Rund 20 000 der 120 000 Einwohner Delgas sind Christen – ein Zusammenleben scheint nach den Vorfällen kaum noch möglich.

Dabei reicht die Geschichte der Kopten zurück bis in die Spätantike. Als Kirchengründer gilt der Heilige Markus, der im ersten Jahrhundert nach Christus in Ägypten gelebt haben soll. Nach koptischer Überlieferung war der Verfasser des Markus-Evangeliums der erste Bischof von

Alexandria, der dort 68 nach Christus starb. Deswegen wird die Kirche auch als alexandrinische Kirche bezeichnet.

Nationale und religiöse Identität

Auf dem Konzil von Chalcedon 451 lösten sich die Kopten im Streit um die göttliche oder menschliche Natur Jesu von der byzantinischen Reichskirche; in der Nachfolge des Heiligen Markus führten mehr als hundert Päpste die Kirche durch die Jahrhunderte. Auch nach der arabischen Eroberung im siebten Jahrhundert bewahrten sie sich ihre Autonomie, oft in Zeiten schwerster Bedrängnis. Um der drückenden Steuerlast der islamischen Herrscher zu entgehen, suchten viele die Flucht ins Kloster, da Mönche, Arme, Blinde, Kranke und Priester von den Abgaben an den Staat befreit wurden.

Der Rückzug in die Klöster beförderte eine Frömmigkeit, die half, dass die koptische Liturgie bis heute überlebt hat: In ihren Gottesdiensten folgen die orthodoxen Kopten dem alexandrinischen Ritus. Lange Fastenzeiten, nicht nur an Ostern, gehören ebenso zu ihren Bräuchen wie die Feier der Taufe Jesu, des Erscheinungsfestes Aid al Ghutas im Januar. Als Sakralsprache verwenden sie Koptisch, die letzte Entwicklungsstufe des Ägyptischen, die bei Bibellesung, Gebet und Predigt weiter gepflegt wird.

Das Wort „Kopte“ leitet sich aus dem arabischen „qitbi“ ab, das wiederum vom griechischen „aigypptos“ stammt – dem Wort für „Ägypter“. Das zeigt, wie eng nationale und religiöse Identität der Kopten miteinander verschmolzen sind. In den vergangenen Jahren versuchen junge Kopten wieder häufiger, das erst im 17. Jahrhundert als Verkehrssprache ausgestorbene Koptisch zu lernen.

Kopten an den Rand gedrängt

Doch so verankert Ägyptens Kopten in der Geschichte des Landes auch sein mögen, so sehr sind sie in der Gegenwart an den Rand gedrängt. Die meisten der auf acht Millionen geschätzten Kirchenmitglieder sind orthodoxe Kopten, nur kleine Gruppen katholischer und protestantischer Kopten existieren noch, darüber hinaus griechisch-orthodoxe und armenische Gemeinden sowie Angehörige anderer orientalischer Kirchen. Noch im 19. Jahrhundert war die koptische Oberschicht entscheidend an der Gestaltung der ägyptischen Gesellschaft beteiligt. Nach der Revolution der Jungen Offiziere um Gamal Abdel Nasser 1952 büßten sie mehr und mehr an Bedeutung ein.

Seit 1990 kam es immer wieder zu blutigen Übergriffen. Erst im April dieses Jahres attackierten aufgebrachte Muslime die Markus-Kathedrale in Kairo, den Amtssitzes des koptischen Papstes. Zwar beteuerte der damalige Präsident Mursi, die Belagerung des Gotteshauses komme „einem Angriff auf mich gleich“. Doch Sicherheitskräfte hinderten die Randalierer nicht daran, Besucher des Gottesdienstes mit Steinen und Molotow-Cocktails zu beschmeißen. Zwei Menschen starben, neunzig wurden verletzt.

Weitere Artikel

Ägypten: Nach dem Putsch die Verfolgung der Kopten

Syrien ist von innen und außen umzingelt: Der Dichter Adonis im Gespräch über sein Heimatland
Ein halbes Jahr später erscheint der bis dahin beispiellose Angriff auf den Amtssitz des koptischen Kirchenoberhauptes wie ein böses Omen: Obwohl die Islamisten inzwischen gestürzt sind, scheint der Staat nicht willens oder in der Lage, Ägyptens Christen zu stützen. Salafisten und Muslimbrüder nehmen den Kopten zudem übel, dass ihr Papst Tawadros II. an der Seite Abd al Fattah al Sisis stand, als der Armeechef die Entmachtung Mursis Anfang Juli bekannt gab.

Mangelnder Schutz durch Sicherheitskräfte

Seitdem sind die Attacken auf christliche Einrichtungen nicht abgerissen, Entführungen und Schutzgelderpressungen in vielen Gemeinden Oberägyptens stehen auf der Tagesordnung. Nur unweit von Al Berba beschossen Unbekannte Ende September den Konvoi des koptischen Bischofs Anba Makarios. Auch nachdem es ihm gelungen war, in das Haus einer koptischen Familie zu fliehen, ging der Beschuss weiter – erst nach anderthalb Stunden zogen die Angreifer ab. So lange dauerte es, bis die Polizei eintraf.

Mangelnder Schutz durch die staatlichen Sicherheitskräfte bleibt die größte Sorge der Kopten auch unter den neuen Herrschern. Zwar gab es konfessionelle Konflikte schon in den Jahren vor dem Sturz Husni Mubaraks im Februar 2011. Doch die alten Regelungsmechanismen, in denen Vertreter des im März 2012 verstorbenen koptischen Papstes Schenuda III., Polizeioffiziere und Repräsentanten der muslimischen Azhar Lösungen fanden, funktionieren seit der Revolution nicht mehr. Tausende Kopten sind deshalb bereits ausgewandert. Angesichts der Unfähigkeit der neuen nichtislamistischer Herrscher, sie zu schützen, droht dieser Trend anhalten – allem Willen zur Koexistenz in Gemeinden wie in Al Berba zum Trotz.

Quelle: F.A.Z.

<http://www.pi-news.net/2013/10/bad-homburg-kita-benennt-martinsfest-um/#more-367991>

Bad Homburg: Kita benennt Martinsfest um

Offenbar sind unsere Kultur und unser Brauchtum wirklich etwas Anstößiges, zumindest für alle Rechtgläubigen. Aber anstatt unsere Werte, unsere Feste und Sitten zu verteidigen und hochzuhalten, wird sich weggeduckt und in vorauseilendem Gehorsam alles aufgegeben, was bisher zu unserem Leben gehörte. Nun hat auch eine Kita in Bad Homburg ihren Beitrag zur Abschaffung Deutschlands geleistet.

(Von L.S.Gabriel)

Wie die Frankfurter Neue Presse berichtet, wird „aus Rücksicht auf Mitglieder anderer Kulturkreise“ in der städtischen Kindertagesstätte Leimenkaut nicht mehr St. Martin, sondern das „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ gefeiert.

Empörten Eltern wurde erklärt, St. Martin sei umbenannt worden, um „niemanden“ zu diskriminieren und außerdem sei das „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ „politisch korrekter“. Nun wird in der Kita Leimenkaut eben politisch korrekt mit Laternen durch die Straßen gezogen, und am Ende gibt es ein großes heidnisches Feuer. St. Martin auf dem Pferd darf nicht mehr dargestellt werden. Das ist jetzt also so etwas wie ein Krippenspiel ohne Jesuskind, aber dafür mit Schlachten des Ochsen am Ende.

Egal wie man es darstellt, wichtig ist offenbar einzig, dass nichts Christliches mehr stattfindet in unseren Kindertagesstätten, Schulen oder auch auf öffentlichen Plätzen. Speichelleckerei auf Kosten unserer Traditionen und Werte.

Kontakt:

Kindertagesstätte Leimenkaut

An der Leimenkaut 9 Bad Homburg v.d.Höhe

Leitung: Britta Stalter

Telefon: 06172 457527

kita.leimenkaut@bad-homburg.de

<http://www.welt.de/121747646>

12:41 Hassverbrechen

Hunderte Übergriffe auf Christen in Deutschland

In Deutschland sind im vergangenen Jahr nach OSZE-Informationen 414 christenfeindliche Übergriffe verübt worden. Zu den erfassten Delikten zählen Gewalttaten, Kirchenschändungen und Diebstahl. Nach Informationen der "Bild"-Zeitung hat das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2012 insgesamt 414 Übergriffe auf Christen und christliche Einrichtungen in Deutschland registriert. Das geht den Angaben zufolge aus dem aktuellen OSZE-Bericht über Hassverbrechen gegen religiöse Minderheiten hervor, der in dieser Woche vorgestellt wird. Der Bericht liste für Deutschland im Jahr 2012 genau 414 christenfeindliche Straftaten auf, 18 davon gewalttätig. Auch Diebstahl ist ein Problem. Zu den Straftaten hätten auch vier Fälle von Friedhofs- und 19 Fälle von Kirchenschändungen gehört, hieß es weiter. Ein Übergriff habe sich gegen eine orthodoxe Kirche gerichtet. Drei weitere hätten evangelische Gotteshäuser, zehn andere katholische Kirchen betroffen. In 16 weiteren Fällen seien christliche Kirchen und Einrichtungen bestohlen oder mit Graffiti-Slogans beschmiert worden. KNA/jw

<http://www.pi-news.net/2013/11/bad-homburgs-sozialdezernent-st-martin-in-kita-wegen-sonne-mond-sterne-suppe-umbenannt/>

Bad Homburgs Sozialdezernent: St. Martin in Kita wegen Sonne-Mond-Sterne-Suppe umbenannt
kitabadhomburg Am 30.10. griff PI einen Artikel der Frankfurter Neuen Presse auf, in dem darüber berichtet wurde, dass die Kindertagesstätte Leimenkaut in Bad Homburg ihr Martinsfest in „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ umbenannt hätte. Nun lässt Bad Homburgs Grünen-Sozialdezernent Dieter Kraft (Foto) verlauten, die Umbenennung wäre keineswegs aus politisch korrekten Gründen erfolgt. Vielmehr gehe die Namensänderung zurück „auf ein vergangenes Martinsfest, bei dem eine Suppe mit Sonnen, Monden und Sternen als Einlage ausgegeben worden war“. Wers glaubt...

(Von L.S.Gabriel)

Das Thema „Christliche Bräuche“ ist mittlerweile ein sehr sensibles. In Berlin Kreuzberg soll es keine Weihnachtsmärkte mehr geben, in den Niederlanden soll der Nikolaus abgeschafft werden usw. Gut nur, dass sich das Volk nicht alles gefallen lässt. Und weil das so ist, wurde seitens der Stadt Bad Homburg eiligst eine Pressemitteilung mit einer sehr fadenscheinigen Begründung verfasst:

30. Oktober 2013

Stadt: Kita Leimenkaut feiert St. Martin

Bad Homburg v.d.Höhe. Die städtische Kindertagesstätte Leimenkaut feiert durchaus St. Martin.

Darauf weist die Stadt in einer Pressemitteilung hin.

Der Name des traditionellen Festes ist – anders als in der Taunus-Zeitung vom 30. Oktober 2013

behauptet – niemals offiziell geändert worden, auch wenn von Eltern und Beschäftigten

umgangssprachlich ein anderer Name verwendet wird.

„Der Artikel schildert den Vorgang leider nur sehr vage, erweckt damit einen falschen Eindruck und diskreditiert auf diese Weise die sehr gute Arbeit in dieser Kindertagesstätte, die in Bad Homburg über den Stadtteil Ober-Eschbach hinaus anerkannt ist“, antwortet Sozialdezernent Dieter Kraft auf den Bericht.

Der Name „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ ist in der Kindertagesstätte gebräuchlich, aber keineswegs offiziell. Der Anlass ist allerdings ganz trivial: Er geht zurück auf ein vergangenes Martinsfest, bei dem eine Suppe mit Sonnen, Monden und Sternen als Einlage ausgegeben worden war. Die Bezeichnung verselbstständigte sich in der Kita und wird bis heute von Eltern benutzt, darunter zahlreiche, die die Vorgeschichte nicht kennen, weil ihre eigenen Kinder erst später in die Kita aufgenommen worden sind. Die Kindertagesstätte selbst kündigt den Termin intern unterschiedlich an, in einigen Jahren als St.-Martins-Fest, in diesem Jahr zum Beispiel als Sonne-Mond-und-Sterne-Fest in Verbindung mit einem Martinsfeuer. Die Stadt teilt mit, weder die Kita-Leitung noch die Verwaltung habe gegenüber Eltern weltanschauliche Gründe für die Bezeichnung geltend gemacht. Es sind von keiner dieser Stellen Aussagen über eine „politisch korrekte“ Namenswahl gemacht worden. Nach Kenntnis der Kita-Leitung haben auch keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechende Auskünfte gegeben. Keines der Zitate in dem Artikel der Taunus-Zeitung, die leider keine Quelle für diese vorgeblichen Aussagen nennt, ist als offiziell zu betrachten.

Die Kindertagesstätte Leimenkaut wird auch weiter St. Martin feiern – und wenn jemand das als „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ bezeichnen möchte, darf er das auch weiterhin tun.

Auch fühlte sich ein Bad Homburger Christ bemüßigt uns mitzuteilen, dass der erstberichtende Reporter eines „Käseblattes“ offenbar aus „Effekthascherei“ einen schlecht recherchierten Artikel geschrieben und dabei Eltern, die nicht einmal den Mut aufgebracht hätten, ihr Anliegen den Mitarbeitern der Kita vorzubringen, zitiert habe.

Mittlerweile haben auch die Junge Freiheit, die Welt und der Berliner Kurier hinter PI und dem vermeintlichen „Käseblatt“ her berichtet und wir finden, das ist auch gut so. Denn auch wenn jener aufgebrachte Bürger sich noch so sehr darüber ereifert und uns beschuldigt „Öl ins Feuer zu gießen“, so muss es davor doch erst einmal Feuer geben.

Gerne würden wir berichten, dass unsere Traditionen, Werte und Bräuche hochgehalten und gegenüber einer moslemischen, latent beleidigten Minderheit verteidigt werden. Tatsache aber ist, dass die Pressemitteilung

von Bad Homburgs Grünen-Politiker Dieter Kraft in keinsten Weise taugt, uns davon zu überzeugen, dass es sich hierbei um einen falsch kolportierten Sachverhalt handelt.

Im Artikel der Frankfurter Neue Presse war zu lesen:

(..) Das nehmen etliche Eltern der Einrichtung gänzlich anders wahr. Denn ihnen wurde gesagt, dass man das Fest umbenannt habe, um niemanden – sprich Kinder und Eltern anderer Kulturkreise – zu diskriminieren. Einer anderen Mutter wurde gesagt, dass das „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ „politisch korrekter“ sei. (..) Es wird also mit Laternen durch die Straßen gezogen, und am Ende gibt es ein großes Feuer. Einen St. Martin auf dem Pferd gibt es allerdings nicht mehr. (..) „Es ist irgendwie eine Durchmischung von Festen“, sagt ein Vater.

Die Stadt Homburg hingegen teilt mit:

Nach Kenntnis der Kita-Leitung haben auch keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechende Auskünfte gegeben.

Und damit sei für die Stadt keines der Zitate in dem Artikel für diese vorgeblichen Aussagen als offiziell zu betrachten.

Das heißt dann also, entweder der Autor des Artikels oder aber die Eltern hätten gelogen. Möglicherweise aber haben ja auch die Kitamitarbeiter ein sehr schlechtes Gedächtnis, was ihre Gespräche mit aufgebrachten Eltern betrifft. Was aber in letzter Konsequenz auch unerheblich ist, denn wenn ein alter christlicher Brauch zugunsten von Eierteigwaren umbenannt wird, dann sind die dafür Verantwortlichen entweder nicht ganz zurechnungsfähig und mit Sicherheit ungeeignet, Kinder zu betreuen, oder aber es ist einfach nur der dümmste denkbare Versuch, in akuter geistiger Notwehr eine Geschichte zu konstruieren, die den Wind aus den Segeln des sich regenden Widerstandes nehmen soll.

Sollte aber die Bevölkerung trotz dieser Suppenrechtfertigung nicht wieder brav hinter die Schweigelinie zurücktreten, gibt es nun wohl einen Plan B. Man sagt das Fest gleich ganz ab. Um diesen Umstand auch noch richtig zu nutzen, werden die Überbringer der Nachricht dafür verantwortlich gemacht. Aufgrund unserer Berichterstattung hatten viele Bürger ihrem Unmut in Form von Mails und Briefen Luft gemacht. Nun wurde uns mitgeteilt, dass Kinder, Mitarbeiter und Eltern offenbar verunsichert wären und befürchteten, dass „irgendwelche Schläger auftauchen, die die Veranstaltung stören, und Schaden an Leib und Leben verursachen“.

Ja, so einfach kann man es sich auch machen. Erst das Haus anzünden, wenn dann jemand Feuer schreit, weglaufen und den Warner zum Brandstifter erklären. Das sind die intriganten Methoden von rückgratlosen Gutmenschen.

Währenddessen hat die SEDLinkspartei die Bad Homburger Debatte sogleich für eine Forderung aufgeschnappt, das komplette St. Martinsfest in den Kindertagesstätten von NRW aus Rücksicht auf die vielen muslimischen Kinder ganz abzuschaffen. Rüdiger Sagel, Vorsitzender der Linken in NRW, lässt uns wissen: „In vielen NRW-Kitas gibt es einen hohen Anteil von muslimischen Kindern, ihnen sollte man die christliche Tradition nicht aufdrängen. Den Mantel zu teilen und den Armen zu helfen, ist eine überkonfessionelle Botschaft“, sagt er und ergänzt: „Ich finde es gut, wenn sich alle Kinder angesprochen fühlen und kein Kulturkreis diskriminiert wird.“ Aber: „Dazu braucht man keinen Sankt Martin, der dem Lichterzug auf dem Pferd voranreitet“.

Einen Sankt Martin auf dem Pferd wird es dieses Jahr auch beim „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ der Bad Homburger Kita Leimenkaut nicht geben. Dabei vergessen Leute wie Rüdiger Sagel und Sozialdezernent Dieter Kraft leider, dass für Kinder der Sankt Martin-Reiter neben dem großen Feuer der eigentliche Höhepunkt eines jedes St. Martins-Festes ist!

Kontakt:

» dieter.kraft@bad-homburg.de

<http://www.pi-news.net/2013/06/christen-vor-vertreibung-aus-dem-mittleren-osten/#more-333940>

Dies könnte die größte aller derjenigen Geschichten sein, die niemals erzählt werden. Der Arabische Frühling hat sich in einen bitteren, tiefen Winter für Christen im Mittleren Osten verwandelt. Mitglieder der orthodoxen Glaubensrichtungen werden aus ihren biblischen Kernlanden vertrieben von moslemischen Hardliner-Regierungen, die keine Toleranz für religiöse Vielfalt besitzen.

(Von Simon Kent für Toronto Sun / Gefunden auf Jihad Watch / Übersetzung: Klaus F.)

All das hinter dem zunehmend undurchsichtigen Schleier aus Chaos und Bürgerkrieg, während der Rest der Welt wegschaut.

Der Exodus kommt nur 24 Monate nach Beginn des größten politischen Umsturzes seit einer Generation, so sagt Vater Peter-Michael Preble, ein orthodoxer Priester der rumänisch-orthodoxen Erzdiözese in Amerika.

Er sagt, Christen sind die bei weitem am meisten verfolgte Minderheit in den Ländern einschließlich Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien, Tunesien, Algerien, Irak, Iran und dem Libanon.

Der Priester aus Southbridge, Massachusetts weist auf die neuliche Entführung von zwei prominenten orthodoxen Bischöfen durch Kämpfer der syrischen Rebellen als Zeichen für das Dilemma, indem sich Christen befinden.

„Der syrisch-orthodoxe Erzbischof Yohanna Ibrahim and Boulos Yaziji von der griechisch-orthodoxen Metropolis wurden beide gefangengenommen, nachdem sie versuchten, die Freilassung von zwei anderen orthodoxen Priestern zu verhandeln, die unter Lösegeldforderungen als Geiseln gehalten werden,“ erzählte Preble der Toronto Sun.

„Traurigerweise betonten sie auch unverblümt die Bedrohung für die religiöse Toleranz durch den Konflikt, der dabei ist ihr Land zu verschlingen.“ Sie warnten vor einem christlichen Holocaust.

„Schauen Sie über den gesamten Mittleren Osten, und Sie sehen Flammen und Krieg mit radikalen Islamisten, die entweder Regierungen oder sich gegenseitig bekämpfen, mit Christen im Kreuzfeuer.

Auf der politischen Ebene ist es die Moslem-Bruderschaft, die das Leben für die Gläubigen sehr schwer macht. Christen haben in jenen Ländern seit Jahrtausenden ihr Leben bestritten, doch nun stehen sie vor der Aussicht, entweder ermordet oder für immer verbannt zu werden.“

Preble sagt, das gesamte jüdisch-christliche Erbe, das einst die Region stützte, ist vom Zusammenbruch bedroht.

Ein Jahrhundert zuvor waren mehr als 20% der Bevölkerung der Region Christen, und noch in den 1980ern hatten Orte wie der Libanon eine christliche Mehrheit. Nun, mit der zurückgehenden Anzahl von Christen, ist es aufgeteilt zwischen raufenden schiitischen Hisbollah- und Sunni-Fanatikern.

Schätzungen geben die christliche Bevölkerung im Mittleren Osten mit unter 5% an, und rapide sinkend — und die Zahl bleibt überhaupt nur so hoch wegen der koptischen Christen, die, für den Augenblick, im von Streit zerissenen Ägypten verbleiben.

Sie alle sind Teil der größten und am weitesten verbreiteten Glaubensrichtung der Welt.

Das Christentum hat schätzungsweise 2,2 Milliarden Anhänger oder 32% der Weltbevölkerung, laut einem Bericht des in Washington ansässigen Pew Forum on Religion and Public Life.

Trotz dieser Zahlen ist das Christentum mit Restriktionen und Feindseligkeiten in 111 Ländern rund um die Welt konfrontiert, noch vor den 90 Ländern, die die zweitgrößte Glaubensrichtung, den Islam einschränken oder drangsalieren, wie ein ander Pew-Report zeigt. Vater Preble beklagt, die Bedrängnis von Gläubigen, die vom Konflikt in ihren Ländern eingeholt werden, ist wenig bemerkt worden in den Mainstream-Medien des Westens.

„Es scheint so ziemlich wie aus den Augen, so aus dem Sinn zu sein,“ sagte Preble. „Gläubige haben zahlreiche Restriktionen in vielen Ländern auszuhalten, einschließlich — aber nicht nur — von Gesetzen, die den Übertritt zum Christentum bei Todesstrafe verbieten, Zerstörung von Kirchen durch den Staat, selbst wenn diese genehmigt waren, Folterung von christlichen Dissidenten und oft gesellschaftlich sanktionierte, gewaltsame Selbstjustiz.“

Die letztere ist am weitesten verbreitet in Ägypten, wo koptische Christen zur Zielscheibe von Banden geworden sind, begierig darauf, sie von einem Land zu vertreiben, auf dem sie seit fast 2000 Jahren gelebt haben.“

In der Bemühung, öffentliche Aufmerksamkeit für die Notlage der Gläubigen zu gewinnen, hat Vater Preble an US-Außenminister John Kerry geschrieben und ihn gebeten, sich für die Freilassung der Priester aus der Geiselhaft einzusetzen.

Bis jetzt hat er noch keine Antwort gehört, aber warnt, das Schicksal der Christen in der syrischen Stadt Homs könnte eines sein, das alle Gläubigen in der Region erwartet.

„Oppositionskämpfer haben 80'000 Christen aus der Region um Homs allein vertrieben, und sie wissen, daß sie nie wieder zurückkehren können,“ sagte Preble. „Ihre Kirchen wurden zerstört, ihre Geschäfte übernommen und ihnen die Zukunft verweigert. Was, wenn sich dieses Muster in ganz Syrien wiederholt und die Verfolgung der Kopten in Ägypten weitergeht?

Dies sind die Orte, die das Christentum hervorbrachten und die Jesus behüteten, als Seine Familie auf der Flucht war. Nun sind sie ein Schlachtfeld für Christen.“

<http://www.pi-news.net/2013/07/video-munchen-christin-aus-agypten-von-linksextremen-schreihalsen-als-nazi-diffamiert/#more-346361>

Video München: Christin aus Ägypten wird von linksextremen Schreihälsen als “Nazi” diffamiert
stachus-3

Linksextreme Stör-Brigaden dürfen in München unter den Augen der Polizei ungehindert unbescholtene Bürger als “Nazis” diffamieren. Obwohl wir uns bei jeder Kundgebung zigfach an den jeweiligen Einsatzleiter wenden, wird das in gut 90% der Fälle nicht unterbunden. In der seit knapp 30 Jahren linksrotgrünregierten bayerischen Landeshauptstadt haben sich offensichtlich entsprechende Seilschaften gebildet, die eine neue bürgerliche Partei eben abkochen lässt, wenn sie unerwünschte Tatsachen offen ausspricht. Aber dass sich jetzt auch eine Ägypterin von diesen menschenverachtenden Brüllern als “Nazi” diffamieren lassen muss, ist eine Steigerung dieser Perversion und eine Schande für das vermeintlich “weltoffene” und “bunte” München.

(Von Michael Stürzenberger)

Die verlogene Ausländerfreundlichkeit der linksverdrehten bayerischen Landeshauptstadt gilt eben nur für diejenigen Menschen aus anderen Ländern, die eine den Sozen genehme Weltanschauung haben. Ausländer mit islamkritischer Einstellung werden genauso brachial bekämpft wie die Bürger, die eine Volksabstimmung über ein aus einem terrorunterstützenden arabischen Unrechtsstaat finanziertes und von einem verfassungsschutzbekannten Imam geplantes Europäisches Islamzentrum mitten in München haben wollen.

Stachus

Die ägyptische Christin Nawal hat schon viel Übles in München erleben müssen. Sie wurde im vergangenen August in der Fußgängerzone von Moslems angespuckt und heftigst verbal attackiert. Auch am Samstag hat sich die zweifache Mutter, die mit einem Deutschen verheiratet ist, wieder von Moslems elende Beleidigungen wie “Nutte”, “Schlampe”, “Hure” und weiteres Widerliches anhören müssen. Moslems haben ihr auch unterstellt, sie würde sich kaufen lassen und Geld für ihre Reden bekommen. Solche charakterlosen berechnenden Menschen verwechseln sie offensichtlich mit ihresgleichen. Diese mutige Frau hingegen agiert aus vollster innerster Überzeugung. Sie hat sogar für DIE FREIHEIT gespendet, damit diese Partei den Kampf gegen die Islamisierung engagiert weiterführen kann.

Nawal wehrt sich gegen den Islamfaschismus, der ihre Heimat zugrunde richtet und der damals in Deutschland auch mit dem National-Sozialismus kooperiert hat. Dessen Hass- und Hetzbuch "Mein Kampf" in Ägypten ein Verkaufsschlager ist und dessen Führer Adolf Hitler dort wie in allen arabisch-islamischen Ländern wegen der von ihm veranlassten Vergasung von 6 Millionen Juden von vielen "Rechtgläubigen" verehrt wird.

Und jetzt muss sich diese Freiheitskämpferin aus Ägypten in München von linksextremen hirnlosen Krakeel-Kommandos idiotischerweise als "Nazi" diffamieren lassen. Ungehindert vom Polizei-Einsatzleiter, der gleichmütig danebensteht und das als "zulässige Meinungsäußerung" betrachtet. Dieses Video dokumentiert eine tiefe Schande für München:

Dass dieses Niederbrüllen von der Polizei-Einsatzleitung gebilligt wird, ist nach der Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtes am vergangenen Mittwoch umso ärgerlicher und unverständlicher. **Denn dort wurde uns u.a. eine Reduzierung der Lautstärke unseres Megaphons von 95dB auf 85 dB auferlegt, da sich Anwohner und Geschäftsinhaber beschwert hätten. Ich hatte dem entgegnet, dass ich gerne leiser reden würde, wenn wir von den Dauer-Gegendemonstranten nicht permanent niedergeschrien werden würden. Es sei Aufgabe der Polizei, dies zu regeln, hieß es vor Gericht. Nun, da wird ganz offensichtlich gar nichts geregelt. Und dass wir die üblen Schrei-Störer jetzt auch nicht einmal mehr filmen und fotografieren dürfen bei ihrem menschenverachtenden Treiben, ist ein weiterer Skandal. Dies sind alles Themen, über die man sich in der Berufungsverhandlung sehr intensiv unterhalten wird.**

Im nächsten Video berichtet Nawal über Islamfaschismus in Ägypten, worauf die Linksextremen wieder aus Leibeskräften buhen und plärren:

"Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda"

"Halt Deine Klappe"

"Blabla"

Außer Nawal traten an diesem Tag noch ein aramäischer Christ und ein Kemalisten, beide türkischstämmig, bei uns als Redner auf. Dazu lieferten uns Iraner, Iraker, Syrer, Spanier und Schweizer wichtige Informationen über die schlimmen Zustände mit dem Islam in ihren Ländern. An diesem Samstag waren wir besonders international, was aber die linksverdrehten Betonköpfe nicht daran hinderte, ihre automatisierten Doof-Slogans abzuspuhlen. Wie Recht hatte doch Albert Einstein, als er sagte:

„Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“

Angesichts der dauergegendemonstrierenden faktenresistenten denkunfähigen plärrenden linksverdrehten Gestalten in München kann man ihm wahrlich nicht widersprechen.

05. September 2013, 13:21 Uhr

Sekte "Zwölf Stämme"

Polizei holt 28 Kinder aus Christen-Kloster in Bayern

Mitglieder der christlichen Sekte "Zwölf Stämme" sollen ihre Kinder schlagen, erst kürzlich wurde ihre Schule geschlossen. Jetzt rückte die Polizei mit 100 Beamten an: Sie holte 28 Jungen und Mädchen aus dem Kloster in Bayern.

Großeinsatz in Bayern: Die Polizei hat 28 Mädchen und Jungen aus der umstrittenen Glaubensgemeinschaft "Zwölf Stämme" geholt, die von vielen Kritikern als Sekte

gesehen wird. Zuvor hatte das Amtsgericht Nördlingen einen vorläufigen Sorgerechtsentzug angeordnet. Die Kinder sollen geschlagen worden sein, so der Vorwurf.

Um 6 Uhr morgens rückte die Polizei mit rund 100 Beamten an, begleitet von Mitarbeitern des Jugendamtes, berichtet unter anderem die "**Augsburger Allgemeine**" in ihrer Online-Ausgabe, um 9.30 Uhr war der Einsatz beendet. Die Kinder lebten in der Gemeinschaft in einem Kloster bei Deiningen, Bayern. Zeugen berichteten der Zeitung, die Mitglieder hätten keinen Widerstand geleistet. Ein Mitglied der Gruppe habe aber betont, die Kinder seien nicht geschlagen worden. Und: Man sei entsetzt über die Aktion der Polizei.

Jugendamt und Polizei brachten die Kinder dem Bericht zufolge zunächst ins Landratsamt Donauwörth, das weiträumig abgesperrt war. Im Laufe des Tages sollen sie in Pflegefamilien untergebracht werden.

Alte Schule geschlossen, neue beantragt

Die bibelfrome Gemeinschaft ist sehr umstritten: Aussteiger warfen den rund hundert Bewohnern des Klosters im vergangenen Jahr im "Focus" vor, ihre Kinder mit der Rute zu misshandeln. **Die Gemeinschaft wies die Vorwürfe damals zurück und erklärte:** "Wir sind eine offene und transparente Gemeinschaft, die keine Form von Kindesmisshandlung duldet."

"Zwölf Stämme" wurde in den USA gegründet, seit fast 15 Jahren leben einige Familien in Deiningen. Sie bauen Gemüse und Getreide an, halten Tiere und produzieren ihren eigenen Strom. Die Frage, wie sie dort weitgehend abgeschottet von der modernen Welt ihre Kinder großziehen, beschäftigt das Jugendamt und die Staatsanwaltschaft Augsburg schon länger.

Streit gab es auch um die Schule der Gemeinschaft: Die Mitglieder der "Zwölf Stämme" hatten sich geweigert, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken. Unter anderem wegen des Sexualkundeunterrichts, der ließe sich nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren. Vor knapp sieben Jahren hatten dann **die Behörden die Schule zunächst widerstrebend genehmigt**. Zum 31. Juli hatte das Kultusministerium die Genehmigung wieder entzogen; die Schule hatte Probleme, qualifizierte Lehrer zu finden.

Inzwischen haben die "Zwölf Stämme" erneut eine eigene Schule beim Ministerium beantragt.

Erst am Dienstag sorgte eine **ähnliche Aktion in Hessen** für Aufsehen: Ein Gericht hatte Eltern das Sorgerecht entzogen, weil sie ihre vier Kinder zu Hause unterrichten wollten. Polizei und Jugendamt hatten die Kinder dann um 8 Uhr morgens von zu Hause abgeholt.

LESEN SIE MEHR ÜBER RADIKALE CHRISTEN:

Verhütung verboten, ein Leben nach der Bibel: Die Großfamilie Wilson lebt auf einem Bauernhof an der US-Ostküste - und ist Teil der Quiverfull-Bewegung. Das erklärte Ziel der radikalen Christen: **So viele Kinder in die Welt setzen wie nur möglich. mehr...**

fln/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/polizei-holt-28-kinder-aus-christensekte-zwoelf-staemme-a-920586.html>

<http://www.medrum.de/content/widerstand-gegen-schulbesuchszwang-droht-familie-zu-ruinieren>

Widerstand gegen Schulbesuchszwang droht Familie zu ruinieren

12.09.13

Widerstand gegen Schulbesuchszwang droht Familie zu ruinieren

Eltern in Hessen erhielten Kostenbescheid in Höhe von fast 5.000.- EUR pro Kind und Monat für Fremdunterbringung

(MEDRUM) Einer hessischen Familie, die ihre Kinder nicht in öffentlichen Schulen unterrichten lassen wollte, droht der Ruin. Sie müssen sich auf den Entzug des Sorgerechtes gefasst machen und sollen horrenden Kosten für die Fremdunterbringung ihrer Kinder übernehmen.

Wie die Medien Anfang September berichteten (Medienspiegel MEDRUM), wurden einer hessischen Familie per Gerichtsbeschluss vier Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren weggenommen (sogenannte Inobhutnahme). Die Eltern hatten sich geweigert, ihre Kinder an öffentlichen Schulen unterrichten zu lassen und wollen sie stattdessen zu Hause unterrichten.

Die Familie steht nun in mehrfacher Hinsicht vor dem Ruin. Erstens, weil die Familie auseinander gerissen wurde und die Kinder außerhalb untergebracht wurden. Laut Netzwerk Bildungsfreiheit befinden sich die Kinder "zurzeit an einem unbekannten Ort in Pflegefamilien". Den Eltern droht der dauerhafte Entzug ihres Sorgerechtes.

Zweitens, weil die Eltern Kosten in einer Höhe tragen sollen, die selbst wohlhabende Eltern finanziell ruinieren würden. Denn pro Kind und Monat sollen 4.939,- EUR gezahlt werden, für vier Kinder wären dies monatlich nahezu 20.000.- EUR. Die Eltern teilten mit: "Wie wir es uns schon gedacht hatten, hat es nur wenige Tage gedauert, bis uns das Jugendamt einen Kostenbescheid für die Heimunterbringung zusandte. So kostet der Spaß 4.939,- EUR pro Kind und Monat. ... Auf diese Weise werden vom Jugendamt ins Visier genommene Familien ebenfalls nachhaltig zerstört." Es liegt auf der Hand, dass die Kosten für eine Fremdunterbringung der Kinder durch die steuerzahlenden Bürger aufgebracht werden müssen, soweit die Kosten nicht durch die Eltern getragen werden können. Zum Vergleich: Die Schul- und Internatskosten des bundesweit bekannten privaten Internats Schule Schloss Salem betragen etwas mehr als die Hälfte des Kostenbescheids, den die Eltern der hessischen Familie erhalten haben.

Nun setzen die Eltern ihre Hoffnung auf einen gerichtlichen Anhörungstermin am 19. September 2013. Um 13.30 Uhr sollen sie beim Amtsgericht gehört werden. Die Eltern hoffen, dass sich möglichst viele Unterstützer einfinden werden. Vor dem Amtsgericht befindet sich eine etwa 50 x 150 m große Grünanlage (»Mathildenplatz«). Sie eigne sich ideal, um dort »Flagge zu zeigen«, so die Eltern. Normalerweise seien solche Verhandlungen nicht öffentlich. Falls die Verhandlung aber öffentlich sein würde, wäre "große Unterstützung um so besser".

Mittlerweile wurde eine Internetseite "The Wunderlich children" eingerichtet, auf der sich die Familie zu ihrem Fall äußert. URL: <http://wunderlich-children.com/bitte-von-dirk-und-petra-wunderlich>. Im Aufruf zur Demo heißt es dort: "Die deutschen Instanzen sollen die Kinder freigeben. Hausunterrichtung ist ein Menschenrecht." Bei der Wegnahme ihrer Kinder durch die staatlichen Instanzen hatten sie das Gefühl, wie Terroristen behandelt zu werden (Die Welt berichtete). Der Vater der Kinder schildert,

wie er die Inobhutnahme seiner Kinder durch die Behörden erlebt hat: →
Inobhutnahme 2013: Zum Wohle der Kinder.

05.09.13 Schulverweigerer: Behandelt, "als wäre ich ein Terrorist" WELT
04.09.13 Streng christliche Eltern beharren auf Heimunterricht FOCUS
03.09.13 Schulverweigerer in Hessen: Polizei holt Kinder aus streng religiöser Familie Spiegel
03.09.13 Vier Kinder wegen Schulverweigerung von Eltern getrennt Frankfurter Rundschau
03.09.13 Hausschulunterricht: Jugendamt nimmt Christen die Kinder weg idea
03.09.13 Schulverweigerer: Kinder von Eltern getrennt Zeit

17. Oktober 2013, 11:26 Uhr

Urteil

Strengreligiöse Eltern dürfen Kinder nicht zu Hause unterrichten

Es gilt das Schulgesetz: Das Landgericht Kassel hat die Berufung eines strenggläubigen Paares abgelehnt, das seine Kinder zu Hause unterrichten will. Die Eltern von neun Kindern kämpfen seit 20 Jahren gegen die Schulpflicht - selbst jetzt wollen sie nicht aufgeben.

Um keinen Preis wollen der Mann mit dem langen Bart und die Frau mit dem langen Rock ihre Kinder zur Schule gehen lassen: "Wir haben nicht das Vertrauen in eine Institution, die nachweislich Versager hervorbringt", sagt der Vater. Nein, eine öffentliche Schule ist für die Eltern von neun Kindern indiskutabel. Sie wollen ihre Kinder zu Hause unterrichten.

Deshalb streitet sich das strengreligiöse Ehepaar seit nunmehr 20 Jahren mit der deutschen Justiz. Am Mittwoch standen sie wieder einmal vor Gericht - erneut ohne Erfolg. Das Landgericht Kassel hat die Berufung der Eltern abgewiesen. Damit bleibt es zunächst bei dem Urteil des Amtsgerichts Fritzlar, **das den Vater und die Mutter im Mai wegen Verstoßes gegen das hessische Schulgesetz zu einer Geldstrafe von je 700 Euro verurteilt hatte.** Die Eltern wollten einen Freispruch erreichen.

Soweit wie die Staatsanwaltschaft wollten die Richter in Kassel dann aber auch nicht gehen: Die Staatsanwaltschaft hatte eine Haftstrafe von sechs Monaten zur Bewährung verlangt, auch dies wies das Gericht am Mittwoch zurück.

Bereits seit 20 Jahren kämpfen die Eltern aus Glaubens- und Gewissensgründen gegen die Schulpflicht. Weil es die Kinder nicht zur Schule schickt, **wurde das Paar bereits zuvor zweimal zu Geldstrafen verurteilt.** Drei der neun Kinder sind derzeit noch schulpflichtig, die zehn bis 15 Jahre alten Mädchen werden vor allem von der Mutter unterrichtet.

Pornografisches Material im Sexualkundeunterricht?

Die älteren Kinder, die auch zu Hause unterrichtet worden waren, haben inzwischen über Prüfungen staatliche Haupt- oder Realschulabschlüsse mit sehr guten Noten erreicht und auch Berufsausbildungen absolviert. "Das Kindeswohl war zu keinem Zeitpunkt gefährdet", sagt der Anwalt der Familie, Andreas Vogt. Das sieht auch das Gericht so. Dennoch sei es eine

Straftat, die bestraft werden müsse, betont der Vorsitzende Richter. Die Eltern seien ihrer Pflicht nicht nachgekommen. "Unterricht zu Hause - Schule ist das nicht. Ich hoffe, dass Sie zum Rechtsstaat zurückkehren", sagte er. In der Schule müsse man sich auch mit anderen Meinungen auseinandersetzen oder im Widerstreit für seine Interessen eintreten.

Der Rechtsstaat gewähre ihm seine Rechte nicht, sagte der Vater hingegen hinterher. Das Urteil werde ihn und seine Frau nicht davon abhalten, die Kinder weiter zu Hause zu unterrichten. Die Eltern fürchten vor allem die Verführung des Bösen: "Im Sexualunterricht (einer öffentlichen Schule) werden Grundschüler mit pornografischem Material konfrontiert. Das sind Dinge, die wir ethisch als Schmutz bewerten." Sein Anwalt kündigte an, das Urteil zu prüfen und dann über eine mögliche Berufung vor dem Oberlandesgericht zu entscheiden.

Der Richter zeigte sich besorgt ob der Ankündigung des Vaters: "Sie sind ein Vorbild für ihre Kinder."

Homeschooling ist in Deutschland verboten

Homeschooling ist in Deutschland generell verboten, es herrscht allgemeine Schulpflicht. Österreich, Frankreich, Großbritannien und andere Staaten kennen dagegen nur eine Unterrichts- oder Bildungspflicht.

Für das Recht auf Homeschooling kämpfen vor allem christliche Fundamentalisten. Sie wollen ihre Kinder von weltlichen Einflüssen fernhalten und versuchen, sie im Weltbild ihres streng ausgelegten Glaubens zu erziehen. Immer wieder versuchen strenggläubige Eltern deshalb, ihre Kinder auch von dem staatlichen Schulsystem fernzuhalten. Eine Familie aus Schwaben wanderte mit ihren fünf Kindern sogar in die USA aus, wo Homeschooling erlaubt ist. Sie beantragte dort Asyl - zunächst sogar mit Erfolg. Kürzlich kassierte ein amerikanisches Gericht den Beschluss jedoch wieder, der **Antrag wurde abgelehnt.**

Erst vor wenigen Wochen hatte ein Gericht härtere Sanktionen verhängt: Weil ein anderes Ehepaar aus Hessen ihre Kinder nicht zur Schule schicken wollte, wurden ihnen vorübergehend das Sorgerecht entzogen. **Polizei und Jugendamt holten Ende August die vier schulpflichtigen Kinder aus dem Haus der Familie.** Mittlerweile sind sie wieder zurück bei den Eltern, weil diese laut einem Zeitungsbericht zugestimmt hatten, ihren Nachwuchs in Zukunft auf eine staatliche Schule zu schicken.

lgr/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/urteil-religioese-eltern-duerfen-kinder-nicht-zu-hause-unterrachten-a-928323.html>

<http://www.kath.net/news/43229>

11 Oktober 2013, 11:00

Europaparlament sendet überfälliges Signal gegen Christenverfolgung

EU-Abgeordneter Martin Kastler äußert sich hochzufrieden, den Worten müssen nun Taten folgen - Erfolgreiche Initiative: Resolution verurteilt Gewalt in Syrien, Pakistan und Iran

Straßburg-Nürnberg (kath.net/pm) Es ist ein Anfang: Mit einer breiten Mehrheit hat das Plenum des Europäischen Parlaments am Donnerstag erstmals eine Resolution (RC-B7-449/2013) verabschiedet, die Christenverfolgung und Verbrechen an der religiösen Minderheit in Syrien scharf verurteilt und wortwörtlich nennt. Für den CSU-Europaabgeordneten Martin Kastler (Foto), Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und Mitautor des Papiers, ist das ein wichtiger Schritt: "Endlich folgen auch Linke und Liberale dem klaren Kurs der Europäischen Volkspartei (EVP) und sprechen im Plenum das aus, was hunderte Millionen Menschen weltweit erleiden: Verfolgung, Vertreibung und Tod - weil man an Christus glaubt." Einzig die Abgeordneten der extremen Linken stimmten nicht für die Resolution: "Sie sollten sich schämen!", so Kastlers empörter Zuruf im Straßburger Plenum.

Die Zeit des Wegschauens, so Kastler, habe "nun endlich auch für die anderen politischen Kräfte im Europaparlament ein Ende." Im Namen der gesamten christdemokratischen EVP-Fraktion hatte Kastler dem Plenum einen Resolutionstext mitvorgeschlagen, der aktuelle, ganz konkrete Fälle der Christenverfolgung im syrischen Maaloula und dem pakistanischen Peshawar sowie den Tod des iranischen Pastors Saeed Abedini verurteilt.

Andere, von ihm bislang miteingebrachte Resolutionen waren von Linken und Liberalen entweder abgelehnt oder so verändert worden, "dass sie das Problem der Christenverfolgung nicht beim Namen nannten" sondern lediglich allgemein die Missachtung der Religionsfreiheit oder die Unterdrückung von Minderheiten kritisierten. "Und das, obwohl Christen weltweit nachweislich die am meisten verfolgte Gruppe sind", so Kastler. "Das Europaparlament steht solidarisch an der Seite der Opfer von Christenverfolgung."

Der verabschiedeten Resolution müssten nun Taten folgen: "Ich werde nicht müde, die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton wegen ihrer Untätigkeit gegenüber Christenverfolgung zu verurteilen. Diese Menschenrechtsverbrechen dulden kein Wegducken - sie müssen auf die europäische Agenda und ihren Niederschlag in Guidelines und Arbeit des Auswärtigen Dienstes der EU! Ein Europa der Werte muss sich mit aller Macht schützend vor die verfolgten Christen stellen - weltweit", stellt Kastler im Straßburger Plenum ausdrücklich fest.

<http://www.pi-news.net/2013/12/koln-aggressive-moslems-stoeren-demo-gegen-christenverfolgung-polizei-schaut-tatenlos-zu/#more-373360>

Köln: Aggressive Moslems stören Demo gegen Christenverfolgung – Polizei schaut tatenlos zu

DemoKöln8Wenn man so einen Tag hinter sich hat, wie wir gestern in Köln im Schatten des wunderschönen Domes, aber unter sehr unschönen Umständen, kommt man sehr ins Grübeln. Von einem Erfolg kann man sicher sprechen, wenn man daran denkt, dass viele Menschen unsere Worte gehört und unsere Schilder gelesen haben, aber es ist ein Erfolg mit einem unheimlich bitteren Beigeschmack. Die Einsatzleitung der Polizei hat uns wissentlich der Gewalt und Aggression von wütenden Muslimen ausgesetzt und hat erst zum Ende hin, als schon sehr viele Übergriffe passiert waren, doch noch irgendwie ihre

Arbeit gemacht – sie hat aber durch ihre Untätigkeit bewusst Leib und Leben unserer Kundgebungsteilnehmer massiv gefährdet.

(Von Sebastian Nobile)

Ungefähr 50 Leute kamen zur Unterstützung des schwierigen Themas „Christenverfolgung“ (siehe Vorankündigung), das unser überparteiliches und unabhängiges Bündnis gegen Christenverfolgung in Köln organisiert hat. Als prominenten Redner konnten wir Michael Mannheimer begrüßen, der Ratsherr der Stadt Köln, Jörg Uckermann von Pro Köln stand wie auch bei der letzten Kundgebung für die gute Sache vor Ort ein und wir konnten anfangs in einer noch ruhigen Atmosphäre Informationen vermitteln.

Die Polizei hielt sich dezent im Hintergrund und es gab keine Absperrungen, was sicher unserer Sache auch mehr dient, weil man in Kontakt mit den Leuten kommen kann.

Allerdings hielt sich die Polizei so sehr im Hintergrund, dass sie uns selbst in brenzligsten Situationen vollkommen alleine ließ, denn Kontakt hatten wir an diesem Nachmittag mehr, als dem ein oder anderen lieb war. **Ich konnte selbst eine Handvoll körperlicher Übergriffe von aufgebrachten Muslimen etwa gegen meine Freundin, aber auch gegen Jörg Uckermann und andere beobachten und musste sie teilweise abwehren, wie auch einer unserer Ordner einen aggressiven Kerl zu Boden bringen musste, der die Lautsprecheranlage beschädigen wollte. Als die Lage immer tumultartiger und bedrohlicher wurde, weil einzelne hysterische Muslime und Muslimas schlugen, schrien und in Pulks aggressiv auf unsere Demonstrationsteilnehmer losgingen, bat ich mehrmals über die sehr laute Lautsprecheranlage die Polizei, uns nun in Schutz zu nehmen, wobei ich die Übergriffe erwähnte. Es passierte: Nichts.**

Es passierte sogar 15-20 Minuten lang nichts, außer dass die Übergriffe weitergingen und dann kam es, wie es kommen musste. Ein offenbar linker Chaot rannte, während ich am Mikrofon redete, von der Seite an mich heran, entriss mir das Mikrofon und zerschmetterte es auf dem Boden. Er rannte weiter die Treppen zum Dom hinauf, doch ich rannte ihm hinterher und riss ihn auf den Treppen nieder. Dann wurde die Polizei wach, rang uns beide auf den Boden und einer der Beamten sprach zu mir: „Sind Sie ruhig? Sind Sie ruhig?“ Ich denke, dass ich der einzig Ruhige war in dieser Situation, aber da ich ja damit rechnen musste, dass die Polizei auch weiterhin nichts tut, habe ich instinktiv mein „Jedermann-Festnahmerecht“ genutzt. Und das war genau richtig, denn dieser Typ wäre sonst auf und davon gewesen. Ich habe nun eine Anzeige wegen „vorsätzlicher leichter Körperverletzung“ am Hals. Wohl wegen meiner ausgesprochenen Gefährlichkeit, dem wahnsinnigen Blitzen in den Augen und meiner bedrohlich-pummeligen Erscheinung wurde ich dann erst einmal eine Viertelstunde lang von mindestens zwölf nun sehr tapferen Beamten umringt, während meine Personalien aufgenommen worden sind (siehe Video unten Teil 2 ab 3:30 min.).

Viele von uns haben diese Vorfälle nachdenklich gemacht. Ich stelle mir vor allem die Frage, ob es zielführend ist, einen Tumult zu riskieren, um auf das Thema „Christenverfolgung“ aufmerksam zu machen. Oder ob genau das zielführend ist. Denn was war unser Verbrechen, womit haben wir „proviziert“, wie mir **ein hochnäsiger Beamter erklärte, der mir quasi sagte, dass wir mit all dem rechnen müssten, wenn wir provozieren würden? Indem wir Tatsachen angesprochen haben, unbequeme Wahrheiten aufgezeigt und indem wir eine der wichtigsten Ursachen für die Verfolgung von Christen in dieser Welt auf die Agenda gebracht haben: Leben und Lehre des sogenannten Propheten Mohammed und die Nachahmung seiner Anhänger, die die tausenden Aufforderungen zur Verfolgung „Ungläubiger“ wörtlich nehmen. Wir haben natürlich auch die Verfolgung in den kommunistischen Ländern thematisiert und wir haben oft betont, dass es nicht darum geht, gegen Muslime zu hetzen. Dies alles nützt nichts, wie jeder weiß, der einmal an einer Demonstration teilgenommen hat, bei der der Islam in ein kritisches Licht gerückt wird.**

So berichtet etwa eine der Kundgebungsteilnehmerinnen:

„Es kam zu Rangeleien. Da hätte die Polizei bereits eingreifen müssen. L. wurde geboxt. Sogar eine 72-jährige Dame wurde von den Moslems angegangen. Es flogen zwei Eier. Eine Polizistin sah tatenlos zu und unternahm nichts. Die Einsatzleitung wollte diese Kundgebung und die Teilnehmer nicht schützen. Wenn statt Eiern Pflastersteine geflogen wären, hätte es diese Einsatzleitung auch nicht bekümmert. Es war ganz offensichtlich: Wir sollten klein begeben. Wir sollten vor Angst die Kundgebung abbrechen. Erst als klar wurde, dass die Teilnehmer nicht weichen, sondern eher Gegenwehr leisten, erwachte die Polizei aus ihrer Starre. Die haben nur die Moslems vor uns geschützt. Wir waren zum Abschuss freigegeben...

...Dass es von Seiten der Moslems jede Menge Beleidigungen gegen uns gab, muss ja nicht extra erwähnt werden. Das Übliche: Nazis, Rassisten u.s.w. Diesmal ging es besonders unter die Gürtellinie. Da wurde einem älteren Herrn von einem Afrikaner gesagt: „Ey, ich f... täglich Deine Frau“, verbunden mit obszönen Gesten. Das Mittelfinger zeigen ist quasi obligatorisch. Natürlich auch unter den Augen der Polizei und selbstverständlich ohne Konsequenzen für den „Zeiger“ des Fingers. Ein Afrikaner tanzte mit zuckendem Unterleib vor dem Redner umher. Die Zustände hierzulande sind mittlerweile unbeschreiblich.“

Ausschnitt Rede Mannheimer, bevor es hitzig wurde:

Aggressive Moslems – Teil 1:

Teil 2 (ab 3:30 min der Vorfall mit dem zerstörten Mikro und der darauf folgenden Festnahme):

35 Minuten Mitschnitt mit drei Rednern und Tumult:

Viele der Teilnehmer unserer Kundgebung am Samstag waren schockiert von dem Erlebten. Ich möchte mich hiermit bei diesen auch sehr entschuldigen. Es tut mir leid, dass sie so einer Gefahr ausgesetzt waren. Ich bin diese Zustände gewohnt, denn die Aggressivität und der Hass von kritikunfähigen Muslimen und Linksextremen begleitet jede Demonstration, auf der ich bin, aber ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir gestern die Sache selber friedlich und für alle Passanten auch nachvollziehbar präsentieren können und ich bin betrübt, dass am Ende so ein Tumult dort entstanden ist. Ich bin getroffen von der Gemeinheit dieser Art von „Polizeiarbeit“ und mein Knie schmerzt, während ich jetzt hier sitze, weil ich es an den Treppen ziemlich angeschlagen habe. Das war der drittmieseste Polizeieinsatz, den ich bisher überhaupt erlebt habe. Wir aber lassen uns nicht einschüchtern. Wir bringen dieses Thema auch weiter auf den Plan, denn es wird sonst nur von wenigen anderen und kleinen Gruppen getan, doch es ist nötig, dass die Menschen sich bewusst werden, wie massiv Christenverfolgung tatsächlich stattfindet, welche Ursachen sie hat und was sie tun können, um zu helfen. Ein Dank auch von hier noch einmal an die Helfer, die diese Demonstration durch ihren Einsatz erst möglich gemacht haben, nachdem es zuerst einige organisatorische Schwierigkeiten gab. Die Videoaufnahmen verdanken wir den „Aktiven Patrioten“! Und so hoffen wir, dass auch das nächste Mal wieder so viele kommen wie gestern oder noch mehr!

Fotogalerie:

DemoKöln1

DemoKöln2

DemoKöln3

DemoKöln4

DemoKöln5

DemoKöln6

DemoKöln7

DemoKöln9

Kontakt:

» Polizeipräsident Köln: poststelle.koeln@polizei.nrw.de

» NRW-Innenminister Ralf Jäger: ralf.jaeger@landtag.nrw.de

3.12.13

Geehrte Damen und Herren

Sie haben - möglicherweise aufgrund politischer Vorgaben - wissentlich und rechtswidrig eine Demonstration in Köln gegen die weltweite Christenverfolgung nicht ausreichend geschützt (Beweismaterial s. <http://www.pi-news.net/2013/12/koln-aggressive-moslems-storen-demo-gegen-christenverfolgung-polizei-schaut-tatenlos-zu/#more-373360>).

Wir werden eine entsprechende Anzeige gegen Sie und die politisch Verantwortlichen prüfen lassen.

Jegliche Unterstützung des Islams erfüllt unserer Meinung nach den Straftatbestand der Übernahme einer Garantenstellung für Völkermord (an Christen) und religiösen Rassismus und den Straftatbestand schwersten Antisemitismus, da niemand antisemitischer ist als der Islam. Die juristischen Daten dazu finden Sie in dem Buch des Rechtsanwaltes Schneider im Anhang

Denn: im Namen des Islam und in (berechtigter!) Berufung auf den Koran werden jedes Jahr ca. 100000 Christen ermordet werden (s. www.opendoors.org). Über 21000 (Selbstmord)Attentate seit dem 11.9.2001 mit ca. 4 Millionen Toten und Schwerverletzten (<http://www.thereligionofpeace.com/>) sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache ...

Daß diese hochpathologische Religion sich auf die faschistoiden Suren aus dem Koran berufen kann, was schon die EU-Menschenrechtskommission ein Verbot des Koran fordern ließ (S. Anhänge), ist Ihnen cheinbar auch nicht bekannt

Tatsächlich sind die vielen "friedliebenden Moslems" in Deutschland ebenso wie die politisch korrekten islamophilen Politiker, die mit einer solch pathologischen Religion zusammenarbeiten und Kritiker derselben in geradezu dummtoleranter Weise als als "islamophob" bezeichnen, so lange Mittäter, so lange sie nicht TÄGLICH gegen die im Namen des islamisch-religiösen Faschismus TÄGLICH verübten Morde auf die Straße gehen. Scientology und die Katholische Kirche wären heutzutage längst verboten, wenn in ihrem Namen und unter Berufung auf ihre Führer bzw. ihre Lehrbücher weltweit solche Massenmorde erfolgen würden.

Ein fehlender Schutz von Demonstranten ist somit strafbare Untersützung einer faschistoiden Religion ...

Mit freundlichen Grüßen

Oeffentlichkeitsarbeit.Koeln@polizei.nrw.de

Geehrte Damen und Herren

Sie haben - möglicherweise aufgrund politischer Vorgaben - wissentlich und rechtswidrig eine Demonstration in Köln gegen die weltweite Christenverfolgung nicht ausreichend geschützt (Beweismaterial s. <http://www.pi-news.net/2013/12/koln-aggressive-moslems-storen-demo-gegen-christenverfolgung-polizei-schaut-tatenlos-zu/#more-373360>).

Wir werden eine entsprechende Anzeige gegen Sie und die politisch Verantwortlichen prüfen lassen.

Jegliche Unterstützung des Islams erfüllt unserer Meinung nach den Straftatbestand der Übernahme einer Garantenstellung für Völkermord (an Christen) und religiösen Rassismus und den Straftatbestand schwersten Antisemitismus, da niemand antisemitischer ist als der Islam. Die juristischen Daten dazu finden Sie in dem Buch des Rechtsanwaltes Schneider im Anhang

Denn: im Namen des Islam und in (berechtigter!) Berufung auf den Koran werden jedes Jahr ca. 100000 Christen ermordet (s. www.opendoors.org). Über 21000 (Selbstmord)Attentate seit dem 11.9.2001 mit ca. 4 Millionen Toten und Schwerverletzten (<http://www.the religion of peace.com/>) sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache ...

Daß diese hochpathologische Religion sich auf die faschistoiden Suren aus dem Koran berufen kann, was schon die EU-Menschenrechtskommission ein Verbot des Koran fordern ließ (s. Anhänge), ist Ihnen scheinbar auch nicht bekannt

Tatsächlich sind die vielen "friedliebenden Moslems" in Deutschland ebenso wie die politisch korrekten islamophilen Politiker, die mit einer solch pathologischen Religion zusammenarbeiten und Kritiker derselben in geradezu dummtoleranter Weise als als "islamophob" bezeichnen, so lange Mittäter, so lange sie nicht TÄGLICH gegen die im Namen des islamisch-religiösen Faschismus TÄGLICH verübten Morde auf die Straße gehen. Scientology und die Katholische Kirche wären heutzutage längst verboten, wenn in ihrem Namen und unter Berufung auf ihre Führer bzw. ihre Lehrbücher weltweit solche Massenmorde erfolgen würden.

Ein fehlender Schutz von Demonstranten gegen die weltweite Christenverfolgung und -ermordung ist unserer Meinung nach strafbare Unterstützung einer faschistoiden Religion (s. Anhänge)...

<http://www.katholisches.info/2013/09/03/kritik-an-gay-pride-bringt-straftanzeige-ein-christenverfolgung-in-grossbritannien/>

Kritik an Gay Pride bringt Straftanzeige ein – Christenverfolgung in Großbritannien

3. September 2013 15:51 | Mitteilung an die Redaktion

Homo-Propaganda in Norwich(London) Was unter dem Stichwort "Anti-Diskriminierung" und Kampf gegen Homophobie des Weges schleicht, ist die heimliche Rückkehr des Meinungsdelikts samt zugehörigem Maulkorb. Der Maulkorb, das Meinungsverbot scheint dabei noch das „harmloseste“ Verfolgungsmittel zu sein. In Großbritannien ist es bereits Realität, in Italien und Frankreich sollen Gesetze gegen „Homophobie“ erlassen werden. Es geht nicht um ein berechtigtes Anliegen, sondern um die Errichtung von Denk- und Meinungsverboten und damit der Errichtung einer antidemokratischen Meinungsdictatur. Der gegen Angriffe auf die verfassungsmäßige Ordnung zuständige Staatsschutz läßt vergeblich auf sich warten. Ein konkretes Beispiel aus Großbritannien, wie ein „Anti-Homophobie-Gesetz“ in der Praxis funktioniert.

Reverend Dr. Alan Clifford ist Pastor der Reformed Church, der reformierten Kirche Schottlands in Norwich. Ihm kam die unheilvolle Idee, den Organisatoren einer örtlichen Gay Pride zwei Mails mit Zitaten aus der Bibel zur Homosexualität zu schicken.

Die erste E-Mail hatte das Betreff „Christus kann heilen. Gute Nachrichten für Homosexuelle“. Die zweite nannte als Betreff: „Jesus Christus, der Retter, den wir alle brauchen“. Den Empfängern haben die beiden elektronischen Briefe nicht zugesagt. Statt sie als Meinung zu akzeptieren oder einfach zu löschen, hetzten sie dem Pastor die Polizei auf den Hals. Die Homo-Aktivisten sahen in der Zusendung ein „hate incident“, einen offensichtlichen Fall von „Homophobie“.

„Christus kann heilen“ und schon steht die Polizei vor der Tür des Pastors. So geschah es, daß es an einem ruhigen Samstag nachmittag an der Tür des schottischen Pastors klopfte. Vor der Tür stand ein Polizist der Norfolk Constabulary. Der Pastor dachte an irgendeinen Vorfall in der Nachbarschaft (Diebstahl, Einbruch, Ruhestörung) und einen Beamten, der nach zweckdienlichen Hinweisen suchte. Pastor Clifford fiel aus allen Wolken, als er hören mußte, daß gegen ihn Anzeige wegen „homophobic hate“ erstattet worden war. Der Polizist forderte den Pastor auf, die Sache durch die Zahlung eines Bußgeldes zu bereinigen. Es gäbe auch die Möglichkeit, gegen die Zahlungsforderung Widerspruch einzulegen, was er aber nicht unbedingt empfehle.

Pastor Clifford wird vom Journalisten des The Spectator, der ihn später interviewte, als „intelligente, gebildete und vernünftige Persönlichkeit“ beschrieben, deren Charakter „jede Form von Haß“ zuwider ist. Dr. Clifford versuchte den Polizisten davon zu überzeugen, daß er nur seine Überzeugung als Christ auf der Grundlage der Heiligen Schrift wiedergegeben hatte. Damit sei a priori die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Anschuldigung erwiesen. Der Theologe erklärte dem Polizisten, was der Begriff Homophobie bedeutet, dessen etymologische Herleitung aus dem Griechischen und damit, daß es dabei um Angst und nicht um „Haß“ geht.

Der reformierte Pastor bekannte: „Ich fürchte natürlich einen negativen Einfluß, den die Homosexualität auf die Gesellschaft haben kann. Das kann aber nicht als ‚Haß‘ bezeichnet werden, außer allein schon die Tatsache etwas zu kritisieren, würde als ‚Haß‘ ausgelegt.“ Und schließlich erinnerte er an den Untertitel, den er beiden E-Mails gegeben hatte: „Eine leidenschaftliche Einladung zur christlichen Umkehr“. „Kann das als Haß betrachtet werden?“, fragte er den Polizisten. „Wir Christen haben nicht die Homosexuellen, sondern wir lieben sie und wollen ihnen helfen. Auch wenn den Organisatoren der Gay Pride die Einladung nicht zugesagt haben mag, bin ich doch keiner Straftat schuldig.“

Urteil Redmond Bate (2000): „Eingeschränkte Redefreiheit wäre keine wirkliche Freiheit“

Der Pastor gab dem Polizisten einige Hinweise rechtlicher Natur. Er zitierte das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Handyside gegen Großbritannien (1976). Der Gerichtshof erkannte im Urteil den Rechtsgrundsatz an, mit dem die Redefreiheit nicht nur Meinungen und Ideen meint, die als nicht beleidigend anerkannt sind, sondern auch „jene, die jede Gruppe oder jeden Bereich der Bevölkerung beleidigen, schockieren und stören können, weil das die pluralistische, tolerante und liberale Natur vorschreibt, die zwingend die demokratische Gesellschaft charakterisiert“. Clifford zitierte auch das britische Urteil Redmond Bate gegen Director of Public Prosecutions (2000). Mit dem Urteil erklärte der englische Lord Justice Sedley (1999-2011): „Die Redefreiheit schließt nicht nur harmlose Worte mit ein, sondern auch jene, die irritieren können, insoweit diese nicht

zur Gewalt aufrufen; eine Redefreiheit, die nur auf harmlose Worte beschränkt wäre, wäre keine wirkliche Freiheit“.

„Christlicher Glaube ist keine Straftat“ – Polizei hat kein Einsehen

Den Polizisten beeindruckte das alles nicht. Er empfahl Pastor Clifford noch einmal die Gelegenheit durch Zahlung des Bußgeldes zu erledigen. Eine Art von politisch korrekter Radarfalle: Wer bei einer „homophoben“ Übertretung geblitzt wird, kann sofort und dafür weniger zahlen, oder es wird teurer.

Pastor Clifford lehnte empört ab, weil er sich keiner Schuld, schon gar keiner Straftat bewußt ist. Schon gar nicht sei sein christlicher Glaube eine Straftat. Der Polizist erstattete seinen Vorgesetzten Bericht. Diese leiteten die Angelegenheit an den Crown Prosecutor Service und damit gewissermaßen an die Staatsanwaltschaft weiter. Die Sache scheint für den „tatverdächtigen“ Pastor keine gute Wendung zu nehmen.

Strafverfolgungskriterium: „Homophob“ ist, was das „Opfer“ als solches empfindet. In Großbritannien wird von keinem Gesetz definiert, was „Homophobie“ und „Transphobie“ eigentlich sein soll. Die Gesetzeslücke schließt direkt der Crown Prosecution Service. Das Dokument 44899 CPS – Hate Policy dieser königlichen Strafverfolgungsbehörde bildet die Grundlage der „Bekämpfung von Homophobie“ auf den britischen Inseln. Darin heißt es wörtlich:

There is no statutory definition of a homophobic or transphobic incident. However, when prosecuting such cases, and to help us to apply our policy on dealing with cases with a homophobic or transphobic element, we adopt the following definition: “Any incident which is perceived to be homophobic or transphobic by the victim or by any other person”.

Damit wird offen zugegeben, daß es keine gesetzliche Grundlage für den “Kampf gegen Homophobie und Transphobie gibt”. Daher legen „wir unserer Politik“ folgende Definition zugrunde: „Als Homophobie und Transphobie gilt jeder Fall, der vom Opfer oder jedem anderen Subjekt als solche wahrgenommen wird.“

Homosexuelle Bürger Erster Klasse, die über Strafverfolgung gegen Bürger Zweiter Klasse bestimmen

Demnach sind es die Organisatoren der Gay Pride von Norwich, die bestimmen können, ob es sich um „Homophobie“ handelte oder nicht. Sie bestimmen damit auch, ob die Strafverfolgungsbehörde gegen einen anderen Bürger vorgeht oder nicht. Man stelle sich dasselbe Prinzip umgelegt auf das Strafrecht vor. Homosexuelle und Transsexuelle, oder ihnen ideologisch Nahestehende, sind damit strafrechtlich betrachtet, Bürger erster Klasse, während der Rest zu Bürgern zweiter Klasse deklariert wird. Die Homosexuellen der ersten Klasse bestimmen über die Strafverfolgung der zweiten Klasse. Und das alles ohne ein Gesetz, aber mit konkreten, vielleicht schwerwiegenden Folgen. Pastor Allen Clifford von Norwich ist bereits Opfer dieser Verzerrung der demokratischen Rechtsordnung.

Syrien: Christen abgeschlachtet wie die Schafe

terroristen syrien-2Allahkrieger aus der ganzen Welt, unter ihnen etwa 260 Deutsche "Rechtgläubige", führen in Syrien gerade die koranische Killermission aus. Die Opfer des Dauer-Massakers sind dort neben Alawiten meistens Christen. Laut Augenzeugenberichten wurden in der etwa 20 Kilometer nördlich Damaskus gelegenen Stadt Adra viele Christen wie Schafe abgeschlachtet. Mindestens 80 Menschen verloren dabei ihr Leben und ihren Kopf. Allahs Befehl "Schlagt ihnen die Köpfe ab" aus Sure 47:4 wird also gehorsam ausgeführt.

(Von Michael Stürzenberger)

Kopp Online berichtet mit Bezug auf Russia Today Arabic:

Die Einwohner, die aus Adra fliehen konnten, nennen die Kämpfer, die gegenwärtig die Stadt kontrollieren, nur »die Enthaupter«. In Adra leben etwa 20 000 Menschen. Die Stadt wurde in der vergangenen Woche von Rebellen der radikalislamischen Al-Nusra-Front und der »Armee des Islam« (Dschaisch al-Islam), in der sich 43 Rebellengruppen zusammengeschlossen haben, nach heftigen Kämpfen mit Regierungstruppen eingenommen. Die Eroberung der Stadt wurde von Massenhinrichtungen von Zivilisten begleitet.

Das Morden der Al-Nusra Terrorbande, ein Al-Qaida-Ableger, wird bekanntlich mit Milliardenbeträgen aus Katar unterstützt. Der gleiche Schariastaat, der auch in München das Islamzentrum finanzieren möchte. Aber jeder, der das offen anspricht und kritisiert, wird von der verlogenen Heuchlerbande um Ude, Offman, Prantl & Co als "Hetzer" und "Rassist" diffamiert. Man sollte diese Typen mal eine Woche nach Syrien schicken, dann würden sie nicht mehr von "Toleranz", "Vielfalt", "Buntheit" und "Religionsfreiheit" schwafeln:

Ein Einwohner berichtete, ihm sei die Flucht »unter einem Kugelhagel« gelungen. Später nahm er Kontakt mit Kollegen auf, die ihm berichteten, dass und wie die Hinrichtungen an der Zivilbevölkerung von den extremistischen Militanten durchgeführt wurden. »Sie hatten Listen von Regierungsangestellten bei sich«, erzählte er. »Das bedeutet, sie hatten die Hinrichtungen bereits im Vorfeld geplant und wussten genau, wer für die Regierung tätig war. Sie gingen einfach zu der auf der Liste angegebenen Adresse, zwangen die Leute gewaltsam, mit ihnen zu kommen, und stellten sie vor ein so genanntes »Scharia-Gericht«. Ich glaube, so nannten sie das. Dann verurteilten sie sie zum Tode durch Enthaupten.«

Eine Frau, die ihr Gesicht vor der Kamera verbarg, berichtete RussiaToday von den Enthauptungen, die sie mit ansehen musste: »Überall wurden Menschen abgeschlachtet. Der Älteste war gerade einmal 20 Jahre alt. Auch er wurde brutal getötet. Sie waren alle noch Kinder. Ich habe es mit eigenen Augen mit angesehen. Sie töteten 14 Menschen mit ihren Macheten. Ich weiß nicht, ob es sich bei den Hingerichteten um Alawiten handelte. Ich weiß auch nicht, weswegen sie sterben mussten. Sie haben sie einfach beim Schopf gepackt und wie Schafe abgeschlachtet.«

Islam bedeutet seit 1400 Jahren Friedhof. Mehr über die Massaker an Christen mit einem aufschlussreichen Video von Russia Today bei Kopp Online. Katholisches Info berichtet von der Verbrennung lebender Menschen und zeigt auf, dass in Syrien bereits zehnjährige Moslem-Kinder für den Dihad ausgebildet werden. So sehen "Weihnachtsgeschenke" aus für Christen, die das Pech haben, in einem von Moslems dominierten Land zu leben.

Und bei uns demonstrieren christliche Würdenträger gegen die Islam-Aufklärung. Am 3. Oktober läutete der Pfarrer der katholischen St-Korbinian-Kirche am Gotzinger Platz seine Glocken eine Viertelstunde lang protestierend bei unserer Demo zum Tag der Deutschen Einheit und gegen den Tag der Offenen Moschee. Bei der Kundgebung der FREIHEIT am vergangenen Mittwoch am Haderner Stern stand der Diakon der gegenüber liegenden Kirche mit einem umgehängten Schild "gegen Intoleranz" und dem Spruch: "Gott liebt alle Menschen"

Dem völlig vergeistigten Typ war nicht klarzumachen, dass der islamische Gott eben nicht alle Menschen liebt, sondern seinen Anhängern befiehlt, Andersgläubige zu unterwerfen

und abzumurksen, wenn sie sich widersetzen. Er grinste nur dämlich vor sich hin und murmelte, dass wir "Hetzer" seien. Ein typischer Vertreter von gehirndurchweichenden, toleranzbesoffenen Gutmenschen. Man sollte auch ihm ein Syrien-Ticket zu Weihnachten schenken, vielleicht wacht er dann in seinem Wolkenkuckucksheim auf..

<http://www.kath.net/news/44227>

21 Dezember 2013, 07:10

Vandalismus gegen christliche Symbole

Nördliches Westfalen: 40 Kreuze und Statuen zerstört.

Münster (kath.net/ idea)

Eine Serie von Anschlägen gegen christliche Symbole hat es in den vergangenen Wochen im nördlichen Westfalen gegeben: Die Polizei Münster registrierte seit September insgesamt 40 Fälle, in denen religiösen Statuen der Kopf abgeschlagen wurde, Kreuze verbogen oder verbrannt sowie Bildstöcke und kleine Kapellen zerstört wurden. Das teilte die Pressesprecherin der Polizei Münster, Angela Lüttmann, auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mit.

Man gehe davon aus, dass es sich um eine Serie und damit um dieselben Täter handle. Eine Spur gebe es aber derzeit noch nicht. Es könne sein, dass die Täter aus reiner Zerstörungswut handelten. Möglich sei auch, dass sie religiöse Gründe hätten und damit ihren Unmut über das Christentum äußern wollten. Da nicht auszuschließen sei, dass es sich um religiös motivierte Kriminalität handle, ermittle auch der Staatsschutz. Von den Anschlägen betroffen sind Ibbenbüren, Saerbeck, Hörstel, Hopsten, Mettingen, Tecklenburg und Rheine.

In den meisten Fällen habe es sich um Wegekreuze auf Privatgrundstücken gehandelt, so die Polizeisprecherin. Betroffen war allerdings auch die katholische St. Barbara-Kirche in Ibbenbüren-Dickenberg. Dort wurde der auf dem Kirchplatz stehenden Statue der Heiligen Barbara, die auch Schutzpatronin der Bergleute ist, der Kopf abgeschlagen. Der dortige Pfarrer Paul Greiwe sagte gegenüber idea, dass er ein solches Ausmaß an Vandalismus in so kurzer Zeit noch nicht erlebt habe.

Wie die Münsterländische Volkszeitung (Rheine) berichtete, setzten Schüler der Ludgeri-Schule in Mettingen (bei Ibbenbüren) ein Zeichen gegen die Zerstörungen: Sie bastelten im Religionsunterricht Kreuze, hängten sie an einem unbeschädigten Prozessionshäuschen auf und schrieben dazu: „Das ist illegal. Hör auf mit dem Vandalismus.“

<http://www.pi-news.net/2013/12/zentralafrika-massaker-an-christen-beginnen/>

Zentralafrika: Massaker an Christen beginnen

In Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, kam es in den letzten zwei Tagen zu den ersten Massakern an der christlichen Mehrheitsbevölkerung. Bereits im März dieses Jahres hatten islamische Seleka-Terroristen den demokratisch gewählten Präsident gestürzt (PI berichtete). Finanziert

werden sollen die Terroristen von anderen islamischen Staaten. Nun kam es zu Massakern mit mindestens 1000 Toten in der Hauptstadt des Landes und in weiteren umkämpften Gebieten.

Nachdem sich christliche Milizen gebildet hatten, um die islamischen Eindringlinge zu bekämpfen, wurden allein in den letzten Tagen über 1000 Christen massakriert. Frankreich versucht derzeit mit 1600 Soldaten den Frieden wieder herzustellen. Bisher jedoch ohne Erfolg.

Unterdessen melden Amnesty International und Human Rights Watch, dass sowohl christliche als auch moslemische Gruppen für Verbrechen verantwortlich seien. Dabei vergessen diese Organisationen leider Ursache und Wirkung aufzuzeigen.

ORF schreibt:

Christliche Gruppen seien Anfang Dezember in der Hauptstadt Bangui „von Tür zu Tür gezogen“ und hätten rund 60 Muslime getötet, so Amnesty über den Anlass für die Gewaltwelle. In großangelegten Vergeltungsaktionen seien daraufhin innerhalb von nur zwei Tagen fast 1.000 Menschen von den Rebellen getötet und „Häuser von Zivilisten systematisch geplündert“ worden. Die UNO hatte zuvor von rund 600 Toten bei Gewaltakten zu Beginn des Monats in der ZAR gesprochen, davon 450 in Bangui.

Nach wie vor sind vor allem katholische Einrichtungen zum Zufluchtsort für Flüchtlinge geworden, wie die Don Bosco-Mission in Bangui (Foto oben).

11. Januar 2014, 19:46 Uhr

Unruhen in Zentralafrika

Christliche Milizen nehmen Rache an Muslimen

Der Präsident ist zurückgetreten, doch die Gewalt dauert an. In der Zentralafrikanischen Republik machen christliche Milizen Jagd auf Muslime. Der abgesetzte Staatschef Michel Djotodia ist auf der Flucht in Richtung Benin.

Bangui - Der Rücktritt von Präsident Michel Djotodia hat die Lage in der [Zentralafrikanischen Republik](#) nicht beruhigt. Obwohl der Staatschef sein Amt [am Freitag auf Druck der Nachbarstaaten aufgeben hatte](#), ist die Gewalt in der Hauptstadt Bangui erneut eskaliert.

Christliche Milizionäre machen nach Djotodias Machtverzicht Jagd auf Muslime. Er war der erste Muslim an der Spitze des multikonfessionellen Staats, auch seine Anhänger gehörten größtenteils dem Islam an.

Am Samstag plünderten die Gegner des Ex-Präsidenten trotz einer Ausgangssperre zahlreiche muslimische Geschäfte in Bangui. Mindestens drei Menschen wurden dabei getötet. Auch einige Moscheen seien angegriffen worden. Französische Truppen und Soldaten der Afrikanischen Union patrouillierten mit gepanzerten Fahrzeugen in den Straßen der Hauptstadt, konnten jedoch die Gewalt nicht stoppen. "Die Muslime haben uns getötet und misshandelt. Jetzt ist die Zeit für Vergeltung", sagte ein Bewohner von Bangui.

2,2 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe

Der Konflikt in der Zentralafrikanischen Republik tobt seit Beginn des vergangenen Jahres. Im März 2013 hatten Rebellen unter Djotodias Führung den damaligen Präsidenten François Bozizé gestürzt. Christliche Gruppen fühlten sich von Djotodias muslimischen Kämpfern drangsaliert und stellten rüsteten daraufhin Milizen auf.

In den vergangenen Wochen eskalierte die Gewalt zwischen den verfeindeten Volksgruppen. Bei den Kämpfen wurden mehr als tausend Menschen getötet, hunderttausende Menschen flohen vor der Gewalt. Auch zehntausende Immigranten aus dem Tschad verließen das Land. Ein Militäreinsatz der französischen Armee hat die Lage bislang auch nicht befrieden können.

Nach Angaben der Vereinten Nationen benötigen 2,2 Millionen Menschen, die Hälfte der Landesbevölkerung, humanitäre Hilfe.

Auch Djotodia selbst ist inzwischen auf der Flucht. Am Samstag soll er im westafrikanischen Benin eintreffen. Dort hatte er bereits vor seiner Amtsübernahme mehrere Jahre verbracht, viele Verwandte leben in dem Land an der Atlantikküste.
syd/Reuters/AFP/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/zentralafrikanische-republik-unruhen-zwischen-christen-und-muslimen-a-943047.html>

<http://www.pi-news.net/2014/01/nrw-kirchliche-hexenjagd-auf-andersdenkende/#more-380817>

NRW: Kirchliche Hexenjagd auf Andersdenkende

Der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Leverkusen, Gert-René Loerken (Foto r.), nimmt seine Amtsbezeichnung offenbar wörtlich: das lateinische Wort *superintendens* wird bekanntlich mit „Aufseher“ übersetzt. Loerken versteht sich dabei vor allem als Politaufseher und Blockwart der Political Correctness: Mittels Tageszeitung und Lokalradio tritt der wenig christliche Pfarrer von Leichlingen eine regelrechte Hasskampagne gegen eine Vorstandsfrau der Christuskirche in Leverkusen-Wiesdorf los, weil sich diese auch für die Bürgerbewegung PRO NRW engagiert.

Maria Demann, so der Name der Christin mit Zivilcourage, ist nicht nur seit Jahren in der diakonischen Arbeit ihrer Gemeinde und der Altenpflege tätig, sondern auch als Sozialausschussmitglied der Fraktion PRO NRW im Leverkusener Stadtrat. Ein auch in der Wiesdorfer Christuskirche allgemein bekannter Umstand. Letzte Woche nun hat sich Demann auch für die Kommunalwahl 2014 als PRO NRW-Kandidatin aufstellen lassen und zudem den stellvertretenden Kreisvorsitz der Bürgerbewegung übernommen.

Irgendeine Kollision mit ihren christlichen Überzeugungen kann und konnte Demann darin nicht erkennen. Schließlich ist PRO NRW eine zugelassene Partei und demokratisch von tausenden Wählern in Leverkusen legitimiert. Ebenso wie sie selbst als Mitglied ihres Kirchenvorstandes mit einem der besten Wahlergebnisse überhaupt.

Das alles interessiert Loerken wenig bis gar nicht. Loerken, der selbst ungeniert mit Linksextremisten im „Kampf gegen rechts“ paktiert, hat über die Presse eine Hexenjagd erster Güte initiiert. Obwohl zahlreiche Linksparteimitglieder in der evangelischen Kirche an herausgehobenen Positionen mitwirken, soll eine PRO NRW-Aktivistin nicht tragbar sein. Wahlergebnis und christliche Nächstenliebe hin oder her – Loerken wirft fleißig den ersten Stein auf seine Mitchristin und Schutzbefohlene. Ein feiner Christenmensch durch und durch eben, der nach dem ersten Bekanntwerden der „frohen Botschaft“ im Kreise seiner Gemeinde einen regelrechten Tobsuchtsanfall bekommen haben soll.

Die kirchliche Menschenjagd auf Maria Demann ist nun jedenfalls eröffnet. Die Ziele von PRO NRW seien unvereinbar mit den christlichen Lehren, doziert Loerken in der Presse. Die in der Gemeinde hoch geschätzte Frau Demann soll nun unverzüglich aus dem Amt gekegelt werden. Selbst einen rechtswidrigen

Rauswurf der demokratisch Gewählten droht der von Nächstenliebe und Rechtschaffenheit durchdrungene Loerken an. Da kann man nur froh sein, dass das Recht auf Exkommunikation nur dem katholischen Papst in Rom zusteht ...

Maria Demann will sich von alldem nicht einschüchtern lassen. Über Presse und die PRO NRW-Homepage erklärt sie, sich sowohl in der Christusgemeinde als auch bei PRO NRW weiter zu engagieren.

Kontakt:

Evangelischer Kirchenkreis Leverkusen

Gert-René Loerken (Superintendent)

Otto-Grimm-Str. 9

51373 Leverkusen

Tel.: 0214-382 000

Fax: 0214-382 210

info@kirche-leverkusen.de

<http://www.pi-news.net/2014/01/videos-flashmobs-in-muenchen-essen-und-koeln/#more-380301>

Videos: Flashmobs in München, Essen und Köln

Nicht nur in Stuttgart, auch in München und vielen anderen deutschen Städten (siehe Videos unten) fanden am Samstag Flashmobs gegen Christenverfolgung statt. In München hatten gestern im Rahmen der landesweiten Aktion von Open Doors rund 100 mutige Christen Gesicht gezeigt.

(Von media-watch)

Auf dem Marienplatz, in der Fußgängerzone und auf dem Stachus wurde für die in islamischen Ländern verfolgte Christen und zu Tode gekommenen Brüder und Schwestern das Vaterunser gebetet. Überall dort, wo die Scharia Einzug hält, werden Christen mit Verfolgung, Demütigungen, Folter und Tod konfrontiert. Diese insbesondere von den Massenmedien totgeschwiegene Situation ist unerträglich.

FM-6 FM-7

Das Ausmaß der Christenverfolgung spiegelt sich im gerade erst von Open Doors veröffentlichten Weltverfolgungsindex wieder. Die Rangliste: 1. Nordkorea, 2. Somalia, 3. Syrien, 4. Irak, 5. Afghanistan, 6. Saudi-Arabien, 7. Malediven, 8. Pakistan, 9. Iran, 10. Jemen. Desweiteren Sudan, Eritrea, Libyen, Nigeria, Usbekistan, Zentralafrikanische Republik, Äthiopien, Vietnam, Katar und Turkmenistan. Syrien ist im Ranking gerade vom Platz 11 auf Platz 3 gerückt. Der Weltverfolgungsindex 2014 zeigt auch: Es handelt sich überwiegend um Länder, aus denen "munter" "friedlicher" Islam nach Deutschland importiert wird.

FM-1 FM-2

Open Doors ist in mehr als 50 Ländern mit stark eingeschränkter Glaubensfreiheit tätig, um verfolgte Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Das Vaterunser von vorübergehenden Passanten mit islamischem Hintergrund in der Münchner Fußgängerzone wurde teilweise mit "Allahu Akbar"-Rufen erwidert. Die gleiche Toleranz beobachtete PI München nur ein paar Meter entfernt bei dem allabendlichen Rosenkranzgebet auf dem Marienplatz an der Mariensäule. Diese Münchner Christen mussten sich auch gestern Abend von islamischen Mitbürgern und Passanten, während sie im Gebet standen, provokative "Allahu Akbar"-Zurufe gefallen lassen.

FM-3 FM-5

Seit 40 Jahren wird auf dem Marienplatz, täglich um 19 Uhr vor der Mariensäule der Rosenkranz gebetet. Als Zeichen christlicher Verbundenheit und Gottesmutter Maria als Patronin von Bayern. **Das Verhalten und die Geisteshaltung vorübergehender Passanten islamischer Herkunft**

gegenüber den hier lebenden Christen zeigt, dass die öffentliche Diskriminierung gegenüber Christen von islamischen Zuwanderern mehr als hemungslos stattfindet.

Flashmob Essen:

Flashmob Köln:

Flashmob Gifhorn:

Flashmob Nürnberg:

<http://www.pi-news.net/2014/01/gruene-hetzt-gegen-benefiz-aktion-fuer-kinder/#more-382138>

Grüne hetzt gegen Benefiz-Aktion für Kinder

Grünen-Ratsfrau Ingrid Ketzsch (r.) Die Benefiz-Geschenk-Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“ ist sehr beliebt bei vielen Kindern und Eltern, aber sie könnte im sauerländischen Menden bald aus städtischen Kitas und Schulen verbannt werden. **Dieter Michel, Leiter des Fachbereichs Bildung der Stadt Menden, sagte, man werde den Mendener Politikern „nach dem heutigen Stand unserer Recherche“ voraussichtlich empfehlen, keine Einrichtungen mehr für die Sammlungen zur Verfügung zu stellen.** Das bedeute das Aus für die beliebte Benefiz-Aktion.

Die WAZ berichtet:

Anlass für die Recherche in Menden war eine Anfrage der Grünen-Ratsfrau Ingrid Ketzsch, die sich kritisch mit dem aus ihrer Sicht missionarischen und christlich-fundamentalistischen Hintergrund der Sammlung auseinandersetzte. Hinter „Weihnachten im Schuhkarton“ steht der Verein „Geschenke der Hoffnung“ in Berlin. Er nennt als größten Partner die US-Hilfsorganisation „Samaritan'sPurse“, dessen Präsidenten Franklin Graham islamfeindliche Äußerungen nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 vorgehalten werden. Das Missionswerk übernimmt die Verteilung in den meist osteuropäischen Empfängerländern. Dort legt es zu den Kartons einen Comic mit einer christlichen Geschichte – was laut „Geschenke der Hoffnung“ aber auch abgelehnt werden kann. Das bestätigt auch die Mendener Organisatorin Angelika Blum. Sie war bei Verteilungen vor Ort dabei.

Wie die Grünen-Politikerin Ketzsch (Foto oben r.) eine harmlose Geschenkesammlung als christlich-fundamentalistisch brandmarken kann, wird wohl für immer ihr Geheimnis bleiben. DAS sind die Leute, die in Deutschland unser Klima vergiften. Der Initiator der Sammlung, Franklin Graham, hatte doch wohl allen Grund, sich nach den islamischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 islamkritisch zu äußern, das tat jeder, der noch einen Rest gesunden Menschenverstand im Leibe hatte. Man mag einen beigelegten Comic missionarisch finden oder nicht, jedenfalls kann es nicht wahr sein, dass sich Gutmenschen im vorausseilenden Gehorsam über Dinge aufregen, die bislang die vermeintlichen Missionierungsoffer selbst nicht interessiert haben. Im Gegenteil werden die Beschenkten froh sein, Geschenke zu bekommen, die für sie aufgrund ihrer echten

Bedürftigkeit weit mehr sind als reines Symbol. Es ist infam, wie hier wieder politisch-korrekte Interessen auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden.

Muslime würden sich solche Fragen nicht stellen, denn wer mit Bomben und Waffen missioniert, hat für gutmenschenlinderliche Verachtung übrig.

Kontakt:

» Ingrid Ketzcher (Grüne): ov@gruene-menden.de

» Bürgermeister Volker Fleige: buergermeister@menden.de

» WAZ/Westfalenpost: menden@westfalenpost.de

25.1.14

Frau Ketzcher,

nachdem Sie die Wohltätigkeitsaktion „Weihnachten im Schuhkarton“ wegen ihres christlichen Hintergrundes diskriminieren (<http://www.pi-news.net/2014/01/gruene-hetzt-gegen-benefiz-aktion-fuer-kinder/#more-382138>), lassen wir eine Klage gegen Sie wegen Diskriminierung des Christentums bei gleichzeitiger strafbarer Übernahme einer Garantenstellung für die hochpathologische Religion des Islam und damit für weltweiten Massenmord (nicht nur an Christen) prüfen. Die der Staatsanwaltschaft dazu vorzulegenden Daten finden Sie in den Anhängen

Diese zeigen, daß der Gründer der religionsfaschistoiden Religion des Islam u.a. sexuell gestört (kindermißbrauchend), ein Massenmörder (er ließ ca 700 Juden an zwei Tagen den Hals durchschneiden), ein Antisemit und akustisch halluzinierend war, weswegen ihn seine Zeitgenossen lange Zeit berechtigt für geisteskrank hielten.

So psychopathologisch (krank) wie ihr Gründer ist auch die Religion des Islam (UND DESSEN HERZSTÜCK, DER KORAN, den die EU-Menschenrechtskommission schon vor Jahren verwerfen wollte (s. Anhang Internationale Menschenrechtskommission): Seit Mohammed Auftreten wurden im Namen dieser faschistoiden MENSCHHEITSGEFÄHRDENDEN Religion 270 Millionen Menschen umgebracht, allein seit den Attentaten am 11.9.2001 wurden mehr als 22000 (Selbstmord)attentate MIT JEWEILS bis zu 100 TOTEN UND 100 SCHWERVERLETZTEN begangen (<http://www.thereligionofpeace.com/>), jedes Jahr werden ca. 100000 Christen im Namen der Islam getötet (<http://www.opendoors.de/>). Weitere Hinweise auf MENSCHHEITSGEFÄHRDUNGEN durch den Islam finden Sie in den Anhängen.

Daß die Mehrheit der (deutschen) Moslems keine Gewalt ausüben, gegen die Massengewalt im Namen ihrer Religion aber nicht täglich demonstrieren und diese Religion, die UNENDLICH GEFÄHRLICHER IST ALS z.B. SCIENTOLOGY, nicht verlassen, macht alle diese vermeintlich friedliebenden Moslems zu MITTÄTERN ..

Das gilt noch mehr für diejenigen (wie Sie), die aufgrund einer jahrelangen Desinformation die hochpathologischen Aspekte des massenmörderischen Islam ignorieren und diesem (als trojanischem Pferd) mit Diskriminierung Andersdenkender (als "islamophob") gewaltsam einen Platz in einer seelisch viel reiferen christlichen Gesellschaft bereiten und damit die UNENDLICH GESÜNDERE Lehre Jesu mit Füßen treten ...

Mit freundlichen Grüßen

<http://www.pi-news.net/2014/01/nigeria-dschihadisten-toeten-bis-zu-100-christen/#more-383385>

Nigeria: Dschihadisten töten bis zu 100 Christen

nigeriaBei einem Angriff auf ein Dorf im Norden Nigerias wurden mindestens 52 Menschen getötet. Einige Quellen sprechen von bis zu 100 Toten. Mehr als 50 bewaffnete Männer hatten das Dorf mit nur einem Ziel gestürmt – die dort lebenden Christen zu schlachten. Kirchen wurden angegriffen und junge Christen aus ihren Autos und von Motorrädern gezerrt und getötet. Mehr als 300 Häuser wurden einfach gesprengt.

Überall in der Stadt lagen Leichen, einige wurden in Brunnen geworfen, wo die toten Körper nun das Wasser vergiften. Es sei das Schlimmste gewesen, das er je gesehen habe, berichtet ein Augenzeuge. Ein Sprecher des örtlichen Krankenhauses bestätigte allein für dieses Leichenschauhaus 40 Tote und 72 Schwerverletzte. Für das Massaker verantwortlich zeichnet die islamische Boko Haram-Gruppe, die diese Region seit mehr als vier Jahren terrorisiert. Sie töten alle, die sich nicht zum Islam bekennen, vorzugsweise Christen und diese dann auch besonders grausam.

<http://www.pi-news.net/2014/01/seniorenunion-gewalt-gegen-christen-erfassen/#more-382622>

Seniorenunion: Gewalt gegen Christen erfassen

Wenn von Seiten der CDU mal ein nützlicher Vorschlag kommt, was in den letzten Jahren selten genug war, dann ist zumeist die Seniorenunion beteiligt. Deren Vorsitzender Otto Wulff (Foto) hat jetzt erstmals offen ausgesprochen, was viele denken: Er ist besorgt über die zunehmende Gewalt von Ausländern in Deutschland gegen Christen.

kath.net berichtet:

In einer am Donnerstag in Berlin veröffentlichten Erklärung sprach sich Wulff dafür aus, künftig in der Kriminalstatistik Straftaten gegen Christen ebenso gesondert auszuweisen wie antisemitische Übergriffe. Die Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen sollte an ein Bekenntnis zur Religionsfreiheit geknüpft werden.

Wulff bezog sich auf Zahlen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Demnach gab es 2012 mehr als 400 gemeldete Straftaten in Deutschland gegen Christen und Mitglieder anderer nichtjüdischer Religionsgemeinschaften, darunter 19 Kirchenschändungen und vier Friedhofsschändungen. Diese Straftaten sollten nach Meinung des CDU-Politikers ebenso wie Übergriffe mit antisemitischem Hintergrund künftig gesondert erfasst werden.

Wulff erinnerte daran, dass weltweit mehr als 200 Millionen Menschen in rund 50 Staaten wegen ihres christlichen Glaubens diskriminiert, drangsaliert oder sogar mit dem Tod bedroht werden.

Wir erinnern uns: Christen stellen die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit dar.

<http://www.pi-news.net/2014/02/beispiellose-frechheit-uno-will-bibel-und-kirche-aendern/#more-385529>
Beispiellose Frechheit: UNO will Bibel und Kirche ändern

Das UN-Kinderrechtskomitee UNCRC hatte in einem am Mittwoch veröffentlichten Prüfbericht den Umgang der katholischen Kirche mit sexuellem Missbrauch von Minderjährigen als unzureichend kritisiert. Der Heilige Stuhl habe „die Reputation der Kirche und den Schutz der Täter über die Interessen der Kinder gestellt“, sagte die Vorsitzende des Ausschusses, Kirsten Sandberg (kl. Foto). Der 16 Seiten umfassende Bericht verlangt unter anderem mehr Transparenz und Nachbesserungen im Kirchenrecht. Er forderte zugleich Änderungen im Umgang der Kirche mit Homosexualität und Abtreibung.

Geis sagte, wie die katholische Kirche Abtreibung oder Homosexualität bewerte, sei allein deren Sache, „und da hat sich die UNO überhaupt nicht einzumischen“. Und weiter: „Was sind das nur für Menschen. Was glauben die überhaupt, wer sie sind. Arroganz bis oben hinaus, bis in die Haarspitzen hinein.“ Zuvor hatte sich der Vatikan einen solchen Eingriff in die katholische Lehre verboten. (Was hat sich die UNO ins Kirchenrecht einzumischen? Diese Islamkuschler sollen bloß ihr ungewaschenes Maul halten! PI sagt es schon lange: Alles was von der UNO und ihren Unterorganisationen kommt, ist nur noch ärgerlich! Zahlungen einstellen, dann halten die ihre Klappe. Die USA haben es einst vorgemacht!)

24. Februar 2014, 09:48 Uhr

Christen im Heiligen Land

Glaube unter Beschuss

Aus Jerusalem berichtet Annette Langer

Kanzlerin Merkel reist mit ihrem Kabinett nach Israel, die Liste der Gesprächsthemen ist lang. Große Probleme haben die Christen im Land: Radikale Siedler schänden Friedhöfe und Kirchen. Von den Behörden gibt es kaum Hilfe.

Zwei Männer stehen auf einem Friedhof. Der eine schaut ratlos, der andere bitter auf einen geköpften Grabstein. Das Kreuz, einst obenauf, liegt jetzt im dünnen Gras in der Sonne. Es brauchte viel Kraft, es vom Sockel zu schmettern - einen Vorschlaghammer, vielleicht. "Das war kein Vandalismus", sagt der evangelische Propst von Jerusalem, Wolfgang Schmidt. "Das war ein symbolischer Akt."

Schmidt vertritt die Evangelische Kirche Deutschlands im Heiligen Land, den protestantischen Zionsfriedhof verwaltet er gemeinsam mit den Anglikanern. Im November vergangenen Jahres schändeten Unbekannte hier mehr als 20 Gräber. Eigentlich ist der Friedhof ein idyllischer Ort: Es duftet nach Zypressen, der Blick auf die Heilige Stadt ist atemberaubend. In der Luft tragen die Religionen ihren

akustischen Hoheitskampf aus: Muezzine rufen zum Gebet, Kirchenglocken läuten um die Wette.

Doch die Stimmung ist seit den Schändungen gedrückt. Die Polizei nahm vier junge Israelis vorübergehend in Gewahrsam. Zwei von ihnen gehörten der berüchtigten Hügelfjugend an - einer Gruppe radikaler Siedler, die seit Jahren gewaltsam gegen Palästinenser, aber auch die israelische Armee vorgehen. Doch die Tatverdächtigen wurden freigelassen.

"Verreck, du Christ!"

"Wir haben unseren Unmut geäußert", sagt Propst Schmidt, der ein großes silbernes Kreuz wie einen stummen Kommentar um den Hals trägt. Er habe mit einem Berater von Präsident Schimon Peres gesprochen, auch mit dem Oberbürgermeister von Jerusalem, Nir Barkat. "Man hat mir versichert, dass solche Übergriffe streng verfolgt würden", so der Propst. "Aber das sind Lippenbekenntnisse."

"Machen wir uns nichts vor - selbst die Polizei gibt offen zu, dass kein einziger Angreifer je ein Gefängnis von innen gesehen hat", sagt Pater Nikodemus Schnabel, Benediktiner aus der benachbarten Dormitio-Abtei. Der Priester im einfachen schwarzen Mönchshabit hat jede Menge Erfahrungen mit antichristlichen Übergriffen: "Ich werde auf der Straße angespuckt, mit Steinen oder Flaschen beworfen", sagt er. Erst kürzlich sei ein junger Mann zu ihm gekommen und habe geschrien: "Verreck, du Christ!", erzählt Schnabel. Er habe den Pöbler fotografiert, um einen Beweis zu haben, doch der habe sich nur lachend in Pose geworfen.

Im Mai 2013 schmierten Unbekannte Parolen wie "Jesus ist ein Hurensohn" oder "Tod den Christen" an die Mauern der Abtei. Direkt neben der Dormitio-Abtei liegt die Thora-Schule Diaspora-Jeschiwa, wo mehr als hundert Schüler die Schriften studieren. Es gibt Gerüchte, dass sich dort einige Extremisten der Hügelfjugend verstecken. Beweise gibt es nicht.

Der Leiter der Jeschiwa, Rabbi Avraham Goldstein, bezeichnete die Gerüchte als "Missverständnis". Zwar kümmere sich die Schule um "gewisse orientierungslose Jugendliche", er könne sich aber nicht vorstellen, dass "unsere Schüler sich solcher Gewalt schuldig machen können", sagte er dem "Figaro".

Große Betroffenheitsshow inszeniert

Ob armenische Seminaristen oder rumänische Nonnen, franziskanische Mönche oder Trappisten - allzu oft kam es in den vergangenen Jahren zu Übergriffen auf Christen. Zunächst waren palästinensische Moscheen von den sogenannten "Preisschild-Attacken" betroffen - Graffitis mit der Botschaft, dass jede Konzession an die Palästinenser ihren Preis haben werde. Dann erweiterten die Täter ihren "Wirkungskreis" auf die christlichen Konfessionen.

"Beleidigungen hat es immer gegeben, wer in Jerusalem Gott sucht, darf kein Angsthasen sein", meint der Benediktiner Schnabel. Seit etwa zwei Jahren jedoch hätten Gewalt und Sachbeschädigung eine neue Dimension erreicht. "Es ist die Melange aus Religion und Politik, die so explosiv ist."

Die in Washington ansässige "Organisation Search for Common Ground" hat Angriffe auf heilige Stätten in Israel von April 2011 bis November 2013 aufgelistet. 17 Mal wurden christliche Einrichtungen geschändet, 23 Mal muslimische - aber auch 41 Mal jüdische. Insgesamt haben sich die Übergriffe pro Jahr mehr als verdoppelt. "Was die Angriffe betrifft, leben wir in perfekter Ökumene", so Schnabel sarkastisch.

Unweit der Dormitio-Abtei auf dem Berg Zion liegt das Restaurant "Davids Harfe". Dessen jüdischer Besitzer wurde laut Schnabel bedroht, sein palästinensischer Koch von radikalen Siedlern brutal zusammengeschlagen - weil er nicht koscher kochte. "Es

ist ein Armutszeugnis für den eigenen Glauben, wenn man meint, Andersgläubige demütigen zu müssen", bedauert der Mönch.

Die Behörden unternehmen wenig. "Es wird eine große Betroffenheitsshow inszeniert, aber de facto passiert nichts", sagt Pater Nikodemus. "Es gibt einen politischen Unwillen durchzugreifen."

Nikodemus hat ein lautes, gutmütiges Lachen, das wie eine warme Wolke an den dicken Mauern der knapp hundert Jahre alten Dormitio-Abtei abprallt. Der Mönch ist Benediktiner, ein waschechter Gelehrter, der stundenlang über seine Steckenpferde, die Ostkirchenkunde und die Liturgiewissenschaft, reden kann. Aber auch gestreicher Sohn einer Schauspielerin, überzeugter Städter und umtriebiger Pressesprecher, der schon fast alle wichtigen deutschen Politiker getroffen und durch Jerusalem geführt hat.

Vorsicht, Fettnapf!

Das diplomatische Parkett in der religiös wie politisch umkämpften Stadt ist spiegelglatt. Hier kann man eigentlich nur verlieren - wenn man Stellung bezieht genauso, wie wenn man es partout vermeiden will. Schon die Vielstimmigkeit innerhalb der großen monotheistischen Religionen ist immens: Allein 60 christliche Konfessionen sind in Jerusalem vertreten. Insgesamt machen sie mit 14.700 Gläubigen aber nur zwei Prozent der Gesamtbevölkerung aus - das entspricht in etwa dem Landesdurchschnitt.

Man dürfe sich keine Illusionen machen über den Stellenwert der christlichen Stimme in Israel, sagt Pater Nikodemus. "Wir werden nicht so massiv gehört." Als Auslandsgemeinde sei man stark an Pilgern und Touristen orientiert, die Zahl der dauerhaft im Heiligen Land lebenden Gläubigen bleibe überschaubar.

Wie politisch darf ein Geistlicher im heiligen Land sein? Ist es nicht seine Pflicht, Stellung zu beziehen, erst recht, wenn er aufgrund seines Glaubens bedroht ist?

"Ich äußere mich nicht zu politischen Themen, nur zu Fragen, die unsere Kirche oder das christlich-jüdische Verhältnis betreffen", sagt Schnabel. Auch sein evangelischer Nachbar Propst Schmidt hütet sich vor politischen Kommentaren. Beide Geistlichen betonen, dass man sich immer die historische Verantwortung Deutschlands aus den Verbrechen des Holocaust vor Augen führen müsse, bevor man mit unerwünschten Ratschlägen an die Öffentlichkeit gehe.

Das sieht Bischof Munib Younan von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land anders. Er kritisiert offen die Siedlungspolitik der Israelis und fordert die Christen auf, ihre Stimme gegen religiösen Fanatismus zu erheben. (Lesen Sie hier ein ausführliches Interview mit Bischof Younan)

Befördert die religiöse Vielfalt in Jerusalem die Ökumene? Oder verhärtet sie die Fronten, weil jeder sich gegen den anderen abgrenzen will? "Wir Benediktiner regeln ganz viel auf der Mönch-zu-Mönch-Ebene", sagt Pater Nikodemus. Die Theologie habe aber im Heiligen Land nicht die Leichtigkeit, die man aus weniger konfliktbeladenen Regionen kenne. Zu jedem Satz, den er sage, gebe es eine Gegenfrage: "Wieso ist das so? Ist es nicht anders?" Das sei fruchtbar und spannend, könne aber auch zu Verwirrung und Verhärtung im Glauben führen, zu einem "Anything goes" oder einer Fundamentalisierung: "Der Glaube ist hier unter Dauerbeschuss."

URL:

- <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/christen-im-heiligen-land-glaube-unter-dauerbeschuss-a-954252.html>

17. März 2014, 14:52 Uhr

Umstrittene Sekte

"Zwölf Stämme" erstatten Anzeige gegen Jugendamt

Freiheitsberaubung, Nötigung, Verletzung des Briefgeheimnisses: Die umstrittene Sekte "Zwölf Stämme" hat das Jugendamt im Landkreis Donau-Ries angezeigt. Die Behörde zeigt sich wenig überrascht.

Mitglieder der "Zwölf Stämme" haben Anzeige gegen Mitarbeiter des Jugendamts im Landkreis Donau-Ries erstattet, das hat ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Augsburg am Montag bestätigt. Auf ihrer Webseite veröffentlichte die Sekte dazu eine Pressemitteilung: Demnach wirft sie den Mitarbeitern unter anderem Freiheitsberaubung, Nötigung und Verletzung des Briefgeheimnisses vor.

Hintergrund der Anzeige ist der Großeinsatz im vergangenen September: Damals holte die Polizei 40 Jungen und Mädchen aus den Gemeinschaften im bayerischen Wörnitz und Klosterzimmern. Zuvor hatte das Amtsgericht Nördlingen einen vorläufigen Sorgerechtsentzug angeordnet. Seit Jahren schon kannten Behörden die Misshandlungsvorwürfe, nun habe es "neuerliche Hinweise auf erhebliche und dauerhafte Kindesmisshandlung durch die Mitglieder" gegeben, teilte das Landratsamt Donau-Ries damals mit.

Auf ihrer Webseite schreiben die "Zwölf Stämme" jetzt, es seien damals mehrere Kinder in Obhut genommen worden, für die kein richterlicher Beschluss vorgelegen habe. Die Kinder seien gegen ihren Willen in das Landratsamt gebracht worden, das erfülle den Tatbestand der Freiheitsberaubung. Die anschließende Untersuchung des Amtsarztes bezeichnen die "Zwölf Stämme" als Nötigung. Zudem hätte das Jugendamt, so die Sekte in ihrer Pressemitteilung, alle Briefe der Eltern an die Kinder geöffnet und gelesen. Damit sieht die Gemeinschaft das Briefgeheimnis verletzt. Die Anzeige werde nun auf "strafrechtlich relevante Sachverhalte" geprüft, teilte der Sprecher der Staatsanwaltschaft mit.

Neben dieser Anzeige hat die Gemeinschaft zudem eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landratsamt Donau-Ries eingereicht. Dort zeigt man sich wenig überrascht: Es sei klar, dass die "Zwölf Stämme" alle Mittel ausschöpfen werden, sagte eine Sprecherin. Ansonsten verweist sie auf das laufende Verfahren: kein Kommentar. Die "Zwölf Stämme" berufen sich auf das Alte Testament: Wen der Herr liebt, den züchtigt er. Dem Internet stehen sie zwar eigentlich eher ablehnend gegenüber, trotzdem hat die Sekte ihre Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen Monaten stark ausgebaut. Immer wieder veröffentlichen sie auf ihrer Webseite Stellungnahmen, sie laden Videos hoch, in denen Kinder sagen, dass sie zurück zu ihren Eltern wollen, sie zeigen Briefe, in denen Kinder schreiben: "Hiermit will ich bestätigen, dass ich meinen eigenen Willen habe, den meine Eltern respektieren und NICHT BRECHEN." Aussteiger bezweifeln, dass wirklich die Kinder hinter den Briefen stecken.

In den vergangenen Monaten sind immer wieder Kinder aus den Heimen und Pflegefamilien verschwunden. Einige Jungen und Mädchen durften auch vorerst zurück zu ihren Eltern, weil sie nach Auffassung des Gerichts entweder noch zu jung sind für körperliche Züchtigung oder zu alt - legt man die Maßstäbe der "Zwölf Stämme" an. Die Hauptsacheverfahren vor den Familiengerichten in Ansbach und Nördlingen sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Dort entscheiden die Richter, ob den Eltern dauerhaft das Sorgerecht entzogen wird.

fln

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/sekte-zwoelf-staemme-zeigt-jugendamt-in-donau-ries-an-a-959084.html>

<http://www.kath.net/news/45766>

29 April 2014, 09:20

Mutter in Haft: Sohn wollte nicht zum Sexualkundeunterricht

Eine russlanddeutsche Christin muss acht Tage ins Gefängnis – Einer ihrer Söhne, der die sechste Klasse besucht, hatte sich geweigert, am Sexualkundeunterricht teilzunehmen. Die Eltern wollten ihn nicht dazu zwingen

Gelsenkirchen/Geseke (kath.net/idea) Die zwölffache Mutter Anna Wiens aus Geseke (Kreis Soest) muss acht Tage Erzwingungshaft in Gelsenkirchen absitzen. Sie wurde am 24. April festgenommen. Das teilte der Vorsitzende der Initiative „Schulunterricht zu Hause“ (Dreieich bei Frankfurt am Main), Rechtsanwalt Armin Eckermann, auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mit. Einer ihrer Söhne, der die sechste Klasse besucht, hatte sich nach seinen Angaben geweigert, am Sexualkundeunterricht teilzunehmen. Die russlanddeutsche Christin und ihr Ehemann hätten ihn nicht dazu zwingen wollen. Eckermann: „Sie respektierten das Persönlichkeitsrecht ihres Sohnes.“ Auch der Vater hat vor rund vier Wochen deswegen sieben Tage in Erzwingungshaft gesessen.

<http://www.kath.net/news/40827>

09 April 2013, 09:30

Syrien: Der Bürgerkrieg wird zur 'Hölle'

Islamische Extremisten enthaupten Christen - Fatwa erlaubt Vergewaltigung von Christinnen

Damaskus (kath.net/idea) Der seit zwei Jahren anhaltende Bürgerkrieg in Syrien ist zur „Hölle“ geworden. Besonders die christliche Minderheit leidet unter den Kämpfen zwischen dem Regime von Diktator Baschar Al-Assad und Aufständischen, zu denen auch zahlreiche islamische Extremisten gehören. So hat der Chef des Terrornetzwerks El Kaida, Aiman al-Sawahiri, die Kämpfer aufgerufen, nach dem Sturz Assads einen islamischen Gottesstaat zu schaffen. Bis zu 6.000 ausländische Islamisten kämpfen in Syrien; darunter sollen mehrere Dutzend Deutsche sein. Christen werden von muslimischen Extremisten als Verbündete Assads wahrgenommen, weil sie unter dem sozialistischen Regime relative Glaubensfreiheit genossen. Kirchenleiter befürchten eine Auslöschung des Christentums in dem Land, in dem einst der Christenverfolger Saulus zum Völkerapostel Paulus wurde.

Jeder vierte Syrer ist auf der Flucht

Mehr als 70.000 Tote hat der Bürgerkrieg bisher gefordert. Über vier Millionen Menschen – etwa ein Viertel der Bevölkerung – sind auf der Flucht; davon befinden sich 1,25 Millionen im Ausland, vor allem in der Türkei, dem Libanon und Jordanien. Allein vom 5. bis 8. April sind etwa 500 Syrisch-Orthodoxe in die Türkei geflohen. Sie finden vor allem in der Nähe des Klosters Mor Gabriel im anatolischen Tur Abdin (Berg der Gottesknechte) Zuflucht.

„Zeit der Rache“ an Christen

In Syrien sind Christen teilweise brutaler Gewalt ausgeliefert. Sie werden von Islamisten enthauptet oder entführt, Frauen werden vergewaltigt, Kirchen und christliche Einrichtungen zerstört. Das berichten übereinstimmend die assyrische Nachrichtenagentur AINA, der Christliche Hilfsbund im Orient (Bad Homburg) und der Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD) mit Sitz in München. Nach Angaben des Hilfsbunds haben Aufständische seit Karfreitag eine Offensive in Aleppo begonnen. Die „Zeit der Rache“ an Christen komme näher, weil sie als Unterstützer Assads gälten.

Fatwa erlaubt Vergewaltigung von Christinnen

Wie der Ökumene-Beauftragte der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Berlin, Amill Gorgis, in einer Mitteilung des ZOCD schreibt, sei die Freie Syrische Armee (FSA), die Assad stürzen will, zum Teil von der Muslimbruderschaft unterwandert. Sie sei jedoch nicht so radikal und christenfeindlich wie die Salafisten und andere islamistische Gruppierungen, die Syrien als Schauplatz für ihren sogenannten „Heiligen Krieg“ betrachteten. Sie hätten in eroberten Städten die Scharia eingeführt und praktizierten Selbstjustiz. Christen gälten als „Menschen zweiter Klasse“. So hätten die Extremisten eine Fatwa (islamisches Rechtsgutachten) erlassen, die es muslimischen Kämpfern erlaube, unverheiratete Christinnen zu vergewaltigen.

Das Ende des Christentums in Syrien?

Der Armenisch-Orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Nourhan I., befürchtet, dass das Ende des Christentums in Syrien bevorsteht. Das Töten habe bereits begonnen. Der Menschenrechtsbeauftragte der Weltweiten Evangelischen Allianz, Prof. Thomas Schirrmacher (Bonn), sieht einen „Massenexodus“ der rund 2,3 Millionen Christen voraus. Von den 21 Millionen Einwohnern Syriens waren vor dem Bürgerkrieg 90 Prozent Muslime und 6,3 Prozent Christen, davon jeweils drei Prozent Katholiken und Orthodoxe plus kleine Gruppen von Protestanten. Die übrige Bevölkerung bestand aus Nichtreligiösen oder Anhängern anderer Religionen.

stellvertretend für viele Christen auf der ganzen Welt, waren Vertreter von CitizenGO in Pakistan, um für Religionsfreiheit und im speziellen für die inhaftierte Asia Bibi ein Zeichen zu setzen.

Vor ein paar Monaten baten wir Dich um Unterstützung für zwei unserer Projekte mit hoher Priorität:

1. finanzielle Hilfe für die Reise nach Pakistan
2. schriftliche Unterstützung, die wir eigenhändig und persönlich Asia Bibi überreichen.

Seit dem ist sehr viel passiert:

Wie Du dich wahrscheinlich erinnerst, wollten wir die Reise nach Pakistan bereits im Februar antreten. Aufgrund von massiven Sicherheitsbedrohungen – es wurde uns nahe gelegt, auf die Reise zu verzichten – konnten wir nicht zum angestrebten Zeitpunkt im Februar verreisen. Doch: **Nun haben wir es gemacht.** Vor wenigen Tagen war Ignacio Arsuaga, Chef von CitizenGO, in Pakistan. Wir sagen "Vergelt's Gott" für Deine Unterstützung jeglicher Art im Namen von Asia Bibi und im Namen von Millionen verfolgter Christen weltweit.

Ignacio Arsuaga direkt aus Pakistan (youtube):

http://youtu.be/5GG_FYCUIX0

Asia Bibi ist eine pakistanische Christin und Mutter von 5 Kindern, die von den pakistanischen Behörden im Jahr 2009 der Blasphemie bezichtigt wurde. Im November 2010 wurde sie zum Tode verurteilt, doch – Gott sei Dank – wurde das Urteil bis jetzt noch nicht vollstreckt. Seit ihrer Verurteilung lebt sie jeden Tag in der Erwartung der Vollstreckung ihres Todesurteils. Es liegt auch an uns, ob Asia Bibi freigelassen wird oder nicht. Wir müssen es schaffen, sie freizubekommen. Während der letzten 4 Jahre haben Ignacio und viele

Mitstreiter unserer Gemeinschaft beharrlich durch diplomatische Kanäle versucht, Asia Bibi freizubekommen, damit die Familie in Spanien einen Antrag auf politisches Asyl stellen kann. Wir sind dem Ziel nahe – wir fühlen es!

Aber... Asia Bibi ist bei weitem nicht die einzige verfolgte Christin in Pakistan. Täglich werden Christen in Pakistan aufgrund ihres Glaubens von Behörden verfolgt und eingesperrt. **Täglich werden Christen in Pakistan angegriffen, überfallen und ermordet.** Das ist die traurige Wahrheit!

Fakt ist: Weltweit werden pro Jahr 100.000 Christen aufgrund ihres Glaubens an Christus getötet. 150.000.000 Christen leben zur Zeit in Verfolgung und Bedrängnis. Das 21. Jahrhundert sollte das Jahrhundert der Menschenrechte werden – aber es ist für Christen viel blutiger als viele der vorangegangenen Jahrhunderte.

Du, unser Team, Ignacio (Präsident von CitizenGO) und CitizenGO als Organisation tun unser Bestes, um eine Stimme für alle verfolgten Christen zu sein. Wir versprechen Dir, dass wir auch weiterhin für jene 150 Millionen, in Verfolgung lebenden Christen aufstehen und kampagnisieren werden. Das ist auch der Grund, weshalb wir in Pakistan waren. Um dies zu tun, sind wir auf Deine geschätzte Mithilfe angewiesen. Während seines Aufenthaltes in Pakistan, war es Ignacio möglich, Asia Bibi einen Gefängnisbesuch abzustatten. Falls Du noch nicht unterschrieben hast: Es ist noch nicht zu spät, ihr eine Nachricht oder ein Gebet zu schreiben bzw. die Petition zu unterzeichnen.

Es wird für Asia Bibi eine große Stärkung auf ihrem schwierigen Weg sein, wenn sie ein Buch mit Nachrichten und Gebeten von zehntausenden Unbekannten bekommt - wohlwissend, dass alle an sie denken. Es wird überwältigend für sie sein!

Michael bitte hinterlasse deine Nachricht auf:

<http://www.citizenngo.org/de/3419-freiheit-fuer-asia-bibi>

Wir versprechen, dass wir nicht nur die Petition und die Nachrichten überbringen werden, sondern uns auch weiterhin um den Prozess in Pakistan, als auch in den diplomatischen Prozessen bemühen.

Ignacio: "*CitizenGO wird nicht locker lassen, bis Asia Bibi freigelassen wird*".

Mehr zur aktuellen Lage aus einem Kurzausschnitt eines aktuell entstehenden TV-Dokumentarfilms über Asia Bibi. Sprecher ist Ignacio Arsuaga:

http://youtu.be/5GG_FYCUIX0

<http://www.pi-news.net/2014/05/islamischer-sudan-todesurteil-fuer-christin/#more-404504>

Islamischer Sudan: Todesurteil für Christin

Im islamischen Sudan soll eine 27 Jahre alte, hochschwangere Frau wegen angeblicher „Gotteslästerung“ und ihres christlichen Glaubens wegen hingerichtet werden. Ein Richter in Khartum verurteilte die Christin zum Tod durch Erhängen, sofern sie ihrem Glauben nicht abschwöre und zum Islam zurückkehre. Der Vater der Angeklagten ist ein Muslim, die Mutter Christin. Mariam Dschahia Ibrahim Ischak war aber wegen der weitgehenden Abwesenheit des Vaters als Christin erzogen worden. Das Al-Hadsch-Jusif-Kriminalgericht fällte das Urteil am Donnerstag. Wegen Ehebruchs wurde sie zudem zu 100 Peitschenhieben verurteilt. Der Richter hatte Mariam Ischak mehrfach gefragt, ob sie „auf ihre Glaubensabtrünnigkeit“ (Apostasie) bestehe. Die Angeklagte beharrte auf ihren Glauben. „Ich bin eine Christin, ich bin keine Abtrünnige“, antwortete die 27-Jährige. Die im achten Monat schwangere, mit einem Christen verheiratete Frau befindet sich derzeit mit ihrem 20 Monate alten Sohn im Gefängnis. (So ähnlich steht es im FOCUS, auch alle anderen Blätter berichten mehr oder weniger lang!)

<http://kath.net/news/45969>

17 Mai 2014, 12:00

Kastler: Ja zum Kreuz – Nein zu Schulz!

Europawahl: Empörte Reaktionen erntete der SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz für seine Äußerung gegen das Kreuz - Bayerns Vizepräsidentin Aigner: Es ist „ein Unding, das Kreuz gleichzusetzen mit rückwärtsgewandten, extrem konservativen Bewegungen“

Nürnberg-Brüssel (kath.net/pl) „Maßlos enttäuscht“ zeigte sich Martin Kastler, Nürnberger CSU-Europaabgeordneter über die Äußerungen des SPD-Spitzenkandidaten zur Europawahl, Martin Schulz, bezüglich des Kreuzes im öffentlichen Raum: „Da zeigt der SPD-Politiker Schulz wieder mal sein wahres Gesicht – ich traue ihm und seinen SPD-Genossen europapolitisch keinen Millimeter – auch aus Erfahrung!“ Dies gab der Europaabgeordnete in einer Presseaussendung bekannt. Enttäuscht sei er von Schulz aber nicht nur beim Thema „Kreuz“, stellte Kastler weiter fest: Auch in Fragen des Lebensschutzes und der Bioethik, bei der Verteidigung von Ehe und Familie sowie vielen anderen christlichen Themen „liegen Schulz und seine Genossen meilenweit neben unserer christlichen Linie.“ Schulz stehe für ein „Europa der kalten Technokraten - wir für ein Europa der Werte!“ Gerade in der anhaltenden Vertrauenskrise brauche Europa „ein echtes christliches Wertefundament“, so Kastler, der auch Europasprecher im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ist.

Schulz hatte zuvor in einer Fernseh-Debatte gefordert, dass der öffentliche Raum in Bezug auf religiöse Symbole „neutral“ sein müsse. Denn es gebe in Europa „das Risiko einer sehr konservativen Bewegung zurück“, doch dies müsse in Sinne der Nicht-Diskriminierung „bekämpft“ werden.

Der SPD-Spitzenkandidat erntete damit heftige Reaktionen. Ilse Aigner (CSU), bayrische Vizepräsidentin, kritisierte gegenüber dem „Münchner Merkur“, Schulz offenbare „im Grunde mangelnden Respekt vor religiösen Überzeugungen“. Sie bezeichnete es als „ein Unding, das Kreuz gleichzusetzen mit rückwärtsgewandten, extrem konservativen Bewegungen“. Der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sagte gegenüber dem „Münchner Merkur“: „Ich bin maßlos enttäuscht von Martin Schulz“, „eine Abkehr von der christlichen Prägung Europas über Jahrhunderte ist für die CSU vollkommen inakzeptabel“.

Auch Alois Glück, Vorsitzender des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), stellte gegenüber dem Münchner Merkur fest: „Die Verbannung des Religiösen in den privaten Raum ist ein Bruch mit der gesamten Entwicklungsgeschichte des europäischen Kulturkreises und muss ich als Provokation empfinden.“ Glück bezeichnete die Worte von Schulz als „eine ganz gravierende Meinungsäußerung, die von der bisherigen religionspolitischen Position der SPD in Deutschland radikal abweicht“. Er äußerte die Befürchtung, dass man dazu eine europäische Kompetenz anstrebe.

Widerspruch kam auch von David Müller, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden-Württemberg. Er äußerte gegenüber kath.net: "Hat Herr Schulz denn völlig vergessen, welchen tiefgreifend positiven

Einfluss das Christentum in Europa vor allem im sozialen Bereich hatte? Europa lässt sich nicht vom christlichen Glauben trennen. Und so soll es auch bleiben!" Staatskirchenrechtler Professor Stefan Mückl bezeichnete im Interview mit dem Domradio die Zuordnung des Kreuzes zu konservativen Strömungen als „eine erstaunliche Wahrnehmung“. Denn „Religion und generell die Grundrechte haben nichts zu tun mit einer zugrundeliegenden politischen Haltung. Die Ausübung eines Grundrechtes ist weder konservativ, noch liberal, noch sozialdemokratisch oder sozialistisch. Es ist schlicht und einfach die Ausübung eines Grundrechtes, das einem jeden zusteht.“ Auch sei es „unbestreitbar, dass Europa christlich ist“. In der EU bekennen sich „weit über 80 Prozent der Einwohner zum christlichen Glauben, sei es in der katholischen, einer protestantischen oder einer orthodoxen Domination“. Außerdem könne die EU „nur dann tätig werden, wenn ihr eine Kompetenz zusteht im Hinblick auf den sogenannten Sachverhalt. Und es ist ganz klar, dass die Zuständigkeit für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht im Bereich der Union liegt, sondern bei den Mitgliedsstaaten verblieben ist“.

17. Mai 2014, 21:20 Uhr

Schwangere Christin im Sudan

Spekulationen über Vollstreckung von Todesstrafe

Wird das Todesurteil gegen die hochschwangere Mariam Jahia Ibrahim Ishak tatsächlich vollstreckt? Die 27-jährige Sudanessin will als Christin leben, ein Richter verurteilte sie wegen Abkehr vom muslimischen Glauben.

Hamburg - Mariam Jahia Ibrahim Ishak ist hochschwanger und wegen Abkehr vom islamischen Glauben zum Tod durch Erhängen verurteilt. Noch sitzt die 27-jährige zusammen mit ihrem erstgeborenen, eineinhalbjährigen Sohn im Sudan im Gefängnis. Doch wie geht es weiter mit der jungen Mutter, die als Christin leben will, obwohl ihr Vater Muslim ist?

Wie CNN berichtet, hat die sudanesisische Regierung in der Vergangenheit mit der Vollstreckung eines Todesurteils gegen Schwangere oder stillende Mütter gewartet, bis das Baby abgestillt war. Das erklärte eine Sprecherin der internationalen christlichen Menschenrechtsorganisation "Christian Solidarity Worldwide" dem amerikanischen Fernsehsender. Die BBC bezieht sich auf lokale Medienberichte, wonach Todesurteile gegen Schwangere bis zwei Jahre nach der Geburt nicht vollstreckt werden. Der Anwalt der Sudanessin will gegen das Urteil des Khartoumer Gerichts Berufung einlegen.

Großes internationales Entsetzen

Was Mariam Jahia Ibrahim Ishak zum Verhängnis wurde: Sie besteht darauf, als Christin zu leben - obwohl ihr Vater Muslim ist. Ishak argumentiert, dass sie bei einer christlichen äthiopischen Mutter aufgewachsen ist, während der muslimische sudanesischer Vater die Familie früh verlassen hat. Nach sudanesischem Recht gilt die Tochter eines muslimischen Mannes als Muslimin.

Als Ishak auch nach einer eingeräumten Frist von drei Tagen ihren Glauben nicht leugnen wollte, wurde sie von einem Richter zum Tode verurteilt. Außerdem ordnete

das Gericht hundert Peitschenhiebe wegen Ehebruchs an. Ishak ist mit einem Christen verheiratet. Nach dem im Sudan geltenden Gesetz der Scharia ist es Musliminnen nicht erlaubt, einen Andersgläubigen zu heiraten - die Ehe ist daher nichtig. International löst das Schicksal der Sudanesisin großes Entsetzen aus. Westliche Botsschaften haben sich eingeschaltet. Amnesty International hat einen dringenden Appell für ihre umgehende Freilassung gestartet: "Mariam Jahia Ibrahim ist eine gewaltlose politische Gefangene, die allein wegen ihrer religiösen Überzeugung und Identität schuldig wurde", heißt es in dem Aufruf der Menschenrechtsorganisation.

e/e

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/zum-tode-verurteilte-christin-im-sudan-erst-geburt-dann-strang-a-969972.html>

<http://www.katholisches.info/2014/05/19/erzbischof-gaenswein-in-eu-macht-sich-militanter-saekularismus-breit/>

Erzbischof Gänswein: In EU macht sich „militanter Säkularismus“ breit

19. Mai 2014 17:32 | Mitteilung an die Redaktion

Erzbischof Georg Gänswein kritisiert "militanten Säkularismus", der sich in der EU ausbreite(Einsiedeln) Kurienerzbischof Georg Gänswein fand eine Woche vor den Neuwahlen zum Europäischen Parlament deutliche Worte. Er kritisierte den mangelnden Einsatz der Politiker gegen die Diskriminierung von Christen in Europa.

Der Präfekt des päpstlichen Hauses von Papst Franziskus und persönliche Sekretär von Benedikt XVI. sprach am Sonntag im Benediktinerstift Einsiedeln in der Schweiz anlässlich der Jahreswallfahrt des Päpstlichen Hilfswerks Kirche in Not. Erzbischof Gänswein erwähnte, daß Medien und Politik jede Form von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit verurteilen, aber nicht dieselbe Maßstäbe gegenüber der Diskriminierung von Christen in Europa anwenden.

Der deutsche Kurienerzbischof beklagte, daß in der EU, in der am 25. Mai ein neues Europäisches Parlament gewählt wird, sich ein „militanter Säkularismus“ breitmache. Bestimmte Kreise möchten den Christen in Europa einen „Maulkorb“ verpassen und die Religion an den Rand drängen, so Gänswein. Damit aber betreibe die EU Selbstmord, denn Europa werde nicht überleben, so der Erzbischof, wenn es sich von seinen christlichen Wurzeln lossage.

Intoleranz gegen Christen in Europa nimmt zu

Beobachtungsstelle dokumentiert 241 Fälle von Diskriminierung und Gewalt - In Deutschland gibt es durchschnittlich jeden Tag mindestens eine anti-christlich motivierte Gewalttat

Wien (kath.net/idea) Die Feindseligkeiten gegen Christen in Europa nehmen offenbar zu. Darauf deuten Erkenntnisse der „Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen“ (Wien) hin. Sie legte am 15. Mai ihren Bericht für das Jahr 2013 vor. Darin sind 241 Fälle dokumentiert. Die Bandbreite reicht von anti-christlichen Aktionen in Kunst und Medien, Benachteiligungen durch Gesetze bis hin zu gewalttätigen Übergriffen auf Christen, Kirchen und Friedhöfe. Damit seien aber längst nicht alle Fälle erfasst, da religiös motivierte Straftaten in den meisten Ländern nicht gesondert erfasst würden, sagte die Leiterin der Beobachtungsstelle, die Juristin und katholische Theologin Gudrun Kugler, auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Die Einrichtung erhalte aber immer mehr Mitteilungen über Intoleranz gegen Christen.

Deutschland: Pro Tag mindestens eine anti-christlich motivierte Gewalttat

Im Blick auf Deutschland könne man davon ausgehen, dass sich jeden Tag mindestens eine anti-christlich motivierte Straftat gegen eine christliche Einrichtung ereigne. Aufgelistet sind unter anderem Brandstiftungen in Kirchen, geschändete Friedhöfe und Kirchengebäude, die mit gotteslästerlichen Sprüchen beschmiert wurden. Der Bericht listet beispielhaft 133 Fälle von Vandalismus gegen Christen in elf verschiedenen Ländern auf. Wie es zu Frankreich für das Jahr 2012 heißt, haben sich dort 543 Fälle von Zerstörungswut gegen Christen gerichtet, 84 gegen Muslime und 40 gegen Juden. Der Bericht führt auch 41 Gesetze in 14 Ländern an, die die freie Religionsausübung von Christen einschränkten.

Christen werden zunehmend in ihren Freiheiten eingeschränkt

Hinsichtlich der Situation in Deutschland kritisiert die Beobachtungsstelle, dass Christen ihre Kinder nicht zu Hause unterrichten dürften, wie dies in vielen anderen Ländern erlaubt sei. Das Verbot sei ein Verstoß gegen Menschenrechte, so Kugler. Ihr Fazit: „Die zunehmende Säkularisierung Europas schränkt Christen in ihren Freiheiten immer mehr ein.“ Es gebe Regierungen und Gruppen, die versuchten, das Christentum immer mehr an den Rand zu drängen. Die Beobachtungsstelle versuche, durch ihre Arbeit ein Problembewusstsein zu schaffen: „Das ist notwendig, damit das Zusammenleben verschiedener Strömungen und Geisteshaltungen in Europa gelingen kann.“

Das Schicksal von Meriam Yahia Ibrahim Ishaq, einer zum Tod verurteilten Christin im Sudan

"Abscheulicher Verstoß gegen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit"

Von Britta Dörre

ROM, 20. Mai 2014 (ZENIT.org) - „Empörung und Besorgnis“. So kommentiert die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ in ihrer Ausgabe vom Samstag, dem 17. Mai 2014, das Todesurteil im Sudan gegen die schwangere Christin Meriam Yahia Ibrahim Ishaq.

Und der religionspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Franz Josef Jung (CDU), hatte, wie die Tageszeitung Welt am Freitag berichtete, erklärt: „Dies ist

ein abscheulicher Verstoß gegen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und ist auf das Schärfste zu verurteilen.“

Gestern meldete sich der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland für den Sudan und Südsudan, [Volker Faigle](#), zu Wort und bezeichnete das Todesurteil als eine schwere Verletzung des Menschenrechts der Religionsfreiheit. „Es gibt für die christlichen Kirchen keine Alternative zum Eintreten für die Religionsfreiheit. Solche Verletzungen der Menschenrechte zerstören alle Grundlagen eines friedlichen und vertrauensvollen Zusammenlebens“, erklärte Faigle. Die EKD richtete bereits ein Schreiben an die Botschaft der Republik Sudan und forderte darin die Regierung auf, das Urteil zu revidieren und die Todesstrafe grundsätzlich abzuschaffen.

Die 27-Jährige hochschwangere Ärztin und Mutter eines 20 Monate alten Kindes wurde vom Gericht in Khartoum wegen Apostasie zum Tod verurteilt, da sie, so die Anklage, zum christlichen Glauben konvertiert sei. Weltweit rief das Urteil Entsetzen hervor; Unterschriftenaktionen von Sudanesen, Menschenrechtsaktivisten und Bürgern weltweit sollen nun helfen, das Leben der jungen Frau zu retten.

Meriam Yahia Ibrahim Ishaq weigert sich, dem christlichen Glauben abzusprechen, den sie ihr Leben lang praktiziert hat, und zum Islam überzutreten. Sie ist mit einem Christen, Daniel Wani, verheiratet. Als Tochter einer christlich-orthodoxen Äthiopierin, die von ihrem muslimischen Mann verlassen wurde, wuchs sie in einem christlichen Umfeld auf.

Nach der Sharia, die im Sudan 1983 eingeführt worden ist, ist jedoch allein die Religion des Vaters maßgeblich, d.h. die muslimische in ihrem Fall. Wegen ihrer Ehe mit einem Christen wurde sie deshalb außerdem zu 100 Peitschenschlägen verurteilt. Da das Urteil wegen ihrer derzeitigen Schwangerschaft nicht vollstreckt werden kann, wird es für zwei Jahre nach der Geburt des zweiten Kindes ausgesetzt.

Das Urteil stellt einen eindeutigen Verstoß gegen die Religionsfreiheit dar, die seit 2005 in der sudanesischen Verfassung garantiert wird. Aus der ganzen Welt erreichen den Präsidenten des Sudan, Omar Hassan al-Bashir, Gesuche, das Urteil aufzuheben. Viele Unterschriftenaktionen weltweit setzen sich dafür ein, das Leben von Meriam Yahia Ibrahim Ishaq zu retten, so die italienische katholische Tageszeitung „[Avvenire](#)“. Britische Parlamentsabgeordnete sammeln Unterschriften unter [diesem Link](#); Amnesty International bittet um Mithilfe unter [diesem Link](#).

30. Mai 2014, 11:30 Uhr

Christin im Sudan

Todeskandidatin war bei Geburt ihres Babys angekettet

Neue Details zu der im Sudan zum Tode verurteilten Christin: Laut ihrem Ehemann hat Mariam Jahia Ibrahim Ishak ihre Tochter angekettet im Gefängnis zur Welt gebracht. Zwei Jahre darf sie sich um das Kind kümmern - dann droht ihr der Galgen.

Khartum - Der Fall Mariam Jahia Ibrahim Ishak löst über die Grenzen des Sudan hinaus Bestürzung aus, beschäftigt Menschenrechtler wie Politiker. Ein Gericht in Khartum hatte die Hochschwangere **zum Tode verurteilt**, weil sie nicht im muslimischen Glauben leben will. Kurz nach dem Richterspruch brachte die junge

Frau **Anfang der Woche im Gefängnis eine Tochter zur Welt** - nun hat ihr Ehemann erstmals Einzelheiten über die Geburt erzählt.

Wie Daniel Wani **dem britischen "Telegraph" berichtete**, wurde Ishak zwar auf die Krankenstation der Haftanstalt verlegt - verbrachte aber auch den Geburtsvorgang selbst in Ketten. "Sie war an den Beinen angekettet", sagte Wani.

Er habe seine Frau und das Neugeborene auch mehr als einen Tag nach der Geburt nicht besuchen dürfen, sagte Wani weiter. Erst am Mittwoch habe er endlich Zugang zur Zelle erhalten: "Das Baby ist wunderschön. Sie heißt Maya. Auch die Mutter ist okay. Sie sah nicht allzu mitgenommen aus." Für die Zeit des Besuchs seien die Ketten dann entfernt worden.

Ein Gericht in der Hauptstadt hatte Ishak Mitte Mai wegen Abfalls vom islamischen Glauben zum Tod durch Erhängen verurteilt. Die junge Frau, die bereits einen 20 Monate alten Sohn hat, wurde zudem zu hundert Peitschenhieben wegen Ehebruchs verurteilt. Auch der Sohn lebt nach Angaben Wadis mit seiner Mutter und dem wenige Tage alten Säugling in der Gefängniszelle.

Die Vollstreckung des Urteils ist vorerst ausgesetzt. Ishak soll bis zu zwei Jahre Zeit bekommen, um sich um das Baby zu kümmern. Nach Ablauf dieser Frist jedoch droht ihr der Tod durch Erhängen.

Mehr als 600.000 Stimmen für die Freilassung

International hatte der Fall für Schlagzeilen gesorgt. Zahlreiche Unterstützerseiten im Internet fordern die Freilassung der Inhaftierten. Den größten Aufruf startete Amnesty International: 620.000-mal **wurde dort eine Petition für Mariam Jahia Ibrahim Ishak unterzeichnet**. Human Rights Watch bezeichnete den Fall als Beispiel "drakonischer Intoleranz".

Ishak war von ihrer Mutter christlich-orthodox erzogen worden, nachdem ihr muslimischer Vater die Familie verlassen hatte. Die Anklage des Ehebruchs wurde wegen ihrer Ehe mit einem Christen erhoben. In der sudanesischen Auslegung der Scharia, des islamischen Rechts, darf eine Muslimin keinen Christen heiraten. Tut sie es dennoch, wird dies als Ehebruch gewertet.

Trotz der drohenden Strafe will sich Ishak dem Druck jedoch offenbar nicht beugen. Über ihren Anwalt ließ sie mitteilen: "Wenn sie mich exekutieren wollen, dann sollen sie es machen. Ich werde meinem Glauben nicht entsagen."

jok

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/sudan-christin-ishak-war-bei-geburt-angekettet-a-972475.html>

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/michael-snyder/in-jedem-land-das-die-usa-befreit-haben-wird-die-christenverfolgung-schlimmer-warum-.html>
In jedem Land, das die USA »befreit« haben, wird die Christenverfolgung schlimmer. Warum?

Michael Snyder

Man sollte doch meinen, wenn die USA ein Land militärisch »befreien«, führt das zu mehr Freiheit und Frieden für die Menschen dort. Stattdessen trifft

genau das Gegenteil zu. Seit 9/11 war es in jedem einzelnen Fall, in dem das US-Militär eine Nation »befreit« hat, so, dass die Verfolgung der Christen in diesem Land deutlich zugenommen hat. Wir haben Hunderte von Milliarden Dollar ausgegeben und Tausende kostbarer amerikanischer Leben geopfert, aber trotzdem werden in diesen Regionen regelmäßig Kirchen bombardiert, Christen geköpft und Gesetze verabschiedet, die einen Übertritt zum Christentum illegal machen. Wenn wir den Menschen in diesen Nationen nicht einmal die einfachsten Freiheiten verschaffen können, was haben wir dann mit unserem Versuch, sie zu »befreien«, überhaupt erreicht?

Man sehe sich nur an, was in Afghanistan geschehen ist. Seit über einem Dutzend Jahren stehen wir mit Afghanistan im Krieg, aber dennoch ist die Lage für die Christen in diesem Land so schlimm, dass [nicht eine einzige Kirche mehr steht...](#)

Die von den USA eingesetzte Regierung Karzai ist angeblich »gemäßigt«, trotzdem gelten weiterhin viele der drakonischen Gesetze der Taliban – darunter das Gesetz zum Abfall vom Islam, das strenge Bestrafung aller vorsieht, die zum Christentum übertreten wollen – und 2011 wurde unter der Schirmherrschaft der USA von der Regierung [die letzte Kirche in Afghanistan zerstört](#).

Ähnlich sieht es im Irak aus. Schätzungen zufolge lebten vor der Invasion bis zu zwei Millionen Christen im Irak. Jetzt sind es weniger als 450 000 und die Menge nimmt rasch weiter ab. So

schlimm ist die Lage für die christliche Gemeinde im Irak, dass einige irakische Kirchenführer schon warnen, Christen könnten in diesem Land bald [»ausgestorben«](#) sein...

Der Massensexodus der irakischen Christen setzt sich fort, ebenso die Forderungen, dass sich die Bedingungen für diejenigen verbessern, die noch im Land bleiben. Schon bald könnte es einer der ältesten christlichen Gemeinschaften so ergehen wie Iraks uralter jüdischer Gemeinschaft – sie könnte aufhören zu existieren.

Das Verschwinden der religiösen Minderheiten im Irak ist ein beunruhigender Trend, der seit 2003 zu registrieren ist, als ein Militärbündnis unter Führung der USA im Irak einmarschierte. Die kulturelle Vielfalt des Irak ist durch diese Entwicklung gefährdet. Die Gewalt im Land nimmt zu, die religiöse Intoleranz wächst. Viele Christen, Jesiden, Mandäer und andere Minderheiten gehen aus ihrer Heimat fort.

Vergangene Woche sandte das Oberhaupt der katholischen Kirche im Irak eine ernüchternde Warnung: Die seit 2000 Jahren im Irak existierende christliche Gemeinschaft steht am Rande der Auslöschung, da Christen in immer neuen Wellen das Land verlassen.

Schätzungen zufolge hat der Irakkrieg die amerikanischen Steuerzahler [über 2000 Milliarden Dollar gekostet](#). Wir haben allein für ein Fußballfeld [über eine Million Dollar](#) ausgegeben (das inzwischen übrigens vom Staub verschluckt ist).

Was haben wir denn letztlich überhaupt erreicht?

Die Regierung Obama prahlt gerne damit, wie man Gaddafi abgesägt und Libyen »befreit« habe, doch jetzt kontrolliert al-Qaida weite Teile des Landes und für die Christen ist die Lage [viel schlimmer als je zuvor](#)...

Seit Terroristen, die mit al-Qaida in Verbindung stehen, mithilfe der USA Gaddafi stürzten, sind Christen – [auch Amerikaner](#) – in Libyen extremer Verfolgung ausgesetzt. [Kirchen wurden mit Bomben angegriffen](#), Christen wurden [gefoltert](#) und getötet (auch weil sie sich [weigerten, zum Islam überzutreten](#)), [Nonnen sind bedroht worden](#).

In Syrien ist die Regierung Obama so verzweifelt bemüht, das Assad-Regime zu stürzen, dass sie sogar gemeinsame Sache mit radikalen *Al-Qaida*-Dschihadisten macht. Diese Dschihadisten foltern und köpfen Christen und kreuzigen sie sogar, aber die Mainstreammedien in den USA üben sich in Stillschweigen.

Warum sind die Medien so still?

Weil die Regierung Obama schlecht dastehen würde, wenn man enthüllte, was dort passiert. Diejenigen, die die Verfolgung von Christen in Syrien durchführen, erhalten finanzielle Mittel und Hilfsgüter direkt von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Saudi-Arabiens. Mehr zu den Ereignissen in Syrien finden Sie in meinem Artikel »[Warum schweigen die Medien zur Kreuzigung von Christen durch radikale Dschihadisten?](#)« Natürlich werden Christen nicht nur im Nahen Osten verfolgt.

Als Hillary Clinton noch Außenministerin war, weigerte sich das Ministerium, Boko Haram als Terrororganisation einzustufen. Doch jetzt spricht die ganze Welt über Boko Haram. Diese Gruppe hat in den vergangenen sieben Jahren über 700 Kirchen in Nigeria angegriffen, was zu einer [massiven Abwanderung von Christen](#) aus dem Norden Nigerias in den Süden des Landes geführt hat.

Aus christlichen Gruppen heißt es, von den 4000 Menschen, die Boko Haram seit 2009 ermordet hat, seien bis zu einem Viertel Christen gewesen. Über 700 Kirchen seien allein in den vergangenen sieben Jahren angegriffen worden, teilt die katholische Bischofskonferenz Nigerias mit. Im von Unruhen geplagten Nordosten sind viele einstmals christliche Viertel inzwischen Geisterstädte, nachdem Zehntausende in den Süden geflohen sind. Es ist eine der größten christlichen Völkerwanderungen des Jahrhunderts, doch sie bleibt außerhalb Nigerias größtenteils unbemerkt.

Die Brutalität von *Boko Haram* lässt sich mit Worten kaum beschreiben. Der [Telegraph](#) schrieb kürzlich, mit welcher Unerbittlichkeit *Boko Haram* den Christen im Norden Nigerias nachstellt...

»Als er zur Josefskirche in Gashua kam, wusste Vater John Bakeni, dass er ein schwieriges Amt übernommen hatte. Gashua ist eine Siedlung im Norden Nigerias, nahe der Grenze zum Niger und mitten im Herzland des Boko-Haram-Territoriums gelegen. In den vergangenen drei Jahren waren bis auf einige wenige alle 3000 Christen seiner Gemeinde geflohen.

Bakeni war von seinem Bischof als Signal entsandt worden, dass die Diözese die Stadt nicht aufgegeben hatte. Im folgenden Jahr bestand seine Hauptarbeit darin, die verbliebenen 200 Gläubigen zum Bleiben zu überreden. Doch wann immer er das Pfarrhaus verließ, wurde er daran erinnert, wie schwierig seine Mission war.

»Mehr als pro Woche fand ich ein totes Tier, das man mir auf das Grundstück geworfen hatte, normalerweise ein Huhn, eine Ziege oder ein Schaf, aber manchmal auch tote Katzen«, sagt Bakeni, 38. »Fast jeden Tag bewarf jemand die Kirche mit Steinen, manchmal schlugen auch Leute gegen die Tür und riefen: »Ungläubiger, wir werden dich töten.««

Warum also tut sich die Regierung Obama so schwer damit, Boko Haram zu verurteilen? Den meisten Amerikanern mag es nicht bewusst sein, aber die Regierung Obama hat Boko Haram in der Vergangenheit wiederholt unterstützt. Obama hat [der nigerianischen Regierung 2013 sogar Wirtschaftssanktionen angedroht](#), um sie daran zu hindern, gegen Boko Haram durchzugreifen. Was in aller Welt hat sich die Regierung Obama nur gedacht? Auf wessen Seite steht sie eigentlich?

Wer für Frieden und Freiheit eintritt, sollte doch zutiefst beunruhigt sein von dem Zuspruch, den Gruppen wie *Boko Haram* erhalten. Man sehe sich nur an, was in den Teilen Afrikas geschieht, in denen die Dschihadisten die Kontrolle übernommen haben. [Im Sudan](#) wurde kürzlich eine Frau zum Tod durch den Strick verurteilt, weil sie einen Christen geheiratet hatte...

Mariam Yahya Ibrahim ist im Sudan zum Tode verurteilt worden. Das Verbrechen der 27-Jährigen: Sie ist vom Islam zum Christentum übergetreten. In dem ohnehin von starken sozialen Unruhen geplagten Land hat der Fall Proteste ausgelöst.

Das Gericht hatte Ibrahim angeordnet, dem christlichen Glauben wieder abzuschwören und zum Islam zurückzukehren. Als Richter Abbas Khalifa nun Ibrahim fragte, ob sie einer Rückkehr zustimme, erwiderte die Frau: »Ich bin Christin.« Daraufhin wurde sie Gerichtsquellen zufolge des Abfalls vom wahren Glauben für schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

»Wir haben Ihnen drei Tage Zeit für einen Widerruf gegeben, aber Sie bestehen darauf, nicht zum Islam zurückzukehren. Ich verurteile Sie deshalb zum Tod durch Erhängen«, sagte der Richter laut der Nachrichtenagentur AFP.

Weil sie einen Christen geheiratet hat, war die Frau zudem des Ehebruchs angeklagt worden.

Ibrahim, eine Ärztin, ist schwanger. Wie die BBC gemeldet hat, soll das Urteil ausgesetzt werden, bis ihr Kind zwei Jahre alt ist.

Eine derartige Tyrannei darf in der heutigen Welt nicht toleriert werden. Doch statt dagegen vorzugehen, sieht es so aus, als würde die US-Regierung eher zu der Verbreitung dieser Tyrannei beitragen.

04. Juni 2014, 16:59 Uhr

"Zwölf Stämme"

Sektenmitglieder verlassen Deutschland

Deutsche Behörden haben einige Familien der Sekte "Zwölf Stämme" aus den Augen verloren: Die umstrittenen Urchristen sind, so sieht es aus, nach Österreich ausgewandert, um Kontrollen zu umgehen.

Nach einem Polizeieinsatz bei der umstrittenen Sekte "Zwölf Stämme" in Schwaben und Mittelfranken sollen mehrere Eltern mit ihren Kindern Deutschland verlassen haben. Fünf Jugendliche aus der Glaubensgemeinschaft in Klosterzimmern bei Deiningen seien nach Österreich umgemeldet worden, teilte das Landratsamt Donau-Ries mit. Die deutschen Behörden hätten keinen Kontakt mehr zu den Familien. Zwei weitere Mädchen seien aus Heimen geflüchtet. Ob sie wieder bei ihren Familien sind, sei nicht bekannt.

Im vergangenen September hatte die Polizei wegen Prügelvorwürfen rund 40 **Kinder aus den Gemeinschaften in Deiningen und in Wörnitz geholt**. Seitdem gab es zahlreiche Verfahren bei Familiengerichten; viele Eltern wehrten sich gegen die Unterbringung ihrer Kinder in Pflegefamilien und Heimen. Einige Kinder durften zurück.

Von dem Umzug der umgemeldeten fünf Jugendlichen wurde das Kreisjugendamt Ende April informiert. "Es wurden dem Landratsamt keine Adressen benannt, sodass nicht bekannt ist, ob und gegebenenfalls wo sich die Kinder derzeit in Österreich aufhalten", hieß es in einer Erklärung des Amtes.

Schläge als legitimes Erziehungsmittel

Bereits im vergangenen September **sollen die "Zwölf Stämme" mehrere Kinder ins Ausland gebracht haben**. Die Gemeinschaft hatte nicht nur die beiden Anwesen in Bayern, im Sommer 2013 zog ein Teil der Gemeinschaft nach Dolchau, Sachsen-Anhalt. Nachbarn und ehemalige Sektenmitglieder hatten berichtet, dass etwa zehn Jungen und Mädchen im Alter zwischen rund 7 und 16 Jahren von dort verschwunden waren. Die letzten Kinder sollen Dolchau kurz nach dem Großeinsatz in Klosterzimmern und Wörnitz verlassen haben. Angeblich haben die Sektenmitglieder die Kinder ins Ausland gebracht - vermutlich um sie dem Zugriff der deutschen Jugendämter zu entziehen.

Seit Jahren wehren sich Sekten-Familien dagegen, ihre Kinder in öffentliche Schulen zu schicken, 2004 versuchten die Behörden in Bayern sogar, die Schulpflicht mit Erziehungshaft durchzusetzen. Vor knapp acht Jahren erlaubten sie der Sekte schließlich eine eigene Schule, zogen die Genehmigung aber im vergangenen Jahr zurück.

Die Mitglieder der "Zwölf Stämme" sehen körperliche Züchtigung als legitimes Erziehungsmittel, das ist ebenfalls seit Längerem bekannt. Im vergangenen Jahr hatte ein RTL-Reporter dann mit versteckter Kamera gefilmt, wie Sektenmitglieder Kinder mit der Rute schlagen. Das Landratsamt Donau-Ries erklärte damals, man habe "neuerliche Hinweise auf erhebliche und dauerhafte Kindesmisshandlung" in der Sekte erhalten.

fln/otr/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/zwoelf-staemme-sektenmitglieder-verlassen-deutschland-a-973409.html>

01. Juli 2014, 16:47 Uhr

Interview mit sudanesischer Christin

"Ich weiß nicht, ob meine Tochter später allein laufen kann"

Die zum Tode verurteilte Christin im Sudan, Mariam Yahya Ibrahim, hat in einem Telefon-Interview über die Geburt ihrer Tochter im Gefängnis gesprochen. Sie fürchtet bleibende Schäden bei dem Baby.

Khartum - Ketten seien an ihren Beinen gewesen, als sie ihre Tochter im Gefängnis zur Welt bringen musste, sie habe sie deshalb nicht richtig öffnen können, Frauen hätten sie vom Tisch auf den Boden gehievt: So beschreibt die zum Tode verurteilte Christin Mariam Yahya Ibrahim die Geburt ihrer jüngsten Tochter. Dem US-Fernsehsender CNN gab die 27-Jährige nun ein Telefon-Interview.

Ob das Neugeborene durch die Zustände bei der Geburt bleibende Schäden erlitten habe, sei noch nicht klar, sagte Ibrahim weiter. "Ich weiß nicht, ob sie später alleine laufen kann oder nicht." Während der ganzen Inhaftierung habe sie nur an ihre Kinder gedacht - und daran, wie sie das jüngste zur Welt bringen sollte. "Die Geburt im Gefängnis hat mir am meisten Sorgen gemacht."

Inzwischen befinde sie sich mit ihrer Familie an einem sicheren Ort in der sudanesischen Hauptstadt Khartum. "Es ist definitiv sicher, aber es ist nicht komfortabel." Wie es weitergehe, wisse sie nicht. Als sie im Gefängnis saß, seien eine Menge Menschen zu ihr gekommen, Politiker, Menschenrechtler, Juristen. Sie hätten ihr Hilfe versprochen - aber keiner von ihnen habe etwas Konkretes unternommen.

Ibrahim war Mitte Mai zum Tode durch den Strang verurteilt worden, weil sie sich nach sudanesischem Recht durch die Heirat mit einem Christen vom islamischen Glauben abgewendet hatte. Die junge Frau wurde außerdem wegen der Hochzeit mit dem aus dem Südsudan stammenden US-Bürger wegen Ehebruchs zu hundert Peitschenhieben verurteilt.

Nach einer Gerichtsentscheidung kam sie auf freien Fuß, doch keine 24 Stunden später wurde sie am Flughafen von Khartum erneut festgenommen, als sie zusammen mit ihrem Mann und ihren beiden kleinen Kindern ausreisen wollte. Momentan ist sie frei, kann den sicheren Ort aber nicht verlassen.

Hinzu kommt, dass nach der misslungenen Flucht weitere Vorwürfe gegen sie erhoben werden: Ibrahim soll die Papiere, mit denen sie ausreisen wollte, gefälscht haben. Der sudanesishe Geheimdienst gibt nach CNN-Informationen an, sie habe Dokumente aus dem Südsudan gehabt, obwohl sie keine Bürgerin des Landes sei.

Laut der sudanesischen Auslegung des islamischen Sharia-Rechts darf eine Muslimin keinen Christen heiraten. Tut sie es dennoch, wird dies als Ehebruch gewertet. Ibrahim wurde von ihrer äthiopischen Mutter im christlich-orthodoxen Glauben erzogen, nachdem ihr muslimischer Vater die Familie verlassen hatte, als sie fünf Jahre alt war. Im Sudan gelten Kinder eines muslimischen Vaters jedoch automatisch als Muslime, der Übertritt zu einem anderen Glauben ist verboten.

vks

URL:

- <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/mariam-yahya-ibrahim-sudanesische-christin-gibt-cnn-interview-a-978587.html>

<http://www.pi-news.net/2014/07/einkauf-im-ramadan/>

Einkauf im Ramadan

tescoDie kulturunsensible Engländerin Julie Cottle (43, Foto li.) hat es gewagt, im Norden Londons in einem Supermarkt der Kette "Tesco" mitten im Ramadan mit Schinken und Wein an die Kasse zu gehen. Das war zu viel für den rechtgläubig fastenden Kassierer.

Der asiatische Mohammedaner verwies die Kundin an eine Selbstbedienungskasse, da es ihm verboten sei, diese unheiligen Dinge zu berühren. Die Kundin reagierte höchst ungehalten und verlangte nach dem Geschäftsführer. Dieser klärte die offenbar nicht ganz auf der Höhe der Zeit befindliche Britin darüber auf, dass der Kassierer das Recht habe, die Bedienung im heiligen Monat des Ramadan im vorliegenden Fall zu verweigern. Schließlich befinde sich der Angestellte im rituellen Fasten. Auch er verwies die Kundin an die Selbstbedienungskasse.

So viel Herz für die Mitarbeiter kann die unverbesserliche Engländerin gar nicht fassen. Der Dailymail sagte sie:

Ich weiß, er hat seinen Glauben – ich selbst bin Christin – aber er sollte in der Lage sein, seinen Job ordentlich zu machen. Ich bin angeekelt. Wenn er sich weigert, seinen Job zu machen, sollte er nicht hier sein. [...] Er ist einfach im hinteren Teil des Ladens verschwunden. Der kommissarische Geschäftsführer meinte, ich solle an die Selbstbedienungskasse gehen. Ich war so sauer als ich nach Hause kam, dass ich bei Tesco angerufen habe, um mich zu beschweren. Alles, was sie sagten war: Das hört sich nicht okay an, aber wenn der Geschäftsführer sagt, es sei okay, dann ist es okay.

Mittlerweile hat sich die Firma Tesco bei der Kundin entschuldigt und versichert, sie habe mit dem betreffenden Mitarbeiter gesprochen. Die Firma ließ verlautbaren, sie habe keine spezielle Firmenpolitik, sondern handhabe derartige Angelegenheiten pragmatisch. Vor einem halben Jahr hieß es noch bei Tesco, man sehe keinen Sinn darin, Personal zu beschäftigen, das aus religiösen Gründen die Arbeit teilweise verweigere.

Im Fall eines nordirischen Konditors, der sich geweigert hatte, eine Torte für eine Schwulenhochzeit zu backen, überlässt man solche Entscheidungen nicht einfach der jeweiligen Firma. Bürgermeister Andrew Muir – ein bekennender Schwuler – kündigte juristische Schritte an. Er selbst sei zu dem Event eingeladen gewesen, zu dem die Torte bestellt worden sei. In seiner Begründung heißt es:

Geschäfte sollten sich nicht aussuchen können, wen sie bedienen. [...] Damit Nordirland gedeihen und Gräben überwinden kann, brauchen wir eine neue Gesellschaft, in der die Unternehmen bereit sind, allen gerecht zu werden, unabhängig von religiösen Anschauungen, der politischen Meinung, Behinderung, Rasse, Alter, sexueller Orientierung, Familienstand, Geschlecht und anderen Hintergründen.

Homoeen sind in Nordirland nicht erlaubt. Trotzdem erhielt die Konditorei Post von der "Gleichstellungs-Kommission", die ihm unterstellte, er habe Kunden diskriminiert. Man wolle ggf. weitere Schritte gegen ihn einleiten. Der Konditor ist bekennender Christ, doch auf seine religiösen Gefühle wird wohl kein Mensch Rücksicht nehmen.

<http://www.welt.de/politik/ausland/article130373590/Wer-sich-weigert-dem-bleibt-nur-das-Schwert.html>

"Wer sich weigert, dem bleibt nur das Schwert"

Nach einem Ultimatum der Terrorgruppe Islamischer Staat sind Tausende Christen aus der nordirakischen Stadt Mossul geflohen. Die Extremisten kennen keine Gnade mit Andersgläubigen – und töten sofort.

Von Alfred Hackensberger

Die Hiobsbotschaft kam nach dem Freitagsgebet aus den Lautsprechern der Moscheen und löste Panik unter den Christen im irakischen Mossul aus. "Wir bieten euch drei Möglichkeiten", hieß es im Ultimatum der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS), die die irakische Grenzstadt zu Syrien am 10. Juni erobert hatte. "Entweder nehmt ihr den Islam an oder bezahlt Schutzzölle. Wer sich weigert, dem bleibt nur der Tod durch das Schwert." In Taxis und Privatautos versuchten daraufhin die noch rund 200 in der Stadt verbliebenen Christen, in die benachbarten Kurdengebiete zu flüchten. In der autonomen Region Kurdistan stehen sie unter dem Schutz der kurdischen Peschmerga-Truppen.

Auf ihrer abrupten Flucht konnte die christliche Bevölkerung außer den Kleidern am Leib nichts mitnehmen. "An den Checkpoints wurde wir komplett durchsucht", erzählte ein Familienvater der "Welt", der aus Sicherheitsgründen seinen Namen nicht nennen wollte. "Die Islamisten haben uns das Geld abgenommen und sogar den Schmuck der Frauen konfisziert."

In Mossul wurden die Häuser der christlichen Einwohner mit einem N für Nassarah markiert. Dies ist der im Koran verwendete Begriff für Christen. "Es ist eine Desaster und kommt einer ethnischen Säuberung gleich", sagte der christliche Parlamentsabgeordnete Jonadam Kanna in Bagdad. Das sei vorauszusehen gewesen, fügt der Politiker an. "Ende Juni hatten schon Tausende von Bewohnern der christlichen Stadt Karakusch vor den Terroristen fliehen müssen." Karakush liegt 30 Kilometer nördlich von Mossul und war bei Kämpfen zwischen Peschmerga und IS ins Kreuzfeuer gekommen.

Islamisten machen Jagd auf Andersgläubige

Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch warnte, der Islamische Staat scheine entschlossen, "alle Spuren von Minderheitsgruppen in den Gebieten im Irak zu tilgen". Andere Minderheiten wie die Jesiden, Turkomanen und die schiitische Schabak-Gemeinde hätten sogar noch mehr gelitten. Die islamistischen Extremisten machen mit diesen Minderheiten gewöhnlich kurzen Prozess. Sie werden erschossen oder man schneidet ihnen den Kopf ab.

"Christliche Familien sind auf dem Weg nach Dohuk und Erbil", sagte der christliche Patriarch Louis Sako. "Erstmals in der Geschichte des Irak gibt es keine Christen mehr in Mossul." Der überwiegende Teil der 5000 Christen der Stadt war bereits vor der Einnahme durch IS im Juni geflüchtet. Über viele Jahrhunderte war Mossul eines der Zentren der christlichen Gemeinde des Iraks gewesen. Bis zur US-Invasion 2003, die Diktator Saddam Hussein und sein Regime zu Fall brachte, lebten mehr als 200.000 Christen in Mossul. Im gesamten Irak waren es über 1,5 Millionen. Heute sollen es nach Schätzungen nicht einmal

mehr als 200.000 sein, von denen der überwiegende Teil in der Hauptstadt Bagdad wohnt.

"Man kann heute keine verlässlichen Zahlen nennen", sagt Vater Mansur, der der griechisch-katholischen Gemeinde in Bagdad vorsteht. "Jeden Tag wandern Familien aus, die keine Zukunft mehr im Irak sehen." Angesichts der Sicherheitslage und der Bedrohung durch den IS könne man es ihnen nicht verdenken, erklärt der aus Belgien stammende Geistliche. Vor dem Vormarsch der islamistischen Extremisten hatte es immer wieder gezielte Angriffe auf christliche Einrichtungen gegeben. Das letzte große Attentat fand an Weihnachten 2013 statt. Drei Autobomben waren im christlichen Viertel explodiert, davon eine unmittelbar nach dem Gottesdienst am Weihnachtsfeiertag. Dabei starben 38 Menschen, und 70 weitere wurden zum großen Teil schwer verletzt. "Es klingt bedrückend", meint Vater Mansur, der seit über 40 Jahren im Irak ist, "aber man kann hier vom nahenden Ende des Christentums sprechen."

Schutzgelderpressungen

Bis vor Kurzem konnten geflüchtete Christen noch nach Mossul zurückfahren. "Alles war kein Problem", versicherte Marwen, der als Übersetzer acht Jahre lang bei der irakischen Armee gearbeitet hatte. "Ich habe mir in Mossul meine Pension abgeholt." An den Checkpoints hätten ihn maskierte Männer als Christen besonders willkommen geheißen und aufgefordert, doch mit seiner Familie zurückzukommen. "Bei uns sind alle Christen sicher und werden geschützt", soll einer der Kommandanten am Kontrollpunkt gesagt haben.

Aber für den Schutz müssen Christen nun bezahlen, falls sie nicht sterben wollen. Das Konzept der Schutzbefohlenen geht auf die islamische Ära im siebten Jahrhundert zurück und wurde erst Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Reformen des Osmanischen Reiches abgeschafft. Unter den Status der Schutzbefohlenen waren in der islamischen Geschichte neben Christen auch die jüdische Bevölkerung gefallen.

Das Prinzip der Schutzzölle hat IS erstmals in der syrischen Stadt Rakka eingeführt. Nach der Ausrufung des Kalifats durch Abu Bakr al-Bagdadi, dem Chef der Terrorgruppe, wird das System nun auch auf den Irak angewendet. Auch in Syrien wurden Christen willkommen geheißen, bevor man sie abkassierte. Anfängliche Freundlichkeit und soziales Engagement gehört zur Strategie von IS. Man stellt die Strom- und Wasserversorgung wieder her, garantiert eine medizinische Basisversorgung, unterstützt bedürftige Familien und organisiert Kindernachmittage. Nach zwei, drei Monaten glaubt man, genug für die Herzen der Bevölkerung getan zu haben. Dann beginnt der Terror. Andersdenkende werden verhaftet, gefoltert und ermordet sowie eine brutale Version der Scharia, dem islamischen Recht, praktiziert.

Menschen werden öffentlich ausgepeitscht, gekreuzigt oder gesteinigt, wie kürzlich in Rakka geschehen.

In Bagdad fand am Sonntag aus Protest gegen die Extremisten im Irak ein konfessionsübergreifender Gottesdienst in der Kirche von St. Georg statt. "Natürlich habe ich teilgenommen, wie es auch mein sunnitische Freund getan hat", erzählt Mustafa. "Wir müssen uns mit den Christen solidarisch zeigen und ein Zeichen setzen, dass der Irak ein Land für alle Glaubensgemeinschaften ist." Denn sonst bleibe nur das Chaos eines Bürgerkriegs.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-07/christen-verfolgung-muslime-fluechtlinge-deutschland-vorab>

FLÜCHTLINGE

Wo in Deutschland Christen verfolgt werden

In deutschen Flüchtlingsheimen werden Christen häufig gemobbt oder geschlagen. Von Islamisten, die ebenfalls Asyl suchen. Die ZEIT und report München dokumentieren Fälle. VON STEPHAN LEBERT
29. Juli 2014 12:44 Uhr

Werden in Deutschland Christen gemobbt und verfolgt, nur weil sie Christen sind? Auf der Flucht vor islamistischen Terrormilizen in Syrien und jetzt auch dem Irak retten sich immer mehr verzweifelte orientalische Christen nach Deutschland; um dann mitunter als Asylbewerber von Islamisten gequält und bedroht zu werden. Das zeigen gemeinsame Recherchen von report München und der ZEIT.

Da ist zum Beispiel der Fall eines katholischen Kurden aus Syrien, der nach Bayern geflohen ist und irrtümlich dachte, das Leben in der Hölle sei nun zu Ende. Doch es kam anders, denn in seiner süddeutschen Flüchtlingsunterkunft wohnten zahlreiche radikale Islamisten aus Tschetschenien. "Es begann mit den Kindern", erzählt der Katholik, "die Kinder der Tschetschenen beschimpften unsere Kinder als 'Kuffar', als Ungläubige: Es folgten Prügeleien, Drohungen, Angstzustände. Ein anderer christlicher Kurde aus dieser Unterkunft sagt: "Wir sind nach Deutschland gekommen, um solche Leute nicht mehr sehen zu müssen. Jetzt wohnen wir mit ihnen zusammen."

Das bayerische Flüchtlingsheim ist längst kein Einzelfall. Pater Gaby Geagea aus Frankfurt, Geistlicher der maronitischen Kirche, deren Angehörige vor allem aus Syrien und dem Libanon stammen, sagt, es gebe in den Flüchtlingseinrichtungen "eine deutliche Feindseligkeit gegenüber Christen". Und ein ehrenamtlicher Helfer aus der Flüchtlingsarbeit, der anonym bleiben möchte, um seine Klienten nicht zu gefährden, sagt: "Am schlimmsten ergeht es Ex-Muslimen, die zum Christentum konvertiert sind. Die werden regelmäßig geschlagen."

Simon Jacob, Vorsitzender Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland, zeigt sich bestürzt angesichts solcher Geschichten: "Es war für mich persönlich bestürzend, weil ich niemals gedacht hätte, niemals, dass man in einem freien Land wie Deutschland Angst haben muss."

Er fordert, dass Flüchtlinge in Zukunft getrennt nach ihren jeweiligen Religionen untergebracht würden. Auch der CSU-Politiker und Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer plädiert für eine gemeinsame Unterbringung christlicher Flüchtlinge: "Ich glaube, man sollte auch klar sagen: Wir wollen diese Art von Mobbing nicht. Wer hierher kommt und ein Fluchtrecht, ein Asylrecht in Anspruch nimmt, darf so was nicht machen."

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-07/christen-verfolgung-muslime-fluechtlinge-deutschland-vorab>

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article131123555/Christen-spueren-auch-in-Deutschland-den-Hass.html>

Christen spüren auch in Deutschland den Hass

Mit den Flüchtlingen kommen auch die Konflikte ihrer Herkunftsländer nach Deutschland. Asylsuchende Christen aus der arabischen Welt sind auch in Deutschland Attacken radikaler Moslems ausgesetzt.

Von Ulrich Clauß und Marcel Leubecher

Im Irak sind derzeit 30.000 Christen auf der Flucht. Doch das sind nur jene, die es derzeit in die Hauptnachrichten schaffen. Weltweit leiden nach Schätzung der Menschenrechtsorganisation Open Doors an die 100 Millionen Christen unter Verfolgung. Der Weltverfolgungsindex 2014 der Organisation weist vor allem streng islamische Länder wie Somalia, Syrien, den Irak, Jemen, den Iran, Saudi-Arabien und Pakistan unter den zehn Staaten mit der schlimmsten Christenverfolgung aus.

Für viele endet diese Verfolgung auch dann nicht, wenn sie als Asylbewerber in Deutschland ankommen. Denn mit den Verfolgten finden auch Extremisten den Weg nach Europa, nach Deutschland – manchmal sogar in die gleiche Asylunterkunft.

So war es zum Beispiel bei Leyla S.* Ihr christlicher Glaube zwang die Mittdreißigerin im Iran zu einem gefährlichen Versteckspiel. Schlimm genug, dass ihre schiitische Familie davon wusste und sich distanzierte. Vor den übrigen Menschen in dem streng muslimischen Staat verbarg sie ihren Makel und floh mithilfe von Schleppern vor mehr als drei Jahren nach Deutschland. Die Gemeinschaftsküche war für die Christin tabu

Doch in dem hessischen Flüchtlingsheim, in dem die junge Frau mit ihrem Mann und der gemeinsamen Tochter unterkam, ging die Ausgrenzung weiter. Etwa 20 der rund hundert weiteren Flüchtlinge beschimpften die Familie von Anfang an immer wieder als "Ungläubige" und "schmutzige Hunde" und verboten Leyla S. in den beiden Küchen des Heimes zu kochen.

Der Schiit Nuri al-Maliki führt den Irak seit acht Jahren als Ministerpräsident. Vor allem die Sunniten fühlen sich von ihm im Stich gelassen. Maliki installierte seine Minister nach persönlichen Interessen und schuf eine Elitarmee aus schiitischen Soldaten. Mit den autonomen Kurden im Norden liegt er im Dauerstreit. Seine Zukunft ist ungewiss.

Bürgerkrieg

Das sind die wichtigsten Akteure im Irak-Konflikt

"Ich musste unser Essen über zwei Jahre fast immer in unserem Zimmer zubereiten", sagt sie. Sobald sie in die Küche gekommen sei, wurde sie von muslimischen Flüchtlingen herausgedrängt, immer mit dem Verweis, sie sei unrein und mache die Lebensmittel der muslimischen Asylbewerber aus Afghanistan "unrein". Leyla sagt: "Warum sind diese Leute dann in Deutschland, wenn die Christen unrein sind? Das Geld der Deutschen ist wohl rein?"

Offizielle Fallzahlen gibt es über Pressionen, denen geflüchtete Christen hierzulande ausgesetzt sind, nicht. Eine Anfrage der "Welt" bei den Bundesländern mit den höchsten Aufnahmequoten für Asylbewerber – Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen – ergab die gleichlautende Antwort: "Keine Vorkommnisse".

Was sich in deutschen Asylunterkünften unterhalb der polizeilichen

Wahrnehmungsschwelle, aus Scham verschwiegen oder verdeckt auch als Konflikt zwischen Ethnien missdeutet abspielt, findet bislang keinen Eingang in behördliche

Statistiken. Für Praktiker dagegen ist die Ausgrenzung von Christen im deutschen Asylwesen bis hin zu tätlichen Übergriffen sehr wohl eine Tatsache.

Opfer der Christenfeinde sind meist Konvertiten

Max Klingberg von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM), seit 14 Jahren in der Flüchtlingsbetreuung aktiv, nennt solche Übergriffe "kein Massenphänomen, aber auch keine Seltenheit". Der "Welt" sagt er: "Bei christlichen Konvertiten geht die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Übergriffen oder Mobbing zu werden, gegen 100 Prozent." Dies gelte natürlich nur, wenn die Konvertiten ihren christlichen Glauben auch öffentlich machten, was viele allerdings unterließen.

Wie viele christliche Flüchtlinge in Deutschland insgesamt von Übergriffen betroffen sind, kann auch Klingberg nicht beziffern. Seiner Betreuungserfahrung nach seien die Opfer aber in den meisten Fällen ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen hätten. Die Täter seien häufig islamistische Flüchtlinge aus Afghanistan. So schildert Klingberg das Schicksal einer iranischen Konvertitin in Nordrhein-Westfalen, die von afghanischen Männern im Flüchtlingsheim beschimpft und bedroht worden sei.

Im vergangenen Jahr hätten die Männer die Wäsche der Frau auf den Fluren des Heims verstreut, seien auf der Kleidung herumgetrampelt und hätten darauf uriniert. Mittlerweile sei ihr Asylantrag aber bewilligt, sie habe in eine eigene Wohnung ziehen können, und bleibe nun von weiteren Übergriffen verschont.

Getrennte Unterbringung nach Religionen gefordert

Jüngst bekannt gewordene Fälle von Ausfällen gegen christliche Asylbewerber in Bayern haben den Integrationsbeauftragten der bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer (CSU), veranlasst, eine nach Religionen getrennte Unterbringung zu fordern. So waren Mitte Juli nach religiösen Spannungen in einer Eilaktion von der Regierung Niederbayerns eine ganze Reihe von Asylbewerbern umverteilt worden. "Die von mir geforderte getrennte Unterbringung von Flüchtlingen nach Religionszugehörigkeit aus Ländern wie Syrien und dem Irak, aber auch Tschetschenien und Afghanistan mag organisatorisch nur schwer zu bewerkstelligen sein", sagte Neumeyer zur "Welt". Da bei uns Religionsfreiheit herrsche, stieße so eine Trennung möglicherweise auf Vorbehalte. "Ich möchte aber mit dieser Forderung auch die Mitarbeiter der Asylsozialberatung und die zahlreichen freiwilligen Helfer in dem Bereich sensibilisieren, auf entsprechende Vorfälle entschieden zu reagieren", so Neumeyer weiter.

Eine Erklärung über fehlende Fallstatistiken von Gewalt gegen Christen unter Asylsuchenden hat Neumeyer auch. "Es dürfte im Einzelfall sehr schwer sein, solche Formen von Mobbing Andersgläubiger zu beweisen, da das sicher mitunter sehr subtil geschieht." Und natürlich sei das auch eine Frage der Wahrnehmung. "Wer im Herkunftsland religiöse Verfolgung selbst erlebt hat, wird auf so etwas mit höherer Empfindsamkeit reagieren als es von unsereinem wahrgenommen wird", vermutet der bayerische Integrationsbeauftragte.

"Keine signifikante Steigerung" von religiösen Konflikten

"Konflikte mit religiösem Hintergrund gibt es, aber eher zwischen Muslimen und vom Islam zum Christentum konvertierten Asylsuchenden" bestätigt auch Lisa Scholz, Referentin für Migration und Asyl beim Diakonischen Werk

Bayern im Gespräch mit der "Welt". Dabei gehe es dann vor allem um Afghanen und Iraker.

Eine Umfrage unter den 75 Asylsozialberatern des diakonischen Werks Bayern ergab allerdings "keine signifikante Steigerung bei Konflikten zwischen christlichen und muslimischen Asylbewerbern in bayerischen Unterkünften", berichtet die Migrationsreferentin. Bei insgesamt 30.000 muslimischen Asylbewerbern in Bayern sei das schon bemerkenswert, meint sie.

Wie beim Diakonischen Werk in Bayern wird auch bei der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF) das Ausmaß religiöser Konflikte unter Asylsuchenden als nicht signifikant eingeschätzt. "Eine solche Verfolgung ist uns als Dachverband der 30 bundesweiten Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer nicht bekannt", sagt Silvia Schriefers, Diplompsychologin und Projektleiterin bei der BAfF.

Nicht Separierung sondern Heilung ermöglichen

Spannungen und gewalttätige Auseinandersetzungen sei eher den defizitären Lebensbedingungen in den Aufnahmeeinrichtungen, der Traumatisierung der Menschen und leidvollen familiären Verhältnissen geschuldet.

"Kriminelle Handlungen und Übergriffe sollen und müssen geahndet werden", so die BAfF-Projektleiterin. "Einer weitergehenden Isolierung oder Separierung von einzelnen Flüchtlingsgruppen, wie dies beispielsweise von dem stellvertretenden Bundestagspräsidenten Johannes Singhammer vorgeschlagen wurde, ist aus Sicht der BAfF unbedingt entgegenzuwirken", widerspricht die Diplompsychologin damit auch dem Vorschlag des bayerischen Integrationsbeauftragten.

Eine getrennte Unterbringung von Asylsuchenden würde bedeuten, der Störung zu folgen, also Ängste und Vermeidungstendenzen zu reproduzieren, sowohl auf psychischer wie auch auf gesellschaftlicher Ebene. "Die Aufgabe der Gesellschaft sollte es vielmehr sein, Heilung oder Bewältigung der traumatischen Erfahrung zu ermöglichen", so Schriefers.

TV-Fernbedienung in die Niere gerammt

Kurzfristig stellt sich für Betroffene freilich vor einer "Heilung und Bewältigung traumatischer Erfahrung" das Problem einer zweiten Flucht nach der ersten aus dem Herkunftsland im Vordergrund.

Das zeigt der Fall des christlichen Afghanen Ramin*, der seit einem Jahr in einem hessischen Flüchtlingsheim untergebracht ist und aus gutem Grund seinen Aufenthaltsort nicht in den Medien lesen will. Seit seiner Ankunft werde er in seiner Unterkunft von drei Landsleuten bedroht, sagt Ramin. Immer wieder bekomme er gesagt, er gehöre "zum Haus des Krieges und nicht zum Haus des Islam", er sei eine "Verfluchter, der den Tod verdient habe". Einmal hätten sie ihm eine TV-Fernbedienung in die Niere gerammt, woraufhin Ramin einen der drei Angreifer weggestoßen habe. Der sei wutentbrannt in die Küche gerannt und habe ein Messer geholt.

"Ich habe ihn im Flur mit dem Messer ankommen sehen, da habe ich meine Tür zugezogen, aber einer der beiden anderen hatte schon den Fuß in der Tür", sagt Ramin. Er habe gezittert und gerufen "Jesus Christus ist Friede!" Daraufhin habe der Angreifer ihm die Klinge auf die Brust gesetzt und gesagt, es sei unmöglich für ihn, Ramin am Leben zu lassen.

Er sei nur davongekommen, weil die beiden anderen muslimischen Fanatiker dem Angreifer gesagt hätten, er solle seine Rache aufschieben, bis sein Asylverfahren abgeschlossen sei.

Streitigkeiten hätten zwischenmenschliche Gründe
Mithilfe einer iranischen Christin versuchte er, der gemeinsamen Unterbringung mit seinen Peinigern durch einen Antrag auf Verlegung bei der Stadt und beim Regierungspräsidium zu entkommen. Das wurde abgelehnt. Für die Behörden "stellte sich der Fall so dar, dass die Streitigkeiten rein zwischenmenschliche und keine religiösen Hintergründe hatten", hieß es auf Anfrage der "Welt". Aus Angst schlafe der 19-Jährige nun fast immer bei bereits anerkannten afghanischen Asylbewerbern in einer 50 Kilometer entfernten Stadt, sagt er.

Das ist kein Einzelfall, ist auch vom Zentralrat orientalischer Christen in Deutschland zu hören. Auch dort werden solche Fälle gesammelt, für eine statistische Aussage aber fehlt die Datenbasis und für ein allgemeines Problembewusstsein über die Lage christlicher Asylbewerber in Deutschland möglicherweise sogar die gesellschaftliche Sensibilität.

Schlechtes gesellschaftliches Klima für christliche Flüchtlinge?

Für Ulrich Weyel, Leiter einer gemeinnützigen Sprachschule für Asylbewerber im Auftrag der Freien evangelischen Gemeinde Gießen, ist die Lage asylsuchender Christen in Deutschland eine Frage des gesamtgesellschaftlichen Klimas. "Nach meiner Erfahrung herrscht in Teilen der Öffentlichkeit gegenüber dem Auftritt bekennender hilfsbereiter Christen eine weit größere kritische Sensibilität als gegenüber dem mitunter aggressiven Auftritt von Koran-Gläubigen", sagt der erfahrene Asylhelfer Weyel zur "Welt". Das erlebe er leider auch manchmal von Vertretern der Kirchen.

"Bei meiner Arbeit als Sprachlehrer und Leiter einer Sprachschule für Asylbewerber in der Erstaufnahme, habe ich die Beobachtung gemacht, dass es Flüchtlinge, die als Christen zum Beispiel in Syrien oder im Iran verfolgt wurden, sehr irritiert, mit welchen Vorbehalten hierzulande dem Christentum in Wort und Tat begegnet wird, wo sie doch Verständnis und Hilfe erwartet hätten."

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten

**28. August 2014, 19:05 Uhr
Sorgerechtsurteil**

Religiöse Schulverweigerer bekommen Kinder zurück

Das Gezerre um die vier Kinder dauert schon Jahre: Zwei streng religiöse Eltern aus Hessen halten ihren Nachwuchs hartnäckig von jeder Art von Schule fern. Sie verloren das Sorgerecht, jetzt haben sie es zurück.

Zwei streng religiöse Schulverweigerer aus Hessen, die ihre vier Kinder seit Jahren nicht zur Schule schicken wollen, haben das Sorgerecht uneingeschränkt zurückerhalten. Das entschied das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Donnerstag. Damit hob das OLG frühere Entscheidungen des Amtsgerichts Darmstadt auf. (Aktenzeichen: 6 UF 30/14)

Das Gericht billige das Verhalten der Eltern nicht, habe aber den Sorgerechtsentzug in diesem Einzelfall als nicht verhältnismäßig gewertet, erläuterte Gerichtssprecher Jens-Peter Kreiling die Entscheidung. Eine Lernstandserhebung der Kinder habe nichts Besorgniserregendes ergeben, ihre Sozialkompetenz sei auch nicht eingeschränkt. Die Eltern kümmerten sich abgesehen von der Verletzung der Schulpflicht sehr um ihre Kinder, die sehr an ihren Eltern hingen.

Das Paar ist streng religiös und lehnt Unterricht selbst an einer christlichen Privatschule ab. In einem früheren Verfahren erklärten sie, ihre Kinder vor "unerwünschten Einflüssen" fernhalten zu wollen. Dazu zähle auch jede Art von Schule.

Der Streit zwischen Jugendamt, Schulamt und Eltern um den Schulbesuch der Kinder dauert schon Jahre an. Trotz mehrerer Ordnungsgelder und einem teilweisen Entzug des Sorgerechts im Jahr 2012 lenkten die Eltern nicht ein.

Eltern: Kinder wieder aus der Schule genommen

Erst als im Sommer 2013 Polizei und Jugendamt **die Kinder aus der Familie holten und das Sorgerecht ganz an das Jugendamt ging, lenkten die Eltern zunächst ein und bekamen die Kinder zurück. Nach eigener Darstellung währte die Einsicht in die Schulpflicht aber nur sehr kurz: Die heute 8 bis 15 Jahre alten Kinder sind inzwischen wieder aus der Schule genommen und werden wieder zu Hause unterrichtet.**

2012 hatte das Amtsgericht Darmstadt festgestellt, das Wohl der Kinder sei in der Familie gefährdet. Die Kinder hätten nach Ermessen des Richters damals nicht die Bildung gehabt haben, die altersmäßig zu erwarten gewesen wäre. Damals hatte das Jugendamt mitgeteilt, die vier Kinder hätten, wenn überhaupt, nur wenige Wochen eine Schule besucht. Laut einem Sprecher lehnten die Eltern "jegliches Schulsystem ab und wollten ihre Kinder selbst unterrichten".

Unabhängig von dem OLG-Urteil, dass den Eltern nun das Sorgerecht zurückgab, können die Erziehungsberechtigten noch strafrechtlich belangt werden. Nach dem hessischen Schulgesetz droht ihnen eine Geld- oder eine Freiheitsstrafe von bis zu sechs Monaten.

cht/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/sorgerechts-urteil-schulverweigerer-erhalten-kinder-zurueck-a-988679.html>

Artikel auf <http://www.kath.net/news/47006>

08 August 2014, 18:00

Arabisches 'Nun' wird vom Verfolgungs- zum Solidaritätszeichen

Islamwissenschaftler Troll erläutert in "Radio Vatikan" Hintergründe - Im Social-Network verbreitet sich das für Christen verwendete Symbol, das aussieht wie ein halbes offenes O mit einem Punkt darüber, derzeit mit enormer Geschwindigkeit.

Vatikanstadt (kath.net/KAP) Das arabische Schriftzeichen für den Laut "n" ("Nun") wird von einem Verfolgungs- immer mehr zu einem Solidaritätszeichen: Im Social-Network verbreitet sich das für Christen verwendete Symbol, das aussieht wie ein halbes offenes O mit einem Punkt darüber, derzeit mit enormer Geschwindigkeit. Im Irak wurde dieses Zeichen in den vergangenen Wochen von der Terrorgruppe "IS" verwendet, um die Häuser von Christen zu kennzeichnen und zugleich für das ausgerufenen Kalifat zu beanspruchen.

Wie der deutsche Theologe und Islamwissenschaftler P. Christian W. Troll SJ gegenüber "Radio Vatikan" erklärte, steht das arabische "Nun" für den ersten Buchstaben des Wortes "Nazara" - die arabische und auch im Koran vorkommende Bezeichnung für Christen. Es sei ein "Zeichen, dass für Unheil steht, eine Kategorisierung, die in roter und schwarzer Farbe auch auf den Häusern in Mosul zurückgeblieben ist" und die christliche Minderheit im Irak zur Flucht zwingt.

Nach der weltweiten Empörung über die Verfolgung der Christen in einem ihrer ältesten Verbreitungsgebiete sei das Symbol in der virtuellen Welt nunmehr zu einem Zeichen der Solidarität geworden. Immer mehr Menschen auf Twitter und Facebook tauschten ihr eigenes Profilbild mit dem Bild des arabischen Buchstabens oder verbreiten Fotos, auf denen sie selbst mit dem Zeichen zu sehen sind, wies Troll hin.

Den Jesuiten erinnert das Zeichen auch an Behandlung von Minderheiten im christlichen Mittelalter. "Man merkt, dass hier eigentlich Mentalitäten verschiedener Jahrhunderte zeitgleich zusammenkommen - das macht sehr betroffen."

Unter dem Hashtag "#Wearen" (Wir sind N - also Christen) werden täglich via Twitter weltweit Solidaritätsmeldungen für die vertriebenen Christen, z.B. auch vom Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, verbreitet, wies "Radio Vatikan" hin. Auch viele Muslime sind Teil der Kampagne: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung auf der Website des Vatikansenders stammten 18 Prozent der 55.000 verbreiteten Hashtags aus Saudi Arabien, auch viele muslimische Journalisten setzten sich im Internet für die Verbreitung ein.

Spendenmöglichkeit für Betroffene via „Kirche in Not“!

<http://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/detailansicht/aktuell/die-apokalypse-des-irakischen-christentums-89157/>

Islamisten wollen den Irak zur christenfreien Zone machen. Im Kloster Mar Mattai im nordirakischen Bashiqa fanden zahlreiche Flüchtlinge Zuflucht. Doch auch diese Stadt haben die Milizen angegriffen

Foto: Flickr/Chris de Bruyn | CC-BY-NC-SA 2.0

Die Apokalypse des irakischen Christentums

Christen und andere „Ungläubige“ zu vernichten ist das erklärte Ziel islamistischer Extremisten im Irak. Eine der ältesten christlichen Kulturen der Welt steht vor dem Aus. Eine Analyse von Johannes Gerloff

Die Bilder sind grauenhaft. Aneinander gekettete Frauen werden reihenweise als Sex-Sklaven feilgeboten. Männer müssen sich in Massengräber legen, wo sie durch Kopfschüsse getötet werden. Kreuze, an denen blutüberströmte menschliche Körper hängen. Nicht nur Soldaten, sondern auch Kleinkinder werden enthauptet, die abgeschnittenen Köpfe auf Pfählen zur Schau gestellt – was die Täter dann fotografieren und stolz im Internet veröffentlichen.

Begleitet werden die Bilder von Schreckensgeschichten, die kaum unabhängig überprüft werden können. Aber sie haben Wirkung: Tausende orientalische Christen sind auf der Flucht. In der Mitte des zweiten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert steht eine der ältesten christlichen Kulturen weltweit vor dem Aus.

Dabei standen die Zeichen unmissverständlich an der Wand. Was heute grauenhaft Wirklichkeit wird, wurde durch Graffiti an den Hauswänden der irakischen Großstädte Bagdad und Mossul seit Jahren angekündigt. Und der dort angesprühte anti-christliche Hass war keineswegs präzedenzlos. Bereits vor eineinhalb Jahrzehnten drohten islamistische Wandschmierereien in Ägypten: „Zuerst die Samstag-Leute! Dann die Sonntag-Leute!“

Auslöschung mit System

Tatsächlich ist die Massenvertreibung der christlichen Bevölkerung des arabisch-islamischen Orients eine konsequente Fortsetzung der erklärten, planmäßigen und erfolgreichen ethnischen Säuberung der arabischen Juden, der „Samstag-Leute“. Waren Mitte 20. Jahrhunderts noch mehr als eine Million Juden in der arabischen Welt beheimatet, so ist diese heute praktisch „judenrein“.

Jetzt sind Zentren, Organisationen und Institutionen der „Sonntag-Leute“ „legitime Ziele“ extremistischer Muslime. Sie wollen erklärtermaßen „alle Ungläubigen töten, wo immer sie ihrer habhaft werden können“. Mit „Ungläubigen“ sind aus Sicht der Muslime alle Andersgläubigen gemeint, nicht nur Christen, sondern auch Jesiden und Muslime der jeweils anderen Glaubensrichtungen.

Aus Perspektive der Christen erwächst die Bedrohung aber nicht nur von Seiten sunnitischer Islamisten, etwa der Muslimbruderschaft, der Al-Qaida und ihrer „Töchter“, der Nusra-Front oder des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS), sondern auch von schiitischen Gruppierungen. So ordnete im Jahr 2012 der Großajatollah Sajid Ahmad al-Hassani al-Baghdadi in einem Interview mit dem ägyptischen Fernsehsender Al-Baghdadijah die uneingeschränkte Unterwerfung oder Ermordung aller Christen im Irak an. Systematisch haben radikale Muslime im Irak über Jahre hinweg ein Klima des Schreckens, der Einschüchterung und Bedrohung geschaffen.

Bemerkenswert ist dabei, wie schweigsam die Machthaber „von Amerikas Gnaden“ diese Entwicklung hingenommen haben. Christen wurden als „Polytheisten“ oder „Zionistenfreunde“ beschimpft. Jetzt stellt der sunnitische IS die Christen in Syrien und dem Irak vor die Alternative: Bekehrung zum Islam oder Tod.

Konkret gab der IS am 17. Juli 2014 den Christen im nordirakischen Mossul drei Tage, das Gebiet ihres „Kalifats“ zu verlassen. Dabei wurde betont, dass „Kalif“ Abu Bakr al-Baghdadi mit dieser Frist großzügig sei, weil ihn nichts dazu verpflichtete. Diese Aufforderung löste eine Massenflucht der Christen von Mossul in das nahe gelegene autonome Kurdistan aus. Viele alte oder behinderte Christen, die keine Möglichkeit sahen, sich dem Exodus anzuschließen, konvertierten zum Islam.

Christenfreie Zone

Schockiert erzählen Flüchtlinge, wie sie kurz nach Verlassen ihrer Heimatstadt an Straßensperren angehalten und ihrer letzten Habe beraubt wurden: „Die nahmen alles, unsere Autos, Geld, Personalausweise, Pässe, selbst Windeln von Säuglingen und die Medikamente eines chronisch

kranken Mädchens.“ Einem sechs Monate alten Mädchen wurden die eigentlich wertlosen Ohrringe abgerissen. „Viele von uns wurden verprügelt“, ist zu hören. Und dann drohten die Islamisten: „Kehrt niemals wieder in dieses Land zurück. Dies ist unser Land. Wenn ihr zurückkommt, werden wir euch mit dem Schwert töten.“

Der chaldäische Patriarch Louis Sako schätzt, dass momentan etwa 100.000 Christen auf der Flucht sind. Ausdrücklich erwähnt er, dass etwa 1.500 alte Manuskripte von den islamistischen Fanatikern verbrannt wurden, was in der islamischen Welt sehr außergewöhnlich ist. Muslime haben gemeinhin auch vor christlichen Büchern eine große Hochachtung. Vor der „Befreiung“ durch die Amerikaner 2003 wohnten in Mossul noch 60.000 von 1,5 Millionen irakischen Christen. Am 23. Juli 2014 erklärte der syrisch-orthodoxe Erzbischof der Stadt, Nikodimus Daud, im Exil in Irbil gegenüber dem russischen Fernsehsender Russia Today: „Es gibt keine Christen mehr in Mossul!“ Er erzählte weiter, wie die Islamisten des IS die Kreuze von den Kirchen gerissen hätten, „zuerst von meiner Mar-Afram-Kathedrale“. Dann hätten sie alles in der Kirche verbrannt, Lautsprecher aufgestellt und das christliche Gotteshaus durch ihre Gebete zur Moschee umfunktioniert. Andere Kirchen in Syrien und im Irak wurden von den Kämpfern des IS gesprengt, wie übrigens auch manche Moscheen, die von diesen fanatischen Muslimen als Bedrohung für den strikten Ein-Gott-Glauben verstanden wurden, wenn sie etwa als Wallfahrtsorte dienten. Das altehrwürdige Mar-Behnam-Kloster in der Gegend Al-Chadhir südöstlich von Mossul, das aus dem vierten Jahrhundert stammt, wurde eingenommen, seine Mönche vertrieben.

Unterwerfung oder Flucht

Offensichtlich hatte der „Kalif“ des IS den Einwohnern des frisch eroberten Mossul bereits angeboten, die Dschissja, eine Schutzsteuer, zu bezahlen. Im Februar 2014 hatten die christlichen Einwohner der am Euphrat gelegenen syrischen Stadt Al-Rakka ein sogenanntes Dhimma-Abkommen mit den Eroberern unterzeichnet. Darin verpflichteten sich die Muslime nach alter islamischer Tradition, Leben, Besitz und religiöse Stätten der Christen zu schützen. Deshalb wird dieser sogenannte Dhimmi-Status auch als „Status der Schutzbefohlenen“ beschrieben.

Die Christen ihrerseits verpflichten sich, die Dschissja zu bezahlen, die je nach Einkommensverhältnissen zwischen 178 und 715 US-Dollar pro Jahr liegt. Weiter dürfen sie weder neue Kirchen bauen, noch alte oder beschädigte Gotteshäuser renovieren. Christen im Dhimmi-Status ist es untersagt, Kirchenglocken zu läuten, religiöse Symbole – etwa ein Kreuz oder einen religiösen Text – öffentlich auszustellen. In Gegenwart von Muslimen dürfen sie keine religiösen Texte laut vorlesen oder rezitieren. Dhimmi müssen jede öffentliche Anbetungshaltung vermeiden und dürfen keine Waffen tragen. Zudem verpflichten sie sich, Mitglieder ihrer eigenen Glaubensgemeinschaft nicht am Übertritt zum Islam zu hindern, den Islam und die Muslime zu ehren und sie in keiner Weise zu beleidigen.

Als Grundlage für diese Maßnahmen beruft sich der IS auf den Koran, Sure 9, die den Namen „Die Reue“ trägt, Vers 29. Dort wird über Christen und Juden gesagt: „Kämpfet wider jene von denen, welchen die Schrift gegeben ward, die nicht glauben an Allah und an den Jüngsten Tag ..., bis sie den Tribut aus

der Hand gedemütigt entrichten". Scheich Hussein Bin Mahmud, ein prominenter Autor in dschihadistischen Internetforen, meint dazu: „Dies ist ein klarer göttlicher Text. Das sieht jeder, der den Koran liest.“ Die mit dem Dhimmi-Status verbundene Erniedrigung schreibt Bin Mahmud dem Unglauben der Christen zu und erklärt: „Als Ungläubige sind sie unwürdig und verachtenswert und müssen so auch behandelt werden.“ Eine Verletzung dieser Verpflichtungen bedeutet laut Vertrag, dass sie als „Feinde“ behandelt werden. Die Alternative zu einer Unterzeichnung des Dhimma-Vertrags ist „das Schwert“. Anfang August hatten IS-Milizionäre in Tel Afar, einer Stadt westlich von Mossul, etwa hundert Christen und Jesiden kurzerhand festgenommen, die Männer umgebracht und ihre Frauen und Töchter als Sklaven verkauft. Ganz offiziell wurde von islamischen Geistlichen in solchen Fällen bestimmt: Christliche Frauen und Mädchen werden „rechtmäßig als Frauen der Muslime betrachtet“. Da sich die Christen von Mossul nicht dem Dhimma-Vertrag unterwerfen wollten, blieb ihnen nur die Flucht. Ihr Hab und Gut wurde beschlagnahmt. Wie systematisch und gut organisiert der IS dabei vorgeht, zeigte sich daran, dass im vergangenen Monat christliche Immobilien mit dem arabischen Buchstaben N für „Nasara“ („Christ“) und der Aufschrift „Eigentum des Islamischen Staates“ gekennzeichnet wurden. Besonders schockiert zeigten sich Christen aus Mossul, die dieses Vorgehen miterlebt hatten, dass sich ihre muslimischen Nachbarn, mit denen sie seit Generationen zusammengelebt hatten, bereitwillig am Vorgehen der IS-Kämpfer beteiligten. Plötzlich behaupten die, mit denen man jahrzehntelang Tür an Tür gewohnt hat: „Dieses Land gehört dem Islam! Christen sollten hier nicht leben.“ Ein christlicher Flüchtling aus Mossul erzählt: „Als die IS-Leute in unserer Stadt eingezogen sind, haben die Menschen ihnen zugejubelt – und die Christen vertrieben.“ „Das Leiden erwartet auch Christen im Westen“ Am zweiten Augustwochenende 2014 erklärte der chaldäisch-katholische Erzbischof von Mossul, Amel Nona, im Exil in Irbil einem italienischen Journalisten: „Unsere gegenwärtigen Leiden sind ein Vorspiel für das, was europäische und westliche Christen in naher Zukunft zu erwarten haben.“ Und weiter: „Ihr müsst die Realitäten hier im Nahen Osten wahrnehmen, weil die Anzahl der Muslime, die ihr in euren Ländern aufnehmt, immer größer wird. Eure liberalen und demokratischen Prinzipien zählen hier nichts.“

Im Blick auf die Millionen Muslime in Europa riet der 47-Jährige: „Ihr werdet starke und mutige Entscheidungen treffen müssen, auch wenn das auf Kosten eurer eigenen Prinzipien geht.“ Die italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ beschreibt ihn als „verletzten und vom Schmerz gezeichneten Mann“, der aber „nicht kapituliert“ habe. Erzbischof Nona sieht nach seinen Erfahrungen nur noch eine „Möglichkeit, den christlichen Exodus aus Orten zu beenden, in denen das Christentum Wurzeln weit vor der islamischen Zeit hat: ‚Gewalt mit Gegengewalt bekämpfen!‘“ (pro)

WEBSITE ZUR AKTUELLEN SITUATION DER CHRISTEN IM IRAK

<http://friendsofiraq.verboencarnado.net/>

<http://www.katholisches.info/2014/09/20/frankreich-gefaengnis-fuer-beleidigung-des-islam-freispruch-fuer-schaendung-der-kathedrale-von-paris/>

Frankreich: Gefängnis für Beleidigung des Islam – Freispruch für Schändung der Kathedrale von Paris

20. September 2014 13:58

(Paris) Zweierlei Maß antichristlicher politischer Korrektheit haben französische Richter bewiesen. Sie verurteilten zwei Frauen, weil sie vor einer Moschee einen Schweinskopf deponierten, sprachen aber neun Femen-Söldnerinnen frei, obwohl sie die Kathedrale von Paris geschändet hatten.

Die Kathedrale von Paris und damit bedeutendste Kirche Frankreichs zu schänden, ist weniger schwerwiegend als irgendeine Moschee zu stürmen? Ja, sagen französische Richter und fällten Freispruch und Schuldspruch.

Zwei Frauen wurden in Frankreich zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie vor der Moschee von Mayotte einen Schweinekopf deponierten. Sechs Monate wurden auf Bewährung ausgesetzt, für drei Monate müssen die Verurteilten jedoch ins Gefängnis. Verurteilt wegen „Aufwiegelung zum Haß“

Das Urteil wurde am 18. September vom Strafsenat von Mamoudzou gefällt. Der Vorfall ereignete sich in der vergangenen Silvesternacht. Nach einer durchzechten Nacht mit viel Alkohol legte eine Frau, um eine verlorene Wette einzulösen, vor der Moschee einen Schweinekopf ab. Die zweite Frau wurde verurteilt, weil sie den Schweinekopf zur Verfügung gestellt hatte. Der Ehemann der ersten Frau wurde ebenfalls verurteilt, weil er sie mit dem Auto vor die Moschee gebracht hatte. Die Verurteilung erfolgte wegen „Aufwiegelung zu Haß, Gewalt und Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Religion“.

Politsöldnerinnen von Femen freigesprochen

Das Urteil von Mamoudzou erfolgte aufgrund geltender Strafbestimmungen. Dennoch irritiert es viele Franzosen. Viele fragen sich, warum drei Menschen ins Gefängnis müssen, weil sie vor einer Moschee – die Moschee wurde von ihnen nie betreten – einen Schweinekopf ablegten, während neun Femen-Aktivistinnen, die mehrfach die Kathedrale Notre Dame von Paris schändeten, von einem Strafsenat in Paris freigesprochen werden. Die Politsöldnerinnen von Femen drangen mit entblößtem Oberkörper und aufgemalten antikirchlichen und gotteslästerlichen Parolen in die Kathedrale ein, brüllten blasphemisch-sexistische Parolen, vollzogen sakrilegische Handlungen, sprangen auf den Altar und beschädigten eine Glocke. Die geschändete Kathedrale mußte jeweils durch einen eigenen Ritus neu geweiht werden, ehe darin wieder kultische Handlungen vorgenommen werden konnten. Zu Femen siehe den Beitrag Wer steckt hinter Femen und ihrem antichristlichen Protest? Bezahlte Aktivistinnen aus dem Rotlichtmilieu.

Zum Schaden auch noch Hohn: Kirche muß Femen Schadenersatz zahlen

Die Pariser Richter ordneten zudem an, daß die „Sex-tremistinnen“, wie sich die antichristlichen Politsöldnerinnen selbst bezeichnen, auch noch Schadenersatz erhalten. Die Erzdiözese Paris muß jeder Femen-Kirchenschänderin 1.500 Euro Schadenersatz zahlen, weil der Ordnungsdienst der Kathedrale es gewagt hatte, die „Damen“ gegen ihren Willen aus der Kathedrale zu befördern.

Wäre das Urteil auch so ausgefallen, wenn Femen eine Moschee gestürmt hätte? In Frankreich werden starke Zweifel laut. Abgesehen davon, haben die Femen-Weiber nie einen Fuß in eine Moschee gesetzt und es ebenso wenig gewagt, in irgendeiner Weise Moslemvertreter anzugreifen, während die Liste der von ihnen verursachten Kirchenschändungen, darunter auch des Kölner Doms, und Angriffe auf katholische Bischöfe und Kardinäle, darunter die Kardinäle Leonard (Brüssel) und Rouco (Madrid) immer länger wird.

Für Frankreichs Richter ist die Schändung der bedeutendsten katholischen Kathedrale des Landes weniger schwerwiegend als ein beleidigender Akt vor irgendeiner Moschee. Das unterschiedliche Maß der politisch korrekten Christenfeindlichkeit.

18.10.14

Grüß Gott Michael,

Der neue Präsident des Iran, Hassan Rouhani, wird von vielen Medien als "liberal" und "moderat" eingestuft. Doch dieser Eindruck widerspricht den Tatsachen.

Ein Bericht der Vereinten Nationen bestätigt nun, was viele schon vermuteten: Die Verfolgungen und Schikanen, die seit der Amtsübernahme von Präsident Hassan Rouhani im August 2013 gegenüber Christen verübt wurden, übersteigen bei Weitem das Ausmaß der Christenverfolgung während der gesamten Amtszeit vom Vorgänger Mahmoud Ahmadinedschad. Grüß Gott Michael, Der neue Präsident des Iran, Hassan Rouhani, wird von vielen Medien als "liberal" und "moderat" eingestuft. Doch dieser Eindruck widerspricht den Tatsachen.

Ein Bericht der Vereinten Nationen bestätigt nun, was viele schon vermuteten: Die Verfolgungen und Schikanen, die seit der Amtsübernahme von Präsident Hassan Rouhani im August 2013 gegenüber Christen verübt wurden, übersteigen bei Weitem das Ausmaß der Christenverfolgung während der gesamten Amtszeit vom Vorgänger Mahmoud Ahmadinedschad. Erst vor wenigen Tagen wurden wiederum drei Christen verhaftet, denen unter anderem "Gefährdung der nationalen Sicherheit" vorgeworfen wird. Einer von ihnen ist der Schauspieler Arma Ghaedi. Er spielte in einer Rolle als Jesus.

Auch seine Freunde, Heshmat Shafiei und Emad Haghi, wurden festgenommen. **Wiederum drei weitere Christen**, die Pastoren Matthias Haghnejad, Behmnam Irani und Silas Rabbani, **wurden bereits zum Tode verurteilt**. Auch ihnen wird unter anderem "Gefährdung der nationalen Sicherheit" vorgeworfen.

<http://citizengo.org/de/12427-3-weitere-christen-im-iran-zum-tode-verurteilt>

Von Januar bis Juni 2014 wurden im Iran bereits 411 Häftlinge nach der Scharia hingerichtet, viele von ihnen aufgrund von "Islamophobie"

und "Gefährdung der nationalen Sicherheit". Diese Daten sind wenig überraschend,

wenn bedacht wird, dass Christen nicht selten unter falschen Anschuldigungen verurteilt werden.

Mit Ihrer Unterschrift wird nebenstehende E-Mail an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und an die Arabische Liga, mit dem Appell um Achtung der Religionsfreiheit im Iran, verschickt.

<http://citizengo.org/de/12427-3-weitere-christen-im-iran-zum-tode-verurteilt>

Im Namen der verfolgten Christen bedanken wir uns sehr herzlich für Ihre Unterstützung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Ihre Ruth Staiger und das ganze Team von CitizenGO

Grüß Gott Michael,

Der neue Präsident des Iran, Hassan Rouhani, wird von vielen Medien als "liberal" und "moderat" eingestuft. Doch dieser Eindruck widerspricht den Tatsachen.

Ein Bericht der Vereinten Nationen bestätigt nun, was viele schon vermuteten: Die Verfolgungen und Schikanen, die seit der Amtsübernahme von Präsident Hassan Rouhani im August 2013 gegenüber Christen verübt wurden, übersteigen bei Weitem das Ausmaß der Christenverfolgung während der gesamten Amtszeit vom Vorgänger Mahmoud Ahmadinedschad. Erst vor wenigen Tagen wurden wiederum drei Christen verhaftet, denen unter anderem "Gefährdung der nationalen Sicherheit" vorgeworfen wird. Einer von ihnen ist der Schauspieler Arma Ghaedi. Er spielte in einer Rolle als Jesus.

Auch seine Freunde, Heshmat Shafiei und Emad Haghi, wurden festgenommen. Wiederum drei weitere Christen, die Pastoren Matthias Haghnejad, Behmnam Irani und Silas Rabbani, wurden bereits zum Tode verurteilt. Auch ihnen wird unter anderem "Gefährdung der nationalen Sicherheit" vorgeworfen.

<http://citizengo.org/de/12427-3-weitere-christen-im-iran-zum-tode-verurteilt>

Von Januar bis Juni 2014 wurden im Iran bereits 411 Häftlinge nach der Scharia hingerichtet, viele von ihnen aufgrund von "Islamophobie" und "Gefährdung der nationalen Sicherheit". Diese Daten sind wenig überraschend, wenn bedacht wird, dass Christen nicht selten unter falschen Anschuldigungen verurteilt werden.

Mit Ihrer Unterschrift wird nebenstehende E-Mail an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und an die Arabische Liga, mit dem Appell um Achtung der Religionsfreiheit im Iran, verschickt.

<http://citizengo.org/de/12427-3-weitere-christen-im-iran-zum-tode-verurteilt>

Im Namen der verfolgten Christen bedanken wir uns sehr herzlich für Ihre Unterstützung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Ihre Ruth Staiger und das ganze Team von CitizenGO

Erst vor wenigen Tagen wurden wiederum drei Christen verhaftet, denen unter anderem "Gefährdung der nationalen Sicherheit" vorgeworfen wird. Einer von ihnen ist der Schauspieler Arma Ghaedi. Er spielte in einer Rolle als Jesus.

Auch seine Freunde, Heshmat Shafiei und Emad Haghi, wurden festgenommen. Wiederum drei weitere Christen, die Pastoren Matthias Haghnejad, Behmnam Irani und Silas Rabbani, wurden bereits zum Tode verurteilt. Auch ihnen wird unter anderem "Gefährdung der nationalen Sicherheit" vorgeworfen.

<http://citizengo.org/de/12427-3-weitere-christen-im-iran-zum-tode-verurteilt>

Von Januar bis Juni 2014 wurden im Iran bereits 411 Häftlinge nach der Scharia hingerichtet, viele von ihnen aufgrund von "Islamophobie" und "Gefährdung der nationalen Sicherheit". Diese Daten sind wenig überraschend, wenn bedacht wird, dass Christen nicht selten unter falschen Anschuldigungen verurteilt werden.

Mit Ihrer Unterschrift wird nebenstehende E-Mail an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und an die Arabische Liga, mit dem Appell um Achtung der Religionsfreiheit im Iran, verschickt.

<http://citizengo.org/de/12427-3-weitere-christen-im-iran-zum-tode-verurteilt>

Im Namen der verfolgten Christen bedanken wir uns sehr herzlich für Ihre Unterstützung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Ihre Ruth Staiger und das ganze Team von CitizenGO

Gesendet: Donnerstag, 09. Oktober 2014 um 20:33 Uhr

Von: "Eva Syring-Kilian" <esyring@web.de>

An: Kein Empfänger

Betreff: Bitte betet mit

Weitergeleitet von meiner Freundin Regine, Missionarin in Uganda

--

Eva Maria Syring

Windsteiner Weg 31

14165 B E R L I N

Mobil: 0176 31425116

<http://www.lifeplus.com/Pustebume>

>

> Betreff: Bitte betet mit

>

> "von englischen Missionaren habe ich folgende E-Mail weitergeleitet bekommen mit der Bitte um Gebet

>

> Eine Freundin bekam gerade eine Nachricht von ihrem Bruder mit der Bitte um Gebet. Der Bruder ist Teil eine Missionsgesellschaft und ISIS hat heute die Stadt eingenommen, in der sie sich befinden. Er sagt, dass ISIS systematisch von Haus zu Haus der Christen gehen und die Kinder bitten, Jesus zu verleugnen. Er sagt,

dass bislang kein Kind dies getan hat. Und bislang sind alle Kinder konsequent getötet worden. Aber nicht die Eltern. Die UN hat sich aus dem Gebiet zurückgezogen und die Missionare sind nun auf sich alleine gestellt. Sie müssen wegen ihrer Familien bis zum Ende durchhalten ? auch, wenn es ihr eigener Tod sein sollte. Der Bruder hat große Angst, er weiß nicht, wie er sich um die Familien kümmern soll, deren Kinder den Märtyrertod gestorben sind.

> Trotzdem sieht er sich von Gott berufen. Er bittet inständig um Gebet, auch für eigenen Mut, um seine Berufung zu erfüllen in solch furchtbaren Umständen. Und, dass er wie die ganzen Kinder den Märtyrertod ertragen kann, falls es soweit kommen sollte. Seine Schwester bat mich, alle um Gebetsunterstützung zu bitten. Diese tapferen Eltern haben ihren Kindern solch einen inbrünstigen Glauben beigebracht, dass diese sich für den Märtyrertod entschieden haben. Bitte unterstützt sie mit euren Gebeten in ihrem Verlust ? sie brauchen Hoffnung und Durchhaltevermögen!

>

> Die Schwester konnte mit ihrem Bruder kurz telefonieren. Sie hat es nicht gesagt, aber ich glaube, dass sie davon ausgeht, dass es das letzte Telefonat mit ihrem Bruder gewesen sein wird. Bitte betet auch für sie. Sie sagt, dass ihr Bruder immer wieder gefragt hat, was er tun soll und wie er es tun soll. Sie hat ihm gesagt, dass er den Familien sagen kann, dass wir für sie BETEN und dass sie nicht allein gelassen oder vergessen sind ? egal, was passiert! Ihre Nachricht hat mein Herz zerbrochen. Bittet betet!

>

> Außerdem habe ich gerade eine SMS von Sean Malone erhalten, der Crisis Relief International (CRI) leitet. Wir konnten dann kurz telefonieren und ich habe ihm gesagt, dass ich sein Gebetsanliegen weiterleite: ?Wir haben die Stadt Queragosh (Qaraqosh) verloren. ISIS haben sie übernommen und bedrängen die Kinder systematisch. Dies ist die Stadt, in die wir auch Lebensmittel geschmuggelt haben. ISIS haben die Peshmerga (kurdische Kräfte) weggedrängt und sind nun nur noch 10 Minuten von dem Ort entfernt, in dem unser CRI Team arbeitet. Tausende sind letzte Nacht in die Stadt Erbil geflohen. Die UN hat ihre Leute evakuiert aus Erbil.

> Wir brauchen eure Gebetsunterstützung!?

>

> Bitte betet inständig für die Menschen im Nordirak, für Befreiung von der schrecklichen Übernahme durch ISIS und deren extremen Zielen der Massenbekehrung zum Islam oder Tod der Christen in dieser Region.

>

> Ich bitte flehentlich, dass diese E-Mail nicht ignoriert wird. Leitet sie nicht weiter, bevor ihr nicht inständig gebetet habt. Und dann schickt sie an so viele Christen wie möglich, damit auch sie beten können. Richtet beispielsweise eine spezielle Gebetszeit in euren Gottesdiensten ein. Wir müssen für unsere Geschwister im Herrn im Gebet eintreten!

>

> Alles Liebe und Gottes Segen,

>

> Betreff: Dringende Gebete

> Achtung hier kommt eine Email von Pastor Eric Berguier (Schweiz), der diese Mail auf seinem Smartphone erhalten hat. - Bitte mit so vielen Christen wie möglich teilen und beten:

> (Ich habe sie aus dem Französischen übersetzt)

>

> "Wir haben die Stadt Queragosh (Qaraqosh). (Nordirak) verloren. Sie an die ISIS (Islamischer Staat) gefallen. Sie enthaupten systematisch alle Kinder.

> Das ist auch die Stadt, in der wir eine Lebensmittelstation haben.

> Die ISIS hat die Peshmergas (kurdischen Einheiten) zurückgedrängt und steht jetzt weniger als 10 Minuten von unserem Standort entfernt, von dem unser Team für das Überleben kämpft.

> Tausende sind in der Nacht in die Stadt Erbil geflohen. Die UNO hat sein Personal aus Erbil evakuiert.

Unser Team ist immer noch da und bleibt auch.

> Der Schutz durch das Gebet ist absolut notwendig.

> Bitte betet treu (und ununterbrochen) für die Befreiung der Menschen im Nordirak von dem furchtbaren Erstarken/Terror der ISIS und seiner islamischen Extremisten, die das Ziel haben, Massenkonzersionen oder den Tod aller Christen dieser Region in diesem Moment umzusetzen.

> Ich halte Euch dazu an und ich habe mich (ernsthaft) dafür engagiert, diese Email nicht zu ignorieren oder zu löschen.

> Macht es nicht, ohne nicht vorher gebetet zu haben. Sendet sie an so viele Menschen wie möglich.

Sendet sie an Eure Freunde, Christen, die Ihr kennt.

> Sendet sie an Gebetskreise.

> Sendet sie an Eure Pastoren und ruft sie an, damit sie während des Dienstes und Gottesdienstes dafür beten.

> Bitte richtet besondere Gebetszeiten für diese Terrorbedrohungen ein.

> Es ist notwendig, dass wir uns für unsere christlichen Geschwister erheben! BETET Leitet diese Mail weiter... wenn möglich!!!"

Pakistan: Aktuelle Daten zum Missbrauch des Blasphemieparagrafen Insgesamt 1.438 Personen wurden von 1987 bis Oktober 2014 angezeigt

Von Redaktion

ROM, 14. November 2014 ([Fides](#)) - Wie aus aktuellen Daten der pakistanischen Nichtregierungsorganisation „Awaz-e-Haq Itihad“ (AHI) hervorgeht, wurden von 1987 bis Oktober 2014 insgesamt 1.438 Personen wegen Blasphemie angezeigt. Religiöse Minderheiten, die insgesamt 4 Prozent der pakistanischen Bevölkerung ausmachen, stellen 50 Prozent der Angeklagten (501 Ahmadi, 182 Christen, 26 Hindus – bei 10 ist die Religionszugehörigkeit nicht dokumentiert). Seit 1990 wurden insgesamt 60 Personen Opfer willkürlicher Hinrichtungen unter dem Vorwand der Blasphemie: 32 waren Mitglieder religiöser Minderheiten und 28 Muslime. Von den insgesamt 60 Opfern wurden 20 von Polizeibeamten ermordet, während sie sich in Untersuchungshaft befanden, 19 Personen wurden Opfer aufgebrachter Menschenmassen.

Die Provinz Punjab ist am meisten vom Missbrauch des Blasphemieparagrafen betroffen: hier kam es zu 1.086 Übergriffen im Zusammenhang mit Blasphemievorwürfen, 76 Prozent aller Fälle, während 21 Prozent in der Provinz Sindh dokumentiert wurde. **Im Zusammenhang mit Blasphemievorwürfen wurden in Khanewal, Sangla Hill, Kasur, Gojra e Lahore 1.097 Häuser geplündert und verwüstet. In Khanewal und Korian wurden in den Jahren von 1997 bis 2013 siebzehn Kirchen sowie zehn Schulen und kirchliche Einrichtungen in Brand gesteckt.**

Der ehemalige Sekretär der Justitia-et-Pax-Kommission der Pakistanischen Bischofskonferenz, Peter Jacob, betont im Zusammenhang mit den jüngsten Daten: „Episoden im Zusammenhang mit Blasphemievorwürfen wirken sich auch auf die Tätigkeit von Anwälten und Richtern aus. Jeder Übergriff im Zusammenhang mit Blasphemie führt zu einer Reihe von Ungerechtigkeiten, in der jeder weitere Schritt zu

weiterer Gewalt und deren Legalisierung führt. Verwaltung und Justiz sind nicht in der Lage, diese systematischen Verstöße gegen die Menschenrechte zu stoppen". „Die verschiedenen Regierungen des Landes“, so Jacob, „haben in den meisten Fällen nur Nothilfe geleistet und Schadenersatzzahlungen oder Hilfsmittel für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Doch es sollte in den Fällen der unschuldigen Opfer des Missbrauchs auch die langen Haftzeiten, Gerichtskosten, Verlust des Arbeitsplatzes, Umsiedelung der Familien und die psychische Belastung berücksichtigt werden. Wer kommt für solche Schäden auf? Wie kann solches Leid wieder gut gemacht werden?“. (PA)
(Quelle: [Fides](#) 14/11/2014)

27. November 2014, 12:56 Uhr

Werbekampagne für arabischen Sponsor

Real Madrid nimmt Kreuz aus dem Wappen

Die Galaktischen gehen eine Partnerschaft mit einer arabischen Bank ein - und opfern für eine Werbekampagne die christliche Symbolik im Vereinswappen von Real Madrid. Es ist nicht das erste Mal.

Hamburg - Fußballvereine gehen weit, wenn es darum geht, Sponsoren zu gewinnen und neue Einnahmequellen zu erschließen. Stadionnamen werden verkauft, Eckbälle und Auswechslungen werden von Versicherungen oder Supermarktketten präsentiert. **Real Madrid** geht noch einen Schritt weiter: Der Champions-League-Sieger ändert für eine Sponsoren-Aktion sein Vereinswappen, offenbar dem Werbepartner zuliebe.

Die Madrilenen haben gerade einen Dreijahresvertrag mit der National Bank of Abu Dhabi abgeschlossen. Klubchef Florentino Perez spricht von einer "strategischen Allianz mit einer der prestigeträchtigsten Institutionen der Welt". Bei der Verkündung der Partnerschaft waren Topspieler wie Gareth Bale, Karim Benzema und **Toni Kroos** dabei, unter anderem stellte die Bank eine Real-Madrid-Kreditkarte vor.

Darauf ist das Wappen zu sehen, und bei genauem Hinsehen fällt ein Detail auf. Beziehungsweise: Es fällt nicht mehr auf. Es fehlt das kleine Kreuz, das eigentlich auf der Krone in Reals Wappen platziert ist. **Die Sportzeitung Marca vermutet**, dass der Verein das christliche Symbol aus Rücksicht auf die Gefühle der muslimischen Bankkunden änderte. Zu den Spielen in der Liga und der Champions League treten die Madrilenen weiter mit ihrem Originalwappen an.

Real bricht sich nicht zum ersten Mal ein Kreuz aus der Krone: **Als der Verein vor zwei Jahren die Pläne für das "Real Madrid Resort Island" vorstellte**, eine Art Fußball-Vergnügungspark, wurde das christliche Symbol ebenfalls geopfert - denn das Milliardenprojekt, das schließlich doch nicht umgesetzt wurde, sollte in den Vereinigten Arabischen Emiraten entstehen.

buc

URL:

- <http://www.spiegel.de/sport/fussball/fussball-real-madrid-entfernt-fuer-bank-kreuz-aus-dem-wappen-a-1005268.html>

Liebe Freunde der PRO BEWEGUNG,
Nachfolgendes zu Ihrer Kenntnis. Es macht klar, worum es bei diesem aufgedrehten
Toleranzgefasel tatsächlich geht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Christoph Heger

Berlin: Weihnachtsmarkt in Winterfest umbenannt - Gegen den Willen der Bürger
Am ersten Advent wurde vielen Bürgern von Berlin-Kreuzberg erst bewusst, dass
Frau MONIKA HERRMANN, die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, den
örtlichen Weihnachtsmarkt in ein "Winterfest" umbenannt hat, obwohl eine
Zweidrittel-Mehrheit in der Bevölkerung dies ablehnte.

Diese Umbenennung des Weihnachtsmarktes soll zu einem besseren Miteinander des
christlichen und muslimischen Kulturkreis in der Stadt führen. Ausserdem soll
religiösen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit kein Raum mehr erteilt werden,
so ist es in dem Beschluss des Bürgermeisteramts zu lesen.

Ähnliche Beschlüsse gab es auch in anderen Städten sowie bei den Sankt-Martins-
Festen, die vielerorts mittlerweile nur noch "Lichterfest" oder "Sonne-Mond-
und-Sterne-Fest" genannt werden

Webreporter: benjaminx

Quelle: <http://www.ShortNews.de/id/1129386/berlin-weihnachtsmarkt-in-winterfest-umbenannt-gegen-den-willen-der-buerger>

<http://www.pi-news.net/2014/12/bevor-sie-gekoepft-wurden-sagten-die-kinder-zu-isis-nein-wir-lieben-jesus/#more-438059>

Bevor sie geköpft wurden, sagten die Kinder zu ISIS: "Nein, wir lieben Jesus"

Andrew White, ein anglikanischer Priester, bekannt als der "Vikar von Bagdad", hat ein Ausmaß
an Gewalt und Verfolgung gegen Christen gesehen, das es in den vergangenen Jahrzehnten nicht
gegeben hat. **In einem Video (am Ende dieses Beitrags) berichtet er von irakischen Kindern,
denen Militante der ISIS sagten: "Ihr sagt nun die Worte, dass ihr Mohammed nachfolgen
wollt". Die Kinder, alle vier unter 15 Jahren, sagten: "Nein, wir lieben Yeschua (der
aramäische Name für Jesus), wir haben immer Yeschua geliebt, wir sind immer Yeschua
nachgefolgt, Yeschua ist immer bei uns gewesen."** Daraufhin zwangen die ISIS-Kämpfer die
Kinder erneut, zu konvertieren und erneut weigerten sich die Kinder. Die Terroristen
enthaupeteten alle vier Kinder.

White, der Todesdrohungen von ISIS erhalten hat, wohnt gegenwärtig in Israel. Er sagt,
dass es für Christen aufgrund der unablässigen Verfolgung der religiösen Minderheit
"unmöglich" ist, im Irak zu leben.

Mehr als 250.000 Christen sind wegen der Verfolgung durch ISIS aus dem Nordirak
geflohen. Sie waren die letzten Christen, die in der Region wohnten.

Der christliche Pastor berichtet: "Das Leben in Bagdad war schwierig, es gab Bombenattentate und Scharfschützen, und unsere Leute wurden getötet. Daher flohen viele aus Bagdad nach Ninive zurück, in ihre traditionelle Heimat."

"Anfangs war es dort sicherer, aber dann tauchte eines Tages ISIS auf... Sie töteten viele Christen, sie hackten deren Kinder in zwei Teile, sie schnitten deren Köpfe ab, und dann zog ISIS weiter nach Norden."

Das Video, in dem Andrew White die Geschichte der irakischen Christlichen Kinder erzählt, die von ISIS-Kämpfern vor die Wahl gestellt wurden, zum Islam zu konvertieren oder durch Enthaupten getötet zu werden, ist auf Orthodox Christian News erschienen.

Wir sollten niemals die Antwort der irakischen christlichen Kinder vergessen: "Nein, wir lieben Yeschua."

<http://www.pi-news.net/2015/01/samstag-flashmobs-gegen-christenverfolgung/#more-442198>

[Samstag: Flashmobs gegen Christenverfolgung](#)

Weltweit werden etwa 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt. Christen sind damit die am meisten verfolgte Glaubensgruppierung. Der jährlich von [Open Doors](#) veröffentlichte [Weltverfolgungsindex](#) ist eine Rangliste von 50 Ländern, die anzeigt, wo Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt und diskriminiert werden.

Damit wird das Ausmaß von Verfolgung und Unterdrückung von Christen in aller Welt erfasst und dokumentiert. Erstellt wird der Weltverfolgungsindex von einer internationalen Expertengruppe in Zusammenarbeit mit Christen der betroffenen Länder. Mit diesem Index macht Open Doors Kirchen, Gesellschaft, Medien und Politik die Situation der verfolgten Kirche bewusst, damit verfolgten Christen effektiv auf verschiedenen Ebenen geholfen wird.

Schon im vergangenen Jahr fanden zahlreiche Flashmobs zum Thema Christenverfolgung statt ([PI-berichtete](#)). Unter dem Motto "Stumm die Stimme erheben" finden diesen [Samstag, 10.1.2015 in verschiedenen deutschen Städten](#) erneut derartige Veranstaltungen statt:

Auch dieses Jahr möchten wir wieder als Christen bundesweit am 10.1.2015 auf die Situation verfolgter Glaubensgeschwister in aller Welt aufmerksam machen.

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen!

ABLAUF :

1. Gruppen versammeln sich auf einem öffentlichen Platz.
2. Alle laufen hektisch umher und dürfen sich lautstark verhalten, damit die Passanten aufmerksam werden. (BITTE Trillerpfeifen, Klappern, Ratschen, Trommeln mitbringen)

Zur visuellen Verstärkung: Kreuze, Noun-Zeichen,...

3. Es gibt eine Person mit einer Trillerpfeife/ Megaphon die ein akustisches Signal setzt. Dies bedeutet dann, dass all Teilnehmer des Flashmobs sich hinknien und ihre Hände auf den Rücken legen und dabei den Blick auf den Boden richten.

4. Die Person mit der Trillerpfeife/ Megaphon steht auf und verkündet Eckdaten zum Thema „Christenverfolgung.“

5. Alle bleiben weiterhin knien und es wird gemeinsam laut das Vater Unser auf Deutsch gebetet.

6. Die Aktion kann nach einer gewissen Zeit wiederholt werden.

Flashmob in Eurer Stadt:

Wir veröffentlichen eine Liste von allen Städten und Ansprechpartner. Falls ihr Vorschläge habt oder dies auch in eurer Stadt planen möchtet, dann meldet euch bei uns.

!!! Dieses Jahr wäre es schön, wenn mehrere größere Flashmobs stattfinden würden, statt vereinzelte !!!

DIESES JAHR WERDEN KEINE SPENDENGELDER GESAMMELT!

Material wird wieder kostenlos von Open Doors gestellt.

[Hier eine Liste aller Städte](#), die einen Flashmob gegen die Christenverfolgung veranstalten (Stand 8.1.2015).

Beginn ist jeweils um 16 Uhr:

- Stuttgart: [Schloßplatz](#)
- Berlin: [Alexanderplatz, An der Weltzeituhr](#)
- Bremen: [Hauptbahnhof](#)
- Essen: [Genauer Ort wird noch bekanntgegeben](#)
- Frankfurt: [Genauer Ort wird noch bekanntgegeben](#)
- Pforzheim: [Westliche Karl-Friedrich-Straße 56](#)
- Wolfsburg: [Rathaus](#)
- Karlsruhe: [Genauer Ort wird noch bekanntgegeben](#)
- München: [Infos privat nachfragen, Beginn 12 Uhr](#)
- Hamburg: [Rathausmarkt](#)
- Kiel: [Asmus Bremer Platz](#)
- Köln: [Domplatz](#)
- Augsburg: [City Galerie / Willi Brandt Platz \(Beginn: 14. 00 Uhr\)](#)
- Göttingen: [Genauer Ort wird noch bekanntgegeben](#)

Video vom Flashmob 2014 in Stuttgart:

Dipl.-Chem. Dr. Hans Penner, 76351 Linkenheim-Hochstetten

Herrn Dr. Lothar Gassmann

Lieber Herr Gassmann,

vielen Dank für den Text von Herrn Gerloff, der allerdings Fragen aufwirft. Der Text ist gut, aber ist er auch ehrlich?

Die Pariser Demonstrationen traten für die europäischen Werte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ein. Für die gleichen Werte engagiert sich auch PEGIDA.

PEGIDA wird vom Allianzvorsitzenden Dr. Diener beschimpft. Teilnehmer von PEGIDA werden durch Dr. Diener als Nationalsozialisten verunglimpft. Dr. Diener weiß nicht, daß Hitler den Islam bewunderte und daß der Islam "Mein Kampf" verbreitet. Judenfeindlichkeit verbindet Islam und Nationalsozialismus.

Wie steht Herr Gerloff zu der Diskriminierung von PEGIDA durch die Evangelische Allianz?

Dr. Diener hat den Islam auch dadurch begünstigt, daß er im vorigen Jahr eine EKD-Theologin eingeladen hatte, auf einer Allianz-Großveranstaltung zu sprechen, die massiv die Islamisierung Deutschlands fördert. Auch bei der Schweizer Volksabstimmung zum Minarettverbot hatte sich die Evangelische Allianz auf die Seite des Islam gestellt.

Ich schicke Kopien dieses Schreibens an Leiter der Evangelischen Allianz. Allerdings sind diese Leute erfahrungsgemäß zu feige, um ihre Meinung zu äußern.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Penner

Am 14.01.2015 um 12:13 schrieb Dr. Lothar Gassmann:

„Je suis Charlie“?

Von Johannes Gerloff aus Israel

Die Solidaritätsbekundung „Je suis Charlie“ geht um die Welt. Im Munde von Christen ist sie ein Armutszeugnis ihrer Gottvergessenheit. Ein Kommentar von Johannes Gerloff.

Im vergangenen Sommer war ich zum ersten Mal in meinem Leben in Paris. Es hat ein halbes Jahrhundert gedauert. Aber jetzt bin ich selbst schon einmal vom Louvre über die Champs-Élysées vorbei am Arc de Triomphe entlang der Seine zum Eiffelturm spaziert. Meine Teenager-Kinder haben sogar das obligatorische Selfie auf dem Platz vor der Notre Dame-Kathedrale absolviert.

Bei alledem habe ich mich gefühlt wie Gott in Frankreich: Keiner verstand mich. Kein Mensch kannte mich. Niemand wollte etwas von mir wissen. Ich bin nämlich des Französischen nicht mächtig.

Das ist aber weiter nicht schlimm – vermittelte mir jedenfalls unsere aus Südamerika stammende Wirtin in einem der romantischen Vororte von Paris, bei der wir ein hervorragendes „Bed and Breakfast“ (Übernachtung mit Frühstück) genossen. Die nette Dame beherrschte zwar selbst einige Sprachen, aber keine einzige von denen, die in unserer Familie gebräuchlich sind.

Wie gesagt: Kein Problem! Sie zückte ihr „smartes“ Fernsprengerät, erzählte dem, was sie uns zu sagen hatte, drückte auf den Touchscreen – und schon quäkte eine nette Stimme die ersehnte Information in einer uns verständlichen Sprache. Dank einer Internet-Übersetzungsseite lautet das Evangelium des 21. Jahrhunderts: Nach fünf Jahrtausenden Verwirrung haben wir Babylon endlich im Griff. Der Bau des Turms kann fortgesetzt werden!

Deshalb wage ich auch, meine Gedanken zu einem Satz zu äußern, der zwar in aller Munde, aber leider Französisch ist: „Je suis Charlie“ („Ich bin Charlie“). Dazu ermutigt mich zudem, dass offensichtlich noch mehr Zeitgenossen glaubwürdige Übersetzer brauchen, um die europabewegenden Vorgänge der letzten Tage verstehen zu können. Das zeigt die Flut von Kommentaren zu den Anschlägen von Paris. Besagte Übersetzungsseite kann nämlich Arabisch übersetzen. Aber bei islamischem Denken müsste das Werkzeug, wenn es ehrlich wäre, schleunigst abstürzen.

Die Attentäter von Paris haben mit „Charlie Hebdo“ einen besonders schmerzempfindlichen Nerv der Grande Nation getroffen. Anders ist nicht erklärbar, dass ausgerechnet jetzt Millionen von Europäern gemeinsam auf die Straßen gehen, um zu verkünden: „Je suis Charlie!“

Es können nicht nur die 17 Toten sein. Immerhin durchleben wir momentan eines der blutigsten Jahrzehnte der Menschheitsgeschichte. Es kann auch nicht die Tatsache sein, dass uns die elektronischen Medien so gut vernetzen. Noch nie wurde so vielen Menschen vor laufender Kamera die Kehle durchtrennt. Und noch nie konnte man das so hautnah und weltweit synchron miterleben.

Der Millionenmarsch von Frankreich kann auch nicht als Aufbäumen gegen die Einschränkung der Rede- oder Pressefreiheit verstanden werden. Sonst wären die Massen schon längst auf die Barrikaden gegangen, als in vergangenen Jahren christliche Missionare in der Türkei oder im Jemen umgebracht wurden. Damals plädierten westliche Journalisten um Verständnis dafür, dass das eine Provokation für Muslime sei. Wäre das bei „Charlie Hebdo“ nicht auch ein deeskalierendes Argument?

Die Flammen der brennenden Kirchen im Orient und Nordafrika scheinen zu weit, die Schreie der gequälten Christen sind zu unüberhörbar, als dass die Botschaft des Millionenmarschs von Frankreich missverstanden werden könnte. Und zudem: Wo waren die Millionen, als Europas Juden vergast wurden? Und wo war die Empörung, als arabische Länder ihre Gesellschaften ethnisch von Juden säuberten?

Mit dem Anschlag auf die gotteslästerliche und menschenverachtende Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ wurde das Allerheiligste des gottlosen Frankreich entweiht. Und allein das hat so präzedenzlos Millionen von Europäern auf die Straße und führende Politiker aus mehr als 40 Ländern nach Paris getrieben. Ob die Abwesenheit der Amerikaner und Russen daselbst tatsächlich symptomatisch war, wie ein Reporter in einem Nebensatz bemerkte, bleibt zu analysieren.

Pressefreiheit hat ihre Grenzen

Aber Pressefreiheit hat ihre Grenzen, ja, muss ihre Grenzen haben, etwa wenn es um die Würde des Menschen, die Würde des Andersdenkenden und die Würde von Andersgläubenden geht. Gerade weil mir daran liegt, dass Muslime zur Erkenntnis der Wahrheit kommen, würde ich niemals das in den Dreck ziehen oder auch nur lächerlich machen, was ihnen heilig ist. „Charlie Hebdo“'s Umgang mit dem, was Anderen wert und kostbar ist, ist schlicht menschenverachtend. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ wurde mir in der Schule vermittelt. Dazu stehe ich! Redefreiheit muss an eine Grenze stoßen, wenn es um die Wahrheit geht. Wenn Israels Premierminister Benjamin Netanjahu und der palästinensische Präsident Mahmud Abbas Arm in Arm in die gleiche Richtung marschieren, ist jedem, der auch nur einen Funken Ahnung vom israelisch-palästinensischen Konflikt hat, klar, dass die Wahrheit mit Füßen getreten wird. Dass sich François Hollande und Angela Merkel dazwischen untergehakt hatten, macht die Sache nur noch schlimmer, weil sich diese europäischen Spitzenpolitiker dadurch zu Komplizen der öffentlich propagierten Lüge gemacht haben.

Wie verlogen der Millionenmarsch von Paris war, zeigt am deutlichsten die Teilnahme der Politiker aus islamischen Ländern. In keinem einzigen der von diesen Leuten repräsentierten Staaten herrscht auch nur annähernd die Pressefreiheit, die das Bekenntnis „Je suis Charlie“ einfordert. Offiziell hat sich, nach meiner Wahrnehmung, niemand getraut, das zur Sprache zu bringen.

Haben die Terroranschläge nichts mit dem *Islam* zu tun?

Und dann ist da die Aussage, dass die jüngsten Terroranschläge von Paris nichts mit dem *Islam* zu tun hätten. Dass diese Formel so oft wiederholt wird, macht sie nicht richtiger. Wenn Sie mir nicht glauben, fragen Sie jeden beliebigen Muslim, der seinen Glauben ernst nimmt und tatsächlich fünf Mal am Tag betet. Erklären Sie ihm, dass Ihnen an der Wahrheit liegt, dass Sie nichts als die Wahrheit zu erkennen wünschen und nur dem allein wahren Gott dienen wollen. Und dann bitten Sie ihn, Ihnen mit der Hand auf dem Koran im Namen Allahs, des Allerbarmers, zu erklären, wie das Schicksal der Karikaturisten von „Charlie Hebdo“ aus islamischer Sicht zu beurteilen ist.

Tatsache ist, dass die Vorgänge um die französische Satirezeitschrift ausschließlich mit dem *Islam* zu tun haben. Ohne den *Islam* hätten die Satiriker nichts zu zeichnen gehabt. Und ohne *Islam* hätte ihnen wohl niemand ein Haar gekrümmt. Wir sollten uns der Wahrheit stellen und aufhören, den *Islam* als Religion der Liebe und des Friedens zu verunglimpfen. Liebe hat noch nie zu den Attributen Allahs gehört und Friede war noch nie eine Tugend, wenn damit ein Friedhofsfrieden für Querdenker impliziert ist. Dafür haben Muslime eine Ahnung davon, dass der Schöpfer des Himmels und der Erde ein heiliger Gott ist, dessen Namen man nicht ungestraft verhöhnt. Und damit komme ich zum letzten Punkt.

Die Freiheit der öffentlichen Äußerung sollte zumindest für Christen, die ihren Glauben ernst nehmen – gemeinsam mit gläubigen Juden und Muslimen – da an eine Grenze stoßen, wo sie zur Gotteslästerung wird. Die Karikaturisten von „Charlie Hebdo“ haben mit ihren Waffen ganz genau so gewütet, wie Cherif Kouachi, Said Kouachi und Amedy Coulibaly mit den ihren. Das zu schreiben rechtfertigt das furchtbare Massaker von Paris keineswegs. Aber als Opfer eines Terroranschlags werden Gotteslästerer noch lange nicht zu Heiligen und Märtyrern. Dabei darf und soll mit diesem Zwischenruf in keiner Weise Kritik am so genannten „Bodenpersonal Gottes“ abgewürgt werden. Tatsache ist jedoch, dass man sich als Journalist heute leichter eine Klage wegen Beleidigung von Kirchenoberen einholt, als einen missbilligenden Blick aufgrund von respektlosen

Äußerungen über den lebendigen Gott und sein Wort – und beides ist tunlichst zu unterscheiden!

Das millionenfache „Je suis Charlie“ des säkularen und von seiner Nabelschau besessenen Europa ist ein Schlag ins Gesicht der Millionen von jüdischen, christlichen, jesidischen und anderen Märtyrern, die sich im zurückliegenden Jahrhundert und bis in die Gegenwart hinein als ignoriert und nicht selten verachtet empfinden. Fragen Sie die Flüchtlinge, die dieser Tage an die Türen Europas klopfen. Aber erbitten Sie zuvor eine offen-ehrliche und keine orientalistisch-höfliche Antwort! „Je suis Charlie“ im Munde von Christen aber ist ein Armutszeugnis ihrer Gottvergessenheit. Wer auch nur einen Funken Ahnung von der Heiligkeit des lebendigen Gottes hat, kann diesen Satz niemals mitsprechen.

Von: Johannes Gerloff

Nachbemerkung von Lothar Gassmann: Der christliche Glaube wurde von den französischen Satirikern genauso in den Dreck gezogen wie der Islam. Dies rechtfertigt freilich keinen Mord, aber eine offene Diskussion über Blasphemie!

<http://www.medrum.de/content/ist-christliches-glaubensbekenntnis-volksverhetzend>
Ist christliches Glaubensbekenntnis volksverhetzend?
30.01.15

Ist christliches Glaubensbekenntnis volksverhetzend?

Staatsanwaltschaft prüft, ob gegen den Bremischen Pastor Latzel Ermittlungen wegen Volksverhetzung einzuleiten sind

(MEDRUM) Die Predigt eines evangelischen Pastors aus Bremen, in der er sich leidenschaftlich für das klare Bekenntnis zum christlichen Glauben und dem dreifaltigen Gott sowie die Ablehnung fremder Götter ausgesprochen hat, wird von der Staatsanwaltschaft überprüft um festzustellen, ob der Pastor Volksverhetzung begangen hat. Das berichtet der Weser-Kurier.

Verdacht auf Schüren von Fremdenhass

Der Weser-Kurier berichtet unter der Überschrift "Vorwurf: Pastor schürt Hass", die Staatsanwaltschaft prüfe, ob gegen den Pastor einer Bremischen Evangelischen Kirchengemeinde Ermittlungen einzuleiten seien. Olaf Latzel von der St.-Martini-Gemeinde stehe im Verdacht, während des Gottesdienstes Fremdenhass geschürt zu haben, schreibt der Weser-Kurier.

Du sollst keine fremden Götter neben mir haben

In seiner Predigt trat der Pastor zuvor für das wichtigste und erste Gebot des Christentums ein. Du sollst keine fremden Götter neben mir haben. Für den Christen gebe es nur einen einzigen, nämlich den dreieinigen Gott, den Vater, den Sohn und den Heiligen Geist, so wie es im Glaubensbekenntnis ausgesprochen wird. Dies schließe aus, auch andere Götter anzubeten. Im Bekenntnis zu Gott gebe es für Christen nur ein klares Bekenntnis. **Dieser dreieinige Gott sei nicht Allah. Das Anbeten anderer Götter, gleich ob aus der Religion des Hinduismus oder Islam kommend, sei Götzendienst und darum nicht mit der christlichen Religion vereinbar. Christen müssten sich fremden Göttern reinigen. Die Reinigung von fremden Göttern und die Ablehnung fremder Religionen dürfe**

jedoch nicht mit der Ablehnung von Menschen verwechselt werden, für die das Gebot der Nächstenliebe gelte, so Latzel.

Unerträgliche Predigt?

Nun muss sich der Pastor seiner Haut erwehren, nicht nur vor der staatlichen Instanz der Staatsanwaltschaft als Strafverfolgungsbehörde sondern auch vor einem Kirchenausschuss, vor dem der Pastor Rede und Antwort stehen soll. **Die Predigt von Latzel ist dem Weser-Kurier zufolge sowohl vom Vorsitzenden der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Renke Brahms, wie seinem Stellvertreter, Bernd Kuschnerus scharf kritisiert. Latzels Formulierungen seien unerträglich, auch vor dem Hintergrund der Toleranz-Offensive für ein buntes und vielfältiges Bremen, die am Montag mit einer Kundgebung begonnen habe. Im Weser-Kurier heißt es weiter dazu: "Der Pastor soll sich erklären. „Wir werden eine Sitzung des Kirchenausschusses einberufen, bei der Herr Latzel Rede und Antwort stehen muss", kündigt Kuschnerus an."**

Latzel, so scheint es, muss sich also vor seinen Amtsgeschwistern einer Art Gesinnungsüberprüfung unterziehen. Vielleicht wird er von ihnen hören, was er in einer Predigt sagen darf und was nicht, und vielleicht wird er auch hören, wie er das Glaubensbekenntnis auszulegen hat. Womöglich darf er dies künftig nicht mehr so verstehen, wie es Christus selbst verkündet hat als er sagte: "Niemand kommt zum Vater außer durch mich." Vielleicht wollen seine Amtsgeschwister es so ausgelegt haben: "Jeder kommt zu Allah, auch ohne mich."

Die Predigt von Pastor Latzel, der sich mit Richter 6, 25 - 32 befasste, wurde am 18.01.15 in der Ev. St. Martini-Gemeinde Bremen (Schlachte) gehalten und ist in YouTube nachzuhören: ["An Gideon die Reinigung von den fremden Göttern lernen"](#).

Zu seinem Amt als Gemeindepastor sagt Latzel: "Besonders liegt mir die klare bibeltreue Wortverkündigung und der missionarische Gemeindeaufbau am Herzen."

Weitere Information zur St. Martini-Gemeinde: www.st-martini.org

E-Mail : gemeindebuero@st-martini.net

Kontakt zur Bremischen Evangelischen Kirche:

Schriftführer im Vorstand des Kirchenausschusses, Renke Brahms: brahms@kirche-bremen.de

Präsidentin des Kirchenausschusses, Edda Bosse: kirchenkanzlei@kirche-bremen.de

30.1.15

Spahn/Thierse-mail geschickt

Ich habe große Sorge um Deutschland, Frau Merkel, ...

1. ⚡ **Weil ich den Hass in unseren Straßen** spüre, der von den linksfaschistischen Antifa-Schlägertrupps ausgeht, die sich mit gewaltbereiten Moslems zusammengetan haben und gegen

Alles und Jeden marodierend vorgehen, die sich ihnen in den Weg stellen. Dieser Hass richtet sich gegen Juden und Christen, die Israel unterstützen. Weitere Hintergrund-Information dazu in der [Online-Petition vom 19. August letzten Jahres](#) – an Bundesinnenminister de Maizière

2. ✂ **Weil ich entsetzt bin über die unglaublichen Hassparolen der SANTifa**, die sich in abscheulicher Weise artikulieren. Beim Lesen ist es mir richtig übel geworden. Ich möchte es mir ersparen, im Einzelnen darauf einzugehen. ([SANTifa ruft zum Bürgerkrieg auf](#))

3. ✂ **Weil ich entsetzt bin über das „unheilige Bündnis gegen Rechts“**, ein Bündnis aller „staatstragenden Gesellschaftsschichten“ (CDU-SPD-GRÜNE-LINKE, Gewerkschafts-funktionäre, Kirchenvertreter, Zentralräte der Juden und Moslems) mit den Schlägertrupps der SANTifa. Hier ist die eigentliche brutale Gewalt zu Hause und nicht bei den PEGIDA-Demonstranten, das hat sich in Frankfurt am 26. Januar mehr als deutlich gezeigt. ([Ein Israeli bei PEGIDA: „Hier sind keine Nazis!“](#))

4. ✂ **Weil ich nicht Charly Hebdo bin** entgegen der Beteuerung der politischen Klasse. – Sonst müsste ich die Pressefreiheit über die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und über die Würde des Menschen setzen, die es in Achtung und Ehrerbietung zu verteidigen gilt; denn Presse- und Meinungsfreiheit hat auch Grenzen. Charly Hebdo hat mit dem Feuer gespielt und Grenzen überschritten. Wer ein Grundrecht gegen das andere ausspielt, der hat etwas nicht begriffen.

5. ✂ **Weil ich den hilfsbedürftigen Flüchtlingen helfen möchte**, die zu uns gekommen und vor dem Hass des entfesselten Islam geflohen sind, sei es als Moslems, Christen oder Jesiden und ihnen nicht angemessen helfen kann. Die Not dieser Menschen und das Mitleid darüber ist herzerreißend.

6. ✂ **Weil ich den Flüchtlingen die Tür weisen möchte**, die unser Sozialsystem bewusst und vorsätzlich ausnutzen und die deshalb nach Deutschland „fliehen“, weil sie wissen „In Deutschland braucht doch niemand zu arbeiten, und für Kinder gibt’s sogar Geld!“ **1)** Deshalb wird die Heiratsmöglichkeit mit einem/r deutschen Partner/in als „Das große Los“ angesehen.

1) Zitat aus dem Buch von Güner Yasemin Balci „ALIAYHS FLUCHT“. Seite 108 (Fischer Verlag) – Ein Buch, was uns die Augen öffnen könnte, würden wir es nur lesen!

7. ✂ **Weil ich ein Freund der Juden bin und dies öffentlich bekenne**. Doch der Juden Hass hat wieder seine Ausdrucksform in Herford und in Berlin gefunden mit den von Arabern skandierten Rufen „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!“. Wer das leugnet, der sollte den „Straßentest mit einer Kippa auf dem Kopf“ in Neukölln oder anderen deutschen Städten mit „autonomen Stadtteilen“ machen. **Deshalb danke ich Ihnen ganz herzlich für Ihr klares Bekenntnis zu Israel am 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Jan. 2015, und für Ihre Aussage**, dass die Bedrohung der Juden für Deutschland eine Schande ist.

8. ✂ **Weil ich über die politische Ignoranz mehr als traurig bin** – auch durch Mitglieder der Bundesregierung –, dass z. B. PEGIDA eine „Schande für Deutschland“ sei. Nein, das ist PEGIDA nicht, sondern eher eine „Chance für Deutschland“. Schande oder Chance, darüber müssen Sie nun entscheiden. Der SPD-Vorsitzende und Sachsens Ministerpräsident haben es schon getan, indem sie zu den Leuten auf die Straße gehen. Das sollten Sie auch tun.

9. ✂ **Weil ich Ihre Aussage „Der Islam gehört mittlerweile zu Deutschland“** absolut nicht teilen kann. Mehr noch: Dieser Satz ist verhängnisvoll und hat verheerende Folgen für unser Land. Er ist nicht nur ein Zugeständnis an den islamischen Herrschaftsanspruch, sondern eine Unterwerfung unter den Islam sowie eine Einladung zu Terror und Anschlägen. Der Terror steht nicht nur „vor der Tür“, er ist bereits da und er wird sich vermutlich noch in diesem Jahr sichtbar und massiv manifestieren. „(Die Geister, die ich rief...)“. Das wäre dann der Beweis dazu.

10. ✂ **Weil ich meine Bibel kenne und das prophetische Wort liebe**. Sie lehrt, dass Worte enorme Kraft haben und sie lehrt uns das Gesetz von Saat und Ernte. Wenn ich richtig interpretiere, könnte der 13. September 2015 ein bedeutender Tag im Zyklus der politischen Ereignisse werden. Woher ich das weiß? Aus dem New York Times-Bestseller „Der Vorbote – Die Zukunft Amerikas und der Welt – verborgen in einer uralten Prophezeiung“ von Jonathan Cahn.

11. ✂ **Weil ich die Glaubwürdigkeit der Politik und der Medien rasant schwinden sehe.** In keiner der renommierten Leitmedien wurde m. W. bisher das 19-Punkte-Positionspapier der PEGIDA veröffentlicht. Dennoch gebetsmühlenartig immer wieder zu behaupten, PEGIDA sei fremdenfeindlich und Nazi, ist so abgegriffen, dass es nur noch die Presse selber glaubt. Die Leserkommentare z. B. in Focus-online sprechen fast allesamt eine ganz andere Sprache.
12. ✂ **Weil das Volk mit der Gender-Ideologie in Fesseln gelegt wird.** Diese Ideologie, die ihren Ursprung in der widergöttlichen 68er-Bewegung der sog. Frankfurter Schule hat, ist zutiefst antichristlich und antidemokratisch. Das primäre Erziehungsrecht der Eltern nach Artikel 6 des GG wird massiv eingeschränkt. Das haben Christen mit einer Online-Petition an Sie, [Frau Bundeskanzlerin](#) und an Ihre [Familienministerin, Frau Schwesig](#) versucht deutlich zu machen. Mehr Hintergrundinformation hier ([Die Wahrheit über Gender](#))
13. ✂ **Weil wir als Volk immer schneller in den selbst gewählten Genozid torkeln.** Wir haben uns in Deutschland Jahrzehnte lang auf unsere „christlichen Werte“ berufen bis wir sie gegen unsere „gemeinsamen europäischen Werte“ eingetauscht haben. Europa ist nicht mehr christlich. Warum sollte Gott noch weiter seine schützende Hand über Europa halten, wenn wir ihm in Worten und im Handeln schon längst die Tür gezeigt haben? Die Frage nach ihm, wenn Katastrophen passieren, erledigt sich von selbst.
14. ✂ **Weil die freie Welt auf Deutschland schaut.** Wir haben Verbindungen ins Ausland. Dort wird über die patriotische Bewegung gesprochen, aber nicht abwertend, wie unser Außenminister kürzlich sagte, sondern – ganz im Gegenteil – anerkennend und hoffnungsvoll. „Endlich steht Deutschland auf!“, sind die Kommentare unserer Gesprächspartner, als wenn sie schon darauf gewartet hätten.
15. ✂ **Weil sich Hitler und der Islam einst miteinander verbündet haben.** Es ist mittlerweile anerkannte Tatsache, dass Adolf Hitler wegen seiner Vernichtungspläne gegen die Juden nicht nur engen [Kontakt zu dem Großmufti von Jerusalem](#) pflegte, sondern den radikalen Islam besonders bewunderte und viele Nazi-Größen zum Islam konvertierten. Es macht mir große Sorge, dass „Mein Kampf“ in der islamischen Welt weite Verbreitung findet und mit ein Grund ist, dass Deutschland in einigen arabischen Ländern hohe Anerkennung genießt. Historiker sehen deshalb eine enge [Verbindung zwischen Nationalsozialismus und Islam](#).
16. ✂ **Weil unsere Rechtssystem durch die Rechtsprechung ausgehöhlt wird.** Ein Islambonus gegenüber Straftätern in Deutschland hilft nicht der Integration sondern spaltet die Gesellschaft bis sie sich selber auflöst. Zahlreiche Beispiele ([hier klicken](#)) machen dies deutlich. Warum halten sich unsere Richter nicht mehr an die demokratische Rechtsordnung und den Grundsatz, dass vor dem Gesetz alle gleich sind? – Das beunruhigt mich sehr.
17. ✂ **Weil unsere Staatsorgane allmählich überfordert sind.** Sie können nicht mehr den Schutz derer gewährleisten, die durch strenggläubige Moslems in unserem Land verfolgt werden. Das sind Autoren (z. B. [Udo Ulfkotte](#), [Ayaan Hirsi Ali](#), [Hamed Abdel Samad](#), [Sabatina James](#) u. v. a.), besonders Moslems selbst, die dann vor der Rache ihrer strenggläubigen Verwandten und Verfolger untertauchen müssen, weil ihr Leben gefährdet ist durch „[Ehrenmorde](#)“ (was für ein Unwort!) und sonstige islamisch begründete Racheakte. Siehe auch „[SWR 2 – Abtrünnige Muslime – Wir haben abgeschworen](#)“. **Es ist Zeit aufzuwachen!**
Bitte handeln Sie jetzt, bevor es zu spät ist!

.....
(Ort und Datum) (Absender/ Unterschrift)

Was ist mit diesem – sagen wir „**POSITIONSPAPIER DER DEUTSCHEN**“ – anzufangen?

☐ Lesen Sie es aufmerksam durch und kreuzen Sie nur die Punkte an, hinter denen Sie persönlich stehen können.

☐ Fallen Ihnen noch weitere Ergänzungen dazu ein? Dann setzen Sie diese ganz individuell dazu ...

☐ ... und machen Sie das Ganze zu Ihrem eigenen „POSITIONSPAPIER“.

○ Schicken Sie es in Druckform an:

✂ Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin

○ oder kopieren Sie die für Sie wichtigen bzw. alle Punkte und schicken Sie Ihr
„Positionspapier“ per eMail an: Angela.Merkel@Bundestag.de mit dem Zusatz:

✂ „Ich stehe voll und ganz hinter den folgenden Punkten ... (1, 2, ... bis ggf. 17) und
mache sie zu meinen eigenen.

✂ Ggf. mit Zusatz: „Über eine Antwort würde ich mich sehr freuen!“

.....

Fundstellenverzeichnis zu den einzelnen Positionspunkten:

Zu 1)

☐ <http://citizengo.org/de/10403-radikale-muslimische-asylbewerber-ausweisen>

Zu 2)

☐ http://www.achgut.com/dadgdx/index.php/dadgd/article/santifa_ruft_zum_buergerkrieg_auf

Zu 3)

☐ <https://www.youtube.com/watch?v=90jcFnRYQRw>

Zu 7)

☐ <http://www.berliner-kurier.de/polizei-justiz/antisemitismus-judenhetze-in-berlin----und-die-polizei-schautzu,7169126,27909116.html>

Zu 12)

☐ <http://www.citizengo.org/de/13848-keine-uebergreifige-sexualkunde>

☐ <http://citizengo.org/de/13725-finger-weg-von-unseren-kindern-genderwahn-stoppen>

☐ <https://dergenderwahn.wordpress.com/>

Zu 15)

☐ http://www.ns-archiv.de/verfolgung/antisemitismus/mufti/in_berlin.php

☐ <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/historiker-goldhagen-der-politische-islam-knuepft-an-die-nazis-ana-450090.html>

Zu 16)

☐ <http://www.contra-magazin.com/2014/04/der-islam-bonus-gleichheit-vor-dem-gesetz/>

Zu 17)

☐ <http://www.ulfkotte.de/17.html>

☐ http://www.amazon.de/Ich-klage-Pl%C3%A4doyer-Befreiungmoslemischen/dp/3492047939/ref=pd_sim_b_2?ie=UTF8&refRID=1Z9KD6CNS740GAE0QNHWS

☐ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/islam-bekennntnis-der-kanzlerin-frau-merkel-sie-irren-sich/11229266.html>

☐ <http://www.zdf.de/forum-am-freitag/in-lebensgefahr-sabatina-james-von-islamischen-extremisten-bedroht-5350144.html>

☐ http://www.focus.de/panorama/welt/ehren-mord-in-darmstadt-19-jaehrige-getoetet-eltern-sollen-tochtererwuergt-haben_id_4438991.html

☐ <http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/swr2-wissen-abtruennige-muslime/-/id=660374/nid=660374/did=3495522/mtwh1n/index.html>

☐ <https://wirfuerschluetchern.wordpress.com/was-uns-sonst-noch-wichtig-ist/wacht-der-deutsche-michel-jetzttauf/>

<http://www.medrum.de/content/kampf-von-christen-fuer-kinder-ehe-und-familie-eine-gefahr-fuer-die-demokratie>

Kampf von Christen für Kinder, Ehe und Familie eine Gefahr für die Demokratie?
24.02.15

Kampf von Christen für Kinder, Ehe und Familie eine Gefahr für die Demokratie?

Auf der Suche nach dem nicht auffindbaren podcast zur Sendung "APO von christlich-rechts?" in BR2 vom vergangenen Donnerstag fand sich ein aufschlussreicher Zusammenschnitt des Radiothemas von BR2

Ein Zwischenruf von Kurt J. Heinz

(MEDRUM) Der Bayerische Rundfunk hatte am Donnerstag in seiner Sendereihe "Radiothema" eine Feature von Veronika Wawatschek unter dem Titel "APO von christlich-rechts?" ausgestrahlt (MEDRUM berichtete). Jetzt hat der BR2 nachgelegt. In einem Zusammenschnitt von 3:25 min wird eine Aneinanderreihung von Schlaglichtern mit dem Tenor präsentiert: Es gibt sie, die "APO von christlich-rechts", und sie ist eine Gefahr für die Demokratie.

Entgegen der Ankündigung auf der Sendungsseite zum Radiothema des BR2 konnten die Hörer die Sendung "APO von christlich-rechts?" nicht als podcast nachhören. Stattdessen präsentierte der Sender jetzt einen Zusammenschnitt der fast einstündigen Sendung von nur noch 3:25 min Dauer (Bild links).

In äußerst komprimierter Form werden offenbar diejenigen Ausschnitte aus der Sendung schlaglichtartig präsentiert, die die These der Autoren, dass es eine demokratiefeindliche "APO von christlich-rechts" gibt, eindrucksvoll zu beweisen scheinen.

Die Suche nach Demokratiefeinden

Jeder Demokrat muss beglückt sein, wenn es wachsame Medien gibt, die den Feinden der Demokratie auf den Fersen sind und diese in aller Öffentlichkeit überführen. Doch kann das Aufspüren von Demokratiefeinden zu einer schmalen Gratwanderung werden. Davon können vor allem auch Medienschaffende und solche Zeitgenossen betroffen sein, wenn sie das, was in einer sich pluralistisch entwickelten Gesellschaft mit vielen Millionen Christen eine Selbstverständlichkeit ist, nicht zutreffend einordnen können oder vielleicht auch gar nicht wollen: Dass es vom christlichen Glauben geprägte Menschen gibt, die sich für Kinder, Ehe und Familie stark machen. Doch scheint es - gewollt oder ungewollt - gravierende Missverständnisse zu geben. Wer es missversteht, wenn es Menschen ablehnen, die Maxime der sexuellen Vielfalt als Leitbild zu akzeptieren und sich stattdessen für die besondere Förderung von Ehe und Familie aussprechen, und wer dies als Fundamentalismus und rechten Radikalismus wertet, geht in die Irre. Und wer schließlich von dem Gedanken beseelt ist, dass es radikale und rechte Christen geben muss, und sich auf die Suche nach ihnen macht, will wohl auch welche finden und hört kaum auf zu suchen, bis er irgendwo irgendetwas gefunden hat. Dann kann er endlich zufrieden zeigen, dass seine Suche nicht vergebens war, selbst wenn seine Fundstücke noch so hemdsärmelig sein mögen.

Fundstücke

Beispiele für eine vermeintlich erfolgreiche Suche nach Demokratiefeinden in BR2: Da gibt es doch tatsächlich ein Fundstück auf der Homepage der Deutschen Evangelischen Allianz. Es heißt Michael Mannheimer. Irgendwann (Hinweis von MEDRUM: es war 2013) hat die Allianz in einer Meldung den "Rechtspopulisten" Mannheimer doch tatsächlich als "Menschenrechtler" vorgestellt. Der BR2 lässt hier die Theologin Strube zu Wort kommen. Nach ihrer Meinung, so BR2, verbreiten manche Portale Falschinformationen. Da haben wir's. Wussten wir es doch gleich, dass mit den Evangelikalen etwas nicht stimmen kann. So ähnlich ist das auch mit dem Informationsportal kath.net. Die haben doch 2007 tatsächlich ein Interview mit jemandem gemacht, der für PI arbeitete.

Was braucht es noch mehr Beweise? Aber für kath.net gibt es sogar noch ein zweites Fundstück: Die hatten doch tatsächlich einmal eine Anzeige geschaltet, mit der die Wochenzeitung Junge Freiheit Abonnenten suchte. Damit ist der Fall wohl klar. Denn schließlich hat kein Geringerer als die Theologin und Expertin Sonja Angelika Strube dazu auch noch festgestellt: "Da kann ich mich nicht so ganz des Eindrucks erwehren, dass es da auch Menschen gibt, die sich sowohl als rechts als auch als Christen verstehen, oder, also die praktisch die Berichterstattung noch liefern, und die nicht daran interessiert sind, sich abzugrenzen." Ein starkes, fast herzzereißendes Statement über das, was sich in der Sinneswelt der Theologin Strube zusammenfindet. Ist da bei Strube zusammen gewachsen, was zusammen gehören soll?

Die Methode des BR2

Sicher gibt es törichte Äußerungen an der einen oder anderen Stelle. Nicht jeder äußert sich oder formuliert immer und zu jeder Sache in einer durchdachten Art und Weise. Was einer Redakteurin im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen leider allzu oft zugebilligt werden muss, sollte bei Zeitgenossen, die keine Medienprofis sind, nicht überbewertet werden. Und es sollte schon gar nicht der Fehler gemacht werden, die Ausnahme als Regel, als typisch für das Ganze zu präsentieren.

Doch genau das verbirgt sich als Methode des BR2 hinter in einem derben Zusammenschnitt von 3:25 min aus seiner fast einstündigen Sendung im Radiothema, der heute Morgen präsentiert wurde. Die Kostproben dazu aus dem ersten Teil des Zusammenschnitts im Originalton BR2:

Die Exposition

Die erste Feststellung des Sprechers:

Die Familie, das Fundament unserer Gesellschaft, ist heute in vielfältiger Weise existentiell bedroht.

Die zweite Feststellung:

Der Holocaust der Nazis ist der Inbegriff des Grauens im Dritten Reich.

Daran angeknüpft die Frage:

Gibt es eine Steigerungsform der grausamen Verbrechen?

Der Sprecher gibt darauf die Antwort:

Ja, es gibt sie. Abtreibung ist Mord.

Anschließend die dritte Feststellung:

Europa ist gebaut auf einer christlichen Ordnung. Und für diese Ordnung lohnt es sich zu kämpfen. Ansonsten werden wir von einer Diktatur verschlungen, die noch die Diktaturen des 20. Jahrhunderts in den Schatten stellt.

Es bleibt unklar, wem diese Aussagen zuzuordnen sind. Dem BR2? Oder sind dies nur Zitate? Wer wird zitiert? Welche tatsächliche Bedeutung ist diesen Äußerungen

beizumessen. Der Zuhörer kann sich kaum, vor allem kein unvoreingenommenes, eigenständiges Urteil bilden. Legt der BR2 überhaupt Wert darauf? Dem Anschein nach nicht. Es reicht, wenn er auf die Reise zu einem Schlachtfeld mitgenommen wird, auf dem den "christlich-rechten Kreisen" der Garaus gemacht wird. Es bedarf eigentlich nicht mehr erwähnt zu werden, dass der BR2 ebenso unklar lässt, welche Aussagen sich der Sender zu eigen macht und welche nicht. Eine journalistische Methode, die der wachsame Hörer eigentlich ablehnen müsste, wenn er sich dessen bewusst wäre.

Die Deutung

Nach der Exposition durch den Sprecher kommt der Wechsel zu einer Sprecherin, die das "Kampfgeschehen" deutet:

Es werden harte Geschütze aufgefahren auf sich christlich verstehenden Blogs und Initiativen. Gerüstet wird zum Kampf für Kinder, Ehe und Familie und für das sogenannte christliche Abendland.

Für die unverzichtbare und gewichtige Beurteilung zieht der BR2 einen Sozialpsychologen heran. Die Sprecherin dazu:

"Eine Gefahr für die Demokratie und die Kirche, meint der Bielefelder Sozialpsychologe Andreas Zick."

Somit steht allem Anschein nach fest: Die Feinde für unsere Demokratie aus christlichen Hemisphären stehen schon vor unserer Tür. Die Brücken sind geschlagen, die Brückenköpfe sind gebildet.

Da hilft es auch nicht, wenn etwa Hartmut Steeb betont, die Allianz stehe auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Wie wenn es dafür als Gegenbeweis angeführt werden könne, fährt die Sprecherin fort, Hartmut Steeb würde allerdings einräumen, überspitzt gesagt, dass er sich nicht wehren würde, wenn sich ein Neonazi für Ehe und Familie stark machen würde. Genau in diesem Sinne wird dann die offensichtlich an die Interviewerin gerichtete Äußerung Steeb's präsentiert: "Ich sag mal ganz scharf. Wenn Sie hundertmal was Falsches sagen, und einmal etwa Richtiges, dann möchte ich Sie gerne für das Richtige loben."

Das finale Urteil

Das Lob an der vermeintlich falschen Stelle spitzt der BR2 anschließend auf die Frage zu: "Der Christ und Neonazi Seite an Seite im Kampf für christliche Werte?" Das ist jetzt für den Zuhörer nur noch eine rhetorische Frage. Nicht überraschend schließt sich die Frage des BR2 an: "Betonen am Ende diejenigen die Demokratie, die in der momentanen Gesellschaft eine Gefahr sehen?" Dass weder Hartmut Steeb noch kath.net in der momentanen Gesellschaft eine Gefahr gesehen haben, interessiert nicht. Es interessiert auch nicht, dass weder er noch kath.net von einem Kampf gegen eine übermächtige Diktatur gesprochen haben, die die bisherigen in den Schatten stellen würden. Eine subtile Methode, die de facto der Assoziation und Suggestion freien Lauf lässt.

Fehlt nur noch das abschließende Urteil, das der Sender erneut dem Sozialpsychologen Zick überlässt: "In gewisser Weise schon. Radikalität und Fundamentalismus sei immer eine Gefahr für die Demokratie", meine der Sozialpsychologe Andreas Zick.

Zu hören war der Zusammenschnitt heute Morgen unter dem Link:

<http://www.br.de/radio/bayern2/politik/radiowelt/apo-von-christlich-rechts-100.html>

Der podcast zur Originalsendung soll nach Auskunft des BR2 in Kürze verfügbar sein. Man arbeite mit Hochdruck daran, wurde MEDRUM mitgeteilt.

Nachtrag

Artikel auf <http://www.kath.net/news/42110>

18 Juli 2013, 11:32

Sonja Angelika Strube oder warum Pinocchio eine lange Nase hatte

Eine katholische Theologin behauptet wahrheitswidrig wirre Sachen über die "wichtigste katholische Internetzeitung im deutschen Sprachraum" (FAZ)

Linz (kath.net/rn)

Sie haben noch nie etwas von Sonja Angelika Strube, einem Mitglied des „Forums katholischer Theologinnen“, gehört? Damit dürften Sie nicht alleine sein. Die Frau aus dem katholischen D-Promibereich hat jetzt im Herder-Verlag das Buch „Rechtsextremen Tendenzen begegnen“ veröffentlicht. Darin veröffentlicht Strube dann auch einige Sätze über kath.net, die „wichtigste katholische Internetzeitung im deutschen Sprachraum“ (FAZ).

Mit der Wahrheit nimmt es Strube dabei nicht so ganz genau. Verleumdungen sind für die Mitarbeiterin einer theologischen Einrichtung offensichtlich Mittel zum Zweck.

So behauptet sie wörtlich in einem Buch, das als Handreichungen für Gemeindegarbeit und kirchliche Erwachsenenbildung gedacht ist:

»Kath.net« macht sich durch Werbung und Berichterstattung regelmäßig zu einer Plattform neurechter Medien und Gedanken. Besonders offensiv wirbt diese sich katholisch nennende Seite für die »Junge Freiheit«: Zum einen durch Werbebanner, zum anderen, indem regelmäßig positiv auf die »JF« Bezug genommen und aus ihr zitiert wird. “

Fakt ist, dass kath.net noch nie für die "Junge Freiheit" geworben hat. Die "Junge Freiheit" wirbt ab und an auf kath.net, übrigens wie dutzende andere Firmen auch. Deutlich öfters hat beispielsweise schon der Herder-Verlag, in dem das Buch von Frau Strube erscheint, auf kath.net geworben. Und es kommt noch "schlimmer": Denn der Verlag, bei dem Frau Strube ihr Buch herausbringt, arbeitet im Bereich Buch-Rezensionen, Gewinnspiel etc. seit Jahren vertrauensvoll mit kath.net zusammen.

Kath.net versteht sich - Frau Strube sei dies ins Stammbuch geschrieben - als katholische Internetzeitung, die regelmäßig in der Berichterstattung eine Vielzahl von Zeitung zitiert wird. Darunter befindet sich das gesamte Spektrum von Medien, darunter auch etliche Linksmedien wie Spiegel-Online, Standard oder sogar die TAZ.

Besonders wirr wird dann eine Behauptung von Strube im Zusammenhang mit der Einstellung der Wochenzeitung "Rheinischer Merkur" im Jahre 2010. Hier behauptet die Theologin, dass auf kath.net "mehrere Artikel" erschienen seien, die sich dafür aussprachen, sie stattdessen der "Jungen Freiheit" einzugliedern und ihre Leserschaft an dieses neurechte Blatt zu binden. Auch hier nimmt es die Autorin mit der Wahrheit nicht so genau. Kath.net hat über die Diskussion darüber berichtet, [z.B. hier](#). That'sit!

Mit Lügen und Halbwahrheiten geht es dann munter weiter. So schreibt Strube: **»kath.net« sympathisierte auch mit extrem islamfeindlichen, als volksverhetzend eingestuften Medien wie »PoliticallyIncorrect« (PI). Dabei beruft sie sich auf ein einziges Interview mit dem Herausgeber von PI aus dem Jahre 2007. Das Interview war ein einmaliges Interview wie viele andere Interviews auf kath.net. Mit ähnlicher Logik könnte sich Frau Strube auch aufregen, dass kath.net Interviews mit [Gregor Gysi von den "Linken"](#), mit dem ehemaligen österreichischen [Bundeskanzler Wolfgang Schüssel](#), mit [Matthäus Fellinger von der "Linzer Kirchenzeitung"](#) und etlichen anderen Persönlichkeiten geführt hat, übrigens immer auch wohlwollend. Nebenbei: Hr. Herre hat zu jener Zeit mit zahlreichen anderen MedienInterviews geführt, für Strube kein störendes Fakt und auch kein Problem. Übrigens: Verschwiegen hat [Sonja Strube](#) auch das kleine Detail, dass kath.net bei PI selbst schon ins Kreuzfeuer kam. Der Vorwurf: "Kath.net ist zu politisch-korrekt".**

Noch ein Nachtrag: kath.net versteht sich in manchen Fragen durchaus als "politisch-inkorrekt". Bei dieser Gelegenheit möchten wir daher gern für ein wirklich "politisch-inkorrektes" Medium werben: www.rp-online.de.

Kontakt: [Sonja Angelika Strube](#)

<http://www.medrum.de/content/ndr-macht-sich-zum-gespoett>

NDR macht sich zum Gespött

27.02.15

NDR macht sich zum Gespött

Im Kongress-Zentrum von Hamburg begrüßt Olaf Scholz (SPD) angeblich einen "Kongress radikaler Christen"

Ein Zwischenruf von Kurt J. Heinz

(MEDRUM) Der öffentlich-rechtliche Sender NDR wartete gestern Abend mit der Schlagzeile auf: "*Scholz unterstützt Kongress radikaler Christen*". Autor der Story: Christian Baars.

Der "Kongress christlicher Führungskräfte" tagt vom 26. bis 28. Februar 2015 im Kongress-Zentrum Hamburg. Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), auch Schirmherr der Veranstaltung, hieß weit mehr als 1000 Teilnehmer des Kongresses in Hamburg willkommen. Für den NDR gehen da offenbar zwei Dinge nicht zusammen: dass es zahlreiche Führungskräfte in der Wirtschaft gibt, die Christen sind und sich auch als Christen verstehen und dennoch nicht radikal sind. Nur so kann die Schlagzeile "Kongress radikaler Christen" verstanden werden. Es liegt offenbar außerhalb des Vorstellungsvermögens des NDR, dass Christen grundsätzlich nicht radikal sind, nicht einmal dann, wenn es um das Gebot der Nächstenliebe geht, das wohl radikalste Gebot des Christentums, denn den Nächsten wie sich selbst zu lieben, überfordert auch manchen Christen.

Aber so wollte der NDR wohl auch gar nicht verstanden werden. Den Sender interessiert auch anscheinend nicht, dass die weit überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer von insgesamt etwa 3.000 Menschen alles andere als radikal und schon gar nicht rechtsradikal ist. Was den Sender offenkundig vielmehr interessiert, ist der eine oder andere Ausstellungstand, auf dem glaubensstarke Missionswerke ihre Arbeit präsentieren, oder auch die Tatsache, dass der Leiter der evangelischen Nachrichtenagentur *idea*, Helmut Matthies, Mitveranstalter des Kongresses, vor einigen Jahren den Gerhard-Löwenthal-Preis erhielt und ein entschiedender Gegner der Abtreibung ist sowie homosexuelle Praxis für Sünde hält.

Für den NDR ist dies (willkommener?) Grund genug, die Teilnehmer des Kongresses unter den Generalverdacht der rechten Radikalität zu stellen. Was der *idea*-Leiter Matthies zum Selbstverständnis des Kongresses sagte, spielt für die Etikettierung des Kongresses durch den NDR keine Rolle, höchstens das, was im Kopf der Zuschauer im Filter "rechts und radikal" hängen bleiben soll. Matthies: "Unsere Grundlage sind die 10 Gebote. Wir sind für absolute Ehrlichkeit in der Wirtschaft. Korruption lehnen wir grundsätzlich ab." Matthies kritisierte im NDR die Abtreibungspraxis. Seit 1945 gebe es mehr als 12 Mio. Abtreibungen. Für ihn ein Verbrechen an der

Menschlichkeit. Er wüsste nicht, was es an schlimmeren Verbrechen gebe, so Matthies.

Angesichts der Arbeitsweise in manchen Sendern ist es nicht verwunderlich, dass der Radikalen-Verdacht als Rechtsradikalität verstanden werden soll. Als Kronzeugin bemüht auch der NDR - wie BR2 vor 8 Tagen - die Osnabrücker Theologin Sonja Angelika Strube. Sie kritisiere, dass auf der Internetseite der Deutschen Evangelischen Allianz, die eng mit *idea* zusammenarbeite, immer wieder Artikel aus "neurechten, rechtspopulistischen und islamfeindlichen Medien" übernommen würden. Themen wie Religionsfreiheit und Christenverfolgungen würden dort "mit antimuslimischer Hetze und umfassender Ablehnung des Islam verknüpft". Es seien dort regelmäßig "in optisch und sprachlich seriöser Form unseriöse Positionen und Texte des extrem rechten Spektrums" verbreitet worden, schreibt Strube in einem Artikel in der "Theologischen Revue".

Wer sich mit der Verfahrensweise der katholischen Theologin Strube befasst, kann ihren Vorwurf nur an ihre eigene Adresse zurückgeben. Strube liefert geradezu Paradebeispiele für unseriöse Positionen und Texte ab, zwar nicht des extrem rechten Spektrums, aber eines Spektrums, das "extreme geistige Verwirrung" mit unbeirrbarer Radikalität erzeugt (MEDRUM berichtete: [Katholische Theologin Strube erklärt in BR2 was Scharnierorgan zum rechten Rand bedeutet](#)). Wie stark die Verwirrung geht, die von der Theologin angerichtet wird, wurde aus der Sendung des BR2 ersichtlich, der über MEDRUM sagte: „*Ein weiteres Forum finden selbsternannte Islamkritiker auf evangelischen Seiten wie MEDRUM.*“

In diesen Kreis der Verwirrung hat sich jetzt auch der NDR mit seinem Beitrag begeben. Wie geistig verwirrt und radikal muss man denn schreiben, so könnte der Autor des NDR-Beitrages Christian Baars fragen, um für den NDR schreiben zu dürfen? Kann dieser Sender, wenn er offenbar auf solche Beiträge angewiesen ist, noch ernst genommen werden? Wohl kaum. Mit seinem Aufmacher vom Kongress "radikaler" Christen macht sich der Sender selbst zum Gespött. Ein profunder Medienkenner dazu: "Der NDR blamiert sich erbärmlich."

Im Gegensatz zum NDR ließ sich Olaf Scholz nicht verwirren. Er habe keinen Grund gesehen, die Schirmherrschaft abzulehnen. Man müsse schließlich nicht mit allen Positionen übereinstimmen, habe ein Sprecher laut NDR erklärt.

Information über den Kongress: <http://www.fuehrungskraeftekongress.de/>

Filmbeitrag NDR: [Scholz unterstützt Kongress radikaler Christen](#)

Email-Kontakt: fernsehen@ndr.de

<http://www.medrum.de/content/hedwig-von-beverfoerde-verleumdungskampagne-durch-br2-sendung>

Hedwig von Beverfoerde: Verleumdungskampagne durch BR2-Sendung

27.02.15

Hedwig von Beverfoerde: Verleumdungskampagne durch BR2-Sendung

Theologin Strube wirft der Kirche im Bayerischen Rundfunk vor, alles was sehr extrem rechts sei, aber noch nicht im Visier des Verfassungsschutzes stehe, oft zu dulden

(MEDRUM) Wie das Internetportal *kath.net* berichtet, wehrt sich Hedwig von Beverfoerde, Organisatorin der DEMO FÜR ALLE, gegen eine "Verleumdungskampagne" durch die BR2-Sendung "APO von christlich-rechts?". Den Äußerungen von Beverfoerde ist zu entnehmen, dass sie sich offenbar durch die Redakteurin der Sendung, Veronika Wawatschek, hereingelegt sieht und deshalb zu Beschwerden an den BR aufruft.

Christiane Florin, Sonja Strube und Ulrich Lota beteiligt

kath.net berichtet über die Kritik von Hedwig von Beverfoerde an der Sendung "APO von christlich-rechts?", die BR2 am 19.02.15 in der Wochensendung "Radiothema" ausstrahlte (MEDRUM berichtete). Von Beverfoerde sieht in der Sendung eine Verleumdungskampagne gegen "Kirche in Not" und katholische Publizisten. Daran seien neben Christiane Florin (Christ und Welt) auch die Theologin Sonja Angelika Strube und Ulrich Lota, der Pressesprecher von Bischof Overbeck, beteiligt.

Wozu der Bistumssprecher Stellung nahm

Auf der Internetseite DEMO FÜR ALLE, die zur Zivilen Koalition e.V. gehört, nimmt Hedwig von Beverfoerde ausführlich Stellung zum "Radiobeitrag von Veronika Wawatschek von der Redaktion Religion und Kirche des BR". In der Sendung sei durchgängig mit assoziativen und suggestiven Tricks gearbeitet worden, um den "gewünschten Eindruck beim Hörer" zu erzeugen. So seien Zitate von der Internetseite der Initiative von Hedwig von Beverfoerde mit "düsterer" Musik unterlegt worden. Besonders bizarr sei der Auftritt von Ulrich Lota, Sprecher von Bischof Overbeck, der von Beverfoerde zufolge wörtlich gesagt haben soll: „*Wir dürfen diesen Menschen, diesen **Brutalen** und diesen Propagandisten nicht das Feld überlassen, dass sie bestimmen, wie das Bild der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit zu sein hat. Und das ist die eigentliche Gefahr.*“

Der Bistumssprecher Lota hat zum Interview mit dem BR2 und der von Hedwig von Beverfoerde zitierten Aussage, die in *kath.net* wiedergegeben wurde, eine Klarstellung herausgegeben. Er sei falsch zitiert worden, wie in dem Radiobetrag deutlich zu hören sei, so Lota. Er habe nicht von "Brutalen", sondern von "Portalen" gesprochen. Diese Richtigstellung ist verständlich, denn Bistumssprecher Lota hat wörtlich im Interview mit dem BR gesagt: „*Wir dürfen diesen Menschen, diesen **Portalen** und diesen Propagandisten nicht das Feld überlassen, dass sie bestimmen, wie das Bild der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit zu sein hat. Und das ist die eigentliche Gefahr.*“ Ulrich Lota wies zugleich auch darauf hin, dass Gegenstand seines Gespräches mit Veronika Wawatschek ausschließlich das ehemalige Internetportal *kreuz.net* sowie *gloria.tv* gewesen seien (Bild links oben).

Fundamentalistische Christen und Sprengsätze

Der Redakteurin Wawatschek wirft Hedwig von Beverfoerde vor, aus einem 30-minütigen Interview einige "O-Töne" herausgeschnitten zu haben, um diese für "die Mixtur ihres verleumderischen Opus" zu nutzen (Bild links). Im Kern wehrt sich von Beverfoerde dagegen, in den Kreis von Verfassungsfeinden gerückt zu werden. Die Katholikin spricht vom Eindruck einer "angeblichen rechtsextremen Verfassungsfeindlichkeit und fundamentalistischen Gefährlichkeit", der ihrer Ansicht nach beim Hörer mit Tricks erzeugt werden sollte. Sie zitiert eine Reihe von Aussagen aus der Sendung als Beleg hierfür, so zum Beispiel die Äußerung der katholischen Theologin Sonja Angelika Strube über die Katholische Kirche: "*alles, was sehr extrem*

rechts ist, aber noch nicht im Visier des Verfassungsschutzes steht, das wird aus meiner Sicht oft geduldet." Diese Äußerung bleibt im Beitrag des BR2 unwidersprochen. In der Sendung sagt die Sprecherin anschließend über das "Visier" des Verfassungsschutzes: "Man habe die Szene im Blick, müsse aber priorisieren, heißt es dort auf Anfrage. Zunächst müsse man die gewaltbereite Szene im Blick behalten." Und dann folgt als Kommentar der Sprecherin: *"Freilich, bisher zünden fundamentalistische Christen in Deutschland nur verbale Sprengsätze."*

Journalistischer Ethos

Hedwig von Beverfoerde sieht in derartigen Aussagen eine Verleumdungskampagne gegen sich und andere. Über die Internetseite DEMO FÜR ALLE ruft von Beverfoerde deshalb dazu auf, Beschwerden an den Bayerischen Rundfunk zu richten.

Hedwig von Beverfoerde, die sich außer für den Wert "Kinder, Ehe und Familie" auch in hohem Maße für den Lebensschutz engagiert, gehört zum Kampagnen-Netzwerk der AfD-Politikerin und Mitglied des Europaparlamentes Beatrix von Storch und Seven von Storch, deren Verein Zivile Koalition e.V. sowohl Träger des Internetportals "DIE FREIE WELT" wie der Initiative "Familienschutz" und der DEMO FÜR ALLE ist. In der Initiative DEMO FÜR ALLE hat sich ein Bündnis zusammengefunden, zu dem eine Reihe von Organisationen und Personen, unter anderem "Kirche in Not Deutschland" (Karin Fenbert) und "Frau2000plus" (Birgit Kelle) gehören. Die nächste DEMO FÜR ALLE soll am 21. März 2015 um 15 Uhr auf dem Schillerplatz in Stuttgart stattfinden. "Wie kommen wieder", hatte von Beverfoerde bereits im April 2014 angekündigt.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

Sie haben keinen Newsletter von mir übersehen – es gab keinen. Ein Grund für meine eingeschränkte publizistische Tätigkeit waren meine vielen Reisen in zwölf europäische Länder. Anfang Januar diesen Jahres war ich als Referentin zum *Global Family Policy Forum* nach Phoenix, Arizona, eingeladen, wo Repräsentanten von 50 Ländern, darunter viele Botschafter aus Afrika, für den politischen Kampf in den UN ausgerüstet werden.

Diesmal schreibe ich Ihnen, um Sie auf eine verleumderische Propagandasendung im Bayerischen Rundfunk aufmerksam zu machen:

APO von christlich rechts, BR 2, 19. 02. 2015. Hier (noch) zu hören:

http://cdn-storage.br.de/iLCpbHJGNL9zu6i6NL97bmWH_-bP/_-JS/52bH_Aky/150219_2003_radioThema_APO-von-christlich-rechts-Wie-sich-unter-de.mp3

Die Redakteurin Veronika Wawatschek hatte mich bereits in einer Sendung im letzten Jahr den Hörern als „eine sympathische Frau mit saudummen Ansichten“ vorgestellt. Jetzt stellt sie mich und viele andere in die Nazi-Ecke.

Durch die ganze Sendung ziehen sich Herabsetzungen wie „fundamentalistisch“, „ultra-konservativ“, „demokratiefeindlich“, „rechts“, „rechter Rand“, „Scharnier“. Es wird in Frage gestellt, ob die genannten

Publizisten auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehen. Sie würden mit Hassmails und aggressiven Kampagnen arbeiten. Der „Beweis“: Ein Zitat aus einer Leserzuschrift im Internet.

Als Beleg für die konkreten politischen Folgen der „Vernetzung von rechter und christlicher Szene“ wird ein Beispiel angeführt, das mich als Sympathisantin der NPD darstellt. Der Vorgang: 2010 wurde ich von der CDU als Sachverständige zu einer Anhörung in den Sächsischen Landtag eingeladen, um zur Einrichtung eines von der *Linken* beantragten Gender-Instituts Stellung zu nehmen. Der Antrag wurde nach meinen Einlassungen von der Mehrheit des Landtages, und zwar den Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt. Dass dies von der NPD begrüßt wurde, ist für den Bayerischen Rundfunk Grund genug zu suggerieren, ich sei eine NPD-Sympathisantin. Tatsache ist: Ich habe nicht das Geringste mit dieser Partei zu tun, weder habe ich Kontakte zur NPD, noch habe ich zu irgendeinem Zeitpunkt mit ihr sympathisiert.

Die Redakteurin stellt Elisabeth Tuider, Mitautorin des Buches „Sexualität und Vielfalt“ wird als „Gender-Forscherin“ vorgestellt. Ihr Buch ist eine konkrete pädagogische Anleitung, wie Kinder im Unterricht dazu erzogen werden, Anal- und Oralsex, sadomasochistische Praktiken und Sexspielzeuge für normal zu halten. Eltern, die dagegen protestieren sind „undemokratisch“, „fundamentalistisch“, „rechts“ – was sonst.

Die weltweite Christenverfolgung wird klein geredet, so als wäre sie eine Erfindung der Organisation Open Doors. Wer Probleme mit dem islamistischen Terror hat, wird in die rechte, rassistische Tonne gekloppt.

Die Stoßrichtung des Beitrages: Die Kirche muss von diesen rechtsradikalen Elementen gesäubert werden. Dazu werden die Bischöfe mehrmals aufgefordert.

Höchst bedauerlich ist, dass sich der Pressesprecher des Bischofs Overbeck von Essen, Herr Ulrich Lota, dazu hergibt, in das selbe Horn zu stoßen.

Sie können etwas für die Wahrung der freiheitlichen Grundrechte tun, wenn Sie protestieren. Aber erlauben Sie mir die Bitte: *Sachlich und respektvoll im Ton!*

Unten finden Sie die Kontaktadressen des Vorsitzenden des Rundfunkrates und des Intendanten des Bayerischen Rundfunks, außerdem die von Bischof Overbeck, von dem man hoffen darf, dass er die Haltung seines Pressesprechers nicht teilt.

Ich möchte Sie noch auf zwei Veranstaltungen hinweisen:

Nächste DEMO FÜR ALLE gegen die Zwangssexualisierung unserer Kinder am 21. März 15 Uhr, Stuttgart, Schillerplatz

<http://www.demofueralle.wordpress.com>

**5. Internationaler Kongress „Treffpunkt Weltkirche“ von Kirche in Not
12. – 15. März 2015 in Würzburg.**

<http://www.kirche-in-not.de/kongress-2015>

Ich sitze am Samstag, den 14. März, von 15.45 – 17.20 Uhr auf dem Podium zum Thema: *Gegen den Strom von Meinungsdiktatur und Political Correctness.*

Diese Podiumsdiskussion war für Frau Christiane Florin, Chefredakteurin von Christ & Welt, Grund genug, um eine bezahlte Anzeige von Kirche in Not für den Kongress abzulehnen – und damit Anschauungsmaterial für das Thema zu liefern.

Die ersten Schneeglöckchen und Krokusse spitzen durch den Schnee.
Grund zur Freude: Der Frühling kommt!

Mit guten Wünschen und herzlichen Grüßen

Gabriele Kuby

Intendant Ulrich Wilhelm
Bayerischer Rundfunk
Rundfunkplatz 1
80335 München
info@br.de

Herrn Dr. Lorenz Wolf
Vorsitzender des Rundfunkrates
Bayerischer Rundfunk
Rundfunkplatz 1
80335 München
Sekretariat:
Christiane.Weisskirchner@br.de

Bischof Dr. Franz-Josef
Overbeck
Bischofshaus Burgplatz 2
45127 Essen
Sekretariat
Ingrid Waszynski
ingrid.waszynski@bistum-essen.de

Wichtiger Nachtrag zum Newsletter von gestern:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Falls Sie eine Beschwerde beim Bayerischen Rundfunk einreichen wollen, dann als **Programmbeschwerde**, denn diese **muss** bearbeitet werden. Diese Beschwerde muss im Anschreiben als „**Programmbeschwerde**“ gekennzeichnet sein.

Die **Programmbeschwerde** ist in Deutschland ein Rechtsbehelf der Bürger gegen die Verletzung von gesetzlich festgelegten Programmgrundsätzen des [Fernsehens](#), des [Hörfunks](#) oder der von den [Rundfunkveranstaltern](#) verbreiteten Online-Angebote (der sogenannten [Telemedien](#)).

Programmgrundsätze

Die Beschwerde kann erfolgreich eingelegt werden, wenn Programmgrundsätze verletzt werden. Dies sind vor allem die allgemeinen Programmgrundsätze:

- Achtung und Schutz der [Menschenwürde](#)
- Achtung der sittlichen, weltanschaulichen und [religiösen Überzeugung](#)
- Journalistische Sorgfaltsgebote (angelehnt an den [Pressekodex](#))

Achtung der Rechtsordnung, zu diesen zählen insbesondere die Regularien für [Jugendschutz](#), [Werbung](#) und [Gewinnspiele](#).

<http://de.wikipedia.org/wiki/Programmbeschwerde>

Sie können ein schriftliches Manuskript der Sendung anfordern.

Ausgezeichnete Berichterstattung finden Sie auf www.medrum.de, beginnend bereits am Tag der Ausstrahlung, dem 19. Februar 2015.

Siehe auch den Protest von Hedwig von Beverfoerde auf www.familikenschutz.de

Merke: Das Böse triumphiert allein dadurch, dass gute Menschen nichts unternehmen. (Edmund Burke)

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Gabriele Kuby

Grüß Gott und Guten Tag Michael,
Hat auch Sie die denunzierende und diffamierende Kampagne, mit der die Süddeutsche Zeitung Ende Januar die Wahl des fachlich kompetenten und qualifizierten Kandidaten Markus Hollemann zum neuen Umwelt- und Gesundheitsreferenten der Stadt München verhindert hat, erschreckt und vor den Kopf gestoßen?

Sie erinnern sich sicher: **Die Süddeutsche Zeitung hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Kandidatur des bekennenden Christen Markus Hollemann eine Schmutzkampagne gestartet, in der sie Herrn Hollemann diffamierte und verkündete: "wer einem Verein radikaler Abtreibungsgegner angehört, kann nicht Münchner Gesundheitsreferent werden. Wer mit christlichen Rechtsradikalen sympathisiert, darf kein politisches Amt in dieser Stadt besetzen."**

<http://www.citizengo.org/de/19636-Jetzt-sind-rueckgrat-und-standhaftigkeit-gefordert>

Markus Hollemann äußerte zu diesen Vorwürfen nach dem Rückzug seiner Kandidatur: "Ich betrachte es als äußerst problematische Entwicklung, dass ein Bürger mit einem christlich geprägten Menschenbild aufgrund seiner persönlichen moralischen Einstellung zum Lebensschutz trotz moderater politischer Positionen heute für bestimmte Ämter nicht mehr infrage zu kommen scheint".

Wenn Menschen mit einem christlich geprägten Menschenbild, das sie veranlasst, für den Lebensschutz einzutreten als "radikale Abtreibungsgegner" bezeichnet und – zumindest indirekt – als "christliche Rechtsradikale" abgestempelt werden, zeigt dies, wie sehr es einem Teil der Politiker in Zusammenarbeit mit Journalisten, die in dieselbe Richtung arbeiten wie sie, mehr und mehr gelungen ist, die Gesellschaft zu spalten und einige grundlegende Tatsachen aus dem öffentlichen Bewußtsein zu verdrängen.

<http://www.citizengo.org/de/19636-Jetzt-sind-rueckgrat-und-standhaftigkeit-gefordert>

Zu diesen verdrängten Tatsachen gehört die klare Erkenntnis, dass durch Abtreibung – verharmlosend auch Schwangerschaftsabbruch genannt – menschliches Leben getötet und vernichtet wird. Auch wenn Abtreibung unter gewissen Umständen, die § 218a StGB regelt, straffrei bleibt, so bleibt die Tötung menschlichen Lebens das, was sie ist.

Weitere verdrängte Tatsachen sind die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes:

- Am 25. Februar 1975 – also vor fast auf den Tag genau 40 Jahren – verkündeten die Richter: "Das sich im Mutterleib entwickelnde Leben steht als selbständiges Rechtsgut unter dem Schutz der Verfassung (Art. 2 Abs. 2 Satz 1,

Art. 1 Abs. 1 GG). Die Schutzpflicht des Staates verbietet nicht nur unmittelbare staatliche Eingriffe in das sich entwickelnde Leben, sondern gebietet dem Staat auch, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen."

- Mit Aussagen wie "... Menschenwürde kommt schon dem ungeborenen menschlichen Leben zu ...", "der Schutzauftrag verpflichtet den Staat ferner, den rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewußtsein zu erhalten und zu beleben" und "ein ... Beratungskonzept erfordert Rahmenbedingungen, die positive Voraussetzungen für ein Handeln der Frau zugunsten des ungeborenen Lebens schaffen. Der Staat trägt für die Durchführung des Beratungsverfahrens die volle Verantwortung" bekräftigten die Verfassungsrichter das Urteil von 1975 am 28. Mai 1993.

Die Verfassung fordert also sowohl staatliche Stellen, als auch alle Bürger auf, aktiv für den Lebensschutz einzutreten!

<http://www.citizengo.org/de/19636-Jetzt-sind-rueckgrat-und-standhaftigkeit-gefordert>

Als Bürger, die diesem Verfassungsauftrag nachkommen, fordern wir mit dieser Petition den Münchner Bürgermeister Josef Schmid auf, sich zu den aus dem christlichen Glauben erwachsenden Werten und den Forderungen der Verfassung zum Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens zu bekennen und für den neu zu besetzenden Posten des Umwelt- und Gesundheitsreferenten der Stadt München eine Persönlichkeit auszuwählen, bei der klar davon auszugehen ist, dass sie als Gesundheitsreferent im Bereich der Schwangerenkonfliktberatung immer auch das Lebensrecht der ungeborenen Kinder und die Hilfe und Unterstützung für schwangere Frauen im Blick hat und daran die Hilfsangebote der Stadt München für diese Frauen und ihre Kinder ausrichtet! Wenn Sie sich dieser Forderung anschließen möchten, dann unterschreiben

<http://www.medrum.de/content/das-linke-mass-der-journalistischen-arroganz-einer-christiane-florin>

Das linke Maß der journalistischen Arroganz einer Christiane Florin
10.03.15

**Das linke Maß der journalistischen Arroganz einer Christiane Florin
Redaktionsleiterin von Christ und Welt agitiert gegen einen offenen
Meinungsdiskurs und verunglimpft Personen**

Ein Zwischenruf von Kurt J. Heinz

(MEDRUM) Nein, diese Anzeige kommt nicht in *Christ und Welt*. Das hatte die Redaktionsleiterin Christiane Florin der Beilage zur Wochenzeitung DIE ZEIT entschieden, als Kirche in Not mit einer Anzeige zum nächsten Kongress "*Treffpunkt Weltkirche*" einladen wollte, der vom 12. bis 16. März 2015 in Würzburg veranstaltet wird.

Nur mit dem Strom und politisch korrekt?

Nicht umstritten sollte sein, dass eine Zeitung nicht jede Anzeige annehmen muss. Es ist das selbstverständliche Recht der Zeitung zu entscheiden, welche Anzeige sie

schaltet und welche nicht. Doch interessant ist die Begründung, die die redaktionelle Chefin Florin gab. Neben einer Vielzahl von Veranstaltungen mit internationalen Repräsentanten sollte auch ein Podiumsgespräch stattfinden, das sich mit der Thematik "Gegen den Strom von Meinungsdictatur und Political Correctness" auseinandersetzen soll (Bild links, Samstag, 14.03.15, 15.45 -17.20 Uhr). Das geht gar nicht, entschied Florin. Ein Diskurs zu diesem Thema auf dem Kongress eines katholischen Hilfswerkes? Dafür gibt es in Christ und Welt keinen Anzeigenplatz, machte Florin klar. Ihrem Diktum fiel damit zugleich die Anzeige für den Kongress "Treffpunkt Weltkirche" im Ganzen zum Opfer.

Auch Vorbehalte gegen Diktatur des Relativismus und Gender-Broschüre

So offenbarte die Redaktionsleiterin einer Zeitungsbeilage, was sie von offenem Diskurs hält. Sie verhielt sich mit ihrem Anzeigenverbot wie eine Zulassungsstelle, die nicht nur das Prüfsiegel für Fahrzeuge vergibt oder versagt, sondern auch noch die Straßen freigibt, die befahren werden dürfen. Und da scheint so manche Begründung gerade recht zu sein. Ist nicht der Begriff "Meinungsdictatur" auch von PEGIDA verwendet worden? Christiane Florin hielt dem Hilfswerk vor, "sorglos mit einer Pegida-Vokabel wie ‚Meinungsdictatur‘ " für sich zu werben. Sie gab dabei auch zu erkennen, dass ihr die Worte von Benedikt XVI., der von der "*Diktatur des Relativismus*" sprach, ungelegen sind. Die katholische Kirche sei seit Benedikt XVI. geübt darin, Demokratien mit ihren Kompromissen und Mehrheitsentscheidungen mal eben zu einer „Diktatur des Relativismus“ umzudeuten, schrieb Florin. Außerdem stellte die Redaktionsleiterin fest: "*Kürzlich habe ich mir zwei kostenlose Broschüren von „Kirche in Not“ bestellt: einen Glaubenskompas zur Familie, einen zur „Gender-Ideologie“. ... Welchem bedrängten Christen helfen solche Heftchen?*" Spätestens mit diesen Heften war wohl für Florin ein rote Linie überschritten, Sanktionen gerechtfertigt.

Und so traf es Kirche in Not mitten ins "Rechte". Kirche, PEGIDA-Vokabular und Gender-Kritik? Nein, das darf nicht sein. Also weg mit der Anzeige von Kirche in Not. Das Kirche in Not immerhin ein Hilfswerk päpstlichen Rechtes ist, kümmert nicht wirklich. Nach Florins Formel darf, wer mit der Kirche zu tun hat, Begriffe nicht verwenden, die Florin für unangebracht hält, und der darf auch keine Broschüren herausgeben, die sich mit Themen befassen, die Florin für unerwünscht oder nicht sinnvoll hält. So arbeiten die geistigen Windungen einer Frau wie Christiane Florin, die bei Christ und Welt das journalistische Ruder fest im Griff hält.

Katholiken mit "schweren Verhaltensstörungen"

Florins Verweigerung einer Anzeige ist nicht die erste Gelegenheit, bei der sie ihre Geisteshaltung offenbarte. Zuvor meinte sie 2013 in einem Interview mit dem Domradio, Bischof Overbeck habe sich in einer Talk-Show "zu der Behauptung hinreißen lassen, Homosexualität sei Sünde". Er habe sich danach korrigieren müssen (Hinweis der Redaktion: Bischof Overbeck verdeutlichte später den Unterschied zwischen Veranlagung, die nicht sündhaft sei, und ausgelebter Sexualität). "Es gab ja eine große mediale Aufwallung", erläuterte Florin. In diesem Interview kritisierte sie nachdrücklich, dass von Talk-Shows Katholiken eingeladen würden, die nicht repräsentativ seien, sondern polarisierten. Namentlich nannte sie den Katholiken Martin Lohmann. Und das Domradio zitiert, was Christiane Florin in der Beilage Christ und Welt über ihre Sicht der Dinge schrieb: "Fernsehzuschauer müssen Katholiken für Wesen mit schweren Verhaltensstörungen halten." Mit diesem Urteil schlüpft Florin auch noch in

die Rolle des Psychiaters, von dessen Profession sie allerdings ein großes Stück entfernt ist. Im *The European* steht, sie habe Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Musikwissenschaft studiert. Das alles schadet sicher nicht, aber legitimiert dies auch jemanden wie Florin, in aller Öffentlichkeit "schwere Verhaltensstörungen" zu diagnostizieren?

Die Gischt schäumt zunehmend auf

Wer sich geistige Unabhängigkeit leisten kann und sein kritisches Urteil noch nicht verloren hat, könnte die Frage stellen, ob Christiane Florin nicht genau das tut, was nicht wenige Menschen umtreibt, wenn sie um die Einschränkung der Meinungsfreiheit und Bedrängnis von christlich-konservativ denkenden Menschen fürchten. Die Gischt schäumt auf, die Beispiele häufen sich, wie die Sendung des BR2 über "*APO von christlich-rechts?*" und der Bericht des NDR über einen Führungskräfte-Kongress von angeblich "radikalen Christen" deutlich gemacht haben.

Linkes Maß für christliche Zeitgenossen

Christiane Florin passt haargenau in das Schema jener Journalistenschar, die sich ohne jede Schamröte über andere erheben und Andersdenkende an ihren eigenen Vorstellungen messen. DIE WELT formulierte in einem Kommentar im Dezember mit Blick auf PEGIDA: "*Die Kritik an PEGIDA hat jedes Maß verloren.*" Christiane Florin könnte konzidiert werden, dass sie nicht jedes, aber doch das rechte Maß verloren hat. Oder zeigt sich hier etwa das linke Maß, das sie mit journalistischer Arroganz an christliche Zeitgenossen anlegt, die vor dem Zerfall christlicher Werte warnen?

Kirche in Not: www.kirche-in-not.de

17. März 2015, 06:18 Uhr

Spaniens verschärfte Religionslehre

"Der Mensch kann ohne Gott nicht glücklich werden"

In Spaniens neuem Lehrplan für katholische Religionslehre werden Abtreibung und Sterbehilfe ausgeklammert, andere Weltreligionen sind kein Thema mehr. Kritiker werfen dem Staat vor, sich der Kirche zu unterwerfen.

"Der Kosmos hat einen göttlichen Ursprung", heißt es im neuen spanischen Lehrplan für den Religionsunterricht, oder "Der Mensch ist auf sich allein gestellt und kann ohne Gott nicht glücklich werden". Die Zeitung "[El País](#)" berichtet, andere Religionen als das Christentum würden zudem nicht mehr behandelt, Themen wie Abtreibung und Euthanasie seien auch nicht mehr vorgesehen.

Die Verordnung der konservativen Regierung zum Fach Religion, die das Amtsblatt "[Boletín Oficial del Estado](#)" Ende Februar veröffentlicht hatte, hat in Spanien zu Protesten geführt.

"Der Staat unterwirft sich der katholischen Kirche", heißt es von den Sozialisten, die in der konservativen Regierung von [Mariano Rajoy](#) die Opposition bilden. Der Theologe und Kirchenkritiker Juan José Tamayo sagte: "Die Inhalte des Religionsunterrichts weisen einen Trend zum [Fundamentalismus](#) auf." Die Zeitung "[El Periódico](#)" bezeichnete das Konzept als "völlig veraltet". Und sogar die Gewerkschaft der Religionslehrer kritisierte, die Kinder würden in unzulässiger Weise indoktriniert.

Das Fach Religion wurde aufgewertet

Bildungsminister José Ignacio Wert wies jede Verantwortung von sich. Er habe die Verordnung lediglich ins Amtsblatt gestellt. Die katholische Kirche bestimmt, was im Fach Religion an den spanischen Schulen unterrichtet wird. So sieht es das Konkordat zwischen Spanien und dem Vatikan aus dem Jahr 1979 vor. Allerdings hatte die Regierung das Fach vor mehr als einem Jahr in einer Bildungsreform stark aufgewertet: Religion ist seitdem ein Hauptfach und die Noten zählen so viel wie die für Mathematik, Spanisch oder Englisch.

Die Regierung will durch die Aufwertung des Unterrichts mehr Schüler dazu bewegen, Religion zu belegen. In den vergangenen Jahren hatten immer weniger Schüler das Fach gewählt. [Nach einem Bericht des Radiosenders Cadena Ser](#) sank der Anteil der Grundschüler, die sich für das Fach Religion entschieden, von 79 auf 65 Prozent. An weiterführenden Schulen ging der Anteil von 56 Prozent auf 38 Prozent zurück. Experten meinten allerdings, dass damit auch das Gegenteil bewirkt werden könnte. Nach Umfragen sei die große Mehrheit der jungen Leute in Spanien der Meinung, dass die Religion in den Bereich der Privatsphäre gehöre, sagte der Soziologe Juan González-Anleo. Einige Familien und Schüler könnten die Reform als eine Bevorzugung der Kirche sehen und in einer Gegenreaktion das Fach Religion abwählen.

**Die Regierung schaffte das Fach Staatsbürgerkunde ersatzlos ab
Schulen müssen Religionsunterricht anbieten, es ist aber kein Pflichtfach für Schüler. Als Alternative können sie das Fach "soziale und bürgerliche Werte" wählen. Die von den Sozialisten eingeführte Staatsbürgerkunde, die etwa das Thema gleichgeschlechtliche Ehen behandelte, schaffte die Regierung ersatzlos ab.**

In der Region [Katalonien](#) empfahl der Elternverband Fapac, aus Protest gegen die von der Bischofskonferenz erstellten Lehrpläne den Religionsunterricht zu boykottieren und das Alternativfach "soziale und bürgerliche Werte" zu wählen.

Die katholische Kirche wies die Kritik gegen die Lehrpläne zurück. "Die Angriffe sind ein Versuch, die Kirche im öffentlichen Leben an den Rand zu drängen", sagte José Miguel García, Direktor des Sekretariats der Bischofskonferenz, der Zeitung "ABC".

Hubert Kahl/dpa/kha

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/spanien-proteste-gegen-religions-unterricht-a-1023756.html>

<http://www.welt.de/138396610>

14.03.15Verfolgte Christen

"Die Barbaren wollen uns alle unterwerfen"

Die Terroristen des Islamischen Staats dulden einzig den Islam – Andersgläubige richten sie hin. 2000 Christen kämpfen jetzt bewaffnet gegen die Islamisten. Trainiert wurden sie von einem Schweizer. Von Alfred Hackensberger, al-Hasaka

Von der Kirche in einem syrischen Dorf ist nach dem Angriff der Terrormiliz Islamischer Staat kaum etwas übrig geblieben. Eine christliche Miliz nimmt den Kampf gegen die Islamisten auf Widad Yuma war ganz auf sich gestellt – von Kämpfern der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) umzingelt. Aber die Soldatin der christlichen Miliz (MFS) kämpfte bis zur letzten Patrone. Mit ihrem Maschinengewehr soll sie noch fünf Islamisten getötet haben, bevor sie selbst von einer Kugel getroffen wurde und die Terroristen sie enthaupteten. "Widad war tapfer bis zum letzten Atemzug und ist als Märtyrerin gestorben", ruft Schamira Schamon von der christlichen Frauenvereinigung in al-Hasaka energisch ins Mikrofon. Die christliche Gemeinde der Stadt im Nordosten Syriens hat sich vor der Kirche der Mutter Gottes versammelt, um ihrer gefallenen Töchter und Söhne zu gedenken und gegen die grausamen Überfälle der IS-Terrormiliz zu protestieren. In Kriegszeiten stehen die Gläubigen noch enger zusammen.

"Unsere Soldaten haben ihr Blut für unser Land, unsere Religion und Kultur gegeben", schallt Schamons Stimme aus den Lautsprechern. "Wir müssen alle Verantwortung übernehmen. Wir sind alle bereit, als Märtyrer zu sterben." Ein martialisches Kampflied wird eingespielt. Die überwiegend weiblichen Demonstranten schwenken begeistert Fahnen der Frauenorganisation, andere die der MFS-Miliz oder der syrisch-christlichen Unionspartei (SUP). "Märtyrer sterben

nicht", skandiert die Menge. Danach ziehen sie durch al-Nassara, das christliche Viertel von al-Hasaka.

So kämpferisch hat man die Christen Syriens seit Beginn des Bürgerkriegs vor vier Jahren noch nie gesehen. "Unsere gesamte Existenz ist in Gefahr", sagt Ischow Gowrieh, der Vorsitzende der SUP. Wie gefährlich es für sie ist, zeigten erneut Massenentführungen von Christen durch die IS-Terroristen: Vor drei Wochen hatten die Dschihadisten eine Reihe von christlichen Dörfern in der Nähe des Chabur-Flusses im Nordwesten Hasakas angegriffen und 277 Bewohner verschleppt. 19 von ihnen wurden mittlerweile freigelassen. Aber das Schicksal der verbliebenen Geiseln ist ungewiss.

Von allen vertrieben

"Sie versuchen, uns mit allen Mitteln aus unserer Heimat zu vertreiben", sagt Gowrieh. Mit erschreckendem Erfolg. "Wir stehen vor einem drohenden Exodus", fügt er kopfschüttelnd hinzu und steckt sich eine Zigarette zwischen die Lippen. Diese "Vertreibungspolitik" würde nicht nur der IS verfolgen, sondern sie sei charakteristisch für alle Dschihadisten. "Sehen sie", beginnt der Politiker zu erklären. "Wir wurden zuerst von islamistischen Rebelleneinheiten der Freien Syrischen Armee (FSA) angegriffen. Danach kam der Al-Qaida-Ableger der Al-Nusra-Front, und seit einem Jahr haben wir es nun mit dem Schlimmsten aller Feinde zu tun, dem sogenannten Islamischen Staat."

Vor Beginn des Bürgerkriegs lebten in der Region al-Dschasira im Nordosten Syriens, entlang der türkischen und irakischen Grenze, rund 150.000 Christen. "Heute sind es nur mehr die Hälfte", erklärt Gowrieh mit einem leidvollen Blick. Die meisten davon seien nach Europa geflohen, da sie dort als Christen leichter eine Aufenthaltsgenehmigung bekämen. "Noch haben sie ihre Häuser und Grundbesitz nicht verkauft", fährt der Parteivorsitzende fort. Aber sollten der Krieg und die Angriffe der Islamisten weitergehen, wäre es um die Zukunft der Christen geschehen.

Für alle Freischärlergruppen ist die Region al-Dschasira wegen ihrer zahlreichen Ölquellen und der ertragreichen Landwirtschaft attraktiv. Zudem ist es ein strategisch wichtiges Gebiet mit Grenzübergängen in die Nachbarländer Irak und Türkei. Bisher konnten alle Eroberungsversuche abgewehrt werden. Die christliche MFS-Miliz kämpft zusammen mit den Volksschutzeinheiten YPG der Kurden, die die Bevölkerungsmehrheit in der Region stellen. Gemeinsam wurde eine neue, basisdemokratische Regierung gebildet, in der alle religiösen und ethnischen Minderheiten vertreten sind.

"Wir sitzen alle im gleichen Boot", sagt Behanan Hendo, der syrisch-katholische Erzbischof im großen, prunkvollen Empfangssaal der Mar-Georges-Kirche von al-Hasaka. "Die Barbaren wollen uns alle unterwerfen. Nur gemeinsam können wir ihnen trotzen." Jeder für sich allein wäre verloren, betont der Geistliche. **Dabei räumt er ein, dass Christen noch einen entscheidenden Vorteil hätten. "Die Terroristen würden die Kurden und andere religiöse und ethnische Gruppen ohne Erbarmen ausrotten." Die Christen dagegen hätten zumindest eine Überlebenschance.**

Um dem Tod durch die Islamisten zu entgehen, bleiben ihnen nur drei Möglichkeiten: Entweder sie konvertierten zum Islam, wandern aus oder bezahlen eine Steuer, die Dschisja. "Ich kannte Christen in Rakka, welche die Abgabe bezahlten und dafür von den Verbrechern verschont blieben", sagt Hendo. "Aber ein Leben unter IS-Kontrolle kann man nicht wirklich Leben nennen", fügt er hinzu. "Die Leute haben Rakka verlassen, sobald sie eine Möglichkeit dazu hatten." Denn es ist völlig ungewiss, ob es sich die Terroristen nicht plötzlich anders überlegen.

Schweizer trainiert christliche Truppen

Die Fotos der christlichen Märtyrer sind in al-Hasaka überall zu sehen. Sie hängen an der Kirchenmauer, im Kulturzentrum, kleben auf Windschutzscheiben von Autos und in jedem Büro der Sotoro, der christlichen Polizeikräfte in der Hasaka-Provinz. "Sie sind unsere Helden, und wir dürfen sie nicht vergessen," sagt Maroge, ein 25-jähriger Sotoro-Kommandant, der für den Polizeiposten im Stadtzentrum verantwortlich ist. Er zeigt auf das große Poster an der Wand hinter sich. Es ist dem Kämpfer Tamer Bahde gewidmet, der Anfang Februar getötet wurde. "Er war

unser erster Märtyrer", erklärt der junge Polizeikommandant. Mittlerweile ist die Zahl der christlichen "Märtyrer" auf fünf gestiegen, wobei zwölf Soldaten offiziell noch als vermisst gelten. Die christlichen Milizen und Polizeieinheiten haben im Vergleich zu anderen Gruppen wenig Tote im Kampf gegen die Islamisten zu beklagen. Das liegt vor allem an ihrer guten Ausbildung, für die der Schweizer Johann Cosar verantwortlich ist. Der 32-Jährige, der aus dem Tessin stammt, hat fünf Jahre in der eidgenössischen Armee gedient. Cosar ist einer der Gründer des MFS, der heute mehr als 2000 Männer und Frauen umfassen dürfte. Täglich werden neue Kämpfer ausgebildet. In wenigen Monaten soll es sogar eine Brigade geben, die sich aus Freiwilligen zusammensetzt, die aus europäischen Ländern stammen.

"Unsere oberste Priorität ist die Sicherheit der Soldaten. Das bläuen wir ihnen bei der Ausbildung ein, denn ein toter oder verwundeter Kämpfer hat keinen Nutzen", sagte Cosar der "Welt" vor einem Jahr bei einem Besuch des MFS-Trainingcamps (Link: <http://www.welt.de/121122500>) in der Nähe von Qamischlo. Zurzeit sei Cosar auf einer Geheimmission, erklärt Polizeikommandant Maroge. Niemand wisse, wo er sei. So "geheim" war Cosars Mission aber doch nicht. Er wurde beim Besuch in seiner Schweizer Heimat im Zug nach Basel verhaftet. Wer ohne offizielle Erlaubnis in einem anderen Land Kriegsdienst leistet, kann in der Schweiz mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden. Nach 24 Stunden wurde Cosar jedoch aus der Haft entlassen – seitdem fehlt jede Spur von ihm. Der "Welt" ließ er ausrichten, im Moment gebe es nichts zu sagen.

Auch die christlichen Polizeikräfte, die Sotro, werden an der Front eingesetzt, berichtet Kommandant Maroge. "Wir befinden uns hier in einer Todeszone, und es geht immer ums Überleben." Die Christen stünden mit dem Rücken zur Wand, fährt der junge Mann fort, und alle verfügbaren Kräfte müssten im Kampf eingesetzt werden. Nervös wippt der Kommandant mit seinem Knie unaufhörlich auf und ab. "Fehler dürfen nicht passieren, sonst schneidet man uns den Kopf ab." Maroge fährt mit der Handkante über seinen Hals.

Drei seiner Kameraden wurden erst vor wenigen Tagen von den Islamisten hingerichtet – ihre Leichen hätten die Terroristen zur Abschreckung auf der Straße liegen lassen. Trotz der ständigen Bedrohung und der grausamen Verbrechen haben Maroge und einige seiner umstehenden Polizisten ihre Hoffnung nicht verloren. Der Grund dafür ist der Sieg in Tel Hamis (Link: <http://www.welt.de/137918423>) . Dort wurden die IS-Extremisten, nach der Niederlage in der syrischen Grenzstadt Kobani, zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit vernichtend geschlagen. "Es wird noch viele Tel Hamis und Kobanis geben", sagt Maroge kämpferisch.

Tel Hamis liegt 75 Kilometer nordöstlich von al-Hasaka. Es ist eine Kleinstadt, die einige wenige Tausend Einwohnern hatte. Es ist eine zentral gelegene Ortschaft, mit riesigen Getreidesilos. Von hier aus sind alle größeren Städte der Region schnell zu erreichen, die irakische Grenze ist nicht weit. Seit über zwei Jahren war die Stadt in der Hand verschiedener syrischer Rebellengruppen. Dem IS diene dieser Ort als Kommandozentrale und Basis für Überfälle auf christliche und kurdische Gebiete. "Ich weiß nicht mehr, wie oft wir in den letzten drei Jahren schon versucht haben, den Ort zu befreien", sagt MFS-Kommandant Mattay. Er sitzt am Steuer eines schweren Toyota-Geländewagens auf der Straße nach Tel Hamis.

USA bombten den Weg frei

Auf der Fahrt durch die vorgelagerten Dörfer zeigt er auf zerstörte Häuser und Lagerhallen. "Das waren die Amerikaner", sagt Mattay lächelnd. Sie hätten nacheinander jede einzelne Stellung der IS-Extremisten zerstört. "Sie haben uns den Weg buchstäblich freibombt, und das so schnell, dass wir oft nicht mehr mitkamen." An einem einzigen Tag habe man 17 Dörfer eingenommen. Es seien F-35 und F-16 Kampfflugzeuge der Amerikaner gewesen, die die Angriffe flogen. Zuerst habe man aus Hubschraubern die Ziele fotografiert, kurz darauf schlugen Raketen und Bomben ein. Die kurdische YPG und der christliche MFS hätten zusätzliche Informationen für die Kampffjets geliefert. Mattay deutet auf sein GPS-Gerät am Handgelenk. "Zusammen mit einem Spezialfernglas kann man Positionen präzise bestimmen", betont der junge Kämpfer stolz. Die Kommunikation mit den Amerikanern sei über die Militärführung der irakischen Peschmerga gelaufen. Die USA unterhalten in Erbil, der Hauptstadt der autonomen Kurdenregion im Irak

(KRG), einen "Operation Room". Dort laufen alle Informationen aus Syrien und dem Irak zusammen. Vom "Operation Room" werden die Kampfflieger entsendet.

Am Ortseingang von Tel Hamis, neben riesigen Getreidesilos, steigt Mattay aus dem Wagen. "Für die Stadt selbst haben wir zwei Tage gebraucht", sagt er und zündet sich eine Zigarette an. "Es hat so lange gedauert, weil der IS auf dem Dach dieser hohen Getreidesilos postiert war und unsere Bewegungen auf dem flachen Gelände leicht ausmachen konnte." Aber dann seien amerikanische Flugzeuge gekommen, erzählt er begeistert. Sie hätten die Terroristen abgeschossen – so gezielt, dass die Silos unbeschadet blieben.

Mattay fährt durch eine völlig verwüstete und menschenleere Stadt. Autowracks, Mauerteile und Möbel liegen auf der Straße. Kein Fenster ist mehr ganz, und die meisten Gebäude sind schwer beschädigt. Die Häuser sind geplündert, zerstört oder ausgebrannt. "Wir müssen noch ein letztes Mal nach versteckten Sprengsätzen suchen", meint Mattay. "Dann können die Bewohner wieder zurückkommen."

Nach einer Weile hält Mattay erneut. Diesmal vor dem ehemaligen IS-Kommandozentrum in einer kleinen Villa. Das runde schwarze IS-Emblem, das innen an die Wand gemalt ist, sticht sofort ins Auge. Schutt, Glassplitter und Eisenteile liegen im Innenhof. Zwei Palmen am Treppenaufgang sind verkoht. In einer Außenwand klafft ein großes Loch. "Das Resultat einer Panzerabwehrgranate", sagt Mattay lapidar. Viele Hundert IS-Kämpfer seien in Tel Hamis getötet worden. Zum Teil würden sie noch unter Trümmern liegen, behauptet der Kommandant. Mehrere Dutzend der radikalen Islamisten seien auch verhaftet worden.

Auf dem Rückweg erzählt Mattay über die große Feier, die es nach dem Sieg gab. "Mein Gott, wir haben wie blöd in die Luft geschossen, getanzt, gesungen und sind uns in den Armen gelegen. Wir haben bei der Eroberung der Stadt auch keinen einzigen Mann verloren." Die Truppen von YPG und der christlichen MFS sind von Tel Hamis weiter vorgestoßen und haben nach Tal Brak die Verbindungsstraße in den Irak abgeschnitten. Damit hat die IS-Miliz eine ihrer wichtigsten Nachschubrouten verloren. "Wir werden nicht aufhören, bis die Terroristen vertrieben sind", verspricht MSF-Kommandant Mattay auf dem Rückweg.

<http://www.pi-news.net/2015/04/der-wahnsinn-unserer-zeit/>

Der Wahnsinn unserer Zeit

Immer wieder klingen die Kommentare mancher PI-Leser verzweifelt und hoffnungslos angesichts einer Realität, die nicht mehr real wirkt und fern selbst jeder Vernunft. Diesen Punkt greift der folgende Artikel von Ralph H. Sidway auf, der im Original unter dem Titel "The madness of our age" und dem Untertitel "Truth is the new 'Hate Speech,' and True Islam is not Islam" erschienen ist (Übersetzung: Renate).

Die Sprüche der Wüstenväter, eine Sammlung weiser Worte früherer christlicher Einsiedler, überliefern eine Aussage von St. Antonius:

Abba Antonius sagte, dass die Zeit kommen wird, in der die Menschen verrückt werden, und wenn sie jemanden sehen, der nicht verrückt ist, dann werden sie sich gegen ihn erheben und sagen: "Du bist derjenige, der verrückt ist, denn du bist nicht wie wir."

Dieser Spruch erinnert mich persönlich an eine prophetische Warnung, die Jesus seinen Nachfolgern beim letzten Mahl am Seder-Abend sagte:

“Die Zeit wird kommen, wenn, wer immer euch tötet, denken wird, dass er Gott einen Dienst erweist.” (Evangelium nach Johannes 16,2)

Christen — besonders die Christen in Syrien, Irak, Ägypten, Nigeria, Sudan, Indonesien, Malaysia, Pakistan... nun, im Grunde in der gesamten islamischen Welt, denn 80% der Länder, in denen die schlimmsten Christenverfolgungen stattfinden, haben eine muslimische Mehrheit (Open Doors 2015 World Watch List) — Christen wenden Jesu’ Worte auf unsere heutige Gegenwart an, was ihnen nicht vorzuhalten ist. Denn schließlich werden Tag für Tag Christen angegriffen, verfolgt, entführt, vergewaltigt, ermordet, ihre Kirchen verbrannt, mit Sprengstoff angegriffen, Kreuze abgebrochen, alles, weil sie Jesus Christus als HERRN und Retter bekennen. Bei der großen Mehrheit der Angriffe gegen Christen, hören diese den Ruf “Allahu Akbar,” den muslimischen Jihad-Schlachtruf, der “Allah ist größer” bedeutet. Oft sind die Angriffe eine direkte Folge der Freitagsgebete in örtlichen Moscheen, wo aufwiegelnde Imame die Leute aufhetzen.

Abu Bakr al-Baghdadi, der Kalif des Islamischen Staates (ISIS), ist nicht nur ein gebildeter Mann, er ist zudem ein Fiqh-Gelehrter, was bedeutet, dass er den Islam studiert hat, und dass er Fatwas, religiöse Anweisungen, herausgeben darf. Er muss überzeugende Argumente haben, denn er hat zehntausende Muslime dazu gebracht, ihre behaglichen Häuser und Jobs im Westen (und in muslimischen Nationen) zu verlassen, um sich ISIS anzuschließen und das entstehende Kalifat zu fördern.

Ein Großteil ihres Jihad besteht in der Verfolgung von Christen, wobei ISIS nicht die einzige muslimische Gruppe ist, die Jesu Jünger verfolgt. Man denke an die Muslimbruderschaft in Ägypten, deren Anhänger durch Busse und Bahnen zogen und die Handgelenke der Passagiere nach den Zeichen des Kreuzes absuchten, dem Erkennungszeichen der koptischen Christen, und diese dann auf der Stelle töteten. Dann gibt es die Taliban und natürlich die Gruppe, die ISIS hinsichtlich Brutalität nicht nachsteht, Boko Haram in Nigeria (die erst kürzlich dem Kalifen Al-Baghdadi und ISIS Loyalität geschworen haben).

Jede dieser muslimischen Gruppen strebt danach, den Islam in seiner reinsten Form zu befolgen, und sie zitieren stolz den Koran und das Vorbild Mohammeds als Anweisung für ihre Taten. Manche dieser Verse sind allmählich sogar Leuten im Westen bekannt:

Kämpft gegen die, die nicht an Allah und den Letzten Tag glauben und nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben, und gegen die Leute des Buches (Juden und Christen), die nicht die wahre Religion (i.e. Islam) anerkennen, bis sie die Jizya mit bereitwilliger Unterwerfung zahlen, und ihre Unterwerfung kleinlaut zugeben. (Sura 9:29)

Tötet die mushrikun [Ungläubigen], wo (immer) ihr sie findet, nehmt sie gefangen, belagert sie und lauert ihnen überall auf (wa-q`uduu lahum kulla marsadin)! (Sura 9:5)

Ich werde den Herzen derjenigen, die nicht glauben, Schrecken einjagen. Haut (ihnen mit dem Schwert) auf den Nacken und schlägt auf die Finger und Zehen von ihnen! (Sura 8:12)

Aber, wie reagiert der Westen auf diese globale Flutwelle des islamischen Jihad? Der Westen reagiert mit einem Verleugnen, einem pathologisch zu nennenden Nichtwahrhabenwollen, das als eine Art von Geistesgestörtheit beschrieben werden kann.

Nach jeder islamischen Greuelthat marschieren wie auf Stichwort Scharen von Autoritätsfiguren auf — von obersten Politikern, Ministern, Medienberühmtheiten, Professoren, Erziehern, Entertainern bis sogar zu christlichen Leitern, Bischöfen und Priestern — und verbreiten ihre sinnlosen, herablassenden Aussagen, die den Islam verteidigen und behaupten, dass ISIS und Boko Haram und die restlichen Terrorgruppen die "Religion des Friedens" verzerren und dämonisieren würden. Der geistig gesunde Mensch gewinnt den Eindruck, in einer bizarren, gestörten Welt gelandet zu sein, wo alles in die verkehrte Richtung läuft. Der Mangel an Übereinstimmung mit der Realität ist gewaltig.

Diese Autoritätsfiguren erzählen uns, dass wir nicht glauben dürfen, was wir selbst klar sehen. Und das ist noch nicht alles: Die politisch Mächtigen sprechen immer unheilvollere Drohungen gegen uns aus, mit offenen Andeutungen hinsichtlich einer Einschränkung der Redefreiheit, einer Zensur und einer Verfolgung freier Rede als Hassverbrechen. Wie sagte Präsident Obama in einer Rede vor den Vereinten Nationen: "Die Zukunft darf nicht denen gehören, die den Propheten des Islam verleumden."

Nach Meinung von ISIS, Boko Haram und gehorsamen Muslimen auf der ganzen Welt ist bereits die bloße Existenz christlicher Gemeinschaften in islamischen Ländern eine Beleidigung für den Islam. Geht es nach den eifrigen muslimischen Glaubenstreuern, dann müssen den Christen drei Wahlmöglichkeiten gegeben werden: zum Islam konvertieren, sich der islamischen Herrschaft unterwerfen und die Jizya zahlen und "sich selbst als Erniedrigte betrachten", oder wenn keines von beiden, dann müssen sie ermordet werden.

In der Tat, wir leben klar in den Zeiten, die Jesus vorhergesagt hat. Denn Muslime, die Christen (Anm. und Juden) ermorden, denken offensichtlich "dass sie Gott einen Dienst erweisen."

Und wir leben gleichermaßen in der Zeit, von der Abba Antonius gesprochen hat. Einer Zeit, in der die westlichen Führer sich immer tiefer in ihrem intellektuellen Geflecht aus Dschihad-Leugnung verstricken. Einer Zeit, in der jene "Menschen, die noch gesunden Menschenverstand" haben, die bemüht sind, vor den Gefahren zu warnen und bemüht sind, andere über die Bedrohung des Islam zu unterrichten, verfolgt werden.

Die gegenwärtige Zeit erfordert für Christen Ausdauer und Ausharren im Glauben angesichts der steigenden Verfolgung. Und für alle Menschen, die noch gesunden Menschenverstand und Anstand besitzen, erfordert diese Zeit Mut und Tapferkeit, um weiterhin den Mächtigen die Wahrheit zu sagen, auch dann, wenn überall um uns herum die Verrücktheit zunimmt.

Vielleicht besteht in der gegenwärtigen Zeit der allerwichtigste Sieg überhaupt darin, den Glauben und die geistige Gesundheit zu bewahren.

(Ralph Sidway betreibt den Blog "Facing Islam")

<http://www.pi-news.net/2015/04/al-hayat-tv-verfolgung-der-orientalischen-christen-unter-dem-islam/#more-455226>

Al Hayat TV: Verfolgung der orientalischen Christen unter dem Islam

Man beschreibt die Geschichte des Islams als ein schwarzes Buch mit wenigen grauen Seiten, in denen selten eine leuchtende Zeile zu finden ist. Ja, diese grausame islamische Geschichte dokumentiert, wie muslimische Herrscher und ihre Armeen auf Allahs Befehl töteten, plünderten, Blut vergossen, hohe, unbezahlbare Kopfsteuern erhoben und die ursprünglichen Einwohner des Orients vertrieben. Sie zwangen sogar Menschen ihre Kinder als Tribut zu geben, wenn sie nicht in der Lage waren die Kopfsteuern zu bezahlen.

Die alten islamischen Zeiten kehren zurück und den orientalischen Christen ergeht es heute nicht anders wie damals. Sie werden aus ihren Häusern vertrieben. Ganze Gebiete werden von der alteingesessenen christlichen Bevölkerung gesäubert. Ihre Dörfer, Kirchen, Klöster und kulturelle-Stätte werden zerstört. Sie werden zur Zahlung der islamischen Schutzgelder (Jizsiya) gezwungen. Ihre Kinder werden verschleppt, um dann von ihnen Lösegeld zu fordern. Ihre Frauen und ihr Besitz werden für die Muslime als Beute legitimiert. Einige, die nicht fliehen konnten, wurden in ihren geliebten Heimatländern gedemütigt, vergewaltigt, versklavt und massakriert. Das ist die Lage der orientalischen Christen, besonders im Irak und Syrien. Die Welt aber schaut tatenlos zu, wie sie qualvoll verenden.

(Mehr Videos von Al Hayat TV gibt es auf der Internetseite von islam-analyse.com oder auf der Facebook-Seite, die sich noch über das ein oder andere "gefällt mir" freut)

Artikel auf <http://www.kath.net/news/50080>

08 April 2015, 08:00

Die Brutalität islamischer Terroristen kennt keine Grenzen

El-Shabab-Miliz in Somalia veröffentlicht Videos von Hinrichtungen - Jesidische Mädchen über acht Jahre werden von IS-Kämpfern sexuell missbraucht.

Mogadischu/Mossul ([kath.net/idea](http://www.kath.net/idea)) Radikal-islamische Terrororganisationen, die einen sogenannten „Heiligen Krieg“ gegen Andersgläubige führen, versuchen offenbar, einander an Brutalität zu übertreffen. So hat die somalische Miliz El Shabab (Die Jugend) jetzt Videos veröffentlicht, die an die Hinrichtung von 21 ägyptischen Christen in Libyen erinnern. Der „Islamische Staat“ (IS) hatte am 16. Februar ihre Enthauptung im Internet dokumentiert. Die schwarz maskierten Mörder führten ihre in orangefarbene Overalls gekleideten Opfer zu einem Strand, an dem sie umgebracht wurden. **El Shabab dokumentiert jetzt in Videos ähnliche Gräueltaten. Eines zeigt, wie sechs Männer gezwungen werden, im Meer um ihr Leben zu schwimmen. Vom Ufer aus erschießen sie die Terroristen dann mit Gewehrsalven. Eine weitere Gruppe von Geiseln wird gezwungen, an einem Strand niederzuknien. Die Terroristen töten sie durch Schüsse in den Hinterkopf. Die schätzungsweise 7.000 Kämpfer zählende Miliz will Somalia von Christen „säubern“ und verübt auch Anschläge in ostafrikanischen Ländern wie Kenia.**

Kindern die Hände abgehackt

IS hat im Irak und Syrien ein „Kalifat“ ausgerufen, in dem die Terrorgruppe das islamische Religionsgesetz, die Scharia, mit äußerster Brutalität durchsetzt. Aus der von IS eingenommenen irakischen Stadt Mossul wurde jetzt bekannt, dass auch Kindern die Hände abgehackt werden, wenn sie des Diebstahls verdächtigt werden. Jesidische Mädchen, die über acht Jahre alt seien, würden von IS-Kämpfern sexuell missbraucht. Frauen, die des Ehebruchs oder der Hurerei beschuldigt würden, drohten Strafen vom Abschneiden der Haare bis zur Steinigung und Enthauptung. Das berichteten Einwohner von Mossul in telefonischen Kurzmitteilungen an Verwandte und Bekannte, so die Internetzeitung Christian Post.

IS rekrutiert Kinder

Außerdem rekrutiere IS immer öfter Kinder. Dazu seien eine Art Jungschargruppen eingerichtet worden. Ab sechs Jahren würden Kinder von ihren Eltern getrennt und in Ausbildungslager gesteckt, wo sie indoktriniert und auf den „Heiligen Krieg“ vorbereitet würden. Sie würden unter anderem als Spione oder „menschliche Schutzschilde“ eingesetzt. Der Arm von IS reicht inzwischen bis nach Nordafrika und Zentralasien, etwa Pakistan und Afghanistan. In Westafrika hat sich die Terrorgruppe Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) mit IS verbündet.

<http://www.kath.net/news/49957>

26 März 2015, 11:00

Syrisch-katholischer Erzbischof: 'Widerwärtige Propaganda'

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) hat ein Internet-Video veröffentlicht, das den angeblich freiwilligen Übertritt einer christlichen Geisel zum Islam dokumentieren soll.

Al Hassaka (kath.net/idea) Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) hat ein Internet-Video veröffentlicht, das den angeblich freiwilligen Übertritt einer christlichen Geisel zum Islam dokumentieren soll. Es zeigt, wie der entführte Syrer Sargon David ein islamisches Glaubensbekenntnis rezitiert. David gehört zu rund 200 Christen, die IS Ende Februar im Norden Syriens in ihre Gewalt gebracht hatte. Der syrisch-katholische Erzbischof von Al Hassaka, Jacques Hindo, bezeichnete das IS-Video als „widerwärtige Propaganda“. Die Geiseln seien offensichtlich körperlicher und psychischer Gewalt ausgesetzt.

Ein freigelassener Christ hatte berichtet, dass IS alles daran setze, die Verschleppten zum Übertritt zum Islam zu bewegen. Doch diese hätten sich bisher geweigert und zahlten lieber eine Kopfsteuer. IS behauptet in dem Video, dass auch andere Christen „freiwillig“ einen Glaubenswechsel vollzogen hätten.

IS hat im Irak und Syrien ein „Kalifat“ ausgerufen, in dem die Terrorgruppe das islamische Religionsgesetz, die Scharia, mit äußerster Brutalität durchsetzt. Terroristen enthaupten, kreuzigen, vertreiben und vergewaltigen Christen, Jesiden und gemäßigte Muslime.

Der Arm von IS reicht bis nach Nordafrika, etwa Libyen, sowie nach Zentralasien, etwa Pakistan und Afghanistan. In Westafrika hat sich die Terrorgruppe Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) mit IS verbündet.

21. April 2015, 11:59 Uhr

"Zwölf Stämme"

Sektenaussteiger bekommen ihre Kinder zurück

Nachdem eine Familie die fundamentalistische Glaubensgemeinschaft "Zwölf Stämme" verlassen hat, durften die Kinder zu ihren Eltern zurückkehren. Sie waren zuvor wegen Prügelvorwürfen in Pflegefamilien untergebracht gewesen.

In den Fall der christlichen Sekte "Zwölf Stämme" im bayerischen Klosterzimmern ist Bewegung gekommen: Eine der Familien, denen [im September das Sorgerecht entzogen](#) worden war, ist wieder mit ihren Kindern vereint. Die Eltern hatten zuvor die urchristliche Glaubensgemeinschaft verlassen, berichtet der [Bayerische Rundfunk](#).

Eines der beiden Kinder konnte demnach bereits Anfang März, das andere in den Osterferien zurück zu den Eltern, nachdem das Familiengericht im Rahmen der Hauptverhandlung so entschieden hatte. Die Eltern hätten sich als Aussteiger von der Prügelerziehung der "Zwölf Stämme" distanziert, sagte ein Sprecher des Gerichts. Über weitere Sorgerechtsfälle werde noch verhandelt, Entscheidungen könnten in den kommenden Wochen fallen.

Prügel als Erziehungskonzept

Nach Prügelvorwürfen waren im September 2013 rund 40 minderjährige Kinder der Glaubensgemeinschaft von Jugendamt und Polizei befreit und bei Pflegefamilien und in Heimen untergebracht worden. Immer wieder kam es zu juristischen Auseinandersetzungen zwischen den "Zwölf Stämmen" und dem Staat - nicht nur wegen der Schläge, sondern auch, weil die Eltern ihre Kinder nicht in öffentliche Schulen gehen ließen. [Der Antrag der Gruppe, eine Privatschule einzurichten, wurde abgelehnt.](#) Bereits 2004 waren sieben Väter wegen Missachtung der Schulpflicht zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Dass Kinder in der Glaubensgemeinschaft körperlich gezüchtigt worden sind, hatten die Eltern nach BR-Angaben auch öffentlich eingeräumt und für ihr Erziehungskonzept geworben. Für Aufsehen sorgten [heimlich gedrehte Filmaufnahmen](#), die zeigten, wie Kinder in einen dunklen Raum geführt und dann mit einer Rute verprügelt wurden.

Der Film war [im Januar auch in einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Nördlingen](#) gezeigt worden. Dort wurde eine Mutter wegen Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung und zu 180 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Eine zweite Mutter wurde zu 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit und einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt, ebenfalls auf Bewährung.

him

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/christensekte-zwoelf-staemme-aussteiger-bekommen-kinder-zurueck-a-1029728.html>

Grüß Gott und Guten Tag Michael,

Radikale Islamisten morden weiterhin Christen und andere Minderheiten und der Rest der Welt schaut zu...

Der "Islamische Staat" (IS) hat in einem Video den Massenmord an etwa 30 äthiopischen Christen gezeigt, die sie als "die Anbeter des Kreuzes, die zur feindlichen äthiopischen Kirche gehören" bezeichneten. Gleichzeitig drohen die Terroristen allen "Anbetern des Kreuzes", die nicht zum Islam konvertieren oder "Sondersteuern" zahlen, mit dem Tod. **Die mit Handschellen gefesselten äthiopisch-orthodoxen Christen werden in weiterer Folge von hinten erschossen.**

Abba Kaletsidk Mulugeta, Vertreter der Äthiopisch-Orthodoxen Tewahedo-Kirche, sagte: "Meiner Meinung nach ist dies nur einer von vielen Fällen, in denen der IS gruppenweise Christen im Namen des Islams ermordet. Unsere Mitchristen sind aufgrund ihres Glaubens umgebracht worden. Das ist inakzeptabel. Das ist ungeheuerlich."

Solche Gräueltaten passieren täglich. Am selben Tag, an dem der IS besagtes Video veröffentlichte, erklärte Boko Haram, das Christentum in Nigeria ausrotten zu wollen.

<http://citizengo.org/de/21777-solidaritaet-mit-den-aethiopischen-christen-wearen2015>

Zur gleichen Zeit, vom 17. bis 19. April 2015, fand in Madrid ein von CitizenGO mitorganisierter internationaler Kongress zum Thema der weltweiten Christenverfolgung statt (#WeAreN2015). Bischof Doeme aus Nigeria erzählte im Rahmen des Kongresses von den wachsenden Problemen mit dem islamistischen Terror und meinte: **"Als ich Bischof wurde, war mir klar, dass ich mit dieser Amtsübernahme mein eigenes Todesurteil schrieb."**

Der koptische Bischof Angaelos hielt eine Ansprache und erzählte, dass die über 113.858 Menschen, die die Petition "Entsetzen und Trauer über die Ermordung von 21 koptischen Christen in Libyen" unterzeichneten, eine unglaubliche Stärkung und Ermutigung für die Menschen der koptischen Kirche gewesen sei. **In seinem Namen sei allen, die die Petition unterzeichneten, sehr herzlich gedankt!**

Nun sind wir aufgefordert, den **Christen der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche in dieser schwierigen Zeit die gleiche Solidarität** und ideelle Unterstützung zukommen zu lassen.

<http://citizengo.org/de/21777-solidaritaet-mit-den-aethiopischen-christen-wearen2015>

Viele Menschen fragen sich, **was wir für die verfolgten Christen konkret tun können.** Diese Frage kam auch während des Kongresses von CitizenGO auf. Die Antwort der meisten Kongressteilnehmer auf diese Frage war immer ungefähr dieselbe: **Erstens, beten** und Gott um Hilfe bitten...

Zweitens, Bewusstseinsbildung. Sprechen Sie mit Ihren Bekannten darüber. Geben Sie den unzähligen Opfern eine Stimme. Lassen Sie die Welt wissen, was unsere Mitmenschen durchstehen müssen. Brechen wir mit unserem "komplizenhaften und feigen Schweigen" mit dem wir die Gräueltaten kaschieren. **Und drittens, humanitäre Hilfe:** Erst kürzlich wurde bekannt, dass wieder einige Menschen aufgrund nächtlicher Kälte in Flüchtlingslagern starben...

<http://citizengo.org/de/21777-solidaritaet-mit-den-aethiopischen-christen-wearen2015>

CitizenGO konnte bis dato humanitäre Hilfe im Wert von über EUR 200.000 für die verfolgten Christen und anderen Minderheiten, die von Terrorgruppen wie IS oder Boko Haram verfolgt werden, bereitstellen. Wir werden uns, dank Ihrer Hilfe, auch

weiterhin bemühen, helfend einzugreifen und diesen Ungerechtigkeiten entsprechend zu begegnen.

Der einzige Weg, die Aufmerksamkeit der Mächtigen dieser Welt auf diese Probleme zu lenken, ist ein großes Zeichen zu setzen und so das Bewusstsein für die Problematik der verfolgten Christen und anderer Minderheiten zu stärken. **Wir müssen den Mächtigen der Welt unsere gemeinsamen Prioritäten bewusst machen und gemeinsam mit starker Stimme die Beendigung dieser religiös motivierten Völkermorde einfordern.**

<http://citizengo.org/de/21777-solidaritaet-mit-den-aethiopischen-christen-wearen2015>

Diese verfolgten Christen riskieren täglich ihr Leben aufgrund ihres Glaubens. Das wenigste, das wir tun können und müssen, ist, unsere Solidarität zu bekunden und so die öffentliche Aufmerksamkeit für diese Probleme zu steigern. **Unterzeichnen Sie jetzt diese Petition und senden Sie ein Zeichen der Solidarität und Unterstützung an die äthiopisch-orthodoxen Würdenträger Erzpriester Dr. Merawi Tebege (Deutschland), Mönchspriester Abba Birhanu Kassahun Debebe (Österreich) und Mönchspriester Abba Haile Giyorgis (Schweiz).**

<http://citizengo.org/de/21777-solidaritaet-mit-den-aethiopischen-christen-wearen2015>

Michael, vielen herzlichen Dank für Ihre ideelle Unterstützung im Sinne der verfolgten Christen, Ihre

Ruth Staiger und das ganze Team von CitizenGO

Wieviel Christliches steckt im neuen Europa-Parlament?

Die Europa-Wahlen liegen bald ein Jahr zurück. Lässt sich bereits ein „geistliches Röntgenbild“ des Europa-Parlaments anfertigen? Die EU solle auf den christlichen Wurzeln des Kontinents aufbauen, wünschen sich immer noch viele Europäer. Aber wird das Parlament diesem Anspruch gerecht? Bisher sieht es nicht so aus.

Zunächst: Die meisten Mitglieder nationaler Parlamente, etwa des Deutschen Bundestages, geben auf ihrer Profilseite ganz selbstverständlich ihre Religionszugehörigkeit oder -nichtzugehörigkeit an. Sie ermöglichen damit zumindest statistisch eine „geistliche Röntgenaufnahme“ ihres Parlaments. In Straßburg hingegen sorgt schon die Frage nach der Religionszugehörigkeit der EU-Abgeordneten für Stirnrunzeln: „So etwas fragt man nicht“. Überhaupt sind religiöse Bekenntnisse in EU-Institutionen heute verpönt. Man erinnere sich an die leidenschaftliche Diskussion um den Gottesbezug in der EU-Charta. Offiziell ist also nichts bekannt über religiöse Neigungen der Mandatsträger. Man ist auf eine alte biblische Weisheit zurückgeworfen: An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.

Diese „Früchte“ sind noch rar aber dennoch markant. Ein kleiner Korb zur Auswahl: Erste Frucht: Zu Beginn der Legislaturperiode vergab die Gruppe der Europäischen Christdemokraten im EU-Parlament den Posten des Obmanns im Frauenausschuss an zwei Politikerinnen aus Frankreich und Schweden. Der Frauenausschuss ist für die christdemokratische Agenda wichtig, denn hier werden regelmäßig Entscheidungsvorlagen zu „Geschlechtergleichstellung“, Gender-Ideologie, Quotenregelungen, die Etablierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sowie eines sogenannten „Menschenrechts auf Abtreibung“ vorbereitet. Dagegen protestieren in der Tat viele Abgeordnete, nicht zuletzt weil mit den Bürgerprotesten, die diese Entscheidungen provozieren, viel Arbeit verbunden ist. Statt jedoch die Arbeit des Frauenausschusses zu beeinflussen oder gar für seine Abschaffung zu plädieren, vergibt die EVP den Posten des Obmanns an zwei EVP-Politikerinnen, deren erklärte Absicht es ist, die feministischen Positionen der Liberalen und Sozialdemokraten im üblichen Konsensverfahren mitzutragen. Damit verliert der christliche und familienorientierte Flügel der EVP weitgehend an Einfluss, die EVP passt sich den Forderungen des Frauenausschusses an.

Zweite Frucht: Die in Deutschland bekannte „Woche für das Leben“ war in den vergangenen Jahren gemeinsam von den Fraktionen der EVP (Christdemokraten) und der EKR (Europäische Konservative und Reformier) organisiert und fraktionsübergreifend von Mitgliedern der Sozialdemokraten und auch Liberalen unterstützt worden. In diesem Jahr wurde sie auf Wunsch des EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber (CSU) im Alleingang organisiert. Resultat: Die „Woche für das Leben“ im EU-Parlament beschränkte sich im Frühjahr 2015 auf eine blasse Nachmittagsveranstaltung ohne jede Außenwirkung.

Dritte Frucht: Die Intergruppe für Familie hat sich zwar endlich konstituiert. Vorausgegangen war aber ein seit den EU-Wahlen anhaltendes Ränkespiel. Die langjährige Vorsitzende Anna Zaborska sollte von ihrem Vorsitz vertrieben werden, weil sie die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau öffentlich verteidigt. Dieser Standpunkt wird jedoch von manchen "Familienpolitikern" als gestrig und damit als das politische Konsensgeschäft störend wahrgenommen, unter anderen auch vom Vertreter der deutschen Kleinstpartei Familienpartei Deutschlands.

Vierte Frucht: Der offizielle Dialog der EU-Institutionen mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften führt zu einer fortschreitenden Banalisierung der christlichen Kirchen durch die EU. Nach Artikel 17 des Arbeits- und Funktionsvertrags der EU müssen alle in einem EU-Mitgliedsstaat anerkannten Kirchen oder Glaubensgemeinschaften von den EU-Institutionen angehört werden. Das führt einerseits dazu, dass der Apostolische Nuntius bei der EU schweigend in der Runde sitzt, während der Generalsekretär der COMECE (der Chef des Brüsseler Büros der Bischofskonferenzen) spricht. Dass der diplomatische Gesandte des Heiligen Stuhls im Range eines Erzbischofs sein Rederecht an einen Lobbyisten im Priesterrang abgeben muss, ist schon bemerkenswert. Andererseits führt das Konsultationsgebot der Kirchen und Glaubensgemeinschaften in der Praxis vor allem dazu, dass der Vertreter der römisch-katholischen Kirche genau nur die drei Minuten Redezeit erhält wie jeder andere Vertreter von weithin unbekannten – und in der Tat politisch völlig unbedeutenden – Glaubensgemeinschaften. In diesem Frühjahr fand der „Dialog mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften“ auf Geheiß des Parlamentspräsidenten Martin Schulz als „inter-religiöser Dialog“ zum Thema „Religiöser Radikalismus und Fundamentalismus“ statt. Mit der Formulierung "inter-religiös" wird allerdings suggeriert, dass es sich nur um einen Dialog zwischen den Kirchen und Glaubensgemeinschaften untereinander handelt, für den das EU-Parlament die Infrastruktur bereitstellt. Das widerspricht jedoch dem Arbeitsvertrag der EU. Ferner suggeriert die Themenformulierung, dass alle Religionen (also auch die jüdische und die christliche) mit dem islamischen Terror verglichen werden können, obwohl es um die aktuelle und vom politischen Islamismus ausgehende Terrorgefahr in den 28 Mitgliedsstaaten geht. Die Terrorgefahr wird übrigens von den Sicherheitsdiensten der EU-Institutionen in Brüssel als so akut eingeschätzt, dass ein anberaumter Meinungsaustausch im EU-Parlament mit Vertretern der verfolgten Christen im Irak aus Sicherheitsgründen kurzfristig abgesagt wurde.

Das Thema Christenverfolgung ist seit Monaten ein Top-Thema in den Medien. Dennoch unterließ der Berichterstatter Elmar Brok (CDU) in seinem Entwurf zum Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik jeden Hinweis auf die Notwendigkeit, die zunehmende und sich brutalisierende Christenverfolgung in der Welt auf höchster europäischer Entscheidungsebene zu thematisieren. Ein entsprechender Paragraph wurde erst in der Schlussabstimmung im Plenum durch einen mündlichen Änderungsantrag von konservativen Abgeordneten eingefügt, die der EVP nicht angehören.

An diesem Mittwoch (29. April) wird das Plenum in Straßburg eine Generaldebatte über die Tragödien im Mittelmeer und die Migrations- und Asylpolitik der EU führen. Außerdem steht eine Aussprache über die Ermordung der christlichen Studenten in Kenia durch die Terrorgruppe al-Schabab auf dem Programm. Solche Debatten sind als Indikatoren für ein „geistliches Röntgenbild“ kaum geeignet. Sie enden nämlich in reinen nicht-legislativen, also unverbindlichen, Entschliefungen. Und diese Früchte sind politisch so viel wert wie Fallobst.

http://www.islaminstitut.de/Nachrichtenanzeige.4.0.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5BbackPid%5D=32&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2116

Ägypten: Christen bei Trauerfeier für IS-Opfer von Mob angegriffen

Muslimbrüder erbost wegen Kirchenbau zum Gedenken der Märtyrer

(Institut für Islamfragen, dk, 28.04.2015) Laut einem Bericht der Assyrian International News Agency [AINA] vom 29. März 2015 wurden Christen bei der Trauerfeier für die 21 von IS in Libyen enthaupteten Christen am 40. Tag nach deren Tod am 27. März in Al-Our [Minya Region in Oberägypten] von einem Mob von Muslimbrüdern angegriffen. Der Angriff richtete sich gegen ein Haus, es wurde ein Auto angezündet, ein Molotowcocktails geworfen und es gab Demonstration gegen den Bau einer Kirche, die den Märtyrern gewidmet werden soll. Sieben Personen seien verletzt worden. In dem Dorf Al-Our leben die Familien von 13 der 21 enthaupteten Christen. Der ägyptische Premierminister Ibrahim Mehleb habe die Erlaubnis von Präsident Abdel Fattah Al-Sisi für den Bau der neuen Kirche bekannt gegeben.

Quelle: Bericht der Assyrian International News Agency (AINA) vom 29.3.2015 (www.aina.org/news/20150329144619.htm): „Muslim Mob Attacks Family of Coptic Christian Beheaded By ISIS in Libya“

Gesendet: Sonntag, 03. Mai 2015 um 14:29 Uhr

Von: "Ute Frick" <mail@utefrick.de>

An: "Ute Frick" <mail@utefrick.de>

Betreff: Fw: Fwd: bitte bete und leite weiter

Betreff: bitte bete und leite weiter

Dringendes Gebetsanliegen von Andrew White in Baghdad.

ISIS ist weniger als zwei Meilen entfernt von der christlichen Gemeinschaft. Alle haben sehr große Angst vor dem, was passiert.

Die islamistische Gruppe ISIS hat gerade Quaragosh eingenommen, die größte christliche

Stadt im Irak. Hunderte Männer, Frauen und Kinder werden enthauptet. Die Menschen bitten wegen der andauernden Gräueltaten um Gebet. Bitte nehmt Euch eine Minute, um für sie zu beten. Leitet das Gebetsanliegen an viele Christen weiter, damit die Gebetskette nicht unterbrochen wird. Bitte betet eifrig für die Brüder und Schwestern im Irak. Dies ist wirklich ein SOS-Ruf. Möge Gott Euch segnen.

Original:

URGENT PRAYER REQUEST from my friend Andrew White in Baghdad.

Below is the news from three days ago, but today the news is even worse. Today ISIS is less than t...wo miles away from the Christian community everybody is terrified of

what is going to happen!

The islamist group (ISIS) just took over Quaragosh, the biggest Christian city in Iraq. There are hundreds of men, women and children that are being beheaded. The people are asking for prayers to be made on their behalf concerning the ongoing atrocity in their country. Please take one minute to pray for them. Pass the message across to all your contacts so that the prayer chain will not be broken. They asked for this special prayer. Please, ensure you pass across the prayer request to the body of Christ for fervent prayers offered on behalf of the brothers, sisters and children in Iraq. This is an urgent SOS. May God bless you. From Andrew White the Vicar of Baghdad.

Please pray!!

Andrew White, Pastor in Baghdad.

Betreff: bitte bete und leite weiter

Dringendes Gebetsanliegen von Andrew White in Baghdad.

ISIS ist weniger als zwei Meilen entfernt von der christlichen Gemeinschaft. Alle haben sehr große Angst vor dem, was passiert.

Die islamistische Gruppe ISIS hat gerade Quaragosh eingenommen, die größte christliche

Stadt im Irak. Hunderte Männer, Frauen und Kinder werden enthauptet. Die Menschen bitten wegen der andauernden Gräueltaten um Gebet. Bitte nehmt Euch eine Minute, um für sie zu beten. Leitet das Gebetsanliegen an viele Christen weiter, damit die Gebetskette nicht unterbrochen wird. Bitte betet eifrig für die Brüder und Schwestern im Irak. Dies ist wirklich ein SOS-Ruf. Möge Gott Euch segnen.

Original:

URGENT PRAYER REQUEST from my friend Andrew White in Baghdad.

Below is the news from three days ago, but today the news is even worse. Today ISIS is less than t...wo miles away from the Christian community everybody is terrified of what is going to happen!

The islamist group (ISIS) just took over Quaragosh, the biggest Christian city in Iraq. There are hundreds of men, women and children that are being beheaded. The people are asking for prayers to be made on their behalf concerning the ongoing atrocity in their country. Please take one minute to pray for them. Pass the message across to all your contacts so that the prayer chain will not be broken. They asked for this special prayer. Please, ensure you pass across the prayer request to the body of Christ for fervent prayers offered on behalf of the brothers, sisters and children in Iraq. This is an urgent SOS. May God bless you. From Andrew White the Vicar of Baghdad.

Please pray!!

Andrew White, Pastor in Baghdad.

<http://www.pi-news.net/2015/05/geschichte-mohammedanische-sklavenjaeger-terrorisierten-europa-und-afrika/#more-458875>

Geschichte: Mohammedanische Sklavenjäger terrorisierten Europa und Afrika

Von 1500 nach Christus bis weit ins 18. Jahrhundert war das Mittelmeer für die christlichen Anrainerstaaten eine See der Angst. Muslimische Sklavenjäger von der nordafrikanischen Küste durchpflügten auf der Suche nach Christenbeute das Meer. Die Bewohner küstennaher Siedlungen Italiens, Frankreichs und Spaniens endeten zu Tausenden in der Gefangenschaft. Bauern und Landarbeiter verschwanden von ihren Feldern. Fischern wurde das Auswerfen der Netze zum Verhängnis. Auf vielen Mittelmeerinseln prägte der bange Blick zum Horizont jahrhundertlang das Leben der Bewohner.

Selbst an vielen Gestaden des Atlantiks war es mit der Sicherheit vorbei. Die nordafrikanischen Korsaren trieben ihr Unwesen vor Portugal, an der Kanalküste und in der Irischen See. 1627 verschleppten die Sklavenjäger sogar 400 Isländer, die sich in ihrer kalten Heimat weitab von jeder Gefahr gewöhnt hatten.

Die Historiker haben sich mit den Dimensionen des mediterranen Sklavenhandels bisher kaum beschäftigt. Verlässliche Opferzahlen fehlten. Das düstere Kapitel der Mittelmeergeschichte geriet in Vergessenheit, weil durch die europäische Großmacht- und Kolonialpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts aus den ehemaligen Opfern Täter geworden waren.

Schätzungen über die Zahl der in Gefangenschaft Geratenen fielen deshalb eher zurückhaltend aus: Insgesamt nur ein paar tausend Menschen, so vermuteten die Experten, seien den muslimischen Sklavenhändlern in die Hände gefallen.

Erst jetzt hat ein US-Historiker das Ausmaß der Menschenjagd im Mittelmeer gründlich erforscht. "Vieles von dem, was bisher geschrieben wurde, vermittelt den Eindruck, als wäre das Problem für Europa nicht bedeutend gewesen", erklärt Robert Davis von der Ohio State University**: "Doch das ist ein Irrtum."

Davis sichtete Quellen, die den Menschenhandel in den Korsarenhochburgen Algier, Tunis und Tripolis dokumentieren. Er ermittelte die Zahl der in den muslimischen Mittelmeerhäfen jährlich durch Tod, Flucht oder Lösegeldzahlungen ausfallenden Zwangsarbeiter, die durch neue Menschenware ersetzt werden mussten, und errechnete auf dieser Grundlage die Zahl der Gesamttopfer.

Sein überraschendes Ergebnis: Zwischen 1530 und 1780 landeten "fast sicher eine Million und ziemlich wahrscheinlich bis zu 1,25 Millionen" weiße christliche Gefangene auf den Sklavenmärkten Nordafrikas – kahl geschoren und in Eisen geschmiedet.

Allein zwischen 1530 und 1580 erbeuteten die Korsaren von Algier 300 000 europäische Sklaven. Davis: "Wir haben das Gefühl dafür verloren, wie groß die Bedrohung für diejenigen war, die um das Mittelmeer herum lebten." In den Sklavenhändler-Metropolen entwickelte sich die Christenjagd in dieser Zeit zu einer wahren Industrie. Nach groß angelegten Fangaktionen mit Dutzenden von Galeeren und Tausenden von Bewaffneten "regnete es Christen in Algier", wie Zeitgenossen notierten. Erfolgreiche Korsarenkapitäne führten ihre mit Stricken aneinander gebundene Beute in einer Art Triumphzug durch die Stadt. (Auszug aus dem informativen Spiegel-Artikel "See der Angst" von Günther Stockinger aus dem Jahre 2004. Auch beim Sklavenhandel mit Schwarzafricanern waren die Mohammedaner

Jahrhunderte lang Vorreiter. Über 17 Millionen Menschen waren bereits wegen muslimischer Sklavenhändler gestorben, bevor Europäer Afrika kolonisierten (siehe den Welt-online-Artikel "Beim Sklavenhandel lernten Christen von Muslimen" aus dem Jahre 2010). Die 3sat-Sendung "Kulturzeit" thematisierte unter dem Titel – Sklaven des Islam – Der "verschleierte Völkermord" der Araber – dieses weitere düstere Kapitel in der mohammedanischen Geschichte.

<http://www.medrum.de/content/wahnvorstellungen-im-spiegel-und-anderswo>

Wahnvorstellungen im SPIEGEL und anderswo

18.05.15

Wahnvorstellungen im SPIEGEL und anderswo

Die SPIEGEL-Autoren Ahrens, Friedmann und Wensierski verbreiten ihre irreführenden Stereotype über den Evangelikalen Hartmut Steeb

Ein Zwischenruf von Kurt J. Heinz

(MEDRUM) Es gab Zeiten, zu denen man das Wochenmagazin DER SPIEGEL lesen und darauf vertrauen konnte, wenigstens halbwegs zutreffend informiert zu sein. Dass das heutzutage nicht mehr gilt, zeigt ein neuerlicher Fehlgriff. Die Journalisten Mareike Ahrens, Jan Friedmann und Peter Wensierski, schreiben über "Böse Geister" und Evangelikale. Doch längst nicht alles, was diese drei Vertreter der Journalistenzunft zum Besten geben, hält der Prüfung in der Realität stand.

Konservatives Familienbild und Sexualethik

Im Spiegel-Artikel „Böse Geister sind Realitäten“ (Print-Ausgabe, 16.05.15) geht es den Evangelikalen wieder einmal an den Kragen. Neben etlichen Christen, die sich als Evangelikale verstehen, und die bisweilen auch Gottesvorstellungen pflegen, die nicht allzu viele Zeitgenossen und selbst viele Evangelikale nicht teilen, beschäftigen sich die Autoren ebenso damit, einen führenden Kopf der Deutschen Evangelischen Allianz zu diskreditieren. Sie schieben Hartmut Steeb, Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, in eine politisch möglichst weit rechts stehende Ecke.

Steeb ist angeblich das beste Beispiel dafür, dass die Weltbilder der Evangelikalen als "christlicher Fundamentalisten" und "rechtskonservativer Politiker" bestens harmonieren. Das verkünden die drei Journalisten offenbar als ihre tiefere Einsicht.

Doch von Tiefe fehlt jede Spur, wie näheres Hinsehen zeigt. Die Autoren bleiben nicht nur an der Oberfläche, sondern bleiben auch nahezu jeden Beleg schuldig, mit dem sie ihre "Einsichten" wenn schon nicht beweisen, so doch wenigstens belastbar belegen könnten. Die Realität ist noch eine ganze Ecke schlimmer.

Da reicht es schon, dass Hartmut Steeb für ein im Grundgesetz verankertes Familienbild aus Vater, Mutter und Kind eintritt, dass er nicht zu den Befürwortern der Propaganda beim Werben für die sexuelle Vielfalt gerechnet werden kann, und dass er doch tatsächlich einmal der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT ein Interview gegeben hat (dass das Interview aus dem Jahre 2008 stammt und worum es damals gegangen ist, wird als Nebensache nicht einmal erwähnt - was interessieren schon die Tatsachen), um ihn als "Rechten" zu identifizieren, der mit "rechten" Politikern der AfD, Marke Beatrix von Storch, als deren "evangelikaler Freund" angebliche gemeinsame Sache macht. So simpel ist das Weltbild der drei SPIEGEL-Autoren, mit dem sie der Desinformation Tür und Tor öffnen.

Schwebt Hartmut Steeb's Geist über Dresdens Straßen?

Doch die Welt ist in ihrer Wirklichkeit weitaus differenzierter, als es sich SPIEGEL-Redakteure in ihrem von Stereotypen eng begrenzten Weltbild offenbar vorstellen können oder - was schlimmer wäre - was sie aus propagandistischen Gründen erst gar nicht erst wahrhaben wollen. Denn die Realität ist weit von der Vorstellungswelt der Redaktionsstuben des Hamburger Magazins entfernt: Steeb ist mit Beatrix von Storch und deren AfD politisch nicht verbunden. Wer hat Steeb je zusammen mit Beatrix von Storch bei einem gemeinsamen Auftritt gesehen? Das ist schon eher ein Privileg des als liberal geltenden Ex-BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel. Aber Steeb und von Storch haben sich nicht einmal in irgendeinem Hinterzimmer jemals getroffen. Tatsache ist: Der aus der evangelischen Landeskirche stammende und ihr unverändert angehörende Familienvater steht weder der AfD nahe noch hat er auch nur im Entferntesten mit den bisherigen Aktionen, die sich Beatrix von Storch auf ihre Fahnen geschrieben hat, irgendetwas zu tun. So war Steeb bisher weder auf einer AfD-Veranstaltung, noch auf einer DEMO FÜR ALLE oder etwa auf einer der vielen PEGIDA-Demonstrationen, in deren Nähe er vom Journalisten-Trio des SPIEGEL ebenso gerückt wird (Bild links oben, Steeb's Äußerung dazu).

Daher kann es niemanden, der seriösen Journalismus betreibt, wundern, wenn Steeb geradezu belustigt fragt, wie es denn sein könne, dass er mit Gedanken, die er 2008 im Interview geäußert hat, jetzt eine treibende geistige Kraft auf den Straßen Dresdens sein soll, wie es im SPIEGEL-Artikel konstruiert wird. Steeb dazu: "Ich habe in der Tat dieser Zeitung vor 7 Jahren (den Hinweis auf das Alter lässt der Spiegel wohl absichtlich weg, weil sonst der Zusammenhang mit Pegida wohl auch Spiegel selbst als aberwitzig vorkäme) ein einziges Interview gegeben. Dass diese Gedanken dann 2014 die Pegida beeinflusst haben sollten, gibt meinen Worten schon ein Gewicht, das ich ihnen nicht zugetraut hätte." Allein Steeb's Antwort zeigt, wie wenig seriös SPIEGEL-Autoren mit Information umgehen. Sein Geist schwebt, glaubt man den Autoren, über Dresdens Straßen. Hauptsache, so scheint es, es passt in die Story, die verkauft werden soll. Realitätsnähe? Reine Nebensache. Und alles, was das Weltbild der Autoren trüben könnte, wird entweder ausgeblendet oder gar nicht erst wahrgenommen. Da kann sich der Angegriffene noch so sehr mühen. Jede noch so ehrbare Anstrengung ist vergebens, jedenfalls gegenüber diesen Spiegel-Autoren. Vielleicht macht sich bei ihnen schon der verdächtig, der ein frommes Gebet spricht.

Wahnvorstellungen nicht nur im SPIEGEL, auch im Bayerischen Rundfunk
Leser des SPIEGEL müssen sich heutzutage also auf Einiges gefasst machen. Auch darauf, dass die Autoren dieses Magazins - auch wenn nicht alles falsch ist, was sie schreiben (Hartmut Steeb orientiert sich in der Tat an einem konservativen Familienbild) - ebenso ihre eigenen Wahnvorstellungen präsentieren, statt zutreffend über die Realität zu berichten und diese so zu beschreiben, dass Tatsachen nicht in bizarrer Weise entstellt werden.

Doch die Autoren des SPIEGEL stehen mit ihrer schon neurotisch wirkenden anti-evangelikalen Botschaft nicht allein, wie aufmerksame Beobachter feststellen konnten. Selbst bei öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten darf mittlerweile unseriös gearbeitet werden, ohne dass dies ernsthafte Konsequenzen hat, wie die Sendung "APO von christlich-rechts?" gezeigt hat, die im Februar vom Bayerischen Rundfunk 2 als "Radiothema" ausgestrahlt wurde. Dort verbreitete Veronika Wawatschek ihre ganz persönlichen "Wahnvorstellungen", als sie mit großer Inbrunst das Bild über "fundamentalistische", vermeintlich rechtsgerichtete Christen mit dem Stempel einer außerparlamentarischen Opposition verbreitete und vermittelte, dass diese gefährlich seien und eigentlich vom Verfassungsschutz beobachtet werden müssten (MEDRUM

berichtete). Das Ganze wird notfalls mit "handwerklichen Fehlern" entschuldigt. So geschehen durch den Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks der in einer Antwort auf zahlreiche Programmbeschwerden meinte, die Sendung habe zwar handwerkliche Schwächen gehabt, die zu bedauern seien, aber das journalistische Anliegen und die Recherchearbeit sei aner kennenswert gewesen. Mit einer solch kunstvollen Antwort könnten auch die Wahnvorstellungen entschuldigt werden, die jetzt im SPIEGEL verbreitet werden. Doch ein Leser, der seriös informiert werden will, wird sich damit kaum zufrieden geben können, weder im Bayerischen Rundfunk noch im SPIEGEL. "Böse Geister", über die die SPIEGEL-Autoren schreiben, sind tatsächlich eine Realität. Wer genau hinsieht kann allerdings feststellen: die wirklich gefährlichen Geister spielen weniger häufig eine Rolle bei Evangelikalen als in den Redaktionsstuben von Zeitungen wie DER SPIEGEL oder des BAYERISCHEN RUNDFUNKS. Doch wer übernimmt die Aufgabe, diese bösen Geister dort auszutreiben? Dies wäre die Aufgabe eines Presserates und der Rundfunk- und Fernsehräte, zur Tat zu schreiten. Es wäre an der Zeit, denn dort stimmt zu häufig nicht einmal mehr das rein Handwerkliche.

16.05.15	Böse Geister sind Realitäten	Spiegel
10.03.15	Das linke Maß der journalistischen Arroganz einer Christiane Florin	MEDRUM
27.02.15	Hedwig von Beverfoerde: Verleumdungskampagne durch BR2-Sendung	MEDRUM
27.02.15	NDR macht sich zum Gespött	MEDRUM
15.02.15	TAZ macht sich mit einem Lügen-Artikel über Antifa-Kritiker lustig	MEDRUM
31.01.15	Manipulative Berichterstattung, auch bei PHOENIX	MEDRUM

<http://www.kath.net/news/50577>

17 Mai 2015, 08:40

Vermehrte Gewalt gegen Christen in Indien

Fünf Übergriffe nationalistischer Hindus auf christliche Gemeinden seit Sonntag.

Vatikanstadt (kath.net/ KAP)

Im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh häufen sich Gewalttaten gegen Christen.

Seit Sonntag sei es zu fünf Übergriffen nationalistischer Hindus auf christliche

Gemeinden gekommen, meldete der vatikanische Pressedienst "Fides" (Samstag).

Unter anderem wurden demnach ein Heim katholischer Ordensschwwestern für geistig

Behinderte Kinder in Pipaldhar und drei Kirchen in Indore angegriffen. Laut ersten

Ermittlungen sei die radikale Hindu-Organisation "Sanskritik Jagran Manch" für die

Taten verantwortlich.

Einziger Anlass der Gewalt ist nach den Worten eines Vertreters des "Global Council of Indian Christians" der "Hass gegen wehrlose Christen". Er forderte rechtzeitige Maßnahmen des Staates, damit sich die Gewalt nicht weiter ausbreite.

<http://www.kath.net/news/50449>

06 Mai 2015, 10:00

Völkermord an assyrischen Christen: Vergessen doch weiter andauernd

Warum schaut der Westen diesem Treiben im Grunde immer noch tatenlos zu? Ist es die immer mehr auch bei uns sich ausbreitende, schleichende Feindschaft gegen das Christentum? Von Michael Schneider-Flagmeyer

Saarlouis (kath.net/Blog Forum Deutscher Katholiken) Wir gedenken in unseren Tagen ausführlich des Völkermordes an den Armeniern und endlich rafft man sich auch in Europa auf, Tatsachen anzuerkennen und zu benennen. Vergessen hat man dabei einen zweiten Völkermord, nämlich den an den Assyryern, der zur gleichen Zeit geschah.

Was ist der Grund dafür? Die Assyryer sind ein relativ kleines Volk, deren ursprüngliche Heimat im Herzen Mesopotamiens lag und die auf das Neuassyrische Reich 1000-614 vor Chr. zurückgehen. Im Laufe der Geschichte mussten sie viele Verfolgungen und Vertreibungen erdulden. Die Ausbreitung des Islam im 7./8. Jahrhundert sowie der Mongolensturm im 13. Jahrhundert vertrieben die Assyryer endgültig aus ihrer angestammten Heimat. In den letzten Jahrhunderten lebten sie vor allem in Syrien, dem Irak, im Iran, in der Türkei und in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Die Assyryer wurden noch zur Zeit der Apostel Christen, aber ihre Kirche zersplitterte sich durch das Auseinanderreißen des Volkes in vier Kirchen, von denen die bedeutendste die „Assyrische Kirche des Ostens“ ist, deren Patriarchat in der Nähe von Chicago liegt, denn die ca. 2,8 Millionen heute noch lebenden Assyryer sind über die ganze Welt verstreut.

Zur Zeit des Völkermordes an den Armeniern wurden ca. 60 Prozent der assyrischen Christen ebenfalls ermordet. Das ist heute nahezu vergessen und muss dringend ins Gedächtnis der vor allem westlichen Völker gelangen, die heute ziemlich tatenlos dem schrecklichen Morden durch den IS und andere Islamisten zuschauen und dabei immer noch nicht die Gefahr erkennen, die sich daraus auch für Europa ergibt. Erst gerade hat Leonardo Kardinal Sandri, der Präfekt der Kongregation für die orientalischen Christen der internationale Gemeinschaft Verrat an den orientalischen Christen vorgeworfen. kath.net hat berichtet.

Am Fluss Khabour im Nordosten Syrien gründeten in den 30er Jahren eine große Schar von ca. 50.000 Assyryer 35 blühende Dörfer, mussten aber immer wieder Schikanen und Verfolgung durch die islamischen Behörden hinnehmen. So wurde der Khabour umgeleitet, um die Assyryer von der unmittelbaren Wasserversorgung aus ihm abzuschneiden bzw. zumindest sehr zu erschweren. Bis vor einigen Monaten lebten noch ca. 1000 Menschen in diesen Dörfern, bis die Mörderbanden des IS auch dort ankamen und schrecklich unter den assyrischen Christen wüteten.

Die neuesten Meldungen berichten, dass der finanziell inzwischen unter Bedrängnis geratene IS dem Bischof von Hassake, einer der zwei Großstädte im Nordosten Syriens, wohin sich viele der Khabour-Christen geflüchtet hatten, zu erpressen versucht, für jeden dort noch lebenden Assyryer 100.000 Euro zu bezahlen. Das wären ca. 23 Millionen.

Warum schaut der Westen diesem Treiben im Grunde immer noch tatenlos zu? Ist es die immer mehr auch bei uns sich ausbreitende, schleichende Feindschaft gegen das Christentum?

Das Leid der Assyryer schreit laut zum Himmel! Aber um auch einem Teil der Politik Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muss man gerade aus dem Saarland Positives berichten.

Ein großer Teil der Assyryer lebt heute in Deutschland. Da diese Menschen seit 3000 Jahren vertrieben und verfolgt sind, sind sie gewöhnt, sich ganz und gar selbst zu versorgen. Sie sind die orientalischen Migranten, die am wenigsten unser Sozialsystem belasten wollen, sondern so schnell wie möglich sich integrieren wollen und ihr Brot ganz selbst zu verdienen. Da sie immer alleine standen, verfügen die meisten unter ihnen über enorme Fertigkeiten, die sie schon als Jugendliche in die Lage versetzten, einen erheblichen Beitrag zur Existenz ihres Volkes zu leisten. Sie sind bienenfleißig aber arm wie die Kirchenmäuse. Wir sollten sie nach allen nur möglichen Kräften unterstützen und sie besonders bei uns willkommen heißen. Leider werden sie auch bei uns wie andere orientalische Christen in den Aufnahmelagern von kleinen Cliquen muslimischer Migranten drangsaliert und angegriffen.

Das geistliche Zentrum der assyrischen Christen ist in Wiesbaden. Ein weiteres Zentrum eines assyrischen Kulturvereines liegt in Saarlouis im Saarland, das von Charli Kanoun geleitet wird und das die 400 im Saarland lebenden Assyryer betreut. Herr Kanoun ist unermüdlich für die Sache seiner Landsleute unterwegs und zwar durchaus mit Erfolg. Er war bei der Bundeskanzlerin hat die Zustimmung zur Unterstützung seiner Anliegen des Bischofs von Trier und des evangelischen Superintendenten in Saarbrücken erreicht und hat mit der saarländischen Landesregierung verhandelt und war Gast im Innenausschuss des saarländischen Landtags, wo ihm alle Fraktionen Unterstützung zugesagt haben. Die Landesregierung hat beschlossen, alle 23 schwer traumatisierten Assyryer, die in der Gewalt von IS waren und Schreckliches erlebt haben, im Saarland aufzunehmen, wofür ihr die Assyryer unendlich dankbar sind.

Vor allem der Generalsekretär der saarländischen CDU, Roland Theiss, ist dieser Sache wegen extra nach Berlin gefahren, um im Kanzleramt die Anliegen der assyrischen Christen vorzutragen. Was sind nun ihre Anliegen und Ziele?

Sie wollen sich so schnell wie möglich integrieren und sich ganz in den deutschen Staat einbringen ohne aber ihre Sprache, Kultur und ihre Identität zu verlieren. Ihre Messen halten sie in der aramäischen Sprache, in der Sprache, in der Jesus gesprochen hat. Es ist sehr bewegend, eine heilige Messe in der Sprache Jesu mitzuerleben. In Saarlouis hat die Petrus-Bruderschaft ihre Kirche St. Canisius dafür zur Verfügung gestellt.

Der Kulturverein will die Begegnung zwischen den assyrischen Christen ermöglichen und ihre Tradition bewahren.

Er fördert den Kontakt zu den deutschen Mitbürgern. Er leistet gegenseitige Hilfe bei Fragen und Problemen (Hilfe bei Übersetzungen, Schulbesuchen und zum Verständnis der deutschen Kultur usw.).

Aber er hilft auch bei der Einreise von gefährdeten Familienangehörigen. Dabei ist „Charli's Liste“ im Saarland ein fester Begriff.

Es gibt noch viele Probleme zu bewältigen.

Bitte helfen Sie unseren assyrischen Schwestern und Brüdern. Jeder von ihnen weint um dahingemordete oder vermisste oder noch dem Terror ausgesetzte Angehörige.

Dr. phil. Michael Schneider-Flagmeyer (Foto) ist Gründungsmitglied des Forums Deutschen Katholiken. Weitere Informationen siehe Eintrag auf kathpedia.

29. Mai 2015, 10:33 Uhr

Religionsstreit an bayerischer Schule

"Atheisten sind dumm"

Von Bernd Kramer

Ein Schulleiter will eine staatliche Realschule bei München auf streng christlichen Kurs bringen: Er hängt Kreuze in die Klassen und möchte tägliche Gebete einführen. Laut Gesetz darf er das - doch Eltern und Schüler wehren sich.

Die Aussage soll in einer Vertretungsstunde in der 10e gefallen sein. Der Schulleiter der Realschule Geretsried betrat die Klasse. Es sollte, so schildert es ein Lehrer der Schule, ein Gebet gesprochen werden, einige Schüler wollten aber offenbar nicht. Eine Diskussion entspann sich. Am Ende sagte der Schulleiter den Satz, der Lehrer, Eltern, Schüler aufregt: "Atheisten sind dumm."

Nicht alle Schüler der Schule sind getauft. Einige Lehrer glauben nicht an Gott, etwa der Biologielehrer der 10e; die Schüler wissen davon. Sagt der Rektor also, dass an der Schule dumme Lehrer unterrichten? Dass man glauben muss, um an dieser bayerischen Schule klug zu werden?

In Geretsried geht es längst um Grundsätzliches: Wie viel Religion darf es an einer staatlichen Schule geben?

Seit Oktober 2013 ist der Realschulleiter im Nebenjob Diakon, ein kirchlicher Gemeindehelfer, vom Bischof im Augsburger Dom durch Handauflegen zu geistlicher Tätigkeit ermächtigt. Eltern und Lehrer, mit denen man spricht, beschreiben den Rektor als missionarisch. Ein Vater erzählt, der Schulleiter habe seine Tochter ungefragt gesegnet, als sie mit einem Lutscher im Mund während der Fastenzeit im Schulsekretariat auftauchte. "Man kann nicht an einer staatlichen Schule seine persönliche Glaubensrichtung durchsetzen", findet Peter Schneider, der ehemalige Vorsitzender des Elternbeirates.

"Ich muss das nicht begründen, weil es so in der Bibel steht"

Sind Atheisten dumm? Im November 2014, kurz nach der Vertretungsstunde, kommt der Rektor mit dem Nebenjob als Diakon bei der heiligen römisch-katholischen Kirche noch einmal in die 10e. Er will "Missverständnisse" klären. Doch die Stunde eskaliert.

Der Rektor verteilt einen Artikel von der erzkatholischen Nachrichtenseite kath.net, den die Schüler lesen sollen. Ein Wiener Geistlicher argumentiert in dem Text auf verschwurbelte Art, warum es durchaus legitim sei, Atheisten als dumm zu bezeichnen: Atheisten benähmen sich wie Krebskranke, die freudestrahlend verkünden, dass es keine Therapie für sie gäbe, steht in dem Text.

Ebenso verworren verläuft die anschließende Diskussion mit der Klasse. Der Schulleiter will darlegen, warum er das eine sagt, ohne das andere zu meinen. Warum er Atheisten zwar für dumm hält, damit aber keine atheistischen Kollegen für dumm erklärt haben will.

Er schreibt an die Tafel: "Atheisten sind dumm." Darunter: "Ich wage es nicht, jemanden dumm zu nennen." Das Wort "jemanden" wird unterstrichen.

"Das sind zwei Aussagen, die gegeneinander stehen", sagt eine Schülerin.

"Okay", erwidert der Rektor.

"Wir sagen, die Aussagen widersprechen sich, und Sie sagen 'Okay'?"

"Ich muss das nicht begründen, weil es so in der Bibel steht." Er erwarte so viel Toleranz von der Klasse, dass er aus der Bibel zitieren dürfe.

"Was würden Sie sagen, wenn jemand sagt, Christen oder Katholiken sind dumm?"

"Dann würde ich sagen: Stimmt. Christen sind oft die Dummen. Zum Beispiel die Christen in Syrien."

Wörtlich steht der Dialog in einem Protokoll, das eine Vertrauenslehrerin während der Stunde anfertigte. Der Schulleiter hat es unterschrieben.

Ehrfurcht vor Gott - im Freistaat ein Bildungsziel

Man würde gern mit ihm selbst darüber sprechen, wie er seine Rolle als Geistlicher in einer staatlichen Schule sieht. Doch an der Schule erreicht man ihn nicht, auf E-Mails reagiert er nicht. Ruft man zu Hause an, hebt die Frau ab und sagt, dass es keine Interviews gibt. Dann legt sie auf. Über Gott diskutiert man nicht.

Der Atheismus-Streit ist nicht der erste Fall, in dem der Rektor mit seinen religiösen Ansichten aneckte. Als er seinen Dienst an der Schule antrat, so vertraute der Pädagoge mit geistlicher Zusatzqualifikation einmal einem Lokalreporter an, habe er sich gewundert, dass in den Klassen keine Kreuze hängen. Das wollte er ändern. Viele Lehrer sahen den Vorstoß für mehr christliche Symbolik kritisch, die Schülerschaft sei zu heterogen, die Tradition der Schule eine andere. Doch der Rektor konterte - mit der bayerischen Verfassung. Darin heißt es, Artikel 131, Absatz 2: "Ehrfurcht vor Gott" sei eines der obersten Bildungsziele im Freistaat. Also auch an dieser Schule. Auf einem Adventsbasar in der Pausenhalle segnete der Rektor, gekleidet in sakrale Tracht, die Kreuze. Eine eigenartige Zeremonie sei das gewesen, sagen einige, die dabei waren. Schüler liefen durcheinander, kaum jemand hörte zu, Jugendliche bekamen Weihwasserspritzer ab. "Nur die wenigsten Schüler und Eltern schenken der 15-minütigen Segnungs-Zeremonie durchgehend ihre Aufmerksamkeit", notiert ein Lokalreporter lakonisch. Seither hängen die Kreuze in den Klassen.

Der geweihte Rektor ging noch weiter: Er wollte ein tägliches Gebet für die Schüler einführen. Wieder sah er das Recht auf seiner Seite: In den Schulnachrichten verwies er im Dezember 2014 "aus gegebenem Anlass" auf einen Rundbrief des bayerischen Kultusministeriums von 1987 ("hat bis jetzt Gültigkeit").

Eltern protestieren gegen Schulgebete

Darin heißt es: "Wenn auch die unmittelbare religiöse Unterweisung und die Vermittlung von Glaubensinhalten spezielle Aufgaben des Religionsunterrichts sind, so muss der Verfassungsauftrag der Erziehung zur Ehrfurcht vor Gott (Art. 131 Abs. 2 BV) doch auch im übrigen Unterricht wirksam werden." Und außerdem: "Das Staatsministerium weiß es zu würdigen, dass an vielen Schulen das Schulgebet seit jeher regelmäßig, von Schülern und Lehrern aus eigener Überzeugung bejahte und geübte Praxis ist."

Man mag sich darüber wundern, dass sich die Trennung von Staat und Kirche im bayerischen Schulrecht noch immer nicht durchgesetzt hat. Noch mehr verwundert aber, mit welchem Nachdruck ein Schulleiter die Religion ins Schulleben pressen will.

Auch der Elternbeirat protestierte. "Im Religionsunterricht muss jede/r Schüler/in und jede/r Lehrer/in selber entscheiden können, ob er ein Gebet spricht oder daran teilnimmt. In anderen Fächern ist ein Gebet unerwünscht", schreibt das Gremium dem Rektor. Den Brief ließen sie im Januar in den Schulnachrichten abdrucken, sodass alle ihn lesen können. Die Gebete wurden vorerst nicht eingeführt.

Der Konflikt hat nun offenbar Folgen für die Schule: Der "Münchener Merkur" berichtet, dass laut Kultusministerium die Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr zurückgegangen sind. Das Ministerium hat mittlerweile einen Mediator nach Geretsried geschickt, der die Wogen glätten soll. Gesehen habe man ihn, sagt ein Lehrer, aber nur einmal ganz kurz. Von hinten.

URL:

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/religion-im-unterricht-schulleiter-in-geretsried-bayern-a-1034993.html>

Zwei presbyterianische Pastoren sind im Sudan angeblich aufgrund ihrer Predigten eingesperrt worden. **Es droht ihnen die Todesstrafe aufgrund ihres christlichen Glaubens.**

<http://citizengo.org/de/25238-sudan-keine-Todesstrafe-fuer-unschuldig-inhaftierte-pastoren>

Pastor Yat Michael und Pastor Peter Yein Reith wurden im Dezember 2014 inhaftiert. Pastor Yat Michael weilte zu jener Zeit zusammen mit seiner Frau und seinem kranken Sohn in der Hauptstadt Khartum, um medizinische Hilfe für ihr Kind zu erhalten. Nachdem er bei dieser Gelegenheit am Sonntag, dem 21. Dezember 2014, in einer presbyterianischen Kirche (die kurz davor von sudanesischen "Sicherheitskräften" schwer demoliert wurde) gepredigt hatte, nahmen ihn nach dem Gottesdienst mehrere Mitarbeiter des sudanesischen Geheimdienstes (NISS) ohne nähere Erklärung fest.

Pastor Peter Yein Reith stellte daraufhin Nachforschungen zum Verbleib von Pastor Yat Michael in Khartum an und wurde im Zuge dessen am 11. Januar 2015 festgenommen, nachdem er einen entsprechenden Brief im "Büro für religiöse Angelegenheiten" abgab. Kurz vorher war er telefonisch aufgefordert worden, unverzüglich in den Süd Sudan zurückzukehren. Andernfalls würden seine Frau und sein einjähriger Sohn verhaftet.

<http://citizengo.org/de/25238-sudan-keine-Todesstrafe-fuer-unschuldig-inhaftierte-pastoren>

Lange Zeit gab es keinerlei Informationen über den Verbleib der Beiden, bis am 4. Mai 2015 offiziell Anklage erhoben wurde. Die Beschuldigten werden in acht Punkten angeklagt, darunter Störung des öffentlichen Friedens, Verunglimpfung religiöser Überzeugungen sowie Untergraben der Verfassung und Kriegsführung gegen den Staat. Die beiden letztgenannten Punkte können zur Todesstrafe führen.

Die Gerichtsverhandlung ist dem Vernehmen nach für Montag, den 15. Juni 2015 anberaumt.

<http://citizengo.org/de/25238-sudan-keine-Todesstrafe-fuer-unschuldig-inhaftierte-pastoren>

Pastor Yat Michael und Pastor Peter Yein Reith gehören beide der evangelisch-presbyterianischen Kirche des Süd Sudan an. Vertreter dieser Kirche meinten gegenüber Medien: *"Diese Vorkommnisse sind nichts neues für unsere Gemeinschaft. Die allermeisten unserer Pastoren waren bereits im Gefängnis. Sie wurden geschlagen und gesteinigt. So wollen sie unsere Kirche auslöschen. Wir sind nicht überrascht. Dies ist die Art und Weise, wie sie mit uns umgehen."*

Pastor Michael ist verheiratet und Vater eines 3-jährigen und 1-jährigen Kindes. Pastor Reith ist ebenfalls verheiratet, hat eine 1-jährige Tochter und kümmert sich um ein Waisenhaus im Süd Sudan.

Wir können und müssen jetzt über die UNO und über die Botschafter des Sudan massiven Druck auf die Sudanesische Regierung aufbauen, damit Pastor Michael und Pastor Reith freikommen. Auch Meriam Ibrahim war im Sudan eingesperrt und zum Tode verurteilt. Dank vereintem internationalem Druck (auch mit Hilfe einer CitizenGO-Petition) konnte sie befreit werden. Es war einer der schönen Erfolge von CitizenGO! Jetzt müssen wir gemeinsam für eine Wiederholung dieses Erfolges eintreten...

Mit der Unterzeichnung dieser Petition senden wir gemeinsam ein starkes Zeichen, damit der Sudan das Recht auf Religionsfreiheit, wie in seiner Verfassung festgeschrieben, vollumfänglich achtet und die beiden Pastoren

Yat Michael und Peter Yein Reith nicht zum Tode verurteilt werden und unverzüglich frei kommen!

<http://citizengo.org/de/25238-sudan-keine-Todesstrafe-fuer-unschuldig-inhaftierte-pastoren>

Michael, vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung für die Abwendung der Todesstrafe für die beiden Pastoren, sowie für deren Freilassung, Ihre Ruth Staiger und das ganze Team von CitizenGO

<http://gloria.tv/media/2za93Ge4Aij>

Justizposse: Alfons Adam vom Berufungsgericht verurteilt

Nachrichten 28.5.2015 15:53

Der pensionierte Rechtsanwalt Alfons Adam ist heute am Oberlandesgericht Wien wegen „Herabwürdigung religiöser Lehren“ zu 2700 Euro Strafe (90 Tagsätze zu 30 Euro) verurteilt worden, die Hälfte bedingt auf drei Jahre.

Vorgeschichte

Adam hat im Februar 2012 das Impressum für ein kritisches Flugblatt zum Buddhismus gestellt. Das inkriminierte Flugblatt ist eine doppelte A-4 Seite. Sie wurde anlässlich einer Volksbefragung über den Bau einer buddhistischen „Stupa“ in der niederösterreichischen Ortschaft Gföhl als Postwurf an rund 1600 Haushalte versandt.

Im November 2013 verurteilte das Landgericht in Krems Adam wegen „Verhetzung“ zu 5400 Euro Strafe.

Adam ging in Berufung. Der erste Termin der Berufungsverhandlung am Oberlandesgericht Wien im März 2015 wurde wegen „Erkrankung“ verschoben. Heute, 28. Mai 2015, wurde die rund einstündige Berufungsverhandlung abgehalten.

Alle bisherigen Schriftstücke des Falls sind im Internet abrufbar:

www.provita.at/ohne-meinungsfr...

Ablauf der Berufungsverhandlung

Die Oberstaatsanwältin forderte in einem sehr kurzen Plädoyer das Urteil zu bestätigen und das Strafmaß hinaufzusetzen.

Der Verteidiger legte dar, dass alle Fakten auf dem Flugblatt über den Buddhismus der Wahrheit entsprechen. Andere Bücher über diese Religion würden das gleiche schreiben wie das inkriminierte Flugblatt.

Der Angeklagte habe ein Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Religionsausübung inklusive der Kritik an anderen Religionen.

Ferner verwies der Verteidiger auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“, wo alle Religionen verächtlich gemacht werden. Die Regierungschef Europas seien nach Paris geflogen, um die Toleranz für „Charlie Hebdo“ als europäischen Wert zu bezeugen.

Zudem führe eine Verurteilung Adams zu Rechtsunsicherheit. Es würde völlig unklar, was über Religionsgemeinschaften gesagt werden dürfe und was strafbar sei.

Alfons Adam selbst hielt ein langes Abschlussplädoyer. Er verwies auf den Wahrheitsgehalt der Aussagen im Flugblatt. Seine Verurteilung führe dazu, dass beim Delikt der „Verhetzung“ der Wahrheitsbeweis nicht gelte.

Ferner kritisierte Adam eine Zweiklassen-Justiz. Er habe bei der Staatsanwaltschaft Wien gegen den von Homosexuellen verwendeten Slogan „Christen fisten?“ eine Anzeige wegen Verhetzung und wegen der Blasphemie „Jesus – eine Samenspende aus Dänemark“ eine Anzeige wegen Herabwürdigung religiöser Lehren eingebracht. Diese Anzeige sei von der Staatsanwaltschaft Wien mangels Anfangsverdacht eingestellt worden.

Adams Forderung: „Ich bin nicht Täter, sondern Opfer. Ich bitte nicht um einen Freispruch, sondern ich verlange ihn.“

Urteilsbegründung

Der Senat der drei Richterinnen hat der Berufung des Angeklagten Folge gegeben und das Urteil wegen Verhetzung aufgehoben. Gleichzeitig verurteilte der Dreier-Damen-Senat den Angeklagten wegen Herabwürdigung religiöser Lehren. Das Strafmaß umfasst 90 Tagessätze zu 30 Euro – davon die Hälfte bedingt auf drei Jahre.

Zwischen dem Schuldspruch und der Urteilsbegründung erschall der Volkszorn im Publikum: „Politjustiz“, „Polit-Stalinismus“, „stalinistischer Schauprozess oder was soll das sonst sein“ und „Totengräberei der Demokratie und der Freiheit“.

Die vorsitzende Richterin drohte zweimal, den Saal zu räumen. Die Antwort des Volkes: „Erst sollten Sie hinausgehen.“

In der Urteilsbegründung führte die vorsitzende Richterin aus, dass das Flugblatt die religiösen Gefühle beleidigen könnte. Man habe die religiösen Ansichten anderer zu akzeptieren. Zwischenruf aus dem Volk: „Das macht ihr für Christen auch immer.“

Die Richterin kritisierte das Flugblatt für seine „sehr sehr selektiv wiedergegebenen Äußerungen“ –ohne zu sagen, dass sie unwahr seien. Die auf dem Flugblatt gewählten Zitate lieferten keinen politischen Beitrag zu Debatten innerhalb der Glaubenslehre des Buddhismus

CitizenGO konnte dank Ihrer Hilfe diesen Kongress mitorganisieren, der vom 17. - 19. April 2015 in Madrid stattfand.

Von den Brennpunkten der weltweiten Christenverfolgung kamen hochrangige Vertreter und Würdenträger verschiedener christlicher Glaubensrichtungen. Sie berichteten:

- von den Schrecken und dem Grauen, das Christen in vielen Ländern erleiden...
- von IS- und Dschihad-Terror...
- von Christen, die selbst im Angesicht des Todes ihren Glauben bekennen...
- von den Lebensumständen dieser verfolgten Christen und anderen Minderheiten, die trotz aller Bedrängnis teilweise für ihre Verfolger und Mörder beten...
- vom Umgang Betroffener und Hinterbliebender mit dem Leid...
- von der Situation der in Pakistan zum Tode verurteilten Christin Asia Bibi...
- ...

Auf dem Kongress berichteten und diskutierten in Vorträgen und Podiumsgesprächen:

- **Ignatius Joseph III Younan**, Patriarch von Antiochien und syrisch-chaldäischer Bischof von Beirut (Libanon) sprach über "die Ausrottung der Christen im Nahen Osten". [Video \(engl.\)](#) [Fotos](#)
- **Yousif Thomas Mirkis**, chaldäisch-katholischer Erzbischof von Kirkuk-Sulaimaniya (Irak) berichtete über die Christenverfolgung in Syrien und dem Irak. [Video \(engl.\)](#) [Fotos](#)
- **Bashar Matti Warda**, Erzbischof der chaldäisch-katholischen Erzeparchie Erbil (Autonome Region Kurdistan) beteiligte sich an einem Podiumsgespräch über die Frage der Notwendigkeit einer militärischen Intervention gegen Boko Haram [Video1 \(span.\)](#) [Video2 \(span.\)](#) [Fotos](#)
- **Oliver Dashe Doeme**, römisch-katholischer Bischof von Maiduguri (Nigeria) berichtete über die Christenverfolgung durch Boko Haram in Nigeria [Video](#) [Fotos](#)

- **Joseph Danlami Bagobiri**, römisch-katholischer Bischof von Kafanchan (Nigeria) war u.a. Teilnehmer des Podiumsgesprächs über die Notwendigkeit einer militärischen Intervention gegen Boko Haram (links siehe oben)
- **Angaelos Anba**, Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Großbritannien sprach über die koptischen Märtyrer [Video \(engl.\)](#) [Fotos](#)
- **Luis Montes**, Missionar in Badad legte Zeugnis ab über den priesterlichen Dienst im Irak [Video \(engl.\)](#) [Fotos](#)
- **Rev. Michael**, evangelischer Pastor in Ägypten nahm am Podiumsgespräch zu Boko Haram teil (siehe oben)
- **Rev. Edward Awabdeh**, Oberhaupt der "Evangelical Christian Alliance Church" in Syrien und dem Libanon berichtete über Christen in den vom IS beherrschten Regionen [Video \(engl.\)](#) [Fotos](#)
- **Ashiq Masih**, der Ehemann von Asia Bibi und **Eisham Ashiq**, Tochter von Asia Bibi sprachen über die Situation Asia Bibis und ihrer Familie [Video \(engl.\)](#) [Fotos](#)
- **Die Eltern der vom IS ermordeten US-Amerikanerin Kayla Mueller** waren zu Gast und berichteten [Video \(engl.\)](#) [Fotos](#)
- Die Studentin **Mireille al Farah** erläuterte die Situation junger Christen in Syrien [Video \(span.\)](#) [Fotos](#)
- Der vom Islam zum Christentum konvertierter irakischer Schriftsteller **Joseph Fadelle** berichtete über das Martyrium der konvertierten Muslime [Video \(span.\)](#) [Fotos](#)

Alle Teilnehmer des Kongresses äußerten ihre Dankbarkeit gegenüber der Arbeit von CitizenGO und den Partnerorganisationen. Sie ermunterten und baten die Anwesenden, ihren Einsatz und ihr Engagement mutig und kraftvoll fortzusetzen und bedankten sich vor allem bei Ihnen, Michael, den Unterstützern und Spendern, ohne die dies alles nicht möglich gewesen wäre.

Neben den Vorträgen und Podiumsgesprächen wurde auf dem Kongress "WeAreN2015" auch der von CitizenGO mitproduzierte Dokumentarfilm "Freiheit für Asia Bibi" ([Kurztailler](#) und [Langtrailer](#) - beide mit deutschen Untertiteln) der Öffentlichkeit präsentiert und die "Erklärung von Madrid" verabschiedet.

Michael, der Kongress "WeAreN2015" war ein voller Erfolg. Das Ziel, international Regierungen, Institutionen, Medien und Bürger zu erreichen und Bewusstsein für das Drama, das die bedrängten Christen und andere Minderheiten unter dem Joch des Dihad erleiden, zu schaffen, wurde erreicht. [In 109 Ländern auf den 5 Kontinenten verfolgten insgesamt über 30.000 Menschen die Übertragung der Vorträge und Gesprächsrunden per Livestream in spanischer und englischer Sprache.](#)

Kein Wort über tote Christen

Im Mittelmeer werden immer wieder christliche Bootsflüchtlinge von Muslimen ins Meer geworfen. Doch Europas Medien ignorieren die unglaublichen Vorgänge. 1
VON WOLFRAM WEIMER

Es ist grausam, man bekommt kaum etwas davon mit, und doch kommt es bei der Massenflucht aus Nordafrika nach Europa zu unfassbaren Zwischenfällen, bei

de–nen christliche Flüchtlinge von Muslimen wegen ihres Glau–bens über Bord geworfen werden - damit die anderen besse–re Überlebenschancen haben. Neulich traf es zwölf Christen bei der Überfahrt nach Sizilien, als es auf dem Schlauchboot zu einem Streit um die Wasserreserven gekommen war. In Paler–mo wurden später 15 muslimische Flüchtlinge aus Schwarzafri–ka festgenommen. Sie kom–men nun wegen „mehrfachen Totschlags erschwert durch religiösen Hass" vor Gericht. Doch liest man davon etwas in europäischen Medien? Kaum. Wenn das umgekehrt Musli–men auch nur einmal durch Christen geschähe - es wäre der Skandal des Jahres.

Auch die Polizei in Spanien hat zwei Schleuser wegen des Verdachts auf mehrfachen Totschlag festgenommen. Die beiden Männer aus Kamerun sollen während eines Sturms in der Straße von Gibraltar alle christlichen Flüchtlinge von Bord geworfen haben –angeblich aus Angst, dass die–se Unglück bringen könnten.

Das Wegsehen und Ver–schweigen der Medien hat Sys–tem. Dabei sind die Berichte von Kirchen und Menschen–rechtsgruppen alarmierend: Christenverfolgungen im isla–mischen Raum nehmen dra–matisch zu. Immer rücksichts–loser werden Christen drangsa–liert, enteignet, gefoltert, um–gebracht. Die Massaker der Ter–rormiliz Islamischer Staat sind nur die Spitze des Eisbergs.

Die gesamte Kulturgrenze zwischen dem muslimischen Nor–den Afrikas und dem eher christlichen Süden wird blutiger. Ke–nia sieht sich Angriffen von muslimischen Terrorgruppen aus Somalia ausgesetzt, der Krieg in Mali ist ein Brennpunkt der religiösen Gewalt, die von Somalia im Osten bis in den Sene–gal nach Westen reicht. Dauerterror herrscht mittlerweile in Nigeria. Dort werden Menschen täglich von der islamistischen Terrororganisation Boko Haram gejagt, verfolgt und getötet, nur weil sie Christen sind. Nun ist auch die Zentralafrikanische Republik betroffen. Dort sickern islamistische Kämpfer aus dem Tschad und Sudan ein und terrorisieren die christliche Bevöl–kerung. Christliche Dörfer und Kirchen werden von den Milizen geplündert, Frauen drohen systematische Vergewaltigungen. Es kommt zu flächendeckenden Serienmorden. Das Gebiet rund um die Kathedrale von Bangui ist ein „killing field" der Gegen–wart geworden.

Wo bleibt der Aufschrei?

Christen sind die Religionsgruppe, die weltweit am meisten der Verfolgung ausgesetzt ist. Erschütternd ist allein das schiere Ausmaß. 50.000 bis 100.000 Christen werden angeblich je–des Jahr wegen ihres Glaubens getötet. Letztere Zahl nannte der Ständige Vertreter des Vatikans beim Büro der Vereinten Nationen, Silvano Maria Tomasi, vor einer UN-Sitzung in Genf. Andere geben noch höhere Zahlen an. So gehen etwa die bei–den amerikanischen Sozio–logen Brian J. Grim und Ro–ger Finke in einer Studie von 130.000 bis 170.000 aus Glau–bensgründen getöteten Chris–ten pro Jahr aus.

Die Zahlen sind unscharf und umstritten, je nachdem wie viele Bürgerkriegskon–flikte in Afrika man als reli–giös motiviert einstuft oder eben nicht. Doch der Trend ist eindeutig. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in ei–ner Studie festgestellt: In 102 von 198 untersuchten Län–dern werden Christen be–drängt oder verfolgt. Der Schrei der Gequälten reicht inzwischen über den halben Erdball. Millionen von Chris–ten leben in akuter Angst. Doch kümmert sich irgendwer darum? Wo bleibt das interna–tionale Hilfsprogramm?

In Europa nimmt man die Massengrausamkeit mit bla-sierter Gleichgültigkeit hin, als ginge es um irgendein Unglück in der Savanne. Der alte Kontinent schaut gezielt weg. Wo ist das Mitleid hin? Wo kämpft die Frauenbewegung gegen Massenvergewaltigungen, gegen die systematische Entmündigung von Frauen im arabischen Raum, gegen die Geschlechter-Apartheid unserer Zeit? Die Medien tun sich schwer, auch nur über die erschreckenden Fakten zu berichten, weil sie fürchten, die wachsenden anti-islamischen Ressentiments zu verstärken. Das himmelschreiende Leid der Christen wird daher weithin verschwiegen.

Die Strategie des Wegschauens wird uns freilich einholen, weil sie die moralische Integrität des Westens untergräbt: Eine mitfühlende Kultur würde hinschauen, trauern, helfen. Eine stolze Kultur würde protestieren und Widerstand leisten. Jede starke Kultur würde eingreifen und schützen. Europa schaltet hingegen auf den Passivmodus. Zigtausende getöteter Christen pro Jahr sind Völkermord, historisches Unrecht, ein globaler Skandal der Gegenwart. Und ein Angriff auf die gemeinsame Humanität aller Religionen. zu

3/2015 pro IChristliches Medienmagazin 29

26.06.15

wolfram.weimer@weimermedia.de

Sehr geehrter Herr Weimer,

zu Ihrem hervorragenden Artikel in PRO 3/2015 zur weltweiten Christenverfolgung lasse ich Ihnen im folgenden Text und in den Anhängen Daten zukommen, die den ISLAM GENAUSO WIE DEN ISLAMISMUS religionspsychopathologisch als DAS BÖSE AN SICH, christlich als den ANTICHRISTEN erweisen:

KURIER DER CHRISTLICHEN MITTE 6/2015,1

Verbotene Freiheit

Der französische Film „Der Apostel“ darf in Frankreich nicht mehr gezeigt werden. Er schildert das Leben eines Muslim, der Imam werden will, statt dessen aber Christ wird.

Als der Film im Oktober 2014 anlauft, findet er öffentlich Zustimmung. Jetzt überwiegt die Angst vor Anschlägen auf Kinos. Was zeigt der Film?

Ein Pfarrer vergibt dem Mörder seiner Schwester. Das beeindruckt einen Muslim. Als er den Priester während einer — aus Höflichkeit besuchten — Taufe wiedertrifft, fühlt der Muslim sich angesprochen vom GOTT des Friedens. Er führt Glaubensgespräche und wird bedroht. Eine Selbsthilfe-Gruppe von Konvertiten steht ihm bei. „Respektiert den Andersdenkenden!“ fordert der Film, der vor seinem Verbot Auszeichnungen gewonnen hat. (07)

PS Der Film „Allah schütze Frankreich“, der zeigt, wie ein Jugendlicher zum Islam konvertiert, läuft weiter in Frankreichs Kinos.

<http://www.pi-news.net/2015/06/sabatina-james-hoffnungstraegerin-2015/#more-467402>

Sabatina James „Hoffnungsträgerin 2015“

sabatina_1 Sabatina James (Foto mit Pfarrer Steffen Kern, Vorsitzender der Apis) bekam vergangenen Freitag, 26.6.2015 den „Hoffnungsträgerpreis“ verliehen. Der mit 5000 Euro dotierte Preis wurde der Ex-Muslimin und jetzigen Christin, Menschenrechtlerin und Islamkritikerin im konservativ-christlich-pietistischen Zentrum Schönblick im baden-württembergischen Schwäbisch Gmünd vor einem Publikum von mehr als 500 Personen überreicht.

Kauder warnt vor islamischer Parallelgesellschaft

Die Laudatio sprach der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im deutschen Bundestag, Volker Kauder. Er fand deutliche und ermutigende Worte für Sabatina James. Unter anderem lobte er ihre aufklärerische und kritische Auseinandersetzung mit dem Koran. PI-Lesern ist Sabatina James unter anderem über Al-Hayat TV und dessen Serie Islam-Analyse bekannt.

Idea berichtet:

Sabatina öffnet uns die Augen für Probleme, die wir nicht sehen wollen oder übersehen“, sagte Kauder im Blick auf eine islamische Parallelgesellschaft in Deutschland. Sabatina zeige mit ihrem Leben auch, wie der christliche Glaube einen Menschen verändere und zum Engagement für eine menschenwürdige Gesellschaft motiviere. Wie gefährlich solch ein Engagement ist, zeigten nicht nur die gegen sie gerichteten Morddrohungen, sondern auch Vorfälle in Pakistan. Mehrere Parlamentsabgeordnete seien ermordet worden, weil sie sich für Religionsfreiheit eingesetzt hatten. Andere mutige Männer hätten gegen die ungerechte Verurteilung der Katholikin Asia Bibi, der wegen ihres Glaubens der Tod durch den Strang droht, protestiert und seien ebenfalls umgebracht worden. Kauder würdigte Sabatina mit den Worten: „Menschen wie Sie sind nicht nur ein Segen, sondern eine Hoffnung. Dass es Sie gibt, ist ein wunderbarer Beweis für die Nähe Gottes.“

Die ehemalige Muslimin, die sich als Jugendliche dem Christentum zuwandte, sei eine Botschafterin der Religionsfreiheit und des Rechts auf Religionswechsel, sagte der Vorsitzende der Apis, Pfarrer Steffen Kern (Walddorfhäslach bei Reutlingen).

Wer wie sie trotz Morddrohungen nicht schweige, sondern am christlichen Glauben festhalte, werde zu Recht eine Hoffnungsträgerin genannt. Die heute 32 Jahre alte Frau wuchs in Pakistan auf und kam als Zehnjährige mit ihrer Mutter nach Österreich, wo ihr Vater bereits arbeitete. Er wollte sie mit einem Cousin verheiraten, der sie wiederholt sexuell missbrauchte. Sie tauchte unter und entschied sich mit 18 Jahren für den christlichen Glauben. Ihre eigene Familie bedrohte die Konvertitin daraufhin mit dem Tod. Seit 2004 lebt sie in einem Opferschutzprogramm der Polizei. Sie gründete 2006 das Hilfswerk „Sabatina“, das zwangsverheirateten und unterdrückten

muslimischen Frauen beisteht. Es gewährt den Opfern Zuflucht, Rechtsbeistand und psychosoziale Hilfe.

Sichtlich bewegt nahm Sabatina James die Ehrung unter stehenden Ovationen des Publikums entgegen.

Im Anschluss sprach James in ihrer Dankesrede in gewohnt deutlicher Sprache zu den Anwesenden, darunter einer der Bürgermeister von Schwäbisch Gmünd, der CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger und hohe Kirchenvertreter.

Sie kritisierte eine Wohlfühlgesellschaft, die statt auf Wahrheit auf Beliebigkeit und Gefühlsbefriedigung setze.

„Keiner fragt nach Gottes Willen, sondern danach, wie man am besten seinen eigenen Willen befriedigt.“ Christen seien aber nicht auf der Welt, um Spaß zu haben, sondern um Jesus Christus nachzufolgen. Sie selbst habe deswegen ihre Familie und ihre Heimat aufgegeben. Gefunden habe sie einen inneren Frieden, „der größer ist als alles, was die Welt bieten kann“.

Die Spenden des Abends waren für Sabatina e.V bestimmt.

Über 3500 Frauen werden allein in Deutschland jedes Jahr zwangsverheiratet. Diese Frauen aus ihren „Gefängnissen“ zu befreien und in ein selbstbestimmtes Leben zu begleiten ist alle Ehre wert.

info@steffen-kern.de

29.06.15

Sehr geehrter Herr Kern,

zu Ihrer Preisverleihung an Sabatini lasse ich Ihnen im folgenden Text und in den Anhängen Daten zukommen, die den ISLAM GENAU SO WIE DEN ISLAMISMUS religionspsychopathologisch als DAS BÖSE AN SICH, christlich als den ANTICHRISTEN erweisen:

3.7.15

Liebe Freunde der PRO BEWEGUNG,

die Anpassung der beiden großen Kirchen – allerdings auch des weiter unten sich beklagenden Kolpingwerks – an den „Zeitgeist“ hilft ihnen offenbar nichts. Statt weinerlich zu fordern, daß „religiöse Gefühle gläubiger Menschen“ nicht verletzt werden dürfen – man bedenke, was das für Möglichkeiten zur Unterdrückung der Aufklärung über den Islam bedeuten würde –, wäre vielleicht insgesamt eine mehr kämpferische Haltung hilfreich.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Christoph Heger

„ARD und ZDF machen Kirchen lächerlich“

Das katholische Kolpingwerk hat die Kontrollgremien von ARD und ZDF aufgefordert, einen „aufmerksamen Blick“ auf die Darstellung von Religion und Kirche im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu werfen. Besonders die katholische Kirche sei von unfairen Beiträgen betroffen.

Der Bundesvorsitzende des Kolpingwerkes THOMAS DÖRFLINGER kritisiert in einem offenen Brief, dass die christlichen Kirchen in öffentlich-rechtlichen Medien mehr und mehr „der Lächerlichkeit preisgegeben werden“. Besonders hart treffe es die katholische Kirche. Der Brief richtet sich an die Mitglieder der Gremien von ARD und ZDF. Der Verband fordert darin mehr „Fairness“ – und ein Ende von „verletzender Satire“. Mit KURT TUCHOLSKY gesprochen dürfe Satire prinzipiell „alles“. „Wir vertreten aber gleichfalls die Auffassung, dass die Satire dort ihre Grenzen finden muss, wo die religiösen Gefühle gläubiger Menschen verletzt sind“, schreibt DÖRFLINGER.

Keine Zurückhaltung, sondern Fairness

Sein Verband registrierte mit Sorge, „dass sich in öffentlich-rechtlichen Medien die Beiträge häufen, die die christlichen Kirchen im Allgemeinen und die katholische Kirche im Besonderen der Lächerlichkeit“ preisgegeben würden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk genieße aus „mehreren, guten Gründen einen hohen Stellenwert in der deutschen Medienlandschaft“.

Auch die Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften mahnten häufig zu einer zurückhaltenden Berichterstattung. „Christen beider Konfessionen fordern für ihre Religion keine Zurückhaltung, sondern lediglich Fairness – hoffentlich auch hier mit Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter der öffentlich-rechtlichen Medien“, ergänzt DÖRFLINGER.

„Lachen, statt rumhängen“

Spott und Satire seien aber auch bei privaten Unterhaltungsmedien üblich. So hatte der Sender MTV mit dem Spruch „Lachen, statt rumhängen“ für seine Serie „Popetown“ geworben. Abgebildet war dort ein lachender JESUS im Fernsehsessel und im Hintergrund ein leeres Kreuz. Vergangenes Jahr hatte die Komikerin CAROLIN KEBEKUS bei vielen Katholiken für Empörung gesorgt. Der WDR verzichtet auf die Ausstrahlung eines im Vorfeld kritisierten Musikvideos der Komikerin beim Sender Einsfestival. In dem Clip verspottet sie die Kirche und leckt über ein Kruzifix. Die Künstlerin warf dem Sender mit deftigen Worten Zensur vor.

Das Kolpingwerk ist ein internationaler katholischer Sozialverband mit Sitz in Köln. Benannt nach seinem Gründer ADOLPH KOLPING hat er ungefähr 450.000 Mitglieder. Er sieht seine Arbeit vor allem als Anwalt der Familien. In Deutschland gibt es 260 Kolpinghäuser und weitere 200 Einrichtungen des Kolping-Bildungswerkes. (pro)

<http://www.pro-medienmagazin.de/fernsehen/detailansicht/aktuell/ard-und-zdf-machen-kirchen-laecherlich-88231/>

<http://www.pi-news.net/2015/07/freiburg-konradsblatt-stellt-konservative-christen-unter-extremismus-verdacht/#more-468071>

Freiburg: „Konradsblatt“ stellt konservative Christen unter Extremismus-Verdacht
kreuzUnter dem Titel „Erschreckende Verbindungen“ schlägt das „Konradsblatt“, die katholische Kirchenzeitung für das Erzbistum Freiburg, jetzt regelrecht Alarm: Es geht – wie könnte es anders sein – um die angeblich so innigen Kontakte zwischen konservativen Christen und „rechtsextremen“ Gruppierungen. Oho, da hätte man gerne Roß und Reiter gewußt, doch das Bistumsblatt verweigert klare und konkrete Auskünfte. Stattdessen bewegen sich die Vorwürfe, die in der aktuellen Ausgabe (Nr. 25/2015) ausgiebig ausgewalzt werden, in wolkigen, schein-akademischen

Schlaumeiereien, die betont abstrakt und soziologisch gestelzt präsentiert werden, um den Anschein wohlfeiler Wissenschaftlichkeit zu erwecken.

(Von Felizitas Küble)

Dabei geraten nicht etwa nur vermeintlich "rechtskatholische" Kreise ins Visier der Faschistenkeule bzw. linken Gedankenpolizei, sondern auch sogenannte "Rechts-Evangelikale".

imageDas zweiseitige Interview ist leider online nicht zugänglich, liegt uns aber aus der Print-Ausgabe vor (siehe hier das Foto der Interview-Seite 24). Der Text besteht aus einer Einführung der Konradsblatt-Redaktion und einem Gespräch mit Sonja Angelika Strube, ihres Zeichens Privatdozentin an der "interdisziplinären Forschungsgruppe "Frieden, Religion, Bildung" (Uni Osnabrück). Die katholische Rechtsextremismus-"Expertin" hat unlängst ein Buch mit dem Titel "Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie" beim Herder-Verlag herausgebracht. Auf ein Werk, das sich mit dem "Linksextremismus als Herausforderung...." befaßt, werden wir wohl noch lange warten müssen, falls es überhaupt je erscheint....

"Christen und rechte Ideologie" im Visier

Mit der katholischen Theologin Strube führte die Redaktion also ein "Gespräch über Christen und rechte Ideologie", wie es eingangs vielsagend heißt.

Die Dame zeigt sich "schockiert" darüber, daß "sich christlich verstehende Internetseiten" Kontakte pflegen zu Medien der "intellektuellen Neuen Rechten" sowie zu "extrem islamfeindlichen Medien."

Sodann weiß die Buchautorin zu berichten, daß "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (!) sowie "rechtsextreme Einstellungen" unter Christen sogar "etwas überdurchschnittlich verbreitet" seien, wie "verschiedene Studien" angeblich herausgefunden hätten.

Merkwürdigerweise weiß man aus der breitflächig angelegten KFN-Studie von Prof. Dr. Christian Pfeiffer (dem früheren SPD-Minister) genau das Gegenteil: Je frommer, je religiöser junge Christen denken, desto friedlicher und toleranter sind sie eingestellt.

Übrigens ergab sich bei jungen Muslimen das genaue Gegenteil: Je religiöser, desto aggressiver die jeweiligen Ansichten, desto gewaltbereiter die Personen insgesamt! (Näheres dazu im ZDF-Portal)

Aber vielleicht befaßt sich Frau Strube lieber nur mit jenen Studien, die ihr eigenes Weltbild zu bestätigen scheinen?

Außerdem läßt sie uns gerne an ihrem weiteren Wissen teilhaben: "Aktuell lässt sich eine Zusammenarbeit zwischen rechtschristlichen und politischen rechten Gruppierungen besonders deutlich bei den Themenbereichen Islam, Christenverfolgungen und Familie feststellen."

Aber sicher doch: Wer sich mit derart verdächtigen "Themenbereichen" befaßt, sollte genauer unter die Lupe der roten Oberaufseher genommen werden, damit solche Pfui-Themen ausgegrenzt und zukünftig alles mit rechten – äh: linken! – Dingen zugeht.

"Christen sind nicht nur Verfolgungsopfer"

"Islamfeindliche Gruppen erwecken", so behauptet die Theologin munter weiter, "den Eindruck, Christen wären immer nur Verfolgungsopfer, nie Täter, und sie würden ausschließlich durch Muslime verfolgt. Beides stimmt nicht mit den weltweiten Realitäten überein."

Leider versäumt es die Autorin, ihren Lesern zu erklären, wie die "weltweiten Realitäten" aus ihrer speziellen Sicht aussehen – und wo die Christen denn bittschön als "Täter" agieren. Die Redaktion des "Konradsblatts" hält es auch nicht für nötig, hierbei nachzufragen, sondern stellt dieser Dame eine Gefälligkeitsfrage nach der anderen!

Abgesehen davon ist es schlicht Unsinn, "islamfeindlichen Gruppen" die Behauptung zu unterstellen, Christen würden "ausschließlich" durch Muslime verfolgt. Gerade in islamkritischen Kreisen wird die Verfolgung von Christen in kommunistischen Staaten wie Nordkorea oder Rot-China ebenfalls häufig thematisiert (von Frau Strube freilich mit keinem einzigen Wort).

Einsatz für Familienwerte macht verdächtig

Auch das Eintreten für klassische Vorstellungen von Ehe und Familie ist Frau Strube nicht geheuer: "Beim Themenfeld "Familie" treffen sich konservative Christen und rechte Gruppen inhaltlich im Kampf für ein enges traditionelles Familienverständnis."

Sodann wirft die Autorin diesen familienbewegten Christen ein "bestimmtes, enges Verständnis von Schöpfungsordnung" vor, ohne dem geneigten Publikum zu erläutern, wie sie sich selber die angeblich richtigere Sicht dieser Schöpfungsordnung vorstellt...

Auf die besorgte Frage des "Konradsblattes", welche "christlichen Kreise" denn in einem besonderen Maße "gefährdet" (!) seien, weiß die Interviewte zu berichten:

"Grundsätzlich sind es Menschen, die besonders rigide Frömmigkeitsstile pflegen, strenge Regeln einhalten bzw. von anderen deren Einhaltung fordern."

Ähnlich bedroht von rechtsextremer Einstellung sind laut Strube zudem jene Menschen, "die sehr überzeugt davon sind, dass ihre eigenen Glaubensvorstellungen die einzig wahren sind".

Unsereins hätte gerne gewußt, wie diese Theologin denn die offensichtliche Tatsache beurteilt, daß Christus einen klaren Wahrheitsanspruch verkündete, ja sogar rundweg erklärte: "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben." – Das Johannesevangelium berichtet, daß der Erlöser dieser "rigiden" Äußerung gar noch die gewiß "fundamentalistische" Bemerkung hinzufügte: "Niemand kommt zum Vater außer durch mich."

Ob ER und seine Apostel, welche diese Botschaft des HERRN unter Einsatz ihres Lebens verkündeten, aus der Sicht dieser Dame wohl in besonderem Maße "gefährdet" und daher mindestens therapiebedürftig waren?

Felizitas Küble leitet den KOMM-MIT-Jugend-Verlag und das Christoferuswerk in Münster, das dieses CHRISTLICHE FORUM betreibt.

3.7.15

nientiedt@konradsblatt.de

Geehrte Damen und Herren,

Sie sollten sich schämen, mit der religionspsycho(patho)logisch völlig naiven Frau Strube ein solches politisch korrektes Schubladendenken-Interview zu führen. Diese Dame sollte sofort aus allen christlichen Ämtern und Aufgaben entlassen werden. Zur Korrektur des Unwissen von Frau Strube zum Thema Islam lasse ich Ihnen im folgenden Text und in den Anhängen Daten zukommen, die DEN AUF DEM KORAN

BASIERENDEN ISLAM GENAU SO WIE DEN ISLAMISMUS religionspsychopathologisch als eine hochpathologische (kranke und krankmachende) Religion erweisen.

<http://www.pi-news.net/2015/07/kauder-sieht-keine-islamisierung-deutschlands/#more-469236>

Viel Kauderwelsch bei „60 Jahre Open Doors“

Open Doors setzt sich weltweit für verfolgte Christen ein. Einer der Fürsprecher und Unterstützer ist seit Jahren der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder (kl. Foto). Vergangenes Wochenende sprach er ein Grußwort auf dem [Open Doors Tag 2015](#), der von mehreren tausend Menschen in der dm-Arena in Karlsruhe besucht wurde.

Kauder bestärkte Open Doors in seinem Auftrag und Dienst für Christen in Verfolgung, weiter aktiv zu sein. Das [pro-Medienmagazin zitiert](#) den Politiker dazu:

*Durch die Kontakte von Open Doors vor Ort könne er sich als Politiker ein persönliches Bild von der Christenverfolgung in den betroffenen Ländern machen. Er könne Menschen treffen, „die sich sonst nicht trauen würden, mit Offiziellen zu sprechen“. In diesen Ländern „erlebe ich eine Glaubensstärke, die ich hier in Deutschland nicht erlebe“, sagte Kauder. Für verfolgte Christen sei es sehr bedeutend zu wissen, dass sie nicht alleine ständen. Der Politiker forderte deshalb dazu auf, sich auch in westlichen Ländern wie Deutschland noch stärker für sie einzusetzen. „**Mancher befürchtet eine Islamisierung unseres Landes. Die befürchte ich nicht.** Ich befürchte eine „Entchristlichung“, sagte Kauder. Er rief deshalb dazu auf, „fröhliche Mutmacher“ zu sein.*

Kauder ist der Inhalt des Korans bewusst. Auch und gerade die zerstörerische Kraft, die tagtäglich so viele Moslems zu Tätern macht. Erst kürzlich bestärkte er Sabatina James bei der Verleihung des Preises „Hoffnungsträgerin 2015“ in Schwäbisch Gmünd ([PI berichtete](#)). Dort lobte er ihre aufklärerische und kritische Auseinandersetzung mit dem Koran. „Sabatina öffnet uns die Augen für Probleme, die wir nicht sehen wollen oder übersehen“, sagte Kauder noch vor zwei Wochen im Blick auf eine islamische Parallelgesellschaft in Deutschland.

Keine Islamisierung?

Sicher hat Kauder recht, wenn er von einer „Entchristlichung“ spricht und dazu aufruft „fröhliche Mutmacher“ zu sein. Das darf uns aber nicht den Blick auf eine unangenehme Wirklichkeit vernebeln, die sich mitten unter uns zusehends ausbreitet. Würden die etablierten Parteien beispielsweise die dringend notwendige Diskussion über die Folgen der „Flüchtlings“-Politik nicht mit einem neuzeitlichen Hexenhammer belegen, wären Blick und Erkenntnis klarer. **Mindestens 2/3 aller „Flüchtlinge“ sind Moslems und die Zahlen steigen jedes Jahr weiter. Die Geburtenrate unter den Moslems ist sehr viel höher als im Rest der Bevölkerung. Zudem wird unter Moslems früher geheiratet, was zur Folge hat, dass auch früher mit dem Kinderkriegen begonnen wird.**

Konkret heißt das, im gleichen Zeitraum, in dem Deutsche vier Generationen „produzieren“, sind es bei Moslems fünf oder mehr. Viele Moslems kommen auch ganz legal über den Familiennachzug oder über legale Einwanderung nach Deutschland. Auch die Missionstätigkeit ist nicht zu unterschätzen. Gerade die radikalen Strömungen sind besonders in den Ballungsgebieten aber auch in Gefängnissen sehr erfolgreich. Moslemische Kindergärten, Schulen, Altenheime, Banken und vieles mehr, sprießen jedes Jahr wie Pilze aus dem Boden. Moscheen werden in großer Anzahl zunehmend auch in innerstädtischen Lagen eröffnet. Halal-Kost breitet sich immer mehr aus, auch in öffentlichen Einrichtungen. Nicht zu vergessen, dass sich zudem immer mehr Moslems radikalisieren, was sich im Straßenbild beispielsweise durch die gewachsene Zahl Kopftuchtragender Moslems zeigt. Tagtäglich können Leser auf PI (und nicht nur hier) verfolgen, in welch erschreckendem Maß und in welch horrender Geschwindigkeit die Islamisierung nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, voranschreitet.

Das eine tun und das andere nicht lassen

Kauder ruft zu Recht dazu auf, zu den eigenen Werten zu stehen. Was er aber dabei verabsäumt ist, Bestehendes schützen zu wollen, schützen vor Einflüssen von außen, die genau diese Werte bedrohen. Wir brauchen Politiker die beides tun. Bewahren und verteidigen! Gänzlich falsch ist es hingegen, die offensichtlichen Gefahren nicht sehen zu wollen und seit Jahren gebetsmühlenartig davon zu sprechen, es gäbe hierzulande keine Islamisierung.

Oder wie es der Blog „Christen in Verantwortung“ ausdrückt:

Ob die fröhliche Mutmacherin Mutti Merkel ("Der Islam gehört unzweifelhaft zu Deutschland") oder Trojaner Kauder selbst diese Rede verfasste, spielt keine Rolle. Hätte Kauder sich wirklich "ein persönliches Bild von der Christenverfolgung in den betroffenen Ländern" gemacht, würde er die islamische Masseneinwanderung nach Deutschland sofort stoppen. Dass ausgerechnet die sonst so tapfer streitende Organisation Open Doors diesem Beschwichtigungsapostel auf ihrer Konferenz eine Plattform bietet, stimmt ebenfalls sehr bedenklich. ...

<http://www.kath.net/news/51259>

08 Juli 2015, 13:00

US-Bischöfe: Urteil zur ‚Homo-Ehe‘ gefährdet Religionsfreiheit

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs betreffe nicht nur das Eherecht. Es sei zu befürchten, dass katholische Personen und Organisationen nicht mehr entsprechend ihrer Glaubensüberzeugung leben könnten.

Washington D.C. (kath.net/CNA/jg)

Das Urteil des Obersten Gerichtshofes der USA über Zulassung der „Homo-Ehe“ in allen Bundesstaaten könnte die Religions- und Gewissensfreiheit in den USA gefährden, befürchten die katholischen Bischöfe der USA.

Das Recht auf freie Ausübung der Religion bedeute nicht nur, Glaubensüberzeugungen in der Öffentlichkeit vertreten zu dürfen, sondern auch die Seelsorge und das private und öffentliche Leben entsprechend der Wahrheit über die Ehe führen zu dürfen. Dies dürfe nicht durch die Androhung von Gewalt, Strafe oder

Verlust von Steuerbefreiung in Frage gestellt werden, sagte Erzbischof William Lori, der Vorsitzende des Ausschusses für Religionsfreiheit der US-Bischöfskonferenz gegenüber dem katholischen Nachrichtensender ETWN-News.

Es sei noch nicht klar, was das Höchstgerichtsurteil „Obergefell vs. Hodges“ für katholische Einzelpersonen, Familien, Unternehmen und religiöse Einrichtungen bedeute. Die Entscheidung sei jedenfalls weitreichend, da nicht nur das Eherecht davon betroffen sei, sondern viele Gesetze auf Ebene des Bundes, der Staaten und der Regionen, fügte Erzbischof Lori hinzu. Weitere Rechtsbereiche seien Steuerbefreiungen, Sozialleistungen für Mitarbeiter und Dienstverhältnisse, ergänzte Anthony Picarello, ein Berater der US-Bischöfskonferenz.

In den Bundesstaaten, in denen die „Homo-Ehe“ bereits vor dem Urteil des Obersten Gerichtshofs zugelassen war, war es in diesen Bereichen bereits zu Konflikten gekommen, sagte Picarello

<http://www.pi-news.net/2015/08/kalifornien-27-irakische-christen-in-haft/>

Kalifornien: 27 irakische Christen in Haft

imageSeit sechs Monaten befinden sich 27 irakische chaldäische Christen in einem kalifornischen Gefängnis in Haft, die in den USA um Asyl nachgesucht haben.

Währenddessen werden amerikanische Städte mit nicht überprüften Muslimen aus Syrien und Somalia überflutet. Die 27 irakischen Christen, die vor ISIS geflohen sind, werden in einem ICE-Gefängnis (Anm.: Immigration and Customs Enforcement, ICE, ist eine Polizei- und Zollbehörde des Ministeriums für Innere Sicherheit der USA) in Otay Mesa, festgehalten, und dies trotz der Tatsache, dass 20 der 27 chaldäischen Christen in Südkalifornien Familienangehörige haben, die bereit sind, finanziell für sie zu sorgen.

(Leicht verkürzte Übersetzung eines Artikels von barenakedislam.com)

21. August 2015, 04:05 Uhr

Religiöser Wahn

IS-Terroristen zerstören syrisches Kloster

Seit etwa 1600 Jahren hat es in dem syrischen Ort Karjataan ein Kloster gegeben. Das ist vorbei: Die Terrororganisation "Islamischer Staat" hat die christliche Stätte mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht.

Die Ursprünge des Klosters Mar Eliaen reichen bis ins 4. Jahrhundert zurück. In der syrischen Wüste gelegen, hat es Eroberer kommen und gehen sehen und allen Kriegswirren standgehalten. Den Fanatismus der islamistischen

Terrororganisation "Islamischer Staat" (IS) hat das Bauwerk nur zwei Wochen heil überstanden.

Anfang August eroberte der IS die Kleinstadt Karjatain, an deren Rand das Kloster liegt. Nun sind die Terroristen mit Bulldozern angerückt und haben das Gebäude völlig zerstört. Das belegen Bilder, die von den Dschihadisten im Internet veröffentlicht wurden. Der IS begründet seine Tat damit, dass in dem Kloster neben Gott der heilige St. Elia angebetet worden sei, ein christlicher Märtyrer aus dem 3. Jahrhundert. Im fundamentalistischen Weltbild des IS bedeutet das Gotteslästerung.

Das Kloster, das in den vergangenen Jahrhunderten mehrfach neu errichtet oder restauriert worden ist, war eines der wichtigsten Zentren der syrisch-katholischen Kirche. Zum Fest des St. Elia pilgerten jedes Jahr am 9. September Tausende Syrer zu dem Wüstenkloster.

Doch das ist seit Ausbruch des Bürgerkriegs vorbei. Zwischenzeitlich beherbergte das Kloster bis zu 5000 Flüchtlinge, die meisten von ihnen waren Muslime. Dem Prior des Klosters, Pater Jacques Mourad, war es gelungen, für den Schutz der Menschen zu sorgen, auch weil er eng mit sunnitischen Würdenträgern zusammenarbeitete.

Im Mai wurde Pater Mourad verschleppt, vermutlich von IS-Unterstützern. Er teilt das Schicksal des Jesuitenpaters Paolo Dall'Oglio, der im nahen Kloster Mar Mussa lebte und vor knapp zwei Jahren ebenfalls entführt wurde.

Nachdem der IS Karjatain Anfang August eingenommen hatte, verschleppten die Dschihadisten laut Augenzeugen 230 Menschen aus dem Ort, darunter zahlreiche christliche Familien. 48 von ihnen seien inzwischen freigelassen worden, 110 habe der IS in seine inoffizielle Hauptstadt Rakka verschleppt, berichtet die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte unter Berufung auf Quellen vor Ort. Das Schicksal der übrigen gut 70 Menschen ist ungewiss.

syd/Reuters

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/islamischer-staat-zerstoert-kloster-mar-elian-in-syrien-a-1049141.html>

<http://www.pi-news.net/2015/08/ekd-chef-will-bei-islam-zentrum-mitwirken/#more-475462>

EKD-Chef will bei Islam-Zentrum mitwirken

imageDer Super-Gau, von Kennern des geistlichen Zustandes der evang. Kirche lange befürchtet, ist nun eingetreten: Der bayerische Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm (Bildmitte) will im Kuratorium des Münchener Islam-Zentrums mitwirken. Grundlage dieses islamischen Missionszentrums ist das islamische Glaubensbekenntnis: „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Gesandter.“

(Von Eberhard Kleina, Berufsschulpfarrer i.R., Lübbecke)

Die treibende Kraft zur Errichtung des Zentrums ist der Imam Bajrambejamin Idriz (Foto oben l.), Penzberg/Oberbayern. Finanziert werden soll es vom terrorunterstützenden Staat Katar, wo die Scharia Staatsgesetz ist. Idriz selbst hat zwielichtige Vorbilder aus der NS-Zeit und Kontakte zu dubiosen islamischen Netzwerken. Die „Stuttgarter Nachrichten“ haben ausführlich recherchiert.

Was Bedford-Strohm vorhat, ist schlichtweg Verrat am christlichen Glauben: Allah verflucht das Kreuz Jesu Christi, behauptet, Jesu sei nicht gekreuzigt worden (Koran, Sure 4,157), leugnet die Gottessohnschaft Jesu (Sure 72,3), bestreitet die Drei-Einigkeit Gottes (Sure 4,171), unverzichtbare Kernaussagen christlichen Glaubens. Daß Allah sich als der Listigste bezeichnet (Sure 3,54; 8,31), eine Eigenschaft, die laut Bibel nur dem Satan zukommt (Gen.3,1; Eph.6,11) scheint Bedford-Strohm nicht zu stören oder ist ihm gar unbekannt. Auch die mehr als 20 Kampf- und Tötungsverse im Koran gegen Ungläubige, besonders Juden und Christen, neun judenhassende Verse, Unterdrückung der Frau als minderwertiges Wesen, um nur einige Punkte zu nennen, hindern den Bischof offensichtlich nicht, den Islam aktiv zu fördern, ebensowenig, daß gerade Idriz die von Allah erlaubte Lüge gegenüber Ungläubigen (Taqiya, Sure 3,28; 16,106) praktiziert. Der Islam als Ideologie ist eine antichristliche Großmacht. Die verheerenden Christenverfolgungen zeigen es deutlich.

Viele Bischöfe und Kirchenleitungen halten Allah dennoch für identisch mit Gott, dem Vater Jesu Christi, eine unglaubliche Verirrung, ja Gotteslästerung unter Mißachtung des 1. Gebotes: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“ Aber man ist informationsresistent, stellt den links-grünen Multikulti-Zeitgeist neben bzw. über die Bibel. Die neue evang.-islamische Kirche nimmt Gestalt an. Das Evangelium dagegen auch den Muslimen zu bezeugen, für die Jesus auch gestorben ist, spielt keine Rolle. Die Warnung des Apostels Paulus bei seinem Abschied von der Gemeinde in Ephesus vor reißenden Wölfen ist heute aktueller denn je: „Aus eurer Mitte werden Männer aufstehen, die Verkehrtes lehren, um die Jünger an sich zu ziehen.“ (Apg. 20, 29f). Um Ihres Ordinationsgelübdes willen: Herr Bischof, kehren Sie um!

Muslima dreht Film über Christenverfolgung im Irak

Der Kurzfilm „Noun“ zeigt das Schicksal von Christen, die im Irak von der Terrormiliz Islamischer Staat verfolgt werden. Die Regisseurin Aida Schläpfer Al Hassani ist eine schiitische Muslima. Mit ihrem Film will sie einen weiteren Völkermord an den Menschen verhindern.

Familien auf der Flucht, Kinder ohne Eltern, nervlich belastete Menschen in Flüchtlingslagern: Die muslimische Regisseurin Aida Schläpfer Al Hassani zeigt in ihrem Kurzfilm „Noun“, welche Folgen der Terror des Islamischen Staats (IS) für Christen im Irak hat.

Die Kunstschaaffende erklärte gegenüber pro: „Das ganze Grauen hat System. Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern.“ Gegenüber Radio Vatikan sagte sie: „Die [Christen] werden immer vertrieben, in einem Ort versammelt, es gibt Massaker. Die Christen haben null Sicherheit, keine Waffen, um sich zu schützen.“ Die 1970 in Bagdad geborene Regisseurin musste mit ihrer Familie selbst vor dem Saddam-Regime aus dem Irak in den Libanon fliehen. Seit circa 20 Jahren lebt sie in der Schweiz.

Der Regisseurin legt in ihrem 24-minütigen Kurzfilm, von dem es auch eine Langversion gibt, nicht den Fokus darauf, Kunst zu machen. „Mir geht es darum, das Leiden der Menschen zu zeigen.“ Eine religiöse Agenda verfolge sie nicht. „Ich hätte genauso gut auch einen Film machen können über Juden im Irak, wenn die Situation vergleichbar wäre“, zitiert die Religions- und Gesellschaftsplattform reformiert.info Schläpfer.

2003 gab eine Million Christen in Bagdad, heute sind es noch 40.000

Im Frühjahr 2014 fragte die Menschenrechtsorganisation „Minority Rights Group International“ die Regisseurin an, ob sie einen Film über eine der Minderheiten im Irak drehen wolle. Welche, durfte sie selbst entscheiden. pro sagte sie: „Meine Wahl fiel auf die Christen, weil ich gesehen habe, dass sie in diesen Konflikten immer wieder vor großen Problemen stehen. Das hat mich dazu bewogen, noch tiefer zu recherchieren.“

Dass Christen im Irak systematisch vertrieben, gefoltert, versklavt und ermordet würden, sei ein Fakt. „Denn seit der Staatgründung 1921 waren die Lebensbedingungen für die Christen bereits enorm schwierig. Durch den Einmarsch der USA in den Irak im Jahre 2003 wurde der Druck auf die Christen nochmals massiv erhöht. Die Lebensbedingungen wurden immer unerträglicher.“ Durch das Fehlen eines funktionierenden Staates sei es zunehmend zu gezielten Entführungen, Lösegeldforderungen und Bombenanschlägen auf volle Kirchen gekommen. „Die Folge davon war eine massive Fluchtbewegung. In Bagdad lebten im Jahre 2003 mehr als eine Million Christen, heute sind es gerade noch 40.000“, erklärte die Regisseurin.

In „Noun“ (Trailer) lässt Schläpfer Menschen zu Wort kommen, die tragische Schicksale erlebt haben, unter anderem eine Mutter namens Aida, der ihre dreijährige Tochter entrissen wurde, Yasi, deren Ehemann getötet wurde, oder Pater Joseph, dessen Kollege geköpft wurde.

Im Film wird Arabisch gesprochen, die Untertitel sind Englisch. Der Titel „Noun“ ist das arabische Wort für N, was für Nazarener steht. Mit diesem Buchstaben kennzeichnet die Terrororganisation Islamischer Staat die Häuser von Christen.

Ob der Nachbar Sunnit, Schiit oder Christ ist, war egal

In ihrer Kindheit besuchte Schläpfer im Irak eine katholische Schule und den katholischen Religionsunterricht. Ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ war, darüber hätten sich die Iraker früher keine Gedanken gemacht. Das habe sich durch den Einmarsch der Amerikaner in den Irak, den Bürgerkrieg und die IS-Gewalt geändert und in Misstrauen verwandelt. Das habe die Regisseurin während ihrer Dreharbeiten gespürt. Sie hat sich als muslimische Schiitin vorgestellt, sagte sie gegenüber Radio Vatikan. Christen wüssten, dass auch die Schiiten unter dem Terror des IS zu leiden haben. „Wir sind Leidensgenossen. Und deshalb haben sie mich akzeptiert.“

Viele Christen wollen den Irak dringend verlassen. Ein Besuch des Papstes würde den Mensch Mut machen und Hoffnung geben, meint Schläpfer. „Sie würden sehen, dass die Welt sie nicht vergessen hat. [...] Das wäre eine große, auch seelische Unterstützung.“

Arabische Festivals zeigen großes Interesse am Film

Auf ihren Film bekommt Schläpfer „sehr gut und positive Reaktionen“. Sie sagte gegenüber pro: „Erstaunlicherweise stösst der Film bei arabischen Festivals auf großes Interesse. Er wird aufgenommen und gezeigt, obwohl dort die Bevölkerung mehrheitlich muslimisch ist.“ Demnächst werde „Noun“ in Muskat im Oman, im ägyptischen Alexandria und in Algier, der Hauptstadt Algeriens, gezeigt.

Das Internationale Filmfestival von Locarno im Kanton Tessin gab dem Film „Noun“ vorerst eine Absage, weil er aus ästhetischen und formalen Kriterien nicht genüge. Die katholische Kirchenzeitung *Giornale del Popolo* kritisierte in einer mehrteiligen Berichterstattung diese Entscheidung. Schließlich wurde der Film im Rahmen eines Alternativprogramms doch im August in Locarno gezeigt.

Die Berlinale lehnte den Film ab. Das Arabische Filmfestival in Tübingen habe Interesse am Film bekundet, Anfragen bei den „Filmtagen Menschenrechte Luzern“ und bei den Winterthurer Kurzfilmtagen laufen aktuell. Ende des Jahres soll ihn RSI, das Fernsehen der italienischsprachigen Schweiz, ausstrahlen. (pro)

<http://www.pro-medienmagazin.de/film/detailansicht/aktuell/muslima-dreht-film-ueber-christenverfolgung-im-irak-93177/>

03. September 2015, 20:05 Uhr

Widerstand gegen Homo-Ehe

US-Richter schickt gläubige Bürokratin in Beugehaft

Kim Davis stellt in einem US-Provinznest keine amtlichen Heiratserlaubnisse aus - um zu verhindern, dass homosexuelle Paare heiraten. Dafür muss die 49-Jährige nun ins Gefängnis, bis sie ihre Meinung ändert.

Eine Symbolfigur von Gegnern der Homo-Ehe in den USA hat vor Gericht eine Niederlage erlitten. Kim Davis, eine Verwaltungsangestellte im Bundesstaat Kentucky, muss nach dem Urteil eines Richters ins Gefängnis - so lange, bis sie auch gleichgeschlechtlichen Paaren amtliche Heiratserlaubnisse erteilt. "Die Liebe hat gewonnen", skandierten Befürworter der Homo-Ehe vor dem Gerichtsgebäude, als die Entscheidung bekannt wurde.

Richter David Bunning sagte, er habe sich die Entscheidung nicht einfach gemacht. Davis werde so lange in Gewahrsam bleiben, bis sie seine Anordnung befolge. Davis sagte, sie könne das nicht tun, das verbiete ihr Gewissen. "Man kann nicht von etwas getrennt sein, das in Herz und Seele ist." Die 49-Jährige sagte "Danke", bevor sie aus dem Gerichtssaal geführt wurde.

Zuvor hatte Davis auf Frage ihres Anwalts gesagt, die Ehe sei eine Verbindung von Mann und Frau. Es sagten auch Betroffene aus, denen Davis keine Heiratserlaubnis ausgestellt hatte. April Miller etwa, die dreimal mit ihrer Partnerin Karen Jacobs bei Davis im Amt vorbeigeschaut hatte und jedes Mal abgewiesen worden war. Miller und Jacobs sind eines von vier Paaren, die Davis verklagten.

Nachdem der Supreme Court, der Oberste Gerichtshof der USA, im Juni die Homo-Ehe landesweit legalisiert hatte, stellte Davis gar keine amtlichen Heiratserlaubnisse mehr aus - um zu verhindern, dass Homosexuelle heiraten. Ihr Glaube als Mitglied der Apostolic Christian Church besage, dass die Ehe nur zwischen Frau und Mann geschlossen werden sollte, begründet sie ihr Verhalten. Erst am Dienstag hatte sie wieder ein homosexuelles Paar abgewiesen.

Wider die "Tyrannei der Richter"

Wegen ihrer Ablehnung der Homo-Ehe ist die 49-Jährige in den USA inzwischen eine bekannte Person. Es gehe nicht um Schwule oder Lesben, hat Davis ihren Standpunkt einmal erläutert. Sondern um die Ehe und Gottes Wort. Mit ihrer Haltung steht Davis in offenem Widerspruch zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA.

Allerdings entspricht Davis' Verhalten genau dem Geschmack vieler Konservativer - deshalb bekommt sie auch viel Zuspruch.

Beispielsweise rief Mike Huckabee, Präsidentschaftsbewerber der Republikaner, Davis an. Er habe sie ermutigen wollen und dafür gedankt, dass sich Davis nicht der "Tyrannei der Richter" unterwerfe.

Unterstützer schicken Blumen zu. Ein Kollege radelt durch den US-Bundesstaat Kentucky, um mit ihr Solidarität zu zeigen. Davis bekommt aber auch Anrufe, sie solle

ihren Job abgeben. Und manche Leute haben ihr gesagt, sie würden Davis am liebsten tot sehen.

Davis arbeitet seit fast drei Jahrzehnten in der Verwaltung des Bezirks Morehead im ländlichen Osten Kentuckys. Das Städtchen Morehead hat rund 7000 Einwohner, ein Drittel davon gilt als arm. 2013 weitete der Stadtrat den Schutz vor Diskriminierung auf Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender aus.

Der größte Gewinner der Kontroverse ist vorerst der örtliche Blumenladen Atkinson Florist. Er liefert Blumengrüße der Unterstützer an Davis aus. "Sie tut mir leid", sagte eine Mitarbeiterin. "Sie steht für ihre Überzeugungen ein."

ulz/Reuters

URL:

- <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/homo-ehe-amtsmitarbeitern-in-kentucky-ignoriert-rechtslage-a-1051281.html>

<http://www.pi-news.net/2015/09/muslime-zu-christen-in-pakistan-konvertiert-zum-islam-oder-werdet-sklaven/#more-479965>

Muslime zu Christen in Pakistan: Konvertiert zum Islam oder werdet Sklaven

Schwere Überschwemmungen in Pakistan haben tausende von Häusern weggeschwemmt — und die **pakistanische Regierung hat denkwürdig reagiert**: Sie hat heimatlos gewordenen Muslimen Hilfe angeboten, aber sie ignoriert hunderte von Christen in derselben Notlage. Als wäre das nicht genug, haben muslimische Hilfsorganisationen ein Angebot gemacht, von dem sie hofften, dass die Christen es nicht ablehnen konnten: „Konvertiert, und wir werden euch helfen, oder ihr werdet heimatlos bleiben und wir werden euch zusätzlich versklaven.“

Die Muslime drohen, die heimatlosen Christen zu Schuldknechten zu machen, was im Wesentlichen eine Form der Sklaverei in heutiger Zeit darstellt.

Das Clarion Projekt, dessen Logo besagt, dass es „Extremismus bekämpft und Dialog fördert,“ berichtet, dass die pakistanische Regierung sich offenbar entschieden hat, das Leid der christlichen Gemeinden des Landes zu ignorieren.

Wilson Chowdhry, der Präsident der britischen pakistanisch-christlichen Organisation (Anm. Clarion Projekt) sagte zur Christian Post: „Die Reaktion auf die Überflutungen christlicher Gemeinschaften zeigt, dass die Regierung sich zurückzieht. Im Gegensatz dazu reagiert sie sofort, um muslimischen Gemeinden zu helfen, ebenso die muslimischen Hilfsorganisationen. [...] Es ist keine Seltenheit, dass die Regierung christliche Gemeinschaften bei Hilfsprogrammen nicht berücksichtigt.“

Unter den tausenden von Häusern, die in diesem Sommer von Überflutungen in der Kasur Region Pakistans zerstört wurden, waren Häuser von mehr als 60 christlichen Familien. Den Muslimen wurde von der Regierung und von muslimischen Hilfsorganisationen eine provisorische Unterkunft bereitgestellt, dazu sauberes Wasser und Nahrung — während die Christen nichts erhielten.

Laut Chowdhry wurde den Christen gesagt, sie sollten ihrer Religion abschwören und zum Islam konvertieren, wenn sie Hilfe erhalten wollten, aber sie lehnten diese Möglichkeit ab. Dann boten die Muslime ihnen eine andere Option an, durch die sie Hilfe erhalten könnten: „Werdet unsere Schuldknechte.“

Dieses Angebot wurde nicht durchgehend abgelehnt, und Chowdhry teilt mit: „Verschiedene Familien haben bereits Verträge unterzeichnet, die sie zu Sklaven von muslimischen Herren machen.“

Er beklagt die Tatsache, dass seine Organisation zu spät eingetroffen sei, um diesen Familien zu helfen und sie davor zu retten, zu Sklaven zu werden.

Das Clarion Projekt berichtet, dass sie zwar tätig werden, um den Familien zu helfen, aber nur begrenzte Ressourcen haben, was auch für die Kirchen in Pakistan zutrifft.

Das [Wall Street Journal](#) berichtete kürzlich in anderen Meldungen zu Pakistan, dass die Regierung den islamistischen Elementen zugeneigt sei und sogar die Bildung islamistischer Milizen in Karachi ermöglichte. Radikale Vertreter der islamistischen Ahle Sunnat Wal Jamaat (ASWJ) Bewegung würden in säkulare Festungen vor vordringen und anstelle sich staatlicherseits Hindernissen gegenüber zu sehen, erhalte der islamistische Führer, Ahmed Ludhianvi staatlichen Polizeischutz, wie auch andere hohe ASWJ Funktionäre.

(Im englischen Original erschienen bei [israelnationalnews.com](#), Übersetzung von Renate)

04. September 2015, 17:44 Uhr

Rechtsstreit wegen Züchtigung

"Zwölf Stämme" ziehen aus Deutschland weg

Mitglieder der Sekte "Zwölf Stämme" verlassen Deutschland nach 20 Jahren. Nach Prügelvorwürfen hatten Jugendamt und Polizei Dutzende Kinder aus der Glaubensgemeinschaft herausgeholt.

Die "Zwölf Stämme" wollen nicht länger in Deutschland leben und lösen ihre Kommunen in Bayern und Sachsen-Anhalt auf. "So brechen wir nach 20 Jahren Präsenz in diesem Land unsere Zelte ab, um in der Tschechischen Republik und anderen europäischen Nachbarländern eine neue Heimat zu finden", schreibt die fundamentalistische Glaubensgemeinschaft am Freitag in einer Pressemitteilung. Die "Zwölf Stämme" fühlen sich vom deutschen Staat ungerecht behandelt, nachdem Jugendamt und Polizei im September 2013 rund 40 minderjährige Kinder aus der Glaubensgemeinschaft geholt hatten. 16 von ihnen seien weiterhin bei Pflegefamilien und in Kinderheimen untergebracht, schreibt die Gemeinschaft auf ihrer Internetseite. Seit zwei Jahren läuft ein Sorgerechtsstreit vor dem Amtsgericht Nördlingen. Schon lange hatte es Vorwürfe gegeben, dass die "Zwölf Stämme" ihre Kinder körperlich züchtigen. Für Aufsehen hatten 2013 **heimlich gedrehte Filmaufnahmen eines RTL-Reporters** gesorgt, die zeigen, wie Kinder in einen dunklen Raum geführt und mit einer Rute verprügelt werden. **Die Gemeinschaft argumentiert, dass Züchtigung "innerhalb der Grenzen elterlicher Autorität" liege und bei ihnen**

zur Erziehung dazugehöre. Ein **Video auf ihrer Website** trägt den Titel "Seitdem die Rute verboten wurde, ist die Hölle los".

Die Gemeinschaft warf den Behörden vor, das Sorgerechtsverfahren hinauszuzögern: "Der Eindruck verdichtet sich, dass sowohl Jugendamt und Familiengericht auch nach zwei Jahren immer noch krampfhaft nach 'Beweisen' suchen, um ihre ursprünglichen Anträge und Beschlüsse zu rechtfertigen", heißt es in der Mitteilung. Die Inobhutnahme der Kinder im September 2013 erfülle den "Tatbestand des Völkermords", weil dort Kinder der Gruppe "ohne spezifisches Fehlverhalten" "gewaltsam in eine andere Gruppe überführt" worden seien.

Konflikte auch wegen Heimunterricht

Die Gemeinschaft könne nicht länger in Deutschland bleiben, da Elternrechte, das Recht auf ein Zusammenleben als Familie ohne staatliche Einmischung und die Glaubens- und Gewissensfreiheit hier gering geachtet würden.

In Deutschland lebten bisher drei Kommunen der "Zwölf Stämme": auf dem Gut Klosterzimmern bei Nördlingen und im ländlichen Wörnitz bei Ansbach in Bayern und in Dolchau in Sachsen-Anhalt. Ein Datum für ihre Abreise und den Verkauf ihrer Wohnsitze nannten die "Zwölf Stämme" nicht.

Immer wieder war es auch schon zuvor zu juristischen Konflikten zwischen den "Zwölf Stämmen" und dem Staat gekommen - nicht nur wegen der Schläge, sondern auch, weil die Eltern ihre Kinder nicht in öffentliche Schulen gehen ließen. 2004 wurden sieben Väter wegen Missachtung der Schulpflicht zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Genehmigung für eine eigene Schule auf Gut Klosterzimmern wurde der Gemeinschaft im Sommer 2013 entzogen.

Die Bewegung der "Zwölf Stämme" entstand in den Siebzigerjahren in den USA.

Weltweit hat die Glaubensgemeinschaft, die sich auf das Urchristentum beruft, gut 60 Gemeinden, die meisten in den USA. Kritiker sehen in der Gemeinschaft eine Sekte, die straff hierarchisch und patriarchalisch organisiert ist.

Die "Zwölf Stämme" waren auch früher schon oft Konflikten mit dem Staat aus dem Weg gegangen, indem ihre Mitglieder zu Kommunen ins Ausland umgezogen waren.
lov/him

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/sekte-zwoelf-staemme-verlassen-deutschland-a-1051506.html>

Michael, wir dürfen uns aber von diesen Unpässlichkeiten nicht unterkriegen lassen.

Wir müssen weitermachen und uns noch vermehrt für unsere Werte

einsetzen. So liegt es jetzt beispielsweise auch an Ihnen, Michael, den UN-

Sicherheitsrat, der bei seiner Tagung am 27. März 2015 forderte, die

Menschenrechtsverbrechen und "*den Wahnsinn*" im Nahen Osten endlich zu stoppen, zu unterstützen.

17. September 2015, 17:26 Uhr
Homosexuelle Flüchtlinge in Deutschland
"Die schlimmste Zeit meines Lebens"

Von *Vanessa Steinmetz*

Homosexuelle Flüchtlinge berichten von drastischen Übergriffen in deutschen Unterkünften. Der Berliner Senat hat ihnen einen besonderen Schutz zugesprochen.

Manchmal musste Mikheili einfach tanzen. Dann bewegte er sich in seinem kleinen Zimmer im Erdgeschoss, vor seinem Fenster in der Flüchtlingsunterkunft spielten Kinder. Wenn sie ihn dabei sahen, riefen sie dem tanzenden Mann Schimpfwörter zu, für ihn klangen sie wie "Schlampe". Mikheili hörte viele solcher Wörter. Nachdem er ein bisschen Arabisch gelernt hatte, verstand er noch mehr davon. Vor allem, wenn er die Highheels aus seinem Gepäck nahm, ein Kleid anzog und Make-up auflegte. "Tunte" nannten sie ihn dann.

Im Januar 2014 kam der Georgier nach Deutschland. Der 23-Jährige hatte auch in seiner Heimat Diskriminierung erlebt: "Ich wurde beschimpft, verprügelt, mein Vater wollte mich töten", zählt er nüchtern auf. 2012 hatte er dennoch den Entschluss gefasst, seine Sexualität nicht länger zu verstecken - warum sollte er ausgerechnet in Berlin wieder damit anfangen?

Während der ersten Monate in Deutschland blieb es für ihn aber nicht bei Beleidigungen. Eines Abends wurde er von anderen Bewohnern der Flüchtlingsunterkunft an einer Bushaltestelle angegriffen, einer der Männer würgte ihn bis zur Bewusstlosigkeit. Mikheili kam in ein Krankenhaus, erstattete Anzeige bei der Polizei, doch die Täter konnten nicht ermittelt werden.

"Wir werden allein gelassen"

Queere Flüchtlinge - also schwule, lesbische, bi- und transsexuelle sowie intergeschlechtliche - erleben in den Unterkünften häufig Diskriminierung bis hin zu Übergriffen, sagt Stephan Jäkel von der Schwulenberatung Berlin. Nach einer Umfrage der Lesbenberatung Berlin gab es dort zwischen Januar und Mai mindestens 20 Übergriffe, Jäkel und andere Helfer halten die Zahl allerdings für viel zu gering. Das Problem: Nur wenige Opfer trauen sich, die Taten hinterher anzuzeigen oder überhaupt darüber zu sprechen. Nicht selten müssen sie mit den Tätern weiter in einer Einrichtung leben, manchmal sogar im selben Zimmer.

In Dresden holte der CSD Dresden e.V. vor wenigen Wochen fünf Männer aus der Zeltstadt für Flüchtlinge. Sie waren von anderen Bewohnern mit Steinen beworfen und schikaniert worden - so mussten sie die Damentoilette benutzen. Es gebe noch weitere Fälle und Anfragen aus dem ganzen Bundesgebiet, sagt Vereinsvorstandsmitglied Ronald Zenker. In Hamburg sind derartige Übergriffe nicht bekannt. Marcel Schweitzer, Sprecher der Sozialbehörde: "Die bisherigen besondere

Vorkommnisse ließen sich nicht auf die sexuelle Ausrichtung eines Beteiligten zurückführen."

"Wir werden von der Politik damit allein gelassen", sagt Jouanna Hassoun von Miles, dem Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule in Berlin. Viele Geflüchtete kämen aus Regionen, in denen Feindlichkeit gegen Homosexuelle an der Tagesordnung sei. Das würden sie in Deutschland nicht sofort ablegen. Die queeren Flüchtlinge auf der anderen Seite können und wollen sich nur selten verstellen. Schon ein Ohrring kann sie verdächtig machen. Noch dazu sind die Zimmer in den Einrichtungen oft eng, es gibt nichts zu tun, die Geflüchteten fühlen sich nach ihrer Ankunft in Deutschland entmacht.

"Das macht die Stimmung aggressiv", sagt Kussay. Der Syrer ist ein kräftiger, selbstbewusster Mann. Er spricht offen über seine Homosexualität, auch mit seinem damaligen Zimmernachbarn in einem Flüchtlingsheim - "ein riesiger Fehler", sagt er heute. Der Mann sei sehr religiös gewesen und habe Kussay nicht tolerieren wollen. Er habe ihn beschimpft und häufig auch bespuckt. "Das war die schlimmste Zeit meines Lebens", sagt Kussay. Ein Einzelzimmer bekam er nicht, irgendwann zog sein Bettnachbar aus.

Aktivisten fordern wegen Zwischenfällen wie diesen, dass queere Flüchtlinge entweder einzeln oder zusammen im einem Zimmer untergebracht werden, sodass sie in ihrer sehr privaten Umgebung niemandem ausgeliefert sind. Die Schwulenberatung Berlin schaut sich nach einer kompletten Unterkunft um, die nur queeren Flüchtlingen offenstehen würde. Noch ist aber kein geeignetes Objekt gefunden, sagt Jäkel.

Dafür gibt es auf einer anderen Ebene einen Etappensieg für die Organisationen: Der Berliner Senat hat in seinem Konzept zur Unterbringung und Integration der Flüchtlinge die besondere Schutzbedürftigkeit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Flüchtlingen festgeschrieben. Außer ihnen zählen unter anderem schwangere Frauen, Minderjährige oder stark traumatisierte Flüchtlinge dazu.

Der besondere Schutz kann ihnen etwa dabei helfen, schneller in ein Einzelzimmer verlegt zu werden. Berlin steht mit dem Vorstoß bundesweit allein da; wobei bislang auch nur von dort ein Konzeptpapier zum Umgang mit den Flüchtlingen kam.

Kussay bereut trotz der Erfahrungen mit seinem Zimmernachbarn nicht, nach Deutschland gekommen zu sein - im Gegenteil. Er genießt das Leben jetzt in Berlin. "Hier kann ich frei sein", sagt er.

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/homosexuelle-fluechtlinge-die-schlimmste-zeit-meines-lebens-a-1053173.html>

Grüß Gott und Guten Tag Michael,

der pakistanische Christ Pervaiz Masih ist seit dem 2. September 2015 in Haft. Ihm wird ein Verstoß gegen den Paragraphen 295 C (Blasphemie/Gotteslästerung) des pakistanischen Strafgesetzbuches vorgeworfen. Im Falle eines Schuldspruchs droht ihm die Todesstrafe.

<http://citizengo.org/de/30217-freiheit-fuer-pervaiz-masih-und-schutz-fuer-seine-angehoerigen>

Pervaiz Masih und seine Frau Zarina leben mit ihren vier Kindern in einem Dorf auf dem Lande. Sie verdienen sich Ihren Lebensunterhalt als Ziegeleiarbeiter. Nebenbei betreiben sie einen kleinen Handel mit Steinen und Sand.

Recherchen der pakistanischen Hilfsorganisation "The Voice", einer Partnerorganisation der IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) ergaben, dass Pervaiz Masih Mitte August 2015 von Konkurrenten der Gotteslästerung beschuldigt und angezeigt wurde, nachdem ein Auftrag zur Lieferung von Sand nicht ihnen, sondern Herrn Masih erteilt worden war.

Immer wieder werden in Pakistan Christen aus nichtigen Gründen der Blasphemie beschuldigt und müssen dann zusammen mit ihren gesamten Familien um ihr Leben fürchten. Der derzeit bekannteste Fall einer derartigen Beschuldigung ist der Fall von Asia Bibi, für deren Freiheit sich CitizenGO mit mehreren Petitionen einsetzt.

<http://citizengo.org/de/30217-freiheit-fuer-pervaiz-masih-und-schutz-fuer-seine-angehoerigen>

Im Falle Pervaiz Masih führten die Anschuldigungen dazu, dass sich Herr Masih nach der Anzeige in einem Nachbardorf versteckte, weil er um sein Leben fürchtete. Auf der Suche nach Herrn Masih verhaftete die Polizei mehrere Verwandte und verprügelte mehrere Angehörige, darunter eine schwangere Schwägerin Herrn Masih und eine weitere Schwägerin, die gerade entbunden hatte.

Helfern der Organisation "The Voice" gelang es, die Angehörigen von Herrn Masih in Sicherheit zu bringen. Zurück in ihr Dorf können sie derzeit nicht, da dort ihr Leben bedroht ist. Die Rechtsanwältin Aneeqa Anthony berichtete der IGFM: *"Leute aus dem Dorf haben damit gedroht, die Christen auf offener Straße zu verbrennen [...] die Leute haben sich darauf verständigt, dass alle, die angeblich Blasphemie begangen haben, in der Hölle schmoren sollen. Und darum wollen sie sie samt ihren Familien verbrennen"*.

<http://www.citizengo.org/de/30217-freiheit-fuer-pervaiz-masih-und-schutz-fuer-seine-angehoerigen>

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Nachrichtenagentur idea haben Pervaiz Masih für den Oktober 2015 zum "Gefangenen des Monats" erklärt und bitten Mamnoon Hussain, den Präsidenten der Islamischen Republik Pakistan, sich für die Freilassung von Pervaiz Masih und den Schutz seiner Familienangehörigen einzusetzen.

Bitte helfen Sie, Michael, der F

Ist der Papst der Antichrist? - Notizen

Die Frage ist rhetorisch gemeint. Er ist es nicht - oder vielleicht doch?

Manfred Böhm, Dipl.-Theologe

Die Gestalt des Antichristen tritt erstmals in den spätapokalyptischen Passagen des Neuen Testaments auf (u.a. vgl. 1 Joh 2,18.22; 4,2-4; 2 Joh 7). In Joh 2,18 gilt das Auftreten des Antichristen als Anzeichen der „letzten Stunde“. Dieser Hinweis hat zu vielen Mißverständnissen geführt. So z. B. zu der Auffassung, dass der Antichrist eine Fiktion irrationaler Apokalyptik sei, da bisher die Welt nicht untergegangen sei, trotz so mancher historischer Personen, die man für „Antichristi“ hielt: Nero, Mohammed, den Papst, Hitler, Stalin etc. Eine andere Deutung verlegt das Erscheinen des Antichristen in die Jetztzeit, und prophezeit, dass wir kurz vor der letzten Stunde stehen. Diese zeitliche Verschiebung ist der Versuch, die scheinbar falsifizierte erste Auffassung zu korrigieren.

Beide Deutungsversuche halte ich für verfehlt.

Thesen

- **Der Typus des Antichristen ist die Personifizierung antichristlicher**

Denkformen, die es seit Bestehen des Christentums gibt.

- **Die antichristlichen Denkformen zielen auf die Zerstörung des christlichen**

Glaubens; sie sind transzendentalen, dämonischen Ursprungs.

- **Antichristliche Denkformen können sich wie ein Infekt einnisten in den menschlichen Geist; sie können eine lange Inkubationszeit haben, und zunächst unauffällig bleiben.**

- **Diese Denkformen sind nicht unbedingt durch aggressiven Charakter gekennzeichnet. Im Gegenteil, sie können Menschen veranlassen Ideen im Namen der Nächstenliebe und Barmherzigkeit zu verbreiten; bedienen sich also sogar christlichen Vokabulars. (Außer Jesus kennt niemand besser die Bibel als der Teufel. Vgl. Matthäus 4,1-11; Lukas 4,1-13)**

- Die Interpretation des „Antichristen“ als Gutmenschen hat schon den russischen Religionsphilosophen Wladimir Solowjew 1900 zu seiner Erzählung vom Antichristen angeregt. Dazu folgender Auszug:
„Er (der Antichrist) glaubte an Gott, aber ohne es zu wollen und ohne sich darüber klar zu sein, zog er in der Tiefe seiner Seele sich Ihm vor. Er glaubte an das Gute, doch das alles sehende Auge der Ewigkeit wußte, daß dieser Mensch sich vor der Macht des Bösen beugen werde, sobald sie ihn erkaufen würde — nicht mit dem Trug der Sinne und niedriger Leidenschaften, ja nicht einmal mit der so verführerischen Lockspeise der Macht, sondern allein durch eine grenzenlose Eigenliebe. Übrigens war diese Eigenliebe weder ein dunkler Instinkt noch eine unsinnige Anmaßung. Außer seiner einzigartigen Genialität, seiner Schönheit und seinem Seelenadel rechtfertigten die glänzendsten Beweise der Enthaltensamkeit, der Uneigennützigkeit und aktiver Wohltätigkeit doch wohl hinreichend die überaus starke Eigenliebe des großen Spiritualisten, Asketen und Philanthropen.“
Sobald Solowjews Antichrist mittels seiner moralischen „Vorbildlichkeit“ die Weltherrschaft erlangt hat, beginnt er sein Zerstörungswerk.

Solowjew, Wladimir: Kurze Erzählung vom Antichrist (Quellen und Studien zur Russischen Geistesgeschichte 1, hrsg. v. Ludolf Müller), 9., verbesserte Auflage, Donauwörth 2002 ;

auch: <http://www.wikiservice.at/buecher/wiki.cgi?VladimirSolovev>

- **Die antichristliche Denkform tritt sowohl individuell als auch kollektiv in Erscheinung. Kein Christ ist dagegen „von Natur aus“ immun; deshalb mahnt das Evangelium zur Wachsamkeit.**

- Die „letzte Stunde“ ist nicht als prospektives Datum einer kosmischen Katastrophe zu verstehen. *Jede Stunde* kann zur *letzten* werden. – Das ist ein Aufruf an den einzelnen Christen, den antichristlichen Versuchungen zu widerstehen und nicht an der Zerstörung des Christentums mitzuwirken, die als Folge die Selbstzerstörung des Versuchten nach sich zieht. Und das ist die letzte Stunde.
 - Der Antichrist ist also nicht so sehr eine einzelne, historische Gestalt, sondern ein Sinnbild für antichristliche Ideen im Menschen. Die Rede vom Antichristen warnt vor diesen destruktiven Denkformen, ist sozusagen ein „evangelisches“ Regulativ, das uns vor der (kollektiven) Selbstzerstörung schützen will.
- Theologe Böhm

<http://www.pi-news.net/2015/09/der-islam-gehoert-nicht-ins-fluechtlingsheim/#more-484122>

Der Islam gehört nicht ins Flüchtlingsheim

intensiv-moslems-mit-koranDas Lügengebäude vom friedlichen Islam, der angeblich zu Deutschland gehört, gerät immer weiter ins Wanken. Diverse Politiker sind aufgeschreckt durch Meldungen von Übergriffen durch moslemische „Flüchtlinge“.

Der Spiegel berichtet:

Führende Unionspolitiker machen sich für eine getrennte Unterbringung von christlichen und muslimischen Flüchtlingen stark. Grund hierfür sind Berichte über zunehmende Angriffe auf Christen in deutschen Flüchtlingsheimen. Der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte der „Welt am Sonntag“: Es sei „traurig, dass eine Unterbringung der Flüchtlinge getrennt nach Herkunftsregion offensichtlich nötig ist“.

Traurig?! Es ist LOGISCH. Wenn man – wie unsere Politiker – in einem Wolkenkuckucksheim wohnt, ist diese leicht vorhersehbare Entwicklung natürlich furchtbar traurig...

In der Welt am Sonntag kann man einiges zu den Schikanen lesen, die einen christlichen Flüchtling in Deutschland erwarten:

- **Christen können sich nicht offen zu ihrem Glauben bekennen, weil sie sonst bedroht werden.**
- **Christen wurden im Ramadan vor dem Morgengrauen geweckt und sollten mit dem Frühstück fertig sein, bevor die Sonnen aufgeht. Wer sich nicht an den islamischen Tagesablauf hält, gilt als „Kuffar“.**
- **Christen berichten, dass sie bespuckt und wie Tiere behandelt werden, dass man ihnen mit dem Tode droht.**
- **Es wird ein Leben nach der Scharia von allen Heiminsassen gefordert.**
- **Christen dürfen in den Küchen keine Mahlzeiten zubereiten.**

- **Wer nicht fünf mal am Tag Richtung Mekka betet, wird gemobbt.**
- **Für Ex-Moslems, die zum Christentum konvertiert sind, ist der Aufenthalt im Asylwohnheim lebensgefährlich!**
- **Christen, die ein Kreuz tragen, werden brutal attackiert, auch vor Schwangeren machen die Moslem-Rudel dabei nicht halt, wie ein Fall aus dem Sauerland zeigt.**
- **Die Moslems brüllen die Koranverse, die der IS gegen „Ungläubige“ benutzt, bevor ihnen die Köpfe abgesäbelt werden.**
- **Christliche Familien trauen sich kaum aus ihren Zimmern heraus, leben wie im Gefängnis.**
- **Eine aus Mossul stammende christliche Familie, die in Freising untergebracht war, ging wegen der Verfolgung im deutschen Asylwohnheim zurück in den Irak. Sie wurden in Deutschland von Moslems angeschrien, geschlagen und mit dem Tod bedroht.**
- **Starke Aggressionen gegen Christen sollen nicht nur von Syrern und Irakern ausgehen, sondern auch von Afghanen und Pakistanern.**
- **Experten gehen davon aus, dass die hier eintreffenden Moslems sich durch die Indoktrination in ihren Heimatländern ideologisch auf dem Niveau der radikalen Muslimbrüder bewegen.**

Der aus sämtlichen Islamhochburgen nach Deutschland importierte Moslem-Mix ist hoch explosiv und pervertiert die Grundidee des Asyls. Von daher muss man die Asylherkünfte tatsächlich räumlich trennen. Und zwar vor den Toren Europas! Christen direkt aus den Flüchtlingscamps einfliegen, Moslems gar nicht erst hereinlassen. Zelte für Millionen Moslems stehen in Mekka, falls die UNO-Zelte nicht behaglich genug sind.

Was Hans-Peter Friedrich hinsichtlich der Konsequenzen zur spezifisch islamischen Ausländerkriminalität äußert, muss man sich Wort für Wort ansehen:

Friedrich, der nun stellvertretender Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag ist, sagte: „Wir müssen von Anfang an klarmachen, dass wir die Regeln unseres freiheitlichen Rechtsstaats überall und konsequent durchsetzen.“ Er forderte die muslimischen Verbände auf, „den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Kultur von den zu uns kommenden Muslimen einzufordern. Wir dürfen nicht defensiv sein“.

Dieser butterweiche Memmenstaat soll also die Durchsetzung deutschen Rechts den berüchtigten Moslem-Verbänden überlassen. In das selbe Horn bläst Volker Kauder:

Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), erklärte: „Die muslimischen Verbänden sollten sich von Übergriffen auf Christen klar distanzieren.“

Warum können diese Politiker eigentlich nicht für sich selbst sprechen? Wieso benötigen sie Moslem-Verbände um klare Ansagen an die islamischen Asylforderer zu machen? Dieses Vorschieben der Moslem-Verbände sieht schwer nach einer Kapitulation der deutschen Politik aus und kann daher nur als Armutszeugnis gewertet werden. Sind unsere Politiker zu feige, den Moslems klare Ansagen zu machen?

Bei Merkels Laisser-Faire-Einwanderung gibt es aber noch nicht einmal eine seriöse Datenerhebung!

In den vergangenen Monaten hat es immer wieder Berichte von Konflikten zwischen Flüchtlingen unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten gegeben. In Suhl eskalierte Ende August ein Streit mit mutmaßlich religiösem Hintergrund in einer

Flüchtlingsunterkunft so sehr, dass es zu 17 Verletzten kam, darunter sechs Polizisten. Konkrete Zahlen, wie häufig es zu ähnlichen Konflikten kommt, gibt es jedoch nicht. Das liegt unter anderem daran, dass die Religionszugehörigkeit von Flüchtlingen meist nicht erfasst wird.

Man weiß, dass die hier nach Asyl begehrenden Tschetschenen, Bosnier, Albaner, Syrer, Iraker, Iraner, Afghanen, Ägypter, Pakistaner und Afrikaner allesamt aus Ländern mit Islamkonflikten kommen und erhebt nicht die Religionszugehörigkeit der Asylantragsteller? Wie dumm ist das denn?!

Selbst in Thüringen, wo eine aufgebrachte Moslemhorde wegen eines Korans ein Asylwohnheim zerlegte, hat der Verstand noch nicht ganz wieder eingesetzt: Das einzige Bundesland, das derzeit versucht, Flüchtlinge getrennt nach Herkunft unterzubringen, ist Thüringen. Das hat Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) nach dem Gewaltausbruch in Suhl entschieden. „Wir achten auf eine konfliktsensible Unterbringung und versuchen, Menschen aus unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Stockwerke oder eigene Unterkünfte zu verteilen“, sagte Thüringens Justiz- und Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne). „Das ist in der derzeitigen Krisensituation nur eingeschränkt möglich, wir wollen es aber ausbauen, sobald der Zuzug wieder geordnet abläuft.“ Eine Trennung nach Religionen hält er jedoch für falsch. Gerade intensiv religiöse Muslime müssten lernen, mit anderen Religionen zu leben.

Nach 1400 Jahren Hass-Suren meint ein grüner Migrationsminister, er könne „intensiv religiösen Muslimen“ beibringen, „mit anderen Religionen zu leben“. Wo lebt dieser Grüne? Offensichtlich auch im Wolkenkuckucksheim!

Damit sind dann wohl unsere Asylwohnheime so etwas wie ein Experiment am lebenden Objekt. Werden die Intensiv-Moslems die Christen messern oder respektvoll ihren Glauben achten? Rasten die Intensiv-Moslems aus, wenn sie ein Kreuz sehen? Sehen die Intensiv-Moslems in alleinreisenden christlichen Frauen Sexsklavinnen oder verhalten sie sich höflich und untadelig? Ein interessantes Experiment.

Unsere Politiker sollten den ersten Schritt machen und mit ihren Kindern in moslemlastige Asylwohnheime ziehen. Damit wir sicher sein können, dass wir wirklich verfolgten Menschen in Deutschland wirklich Sicherheit bieten können.

<http://www.kath.net/news/52302>

06 Oktober 2015, 08:30

Christliche Asylbewerber leiden in Flüchtlingsheimen unter Übergriffen

Der Christ Emile B. überlebte in Ägypten islamistische Terrorattacke, doch wurde in Asylbewerberheim gemobbt und zusammengeschlagen, vor den Augen seiner Kinder (sechs und drei Jahre alt) – Besonders gefährdet sind Muslime, die Christen wurden

Burbach (kath.net) Als Emile B. Weihnachten 2010 aus der Kathedrale der koptischen Christen in Nag Hammadi geht, läuft er direkt in einen Kugelhagel. Sechs Christen starben im Gewehrfeuer eines

Islamisten, Emile B. überlebte. 2014 musste Emile B. in Deutschland mit seiner Frau und seinen zwei kleinen Kindern per Taxi aus dem Asylbewerberheim Burbach (Nordrheinwestfalen) fliehen. 50 islamistische Angreifer bedrohten ihn. Die Polizei begleitete die koptische Familie, weil sie darum wussten, dass die sechs Sicherheitsmitarbeiter des Lagers nicht in der Lage waren, die Familie zu schützen. Das berichtete die „Welt“. Emile B. war im Lager heftig zusammengeschlagen worden, vor den Augen seiner sechsjährigen Tochter und seinem dreijährigen Sohn. Er hatte seine Frau verteidigt, der eine muslimische Asylbewerberin den Platz an der Waschmaschine wegnehmen wollte, weil sie Christin ist. Emile B. musste um sein Leben fürchten, als er von 50 Männern angegriffen wurde, die Todesdrohungen ausstießen. Seinen echten Namen und die Stadt, in der er jetzt wohnt, möchte Emile B. aus Sicherheitsgründen nicht in der Zeitung lesen.

Emile B. hatte versehentlich seine christliche Religion enthüllt, als er seinen Sohn bei einer Kinderfest zum Abschluss des Ramadam mit Namen gerufen hatte: Das Kind trägt einen christlichen Namen. Seither hätten die etwa 250 arabischen Asylbewerber des mit 750 Flüchtlingen belegten Heimes kein normales Wort mehr mit ihm und seiner Familie geredet, man habe seine Familie in den Gängen finster angeschaut, nicht einmal mehr die Kinder durften gemeinsam spielen. Der Streit eskalierte immer mehr, wie die „Welt“ detailliert berichtete.

Pressesprecherin Renate Walkenhorst vom privaten Heimbetreiber European Homecare erläuterte: „Anfeindungen von muslimischen gegenüber christlichen Flüchtlingen kommen immer wieder vor.“ Die „Welt“ berichtete auch von einem christlichen Afghanen, der im Asylbewerberheim nach körperlichen Attacken sehr lange brauchte, bis ihm der Antrag auf Verlegung in ein anderes Heim positiv beschieden wurde. Er war zuvor von den drei muslimischen Landsleuten, mit denen er das Zimmer teilen musste, über ein Jahr lang bedroht worden. Im neuen Heim sei er vorsichtiger geworden und verstecke Bibel und Kreuzarmband. Wenn er nach seinem Glauben gefragt wird, antwortet er: „Ich bin als Moslem geboren“. Es gibt keine offiziellen Zahlen zu den Übergriffen auf geflüchtete Christen. Nach Max Klingberg (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) sind Übergriffe weder Massenphänomen noch Seltenheit. Allerdings macht er deutlich: „Für christliche Konvertiten geht die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Übergriffen oder Mobbing zu werden, gegen 100 Prozent“.

Link zum Artikel in der „Welt“: Asylbewerber: Koptenfamilie flieht vor muslimischen Angreifern.

unter<http://www.welt.de/132791478>

01.10.14Asylbewerber

Kopten-Familie flieht vor muslimischen Angreifern

In der Asylbewerberunterkunft Burbach gab es zusätzlich zur Gewalt durch Wachleute weitere Vorfälle: Koptische Christen berichten, sie hätten vor einem muslimischen Mob fliehen müssen. Von Marcel Leubecher

2010: Am Weihnachtsabend tritt Emile B. aus der Kathedrale der koptischen Christen in Nag-Hammadi direkt in den Kugelhagel. Nach der Christmette am 7. Januar eröffnet ein Islamist das Feuer, sechs Gottesdienstbesucher sterben in der ägyptischen Stadt.

2014: Derselbe Emile B. flieht am 8. September mit seiner Frau und den beiden kleinen Kindern aus dem Asylbewerberheim im nordrhein-westfälischen Burbach (Link: <http://www.welt.de/132779081>) vor 50 islamistischen Angreifern mit dem Taxi zu einem koptischen Christen nach Siegen. Die Polizei begleitete

die Familie zu dem Taxi, weil ihr klar geworden war, dass die sechs Sicherheitsmitarbeiter in dem Asyleraufnahmeflager nicht mehr in der Lage waren, die koptische Familie zu schützen.

Drei Wochen nach dem Angriff hat Emile B. immer noch Schmerzen, sein Brustbein ist blau geschlagen. "Das Schlimmste sind aber die Bilder in den Köpfen meiner Kinder, die ich nun versuchen muss zu löschen", sagt der 36-jährige Bauingenieur. Die sechs Jahre alte Marvel und der dreieinhalbjährige George mussten mit ansehen, wie ihr Vater vor dem Eingang des Asylbewerberheims zusammengeschlagen wurde.

"Gott sei Dank kam der größte und schwerste Sicherheitsmann und hat sich dazwischen geworfen", erzählt der schlanke Ägypter. Eine halbe Minute später kamen die übrigen fünf Sicherheitsleute und führten ihn und seine Kinder in ihr Zimmer, während die etwa 50 wütenden Männer versuchten, das Security-Personal wegzustoßen, um wieder auf ihn einprügeln zu können. Von den schrecklichen Gewalttaten des Sicherheitspersonals gegenüber Asylbewerbern, die jüngst bekannt wurden, hat Emile B. nichts mitbekommen, wie er sagt.

Zehn Minuten später seien zwei Polizisten in das Zimmer gekommen und hätten nach einem kurzen Gespräch das Taxi gerufen, berichtet Emile B. Die zuständige Polizeileitstelle in Siegen bestätigt, dass es einen solchen Vorfall in dem Heim gab, konnte aber am Dienstag keine Angaben über einen konkreten Polizeieinsatz machen. Anwohner des Flüchtlingsheims verwundert dies nicht, eine Polizeistreife pendelt 24 Stunden am Tag zwischen dem Ortskern der Kleinstadt und dem Aufnahmeflager, Einsätze seien an der Tagesordnung.

Familie B. schlief eine Nacht bei einem koptischen Glaubensbruder in Siegen und kam anschließend für 15 Tage in einer Einliegerwohnung der Deutschen Zeltmission mit Sitz in Siegen unter. Vor einer Woche konnte wieder ein regulärer Aufenthaltsort für die Familie gefunden werden – in einer anderen Stadt Nordrhein-Westfalens, deren Namen Emile B. aus Angst vor Racheakten nicht in der Zeitung lesen möchte.

Dass es auch in Deutschland nicht leicht werden würde, spürte die koptische Familie bereits in den ersten der insgesamt 50 Tage in Burbach. Im Heim wurde zum Abschluss des Ramadans ein Kinderfest veranstaltet, zu dem sich auch Familie B. gesellte. Als der dreieinhalbjährige Sohn quengelte und nicht auf seinem Platz sitzen bleiben wollte, rief B. laut: "George, jetzt komm endlich her!" Das sollte sich als Fehler erweisen. Sofort hätten sich wegen des typisch koptischen Namens die Augen der übrigen Festteilnehmer auf die Familie gerichtet. Einige Männer riefen: "Haut sofort ab, das ist keine Feier für Christen!" Als die Familie den Speisesaal des Heims verließ, habe B. zu einem der Männer, die ihn nach draußen begleiteten, gesagt: "Bringt euren Hass nicht nach Deutschland!"

Die Kopten wurden wüst als "Tiere" beschimpft

Seitdem hätten die etwa 250 arabischen der rund 750 Asylbewerber kein Wort mehr mit ihnen geredet, die Kinder nicht mehr gemeinsam spielen lassen und auf den Gängen grimmig geschaut. Selbst Neuankömmlinge, denen er geholfen habe, das Gepäck ins Heim zu bringen, hätten sich mit den anderen gegen die Familie verbündet, als sie erfuhren, dass er Kopte sei.

Die Lage eskalierte schließlich wegen eines Streits in der Waschküche: Als Emile B.s Frau Magda die Waschmaschine befüllt hatte, wollte eine syrische Heimbewohnerin ebenfalls waschen. Weil Magda B. sich weigerte, habe die Syrerin wüst geschimpft und die koptische Familie als "Tiere" bezeichnet. Als Emile B. sich einmischte und sagte, es sei unanständig, Menschen als Tiere zu bezeichnen, hätten drei herbeigerufene Syrer den 36-jährigen Ägypter gefragt, was ihm einfiel, mit einer Frau zu reden, und ihm ins Gesicht geschlagen. Nachdem eine Heimgestellte den Streit geschlichtet hatte, wollte Emile B. wenig später seine spielenden Kinder vor dem Haus hineinholen. Da lauerten ihm seinen Angaben zufolge die 50 Männer auf, riefen Todesdrohungen und schlugen ihn nieder.

Die zuständige Bezirksregierung in Arnsberg wollte auf Anfrage der "Welt" keine Stellung zu den Vorfällen nehmen. Der private Heimbetreiber European Homecare bestätigte die Vorfälle. Pressesprecherin Renate Walkenhorst sagte, man habe die Ausgrenzung gegenüber der koptischen Familie nicht im Einzelnen

beobachten können, aber: "Anfeindungen von muslimischen gegenüber christlichen Flüchtlingen kommen immer wieder vor."

Auch in anderen Asylbewerberheimen kommt es immer wieder zu islamistisch motivierten Übergriffen auf christliche Flüchtlinge, bereits im August berichtete die "Welt" (Link: <http://www.welt.de/131123555>) über mehrere Betroffene. So auch über einen christlichen Afghanen Ramin, der mit drei muslimischen Landsleuten in einer Viererwohngruppe in Hessen untergebracht war und über ein Jahr bedroht wurde. Er sagte der "Welt", die Islamisten hätten ihm wiederholt etwa gesagt, er sei ein "Verfluchter, der den Tod verdient" habe. Einmal hätten sie ihm eine TV-Fernbedienung in die Niere gerammt und mit einem Messer gedroht. Doch alle Anträge auf Verlegung, die Ramin gemeinsam mit der Iranerin Mahin Mousapour, die sich mit ihrer persisch-christlichen Gemeinde in Frankfurt/Main für verfolgte Flüchtlinge einsetzt, lehnte der Landkreis und das Regierungspräsidium ab.

Nach der "Welt" überprüfte der zuständige hessische Landkreis noch einmal die Situation und verlegte Ramin schließlich doch Ende August in ein anderes Heim. Ramin spricht von einem "Wunder". Er sei überglücklich, dass er nun wieder ruhig schlafen könne und zur Schule gehen könne. Allerdings ist er vorsichtiger geworden: "Meine Bibel verstecke ich hier und mein Kreuzarmband trage ich lieber nicht mehr." Wenn er nach seinem Glauben gefragt werde, sage er: "Ich bin als Moslem geboren."

Offizielle Fallzahlen zu Übergriffen auf geflüchtete Christen gibt es nicht. Für Praktiker dagegen sind diese Vorfälle jedoch ein verbreitetes Problem. Max Klingberg von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte sieht Übergriffe nicht als ein Massenphänomen, aber auch nicht für eine Seltenheit. Doch er macht deutlich: "Für christliche Konvertiten geht die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Übergriffen oder Mobbing zu werden, gegen 100 Prozent." Die Asylbeauftragte der Evangelischen Kirche in Nürtingen, Ragini Wahl weist auf eine gefährliche Entwicklung hin: Durch selbsternannte "Chefs" entstünden in vielen Heimen "exterritoriale Bereiche".

<http://www.pi-news.net/2015/10/islam-koepft-und-kreuzigt-elf-syrische-christen/>

Islam köpft und kreuzigt elf syrische Christen

isDie Blutbande der mohammedanischen Schlächter hat auf ihrem Weg nach Europa in Syrien erneut elf Christen enthauptet bzw. gekreuzigt. **Unter den Opfern ist auch ein 41-jähriger Mann und sein zwölfjähriger Sohn. Die bereits im September Getöteten wurden zunächst brutal misshandelt und anschließend gekreuzigt. Die einheimischen Christen hätten es abgelehnt, ihrem Glauben abzuschwören. Das habe der Leiter des Hilfswerkes, dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wurde, nach Gesprächen mit Angehörigen der Toten berichtet.**

idea berichtet:

Schließlich seien sie IS-Kämpfern in die Hände gefallen. Sie stellten die Christen vor die Wahl, entweder ihren Glauben zu verleugnen und sich zum Islam zu bekennen oder zu sterben. Als sie erklärten, sie würden Christus niemals verraten, hätten die IS-Kämpfer vier Mitarbeiter des Werkes – darunter einen 41-Jährigen und seinen zwölfjährigen Sohn – zunächst brutal misshandelt und anschließend gekreuzigt. Zwei Tage habe man sie an den Kreuzen hängen lassen; niemandem sei es erlaubt gewesen, sie abzunehmen. An die Kreuze hätten die Terroristen zudem Schilder geheftet mit der Aufschrift „Ungläubige“. Sieben weitere Mitarbeiter – darunter zwei Frauen – seien zunächst geköpft und anschließend an Kreuzen aufgehängt worden. Augenzeugenberichten zufolge sollen sie bis kurz vor ihrem Tod zu Jesus gebetet haben.

Die Christen in Europa täten gut daran, sich endlich dem Kampf gegen die Islamisierung anzuschließen. Doch bisher helfen weite Teile der abermals versagenden Kirche die Korangläubigen auch nach Deutschland zu importieren. (GC)

<http://www.pi-news.net/2015/10/achgut-an-allem-ist-pegida-schuld/#more-487444>

Achgut: An allem ist Pegida schuld!

imageAkif Piringçi hat auf der letzten Pegida-Demonstration für einen Eklat gesorgt. Der für seine derbe, bewusst eingesetzte Vulgärsprache berühmte-berühmte Autor hat gesagt, so konnte man es überall lesen: „Leider sind die KZs außer Betrieb.“ In den meisten Medien wird behauptet, oder zumindest suggeriert, er habe mit seiner Aussage gefordert, dass der Staat Flüchtlinge in Konzentrationslager sperren solle. Wenn man seine Rede aber im Zusammenhang liest, erkennt man schnell, dass dies eine völlige Fehlinterpretation seiner Aussage ist:

„Offenkundig scheint man bei der Macht die Angst und den Respekt vor dem eigenen Volk so restlos abgelegt zu haben, dass man ihm schulterzuckend die Ausreise empfehlen kann, wenn es gefälligst nicht pariert. Es gäbe natürlich auch andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.“

Piringçi nimmt mit seiner provokanten Überspitzung Bezug auf den Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU), der asylkritischen Deutschen nahegelegt hat, das Land zu verlassen.

Piringçi unterstellt Politikern wie Lübcke, dass sie unliebsame politische Gegner am liebsten in alter Nazi-Manier aus dem Wege räumen würden. Dies ist zwar immer noch nicht besonders geschmackvoll und mit Sicherheit auch nicht die intelligenteste Aussage, die der Bestseller-Autor je von sich gegeben hat, aber dennoch eine völlig andere Nummer als die ihm in die Schuhe geschobene Forderung nach der Inbetriebnahme von Konzentrationslagern.

Aber der Satz „Leider sind die KZs nicht mehr in Betrieb“ macht sich, aus dem Zusammenhang gerissen, eben so gut in Überschriften und passt außerdem wie die Faust aufs Auge zu der nach dem Anschlag auf die Kölner OB-Kandidatin angeheizten Stimmung gegen Pegida.

So dämlich es ist, eine Bewegung, die es gerade mal seit einem Jahr gibt, für die Tat eines Irren, der seit Jahrzehnten in der rechtsextremen Szene unterwegs ist, verantwortlich zu machen, so wenig hindert es Politiker aller Parteien daran, es dennoch zu tun. Bundesjustizminister Heiko Maas twitterte umgehend, nachdem auf einer Pegida-Demo zwei für Gabriel und Merkel „reservierte“ Galgen gesichtet wurden:

Wer bei #Pegida mitläuft, dem muss klar sein, wem er da hinterher läuft: Menschen, die nichts anderes im Sinn haben als Radikalisierung.

Man möchte ergänzen, dass Selbiges auch für seine eigene Juso-Parteijugend gilt, die bei Demonstrationen regelmäßig dem autonomen schwarzen Block hinterherläuft, aber man weiß, dass sich der SPD-Minister sein einseitiges Bild von Radikalismus nicht durch rationale Kritik kaputtmachen lässt. Unterstützt wird er in seiner Wahrnehmung durch die breite Front politisch Einäugiger.

Für jeden Brandanschlag, jeden Angriff auf einen Ausländer und jede Eskalation am Rande irgendeiner Demo, die noch nicht einmal direkt etwas mit Pegida zu tun haben muss, wird die „Bewegung“ dennoch verantwortlich gemacht. Ganz so, als hätte es vor Pegida keine politisch motivierte Gewalt und Kriminalität gegeben. Dass diese in der Mehrheit der Fälle auch heute immer noch von links ausgeht, wird sowieso gänzlich verschwiegen. Sowohl von Politikern als auch von „journalistischen“ Formaten wie „Panorama“, deren Reporter mittlerweile häufiger auf den Pegida-Kundgebungen unterwegs sind als viele der Aktivisten selbst.

Rechter Extremismus ist eben per se schlimmer als linker, und ein Pegida-Galgen ist ein klarer Mordaufruf, wogegen ein linker Galgen oder gar eine revolutionär-romantische Guillotine offenkundig nur ein heiterer Spaß ist, den jeder verstehen muss, der zum Lachen nicht in den Bürgerbräukeller geht. Alles, was Akif Pirinçci sagt und schreibt, ist dagegen wiederum bierernst zu nehmen.

Relativ einfach macht es sich in diesen Tagen die BILD, das neue Sturmgeschütz der Willkommenskultur. BILD stellt die Facebook-Hetzer an den Pranger! – titelte man dort, völlig besoffen von der eigenen Selbstgerechtigkeit, und gab online die direkte Weisung an die Ermittlungsbehörden: „Herr Staatsanwalt übernehmen Sie!“

Die Leichtfertigkeit, mit der die selbst häufig genug der „Hetze“ bezichtigte Bildredaktion hier Andersdenkende brandmarkt, ist persönlichkeitsrechtlich bedenklich und im höchsten Maße demokratiegefährdend. Schon das einfache Angebot an Moslems, denen es hier nicht passt, Deutschland zu verlassen, kann einen direkt auf den BILD-Pranger führen. Man fragt sich, was eigentlich dagegen spricht, jemandem, der unsere freiheitliche demokratische Grundordnung aufgrund seines Glaubens ablehnt, nahezulegen, schon in seinem eigenen Wohlfühl-Interesse besser in ein Land zu ziehen, das seinem Werteempfinden eher entspricht. Man fragt sich auch, in wie weit sich einige der angeprangerten Aussagen von den gerne gedruckten des Thilo Sarrazin oder einigen der eigenen Schlagzeilen unterscheiden.

BILD hat offenbar die Seiten gewechselt. In Zeiten, in denen die klare Mehrheit gefühlt irgendwie links ist und selbst die einst so kühle Physikerin im Kanzleramt von Tag zu Tag emotionaler wird, will man nicht länger alleine als herzlose konservative Propaganda-Maschine auf weiter Flur stehen.

(Im Original erschienen von Boris T. Kaiser auf der Achse des Guten)

<http://www.kath.net/news/52377>

10 Oktober 2015, 10:25

IS erpresst von Christen Steuer und zeigt neues Tötungsvideo

Drei assyrische Christen aus Khabur-Tal von ihren Entführern hingerichtet.

Vatikanstadt (kath.net/ KAP)

Christen in der syrischen Stadt Al Qaryatayn müssen offenbar dem "Islamischen Staat" (IS) eine Schutzsteuer zahlen, zudem ermordete der IS zum islamischen Opferfest drei Christen: Nach einem Bericht der vatikanischen Nachrichtenagentur "Fides" von Freitag zeigt ein vom IS veröffentlichtes Video, wie rund

50 christliche Männer in einem Konferenzraum vor den Augen von IS-Kämpfern einen Kopfsteuervertrag unterschreiben. Und auf diversen islamistischen Websites wurde wieder ein Tötungsvideo veröffentlicht. Beim Schutzsteuervideo hält sich dem arabischen Videokommentar zufolge auch der im vergangenen Mai aus dem syrischen Kloster Mar Elia entführte Pfarrer Jacques Murad am Ort auf. In dem von den Christen unterzeichneten Vertrag verpflichten sich die Kämpfer des IS, das Eigentum von Christen nicht zu plündern, sie nicht aus der Region zu vertreiben und "keinem von ihnen Schaden zuzufügen", berichtet "Fides" über den Kommentar.

In einem am ebenfalls von "Fides" veröffentlichten weiteren Bericht geht es dann um das jüngste IS-Hinrichtungsvideo. Drei assyrische Christen aus dem Khabur-Tal, die sich in den Händen des IS befanden, wurden von ihren Entführern hingerichtet. Das Video wurde Mitte dieser Woche auf jihadistischen Internetseiten veröffentlicht. Der Film zeigt, ähnlich wie bereits in der Vergangenheit veröffentlichte Videos, Bilder von den drei Christen, die auf dem Boden knien und orange Anzüge tragen, vor dem Hintergrund einer Wüstenregion. Die drei werden jeweils mit einem Schuss in den Nacken von verummten Kämpfern ermordet.

Alle drei Christen mussten vor ihrer Hinrichtung ihren Namen sagen: Es handelt sich um Audisho Enwiya und Assur Abraham aus dem Dorf Tel Jazeera und Basam Michael aus dem Dorf Tel Shamiram. Nach der Hinrichtung endet das Video mit Bildern davon, wie drei weitere Christen in orangenen Anzügen vor den Toten knien. Auch sie nennen ihren Namen und das Dorf ihrer Herkunft, und einer von ihnen fügt hinzu: "Uns wird es gleich ergehen, wenn die korrekte Prozedur für unsere Freilassung nicht befolgt wird."

Wie die Autoren des Videos betonen, fand die Hinrichtung bereits am 23. September, dem Opferfest (Eid al-Adha) der Muslime statt. Die drei Opfer und die drei noch lebenden Christen, die im Video zu sehen sind, gehören der Gruppe von rund 230 assyrischen Christen an, die Kämpfer des IS Ende Februar aus den christlichen Dörfern des Khabur-Tals entführt hatten. Wahrscheinlich halten sie sich in der Umgebung von al-Shaddadi, einer IS-Hochburg rund 60 Kilometer von Hassak entfernt, auf.

Ohne Lösegeld weitere Hinrichtungen

Die Botschaft des Videos ist unmissverständlich: Bisher wurde das verlangte Lösegeld für die Freilassung nicht bezahlt, und solange dies nicht geschieht, werden die Hinrichtungen fortgesetzt werden. In der Zeit nach der kollektiven Entführung hatten die IS-Jihadisten 100.000 Dollar Lösegeld für jeden einzelnen Christen gefordert. Nachdem erklärt wurde, dass diese Summe nicht bezahlt werden kann, wurden die Verhandlungen unterbrochen.

Vor rund einem Monat hatte der syrisch-katholische Erzbischof von Hassake, Jacques Behnan Hindo, im Gespräch mit "Fides" erklärt, dass die Möglichkeit neuer Verhandlungen über eine geringere Summe besteht. Diese Hoffnung werde jedoch von dem jetzt veröffentlichten Video zunichte gemacht, so Kirchenvertreter in Damaskus.

16. November 2015, 17:43 Uhr

"Zwölf Stämme"

Lehrer wegen Prügelstrafe vor Gericht

Er soll regelmäßig Schüler mit der Rute geschlagen haben: In Bayern hat der Prozess gegen einen Lehrer der Sekte "Zwölf Stämme" begonnen. War Züchtigung ein fester Bestandteil der Erziehung in der Sekte?

In Bayern steht seit Montag ein 54-Jähriger vor Gericht. Als Lehrer soll er bei der umstrittenen Glaubensgemeinschaft "Zwölf Stämme" Kinder geschlagen haben. Der Prozess wurde zur Bühne für einen heftigen Schlagabtausch zwischen den beiden Verteidigern einerseits und dem Staatsanwalt und der

Richterin andererseits. Ein Urteil vom Amtsgericht Nördlingen wird frühestens in der nächsten Woche erwartet.

Der Mann wird beschuldigt, vor etwa neun Jahren einen damals etwa 14 Jahre alten Schüler mit einer mehr als einen Meter langen Rute ein halbes Dutzend Mal auf den Hintern geschlagen zu haben. Der Angeklagte weist alles zurück: "Die ganze Sache ist absolut aus der Luft gegriffen." Weitere Angaben macht er nicht, denn den Vorfall habe es nie gegeben, führt sein Rechtsanwalt aus.

Der Schüler von damals ist heute 23 Jahre alt und hat schon mehrfach Interviews zu den Prügelstrafen bei den "Zwölf Stämmen" gegeben - einer Gemeinschaft, in der Kritiker und Aussteiger eine hierarchisch straff organisierte Sekte sehen. Vor Gericht wirft er den Lehrern vor, häufig Kinder geschlagen zu haben. Sie hätten den Kindern "so, wie sie gerade lustig waren, auf den Hintern gehauen", sagt der Zeuge. "So ist es tagein, tagaus gewesen." Auch der 54-jährige Angeklagte habe ihn mehrfach geprügelt. Wenn ein Kind im Unterricht unaufmerksam gewesen sei oder mit dem Tischnachbarn geredet habe, dann habe es Schläge gegeben.

Drei Mütter der Sekte bereits verurteilt

Die Verteidiger wollen den 23-Jährigen und seine ebenfalls als Zeugen geladenen Eltern als unglaubwürdig erscheinen lassen. Sie werfen ihnen mehrfach falsche Angaben vor.

Der Richterin halten die Anwälte vor, sie sei möglicherweise nicht objektiv und wolle den Sachverhalt nicht aufklären. Die Vorsitzende reagiert mit Unverständnis. "Ich darf jetzt ermitteln, ich mache das jetzt auch", entgegnet die Richterin den Anwälten, als sie eine Zeugin in den Sitzungssaal bittet.

Bereits in der Vergangenheit liefen ähnliche Strafverfahren gegen Mitglieder der Glaubensgemeinschaft. Drei Mütter sind in Nördlingen schon zu Bewährungsstrafen verurteilt worden, zwei Verfahren sind aber noch nicht rechtskräftig. Weitere Prozesse sollen folgen.

Der 54-Jährige sollte eigentlich nicht allein vor Gericht stehen, aber bei der Zustellung der Anklage gab es bei zwei Mitangeklagten Schwierigkeiten. Die Männer sind vermutlich ins Ausland gezogen. Die "Zwölf Stämme" haben angekündigt, Deutschland den Rücken kehren zu wollen, weil sie sich hier verfolgt fühlen.

Die Ermittlungen begannen, als die Polizei im September 2013 rund 40 Kinder aus den Gemeinschaften in Klosterzimmern bei Nördlingen und im mittelfränkischen Wörnitz holte. Die Eltern wehrten sich vor den Familiengerichten gegen die Wegnahme ihrer Töchter und Söhne. Manche Eltern hatten damit Erfolg, andere nicht. Ein Teil dieser Sorgerechtsverfahren beschäftigt die Gerichte immer noch.

Nach den Ausführungen von Aussteigern ist es die allgemeine Lehre der Sekte, dass Kinder gezüchtigt werden müssen. Die Mitglieder hatten sich lange geweigert, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken. Zeitweise erlaubte ihnen das bayerische Kultusministerium daher sogar der Betrieb einer eigenen Schule in Klosterzimmern.

Inzwischen wurde diese Genehmigung zwar widerrufen. Doch der Prozess wirft die Frage auf, wie die Behörden jemals der Glaubensgemeinschaft eine Schulerlaubnis ausstellen konnten. Denn laut Zeugen mussten Lehrer dort nicht über ein Fachstudium verfügen, sondern wurden einfach vom "Ältestenrat" bestimmt.

bkr/dpa, Ulf Vogler

URL:

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/zwolf-staemme-prozess-wegen-pruegelstrafe-hat-begonnen-a-1063001.html>

Innsbruck: Protest gegen Salafisten bestraft

Die 70-jährige Sabine K. traute am 10. Januar dieses Jahres ihren Augen nicht: Drei Tage nach den Charlie-Hebdo-Morden von Paris verteilten Salafisten an einem „Lies“-Stand in der Innsbrucker Innenstadt die Betriebsanleitung für das Töten. Sie protestierte engagiert und rief den Langbärten zu, dass es eine Frechheit sei, nach den Morden in Paris und den Massenmorden im Islamischen Staat hier dieses Buch unter die Menschen zu bringen. Sabine warf einen der Gratis-Korane auf den Boden und stellte sich mit einem Fuß darauf. Das befand die österreichische Justiz als bestrafungswürdig: Die Rentnerin wurde wegen „Herabwürdigung religiöser Lehren“ nach §188 StBG zu 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

(Von Michael Stürzenberger)

Den Stein ins Rollen brachten Polizisten, die sich in der Nähe des Salafisten-Standes aufhielten und die Personalien der couragierten Rentnerin aufnahmen. Ähnlich muss sich damals Sophie Scholl gefühlt haben, als sie für ihren ebenfalls mehr als berechtigten Widerstand von den Vollstreckern der herrschenden Macht abgeführt wurde. Austropress berichtet über die verabscheuungswürdige Behandlung einer mutigen, kritischen, hellwachen und verteidigungsbereiten Bürgerin, die sich als eine der wenigen gegen die Ausbreitung einer faschistischen Ideologie wehrt:

Den uns vorliegenden Gerichtsdokumenten zufolge rief sie „Das traut ihr euch noch, nach diesen Massenmorden in Paris und den Morden in Syrien, Irak, Iran hier dieses Buch zu verteilen!“. Nach diesen Worten warf sie einen der Gratis-Korane auf den Boden und setzte ihren Fuß darauf. „Ich wollte damit ein deutliches Zeichen setzen“, so Sabine K.

Die offenbar in der Nähe der angemeldeten Verteilaktion befindliche Polizei unterbrach das Geschehen sofort, nahm die Daten der Pensionistin auf und brachte sie zur Anzeige: Herabwürdigung religiöser Lehren nach §188 StBG.

Ein erstes Angebot zur Diversion – einen Zahlungsbescheid in Höhe von 210 Euro, schlug die Beschuldigte aus. Am 2. Oktober wurde vor dem Bezirksgericht Innsbruck verhandelt. Hinweise auf die Meinungsfreiheit und die nach Meinung von Sabine K. „blutigen und brutalen Inhalte des Korans“ fanden kein Gehör. Die Richterin Dr. Stix-Jaudl verwies darauf, dass auch im Alten Testament blutige Stellen vorkämen. Das Verfahren endete mit einem Diversionsangebot zu 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit.

Wie damals bei den Nazis, muss auch jetzt erst die Katastrophe hereinbrechen, bis die Kollaborateure in Justiz, Medien, Politik und Polizei aufwachen. Es müssen erst zerfetzte Leichenteile auf österreichischen und deutschen Straßen liegen, bis die Betonköpfe allmählich begreifen, dass sie es mit einer todbringenden Ideologie zu tun haben, die gefährlicher ist als Nationalsozialismus, Kommunismus, Sozialismus und Faschismus zusammengenommen. Die denkblokierten Schrumpfhirne können offensichtlich die einfachsten Zusammenhänge nicht verstehen: Dass das 1400-jährige Massenmorden auf den grausamen Befehlen eines einzigen „Heiligen“ Buches und des brutalen Wirkens seines Schöpfers begründet ist. Und so verurteilt diese verkommene Justiz eine 70-jährige Renterin, die sich völlig zurecht gegen die Verteilung dieses todbringenden Buches wehrt. Dieser Schwachsinn-Paragraph 188 StBG über die „Herabwürdigung religiöser Lehren“ gehört unverzüglich gestrichen, zumal sich in Österreich auch jeder über das Christentum lustig machen darf, wie Austropress berichtet:

Führt der §188 StBG möglicherweise nur bei „Vergehen“ gegen den Islam zu einem Gerichtsverfahren? Anlässlich der Charlie-Hebdo-Morde überboten sich österreichische Medien gegenseitig in der Beurteilung, ob die Karikaturen des Satiremagazins hierzulande überhaupt erlaubt oder gar verboten und strafbar wären. Die oftmals deutlich drastischere Verhöhnung der christlichen Religion durch Liebkinder der Regierungspartei SPÖ wie Manfred Deix, Gerhard Haderer oder Herrmann Nitsch führten hingegen regelmäßig zu Verfahrenseinstellungen. So zeichnete Haderer 2002 Jesus als Marihuana rauchenden Hippie. Die Staatsanwaltschaft sah dies als „milden Spott“ an. Ob ein Marihuana rauchender Mohammed zu blutigen Ausschreitungen und ausgelöschten Zeitungsredaktionen führen würde, traut sich zumindest in Österreich niemand herauszufinden. Offensichtlich knickt in Österreich die Justiz in vorseilender Unterwerfung vor dem Droh- und Gewaltpotential des Islams feige ein. Christen protestieren eben nicht wutschnaubend und kündigen blutige Vergeltung an, wenn man sich über Jesus oder die christliche Lehre lustig macht. Austropress

schildert diese offensichtliche Ungleichbehandlung ebenso wie die Gefährlichkeit der Salafisten, die wie ein Durchlauferhitzer für Terroristen sind:

Abou-Nagie und sein Weggefährte Pierre Vogel bejahen islamisches Märtyrertum und den Jihad im Sinne von Gewaltausübung gegen Andersdenkende. Immer wieder finden sich Fotos von Personen, die sowohl bei Veranstaltungen und Ständen der „Lies!“-Stiftung als auch als Kämpfer des Islamischen Staates in Erscheinung treten. Einer von ihnen war der bekannte deutsche Rapper Dennis Cuspert, ein weiterer der Austro-Islamist Mohamed Mahmoud. Gegen Abou-Nagie wurde in Deutschland unter anderem wegen Anstiftung zum Mord ermittelt. Gegenwärtig steht er seit Jahren wegen mutmaßlichem Sozialhilfebetrug vor Gericht.

Salafisten dürfen das gefährlichste Buch der Welt verteilen, das den Weg für den Terror bereitet, der ganz Europa in Angst und Schrecken versetzt. Mutige Kritiker dieser tickenden Zeitbombe werden hingegen bestraft. Geistesgestörter Irrsinn mit Vorsatz im Jahre 2015.

27.11.15

AN

Richterin Dr. Stix-Jandl, Innsbruck

anlässlich Ihres Urteils gegen Sabine K., die nach den Massenmorden in Paris auf den Koran getreten ist

Geehrte Frau Stix-Jandl,

als Religionspsychopathologe würde ich Ihnen zu Ihrem o.g. Urteil gerne einige Daten zur hochgradigen Psychopathologie des Islam und seines Gründers Mohammed zukommen lassen. Dazu benötige ich aber Ihre e-mail-Adresse, da es einige Anhänge mit Daten sind.

Im folgenden also nur einige zusammenfassende Fakten☺incl Texte der IGFM)

<http://www.kath.net/news/53202>

09 Dezember 2015, 10:30

Norwegen: Behörden nehmen christlichem Ehepaar die Kinder weg

Vorwurf: Ruth und Marius Bodnariu sollen ihre Sprösslinge „radikalisiert“ haben Oslo ([kath.net/idea](http://www.kath.net/idea)) In Norwegen haben die Behörden einem christlichen Ehepaar die Kinder entzogen, weil es sie angeblich „indoktriniert“ und „radikalisiert“ haben soll. Wie die Internetzeitung Christian Post (Washington) berichtet, nahm das Jugendamt die zwei Töchter und drei Söhne – der jüngste ist erst wenige Monate alt – von Ruth und Marius Bodnariu bereits Mitte November in seine Obhut. Mitarbeiter holten die beiden Töchter demnach ohne das Wissen der Eltern von der Schule ab und brachten sie an einen „sicheren“ Ort. Anschließend besuchten sie die Familie zuhause und nahmen die Söhne mit.

Das Ehepaar wurde mehrere Stunden verhört. Ihm wird vorgeworfen, die Kinder zu einem radikalen Glauben zu erziehen, etwa indem sie sie lehrten, dass Gott Sünde bestraft. Die folgenden Wochen durften die Eltern ihre Kinder nicht sehen. Das Jugendamt teilte ihnen lediglich mit, dass es den Jungen und Mädchen gut gehe und sie „ihre Eltern nicht vermissen“.

Eine Berufung des aus Rumänien stammenden Ehepaares gegen die Entscheidung wies das zuständige Gericht Anfang Dezember ab.

Inzwischen haben Freunde der Familie eine Petition gestartet, in der die norwegische Regierung aufgefordert wird, den Eheleuten Bodnariu ihre Kinder zurückzugeben. Laut Christian Post gibt es bereits 27.000 Unterstützer.

Archivfoto: Familie Bodnariu noch vor der Geburt des fünften Kindes

<http://www.kath.net/news/53263>

15 Dezember 2015, 08:30

Kindesentzug in Norwegen: Friedlicher Protest

Oslo/Washington (kath.net/idea) Das christliche Ehepaar, dem in Norwegen seine fünf Kinder von den Behörden entzogen wurden, plant friedliche Proteste und eine Postkartenaktion zu Weihnachten. Damit möchte es erreichen, dass es seine beiden Töchter und die drei Söhne im Alter zwischen drei Monaten und neun Jahren zurückbekommt. Die Behörden hatten die Sprösslinge von Ruth und Marius Bodnariu Mitte November in ihre Obhut genommen.

Ein Lehrer der Kinder hatte sie informiert. Dem Ehepaar, das ursprünglich aus Rumänien stammt und einer pfingstkirchlichen Gemeinde angehört, wird vorgeworfen, seine Kinder zu einem „radikalen“ Glauben zu erziehen. Außerdem soll es sie körperlich gezüchtigt haben. Die Mädchen gaben während einer Befragung an, Dinge vor ihren Eltern zu verstecken aus Furcht, an den Ohren gezogen oder geschlagen zu werden. Deshalb wurden die Kinder zunächst in drei Pflegefamilien untergebracht.

Freunde der Bodnarius haben unterdessen eine Petition gestartet, in der die norwegische Regierung aufgefordert wird, den Eheleuten ihre Kinder zurückzugeben. Laut der Internetzeitung Christian Post (Washington) hat sie bereits 37.500 Unterstützer. Diese planen nun, vor norwegischen Botschaften in aller Welt friedlich dafür zu demonstrieren, dass die Familie Bodnariu wieder zusammengeführt wird.

Kundgebungen sind unter anderem in Großbritannien, Irland, Belgien, Spanien, den Niederlanden und den USA geplant. Außerdem hat die Familie dazu aufgerufen, zu Weihnachten handgeschriebene Postkarten an norwegische Behörden und Botschaftsmitarbeiter zu schicken mit der Bitte, sich für die Familie einzusetzen.

23. November 2015, 16:10 Uhr

Urteil gegen "Zwölf Stämme"

Geldstrafe für Prügel-Lehrer

An einer Schule der Christengemeinschaft "Zwölf Stämme" wurden Jugendliche offenbar regelmäßig geschlagen. Nun verurteilte das Gericht einen Lehrer der Sekte. Weitere Verfahren sollen folgen.

Er soll Schüler mit der Rute gezüchtigt haben, nun hat das Gericht einen ehemaligen Lehrer aus der Sekte "Zwölf Stämme" verurteilt. Das Amtsgericht Nördlingen in Bayern ordnete am Montag an, dass der 54-

Jährige eine Geldstrafe von 2000 Euro zu zahlen hat. Die Haftstrafe wegen schwerer Körperverletzung wurde zur Bewährung ausgesetzt, berichtet der Bayerische Rundfunk.

Die Staatsanwaltschaft hatte eine neunmonatige Bewährungsstrafe verlangt, die Verteidiger des Mannes hingegen Freispruch. Der Ex-Lehrer hatte die Vorwürfe während der Verhandlung in der vergangenen Woche als aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Laut Anklage hatte der 54-Jährige vor etwa neun Jahren einen damals etwa 14 Jahre alten Schüler mit einer langen Rute ein halbes Dutzend Mal auf den Hintern geschlagen. Der Schüler, heute 23 Jahre alt, hat die Prügelattacke in dem Prozess als Zeuge bestätigt.

Die Lehrer hätten den Kindern "so, wie sie gerade lustig waren, auf den Hintern gehauen", sagte der Zeuge. "So ist es tagein, tagaus gewesen."

Wegen ähnlicher Anklagen sollen sich weitere Mitglieder der umstrittenen Sekte künftig ebenfalls vor Gericht verantworten.

Im September 2013 hatte die Polizei wegen solcher Gewaltvorwürfe rund 40 Kinder aus den Gemeinschaften der Sekte im schwäbischen Klosterzimmern bei Deiningen und im mittelfränkischen Wörnitz geholt. In der Folge kam es bei den Familiengerichten zu zahlreichen Sorgerechtsverfahren, die teils bis heute nicht abgeschlossen sind.

Nach den Ausführungen von Aussteigern ist es die allgemeine Lehre der Sekte, dass Kinder gezüchtigt werden müssen. Die Mitglieder hatten sich lange geweigert, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken. Zeitweise erlaubte ihnen das bayerische Kultusministerium daher sogar den Betrieb einer eigenen Schule in Klosterzimmern. Inzwischen wurde diese Genehmigung zwar widerrufen. Doch der Prozess wirft die Frage auf, wie die Behörden jemals der Glaubensgemeinschaft eine Schulerlaubnis ausstellen konnten. Denn laut Zeugen mussten Lehrer dort nicht über ein Fachstudium verfügen, sondern wurden einfach vom "Ältestenrat" bestimmt

bkr/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/zwoelf-staemme-geldstrafe-fuer-pruegel-lehrer-a-1064112.html>

Das Todesurteil - Als ich Christ wurde im Irak ([Joseph Fadelle](#))

Joseph Fadelle ist durch die Hölle gegangen. Geboren als Mohammed al-Moussaoui in einer großen schiitischen Familie im Irak, kommt er während seines Militärdienstes in Kontakt mit dem christlichen Glauben. Mohammed wird gepackt und lässt sich anstecken. Doch seine Familie ist entsetzt und verstößt ihn. Als Abtrünniger wird er verhaftet, erlebt Entbehrung und Folter. Schließlich gelingt ihm die Flucht nach Jordanien, wo er zum christlichen Glauben übertritt und sich taufen lässt. Doch auch dort spürt ihn seine Familie auf. Eine Fatwa wird gegen ihn ausgesprochen und seine Brüder schießen ihn auf offener Straße nieder!

<http://www.medrum.de/content/einstweilige-verfuegungen-gegen-schaubuehne-und-fear-aufgehoben>
Einstweilige Verfügungen gegen Schaubühne und FEAR aufgehoben

15.12.15

Einstweilige Verfügungen gegen Schaubühne und FEAR aufgehoben

Gericht: Fotos von Hedwig von Beverfoerde und Beatrix von Storch durften verwendet werden

(MEDRUM) Das Landgericht Berlin hob bei den heutigen mündlichen Verhandlungen die Einstweiligen Verfügungen gegen die Schaubühne auf, die von Hedwig von Beverfoerde und Beatrix von Storch gegen die Verwendung von Fotos bei der Aufführung des Theaterstückes FEAR beantragt worden waren.

Rechte durch Verwendung von Fotos nicht verletzt

Auf der Internetseite der "Demo für alle" wurde vor wenigen Tagen noch von einem ersten Erfolg gesprochen, weil das Berliner Landgericht auf Antrag der Anwälte von Hedwig von Beverfoerde, Koordinatorin und Sprecherin der "Demo für alle", sowie von der stellvertretenden AfD-Bundesvorsitzenden und Europaparlamentarierin, Beatrix von Storch, Einstweilige Verfügungen gegen die Schaubühne und Falk Richters Stück FEAR erlassen hatte. Die Hoffnung, auf dem Rechtsweg gegen die Schaubühne erfolgreich zu sein, hielt der heutigen mündlichen Verhandlung nicht stand. Denn gegen die Einstweiligen Verfügungen hatte die Schaubühne Widerspruch eingelegt und wurde heute durch das Berliner Landgericht in der Auffassung bestätigt, Fotos der beiden Frauen bei der Aufführung des Stückes FEAR verwenden zu dürfen. Das Gericht sah dadurch weder die Menschenwürde noch die Persönlichkeitsrechte der beiden öffentlichkeitswirksam tätigen Frauen verletzt und hob daher die Einstweiligen Verfügungen auf.

ImageSchutz der Kunstfreiheit

Die Schaubühne wertet den Gerichtsentscheid mit den Worten "Schaubühne gewinnt den Rechtsstreit um FEAR" (Bild links) und teilte dazu mit: "In der mündlichen Verhandlung hat das Gericht deutlich gemacht, dass es keine Verletzung der Menschenwürde der beiden Antragstellerinnen in dem Stück sieht. Die Schaubühne hat geltend gemacht, dass auch keine Verletzung der Persönlichkeitsrechte in der Verwendung der Bilder zu sehen ist, weil in diesem komplexen und multimedialen Werk eine künstlerische Darstellung der Albträume der Figuren im Stück stattfindet. »FEAR« verarbeitet verschiedene zeitgeistig und geschichtlich auftretende Phänomene der neuen Rechten und christlich fundamentalistischer Strömungen. Das Landgericht hat sich der Auffassung der Schaubühne angeschlossen, unter dem Schutz der Kunstfreiheit gehandelt zu haben. Der Vorsitzende Richter stellte in der mündlichen Erörterung klar, dass aus Sicht des Gerichts in dem Stück nicht zu Gewalt gegen Personen oder Sachen aufgerufen wird."

Stellungnahmen von Hedwig von Beverfoerde und Beatrix von Storch zur Entscheidung des Landgerichtes, deren schriftliche Begründung noch folgen wird, liegen derzeit nicht vor. Sie könnten Berufung gegen das Urteil des Landgerichtes einlegen. Von Nachteil scheint es für die Klägerin von Beverfoerde mehreren Medienberichten zufolge gewesen zu sein, dass weder Hedwig von Beverfoerde noch ihr Anwalt das Theaterstück selbst gesehen hatten. Beatrix von Storch war bei der Verhandlung nicht anwesend und wurde von ihrem Anwalt vertreten.

Im Januar 2016 steht FEAR, das keine guten Kritiken in den Medien erhielt (MEDRUM berichtete), erneut auf dem Spielplan.

Image von Storch: "Ein politisches Urteil"

Am 16.12. 15 teilte Beatrix von Storch mit, dass sie nicht gewillt ist, die Entscheidung des Landgerichtes zu akzeptieren.

Ihren Anwalt habe sie beauftragt, weiterzumachen. Das Urteil bezeichnete Sie als politisches Urteil, gegen das sie vorgehen müsse (Bild links).

Zu Beatrix von Storch

Die Europaabgeordnete der AfD, Beatrix von Storch ist zugleich Vorsitzende der Zivilen Koalition e.V. und zeichnet verantwortlich für die Initiative Familienschutz, als deren Sprecherin Hedwig von Beverfoerde tätig gewesen war. Die Zivile Koalition ist ebenso assoziierter Träger des Internetportals DIE FREIE WELT, als dessen Herausgeber Sven von Storch, Ehemann von Beatrix von Storch, fungiert. Hedwig von Beverfoerde gehört zudem dem Redaktionsbeirat von DIE FREIE WELT an.

<http://de.gatestoneinstitute.org/7074/ermordeten-christen>

Alle fünf Minuten wird ein Christ ermordet

Muslimische Verfolgung von Christen: September, 2015

von Raymond Ibrahim

18. Dezember 2015

Englischer Originaltext: "One Christian Slaughtered Every Five Minutes"

Übersetzung: Stefan Frank

33

"Ich verstehe nicht, warum die Welt gegen solche Akte der Brutalität nicht ihre Stimme erhebt", sagt Gregor III., Patriarch der Melkitischen Griechisch-Katholischen Kirche.

Das Weiße Haus verkündet, es bereite gegen den Islamischen Staat eine Anklage wegen Völkermords an religiösen Minderheiten vor; in dieser werden verschiedene Gruppen, wie etwa die Jesiden, als Opfer anerkannt, die Christen hingegen werden offenbar nicht genannt.

Im Bericht einer NGO heißt es, im Irak werde alle fünf Minuten ein Christ ermordet; zudem würden "Militante des Islamischen Staats christliche Kirchen als Folterkammern benutzen, wo sie die Christen zwingen, entweder zum Islam zu konvertieren oder zu sterben".

Als Papst Franziskus sich bei der UNO an die Welt wandte, setzte er seine Energie wieder einmal dafür ein, die Umwelt zu verteidigen. In seiner 50-minütigen Rede kam er nur ein einziges Mal auf die verfolgten Christen zu sprechen – und vermischte ihr Leid im selben Satz mit dem angeblich gleichen Leid der "Mitglieder der Mehrheitsreligion", also dem der sunnitischen Muslime. Sunniten werden nicht wegen ihres Glaubens massakriert, enthauptet und vergewaltigt; ihre Moscheen werden nicht bombardiert und niedergebrannt; sie werden nicht wegen Abfalls vom Glauben, Blasphemie oder Missionierung eingesperrt oder getötet.

"Was im Libanon passiert, ist der Versuch, die Bevölkerung durch [muslimische] Syrer und Palästinenser auszutauschen", so der libanesische Außenminister Gebran Bassil.

Angesichts von immer mehr Christen, die wegen ihrer Religion massakriert und verfolgt werden – nicht nur vom Islamischen Staat, sondern auch von "gewöhnlichen" Muslimen überall auf der Welt –, rief eine wachsende Zahl von Menschen und Organisationen während des ganzen Monats September zum Handeln auf. Unterdessen bleiben diejenigen, die in der besten Position wären, zu reagieren – das gilt vor allem für US-Präsident Barack Obama und Papst Franziskus – tatenlos.

"Warum, fragen wir die westliche Welt, warum nicht die Stimme erheben angesichts von soviel Brutalität und Ungerechtigkeit?", fragte Kardinal Angelo Bagnasco, der Vorsitzende der italienischen Bischofskonferenz.

"Ich verstehe nicht, warum die Welt gegen solche Akte der Brutalität nicht ihre Stimme erhebt", sagt auch Gregor III., Patriarch der Melkitischen Griechisch-Katholischen Kirche.

Wie es in einem Bericht heißt: "Menschenrechtsaktivisten sehen es. Ausländische Staatsoberhäupter sehen es. Und mehr als 80 Mitglieder des US-Kongresses sehen es. Gemeinsam drängen sie den Führer der freien Welt [Präsident Obama], zu erklären, dass es im Nahen Osten einen Völkermord an den Christen gibt."

Als Reaktion darauf verkündete das Weiße Haus, es bereite eine Stellungnahme vor, die den Islamischen anklagt, einen Völkermord an religiösen Minderheiten zu verüben; dabei werden verschiedene Gruppen, wie etwa die Jesiden, als Opfer anerkannt, die Christen hingegen werden offenbar nicht genannt – denn Christen, so argumentieren Mitarbeiter Obamas, "erreichen offenbar nicht die hohe Messlatte, die die Völkermordkonvention anlegt".

Unterdessen beschrieb der irakische Priester Pater Behnam Benoka in einem detaillierten Brief an Papst Franziskus die Gräueltaten, denen die Christen des Nahen Ostens ausgesetzt sind. Zu seiner großen Freude rief ihn der Papst an und sagte ihm: "Ich werde dich niemals verlassen." Benoka sagt: "Er rief mich an. Er sagte mir, natürlich bin ich mit dir, ich werde dich niemals vergessen. ... Ich werde alles tun, um dir zu helfen."

Später im September jedoch, als Papst Franziskus sich bei der UNO an die Welt wandte, setzte er seine Energie wieder einmal dafür ein, die Umwelt zu verteidigen. In seiner Rede, die fast 50 Minuten dauerte, kam er nur ein einziges Mal auf die verfolgten Christen zu sprechen – und vermengte ihr Leid im selben Satz mit dem angeblich gleichen Leid der "Mitglieder der Mehrheitsreligion", also dem der sunnitischen Muslime (die einzige Gruppe, die vom Islamischen Staat, der eine sunnitische Organisation ist, nicht angegriffen wird):

"Ich muss meine Appelle wiederholen, was die schmerzliche Lage im gesamten Nahen Osten, Nordafrika und anderen afrikanischen Ländern betrifft, wo Christen, zusammen mit anderen kulturellen oder ethnischen Gruppen und sogar Anhängern der Mehrheitsreligion, die nicht den Wunsch haben, sich von Hass und Wahn erfassen zu lassen, gezwungen wurden, die Zerstörung ihrer religiösen Stätten, ihres kulturellen und religiösen Erbes, ihrer Häuser und ihres Besitzes mitanzusehen, und sich der Alternative ausgesetzt sehen, entweder zu fliehen oder für ihre Zugehörigkeit zum Guten und zum Frieden mit ihrem Leben oder Sklaverei zu bezahlen."

Doch wie der folgende zusammenfassende Bericht von September zeigt, werden "Anhänger der Mehrheitsreligion" – Sunniten – nicht massakriert, enthauptet und vergewaltigt; ihre Moscheen werden nicht bombardiert und niedergebrannt; sie werden nicht wegen Abfalls vom Glauben, Blasphemie oder Missionierung eingesperrt oder getötet.

Brutalität and Mord

Uganda: Drei muslimische Männer schlugen und vergewaltigten eine 19-jährige christliche Frau. Die junge Studentin war auf dem Heimweg von der Pädagogischen Fakultät St. Mary's in Bukedea, als sie von drei maskierten Männern überfallen wurde. "Ich versuchte zu schreien, aber einer von ihnen hielt mir den Mund zu und ein anderer schlug mich, als sie mich mit Gewalt vom Weg zerrten", sagt das Opfer. "Ich hörte, wie einer von ihnen sagte, dass ich getötet werden sollte, weil sich meine Eltern vom Islam abgewandt hätten. Doch ein anderer sagte: 'Wir wissen nicht sicher, dass dieses Mädchen eine Christin ist'." Statt sie zu töten, vergewaltigten die Männer sie und schlugen sie so heftig, dass sie immer noch im Krankenhaus behandelt wird.

Vereinigte Staaten: Freddy Akoa, ein 49 Jahre alter christlicher Krankenpfleger aus Portland, Maine, wurde in seiner eigenen Wohnung von drei Muslimen brutal zu Tode geprügelt. Neben Akoas Leiche wurde seine mit Blut bespritzte Bibel gefunden. Der Erschlagene hatte am ganzen Körper Schnittverletzungen und Prellungen und eine tödliche Kopfverletzung. Im Innern hatte er 22 gebrochene Rippen und einen Riss in der Leber. Im Polizeibericht heißt es, Akoa "wurde geschlagen und gegen den Kopf getreten und mit einem Möbelstück auf den Kopf geschlagen, im Zuge eines Angriffs, der sich unablässig über mehrere Stunden erstreckte." Akoa hatte offenbar während oder vor dem Überfall eine Party gegeben. Die drei Angreifer sind allesamt muslimische Flüchtlinge aus Somalia. In der jüngeren Zeit gab es sowohl in Amerika als auch in Europa zahlreiche "Flüchtlinge",

bei denen sich herausstellte, dass sie islamische Terroristen sind, in manchen Fällen mit direkten Verbindungen zum Islamischen Staat. (Eine Fraktion von Al-Shabaab, Somalias größter dschihadistischer Organisation, hat kürzlich dem IS die Gefolgschaft geschworen).

Syrien: Ein Christ aus dem Dorf Quarryatain in der Provinz Homs wurde vom Islamischen Staat hingerichtet, weil er sich geweigert hatte, den Dhimmistatus [Menschen zweiter Klasse, "Geduldete"] zu akzeptieren, der den christlichen Dorfbewohnern auferlegt ist. Der IS tötete zudem einen christlichen Priester, zerteilte seinen Körper in Stücke und sandte diese in einer Kiste an seine Familie. Zuvor hatte der IS den Priester entführt und von seiner Familie ein Lösegeld von 120.000 US-Dollar verlangt. Nach zwei Monaten war es der Familie endlich gelungen, die Summe aufzutreiben. Doch nachdem sie es gezahlt hatte, wurde der IS wortbrüchig und tötete den katholischen Priester bestialisch.

Pakistan: Die muslimische Familie einer Frau, die zum Christentum übergetreten und einen Christen geheiratet hatte, hat deren Ehemann ermordet und die junge Frau verletzt. Aleem Masih, 28, heiratete im letzten Jahr Nadia, 23, nachdem sie den Glauben zu Christus gefunden hatte. Das Paar floh aus dem Dorf, als die Familie der Frau "Rache" schwur für die "Schande, die ihre Tochter über sie gebracht hat, indem sie dem Islam abschwur und einen Christen heiratete", wie ein Jurist sagt, der mit dem Fall befasst ist. Schließlich gelang es Nadias Vater, Muhammad Din Meo, und seinen Komplizen, das Paar zu entführen und zu einer nahe gelegenen Farm zu bringen. "Die muslimischen Männer folterten das Paar zuerst brutal mit Fäusten und Tritten, dann schossen sie dreimal auf Aleem Masih – eine Kugel traf ihn ins Fußgelenk, die zweite in die Rippen, die dritte zielte auf sein Gesicht", sagt der Anwalt. "Nadia wurde in den Bauch geschossen." Die muslimischen Verwandten gingen fort im Glauben, das Paar getötet zu haben. "Die Angreifer kehrten in ihr Dorf zurück und verkündeten öffentlich, dass sie die Schmach gerächt und den Stolz der Muslime wiederhergestellt hätten, indem sie das Paar kaltblütig getötet haben." Als die Polizei auf dem Bauernhof ankam, atmete Nadia jedoch noch. "Sie wurde in das Allgemeine Krankenhaus in Lahore gebracht, wo sie nach einer komplexen Operation, bei der zwei Kugeln aus ihrem Bauch entfernt wurden, um ihr Leben kämpft." Als die lebensgefährlich verletzte Frau ins Krankenhaus eingeliefert wurde, sammelte sich dort eine große Zahl von Muslimen. "Der Mob, teilweise bewaffnet, schrie wütende antichristliche Parolen. ... Sie priesen zudem Azhar dafür, den Stolz der muslimischen Ummah [Gemeinschaft] wiederhergestellt zu haben und sagten: Dafür, dass er einen Ungläubigen getötet habe, habe er seinen Platz im Paradies verdient."

Philippinen: Islamische Terroristen der Dschihadistengruppe Abu Sayyaf werden verdächtigt, am 18. September in der mehrheitlich christlichen Stadt Zamboanga einen Bombenanschlag auf einen Reisebus verübt zu haben, bei dem ein 14-jähriges Mädchen getötet wurde und 33 weitere Personen verletzt wurden. Geheimdienste hatten davor gewarnt, dass Abu Sayyaf Städte und Gemeinden mit hohem christlichem Bevölkerungsanteil angreifen würde. Nur 20 Prozent der Einwohner Zamboangas sind Muslime, der Rest fast ausschließlich Christen (vor allem Katholiken).

Ägypten: In der Stadt Fekria in der Provinz Minya wurde die Mutter eines koptischen Priesters ausgeraubt und getötet.

Muslimische Angriffe auf christliche Kirchen

Vereinigte Staaten: Am Sonntag, 13. September, wurde der 40 Jahre alte Rasheed Abdul Aziz verhaftet, weil er die Gemeinde der Corinth-Missionary-Baptist-Kirche in Bullard, Texas, bedroht hatte. Der muslimische Amerikaner hatte ein Gewehr und war für die Schlacht gekleidet – komplett mit Tarnhelm, Tarnhosen, kugelsicherer Weste und Stiefeln –, als er die Kirche gegen 13 Uhr betrat. Laut Pastor John Johnson sagte Aziz, er wolle "Ungläubige töten" und dass "heute Leute sterben werden". Der Pastor sagt: "Ich glaube, dass seine Absicht, als er unsere Kirche betrat, die war, tatsächlich jemanden umzubringen."

Tansania: Innerhalb einer Woche wurden sechs christliche Kirchen niedergebrannt. Am 23. September werden drei Kirchen in Brand gesteckt: Die Living Waters International Church, die Buyekera Pentecostal Assemblies of God und die Evangelical Assemblies of God Tanzania Church. Drei Tage später, am 26. September, werden drei weitere Kirchen angezündet. Die Evangelical Lutheran Church, die Kitundu Roman Catholic Church und die Katoro Pentecostal Assemblies of

God Church. Eine örtliche Quelle berichtet: "Die Menschen wachten am 27. September auf und fanden ihre Heiligtümer niedergebrannt. ... Der Hergang ist in allen Fällen der gleiche: Unbekannte brechen ein, stapeln Dinge auf dem Altar, gießen Benzin drüber und zünden es an. Sie flohen, bevor jemand erschien und blieben daher unerkannt." Die Bevölkerung des ostafrikanischen Landes besteht zum größten Teil aus Christen und Muslimen, die genauen Prozentzahlen sind umstritten.

Bethlehem: Muslime haben das Kloster St. Charbel in Brand gesteckt. Sobhy Makhoul, der Kanzler des maronitischen Patriarchats in Jerusalem, sagt: "Das war ein Akt der Brandstiftung, und nicht etwa Brand, der durch ein Problem der Elektrik ausgelöst worden wäre [wie die örtlichen Behörden behaupteten]. Es ist ein Akt des religiösen Vandalismus radikaler Muslime." Niemand wurde durch das Feuer getötet oder verletzt – glücklicherweise war das Gebäude unbewohnt, da es gerade renoviert wurde –, doch der Schaden ist deutlich, und die örtliche christliche Gemeinde befürchtet offenbar weitere Gewalt. Der maronitische Führer sagt: "Der Anschlag ist ... antichristlich motiviert, wie in vielen ähnlichen Fälle überall im Nahen Osten. Extremistische Gruppen operieren in diesem Gebiet, darunter einige Zellen der Hamas."

Irak: Ein Bericht stellt fest, dass im Irak alle fünf Minuten ein Christ ermordet wird, und ergänzt: "Militante des Islamischen Staats benutzen christliche Kirchen als Folterkammern, wo sie die Christen zwingen, entweder zum Islam zu konvertieren oder zu sterben."

Syrien: Tage, nachdem er die Stadt Qaryatain erobert hatte, zerstörte der Islamische Staat ein antikes katholisches Kloster und schändete die Reliquien eines als Heiligen Verehrten. Dann stellte die sunnitische Terrorgruppe den Christen in Qaryatain ein Ultimatum, entweder die jizya (Schutzgeld) zu zahlen, zum Islam zu konvertieren oder zu fliehen.

Jemen: Einen Tag, nachdem eine katholische Kirche in Aden geschändet worden war, setzte eine Gruppe von unbekannten Angreifern das christliche Gebäude in Brand, wie ein Zeuge berichtet. Von den 22 Kirchen, die es vor 1967 gab, als Aden britische Kolonie war, sind nur noch wenige geöffnet, und auch diese werden nur selten besucht, meist von ausländischen Arbeitern und afrikanischen Flüchtlingen. Zu ihnen gehörte die jetzt niedergebrannte Sankt-Joseph-Kirche.

Indonesien: Am Sonntag, 27. September, hielt die GKI-Jasmin-Kirche in Bogor ihren 100.

Freiluftgottesdienst seit 2008 ab – damals hatten sich örtliche Muslime über die Existenz der Kirche beschwert. Obwohl die Kirche alle notwendigen Genehmigungen besaß, fügten sich die Behörden dem Druck und schlossen sie. Im Dezember 2010 ordnete der oberste Gerichtshof Indonesiens an, die Kirche wieder zu öffnen, doch der Bürgermeister von Bogor weigerte sich, dem Gericht Folge zu leisten und ließ die Türen weiterhin versperrt und versiegelt. Seither hält die Gemeinde die sonntäglichen Gottesdienste in den Wohnungen ihrer Mitglieder ab – und gelegentlich auch auf der Straße, wo sie dann Schmähungen und Angriffen vonseiten des muslimischen Mobs ausgesetzt ist.

Muslimische Angriffe auf die christliche Freiheit

(Apostasie, Blasphemie und Missionierung)

Uganda: Eine 36 Jahre alte Mutter von acht Kindern bittet um Gebete für sie, nachdem örtliche Muslime sie gezwungen haben, zum Islam zurückzukehren und damit drohten, ihr die Kinder wegzunehmen und sie zu töten. Nachdem ihr Mann sie vor zehn Jahren wegen ihres Abfalls vom Islam verlassen hatte, war sie trotzdem Christin geblieben, bis zu diesem September. "Die Verwandten meines Mannes drohten, mich zu töten und meine Kinder wegzunehmen, sollte ich mich weigern, zum Islam zurückzukehren. Sie sagten: 'Wir werden unsere Kinder nicht an das Christentum verlieren. Lieber töten wir dich und holen uns die Kinder zurück.' ... Es gibt keinen Ort, wo ich mit meinen Kindern hingehen kann, also habe ich mich entschieden, zum Islam zurückzukehren, um meine Kinder und mich selbst zu retten. Ich weiß, dass Issa [Jesus] sich eines Tages an mich erinnern wird."

Großbritannien: Ein Pakistaner, seine Frau und ihre sechs Kinder leiden "furchtbare Schikanen durch ihre Nachbarn, die sie als Blasphemiker betrachten." Ihr "Verbrechen" ist der Übertritt zum Christentum – vor über 20 Jahren. Obwohl die Mitglieder der christlichen Familie, wie sie sagen, "Gefangene im eigenen Haus sind", nachdem sie auf der Straße angegriffen, die Windschutzscheibe ihres Autos immer wieder eingeschlagen und Eier gegen ihre Fenster geworfen wurden, hätten weder die Polizei noch die Anglikanische Kirche ihnen wirkliche Unterstützung zukommen lassen und seien

"unwillig, das Problem als ein Verbrechen aus religiösem Hass zu behandeln". Nissar Hussain, der Vater, sagt: "Unser Leben wird kaputt gemacht, so etwas sollte in Großbritannien nicht passieren. Wir leben in einer freien, demokratischen Gesellschaft, und was sie uns zufügen, ist abscheulich." Türkei: Seit dem 27. August gingen in nicht weniger als 15 Kirchen Morddrohungen wegen den "Leugnens Allahs" ein. "Drohungen sind nichts Unbekanntes für die Mitglieder der protestantischen Gemeinde, die in diesem Land leben und hier ihre Kinder großziehen wollen", sagen Kirchenführer. Als ehemalige Muslime, also vom Islam Abtrünnige, wurde vielen Gemeindemitgliedern mit der Enthauptung gedroht. Die Christen werden in den Drohungen bezichtigt, "einen Weg zu wählen, der Allah leugnet" und "andere dazu zu bringen, dasselbe zu glauben. ... Als Ketzer habt ihr eure Zahl mit unwissenden Anhängern erhöht". Eine dieser Botschaften enthielt ein Bild der Flagge des Islamischen Staates, dazu die Worte: "Perverse Ungläubige, bald kommt die Zeit, wo wir eure Hälse treffen werden. Möge es Allah zu Ruhm und Ehre gereichen."

Pakistan: Im Distrikt Kasur in der Provinz Punjab verhaftet die Polizei den christlichen Ziegelhersteller Pervaiz Masih, nachdem ein muslimischer Konkurrent ihn bezichtigt hatte, Mohammed, den Propheten des Islam, beleidigt zu haben. Pervaiz, ein Vater von vier Kindern, darunter ein sieben Monate altes Baby, floh aus seiner Wohnung, nachdem Muhammad Kahlid eine Anzeige erstattet hatte, in der er behauptete, Pervaiz habe sich während eines Streits abfällig über Mohammed geäußert. Die Polizei nahm vier Verwandte Pervaiz' fest. Dann zerrten Polizisten seine Ehefrau auf die Straße und rissen ihr die Kleider vom Leib, während sie versuchten, sie zu zwingen, den Aufenthaltsort ihres Mannes preiszugeben. Zudem prügelte die Polizei auf örtliche Christen ein und drang in Pervaiz' Heimatstadt auf der Suche nach Informationen über dessen Aufenthaltsort in die Wohnungen von Christen ein. Pervaiz stellte sich schließlich der Polizei, damit seine Verwandten freigelassen werden.

Äthiopien: 15 junge Christen wurden überfallen und festgenommen, weil sie sich im Osten Äthiopiens an der Verbreitung des Christentums beteiligt haben sollen. Unabhängig von diesem Fall wurden sechs christliche Führer verurteilt und für schuldig befunden, die öffentliche Ordnung gestört, das Vertrauen der Öffentlichkeit in Regierungsbeamte zerstört und Hass verbreitet zu haben. Die sechs Männer, Mitglieder eines Kirchenverwaltungsrates, hatten am 11. März einen Brief an die nationale Kirchenleitung geschrieben, in dem sie die Verfolgung beschrieben, der sie als Christen in der mehrheitlich muslimischen Silte-Zone ausgesetzt sind. Sie beschwerten sich über Diskriminierung bei der Jobvergabe, unfaire Kündigungen, harsche Kritik am Arbeitsplatz, niedergebrannte Kirchengebäude, körperliche Angriffe und Morddrohungen. Der Brief gelangte an die lokalen Medien und fand weite Verbreitung, was zu ihrer Verhaftung und Verurteilung führte.

Deutschland: In einem Bericht heißt es: "Viele christliche Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder Kurdistan sind Einschüchterungen und Angriffen vonseiten muslimischer Flüchtlinge ausgesetzt. In vielen der von den kommunalen Behörden errichteten Flüchtlingslager wird [den Bewohnern] das Gesetz der Scharia aufgezwungen, und Christen – die in der Minderheit sind – sind Schikanen ausgesetzt." Gottfried Martens, ein Pfarrer aus dem Süden Berlins, sagt: "Sehr religiöse Muslime verbreiten überall in den Flüchtlingszentren die Vorstellung: Wo wir sind, herrscht das Gesetz der Scharia." Martens äußert sich vor allem besorgt über die Muslime, die zum Christentum übergetreten sind – Apostaten, die nach islamischem Recht getötet werden können: "Es gibt eine Wahrscheinlichkeit von 100 Prozent, dass diese Leute angegriffen werden."

Libanon: Christen werden von muslimischen Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak überrannt und laufen Gefahr, ihren Platz im Land zu verlieren, sagt der libanesische Außenminister Gebran Bassil: "Was im Libanon passiert, ist der Versuch, die Bevölkerung durch [muslimische] Syrer und Palästinenser auszutauschen." Weil die Christen im Libanon eine Minderheit sind – und immer waren –, sind ihre Rechte bedroht, so Bassil, denn "einige versuchen, den Christen Muslime überzustülpen" (eine Situation, die es auch in den USA gibt). In einem früheren Interview hatte Bassil gesagt, die gesamte christliche Gemeinde des Nahen Ostens sei "zu großen Teilen" weggebrochen: "Im Irak passierte das in einem Zeitraum von 20 Jahren, 90 Prozent der Christen haben den Irak verlassen. In Syrien haben wir wegen des Chaos keine Daten. Wir wissen es nicht. Wir wissen, dass es

eine gewaltige Binnenmigration, aber auch Auswanderung und Vertreibung gegeben hat. ... Ganz sicher wissen wir, dass Kirchen zerstört wurden und Menschen geflohen sind."

Großbritannien: Ein Iraner, der in London auf offener Straße Messer geschwungen und Drohungen ausgestoßen hat, sollte in den Iran abgeschoben werden. Das geschah jedoch nicht, offenbar, weil die iranische Botschaft gerade geschlossen war. Stattdessen wurde er umgesiedelt, ins 150 Kilometer entfernte Stockton-on-Tees. Ihm wird ein Amoklauf am 2. April vorgeworfen; dabei soll er gerufen haben: "Ich bin ein Muslim und ich schneide eure f****ing Köpfe ab, ihr mother f****ers.... Ich bin ISIS, und meine Leute werden eure Eier abschneiden, ihr Christen. ... Ich werde euch töten, ich töte euch alle. Ich schneide euren Kopf ab und f*** you up."

Dhimmitum in Ägypten

In zwei verschiedenen Dörfern in Samalout, im Norden der Provinz Minya, kam es zu muslimischen Angriffen auf Christen. Einer davon geschah offenbar aus "Rache" für den Bau einer kleinen Kirche. In einem der Dörfer wurden fünf Kopten verletzt. In dem anderen griffen Muslime, die in mehreren Autos saßen, eine Hochzeitsgesellschaft an. Drei Kopten wurden verletzt, überall in dem Gebiet wurden junge christliche Mädchen sexuell belästigt.

Bei einem anderen Vorfall griff eine Gruppe von Muslimen am 20. September in dem Dorf al-Oula bei Alexandria die Wohnungen von Christen und eine Kirche an, nachdem die Polizei versucht hatte, von einem Muslim gestohlenen Land seinem rechtmäßigen christlichen Besitzer zurückzugeben. Als die Polizisten eintrafen, um den Beschluss durchzusetzen, wurden sie angegriffen und flohen. Ein Kirchenführer sagt: "Nachdem die Sicherheitskräfte geflohen waren, umzingelte eine große Menschenmenge die Kirche und warf Steine auf sie. Dann griffen sie vier Häuser an, die Christen gehören." Mindestens zwei Christen wurden ernsthaft verletzt, einer von ihnen erlitt einen Wirbelsäulenbruch. "Die El-Houty-Familie [die muslimische Familie, die christliches Land gestohlen hatte] rief über die Lautsprecher der örtlichen Moschee und der Moscheen der umliegenden Orte alle Muslime der Umgebung zusammen und sagte, die Polizei sei gekommen, um Land wegzunehmen und es den Christen zu geben."

Mariam, eine koptische christliche Studentin, ist auf eine Weise diskriminiert worden, die für einen Skandal sorgte, dem große ägyptische Zeitungen Schlagzeilen widmeten. Die nunmehr als "Studentin Null" bekannte Mariam wird von ehemaligen Lehrern als "brillante Schülerin" beschrieben und wollte Ärztin werden. In den ersten beiden Studienjahren hatte sie 97 Prozent der Punkte erzielt und erwartete ähnliche Ergebnisse in ihrem Abschlussjahr – um dann zu erfahren, dass sie durchgefallen sei: Ihre abschließende Punktzahl lag bei null. Sie bestand darauf, den Test zu sehen, doch das wurde ihr verweigert. Als die Angelegenheit Schlagzeilen machte, durfte sie den Test dann doch einsehen. Sie und andere – darunter Experten für Handschriften – sagen, der Test, den man ihr zeigte, sei nicht ihrer gewesen.

Dhimmitum in Pakistan

Im Zuge eines versuchten Landraubs durch Muslime wurde eine christliche Familie beinahe bei lebendigem Leib verbrannt. Da Boota Masih, 38, seine Frau und ihre Familie sich weigerten, ihr Haus und Land an einige Muslime abzugeben, wurden sie brutal zusammengeschlagen. Dann gossen die Muslime Benzin über ihr Haus, um es anzuzünden. Boota und seine Familie sperrten sie in einem Zimmer ein. Den Masihs gelang es, über ein Fenster zu entkommen. Obwohl es Augenzeugen gab, war die örtliche Polizei nicht gewillt, eine Strafanzeige aufzunehmen und verhaftete stattdessen Masih aufgrund von gefälschten Beweismitteln, so die Anwälte.

Unterdessen sind in Pakistan auch weiterhin die am wenigsten angesehenen Berufe für Christen und andere Minderheiten reserviert. Das jüngste Beispiel ist die Bekanntmachung von freien Stellen am Punjab-Institut für Kardiologie. Laut der Liste stehen alle Stellen allen Bewerbern frei – mit Ausnahme der Positionen für "Sanitärangestellte" wie etwa Toilettenreiniger: Diese können nur mit Nichtmuslimen besetzt werden. Arbeitsrechtler sagen, dies sei "eine Form der direkten Unterdrückung, des Rassismus und der Ungleichbehandlung gegen nationale religiöse Minderheiten", vor allem Christen, Hindus und nichtsunnitische Muslime.

Über diese Serie

Obgleich nicht alle und noch nicht einmal die meisten Muslime daran beteiligt sind, weitet sich die Verfolgung von Christen aus. Die Reihe "Muslimische Verfolgung von Christen" wurde entwickelt, um einige – bei weitem nicht alle – Beispiele von Verfolgung, die jeden Monat ans Licht kommen, zusammenzutragen.

Sie dokumentiert, was die Mainstreammedien oft zu berichten versäumen.

Sie geht davon aus, dass solche Verfolgung nicht zufällig, sondern systematisch ist und überall und in allen Sprachen und Ethnien verübt wird.

Raymond Ibrahim ist Autor des Buches Crucified Again: Exposing Islam's New War on Christians (herausgegeben von Regnery in Zusammenarbeit mit dem Gatestone Institute, April 2013).

by Taboola Sponsored Links .

Kürzlich erschienen von Raymond Ibrahim

"Wir taten, was wir gelernt hatten: Christen angreifen", 2015-11-09

Wie Obama das neue Alter christlichen Märtyrertums einläutete, 2015-10-13

Obama wirft christliche Flüchtlinge den Löwen vor, 2015-10-04

"Wacht auf!": Muslimische Christenverfolgung, Juli 2015, 2015-10-02

USA und Westen betrügen vor ISIS fliehende Christen, 2015-09-07

erhalten sie die neuesten artikel als e-mail: tragen sie sich ein in die kostenlose gatestone institute mailingliste

IN MAILINGLISTE EINTRAGEN

MeistgelesenDas Neueste

Deutschland: Welle von Vergewaltigungen durch Migranten

von Soeren Kern

Schweden: Im Asylhimmel ist der Teufel los

von Ingrid Carlqvist

Alle fünf Minuten wird ein Christ ermordet

von Raymond Ibrahim

Schweden: Die Vergewaltigungsmetropole des Westens

von Ingrid Carlqvist und Lars Hedegaard

Frankreichs tausend Jahre Krieg gegen die Juden

von Susan Warner

<http://www.kath.net/news/53264>

15 Dezember 2015, 08:00

Boxweltmeister Fury: Vorwürfe wegen angeblicher Homophobie

Der Katholik hatte Homosexualität und Abtreibung mit Pädophilie verglichen

Manchester (kath.net/idea) In Großbritannien ermittelt die Polizei gegen den neuen

Schwergewichtsweltmeister im Boxen, Tyson Fury (Manchester), wegen angeblicher Homophobie.

Hintergrund sind Äußerungen des 27-jährigen Katholiken in einem Interview, dass Homosexualität und Abtreibung ebenso verboten werden müssten wie Pädophilie. Ein Fernsehzuschauer hatte Fury deswegen angezeigt.

Die Polizei nehme diese Angelegenheit sehr ernst, hieß es. Wörtlich sagte der

verheiratete Vater zweier Kinder. „Es gibt nur drei Dinge, die verwirklicht werden müssen bis der

Teufel nach Hause kommt: Homosexualität wird in einigen Ländern legalisiert – zudem Abtreibung

und Pädophilie.“ Er fügte hinzu: „Lassen Sie uns deshalb nun nicht versuchen, mich als bösen

Menschen hinzustellen, der Homosexuelle hasse! Denn ich hasse niemanden.“

In Großbritannien sorgen Furrys Äußerungen für heftige Debatten. Nach seinen Äußerungen hatten tausende Briten auf Furrys Ausschluss von der BBC-Wahl zum Sportler des Jahres gedrängt. Fury hatte am 28. November in Düsseldorf **überraschend den Kampf gegen Wladimir Klitschko (Hamburg) gewonnen. Im Anschluss an den Kampf hatte er erklärt: „Die Kraft von Jesus Christus hat mir heute Abend den Sieg geschenkt. Gott ist mein Herr, mein Retter, mein Fels, mein Erlöser.“**

Allen Anfeindungen zum Trotz weigerte sich der 2,08 Meter große Boxer, seine Äußerungen zu Homosexualität und Abtreibung zurückzunehmen. „Sie können mich niedermachen mit ihrer feindlichen und bösen Art. Ich liebe meine Geschwister trotz allem. Jesus liebt euch alle“, twitterte der Sportler. Und wenige Tage darauf teilte er einen Vers aus dem Matthäusevangelium über das soziale Netzwerk: „Und ihr werdet gehasst werden von jedermann um meines Namens willen. Wer aber bis an das Ende beharrt, der wird selig werden“ (Mt. 10,22).

+

<http://www.pi-news.net/2015/12/berlin-christen-von-moslems-angegriffen/#more-496330>

Berlin: Christen von Moslems angegriffen

berlinIn Berlin eskaliert die Gewalt. Gleich mehrere schwere Delikte haben sich in den vergangenen Stunden ereignet. Eine für die Zustände, durch die vom Merkel-Regime geförderte Islamisierung, symptomatische Tat ereignete sich am Samstagmorgen gegen 5.20 Uhr auf dem Marlene-Dietrich-Platz in Tiergarten. Laut Auskunft der Polizei wurden fünf junge Männer im Alter von 20 bis 25 Jahren nach dem Verlassen einer Weihnachtsfeier im Club Adagio von einem Moslem angesprochen, der nach ihrer Religionszugehörigkeit fragte. Nachdem die Männer aus Serbien und Montenegro sich als Christen zu erkennen gegeben hatten wurde der Moslem aggressiv und plötzlich sahen sich die jungen Christen einem Rudel gewalttätiger Koranhöriger gegenüber.

(Von L.S.Gabriel)

Die Moslems begannen auf die „Ungläubigen“ einzuprügeln, ein 19-Jähriger, der dazu kam und helfen wollte, wurde ebenso wie die Angegriffenen vom Moslemmob verletzt. Nun ermittelt der Staatsschutz.

Kurz nach 13 Uhr gab es in der Hochstädter Straße in Wedding einen kulturbedingten Straßenkrieg (linkskorrekt heißt das „Familienstreitigkeiten“). Zwei rivalisierende Clans gingen mit Stich- und Schusswaffen aufeinander los. Laut Polizeisprecher Michael Gassen, gibt es drei Schwerverletzte und einen Toten. Ganz nach Gangmanier fuhren die Angreifer in einem Fahrzeug vor und attackierten die Gegenseite. Nachdem die ersten Verletzten abtransportiert waren setzte sich die Gewalt aber fort, sodass die Polizei neuerlich einschreiten musste.

Schusswaffengebrauch auf offener Straße ist dank der importierten kulturfremden Gewalt in Deutschland nun keine Seltenheit mehr. Aber vor allem an gewalttätige Übergriffe mit Tötungsabsicht von Moslem gegenüber allen Nichtmoslems, in der Art wie sie seit Monaten in Israel stattfinden, werden wir uns wohl gewöhnen müssen. Denn, dass unsere in Toleranz erstarrten und sich in Islamkriecherei ergehenden

Volksverräter etwas gegen die Moslemgewalt zum Schutz der Bevölkerung unternehmen werden können wir wohl nicht erwarten.

So liefert Merkel Christen den Islamisten aus!

KEINE STIMME MEHR FÜR CDU!

Christliche Flüchtlinge werden in Erstaufnahme-Einrichtungen in Deutschland von Muslimen misshandelt, wie der Vorsteher des russischen Klosters St. Georg in Götschendorf, Mitglied des Ausschusses für Integration beim Bundeskanzleramt, Prior Daniil Irbits mitteilte.

Prior Daniil zufolge befinden sich vor allem ehemalige Muslime, die zum Christentum gewechselt sind, in Gefahr. Christen aus dem Nahen Osten würden so grausam misshandelt, dass sie bereit seien, nach Hause zurückzukehren, da die Lage dort weniger schlimm als in Erstaufnahme-Einrichtungen in Deutschland sei.

Der Priester rief Altmaier auf, den notwendigen Druck auszuüben, damit das deutsche Recht in Erstaufnahme-Einrichtungen befolgt wird. Bevor das umgesetzt werde, sei es notwendig, dass Christen getrennt von Muslimen untergebracht werden.

Die Situation um die Flüchtlinge in Deutschland spitzte sich zu, nachdem in der Silvesternacht Dutzende Frauen rund um den Kölner Hauptbahnhof von Männern sexuell bedrängt und ausgeraubt worden waren. Die Zahl der Strafanzeigen ist mittlerweile auf mehr als 380 angestiegen. In etwa 40 Prozent der Fälle wird unter anderem wegen Sexualstraftaten ermittelt. Ins Visier der Polizei sind größtenteils Personen aus nordafrikanischen Ländern geraten.

Weiterlesen: <http://de.sputniknews.com/panorama/20160111/307027773/muslimische-migranten-misshandeln-christliche-deutschland.html#ixzz3xCnqmc90>

<http://www.kath.net/news/53570>

13 Januar 2016, 09:00

Christliche Taufbewerber in Flüchtlingsheimen massiv diskriminiert

Berlin-Steglitz: „Während die Empörung über die Ereignisse in Köln (mit Recht!) groß ist, können christliche Konvertiten nicht damit rechnen, dass sie angesichts ihrer Verfolgung in Heimen in der Öffentlichkeit irgendwelche Unterstützung erfahren.“

Berlin (kath.net) Erfahrungen von konvertierten Christen in Berliner und Brandenburger Flüchtlingsheimen: „Massive verbale Bedrohungen und Bedrohungen mit dem Messer, Schläge ins Gesicht, abgerissene Taufkreuze, zerrissene Bibeln, Beschimpfungen als 'Kouffar' (Ungläubiger), Verweigerung des Zutritts zur Küche als 'Unreiner' - und immer wieder die Erfahrung, dass sich der muslimische Wachschutz jeweils auf die Seite der Täter stellt ...“ Das beklagt Gottfried Martens, Pfarrer der evangelisch-lutherischen Dreieinigkeitskirche in Berlin-Steglitz, auf der Facebookseite seiner Gemeinde. Dies schilderten ihm christliche Flüchtlinge immer wieder in seinen Sprechstunden. Über die Kritik des Pfarrers auf Facebook berichtete die „Berliner Zeitung“. Martens leitet eine Berliner Gemeinde, in der ausgesprochen viele frühere Muslime den christlichen Glauben annehmen.

Martens kritisierte weiter: „Während die Empörung über die Ereignisse in Köln (mit Recht!) groß ist, können christliche Konvertiten nicht damit rechnen, dass sie angesichts ihrer Verfolgung in den Heimen in der Öffentlichkeit irgendwelche Unterstützung erfahren.“ Sondern „politisch Verantwortliche und nicht zuletzt auch Vertreter der Kirchen fallen ihnen immer wieder sogar noch in den Rücken.“ Wer in Deutschland als christlicher Konvertit verfolgt werde, habe „keinerlei Lobby“.

Bereits im Dezember hatte Martens gegenüber der evangelischen Nachrichtenagentur idea die massiven Probleme von ehemaligen Muslimen, die sich auf die Taufe vorbereiten, öffentlich gemacht. Die meisten von ihnen hätten große Angst, in ihre Unterkünfte zu gehen: „Gestandene Männer stehen zitternd vor mir und flehen mich an, sie dort rauszuholen“, so Martens seinerzeit wörtlich. Martens hatte dringen die getrennte Unterbringung von Christen und Muslimen getrennt gefordert, denn „solange dies nicht der Fall ist, werden sich Christen in vielen Fällen öffentlich zu den Übergriffen und Bedrohungen in den Heimen nicht äußern.“ kath.net hat berichtet.

13. Januar 2016, 06:38 Uhr

Weltverfolgungsindex 2016

Gewalt gegen Christen nimmt weltweit zu

Von [Annette Langer](#)

Immer häufiger werden Christen weltweit Opfer gewaltsamer Übergriffe. Die Ausbreitung des "Islamischen Staats" ist ein Grund - es gibt aber auch paranoide Diktatoren, die Christen als "Agenten des Westens" bekämpfen.

Einmal im Jahr veröffentlicht das Netzwerk Open Doors seinen "Weltverfolgungsindex", ein Negativ-Ranking, das Christenverfolgung in 50 Staaten der Welt anprangert.

Selten sind solche Listen Anlass zu Optimismus, so auch 2016: Den Machern der Untersuchung zufolge hat sich die Zahl der wegen ihres Glaubens ermordeten Christen im vergangenen Jahr von 4344 auf 7100 erhöht. Angriffe auf Kirchen weltweit hätten sich mehr als verdoppelt, von 1062 auf 2406.

"Der '[Islamische Staat](#)' hat seinen Einfluss ausgeweitet, die islamistischen Gruppierungen sind näher zusammengedrückt und haben weitreichende Netzwerke gebildet - das hat die Gewalt zunehmen lassen", sagt Markus Rode, Leiter von Open Doors Deutschland. Teile der islamistischen Terrormiliz [Schabab](#) sowie der ursprünglich aus Nigeria stammenden Vereinigung [Boko Haram](#) seien zum IS übergelaufen, der Terror inzwischen im überwiegend christlichen Kenia und im sunnitischen Libyen angekommen. In Kenia hatten Angehörige der Schabab-Miliz im April 2015 in einer Universität [gezielt 147 christliche Studenten getötet](#). Wenig Bewegung gab es an der Spitze des Rankings: **Nordkorea**, dessen Diktator Kim Jong Un Christen systematisch verfolgen, inhaftieren und in Arbeitslagern zu Tode foltern oder verhungern lässt, führt die Liste der christenfeindlichsten Länder der Welt seit 14 Jahren an.

Besorgniserregend ist die Lage auch in Ländern wie **Eritrea**, das von Rang 9 auf 3 stieg. Die Experten von Open Doors attestieren dem seit 1993 regierenden Präsidenten Isaias Afewerki eine manifeste **Diktatoren-Paranoia**: Christen würden als "Agenten des Westens" und konkrete Gefahr für den Staat angesehen, sagt Rode. "Das diktatorische Regime hat panische Angst, Einfluss zu verlieren."

Die Angst, vom Nachbarn Äthiopien überrannt zu werden, von dem sich Eritrea 1993 nach einem jahrzehntelangen Kriegen die Unabhängigkeit erstritten hatte, ist riesig. Ein Putschversuch Anfang 2013 hatte zu zahlreichen Verhaftungen von Christen geführt.

Bis zu 1000 Christen sollen in Kellern und Schiffscontainern festgehalten werden - ohne Anklage, ohne Aussicht auf ein Verfahren - und ohne Hoffnung. "Freigelassen werden in der Regel nur Schwerkranke, damit sie nicht in Haft sterben und zu Märtyrern werden", sagt Rode.

Ein Bericht des Uno-Menschenrechtsrats warf dem Regime im Juni 2015 [willkürliche Hinrichtungen und systematische Folter](#) vor. "In Eritrea herrscht nicht das Recht, sondern die Angst", so das Resümee.

Besonders unter Druck sind alle Christen, die nicht der traditionellen eritreisch-orthodoxen Kirche angehören. Protestantische Freikirchen und Evangelikale, muslimische Konvertiten, auch Zeugen Jehovas, von denen mindestens 73 im Gefängnis sitzen - einige seit 1993, weil sie sich geweigert hatten, zum Wehrdienst anzutreten.

Unter Präsident Afewerki wurde das Land zur Kaserne - geschätzt 200.000 zum Teil minderjährige Rekruten befinden sich in einem zeitlich nicht begrenzten Militärdienst. Hunderttausende junge Männer sollen geflohen sein, um diesem endlosen Dienst am Land zu entgehen. Die Hälfte der Bevölkerung in Eritrea ist muslimisch, das **Radikalisierungspotential** wird von Open Doors als hoch eingeschätzt. Die Regierung unterstützt islamistische Terrornetzwerke wie die Schabab-Miliz, auch militärisch, was zu einer weitgehenden internationalen Isolation des Landes geführt hat.

An der Situation in Eritrea wird klar, wie verheerend sich eine autoritäre Regierung auf die Religionsfreiheit auswirkt. Doch auch die Abwesenheit eines funktionierenden Staates hat eine ähnliche Wirkung: **Libyen**, ein im Chaos versinkender **failed state** mit zwei konkurrierenden Regierungen und zahlreichen, hochgerüsteten Milizen, schaffte es erstmals in die Top Ten des Negativ-Rankings.

Einer der Hauptgründe für die Entwicklung ist das Vorrücken des "Islamischen Staates". Der Sturz des Diktators [Gaddafi](#) hinterließ ein Machtvakuum, das von Salafisten und Dschihadisten verschiedenster Couleur gefüllt wurde. Bei **fehlender Rechtsstaatlichkeit, Straflosigkeit und grassierender Korruption** sind Christen wie alle anderen der Willkür hilflos ausgeliefert.

Es kommt zu Einschüchterungskampagnen, Verhaftungen und Morden. Hunderte Christen sollen in den vergangenen Jahren von paramilitärischen Gruppen entführt worden sein. Schwarze und nicht-arabische Afrikaner werden als Christen verfolgt, aber auch aus rassistischen Gründen. "Die meisten ausländischen Christen haben das Land bereits verlassen", berichtet Rode. Wer geblieben ist, hat es schwer. Der Abfall vom Islam gilt als Kardinalverbrechen, Konvertiten müssten daher um ihr Leben fürchten.

Pakistan belegt Platz 6 auf dem Weltverfolgungsindex. In keinem anderen der 50 untersuchten Länder außer Nigeria ist das Level der Gewalt gegen Christen höher als hier. Das pakistanische Strafrecht sieht die Todesstrafe für Blasphemie vor, was Muslime im Land verstärkt als Freibrief deuten, selbst gegen religiöse Minderheiten vorzugehen.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zählt mindestens 60 Todesopfer durch Gewalt seit 1990. "Wir beobachten, dass es Imamen gelingt, innerhalb kürzester Zeit einen Mob von Tausenden Menschen zu aktivieren und auf die Straße zu bringen", sagt Rode. Immer öfter käme es dabei zu Lynchjustiz gegen Christen, zu Bomben- und Brandanschlägen auf Kirchen oder christliche Wohngebiete.

Nur zwei Beispiele: In der Millionenmetropole Lahore starben bei einem Brandanschlag auf zwei Kirchen im März 2015 mindestens 25 Menschen. Nur wenige Monate zuvor hatte hier eine Gruppe von Muslimen ein christliches Paar getötet, das angeblich den Koran geschändet haben soll.

Geschätzt 3,8 Millionen Christen gibt es in Pakistan. Keine Zahlen gibt es zu der desolaten Situation junger Christinnen in der islamischen Republik: Seit Jahren sorgen **Entführung, Versklavung, Vergewaltigung und Zwangsverheiratung von Mädchen** und Frauen für panische Angst in den christlichen Familien. "Es gibt sehr viele Fälle, aber aufgrund der immens hohen Dunkelziffer natürlich keine verlässlichen Fallzahlen", sagt Rode. "Sie würden das Problem auch nur verniedlichen." Für die Betroffenen sei die systematische, häufig ungestrafte Verletzung der Menschenrechte der blanke Horror. "Die Polizei unternimmt nichts - aus Angst, selbst Probleme zu bekommen."

Zusammengefasst: Die Angriffe auf christliche Kirchen haben sich weltweit binnen Jahresfrist mehr als verdoppelt, auch die Gläubigen selbst werden immer häufiger Opfer von Gewalt. Das Netzwerk Open Doors hat ein Negativ-Ranking der Länder veröffentlicht, in denen es am häufigsten zu solchen Taten kommt.

Gründe sind das weitere Erstarken der Terrormiliz "Islamischer Staat", vor allem in Afrika, und die Verfolgung in totalitären Staaten, wie etwa Nordkorea oder Eritrea.

URL:

- <http://www.spiegel.de/panorama/gewalt-gegen-christen-nimmt-weltweit-zu-weltverfolgungsindex-2016-a-1071700.html>

<http://www.welt.de/151104662>

18.01.16

Flüchtlinge

Muslimische Security verprügelt Christen im Asylheim

Christliche Flüchtlinge sind in Heimen Schikanen und Gewalt durch Islamisten ausgesetzt. Einige türkisch- und arabischstämmige Sicherheitsleute schauen nicht nur weg – sondern schlagen selbst zu.

Von Marcel Leubecher

"Schädelprellung, Monokelhämatom rechts, Stumpfes Thoraxtrauma, stumpfes Bauchtrauma.

Anamnese: Patient ist heute von vier Securitypersonen zusammengeschlagen worden, seitdem massive Kopfschmerzen und Schmerzen im Bauch. Patient wurde mit dem RTW gebracht." So beschreibt die Notaufnahme der hessischen Hochtaunus-Kliniken, was dem 31 Jahre alten Iraner Ajdin (*Name geändert, d. Red.*) an einem Novemberabend angetan wurde.

"Sie warfen mir vor, ich hätte den Islam (Link: <http://www.welt.de/themen/islam/>) beleidigt, prügelten mich nieder und traten mir ins Gesicht", sagte der zum Christentum (Link:

<http://www.welt.de/themen/christentum-und-christen/>) konvertierte Südiraner mit verschwindend leiser Stimme der "Welt". Fast täglich würden er und 13 weitere Christen in dem Oberurseler (Link: <http://www.welt.de/131805630>) Asylheim von muslimischen Flüchtlingen beschimpft, vor allem, wenn sie mit ihren kleinen Bibeln in der Hand zweimal pro Woche zum Gottesdienst gingen. "Von manchen Mitbewohnern erwarten wir auch nichts anderes, aber dass auch Wachleute unseren Glauben verachten, hätten wir nie gedacht."

Als er an jenem folgenreichen Abend das Heim betrat und seine Flüchtlingskarte, auf der auch die Nationalität angegeben ist, vorzeigte, machte der Wachmann laut Ajdins Schilderung eine seltsame Bemerkung: "Aaaaah, ISLAMISCHE Republik Iran!", sagte der Wachmann voller Wertschätzung. Diese teilte Ajdin – der vor dem islamistischen Regime aus dem Iran (Link:

<http://www.welt.de/150926259>) geflohen war – nicht, weswegen er entgegnete: "Nein, nur Iran."

Unter den wütenden Blicken des türkischstämmigen Sicherheitsmannes ging der schwächliche Iraner in den Speisesaal, wo er von einem anderen Securitymann gepackt und in den Flur gestoßen wurde. Dort hagelte es Schläge. "Ein anderer schubste mich zum Pfortenbereich, wo zwei weitere Wachleute auf mich warteten, auch der Ausweisleser. Der warf mir vor, ich hätte ‚scheiß Islam‘ gesagt. Dann prügelten mich alle vier, durch die Faustschläge ging ich zu Boden; dann traten sie mich ins Gesicht", sagte Ajdin. Als ein zweiter Iraner vermitteln wollte, wurde auch dieser niedergeschlagen, berichten die beiden der "Welt".

Als sie auf der Polizeiwache Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung und "einfacher" Körperverletzung stellten, wurde Ajdin fast bewusstlos, sodass der Notarzt ihn mit Halskrause ins Krankenhaus fahren musste. Soweit die Schilderungen der beiden Iraner und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die den Fall begleitet.

Der Hochtaunuskreis als Träger des Heims teilte auf Anfrage der "Welt" zwar mit, dass ihnen die "Auseinandersetzung zwischen zwei Iranern und Sicherheitskräften an der Notunterkunft in Oberursel" bekannt ist. "Da in dem beschriebenen Fall gegenseitige Strafanzeigen bestehen, kann zu dem eigentlichen

Hergang keine Aussage getroffen werden. Ein etwaiger religiös motivierter Hintergrund (Link: <http://www.welt.de/150941019>) dieser Auseinandersetzung ist uns nicht bekannt", antwortete der Kreis.

Die mutmaßlichen Schläger werden "an anderer Stelle eingesetzt"

IGFM-Asylexperte Max Klingberg hält die Aussagen der Iraner für glaubwürdig und die Gegenanzeigen der Sicherheitsmitarbeiter für unbegründet – auch weil diese weder die Polizei noch einen Notarzt für den übel zugerichteten Ajdin riefen. "Das mussten später ehrenamtliche Helfer erledigen", sagte Klingberg. "Wer sollte außerdem glauben, dass ein iranischer Häftling auf vier stabil gebaute Securitys (Link: <http://www.welt.de/145799251>) losgeht?" Diese wurden laut Hochtaunuskreis "nach Rücksprache zwischen dem Führungsstab und der Polizei umgehend durch die Sicherheitsfirma aus dem Aufgabenbereich entfernt".

Wohin, das möchte ihr Arbeitgeber nicht mitteilen. "Sie sind aus dem Heim genommen worden und nun an anderer Stelle eingesetzt", sagte All-Service-Geschäftsführer Peter Haller der "Welt". Auf die Frage, ob die schlagkräftigen Mitarbeiter über einen Subunternehmer bei All-Service beschäftigt sind, antwortete Haller: "Da möchte ich nichts zu sagen."

Grundsätzlich sei man schon auch auf Partnerunternehmen angewiesen. Man bemühe sich jedoch, geeignetes Personal zu finden, überprüfe Facebook (Link: <http://www.welt.de/themen/facebook/>) -Profile von Bewerbern und stelle für die Asylheimsicherung ausschließlich Mitarbeiter mit Migrationshintergrund ein, weil diese über besondere interkulturelle Kompetenzen verfügten.

"Scharia-Klima" im Flüchtlingsheim

Die interkulturellen Kompetenzen einiger Sicherheitsmitarbeiter scheinen nicht nur in Oberursel noch ausbaufähig zu sein: Auch aus Nordrhein-Westfalen und Berlin berichteten Asylsuchende und Betreuer der "Welt" von christenfeindlichen Wachleuten. Der Berliner Pfarrer Gottfried Martens von der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) schilderte einen brutalen Angriff auf zwei Iraner durch muslimische Securitys in Berlin-Dahlem, als die beiden beim Bibellesen "erwischt" wurden.

"Die Wachleute stürmten ins Zimmer, riefen: 'Die Bibel ist haram' (*Sünde, d. Red.*), drückten die beiden an die Wand, schlugen und traten auf sie ein", berichtete Martens der "Welt". Weil durch den Lärm "das halbe Heim zusammengelaufen" sei, habe es zum Glück viele Zeugen gegeben, sodass der Fall klar war und die Securitys entlassen wurden.

"In den Berliner Heimen hat sich die Lage für die Christen verschlechtert, seitdem die Behörden auf arabisch geprägte Sicherheitsunternehmen zurückgreifen", sagte Martens, dessen Gemeinde knapp 1000 afghanische, iranische und arabische Christen besuchen. "Mein Eindruck ist, dass da mittlerweile jeder, der einen bestimmten Muskelumfang hat und Arabisch spricht, genommen wird." Nach den Berichten vieler Flüchtlinge schauten die Securitys regelmäßig weg, wenn Christen von Muslimen schikaniert würden. Der Pfarrer fordert: "Betreuer und Wachleute müssen wesentlich sensibler auf Christenfeindlichkeit (Link: <http://www.welt.de/146919471>) reagieren, in vielen Heimen herrscht durch eine breite Strömung konservativer Muslime ein Scharia-Klima, vor dem die christlichen Flüchtlinge flohen."

Besonders in den vergangenen Wochen werde deutlich, dass arabische Securitys sich immer wieder weigern, die Polizei zu rufen, wenn die Christen sie darum bitten. Wenn die Polizei dann doch komme, hätten die Wachleute die Sprach- und damit die Deutungshoheit. "Sie erklären dann der Polizei, die Christen seien Querulanten, aber ansonsten sei natürlich alles in Ordnung – und die Christen haben keine Chance, dagegen etwas zu sagen, weil sie meist kein Deutsch können", so Martens.

Er habe schon Flüchtlinge in seiner Kirche in Berlin-Steglitz schlafen lassen, die sich nicht mehr zurück ins Heim trauten. "Vor Wochen kam ein Iraner mit einer 30 Zentimeter langen, mit x Stichen genähten Wunde zu mir, der nachts überfallen wurde." Der Mann habe geschlafen, als der Angreifer ihm den Rücken aufschlitzte und die Bibel des Christen zerriss.

Der integrationspolitische Sprecher von Hessens CDU, Ismail Tipi (Link: <http://www.welt.de/144465831>), warnt schon lange davor, islamistische Umtriebe in den Heimen zu unterschätzen. "Salafisten und andere Islamisten versuchen mit allen Mitteln, in manche Unterkünfte zu kommen. Dazu rufen sie für jeden nachlesbar im Internet auf. Ich bin mir sicher, dass auch im Bereich des Sicherheitspersonals Islamisten tätig sind."

Er selbst habe vor Heimen Securitys mit verdächtigem Salafistenbart beobachtet. Hier gelte es für die Betreiber und Sozialpädagogen, sehr wachsam zu sein, sagte Tipi der "Welt".

Der zusammengeschlagene Iraner Ajdin hofft, dass er keine weitere Gewalt ausstehen muss. Er sei Gott für die Versorgung im Heim, die Polizisten und die Krankenhausangestellten in Oberursel dankbar. "Doch ich verstehe nicht, dass in einem aufgeklärten Land (Link:

<http://www.welt.de/150983687>) Personen für die Sicherheit sorgen dürfen, die solche religiösen Ansichten haben."

16. Dezember 2015, 09:26 Uhr

"Staatsfeindliche Aktivitäten"

Nordkorea verurteilt kanadischen Pastor zu lebenslanger Haft

In Nordkorea werden ihm staatsfeindliche Aktivitäten vorgeworfen, deswegen wurde ein kanadischer Pastor nun offenbar verurteilt. Weil er Fluchtwillige unterstützt haben soll, droht ihm nun die Zwangsarbeit.

Die nordkoreanische Justiz hat offenbar einen kanadischen Geistlichen zu lebenslanger Haft verurteilt. Der in Südkorea geborene Pastor Hyeon Soo Lim sei nach kurzem Prozess vom Obersten Gerichtshof abgeurteilt worden, meldete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Der Kanadier wurde demnach für schuldig befunden, mit den USA und Südkorea kooperiert zu haben. Außerdem soll er Propagandamaterial verbreitet und fluchtwillige Nordkoreaner unterstützt haben. Nun droht ihm Zwangsarbeit.

Lim war im Januar nach seiner Einreise festgenommen worden. Nach amtlichen nordkoreanischen Angaben soll er ein "Geständnis" abgegeben und erklärt haben, die Staatsführung beleidigt zu haben. "Ich habe das schwere Verbrechen begangen, die oberste Würde und die Führung der Republik zu beleidigen", [sagte er in einem Video](#).

In den vergangenen Jahren wurden in [Nordkorea](#) immer wieder christliche Missionare unter dem Vorwurf festgenommen, die staatliche Ordnung zu untergraben. Die meisten waren ethnische Koreaner aus den USA, die vielfach erst nach Intervention der US-Regierung freikamen. Kanadische Medien hatten im März unter Berufung auf Lims Kirche berichtet, der Pastor [sei mehr als hundert Mal zu humanitären Zwecken in das abgeschottete Land gereist](#).

vek/AFP/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nordkorea-kanadischer-pastor-zu-lebenslanger-haft-verurteilt-a-1068061.html>

<http://de.gatestoneinstitute.org/7313/tuerkei-christliche-fluechtlinge>

Türkei: Christliche Flüchtlinge leben in Angst

von Uzay Bulut

27. Januar 2016

Englischer Originaltext: Turkey: Christian Refugees Live in Fear

Übersetzung: Stefan Frank

In den Augen vieler frommer Muslime scheint Toleranz eine Einbahnstraße zu sein.

"Das Verhältnis zwischen dem Islam und dem Rest der Welt ist von Asymmetrie gekennzeichnet. Während Muslime in den Ländern der Kuffar [Ungläubigen] alle möglichen Freiheiten und Privilegien genießen, werden Nichtmuslimen, die in Staaten mit muslimischer Regierung leben, diese Rechte und Privilegien vorenthalten. ... In unserer globalisierten Welt sollte dieser Zustand nicht fortauern", schreibt Jacob Thomas.

Der Westen, der von der judäo-christlichen Kultur der Liebe und des Mitleids abstammt, hat doch wohl eine moralische Verpflichtung, zuallererst den Christen zu helfen, den am stärksten bedrohten und friedlichsten der Migranten.

Die rund 45.000 armenischen und assyrischen Christen, die aus Syrien und dem Irak geflohen sind und sich in kleinen anatolischen Orten in der Türkei niedergelassen haben, sind gezwungen, ihre religiöse Identität zu verheimlichen – das berichtet die türkische Tageszeitung Hurriyet.

Seit der Eroberung irakischer und syrischer Städte durch den Islamischen Staat (IS) sind Christen und Jesiden zu den Hauptzielen der Gruppe geworden. Wieder einmal droht ihnen ein von Muslimen verübter Völkermord.

In der Öffentlichkeit gäben sie vor, Muslime zu sein, sagt Anonis Alis Salciyan, eine aus dem Irak in die Türkei geflohene Armenierin, gegenüber Hurriyet.

"Mein Mann und ich sind vor einem Jahr mit unseren beiden Kindern und etwa 20 anderen Familien [aus dem Irak] geflohen. Im Irak standen wir unter großem Druck", sagt Salciyan. Ihr Mann, der im Irak ein Juweliergeschäft betrieb, sei jetzt arbeitslos. "Wir haben Verwandte in Europa. Nur dank ihrer Unterstützung schlagen wir uns durch. Unsere Kinder können hier nicht zur Schule gehen, denn sie sprechen kein Türkisch."

Was das Schicksal der christlichen Flüchtlinge in der Türkei noch tragischer macht, ist die Tatsache, dass ihre Ahnen vor einem Jahrhundert, 1915, während des Völkermords an den Armeniern und Assyriern von den osmanischen Behörden und örtlichen Muslimen aus Anatolien vertrieben wurden.

Linda und Vahan Markaryan und ihre zwei Kinder sind ebenfalls in die Türkei geflohen. Ihre Wohnung in Baghdad wurde von IS-Dschihadisten überfallen.

"Meine sieben Jahre alte Tochter Nuşik hörte an jenem Tag auf zu sprechen", sagt Linda Markaryan. "Sie hat seither kein Wort mehr gesagt. Wir arbeiten hart, um ihr eine Therapie zu ermöglichen, doch sie spricht nicht." Es sei für die Familie schwierig, ihre Religion auszuüben, fügt Linda Markaryan hinzu. "Wir müssen unsere Gebete zu Hause abhalten."

Seit dem siebten Jahrhundert haben islamische dschihadistische Armeen die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas erobert. Die eingeborenen nichtmuslimischen Völker dieser Gebiete haben vergessen, was Sicherheit und religiöse Freiheit bedeuten.

Aus jedem Land, in dem Muslime die Mehrheit stellen, kommen Schreckensmeldungen über gewaltsame Unterjochung, Vergewaltigungen, Sklaverei und Morde an der nichtmuslimischen Bevölkerung durch Dschihadisten.

Seit den frühesten Tagen des Christentums lebten Christen in Syrien. Heute, nach den Angriffen des IS, rennen sie um ihr Leben.

Links: Ein Gedenkstein in Frankreich erinnert an den Völkermord an den Assyriern in der Türkei von 1915.

Rechts: Ein Mitglied des Islamischen Staates zerstört einen Grabstein in Mossul, Irak, April 2015.

Die muslimische Eroberung des byzantinischen Syrien geschah im siebten Jahrhundert unter Mohammeds Nachfolgern, den Kalifen Abu Bakr und Umar ibn-Khattab. Im Jahr 634 wurde das mehrheitlich christliche Damaskus die Hauptstadt des Umayyaden-Kalifats, des zweiten der vier großen islamischen Kalifate.

Arabisch wurde offizielle Amtssprache.

Auch im Irak, von wo ebenfalls viele christliche Flüchtlinge in der Türkei kommen, gab es eine Islamisierungskampagne.

Muslimische Araber eroberten den heutigen Irak im Jahr 636 vom persischen Sassanidenreich. Sie verbrannten zoroastrische Schriften, töteten Priester, plünderten Städte und nahmen sich Sklaven – just wie heute der IS.

Wenn muslimische Armeen nichtmuslimische Ländereien eroberten, stellten sie Christen und Juden vor die Wahl: entweder zum Islam übertreten, getötet werden oder als "Dhimmis" leben: Menschen

dritter Klasse, gerade so "Geduldete" auf ihrem enteigneten Land, die als Gegenleistung für sogenannten "Schutz" eine Steuer (die jizya) zu zahlen hatten. [1]

Heute, im 21. Jahrhundert, sagen die Christen in der Türkei immer noch, dass sie in Angst leben.

Am 28. Dezember 2012 etwa wurde die 85 Jahre alte Maritsa Kucuk, eine Armenierin, in ihrer Wohnung im Stadtteil Samatya (Heimstatt einer der größten armenischen Gemeinden Istanbuls), wo sie allein lebte, geschlagen und erstochen. Ihr Sohn, Zadig Kucuk, der ihre Leiche fand, sagt, ein Kreuz sei auf ihre Brust geritzt worden.

Eine andere Frau, T.A., 87, wurde ebenfalls im Dezember 2012 in Samatya in ihrer Wohnung überfallen, geschlagen, und gewürgt. Sie verlor dabei ein Auge.

"Weder die Medien, die Polizei, die Politiker noch die Behörden widmen diesen Vorfällen Aufmerksamkeit", schrieb Rober Koptas, damals Chefredakteur der bilingualen armenischen Wochenzeitung Agos. "Sie ziehen es vor, über diese Angriffe zu schweigen, als wenn sie nie stattgefunden hätten. Das verstärkt das Unbehagen aller in der Türkei lebenden Armenier."

Im Januar 2013 wurde Ilker Sahin, 40, Lehrer an einer armenischen Schule in Istanbul, in seiner Wohnung enthauptet.

Im Jahr 2011 schlug ein türkischer Taxifahrer in Istanbul einen armenischen Fahrgast. "Dein Akzent ist schlecht", sagte er der Frau. "Du bist eine kafir [Ungläubige]."

In den Augen vieler frommer Muslime scheint Toleranz eine Einbahnstraße zu sein. Viele Muslime haben offenbar noch nicht gelernt, andere Leute mit Respekt zu behandeln. Überall in der "islamischen Welt" werden Nichtmuslime entweder ermordet oder leben in ständiger Angst. Viele Muslime glauben augenscheinlich immer noch, dass Nichtmuslime ihre Dhimmis seien und sie sie so schlecht behandeln könnten, wie es ihnen gefällt.

In westlichen Ländern sind Muslime gleiche Bürger mit gleichen Rechten. Doch einige von ihnen verlangen häufig zusätzliche "Rechte" – Privilegien von der Regierung –, wie etwa ein paralleles Justizsystem mit islamischen Schariagerichten. Werden ihre Forderungen nicht erfüllt, bezichtigen sie andere der "Islamophobie" oder des "Rassismus".

In mehrheitlich muslimischen Ländern, darunter auch die Türkei, werden Nichtmuslime ständig beschimpft, bedroht oder gar ermordet – die meisten Muslime und die staatlichen Behörden scheint das nicht zu stören. "Das Verhältnis zwischen dem Islam und dem Rest der Welt ist von Asymmetrie gekennzeichnet", schreibt der Autor Jacob Thomas:

"Während Muslime in den Ländern der Kuffar [Ungläubigen] alle möglichen Freiheiten und Privilegien genießen, werden Nichtmuslimen, die im Daru'l Islam ["Haus des Islam": Länder mit muslimischen Regierungen] leben, diese Rechte und Privilegien vorenthalten. Westliche Politiker scheinen diese Anomalie nicht zu bemerken, und auch westliche Gelehrte scheinen sich um das fehlende Quid pro quo nicht zu kümmern. Doch in unserer globalisierten Welt sollte dieser Zustand nicht fort dauern."

Leider ist der Hass auf Christen in muslimischen Ländern zur Normalität geworden, und an diesem Normzustand wird sich so rasch nichts ändern. Das bedeutet, dass Christen im Nahen Osten weiterhin leiden werden oder sogar ermordet werden. Am Ende werden sie im Nahen Osten ausgerottet werden, wenn die zivilisierte Welt ihnen nicht zu Hilfe kommt.

Wie Linda Markaryan, die Christin, die vor dem IS im Irak geflohen ist und nun in der Türkei lebt, sagt: "Wir haben hier keine Zukunft. Alles in unserem Leben ist unsicher. Unser einziger Wunsch ist es, unseren Kindern eine bessere Zukunft zu geben und einen Ort, wo sie sicher sind."

"Wir haben nur befristete Jobs, etwa auf Baustellen", sagt ihr Ehemann Vahan Markaryan. "Den anderen Arbeitern [türkischen Bürgern] werden etwa 100 türkische Lira pro Tag bezahlt, uns hingegen zahlt man nur 25 Lira pro Tag für die gleiche Arbeit. Wir können unsere Rechte nicht einfordern."

Hurriyet berichtet auch darüber, dass christliche Flüchtlinge in der Türkei über die Vereinten Nationen den Antrag gestellt haben, in die USA, nach Kanada oder Österreich emigrieren zu dürfen. In der Türkei haben sie nur bis 2023 Wohnrecht.

Bei der Vergabe des Flüchtlingsstatus sollten alle westlichen Staaten Christen aus muslimischen Ländern Priorität einräumen. Der Westen, der von der judäo-christlichen Kultur der Liebe und des Mitleids

abstammt, hat doch wohl eine moralische Verpflichtung, zuallererst den Christen zu helfen, den am meisten bedrohten und friedlichsten der Migranten.

Uzay Bulut, als Muslimin geboren und aufgewachsen, ist eine türkische Journalistin und lebt in Ankara.

[1] Weitere Informationen über das Dhimmitum findet der Leser in dem Buch: The Dhimmi: Jews and Christians Under Islam von Bat Ye'or (Fairleigh Dickinson University Press, 1985).

23. Dezember 2015, 19:43 Uhr

Diskriminierung von Christen

Somalia verbietet Weihnachten

Der somalische Minister für religiöse Angelegenheiten verspricht "null Toleranz für unislamische Feiern". Nun hat er kurzerhand das Weihnachtsfest verboten.

Unchristliche Weihnachtsbotschaft: In [Somalia](#) darf an den Festtagen nicht mehr gefeiert werden. Die Regierung habe dies verboten, sagte der Minister für religiöse Angelegenheiten, Sheikh Mohamed Kheyroow, dem Staatssender Radio Mogadischu. Sicherheitskräfte seien angewiesen worden, Weihnachtsfeiern im ganzen Land zu unterbinden.

"Wir sind ein muslimisches Land, und es gibt null Toleranz für solche unislamischen Feiern in unserem Land", sagte Kheyroow. Es verletze die [Religion](#), da Somalia zu 100 Prozent ein muslimisches Land sei. In dem ostafrikanischen Land bekennt sich der überwiegende Teil der Bevölkerung zum sunnitischen [Islam](#). Die Schabab-Miliz verbreitet seit Jahren Angst und Schrecken. Die Islamisten wollen einen sogenannten Gottesstaat errichten.

In Kenia hatten somalische Islamisten zuletzt [einen Reisebus angegriffen](#). Laut einem örtlichen Medienbericht forderten die Angreifer muslimische Passagiere auf, dabei zu helfen, christliche Mitreisende zu identifizieren. Die Angesprochenen weigerten sich jedoch und retteten den Christen im Bus so das Leben.

Laut Schätzungen der katholischen Hilfsorganisation missio München werden rund hundert Millionen Christen weltweit diskriminiert. Das [Christentum](#) sei die am meisten verfolgte Religion, erklärte der Präsident der Organisation, Wolfgang Huber.

Auch in [Pakistan](#) kommt es immer wieder zu Angriffen auf die religiöse Minderheit. "Wir leben in einem Zustand des ständigen Fürchtens, weil wir nicht wissen, wo Extremisten möglicherweise einen Anschlag planen", sagte der Vorsitzende der Pakistanischen Bischofskonferenz und missio-Projektpartner, Erzbischof Joseph Coutts. In Indien oder in afrikanischen Ländern wie Kenia, dem Südsudan oder Ägypten gebe es Diskriminierungen.

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/somalia-verbietet-weihnachten-a-1069417.html>

Von der beschränkten Freiheit geflüchteter Christenmenschen

Immer wieder werden Christen und andere Minderheiten in deutschen Flüchtlingsheimen bedroht. Menschenrechtler sind alarmiert, der Zentralverband Orientalischer Christen fürchtet gar um die Demokratie.

In Berlin ermittelt der Staatsschutz wegen Körperverletzung mit religiösem Hintergrund: Muslimische Flüchtlinge hatten eine Gruppe iranischer Christen beschimpft und angegriffen, als diese in ihrer Unterkunft in Tempelhof Bibel lasen. Das berichtete die Zeitung B.Z. am Mittwoch. Die sechs zum Christentum konvertierten jungen Männer seien aus ihrer Heimat geflohen, weil sie dort wegen ihres Glaubens verfolgt worden seien. In Berlin hätten sie schließlich die Einrichtung verlassen müssen und seien mittlerweile bei Mitgliedern der Evangelisch-lutherischen

Dreifaltigkeitskirche von Pfarrer Gottfried Martens untergekommen. Er betreut etwa hundert Konvertiten und Taufbewerber und weiß von zahlreichen ähnlichen Fällen: von alltäglichen Schikanen über Beschimpfungen, Handgreiflichkeiten bis hin zu Todesdrohungen.

Vorfälle wie der in Berlin werden immer wieder bekannt. Eine Statistik darüber gibt es jedoch nicht. „Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem, was die Politik offiziell tun kann, und dem, was geschieht, da die meisten Betroffenen nicht dazu zu bewegen sind, offiziell Anzeige bei der Polizei zu erstatten“, erklärt Thomas Schirmacher, Geschäftsführer des Arbeitskreises Religionsfreiheit der Deutschen Evangelischen Allianz. Flüchtlingshelfer vor Ort wüssten von vielen Beispielen, die aber nicht amtlich aufgenommen würden. Ein Problem sieht Schirmacher vor allem darin, dass das Sicherheitspersonal in Unterkünften selbst oft muslimischen Hintergrund habe. Oft gehe sogar von ihnen Gewalt gegen Christen aus.

„Relativ viele Einzelfälle“

Das bestätigte auch Martin Lessenthin, Sprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), im Gespräch mit pro. Im Januar hätten beispielsweise im hessischen Oberursel muslimische Wachmänner konvertierte Christen verprügelt. „Als IGFM kritisieren wir, wenn die Sicherheitsdienste in Flüchtlingsheimen nicht ausreichend für diese Aufgabe qualifiziert sind, sich nicht neutral verhalten oder sich sogar auf eine Seite schlagen. Wer sich nicht religiös neutral verhält, kann dort nicht eingesetzt werden.“ Wer einen Parkplatz bewachen könne, sei nicht unbedingt dazu fähig, auch einen Streit zu schlichten oder Auseinandersetzungen zu verhindern.

Auch die Lebens- und Wohnsituation in den Unterkünften trage zu Spannungen bei, oft spielten auch persönliche Animositäten oder „Lagerkoller“ eine Rolle bei Tötlichkeiten. Religiöse Motive seien Einzelfälle, wenngleich es derer „relativ viele“ gebe, wie Lessenthin sagte. Zudem fallen religiöse Differenzen in Massenunterkünften auch auf. Die B.Z. zitiert in ihrem Bericht einen der drangsalierten Iraner, der das Tattoo eines Kreuzes auf dem Arm trägt: „Wenn ich mich im Heim umziehe und jemand das Kreuz sieht, geht der Ärger sofort los.“ Wer in einem Mehrbettzimmer die Bibel liest, fällt auf. Ebenso, wer sich nicht an den religiösen Riten der Mehrheit beteiligt, etwa im Fastenmonat Ramadan nicht fastet oder in der Gemeinschaftsküche Speisen zubereitet, die nach muslimischen Vorschriften unrein sind.

Vor allem assyrische oder koptische Christen, die aufgrund ihres Glaubens aus ihrer Heimat geflohen sind, versuchten in Flüchtlingsheimen unter Muslimen eher, als Christen nicht aufzufallen, um keine Probleme zu riskieren. Konvertiten zeigten ihren Glauben hingegen sehr gerne offen, weil sie missionieren wollen, sagte Lessenthin. Er kritisierte zudem, dass die Angehörigen von Minderheiten, zum Beispiel Christen und Jesiden, aber auch Homosexuelle, und besondere Gruppen

von Flüchtlingen wie unbegleitete Frauen und Kinder, behördlich unzureichend erfasst würden. So sei es schwierig, sie konkret zu schützen.

Diakonie: „Keine systematischen Übergriffe auf Christen und Jesiden“

Auch die Organisation „Aktion für verfolgte Christen und Notleidende“ (AVC) macht die Problematik publik, dass christliche Flüchtlinge aus Glaubensgründen zum Teil diskriminiert und bedroht werden. Ausschlaggebend dafür war der Fall eines christlichen iranischen Ehepaars, das von muslimischen Mitbewohnern in der Unterkunft gemobbt, ausgegrenzt und schließlich auch tödlich angegriffen wurde. „Sicher erzeugt die Art der Unterbringung einen zusätzlichen Druck, aber das war nicht der alleinige Grund“, erklärte Erika Gitt, Sprecherin der Organisation, gegenüber pro. Das sei kein Einzelfall. Deshalb arbeitet AVC seit Mitte Februar an einer Fallsammlung, die Beispiele wie diese dokumentieren soll. **Bereits Anfang des Monats übergab die Organisation eine Petition mit 3.350 Unterschriften an den CDU-Generalsekretär Peter Tauber, in der sie auf die Situation christlicher Flüchtlinge in Deutschland hinweist. „Damit wollten wir zeigen, dass es das Anliegen vieler Bürger ist, dieses Problem anzugehen.“**

Die Diakonie Deutschland registriert in den von ihr betriebenen Unterkünften für Asylbewerber auch Anfeindungen und Konflikte unter den Bewohnern, teilte die Sprecherin Uta Burbach-Tasso auf Anfrage von pro mit. Das habe eine Umfrage unter Mitarbeitern im ganzen Bundesgebiet ergeben. „Jedoch führen die Befragten dies nachdrücklich auf die Folgen der Wohnsituation zurück, insbesondere die Enge, mangelnde Beschäftigung sowie die Unsicherheit über die aufenthaltsrechtlichen Perspektiven.“ Eine angemessene Unterbringung würde auch die Probleme des Zusammenlebens verringern.

Zwar gebe es auch Auseinandersetzungen zwischen religiösen und ethnischen Gruppen. Dies sei aber nicht unmittelbar als Konfliktursache zu erkennen. „Systematische Übergriffe gegen einzelne Minderheiten wie Christen oder Jesiden können aufgrund der Auswertung nicht belegt werden“, erklärte Burbach-Tasso. Das eingestellte Personal, ehrenamtliche Helfer und auch die Flüchtlinge selbst sollten stärker für diese Problematik sensibilisiert werden, um Konflikte zu lösen, und damit „ein Zusammenleben in den Unterkünften in respektvoller Glaubensfreiheit gelingt“.

Orientalische Christen: „Es hat mit dem Islam zu tun“

Kritischer sieht das der Zentralrat der Orientalischen Christen in Deutschland.

Dessen Arbeitskreis Flüchtlinge sammelt ähnliche Beispiele wie die erwähnten. In einer Erklärung, die der Zentralrat vergangenen Woche veröffentlichte, kritisierte dessen Friedensbotschafter und ehemaliger Vorsitzender Simon Jacob ebenfalls, dass muslimisches Sicherheitspersonal Muslime zum Teil bevorzugt behandle.

Auch gebe es Beispiele, wo muslimische Dolmetscher Aussagen von Christen falsch oder relativierend wiedergäben. Wenn Christen sich in Unterkünften weigerten, an islamischen Ritualen teilzunehmen, könne das zu Schikanen führen. Ebenso seien zuweilen Frauen und Mädchen „aufgrund ihres Glaubens und ihrer Art sich zu kleiden Beleidigungen, Beschimpfungen und teilweise auch Angriffen ausgesetzt“. Jacob betont, dass „Diskriminierung bis hin zu verbaler und körperlicher Gewalt nicht nur Christen betrifft. Im gleichen Umfang sind Jesiden, wahrscheinlich auch Schiiten, Frauen, Kinder, Homosexuelle und liberal bis säkular denkende Muslime betroffen. Von Atheisten und Konvertiten ganz zu schweigen.“

Die Sichtweise, dass dies nichts mit dem Islam zu tun habe, sei „grundlegend falsch“. Jacob sieht die islamische Theologie in der Pflicht, dem Gewaltpotenzial bestimmter islamischer Strömungen entgegenzutreten. Von den deutschen Behörden fordert er, diesen Fällen konsequenter nachzugehen, und spricht sich dafür aus, nach Religionen getrennte Unterkünfte in Erwägung zu ziehen: „Christen und Jesiden sollten nicht zum Bestandteil gesellschaftlicher Experimente werden.“ Sollte es nicht gelingen, „Neuankömmlingen bereits von Anfang an konsequent die Werte einer Demokratie zu vermitteln“, sieht Jacob die Gefahr von Parallelkulturen, die die demokratische Gesellschaft sprengen könnten. (pro)

<http://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/detailansicht/aktuell/von-der-beschaenkten-freiheit-gefluechteter-christenmenschen-95115/>

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/notunterkunft-in-berlin-tempelhof-fluechtlinge-sollen-ueber-toetung-christlicher-mitbewohner-gesprochen-haben/13016022.html>

Notunterkunft in Berlin-Tempelhof

Flüchtlinge sollen über Tötung christlicher Mitbewohner gesprochen haben

25.02.2016 17:43 Uhr

Von Timo Kather

In der Notunterkunft am Flughafen Tempelhof sollen sich am Mittwoch mehrere Männer über die Tötung christlicher Mitbewohner unterhalten haben. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

Ein Bewohner der Notunterkunft am Platz der Luftbrücke hat am Mittwochnachmittag die Polizei informiert, nachdem er unter der Dusche ein Gespräch zwischen mehreren Männern mitgehört hatte. Nach Angaben des Zeugen unterhielten sich die Männer darüber, wie man iranische Mitbewohner christlichen Glaubens töten könne.

Der Polizeiliche Staatsschutz wurde sofort eingeschaltet. Es muss ermittelt werden, was an der Aussage des Zeugen dran ist. Einer der Männer, die unter der Dusche sprachen, wurde bereits gefunden: Es handelt sich um einen 19-jährigen Mann aus Afghanistan. "Wir ermitteln nach § 30 Strafgesetzbuch, Versuch der Beteiligung", sagte ein Polizeisprecher.

Erst vor kurzem war publik geworden, dass sich Mitte Februar offenbar schon einmal ein Angriff auf christliche Flüchtlinge in der Notunterkunft ereignet hatte.

Auch kommt es in der Notunterkunft offenbar immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und Sicherheitsleuten.

Henkel: Kein Schutz für Gewalttäter

Innensenator Frank Henkel (CDU) hatte sich am Mittwoch zu den religiösen Konflikten in der Unterkunft geäußert. "Wir dürfen es als Gesellschaft nicht zulassen, dass von religiösen Eiferern gezündelt wird. Es ist völlig inakzeptabel, dass diese Gewalttäter vorgeben unseren Schutz zu benötigen und offensichtlich Täter und nicht Opfer sind", hatte Henkel geschrieben. Religiöse Gewalttäter hätten den Schutz Deutschlands nicht verdient, so Henkel. Diese Menschen seien "nicht Gegenstand unserer deutschen Willkommenskultur."

Opposition: Unterbringung ist Schuld an Konflikten

Flüchtlingspolitiker der Grünen, der Linken und der Piraten plädierten unisono dafür, das Ergebnis der Ermittlungen des Polizeilichen Staatsschutzes abzuwarten. Sollte sich eine strafrechtliche Relevanz ergeben, müssten die Täter juristisch belangt werden.

Sowohl Elke Breitenbach (Linke) als auch Canan Bayram (Grüne) wiesen aber darauf hin, dass es vor allem die schwierige Lebenssituation in dem Massenlager sei, die für Konflikte unter den Flüchtlingen Sorge.

"Notunterkünfte sind eine Katastrophe und Tempelhof ist der traurige Höhepunkt", sagte Breitenbach, sozialpolitische Sprecherin der Linken. Die Konflikte würden durch die "erbärmlichen Zustände" in den Hallen ausgelöst, man brauche eine "menschenwürdige Unterbringung." Breitenbach verwies darauf, dass es eine Liste mit 40 Objekten gebe, die als Unterkünfte hergerichtet werden könnten.

Canan Bayram (Grüne) sagte, dass es in allen Flüchtlingsunterkünften Konflikte zwischen den Religionen gebe - "aber nicht nur zwischen Christen und Moslems, sondern auch zwischen Sunniten und Schiiten." In anderen Unterkünften funktioniere das Zusammenleben aber für gewöhnlich gut.

"Es ist die räumliche Enge, die Stress und Konflikte bei den Flüchtlingen verursacht. Das entlädt sich dann am Religiösen", so die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen. Eine Trennung der Flüchtlinge nach Religionen hält Bayram aber nicht für sinnvoll: "Wenn wir damit anfangen, verlieren wir beim Thema Integration und Vielfalt."

In den Hallen des Flughafens Tempelhof leben jeweils zwölf Menschen dicht-an-dicht in nur 25 Quadratmeter großen Boxen. Allerdings müsse man auch sehen, so Bayram, dass viele Flüchtlinge von Obdachlosigkeit bedroht wären, gäbe es die Notunterkünfte nicht.

Piraten: Nicht noch mehr Flüchtlinge einquartieren

Fabio Reinhardt (Piraten) zeigte sich "entsetzt" über den Vorfall. Allerdings müsse man die Ermittler erstmal ihre Arbeit machen lassen, bis man ein politisches Urteil fällen könne. "Wenn das stimmt, dann ist das eine ganz andere Liga als die Konflikte, die sonst in den Unterkünften auftreten. Es ist ein weiterer Baustein zum Bild, dass man von dieser Massen-Massenunterkunft bekommt", so Reinhardt.

Reinhardt forderte den Senat auf, von den Plänen zum Ausbau der Notunterkunft Abstand zu nehmen: "Wenn die Bewohnerzahl auf 7000 Menschen verdreifacht wird, werden die Konflikte sicher nicht geringer." Bis heute, so Reinhardt, gebe es für die Notunterkunft "kein echtes Sicherheitskonzept."

Christen werden in Flüchtlingswohnheimen von Islamisten bedrängt.

dazu: <http://www.tagesschau.de/inland/bedraengte-christen-101.html>

Liebe zeitkritische Geister in kritischer Zeit.

Mehr und mehr interessieren sich muslimische Asylbewerber für den christlichen Glauben. Tagtäglich erfahren wir von Mobbing und Aggression bis hin zu Verletzungen und Todesdrohungen durch streng gläubige Muslime, wenn ein Asylbewerber z. B. bei der Lektüre der Bibel "erwischt" wird oder offen sein Interesse am Christentum zeigt.

Nun höre ich immer wieder den Vorwurf, dass muslimischer Asylbewerber sich ja nur deswegen für den christlichen Glauben interessieren und sogar die Taufe anstreben, um nicht in ihre muslimische Heimat abgeschoben zu werden.

Ich empfehle Ihnen die [Sendung in der ARD](#), welche dieses Thema von verschiedenen Seiten beleuchtet. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die beiden Videos "[Christen in Flüchtlingsunterkunft bedrängt](#)" sowie "[Flüchtlinge konvertieren zum Christentum](#)" hinweisen. Die verschiedenen Gesichtspunkte dieser Videos gehören ebenfalls in die Thematik.

Dasselbe gilt auch für "[All Refugees Welcome](#)" [außer christliche Flüchtlinge](#). Die weiteren dort angegebenen Artikel sind teilweise weder politisch noch kirchlich korrekt. Gerade deswegen empfehle ich sie besonders!

Ich möchte auch auf den Bericht in kath.net/KNA hinweisen, in welchem die Situation der Christen und Kurden in der türkischen Stadt Idil beschrieben wird. Bürger dieser Stadt, die nach Deutschland geflohen sind, halten telefonisch Kontakt mit den letzten Einwohnern und berichten darüber, was in unseren Medien nicht steht. Das gilt auch für "[Türkei - Der letzte Christ von Idil - Deutschlandfunk](#)" sowie "[Schlacht um Idil - letzte Christen harren in urchristlicher Stadt in der Türkei aus](#)". Man muss immer wieder betonen, dass die

Vernichtungsfeldzüge der türkischen Regierung gegen kurdische Städte mit ihren auch christlichen Einwohnern barbarisch sind.

Ich empfehle ihnen auch die Beschäftigung mit einem ganz anderen Thema. Ich meine die [Demonstrationen gegen die Gender-Ideologie](#) wie z. B. kürzlich [in Stuttgart](#). Die Kommentare geben geteilte Meinungen wieder.

Mit freundlichem Gruß
Wilfried Puhl-Schmidt

Sie möchten in Zukunft keine derartigen E-Mails mehr erhalten? Dann geben Sie mir bitte per E-Mail Bescheid. Bitte geben Sie dabei die betroffene E-Mail-Adresse an.

--

Wilfried Puhl-Schmidt

Lammstraße 4
77694 Kehl am Rhein
Deutschland

Besuchen Sie auch meinen Blog unter www.schalom44.de.

Liebe Freunde der PRO BEWEGUNG,

die Beiträge auf der Seite <https://conservo.wordpress.com> von Peter Helmes sind in aller Regel der Beachtung wert. So auch dieser: „**Gender, Islam, Flüchtlinge und der Zerfall unseres Landes**“ auf <https://conservo.wordpress.com/2016/02/24/gender-islam-fluechtlinge-und-der-zerfall-unseres-landes/#more-7986>

Wer betreibt eigentlich diese mit verantwortungslosem Moralismus verbrämte Steuerung des deutschen Volks in den Selbstmord?

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Christoph Heger

<http://www.pi-news.net/2016/03/bist-du-christ-dann-schlagen-wir-dich-nieder/#more-505074>

„Bist Du Christ?“ Dann schlagen wir dich nieder

Immer wieder einmal erhalten wir erschütternde Berichte unserer Leser über Erlebtes im neuen bunt-islamischen Deutschland der Gewalt und des Hasses gegen Christen, Juden und eben „Ungläubige“ per se. Einen dieser Leserbriefe geben wir heute im Original wieder.

Am 8. Februar 2016 war ich in Bielefeld. Etwa gegen 21.30 Uhr schickte ich mich an, nach Hause zu fahren. Ich ging zu der Straßenbahnhaltestelle Zentrum-Bahnhof. Richtiger zum Seiteneingang (die Straßenbahnlinie verläuft hier unterirdisch), der mit der Stadthalle grenzt. Hier wurde ich Augenzeuge eines sonderbaren Vorfalls. Nicht weit entfernt stand eine Gruppe von Südländern. Einer von ihnen ging zu einem Mann, der von mir etwa 25 Meter entfernt war und begann ihn ins Gesicht zu schlagen. Dieser Mann fiel hin und in diesem Moment hat sich die ganze Gruppe der jungen Männer auf den am Boden Liegenden gestürzt und gaben ihm Fußtritte.

Nachdem sie schnell ihr Werk beendet haben, kam einer von ihnen auf mich zu. In einem guten Deutsch fragte er mich: Sind Sie ein Christ? Ich antwortete: selbstverständlich ja! Dieser junge Mann (22-30) sagte: Darf ich die Brille? Und nahm sie mir frech ab. Zu diesem Zeitpunkt kam ein anderer dieser Gruppe hinzu

und sagt zu ihm: Lass ihn, er ist ein alter Mann und fügte noch etwas in Arabisch hinzu, worauf dieser junge Mann antwortete: inschalla (wenn Allah will) und gab mir die Brille zurück. Danach lief die ganze Gruppe in Richtung Stadtzentrum weg.

Der Zusammengeschlagene war ganz blutig, auch die Augen und das Gesicht, und er suchte seine Brille. Auf meine Frage: wie kann ich Ihnen helfen? sagte er, dass er den Krankenwagen schon gerufen hätte. In Anbetracht dieser Situation konnte ich nicht einfach weggehen. Ich wartete das Kommen des Krankenwagens und der Polizei ab. Die Polizeibeamtin war im Alter von 30-35 Jahren. Ich teilte ihr mit, dass ich alles gesehen hätte und gab ihr meinen Personalausweis. Sie fragte: was haben Sie gesehen? Ich erzählte ihr, dass arabisch aussehende junge Männer einen Passanten zusammengeschlagen hätten. Anschließend hätten sie mich gefragt, ob ich ein Christ sei, haben mir die Brille abgenommen usw., kurz, ich erzählte alles, was ich oben beschrieben habe. Sehr unfreundlich und abweisend sagte sie: mit dieser Sache hat das nichts zu tun. Darauf merkte ich an: ist es nicht die Ursache des ganzen Unheils? Die Beamtin befahl mir daraufhin in einem harten, unfreundlichen Ton: verlassen Sie diese Ortschaft! Was ich auch gezwungen war zu tun. (Im Gespräch mit ihr hatte ich das Gefühl, als hätte ich ein Verbrechen begangen) Einige Tage später bekam ich von der Polizei einen Brief in der Ermittlungssache gefährliche Körperverletzung vom 08.02.2016... mit der Vorladung, am Freitag, dem 19.02.2016 um 9:30 Uhr beim Polizeipräsidium Bielefeld vorzusprechen.

Bei der Anhörung sagte der Beamte, dass mein Bericht glaubwürdig wäre, weil dieses kein Einzelfall sei. Nach der Frage, ob man ein Christ sei, seien auch schon andere zusammengeschlagen worden. Darauf sagte ich: meiner Meinung nach ist das nichts anderes, als der Dschihad. Sind unsere Gäste nicht zu frech geworden, oder muss ich mich zu Hause, wie ein Gast fühlen?

Viele deutsche „Kuffar“ haben solche und ähnliche Erfahrungen schon gemacht und unzählige werden noch folgen. Wie viele es sind werden wir aber auch nicht erfahren, denn nicht wenige schweigen aus Angst, aus Scham oder weil sie denken, dass man ihnen entweder keinen Glauben schenken würde oder sie fürchten, wie einige Opfer der Kölner Rapedeugeenacht zum 1. Januar 2016, danach als Rassisten oder Nazis betitelt zu werden. Sie haben Angst zusätzlich zur körperlichen Gewalt auch noch sozial geächtet zu werden und womöglich vom Arbeitgeber Repressalien zu erwarten haben.

Es ist beinahe schon wie die Scharia islamischer Länder. Nicht die Täter, die Opfer werden verfolgt. (Leider ist es nötig, zum Schutz unserer Quelle, diese nicht zu nennen. Wir wünschten, wir wären noch frei genug, das nicht tun zu müssen.)

22. März 2016, 14:19 Uhr

Bangladesch

Christlicher Konvertit auf offener Straße getötet

In Bangladesch haben Unbekannte einen christlichen Konvertiten brutal ermordet. Ob es sich bei den Tätern um Islamisten handelt, ist unklar.

Hossain Ali soll sich auf seinem täglichen Morgenspaziergang durch Kurigam im Norden [Bangladeschs](#) befunden haben, als die Angreifer zuschlugen: Mit einem Messer durchtrennten sie dem 68-Jährigen die Kehle. Das Opfer sei auf der Stelle tot gewesen, teilte der örtliche Polizeichef mit.

Bei den Angreifern soll es sich um mindestens zwei Männer gehandelt haben. Nach der Tat warfen sie einen Molotowcocktail auf die belebte Straße, um Panik zu verbreiten. Dann flohen sie auf einem Motorrad.

Das Opfer war laut Angaben des Polizeichefs Tobarak Ullah 1999 zum Christentum konvertiert. Ob es sich bei den Angreifern um Islamisten handelte, sei noch unklar. Zunächst bekannte sich niemand zu dem Angriff.

In den vergangenen Monaten hatte es im mehrheitlich muslimischen Bangladesch wiederholt Übergriffe auf [Christen](#) und Hindus sowie auf Sufis, Schiiten und Angehörige der islamischen Minderheit der Ahmadija gegeben. Zu einigen der Angriffe bekannte sich die Dschihadistenmiliz "[Islamischer Staat](#)".

Bangladeschs Ministerpräsidentin Sheikh Hasina bestreitet, dass es in ihrem Land IS-Kämpfer gibt. Sie schreibt die Gewaltwelle der verbotenen Islamistengruppe Jamayetul Mujahideen zu. Beobachter sehen die seit Jahren andauernde politische Krise in Bangladesch als eine der Ursachen für die zunehmende Radikalisierung von Oppositionellen in dem südasiatischen Land.

Laut dem aktuellen Ranking von "Open Doors" hat die [Christenverfolgung weltweit stark zugenommen](#).

ala/AFP

URL:

- <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bangladesch-unbekannte-toeten-christlichen-konvertiten-a-1083636.html>

<http://www.pi-news.net/2016/04/hamburgs-senat-und-kirchen-haben-kein-problem-mit-gewalt-gegen-christen/>

Hamburgs Senat und Kirchen haben kein Problem mit Gewalt gegen Christen christenverfolgungNachdem schutzsuchende muslimische „Flüchtlinge“ schon auf der „Flucht“ Christen über Bord geworfen haben, werden diejenigen Ungläubigen, die es dennoch geschafft haben, in den Asylunterkünften verfolgt und bedroht. Das Hamburger Migrantentblatt (Hamburger Abendblatt) hat ausnahmsweise diesen skandalösen Mißstand thematisiert, nachdem sich eine Politikerin der Sache angenommen hat. Selbstredend möchte diese ihren Namen und somit ihre Partei nicht nennen: „Das Thema der religiös motivierten Übergriffe sei in vielen kirchlichen und politischen Gremien nicht wohlgefallen, „eine Diskussion darüber wird mit Verweis auf rechtspolitische Reflexe in der Bevölkerung häufig abgewürgt“.

(Von Alster)

Zwei Brüder berichten von Diskriminierungen durch fanatische Moslems, von Ausgrenzung, Bedrohungen, Demütigungen und Belästigungen – mitten in Hamburg, auch unter den Augen der Wachleute, „aber die sind ja überwiegend Muslime“, sagt Elias (Name geändert).

Aus Furcht vor Übergriffen trauen sie sich nicht zur Essensausgabe. Andere Bewohner, einer mit einem Messer bewaffnet, sei die ganze Nacht um ihre Betten geschlichen. Neben ihm lag ein 18-jähriger Syrer mit einem tätowiertes Kreuz auf dem Handrücken. „Sie sagten ihm: Wir gehen jetzt mit dir runter zu den Toiletten und hacken dir die Hand ab.“ „Im Prinzip gab es jeden Tag irgendeinen Vorfall“, sagt Elias. „Es war einfach, weil wir Christen sind.“ Sprüche wie „du bist schmutzig, du stinkst, du Schwein“ gehörten noch zu den harmloseren. „Ständig sagten andere, wir sollten einen anderen Weg einschlagen“, sagt der 30-Jährige. Gemeint war der Weg Mohammeds. Zwar hätten sich nicht alle Muslime in der Unterkunft an der Hetze beteiligt, aber doch eine „deutlich sichtbare

Gruppe“, die durch ihren Fanatismus und ihre Aggressivität aufgefallen sei. Elias: „Die anderen standen schweigend daneben. Für uns Christen hat sich keiner eingesetzt.“

Weitere Beispiele:

„Muslime kommen zum Morgengebet an die Betten, drehen die Musik auf und beten in einer Lautstärke, dass niemand schlafen kann. Weil er als Christ „dreckig“ sei, so wurde ihm gesagt, dürfe er weder die Dusche noch Küchengeräte nutzen, weil diese sonst „Haram“ (unrein) seien. Er müsse auch das Kreuz ablegen: Kreuze seien eine Beleidigung für jeden Moslem. Im Bett neben ihm brüllte ein Muslim die ganze Nacht: Allahu Akbar...“
Am 28. Januar wurden drei Männer in der ZEA Papenreye wegen ihres Glaubens geschlagen und getreten. Wegen eines Angriffs auf einen iranischen Christen wurde ein afghanischer Muslim in Hamburg angeklagt. Nach dem Mordversuch halfen 20 weitere Glaubensbrüder dem Täter, unerkannt aus der Notunterkunft zu entkommen.

Ein Problem vermag „Fördern & Wohnen“, Betreiber der meisten Flüchtlingsheime in Hamburg, nicht zu erkennen: „Religiöse Auseinandersetzungen spielen im Betrieb der Einrichtungen keine wesentliche Rolle.“ Ähnlich sieht es auch die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Dietlind Jochims.“ Die Religion ist meiner Meinung nach nicht der primäre Auslöser für Aggression. Auch Imam Abu Ahmed Jakobi ist überzeugt, dass die Spannungen vor allem mit dem erzwungenen Zusammenleben auf engstem Raum zu tun haben.

Der Senat sieht überhaupt kein „grundsätzliches höheres Risiko“ für religiöse Anfeindungen und verweist auf die Hausordnungen der Unterkünfte, die die Bewohner verpflichte, „rücksichtsvoll miteinander umzugehen“. Die Einrichtungen seien „Orte religiöser Neutralität“. Aus mehreren Gesprächen habe sich ergeben, dass Beschwerden über religiöse Diskriminierung nur „vorgeschoben“ würden, um die Verlegung in eine „bessere Unterkunft“ zu erwirken. Wie der Senat zu seiner Einschätzung kommt, ist schleierhaft, denn die Behörden erfassen nicht einmal, welcher Religionsgemeinschaft die Flüchtlinge angehören.

Nach den alarmierenden Meldungen über Angriffe auf christliche Flüchtlinge in den Hamburger Erstaufnahmeeinrichtungen forderte die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat auf, „Christen und andere Minderheiten“ in den Unterkünften besser zu schützen. Der Senat sieht in den Unterkünften indes kein „grundsätzlich höheres Risiko“ für religiöse Anfeindungen. Beschwerden über religiöse Diskriminierungen würden vielfach nur „vorgeschoben, um die Verlegung in eine bessere Einrichtung“ zu erwirken.

christen

Inzwischen ist es auch bundesweit kein Geheimnis mehr, dass die erschöpften Invasoren muslimischen Glaubens Andersdenkende in Asylunterkünften und auch anderswo bekriegen. Das rot/grüne Hamburg allerdings wird durch den islamischen Nazi-Extremismus und den Linksextremismus von innen eingehegt. Der noch irgendwie schöne Schein trügt! Hamburg geht vornehm zugrunde.

Wir haben da mal eine Frage an die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, vertreten durch Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Bernd Baumann, Dirk Nockemann (vormals Zentrums-Partei). Wäre es nicht eine schöne Aufgabe für Sie, in dieser Sache mit zumindest einer kleinen Anfrage tätig zu werden? Das überlassen Sie der CDU? Eigentlich müssten Sie auf die Barrikaden gehen. Stattdessen vergeuden Sie Ihre Zeit damit, wie die „Alfa von anno dazumal“, einen wackeren AfD'ler aus der Fraktion zu mobben, weil er bei den „fremdenfeindlichen“ Pegida-Demonstrationen mitmache.

» E-Mail: info@afd-fraktion.hamburg.de

Gender Mainstreaming**I: Destruierte Sexualität als Herrschaftsmittel****1. Einführende Übersicht**

Gender-Politik ist ein Begriff, der sich seit längerer Zeit in der akademischen, speziell humanwissenschaftlichen Diskurslandschaft ausbreitet und längst auch Eingang in die gehobene Gesellschaftsdiskussion in Print- und Bildmedien gefunden hat. Dabei unterstreicht eine überaus generöse Alimentierung von staatlicher und privater Seite, z.B. von großen Unternehmensstiftungen, die rasant ansteigende Bedeutung der Thematik, die eine entsprechend wachsende Zahl von Wissenschaftlern und solchen, die es werden wollen, an die Töpfe und Tröpfe der umfangreichen Sponsorenschaft zieht. Dies um so mehr, als im Zuge der elitären Machtkonzentrationen in den unaufhaltsamen und sich weiter verstärkenden Bahnungen der Arbeits-, Produktions- und Marktglobalisierung – zumindest aus westlicher Sicht – das Geschlecht der Menschen mittlerweile eine ebenso zentrale Manipulationsrolle spielt wie ihre Sprache. Während die Bedeutung von politischer Propaganda und zweckgerichteten Gebetsmühlen der sozialpsychologischen

Volkspädagogik und konsumorientierten Werbung inzwischen auch größeren Teilen des Massenpublikums geläufig und generell akzeptierter Teil der (schein)pluralistischen Moderne ist, **verhält es sich mit den Zwecken und Inhalten der Gender-Politik allerdings (noch) deutlich anders. Ziel dieses Beitrags ist es, die tiefgreifende, existentielle Verzweigung und soziale**

Wirkung des aktuell immer rabiater um sich greifenden Gender Mainstreaming zu beschreiben und zu erläutern, die für den Durchschnittsbürger

kaum verständlich, aber für seine Zukunft als Mensch in Familie und Gesellschaft

von fundamentaler Bedeutung sind. Der Begriff enthält bereits eine doppelte Täuschung, indem er mit dem Partizip des Mainstreaming die prozeßhafte Einschleusung des Geschlechts in den allgemeinen Gesellschaftsdiskurs andeutet, es indes unterläßt, die intrinsische Verbindung des Gender mit der Sprache bzw. Grammatik einzuschließen. Es würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen, wenn wir auch diesen Zusammenhang behandelten, doch soll die Tatsache nicht zu kurz kommen, daß seit dem so genannten linguistic turn der 1970er Jahre und der Renaissance der Analytischen Philosophie eines Ludwig Wittgenstein (gest. 1951) die Existenz des modernen Menschen in zunehmendem Maße den Charakter eines Wortes im Satz annahm, ebenso wie sie bereits als Modul im technischen Produktionsprozeß zu gelten hatte.

Bekanntester Protagonist dieser destruirenden, fragmentierenden Methodik, die den Menschen als optimierten Lückenfüller, als momentan nützliches und alsbald

zu entsorgendes Funktionsteil im sich unendlich verzweigenden und veränderten Beziehungsgeflecht der modernen Gesellschaft sieht, ist Jacques Derrida (gest. 2002), der mit der Metapher der *différance* nicht nur Diskursgeschichte schrieb, sondern auch bleibenden Eindruck auf die soziologische Wirklichkeit hinterließ. *Différance* bedeutet die raumzeitliche Kombination von sachlichem Unterschied und zeitlichem Aufschub, die den Menschen nicht mehr als unverwechselbares

Individuum, sondern als Wesen kennzeichnet, das seine Existenzberechtigung durch biopsologische, durch bio-psycho-sozialtechnische Anpassung an sich ständig verändernde Sachverhalte nachweist. Im Alltagsjargon der Globalisierung

kursieren hier weniger konsequente und eher beruhigende Umschreibungen wie Flexibilität, Mobilität und – nicht zuletzt – Toleranz, alles Euphemismen, die den Betroffenen ihre zunehmenden Denk- und Lebenseingrenzungen als Errungenschaften suggerieren.

Der Standardbegriff für die Scheinfreiheit globaler „Flexibilität“ ist die oft bemühte Multioptionalität, die dem modularisierten Menschen eine bunte Palette von „Wahlmöglichkeiten“ in der Arbeits- und Konsumwelt anbietet, inzwischen aber mit fruchtlosen Mindestlohndebatten bei folgenlosen, elitären Korruptionswellen ihren ebenso zwanghaften wie wirtschaftlich dominierten Prozeßcharakter nicht verhehlt. Letzterer erfaßt zuverlässig auch die Gender-Politik, die – für Normalverbraucher kaum nachvollziehbar – die gleiche Multioptionalität auf den Geschlechtsbereich ausdehnt. **Danach soll der alte Heterosektor seine Geltung verlieren, die evolutionär gewachsene Sexualzuordnung des Männlichen und Weiblichen obsolet werden und einer neuen Wahlpalette Platz machen, eben jener „Multioptionalität“, die ein nahezu unbegrenzbare Spektrum von Sexualobjekten öffnet. Ausgehend von Partnern gleichen Geschlechts offeriert diese –**

allerdings nach wie vor männlich bestimmte – Palette das ganze bekannte Programm

der Pädosexual-, Sado/Maso- und Fetischsexualität bis hin zum Animalosektor, dem die moderne Wahlfreiheit im Kielwasser der explodierenden Haustierhaltung

wachsende Emanzipationschancen einräumt.

Ursprünglich als Strategie für die Gleichstellung der Frau konzipiert, hat sich die Gender-Politik zu einem ins Totalitäre tendierenden Machtinstrument entwickelt, das das solcherart zunehmend konditionierte und kollektivierte Humankapital – mithin eher auch Menschenmaterial – darauf abrichtet, sein Geschlechtsverständnis nicht als natürlich gegeben, sondern durch eine reaktionäre und daher „auszumerzende“ Bürger- bzw. Kirchenideologie aufgezwungen zu verstehen.

Trotz von der Natur unverkennbar maßgeschneiderter, primärer Geschlechtsorgane und komplementärer Hirnareale soll es gleichwohl „in Wirklichkeit“ als frei wählbar und die Heterosexualität als „allumfassende Fixierung“ zu sehen sein, die „vor allem Frauen zur Einhaltung heterosexueller Standards und Einschränkung potentiell vielfacher sexueller Erlebensformen zwingt“ (Marlene Stein-Hilbers). Damit wird die private Erfahrung der individuellen Sexualität, die sich mit Liebe verbindet, in ein manipulierbares, sexualtechnisches Vexierbild gepreßt, das je nach Machtverhältnissen mal die Hetero-, mal die Homosexualität sonstig orientierte Sexualität als Normalität festlegt.

Gegenwärtig ist die Moderne eindeutig in die homosexuell dominierte Phase eingetreten, in der die „heterosexuell Fixierten“ ebenso als „homophobe“ Ab149

weichler gelten wie diejenigen, die den Islam als verordnetes Kulturvorbild Europas

ablehnen, mit dem Stigma der „Islamophobie“ belegt werden. So wie der Islam und seine Anhänger der Eurokultur in massenhaften

Immigrationsdosen

verabreicht werden, um die autochthone Bevölkerung zu „verdünnen“ (Josef Fischer), so wird die humane Individualität im Gender Mainstreaming aufgelöst,

indem die Menschen offenbar nicht mehr wissen, ob sie Männlein oder Weiblein

sind, sondern sich „für ein Geschlecht entscheiden“, eher aber zu androgynen

Mischwesen entwickeln sollen. Judith Butler zufolge, bekennende Lesbierin, führende Ikone des Genderismus und mit dem Adorno-Preis 2013 geziert, ist das

Geschlecht „die obligatorische Anweisung an den Körper, ein kulturelles Zeichen

zu werden bzw. sich den geschichtlich beschränkten Möglichkeiten entsprechend

zu materialisieren, und zwar nicht nur ein- oder zweimal, sondern als fortdauernder, wiederholter, leiblicher Entwurf“.

Wenn das Geschlecht keine natürlich vorgegebene Weichenstellung des Leib-Seele-Geschehens, sondern eine geschichtlich entstandene „Anweisung“ sein soll, die den Menschen in eine sich selbst replizierende Materieform bringt, kann

die Gender-Alternative nur in einer ebenso obligatorischen Formatierung bestehen,

die nun in den Gegensatz der diktierten Multioptionalität zwingt und das „Kulturzeichen“ Mensch zu sämtlichen Sexualitätsformen „befreit“, die unter den altkulturell beschränkten Möglichkeiten als abwegig, behandlungsbedürftig

und teilweise strafbar galten. Zu dieser machtbedingten Konsequenz hat sich der Diskursphilosoph Michel Foucault, männlich-homosexuelles, allerdings intellektuell kompetenteres Pendant zu Butler, wesentlich offener und für die Ära der Massenimmigration anschlussfähig geäußert: „Steht nicht die geschwätzige Aufmerksamkeit,

die seit zwei oder drei Jahrhunderten ihren Lärm um den Sex macht, im Dienste eines elementaren Bemühens, nämlich dem, das Bevölkerungswachstum

zu sichern, Arbeitskraft zu produzieren, die Form der gesellschaftlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten, kurz: im Dienste der Absicht, eine ökonomisch nützliche und politisch konservative Sexualität zu bilden?“

Abgesehen davon, daß die Darwinsche Evolutionslehre, die ansonsten bevorzugt

für die moderne Destruktion der bürgerlich-christlichen Altkultur herangezogen

wird, im Zuge der sexuellen Transformation unterdrückt werden muß, ergibt sich ebenso zwangsläufig, daß mit der „Wahlfreiheit“ nicht nur für die Sexualitätsform, sondern auch für das Geschlecht die biologische Reproduktion des „Kulturzeichens“ bzw. Funktionsmoduls Mensch im Rahmen der Eigenkultur zunehmend erschwert wird und alternative bzw. komplementäre Methoden wie Abtreibung, künstliche Befruchtung, PID-Technik etc. um so „natürlicher“ erscheinen. Somit ist es ein entsprechend natürliches, weil machtbedingtes Kulturzeichen, wenn sich die zunehmend automatische Sozialkybernetik der Moderne gegen das herkömmliche, eigenkulturelle Familienprinzip mit Kind abschottet, die massive, anderskulturelle Zuwanderung als wachstumssichernde Reproduktionsprothese betreibt, am Lebensrand des Alters die staatskostenschonenden Annehmlichkeiten des früheren Sterbens propagiert sowie jeden altkulturellen Widerstand und Beharrungswillen rigoros zermürbt, bekämpft und ausschaltet. Das

150

Mainstreaming, die Einschleusung des Geschlechts in den Strom der globalen Produktivität, ist ein sicheres Zeichen für eine überzeitliche Machtkonzentration, die allerdings ebenso „natürlich“ die evolutionär gewachsene, männliche Dominanz nicht vermeiden kann.

So lächelten die Platzhirsche globaler Unternehmen in Deutschland nachsichtig, als ihnen ein politisches Leichtgewicht wie die einstige Familienministerin Kristina Schröder 2012 in fataler Verkennung der Machtverhältnisse eine völlig illusorische Frauenquote verordnen wollte. Die männliche Dominanz beschränkt sich freilich nicht auf die politische Sphäre, sondern hat längst Praktiken entwickelt, die an mythische Zeiten erinnern. Die Propagierung des androgynen Menschenbilds, die Betonung in der Altkultur abgewehrter Randformen wie Hermaphroditismus (Foucault) und Inzest (Butler) sowie nicht zuletzt der rasante Aufstieg der Homo- und Pädosexualität verweisen auf die Mythen der geschlechtlichen Urteilung, aus der der Mann als Führungs- und die Frau als Dienstfigur hervorgingen.

Insofern enthält Gender-Politik einen nicht beeinflussbaren, quasireligiösen Zug, der die Protagonist-Innen im eigenen Mainstream dahintreiben läßt, als Gefangene eines überzeitlichen Trends, der das individuelle Denken blockiert und für totalitäre Methoden öffnet.

Repräsentativ konnten dies in der deutschen „Moderne“ grüne Politiker bebildern wie Volker Beck, der Vorzeige-Homosexuelle seiner Partei, dessen Neigung ihn zum Parteispezialisten für Kirchenangelegenheiten qualifizierte, oder auch Daniel Cohn-Bendit, der nach seiner 68er-Karriere als Barrikadenkämpfer in Paris als Pionier des pädosexuellen Genießertums von sich reden machte. Aber

auch der Wirtschaftssektor hat seine einschlägigen Ikonen wie die – vorzugsweise kinderlose – Business-Frau, der Führungsfunktionen erlaubt werden, solange sie den Mann kopiert. Der Feminismus ist hier nicht um ein Jota weitergekommen, denn wie in den 1980er Jahren barmen sich dessen Vordenkerinnen noch immer um das gleiche unveränderbare, weil evolutionär verankerte Defizit, das wesentlich darin besteht, daß sich die Frau nicht aus sich selbst, sondern aus dem Gegensatz zum Mann definiert.

Leicht erkennbar wird das Gender Mainstreaming dieses Manko eher noch weiter verstärken, denn bei der intrinsischen Privilegierung des Mannes kann die „Wahl des Geschlechts“ nur die Nachordnung der Frau vertiefen, wie sie sich jetzt bereits in der Dreifach-Belastung in Beruf, Haushalt und Familie sowie in der nur marginal gemilderten Benachteiligung in der Bezahlung abzeichnet.

Auch das Argument, die Gender-Politik zerstöre doch die Familie und befreie gerade dadurch die Frau zu voller Selbstverwirklichung, kann zwar zynisch, nicht aber sachlich überzeugen. Denn wie die Verbindung von Abtreibung und

nichtreproduktiven Sexualformen unter aggressiver Abdrängung der Heterosexualität

als „Homophobie“ zeigt, geht es primär darum, die Geburtsfähigkeit der Frau und ihre Alleinstellung als Lebensspenderin zu destruieren – eine Entwicklung,

die chauvinistischer und extremistischer kaum vorstellbar ist. Denn was könnte tiefer in den Überlebensanspruch des Menschen eingreifen als die Abschnürung seiner Reproduktion?

151

Jedenfalls ist man vom angeblichen Ziel der weiblichen Gleichstellung weiter als

je zuvor entfernt. Letztere läßt sich allenfalls darin feststellen, daß die Frau durch

die zunehmende Blockade ihrer Geburtsfähigkeit dem Mann in der Tat ähnlicher

wird. Auf die muslimische Frau erstreckt sich dieses Verfahren „natürlich“ nicht,

weil sie die Hauptstütze des Islam als westlicher Reproduktionsprothese ist und

unter Kontrolle des muslimischen Mannes als Stellvertreter Allahs auf Erden steht. Der ist aufgerufen, das nichtislamische Feindesland mit Moscheen zu besetzen

und im täglichen Mehrfachgebet den ehernen Zweifronten-Djihad des Islam zu erneuern, gegen den Unglauben und die geburtsunwillige Frau.

Spätestens

an diesem Punkt wird die massive Irreführung der westlichen Öffentlichkeit deutlich, der speziell die EU-Eliten die islamische Zuwanderung als epochale „Bereicherung“ präsentieren, die unter genderpolitischem Vorzeichen allerdings

nichts anderes ist als eine kollektive, ultralangfristige, hinter einem „interkulturellen

Dialog“ palliativ verbrämte Sterbehilfe.

Es ist in der Tat die enorme Langfristigkeit des Vorgangs, der die auf den Wahlturnus

programmierte Politik mit mehrheitlich mediokrem Personal nicht gewachsen ist, die jedoch Bevölkerungswissenschaftler wie Herwig Birg bereits anfangs des neuen Jahrhunderts mit allen fatalen und schließlich letalen Folgen erkannt haben. Die Komplexität der Thematik legt für unseren Beitrag nahe, sich nach einer notwendig ausführlicheren Einführung zunächst auf die Basisfunktion der Gender-Politik als Herrschaftsmittel zu konzentrieren, bevor dann im zweiten Teil der prozeßhafte Übergang der modernen Destruktion von der Nivellierung der Geschlechter zur Auflösung der eigenkulturell ausgerichteten Heterosexualität in die verschiedenen nichtreproduktiven Sexualformen bzw. technisierten Reproduktionspraktiken in den Blick kommt. Daß die „kollektive Sterbehilfe“ keine übertriebene, geschweige denn polemische Kennzeichnung ist, wird in der modernen Tötungsenergie deutlich, die sich an den Lebensrändern mit der Abtreibung und Alzeneuthanasie zunehmend institutionalisiert. Daß für eine solche Ideologie die Kirche als historisch gewachsene Einrichtung des Lebensschutzes zum Feindbild Nr. 1 wird, versteht sich von selbst.

2. Funktionen und Folgen der Gender-Politik

„Wir brauchen keine Menschen, sondern Funktionen“ lautet das vielzitierte Credo des Makrosoziologen Niklas Luhmann, der die radikalkulturelle Stoßrichtung der Moderne auf einen bis heute gültigen und bislang unwidersprochenen Punkt brachte. Es ist in der Tat die Gesamtheit der Humanfähigkeiten, die in der pluralistischen

Vernetzung immer genauer an die Knotenpunkte des Bedarfs gelangen und darauf das Denken und Handeln des Einzelnen ausrichten, ansonsten er/sie nicht überleben kann.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Derrida-Différance, der vorübergehenden Nutzung des Menschen, der als flüchtige Existenz zwischen Noch-nicht und Nicht-mehr fluktuiert, entsteht das bekannte Achsenkreuz der soziologischen Hauptfunktionen aus Effizienz, Performanz, Toleranz und Emergenz, deren Zusammenwirken

das einst denkende Individuum zum funktionierenden Semi152

Automaten macht. Auch hier läßt sich das Geschehen nicht von der Sprache trennen, denn „Performativität bildet die sich ständig wiederholende Macht des Diskurses, Dinge hervorzubringen, die er ermöglicht, reguliert und begrenzt ... Performative Sprechakte (sind) ... Handlungen, die das was sie ‚aussagen‘, ins Leben rufen“ (Judith Butler). Mit anderen Worten: Aus der Verbindung von Leistung (Effizienz) und Verzicht (Toleranz) kommt das von der Herrschaftsideologie gewünschte Verhalten (Performanz), das schließlich das immer wieder neu optimierte, humane Funktionsmodul entstehen läßt (Emergenz).

Vor diesem Hintergrund leuchtet ein, daß die nivellierende Einschleusung des Geschlechts in den politsozialen Mainstream gesteigerte Bedeutung erlangt, weil die Einebnung der Unterschiede, die Blockade der Nachkommenschaft und somit die Auflösung der Familie der Moderne inhärente und unverzichtbare Faktoren sind, die den Bestand der Altkultur dezimieren und ihre Konkurrenzwirkung schwächen. **An deren letzttlicher Beseitigung arbeitet man immerhin schon seit der Aufklärung, heute auf nationaler Ebene in Gestalt der rot-grünen Nachfolger**

der links-rechten Extremismen, wobei sich im EU-Rahmen der globale Geldfeudalismus

geltend macht, der in euro-arabischer Allianz mit den Islameliten in der

christlichen Sozialethik eine kostentreibende Produktivitätsbremse erkennt. Denn

sie siedelt das Individuum außerhalb menschlicher Machbarkeit an und lehnt sowohl die „liberale“ Transformation in ein isoliertes Arbeits- und Konsum-Modul als auch die gentechnische Verarbeitung zu vielseitig verwendbarem Stammzellenmaterial ab. Beide Bereiche sind freilich zu genderkompatibel und

letztlich zu geldträchtig, als daß sie gestoppt werden könnten.

Mit genderkompatibel ist die Fähigkeit, Eignung und Kompetenz gemeint, unter der Flagge der Gender-Politik zur Nachhaltigkeit moderner Herrschaft beizutragen.

Wie oben skizziert, geht es dabei weniger um die faktische Gleichstellung der Frau, sondern unter dem Feigenblatt von deren Fiktion um die Festigung und Mehrung von Macht „an sich“, die nach wie vor eine Domäne des Mannes ist.

Dabei kann nicht oft genug betont werden, daß Macht – in Kantischer Terminologie – ein empirisches Apriori ist, das sich – selbst unveränderbar und unumgänglich – dem Gang der Zeiten und seinen Protagonisten öffnet, aber auch wieder verschließt, ohne nachhaltig beeinflußt werden zu können. Macht ist jene Sphäre, die der Geschichte und ihrer nicht abschließbaren Diskussion um Gott, Mensch, Welt und – seit der Ära der Mythen und des Sündenfalls auch um das Geschlecht zugrunde liegt.

Wer aber das Geschlecht manipuliert, regiert in das weder erklärte, noch erklärbare Leib-Seele-Geschehen der Menschen hinein und sichert sich das Fundament von Macht, das den Menschen nicht nur biologisch erfaßt, sondern auch über die Frage entscheidet, welcher Gott der richtige für ihn ist. **Vor diesem weit gezogenen Horizont erscheint die Gegenwartsphase massiver, islamisch dominierter Zuwanderung als Manifestation der vorläufig stärksten Machtentfaltung, weil sie**

in der Lage ist, Freiheit für eine auf die Weltherrschaft fixierte Religion zu realisieren,

die auf dem Wege dorthin nach – bislang strikt befolgter – koranischer Anweisung zunächst die Juden und Christen beseitigen muß. Mithin wird hier auch die überzeitliche, nicht machbare, aber elitär nutzbare Machtwirkung
er153

kennbar, die über den Hebel der gemeinsamen Christenfeindschaft westliche Moderne und Islam einander näherbringt.***

Insofern ist es kaum abwegig oder gar „polemisch“, die westlichen Eliten als Erneuerer des Antisemitismus und Steigbügelhalter der Christenverfolgungen im

Orient sowie mit konsequentem, üppig subventioniertem Moscheebau auch als

Pioniere für die Ausweitung dieser Tendenzen auf Europa zu kennzeichnen.

Ganz im Gegenteil: Da es seit der – gegenüber Juden keineswegs toleranten –

Aufklärung zum Credo des modernen Atheismus gehört, mit der gehaßten Klerusherrschaft möglichst auch das gesamte Christentum auszurotten, wurde Allah

zum wohlfeilen Machtgaranten, der nun in den Kulissen der Gender-Politik, speziell auf EU-Ebene, die Fäden zieht und mit einer keulenartig eingesetzten

„Toleranz“ den Westeliten erspart, Abstriche an der männlichen Hegemonie zu machen, geschweige denn in irgendeiner Weise auf die Lockerung der muslimischen Frauenposition hinzuwirken. Das konkrete Ergebnis läßt sich an der Vielzahl von Westfrauen auf Elitenniveau ablesen, die einerseits für die modern-„multioptionale“ Selbstformatierung mit Abtreibung, Single-Existenz und Körper-Design, andererseits für die angebliche „Freiwilligkeit“ der weiblichen Verhüllung und Gebärrolle im Islam eintreten. Ob und wie Gender-Politik damit welche „Chancengleichheit“ anstreben könnte, ist eine Wahrheitsfrage, die von der Macht entschieden wird, denn „Wahrheit ist, was sich durchsetzt“ (Foucault).

Damit läßt sich mit Angelika Ehrhardt bereits ein zentraler Aspekt der politsozialen Praxis im Gender Mainstreaming als so effektives wie umfassendes Herrschaftsmittel formulieren, das ähnlich universal nivellierend wie das Geld zu wirken scheint: „Mainstreaming bedeutet Hauptströmung, im Sinne eines durchgängigen

Prinzips für alle Politikbereiche, d.h. Chancengleichheitspolitik soll von der Neben- auf die Hauptstraße gebracht werden und zieht sich als roter Faden durch alle Planungen in den Organisationen durch – ähnlich wie sich kostenbewußtes Handeln in öffentlichen Verwaltungen als durchgängiges Prinzip etabliert hat“.

Wenn „alle Planungen in den Organisationen“ genderkompatibel sein sollen und dabei keine Angaben über die Organisationen gemacht werden, ist die Annahme legitim, dass, wie sich bis in die globalen Foren bestätigt (UNO, IMF, WTO etc.), inzwischen in der Tat alle Organisationen betroffen sind. Barbara Stiegler zufolge hat dies auch prozeßhafte Konsequenzen: „In dieser Definition wird deutlich, daß Gender Mainstreaming ein Prinzip ist, die Entscheidungsprozesse einer Organisation zu verändern“. Stefan Kausch, der sich maßgeblich auf beide Autorinnen bezieht, berührt hier einen für den anonymen Machtprozeß, der für seine Vorteilsnehmer unzugänglich bleibt, entscheidenden Punkt, indem den Organisationen Macht zuwächst, die von den Protagonisten nicht verursacht und nur begrenzt beeinflusst werden kann: „Es wird also eine institutionalisierte Form der Regierung sichtbar, die nur im ‚Innern‘ von Organisationen funktioniert und damit ihre Legitimation erhält. ‚Bewegungen‘ spricht man in Abgrenzung zu den beschriebenen Organisationen interessanterweise eine eigene Implementierung von Gender Mainstreaming als Regierungstechnik ab bzw. die Möglichkeit wird 154

als nicht denkbar dargestellt“ (Die Regierung der Geschlechterordnung, 24 – Königstein 2008).

Daß „Bewegungen“ aus der Gender-Einbindung ausgenommen werden, entspricht der Logik moderner Gouvernementalität, deren multi- bzw. alternativkulturelle Zwangsmechanismen nicht zuletzt aus der Fusion der links-rechten Extremismen mit dem radikalen, islamozentrischen Globalkapitalismus kommen und somit nicht Teil des Gender-Betriebs sein können, sondern dessen ursächliche Grundlage bilden. Stiegler spricht von einem „neuen Paradigma“, das insofern

einen „aktivierenden Staat“ erzeugen soll, als es angeblich einen „demokratischen Strukturwandel“ im Kontext von demographischer Alterung und Immigration ermöglicht – eine Wahrnehmung, die sich im Gegensatz zur sozialen Realität mit muslimischer Ghettobildung, wachsender Kriminalität mit überproportionalem

Zuwandereranteil und der offenbar unaufhaltsamen Neigung zur Sterbehilfe für den alternden Lebensrand befindet. Im ideologischen und auch praktischen Einklang damit steht allerdings ihre Feststellung, daß die betriebswirtschaftliche

Marktförmigkeit dieses Strukturwandels als Bedingung für die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, speziell auch ihrer gemeinnützigen Aktivitäten, anzunehmen sei.

Kausch setzt dem eine subtile Beobachtung entgegen, die dem eigentlichen Sachverhalt eher zu entsprechen scheint, weil sie den Gender-Prozeß als Chimäre, als nicht erreichbare, ideologische Illusion erfaßt, die aufgrund ihres existentiellen Tiefgangs gleichwohl eine um so breitere, charismatische Wirkung entfaltet:

„Dieser (von Stiegler beschriebene – d. Verf.) Problemraum nahezu aller gesellschaftlichen Konflikte und zu lösender Aufgaben ist ohne Gender Mainstreaming nicht mehr zu denken, so zumindest die programmatischnormative Vorgabe, die hier beschworen wird. Doch was nach einem Manko aussieht, könnte Methode haben: Und zwar als ein ‚nicht errechneter‘ Ruhe-, sondern entleerter Fluchtpunkt begriffen, erzeugt (es) permanente ‚Erregung‘. So avanciert eine fiktive Balance zum ‚appellativen‘ Motor der permanenten Bewegung“ (ebd., 25). Anders ausgedrückt geht es bei dieser Bewegung um die gleiche unstillbare „Erregung“, wie sie auch die extremistischen Vorbilder der Klassen- und Rassenideologien entwickelten und dort erst zur Ruhe kommen sollte, wenn der letzte Klassen- bzw. Rassenfeind erledigt war.

Die Ähnlichkeit der „Erregungen“ grenzt an Identität, weil die totalitären Extreme

auf der gleichen Kopplung beruhen wie das Gender Mainstreaming, nämlich auf der des normativen Ideologieziels – Klasse und Rasse einerseits bzw. Chancengleichheit

andererseits – mit allen Problemstellungen in allen Organisationen.

Insofern kann kaum verwundern, daß altkulturelle Bürger, Katholiken und Juden

an der „Chancengleichheit“ – oder auch „Toleranz“ – heute ebenso wenig teilhaben

wie sie vom Klassen- bzw. Rassenbegriff der Kommunisten und Nationalsozialisten

– mit ansteigender Gewaltneigung – ausgegrenzt wurden. Damit kommt auch wieder das Prinzip der „Reinheit“ ins Spiel, die um so obligatorischer wird,

je konsequenter die Denk- und Handlungsnorm zugreift. Aktuelle Beispiele für

diesen Kontext konnten unlängst an der ausgedehnten Kampagne für die Homosexualität,

an den seltsam verschleierte Seilschaften um den „pädophilen“ Politiker Edathy und nicht zuletzt an der obsessiven Medienhetze gegen den Limburger

Bischof studiert werden.

Wer hier als rein oder unrein zu beurteilen war, ließ sich leicht an der reflexhaften

Insistenz und Schrille des Tons in der „Berichterstattung“ ausmachen, mit der die jeweiligen Schreiber und Moderatoren freilich auch eine Art Selbstgutachten

ihrer intellektuellen Qualität erstellten. Kennzeichnend für die charismatische

Konkurrenz um die ideologische Zielansprache ist die magnetische Anziehungskraft

auf allerlei Trittbrettfahrer, die zu „Experten“ avancieren und in Talk-Shows herumgereicht werden, solange sie die „richtigen“ Feinde benennen.

Daß

ein solcher Trend das Unterste zuoberst kehrt, primitivste Kräfte in Führungsebenen

spült, gehört zum Prozeß der Reinigung, der sich unter anderem von der christlichen Vorgängerkultur befreit, indem er Täter zu Opfern macht, um auch

den Rechtsstaat als altkulturelles Relikt zu destruieren.

3. Die Ideologie der „Gleichstellung“

Somit kann graduell auch dessen Schutzfunktion für Ehe, Familie und das Kind

verschwinden, die in dem Maße der „Chancengleichheit“ verlustig gehen, wie die homosexuelle Usurpation der Ehe und Kindesadoption Platz greifen und die

künstliche Befruchtung nicht verheirateter Frauen gegenüber natürlich gezeugten

Kindern steuerlich begünstigt wird (Bundesfinanzhof). Die universale Wirkung

der „Gleichstellung“, die systemhaft auf die Privilegierung heterofremder Sexualformen

und anderskultureller Minderheiten hinausläuft, verbindet sich mit der enormen Propagandakraft der Medien und einer zunehmend genderkompatiblen

„Wissenschaft“ zu einer deutlich erweiterten Machtform. Deren (noch) latenter Totalitarismus erscheint nicht nur unauffälliger, weil in der Kommunikation

digital anonymisiert und medial geglättet, sondern auch konkret gefährlicher,

weil er – wenngleich kaum vorstellbar – seiner Logik gemäß noch gewalthaltiger

als seine Vorgänger ist und dies auch sein muß.

Denn nun besteht das Feindbild nicht aus einer Klasse ausbeuterischer Unternehmer

und kleinbäuerlicher Kulaken bzw. der zahlenmäßig begrenzten „Rasse“ der Juden, die zu liquidieren waren, um die Reinheitsziele zu erreichen, sondern

aus einer ungleich größeren Masse vom Menschen, deren altkulturelles Beharrungsvermögen

den Strukturwandel der sich nun erneut radikalisierenden Moderne zum ultimativen „Frieden der Weltgesellschaft“ ungemein stört. Während dabei feststeht, daß allen drei Radikalismen mit Judentum und Kirche, deren individuellem Menschenbild und ehernen Prinzipien des Lebensschutzes ein zentraler Doppelfeind gemeinsam ist, zeichnen sich in der EU-Politik Strukturen ab, die dem Kampf gegen eben diesen Feind überaus dienlich sind. Im Zuge des Souveränitätsübergangs der Staaten auf die sich nun imperialisierende EU gehören dazu die „Rettungsschirme“ für die ruinöse Bank- und Börsenpraxis ebenso wie die Subventionen für die palästinensischen Gewaltgruppen gegen Israel, eine scheinbar zweideutige Politik, die indes eindeutig auf die Islamisierung der Außenpolitik und die Auszehrung des altkulturellen Steuerpotentials und Gemeinwohls abzielt. Mittelfristig wird sie auch das Vermögen der

156 Kirche ins Visier nehmen und daran auch kaum von der Europäischen Bischofskonferenz gehindert werden, deren Mitglieder sich bislang eher als Erfüllungsfunktionäre der EU-Politik denn als Interessenvertreter der Kirche gerierten.

Wenn sich dies ändern soll, bedarf es weniger willfährigen Personals sowie der professionellen Nutzung der technischen Informationsmittel, die im Stile der modernen Kommunikation die Lethargie der im Dauerkonsum verarmenden Arbeitsmassen für die Attraktivität der katholischen Sozialalternative weckt. Ansonsten dürfte der laufende „Strukturwandel“ der zumindest noch teilweise rechtsstaatlich ausgerichteten EU-Demokratien in ein diktatorisch geführtes Imperium kaum aufzuhalten sein.

Dies um so weniger, als sich die EU-Ambivalenz in einer besonders eigenwilligen Terminologie auch im Gender-Bereich fortsetzt. Hier entspinnt sich ein von den Akteuren ernstgemeintes, für den Außenstehenden weniger nachvollziehbares und eher groteskes Wortspiel um „Gender-Wissen“, das eine Scheinwahl zwischen weder dialektisch noch gegensätzlich zu verstehenden Polen öffnet. So soll die – in der breiten Öffentlichkeit unbekannte und überflüssige – Frage geklärt werden, inwieweit (sowohl unvereinbare als auch impraktikable – d. Verf.) Begrifflichkeiten wie Degendering – „Entschlechtlichung“ – und Engendering – „Vergeschlechtlichung“ – der europäischen Forschung erkenntnistheoretische und/oder sozialpolitische Impulse geben können. Wer an einen zielgerichteten Wissenschaftsbetrieb gewöhnt ist, wird solche „Problemstellungen“ spätestens dann für einen – allerdings lukrativen – Zeitvertreib halten, wenn er auf die interkulturelle

„Gleichstellungs“-Vorschrift stößt, schwarz groß und weiß klein schreiben zu sollen!

Derlei Überlegungen gehen mit überaus mechanischen Anwendungen soziologischer Konzepte auf die Interaktion von Politik und Wissenschaft einher, z.B. des Bourdieuschen Feldbegriffs auf die Machtfelder in der EU, ohne freilich verstanden zu haben, daß dieses Vorgehen selbst wiederum Teil des Machtprozesses

ist, der es immerhin ermöglichte, mit der Kommission ein neofeudales Führungsgremium hervorzubringen und einstmals demokratische Staaten von ihrer Souveränität zu befreien. Da auch die Wissenschaft von dieser finanziell attraktiven und teilweise islamisch alimentierten Realität erfaßt wird, ist auch die Forderung Peter Weingarts nur insofern realistisch, als sie sich in der Ära der universitären Excellence die Option auf Drittmittel erhält: **„Entscheidungen müssen rational im Licht vorhandenen wissenschaftlichen Wissens und von durch öffentliche Wahl delegierten Repräsentanten legitimiert sein“ (K. Zimmermann / S. Metz-Göckel, „Vision und Mission“, 10, 11 – Wiesbaden 2007). Im Gegensatz zu dieser Illusion spricht, wie die einschlägige Kritik seit Jahren belegt, vieles dafür, daß weder bei der Islamisierung Europas, noch bei der Einführung des Euro, noch bei der Implementation der Gender-Politik samt Training-, Consulting- und Kontroll-Zwängen die Wissenschaft nicht mit objektiven Forschungsergebnissen, sondern mit dem bezahlten Renommee ihrer Vertreter beteiligt war und weiterhin ist. Daß die kombinierte „Chancengleichheit“ aller Frauen, Minderheiten, sexuellen Devianzen und sonstig von der Vorgängerkultur angeblich Geknechteten einen großen Beitrag zum Gelingen des Übergangs leisten soll, liegt in der „Natur“ dieser eigenartigen Ideologie. Dabei gilt freilich das totalitäre Reinheitsgebot, das zur Verfolgung der Abweichler zwingt und von den sich radikalisierenden Medien und Stiftungen mit neorassistischen Mustern des Antisemitismus und Antichristismus, begleitet von diskriminatorischen Sprachkeulen der Homo-, Islamo- und sonstigen „Phobien“ eingeübt wird. Da alle Akteure bekanntlich anständig bleiben, steht aufgrund einschlägiger Erfahrung mit den Links-Rechts-Extremismen auch jetzt schon fest, daß sie später „von nichts gewußt“ haben werden. Damals wie heute kommt es nicht auf Wissen, das der Gleichstellung bzw. Gleichschaltung schadet, sondern allein auf Kontrolle an, die das kollektive Denken nun in den Genderkanal lenken und dort auf Kurs halten soll: „Eine wichtige Aktivität im Rahmen von Mainstreaming ist das Gender-Controlling, also die Analyse jeder politischen Aktivität unter der Fragestellung, welchen Beitrag sie zur Chancengleichheit leistet“ (Stiegler).**

Die Einrichtung des Gender-Controlling deutet auf die Notwendigkeit hin, einer ausufernden Bürokratie überschaubare Strukturen zu geben, was durchaus plausibel erscheint, wenn alle Organisationen unter die genderistische Normgebung gestellt werden sollen. Da aber nicht alle für alle Aspekte auf dem gleichen Stand der Indoktrination sein können, hat sich mit dem Gender-Training – von der

Öffentlichkeit unbemerkt – ein gewaltiger Dienstleistungssektor entwickelt, der aufgrund generöser staatlicher und privater Finanzierung auch in den kommenden Jahren mit enormen Wachstumsraten rechnen kann. Da die Normalverbraucher und Steuerzahler im Rahmen der weiter wirksamen Finanzkrise an Sparprogramme, Stagnation und Einschränkungen gewöhnt sind, können die antizyklische Gender-Konjunktur und ihre sprudelnden Geldquellen zunächst nur ungläubiges Staunen hervorrufen.

4. Gender als auswegloser Endloszirkel

Daher seien in Vorbereitung auf die im zweiten Teil vorzustellenden Mainstreaming-Varianten, die in die Biotope der Nichthetero-Sexualität sowie der Tötungsroutinen am Anfang und Ende des Lebens führen, einige Details vorausgeschickt, die über die Hauptgliederung der „Trainings“-Bereiche informieren und eine Vorstellung von dem Ausmaß vermitteln, in dem die Organisationen vom Gender-Zwang durchdrungen sind. Als wesentlich werden hier zumeist sechs Mainstreaming-Sektoren genannt, die in ihrer Gesamtheit das gesellschaftliche Geschehen weitgehend abdecken: Familie, Kultur, Behinderung, Sexualität, Alter, Diversität. Mit letzterer ist die Vielfalt der modernen Lebensweisen gemeint, die wiederum den Kreis zur Multioptionalität schließt und im Verein mit der Kultur alle anderen Sektoren einschließt.

Da sich beliebig kombinierbare Querschnitte durch die Sektoren legen lassen, entsteht eine unendliche Varianz von Aspekten und Projekten, mit denen sich ebenso vielfältig die aktuelle Herrschaftsideologie und die Beschäftigung der Gender-Aktivistinnen auf nicht absehbare Zeit absichern lassen: „Gender – ein Passepartout, das Zugang gewährt zu den Slums der Weltmetropolen ebenso wie

158 zu den obersten Etagen der UNO, das im Entwicklungsprojekt im südlichen Afrika genauso heimisch ist wie in der Fortbildung bayrischer Grundschullehrerinnen“ (Tone Soiland). Hier handelt es sich um eine deutlich zu euphorische Sichtweise, die nicht gerade von Gender-Kompetenz zeugt, weil sie ein Ideal vorgaukelt und den Spagat verschweigt, den das Mainstreaming zwischen öffentlichen und privaten Interessen, zwischen Staat und Markt zu überbrücken hat. Denn nicht zuletzt entfaltet sich der Gender-Betrieb zu einem florierenden Geschäftsfeld,

das seine stabile Förderung durch marktgerechte Training- und Consulting-Konzepte rechtfertigen muß.

Zwar ist Gender aufgrund seiner universellen Verwendung und amorphen Bedeutung zu einem keineswegs unumstrittenen Routinebegriff geworden, dem so mancher seriösere Akteur gern eine größere Trennschärfe beilegen würde, doch ist es gerade eben diese fehlende Trennschärfe, die den charismatischen Expansionsprozeß

in alle Organisationen und Lebensbereiche überhaupt erst ermöglicht.

Mit der Pädagogisierung der Arbeits- und Berufssphäre sowie der Verschulung der Universität kam das Wort vom „lebenslangem Lernen“ auf, das eine Verstetigung des Infantilen mit sich führte und dem Gender-Training weiter verbesserte Bedingungen bescherte, weil es die „Entscheidung für das Geschlecht“ vertagt bzw. transparenter macht und mithin die Gender-Kontrolle erleichtert. Fest steht, daß inzwischen im Gender-Hexagramm – Familie, Kultur, Behinderung, Sexualität, Alter, Diversität – kaum noch eine Planung oder Maßnahme denkbar ist, die ohne die Güteplakette des Mainstreaming irgendeine

Aussicht auf Realisierung hat.

Da aber, wie führende ProtagonistInnen selbst halbwegs zu erkennen scheinen, das Geschlechterverhältnis als Herrschaftsmittel mit unlösbaren Konflikten zwischen Theorie und Praxis aufwartet, die von der männlich bestimmten Wirtschaftsdominanz und vom weitgehend frustrierten Feminismus noch zusätzlich verstärkt werden, sucht man bislang vergeblich nach einer soliden Theoriebasis, die aus dem aporetischen Endloszirkel der Debatte herausführen und den Gender-Studien einen intellektuell überzeugenderen Status verleihen könnte. Diese fast schon tragikomische Situation schlägt sich zum einen in aggressiven Reflexen auf Kritik, zum anderen in zuweilen absurd abstrakten Formulierungen nieder, deren Autoren nicht den Eindruck erwecken, ihre Bemühungen konkret lebenden Menschen zugute kommen zu lassen.

Um einen Eindruck von der hier geleisteten Arbeit zu vermitteln, sei ein kurzer, aber repräsentativer Auszug aus Sandra Smykallas Einleitung zu ihrem Buch über Bildung und Beratung im Gender Mainstreaming zitiert (Die Bildung der Differenz, 18f. – Wiesbaden 2010). Sie berichtet über die europäische Forschung als dekonstruktives, diskursanalytisches „Durchqueren“ von etwas nicht näher Bezeichnetem, das sich in dreierlei „Bewegungen“ vollzieht: „In Rekonstruktionen werden wissenschaftliche Kontroversen und akteursbezogene Kursivierungen nachgezeichnet. Ein dekonstruktives Gegenlesen lenkt den Blick auf Einund Ausschlüsse in den professionellen Interventionsstrategien der Expert_innen und zeigt Ambivalenzen professionellen Wissens und Handelns auf. In Reflexionen von Konstruktionsprozessen werden wissenschaftliche Profilierungen in
159

theoretischen Diskursen sowie Inszenierungen der Expert_innen und der Forscherin im Forschungsprozeß in der empirischen Studie thematisiert. Diese Herangehensweise ist inspiriert durch dekonstruktive Infragestellungen des autonomen Subjekts im Rahmen poststrukturalistischer-feministischer Theoriebildung.

Erkenntnistheoretisch und methodologisch richtet sich meine Forschung nicht nur beschreibend auf das Wie der Konstruktion von Diskurspositionen, sondern nimmt die Möglichkeit der Konstitution selbst in den Fokus“.

Wer noch nicht wußte, was eine aporetische „Wissenschaft“ ist, der kann seine Wissenslücken im Studium solcher Texte füllen, deren abstrakte Überladungen zahlreiche Widersprüche bedingen und jeden Versuch der traditionell logischen Sinnsuche schon im Ansatz ersticken. Den „aktorsbezogenen Kursivierungen“ ist dabei eine Anmerkung gewidmet, die die Denkwänge der Kulturwissenschaften, speziell der Gender Studien, zusätzlich verdeutlicht: „Der Begriff aktorsbezogen meint kein aktorszentriertes Handeln, das das Subjekt als Ursprung einer Bedeutungskonstitution darstellt. Betont wird mit dem Aktorsbezug vielmehr, daß es unterschiedliche Subjektpositionen innerhalb eines Diskursfeldes gibt, von denen aus verschiedene Diskursivierungen erzeugt werden (können).

Mit Diskursivierung ist ein Prozeß des Diskurs-Schaffens gemeint, ein Herstellungsprozeß, der Lesarten und Begründungsformen diskursmächtig macht. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Befragten zwar im Interview als Expert_innen adressiert werden, sie sich aber auch selbst als solche erst inszenieren

und dabei ein spezifisches Wissen über sich und ihr Handlungsfeld etablieren, das eine diskursherstellende Bedeutung hat“.

Die aporetische contradictio dieser Ideologie besteht darin, „dem Menschen“

einen eigenständigen Status in der Gesellschaft zu verwehren, ihn als subjektiven, Bedeutung schaffenden Ausgangspunkt einer Handlung zu destruieren und lediglich als Objekt sozialer Relationen zuzulassen, jener flüchtigen Derrida-Existenz, die durch „verschiedene Diskursivierungen“ entsteht und vergeht. Dabei versteht sich, daß diejenigen, die solches formulieren, nicht zu dieser Spezies gehören, weil sie die subjektive Bedeutung schaffen, die „den Menschen“ dazu zwingt, sich dem „Herstellungsprozeß“ der sozialen Bedingungen zu fügen, die sie zu effizienten und zukünftig vielleicht auch geschlechtslosen Arbeitsmodulen macht – einer der Gründe für die Gender-Finanzierung durch die Wirtschaft. Eine Erläuterung, warum und wie es den „Expert_innen“ gelingt, durch eine Selbstinszenierung eine handlungsleitende Diskursproduktion zu bewirken, kann unter solchen Umständen „natürlich“ entfallen.

Wenn zu dieser Produktion nun die Destruktion der natürlichen

Geschlechterordnung

als integraler Teil des neuen Radikalismus gehört, wird einerseits die ohnehin gedämpfte Reproduktion der modernen Gesellschaften weiter dezimiert

und läßt die Steigerung der Zuwanderung als Garantin des Bevölkerungsbestands

als logische Konsequenz erscheinen. Andererseits erzeugt die erzwungene Nivellierung

des Geschlechts mit der Privilegierung bislang devianter Sexualformen

Widerstand im Heterobereich, dessen zahlenmäßige Überlegenheit den Gender-

Betrieb rasch auch als groteske Abirrung der modernen Pluralität erscheinen lassen kann. Dies um so mehr, als das Gender Mainstreaming einen großen blin160

den Fleck in der Islamisierung Europas bildet, weil der Geschlechterunterschied

von existentieller Bedeutung für den biologischen Bestand des Islam und Kritik

darin das strikteste Tabu im „Dialog“ ist. Insofern liefert auch die interkulturelle

Korrektheit einen weiteren, überzeugenden Beleg für die Interpretation des Gender

Mainstreaming als kollektiver Sterbehilfe, deren Langfristigkeit ihre Erkennbarkeit

erschwert. Nichtsdestoweniger deuten die Hochkonjunktur der Homosexualität,

die Seilschaften der Pädokriminellen, die Schwächung der weiblichen Gebärfähigkeit und die beginnende Alteneuthanasie auf eine Renaissance totalitärer

Macht, der die Kirche und ihr überzeitlicher Auftrag des Lebensschutzes diametral im Wege stehen. Dies wird den Kern des zweiten Teils des Beitrags bilden.

Dr. Hans-Peter Raddatz, Orientalist und Finanzanalytiker, ist Autor zahlreicher Bücher über die moderne Gesellschaft, die Funktionen der Globalisierung und den Dialog mit dem Islam

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fluechtlingspolitik-vergessst-die-christen-nicht-14223590.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Verkehrte Flüchtlingspolitik Schaut endlich auf die Christen!

Orientalische Christen werden hierzulande bedroht und verletzt – zum Teil von jenen muslimischen Peinigern, vor denen sie nach Deutschland geflohen sind. Wie viele Übergriffe braucht es noch für ein besseres Krisenmanagement?

10.05.2016, von Regina Mönch

Sie haben Angst, sie werden drangsaliert, bestohlen und misshandelt: Tausende orientalische Christen, die glaubten, als sie Deutschland erreichten, sie wären im ersehnten „sicheren Hafen“ gelandet, erlebten und erleben in Flüchtlingsheimen und -lagern Furchtbares. Es hat nicht an Berichten darüber gefehlt, an Warnungen und Bitten, diese Ungeheuerlichkeiten zu unterbinden. Nur ist wenig geschehen. Es gibt christliche Gemeinden, die helfen, aber es sind zu wenige. Es gibt Pfarrer wie Gottfried Martens aus Berlin-Steglitz, die eigentlich unüberhörbar seit langem verlangen, diese „Integrationsexperimente“ mit geflüchteten Christen zu beenden, sie nicht mehr in Heimen unterzubringen, wo sie in der Minderheit sind. Immer wieder holt Gottfried Mertens Christen aus ihrer Unterkunft, weil ihr Leben in Gefahr ist, weil sie zusammengebrochen sind wegen andauernder Demütigungen; weil sie, bespuckt und geschlagen, gezwungen wurden, an muslimischen Gebeten teilzunehmen. Aber es gibt auch Bischöfe, die diese Not immer noch herunterspielen und, wie es neudeutsch heißt, darum keinen Handlungsbedarf sehen, zumal die „Beweislage“ schwierig sei. Das kann man auch von Staatsanwälten hören, denen für ihre Ermittlungen mutige Zeugen aus der Zivilgesellschaft fehlen. Warum eigentlich?

Das Leid, das erspart geblieben wäre

Die groteske Situation, dass allzu lange jeder, der Kritik am Chaos der Masseneinwanderung übte oder, noch schlimmer, an muslimischen „Helfern“, Gefahr lief, als Radikaler oder Islamophober beschimpft zu werden, trägt offenbar Früchte. Hinter vorgehaltener Hand kann man viel Schlimmes erfahren, eintreten will dafür kaum einer. Erinnert sei daran, wie viele Monate es gedauert hat, bis Frauen und Kinder, denen in Flüchtlingsheimen wiederholt Gewalt angetan wurde, unter besonderen, separaten Schutz gestellt wurden.

Einen Bundeswehrarzt aus Erfurt hatte man für seinen schockierenden Tatsachenbericht im Frühsommer noch verhöhnt und sogar bestraft und die wohlfeile Ausrede der zuständigen Behörden gern kolportiert, hier handle es sich bloß um Hörensagen, um so etwas wie „stille Post“. Hätte man ihn sofort ernst genommen, wie vielen Frauen, Mädchen, Jungen wäre dadurch ungeheuerliches Leid erspart geblieben? Aber es durfte nicht wahr sein - bis es zu viele betraf.

Wie viele Übergriffe braucht es noch?

Behörden, zweifellos allesamt überfordert, machen es sich besonders leicht, betonen die allgegenwärtige Platznot und entschuldigen sich gern damit, dass es in der drangvollen Enge der Unterkünfte ganz unausweichlich zu Konflikten kommen müsse. Es fehlt überall an unabhängigen, vertrauenswürdigen Dolmetschern, die zum Beispiel der Polizei den Hilferuf von Christen und anderen Flüchtlingsminderheiten wahrheitsgetreu übermitteln. **Stattdessen ist es schon oft geschehen, dass bewusst falsch übersetzt wurde - um danach die verzweifelte Christen im Heim als Störenfriede zu denunzieren, was neuerliche Schikanen provozierte.**

Auch wenn die Bitten um Hilfe sich in bestimmten Gegenden häufen, wird trotzdem beharrlich darauf verwiesen, es handle sich dabei doch um Einzelfälle. **Das erinnert an die abgründigen Diskussionen um sogenannte Ehrenmorde und Zwangsheiraten, die viel zu lange als Ausnahme heruntergespielt**

wurden - als gäbe es ausgerechnet für Straftaten (und Opfer) eine Obergrenze, die sie erst erreicht haben müssen, bevor man sie ernst nimmt als religiösen oder

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen

Hilfsorganisationen wie „Open Doors“, der Zentralrat orientalischer Christen (ZOCD), „Kirche in Not“, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und andere schlagen jetzt Alarm. Am Montag stellten sie in Berlin die Ergebnisse einer Befragung unter nichtmuslimischen Flüchtlingen vor, die jeden Zweifel ausräumen müsste, dass es sich nur um zufällige Ausnahmen handelt. Es wird von Todesdrohungen berichtet und von Schlägen, von Einweisungen ins Krankenhaus, weil die Drangsalieren unter dem psychischen Druck zusammenbrechen. Besonders betroffen sind Christen aus dem Iran und Konvertiten aus Afghanistan, wo es keine Kirche gibt: Sie, die „Abtrünnigen“, erhalten auch Morddrohungen.

Ein christliches Ehepaar aus dem Iran bekam vom afghanischen Heimleiter in Berlin nicht einmal ein Bett, es musste lange auf dem Boden schlafen. Erst als diese demütigende Schlafstatt und ihre christlichen Gegenstände wie Bibel und Osterkerzen zerstört wurden, holte man sie dort heraus. Ein junger Konvertit wurde Tag und Nacht mit Korangesängen beschallt. Er versuchte schließlich, sich das Leben zu nehmen, und konnte nur knapp gerettet werden. Nicht nur einmal waren Flüchtlinge in ihrem Heim wieder mit jenen Peinigern konfrontiert, vor denen sie aus Irak oder Syrien geflohen waren. Man zwang einige sogar, sich Enthauptungsvideos anzuschauen und an den muslimischen Gebeten teilzunehmen. Frauen wurden verhöhnt und bedrängt, weil man sie auf dem Sklavenmarkt der IS-Hochburg Rakka gesehen hatte - unter den Vergewaltigten, Versklavten. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Ein Klima der Panik und Angst

Dieser erste Lagebericht endet mit dem Stichtag 15. April; doch gingen seitdem immer mehr ausgefüllte Fragebögen ein, sagte gestern Markus Rode, Vorstand von Open Doors Deutschland. Die erschütternden Berichte aus dieser ersten deutschlandweiten Erhebung unter orientalischen Christen seien nur die Spitze des Eisberges. Denn vielen Schikanierten fehle inzwischen der Mut, sich noch einmal zu öffnen und zu reden. Sie hätten, sagten Vertreter der Hilfsorganisationen, schon zu oft erlebt, dass nichts geschehe, um ihr Leid zu lindern.

Schlimmer noch: Sobald bekannt werde, sie hätten geredet, würden die Übergriffe noch intensiver, ohne dass Behörden einschritten. Fast alle Befragten gaben an, häufig von muslimischen Flüchtlingen angegriffen zu werden, aber auch muslimische Wachschrützer sind beteiligt. Viele schwiegen zudem aus Furcht vor Verrat, aus Sorge um die Familien daheim, die dort untergetaucht sind. „In den Lagern herrscht ein Klima der Panik und der Angst“, sagt Markus Rode.

„Masterplan Integration“

„Vergesst die Christen nicht!“ Das schrieb der im Januar verstorbene Lord Weidenfeld in seinem letzten Kommentar für die „Welt“. Der Verleger hatte 2015 gemeinsam mit jüdischen Organisationen und Philantropen ein Netzwerk gegründet, um orientalische Christen zu retten. Es arbeitet inzwischen sehr erfolgreich mit christlichen Menschenrechtsorganisationen zusammen. George Weidenfeld appellierte an die Gesellschaften Europas, sich an dieser Aktion zu beteiligen, weil die Christenverfolgung vor allem im muslimischen Nahen Osten immer grausamer und effizienter werde.

Wenig später, im April, diskutierten Berliner Verwaltungen und Politiker den „Masterplan Integration“. Es soll einiger nachdrücklicher Stellungnahmen und Interventionen von Menschenrechtsorganisationen bedürft haben, bis die in den vermeintlich „sicheren Hafen“ der deutschen Hauptstadt geflüchteten Christen in die Gruppe der besonders Schutzwürdigen aufgenommen wurden. Die Antidiskriminierungsstelle zählt diese bedrängte Minderheit ebenfalls nicht zu jenen Gruppen, die als „besonders vulnerabel und schutzwürdig“ eingestuft werden.

Schaut endlich hin und nicht weg!

Inzwischen wagen es viele christliche Flüchtlinge nicht mehr, sich als solche zu erkennen zu geben. Warum, so eine Frage auf der Pressekonferenz am Montag, greift der Staat hier nicht ein? Der Rechtsstaat brauche Beweise, hieß es. Warum aber gibt es außer Volker Kauder kaum einen deutschen Politiker, der zumindest die Gefährlichkeit dieses Konfliktes, auch für unser Gemeinwesen, erkannt hat? Liegt es etwa daran, dass sich die AfD des Themas bemächtigt hat? Eine Journalistin forderte von den Vertretern der

Menschenrechtsorganisationen am Montag allen Ernstes, sich dazu zu äußern, also abzugrenzen. Ist eine Vergewaltigung keine mehr, wenn ein AfD-Politiker auf sie aufmerksam gemacht hat? Wie kann es sein, dass sich in unserem Land, wo Hunderttausende ihre „Willkommenskultur“ monatelang feierten und jeden angifteten, der auf offensichtliche Probleme hinwies, ein solcher Skandal ohne nennenswerte Gegenwehr entwickelte? Muss erst auch Deutschland im jährlichen Weltverfolgungsindex als unsicherer Ort für orientalische Christen auftauchen, bis sich etwas tut? „Fluchtursachen wirksam bekämpfen - weltpolitische und europäische Perspektiven“: Das ist nur eine von mehreren Einladungen zum Exilland Deutschland, die tagtäglich die Redaktion erreichen. Eine Frage, über die dann zum hundertsten Male diskutiert werden soll, ist die nach einem besseren Krisenmanagement. Ja, möchte man zurückmailen: Schaut endlich hin und nicht weg und fangt im eigenen Hause damit an!

<http://www.pi-news.net/2016/05/schluss-mit-diesem-pseudo-asyl/>
Schluss mit diesem Pseudo-Asyl!

Sprecher der Flüchtlingsgruppe äußern sich am 20.10.2013 in Berlin über die Verhandlungen mit politischen Stellen. Die mehr als 20 Flüchtlinge am Brandenburger Tor in Berlin haben ihren seit zehn Tagen dauernden Hungerstreik vorläufig beendet und bis Januar ausgesetzt. Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa +++(c) dpa - Bildfunk+++Die Gedanken unserer Selfie-Kanzlerin kreisen um nichts anderes mehr. Der ganze Staat wird kolchosenmäßig auf Asyl, Asyl, Asyl umprogrammiert. Die gigantisch ausufernden Sozialleistungen locken immer weitere zwielichtige Gestalten an. Kein Mensch weiß mehr, wer sich alles in unserem Land herumtreibt. Den Preis für dieses angebliche Asyl, das nichts anderes ist als eine industrielle Masseneinschleusung von Moslems, zahlen nicht nur die deutschen Steuerzahler.

In Asylheimen herrschen ungeheuerliche Zustände. Offenbar handelt es sich um rechtsfreie Räume, in denen sich der Islam bereits fest etabliert hat und sein typisches Unwesen treibt. Von Asyl, also Schutz vor Verfolgung, kann keine Rede sein. Ein Bericht im Stern beginnt mit der erfreulichen Nachricht, dass einige Moslems in Deutschland dem Islam den Rücken kehren. Damit begeben sie sich allerdings in große Gefahr. Und dieser Gefahr sind sie schutzlos ausgeliefert (Hervorhebungen durch PI).

[..] „Heute ist ein großer Tag für uns“, sagt Mahshad voller Freude. Vor sechs Monaten ist die junge Frau zusammen mit ihrem Ehemann Amir aus dem Iran nach Deutschland gekommen. Heute lebt das Ehepaar in einem Flüchtlingsheim in Bielefeld. Doch zu ihrer Taufe sind sie nach Hamburg gereist. [...] Wie Amir und Mahshad lassen sich derzeit viele hundert Flüchtlinge taufen. Deutschlandweit verzeichnen die christlichen Gemeinden einen regen Zulauf.[..] „Das Motiv für den Glaubenswechsel ist bei vielen dasselbe: Sie sind vom Islam enttäuscht“, sagt Babajan.

So wie die Iranerin Shima. „Ich habe mein ganzes Leben lang nach Frieden und Glück gesucht, doch im Islam habe ich sie nicht gefunden“, sagt die junge Frau. „Christ zu sein, bedeutet für mich Glück“. Auch das junge iranische Ehepaar Mehdi und Solmaz hat in der christlichen Religion das gefunden, was es im Islam lange vermisst hat: Liebe. „Im Islam lebten wir stets in Angst. Angst vor Gott, Angst vor der Sünde, Angst vor der Strafe“, sagt Solmaz. „Christus hingegen ist ein Gott der Liebe.“ [...] Doch es gebe auch viele, die zu ihm kommen, weil sie sich durch eine Konversion höhere Chancen auf Asyl versprechen, gibt der gebürtige Armenier zu. „Es sind vielleicht 20 oder 30 Prozent, die wirklich das Evangelium hören wollen. Denjenigen, die nur einen Schein haben wollen, muss ich die Tür weisen. Öfter bekomme ich dann erboste Nachrichten, wenn ich jemandem die Taufe verweigere. Aber es ist ganz einfach: Wer nicht glaubt, der wird nicht getauft.“ Dabei bewahrt ein Glaubenswechsel noch lange nicht vor einer Abschiebung. „Etwa zehn Prozent unserer Konvertiten wurden wieder abgeschoben“, erzählt Babajan.

Doch Pastor Babajan ist nicht die einzige Hürde, die die Täuflinge überwinden müssen, wenn sie konvertieren. Denn diejenigen, die sich vom Islam abwenden, müssen auch in Deutschland oft um ihre Sicherheit bangen. Amir und Mahshad trauen sich etwa nur in Jogginganzügen aus ihrem Flüchtlingsheim, wenn sie sonntags einen Gottesdienst besuchen wollen. „Wir tun so, als ob wir ins Fitnessstudio gehen“, berichtet Mahshad. Die hübsche Frau und ihr Mann fürchten sich vor ihren muslimischen Mitbewohnern. „Es hat sich gezeigt, dass wir uns selbst in Deutschland nicht offen zum Christentum bekennen können. Auch hier sind die Moslems stärker als die Christen“, sagt sie voller Wut.

In ihrem Flüchtlingsheim würden alle dazu gezwungen, sechsmal am Tag zu Allah zu beten. Wer dies nicht tue, werde bedroht und eingeschüchtert. „Es ist genau dieser Islam, vor dem wir geflüchtet sind“, so Mahshad. Sie und ihr Mann hätten bereits Morddrohungen erhalten. „Doch Beschwerden bringen nichts. Die Übersetzer und die Wachmänner in unserem Flüchtlingsheim sind ebenfalls Muslime. Und sie decken ihre Glaubensbrüder“, sagt die 23-Jährige resigniert.

Auch Soma fürchtet sich vor ihren Mitbewohnern. Die 24-Jährige Afghanin lebt in einer Hamburger Asylbewerberunterkunft. Dort sehe sie sich ständigen Übergriffen und sexueller Belästigung ausgesetzt. „Die Zustände sind furchtbar“, sagt die junge Frau. Und die Bedrohung gehe nicht nur von anderen Flüchtlingen aus, sondern auch vom Security-Personal.

„Von meinen Gemeindemitgliedern höre ich oft, dass sie in den Flüchtlingsheimen bedroht werden. In den letzten Monaten gab es auch Fälle, wo aus den verbalen Anfeindungen körperliche Gewalt wurde“, berichtet der Pastor Babajan. Mehrere Flüchtlinge, die zum Christentum übergetreten sind, seien zusammengeschlagen worden, einer sogar mit einem Messer schwer verletzt. [..]

So also verhält es sich mit dem „Asyl“ in Deutschland. Eine Hölle für Menschen, die tatsächlich Schutz brauchen. Und dazu noch ein boomender Wirtschaftssektor, der sich offenbar fest in der Hand von Moslems befindet. Es wäre nicht weiter verwunderlich, wenn das sogenannte „Security-Personal“ mit der Schleuser-Szene bestens bekannt ist.

Das Verklappen des moslemischen Geburtenüberschusses nach Europa wird weitergehen bis es eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag zur Abschaffung des individuellen Asylrechts und im EU-Parlament eine Mehrheit zur wirkungsvollen Sicherung der Außengrenzen gibt. Asyl kann man nur gewähren, wenn man sichere Verhältnisse garantieren kann. Und die gibt bei uns nicht mehr.

<http://www.pi-news.net/2016/04/schweden-pride-parade-fuer-die-allerkleinsten/>

Schweden: Pride-Parade für die Allerkleinsten

prideZwei EU-Länder in Europa befinden sich in punkto „Gender Mainstreaming“ auf einem hohen Niveau. Schweden und Deutschland bemühen sich wetteifernd, der dem Marxismus entlehnten Gender-Theorie zu folgen, nach der der Mensch grundsätzlich von der „Klasse des Geschlechts“ befreit werden muss. Nach den Theorien von Marx und Engels ist das Geschlecht der Ursprung aller weiteren Teilungen in ökonomische und kulturelle Klassen; jede Klassenteilung und damit alle Ungerechtigkeit überhaupt basiert demnach auf dem Merkmal „Geschlecht“. Als anschauliches Beispiel wird in Schweden der Gender-Wahn bis zum Exzess betrieben. Schon die Kleinsten werden umerzogen, indem wesensmäßige Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen abgeschafft werden sollen.

(Von Alster)

Im vergangenen Jahr wurde das Personal der Vorschulen in Göteborg gezwungen, mit den Kleinen an der teilweise pornografisch anmutenden PRIDE-Parade teilzunehmen. Ende Mai 2016 findet die PRIDE-Parade in Karlskrona statt. In diesem Jahr soll den Kindergartenkindern in Karlskrona auf

Anordnung der Kommune eine ganze Woche „HBTQ (Schwedisch für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender, LGBT)-, Gender und Queer“ Theorie aufgedrängt werden, bevor sie zum Abschluss an der Parade teilnehmen „dürfen“. Multikulturelle Indoktrination ist auch gleich dabei.

Der Wochen-Plan:

- Montag: Die Mitarbeiter und Kinder hissen zusammen die Regenbogenfahnen.
- Dienstag: Familientag; Das Personal und die Kinder sprechen unter anderem über verschiedene Familienkonstellationen, die Kernfamilie, Sternen-Familie, Regenbogenfamilie , Bonus-Eltern, Bonus-Kindern.
- Mittwoch: Thema – Behinderung; Gespräche über verschiedenen Behinderungen. Was ist eine Behinderung, kann man sie sehen. Mitarbeiter sollen Eltern, die eine Behinderung haben, dazu auffordern, vor den Kindern darüber zu sprechen.
- Donnerstag: Thema – Verschiedene Kulturen; Hier erhält die Vorschule Hilfe von Eltern und Kindern aus anderen Ländern.
- Freitag: Letzter Tag mit Maskerade und Parade. Diejenigen, die wollen, verkleiden sich, das Personal und die Kinder backen eine Regenbogen-Torte. Die Woche endet mit einem Spiel mit dem Thema, dass alle an einem Strang ziehen müssen, damit das Spiel funktioniert, und alle sind gleich.

An einem Tag wird auch für die multikulturelle Gesellschaft mit ihrer nichtwestlichen muslimischen **Einwanderung geworben. Es ist seltsam, dass die sexuelle Feierei über die Auflösung der Norm einer Gesellschaft mit einer nichtwestlichen Kultur und „Religion“, die extrem intolerant gegenüber sexuellen Minderheiten ist, zusammengebracht wird.**

Das lösen jedoch HBTQ- und Queer-Aktivisten für sich, indem sie einfach die Intoleranz in der muslimischen Kultur ignorieren. Stattdessen heben sie anklagend ihre Zeigefinger gegen Konservative, die Toleranz an sich gut finden aber eine totale Normauflösung der Gesellschaft ablehnen.

Schweden und Deutschland haben durch ihr hohes Niveau der „Gender Gleichstellung“ ein wachsendes islamisches Problem. Das Weltwirtschaftsforum hat einen „Gender Gap Index“ erstellt, in dem negative Auswirkungen des Islams auf die schwedische und deutsche Kultur festgestellt wurden.

Während die kriegerische als Religion verbrämte Ideologie Islam ihre Kinder lehrt, die Ungläubigen zu töten wird unseren Kindern jede Sicherheit genommen – die der eigenen Identität und zur Familie.

Themen: Wer sie noch nicht gesehen hat: Die Dokumentation der Jungen Freiheit über die Perversion in unseren Klassenzimmern:

info@ead.de

3. Zentrales Thema bleibt leider die Christenverfolgung

Die letzten Monate waren u.a. bestimmt von der Sorge um christliche Flüchtlinge, Konvertiten und andere religiöse Minderheiten, die in Flüchtlingsheimen in Deutschland um ihr Leben fürchten müssen. Sie sind zu einem großen Teil aus ihrer Heimat geflohen, um z.B. in Deutschland nicht mehr von den muslimischen Verfolgern gedemütigt, beeinträchtigt und sogar verfolgt zu werden und nun erleben sie genau das wieder in Deutschland. Lesen Sie hier die idea-

Meldung <http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/deutschland-christliche-fluechtlinge-werden-drangsaliert.html> zu einer aktuellen Studie zu diesem Thema, die Sie als Ganzes auch hier nachlesen

können https://www.opendoors.de/downloads/Berichte/Open_Doors_Bericht_Religioes_motivierte_Uebergriffe_gegen_christliche_Fluechlinge_in_Deutschland.pdf und die erfreulicherweise auch in den Medien bereits weitreichende Beachtung fand und einen längst überfälligen Diskussions- und Gesprächsprozess in unserem Land angestoßen hat:

- <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fluechtlingspolitik-vergessst-die-christen-nicht-14223590.html>
- <https://www.facebook.com/ZDFheute/videos/10154204414475680/?pnref=story>
- <http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-182843.html>
- <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/09/studie-massive-gewalt-gegen-christliche-fluechtlinge-in-deutschland/>
- <http://www.welt.de/politik/deutschland/article155186811/Christliche-Fluechtlinge-leiden-unter-Angst-und-Panik.html>

Nach dieser Studie, die von dem mit uns verbundenen Verein Open Doors erarbeitet und jetzt gemeinsam von weiteren mit uns verbundenen Werken und Verbänden vorgestellt wurde, und nach glaubwürdigen Zeugnissen von Betroffenen und Helfern, ist Handeln angesagt. Die Deutsche Evangelische Allianz hat hierzu ebenfalls eine Presseerklärung herausgebracht, die Sie hier <http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/deutsche-evangelische-allianz-zur-christenverfolgung-in-deutschland-es-ist-zeit-zum-handeln.html> nachlesen können.

4. Flüchtlingshilfe, Arbeitskreis Migration und Integration

Aber wir nehmen nicht nur hierzu Stellung, sondern zu einer Reihe weiterer Themen, die die Evangelische Allianz bewegen. Darum ermutige ich immer wieder dazu, unsere gesamte Arbeit wahrzunehmen, also beispielsweise auch die unseres Arbeitskreises Migration und Integration – der bereits seit Jahrzehnten (zuerst als „Arbeitskreis für Ausländer“) unterwegs ist. So haben wir z.B. schon längst vor der großen Flüchtlingswelle differenziert Stellung genommen mit unserer Erklärung "Fremde

willkommen" http://www.ead.de/fileadmin/daten/dokumente/allianzhaus/Fremde_willkommen.pdf.

Hier eine aktuelle Meldung zu einem neuen, gemeinsamen

Projekt: <http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/deutschland-begleiterde.html>.

Besonders dankbar bin ich, dass wir in der Nachfolge des leider schwer erkrankten Referenten Horst Pietzsch zum 1. Juli 2016 einen neuen Mitarbeiter für diesen so hoch aktuellen und herausfordernden Dienst begrüßen dürfen: Herbert

Putz. <http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/herbert-putz-wird-neuer-referent-fuer-migration-und-integration.html>. Für uns ist das auch ein weiterer Glaubensschritt.

Horst Pietzsch war Missionar der Missionsgesellschaft DMGinterpersonal, so dass wir nicht für die Gehaltskosten aufkommen mussten – das hatte sein Freundeskreis übernommen. Jetzt stehen wir künftig in der direkten Verantwortung auch hierfür.

<http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/deutschland-christliche-fluechtlinge-werden-drangsaliert.html>

Deutschland: Christliche Flüchtlinge werden drangsaliert

Open Doors Studie: 88 Prozent der Befragten erlitten Verfolgung durch Mitflüchtlinge v.l.: Karl Hafen (IGFM), Volker Baumann (AVC), Wolfgang Baake (Beauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz), Markus Rode (Open Doors), Pfarrer Dr. Gottfried Martens und Paulus Kurt (ZOCD). Foto: picture-alliance/dpa

Berlin (idea) – Bei Gewalt gegen christliche Flüchtlinge in Deutschland vor allem durch Muslime handelt es sich nicht um Einzelfälle. Das geht aus einer Studie hervor, die am 9. Mai in Berlin vorgestellt wurde. Herausgeber sind

die Menschenrechtsorganisation AVC (Aktion für verfolgte Christen und Notleidende, Nidda), die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM, Frankfurt am Main) die christliche Hilfsorganisation Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt/Main), das katholische Hilfswerk Kirche in Not sowie der Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland (beide München). Für die Studie wurden 231 Personen in zehn Bundesländern befragt. Danach erlitten 88 Prozent der befragten Christen Verfolgung durch Mitflüchtlinge und 49 Prozent durch das Wachpersonal. 75 Prozent erlebten wiederholt Drangsalierungen. Der Studie zufolge wurden 43 Prozent wiederholt beleidigt, 37 Prozent erlitten körperliche Gewalt, 32 Prozent bekamen Todesdrohungen. Nur in jedem fünften Fall wurden die Übergriffe bei der Polizei angezeigt. 45 Prozent der befragten Gewaltopfer gaben an, aus Angst vor Wiederholungstaten von einer Anzeige abgesehen zu haben. Bei 86 Prozent der Flüchtlinge handelt es sich um Konvertiten, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind. 69 Prozent stammen aus dem Iran, 13 Prozent aus Afghanistan, fünf Prozent aus Syrien. Die Organisation AVC schätzt, dass in Deutschland bis zu 40.000 Flüchtlinge aufgrund ihrer religiösen Überzeugung drangsaliert werden.

Christliche Flüchtlinge leben in „Klima der Angst und der Panik“
Laut dem Leiter von Open Doors, Markus Rode, leben christliche Flüchtlinge in Deutschland in einem „Klima der Angst und Panik“. Dies gelte auch für Jesiden und andere Minderheiten. Die Möglichkeit, sich jemandem anzuvertrauen, sei gering, da nicht selten auch der – häufig extrem muslimisch geprägte – Wachschutz gewalttätig werde. Minderheiten in Flüchtlingsheimen verlören ihr Vertrauen in den deutschen Staat. Zu der Studie äußerte sich ferner Pfarrer Gottfried Martens von der Dreieinigkeitsgemeinde Berlin-Steglitz, die zur der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) gehört. Sie kümmert sich intensiv um Asylbewerber, die in ihren Heimen von radikalen Muslimen angegriffen und gemobbt werden. Laut Martens muss das Bewusstsein dafür wachsen, dass der Staat beim Schutz von Minderheiten unter den Flüchtlingen versage. **Angesichts von Hunderten Übergriffen sei es „unfassbar“, dass immer noch von „Einzelfällen“ die Rede sei. Er halte es nach wie vor für sinnvoll, die nichtmuslimische Minderheit getrennt unterzubringen. Dies sei unter vielen schlechten Lösungen die beste. Martens: „Wenn ein Haus brennt, reicht es nicht, über Brandschutzvorrichtungen zu reden. Man muss die Leute rausholen.“**

Sechs Forderungen an die Bundesregierung

Die Autoren der Studie fordern die Bundesregierung dazu auf, keine weiteren „Integrationsexperimente“ auf dem Rücken von Minderheiten in Asyleinrichtungen zu machen. Notwendig seien sechs Maßnahmen: die Religionszugehörigkeit bei der Erstaufnahme erfassen, Minderheiten zusammenlegen, religiöse Minoritäten, die bereits Opfer von Verfolgung geworden sind, getrennt unterbringen, den nichtmuslimischen Anteil beim Wachpersonal erhöhen, Mitarbeiter von Flüchtlingsunterkünften hinsichtlich religiöser Konflikte regelmäßig schulen und Vertrauenspersonen christlichen Glaubens bereitstellen.

EKD-Ratsvorsitzender hatte behauptet: Übergriffe kein flächendeckendes Problem

Die Ergebnisse der Studie stehen im Widerspruch zu Äußerungen des EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (München). Er hatte am 30. März in der Sendung „Kontrovers“ des Bayerischen Rundfunks erklärt, Gewalt von muslimischen Flüchtlingen gegen christliche Migranten sei kein flächendeckendes Problem in deutschen Unterkünften. Sollten neue Erkenntnisse da sein, „die wirklich geklärt sind und wirklich handfest sind, dann muss gehandelt werden“.

Anmerkung Red. AKREF:

- siehe auch die heutigen ARD Nachrichten zu diesem Thema.
- In "Die Welt" ist vom 8.5.16 ein Artikel von Autor: Bassam Tibi, emeritierter Politologe der Universität Göttingen. Er kam mit 18 Jahren aus Syrien nach Deutschland - unter dem Titel: "Junge Männer, die die Kultur der Gewalt mitbringen", zu lesen. Er schreibt: "Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Übergriffen der Silvesternacht in Köln und der Lage in Syrien? Die Antwort lautet: Ja, diesen Zusammenhang gibt es, und zu dem gemeinsamen Nenner gehört die Gewalt gegen Frauen."

- "Die Welt" von heute greift das Thema ebenfalls auf: Artikel: Christliche Flüchtlinge leiden unter "Angst und Panik"

<http://www.pi-news.net/2016/05/moslemische-fluechtlinge-drangsalieren-40-000-andersglaebige-in-deutschen-asyllantenheimen/#more-514729>

Moslemische „Flüchtlinge“ drangsalieren 40.000 Andersgläubige in deutschen Asylantenheimen
Open Doors-2Hilfsorganisationen, die sich weltweit für verfolgte Christen einsetzen, haben jetzt offensichtlich auch in Deutschland eine Menge Arbeit. In einer von Open Doors, IGfM, AVC, Kirche in Not und dem Zentralrat orientalischer Christen verfassten Studie sind 231 Fälle dokumentiert, die von Diskriminierung über Körperverletzung bis hin zu sexuellen Übergriffen und Todesdrohungen gehen. Und dies sei nur die Spitze des Eisbergs, wie es der Vorsitzende von Open Doors Deutschland, Markus Rode (3.v.r), bei der Pressekonferenz in Berlin am Montag bezeichnete. Nach Einschätzung von Volker Baumann (2.v.l.) von der Aktion für verfolgte Christen und Notleidende (AVC) würden in Deutschland bis zu 40.000 Flüchtlinge aufgrund ihrer religiösen Überzeugung drangsalieren.
(Von Michael Stürzenberger)

Die FAZ berichtet über Einzelheiten aus der in der Studie dokumentierten Übergriffe durch Moslems in deutschen Flüchtlingsheimen:

Die 231 befragten Flüchtlinge kamen größtenteils aus dem Irak, Afghanistan und Syrien; 199 waren Konvertiten. 204 gaben an, von anderen Flüchtlingen aus religiösen Gründen angegriffen worden zu sein. Rund die Hälfte beklagte demnach Verfolgung durch das Wachpersonal, in Berlin waren es zwei Drittel.

Drei von vier Befragten berichteten von mehrfachen Übergriffen. Am häufigsten waren laut Studie Beleidigungen (96 Personen), gefolgt von Körperverletzungen (86 Personen). 73 Personen beklagten Todesdrohungen gegen sich oder ihre Familien.

Der evangelische Berliner Pfarrer Gottfried Martens, der sich in der Flüchtlingshilfe engagiert, äußerte sich „fassungslos, dass man weiter am Paradigma des Einzelfalles festhält“. Nach Einschätzung von Volker Baumann von der Aktion für verfolgte Christen und Notleidende (AVC) werden in Deutschland bis zu 40.000 Flüchtlinge aufgrund ihrer religiösen Überzeugung drangsalieren.

Der syrische Flüchtling Fadi S. äußerte sich bei der Pressekonferenz „schockiert“, dass er vor muslimischen Fundamentalisten geflohen sei und nun im Flüchtlingsheim wieder auf sie treffe. Der

Iraner Ramin F. berichtete von Provokationen, Schikanen und Todesdrohungen in einer Brandenburger Unterkunft.

All jene Moslems, die ein solch abartiges Verhalten in dem Gastland an den Tag legen, das sie aufgenommen hat, müssten unverzüglich in ihre Ursprungsländer zurückbefördert werden. Das sind keine „Flüchtlinge“, denn sie vollziehen bei uns den gleichen Islamterror wie dort, wo sie herkamen. Ihre Motivation ist ganz offensichtlich, das Land der „Ungläubigen“ in Besitz zu nehmen, wie es ihnen im Koran versprochen wird:

„Und Er ließ euch ihr Land erben und ihre Häuser und ihren Besitz und ein Land, in das ihr nie den Fuß gesetzt hattet. Und Allah hat Macht über alle Dinge.“ (33:27)

„Die, welche geglaubt haben und ausgewandert sind und für die Religion Allahs gekämpft haben und die dem Propheten und den Gläubigen einen Zufluchtsort gegeben und ihnen beigestanden haben, das sind wahre Gläubige.“ (Sure 8, Vers 74)

Es ist unerträglich, dass diese Moslems in einem christlich geprägten Land die bodenlose Unverschämtheit besitzen, Christen systematisch zu demütigen, zu misshandeln und mit dem Tode zu bedrohen. Mitten in Deutschland, dem Land, das ihnen großzügig Gastfreundschaft gewährt, sie versorgt und auch noch mit Geldbeträgen füttert, für die sie in ihren desolaten islamischen Herkunftsländern lange und hart arbeiten müssten. Den Futtertrog unseres üppigen Sozialsystems anzupapfen, ist im islamischen Selbstverständnis Beutemachen bei den Ungläubigen:

„Allah hat euch viel Beute verheißen, die ihr machen werdet, und Er hat euch dies eilends aufgegeben und hat die Hände der Menschen von euch abgehalten, auf daß es ein Zeichen für die Gläubigen sei und auf daß Er euch auf einen geraden Weg leite.“ (Sure 48, Vers 20)

„Und einen anderen Teil der Beute, den ihr noch nicht zu erlangen vermochtet, hat Allah jedoch in Seiner Macht. Und Allah hat Macht über alle Dinge.“ (Sure 48, Vers 21)

Es ist im Islam eine Selbstverständlichkeit, die einzig wahre Religion zu sein und alle Andersgläubigen als Minderwertige anzusehen, die bekämpft werden müssen:

„Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und an den Jüngsten Tag glauben, und die das nicht für verboten erklären, was Allah und Sein Gesandter für verboten erklärt haben, und die nicht dem wahren Glauben folgen – von denen, die die Schrift erhalten haben, bis sie eigenhändig den Tribut in voller Unterwerfung entrichten.“ (Sure 9, Vers 29)

“O Gläubige, bekämpft die Ungläubigen, die in eurer Nachbarschaft wohnen; lasst sie eure ganze Strenge fühlen und wisst, dass Allah mit denen ist, die ihn fürchten.“ (Sure 9, Vers 123)

Wer glaubt, dass Moslems an der Grenze zu Deutschland ihren Koranchip ablegen, ist hochgradig naiv. Wir holen die Religionskriege, die sie in ihren Ländern führen, mit solchen „Flüchtlingen“ zu uns. Schon die über eine Million Moslems, die alleine im vergangenen Jahr hereinfluteten, werden unser Land schwer erschüttern. Und täglich kommen mehr. Es droht die Libanonisierung Deutschlands, bei der aus einem blühenden christlichen Land durch die Aufnahme von Moslem-„Flüchtlingen“ ein von islamischen Bürgerkriegen zerrütteter Scherbenhaufen wurde.

Markus Rode hielt am 17. Januar in Nürnberg eine hochinformativ Reden über die Christenverfolgung, in der er den „extremistischen“ Islam als ein Krebsgeschwür bezeichnete, das sich auf der Erde ausbreite (ab 2:00):

Jeder faktenkundige Islamaufklärer weiß natürlich, dass es der originale Islam und nicht der „extremistische“ ist, der sich auf unserem Planeten ausbreitet und Schrecken verbreitet. Wer diese Wahrheit aber ausspricht wie beispielsweise ich, sieht sich schnell vor Gericht. Meine Berufungsverhandlung wegen des „Krebsgeschwür“-Prozesses findet am 14. Juni in München statt.

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1314126/Wir-Moslems-können-nicht-gleichzeitig-mit-euch-existieren>

"Wir Moslems können nicht gleichzeitig mit euch existieren"

DETLEF KLEINERT (Die Presse)

Warum die Christenverfolgung in der islamischen Welt zunimmt: Wo die Scharia regiert, haben Nichtmuslime alles Recht verloren.

Auf dem Tahrir-Platz in Kairo kündete ein Transparent dieser Tage: „85 Millionen wollen die Anwendung der Scharia“. Rund 10.000 Salafisten hatten sich versammelt, um die strikte Befolgung des Koran in der Verfassung zu verlangen. Was dies in der Praxis bedeutet, hat ein Terrorist erläutert, nachdem er mit Anderen 60 Katholiken im Irak ermordet hatte: „Ihr Christen seid alle ‚Kafara‘ (Ungläubige), wir können nicht gleichzeitig mit euch existieren!“

So kommt es, dass weltweit rund 100 Millionen Christen verfolgt, gedemütigt und – in letzter Konsequenz – auch ermordet werden. Vor allem in islamischen Ländern: Je strenger der Koran ausgelegt wird, desto unbarmherziger ist die systematische Vertreibung, der mörderische Terror.

Nur einige Beispiele: In Indonesien wurden in den vergangenen Jahren mehr als 1000 Kirchen in Brand gesteckt; in Ägypten wurden in den letzten 30 Jahren mehr als 1800 Kopten aus religiösen Gründen ermordet. Im Herbst 2011 riefen Imame in mehr als 20 oberägyptischen Moscheen zum Sturm gegen Kirchen und zum Mord an Christen auf – die Sicherheitskräfte zogen ab.

Religiöse Hasspropaganda

Die religiöse Hasspropaganda bleibt freilich nicht auf Moscheen beschränkt: Über Tonband ist sie am Basar, im Taxi und auch in Privathäusern allgegenwärtig. Die Islamwissenschaftlerin Rita Breuer: „Antichristliche Propaganda muss man in den meisten muslimisch geprägten Ländern nicht mehr hinter vorgehaltener Hand äußern, sie ist salonfähig und gehört vielerorts geradezu zum guten Ton.“

Daraus folgt laut Breuer: „Gleichberechtigung nicht muslimischer Bürger kann es in einem explizit islamisch geprägten Staatswesen nicht geben.“ Denn wo die Scharia regiert, haben Nichtmuslime alles Recht verloren: „Ein islamisch geprägtes Staatswesen ohne religiöse Diskriminierung hat es noch nie gegeben.“

Rita Breuer, die als Entwicklungshelferin lange in islamischen Ländern tätig gewesen ist, erklärt den islamischen Christenhass auch theologisch. Sure 4, Vers 171 sagt unzweideutig: „Jesu, der Sohn der Maria, ist der Gesandte Allahs.“ Der Religionsgründer der Christen, Gottes Sohn, kann und darf natürlich nicht göttlicher sein als Mohammed, der ja „nur“ ein Mensch war. Der Glaube an Jesus Christus stellt damit das gesamte islamische Religionsgebäude infrage. Deshalb werden die „Götzendienen“ – so Sure 9, Vers 17 – „im Feuer ewig verweilen“.

Religionsfreiheit, nur theoretisch

Da ist nichts von jener Barmherzigkeit, die Mouhanad Khorchide im Islam zu erkennen glaubt („Islam ist Barmherzigkeit“, Herder-Verlag). Und wenn er meint, heutige Moslems müssten den Koran im historischen Kontext betrachten, dann mag dies für gebildete Moslems in westlichen Ländern durchaus gelten. Dort aber, wo der Islam als Staatsdoktrin gilt, herrschen andere Grundsätze.

Zum Beispiel in der Türkei, wo es eine Religionsfreiheit allenfalls theoretisch gibt.

Rita Breuer: „In der nominell laizistischen Türkei ist eine geradezu hysterische Verfolgung christlicher Mission und dessen, was man dafür hält, zu beobachten.“

2007 wurden im osttürkischen Malatya zwei zum Christentum konvertierte Türken und ein deutscher Prediger „grausam abgeschlachtet“.

Kein Sonderfall, denn im islamischen Scharia-Recht ist Apostasie – also der Abfall vom islamischen Glauben – ein todeswürdiges Verbrechen. In vielen islamischen

Ländern droht Apostaten auch heute noch die Todesstrafe, anderswo rufen die „barmherzigen“ Vertreter des Glaubens zur Lynchjustiz auf. Beispielsweise in Ägypten, wo „viele Imame die Gläubigen zur Tötung der Konvertiten“ aufrufen, so Breuer. „Wer ihrem Ruf folgt, hat keine Strafverfolgung zu befürchten.“

Während aber in der westlichen Welt gerade die Kirchen Toleranz predigen und einige Theologen von einem „Dialog auf Augenhöhe“ schwafeln, findet in der islamischen Welt ein Klima der Feindschaft immer mehr Anhänger. Breuer: „Die Welle der Re-Islamisierung der islamischen Welt und der erneuten Politisierung der Religion gleicht einem schleichenden Gift für das interreligiöse Klima und wirkt sich erheblich zum Nachteil der Christen aus.“

Im innerislamischen Disput haben sich nicht die Liberalen durchgesetzt, sondern die radikalen Islamisten. Keine Frage, dass dies auch Auswirkungen auf die verschiedenen Strömungen des Islam in der westlichen Welt hat.

Scheindialog hilft niemandem

Und nicht zu vergessen: Der hierzulande geführte Scheindialog hilft den bedrohten Christen in der islamischen Welt nicht, sie sind auf eine klare Position der westlichen Kirchen angewiesen. Deshalb erscheint es als Realitätsverweigerung, wenn Theologen – so in der Katholischen Kirche in Wien – immer wieder ein positives und idealisiertes Bild des Islam zeichnen. Eines Islam, der sich mit der christlichen Werteordnung vertrage – den „wahren Islam des Friedens und der Freiheit, der Gleichberechtigung aller Menschen, der Toleranz und des Pluralismus“.

Nur, weiß Rita Breuer: „Diesen angeblich wahren Islam gibt es nicht.“ Im Gegenteil, die Hetze gegen Christen nimmt zu, auch bei uns. „Auch wenn die aktiv militanten Muslime eine Minderheit sind, ist die passive Akzeptanz der Gewalt sehr hoch.“ Ein Satz, der alle zum Nachdenken über Migration und Integration veranlassen sollte.

Zum Nachlesen: Rita Breuer, „Im Namen Allahs? Christenverfolgung im Islam“, Herder-Verlag.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor

Detlef Kleinert begann seine berufliche Laufbahn beim Bayerischen Fernsehen. Er war unter anderem Südosteuropa-Korrespondent der ARD in Wien. Er ist Autor des Buchs „Wenn Tito das wüsste: Von der kroatischen Küste bis zu den Bergen des Balkans“ (Herbig) und lebt in der Nähe von Wien. [Privat]

("Die Presse", Print-Ausgabe, 19.11.2012)

<http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Panorama/d/8584940/muslime-in-aegypten-machen-jagd-auf-christen.html>

"Sie haben mir meine Kleider vom Leib gerissen"

Muslime in Ägypten machen Jagd auf Christen

Sexuelle Beziehungen außerhalb der Ehe sind in Ägypten ein Tabu. In einem Dorf haben Muslime jetzt Jagd auf eine Christin gemacht, weil ihr Sohn angeblich eine Affäre mit einer Muslimin hat.

Christen haben von erneuten muslimischen Übergriffen auf ihre Religionsgemeinschaft berichtet. Nach Angaben der koptischen Kirche plünderten Hunderte Muslime in einem Dorf südlich von Kairo die Häuser von sieben christlichen Familien und zündeten sie an. Sie hätten sich über Gerüchte erregt, ein christlicher Mann habe eine Affäre mit einer Muslimin. Der 70-Jährigen Mutter des Mannes seien von der muslimischen Menge die Kleider vom Leib gerissen worden, um sie zu demütigen. Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert die Frau mit den Worten: "Sie haben mein Haus angezündet, sind hereingekommen und haben mich herausgezerrt, dann haben sie mich vor das Haus geworfen und mir meine Kleider vom Leib gerissen."

In einer Erklärung der Kirche zu dem Vorfall, der sich bereits am 20. Mai ereignete, heißt es, der Sohn der Frau sei aus dem Dorf in der Provinz Minia geflohen. Polizisten seien fast zwei Stunden nach den Übergriffen eingetroffen und hätten sechs Personen verhaftet. Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi verurteilte die Angriffe. Zehn Prozent Christen in Ägypten

Christliche Männer können in Ägypten muslimische Frauen nur heiraten, wenn sie zum Islam konvertieren. Muslimischen Männern hingegen ist es erlaubt, Christinnen zu heiraten. Sexuelle Beziehungen außerhalb der Ehe sind in dem nordafrikanischen Land ein Tabu – sowohl unter Muslimen als auch unter Christen.

Die Koptische Kirche ist eine der ältesten christlichen Gemeinschaften der Welt. Rund zehn Prozent der 90 Millionen Ägypter sind koptisch-orthodoxe Christen. Ihre Religion ist in Ägypten staatlich anerkannt.

Allerdings gibt es seit Langem Berichte über Diskriminierung von Christen in der überwiegend muslimischen Nation. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Übergriffen auf die christliche Minderheit. Am Neujahrstag 2011 starben 23 Menschen bei einem Bombenanschlag auf eine Kirche in Alexandria.

<http://www.citizengo.org/de/sc/35252-keine-hetze-gegen-kardinal-fuer-meinungs-und-religionsfreiheit-eintreten>

Von Linken gejagt: Kardinal Cañizares gegen „Invasion“ und Genderismus!

Veröffentlicht am 20. Juni 2016 von conservo

(www.conservo.wordpress.com)

Von Peter Helmes

Was erlauben Eminenz?!

Antonio Cañizares Llovera Antonio Cañizares Llovera Antonio Kardinal Cañizares Llovera

Antonio Cañizares Llovera

Antonio Kardinal Llovera (* 15. Oktober 1945 in Utiel, Provinz Valencia, Spanien) ist Erzbischof von Valencia, ehemaliger Kurienkardinal der römisch-katholischen Kirche und einer der wenigen unter den Kirchenfürsten, der kein Blatt vor den Mund nimmt, wenn es um „Political Correctness“ geht. Ob maßlose Flüchtlingspolitik, ob Familienzerstörung durch Genderismus oder Hinneigung zum Islam – Kardinal Cañizares spricht Klartext!

Ein entschiedener Abtreibungsgegner

Cañizares verurteilte den Mißbrauch von Kindern, z. B. in Irland, und forderte die irische Geistlichkeit auf, dafür um Entschuldigung zu bitten. Er ließ aber auch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er die Tötung von „Millionen von Leben, die durch Schwangerschaftsabbrüche zerstört wurden“, als viel weitreichender verurteile.

„Invasion der Einwanderer“

Kardinal Antonio Canizares Llovera kritisierte auch die europäische Flüchtlingspolitik scharf. Mit seiner Aussage, es gebe eine „Invasion der Einwanderer“, die sich als „trojanisches Pferd“ erweisen könnte, sorgte der Erzbischof für Empörung.

Man müsse, so der Kardinal, „scharfsinnig sein und genau hinterfragen, wer hinter alledem steckt“. Des Weiteren stellte er die Frage: „Kommen die Menschen wirklich, weil sie verfolgt werden?“, was seiner Meinung nach „nur auf sehr wenige“ zutreffe. Den europäischen Staaten warf Canizares vor, auf die Flüchtlingskrise mit „Gesten und Propaganda“ zu reagieren. Dabei dürfe man mit dem, was derzeit geschehe, „nicht spielen“. Sowohl die Geschichte als auch die Identität der Völker verdienten Respekt.

„Extrem rechts“, „offenkundig rassistisch“, „Monster“

Damit hatte Cañizares so ziemlich in alle Fettnäpfe der Political Correctness getreten. Ein regelrechter Sturm zog sich über ihm zusammen – auch aus der katholischen Kirche.

Joan Ribo, Bürgermeister von Valencia, warf dem Kardinal laut Radio Vatikan vor, er habe sich auf die Seite der „extremen Rechten“ gestellt. Es sei „unglücklich und unsolidarisch“, was der Kardinal gesagt habe, und widerspreche „dem Geist und den Schriften von Papst Franziskus“. Auch die Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, äußerte Kritik an den Aussagen: Die Einlassungen des Kardinals seien „offenkundig rassistisch“. Sie fordert den Rücktritt des Erzbischofs.

(Anmerkung: Barcelona und Valencia liegen im katalanischen Teil Spaniens und beherbergen die größte Zahl von Muslimen in Spanien. Die schätzungsweise 465.000 Muslime Kataloniens stellen somit mehr als sechs Prozent der 7,5 Millionen Katalanen.)

Deutsche Kollegen können nicht genug „Flüchtlinge“ bekommen

Im Gegensatz zum Erzbischof von Valencia positionieren sich seine deutschen Glaubenskollegen systemkonform. Wie metropolico berichtete, stellen sich die Spitzenmänner der katholischen und der evangelischen Kirche, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Heinrich Bedford-Strohm, und der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Reinhard Marx, in Deutschland hinter Merkels ungebremste Immigrationspolitik und lehnen eine Verschärfung des Asylrechts ab. Mauern und Stacheldraht seien „unchristlich“.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche und bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm bejubelt nahezu den aktuellen Zustrom von etwa 1,5 Millionen Menschen allein 2015. Daß die Mehrheit der Immigranten durch sunnitische Muslime gestellt werden (metropolico berichtete), Bedford-Strohm nach jedoch keinerlei Islamisierungstendenzen erkennen will, dürfte in seinem unverhohlenen Werben für den Islam begründet sein (Quelle: <http://www.metropolico.org/2015/10/19/valencias-erzbischof-einwanderer-invasion/>).

Das Christentum prägt unsere europäische Kultur. Und wir dürfen nicht vergessen, daß Länder wie Spanien, der Balkan, Ungarn oder Teile Österreichs jahrhundertlang durch den Islam „bereichert“ worden waren. Der spanische Kardinal weiß das sehr wohl und sieht die Gefahr vor Augen.

Gerade die deutschen Christen jedoch träumen, sie verschließen die Augen vor der Gefahr, die alleine aus der „Scharia-Kultur“ droht. Und was der Kardinal uns auch sagt: „Es gibt christliche Werte gibt, die nicht mit dem Islam vereinbar sind!“

Verteidigung der Familie

Der frühere Präfekt der römischen Gottesdienstkongregation verteidigt die christliche Familie als „kostbares Gut“ gegen die „Eskalation bestimmter politischer Führer, des Homo-Imperiums und feministischer Ideologien“.

Der Kardinal hatte am Päpstlichen Institut Johannes Paul II. von Valencia eine Heilige Messe zelebriert und an die Worte von Papst Benedikt XVI. erinnert, die dieser zum Weltfamilientreffen 2006 in Valencia gesprochen hatte. Der Papst hatte alle Völker aufgerufen, „das kostbare Gut der auf der Ehe gegründeten Familie nicht zu ignorieren“.

Gender-Ideologie das „Heimtückischste der ganzen Menschheitsgeschichte“

In den vergangenen Jahren habe es in Spanien „eine regelrechte Eskalation gegen die Familie gegeben“. Spanien stehe bei der Familienpolitik in Europa an letzter Stelle. Zusammen mit Griechenland habe man die geringste Geburtenrate, während gleichzeitig Abtreibungen, Scheidungen und wildes Zusammenleben zunähmen.

Zu den Angriffen gehörten auch neue Gesetze, wie sie das Regionalparlament von Valencia vorgelegt habe, mit denen „die Gender-Ideologie gefördert“ werden sollen.

Beleidigender Angriff des Linkskatholiken Juan Carlos Monedero (Podemos)

Eine Antwort auf die Worte des Kardinals kam von Juan Carlos Monedero, Professor an der Päpstlichen Universität von Comillas und Vertreter der linksradikalen Partei Podemos. Er beschimpfte Cañizares als „Monster“ und empfahl dem Kardinal, „seine sexuellen Spannungen zu befreien“.

Monedero, ein Angestellter der katholischen Kirche, bezichtigte den ehemaligen Kurienkardinal wegen dessen Kritik an der Gender-Theorie im Fernsehsender Cadena Cuatro einer „unterdrückten Homosexualität“, mit der er „unsere Demokratie behindert“.

(Anmerkung: Die 2014 gegründete Partei Podemos wurde zum neuen Sammelbecken der radikalen und extremen Linken Spaniens. Die Partei gehört im Europäischen Parlament zur Fraktion der Europäischen Linken, der auch Die Linke aus Deutschland und Syriza aus Griechenland angehören.)

Kardinal Sarah: „Mit der Gender-Ideologie betreiben UNO und EU ideologischen Kolonialismus“

Die Kritik des Kardinals am Genderismus ist Teil der Lehre seiner Kirche und deckt sich mit der Lehre seines Vorgesetzten, des Papstes (siehe „Amoris Laetitia“, Punkt 56, Seite 53). Daß Kardinal Cañizares mit seiner Meinung keineswegs alleinsteht und die vom Papst eingeschlagene Richtung einhält, beweist auch die Aussage eines weiteren in der katholischen Kirche hochrangigen Glaubensbruders:

Der Präfekt der vatikanischen Gottesdienstkongregation, Kardinal Robert Sarah, der aus Guinea stammt, sagte am 24. Mai 2016 am Rande eines Vortrags im spanischen Avila, die Gender-Ideologie bedeute „eine reale Gefahr, daß der Westen und Europa keine Zukunft haben. Der Kampf gegen die Gender-Ideologie ist ein Kampf für die Menschheit.“ (Siehe auch: <https://conservo.wordpress.com/2015/10/25/roemisches-kasper-theater-versus-weltkirche/>)

Bei einer Begegnung mit der Presse sprach der Kardinal im Zusammenhang mit der Gender-Ideologie von der „Gefahr einer ideologischen Kolonialisierung“. Die „beiden großen Herausforderungen für die Gesellschaft heute sind die Gender-Ideologie und der islamische Fundamentalismus“. Darauf habe er auch bei der jüngsten Bischofssynode in Rom hingewiesen.

„Die Gender-Ideologie ist auch in die Kirche eingedrungen“, so Sarah.

Es gebe „einige Kirchenvertreter, die glauben, daß es möglich sei, die Homo-Ehe zu akzeptieren.“ Das sei aber unmöglich: „Die Gender-Ideologie leugnet die Komplementarität zwischen Mann und Frau und daß die Sexualität ein Geschenk Gottes ist.“

Die Gender-Ideologie „will den Menschen von der Sexualität trennen“, das aber bedeute, „daß dieser Weg zur Zerstörung der Familie, der christlichen Anthropologie und letztlich von Gottes Plan führt“.

Kardinal Sarah sprach von einem „westlichen Problem“. Die Gender-Ideologie gehe von den westlichen Staaten, darunter Westeuropa, aus und breite sich dort aus, während es in Asien und Afrika dieses Problem nicht gebe.

Bei der Gender-Ideologie „handelt es sich um einen regelrechten ideologischen Kolonialismus, den die UNO und die Europäische Union auch auf die Entwicklungsländer übertragen möchten“.

Für Meinungs- und Religionsfreiheit eintreten! Schon 112.000 Unterschriften!

Ruth Staiger von der Petitionsplattform „CitizenGO“ schrieb mir vor wenigen Tagen den folgenden Brief, in dem sie die Hetze gegen Kardinal Cañizares verurteilte und zur Unterzeichnung einer Petition aufrief. Diesem Appell folge ich gerne und bitte Sie herzlich um Mitunterzeichnung.

Unterzeichnen Sie jetzt die Petition

Bitte unterschreiben Sie hier: <http://www.citizengo.org/de/sc/35252-keine-hetze-gegen-kardinal-fuer-meinungs-und-religionsfreiheit-eintreten>)

Ruth Staiger schrieb (petitionen@citizengo.org, An peter.helmes@t-online.de, <http://www.citizengo.org/de/sc/35252-keine-hetze-gegen-kardinal-fuer-meinungs-und-religionsfreiheit-eintreten>):

Keine Hetze gegen Kardinal!

„Grüß Gott und guten Tag, Peter,

teilen wir den Verantwortlichen unseren Protest mit, und zeigen wir ihnen unsere Solidarität mit Kardinal Cañizares, der einer politischen und medialen Hetzkampagne ausgesetzt ist, nur weil er christliche Standpunkte vertritt und Ehe und Familie verteidigt:

Kardinal Cañizares hat sich in den vergangenen Wochen klar und eindeutig für die Familie und gegen die Gender-Ideologie ausgesprochen. Nun steht er im Kreuzfeuer „linker“ Medien und Politiker und soll sogar wegen „Anstiftung zu Diskriminierung und zum Haß“ verklagt werden. Homosexuellen-Organisationen haben ebenfalls angekündigt, den Kardinal beim „Sonderstaatsanwalt für Haßverbrechen“ anzuklagen.

Der Kardinal sagte unter anderem am 13. Mai 2016 während einer Predigt: „Wir haben hier eine Gesetzgebung, die sich immer mehr gegen die Familie wendet [...]. Die Situation ist ernst und hat große Auswirkungen auf die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir müssen uns jetzt gemeinsam um die Stabilität von Ehe und Familie kümmern. Unterstützen wir die Anerkennung der Familie in der Öffentlichkeit als unser vordringliches Ziel.“

Am 29. Mai 2016 bezeichnete der Kardinal die Gender-Ideologie in ihrer radikalen Ausprägung als „die heimtückischste Ideologie, was den Abbau von Menschlichkeit im

Laufe der Geschichte betrifft". Dies manifestiere sich auch in den hohen Abtreibungszahlen und an der hohen Scheidungsrate.

Außerdem äußerte sich der Kardinal kritisch über radikalfeministischen Gruppen und teilte massive Bedenken gegenüber unkontrollierter Massenzuwanderung nach Europa.

Aufgrund der klaren Worte des Kardinals orchestrierten Teile der spanischen Massenmedien und die radikale Linke eine Medienhetze gegen Kardinal Cañizares.

Der Kardinal ist nun in ernster öffentlicher Bedrängnis, was sich angeblich auch negativ auf seinen Gesundheitszustand niederschlägt. Wir müssen Kardinal Cañizares jetzt gemeinsam den Rücken stärken, damit Meinungsfreiheit verteidigt und koordinierter Medienhetze eine Absage erteilt wird.

Bis zu drei Jahren Haft drohen

Teilen wir den Verantwortlichen unseren Protest mit, und zeigen wir ihnen unsere Solidarität mit Kardinal Cañizares, der einer politischen und medialen Hetzkampagne ausgesetzt ist, nur weil er christliche Standpunkte vertritt. Sollte Kardinal Cañizares vom Gericht verurteilt werden, drohen ihm bis zu drei Jahre Haft.

Vielen herzlichen Dank für Ihre wichtige Unterstützung für Meinungs- und Religionsfreiheit, Ehe und Familie, Ihre Ruth Staiger und das Team von CitizenGO

Unterzeichnen Sie jetzt die Petition

Bitte unterschreiben Sie hier: <http://www.citizengo.org/de/sc/35252-keine-hetze-gegen-kardinal-fuer-meinungs-und-religionsfreiheit-eintreten>)

<http://www.welt.de/157586994>

09.08.16

Flüchtlinge

Muslimische Flüchtlinge bedrohen Christen mit dem Tod

Christen in Flüchtlingsunterkünften leiden unter Übergriffen und Beleidigungen. Eine vom Islam konvertierte Pastorin verlangt ein härteres Durchgreifen und bekommt Unterstützung von Erika Steinbach. Von Hannelore Crolly

Muslimische Flüchtlinge, die in Deutschland Christen bedrohen, müssen stärker sanktioniert werden als bisher – das fordert Mahin Mousapour, Pastorin der persischen Vaterhaus-Gemeinde in Frankfurt.

Unterstützt wird sie von der Frankfurter [Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach](#) (Link:

<http://www.welt.de/themen/erika-steinbach/>) .

Die CDU-Politikerin befürwortet gar eine Abschiebung für Muslime, die christliche Flüchtlinge wegen ihrer Religion beschimpfen oder attackieren. "Wir erleben hier schlimme Angriffe auf unsere Grundwerte und unsere Verfassung. Solche Delikte wiegen für mich schwerer als ein Ladendiebstahl", sagte Steinbach. Zwar seien Abschiebungen nach derzeitiger Rechtslage nicht

machbar. "Aber ohne erkennbare Stoppschilder werden wir in diesem Land Schuhe und Strümpfe verlieren."

Die konservative Politikerin, die vor allem auf Twitter immer wieder mit provokanten Äußerungen zu Asylfragen für Schlagzeilen sorgt, verlangt auch eine Anpassung der europäischen Flüchtlingspolitik. Indirekt kritisierte sie die Entscheidungen ihrer Parteivorsitzenden Angela Merkel.

Die EU müsse Flüchtlingszentren nahe der Außengrenzen auf- und ausbauen. "Dort bleiben die Leute dann, bis der Krieg vorbei ist, dann gehen sie wieder heim." In dieser Frage stimme sie voll und ganz mit dem österreichischen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) überein. Der verlangte jüngst, nicht nur die EU-Beitrittsgespräche zu stoppen, sondern auch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei.

NRW: Christen mit dem Tode bedroht

Pastorin Mousapour berichtete in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Steinbach von zahlreichen Problemen in Asylunterkünften, ohne allerdings Namen oder konkrete Details nennen zu wollen: "Die Betroffenen haben Angst vor Rache oder davor, ihren Asylstatus zu verlieren, wenn sie sich beschweren." Daher lassen sich die Vorwürfe nicht überprüfen.

Doch nicht nur Mousapour beklagt schon länger, dass Christen in den fast ausschließlich mit Muslimen belegten Unterkünften eine schwere Stellung hätten (Link: <http://www.welt.de/155186811>) . So spitzte sich gerade ein Fall in Nordrhein-Westfalen zu: In einer Zeltstadt nahe Bielefeld sollen 14 junge Iraner christlichen Glaubens mit dem Tode bedroht worden sein, sollten sie sich nicht vom Christentum abwendeten.

Wegen ihres Glaubens seien sie in ihrer Heimat verfolgt und teilweise gar inhaftiert gewesen, sagte eine Flüchtlingshelferin. Deshalb seien die Männer nach Deutschland geflohen – wo sie nun weiter schikaniert und massiv bedroht würden.

"Muslimische Flüchtlinge sagen, dass alle Christen unrein sind"

Für Mousapour und Steinbach ist gerade dieser Umstand besonders "beschämend", wie die Frauen übereinstimmend betonten: "Es kann nicht sein, dass jemand wegen seines Glaubens bei uns Zuflucht sucht und wir ihn hier nicht schützen."

Laut der Pastorin der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde bekommen Christen von muslimischen Mitbewohnern in den Unterkünften zu hören, sie seien "unreiner als Hunde" und hätten den Tod dafür verdient, sich vom Islam abgewandt zu haben.

Fahrräder oder Kinderspielzeug würden beschädigt, in manchen Gemeinschaftsunterkünften müssten die Betroffenen nach dem Essen nicht nur das Geschirr, sondern die komplette Küche putzen: "Viele muslimische Flüchtlinge sagen, dass alle Christen unrein sind", so Mousapour.

Viele Konvertiten hielten ihren Religionswechsel geheim. "Wenn sie sonntags zu uns in den Gottesdienst kommen, geben sie vor, Freunde besuchen zu wollen." Bibeln würden versteckt, ebenso religiöse Symbole wie Kreuze. Auch Konvertiten, die nicht in Flüchtlingsheimen leben, hätten Probleme. Sie selbst sei schon auf der Straße mit dem Messer bedroht worden.

Christen müssen im Ramadan die Reste essen

Die aus dem Iran stammende 57-jährige Frankfurterin Mousapour ist schon vor mehr als 25 Jahren zum Christentum gewechselt. Seit 1996 betreut sie als Pastorin die evangelisch-freikirchliche Konvertitengemeinde, an deren Gottesdiensten zwischen 40 und 100 Leute teilnehmen. Die meisten Mitglieder stammen aus dem Iran, einige wenige aus Afghanistan.

"Ich liebe Muslime", betonte Mousapour. Ihre Schwester sei nach wie vor Muslima. Aber in falsch verstandener Toleranz bringe Deutschland dem Islam zu viel Respekt entgegen. "Während der Zeit des Ramadan (Link: <http://www.welt.de/156489272>) war es ganz besonders katastrophal", sagte sie. Die Essenszeiten seien voll und ganz auf die muslimische Fastenzeit ausgerichtet gewesen, die Christen hätten mittags die Reste essen müssen. "Das muss nächstes Jahr anders werden", forderte Steinbach und schlug vor: "Frühstück, Mittagessen und Abendbrot wie üblich. Und wer fasten will, nimmt sich sein Essen mit und isst eben später."

Steinbach: "Niemand traut sich an das Thema heran"

Auch einer getrennten Unterkunft für Christen und Muslime steht sie mittlerweile nicht mehr ablehnend gegenüber. "Obwohl ich die Trennung nach Religionen im Grunde nicht befürworte, geht es wohl nicht

mehr anders." Mousapour sieht das anders: "Wir sind hier in Deutschland, in einem christlichen Land. Wir dürfen nicht die Spielregeln andere machen lassen."

Steinbach zufolge würden "alle deutschen Innenpolitiker die Gefahr erkennen, aber niemand traut sich an das Thema heran." Sie befürchte aber: "Wenn man das anderen überlässt, entsteht nur Schaden."

Die Politik höre schon jetzt häufig auf die Falschen, beispielsweise auf die Islamorganisation Ditib. Die schwarz-grüne Landesregierung von Hessen kooperiert mit der Organisation, der eine große Nähe zum türkischen Präsidenten nachgesagt wird, beim Islamunterricht.

Islamisten bedrängen Christen weltweit

Der aktuelle Terroranschlag in Pakistan war gezielt gegen Christen gerichtet. Auch im Bericht „Christen in großer Bedrängnis“ von „Kirche in Not“ steht das Land im Fokus, wenn es um die weltweite Diskriminierung von Christen geht.

„Christen waren unser Ziel.“ So lautet die Botschaft der radikalen Taliban-Gruppierung „Jamaat-ul-Ahrar“ nach dem Selbstmordanschlag in der pakistanischen Stadt Lahore am Ostersonntag. Mindestens 70 Menschen starben bei dem Terrorakt in der Nähe eines Spielplatzes, wo sich der Attentäter in die Luft sprengte. Etwa 340 Menschen sind verletzt worden, darunter auch viele Muslime. Als Grund für den Anschlag gaben die Terroristen laut der pakistanischen Zeitung The Express Tribune an, dass die Christen im Park Ostern gefeiert hätten. Der Attentäter soll Lehrer an einer Religionsschule gewesen sein.

Es ist ein aktueller Höhepunkt in der weltweiten Diskriminierung und Unterdrückung von Christen. Das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ hat in seinem alljährlichen Bericht „Christen in großer Bedrängnis“ detailliert dargelegt, wo Christen auf dieser Erde verfolgt werden. Dem Land Pakistan ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Vage Anschuldigungen Grund für lange Haftstrafen

Ein Beispiel aus dem Bericht: Ein wütender Mob steinigte und verbrannte ein junges christliches Ehepaar am 4. November 2014 in einer pakistanischen Ortschaft, etwa 60 Kilometer von Lahore entfernt. Angeblich hatten die beiden den „Koran geschändet“. Polizisten sollen versucht haben, das Ehepaar zu retten. Sie seien aber dabei selbst angegriffen worden. Die örtlichen Medien sahen in dieser Lynchjustiz auch die Konsequenz aus dem pakistanischen Blasphemie-Gesetz. Die seit 1986 aktiven Blasphemie-Paragraphen schränken laut des „Kirche in Not“-Berichts die Religionsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung spürbar ein. Gotteslästerliche Handlungen werden demnach mit drastischen Strafen vergolten: Auf die Schändung des Korans steht lebenslange Haft, für Beleidigungen gegen den Propheten Mohammed droht die Todesstrafe. Gerade für religiöse Minderheiten wie Christen oder Hindus seien diese strafrechtlichen Bestimmungen schon bei vagen Anschuldigungen ein Grund für lange Haftstrafen.

Christen in Pakistan machen bei einer Bevölkerung von über 180 Millionen Einwohnern nur einen Anteil von 1,6 Prozent aus. Seit Jahren gebe es Forderungen, das Blasphemie-Gesetz aufzuheben. Der katholische Politiker Shahbaz Bhatti, der sich für eine Abschaffung des Gesetzes einsetzte, ist im Jahr 2011 von Islamisten ermorden worden. Laut dem Bericht gebe es aber Hoffnung,

dass es demnächst zu einer Reform des Blasphemie-Gesetzes in Pakistan kommen könnte.

Nigeria im Griff der Islamisten

Im Bericht des Hilfswerks „Kirche in Not“ ist dem Land Nigeria mit 26 Seiten besonders viel Platz eingeräumt worden. Auf die Analyse der Situation für Christen in Nigeria folgt ein Interview mit Bischof Hyacinth Orokoro Egbebo. Er sagt: „Wenn Nigeria in die Hände islamischer Extremisten fällt, ist ganz Afrika gefährdet.“ Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Es gibt ungefähr gleich viele Christen wie Muslimen im 160-Millionen-Einwohner-Staat. Die radikal-islamische Sekte Boko Haram tötete im Jahr 2012 fast 1.000 Menschen wegen ihres christlichen Glaubens, 2013 waren es ungefähr 700.

„Boko Haram will einen islamischen Staat im Norden“, weiß Egbebo. Dort soll das Gesetz der Scharia gelten. Dieser Zielsetzung werde alles untergeordnet. Was im Weg stehe, werde zur Zielscheibe der Gewalt. So mache die Terrorgruppe auch nicht vor Schulen und Kindern halt, weil in ihren Augen westliche Bildung verboten gehöre. Egbebo betonte gleichzeitig, dass es auch moderate Muslime in Nigeria gebe. Mit der Radikalisierung von Boko Haram seien die meisten muslimischen Nigerianer nicht einverstanden.

Der Bericht „Christen in großer Bedrängnis“ stellt 16 Brennpunktländer vor, um exemplarisch zu zeigen, wo Christen und andere religiöse Minderheiten aktuell besonders diskriminiert werden. Schwerpunkte liegen auf den Ländern Syrien, Nigeria, Indien, Irak und Indonesien. Die einzelnen Kapitel sind nicht nur informativ wegen ihrer Dokumentation, wie Christen unterdrückt werden, sondern auch wegen der sachkundigen politischen Zusammenfassung der verschiedenen Länder. (pro)

- **Weiterführende Links:**

- » [Blutige Ostern für Christen weltweit \(pro\)](#)
- » [Verfolgte Christen im Irak: „Riesen des Glaubens“ \(pro\)](#)
- » [Islamismus ist größte Gefahr für Christen \(pro\)](#)

<http://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/detailansicht/aktuell/islamisten-bedraengen-christen-weltweit-95511/>

<https://de.gatestoneinstitute.org/8827/christen-zieluebung>
Christen als "Zielübung"

Muslimische Christenverfolgung: Mai 2016

von Raymond Ibrahim

31. August 2016

Englischer Originaltext: Christians as "Target Practice"

Übersetzung: Daniel Heiniger

25

"Wir werden den Armeniern und den Christen zeigen, wer wir sind ... Wir haben Befehl, keinen in dem Gebiet zurückzulassen." — Islamische Rebellen in Aleppo, Syrien.

Tausende von Christen flüchten aus Eritrea wegen extremer Verfolgung. Ein Report beschreibt Eritrea als "eine der sich am schnellsten entleerenden Nationen der Welt" und als "Nordkorea von Afrika." Die Mehrheit der 40.000, die letztes Jahr nach Italien geflohen sind, sind Christen.

"Die Regierung des Iran engagiert sich weiterhin in systematischen, kontinuierlichen und ungeheuerlichen Verletzungen der Religionsfreiheit, einschließlich längerer Haft, Folter und Hinrichtungen, die in erster Linie oder ausschliesslich aufgrund der Religion der Angeklagten erfolgen." — Report der Kommission für Internationale Religionsfreiheit der Vereinigten Staaten.

Eine neue Studie sagt, dass bis zu 40.000 Christen - einschließlich der Muslime, die zum Christentum konvertieren möchten - von Muslimen in Migrantenheimen angegriffen und belästigt werden. Laut dem Report: "Jetzt, in europäischen Asylheimen, stellen sie mehr und mehr fest, dass sie in Europa genauso in Gefahr sind vor radikalen Muslimen, wie sie es in ihren Heimatländern waren."

Weitere Berichte über die brutale Behandlung, die Christen und andere Minderheiten in den Händen des Islamischen Staates (ISIS) erleben, entstanden im Mai. Einer erzählt von einem Paar, das, nachdem ihre Kinder von ISIS-Militanten entführt wurden, eines Tages ihre Tür nach einem Klopfen öffnete und eine Plastiktüte vor der Haustür vorfanden. Sie enthielt die Körperteile ihrer Töchter und ein Video davon, wie sie brutal gefoltert und vergewaltigt wurden.

Eine andere christliche Mutter aus Mosul öffnete die Tür, um ISIS-Dschihadisten vorzufinden, die forderten, dass sie entweder ihr Haus verlasse oder Jizya zahle (Schutzgeld, das von eroberten Christen und Juden verlangt wird, nach dem Koran 9:29). Die Frau bat um ein paar Sekunden, weil ihre Tochter in der Dusche war, aber die Dschihadisten weigerten sich, ihr die Zeit zu geben. Sie steckten das Haus in Brand; ihre Tochter wurde bei lebendigem Leib verbrannt. Das Mädchen starb in den Armen ihrer Mutter; ihre letzten Worte waren "Vergib ihnen."

Der islamische Staat enthauptete angeblich einen anderen christlichen Führer am 18. Februar. Keine Medien berichteten darüber, mit Ausnahme einer italienischen Zeitung im Mai: "Es gibt zuverlässige Berichte, dass Pater Yacob Boulos von Militanten der Terrorgruppe enthauptet wurde, nachdem er auf dem Altar seiner Kirche gebetet hatte. Er wurde für seinen Glauben bestraft."

Gemäss einem anderen Report:

"In einem weiteren beunruhigenden Beispiel des Völkermords gegenüber Christen und andere religiösen Minderheiten im Nahen Osten betrat am 12.-13. Mai eine Gruppe des islamischen Staates (IS) eine Stadt in der Nähe der Stadt Hama in Syrien, die ausschliesslich von Christen und Alewiten bewohnt wird, und töteten eine noch unbestimmte Zahl von Männern, Frauen und Kindern. Männer wurden enthauptet, während Frauen erst vergewaltigt und dann ermordet wurden. Viele Kinder wurden ebenfalls getötet. Es ist noch nicht klar, wie viele Menschen genau getötet wurden."

Ein lokaler christlicher Führer sagte:

"Wo sind die Führer des Westens, Ban Ki-Moon (Generalsekretär der Vereinten Nationen), der EU, der WHO (World Health Organization) und anderer christlicher Organisationen? Wie lange wird mein Volk aushalten und bleiben. Wir halten keine Waffen, aber wir schmelzen dahin wie eine Kerze! Ist es möglich, dass unsere Stimme alle anderen erreicht?"

Pater Douglas Bazi, ein irakischer Priester, der von ISIS 2006 entführt wurde, aber später freikam, erzählte von seinen Erfahrungen als Gefangener:

"Sie zerstörten mein Auto, sprengten meine Kirche vor [sic!] mir. Man schoss mir mit einer AK-47 ins Bein. Die Kugel steckt immer noch drin. Und ich war neun Tage lang entführt. Sie zertrümmerten meine Nase und meine Zähne mit einem Hammer. und sie brachen einen meiner Wirbel."

Er wurde freigelassen, nachdem seine Kirche für ihn ein Lösegeld bezahlt hatte, aber schließlich musste er nach fortgesetzter Verfolgung durch ISIS aus der Region fliehen. "Im Irak Christ zu sein ist eine unmögliche Mission", sagte Pater Bazi, und fügte hinzu: "Aber trotzdem bin ich nicht wirklich überrascht, wenn sie meine Leute angreifen. Ich bin überrascht, dass meine Leute immer noch da sind. Bitte reden Sie über unsere Geschichten. Lassen Sie die Welt wissen, was mit uns passiert."

Der Rest der Mai-Zusammenfassung der muslimischen Verfolgung von Christen auf der ganzen Welt umfasst, ist aber nicht beschränkt auf, folgendes:

Weitere muslimische Abschlachtungen von Christen

Uganda: Ein christlicher Pastor wurde von einem Muslim vergiftet. Micah Byamukama, 61, Pastor einer Baptistenkirche, starb am 15. Mai nach der Einnahme eines Insektizids, das ein Muslim, Ahmed Mupere, ihm ins Essen gegeben hatte. Mupere war verärgert, wird angenommen, daß der Pfarrer seinen Glauben an Dschinns herausgefordert hatte, übernatürliche Kreaturen, bezeugt in der islamischen Literatur, einschließlich des Koran. "Der wahre Gott ist der Gott des Herrn Jesus Christus, der die Macht des Satans, einschließlich der islamischen Dschinn, besiegt hat ... die islamischen Dschinn sind Schöpfungen des Satans und sollten angeprangert werden", hatte der Pfarrer offenbar gesagt. Bald griffen nicht identifizierte Personen, von denen man glaubt, dass sie von Ahmed beauftragt worden sind, den Pfarrer mit Messern an und verwundeten ihn.

Fünf Tage nach der Messerattacke, kam Mupere, der vorspielte, nicht wütend zu sein, den Pastor besuchen, einen Witwer ohne Kinder. Laut dem Bericht "eine Versöhnung vortäuschend, als er mit dem Pfarrer aus einer gemeinsamen Schüssel aß, legte Ahmed heimlich Gift auf das Essen und hörte auf zu essen, während Pastor Byamukama weiter ass." Kurz danach bekam der christliche Mann Magenschmerzen, wurde ins Krankenhaus gebracht und wurde bald darauf für tot erklärt.

Zuvor hatte der Pastor seinem Nachbarn erzählt: "Ahmed ass ein wenig Nahrung mit mir zusammen und hörte dann auf. Als ich ihn fragte, warum er nicht mit dem Essen weiterfahren wolle, sagte er, er habe Zuhause schon gegessen, und dass er nach Hause zurückkehren wolle, weil es spät geworden sei." Eine Krankenschwester sagte, er sei durch die Aufnahme eines hochgiftigen Insektizids gestorben. Als Untersuchungen begannen, floh Mupere. Der Vorfall ist der jüngste in einer Reihe von Angriffen, einschließlich anderer Vergiftungen, die von Muslimen gegen Christen in Ost-Uganda begangen wurden.

Unabhängig davon hat in Uganda ein muslimischer Mann seine Frau zu Tode gewürgt, dafür, dass sie den Islam verlassen hat und zum Christentum übergetreten ist. Awali Kakaire, 34, begann zu ahnen, dass seine Frau Mariam Nakiriya, 30, einen Monat zuvor Christin geworden war, als der lokale Imam ihn fragte, warum seine Frau und seine Kinder die Moschee oder Madrassa (Koranschule) nicht besucht hätten. Laut einem von Kakaires Söhnen: "Unser Vater fragte uns, warum wir mit dem Besuch der Madrassa aufgehört haben, aber wir sagten ihm, dass wir mit Schularbeiten beschäftigt waren, wie unsere Mutter uns aufgetragen hatte. Das beruhigte das Gemüt meines Vaters." Dann, am 8. Mai, erwachte Kakaire um 6 Uhr, und nach seinem islamischen Reinigungsritual weckte er seine Frau, damit sie mit ihm zusammen das islamische Morgengebet verrichte: "Unsere Mutter weigerte sich, und unser Vater begann, sie zu würgen, während sie um Hilfe schrie," sagte ihr Sohn. Nachdem er sie getötet hatte, verließ Kakaire das Haus, nur um zwei Stunden später zurückzukehren und seine fünf Kinder im Alter von 5 bis 12 in ein Loch zu zwingen, das er in einem nahe gelegenen Garten gegraben hatte.

"Wir leisteten Widerstand und begannen, zu schreien, und Nachbarn kamen sofort, aber er hatte uns schon ins Loch gezwängt, das er gegraben hatte. Als er die Nachbarn sah, versuchte er zu fliehen, aber er wurde eingeholt und wurde dann von denen, die ihn umringten, ausgefragt."

Man hörte Kakaire rufen: "Meine Familie hat keinen Respekt für den Islam." Dank einiger muslimischer Komplizen gelang es Kakaire, vom Schauplatz des Mordes zu entkommen.

Syrien: Bis zu 200 Christen wurden Berichten zufolge während der anhaltenden Bombardierungen der Stadt Aleppo getötet. Zwischen dem 22. und 30. April treffen rund 1.350 Raketen die christliche Region. Der Angriff tötete 132 Menschen, die Hälfte von ihnen Frauen und Kinder. Weitere 65 wurden am 3. Mai getötet und Hunderte weitere verletzt. Islamische Rebellen hatten zuvor, am 22. April, eine direkte Drohung gegen Aleppos große Gemeinschaft der armenischen Christen ausgegeben und gewarnt: "Wir werden den Armeniern und Christen zeigen, wer wir sind ... Wir haben Befehl, keine Armenier in der Region zu hinterlassen."

Bangladesch: "Kämpfer des islamischen Staates ermordeten in Kushtia im westlichen Bangladesh einen Arzt, der zum Christentum gehörte," wie ISIS in einer kurzen Erklärung in arabischer Sprache ankündigte.

Doktor Sanaur Rahman, 58, fuhr auf seinem Motorrad mit seinem Freund zusammen nach Hause, als sie von Machete-schwingenden Terroristen angegriffen wurden. Rahman wurde zu Tode gehackt, während Zaman bei dem Angriff lebensgefährlich verletzt wurde. Der Arzt war in seinem Dorf beliebt, weil er arme Menschen kostenlos behandelte und ihnen Medizin gab und Freitags eine kostenlose Klinik betrieb.

Kongo: Muslimische Terroristen töteten Dutzende von Dorfbewohnern im Osten der Nation mit christlicher Mehrheit. Die Angreifer trugen Macheten und Äxte in ein Dorf in der Provinz Nord-Kivu im Laufe des Abends des 3. Mai. Nach Angaben des lokalen Verwalters "gelang es dem Feind, an Armeestellungen vorbeizukommen und friedliche Einwohner in ihren Häusern zu töten, ihnen die Kehle durchzuschneiden. Die 16 Körper liegen vor mir, von Macheten oder Äxten getötet." Eine andere Quelle sagte, dass bis zu 38 abgeschlachtet worden waren, darunter zwei evangelisch-christliche Führer und ihre Ehefrauen. Laut dem Bericht:

Der MDI [Muslim Defensive International] hat seit Jahren wiederholt die mehrheitlich christliche Bevölkerung im Osten der DRC (Demokratische Republik Kongo) angegriffen. Kidnapping und Mord sind häufig. Sie sollen angeblich Unterstützung von der islamischen Regierung des Sudan haben... Der MDI ist bekannt dafür, im Ausland rekrutierte Kämpfer gewonnen und Christen gezwungen zu haben, zum Islam zu konvertieren. Die lokale Bevölkerung im benachbarten Gebiet ist überwiegend christlich (95,8%) und die Auswirkung auf sie war immens.

In einem Brief, der vor einem Jahr veröffentlicht worden ist, prangerten kongolesische Bischöfe ein "Klima des Völkermords" und die Passivität der kongolesischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft an: "Muss sich die Situation noch mehr verschlechtern, bevor die internationale Gemeinschaft Maßnahmen gegen den Dschihadismus ergreift?" baten die Bischöfe im Mai 2015.

Philippinen: Islamische Dschihadisten griffen die "Kreuzfahrer" der Nation mit katholischer Mehrheit an. Die erst vor kurzem gegründete ISIS Niederlassung auf den Philippinen übernahm die Verantwortung für einen Terroranschlag auf eine militärische Stellung auf der Insel Basilan. Der Angriff tötete einen Soldaten und verletzte einen anderen. Basilan ist seit langem eine Hochburg der muslimischen Terrororganisationen gewesen, die die Regierung stürzen und eine Scharia-konforme Regierung bilden wollen.

Muslimische Vergewaltigung und Demütigung christlicher Frauen

Bangladesch: Eine 26-jährige katholische Gymnasiallehrerin wurde am 12. Mai von ihrem muslimischen Rektor und seinem Freund, Shariful Islam, vergewaltigt. Danach drohten sie, das Video von der Vergewaltigung auf Facebook zu veröffentlichen, wenn sie sie anzeigt. Laut Pfarrer Fr. Domenic K. Halder: "Das Mädchen ist sehr verängstigt. Wir beten für sie, sie ist immer noch im Krankenhaus." Hunderte Christen protestierten auch in den Straßen von Dhaka und forderten Gerechtigkeit.

Ägypten: Am 20. Mai wurde eine 70-jährige christliche Frau nackt ausgezogen, brutal geschlagen, bespuckt und in den Straßen von Minya herumgeführt, zu Buhrufen, Pfiffen, und "Allahu Akbar"-Gebrüll, nachdem ein Mob von etwa 300 muslimischen Männern über ihr Haus hergefallen war. Ihr Verbrechen war, dass ihr Sohn beschuldigt wurde, eine romantische Beziehung zu haben mit einer muslimischen Frau, eine Intimität, die nach islamischem Recht, der Scharia, verboten ist. Es ist die gleiche Lehre, die kollektive Bestrafung von nicht-muslimischen "Ungläubigen" vorschreibt. Sieben Häuser von Christen wurden während des Angriffs in Brand gesteckt. Früher an diesem Tag waren ihr Mann und sie zur örtlichen Polizei gegangen und hatten sich beschwert, dass sie von Muslimen aus der Nachbarschaft belästigt und bedroht würden. Die Polizei reagierte ebenfalls mit Drohungen und befahl ihnen, die Polizeiwache zu verlassen. Ein paar Stunden später kam der Angriff. Die gleiche lokale Polizei brauchte mehr als zwei Stunden, um am Tatort zu erscheinen, was dem Mob "genügend Zeit" zum randalieren gab, wie es ein christlicher Geistlicher ausdrückte. Minyas ranghöchster christlicher Geistlicher, Bischof Makarios, sagte in einem Fernsehinterview über die Qual der 70-jährigen Frau, dass, wenn ein muslimischer Mann eine christliche Frau verfolgt, die Reaktion der Polizei "nicht vergleichbar gewesen wäre ... Niemand tat etwas, und die Polizei nahm keine präventiven oder Sicherheitsmaßnahmen vor im Vorfeld der Angriffe."

Uganda: Nachdem eine 22-jährige christliche Frau einen Moschee-Führer des Mordes an ihrem Vater zu Beginn des Jahres beschuldigte, reagierten lokale Muslime, indem sie sie schlugen und vergewaltigten. Die Frau, deren Name zurückgehalten wurde, sagte, sie sei am 19 April geschlagen und vergewaltigt worden, weil sie vor einem Gericht ausgesagt hatte, was sie erlebt hatte. Sie wurde bewusstlos mit Schnitten auf ihrem Körper in einer Blutlache gefunden. Einer der drei Muslime, die sie angriffen, sagte zu ihr: "Wir werden dich heute töten, weil du diejenige bist, derentwegen unser Scheich im Gefängnis sitzt." Nach Angaben der Frau, die aus einem Krankenhausbett spricht:

"Ich konnte den Scheich identifizieren, weil wir Nachbarn sind, und mein Vater ihn über den islamischen Glauben ausgefragt hatte und darüber, dass er nicht zur Erlösung mit Gott führe. Der Scheich hatte zu ihm gesagt: 'Sie haben keinen Respekt für unsere Religion, und wir werden Ihnen jetzt Ihr Leben nehmen.' Sie begannen, meinen Vater zu würgen und ihn gleichzeitig mit einem großen Stock auf den Kopf zu schlagen. Als mein Vater stürzte, konnte ich durch das Fenster zu entkommen."

Muslimische Angriffe auf christliche Kirchen

Tansania: Eine weitere Kirche wurde bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die römisch-katholische Kirche in der Region Kagera ist die dritte Kirche in vier Monaten, die im Land abgebrannt wird. Gemäss einem örtlichen Pfarrer: "Seit 2013 sind mehr als 13 Kirchen hier in Kagera in Brand gesteckt worden und niemand ist dafür zur Rechenschaft gezogen worden. Dies ist inakzeptabel."

Fortunatus Bijura, ein Priester der Kirche, sagte: "Diejenigen, die glauben, dass unsere Kirche zu zerstören bedeutet, dass wir nicht mehr beten, liegen falsch ... Wir haben einen großen Baum in der Nähe der Kirche und dort treffen wir uns auch weiterhin für Gebete." Tansania hat etwa 35% Muslime.

Pakistan: Die Regierung kündigte ihre Pläne an, vier historische Kirchen abzureißen, um den Weg für den Bau einer U-Bahn freizumachen. Am 3. Mai versammelten sich Christen vor dem Lahore High Court, um gegen die Entscheidung zu protestieren. "Diese Kirchen sind vor-Pakistan gebaut worden und alle [sic] diese Kirchen befinden sich an sehr teuren und erstklassigen Standorten, worüber Politiker und Islamisten schlicht neidisch sind", sagte Nasir Saeed, Direktor des Zentrums für Rechtshilfe. "Sie können es nicht ertragen, dass Christen solch erstklassige Grundstücke besitzen, und ... versuchen deshalb unter jedem Vorwand, das Land zu enteignen und Christen herabzuwürdigen." Während die Gemeinde noch um ihre Lieben trauert, die während des Angriffs auf Christen vom Ostersonntag ums Leben kamen, der 69 Tote und mehr als 340 Verletzte forderte, sagte Saeed, stehen sie jetzt vor einer neuen Bedrohung für ihre Kirchen: "Es gibt keine Ruhe für sie und ein Problem nach dem anderen scheint die pakistanischen Christen zu verfolgen", sagte er.

Muslimische Angriffe auf christliche Apostaten, Blasphemiker und Priester

Pakistan: Eine Fatwa, oder islamisches Dekret, wurde gegen einen Christen ausgesprochen, nachdem ihm Muslime vorgeworfen hatten, ein anti-islamisches Video auf seinem Telefon angeschaut zu haben. Man hörte zuletzt, dass Imran Masih auf der Flucht ist, nachdem ein Kopfgeld von \$10.000 auf ihn ausgesetzt wurde. Als eine Form der kollektiven Bestrafung wurden Mitchristen in seinem Dorf am Kauf von Nahrungsmitteln von muslimischen Ladeninhabern gehindert und sie erhielten drei Wahlmöglichkeiten: "konvertiert zum Islam, verlasst das Dorf für immer, oder übergebt uns Imran, damit er lebendig verbrannt werden kann". Ein pakistanischer Menschenrechtsaktivist sagte über diesen Vorfall,

Ich kann nicht glauben, dass solche Dinge immer noch in dieser Welt geschehen. Eine solche Behandlung von Christen in Pakistan ist ein Schlag ins Gesicht des Punjab und der Zentralregierung, und allen, die nicht müde werden, der Welt zu sagen, dass Minderheiten im Land geschützt werden und die gleichen Rechte genießen. Ich verstehe nicht, wie das Betrachten eines Videos aus dem Internet als ein Akt der Gotteslästerung unter Strafe gestellt werden kann ... Ich glaube, dass dies kein Akt der Blasphemie ist, und wenn die Leute immer noch denken, Imran habe Gotteslästerung begangen, dann sollte er nach dem Gesetz bestraft werden. Niemand hat das Recht, das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen, lokale Christen zu belästigen, sie zu bedrohen, Imran lebendig zu verbrennen oder Christen zu zwingen, zum Islam zu konvertieren oder das Dorf zu verlassen. Solche Bedingungen von Laien verhöhnen das

Gesetz. Die pakistanische Regierung muss diese Angelegenheit ernst nehmen, die Christen vor Ort schützen und diejenigen, die das Gesetz brechen, sollten nach dem Gesetz behandelt werden.

Links: Das Haus von Imran Masih im Dorf Chak-44 in Pakistan. Man hörte zuletzt, dass Masih auf der Flucht ist, nachdem Muslime ihn beschuldigten, ein anti-islamisches Video auf seinem Handy geschaut zu haben, und es wurde ein Kopfgeld von 10.000 \$ auf ihn ausgesetzt. Rechts: Die katholische Kirche im Dorf.

(Bildquelle: World Watch Monitor)

Unabhängig davon verhaftete die Polizei in Pakistan einen christlichen Mann in der Provinz Punjab, weil er angeblich Nachrichten auf seinem Facebook -Account veröffentlicht hatte, die von Muslimen als blasphemisch angesehen wurden. Nach Liaquat Usmans Frau "hielt mein Mann einige [muslimische] Jungen davon ab, Mädchen zu necken. Vor ein paar Tagen behandelten die Jungen Usman sehr grob. Statt die Jungen zu verhaften, verhaftete die Polizei Usman, weil eine Blasphemiebeschwerde gegen ihn eingereicht worden sei." Erste Untersuchungen zeigten, dass die "blasphemischen" Nachrichten auf Usmans Facebookkonto vor einem Jahr geschrieben worden waren, und dass jemand anderes, der im Ausland lebt, sie auf seinem Konto markiert hatte.

Deutschland: Ein neuer Report sagt, dass bis zu 40.000 Christen - einschließlich der Muslime, die zum Christentum konvertieren möchten - von den Muslimen in Migrantenheimen angegriffen und belästigt werden. Laut dem Report:

Viele Konvertiten [zum Christentum] wollten das in ihren Heimatländern tun, doch an Orten wie dem Iran und Afghanistan kann die Strafe für den Abfall von der islamischen Religion der Tod sein, und so flohen sie nach Europa. Jetzt, in europäischen Asylheimen, erkennen sie immer mehr, dass sie in genauso grosser Gefahr vor radikalen Muslimen sind in Europa, wie sie es in ihren Heimatländern waren. Die verbreitetste Form des Missbrauchs waren Beschimpfungen; 96 Menschen sagten aus, sie hätten Beschimpfungen oder Drohungen erhalten. 86 sagten, sie seien physisch angegriffen worden und 73 sagten, sie hätten Todesdrohungen gegen sich selbst und Familienmitglieder erhalten. Drei Viertel der Migranten sagten auch, dass sie Opfer von mehreren Attacken waren. Die Täter der meisten Angriffe waren andere Migranten, die auf Konvertiten herabschauen und glauben, sie seien Abtrünnige. Vielleicht noch interessanter ist die Prävalenz von muslimischen Wachleuten, die sich an den Angriffen beteiligten. Fast die Hälfte der Befragten sagten, sie hätten Missbrauch durch Sicherheitspersonal erlebt, und in der deutschen Hauptstadt Berlin stieg die Zahl auf zwei Drittel.

Aserbaidshan: Christliche Aktivisten baten um Aufmerksamkeit für die Notlage eines gebrechlichen christlichen Missionars aus Aserbaidshan, der im benachbarten Georgien ein Jahr hinter Gittern verbrachte aufgrund von "erfundenen Anklagepunkten", wie seine Anhänger sagen, wegen Drogenbesitz. Im Falle einer Verurteilung könnte der Mann 14 Jahren Haft ausgesetzt werden. Der aserbaidshanische Missionar sagt, dass er von Leuten ins Visier genommen wurde, die über seine Missionsarbeit unter Muslimen wütend sind. Lokale Quellen sagten: "Seine Gesundheit ist sehr schlecht und er braucht dringend Hilfe - medizinisch, geistig und materiell". Es bestehen auch Befürchtungen, dass der Mann nach einer eventuellen Entlassung aus dem Gefängnis nicht mehr ohne Schwierigkeiten ins überwiegend muslimische Aserbaidshan zurückkehren kann. Laut einer Menschenrechtsorganisation,

Offiziell ist das Land säkular und Religion wird toleriert. Allerdings ist der Grad der Überwachung so unglaublich hoch, dass die Christen in Aserbaidshan nicht mehr wissen, wem sie vertrauen können. Die Christenverfolgung ist seit dem vergangenen Jahr deutlich gestiegen wegen der ständig zunehmenden staatlichen Kontrollen", fügte Open Doors hinzu. Ein weiteres Zeichen für den Druck der Regierung ist die Tatsache, dass aserbaidshanische Christen es einfacher finden, in Ländern wie Georgien und dem Iran zu missionieren als in ihrem eigenen Land.

Muslimischer Hass und Gewalt gegen Christen

Syrien: Der islamische Staat veröffentlichte am 16. Mai ein Online-Video, das einen ISIS-Kämpfer zeigt, wie er Gräber von Christen schändet und den Schaden vorführt, der dem christlichen Friedhof zugefügt

wurde. Das Video wurde angeblich in der Stadt Deir ez-Zor gefilmt. Der ISIS-Militant wird bei einer Tour durch den Friedhof gezeigt, auf der er Scherben aus Stein und Holz zeigt, während im Hintergrund zerstörte Grabsteine und Leichen von syrischen Soldaten - einige in Stücke gerissen - sichtbar sind, die offenbar versucht haben, die Schändung zu stoppen.

Eritrea: Tausende von Christen sind auf der Flucht aus dem Land wegen der extremen Verfolgung, gemäss einem Report, der Eritrea beschreibt als "eine der weltweit sich am schnellsten entleerende Nation" und als das "Nordkorea von Afrika". Die Mehrheit der 40.000, die im vergangenen Jahr nach Italien geflohen sind, sind Christen. Der Bericht fügte hinzu, dass "alle evangelischen und unabhängigen Kirchen" geschlossen wurden. Dawit, der unter Hunderten von Christen wegen seines Glaubens eingesperrt und gefoltert gewesen war, sagte:

"Es gibt kein Gesetz und keine Gerechtigkeit. Als ich in Eritrea lebte, wurde ich wegen meines christlichen Glaubens verhaftet. Aus diesem Grund bin ich gegangen. In Eritrea steht fast jeder Christ mit einem Bein im Gefängnis. Deshalb war ich im Gefängnis."

Berhane, ein weiterer Christ, der flüchten konnte, sagte:

"Wir glauben, dass es momentan mehr als 300 christliche Gefangene gibt. Die meisten von ihnen sind seit mehr als zehn Jahren im Gefängnis und leiden an Unterernährung und an Mangel an richtiger Hygiene und angemessener medizinischer Versorgung und einige von ihnen haben sogar ihr Leben verloren."

Türkei: Verbündeter der USA und NATO-Mitglied Türkei hilft und unterstützt den islamischen Staat und andere Terrorgruppen in Syrien, die Christen töten, indem sie ihnen Luftunterstützung gewährt und einen "sicheren Hafen" bereitstellt, sagte Mindy Belz, eine Aktivistin und leitende Redakteurin von WORLD Magazine:

Wir müssen einen neuen Ansatz für unseren Verbündeten, die Türkei, haben. Die Türkei ist ein Land, das sich im Übergang befindet und das sich mehr und mehr radikalisiert. Es gibt starke Hinweise, da ich Menschen an der Grenze interviewt habe, die in den Libanon geflohen waren. Ich setzte mich in Beirut mit ihnen zusammen. Sie waren an der Grenze, als die Türkei den syrischen Jet abschoss, der [im Jahr 2015] die Grenze überflogen hatte. ... Die Menschen, die es gesehen hatten, sagten: "Die Türkei bietet Luftunterstützung für diese militanten islamischen Gruppen" Es gibt starke Beweise, dass sie Luftunterstützung und an ihren Grenzen einen sicheren Hafen für ISIS zur Verfügung gestellt haben ... Sie unterstützten und halfen extremistischen Gruppen, nicht nur ISIS, sondern auch Al-Nusra Front und einigen anderen. Dies sind Gruppen, die Christen töten, und Amerika sollte nicht Verbündete tolerieren, die Gruppen unterstützen, die Christen töten.

Iran: Trotz des Atomabkommens, das mit der Obama-Regierung abgeschlossen wurde, hat die Kommission für Internationale Religionsfreiheit der Vereinigten Staaten festgestellt, dass religiöse Minderheiten im Iran, einschließlich der Christen, auch weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen durchmachen. Der Report, der nur ein paar Monate vor dem einjährigen Jahrestag des Atomabkommens im Juli 2015 herauskam, fand heraus, dass die Bedingungen der Religionsfreiheit sich im vergangenen Jahr "weiter verschlechtert" haben, wobei sich Christen, Bahai und die Minderheit der Sunniten der grösste Verfolgung in Form von Schikanen, Verhaftungen und Gefängnis gegenüber sehen.

Unter der Regierung von Präsident Hassan Rohani hat sich die Zahl der religiös begründeten Verhaftungen erhöht, trotz der anhaltenden Dementis seitens des Iran, dass es Menschenrechte und religiöse Freiheitsrechte nicht verletze. Der Report hält fest:

"Die Regierung des Iran engagiert sich weiterhin in systematischen, kontinuierlichen und ungeheuerlichen Verletzungen der Religionsfreiheit, einschließlich längerer Haft, Folter und Hinrichtungen, die in erster Linie oder ganz von der Religion des Angeklagten abhängig sind."

Der Report hält fest, dass mehr als 550 Christen seit 2015 verhaftet und eingesperrt wurden, und dass mindestens 90 Christen seit Februar im Gefängnis oder in Haft verblieben sind aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen und Aktivitäten:

"Während des Berichtszeitraums berichteten Menschenrechtsgruppen im Iran über eine deutliche Steigerung der Anzahl der physischen Angriffe und Schläge gegen Christen im Gefängnis. Einige Aktivisten glauben, dass die Angriffe, die gegen Konvertiten, die Führer von Untergrund-Hauskirchen sind, gerichtet waren, andere einschüchtern sollen, die zum Christentum konvertieren möchten." Ein Report vom Mai zeigt, dass eine christliche Gefangene im Iran, Maryam (Nasim) Naghash Zargaran, die sich zuvor einer Herzoperation unterzogen hatte, an Krankheiten leidet wie Übelkeit, Ohrenschmerzen und chronischen Schmerzen in den Gelenken und im Rückenmark, deren Ursache als Lendenwirbelscheibe, Arthritis und Osteoporose diagnostiziert wurden. Unabhängig davon haben sich die Gefängnisbeamten geweigert, sie in ein Krankenhaus bringen zu lassen, um angemessene medizinische Versorgung sicherzustellen. Frau Zargaran wurde zuerst im März 2011 zum iranischen Nachrichtendienst zum Verhör einbestellt. Die Vernehmungsbeamten drohten ihr und ihrer Familie ständig, beleidigten sie und fragten sie nach christlichen Aktivitäten.

Pakistan: Gemäss Sardar Mushtaq Gill und anderen Rechtsanwälten, die die Familie des christlichen Paares vertreten, das von einem Mob lebendig verbrannt wurde, weil sie angeblich einen Koran entheiligten, "werden Zeugen und Anwälte bedroht Es gibt viele Bedenken über mögliche Straffreiheit für die Täter." Weil Zeugen sich weigerten, die am meisten für die Tötung des christlichen Paares verantwortliche Person zu bezeichnen, wurden sie bereits auf Kautionsfreilassung. "Es gibt 106 Gefangene, die dieses Lynchmords beschuldigt werden, und wenn der Prozess so weitergeht wie bisher, so scheint es, dass jeder freikommen wird."

Nigeria: Bewaffnete Männer schossen auf ein Auto mit dem römisch-katholischen Kardinal John Onaiyekan im südlichen Edo-Staat des Landes. Der Angriff auf den Kardinal kommt inmitten erhöhter Gewalt und Entführungen wegen Lösegeld von christlichen Geistlichen durch Muslime. Drei andere christliche Führer wurden im selben Jahr wegen Lösegeld entführt. Der verwesende Körper eines entführten Geistlichen wurde im vergangenen April in einer mehrheitlich muslimischen Region gefunden.

Ein separater Report erzählt von den alltäglichen Leiden der Christen, die in Nigeria neben Muslimen leben: Für Bischof Matthew Kukah ist Christenverfolgung nicht nur die Geschichte der Kirche. Sie ist eine Realität, die er jeden Tag erlebt. In der Diözese Sokoto, im Norden von Nigeria, umfasst das geistliche Amt nicht nur die normalen sakramentalen und pastoralen Anliegen jeder beliebigen Diözese. Es umfasst auch regelmäßig Reaktionen auf Gewalt und Angriffe gegen die kleine christliche Minderheit, die im mehrheitlich muslimischen Gebiet lebt. Christen, die heute im Norden Nigerias leben, fragen sich "warum sind sie und ihre Institutionen Zielscheiben geworden", erklärte Bischof Kukah gegenüber CNA. Christliche Kirchen und Unternehmen - sowie die Menschen, die sie frequentieren - leiden sowohl unter gezielter Gewalt in den Händen von islamistischen Extremisten ... Und nach den Anschlägen stehen christliche Gemeinden vor einer Mauer von bürokratischen Herausforderungen und einem Mangel an staatlicher Unterstützung, während sie darum kämpfen, sich wieder aufzubauen Während manche Gewaltopfer Hilfe der Regierung und der Gesellschaft finden beim Wiederaufbau von Dienstleistungen wie Schulen und Krankenhäusern, schaut der Staat im Norden Nigerias nur zu, wenn christliche Kirchen und Institutionen um den Wiederaufbau ringen.

"Man lebt in einem Staat, der weniger ist, als man als Bürger erwartet", sagte Bischof Kukah. "Du weißt nicht, was morgen auf dich zukommt. ... Christen erleiden unverhältnismäßige Gewalt von muslimischen Extremisten. ... Unsere Kirchen werden bombardiert ohne Entschädigung für die Schulen oder anderes Eigentum der Kirche."

Bangladesch: Unbekannte Angreifer schleuderten Rohölbomben auf das Haus einer christlichen Familie und hinterliessen zwei verletzte Christen. Der Angriff ereignete sich kurz nach Mitternacht in einem überwiegend christlichen Dorf in der westlichen Region Chuadanga. Die Polizei vermutet "versuchten Raub" als Motiv. Aber der Report hält fest:

"Der Angriff erfolgt inmitten einer Reihe von Morden an Christen, Hindus und Angehörige anderer religiöser Minderheiten im ganzen Land, ausgeübt von mutmaßlichen Militanten, während Bangladesch unter ansteigender islamistischer Gewalt taumelt ... Mutmaßliche Islamisten haben in den vergangenen

drei Jahren in Bangladesh mindestens 30 Angehörige religiöser Minderheiten, säkulare Blogger und andere liberale Aktivisten, Ausländer und Intellektuelle ermordet."

Über diese Reihe

Auch wenn nicht alle, oder gar die meisten Muslime beteiligt sind, so wächst die Verfolgung von Christen durch Muslime.

Der Bericht postuliert, dass solche muslimische Verfolgung nicht zufällig ist, sondern systematisch und in allen Sprachen, Ethnien und an allen Orten stattfindet.

Raymond Ibrahim ist Autor von Crucified Again: Exposing Islam's New War on Christians (veröffentlicht von Regnery mit Gatestone Institute, April 2013).

Verwandte Themen: Christenverfolgung

Kürzlich erschienen von Raymond Ibrahim

Obamas Flüchtlingspolitik: Ja zu potenziellen Terroristen, Nein zu Opfern des Genozids, 2016-06-12

Jesidisches Mädchen beschreibt Vergewaltigungshölle des IS, 2016-05-23

Jihad gegen christliche Kirchenzelte, 2016-05-21

USA zu Ostern: Wenn Christen abgeschlachtet werden - bitte wegsehen, 2016-04-04

Pakistan: "Christliche Mädchen sind nur für das Vergnügen muslimischer Männer bestimmt", 2016-02-01
erhalten sie die neuesten artikel als e-mail: tragen sie sich ein in die kostenlose gatestone institute mailingliste

IN MAILINGLISTE EINTRAGEN

E-Mail-Adresse

Absenden

MeistgelesenDas Neueste

Schweden: Das Schweigen der Juden

von Ingrid Carlqvist

Europa: Die Substitution einer Bevölkerung

von Giulio Meotti

Deutschlands Migranten-Vergewaltigungskrise außer Kontrolle

von Soeren Kern

Kirchen in der Türkei am Rande der Auslöschung

von Uzey Bulut

Luthers Antisemitismus wiederbelebt

von Petra Heldt

Schweden: Sommerinferno sexueller Attacken

von Ingrid Carlqvist

21. Juni 2016, 13:59 Uhr

Sekte "Zwölf Stämme"

Prügelnde Lehrerin zu zwei Jahren Haft verurteilt

Eine Lehrerein der Sekte "Zwölf Stämme" muss für zwei Jahre ins Gefängnis. Das Landgericht Augsburg verurteilte sie wegen Körperverletzung und Misshandlung. Die Frau hatte ihre Schüler geschlagen.

Eine Lehrerin der Sekte "Zwölf Stämme" ist zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden, weil sie regelmäßig ihre Schüler verprügelt hat. Gegen die 56-Jährige wurde direkt

Haftbefehl erlassen, sie wurde noch im Gerichtssaal festgenommen. Der Vorsitzende Richter des Landgerichts Augsburg begründete dies mit Fluchtgefahr.

In der ersten Instanz war die prügelnde Lehrerin vom Amtsgericht bereits [zu zweieinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt](#) worden. Dieses Urteil schwächte das Landgericht jetzt leicht ab. Dennoch muss damit erstmals ein Mitglied der Sekte wegen der Züchtigung von Kindern ins Gefängnis.

Die Frau hatte im Prozess zugegeben, dass sie als Lehrerin der sekteneigenen Schule ihre Schüler verprügelt hatte. Die Jugendschutzkammer sprach sie deshalb unter anderem der gefährlichen Körperverletzung und der Misshandlung von Schutzbefohlenen schuldig.

Im September 2013 hatte die Polizei wegen der Prügelvorwürfe rund 40 Kinder aus den Gemeinschaften der Sekte im schwäbischen Klosterzimmern bei Deiningen und im mittelfränkischen Wörnitz geholt und in Heimen sowie Pflegefamilien untergebracht.

Im Laufe der Jahre ist die Sekte immer wieder [mit deutschen Behörden und Gesetzen in Konflikt geraten](#). Dabei ging es um Vorwürfe der systematischen Kindesmisshandlung; außerdem weigerten sich die Sektenmitglieder immer wieder, ihre Kinder in öffentliche Schulen zu schicken.

Vor einiger Zeit hatte die Gemeinschaft deshalb angekündigt, [Deutschland zu verlassen](#) und sich in Tschechien und anderen europäischen Nachbarländern niederzulassen.

him/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/schulspiegel/ausland/zwoelf-staemme-pruegelnde-lehrerin-zu-zwei-jahren-haft-verurteilt-a-1098880.html>

<https://de.gatestoneinstitute.org/9056/christliche-maedchen-muslimische-maenner>

"Christliche Mädchen sind nur für eine Sache gedacht, das Vergnügen muslimischer Männer"

von Raymond Ibrahim

2. Oktober 2016

Englischer Originaltext: "Christian Girls are only Meant for One Thing, the Pleasure of Muslim Men"

Übersetzung: Daniel Heiniger

Kürzlich wurden im Irak 19 jessidische Mädchen vor hundertfachem Publikum in Eisenkäfige gesetzt und bei lebendigem Leibe verbrannt, weil sie sich weigerten, mit Dschihadisten zu kopulieren.

"Frauen aus religiösen Minderheiten unter Kontrolle des IS [Islamischer Staat] werden häufig wiederholt von einem Dschihadi zum nächsten verkauft. Sobald Militante müde werden, ein bestimmtes Mädchen zu vergewaltigen und zu missbrauchen, verkaufen sie es in der Regel an einen ihrer militanten Freunde weiter, damit der es zu seinem eigenen Vergnügen vergewaltigen und missbrauchen kann." — Samuel Smith, The Christian Post.

Nachdem ihre Kinder vom Islamischen Staat entführt worden waren, öffnete ein Paar die Tür auf ein Klopffzeichen, um die Körperteile ihrer Töchter und ein Video ihrer Folterung und Vergewaltigung vorzufinden.

"Christliche Mädchen gelten als Waren, die nach Belieben beschädigt werden dürfen. Sie zu missbrauchen ist ein Recht. Nach der Mentalität der Gemeinschaft ist es nicht einmal ein Verbrechen. Muslime betrachten sie als Kriegsbeute." — Anwohner, Pakistan.

Das islamische Gesetz, immer hart, ist noch härter für Frauen. Nach dem Koran haben Männer "Autorität" über Frauen und können sie schlagen, wenn sie "ungehorsam" sind (4,34). Laut Mohammad, dem Propheten des Islam, sind Frauen weniger intelligent als Männer - es werden zwei Frauen benötigt, um das Zeugnis eines Mannes aufzuwiegen - und die Mehrheit der Bevölkerung der Hölle besteht aus Frauen, die mit Eseln und Hunden verglichen werden in ihrer Fähigkeit, einen Mann von seinem Gebet abzulenken und es dabei für nichtig zu erklären.

Was also ist die Sicht des Islams auf Frauen, die "Ungläubige" sind? Sie sind bestenfalls "für eines gedacht, für das Vergnügen des muslimischen Mannes", wie ein Muslim einer Gruppe von jungen

christlichen Mädchen in Pakistan sagte, bevor er eines von ihnen terrorisierte und ermordete. Im Koran (siehe 4:24) können in einem Dschihad ergriffene nicht-muslimische Frauen als Sexsklavinnen für muslimische Männer gekauft und verkauft werden, wie der islamische Staat es getan hat. Emily Fuentes, Kommunikationsdirektorin für Open Doors, einer Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Christen einsetzt, sagte:

Leider sind immer mehr Frauen das Ziel von [muslimischen] Terrorgruppen. Es gibt zahlreiche internationale Fälle von Frauen, die durch radikale extremistische Gruppen entführt, vergewaltigt und gezwungen werden, vom Christentum zum Islam zu konvertieren Viele werden auch auf dem freien Markt verkauft. Diese Brutalität geschieht nicht nur im Nahen Osten, sondern in Afrika und an vielen anderen Orten. In vielen dieser Länder werden Frauen verfolgt, weil sie aufgrund ihres Geschlechts als Bürger zweiter Klasse betrachtet werden. Als Minderheiten in Geschlecht und Glauben sehen sich christliche Frauen doppelter Verfolgung gegenüber. Obwohl wir keine genaue Zahl haben, wissen wir, dass Millionen von Frauen verfolgt werden In diesen muslimisch dominierten Ländern werden christliche Frauen systematisch ihrer Freiheit zu leben beraubt und es werden ihnen grundlegende menschliche Bedürfnisse verweigert.

Christliche Frauen sind doppelt verdammt: kaum toleriert als Frauen und als nicht-muslimische "Ungläubige", wird klar, warum sie die größten Empfänger von islamischem Missbrauch sind.

Inzwischen ist die Notlage der nicht-muslimischen Frauen in den Händen von ISIS gut bekannt. Seit der Eroberung Mosuls im Juni 2014 hat das Kalifat bis zu 250 Exekutionen nicht-muslimischer Mädchen in Gefangenschaft (meist Jessiden und Christen) durchgeführt für die Verweigerung, Sexsklaven zu sein. Erst kürzlich wurden 19 jessidische Mädchen vor einem hundertfachen Publikum in Eisenkäfige gesetzt und bei lebendigem Leibe verbrannt, weil sie sich geweigert hatten, mit Dschihadisten zu kopulieren.

Laut einem Bericht, der einen Tag, nachdem Open Doors die Not der nicht-muslimischen Frauen hervorgehoben hatte, erschien:

Frauen religiöser Minderheiten unter Kontrolle von ISIS werden oft wiederholt von einem Dschihadi zum nächsten verkauft. Sobald Kämpfer müde sind, ein bestimmtes Mädchen zu vergewaltigen und zu missbrauchen, verkaufen sie es in der Regel an einen ihrer militanten Freunde, damit der sie zu seinem eigenen Vergnügen vergewaltigen und missbrauchen kann.

Ein entflohenes jessidisches Mädchen erklärte, wie es ihr erging:

"Ich wurde von acht verschiedenen Dschihadisten gekauft und verkauft ... Wir wurden [in Sexsklaven-Märkten] ausgestellt. Männer kamen herein und sahen uns an wie Objekte. Es war wie in einem Autosalon Frauen wurden in bar gekauft - so billig wie \$ 20 oder wurden für Dinge wie Handys getauscht, oder als Geschenke verschenkt."

Sie wurde mindestens dreimal pro Tag während mehr als 16 Monaten von unzähligen ISIS Kämpfern vergewaltigt, gezwungen, Verhütungsmittel und abtreibungsauslösende Medikamente zu nehmen, und hat immer wieder versucht, sich selbst zu töten, um dem Missbrauch zu entkommen. Ihre Erzählung ist typisch, und wurde von vielen anderen entkommenen nicht-muslimischen Mädchen erzählt.

Weitere aktuelle Berichte erzählen von "einem 8-jährigen Mädchen, das auch gekauft, verkauft und vergewaltigt wurde von acht verschiedenen Militanten in einem Zeitraum von 10 Monaten"; von einer anderen "Sex-Sklavin, die sich selbst in Brand setzte, um ihren Vergewaltigungen zu entgehen"; eines Paares, das, nachdem ihre Kinder von ISIS entführt wurden, ihre Tür auf ein Klopfen hin öffnete und eine Plastiktüte mit den Körperteilen ihrer Töchter und ein Video davon, wie sie gefoltert und vergewaltigt wurden, vorfanden; und von christlichen und alewitischen Frauen, die von ISIS-Dschihadisten vergewaltigt und abgeschlachtet wurden bei der Invasion ihres Dorfes.

Dschihadisten des Islamischen Staats lachen und scherzen in einem Propagandavideo über den Kauf und Verkauf von jessidischen Sexsklaven.

Doch ein solcher islamischer Missbrauch von Frauen ist kaum auf Gruppen wie ISIS oder Boko Haram beschränkt - eine in Nigeria ansässige Organisation, die sich auch in ausschließlich islamischen Begriffen definiert und berüchtigt ist für die Entführung, Versklavung, Vergewaltigung und Ermordung christlicher Mädchen. Rund 700 christliche und 300 Hindu Mädchen werden jedes

Jahr in Pakistan entführt, versklavt und vergewaltigt. Das sind sehr grosse Zahlen, wenn man bedenkt, dass Christen und Hindus nur je ein Prozent der nationalen mehrheitlich muslimischen Bevölkerung ausmachen.

Nur vier Tage nachdem Open Doors seine Bemerkungen über die Lage der christlichen Frauen gemacht hatte, drangen zwei muslimische Männer in Pakistan in die Wohnung einer christlichen Frau ein, während ihr Mann als Soldat weg war, um in der Armee zu dienen. Sie fesselten und gruppenvergewaltigten sie, während sie drohten, ihre zweijährige kleine Tochter zu schlachten, wenn sie nicht mitspielt. Gemäss der 30-jährigen Frau:

"Die Männer behandelten mich wie ein Tier, sagten mir, ich sei eine wertlose Christin Sie sagten, christliche Frauen seien alle Huren, und sie würden wiederkommen und ihre Ausschweifungen wiederholen, wenn ich jemals jemand etwas sagen würde."

Weil sie Frau und Ungläubige ist in einer mehrheitlich muslimischen Nation, taten Polizei und Gesetz nichts für sie. In der gleichen Woche wurden fünf weitere christliche Mädchen entführt, zum Islam konvertiert und gezwungen, ihre Entführer zu "heiraten".

Es gibt viele weitere Beispiele von Vergewaltigungen und manchmal Mord an christlichen Mädchen - und manchmal christlichen Jungen - in Pakistan. Nachdem ein 9-jähriges christliches Mädchen von einem muslimischen Mann vergewaltigt wurde, der prahlte, "den gleichen Dienst auch anderen jungen christlichen Mädchen erwiesen" zu haben, erklärten Anwohner:

"Solche Vorfälle treten häufig auf. Christliche Mädchen gelten als Waren, die nach Belieben beschädigt werden dürfen. Sie zu missbrauchen ist ein Recht. Gemäss der Mentalität der [muslimischen] Gemeinschaft ist es nicht mal ein Verbrechen. Muslime betrachten sie als Kriegsbeute."

Eine ähnliche Situation herrscht in Ägypten. Im Juli 2012 machte der US-Kongressabgeordnete Chris Smith eine Aussage über die "eskalierenden Entführungen, erzwungenen Konvertierungen und Zwangsverheiratung von koptischen christlichen Frauen und Mädchen. Diese Frauen werden terrorisiert und, in der Konsequenz, marginalisiert."

Der verstorbene und oft diplomatische koptische Papst Shenouda III, der Leiter der ägyptischen christlichen Gemeinschaft, unterstrich diese Neigung damals im Jahre 1976: "Es gibt eine Praktik, koptische Mädchen zum Islam zu konvertieren und sie unter Terrorandrohungen mit muslimischen Männern zu verheiraten." Nur schon zwischen 2008 und 2013 sind fast 600 Fälle von Entführung, Vergewaltigung und Zwangsbekehrung christlicher Frauen in Ägypten dokumentiert. Die Situation hat sich seither nur noch verschlimmert, gemäss dem Titel eines Berichtes von 2012: "Entführungen und Zwangskonvertierungen von christlich-koptischen Frauen in Ägypten erhöhen sich drastisch." **Während junge Frauen zu sexuellen Zielen werden, werden ältere Frauen sexuell erniedrigt. Am 20. Mai wurde eine 70-jährige christliche Frau in Ägypten von einem wütenden muslimischen Mob nackt ausgezogen, angespuckt, und in den Straßen von Minya zu Buhrufen, Trillerpfeifen und "Allahu Akbar"-Gebrüll ("Allah ist groß") herumgeführt.**

Zwei Tage vor der Publikation des Open Doors-Berichtes schlugen und vergewaltigten Muslime in Uganda eine 22-jährige christliche Frau, weil sie einem Imam den Mord an ihrem Vater wegen eines religiösen Streits vorgeworfen hatte. Einen Monat zuvor wurde die 13-jährige Tochter einer Mutter, die den Islam verlassen und zum Christentum konvertiert hatte, von örtlichen Muslimen vergewaltigt und ihr wurde gesagt: "Dies ist die zweite Warnung an deine Mutter dafür, den Glauben der Muslime zu entehren."

Es sollte angemerkt werden, dass auch in Europa die indigenen Frauen am meisten unter dem Zustrom von muslimischen Migranten leiden. Exponentiell höhere Zahlen von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen werden begangen, oft nach derselben Logik, die im Islamischen Staat oder Pakistan herrscht. In den Worten eines muslimischen Migranten in Deutschland, der einer Frau nachgestellt, sie verwünscht, und sie betatscht hatte: "Deutsche Frauen sind für Sex da."

Ein letzter wichtiger Punkt: Während nicht-muslimische Frauen mehr als nicht-muslimische Männer aus sexuellen Gründen zum Ziel werden, so bedeutet das nicht, dass sie weniger als Männer zum Ziel werden, wenn es um nicht-sexuelle Formen der muslimischen Verfolgung geht, wie Angriffe auf "Gotteslästerer" und "Abtrünnige". Ritterlichkeit ist ein Fremdwort für den Islam; wenn es darum geht, Ungläube zu

terrorisieren und ihres Platzes zu verweisen, ist die Religion Mohammeds streng egalitär. In Pakistan zum Beispiel dreht sich der berüchtigtste Fall von Gotteslästerung um eine christliche Frau, Asia Bibi, die seit 2009 im Gefängnis in der Todeszelle sitzt; und als ein christliches Paar beschuldigt wurde, einen Koran entweiht zu haben, wurden der Mann und die Frau bei lebendigem Leib verbrannt. Neuere Berichte, die etwa zur gleichen Zeit aufgetaucht sind, als Open Doors die Not der christlichen Frauen hervorhob, sind: Indonesien: In einem Fall von "noch nie dagewesener Anwendung der Scharia auf einen Nicht-Muslim" erhielt eine 60-jährige christliche Frau öffentlich 30 Stockschläge, weil sie Alkohol verkauft hatte.

Islamischer Staat: Eine christliche Frau wurde von militanten Islamisten exekutiert, weil sie es ablehnte, ihren Glauben an Christus zu leugnen. ISIS bedrohte auch eine Gruppe von Dominikaner-Schwestern, forderte sie auf, entweder zum Islam zu konvertieren oder Jizya zu zahlen (ein Tribut, der auf Koran 9.29 basiert). "Die ältlichen Schwestern [flohen und] begannen Herzinfarkte und Herzinsuffizienzen zu erleiden vom Stress der Massenflucht. Im Laufe der letzten 18 Monate starben 23 von ihnen, manchmal bis zu drei Todesfälle in der Woche." Sie starben an einem gebrochenen Herzen", sagte Schwester Huda.

Uganda: Ein muslimischer Mann würgte seine Frau zu Tode, weil sie den Islam verlassen hatte und zum Christentum konvertiert war. Ein weiterer muslimischer Mann schlug seine Frau und drohte, sie zu schlachten, während er "Allahu Akbar" schrie wegen ihrer Bekehrung zum Christentum.

Man hört selten das Umgekehrte, dass eine muslimische Frau ihren Mann wegen Abfall vom Glauben umbringt, wegen des Mangels an Autorität, den Frauen im Islam haben.

Sie wollen keine Frau sein im Islam.

Raymond Ibrahim ist Autor von Crucified Again: Exposing Islam's New War on Christians (publiziert von Regnery mit dem Gatestone Institute, April 2013).

by Taboola Sponsored Links .

Verwandte Themen: Christenverfolgung

Kürzlich erschienen von Raymond Ibrahim

Christen als "Übungs-Ziele", 2016-08-31

Obamas Flüchtlingspolitik: Ja zu potenziellen Terroristen, Nein zu Opfern des Genozids, 2016-06-12

Jesidisches Mädchen beschreibt Vergewaltigungshölle des IS, 2016-05-23

Jihad gegen christliche Kirchenzelte, 2016-05-21

USA zu Ostern: Wenn Christen abgeschlachtet werden - bitte wegsehen, 2016-04-04

erhalten sie die neuesten artikel als e-mail: tragen sie sich ein in die kostenlose gatestone institute mailingliste

IN MAILINGLISTE EINTRAGEN

MeistgelesenDas Neueste

"Christliche Mädchen sind nur für eine Sache gedacht, das Vergnügen muslimischer Männer"

von Raymond Ibrahim

Osteuropa: Letzte Barriere zwischen Christenheit und Islam

von Giulio Meotti

Frankreich: Was steckt hinter dem "Burkiniverbot"

von Guy Millière

Dschihadisten nehmen Spanien ins Visier

von Soeren Kern

Deutschland: Welle von Vergewaltigungen durch Migranten

von Soeren Kern

Schweden: Die Vergewaltigungsmetropole des Westens

von Ingrid Carlqvist und Lars Hedegaard

13. Oktober 2016, 13:27 Uhr

Nigeria

Boko Haram lässt 21 Schülerinnen frei

Fast zweieinhalb Jahre fehlte jede Spur von der Mädchengruppe, die von der Islamistengruppe Boko Haram verschleppt worden war. Nun hat die Miliz 21 Schülerinnen aus der Gefangenschaft entlassen. Im Zuge eines Gefangenenaustauschs hat die nigerianische Terrorgruppe Boko Haram 21 von mehr als 270 Mädchen freigelassen. Das bestätigte die nigerianische Regierung. Die Kämpfer der Boko Haram hatten im April 2014 im Bundesstaat Borno überwiegend christliche Schülerinnen aus Chibok entführt.

Die Mädchen seien in Banki im Nordosten Nigerias gegen vier Boko-Haram-Häftlinge ausgetauscht worden, berichtete bereits zuvor eine Quelle aus der Regierung gegenüber der Nachrichtenagentur AFP, wenig später folgte die Bestätigung der Regierung.

Boko Haram kämpft seit Jahren für die Errichtung eines islamischen Gottesstaats im mehrheitlich muslimischen Nordosten Nigerias. Mindestens 20.000 Menschen wurden in dem Konflikt bisher getötet, 2,6 Millionen Menschen wurden durch die Gewalt in die Flucht getrieben.

[57 Mädchen gelang kurz nach der Entführung vor zwei Jahren die Flucht.](#) Mehr als 200 galten weiterhin als vermisst. Im Mai kamen die ersten beiden frei: Die erste, eine 19-Jährige, wurde im Sambisa-Wald im Bundesstaat Borno von einem Suchtrupp gefunden, die zweite wurde zwei Tage später entdeckt und in Sicherheit gebracht.

Für die Freiheit der entführten Mädchen war die weltweite Kampagne "Bring Back Our Girls" (Bringt unsere Mädchen zurück) gestartet worden. Aisha Yesufu von der Kampagne sagte am Donnerstag, sie könne die Freilassung noch nicht bestätigen.

mho/AFP

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nigeria-boko-haram-laesst-21-entfuehrte-maedchen-frei-a-1116461.html>

9.594 Personen haben bereits unterzeichnet. Helfen Sie bitte mit, 10.000 Unterschriften zu erreichen.

von Bündnis C - Christen für Deutschland · Mit, 02.11.2016 - 23:30 Uhr

In den letzten Monaten wurden die Asylanträge vom Islam zum Christentum konvertierter Asylbewerber vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) immer häufiger negativ entschieden.

Insbesondere handelt es sich um Asylbewerber aus dem Iran und aus Afghanistan, die häufig schon in ihren Heimatländern Christen geworden sind, sich aufgrund massiver Verfolgung jedoch nicht taufen lassen konnten.

Mit teils haarsträubenden Begründungen unterstellt das BAMF Konvertiten, dass sie keine ernsthaften Christen seien, sondern sich nur aus opportunistischen Gründen haben taufen lassen, um einen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erhalten. Dabei greift das BAMF massiv in kirchliche Belange ein und stellt Kriterien für die Anerkennung der Bewerber als Christen auf, die mit der Lehre der Kirchen wenig oder gar nichts gemein haben. Pfarramtliche Bescheinigungen, die die Ernsthaftigkeit der Konversion aufgrund der Erfahrungen mit dem Asylbewerber bezeugen, werden in vielen Fällen nicht beachtet oder den Pfarrern Falschaussagen und fahrlässige Sakramentszulassung unterstellt.

Protokolle der Anhörungen sind oft unvollständig oder falsch, weil die muslimischen Dolmetscher wie auch manche Anhörer den Ausführungen des Asylbewerbers zu seinem Glauben keine Bedeutung beimessen, sie nicht übersetzen bzw. protokollieren wollen oder Begriffe des christlichen Glaubens falsch übersetzen. Antragsteller berichten sogar, dass sie wegen ihres Bekenntnisses zum christlichen Glauben vom Anhörer und vom Dolmetscher verspottet wurden. Häufig wird die Rückübersetzung des

Protokolls verwehrt, die ihnen zusteht. Asylentscheider, die den Antragsteller nicht selbst angehört haben, entscheiden jedoch nach Aktenlage anhand dieser Protokolle.

Die Ablehnungsbescheide bestehen aus wiederkehrenden, vorgefertigten Textbausteinen, die zur persönlichen Situation des Asylbewerbers häufig keinen Bezug haben. Als logische Folge werden immer mehr Klagen gegen die Ablehnung von Asylanträgen bei den Verwaltungsgerichten eingereicht.

Unterzeichnen Sie bitte diese Petition an den Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Herrn Dr. Frank-Jürgen Weise.

Christliche Asylbewerber aus islamischen Ländern dürfen vom BAMF nicht länger diskriminiert werden. Wir fordern für sie die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus nach § 3 Abs. 1 Asylgesetz (Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention) wegen persönlicher Verfolgung aufgrund ihrer Religion.

Vielen Dank!

Bündnis C – Christen für Deutschland

Mitteilungen an die Förderer der IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main
10/2016,2-3

Kuffar - Ungläubiger - oft zu hören in deutschen Flüchtlingsheimen. Wir geben den Opfern unsere Stimme

Für unsere Berichte über Nachstellungen und Benachteiligungen von christlichen und jesidischen Christen in deutschen Flüchtlingsheimen Mitte dieses Jahres wurden wir von Politikern, Kirchenleuten und Journalisten schwer gescholten. Das hatte das weltoffene Deutschland nicht wahrhaben wollen, dass mit der großen Zahl muslimischer Flüchtlinge auch solche mitkamen, die ihre Einstellung gegenüber Nichtmuslimen in deren Heimat hier nicht ablegen wollten. Viel schwerer aber wog der Vorwurf, dass deutsches muslimisches Personal und arabisch- oder kurdischsprachige Übersetzer Christen und Jesiden benachteiligt haben könnten. Fremdenfeindlichkeit gegenüber ausländischen Mitbürgern anderen Glaubens öffentlich zu vermuten, ging manchem Zeitgenossen einfach nicht über die Lippen. Ein nicht genannter Kommentator der Katholischen Nachrichtenagentur meinte sogar: „Für manche seien negative Ereignisse ein willkommenes Anlass, um Propaganda gegen muslimische Flüchtlinge und den Islam zu machen“. Nein, wir haben keine Propaganda gemacht, sondern Empfehlungen abgegeben und uns außerordentlich darüber gefreut, dass fast alle in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Kirchen im August 2016 aufgegriffen wurden.

Wir haben aber weiterhin nachgeschaut, Augenzeugen und christliche und jesidische Flüchtlinge befragt. IGFM-Mitarbeiterin Michaela Koller, die studierte Journalistin leitet in der IGFM das Referat Religionsfreiheit/Verfolgte Christen, hat mehrere Christen interviewt. Ich habe zusammen mit unserem jesidischen Kollegen Al-Rasho weiterhin Schicksale jesidischer Frauen aufgenommen. Uns hat besonders interessiert, ob man unserem Rat gefolgt ist, christliche Flüchtlinge nicht in ihrer Minderheitenposition zu belassen, sondern durch Zusammenlegung zu stärken, und ob man jesidische Frauen, die so viel Leid erfahren haben, weiterhin muslimische Betreuer und Übersetzer zur Seite stellt. Wir lassen Flüchtlinge diese Fragen selbst beantworten (aus Sicherheitsgründen nennen wir die genauen Adressen der Unterkünfte nicht; wir schließen nicht aus, dass die Flüchtlinge inzwischen verlegt wurden.):

Alhabib, Rojeh, geboren am 17. 10. 1987 in Syrien Al-Suaida, Christ. aus christlicher Familie, derzeit in Sachsen-Anhalt. „Da ich ein Christ bin, kann ich nirgends meine christ-liche Religion ausüben. Ich kann vor lauter Angst nicht einmal mein Kreuz tragen. Muslimische Mitflüchtlinge bedrohen mich und streiten mit mir, um mich zu schlagen. So war es im August 2016. Ich habe die Polizei nicht informiert wegen der Angst vor ihnen, denn sie sind so zahlreich und konzentriert in diesen Heimen.“

Ossama Mossleh, geboren am 4. April 1970 in Damaskus, Christ, römisch-katholisch, aus christlicher Familie, jetzt Frankfurt. „Ich wurde mehrere Male bedroht, weil ich an-geblich ein Apostat sei. Die Muslime im Heim haben meine Bibel zerris-sen sowie Heiligenbilder, die ich bei mir hatte, weil dies mit dem Islam unvereinbar sei. Sie haben mich bestohlen und geschlagen mit den Worten: ‚Du Schwein, Du Apostat, Du Ungläubiger.‘ Das passierte im Monat Nissan (April).“

Samer Abd Allah Haddad, gebo-ren 6. Juni 1973, aus Horns, Christ, aus christlicher Familie, Unterkunft in Frankfurt. „Wir leben in ständiger Angst vor physischem so-wie psychischem Terror. Die Bedrohung fängt verbal an; dann kommt das Mobbing, die bösen Blicke, das Stören im Alltag und die schlechte Be-handlung die ganze Zeit. Die muslimischen Sozialarbeiter, die durchweg türkischen Ur-sprungs sind, üben Druck auf uns aus und hassen die Syrer, besonders die Christen. Sie verfolgen uns auf Schritt und Tritt und spielen sich als Herren auf. Wir können ihnen nicht entkommen, sie beherrschen unser Leben und wir sind ihnen total ausgeliefert. Sie nützen unsere Notsituation aus.“

Grigor Gorjian, geboren 1954, aus Aleppo, Christ, aus christlicher Familie, nun Flüchtling in Frankfurt. „Es gibt nur zwei Christen im ganzen Asylheim und die Muslime lassen uns nicht in Ruhe. Sie wollen, dass wir zum Islam konvertieren. Das letzte Mal war am 5. Juni (Beginn des Ramadan).“

Bahina, Marwa, geboren am 2. 3. 1993 in Mossul, Christin. jetzt Duisburg. „Die muslimischen Heim-bewohner haben mich und meine Kinder als Heiden und Schweine-fresser beschimpft. Sie haben meine Kinder beleidigt, sie seien die Kin-der von der soundso-Mutter. Sie for-derten uns mehrfach auf, auszuzie-hen und das Heim zu verlassen, weil wir nicht wie die anderen, normalen Menschen seien. Am 6. Juli 2016 tranken wir Kaffee mit anderen Gästen unter einem Baum und die Heimaufseher standen uns gegen-über. Ein muslimischer Aufseher zeigt auf seinen Hals, als hielte er ein Messer in der Hand, und meinte, wir seien keine Menschen, man müsse uns schlachten, weil wir Christen sind. Ein anderes Mal wollten wir beim Roten Kreuz Kleider aus der Kleiderkammer holen. Der Kleider-verwalter dort war ein Muslim. Jedes^Mal, wenn wir Kleider holen wollten, dagte dieer zu uns: Hir gibt es für euch nichts, ihr seid Kuffar nd diese haben hier nichts zu suchen.“

Als die Jesidin Shaha vom IS gefangen genommen wurde, war sie 21 Jahre alt, hatte einen einjährigen Sohn und war im vierten Monat schwanger. Vor ihren Augen wur-den Mann, Bruder, Vater, Schwager ermordet. Sie wurde versklavt und vergewaltigt.

Shaha ist in einem Heim in Nord-deutschland untergekommen. In dem Heim leben vier Frauen mit vier Kindern. Das Heim wird geführt vom Sozialamt und hat in dem Heim vier Betreuerinnen und als Dolmetsche-rinnen eingesetzt: drei kurdische Musliminnen und eine muslimische Russin. Shaha bezeichnet das Ver-hältnis zwischen den jesidischen Frauen und dem muslimischen Personal als sehr angespannt. Sie ließen die Jesidinnen, obwohl im Rahmen der Sonderkontingentre-gelung aufgenommen, jederzeit wissen, dass sie nur Gäste auf Zeit seien. „Ihr seid nur zur Behandlung hier. Danach müsst ihr wieder zu-rück.“ Das Leben sei deshalb so schwer, weil sie keine Besucher, nicht einmal nahe Verwandte, die ein ähnliches Schicksal wie sie haben, empfangen dürfen. Selbst Verwandte dürfen das Gebäude nicht betreten. „Wenn Ihr andere Frauen trifft, dann weint ihr nur.“ sei das Argument der Betreuerinnen. Ihre Schwägerin, die Schwester ihres erschossenen Mannes, lebt in einem Heim in Schleswig-Holstein. Sie würde sich gerne mit ihr in Ruhe austauschen, denn ihre Schwägerin traf das gleiche Schicksal. Wenn es den Frauen doch gelang, Verwandte einzuschleusen, holten die Betreuer die Polizei und ließen die Gäste abführen.

Mitteilungen an die Förderer der IGFM - Internationale Gesellschaft für Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V., Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

10/2016,1

Lal Masjid lebt noch im Mittelalter. Auch sie wird eines Tages überwunden." „Vielleicht - aber Sie dürfen nicht vergessen, dass Musharraf das Land verlassen musste, nicht aber der Imam, der für Lal Masjid verantwortlich war. Das sollte Ihnen viel darüber sagen, wer das Schicksal Pakistans wirklich kontrolliert."(Leserbriefkommentare ohne Namensnennung am 14.10.2016 in der pakistanischen Zeitung „Tribune" anlässlich der erneuten Verurteilung der Anhörung Asia Bibis)

Die Anklage gegen Asia Bibi geht zurück auf Juni 2009, als ein Streit zwischen der christlichen Asia Bibi und einigen muslimischen Frauen ausbrach, weil sie den Krug angefasst hatte, aus denen die muslimischen Frauen getrunken hatten. Später gingen die Frauen zu einem örtlichen Kleriker und beschuldigten Asia Bibi der Blasphemie gegen den Propheten Mohammed. 2010 verurteilte Muhammad Naveed Iqbal, Richter eines lokalen Gerichts, Asia Bibi zum Tode. Seither wurde das Urteil von mehreren Instanzen in langwierigen Verfahren, in denen es aufgrund der Drohkulisse extremistischer Muslime immer wieder zu Verurteilungen - vor dem Obersten Gericht sogar fünf Verurteilungen - kam, bestätigt. Am 14. Oktober sollte die allerletzte Anhörung stattfinden, aber auch sie wurde erneut vertagt.

Die radikal-islamische Gruppe „Lal Masjid" und andere hatten damit gedroht, dass sie die Regierung bekämpfen und in die Knie zwingen werden, sollte Asia Bibi freigelassen werden. „Wir sind ernsthaft besorgt über die Bemühungen um die Freilassung des blasphemischen Asia Bibi und werden die Lasterer, die sie verteidigen, wer sie sind und auf welcher Position sie auch arbeiten. genau registrieren", sagte der Sprecher von Lal Masjid gegenüber der Presse und kündigte für sie schwerwiegende Konsequenzen an. Er drohte sogar einigen ausländischen Botschaftern. er werde die öffentliche Meinung über die Moscheen mobilisieren: die Folgen hätten sie dann selbst zu verantworten. Unausgesprochen weist er damit auf die Schicksale des früheren Gouverneurs der Region Punjab Salmaan Taseer (Muslim) und den Minderheitenminister Shahbaz Bhatti (Christ) hin, die wegen ihrer Fürsprache für ein faires Verfahren für Asia Bibi von Extremisten ermordet wurden. Seit der von strenggläubigen Muslimen wie ein Volksheld gefeierte Mörder von Salmaan Taseer am 29.2.2016 gehängt wurde, werden die Stimmen, die Asia Bibis Hinrichtung und den Tod aller Unterstützer fordern, immer zahlreicher und lauter. Selbst ein Gnadenakt des Präsidenten als letzte Möglichkeit, sollte das Oberste Gericht das Todesurteil erneut bestätigen, könnte das Land in Aufruhr versetzen.

Asia Bibis Familie lebt seit 2010 weitgehend in Abgeschiedenheit. Dass ihr Mann Ashiq Masiq und Esham, ihre 18-jährige Tochter, von Papst Franziskus im April letzten Jahres empfangen wurde, nachdem bereits sein Vorgänger Benedikt XVI Asia Bibis Freilassung gefordert hatte, sehen viele Muslime, nicht nur in Pakistan, als Einmischung der katholischen Kirche in innerpakistanische Angelegenheiten. **"Die radikalislamische Gruppe Sunni Tehreek hat eine Stellungnahme verbreitet, in der sie die Regierung auffordert. Asia Bibi zu hängen und alle anderen auf der Grundlage des Blasphemiegesetzes Gefangenen", sagte uns Joseph Francis von CLAAS. Sunni Tehreek wird von 150 Islamgelehrten unterstützt.** Mehrfach haben Christen in Pakistan seitdem an die IGFM appelliert, öffentliche Aktionen und Äußerungen, die pakistanische Muslime als Provokation empfinden könnten, auf den Prüfstand zu stellen.

Die IGFM nimmt die Befürchtungen der Christen ernst, jedoch hält sie an der Forderung nach Freilassung von Asia Bibi fest, denn die ständige Nichtentscheidung der Gerichte kommt einer Hinrichtung auf Raten gleich. Asia Bibi ist bereits jetzt Märtyrerin. Ihre Hinrichtung dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen die europäischen Botschafter in Pakistan ermuntern, für Asia Bibi einzutreten und nach Lösungen zu suchen. Wir werden weiter berichten. das Schicksal aber auch in den Zusammenhang mit der bedrohlichen Lage

der Chris-ten und anderer Nichtmuslime in Pakistan zu bringen. Wir halten den Kontakt in diesem Sinne mit unseren pakistanischen Partnerorganisati-onen CLAAS und The Voice, deren Rechtsanwälte auch in anderen Fällen, in denen Christen zu Unrecht der Blasphemie beschuldigt werden, bedroht werden. Wir unterstützen sie, weil sie uns ständig über die Vorgänge in Pakistan unterrichten, damit wir im Falle erneuter massiver Übergriffe von extremistischen Mus-limen auf Christen nicht überrascht werden und sofort helfen können. Bitte unterstützen Sie diese Arbeit mit Ihrer Spende.

<http://www.pi-news.net/2016/12/ein-vergleich-moschee-dresden-kirche-garbsen/#more-545998>

Ein Vergleich: Moschee Dresden, Kirche Garbsen

Man soll Gewalttaten nicht gegeneinander aufrechnen. Aber der Vergleich zwischen dem Anschlag auf die „Eroberer-Moschee“ in Dresden (kl.Foto) und dem Anschlag auf die Willehadi-Kirche ([PI berichtete mehrfach](#)) in Garbsen bei Hannover (Foto) drängt sich geradezu auf. Um die verquere Logik der „Tagesschau“ zu bemühen: Wenn eine Gruppe Türken in Hannover eine Kirche komplett niederbrennt, ist das ein Ereignis von „regionaler Bedeutung“ und zu verschweigen. Wenn ein deutscher Einzeltäter in Dresden einen Anschlag auf die Tür einer Moschee verübt, ist das ein Ereignis von „überregionaler Bedeutung“, über das monatelang ausführlichst zu berichten ist.

(Von Georg S.)

Gleich vorweg: Es soll hier nichts entschuldigt werden. Der Anschlag auf die „Eroberer-Moschee“ („Fatih Camii“) von Dresden durch einen rechtslastigen Einzeltäter ist als Mittel der politischen Auseinandersetzung abzulehnen. Auch wenn sich die Antifa und sonstige linke Sturmstaffeln gegenüber der AfD regelmäßig genau derselben Mittel bedienen (über die die Lügenpresse grundsätzlich nicht berichtet, da immer nur von „regionaler Bedeutung“): Es ist nicht vertretbar, solche Methoden des politischen Gegners zu übernehmen und dann auch noch gegen einen politischen Bündnispartner dieses Gegners einzusetzen. Gewaltanwendung als Mittel der politischen Auseinandersetzung muss tabu bleiben.

Lassen wir die üblichen Brandanschläge der Antifa aber einmal außer acht und konzentrieren wir uns auf den direkten Vergleich zwischen den beiden herausragendsten Anschlägen auf religiöse Gebäude der letzten Jahre: Neben dem erwähnten Anschlag auf die „Eroberer-Moschee“ in Dresden ist dies vor allem der [Brandanschlag auf die Willehadi-Kirche in Garbsen](#) bei Hannover. Diese Kirche wurde nach letztem Stand der Dinge mit größter Wahrscheinlichkeit von einer Gruppe Türken bis auf die Grundmauern niedergebrannt – natürlich hat man die Täter nie gefunden, wohl weil man sie auch nicht unbedingt finden wollte.

Die Bilder der ausgebrannten Kirche von Garbsen sind bis heute erschreckend:

Solche Bilder kennt man sonst nur von islamischen Anschlägen auf Kirchen in Pakistan. Für die „Tagesschau“ und die sonstige Lügenpresse war der Anschlag auf die Kirche in Garbsen dennoch nur ein Ereignis von „regionaler Bedeutung“. Außer der Regionalzeitung „Hannoversche Allgemeine“ hat kaum ein Medium über diesen spektakulärsten Brandanschlag auf ein religiöses Gebäude in Deutschland seit 1938 berichtet. Dieses Totschweigen von Ausländergewalt ist uns nur allzu gut vertraut und folgt einem politischen Prinzip: Die Deutschen sollen nicht erfahren, dass etwas böse aus dem Ruder läuft im angeblichen Paradies der „Bunten Republik Deutschland“ (Christian Wulff). Sonst bekommt dieses angebliche Paradies nämlich Risse in der herausgeputzten Fassade. Ganz anders verhielt sich die Presse im Fall des Anschlags auf die „Eroberer-Moschee“ von Dresden. Noch am selben Tag wurde über den Anschlag in der „Tagesschau“ und in allen anderen überregionalen Medien ausführlich berichtet. Kaum war der Täter gefasst, wurde in ganz

Deutschland sofort die Story verbreitet, es handele sich um einen Pegida-Redner – was mindestens unsauber recherchiert, vermutlich aber absichtlich irreführend war. Auch hier folgte die Berichterstattung einem politischen Prinzip. Ein Anschlag auf eine Moschee ist aus Sicht der Propaganda grundsätzlich ein Ereignis von „überregionaler Bedeutung“, weil es dabei um eine abschreckende und zugleich einschüchternde Wirkung geht. Die Botschaft lautet: Brandanschläge von Deutschen auf Moscheen sollen sich nicht wiederholen, wer einen Böller vor einer Moschee zündet, ist ein Staatsfeind. In Garbsen hingegen lautete die Botschaft: Brandanschläge von Türken auf Kirchen sind egal, wer eine Kirche niederbrennt, ist kein Staatsfeind, sondern begeht einen Dummejungenstreich.

Es hilft daher auch nichts, im Vergleich zwischen der Willehadi-Kirche in Garbsen und der „Eroberer-Moschee“ in Dresden auf den verhältnismäßig geringfügigen Schaden an der Moscheetür einerseits und die vollständig ausgebrannte Kirchenruine andererseits hinzuweisen. Der geringe Schaden an der Tür an der „Eroberer-Moschee“ ist bedeutsam, die komplett schwarz verkohlte Kirche ist es nicht – so sind die Regeln der politischen Propaganda.

Die Brandstifter der Kirche von Garbsen hat man nie gefunden. Mehr als ein paar Steckbriefe in der Stadt auszuhängen, hat die Polizei damals auch nicht getan – demonstrative Passivität der Ermittlungsarbeit. In Dresden wurde hingegen gleich ein „Operatives Abwehrzentrum“ eingesetzt, das eine Wohnung nach der anderen durchsuchte, bis man den Täter schließlich hatte – demonstrative Aktivität. Wenn die Polizei will, dann kann sie bekanntlich auch.

Und selbstverständlich hat sich damals nach der Niederbrennung der Kirche in Garbsen auch kein einziger Politiker zu diesem schändlichen Ereignis geäußert, geschweige denn die dortige christliche Gemeinde besucht. Aber ebenso selbstverständlich gab sich das politische Establishment in der „Eroberer-Moschee“ gegenseitig die Klinke in die Hand, um der dortigen islamischen Gemeinde seine allertiefste Bestürzung und Betroffenheit auszudrücken.

Die Willehadi-Kirche in Garbsen und die „Eroberer-Moschee“ in Dresden – die in diesem Vergleich erkennbare Systematik doppelter Maßstäbe von Politik, Polizei und Presse sollte uns allen eine Warnung sein: Wehe uns Deutschen, wenn eines Tages nicht nur unsere Kirchen in Brand gesetzt werden, sondern auch unsere Häuser.

Die Kommentare zu den Beiträgen geben nicht die Meinung des PI-Teams wieder. Wir behalten uns vor, sie zu kürzen oder zu löschen. Das betrifft auch Kommentare, die zu sehr vom Thema des Beitrags abweichen (OT). Kommentatoren, die gegen unsere [Policy](#) verstoßen, werden gesperrt oder unter Moderation gestellt. Wir bitten unsere Leser, entsprechende Kommentare dem PI-Team [zu melden](#). Kommentare, die mehr als zwei Links enthalten, gehen automatisch in Moderation. [Unterstützen Sie](#) die Arbeit von PI.

Achtung: Der Kommentarbereich wird jeweils 48 Stunden nach Erscheinen eines Artikels geschlossen. Kein OT bei den ersten 10 Kommentaren!

Anzeige: [Wandere aus, solange es noch geht! Finca Bayano...](#)

Bisher 149 Kommentare:

1. #1 **KDL** (13. Dez 2016 22:05)

Wenn ein deutscher Einzeltäter in Dresden einen Anschlag auf die Tür einer Moschee verübt, ist das ein Ereignis von „überregionaler Bedeutung“, über das monatelang ausführlichst zu berichten ist.

Und nicht zu vergessen, dass unsere hoch geschätzte Bundeskanzlerin hier sogar den Tatort besucht und mit den Insassen geredet hat.

<http://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/2017/01/04/experte-alles-sechs-minuten-wird-ein-christ-getoetet/>

04.01.2017 **CHRISTENVERFOLGUNG**

Experte: „Alle sechs Minuten wird ein Christ getötet“

Weltweit sind Christen die am häufigsten verfolgte Religionsgruppe. Der italienische Soziologe Massimo Introvigne spricht von rund 90.000 Ermordeten im vergangenen Jahr – das Hilfswerk Open Doors von deutlich geringeren Zahlen.

Im Jahr 2016 sind weltweit mehr als 90.000 Christen ermordet worden. Das berichtete die christliche Online-Zeitung **Christian Post** vor dem Jahreswechsel auf ihrer Internetseite und beruft sich dabei auf ein Interview von **Radio Vatikan** mit dem italienischen Soziologen Massimo Introvigne. Verschiedene Institute weltweit versuchen, eine Größenordnung der jährlich ermordeten Christen zu ermitteln. Introvigne vom „Center for Studies on New Religions“ beruft sich auf eine Erhebung des amerikanischen „Center for Study of Global Christianity“.

Nach Angaben von Introvigne werde demnach durchschnittlich alle sechs Minuten ein Christ getötet. Seinen Angaben zufolge wurden etwa 70 Prozent der Getöteten Opfer ethnischer Konflikte in Afrika. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Opfer weltweit gesunken. 2015 waren nach Angaben Introvignes noch rund 105.000 Christen getötet worden.

Open Doors nennt niedrigere Zahlen

Zu den veröffentlichten Zahlen auf Christian Post erklärte Ado Greve vom Pressebüro des christlichen Hilfswerkes Open Doors: „Wir geben jährlich die Zahl der Christen bekannt, die wegen ihres Bekenntnisses zu Jesus Christus ermordet werden. Dabei kann Open Doors dies auch nur in dem Umfang tun, wie uns entsprechende Information vorliegt.“ Open Doors wisse nicht um alle wegen ihres Bekenntnisses getöteten Christen. „Werden Christen bei Unruhen oder im Kriegsgeschehen ermordet, so ist nicht in jedem Fall davon auszugehen, dass sie deshalb ermordet wurden, weil sie sich zu Jesus bekannten“, erklärte Greve. Deshalb komme Open Doors zu wesentlich niedrigeren Zahlen als manche andere Organisation. „Da geht es nicht um richtig oder falsch“, sagte Greve. Den verschiedenen Angaben lägen „unterschiedliche Bemessungsansätze zugrunde“.

Im aktuellen Weltverfolgungsindex berichtet Open Doors von etwa 7.100 aus Glaubensgründen ermordeten Christen im Jahr 2015. „Die Zahl dürfte wesentlich höher sein. In den genannten Fällen bestätigen jedoch Zeugen den Tod der Christen um ihres Glaubens willen“, erklärte Greve. Am 11. Januar wird die christliche Menschenrechtsorganisation ihren „Weltverfolgungsindex 2017“ mit den Zahlen für 2016 veröffentlichen. „Es bleibt ein schmerzhaftes Thema, dass weltweit Christen alleine deshalb ermordet werden, weil sie sich zu Jesus bekennen“, sagte Greve. (pro)

Von: nob

Weiterführende Links

- **Kissler: Woher rührt unser Desinteresse?**
- **Rode: „In Afrika findet ein regelrechter Genozid an Christen statt“**
- http://it.radiovaticana.va/news/2016/12/26/persecuzioni_anticristiane_2016_circa_90_mila_uccisi/1281180
- <http://www.christianpost.com/news/90000-christians-killed-in-2016-1-every-6-minutes-study-172464/>

<http://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/gesellschaft/2016/12/16/in-afrika-findet-ein-regelrechter-genozid-an-christen-statt/>

15.12.2016 OPEN-DOORS-CHEF MARKUS RODE

„In Afrika findet ein regelrechter Genozid an Christen statt“

Der Geschäftsführer des christlichen Hilfswerks Open Doors, Markus Rode, sagt, Deutschland solle sich nicht nur für die Religionsfreiheit anderer Länder einsetzen, sondern sich auch intensiv mit der eigenen beschäftigen. Im Gespräch mit pro äußert

er sich außerdem zu der Kritik an einer Open-Doors-Erhebung und was der Einzelne gegen die weltweite Christenverfolgung tun kann.

Herr Rode, was sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen, wenn Menschen im Westen verfolgten Christen helfen wollen?

Markus Rode: Christen hier benötigen Informationen zur Situation verfolgter Christen, um sich mit ihnen und ihrem Leid identifizieren zu können. Verfolgte Christen haben in den meisten Verfolgungsländern kaum Möglichkeiten, sich öffentlich zu artikulieren und leben oft im Untergrund. Wenn man mit ihnen unmittelbar in Kontakt treten möchte, birgt das oft hohe Risiken für die Betroffenen. Diese Barrieren sind nicht leicht zu überwinden. Aus diesem Grund versuchen Werke wie Open Doors, Brücken zwischen den Christen im Westen und verfolgten Christen zu bauen. Darüber können dann Informationen, Ermutigung und Hilfe fließen und Christen hier haben direkten Einfluss auf die Situation ihrer verfolgten Glaubensgeschwister. Und durch die Flüchtlingskrise sind Gemeinden jetzt auch in Deutschland aktiv dabei, Flüchtlingen zu helfen.

Open Doors tut einen Dienst für die verfolgten Christen weltweit. Wie erfolgreich sind Sie dabei?

Der Gründer von Open Doors, Bruder Andrew, wurde einmal gefragt, ob die eigene Arbeit etwas bewirkt habe, da die Situation der Christen ja immer schlimmer geworden sei. Seine Gegenfrage war: Was wäre, wenn Open Doors diesen Dienst nicht getan hätte?“ Gerade wegen der zunehmenden Christenverfolgung müssen wir unseren Dienst noch weiter ausbauen, damit unsere Glaubensgeschwister immer wieder ermutigt und getröstet werden und ihren Glauben nicht verlieren. Doch das können wir nur gemeinsam mit den Christen tun, die sich als Leib Christi mit verfolgten Christen verbunden fühlen.

Wie sieht das konkret aus?

Wir schulen die Menschen und bilden sie aus. Wir haben eine weltweit verzweigte Untergrund-Bibelschule. Wir bilden neue Leiter aus und bereiten die bedrängten Gemeinden auch auf die Begleiterscheinungen einer zunehmenden Islamisierung vor, und wie sie nach biblischem Vorbild darauf reagieren. Darüber hinaus kümmern wir uns um existenzielle Nöte der Christen. Wir geben Rechtsbeistand und sind für Politiker und politische Institutionen Ratgeber. Wir sind keine klassische Menschenrechtsorganisation, sondern ein geistlicher Dienst. Wir stärken die verfolgte Kirche, damit sie das Evangelium weitergibt und viele Menschen mit dieser frohen Botschaft erreicht. Und natürlich helfen wir den Christen in den Krisenregionen auch immer, damit sie diese Hilfe auch mit Bedürftigen teilen, unabhängig von ihrer Religion. Dabei werden die Prioritäten unseres Dienstes immer in Abstimmung mit den verfolgten Christen gesetzt.

Im Mai haben sie eine Erhebung zur Situation von Christen in Flüchtlingsheimen vorgelegt, die nicht unumstritten war. Sind die Zweifel daran ausgeräumt?

Wir haben die Methodik sauber beschrieben und die religiös motivierten Übergriffe auf Basis von Interviews mit den Betroffenen sauber dokumentiert. Von einem Journalisten einer großen Zeitung wurde die Erhebung pauschal als unseriös bezeichnet. Die Berichte der Betroffenen wurden hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts bezweifelt und damit alle Opfer dieser oft brutalen Übergriffe pauschal als Lügner unter Generalverdacht gestellt. Hier haben offensichtlich politische Ziele mehr Gewicht gehabt als die dramatische Situation der Betroffenen. Seriöser Journalismus sieht anders aus. Damit hat der Redakteur den Betroffenen einen Bärendienst erwiesen. Betroffen war ich nicht wegen Kritik an Open Doors, sondern wegen der christlichen Flüchtlinge, die schon soviel Leid erlebt haben und jetzt wie in ihren Herkunftsländern auch in Deutschland als Lügner dargestellt werden.

Sie haben dann noch viele weitere Übergriffe dokumentiert.

Ja, damit haben wir unsere erste Erhebung erweitert, untermauert und die von Kritikern veröffentlichten Zweifel widerlegt. Die auf 743 erweiterte Anzahl der dokumentierten religiös motivierten Übergriffe ändert nichts an der Kernaussage der Erhebung. Christen, aber auch Jesiden, wurden so brutal behandelt, dass wir schnell handeln und dabei sauber dokumentieren mussten. Entscheidend ist, dass wir diesen Christen zur Seite stehen und ihren Schutz weiterhin einfordern, denn die Übergriffe finden nicht mehr nur in den Asylheimen statt, sondern sie haben sich bereits auf die Straße verlagert.

Wo sehen Sie für die Zukunft den größten Handlungsbedarf für Ihr Werk?

In Deutschland sind wir gerade dabei, eine „Flüchtlingshelfer-Datenbank“ zu erstellen, auf die Gemeinden zugreifen können, um in Flüchtlingsangelegenheiten Hilfe von christlichen Experten zu erhalten. Wir wollen auch christliche Rechtsanwälte vernetzen, die in den derzeit willkürlichen Abschiebe-Prozessen gegen christliche Konvertiten helfen könnten. Wir wollen transparent darstellen, wie Christen helfen können und zudem die Politiker weiterhin für das Thema sensibilisieren.

Und wie sieht die Situation weltweit aus?

Weltweit hat das Level und die Schärfe der Verfolgung von Christen zugenommen. Im Mittleren Osten findet ein regelrechter Exodus statt. In der Ninive-Ebene haben viele keine Hoffnung mehr, jemals in ihre zerbombten Häuser zurückzukehren. Auf der anderen Seite gibt es Lichtblicke. Mehrere hundert christliche Jugendliche aus den Kurdengebieten haben sich kürzlich zu einer Hoffnungskonferenz getroffen. Sie sind bereit für einen Neuanfang. Wir wollen ihnen dabei helfen und appellieren an die Politiker, die befreiten Städte in der Ninive-Ebene bei Mossul zügig wieder aufzubauen. Das wäre auch ein Hoffnungszeichen für syrische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.

Das ist doch eine Herkulesaufgabe, oder?

Ja, aber mit Gott ist nichts unmöglich. In Afrika ist die Situation noch schlimmer als im Mittleren Osten. In den Nuba Bergen im Sudan, wo viele Christen leben, findet derzeit ein regelrechter Genozid statt, über den in den Medien einfach nicht berichtet

wird. Die Flugzeuge der islamistischen Regierung zerbomben Kirchen, christliche Schulen und Krankenhäuser, um diese Gegend von Christen zu säubern. Es wird nur etwas dagegen unternommen, wenn die Medien diese unfassbare Situation aufgreifen und die Öffentlichkeit dort hin schaut. Auch hier sind die westlichen Politiker gefordert, die die Regierung des Sudan mit Entwicklungshilfe unterstützen.

Was kann jeder Einzelne tun, um Christen in Not zu helfen?

Leider können wir uns in dieser Frage nicht auf die Regierungen und die Staatengemeinschaft verlassen. Jeder einzelne Christ, aber auch Gemeinden können helfen, die Betroffenen zu ermutigen und in ihrem Glauben zu stärken. Auch gerade christliche Politiker haben es oft nicht leicht, das Thema aufzugreifen, wenn es um Christen geht. Umso mehr haben wir als Christen die Verantwortung, uns als Teil des Leibes Christi hier einzusetzen. Open Doors kann helfen, Brücken zu bauen. Wenn diese Brücken nicht intensiv von uns Christen genutzt werden, bleibt der Dienst von Open Doors jedoch nur eine leere Hülle.

Für wie viele Jahre reicht ihre Energie noch als Chef von Open Doors?

Ich halte mich an das Bibelwort „Die auf den Herren hoffen, ermüden nicht.“ Mit meiner eigenen Motivation und Kraft wäre ich schon längst am Ende, wenn ich die Dunkelheit und Grausamkeit in dieser Welt sehe. Aber ich weiß, dass Jesus den Sieg errungen hat, der wirklich Bestand hat. Deswegen sehe ich meine Aufgabe nicht als Job, sondern als Berufung.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Johannes Weil. (pro)

Von: Wilfried Puhl-Schmidt [mailto:info@schalom44.de]

Gesendet: Dienstag, 17. Januar 2017 16:54

An: Verborgene_Empfänger:

Betreff: BPE Info: Ein mieses Gerücht ist Wirklichkeit

Liebe zeitkritische Geister in kritischer Zeit.

Es galt als mieses Gerücht, um das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) zu diffamieren. Doch nun kommt die Wirklichkeit ans Tageslicht: **Das BAMF schiebt tatsächlich christliche Flüchtlinge und Asylbewerber in ihre islamische Heimatländer ab, aus denen sie doch gerade wegen Bedrohung und Verfolgung geflohen sind.** Ich danke meinem Freund Dr. Heger, dass er mich auf die Praxis dieser staatlichen, steuerfinanzierten Institution aufmerksam gemacht hat. **Die Beamten des genannten Bundesamtes begründen die Abschiebung der Christen mit der Möglichkeit, dass sie ja nach der Abschiebung in Verfolgungsländer ihren Glauben verleugnen könnten. Ja! Sie haben richtig**

gelesen!!! Das BAMF schiebt Christen ab, obwohl das Asylgesetz genau für diesen Personenkreis gilt. Die Beamten wissen doch um die Bedrohung, die auf Christen in ihren Heimatländern wartet; zumal dann, wenn sie früher Muslime waren.

Ich frage mich mit dem Conservo-Kommentator Michael Stein, wie denn die Verleugnung aussehen könne. Sollen die abgeschobenen Christen in ihren Verfolgungsländern zum Islam konvertieren, damit sie von Koran-treuen Muslimen nicht diskriminiert, geschlagen, unterdrückt, getötet oder bestenfalls als Menschen zweiter Klasse behandelt werden? Lesen Sie bitte unbedingt den Artikel "[Christliche Flüchtlinge: Abschieben und amtlich zur Glaubensverleugnung verdonnern](#)".

Ich empfehle Ihnen auch ausdrücklich die Lektüre des Artikels "[Bizarres Religionsexamen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#)", welcher belegt, dass Asylbewerber, die zum Christentum konvertierten, von Beamten des BAMF mit hinterhältigen Fragen bewusst schikaniert werden.

Wenn es jemanden gibt, der die Probleme von christlichen Asylbewerbern wie nur wenige Pfarrer kennt, dann ist es Pfarrer Dr. Gottfried Martens in Berlin. Neben seiner Gemeindegemeindearbeit hat er es sich zur Aufgabe gemacht, Asylbewerber, die sich für das Christentum interessieren, zu begleiten. Er kennt und beklagt die Steine, welche insbesondere den Konvertiten von offiziellen staatlichen Stellen in den Weg geworfen werden. Lesen Sie bitte "[Stephanustag: Kirche gedenkt verfolgter Christen](#)".

In diesen Zusammenhang gehört auch die Lektüre des [Berichtes eines Moslems, der zum Christentum konvertierte](#) mit all den Folgen in seinem Land.

Immer wieder frage ich mich, warum der Vorsitzende der Deutschen katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, wieder einmal schweigt. Diese Frage richtet sich auch an den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche (EKD), Bedford-Strohm.

Warum schweigen die beiden Kirchenfürsten wieder politisch korrekt?

Mit nachdenklichem Gruß

Wilfried Puhl-Schmidt

Wilfried Puhl-Schmidt

Lammstraße 4

77694 Kehl am Rhein

Deutschland

Besuchen Sie auch meinen Blog unter www.schalom44.de.

<https://conservo.wordpress.com/2017/01/14/freitag-der-13-der-schwarze-freitag-oder-wie-man-gott-verraet/#more-13425>

Freitag, der 13. – der schwarze Freitag. Oder: Wie man Gott verrät

Veröffentlicht am 14. Januar 2017 von conservo

(www.conservo.wordpress.com) **Von Peter Helmes und Michael Stein**

Flüchtlinge sollen nach BAMF-Meinung Christus verleugnen

Ausgerechnet gestern, am Freitag, dem 13. Januar, kommt mir eine Meldung auf den Tisch, die mir die Luft nimmt. Sie erinnert fatal an den Fehltritt der beiden deutschen „Christen-Oberhäupter“ – Kardinal Marx, Vorsitzender der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz, und Heinrich Bedford-Strohm, Präses der Ev. Kirche Deutschlands.

Die beiden Gottesmänner, ganz Vorbild in Demut und Feigheit, hatten in Jerusalem beim Besteigen des Tempelberges keinen Mut, Kreuz, also Rückgrat, zu zeigen und versteckten auf einen Wink der muslimischen Gastgeber hin ihr Bischofskreuz. Man wollte ja durch die Darstellung des gekreuzigten Jesus die moslemischen Gastgeber in ihren religiösen Gefühlen nicht verletzen (conservo berichtete: <https://conservo.wordpress.com/2016/11/01/aus-respekt-vor-dem-islam-bischofskreuz-ab/>).

Verfolgung der Christen steigt alarmierend

Das Beispiel der beiden Oberhirten hat wohl vor den Toren der BAMF („Flüchtlingsbehörde“) nicht haltgemacht. „Steglitz Lutherisch“ berichtete gestern (13.01.2017) u.a.:

„Unsere Gemeindeglieder kommen aus Ländern, die im neuen Weltverfolgungsindex von Open Doors die Plätze 3,4,6,7,8 und 10 belegen ... Und doch müssen so viele von ihnen darum zittern, als christliche Flüchtlinge hier in Deutschland anerkannt zu werden. Der Iran ist im Index noch einmal um einen Platz nach oben gestiegen. Begründung: „Mit 85 Punkten steht der Iran auf Platz 8 des Weltverfolgungsindex (WVI) 2017. Im Jahr 2016 nahm der Iran mit 83 Punkten Platz 9 ein.

Der Punktanstieg ist auf einen stärkeren Druck auf Christen zurückzuführen, der sich etwa in einer erhöhten Anzahl von Inhaftierungen zeigt.“ Dennoch hagelt es auch in diesem neuen Jahr weiter Ablehnungen von Asylanträgen iranischer Christen. Begründung immer wieder: Es kann ihnen zugemutet werden, ihren Glauben in ihrer Heimat zu verleugnen ... Hier noch einmal der Weltverfolgungsindex im Überblick:

[https://www.opendoors.de/ \(.../weltverfolgungsindex_2017_platz.../\)](https://www.opendoors.de/ (.../weltverfolgungsindex_2017_platz.../))

(gefunden auf <https://www.facebook.com/Steglitz-Lutherisch-417213035155072/?fref=nf>).

https://www.opendoors.de/verfolgung/weltverfolgungsindex-2017/weltverfolgungsindex_2017_platzierungen/

e und Platzierungen: Durch einen Klick auf ein Land gelangen Sie zum jeweiligen Länderprofil.

- 1. Nordkorea
- 2. Somalia
- 3. Afghanistan
- 4. Pakistan
- 5. Sudan
- 6. Syrien
- 7. Irak
- 8. Iran
- 9. Jemen
- 10. Eritrea
- 11. Libyen
- 12. Nigeria
- 13. Malediven
- 14. Saudi-Arabien
- 15. Indien
- 16. Usbekistan
- 17. Vietnam
- 18. Kenia
- 19. Turkmenistan
- 20. Katar
- 21. Ägypten
- 22. Äthiopien
- 23. Palästinensergebiete
- 24. Laos
- 25. Brunei
- 26. Bangladesh
- 27. Jordanien
- 28. Myanmar
- 29. Tunesien

- 30. Bhutan
- 31. Malaysia
- 32. Mali
- 33. Tansania
- 34. Zentralafrikanische Republik
- 35. Tadschikistan
- 36. Algerien
- 37. Türkei
- 38. Kuwait
- 39. China
- 40. Dschibuti
- 41. Mexiko
- 42. Komoren
- 43. Kasachstan
- 44. Ver. Arab. Emirate
- 45. Sri Lanka
- 46. Indonesien
- 47. Mauretanien
- 48. Bahrain
- 49. Oman
- 50. Kolumbien

<https://www.proasyl.de/pressemitteilung/bizarres-religionsexamen-beim-bundesamt-fuer-migration-und-fluechtlinge/>

PRESSE-MITTEILUNG

Bizarres Religionsexamen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

29.04.2009

teilen Auf Facebook teilen

twittern Auf Twitter verbreiten

teilen Auf Google+ teilen

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge treibt der Versuch, Asylsuchende, die zum christlichen Glauben konvertiert sind, auf die Echtheit ihrer Überzeugung hin zu überprüfen, seltsame Blüten. Im Rahmen von Anhörungen kommt es zu einer Art Religionsexamina. Sie sollen offenbar klären, ob Flüchtlinge, die in Deutschland Christen geworden sind, dies nur aus taktischen Überlegungen heraus getan haben.

Eine besonders bizarre Anhörung erlebte vor kurzem ein Iraner. Ausweislich einer Taufbescheinigung der Evangelischen Landeskirche Baden wurde er im Jahr 2008 Christ. Da Christen im Iran verfolgt werden, stellte er einen Asylfolgeantrag. In der Anhörung bei der Bundesamtsaußenstelle Karlsruhe wurden ihm Fragen gestellt, die zur Aufklärung seiner Glaubensüberzeugung wenig beitragen.

Frage: „Wie unterscheidet sich der Gottesbegriff im Christentum vom Gottesbericht (Originalschreibweise im Anhörungsprotokoll) im Islam?“ Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: „Der Dolmetscher versteht die Frage nicht“. Der nichtchristliche

Dolmetscher aus Afghanistan, der hier übersetzt hat, konnte die Frage nicht verstehen. Die Mehrzahl der deutschen Christen hätte sie wohl auch nicht ohne weiteres beantworten können. Auch andere Fragen der Anhörung bewegen sich auf dem Niveau theologischer Disputationen. Nachdem der Iraner hierbei überraschend gut mithält, nähert sich die Anhörung ihrem absurden Höhepunkt:

Frage: „Missionieren Sie?“

Antwort: „Ja, ich missioniere.“

Frage: „Bitte, missionieren Sie mich jetzt.“

Antwort: „Ich bin noch nicht so weit, um zu missionieren.“

Der Hintergrund dieses von Seiten des Bundesamtsmitarbeiters angeregten Rollenspiels ist folgender: Nach bisheriger deutscher Asylrechtsdogmatik soll sich das schützenswerte Rechtsgut der Religionsfreiheit auf den Glauben im Privatbereich beschränken. Wer also im stillen Kämmerlein beten kann, der braucht nach dieser Vorstellung hierzulande keinen Schutz. Wer allerdings vom Missionieren nicht ablassen kann, der ist ohne Zweifel im Iran gefährdet.

Ihn schützt auch die inzwischen in deutsches Recht umgesetzte EU-Qualifikationsrichtlinie, wenn er mit seinem Bekenntnis nach außen tritt. Mit den Worten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in einem Urteil vom 23. Oktober 2007: „Art. 10 Abs. 1b der Richtlinie umfasst somit nicht nur das offene, nicht nur an die Mitglieder der eigenen Religionsgemeinschaft gewandte Bekenntnis der persönlichen religiösen Überzeugung, sondern auch die Darstellung ihrer Verheißungen und damit auch missionarische Betätigung.“ Sich als Christ „zu outen“ und die Verheißung der Religion darzustellen, ist demgemäß bereits Mission.

Auch vor diesem Hintergrund ist es völlig inakzeptabel, dass die Iraner noch in der Anhörung beim Bundesamt mit einer Trockentrainingseinheit in Sachen Missionierung beginnen sollte. Offenbar stellt sich der Bundesamtsbedienstete dies in etwa so vor wie den Auftritt eines Erweckungspredigers in einem religiösen Fernsehsender in den USA. Natürlich ist dies mehr als Unfug: Es ist eine nicht zu akzeptierende Geschmacklosigkeit und eine Verletzung religiöser Gefühle.

PRO ASYL empfiehlt dem Bundesamt, solche Praktiken sofort einzustellen und sich darauf zu verlassen, dass hinter Taufbescheinigungen der Kirchen deren Praxis steht, sich von der religiösen Überzeugung und Gewissensentscheidung der Täuflinge selbst ein Bild zu machen.

gez. Bernd Mesovic

Referent

ZUM HINTERGRUND:

Für die Tatsache, dass insbesondere missionierende Christen im Iran verfolgt werden, gibt es eine Vielzahl von Belegen. Dennoch sind in den letzten Jahren nicht wenige Iraner zum christlichen Glauben übergetreten. Beobachter erklären dies zum Teil mit einer Frustration über das fundamentalistisch-theokratische Regime und sein Hineinwirken in das Alltagsleben.

Auch im Exil sind nicht wenige Iraner zum Christentum übergetreten.

Religiöse Überzeugungen sind aus vielen Gründen einer Überprüfung im Verwaltungsverfahren nur schwer zugänglich. Ein religiöses Grundwissen kann sich jeder aneignen. Auch ist die Glaubensüberzeugung nicht von der intellektuellen Durchdringung von Sachverhalten abhängig. Selbst um den Kerngehalt des christlichen Glaubens ist jahrtausendlang gerungen und gestritten worden. Fragen nach dem Gottesbegriff des Christentums und seinen wesentlichen Unterschieden zum Islam lassen sich als theologische Auseinandersetzungen auf hohem Niveau führen oder als Dialog zwischen einfachen Menschen unterschiedlicher Glaubensüberzeugung. Ein Thema für ein kurzgefasstes Frage- und Antwortspiel ist dies nicht.

Wie der Asylsuchende in absurder Weise in die Enge getrieben wird, zeigt folgender Ausschnitt aus der Anhörung:

„F.: Sie tragen ein großes Kreuz. Was bedeutet das Kreuz?

A.: Das Kreuz beschützt mich.

F.: Was hat das Kreuz im christlichen Glauben für eine Bedeutung?

A.: Jesus wurde gekreuzigt.

F.: Warum wurde Jesus gekreuzigt?

A.: Die damaligen Machthaber und auch die Juden hatten Angst vor Jesus. Aus diesem Grunde wurde er dann gekreuzigt.

F.: Welche Bedeutung hat der Kreuzungstod für einen Christen?

Der Antragsteller ist verunsichert und durcheinander. Er kann die Frage nicht beantworten.“

Der Iraner gibt pragmatische Antworten, die die meisten Deutschen auf solche Fragen auch geben würden. Jesu Tod am Kreuz interpretiert er im politischen Kontext, der sich in der Bibel auch finden lässt. Das genügt dem Anhörer nicht. Er möchte etwas Abstrakteres – eine „Bedeutung“. Während der Bundesamtsbedienstete offenbar auf das Stichwort „Erlösung“; wartet, dessen Übersetzung möglicherweise nicht einfach wäre, kann der Antragsteller mit der Frage nichts anfangen.

(Der Schreibfehler im Protokoll soll nicht überbewertet werden. Allerdings ist es peinlich in einer Anhörung mit diesem Hintergrund einen „Kreuzungstod“ zu protokollieren. Immerhin ist Jesus nicht bei einem Verkehrsunfall gestorben.)

Obwohl dies kein Kriterium ist: Das fachliche Niveau der Antworten des iranischen Asylsuchenden liegt oberhalb dessen, was den meisten Christen in Deutschland einige Jahre nach ihrem Konfirmationsunterricht Erinnerungswürdig ist. Ein sachlicher Fehler findet sich: Jesus ist nicht im Nil getauft worden, sondern im Jordan. Man frage aber einmal deutsche Christen spontan nach dem Gewässer.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge müsste in Sachen Religion eigentlich aus den Skandalen der Vergangenheit gelernt haben. Im Jahre 2000 versuchte ein Mitarbeiter des Bundesamtes einen Kongolesen als falschen Priester zu entlarven und führte zu diesem Zweck eine Art theologisches Examen durch. Der Betroffene musste die Namen der zwölf Apostel aufsagen, die Stämme des Volkes Israel aufzeigen und sich zum Gottesbeweis des heiligen Augustinus äußern. Zu allem Überfluss musste er schließlich auf Latein liturgische Gesänge in der Bundesamtsanhörung singen. Trotzdem war dem Bundesamt seine Kenntnis danach noch nicht ausreichend belegt. Nur durch eine Intervention von PRO ASYL wurde der Mann in letzter Minute vor der Abschiebung bewahrt. Er ist bis heute in Deutschland als katholischer Priester tätig.

Urteil des EuGH stärkt die Position von Asylsuchenden, die vor religiöser Verfolgung fliehen (05.09.12)

<https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/2017/01/20/irritation-ueber-opferzahlen/>

20.01.2017 Getötete Christen

Irritation über Opferzahlen

Wenn Christen ermordet werden, dann ist nicht immer ihr Glaube der Grund dafür. Religionssoziologe Thomas Schirrmacher mahnt zu Genauigkeit.

Zum Jahreswechsel hatte die christliche Online-Zeitung Christian Post auf ihrer Internetseite über die weltweite Verfolgung von Christen berichtet und sich dabei auf ein Interview des italienischen Soziologen Massimo Introvigne mit Radio Vatikan gestützt. Demzufolge seien im vergangenen Jahr rund 90.000 Christen ermordet worden. Introvigne vom „Center for Studies on New Religions“ berief sich seinerseits auf eine Erhebung des amerikanischen „Center for Study of Global Christianity“.

Nach Ansicht von Thomas Schirrmacher, dem Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit der Weltweiten Evangelischen Allianz, sind die veröffentlichten Zahlen jedoch irreführend, aber „in der Logik der zugrundeliegenden Studie korrekt berechnet“. Zur richtigen Einordnung müsse das „Kleingedruckte“ der Berechnung verstanden werden. **Bei der genannten Zahl von 90.000 getöteten Christen handle es sich um eine „Durchschnittszahl pro Jahr der Schätzung für den gesamten Zeitraum 2000 bis 2010, die auf 2016 übertragen und fortgeschrieben wurde“, sagt Schirrmacher. Die für 2016 genannten Zahlen seien daher nicht aktuell, sondern bezögen sich auf ältere Verhältnisse.**

Zudem beinhalte die genannte Zahl auch die Opfer von Bürgerkriegen - mehr als 90 Prozent der Getöteten.

„Wegen ihres Bekenntnisses zu Jesus Christus ermordet“

Für die Jahre 2014 und 2015 beziffert das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF) die Zahl der Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, jeweils auf 8.000 bis 9.000. Open Doors International erfasse nach Angaben von Schirmmacher nur belegbare Fälle und komme für 2015 auf 7.100 getötete Christen, 2016 sind es 1.207 belegte Fälle. Die endgültigen Zahlen des IIRF für 2016 lägen noch nicht vor, es gibt laut Schirmmacher nur eine vorläufige Schätzung von rund 2.000 bis 3.000.

Schirmmacher rechnet damit, dass sie niedriger ausfallen. IIRF und Open Doors zählten nur die Fälle, in denen die Täter Christen getötet haben, weil sie Christen sind. „Ich bin der Meinung, dass auch nur diese Zahl für die Diskussion von Interesse ist“, erklärte Schirmmacher. Die international tätige Organisation World Watch Monitor macht deutlich, dass genaue Statistiken nicht vorliegen. **Sie geht aber davon aus, dass die Zahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen jährlich bei unter 10.000 Menschen liegt.**

Bereits Anfang des Jahres hatte sich Ado Greve vom Pressebüro des christlichen Hilfswerkes Open Doors auf Anfrage von pro zu den von der Christian Post veröffentlichten Zahlen geäußert. „Wir geben jährlich die Zahl der Christen bekannt, die wegen ihres Bekenntnisses zu Jesus Christus ermordet werden.“ Dies könne Open Doors nur in dem Umfang tun, wie entsprechende Information vorlägen. Open Doors wisse nicht, um alle wegen ihres Bekenntnisses getöteten Christen. Bei Christen, die bei Unruhen oder im Kriegsgeschehen ermordet seien, könne man nicht in jedem Fall davon auszugehen, dass sie deshalb ermordet wurden, weil sie sich zu Jesus bekannt hätten, erklärte Greve. (pro)

Von: nob

Weiterführende Links

- [Open Doors: 200 Millionen Christen weltweit verfolgt](#)
- [Stephanustag: Kirche gedenkt verfolgter Christen](#)
- [Experte: „Alle sechs Minuten wird ein Christ getötet“](#)

<https://www.pro-medienmagazin.de/politik/2017/01/23/wo-ist-ihr-kreuz/>

Wo ist Ihr Kreuz?"

23.01.2017 BEHÖRDE ÜBERPRÜFT CHRISTEN

„Wo ist Ihr Kreuz?"

Bei Flüchtlingen, die als Asylgrund Verfolgung aus Glaubensgründen angeben, prüft das Bundesamt für Migration mit Fragen zur Religion die Wahrhaftigkeit ihres Bekenntnisses. Ein Berliner Pfarrer führt Buch über die Glaubenstests der Behörde. pro zitiert aus seinen Protokollen.

Um Asyl in Deutschland zu bekommen, hört das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Geflüchtete an und prüft anhand ihrer Aussagen, ob es nachweisbare Gründe gibt, die sie zu einem dauerhaften Aufenthalt berechtigen. Das geschieht auch, wenn die Asylsuchenden in ihrer Heimat aus Glaubensgründen verfolgt werden.

Pfarrer Gottfried Martens von der Evangelisch-Lutherischen Dreieinigkeits-Gemeinde in Berlin-Steglitz hat zahlreiche Flüchtlinge getauft, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben. In ihrer Heimat und auch in deutschen Flüchtlingsunterkünften werden sie seinen Angaben nach deshalb von Landsleuten drangsaliert und bedroht.

Martens begleitet die Verfolgten zu den Anhörungen des Bundesamtes und dokumentiert die in seinen Augen fragwürdigen Techniken des Staates, die Wahrhaftigkeit des Glaubens zu prüfen. pro zitiert im Folgenden aus seinen Protokollen der Befragungen.

Die Fragen des BAMF:

„In wenigen Tagen besucht die Königin von Dänemark Wittenberg und im nächsten Frühjahr der König der Niederlande. Können Sie sich vorstellen, warum diese Majestäten nach Wittenberg fahren?“

„Was ist die weltliche Hauptstadt des christlichen Glaubens?“

„Wo ist Ihr Kreuz? Christen tragen in der Regel ein Kreuz.“

„Warum tragen Sie denn eine Kreuzkette? Ich frage, weil es für einen Gläubigen der evangelisch-lutherischen Gemeinde nicht gewöhnlich ist, ein Kreuz zu tragen, wie etwa für einen Gläubigen der katholischen oder orthodoxen Kirche.“

„Kennen Sie die Namen der Söhne aus dem Gleichnis vom verlorenen Sohn?“

„Wie starb Martin Luther?“

„Wie lautet ihr Taufspruch?“

„Warum haben Sie sich ausgerechnet diesen Taufspruch ausgesucht?“

„Warum haben Sie sich gerade für den evangelischen und nicht für den katholischen Glauben entschieden?“

„Sagt Ihnen der Ortsname Wittenberg etwas?“

„Ich verstehe nicht ganz, dass es Ihre Pflicht ist, im Iran zu sagen, dass Sie Christ sind...“

„Können Sie mir Ihre Lieblingsstelle in der Bibel nennen?“ (Gemeint ist hier, wo die Geschichte in der Bibel steht, nicht der Inhalt, Anm. d. Red.)

„Was steht Ostern in der Kirche auf dem Tisch?“

„Warum zahlen Sie keine Kirchensteuer?“

„Die Bibel ist auch im Islam eine heilige Schrift und frei erhältlich; warum versuchten Sie nie, sich eine zu kaufen?“

„Warum haben Sie die Bibel nicht vollständig gelesen?“

„Können Sie mir die wesentlichen Ansätze Luthers nennen?“

„Wie oft halfen Sie anderen Menschen?“

„Wie versteht sich die Dreifaltigkeit mit der Allmacht Gottes?“

„Wenn Jesus alle Menschen gleich liebt, warum ist dann Johannes sein Lieblingsjünger?“

„Was kennen Sie noch für Konfession und was sind die Unterschiede?“

„Martin Luther ist eine wichtige Person im Evangelium. Was wissen Sie über ihn?“

„Die Taufe geht auf eine bestimmte Sünde zurück; können Sie mir diese erklären?“

„Wie verträgt sich die Erbsünde mit einem vergebenden Gott?“

Martens hat auch die Gründe für die Ablehnung von Asylanträgen dokumentiert. Im Folgenden einige Auszüge seiner Protokolle:

„Auch gaben die Antragsteller an, sich für den christlichen Glauben entschieden zu haben, weil einem dort die Sünden vergeben werden. [...] Vergebung durch die Gottheit ist allerdings in allen Religionen verankert. Auch die Priester aller übrigen Religionen dieser Welt behaupten, dass sie ähnliche Gnaden der Vergebung ihrer jeweiligen Gottheiten vermitteln könnten, wenn die Gläubigen nur entsprechende Zeichen der Reue erkennen ließen oder zumindest Gegenleistungen erbringen würden. Und bisweilen gibt es sogar ähnliche Erlösungstaten in außerchristlichen Mythologien wie den Tod des Osiris bei den alten Ägyptern und seine Auferstehung. Die Predigt von der Vergebungs- und Versöhnungsbereitschaft einer Gottheit gehört zum Repertoire aller Religionen. [...] Der Vortrag der Antragsteller, dass sie zum Christentum konvertiert seien, um Vergebung der Sünden zu erhalten, kann demnach gerade nicht als Erklärung für eine Konversion herhalten.“

„Nach Kenntnis des Bundesamtes ist es im Iran allgemein bekannt, dass jegliche Missionierung zum Christentum durch die Iranischen Staatsorgane strengstens geahndet wird und zu Geld- und Haftstrafen sowie theoretisch auch zur Todesstrafe führen kann. [...] Unter Würdigung dieses Umstands ist es daher nicht nachvollziehbar, warum der Antragsteller durch den Besuch der Hauskirche bei einem Freund ein derart hohes persönliches Risiko für sich eingehen würde.“

„Folglich kann nicht angenommen werden, dass die Antragstellerin den bereits im Iran ausgelebten christlichen Glauben fortführt, kennt doch die Antragstellerin noch nicht einmal den Zeitraum der christlichen Feiertage.“

„In diesem Fall ist dem Antragsteller eine gewisse Leichtgläubigkeit zu unterstellen, was den Gesamt Vortrag in seinem Fortlauf als unglaubwürdig unterstreicht.“

„So scheint eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Christentum nicht erfolgt zu sein. Der Antragsteller gab an, dass er weder die Unterschiede der Konfessionen kenne, noch konnte er substantiiert erklären, warum er sich für die evangelisch-lutherische Glaubensrichtung entschieden habe. Die Aussage '...er wolle einfach nur Christ werden ...', zeugt nicht von einer intensiven Auseinandersetzung eines identitätsprägenden Glaubenswandels.“

Kein standardisierter Fragenkatalog

Auf Anfrage von pro hat sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu Martens Vorwürfen geäußert. Ob die Fragen tatsächlich so gestellt worden seien, könne man weder bestätigen noch widerlegen. Einen standardisierten Fragenkatalog gebe es nicht. Auch über die Ansprüche des Amtes an Asylsuchende gibt die Behörde schriftlich Auskunft: „Für Befragungen in der Anhörung zur Konversion gilt, dass sie nicht auf ein reines Glaubensexamen hinauslaufen dürfen. [...] In diesem Zusammenhang wird vom Konvertit aber durchaus erwartet, dass er ausführlich schildern kann, welche Beweggründe er für die Konversion hatte und welche Bedeutung die neue Religion für ihn persönlich hat.“

Der Antragssteller müsse glaubhaft machen, „dass er seine Konversionsreligion bei Rückkehr in sein Heimatland ausüben wird und dass ihm deswegen dort eine asylrelevante Verfolgung droht“. (pro)

Von: al

CHRISTENVERFOLGUNG IN DER TÜRKEI (SCHON VOR ERDOGANS GÜLEN-MASSENSOZIALMORD)
<https://www.youtube.com/watch?v=kNABGgJA7lw>

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,
Erinnern Sie sich an Petr Jašek? Vor einigen Wochen hatte ich Sie um Unterstützung für ihn gebeten, weil er im Sudan grundlos der Spionage beschuldigt wurde und von der Todesstrafe bedroht war. Über 391.000 CitizenGOer weltweit haben diese Petition unterstützt und zumindest erreicht, dass Todesstrafe und Hinrichtung abgewendet werden konnten. Zudem wurde einer der drei Mitangeklagten wegen Mangels an Beweisen freigelassen.

<http://www.citizengo.org/de/pr/40917-amnestie-fuer-petr-jasek-hassan-kodi-und-abdulmonem-abdulgawla-jetzt>

Obwohl die Todesstrafe abgewendet werden konnte, wende ich mich heute aber erneut an Sie. Denn **am 29. Januar 2017 wurde Petr Jašek nun zu lebenslanger Haft, die im Sudan 20 Jahre beträgt, verurteilt.** Der Schuldspruch wurde mit Spionage, dem verbreiten von Gerüchten, verbotenem fotografieren militärischer Anlagen und der Untergrabung der Autorität des Staates begründet. **Die mitangeklagten Sudanesen, Pastor Hassan Kodi und den Studenten Abdulmonem Abdulgawla, verurteilte das Gericht zu jeweils 12 Jahren Haft** wegen Beihilfe zur Spionage sowie den anderen Petr Jašek zur Last gelegten Delikten.

<http://www.citizengo.org/de/pr/40917-amnestie-fuer-petr-jasek-hassan-kodi-und-abdulmonem-abdulgawla-jetzt>

Die Anwälte der Verurteilten bemühen sich derzeit mit internationaler Unterstützung um ein Berufungsverfahren. Zudem versucht die tschechische Regierung weiterhin, die Freilassung der Verurteilten zu erwirken.

Die Forderung nach Amnestie und Freilassung der Verurteilten wird um so erfolgreicher sein, je mehr Unterstützung sie findet. Deshalb bitte ich Sie: **Unterzeichnen Sie jetzt unsere neue, an Omar Hassam al-Bashir, den Präsidenten des Sudan, gerichtete Petition mit der Forderung nach einer Amnestie für die Verurteilten und deren unverzüglicher Freilassung. Gemeinsam können wir diese erreichen!**

<http://www.citizengo.org/de/pr/40917-amnestie-fuer-petr-jasek-hassan-kodi-und-abdulmonem-abdulgawla-jetzt>

Meine Kollegin Miriam, die in Kontakt mit den Familienangehörigen Petr Jašeks steht, hat mir berichtet, wie betroffen diese von dem Schuldspruch sind. Deshalb möchte ich Sie bitten, neben der Unterstützung der Forderung nach Amnestie auch für Petr Jašek und seine Familie zu beten, falls Ihnen dies möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen,

Eduard Pröls und das Team von CitizenGO



Petr Jašek wurde im Sudan zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er den Christen dort helfen wollte. Jetzt müssen wir ihm und den mit ihm Verurteilten helfen: Fordern Sie jetzt den Präsidenten des Sudan auf, Petr Jašek zu begnadigen!

UNTERZEICHNEN

Freilassung der christlichen Konvertiten Anoushe Reza-Bakhsh und Sohail Zagarzade-Sani im Iran!
[anoohe-rezabakhsh-and-son-sohail-zargarzadeh.jpg](#)



von [CitizenGO Germany](#) · Mit, 15.03.2017 - 05:13 Uhr

Sie kamen ohne Vorwarnung: am frühen Morgen des 20. Februar 2017 wurden Anoushe (Veronica) Reza-Bakhsh und ihr Sohn Sohail (Agustin) Zargarzade-Sani in Urmia, Iran, von Angehörigen der Revolutionsgarden **verhaftet und an einen unbekannten Ort gebracht**.

Nach einer Meldung der christlichen iranischen Nachrichtenagentur Mohabat News wurden in der Wohnung Notebooks, sowie verschiedene religiöse Schriften und Bibeln beschlagnahmt.

Die 51-jährige Anoushe (Veronica) Reza-Bakhsh und ihr Sohn Sohail waren vom Islam zum Christentum konvertiert. Zeugen berichteten, dass sie vor einiger Zeit in die Türkei gereist waren, wo sie die Taufe empfangen und der katholischen Kirche beitraten. Von Sohail ist bekannt, dass er über Satelliten-TV religiöse Programme verfolgte und sich über Online-Angebote weiterbildete, um seinen Glauben zu vertiefen.

Nach übereinstimmenden Angaben verschiedener Quellen ist bis jetzt nicht bekannt, wo die beiden festgehalten werden, was ihnen konkret vorgeworfen wird und in welcher Verfassung sie sich befinden. **Im Iran wird Apostasie, die Abkehr vom Islam, immer wieder unnachgiebig verfolgt und entsprechend den Vorgaben der Scharia hart bestraft.**

Bitte helfen Sie den Beiden, indem Sie unsere an den iranischen Präsidenten Hassan Rouhani, den obersten Religionsführer Ajatollah Sejed Ali Chamenei und Justizminister Sadeq Larijani gerichtete Petition unterzeichnen und verbreiten. **Fordern Sie von den verantwortlichen religiösen und politischen Führern des Iran, Anwälten und Menschenrechtsorganisationen unverzüglich Zugang zu den Inhaftierten zu gewähren und Anoushe Reza-Bakhsh und ihren Sohn Sohail unverzüglich freizulassen.**

Je mehr Menschen sich für Anoushe (Veronica) Reza-Bakhsh und ihr Sohn Sohail (Agustin) Zargarzade-Sani einsetzen, desto eher wird der Aufruf Gehör finden. Bitte beten Sie auch für die Inhaftierten!

Freilassung der christlichen Konvertiten Anoushe Reza-Bakhsh und Sohail Zargarzade-Sani im Iran!

Sehr geehrter Herr Staatspräsident Hassan Rouhani,

sehr geehrter Herr oberster Religionsführer Ajatollah Sejed Ali Chamenei,

sehr geehrter Herr Justizminister Sadeq Larijani,

Mitarbeiter der iranischen Revolutionsgarden verhafteten am Morgen des 20. Februar 2017 in Urmia die beiden Christen Anoushe (Veronica) Reza-Bakhsh und ihren Sohn Sohail (Agustin) Zargarzade-Sani und brachten sie an einen unbekannten Ort.

Seitdem sind mehrere Wochen vergangen, ohne dass es ein Lebenszeichen der beiden Inhaftierten gegeben hätte. Weder Anwälten, noch Menschenrechtsorganisationen wurde ein Kontakt ermöglicht.

Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass Anwälte und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen unverzüglich Zugang zu den Inhaftierten erhalten.

Ausserdem bitten wir Sie, dafür zu sorgen, dass Anoushe (Veronica) Reza-Bakhsh und ihr Sohn Sohail (Agustin) Zargarzade-Sani unverzüglich freigelassen werden!

Mit freundlichen Grüßen,

[Ihr Name]

http://www.n-tv.de/der_tag/Dienstag-4-April-2017-article19778824.html

May regt sich über Eiersuche ohne "Ostern" auf

May weilte gerade auf Staatsbesuch in Jordanien, als sie sich äußerte. *(Foto: dpa)*

Die **britische Premierministerin** findet es "absolut lächerlich", dass es im Vereinigten Königreich demnächst eine **Eiersuche** geben soll, der Verweis auf "**Ostern**" aber gestrichen wurde. Wie der "Guardian" berichtet, veranstaltet der "National Trust" die Suche jedes Jahr, der "Trust" ist eine landesweite Denkmalbehörde, die die historischen Orte und Parks Großbritanniens verwaltet. Auch Kirchenvertreter kritisierten, dass die Jagd auf Schokoeier von "Easter Egg Trail" in "**Great British Egg Hunt**" umbenannt wurde. "Ich bin nicht nur eine Pfarrerstochter, sondern auch Mitglied im National Trust", sagte Theresa May dem Sender ITV. "Ich finde ihren Standpunkt **absolut lächerlich**. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, was sie sich dabei gedacht haben." Der Veranstalter hatte mitgeteilt, dass auch **Angehörige anderer Glaubensrichtungen eingeladen** werden sollten.

http://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Christen-werden-systematisch-massakriert-article19789150.html

Dienstag, 11. April 2017

Person der Woche: Asia Bibi

Christen werden systematisch massakriert

Von Wolfram Weimer

Das Massaker von Alexandria erschüttert die Welt. Plötzlich wird offenbar, dass Christen im islamischen Raum systematisch verfolgt, gefoltert und ermordet werden. Das US-Außenministerium spricht von "Genozid", Hilfswerke klagen "Verfolgung im Stil ethnischer Säuberung" an.

Es sind besonders brutale Anschläge auf die christliche Minderheit in Ägypten: Bewusst am Palmsonntag wurden in Alexandria und Tanta mindestens 44 Menschen getötet - nur weil sie Christen waren. Doch das Massaker ist Teil einer systematischen Verfolgung von Christen im gesamten arabischen Raum.

Menschenrechtsgruppen zählen für das vergangene Jahr 7100 ermordete Christen und 2406 attackierte Kirchen.

Christen flüchten – einem Exodus gleich – massenhaft aus dem Nahen Osten. Das Hilfswerk "Open Doors" warnt, die "Verfolgung im Stil ethnischer Säuberung" greife auch auf Afrika über, die systematischen Massaker des IS würden Schule machen. Das amerikanische Außenministerium spricht von einem "Genozid". Auch der EU-Sondergesandte Jan Figel erklärt: "Ich denke, dass es sehr wichtig ist, diese Ereignisse auch als Genozid zu bezeichnen. Denn daraus leitet sich in internationalem Recht auch die Verpflichtung ab, zu handeln. Den Stimm- und Schutzlosen muss eine Stimme gegeben werden. Wir sollten das 'Genozid-Jahrhundert' beenden."

Es häufen sich Berichte über Christenverfolgungen von Indonesien und den Philippinen ganz im Osten bis Nigeria ganz im Westen. In der Elfenbeinküste traf es vor einem Jahr bei einem Angriff auf Christen in westlichen Hotels auch die Leiterin des Goethe-Instituts. Das Nachrichtenportal Al-Akhbar erklärte:

"Dank Allah, dem Allmächtigen, konnten Ritter der Al-Kaidar im islamischen Maghreb in den Urlaubsort einbrechen".

Von den Schlächtereien Boko Harams in Nigeria und Mali über das antichristliche Gewaltregime in Eritrea bis zu den Shabaab-Milizen, die in Somalia und Kenia Jagd auf Christen machen, reichen die Überfallserien. Häufig werden Busse überfallen, die Insassen nach Glauben selektiert und dann die Christen ermordet. Diese Selektionsmorde sind in mehreren Staaten Afrikas inzwischen entsetzliche Normalität geworden. Dschihadisten-Milizen in Libyen verfolgen dabei einen besonders grausamen Glaubenskrieg. Immer wieder melden Nachrichtenagenturen, dass christliche Eritrea-Flüchtlinge und koptische Christen dort muslimische Religionsprüfungen absolvieren müssten und bei Nichtbestehen demonstrativ enthauptet oder im Meer ertränkt werden.

Asia Bibi trank aus dem falschen Gefäß

Ein Gericht in Palermo hat nun sechs junge Männer zu je 18 Jahren Haft verurteilt, weil sie neun christliche Flüchtlinge "aus religiösen Motiven" ins Meer geworfen und getötet hatten. Gestützt hatte sich die Anklage auf acht Zeugen, die ebenfalls auf dem Boot waren, das im April 2015 von Libyen aus nach Italien startete. Die Christen seien gezwungen worden, zu Allah zu beten. "Wer sich weigerte, wurde ins Wasser geworfen."

Auch die Zentralafrikanische Republik ist seit einigen Monaten Schlachtfeld der islamischen Offensive. Dort sickern islamistische Kämpfer aus dem Tschad und Sudan ein und terrorisieren die christliche Bevölkerung. Missionsstationen und Kirchen werden von den Milizen geplündert, zerstört oder gebrandschatzt. Es herrscht in ganzen Landstrichen Pogromstimmung. Das Gebiet rund um die Kathedrale von Bangui ist ein "killing field" geworden.

Der EU-Sondergesandte Jan Figel macht - ebenso wie Papst Franziskus und über 572.000 Unterzeichner mittels einer Petition - auch auf das Einzelschicksal der fünffachen Mutter Asia Bibi in Pakistan aufmerksam. Die Christin sitzt wegen angeblicher Verletzung der Blasphemie-Gesetze im Gefängnis und wurde zum Tode verurteilt. Asia Bibi hatte während der Feldarbeit in ihrem Dorf für ihre muslimischen Kolleginnen Wasser aus einem Brunnen geholt. Zwei von ihnen beschwerten sich anschließend darüber, dass sie als Christin auch aus dem Gefäß getrunken und damit das Wasser verunreinigt habe. Das Gerichtsurteil lautet auf Tod durch den Strang.

Quelle: n-tv.de

13. April 2017, 08:40 Uhr

Aufruf zu Toleranz an Muslime

"Im Islam gibt es leider Defizite"

Unionsfraktionschef Volker Kauder hat an Muslime weltweit appelliert, Christen tolerant zu begegnen. Religionsfreiheit sei ein Gradmesser auch für andere Freiheitsrechte. Sorge machten ihm Ägypten, der Irak, Syrien und die Türkei.

Unionsfraktionschef [Volker Kauder](#) hat zu Ostern von Muslimen weltweit mehr religiöse Toleranz gefordert. "Im Islam gibt es hier leider Defizite", sagte der CDU-Politiker der Nachrichtenagentur dpa. Gerade die Fanatiker der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) beriefen sich leider auch auf die Lehren des Koran.

"Diesen offenkundigen Irrlehren muss von den geistigen Autoritäten des Islam noch stärker widersprochen werden", sagte Kauder. Diese müssten "doch selbst ein hohes Interesse haben, dass ihre Religion nicht von Fanatikern diskreditiert wird".

Jenen, die Gläubige radikalisierten wollten, "muss aus der islamischen Lehre heraus entgegengetreten werden", sagte Kauder. Der Großscheich der Azhar-Moschee in Kairo, Ahmed el-Tayeb, mit dem er in regelmäßigem Kontakt sei, mache das beispielsweise. "Aber es müssen noch mehr sein."

Der CDU-Politiker kritisierte, die Lage der Christen insbesondere in Syrien und dem Irak habe sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. In Ägypten wollten islamistische Fanatiker die Gesellschaft spalten, warnte Kauder vor dem Hintergrund der jüngsten Anschläge auf koptische Christen mit zahlreichen Toten.

Lage der Christen in der Türkei "nicht akzeptabel"

Der Fraktionschef kritisierte auch die Entwicklung in der Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan. "Die Lage der Christen in der Türkei ist bereits seit Jahren nicht akzeptabel", sagte er. So wie Erdogan heute mit der Presse- und Meinungsfreiheit umgehe, "ist er schon zuvor mit den Rechten der Christen verfahren". Christen würden in der Türkei "seit Langem mehr oder weniger offen diskriminiert". So dürften die Kirchen keine Priester ausbilden, der Staat stelle zudem den Besitz der Kirchen infrage.

In der Türkei sind bei einem Referendum am Ostersonntag mehr als 55 Millionen Wahlberechtigte zur Stimmabgabe für oder gegen das von Erdogan angestrebte Präsidialsystem aufgerufen. Dieses würde ihm deutlich mehr Macht verleihen.

"Allein wegen der Behandlung der christlichen Minderheit kann die Türkei momentan überhaupt nicht damit rechnen, EU-Mitglied zu werden", sagte Kauder. "In den vergangenen Monaten hat sich das Land auch auf anderen Gebieten immer weiter von der EU entfernt."

Die Entwicklung der Türkei sei für viele Länder typisch, ergänzte er: "Dort, wo die Religionsfreiheit mit Füßen getreten wird, sind in aller Regel die übrigen Freiheitsrechte nicht gewährleistet." Auch darum sei es so wichtig, sich intensiv mit der Religionsfreiheit zu beschäftigen: Ihr Grad sei "ein Lackmustest für den Grad der Freiheitsgewährung insgesamt".

cht/dpa

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/vor-ostern-kauder-fordert-von-muslimen-mehr-toleranz-a-1143188.html>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article163619470/Wir-Christen-werden-in-unserem-Land-wie-Insekten-behandelt.html>

Deutschland Kopten in Ägypten „Wir Christen werden in unserem Land wie Insekten behandelt“

Von Marcel Leubecher | Stand: 11.04.2017 | Lesedauer: 7 Minuten

Der Bischof der koptisch-orthodoxen Christen in Deutschland, Anba Damian, glaubt, dass kein Mensch als Gewalttäter geboren wird

Der Bischof der Kopten in Deutschland warnt, radikale Muslime seien nicht nur in Ägypten sehr stark, sondern auch hierzulande. Gegen den Islamismus empfiehlt er, junge Muslime besonders zu schulen.

Bischof Anba Damian steht den 12.000 in Deutschland lebenden koptisch-orthodoxen Christen vor. Er wuchs in Kairo auf, studierte dort Medizin und arbeitete jahrelang als Arzt in Deutschland, bis er beschloss, sein Leben Gott zu widmen. 1993 wurde er in Ägypten zum Priester geweiht und als Seelsorger nach Deutschland entsandt. Deutscher Amtssitz der Kirche ist das „Kloster der Heiligen Jungfrau Maria und des Heiligen Mauritius“ im nordrhein-westfälischen Hörter.

Die Kopten sind die größte christliche Gemeinschaft in Ägypten. Sie führen ihre Anfänge auf den Evangelisten Markus zurück. Realistische Angaben über Mitgliederzahlen schwanken zwischen sieben und zehn Millionen unter den rund 94,5 Millionen Einwohnern Ägyptens. Etwa eine weitere halbe Million Kopten lebt in anderen Ländern.

Die Welt: Wie kann der ägyptische Staat Ihre koptischen Geschwister besser schützen?

Anba Damian: Es braucht eine Reform der religiösen Bildung. Junge Muslime müssen von klein auf Milde lernen, damit sie später nicht den Radikalen folgen. Kein Mensch wird als Gewalttäter geboren, sondern als Ebenbild Gottes. Die jungen Muslime benötigen eine vernünftige Lehre, die ihre Friedfertigkeit schult – in den Schulbüchern, den Moscheen und auch auf der Azhar-Universität.

Die Welt: Ist die Azhar keine Bastion der gemäßigten Sunniten?

Damian: Ihr Einfluss ist riesig, sie bildet Hunderttausende Muslime aus aller Welt aus und erzieht auch viele Imame zur Friedfertigkeit. Aber die Azhar distanziert sich nicht ausreichend von den Muslimbruderschaften. Zwar beschwichtigen sie uns immer wieder mit vielen Worten, treffen aber keine rigorosen Maßnahmen um die radikalen Haltungen der Muslime unter Kontrolle zu halten.

Die Welt: Ist die Muslimbruderschaft Teil der Lösung oder Teil des Problems?

Damian: Die Muslimbruderschaften haben ihre eigene Vision von einem islamischen Staat. Wir Christen sind ihnen ein Dorn im Auge, deswegen sollen wir entweder zu Muslimen werden oder die Kopfsteuer zahlen. Andernfalls werden wir vertrieben oder getötet. Besonders jetzt müssen die Christen leiden, weil wir uns für Präsident al-Sisi starkgemacht haben. Die Muslimbrüder machen uns verantwortlich für den Sturz Mursis. Das hat ihre Aggression verstärkt, sie verbergen ihre Wut nicht mehr und reden ganz offen schlecht über uns. Im Prinzip sind sie vom IS nicht zu trennen. Die Terrorgruppe hat dasselbe Ziel wie Salafisten und Muslimbruderschaften. Sie alle eint mehr, als sie trennt.

Die Welt: Erwarten Sie von al-Sisi mehr Sicherheit?

Damian: Wir wurden und werden in unserem Land wie Insekten behandelt, wie Bürger zweiter oder dritter Klasse. Wir versuchen aber nicht, die Hoffnung zu verlieren, weil der jetzige Präsident es gut mit uns meint. Er braucht noch Zeit, um Fuß zu fassen, und das Land in Ordnung zu bringen. Der Status von uns Kopten hat sich aber in seiner Amtszeit nicht verbessert. Wir haben keine Sicherheit und sind enorm benachteiligt. In dem Augenblick, in dem der IS uns öffentlich den Krieg erklärt, muss der Staat mehr für den Schutz der Kopten tun.

Die Welt: Werden nun mehr Kopten ins Ausland fliehen?

Damian: Nein, unser Ziel ist, unser Land nicht zu verlassen, der Boden Ägyptens ist gesättigt mit dem Blut der Märtyrer. Dort sind unsere Heiligtümer, Klöster, Kirchen und Denkmäler, deswegen motivieren wir niemanden zur Ausreise. Stattdessen raten wir den Geschwistern, ihr Leben dort so gut wie möglich zu führen und ihre Rechte zu verbessern, dass sie ihr Leben in Ägypten aushalten können. Wir 12.000 Kopten in Deutschland versuchen, ihnen zu helfen, wenn wir das können. Weil wir mit Elmar Brok, Bundeskanzlerin Merkel und besonders Volker Kauder einflussreiche Unterstützer haben, die diplomatischen Druck machen, wenn es zu besonders brenzligen Situationen kommt, konnten schon einige Gefahren abgewendet werden. In der Not ist Volker Kauder immer dabei. Nach dem Anschlag kam die allererste Mail von seinem Büroleiter. Für Kauder und Brok haben wir hier im Kloster Ehrenschilder aufgestellt.

Die Welt: Wie groß ist der Einfluss der Muslimbruderschaft auf deutsche Moscheen?

Damian: Deutschland ist eine Hochburg der Muslimbruderschaft und der Salafisten, etwa in Düsseldorf, Köln und Berlin sind die radikalen Muslime schon sehr mächtig. Aber wir Kopten können hier sicher leben, es gibt, abgesehen von Einzelfällen, keine Probleme.

Die Welt: Vor der Gedächtniskirche hat kürzlich der Regierende Bürgermeister Müller gemeinsam mit unter anderem wegen Nähe zur Muslimbruderschaft vom Verfassungsschutz beobachteten Moscheen der Opfer gedacht, ist das naiv?

Damian: Das war nicht naiv vom Herrn Bürgermeister. Er wird schon geprüft haben, ob es den Imamen dieser Moscheen einfach nur um Imagepflege oder um Reue ging. Es ist ein Unterschied, ob sie es tun, um auf einem gemeinsamen Bild mit dem Bürgermeister zu stehen und zu zeigen, seht her, wir sind gar nicht gefährlich. Oder ob sie ein Zeichen der Herzlichkeit setzen und zeigen, wir Moscheen denken über den möglichen Beitrag unserer Lehre auf Gewalttaten nach.

Die Welt: Der veranstaltende Imam versicherte vor Müllers Rede an dem Abend, dass die Tat in keinerlei Verbindung mit dem Islam stehe ...

Damian: Ich habe die Videobotschaft Amris gesehen, er dankt seinen Imamen und zitiert den Koran auf Hocharabisch, so ein Terroranschlag ist nicht das Werk von einem Tag. Es kann aber keine Lösung sein,

einfach Abstand von diesen Moscheen zu nehmen. Ich muss eine klare solide christliche Identität haben und dann ins Gespräch kommen. Die Wüstenväter sagen, liebe mit Weisheit, liebe mit Abstand. Wenn ich als Mediziner jemanden behandeln möchte, muss ich aufpassen, dass ich mich nicht infiziere. Deswegen dürfen wir uns nicht abkapseln, müssen aber prüfen, wen wir mit in den Dialog einbeziehen.

Die Welt: Beurteilen Sie die Aufnahme Hunderttausender Muslime ebenso positiv, wie die großen Kirchen?

Damian: Wer Schutz braucht, muss ihn bekommen, egal, welche Religion er hat. Für die dauerhafte Ansiedlung ist aber die Loyalität entscheidend. Kommt jemand, weil er in Not ist und Hilfe benötigt oder kommt er, um zu ärgern, böse Dinge zu tun, für islamistische Organisationen zu wirken. Die dauerhafte Aufnahme solcher Menschen ist kein Gebot der Nächstenliebe. Loyalität ist das wichtigste Kriterium bei der Auswahl von neuen Mitbürgern. Integration, Sprache lernen – das ist alles schön und gut. Loyalität ist das absolut Wichtigste. Wir Kopten haben hier in Deutschland viele Freunde unter den Muslimen, wir haben vor Jahren eine stillgelegte Bundeswehrkaserne erworben, auf denen jetzt Hunderte meist muslimische Flüchtlinge leben, dort haben wir einen Raum als Moschee umfunktioniert, und wir hoffen, dass sie das als Beispiel nehmen, um in ihren Heimatländern auch so gut mit Christen umzugehen, falls sie heimkehren.

Die Welt: Warum konnten die Kopten in diese missliche Lage geraten?

Damian: Die Kopten sind die Urbewohner Ägyptens, wir gelten als die Nachfahren der Pharaonen, das ist unser Vaterland und unsere Heimat. Im siebten Jahrhundert kamen viele Muslime, die viele Frauen heirateten, viele Kinder bekamen und die Kopfsteuer erhoben. Im Jahr 1000 war der Anteil der Christen auf die Hälfte der Bevölkerung gesunken, heute machen die Kopten nach unserer Schätzung 20 Prozent der Bevölkerung aus, die Regierung spricht von einem Zehntel. Das überhaupt noch Christen in Ägypten leben ist nach all der Verfolgung schon ein achtetes Weltwunder. Uns überraschen die Attacken aber nicht, wir sind als eine der ältesten Kirchen eine Kirche der Märtyrer. Mit uns greift man eine Wurzel des Christentums an.

Die Welt: Feiern Sie nach den Anschlägen an Palmsonntag Ostern?

Damian: Ja! Ostern ist das Fest der Auferstehung des Herrn, das Fest seines Sieges über den Tod, das höchste Fest. In der Karwoche feiern wir keinen König auf einem goldenen Thron, sondern einen Menschen, der wegen unserer Verfehlungen ans Kreuz genagelt wurde. Unser Herr Jesus Christus ist der Gekreuzigte, den wir nun in der Karwoche begleiten auf seinem Leidensweg, in seinem Leiden verschwinden alle Leiden der Menschheit. Wir freuen uns an Ostern, mit ihm aufzuerstehen, dass er uns die Hoffnung gibt, mit ihm in alle Ewigkeit leben zu dürfen. Ein Attentäter schafft es vielleicht, uns vierzig Jahre Lebenszeit zu nehmen, doch er kann nicht unser ewiges Leben beenden.

Die Welt: Wie blickt der Hirte aus dem Orient auf das Christentum im Abendland?

Damian: Deutschland hat viele lebendige christliche Gemeinden und standhafte Priester. Heute kam ein 15-jähriges Mädchen hier ins Kloster gepilgert, hat hier gebetet, ein Glas Wasser getrunken und ist weitergepilgert. Gestern war eine Großmutter mit ihrer 14-jährigen Enkelin hier, sie sind zu Fuß von Kloster zu Kloster gepilgert. Die Großmutter hat ihr die biblischen Geschichten erzählt, und das Kind hat zugehört. Christus hat auch in Deutschland viele Zeugen.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/74174/Glaeubige-Hebamme-muss-zu-Hilfe-bei-Abtreibung-bereit-sein>

Ausland

Gläubige Hebamme muss zu Hilfe bei Abtreibung bereit sein

Donnerstag, 13. April 2017

Stockholm – Ein Krankenhaus in Schweden kann eine Hebamme ablehnen, die aus christlicher Überzeugung nicht bei Abtreibungen helfen will. Das hat ein Arbeitsgericht des Landes gestern entschieden.

Eine schwedische Hebamme hatte sich diskriminiert gefühlt, weil ihre Bewerbungen ab-ge-lehnt worden waren. Die gläubige Christin lehnt es demnach aus religiösen Gründen auch ab, die Pille danach auszuhändigen.

Laut Gericht hat der Arbeitgeber „das Recht, zu verlangen, dass alle Hebammen alle ihre Pflichten erfüllen können, einschließlich Abtreibungen“. Nach Angaben des schwedischen Radios erwägt die Frau nun, sich mit ihrem Anliegen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wenden.

© dpa/aerzteblatt.de

April 2017

zwischen der ersten #HelpForIraq-Expedition (Hilfe für den Irak) Ende Februar 2016 und der diesjährigen Expedition im April ist gerade einmal ein wenig mehr als ein Jahr vergangen.

Vor einem Jahr trafen wir hunderte aus ihren Heimatorten vertriebene Christen, die sich in einem Schockzustand befanden und immer noch wie gelähmt waren von dem, was sie im August 2014, als sie vor dem heranrückenden IS fliehen mussten, erlebt hatten. "Es gibt für uns keine Zukunft in diesem Land – wir werden es verlassen müssen" war der übereinstimmende Satz, den wir immer wieder hörten, von Christen wie Jesiden, in Ankawa/Erbil und Alqosh, wie in den kleineren und größeren Auffanglagern für Vertriebene in der gesamten autonomen Region Kurdistan im Nordirak.

Der Februar 2016 war jene Zeit, in der sich immer noch Container-Camps im Bau befanden, wie in Sulaimaniyah, wo gerade kurz zuvor die letzten Familien ihre provisorische Zuflucht im Kirchenschiff der Marienkirche, in dem sie monatelang provisorische Zuflucht fanden, verlassen hatten. In die Gesichter der Erwachsenen, wie der Kinder, war eine tiefe Traurigkeit eingegraben, durch die das Lächeln, das sich manchmal auf den Gesichtern zeigt, nicht wirklich hindurchdrang. Das Lächeln kam einfach nicht aus dem Herzen, die inneren Wunden und Verletzungen waren zu tief...



Studentinnen in einem Wohnheim in Kirkuk, April 2017

Das Fotoalbum mit vielen Bildern der #HelpForIraq 2017-Expedition finden Sie hier: <https://www.flickr.com/photos/citizengo/albums/72157682279476985>

Vor einem Jahr bewegten die Menschen fast ausschließlich Überlegungen, wie sie das Land verlassen und nach Europa, den USA, Kanada oder Australien gelangen könnten.

Ein Jahr später traf die #HelpForIraq – Expedition 2017 auf ein völlig anderes Umfeld. Die Ninive-Ebene ist vollständig befreit, in der auf dem Westufer des Tigris gelegenen Altstadt von Mosul nähert sich der Kampf gegen den IS seinem Ende und zumindest im nördlichen Teil der befreiten

Gebiete sind viele Vertriebene in ihre Häuser in Tel Esqof zurückgekehrt und haben Leben und geschäftiges Treiben in diese Stadt, die fast drei Jahre lang eine Geisterstadt war, zurückgebracht.

Mittlerweile laufen seitens Behörden und Lehrern die Vorbereitungen an, um die Schulen der Stadt zu renovieren und vorzubereiten, damit diese nach den langen Sommerferien, die bald beginnen, im September wieder öffnen zu können. Dies wird ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer Normalisierung sein.

Das Expeditionsteam hat viele der befreiten Kirchen in der Region gesehen. Manche von ihnen befanden sich noch in dem Zustand, wie sie von den Terroristen des IS zurückgelassen worden sind: verwüstet und zerstört – schockierende Eindrücke, die gestandene Männer zu Tränen rührte.



Zerstörte Kirche in Bashqa, April 2017

Andere Kirchen wurden gereinigt und werden inzwischen wieder als Kirchen genutzt.

Wir nahmen an der Palmsonntagsprozession im Lager Ashti2 in Ankawa teil, dem größten Lager mit vertriebenen Christen, in dem noch immer 5.000 Menschen in engen, stickigen Containern leben. Menschen, deren Glaube so stark ist, dass ihr "Hosanna", das sie singen, während der Wind Staubwolken durch das Lager treibt, die Luft erbeben lässt. Wir trafen Patriarch Luis Sako, der in der kleinen Kirche von Malabarwan, einem Ort, an dem 30 ansässige christliche Familien und 30 Flüchtlingsfamilien unter Muslimen leben, den Gründonnerstag zelebrierte und feierten den Ostersonntag in der Mar Kyriakos-Kirche von Batnaya, jenem Ort, der von allen befreiten Orten am meisten zerstört ist. Die Kirche war übervoll, obwohl bis jetzt niemand zurückkehren konnte. Zu viele Häuser sind zerstört, zu viele Sprengfallen befinden sich noch ungeräumt in den Ruinen. Die Heilige Messe wurde an einem provisorischen Altar gefeiert, der vor dem ursprünglichen Altar, von dem der IS nur Trümmer gelassen hat, errichtet worden ist.

Und dann war da noch jener bewegende Moment, in dem eine alte Frau weinend und verzweifelt vor dem Eingang ihres Wohnhauses stand. Einem Eingang, der in Räume führt, deren Außenwände von Explosionen weggeblasen wurden. Ein Augenblick, der sich ins Herz, in die Seele, gräbt und den man wohl nie wieder vergisst:



Natürlich, viele Vertriebene sind weiterhin skeptisch, was die Zukunft anbelangt und besonders die Bewohner von Qaraqosh, der größten christlichen Stadt, wissen nicht, wann sie zurückkehren können. Aber die allgemeine Stimmung ändert sich und die Menschen beginnen, aus der Schockstarre zu erwachen und zu einem normalen Leben zurückzukehren. Man merkt, dass die ständige innere Anspannung nach und nach abfällt, auch wenn es noch ein langer Weg zurück zu einer wirklichen Normalität ist.

Die Situation für die Jesiden ist schwieriger. Vor allem für die zehntausenden von Vertriebenen aus der Region Sinjar. Während Jesiden in die befreiten Städte Bashqa und Bahzan zurückkehren, in Häuser, die sie fürs erste notdürftig herrichten (wir haben Familien getroffen, die mit Wasser den Ruß von den Wänden ihrer ausgebrannten Häuser waschen), leben weiterhin zehntausende Sinjar-Jesiden unter schwierigsten Bedingungen in leeren Läden, Rohbauten und notdürftigen Zelten zwischen den Häusern jesidischer Orte. Ich war persönlich betroffen und schockiert, z.B. in Shekhan zu sehen, wie viele von ihnen so verborgen und ohne Hilfe von außen zurechtkommen müssen.

Die kürzlichen Luftangriffe der türkischen Armee auf Ziele in der Sinjar-Region lassen befürchten, dass dieses Leid sich noch lange hinziehen wird und dass es eher zu weiteren, neuen Flüchtlingswellen kommen wird. Andererseits kann man doch erleben, dass auch die Jesiden langsam aus der allgemeinen Schockstarre erwachen. In Lalish, dem heiligen Ort der Jesiden, habe ich zum ersten Mal Menschen gesehen, deren Lächeln nicht nur oberflächlich war...

"Ihr bringt Hoffnung – euer hier-sein bringt Hoffnung zu den Menschen" – diese Aussage betonten unabhängig voneinander sowohl Patriarch Luis Sako (chaldäische Kirche), als auch Mar Gewargis III., der Katholikos-Patriarch der Assyrischen Kirche des Ostens. Für uns waren diese Worte, wie auch der Hinweis darauf, dass gerade die Hilfe für kleine Hilfsprojekte, die von den großen Hilfsaktionen und Organisationen nicht abgedeckt werden, wichtig sind, eine große Ermutigung, uns auch weiterhin für die bedrängten Christen und Jesiden im Nordirak einzusetzen.



Die Dankbarkeit und die Wünsche und Grüße der Spendenempfänger geben wir hiermit an Sie – alle Unterstützer der #HelpForIraq – Expeditionen und vor allem auch alle, die sich zu einer Spende für die Menschen in der Region entschlossen haben, weiter. Vielen herzlichen Dank für jegliche Unterstützung sagen

Eduard Pröls und das gesamte Team von CitizenGO

P.S.: Gerne können Sie natürlich auch jetzt noch zu unserer Hilfe für die bedrängten Christen und Jesiden im Nordirak beitragen und spenden: <https://donate.citizenngo.org/de/>. Falls Sie PayPal bevorzugen: https://www.paypal.com/cgi-bin/webscr?cmd=_s-xclick&item_name=Citizenngo_de&hosted_button_id=WMD8NFT9WKSZY&lc=de

Sie möchten Ihre Spende lieber überweisen? Gerne! Unsere Bankverbindung lautet:

IBA

Europa: Was den Christen dort geschieht, wird zu uns kommen

von Giulio Meotti

9. Mai 2017

Englischer Originaltext: Europe: What Happens to Christians There Will Come Here

Übersetzung: Daniel Heiniger

"Pass auf, pass bloß auf. Was hier geschehen ist, wird zu euch kommen." — Ein älterer Priester im Irak, zu Pater Benedikt Kiely.

Im vergangenen Jahr sind mehr als 90.000 Menschen aus der schwedischen Kirche ausgetreten - fast doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Währenddessen sind in einem Jahr 163.000 Migranten ins Land gekommen, die meisten von ihnen muslimisch.

"Sollte nicht die Frage der Nahöstlichen Christen die europäische Zivilisation auf ihre Kernidentität zurück bringen? Sollten wir in Europa und im Westen uns nicht sagen, dass diese Angriffe auch gegen uns gerichtet sind?" — Mathieu Bock-Côté, in Le Figaro.

"Ich fürchte, wir nähern uns einer Situation, die dem tragischen Schicksal des Christentums in Nordafrika in den frühen Tagen des Islam ähnelt", warnte der lutherische Bischof Jobst Schoene vor einigen Jahren. In alten Zeiten gaben uns Algerien und Tunesien, vollständig christlich, große Denker wie Tertullian und Augustinus. Zwei Jahrhunderte später war das Christentum verschwunden, ersetzt durch die arabisch-islamische Zivilisation.

Erlebt Europa nun das gleiche Schicksal?

Im Nahen Osten ist wegen des islamischen Extremismus "das Christentum im Irak vorbei"; In Europa begeht das Christentum Selbstmord.

Binnen 20 Jahren werden muslimische Frauen mehr Babys geboren als christlichen Frauen weltweit; Es ist nur das jüngste Zeichen des schnellen Wachstums, das den Islam bis zum Ende des Jahrhunderts zur größten Religion der Welt zu machen scheint, nach einer neuen Studie des Pew Research Centers.

"Das Christentum stirbt in Europa buchstäblich", sagte Conrad Hackett, der Leiter der Forscher, die am Pew-Bericht arbeiteten.

Danach stieg die muslimische Bevölkerung zwischen 2010 und 2015 um mehr als 150 Millionen Menschen auf 1,8 Milliarden an.

In Europa sind wie viele Christen "verloren" gegangen? Zwischen 2010 und 2015, "überstiegen die Todesfälle die Geburten um fast 6 Millionen in dieser kurzen Zeit".

In diesem Tempo wird das Christentum in Europa verschwinden.

Im gleichen Zeitrahmen überstiegen in den meisten europäischen Ländern - darunter Großbritannien, Deutschland, Italien und Russland - christliche Todesfälle christliche Geburten. "In Deutschland allein gab es zwischen 2010 und 2015 beispielsweise schätzungsweise 1,4 Millionen mehr christliche Todesfälle als Geburten, ein Muster, das voraussichtlich in ganz Europa in den kommenden Jahrzehnten weitergehen wird", fand Pew heraus. Es gibt klare Muster an demographischen Trends, Kirchenbesuche, Pfarreischließungen und die sinkenden Zahl der Priester.

Diese Muster sind der Grund, warum islamische Führer wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan einen demographischen Krieg gegen Europa geführt haben. "Du sollst nicht nur drei, sondern fünf Kinder haben", sagte Erdogan zu Muslimen auf dem alten Kontinent. "Du bist die Zukunft Europas". Dieser Plan wird im Islam Hijrah genannt: Erweiterung des Islam durch Migration, basierend auf Mohammeds Flucht von Mekka nach Medina im Jahre 622.

Das Christentum in Nordeuropa ist bereits vom Atheismus geschwächt worden, ein Trend, der möglicherweise durch moderne Fortschritte in Wissenschaft und Medizin beschleunigt wurde. Der amerikanische Soziologe Phil Zuckerman veröffentlichte, nachdem er mehr als ein Jahr in Skandinavien verbracht hatte, ein Buch, Gesellschaft ohne Gott. Vor kurzem haben nach einer nationalen Werbekampagne der Atheistischen Gesellschaft Tausende von Menschen die dänische Kirche verlassen. Die norwegische Staatskirche hat in einem Monat mehr als 25.000 Mitglieder verloren. Im vergangenen Jahr sind mehr als 90.000 Menschen aus der schwedischen Kirche ausgetreten - fast doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Währenddessen sind in einem Jahr 163.000 Migranten ins Land gekommen, die meisten von ihnen muslimisch.

Das Christentum kollabiert auch in Großbritannien. In Gross-Manchester werden 20 Kirchen bald schließen. Nach einigen Berichten wird der Anglikanismus bis 2033 aus Großbritannien verschwinden. Die Erzdiözese der Katholischen Kirche von St. Andrews und Edinburgh plant, die Zahl der Pfarreien von mehr als 100 auf 30 zu senken. Die Erzdiözese Glasgow, bei weitem die größte des Landes, wird in Kürze - innerhalb von zwei Jahrzehnten - nur noch 45 Priester haben und vermutlich die Hälfte ihrer Pfarreien stilllegen. Stellen Sie sich vor, eine riesige katholische Gemeinde wird die Hälfte ihrer Kirchen schließen.

Die katholische Erzdiözese St. Andrews und Edinburgh unter der Leitung von Erzbischof Leo Cushley (rechts) plant, die Zahl der Pfarreien von mehr als 100 auf 30 zu senken. (Bildquelle: Lawrence OP / Flickr) Katholiken in den Niederlanden sehen sich auch einer "Zukunft ohne Kirchen" gegenüber. Kardinal Willem Eijk, Erzbischof von Utrecht, gab bekannt, dass bis 2025 etwa tausend katholische Pfarreien schließen werden. "Wir sagen voraus, dass ein Drittel der katholischen Kirchen bis 2020 und zwei Drittel bis 2025 geschlossen sein wird", sagte er.

Die meisten Kirchen in Brüssel werden ebenfalls geschlossen - 108 von ihnen. Die Wiener Erzdiözese in Österreich wird auch die meisten ihrer Pfarreien - 660 davon - in den nächsten 10 Jahren liquidieren. Stattdessen wird die Erzdiözese sie in 150 größere Pfarreien verschmelzen.

Man findet überall in Europa ähnliche Zahlen, vom katholischen Spanien bis zum protestantischen Vereinigten Königreich.

Pater Benedikt Kiely, ein katholischer Priester, der nasarean.org gründete, die verfolgten Christen im Nahen Osten hilft, hat vor kurzem einige Christen getroffen, die von ISIS im Irak verfolgt werden. Als er das Land verließ, ergriff ein anderer älterer Priester, selbst ein Flüchtling, Kielys Hand und sagte zu ihm auf arabisch: "Pass auf, pass bloß auf, was hier passiert ist, wird zu dir kommen".

Wie uns die Angriffe gegen zwei koptische christliche Kirchen in Ägypten am Palmsonntag erinnern, ist der Vernichtungskrieg gegen die Christen im Nahen Osten sehr real.

Der kanadische Philosoph Mathieu Bock-Côté schreibt in Le Figaro:

"Die westliche Welt hat sich seit langem an die Verfolgung von Christen im Nahen Osten gewöhnt, als ob ihr schlechtes Los unvermeidlich wäre und einfach akzeptiert werden muss. Sollte nicht die Frage der Nahöstlichen Christen die europäische Zivilisation auf ihre Kernidentität zurück bringen? Sollten wir in Europa und dem Westen uns nicht sagen, dass diese Angriffe auch gegen uns gerichtet sind? "

Europa hat seit langem diesen Krieg gegen das Christentum auf seinem eigenen Boden erlebt: der Terrorangriff auf eine französische Kirche in der Normandie, in der islamische Extremisten einen Priester vor dem Altar ermordeten; Der Terror-Plot gegen die Kathedrale von Notre Dame; Die Drohung von ISIS, den Petersdom in eine Moschee zu verwandeln; Der tödliche Terrorangriff auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin, um nur einige zu nennen.

"Die Muttersprache Europas ist das Christentum", sagte der große deutsche Schriftsteller Johann Wolfgang von Goethe - kein Papst. Vielleicht wird diese Sprache in Zukunft wieder stark sein. Vielleicht werden die Priester das Christentum in London, Brüssel und Paris lebendig halten. Könnte sein. Aber das ist in Nordafrika nicht geschehen.

Mittlerweile hat sich Goethes "Muttersprache" in Europa zu einem kaum erkennbaren Flüstern reduziert. Stattdessen hört man die "islamische Sprache", die jedes Jahr stärker wird.

Giulio Meotti, Kulturredaktor für Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor.

26. Mai 2017, 12:28 Uhr

Ägypten

Mehrere Tote bei Angriff auf Bus mit Christen

Bewaffnete haben einen Bus mit koptischen Christen südlich von Ägyptens Hauptstadt Kairo angegriffen. Dabei starben mehr als 20 Menschen.

Bei einem Angriff bewaffneter Männer auf einen Bus mit koptischen Christen sind in Ägypten mindestens 23 Menschen getötet worden. 25 Menschen seien verletzt worden, teilte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums in Kairo mit. Aus Sicherheitskreisen hieß es, Unbekannte hätten in der Nähe der Stadt Al-Minja das Feuer auf das Fahrzeug eröffnet.

Die Hintergründe der Tat waren zunächst unklar. Den Sicherheitsquellen zufolge waren die Opfer auf dem Weg zu einem Kloster. In der Region um Al-Minja leben zahlreiche Christen.

Ägyptens Christen waren bereits mehrfach Ziel von Anschlägen. Anfang April starben am Palmsonntag bei einem Doppelschlag auf Kirchen in Alexandria und in Tanta mehr als 45 Menschen. Die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) reklamierte die Taten für sich.

Neue Anschlägeandrohungen

Anfang Mai drohten die Extremisten mit neuen Angriffen auf Christen. Muslime sollten Ansammlungen von Christen und Ausländern aus dem Westen meiden, warnte ein namentlich nicht genannter Anführer der Gruppe in einem Interview der IS-Publikation "Al-Nabaa". Er forderte Muslime auch dazu auf, Einrichtungen der ägyptischen Armee, Polizei und Regierung fernzubleiben.

Christen machen rund zehn Prozent der mehr als 90 Millionen Ägypter aus. Papst Franziskus hatte Ägypten Ende April bei einem Besuch in Kairo im Kampf gegen religiösen Extremismus und Terror gegen Christen

in die Pflicht. Die Probleme müssten sofort angegangen werden, "um ein noch schlimmeres Abdriften in die Gewalt zu vermeiden", sagte der Pontifex bei einem Treffen mit Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi.

URL:

- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-23-tote-bei-angriff-auf-bus-mit-christen-a-1149361.html>

Wahre Flüchtlinge ihren Peinigern ausgeliefert Griechenland: Christenverfolgung kein Asylgrund
pi-news.net/griechenland-christenverfolgung-kein-asylgrund/

19.7.2017

Auf der stark bereicherten griechischen Insel Lesbos kommt es bekanntermaßen fast täglich zu gewalttätigen Ausschreitungen ([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)). Besonders schlimm ist es im Lager Moria, wo erst am Dienstagmittag eine Auseinandersetzung zwischen Afghanen und Afrikanern zu umfangreichen Sachschäden und zur kurzfristigen [Kapitulation der Mitarbeiter](#) führte.

Worüber kaum gesprochen wird, sind die zahlreichen Christen, die sich unter den mehrheitlich islamischen „Schutzsuchenden“ befinden und in Lagern wie Moria derselben Verfolgung ausgesetzt sind, wie in den islamisch dominierten Ländern, aus denen sie geflohen sind. Sie werden regelmäßig bedroht, geschlagen und ihre Unterkünfte zerstört.

Ein Entkommen für Christen oft unmöglich

Viele von ihnen flüchten aus dem Lager auf das griechische Festland, werden aber von der dortigen Polizei rasch wieder nach Moria zurückgebracht. In einer E-Mail an den Griechischen Botschafter Dimitris Caramitsos-Tziras [beschreibt Wilson Chowdhry](#), Präsident der British Pakistani Christian Association die Situation:

“Die Mehrheit der christlichen Flüchtlinge entkommt zwar, Asylanträge werden jedoch von den griechischen Behörden abgelehnt. Es werden nur Gesundheitsschäden als mildernde Faktoren angesehen, nicht aber Christenverfolgung. [...]

Wir bitten um Ihre Hilfe, um eine Änderung der gegenwärtigen griechischen Regelungen zu erreichen, sodass erwiesene Verfolgung von Christen als mildernder Umstand zur Asylgewährung für Geflüchtete des Moria Camps Berücksichtigung findet.“

Wirkliche Flüchtlinge, die in Europa auf Schutz vor der islamischen Herrenmenschenmentalität und ihrer tödlichen Verfolgung aller Nichtmoslems hoffen, werden sichtlich oftmals nicht nur enttäuscht, sondern auch am Versuch ihren Peinigern hier zu entkommen gehindert und den Gewalttätigen wieder ausgeliefert. Gleichzeitig wird allseits Toleranz für Moslems und ihren Hasskult gefordert. (tf)

Dipl.-Chem. Dr. rer. nat. Hans Penner, 76351 Linkenheim-Hochstetten
Herrn Pastor Jakob Tscharntke, Riedlingen

Sehr geehrter Herr Tscharntke,

haben Sie vielen Dank für Ihre zutreffende Stellungnahme. Für Ihre Schilderung der Situation gibt es genügend belastbare Belege. Die Sympathien etlicher Christen für Frau Merkel verdeutlichen erschreckend die Verführbarkeit der Christen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Penner

PS: Dieses Schreiben kann verbreitet werden.

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Von: **Jakob Tsharntke** <efkriedlingen@t-online.de>

Datum: 24. August 2017 um 12:13

Betreff: Re: Info (für Wähler): Ist Merkel schizophren? // Is Merkel schizophrenic?

An: Manfred Karl Böhm <manfredkarlboehm@gmail.com>

Frau Merkel ist meines Erachtens nicht schizophren. Sie täuscht meines Erachtens vielmehr in unglaublicher und geradzu satanischer Böartigkeit die Menschen in Deutschland, so wie sie es nach meiner persönlichen Wahrnehmung von Anfang an getan hat. Ich nenne nur Stichworte: "Mulitkulti ist gescheitert". Ausstieg aus der Atomenergie. Maut. Frau Merkel hat CDU-Inhalte besetzt, bis sie eine starke Position in der CDU innehatte. Dann hat sie alle starken Männer eiskalt und berechnend weggebissen und die CDU kastriert, bis nur noch ein Haufen Schoßhündchen übriggeblieben ist - so meine persönliche Meinung. Dann hat sie in vielen Führungsebenen die Positionen nach Ihrem Gusto besetzen lassen. Nun ist das Land in den wichtigsten Positionen gleichgeschaltet - so meine persönliche Wahrnehmung. Und nun zieht sie in eiskalter Berechnung und gnadenloser Konsequenz die Zerstörung des christlichen Abendlandes und unseres deutschen Volkes und Vaterlandes durch. Und ja, so wie es aussieht: "Sie schafft das". Weil aus der CDU ein Kanzlerinnenwahlverein geworden ist, der offenbar jede Selbstachtung verloren hat. Und die SPD, Grüne und Linke applaudieren sowieso, denn sie macht ja deren Politik.

Herzliche Grüße und behüte Sie Gott

Ihr

Jakob Tsharntke

Massive Bedrohung durch radikale Moslems in Deutschland Islamkritiker Nassim Ben Iman muss untertauchen

pi-news.net/islamkritiker-nassim-ben-iman-muss-untertauchen/

6.9.2017

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Für den Ex-Moslem, Buchautor, Referenten, kompetenten Islamkritiker und überzeugten Christen Nassim Ben Iman ist die

Bedrohungslage nun lebensgefährlich geworden. Moslemische Fanatiker aus der Wahabiten- und Salafistenszene haben mit seiner Ermordung gedroht, so dass ihm jetzt nichts anderes übrig blieb, als all seine öffentlichen Aufklärungs-Aktivitäten über den Islam einzustellen und unterzutauchen. Derzeit hält er sich kaum zwei Tage am selben Ort auf. Seitens der Sicherheitsbehörden wurde ihm klargemacht, dass nicht genügend Personal und Geld zur Verfügung stehe, um ihn ausreichend zu beschützen.

Nassim teilte mir im Telefongespräch mit, dass die Gefährdung unseres Landes viel größer sei, als es die Meisten auch nur ahnen. Vertraute Kreise aus seinem ehemaligen wahabitischen Umfeld berichteten ihm, dass dort der Terror ein Lebenselixier darstelle und man sich über jeden getöteten „Ungläubigen“ freue. Man wisse genau, welche Waffen im Umlauf seien und in welchem Umfang die jeweiligen Gruppen ausgerüstet seien.

Nassim Ben Iman ist seit 17 Jahren unermüdlich unterwegs, um über die Gefahren aufzuklären, die der Islam für unser Land und die gesamte westliche freie Welt bedeutet. Bin in seine späte Jugend war er überzeugter Moslem und **schrieb seine Erfahrungen** in dem Buch „Der wahre Feind – warum ich kein Terrorist geworden bin“ nieder. Im Rahmen seiner Arbeit traf er neben vielen anderen Spitzenpolitikern auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die über den Inhalt seiner Islam-Aufklärung informiert sei, wie ihm auch von kompetenten Personen aus ihrem Umfeld bestätigt worden sei. Aber öffentlich äußere sie sich regelmäßig so, als ob sie nicht die geringste Ahnung von der Materie habe. Andere hochrangige Politiker hätten ihm nach seinen Vorträgen versichert, dass es hochinteressant sei, was er vermittele, und sie dies in dieser Form noch nicht gehört hätten. Aber kaum einer traue sich, diese Tatsachen auch nur in annähernder Form selber öffentlich anzusprechen.

Nassim Ben Iman war schon als Referent vor ausgewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament zum Thema „Aus den Fehlern lernen – die Bedrohung der Nazizeit wiederholt sich durch die Islamisierung“ eingeladen. In Langenthal im Schweizer Kanton Bern hielt er einen Vortrag über das Minarettverbot, aus dem sich dann die erfolgreiche Bürgerinitiative der SVP unter Federführung von Oskar Freysinger entwickelte. Im Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik sprach er vor den Polizeipräsidenten aller Schweizer Kantone über die Sicherheit in Europa unter dem Aspekt der Bedrohung durch die Islamisierung. Auch in der Knesset traf Nassim schon mit israelischen Politikern zusammen, um sich über die Islamgefahr auszutauschen.

Bisher habe er aber erst ein einziges Mal einen unmittelbaren politischen Erfolg seiner Vorträge gesehen, als nach seiner Einladung durch die CSU in den Bayerischen Landtag Gesetzesänderungen in Kraft getreten seien, beispielsweise **das Kopftuchverbot** für Lehrerinnen und Beamtinnen in anderen Behörden.

Nassim hat auch hunderte Vorträge vor christlichen Gemeinden in ganz Deutschland und dem angrenzenden Ausland gehalten. Das Internetportal „livenet.ch“ von Schweizer Christen zitiert ihn:

«Klar ist, dass ich den Dienst komplett neu strukturieren muss.» Mittel- und langfristig werde er wohl als Evangelist in anderen Ländern tätig sein, ausserhalb des deutschen Sprachraums. Eine Internetgemeinde aufzubauen sehe er nicht. «Ich bin der klassische Evangelist, der gerne predigt und Menschen zu Jesus führt. Vielleicht schreibe ich noch einmal ein Buch.»

Zwar sei er schon vorher international tätig gewesen. Nun sei es aber schwieriger, diese aufzubauen. Im Voraus können seine öffentlichen Auftritte nicht publiziert werden und hinterher auch nur anonymisiert; Dinge, von denen ein Evangelist eigentlich lebt. «Die Polizei sagt, dass die Extremisten mittlerweile zu gut vernetzt seien.»

«Ich hoffe, dass mein Fürbitte- und Unterstützerkreis grösser wird. Die Belastung ist derzeit gross.» Es sei möglich, dass er sogar ein neues Pseudonym zulegen und noch mal von Null beginnen müsse.

Der Druck auf Nassim kommt interessanterweise von zwei Seiten, die auf den ersten Blick kaum zusammenzupassen scheinen: Von extremen Muslimen sowie von Linksextremen.

Bezeichnend, dass auch heutzutage der radikale Islam mit Sozialisten Hand in Hand arbeitet, was man noch aus den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kennt. Es wirft ein deutliches Licht auf den Islamisierungsgrad Deutschlands im Jahre 2017, dass ein aufrechter, wahrheitsliebender, engagierter und mutiger Christ auf der Flucht sein muss.

Technischer oder kultursensibler "Defekt"? Google Earth entfernt Kreuze von Kirchtürmen pi-news.net/google-earth-entfernt-kreuze-von-kirchtuermen/ 7.9.2017

Von EUGEN PRINZ | Google Earth ist eine Software des US-amerikanischen Unternehmens Google Inc., die einen virtuellen Globus darstellt. Sie kann Satelliten- und Luftbilder unterschiedlicher Auflösung mit Geodaten überlagern und auf einem digitalen Höhenmodell der Erde zeigen.

Mit dieser Software, die es zum Download auf den PC, als APP oder zur Verwendung im Browser gibt, lassen sich vom Bürostuhl aus virtuelle Reisen an jeden Punkt der Erde unternehmen und Sehenswürdigkeiten berühmter Städte zu besichtigen, ohne sich dorthin begeben zu müssen. Es muss nicht unbedingt eine berühmte Stadt sein, die man virtuell besucht. Es kann auch eine schöne, mittelalterliche Stadt sein, mit Bauwerken, die ihresgleichen suchen.

Seltsamer Kreuzschwund

Da ist zum Beispiel die Martinskirche in Landshut. Der Turm dieser Kirche ist mit 130,1 Metern Höhe der höchste Backsteinturm der Welt sowie der höchste Kirchturm Bayerns. Beim Betrachten dieses Meisterwerks christlich-abendländischer Baukunst mit Google Earth stutzt allerdings der ortskundige Betrachter zunächst einmal.

Fehlt da nicht etwas? Richtig, das eindrucksvolle Turmkreuz des Martinsmünsters ist nicht vorhanden.

Hier im Vergleich eine Luftbildaufnahme, die mittels einer Kameradrohne gemacht wurde:

Und hier nochmal Google Earth aus derselben Perspektive:

Ein Zufall? Schauen wir mal bei einer anderen Kirche, zum Beispiel dem Dom zu Speyer. Hier ein Bild von Wikipedia:

Und das macht Google Earth daraus:

Und wieder wurde das Kreuz „vergessen“. Oder etwa wegretuschiert, um die Gefühle der Menschen einer bestimmten „Glaubensrichtung“ nicht zu verletzen?

Bevor wir der Sache weiter auf den Grund gehen, hier ein Aufruf an unsere Leser: Wenn es in Ihrer Stadt eine große Kirche mit einem schönen Turmkreuz gibt und Sie Lust auf ein bisschen Recherche haben, dann bemühen Sie [Google Earth](https://www.google.com/earth/) und sehen mal nach, ob das Kreuz noch da ist.

Sollten Sie auf krasse Fälle stoßen, nehmen wir Rückmeldungen und Fotos (bitte an info@pi-news.net senden) gerne entgegen.

ERFOLG: Lidl Österreich entschuldigt sich für Kreuz-Entfernung

Grüß Gott und guten Tag Michael,

es ist ein großer Erfolg unseres gemeinsamen Protests! Lidl Österreich hat sich erstmals öffentlich für das Wegretuschieren der Kreuze auf den Produktverpackungen seiner Eigenmarke „Epidanous“ entschuldigt. In einer [Stellungnahme erklärte das Unternehmen](#): „Keine Frage, hier ist ein Fehler passiert, das tut uns leid. Wir entschuldigen uns bei allen, die sich durch die Gestaltung verärgert fühlen.“

Offensichtlich hat unser gemeinsamer Protest also Wirkung gezeigt. Mehr als **11.800 Patrioten** haben die Petition „[Lidl soll keine Kreuze mehr von Verpackungen entfernen!](#)“ auf PatriotPetition.org bereits unterzeichnet und damit unter Beweis gestellt, dass **wir uns entschieden wehren, wenn die Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur entfernt oder ausgetauscht werden.**

Jedoch ist noch nicht ganz klar, ob Lidl jetzt die wegretuschierten Kreuze auf den Bildern wieder einsetzt, oder ein ganz neues Design erstellt. Jedenfalls wird das Thema „nun mit höchster Priorität“ behandelt – anscheinend hat sich der Lidl-Eigentümer Dieter Schwarz der Sache persönlich angenommen.

Wir dürfen jetzt nicht locker lassen! Kardinal [Duka von Prag](#), der die Kreuz-Entfernung einen „*barbarischen und kulturlosen Akt*“ nannte, teilte mit, er werde trotz der Entschuldigung einen „*bitteren Beigeschmack nicht los*“. Es sei zu befürchten, „*dass es demnächst zur Entfernung wirklicher Kreuze auch aus Kirchen kommen könnte*“.

Lidl soll keine Kreuze mehr von Verpackungen entfernen!



Der deutsche Lebensmitteldiscounter **Lidl** hat bei seinen letzten „griechischen Wochen“ offensichtlich **alle Kreuze von den Bildern auf seinen Produktverpackungen entfernen lassen**. Das belegt eine [Bilderrecherche](#).

Bei der Verkaufsaktion „griechische Wochen“ werden spezielle Produkte aus Griechenland wie beispielsweise Moussaka, Feta, Tzatziki oder Käse-Teigtaschen angeboten. Die Packungen der Lidl-Marke „Epidanous“ zeigten dabei die Urlaubsinsel Santorini mit ihren zahlreichen blau-weiß-gefärbten Kirchen und Häusern. **Im Gegensatz zu den originalen Bildern fehlen bei den Werbebildern auf den Lidl-Verpackungen jedoch die Kreuze auf den Kirchen!**



Ein Sprecher von Lidl Belgien hat bereits zugegeben, dass das Unternehmen die Kreuze **absichtlich wegretuschiert** hat. Er erklärte: „Wir vermeiden grundsätzlich den Gebrauch von religiösen Symbolen. Damit wollen wir unsere Neutralität unterstreichen.“ Ob die Kassiererinnen jetzt auch ihr Kopftuch ablegen müssen, ist nicht übermittelt – darf jedoch bezweifelt werden.

Das Beispiel beweist wieder einmal, dass wenn von angeblicher „religiöser Neutralität“ gesprochen wird, nichts anderes gemeint ist als die Neutralisierung des Christentums – in voraussetzendem Gehorsam gegenüber dem Islam und nach dem Motto: „Mit Christen kann man es ja machen, die wehren sich ja doch nicht“. Nicht auszumalen, welch ein Aufschrei durch das Land ginge, hätte Lidl stattdessen islamische Symbole aus seinen Geschäften verbannt ...

Zeigen wir mit der anbei stehenden Petition an Lidl, dass wir uns unsere christlichen Symbole nicht nehmen lassen und uns entschieden wehren, wenn Kreuze aus dem öffentlichen Raum entfernt werden! Sagen wir dem Unternehmen, dass wir seine Produkte nur dann noch kaufen werden, wenn es keine Kreuze mehr entfernt. Bitte verteidigen auch Sie mit Ihrer Unterschrift unsere christlichen Symbole! Vergelt's Gott!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bei Ihren letzten „griechischen Wochen“ hat Ihr Unternehmen sämtliche Kreuze von den Produktverpackungen Ihrer Eigenmarke „Epidanous“ entfernt. Ein Lidl-Sprecher erklärte dazu: „Wir vermeiden grundsätzlich den Gebrauch von religiösen Symbolen. Damit wollen wir unsere Neutralität unterstreichen.“

Seien Sie ehrlich: Werden Sie mit dieser Begründung ab sofort auch Ihren Kassiererinnen das Tragen von Kopftüchern verbieten? Weshalb dieses zweierlei Maß? Wir jedenfalls werden Ihre Produkte zukünftig nur noch dann kaufen, wenn Sie keine Kreuze mehr wegretuschieren! Wir lassen uns unsere christlichen Symbole nicht nehmen!

[Your Signature]

proKOMPAKT38| 2017

Bild-Zeitung thematisiert Christenverfolgung in Berlin

Ein afghanischer Flüchtling wurde von seinen eigenen Landsleuten bedroht – wegen seines christlichen Glaubens. Sein Schicksal ist kein Einzelfall, berichtet die Bild-Zeitung.

Wenn du zurückkommst, bringen wir dich um!“ Damit haben muslimische Afghanen ihrem Landsmann Ghulam Hussain Rezaiee in einer Flüchtlingsunterkunft in Brandenburg gedroht. Er hatte zugegeben Christ zu sein, als diese feststellten, dass er im Ramadan nicht fastet. Das berichtete die Bild-Zeitung am Mittwoch. Rezaiees Landsleute hätten ihn angegriffen und beschimpft. Der 29-Jährige sei daraufhin aus der Unterkunft in die evangelisch-lutherische Dreieinigkeitskirche in Berlin-Steglitz geflüchtet. Angesichts solcher Androhungen sei es für konvertierte Afghanen teilweise lebensgefährlich, ihren Glauben zu leben, bestätigt der Pfarrer der Kirche, Gottfried Martens gegenüber der Bild-Zeitung. „Mindestens einmal im Monat sucht ein verletzter Flüchtling bei uns Schutz vor Verfolgung.“ Die wenigsten erstatteten Anzeige, weil die Gegenseite oft eine ganze Reihe Zeugen stelle, die der Aussage widersprechen. **Die Bild-Zeitung zitiert außerdem das über-konfessionelle Hilfswerk „Open Doors“, das sich für verfolgte Christen weltweit einsetzt. Zwischen Februar und September vergangenen Jahres kam es in deutschen Flüchtlingsunterkünften zu 743 religiös motivierten Übergriffen auf Christen, ergab deren Erhebung. Mit 146 Opfern steht Berlin dabei auf Platz Eins.**

VON: DEM

<http://www.n-tv.de/panorama/Mann-erschiesst-Kirchgaengerin-in-Tennessee-article20050715.html>

Montag, 25. September 2017

Attentat oder Amoklauf? Mann erschießt Kirchgängerin in Tennessee

Ein junger Mann ermordet vor einer Kirche eine Frau, die gerade auf dem Weg zu ihrem Auto ist. Dann sucht sich der Täter im Inneren der Kirche weitere Opfer - und wird schließlich durch eine Kugel aus seiner eigenen Waffe gestoppt.

Ein 25-Jähriger im US-Bundesstaat Tennessee hat am Sonntag das Feuer auf Kirchgänger eröffnet und eine Frau getötet. Sieben weitere Gläubige wurden verletzt. Dazu zählt ein junger Mann, der den Schützen konfrontiert hatte und von ihm mit der Schusswaffe schwer geschlagen worden war. Über das Tatmotiv herrscht noch Unklarheit. Die Polizei sprach zunächst lediglich von "mehreren Möglichkeiten".

Angehörige der Opfer stehen nach der blutigen Tat unter Schock.

Auch der Schütze selbst wurde verletzt in ein Krankenhaus gebracht, nachdem ihn eine eigene Kugel getroffen hatte. Der Polizei zufolge konnte zunächst nicht zweifelsfrei geklärt werden, ob sich der Schuss während eines Handgemenges gelöst hatte oder der Täter die Waffe gegen sich selbst richtete. **Dem "Tennessean" zufolge lebt der Schütze legal in den USA, ist aber kein US-Bürger. Er soll aus dem Sudan stammen.**

Der Vorfall ereignete sich kurz nach Ende einer Andacht in der Burnette Chapel Church of Christ in Antioch **nahe Nashville. Der Polizei zufolge schoss der Mann zunächst auf dem Parkplatz der Kirche auf eine Frau, die zu ihrem Auto ging. Ein Augenzeuge sagte dem Sender CNN, der Täter habe der Kirchgängerin zunächst in den Rücken geschossen, dann die am Boden liegende Frau umgedreht und direkt in ihr Gesicht gefeuert.**

Dann ging er nach Schilderungen eines Polizeisprechers in die Kirche und schoss anscheinend wahllos auf weitere Gläubige. Die verletzten Schussopfer seien zwischen 60 und 84 Jahre alt.

Quelle: n-tv.de , jve/dpa

<https://charismatismus.wordpress.com/2017/10/01/schueler-zu-islamischen-gebeten-gezwungen/>
Schüler zu islamischen „Gebet“ gezwungen?

Veröffentlicht: 1. Oktober 2017 | Autor: Felizitas Küble | Abgelegt unter: AKTUELLES | Tags: Allah, Gebetsteppich, islam, kinder, Kopftücher, Ludwigsburg, Mütter, Schüler, verstört, Vertrauliche Mitteilungen | 11 Kommentare

In der vierten Klasse einer Ludwigsburger Grundschule stand im evangelischen Religionsunterricht das Thema „Islam“ auf dem Lehrplan – so weit, so normal.

Nicht so normal, dass diese christlichen Viertklässler zur Ausübung islamischer Glaubensrituale animiert, ja teils verpflichtet wurden. Die Kinder mussten nämlich, neben anderen Gebetstexten, auch das Folgende lesen: „Allah, Du bist der einzige und größte Gott der Welt, wir alle unterwerfen uns Dir.“

Die Kinder wurden aufgefordert, sich zeitgleich zum Lesen dieser Gebetspassage barfuß auf einen islamischen Gebetsteppich zu knien und den Kopf auf den Boden zu beugen. Auch das Tragen eines Kopftuchs wurde den Kindern angeboten.

Quelle und vollständiger Text hier: <https://www.journalistenwatch.com/2017/07/27/islamische-unterwerfungsriten-im-christlichen-religionsunterricht/>

<https://www.journalistenwatch.com/2017/07/27/islamische-unterwerfungsriten-im-christlichen-religionsunterricht/>

Islamische Unterwerfungsriten im christlichen Religionsunterricht

27. Juli 2017

Baden-Württemberg / Ludwigsburg – In einer Ludwigsburger Grundschule wurden die christlichen Schüler im Rahmen des evangelischen Religionsunterrichts zu islamischen Gebetspraktiken verpflichtet. Nachdem die zuständige Schulleitung wie immer bei solchen Vorfällen versuchte, sich mit billigen Ausflüchten aus der Situation zu winden, wandten sich betroffene Eltern nun an Prof. Dr. Jörg Meuthen (AfD) mit der Bitte, in seiner Eigenschaft als Oppositionsführer im baden-württembergischen Landtag diesen Skandal einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

„Mit dem zuweilen inflationär gebrauchten Wort „Skandal“ gilt es vorsichtig umzugehen. Gleichwohl kann man das, was sich vor kurzem in Baden-Württemberg an (mindestens) einer Grundschule ereignete, nicht anders bezeichnen.

Was war passiert?

In der vierten Klasse einer Ludwigsburger Grundschule stand im evangelischen Religionsunterricht das Thema „Islam“ auf dem Lehrplan. So weit, so normal – schließlich sollen unsere Schüler frühzeitig die wesentlichen Grundlagen der Weltreligionen kennenlernen. Nicht normal dagegen erscheint mir, dass diese christlichen Viertklässler zur Ausübung (!) islamischer Glaubensrituale animiert, ja zu Teilen sogar

verpflichtet wurden. Die Kinder mussten nämlich, neben anderen Gebetstexten, auch das Folgende lesen:

„Gott Allah, Du bist der einzige und größte Gott der Welt, wir alle unterwerfen uns Dir.“

Allein schon dies erscheint hochproblematisch, da den Kindern dieser Unterwerfungstext vollkommen unreflektiert dargeboten wurde, so als sei dies auch für Christen hinzunehmen.

Aber es wird noch bedeutend schlimmer:

Die Kinder wurden aufgefordert, sich zeitgleich zum Lesen dieser Gebetspassage barfuß auf einen islamischen Gebetsteppich zu knien und den Kopf auf den Boden zu beugen. Auch das Tragen eines Kopftuchs wurde den Kindern angeboten.

Deutschland im zwölften Jahr unter der humanitaristisch delirierenden Pfarrerstochter Merkel

Es ist wirklich unfassbar: Islamische Unterwerfungsriten im christlichen Religionsunterricht an einer deutschen Grundschule. Das ist Deutschland im zwölften Jahr unter der humanitaristisch delirierenden Pfarrerstochter Merkel.

Prof. Dr. Jörg Meuthen (AfD)

Doch zurück nach Ludwigsburg: Da sich die Kinder bei alldem sehr unwohl fühlten, erzählten einige daheim von den Erlebnissen des Tages. Nur so kam das Ganze überhaupt heraus – und der Stein allmählich ins Rollen.

Auf Beschwerden bei der Schulleitung hin wand sich diese, dass nur das Lesen der Texte verpflichtend, das Niederknien dagegen freiwillig gewesen sei. Man mag dies glauben – oder eben auch nicht, denn die Aussagen der Kinder sind eindeutig: Sie sagen, dass auch das Niederknien Teil einer verpflichtenden Aufgabe war.

Diesen Skandal einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen

Eine völlig zu Recht empörte Mutter war nun nicht länger bereit, über diese Dinge den Mantel des Schweigens zu decken. Sie schrieb am vergangenen Wochenende Protestbriefe an das Kultusministerium sowie das Regierungspräsidium Stuttgart.

Zudem wandte Sie sich an mich in meiner Eigenschaft als Oppositionsführer im baden-württembergischen Landtag mit der ausdrücklichen Bitte, diesen Skandal einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen – was ich hiermit tue. Diese Mutter fragt in ihrem Anschreiben, wie es denn sein könne, dass christlichen Schülern Derartiges abverlangt werde, während es auf der anderen Seite offenbar völlig undenkbar ist, von muslimischen Schülern Vergleichbares zu fordern.

Zeit für ein Ende der Unterwerfung unter den Islam – und für neue Lehrpläne

Liebe Leser, diese Frau hat völlig recht. Warum müssen sich moslemische Schüler nicht vor unserem Gott und dem Kreuz niederbeugen und zugleich ein christliches Gebet sprechen, wenn ihre christlichen Mitschüler dies des Lernfortschritts wegen in Richtung Islam so dringend auf sich nehmen müssen? Wäre dies nicht zum besseren Verständnis unserer Kultur und der Integration in diese gerade auch für Moslems angezeigt?

Oder würde dies von moslemischen Eltern als „Manipulation“ ihrer Kinder gewertet? Träfe dieser Vorwurf zu, gälte er selbstverständlich auch in Bezug auf christliche Kinder. Die Verantwortlichen im Ministerium und den Schulbehörden werden sich also entscheiden müssen: Entweder alle Schüler werden mit derlei Unterwerfungsriten konfrontiert – oder keiner. Tertium non datur.

Im Übrigen verweist die betroffene Schule auf die geltenden Lehrpläne hinsichtlich der Lernziele des Religionsunterrichts der vierten Klasse. Es drängt sich also die Frage auf, ob sich derlei Absurditäten noch andernorts zugetragen haben. Rückmeldungen Ihrerseits, liebe Leser, sind wie immer herzlich willkommen“. (Der veröffentlichte Originalbeitrag von der Facebookseite Prof. Dr. Jörg Meuthen wurde lediglich um Zwischenüberschriften ergänzt).

Abschließend stellt Jörg Meuthen fest: Es ist Zeit für ein Ende der Unterwerfung unter den Islam – und für neue Lehrpläne. (BS)

<https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/2017/01/26/real-madrid-entfernt-kreuz-aus-wappen/>

26.01.2017 FÜR ARABISCHE LÄNDER

Real Madrid entfernt Kreuz aus Wappen

Der Fußballverein Real Madrid ändert sein Logo auf Fan-Artikeln in arabischen Ländern. Das kleine Kreuz auf der Krone des Logos wird entfernt.

Das Wappen des spanischen Klubs Real Madrid ziert die Initialen MFC, die für Madrid Football Club stehen, umschlossen von einem Kreis. 1920 verlieh König Alfons XIII. dem Verein den Titel Real und das Emblem erhielt eine Krone hinzu, an deren oberer Spitze ein kleines Kreuz zu sehen ist.

Das kleine Kreuz soll entfernt werden, um muslimische Fans nicht zu verärgern, da es als christliches Kreuz gesehen wird. Wie mehrere spanische Medien berichten, hat Real einen Vertrag mit dem arabischen Großhändler Marka abgeschlossen. Dieser darf ab sofort exklusiv Fanartikel des spanischen Fußballvereins in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Bahrain und Oman verkaufen. Der Vertrag sehe nach den Berichten auch vor, dass bei den Fanartikeln im Logo das Kreuz verschwinden müsse.

Streit ums Kreuz schon 2014

Ohne das kleine christliche Symbol ließen sich in arabischen Ländern bessere Geschäfte mit Fan-Artikeln machen. Die Trikots der Spieler seien indes nicht betroffen.

Bereits 2014 hatte Real Madrid wegen seines Sponsors, der National Bank of Abu Dhabi, das Kreuz aus dem Wappen entfernt. Im Ligabetrieb und in der Champions League trat der spanische Rekordmeister weiter mit seinem Originalwappen an. (pro)

<http://www.idea.de/menschenrechte/detail/orban-christenverfolgung-in-nahost-kann-bald-auf-europa-uebergreifen-102798.html>

Viktor Orban 15. Oktober 2017

Christenverfolgung in Nahost kann bald auf Europa übergreifen

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban. Foto: picture-alliance/Heikki

Saukkomaa/Lehtikuva/dpa

Budapest (idea) – Die gewaltsame Verfolgung von Christen im Nahen Osten kann schon bald auf Teile Europas übergreifen. Diese Befürchtung äußerte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban auf einer internationalen Konferenz über Christenverfolgung in Budapest. Führende Repräsentanten Europas verfolgten „mit Gewalt eine Einwanderungspolitik, die dazu führt, dass gefährliche Extremisten auf das EU-Territorium gelangen“, sagte Orban laut einem Bericht von Radio Vatikan. Er hingegen trete dafür ein, dass Europa ein „christlicher Kontinent“ bleibe. Wie die Katholische Presseagentur Österreich weiter meldet, kritisierte der Ministerpräsident, dass Europa seine christlichen Wurzeln verleugne. Im Blick auf Ungarn erklärte er: „Der liebe Gott hat uns diesen Teil Europas anvertraut, und wir wollen seinen christlichen Charakter bewahren.“ Organisator des Kongresses war das ungarische „Staatssekretariat zur Hilfe für verfolgte Christen“. Es ist dem Minister für Humanressourcen, dem evangelisch-reformierten Pastor Zoltan Balog, unterstellt. Nach seinen Worten sieht die ungarische Regierung im Einsatz für verfolgte Christen auch die Möglichkeit, die christlichen Wurzeln Europas zu erneuern.

Internationale Gemeinschaft sorgt sich mehr um gefährdete Panzen als um

Christenschutz

An der dreitägigen Konferenz nahmen unter anderen führende Kirchenvertreter aus dem Nahen Osten teil, darunter der syrisch-orthodoxe Patriarch Mar Ignatius Aphrem II., der syrischkatholische Patriarch von Antiochien, Mar Ignatius Yousif III. Younan, der Außenamtschef des orthodoxen Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion, und der EU-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit außerhalb der Union, der Slowake Jan Figel. Patriarch Aphrem beklagte, dass der Westen die bedrohten Christen im Nahen Osten alleinlasse. Die internationale Gemeinschaft sorge sich mehr um gefährdete Panzen und Tiere als um den Schutz von Christen. Es scheine so, dass sich selbst die westlichen Christen nicht allzusehr um das Schicksal ihrer Glaubensgeschwister kümmerten. Der EU-Sonderbeauftragte Figel lobte die Initiativen Ungarns für die Christen im Nahen Osten unter dem Motto „Ungarn hilft“. Daraus sollte allerdings „Mitteleuropa hilft“ werden, forderte er im Blick auf andere Staaten.

<http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/kirche-in-not-verfolgung-auf-neuem-hochstand>
"Kirche in Not": Verfolgung auf neuem Höchststand

Ob religiös motiviert oder aus politischen Gründen: Christen werden weltweit immer stärker verfolgt, beklagt das Hilfswerk "Kirche in Not". Eine neue Studie zeigt, wo die Lage besonders schlimm ist.
Christenverfolgung | München - 16.10.2017

Laut einer Untersuchung des Hilfswerks "Kirche in Not" in Großbritannien hat die Christenverfolgung in vielen Ländern zwischen 2015 und 2017 einen neuen Höchststand erreicht. "Blickt man auf die Schwere und die Auswirkungen der begangenen Verbrechen und die Anzahl der betroffenen Personen wird deutlich: Die Verfolgung nimmt weiter zu", erklärte Sprecher John Pontifex laut einer am Montag verbreiteten Pressemitteilung.

Ursache der Verfolgung sind laut dem vorgestellten Bericht zunehmende Übergriffe durch religiös oder politisch fundamentalistische Gruppen. Die Untersuchung unter dem Titel "Persecuted and forgotten?" ("Verfolgt und vergessen?") nimmt 13 Länder in den Blick, in denen es laut "Kirche in Not" in den

vergangenen Jahren zu besonders schweren Übergriffen auf Christen gekommen ist. Außerdem wird der Grad der Religionsfreiheit in den untersuchten Ländern aufgezeigt.

Brennpunkte der Christenverfolgung sind laut dem Bericht vor allem muslimisch geprägte Länder sowie autoritär regierte Staaten wie Eritrea und Nordkorea. Islamistische Milizen wie der sogenannte "Islamische Staat" im Nahen Osten oder "Boko Haram" in Nigeria und den Nachbarländern richteten sich zwar nicht ausschließlich gegen Christen. Diese seien jedoch die am stärksten betroffene Gruppe, so "Kirche in Not". Beispielhaft nennt der Bericht Zahlen für die syrische Stadt Aleppo. Dort sei die Zahl der Christen durch den anhaltenden Bürgerkrieg von mehr als 150.000 auf nur noch knapp 35.000 gesunken. "Vertreter der Ortskirchen im Nahen Osten beklagen, dass sie sich von der internationalen Gesellschaft vergessen fühlen und die Bedürfnisse der vertriebenen Christen nicht gesehen werden", sagte Pontifex.

Darüber hinaus nimmt laut "Kirche in Not" auch die politisch motivierte Verfolgung von Christen zu. Dies zeige sich etwa in China, wo die geschätzt mehr als 100 Millionen Christen nach einer Phase leichter Öffnung wieder verstärkt unter Verfolgung zu leiden hätten. So seien etwa in der Provinz Zhejiang mehr als 2.000 Kreuze auf Kirchen demontiert und einige Gotteshäuser sogar ganz zerstört wurden. Immer wieder würden zudem Kleriker verhaftet, um sie auf die staatliche Religionspolitik einzuschwören. (stz)

Islamische Christenverfolgung Kairo: Moslem schlachtet koptischen Priester ab

 pi-news.net/kairo-moslem-schlachtet-koptischen-priester-ab/

14.10.2017

Am Stadtrand von Kairo in Ägypten wurde am Donnerstag der koptische Bischof Samaan Shehata von einem „Rechtgläubigen“ mit einer Machete ermordet. Der Täter stach auf sein Opfer ein und schlug es auf Kopf und Nacken, wie das allzeitgültige Mordbuch Koran es vorschreibt.

Seitens der Behörden heißt es, der islamische Schlächter Ahmed Saeed Ibrahim sei „geisteskrank“. Nachbarn allerdings bestätigten, es handle sich schlicht um einen „radikalen Moslem“, [berichtet Pamela Geller](#). Saeed Ibrahim habe auf der Straße gebetet und den Priester laut schreiend einen „Ungläubigen“ genannt.

Im Video oben ist zu sehen, wie der Mörder den flüchtenden Bischof mit seiner Machete verfolgt. Der versucht sich in einem Lagerhaus in Sicherheit zu bringen. Sein Angreifer verfolgt und tötet ihn aber. Dabei wurde noch eine weitere Person verletzt.

Täter als Salafist bekannt

Nach dem Attentat floh der Moslem. Bischof Shehata soll noch etwa eine halbe Stunde gelebt haben, doch der rettende Krankenwagen erst nach 90 Minuten eingetroffen sein. Der Täter soll vor seiner Flucht mit dem Blut des Opfers ein Kreuz auf dessen Stirn gezeichnet haben.

Lokalen Medienberichten zufolge ist der Mörder 19 Jahre alt und habe sich etwa drei Monate davor einer salafistischen Dschihad-Gruppe angeschlossen. Nachbarn sagten aus, Saeed Ibrahim sei dafür bekannt, Christen zu beleidigen und zu attackieren. Mehrere Opfer sollen sich bereits an die Behörden gewandt haben. Die Anzeigen wurden aber weitestgehend ignoriert.

Bischof Raphael von Kairo [sprach bei der Trauerfeier](#) für den toten Priester von einer „Kultur eines durch Gewalt und Terrorismus vergifteten Volkes“. Rund zehn Mio., der 95 Mio. Einwohner Ägyptens sind koptische Christen.

Victor Orban warnt vor Christenverfolgung in Europa

Erst vor kurzem [warnte Ungarns Regierungschef](#) Victor Orban, die Christen im Nahen Osten zu schützen und auch davor, dass die islamische Christenverfolgung dieser Länder zu uns überschwappen würde. Die christlichen Minderheiten im Nahen Osten würden Gefahr laufen

vollkommen ausgelöscht zu werden. Dass „europäischen Eliten“ das Schicksal der Christen dieser Länder gleichgültig sei, halte er für bedenklich. Europäische Intellektuelle und führende Politiker wollten eine gemischte Gesellschaft erschaffen, die die kulturelle und ethnische Identität Europas in wenigen Generationen komplett verändern würde. Ungarn hingegen sei es wichtig, die christlichen Minderheiten vor Ort zu unterstützen, so Orban

Die Christenverfolgung ist aber eigentlich schon längst angekommen in Europa. Das zeigt sich nicht nur in den zunehmenden Allahu-Akbar-Attentaten, sondern auch im täglichen, von Moslems praktizierten Hass gegenüber der heimischen Bevölkerung und ihren christlichen Traditionen. (Isg)

<http://www.kirche-in-not.de/aktuelle-meldungen/2017/10-16-christenverfolgung-auf-historischem-hochststand-kirche-in-not-vereinigtes-koenigreich>

Christenverfolgung auf Höchststand

Neuer Bericht veröffentlicht: Zunehmende Übergriffe durch Fundamentalisten

Im Zeitraum von 2015 bis 2017 hat die Christenverfolgung in vielen Ländern weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Ursache sind die zunehmenden Übergriffe durch religiös oder politisch fundamentalistische Gruppen.

Zu diesem Ergebnis kommt der neue Bericht „Persecuted and forgotten?“ („Verfolgt und vergessen?“), den das britische Nationalbüro von KIRCHE IN NOT vorgestellt hat.

Die Untersuchung nimmt 13 Länder in den Blick, in dem es in den vergangenen Jahren zu besonders schweren Übergriffen auf Christen kam und zeigt den Grad der Religionsfreiheit in diesen Ländern auf.

„Blickt man auf die Schwere und die Auswirkungen der begangenen Verbrechen und die Anzahl der betroffenen Personen wird deutlich: Die Verfolgung nimmt weiter zu“, betonte Autor John Pontifex. Brennpunkte seien vor allem muslimisch geprägte Länder sowie autoritär regierte Staaten, zum Beispiel **Eritrea** und Nordkorea.

Fundamentalistische Gruppierungen wie der sogenannte „**Islamische Staat**“ im Nahen Osten oder „**Boko Haram**“ in Nigeria und den Nachbarländern richteten sich zwar nicht ausschließlich gegen Christen, diese seien jedoch die am stärksten betroffene Gruppe.

So hätten staatliche Stellen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union wiederholt von einem versuchten **Völkermord an Christen im Irak** gesprochen. Rund die Hälfte von ihnen seien nach den IS-Eroberungen 2014 zu Binnenflüchtlingen geworden.

Auch in Syriens zweitgrößter Stadt **Aleppo**, die bis 2011 eine der größten christlichen Gemeinschaften des Landes zählte, sei die Zahl der Christen von über 150 000 auf knapp 35 000 Gläubige im Frühjahr 2017 gesunken – ein Rückgang um mehr als 75 Prozent.

„Vertreter der Ortskirchen im Nahen Osten beklagen, dass sie sich von der internationalen Gesellschaft vergessen fühlen und die Bedürfnisse der vertriebenen Christen nicht gesehen werden“, sagte Pontifex. Dem versucht KIRCHE IN NOT entgegenzuwirken – zum Beispiel mit einem **Wiederaufbauprogramm** für einst christlich besiedelte Dörfer in der irakischen **Ninive-Ebene**.

Auch in Afrika werde der religiöse Extremismus zum zunehmendem Problem, stellt der Bericht fest. So seien etwa in Nigeria rund 1,8 Millionen Menschen durch die Gewalt der islamistischen Sekte „Boko Haram“ vertrieben worden, darunter viele Christen.

Aber nicht nur die religiöse, auch die politische Verfolgung nimmt zu: Der Bericht „Persecuted and forgotten?“ zeigt auf, dass auch die vermutlich über 100 Millionen Christen im kommunistischen **China** nach einer Phase leichter Öffnung wieder verstärkt unter Verfolgung zu leiden hätten.

So seien etwa in der Küstenprovinz Zhejiang über 2000 Kreuze auf Kirchen demontiert und einige Gotteshäuser sogar ganz zerstört wurden. Immer wieder komme es vor, dass Kleriker verhaftet und festgehalten würden, um sie auf die staatliche Religionspolitik einzuschwören. Alle diese Schlaglichter ließen laut John Pontifex ein bedrückendes Resümee zu: „Christen werden mehr verfolgt als jede andere Glaubensgruppe, immer mehr Menschen erleben schlimmste Formen der Diskriminierung und Gewalt.“

4.11.17

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,
Vor wenigen Tagen hat der französische Staatsrat (Conseil d'État) eine gravierende Verfügung erlassen: **von dem Denkmal, das der bretonische Ort Ploërmel im Jahr 2006 dem polnischen Papst Johannes Paul II. auf einem öffentlichen Platz errichtet hat, muss das Kreuz entfernt werden.**

Quer durch Europa wächst, nicht nur unter Katholiken, die Empörung über diese Gerichtsentscheidung, bei der sich der Conseil d'État auf das strenge französische Säkularismusgesetz von 1905 beruft. In diesem Gesetz ist die strikte Trennung von Religion und Staat verankert.

<http://www.citizengo.org/de/sc/112013-das-kreuz-verteidigen-auf-dem-papstdenkmal-frankreich-und-ganz-europa>

Worum geht es?

Das Denkmal wurde 2006, nach dem Tode Johannes Pauls II., der von 1978 bis 2005 an der Spitze der katholischen Kirche stand, von dem russischen Bildhauer Zurab Cereteli geschaffen. Es besteht aus einer Statue, die von einem Bogen, auf dessen Spitze sich ein Kreuz befindet, überspannt wird. Nachdem ein Freidenker-Verband gegen das Papst-Denkmal vor Gericht gezogen war, hatte ein regionales Gericht in Rennes im Jahr 2015 angeordnet, dass das gesamte Denkmal aus dem öffentlichen Raum entfernt werden müsse. Im Berufungsverfahren entschied nun der Conseil d'État als oberstes Gericht, dass die Statue bleiben könne, aber das Kreuz entfernt werden müsse, weil dieses ein „auffälliges religiöses Symbol“ darstelle.

<http://www.citizengo.org/de/sc/112013-das-kreuz-verteidigen-auf-dem-papstdenkmal-frankreich-und-ganz-europa>

Gegen diese Entscheidung wehren sich europaweit nicht nur gläubige Christen, sondern Menschen quer durch alle gesellschaftlichen Schichten. Auch der Künstler Zurab Cereteli lehnt jeden Eingriff, der sein Werk verändern würde, ab.

„Ist der gegen das Kreuz gerichtete Feldzug, der in den vergangenen Jahren vor allem durch den so genannten ‚Islamischen Staat‘ in Syrien und dem Irak stattfand, mittlerweile im Herzen Mitteleuropas angekommen?“ – Diese Frage stellen sich nicht wenige Menschen, die über dieses Urteil empört sind.



Der französische Staatsrat fordert die Entfernung des Kreuzes von einem Denkmal.

Wenn auch Sie der zunehmenden Verbannung des Kreuzes aus dem öffentlichen Raum etwas entgegensetzen wollen, dann unterzeichnen Sie bitte jetzt unsere Petition als Zeichen Ihres Protestes:

UNTERZEICHNEN

Die **beistehende Petition richtet sich gegen die Verbannung des Kreuzes aus dem öffentlichen Raum** und wendet sich an die Vertreter der wichtigsten Fraktionen im Europaparlament (der EVP und der EKR) mit der Bitte, dem Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig werden die politisch Verantwortlichen aufgefordert, auf die christlichen Wurzeln Europas zu achten und diesen Respekt zu erweisen.

Bitte helfen Sie uns, jeglicher Zensur christlicher Kunst im öffentlichen Raum entgegen zu treten und diese zu verhindern und unterstützen Sie deshalb diese Petition, die sich über die genannten Fraktionsvorsitzenden im Europaparlament an die zuständigen Behörden in Frankreich und der EU wendet.

<http://www.citizengo.org/de/sc/112013-das-kreuz-verteidigen-auf-dem-papstdenkmal-frankreich-und-ganz-europa>

Das Kreuz verteidigen. Auf dem Papstdenkmal, in Frankreich und ganz Europa!

Sehr geehrter Herr Syed Kamall (EKR-Fraktion im Europaparlament),

Sehr geehrter Herr Manfred Weber (EVP-Fraktion im Europaparlament),

Ich möchte meiner tiefen Missbilligung gegenüber der Entscheidung des französischen Staatsrates (Conseil d'État), dass das Kreuz von einem an Papst Johannes Paul II. erinnernden Denkmal in dem französischen Ort Ploërmel entfernt werden soll, Ausdruck verleihen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Kreuz an das christliche Erbe Europas erinnert und daher auch im öffentlichen Raum Platz haben und finden muss.

Jeder Versuch, das Kreuz – dieses Symbol, das mit der Identität und Kultur Europas identisch ist – im öffentlichen Raum zu zensieren oder es aus diesem zu entfernen, ist eine Manifestation der Trennung Europas von seinem Fundament.

Als einer der Gründerväter eines vereinten Europas erklärte Robert Schumann: "Demokratie wird christlich oder gar nicht sein". An diese Aussage möchte ich Sie hiermit erinnern und Sie bitten, Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass das Kreuz auf dem Denkmal von Papst Johannes Paul II. erhalten bleibt.

Vielen Dank für Ihren Einsatz!

Mit freundlichen Grüßen,

<https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/so-raubt-die-tuerkei-christen-ihr-eigentum/>

07.11.2017 **DISKRIMINIERUNG**

So raubt die Türkei Christen ihr Eigentum

Mindestens 100 historische Güter der aramäisch-sprachigen Kirchen in der Südosttürkei hat die türkische Regierung innerhalb der vergangenen fünf Jahre konfisziert. Diese Enteignungen reihen sich in ein breites Repertoire an Unterdrückungsmaßnahmen gegen christliche Minderheiten ein, deren trauriger Höhepunkt der Völkermord an den Armeniern und Aramäern während des Ersten

Weltkrieges war. Doch wie vor über hundert Jahren werden solche Missstände auch heute noch verschleiert. *Von Christof Sauer*

Am 23. Juni dieses Jahres enthüllte die armenische Wochenzeitung Agos in Istanbul die Enteignung von 50 kirchlichen Liegenschaften im Raum Mardin im Südosten der Türkei. Zu den konfiszierten Kirchengütern gehören einerseits verlassene Kirchengebäude, Klöster, Monumente, umfangreiche Ländereien, aber auch teilweise noch in Gebrauch befindliche Dorffriedhöfe und zwei aktive Klöster. Die Objekte wurden erst der Staatskasse einverleibt. Dann überschrieben die türkischen Behörden die Ländereien an Kommunen und die Gotteshäuser an das staatliche Religionsamt Diyanet. Dieses Amt reguliert alle sunnitisch-muslimischen Einrichtungen der Türkei, hat jedoch keine Befugnisse über die nicht-muslimischen Minderheiten. Bereits drei Jahre zuvor, am 12. August 2014, hatte das Provinzgericht in Mardin die Überschreibung beschlossen. Die Mardiner Stadtverwaltung rechtfertigt die Vorgänge durch eine Kommunalreform, bei der auch angeblich verwaiste Liegenschaften beschlagnahmt wurden.

Die drei betroffenen aramäischen Kirchengemeinschaften informierte indes niemand über die Enteignung. Doch die Enthüllungen der Zeitung Agos, die umgehenden Proteste der Kirchen und das große Medienecho im Ausland haben dazu geführt, dass die Übertragung der Gebäude an das Religionsamt bereits am 3. Juli 2017 annulliert wurde. Die Kirchen bekamen die enteigneten Güter allerdings nicht zurück. Dazu hätte es einer Gesetzesänderung bedurft. Stattdessen flossen die Güter wieder an die Staatskasse. Auf eine erneute Petition der Kirchen hat die Regierung in Ankara bis zum Abschluss der Recherchen für diesen Artikel nicht geantwortet. Möglicherweise spielt die türkische Regierung auf Zeit. Denn wenn der Staat weiterhin nicht handelt, müssten die Kirchen für jedes einzelne Objekt ein kostspieliges und langwieriges Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang anstrengen.

In der benachbarten und hauptsächlich von Kurden bewohnten Provinzstadt Diyarbakir beschlagnahmte der Staat im März 2016 alle sechs christlichen Kirchen per Kabinettsbeschluss. Die Kirchen liegen in einem Altstadtviertel, das durch Kämpfe stark beschädigt ist und deswegen zum Sperrgebiet erklärt wurde. Tausende von Gebäuden zog die türkische Regierung ein, angeblich, um die Altstadt „neu zu entwickeln“.

Unter den Gebäuden befindet sich die größte armenische Kathedrale im Mittleren Osten, die Armenisch-Apostolische Kirche Surp Giragos. Erst 2011 hatte die armenische Diaspora dafür gesorgt, dass die Kathedrale renoviert und nach jahrzehntelanger Schließung wiedereröffnet werden konnte. Diese Kirche ist daher von hoher symbolischer Bedeutung für die schwindende armenische Minderheit. Der Staatsrat setzte die Enteignung im April 2017 zwar aus, die Sperrung der Kirche hob er aber nicht auf. Am 1. September veröffentlichte die Zeitung Agos Bilder, die im Juli heimlich aufgenommen worden waren und die Kathedrale verwüstet und entweiht zeigen.

Bebauungsplan in Istanbul bedroht Kirchen

Im September bekannt gewordene Bebauungspläne der Stadt Istanbul, nach denen sich die Bevölkerungszahl der Prinzeninseln vor der Stadt verfünffachen soll, riefen jüngst Proteste hervor, berichtete die Katholische Nachrichtenagentur (KNA). Wo neue Straßen und Wohnblöcke gebaut werden sollen, stehen aktuell auch denkmalgeschützte Kirchen, Klöster und Synagogen. Wie nirgends sonst in der Türkei sind auf den Prinzeninseln verschiedene christliche Minderheitsgruppen und Juden vertreten. Die Inseln gelten als letztes Relikt der alten, multireligiösen und -kulturellen Türkei. Auf einer der Inseln, Chalki, liegt auch die seit 1971 vom Staat

geschlossene griechisch-orthodoxe Theologische Hochschule, die ihren Betrieb noch nicht wieder aufnehmen durfte. Ob es je dazu kommt, wenn die Bebauungspläne umgesetzt werden, erscheint laut KNA höchst zweifelhaft. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte bislang die Wiedereröffnung von Konzessionen Griechenlands gegenüber den dortigen türkischen Muslimen abhängig gemacht. Der griechische Staat hat dieses Jahr eine Moschee in Athen finanziert und eröffnet.

Hoffnungsschimmer durch EU-Beitrittsverhandlungen

Diese drei Beispiele zeigen, dass Enteignungen christlicher Minderheiten in der Türkei programmatisch sind. Ein Blick in die Historie des Landes verdeutlicht, dass dieses Muster einer traurigen Tradition folgt: Bereits im Zuge des Völkermordes an den Armeniern in Anatolien enteigneten die Machthaber ab 1915 systematisch Minderheiten. Das konfiszierte Eigentum der ungefähr 1,5 Millionen Opfer aus nicht-muslimischen Volksgruppen, zu denen vor allem die Armenier, aber auch Griechen, andere christliche Minderheiten wie die Aramäer, und Juden gehörten, ermöglichte die Gründung der türkischen Republik erst, denn es stellte deren wirtschaftliche Grundlage dar. Großangelegte Enteignungswellen nicht-muslimischer Eigentümer wiederholten sich unter verschiedenen Vorwänden periodisch im 20. Jahrhundert. Manche Hoffnungsschimmer weckten Gespräche der türkischen Regierung mit den christlichen Minderheiten seit Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen. So versprach der damalige Minister- und heutige Staatspräsident Erdogan den anerkannten religiösen Minderheiten, ihnen ihren seit 1936 weggenommenen Besitz zurückzugeben, und unterzeichnete zuletzt 2011 ein entsprechendes Dekret. Doch die Hoffnungen erfüllen sich, wenn überhaupt, nur schleppend: Zum einen bekommen nur wenige Religionsgemeinschaften ihren Besitz zurück. Darunter keine westlichen, also nicht-orthodoxen, Kirchen. Zum anderen sollte ohnehin nur ein geringer Teil des einstigen Kirchenbesitzes zurückgegeben werden. Die bürokratischen Hürden sind enorm.

Muslime bevorzugt

Sema Kiliger von der Menschenrechtsdelegation der EU für die Türkei und Mine Yildirim von der Religionsfreiheitsinitiative des Norwegischen Helsinki Komitees beklagen in einer Publikation der Konferenz Europäischer Kirchen, dass religiöse Minderheiten in der Türkei gegenüber der muslimischen Bevölkerungsmehrheit systematisch benachteiligt werden. Ein Beispiel: Seit 2004 gibt es die Möglichkeit, in gleicher Weise wie für Moscheen auch für andere Gottesdienststätten eine Baugenehmigung zu beantragen. Allerdings haben die Kommunen bislang fast ausnahmslos auf dem Verwaltungsweg entsprechende Bauvorhaben boykottiert. Verwaltungsvorschriften, unzureichende Rechtsbestimmungen und uneinheitliche Umsetzung an der Basis verhindern Religionsfreiheit. Daher fordern die Betroffenen anstelle des existierenden Stückwerks von Einzelreformen eine grundsätzliche Gleichbehandlung aller Bürger und eine religiöse Neutralität des Staates. Christen in der Türkei sind nicht als einzige mit derartigen Problemen als Minderheit in einem mehrheitlich muslimischen Land konfrontiert. Ähnliche Situationen bestimmen das Leben der Christen im Sudan, im Iran, in Ägypten und in weiten Teilen Nordafrikas und der arabischen Halbinsel. Die systematische Zerstörung von Kirchen durch den IS im Irak und in Syrien hatte zum Ziel, selbst die Spuren der vertriebenen religiösen Minderheiten auszulöschen.

Dr. Christof Sauer, Jahrgang 1963, ist Professor für Religions- und Missionswissenschaft der Evangelisch Theologischen Fakultät Leuven, Belgien, mit dem Schwerpunkt Religionsfreiheit und Verfolgung. Die Freie Theologische Hochschule in Gießen (FTH) hat Sauer 2017 zur „Stiftungsprofessur für Religionsfreiheit und die

Erforschung der Christenverfolgung“ berufen. Er ist zugleich Direktor des von ihm 2005 mitgegründeten Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo, Brüssel, Brasilia). Der ordinierte Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg lebt schwerpunktmäßig in Gießen und Kapstadt und ist in Südafrika mit zwei weiteren Universitäten verbunden.

Foto: Streitberger/FTH

Dieser Artikel stammt aus der aktuellen Ausgabe 5/2017 des Christlichen Medienmagazins pro. Bestellen Sie pro kostenlos und unverbindlich unter Telefon 06441-915-151, per E-Mail an info@kep.de oder [online](#).

<https://michael-mannheimer.net/2017/12/04/ehem-nigerianischer-kultusminister-christen-wurden-von-lybischen-moslem-gefangengenommen-und-dann-wie-kebab-gegrillt/>

Ehem. nigerianischer Kultusminister:

„Christen wurden von libyschen Moslems gefangengenommen – und dann wie Kebab gegrillt“

4. Dezember 2017 Michael Mannheimer [111](#)

Libyen: Christen wie Kebab gegrillt

Ich kann bestens verstehen, wenn sich der eine oder andere Leser weigert, diese Nachricht zu glauben. In meiner nunmehr 12jährigen ununterbrochenen Beschäftigung mit dem Islam bin ich ebenfalls nahezu täglich auf Nachrichten über den Islam gestoßen, die ich anfänglich als Horror-Geschichten aus 1001 Nacht abtat.

Jede einzelne Nachricht – wie etwa die Erlaubnis, mit Toten zu schlafen, Sex mit Tieren zu haben, ja sogar Sex mit Säuglingen zu haben – **hat sich jedoch neben zahllosen nicht minder perversen Tatsachen bestätigt.**

Die wenigsten Moslems wissen darum – und die wenigsten Moslems haben je den Koran gelesen. Entweder weil sie des Lesens und Schreibens unkundig sind, oder weil es verboten ist, den Koran in einem anderen als der arabischen Originalsprache zu lesen. Bei einer Anzahl von geschätzten 200 Millionen Arabern fallen damit schon mal 1 Milliarde Moslems weg, die den Koran gelesen haben. Und damit einen Allah und Propheten anbeten, den sie nicht wirklich kennen.

Libyen: Christen zu Sklaven gemacht, ihnen Organe entnommen – und sie anschließend wie Kebab gegrillt

Was sich – wie es sich bei der folgenden Geschichte geradezu aufdrängt -dass es sich um einen Bericht über eine drittklassigen Hollywood-Horrorfilm handele, hat sich tatsächlich ereignet.

Der ehemalige Kulturminister für Nigeria, **Femi Fani-Kayode** berichtete die **[International Business Times](#)** am vergangenen Mittwoch., dass viele Migranten aus Afrika über das Mittelmeer gereist sind, um ihr Leben zu verbessern, aber viele stattdessen versklavt wurden,

„75% der Menschen, die in Libyen in die Sklaverei verkauft wurden, hat man die Organe entnommen, ihre Körper wurden verstümmelt und wie Kebab geröstet. Sie stammen aus dem südlichen Nigeria“,

so der ehemalige Kulturminister.

Wie gewohnt schweigen die Kirchen zur Verfolgung von Christen

Nun werden wir vergebens auf ein Wort der beiden Kirchen warten, die diese teuflischen Untaten verurteilen. Sie kollaborieren ja – immer mehr Deutsche bekommen das dank der Alternativmedien wie diesem hier mit – lieber mit den Mördern von Christen als dass sie sich, wie es sich gehörte und wie es ihre eigentliche Aufgabe wäre, schützend vor die in der gesamten islamischen Welt gnadenlos verfolgten Christen stellen.

Franziskus hat noch nie mit von Moslems verfolgten Christen gebetet

Den Gipfel der westlichen vorseilenden Unterwerfung unter den Islam bildete die geradezupsychopathologische „Entschuldigung“ des Papstes bei den Rohingya für deren Vertreibung aus Burma. Anlässlich seines Besuchs in Ostasien betete Franziskus, der Papst, der Europa am liebsten vollständig islamisieren würde („Papst Franziskus übertrifft sogar Merkel: Ihm geht die Umvolkung in Europa nicht schnell genug voran.“), mit bengalischen Moslems um Vergebung für das ihnen angetane Unrecht.

»Wir sind euch nahe«, sagte der Papst improvisiert. »Im Namen aller, die euch Böses getan haben, und im Namen der Gleichgültigkeit der Welt bitte ich um Vergebung.« (Quelle)

Dieser Papst ist nicht nur einer der Haupt-Drahtzieher der Überschwemmung Europas mit Abermillionen Moslems – er ist auch größenwahnsinnig, irre – und im zutiefst unchristlich.

Größenwahnsinnig, weil er sich nicht entschuldigen kann für ein Unrecht, das weder er noch andere Christen getan haben. Irre, weil er offenbar aus Tätern Opfern macht.

Seit Jahrzehnten besiedeln bengalische Moslems aus Bangladesh ohne Erlaubnis das benachbarte buddhistische Burma, vergewaltigen tausende buddhistische Frauen, töten deren Männer, verüben Massaker gegen Burmesen – und fordern einen eignen Staat in Burma.

Dass die Medien diese Bengalen zu einem eigenen Volk, den Rohingyas, stilisiert haben, ist eine Wiederholung dessen, was sie vor Jahrzehnten mit den Palästinensern machten. Diese gibt es nicht. Palästinenser sind Araber. Der deutsche Autor Tomas Spahn hat diesen Fakt in einem hervorragenden Artikel zusammengefasst, den ich vor kurzem übernommen haben (Quelle)

Die Vertreibung der „Rohingya“ ist jedenfalls eine rechtlich unanfechtbare und überlebensnotwendige Selbstverteidigungsmaßnahme eines der friedlichsten Völker dieser Erde (Man muss in Burma strikt zwischen Militär und dem Volk trennen).

Dass die UN die „Rohingyas“ als die „verfolgteste Minderheit der Welt“ bezeichnet, ist allein das Werk der übermächtigen islamischen OIC (der Vereinigung von 57 islamischen Ländern in der UN) – die im Prinzip jeden UN-Beschluss diktieren kann.

Und ein Meisterstück der islamischen Taqiya: Jene, die die eigentlichen Verfolger und Schlächter von Minderheiten sind (Jahr für Jahr töten Moslems über 100.000 Christen in islamischen Ländern), haben es geschafft, sich als die wahren Opfer von Verfolgung darzustellen.

Und Franziskus ist zutiefst unchristlich, weil er sich noch nie schützend vor der eigentlich verfolgtesten Minderheit dieser Welt, seinen christlichen Brüdern und Schwestern in den islamischen Ländern, gestellt hat.

Diese sind ihm ganz offensichtlich egal. Lieber wäscht wer die Füße nach Europa gekommener **moslemischer** Flüchtlinge, als dass er dies bei nach Europa entflohenen christlichen Flüchtlingen tut. Die, wenn sie Glück haben, nicht von der islamischen Mehrheit auf hoher See von Bord geworfen und dem Tod durch Ertrinken anheim gegeben werden.

Man darf also sicher sein, dass weder die deutschen Pharisäer **Bedford-Strohm**, **Marx** oder die Exbischöfin und Liebling aller Linken und verblendeten Gutmenschen, **Margot Käßmann**, zu diesem furchtbaren Schicksal der nigerianischen Christen etwas sagen werden, die als gebratenes Kebab endeten. **Möge sich die Hölle auftun und alle christlichen Pharisäer, mit dem Papst an der Spitze, samt den verlogenen Medien und Politikern in sich aufsaugen und auf alle Ewigkeit verschlingen!**

Michael Mannheimer, 4.12.2017

<https://michael-mannheimer.net/2017/12/04/ehem-nigerianischer-kultusminister-christen-wurden-von-lybischen-moslem-gefangengenommen-und-dann-wie-kebab-gegrillt/>

Lichterfeste, Wintermärkte und abgesagte Weihnachtsfeiern Alice Weidel: „Wie lange dürfen wir Weihnachten noch feiern?“

Pipi-news.net/2017/12/alice-weidel-wie-lange-duerfen-wir-weihnachten-noch-feiern/
20.12.2017

Ein Gymnasium in Lüneburg erklärt den Besuch einer Weihnachtsfeier für freiwillig, die obligatorische Feier während der Schulstunden fällt aus. Als Grund wurde zunächst die Beschwerde einer muslimischen Schülerin genannt, die sich von Weihnachtsliedern gestört fühlte – nun dementiert der Schulleiter. So heißt es im inzwischen geänderten Artikel auf WELT Online nun: *„Am Dienstagabend dementierte Schulleiter Friedrich Suhr diese Angaben. Suhr zufolge hat sich die Schülerin im verpflichtenden Fachunterricht beschwert, „als eine Lehrkraft das Singen von Weihnachtsliedern ansetzen wollte“. Daraufhin habe er „um eine sensible Handhabung im Pflichtunterricht“ gebeten, erklärte der Schulleiter.“ Die Weihnachtsfeier sei nicht aufgrund der muslimischen Schülerin auf den Nachmittag verlegt worden, sondern aufgrund eines „Personalwechsels“, so Suhr weiter.*

Was stimmt nun? Feststeht, dass dem Dementi des Schuldirektors ein massiver Shitstorm vorangegangen ist. Die Schule sei von einer „Welle von Hassmails und wütenden Leserbriefen“ zugeschüttet worden. Natürlich sind Hassmails nicht das adäquate Mittel, seiner Wut Luft zu machen. Dennoch bin ich der Meinung, dass das plötzliche Dementi in Verbindung mit einer recht zweifelhaften Begründung lediglich eine Schutzmaßnahme der Schule darstellt, die angesichts des Shitstorms zwar legitim ist, am eigentlichen Problem jedoch nichts ändert.

Ein tolerantes Miteinander der verschiedenen Kulturen, wie von großen Teilen der Medien und Politik propagiert, scheitert nicht nur an alltäglichen sexuellen Übergriffen auf Frauen und anderen Gewalttaten, nicht nur an großen Bedrohungen wie dem islamistischen Terrorismus, sondern schon an den vermeintlich „kleinen Dingen“ des alltäglichen Miteinanders.

Während die Deutschen immer weiter kulturelle Zugeständnisse machen, verharren viele Muslime in ihrer starren Haltung gegenüber den Werten und christlichen Traditionen dieses Landes. Wirft man einen Blick in den Koran und die Sunna ist das nicht verwunderlich. Die Intoleranz gegenüber anderen Religionen ist dem Islam inhärent. Ein tolerantes Miteinander, das auf Gegenseitigkeit beruht, zumindest mit konservativen Muslimen daher nicht möglich. Umso deutlicher stelle ich fest: Wer sich hier durch christliche Traditionen, wie das Singen von Weihnachtsliedern oder die Teilnahme an schulischen Weihnachtsfeiern belästigt fühlt, hat in diesem Land nichts zu suchen. Wir sind ein christlich-abendländisch geprägtes Land und das soll auch weiterhin so bleiben. Jedem Einwanderer, jedem Muslim, der hier lebt, muss dies klar sein. Darüber hinaus ist es umso wichtiger, endlich einen Stopp der Einwanderung aus islamischen Ländern zu erwirken.

Ich möchte zugleich aber auch betonen, dass es nicht nur die Schuld einer intoleranten Gruppe von muslimischen Einwanderern ist, dass es zu solchen Auswüchsen des vorausseilenden Gehorsams kommt, sondern auch die Schuld von Schulleitern und „Integrationsexperten“ aller Couleur, die in solchen Fällen allzu bereitwillig nachgeben und ein einseitiges Appeasement betreiben.

Es kann nicht sein, dass hier aus Rücksicht Klassenarbeiten während des Ramadans verschoben werden, dass wir sogar über einen muslimischen Feiertag nachdenken, während uns selbst kein Fingerbreit Toleranz entgegengebracht wird. Eine Gegengesellschaft, die nichts mit den Werten des Landes zu tun hat, in dem sie existiert, ist nicht Multi-Kulti. Sie ist das Gegenteil davon!

Nicht wir müssen Menschen islamischen Glaubens immer mehr entgegenkommen. Es ist Zeit, dass man uns entgegenkommt und wem das nicht passt, dem steht es frei, sich ein Land zu suchen, in dem ausschließlich nach islamischen Traditionen gelebt wird. Niemand ist gezwungen, hier zu leben. Sich die wirtschaftlichen Vorteile eines Landes einerseits zu sichern und ansonsten jedwede Mitarbeit an einem friedlichen Miteinander zu torpedieren – das funktioniert nicht mehr – nicht mit der AfD und nicht mit einer Mehrheitsgesellschaft, die zunehmend wütend auf solche Auswüchse reagiert.

(Zuerst erschienen auf der Facebookseite von Alice Weidel.)

Anmerkung Pl:

In unserem Beitrag über den Verzicht des Lüneburger Johanneums auf eine Weihnachtsfeier schrieben wir, dass es eine Klage gegeben habe, in deren Folge die Weihnachtsfeier nicht mehr erlaubt wäre.

Ein Schülersprecher der Schule wies uns per Email darauf hin, dass es keinen Prozess gegeben habe. Unser Bericht verleite zu Anfeindungen gegenüber Muslimen, insbesondere seiner muslimischen Mitschülerinnen, so der besorgte junge Mann. Laut seinem Schreiben falle die Weihnachtsfeier für die Mittelstufe in der Unterrichtszeit aus, weil der Lehrer, der diese organisiert hatte, die Schule verlassen habe. Allerdings habe im vergangenen Jahr eine muslimische Schülerin den Französischunterricht verlassen, weil dort ein christliches Weihnachtslied angestimmt worden

sei, gibt der Schülersprecher zu. Nun gebe es als Neuerung einen von der Oberstufe organisierten Weihnachtsmarkt am Nachmittag vor dem alljährlichen Weihnachtskonzert.

Also: Ursache für den Verzicht war erstens eine muslimische Schülerin, der ein Jahr zuvor von den Weihnachtsliedern schlecht geworden war.

Daraufhin wurde dieses Jahr unter Bezug auf § 3 des Landesschulgesetzes die Weihnachtsfeier aus der regulären Unterrichtszeit herausgenommen, siehe folgenden Bericht des NDR vom 18.12. (ab Minute 0:32):

Ist es vorauseilender Gehorsam oder ein verständnisvolles Entgegenkommen für Muslime? Das ist hier die Frage.

[Schülerin] „Letztes Jahr wurden halt auch Weihnachtslieder gesungen, und da hat sich halt dann ein Mädchen, die halt nicht christlich war, ... hat sich damit halt nicht so wohl gefühlt und ist dann raus gegangen und dann hat die Schulleitung überlegt, wie sie damit umgehen wollen. Und daraufhin wurde halt beschlossen, dass es keine christlichen Weihnachtslieder mehr geben soll.“

In diesem Jahr geht die Schule noch einen Schritt weiter. Die Religionsfachkonferenz aus Elternvertretern, Schülern und Lehrern hat beschlossen, dass es nicht einmal mehr eine Feier in der Unterrichtszeit geben wird. Grund für die Sorge am Lüneburger Johanneum-Gymnasium: § 3 des Landesschulgesetzes. Darin steht, dass auf alle Religionen im Unterricht Rücksicht zu nehmen ist.

[Bianca Schöneich, Landesschulbehörde] „Wir sagen den Schulen, diese Regelung ist keinesfalls ein Verbot von christlichen Weihnachtsliedern in Schulen. Und diese Regelung besagt auch nicht, dass der Unterricht frei von religiösen Bezügen sein soll, ganz im Gegenteil.

Schulen müssen den Schülern diese religiösen Bezüge auch vermitteln, ohne dabei wertend zu sein.“

Gut, es war also kein Gerichtsurteil, aber in der Sache richtig. Es war eine Regelung unter Berufung auf das Schulgesetz, sowie also vorauseilender Gehorsam, der die Beteiligten zum Verzicht auf die Weihnachtsfeier in der Unterrichtszeit bewog.

Der Focus berichtet, dass sich der Schulleiter, des Lüneburger Johanneums, Friedrich Suhr, mit seinen Dementis zur Unterwerfung in Widersprüche verstricke:

Für Verwirrung sorgte dann am Dienstagabend ein Dementi des Schulleiters Friedrich Suhr. „Die Behauptung, eine verpflichtende Weihnachtsfeier des Johanneums sei abgesagt beziehungsweise auf den Nachmittag verlegt worden, weil sich eine muslimische Schülerin beschwert habe, ist unzutreffend“, teilte Suhr in einer Erklärung mit, die FOCUS Online vorliegt. Lediglich die Weihnachtsfeier für die Klassen 7 bis 10 sei ausgefallen, was Suhr jedoch mit „Personalwechsel im Kollegium“ begründete. Diese Feier werde im kommenden Jahr wieder stattfinden.

Mit diesem Dementi verstrickt sich der Schulleiter nun offenbar in Widersprüche. Denn der NDR bleibt bei seiner Darstellung. „Der Direktor hat uns diesen Sachverhalt in einem kurzen Telefonat am Freitag bestätigt“, sagte Barabara Schramm, Leiterin des NDR-Studios Lüneburg, der „FAZ“ am Mittwoch. Von einem „Personalwechsel“ als Grund für die Absage der Feier während des Unterrichts sei keine Rede gewesen.

Im Dementi vom Dienstagabend hatte Suhr hingegen behauptet, der Vorfall mit der muslimischen Schülerin habe nichts mit der Weihnachtsfeier zu tun, sondern betreffe den „verpflichtenden Fachunterricht“. Eine Lehrkraft habe in diesem Fachunterricht Weihnachtslieder ansetzen wollen. „Dieser Vorfall war dann der Ausgangspunkt für meine Bitte um sensible Handhabung im Pflichtunterricht, die natürlich auch bei Weihnachtsfeiern nötig ist.“ [...]

Nach Angaben des Evangelischen Pressedienstes hatte die „Lüneburger Landeszeitung“ vor rund zwei Wochen zuerst über den Vorfall berichtet. Suhr hatte der Zeitung gesagt, dass im verpflichtenden Unterricht zwar Lieder wie „Red Nosed Reindeer“ gesungen werden könnten, jedoch keine eindeutig christlichen Weisen. [...]

Die Schule selbst habe sich bei der Entscheidung zur Verschiebung auf das niedersächsische Schulgesetz berufen. Dort heiße es, dass im Unterricht auf religiöse Überzeugungen zu achten sei und auf Empfindungen Andersdenkender Rücksicht genommen werden müsse.

Darüber hinaus hatte Suhl nach NDR-Angaben darauf hingewiesen, dass selbst im Musikunterricht am Johanneum keine religiösen Lieder gesungen würden, obgleich das Schulgesetz dies durchaus zulasse. Die Beteiligten sind nun „entsetzt“ ob der vielen „Hassschreiben“ bezüglich des Themas und auch darüber, dass Alexander Gauland das Vorgehen der Schule als „eine unerträgliche, unfreiwillige Unterwerfung gegenüber dem Islam“ bezeichnet hat. Es sei „eine traurige Selbstverleugnung und feige Ungerechtigkeit“ gegenüber den anderen Kindern, so Gauland.

Kontakt:

Gymnasium Johanneum Lüneburg, Schulleiter: Friedrich Suhr
Theodor-Heuss-Str. 1, 21337 Lüneburg
Tel.(04131) 309 – 7100
Email: f.suhr@johanneum-lueneburg.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)

Wie man einem Taliban beibringt, dass es keinen Dschihad gibt Bayern: Richter hängt für Taliban Kreuz im Gerichtssaal ab

Pi[pi-news.net/2018/01/bayern-richter-haengt-fuer-taliban-kreuz-im-gerichtssaal-ab/](https://www.pi-news.net/2018/01/bayern-richter-haengt-fuer-taliban-kreuz-im-gerichtssaal-ab/)

January 18, 2018

Äußerste Kultursensibilität seitens eines Richters erfuh vor kurzem ein islamischer Gast der Kanzlerin. Der 21-jährige Afghane soll zwischen August 2016 und Januar 2017 in der Asylunterkunft im Bayerischen Rottach Mitbewohner bedroht haben, weil sie Sonntags in die Kirche gehen wollten und besonders einen zum Christentum Konvertierten genötigt haben. „Ich kontrolliere, wohin du am Sonntag gehst. Wenn du in die Kirche gehst, werde ich dich töten“, habe er gedroht.

Das bestreitet das Goldstück aber ebenso wie die Vorwürfe von Drohungen, wenn Ramadan-Regeln nicht eingehalten wurden. Dabei soll der Talibanfan Rädelsführer einer rund 30 Mann starken Moslemgruppe gewesen sein. Zeugen zufolge soll auch der Satz: „Ich hasse alle Christen, weil es im Koran steht“, gefallen sein.

Nun stand der afghanische Allah-Krieger in Miesbach vor dem Amtsgericht, wo Jugendrichter Klaus-Jürgen Schmid ganz behutsam auf den (von unserer Kultur?) „Traumatisierten“ einging und das Kreuz im Gerichtssaal abhängen ließ. Das Gericht bestätigte am Donnerstag diesen Vorgang.

Die „erzieherische“ Maßnahme: Es gibt keinen Dschihad!

Religiöse Symbole seien im Gerichtssaal grundsätzlich nicht vorgeschrieben, begründete Richter Schmid seine Entscheidung, die er gar als „erzieherische“ Maßnahme bezeichnet:

„In diesem Sinne habe ich mir Gedanken gemacht, wie bringe ich einen jungen Mann, von dem behauptet wird, dass er diesem Christen das Lebensrecht abspricht und von dem behauptet wird, dass er ein Taliban ist, wie bringe ich den erzieherisch dazu, davon abzurücken, dass er glaubt, ein Dschihad würde bestehen zwischen Christen und Islamisten. Und da hielt ich es nicht für opportun, dass ich unter dem sichtbaren Kreuz ihn verurteile. Das war das Thema.“

Nun sieht der Richter sich mit wütenden Reaktionen der Bürger konfrontiert. Es habe böse Anrufe und Mails gegeben, die Richter Schmid als ungerechtfertigt sieht, schließlich habe er ja ohnehin die Höchststrafe über den Angeklagten, der schon mal wegen Bedrohung vor Gericht stand, verhängt: Ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung, plus drei Wochen Arrest und fünf Beratungstermine. Das Gericht sah es dabei als erwiesen an, dass der Afghane großes Augenmerk auf seine „Religion“ lege.

Das wirkt ganz bestimmt „erzieherisch“, wenn man für Nötigung und Todesdrohungen, denen in diesen Kreisen meist Taten folgen, trotz eindeutigem Hang zur islamisch bedingten Mordlust, ganze drei Wochen in einem unserer deutschen Wellnesscenter für Straftäter verbringen muss und der Rest der Strafe, wie meist bei dieser Klientel, zur Bewährung ausgesetzt wird. Was die „Beratungstermine“ betrifft, so sind diese ebenso sinn- und wirkungsvoll, wie die sogenannten „Gefährderansprachen“ der Polizei.

Also, lieber „jugendlicher“ Taliban, der Herr Jugendrichter hat für dich sogar das dir so verhasste Christensymbol von der Wand geholt, damit Du nicht denkst, Christen gibt es wirklich, gegen die du kämpfen musst. Stimmt gar nicht, ist alles nur Folklore und kann weg. Für dich und deine Brüder im Islam wird dieses Land weiter gut sorgen, sodass es euch an nichts fehlt und es wird euch auch ermöglichen eure „Religion“ mit all ihren Ritualen ausleben zu können. Du musst nur einmal sagen: „Es gibt keinen Dschihad“, so dass der Herr Richter das auch glauben kann. Du hast doch sicher in der Koranschule gelernt, wie das funktioniert mit der Taqiyya. Wenn nicht, kannst du bestimmt noch rasch einen entsprechenden Volkshochschulkurs besuchen. Den bezahlen wir selbstverständlich auch. Schließlich sind wir das Land, in dem der Islam gut und gerne leben und wachsen können soll.

Und nicht vergessen: Auf keinen Fall während der Bewährungszeit Menschen messern, totfahren oder sprengen. Sonst wird der Herr Richter ganz traurig und schickt dich nächstes Mal zusätzlich eine Stunde auf die „stille Treppe“ zur Supernanny. (lsg)

POSTSTELLE.VERWALTUNG@ag-mb.bayern.de

19.1.18

Sehr geehrter Herr Schmid,

anlässlich des o.g. Prozesses lasse ich Ihnen (für Ihre weiteren Prozesse) einige Daten zukommen, die belegen, daß der Islam weltweit ein hochpathologischer religiös-politischer Faschismus, ein religiöser Rassismus und ein religiöser Wahn ist (der Deutschland zerstören kann):

Der Gründer des Islam ist der erste IS-Terrorist gewesen der mit über 30 Kriegen gewaltsam den Islam verbreitete, hunderten von Juden köpfen ließ und persönlich eine gefangene Frau vergewaltigte, Sexsklaverei praktizierte und Sex mit einer Neunjährigen hatte (was der Iran deswegen inzwischen legalisiert hat). Der Islam hat anschließend mit Angriffskriegen bis heute ca. viermal soviel Menschen wie Hitler mit den seinen umbrachte.

Der Koran selbst ist aus religionspsychopathologischer Sicht keine Offenbarung irgendeines Gottes, sondern der religiöse Wahn eines halluzinerenden

Temporallappenepilektikers, der schon zu seiner Zeit für besessen gehalten wurde (s. Anhang Mohammeds Geisteskrankheit und der Koran)

Die Islamkritik von Dr. ABDEL-HAKIM OURGHI - er leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Breisgau - in seinem neuen Buch „**REFORM DES ISLAM: 40 Thesen**“ geht in die gleiche Richtung (s.a. Anhang). Ich zitiere:

Anwohner sind nicht mit "Allah ist der Größte" einverstanden Oer-Erkenschwick: Verwaltungsgericht verbietet Muezzinruf

P[pi-news.net/2018/02/oer-erkenschwick-verwaltungsgericht-verbietet-muezzinruf/](https://www.pi-news.net/2018/02/oer-erkenschwick-verwaltungsgericht-verbietet-muezzinruf/)

February 4, 2018 Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen stoppt den Muezzinruf nach Protesten von Anwohnern

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Widerstand gegen die Islamisierung lohnt sich: Ein anwohnendes Ehepaar der DITIB-Moschee in Oer-Erkenschwick klagte gegen den Muezzinruf, der nach Genehmigung der Gemeinde seit 2013 jeden Freitag Mittag zwischen 12 und 14 Uhr eine Viertelstunde lang durch den Ort dröhnte. Laut Darstellung der Kläger war der „Sing-Sang“ aus dem Lautsprecher eine „Zumutung“, denn er sei selbst bei geschlossenem Fenster im Arbeitszimmer „intensiv zu hören“ gewesen.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen gab der Klage nun Recht und verbot das Allah-Geplärre. Allerdings nicht wegen des Rechtes auf „negativer Religionsfreiheit“, den die Kläger vorbrachten. Sie hatten argumentiert, dass der islamische Gebetsruf ein Glaubensbekenntnis darstellt, dem sie sich nicht anschließen wollen. Das Gericht monierte hingegen, dass bei der Erteilung der Erlaubnis seitens der Stadt die Akzeptanz in der Nachbarschaft nicht berücksichtigt wurde. Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung berichtet:

Die 8. Kammer des Verwaltungsgerichts folgte im Wesentlichen der Klage. Die Richter vermissten in der Genehmigung für den Lautsprecher eine ausführliche Befragung der Nachbarschaft zur sozialen Akzeptanz des verstärkten Muezzin-Rufes. Zuvor hatte die Vorsitzende Margit Balkenhol dem städtischen Vertreter nahe gelegt, den Bescheid zurückzunehmen und sich gemeinsam mit den Parteien an einen Tisch zu setzen.

Mit dem pragmatischen Vorschlag sollten für beide Seiten verträgliche Lösungen gefunden werden. Doch der Vertreter der Stadt war nach Rücksprache mit dem Verwaltungsvorstand nicht bereit, den Bescheid zurückzunehmen. Die Stadt hatte in ihrer Genehmigung 55, in der Spitze maximal 85 Dezibel als Lärm-Belastungsgrenze festgeschrieben. Michael Grzeskowiak, damals Leiter des Ordnungsamtes, erklärte vor Gericht, die Stadt habe den Antrag der Gemeinde nach dem Landesimmissionsschutzgesetz geprüft.

Festzuhalten ist, dass sich die Vertreter der Stadt uneinsichtig zeigten und nicht bereit waren, die Verständigung mit den Bürgern zu suchen. Basis-Demokratie und Mitbestimmung wird beim Thema Islam im rot dominierten Oer-Erkenschwick ganz klein geschrieben: 2014 bekam die SPD 41,8% der Stimmen, die nur noch vermeintlich „christliche“ erheblich nach links gedriftete C*DU, die seit 2015 mit Carsten Wewers auch den Bürgermeister stellt, 25,2%. In dem linksverdrehten Stadtrat gesellen sich 9,2% Grüne und 6,1% Linke hinzu. Michael Grzeskowiak, der damalige Leiter des Ordnungsamtes, ist SPD-Mitglied. Kein Wunder also, dass hier bei der Islamisierung alle

Ampeln auf „grün“ geschaltet sind. So verwundert es auch nicht, dass die Stadt gegen dieses Urteil vorgehen möchte. Eine Berufung ist zwar vom Verwaltungsgericht abgelehnt worden, aber die Stadt wird nun einen Berufungszulassungsantrag stellen.

Wie aus dem Artikel der WAZ hervorgeht, wollte auch ein christlicher Syrer gegen den Muezzinruf klagen, sei aber massiv unter Druck gesetzt worden. Die 5. Kolonne Erdogans versucht ihre imperialen Machtansprüche auf deutschem Boden offensichtlich immer deutlicher durchzusetzen:

Der Ruf verstummte, nachdem Hans-Joachim L. gemeinsam mit seiner Frau im Juli 2015 Klage erhoben hatte. Bei einem vorher geplanten Verständigungsgespräch mit Gemeindevertretern sei er abgebügelt worden. Ein syrischer Nachbar christlichen Glaubens habe ebenfalls klagen wollen. Er sei massiv bedroht worden, habe die Absicht dann aufgegeben. Von der Gemeinde, die als Beigeladene zum Sachverhalt gehört werden sollte, war am Freitag niemand erschienen.

Dieses Urteil ist ein wichtiges Zeichen, dass die Islamisierung hierzulande nicht weiter ungebremsst zugelassen wird. Das Gericht, in dem mit Claudia Ludwig auch eine islamkundige Schöffin saß, betonte aber, dass der Einsatz der Lautsprecher beim Muezzin-Ruf nun nicht grundsätzlich untersagt worden sei. Die Stadt müsse bei künftigen Genehmigungen aber mehr auf die Bedürfnisse der Anwohner eingehen und die negative Religionsfreiheit berücksichtigen.

Die Diskussion um den Muezzinruf muss aber vor allem auch inhaltlich geführt werden. Denn er dokumentiert eindeutig den alleinigen Machtanspruch des Islams, wie es auch die BILD feststellt:

„Allahu akbar – Allah ist der Größte. Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt.“

Gegenüber dem Focus begründete der Kläger seine Ablehnung dieses Rufes:

„Es geht uns aber hauptsächlich um den Inhalt des Rufes. Dieser stellt Allah über unseren Gott der Christen. Und das kann ich als Christ, der hier in einem christlichen Umfeld aufgewachsen ist, nicht akzeptieren.“

Dieser Ruf stellt Allah aber nicht nur über den christlichen Gott, sondern er behauptet, dass es keinen anderen Gott gebe. Ein für diese faschistische Ideologie typischer alleiniger Wahrheitsanspruch. Der Anwalt des klagenden Ehepaares ergänzt hierzu bei RP Online:

Wenn man den Ruf des Muezzin übersetzt, heißt es unter anderem „Allah ist der Größte. Es gibt keinen anderen Gott außer Allah“. Das ist mit dem Blick auf Religionsfreiheit natürlich problematisch. Nicht zu vergleichen mit dem Läuten der christlichen Kirchen. Das ist ein normales Tonsignal, der Ruf des Muezzin ist mehr. Dort wird verbal etwas bekundet. Wenn man dann noch weiß, dass es bereits der Teil eines Gebetes ist, dann hat es erst Recht eine andere Qualität.

Im Grunde ist es ein komprimiertes Glaubensbekenntnis. Man wird gezwungen, am Gottesdienst teilzunehmen und kann nicht einfach gehen wie bei einer Prozession an Fronleichnam. Und es hat etwas Provokantes. Damit wird gesagt, euer christlicher Gott ist keiner.

Eine Online-Umfrage von RP Online zum Muezzinruf fällt eindeutig aus:

Beim Stand 10 Uhr Sonntag Vormittag haben 2635 Bürger abgestimmt. Da ist noch Luft nach oben. Kontakt zum islamophilen Rathaus von Oer-Erkenschwick:

» rathaus@oer-erkenschwick.de

Michael Stürzenberger *PI-NEWS*-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die

Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine Youtube-Videos haben über 20 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über Facebook.

<https://www.opendoors.de/christenverfolgung/gesichter-der-verfolgung/persoennliche-berichte-verfolgter-christen/unerschuetterlich>

Kontakt

Postfach 11 42, 65761 Kelkheim

Telefon: +49 6195 6767-0

info@opendoors.de

GEFOLTERT, WEIL SIE AN JESUS GLAUBTHannah aus Nordkorea Hannah aus Nordkorea

Bild: Hannah mit ihrer ältesten Tochter

Hannah* war mit ihrem Mann und ihren vier Kindern aus Nordkorea nach China geflohen, als sie in einer chinesischen Kirche zum ersten Mal von Jesus Christus hörte. Alle Familienmitglieder entschieden sich noch am gleichen Tag, Christen zu werden. Doch schon bald darauf wurden Hannah, ihr Mann und die beiden jüngeren Kinder von der chinesischen Geheimpolizei verhaftet und an die nordkoreanischen Behörden ausgeliefert. Als Flüchtlinge wurden sie im Gefängnis schwer misshandelt. Nachdem Hannahs Mann bekannt hatte, dass er an Jesus glaube, kamen die Familienmitglieder in Einzelhaft und wurden noch härter gefoltert. Nachdem sie während ihrer Haft lange und viel gebetet hatten, geschah eines Tages das Unfassbare und sie wurden freigelassen. »Gott hatte unser Gebet erhört«, erinnert sich Hannah dankbar. Sie erkannte ihren Mann zunächst nicht wieder, da er durch die Folter so entstellt war. Nicht lange nach seiner Entlassung starb er an den Folgen der Misshandlungen. Hannah gelang erneut die Flucht nach China. Heute lebt sie mit zweien ihrer Töchter in Südkorea und betet, dass sie bald mit ihrem Sohn, der noch in Nordkorea ist, und ihrer dritten Tochter, die in China lebt, wieder vereint wird.*Name geändert

UNERSCHÜTTERLICHTshaiv aus Laos Symbolbild

Symbolbild

Tshaiv* und Min Ko* sind zwei Christen zwischen 20 und 30 Jahren aus dem Volk der Hmong. Weil sie in ihrem Dorf von Jesus Christus erzählten, wurden sie von den Behörden verwarnet. Der Gouverneur ihres Bezirks verbot ihnen, weiter von Jesus zu reden, doch sie ließen sich nicht einschüchtern. Tshaiv wurde daraufhin auch von seiner Familie unter Druck gesetzt. Als Tshaiv mit anderen Christen aus seiner Hausgemeinde im Dezember 2016 die Geburt Christi feiern wollte, hinderte ihn sein Vater daran, das Haus zu verlassen, und fesselte ihn. Daraufhin forderte der Vater Nachbarn und Verwandte auf, seinen Sohn zu schlagen. Obwohl Tshaiv lange und heftig geschlagen wurde, weigerte er sich, seinem Glauben abzuschwören. Die Dorfgemeinschaft und die Behörden bedrängen Tshaiv und Min Ko weiterhin, doch die beiden Männer sind entschlossen, weiter Jesus Christus zu dienen und seine Liebe weiterzugeben.*Name geändert

SPURLOS VERSCHWUNDEN Raymond Koh aus Malaysia Raymond Koh aus Malaysia

Bild: Susanna, Pastor Raymonds Frau

Raymond Koh wurde am 13. Februar 2017 mitten am Tag auf offener Straße entführt. Als er mit seinem Auto in Petaling Jaya nahe der Hauptstadt Kuala Lumpur unterwegs war, zwangen ihn drei schwarze Geländewagen anzuhalten. Mehrere maskierte Männer entstiegen den Fahrzeugen und verschleppten den damals 62-jährigen Pastor. Obwohl mehrere Zeugen vernommen werden konnten und der Vorfall mit Überwachungskameras aufgezeichnet wurde, gelang es der Polizei bislang nicht, Raymond zu finden. Seit 2011 wurde Raymond nach einer Razzia bei einer kirchlichen Wohltätigkeitsveranstaltung von den Behörden unter Druck gesetzt, die ihn beschuldigten, Muslime zum christlichen Glauben bekehren zu wollen. Im gleichen Jahr erhielt Raymond durch Gewehrkegel in der Briefpost eine Morddrohung. Raymonds Frau Susanna berichtet, wie sie aufgrund der immer neuen Verhöre erwogen habe auszuwandern. „Aber mein Ehemann liebt dieses Land und wollte in Malaysia bleiben.“ Seit der Entführung wurden mehrere Mahnwachen für Raymond abgehalten, tausende Menschen unterzeichneten eine Petition mit der Forderung an die Behörden, sich stärker für den Fall einzusetzen.

ENTSCHLOSSEN ZU VERGEBEN Vipur aus Indien Vipur aus Indien

Bild: Vipur mit einer Bibel

Vipur* stammt aus einer hinduistischen Familie und wurde Christ, nachdem er auf die Gebete eines Christen hin von einer schweren Krankheit geheilt wurde. Daraufhin wollten Familie und Freunde nichts mehr mit ihm zu tun haben. Doch nach einiger Zeit nahmen Vipurs Frau, vier seiner Brüder und weitere Menschen den christlichen Glauben an. Eine Gemeinde entstand, was den Widerstand von extremistischen Hindus hervorrief. Vipur wurde geschlagen und verleumdet. Vor etwa einem Jahr lauerte ihm ein Mann auf und hieb mehrfach mit einem Buschmesser auf Vipur ein. Trotz der Wunden konnte Vipur zu seinem Haus fliehen und wurde in eine Klinik gebracht. Drei Monate lag er nur reglos im Bett. Inzwischen kann er sich wieder bewegen und gehen, doch hat er seit dem Überfall Atemprobleme und kein Gefühl mehr im Gesicht. Auch ist er auf einem Ohr taub, die Augen sind dehydriert und extrem lichtempfindlich, weswegen er eine spezielle Brille tragen muss. Obwohl es ihm nicht leichtfällt, ist Vipur entschlossen, dem Mann zu vergeben, der ihn ermorden wollte, und setzt seinen Dienst fort. „Jesus Christus führt mich. Ich fühle mich körperlich schwach, aber er macht mich stark.“ *Name geändert

VERPRÜGELT VON DER FAMILIE Saida aus Zentralasien Saida aus Zentralasien

Symbolbild

Saida* ist eine gehörlose junge Frau. Weil sie den christlichen Glauben annahm, wurde sie von Familienangehörigen schwer geschlagen. Ihre Nachbarn wollten ihr helfen und informierten die Polizei, doch die Beamten weigerten sich einzugreifen – es handle sich „nur um einen familiären Konflikt“. Saida

war jedoch so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus und auf die Intensivstation gebracht werden musste. Als sie einen Tag früher als von ihrer Familie erwartet aus der Klinik entlassen wurde, nutzten Christen aus ihrer Gemeinde die Gelegenheit, Saida abzuholen und an einem sicheren Ort zu verstecken. Einige Zeit später nahm ihre ältere Schwester Amira*, eine bekannte und einflussreiche Anwältin, Saida in ihre Obhut. Als Amira herausfand, dass Saida wegen ihres Glaubens so schwer misshandelt worden war, suchte sie ihre Verwandten auf und warnte sie eindringlich: Sollten sie Saida noch einmal etwas zuleide tun, würde Amira sie ins Gefängnis bringen. Zur großen Freude von Saida stellte sich heraus, dass Amira selbst Christin geworden war und jahrelang besonders für ihre gehörlose Schwester gebetet hatte.*Name geändert

„ICH HABE GOTTES TROST GESPÜRT“Marian aus Ägypten Marian aus Ägypten
Bild: Marian an der Stelle, wo ihr Vater starb

Marian (16) lebt mit ihrer Familie in unmittelbarer Nähe der Peter-und- Paul-Kirche im Zentrum Kairos. Am 11. Dezember 2016 hatte sie nach dem Gottesdienst gerade einen Tee für ihren Vater zubereitet, der sich noch in der Kirche befand, als das Geräusch einer Explosion sie in einen Schockzustand versetzte. Ein Selbstmordattentäter war in die Kirche eingedrungen und riss mindestens 28 Menschen in den Tod. Als Mitarbeiter von Open Doors Marian einige Zeit später besuchen, führt sie ihre Besucher den Weg, den sie damals wie in Trance ging, auf der Suche nach ihrem Vater. „Hier habe ich ihn gefunden«, sagt sie leise und kniet sich auf die Steinplatten in der Nähe des Eingangs. „Ich nahm seinen Kopf auf meinen Schoß und er bat mich, auf meine jüngeren Geschwister aufzupassen. Dann lächelte er friedlich und ging in den Himmel.“ Marian war zutiefst schockiert. „Mein Vater war ein wunderbarer Mann, ein liebender Vater. Ich habe Gott gefragt: ‚Warum?‘“ Doch sie kann im Rückblick sagen: „Ich habe während dieser Zeit Gottes unvergleichlichen Trost gespürt – und ich habe die Liebe der christlichen Gemeinschaft erlebt.“ Gottes Trost half ihr, nicht an ihrem tiefen Schmerz zu zerbrechen. Marian möchte jetzt umso enger mit Gott leben: „Jesus ist bei mir und er wird sich um mich kümmern.“

NICHT AUFGEBENPastor Paul aus der Zentralafrikanischen Republik Pastor Paul in seiner Kirche
Bild: Pastor Paul in seiner Kirche

Pastor Paul war Lehrer an einer Bibelschule, die am 12. Oktober 2016 von einer islamischen Miliz überfallen wurde. „Wir hatten gerade unsere Pause um neun Uhr, als wir die Kämpfer auf das Gelände stürmen sahen. Wir ließen alles stehen und liegen und rannten um unser Leben. Sie haben unsere Sachen gestohlen und mein Haus zerstört. Darin befanden sich auch die Bibliothek und die Kasse.“ Doch Pastor Paul weigert sich aufzugeben. Neben seiner behelfsmäßig errichteten Hütte steht eine Konstruktion aus Ästen und Stroh: „Das ist meine Kirche.“ Hier leitet er nicht nur Gottesdienste, sondern gibt auch Unterricht. „Ich bin nicht entmutigt. Würde ich sonst diese Kirche bauen? Ich ermutige die Studenten, weiter zu lernen. Wenn wir in dieser Kirche zusammenkommen, lehre ich sie, dass sie das Schuljahr

beenden und dass sie nicht aufgeben sollen.“ Pastor Paul lebt eine vergebende Haltung vor. „Gottes Wort lehrt uns nicht zu beten, dass Gott unsere Feinde tötet, sondern, dass er ihre Herzen verändert.“

ICH KANN ES KAUM GLAUBEN, DASS ICH ÜBERLEBT HABEEyal aus Eritrea Symbolbild
Symbolbild

2002 erklärte die Regierung alle christlichen Gemeinden außerhalb der Orthodoxen, Katholischen und Evangelisch- Lutherischen Kirche für illegal. Viele Christen wurden seither verhaftet und unter teils unmenschlichen Bedingungen eingesperrt. „Wenn ich daran denke, zittere ich immer noch“, sagt Eyal* über seine Zeit im Gefängnis. „Manchmal wurden wir angekettet. Manchmal schlugen sie uns mit Stangen. Sie hielten uns für Dreck. Ich blieb dort für lange Zeit ... Ich kann kaum glauben, dass ich überlebt habe. Das geschah nur dank Gottes Gnade.“ Seit seiner Freilassung ermutigt und unterstützt Eyal andere eritreische Christen dabei, ihren Glauben zu leben – auch in schwierigen Umständen.*Name geändert

AUSGEGRENZT, BELEIDIGT, GESCHLAGENPastor Alonso aus Mexiko
Bild: Pastor Alonso aus Mexiko

Als Alonso in einem Nachbardorf Christen kennenlernte, änderte sich sein Leben von Grund auf. „Bis dahin war ich sehr stark in die religiösen Bräuche und Riten eingebunden, die im Ort praktiziert wurden“, erzählt Alonso. Die Christen ermutigten ihn, in der Bibel zu lesen. Was er dort las, bewegte ihn. „Ich entschloss mich, mein Leben zu ändern und auf Jesus Christus zu vertrauen.“ Zurück in seinem Dorf erzählte er anderen von Jesus, eine Gemeinde entstand. Die Christen beteiligten sich nicht mehr an den indigenen Traditionen, was die anderen Dorfbewohner als Verrat empfanden. Man verkaufte keine Lebensmittel mehr an Christen, sie wurden beleidigt, ihre Kinder in der Schule gemobbt. Ein Mob aus über 400 Männern und Frauen des Dorfes zerstörte das Gebäude von Alonsos Gemeinde und prügelte so hart auf ihn ein, dass er beinahe gestorben wäre. Alonsos Land, Vieh und sein ganzer Besitz wurden konfisziert. Doch gleichzeitig erlebte er die Nähe von Jesus. „Ich preise den Herrn, denn ich weiß, dass er die ganze Zeit bei mir war. Ich habe die Gebete der Gemeinde gespürt.“*Name geändert

LÄNDERPROFILE

Afghanistan (2)
Ägypten (17)
Algerien (42)
Aserbaidshjan (45)
Äthiopien (29)
Bahrain (48)
Bangladesch (41)

Bhutan (33)
Brunei (26)
China (43)
Dschibuti (50)
Eritrea (6)
Indien (11)
Indonesien (38)
Irak (8)
Iran (10)
Jemen (9)
Jordanien (21)
Kasachstan (28)
Katar (27)
Kenia (32)
Kolumbien (49)
Kuwait (34)
Laos (20)
Libyen (7)
Malaysia (23)
Malediven (13)
Mali (37)
Mauretanien (47)
Mexiko (39)
Myanmar (24)
Nepal (25)
Nigeria (14)
Nordkorea (1)
Oman (46)
Pakistan (5)
Palästinensergebiete (36)
Saudi-Arabien (12)
Somalia (3)
Sri Lanka (44)
Sudan (4)
Syrien (15)
Tadschikistan (22)

Tunesien (30)
Türkei (31)
Turkmenistan (19)
Usbekistan (16)
Vereinigte Arabische Emirate (40)
Vietnam (18)
Zentralafrikanische Republik (35)

Gerade für Flüchtlinge, die zum Christentum konvertiert sind, ist eine faire Abwicklung ihres Asylverfahrens unabdingbar. Doch die Realität sieht leider so aus, dass gerade dieser Personengruppe kein faires Verfahren gewährt wird!

Auf die unfaire Behandlung christlicher Konvertiten weisen kirchliche Kreise immer wieder hin. Leider hat sich daran in den vergangenen Monaten nichts geändert. Die Tendenz scheint eher dahin zu gehen, dass christliche Schutzsuchende systematisch abgelehnt werden. Dabei drohen gerade ihnen bei der Abschiebung in islamische Länder oft Haft, Folter und unter Umständen sogar der Tod.

Bitte setzen Sie sich jetzt dafür ein, dass die christlichen Konvertiten ein faires Verfahren bekommen und unterstützen Sie unsere an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gerichtete Petition!

---folgende E-Mail hatte ich Ihnen dazu vor einiger Zeit zugesandt---

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – kurz **BAMF** – **lehnt immer noch die Asylanträge der zum Christentum konvertierten Flüchtlinge in großer Zahl ab.**

CitizenGO nimmt sich der Sache an und startet die an das BAMF gerichtete Petition: "**Sofortiger Stopp von Abschiebungen verfolgter Christen! Helfen Sie mit, das Grundrecht aus Religionsfreiheit zu schützen!**"

<http://www.citizengo.org/de/pr/159107-asyl-abschiebung-verfolgter-christen-sofort-stoppen>

Mit zynischen Begründungen werden glaubhafte Zeugnisse über zum Christentum übergetretene Menschen, denen nun im Heimatland sichere Verfolgung droht, seitens des BAMF negativ behandelt. Die Unterstellung, die Konversionen seien nur aus Gründen der Opportunität erfolgt, greift das Recht auf Religionsfreiheit an!

Bischof Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, stellt beispielsweise fest: "**Wir haben es in der letzten Zeit erlebt, dass bei der Prüfung der Asylanträge nicht richtig ernst genommen wurde, wenn Geflüchtete sich in unseren Gemeinden haben taufen lassen**" (die Links zu den Zitaten finden Sie in der Petition).

Dabei gefährdet die Ablehnung der Asylanträge und die anschließende Abschiebung die geflohenen Christen in massiver Weise, denn ihre Glaubenspraxis ist in den Heimatländern mit Lebensgefahr verbunden.

Hans-Jörg Voigt, Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), stellt ebenso fest, dass das "*Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) [...] seit einiger Zeit auf Hochtouren daran [arbeitet], Tausende Ablehnungs- und Abschiebebescheide für konvertierte christliche Flüchtlinge auszustellen, die nun um Leib und Leben fürchten müssen und verzweifelt feststellen, dass ihnen in diesem Land der Schutz versagt wird.*" Dabei werde "*völlig willkürlich bewertet und sich in diesem Zusammenhang immer wieder auch Urteile über Glaubenslehren und Glaubenspraxis der Kirchen*" angemaßt, was einer staatlichen Behörde nicht zusteht. Zynisch heiße es in den Abschiebebescheiden: "*Die Ausführungen zur derzeitigen Glaubenspraxis des Antragstellers, also der Kirchenbesuche, sind durchaus glaubhaft und nachvollziehbar. Eine enge persönliche Gottesbindung mit dem dauerhaften, ernsthaften Bedürfnis, ein zentral christlich geprägtes Leben weiterhin i Deutschland und dann auch in der Heimat zu führen, ist jedoch daraus nicht überzeugend erkennbar.*"

<http://www.citizengo.org/de/pr/159107-asyl-abschiebung-verfolgter-christen-sofort-stoppen>

Ersthafte und tiefgläubige Christen werden durch die Willkür staatlicher Einrichtungen in der Bundesrepublik an Leib und Leben bedroht!

Unterstützen Sie bitte diese Petition, um gefährdeten christlichen Flüchtlinge zu helfen! **Helfen Sie mir, dass willkürlichen Entscheidungen deutscher Behörden, die Christen an Leib und Leben ein Riegel vorgeschoben wird!**

Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung dieser wichtigen Petition. Wir sind es den christlichen Konvertiten schuldig, uns aus geschwisterlicher Liebe heraus für sie einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Simoin Kajan und das Team von CitizenGO

18.04,18

Immer seltener werden Asylanträge von Flüchtlingen, die zum Christentum konvertiert sind, durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge positiv beschieden. Berichte häufen sich, dass das BAMF die Glaubwürdigkeit von Konversionen bezweifelt, egal wie glaubwürdig die Zeugnisse auch christlicher Gemeinden über das Engagement der christlichen Flüchtlinge ausfallen.

Die sorgfältige Prüfung der Asylanträge konvertierter Christen wird zunehmend bezweifelt: „Wir haben es in der letzten Zeit erlebt, dass bei der Prüfung der Asylanträge nicht richtig ernst genommen wurde, wenn Geflüchtete sich in unseren Gemeinden haben taufen lassen“, so Bischof Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Dabei gefährdet die Abschiebung die geflohenen Christen in massiver Weise und lässt ihre Glaubenspraxis in den Heimatländern zur Lebensgefährdung werden.

Hans-Jörg Voigt, Bischof der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK), stellt ebenso fest, dass das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) [...] seit einiger Zeit auf Hochtouren daran [arbeitet], Tausende Ablehnungs- und Abschiebebescheide für konvertierte christliche Flüchtlinge auszustellen, die nun um Leib und Leben fürchten müssen und verzweifelt feststellen, dass ihnen in diesem Land der Schutz versagt wird.“

Dabei werde „völlig willkürlich bewertet und sich in diesem Zusammenhang immer wieder auch Urteile über Glaubenslehren und Glaubenspraxis der Kirchen“ angemaßt, was einer staatlichen Behörde nicht zusteht. Zynisch heiße es in den Abschiebebescheiden: "Die Ausführungen zur derzeitigen Glaubenspraxis des Antragstellers, also der Kirchenbesuche, sind durchaus glaubhaft und nachvollziehbar. Eine enge persönliche Gottesbindung mit dem dauerhaften, ernsthaften Bedürfnis, ein zentral christlich geprägtes Leben weiterhin in Deutschland und dann auch in der Heimat zu führen, ist jedoch daraus nicht überzeugend erkennbar." Ersthafte und tiefgläubige Christen werden hierbei nun nicht nur durch die staatliche Verfolgung in ihren Heimatländern gefährdet, sondern auch durch die Willkür deutscher Einrichtungen, die das Grundrecht auf Asyl gerade für bedrohte Minderheiten zu schützen haben.

Unterstützen Sie daher diese Petition, um die Abschiebung gefährdeter christlicher Flüchtlinge zu verhindern!

Einer durch willkürliche Entscheidungen deutscher Behörden geförderten Christenverfolgung muss ein Riegel vorgeschoben werden!

Weitere Informationen:

Deutschlandfunk: Immer weniger christliche Konvertiten werden anerkannt

<http://www.kath.net/news/62597>

<https://www.jesus.de/asylverfahren-bekehrung-zum-christlichen-glauben-ernst-nehmen/>

UNTERZEICHNEN SIE JETZT DIE PETITION

Indem Sie unterzeichnen akzeptieren Sie die Nutzungsbedingungen und die Datenschutzrichtlinie von CitizenGO und stimmen zu, gelegentlich E-Mails zu unseren Kampagnen zu erhalten. Sie können sich jederzeit aus unserem Verteiler austragen.

Asyl: Abschiebung verfolgter Christen sofort stoppen!

Sehr geehrte Frau Jutta Cordt,

es mehren sich die Berichte, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge immer noch die Asylanträge der zum Christentum konvertierten Flüchtlinge in großer Zahl ablehnt.

Mit teilweise zynischer Begründung werden glaubhafte Zeugnisse über ernsthaft zum Christentum übergetretene Menschen, denen nun im Heimatland sichere Verfolgung droht, negativ behandelt, und damit offensichtlich unterstellt, die Konversionen seien nur aus Gründen der Opportunität erfolgt: „Die Ausführungen zur derzeitigen Glaubenspraxis des Antragstellers, also der Kirchenbesuche, sind durchaus glaubhaft und nachvollziehbar. Eine enge persönliche Gottesbindung mit dem dauerhaften, ernsthaften Bedürfnis, ein zentral christlich geprägtes Leben weiterhin in Deutschland und dann auch in der Heimat zu führen, ist jedoch daraus nicht überzeugend erkennbar.“ Die Bewertung von Konversionen liegt dabei aber außerhalb des Kompetenzbereichs Ihrer Behörde.

Dabei greift das BAMF massiv in kirchliche Belange ein und stellt Kriterien für die Anerkennung der Bewerber als Christen auf, die mit der Lehre der Kirchen wenig oder gar nichts gemein haben. Die bisherigen Vorgänge und Berichte investigativer Journalisten legen vielmehr Nahe, dass Kirchen und christliche Gemeinden ihren geflüchteten Gläubigen raten müssen, ihre Konversion zu verschleiern und sich als Moslems auszugeben.

Sehr geehrte Frau Cordt, als Fluchtland, das sich zum christlichen Kulturkreis zählt, stehen wir in der Verantwortung, Schutz jenen zu gewähren, die um ihres Glaubens willen in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind. Christen gehören derzeit zur am meisten verfolgten Gruppe von Menschen auf der Erde.

Gerade Deutschland steht in der Pflicht, mit seinen großzügigen Maßnahmen gerade jenen gerecht zu werden, die es am nötigsten haben. Anträge dieser Menschen sind somit mit größter Sorgfalt zu behandeln und MitarbeiterInnen ihrer Behörde erst recht gehalten, die verfassungsmäßige Religionsfreiheit auch in diesen Belangen zu wahren und ihre möglicherweise negative persönliche Einstellung zum christlichen Bekenntnis nicht zum Maßstab zu erheben, Fluchtgründe zu verwerfen.

Bitte stellen Sie sicher, dass Ihre Behörde im Rahmen des Grundgesetzes Asylrecht durchsetzt und Recht und Gesetz zuwiderlaufende Praktiken abstellt, die verfolgte Christen an Leib und Leben gefährden!

Mit freundlichen Grüßen,
[Ihr Name]

Keine Solidarität mit christlichen Märtyrern Dem Westen egal: Erzbischöfe von Aleppo vor fünf Jahren entführt

 **pi-news.net**/2018/04/dem-westen-egal-erzbischoefe-von-aleppo-vor-fuenf-jahren-entfuehrt

April 22, 2018

22. April 2018

Zumindest in Syrien gibt es Protest: Vierhundert syrisch-orthodoxe Christen demonstrieren für die Freilassung des syrisch-orthodoxen Erzbischofs von Aleppo, Mor Gregorios Yohanna Ibrahim (I.) und seines griechisch-orthodoxen Amtsbruders Boulos Yazigi.

Von KEWIL | Am 22. April 2013, vor genau fünf Jahren, wurden der syrisch-orthodoxe Metropolit Mor Gregorios Yohanna Ibrahim und sein griechisch-orthodoxer Amtskollege Boulos Yazigi nahe dem seither zerbombten Aleppo von islamischen „Rebellen“ verschleppt. Der Überfall passierte in einer von der oppositionellen „Freien Syrischen Armee“ kontrollierten Region. Dabei wurde der Subdiakon Fatha'Allah Kabboud, ermordet. Seither gibt es keine Lösegeldforderungen oder sonst ein Lebenszeichen.

Natürlich haben sich syrische Glaubensbrüder und zum Beispiel auch die Aramäer in Deutschland um Hilfe bemüht – bisher erfolglos. Warum hört hier fast niemand zu?

Die „Freie Syrische Armee“, die vom Westen, der CIA und der Türkei unterstützt wurde, ist im höchsten Maß unseriös, Grenzen zur islamischen Terror-Organisation IS sind verschwommen. Außerdem liegt es offensichtlich daran, dass der Islam zu Deutschland gehört. Da kann man sich doch nicht um die Christen im Orient kümmern!

Das gilt sowohl für den heuchlerischen Merkel-Staat, der wegen Fake News präpotent für die Bombardierung Syriens eintritt, aber in einem solchen Fall keinerlei Reaktionen zeigt.

Und es gilt für unsere protestantischen und katholischen Bischöfe, die bekanntlich auf mohammedanischem Territorium ihre Kreuze ablegen. Solidarität mit den christlichen Märtyrern im Orient findet nicht statt. Auch der Papst schweigt. Es ist empörend! (Näheres hier im European!)

<http://www.theeuropean.de/sebastian-sigler/13915-voelkermord-an-den-armeniern-gedenken>

27.04.2018

Der Völkermord an den Armeniern war nur der Anfang

Armenische Mädchen, von Soldaten des jungtürkischen Regimes ans Kreuz genagelt. Um ihres Glaubens willen. Dieses Bild ist grauenerregend. Es ist eine der raren Originalphotographien, die Augenzeugen in den Jahren 1915 und 1916 aus dem Gebiet Armeniens heraus schmuggeln konnten. Am 24. April jährt sich der Beginn dieses Genozids, vor genau 103 Jahren begann der armenische Holocaust.



© gemeinfrei

Das Armenien, das bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts existierte, ist ausgelöscht. Das Bild der armenischen Mädchen, gekreuzigt – es ist unerträglich. Es ist eine Originalquelle. So sah es, wer sehen wollte, vor etwas mehr als hundert Jahren überall in West- und Zentralarmenien, einem Gebiet, das heute als „Nordost-Anatolien“ bezeichnet wird. Wobei die Männer in aller Regel ausnahmslos ermordet wurden, während Frauen und Mädchen oft nicht gequält und ermordet, sondern entweder als Sklavinnen verkauft oder zu sexueller Ausbeutung missbraucht wurden.

Der Völkermord im Vorgängerstaat der heutigen Türkei verfolgt uns bis heute. In Herford ließen Verantwortliche in der DITIB-Moschee eine ganze Reihe von Kindern aufmarschieren, mit Plastikgewehren. Die Jungens paradierten in militärischem Gleichschritt vor einer übergroßen türkischen Fahne und ließen sich dann theatralisch zu Boden fallen – wie getötete Soldaten. Mit dieser makabren Vorführung sollte an die Schlacht von Gallipoli erinnert werden, war aus der Moschee zu hören. Und angesichts massiver Proteste in der Öffentlichkeit setzte man hinzu, dass es bereits „personelle Konsequenzen“ gegeben habe.

Die Nachfrage von Journalisten, worin denn diese Konsequenzen bestünden, wurde lapidar beantwortet: Der Betreffende sei ermahnt worden. Zu deutsch: Die Öffentlichkeit wurde gehörig hinter die ostwestfälische Fichte geführt, und die islamische Geistlichkeit in türkischen Diensten ist im beschaulichen Nirgendwo am Eggegebirge wohl ernsthaft der Meinung, damit käme sie durch. Und wirklich: Der Aufschrei in der Öffentlichkeit blieb weitgehend aus. Die Moschee ist nicht geschlossen, es gibt keine Ermittlungen wegen Volksverhetzung, ja, nicht einmal die Unterbringung der betroffenen Kinder in Einrichtungen, in denen sie nicht derart missbraucht werden, scheint erwogen worden zu sein. Liegt es daran, dass die vom türkischen Staat kontrollierte DITIB gewisse Freiheiten genießt? Wird hier eine „soumission“ im Sinne Houellebecqs bereits Wirklichkeit?

Gallipoli war nur ein Anfang

Unmittelbar auf den Sieg der Hohen Pforte und der Mittelmächte auf der Halbinsel Gallipoli folgte der Angriff auf die Armenier im ganzen osmanischen Reich. Das ist logisch, weil die Halbinsel der Stadt Istanbul vorgelagert ist, sie militärisch bedeckt. Und dort, in der großen Stadt, wohnten viele Armenier. Sie wurden ausnahmslos vertrieben, und in Armenien ging das Morden umso schlimmer weiter. Es ging um die Vision von einer rassistisch „reinen“ Türkei.

Die Vorstellung ist in der heutigen Wirklichkeit von der Vorstellung abgelöst worden, es müsse eine religiös gesäuberte, hundertprozentig dem sunnitischen Islam anhängende Bevölkerung geben. Atatürk war offenbar nur die laizistische Ausnahme. Aber die Flamme der Hoffnung, die das uralte christliche Volk der Armenier trägt, konnte nicht einmal der türkische Völkermord löschen. Auch heute gibt es einen armenischen Staat. Die Tradition eines christlichen Staatswesens in Armenien ist dabei bekanntermaßen älter als diejenige in Rom.

Nicht vergessen seien die Aramäer, die weiter südlich in Kleinasien ihre Heimat hatten, bis der türkische Völkermord auch sie traf. Ihre Tradition ist noch älter, sie reicht bis zur Urkirche des 1. Jahrhunderts zurück, ihre Liturgiesprache ist dieselbe, die Jesus sprach. Wer hören möchte, wie das Vaterunser aus dem Mund Jesu Christi geklungen hat, möge in eine aramäische Kirche gehen. Es gibt solche Kirchen auch in Deutschland, denn hunderttausende Aramäer wurden durch die türkischen Machthaber aus Kleinasien vertrieben.

Im Schatten der Aufarbeitung des Ersten Weltkrieges wurde die Bestrafung der Verantwortlichen nicht einmal versucht, bis 1921 wurde schließlich auch noch in regionalen Konflikten weitergekämpft; und nachdem im Jahre 1922 und 1923 im Zuge der Gründung der heutigen Türkei weitere schreckliche Menschheitsverbrechen zu beklagen waren, vor allem an den seit knapp 3.000 Jahren in Westanatolien ansässigen Griechen, geriet der entsetzliche Völkermord aus dem Fokus. Die Vertreibung der Pontos-Griechen aus dem mehrheitlich griechischen Smyrna, dem heutigen rein türkischen Izmir, und die völkermordartige „Säuberung“ von Adrianopel, dem heutigen Edirne, mögen beispielhaft stehen. Der rassereine Staat eines türkischen „Herrenvolkes“ wurde schon 1923 zu bauen begonnen. Und ein deutscher Diktator hat sich dieses Experiment gut angeschaut.

Ein Volk, ein Reich, ein Sultan

Der Völkermord an den Armeniern blieb völkerrechtlich praktisch ungesühnt. Das haben Stalin und Hitler wohl bemerkt. Im Dritten Reich war die Auslöschung wesentlicher Teile Armeniens, war der türkische Völkermord sogar Vorbild und Blaupause für die Planung des Menschheitsverbrechens schlechthin, den Holocaust. Doch die Grundlage für die Schaffung des Staates am Bosphorus war zu allen Zeiten der Islam, auch wenn der Atatürk von 1923 an den Laizismus propagierte. Seit jüngster Zeit wandelt sich die Türkei folgerichtig zurück und wird strikt islamisch, ja, islamistisch. Der neue Atatürk hat soeben sein Ermächtigungsgesetz bekommen. Was werden die Jahre ab 2019 bringen? Samuel Zurlinden beschreibt anschaulich, was im Vorgängerstaat der heutigen Türkei vor nur 100 Jahren möglich war: „Donnerstag, den 1. Juli (1915), wurden alle Straßen von Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett bewacht, und das Werk der Austreibung der Armenier aus ihren Häusern begann. Gruppen von Männern, Frauen und Kindern mit Lasten und Bündeln auf dem Rücken wurden in einer kleinen Querstraße in der Nähe des Konsulats gesammelt und, sobald etwa hundert zusammengekommen waren, wurden sie von Gendarmen mit aufgepflanztem

Bajonett am amerikanischen Konsulat vorüber in Hitze und Staub auf der Straße nach Erzerum hingetrieben. (Eine solche Szene, vielleicht sogar exakt diese, zeigt übrigens das obige Bild – d. Red.) Außerhalb der Stadt ließ man sie halten, bis etwa 2.000 beisammen waren; dann schickte man sie weiter. Drei solcher Gruppen, zusammen etwa 6.000, wurden während der ersten drei Tage verschickt und kleinere Gruppen aus Trapezunt und der Umgebung, die später deportiert wurden, beliefen sich auf weitere 4.000. Das Weinen und Klagen der Frauen und Kinder war herzerreißend.“ „Es gab Städte und Dörfer, in denen die armenische Bevölkerung voll Mitleid ihren, in bejammernswertem Zustand durchziehenden Stammesgenossen Hilfe und Unterstützung bot, ohne zu ahnen, daß in Konstantinopel schon Tag und Stunde festgesetzt war, da auch sie an die Reihe kommen und in das gleiche Elend hinausgestoßen werden sollten. (...) Mit dieser feigen und gemeinen Brutalität, die den Militarismus – und nicht nur den türkischen – auszeichnet, hat man das armenische Volk zuerst wehrlos gemacht und dann massakriert.“

Christenverfolgung damals – und heute?

„Der durch die Proklamierung des ‚Heiligen Krieges‘ – des Dschihad, d. Red. – entfesselte Religionsfanatismus der Moslem hat in unsern Tagen eine Christenverfolgung hervorgebracht, welche alle ähnlichen Perioden der Weltgeschichte tief in den Schatten stellt. **Daß man vor allem das Christentum und die Christen treffen wollte, beweist schon die lange Liste von Namen armenischer Bischöfe und Metropoliten, welche eingekerkert, gefoltert, ausgewiesen, gehängt, lebendig verbrannt oder ertränkt wurden, zum Teil ehrwürdige Greise bis zu neunzig Jahren, die auch der größte Lügen-Virtuose der deutsch-türkischen Propaganda (...) nicht als einer Verschwörung fähig und schuldig erklären würde. Es beweist dies der Hohn der mohammedanischen Henkersknechte, welche Jesus lästerten und ihre röchelnden Opfer fragten, ob ihr Prophet ihnen nun helfen könne. Dafür sprechen auch die Schändungen der christlichen Kirchen, von denen die Kreuze heruntergerissen wurden, die man plünderte, verunreinigte oder als Markthallen und Läden zum Verkaufen der Effekten der getöteten Verbannten verwendete.**“

„In manchen Städten und Dörfern wurden die christlichen Kirchen sofort in Moscheen umgewandelt (in Erzerum auch die katholische Kirche); in Gürün hörte noch während des Auszugs der Deportation die dem Tode geweihte Schar, wie die Mollahs von den Dächern der christlichen Kirchen zum Gebet der (muslimischen – d. Red.) Gläubigen riefen. In Erzingian machte man aus der armenisch-gregorianischen Kirche einen öffentlichen Abort. In Tarmeh, zwischen Samsun und Unjeh, wurde nach der Verwandlung der Kirche in eine Moschee dem armenischen Priester zum Spott ein Turban umgewickelt. Alsdann mußte er den Namas machen (das mohammedanische Gebet) und den muhammedanischen Gottesdienst halten. Die Frage, ob ein Armenier ‚schuldig‘ oder ‚unschuldig‘ ist, (...) existiert für das Bewußtsein eines Mohammedaners nicht, da es sich um Christen handelt.“

Was werden die Jahre ab 2019 bringen?

Gott sei den Christen gnädig!

Ja, es ist wahr: historisch gesehen gehört die heutige Türkei den Türken nur zu einem kleinen Teil – wenn überhaupt. Ein wichtiger Hinweis in dieser Sache: Nicäa, wo das christliche Glaubensbekenntnis formuliert wurde, liegt mitten in Anatolien. Nicht nur die Armenier und die Aramäer, nein, das

gesamte, neutestamentarisch fundierte christliche Glaubensgebäude hat seinen Bauplatz in Kleinasien. Hier ist es errichtet worden. Genau dort also, wo heute die Türkei die absolute Macht beansprucht und nicht einmal den Bau christlicher Kirchen zulässt.

Das Armenien, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierte, ist ausgelöscht – das heutige Armenien ist nur noch ein kleiner Teil dieser uralten Kulturlandschaft, und der Völkermord von türkischer Hand hat von Grund auf das verändert, was „Armenien“ genannt wird, auch wenn Tradition und Glauben – beide übrigens um Äonen älter als alle türkische Tradition – natürlich ungebrochen sind. Süleyman der Prächtige, der Eroberer des christlichen Konstantinopel, scheint das Vorbild heutiger Tage zu sein. Atatürk war nur ein laizistischer Schlenker in der muslimisch-osmanisch-türkischen Geschichte. Und ein neuer Sultan möchte nun, im 21. Jahrhundert, das erschaffen, was noch nie existierte: eine rassistisch-religiös reine Türkei unter dem Banner des Propheten, der die Missionierung mit dem Schwert befohlen hat. Ab 2019 wird dieser Sultan über eine quasi totalitäre Machtfülle verfügen. Gott sei den Christen in ihren uralten, angestammten Gebieten in Kleinasien gnädig.

Veröffentlicht auf DOMRADIO.DE (<https://www.domradio.de>)

<https://www.domradio.de/themen/christenverfolgung>

Das Christentum als Bürde?

Mittwoch, 2. Mai 2018

Zunehmende Feindseligkeit gegen Christen in Europa

Nehmen Feindseligkeiten und Diskriminierungen von Christen in Europa immer mehr zu? Zu diesem Schluss kommt jedenfalls die Wiener Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung der Christen. Und zeigt Auswirkungen im Alltag auf.

DOMRADIO.DE: Mehr als 500 Fälle von Intoleranz gegenüber Christen haben Sie in Ihrem soeben vorgestellten Jahresbericht gefunden. Das sind Feindseligkeiten, die Christen in ihrem Alltag erleben. Haben Sie dafür Beispiele?

Dr. Martin Kugler (Wiener Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung): Wir unterscheiden sehr stark zwischen gesetzlichen Einschränkungen von Christen in der Gewissensfreiheit oder klassischen Fällen der Religionsfreiheit und eher subtilen und manchmal auch nicht rechtlich zu fassenden Feindseligkeiten.

Für beides gibt es viele Beispiele. **Wir haben in den vergangenen zehn Jahren in ganz Europa recherchiert. Für uns ist es sehr bedenklich, wenn Leute in ihrem beruflichen Weiterkommen massiv gestört, behindert oder sogar deswegen entlassen werden, weil sie ihrem Gewissen als Christen folgen wollen.**

Da gibt es beispielsweise Krankenschwestern, die jemanden temporär pflegerisch begleiten und auch vielleicht über Gott sprechen oder dem Patienten anbieten, für ihn zu beten. Dieses Angebot allein ist schon in manchen Ländern ein Problem. Es wurden deswegen bereits Krankenschwestern entlassen, die vorher bewährt ihren Dienst verrichtet haben.

Ein anderes Beispiel ist ein seit gestern vor dem höchsten Gericht Nordirlands anhängiges Verfahren gegen den Bäcker Daniel Mc Arthur. Vor ungefähr zwei bis drei Jahren hatte dieser einen Auftrag abgelehnt, einen Kuchen für die Hochzeit von zwei Homosexuellen zu backen. Den Kuchen hätte er wohl schon gebacken, aber er wollte die dortige damalige Kampagne für die Änderung des Eherechts

nicht unterstützen. Er hätte auf den Kuchen groß den Schriftzug "support gay marriage", also Unterstützung für die Ehe von Homosexuellen, kreieren sollen. Das wollte er nicht. Er hat argumentiert, dass dies nicht seinem christlichen Glauben und vor allem seiner Überzeugung entspreche. Er würde im Übrigen auch keine schwulenfeindliche Pointe daraufsetzen, wenn der Auftrag in diese Richtung gelaute hätte. Er hat es offen erklärt und betont, dass er auch keine andere Bevölkerungsgruppe ablehnen oder diskriminieren wolle. Er wolle aber diese christliche Freiheit haben, so zu entscheiden. Er wurde von homosexuellen Aktivisten und Organisationen daraufhin angeklagt, die in dieser Ehe-Kampagne in Nordirland involviert war. Er wurde von einem Gericht verurteilt, hat aber nun das höchste Gericht angerufen, um das Urteil anzufechten.

Dieser Fall - auch wenn es ein Einzelfall ist - zeigt, dass es mitunter für Christen schwierig sein kann, ihre Religion und Glaubensvorstellungen im Alltag zu verwirklichen.

DOMRADIO.DE: Das könnte auch im Berufsfeld Medizin problematisch werden, oder?

Kugler: Richtig. Immer öfter passiert es auch, dass Hebammen aus diesen Gründen ein Problem bekommen. Da ist natürlich viel dramatischer, wenn sie sagen, dass sie an einer Abtreibung nicht mitwirken wollen. Ein anderer Fall sind Medizinstudenten, also Ärzte in der Ausbildung, derzeit in Frankreich. Wenn diese das Fach Gynäkologie wählen, dann müssen sie an einem Schwangerschaftsabbruch unter Umständen teilnehmen. Sie können da nicht sagen, dass sie Christ sind und das aus religiösen Gründen nicht machen wollen.

An dem Beispiel sieht man auch noch eine weitere Konsequenz. Wenn an den meisten medizinischen Fakultäten in Frankreich eine solche Forderung herrscht und sich durchsetzt, dann gibt es in 20 Jahren keine katholischen Gynäkologen mehr in Frankreich.

DOMRADIO.DE: Das sind Fälle von Diskriminierung von Christen im Arbeitsleben. Zu den Feindseligkeiten gegenüber Christen gehört aber auch der zunehmende Vandalismus in Kirchen und gegen christliche Symbole, oder?

Kugler: Das ist speziell für Mitteleuropäer sehr überraschend. Das bekommt man gar nicht immer so mit. In Deutschland gab es allein in den letzten vier Wochen acht Fälle, von denen wir Kenntnis erlangt haben. Dort wurde entweder ein Brand in einer Kirche gelegt oder es lag eine andere Form von Vandalismus vor. Das sind manchmal Taten von Einzeltätern. Manchmal geschehen solche Taten aber auch aufgrund eines kulturellen Klimas.

Auch die Geschichte mit den Gipfelkreuzen, die in Österreich, Deutschland und der Schweiz im vergangenen Sommer teilweise umgesägt wurden, sind vielleicht im ersten Moment schräge Dinge. Aber andererseits ist es auch ein Ausdruck von Feindseligkeit gegenüber allem Christlichen.

Die Reaktionen waren da auch zum Teil bezeichnend. Der Bergsteiger-Star Reinhold Messner hat gesagt, er lehne es zwar ab, dass man Gipfelkreuze absäge, aber eigentlich hätten sie dort oben auch nichts verloren. Es ist schon schockierend, dass da keiner dagegenhält und sagt, er sei zwar kein Katholik, aber finde es doch wichtig, dass die Religionsfreiheit gewahrt bleibe.

DOMRADIO.DE: Thema Ihres Berichtes ist auch die Säkularisierung. Diese schränke in Europa Christen in ihren Freiheiten immer mehr ein. Sie sagen, dass es Regierungen und Gruppen gibt, die darauf aus sind, das Christentum immer mehr an den Rand zu drängen. Wie geschieht das denn?

Kugler: Das geschieht einerseits medial. Ein Beispiel war die Startseite des Internetanbieters GMX. Vor ungefähr einem Jahr hatten sie einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, Verletzungen des Gehirns könnten zu starker Religiosität führen. Das haben sie dann noch mit dem Foto eines Lebensrecht-Marsches illustriert. Die Botschaft lautete also ungefähr: Wer gegen Abtreibung ist und ein Kreuz in der Hand hat, der ist potentiell auch jemand, der einen Gehirnschaden hat oder zumindest betroffen sein könnte und vor allem ein religiöser Fanatiker ist.

Die Begriffe "religiöser Fanatismus" oder "extrem religiös" sind im Zeitalter des politischen Islam sehr gefährliche Begriffe. Wenn man diese Begriffe auf Menschen, die ein Lebensrechtsengagement aufweisen, anwendet, dann ist das schon eine echte Ausgrenzung.

Ein anderes Beispiel ist die Haltung, Leute durch Assoziation mit irgendwelchen Themen einzuschüchtern. Beispiele wären hier Abtreibung, Kritik an der homosexuellen Ehe oder das Adoptionsrecht. Wenn man als Christ dagegen eine Meinung hat und vielleicht auch etwas schreibt,

dann wird man oft in einer Assoziationskette mit rechtsstehenden Gruppen in Bausch und Bogen verurteilt. Dadurch wird die Meinungsfreiheit minimiert oder gar gänzlich aufgehoben. Man vermeidet eigentlich die Diskussion mit Argumenten, indem man die Personen ablehnt. Das ist eigentlich gar nicht säkular, sondern im Gegenteil eine ideologische Engführung und fast sektiererisch. Aber es wird im Gewand des Säkularismus hoffähig gemacht.

DOMRADIO.DE: Wie geht man denn in den Gesetzen der Länder damit um?

Kugler: Das kann man so pauschal nicht sagen, weil es in vielen Ländern unterschiedlich gehandhabt wird. Es gibt mehr sogenannte "soft laws", also "weiche Gesetze", Dinge, die nicht in der Verfassung stehen. In der Verfassung steht meistens etwas Gutes zur Religionsfreiheit.

Es wird eher auf der regionalen Ebene wie beispielsweise beim Demonstrationsrecht reglementiert. Da werden unter Umständen christliche Gruppen oder christliche Studentengruppen an einer Universität schlechter behandelt. **Wenn diese auch nur ein bisschen missionarisch sind oder nur eine politisch unkorrekte Agenda wie Lebensschutz oder Bioethik haben, dann werden die oft zum Schweigen gebracht. Dies geschieht einfach durch das Heranziehen von Hate-Speech-Paragrafen, die eigentlich gegen Hetze gedacht sind. Es gibt in England und auch Deutschland mehrere Campusse, wo christliche Gruppen Schwierigkeiten haben und ausgegrenzt werden.**

In Nigeria wurden in den vergangenen Monaten und Jahren tausende Christen von Boko Haram ermordet oder entführt. Bei Boko Haram handelt es sich um eine militante islamistische Terrorgruppe, die für sich beansprucht, im Norden Nigerias einen islamischen Kalifatsstaat errichtet zu haben.

In zunehmendem Maße werden Christen auch zum Ziel muslimischer Hausa-Fulani Nomaden, die in letzter Zeit hunderte Dörfer und Kirchen zerstört und tausende Christen ermordet haben. Zwölf der nördlichen Landesteile Nigerias haben die islamische Gesetzgebung der Sharia angenommen. Christen werden in diesen Regionen diskriminiert und verfolgt. Insbesondere fehlt es in den christlichen Dörfern oft an Zugang zu sauberem Wasser, Krankenversorgung und dem Zugang zu weiterführenden Schulen und höherer Bildung.

Im März 2018 haben Terroristen der Boko Haram in dem Ort Dapchi 105 Mädchen entführt und gezwungen, zum Islam überzutreten. **Eines der entführten Mädchen, Leah Sharibu, weigerte sich, ihren Glauben zu verleugnen, obwohl die anderen Mädchen versuchten, sie dazu zu überreden.** Wegen dieser Weigerung wurde sie von den Terroristen nicht mit den anderen Mädchen freigelassen, wie ihre Mutter berichtet. Aus Gesprächen, die die Mutter mit anderen Mädchen führen konnte, liegt der Grund dafür, dass Leah sich weiterhin in der Gewalt der Islamisten befindet darin, dass sie an ihrem Glauben festgehalten hat, obwohl die anderen Mädchen sie einschüchterten und bedrängten, zum Islam überzutreten.

Der Staatspräsident Nigerias, Mohammed Buhari, äußerte auf Twitter: *„Es ist herzerreißend, dass eines der Mädchen, Leah Sharibu, in Gefangenschaft verbleibt... wir werden alles in unserer Macht stehende tun, damit sie unversehrt nach Hause zurückkehren kann... wir werden sie nicht aufgeben.“*

Bis heute gibt es keine neuen Nachrichten darüber, wo sich das Mädchen, das so heldenhaft an seinem Glauben festgehalten hat, aufhält. Auch ist nicht bekannt, ob es staatliche

Bemühungen um ihre Freilassung gegeben hat. Dies ist besonders für ihre Mutter eine kaum erträgliche Situation.

Abgesehen von Leah Sharibu wurden – wie eingangs erwähnt - und werden in Nigeria tausende Christen von Boko Haram und Fulani-Nomaden wegen ihres Glaubens massakriert und entführt. Kein Christ sollte rein aufgrund seines Glaubens getötet werden oder Verfolgung und Diskriminierung erleiden müssen.

Mit Unterzeichnung der beistehenden Petition wenden Sie sich an den nigerianischen Staatspräsidenten Mohammed Buhari und fordern diesen auf, dringende Maßnahmen zur Beendigung der Massaker an Christen in Nigeria und zur Freilassung Leah Sharibus zu ergreifen.

Die Terrorgruppe Boko Haram hat im März 2018 in Dapchi, Nigeria, 105 Mädchen entführt. Fast alle dieser Mädchen wurden kurz darauf wieder freigelassen, nachdem sie ihre Konversion zum Islam erklärten.

Eines der Mädchen, Leah Sharibu, weigerte sich, ihren christlichen Glauben zu verleugnen und zum Islam überzutreten, als sie von den Terroristen dazu aufgefordert wurde. Leider befindet sie sich nun, Monate später, immer noch in der Gewalt dieser brutalen Terrorgruppe, die in Nigeria bereits tausende Christen brutal ermordet hat.

Kein Christ sollte aufgrund des Bekenntnisses zu seinem Glauben Verfolgung, Diskriminierung oder den Tod erleiden. Ich schließe mich daher der Trauer über all die Opfer ausdrücklich an.

Vor allem aber bitte ich Sie, Präsident Buhari, entschlossene Anstrengungen zu unternehmen um die brutale Verfolgung und Ermordung unschuldiger nigerianischer Christen zu beenden und dabei mitzuhelfen, dass Leah Sharibu unverzüglich freigelassen wird.

Mit freundlichen Grüßen,
[Ihr Name]

<https://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/1314126/Wir-Moslems-koennen-nicht-gleichzeitig-mit-euch-existieren>

Zum Nachlesen: "Wir Moslems können nicht gleichzeitig mit euch existieren"

Warum die Christenverfolgung in der islamischen Welt zunimmt: Wo die Scharia regiert, haben Nichtmuslime alles Recht verloren.

DETLEF KLEINERT

18.11.2012 um 18:10

Auf dem Tahrir-Platz in Kairo kündete ein Transparent dieser Tage: „85 Millionen wollen die Anwendung der Scharia“. Rund 10.000 Salafisten hatten sich versammelt, um die strikte Befolgung des Koran in der Verfassung zu verlangen. Was dies in der Praxis bedeutet, hat ein Terrorist

erläutert, nachdem er mit Anderen 60 Katholiken im Irak ermordet hatte: „Ihr Christen seid alle ‚Kafara‘ (Ungläubige), wir können nicht gleichzeitig mit euch existieren!“

So kommt es, dass weltweit rund 100 Millionen Christen verfolgt, gedemütigt und – in letzter Konsequenz – auch ermordet werden. Vor allem in islamischen Ländern: Je strenger der Koran ausgelegt wird, desto unbarmherziger ist die systematische Vertreibung, der mörderische Terror. Nur einige Beispiele: In Indonesien wurden in den vergangenen Jahren mehr als 1000 Kirchen in Brand gesteckt; in Ägypten wurden in den letzten 30 Jahren mehr als 1800 Kopten aus religiösen Gründen ermordet. Im Herbst 2011 riefen Imame in mehr als 20 oberägyptischen Moscheen zum Sturm gegen Kirchen und zum Mord an Christen auf – die Sicherheitskräfte zogen ab.

Religiöse Hasspropaganda

Die religiöse Hasspropaganda bleibt freilich nicht auf Moscheen beschränkt: Über Tonband ist sie am Basar, im Taxi und auch in Privathäusern allgegenwärtig. Die Islamwissenschaftlerin Rita Breuer: „Antichristliche Propaganda muss man in den meisten muslimisch geprägten Ländern nicht mehr hinter vorgehaltener Hand äußern, sie ist salonfähig und gehört vielerorts geradezu zum guten Ton.“ Daraus folgt laut Breuer: „Gleichberechtigung nicht muslimischer Bürger kann es in einem explizit islamisch geprägten Staatswesen nicht geben.“ Denn wo die Scharia regiert, haben Nichtmuslime alles Recht verloren: „Ein islamisch geprägtes Staatswesen ohne religiöse Diskriminierung hat es noch nie gegeben.“

Rita Breuer, die als Entwicklungshelferin lange in islamischen Ländern tätig gewesen ist, erklärt den islamischen Christenhass auch theologisch. Sure 4, Vers 171 sagt unzweideutig: „Jesu, der Sohn der Maria, ist der Gesandte Allahs.“ Der Religionsgründer der Christen, Gottes Sohn, kann und darf natürlich nicht göttlicher sein als Mohammed, der ja „nur“ ein Mensch war. Der Glaube an Jesus Christus stellt damit das gesamte islamische Religionsgebäude infrage. Deshalb werden die „Götzendienen“ – so Sure 9, Vers 17 – „im Feuer ewig verweilen“.

Religionsfreiheit, nur theoretisch

Da ist nichts von jener Barmherzigkeit, die Mouhanad Khorchide im Islam zu erkennen glaubt („Islam ist Barmherzigkeit“, Herder-Verlag). Und wenn er meint, heutige Moslems müssten den Koran im historischen Kontext betrachten, dann mag dies für gebildete Moslems in westlichen Ländern durchaus gelten. Dort aber, wo der Islam als Staatsdoktrin gilt, herrschen andere Grundsätze.

Zum Beispiel in der Türkei, wo es eine Religionsfreiheit allenfalls theoretisch gibt. Rita Breuer: „In der nominell laizistischen Türkei ist eine geradezu hysterische Verfolgung christlicher Mission und dessen, was man dafür hält, zu beobachten.“ 2007 wurden im osttürkischen Malatya zwei zum Christentum konvertierte Türken und ein deutscher Prediger „grausam abgeschlachtet“. Kein Sonderfall, denn im islamischen Scharia-Recht ist Apostasie – also der Abfall vom islamischen Glauben – ein todeswürdiges Verbrechen. In vielen islamischen Ländern droht Apostaten auch heute noch die Todesstrafe, anderswo rufen die „barmherzigen“ Vertreter des Glaubens zur Lynchjustiz auf. Beispielsweise in Ägypten, wo „viele Imame die Gläubigen zur Tötung der Konvertiten“ aufrufen, so Breuer. „Wer ihrem Ruf folgt, hat keine Strafverfolgung zu befürchten.“

Während aber in der westlichen Welt gerade die Kirchen Toleranz predigen und einige Theologen von einem „Dialog auf Augenhöhe“ schwafeln, findet in der islamischen Welt ein Klima der Feindschaft immer mehr Anhänger. Breuer: „Die Welle der Re-Islamisierung der islamischen Welt und der erneuten Politisierung der Religion gleicht einem schleichenden Gift für das interreligiöse Klima und wirkt sich erheblich zum Nachteil der Christen aus.“

Im innerislamischen Disput haben sich nicht die Liberalen durchgesetzt, sondern die radikalen Islamisten. Keine Frage, dass dies auch Auswirkungen auf die verschiedenen Strömungen des Islam in der westlichen Welt hat.

Scheindialog hilft niemandem

Und nicht zu vergessen: Der hierzulande geführte Scheindialog hilft den bedrohten Christen in der islamischen Welt nicht, sie sind auf eine klare Position der westlichen Kirchen angewiesen. Deshalb erscheint es als Realitätsverweigerung, wenn Theologen – so in der Katholischen Kirche in Wien – immer wieder ein positives und idealisiertes Bild des Islam zeichnen. Eines Islam, der sich mit der

christlichen Werteordnung verträge – den „wahren Islam des Friedens und der Freiheit, der Gleichberechtigung aller Menschen, der Toleranz und des Pluralismus“.

Nur, weiß Rita Breuer: „Diesen angeblich wahren Islam gibt es nicht.“ Im Gegenteil, die Hetze gegen Christen nimmt zu, auch bei uns. „Auch wenn die aktiv militanten Muslime eine Minderheit sind, ist die passive Akzeptanz der Gewalt sehr hoch.“ Ein Satz, der alle zum Nachdenken über Migration und Integration veranlassen sollte.

Zum Nachlesen: Rita Breuer, „Im Namen Allahs? Christenverfolgung im Islam“, Herder-Verlag.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

<https://de.gatestoneinstitute.org/12681/nigeria-genozid-christen>

Internationale Gemeinschaft ignoriert Genozid an Christen in Nigeria

von **Raymond Ibrahim**

10. Juli 2018

Englischer Originaltext: [International Community Ignores Genocide of Christians in Nigeria](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

- Damit beträgt die Zahl der Todesopfer seit Anfang 2018 mehr als 6.000.
- "Die Islamisten im Norden Nigerias scheinen entschlossen, Nigeria in ein islamisches Sultanat zu verwandeln und die liberale Demokratie durch die Scharia als nationale Ideologie zu ersetzen. Das Ziel ist natürlich, die Verfassung durch die Scharia als Quelle der Gesetzgebung zu ersetzen." - Nationales Christliches Ältestenforum, ein Flügel des Christenvereins Nigerias.
- Die nigerianische Regierung und die internationale Gemeinschaft haben jedoch von Anfang an wenig getan, um der Situation zu begegnen. Dieser Mangel an Beteiligung ist nicht verwunderlich: Sie können noch nicht einmal ihren Ursprung anerkennen, nämlich die intolerante Ideologie des Dschihad.

In dem, was der Christenverein Nigerias einen "[reinen Völkermord](#)" nennt, wurden letzte Woche in der westafrikanischen Nation 238 weitere Christen [getötet](#) und Kirchen geschändet. Damit beträgt die Zahl der Todesopfer **seit Anfang 2018 mehr als 6.000.**

Laut einer gemeinsamen Erklärung des Christenvereins, einer Dachorganisation verschiedener christlicher Konfessionen, "besteht kein Zweifel, dass der einzige Zweck dieser Angriffe in der ethnischen Säuberung, der Landnahme und der gewaltsamen Vertreibung der christlichen Ureinwohner von ihrem angestammten Land und Erbe besteht".

Die Erklärung verurteilte die jüngsten Angriffe, "bei denen über 200 Menschen brutal getötet und unsere Kirchen ohne jegliche Intervention der Sicherheitsbehörden zerstört wurden, trotz mehrerer Notrufe an sie".

Die Erklärung fügt hinzu, dass die Mehrheit der 6.000 Christen, die in diesem Jahr massakriert wurden, "hauptsächlich Kinder, Frauen und ältere Menschen waren... Was in Nigeria passiert ... ist reinster Völkermord und muss sofort gestoppt werden."

Die Details der Ermordung dieser Tausenden, obwohl selten berichtet, sind oft grausam; viele wurden entweder zu Tode gehackt oder mit Macheten enthauptet; andere wurden lebendig verbrannt (einschließlich in verschlossenen Kirchen oder Häusern); und Frauen werden oft sexuell attackiert oder vergewaltigt, bevor sie geschlachtet werden.

Sowohl die nigerianische Regierung als auch die US-Regierung haben seit langem versucht, diesen langwierigen Dschihad als territoriale Auseinandersetzungen zwischen den Besitzenden (scheinbar immer Christen) und den Besitzlosen (scheinbar immer Muslime) darzustellen.

Im Jahr 2012 **sagte** Präsident Bill Clinton zum Beispiel, dass "Ungleichheit" und "Armut" "das sind, was dieses ganze Zeug antreibt" (das "Zeug" ist ein Hinweis auf das andauernde muslimische Abschlachten von Christen in Nigeria). Der ehemalige stellvertretende US-Außenminister für afrikanische Angelegenheiten, **Johnnie Carson**, sagte nach einem Bombenanschlag auf eine nigerianische Kirche am Ostersonntag im Jahr 2012: "Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einen wichtigen Punkt hervorzuheben, nämlich dass Religion nicht der Motivator für extremistische Gewalt ist." Die Obama-Regierung stimmte Berichten zufolge zu, 600 Millionen Dollar in eine USAID-Initiative zu **investieren**, um die "wahren Ursachen" von Unruhen und Gewalt in Nigeria zu ermitteln - die natürlich im sozioökonomischen, angeblich nie im religiösen Bereich liegen.

In ihrer jüngsten **Erklärung** wies der Christenverein Nigerias diese Behauptungen jedoch zurück. Nachdem die nigerianische Regierung den Verantwortlichen für das Abschlachten von Christen immer erlaubt hat, "ungeschoren davonzukommen" - was die Angriffe noch mehr als "gegenseitige Bauern/Hirtenkonflikte" darstellt - fragte sie:

"Wie kann es ein gegenseitiger Konflikt sein, wenn eine Gruppe [Muslime] beharrlich angreift, tötet, verstümmelt, zerstört und die andere Gruppe [Christen] beharrlich getötet, verstümmelt und ihre Kultstätten zerstört werden? Wie kann es ein gegenseitiger Konflikt sein, wenn die Hirten Bauern in deren eigenen Dörfern/Gemeinden jagen und die Bauern um ihr Leben rennen?"

Am 2. Mai traf sich das National Christian Elders Forum - ein Flügel des Christenvereins, dessen Mitglieder durchschnittlich 75 Jahre alt sind und aus den sechs geopolitischen Zonen Nigerias stammen - mit der britischen High Commission, um Unterstützung zu erhalten. (Tage vor dem Treffen hatten etwa 30 muslimische Hirten während der Frühmesse eine Kirche gestürmt und fast 20 Gemeindemitglieder und zwei Geistliche **ermordet**. Die **Zusammenfassung der Themen** der Gruppe:

Den christlichen Ältesten ist klar, dass von den Islamisten im Norden Nigerias unter der Führung der Fulani-Volksgruppe (den "Hirten") der DSCHIHAD ins Leben gerufen wurde. Dieser Dschihad basiert auf der Lehre des Hasses, der in Moscheen und islamischen Madrassas in Nordnigeria gelehrt wird, sowie auf der hegemonialen Ideologie der Fulani. Die Islamisten im Norden Nigerias scheinen entschlossen, Nigeria in ein islamisches Sultanat zu verwandeln und die liberale Demokratie durch die Scharia als nationale Ideologie zu ersetzen. Das Ziel besteht natürlich darin, die Verfassung durch die Scharia als Quelle der Gesetzgebung zu ersetzen. Die gegenwärtige Verfassung von 1999 wird von einer doppelten widersprüchlichen Ideologie von Demokratie und Scharia geplagt. Es gibt bestimmte Werte, die in einer pluralistischen Gesellschaft nicht verhandelbar sind, und es scheint, dass die Befürworter des Kalifats dies nicht respektieren. Ein von zwei Ideologien getriebenes Nigeria kann nicht das Nigeria unseres Traums sein. Wir wollen ein Nigeria, in dem die Bürger vor dem Gesetz auf allen Ebenen gleich behandelt werden..... Wenn man bedenkt, dass Christen über 50% der nigerianischen Bevölkerung ausmachen, ist es das Ziel der Islamisten, ernsthafte Konflikte zu schaffen, die, wenn sie nicht kontrolliert werden, zu einem weiteren Bürgerkrieg eskalieren können. Schon jetzt ermorden die Islamisten ungestraft Christen und zerstören verletzliche christliche Kultstätten und Gemeinschaften in alarmierender und unmenschlicher Weise. Dass 6.000 Christen, "meist Kinder, Frauen und Alte", in den ersten sechs Monaten dieses Jahres abgeschlachtet wurden, erinnert daran, dass Gewalt nur dann eskaliert, wenn sie unkontrolliert bleibt. Das ist die Geschichte der muslimischen Christenverfolgung in Nigeria.

Es dauerte dreimal so lange (eineinhalb Jahre, zwischen Dezember 2013 und Juli 2015), bis dieselben muslimischen Hirten beispielsweise insgesamt 1.484 Christen (532 Männer, 507 Frauen und 445 Kinder) getötet, 2.388 Christen (1.069 Männer, 817 Frauen und 502 Kinder) schwer verletzt und 171 Kirchen verbrannt oder zerstört hatten.

Die nigerianische Regierung und die internationale Gemeinschaft haben jedoch von Anfang an wenig getan, um der Situation zu begegnen. Dieser Mangel an Beteiligung ist nicht verwunderlich: Sie können nicht einmal ihren Ursprung anerkennen, nämlich die intolerante Ideologie des Dschihad. Infolgedessen ist die Zahl der Todesopfer von Christen stetig angestiegen - und wird wahrscheinlich weiter exponentiell wachsen - bis diese Realität nicht nur anerkannt, sondern auch angegangen wird.

Raymond Ibrahim ist der Autor von Crucified Again: Exposing Islam's New War on Christians (herausgegeben von Regnery zusammen mit Gatestone Institute, April 2013).

Devise des Establishments: Verschweigen und verdrängen Fünf Jahre Kirchenbrandstiftung Garbsen

pi-news.net/2018/07/fuenf-jahre-kirchenbrandstiftung-garbsen

July 30, 2018

Meterhohe Flammen schlugen der Feuerwehr in der Nacht zum 30. Juli 2013 aus der evangelischen Willehadi-Kirche entgegen. Der Brand zerstörte das Kirchengebäude und das Gemeindehaus vollständig.

Von DAVID S. | Am 30. Juli 2013 wurde die Willehadi-Kirche in Garbsen vollständig niedergebrannt – nach letztem Stand mit größter Wahrscheinlichkeit von einer Horde Türken. Dies erklärt auch, warum alle polizeilichen Ermittlungen nach kurzer Zeit eingestellt wurden, die Evangelische Kirche den Kirchenbrand so schnell wie möglich unter den Teppich kehrte und die gesamte deutsche Presse, von Lokalzeitungen abgesehen, diese erste Niederbrennung eines Gotteshauses in Deutschland seit 1938 konsequent totschwieg.

Die erste Niederbrennung eines Sakralbaus in Deutschland seit 1938 war eine Kirche – ein böses Omen, das uns alle mit größter Sorge erfüllen sollte. Mit noch größerer Sorge erfüllen sollte uns allerdings der Umgang unserer Elite in Politik und Kirche mit dieser Brandstiftung. Von der Politik war damals außer ein paar dünnen Worten aus der dritten Reihe gar nichts zu hören.

Die Evangelische Kirche veröffentlichte mit mehreren Tagen Verspätung eine schmallippige Erklärung mit ein paar kühlen Sprachfetzen standardisierten Bedauerns. Der seinerzeitige Chef der EKD, Nikolaus Schneider, war sich, obwohl er in Hannover nur wenige Kilometer vom Tatort entfernt residierte, für einen Besuch vor Ort zu fein und auch für eine Stellungnahme nicht zu haben. Es war, als ginge ein Fluch aus von der ausgebrannten Kirchenruine, um die das gesamte politische und kirchliche Führungspersonal der Bundesrepublik einen weiten Bogen machte.

Nach letztem Stand waren Türken aus einem Garbsener Stadtteil die wahrscheinlichsten Täter – vermutlich einer der wesentlichen Gründe, weshalb die polizeilichen Ermittlungen schon nach kurzem eingestellt wurden. Im September 2013 war Bundestagswahl. Merkel

wollte Kanzlerin bleiben. Die Niederbrennung einer Kirche ausgerechnet durch Türken nur wenige Wochen vor der Wahl hätte mit Sicherheit unangenehme Fragen aufgeworfen, die man sich nicht nur in Hannover, sondern auch in Berlin ersparen wollte.

Außerdem stand im Sommer 2013 die AfD bereits in den Startlöchern, wenn auch noch in improvisierter Form. In den obersten Etagen der EKD, der deutschen Presse und der etablierten Parteienlandschaft entschied man sich somit auch im Fall der Kirchenbrandstiftung von Garbsen für die übliche Vorgehensweise, die man immer nutzte, wenn sich Gewalt von Türken oder sonstigen Ausländern in Deutschland gegen Deutsche oder Symbole der Deutschen richtete: Verschweigen, verdrängen, möglichst schnell zur Tagesordnung übergehen.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie das politische und kirchliche Establishment reagiert hätte, wenn in Garbsen eine Moschee von Deutschen niedergebrannt worden wäre. Die Einzelheiten kann sich jeder Leser ohne Zweifel selbst ausmalen:

Bundespräsident, Ministerpräsident, Bischöfe, Pfarrer dutzendweise, alles, was Rang und Namen hat, hätte sich tränenreich binnen Stunden am Tatort versammelt und gegen die Täter geflücht. Die Polizei wäre mit einer Hundertschaft vor Ort gewesen und hätte ganz Garbsen so lange auf den Kopf gestellt, bis man die Brandstifter gefunden hätte.

Denn brennende Moscheen nimmt der Staat ernst, sie sind sowohl für den Staat als auch dessen kirchlichen Dunstkreis von größtem politischen Interesse: Brennende Moscheen lassen sich bestens gegen den eigenen innenpolitischen Gegner, die Kritiker der totalen Bunten Republik, instrumentalisieren. Brennende Kirchen hingegen sind für das Establishment höchst kontraproduktiv: Sie stören die allgegenwärtige Propaganda, die von Staat und Kirche durchgesetzte Massenansiedlung fremder Völkerschaften in Deutschland sei für die indigenen Deutschen völlig gefahrlos.

Ein brennendes Sakralgebäude ist immer ein böses Omen. Dies galt bereits für die brennenden Kirchen der Armenier 1895, 20 Jahre vor dem Völkermord durch die Türken, genauso wie für die brennenden Synagogen der Juden 1938, wenige Jahre vor der Endösung. Auch eine brennende Kirche der Deutschen 2013 ist ein böses Omen, auch wenn wir natürlich hoffen, dass es nicht ganz so schlimm kommen wird. Ein noch böseres Omen sind allerdings die moralischen Doppelstandards unserer politischen und kirchlichen Elite, wie sie uns die brennende Kirche von Garbsen überdeutlich vor Augen führt.

Das demonstrative Schweigen des gesamten Establishments zu den Flammen von Garbsen vermittelt den Deutschen eine ganz klare Botschaft: Ihr Deutschen seid diesem Staat und seiner Staatskirche vollkommen gleichgültig. Ihr Deutschen seid in der Opferhierarchie dieses Staates Untermenschen zweiter Klasse. Wenn eines Tages nicht nur eure Kirchen, sondern auch eure Häuser brennen, wird euch Deutsche niemand schützen.

Wie es nach dem Brand weiterging? Die völlig ausgebrannte Ruine wurde eilig abgerissen und durch einen Neubau ersetzt.

Der Neubau der 2013 abgebrannten Willehadi-Kirche in Garbsen bei Hannover.

Nichts erinnert heute mehr an die Niederbrennung von 2013. Genau so soll es sein: Man tut, als hätte es das alles nicht gegeben. Wenn Deutsche die Opfer sind, dann gilt: Verschweigen, verdrängen, möglichst schnell zur Tagesordnung übergehen.

Faustdicke Überraschung im Bundestag Christenverfolgung stoppen: Eine Unions-Abgeordnete stimmt mit der AfD

P[pi-news.net/2018/10/christenverfolgung-stoppen-eine-unions-abgeordnete-stimmt-mit-der-afd](https://www.pi-news.net/2018/10/christenverfolgung-stoppen-eine-unions-abgeordnete-stimmt-mit-der-afd)

20. Oktober 2018

AfD-Bundestagsfraktionsmitglied Jürgen Braun schenkte den Altparteien in seiner Rede zur Christenverfolgung am 19. Oktober ordentlich ein. Die Bremer CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann stimmte als einziges Mitglied der CSU/CDU/SPD-Front mit der AfD, die weltweite Christenverfolgung zu stoppen und zu sanktionieren.

Von LUPU | Dazu gehört Mut und christliches Selbstvertrauen: die Bremer CDU-Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann stimmte als Einzige von 399 Mitgliedern der CDU/CSU- und SPD-Fraktionen gegen einen eigenen Regierungsantrag und indirekt für einen Antrag der AfD im Bundestag, die weltweite Christenverfolgung zu stoppen und zu sanktionieren.

Wer ist diese Frau? Sie ist evangelisch, verheiratet mit einem Pastor, hat drei Kinder und acht Enkel. Sie studierte Theologie, Romanistik und Pädagogik und trat 1976 in die CDU ein. Frau Motschmann kam über Schleswig-Holstein nach Bremen und war dort Mitglied in der CDU-Bürgerschaft sowie mehrere Jahre Staatsrätin für Sport und Kultur. Seit 2013 ist sie Mitglied des Bundestages, Mitglied im Bundesvorstand und seit 2018 Sprecherin der Unions-Fraktion für Kultur und Medien. Sie ist hochrangig verankert im Evangelischen Arbeitskreis und in der Frauenunion.

Der Antrag der AfD ist hochaktuell und brandeilig. Die Anzahl verfolgter Christen wird weltweit auf 200 Millionen geschätzt. Christen sind die am meisten diskriminierte Religionsgemeinschaft. Die AfD hat seit April im Bundestag einen vorzüglich fundierten und begründeten Vorstoß unternommen, um die Rechte der mit Tod und Diskriminierung bedrohten Christen zu stoppen und zu sanktionieren. Die anderen im Bundestag vertretenen Parteien gönnen der AfD offensichtlich ihren klugen und dringend notwendigen Maßnahmenkatalog zur Abwehr des Schreckens nicht. Ihre Taktik: verzögern, umformulieren, schließlich ablehnen und eigenen Antrag mehrheitlich durchbringen. Mussten Christen inzwischen leiden, weil man der AfD nicht den Erfolg gönnte?

„Das tut man nicht, wenn es um gekreuzigte Menschen in Syrien geht, um von Bomben zerfetzte Kopten in Ägypten“, hielt der AfD-Abgeordnete Jürgen Braun den anderen Parteien am Freitag im Bundestag ihr Verhalten vor. Er meinte damit die monatelange Verzögerung durch „Aufklärungsbedarfe“, die dazu herhalten mussten, um den bereits im April eingebrachten AfD-Antrag mehrfach nicht in den zuständigen Ausschuss und ins Plenum zu bringen. „Dass diese Debatte heute überhaupt stattfindet, ist ein Erfolg der AfD“, so Braun:

Die AfD fordert in ihrem Papier eine härtere Gangart gegenüber Staaten, die sich weigern, die Religionsfreiheit von Christen und anderen religiösen Minderheiten zu achten. Zum Beispiel über die Kürzung/Streichung von Entwicklungshilfeleistungen. Man sollte die deutsche Marktmacht stärker in Anspruch nehmen und über EU-Ebene Druck auf Staaten ausüben, Rechte von Christen zu achten.

Braun:

„Sie haben das Thema viermal von der Tagesordnung abgesetzt, Sie haben diese bitter nötige Debatte um volle vier Monate verzögert.“

Nun endlich lägen zwei weitere Anträge vor von Union und SPD sowie von den Grünen. Was darin stehe, so Braun, sei auch nicht grundlegend falsch; aber es seien zwei Anträge voller überflüssiger Allgemeinplätze, viel zu gefällig, zu lau. Braun unter Bezug auf die Offenbarung des Johannes, Kapitel 3, Vers 16:

„Laue Christen sind halbe Heiden. Ein Antrag, der für alle und jeden passt, ist lau!“

Es gab am Schluss drei namentlich geforderte Abstimmungen: über einen Antrag der Regierungsfaktionen, über einen Antrag der Grünen und über eine Ausschuss-Beschlussempfehlung, den AfD-Antrag abzulehnen. Dabei wurde der [Regierungs-Antrag](#) mehrheitlich angenommen, der Grünen-Antrag abgelehnt und die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen, den AfD-Antrag abzulehnen. Bei der ersten und letzten

Abstimmung gab es Überraschungen: die Abgeordnete Elisabeth Motschmann aus Bremen stimmte jeweils mit Nein.

<https://de.gatestoneinstitute.org/13076/tuerkei-moscheen-christentum>

Türkei: Moscheen bauen, das Christentum auslöschen

von Uzey Bulut

4. Oktober 2018

Englischer Originaltext: Turkey: Building Mosques, Erasing Christianity

Übersetzung: Daniel Heiniger

Während in Deutschland die jüngste Moschee der Türkei eingeweiht wird, blieb die größte christlich-orthodoxe Theologieschule auf Anordnung der türkischen Regierung fast 50 Jahre lang geschlossen.

Darüber hinaus soll weniger als einen Kilometer vom geschlossenen christlichen Seminar entfernt ein großes neues Zentrum für Islamwissenschaft mit einer Gesamtfläche von 200 Hektar entstehen.

Die Griechen in der Türkei - die Überreste des einst großen Byzantinischen Reiches - sind ein schwer verfolgtes und sogar fast vollständig vernichtetes Volk. Sie wurden unter anderem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einem Völkermord, Pogromen und Zwangsdeportationen durch mehrere türkische Regierungen ausgesetzt. Infolgedessen gibt es in Istanbul nur noch rund 1.300 Griechen. Aber trotz ihrer geringen Größe leidet die sterbende griechische Gemeinschaft immer noch unter Diskriminierung und Verletzungen ihrer Rechte.

Die türkische Regierung, die die größte christliche Theologieschule des Landes geschlossen hält, gibt einen großen Teil ihres Jahresbudgets für den weltweiten Bau von Moscheen aus.

Die türkische Regierung gibt Hunderte von Millionen Dollar für den Bau von Moscheen aus, die Teil einer langfristigen Initiative zur Förderung des Islam in der ganzen Welt sind. Viele Muslime hoffen, dass neue Moscheen in ganz Europa ihren Wunsch, den Islam in nicht-islamische Länder zu verbreiten, vorantreiben und erleichtern und die christlichen "Ungläubigen" davon überzeugen, ihren Glauben zugunsten des Islams aufzugeben.

Am 29. September eröffnete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die jüngste europäische Moschee der Türkei, "DITIB-Zentralmoschee Köln" in Deutschland.

Die von der türkischen Regierung finanzierte Anadolu-Agentur berichtete am 25. September:

Die Kölner Zentralmoschee, die vom Türkisch-Islamischen Verband für religiöse Angelegenheiten (DITIB) nach acht Jahren Bauzeit fertiggestellt wurde, hat eine Kapazität von 1.200 Personen.

"Es wird die wichtigste und eine der größten Moscheen in Europa und Deutschland sein. Sie hat eine symbolische Bedeutung für unsere hier lebenden muslimischen Brüder", sagte Nevzat Yasar Asikoglu, Vorsitzender des DITIB, Reportern. "Unsere Moschee symbolisiert auch Frieden, Brüderlichkeit und die Kultur der Koexistenz", sagte er.

Der 17.000 Quadratmeter große Moscheekomplex verfügt außerdem über ein Einkaufszentrum, eine Ausstellungs- und Seminarhalle, einen Konferenzsaal mit 600 Plätzen, eine Bibliothek, Büroarbeitsplätze und Parkplätze im Erdgeschoss.

Deutschland, ein Land mit über 81 Millionen Einwohnern, hat nach Frankreich die zweitgrößte muslimische Bevölkerung in Westeuropa. Von den fast 4,7 Millionen Muslimen des Landes sind drei Millionen türkischer Herkunft.

Während in Deutschland eine riesige neue Moschee eingeweiht wird, bleibt die größte christlich-orthodoxe Theologische Schule auf der Insel Halki (Heybeliada) im Marmarameer fast 50 Jahre lang auf

Anordnung der türkischen Regierung geschlossen. Weniger als einen Kilometer vom durchgeschüttelten christlichen Seminar entfernt, soll zudem ein neues Zentrum für Islamwissenschaft auf einer Gesamtfläche von 200 Hektar entstehen.

DITIB, der Verein, der die neue Kölner Moschee gebaut hat, betreibt mehr als 900 Moscheen in ganz Deutschland. Diese Moscheen sind mit der Direktion für religiöse Angelegenheiten der türkischen Regierung, Diyanet, verbunden, die Imame für DITIB-Moscheen stellt.

Die deutschen Medien berichteten kürzlich, dass der Geheimdienst des Landes darüber nachdenkt, DITIB zu überwachen, nachdem dieser an mehreren Skandalen beteiligt war, wie z.B. dass seine Imame für türkische diplomatische Stellen spionieren, seiner Weigerung, an einem "Anti-Terrorismusmarsch" in Köln teilzunehmen, seinem Aufruf an die Gläubigen, für einen türkischen militärischen Sieg gegen Kurden in Nordsyrien zu beten, und einer militärischen Nachstellung mit türkischen Flaggen und gefälschten Waffen, die Kinder-"Märtyrern" übergeben wurden.

Auch in Deutschland wächst der Widerstand gegen die Aktivitäten des DITIB. "Diejenigen, die Nationalismus, Hass auf Christen, Juden oder Menschen ohne religiöse Zugehörigkeit verbreiten und hier auf Geheiß der türkischen Regierung spionieren, können kein Partner im Kampf gegen religiösen Extremismus in Deutschland sein", sagte ein Abgeordneter des Parlaments, Christoph de Vries. Unterdessen vernichtet die türkische Regierung weiterhin das christliche Erbe in der Türkei. So ist beispielsweise das Orthodoxe Theologische Seminar zu einem Symbol für die systematische Diskriminierung geworden, der Christen in der Türkei ausgesetzt sind.

Das Halki-Seminar, die einzige Schule zur Ausbildung der Führung des orthodoxen Christentums, wurde 1971 von der türkischen Regierung geschlossen. Seitdem ist das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel nicht in der Lage, Geistliche und potenzielle Nachfolger für die Position des Patriarchen auszubilden.

Gemäß dem Orden der St. Andrew Bogenschützen des Ökumenischen Patriarchats:

"Seit seiner Schließung musste das Ökumenische Patriarchat die jungen Männer aus seiner Gemeinschaft, die in das Priestertum eintreten wollten, an eine der theologischen Schulen in Griechenland schicken. In vielen Fällen kehren sie angesichts der lästigen Einschränkungen bei der Beschaffung von Arbeitsgenehmigungen und des allgemeinen Klimas der Einschüchterung nicht zurück. Trotz der Zusagen der türkischen Regierung, unsere theologische Schule wieder zu eröffnen, gab es keine Fortschritte. Wenn das ungelöst bleibt, dann ist das administrative Funktionieren und die Zukunft des Ökumenischen Patriarchats gefährdet."

Im Jahr 2016 listete die griechisch-orthodoxe Erzdiözese Amerika weitere Verstöße der Türkei gegen die orthodoxe Kirche auf:

Die türkische Regierung beschränkt die Wahl des Ökumenischen Patriarchen und der Hierarchen, die für ihn stimmen, indem sie verlangt, dass sie türkische Bürger sein müssen. Tatsächlich kann die Regierung willkürlich gegen jeden Kandidaten für die Position des Ökumenischen Patriarchen ein Veto einlegen. Angesichts der schrumpfenden Population an Hierarchen und orthodoxen Christen in der Türkei ist es uns vielleicht nicht möglich, in nicht allzu ferner Zukunft einen ökumenischen Patriarchen zu wählen.

...

Die türkischen Behörden erlauben die Verwendung des Begriffs oder Titels "ökumenisch" für religiöse Aktivitäten jeglicher Art nicht, obwohl er seit dem 6. Jahrhundert n. Chr. verwendet und weltweit anerkannt wird. Die Türkei betrachtet das Patriarchat als eine Institution, deren Führer allein als das geistliche Haupt der orthodoxen Christen in der Türkei und nicht als der Führer von 300 Millionen orthodoxen Christen weltweit angesehen wird.

...

Das Ökumenische Patriarchat hat in der Türkei keine Rechtspersönlichkeit oder Treu-und-Glauben-Rechtspersönlichkeit.

Das Fehlen einer Rechtspersönlichkeit ist eine Hauptquelle für Probleme des Ökumenischen Patriarchats, einschließlich der Nichtanerkennung seiner Eigentumsrechte und der Nichterteilung von

Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen für "ausländische" (d.h. nicht türkische) Priester, die für die Kontinuität und das Funktionieren des Ökumenischen Patriarchats von wesentlicher Bedeutung sind. Die türkischen Behörden erlauben dem Ökumenischen Patriarchat nicht, Eigentum zu besitzen - nicht einmal seine Kirchen. Das Patriarchalhaus selbst wird nicht als Eigentum des Patriarchats anerkannt, und selbst die Waisenhausstiftung für Mädchen und Jungen auf der Insel Buyukada (Prinkipos), für die das Patriarchat seit 1902 eine Urkunde besitzt, wird von der türkischen Regierung nicht rechtlich anerkannt. Die Unmöglichkeit, Arbeitserlaubnisse für "Ausländer", die im Ökumenischen Patriarchat arbeiten, zu erhalten, führt dazu, dass diese Personen das Land alle drei Monate verlassen müssen, um Touristenvisa zu erneuern, was die Funktionsweise und Produktivität des Ökumenischen Patriarchats beeinträchtigt und Personal aus dem Ausland abschreckt.

...

Mit verschiedenen Methoden haben die türkischen Behörden im Laufe der Jahre Tausende von Gütern des Ökumenischen Patriarchats und der griechisch-orthodoxen Gemeinschaft beschlagnahmt, darunter unsere Klöster, Kirchengebäude, ein Waisenhaus, Privathäuser, Wohnhäuser, Schulen und Land. Um das Mass voll zu machen, haben die türkischen Behörden kürzlich angekündigt, ein neues massives islamisches Bildungszentrum in der Mitte der Insel Halki zu errichten, anstatt die Schule wieder zu eröffnen.

Halki ist einer der wenigen Orte in der Türkei, der noch eine griechische Gemeinde hat. Es scheint kein Zufall zu sein, dass die türkische Regierung Halki ausgewählt hat, um ein großes islamisches Zentrum zu bauen. Dies erscheint als eine weitere türkische Islamisierungspolitik der Regierung, die die Ausrottung des griechischen Kulturerbes und des orthodoxen Christentums in der Region weiter befördern wird.

Die Griechen in der Türkei - die Überreste des einst großen Byzantinischen Reiches - sind ein schwer verfolgtes und sogar fast vollständig vernichtetes Volk. Sie wurden unter anderem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einem Völkermord, Pogromen und Zwangsdeportationen durch mehrere türkische Regierungen ausgesetzt. Infolgedessen gibt es in Istanbul nur noch rund 1.300 Griechen. Aber trotz ihrer geringen Größe leidet die sterbende griechische Gemeinschaft immer noch unter Diskriminierung und Verletzungen ihrer Rechte.

Die türkische Regierung, die die größte christliche Theologieschule des Landes geschlossen hält, gibt einen großen Teil ihres Jahresbudgets für den weltweiten Bau von Moscheen aus.

Diyanet ist die Regierungsbehörde, die plant, das Islamische Zentrum neben dem Orthodoxen Seminar Halki zu bauen. Das jährliche Gesamtbudget von Diyanet belief sich im vergangenen Jahr auf 8,1 Milliarden Lire (1,38 Milliarden Dollar) und übertraf damit die Haushalte von 12 Ministerien, darunter das Gesundheitsministerium und das Innenministerium, so die türkische Presse.

Zu den Aktivitäten von Diyanet gehört der Bau von Moscheen auf der ganzen Welt. Gemäß seiner offiziellen Website hat Diyanet den Bau von Moscheen in Orten wie den Vereinigten Staaten, Russland, Weißrussland, Deutschland, Somalia, Haiti, Kasachstan und Gaza abgeschlossen. Neue Moscheen werden derzeit in Albanien, Kirgisistan, dem türkisch besetzten Nordzypern, Dschibuti, Schweden und England gebaut.

Diyanet plant auch den Bau von Moscheen im Kosovo, in der Region Karatschai-Tscherkessien in Russland, im Tschad, in der Elfenbeinküste, in Venezuela, Mauretanien, im Niger sowie auf dem Campus der Georgetown University in den USA. In Tokio, Japan, entsteht ebenfalls ein "Türkisches Kulturzentrum".

Nach Angaben der Stiftung Diyanet hat Diyanet auch Moscheen im Libanon, in Mali, auf den Philippinen und auf der Krim gebaut.

Die türkische Regierung fördert die Islamisierung weltweit durch ihre Aktivitäten, zu denen auch der Bau von Moscheen gehört, aber das tief verwurzelte Christentum der Türkei ist eine sterbende Religion. Die Türkei, die heute Kleinasien und Anatolien innerhalb ihrer Grenzen hat, hat mehr biblische Stätten als jede andere Region im Nahen Osten außer Israel. Viele christliche Apostel und Heilige, wie Paulus von Tarsus,

Petrus, Johannes, Timotheus, Nikolaus von Myra und Polykarp von Smyrna, lebten unter anderem in der Türkei.

Die Islamisierung der Region wurde von den Turkstämmen aus Zentralasien eingeleitet, die im elften Jahrhundert in das griechisch-byzantinische Reich eindrangen. Heute sind nur noch 0,1 Prozent der fast 80 Millionen Einwohner der Türkei Christen - ein Ergebnis jahrhundertelanger Verfolgung von Christen. Die moderne türkische Republik, die 1923 gegründet wurde, hat die Vernichtung der verbliebenen griechischen Christen im Land durch verschiedene Verbrechen und Druck fast abgeschlossen.

Die heutige türkische Regierung, die offensichtlich im Einklang mit ihrer eigenen entschlossenen dschihadistischen Ideologie handelt, baut Moscheen in Europa und darüber hinaus und nutzt viele davon für ihre eigene islamisch-fundamentalistische Agenda und Reichweite. Ein schwaches, fehlgeleitetes und irreführendes Europa scheint sich eifrig dieser Ideologie zu unterwerfen.

Uzay Bulut, eine Journalistin aus der Türkei, ist ein angesehener Senior Fellow am Gatestone Institute. Sie hat derzeit ihren Sitz in Washington D.C.

<https://charismatismus.wordpress.com/2018/11/20/islamischer-massenmord-gegen-christen-in-zentralafrika-uno-blauhelme-untaetig/>

Islamischer Massenmord gegen Christen in Zentralafrika: UNO-Blauhelme untätig

Veröffentlicht: 20. November 2018 | Autor: Felizitas Küble |

Am 15. November geschah in der Zentralafrikanischen Republik ein Terror-Anschlag – meist ausländischer – islamischer Söldner der UPS (Unité pour la Paix und Centrafrique) unter Leitung von General Ali Darassa. Bei dem Massaker wurden 40 Menschen ermordet, darunter der Generalvikar der Diözese Alinda, Prälat Blaise Mada und Pfarrer Celestine N. Mingala.

Erzbischof Juan Jose Aguirre Muños von Bangassou erklärt: „Die Mitglieder der UPC kommen hauptsächlich aus Nachbarländern wie Niger. Die aus der Seleka hervorgegangenen UPC sind im Westen von Alindao seit 5 Jahren aktiv. Die katholische Mission liegt im Osten, wo sich das Lager für nicht-muslimische Flüchtlinge befindet, in dem ca. 26.000 Menschen untergebracht sind.“

„Der Anschlag war verheerend“, so der Erzbischof weiter:

„Die Männer von Ali Darassa haben das Flüchtlingslager angegriffen, geplündert, in Brand gesetzt und Frauen und Kinder getötet; Sie brannten die Kathedrale nieder, wo sie die beiden Priester töteten. Unmittelbar danach plünderten junge Muslime die erzbischöfliche Residenz, das Priesterhaus und die Büros der Caritas. Ich habe Fotos gesehen. Von diesen Einrichtungen sind nur die gekalkten Wände übrig.“

Kath. Bischof und drei Priester bleiben in Gefahrenzone

Inzwischen wurde das Personal der in Alindao tätigen NGOs (Nichtregierungs-Organisationen) mit einem Sonderflug evakuiert: „Alle außer Bischof Cyr-Nestor Alindao und drei Priestern, die in der Nähe der Bevölkerung bleiben wollten, sind gegangen“, betont Erzbischof Aguirre.

Der Erzbischof bestätigt, dass die Blauhelme der MINUSCA nicht eingegriffen haben, um die christlichen Zivilisten vor den islamischen Terroristen zu schützen: „Die MINUSCA-Soldaten aus Mauretanien zogen sich in ihre Basis zurück“, beklagt er und erläutert:

„Man sollte beachten, dass die Einsatzregeln bestimmter Kontingente wie Mauretanien, Ägypten und Pakistan mit der UNO abgestimmt wurden, so dass sie auf bewaffnete Übergriffe nur dann reagieren, wenn sie selber direkt angegriffen werden. In Alindao waren die Blauhelme also völlig nutzlos“.

Der Oberhirte fährt fort: „Andere Kontingente wie das von Ruanda haben Regeln für den Einsatz, auf deren Grundlage sie zur Verteidigung der Bevölkerung eingreifen, wenn es zu einem Anschlag kommt.“

Zentralafrika als Tor zur Ausbreitung des radikalen Islam

Erzbischof Aguirre betont außerdem, „sich nicht darauf zu beschränken, diese Massaker anzuprangern. Wir müssen dem, was in Zentralafrika passiert, auf den Grund gehen. Gruppen wie die UPC bestehen aus ausländischen Söldnern, die seit fünf Jahren Teile unseres Territoriums besetzen.“

Der Kirchenmann erläutert, daß es hierbei letztlich um die „Verbreitung des radikalen Islam“ geht:

„Die Söldner werden von einigen Golfstaaten bezahlt und von einigen benachbarten afrikanischen Staaten angeführt. Sie kommen aus dem Tschad über Birao mit Waffen, die aus den USA nach Saudi-Arabien verkauft wurden. Sie wollen Zentralafrika teilen, indem sie Hass zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen schüren.

Auf diese Weise können sie sich des Reichtums Zentralafrikas bemächtigen und Gold, Diamanten und Vieh plündern. Vor allem aber wollen einige ausländische und nichtafrikanische Länder Zentralafrika als Tor für die Einreise in die Demokratische Republik Kongo und den Rest des Kontinents nutzen, um den radikalen Islam zu verbreiten. Dies ist die Strategie, die sich hinter dem Massaker von Alindao verbirgt.“

Quelle: Vatikanischer Fidesdienst

<https://charismatismus.wordpress.com/2018/12/13/usa-trump-unterzeichnet-ein-gesetz-das-christenmassenmord-als-genozid-definiert/>

USA: Trump unterzeichnet ein Gesetz, das Christenmassenmord als „Genozid“ definiert

Veröffentlicht: 13. Dezember 2018 | Autor: Felizitas Küble | Abgelegt unter: CHRISTEN-Verfolgung | Tags: Christenmassenmord, Fidesdienst, finanzielle Hilfen, Genozid, Gesetz, Irak, islam, Mike Pence, Minderheiten, Naher Osten, Syrien, UNO, US-Präsident Donald Trump, Völkermord, Vizepräsident | 5 Kommentare

US-Präsident Donald Trump hat am 11. Dezember 2018 den „Iraq and Syria Genocide Relief and Accountability Act of 2018“ in Kraft gesetzt.

Dieses neue Gesetz definiert Verbrechen radikal-islamischer Gruppen gegen Christen und Jesiden im Irak und in Syrien als „Genozid“ (Völkermord) und verpflichtet die US-Regierung, die Opfer mit humanitärer Hilfe zu versorgen und die Täter strafrechtlich zu verfolgen.

Bei der feierlichen Unterzeichnung durch den US-Präsidenten nahmen unter anderem der chaldäische Erzbischof Bashar Warda von Erbil, der oberste Ritter der Knights of Columbus, Carl Anderson, sowie die US-amerikanische Botschafterin beim Heiligen Stuhl, Callista Gingrich, und der US-amerikanische Militärbischof, Timothy Broglio, teil.

Das Gesetz fördert die finanzielle Unterstützung der USA für humanitäre Hilfe und Stabilisierungs- und Wiederaufbauprogramme zugunsten religiöser Minderheiten im Irak und in Syrien.

Darüber hinaus erlaubt das Gesetz dem US-Außenministerium, strafrechtliche Ermittlungen gegen mutmaßlicher Verantwortliche der Gewalt gegen religiöse Minderheiten auf den Weg zu bringen. Das US-Repräsentantenhaus billigte das Gesetz bereits am 27. September einstimmig. Zuvor hatte auch der US-Senat das neue Gesetz bewilligt.

Die US-amerikanische Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF), eine vom Kongress eingerichtete unabhängige Organisation, lobt Präsident Trump für die Unterzeichnung des neuen

Gesetzes. „In diesem Gesetz erkennen wir auch die Botschaft, dass die Verantwortlichen dieser Verbrechen, einschließlich des Völkermords, der Justiz nicht entgehen werden“, so die Vizepräsidentin der USCIRF, Kristina Arriaga.

Mit dem neuen Gesetz ändert sich teilweise die frühere Politik des US-Außenministeriums, die bisher hauptsächlich die Kanäle der UNO zur Verteilung von Geldern nutzte.

Bereits am 25. Oktober 2017 kündigte US-Vizepräsident Mike Pence (siehe Foto) eine solche Änderung der Verfahren bei der Finanzierung humanitärer Nothilfe an:

„Wir werden uns nicht mehr nur auf die UNO verlassen, um verfolgten Christen und Minderheiten zu helfen“, sagte der bei dem jährlichen Wohltätigkeitssessen für Christen im Nahen Osten, das von der US-Organisation In Defense of Christians in Washington veranstaltet wird.

In diesem Zusammenhang hatte er angekündigt, die US-Bundesbehörden würden „Seite an Seite mit Glaubensgruppen und privaten Organisationen zusammenarbeiten, um denen zu helfen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden“.

Quelle: Fidesdienst

Wegen Bibelvers zu Homosexualität:

Uni wirft Studenten raus

proKOMPAKT9| 2016

Ein Student der sozialen Arbeit an der Sheffield-Universität in Großbritannien ist wegen seinen Ansichten über Homosexualität von seinem Kurs ausgeschlossen worden. Zuvor hatte er auf Facebook einen Bibelvers geteilt, in dem Homosexualität als „Gräuel“ bezeichnet wird. Felix Ngole, ein christlicher Student an der britischen Universität Sheffield, wurde von seinem Hochschulkurs ausgeschlossen, nachdem er seine Position zum Thema Homosexualität öffentlich verbreitet hatte. Die Leitung der Hochschule teilte ihm Davis mit. Diese hatte im September vergangenen Jahres für Aufsehen gesorgt, als sie sich geweigert hatte, homosexuellen Paaren Heiratslizenzen auszustellen. Der gebürtige Kameruner wird in einer Quelle im Bezug auf die Vorwürfe folgendermaßen zitiert: „Die Art, wie ich behandelt wurde, wirft sehr ernsthafte Fragen auf über die Art, wie Studenten an englischen Universitäten in ihren Ansichten und Überzeugungen zensiert werden.“

Außerdem äußerte er sich kritisch darüber, dass persönliche Aussagen in den sozialen Medien neuerdings zur Beurteilung, ob Studenten „fit und angemessen“ für ihren angestrebten Beruf seien, herangezogen würden. Wegen Bibelvers zu Homosexualität: Uni wirft Studenten raus mit, dass seine „grenzüberschreitenden Äußerungen“ „nicht angemessen“ für einen angehenden Sozialarbeiter seien. Das berichtet die britische Zeitung The Telegraph. Zudem könnten sich einzelne Personen wegen der öffentlichen Facebook-Einträge „angegriffen“ fühlen. Der Student im Aufbaustudium zitierte in seinem Posting unter anderem einen Vers aus 3. Mose: „Wenn jemand bei einem Mann liegt wie bei einer Frau, so haben sie getan, was ein Gräuel ist, und sollen beide des Todes sterben; Blutschuld lastet auf ihnen.“ **Außerdem bekundete Ngole seine Solidarität mit der amerikanischen Standesbeamten Kim. Während die Universität seine Ansichten als diskriminierend bezeichne, sei er derjenige, der wegen seiner christlichen Überzeugungen diskriminiert werde.** „Wie hätte Uni auf muslimische Äußerung zu Homosexualität reagiert?“ **Darüber hinaus wirft der 38-jährige Vater von vier Kindern der Hochschule Ungleichheit in ihrer Behandlung unterschiedlicher religiöser Gruppierungen vor. „Ich frage mich, ob die Universität irgendwelche Maßnahmen ergriffen hätte, wenn ein muslimischer Student, der das Recht der Scharia mit dessen Lehren über Frauen und Homosexualität vertritt, gemäßigte Kommentare**

auf Facebook verbreitet hätte.“Die Vorstandsvorsitzende der englischen Lobbygruppe „Christian Legal Centre“, Andrea Williams, kommentierte: „Das ist der neueste in einer Reihe von Fällen, bei denen Christen von Berufen ausgeschlossen werden.“ Die Hochschule habe versäumt, Ngole's Recht auf freie Meinungsäußerung und sein Recht auf Religionsfreiheit zu schützen, erklärte sie. Ngole hat nach eigener Aussage mit homo-sexuellen Personen zusammengearbeitet, dabei habe es keine Probleme gegeben. Er habe nichts gegen Menschen, die in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung leben, das sei deren Entscheidung. „Aber ich bin Christ und wenn ich nach meinen Ansichten gefragt werde, sollte ich die Freiheit besitzen, diese zu vertreten.“ VON: JMS8

<https://de.gatestoneinstitute.org/13504/tuerkei-christliche-missionare>

Der Krieg der Türkei gegen christliche Missionare

von Uzeyir Bulut

6. Januar 2019

Englischer Originaltext: Turkey's War on Christian Missionaries

Übersetzung: Daniel Heiniger

Der amerikanische Pastor Andrew Brunson und der amerikanisch-kanadische Evangelist David Byle gehören zu den vielen christlichen Geistlichen, die Opfer der türkischen Abneigung gegen das Christentum geworden sind. Laut Claire Evans, Regionalmanagerin der Organisation International Christian Concern, "macht die Türkei immer deutlicher, dass es keinen Platz für das Christentum gibt, obwohl in der Verfassung etwas anderes steht".

Heute sind nur noch rund 0,2% der fast 80 Millionen Einwohner der Türkei Christen. Der christliche Völkermord in der osmanischen Türkei 1913-1923 und das antigriechische Pogrom 1955 in Istanbul sind einige der wichtigsten Ereignisse, die zur weitgehenden Zerstörung der alten christlichen Gemeinschaft des Landes führten. Doch auch heute noch werden in der Türkei christliche Missionare und Bürger unterdrückt.

"Eine Frage, die die Türkei vom Rest der Welt unterscheidet, ist, dass unsere nationale Identität in erster Linie durch religiöse Identität geprägt ist. Was einen Türken zu einem Türken macht, liegt nicht so sehr an der ethnischen Zugehörigkeit oder der Sprache, die die Menschen sprechen, sondern in erster Linie daran, Moslem zu sein... Eine große Mehrheit der Türken denkt, dass es in ihrer Geschichte nichts gibt, wofür sie sich schämen müssten. [Sie] fühlen sich weder Europa noch dem Nahen Osten nahe; sie fühlen sich im Grunde genommen nur sich selbst nahe... eine auffällige Tatsache ist, dass wir gefragt haben, ob, wenn jeder ein Türke wäre, ob die Welt dann ein besserer Ort wäre, und die Türken haben eine sehr hohe Bewertung abgegeben. Keinerlei Selbstkritik." - Professor Ali Çarkoğlu von der Koç University, der eine Umfrage zum Thema Nationalismus mit Professor Ersin Kalaycıoğlu von der Universität Sabancı durchgeführt hat.

Am Tag nach der Entlassung des amerikanischen Pastors Andrew Brunson aus dem türkischen Gefängnis wurde ein weiterer Christ, der seit fast zwei Jahrzehnten im Land lebt, von den türkischen Behörden festgenommen und man sagte ihm, dass er zwei Wochen Zeit habe, das Land zu verlassen - ohne seine Frau und drei Kinder. Der amerikanisch-kanadische Evangelist David Byle erlitt im Laufe der Jahre nicht nur mehrere Verhaftungen und Verhöre, sondern war auch dreimal zur Deportation verurteilt worden. Jedes Mal wurde er durch

Gerichtsurteile gerettet. Diesmal konnte er jedoch die Vertreibung nicht verhindern und verließ das Land nach zwei Tagen in einer Haftanstalt.

Als er am 20. November versuchte, zu seiner Familie in die Türkei zurückzukehren, wurde ihm die Wiedereinreise verweigert. Laut Claire Evans, Regionalmanagerin der Organisation International Christian Concern:

"Die Türkei macht immer deutlicher, dass es keinen Platz für das Christentum gibt, auch wenn in der Verfassung etwas anderes steht. Es ist kein Zufall, dass die Türkei beschlossen hat, diesen Prozess am Tag nach der Entlassung Brunsons aus der Haft einzuleiten, und dass die Behörden dabei einen Gerichtsbeschluss ignorierten. Wir müssen die Familie Byle in dieser schwierigen Zeit der Trennung im Gebet behalten."

Brunson und Byle gehören zu vielen christlichen Geistlichen, die der Aversion der Türkei gegen das Christentum zum Opfer gefallen sind. In ihren jährlichen Berichten über Menschenrechtsverletzungen, die seit 2009 veröffentlicht werden, beschreibt die Türkische Vereinigung Evangelischer Kirchen die systematische Diskriminierung von Protestanten durch die Türkei, einschließlich verbaler und physischer Attacken; auch erkennt die türkische Regierung die protestantische Gemeinschaft nicht als "juristische Person" an und verweigert ihr das Recht, Gotteshäuser frei einzurichten und zu betreiben.

Die Protestanten der Türkei können keine eigenen Schulen eröffnen oder eigene Kleriker ausbilden, was sie zwingt, sich auf die Unterstützung ausländischer Kirchenführer zu verlassen. Dennoch wurde mehreren ausländischen Religionsarbeitern und Kirchenmitgliedern die Einreise in die Türkei verweigert, Aufenthaltsgenehmigungen verweigert oder sie wurden abgeschoben.

Obwohl missionarische Aktivitäten nach dem türkischen Strafgesetzbuch nicht illegal sind, werden sowohl ausländische Pastoren als auch türkische Bürger, die zum Christentum konvertieren, von Behörden und einem Großteil der Öffentlichkeit als Parias behandelt. Es ist kein Wunder, dass dies der Fall ist, wenn man bedenkt, dass es jahrelange antichristliche "Berichte" von staatlichen Institutionen gibt, die die Regierungspolitik prägen.

Zum Beispiel:

Im Jahr 2001 erklärte der Nationale Sicherheitsrat (MGK) nach Erhalt eines Berichts des türkischen Geheimdiensts (MIT) die christlichen Missionsaktivitäten zu einer "Sicherheitsbedrohung" und erklärte, dass "erforderliche Vorkehrungen gegen [ihre] spalterischen und zerstörerischen Aktivitäten getroffen werden sollten".

Im Jahr 2004 veröffentlichte die Handelskammer von Ankara (ATO) einen Bericht, in dem sie behauptete, dass "missionarische Aktivitäten ethnische und religiöse Trennungsaspirationen hervorrufen und auf die einheitliche Struktur des Staates abzielen".

Im Jahr 2005 sagte Staatsminister Mehmet Aydın: "Wir denken, dass die missionarischen Aktivitäten darauf abzielen, die historische, religiöse, nationale und kulturelle Einheit zu zerstören.... das wird als eine extrem geplante Bewegung mit politischen Zielen angesehen."

Im Jahr 2006 erstellte die Türkische Armee (TSK) einen Bericht, in dem sie christliche Missionare als "Bedrohung" bezeichnete und betonte, dass gesetzliche Regelungen zur Verhinderung ihrer Tätigkeit getroffen werden müssen. Im selben Jahr sagte Ali Bardakoğlu, damals Chef von Diyanet (der staatlich finanzierten Direktion für religiöse Angelegenheiten), in Fernsehsendungen, es sei "die Pflicht von Diyanet, die Menschen vor Missionaren und anderen Bewegungen zu warnen, die die Gesellschaft bedrohen".

Im Jahr 2007 sagte Niyazi Güney, Beamter des Justizministeriums, dass "Missionare noch gefährlicher sind als terroristische Organisationen".

Solche öffentlichen Denunziationen von christlichen Missionaren haben konkrete und verheerende Folgen gehabt.

Im Jahr 2006 wurde beispielsweise ein protestantischer Kirchenführer namens Kamil Kiroğlu, ein muslimischer Bekehrter zum Christentum, von fünf Männern bewusstlos geschlagen, von denen einer schrie: "Verleugne Jesus oder ich werde dich jetzt töten", und ein anderer schrie: "Wir wollen keine Christen in diesem Land"!

Ebenfalls 2006 wurde Pater Andrea Santoro, ein 61-jähriger römisch-katholischer Priester, beim Gebet in der Kirche Santa Maria in Trabzon ermordet. Fünf Monate später wurde auf einen 74-jährigen Priester, Pater Pierre François René Brunissen, in Samsun mit einem Messer eingestochen. Der Täter sagte, dass er die Tat gegen den Priester begangen habe, um gegen "seine missionarischen Aktivitäten" zu protestieren.

Im April 2007 wurden beim Massaker im Zirve Bibelverlag drei Christen zu Tode gefoltert.

Im November desselben Jahres wurde ein assyrischer Priester, Edip Daniel Savcı, entführt.

Einen Monat später wurde mit dem Messer auf einen katholischen Priester, Adriano Franchini, bei einem Sonntagsgottesdienst eingestochen. Berichten zufolge war der Priester von einigen Websites "der missionarischen Tätigkeit beschuldigt" worden.

Im Juni 2010 wurde Bischof Luigi Padovese, Apostolischer Vikar von Anatolien, von seinem Fahrer ermordet, der "Allahu Akbar" ("Allah ist der Größte") brüllte, als er dem Priester die Kehle aufschlitzte. Bei seinem Prozess sagte der Mörder, dass der Bischof ein "falscher Messias" sei, dann rezitierte er zweimal im Gerichtssaal lautstark den Adhan (islamischer Aufruf zum Gebet).

Trotz seiner derzeitigen winzigen und zerbröselnden Präsenz in der Türkei hat das Christentum eine lange Geschichte in Kleinasien (Teil der heutigen Türkei), dem Geburtsort zahlreicher Apostel und Heiliger, darunter Paulus, Lukas, Ephrem, Polykarp, Timotheus, Nikolaus und Ignatius. Viele in der Bibel aufgezeichnete Ereignisse ereigneten sich in diesem Gebiet. Die indigenen Völker des Landes - Armenier, Assyrer und Griechen - gehören zu den ersten Nationen, die den christlichen Glauben annahmen.

Die ersten sieben Ökumenischen Konzile fanden ebenfalls in dem Gebiet statt, das heute die Türkei ist. In Antiochia (Antakya) wurden die Nachfolger Jesu zum ersten Mal in der Geschichte "Christen" genannt und der heilige Petrus gründete eine der frühesten Kirchen. Edessa (Urfa im Südosten der Türkei) war ein frühes Zentrum der assyrischen (syrischen) orthodoxen Kirche. Die altgriechische Stadt Byzanz (auch bekannt als Konstantinopel - das heutige Istanbul) war ein Zentrum des Christentums und die Hagia Sophia, die dort im 6. Jahrhundert erbaut wurde, war die größte Kirche der Welt - bis die osmanischen Türken 1453 in die Stadt eindrangen und die Kirche in eine Moschee verwandelten. Seitdem stehen die Christen in der Region unter muslimischer Herrschaft.

Heute sind nur noch rund 0,2% der fast 80 Millionen Einwohner der Türkei Christen. Der christliche Völkermord in der osmanischen Türkei 1913-1923 und das antigriechische Pogrom 1955 in Istanbul sind einige der wichtigsten Ereignisse, die zur weitgehenden Zerstörung der alten christlichen Gemeinschaft des Landes führten. Doch auch heute noch - selbst nach dem Beitritt der Türkei zum Europarat 1949 und zur NATO 1952 - werden christliche Missionare und Bürger in der Türkei dauernd unterdrückt.

Dafür gibt es zwei Gründe. Die erste hat mit der Sichtweise des Islam auf Kafir ("Ungläubige") zu tun. Das erklärt Dr. Bill Warner, Direktor des Center for the Study of Political Islam (CSPI):

"Die koranische Doktrin über Kafir sagt, dass sie gehasst werden und Satans Freunde sind. Kafir können beraubt, getötet, gefoltert, vergewaltigt, verspottet, verflucht, verurteilt und angeprangert werden."

Warner beschreibt auch die Zerstörung der griechischen christlichen Zivilisation in Anatolien:

"Der Vorgang der Vernichtung dauerte Jahrhunderte. Einige Leute denken, dass die Kafir bei der Invasion des Islam die Wahl zwischen Bekehrung oder Tod hatten. Nein, auf keinen Fall. Die Scharia wurde eingeführt, und die christlichen Dhimmis hatten weiterhin ihren "geschützten" Status als Menschen des Buches, die unter der Scharia lebten. Der Dhimmi zahlte hohe Steuern, konnte vor Gericht nicht aussagen, hatte keine Autoritätsposition gegenüber Muslimen und wurde durch soziale Regeln gedemütigt. Ein Dhimmi musste für den Muslim zur Seite treten, ihm seinen Platz anbieten, konnte keine Waffe tragen und musste in jeder Hinsicht gegenüber einem Muslim zurücktreten. In allen Fragen der Gesellschaft musste sich der Dhimmi dem Muslim beugen. Im Laufe der Jahrhunderte führten die Degradierung, der Mangel an Rechten und die Dhimmi-Steuer dazu, dass sich die Christen bekehrten. Es ist die Scharia, die die Dhimmis zerstört."

Jahrhunderte später - trotz der Tatsache, dass die türkische Verfassung nicht auf der Scharia basiert - sind das Denken und Handeln der meisten Türken immer noch weitgehend islamisch. Laut Professor Ali Çarkoğlu von der Koç University, der eine Umfrage zum Nationalismus mit Professor Ersin Kalaycıoğlu von der Universität Sabancı durchgeführt hat:

"Eine Frage, die die Türkei vom Rest der Welt unterscheidet, ist, dass unsere nationale Identität in erster Linie durch religiöse Identität geprägt ist. Was einen Türken zu einem Türken macht, liegt nicht so sehr an der ethnischen Zugehörigkeit oder der Sprache, die die Menschen sprechen, sondern in erster Linie daran, Moslem zu sein... Eine große Mehrheit der Türken denkt, dass es in ihrer Geschichte nichts gibt, wofür sie sich schämen müssten. [Sie] fühlen sich weder Europa noch dem Nahen Osten nahe; sie fühlen sich im Grunde genommen nur sich selbst nahe... eine auffällige Tatsache ist, dass wir gefragt haben, ob, wenn jeder ein Türke wäre, ob die Welt dann ein besserer Ort wäre, und die Türken haben eine sehr hohe Bewertung abgegeben. Keinerlei Selbstkritik."

Der andere Grund für die christliche Verfolgung in der Türkei scheint eine weit verbreitete Angst zu sein - an der Grenze zur Paranoia -, dass die Christen durch die Missionierung darauf abzielen, das Land der Türken, das sie vor der türkischen Eroberung besaßen, zurückzuerobern. In einem Bericht der National Intelligence Organization (MIT) aus dem Jahr 2001 heißt es beispielsweise, dass "Missionare sich auf Pontos [ein altgriechisches Land] im Schwarzmeerraum, den Jessidismus, die chaldäische [Kirche] und christliche Kurden in der Südosttürkei, Armenier im Osten der Türkei und die alten christlichen Länder in der Ägäis und in Istanbul beziehen, um die Menschen zu beeindrucken und sie für sich zu gewinnen".

Darüber hinaus wird im Bericht der türkischen Armee von 2004 behauptet, dass bis zum Jahr 2020 10% der gesamten Bevölkerung der Türkei christlich sein werden.

Ironischerweise betrug die Bevölkerung des heutigen türkischen Territoriums vor dem christlichen Völkermord 1913-1923 etwa 14 Millionen, wovon etwa ein Drittel (4,5 Millionen) christlich war. Der Völkermord hat das Osmanische Reich und die heutige Türkei

weitgehend seiner christlichen Bevölkerung entleert und ein fast vollständig muslimisches Land geschaffen.

Trotz dieser kriminellen Vorgeschichte gehen viele Türken immer noch kompromisslos auf Christen los. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - darunter Politiker, Akademiker, Polizisten und Gewerkschaften - verteufeln Missionare und beschuldigen sie, sich an "separatistischen", "bedrohlichen", "aggressiven", "destruktiven" und "terroristischen" Aktivitäten zu beteiligen.

Diese Leute machen anscheinend einen auf Projektion, denn es sind islamische Dschihadisten, die gewaltsam in fremde Länder eingedrungen sind und diese eingenommen haben und Nicht-Muslime zu Sklaven oder Untertanen zweiter Klasse ihres Reiches gemacht haben - etwas, worauf viele Türken in ihrer eigenen Geschichte stolz sind, das sie gut finden und verherrlichen. Die offizielle Website der türkischen Streitkräfte zum Beispiel datiert stolz die Gründung des türkischen Militärs auf "209 v. Chr. während des Großhunnenreichs", dessen Herrscher und Soldaten, so schreibt der Historiker Joshua J. Mark, "Tod und Verwüstung brachten, wohin sie auch gingen", einschließlich nach Europa. Die türkische Armee, ein Mitglied der NATO, prahlt auch damit, dass die Türken "zahlreiche Völker, Nationen und Staaten über eine weitreichende Geographie, die sich von Asien über Europa bis nach Afrika erstreckt, unterworfen und beherrscht haben".

In diesem Zusammenhang ist aus türkischer Sicht die Verfolgung der Pastoren Brunson und Byle nichts als logisch und konsequent.

Uzay Bulut, eine türkische Journalistin, die als Moslem geboren und aufgewachsen ist, ist ein angesehener Senior Fellow am Gatestone Institute und lebt derzeit in Washington D.C.

Mitteilungen an Freunde und Förderer für die Menschenrechte
IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 5 August/September 2009

Pakistan: Christen in Angst

1.000 Euro Nothilfe hatte die IGFM der pakistanischen Rechtsanwältin Aneeqa Maria Akthar mitgegeben, die uns im Juli zehn Tage besucht hatte, um uns über die Lage der Christen zu berichten. **Am 30. Juni hatten ca. 500 Muslime in dem kleinen Ort Bamaniawala in der Nähe Kasur 135 christliche Familien angegriffen und deren Häuser verwüstet. Die Angreifer zerstörten alles, Fahrräder, Schränke, Tische, Küchengeräte und -utensilien bis hin zu persönlichen Sachen wie Bilder und Bücher; sie rissen Frauen die Kleider vom Leib und trieben sie auf einen Platz, eine junge Frau wurde**

vergewaltigt. Die Christen dort haben alles verloren, was sie zum Leben brauchen. In den Augen der Familien sieht man das Entsetzen und ihre Hilflosigkeit. Wo sollen sie auch hin? Sie können sich nur noch an ihrem Glauben und an die Hoffnung, dass andere ihnen helfen, festhalten.

Am 30. Juli, so berichtet die pakistanische Menschenrechtsorganisation CLAAS, haben Muslime in Gill Wala Chauck, einem Ort in der Nähe von Faisalabad während einer Hochzeitsfeier 40 Häuser von Christen niedergebrannt. Am 1. August wurden 50 Häuser in Brand gesetzt. Mindestens zehn Menschen, darunter Frauen und Kinder, verbrannten. Feuerwehrwagen, die den Brand löschen wollten, wurden von Muslimen am Löschen gehindert. Polizisten wurden angegriffen, die Lage geriet außer Kontrolle. Etwa 1000 Muslime hatten sich vorher in verschiedenen Moscheen versammelt. Angeblich sollen die Christen Seiten des Koran verbrannt haben.

Die Christen haben Angst.

Besonders die Eltern von kleinen Kindern sind verzweifelt. Keine Windeln, keine Kindernahrung, keine Kleidung, vor allem aber keine Aussicht auf rasche Hilfe, geschweige denn auf Hilfe vom Staat.

Viele sehen die Zukunft ihrer Kinder darin, die älteren, die sich schon selbst helfen können, zu behalten und die kleinsten zur Adoption innerhalb der Großfamilie und der Kirchengemeinde freizugeben. Früher war das die Lösung nach einem Schicksalsschlag und eher selten, heute aber sind die Aufnahmekapazitäten durch die immer stärker werdende Bedrängung erschöpft.

Da die Übergabe von Kindern mit keinen großen Formalitäten verbunden ist, sondern eine Erklärung über die Übernahme der Sorge vielfach ausreicht, werden die Kinder Auktionären übergeben, die bereits behördlich vorbereitete Erklärungen dabei haben und die Kinder an den Bestbietenden versteigern. Nicht selten werden auf einer solchen Auktion bis zu 100 Kinder angeboten. Niemand mag von Moral oder Unmoral sprechen, die Obrigkeit schaut weg, die Eltern aber auch. Immer sind es die gesunden und kräftigsten Kinder, die eine

Chance auf ein neues Zuhause haben. Viele Kinder aber, die schwachen und die behinderten Kinder, bleiben beim Auktionator, der nur Interesse an deren Verkauf, aber nicht an deren Sorge interessiert ist. Diese Kinder werden schlecht behandelt, manche einfach von niemandem mitgenommen. Um solche Kinder kümmert sich Voice, die Aktion der Rechtsanwältin Aneeqa M. Akthar. Frau Akthar bat uns im Juli um Hilfe; bei einer Auktion auf dem Hochschulgelände von Faisalabad sollten wieder Kinder versteigert werden. Dank unserer Hilfe konnten am 21. Juli vier Kinder freigekauft werden. Die IGFM hofft, für diese Kinder hier Paten zu finden, die Voice helfen, den Kindern durch eine monatliche Patenschaft von 30 Euro ein menschenwürdiges Aufwachsen und eine schulische Ausbildung zu ermöglichen. Wenn Sie eine Patenschaft eingehen, tun Sie wirklich ein gutes Werk. Bei Interesse senden wir Ihnen weitergehende Informationen. Weil noch nicht jedes der inzwischen über 100 von Voice betreuten Kinder einen Paten hat, sind auch Einzelspenden herzlich willkommen.

Kennwort Voice (53)

Trost und Hoffnung im gemeinsamen Gebet
Mit unserer Hilfe gelang es Aneqaa Akthar,
vier Kinder aus diesen Bedingungen zu befreien

Liebe Freunde der PRO BEWEGUNG,
zu den erstaunlichsten Beobachtungen in der deutschen Asylpolitik gehört die auffällig diskriminierende Behandlung von Christen, vor allem von Neuchristen aus dem Islam, in deutschen Asylbewerberheimen und sogar in der Gewährung von Asyl durch die Behörden. Dazu mehr auf der Facebook-Seite der Evangelisch-Lutherischen Dreieinigkeits-Gemeinde Berlin-Steglitz (Pfarrer Dr. GOTTFRIED MARTENS):
<https://www.facebook.com/Steglitz-Lutherisch-417213035155072/>

In dem anliegenden Aufsatz aus der konservativ-katholischen Monatszeitschrift „Katholisches“ verweist Autor WILHELM DRESBACH auf die groteske Tatsache, daß die Behörden zwar eine getrennte Unterbringung von heterosexuellen und homosexuellen Asylbewerbern vornehmen, aber eine getrennte Unterbringung der Minderheit christlicher Asylbewerber ablehnen. Dabei gibt es immer wieder – selbst in den neuerdings viel gepriesenen „Qualitätsmedien“ – Berichte über schwerwiegende Gewalt gegen Christen in deutschen Asylunterkünften.
<http://www.fnp.de/rhein-main/Todesdrohungen-und-Gewalt-gegen-christliche-Fluechtlinge-in-Hessen;art801,2370189>

Die Reaktion der offiziellen Kirchen und ihrer karitativen Organisationen darauf scheint mir ungenügend.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Christoph Heger

<https://de.gatestoneinstitute.org/13828/christen-verfolgt-getoetet>

Bericht: "11 Christen pro Tag für ihren Glauben getötet"

von Raymond Ibrahim

4. März 2019

Englischer Originaltext: Report: "11 Christians Killed Every Day for Their Faith"

Übersetzung: Daniel Heiniger

Einer der auffälligsten Trends betrifft die "schockierende Realität der Frauenverfolgung... An vielen Orten erleben sie eine 'doppelte Verfolgung' - eine als Christin und eine als Frau."

"Ein weiterer Trend, der alarmieren sollte, ist, dass "Indien zum ersten Mal seit Beginn der World Watch List in die Top 10 aufgestiegen ist" - was bedeutet, dass Christen dort jetzt "extreme Verfolgung" erleben.

Im vergangenen Jahr wurden Christen mehr denn je verfolgt in der Neuzeit - und dieses Jahr wird es noch schlimmer erwartet: "4.136 Christen wurden aus religiösen Gründen getötet", so Open Doors USA in seiner kürzlich veröffentlichten World Watch List 2019 (WWL) der Top 50 Nationen, in denen Christen verfolgt werden. "Im Durchschnitt werden jeden Tag 11 Christen für ihren Glauben getötet." Darüber hinaus wurden 2018 "2.625 Christen ohne Prozess festgehalten, verhaftet, verurteilt und eingekerkert" und "1.266 Kirchen oder christliche Gebäude angegriffen".

Während 215 Millionen Christen im Jahr 2018 verfolgt wurden, werden 2019 laut Open Doors 245 Millionen leiden - ein Anstieg um 14%, was 30 Millionen mehr wegen ihres Glaubens verfolgten Menschen entspricht. Das bedeutet, dass "1 von 9 Christen weltweit ein hohes Maß an Verfolgung erfahren" (Anmerkung: Alle Zitate in diesem Artikel stammen aus der WWL 2019).

Einer der auffälligsten Trends betrifft die "schockierende Realität der Frauenverfolgung".

"An vielen Orten erleben sie eine 'doppelte Verfolgung' - eine als Christin und eine als Frau. Selbst unter schwierigsten Umständen ist die geschlechtsspezifische Verfolgung ein wichtiges Mittel, um die christliche Minderheitengemeinschaft zu zerstören."

Die WWL des letzten Jahres lieferte spezifischere Zahlen: "Mindestens sechs Frauen werden jeden Tag wegen ihres christlichen Glaubens vergewaltigt, sexuell belästigt oder unter Androhung des Todes zur Ehe mit einem muslimischen Mann gezwungen..."

Ein weiterer Trend, der alarmieren sollte, ist: "Zum ersten Mal seit Beginn der World Watch List ist Indien in die Top 10 aufgestiegen" - was bedeutet, dass Christen dort jetzt "extreme Verfolgung" erleben:

"Christen werden von hinduistischen nationalistischen Extremisten jedes Jahr mehr ins Visier genommen. Seit der Machtübernahme der jetzigen Regierungspartei im Jahr 2014 haben die Angriffe zugenommen, und hinduistische Radikale glauben, dass sie Christen attackieren können, ohne Folgen gewärtigen zu müssen. Die Nationalisten sind der Meinung, dass Indischsein bedeutet, Hindu sein zu müssen, so dass jeder andere Glaube - auch das Christentum - als nicht-indisch angesehen wird.

Darüber hinaus erfahren Konvertiten zum Christentum aus dem Hinduismus in einigen Regionen des Landes extreme Verfolgung, Diskriminierung und Gewalt."

Der offensichtlichste Trend bleibt unverändert:

"Die islamische Unterdrückung trifft weiterhin Millionen von Christen. In sieben der zehn Länder der World Watch List ist die Hauptursache für Verfolgung die islamische Unterdrückung. Das bedeutet, dass für Millionen von Christen - besonders für diejenigen, die muslimisch aufgewachsen sind oder in muslimische Familien hineingeboren wurden - die offene Nachfolge Jesu schmerzhaft Folgen haben kann. Sie können als Bürger zweiter Klasse behandelt, bei der Arbeit diskriminiert oder sogar mit physischer Gewalt attackiert werden."

Nicht nur, dass dies verantwortlich ist für die Verfolgung, der Christen in sieben der zehn schlimmsten Nationen ausgesetzt sind; 38 der 50 Nationen, die auf der Liste stehen, sind Staaten mit muslimischen Mehrheiten.

Zu den schlimmsten Verfolgern gehören diejenigen, die nach der Scharia regieren. In Afghanistan (Rang 2) "darf es kein Christentum geben", weil es "gemäß Verfassung ein islamischer Staat ist, was

bedeutet, dass Regierungsbeamte, Führer ethnischer Gruppen, religiöse Würdenträger und Bürger gegenüber Angehörigen anderer Religionen feindlich gesinnt sind". Ähnlich verhält es sich in Somalia (#3): "Die christliche Gemeinschaft ist klein und steht unter ständiger Gefahr eines Angriffs. Scharia-Recht und Islam sind in der Verfassung des Landes verankert, und die Verfolgung von Christen ist fast immer mit Gewalt verbunden." Im Iran (#9) "unterliegt die Gesellschaft dem islamischen Recht, was bedeutet, dass die Rechte und beruflichen Möglichkeiten für Christen stark eingeschränkt sind". Während die Formen der Verfolgung und die dahinter stehenden Akteure variieren, scheinen viele mit dem Islam verbunden zu sein. Zum Beispiel: "Nach Pakistans berüchtigten Blasphemiegesetzen leben Christen weiterhin in täglicher Angst, dass ihnen Blasphemie vorgeworfen wird - die eine Todesstrafe nach sich ziehen kann". In Libyen (#4), Jemen (#8), Syrien (#11), Irak (#13) hat Krieg zu islamischer Militanz und allgemeiner Gesetzlosigkeit geführt, die beide die christlichen Minderheiten bedrohen.

In muslimischen Nationen, in denen Christen eine Minderheit bilden, könnte eine beträchtliche Anzahl von Kirchen erforderlich sein, um ihrer Zahl gleichwertig gegenüber zu stehen - deren Sichtbarkeit aber die muslimische Empfindlichkeit beleidigen kann. Beispielsweise in Ägypten (#16), wo Christen mindestens 10% der Bevölkerung ausmachen (möglicherweise sogar doppelt so viele):

"Starke Einschränkungen beim Bau oder dem Schutz von Gotteshäusern hindern Christen daran, sich zu versammeln, ebenso wie Feindseligkeit und Gewalt gegen solche Gläubige, die sich versammelt haben. In den letzten Jahren haben islamische extremistische Gruppen Christen und Kirchen in zahlreichen gewalttätigen und tödlichen Verfolgungsaktionen ins Visier genommen."

"Die Verbreitung des radikalen Islam in Afrika südlich der Sahara" ist ein weiterer wachsender und beunruhigender Trend. Zum Beispiel,

"Nigerias Wert für Gewalt [99,9%] ist so hoch wie möglich geblieben, vor allem aufgrund der zunehmenden Angriffe auf christliche Gemeinschaften durch militante Fulani-Hirten. Diese Angriffe forderten im Berichtszeitraum das Leben von Hunderten von Gläubigen, und Dörfer und Kirchen brannten nieder. Außerdem werden Christen in Teilen Nordnigerias als Bürger zweiter Klasse behandelt."

Manche Ergebnisse der WWL sind überraschend. Obwohl orthodoxe Christen dort die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, ist die Russische Föderation Nummer 41 und die "Quelle der Verfolgung" wiederum die "islamische Unterdrückung": "Christen in vom Islam dominierten Teilen Russlands berichten von der höchsten Verfolgungsrate."

Trotz der Rolle der Religion bleibt Nordkorea (#1) die schlimmste Nation, in der "endloser Druck und Gewalt" gegen Christen gerichtet ist:

"Der Hauptgrund für die Verfolgung in Nordkorea ist der Staat. Seit drei Generationen konzentriert sich alles im Land darauf, die Familie Kim zu verehren. Christen werden als Feindselige angesehen, die ausgerottet werden müssen."

So schwierig es für Christen ist, die vom Kim-Regime identifiziert wurden, so schwierig kann es für sie und diejenigen in anderen kommunistischen Nationen (wie China, #27) sein: Personenkulte mögen so lange andauern, aber in der arabischen und muslimischen Welt, wo es leider wenig oder keine Erziehung zur Achtung religiöser Unterschiede zu geben scheint, durchdringt das Gewicht der dominanten Religion weiterhin die ganze Gesellschaft.

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches, *Sword and Scimitar, Fourteen Centuries of War between Islam and the West* ("Schwert und Krummsäbel, Vierzehn Jahrhunderte Krieg zwischen Islam und Westen"), ist ein Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

<https://charismatismus.wordpress.com/2019/03/20/vorgeschobene-und-wirkliche-gruende-fuer-die-politische-verteufelung-von-viktor-orban/>

Vorgeschobene und wirkliche Gründe für die politische Verteufelung von Viktor Orban

Veröffentlicht: 20. März 2019 | Autor: Felizitas Küble | Abgelegt unter: AKTUELLES | Tags: christlich, Donald Trump, EU, Familienpolitik, George Soros, Manipulation, Medien, Präambel, Präsident Orban, Prof. Dr. Hubert Gindert, Ungarn, Verfassung |14 Kommentare

Von Prof. Dr. Hubert Gindert

BILD: Prof. Gindert leitet den Dachverband „Forum Deutscher Katholiken“

Werden wir von Medien manipuliert? Manipulation findet dann statt, wenn Leser, Zuhörer oder Zuschauer dorthin gebracht werden, wo man sie haben will, indem sie einseitig oder bewusst falsch informiert werden und sich deswegen kein eigenständiges Urteil bilden können.

Medienkampagnen mit ständiger Wiederholung sollen das erwünschte Bild festigen. Es gibt dafür viele Beispiele. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban steht für eines davon.

Dem Regierungschef wird vorgeworfen, dass er ständig gegen „europäische Werte“ verstoße. Konkretisiert wird das mit dem Grenzzaun gegen Massenzuwanderung und mit der Einschränkung der „Freiheit der Wissenschaft“ an der von Georges Soros finanzierten Universität Central European University (CEU). Dieser Vorwurf wird mit dem des Antisemitismus gekoppelt, weil Soros jüdischer Herkunft ist.

Wer ist Georges Soros?

Gregor Peter Schmitz schrieb in der Augsburger Allgemeinen Zeitung (AZ) vom 29.11.2018 ein Porträt mit dem Titel „Staatsfeind Nummer 1“. Der Untertitel lautet: „George Soros ist einer der reichsten Menschen, aber er will mehr sein: Ein politischer Missionar.“

Soros sagt von sich: „Ich möchte die Welt umstürzen“... Der Verfasser Schmitz fügt an: „...dass ihm schon in jungen Jahren klar geworden sei, er (Soros) müsse sich an Menschen wie Leonardo da Vinci messen oder Albert Einstein. Menschen, die halt was verändern“.

Von wem ist der „Weltveränderer“ für sein Tun legitimiert? Wer hat ihn gewählt? Niemand! Es ist das Geld, das ihm, dem „25fachen Milliardär“, Mittel an die Hand gibt, Politik zu betreiben.

Soros „ist einer der gewieftesten Spekulanten aller Zeiten ... ihn interessiert, Geld zu machen als Spielgeld für seine wahre Mission, die politische Philosophie“, so der Verfasser Schmitz, der „vor fünf Jahren ein Buch mit ihm schrieb“.

Was ist die „politische Philosophie“ des George Soros?

Der Ungar Soros studierte in London bei Karl Popper, dem Erfinder der „offenen Gesellschaft“. Eine offene Gesellschaft sieht Soros offenbar u.a. bei Barack Obama und Hilary Clinton gegeben. „Soros gehört zu den größten US-Wahlkampfspendern.“

Wieviel Geld Soros darüber hinaus in die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) pumpt, die Hilfen in Entwicklungsländern gibt, gekoppelt mit der Bereitschaft dieser Länder zu „reproduktiver Gesundheit“, konkret Abtreibung, wird im Artikel nicht angegeben.

Soros wird vielmehr als „einer der größten Wohltäter der Welt“ apostrophiert, denn er habe „viele Milliarden Euro über Jahrzehnte in seine Stiftungen nach Osteuropa, nach Russland und in die EU, aber auch in die USA für die Integration von Armen und Minderheiten“ gegeben: „Er will eine offene und liberale Gesellschaft fördern.“

Es ist eine Gesellschaft der autonomen Moral, frei von ethischen Bindungen und „Zwängen“.

Wer anders denkt als Soros, gehört zu den „Feinden“ – wie Ministerpräsident Viktor Orban von Ungarn, der im Artikel als „Autokrat“ bezeichnet wird oder wie Donald Trump. Immerhin sind beide in freien Wahlen demokratisch gewählt worden. Sie müssen ihre Politik in einem Rechtsstaat betreiben, der einer „Autokratie“ Grenzen setzt.

„Grenzzäune“ haben wir auch mit der „Chinesischen Mauer“, dem „Römischen Limes“, in Israel und in den USA an der mexikanischen Grenze und zwar schon vor Trump.

Im Übrigen ist es das legitime Recht eines Staates, seine Grenzen zu schützen und Zuwanderung zu steuern. Ungarn hilft den verfolgten Christen in ihren Heimatländern:

„Eine hochrangige Bischofsdelegation der melkitischen griechisch-katholischen Kirche mit Patriarch Joseph Absi an der Spitze besuchte Anfang März 2019 die ungarische Regierung. Die melkitischen Kirchenführer trafen dabei auch mit Viktor Orban zusammen. Der ungarische Ministerpräsident sagte dabei, dass Ungarn seit Herbst 2016 eine Summe von rund 24 Mio. Euro für Hilfsprojekte zur Verfügung gestellt habe, um verfolgte Christen in deren Heimatländern zu unterstützen“. (kath.net vom 3.3.2019)

Die Freiheit der Wissenschaft gilt nicht uneingeschränkt. So kann zurecht niemand bei uns unter Berufung auf diese Freiheit den Nationalsozialismus und den Antisemitismus propagieren. Wogegen sich die angedrohte Schließung der CEU richtet, erfahren wir aus den Medien nicht, etwa gegen die unwissenschaftliche Genderideologie? Wer Georges Soros kritisiert, muss deshalb noch lange kein Antisemit sein.

Viktor Orban steht in der Kritik der selbsternannten Wächter der „europäischen Werte“, seit er in demokratischen Wahlen eine zweidrittel Mehrheit erhalten und mit dieser am 25. April 2011 dem Land eine neue Verfassung gegeben hat. Seitdem steht Ungarn unter Dauerbeobachtung und -beschuss seitens der EU. Die Kritiker aus der EU fahren schwere Geschütze gegen das neue Grundgesetz in Ungarn auf: Die liberale Fraktion (ALDE) im Europäischen Parlament kritisierte in einer Stellungnahme u.a. „den fehlenden Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Alters und der sexuellen Orientierung, die Bestimmungen zum Lebensschutz, die einem Abtreibungsverbot gleichkämen, die Überbetonung von Werten wie Glaube, Gemeinschaft und Nation gegenüber dem Individuum, die Verankerung traditioneller Familienvorstellungen und des Christentums als Grundlage der ungarischen Nation sowie die Beschneidung der Rechte des Verfassungsgerichts“.

Der Kritik der liberalen Fraktion stimmten die Sozialdemokraten, die Grünen und die Linken des Europaparlaments zu.

Auf die massive Kritik hin empfiehlt es sich, einen Blick auf den Inhalt der Präambel der neuen Verfassung der ungarischen Republik zu werfen.

Diese Präambel ist als „Nationales Bekenntnis“ überschrieben. Vorangestellt ist ihr der erste Satz der Nationalhymne: „Gott segne die Ungarn!“

Die Präambel enthält eine Erklärung der „Mitglieder der ungarischen Nation“. Sie definiert sich als ethnisch-kulturelle Nation, die „Verantwortung für alle Ungarn“ übernimmt. Der Stolz auf die gemeinsamen Vorfahren, „die großartigen geistigen Schöpfungen ungarischer Menschen“, wird betont und darauf hingewiesen, dass das ungarische Volk „Jahrhunderte hindurch Europa in Kämpfen verteidigt und mit seinen Begabungen und seinem Fleiß die gemeinsamen Werte Europas vermehrt“ hat.

Die ungarische Nation verpflichtet sich „unser Erbe, unsere einzigartige Sprache, die ungarische Kultur, die Sprache und Kultur der in Ungarn lebenden Nationalitäten“ zu bewahren. Als wesentliche Staatsziele werden genannt: „Das Bekenntnis zur Menschenwürde, Frieden, Sicherheit, Ordnung, Wahrheit und Freiheit“. Der Staat solle den Bürgern dienen, sich deren „Angelegenheiten mit Billigkeit, ohne Missbrauch oder Voreingenommenheit“ widmen und „Hilfsbedürftigen und Armen“ helfen.

Die Präambel ehrt König Stefan den Heiligen, der „den ungarischen Staat vor 1000 Jahren auf feste Grundlagen gestellt und die ungarische Heimat zu einem Bestandteil des christlichen Europa machte“. Die „staatliche Kontinuität Ungarns“ werde durch die „heilige Krone“ verkörpert.

Die Präambel benennt Werte, denen sich die ungarische Verfassung und der Staat verpflichtet fühlen. Darunter ist der eindeutige Bezug auf das Christentum. Die Präambel würdigt die „unterschiedlichen religiösen Traditionen“ des Landes und hebt die „Rolle des Christentums bei der Erhaltung der Nation“ hervor.

In den Schlussbestimmungen wird die „Verantwortung vor Gott und Mensch“ betont. Der Glaube stelle neben Treue und Liebe einen der „grundsätzlichen Werte“ der „Zusammengehörigkeit“ der „Mitglieder der ungarischen Nation“ dar.

Als wichtigste gesellschaftliche Stützen werden „Familie und Nation“ genannt. Die „Kraft der Gemeinschaft“ und die „Ehre der Menschen“ speise sich aus der „Arbeit“ und der „Leistung des menschlichen Geistes“. Zur Überwindung der „moralischen Erschütterung“ im 20. Jahrhundert sei eine „seelische und geistliche Erneuerung“ nötig. (Quelle: wikipedia.org/wiki/Grundgesetz_Ungarns)

Es ist klar, dass in Deutschland, in dem der „siebte Familienbericht die serielle Monogamie als modellhaft für Familien und als Alternative für klassische Ehe und Familie ansieht“ (kath.net vom 18.3.2019) und die „Ehe für alle“, homosexuelle Partnerschaften der klassischen Ehe gleichgestellt werden, die neue ungarische Verfassung wie ein „rotes Tuch“ wirkt.

In einem Land, in dem im Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung „im Hinblick auf die zunehmenden Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und Veränderung der Gesellschaft“ eine umfassende Reform des Abstammungsrechtes vorgesehen ist und die Bundesjustizministerin einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der lesbischen Paaren per Eizell- und Samenspende sowie Leihmutterschaft das Recht auf ein Kind verschaffen will, die ungarische Verfassung manche zur Weißglut bringt.

Die Interventionen der EU und die Versuche, die ungarische Regierung über die Verweigerung von Finanzhilfen gefügig zu machen, sind bisher gescheitert.

Die ungarische Orban-Regierung ist seit 2010 im Amt. Die Resultate ihrer Familienpolitik sind kurz zusammengefasst:

Die Geburtsrate stieg von 1,20 auf 1,50.

Die Zahl der Abtreibungen nahm um ein Drittel ab, in Zahlen von 40.449 auf 28.500.

Die Scheidungsrate ging um ein knappes Viertel zurück, nämlich von 23.873 auf 18.600.

Die Zahl der Eheschließungen stieg um 42%.

Diese Erfolge wurden durch materielle Hilfen für die Familien mit Kindern erreicht.

Viktor Orban hat in seiner Rede zur Lage der Nation angekündigt, in Zukunft Familien mit Kindern noch massiver zu fördern.

„So soll in Zukunft jede Frau unter 40, die zum ersten Mal heiratet, einen Kredit von 10 Mio. Forint (ca. 31.400 Euro) zur freien Verwendung bekommen. Die Rückzahlung soll erst nach drei Jahren beginnen. Nach dem zweiten Kind wird ein Drittel des Kredits, nach dem dritten der gesamte Kredit erlassen. Außerdem sollen Familien mit mindestens drei Kindern beim Kauf eines mindestens siebensitzigen Fahrzeugs einen Zuschuss vom Staat in Höhe von 2,5 Mio. Forint (ca. 7.800 Euro) erhalten. Frauen, die vier oder mehr Kinder geboren haben, sollen in Zukunft bis an ihr Lebensende von der Einkommensteuer befreit sein“. (kath.net vom 3.2.2019)

Die offensichtlichen Erfolge der ungarischen Familienpolitik werden in unseren Gazetten verschwiegen. Auch das ist ein Teil der Manipulation.

<http://www.pi-news.net/2019/03/der-sumpf-von-coesfeld/>

UNGLAUBLICHE VORGÄNGE BEI GEPLANTEM VORTRAG VON SCHWESTER HATUNE

Der Sumpf von Coesfeld

22. März 2019

17

Die NRW-Stadt Coesfeld: Schauplatz einer unheiligen Allianz von Kirche, Behörden, Medien und Antifa gegen einen Vortrag von Schwester Hatune (kl. Foto) über Christenverfolgung.

Von EUGEN PRINZ | Böse Zungen haben für das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands den Ausdruck „Nordrhein-Vandalen“ geprägt. Dass diese wenig schmeichelhafte Bezeichnung so verkehrt nicht ist, beweist zurzeit die Stadt Coesfeld. Dort sind augenscheinlich alle bedeutenden Institutionen in einer unheiligen Allianz, in der offenbar der Zweck jedes Mittel heiligt, miteinander verbunden.

Dem Coesfelder Unternehmer und praktizierenden Christen Günter Geuking war es gelungen, die Ordensschwester, Buchautorin, Flüchtlingshelferin und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, Hatune Dogan, für einen Vortrag über Christenverfolgung zu gewinnen.

Der Veranstaltungsort wurde von Johannes Hammans, Dechant im Dekanat Coesfeld, höchstpersönlich vorgeschlagen. Hier ein wörtliches Zitat aus seinem Schreiben vom 5. März 2019 an den Veranstalter:

„Wir haben uns im Seelsorgeteam mit den Möglichkeiten beschäftigt und möchten Ihnen folgenden Vorschlag machen: Eine Veranstaltung mit Schwester Hatune Dogan in Ihrem Namen am 22. März um 19 Uhr im Saal des Pfarrzentrums Anna Katharina.“

Salto rückwärts des Kirchenmannes

Doch plötzlich vollzog Hammans, der Vorsteher des Kirchenbezirks, eine 180 Grad-Wende und veröffentlichte diesen Text auf der Internetseite der Kirchengemeinde:



Eine glatte Falschbehauptung, denn die AfD hatte mit der geplanten Veranstaltung rein gar nichts zu tun. Offenbar hatte der schlaue Pfarrer auf Wikipedia den Hinweis gefunden, dass Hatune Dogan bereits auf AfD-Veranstaltungen Vorträge gehalten hatte, worauf in seinem Kopf sofort die Pawlowsche Konditionierung „Gegen Rechts“ ihre Wirkung entfaltete.

Als nächstes wurde die Lokalzeitung informiert. AfD? Geht gar nicht! Da wird natürlich sofort alles ohne Rückfrage beim Veranstalter kritiklos übernommen, auch wenn es sich um eine unwahre Behauptung handelt. In dem Moment, in dem die drei bösen Buchstaben zu lesen sind, heiligt der Zweck alle Mittel:

Ausschnitt aus der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Derartige Veröffentlichungen wirken auf bestimmte Kreise wie ein riechender Kadaver, der Hyänen anlockt. Wie immer, beginnt so etwas auf Facebook:

+++Wiedereinmal Antiislamische Hetze in Coesfeld++
+

Mal wieder möchte die Gruppe um Günter Geuking und Humanitas Münsterland (Wenn man solche Veranstaltungen mit der Firmenseite auf Facebook bewirbt sollte man sich über Erwähnungen in dem Zusammenhang nicht wundern), die seit längerem gegen den Neubau einer Moschee in Coesfeld hetzt eine Veranstaltung durchführen. Diesmal soll diese am 22.03. in Coesfeld stattfinden. Das Kolpinghaus und die Anna-Katharina Gemeinde haben die Veranstaltung in ihren Räumen erfreulicherweise bereits wieder abgesagt.

Ganz unscheinbar lautet der Titel dabei "Christenverfolgung heute" doch so unscheinbar wie die Veranstaltung klingt ist sie nicht, denn eingeladen wurde dabei Hatune Dogan. Diese soll an dem Abend ihr neues Buch Vorstellen und einen Bildervortrag halten. Doch wer ist sie? Hatune Dogan ist Klosterschwester und Mitglied des syrisch-orthodoxen Klosters in Warburg. Sie fiel bisher öfter durch eine Nähe zur AfD auf, so nahm sie am von der AfD veranstalteten „Frauenmarsch“ teil und die AfD veranstaltet immer wieder Vortragsabende mit ihr.

Diese Entwicklung, dass nun Regelmäßig von außerhalb Menschen angekarrt werden und meinen in Coesfeld ihre Hetze verbreiten zu können halten wir für sehr gefährlich, und möchten in Erinnerung rufen das erst Anfang des Jahres ein Aufkleber der der Aufschrift ("F*ck Mohammed") nach diesem politischen Spektrum entspricht mit Rasierklingen präpariert gefunden wurde, dabei war das klare Ziel eine versuchte Körperverletzung. Wir sind erfreut dass sich das Kolpinghaus und die Anna-Katharina Gemeinde nachdem sie erfuhren um was es wirklich geht gegen ein stattfinden der Veranstaltung entschieden und stehen hinter ihrer Entscheidung. Es bleibt spannend ob die Veranstaltung einen neuen Raum findet, falls dies passiert rufen wir hiermit dazu auf diese Veranstaltung zu besuchen um dort eurem Ärger Luft zu machen und gegen die "Argumente" der Islamgegner mit Fakten zu argumentieren.

#KreisCoesfeld #Coesfeld #NoNazis #FCKNZS
#FCKAFD

 Gefällt mir  Kommentieren  Teilen

 8

Perfide Methoden

Eine besonders perfide Methode hat sich Ex-Piratenmitglied Rainer Wermelt ausgedacht. Piratenmethoden wendet er jedoch heute noch an: Mit dem Logo „Humanitas Coesfeld“ veröffentlicht er Inhalte, die den Eindruck erwecken sollen, sie kämen vom Unternehmen des Veranstalters.

Wie immer, auf die Verleumdung folgt die Antifa:

An einem solchen Punkt angekommen, dauert es meist nicht lange, bis man das Ziel der Antifa wird. Geuking erging es nicht anders:

Firmenschild des Veranstalters. Die Antifa verwendet Spezialaufkleber, die man nur sehr schwer wieder entfernen kann.

Auch die Polizei mischt mit

Zum Schluss mischte sich sogar noch die Polizei ein. Geuking bekam von dort einen Anruf mit der Aufforderung, die Werbung für die Veranstaltung sofort einzustellen, der Pfarrer hätte die Veranstaltung schließlich abgesagt. Dem Autor dieses Artikels erschließt sich bis heute nicht die Rechtsgrundlage eines solchen Anrufes.

Der Veranstalter gibt nicht auf

An diesem Punkt angekommen, hätten wohl viele aufgegeben. Nicht so Günter Geuking. Zunächst einmal wies er Dechant Hammans darauf hin, dass die AfD nichts mit der Veranstaltung zu tun hat. Hammans änderte zwar daraufhin den Text auf der Internetseiteder Kirchengemeinde, die Absage blieb jedoch bestehen.

Zudem forderte Geuking die Lokalzeitung ultimativ zu einer Gegendarstellung auf. Nachdem der leitende Redakteur, Frank Wittenberg, dem Veranstalter in einem persönlichen Gespräch sein Bedauern ausgedrückt hatte und der Betroffene nun

darauf hoffte, dass die Gegendarstellung erscheinen würde, erklärte Wittenberg einige Tage später, dass die Sache bedauerlicherweise nun nicht mehr in seinen Händen liege. Sie sei zur Chefsache erklärt worden und damit auf dem Schreibtisch von Geschäftsführer Detlev Ross.

Als nächstes folgte der Gang zum Gericht. Günter Geuking beantragte eine Einstweilige Verfügung, um die Veranstaltung doch noch durchführen zu können. Diesen Antrag wies das Amtsgericht Coesfeld mit Beschluss vom 18.03.2019 mit einer unhaltbaren Begründung zurück.

Natürlich gab sich der Veranstalter damit nicht zufrieden und legte über seinen Anwalt gegen den Beschluss des Amtsgerichts mit Schreiben vom 20.03.2019 sofortige Beschwerde ein. Gleichzeitig bewarb Geuking nochmals ausdrücklich die Veranstaltung:

Das Coesfelder Anzeigenblatt „Streiflichter“ vom 20.03.2019

Bermuda Dreieck Amtsgericht Coesfeld?

Jetzt wird es richtig kurios. Erst um die Mittagszeit des 21. März 2019, also einen Tag vor der geplanten Veranstaltung, bequeme sich das Amtsgericht Coesfeld, den Anwalt Geukings darüber zu informieren, dass seine Beschwerde wohl in der Verteilerstelle des Gerichts auf mysteriöse Weise verloren gegangen war. Der Rechtsanwalt musste den kompletten Vorgang erneut übersenden und wurde circa zwei Stunden später ein weiteres Mal gebeten, alles noch einmal zu schicken. Gibt es etwa beim Amtsgericht Coesfeld so etwas wie ein Bermuda Dreieck?

Ebenso gestaltete es sich äußerst mühevoll und langwierig, das Aktenzeichen in Erfahrung zu bringen und welche Kammer für das Verfahren zuständig ist. Am 21.03. gegen 16 Uhr teilte das Gericht dann gnädigerweise mit, dass erst am Tag der Veranstaltung über die Beschwerde entschieden wird.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr der Rechtsbeistand des Klägers so ganz nebenbei, dass am selben Tag, als der Ablehnungsbescheid des Amtsgerichts erging, auch eine sogenannte Schutzschrift von der Kirchengemeinde eingereicht worden sein soll, von der die Klagepartei bisher keine Kenntnis hatte. Nur gut, dass diese nicht auch verloren gegangen ist...

Günter Geuking informierte am 21.03.2019 vorsorglich noch die Polizei und das Ordnungsamt, dass die Veranstaltung am 22.03.19 wie geplant durchgeführt wird. Leider kam es anders.

Das endgültige Aus für die Veranstaltung

Eilbeschluss des Landgerichts Münster: Das Aus für die Veranstaltung

Bei den Juristen gilt: Je fadenscheiniger eine Entscheidung, umso ausführlicher deren Begründung. Das Landgericht Münster bestätigte in einer 35-seitigen (!)

Eilentscheidung den Beschluss des Amtsgerichts Coesfeld, dass Pfarrer Hammans nicht die Berechtigung hatte, den Saal des Pfarrzentrums für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Diese Berechtigung hat nur der Kirchenvorstand. Man braucht also 35 Seiten, um das plausibel zu machen.

Damit war die Übereinkunft von Günter Geuking und Pfarrer Hammans für nichtig befunden worden. Nachdem der Dechant seine Kompetenzen in solch eklatanter Weise überschritten hat, sollte das Erzbistum Münster darüber nachdenken, ihn als Dorfpfarrer nach Hinterfirmiansreuth in den Bayerischen Wald zu schicken. Dort würden ihn die Einheimischen sicherlich wieder auf den Pfad der Tugend zurückführen.

Geuking hat vorbildlich gekämpft

Günter Geuking hat gekämpft, er hat verloren und doch gewonnen, weil mit seiner Beharrlichkeit wieder einmal offenbar wurde, wie weit wir in Deutschland bereits gekommen sind: Eine aramäische Ordensschwester, die zu einer von Moslems verfolgten und unterdrückten christlichen Minderheit im Orient gehört und sich für verfolgte Christen einsetzt, gilt als „Hetzerin“, nur weil sie die Christenverfolgung anprangert und der Islamisierung Deutschlands nicht das Wort redet. Ihre eigene Kirche, Teile der Gesellschaft, die Medien, die Polizei und die Justiz tun sich zusammen, um ihr den Mund zu verbieten.

Abschließend lassen wir noch Günter Geuking zu Wort kommen:

„Absage!

*Hatune Dogan wird heute nicht in der Anna Katharina Gemeinde in Coesfeld sprechen
Das Landgericht Münster teilt die Auffassung des Amtsrichters Sommer aus Coesfeld, dass der Pfarrer Hammans das zugrundeliegende Rechtsgeschäft nicht hätte schließen dürfen und können. Das könne nur der Kirchenvorstand. Damit ist dann die mit dem Dechant (!) Hammans geschlossene, schriftliche Vereinbarung über die Nutzung des Veranstaltungsraumes unwirksam. Ohne eine Kommentierung vorwegzunehmen, bedeutet dass wohl die Entmündigung der Priester. Alles nur, um eine Nonne, die in 19 Ländern der Erde Hilfsprojekte durchführt und damit circa 6 Millionen Menschen in Not hilft, die mit dem Stephanus Orden und dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet wurde, alles nur um dies Christin, unsere Glaubensschwester, nicht in Coesfeld sprechen zu lassen und das, nachdem zuvor der Islamprofessor, sogar in der Kirche, den Islam schönreden durfte. Deutschland 2019 da hilft nur noch beten ...*

Rosendahl, 22.3.19 (10 Uhr)

Günter Geuking“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

<http://www.pi-news.net/2019/03/der-sumpf-von-coesfeld/>

UNGLAUBLICHE VORGÄNGE BEI GEPLANTEM VORTRAG VON SCHWESTER HATUNE

Der Sumpf von Coesfeld

22. März 2019

17

Die NRW-Stadt Coesfeld: Schauplatz einer unheiligen Allianz von Kirche, Behörden, Medien und Antifa gegen einen Vortrag von Schwester Hatune (kl. Foto) über Christenverfolgung.

Von EUGEN PRINZ | Böse Zungen haben für das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands den Ausdruck „Nordrhein-Vandalen“ geprägt. Dass diese wenig schmeichelhafte Bezeichnung so verkehrt nicht ist, beweist zurzeit die Stadt Coesfeld. Dort sind augenscheinlich alle bedeutenden Institutionen in einer unheiligen Allianz, in der offenbar der Zweck jedes Mittel heiligt, miteinander verbunden.

Dem Coesfelder Unternehmer und praktizierenden Christen Günter Geuking war es gelungen, die Ordensschwester, Buchautorin, Flüchtlingshelferin und

Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, Hatune Dogan, für einen **Vortrag über Christenverfolgung** zu gewinnen.

Der Veranstaltungsort wurde von Johannes Hammans, Dechant im Dekanat Coesfeld, höchstpersönlich vorgeschlagen. Hier ein wörtliches Zitat aus seinem Schreiben vom 5. März 2019 an den Veranstalter:

„Wir haben uns im Seelsorgeteam mit den Möglichkeiten beschäftigt und möchten Ihnen folgenden Vorschlag machen: Eine Veranstaltung mit Schwester Hatune Dogan in Ihrem Namen am 22. März um 19 Uhr im Saal des Pfarrzentrums Anna Katharina.“

Salto rückwärts des Kirchenmannes

Doch plötzlich vollzog Hammans, der Vorsteher des Kirchenbezirks, eine 180 Grad-Wende und veröffentlichte diesen Text auf der Internetseite der Kirchengemeinde:



Eine glatte Falschbehauptung, denn die AfD hatte mit der geplanten Veranstaltung rein gar nichts zu tun. Offenbar hatte der schlaue Pfarrer auf Wikipedia den Hinweis gefunden, dass Hatune Dogan bereits auf AfD-Veranstaltungen Vorträge gehalten hatte, worauf in seinem Kopf sofort die Pawlowsche Konditionierung „Gegen Rechts“ ihre Wirkung entfaltete.

Als nächstes wurde die Lokalzeitung informiert. AfD? Geht gar nicht! Da wird natürlich sofort alles ohne Rückfrage beim Veranstalter kritiklos übernommen, auch wenn es sich um eine unwahre Behauptung handelt. In dem Moment, in dem die drei bösen Buchstaben zu lesen sind, heiligt der Zweck alle Mittel:

Ausschnitt aus der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Derartige Veröffentlichungen wirken auf bestimmte Kreise wie ein riechender Kadaver, der Hyänen anlockt. Wie immer, beginnt so etwas auf Facebook:

+++Wiedereinmal Antiislamische Hetze in Coesfeld++
+

Mal wieder möchte die Gruppe um Günter Geuking und Humanitas Münsterland (Wenn man solche Veranstaltungen mit der Firmenseite auf Facebook bewirbt sollte man sich über Erwähnungen in dem Zusammenhang nicht wundern), die seit längerem gegen den Neubau einer Moschee in Coesfeld hetzt eine Veranstaltung durchführen. Diesmal soll diese am 22.03. in Coesfeld stattfinden. Das Kolpinghaus und die Anna-Katharina Gemeinde haben die Veranstaltung in ihren Räumen erfreulicherweise bereits wieder abgesagt.

Ganz unscheinbar lautet der Titel dabei "Christenverfolgung heute" doch so unscheinbar wie die Veranstaltung klingt ist sie nicht, denn eingeladen wurde dabei Hatune Dogan. Diese soll an dem Abend ihr neues Buch Vorstellen und einen Bildervortrag halten. Doch wer ist sie? Hatune Dogan ist Klosterschwester und Mitglied des syrisch-orthodoxen Klosters in Warburg. Sie fiel bisher öfter durch eine Nähe zur AfD auf, so nahm sie am von der AfD veranstalteten „Frauenmarsch“ teil und die AfD veranstaltet immer wieder Vortragsabende mit ihr.

Diese Entwicklung, dass nun Regelmäßig von außerhalb Menschen angekarrt werden und meinen in Coesfeld ihre Hetze verbreiten zu können halten wir für sehr gefährlich, und möchten in Erinnerung rufen das erst Anfang des Jahres ein Aufkleber der der Aufschrift ("F*ck Mohammed") nach diesem politischen Spektrum entspricht mit Rasierklingen präpariert gefunden wurde, dabei war das klare Ziel eine versuchte Körperverletzung. Wir sind erfreut dass sich das Kolpinghaus und die Anna-Katharina Gemeinde nachdem sie erfuhren um was es wirklich geht gegen ein stattfinden der Veranstaltung entschieden und stehen hinter ihrer Entscheidung. Es bleibt spannend ob die Veranstaltung einen neuen Raum findet, falls dies passiert rufen wir hiermit dazu auf diese Veranstaltung zu besuchen um dort eurem Ärger Luft zu machen und gegen die "Argumente" der Islamgegner mit Fakten zu argumentieren.

#KreisCoesfeld #Coesfeld #NoNazis #FCKNZS
#FCKAFD

 Gefällt mir  Kommentieren  Teilen

 8

Perfide Methoden

Eine besonders perfide Methode hat sich Ex-Piratenmitglied [Rainer Wermelt](#) ausgedacht. Piratenmethoden wendet er jedoch heute noch an: Mit dem Logo „Humanitas Coesfeld“ veröffentlicht er [Inhalte](#), die den Eindruck erwecken sollen, sie kämen vom Unternehmen des Veranstalters.

Wie immer, auf die Verleumdung folgt die Antifa:

An einem solchen Punkt angekommen, dauert es meist nicht lange, bis man das Ziel der Antifa wird. Geuking erging es nicht anders:

Firmenschild des Veranstalters. Die Antifa verwendet Spezialaufkleber, die man nur sehr schwer wieder entfernen kann.

Auch die Polizei mischt mit

Zum Schluss mischte sich sogar noch die Polizei ein. Geuking bekam von dort einen Anruf mit der Aufforderung, die Werbung für die Veranstaltung sofort einzustellen, der Pfarrer hätte die Veranstaltung schließlich abgesagt. Dem Autor dieses Artikels erschließt sich bis heute nicht die Rechtsgrundlage eines solchen Anrufes.

Der Veranstalter gibt nicht auf

An diesem Punkt angekommen, hätten wohl viele aufgegeben. Nicht so Günter Geuking. Zunächst einmal wies er Dechant Hammans darauf hin, dass die AfD nichts mit der Veranstaltung zu tun hat. Hammans änderte zwar daraufhin den [Text auf der Internetseite](#) der Kirchengemeinde, die Absage blieb jedoch bestehen.

Zudem forderte Geuking die Lokalzeitung ultimativ zu einer [Gendarstellung](#) auf. Nachdem der leitende Redakteur, Frank Wittenberg, dem Veranstalter in einem persönlichen Gespräch sein Bedauern ausgedrückt hatte und der Betroffene nun

darauf hoffte, dass die Gegendarstellung erscheinen würde, erklärte Wittenberg einige Tage später, dass die Sache bedauerlicherweise nun nicht mehr in seinen Händen liege. Sie sei zur Chefsache erklärt worden und damit auf dem Schreibtisch von Geschäftsführer Detlev Ross.

Als nächstes folgte der Gang zum Gericht. Günter Geuking beantragte eine Einstweilige Verfügung, um die Veranstaltung doch noch durchführen zu können. Diesen Antrag wies das Amtsgericht Coesfeld mit Beschluss vom 18.03.2019 mit einer [unhaltbaren Begründung](#) zurück.

Natürlich gab sich der Veranstalter damit nicht zufrieden und legte über seinen Anwalt gegen den Beschluss des Amtsgerichts mit Schreiben vom 20.03.2019 [sofortige Beschwerde](#) ein. Gleichzeitig bewarb Geuking nochmals ausdrücklich die Veranstaltung:

Das Coesfelder Anzeigenblatt „Streiflichter“ vom 20.03.2019

Bermuda Dreieck Amtsgericht Coesfeld?

Jetzt wird es richtig kurios. Erst um die Mittagszeit des 21. März 2019, also einen Tag vor der geplanten Veranstaltung, bequeme sich das Amtsgericht Coesfeld, den Anwalt Geukings darüber zu informieren, dass seine Beschwerde wohl in der Verteilerstelle des Gerichts auf mysteriöse Weise verloren gegangen war. Der Rechtsanwalt musste den kompletten Vorgang erneut übersenden und wurde circa zwei Stunden später ein weiteres Mal gebeten, alles noch einmal zu schicken. Gibt es etwa beim Amtsgericht Coesfeld so etwas wie ein Bermuda Dreieck?

Ebenso gestaltete es sich äußerst mühevoll und langwierig, das Aktenzeichen in Erfahrung zu bringen und welche Kammer für das Verfahren zuständig ist. Am 21.03. gegen 16 Uhr teilte das Gericht dann gnädigerweise mit, dass erst am Tag der Veranstaltung über die Beschwerde entschieden wird.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr der Rechtsbeistand des Klägers so ganz nebenbei, dass am selben Tag, als der Ablehnungsbescheid des Amtsgerichts erging, auch eine sogenannte [Schutzschrift](#) von der Kirchengemeinde eingereicht worden sein soll, von der die Klagepartei bisher keine Kenntnis hatte. Nur gut, dass diese nicht auch verloren gegangen ist...

Günter Geuking informierte am 21.03.2019 vorsorglich noch die Polizei und das Ordnungsamt, dass die Veranstaltung am 22.03.19 wie geplant durchgeführt wird. Leider kam es anders.

Das endgültige Aus für die Veranstaltung

Eilbeschluss des Landgerichts Münster: Das Aus für die Veranstaltung

Bei den Juristen gilt: Je fadenscheiniger eine Entscheidung, umso ausführlicher deren Begründung. Das Landgericht Münster bestätigte in einer 35-seitigen (!)

Eilentscheidung den Beschluss des Amtsgerichts Coesfeld, dass Pfarrer Hammans nicht die Berechtigung hatte, den Saal des Pfarrzentrums für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Diese Berechtigung hat nur der Kirchenvorstand. Man braucht also 35 Seiten, um das plausibel zu machen.

Damit war die Übereinkunft von Günter Geuking und Pfarrer Hammans für nichtig befunden worden. Nachdem der Dechant seine Kompetenzen in solch eklatanter Weise überschritten hat, sollte das Erzbistum Münster darüber nachdenken, ihn als Dorfpfarrer nach Hinterfirmiansreuth in den Bayerischen Wald zu schicken. Dort würden ihn die Einheimischen sicherlich wieder auf den Pfad der Tugend zurückführen.

Geuking hat vorbildlich gekämpft

Günter Geuking hat gekämpft, er hat verloren und doch gewonnen, weil mit seiner Beharrlichkeit wieder einmal offenbar wurde, wie weit wir in Deutschland bereits gekommen sind: Eine aramäische Ordensschwester, die zu einer von Moslems verfolgten und unterdrückten christlichen Minderheit im Orient gehört und sich für verfolgte Christen einsetzt, gilt als „Hetzerin“, nur weil sie die Christenverfolgung anprangert und der Islamisierung Deutschlands nicht das Wort redet. Ihre eigene Kirche, Teile der Gesellschaft, die Medien, die Polizei und die Justiz tun sich zusammen, um ihr den Mund zu verbieten.

Abschließend lassen wir noch Günter Geuking zu Wort kommen:

„Absage!

*Hatune Dogan wird heute nicht in der Anna Katharina Gemeinde in Coesfeld sprechen
Das Landgericht Münster teilt die Auffassung des Amtsrichters Sommer aus Coesfeld, dass der Pfarrer Hammans das zugrundeliegende Rechtsgeschäft nicht hätte schließen dürfen und können. Das könne nur der Kirchenvorstand. Damit ist dann die mit dem Dechant (!) Hammans geschlossene, schriftliche Vereinbarung über die Nutzung des Veranstaltungsraumes unwirksam. Ohne eine Kommentierung vorwegzunehmen, bedeutet dass wohl die Entmündigung der Priester. Alles nur, um eine Nonne, die in 19 Ländern der Erde Hilfsprojekte durchführt und damit circa 6 Millionen Menschen in Not hilft, die mit dem Stephanus Orden und dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet wurde, alles nur um dies Christin, unsere Glaubensschwester, nicht in Coesfeld sprechen zu lassen und das, nachdem zuvor der Islamprofessor, sogar i n der Kirche, den Islam schönreden durfte. Deutschland 2019 da hilft nur noch beten ...*

Rosendahl, 22.3.19 (10 Uhr)

Günter Geuking“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

22.03,19

info@anna-katharina.de

info@humanitasmuensterland.de

Herr Hammans,

Sie haben als Pfarrer und Leiter eines katholischen Dekanats den Vortrag einer Nonne und Bundesverdienstordensträgerin zum Thema Christenverfolgung abgesagt, weil die Referentin bereits bei der demokratischen Partei AFD referiert hat (<http://www.pi-news.net/2019/03/der-sumpf-von-coesfeld/>), die als einzige der Flutung Deutschlands mit Angehörigen der weltweit größten christenverfolgenden religiös-faschistischen Religion des geisteskranken ersten IS-Terroristen Mohammed (s.u. und Anhänge).entgegentritt

Diese Ihre Kollaboration mit Faschismus und Christenverfolgung wird - wie die von Marx und Bedford-Strohm auf dem Tempelberg - unter Ihrem Namen bekannt und in die Geschichtsbücher eingehen.- in Analogie mit der Kollaboration der Kirche mit den Nazis, diesmal nur mit umgekehrten Vorzeichen als Kollaboration mit dem Islam und damit mit Erdogan und mit der Christenverfolgung unterstützenden Linksfaschismus der Merkel-Politkaste.

Die entsprechende wissenschaftliche Datengrundlage von mir als Religionspsychopathologen finden Sie im folgenden Text und in den Anhängen

Zuerst lasse ich Ihnen folgenden Bericht einer erfahrenen und bekannten Flüchtlingshelferin zukommen:

<https://arbeitsgruppefluchtundmensenrechte.wordpress.com/2018/01/18/diskussion-interview-mit-rebecca-sommer-euroislam-polen/>

Interview Rebecca Sommer-„So schaffen wir das nicht!“ (Original Version Deutsch)

Veröffentlicht am Januar 18, 2018 von littlegreenteam

Rebecca Sommer gab zwei Interviews in polnischen Zeitungen (dorzeczy und Euroislam).

Hier die deutsche Fassung: Rebecca_Sommer_@United_Nations_Indigenous_Peoples_Film copy

Interview mit Rebecca Sommer

Von Natalia von der Osten-Sacken, 18.1.2017

Rebecca Sommer ist eine internationale, seit 2012 in Berlin sesshafte deutsche Künstlerin, Journalistin, Fotografin, und vielfach preisgekrönte Filmemacherin.

Bis zu ihrer Rückkehr nach Deutschland 2012 engagierte sie sich mit speziellen beratenden Status bei den Vereinten Nationen (ECOSOC) im UN-Hauptquartier als auch in Genf für Menschenrechte, mit speziellem Fokus auf Indigene Völker und auf Völkerrechte. Sie arbeitete über eine Dekade lang mit dem UNHCHR und UNPFII, aber auch mit Flüchtlingen und dem UNHCR zusammen. Sie nahm über eine Dekade lang an den UN-Verhandlungen zur Deklaration der Rechte Indigener Völker teil, die auch durch ihre Unterstützung 2007 von fast allen Staaten adoptiert wurde. Sie besuchte zahlreiche Indigene Völker auf der ganzen Welt und brachte Menschenrechtsdokumentationen bei den UN vor, organisierte Kampagnen und klärte über die Menschenrechtsverletzungen gegen Indigene Völker in UN-Berichten in Bild, Schrift und Film auf. Als gefragte Völkerrechtsexpertin produzierte sie im Auftrag der Vereinten Nationen den Film „Indigene Völker und die UN“. Weiterhin nahm sie bis 2014 an den UN-Klimaverhandlungen (UNFCCC) teil und war bis 2014 Mitglied bei „Climate Justice Now“. Sie arbeitete als Redakteurin in großen britischen Zeitschriften wie Scene, The Face und Spirit und in amerikanischen Zeitschriften wie Black Book und Madison. Sie lebte und arbeitete in Indien, Groß-Britannien, Brasilien, Südafrika und in den USA. Seit dem Jahr 2012 engagiert sie sich für die Menschenrechte von Flüchtlingen in Europa und gründete und leitet die „Arbeitsgruppe Flucht + Menschenrechte“ (AG F+M), ein Netzwerk, welches Flüchtlinge in Berlin unterstützt.

N.O-S.: Rebecca, Du hast viele Jahre mit Flüchtlingen und Immigranten gearbeitet, du bist eine bekannte Menschenrechtsaktivistin. Schon Jahre vor der großen Migrationswelle im Jahr 2015 warst Du eine Person dafür bekannt sich für die unbegrenzte Aufnahme dieser Personen in Deutschland einsetzte. Was beeinflusste die Wandlung deiner Ansichten?

R.S: Ich habe mich nie für das „unbegrenzte“ Aufnehmen von Migranten eingesetzt, das geht ja gar nicht, dass ein Land unbegrenzt aufnimmt. Ich bin Humanistin und Menschenrechtlerin. Die ersten Jahre glaubte ich, dass die Menschen, die hierherkommen, wirkliche Flüchtlinge sind, froh in Sicherheit zu sein, und daher den Willen haben werden, sich hier anzupassen und sich zu integrieren. Aber mit der Zeit, Stück für Stück, kam das böse Erwachen. Die Gründe dafür waren so facettenreich, dass ich einfach nicht mehr meine Augen verschließen konnte.

Sicherlich war einer der Wendepunkte, wie bei vielen von uns, Silvester 2015 in Köln. Da musste ich mir letztendlich eingestehen, dass dieses Verhalten zu der überwältigender Mehrheit der Muslime, mit denen ich zu tun hatte, passt. Das war der Moment, wo ich mir sagte: „Rebecca, Du musst jetzt die Notbremse ziehen, alleine schon als Frauenrechtlerin, mit meiner kollektiven Verantwortung als Frau“. Ich versuchte bis dahin, vor mir die sich immer wiederholenden Verhaltens- und Gedankenmuster, ihre

Weltanschauung, die auf ihrer Religion, dem Islam, und ihrer Kultur basieren, irgendwie zu rechtfertigen, z. B. damit, dass sie eben neu sind. Und ich glaubte, dass diese mittelalterlichen Ansichten sich mit der Zeit ändern werden. Ich vertraute sehr auf unsere freiheitlichen, gleichberechtigten europäischen Werte, und ich glaubte naiv, dass jeder Mensch sich für sie begeistern und sie übernehmen werde.

Aber ich musste mir, mich in meinem Ehrenamtsumfeld um- und sich wiederholende Erlebnisse über die Jahre mit ansehen, eingestehen, dass, sobald es muslimische Geflüchtete betrifft, diese mit ganz anderen Werten groß geworden sind; dass sie seit ihrer Kindheit einer Gehirnwäsche unterzogen und mit dem Islam indoktriniert wurden und mit Hochmut und Arroganz auf uns Ungläubige herabschauen. Ich nenne es "das Kopftuch im Kopf". Zusätzlich, wenn sie hier ankommen, geraten viele in die Fänge von fundamentalistischen Imamen, dem politischen Islam (importiert aus der Türkei, aus Saudi-Arabien, Iran etc.), was sie noch in ihrem Fundamentalismus bestärkt und ihnen verbietet, sich mit uns Ungläubigen und unserer Lebensweise zu mischen, unsere Weltanschauung und Wissenschaften anzunehmen, worüber der deutsche Staat schon überhaupt keine Kontrolle mehr hat.

Ein Beispiel, was mir half meine Augen zu öffnen geschah 2016, als ich die Wahrheit über eine Gruppe von syrischen Flüchtlingen erfahren musste, die ich schon länger begleitete. Sie gehörten inzwischen zu meinem Freundeskreis. Ich half ihnen durch ihre Asylverfahren, regelte ihre Behördenangelegenheiten, besorgte ihnen Wohnungen, Möbel, Computer, Fahrräder, Bekleidung, Ausbildung, Kurse, Arbeit, Stipendium, und opferte unzählige Stunden von meiner Privatzeit für viele einzelne Fälle. In einem bestimmten Moment habe ich schließlich bemerkt, dass diese Leute mit mir ein falsches Spiel, also Taqiyya spielten. Sie haben mich getäuscht, und ich wurde meinerseits enttäuscht. Ich wurde allerdings von arabischen und kurdischen Menschen genau vor dieser muslimischen Taqiyya Täuschungsstrategie gewarnt, von Menschen, die nicht nur aus Kriegsgebieten, sondern gerade auch vor Muslimen fliehen mussten, aber ich wollte nicht auf sie hören. Und plötzlich ist es rausgekommen, dass diese Leute, für die ich alle Probleme gelöst hatte, die mit mir gegessen, gelacht und getanzt haben, die weder beteten noch in die Moscheen gingen, Ramadan nicht einhielten und über fundamental religiöse Muslime lachten, mich hinter meinem Rücken und in meinem Garten sitzend, eine „deutsche dumme Nutte“ nannten.

Das hat mir nicht nur sehr weh getan, weil ich gerade ihnen, denen ich Retterin, Freundin, Schwester und Mutter war, wirklich vertraute, sondern es hat mir einen weiteren Anstoß zur Besinnung gegeben. Denn sie waren ein gelebtes Beispiel und Hoffnung für eine gelingende Integration und auch auf Freundschaft zwischen westlich orientierten und arabisch-muslimischen Menschen. Ich habe ihnen nichts als geholfen, sie geschützt und gestützt und echte Freundschaft geschenkt. Sie mit offenen Armen in Deutschland willkommen geheißen – und als Dank wurde ich von ihnen in Worten, Gedanken und Taten beschmutzt.

In der Zwischenzeit habe ich mir Ordner mit den Fakten all jener Fälle, die ich je bearbeitet habe, angelegt, und ich beobachte den Werdegang von Flüchtlingen die ich begleitet habe, oder immer noch begleite, viel kritischer und genauer, aber auch die Fälle der anderen Ehrenamtlichen. Leider haben viele engagierte Ehrenamtliche wegen ähnlicher Erfahrungen inzwischen das Handtuch geschmissen. Die, die neu hinzukommen, sind dann wiederum oft so naiv, wie ich es einmal selber war. Aber im Gegensatz zu dem, was uns in den Medien erzählt wird, kommen gar nicht mehr so viele Ehrenamtliche hinzu; andere, die schon lange dabei sind – so wie ich –, viele haben sich inzwischen institutionalisiert und machen Geld mit ihrem Engagement. Von denen wird man von einer Desillusionierung nichts erfahren, es wäre nicht in ihrem Interesse.

N.O-S.: Und was ist dabei herausgekommen?

R.S: Viele arbeiten immer noch nicht, sprechen immer noch kaum Deutsch, verbleiben unter sich, haben kaum oder gar keine deutschen Freunde. Andere wurden zu Straftätern. Oder sie radikalisierten sich.

Oder man findet später heraus, dass sie Al-Nusra- oder ISIS-Kämpfer waren, die diese Organisationen immer noch bewundern. Es gibt zwar auch viele Ausnahmen, sie arbeiten, sprechen Deutsch, aber das Kopftuch im Kopf, die Überheblichkeit, sich als Muslime als was Besseres zu sehen, diese unsägliche Überheblichkeit uns gegenüber, verbleibt trotzdem bei den Meisten! Inzwischen habe ich jegliches Engagement, die Lust zur Ehrenamtsarbeit mit diesen muslimischen, dem Patriarchat fröndenden Leuten verloren.

Jetzt erkenne ich, wie sie ticken. Ich führe die angefangenen Fälle zwar weiter, nehme aber nur noch neue Fälle auf, wo es sich meiner Ansicht nach um wirkliche Flüchtlinge handelt, die einen Grund haben, in unseren säkularen Staat zu kommen, wo Frauen und Männer per Gesetz gleichberechtigt sind, wo Schweinefleisch gegessen wird, wo wir sogar nackt am Strand sitzen dürfen. Diese Freiheit ist kostbar und sehr verletzlich. Wenn man nur bedenkt, wie viele Menschen plötzlich hierher kommen, die ein Kopftuch im Kopf tragen, und alleine schon durch ihre Masse hier alles verändern! Das sehen wir ja schon jetzt. Jetzt bin ich sehr vorsichtig und extrem misstrauisch geworden. Alle anderen sollten besser in einem muslimischen Land Asyl bzw. Arbeit und ein besseres Leben suchen, anstatt zu versuchen, uns ihre frauenfeindlichen, mittelalterlichen Werte aufzuzwingen und damit auf lange Sicht uns allen zu schaden.

Daher helfe ich jetzt vor allem Frauen und religiösen Minderheiten, die aus muslimischen Ländern flüchten müssen: politischen Flüchtlingen, Journalisten, Muslimen, die ihrem Glauben abgeschworen haben und deshalb verfolgt werden. Und ich helfe ganz besonders gerne Frauen. Da sind einige, die sich jetzt mit ihrer neuen finanziellen Sicherheit, die sie hier in Deutschland genießen, von ihren Ehemännern trennen wollen. Sie wurden zwangsverheiratet und mussten ein Leben lang diesen Mann, den sie innerlich hassen, mit einem Lächeln bedienen. Es gibt viel psychologische Gewalt und Vergewaltigung in diesen muslimischen Ehen. Die Frau hat keinen Menschenwert, sie ist Sexobjekt und keine Partnerin, sie ist Arbeitstier und Gebärmachine. Das ist ihre Aufgabe als gute Muslima. So, wie die meisten Muslime keine Achtung vor uns haben, so haben sie keine Achtung vor ihren Frauen. Nicht alle natürlich – ich kenne da auch ganz süße Paare, aber doch die meisten. Das gilt auch für viele muslimischen Passdeutschen. Die Anleitung dazu gibt der Islam. Deshalb warne ich jetzt davor. Ich habe genug gesehen, gehört, erlebt. Ich habe meine Fakten.

N.O-S: Du hast das Wort Taqiyya erwähnt. Wie verstehst Du es, und wie bist du in Berührung mit dem Begriff gekommen?

R.S: Das Wort Taqiyya ist den meisten Europäern nicht bekannt. Menschen, die versuchen, vor dieser Form des religiös gerechtfertigten Lügenverhaltens zu warnen, selbst, wenn sie aus dem gleichen Kulturkreis kommen wie die Immigranten, die wir Flüchtlinge nennen, werden sofort als Rassisten gebrandmarkt. Taqiyya bedeutet „Täuschung“. Sie gibt die Erlaubnis dafür, dass Muslime äußerst betrügerisch zu uns Nicht-Muslimen sein dürfen, wenn dies dem Schutz des Islams und der Muslime dient. Es gibt verschiedene Formen des Lügens, die im Umgang mit Nicht-Muslimen unter bestimmten Umständen erlaubt sind, wobei das bekannteste die Taqiyya ist. Diese Umstände sind typischerweise diejenigen, die die Interessen des Islams, als auch eines einzelnen Muslimen, der zum Umma-Kollektiv gehört, fördern – z.B. indem sie durch eine Lüge das Vertrauen von Ungläubigen gewinnen, was diese dann verwundbar und schwach macht, und man kann sie schließlich besiegen.

Vertrauensbruch ist somit vorprogrammiert. Ein Muslim darf einen Ungläubigen belügen und betrügen, es ist ethisch nicht verwerflich, solange er aus dieser Täuschung einen Nutzen zieht, der ihn und damit das muslimische Umma-Kollektiv, weiterbringt. Er muss sich nicht dafür schämen. Um Nutzen aus einem Ungläubigen zu ziehen, dürfen sie dir Freundschaft oder Liebe vorheucheln, solange sie im Herzen es nicht so meinen. Mit Taqiyya sind Muslime frei von Haftbarkeit gegenüber Ungläubigen – meine

Warnung an die Frauen, die sich auf muslimische Männer einlassen! Aber auch ganz besonders an unsere Politiker, die Verträge mit Islamverbänden machen – denn kein Schwur, nicht mal im Namen Allahs, hat Bedeutung wegen der Taqiyya, denn Allah hat seinen Gläubigern bereits die Auflösung ihrer Eide gegenüber Ungläubigen vorgeschrieben. Einzige Bedingung: Der Lügende muss im Herzen fest an den Koran und Allah glauben. Taqiyya erlaubt sogar, dass ein Muslim so tut, als sei er kein Muslim. Er darf alles sagen und tun, um zu täuschen, solange es dazu dient, z.B. eine Person in Vertrauen zu wiegen. Oder ein Land. Das muss man sich mal vorstellen, mit was für einer religiösen Ideologie wir es hier zu tun haben!

Taqiyya kommt, glaube ich aus dem Schiitischen, wird aber ebenso, auch wenn sie es vehement bestreiten, von Sunniten eingesetzt und erlaubt sogar das Essen von Haram-, also „unreinen“ Gerichten, oder vorzuspielen, dass man ein Atheist sei. Man muss sich also dessen bewusst sein, dass das Sagen von Unwahrheiten zu Nicht-Muslimen in den muslimischen Ländern nicht als verwerflich betrachtet wird. Und ein leichtgläubiger deutscher Freiwilliger trifft eine Kultur, die er ganz und gar nicht begreift. Gerade in der Flüchtlingsunterstützung bemerkst du nach einiger Zeit, dass viele Flüchtlinge, nicht alle selbstverständlich, aber doch zu viele wenn man bedenkt, **dich durch Täuschung manipulieren, um möglichst viel und ganz besonders engagierte Hilfe von Dir zu bekommen, und vor allem verheimlichen wie fundamental religiös sie wirklich sind, und wie sehr sie unser Wertesystem und unsere Gesellschaft ablehnen.**

Es sind ähnliche Geschichten: dass sie Medizin, Jura oder Informatik studiert haben, dass ihre Eltern tot sind und die kleinen minderjährigen Brüder in der Türkei auf der Strasse am verhungern sind und man ihnen helfen soll sie herzuholen, oder sogar dass ihre ganze Familie in den Kriegshandlungen umgekommen ist. Das man dem sich als säkular und moderat-modern ausgebenden Ehemann helfen soll die geliebte Ehefrau (die genauso frei wie wir hier leben würde), und die Kinder zu holen. Und plötzlich erscheinen in Deutschland Onkel, Tanten, Eltern, und auf einmal zählt die ganze tote Familie 15 Köpfe und hat drei Wohnungen. Der kleine Bruder kommt an, die Eltern sind gar nicht tot sondern leben sicher in der Türkei, und im Gegensatz zum Erzählten stellt sich heraus dass er alles andere als hilflos, sondern ein Al-Nusra Kämpfer in Syrien war. Und der grosse Bruder alles andere als ein moderater Musime ist. Oder Du erfährst dass ihr Diplom gekauft wurde. Oder du erfährst dass die Familie zwar arm, aber in einem sicheren Gebiet in Syrien lebte, und hierherkam um ein besseres Leben zu führen. Oder Du wirst nach erfolgreicher Familienzusammenführung plötzlich von dem sich als moderat ausgebenden Ehemann gefragt, ob Du helfen könntest eine weitere Ehefrau und Kinder rüberzuholen. Die als geliebte und als modern beschriebene Ehefrau kommt tiefverschleiert an, und ist laut ihrer Erzählung totunglücklich weil er sie schlägt, ihr alles verbietet, weil er ein besonders strenggläubiger Muslime sei.

Ich habe daraus gelernt, dass bei den Muslimen das Ausnutzen der Naivität, also in Ihren Augen eines Schwächeren, nicht als etwas Schlimmes verurteilt wird.

Fakt ist, in diesen vom Islam-geprägten Kulturen zählt der Stärkere, und wenn Du jemanden einfach so, aus deinem Herzen heraus hilfst, steht das nicht im Einklang mit ihrem Weltbild. Du bist für sie dumm, also einfach schwach. Und so werden wir von ihnen gesehen – als Dummköpfe, als gefallene Gesellschaft der Schwächlinge. Die meisten Europäer können es nicht begreifen, weil es nicht im Einklang mit unserem reformierten, aufgeklärten, christlich-humanistischen Wertesystem steht, auf das sich doch unsere Kultur stützt. Ich kenne natürlich auch viele individuelle Ausnahmen, sie bestätigen aber trotzdem die Regel. Ich finde es gut und wichtig im Umgang mit Muslimen offen für jede Einzelperson, für den individuellen Menschen zu sein, dass verbleibe ich auch, und habe auch muslimische Freunde. Wenn einem aber Unstimmigkeiten auffallen, im Gesagten oder Verhalten, dann warne ich, eben wegen der Taqiyya, zur Wachsamkeit und Vorsicht.

N.O-S: Du arbeitest in Flüchtlingsheimen. Was ist Dir aufgefallen?

R.S: Dort treffen Menschen vieler Regionen, Kulturen und Religionen aufeinander, vor allem muslimische Männer, darunter Personen, die durch Muslime unterdrückt, verfolgt, vergewaltigt, gefoltert, ganze Dörfer niedergebrannt wurden. Es gibt viel Zündstoff. Am häufigsten kommt es aber zur Unterdrückung oder zumindest zur Missachtung von Andersgläubigen, von Nichtgläubigen durch Muslime. Muslime bilden die Mehrheit in den Heimen. Viele scheinen zu glauben, dass sie eine Art „Übermenschen“ sind, und alle, die sich nicht zum Islam bekennen, werden als unterlegen betrachtet. Auf kleinen Fläche verstärken sich so diese Konflikte. Zum Beispiel gibt es Situationen wo die Ungläubigen oft nicht gleichzeitig mit ihnen die Küche oder den Waschraum benutzen sollen, und werden einfach arrogant oder sogar aggressiv verjagt.

Es gibt aber wie immer auch gegenteilige Situationen, wo sich z.B. Frauen aus unterschiedlichen Sprach- und Religionsgruppen einfach so in der Küche befreundet haben und sich sogar zum kochen verabreden, schon um nicht alleine mit Männern in der Gemeinschaftsküche zu stehen. **Immer wieder belästigen muslimische Männer Frauen, auch alleinreisende Musliminnen, und wir hatten Vorfälle, wo der Wachschutz in solche Taten involviert war, mit türkischem, arabischen oder auch Roma Migrationshintergrund. In diesem Fall funktioniert auch dieses Phänomen, Muslime gegen die Anderen, egal aus welchem Land sie kommen.**

Ich kenne einen Fall, wo eine Flüchtlingsfrau, eine Muslima aus Eritrea, vom Wachschutz belästigt wurde. Wir mussten die Polizei benachrichtigen, aber es hat sich nichts in dieser Sache getan.

N.O-S: Du hast von den Belästigungen der Freiwilligen erzählt. In der Presse kann man jedoch keine Informationen zu diesem Thema finden. Warum?

R.S.: Es kommen immer wieder mal Fälle von Belästigungen mit freiwilligen Helferinnen vor, aber keine von uns hat je diesen Vorfall gemeldet, weil keine als Feindin der Flüchtlinge angesehen werden möchte und auch keine Probleme in den Heimen machen wollte. In diesen Fällen wirkt der gleiche Mechanismus, der bei mir wirkte, das ständige Rechtfertigen: er ist neu, er hat keine Ahnung, er versteht unsere Kultur nicht. Und auf diese Weise wird solches Verhalten gerechtfertigt, ohne dass es mit dem Überlegenheitsgefühl verbunden wird, mit dem dank des Islam diese Männern den Ungläubigen und Frauen gegenüberreten. **Und vor allem den europäischen „Nutten“ gegenüber, denn genau mit so einem Bild in ihren Köpfen kommen die Männer aus ihren Heimatländern hierher. In meiner Gruppe wiederholen sich die Belästigungen immer wieder, vor allem den Freiwilligen gegenüber, die den Flüchtlingen Deutschunterricht geben und die mehrmals die Woche mit ihnen Kontakt haben.**

Ein Beispiel: Nachdem eine Ehrenamtliche drei Monate lang zwei mal die Woche 1 ½ Stunden Deutschnachhilfe an einen Syrer gegeben hatte war sie überzeugt, dass alles super läuft und wollte einfach ganz normal und menschlich-herzlich sein und nahm eine Einladung bei ihm zum Essen an. Sie dachte, er will sich für ihre ehrenamtliche Unterstützung bedanken. Er jedoch dachte, die Hure will Sex. Es war der Frau nicht klar, dass sie von vielen Männern aus diesem Kulturkreis nur als ungläubige, unsittliche, immer dem Mann zur Verfügung stehendes Sex-Objekt angesehen wird, weil die Flüchtlinge gerade am Anfang sehr nett und höflich und respektvoll scheinen, also oft auch die oben genannte Taqiyya betreiben. Und dann passierte die unangenehme Überraschung, als der bis jetzt freundliche, höfliche Flüchtling sie plötzlich an den Haaren ins Bad zerrte, als sie wieder gehen wollte. Denn er kann es nicht fassen, dass sie jetzt gehen wird: Wieso ist die Hure auf sein Zimmer alleine gekommen?

N.O-S: Wie würdest Du die Einstellung der Flüchtlinge zu Frauen bezeichnen?

R.S: Vor allem wenn man muslimische Flüchtlinge fragt, wie ihre Einstellung zu den grundsätzlichen Menschenrechten wie persönliche Freiheit, Selbstbestimmung, Gleichheit zwischen Mann und Frau ist, dann geben geschätzte 75% in meinem Umfeld an, dass sie damit nicht einverstanden sind. Deshalb bin

ich sehr beunruhigt, wenn ich immer mehr junge Mädchen und Frauen sehe, offen und vertrauensvoll, die mit ihnen Beziehungen eingehen. Sie verstehen deren Kultur nicht und haben keine Ahnung, was die Flüchtlinge unter sich über sie sagen. Sie wissen nicht, dass viele schon Frauen in ihrem Herkunftsland haben, die zu ihnen in Rahmen der Familienzusammenführung kommen werden. Oder dass die Cousine für die bestellte und innerhalb der Familie schon abgesprochene Heirat nur noch auf eine Einreisemöglichkeit wartet. Die Wahrheit ist auch, dass am Anfang die meisten jüngeren muslimischen Flüchtlinge ihre Religiosität nicht zeigen, bzw. sie verraten – sie trinken und essen deutsche Gerichte und nutzen alle Aspekte und den Spaß, die ihnen so eine Beziehung bietet. Und diese Frauen denken sich, dass ihr Partner eine Ausnahme ist und alle herumkursierenden Geschichten nicht der Wahrheit entsprechen.***

Selbst, wenn es unter ihnen Leute mit gemäßigten Ansichten gibt, die sich integrieren und deutsche oder andere Frauen heiraten, so fürchte ich fängt ihre Intoleranz dann bei ihren Töchtern an. Letztendlich will fast jeder muslimische Neuhinzugezogene eine ihm untergeordnete muslimische Frau, am besten mit Kopftuch selbstverständlich, die keine kurzen Klamotten anzieht, ihn bedient, ihm Kinder gebärt, sich ihm nicht verweigert, keine männlichen Freunde hat, sich von ihm befehlen lässt, nicht ohne sein Wissen das Haus verlässt, ihm in allem gehorcht. Es geht bei diesen Heiraten auch nicht um Liebe. Die Liebe gehört zur Mutter und der Familie. Die Frau ist ein untergeordnetes Objekt mit gewissen Aufgaben. Westliche Frauen sind allemal Hängematte und Sprungbrett und werden zum Schluss auch noch mit Füßen getreten. Sie sind allein schon deshalb kein richtiges „Material“, weil sie „Schlampen“ sind. „Schlampen“, weil sie mit ihm geschlafen haben. Will sich aber eine westliche Frau von ihm trennen, kann es ihr passieren, dass sie dafür ermordet wird. So wie in Kandel gerade. Oder sie wird gestalked, oder er nichts unversucht lässt, um ihre Ruf zu schaden. Und auch hier sage ich immer wieder, Ausnahmen bestätigen die Regel. Die kenne ich auch. Noch. Wir werden es sehen, wenn Schluss ist.

N.O-S.: Wie ist die Geschlechterzusammensetzung und das Niveau der Ausbildung bei der neuen Immigration? Wir haben gehört, dass es vor dem Krieg fliehende Frauen und Kinder und hochgebildete Spezialisten sind.

R.S: Die überwältigende Mehrheit der so genannten Flüchtlinge und Immigranten, auch jener vor 2015, sind Männer. Jedoch in den letzten Jahren hatten wir viele Fälle der Familienzusammenführung, und aus diesem Grund bilden die Lobbies der Flüchtlinge Mythen, dass nur Familien, Frauen und Kinder vor den Bomben nach Deutschland geflohen seien. Es kamen bis 2015 während meiner Tätigkeit fast ausschließlich nur junge Männer, ich half einigen ihre Verwandten nach Deutschland zu holen und weiß, dass solche Prozeduren intensiv die ganze Zeit betrieben werden. Viele nach Deutschland geholte Frauen sind inzwischen schon wieder schwanger oder bekamen ihr nächstes Kind in Deutschland.

Was das Bildungsniveau der syrischen Flüchtlinge angeht, die den Hauptanteil der muslimischen Flüchtlinge bilden, die zu uns seit dem Jahr 2012 gekommen sind, dann muss ich leider feststellen, dass die Mehrheit von ihnen gar keine adäquate Ausbildung hat. Ich weiß, dass die Presse am Anfang schrieb, dass von dort hoch ausgebildete Leute und Spezialisten in unterschiedlichen Fächern kämen, aber das ist einfach nicht wahr. Ich habe selbst solche Behauptungen verkündet, glaubte ich doch auch, was die Flüchtlinge mir erzählten. Die Wahrheit ist, dass solche Informationen von allen wiederholt wurden, aber nur wenige Journalisten haben Flüchtlinge überhaupt je zu Gesicht bekommen. Das zusätzliche Problem ist, dass, wenn diese Leute wirklich irgendeine Ausbildung haben, dann ist sie oft nicht kompartibel mit unserem System, und sie müssen fast von vorne anfangen. Die allermeisten müssen wie alle jungen Menschen noch etwas lernen, eine Ausbildung machen, die Schule zuende führen, einige studieren schon. All das kostet Millionen.

In vielen Fällen sehe ich, dass die Mehrheit der Syrer nicht im Stande sein wird, noch es zur Zeit ist, eine Familie zu unterhalten. Menschen aus Somalia, Nigeria- auch sehr schwierig, wenn wir über Bildung reden. Noch hinzu kommt, viele sind extrem aggressiv, religiös fundamentalistisch. Die Flüchtlinge aus Eritrea: die meisten sind friedliche Christen, es gibt aber auch Muslime unter ihnen. Kulturell sind die Menschen aus Eritrea aber ganz anders als die Menschen aus dem Nahen Osten. Sie haben fast immer meiner Erfahrung nach eine unzulängliche Schulbildung und lernen langsam Deutsch. Ich kenne Fälle, wo nach 3 Jahren immer noch kein Deutsch gesprochen wird, trotz wiederholter Deutschkurse, für die wir alle zahlen müssen. Afghanistan, Pakistan: das Gleiche. Ich begleite einige Flüchtlinge, die erst noch das ABC lernen müssen. Die meisten leben von Staatshilfe, und wenn ich so beobachte, wie sich die Leute seit 2012 entwickelt haben, fürchte ich, dann wird das auch so bleiben. Selbst wenn du als Arzt oder Zahnarzt aus dem Nahen Osten kommst, sind die Studien dort von den Unsrigen so verschieden, dass es lange dauern kann, bis sie hier praktizieren können.

Natürlich gibt es auch viele positive Ausnahmen. Ein syrischer Freund hat seine Ausbildung absolviert und arbeitet jetzt bei der Rentenversicherung. Ein Apotheker fand eine Anstellung. Ein anderer hat ein Restaurant aufgemacht. Ein gebildeter muslimischer Eritreer war in seiner Heimat Architekt und hat über Umwege eine Anstellung in einem Architekturbüro gefunden. Auch gibt es viele Flüchtlinge, die sich nicht auf eine Weiter- oder Ausbildung konzentrieren, sondern gleich nach vollendeten Pflichtdeutschkursen eine Arbeit suchen, um Geld zu verdienen. Als Wachschutz in einem Flüchtlingsheim oder als Hilfskraft bei Lidl. Andere machen ihren Führerschein und arbeiten als Fahrer, ohne eine langjährige Ausbildung oder ein Studium zu machen. Eine syrische Freundin, eine IT-Spezialistin, hat sehr schnell eine Arbeit gefunden und verdient jetzt monatlich 3000 Euro. **Aber es ist vielleicht interessant, hier anzumerken, dass sie Atheistin ist und sich von strenggläubigen Landsleuten abgrenzt. Wie sie sagt, hatte sie ihr ganzes Leben als modern denkende Frau unter dem Joch des Islam in Syrien gelitten, und ihren Worten nach sind „religiös-muslimische Leute alle gleich“.**

N.O-S: Wie ich gehört habe, stellt Zufluss von neuen Immigranten aus dem muslimischen Ländern eine Bedrohung für die hier lebenden, liberalen Muslime dar?

R.S: Wir haben in Deutschland besonders viele Frauen mit arabischem, kurdischem oder türkischem Migrationshintergrund, die aus muslimischen Familien kommen, die hier seit vielen Jahren leben und sich ihr Recht zur Selbstbestimmung innerhalb ihrer muslimischen Familienstruktur erkämpft haben. Ich habe Freundinnen und Bekannte, die mussten Ehrenmorden entgehen, und leben mit einer neuen Identität auf der Flucht bis heute vor der Familie, die sie ermorden würde. Mitten unter uns hier in Deutschland, stell Dir das vor! Sie sind gebildet, sind Ärztinnen, Künstlerinnen, Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen, Professorinnen, und sie bedecken ihre Haare nicht. Sie leben mit ihren Freunden zusammen ohne zu heiraten. Sie nehmen sich ihre Freiheit, so wie es bei uns normal ist. Und die erzählen, dass in Ballungsgebieten, wo viele Muslime leben und jetzt die vielen Flüchtlinge aus arabischen Ländern hinzukommen, sie wieder weniger Freiheiten haben. Wenn solche fundamentalen Muslime sie als eine Frau aus ihrem Kulturkreis erkennen, sprechen sie sie ständig an, kritisieren ihre zu westlichen Kleider und beschimpfen und bedrohen sie sogar.

Auch Flüchtlingsfrauen machen das und ermahnen sie, ein Kopftuch zu tragen, sich „sittlich“ zu kleiden. **Wir als Land hingegen zahlen viel zu oft genau diesen Leuten für ihre mangelnde Integration hohe Sozialhilfen und sehen uns hilflos an, wie sie schon integrierte Menschen bedrohen und angreifen. Wir haben auch einen Rückschritt – viele, die schon lange hier leben, tragen heute ein Kopftuch. Außerdem wächst die Anzahl der Ehrenmorde – wir sollten bedenken, dass in dieser Kultur die Frau Eigentum des Mannes ist. Beunruhigende Dinge erschütterten letztes die Universität in Hamburg. Die Uni musste am Anfang letzten Oktobers einen Verhaltenskodex mit 10 Punkten zur persönlichen und religiösen Freiheit**

veröffentlichen, weil die muslimischen Studenten auf schreckliche Weise Frauen, die keine Kopftücher trugen, angriffen. Es beeinträchtigte das Funktionieren der ganzen Einrichtung. Inzwischen gehören andere Formen der Aggression wie die Forderung nach schweinefleischfreien Mensen oder nach Geschlechtern getrennten Gebetsräumen zum Alltag.

Vor allem der politische Islam in Deutschland ist sehr bemüht, wie man sagt, immer tiefer den Fuß in die Tür zu tun. Muslime versuchen ununterbrochen, sich als Opfer darzustellen, beklagen sich, dass sie beleidigt und diskriminiert werden, der Westen an allem Schuld ist, was dazu führt, dass alle ihnen nachgeben. Vor allem unsere Politiker. Das ist ein Fehler und falsche Toleranz, geboren aus dem Wunsch, dass niemand sich in Deutschland verfolgt fühlen soll. Aber niemand scheint zu bemerken, dass dadurch unsere Werte und wir es sind, die unsererseits von Muslimen diskriminiert werden. Das macht mich inzwischen echt wütend. Mir tun die Deutschen, und vor allem wir Frauen, inzwischen leid. Wir meinen es gut und ernten den Verlust von allem, wofür schon unsere Großmütter so hart gekämpft haben.

N.O-S: Ich habe von Seyran Ates von der liberalen Moschee in Berlin gehört, dass in Deutschland Zwangsehen ein großes Problem darstellen.

R.S: Ich liebe Syran Ates, eine tolle und mutige Frau mit Herz. Ja, wir haben durch das rasante Wachstum der muslimischen Gemeinde aus der Türkei, dem Nahen Osten und dem Balkan immer mehr Zwangsehen, sogar von Kinder- und Mädchenhandel. Wir haben solche Fälle bei der Polizei gemeldet, aber Polizei und Behörden tun sich mit solchen Fällen schwer, es kamen sogar Begründungen, dass dies zu ihrer Kultur gehöre. Also, wir haben plötzlich zwei Rechtssysteme, die in einem Land existieren! Und manchmal will so ein Mädchen ihren Mann nicht verlassen, weil sie nichts anderes kennt als ihre Leute und ihre Kultur, in der sie groß geworden ist. Das meinen die Behörden mit Kommentaren wie „das ist bei denen so“, es ist deren Erfahrung.

Doch Fakt ist, die Mädchen werden gekauft und verkauft. Sie leben als Sex- und Arbeitssklavinnen, immer bewacht und ihrer Freiheit beraubt. In Deutschland! In einem mir bekannten Fall wurde ein Mädchen für 8000 Euro verkauft. Eine andere wurde gekidnappt, ein Roma Kind aus Polen. Und dann haben wir solche für mich schon kriminellen Politiker, die dazu aufrufen, die Ehe von Minderjährigen doch nicht zu annullieren, dies sei doch nicht zum Wohle der schon Verheirateten. Das ist ihre Antwort auf unser wachsendes Problem auch infolge der muslimischen Flüchtlingswelle, wo natürlich auch viele Minderjährige schon in der Heimat zwangsverheiratet wurden und somit als Ehepaar hierherkommen. Ich verlange die Trennung der Eheleute; das Mädchen soll sich erst einmal frei entwickeln, zur Schule gehen, und mit 18 kann sie sich dann entscheiden, ob sie mit ihm zusammenziehen will oder nicht.

Zwingen kann sie hier in Deutschland laut Gesetz keiner. Wir hatten auch den Fall eines Pakistaners, der sich an einem 6-jährigen Mädchen vergangen hat und der aufgrund seines „kulturell-religiösen Hintergrundes“ eine Strafe auf Bewährung bekam.

Das nächste Problem ist die Gewalt in den Ehen. Eine typische Anekdote, die ich gerne erzähle: Neuankommende Flüchtlinge mit Frau und Kindern werden gerne von anderen gewarnt, ihre Frau und die Kinder nicht vor Deutschen zu schlagen, das sei hier verboten. Das heißt, untereinander ist es also normal, dass Mann das tut? Ein Mann aus Afghanistan, der von seiner Ehefrau angezeigt worden war, da er sie mehrfach vergewaltigte, wurde nicht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil „ihm nicht bewusst war, dass es eine Vergewaltigung war“.

Weil es im Islam erlaubt ist bzw. die Frau mit ihm schlafen muss, es sei denn, sie hat ihre Periode oder sie ist krank. Sonst darf sie sich ihm nicht verweigern. Und es gibt Anleitungen im Koran, wo das Schlagen der Frau, wenn sie widerspenstig ist, erlaubt ist. Darauf bezog sich der Richter als mildernden

Umstand. Das heißt, mit dieser falschen Toleranz höhlen sogar Richter unser Rechtssystem aus. Es wird, so wie es aussieht, immer mehr mit zweierlei Maß gemessen. Die Gerichte sind bei uns eher links orientiert, viele Richter scheinen pro Migration eingestellt zu sein, und es häufen sich die Fälle, in denen Migranten oder Deutsche mit Migrationshintergrund einen „Kultur-Religionsbonus“ erhalten und somit bevorzugt werden. Es sind auch Richterinnen, die diesen Bonus vergeben, das finde ich besonders schlimm: Frauen, die sich gegen Frauen richten! In einem Fall suchte eine Richterin nach Gründen, einen türkischen Vergewaltiger zu entschuldigen.

Er steckte den Kopf einer Frau durch die Gitter des Bettrahmens und vergewaltigte sie brutal über Stunden. Die forensischen Untersuchungen ergaben eindeutige extreme Gewalt, die Frau konnte zwei Wochen kaum gehen, sie war überall markiert mit blauen Flecken. Doch die entscheidende Frage der Richterin für den Ausgang des Strafprozesses war an die Zeugin, das Opfer, gerichtet: „Könnte es sein, dass der Angeklagte dachte, Sie seien einverstanden?“ Das könnte sein, ließ die Zeugin das Gericht wissen. Sie könne nicht beurteilen, ob er mit der Mentalität des türkischen Kulturkreises das Geschehen, das sie als Vergewaltigung erlebte, vielleicht für „wilden Sex“ gehalten hat. Der Typ wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt räumte ein, dass der Freispruch ein „schwerer Schlag“ für die Geschädigte sein müsse. Andererseits sei eine Verurteilung nicht möglich, weil kein Vorsatz nachweisbar sei. Vergewaltigungen führen vor deutschen Gerichten in der Regel so gut wie nie zu harten Verurteilungen. Insbesondere, wenn Migranten die Täter sind. In der Öffentlichkeit wird daher schon lange von einem Migrantenbonus bei Vergewaltigungen und weiteren Kapitaldelikten gesprochen. Langsam hören unsere Gesetze auf zu funktionieren. Das nächste Problem ist die Polygamie. Da haben wir auch Fälle, wo Politiker schon aufrufen, sie doch zu erlauben.

N.O-S: Und was mit der Kriminalität?

R.S: Wir haben tatsächlich ernsthafte Probleme. Ich kann nur von meiner Region, wo ich mich aufhalte, und über Informationen aus den Nachrichten reden. In Hamburg und Schleswig-Holstein haben wir einen arabischen Familienclan, der die Gegend in Atem hält. In Berlin haben wir einen Familienclan aus dem Libanon, der sich laut Experten in nur 20 Jahren auf über 1000 Personen vergrößert hat und der hauptsächlich, aber nicht nur, im Drogengeschäft tätig ist. Es hat sich dadurch eine Paralleljustiz entwickelt, wo unser Rechtssystem nicht mehr hinterherkommt. Richter, Anwälte, Polizei, es scheint, sie alle haben Angst vor denen. Die Behörden haben jegliche Kontrolle verloren.

Die Richterin Kirstin Heisig wurde meiner Meinung nach ermordet, weil sie versuchte, hier aufzuräumen. Aktuell handelt es sich um die dritte Generation in den Berliner Clans. Für Berliner sind sie extrem gefährlich. Sie haben eine Kultur des Hasses und der Verachtung – Insidern zufolge begehen sie ihre Taten kaltblütig und ohne Emotionen. Sie sind skrupellos und gehen brutal vor, und wieder einmal ist das durch eine muslimisch-religiöse Ideologie unterstützt, was aber, das muss man fairerweise sagen, von vielen anderen moderateren Muslimen in dieser Form abgelehnt wird.

Auch Flüchtlinge werden von den Clans rekrutiert. Schon 2012 sah man diese Schlitten von Autos vor den Flüchtlingsheimen, und man wunderte sich, welche Verwandten das wohl sind, die da den einen oder anderen abholen oder ansprechen. Bald fanden wir Ehrenamtlichen und Sozialarbeiter der Heime heraus, dass es keine Verwandten waren, sondern Libanesen, die die jungen Flüchtlinge für das Erledigen der Drecksarbeit mobilisierten. Die haben überall Geldwäschereigeschäfte, Bäckereien, Pizzerien, Friseurläden, das Lädchen um die Ecke, Spielsalons, Shishabars, wo die Flüchtlinge schwarz arbeiten, und sie werden für Drogenkurierdienste genutzt. Es gab eine Reportage dazu im Fernsehen – die meisten beziehen weiterhin Sozialhilfe, sie verarschen unser System, und wir, wir lassen uns verarschen! Ich sage: Ja, die muslimische Welt lacht über uns! Wenn man sich das Alles anschaut... wir sind ja auch echt bescheuert.

Wir haben auch Balkan-Clanstrukturen. Viele kommen immer wieder als Asylsuchende, sitzen dem Staat auf der Tasche, und viele bleiben einfach. Zu ihren Tätigkeiten gehören Passfälschungen und Mädchen-Sexsklavereihandel, also Zuhälterei. Unter ihnen sind 12-jährige Mädchen, die als Zwangsbräute ge- und verkauft werden. Viele von diesen Familienclans arbeiten auch mit Vergewaltigungen, dann Erpressung, und produzieren Kinderpornos. Ich habe einen 14-jährigen Schützling aus Serbien, die mehrfach von mehreren erwachsenen Männern vergewaltigt und gefilmt wurde. Dieser Film kursiert im Internet! Ich kannte sie schon als 10-jähriges Kind, und es war für mich ein schrecklicher Schlag. Und ich kenne weitere Fälle von solchem sexuellen Missbrauch. Ich verschickte Briefe an die Presse. Ohne Ergebnis. Die Polizei tat sich schwer; ich lernte daraus, dass Mädchen ohne eine Stimme von aussen oder ohne eine Familie, die zu ihnen steht und die ihnen hilft, kaum eine Chance haben, aus diesen Situation herausgeholt zu werden.

Zusätzlich bilden die Immigranten einen riesigen Anteil an Personen, die in Konflikt mit dem Gesetz geraten. Somalische Flüchtlinge bewerte ich persönlich als besonders gefährlich ein, wegen ihres religiösen Fundamentalismus, ihrer auch kulturell bedingten Verachtung Frauen gegenüber.

N.O-S: Wie ich gehört habe, ist die Situation in den deutschen Schulen ziemlich dramatisch. Was hast du darüber zu sagen?

R.S: Wie die neuste Untersuchung zeigt, wo Viertklässler in Städten geprüft wurden, haben über 50% der Kinder den Migrationshintergrund, und das Bildungsniveau ist so drastisch gesunken, dass es laut Studie auf dem Niveau eines Schwellenlandes liegen würde. Das größte Problem haben wir jedoch mit den Kindern aus den muslimischen Familien, die die größte Gruppe unter den Kindern mit Migrationshintergrund bilden. Wie ich schon angemerkt habe, es ist eine Kultur des Stärkeren, und ein großes Problem stellt auch das Aggressionspotential dar. Anders als in den deutschen Familien werden die Kinder oft mit Hilfe von körperlicher Züchtigung erzogen, und Schläge vom Vater und von den älteren Brüdern gehört, wie ich es sehe und höre, bei ihnen zum Alltag. Das bewirkt, dass die Kinder sehr aggressiv sind – sie lösen Probleme schnell mit Gewalt. Und im typischen Rudelverhalten. Anders erzogene Kinder aus anderen Kulturen, in denen diskutiert wird, Meinungsfreiheit von Kleinauf dem Kind beigebracht wird, Toleranz – solche Kinder sind sofort auf verlorenem Posten. Sie versuchen zu diskutieren, was in Augen der muslimischen Kinder sie zu Schwächlingen und zu potenziellen Opfern macht.

Außerdem agieren diese Kinder als Gruppe – wenn du mit einem eine Auseinandersetzung hast, steht eine Gruppe gegen Dich, die zig Kinder zählt, weil sie auch die Welt als „Muslime gegen die Anderen“ verstehen. Dieses Verhalten sehe ich auch bei Romakindern. Es kam und kommt zu ersthaften Körperverletzungen und den Lehrern sind die Hände gebunden, weil das Gesetz ihnen wenig Mittel gibt, um hier mit Druck zu reagieren. Spezialschulen für sozial auffällige Kinder sind schon voll und es mangelt insgesamt an in muslimisch-kulturellen Gepflogenheiten ausgebildeten Lehrern, und an Mitteln, die ihnen gegeben werden, um darauf zu reagieren und einzuwirken. Das zusätzliche Problem beobachte ich mit aus dem Boden schießenden Flüchtlings-Lehrerprogrammen, wo Flüchtlinge, die schon in der Heimat Lehrer waren, im Eilverfahren zu Lehrern formiert werden.

Ich sehe hier mehrere Probleme. Erstens tragen viele Frauen Kopftücher, was gegen das Neutralitätsgebot verstößt und ein negatives Vorbild für Kinder ist. Zweitens sprechen sie nach 1 ½ bis 2 Jahren noch nicht einwandfrei Deutsch, was die Gefahr mit sich bringt, dass die Schüler fehlerhaftes Deutsch lernen werden und die Kinder der Immigranten in 10 Jahren schlechtes Deutsch sprechen werden; eigentlich gibt es schon solche Fälle. Drittens haben einige dieser neugebackenen Lehrer und Lehrerinnen nicht dieselbe Ausbildung erhalten wie Lehrer aus Deutschland. Und viertens, und für mich

am besorgnissregendsten: Einige sind streng gläubig und glauben z.B. nicht an die Evolution oder an die Wissenschaft, sondern nur an das, was der Koran vorschreibt. Einige Lehrerinnen würden einem Mann nicht einmal die Hand reichen. Ich will solche Lehrer nicht in den Schulen in unserem Land, wo unsere Zukunft von Morgen aufwachsen wird. Und ich will auch keine Lehrerin mit Kopftuch, die der Jugend als Vorbild dient. Das Kopftuch besagt, dass Geschlechtertrennung wünschenswert ist, denn genau das ist die stille und doch so beredte Botschaft eines Kopftuchs. Es sagt: Ich bin dem Mann untertan. Es ist ein Bekenntnis, ein religiöses Ideologie-Symbol, die Welt in muslimischer Sichtweise in Halal und Haram zu unterteilen. Die Botschaft ist: Das Haupthaar einer Frau wird zum Schamhaar. Wieso um Himmels Willen wollen wir das in unseren Schulen?

N.O-S: Was ist deiner Meinung nach der größte Fehler in der Migrationspolitik.

R.S: Zuerst, dass die Politik jeden Flüchtling wie einen Immigranten behandelt, sprich, nicht wie einen Schutzsuchenden, der nur auf Zeit hier lebt aber wieder Nachhause zurückkehrt. Dann soll man bitteschön auch so ehrlich sein, und die Leute Immigranten nennen, so wie ihr es in Polen tut. Und dementsprechend Gesetze entwickeln, dass die Leute nicht mehr bei ihrem Asylbegehren lügen müssen, und Einwanderungsgesetze entwickeln, mithilfe derer wir diejenigen hereinlassen, die wir auch gebrauchen können, und andere eben nicht. Die arbeiten und nicht vom Sozialstaat abhängig sein werden.

Weiterhin die Lücken im Asylverfahren. Unser Gesetz besagt, dass jeder Anrecht auf Asyl hat, bis er geprüft, akzeptiert oder abgelehnt wird. So eine Prüfung dauert jedoch oft sehr lange, viele bekommen zunächst nur eine Duldung. Nach der Definition des deutschen Aufenthaltsrechts also eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ von ausreisepflichtigen Ausländern. Sie stellt keinen Aufenthaltstitel dar und begründet daher auch keinen rechtmäßigen Aufenthalt. Geduldete sind daher weiterhin ausreisepflichtig. Die Asylsuchenden reichen Beschwerden ein, wenn dann letztendlich der Negativbescheid kommt, und es können Jahre vergehen mit der bürokratisch-rechtlichen Bearbeitung. In diesem Fall kann so eine Person, eine Familie, in Deutschland für lange Zeit bleiben, und nach ein paar Jahren bekommt sie dann meistens auch die Aufenthaltserlaubnis.

Personen, die schon einmal abgelehnt wurden und freiwillig ausreisten, kommen schon nach 3 Monaten wieder mit den gleichen Dokumenten und Namen und bemühen sich wieder um Asyl und nehmen somit den echten Bedürftigen den Platz weg. Wenn so eine Person freiwillig Deutschland verlässt, hat sie das Recht, nach 3 Monaten wieder nach Deutschland zurückzukommen. Außerdem darf sich jeder Mensch um Asyl bemühen, selbst wenn er aus einem Land kommt, das als sicher gilt. Und aus diesen Ländern kommen große Mengen von Leuten und verlangen aus den merkwürdigsten Gründen nach Asyl, wie z.B. „mein Nachbar ist sauer, weil ich seinen Wagen kaputtgefahren habe und den Schaden nicht zahlen konnte“. Dann wird die ganze Maschinerie in die Gänge gebracht, was mehrere Monate oder gar Jahre dauern kann. Am häufigsten werden sie irgendwann aufgefordert, Deutschland zu verlassen – in diesem Fall wird dann ein Mitglied der Familie krank. Es sind oft psychische Beschwerden – Nervenzusammenbruch etwa, und aufgrund der Krankheit wird die Abschiebung, samt anhängiger Familie, bis auf weiteres, zurückgestellt.

Solche Spiele mit den Ämtern können mehrere Jahre dauern – irgendwann verlassen solche Personen Deutschland, und trotzdem sind sie nach der 3-Monatsfrist wieder da. Wie ich erfahren habe, besitzen viele Häuser in ihren Heimatländern, und es gibt keinen Grund, weswegen sie ihr Land verlassen sollten. Es sind Armutsflüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, was selbstverständlich ein guter Grund ist, wenn man menschlich denkt, aber wie gesagt, das hat nichts mit wirklichen internationalen Asylgründen zu tun. Sie leben während ihres Asylverfahrens von Sozialhilfe, aber ein Teil arbeitet auch noch zusätzlich schwarz. Ich sehe immer wieder die großen Wagen, die die gesammelten Güter ins Heimatland transportieren,

wenn die Abschiebung unumgänglich ist und sie freiwillig ausreisen, die dann in ihren Ländern verkauft werden. Danach kommen viele Familien wieder und bemühen sich erneut um Asyl. Mit demselben Grund wie schon davor, demselben Pass und Namen. Da, finde ich, sollte man spätestens beim zweiten Mal die Leute nicht mehr reinlassen und aufhören, sie wieder und wieder durch das Asylverfahren und die damit verbundenen Kosten zu schleusen.

N.O-S: Wie ich gehört habe, gibt es Pläne von Familienzusammenführung. Was hältst du davon?

R.S: Ein Beamter sagte mir, dass in den nächsten 3 Jahren mehrere Millionen Leute nach Deutschland kommen werden, sowohl die nachgezogenen Familien als auch neue Asylbegehrende. Wir wissen alle, dass die Integration extrem problematisch verläuft, aber einige unserer Politiker beschreiten immer noch den Weg und benutzen Slogans wie: „Nobody is illegal“. Unter den Flüchtlingen, die ich betreue oder betreut habe, kann ich wirklich erfolgreich und meiner Ansicht nach vollständig integrierte Flüchtlinge an einer Hand abzählen. Damit meine ich nicht den Verlust von Identität oder Kultur, aber die Akzeptanz gegenüber unserem Leben hier in Deutschland, wo auch dazu gehört, viele deutsche Freunde zu haben, nicht nur die ein, zwei Helfer, die mal mit den Papieren helfen sollen.

Die Mehrheit in meinem Umfeld umgibt sich nur mit den eigenen Landsleuten bzw. anderen Muslimen und lebt in einer Parallelgesellschaft, wo die kulturell-religiösen Werte hochgehalten werden; sie sind somit von unserer Gesellschaft eher abgetrennt. Dadurch, dass es immer mehr werden, die hierherziehen, müssen sie sich auch gar nicht mehr anpassen, es erstarkt eindeutig eine muslimische Parallelgesellschaft. Und da sehe ich das Problem mit der Familienzusammenführung. Ich finde, man muss differenzieren, wer will nur Schutz und nicht dauerhaft hierbleiben, und bei wem handelt sich eigentlich um klassische Immigration. Es sollte viel genauer geprüft werden, ob tatsächlich ein echter Asylgrund besteht. Zur Not mit Handykontrollen, Facebook-, Twitterkontrollen, egal wie. Denn die Frage stellt sich, wo befindet sich die eigentliche Familie?

Wir haben viele minderjährige Flüchtlinge, wo die Familie in Sicherheit lebt, aber darauf wartet, nach Deutschland nachzukommen. Warum eine ganze Familie holen, wenn der eine Jugendliche doch auch zu seiner Großfamilie zurückziehen könnte? Dass einige nur hier sind, weil ihre Familie ihn vorausgeschickt hat, wissen wir doch! Aus Beirut z.B. höre ich, dort warten extrem viele Menschen darauf, per Familienzusammenführung nach Deutschland geholt zu werden.

Dann haben wir die wirklich Schutzbedürftigen, die für immer hierbleiben wollen und auch ein gutes Recht darauf haben – die in ihrer Heimat verfolgt werden, oft weil sie einen anderen Glauben haben, Christen, Yeziden. Ex-Muslime. Da: ja, sofort! Und die müssen viel zu lange darauf warten, dass ihre Familien nachkommen dürfen, was absolut tragisch und nicht in Ordnung ist. Auch weil diese Familien sich oft in muslimischen Nachbarländern befinden, wo sie Angst haben müssen. Die sollten gesondert und im Eilverfahren gehandhabt werden.

Aber auch das sei gesagt: gerade die kommen doch auch oft schon als ganze Familien hier an. Man muss besser schauen, wer sucht zeitweiligen Schutz, und wer will eigentlich wieder ins Heimatland zurück. Auch da finde ich es fraglich, ungeprüft die Familie zu holen, denn wenn eine Familie erst mal hier ist, werden die meisten bleiben. Was mich besorgt macht in Sachen Zusammenführung: Familie heißt in orientalisch-muslimischen Gesellschaften eine patriarchalisch-organisierte Sippe, eine Großfamilie. Wir importieren mit dem Familiennachzug ein islamisches Familiensystem, das erst zu Parallelgesellschaften und Integrationsproblemen führt. Der Jugendliche braucht sich nicht mehr anzupassen, man verbleibt unter sich, die hergebrachten Traditionen leben weiter.

Und genau das sehe ich mit den ungeleiteten Minderjährigen, die sich nach 2, 3 Jahren schon recht gut angepasst haben, durch den Schulbesuch sich mit deutschen Jugendlichen befreundeten, durch ein

engmaschiges Netz an geschulten Sozialarbeitern, die sie in unsere Kultur und unsere Wertesysteme einführen. Das ist mit einem Schlag weg, wenn die Familie kommt. Das haben wir immer wieder gesehen. Wo der Jugendliche uns mit Offenheit und Neugier begegnete, verfestigte sich in Null-Komma-Nix die Abwehr gegen uns, die Verachtung, die Ablehnung unserer nicht-muslimischen Lebensweisen, weil die Familie nun dahintersteht, die das ablehnt.

Und um es zusammenzufassen: ich möchte einfach keine Erweiterung einer Parallelgesellschaft, die letztendlich uns Frauen an den Kragen geht, uns bedrängt, uns immer mehr unserer Freiheit beraubt.

N.O-S: Was soll man deiner Meinung mit Immigranten machen, die sich nicht integrieren?

R.S.: Das ist nicht so einfach. Man kann nicht jemanden rauswerfen, der aus einem Kriegsgebiet kommt, selbst wenn er falsche Angaben zu seinem Alter machte, oder eine Straftat begangen hat. Das sollte man gesetzlich ändern, wer eine Straftat begeht, sollte rausfliegen, wer mit einer Waffe in der Hand andere Menschen umgebracht hat, sollte kein Asyl bekommen. Wer gegen unseren Staat ist, sollte rausfliegen. Der Staat ist hier aber hilflos. Zum Beispiel Syrer – zuerst waren sie hier wegen des Krieges, und jetzt, weil sie behaupten, dass sie alle gegen Assad waren und jetzt ihnen die Todesstrafe droht. Und obwohl darunter so einige sind, die zum ISIS oder zu anderen Terroristengruppen gehörten, oder sich hier radikalisiert haben, oder Verbrechen begangen haben, erlaubt das Gesetz keine Abschiebung. Man denkt nicht einmal darüber nach. Weiterhin: Woran messen wir Integration? Nur weil du Deutsch sprichst und arbeitest, bist du nicht integriert, wenn du unsere Werte ablehnst, keinerlei Loyalität zum Westen, Deutschland und zu uns hast, oder du der Meinung bist, Deutschland muss muslimische Werte annehmen und deinen kulturell-religiösen Extrawürstchen nachgeben, dann, finde ich, passt du nicht hierher.

N.O-S: Wie soll man deiner Meinung nach mit dem Islam in Deutschland verfahren?

R.S: Der politische Islam muss mit allen Mitteln verhindert, anstatt weiterhin hofiert werden. Dazu gehören nicht wenige Moscheen. Zuerst benötigen wir Gesetze, was in den Moscheen gepredigt werden darf, vor allem aber, was nicht. Deshalb sollte man es nicht erlauben, einfach so weitere Moscheen zu bauen, bevor man die schon existierenden nicht aufmerksamer prüft und beobachtet und vor allem genauer darauf schaut, wer diese finanziert. In vielen Moscheen werden die Menschen dazu aufgefordert, Ungläubige abzulehnen, sich nicht zu integrieren. Das haben zuletzt die Berichte des ARD-Journalisten Constantin Schreiber aus vielen Moscheen klar gezeigt. In anderen Moscheen werden Menschen sogar radikalisiert. Experten warnen davor seit Jahren. Moscheen werden mit Mitteln aus der Türkei, Iran, Saudi-Arabien gebaut, die Imame auch von drüben bezahlt. Viele können nicht einmal Deutsch. Aber die Politik scheint das nicht zu interessieren. Auch bin ich gegen Religionsunterricht in den Schulen, anstatt dessen sollte Ethik unterrichtet werden. Weiterhin bin ich für ein Kopftuchverbot in Schulen für Lehrer und Schüler, und im öffentlichen Dienst.

Ich fürchte dass wir eventuell schon bei den nächsten Wahlen in 4 Jahren ein neues Phänomen sehen werden. Muslime gründen früher oder später ihre eigene Partei, und weil sie schon einen großen Elektorat besitzen, werden sie nicht aufzuhalten sein. Mit Hilfe vor allem von Linken, Grünen und eigentlich fast allen Parteien, die sie hofieren, werden sie Gesetze zu ihren religiösen Gunsten verändern, an die wir uns dann anpassen werden müssen. Wie wir wissen, folgen viele Muslime der Prämisse, die Ungläubigen muss man bekehren, mit einer Steuer belegen, oder mit anderen Mitteln unterwerfen. Viele Muslime, allem voran der politische, von Staaten gesteuerte Islam, überlegen sich, wie sie ihre Interessen durchsetzen können – und verbergen es auch nicht. Wenn es auf diesem Weg geschieht, werden sie weiter an Macht in Deutschland gewinnen. Wir kennen Facebook Accounts, wo eindeutig dazu aufgerufen wird, Deutschland zu islamisieren; wo Aufrufe stattfinden, die meiner

Meinung nach verfassungswidrig sind, man kann überall solche Diskussionen finden. Wo ein Hund auf eine Israelflagge pinkelt, und wo Hass und Hetze gegen uns gerichtet ist. Und diese Accounts werden nicht gelöscht, genauso wie die von den Salafisten! Obwohl bei uns Facebook sehr penibel kontrolliert wird; Accounts von Personen, die anti-islamische Ansichten vertreten, werden dagegen blockiert. Wenn wir nicht schnell aufwachen, endet die ganze Situation tragisch.

N.O-S: Was möchtest du meinem Land und den Polen sagen?

R.S: Bleibt unbeugsam in eurem Widerstand gegen die Verletzung des Völkerrechts vonseiten der EU, und in diesem Fall gegen eine von außen aufgezwungene Verteilung von Flüchtlingen. Jedes Land und Volk hat ein Recht, seine Gäste selber auszusuchen. Kein Staat sollte seine Selbstbestimmung aufgeben. Menschen innerhalb ihres Staates haben ein Recht darauf, sich ohne Einmischung von außen zu regieren. Völkerrecht besagt, dass ihr ein Recht darauf habt, euren eigenen politischen Weg und Status zu bestimmen und frei von Fremdherrschaft zu sein. Ich habe den Eindruck, dass in Europa Interessen am Werk sind, denen es sehr daran liegt, ein Europa zu kreieren und das Völkerrecht, die Selbstbestimmung eines vom Volk gewählten Staates zu verwaschen bis hin, es zu eliminieren. Verliert eure Identität nicht, keine Nation, kein Volk, keine Gruppe, ob Indigene Völker oder Italiener, Franzosen, Deutsche oder Polen können sich erhalten, wenn sie sich nicht auf eine vernünftige Weise nach ihren gebotenen Interessen abgrenzen. Ich würde somit vorschlagen, zu überlegen, wen ihr freiwillig aufnehmen wollt. Es gibt so viele Flüchtlinge, die vermehrt aus muslimischen Ländern flüchten, da sie dort drüben immer mehr verfolgt werden. Darunter fallen z.B. viele Christen und andere Minderheiten, die mit unserem westlich orientierten Wertesystem gut oder besser zurechtkommen und die sich mit eurer Unterstützung gut integrieren werden.

s.a. Anhang Taqiya

Kriminellen Straftaten gegen die deutschen Gastgeber wiederum gibt es tatsächlich inzwischen in allen Einzelheiten dokumentiert in über 60000 Fällen (<https://www.refcrime.info/en/Home/Index>), was jeden Hausbesitzer zum Rauswurf der Gäste-Täter veranlassen würde. Aber die von der linken Merkel-Ignoranz verdimmt Deutschen protestieren gleich gegen „rechts“, wenn Deutsche sich gegen ihre eigene Opferung und Kolonisierung durch die Täterideologie, einen AUS PSYCHIATRISCHER SICHT HOCHPATHOLOGISCHEN Islam, wehren, der weltweit Christen verfolgt (s.www.opendoors.org), wehren.

Darum lasse ich Ihnen zu Ihrer dringend notwendigen Fortbildung folgende Texte und Anhänge zukommen:

Mit den Milliarden für die sog, "Flüchtlinge" können DREISSIGMAL mehr leidenden Menschen VOR ORT geholfen werden, die diese "Flucht" nicht schaffen (weil sie keine jungen Männer mehr sind). . Jede Unterstützung der übrigens grundgesetzwidrigen Asylpolitik Merkels ist automatisch ein Entzug dieser Hilfe bei DREISSIG mal mehr Menschen vor Ort - und damit äußerst inhuman (https://www.achgut.com/artikel/migration_die_zurueckgebliebenen_werden_vergessen/P10).

Der einfache Satz des Orientalisten Scholl-Latour sagt alles über die sowieso ILLEGALE, WEIL GRUNDGESETZWIDRIGE und Deutschland(s Sozialsystem) hochgradig gefährdende Flüchtlingspolitik aus:
WER HALB KALKUTTA AUFNIMMT, HILFT NICHT KALKUTTA, SONDERN WIRD SELBST KALKUTTA.

oder anders gesagt: Man leistet Entwicklungshilfe vor Ort - und nicht, indem man die hilfsbedürftige Bevölkerung ILLEGAL NACH DEUTSCHLAND SCHLEPPEN LÄSST

Dabei ist besonders die Ablehnung des Islam durch die Mehrheit der Bevölkerung aus psychiatrischer bzw. religionspsych(patho)logischer Sicht völlig berechtigt, weil eine gesunde Reaktion auf die weltweit größte religiös-politisch rassistische, millionenfach selbst- und fremdgefährdende Religion Islam. Diese Religion müsste nicht nur deswegen, sondern auch weil sie das Produkt des ersten IS-Terroristen Mohammed ist, dessen „Offenbarungen“ nichts anderes als ein psychotisches Stimmenhören im Rahmen einer Temporallappepilepsie war, in Deutschland selbstverständlich verboten werden, ebenso der Koran und der Bau von Moscheen, die der Progrome an Kurden und Gülen-Anhängern durchführende, den türkischen Völkermord an den Armeniern leugnende Erdogan als trojanische Pferde seines faschistischen Islamismus benutzt ... Inzwischen läßt der von der links-grünen Merkel-Regierung unterstützte Islamfaschist Erdogan seine Kritiker auch schon in Deutschland via smartphone-app in der Türkei registrieren und verfolgen (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/erdogan-kritiker-in-deutschland-offenbar-per-app-in-tuerkei-angezeigt-15805950.html#void> ; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-angebliche-erdogan-beleidigung-bringt-deutschen-ins-gefaengnis-a-1230946.html>)

DER ISLAM IST ALSO - wie an Erdogans Politik ersichtlich - NICHT VERFASSUNGSKONSKONFORM – UND WIRD ES VON SEINEM SELBSTVERSTÄNDNIS HER AUCH NIE WERDEN. Die Islamfeindlichkeit dagegen verteidigt dies Verfassung gegen den nicht verfassungskonformen Islam. Sarazzin hatte und hat also recht ...

Die WISSENSCHAFTLICHEN Daten zu diesen Aussagen finden Sie in den folgenden Texten und in den Anhängen – mit vielen Zitaten renommierter Islamwissenschaftler ...:

Der Gründer des Islam war der erste IS-Terrorist, der mit über 30 Kriegen gewaltsam den Islam verbreitete, hunderten von Juden köpfen ließ und persönlich eine gefangene Frau vergewaltigte, Sexsklaverei praktizierte und Sex mit einer Neunjährigen hatte (was der Iran deswegen inzwischen legalisiert hat). Der Islam hat anschließend mit Angriffskriegen bis heute ca. viermal soviel Menschen wie Hitler mit den seinen umgebracht. Gleichzeitig war Mohammed ein halluzinierender Epileptiker, der seine halluzinierten Stimmen FÄLSCHLICH für eine Offenbarung hiet (s. Anhang Mohammeds Geisteskrankheit)

<http://www.pi-news.net/2019/04/schwester-hatune-absage-meines-vortrags-war-verrat-am-christentum/>
TRÄGERIN DES BUNDESVERDIENSTKREUZES ÜBER DEN PFARRER-SKANDAL VON COESFELD

Schwester Hatune: Absage meines Vortrags war Verrat am Christentum

13. April 2019

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Das nordrhein-westfälische Städtchen Coesfeld westlich von Münster hat sich in Bezug auf Islam-Kollaboration und Verrat am Christentum in den vergangenen Monaten ganz besondere Verdienste erworben. Erst rollte man der DITIB für ihren Moscheebau völlig unkritisch den roten Teppich aus, dann wurde eine große Demogegen die sachliche Islam-Aufklärung der Bürgerbewegung Pax Europa organisiert, anschließend ließ der katholische Pfarrer Johannes Hammans den moslemischen Täuscher Mouhanad Khorchide vor über 300 Besuchern in seinem Pfarrsaal den Islam entgegen aller Fakten schönfärben und

sagte dann skandalöserweise einen Vortrag der Schwester Hatune Dogan über die Christenverfolgung im Nahen Osten [an gleicher Stelle ab](#). Mit dem falschen Vorwand, es sei eine „AfD-Veranstaltung“, was eine tatsachenwidrige Unterstellung war. Ganz abgesehen davon, dass auch das keinesfalls eine Absage gerechtfertigt hätte. Schwester Hatune wurde 2010 mit dem Bundesverdienstkreuz und 2012 mit dem Stephanus-Preis für ihren weltweiten Einsatz für verfolgte Christen ausgezeichnet. Sie klärt seit über 30 Jahren über die Gefährlichkeit des Islams auf, die sie als aramäische Christin am eigenen Leib in der Türkei und bei ihren Hilfsaktionen in vielen islamischen Ländern erlebte. Mit ihrer Hatune Stiftung hilft sie Menschen, deren Leben in den Ländern bedroht wird, deren Religions-Ideologie die Vorlage dazu liefert. Genau jene Ideologie, die Pfarrer Hammans in seinem noch gemütlichen warmen Nest in Coesfeld zu verbreiten hilft. Damit fällt dieser Judas in Priesterrobe seinen Glaubensbrüdern in den Rücken. Es sind genau diese rückgratlosen Mitläufer und Speichellecker des linksgrünen Zeitgeistes in den Kirchen hierzulande, die im Gleichschritt mit den verantwortungslosen Taktgebern in Altpolitik und Mainstream-Medien den eigenen Untergang mit herbeiführen.

Im Interview mit der Bürgerbewegung Pax Europa (Video oben) bestätigt Schwester Hatune, dass diese Figuren in Deutschland die Wahrheit über den Islam nicht hören wollen. Die Absage durch Pfarrer Hammans sei ein Verrat am Christentum, während man gleichzeitig einem Taqiyya-Spezialisten wie Khorchide Raum für seine absurden Islambeschönigungen gebe.

Dies entspräche der Linie, wie sie derzeit hierzulande vorgegeben sei: Der Islam wird in Schutz genommen, das Schicksal der weltweit verfolgten Christen hingegen sei nicht von großem Interesse. Hochrangige Politiker, mit denen sie auch im Gespräch ist, würden ihr gegenüber immer wieder leere Versprechungen machen, aber kaum Taten folgen lassen.

Der Veranstalter des abgesagten Vortrags, der Coesfelder Bürger und Unternehmer im Pflegebereich Günter Geuking, hat diese unglaublichen Vorgänge auf seiner Facebook-Seite [kommentiert](#):

Damit man in der Anna Katharina Gemeinde in Coesfeld, in welcher sie begeistert in der Kirche einen Islam-Professor vortragen ließen, aber mit Polizei und Gerichten verhinderten, dass eine christliche Nonne dort spricht (sie verlegten sogar den Gottesdienst, siehe Foto, und verriegelten das Gotteshaus) damit sie also in genau dieser Anna Katharina Gemeinde wenigstens mal ein bisschen was von ihrer Namenspatronin, der seligen Nonne Anna Katharina, lesen können: „Unter dem falschen Papst wurden tausend Götzen angebetet, dem Herrn aber kein Platz eingeräumt.“

Günter Geuking war anschließend auch noch dem üblichen linken Gesinnungsterror ausgesetzt, über den die [Zeitung Kath.net berichtete](#):

Ein Coesfelder Polizeibeamter rief im Büro des Veranstalters an und forderte ihn auf, die Werbung für die Veranstaltung sofort einzustellen, der Pfarrer hätte die Veranstaltung schließlich abgesagt. Doch der Irrsinn ging weiter. Die „Antifa“ verübte sogar einen Anschlag auf den Firmensitz des Veranstalters in Coesfeld. Der Staatsschutz ermittelt. Es folgten diffamierenden Artikel mit Falschbehauptungen in der Allgemeinen Zeitung Coesfeld, in der Pfarrer behauptet, dass es keine Veranstaltung mit der Schwester und der AfD (!) geben werde. Günter Geuking erklärte dazu gegenüber kath.net: „Sowas nenne ich Gesinnungsterror. Das gab es in dieser Qualität wohl zuletzt in der Nazizeit.“

Schwester Hatune hat sich im BPE-Interview auch zu dem Lösungsansatz geäußert, über das Verbot des Politischen Islams die gewalttätigen und verfassungsfeindlichen Bestandteile dieser Religions-Ideologie unter Kontrolle zu bekommen:

Außerdem stellte sie klar, dass die Christen in Syrien unter Assad sicher seien und ihn auf jeden Fall als Regierungschef behalten wollen:
Das vollständige Interview mit Schwester Hatune Dogan ist auf dem [Youtube-Kanal des BPE-Landesverbandes Bayern](#) zu sehen.

Michael Stürzenberger *PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger* arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).

<https://de.gatestoneinstitute.org/14078/europa-kirchen-vandalisiert-angezündet>

Europäische Kirchen: Jeden Tag vandalisiert, vollgekotet und angezündet von **Raymond Ibrahim**

15. April 2019

Englischer Originaltext: **European Churches: Vandalized, Defecated On, and Torched "Every Day"**

Übersetzung: Daniel Heiniger

- **In Deutschland wurden allein im März vier separate Kirchen vandalisiert und/oder abgefackelt. "Auch hierzulande", erklärte PI-News, "herrscht schleichender Krieg gegen alles, was Christentum symbolisiert: Angriffe auf Gipfelkreuze, auf Heiligenfiguren am Weg, auf Kirchen [...] und neuerdings auch auf Friedhöfe."**
- **In praktisch jedem Fall von kirchlichen Angriffen verschleiern Behörden und Medien die Identität der Vandalen. In den seltenen Fällen, in denen die muslimische (oder "migrantische") Identität der Zerstörer durchsickert, werden die Schänder dann als an psychischen Problemen leidende Personen dargestellt.**
- **"Kaum jemand schreibt und spricht über zunehmende Anschläge auf christliche Symbole. Über den Skandal der Schändungen und die Herkunft der Täter herrscht in Frankreich wie in Deutschland beredtes Schweigen. ... Kein Wort, auch nicht der kleinste Hinweis, das oder der in irgendeiner Weise den Verdacht auf Migranten lenken könnte. ... Nicht die Täter laufen Gefahr, geächtet zu werden, sondern diejenigen, die es wagen sollten, die Schändung christlicher Symbole mit migrantischem Import in Verbindung zu bringen. Ihnen wird Hass, Hetze und Rassismus vorgeworfen." -- PI News, 24. März 2019. Unzählige Kirchen in ganz Westeuropa werden zerstört, verkotet und abgefackelt.**

In Frankreich werden im Durchschnitt jeden Tag zwei Kirchen entweiht. Laut **PI-News, einer deutschen Nachrichtenseite, wurden 2018 in Frankreich 1.063 Angriffe auf christliche Kirchen oder Symbole (Kruzifixe, Symbole, Statuen) **registriert**. Dies entspricht einer Steigerung von 17% gegenüber dem Vorjahr (2017), als 878 Angriffe registriert wurden - was bedeutet, dass diese Angriffe nur noch schlimmer werden.**

Unter einigen der jüngsten Schändungen in Frankreich fand folgendes allein im Februar und März statt:

- Vandalen plünderten die Kirche Notre-Dame-des-Enfants in Nîmes und benutzten **menschliche Exkremente, um dort ein Kreuz zu ziehen**; geweihtes Brot wurde draußen zwischen Müll gefunden.
- Die Kirche Saint-Nicolas in Houilles wurde im Februar dreimal **vandalisiert**; eine Statue der Jungfrau Maria aus dem 19. Jahrhundert, die als **"irreparabel"** gilt, wurde **"vollständig pulverisiert"**, sagte ein Geistlicher; und ein hängendes Kreuz wurde auf den Boden geworfen.
- Vandalen **entweihten und zerschlugen Kreuze** und Statuen in der Kathedrale Saint-Alain in Lavaur und verstümmelten die Arme einer Statue eines gekreuzigten Christus auf verspottende Weise. Außerdem wurde ein Altartuch verbrannt.
- Brandstifter **zündeten** die Kirche St. Sulpice in Paris am Sonntag, den 17. März kurz nach der Mittagsmesse, an.

Ähnliche Berichte kommen aus Deutschland. Allein im März wurden **vier separate Kirchen** zerstört und/oder abgefackelt. "Auch hierzulande", **erklärte** PI-News, "herrscht schleicher Krieg gegen alles, was Christentum symbolisiert: Angriffe auf Gipfelkreuze, auf **Heiligenfiguren am Weg**, auf Kirchen [...] und neuerdings auch auf Friedhöfe."

Wer steckt primär hinter diesen anhaltenden und zunehmenden Angriffen auf Kirchen in Europa? Der gleiche deutsche **Bericht** gibt einen Hinweis: "Es werden Kreuze zerbrochen, Altäre zerschlagen, Bibeln angezündet, Taufbecken umgestürzt und die Kirchentüren mit islamischen Bekundungen wie "Allahu akbar" besmiert."

In einem weiteren deutschen **Bericht** vom 11. November 2017 heißt es, dass allein in den Alpen und Bayern rund 200 Kirchen angegriffen und viele Kreuze zerbrochen wurden: "Die Kriminalpolizei hat es derzeit immer wieder mit Kirchenschändungen zu tun. Die Täter seien oft jugendliche Randalierer mit Migrationshintergrund." Anderswo werden sie als **"junge Islamisten"** bezeichnet.

Leider scheint es in europäischen Regionen mit großer muslimischer Bevölkerung manchmal als Begleiterscheinung zu einem gleichzeitigen Anstieg der Angriffe auf Kirchen und christliche Symbole zu kommen. Vor Weihnachten 2016 wurden in Nordrhein-Westfalen, wo **über eine Million Muslime leben**, etwa **50 öffentliche christliche Statuen** (einschließlich der von Jesus) enthauptet und Kruzifixe gebrochen.

Im Jahr 2016, nach der Ankunft einer weiteren Million meist muslimischer Migranten in Deutschland, **berichtete** eine Lokalzeitung, dass in der Stadt Dülmen "kein Tag vergeht", ohne Angriffe auf religiöse Statuen in der Stadt von weniger als 50.000 Menschen und der unmittelbaren Umgebung".

In Frankreich scheint es auch so zu sein, dass dort, wo die Zahl der muslimischen Migranten steigt, auch Angriffe auf Kirchen steigen. Eine Studie vom Januar 2017 **enthüllte**, dass die "islamistischen extremistischen Angriffe auf Christen" in Frankreich um 38 Prozent gestiegen sind, von 273 Anschlägen im Jahr 2015 auf 376 im Jahr 2016; die Mehrheit fand während der Weihnachtszeit statt und "viele der Angriffe fanden in Kirchen und anderen Kultstätten statt".

Ein typisches Beispiel dafür ist, dass ein muslimischer Mann 2014 in einer historischen katholischen Kirche in Thonon-les-Bains **"große Vandalismusakte"** beging. Laut einem **Bericht** (mit Bildern) "stürzte er zwei Altäre, die Kerzenständer und Pulte um und zerbrach sie, zerstörte Statuen, riss ein Tabernakel nieder, verdrehte ein massives Bronzekreuz, schlug eine Sakristeitür ein und zerbrach sogar einige Buntglasfenster". Er hat auch auf der Eucharistie "herumgetrampelt".

Für ähnliche Beispiele in anderen europäischen Ländern siehe [hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#), und [hier](#).

In praktisch jedem Fall von kirchlichen Angriffen verschleiern Behörden und Medien die Identität der Vandalen. In den seltenen Fällen, in denen die muslimische (oder "migrantische") Identität der Zerstörer durchsickert, werden die Täter dann als an **psychischen Problemen** leidende Personen dargestellt. Wie der aktuelle PI-News-Bericht sagt:

"Kaum jemand schreibt und spricht über zunehmende Anschläge auf christliche Symbole. Über den Skandal der Schändungen und die Herkunft der Täter herrscht in Frankreich wie in Deutschland beredtes Schweigen. ... "Kein Wort, auch nicht der kleinste Hinweis, das oder der in irgendeiner Weise den Verdacht auf Migranten lenken könnte. ... "Nicht die Täter laufen Gefahr, geächtet zu werden, sondern diejenigen, die es wagen sollten, die Schändung christlicher Symbole mit migrantischem Import in Verbindung zu bringen. Ihnen wird Hass, Hetze und Rassismus vorgeworfen."

*Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches **Sword and Scimitar, Fourteen Centuries of War between Islam and the West** ("Schwert und Krummsäbel, Vierzehn Jahrhunderte Krieg zwischen dem Islam und dem Westen"), ist ein Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.*

<https://de.gatestoneinstitute.org/14120/brand-notre-dame-zerstoerung-christlichen-europas>

Der Brand in der Notre Dame und die Zerstörung des christlichen Europas

von **Guy Millière**

23. April 2019

Englischer Originaltext: **The Burning of Notre Dame and the Destruction of Christian Europe**

Übersetzung: Daniel Heiniger



Weiterempfehlen**277**

- Kaum eine Stunde nachdem die Flammen über der Notre Dame aufzusteigen begannen - zu einer Zeit, als noch niemand eine Erklärung dafür abgeben konnte - beeilten sich die französischen Behörden zu sagen, dass das Feuer ein "Unfall" sei und dass "Brandstiftung ausgeschlossen" sei. Die Bemerkungen klangen wie alle offiziellen Erklärungen der französischen Regierung nach den Angriffen in Frankreich im letzten Jahrzehnt.
- Das Feuer in der Notre Dame ereignete sich auch zu einer Zeit, in der sich die Angriffe auf Kirchen in Frankreich und Europa vermehrten. Allein im Jahr 2018 wurden in Frankreich mehr als 800 Kirchen angegriffen.
- Die Kirchen in Frankreich sind leer. Die Zahl der Priester nimmt ab und die in Frankreich tätigen Priester sind entweder sehr alt oder kommen aus Afrika oder Lateinamerika. Die dominante Religion in Frankreich ist heute der Islam. Jedes Jahr werden Kirchen abgerissen, um Platz für Parkplätze oder Einkaufszentren zu schaffen. Überall werden Moscheen gebaut, und sie sind voll.

Das Feuer, das einen Großteil der Kathedrale Notre Dame im Herzen von Paris zerstört hat, ist eine Tragödie, die nicht wieder gutzumachen ist. Selbst wenn die Kathedrale wieder aufgebaut wird, wird sie nie wieder das sein, was sie vorher war. Buntglasfenster und wichtige architektonische Elemente wurden stark **beschädigt** und der Eichenrahmen vollständig **zerstört**. Der **Turm**, die aus der Kathedrale ragte, war ein einzigartiges Kunstwerk. Er wurde von dem

Architekten Eugène Viollet-le-Duc entworfen, der das Gebäude im 19. Jahrhundert **restaurierte** und sein Werk auf Dokumenten des 12. Jahrhunderts basierte. Zusätzlich zum Feuer durchdrang das zum Löschen der Flammen benötigte Wasser den Kalkstein der Wände und der Fassade, **schwächte** sie und machte sie brüchig. Das Dach ist **nicht mehr vorhanden**: Das Kirchenschiff, das Querschiff und der Chor liegen heute im Freien und sind anfällig für schlechtes Wetter. Sie können nicht einmal geschützt werden, bis die Struktur gründlich untersucht wurde, eine Aufgabe, die Wochen dauern wird. Drei **Hauptelemente** der Struktur (der nördliche Querflügel, der Flügel zwischen den beiden Türmen und das Gewölbe) stehen ebenfalls kurz vor dem Zusammenbruch. Notre Dame ist mehr als 800 Jahre alt. Sie **überlebte** die Turbulenzen des Mittelalters, das Terrorregime der Französischen Revolution, zwei Weltkriege und die nationalsozialistische Besetzung von Paris. Sie hat nicht überlebt, was aus Frankreich im 21. Jahrhundert wird. Die Brandursache wurde bisher auf **"einen Unfall"**, **"einen Kurzschluss"** und zuletzt **"eine Computerpanne"** zurückgeführt.

Wenn das Feuer wirklich ein Unfall war, dann ist es fast unmöglich zu erklären, wie es entstanden ist. Benjamin Mouton, ehemaliger Chefarchitekt von Notre Dame, erklärte, dass die Regeln außergewöhnlich streng seien und dass kein Stromkabel oder -gerät und keine Wärmequelle auf dem Dachboden platziert werden könne. Er fügte hinzu, dass ein äußerst ausgeklügeltes Alarmsystem vorhanden war. Die Firma, die das Gerüst installiert hat, hat keine Schweißarbeiten durchgeführt und ist auf diese Art von Arbeiten spezialisiert. Das Feuer brach mehr als eine Stunde nach Feierabend aus, und keiner der Arbeiter war noch anwesend. Es breitete sich so schnell aus, dass die Feuerwehrleute, die so schnell es nur ging zur Stelle waren, schockiert waren. Remi Fromont, der Chefarchitekt der französischen historischen Denkmäler, sagte: "Das Feuer konnte nicht von einem Element ausgehen, das sich dort befand, wo es entstand. Eine echte Wärmelast ist notwendig, um eine solche Katastrophe auszulösen".

Es wird eine lange, schwierige und komplexe Ermittlung durchgeführt. Die Möglichkeit, dass das Feuer die Folge von Brandstiftung war, kann nicht ausgeschlossen werden. Kaum eine Stunde nachdem die Flammen über der Notre Dame aufzusteigen begannen - zu einer Zeit, als noch niemand eine Erklärung abgeben konnte - **beeilten** sich die französischen Behörden zu sagen, dass das Feuer ein "Unfall" sei und dass **"Brandstiftung ausgeschlossen"** sei. Die Bemerkungen klangen wie alle offiziellen Erklärungen der französischen Regierung nach den Angriffen in Frankreich im letzten Jahrzehnt.

Im November 2015, in der Nacht des Massakers im Bataclan Theater in Paris, bei dem Dschihadisten 90 Menschen ermordeten, sagte das französische Innenministerium, dass die Regierung **nichts** wisse, außer dass es zu einer Schießerei gekommen sei. Die Wahrheit kam erst ans Licht, als ISIS die Verantwortung für die Schlächtereie übernahm.

In Nizza bestand die französische Regierung nach dem LKW-Angriff im Juli 2016 mehrere Tage lang darauf, dass der Terrorist, der 86 Menschen zu Tode fuhr, ein **"Mann mit einem Nervenzusammenbruch"** sei.

Im Jahr 2018 wurde Sarah Halimis Mörder, der während der Folter seines Opfers Verse aus dem Koran rezitierte, für "geistig gestört" erklärt und unmittelbar nach seiner Verhaftung in einer psychiatrischen Einrichtung festgehalten. Er wird höchstwahrscheinlich nie vor Gericht stehen. Am 8. April veröffentlichten Alain Finkielkraut und 38 weitere Intellektuelle einen Text, in dem sie sagten, dass dieser Mörder der Justiz nicht entkommen dürfe. Der Text hatte keine Wirkung. Das Feuer in der Notre Dame ereignete sich weniger als drei Jahre nachdem eine "Kommandoeinheit" von später verhafteten Dschihadi-Frauen versuchte, die Kathedrale durch Explosion von Erdgasflaschen zu zerstören. Drei Tage vor dem Brand in der vergangenen Woche, am 12. April, wurde die Anführerin der Dschihadis, Ines Madani, eine junge Französin, die zum Islam konvertierte, zu acht

Jahren Gefängnis **verurteilt**, weil sie eine dem islamischen Staat angegliederte Terrorgruppe gegründet hatte.

Das Feuer in der Notre Dame ereignete sich auch zu einer Zeit, in der die **Angriffe auf Kirchen** in Frankreich und Europa immer zahlreicher werden. Allein im Jahr 2018 wurden in Frankreich mehr als 800 Kirchen **angegriffen**. Viele erlitten schwere **Schäden**: zerbrochene, enthauptete Statuen, zerschlagene Tabernakel, an die Wände geschmierter Kot. In mehreren Kirchen wurden Feuer entzündet. Am 5. März wurde die Basilika St. Denis, in der bis auf drei der Könige von Frankreich begraben sind, von einem pakistanischen Flüchtling **vandalisiert**. Mehrere Buntglasfenster wurden zerstört, und die Orgel der Basilika, ein zwischen 1834 und 1841 erbauter Nationalschatz, wurde fast zerstört. Zwölf Tage später, am 17. März, brach ein **Feuer** in der Saint Sulpice, der größten Kirche in Paris, aus, das schwere Schäden verursachte. Nach Tagen des Schweigens gab die Polizei schließlich zu, dass die Ursache **Brandstiftung** gewesen war.

Seit Monaten veröffentlichen dschihadistische Organisationen **Erklärungen**, in denen sie zur Zerstörung von Kirchen und christlichen Denkmälern in Europa aufrufen. Notre Dame wurde wiederholt als primäres Ziel genannt. Trotz allem war die Kathedrale nicht ausreichend geschützt. Ein paar junge Männer, die nachts die Kathedrale betraten, kletterten letzten November auf das Dach und **drehten** ein Video, das sie dann auf YouTube hochluden.

Viele **Nachrichten** wurden von Menschen mit muslimischen Namen in sozialen Medien veröffentlicht - Twitter, Facebook, die Website von Al Jazeera - und drückten die Freude aus, ein wichtiges christliches Symbol zerstört zu sehen. Hafsa Askar, eine Migrantin aus Marokko und Vizepräsidentin der National Union of Students of France (UNEF), der wichtigsten Studentenorganisation in Frankreich, veröffentlichte einen Tweet mit dem Satz: "Die Leute weinen über kleine Holzstücke... es ist eine Illusion von weißem Müll".

Der französische Präsident Emmanuel Macron, der die Angriffe auf Saint Denis oder Saint Sulpice nie erwähnt hatte, ging rasch zur Notre Dame und **erklärte**: "Notre Dame ist unsere Geschichte, unsere Literatur, unsere Fantasie". Er hat die religiöse Dimension der Kathedrale völlig außen vor gelassen.

Am nächsten Abend sagte er, dass Notre Dame in fünf Jahren **wieder aufgebaut** werden würde: Das war eine mutige Aussage. Viele Kommentatoren interpretierten seine Worte als von seinem Willen diktiert, nach **fünf Monaten** Demonstrationen, Unruhen und Zerstörungen, die auf seinen ineffektiven Umgang mit dem Aufstand der "Gelben Westen" zurückzuführen waren, verzweifelt das Vertrauen des französischen Volkes zurückzugewinnen. (Am 16. März wurde ein Großteil der Champs-Élysées **durch Aufständische beschädigt**; die Reparaturen haben gerade erst begonnen.) Alle Experten sind sich einig, dass es mit ziemlicher Sicherheit **weitaus länger** als fünf Jahre dauern wird, Notre Dame wieder aufzubauen.

Macron fügte seltsamerweise hinzu, dass die Kathedrale "**schöner**" sein würde als zuvor - als ob ein schwer beschädigtes Denkmal nach der Restaurierung schöner sein könnte. Macron **fügte an**, dass die Rekonstruktion eine "zeitgenössische architektonische Geste" sein würde. Die Bemerkung führte zu **Besorgnis**, wenn nicht gar Panik unter den Verteidigern historischer Denkmäler, die nun befürchten, dass sie einem Juwel der gotischen Architektur moderne architektonische Elemente hinzufügen wollen. Auch hier ließ er die religiöse Dimension der Kathedrale völlig außen vor.

Macrons Haltung ist nicht überraschend. Von dem Moment an, als er Präsident wurde, hat er sich von jeder christlichen Zeremonie **ferngehalten**. Die meisten der Präsidenten, die ihm vorausgingen, taten dasselbe. Frankreich ist ein Land, in dem ein **dogmatischer Säkularismus** die Oberhand hat. Ein politischer Führer, der es

wagt, sich als Christ zu bezeichnen, wird sofort in den Medien kritisiert und kann damit nur einer aufkeimenden politischen Karriere schaden. Nathalie Loiseau - die ehemalige Direktorin der französischen National School of Administration und führende **Kandidatin** auf der Wählerliste der Macron'schen Partei "Republique en Marche" für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 - wurde kürzlich beim **Verlassen einer Kirche** nach der Messe fotografiert, was zu einer medialen Debatte darüber führte, ob ihr Kirchenbesuch ein "Problem" sei.

Die Ergebnisse des französischen Säkularismus sind sichtbar. Das Christentum ist fast vollständig aus dem öffentlichen Leben verschwunden. Die Kirchen sind **leer**. Die Zahl der Priester **schrumpft** und die in Frankreich tätigen Priester sind entweder sehr alt oder kommen aus **Afrika** oder Lateinamerika. Die dominante Religion in Frankreich ist heute der **Islam**. Jedes Jahr werden Kirchen **abgerissen**, um Platz für Parkplätze oder Einkaufszentren zu schaffen. Überall werden Moscheen gebaut, und sie sind **voll**. Radikale Imane **missionieren**. Der Mord an Jacques Hamel, einem 85 Jahre alten Priester, der von zwei Islamisten **abgeschlachtet** wurde, während er in einer Kirche, in der nur fünf Personen (drei von ihnen alte Nonnen) anwesend waren, die Messe hielt, ist **verräterisch**.

1905 verabschiedete das französische Parlament ein Gesetz, das besagt, dass alle Güter der katholischen Kirche in Frankreich **beschlagnahmt** würden. Kirchen und Kathedralen wurden Eigentum des Staates. Seitdem haben die aufeinanderfolgenden Regierungen wenig Geld ausgegeben, um sie zu erhalten. Die Kirchen, die nicht vandalisiert wurden, sind in einem **schlechten Zustand**, und die meisten Kathedralen sind ebenfalls in einem schlechten Zustand. Noch vor dem verheerenden Brand erklärte die Erzdiözese Paris, dass "sie sich nicht alle Reparaturen leisten kann", die die Notre Dame benötigte, nämlich "geschätzte 185 Millionen Dollar". **Laut** CBS News, in einem Bericht vom 20. März 2018:

"Die französische Regierung, die Eigentümerin der Kathedrale, hat in den nächsten zehn Jahren rund 50 Millionen Dollar zugesagt, so dass eine Rechnung von 135 Millionen Dollar übrig bleibt. Um den Rest zu sammeln, half Picaud bei der Gründung der Friends of Notre-Dame of Paris Foundation. Sie arbeitet daran, private Spender sowohl in Frankreich als auch auf der anderen Seite des Atlantiks zu finden.

"Wir wissen, dass Amerikaner reich sind, also gehen wir dorthin, wo wir denken, dass wir Geld finden können, um die Kathedrale wieder aufzubauen", sagte Picaud."

Am Abend des Feuers in der Notre Dame versammelten sich Hunderte von Franzosen vor der brennenden Kathedrale, um Psalmen zu **singen** und zu beten. Sie schienen plötzlich zu verstehen, dass sie etwas immens Wertvolles verloren hatten.

Nach dem Brand beschloss die französische Regierung, Spenden von Privatpersonen, Unternehmen und Organisationen für den Wiederaufbau zu **sammeln**; mehr als eine Milliarde Euro sind bereits eingeflossen. Französische **Milliardäre** versprachen, große Summen zu zahlen: die Familie Pinault (die Haupteigentümer des Handelskonzerns Kering) versprach 100 Millionen Euro, die Familie Arnault (Eigentümer von LVMH, dem größten Luxusgüterunternehmen der Welt), 200 Millionen Euro, die Familie Bettencourt (Eigentümer von L'Oréal), ebenfalls 200 Millionen Euro. Viele der französischen "Linken" **sagten** sofort, dass wohlhabende Familien zu viel Geld hätten und dass diese Millionen besser für die **Hilfe für die Armen** verwendet würden als für die Pflege alter Steine.

Auf absehbare Zeit wird das Herz von Paris die schrecklichen Narben eines Feuers tragen, das weit mehr verwüstet hat als eine Kathedrale. Das Feuer zerstörte einen wesentlichen Teil dessen, was von der fast verlorenen Seele Frankreichs **übrig geblieben** ist und was Frankreich erreichen kann, wenn die Franzosen an etwas **Höheres** glauben, als an ihr eigenes tägliches Leben.

Einige hoffen, dass der Anblick der zerstörten Kathedrale viele Franzosen dazu anregen wird, dem Beispiel derer zu folgen, die in der Nacht der Katastrophe gebetet haben. Michel Aupetit, Erzbischof von Paris, **sagte** am 17. April, zwei Tage nach dem Brand, dass er sicher sei, dass Frankreich ein "spirituelles Erwachen" erleben würde.

Andere, nicht so optimistisch, sehen in der Asche des Doms ein Symbol für die Zerstörung des Christentums in Frankreich. Der Kunsthistoriker Jean Clair **sagte**, dass er in der Zerstörung von Notre Dame ein zusätzliches Zeichen einer "unwiderruflichen Dekadenz" Frankreichs und des endgültigen Zusammenbruchs der jüdisch-christlichen Wurzeln Europas sieht.

Ein amerikanischer Kolumnist, Dennis Prager, **schrieb**:

"Die Symbolik des Niederbrennens der Kathedrale Notre Dame, des berühmtesten Gebäudes der westlichen Zivilisation, des ikonischen Symbols der westlichen Christenheit, ist schwer zu übersehen.

"Es ist, als wollte Gott selbst uns auf die unmissverständlichste Weise warnen, dass das westliche Christentum brennt - und mit ihm die westliche Zivilisation."

Ein anderer amerikanischer Autor, Rod Dreher, **bemerkte**:

"Diese Katastrophe in Paris heute ist ein Zeichen für alle von uns Christen und ein Zeichen für alle Menschen im Westen, besonders für diejenigen, die die Zivilisation verachten, die diesen großen Tempel für ihren Gott auf einer Insel in der Seine errichtete, wo seit den Tagen des heidnischen Roms religiöse Riten gefeiert werden. Es ist ein Zeichen dafür, was wir verlieren und was wir nicht wiederherstellen werden, wenn wir jetzt nicht den Kurs ändern."

Im Moment deutet nichts darauf hin, dass Frankreich und Westeuropa ihren Kurs ändern werden. *Dr. Guy Millière, Professor an der Universität Paris, ist Autor von 27 Büchern über Frankreich und Europa.*

https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Der-verfolgte-Christ-article20981938.html

DIENSTAG, 23. APRIL 2019

Person der Woche Der verfolgte Christ

Von Wolfram Weimer

Der Terror hat in Sri Lanka viele Todesopfer gefordert. Doch Islamisten betreiben Christenverfolgung in vielen Ländern inzwischen systematisch. Menschenrechtsgruppen wie Politiker schlagen Alarm.

Auf die Oster-Anschläge von Sri Lanka hat die britische Premierministerin Theresa May mit einer deutlichen Ansage reagiert: Ihre Regierung will die Verfolgung von Christen in vielen Ländern bekämpfen. "Wir müssen für das Recht eines jeden aufstehen, den eigenen Glauben zu praktizieren, egal welcher Religion man angehört", sagte sie.

"Kirchen wurden angegriffen, Christen ermordet, Familien wurden gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen", sagte sie über die Situation von Christen nicht nur in Sri Lanka. **Darum habe die britische Regierung eine globale Untersuchung zur Christenverfolgung eingeleitet. Auch der britische Thronfolger Prinz Charles appellierte an die Weltöffentlichkeit, das Drama massenhaft verfolgter Christen nicht länger zu verschweigen. Es gebe derzeit 245 Millionen Christen, die unter Repressionen zu leiden hätten, "viele werden attackiert". Der amerikanische Vizepräsident Mike Pence bezeichnet die Terrorattacken von Sri Lanka als "Angriff gegen den christlichen Glauben und die Religionsfreiheit". Außenminister Mike Pompeo kündigt an, die US-amerikanische Außenpolitik werde dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.**

Auch in Deutschland warnt der Ex-Fraktionschef der Union im Bundestag, Volker Kauder: "Die Ereignisse in Sri Lanka sind bestürzend. Sie sind aber leider kein Einzelfall. Ich sehe mit großer Besorgnis die wachsende Christenverfolgung." **Das Pew-Forschungszentrum in Washington**

führt Christen seit Jahren als **die am meisten verfolgte Religionsgruppe weltweit**. Die Hilfsorganisation Open Doors, ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, spricht sogar von "der größten Christenverfolgung aller Zeiten". Die Terrorattacken in Sri Lanka seien Teil einer langen Serie von Angriffen.

Es sind vor allem islamistische Bewegungen und eine voranschreitende Radikalisierung des Islam, die christliche Minderheiten in vielen Ländern offener Gewalt und zahlreichen Tötungen aussetzen. Besonders aus den Randgebieten des islamischen Raums mehren sich grauenhafte Berichte von systematischen Christenverfolgungen. Open Doors meldete im Januar, dass allein in Nigeria im vergangenen Jahr 3731 Christen um ihres Glaubens willen ermordet worden seien - mehr als in allen anderen Ländern zusammen. Der Erzbischof des nigerianischen Bistums Kaduna appelliert daher an die Weltöffentlichkeit, das Massaker nicht zu übersehen und warnt vor einer Gewaltspirale.

Auch in Sudan, Eritrea, Äthiopien, Kenia, im Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik kommt es wöchentlich zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen und ihre Kirchen. Militäranalysten berichten, dass Kämpfer der Terrormiliz "Islamischer Staat" und anderer islamistischer Gruppierungen nach Niederlagen im Nahen Osten nun mit neuen Aufträgen unterwegs seien. Es gehe ihnen neuerdings um eine islamistische Offensive in gemischt-religiösen Randgebieten der Kulturräume, um den Einflussbereich des Islams auszuweiten.

Die westliche Politik hat jenseits kirchlicher Kreise bislang kaum von den dramatischen Ereignissen Notiz genommen. Die Attentate von Sri Lanka ändern das offenbar. Der britische "Guardian" kommentiert in einem **Leitartikel** dieser Woche: **"Wir durchleben einen der gravierendsten Phasen von Christenverfolgung der Geschichte und die meisten Menschen (im Westen) wollen es nicht wahrhaben."** Der "Telegraph" schreibt: **"Die meisten Menschen denken bei Christenverfolgungen an das Römische Reich und an Märtyrer, die Löwen zum Fraß vorgeworfen wurden. Andere erinnern sich vielleicht an das Sowjetregime und die Unterdrückung von Gläubigen in der Stalinzeit. Doch dieses Jahrhundert ist rasch dabei, diesen beiden Epochen nahezukommen."**

"Die gegenwärtige Situation der verfolgten Christen und anderer Minderheiten ist katastrophal und alarmierend", **warnt** der Vorstandsvorsitzende von Open Doors Markus Rode. "Wenn Millionen Betroffene keine Chance haben, selbst auf ihre Situation aufmerksam zu machen, dann müssen Politiker und wir als Christen deutlich mehr tun als bisher."

Tatsächlich ist nun auch in Berlin Bewegung in dieser Frage zu beobachten. "Der Terror in Sri Lanka reiht sich ein in verschiedene Anschläge gegen Christen weltweit", sagte der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU). "Christen sind weltweit das Ziel von radikalen Muslimen." Der stellvertretende FDP-

Fraktionsvorsitzende Michael Theurer sagte: **"Mehr als 100 Millionen Christen leben in Ländern, in denen ihr Menschenrecht auf Religionsfreiheit nicht geachtet wird."** Der Grünen-Europapolitiker Sven Giegold sagte der "Welt", die Religionsfreiheit von Christen sei in vielen Teilen der Welt bedroht. **"Europa muss sich nachdrücklich auf der Welt für das Recht auf Religionsfreiheit einsetzen."** Auch CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak forderte mehr Schutz für Christen. Wichtig sei nun, sich nicht spalten zu lassen und den Dialog der Religionen aufrechtzuerhalten. **"Dazu gehört aber auch, die Unterdrückung von Christen deutlich anzusprechen und klar für die Einhaltung der Religionsfreiheit einzutreten."**

POLITIK, KIRCHEN, MEDIEN

Die Anti-Identität der Eliten

22. April 2019

Ohne Identität, ohne Liebe zum Vaterland - Angela Merkel.

Von RENATE | Die gesellschaftlichen Eliten in Deutschland — Politik, Kirchen, Medien — sind generell auf alles, was mit eigener deutscher Identität zusammenhängt, nicht gut zu sprechen, was bis hin zur Verfolgung der »Identitären« geht. Manche PI-NEWS-Leser fragen sogar, warum die Eliten ein so gut funktionierendes System wie Deutschland zerstören wollen. Der Begriff Eliten ist hier wertfrei und bezeichnet einfach all jene, die das Sagen haben — in Wirtschaft, Bankwesen und Politik, in Justiz, Kultur und Bildung — all jene also, die die Zügel der Macht in den Händen halten.

Wenn die Eliten gegen Identität und gegen die Identitären sind, dann bedeutet das nicht, dass die Eliten selbst keine eigene Identität haben. Die Frage nach deren Identität ist dringend angesagt. Worin finden diese Leute ihre Identität? Was ist die Identität der gesellschaftlichen Eliten? Was kennzeichnet deren elitäres Selbst- und Weltbild?

Das ist keine unwesentliche Frage, denn man kann davon ausgehen, dass Eliten alles in ihrer Macht Stehende tun, um dem Land und den Menschen, über die sie das Sagen haben, ihr eigenes Bild aufzuprägen.

Betrachten wir zunächst einmal die Erziehung an Kindergärten und Schulen. Finden die gesellschaftlichen Eliten Deutschlands ihre Identität in der Bibel, in Gottes Wort, in der Botschaft vom Kreuz, in Auferstehung und Sieg Jesu über Teufel, Hölle und Tod? Wenn dies der Fall wäre, dann würden die Eliten mittels Staat, Bildungswesen und Medien die Kinder und Jugend in einer konzertierten Aktion darin unterrichten, sich der Bibel und der Bedeutung der Botschaft vom Kreuz mit Wissen und Verstand zuzuwenden. Aber das tun sie nicht.

Denn welche Kinder wissen heutzutage noch, dass die folgende Bibelstelle die Ursache für die Pfingstferien an den Schulen ist?

»Und nachdem Er dies gesagt hatte, wurde er vor ihren Augen in den Himmel emporgehoben. Eine Wolke verhüllte ihn, und sie sahen ihn nicht mehr. Noch während sie aufmerksam zum Himmel schauten und Jesus nachblickten, siehe, da standen zwei Männer in weißer Kleidung bei ihnen, die sprachen: Ihr Männer von Galiläa, was steht ihr hier und seht zum Himmel? Gott hat Jesus aus eurer Mitte zu sich in den Himmel genommen; aber eines Tages wird er genauso zurückkehren, wie ihr ihn gerade habt in den Himmel gehen sehen.« (Apostelgeschichte Kapitel 1)

Tatsächlich könnte man vielmehr zu dem Schluss gelangen, dass die Kinder derzeit in konzertierten Aktionen für erstens die Globalisierung und zweitens **den Islam indoktriniert werden.**

Generell ist die Globalisierung seit September 2015 allem Anschein nach einen großen Schritt weiter. Die Grenzen Deutschlands existieren de facto nicht und ohne Grenzen gibt es kein Staatswesen. Somit ist Deutschland de jure kein Staat mehr, auch wenn keiner darüber spricht. Denn mit welcher Begründung könnten sonst Steuern eingezogen werden. Dass Globalisierung bewirkt, dass umweltfreundliche Produktion in Westen eingestellt und in Billiglohnländern umweltschädlich aufgebaut wird, wird der Jugend natürlich nicht beigebracht. Doch dies ist hier nicht das Thema.

Was den Islam betrifft, so scheint insbesondere den Religionslehrern eine wichtige Funktion zuzukommen. [Auf PI-NEWS kann man Erstaunliches lesen.](#)

Im Rahmen der Islamkunde werden Schüler dazu gedrängt, das islamische Glaubensbekenntnis aufzusagen oder aufzuschreiben: „Eine katholische Religionslehrerin fordert ihre Schüler auf, das islamische Glaubensbekenntnis nachzusprechen. Einige Kinder sagen lieber leise christliche Gebete.“

Ein weiterer PI-NEWS-Artikel schildert eine Lehrkraft, die auf einem islamischen Gebetsteppich im Klassenzimmer — nach ihrer Aussage ihr Eigentum — die islamische Gebetshaltung einnimmt, die Gebetskette durch die Hand gleiten lässt und unter anderem sagt: „Ich war schon oft in einer Moschee. Da ist es wunderschön. Alle Leute sind da sehr nett.“ Weiter liest man auf PI-NEWS, dass die Kinder in einer vorangegangenen Religionsstunde aufgefordert wurden, die „99 Namen für Allah“ im Chor zu wiederholen. Auch hier machen einige Kinder nicht mit, werden aber immer wieder von der Lehrerin dazu aufgefordert.

Das ist Deutschland im Jahr 2018/2019: Christliche Kinder, die leise im Verborgenen christliche Gebete sprechen, um nicht das islamische Glaubensbekenntnis aufsagen zu müssen. Das erinnert in erschreckender Weise an Zeiten der Christenverfolgung. Wer Jesus ablehnt, lehnt Gott ab, denn um Gott zu sehen, muss man sehen, was ER als Mensch getan hat: »Wer mich sieht, der sieht den Vater.« (Johannes 14,9). Und keiner bilde sich ein, dass eine Lehrerin in eigener Regie diesen erschreckenden Schritt wagen würde, ohne dass Lehrpläne dies gutheißen würden.

Aber warum sind wir überrascht? Was soll man anderes erwarten in einem Land, in dem die Herrschenden von blinden Menschen die Fernsehsteuer verlangen und von gehörlosen Menschen die Rundfunksteuer. Aber bittere Ironie beiseite. Im Ernst: Warum sind wir überrascht? Das Deutschland der Gegenwart spiegelt nichts anderes als die Hoffnungen der Eliten wieder, als da wären: Die grenzenlose Globalisierung und die Verachtung und Ablehnung der Wahrheit der Bibel, die Ablehnung von Jesus als Gott, der Mensch wurde.

Im Grunde bestätigen die Herrschenden mit dieser Ablehnung nur, was die Bibel bereits über sie vorhergesagt hat. Denn die Bibel, Gottes Wort, berichtet: »Verachtet war er und verlassen von den Menschen, ein Mann der Schmerzen und mit Leiden vertraut; wie einer, vor dem man das Angesicht verbirgt, so verachtet war er, und wir achteten ihn nicht.« (Jesaja 53,3)

Tatsächlich könnte man durchaus sagen, dass Deutschlands herrschende Eliten Jesus nicht ernst nehmen. Auch dies ist in der Bibel vorhergesagt: »So spricht der Herr, der Erlöser Israels, sein Heiliger, zu dem von jedermann Verachteten, ..., zu dem Knecht der Herrschenden...« (Jesaja 49,7)

Und Jesus selbst hat mit dem Verhalten der Mächtigen und Herrschenden dieser Welt nichts gemein und er spricht dies unmissverständlich aus:

»Da rief Jesus alle zusammen und sagte: ›Ihr wisst, wie die Großen und Mächtigen dieser Welt ihre Völker unterdrücken. Wer die Macht hat, nutzt sie rücksichtslos aus. Aber so soll es bei euch nicht sein! Im Gegenteil: Wer groß sein will, der soll den anderen dienen, und wer der Erste sein will, der soll sich allen unterordnen. Denn auch der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich bedienen zu lassen. Er kam, um zu dienen und sein Leben als Lösegeld hinzugeben, damit viele Menschen aus der Gewalt des Bösen befreit werden.« (Markus 10, 42-45)

Hat Jesus jemals gesagt: Wisst Ihr auch, wer ICH bin? Ich bin voll Macht. NEIN, sondern Jesus hat sich selbst am Kreuz geopfert. Jesus, Gott als Mensch, nimmt für die Menschen den Tod auf sich, um den Tod zu besiegen.

Es gibt zwar Religionen, die den Tod verherrlichen. Aber die Bibel verherrlicht den Tod nicht. Jesus hat den Tod nie verherrlicht. Die Bibel lehrt vielmehr, dass der Tod der

letzte Feind ist und dass Jesus, als ER vom Tod auferstanden ist, den letzten Feind besiegt hat — den Tod selbst — und damit hat sich Alles verändert. Jesus ist der siegreiche Verteidiger der Menschen.

Der Tod ist besiegt.

Das ist die Gute Nachricht.

Die Schuld ist vergeben.

Das ist die Gute Nachricht.

Er, der die Auferstehung und das Leben ist, hat etwas vollbracht, das kein Mensch aus eigener Kraft, mit eigenen Werken jemals erreichen könnte. Die Bibel kennt keine Gerechtigkeit vor Gott durch gute Taten. Es gibt nichts, worin ein Mensch selbst Gerechtigkeit erringen könnte. Wenn jemand meint, dies selbst erreichen zu können, so ist die Ursache dafür Stolz. Was ist die Ursache der Ablehnung des Opfers, das Gott am Kreuz gebracht hat: Menschlicher Stolz.

Ist diese Ablehnung ein Faktor bei der Identität der Eliten? Hängt deren Identität mit menschlichem Stolz zusammen? Fest steht: Jeder Mensch hat eine bestimmte Identität — auch wenn diese Identität aus einer Ablehnung und Gegnerschaft resultiert.

Wie oben bereits gesagt: Die herrschenden Eliten sind stets bemüht, Land und Menschen ihre Identität, ihr eigenes Bild aufzuprägen. Aber in Jesus möchten die herrschenden Eliten ihre Identität allem Anschein nach nicht finden. Tatsächlich ist dies ziemlich offensichtlich, denn sonst würden sie die Zeit nutzen und all ihre Kraft dazu aufwenden, Ihn zu verkünden. An den Kindergärten und Schulen und Universitäten und mittels der Medien.

Vielleicht ist der Ausgangspunkt der Identität der Eliten in der Tat eine Anti-Identität, indem sie sich gegen den Gott der Bibel richtet und somit eine Art Revolte des Menschen gegen Gott darstellt.

Was wiederum würde die Wahrheit der Bibel bestätigen würde: »Die Könige der Erde stehen auf, die Großen tun sich zusammen gegen den HERRN und seinen Gesalbten.« (Psalm 2,2)

Allerdings haben die herrschenden Eliten etwas vergessen. Die Bibel lehrt, dass diese Weltgeschichte nicht immer so weitergehen wird wie bisher. Sie lehrt unter anderem in der Apostelgeschichte 1. Kapitel, dass Jesus wiederkehren wird: »...aber eines Tages wird er genauso zurückkehren, wie ihr ihn gerade habt in den Himmel gehen sehen.« Und außerdem haben alle jene gegen Jesu Rebellierenden vergessen: Bei seiner Wiederkunft wird Er kein Baby in einer Krippe mehr sein.

<https://de.gatestoneinstitute.org/14197/irans-terrorfabrik-gegen-christen>

Irans "Terrorfabrik" richtet sich gegen Christen

von **Uzay Bulut**

11. Mai 2019

Englischer Originaltext: **Iran's 'Terror Factory' Targeting Christians**

Übersetzung: Daniel Heiniger "Im Iran wird jede Praktik, die dem Islam widerspricht, als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen, die vom Gerichtssystem hart bestraft wird." - International Christian Concern, 2019.

- "Revolutionsgerichte wurden geschaffen, um den Islam vor jeglichen Bedrohungen zu schützen. Diese Gerichte haben sich zu einer gut geölten Unterdrückungsmaschinerie entwickelt, die ungestraft unter staatlichem Schutz arbeitet. Die Gerichte sind eng mit dem Geheimdienst verflochten. Den Richtern stehen Revolutionsgarden (Geheimpolizei) und ein Netz von Gefängnissen zur Verfügung, in denen Christen gefoltert und verhört werden." - International Christian Concern.
- "Wenn du widerrufst und bereust, kommst du ins Gefängnis. Und wenn du es nicht tust, wirst du getötet." - Dr. Mike Ansari von Heart4Iran, einem iranischen Kirchenamt, berichtet von International Christian Concern.
- "Christen können mit hohen Bußgeldern, Haftstrafen, langen Gefängnisstrafen oder sogar Hinrichtungen nach islamischem Scharia-Recht rechnen. Die Urteile gegen christliche Konvertiten bleiben der Interpretation des Richters überlassen und können auf allem beruhen - der Stimmung des Richters an diesem Tag, dem, was er zum Frühstück hatte, seiner Interpretation des Scharia-Gesetzes oder seinem Hass auf das Christentum." - International Christian Concern.

Pastor Victor Bet-Tamraz, seine Frau Shamiram und ihr Sohn Ramiel wurden im Iran verhaftet, im Evin-Gefängnis (bekannt für seine Misshandlung und Folterung von Dissidenten) festgehalten und verhört und wegen "Verbrechen" im Zusammenhang mit dem Christentum zu Gefängnisstrafen verurteilt. Abgebildet: Evin Gefängnis in Teheran, Iran. (Bildquelle: Ehsan Iran/Wikimedia Commons)

Die Tochter eines ehemaligen Pastors im Iran - Dabrina Bet-Tamraz - beschrieb kürzlich die Verfolgung und das Leid, dem ihre Familie ausgesetzt ist, nachdem sie zu langen Haftstrafen wegen "Verbrechen" im Zusammenhang mit dem Christentum verurteilt wurde.

Ausgehend von der Sicherheit der Zuflucht in der Schweiz, wohin sie mit Hilfe von Freunden fliehen konnte, sagte Dabrina Bet-Tamraz, die Tochter von Victor und Shamiram Bet-Tamraz, zu Gatestone Institute:

"Ich bin im Iran mehrmals verhaftet worden. Ich wurde bedroht, gezwungen, mit der Regierung gegen Pastoren, christliche Führer und Kirchenmitglieder zusammenzuarbeiten. Ich wurde ohne legale Begründung in Haft gehalten, ohne weibliche Offiziere und in männlicher Umgebung.

"Ich fühle mich jetzt in der Schweiz sicher, aber als die iranischen MOIS- (Geheimdienst-) Beamten einen Artikel über Social Media mit meinen Bildern und meiner Adresse veröffentlichten - und die in der Schweiz lebenden iranischen Männer dazu ermutigten, mir einen Besuch abzustatten - musste ich in ein anderes Haus umziehen."

Es ist jetzt fast ein Jahr her, seit Dabrina **an den UNO-Menschenrechtsrat in Genf appelliert** hat, einzugreifen, um die "falschen und grundlosen Anschuldigungen" gegen ihren Vater, ihre Mutter, ihren Bruder und andere Christen und christliche Konvertiten im Iran aufzuheben. Die Zeitlinie der Verhaftungen ihrer Familie sieht wie folgt aus:

- Im Jahr 2014 wurde Pastor Victor Bet-Tamraz zusammen mit zwei vom Islam zum Christentum Konvertierten während einer privaten Weihnachtsversammlung in seinem Haus in Teheran **verhaftet**.
- Im Jahr 2016 wurde Ramiel Bet-Tamraz, der Sohn des Pastors (Dabrinas Bruder), zusammen mit vier seiner Freunde, die alle vom Islam zum Christentum konvertiert sind, während eines Picknicks in Teheran verhaftet. Sie wurden im Evin-Gefängnis festgehalten und verhört, das für seine Misshandlung und Folterung von Dissidenten bekannt ist.
- Im Jahr 2017 wurden Pastor Victor Bet-Tamraz und zwei Konvertiten wegen "Missionierung" und "illegaler kirchlicher Aktivitäten" **zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt**.

Unterdessen wurde die Frau des Pastors, Shamiram (die Mutter von Dabrina), zur Staatsanwaltschaft im Evin-Gefängnis **vorgeladen** und anschließend wegen "Mitgliedschaft in einer Gruppe zum Zwecke der Störung der nationalen Sicherheit" und "Versammlung und Absprache bei Verbrechen gegen die nationale Sicherheit" zu 10 Jahren Gefängnis **verurteilt**. Ihre Familienmitglieder haben alle gegen ihre Verurteilungen Berufung eingelegt. Während die Berufungen hängig sind, sind die Familienmitglieder derzeit auf Kautionsfreibrief und warten auf weitere Gerichtsverhandlungen.

Dabrina sagte, dass ihre Familie im Ungewissen lebt - etwas, das eine psychologische und finanzielle Belastung für ihr Leben und ihre Existenzgrundlage darstellt:

"Sie versuchen zu überleben, wissen nicht, was als nächstes passieren wird, können keine Pläne für ihre Zukunft machen. Ihr Leben ist nur noch in Warteposition.

"Sie leben in ständiger Angst, machtlos, ohne Sicherheit und Schutz auch in ihrem eigenen Haus. Sie sind sich der Gefahren bewusst, können aber nichts tun, um sich selbst zu schützen. Sie werden beobachtet, kontrolliert und abgehört; es ist ihr Alltag. Jedes Mal, wenn sie einen Anruf erhalten, sind sie voller Angst: Es könnte sein, dass iranische Geheimdienstvertreter sie an eine Verhörsitzung oder eine Gerichtsverhandlung beordern.

"Das ganze Geld meines Vaters wurde eingefroren. Er hat jetzt kein Einkommen und darf keinen Regierungsjob ausüben. Er ist 65 Jahre alt und lebt von einer Rente, die nicht einmal ausreicht, um für das Essen zu bezahlen.

"Außerdem wurde mein Bruder von den Beamten, die ihn verhörten, ständig beschuldigt, die Gemeinde meines Vaters weiterzuführen - die Bibel zu lehren und zu predigen, da mein Vater dazu nicht mehr in der Lage ist."

Die Gemeinde, die Assyrische Pfingstkirche in Teheran, wurde 2009 vom iranischen Innenministerium **geschlossen**, weil sie Gottesdienste in persischer Sprache anbot - etwas, was ethnische Kirchen im Iran nicht tun dürfen. Die Kirche durfte erst **wiedereröffnet** werden, nachdem Bet-Tamraz verdrängt und durch einen anderen religiösen Führer ersetzt worden war, der Gottesdienste in Assyrisch hielt.

Amnesty International **startete eine Kampagne**, um die iranische Regierung aufzufordern, die Verurteilungen und Urteile von Bet-Tamraz, seiner Frau und den beiden anderen christlichen Angeklagten "aufzuheben und das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit zu respektieren".

Das Institut für Assyrische Politik **schickte einen offenen Brief** an den Leiter der iranischen Justiz und den Generalstaatsanwalt Teherans und forderte, dass sie die Anklage gegen diese Christen fallen lassen und "die Schikanen, die willkürliche Verhaftung und Inhaftierung sowie die Inhaftierung von Christen, einschließlich Konvertiten, im Iran einstellen".

Im vergangenen Jahr veröffentlichte eine Gruppe von "Sonderberichterstatern" der Vereinten Nationen zu den Menschenrechten **eine gemeinsame Erklärung**, in der sie den Iran aufforderten, "einen fairen und transparenten Abschluss des Gerichtsverfahrens" für Bet-Tamraz und die beiden christlichen Konvertierten zu gewährleisten. Die **Erklärung liest sich, in Auszügen**:

"Es sind uns mehrere andere gemeldete Fälle bekannt, in denen Mitglieder der christlichen Minderheit schwere Strafen erhalten haben, nachdem sie wegen 'Bedrohung der nationalen Sicherheit' angeklagt wurden, entweder wegen Bekehrung von Menschen oder wegen Besuchs von Hauskirchen.

"Dies zeigt ein beunruhigendes Muster von Individuen, die aufgrund ihrer Religion oder ihres Glaubens, in diesem Fall einer religiösen Minderheit im Land, attackiert werden.

"Mitglieder der christlichen Minderheit im Iran, insbesondere diejenigen, die sich zu diesem Glauben bekehrt haben, sind mit schwerer Diskriminierung und religiöser Verfolgung konfrontiert."

Die Geschichte der Familie Bet-Tamraz ist Teil dessen, was die Menschenrechtsorganisation International Christian Concern ("Internationale Sorge um Christen") als **"Irans Terrorfabrik"** gegen Christen bezeichnet hat:

"Im Iran wird jede Praktik, die dem Islam widerspricht, als Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen, die vom Gerichtssystem hart bestraft wird.

"Revolutionsgerichte wurden geschaffen, um den Islam vor jeglichen Bedrohungen zu schützen. Diese Gerichte haben sich zu einer gut geölten Unterdrückungsmaschinerie entwickelt, die ungestraft unter staatlichem Schutz arbeitet. Die Gerichte sind eng mit dem Geheimdienst verflochten. Den Richtern stehen Revolutionsgarden (Geheimpolizei) und ein Netz von Gefängnissen zur Verfügung, in denen Christen gefoltert und verhört werden."

Laut International Christian Concern **sagte** Dr. Mike Ansari von Heart4Iran, einem iranischen Kirchenamt, über Opfer dieses Gerichtssystems: "Wenn du widerrufst und bereust, kommst du ins Gefängnis. Und wenn du es nicht tust, wirst du getötet."

Der Bericht von International Christian Concern fügt hinzu:

"Dem Strafgesetzbuch fehlt es an Leitlinien für die Justiz in Bezug auf muslimische Konvertiten. Christen können mit hohen Bußgeldern, Haftstrafen, langen Haftstrafen oder sogar Hinrichtungen nach islamischem Scharia-Recht rechnen. Die Verurteilungen der christlichen Bekehrten bleiben der Interpretation des Richters überlassen und können auf allem beruhen - der Stimmung des Richters an diesem Tag, dem, was er zum Frühstück hatte, seiner Interpretation des Scharia-Gesetzes oder seinem Hass auf das Christentum."

Die oben genannte Situation, so Dabrina weiter, sei für die Notlage ihrer Familie verantwortlich.

"Der Richter hat nicht einmal genug Beweise gefunden, um meine Mutter zu verurteilen. Der Fall war ihm nicht klar. Er forderte weitere Informationen und Dokumente von den

Vernehmungsbeamten an. Er wird höchstwahrscheinlich alle Fälle - die von meinem Vater, meiner Mutter und meinem Bruder - zusammennehmen und sie alle zusammen zur nächsten Gerichtsverhandlung einbestellen."

Das Problem sei, sagte sie, dass noch kein Termin für die nächste Verhandlung festgelegt sei.

Uzay Bulut, eine türkische Journalistin, ist eine angesehene Senior Fellow am Gatestone Institute.

<https://de.gatestoneinstitute.org/14187/vernichtung-christlichen-lebens>

Vernichtung christlichen Lebens und christlicher Menschen

Wo ist die Empörung im Westen?

von **Giulio Meotti**

6. Mai 2019

Englischer Originaltext: **Annihilation of Christian Life and People: Where is the Outrage in the West?**

Übersetzung: Daniel Heiniger

- Islamische Extremisten haben festgestellt, dass der Westen nicht mobilisiert, um sie daran zu hindern, Christen zu unterdrücken, als ob unbewusst eine seltsame Konvergenz zwischen unserem Schweigen und dem Projekt der ethnischen Säuberung durch den islamischen Staat, das auf die Auslöschung von Christen abzielt, stattgefunden hätte.
- "Die Religionsfreiheit, der Kernwert der westlichen Zivilisation, wird in weiten Teilen der Welt zerstört. Doch der Westen, der diesen Religionskrieg kurzsichtigerweise leugnet, wendet seinen Blick ab..." - Melanie Phillips, britische Journalistin, *The Times*, 17. November 2014.
- Der Herzog von Cambridge, Prince William, besuchte gerade die muslimischen Überlebenden des Angriffs auf die Moschee in Christchurch, Neuseeland. Warum spornt das gleiche Mitgefühl die britische Königsfamilie nicht dazu an, in Sri Lanka, ihrer ehemaligen Kolonie, vorbeizuschauen, um die christlichen Überlebenden zu treffen, bevor sie nach England zurückkehrt?
- Der Appell der Töchter von Asia Bibi, man möge ihrer Mutter helfen, traf im Westen auf taube Ohren. Großbritannien weigerte sich, dieser verfolgten pakistanischen christlichen Familie Asyl zu gewähren.

Sri Lanka nach dem dschihadistischen Massaker an Christen ist nicht nur eine schreckliche Abfolge von weinenden Müttern und kleinen Särgen. Leider sagt es auch viel über den entmutigenden Zustand des Westens aus. Abgebildet: Die Beerdigung eines der Opfer des Anschlags vom 21. April am Ostersonntag in Sri Lanka. (Foto von Carl Court/Getty Images)

"Wo ist die Solidarität mit den Christen in Sri Lanka?", **fragte** der britische Gelehrte Rakib Ehsan, ein Moslem.

"Die Unterschiede in Ton und Art zwischen den Verurteilungen der Terroranschläge von Christchurch und Sri Lanka sind auffallend. Nach Christchurch zögerte man nicht, die religiösen Hintergründe der Opfer anzugeben und Emotionen und Zuneigung zu muslimischen Gemeinschaften zu zeigen. Die Politiker haben die Ereignisse in Christchurch ohne weiteres als Terrorismus eingestuft.

"Im Kontrast dazu fehlen die Worte 'Terrorismus' und 'Christentum' und die damit verbundenen Begriffe bisher in einem Großteil der Reaktion auf die Anschläge in Sri Lanka auf auffallende Weise.

"Was offensichtlich ist, ist nicht nur eine deutliche Zurückhaltung bei der Angabe des religiösen Hintergrunds der in Sri Lanka getöteten Christen, sondern auch ein Mangel an inniger Solidarität mit den christlichen Gemeinschaften auf der ganzen Welt, die weiterhin unter schweren Formen der Verfolgung aufgrund ihres Glaubens leiden".

Rakib Ehsan stellte die richtige Frage. Doch sie könnte umformuliert werden auf: Wo ist die westliche Solidarität für die ermordeten Christen in Sri Lanka?

Es handelt sich um ein Drama in drei Akten. Der erste Akt besteht darin, dass Christen und andere nicht-muslimische indigene Völker verletzt und ermordet werden. Der zweite Akt besteht aus muslimischen Extremisten, die diesen Völkermord verursachen. Und der dritte Akt besteht aus dem gleichgültigen Westen, der überall sonst hinschaut.

Die Zahl der ermordeten Opfer bei den Attentaten des Dschihadismus vom 21. April am Ostersonntag in Sri Lanka ist zu schrecklich, um auch nur daran zu denken: **253 Tote**. Unter den Opfern sind **45 ermordete Kinder**. Ihre kleinen Gesichter und Geschichten haben begonnen, zum Vorschein zu kommen. Die islamischen Terroristen wussten, dass in den drei Kirchen viele Kinder waren, und sie zielten bewusst mit ihren Bomben auf sie. Vorhandenes **Filmmaterial** zeigt einen der Attentäter, der einem kleinen Kind den Kopf tätschelt, bevor er die St. Sebastians-Kirche in Negombo betritt, wo **"jeder jemanden verloren hat"**.

Die **Familie Fernando** hatte bei der Taufe ihres dritten Kindes Seth ein Foto gemacht. In Negombo wurden sie alle zusammen gemeinsam begraben. Vater, Mutter und drei Kinder im Alter von 6 und 4 sowie 11 Monaten. Laut der **New York Times**:

"Fabiola Fernando, 6, war Grundschülerin. **Auf einem Foto, das auf der Facebook-Seite ihrer Mutter gepostet wurde**, zeigt sie stolz eine Goldmedaille, ein kleines Lächeln auf ihrem Gesicht. **Leona Fernando, 4**, das mittlere Kind in ihrer Familie, lernte zu lesen und hielt auf dem Bild eine Kopie von "Dornröschen" in den Händen. **Seth Fernando, 11 Monate**, war der neueste Spross der Fernando-Familie. Er wurde neben seinen Eltern und seinen zwei Schwestern begraben."

Das Schweigen der westlichen intellektuellen Welt und der Medien ist besonders ohrenbetäubend. Das neue humanitäre Gewissen scheint nur zwei Gruppen zu sehen: diejenigen, die das Recht auf Mitgefühl und Schutz der internationalen Gemeinschaft haben, und diejenigen, wie Christen, die ihrer Hilfe oder Solidarität unwürdig sind.

Der vorsätzliche Mord an einem 8 Monate alten Baby, **Matthew**, in einer Sri-Lankischen Kirche, hat den Westen offenbar nicht gestört oder schockiert, ging in den sozialen Medien nicht viral, wurde kein Hashtag, drängte die Europäer nicht auf ihre öffentlichen Plätze, drängte die islamische Welt nicht, ihr Gewissen zu prüfen, brachte westliche Politiker und Meinungsmacher nicht dazu, ernsthaft darüber nachzudenken, wer dieses Kind getötet hat, oder über diejenigen, die den islamistischen antichristlichen Hass schüren und finanzieren.

Sudesh Kolonne war am warten vor der Kirche St. Sebastian, als er die Explosion hörte. Dann rannte er hinein und suchte nach seiner Frau und seiner Tochter. Er brauchte eine halbe Stunde, um ihre Leichen zu finden.

Bei den Anschlägen wurden auch drei Kinder eines **dänischen Milliardärs** getötet. Eine weitere Frau **verlor** ihre Tochter, ihren Sohn, ihren Mann, ihre Schwägerin und zwei Nichten. Ein **britischer Vater** musste eine Entscheidung treffen, welches seiner beiden Kinder er retten sollte. Eine weitere britische Familie wurde **zerstört**. Um den Schrecken noch zu vergrößern, hat die schwangere Frau eines der Terroristen, als die Polizei ihr Haus stürmte, eine Selbstmordweste **gezündet** und sich und alle ihre Kinder getötet.

Der Herzog von Cambridge, Prinz William, **besuchte gerade** die muslimischen Überlebenden des Angriffs auf die Moscheen in Christchurch, Neuseeland, einschließlich Kinder, die sich in den Krankenhäusern erholen. Es war eine Geste der Menschlichkeit und des Mitgefühls. Warum spornt das gleiche Mitgefühl die britische Königsfamilie nicht dazu an, in Sri Lanka, ihrer ehemaligen Kolonie, vorbeizuschauen, um die christlichen Überlebenden zu treffen, bevor sie nach England zurückkehrt? Ganze christliche Familien wurden bei dem Angriff dezimiert.

Wo bleibt die Empörung im Westen über die Vernichtung des christlichen Lebens und der christlichen Menschen? Es fühlt sich an, als gäbe es keine Empörung, nur Stille, unterbrochen von Bomben und "Allahu Akbar". Die Geschichtsbücher der Zukunft werden diesen westlichen Verrat nicht dulden. Wenn der Westen die Christenverfolgungen ernst genommen hätte, würde jetzt nicht die Glocke des Todes der christlichen Präsenz läuten - nicht nur in historischen Ländern des Christentums, sondern auch für den Westen. Islamische Extremisten haben festgestellt, dass der Westen nicht mobilisiert, um sie daran zu hindern, Christen zu unterdrücken, als ob unbewusst eine seltsame Konvergenz zwischen unserem Schweigen und dem Projekt der ethnischen Säuberung des islamischen Staates, das auf die Auslöschung von Christen abzielt, stattgefunden hätte.

Die britische Autorin Melanie Phillips **nannte** diese Verfolgung von Christen "unser schuldiges Geheimnis".

"Die Religionsfreiheit, der Kernwert der westlichen Zivilisation, wird in weiten Teilen der Welt zerstört. Doch der Westen, der diesen Religionskrieg kurzsichtigerweise leugnet, wendet seinen Blick von der Zerstörung seines grundlegenden Glaubensbekenntnisses im Nahen Osten und dem Versuch ab, es anderswo auszurotten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die freie Welt angesichts der dschihadistischen Barbaren im Ausland und der kulturellen Übergriffe im Inland als dermaßen ineffektiv erweist".

Der dschihadistische Angriff in Sri Lanka war nicht nur "**der tödlichste Angriff auf Christen in Südasien in jüngster Zeit**". Es war auch das größte Massaker an christlichen Kindern. Aber keine Zeitung hat eine Kampagne gestartet, um das Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit zu schärfen, es ist keine pro-christliche Solidaritätsbewegung entstanden, kein westlicher Führer scheint eine Kirche aus Solidarität besucht zu haben, keine westlichen Kirchenführer hatten den Mut, auf die Schuldigen hinzuweisen, indem sie sie beim Namen nannten, keine westlichen Bürgermeister hängten Fotos von den 45 zerrissenen Kindern auf, kein öffentlicher Platz war mit Tausenden, die "Je suis chrétien" sagten, gefüllt.

Vor ein paar Jahren, auf dem Höhepunkt der Migrantenkrise in Europa, eroberte ein Foto die öffentliche Meinung im Westen. Es war das berühmte Bild des dreijährigen syrischen Jungen **Aylan Kurdi**, der vor der Küste von Bodrum, Türkei, ertrank. Dieser kleine Migrant zog in den Westen. Sein Bild ging **viral**. Die *New York Times* nannte es "**Aylan Kurdis Europa**".

"Aus historischen Gründen fürchtete Angela Merkel Bilder von bewaffneten deutschen Polizisten, die Zivilisten an unseren Grenzen konfrontieren", **schrieb Robin Alexander**, der führende Journalist von *Die Welt*, in seinem Buch *Die Getriebenen*. Wenn Fotos von Migrantenkindern die europäischen Staats- und Regierungschefs dazu anspornten, ihre Grenzen zu öffnen, so haben die Fotos von ermordeten christlichen Kindern - wie die 45 in Sri Lanka - sie offenbar gleichgültig gelassen.

Der **Appell** der Töchter von Asia Bibi, man möge ihrer Mutter helfen, traf im Westen auf taube Ohren. Großbritannien **weigerte** sich, dieser verfolgten pakistanischen christlichen Familie Asyl zu gewähren und verfolgte Christen **aufzunehmen**.

"Es ist Gleichgültigkeit, mit der wir eine beispiellose zivilisatorische Katastrophe erleben", **schrieb** der französische Historiker Jean-François Colosimo und kommentierte die

Zerstörung des östlichen Christentums. Keine Religion, keine Gemeinschaft wird heute mehr verfolgt als Christen. Warum dann dieses Schweigen des Westens? Sind wir uns selbst, unseren Wurzeln und unserer Geschichte so fremd geworden, dass wir diesen Ausbruch der Dschihad-Gewalt betrachten können, ohne mit der Wimper zucken? Oder sind wir so kurzsichtig, dass wir hoffen, "Frieden" mit den muslimischen Extremisten auf Kosten des im-Stich-Lassens dieser Christen erkaufen zu können? Die gleiche Dschihad-Ideologie, die christliche Kinder in Sri Lanka ermordet hat, zielte auch auf europäische Kinder in **Nizza, Manchester und Barcelona**. Sri Lanka nach dem Massaker ist nicht nur eine schreckliche Abfolge von weinenden Müttern und kleinen Särgen. Leider sagt es auch viel über den entmutigenden Zustand des Westens aus. *Giulio Meotti, Kulturredaktor bei Il Foglio, ist ein italienischer Journalist und Autor.*

<https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/2019/05/20/verfolgung-ist-oft-der-preis-fuer-das-jesuszeugnis/>

20.05.2019 HILFSAKTION MÄRTYRERKIRCHE

„Verfolgung ist oft der Preis für das Jesuszeugnis“

Seit 50 Jahren hilft die Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK) verfolgten Christen. HMK-Leiter Manfred Müller erklärt im pro-Interview, warum es hier nicht zuerst um eine Menschenrechtsfrage geht, sondern was vor allem wichtig ist.

pro: Ist der Begriff „Märtyrer“ nicht etwas aus der Zeit gefallen?

Manfred Müller: Das mag sein, dass der Begriff sperrig, anstößig und befremdlich wirkt. Aber er wiegt schwer. Beim Martyrium geht es nicht in erster Linie um Blut, Bedrängnis, Verfolgung, Leid und Tod, sondern vielmehr um das treue Jesuszeugnis.

Märtyrer, also **Menschen, die wegen dieses Zeugnisses und letztlich ihres christlichen Glaubens umgebracht wurden, fordern uns heraus, uns zu fragen, welchen Preis wir in der Nachfolge Jesu bereit wären zu zahlen.**

Zeugnis abzulegen vom Kreuzestod Christi ist unser Auftrag als Christen, und dieser Auftrag kann auch heute noch zum Martyrium führen.

Warum erzielt die Verfolgung von Christen weltweit so wenig Aufmerksamkeit

Weil Christen letztlich ein Fremdkörper in der Welt sind. Jesus selbst hat seiner Gemeinde Verfolgung vorausgesagt: „Die Welt wird euch hassen!“

(Lukas 21,17) Christen haben also nicht wirklich eine Lobbygruppe. Dazu kommt, dass es auch innerhalb von Kirche und Gemeinden zu Abgrenzungen kommt. Wenn etwa Christen für Missionsbemühungen auch innerhalb der Christenheit kritisiert werden. Kommt es dann zum Martyrium, wie im November auf Nord-Sentinel (Auf der zu Indien gehörenden Insel wurde ein amerikanischer Missionar von Einheimischen getötet. Anm. d. Red.), dann heißt es schnell: „Wie kann man auch so leichtsinnig sein.“ Der Missionsauftrag wird in seiner Schwere auch in der Gemeinde an vielen Stellen gar nicht mehr verstanden. Wer deswegen Risiken eingeht, gilt als

leichtsinnig oder gar dumm. Dem radikalen Säkularismus im Westen fehlt es natürlich zudem ohnehin an einer Grundsympathie für die Gemeinde Jesu – im Gegenteil sieht er hier eher ein Feindbild.

Wie wollen Sie dem entgegenwirken?

Dem entgegenzuwirken ist gar nicht unser erstes Ziel. Es geht hier nicht zuerst um eine Frage von Menschenrechten und Religionsfreiheit. Denn weltweit wollen Christen ja nicht zuerst Aufmerksamkeit für ihr Verfolgungsleiden, sondern für ihr Jesuszeugnis. Das rettende Evangelium wollen sie einer verlorenen Welt bezeugen. Die Liebe Jesu treibt sie. Verfolgung ist das, was ihnen dabei zustößt. Aber auf die Verfolgung den Fokus zu legen, würde ihre Prioritäten geradezu umkehren. Dem Verfolgungsleiden an sich entgegenwirken zu wollen, wäre aussichtslos, da uns hier ein Erfolg nicht verheißen ist. Es hilft der Förderung des Evangeliums auch nicht, wenn wir uns darüber empören. Es hilft erst recht nicht, wenn wir vergessen, **dass die Verlorenheit der Menschen das noch größere Problem ist, dass Verfolgung der Preis der Verkündigung des rettenden Evangeliums sein kann – und bis zur Wiederkunft Jesu auch bleiben wird. So gehen Christen weltweit im klaren Wissen um den antichristlichen Hass hinaus, das Evangelium zu verkündigen.**

Rechnen Sie damit, dass Christen auch in absehbarer Zeit hier unter Druck geraten? Welche Anzeichen lassen darauf schließen?

Ja. Alle Anzeichen stehen auf Sturm. Selbst bisher friedliche Koexistenz, wie jetzt in Sri Lanka zwischen Islam und Christentum, kann plötzlich wegbrechen. Und ja, auch im Westen dreht sich der Wind zunehmend. Die Front rückt sozusagen näher. Über sexualethische Fragen und über Fragen im Kontext der sogenannten Antidiskriminierung könnten Christen auch hierzulande schon bald Probleme bekommen. Das wird nicht frontal sein. Aber

was wäre, wenn baurechtliche Bestimmungen oder bürokratische Regeln instrumentalisiert würden, um subtilen Druck aufzubauen? Das ist sicher alles noch harmlos, könnte aber noch stärker spürbar werden, wenn Gemeinnützigkeit von der „richtigen“ Haltung zur Frage der „Ehe für alle“ abhängig gemacht würde.

Wie kümmert sich HMK um verfolgte Christen?

Wir unterstützen medizinische Projekte, vermitteln Rechtsanwälte, helfen beim Wiederaufbau von zerstörten Häusern und Kirchen und bieten Hilfen zur Selbsthilfe. Darüber berichten wir auch in Deutschland, weil wir davon überzeugt sind, dass die Kirche hier davon erfahren muss, um für die verfolgten Christen zu beten, aber auch um von ihrem Mut, ihrer Hingabe und Jesus-Treue lernen zu können. Wir sind überzeugt, dass wir das, was die verfolgte Gemeinde uns vorlebt, in Deutschland dringend brauchen – nämlich Vertrauen in die Bibel und Mut zum Gebet und zum Zeugnis.

Wo ist die HMK aktiv?

Heute ist die HMK mit mehr als 130 Projekten in 45 Ländern weltweit aktiv, vorwiegend in muslimisch geprägten. In Deutschland arbeiten zehn Mitarbeiter in der Projektbetreuung und in der Informations- und Bildungsarbeit. Die Arbeit finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Wir investieren vor allem in die Projektarbeit und kaum in Werbung. In den Projektländern arbeiten wir vorwiegend mit einheimischen Partnern zusammen, die vor Ort über die Expertise und die Kontakte verfügen.

Was ist besonders an der HMK?

Es gibt verschiedene christliche Werke, die sich gegen Diskriminierung und Verfolgung von Christen weltweit einsetzen. Die haben auch alle ihre Berechtigung. Aber die HMK ist das einzige Missionswerk, das von der verfolgten Gemeinde selber gegründet wurde. Sie ist aus der erlebten und erlittenen Not der Gemeinde heraus entstanden und hat ihren ganz besonderen Auftrag, Stimme der Märtyrer zu sein.

Wie ist die HMK entstanden?

Vor 60 Jahren hatten sich Häftlinge in rumänischen Gefängnissen untereinander das Versprechen gegeben: Wenn einer von uns frei kommt, muss er auf das Schicksal der übrigen aufmerksam machen und für die Märtyrer seine Stimme erheben. Der lutherische Pfarrer Richard Wurmbrand war damals wegen seines christlichen Glaubens lange inhaftiert. Er kam frei und hat das Versprechen eingelöst. Vor 50 Jahren wurde auf seine Initiative die HMK als Verein gegründet.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Norbert Schäfer

Weiterführende Links

„Gewalt gegen Missionare radikal verschlimmert“

Bomben töten vor allem Christen

Christen blicken mit Sorge auf Wahlen in Indien

<https://de.gatestoneinstitute.org/14334/genozid-christen>

Genozid an Christen erreicht Alarmierende Ausmasse

von Raymond Ibrahim

3. Juni 2019

Englischer Originaltext: Genocide of Christians Reaches "Alarming Stage"

Übersetzung: Daniel Heiniger

Viele der am meisten verfolgten Christen der Welt haben überhaupt nichts mit Kolonialismus oder Missionaren zu tun. Diejenigen, die am meisten mit der Bedrohung durch den Völkermord konfrontiert waren - einschließlich der Assyrer Syriens und des Irak oder der Kopten Ägyptens - waren schon Christen mehrere Jahrhunderte bevor die Vorfahren der europäischen Kolonisatoren Christen wurden und missionieren gingen.

Der BBC-Bericht hebt die "politische Korrektheit" als besonders verantwortlich für die Gleichgültigkeit des Westens hervor...

Zu den schlimmsten Verfolgern gehören diejenigen, die nach islamischem Recht oder der Scharia regieren - die Wissenschaftler wie John Esposito von der Georgetown University als fair und gerecht apostrophieren.

In Afghanistan (Platz 2) "darf das Christentum nicht existieren."

Der britische Außenminister Jeremy Hunt (im Bild) gab eine "Unabhängige Überprüfung der globalen Verfolgung von Christen" in Auftrag, die kürzlich veröffentlicht wurde. (Foto von Jack Taylor/Getty Images)

"Christenverfolgung 'auf fast völkermörderischer Stufe'", so der Titel eines BBC-Berichts vom 3. Mai, zitiert eine längere Vorstudie, die vom britischen Außenminister Jeremy Hunt in Auftrag gegeben und von Pastor Philip Mounstephen, dem Bischof von Truro, geleitet wurde.

Laut BBC-Bericht leidet jeder Dritte auf der Welt unter religiöser Verfolgung, wobei Christen "die am meisten verfolgte religiöse Gruppe" sind. "Die Religion droht in einigen Teilen der Welt zu verschwinden", stellte er fest, und "In einigen Regionen nähern sich das Ausmaß und die Art der

Verfolgung wohl der internationalen Definition von Völkermord, wie sie von der UNO angenommen wurde".

Der britische Außenminister Jeremy Hunt wird auch dazu zitiert, warum westliche Regierungen wegen dieser wachsenden Epidemie "schlafen" — mit den Worten:

"Ich denke, es gibt die irregeleitete Sorge, dass es irgendwie kolonialistisch ist, über eine Religion [Christentum] zu sprechen, die mit Kolonialmächten in Verbindung gebracht wurde, anstatt über die Länder, in die wir als Kolonisatoren eingedrungen sind. Das hat vielleicht zu einer Unbeholfenheit geführt, wenn es darum ging, über dieses Thema zu sprechen - die Rolle der Missionare war immer umstritten, und das hat, glaube ich, auch dazu geführt, dass sich einige Leute vor diesem Thema zurückgezogen haben."

Was auch immer die Vorzüge eines solchen Denkens sind, Tatsache ist, dass viele der am meisten verfolgten Christen der Welt nichts mit Kolonialismus oder Missionaren zu tun haben. Diejenigen, die am meisten mit der Bedrohung durch den Völkermord konfrontiert waren - einschließlich der Assyrier Syriens und des Irak oder der Kopten Ägyptens - waren Christen schon mehrere Jahrhunderte bevor die Vorfahren der europäischen Kolonisatoren Christen wurden und missionieren gingen.

Der BBC-Bericht hebt die "politische Korrektheit" als besonders verantwortlich für die Gleichgültigkeit des Westens hervor und zitiert Hunt in diesem Zusammenhang erneut: "Was wir in dieser Atmosphäre der politischen Korrektheit vergessen haben, ist, dass die Christen, die verfolgt werden, einige der ärmsten Menschen auf dem Planeten sind."

Obwohl der BBC-Bericht einen ganzen Abschnitt hat, der den Auswirkungen der "politischen Korrektheit" gewidmet ist, erliegt er ironischerweise auch dieser zeitgenössischen westlichen Krankheit. Denn während er bei der Aufklärung des Problems eine faire Arbeit geleistet hat, sagte er nichts über seine Ursachen - kein Wort darüber, wer Christen verfolgt oder warum.

Die überwältigende Mehrheit der Christenverfolgung tritt jedoch offensichtlich in Nationen mit muslimischen Mehrheiten auf. Laut der Open Doors' World Watch List 2019 [WWL], die die 50 Nationen untersucht, in denen Christen am stärksten verfolgt werden, "trifft die islamische Unterdrückung weiterhin Millionen von Christen". In sieben der absolut schlimmsten zehn Nationen ist "islamische Unterdrückung" die Ursache der Verfolgung. "Das bedeutet, dass für Millionen von Christen - insbesondere für diejenigen, die muslimisch aufgewachsen sind oder in muslimische Familien hineingeboren wurden - die offene Nachfolge Jesu schmerzhaft Folgen haben kann", einschließlich des Todes.

Zu den schlimmsten Verfolgern gehören diejenigen, die nach islamischem Recht oder der Scharia regieren - die Wissenschaftler wie John Esposito der Georgetown University als fair und gerecht apostrophieren. In Afghanistan (Rang 2), "darf es kein Christentum geben", sagt die WWL 2019, weil es "ein islamischer Staat per Verfassung ist, was bedeutet, dass Regierungsbeamte, ethnische Gruppenführer, religiöse Beamte und Bürger den Christen feindlich gesinnt" sind. Ähnlich verhält es sich in Somalia (#3): "Die christliche Gemeinschaft ist klein und steht unter ständiger Gefahr eines Angriffs. Scharia-Recht und Islam sind in der Verfassung des Landes verankert, und die Verfolgung von Christen ist fast immer mit Gewalt verbunden." Im Iran (#9) "unterliegt die Gesellschaft dem islamischen Recht, was bedeutet, dass die Rechte und beruflichen Möglichkeiten für Christen stark eingeschränkt sind".

Ebenso aufschlussreich ist, dass 38 der 50 Nationen, die die WWL 2019 ausmachen, Nationen mit muslimischer Mehrheit sind.

Vielleicht ist die BBC dem Schweigen über die Quellen christlicher Verfolgung erlegen - das heißt, sie ist der "Atmosphäre der politischen Korrektheit" erlegen, die sie ironisch hervorgehoben hat -, weil sie sich in ihrem eigenen Bericht nicht auf die WWL verlassen hat. Das Problem dieser Interpretation ist, dass die Studie, auf die sich die BBC stützte, der von Bischof von Truro, mit Reden über die tatsächlichen Quellen christlicher Verfolgung gesättigt ist. In diesem Zusammenhang erscheinen die Worte "Islam" und "Islamist" 61 Mal; "Muslim" erscheint 56 Mal in diesem Bericht über verfolgte Christen.

Hier sind einige der wichtigsten Zitate aus dem Bericht des Bischofs von Truro:

"Die Verfolgung von Christen ist vielleicht am virulentesten in der Region des Geburtsortes des Christentums - Naher Osten & Nordafrika."

"In Ländern wie Algerien, Ägypten, Iran, Irak, Syrien und Saudi-Arabien hat die Situation der Christen und anderer Minderheiten eine alarmierende Stufe erreicht."

"Die Ausrottung von Christen und anderen Minderheiten unter Schmerzen mit 'dem Schwert' oder anderen gewalttätigen Mitteln erwies sich als spezifisches und erklärtes Ziel extremistischer Gruppen in Syrien, Irak, Ägypten, Nordost-Nigeria und auf den Philippinen."

"Da ist massive Gewalt, die sich regelmäßig durch die Bombardierung von Kirchen äußert, wie es in Ländern wie Ägypten, Pakistan und Indonesien der Fall war."

"Die größte Bedrohung für Christen [in Nigeria]... kam von der islamistischen militanten Gruppe Boko Haram, wobei US-Geheimdienstberichte aus dem Jahr 2015 darauf hindeuten, dass 200.000 Christen Gefahr laufen, getötet zu werden... Am schlimmsten betroffen waren christliche Frauen und Mädchen, die "entführt und zur Bekehrung gezwungen wurden, in Zwangsehen gedrängt, und sexuellen Missbrauch und Folter erlitten."

"Die Absicht, alle Beweise für die christliche Präsenz [in Syrien, Irak, Ägypten, Nordost-Nigeria und den Philippinen] zu beseitigen, wurde durch die Entfernung von Kreuzen, die Zerstörung von Kirchengebäuden und anderen kirchlichen Symbolen deutlich. Die Tötung und Entführung von Geistlichen stellte einen direkten Angriff auf die Struktur und Führung der Kirche dar."

"Das Christentum steht nun vor der Möglichkeit, in Teilen des Nahen Ostens, wo seine Wurzeln am weitesten zurückreichen, ausgelöscht zu werden. In Palästina liegt die Zahl der Christen unter 1,5 Prozent, in Syrien ist die christliche Bevölkerung von 1,7 Millionen im Jahr 2011 auf unter 450.000 zurückgegangen und im Irak ist die Zahl der Christen von 1,5 Millionen vor 2003 auf unter 120.000 heute gesunken. Das Christentum droht zu verschwinden und das stellt einen massiven Rückschlag für die Pluralität in der Region dar."

Die BBC sollte dafür gelobt werden dafür, dass sie (endlich) über dieses dringende Thema berichtet - auch wenn es drei Jahre zu spät ist. Wie der Truro-Bericht richtig feststellt: "Im Jahr 2016 haben verschiedene politische Gremien, darunter das britische Parlament, das Europäische Parlament und das US-Repräsentantenhaus, erklärt, dass ISIS-Gräueltaten gegen Christen und andere religiöse Minderheiten wie Jessiden und schiitische Muslime die Tests des Völkermords bestanden haben".

Zumindest scheint es, dass die BBC aufgehört hat, das Gespenst der christlichen Verfolgung kleinzureden wie 2013, als diese Situation gerade erst anfang, den Siedepunkt zu erreichen.

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches Schwert und Krummsäbel, Vierzehn Jahrhunderte Krieg zwischen Islam und Westen ("Sword and Scimitar, Fourteen Centuries of War between Islam and the West"), ist ein Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

<https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/weltweit/2019/07/10/bericht-fuer-britische-regierung-christen-am-staerksten-verfolgt/>

RELIGIONSFREIHEIT

Bericht für britische Regierung: Christen am stärksten verfolgt

Das britische Außenministerium hat einen Bericht zur Situation von Christen weltweit in Auftrag gegen. **Das Ergebnis: Die Religionsgruppe erlebt starke Verfolgung, deren Ausmaß in manchen Regionen beinahe einem Völkermord entspreche.**

Martina Blatt Das Christentum ist die „mit Abstand am häufigsten verfolgte Religion“, heißt es in einem neuen Bericht. Diesen erstellte der Bischof von Truro, Philip Mounstephen, für die britische Regierung. Ihr wird darin empfohlen, bei der Förderung von Religionsfreiheit weltweit federführend

zu werden. Der britische Außenminister Jeremy Hunt gab den unabhängigen Bericht in Auftrag. **Bischof Mounstephen veröffentlichte das 176-seitige Dokument nun. Und mahnt darin Dringlichkeit an: „Wie ernst muss die Situation noch werden, bevor wir handeln?“**

Verfolgungsausmaß „nah an internationaler Definition von Völkermord“
Verfolgung aufgrund von religiöser Zugehörigkeit sei weltweit ein zunehmendes Phänomen – in Umfang und Intensität. Unter anderem belegten dies Berichte der Vereinten Nationen (UN). Mounstephen schreibt: „Es wird geschätzt, dass ein Drittel der Weltbevölkerung in irgendeiner Form unter religiöser Verfolgung leidet, wobei Christen die am stärksten verfolgte Gruppe sind“. **In manchen Regionen sei das Ausmaß und die Art der Verfolgung von Christen „nah an der internationalen Definition von Völkermord“, wie dies die UN sehen. Der Bericht nimmt unter anderem Bezug auf Morde durch die Terrororganisationen „Islamischer Staat“ und „Boko Haram“. Vertreibung und Abwanderung seien die Folge. „Beim Christentum besteht die Wahrscheinlichkeit, in Teilen des Nahen Ostens ausgelöscht zu werden – dort, wo die Wurzeln am weitesten zurückgehen.“**

Pluralität als Schlüssel für Sicherheit und Stabilität in Region

In den palästinensischen Autonomiegebieten liegt der Anteil der Christen an der Bevölkerung bei 1,5 Prozent, in Syrien hätten 2011 1,7 Millionen Christen gelebt, nun liege die Zahl bei 450.000 Menschen. Im Irak sei die Anzahl von 1,5 Millionen Christen (2003) auf heute unter 120.000 geschrumpft. „Das Christentum ist vom Verschwinden bedroht, was einen massiven Rückschlag für die Pluralität in der Region darstellt“, heißt es im Bericht. Diese Pluralität sei seit Jahrhunderten „ein Schlüssel für Sicherheit und Stabilität in der Region“.

Hass gegen Christen als „Christophobie“ bezeichnen

Bereits im Mai wurde ein Zwischenbericht veröffentlicht. Der Abschlussbericht umreißt das Problem der weltweiten Christenverfolgung und listet Handlungsempfehlungen auf, um den Christen weltweit zu helfen. Die Verfolgung nimmt laut Pew Research Center zu, das in dem Dokument zitiert wird: **2016 sind in 144 Ländern Christen auf unterschiedliche Weise angegriffen worden, 2015 war dies in 125 Ländern der Fall gewesen.**

Außenminister Hunt erklärte laut der BBC, dass sich der Umgang Großbritanniens mit der weltweiten Christenverfolgung grundlegend ändern müsse. Er erklärte, dass die Reaktion der Regierung auf Diskriminierung nicht immer „dem Ausmaß des Problems entsprochen“ habe. Der Konservative sagte, dass, wenn er Premierminister würde, er die Empfehlungen des Berichts in vollem Maße annehmen würde. **Hunt erklärte, dass politische Vertreter konkreten Hass gegen Christen mit dem Begriff „Christophobie“ benennen sollten. „Wir müssen anerkennen, dass es hier ein spezifisches Problem gibt, das über das Eintreten für Religionsfreiheit hinausgeht.“**

Auch Boris Johnson, Hunts Kontrahent im Wettbewerb um den

Premierministerposten, signalisierte seine Unterstützung für den Bericht.

Der Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, begrüßte die Veröffentlichung des Berichts. Gleichzeitig rief er zum Gebet für verfolgte Christen auf: „Mögen unsere

leidenden Schwestern und Brüder Ruhe, Sicherheit und Freiheit erfahren.“ Er hoffe zudem auf ein Eingreifen der Politik.

Von: Martina Blatt

Liebe Freunde der PRO BEWEGUNG,
der Vorgang, den das nachfolgende Protestschreiben von Herrn Jörg Bauer aufspießt ist ungeheuerlich.
Gehen wir auf Zeiten zu, in denen Kauf und Verkauf nur politisch-korrekten Bürgern möglich bleibt?
Mit freundlichen Grüßen
Ihr Christoph Heger

Von: Jörgen Bauer <joergenbau@gmx.de>

Gesendet: Sonntag, 15. Dezember 2019 15:35

An: 'Jörgen Bauer' <joergenbau@gmx.de>

Betreff: Ungehöriges Agieren der Fa. Canon GmbH Deutschland

Liebe Leser,

manchmal muss deutlich Klartext geredet werden.
Diesen Brief habe ich an Canon geschickt.
Ein absolut unmöglicher Vorgang, der nicht
hingenommen werden kann, auch wenn man nicht
unmittelbar selbst betroffen ist.

Wo soll das hinführen, wenn solche Ungehörigkeiten
einreißen?

Es grüßt

Jörgen Bauer
Am Jagdschlössle 15
89520 Heidenheim
Tel. 7321 / 739203 oder 66445

JÖRGEN BAUER

89520 Heidenheim, den 15.12.2015
Am Jagdschlössle 15
Tel.: 07321 / 66445
e-mail: joergenbau@gmx.de

Canon Deutschland GmbH
Europark Fichtenhain 10A
47807 Krefeld

Merkwürdiges Verhalten gegenüber der Freikirche Riedlingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der christlichen Publikation TOPIC, Nr. 12, Dezember 2019, wird von Pastor Jakob Tschardt berichtet, der zur Evangelischen Freikirche Riedlingen gehört und der sehr gute, qualifizierte biblisch fundierte Publikationen verbreitet, die überhaupt nicht zu beanstanden sind.

Er hat 2015 in Predigten auf die Gefahren von Merkels selbstherrlicher Flüchtlingspolitik hingewiesen. Seine Predigten und Kommentare sind im Internet dokumentiert.

Das wurde der Freikirche jetzt wohl zum Verhängnis.

Als die Gemeinde ein Nachfolge-Modell für ihren Canon-Farbkopierer bestellen wollte und der Kauf- und Wartungsvertrag unterschiftsreif vorlag, kam plötzlich eine Mail mit folgender Information: "...aus ethisch-moralischen Gründen lehnt unser Bankpartner (die BNP) sowie die Canon Deutschland GmbH eine erneute Geschäftsbeziehung mit der Evangelischen Freikirche Riedlingen ab.

Und auf Rückfrage: "Wir sind durch BNP auf Pressemitteilungen zu Äußerungen der Evangelischen Freikirche Riedlingen aufmerksam gemacht worden, die nicht den ethischen Grundwerten der Canon Deutschland entsprechen. Mit solchen Äußerungen möchte Canon Deutschland nicht mittelbar in Verbindung gebracht werden."

Solche pharisäerhaft abgehobenen, moralisierenden Aussagen, die in keiner Weise zu rechtfertigen sind, fallen auf Canon selbst zurück, weil diese den Schluss zulassen, dass sowohl Canon als auch der Bankpartner BNP ihre geschäftsrelevanten Informationen aus Klatschspalten bzw. unseriösen Gazetten beziehen, anstelle sich durch das Lesen der Schriften von Pastor Tschardt, selbst ein eigenes Urteil zu bilden. Was daraus folgt ist ein Vertrauensverlust gegenüber Canon.

Es kann sicher nicht sein, dass vor Neuanschaffungen seitens Ihrer Firma künftig eine Gesinnungsprüfung vorgenommen wird, wobei jeder, als „ideologisch unzuverlässig“ abgelehnt wird, der nicht vollständig auf der Canon-Linie liegt.

Sofern sich Canon an ethische Grundwerte gebunden fühlt, empfehle ich, sich konsequenterweise bei der Freikirche Riedlingen zu entschuldigen, damit das Ansehen von Canon keinen weiteren Schaden erleidet.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörgen Bauer

Jörgen Bauer

NETFLIX: STOPPT DAS BLASPHEMISCHE "WEIHNACHTS-SPECIAL"!

[Netflix: Stoppt das blasphemische "Weihnachts-Special"!](#)
[netflix.jpg](#)

02.000.000

1.031.572 Personen haben bereits unterzeichnet. Helfen Sie bitte mit, 2.000.000 Unterschriften zu erreichen.

von [CitizenGO](#) · Die, 17.12.2019 - 09:44 Uhr

Wenn es gegen das Christentum und die Christen geht, scheint die Geschmacklosigkeit und Bosheit leider keine Grenzen zu kennen.

Dies zeigt das diesjährige blasphemische „Weihnachts-Special“ *«Die Erste Versuchung Christi»* (im Original *«A Primeira Tentação de Cristo»*) der brasilianischen „Comedy“-Gruppe "Porta dos Fundos", das auf Netflix auch mit deutschen Untertiteln verfügbar ist.

Plötzlich ist Jesus schwul...

...und natürlich wird diese ungeheuerliche Beleidigung des christlichen Glaubens und der gläubigen Christen auf der ganzen Welt dann auch noch während der Adventszeit ausgestrahlt, um eine größtmögliche Wirkung zu entfalten.

Die Akteure von „Porta dos Fundos“ nutzen für ihre blasphemischen, spöttischen Angriffe auf das Christentum immer wieder den Deckmantel der Kunst und der Meinungsfreiheit. Sie wollen den christlichen Glauben verächtlich machen, die Menschen desensibilisieren, und offensichtlich den Boden für eine weitere Verfolgung von Christen bereiten (denn andere Religionen, wie z. B. den Islam, wagen sie nicht zu verspotten).

In *«Die Erste Versuchung Christi»* geht die „Comedy“ so weit, Jesus Christus als Homosexuellen darzustellen, der sich sogar in den Teufel „verknallt“ hat. Dazu werden die Jünger als Alkoholiker, und die Jungfrau Maria als Flittchen, das mit Gott dem Vater Geschlechtsverkehr hat, dargeboten.

Und während "Porta dos Fundos" ihre Videos normalerweise über YouTube verbreiten, ist es ihnen in diesem Jahr gelungen, dass Netflix *„Die erste Versuchung Christi“* in sein Angebot aufgenommen hat, und den Beitrag mit Untertiteln in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch streamt.

Gesellschaftliche Provokation ist die Spezialität von Porta dos fundos. Die brasilianische "Comedy"-Gruppe produziert jedes Jahr ein "Weihnachts-Special", das darauf abzielt, Christen und Christen anzugreifen. Ihre Shows sind stets sehr blasphemisch und benutzen immer „Redefreiheit“ und „kulturelle Produktion“ als Ausrede, um die Öffentlichkeit über Blasphemien

und Spott gegen die Religion anzugreifen, zu kritisieren und zu desensibilisieren (natürlich taten sie nie etwas Ähnliches gegenüber dem Islam).

Normalerweise veröffentlichen sie ihre Videos auf ihrem YouTube-Kanal, in diesem Jahr jedoch in ihrem „Weihnachtsspecial“, in dem werden von Netflix mit Untertiteln in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch ausgestrahlt.

Das ist völlig inakzeptabel. **Niemand hat das Recht, den Glauben von Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt derart zu verletzen und anzugreifen.** Diese Art von „künstlerischer“ Show hat nur eine offensichtliche Konsequenz: Die Menschen desensibilisieren und den Weg für die weitere Verfolgung von Christen bereiten.

In Anbetracht all dessen haben wir uns entschlossen, diese Kampagne zu starten, um den CEO von Netflix aufzufordern, die Show von „Porta dos Fundos“ abzusetzen.

Unterzeichnen Sie jetzt die Petition, um eine E-Mail an die Mitarbeiter von Netflix zu senden.

Weitere

Informationen:

"1,3 Millionen unterschreiben Petition gegen schwulen Netflix-Jesus" (Queer.de):
https://www.queer.de/detail.php?article_id=35096

"Millionen Menschen unterschreiben Petition gegen schwulen Jesus" (Tag24):
<https://www.tag24.de/nachrichten/netflix-film-jesus-schwul-petition-gegen-cristo-cristus-porta-dos-fundos-brasilien-sao-paulo-1318919>

<https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/weihnachtsbotschaft-deutscher-muslime-wirft-viele-fragen-auf>
GUNNAR SCHUPELIUS

22. Dezember 2019 18:08 Aktualisiert 18:09

Bereich: Gunnar Schupelius - Mein Ärger

Themen: MuslimeWeihnachten

Der Zentralrat der Muslime warnt vor Gewalt. Erwähnt wird der Terrorismus von rechts, nicht aber die Gefahr, die von radikalen Muslimen ausgeht, kritisiert Gunnar Schupelius.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland ist einer der wichtigsten Verbände islamischer Gemeinden. In einer Grußbotschaft des Verbandes wünscht Präsident Aiman Mazyek allen Menschen „ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest“. **Dann geht er auf die besondere Lage in Deutschland ein, die, so schreibt er, von der Gefahr rechtsradikalen Terrors geprägt sei.**

„Möge Er, der Schöpfer allen Seins, unsere Gesellschaft vor dem Rassismus, dem Hass, der Ignoranz derjenigen, die das Rad der Geschichte in die Zeit tiefster Dunkelheit zurückdrehen wollen, schützen (...)“, heißt es in seinem Brief.

Diesem Wunsch kann man sich natürlich nur anschließen. Leider fehlt in der Botschaft des Präsidenten Mazyek jeder Hinweis auf andere Quellen der Gewalt. Der Frieden in unserem Land wird nicht nur von rechtsaußen bedroht, sondern auch von radikalen Muslimen.

In einer großen Zahl von Berliner Moscheen wird nicht zur Verständigung aufgerufen, sondern zur Abgrenzung oder sogar zur Feindschaft gegenüber Andersgläubigen. Immer wieder finden sich radikale Muslime in kleinen Gruppen zusammen und planen in diesen Gruppen oder als Einzeltäter

Gewalt: So wie der Bombenbauer Abdul H. aus Schöneberg, der im November in letzter Minute von der GSG 9 verhaftet wurde.

Mazyek sieht in diesen Gewalttättern wahrscheinlich verirrte Geister, die ihre Religion falsch oder gar nicht verstanden haben. „Der Islam hebt die Würde des Menschen hervor“, schreibt er in seinem Grußwort. „Im edlen Koran“ werde erklärt, „dass jeder Mensch vom Schöpfer allen Seins mit identischer Würde ausgestattet worden ist, ganz gleich ob er religiös ist oder nicht“.

Diese Botschaft scheinen viele Muslime tatsächlich nicht verstanden zu haben, insbesondere in den Ländern nicht, in denen sie die Mehrheit stellen und deren Staatsform auf dem Islam aufbaut. In den meisten Staaten, deren Politik an islamischen Gesetzen ausgerichtet ist, wird die Würde des Menschen nicht geachtet. Dort droht abtrünnigen Muslimen nach der „Scharia“ die Todesstrafe, Christen werden entrechtet, vertrieben oder getötet.

Die Christenverfolgung hat in diesem Jahr weltweit einen neuen Höhepunkt erreicht. Insgesamt 4136 Christen fanden bis Dezember nur wegen ihres Glaubens den Tod, 2018 waren es 3600. Insgesamt 245 Millionen Christen wurden 2018 weltweit verfolgt. Die gefährlichsten Länder für Christen liegen, mit Ausnahme von Nordkorea, alle im Nahen Osten und Nordafrika und sind muslimisch.

Aus diesen Ländern wiederum kommen die meisten Flüchtlinge und Migranten nach Deutschland. Sie bringen eine Auffassung des Islams mit, die bei weitem nicht so tolerant ist, wie Mazyek sie aus dem Koran ableitet. Deshalb kommt es vermehrt zu antisemitischen Attacken in Deutschland und zu Übergriffen auf Christen. Zwischen Januar 2017 und April 2019 wurden in Deutschland 265 Mal Christen angegriffen, 52 Prozent der Straftaten hatten einen islamischen Hintergrund.

Diese Zahlen können dem Zentralrat der Muslime nicht egal sein. Die Gewaltbereitschaft radikaler Muslime hätte in der Weihnachtsbotschaft Thema sein müssen. Das war sie aber nicht. Entweder spielt Mazyek das Problem bewusst herunter oder er traut sich nicht, reinen Wein einzuschenken. Es kann ihm nicht entgangen sein, was vielen Menschen in Deutschland Sorge bereitet.

<http://www.pi-news.net/2019/12/weihnacht-2019-christenverfolgung-nimmt-dramatisch-zu/>

FÜR PRANTL, HABECK UND CO IST WEIHNACHTEN, WENN „FLÜCHTLINGE“ GERETTET WERDEN

Weihnacht 2019: Christenverfolgung nimmt dramatisch zu

25. Dezember 2019

Von ALSTER | Während die Verfolgung von Christen 2019 weltweit [stark zugenommen](#) hat, und sie gerade an Weihnachten in vielen, zumeist islamischen, Ländern um ihr Leben fürchten müssen, werden hierzulande die Emotionen für ihre Verfolger und Mörder geweckt.

Medien und die vermeintlich verfolgten Uiguren und Rohingyas

Ads by Ad.Style

Bis in den Dezember hinein berichtete die Medien wochenlang ausschließlich über die vermeintlich verfolgten islamischen Minderheiten der Uiguren und Rohingyas. Dabei werden die Hintergründe systematisch ausgeblendet, denn sowohl China als auch Myanmar führen seit Jahren einen Anti-Terror-Kampf gegen Korangläubige, die immer wieder schreckliche Attentate begehen. 2014 verübten die uigurischen Mohammedaner mehrere grausame

Anschläge mit über 170 Toten. In der Provinzhauptstadt Kunming griffen sie am 1. März wahllos Reisende in der Bahnhofshalle an, **sie zerhackten, wen sie nur konnten.**

Wie ihre Glaubensbrüder, die Uiguren, sind die moslemischen Rohingyas gegen die „Ungläubigen“ im buddhistischen Myanmar korangemäß mit Gewalt und Terror vorgegangen. Es handelt sich um eine ostbengalische Volksgruppe, die in Myanmar eingedrungen ist und sich seit einem knappen Jahrzehnt Rohingya nennt. Die Manipulation der Medien ist groß. Westliche Medien haben in ihren Berichten verschwiegen, dass die islamische Untergrundarmee Arakan Salvation Army (ARSA) der Rohingya mit hunderten Terroristen zeitgleich 30 Polizeistationen und Kasernen angriff. **Die Konflikte der Uiguren und Rohingyas** wurzeln in dem Befehl an alle Muslime, die „Ungläubigen“ zu besiegen und im Ernstfall zu töten, um einer angestrebten Weltherrschaft des Koran und der Scharia willen.

Habeck, das Klimageld und die Kinderlein von Lesbos

Der Co-Vorsitzende der Grünen Robert Habeck hat rechtzeitig und medienwirksam zur Weihnachtszeit eine sofortige Nothilfe für das völlig überlastete Griechenland mit den überfüllten Migrantenzentren gefordert (**PI-NEWS berichtete**). „Holt als erstes die Kinder raus“, so Habeck, „es sind viele zerbrechliche kleine Menschen.“ Der Autor Ramon Peymani **bringt es auf den Punkt. Sachlich kann keiner mehr argumentieren.**

„Nun sind die Klimapakete mit den enormen Verteuerungen und Steuererhöhungen unter Dach und Fach, und den Urhebern des Gesellschaftsumbaus kann es nicht schnell genug gehen, sich wieder dem eigentlichen Ziel ihrer Anstrengungen zuzuwenden, der Ansiedlung und Alimentierung „neuer Bürger“... „Deutschlands Bürger sollten endlich der Tatsache ins Auge sehen, dass es weder um die Rettung des Klimas noch um die Rettung verfolgter Menschen geht.“

Der hypermoralisierende Heribert Prantl und die Weihnachtsgeschichte

Aber keiner kann so grausam salbungsvoll und geschwurbelt die Emotionen wecken und das schlechte Gewissen ankurbeln wie Heribert Prantl, Kolumnist der „**Süddeutschen Zeitung**“. Er spricht vom Verrat an den europäischen Idealen, Europa(!) sei ein Raum der exzessiven Unbarmherzigkeit und der Gnadenlosigkeit, wenn es nicht die „Flüchtlinge“ auf Lesbos rettet.

Die europäischen Regierungen, die sich der Hilfe verweigern, sind nicht viel besser als der König Herodes in biblischen Zeiten, der die Kinder hat umbringen lassen.

Die Schlepperhelfer „Sea-Watch“, „Sea-Eye“ und „Ärzte ohne Grenzen“ würden es sein, die das gute Europa repräsentieren. Für ihn kämen die Heiligen Drei Könige heute im Rettungsboot, und der Stall zu Bethlehem – er stünde heute auf Lesbos. Für den Hypermoralisten ist Weihnachten, **wenn „Flüchtlinge“ gerettet werden.**

Eine gänzlich andere Sprache spricht Viktor Orbán in Sachen Europa und als einsamer Verteidiger der verfolgten Christen. Vom 26.-28. November fand die 2. Internationale Konferenz zur Christenverfolgung in Budapest statt. Orbán sieht in der Christenverfolgung nicht nur eine humanitäre Krise, sondern eine „organisierte Gewalt gegen eine ganze Kultur, auch hier in Europa.“ Vor allem die Akzeptanz unbegrenzter Massenimmigration in Europa nannte er eine „Zeitbombe“. „Die einzige Lösung für Europa ist, seine christliche Identität wieder zu entdecken.“

Das Jahr 2019 war ein blutiges Jahr für Christen. Wo **Christen am meisten verfolgt** werden. Um im Deutschland des Jahres 2019 Emotionen für Verfolgte und Ermordete zu wecken, kommt es darauf an, wer verfolgt und ermordet wird, und wer verfolgt und ermordet. Ein Rassismus der feineren Art.

<https://navigator.gmx.net/mail?sid=c0870ed006d6c7ae857d7c8742bf185fe9430154e45cbca3be19c7c938f1cac43db499f018d494c9c1b2f7347dee2ee4>

Diskriminierung von Pro-Life-Chocolatier durch Lufthansa-Swiss sofort beenden – Läderach zurück an Bord!

Grüß Gott und guten Tag Dr. Christoph,

laut den Befürwortern der Erweiterung der Rassismus-Strafnorm, über die am 09. Februar 2020 in der Schweiz abgestimmt wird, müssten Homosexuelle angeblich besser vor Diskriminierung, Hass und Gewalt geschützt werden. **Von wem allerdings in Wirklichkeit Diskriminierung, Hass und Gewalt ausgehen und gegen wen sie sich richten, zeigt der Fall des Chocolatiers Läderach. Weil dessen Chefs sich für den Lebensschutz einsetzen, läuft seit Monaten eine mediale Hetzkampagne gegen das christlich geführte Unternehmen. Die Folgen: Anschläge auf Filialen, Verunglimpfungen von Mitarbeitern, Boykottaufrufe und jetzt auch noch das Aus für die Zusammenarbeit mit der zur Lufthansa gehörenden Fluglinie Swiss.**

Im Herbst 2019 geriet der traditionsreiche Schokoladenhersteller mit Sitz in Ennenda im Kanton Glarus ins Visier der Homo-Lobby, radikaler Feministen und gewaltbereiter Linksextremisten, nachdem bekannt geworden war, dass der Geschäftsführer, Johannes Läderach, zusammen mit seinem Vater, Inhaber und Verwaltungsratspräsident des Betriebs, Jürg Läderach, im Vorstand des christlichen Vereins „Christianity for today“ sitzt. Der Verein schreibt über sich selber: „Wir glauben, dass die Familie – ein Mann und eine Frau, verheiratet, und deren Kinder – die Grundlage einer intakten Gesellschaft bildet, wenn zwischen ihnen eine Beziehung nach den Ratschlägen der Bibel besteht“. Außerdem gehört er zu den zehn Trägerorganisationen des jährlich stattfindenden „Marsch fürs Läbe“, der größten Lebensrechtskundgebung in der Schweiz.

<https://www.patriotpétition.org/2020/02/06/diskriminierung-von-pro-life-chocolatier-durch-lufthansa-swiss-sofort-beenden-laederach-zurueck-an-bord/>

Daraufhin brach eine mediale Hetzkampagne übelster Natur los. Der Tagesanzeiger titelte beispielsweise: „Der Schoggi-König kämpft gegen Abtreibung und Homosexuelle“. Das Homo-Portal **bern*lgbt** verbreitete einen Boykottaufruf mit der Überschrift „Kauft nicht bei ...“, in direkter Anlehnung an den Boykottaufruf der Nationalsozialisten von 1933 „Kauft nicht bei Juden“. Anschließend bezogen Homo-Aktivistinnen mit Regenbogen-Flaggen vor Läderach-Filialen Stellung, provozierten mit öffentlichem Herumknutschen und verunglimpften Mitarbeiter. Dann schlug der Hass in koordinierte, systematische Gewalt um: Auf sieben Filialen wurden Anschläge mit Farbbeuteln und Buttersäure verübt! Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) begrüßte diesen „Protest“ ausdrücklich.

Als sei das alles noch nicht genug, hat sich dem christenfeindlichen Boykott auch noch die zur Lufthansa gehörende Fluggesellschaft Swiss angeschlossen. Zehn Jahre lang belieferte Läderach die Swiss mit Schokolade. Wie jetzt bekannt wurde, hat die Swiss die Zusammenarbeit im November 2019 aufgekündigt; Praliné-Boxen von Läderach werden an Bord nur noch bis Mitte April 2020 ausgegeben. Die Fluglinie, die nach eigenen Angaben in der Kabine einen hohen Schwulenanteil hat, begründete ihren Schritt mit der negativen Berichterstattung über Läderach und Schlagzeilen, wie den oben erwähnten – angesichts der massiven Folgen dieser Hetz-Berichterstattung blanker Hohn!

Die Angriffe auf Läderach sind ein Angriff auf uns alle, auf unsere christlich-abendländische Wertegemeinschaft, die Redefreiheit und die Religionsfreiheit. Wenn die christenfeindlichen Hetzer und Gewalttäter sich hier durchsetzen, droht eine weitere Christenverfolgung. Getreu dem schweizerischen Wahlspruch „Einer für alle, alle für einen“ müssen wir uns jetzt geschlossen hinter die christlichen Unternehmer und ihre Mitarbeiter stellen, deren wirtschaftliche Existenz bedroht wird, nur weil sie sich für den Schutz des menschlichen Lebens und für Ehe und Familie engagieren. Mit anbei stehender Petition fordern wir Lufthansa-Swiss auf, die Diskriminierung des Pro-Life-Chocolatiers sofort zu beenden und Läderach-Schokolade wieder ins Bordsortiment aufzunehmen. Bitte unterzeichnen auch Sie die Petition und setzen Sie damit ein deutliches Zeichen für den Schutz des Lebens und der Familie, unserer christlich-abendländischen Werte, sowie der Rede- und Religionsfreiheit!

Junge Freiheit Nr. 07/20, Freitag, 7. Februar 2020, Seite 1 Titelseite
Fluggesellschaft Swiss listet Pralinenhersteller aus – weil sich deren Chef als
Christ für Lebensschutz engagiert
Schwule Schokolade
BIRGIT KELLE

Im Sommer flog ich mit einer britischen Fluglinie aus den USA zurück nach Hause und stieß auf der Suche nach passendem Unterhaltungsprogramm auf die pinken Kinofilme. Die explizite Kennzeichnung aller Drehbücher, die sich grob zusammengefaßt mit allerlei Beziehungsdramen jenseits der Heteronorm beschäftigten, in der „Pride“-Kategorie war durchaus hilfreich, um das auszusortieren, was ich auf gar keinen Fall sehen will. So ein Zwölf-Stunden-Flug ist bereits ermüdend genug, als daß man sich auch noch über den Wolken mit politisch korrektem Bejubeln der sexuellen Vielfalt beschäftigen möchte. Daß der „schwule Film“ neben Drama, Comic und romantischen Komödien über dem Atlantik eine eigene Schublade braucht, hatte mich doch irritiert. Sind das nicht diese LGBT-Trans-Irgendwas-Leute, die ständig erklären, nicht anders zu sein als jeder Durchschnitts-Hetero? Ist das im Flieger jetzt anders? Das viel gesuchte „schwule Gen“ als Beweis ist noch nicht gefunden, wobei die auffällig hohe Frequenz homosexueller Flugbegleiter bei allen Airlines weltweit mal eine eigene Untersuchung wert wäre. Gerade wird dieser von mir rein gefühlte Zustand jenseits akribischer Statistik überraschend durch die Schweizer Fluggesellschaft Swiss bestätigt. Dort arbeiten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich viele homosexuelle „Mitarbeiter*innen“, berichten Schweizer Medien. Auch wegen deren Beschwerden habe man sich nun bei Swiss **gerade tolerant und weltoffen vom jahrelangen Schokoladenlieferanten Läderach getrennt. Läderach, muß man wissen, macht nicht nur sensationelle „Schoggi“, wie der Schweizer sagt, sondern auch als angeblicher „Homogegner“ und „Abtreibungsgegner“ von sich reden. Geschäftsführer JOHANNES LÄDERACH sitzt im Vorstand des Vereins „Christianity for today“ und unterstützt den Schweizer Marsch für das Leben. Christ, Verfechter der traditionellen Familie und Lebensschützer, da ist man schnell raus aus der angeblich so neutralen Schweiz. Zum**

„Dank“ für diese offenbar ungehörig schwulenfeindliche Position wurden bereits zahlreiche Filialen des hochpreisigen Schokoladenherstellers mit Buttersäureattacken durch die Toleranzfraktion beglückt. Homofeindliche Pralinen, das geht ja auch wirklich nicht.

Sicher findet sich auch ein neuer Schweizer Lieferant für garantiert schwule Schokolade über den Wolken. Jemand sollte den aufgeregten Homoaktivisten allerdings einmal erklären, daß sie recht dankbar sein sollten, daß sich Menschen gegen Abtreibung, und zwar ganz egal aus welchem Grund, einsetzen. Denn sollte das viel gesuchte schwule Gen einmal tatsächlich gefunden werden, wären das die einzigen, die noch dafür auf die Straße gehen, daß auch das auf keinen Fall ein Abtreibungsgrund für ein ungeborenes Kind sein kann.

<https://www.pro-medienmagazin.de/index.php?id=92669>

10.02.2020 BUCH EINES JOURNALISTEN

Der Fall Asia Bibi: Vom Schluck Wasser bis zum Volksaufstand

Der Fall der pakistanischen Christin Asia Bibi bewegte Millionen Menschen auf der Welt. Weil sie einen Schluck Wasser aus einem Becher trank und damit muslimische Arbeiterinnen empörte, brach für die damals 38-Jährige eine Hölle los. In seinem Buch „Eine Frau glaubt um ihr Leben“ beschreibt der Journalist Joseph Scheppach eindrucksvoll einen Fall, der ein ganzes Land in Unruhe versetzte. Eine Rezension von Jörn Schumacher

Wer von dem Hass liest, den muslimische Fanatiker gegen eine harmlose Frau aus einem Dorf Pakistans entwickeln können, kann es zunächst kaum glauben. Der deutsche Journalist Joseph Scheppach, der viele Jahre Pressesprecher bei der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ war, hat in seinem Buch „Asia Bibi. Eine Frau glaubt um ihr Leben“ den Fall der 38-jährigen Christin beschrieben, der um die Welt ging. Asia Bibi hatte am 19. Juni 2009, einem normalen Arbeitstag, bei der Feldarbeit Wasser aus einem Becher getrunken. Zwei Muslima beschuldigen die Christin, damit Brunnenwasser „verunreinigt“ zu haben. In dem von den Frauen provozierten Streit verliert Bibi angeblich gotteslästerliche Worte. Das konnte nie bewiesen werden, doch für die Frau begann ein Martyrium, das sie neun Jahre ins Gefängnis, durch Höllenqualen und bis an den Rand ihrer Lebenskraft brachte.

„Neun quälend lange Jahre muss die bitterarme Mutter von fünf Kindern bei jedem Klick des Eisenschlosses ihrer Zelle den Henker fürchten“, schreibt Scheppach. „Lebendig begraben vegetiert sie in einem dunklen Kerker, die Wände schwarz vor Dreck. Der Boden durchtränkt von Schlamm, Kot und Urin.“ Kaum ein Fall krepelte die Wahrnehmung Pakistans in der Welt so um wie dieser, und er zeigte exemplarisch, wie es Christen in dem islamischen Land ergeht. Daher wünscht man dem Buch Scheppachs, dass es dazu beiträgt, den Fall Asia Bibi noch bekannter zu machen.

Krepieren und trotzdem am Leben bleiben

Der Autor beschreibt Bibis Zelle, die drei mal 2,4 Meter groß war; in den für ursprünglich für 500 Häftlinge gebauten Trakten lebten über 2.500 Insassen: Mörder, Drogenabhängige, Diebe, Vergewaltiger, Entführer und andere Kriminelle. „Bei Regen tropft es hinein. Dann muss sie in ihren Plastiksandalen durch den Schlamm waten“, so Scheppach. Gerade Christen hätten es in solchen Gefängnissen besonders schwer. Hinzu kämen wegen der schauerlichen hygienischen Zustände viele Krankheiten. Scheppach beschreibt zudem die in pakistanischen Gefängnissen üblichen Foltermethoden. Bibi selbst erinnert sich später: „Hier habe ich gelernt zu krepieren und trotzdem am Leben zu bleiben.“ In ihrer Verzweiflung schöpfte sie Trost aus dem Gedanken, dass Jesus „Immanuel“ genannt wird – „Gott ist mit uns“. „Das gibt ihr die Gewissheit, nicht allein zu sein.“

Sie erfuhr davon, dass Papst Benedikt XVI. auf dem Petersplatz in Rom ihren Namen genannt hatte, was ihr neue Hoffnung gab. „Asias Fall hat mittlerweile in Pakistan die Ausmaße einer Staatsaffäre angenommen und in Lahore, Karatschi und Islamabad gehen Zigtausende auf die Straße, um lauthals Asia Bibis Tod zu

fordern“, schreibt Scheppach über jene Zeit. „Die Demonstranten recken Fotos von Asia mit einer Schlinge um den Hals in die Höhe.“

Viele der Unterstützer, die Bibi in der Öffentlichkeit findet, werden hingegen ermordet. So etwa der Minister für religiöse Minderheiten und einzige Christ im pakistanischen Kabinett, Shahbaz Bhatti. Unter Bhatti war überhaupt erst das Ministerium geschaffen worden, und er hat viel für die Religionsfreiheit im Land getan. Am 2. März 2011 wird er von drei Fanatikern niedergeschossen. Er hatte Bibi besucht und den pakistanischen Präsidenten gebeten, Bibi zu begnadigen. Hervorzuheben ist auch „der mutigste Anwalt der Welt“, Saif-ul-Malook, der Bibis Verteidigung übernahm. Er war sich der großen Gefahr bewusst, der er sich aussetzte. Gegenüber Spiegel Online sagte er, er selbst sei Muslim. „Aber spielt das eine Rolle? Für einen Arzt ist das doch auch irrelevant.“ Einer anderen Zeitung sagte er: „Überall auf der Welt muss es Menschen geben, die aufstehen, wenn sie gebraucht werden.“ Schließlich veröffentlichten mehrere internationale Zeitungen einen offenen Brief von Asia Bibis Mann, und der sorgte international für Betroffenheit.

Tausende Protest-Mails aus aller Welt gingen bei der pakistanischen Regierung ein, die deutsche Bundesregierung sandte ihren Menschenrechtsbeauftragten nach Pakistan, die Stadt Paris sprach sich für die Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Bibi aus, am Hauptgebäude der Pariser Stadtverwaltung hing ein Foto von ihr. Eine britische Online-Petition für Bibis Freilassung bekam über eine halbe Million Unterschriften. In sozialen Netzwerken posteten viele ein Selfie, auf dem sie ein Glas Wasser trinken – als Symbol der Solidarität mit Asia Bibi. Am 24. Februar 2018 empfing Papst Franziskus Asia Bibis Ehemann und seine Töchter im Vatikan.

Der Druck auf die pakistanische Regierung wuchs, doch gleichzeitig nahmen die Proteste fanatischer Moslems zu. Es gab Anschläge auf Kirchen, bei denen Hunderte Kirchenbesucher starben. Der Mob steckte in vielen Städten Autos und Läden in Brand, in Lahore versuchten sie das Parlament zu stürmen. Die Armee wurde vor dem Parlamentsgebäude und den Gerichten in Islamabad postiert. Nach offiziellen Schätzungen entstanden Schäden in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Zehn Millionen Pakistaner waren in jenen Tagen laut Zeitungsberichten bereit, Asia Bibi eigenhändig umzubringen. Verfilmung erwünscht

Am 31. Oktober 2018, nach einem neun Jahre dauernden, kräftezehrenden juristischen Tauziehen, wurde Asia Bibi freigesprochen. Neun Monate später durfte sie nach Kanada ausreisen. Kaum in Freiheit machte Asia Bibi öffentlich: Trotz des unsagbaren Leids, das sie ertragen musste, vergebe sie ihren Peinigern. Und sie wies sofort auf Leidensgenossen hin: „Es gibt viele andere Beschuldigte, die Jahre im Gefängnis verbringen. Auch hier sollten die Gerichte zu deren Gunsten entscheiden.“

Wichtig ist Scheppachs Buch vor allem, weil er ein Schlaglicht setzt auf die Situation vieler Christen in Pakistan. Er gibt wichtige Hintergrundinformationen, etwa dass seit 1986 mehr als 1.200 Menschen wegen Blasphemie in Pakistan angeklagt wurden; es hockten wahrscheinlich 187 „Asia Bibis“ derzeit wegen Blasphemie in Pakistans Gefängnissen; aus religiösem Hass seien in der islamischen Republik in den letzten Jahren mindestens 28 Christen ermordet worden. Zahlreiche Kirchen und christliche Häuser wurden zerstört. Hunderte Christinnen wurden mit Muslimen zwangsverheiratet und entführt; über 1.400 Christen wurden auf offener Straße oder in ihrem Heim verprügelt.

Viele andere Beispiele, die Scheppach nennt, zeigen: In Pakistan kann es schon gefährlich werden, in einem Schulaufsatz über Mohammed ein einziges Wort falsch zu schreiben. Und wer Papier für das Kochen auf dem Herd anzündet, kann wenige Tage später vom Mob verfolgt werden, weil dazwischen zerrissene Seiten eines Koran steckten. Das eindrucksvolle Buch „Eine Frau glaubt um ihr Leben“ schildert die Umstände zwar oftmals romanhaft, aber der Leser bekommt einen Einblick davon, was Menschen in Pakistan zu erleiden haben, wenn sie auch nur in den Verdacht geraten, etwas gegen Mohammed getan oder gesagt zu haben. Vielleicht wird die Geschichte Asia Bibis ja demnächst auf Basis dieses Buches verfilmt. Es wäre ihm – und allen wegen ihres Glaubens Verfolgten – zu wünschen.

Joseph Scheppach: „Asia Bibi. Eine Frau glaubt um ihr Leben“, Brunnen, 160 Seiten, 15 Euro, ISBN 9783765507380

<http://www.pi-news.net/2020/04/christen-in-nahost-vom-westen-verlassen-und-verraten/>

JF-INTERVIEW MIT PATRIARCH IGNATIUS JOSEPH III.

Christen in Nahost vom Westen verlassen und verraten

13. April 2020

Von KEWIL | Der syrisch-katholische Patriarch Ignatius Joseph III. sagt, **die Christen des Nahen Ostens fühlten sich vom Westen verlassen und verraten – und dies obwohl sie eigentlich zu den ältesten Christen der Welt gehören. Dem Westen ist das egal. Er macht lieber Geschäfte mit den islamischen Christenverfolgern in Nahost:**

Younan: Die Christen des Nahen Ostens fühlen sich vom Westen verlassen und tief verraten. Obwohl wir das Erbe von jahrtausendealten Kulturen weitertragen und die ersten Missionare dieses Glaubens waren, merken wir daß unser Überleben für den Westen nicht wichtig ist. Viele Christen fragen sich, wieso der Westen so vorsichtig jede Art Minderheit schützt und gleichzeitig die verwundbarste Minderheit des Nahen Ostens, die in kurzer Zeit sogar verschwinden könnte, vergißt. (Fortsetzung JF [hier](#))

Nun, was die Christen in Syrien nicht kennen, ist die seuchenartig verbreitete Dummheit, falsche Toleranz und Verlogenheit bei den Gutmenschen hier, wo sich kaum einer am Islam stört, und die Mehrheit der Trottel in der Politik nichts gegen Moschee und Scharia im Abendland hat.

Folgerichtig werden auch jetzt während der Corona-Krise allüberall die Stimmen wieder lauter, wir dürften die ach so armen Asylantenkinder auf den griechischen Inseln nicht vergessen und sollten sie schnellstens nach Germoney holen.

Der freche Luxemburger Außenminister Asselborn braucht sich dabei nicht mal mehr zu tarnen. Lauthals sagt er uns allen ins Gesicht: „Jedem Jugendlichen folgen später im Zuge des Familiennachzugs vier bis fünf weitere Personen, das ist so, das muss man auch offen sagen.“

Die [Presse gibt es](#) weiter, und der deutsche Michel schläft offensichtlich trotzdem gut – seit Jahren.

<https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2020/hab-keine-angst-du-kleine-herde/>

Ignatius Joseph III. Younan

„Hab keine Angst, du kleine Herde“

- Interview
- 13. April 2020
- JF

- 10 Kommentare

Die Christen des Nahen Ostens fühlen sich vom Westen verlassen und tief verraten, warnt der syrisch-katholische Patriarch Ignatius Joseph III. Younan im Interview mit der JUNGEN FREIHEIT. Obwohl sie das Erbe von jahrtausendealten Kulturen weitertragen und die ersten Missionare dieses Glaubens waren, fürchten sie, daß ihr Überleben für den Westen nicht mehr wichtig ist

Eminenz, die Zahl der Christen in Nahost nimmt zusehends ab. Welche Gründe gibt es dafür?

Ignatius Joseph III. Younan: Es gibt verschiedene Gründe. **Alles begann mit der islamischen Invasion im siebten Jahrzent, als die Eroberer den Plan hatten, eine absolute Version des Islams durchzusetzen. Sie verstand den Islam als die Erfüllung der christlichen sowie der jüdischen Offenbarung. Das führte zur direkten oder indirekten Verfolgung der Christen und zu konsequenten Massenkonzertierungen. Leider existieren heute solche Verständnisse des Islams immer noch und sind demnach erster Grund für die Verringerung der Zahl der Christen in den vergangenen zwanzig Jahren.**

Denken Sie dabei an den islamistischen Terror?

Younan: Ich spreche vor allem von dem sogenannten islamischen Radikalismus, der politisch in der Ideologie des Wahabismus und der Muslimbrüder Ausdruck findet. Es handelt sich um theokratische Weltanschauungen, welche die Grundlage für einige Terrorgruppen wie den IS oder al-Qaida bereitgestellt haben, die uns als „Ungläubige“ vernichten wollen. Diese Ideologien überleben eventuelle Vernichtungen der Terrorgruppen und bereiten uns Christen auch heute große und ständige Sorgen für die Zukunft. Wir fürchten, in einer Gesellschaft zu leben, in der die Mehrheit der Bevölkerung die Trennung zwischen Staat und Glauben nicht akzeptiert und bereit ist, die Nicht-Muslime zu diskriminieren.

Fühlen sich die Christen vom Westen unterstützt?

Younan: Die Christen des Nahen Ostens fühlen sich vom Westen verlassen und tief verraten. Obwohl wir das Erbe von jahrtausendealten Kulturen weitertragen und die ersten Missionare dieses Glaubens waren, merken wir daß unser Überleben für den Westen nicht wichtig ist. Viele Christen fragen sich, wieso der Westen so vorsichtig jede Art Minderheit schützt und gleichzeitig die verwundbarste Minderheit des Nahen Ostens, die in kurzer Zeit sogar verschwinden könnte, vergißt. „Der Westen ist gegenüber dem Terror sehr zweideutig“

Was sind die Gründe für diese Ignoranz?

Younan: Wir sind eine Minderheit, oft wirtschaftlich uninteressant und sind für die internationale Sicherheit keine Bedrohung. Der Westen unterstützt lieber Staaten, die wirtschaftlich interessant sind, auch wenn diese die oben genannten Ideologien verfolgen.

Wie bewerten Sie die Positionierung des Westens gegenüber dem Terror?

Younan: Der Westen ist gegenüber dem Terror sehr zweideutig. Das ist wahrscheinlich der sogenannten „politischen Korrektheit“ zuzuschreiben, welche von vielen Politikern, Medien und Nichtregierungsorganisationen benutzt wird. Auf der einen Seite verweigern oder scheuen sich die Politiker davor, zu sagen, daß 90 Prozent des globalen Terrors dem radikalen Islam zuzuordnen ist. Auf der anderen Seite unterstreichen sie aber auch, daß die westliche Bevölkerung immer älter wird. Es scheint also, daß die Entvölkerung des Nahen Ostens im Endeffekt für eure Gesellschaften positiv, für uns aber katastrophal ist.

Was meinen Sie damit?

Younan: Es wird mehr und mehr deutlich, daß die Massenauswanderung der Jugend zu einer Verarmung der Ursprungsländer führt. Dabei zogen die Massenauswanderungswellen, die wir erlebten und erleben, furchtbare Tragödien nach sich: der Verlust der Heimat sowie die soziale und religiöse Entwurzelung sind nur einige der schlimmen Konsequenzen einer nicht geplanten Migration. Die Konsequenzen davon werden sowohl die Ursprungsländer als auch die Bestimmungsländer zu spüren bekommen. So kann, so darf es nicht weitergehen.

Deutschland und andere Staaten der Europäischen Union propagieren das Instrument der „Hilfe vor Ort“.

Was könnte der Westen weiter tun, um die Jugend von Migrationsgedanken abzuhalten?

Younan: Die Hilfe vor Ort braucht vor allem ein gemeinsames Vorgehen der Europäischen Union. Es muß sichergestellt werden, daß die Unterstützung auch diejenigen vor Ort erreicht, die wirklich in Not sind. Auch ist es wichtig, Menschen zu finden, die überhaupt die Fähigkeit besitzen, die

Unterstützung in nachhaltige Wirtschaftsprojekte zu transformieren. Mein Rat an die Europäische Union ist folgender: Identifizieren Sie klar und deutlich die Ursachen der Migration. Unterscheiden Sie strikt zwischen den Kriegsflüchtlingen und den Wirtschaftsmigranten. Dann können Sie klar feststellen, was wo gebraucht wird. Unterstützen Sie dann die Länder des Nahen Osten, die es schaffen, eine zivile Regierung zu etablieren, die niemanden wegen des Glaubens diskriminiert.

Wirtschaftssanktionen haben furchtbare Konsequenzen

Der Westen will, daß sich sein Thema „Menschenrechte und Demokratie“ auch in Nahost etabliert. Was denken Sie daüber?

Younan: Es ist klar und deutlich, daß die politischen Systeme in den Ländern mit einer muslimischen Mehrheit sehr wenig mit den sogenannten „westlichen Demokratien“ gemein haben. Bis heute gab es kaum eine Wahl in einem muslimischen Land, in der nicht die Religion eine wichtige Rolle spielte. Auf der anderen Seite aber werden Staaten kritisiert, ja heftigst angegriffen, die das Zusammenleben von verschiedenen Religionen ermöglichen.

Sprechen Sie von Syrien?

Younan: Auch. Und ich spreche von den Wirtschaftssanktionen, die heute furchtbare Konsequenzen für die syrische Bevölkerung haben. Die Sanktionen richten sich gegen einen Staat, der die Minderheiten und die Glaubensfreiheit verteidigt. Die syrische Jugend möchte studieren und arbeiten. Aufgrund dieser Sanktionen ist dies nicht möglich. Unser Ziel ist, ihnen Hoffnung zu geben, auch wenn es zu dieser Zeit sehr schwierig ist.

Sie haben sich sehr kritisch gegenüber der Masseneinwanderung nach Europa geäußert. Wie bewerten Sie die Haltung der Katholischen Kirche?

Younan: Wir Christen folgen der Lehre des heiligen Jesus, der uns gelehrt hat, den Fremden willkommen zu heißen. Die Christen des Nahen Ostens haben in diesen schwierigen Jahren viel Unterstützung von unseren europäischen Brüdern bekommen, dafür sind wir sehr dankbar. Um diese schwierigen Zeiten zu bewältigen, bitten wir sie darum, unsere Jugend zu unterstützen. Viele Jugendliche sind heute entwurzelt und orientierungslos. Wir wollen ihnen helfen, stark im Glauben und in der Hoffnung zu bleiben und die eigene Heimat nicht zu vergessen. Wir wollen sie immer an die Worte des Herren erinnern: „Hab keine Angst, du kleine Herde“.

Ignatius Joseph III. Younan, geb. 1944, ist syrisch-katholischer Patriarch von Antiochia und Oberhaupt der mit Rom unierten syrisch-katholischen Kirche. Er hat seinen Sitz in Beirut, besucht jedoch regelmäßig Syrien. Seinen Antrittsbesuch absolvierte er 2009 bei Papst Benedikt XVI. Ignatius Joseph III. Younan beherrscht neben Arabisch auch die aramäische, türkische, englische, französische, italienische, lateinische und deutsche Sprache.

JF 16/20

Neuigkeiten zur Petition, 23. April 2020, 17.30:

Aus technischen Gründen mussten wir diese Petition, die eine am 21. April 2020 von Herrn Alexander Töws erstellte Petition fortsetzt, neu erstellen. Die dort gesammelten 12.439 Unterschriften wurden nach hier Petition übertragen.

Diese Vorgehensweise haben wir mit Herrn Töws, dem wir für sein Engagement und den sehr erfolgreichen Start der Petition danken, vorab abgestimmt.

Das deutschsprachige Team von CitizenGO

Die YouTuberin Katja Krasavice plant, am 3. Juni dieses Jahres ein Buch mit dem blasphemischen Titel "Die Bitch Bibel: Sei kein Opfer und sie werden dich anbeten" zu veröffentlichen. Auf dem Cover des Buches nimmt sie leicht bekleidet und auf gotteslästerliche Weise eine betende Pose ein und zieht damit den christlichen Glauben in den Dreck.

Die 1996 geborene Influencerin, Videoproduzentin, Sängerin und Buchautorin verführt auf YouTube und Instagram ein jugendliches Millionenpublikum mit ihren schlüpfrigen Beiträgen, deren Hauptthemen "Lifestyle" und Sexualität sind.

Wikipedia zufolge postuliert Frau Krasavice: „Mein Körper ist für mich etwas, das ich so gestalte, wie es mir gefällt“, und liess sich folglich durch Operationen an Nase, Lippen und Brüsten zu einer Kunstfigur umgestalten.

Die BILD-Zeitung charakterisiert die Influencerin und Neu-Autorin in einem aktuellen Artikel anlässlich der Veröffentlichungsankündigung der "Bitch Bibel" mit folgenden Worten:

Katja Krasavice wurde durch ihre pikanten und freizügigen YouTube-Videos berühmt, versexzte 2018 dann den Container von 'Promi Big Brother'.

Auf dem Cover des Buches inszeniert sich Katja als weinende Mutter Jesu, die Jungfrau Maria. Allerdings auf ihre Art: Sie ist nackt, trägt lediglich einen pinkfarbenen Schleier und einen Blumenkranz im Haar. Krasavices Hände sind zum Gebet gefaltet, verdecken (fast) ihre Brüste.

Genau die Art von 'Bibel', die bei ihren Fans ankommt! Denn obwohl das Buch erst am 3. Juni 2020 erscheint, ist es bereits auf Platz 1 der Amazon-Bestseller-Liste. Bestellen kann man es schließlich schon seit Montag (20. April).

Katja Krasavice über ihren Buch-Erfolg zu BILD: „Ich bin jedesmal geschockt darüber, was ich für Hammer-Fans habe. Vor allem weil ich in der Kindheit niemanden hatte, der hinter mir stand, sogar im Gegenteil. Wir sind auf 1 – das ist krank.“

Frau Krasavices Selbstaussage "das ist krank" kann man eigentlich angesichts ihres bewusst provokativen blasphemisch-gotteslästerlichen Auftritts, der in gewisser Weise von dem blasphemischen Video "Die erste Versuchung Christis" der brasilianischen Gruppe "Porta dos Fundos" inspiriert zu sein scheint, nur zustimmen!

Mit der beistehenden Petition wenden wir uns an Matthias Setzler und Christian Jund, die Geschäftsführer der Münchener Verlagsgruppe, zu der die "Bitch Bibel" veröffentlichende Riva Verlag gehört, mit der Forderung, die Veröffentlichung dieses blasphemischen, gotteslästerlichen Machwerkes zurückzuziehen.

Weitere Informationen:

Katja Krasavice (Wikipedia):
https://de.wikipedia.org/wiki/Katja_Krasavice

Katja Krasavice - ihre Bibel knackt den Bücher-Thron (BILD):
<https://www.bild.de/unterhaltung/leute/leute/katja-krasavice-ihre-bibel-knackt-den-buecher-thron-70175300.bild.html>

Homepage Münchner Verlagsgruppe:
<https://www.m-vg.de>

Katja Krasavice: Alle Infos zur "Bitch Bibel" (Bravo):
katja-krasavice-alle-infos-zur-bitch-bible-385742.html

Bitch Bibel: Katja Krasavice will mit Autobiografie schocken (Computer Bild):
<https://www.computerbild.de/artikel/cb-News-Panorama-Bitch-Bibel-Katja-Krasavice-Biografie-Preis-Termin-25647579.html>

UNTERZEICHNEN SIE JETZT DIE PETITION

user-profile

Michael Schröter-Kuhardt

Deutschland

edit

Ich willige ein, über den Erfolg dieser Petition sowie über andere wichtige Petitionen per E-Mail von Citizengo.org informiert zu werden. Diese Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Ich möchte über die Entwicklung dieser Petition und weiterer Kampagnen nicht informiert werden.

Wir verarbeiten Ihre Daten gemäß unseren Datenschutzbestimmungen und Nutzungsbedingungen.
Stoppen Sie die Veröffentlichung der "Bitch Bibel"

Sehr geehrter Herr Setzler,
Sehr geehrter Herr Jund,

als Geschäftsführer der Münchner Verlagsgruppe, zu der der Riva Verlag gehört, sind Sie verantwortlich für die Veröffentlichung des blasphemischen Buchprojektes "Die Bitch Bibel: Sei kein Opfer und sie werden dich anbeten" von Katja Krasavice.

Die BILD-Zeitung schrieb zu diesem Buch:

”Auf dem Cover des Buches inszeniert sich Katja als weinende Mutter Jesu, die Jungfrau Maria. Allerdings auf ihre Art: Sie ist nackt, trägt lediglich einen pinkfarbenen Schleier und einen Blumenkranz im Haar. Krasavices Hände sind zum Gebet gefaltet, verdecken (fast) ihre Brüste.

Genau die Art von ‘Bibel’, die bei ihren Fans ankommt!”

Nun mag es sein, dass derartige den christlichen Glauben gleich mehrfach in den Schmutz ziehende Blasphemien bei den Fans von Frau Krasavice ankommen. Bei der christlichen Bevölkerung rufen Buchtitel und Buchcover jedenfalls eher Abscheu und Entsetzen hervor!

Und eine Ablehnung, die sicherlich nicht gerade positiv auf Ihren Verlag zurückfallen wird.

Wir fordern Sie hiermit eindringlich auf, ein klares Zeichen zu setzen, und die Veröffentlichung des blasphemischen Buches "Die Bitch Bibel: Sei kein Opfer und sie werden dich anbeten" sofort zurückzuziehen!

[Ihr Name]

Jahrhunderte verfolgter Christen

Christen werden verfolgt, seit es sie gibt, sei es durch römische Kaiser, nationalistische oder religiöse Ideologen. Ein Buch von Patrick Sookdheo zeichnet auf erhellende Weise die Geschichte der Verfolgung bis in die Gegenwart nach – jene, die sich gegen Christen wandte, wie auch die, die von Christen ausging. Eine Rezension von Johannes Kandel

Patrick Sookdheo, der Gründer und Internationale Direktor der weltweit agierenden christlichen Nichtregierungsorganisation (NGO) „Barnabas Fund“, hat ein bedeutendes Werk verfasst. Viele Menschen denken, sofern sie sich für das Christentum interessieren, beim Wort „Christenverfolgung“ an die Antike, an Kaiser Nero, Diokletian und christliche Märtyrer in der Arena. Das ist nicht falsch, aber unzureichend. **Christenverfolgungen gibt es leider bis heute in gewaltigem Ausmaß. Die NGO „Open Doors“ schätzt die Zahl der verfolgten Christen auf circa 200 Millionen. Die ersten drei Plätze im Ranking der Verfolgerstaaten belegen Nordkorea, Afghanistan und Somalia.**

Sookdheo bietet einen ausgezeichnet recherchierten Gang durch die Geschichte der Verfolgung, von Jesus bis zur Gegenwart. Die ungeheure Masse des Quellenmaterials stellte den Autor vor das schwierige Problem der Auswahl. Sookdheo löst es leserfreundlich übersichtlich, indem er zunächst die Verfolgungen bis zum Ende des ersten Jahrtausends beschreibt, wobei der Islam in einem gesonderten Kapitel untersucht wird. Das ist insofern gerechtfertigt, da bis heute die meisten Verfolgerstaaten aus dem islamischen Kulturkreis kommen. Exemplarisch werden dann Länder und Regionen beleuchtet: China, Japan, Korea und der südasiatische Raum. Im Abschnitt über das „lange zwanzigste Jahrhundert“ (S. 153ff.) erwähnt er zu Recht den türkisch-nationalistisch aufgeladenen Genozid an den Armeniern 1915, aber auch die weniger bekannten Attacken auf Assyrier und Griechen. Hilfreich ist seine Analyse der „Haupttriebkkräfte“ der Christenverfolgungen, die von „sieben großen Ideologien“ ausgehe: Kommunismus, Maoismus, Faschismus, „Hindutva“ (hinduistischer Nationalismus), Buddhistischer Nationalismus, Islamismus und säkularer Humanismus. Diese Aneinanderreihung unterschiedlicher ideologischer Orientierungen wird gewiss Protest und Kritik hervorrufen. Über Definitionen, Details und Zuordnungen kann ja auch weidlich gestritten werden. Humanisten hierzulande könnten empört sein, sich als Christenverfolger etikettiert zu sehen. Doch muss bedacht werden, dass Sookdheo Beispiele hierfür aus seiner englischen Heimat zitiert, wo Gesetze, wie zum Beispiel der „Public Order Act“, sogenannte „hatespeech“ zu verhindern sucht. Was „hatespeech“ ist, wird häufig sehr willkürlich und einseitig zulasten von Christen ausgelegt, sodass Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit bedroht sind.

Auch dunkle Kapitel der christlichen Geschichte im Blick

Sookdheo vergisst nicht, ein für die Christen selbst schmachvolles Kapitel anzusprechen: „Als Christen zu Verfolgern wurden“ (S. 63ff.). Christen haben sich untereinander in den ersten Jahrhunderten der Kirche erbittert gestritten und einander verfolgt (zum Beispiel Athanasius versus Arianus), ganz zu schweigen von der Verfolgung von Nichtchristen, vor allem den Juden. Das ist ein ganz trübes Kapitel der Christentumsgeschichte.

Alles in allem ein höchst informatives, lesenswertes Buch, das gerade die Verantwortlichen in der Politik zur Kenntnis nehmen sollten, denn das Leiden von Christen weltweit dauert an und kommt in der medialen Öffentlichkeit selten vor.

Patrick Sookhdeo: „Grundlos gehasst. Die bemerkenswerte Geschichte der Christenverfolgung durch die Jahrhunderte“, Isaac Publishing, 278 Seiten, 15,90 Euro, EAN 9780997703306

Dr. Johannes Kandel ist Historiker und Politikwissenschaftler. Von 1976 bis 2014 war er bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Dozent und Akademiedirektor im Bereich Politische Erwachsenenbildung.

Liebe Freunde der PRO BEWEGUNG,
unsere „Qualitätsmedien“ berichteten in der jüngsten Zeit von schweren Straßenschlachten zwischen eingewanderten Ethnien, darunter öfters erwähnt Tscherkessen. Spätestens seit die Türkei die früher nach Millionen zählende armenische Bevölkerung ausgerottet oder vertrieben hat, leben Armenier in Deutschland, zuletzt wohl rund 30.000. Noch nie hat man von irgendwelchem anstößigen Verhalten dieser Gemeinde gehört. Und jetzt das: aserbaidshanische „Flüchtlinge“ terrorisieren hierzulande Armenier! Dazu aber auch diese kleine Anmerkung: Wir erleben, dass AfD-Angehörigen fast jeden Tag die Häuser beschmiert oder die Autos „abgefuckt“ werden – ohne jede mediale Beachtung. Dabei handelt es sich um Taten deutscher politischer Gegner.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Christoph Heger

Von: Zentralrat der Armenier in Deutschland - Presse [mailto:presse@zentralrat.org]

Gesendet: Montag, 27. Juli 2020 03:08

An: christoph.heger@christoph-heger.de

Betreff: Anschlagsserie auf Armenier in Deutschland

Zentralrat der Armenier in Deutschland e.V.

Postfach 703040

60567 Frankfurt am Main

Pressemitteilung

Aserbaidshaner tragen seit vergangenem Donnerstag mutmaßlich die Konflikte aus ihrem Heimatland nach Deutschland. In der Nacht zum 23.07.2020 ist ein Brandanschlag auf die Botschaft der Republik Armenien in Berlin verübt worden. Dabei ist ein Dienstfahrzeug vollständig abgebrannt.

Unmittelbar in den Tagen danach sind etliche von Armeniern betriebene Geschäfte und Unternehmen von Aserbaidshanern in Köln, Hamburg angegriffen und verwüstet worden, so unter anderem die InVenus-Bar einer armenischen Familie in Köln-Mülheim und eines Taxiunternehmers in Köln.

„Die Diktatur Aserbaidshan ist wohl gewillt ihren Krieg gegen die Armenier in Deutschland mit terroristischen Methoden auszutragen“, sagt Dr. Schawarsch Owassapian, Vorsitzender des ZAD. „Wir beobachten, dass aserbaidshanische Vertreter ihren Hass und Hetze regelrecht in die Wohnzimmer der im Ausland lebenden Aserbaidshaner tragen. Es ist bezeichnend, dass angesichts der Gewaltexzesse gegen Armenier in Deutschland, aber auch in Österreich, Russland, Ukraine und den USA nicht ein Wort zur Befriedung seitens der offiziellen Stellen Aserbaidshans fällt.“

Der ehemalige Botschafter Aserbaidschans bei der EU, Herr Arif Mammadov erklärte sich dies in einem persönlichen Podcast damit, dass er für die Gewaltanschläge „aserbaidshanischen Geheimdienststellen“ vermutete. Der Original-Podcast hier: (https://youtu.be/zuZMM_fqNcg)

Diese Vermutung wird durch die nahezu orchestrierten Übergriffen auch auf Einrichtungen und Privatunternehmen der Armenier in Deutschland seit dem 23.07.2020 bestärkt.

„Der Staatsschutz und die Innenministerien in Deutschland bitten wir um Hilfe“, sagt Dr. Schawarsch Owassapian. „Es ist eine Untersuchung erforderlich, die den Verdacht auf Geheimdiensttätigkeiten Aserbaidschans und der als – meines Erachtens nicht anders zu bezeichnenden - organisierten Terrorangriffe gegen die in Deutschland lebenden Bürger armenischer Abstammung nachgeht.“

In Russland ist jedenfalls vor einigen Tagen eine 50-köpfige aserbaidshanische Bande, die Terror unter den Armeniern Moskau verbreitet hatte, verhaftet worden.

Zentralrat der Armenier in Deutschland e.V.
Frankfurt am Main, 26.07.2020

<https://philosophia-perennis.com/2020/08/02/portland-antifa-verbrennt-oeffentlich-bibelausgaben/>

Portland: Antifa verbrennt öffentlich Bibelausgaben

Von

David Berger

-

2. August 2020

Unser Tweet des Tages kommt aus den USA, von dem Twitter-Account „March for the Martyrs“. Er zeigt ein Video, auf dem „Antifa“-Terroristen Ausgaben der Bibel öffentlich verbrennen:

„Das ist nicht die ISIS. Das ist nicht China und auch nicht Nord-Korea. Das ist die Antifa, die in Portland, Orgeon Bibeln verbrennt. Das ist eine direkte Nachricht an die Christen in Amerika: Das könnt Ihr nicht auf die leichte Schulter nehmen!“

Das ist nicht der erste Anschlag linksextremer Terroristen in den USA auf christliche Symbole: Im Rahmen der BLM-Unruhen wurden Kirchen abgebrannt und in San Francisco im Juni unter frenetischem Geschrei die Statue des heiligen Franziskanermönchs Junipero Serra in San Francisco gestürzt. Der Bekenner und Schutzpatron der indigenen Bevölkerung gegen die Machtwillkür der Eroberer wurde erst 2015 von Papst Franziskus heiliggesprochen ([PP berichtete](#))

WELTWEITE CHRISTENVERFOLGUNG IN MOSLEMISCHEN LÄNDERN DURCH KORAN BEGRÜNDET

BPE-Info-Studio: Feindseligkeit gegen Christen im Islam

26. Juli 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Christen sind die am meisten verfolgten Menschen auf der Welt. Der [aktuelle Weltverfolgungsindex](#) von Open Doors zeigt auf, dass [über 200 Millionen Christen](#) unter dieser Unterdrückung leiden müssen. Vor allem in islamischen Ländern werden Christen massenhaft diskriminiert und nicht selten auch getötet. Unter [den 50 Ländern](#) mit der schlimmsten Christenverfolgung befinden sich 38 islamische, unter den zehn schlimmsten acht. Dazu kommt Indien, wo 172 Millionen Moslems leben. All das ist kein Zufall, denn die Feindseligkeit gegen Christen findet ihre klare Grundlage in der islamischen Ideologie (*siehe BPE-Video oben*).

Es ist unbegreiflich, dass sich fast die gesamte Weltöffentlichkeit bisher weigert, dieser Tatsache mit letzter Konsequenz ins Auge zu blicken. Bei jedem Mord wird die Frage nach dem Motiv gestellt, aber wenn sich eine Religions-Ideologie seit 1400 Jahren mit Kampf, Krieg, Terror und Töten durch die Geschichte frisst, sehen die Allermeisten betreten weg und weigern sich, die Frage nach den Ursachen zu stellen.

Schließlich dürfe man eine „Religion“ nicht analytisch nach ihren Schriften beurteilen. Die könne man angeblich „interpretieren“ und „unterschiedlich auslegen“. Man müsse sie im „zeitlichen Kontext“ beurteilen. Das sind aber alles faule Ausreden. Im Falle des Korans handelt es sich aber um um zeitlich unbefristete Befehle, die je nach Situation angewendet werden sollen. Ein Handbuch zur Machtergreifung einer totalitären Ideologie, dem „Politischen Islam“. Diese Erkenntnis muss immer und immer wieder unters Volk gebracht werden, damit der massenmedial gestreuten Islam-Verharmlosung endgültig der Stecker gezogen wird.

Österreich beginnt den Kampf gegen den Politischen Islam

Terror und Töten, Feindseligkeit, Unterdrückung, Verfolgung und Diskriminierung werden niemals ein Ende haben, wenn nicht endlich das Übel an der Wurzel gepackt wird. In Österreich hat die „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ am 15. Juli [ihre Arbeit aufgenommen](#). Integrationsministerin Susanne Raab bezeichnet den Politischen Islam als „Gift“ für die Gesellschaft und hat ihm [den Kampf angesagt](#).

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich protestiert bereits energisch, was deutlich aufzeigt, dass die österreichische Regierung einen wunden Punkt getroffen hat. Deutschland sollte diesem guten Beispiel endlich folgen und den [„Kampf gegen den Politischen Islam“](#), den die CSU bereits im November 2016 ankündigte und den das CDU-Bundesvorstandsmitglied Dr. Carsten Linnemann 2019 mit seinem Buch „Der politische Islam gehört nicht zu Deutschland“ [beschrieb](#), in die Tat umsetzen. Das wäre die deutsche Regierung dem Schutze ihres Volkes schuldig. Aber vermutlich steht die SPD bei dem Projekt auf der Vollbremse und es bräuchte hierzu auch einen anderen Bundeskanzler. Aber die Zeit wird kommen.

Um den Druck weiter aufzubauen, klärt die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) beständig über die brandgefährlichen ideologischen Grundlagen des Politischen Islams auf. In der 13. Folge der neuen Videoserie „Islam Kompakt“ (*Video oben*) geht es um

die Feindlichkeit gegen Christen, die im Koran, dem „göttlichen“ Befehlsbuch des Islams, in vielen Versen festgeschrieben ist. Christen werden zwar, wie die Juden, als „Schriftbesitzer“ bezeichnet. Aber wenn sie nicht an Allah glauben und nicht den Koran als letzte Offenbarung Gottes anerkennen, gelten sie als „Ungläubige“ wie alle anderen Nicht-Moslems:

„Bekämpft diejenigen der Schriftbesitzer, welche nicht an Allah und den jüngsten Tag glauben und die das nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben, und sich nicht zur wahren Religion bekennen, so lange, bis sie ihren Tribut in Demut entrichten und sich unterwerfen.“ (Sure 9, Vers 29)

Sure 9 Vers 29 zeigt das totalitäre Wesen des Politischen Islams auf und unterstreicht, dass es eine naive Illusion von blauäugigen Christen ist, wenn sie durch sogenannte „Dialog“-Veranstaltungen mit Vertretern des Politischen Islams ein friedliches Zusammenleben erreichen wollen. Das wird es nie geben, sondern höchstens eine trügerische Ruhe auf Zeit, bis der Islam in Mehrheitspositionen kommt und dann die alleinige Macht an sich zu reißen versucht. Christen wird im Koran die Vernichtung durch Allah angedroht, wenn sie weiter ihren dreieinigen Gott anbeten:

„Ungläubig sind ja diejenigen, die sagen: „Allah ist ja al-Masih, der Sohn Maryams“. Sag: Wer vermag denn gegen Allah etwas auszurichten, wenn Er al-Masih, den Sohn Maryams, seine Mutter und all diejenigen, die auf der Erde sind, vernichten will? Allah gehört die Herrschaft der Himmel und der Erde und dessen, was dazwischen ist. Er erschafft, was Er will. Und Allah hat zu allem die Macht.“ (Sure 5, Vers 17)

„al-Masih“ bedeutet übrigens „Messias“, denn im Islam ist Jesus zum Propheten Allahs degradiert. Für ihren Glauben werden Christen im Koran sogar verflucht, genauso wie die Juden:

„Und sie sagen: „Unsere Herzen sind verhüllt.“ Nein! Vielmehr hat Allah sie für ihren Unglauben verflucht. Wie wenig sie glauben!“ (Sure 2, Vers 88)

Im Vers zuvor, Sure 2 Vers 87, behauptet der Koran, dass sowohl den Juden als auch den Christen ihre Schriften von Allah gegeben worden seien. Sie seien aber vom wahren Glauben, dem Islam, abgefallen und würden falsche Götter verehren. Im nachfolgenden Vers 89 wird die Verfluchung der Christen und Juden wiederholt, da sie sich weigern, den Koran zu akzeptieren:

„Und als von Allah ein Buch zu ihnen kam, das bestätigend, was ihnen bereits vorlag – und zuvor hatten sie um einen entscheidenden Sieg über diejenigen, die ungläubig waren, angerufen –, als nun das zu ihnen kam, was sie kannten, verleugneten sie es. Darum Allahs Fluch über die Ungläubigen!“ (Sure 2, Vers 89)

Wenn Christen und Juden nicht den Islam als einzig wahre Religion akzeptieren, werden sie sogar als „schlechteste Geschöpfe“ diffamiert:

„Gewiß, diejenigen unter den Leuten der Schrift und den Götzendienern, die ungläubig sind, werden im Feuer der Hölle sein, ewig darin zu bleiben. Das sind die schlechtesten Geschöpfe.“ (Sure 98, Vers 6)

Allah wird sie auch dafür bekämpfen, dass sie an andere Götter glauben:

„Die Juden sagen: „Uzair ist Allahs Sohn“, und die Christen sagen: „Al-Masih ist Allahs Sohn.“ Das sind ihre Worte aus ihren eigenen Mündern. Sie führen ähnliche Worte wie diejenigen, die zuvor ungläubig waren. Allah bekämpfe sie! Wie sie sich doch abwendig machen lassen! (Sure 9, Vers 30)

Moslemische Funktionäre täuschen Christen in „Dialog“-Veranstaltungen

In DialÜg-Veranstaltungen versuchen moslemische Funktionäre deutschen Gutmenschen häufig einzureden, dass Moslems, Christen und Juden doch alle [an den „gleichen Gott“ glauben](#) würden. Dies ist aber nicht nur komplett falsch, sondern stellt auch eine gefährliche Lüge im Zuge der Taqiyya dar, um Christen und Juden in Sicherheit zu wiegen, damit sich der Islam ungestört weiter ausbreiten kann. Das islamische Prinzip der Taqiyya, dem erlaubten Täuschen, Verstellen und Lügen im Islam, haben wir in einem [gesonderten Video erklärt](#).

Wenn Moslems bei solchen DiaLÜG-Treffen harmlose Koranverse vortragen, um damit eine scheinbare „Friedlichkeit“ des Islams vorzugaukeln, ist dies ebenfalls Taqiyya. Denn diese Verse stammen aus der Frühphase des Islams in Mekka, als der Prophet Mohammed nur ein paar Dutzend Anhänger und keinerlei Macht hatte. So versuchte er Christen und Juden nur mit Worten vom Islam zu überzeugen, was aber nicht gelang. Nach seiner Auswanderung nach Medina schaltete Mohammed dann auf Kampf und Krieg um. Die hierzu geoffenbarten Gewaltverse ersetzen die harmlosen Koranverse aus der Frühphase. Dies ist die sogenannte „Abrogation“ im Islam.

Weltweite Christenverfolgung im Namen des Islams

Die im Koran geforderte Feindschaft zu Christen wird auch konsequent in die Realität umgesetzt: So befinden sich unter den zehn Ländern mit der weltweit schlimmsten Christenverfolgung acht islamische: Afghanistan, Somalia, Libyen, Pakistan, Eritrea, Sudan, Jemen und Iran. Unter den 50 christenfeindlichsten Ländern sind 38 islamische.

Das Christentum wurde durch die [islamische kriegerische Expansion](#) ab dem Jahre 632 n. Chr. massiv zurückgedrängt und dezimiert. Die moslemischen Heere haben ein christliches Land nach dem anderen erobert und dem Islam unterworfen. Nach Schätzungen des CSPII-Institutes wurden dabei [60 Millionen Christen getötet](#).

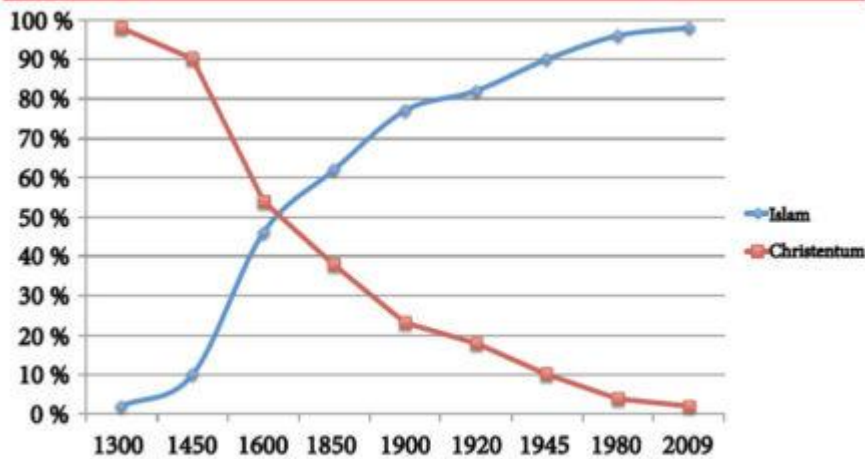
Die immer wieder zur Relativierung vorgebrachten Kreuzzüge waren nach 400 Jahren islamischer Eroberungskriege reine Notwehr und sollten in erster Linie wichtige christliche Pilgerstätten wie Jerusalem wieder für Christen zugänglich machen.

In dem Buch „Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam“ beschreibt die in Ägypten geborene und in der Schweiz lebende Britin Bat Ye’Or, die mit wahrem Namen Gisèle Littman heißt, wie das Christentum in seinen früheren Kerngebieten Nordafrika, Kleinasien und dem Nahen Osten zu einer Randerscheinung geworden ist. Christen würden dort auch heute noch in einer Situation permanenter Diskriminierung und latenter Bedrohung leben.

Umwandlung der früher christlichen Türkei in ein radikal-islamisches Kalifat

So war die Türkei noch im 13. Jahrhundert [ein rein christliches Land](#), bis türkische Seldschuken von Kleinasien aus die Türkei eroberten und islamisierten. Christen wurden entweder unterworfen, vertrieben, ermordet oder zur Konversion in den Islam getrieben. Ende des 19. Jahrhunderts war noch ein Viertel der türkischen Bevölkerung christlich. Durch zahlreiche Pogrome, den Völkermord an Armeniern und Assyriern sowie die Vertreibung der Griechen reduzierte sich der Bevölkerungsanteil der Christen auf heute nur noch 0,2%.

Wachstum des Islam am Beispiel der Türkei



www.pseuropa.de

Unter Erdogan wird die Unterdrückung der Christen systematisch weiter intensiviert. Christen dürfen dort grundsätzlich keine neuen Kirchen bauen. Renovierungen von alten Kirchen werden durch viele Schikanen erschwert. Seminare zur Ausbildung von Priestern sind verboten. Alte Klöster werden vielfach enteignet. Die frühere Kirche Hagia Sophia, eine der wichtigsten Kirchen im Christentum, ist jetzt von einem Museum in eine Moschee umgewandelt worden. Christliche Symbole in ihr werden verhüllt und möglicherweise bald ganz entfernt.

Immer wieder werden in der Türkei Christen unter dem Vorwurf der Missionierung ermordet, beispielsweise 2007 der deutsche Tilman Geske und zwei türkische Christen, die aus dem Islam konvertiert waren. Fünf Moslems **folterten sie grausam** und schnitten ihnen dann die Kehlen durch. Das Gerichtsverfahren wurde verschleppt, so dass erst nach neun Jahren die Lebenslang-Urteile für die Mörder gesprochen wurden. Zwischenzeitlich waren sie sogar wieder auf freiem Fuß. 14 Mitwisser wurden freigesprochen. Die türkische Justiz scheint jahrelang ihre schützende Hand über die Täter gehalten zu haben. So sagte Niyazi Güney, ein Abteilungsleiter im Justizministerium, dass „Missionsarbeit gefährlicher als Terrorismus“ sei und „leider nicht als ein Verbrechen in der Türkei“ gelte. Sonst wären die Mörder vielleicht sogar freigesprochen worden.

Im Oktober 2019 wurden in der siebtgrößten türkischen Stadt Konya an Bushaltstellen **Plakate aufgehängt**, auf denen mit martialischen Blutflecken auf Kreuz und Davidsstern der Koranvers Sure 5 Vers 51 zu sehen war:

„Nehmt Euch die Juden und Christen nicht zu Freunden“

Auf der Liste der Länder, die Christen am schlimmsten verfolgen, steht die Türkei auf Platz 36, noch vor dem Sultanat Brunei.

Niedergang des christlichen Libanon durch moslemische „Flüchtlinge“

Ein weiteres abschreckendes Beispiel aus der jüngeren Geschichte liefert das früher christlich dominierte, modern geprägte und westlich orientierte Libanon, das in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als „Schweiz des Orients“ bezeichnet wurde. Die Hauptstadt Beirut galt sogar als „Paris des Nahen Ostens“.

Die Christen machten dann aber den Fehler, palästinensische „Flüchtlinge“ und PLO-Aktivisten aus Jordanien aufzunehmen. Es kam zu einem rasanten Anwachsen des moslemischen Bevölkerungsanteils und in dessen Folge zu

einem 15 Jahre andauernden Bürgerkrieg. Seitdem ist das Land im wirtschaftlichen Niedergang und es gibt permanente Spannungen zwischen Christen und Moslems. Zudem treibt im Libanon die islamische Terror-Organisation Hizbollah ihr Unwesen.

Islamische Terror-Anschläge richten sich immer wieder gezielt gegen Kirchen. Einer der schlimmsten erfolgte am Ostersonntag 2019 [in Sri Lanka](#): 253 Christen wurden getötet, 485 verletzt.

Vor allem auch in Ägypten sind Kirchen immer wieder Ziel von Attentaten, beispielsweise am 1. Januar 2011 in Alexandria: Eine Autobombe riss 23 Menschen in den Tod, 97 wurden verletzt. Am 11. Dezember 2016 starben bei einem Sprengstoffanschlag auf die Kapelle Sankt Peter und Paul in Kairo 28 Menschen, 36 wurden verletzt. Am Palmsonntag 2017 wurden durch eine Bombe in der St-Georg-Kirche in Tanta 25 Menschen getötet und 59 verletzt. Am 29. Dezember 2017 erschossen zwei moslemische Attentäter neun Christen in einer Kirche in Kairo.

Die islamische Terror-Bande BokoHaram hat in Nigeria von 2011-2015 bei 13 Anschlägen auf Kirchen 231 Christen getötet und 552 verletzt.

Wenn der Politische Islam nicht auch in Europa schnellstmöglichst verboten und damit der Islam von all seinen brandgefährlichen Bestandteilen entschärft ist, werden Terror und Bürgerkrieg diesen Kontinent in seinen Grundfesten erschüttern.

21.08.20

Die Vereinten Nationen koordinieren einen Angriff auf die Religionsfreiheit.

Der von den Vereinten Nationen ernannte Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, Ahmed Shaheed, hat sich entschieden, eine kontroverse Agenda zu verfolgen, die Abtreibung und LGBT+-Rechte einschließt.

Unterzeichnen Sie die Petition, um die Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates und den Generalsekretär der Vereinten Nationen aufzufordern, ihn zu entlassen.

UNTERZEICHNEN

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,

wir befinden uns zweifellos in einzigartigen Zeiten. Das Jahr 2020 hat uns viele Herausforderungen beschert: die Ausbreitung von COVID-19, ein kurzfristige, wenig diskutierte und kaum kontrollierte Erlasse und Gesetze durch der Regierungen, für einige Zeit geschlossene Kirchen, Proteste und Unruhen auf den Straßen und die grob unausgewogene Berichterstattung der so genannten "Journalisten" und Medien.

Doch die beunruhigendste Aktion des Jahres 2020 bleibt vor der breiten Öffentlichkeit verborgen, und findet hinter verschlossenen Türen statt:

Die Vereinten Nationen koordinieren einen Angriff auf die Religionsfreiheit.

Dies geht aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht hervor, in dem die Vereinten Nationen den traditionellen religiösen Überzeugungen und Werten in Bezug auf das Recht auf Leben für ungeborene Babys und biologisches Geschlecht den Kampf ansagen, und zwar durch den von den Vereinten Nationen ernannten Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit, Ahmed Shaheed.

Unterzeichnen Sie die Petition, um Elisabeth Tichy-Fisslberger (Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates) und Antonio Guterres (Generalsekretär der Vereinten Nationen) aufzufordern, Ahmed Shaheed zu entlassen: seine Agenda ist mit der Religionsfreiheit unvereinbar!

Ahmed Shaheed hat sich dafür entschieden, eine kontroverse Agenda zu verfolgen, die Abtreibung und LGBT+-Rechte einschließt.

Sein Bericht nennt religiöse Überzeugungen, die das Recht auf Leben, die traditionelle Ehe und das biologische Geschlecht wertschätzen, eine Menschenrechtsverletzung.

Zu einer Zeit, in der 80 Prozent der Weltbevölkerung hohen Einschränkungen der Religionsfreiheit ausgesetzt sind, gibt die UNO einem Mann Zeit - und ein Mikrofon -, der daran arbeitet, die Religions- und Glaubensfreiheit noch weiter zu untergraben.

Die Vereinten Nationen setzen sich aus 193 souveränen Staaten zusammen. Einige von ihnen wurden im religiösen Glauben gegründet oder sind darin verwurzelt. Die meisten behaupten, die religiösen Werte der Bürger zu respektieren. Diese Petition ist unsere Gelegenheit, den 193 Ländern, aus denen die Vereinten Nationen bestehen, ein Signal zu senden, dass die UN-Bürokraten die Angriffe auf unseren Glauben und unsere Werte koordinieren.

Fügen Sie Ihren Namen hinzu: Sagen Sie den Vereinten Nationen, sie sollen Herrn Shaheed entlassen und aufhören, Ihre Religionsfreiheit zu untergraben!

Der Bericht vermischt auf schockierende Weise konservative religiöse Überzeugungen über Leben, Ehe und biologisches Geschlecht mit religiösen Rechtfertigungen für abscheuliche Menschenrechtsverletzungen.

Viele Frauen, wie auch Männer, vertreten konservative religiöse Überzeugungen, aber der Bericht behandelt ihre Freiheit, nach diesen Überzeugungen zu leben, als zweitrangig gegenüber Abtreibung und neuen Ansprüchen auf Rechte aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität. Kein internationales Abkommen erkennt ein Recht auf Abtreibung an, aber der Bericht behauptet einfach, dass es ein solches Recht gibt und dass es das Recht eines medizinischen Dienstleisters auf Gewissensfreiheit übertrumpft.

Herr Shaheed empfiehlt eine staatliche Intervention in Fragen der religiösen Doktrin, beschneidet die Gewissensfreiheit und beschuldigt konservative Religionen und ihre Anhänger der Verletzung von Menschenrechten. Lassen Sie das für eine Minute auf sich wirken...

Mit anderen Worten: dieser Berichterstatter sagt der Welt, dass Überzeugungen wie Ihre keinen Platz in der Gesellschaft haben - und schon gar nicht in der Öffentlichkeit! Die traurige Ironie ist, dass Sonderberichterstatter Ahmed Shaheed genau die Freiheit jener Menschen und Institutionen verletzt, die er zu schützen hat!

Unterschreiben Sie jetzt! Herrn Shaheeds säkularistische Ansichten und Handlungen sind nicht mit seiner Rolle als UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Glaubensfreiheit vereinbar. Fordern Sie seine Entlassung!

Danke für alles, das Sie tun

Eduard Pröls und das gesamte Team von CitizenGO

P.S. Erheben Sie mit uns Ihre Stimme, um etwas zu bewirken! Durch die Unterzeichnung dieser Petition wird eine E-Mail an Ihren Namen geschickt, um Ihre Regierungsvertreter über diesen gefährlichen Angriff auf die Religionsfreiheit und die nationale Souveränität zu informieren.

Verstärken Sie Ihre Stimme! Nehmen Sie sich nach der Unterzeichnung einen Moment Zeit, um diese Petition mit Ihren Freunden und Ihrer Familie zu teilen

<https://paz.de/artikel/gewalt-gegen-kirchen-nimmt-stark-zu-a1369.html>

Frankreich

Gewalt gegen Kirchen nimmt stark zu

Fast 1000 antichristliche Vorfälle wurden vergangenes Jahr offiziell registriert

Bodo Bost

16.08.2020

Vergangenen Monat wurde die gotische Kathedrale St. Peter und St. Paul in Nantes Opfer einer Brandstiftung, ein Jahr zuvor war die berühmteste Kirche Frankreichs, Notre Dame in Paris, Opfer von Flammen bislang unbekannter Ursache. Viele andere mutmaßliche Brandanschläge auf kleinere französische Kirchen machen in der Regel keine internationalen Schlagzeilen. **Seit dem Jahr 2010 dokumentiert das in Paris ansässige „Observatoire de la Christianophobie“ (Beobachtungsstelle für Christophobie) antichristliche Vorfälle in Frankreich und auf der ganzen Welt.**

Die Beobachtungsstelle ordnet Anschläge auf Kirchen in sechs Kategorien ein: Brandstiftung, Mord/Überfall, Vandalismus, Diebstahl, Bombenanschläge und Entführung. Nach dem Brand von Nantes berichtete die Organisation von mehreren in der Öffentlichkeit weniger bekannten Vorfällen, darunter die **Zerstörung eines Kruzifixes in einer Kirche in der Bretagne, die Vernichtung von Gemälden in einer Kirche in Auxerre und die Enthauptung einer Marienstatue in Montaud. Alle Angriffe auf Kirchen haben Ähnlichkeiten mit den Kirchenverwüstungen durch den Islamischen Staat in Syrien und dem Irak. Statistiken zeigen, dass es in Frankreich, der sogenannten ältesten Tochter der Kirche, die bereits 496 den Katholizismus angenommen hat, fast drei solcher Angriffe pro Tag gibt. Vergangenes Jahr gab es insgesamt 996 antichristliche Vorfälle. Das ist fast eine Vervierfachung gegenüber 2008. Die Flut von Kirchenangriffen und möglicherweise auch deren Sichtbarkeit haben die französischen Behörden gezwungen, das Problem offen anzusprechen.**

„Protège ton église“

Der Trend steigender Angriffe beschränkt sich nicht auf Frankreich. Die meisten europäischen Länder stellen keine Statistiken über antichristliche Vorfälle zur Verfügung. Viele erfassen sie nicht einmal als solche. Nach den Daten, die Großbritannien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Verfügung gestellt hat, haben sich beispielsweise dort die antichristlichen Verbrechen von 2017 bis 2018 verdoppelt.

Manchmal sind die Motive klar, manchmal aber auch interpretierungsbedürftig. Kirchen wirken wie Blitzableiter auf Aktivisten radikalisierter Bewegungen. Mit Kirchen kann beispielsweise „Patriarchat“, „Autorität“, „Tradition“, „Homophobie“ oder „christliches Abendland“ getroffen werden. Radikale Moslems nehmen Kirchen aus anderen Gründen ins Visier als beispielsweise Anarchisten. Unabhängig von der Motivation ist bei all diesen Kirchengegnern eine verstärkte Aktivität zu konstatieren. Kirchen sind auch

besonders verwundbar. Sie sind offene Räume für das Gebet und deshalb tagsüber für die Öffentlichkeit zugänglich. Und sie werden nicht bewacht.

In Frankreich gibt es eine Initiative, die im vergangenen Jahr unter dem Namen „Protège ton église“ (schütze deine Kirche) gestartet wurde. Junge Katholiken organisieren sich ehrenamtlich in Städten in ganz Frankreich, um ihre Kirchen nachts zu schützen, sie wollen friedlich abschrecken. Auch die französischen Bischöfe haben das Thema bei regelmäßig stattfindenden Treffen mit den staatlichen Behörden zur Sprache gebracht. Nichtsdestotrotz gehen die Angriffe weiter.

<http://www.pi-news.net/2020/08/nassim-ben-iman-warum-ich-drei-jahre-lang-untertauchte/>
DER EX-MOSLEM UND ISLAMKRITIKER SPRICHT ÜBER SEINE VERFOLGUNG

Nassim Ben Iman: Warum ich drei Jahre lang untertauchte

31. August 2020

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der Ex-Moslem, jetzige Christ und engagierte Islamkritiker Nassim Ben Iman musste sich in den vergangenen drei Jahren vor Verfolgung schützen und tauchte ab. Nach massiven Drohungen von Moslems und Linksextremisten, die sehr ernst zu nehmen waren, zog er sich aus der Öffentlichkeit zurück und wechselte in kurzen Abständen seine Aufenthaltsorte. Im Gespräch mit dem evangelischen Pastor Thies Hagge, der 2011 für sein christliches Engagement zum „Hamburger des Jahres“ [gewählt wurde](#), beschreibt Nassim diese für ihn sehr schwierige Situation, die man ansatzweise mit der des bekannten niederländischen Islamkritikers Geert Wilders vergleichen kann, der ebenfalls von Anhängern der vermeintlichen „Friedensreligion“ mit Ermordung bedroht wird (*Video oben*).

Diesen mutigen Christen und unermüdlichen Aufklärer über die gefährlichen Bestandteile des Islams kenne ich nun seit über zehn Jahren. Im April 2010 konnte ich mit ihm ein [ausführliches Video-Interview](#) führen, in dem er aus seinem eigenen Erleben als früherer radikaler Moslem anschaulich die Bedrohung schilderte, die uns aus der Ideologie des Politischen Islams entsteht.

Als ich mit meiner klaren Islamkritik ins Visier des Bayerischen Verfassungsschutzes geriet, wollte Nassim hierzu Stellung beziehen. Er konnte es überhaupt nicht nachvollziehen, dass sich Aufklärer über eine totalitäre Ideologie, die unser Grundgesetz frontal angreift, plötzlich als vermeintliche „Verfassungsfeinde“ hingestellt werden. Der hierzu konstruierte schwammige Begriff

„verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit“ macht klar, dass hier etwas zusammengebastelt wurde, um die fundamentale Islamkritik bekämpfen zu können.

Dieses Interview wurde im Dezember 2014 aufgenommen:

Es bleibt zu hoffen, dass sich dieser sympathische Christ bald wieder der öffentlichen Aufklärungsarbeit über den Politischen Islam anschließen kann. Sie ist heutzutage wichtiger denn je.

<https://philosophia-perennis.com/2020/11/30/nigeria-islamisten-schlachten-mehr-als-100-menschen-ab/>

Nigeria: Islamisten schlachten mehr als 100 Menschen ab

Von

David Berger

30. November 2020

(David Berger) Am vergangenen Wochenende holten muslimische Terroristen der BokoHaram zu ihrem brutalsten direkten Angriff dieses Jahres aus: Sie fesselten mehr als 1010 Arbeiter auf den Reisfeldern und schnitten ihnen dann die Kehlen durch.

„Der Vorfall ist der brutalste direkte Angriff auf unschuldige Zivilisten in diesem Jahr. Ich fordere, dass die Urheber dieser abscheulichen und sinnlosen Tat vor Gericht gestellt werden.“ – so der humanitäre Koordinator der UN, Edward Kallon, über ein brutales Massaker im Nordosten Nigerias am vergangenen Wochenende.

Gefesselt und dann die Kehle durchgeschnitten

Nach UN-Angaben wurden bei dem Angriff auf das Dorf Koshobe mindestens 110 Menschen grausam ermordet. Die Menschen des Dorfes waren gerade mit der Reisernte auf den Feldern am Rande des Dorfes beschäftigt, als die muslimischen Extremisten von BokoHaram auf Motorrädern und bewaffnet dort auftauchten.

Nach Angaben von Augenzeugen wurden die Opfer angegriffen, dann gefesselt und ihnen dann die Kehlen durchgeschnitten worden. Der Vorfall trage eindeutig die Handschrift der Islamisten von BokoHaram, die als die westafrikanische Version des „Islamischen Staats“ gelten.

Das Massaker ereignete sich am Tag der ersten Regionalwahl seit 2009. Zuvor war die Wahl – aufgrund der immer wiederkehrenden Gewaltakte durch islamistische Milizen – immer wieder verschoben worden.

Genozid an Christen in Nigeria – Die Welt schaut weg!

Schon 2019 konnte man auf PP lesen:

Zwischen 2011 und 2015 terrorisierte und schlachtete BokoHaram – eine Dschihadistengruppe, die schon vor der Gründung von ISIS Gräueltaten beging – Tausende von Christen, insbesondere diejenigen, die in der muslimischen Mehrheit im Norden leben. Im Jahr 2015 bekamen Nigerias Muslime endlich das, was sie wollten: einen muslimischen Präsidenten in Gestalt von MuhammaduBuhari. Die Gewalt wurde jedoch nur noch schlimmer. Muslimische Fulani-Hirten – der ethnische Stamm, aus dem Buhari abstammt – schlossen sich BokoHaram an und übertrafen ihn noch bei der Schlachtung von Christen.

Allein zwischen Juni 2017 und Juni 2018 schlachteten muslimische Fulani rund 9.000 Christen und zerstörten mindestens tausend Kirchen

(Es dauerte dreimal länger, bis die Fulani einen Bruchteil davon [1.484] an Christen unter Jonathans Präsidentschaft getötet hatten). Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ereigneten sich 52 tödliche Terroranschläge auf christliche Dörfer. „Fast jeden Tag wache ich mit Textnachrichten von Partnern in Nigeria auf, wie heute Morgen: ‚Hirten erstechen 49-jährigen Bauern in Ogan‘“, sagte Menschenrechtsanwältin Ann Buwalda im Juli.

Wann immer die Mainstream-Medien die Gewalt gegen Nigeria erwähnen, wiederholen sie, was Obamas stellvertretender Außenminister für afrikanische Angelegenheiten, Johnnie Carson, **behauptet** hatte, nachdem eine Kirche bombardiert wurde, was fast 40 christliche Gläubige am Ostersonntag 2012 das Leben kostete. „Ich möchte diese Gelegenheit nutzen“, sagte Carson, „um einen wichtigen Punkt hervorzuheben, und zwar, dass die Religion [in Nigeria] keine extremistische Gewalt fördert“.

<http://www.pi-news.net/2020/12/juergen-braun-herr-lindh-sie-passen-in-die-scharia-partei-deutschlands/>

ZWEI REDEN DES MENSCHENRECHTSPOLITISCHEN SPRECHERS DER AFD-FRAKTION

Jürgen Braun: Herr Lindh, Sie passen in die Scharia-Partei Deutschlands!

17. Dezember 2020

Im Deutschen Bundestag wurde am Donnerstag, eine Woche vor Heiligabend, heftig über die Christenverfolgung und den Umgang mit ihr gestritten. Grundlage der Debatte waren drei Anträge der AfD. Zwei davon richteten sich gegen die Christenverfolgung, einerseits in Nigeria, andererseits in Pakistan, der dritte Antrag beinhaltete vor allem die Forderung nach der Bestellung eines Regierungsbeauftragten gegen die Christenfeindlichkeit in Deutschland und weltweit. Jürgen Braun, der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, stellte fest: „Nur wir kämpfen im Deutschen Bundestag gegen die Christenverfolgung.“

Die erste von zwei Reden, die Braun im Plenum hielt, begann turbulent. Der SPD-Abgeordnete Helge Lindh, Wuppertal, hatte zuvor die AfD heftig beschimpft – unter anderem warf er ihr wörtlich vor, „die Partei der Christenfeindlichkeit“ zu sein. Braun war um eine Antwort nicht verlegen: „Herr Lindh, Sie passen eher in die Scharia-Partei Deutschlands, um das einmal ganz klar zu sagen.“ Damit war, den Anfangsbuchstaben folgend, natürlich die SPD gemeint. Doch Lindh gab keine Ruhe, und so setzte Braun setzt noch eins drauf, indem er den SPD-Mann indirekt in die Nähe des doktrinären und diktatorischen Sozialismus rückte: „Die SED war schon immer gut im Erfinden von Lügen und Halbwahrheiten.“ Fast schon tumultartig waren die Angriffe von Links, denen sich die AfD im Plenum ausgesetzt sah.

Doch Braun ließ sich nicht aufhalten. **Zunächst richtete er seinen Blick nach Nigeria, wo am 14. Dezember eine Schule von islamischen Terroristen überfallen wurde „Was Christenverfolgung bedeutet, erfahren wir beim aktuellen Blick auf Nigeria. 668 Schulkinder sind in dieser Woche nach einem brutalen Angriff auf ihre Schule entführt worden – im Namen des Islam. Die islamische Terrorgruppe BokoHaram reklamiert den Anschlag für sich.“**

Nigeria habe unter schwersten Verbrechen an Christen zu leiden: „Über zwei Millionen Christen wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land durch Gewalt im Namen des Islam.“ Mit Blick auf die Fulani im Norden des Landes setzte er hinzu: „BokoHaram ist nur eine von vielen Terrororganisationen.“

Braun richtete dann den Blick auf das Land, in dem Christen am stärksten von Gewalt durch ihre eigenen Nachbarn betroffen sind: „Pakistan ist das Land, in dem Christen am stärksten weltweit gewaltsam verfolgt werden

durch sunnitische Moslems. Das belegt der aktuelle Weltverfolgungsindex der Menschenrechtsorganisation Open Doors. Es sind örtliche Hassprediger, es ist eine Art Zivilgesellschaft, die in Pakistan diese Gewalt ausübt.“ Schon eine Anklage vor Gericht, so ungerechtfertigt sie auch sei, könne pakistanische Christen in Lebensgefahr bringen: „Dabei kann die Anklage wegen Blasphemie schon dazu führen, dass Nachbarn das erfahren und ihrerseits kurzerhand Lynchjustiz üben – so geschehen im Fall des Studenten Mashal Khan im pakistanischen Mardan.“

Braun wies eindringlich darauf hin, dass der radikale Islam ein pakistanischer Exportschlager ist: „Pakistan ist die Drehscheibe des radikalen Islam für ganz Asien.“ Mit Blick auf die Krise rund um die ostbengalischen Halbnomaden, die seit einigen Jahren den Namen „Rohingya“ beanspruchen, bemerkte er: „Auch der Gründer und Anführer der radikal-islamischen Terroristen in Myanmar, Jununi, stammt aus Pakistan.“

Schon wenige Minuten nach der ersten Rede wurde Braun abermals aufgerufen – diesmal zur Debatte um die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung. Hier prangerte er eine grundfalsche Schwerpunktsetzung an: „Von Christenverfolgung in deutschen Asylbewerberunterkünften lesen wir nichts, von den vielen Schändungen von Kirchen landauf, landab in Deutschland – nichts. Auch der neue islamische Antisemitismus fehlt – er wird ignoriert –, stattdessen findet sich ein Wildwuchs des Begriffs „Zivilgesellschaft“. Hundertfach ist davon die Rede, in mancherlei blumiger Umschreibung, in mancherlei Variante.“ Der Begriff der Zivilgesellschaft diene zur Aushebelung der Demokratie und zur nicht legitimierten Ausübung von Herrschaft. Die dort angesiedelten NGOs nannte er unter dem Beifall der AfD-Fraktion „eine Spielwiese der Bundesregierung zur Durchsetzung der Interessen der Regierung“.

Braun hatte den Bericht der Bundesregierung auch daraufhin gelesen, ob der Islam als Treiber von Menschenrechtsverletzungen benannt würde – mit einem deutlichen Ergebnis: „Islamischer Extremismus fehlt komplett. Wir von der AfD stellen uns klar gegen jeden Extremismus, sei er von rechts, von links oder islamisch.“ Braun konstatierte weiter: „Die Bundesregierung vermengt Menschenrechte mit Forderungen der Klimahysteriker und von Linksextremisten. Dutzende von Seiten sind mit links-grünen Spinnereien gefüllt!“

Hart ging Braun einmal mehr mit den NetzDG der Bundesregierung ins Gericht: „Die Bundesregierung bejubelt dieses menschenrechtswidrige Gesetz, anstatt es zu verurteilen!“

Diese deutsche Form der Internetzensur werde von der Kommunistischen Partei Chinas ausdrücklich gelobt und als vorbildlich angesehen – und: „Das sind die Genossen der Bundesregierung bei der Verletzung von Menschenrechten, das sind die neosozialistischen Kumpane.“

Und zu guter Letzt musste die Bundesfamilienministerin, die durch die Affäre um Plagiatvorwürfe ihre Doktorarbeit betreffend Schlagzeilen gemacht hat, sich Brauns Kritik gefallen lassen: „Nicht einmal für Infantilismus ist sich die Bundesregierung zu schade. Infantile Bezeichnungen wie das Gute-KiTa-Gesetz und das Starke-Familien-Gesetz müssen zur Lobhudelei herhalten. Derlei infantile Initiativen kommen aus dem Hause der Dr. Giffey, aus dem Hause der Falscher-Doktor-Ministerin. Der Menschenrechtsbericht verkommt zum Infantile-Aktionen-Bericht.“ – Das saß. Als Braun den im Plenum versammelten Kollegen eine gesegnete Weihnacht wünsche,

konnte sich von den Sozialdemokraten niemand zu einer freundlichen Erwiderung aufraffen.

Zwischen Mut und Meinungsfreiheit

Von Birgit Kelle

durchblick 106/2020,8-

Im Dezember 2019 verliert die Engländerin Maya Forstater endgültig ihren Arbeitsplatz als Steuerfachfrau. Das höchste Arbeitsgericht in London befand die Kündigung durch den Arbeitgeber für rechtmäßig. Forstater beharrte auf der Zweigeschlechtlichkeit des Menschen und widersprach der These, dass ein Mann, der auf dem Papier sein Geschlecht wechselt, jetzt eine „echte“ Frau sein soll. Der Richter urteilte, ihre Ansichten verdienten keinen Respekt, seien absolutistisch und nicht von Meinungsfreiheit gedeckt. Sie verletzen die Würde und die Rechte anderer Menschen.

Eine Prominente springt Forstater öffentlich zur Seite: Harry-Potter Bestsellerautorin J.K Rowling. In Folge wirft man ihr im Netz millionenfach vor, transphob zu sein. Kollegen distanzieren sich öffentlich. Sie erhält Morddrohungen, Gegner verbreiten gar hämisch die angebliche Nachricht ihres Todes mit einem eigenen Hashtag #RIPJ-KROWLING. Twitter löscht es nicht als „Fakenews“. „Stirb endlich!“ als Reaktion auf andere Meinungen. Natürlich im Namen der Toleranz.

Tagelang debattiert ein ganzes Land wegen einiger Zeilen bei Instagram über die Popsängerin Nena. Ist sie etwa „Corona-Leugnerin“? Sie hatte geschrieben, sie habe ihren „tiefen Glauben an Gott“ und ihren gesunden Menschenverstand, was die „Panikmacher“ zerlege, die von außen auf uns alle einströmt, und plädiert dafür, gemeinsam ins Licht zu gehen und für die Liebe zu stehen. Na gut, es ist leicht esoterisch angehaucht, aber wo ist der Skandal? Kollegen der Branche distanzieren sich. Sie wird jetzt als Verschwörungstheoretikerin gehandelt.

Christen in der Schusslinie

Die Polizei ermittelt erneut gegen die finnische Parlamentsabgeordnete und ehemalige Innenministerin Päivi Räsänen. Diesmal wegen eines Tweets vom Juni 2019. Sie hatte darin das finanzielle Sponsoring ihrer eigenen Kirchengemeinde kritisiert, die eine Lesben- und Schwulenparade unterstützte und dazu einen Bibelvers zitiert. Andere Verfahren laufen noch. Alle, weil sie christliche Positionen verteidigt. Anfang Oktober löscht der digitale Musik- und Podcast-Anbieter Spotify eine Folge des Podcasts „indubio“, in dem ich selbst mein neues Buch „Noch normal? Das lässt sich gendern!“ vorstelle und vor allem auch über jene Kapitel rede, die auf die Gefahren der Transgender-Bewegung für Kinder und für Frauen hinweisen. Spotify teilt ohne weitere Erklärung mit, die Folge verstoße gegen die „Gemeinschaftsregeln“. Nachdem wir uns beschwerten, löscht Spotify ohne Vorwarnung sämtliche bisherigen Folgen des Podcast und wirft ihn ganz aus seinem Programm.

Mitten im Präsidentschaftswahlkampf der USA beschwert sich ein Journalist der renommierten Zeitung „The New York Post“, er könne bei Twitter einen Artikel der eigenen Zeitung über Korruptionsvorwürfe gegen den Präsidentschaftskandidaten Joe Biden nicht weiter verbreiten, da die Administratoren des

sozialen Netzwerks den Text als „verletzend“ einstufen und blockieren. Der Leser kann nicht mehr selbst entscheiden. Algorithmen oder Unbekannte erledigen jetzt das betreute (Vor)Denken für den Twitter-Nutzer und treffen eine Vorauswahl genehmer Positionen.

Am 16. Oktober wird der Geschichtslehrer Samuel Paty in einem Vorort von Paris auf offener Straße von einem Islamisten geköpft, weil er Mohammed-Karikaturen im Unterricht gezeigt hatte, um mit seinen Schülern über Meinungsfreiheit zu diskutieren. **Der Versuch verschiedener Aktivisten, Mohammed-Karikaturen bei Twitter zu posten, scheitert. Twitter blockt die Tweets wegen verletzenden Inhalten. Niemand blockt die digitalen „Glückwünsche“ von Islamisten zum Tod des Lehrers. Unterschiedliche Menschen, Ereignisse und Länder und doch eines gemeinsam: Der Versuch, das Recht auf Meinungsfreiheit tatsächlich auszuüben, scheitert durch Sperren, Anklagen, Beleidigung-, Ruf- oder tatsächlichen Mord. Und es macht keinen Unterschied, ob man unbekannt, oder prominent ist. Es kann jeden treffen.**

Zwischen Zensur und Selbstzensur

Eine Zensur findet nicht statt, attestiert uns in Deutschland das Grundgesetz in Artikel 5. Jeder habe das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Das stimmt so nicht ganz, jedenfalls nicht mehr für jeden Ort und für jedes Medium, denn das Grundgesetz regelt nur den direkten staatlichen Eingriff in Meinungs- und Pressefreiheit, aber nicht jene Zensur und auch Selbstzensur, die im gesellschaftlichen Raum längst um sich greift. Keiner der aufgezählten Beispielfälle beinhaltet direktes staatliches Handeln. Allerdings hat auch kein Staat eingegriffen, um hier Meinungsfreiheit zu verteidigen. Auch das sollte interessieren.

Wurden soziale Netzwerke anfangs als großes demokratisches Medium gefeiert, in dem jeder seine Meinung äußern kann, lieferten sie den unschönen Nebeneffekt, dass in der Anonymität des Netzes wie im normalen Leben Falschinformationen und auch Unflätiges grassiert. Es ist zwar feige, aber leider sehr einfach hinter einem Fake-Profil versteckt zu pöbeln. In Folge haben Gesetze und Maßnahmen gegen „Fakenews“ und „Hassrede“ Hochkonjunktur. Dass man dabei unliebsame Meinungen als angeblichen Hass gleich mitkassieren kann, ist aus der Sicht mancher ein recht hübscher Nebeneffekt. Das neue deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz zwingt gar die Betreiber von Plattformen wie Youtube, Facebook, Twitter und Co. gegen Hass im Netz vorzugehen.

Das klingt ehrenhaft, verweigert dabei aber, wie alle Gesetze gegen Hassrede weltweit, das Wesentliche: Eine klare Definition, was Hass ist und was einfach nur eine andere und zwar legitime Meinung. Die Folgen sind Willkür und Löschkommandos, die vor allem jene treffen, die sich nicht in den politischen Mainstream einordnen lassen. Klare Meinung macht neuerdings verdächtig.

Unliebsame Reizthemen

Der sicherste Weg, sich im digitalen Raum einen rabiaten Mob an den Hals zu hängen, sich eine Löschung oder eine Sperre einzuhandeln, sind derzeit die Themenkomplexe Flüchtlingspolitik, gepaart mit Regierungskritik, Islamkritik, Abtreibung, Genderkritik - aktuell unter besonderer Berücksichtigung von Trans-Kritik. Doch auch Corona hat Potenzial, einen nicht nur gesellschaftlich, sondern auch digital in Sekunden ins Aus zu katapultieren. So lässt die Video-plattform YouTube offen verlauten, man lasse nur Videos zum Thema Corona zu, die der Meinung der WHO entsprächen. In Folge erleben selbst renommierte und preis-gekrönte Wissenschaftler, wie ihre Fachexpertise gelöscht wird.

Corona und christlicher Glaube in Kombination hat es ebenfalls schwer. Das Hörbuch „Coronavirus und Christus“ mit sechs biblischen Antworten auf die Frage „Was tut Gott mit Corona?“ des evangelischen Pastors John Piper aus Minnesota wurde ebenfalls von YouTube entfernt, die Begründung: Verstoß gegen die Community-Regeln. In England entfernte Google gar das bekannte christliche Magazin „Christianity“ ganz aus dem Verkaufsangebot im „Google Play Store“, nachdem die Zeitschrift sich im April 2020 der weltweiten Corona-Pandemie gewidmet hatte. Als Begründung formulierte Google, man akzeptiere im

App-Store nur solche Publikationen über Co-vid-19 oder verwandte Begriffe, die von offiziellen Regierungsstellen oder staatlichen Gesundheitsbehörden autorisiert oder veröffentlicht werden.

Die beiden letzten Beispiele stammen übrigens aus dem aktuellen Buch von Paul Coleman „Zensiert — Wie europäische Hass-gesetze die Meinungsfreiheit bedrohen“, eine beunruhigende Zusammenfassung diverser Hass-redegesetze und ihrer Anwen-dung. Die Beispielfälle handeln vor allem von Christen, die auf-grund ihres Glaubens in Bedräng-nis oder gar vor Gericht landen. Oft sind es die Themenkomplexe Homosexualität oder Abtreibung, weswegen Menschen gerügt, ver-haftet oder angeklagt werden. Straßenprediger und katholische Bischöfe sind gleichermaßen ge-fährdet, als Hassredner klassifi-ziert zu werden. Regelmäßig wer-den in England Pro-Life-Gruppen vom Universitäts-Campus ver-wiesen, weil ihr Eintreten für das Lebensrecht als Antifeminisrus klassifiziert wird, der „Frau-enrechte“ beschneide. Auch in Deutschland haben Bundesländer wie Hessen Bannmeilen rund um Abtreibungspraxen verhängt, weil selbst das stille Beten inzwischen als „Belästigung“ gewertet wird. Als Affront in einer Gesellschaft, in der sich immer mehr Menschen durch andere Meinungen als die eigene in ihren Gefühlen verletzt sehen. Gerade wurde in Köln eine Kirche außen mit Farbe besudelt. Abtreibungsgegner haben sich bekannt, sie haben den Schriftzug „Wir kriegen euch alle“ in großen Lettern an die Fassade gemalt. Dies scheint für manche natürlich kein Hass, sondern wohl legitime Sachbeschädigung im Sinne einer guten Sache zu sein. Einschüchte-rung wäre wohl das richtige Wort, um zu beschreiben, was hier vor sich geht.

Bestrafe Einen — erziehe Hunderte

Im Ergebnis werden wir alle ein bisschen vorsichtiger in dem, was wir sagen. Es ist die Schere im Kopf, die uns längt alle diszi-pliniert und die auch stille Beob-achter ergreift. Es braucht keine staatliche Zensur, wenn der Bür-ger bereits instinktiv begriffen hat, bei welchen Themen man mit Gegenwehr oder gar Angriff rechnen muss. Die digitale Me-diengesellschaft hat die .Debatte durch „Shitstorms“ ersetzt. Bevor ein deutsches Gericht tätig wird, haben der Internet-Pranger und das Twitter-Gericht schon ohne Verfahren ihr Urteil gesprochen: Schuldig. Als „Chilling Effect“ beschreibt es Coleman in seinem Buch, wir werden diszipliniert durch die beobachtete Hexenjagd an anderen. Man kann es auch mit dem berühmten Mao-Zitat umschreiben: „Bestrafe Einen, er-ziehe Hunderte“.

Hand aufs Herz, wer vertritt als Christ noch offen eine ablehnende Haltung zum Thema „Homoehe“ am Arbeitsplatz oder im Internet? Gibt es derzeit noch einen einzi-gen Lehrer in Berlin-Neukölln, der wagen würde, Mohammed-Kari-katuren zu zeigen oder zu thema-tisieren? Wie sieht es mit dem Le-bensschutz aus? Selbst innerhalb der Kirchen scheuen sich Bischöfe und Pfarrer am Marsch in Berlin teilzunehmen, attestiert man doch den Teilnehmern und auch den -innen, fundamentalistisch wenn nicht offen rechtsradikal zu sein, weil sie angeblich Frauenrechte mit Füßen treten. Sie meinen da-mit Menschen wie mich. Welche Gemeinde traut sich, für die Vor-führung des Filmes „Unplanned“ zu werben und es auch durchzu-ziehen?

Mutprobe

Wo keine Debatte mehr möglich ist, wird Meinungsfreiheit zur Floskel, mindestens aber zur Mut-probe. Nicht jeder ist hartgesotten, unerschrocken und standhaft. Wir wären gern alle Teil der Hel-dengeschichte, über jene, die sich trotz allem in den Sturm stellen. Und dann sah ich gestern eine Video-Dokumentation der assy-rischen Christin Ninve Ermagan, erschienen in der Zeitung „Die Welt“ über die Christenverfolgung in Syrien an ihrem eigenen Volk. Christen, die trotz Todesdrohung, Verschleppung, Gefangenschaft und ständiger Todesangst stand-haft im Glauben blieben. Und spontan dachte ich: Wie beschä-mend wenig kostet es uns doch in Deutschland, bei unseren Über-zeugungen zu bleiben. Wieviel Po-tenzial liegt also noch ungenutzt frei.

„Wir kriegen euch hoffentlich auch alle“, vielleicht sollten wir es selbst an unsere Fassaden malen. Als Einladung zum Glauben.

https://www.focus.de/politik/ausland/91-prozent-aller-morde-in-afrika-christen-in-gefahr-weltweite-verfolgung-waechst-4761-morde-in-12-monaten_id_12862495.html

91 Prozent aller Morde in Afrika

Christenverfolgung nimmt stark zu: Afrikanische Länder am Pranger

Mittwoch, 13.01.2021, 08:38

Die Verfolgung von Christen nimmt weltweit zu, in 74 Ländern der Erde sieht das christliche Hilfswerk "Open Doors" die Ausübung des christlichen Glaubens eingeschränkt. Vor allem in Afrika häufen sich Morde, doch auch in Asien sind die Gläubigen in einigen Ländern nicht sicher.

Es ist ein Dokument des Schreckens. Der Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks "Open Doors" sieht in 74 Ländern das Recht von Christen auf freie Religionsausübung eingeschränkt. **Dabei seien weltweit mehr als 340 Millionen Christen "einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung ausgesetzt", heißt es in dem Bericht. Darin stellt Open Doors Zahlen aus dem Zeitraum vom 1. Oktober 2019 bis zum 30. September 2020 zusammen.**

91 Prozent aller Morde in Afrika - allein 3530 tote Christen in Nigeria

Besonders dramatisch scheint die Lage in Teilen Afrikas, in Nigeria und in weiteren Ländern südlich der Sahara. Dies sei die für Christen "tödlichste Region" weltweit. **Von den 4761 dokumentierten Fällen ermordeter Christinnen und Christen entfielen 91 Prozent auf Afrika. Allein in Nigeria seien 3530 Getötete zu verzeichnen.**

"Der Hauptgrund ist, dass islamistische Gruppen das Ziel haben, Kalifate zu gründen", erläutert Markus Rode, Leiter von Open Doors Deutschland, der Deutschen Welle. Gerade in diesen afrikanischen Ländern gebe es "ein Machtvakuum durch korrupte Regierungen". Und besonders in Nigeria fehle es an jeglichem Schutz für Christen. Dort seien die muslimische Terror-Bewegung Boko Haram und muslimische Extremisten des halbnomadischen Hirtenvolks der Fulani für die Ermordung vieler Christen verantwortlich.

Rode verweist auf den bislang letzten blutigen Überfall, der sich am 24. Dezember, nach dem Berichtszeitraum ereignete. Dabei hätten Kämpfer des "Islamischen Staates Westafrika" "Kirchen niedergebrannt, fünf Christen entführt und exekutiert – und das vor laufenden Kameras der Medienkanäle des Islamischen Staats".

Der Open-Doors-Leiter bemängelt die geringe Aufmerksamkeit in Europa für solche Gewalttaten in Afrika. "Selbst die mehr als 3500 dokumentierten Morde allein in Nigeria haben keinen Aufschrei der Weltöffentlichkeit erzeugt. Wenn in einem westlichen Land oder auf einem anderen Kontinent so viele Morde geschehen würden, wäre das in den Hauptnachrichten. Und Politiker würden wahrscheinlich viele Statements dazu abgeben", kritisiert Rode.

Mindestens acht Journalisten wurden laut einem Bericht von Reporter ohne Grenzen (ROG) 2020 in Mexiko ermordet. Experten kritisieren die Verantwortung der Behörden im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Journalisten.

Aus Afrika kommen die grausigsten Berichte über Angriffe auf Christen. Dennoch steht kein afrikanisches Land an der Spitze der Open-Doors-Schreckensliste. Zum 20. Mal in Folge belegt Nordkorea den ersten Platz. Die Herrscherdynastie der Kims lasse sich selbst wie Gott verehren, heißt es in dem Bericht. Zehntausende Christen müssten in Straflagern schwerste Zwangsarbeit leisten. Auch die nächsten Länder im Ranking – Afghanistan, Somalia, Libyen, Pakistan, Eritrea – fanden sich dort bereits im vorigen Jahr.

Diktator abgesetzt, dadurch positive Entwicklung im Sudan

An Position sieben folgte bislang der Sudan. Er machte sechs Plätze gut und rangiert nun an 13. Stelle.

"Über eine solche positive Entwicklung freuen wird uns", sagt Rode. Das sei genau das, "was wir uns wünschen, dass Christen sagen: Es ist nicht schlimmer geworden, es ist besser geworden." Allerdings steht auch Position 13 noch für ein extremes Maß an Verfolgung.

Rode versucht eine Erklärung. Im Jahr 2019 sei der islamistische Diktator Umar al-Baschir abgesetzt worden, danach habe die Regierung rechtliche Rahmenbedingungen für Religionsfreiheit geschaffen. Dennoch bleibe der Druck der Muslime, die 92 Prozent der Bevölkerung stellten, auf die 4,5 Prozent

Christen sehr hoch. "Aber es ist ein klares Signal der Regierung: Wir wollen versuchen, Religionsfreiheit stärker in den Fokus zu bringen. Und das ist sehr positiv."

Gott, Xi Jinping und die Uiguren - China im Visier

Das Bild von der gefährlichen Gott-Gleichheit eines Herrschers, das seit langem für Nordkorea gilt, verwendet Open Doors für ein weiteres Land. "Wer Gott über Xi Jinping setzt, muss mit Bestrafung rechnen", erklärt das Hilfswerk zum chinesischen Staats- und Parteichef. Im Ranking stieg China von 23 auf 17. Dabei ist China das deutlichste Beispiel dafür, dass Open Doors auf "Christenverfolgung" und eben nicht auf "Religionsfreiheit" oder auf "religiös Verfolgte" schaut. Die dramatische Situation der Uiguren, die nach verschiedenen Berichten zu Hunderttausenden interniert und zu Zwangsarbeit verdammt sind, findet keine Erwähnung.

Corona "wie ein Katalysator" für Unterdrückung

Einen aktuellen thematischen Aspekt erwähnt Open Doors, der wohl für die meisten Länder gilt. Die weltweite Corona-Pandemie sorgt – in Afrika wie in Asien – für wachsenden Druck. "Wie ein Katalysator" habe sie Haltungen und Strukturen der Unterdrückung oder der Diskriminierung "vielerorts zum Vorschein kommen lassen".

Das weitgehend spendenfinanzierte Hilfswerk unterstützt nach eigenen Angaben verfolgte Christen in mehr als 60 Ländern weltweit. Die Organisation bezeichnet sich als überkonfessionell, steht aber der evangelikalen Deutschen Evangelischen Allianz nah. Nicht immer wird mit Nothilfeprogrammen geholfen, sondern auch mit der Lieferung von Bibeln, der Unterstützung von deren Übersetzung und theologischen Schulungen.

Autor: Christoph Strack

Das Original zu diesem Beitrag "Christenverfolgung nimmt stark zu: Afrikanische Länder am Pranger" stammt von Deutsche Welle.

<https://philosophia-perennis.com/2021/01/17/340-millionen-christen-weltweit-verfolgt-hauptsaechlich-von-afrikanischen-muslimen/>

- **ISLAMISIERUNG**

340 Millionen Christen weltweit verfolgt – Hauptsächlich von afrikanischen Muslimen!

Von

Michael van Laack

17. Januar 2021

(Michael van Laack) Die Organisation Open Doors gibt jährlich einen Index zu den weltweit verfolgten Christen heraus. Und jährlich steigen die Zahlen. Neben Nordkorea und Deutschlands in Zukunft wichtigstem Handelspartner China ist die Diskriminierung und Verfolgung in muslimischen Staaten am häufigsten zu finden.

Obwohl der Marxist auf dem Stuhl Petri – Papst Franziskus – mit China vor einigen Jahren ein Abkommen unterzeichnet hat, in dem er die chinesische Untergrundkirche fallen ließ und die Staatskirche quasi als einzige legitime anerkannte, hat sich dort das Bild nicht verbessert. Nordkorea ist beinahe christenfrei nach über 60 Jahren stalinistischer Herrschaft. Der Schwerpunkt der Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Christen liegt jedoch weiterhin in muslimischen Staaten.

Die Top 10 der Christenverfolger

1. Nordkorea 2. Afghanistan, 3. Somalia, 4. Libyen, 5. Pakistan, 6. Eritrea, 7. Jemen, 8. Iran, 9. Nigeria und 10. Indien

In Indien ist der Verfolgungsdruck besonders groß in muslimisch dominierten Gebieten. In Nigeria wurden 2020 3.530 Christen getötet. Nicht einfach so, sondern ausschließlich aus dem Grund, dass sie nicht an den Dämonenführer Allah und seinen mordgierigen Propheten Mohammed glauben wollten.

Nicht nur Mord, auch Unterdrückung an der Tagesordnung

Verantwortlich für die meisten Morde sind laut Open Doors

Terrororganisationen wie BokoHaram, Fulani-Nomaden oder die Terrormiliz des Islamischen Staat. – Das die Morde so offen geschehen können liegt selbstverständlich daran, dass ein großer Teil der Bevölkerung in afrikanischen Ländern Christen hasst. Nur selten werden sie deshalb vor Terrorakten so gut als möglich geschützt. Kaum ein islamischer Vertreter kritisiert in islamisch dominierten Ländern die Ermordungen.

Druck auf Christen geschieht allerdings auch in anderer Form als durch Angriffe auf Leib und Leben. In vielen Staaten werden sie per Gesetz zu Menschen dritter Klasse erklärt, dürfen kein Eigentum erwerben, nicht studieren, haben kein Wahlrecht. Gottesdienste und Priesterausbildung werden nicht gestattet.

Deutschlands „wichtigster Partner im Kampf gegen die Flüchtlingswelle“ – die Türkei – bildet da keine Ausnahme. Seit Erdogan einen streng islamisch-nationalistischen Kurs fährt, ist die Türkei im Ranking des Verfolgungsindex von Platz 36 auf 25 gestiegen.

Für die Bundesregierung stellt der Islam weiterhin keine Gefahr dar!

Ganz im Gegenteil! Nach der Ansicht der meisten GroKo-Politiker bereichert die Religion uns mit ihren philosophischen Ansätzen. Und macht selbstverständlich die Gesellschaft bunter (also nichtweißer). Gemischte Gesellschaften sind bekanntlich das Endziel. Lediglich bei rein schwarzen oder gelben Gesellschaften in Afrika muss eine Ausnahme gemacht werden weil deren Durchmischung mit weißen Menschen identitätsgefährdend, kolonialistisch und somit rassistisch wäre.

Kurzum: Durch den demographischen Wandel (und die Verweigerung des Gegensteuerns durch Familienförderung) will man die deutsche (Europäische) Gesellschaft mit Menschenmaterial aus anderen Ländern auffüllen. Das „One World“-Dogma der politisch Religiösen führt mit seiner neuen Weltordnung in ein goldenes „New Age“, in dem sich alle ganz doll lieb haben und niemand notleiden muss. Soweit die Theorie.

Dass die meisten nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und Arbeitsmigranten Muslime aus Herkunftsländern aus der Top 25 auf dem Christenverfolgungs-Index stammen, ficht unsere Regierung nicht an. Das dürfte daran liegen, dass die meisten Spitzenpolitiker ohnehin nur noch dem Namen nach Christen sind und wir zudem immer weiter nach links driften im politischen Koordinatensystem. Und der Sozialismus versteht sich mit Muslimen bekanntlich schon seit vielen Jahrzehnten besser als mit Christen. Nicht nur während der Non-Vogleschiss-Periode.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article224723223/Christenverfolgung-Warum-schweigt-Deutschland.html>

Deutschlands lautes Schweigen

Stand: 16:14 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten

Von Julien Reitzenstein

Demokraten dürfen bei unteilbaren Menschenrechten wie der Religionsfreiheit nicht mit zweierlei Maß messen. Doch wenn es um die weltweit zunehmende Verfolgung von Christen geht, passiert auch in Deutschland genau das. Warum?

In einer Vitrine des British Museum liegen zwei wieder zusammengefügte Stücke eines rund 2500 Jahre alten Tonzylinders mit Schriftzeichen. **Es handelt sich um einen Erlass des altpersischen Königs Kyros des Großen nach der Eroberung von Babylon. Dieser König herrschte über ein Gebiet, das sich vom Bosphorus über die heutigen Staaten Türkei, Armenien, Persien, Irak, Kuwait, Syrien, Libanon erstreckte, sowie Teile von Israel und Jordanien, Pakistan, Afghanistan, Turkmenistan und Tadschikistan. Kyros' Erlass verfügte die Befreiung der Sklaven im eroberten Gebiet.**

Zudem betonte er die Gleichheit aller Menschen und deren Recht, ihre Religion frei zu wählen. Dabei beschränkte er die politische Macht der Tempel. Von der Religionsfreiheit profitierten auch die Juden, die er aus der babylonischen Gefangenschaft entließ. Bis heute wird diese Begebenheit in christlichen Predigten thematisiert.

Die Vereinten Nationen erkennen Kyros' Erlass als erste Menschenrechtserklärung an. Die freie Religionswahl und -ausübung war Bestandteil der meisten Menschenrechtserklärungen, etwa der Virginia Declaration of Rights von 1776. Diese hielt fest, dass Religion „nur durch Vernunft und Überzeugung bestimmt sein und nicht durch Zwang oder Gewalt“ auferlegt werden dürfe.

Auch aus der im selben Jahr folgenden Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten spricht diese Haltung. Die Französische Nationalversammlung verabschiedete 1789 ihre Erklärung der Bürgerrechte.

Auch sie sah Religionsfreiheit vor, solange diese sich nicht gegen den Rechtsstaat wendete.

Und so zieht sich die Beschränkung der politischen Macht der Religionen wie ein roter Faden durch die genannten Menschenrechtserklärungen seit Kyros. Sie ist bis heute weitgehend Konsens in demokratischen Gesellschaften. Die Realität im Rest der Welt ist allerdings eine andere. Menschen werden wegen ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt. Einige, obwohl ihre Religion keine politische Macht beansprucht. Andere, weil ihre Religion genau das tut. Oder weil radikale Gruppen gewaltsam die Errichtung von Gottesstaaten erreichen wollen.

Ein Blick in die Geschichte des Nahen Ostens

Eine der heutzutage am häufigsten verfolgten Glaubensgemeinschaften ist die der Christen, ob durch gezieltes Handeln wie in Nordkorea oder durch spontane Pogrome wie in Ägypten. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist gerade bei ihnen jedoch meist gering. Nur wenn Christen während eines Gottesdienstes ermordet werden, wird Betroffenheit sichtbar. Wie zu Ostern 2017 in Ägypten geschehen oder im selben Jahr in Pakistan. Danach verschwindet das Thema meist jedoch rasch wieder – aber weshalb?

Das lässt sich mit einem Blick in die Geschichte einer Region im Nahen Osten besser verstehen.

„Wir erhalten ihre Moscheen und sie zerstören unsere Kirche“

Zu den ältesten christlichen Gemeinschaften der Welt zählen jene in Syrien und Irak. Im 7. Jahrhundert wurden syrisch-aramäisch sprechende Christen durch die islamische Kolonisierung zu einer geduldeten Minderheit. Das blieben sie lange, auch unter der osmanischen Herrschaft ab 1516.

Nach der Revolution der sogenannten Jungtürken 1908 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Türken und Arabern – und für Christen wurde es gefährlich. Oft wird vergessen, dass die türkisch-osmanischen Machthaber in jener Zeit einen Völkermord an Hunderttausenden assyrischen Christen begehen ließen.

Sexsklavinnen als Staatsdoktrin - „Sie waren eine riesige Attraktion“

Nach dem Ersten Weltkrieg besetzten die Siegermächte Großbritannien und Frankreich die arabischen Provinzen des Osmanischen Reichs und teilten sie im Einvernehmen mit dem Völkerbund in zwei Mandatsgebiete auf. In sie wurde jene Religionsfreiheit zurückgebracht, die König Kyros 2500 Jahre zuvor eingeführt hatte. Nach dem Muster des von den Briten 1920 geschaffenen Irak schufen sie Syrien und den Libanon. Beide Staaten galten bis ins 21. Jahrhundert in der arabischen Welt als sicherste Gegenden für Christen.

Mit der Unabhängigkeit der Mandatsgebiete und Kolonien in vielen Teilen der Welt nach 1945 konnte sich die Demokratie nicht überall so durchsetzen, wie es die Kolonialherren angestrebt hatten. Auch und gerade in islamisch geprägten Staaten entwickelten sich Diktaturen und demokratisch nur bedingt legitimierte Regime. Die Ausübung anderer Religionen als der des Islam waren in einigen Staaten nicht oder nur eingeschränkt möglich.

Islamisten füllten das Machtvakuum

Als ab Ende 2010 die Protestbewegungen im Nahen Osten und Nordafrika im „arabischen Frühling“ Regierungen in rascher Folge stürzten, so beispielsweise in Ägypten, Libyen oder dem Jemen, waren es mitunter Islamisten, die letztlich das Machtvakuum füllten. In vielen Ländern richteten sich die oft genozidalen Säuberungen der Radikalen gegen Christen.

Die Gründe sind laut Dirk Schuster, Religionswissenschaftler an der Universität Potsdam, vielschichtig: Er argumentiert, dass sich Aggression und Enttäuschung in politisch instabilen Situationen meist gegenüber „Minderheiten ohne machtpolitische Basis“ entlädt.

Nach dem Sturz der Diktatoren und dem folgenden politischen und wirtschaftlichen Chaos hätten viele muslimische Gemeinschaften Sündenböcke gesucht. Die Christen seien ein leichtes Ziel gewesen, so Schuster: **„Viele Fundamentalisten deuten beispielsweise die relativ friedliche Koexistenz zwischen Kurden und Christen als Verrat an einer vermeintlichen Gemeinschaft aller Muslime.“**

Schuster verweist zudem auf die Rolle des Vatikans, der sich auf politischer Ebene für den Schutz verfolgter Christen einsetzt. „Da ist es in der Vorstellung fundamentalistischer Gruppen ein Leichtes, propagandistisch jene Stereotypen zu bedienen, die beispielsweise einheimische Christen als Vertreter des ‚Westens‘ brandmarken.“

Massive Christenverfolgung auch in Asien

Allerdings nimmt die Christenverfolgung nicht nur im türkisch-arabischen Raum zu. Lukas Pokorny, Professor für Religionswissenschaft in Wien, nennt Beispiele aus dem asiatischen Raum, die oft von der massiven Christenverfolgung in Nordkorea in den Schatten gestellt werden. „Bestimmte christliche Gemeinschaften in der Volksrepublik China werden als xiejiao („destruktive Sekte“) etikettiert. Zu diesen zählt die Quannengshen Jiaohui, die ‚Kirche des Allmächtigen Gottes‘, deren Mitglieder sich zunehmend in der chinesischen Diaspora wiederfinden – auch in Deutschland und Österreich.“

Pokorny verweist auch auf Vietnam und Laos. Die florierenden protestantischen Gemeinschaften sehen sich wiederkehrend mit Repressionen durch lokale Behörden konfrontiert, was zu Fluchtbewegungen führt – kaum aber zu medialer Aufmerksamkeit oder gar diplomatischen Interventionen.

Christen in Nigeria

Nigerianische Christen leiden besonders unter den Gewalttaten von Boko Haram und ISWAP. Im Video erzählt Amina von ihren Erlebnissen. (Video über verfolgte Christen in Nigeria und dem Irak – Teil 1 Nigeria)

Quelle: Matthis Kattinig / WELT

Und das Beispiel Myanmars steht wohl wie kein anderes der jüngeren Zeit dafür, wie unterschiedlich die Welt Verfolgung aufgrund von religiöser Haltung wertet.

Laut dem französisch-luxemburgischen Historiker Jacques Leider ist der Begriff Rohingya erst seit den 1960er-Jahren als Selbstbezeichnung einzelner muslimischer Gruppen in Myanmar gebräuchlich. Die Rohingya nutzen ihn, um ihre Identität als eigene Volksgruppe zu bekräftigen.

Seit einiger Zeit ist die brutale Unterdrückung der unter Rohingya zusammengefassten Bürger Myanmars international zum Thema geworden, die öffentliche Solidarität und Unterstützung sind groß. Anfang des vergangenen Jahres verpflichtete der Internationale Gerichtshof Myanmar unter anderem zum Schutz der muslimischen Minderheit.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die Rohingya nicht nur auf Menschenrechte und Religionsfreiheit pochen. Einige ihrer Vertreter streben einen eigenen muslimischen Staat an – auch mit Waffengewalt. Die Rohingya werden von Myanmars Militär verfolgt.

Die Christen werden, wie sie, vom Militär verfolgt, aber auch von den Rohingya, die Kirchen schließen und Pastoren verhaften. Nach Berichten des „Wall Street Journal“ wurden allein 2018, binnen eines halben Jahres, 130.000 Angehörige der Volksgruppe der Kachin vertrieben, zu 90 Prozent Christen. Dennoch scheint sich für sie kaum jemand zu interessieren.

Der Fall berührt einen Aspekt des Themas, der schnell politisch wird und eine sachliche Diskussion erschwert: Die meisten Christen weltweit werden von Muslimen verfolgt.

Und während sich die Umma, die Gemeinschaft der Muslime, als weltweite Verbindung versteht, verstehen sich christliche und nicht christliche Deutsche eher weniger als Teil einer Gemeinschaft mit Christen in Myanmar oder Syrien.

In christlichen Gottesdiensten in Deutschland wird die Verfolgung von Christen thematisiert. Doch das bekommt nur jener kleinere Teil der Christen mit, der noch am Gemeindeleben teilnimmt. Zudem sprechen die Christen selbst nicht mit einer Stimme. Das betrifft keinesfalls ausschließlich theologische Feinheiten, die einer größeren Ökumene im Wege stehen könnten. Nicht einmal dort ist enge Kooperation erkennbar, wo es das gemeinsame Grundinteresse geben sollte, alles zu unternehmen, um eine öffentliche Verurteilung der Verfolgung und Ermordung von Christen zu erreichen.

Es scheint zudem ein Grundproblem zu geben: In Zeiten der Dauerempörung ist ein sachlicher Diskurs schwierig geworden. Die Polarisierung von Meinungen, verstärkt durch soziale Medien, führt im Fall der Christenverfolgung – etwa in Deutschland – in letzter Konsequenz dazu, dass sie Menschenleben kostet. Denn eine Solidarisierung mit den Opfern wird rasch in eine Kritik an den Tätern verkehrt.

Und während am rechten Rand Muslime pauschal als Bedrohung instrumentalisiert werden, sieht man am linken Rand beim wichtigen Thema Menschenrechte nicht allzu genau hin, wenn es um die Menschenrechte von Christen geht. Der Effekt ist, dass diejenigen, die sich keinem der beiden Lager zurechnen wollen, schweigen.

Doch Menschenrechte wie die Religionsfreiheit sind unteilbar. Es ist moralisch geboten, gegen jedwede Diskriminierung und Verfolgung von Muslimen aufzustehen. Wer aber sitzen bleibt, wenn Christen – oder andere Religionen – die gleichen Diskriminierungen erleiden, hat die Universalität der Menschenrechte als Grundlage der Demokratie nicht verstanden.

Julien Reitzenstein forscht und lehrt als Historiker zu NS-Verbrechen und Ideologieggeschichte.

<https://philosophia-perennis.com/2021/02/17/china-bibelverbrennungen-und-christenfolter/>

China: Bibelverbrennungen und Christenfolter

Von

David Berger

17. Februar 2021

Bibelverbrennungen, Christenfolter und Kirchenzerstörungen: In China gibt es nur noch 9 Gebote. Unter XiJinping wird massiv gegen Christen vorgegangen.

In China werden Christen inhaftiert, Kirchen zerstört und Bibeln verbrannt, wie die Zeitschrift Bitter Winter dokumentiert. Die katholische Kirche kollaboriert mit dem Regime, und gewährt der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) das Recht, ihre Bischöfe vorzuschlagen. Die 17 Bundesregierung forciert gegen den Widerstand der EU-Partner das Handelsabkommen mit China, trotz gravierender Menschenrechtsverstöße.

»Der Glaube an die Kommunistische Partei ist die einzige zugelassene Religion«

»Der Glaube an die Kommunistische Partei ist die einzige zugelassene Religion«, sagte der zuständige Beamte, als eine Kirche der führenden evangelischen Kirche »Patriotische Bewegung mit drei Selbst« im Landkreis Lanling im Juli 2020 abgerissen wurde. Alle Kirchen, die sich zu nah an KPCh-Einrichtungen befinden und »zu gut aussehen« müssten entfernt werden, so die Begründung des Beamten. In Landkreis Yutai wurde eine Kirche gleich zweimal abgerissen: Nach dem ersten Abbruch baute die Gemeinde ein Ersatzgebäude mit drei Zimmern, aber dies wurde im März 2020 auch abgerissen.

»Die Behörden stürmten die Kirche noch bevor wir unsere Sachen packen konnten«, so ein Gemeindemitglied. »Sie haben alle Bibeln und Jesusbildnisse zerrissen. Dann sind sie mit der Planierraube drübergefahren, haben Bänke, Stühle und alles andere zerstört.« Bitter Winter listet 10 weitere Kirchenzerstörungen 2020 auf.

Mitglieder der »Kirche des Allmächtigen« werden inhaftiert, geschlagen und gefoltert, wenn Sie sich weigern, schriftlich von ihrem Glauben abzuschwören. Zur »Deprogrammierung« gehören Schläge, stundenlanges Strammstehen in Stresspositionen und Schlafentzug. Ein Opfer berichtet: »Sie haben Metallstühle auf meine Füße gestellt und sich minutenlang draufgesetzt, meine Finger gewaltsam gespreizt und mir auf den Kopf geschlagen. Ich wurde so sehr geschlagen, dass ich keine Luft mehr bekommen habe.«

In China werden Bibeln und religiöse Schriften verbrannt, religiöse Verlage und Druckereien geschlossen. In der Provinz Jiangsu wurde 26 Menschen verurteilt, weil sie Schriften der südkoreanischen Kirche „Mission der Frohen Botschaft“ hergestellt haben. Der Büroleiter Xian Renguo wurde zu drei Jahren und zehn Monaten Haft mit einer Geldstrafe von 20.000 Renminbi (ca. 2500 €) verurteilt, mehrere andere Mitarbeiter wurden zu drei Jahren Haft und Geldstrafen von 100.000 Renminbi (ca. 13.000€) verurteilt.

Drucken von Bibeln und christlicher Schriften verboten

Das Drucken von Bibeln und christlicher Schriften ist verboten, genauso wie deren Versand durch die Post. Ein Buchhändler in Luoyang, Provinz Henan, berichtete laut Bitter Winter im September 2020, dass religiöse Schriften, »vor allem Christliche«, verboten sind. »Wenn man solche Schriften bei mir findet, bekomme ich eine Geldstrafe oder mein Laden wird zugemacht. Religiöse Inhalte sind immer politisch, nicht nur religiös. Die Transparente in den Straßen behaupten zwar, dass es Religionsfreiheit gibt, aber in der Praxis ist die einzige zugelassene Religion der Glaube an die Kommunistische Partei.«

2019 wurden religiöse Schriften aus allen Schulbüchereien in China entfernt, da sie »die gesellschaftliche Ordnung und Stabilität gefährden« und „gegen die Parteirichtlinien und -Politik verstoßen“. Die anschließenden Bücher- und Bibelverbrennungen erinnerten viele Beobachter an die Bücherverbrennungen des Nazi-Regimes. Die KPCh verbannt und verbrennt auch tonnenweise buddhistische und islamische Schriften sowie die Druckwerke der Anhänger von Falun Gong.

Eine neue, »chinesische« Fassung der Bibel soll die Lehren von Jesus Christus im Sinne des Kommunismus umdeuten. Priester werden angewiesen, ihre Predigten im Sinne der kommunistischen Partei zu halten. Die Behörden in Provinz Hunan wiesen christliche Kirchen an, das Gebot »Du sollst keine anderen Götter neben mir haben« zu streichen und nur noch neun Gebote zu lehren, um die Allmachtstellung der KPCh nicht in Frage zu stellen. Als die Gläubigen sich wehrten, wurde ihnen gesagt, die Änderung geschehe auf Wunsch des Großen Vorsitzenden XiJinping. »Wer wagt es da, sich zu widersetzen? Das wäre ja Verrat am Vaterland«, so die Behörden.

Vor zehn Jahren ließ die KPCh den Chinesen noch weitgehende religiöse Freiheit. Heute strebt Präsident XiJingping jedoch ein rigores Programm des »Patriotismus« und »Chinesierung« an, das keinen Widerspruch duldet. Auf dem *World Economic Forum* in Davos durfte XiJingping kürzlich seine Vision für ein »friedliches Miteinander basierend auf gegenseitigem Respekt« und einer »gemeinsamen Zukunft für die Menschheit« darlegen – KPCh-Sprech für Duldung von Menschenrechtsverstößen und für die chinesischen Weltmachtansprüche im **21. Jahrhundert**.

Merkel peitschte großen Handelsdeal mit der kommunistischen Volksrepublik China durch **Zum Ende ihrer EU-Ratspräsidentschaft hat Angela Merkel ihren großen Handelsdeal mit der kommunistischen Volksrepublik China durchgepeitscht, gegen den Widerstand vieler anderer EU-Länder wegen Sklavenarbeit und Menschenrechtsverstöße.** Im Jahr 2017 sind 628 Millionen Euro vom deutschen Steuerzahler nach China geflossen, meist in Form »zinsvergünstigter Kredite«. Seit Ende der siebziger Jahre sind ca. 15 Milliarden Euro von Deutschland an das kommunistische China in Form von Entwicklungshilfe geflossen. Nun gilt Deutschland und der deutsche Markt als Zielland der »Neuen Seidenstraße«, Chinas ambitioniertes Projekt zur Vormachtstellung im 21. Jahrhundert.

»Eine Bundesregierung, die jeden moralischen Kompass verloren hat, ist bereit über alle Verbrechen der kommunistischen Diktatur in China hinwegzusehen, deutsche Jobs, Technologie und Produktionskapazitäten nach China auszulagern und das kommunistische Regime sogar als Vorbild hochzuhalten«, so der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Jürgen Braun. »Berlin und Brüssel, die so gerne auf angebliche Demokratiedefizite in Mitgliedsländern wie Polen und Ungarn zeigen, müssen aufhören, mit zweierlei Maß zu messen und die Dinge beim Namen nennen: Die Volksrepublik China ist eine brutale kommunistische Diktatur, die Christen und andere Gläubige durch Folter und Inhaftierung unterdrückt, und genauso muss sie behandelt werden.«

Der Beitrag erschien zuerst bei Freie Welt.

Vorschaufoto aus folgendem Video:

*

https://www.focus.de/regional/hamburg/verfolgt-wegen-seines-glaubens-5000-hamburger-kaempfen-gegen-abschiebung-notfalls-kette-ich-mich-an-momos-fuss_id_13138464.html

Verfolgt wegen seines Glaubens

„Notfalls kette ich mich an Momos Fuß“: 5000 Hamburger kämpfen gegen Abschiebung

Sonntag, 28.03.2021, 11:39

Mohammad Jaffari erwartet in den kommenden Tagen den Bescheid, dass er abgeschoben wird - trotz erfolgreicher Integration, fließendem Deutsch und abgeschlossener Ausbildung in Hamburg. Seine Freunde wollen das nicht hinnehmen, kämpfen für ihn und finden innerhalb weniger Tage 5000 Unterstützer. Mohammad Jaffari ist das Paradebeispiel gelungener Integration. Er spricht fließend Deutsch, hat viele Freunde und hat eine abgeschlossene Ausbildung. Doch all das spielt keine Rolle, denn die Behörden glauben ihm nicht, dass er im Iran aufgrund seines Glaubens verfolgt wird. Auch wenn die Lage aussichtslos erscheint, kämpfen seine Freunde dafür, dass ihr Freund Momo bleiben darf.

Mit der Kampagne #momobleibt versuchen Tanja Noack und ihre Freunde, die Abschiebung des 28-jährigen Wahlhamburgers zu verhindern. Innerhalb weniger Tage haben mehr als 5000 Unterstützer die Petition für ihn unterschrieben. Ein kleiner Hoffnungsschimmer in einer Zeit, in der fast jede Hoffnung auf ein Happy End der Resignation weicht.

Momo im Iran fast zu Tode geprügelt, weil er Christ werden wollte

Jaffaris Geschichte geht so: Er wächst bei seiner alleinerziehenden Mutter in der iranischen Stadt Karadsch auf, nach der elften Klasse bricht er die Schule ab und beginnt zu arbeiten. Über einen Freund erfährt er vom Christentum, Jaffari will mehr wissen. Heimlich kauft er sich eine Bibel, besucht eine private Hauskirche. Ein gefährliches Unterfangen, denn als Iraner ist man in aller Regel von Geburt an Moslem. Menschen, die im Iran zum Christentum konvertieren, droht schlimmstenfalls die Hinrichtung.

Kurz nach seinem ersten Besuch in einer Hauskirche wird Jaffari von einer Handvoll Männern überfallen. Zwei Narben auf seinem Brustkorb sind das stumme Zeugnis des Überfalls, den er fast mit seinem Leben bezahlt hätte. „Die Verletzung war so schlimm, dass ich fast eine Minute tot war“, berichtet er im Gespräch mit der MOPO.

Momo flüchtet nach Deutschland - Gutachten mit seltsamer Begründung

Für ihn ist klar, dass der Angriff im Zusammenhang mit seinem Interesse am Christentum steht. „Ich habe mich gefragt, mit wem ich Stress hatte“, sagt er. Die Antwort: mit niemandem. Jaffari flüchtet in die Türkei, doch er will in ein Land, dass nicht in den Iran abschiebt. Über die Balkan-Route landet er im Juni 2015 nach einer beschwerlichen Flucht in Tötensen, im Landkreis Harburg.

2017 hat er sein Interview mit der Behörde. Von den Fragen nach der Bibel lässt sich Jaffari verunsichern. Im anschließenden Gutachten, das der MOPO vorliegt, heißt es unter anderem: „Dass er die Bibel von Anfang bis Ende durchgelesen hat macht deutlich, dass er sich nicht vertieft mit der Bibel befasst hat. Denn sonst wüsste er, dass die Bibel kein normales Buch ist, das man von Anfang bis Ende durchliest“. Eine mindestens seltsame Begründung.

Mittlerweile sind Jaffaris Möglichkeiten, Widerspruch einzulegen ausgeschöpft. In den nächsten Tagen erwartet er seinen Abschiebebescheid, spätestens dann könnte er jederzeit in Abschiebehaft geraten. Und das, obwohl er sich gerade auf eine Erzieherausbildung beworben hat, die im August beginnen soll. Mithilfe eines Anwaltes versuchen Jaffaris Freunde nun eine Ausbildungsduldung für ihren Freund zu bekommen.

#momobleibt – im Iran droht ihm die Todesstrafe

Ein weiterer Grund bereitet ihnen allen Sorgen: Seit Jaffari in Hamburg lebt, rappt er und schreibt Gedichte. Ein regimekritischer Song, auf iranisch gerappt, hat zehntausende Streams auf Spotify, mehr als 60.000 mal wurde dasselbe Lied auf einem regimekritischen Telegram-Kanal angehört. Ob als Christ oder als politischer Gegner, wenn Jaffari abgeschoben werden sollte, geht das für ihn sehr wahrscheinlich nicht gut aus. Für ihn steht deshalb fest: „Ich gehe nicht mehr zurück“.

Mit der Petition versucht Tanja Noack, „Leute zu erreichen, denen mehr zugehört wird, als Menschen wie Momo.“ Momos Freund Max Maas sagt: „Im Notfall kette ich mich an seinen Fuß damit er nicht abgeschoben wird.“

Dieser Artikel wurde verfasst von Olivier David

<https://philosophia-perennis.com/2021/04/22/der-westen-gibt-den-kampf-gegen-radikalisierung-auf/>

• GRUND- UND MENSCHENRECHTE

„Der Westen gibt den Kampf gegen Radikalisierung auf“

Von

PP-Redaktion

22. April 2021

Dschihad und kommunistische Verfolgung von Christen

Am Donnerstag, 22.4. stellte »Kirche in Not« in Berlin den aktuellen Bericht zur »Religionsfreiheit weltweit 2021« vor, nach dem Christen die am häufigsten verfolgte Religionsgruppe der Welt darstellen.

Verstöße gegen die Religionsfreiheit seien in nahezu einem Drittel der Länder der Erde (31,6 %), in denen wiederum zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, an der Tagesordnung, so »Kirche in Not«. In 62 von insgesamt 196 Ländern, in denen fast 5,2 Mrd. Menschen leben, werde die Religionsfreiheit schwerwiegend verletzt. Zu den schlimmsten Rechtsverletzern gehören mit China, Indien, Pakistan, Bangladesch und Nigeria einige der bevölkerungsreichsten Staaten der Erde.

Der Bericht warnt vor »transnationalen dschihadistischen Netzwerken«, die sich über den Äquator ausdehnten und die Errichtung transkontinentaler »Kalifate« anstrebten. »Der sogenannte Islamische Staat (IS) und al-Qaida schließen sich – mit ideologischer und materieller Unterstützung aus dem Nahen Osten – mit einheimischen bewaffneten Milizen zusammen und treiben deren Radikalisierung voran, um entlang des Äquators ‚Provinzen des Kalifats‘ zu errichten.« Ein »Halbmond dschihadistischer Gewalt« erstreckte sich in Subsahara-Afrika von Mali bis Mosambik und weiter über die Komoren im Indischen Ozean bis hin zu den Philippinen im Südchinesischen Meer.

Cyber-Kalifat

Ein global expandierendes »Cyber-Kalifat« sei nunmehr ein gängiges Instrument der Online-Rekrutierung und Radikalisierung im Westen. Islamistische Terroristen nutzten hochentwickelte digitale Technologien zur Rekrutierung, Radikalisierung und zum Angriff. Anti-Terror-Einheiten hätten mehrere Angriffe verhindern können, aber die Online-Kommunikation der Terroristen nicht einstellen können.

Im Gegenteil würden im Westen Instrumente, mit denen sich Radikalisierung vorbeugen lasse, über Bord geworfen, so der Bericht. Audiatour berichtet bereits, wie Muslimbruder-nahe NGOs wie das »Europäische Netzwerk gegen Rassismus« (ENAR) im EU-Parlament mit Steuermitteln die Terrorismusbekämpfung in Europa als »Rassismus« darstellen.

Religiöse Minderheiten würden außerdem für die Corona-Pandemie verantwortlich gemacht, vor allem in Ländern wie China, Niger, der Türkei, Ägypten und Pakistan. Dies äußere sich in verstärkter Diskriminierung, die sich z. B. in der Verweigerung des Zugangs zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung.

Sexuelle Gewalt als Methode des Dschihad

Auch werde sexuelle Gewalt »als Waffe gegen religiöse Minderheiten« eingesetzt. In immer mehr Ländern seien Verbrechen gegen Mädchen und Frauen zu verzeichnen, die entführt, vergewaltigt und durch Zwangskonversion zum Glaubenswechsel gezwungen würden. »Angesichts der wachsenden Zahl derartiger Rechtsverletzungen, die häufig straffrei begangen werden, mehren sich Hinweise, dass es sich um eine fundamentalistische Strategie handeln könnte, mit der letzten Endes das »Verschwinden« bestimmter Religionsgemeinschaften beschleunigt werden soll.«

Amtskirchen desinteressiert

In China sorgten 626 Mio. KI-gestützte Überwachungskameras und Smartphone-Scanner an wichtigen Fußgängerkontrollpunkten, die mit Analyseplattformen verbunden und an ein integriertes Sozialkreditsystem gekoppelt sind, dafür, dass religiöse Oberhäupter und Gläubige sich an die Verordnungen der Kommunistischen Partei halten müssten. In China und Myanmar seien 30,4 Mio. Muslime (darunter Uiguren und Rohingya) schwerwiegender Verfolgung ausgesetzt. Auch die 96 Millionen Christen in China seien massiver staatl. Willkür ausgesetzt, so der Bericht.

»Die Amtskirchen in Deutschland haben sich leider vom Schutz von Christen weltweit verabschiedet, und spenden lieber Steuergelder für die Anhänger der gewalttätigen Antifa«, so Joachim Kuhs, Vorsitzender der »Christen in der AfD«. »Zum Glück gibt es noch Organisationen wie Kirche in Not, die ein Licht auf das größte Verbrechen unserer Zeit richtet.«

Morgen, Freitag, 23.4. wird die Bundesregierung ihren Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit (2018 – 2019) vorlegen.

<https://philosophia-perennis.com/2021/04/28/alle-ex-moslems-erleiden-verfolgung/>

• WORÜBER DEUTSCHE MEDIEN SCHWEIGEN

„Alle Ex-Moslems erleiden Verfolgung“

Verfolgten Christen in Europa helfen

Von

PP-Redaktion

28. April 2021

Am Donnerstag 29.4. vor vier Jahren wurde die afghanische

Christin Farimah Seadie in Prien, Oberbayern auf dem Parkplatz des Lidl-

Supermarkts vor den Augen ihrer Töchter getötet, weil sie zum Christentum übergetreten ist. Viele Moslems, die sich zum Christentum bekehren, fühlen sich in Europa von Staat und Amtskirchen allein gelassen. Teils müssen sie um ihr Leben fürchten.

Die konservative NGO „European Center for Law and Justice“ in Strasbourg hat **einen Bericht verfasst** und eine Hotline für Ex-Moslems eingerichtet, die sich zum Christentum bekehren. Darüber sprach der Vorsitzende Gregor Puppnick (Foto r.u. © Peter Potrowl, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons) mit MdEP Joachim Kuhs, Vorsitzender der „Christen in der AfD“:

Der US-Islamexperte Prof. Daniel Pipes schätzt, dass sich in Frankreich jedes Jahr etwa 15.000 Moslems zum Christentum bekehren. Offizielle Zahlen gibt es nicht, da viele Konvertiten sich aus Angst vor Repressalien nicht zu erkennen geben. Wieviele Konvertiten gibt es Ihrer Erfahrung nach?

Wir haben noch keine zuverlässige Schätzung. 15.000 scheint etwas hoch gegriffen. Die katholische Kirche veröffentlicht jedes Jahr zu Ostern die Zahl der getauften Erwachsenen, danach lassen sich jedes Jahr etwa 250 bis 300 Moslems taufen. Nach unseren Informationen sind es noch mehr evangelische, evangelikalische und andere protestantische Konvertiten, aber keine französische Kirche führt offizielle Zahlen darüber. Viele Moslems bleiben lieber versteckt und treten nicht öffentlich einer Kirche bei. Sie lesen die Bibel und glauben an Jesus als Christus, aber aufgrund der Umstände können sie ihren Glauben nicht offen leben oder öffentlich einer Kirche beitreten. Wenn wir all diese Fälle mitzählen, kommt man vielleicht auf 15.000 Konversionen im Jahr. Nach unserer Recherche wissen wir lediglich, dass jedes Jahr tausende Moslems Christen werden.

Was bewegt sie dazu, sich zum Christentum zu bekennen?

Ihre Motive und ihre Wege zum Glauben sind natürlich sehr unterschiedlich, aber meistens hat es damit zu tun, dass sie die Bibel lesen, entweder weil sie eine geschenkt bekommen haben, oder selber eine gefunden haben. **Für manche sind die Worte der Bibel eine Offenbarung. Das Wort Gottes spricht zu ihnen und bewegt sie tief im Inneren. Andere haben das Gefühl, dass der Koran und der Islam ihnen etwas nicht gibt, das sie woanders suchen. Und manche haben einen Traum eines christlichen Symbols oder eine Offenbarung durch Stimmen oder Visionen. Zum Beispiel sehen sie im Traum ein Kreuz, wissen aber nichts über die Kreuzigung, und wollen dann mehr darüber erfahren.**

Wieviele Konvertiten erleben Verfolgung?

Während dem spirituellen Prozess der Konversion meistens nicht, wenn sie dabei nicht aus irgendeinem Grund entdeckt werden. Die Verfolgung beginnt, sobald der Konvertit seinem neuen Glauben offen nachgeht.

Im Grunde kann man sagen, dass alle muslimische Konvertiten Verfolgung erleiden, mit unterschiedlicher Intensität. In der überwältigenden Mehrzahl der Fälle werden sie von ihrer Familie und/oder ihrer Gemeinde abgelehnt. Der Konvertit erleidet einen „sozialen Tod“: Manche Familienmitglieder wollen sie nicht mehr sehen oder mit ihnen sprechen. Dazu kommt eine allgemeine Belästigung, die erträglich, aber unübersehbar ist.

Unterschiedliche Konvertiten erleben unterschiedliche Situationen. Manche müssen die Stadt verlassen, andere können bleiben aber müssen vorsichtig sein. Manchmal nimmt die Ablehnung in der Familie mit der Zeit ab, manchmal eskaliert sie aber zu Gewalt und sogar Mord. **Grundsätzlich leiden Frauen und Mädchen mehr unter**

solcher Verfolgung. Trotzdem konvertieren mehr muslimische Frauen zum Christentum als Männer.

Sie haben eine Hotline für verfolgte Ex-Moslems eingerichtet. Was für Geschichten haben Sie da erlebt?

Diese Hotline gibt es erst seit ein paar Wochen. Wir haben viele Anrufe erhalten, aber können hierzu noch nichts bekanntmachen. Wir kennen jedoch viele Geschichten von Menschen, die vor Jahren konvertiert sind, so wie Mohammed-Christophe Bileck, Gründer der Organisation „Notre Dame de Kaylie“. Er ist vor Jahren zum Katholizismus übergetreten und engagiert sich seitdem, um Moslems zu bekehren, zu helfen und die Botschaft Jesu Christi zu bringen. Er hat mit hunderten Konvertiten gesprochen: Manche erhielten in einer katholischen Schule ihre erste Bibel, andere erhielten sie von einem Straßenprediger. **Manche haben einen Traum von Jesus Christus und gehen am nächsten Tag in die Kirche. Viele Frauen, mit denen wir gesprochen haben, verstecken ihren Glauben vor ihrer Familie und haben Angst entdeckt zu werden. Andere sind von zuhause weggelaufen, weil sie gesehen haben, wie eine Cousine mit einem ähnlichen Weg gezwungen wurde, einen strenggläubigen Moslem zu heiraten.**

Jede Konversionsgeschichte ist anders, aber in [unserem Bericht](#) haben wir versucht, gemeinsame Elemente herauszuarbeiten und den Fokus auf die Verfolgung zu legen, nicht die spirituellen Beweggründe oder persönliche Überzeugungen. Solche persönlichen Erlebnisse sind in der religiösen Literatur schon gut dokumentiert, die Verfolgung wurde jedoch bislang kaum beleuchtet.

Wie können sie ihnen helfen? Wo können sie sich hinwenden, wer hilft ihnen?

Als Christen glauben wir, dass es erstens hilft, für sie zu beten. Man muss für alle beten, die zu Jesus finden. Wir haben bei unseren Recherchen festgestellt, dass alle Konvertiten eine große Trauer und Enttäuschung erleben, wenn sie einer christlichen Gemeinde beitreten.

Viele berichten, dass die christlichen Gemeinden sie nicht wirklich willkommen heißen. Sie werden zum Beispiel selten zum Essen eingeladen, und werden weiterhin als „Ex-Moslems“ gesehen, nicht als vollwertige Christen. Der zweite wichtige Punkt wäre also, diese Menschen besser willkommen zu heißen. Wir arbeiten mit französischen Gruppen wie *Mission Ismérie*, wo christliche Freiwillige solchen Menschen konkret helfen.

Bei unserer Verkündung der Frohen Botschaft gibt es eine Situation, in der man unbedingt helfen muss: Wenn eine junge Frau plötzlich ihr Zuhause verlassen und alles aufgeben muss, weil sie von ihrer Familie bedroht wird. Diese jungen Menschen brauchen dringend Hilfe.

Außerdem sollte die Regierung hier für mehr Aufklärung und Untersuchungen sorgen. In Frankreich werden aktuell im Rahmen des neuen Gesetzes gegen „Islamischen Separatismus“ hier einige gute Maßnahmen beschlossen. Am Ende bleibt dieses Thema jedoch ein kulturelles Problem, und es liegt an der muslimischen Gemeinde zu verstehen, dass dieses Verhalten nicht akzeptabel ist.

„Ungarn Hilft“ will verfolgten Christen in Europa helfen, wie [ECLJ berichtet](#). Sehen Sie eine Hoffnung auf ein europäisches Hilfsnetzwerk für verfolgte Christen und Ex-Muslime in Europa?

Ja, das ungarische Programm ist sehr wirksam und eine gute Idee. Im Mai 2021 übernimmt Ungarn sechs Monate lang den Vorsitz des Ministerrats des Europarats, und wird diese Gelegenheit sicher nutzen, um die weltweite Christenverfolgung, auch in Europa, zu thematisieren. Der Europarat hat bislang oft andere Themen in den

Vordergrund gestellt, und Ungarn hat hier eine einmalige Gelegenheit, mehr Aufmerksamkeit für Christenverfolgung zu erzeugen.

Das ECLJ untersucht derzeit, ob es ähnliche Christenverfolgung wie in Frankreich auch in Deutschland, UK und anderen Ländern gibt. Sollte das zutreffen, werden wir versuchen, hier ein Hilfsnetzwerk zu schaffen.

**

Das Interview führte MdEP **Joachim Kuhs**, Vorsitzender der „Christen in der AfD“ – Foto: I.

<https://www.n-tv.de/politik/Der-Christ-der-von-der-Tuerkei-rausgeworfen-wurde-article22515672.html>

Code N82

Der Christ, der von der Türkei rausgeworfen wurde

Von Issio Ehrich, Vorarlberg

Mehr als zwanzig Jahre lang hat Hans-Jürgen Louven in der Türkei gelebt. Dann wurde er des Landes verwiesen. Angeblich gefährden er und eine Reihe anderer Christen die Sicherheit der Nation. Die Bundesregierung schweigt.

Der Weg zum Abendmahl windet sich von der österreichischen Stadt Feldkirch zwischen Nadelwäldern und Kalkmassiven einen Hang hinauf. Die harte Erde ist von Wurzeln durchzogen und von Steinen durchsetzt.

Rund 30 Mitglieder der Freien Evangelikalen Gemeinde Feldkirch stapfen den Pfad empor. Sie lesen sich dabei aus der Bibel vor. "Das Reich, dessen König ich bin, ist nicht von dieser Welt..." Am Ende des Wegs ist zwischen den Tannen eine mittelalterliche Burg zu erkennen, darüber schwarze Wolken. Jeden Moment könnte es regnen.

Es ist Anfang April, Karfreitag, Hans-Jürgen Louven, die Arme hinterm Rücken verschränkt, den Kopf beim Laufen nach vorn geneigt, sticht mit seinen 1,89 Metern aus der Gruppe hervor. "Wenn nicht alles so schief gelaufen wäre, wäre ich dieses Ostern vielleicht ans Meer gefahren", sagt er. "An einen der schönsten Strände der Türkei." Louven sehnt sich nicht nach Urlaub, er sehnt sich nach einem Lebensgefühl. Österreich ist für ihn Exil.

Louven wurde 2019 aus der Türkei vertrieben - seiner Wahlheimat, seinem Sehnsuchtsort. Er wurde von seiner türkischen Gemeinde getrennt, von seinen türkischen Freunden und Nachbarn. Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit ist in der Türkei eine Abschiebewelle im Gang, die religiös motiviert zu sein scheint. Nach Angaben der türkischen Vereinigung protestantischer Kirchen wurden in den vergangenen zwei Jahren 65 Christen aus verschiedensten Ländern aus der Türkei ausgewiesen.

Der Wind bläst feuchtkalt über die Hänge. Louven und seine Exil-Gemeinde finden hinter den Mauern der Burg Schutz. Plastikbecher gehen herum, Traubensaft und Brotecken. Louven senkt den Kopf, schließt die Augen und hört den Versen zu. "Dieser Becher ist der neue Bund, besiegelt mit meinem Blut, das für euch vergossen wird..."

Hans-Jürgen Louven und seine Frau am Karfreitag beim Abendmahl.

(Foto: Issio Ehrich)

Kaum ist das Abendmahl beendet, spricht Enttäuschung aus Louvens Worten: "Dass wir von der türkischen Regierung auf diese krasse Weise behandelt wurden, ist 'ne harte Nummer'", sagt er.

"Die Bundesregierung müsste das laut und deutlich zur Sprache bringen." Das tut sie aber nicht. Louven ist deutscher Staatsbürger, trotzdem weigert sich das Auswärtige Amt, sich zu äußern. Auch die türkische Botschaft in Wien reagierte nicht auf eine Interview-Anfrage. Eine Geschichte über zerstörte Existenzen und Diplomatie.

"Wir sind vielleicht nicht wichtig genug"

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind politisch stark aufgeladen: das ewige Ringen um den EU-Beitritt, umstrittene Wahlkampfauftritte des türkischen Präsidenten in Deutschland, das umstrittene Flüchtlingsabkommen. Kräftig auf den Tisch zu hauen, war in all diesen Fragen nie der Kurs der Bundesregierung. In der Diplomatie heißt es oft, dass Gespräche im stillen Vertrauen zielführender seien. Aber nach zwei Jahren noch immer Schweigen? Louven glaubt, dass Berlin mit der Religionsfreiheit nicht noch ein diplomatisches Minenfeld betreten will. "Wir sind da vielleicht nicht wichtig genug."

Verglichen mit Zehntausenden Türken, die vom Regime Recep Tayyip Erdogans als Putschisten festgenommen wurden, oder mit den Abgeordneten der linken Oppositionspartei HDP, die in die Illegalität getrieben werden, mag das Schicksal von ein paar Dutzend Christen tatsächlich nicht so bedeutsam wirken. Doch für die betroffenen Menschen, geht es um viel.

Nicht weit von der Burg entfernt, sitzt Louven in seiner neuen Wohnung. Er ist jetzt das, was man in der Türkei "Hanım Köylü" nennt: ein Mann, der im Dorf seiner Frau wohnt. Die ist Österreicherin. Zwischen Küche und Esszimmer hat Louven in dem modernen Neubau eine türkische Ecke eingerichtet. Dicke Kissen liegen auf feingemusterten Teppichen. Daneben stehen ein glänzendes Teeservice und Mokka-Pötte. Louven packt ein Fotoalbum aus. Mehr als zwanzig Jahre Leben in der Türkei - zusammengepresst auf einen Stoß Papier. "Ich habe das Land und die Leute geliebt", sagt Louven. Er zeigt auf ein Bild der denkmalgeschützten Altstadt von Mugla. "Die Straßen sind da so schmal, dass keine Autos fahren", sagt er. Louven spricht von "Herrn Hassan", der beim Restaurieren seines Grundstücks geholfen habe, er erinnert sich an den Walnussbaum in seinem Innenhof. "Ein einzigartiger Ort." Louven hat sich in der Türkei eine Existenz aufgebaut. Mehr noch: Er hat sich eine kleine Welt geschaffen, die im Einklang mit seinem Glauben steht.

Louven kam 1961 in Uerdingen am Niederrhein zur Welt. Abitur, Sportwissenschaft an der Uni Köln, Biologie auf Lehramt. Er traf auf eine Gruppe von Studenten, die einmal die Woche über "Lebensfragen" sprachen. Louven entdeckte, was er heute eine "lebendige Beziehung zu einem lebendigen Gott" nennt. Er entschied sich, sein Leben Jesus zu widmen. Dann spürte er schnell, dass er dieses "Geschenk" weitergeben möchte. Louven begann eine theologische Ausbildung. Zum Abschluss reiste er erstmals in die Türkei. Organisiert wurde der Trip von einer christlichen Missionsgesellschaft.

Angekommen in der Provinz Mugla war Louven überwältigt. Ein großer Teil der neutestamentlichen Geschichte spielt in der Türkei. Louven erkundete die Ruinen von Ephesos, Hierapolis und Laodizea, und er dachte dabei an die Bibel: "Sie haben alle Versammlungsstätten Gottes im Land verbrannt", wie es in den Psalmen heißt. "Kein Prophet ist mehr da, und keiner bei uns ist da, der weiß, bis wann." Noch als junger Mann kam Louven immer wieder in die Türkei. Bald stand für ihn fest, dass er nicht nur seinen Glauben, sondern auch seine Art, das Land zu erkunden, teilen wollte. Louven entschied, selbst Reisen für Christen in die Türkei zu organisieren. Mitte der 1990er-Jahre zog er mit seiner Frau nach Mugla.

Fotos aus der alten Heimat.
(Foto: Issio Ehrich)

Vielleicht ist auch das ein Grund, warum die Bundesregierung sich nicht öffentlichkeitswirksam für die Verstoßenen einsetzt: Viele der Ausgewiesenen sind Missionare. Wenn im Kalkül diplomatischer Wagnisse das Solidarisierungspotenzial der Gesellschaft mit den Betroffenen eine Rolle spielt, ist es in diesem Fall womöglich kein Argument, anders als bei bekannten Journalisten oder mutigen Menschenrechtsaktivisten. Beim Stichwort "evangelikal" ist die Skepsis wohl besonders groß. Louven klagt über "Gender-Mainstreaming", er vergleicht die Zahl täglicher

Corona-Toter mit der Zahl abgetriebener Kinder und er weiß, dass er damit in Deutschland aneckt. Mit dem Kern seines Problems allerdings hat das nichts zu tun. Louven hat viel in der Türkei investiert. Er kaufte einen alten Ford Transit, um seine Besucher zu heiligen Stätten zu bringen. Er baute zwei Gästehäuser auf. Er renovierte eine 3000 Quadratmeter große Farm mit Volleyballfeld und Grillplatz. Alles im Rahmen der türkischen Gesetze. Jetzt kämpft er um sein Recht - mit einem Staat, der kein Rechtsstaat mehr ist.

In der Türkei sind fast alle Bürger Muslime, doch das Land ist eigentlich eine laizistische Nation. Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk sah die Zukunft im Westen, deshalb ließ er die Trennung von Staat und Religion in der Verfassung verankern. Seit 1991 sind ausdrücklich auch religiöse Missionstätigkeiten erlaubt.

Louven zückt ein Schreiben des Bürgermeisteramts von Mugla aus dem Jahr 2000. "Wie ja auch in der türkischen Verfassung durch die Trennung von Staat und Religion gewährleistet ist, versichern wir Ihnen, dass sowohl die Beschäftigten Ihrer Gesellschaft als auch Ihre Gäste sich gemäß ihres Glaubens frei verhalten und bewegen können", steht darin. "Ich bin überzeugt, wenn sich Menschen unterschiedlicher Kultur- und Glaubensüberzeugungen gut verstehen, leistet das einen wichtigen Beitrag zum Weltfrieden und zur Völkerverständigung", so der Bürgermeister. Ein ähnliches Schreiben hat Louven von der Provinzregierung bekommen. Louven, der fließend Türkisch spricht, glaubt, dass auch die Bürger ihn herzlich aufgenommen hätten. "Wir haben Touristen in die Türkei gebracht, die sich wirklich für Land und Leute interessieren", sagt er. Seine Gäste seien positiv aufgefallen, weil sie nicht schon mittags alkoholisiert am Strand gelegen hätten oder in den Augen der Einheimischen halbnackt herumgerannt seien.

Als Louven im Sommer 2019 das Migrationsamt in Mugla aufsuchte, um routinemäßig seine Aufenthaltserlaubnis zu verlängern, ahnte er nicht, dass seine Tage gezählt waren. Eine Mitarbeiterin sagte ihm, dass eine Anordnung aus Ankara eingegangen sei: Er müsse die Türkei binnen zehn Tagen verlassen. "Ich habe meinen Freundeskreis kontaktiert", sagt Louven, "auch für Gebete."

Viele der anderen Evangelikalen bekamen nicht mal ein Ultimatum. Einige berichten, auf dem Weg in den Urlaub am Flughafen informiert worden zu sein, dass sie nicht wieder einreisen dürfen. Andere wurden ohne Vorwarnung nach einem Auslandsaufenthalt nicht mehr ins Land gelassen. Sie hatten keine Chance, Vorkehrungen zu treffen - für Freunde und Familien, Autos und Immobilien. Die Behörden schoben auch Evangelikale mit türkischen Lebensgefährtinnen ab. Für diese waren die Ereignisse besonders tragisch. Plötzlich mussten sich türkische Staatsbürgerinnen entscheiden, ob sie ihre Heimat aufgeben oder ihre Ehe. Erklärungen lieferten die türkischen Behörden den Betroffenen nie: In den Dokumenten waren für die Ausweisung stets "andere Gründe" angekreuzt.

Der Fall Brunson

Louven blickt von seinem Balkon auf die schneebedeckten Alpen. Auch zwei Jahre nach seiner Ausweisung, weiß er nicht genau, warum er gehen musste. "Die Beamten am Flughafen haben mir einen Code auf mein Ticket geschrieben", erinnert er sich. "N82." Hinter dem Code verbirgt sich nach Einschätzung mehrerer Betroffener eine Einstufung als "nationales Sicherheitsrisiko". Louven ist überzeugt, dass die türkischen Behörden nicht offen über ihre Gründe sprechen könnten, weil sie im Widerspruch zur laizistischen Verfassung der Türkei stünden. Er glaubt, dass er als "Risiko" eingestuft wurde, weil er ein evangelikaler Christ ist.

Seit das Bürgermeisteramt Mugla den Missionar Louven ermutigt hat, in den Glaubenstourismus in der Türkei zu investieren, ist viel passiert: 2002 übernahm die religiös-konservative Partei Erdogans die Regierung. Kämpfe um Kopftücher an Universitäten entbrannten, Steuern auf Alkohol stiegen, der sunnitische Islam erlebte eine Renaissance im öffentlichen Leben. Doch der Schluss, dass Erdogan im Namen des Islam gegen religiöse Minderheiten in der Türkei vorgeht, wird der Komplexität der Lage nicht gerecht.

Trotz des verfassungsrechtlich verbrieften Laizismus hatten es religiöse Minderheiten lange vor der Renaissance des Islam im öffentlichen Leben schwer in der Türkei. Missionare hatten in nationalistischen Kreisen der Bevölkerung einen besonders schlechten Ruf. Das hat mit der Geschichte der Türkei zu tun. Im Osmanischen Reich wurden Missionare oft als destabilisierende Kräfte wahrgenommen: Sie verbreiteten Schriften, die im Widerspruch zum geltenden Recht standen. Zugleich waren ihre religiösen Ambitionen und die politischen Interessen ihrer Herkunftsländer oft nicht klar voneinander zu trennen. Als das Reich während des Ersten Weltkriegs zerfiel, verfestigte sich der Eindruck, dass die wachsende Zahl christlicher Missionare ein Angriff auf die Einheit der Nation darstellt. Auch in der frühen Republik unter Atatürk, dem Urheber der laizistischen Reformen, nahm sich der türkische Staat das alleinige Recht, das religiöse Leben im Land zu kontrollieren.

Als der EU-Beitrittsprozess noch Aussicht auf Erfolg hatte, war es Erdogan, der sein Land in Fragen der Religionsfreiheit auf Kurs brachte. Kirchen wurden wiedereröffnet, Juden und orthodoxe Christen konnten sich vom Islamunterricht befreien lassen, immer wieder demonstrierte Erdogans Regierung durch symbolträchtige Auftritte mit Vertretern anderer Religionsgemeinschaften, dass diese dazugehören. Die Lage religiöser Minderheiten war weiterhin prekär, aber es ging voran. Erdogan ist kein religiöser Eiferer, er ist ein opportunistischer Politiker.

Spätestens nach den Gezi-Protesten 2013 und dem Putschversuch 2016 gab Erdogan es allerdings auf, sich ernsthaft um die EU-Mitgliedschaft zu bemühen. Der Machterhalt rückte mehr denn je in den Vordergrund. Erdogan nutzte jede Gelegenheit, sich zu profilieren. Mit Andrew Brunson bot sich ihm eine besondere. Die türkischen Ermittlungsbehörden warfen dem evangelikalen Pastor und amerikanischen Staatsbürger vor, mit dem Gülen-Netzwerk und militanten Kurden paktiert zu haben. Erdogan bot dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump ein Tauschgeschäft an: Brunsons Freiheit für die Auslieferung von Fethullah Gülen, den in Amerika lebenden angeblichen Drahtzieher des Putschversuchs. Doch Trump antwortete mit Sanktionen. Die schwache Lira brach weiter ein. Erdogan musste Brunson entlassen. Eine Schmach. Und vielleicht auch ein Grund für Rache.

Louven glaubt, dass es einen Zusammenhang gibt. "Brunson ist ein Evangelikaler, die, die danach ausgewiesen worden sind, sind auch Evangelikale", sagt er. "2019 gab es eine Konferenz von verschiedenen christlichen Gemeinden. Da muss jemand vom Staat gekommen sein, um sich unsere Namen geben zu lassen."

Im Bericht des Religionsfreiheitsbeauftragten der deutschen Bundesregierung, Markus Grübel, kommt der Fall Brunson vor. Im gleichen Absatz ist von "abstrusen Verschwörungstheorien" gegen Protestanten und von entzogenen Aufenthaltstiteln die Rede. Wie das Auswärtige Amt will aber auch der CDU-Politiker kein Interview geben.

"Hans soll bleiben"

Kurz nachdem Louven von seinem Ultimatum erfuhr, starteten türkische Freunde die Online-Petition "Hans Kalsın": Hans soll bleiben. Fast 1500 Personen beteiligten sich. Doch in Ankara wurde die Petition ignoriert. Louven nahm sich zum ersten Mal in seinem Leben einen Anwalt. Nicht nur seinetwegen, auch wegen der Menschen in der Türkei. Die Behörden in Mugla und viele Bürger stünden doch für eine völlig andere Türkei, sagt er. Sie litten auch unter dieser Politik. Doch auch der Anwalt scheiterte bei dem Versuch, Louvens Rückkehr in die Türkei zu sichern. Nach Niederlagen auf allen Instanzen liegt sein Fall nun beim Verfassungsgericht in Ankara. Grund zur Hoffnung gibt es wenig. Anfang des Jahres wurde dort bereits über einen der betroffenen Christen entschieden. Seine Klage wurde abgelehnt.

Beobachter des Verfahrens sagen, dass der Staat mit Dokumenten argumentiere, die als geheim eingestuft würden. Da die Anwälte der Betroffenen in diese Papiere keine Einsicht bekämen, sei es unmöglich, sich erfolgreich gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Mehrere Betroffene erwägen nun eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Dessen Urteile ignorierte die Türkei zuletzt allerdings - selbst in aufsehenerregenden Fällen wie der Inhaftierung des Philanthropen Osman Kavala.

In Louvens Exil gibt es Politiker, die sich auch öffentlichkeitswirksam für ihn einsetzen. "Österreich tut sich manchmal leichter als Deutschland, die Dinge klar anzusprechen", sagt Gudrun Kugler, Menschenrechtssprecherin der ÖVP-Fraktion im österreichischen Nationalrat. Wien steht an der Spitze einer Bewegung in der EU, die eine formelle Einstellung der EU-Beitrittsverhandlungen fordert. "Wir müssen mit einem großen Land wie der Türkei, das vor den Grenzen Europas liegt, zusammenarbeiten", sagt sie. "Das heißt aber nicht, dass wir stillschweigen dürfen über Dinge, die nicht in Ordnung sind." Ihr sei wichtig, dass Österreich sich nicht von der Türkei erpressen lässt - zum Beispiel durch das Flüchtlingsabkommen. Kugler hat wegen der verstoßenen Christen der türkischen Botschaft in Wien einen Brief geschrieben, in dem sie "die völlig unerwartete sowie unbegründete Ausweisung von Herrn Louven" anprangert. Doch auch die Reaktion darauf gibt Louven keinen Grund zur Hoffnung. Auf ihren Protestbrief hat Kugler nicht mal eine Antwort aus Ankara bekommen. Fehlt es Österreich am Ende an geopolitischem Gewicht?

Louven sitzt mit seiner Frau im "Mahir Gözleme", einem türkischen Bistro in seinem österreichischen Exil. Deutschland hätte das nötige Gewicht, davon ist er überzeugt. "Aber ich kann nicht erkennen, dass da jemand für uns entsteht." Louven bestellt eine doppelte Portion Çiğ Köfte, scharfe Frikadellen aus Rindfleisch. "Die sind exzellent", sagt er. "Aber hier ist es trotzdem einfach nicht dasselbe wie in der Türkei."

Louven wollte in Mugla in Rente gehen. Er hatte bereits ein Altenheim entdeckt. Sogar einen Grabstein hat er sich weißeln lassen. "Wer mein Wort hört, und glaubt dem, der mich gesandt hat, der hat das ewige Leben", steht darauf. Der Stein liegt auf Louvens Farm. "Der bleibt schön da", sagt er. "Der kann auch ein Stein des Anstoßes sein." Doch über Louvens Farm in Mugla werden wohl weder Vertreter der türkischen noch der deutschen Regierung spazieren.

Quelle: [ntv.de](https://www.n-tv.de)

<https://philosophia-perennis.com/2021/05/12/twitter-zensiert-abgeordneten-fuer-aussage-ein-mann-kann-nicht-schwanger-werden/>

• **MEINUNGSFREIHEIT & ZENSUR**

Twitter zensiert Abgeordnete für Aussage „ein Mann kann nicht schwanger werden“

Von

David Berger

12. Mai 2021

„Ein Mann kann nicht schwanger werden“ – Twitter betrachtet die Bejahung dieser biologischen Tatsache als „Aufstachelung zum Hass“.

Wie die Digitalzeitung [La Nueva Razón](https://www.la-nueva-razon.es/) berichtet, wurde heute der Professor für Rechtsphilosophie und Vox-Abgeordnete **Francisco José Contreras** von Twitter zensiert, weil er in einem Tweet Folgendes behauptet hat:

„Ein Mann kann nicht schwanger werden. Ein Mann hat weder Gebärmutter noch Eizellen“.

Biologie als Aufstachelung zu Hass

Twitter hat die bloße Behauptung dieser biologischen Tatsache als „Aufstachelung zum Hass“ eingestuft und Contreras deshalb eine 12-stündige Sperre seines Accounts auferlegt, was der Abgeordnete [auf seinem Facebook-Account](#) anprangerte:



Francisco José Contreras

6 h · 🌐



Me han bloqueado durante 12 horas la cuenta de Twitter por "incitación al odio".

El tuit en el que incitaba al odio (que me han obligado a eliminar) era uno que decía: "Un hombre no puede quedar embarazado. Un hombre no tiene útero ni óvulos".

Se ve que esto ya es Biología fascista. La próxima vez probaré con $2 + 2 = 4$.

Hola, Fco. J. Contreras:

Tu cuenta, @fjconpe, se bloqueó por incumplir las Reglas de Twitter.

Específicamente, por los siguientes motivos:

Incumplir las reglas que prohíben los comportamientos de incitación al odio.

No se permite amenazar, acosar o fomentar la violencia contra otras personas por motivo de su raza, origen étnico, nacionalidad, orientación sexual, género, identidad de género, religión, edad, discapacidad o enfermedad.

avatar

Fco. J. Contreras

@fjconpe

@Maciste07192436 Es una mentira. Un hombre no puede quedar embarazado. Un hombre no tiene útero ni óvulos.

Ten en cuenta que los incumplimientos reiterados pueden provocar la suspensión permanente de tu cuenta. Ve a Twitter ahora para solucionar el problema con tu cuenta.

„Sie können sehen, dass dies bereits faschistische Biologie ist. Nächstes Mal versuche ich es mit $2+2 = 4$ “, ironisierte der Vox-Abgeordnete, dessen Fall eine neue Episode ideologischer Zensur durch ein soziales Netzwerk mit klarer linker Tendenz ist.

Twitter zensuriert auch Statistiken über Strafanzeigen

Besonders skandalös ist der Umgang von Twitter mit der konservativen Vox-Partei. Im vergangenen Februar, am Vorabend der Regionalwahlen in Katalonien, zensierte Twitter den Vox-Account in einer neuen Einmischung des amerikanischen Unternehmens in einen Wahlprozess in einem anderen Land. Twitters Entschuldigung in diesem Fall war, dass die Angabe von Statistiken, die den hohen Prozentsatz von Strafanzeigen gegen Nordafrikaner zeigen, auch „Aufstachelung zum Hass“ sei.

Anscheinend glaubt Twitter, dass Statistiken, wie auch die Biologie, zensiert werden sollten, wenn sie jemals den ideologischen Dogmen des Progressivismus widersprechen.

Twitter hat ernsthafte Drohungen gegen Vox zugelassen

In den Tagen nach diesem Zensurfall aus ideologischen Gründen duldete Twitter jedoch Nachrichten von Linksextremisten, die mit einem Angriff auf den Präsidenten von Vox, Santiago Abascal, drohten, und auch Nachrichten, in denen anderen Mitglieder der Vox-Partei mit dem Tod gedroht wurde.

Offenbar ist für Twitter die Angabe von biologischen oder statistischen Fakten „Hassrede“, aber die Drohung, Mitglieder einer konservativen Partei zu töten, nicht.

Die Bemühungen von Twitter, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verletzen, um die ideologischen Thesen der Linken durchzusetzen, haben bereits die Ablehnung einiger Regierungen hervorgerufen. Im Dezember kündigte Polen ein Gesetz an, das ideologische Zensur in sozialen Netzwerken unter Strafe stellen soll. Es besagt, dass „soziale Netzwerkseiten nicht nach eigenem Ermessen Beiträge entfernen oder Benutzerkonten sperren dürfen, solange die dort geposteten Inhalte nicht gegen polnisches Recht verstoßen“.

Im Januar kündigte auch Ungarn ein dem polnischen ähnliches Gesetz zum Schutz der Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken an und kritisierte ausdrücklich die Zensur von „christlichen, konservativen und rechten“ Meinungen durch Twitter und Facebook.

Quelle: [Outono.net](https://outono.net). Die deutsche Übersetzung erschien zuerst bei [„Unser Mitteleuropa“](#).

<http://www.pi-news.net/2021/07/merkel-in-usa-aber-zur-christenverfolgung-engagiert-sich-afd/>

Merkel in USA – aber zur Christenverfolgung engagiert sich AfD

13. Juli 2021

In Washington findet in dieser Woche der International Religious Freedom Summit - unter anderem mit einer AfD-Delegation - statt, das weltweit wichtigste Treffen für verfolgte Christen (Archivbild des IRF Summit 2019). In Washington D.C. findet vom 13. bis 15. Juli der **International Religious Freedom Summit statt, kurz IRF-Summit, das weltweit wichtigste Treffen für die verfolgten Christen. Es geht zwar offiziell um die Freiheit aller Religionen, aber die zahlenmäßig bei weitem am stärksten verfolgte Gruppe sind die Christen. Bundeskanzlerin Merkel ist in Washington, nur wenige Meilen vom Konferenzort entfernt. Die Konferenz, die für die verfolgten Christen so wichtig ist, ignoriert sie. Aber die AfD-Fraktion im Bundestag ist vertreten, und zwar gleich mit einer ganzen Delegation.**

Der Delegation der AfD-Bundestagsfraktion gehören die Abgeordneten Jürgen Braun, Waldemar Herdt und Anton Friesen an. Sie wurden von den amerikanischen Veranstaltern eingeladen, vom 13. bis 15. Juli darüber mitzudiskutieren, wie die weltweite Religionsfreiheit wieder mehr in den Vordergrund treten kann, wie jährlich hunderttausende Menschenleben gerettet werden können. Die

Bundeskanzlerin [diskutiert derweil im Weißen Haus](#) darüber, ob die Gaspipeline Nord Stream 2 einen sogenannten „kill switch“ bekommen soll, ein Abschaltventil also, das geschlossen wird, sobald Moskau sich politisch ungebührlich verhält – zum Beispiel gegenüber der Ukraine. Wobei völlig unklar scheint, wer ihn wann und unter welchen Bedingungen bedienen darf, diesen „kill switch“.

Beim Begriff „kill switch“ denken die verfolgten Christen weltweit etwas ganz anderes – an arabische Reiterhorden oder islamisch radikalisierte Steppenbewohner, die Völkermorde im Südsahara-Gebiet verüben. Dass Angela Merkel den IRF-Summit, die größte Veranstaltung für die weltweite Religionsfreiheit, trotz ihrer Anwesenheit in derselben Stadt völlig ignoriert, ist für den menschenrechtspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Jürgen Braun, keine Überraschung. Bereits am 23. April dieses Jahres sagte er in einer Bundestagsrede: „Bei dieser Bundeskanzlerin haben verfolgte Christen keine Lobby. Das kalte Herz einer ehemaligen DDR-Funktionärin – es schlägt nicht für die vielen Millionen Christen, die in Not sind.“

Welche politische Kraft es ist, die die Rechte aller Religionen, vor allem aber die Belange der verfolgten Christen konsequent im Blick hat, zeigt sich jetzt in Washington D.C. Die Delegation der AfD-Fraktion wird in Washington hochrangige Gesprächspartner treffen, darunter den ehemaligen US-Außenminister Mike Pompeo und die pakistanische Menschenrechtskämpferin Asia Bibi sowie zahlreiche Politiker sowohl der Republikaner als auch der Demokraten.

Der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jürgen Braun, erklärte kurz vor dem Abflug der Delegation: „Mit der Teilnahme am IRF-Summit in Washington setzt die AfD-Fraktion ihren Einsatz für die weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit fort. International werden wir vor allem geachtet für unser Engagement gegen die Christenverfolgung. Dieser intensive Einsatz hat auch zu dieser Einladung nach Washington geführt. Wir freuen uns auch, bei unseren Gesprächen in den USA deutsche Interessen zu vertreten. Die AfD-Fraktion vertritt die berechtigten Interessen Deutschlands an allen wesentlichen Orten der Weltpolitik, auch bei unserem größten Verbündeten in Washington.“

Angela Merkel dagegen zeigt nun, wo ihr Stern sinkt, mehr und mehr ihr wahres Gesicht – das einer Moskau geschulte Reformkommunistin, die als Reisekader treu in Honeckers Diensten stand, die von Wiedervereinigung nichts wissen wollte, die mit der Demokratie lange erkennbar fremdelte und die – notabene – durch Wolfgang Schnur über den Demokratischen Aufbruch, also quasi durch die Hintertür, in die CDU schlüpfte. Dieser Schnur, das sollte nie vergessen werden, war ein hochrangiger Stasi-Offizier, der Teile der kommunistischen DDR-Nomenklatur in die Bundesrepublik hinüberretten sollte.

Von Angela Merkel war nie zu erwarten, dass sie auch nur einen Finger gegen die Christenverfolgung unternimmt. Dass sie damit einen Markenkern der CDU zerstört hat, wird sie möglicherweise gar nicht verstehen. Und dass die AfD wahrscheinlich überhaupt nur aufgrund ihrer ignoranten, zutiefst von den Werten des alten Ostblocks durchdrungenen Politik gegründet wurde, wird sie gleichfalls nicht verstehen. Es ist Merkels letzte Reise als Bundeskanzlerin in die USA, Gott sei Dank – die AfD aber dürfte in Washington gute Gesprächspartner finden. Menschen, die sich um die Christenverfolgung weltweit sorgen, wissen jetzt, wer ihre Interessen vertritt. Die vermerkelte CDU hat hier völlig abgedankt. Es gibt eine Alternative, nicht nur für Deutschland, sondern für die Christen weltweit.

https://citizengo.org/de/node/203614?utm_source=em&utm_medium=social&utm_content=tyflow&utm_campaign=DE-2021-07-15-Local-NA-EPR-203614-Stop_the_blasphemous_film_Bened.01_AA_Launch
STOPPEN SIE DEN BLASPHEMISCHEN FILM "BENEDETTA"

[STOPPEN Sie den blasphemischen Film "Benedetta"](#)
[benedetta3.jpg](#)

050.000

27.666 Personen haben bereits unterzeichnet. Helfen Sie bitte mit, 50.000 Unterschriften zu erreichen.



von [CitizenGO](#) · Die, 13.07.2021 - 09:34 Uhr

Diesmal begibt sich nicht Netflix auf Abwege, sondern der Regisseur Paul Verhoeven und die in Zürich ansässige Produktionsfirma Pathé Films AG. Sein Film *"Benedetta"* wurde als Wettbewerbsbeitrag auf dem Filmfestival gezeigt und soll demnächst in die Kinos kommen. In diesem Film, den man als lesbischen Pornofilm bezeichnen kann, ist die Nonne Benedetta eine mystische Nonne, die in ihrem Kloster schwebt und sich mit einer anderen jungen lesbischen Nonne, Batolomea, in vielen lesbischen pornografischen Szenen vergnügt...

Aber das ist noch nicht alles, die Produzenten dieses -nur für unter 12-Jährige verbotenen- Films heben eine Szene hervor, in der die "Nonnen" sich sexuellen Vergnügungen mit einer kleinen Statue der Jungfrau Maria hingeben.

Viele der Szenen sind schockierend und beruhen nicht nur auf einer teilweise wahren Geschichte, sondern besudeln einmal mehr den Katholizismus und trivialisieren Pornografie (und Homosexualität) für die breite Öffentlichkeit und für junge Menschen.

Während dieser grundlose Hass und die Blasphemie unverhohlen sind, regt sich die Öffentlichkeit kaum darüber auf. Denn während selbst harmlose satirische Darstellungen von Mohammed massive öffentliche Empörung und Vorwürfe der "Islamophobie" hervorgerufen haben, hat dieser offene Angriff auf das Christentum bisher keine Aufmerksamkeit von "Journalisten", Politikern und "Experten" erhalten.

Helfen Sie uns, das Schweigen zu brechen und protestieren Sie dagegen, dass dieser blasphemische, gegen den katholischen Glauben gerichtete pornographische Film in die Kinos kommen soll - unterzeichnen Sie die Petition an Jérôme Seydoux, den Co-Präsidenten der Produktionsfirma Pathé Films und fordern Sie ihn auf, "Benedetta" zu stoppen!

Weitere Informationen:

Benedetta - Mehr als nur Sexploitation um lesbische Nonnen (Filmstarts):

<https://www.filmstarts.de/kritiken/255795/kritik.html>

Sex, Wundmale und Machtspiele im Kino im Frauenkloster (SRF):

<https://www.filmstarts.de/kritiken/255795/kritik.html>

Benedetta - Offizieller Filmtrailer (YouTube):

<https://youtu.be/n-31QJXV3iA>

UNTERZEICHNEN SIE JETZT DIE PETITION

STOPPEN Sie den blasphemischen Film "Benedetta"

Sehr geehrter Herr Seydoux,

ich bin bestürzt über Ihre Entscheidung, diesen Film zu produzieren, der nicht darauf abzielt, ein historisches Ereignis zu beleuchten, sondern sich darin ergeht, zu schockierenden und zahlreiche pornografische Szenen zu zeigen.

Die pornografischen Szenen zwischen Nonnen und die Verwendung einer Marienstatuette als Sexobjekt sind zutiefst respektlos und ein eklatanter Affront gegenüber der Gemeinschaft von über 2 Milliarden Christen weltweit. Ihre Darstellung des Christentums ist so grotesk, dass sie selbst für diejenigen, die keine Christen sind, beleidigend ist.

Ich bin zutiefst enttäuscht von Ihrer eklatanten Respektlosigkeit gegenüber einem so großen Teil der Weltbevölkerung, die Ihre Darstellung von Christus blasphemisch, respektlos und zutiefst beleidigend findet.

Ich bitte Sie, die Produktion dieses Films zu stoppen und sich bei den Christen zu entschuldigen, die sich beleidigt fühlen.

[Ihr Name]

<https://unser-mittleuropa.com/der-budapest-bericht-ueber-christenverfolgung-2020/>

Der Budapest-Bericht über Christenverfolgung 2020

25. 04. 2021

Von Elmar Forster

Heuchelei der Political Correctness

Unzählige westliche Untersuchungen prangern zwar die Benachteiligung diversester Randgruppen an (etwa den [Gender-Pay-Gap](#), [Black-Lives-Matters](#), etc.). Auf einen erschreckenden Tatbestand weist aber nur Ungarn hin: Dass nämlich „in vielen Teilen der Welt Millionen Menschen nur

deswegen diskriminiert werden, weil sie sich zum Christentum bekennen.“ (Einleitung von Viktor Orbán). – Und so bleibt gerade die – auf Egalität und Menschenrechte so stolze – EU diesem globalen Unrecht gegenüber ignorant: Nämlich „dass das Christentum heute die am meisten verfolgte Religion der Welt ist.“ – (2020 waren es 260 Millionen Menschen, etwa die Hälfte der Einwohnerschaft der EU.)

Umso entlarvender „das untätige Schweigen der christlich-basierten westlichen Welt“ sowie „das Tabu in den meisten internationalen Foren“.

(Orbán) Der mittlerweile vierte „Budapest-Report“ durchbricht diese „Mauern der Heuchelei, die sich hinter dem Decknamen der Political Correctness versteckt.“

(Orbán) Und doch werden „nicht nur Geschichten von Schmerz und Leid erzählt, sondern auch vielversprechende Ergebnisse, Initiativen, Erfolge und Hoffnungen“

(Kardinal Erdő). – Premierminister Viktor Orbán, Kardinal Péter Erdő und Universitätsrektor András Koltay haben das **Vorwort** verfasst.

„HungaryHelps“

Herausgeber des Reports ist die staatliche ungarische Non-Profit-Agentur „[Hungaryhelps](#)“. Diese unterstützt christliche Kulturen weltweit (im Nahen Osten, in Asien und in Afrika – bedroht etwa durch islamistische Terrororganisationen wie Boko Haram oder den Islamischen Staat), u.a. mit schneller humanitärer Katastrophenhilfe. Fast 100.000 Verfolgte konnten so in ihren Heimatländern verbleiben oder dorthin zurückkehren.

([UngarnHeute](#)) Seit 2016 existiert zudem das staatliche Programm „Hilfe für bedrohte Christen“ – mit einer Gesamtinvestition von 43 Millionen Dollar in 21 Ländern weltweit.

Auch Papst Franziskus würdigte bei seinem letzten Irakbesuch diese Bemühungen und traf dabei im irakischen Mossul, am 7.3.2021, den dafür verantwortlichen ungarischen Staatssekretär Tristan Azbej. (Nur ein Beispiel: Während der drei Jahre Terror-Herrschaft des „Islamischen Staates“, 2014 -17, flohen aus Mossul eine halbe Million Menschen, darunter mehr als 120.000 Christen. – [UngarnHeute](#))

Die ungarische Position lautet: „Der effektivste Weg zur Hilfe von Menschen in Not“ ist die Hilfe vor Ort, „anstatt diese Herausforderungen nach Europa zu exportieren.“ (Tr. Azbej)

„Ungarn: Schutzschild für das Christentum und der westlichen Zivilisation“ (Papst Pius II, 1456) Doch ist das Christentum mittlerweile nicht nur in seiner Wiege, im Nahen Osten, bedroht, sondern paradoxerweise gerade auch in seinem Herzland, in Europa – etwa durch die nicht-christlichen, islamischen Flüchtlingsbewegungen.

„Bis 2050 wird sich die Zahl der in Afrika Lebenden verdoppeln (auf) 2,5 Milliarden Menschen. Afrika wird zehnmal mehr Jugendliche haben als Europa. ... Wenn man diesen ... mehreren hundert Millionen ... erlaubt, nach Norden zu kommen, dann werden ... unsere Kultur, unsere Identität und unsere Nationen ... aufhören zu existieren.

Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, dass es besetzt wird. Die ... Abnahme der Bevölkerung christlicher Kultur, die Islamisierung der Großstädte schreitet ... voran, und ich sehe jene politischen Kräfte nicht, die die Prozesse aufhalten wollten oder könnten...” (Viktor Orbán: „[Rede zur Lage der Nation](#), 18.2.2018)

Und gerade weil sich Ungarn über Jahrhunderte immer als „[Schutzschild für das Christentum](#)“ betrachtete, „ermutigt uns dieses Erbe heute, Worte in Taten zu verwandeln“ (Orbán): „Wir haben verhindert, dass die islamische Welt uns überströmte... Wir werden niemals mit jenen europäischen führenden Politikern solidarisch sein, die Europa in ein postchristliches und postnationales Zeitalter führen wollen.“ (Orbán)

Hinter dieser Entschlossenheit verbirgt sich Dankbarkeit: War es doch gerade das Christentum, welches „Ungarn über die schwersten Perioden seiner Geschichte hinweggeholfen hat.“ (Balázs Orbán: „Christianity in the Hungarian National Identity“) „Im Westen hat man Christus verloren. Und deshalb kommt der Westen zu Fall, einzig und allein deshalb.“ (F.M. Dostojewski)

Heute, im 21. Jahrhundert, kulminiert dieser kulturelle und epochale Dekadenprozess in der Orientierungslosigkeit einer postmodernen „ideologischen Vielfalt“. Denn die (Post-)Moderne hat traditionelle Werte zerstört, welche „die Grundlagen individueller Identitäten und traditioneller Gemeinschaften waren.“ – Doch ist gerade deshalb die „Existenz klassischer Werte wichtiger denn je.“ (B. Orbán) Denn das, was der westliche Nihilismus zurückgelassen hat, ist „eine leere, entfremdete, ideologisch reindoktrinierte Masse, die, wenn nötig, die Massenmigration unterstützen wird. Mit Marsch in Richtung eines neuen irdischen Paradieses, das erreicht werden soll, wenn du Black-Lives-Matter auf deiner Kleidung trägst.“ (B. Orbán)

Insofern listet der Budapest-Report **regionale Fallbeispiele von weltweiter Gewalt** gegen christliche Gemeinschaften auf – und zwar auch in Europa selbst: in Montenegro und in Bosnien-Herzegowina, aber auch mitten im Westen, als sogenannte „hatecrimes“ (Ellen Fantini): „Kirchen wurden angezündet, ausgeraubt, zerstört, christliche Statuen enthauptet und christliche Friedhöfe entweiht. Christen wurden wegen ihres Glaubens angegriffen oder getötet.“ (E. Fantini)

Es ist, als hätte eine dekadente Spätest-Kultur-Europa Joseph Conrad´s „Herz der Finsternis“ herbeibeschworen. ([Philosophia Perennis](#))

Daneben bietet der Budapest-Report aber auch eine **kulturkritisch-anthropologische Analyse**: „Das Christentum war eine Antwort auf die Sünden der Welt, auf verwirrende Sozialexperimente, und menschliche Fragmentierung von Lebensstilen und des Bewusstseins“. (Dénes Harai: „Some Anthropological Aspects of Christian Culture“) – Oder wie es der Voraufklärer und Mathematiker Pascal ausdrückte: „In jedem Menschen steckt ein Abgrund. Den kann man nur mit Gott füllen.“

Seitdem aber „ist das Christentum in Europa zu einer Minderheit geworden und wird in Zukunft zunehmend isoliert werden.“ (László Gájer: „Christians on the Periphery: Dialogue, Mission and Solidarity“)

Am Schluss listet der Report noch „Staats- und Kirchenorganisationen zur Verteidigung des Christentums“ auf.

„Spirituelle Christenverfolgung in Europa“ (Miklós Szánthó)

Die Antwort auf die Frage „Warum ist Osteuropa wachsamer gegen die Gefahr einer ideologischen Diktatur?“ ist einfach zu beantworten: „Osteuropa wurde nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang terrorisiert, seine Aufstände wurden niedergeschlagen, und ihre Besatzer versuchten, seine Identität mit Gewalt zu zerstören.“ (Szánthó) – Und genau dieser Umstand bewirkte „die Kluft zwischen ost- und westeuropäischen Mentalitäten.“ (ebda)

Insofern aber führt Ungarn die Tradition eines Abwehrkampfes für die Freiheit und gegen die Tyrannei, aus der Zeit des antiken Griechenlandes, weiter: „Das Geheimnis

des Glücks ist die Freiheit. Doch das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“ (Perikles) – Denn „die blutige Vergeltung auf die ungarische 1956-er-Revolution machte eines für alle klar. Wir wissen, wer wir sind, und wir kennen auch die Identitäten unserer Feinde.“ (Szánthó)

Dass die Lage West-Europas längst hoffnungslos geworden ist, wusste keiner besser als der sowjetrussische Dissident und Nobelpreisträger („[Der Archipel Gulag](#)“)

Alexander [Solschenizyn](#) (1918 – 2008):

„Ihr in Europa, ihr habt die Intelligenz ausgeschlossen. Ihr werdet leiden. Der Abgrund ist tief. Ihr seid krank. Ihr habe die Krankheit der Leere. ... Das westliche System bewegt sich auf einen ultimativen Zustand geistiger Erschöpfung zu: Eine seelenlose Gesetzestreue, ein rationaler Humanismus, ein verbotenes Innenleben... Eure gesamten Eliten haben den Sinn höherer Werte verloren. Sie haben vergessen, dass das erste Recht des Menschen darin besteht, seine Seele NICHT mit Nichtigkeiten vollzustopfen...“¹
Allerdings: Das wehrlose Nachkriegs-Europa wurde nicht durch primitive physische Waffengewalt, unterworfen, sondern durch einen Orwell´schen postmodernen Totalitarismus, die Political Correctness (PC). Der antike chinesische Militärstrategie Sun Tzu (544–486 v. Chr.) wusste, wovon er sprach: „Ein geschickter Führer unterwirft die feindlichen Truppen kampfflos. Er erobert ihre Städte ohne Belagerung. Er übernimmt ihr Königreich ohne lange Gefechts-Operationen.“ – Im Westen „erledigte (diese) verdeckte, äußerst effiziente Kriegserklärung“ der postmoderne Dekonstruktivismus: Indem „er jene Werte beseitigt, die uns in Menschen verwandeln“ und „das christliche Paradigma Europas zerstört“. (Szánthó) – Daraus aber folgt eine fast irreversible Konsequenz: „Wenn ein Mensch seiner natürlichen Umgebung, seiner Religion, seiner Nation, seiner Familie und schließlich, ad absurdum, seines Geschlechts beraubt wurde, dann müssen wir nicht einmal den Krieg erklären, da Gemeinschaften automatisch verschwinden.“
(Szánthó)

„Vor 27 Jahren glaubten wir, dass Europa unsere Zukunft ist. Im Augenblick sind wir es, die Europas Zukunft sind.“ (Orbán)

Doch erblickte Solschenizyn allerdings auch einen „Abgrund“, der „sich zum Licht hin öffnen wird. Kleine Leuchtkäfer werden in der Nacht in der Ferne flackern. Anfangs werden wenige Menschen diese flackernden, fragilen Lichter bemerken und vor feindlichen Gewittern schützen. Es wird Menschen geben, die sich erheben werden im Namen der Wahrheit, der Natur, des Lebens. Sie werden die Spirale des Niedergangs der Tapferkeit durchbrechen. So wird es zu einem Aufbrechen des dressierten Gewissens kommen. Heute sind die Dissidenten im Osten, sie werden bald im Westen sein.“ (s.o.)

„Ex orientelux“

Im dekadenten römischen Reich verstanden die Christen darunter, ein Licht, das aus dem Osten kommt: das Christentum. Ob dieses Licht den gefallen Westen noch einmal erleuchten wird, bleibt zweifelhaft... Denn und trotzdem war es gerade das Christentum, welches „eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Konzepts der Freiheit in Europa spielte, ... und von hier aus die ganze Welt, unabhängig von der Weltanschauung, bereicherte“ (Koltay) – Und gerade deshalb „halten wir es für eine moralische Pflicht der Europäer, das christliche Erbe Europas wiederzubeleben. Und Christen auf der ganzen Welt zu schützen. (Vorwort Koltay)

Kein Volk weiß das besser...: „In den letzten tausend Jahren ging das Christentum für die Ungarn über die Religiosität hinaus. Dank der Tatsache, dass es mit der

Verteidigung der Souveränität verflochten ist, mit spiritueller und kultureller Entwicklung und mit dem Aufstieg der ungarischen Nation, im Kampf mit fremden Zivilisationen und extremen Ideologien.“ (B. Orbán)

„Wenn die Liebenden fallen: Die Liebe fällt nicht.“ (Dylan Thomas)

In Wirklichkeit ist dieser westliche Nihilismus zwar noch nicht tot... Aber er befindet sich in der Raserei eines Totentanzes. Und er wird noch viel Unheil anrichten. Der „Osten“ scheint dagegen resilient zu sein. Die Zukunft des alten Europa wird scheitern – oder sich ein letztes Mal neu entzünden – an der Frage: Ob dieser alt gewordene Kontinent die schönste Utopie des menschlichen Geistes, seit es den Neandertaler gibt, neu mit Sinn beleben kann:

„Und dem Tod soll kein Reich mehr bleiben. Die nackten Toten, die sollen eins mit dem Mann im Wind und im Westmond sein. Blankbeinig und bar des blanken Gebeins ruht ihr Arm und ihr Fuß auf Sternenlicht. Wenn sie irr werden, soll ´n sie die Wahrheit sehn... Wenn sie sinken ins Meer, soll ´n sie aufersteh ´n. Wenn die Liebenden fallen – die Liebe fällt nicht... Und dem Tod soll kein Reich mehr bleiben.“ (Dylan)

Die Liebenden, das Christentum, sind an der höchsten Utopie, der Liebe, gescheitert... So wie jede Idee an der vulgären Macht des Irdischen scheitern muss... **Denn seit der römischen Spätantike hat die Kirche immer in gegenseitigem Interesse die Politik der Mächtigen getragen (größtenteils auch im deutschen Faschismus). Jetzt unterwirft sie sich wieder einem pervertiert-säkularen Alt-68er-Political-Correctness-Wahn.** (Forster: *„Offener Brief an meinen Ex-Schulkollegen, den Vorarlberger Bischof Benno Elbs) – „Die Nihilisten sind in der Gesellschaft in der Minderheit, aber die europäische Elite haben sie schon lange okkupiert.“ (Orbán)*

Wir Liebenden mögen gefallen sein... Doch die höchste Idee, jene von der Liebe, fällt nicht... Denn „es ist die Liebe, nicht die Vernunft“, die „dem Tod entgegen steht“. (Thomas Mann)

Selbst einer der größten Nihilisten, Gottfried Benn, ahnte, dass dieser Nihilismus nicht das letzte Wort sein kann...: Und dass „aus Fernen, aus Reichen“ eine Hoffnung in unser Irdisches hereinweht:

„Was dann nach jener Stunde sein wird, wenn dies geschah, weiß niemand: Keine Kunde kam je von da, von den erstickten Schlünden, von dem gebroch´nen Licht... Wird es sich neu entzünden? Ich meine nicht. Doch sehe ich ein Zeichen, über das Schattenland, aus Fernen, aus Reichen: Eine große, schöne Hand, die wird mich nicht berühren, das lässt der Raum nicht zu: Doch werde ich sie spüren. Und das bist du. Und du wirst niedergleiten am Strand, am Meer. Aus Fernen, aus Weiten – erlöst auch er““ (Hier eine Interpretation)

Die Quintessenz daraus fasste einer der frühen Modernen in betörend einfache Worte: „Ich glaube, wenn der Tod unsere Augen schließt, werden wir in einem Lichte stehen, von welchem unser Sonnenlicht nur der Schatten ist“ (Arthur Schopenhauer). – Noch kindlicher sah es Mathias Claudius: „Und am Ende meiner Reise hält der Ewige die Hände und er winkt und lächelt leise – und die Reise ist zu Ende.“) (Hier eine Analyse: *„Notre Dame – Unser verlorenes Ich“*)

1) Zitiert nach: Eva-Maria Michels: „Gesellschaftlicher Infantilismus und Gewalt, die siamesischen Zwillinge“; in „Infantilismus – Der Nanny-Staat und seine Kinder“ / Hrsg.: Christian Günther, Werner Reichelt / Team Stronach Akademie, 2016
Verweise:

[The Budapest Report on Christian Persecution 2020 is available now – Hungary Helps \(gov.hu\)](#)

Der [Budapest-Report](#) ist als [PDF-Dokument](#) in Ungarisch und Englisch abrufbar.

Außerdem liegt auf Youtube ein interessantes [Round-Table-Gespräch](#) vor.

Quelle: www.fischundfleisch.com/elmar-forster/der-budapest-bericht-ueber-christen-verfolgung-2020-und-dem-tod-soll-kein-reich-mehr-sein-dylan-71501

<https://philosophia-perennis.com/2021/10/29/dschihadistischer-voelkermord-an-christen-in-nigeria-verschaerft-sich/>

Dschihadistischer Völkermord an Christen in Nigeria verschärft sich

Von

David Berger

29. Oktober 2021

Was **mehrere** internationale **Beobachter** seit Jahren als „**reinen Völkermord**“ an Christen in Nigeria bezeichnen, hat eine neue Dimension erreicht. Ein Gastbeitrag von **Raymond Ibrahim**.

Seit der islamische Aufstand im Juli 2009 ernsthaft begann – zuerst durch BokoHaram, eine islamistische Terrororganisation, und später durch die Fulani, die muslimische Hirten sind, die ebenfalls radikalisiert und von der dschihadistischen Ideologie motiviert sind – wurden mehr als 60.000 Christen ermordet oder bei Razzien entführt. Die entführten Christen sind nie in ihre Häuser zurückgekehrt und ihre Angehörigen glauben, dass sie tot sind. Darüber hinaus wurden im gleichen Zeitraum etwa 20.000 Kirchen und christliche Schulen angezündet und zerstört.

Nicht weniger als 43.000 „christliche Todesfälle“

Einige dieser Tatbestände sind in einem **Bericht** der Internationalen Gesellschaft für bürgerliche Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit vom 4. August 2021, auch bekannt als „Intersociety“, einer gemeinnützigen Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Nigeria, dokumentiert. Obwohl der gesamte Bericht lesenswert ist, folgen einige bemerkenswerte Auszüge: „Die Gesamtzahl der ‚direkten‘ christlichen Todesfälle ... von Juli 2009 bis Juli 2021 ... wird von unabhängiger Seite auf nicht weniger als 43.000 geschätzt Die Morde sind auf die Verbreitung des radikalen Islamismus in Nigeria zurückzuführen...

„Die islamischen Dschihadisten und ihr ‚Esprit de Dschihad‘ in den nigerianischen Sicherheitskräften sind für mindestens [zusätzliche] 18.500 christliche Todesfälle verantwortlich, die auf das Verschwindenlassen zurückzuführen sind, oder für diejenigen, die entführt wurden und höchstwahrscheinlich nicht lebend zurückkehren werden... Während die

meisten der von Dschihadisten in Nigeria entführten Muslime später bedingungslos in ihre Familien entlassen werden, werden die meisten ihrer christlichen Kollegen in Gefangenschaft getötet oder gewaltsam zum Islam konvertiert...

Die ganze Palette der Grausamkeiten

„Zu den Gräueltaten der Dschihadisten, die sich hauptsächlich gegen Christen richten... gehören: Massaker, Tötungen, Verstümmelungen, Aufschlitzen von Kehlen und Gebärmutter, Enthauptungen, Folter, Entführungen, Geiselnahmen, Vergewaltigungen, Befleckungen von Mädchen, Zwangsheiraten, Verschwindenlassen, Erpressungen, gewaltsame Bekehrungen und Zerstörung oder Verbrennung von Häusern und Zentren der heiligen Anbetung und des Lernens sowie gewaltsame Besetzung von Ackerland, Zerstörung und gewaltsame Ernte von landwirtschaftlichen Nutzpflanzen und andere international verbotene Handlungen...

„In den letzten zwölf Jahren... wurden mindestens 17.500 Kirchen und 2.000 christliche Schulen und andere Lernzentren von den Dschihadisten angegriffen und ganz oder teilweise zerstört, niedergebrannt oder dem Erdboden gleichgemacht. In den letzten sieben Monaten des Jahres 2021 ist beispielsweise die Zahl der bedrohten oder angegriffenen und zerstörten oder niedergebrannten Kirchen auf über 300 gestiegen....

„In denselben letzten zwölf Jahren wurde auch von unabhängiger Seite festgestellt, dass nicht weniger als 30 Millionen Christen vor allem in Nordnigeria [wo eine muslimische Mehrheit lebt] und ihre ethnische Religion bedroht waren und zehn Millionen von ihnen heimatlos gemacht wurden, sechs Millionen aus ihren Häusern oder geopolitischen Orten zum fliehen gezwungen wurden, um zu vermeiden, dass sie zu Tode gehackt werden und wo über vier Millionen zu Binnenvertriebenen [Internal DisplacedPersons] wurden...“

Obwohl der letzte Monat, der in den Berichtszeitraum von Intersociety aufgenommen wurde, der Juli 2021 war, gehen die Massaker und Gräueltaten seitdem unerbittlich weiter. Einige Beispiele nur vom August 2021 sind:

In einem Gebiet des Bundesstaates Plateau töteten Fulani-Terroristen in den ersten drei Augustwochen „70 Christen, vertrieben 30.000 weitere und brannten 500 Häuser [und 1.000 Bauernhöfe] nieder“, laut

einem **Bericht** vom 25 August. Davidson Malison, ein lokaler christlicher Führer aus einem der betroffenen Gebiete, **klagte**:

„Uns als Nation und Volk sind unaufhörliche Tränen in die Augen gelaufen. Der Terror, der von Fulani-Hirten über die Christen in Irigwe entfesselt wird, hält unvermindert an und dies ohne Anzeichen von Reue oder Bedauern.“

Völkermord unter Aufsicht der Sicherheitsbehörden

Reverend Ronku Aka, ein weiterer Führer der christlichen Gemeinde von Irigwe, **hielt fest**:

„Während die Fulani-Hirten meine Gemeinden angriffen, waren die Soldaten und andere Sicherheitsagenten in der Nähe. Als die Fulani-Invasoren die Angriffe durchführten, erwarteten wir, dass sie sich den Invasoren stellen und die Zerstörung stoppen würden, doch das ist nicht geschehen.“

Als Aka die Soldaten mit ihrer Untätigkeit konfrontierte, **antworteten sie**, dass sie „keinen Befehl erhalten [hätten], die Angreifer abzuwehren“.

ElishiDatiri, ein weiterer christlicher Führer in der Region, dessen Herde in dieser Runde des Dschihad abgeschlachtet wurde, erklärte die Situation, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen:

„Leider werden dieses Blutbad, der Völkermord und die mutwillige Zerstörung von Eigentum direkt unter den Augen des Sicherheitspersonals begangen, für das die Regierung Milliarden von Steuergeldern ausgibt, um Leben und Eigentum aller Nigerianer zu schützen. Das Militär kollaboriert in vielen Fällen mit den Fulanis, um diese heimtückischen Handlungen durchzuführen. Die direkte Beteiligung des Militärs an der Zerstörung von Ackerland und Eigentum von Christen hat viele Male zu vielen Petitionen, Pressekonferenzen / -mitteilungen und in einigen Fällen zu physischen Demonstrationen der christlichen Gemeinden geführt, die den Abzug des Militärs fordern ... Es gibt einen anhaltenden Angriff auf Christen, der von den Fulanis vorangetrieben und von den Sicherheitsbehörden unterstützt wird, die die Verantwortung tragen, Leben und Eigentum zu schützen ... Wir möchten mit tiefer Besorgnis die inakzeptable Plünderung unseres Landes unter der direkten Aufsicht konstituierter Behörden mit der Verantwortung zur Wahrung und Hochhaltung aller Rechte der Menschen, wie sie in der nigerianischen Verfassung verankert sind, zur Kenntnis geben.“

Einem anderen Bericht vom 30. August zufolge ermordeten die islamischen Hirten während mehrerer Razzien im nigerianischen Bundesstaat Kadu im Laufe des Monats August weitere 36 Christen – oft unter eindeutig islamischen Schlachtrufen wie „Allahu Akbar“, ohne dass die Behörden eingeschritten wären.

„Noch nie eine bösertigere Regierung gesehen“

Während der Beerdigung von 17 dieser Christen hat Rev. Jacob Kwashi, ein anglikanischer Bischof, der in den letzten Wochen und Monaten viele andere Beerdigungen für ermordete Christen geleitet hatte, seine Zunge gelöst:

„Wir haben in diesem Land noch nie eine bösertigere Regierung gesehen wie die heutige. Die Regierung unterstützt das Blutvergießen in Nigeria voll und ganz. Wir werden getötet, nur weil wir keine Muslime sind. Diese bösen Fulani-Dschihadisten genießen die Unterstützung der Regierung, Menschen zu töten, ihre Häuser und ihr Ackerland zu zerstören, doch wenn wir versuchen, uns zu verteidigen, verhaftet die Regierung unsere Leute. Was ist das für eine Gerechtigkeit?“

In der Nacht zum 24. August drangen in Jos Nord, Bundesstaat Plateau, „dschihadistischeFulani-Hirten“ in ein weiteres christliches Dorf ein, wo sie einem anderen Bericht zufolge „von Haus zu Haus gingen und Bewohner töteten“. Als sie fertig waren, lagen 37 weitere Christen ermordet am Boden. In den Morgenstunden des 3. August überfielen Fulani-Terroristen vier weitere Dörfer mit christlicher Mehrheit, töteten zwischen 22 und 27 Menschen, zündeten Hunderte von Häusern an und zerstörten systematisch die Ernte und das Getreide des Bauerndorfes. Im Gespräch über diesen Angriff sagte Jonathan Asake, ein ehemaliges Mitglied des nigerianischen Repräsentantenhauses:

„Es gibt einen anhaltenden Völkermord im Süden von Kaduna, der gegen die indigene christliche Bevölkerung gerichtet ist, und das Ziel ist es, uns zu zwingen oder einzuschüchtern, unseren Glauben aufzugeben oder unser angestammtes Land für die bewaffneten Hirten zu verlassen. Einige der angegriffenen Dörfer... wurde in den letzten sechs Jahren mindestens dreimal angegriffen, wobei Massengräber, in denen Dutzende begraben

wurden, Zeugnis für das, was wir sagen, ablegen. Keine einzige Kirche oder Schule ist stehen geblieben. In all den Jahren wurde kein einziger Hirte festgenommen. Es ist bedauerlich, dass während die Regierung des Bundesstaates Kaduna und die Bundesregierung so tun, als wären sie blind dafür, der Rest der Welt, insbesondere die westlichen Medien, glauben, dass unser Leben keine **Nachricht wert ist.**“

Regierungsbehörden beginnen mit Abriss der Kirchen

Am 5. August zerstörten Regierungsbehörden eine Kirche in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno im Norden Nigerias, die mehrheitlich muslimisch ist. Der Sohn des Pastors, Ezekiel Bitrus Tumba, 29, wurde erschossen, weil er versucht hatte, einzugreifen und den Abriss seiner Kirche zu verhindern. Am Sonntag, dem 8. August, versammelten sich Christen um die Ruinen ihrer Kirche und hielten Gottesdienst. Ein Christ schrieb auf Facebook: „Sie haben das Gebäude abgerissen, weil sie dachten, es sei die Kirche. [Doch] die Kirche ist für immer unaufhaltsam und unzerstörbar.“ Möglicherweise als Reaktion darauf wurden vier weitere örtliche christliche Kirchen abgerissen, alle unter dem Vorwand, dass sie keine entsprechenden Genehmigungen besäßen, die im mehrheitlich muslimischen Bundesstaat Borno fast unmöglich zu bekommen sind. Ein christlicher Führer vor Ort bemerkte:

„Wenn Sie eine Kirche bauen wollen, werden sie Ihnen keine Genehmigung geben, weil die Regierung jeden [feuern] wird, der ein Dokument zum Bau einer Kirche vorschlägt/unterzeichnet.“

Laut einem anderen Bericht vom 10. August:

„Sunnitische muslimische Fulani-Hirten drangen in das christliche Waisenhaus in Miango, Nigeria ein und brannten jedes Gebäude nieder. Die 147 Kinder und das Personal wurden wenige Stunden vor dem Anschlag vom 2. August 2021 evakuiert. Die Kinder waren bei früheren Anschlägen von sunnitischen muslimischen Terroristen wie BokoHaram zu Waisen gemacht worden.

„Während Fulani-Hirten in die Gebiete von Miago und Jos vordrangen, zerstörten sie 500 Häuser, 5 Kirchen und töteten 68 Christen. Viele wurden verwundet. Das nigerianische Gesetz verbietet jedem, in Nigeria eine Schusswaffe zu besitzen, aber seltsamerweise besaßen die Fulani Waffen genau wie die der Armee.“

Muslime behaupten, das habe alles mit Religion nichts zu tun

Die Regierung unter Präsident MuhammaduBuhari bestreitet natürlich jegliches Fehlverhalten. Sie besteht auch seit langem darauf, dass keiner dieser Morde etwas mit Religion zu tun hat – weder mit dem muslimischen Glauben der Fulani-Täter noch mit dem christlichen Glauben ihrer getöteten Opfer. Vielmehr sind Gewalt und Blutvergießen nach Angaben der nigerianischen Regierung ein Nebenprodukt von Landstreitigkeiten, Armut und Ungleichheit.

Obwohl die westlichen Mainstream-Medien – und eine beliebige Anzahl westlicher Politiker – dieses Narrativ nur zu gerne wiederholen und einen in Wirklichkeit vom Dschihadismus angeheizten Völkermord an Christen als Nebenprodukt von wirtschaftlichen Problemen präsentieren, lassen sich nur wenige nigerianische Christen täuschen.

„Da die Regierung und ihre Apologeten behaupten, dass die Morde keinen religiösen Unterton haben“, fragte einmal die Christliche Vereinigung Nigerias, „warum zielen

die Terroristen und Hirten auf die überwiegend christlichen Gemeinschaften und christlichen Führer ab?“

Die Christliche Vereinigung Nigerias hat außerdem **gefragt**:

„Wie kann es ein [säkularer oder ökonomischer] Zusammenstoß sein, wenn eine Gruppe [Muslime] beharrlich angreift, tötet, verstümmelt, zerstört und die andere Gruppe [Christen] beharrlich getötet, verstümmelt und ihre Kultstätten zerstört werden?“

Mit den **Worten** von Schwester Monica Chikwe, einer Nonne der Hospitaler Sisters of Mercy:

„Es ist schwer, nigerianischen Christen zu sagen, dass dies kein religiöser Konflikt ist, da sie Fulani-Kämpfer sehen, die ganz in Schwarz gekleidet sind und ‚Allahu Akbar!‘ und ‚Tod den Christen‘ brüllen.“

*

Raymond Ibrahim, Autor des kürzlich erschienenen Buches **Sword and Scimitar** („Schwert und Krummsäbel“), ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum. Beim Gatestone Institut ist sein Beitrag zuerst erschienen. Übersetzung Daniel Heiniger.

<https://philosophia-perennis.com/2021/11/24/iran-zwingt-christen-in-die-illegalitaet-haftstrafen-und-schikanen/>

Iran zwingt Christen in die Illegalität – Haftstrafen und Schikanen

Von

David Berger

24. November 2021

Im **Weltverfolgungsindex 2021 liegt der Iran auf Platz 8 der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.**

Letzte Woche wurden fünf iranische Konvertiten inhaftiert, drei von ihnen müssen eine mehrjährige Haftstrafe antreten. **Open Doors** hat sich aus diesem Anlass gemeinsam mit anderen Organisationen an das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte gewandt und darum gebeten, im Iran eine Untersuchung zur Situation der Religionsfreiheit von Christen durchzuführen. Dabei wird besonders das Problem der fehlenden Versammlungsmöglichkeiten thematisiert.

Landesweit nur vier persischsprachige Kirchen geöffnet

Der Aufruf ist neben Open Doors von neun weiteren christlichen Organisationen unterzeichnet und richtet sich an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet. Darin wird sie im Namen der persischsprachigen Christen dazu aufgefordert,

„zugunsten der Christen im Iran zu intervenieren, deren Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit sowie auf freie Meinungsäußerung umfassend verletzt wird, da sie derzeit keinen Ort haben, an dem sie sich zum Gottesdienst versammeln können“.

Kirchen streng überwacht – neue Mitglieder nicht gestattet

Derzeit gibt es in Iran nur noch vier persischsprachige Kirchen, in denen Gottesdienste stattfinden. Sie werden streng überwacht und dürfen weder Besucher noch neue Mitglieder aufnehmen. Gleiches gilt für Kirchen ethnischer Minderheiten, die überdies Gottesdienste nur in ihrer eigenen Sprache durchführen dürfen.

Dadurch sind alle anderen persischsprachigen Christen gezwungen, sich in ihren Häusern zu treffen. Die iranische Regierung wertet dies jedoch als feindlichen Akt »gegen die nationale Sicherheit« und geht dementsprechend gegen die Christen vor. In der Folge sind diese mit Schikanen, Razzien, Verhaftungen, Geld- und Gefängnisstrafen konfrontiert.

Die Verweigerung von Anbetungsorten stellt einen Verstoß gegen Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte dar, in dem das Recht auf Religionsfreiheit beschrieben ist; Iran gehört zu den Unterzeichnern.

Änderungen des Strafgesetzbuches treten in Kraft

Die drei iranischen Konvertiten Amin Khaki, Milad Goodarzi und Alireza Nourmohammadi aus Fardis in der Nähe der Hauptstadt Teheran wurden aufgefordert, sich am 10. November im Gefängnis einzufinden, um ihre dreijährigen Haftstrafen anzutreten.

Sie sind wegen ihrer christlichen Aktivitäten angeklagt, „Propaganda zu betreiben, die auf eine abweichende Art und Weise gegen die heilige Religion des Islam erzieht“. Die Anklage stützt sich auf Änderungen des Strafgesetzbuchs, die der iranische Präsident im Februar in Kraft gesetzt hat. Rechtsaktivisten hatten davor gewarnt, dass die Änderungen der Artikel 500 und 499 des Strafgesetzbuchs religiöse Minderheiten, darunter auch Christen, noch stärker gefährden würden.

Zwei weitere christliche Konvertiten, Sasan Khosravi und Habib Heydari, wurden aufgefordert, am 11. November ins Gefängnis in Bushehr zurückzukehren, um den Rest ihrer einjährigen Haftstrafe wegen »Propaganda gegen den Staat durch Förderung des Christentums« gemäß Artikel 500 zu verbüßen.

Verhaftungen und Inhaftierungen von Christen

Im Jahr 2020 kam es zu mindestens 115 Verhaftungen von Christen, insgesamt 237 Personen. Es wurden im Ganzen 147 Jahre Haft gegen Christen verhängt. Derzeit sitzen siebzehn Christen im Gefängnis und verbüßen Haftstrafen zwischen zwei und zehn Jahren.

Zwei weitere iranische Christen befinden sich zur Zeit im Exil im eigenen Land.

Im [Weltverfolgungsindex 2021](#) liegt der Iran auf Platz 8 der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: Middle East Concern, Open Doors – Beitrag erschien zuerst bei [„Unser Mitteleuropa“](#).

<https://unser-mittleuropa.com/marien-prozession-in-paris-attackiert-ich-schneide-dir-auf-dem-koran-die-kehle-durch/>

Marien-Prozession in Paris attackiert: „Ich schneide dir auf dem Koran die Kehle durch!“

13. 12. 2021

In Europa ist es bereits so weit gekommen, dass katholische Prozessionen von wütenden Moslem-Mobs angegriffen werden und nur mehr unter Polizeischutz stattfinden können. So geschehen am 8. Dezember in einem Pariser Vorort, der hauptsächlich von Migranten aus Nordafrika bewohnt wird. Der Vorfall wurde zunächst tunlichst vertuscht, sorgt nun aber in Frankreich für eine Welle der Entrüstung.

„Ich schneide dir auf dem Koran die Kehle durch“

Wie [kath.net](#) unter Berufung auf die französische Zeitung Le Figaro berichtet, wurde eine Marien-Prozession im Pariser Vorort Nanterre von einem Mob jugendlicher Moslems brutal attackiert. Die Prozession, an der rund 30 Katholiken teilnahmen, verlief zwischen den Kirchen Saint Joseph und Sainte Marie des Fontenelles. Während des Marsches begannen rund zehn Moslems die Gläubigen auf das Übelste zu Beleidigen und auch zu attackieren.

Die Diözese Nanterre berichtet:

„Während dieses Marsches waren zwei Stationen geplant. Beim ersten Halt wurde die Prozession von mehreren Personen angegriffen, die Beleidigungen und krasse und gewalttätige Drohungen äußerten. Die Fackel eines Gläubigen wurde entwendet und auf die Teilnehmer geworfen. Die Prozession wurde wieder aufgenommen und ging, begleitet von der Polizei, nach Sainte Marie des Fontenelles.“

Unter anderem wurde gedroht „Ich schneide dir auf dem Koran die Kehle durch“. Die Katholiken wurden zudem als Kuffar (Ungläubige) diffamiert.

Christen in Frankreich mittlerweile Freiwild

Zunächst berichtete nur einer der Teilnehmer in den sozialen Netzwerken von dem Vorfall. Doch auch dort attackierten ihn fanatische Moslems in den Kommentarbereichen, so dass dieser sogar seinen Account löschen musste.

Mittlerweile schaltete sich auch der französische Innenminister Gérald Darmanin ein: *„Diese Vorgänge sind inakzeptabel. Die Religionsfreiheit muss in unserem Land in Frieden ausgeübt werden können. Unterstützung für Katholiken in Frankreich.“*

Angriffe und auch Morde an Christen durch radikale Moslems sind in Frankreich mittlerweile die Regel, statt die Ausnahme. Man erinnere sich an die vielen Terroranschläge, die nahezu täglichen Kirchenschändungen oder die bestialischen Morde an den Priestern Jacques Hamel und Olivier Maire.

<https://unser-mittleuropa.com/weltverfolgungsindex-2022-christen-in-afghanistan-erstmalig-staerker-verfolgt-als-in-nordkorea/>

Weltverfolgungsindex 2022: Christen in Afghanistan erstmals stärker verfolgt als in Nordkorea

21. 01. 2022

Die Hilfsorganisation Open Doors, die sich weltweit für verfolgte Christen einsetzt, hat [kürzlich ihren jährlich erscheinenden Weltverfolgungsindex für das Jahr 2022](#) präsentiert. Und auch im abgelaufenen Jahr verschlimmerte sich die Situation für Christen auf der ganzen Welt, die immer brutaler und konsequenzloser verfolgt und getötet werden. Der jahrelange Spitzenreiter

Nordkorea wurde dabei erstmals von Afghanistan abgelöst. Nach der Machtübernahme der radikal-islamischen Taliban ist es ein Todesurteil, in dem Land seinen christlichen Glauben auszuleben. Folgend geben wir den Weltverfolgungsindex weiter.

Neuer Weltverfolgungsindex: Verfolgung nimmt in allen Regionen zu
Afghanistan ist derzeit der gefährlichste Ort der Welt, um Christ zu sein, so die heute veröffentlichten Zahlen des Weltverfolgungsindex 2022. Das Land am Hindukusch löst Nordkorea nach 20 Jahren an der Spitze der Rangliste ab – und das, obwohl die Verfolgung von Christen auch dort in diesem Jahr weiter zugenommen hat. Unterdrückung, Kontrolle und Gewalt breiten sich in neue Regionen aus und nehmen weltweit zu.

Über 360 Millionen Christen leiden wegen ihres Glaubens in einem hohen Maß unter Verfolgung und Diskriminierung – ein Anstieg von 20 Millionen im Vergleich zum Vorjahr. Das berichtet das internationale Hilfswerk für verfolgte Christen Open Doors anlässlich der Veröffentlichung des neuen Weltverfolgungsindex (WVI) für den Berichtszeitraum 1.10.2020 bis 30.9.2021. Diese Zahl entspricht einem von sieben Christen weltweit. In diesem Jahr wird das höchste Verfolgungsniveau seit der ersten Veröffentlichung der Rangliste vor 29 Jahren verzeichnet, in den letzten Jahren war ein stetiger Anstieg auszumachen.

Afghanistan – die brutale Realität

Der Bericht zeichnet ein schockierendes Bild der Situation der wenigen, im Untergrund lebenden Christen im Land. Sie stehen in ständiger Gefahr, entdeckt zu werden, was fatale Folgen hätte:

- **Christlichen Männern droht der fast sichere Tod, wenn ihr Glaube entdeckt wird.**
- **Frauen und Mädchen entgehen meist dem Tod, werden allerdings entweder als „Kriegsbeute“ mit Taliban-Kämpfern zwangsverheiratet oder unmittelbar vergewaltigt und verschleppt.**
- **Die neue Taliban-Regierung erhielt Zugang zu Aufzeichnungen und Berichten, mit deren Hilfe Christen identifiziert werden können, die dann verhaftet werden, um Netzwerke weiterer Christen auszumachen, bevor sie getötet werden.**
- **Talibankämpfer sind aktiv auf der Suche nach Christen und gehen dabei häufig von Tür zu Tür.**
- **Die meisten Christen sind in ländliche Regionen oder in Flüchtlingslager in Nachbarländern geflohen, die laut WVI ebenfalls Christen gegenüber ein feindliches Umfeld darstellen.**

Die „Talibanisierung“ Westafrikas

Der Fall von Kabul hat bei anderen dschihadistischen Gruppen auf der ganzen Welt ein neues Gefühl der Unverwundbarkeit ausgelöst. Die Gruppen werden darin bestärkt, für ihre Expansionspläne keinen ernsthaften Widerstand vom Westen zu erwarten und nutzen die Ohnmacht von Staaten mit schwachen oder korrupten Regierungen aus. Die Auswirkungen sind im aktuellen Berichtszeitraum noch nicht in vollem Umfang zu erkennen, aber es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass ihre Aktivitäten die Gewalt in Ländern wie Nigeria (Rang 7), Mali (24), der Zentralafrikanischen Republik (31), Burkina Faso (32), Niger (33, neu auf der Liste) und der Demokratischen Republik Kongo (40) weiter anheizen wird.

In den Ländern in Subsahara-Afrika, in denen die Gewalt gegen Christen schon bisher weltweit am höchsten ist, hat die dschihadistische Gewalt allerdings bereits jetzt erneut stark zugenommen. Das führt zu einer

weiteren Destabilisierung der gesamten Region. So verschlechtert sich die gesellschaftliche Situation in Mali zusehends, es steht die Befürchtung im Raum, dass das Land zum „nächsten Afghanistan“ werden könnte, wenn die Aufstände vollständig auf die Nachbarländer Niger und Burkina Faso übergreifen. Auch die Demokratische Republik Kongo und die Zentralafrikanische Republik befinden sich mittlerweile unter den Top Ten der Länder mit der höchsten Zahl an Gewaltakten gegen Christen. In Nigeria ist immer deutlicher eine gezielte, religiös motivierte Destabilisierung von Sicherheit und Ordnung durch politische Akteure und Stammesgruppen auszumachen, die von Experten als konzertierte Strategie der „Talibanisierung“ bezeichnet wird.

Die anhaltende Gewalt in diesem Gebiet dürfte schwerwiegende Folgen haben, da weltweit Hunderttausende Menschen auf der Suche nach Sicherheit aus ihrer Heimat fliehen. „Der Aufstieg Afghanistans an die Spitze des Weltverfolgungsindex ist zutiefst beunruhigend“, erklärt Kurt Iglar, Geschäftsführer von Open Doors Österreich. „Abgesehen von dem unermesslichen Leid, das verursacht wird, sendet diese Veränderung ein sehr klares Signal an islamische Extremisten überall auf der Welt: ‚Ihr könnt euren brutalen Kampf um Einfluss ungehindert fortsetzen.‘ Gruppierungen wie der IS und ADF (Allianz der Demokratischen Kräfte) sehen ihr Ziel eines islamischen Kalifats – das im Irak und in Syrien vereitelt wurde – nun wieder als erreichbar an. Die Kosten in Form von Menschenleben und Elend, die dieses neue Gefühl der Unbesiegbarkeit bereits verursacht hat und weiterhin verursachen wird, sind kaum zu überschätzen.“

Die Kirche der Flüchtlinge

Schätzungsweise 84 Millionen Menschen waren im Berichtszeitraum gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, entweder als Binnenvertriebene oder als Flüchtlinge in andere Länder (rund 26,6 Millionen). Eine große Zahl davon sind Christen, die vor religiöser Verfolgung fliehen:

- **In Teilen Subsahara-Afrikas wurden ganze Landstriche entleert, die gesamte christliche Bevölkerung wurde getötet oder gewaltsam vertrieben. Hunderte Kirchen in Burkina Faso, Mali, Niger und allein 470 in Nigeria wurden aus diesem Grund geschlossen.**
- **Hunderttausende Menschen sind vor islamistischer Gewalt geflohen (u.a. in der Sahelzone) oder vor Zwangsrekrutierung (Eritrea, Rang 6), Bürgerkrieg (Sudan, 13), staatlicher Repression (Iran, 9) und/oder familiärer Unterdrückung aufgrund ihres christlichen Glaubens.**
- **Christliche Binnenvertriebene und Flüchtlinge leben weiterhin beispielsweise im Irak (14), in Syrien (15) im Libanon und in Jordanien (39). Immer wieder wird ihnen als Christen von staatlichen Stellen humanitäre und andere praktische Hilfe verweigert.**
- **In Myanmar (12) wurden mindestens 200.000 Christen vertrieben. 20.000 sind aus dem Land geflohen, da christliche Regionen in dem anhaltenden Konflikt zum Ziel wurden.**

Wenn Menschen ihre Heimat verlassen mussten, sind sie häufig noch verletzlich. Geflohene christliche Frauen auf der Suche nach Schutz geben sexuelle Übergriffe als Hauptform der Verfolgung an. Es liegen zahlreiche Berichte über Frauen und Kinder vor, die sowohl in Lagern als auch direkt auf der Flucht vergewaltigt und sexuell versklavt wurden. Armut und Unsicherheit verschärfen ihre Verwundbarkeit zusätzlich, einige werden in

die Prostitution getrieben, um zu überleben.

Mit der zunehmenden Ausbreitung des Dschihadismus und der einhergehenden Destabilisierung von Staaten ist zu erwarten, dass die Abwanderung von Christen weiter fortschreiten wird.

Ein Land, ein Volk, ein Glaube – die Auslöschung der Vielfalt

In dem Maße, wie sich Chinas (Rang 17) wirtschaftlicher Einfluss in der Welt ausbreitet, wächst auch die autoritäre Verpflichtung seiner Bürger zur Konformität. Das erstreckt sich auf praktisch jeden Bereich des Lebens: Redefreiheit, Glaubensüberzeugung und Verhalten.

Seit Mai 2021 verpflichtet ein neues Gesetz religiöse Leiter in China dazu, „das Mutterland zu lieben, die Führung der kommunistischen Partei und das sozialistische System zu unterstützen“ sowie „die nationale Einheit nicht zu untergraben“. Der Einsatz hochentwickelter Technologien zur Überwachung und Kontrolle der Bürger durch die Regierung ermöglicht die Überprüfung des Wohlverhaltens, im Großteil der offiziellen christlichen Kirchen sind Überwachungskameras installiert. Der Zugang zur Bibel und Bibel-Apps ist weitgehend blockiert.

Dieser technologisch befeuerte autoritäre Nationalismus verbreitet sich rasch weit über China hinaus. Zahlreiche andere Länder beobachten das System von Überwachung und Kontrolle, kommunistische Staaten wie Vietnam (Rang 19) und Kuba (37) haben das Modell übernommen.

Der jüngste Bericht von Open Doors über die Situation von Christen in Indien beschreibt ein Land, das immer stärker in die nationalistische „Hindutva“-Ideologie eintaucht, nach der Inder zu sein damit gleichgesetzt wird, ein Hindu zu sein. Eine Welle der Gewalt gegen Christen und andere Minderheiten wurde von politischen Führern zugelassen oder sogar gefördert, begleitet von einem Anstieg von gezielten Desinformationen und Propaganda in Mainstream- und sozialen Medien.

Ein ähnliches Modell der strikten Forderung von Loyalität und Konformität der Bürger findet sich in so unterschiedlichen Ländern wie Myanmar (12), Malaysia (50), Sri Lanka und den zentralasiatischen Staaten. In all diesen Ländern sind Menschen, die vom Credo „ein Land, ein Volk, ein Glaube“ abweichen, verstärkten Restriktionen und Schikanen ausgesetzt.

Zunehmende Gewalt, unerbittlicher Druck

Die Zahl der registrierten Fälle von Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, stieg von 4.761 (WVI 2021) auf 5.898 (WVI 2022). Der größte Teil davon entfällt auf Subsahara-Afrika, insbesondere Nigeria (4.650 Fälle). Die Gesamtzahl der attackierten Kirchen stieg auf 5.110 Vorfälle, Festnahmen und Verhaftungen von Christen nahmen um 44 Prozent zu, auf weltweit 6.175 Fälle, davon 1.315 in Indien.

Auch wenn die offene Gewalt sichtbarer ist, wiegt der alltägliche, unerbittliche Druck auf Christen wegen ihres Glaubens ebenso schwer und steigt weiter an. Er äußert sich in einer Vielzahl von Formen, subtil oder offen: Diskriminierung am Arbeitsplatz, Druck seitens der Familie, dem eigenen Glauben abzuschwören, das Zurückstellen im Warten auf humanitäre Unterstützung und medizinische Behandlung – insbesondere während Covid-19, bürokratische Hürden bei der Zulassung von Kirchen und vieles mehr.

TOP 50 mit sehr hoher und extremer Verfolgung

In den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex (WVI) leben ca. 5,1 Milliarden Menschen, darunter rund 737 Millionen Christen, von denen rund 312

Millionen einem sehr hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt sind. Mittels einer Indexpunktzahl werden die Länder den Verfolgungsrubriken „extrem“ (81–100 Punkte), „sehr hoch“ (61–80 Punkte) und „hoch“ (41–60 Punkte) zugeordnet.

Top Ten im WVI 2022 (Rang im WVI 2021 in Klammern)

- 1 Afghanistan (2)
- 2 Nordkorea (1)
- 3 Somalia (3)
- 4 Libyen (4)
- 5 Jemen (7)
- 6 Eritrea (6)
- 7 Nigeria (9)
- 8 Pakistan (5)
- 9 Iran (8)
- 10 Indien (10)

Kurt Iglar fordert angesichts dieser Entwicklungen zu verstärktem Einsatz westlicher Regierungen auf: „Der diesjährige Weltverfolgungsindex ist ernüchternd“, konstatiert er. „Mit aufstrebenden Islamisten, erneut erstarkendem Nationalismus und totaler Überwachung und Kontrolle wie in China treten wir in eine neue Ära schwindender Bedeutung der Menschenrechte ein. Da die Religionsfreiheit die Grundlage für so viele andere Freiheiten bildet, brauchen wir im Jahr 2022 dringend eine Erneuerung des Engagements zur Stärkung der Menschenrechte. In Zeiten, in denen selbst Lippenbekenntnisse zu den Menschenrechten immer seltener werden, ist der Schutz und die Förderung der Religionsfreiheit dringender denn je.“

<https://de.gatestoneinstitute.org/18685/christen-in-kirche-ermordet>

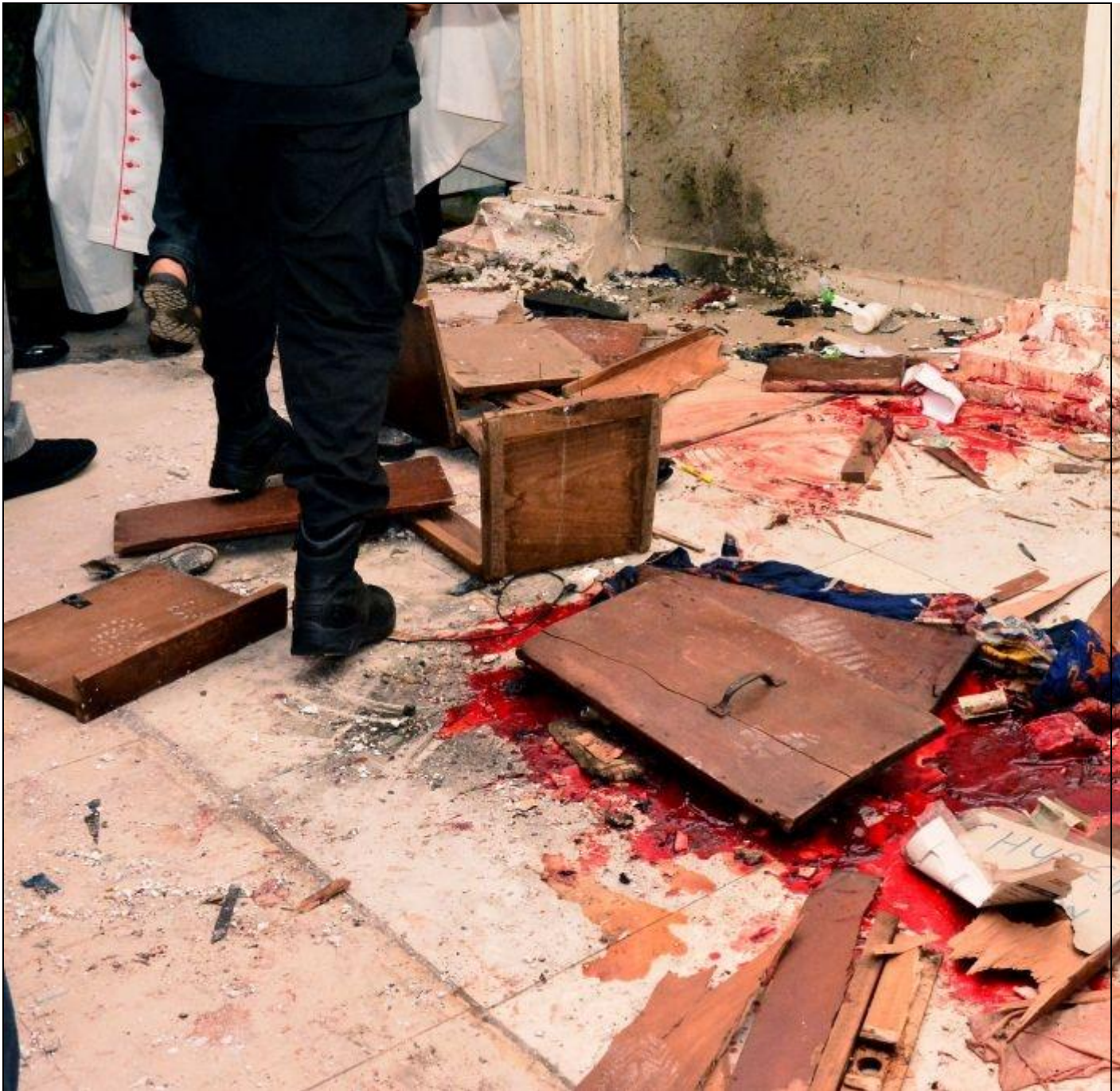
Schwarze Leben, die *nicht* zählen: 50 Christen in ihrer Kirche ermordet

von **Raymond Ibrahim**

8. Juli 2022

Englischer Originaltext: *The Black Lives that Don't Matter: 50 Christians Murdered in Their Church*

Übersetzung: Daniel Heiniger



Am vergangenen Sonntag ermordeten islamische Terroristen mehr als 50 Christen, die friedlich in der katholischen Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo Gottesdienst feierten. Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria angegriffen, beschossen oder in Brand gesteckt. Wo bleibt die Empörung? Wo sind die "Hashtags" zur Unterstützung der christlichen Nigerianer? Warum sind diese schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur diese nicht? Abgebildet: Der blutverschmierte Fußboden der katholischen Kirche St. Francis, am 5. Juni 2022. (Foto von AFP via Getty Images)

Am vergangenen Sonntag, dem 5. Juni 2022, stürmten islamische Terroristen die katholische Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo und **massakrierten** mehr als 50 Christen, die friedlich ihrem Gott huldigten. Einem **Bericht** zufolge zeigten Videos, "wie die Gläubigen in Blutlachen lagen, während die Menschen um sie herum wehklagten".

So schrecklich dieses Massaker auch erscheinen mag, es ist nur die sprichwörtliche "Spitze des Eisbergs": Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria überfallen, beschossen oder in Brand gesteckt. Im Folgenden werden nur drei Beispiele genannt:

- **Ostersonntag, 20. April 2014: Islamische Terroristen steckten eine vollbesetzte Kirche in Brand; 150 Christen wurden getötet und unzählige verletzt.**
- **Ostersonntag, 8. April 2012: Von Muslimen gelegte Sprengsätze detonierten in der Nähe von zwei voll besetzten Kirchen; mehr als 50 Christen wurden getötet und eine unbekannte Zahl von Menschen verletzt.**
- **Weihnachtstag, 25. Dezember 2011: Muslimische Terroristen beschossen und bombardierten drei Kirchen; 37 Christen wurden getötet und 57 verwundet.**

Nach Angaben mehrerer Nichtregierungsorganisationen (z. B. [hier](#) und [hier](#)) werden die Christen in Nigeria in der Tat **in einem Völkermord ausgelöscht. Alle zwei Stunden** wird in Nigeria ein Christ getötet. Einem **Bericht** vom August 2021 zufolge wurden seit Beginn des islamischen Aufstands im Juli 2009 – zunächst durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram und später durch muslimische **Fulani**-Hirten, die ebenfalls von einer dschihadistischen Ideologie motiviert sind, die sie dazu treibt, christliches ("ungläubiges") Land **einzunehmen** – mehr als 60.000 Christen entweder bei Überfällen ermordet oder entführt und nie wieder gesehen. In dieser Zeit wurden etwa 20.000 Kirchen und christliche Schulen von Muslimen, die "Allahu Akbar" ("Allah ist größer") schrien, in Brand gesteckt und zerstört. Vor weniger als einem Monat veröffentlichte der Islamische Staat in Nigeria ein Video, das zeigt, wie seine Mitglieder **20 Christen abschlachten**. Obwohl es sehr an das Video aus dem Jahr 2015 erinnert, in dem eine andere Meute muslimischer Terroristen **21 koptische Christen in Libyen abschlachtete**, wurde in den Medien deutlich weniger darüber berichtet. Über das Video der Kopten aus dem Jahr 2015 wurde **sechsmal weniger in den Medien berichtet** als über die **Tötung eines Gorillas**, die zur gleichen Zeit stattfand. Das Video der nigerianischen Christen vom letzten Monat fand in den westlichen Medien kaum Beachtung – als wollte man damit andeuten, dass das rituelle Abschlachten von Christen so abgedroschen geworden ist, dass es nicht mehr der Berichterstattung wert ist.

Wo bleibt der Aufschrei? Als der Australier Brenton Tarrant 2019 in Neuseeland zwei Moscheen **angriff** und 51 Muslime tötete, stand die ganze Welt auf und verurteilte die Tat. Die Vereinten Nationen reagierten auf diesen **seltenen und abwegigen Anschlag** mit der Gründung einer Initiative zur **Bekämpfung der Islamophobie**. Wo bleiben nach Jahren und Jahrzehnten der Angriffe die UNO-Initiativen zur "Bekämpfung des Antisemitismus" und zur "Bekämpfung des Völkermords an Christen"?

Die UNO scheint nur daran interessiert zu sein, zuzusehen, wie ihre Mitglieder ihre Regeln verletzen. Die **völkermörderischen Drohungen** Irans, die gegen die UNO-Charta **verstoßen**, sind ein Grund für den **Ausschluss**. Die UNO ignoriert unaussprechliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie die Sklaverei ([hier](#) und [hier](#)) oder Chinas **Lügen** über die Übertragbarkeit von COVID-19 von Mensch zu Mensch, während sie stattdessen **Israel zu Unrecht verfolgt**, eine Demokratie, die die Menschenrechte für alle ihre Bürger – ob Muslime, Juden oder Christen – tatsächlich wahrte.

Was werden die UNO und andere große Regierungsorganisationen nun als Reaktion auf die Schüsse in einer weiteren Kirche und die Ermordung von mehr als 50 Christen tun? Wahrscheinlich nichts – abgesehen davon, dass sie versuchen werden, **jeden zum Schweigen zu bringen**, der versucht, die Ideologie zu entlarven, die viele der Mörder erwiesenermaßen antreibt (Siehe etwa [hier](#) und [hier](#)). Wir wissen das, weil die UNO und viele Mitglieder des Klerus absolut nichts als Reaktion auf die zahllosen anderen muslimischen Angriffe auf Kirchen unternommen haben, die im Laufe der Jahre **Tausende von christlichen Menschenleben** gefordert haben – abgesehen von dem Versuch, die Motivation der

Mörder zu vertuschen, wie z. B. mit Ausreden wie "High auf Cannabis" oder "Geisteskrankheit als Verteidigungsstrategie".

Erst vor zwei Wochen, als Mitglieder des Europäischen Parlaments, eines der gesetzgebenden Organe der Europäischen Union, den Vorschlag unterbreiteten, eine Debatte über die zunehmende Christenverfolgung in der ganzen Welt zu führen – ironischerweise im Zusammenhang mit der jüngsten Gräueltat in Nigeria: der Steinigung und Verbrennung der christlichen Studentin Deborah Samuel – weigerte sich die Mehrheit des Europäischen Parlaments, von denen die meisten den linken Parteien angehören, die Debatte überhaupt zu führen.

Das Ignorieren der Ermordung von Christen ist natürlich nur ein Teil des Puzzles; das Vertuschen der religiösen Identität ihrer Mörder ist der andere. Bei der Beschreibung des Massakers an mehr als 50 Christen am vergangenen Sonntag tauchten die Worte "Muslim", "Islam" oder gar "Islamist" in dem AP-Bericht nicht auf. Stattdessen heißt es: "Es war nicht sofort klar, wer hinter dem Angriff auf die Kirche steckte". Um diese Zweideutigkeit aufrechtzuerhalten, unterlässt es die AP, darauf hinzuweisen, dass islamische Terroristen im Laufe der Jahre in Nigeria regelmäßig Kirchen gestürmt und viele Christen abgeschlachtet haben – eine Tatsache, die vielleicht einen Hinweis darauf geben könnte, "wer hinter dem Angriff steckt". Aber das Verschweigen dessen, was den Christen in Nigeria widerfährt, ist eine alte Taktik der "Mainstream-Medien".

Man denke nur an die Worte von Johnnie Carson, dem stellvertretenden US-Außenminister für afrikanische Angelegenheiten unter Präsident Barack Obama. Nachdem muslimische Terroristen in Nigeria am Ostersonntag 2012 mehr als 50 christliche Gottesdienstbesucher abgeschlachtet hatten, sagte Carson: "Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einen wichtigen Punkt zu betonen, und zwar, dass die Religion nicht die Ursache für extremistische Gewalt [in Nigeria] ist." Stattdessen sind "Ungleichheit" und "Armut" – um den ehemaligen Präsidenten Bill Clinton zu zitieren – "der Treibstoff für all diese Dinge" ("diese Dinge" sind die Massaker an Christen durch Muslime). Ein Jahrzehnt – und unzählige christliche Leichen später – haben die USA ihren Standpunkt nicht geändert.

Schlimmer noch: Die Reaktion der Regierung Biden auf den dschihadistischen Ansturm auf die Christen in Nigeria – wo jeden Tag 13 Christen abgeschlachtet werden – bestand darin, Nigeria von der Liste der besonders besorgniserregenden Länder des Außenministeriums zu streichen: Länder, die Verletzungen der Religionsfreiheit begehen oder tolerieren.

Wo bleibt die Empörung? Wo sind die "Hashtags" zur Unterstützung der christlichen Nigerianer? Warum sind diese schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur diese nicht?

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches *Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam* ("Verteidiger des Westens: Die christlichen Helden, die sich dem Islam entgegengestellt haben", ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

<https://www.tabularasamagazin.de/drohender-voelkermord-in-nigeria-dagegen-war-ruanda-ein-kinderspiel/>
Drohender Völkermord in Nigeria: „Dagegen war Ruanda ein Kinderspiel!“

INTERVIEW MIT DR. FRANKLYNE OGBUNWEZEH ZUR DORTIGEN CHRISTENVERFOLGUNG
8. Februar 2023 Sebastian Sigler Gesellschaft 0

Dr. Franklyne Ogbunwezeh ist Senior research fellow und Direktor für Genozidprävention bei der in der Schweiz ansässigen und international tätigen Hilfsorganisation Christian Solidarity International (CSI). Für

Tabula Rasa befragte ihn Sebastian Sigler zur menschenrechtlichen Lage in Nigeria. Insbesondere ging es um die dortige Christenverfolgung.

Tabula Rasa: Dr. Ogbunwezeh, Sie stammen aus Nigeria, haben Familie dort. Wie schätzen Sie die Lage in ihrer Heimat ein?

Dr. Franklyne Ogbunwezeh: Die Christen in ganz Nigeria stehen unter starker Verfolgung. Es gibt es keinen Tag, an dem Christen nicht angegriffen werden, physisch oder verbal.

TR: Ist es speziell eine Christenverfolgung, oder werden Angehörige anderer Religionen auch angegriffen?

FO: Auch die Menschen, die traditionellen afrikanischen Religionen anhängen, werden durch radikale Anhänger Mohammeds unter Druck gesetzt. Mit Bomben und Maschinengewehren aber gehen diese Islamisten gegen Christen vor. Die Gewalt geht damit von den Anhängern einer bestimmten Religion aus.

TR: Nigeria ist ein sehr großes Land. Ist die Verfolgung überall so stark?

FO: Der Schwerpunkt der Angriffe ist in der Mitte Nigerias zu beobachten, besonders die Bundesstaaten Plateau und Benue sind betroffen. Die Angreifer sind militante Fulani. Sie sind mit AK 47, also Kalaschnikow-Maschinengewehren, und mit Macheten bewaffnet. Sie greifen christliche Dörfer an, meistens nachts. Sie legen Feuer in den Dörfern, verbrennen alle Häuser und vor allem die Kirchen. Sie vergewaltigen Frauen, verschleppen die Einwohner. Allein in Benue haben wir derzeit 2,6 Millionen Binnenflüchtlinge.

TR: Sind die Gewalttaten regional eingrenzbar?

FO: Nein. Wir haben auch gesehen, wie die militanten Fulani Dörfer und Kirchen im Süden Nigerias angegriffen haben. Am 5. Juni 2022 wurden 40 christliche Gläubige während der Sonntagsmesse in Owo im Bundesstaat Ondo im Südwesten Nigerias getötet. Viele christliche Dorfbewohner wurden auch im Dorf Aguamede in Eha Amufu im Südosten Nigerias am 19. Dezember 2022 getötet. Man muss leider sagen, dass sie ihre Angriffe auf Christen auf das ganze Land ausdehnen.

TR: Ist die Gewalt wirklich so stark glaubensmäßig motiviert?

FO: Ja, eindeutig. Die ganz große Mehrheit der Menschen in den Flüchtlingslagern in Benue und den anderen Bundesstaaten ist christlich. Und sie werden von der Regierung vernachlässigt, ihnen wird jede Hilfe verweigert, in zahlreichen Medienberichten ist das dokumentiert. Und es ist eine gezielte Benachteiligung. Die Menschen in diesen Lagern kämpfen um ihr Überleben, ohne jede Unterstützung.

TR: Welche Rolle spielt bei alledem die Terrororganisation Boko Haram?

FO: Sie ist ein sehr wesentlicher Faktor. Und sie wird nicht gestoppt. Goodluck Jonathan, der vorherige Regierungschef, hat den Kampf gegen Boko Haram sehr ernst genommen. Auch die derzeitige Regierung behauptet, Boko Haram und andere Terrororganisationen wie ISWAP zu bekämpfen, aber viele Nigerianer befürchten, dass es in der nigerianischen Regierung Elemente gibt, die mit den Terroristen unter einer Decke stecken.

TR: Sind die Boko-Haram-Kämpfer bereits die faktischen Herrscher im Norden Nigerias?

FO: Zumindest haben sie diesen Anspruch. In der der Denkweise dieser Terroristen verkörpern sie den Norden. Jede Bekämpfung ihrer illegalen Herrschaft werten sie als Angriff gegen das Land. Viele Menschen glauben ihnen das, und sie sind deswegen bereit, Gewalt auszuüben.

TR: Müssen die Nigerianer einen Anstieg der Gewalt befürchten?

FO: Die Indizien sind nicht gut. Wenn es so weitergeht, werden sich die Christen verteidigen. Es könnte einen Religionskrieg geben, und das, was in 1996 Ruanda passiert ist, wird ein Kinderspiel gegen das sein, was dann in Nigeria geschehen kann. Ein Völkermord, dem Millionen und Millionen Menschen zum Opfer fallen, kann dann die Folge sein.

TR: Hat sich diese schlimme Lage angedeutet?

FO: Diese Lage war zu befürchten. Ahmadu Bello, er war bis 1966 Premierminister im Norden Nigerias, hat bereits in den 1960er Jahren erklärt, daß er den Koran in den Atlantischen Ozean im Süden des Landes tauchen möchte. Das war eine Metapher. Er hat schon damals das Ziel ausgegeben, alle nigerianischen Christen in Richtung Süden zu vertreiben und im Zweifelsfall zu töten. Nigeria soll nach Bellos Lesart mit Gewalt islamisiert werden. Genau das wird jetzt umgesetzt.

TR: Dazu gehört auch die Massenentführung von 276 Schülerinnen aus Chibok am 14. April 2014? Die hat hierzulande ja wie ein schriller Weckruf gewirkt...

FO: Exakt. In Nigeria war dies ein fatales Signal, denn die Schule, aus der sie entführt wurden, war eine christliche Schule. Das war ein Komplott, um die Regierung von Goodluck Jonathan, die damals noch im Amt war, gezielt zu schwächen. Es war ein Signal, um zu zeigen, wie schwach diese christlich geführte Regierung ist.

TR: Was höchst wirkungsvoll gelungen ist...

FO: Leider ja.

TR: Wie kommt es überhaupt zu der stetigen Zunahme der Gewalt in Nigeria?

FO: 70 Prozent der Nigerianer sind junge Menschen. Besonders viele der jungen Nigerianer sind verarmt und haben keine Zukunftsperspektive. Das ist eine tickende Zeitbombe, das wäre es für jedes Land. Das ist ein Pool, aus dem jeder Demagoge mit Geld schöpfen und diese Menschen für seine Zwecke nutzen kann – seien sie ideologisch, religiös oder politisch.

TR: Und der Islam ist hier besonders attraktiv?

FO: Die Scharia wurde den jungen Leuten im Norden als Lösung angeboten. Aber das ist eine Scheinlösung. Denn die Gesetze der modernen, industrialisierten Welt und die Regeln der Scharia passen nicht zusammen.

TR: Also doch auch ein wirtschaftlicher Zusammenhang?

FO: Der spielt dort mit hinein. Wenn die Armut wirksam bekämpft werden könnte, würde die Scharia schwächer werden. Und der Beitritt zu Terrororganisationen wird dann keine lukrative Option mehr sein.

TR: Auch hier eine Parallele zum Südsudan?

FO: Auch dort gibt es enorme Schwierigkeiten und sehr viel bittere Armut und vor allem viel Sklaverei. Wie im Norden Nigerias gibt es im Südsudan sehr viel Wüste. Auch dort fehlt der Zugang zum Meer. Aber anders als in Südsudan können die Christen eben über ihre Kultur, über die Religion nicht mehr frei entscheiden, sie werden von der moslemischen Mehrheit drangsaliert.

TR: Könnte eine Aufspaltung des Landes, wie sie 2011 im Sudan stattfand, eine Lösung sein?

FO: Es gibt in der Tat viele Gruppierungen, die das befürworten, eine große Zahl von Nigerianern möchte diesen Weg gehen. IPOB – Indigenous People of Biafra – ist eine der Organisationen, die dafür eintritt, sie wird von Nnamdi Kanu angeführt. Die IPOB strebt die Abspaltung von Nigeria und eine Wiederauferstehung des Staates Biafra an.

TR: Steht die IPOB damit allein?

FO: Durchaus nicht. Die Yoruba-Nation, angeführt von Sunday Igboho, ist eine weitere Gruppe, die sich von Nigeria abspalten will. Beide Gruppen befinden sich derzeit im Konflikt mit der nigerianischen Regierung. Ihr gemeinsames Ziel ist es, dass die Menschen über ihr Schicksal selbst entscheiden können, jedenfalls vom Grundsatz her.

TR: Gibt es da genaue Zahlen? Um wie viele Menschen handelt es sich?

FO: Nein, genaue Zahlen gibt es nicht. Eine solche Staatengründung hat viele Anhänger, die meisten davon sind Jugendliche. Die nigerianische Zentralregierung kämpft militärisch dagegen. Ob solch eine Wiedererrichtung eines Staates Biafra eine Lösung ist, weiß niemand.

TR: Vor einigen Jahren wurde verkündet, die Mehrheit der Menschen in Nigeria sei nun moslemisch. Ist Nigeria seitdem kein christliches Land mehr?

FO: Das ist reine Propaganda. Wir haben zehn Prozent traditionelle Religion und ungefähr gleich viel Christen und Moslems, daran hat sich nichts geändert. Aber die Regierung ist in den Händen von Moslems. Seitdem wird verkündet, die Bevölkerungsmehrheit sei moslemisch. Seitdem ändern sich die veröffentlichten Zahlen, und es sind Zahlen, die der Regierung passen. Das hat nichts mit der Realität zu tun.

TR: Wie kam es zu dem Machtwechsel?

FO: Eine Kabale aus militärischen und zivilen Machthabern und Eliten bestimmt, wer Nigeria regieren darf. Das ist seit 1967 der Fall. Und der jetzige Machthaber passt diesem oligarchisch geprägten Komplott besser ins Konzept.

TR: Bedeutet die Machtübernahme eines moslemischen Regierungschefs zugleich den Beginn einer einseitigen Bevorzugung von moslemischen Mandatsträgern?

FO: Die Geschichte Nigerias hat uns reichlich Beweise geliefert, um diese Frage mit „Ja“ beantworten zu können. Es gibt eine gezielte Bevorzugung muslimischer Gruppen in der gesamten Gesellschaft. Christliche Gemeinden bekommen keine Baugenehmigung für ihre Kirchen. Christliche Geschäfte werden benachteiligt, und Regeln, die eigentlich nur für den religiösen Bereich gelten sollten, werden allgemein ausgeweitet. Im Norden von Nigeria dürfen Hotels beispielsweise keinen Alkohol verkaufen. Es gibt Fälle in öffentlichen Behörden im Norden Nigerias, in denen Christen aus Glaubensgründen die Beförderung verweigert wurde.

TR: Wie reagieren Menschen christlichen Glaubens? Gibt es eine Fluchtwelle?

FO: Es gibt eine stille Migration von Christen von Norden nach Süden, und die ist sehr groß. Aber man sieht keine Flüchtlingslager. Ihre Familien nehmen sie auf. Auch in meiner Familie ist das so. Eine Cousine von mir ist aus dem Norden in das Haus meiner Eltern gekommen und lebt jetzt dort. Ich sende seitdem mehr Geld nach Nigeria, damit die Familie keine Not leidet.

TR: Wie sind ihre persönlichen Erfahrungen mit Verfolgung?

FO: Fast jeder Nigerianer ist durch Verfolgung betroffen. Meine Schwester lebte in Kano, einer Stadt im Norden. 2013 ist meine Schwester durch einen Selbstmordattentäter am Busbahnhof in der Stadt, wo sie ihren Laden hatte, ums Leben gekommen. Sie hat zwei Kinder und ihren Mann hinterlassen. Für unsere Familie war das eine Katastrophe. Meine Eltern hat das psychisch zerstört.

TR: Wie bewerten Sie die Zukunft von Christen in Nigeria?

FO: Es wird schwere Kämpfe geben. Das Ziel der Islamisten im Norden ist es, die christlichen Einheimischen in ganz Nigeria auszulöschen, vor allem geschieht das derzeit im mittleren Teil des Landes. Deswegen brauchen die Christen in Nigeria internationale Unterstützung, diese Nachricht muss in die ganze Welt getragen werden.

TR: Eine wichtige Nachricht....

FO: Oh ja, denn Nigeria ist ein strategisch enorm wichtiges Land. 220 Millionen Menschen leben dort. Wenn Nigeria in einem Religionskrieg versinkt, werden diese Menschen sich in Bewegung setzen, und alle Polizisten Europas und das Militär dazu werden sie nicht aufhalten. Es ist also sehr im europäischen Interesse, Nigeria zu stabilisieren.

TR: Wie kann das geschehen?

FO: Zuerst muss für ein Ende der Christenverfolgung gesorgt werden. Es handelt sich um die Verletzung von Menschenrechten, und das muss klar benannt werden.

TR: Was müsste die EU, was müsste Deutschland am dringendsten tun?

FO: Es muss Druck auf nigerianische Regierung ausgeübt werden, um die Christen zu schützen. Dazu müssen erstens konkrete Maßnahmen ergriffen werden, Sanktionen sind dringend nötig. Zweitens müssen Christen, die wegen Blasphemie im Gefängnis sitzen, schnell freigelassen werden. Hier nenne ich den Fall von Rhoda Jatau, sie muß sofort das Gefängnis verlassen dürfen. Drittens: Die Regierung muß die Islamisten, die Dörfer angreifen, verhaften und vor Gericht stellen. Die EU und Deutschland müssen ihre politische, wirtschaftliche und diplomatische Macht nützen. Nigeria hat alle wichtigen Menschenrechtskonventionen der UN unterschrieben. Es muß Druck aufgebaut werden, damit sie sich daran halten.

TR: Können die USA helfen?

FO: Wenn die USA jemanden wirklich verhaften wollen, können sie das, und zwar weltweit. Diese Mittel müssen gegen die moslemischen Terroristen und ihre Unterstützer angewandt werden. Wir von der CSI fordern, daß die USA, die EU und Deutschland hier konkret für die Belange der Menschenrechte tätig werden und Sanktionen gegen die Befürworter religiöser Verfolgung und die Regierungsbeamten beschließen, die der Gewalt tatenlos zusehen.

TR: Wie kann so etwas aussehen?

FO: Was wäre, wenn den politischen Eliten Nigerias die medizinische Behandlung verweigert wird? Der nigerianische Präsident läßt regelmäßig in London medizinisch behandeln. Was wäre wenn diesen Eliten in Europa Verhaftung droht? Wenn Europa kein Öl mehr in Nigeria kauft? Wenn keine Ersatzteile für

Flugzeuge werden? Wenn die im Ausland gebunkerten Millionen eingefroren worden? Das könnte eine Menge bewirken!

TR: Haben Sie Hoffnung, daß das geschieht?

FO: Große Hoffnung haben wir bei der CSI nicht, denn die wirtschaftlichen Interessen des Westens in Nigeria sind zu groß. Die Europäer sehen einen Kampf gegen China in Afrika, sie sehen die neuen Machthaber in Nigeria als Brückenkopf gegen chinesische Interessen, Deswegen erlauben sie den moslemischen Machthabern in Nigeria alles, und es ist zum Nachteil der Christen. Aber wir werden nichts unversucht lassen, um die Lage zu verbessern.

TR: Was ist Ihre Botschaft?

FO: Ich appelliere an die ganze Welt, nicht wegzuschauen. Nigeria ist wichtig – jeder sechste Afrikaner ist ein Nigerianer. Es ist ein Land, das reich gesegnet ist mit Ressourcen und Menschen, die den ganzen Kontinent nutzen können. Wenn Nigeria funktioniert, funktioniert Afrika. Es gibt dort zum Beispiel eine eigene Filmproduktion, die sogar schon einen Namen bekam: „Nollywood“. Hier wird ein neues Bild von Afrika für sehr viele Menschen gezeichnet. Sie alle schauen nach Nigeria, um zu sehen, wie es mit dem Kontinent weitergehen kann. Jetzt wird es wirklich Zeit, Nigeria zu unterstützen.

KU: Mit mehr Geld?

FO: Nein. Die Entwicklungshilfe hat auf der ganzen Linie versagt. Daher brauchen wir Sanktionen gegen korrupte Politiker und ihre Kollaborateure, die ein Interesse daran haben, dass Nigeria arm bleibt und weiter von religiöser Intoleranz geplagt wird. Wir müssen Druck ausüben, damit die nigerianischen Eliten das tun, was sie sollen – den Menschen nützen. Nigeria muss jetzt stabilisiert werden. Und weil dieses Land so groß und bedeutend ist, liegt hier wahrscheinlich unsere beste Chance, dem gesamten Kontinent Afrika eine gute Zukunft zu ermöglichen.

<https://www.welt.de/kultur/plus244123949/Religion-Das-Ende-der-Christen-in-der-islamischen-Welt.html?>
VERFOLGUNG

Das Ende der Christen in der islamischen Welt

Von Alfred Schlicht

Diskriminierung und Verfolgung – das droht Christen in vielen muslimischen Ländern. Dabei existieren ihre Gemeinden dort häufig schon länger als der Islam. Dass ausgerechnet in einem besonders strengen Land jetzt erstmals Gottesdienste erlaubt wurden, ist kaum mehr als ein Hoffnungsschimmer.

Am orthodoxen Weihnachtsfest im Januar 2023 fand in Saudi-Arabien – von der Welt weitgehend unbemerkt – ein denkwürdiger Vorgang statt: An verschiedenen Orten des streng islamisch-konservativen Königreichs, das immer wieder wegen besonderer religiöser Rigidität kritisiert worden wa, wurden mit offizieller Genehmigung christliche Gottesdienste abgehalten.

Christen leben in Saudi-Arabien seit jeher unter prekären Bedingungen. Christliche Symbole durften nicht öffentlich gezeigt werden und jede Art christlicher Äußerungen, etwa auch das Drucken oder Verbreiten der Bibel, war verboten. Gottesdienste wurden, solange sie in stark reduzierter Form – also etwa ohne sakrale Musik – in privatem Rahmen stattfanden, geduldet.

Zwar besteht die ursprüngliche Bevölkerung Saudi-Arabiens, in dem die Heiligen Stätten des Islam liegen, praktisch ausschließlich aus Muslimen. Aber zahlreiche Arbeiter aus Äthiopien und Eritrea, aus Indien und von den Philippinen, sowie Experten und Wirtschaftsvertreter aus dem Westen halten sich im Königreich auf. Besonders die oft tiefreligiösen Christen aus Ostafrika litten unter den drastischen Einschränkungen. Am Horn von Afrika geht es auch um die Zukunft des Christentums

Die Lockerungen der Restriktionen für Nichtmuslime in einem Land, das sich als Wiege des Islam versteht, liegen im Trend. Im März 2018 bereits war der saudische Kronprinz Muhammad bin Salman in Kairo mit Papst Tewodros II., dem Oberhaupt der koptischen Kirche, zusammengetroffen. Und am 26. Februar traf der Erzbischof von Wien, Kardinal Schönborn, anlässlich eines mehrtägigen Besuches in Saudi-Arabien, mit dem saudischen Religionsminister zusammen. Beide sprachen sich gegen religiös motivierte Gewalt aus. Islamisch-christliche Annäherungsgesten gab es nicht nur mit Saudi-Arabien. Denn Papst Franziskus selbst hat deutliche Zeichen gesetzt dafür, dass er persönlich dem christlich-islamischen Dialog besondere Bedeutung beimisst – etwa durch seine Besuche in den Vereinigten Arabischen Emiraten 2019, im Irak 2021 und in Bahrain 2022.

Im Februar 2019 unterzeichneten der Papst und der Kairoer Groß-Imam Ahmad Muhammad al-Tayyib in Abu Dhabi ein „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“.

„Im Namen Gottes ... erklären al-Azhar al-Sharif (die Hochschule und Moschee al-Azhar in Kairo, die der Großimam leitet und vertritt) – mit den Muslimen in Ost und West – und die katholische Kirche – mit den Christen in Ost und West – gemeinsam, dass sie die Kultur des Dialogs als Weg, die allgemeine Zusammenarbeit als Verhaltensregel und das gegenseitige Verständnis als Methode und Maßstab annehmen wollen. (...) Der verdammenstwerte Terrorismus ... ist nicht der Religion geschuldet – auch wenn die Terroristen sie instrumentalisieren –, sondern den angehäuften falschen Interpretationen der religiösen Texte ...“ Soweit die offiziellen Glaubensvertreter des Islam und des Christentums und ihre Bemühungen auf höchster Ebene um Verständigung und Dialog.

Einen scharfen Kontrast hierzu bietet die ernüchternde Realität, der Christen in der islamischen Welt ausgesetzt sind. Nach dem Weltverfolgungsindex – der zwar einerseits kritisiert, andererseits aber auch weithin anerkannt wird – sind unter den 15 Staaten, in denen die Lage für Christen am schlimmsten ist, nur drei nichtmuslimische. Von den zehn Staaten, in denen Christen am stärksten diskriminiert werden, ist nur eines ein nichtmuslimisches Land, nämlich Nordkorea.

Immer wieder schreckt die Weltöffentlichkeit auf, wenn besonders grausame und brutale Taten gegen Christen in der islamischen Welt verübt werden. Am Palmsonntag 2017 starben in Ägypten 40 Kopten bei Anschlägen auf Kirchen, ein Anschlag auf eine christliche Kirche am Pfingstsonntag im nigerianischen Owo kostete etwa 100 Menschenleben. Ein Experte sagte im Interview mit der Deutschen Welle im Januar 2023: „Es gibt in Nigeria Regionen, bei denen ist der Weg in die Kirche zum Gottesdienst wie ein One-Way-Ticket“ – so hoch sei die Gefahr tödlicher Gewalt.

Die Zunahme von Gewalt gegen Christen sei zwar, so das überkonfessionelle christliche Hilfswerk „Open Doors“, ein globaler Trend, doch stehen immer wieder muslimische Länder im Fokus. Massive Gewalt gegen Christen ist dabei keine ganz neue Erscheinung, sondern hat eine unselige Tradition, wobei selbst Ereignisse mit Tausenden Opfern bei uns in Vergessenheit geraten oder erst gar nicht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt haben.

„Kaltblütiges, methodisches Massaker“

1933 beispielsweise wurden im Nordirak Tausende von Christen durch Militär liquidiert, selbst schwangere Frauen wurden nicht verschont, Mädchen wurden vergewaltigt. Der britische Offizier Stafford, dem wir auch ein Buch über die Ereignisse verdanken, schrieb von einem „kaltblütigen und methodischen Massaker“.

Noch viel weniger ist das weit zurückliegende Christenmassaker im Libanon und in Damaskus präsent, das im Jahr 1860 stattfand, Tausende von Opfern forderte (möglicherweise bis zu 20 000) und eine französische Militärintervention auslöste. Bei den Griechenverfolgungen in der Endphase des Osmanischen Reiches kamen zwischen 1914 und 1923 Hunderttausende Griechen ums Leben.

Die Spannungen zwischen islamischer und westlicher Welt haben vielfach zur Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern beigetragen. Oft werden Christen im Nahen Osten auch heute noch als „westliche Agenten“ oder Speerspitze westlicher Einflussnahme mit Misstrauen betrachtet. Dabei sind Massaker und Massengewalt nur die Spitze des Eisbergs. In allen Lebensbereichen werden Christen praktisch aller islamischen Staaten diskriminiert und marginalisiert, sind Schikanen ausgesetzt und werden in ihren Rechten eingeschränkt. Da, wo der IS herrschte, bestand Sklaverei (die selbst im rückständigen Saudi-Arabien 1963 offiziell abgeschafft wurde), der vor allem Christen, aber auch Jeziden zum Opfer fielen. Auch herrscht in den meisten islamischen Ländern keine Religionsfreiheit, sondern der Übertritt vom Islam zum Christentum ist unmöglich. Auch auf den von vielen im Westen als freundliches Urlaubsparadies betrachteten Malediven ist die Staatsangehörigkeit an das Bekenntnis zum Islam geknüpft.

Als im Jahr 2011 die ägyptische Regierung einen Christen zum Provinzgouverneur ernennen wollte, führte dies zu solchen Unruhen (einschließlich Blockade der Eisenbahnlinie in die Hauptstadt Kairo), dass die Regierung einen Rückzieher machte. In Pakistan gehört die Entführung christlicher Mädchen, die dann zwangsverheiratet und zum Islam zwangskonvertiert werden, zum Alltag. Diese düstere Lage hat zu einem Exodus der orientalischen Christen geführt, deren Gemeinden schon bestanden hatten, bevor der erste christliche Missionar deutschen Boden betrat und lange, bevor die muslimischen Eroberer ihre Länder einnahmen. Hatte die Zahl der Christen im Irak Anfang des Jahrtausends noch 1,4 Millionen betragen, sind es heute nur noch etwas über 160 000.

All dies wurde nicht verhindert oder abgemildert durch versöhnliche Worte und ausgleichende Gesten der obersten religiösen Führer von Islam und Christentum. Das durch die oben zitierte Erklärung von 2019 angestoßene Projekt eines „Abrahamic Family House“ mit einer Moschee, einer Synagoge und einer Kirche, das am 1. März 2023 in Abu Dhabi für die Öffentlichkeit geöffnet wurde, ist hoffentlich nicht lediglich ein weiterer Akt von Symbolpolitik ohne Konsequenzen.

Der Verfasser ist Autor des Buches „Die Araber und Europa“, das bei Kohlhammer erschienen ist.

<https://journalistenwatch.com/2023/06/02/hamburger-stadtkirche-beklagt-jesus-mit-durchschnittener-kehle/>

Hamburger Stadtkirche beklagt Jesus mit durchschnittener Kehle
Unbekannte haben in den Hamburger Hauptkirchen St. Petri und St. Jacobi in der Innenstadt jahrhundertealte Gemälde zerschnitten und zerkratzt. Auffällig: Jesus wurde mit dem Messer die Kehle aufgeschlitzt, sozusagen geschächtet...

Mutmaßlich handelt es sich bei den Tätern dieses Mal nicht um die Untergangsirren der Klima-Kleber-Terroristen, da die Gemälde nicht mit Tomatensoße besudelt, sondern brutal mit einem spitzen Gegenstand, wahrscheinlich mit einem Messer aufgeschlitzt wurden. **Bislang Unbekannte haben zwischen dem 26. und dem 31. Mai. in den Hamburger Hauptkirchen St. Petri und St. Jacobi in der Innenstadt jahrhundertealte Gemälde zerschnitten und zerkratzt. Allein in der St.-Petri-Kirche wurden sieben Gemälde beschädigt. Darunter das berühmte Werk „Christus als Schmerzensmann“ von Meister Francke, entstanden um 1435, das als Kopie in der Kirche hängt. Das unbezahlbare Original befindet sich laut Bild seit 1924 in der Hamburger Kunsthalle. Anders bei dem Gemälde „Die Geburt Christi“ von Gottfried Libalt (1649). Ein tiefer Kratzer zieht sich quer über den Hals des Jesuskind.**

Der Schaden wird wohl in die Zehntausende gehen. Küster Martin Meier schätzt die Restaurierungskosten auf 50 000 bis 80 000 Euro. Meier zeigt sich tief schockiert und

jammert: „Wir helfen hier jedem, haben soziale Projekte. Solche Taten gefährden unsere Arbeit, wir müssen unsere Kirche dann schließen. Ich bin tief wütend und erschrocken.“ Ganz offensichtlich hat der Kirchenmann nun realisiert, wie nah die Einschläge bereits gekommen sind. Denn: Seit Jahren nehmen Kirchenschändungen im besten Deutschland, das wir je hatten zu. Heiligenfiguren werden bespuckt, Kreuze geschändet, in Weihwasserbecken wird uriniert. So wie im thüringischen Nordhausen. Dort [zerschlug](#) ein 25-jähriger afghanischer „Flüchtling“ ein Kruzifix, das nach der Bombardierung Nordhausens im Zweiten Weltkrieg aus den Trümmern gerettet wurde. Nur ein Fall von Tausenden, zu welchen die islam-affinen Kirchen schweigen.

Der islamische Hass auf christliche Werte ist indes nicht auf Deutschland beschränkt, wird jedoch in anderen europäischen Ländern, die von Muslimen „bereichert“ werden, ebenso vehement verschwiegen. So die Brandstiftung in der Kathedrale von Nantes, bei der kurz eine Debatte über einen verschwiegenen Kulturkampf aufkeimte und offenlegte, in welchem Ausmaß sich in Mitteleuropa Attacken auf christliche Symbole. Kirchen, Kapellen, Friedhöfe, sogar Gipfelkreuze durch Muslime mehren.

Die [Website „Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians in Europe“ \(OIDAC\)](#) sammelt Meldungen von Übergriffen auf Kirchen und Christen in Europa. (SB)

<https://www.sueddeutsche.de/bayern/kirche-muenchen-immer-mehr-vandalismus-faelle-in-kirchen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230515-99-693012>

Kirche - München:

Immer mehr Vandalismus-Fälle in Kirchen

15. Mai 2023, 5:34 Uhr

Direkt aus dem dpa-Newschannel

[München](#) (dpa) - Brennende Gesangbücher, beschädigte Orgelpfeifen, umgeworfene Kerzen, ein Altar in Flammen: Immer häufiger werden Gotteshäuser in Bayern Ziel von Zerstörungswut. 294 Fälle von Sachbeschädigungen in Kirchen, Kapellen oder Klöstern registrierte das bayerische Landeskriminalamt (LKA) im vergangenen Jahr - 23 mehr als noch 2021 (271). Die Tendenz ist den Angaben zufolge in den vergangenen Jahren klar steigend. 2019 zählte das LKA noch 219 Fälle, im Jahr darauf schon 242.

"Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Zahlen, insbesondere im Bereich des Vandalismus, gestiegen sind und die Zerstörungswut wesentlich massiver ausfällt", sagt auch ein Sprecher des katholischen Bistums Regensburg. "So wurden

beispielsweise Heiligenfiguren zerstört oder beschädigt, in Kirchenräumen geraucht und uriniert, Kirchenaußenwände beschmiert oder Feuer im Kircheninneren gelegt."

Einige Beispiele aus ganz Bayern: In Augsburg nahm man im November vergangenen Jahres Graffitis mit der teuflischen Zahlenfolge "666" und "FCK Jesus" an der Außenwand der Pfarrkirche St. Peter und Paul zum Anlass, daraus eine Kunstinstallation zu basteln.

Im Februar dieses Jahres brannten in der katholischen Münchner Pfarrkirche St. Heinrich mehrere Gesangbücher. Der Kirchenraum war verwüstet, wie die Polizei mitteilte. Kerzen waren umgeworfen, Gesangbücher auf dem Boden verteilt. Jemand hatte auf ein "Gotteslob" gepinkelt. Ein Sachschaden in Höhe von mehreren hundert Euro.

In einer Kirche in Spalt im mittelfränkischen Landkreis Roth stand im Mai 2022 sogar der ganze Altar in Flammen. Die Kriminalpolizei nahm Ermittlungen gegen einen Jugendlichen auf wegen besonders schwerer Brandstiftung. In Oberschneiding in Niederbayern sollen zwei zur Tatzeit erst zwölf Jahre alte Mädchen Orgelpfeifen beschädigt haben.

Ebenfalls im katholischen Bistum Eichstätt brannte im Oktober in einer Kirche in Neunstetten ein Desinfektionsmittel-Spender.

Weit größer war der Schaden im Juli 2022 in der Wallfahrtskirche "Maria Hilf" in Seubersdorf (Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz). Dort klauten Einbrecher 30 Orgelpfeifen und 16 vergoldete Kerzenständer. Schaden: rund 24.000 Euro. Noch größer war allerdings der Sachschaden, der entstand, als die Einbrecher die Türen aufbrachen und die Orgelpfeifen herausrissen: 40.000 Euro.

Die Zahl der Diebstähle aus Kirchen, Kapellen und Klöstern ging hingegen bayernweit nach LKA-Angaben in den vergangenen fünf Jahren deutlich zurück - von 807 Fällen im Jahr 2018 auf 398 im Jahr 2022.

© dpa-infocom, dpa:230515-99-693012/2

<https://citizengo.org/de/rf/211712-christliche-werte-verteidigen-helfen-wir-paeivi-raesaenen>

Zensur gibt es nur in Diktaturen, denken Sie vielleicht. Leider stimmt das nicht. Auch im Westen ist Meinungszensur erschreckend weit verbreitet

Ein Fall, der diesen zutiefst beunruhigenden Trend veranschaulicht, ist der von Päivi Räsänen, einer Mutter, Grossmutter, Ärztin und Abgeordneten im finnischen Parlament.

Können Sie sich vorstellen, angezeigt zu werden und vor Gericht zu stehen, bloss weil Sie über Ihren Glauben gesprochen haben? In dieser Situation befindet sich Päivi nun zum zweiten Mal. Es ist ein Angriff auf das Grundrecht der Christen, ihren Glauben frei auszuleben und ihre Meinung frei zu äussern.

Päivi ist entschlossen und unerschrocken. Zum zweiten Mal nimmt sie den Kampf auf, falls nötig bis zur obersten Instanz.

Diesen unverhohlenen Angriff auf die Meinungsfreiheit können wir nicht hinnehmen.

Uns bleibt nur wenig Zeit; am 31. August beginnt die Gerichtsverhandlung. Wir müssen Päivi zur Seite stehen und gemeinsam mit ihr für unsere Rechte und unseren Glauben kämpfen.

Wir können nicht zulassen, dass die Regierung Meinungen unterdrückt.

Die Anklage gegen Päivi ist nicht nur ungerecht, sondern zielt darauf ab, einen Präzedenzfall zu schaffen für ganz Europa und darüber hinaus.

Wir müssen unseren Glauben gegen eine Ideologie verteidigen, die keine abweichende Meinung zulassen will, vor allem zum Thema Geschlecht und LGBT. Wer es wagt, selbst zu denken, riskiert das berufliche und persönliche Aus.

Es steht also viel auf dem Spiel. Sollte Päivi verurteilt werden, wird das die Meinungsfreiheit in ganz Europa gefährden. Am 31. August verteidigen wir in Finnland unser eigenes Recht, unsere Meinung zu sagen, unseren Glauben auszuleben und die herrschende Ideologie zu kritisieren.

Aber es gibt Hoffnung. Päivi hat starke Verbündete. Einer davon sind wir. Noch können wir erreichen, dass der Fall eingestellt wird, ohne dass es zu

einer Verhandlung kommt. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung. Gemeinsam können wir genügend Druck ausüben.

Die Zeit drängt. Unterzeichnen Sie heute unsere Petition und fordern Sie Finnlands Generalstaatsanwalt auf, die grundlose Anklage gegen Päivi Räsänen fallen zu lassen.

Weitere Informationen in englischer Sprache:

Päivi Räsänen Court of Appeal proceedings to be delayed one year
evangelicalfocus.com/europe/18334/paivi-rasanen-court-of-appeal-proceedings-to-be-delayed-one-year

MP Päivi Räsänen facing second trial over Biblical beliefs
www.christianpost.com/news/mp-pivi-rsnen-facing-second-trial-over-biblical-beliefs.html

Religion is still on trial in Finland
www.nationalreview.com/2023/03/religion-is-still-on-trial-in-finland/

146.905 haben unterzeichnet. Lassen Sie uns 200.000 erreichen!
E-Mail *

Das Christentum ist kein Verbrechen

Sehr geehrte Herr Generalstaatsanwalt,

ich schreibe Ihnen, weil mir die Unterhöhlung der Grundrechte in Finnland Sorgen macht. Gerade Finnland zählt doch als eines der Länder, wo Freiheit und Menschenrechte unbedingt garantiert sein sollen.

Deshalb erschüttert mich die Anklage gegen Päivi Räsänen, eine Abgeordnete des finnischen Parlaments. Sie wird dreier sogenannter Hassverbrechen bezichtigt, weil sie ihren christlichen Glauben öffentlich bekundet hat.

Wenn das öffentliche Bekenntnis zu einer Religion neuerdings eine Anklage nach sich zieht, dann ist der Glaube in Finnland ein Verbrechen, und ein offenes Gespräch darüber unmöglich.

Die Meinungs- und Glaubensfreiheit sind zwei grundlegende Menschenrechte. Sie sind in den Artikeln 18 und 19 der universellen Menschenrechtserklärung festgeschrieben, und in Artikel 11 der EU-Menschenrechtscharta. Zu diesen Grundrechten gehört die Freiheit, über die eigene Weltanschauung zu sprechen und eine Religion auszuüben, ohne Repressalien fürchten zu müssen.

Deshalb möchte ich Sie auffordern, für Finnlands demokratische Werte einzustehen. Setzen Sie ein Zeichen für die Meinungs- und Religionsfreiheit: Stellen Sie das Verfahren gegen Päivi Räsänen ein.

Hochachtungsvoll

von [CitizenGO](#) · Don, 13.01.2022 - 07:27 Uhr

Aktualisierung 13. Januar 2022: **Die Gerichtsverhandlung gegen Päivi Räsänen ist für den 24. Januar 2022 angesetzt.**

Im Vorfeld dieses Gerichtstermins intensivieren wir noch einmal unseren Einsatz für Päivi Räsänen, auch in der Hoffnung, dass die finnische Generalstaatsanwältin die Anklage doch noch fallen lässt.

(Hinweis: Ursprünglich wurde die Petition am 21. September 2021 veröffentlicht, mit dieser Aktualisierung aktualisieren wir auch das Veröffentlichungsdatum, um die Petition auf unserer Homepage neu zu positionieren)

Leider ist es in der heutigen Kultur ein ständig wachsender Trend, dass diejenigen, die dem Status quo nicht folgen, mit Verfolgung und in einigen Fällen mit Gefängnis rechnen müssen.

Der jüngste Empfänger dieser Art von Verfolgung ist die finnische Parlamentarierin Päivi Räsänen, der eine Gefängnisstrafe droht, weil sie einen Bibelvers auf ihrem persönlichen Twitter-Account veröffentlicht hat.

Nur weil Räsänen ihre aufrichtigen Überzeugungen öffentlich zum Ausdruck brachte, leitete die Polizei eine Untersuchung ein und unterzog sie einer vierstündigen Befragung. Räsänen droht nun eine Höchststrafe von zwei Jahren Haft für das Verbrechen der sogenannten "ethnischen Agitation".

Alles begann im Juni 2019, als der Kirchenvorstand der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands seine offizielle Partnerschaft mit der LGBT-Veranstaltung "Pride 2019" bekannt gab. Räsänen stellte die Leitung ihrer Kirche zu dieser Entscheidung auf sozialen Medien in Frage und fügte ein Bild einer Bibelstelle bei.

Die Staatsanwaltschaft hat auch eine zweite Anklage ausgegraben, die ein von ihr 2004 verfasstes Pamphlet "Männlich und weiblich hat er sie geschaffen - Homosexuelle Beziehungen fordern das christliche Menschenbild heraus" bemängelt.

Eine dritte Anklage rührt von Räsänens Ansichten in einem Radiosender des finnischen Rundfunks zum Thema "*Was würde Jesus über Homosexuelle denken?*" her.

Trotz der drohenden Inhaftierung und der andauernden Verfolgung hat Räsänen unbeugsame Stärke gezeigt:

"Ich kann nicht akzeptieren, dass die Äußerung meiner religiösen Überzeugungen eine Gefängnisstrafe bedeuten könnte. Ich halte mich nicht für schuldig, jemanden bedroht, verleumdet oder beleidigt zu haben. Meine Aussagen basierten alle auf den Lehren der Bibel über Ehe und Sexualität", sagte sie.

"Ich werde mein Recht, mich zu meinem Glauben zu bekennen, verteidigen, damit niemand sonst seines Rechts auf Religions- und Redefreiheit beraubt wird. Ich halte an der Ansicht fest, dass meine Äußerungen legal sind und nicht zensiert werden sollten. Ich werde nicht von meinen Ansichten abrücken. Ich werde mich nicht einschüchtern lassen, meinen Glauben zu verstecken. Je mehr Christen zu kontroversen Themen schweigen, desto enger wird der Raum für die Redefreiheit."

Fügen Sie Ihren Namen hinzu: **Fordern Sie, dass die drei Strafanzeigen wegen "Hassrede" gegen die finnischen Parlamentsabgeordneten Päivi Räsänen sofort fallen gelassen werden.** Die Äußerung der eigenen tief empfundenen Überzeugungen, wie sie in der Bibel zu finden sind, sollte nicht zu einer Bestrafung einschließlich einer Gefängnisstrafe führen.

Dies ist kritisch. Nicht nur die Freiheit von Frau Räsänen steht auf dem Spiel, sondern auch Ihre und meine. Die eigentliche Definition dessen, was es bedeutet, in einer freien Gesellschaft zu leben, ist eine, in der es dem Staat nicht erlaubt sein sollte, zu diktieren, was man sagen und denken darf und was nicht.

Und während Sie vielleicht nicht in Finnland leben und denken, dass Sie in Ihren Häusern in Deutschland, Österreich oder der Schweiz, den Vereinigten Staaten, Australien oder dem Vereinigten Königreich sicher sind, gibt es viele Fälle von Christen, die direkt hier in Ihren eigenen Ländern verfolgt werden.

Es ist unsere Pflicht, diese zunehmende Verfolgung zu stoppen.

Rede- und Religionsfreiheit sind ein grundlegendes Menschenrecht (wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 18 und 19, und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Artikel 11, zu finden ist), und dazu gehört auch die Möglichkeit, seine aufrichtigen Überzeugungen auszudrücken und nicht nur das, sondern sie auch zu praktizieren. In diesem Fall folgt Frau Räsänen einfach den biblischen Lehren. Sie ist nicht böswillig, gewalttätig oder bösartig gegenüber denen, die eine andere Meinung haben. Ihr einziges "Verbrechen" bestand darin, öffentlich eine Ansicht zu äußern, die in unserer modernen Gesellschaft nicht populär ist. Wenn man das zugrunde liegende Problem noch tiefer betrachtet, ist es nichts anderes als der Versuch, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die die Wahrheit sagen.

Einzelpersonen wie Frau Räsänen zu bestrafen, schafft einen sehr gefährlichen Präzedenzfall, abgesehen davon, dass es einen ehrlichen, offenen öffentlichen Dialog zum Schweigen bringt. Es macht die Nachfolge Jesu effektiv zu einer kriminellen Handlung und die Äußerung biblischer Lehren zu "Hassrede" - alles basierend auf einer willkürlichen Definition dessen, woran man "Anstoß" nehmen kann.

Unterzeichnen Sie noch heute unsere Petition, die fordert, dass Christen wie Päivi Räsänen nicht für die Äußerung ihres Glaubens durch das Tweeten eines Bibelverses strafrechtlich verfolgt werden dürfen.

Weitere Informationen:

Päivi Räsänen: Ins Gefängnis für einen Bibel-Tweet (Die Tagespost): <https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/ins-gefaengnis-fuer-einen-bibel-tweet;art315,217970>

Christliche Politikerin wegen Ehe-Ansichten angeklagt (livenet.ch): https://www.livenet.ch/magazin/gesellschaft/christen_in_der_gesellschaft/390238-christliche_politikerin_wegen_eheansichten_angeklagt.html

Finnland: Anklage gegen christliche Politikerin wegen Berufung auf die Bibel (Kath .net): <https://www.kath.net/news/75081>

UNTERZEICHNEN SIE JETZT DIE PETITION

Unterzeichnen

Christliche Glaubensüberzeugungen auszusprechen darf kein Verbrechen sein!

Sehr geehrte Frau Raija Toiviainen, Generalstaatsanwältin von Finnland, ich habe erfahren, dass der finnischen Parlamentsabgeordneten Päivi Räsänen wegen angeblicher "Hassreden" eine Haftstrafe droht. Die Äußerung ihrer tief empfundenen Überzeugungen, wie sie in der Bibel zu finden sind, sollte nicht zu einer Bestrafung einschließlich einer Inhaftierung führen. Ich fordere daher, dass die drei Strafanzeigen wegen "Hassrede" gegen Frau Räsänen sofort fallen gelassen werden!

Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit sind ein grundlegendes Menschenrecht (wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Artikel 18 und 19 und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union Artikel 11 zu finden ist) und ein Teil davon beinhaltet die Möglichkeit, seine aufrichtigen Überzeugungen auszudrücken und nicht nur das, sondern sie auch zu praktizieren. In diesem Fall folgt Räsänen einfach den biblischen Lehren. Sie ist nicht böswillig, gewalttätig oder böseartig gegenüber denen, die eine andere Meinung haben. Ihr einziges "Verbrechen" bestand darin, öffentlich eine Ansicht zu äußern, die in unserer modernen Gesellschaft nicht populär ist. Wenn man das zugrunde liegende Problem noch tiefer betrachtet, ist es nichts anderes als der Versuch, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die die Wahrheit sagen.

Einzelpersonen wie Frau Räsänen zu bestrafen, schafft einen sehr gefährlichen Präzedenzfall, abgesehen davon, dass es einen ehrlichen und offenen öffentlichen Dialog zum Schweigen bringt. Es macht die Nachfolge Jesu effektiv zu einer kriminellen Handlung und die Äußerung biblischer Lehren zu "Hassrede" - alles basierend auf der rein willkürlichen Definition dessen, woran man "Anstoß" nehmen kann.

Ich bitte Sie eindringlich, eine Entscheidung zugunsten von Frau Räsänen zu treffen, indem Sie sich für das demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung einsetzen.

[Ihr Name]

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/131249/Frankreich-verschaerft-Strafen-fuer-Konversionstherapien?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

Frankreich verschärft Strafen für Konversionstherapien

Mittwoch, 26. Januar 2022

Paris – Frankreich hat die Strafen für sogenannte Konversionstherapien für Schwule, Lesben und Trans-sexuelle verschärft. Die Nationalversammlung in Paris stimmte gestern endgültig für ein Gesetz, nach dem derartige Praktiken künftig mit mindestens zwei Jahren Haft und 30.000 Euro Geldstrafe bestraft werden.

Im Visier sind als „Behandlungen“ getarnte Therapien, die nicht heterosexuelle Menschen zur Hetero-sexualität umpolen sollen. Faktisch sind solche Versuche in Frankreich bereits strafbar. Mit dem Gesetz-entwurf der Mehrheitspartei LREM soll jedoch ein neues Delikt ins Strafgesetz aufgenommen werden. Die Haftstrafe soll demnach auf drei Jahre und 45.000 Euro steigen, wenn Minderjährige betroffen sind oder der Täter zur eigenen Familie zählt. „Wir senden ein starkes Signal, denn formell verurteilen wir alle, die eine Geschlechts- oder Identitätsänderung als Krankheit betrachten“, sagte die LREM-Abgeordnete Laurence Vanceunebrock, die den Gesetzestext initiiert hatte.

Das Ausmaß solcher Praktiken in Frankreich ist schwer abzuschätzen. Eine Untersuchungskommission erwähnte 2019 mehrere hundert Fälle. Die Zahl der Hinweise nehme aber zu, hieß es. Die meist kosten-pflichtige „Behandlung“ kann Hypnose, die Einnahme von Hormonen oder Elektroschocks beinhalten. Auch Exorzismen und Zwangsehen sind möglich. Auch in Deutschland sind solche Praktiken gesetzlich verboten. © afp/aerzteblatt.de

<https://unser-mitteuropa.com/nigeria-4650-christen-starben-wegen-religioeser-gewalt/>

Nigeria: 4650 Christen starben wegen religiöser Gewalt

14. 04. 2022

Gezielte Gewaltangriffe gegen christliche Minderheit im tödlichsten Land für Christen

Immer wieder werden Kirchenleiter und christliche Gemeinden im Norden Nigerias Opfer von islamistischen Angriffen. Nie starben im bevölkerungsreichsten Land Afrikas so viele Christen aufgrund religiöser Gewalt wie heute.

Mussa Adamo ist Pastor in Nordnigeria. Er steht Menschen bei, die nach Überfällen auf ihre Dörfer traumatisiert sind. »Für Christen ist das Leben gefährlich in unserer Region«, sagt er. Die Islamisten der BokoHaram oder radikale Gruppen der Fulani-Nomaden überfallen immer wieder ganze Dörfer. Mussa Adamo erklärt: »Sie können jederzeit zuschlagen.« Sie würden versuchen herauszufinden, ob eine Person christlich oder muslimisch sei. »Als Christ steht man vor großen Problemen.«

Tödlichstes Land für Christen geworden

In den letzten Jahren ist Nigeria zum tödlichsten Land für Christen geworden. Im vergangenen Jahr waren 80 Prozent der Christen, die weltweit aufgrund ihres Glaubens getötet wurden, Nigerianer. Auf dem Weltverfolgungsindex 2022 liegt Nigeria auf dem siebten Rang, so weit vorne wie nie zuvor. Im Berichtszeitraum wurden 4650 Christen nachweislich wegen ihres Glaubens

ermordet (gegenüber 3530 im Vorjahr). Weiters wurden 2510 Christen entführt und verschleppt (gegenüber 990 im Vorjahr).

Dazu kommen 470 Kirchen, die geschlossen und/oder demoliert (gegenüber 270 im Vorjahr) sowie mehr als 1000 private Häuser, die zerstört wurden. Außerdem wurden über 1000 Geschäfte, die Christen gehörten, beschädigt.

»Es ist schwierig, ein Grundstück für eine Kirche zu kaufen. Moscheen erhalten dagegen rasch eine Bewilligung« erklärt Mussa Adamo. Für Christen ist es auch nicht einfach, Arbeit bei öffentlichen Behörden und Einrichtungen zu erhalten.

Mussa Adamo spricht von einer gezielten Taktik. »Jahr für Jahr wird diese weiter vorangetrieben. BokoHaram hat zahlreiche Kirchen zerstört. Eine, die beispielsweise wieder aufgebaut wurde, wurde erneut niedergerissen. Oft fehlt das Geld oder die Menschen haben Angst. Auch die Sicherheitskräfte sind nicht in der Lage, Christen zu schützen. Und bei Nothilfe werden Christen einfach übergangen.«

Ganze Region in Strudel der Gewalt gezogen

Die Widrigkeiten in Nordnigeria stehen in einem größeren Kontext. Die Länder in Subsahara-Afrika erfreuten sich jahrelang relativ großer Stabilität. »Sie waren Reiseziele, die große internationale Veranstaltungen wie die Rallye Paris-Dakar beherbergt hatten, die durch die Wüste Sahara nach Dakar, der Hauptstadt Senegals führte«, bilanziert Illia Djadi, Open-Doors-Chefanalyst für Subsahara-Afrika. »Das ist nicht mehr möglich, denn in den letzten zehn Jahren hat sich die Sicherheitslage in dieser Region massiv verschlechtert.«

Durch den aufflammenden Islamismus spitzte sich unter anderem die Situation in Burkina Faso dramatisch zu. Dieses westafrikanische Land hat eine lange Kultur der Toleranz. Unabhängig von der religiösen und ethnischen Herkunft lebten die Menschen in Frieden, bis die christliche Minderheit im Jahr 2019 zur Zielscheibe von einsickernden islamistischen Extremistengruppen wurde.

Zwei Millionen Menschen auf der Flucht

Gleich wie in Burkina Faso ist insbesondere in Nordnigeria eine enorme Fluchtbewegung entstanden. »Mehr als zwei Millionen Menschen sind im Nordosten Nigerias aus ihrer Heimat vertrieben«, erklärt Illia Djadi. Darüber hinaus geschehen immer wieder Entführungen und Morde gegen Christen, ohne dass sie die westliche Öffentlichkeit erreichen.

Mehrfach wurden christliche Schulen und Internate überfallen. So wurde beispielsweise am 5. Juli 2021 in Maramara im Bundesstaat Kaduna ein Internat überfallen und 140 Schüler entführt. Etappenweise wurden die Schüler in den folgenden Wochen bis auf einen wieder freigelassen. »Und wir erinnern uns vielleicht an die Entführung der Chibok-Schülerinnen im Jahr 2014, als 276 Mädchen entführt wurden. Dieser Vorfall wurde sogar in den westlichen Medien berichtet. 100 von ihnen werden immer noch vermisst«, betont Djadi.

»Wir verzeichnen einen Anstieg des religiösen Extremismus in Afrika südlich der Sahara. Radikale Predigten und Lehren führen zu Feindseligkeit gegenüber religiösen Minderheiten wie den Christen. In ganz Afrika südlich der Sahara sind

islamistische Aufstände und bewaffnete Gruppen mit Verbindungen zu Al-Qaida oder dem Islamischen Staat weit verbreitet«, analysiert der Subsahara-Experte. Dies betrifft insbesondere Länder wie Mali, Niger, Burkina Faso oder die Zentralafrikanische Republik. Und BokoHaram sorgt neben Nigeria auch in Kamerun, Tschad und Niger für Übergriffe. »Wir sehen auch, dass sich dieser islamistische Aufstand nach Ostafrika ausweitete. Das gilt für die Al-Shabab-Gruppe in Somalia, aber auch in Kenia und in der Mitte des Kontinents. Im Osten der Demokratischen Republik Kongo operiert eine islamistische Gruppe, die mit dem Islamischen Staat verbunden ist, und tötet ebenfalls erbarmungslos Menschen.«

Schockierende Realität

Kurt Igler, Geschäftsführer von Open Doors Österreich, spricht von einer schockierenden Realität, mit der die Christen in diesen Gegenden konfrontiert sind. »Es ist eine alltägliche Situation geworden, mit der Christen in Nigeria und in der gesamten Sahel-Region konfrontiert sind. Sie sehen regelmäßig Tod, Verfolgung und Hungersnot ins Auge. Mädchen und Frauen sind der Gefahr ausgesetzt, entführt und vergewaltigt zu werden. Tausenden von ihnen ist das bereits zugestoßen.«

Für viele Christen ist der Gang in die Kirche oder auf den Markt wie eine Reise mit einem One-Way-Ticket. »Es gibt keine Garantie, dass sie zurückkommen. Viele sind gegangen und nie zurückgekommen. Das ist die Realität.« Deshalb fordert Open Doors ein klares Hinsehen und ein aufrichtiges Engagement des offiziellen Österreich. »Behörden und Richter müssen Christen zu ihrem Recht verhelfen und ihren Schutz gewährleisten. Österreich mit seiner rechtsstaatlichen Tradition kann und darf hier nicht schweigen.«

Quelle: [Open Doors – Im Dienst der verfolgten Christen weltweit.](https://www.n-tv.de/der_tag/Der-Tag-am-Samstag-14-Mai-2022-article23331360.html)

In was für einer kranken Welt leben wir... In Nigeria wird eine Studentin gelyncht. Die Polizei nimmt zwei der Täter fest. Daraufhin gehen Hunderte wütende Menschen auf die Straße - um die Freilassung der Mörder zu fordern.

Dutzende muslimische Studenten hatten die christliche Studentin Deborah Samuel am Donnerstag in der Stadt Sokoto aus Wut über einen als Beleidigung des Propheten Mohammed aufgefassten Eintrag in einem Online-Netzwerk gesteinigt und ihre Leiche verbrannt. Die Polizei nahm zwei Männer fest und fahndet nach weiteren Verdächtigen, die in einem Online-Video von dem Mord zu sehen waren.

Die Demonstranten verlangten neben der Freilassung der beiden Studenten, die Fahndung nach den weiteren Verdächtigen einzustellen.

Polizisten und Soldaten setzten Tränengas ein und gaben Warnschüsse abgegeben. Die Demonstranten versuchten auch, Geschäfte von Christen zu plündern.

Sokotos Gouverneur Aminu Waziri Tambuwal forderte die Demonstranten auf, nach Hause zu gehen, und verhängte eine 24-stündige Ausgangssperre. Nigerias Präsident Muhammadu Buhari hatte den Lynchmord an der Studentin scharf verurteilt.

<https://philosophia-perennis.com/2022/06/26/warum-ist-fuer-die-uno-ein-moschee-massaker-so-viel-schlimmer-als-unzaehlige-kirchenmassaker/>

Warum ist für die UNO ein Moschee-Massaker so viel schlimmer als unzählige Kirchenmassaker?

Von

[PP-Redaktion](#)

-

26. Juni 2022

Die Vereinten Nationen haben kürzlich den 15. März zum „Internationalen Tag zur Bekämpfung von Islamophobie“ [erklärt](#). Dieses Datum wurde gewählt, weil an diesem Tag einer der schlimmsten Terroranschläge auf Muslime verübt wurde. Ein Gastbeitrag von [Raymond Ibrahim](#)

Am 15. März 2019 drang der bewaffnete Australier [Brenton Tarrant](#) in zwei Moscheen in Neuseeland ein und eröffnete das Feuer auf unbewaffnete und hilflose muslimische Gläubige; dabei wurden 51 Menschen getötet und 40 verletzt.

Den Islam als besonders schutzbedürftig erklärt

Dieser Vorfall wurde nicht nur im gesamten Westen verurteilt – und das zu Recht. Er hat auch die UNO veranlasst, den Islam als besonders schutzbedürftig einzustufen.

Diese Reaktion wirft jedoch eine wichtige Frage auf: Wenn ein nicht-muslimischer Angriff auf eine Moschee für die UNO ausreicht, um einen besonderen Tag für den Islam zu institutionalisieren, was ist dann mit den zahllosen, oft schlimmeren muslimischen Angriffen auf nicht-muslimische Gebetsstätten? Warum hat die UNO auf sie nicht in ähnlicher Weise reagiert?

Denken Sie an einige der tödlichen muslimischen Angriffe auf christliche Kirchen – viele davon, um die religiöse Feindseligkeit zu unterstreichen, gerade zu Ostern oder Weihnachten – in den letzten Jahren:

- [Sri Lanka](#) (21. April, 2019): Am Ostersonntag haben muslimische Terroristen drei Kirchen und drei Hotels bombardiert; 359 Menschen wurden getötet und mehr als 500 verletzt.
- [Nigeria](#) (20. April 2014): Am Ostersonntag setzten islamische Terroristen eine voll besetzte Kirche in Brand; 150 Menschen wurden getötet.
- [Pakistan](#) (27. März 2016): Nach den Gottesdiensten am Ostersonntag bombardierten islamische Terroristen einen Park, in dem sich Christen versammelt hatten; mehr als 70 Christen – meist Frauen und Kinder – wurden getötet. „An den Wänden unseres Hauses klebte Menschenfleisch“, [erinnerte](#) sich ein Zeuge.
- [Irak](#) (31. Okt. 2011): Islamische Terroristen stürmten während des Gottesdienstes eine Kirche in Bagdad und eröffneten wahllos das Feuer, bevor sie ihre Selbstmordwesten zündeten. Fast 60 Christen – darunter Frauen, Kinder und Säuglinge – wurden getötet (drastische Bilder der Auswirkungen [hier](#)).
- [Nigeria](#) (8. April 2012): Am Ostersonntag detonierten von Muslimen gelegte Sprengsätze in der Nähe von zwei voll besetzten Kirchen; mehr als 50 Menschen wurden getötet und eine unbekannte Zahl von Menschen verletzt.
- [Ägypten](#) (9. April 2017): Am Palmsonntag verübten Muslime einen Bombenanschlag auf zwei überfüllte Kirchen; mindestens 45 Menschen wurden getötet, mehr als 100 verletzt.
- [Nigeria](#) (Dez. 25, 2011): Während des Weihnachtsgottesdienstes beschossen und bombardierten muslimische Terroristen drei Kirchen; 37 Menschen wurden getötet und fast 57 verwundet.
- [Ägypten](#) (11. Dezember 2016): Bei einem islamistischen Selbstmordattentat auf zwei Kirchen wurden 29 Menschen getötet und 47 verwundet (drastische Bilder der Auswirkungen [hier](#)).
- [Indonesien](#) (13. Mai 2018): Muslime verübten einen Bombenanschlag auf drei Kirchen; 13 Menschen wurden getötet und Dutzende verwundet.
- [Ägypten](#) (1. Januar 2011): Muslimische Terroristen haben während der Silvestermesse eine Kirche in Alexandria bombardiert; mindestens 21 Christen wurden getötet. Augenzeugen zufolge wurden „Leichenteile auf der Straße verstreut“ und „in die Kirche gebracht, nachdem einige Muslime begonnen hatten, sie mit Füßen zu treten und dschihadistische Rufe wie ‚Allahu Akbar!‘ zu rufen“.
- [Philippinen](#) (27. Januar 2019): Muslimische Terroristen verübten einen Bombenanschlag auf eine Kathedrale; mindestens 20 Menschen werden getötet und mehr als 100 verletzt.
- [Indonesien](#) (24. Dez. 2000): Während des Heiligabend-Gottesdienstes sprengten muslimische Terroristen mehrere Kirchen; 18 Menschen wurden getötet und über 100 verletzt.
- [Pakistan](#) (15. März 2015): Muslimische Selbstmordattentäter töteten bei Anschlägen auf zwei Kirchen mindestens 14 Christen.
- [Deutschland](#) (19. Dezember 2016): In der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin fuhr ein muslimischer Mann mit einem Lastwagen in einen Weihnachtsmarkt; 13 Menschen wurden getötet und 55 verwundet.

- [Ägypten](#) (29. Dez. 2017): Muslimische Bewaffnete schießen auf eine Kirche in Kairo; neun Menschen werden getötet.
- [Ägypten](#) (6. Januar 2010): Nach der Heiligabendmesse (nach dem orthodoxen Kalender) erschossen Muslime sechs Christen, als sie ihre Kirche verließen.
- [Russland](#) (18. Februar 2018): Ein muslimischer Mann, der ein Messer und eine doppelläufige Schrotflinte bei sich trug, betrat eine Kirche und eröffnete das Feuer; dabei wurden fünf Menschen – alles Frauen – getötet und mindestens fünf verwundet.
- [Frankreich](#) (26. Juli 2016): Muslime drangen in eine Kirche ein und schützten dem sein Amt versehenen Priester, dem 84-jährigen Pater Jacques Hamel, die Kehle auf und nahmen vier Nonnen als Geiseln, bis die französischen Behörden die Terroristen erschossen.

Die obige Liste ist, wohlgemerkt, kaum vollständig; es gab viele ähnliche Angriffe auf Kirchen – allein in Ägypten, [hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#), und [hier](#). Da es jedoch keine oder nur wenige Todesopfer gab, wurde in der westlichen Presse, wenn überhaupt, nur wenig über sie berichtet.

Desinteresse an Christenverfolgung in Nigeria

Dies gilt insbesondere für die abgelegenen – und nach Ansicht der westlichen Medien offenbar „unwichtigen“ – Regionen wie Nigeria, wo die Christen [stündlich](#) in einem von den Muslimen inszenierten [Völkermord](#) ausgerottet werden. So heißt es in einem [Bericht](#) vom August 2021, dass die Muslime allein zwischen 2009 und 2021 60.000 Christen getötet haben, während sie im selben Zeitraum 17.500 Kirchen und 2.000 christliche Schulen zerstörten oder in Brand setzten. Wie viele undokumentierte Seelen kamen bei diesen weitgehend unberichteten Terroranschlägen ums Leben? In der obigen Liste der tödlichen muslimischen Anschläge auf Kirchen sind die vielen verpfuschten Anschläge nicht enthalten, z. B. ein [Anschlag auf eine Kirche](#) am 28. März 2021 während des Palmsonntagsgottesdienstes, bei dem nur die Selbstmordattentäter – ein muslimischer Mann und seine schwangere Frau – starben.

Allein bei diesen tödlichen Anschlägen auf Kirchen haben Muslime Hunderte von Christen massakriert, wobei die Tausenden von Christen und anderen westlichen Menschen, die bei Anschlägen außerhalb von Kirchen massakriert wurden, noch nicht einmal mitgerechnet sind, darunter der [11. September 2001](#), die Anschläge auf das [Londoner](#) Nahverkehrssystem am 7.7.2005, die Anschläge auf [Charlie Hebdo](#) und das [Bataclan](#)-Theater in Paris, der Anschlag auf Las Ramblas in [Barcelona](#), der Anschlag in [Nizza](#) am 14. Juli, der Anschlag auf die jüdische Schule in [Toulouse](#), der Terroranschlag auf den Wintermarkt in [Berlin](#) und auf den Karikaturzeichner in [Kopenhagen](#), um nur ein paar zu nennen.

Warum kein Tag gegen Christianophobie?

Daher die ursprüngliche Frage: Wenn ein nicht-muslimischer Anschlag auf eine Moschee, der 51 muslimische Todesopfer forderte, für die UNO ausreichte, um einen „internationalen Tag zur Bekämpfung der Islamophobie“ einzuführen, warum haben dann so viele muslimische Anschläge auf Kirchen, die Tausende von christlichen Todesopfern forderten, für die UNO nicht ausgereicht, um einen „internationalen Tag zur Bekämpfung der Christianophobie“ einzuführen?

Anders ausgedrückt: Warum ist ein äußerst verwerflicher, aber einzelner Vorfall, bei dem ein westlicher Mann 51 Muslime tötete, für die UNO von weitaus größerer Bedeutung als die unzähligen Fälle, in denen Muslime eine unberichtete Anzahl Christen töteten?

Wenn sie jemals in die Enge getrieben und gezwungen würden, diese Diskrepanz zu erklären, würden die Vereinten Nationen zweifellos sagen, dass all diese Angriffe auf Kirchen und andere Einrichtungen, so bedauerlich sie auch sein mögen, kein Muster erkennen lassen, wie es bei der „Islamophobie“ der Fall sei; dass die Anschläge auf Kirchen allesamt Nebenprodukte des Terrorismus seien (der Berichten zufolge in keiner Weise mit dem Islam in Verbindung steht), getrieben durch wirtschaftliche Probleme, territoriale Streitigkeiten und Ungleichheit, mit einem Wort: „Missständen“. Man löse diese vorübergehenden Probleme und die Angriffe auf Kirchen hören auf.

In der Realität scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein: Während der Angriff auf die neuseeländische Moschee tatsächlich eine Ausnahme war – was durch seine Einzigartigkeit belegt wird – sind muslimische Angriffe auf Kirchen nicht nur heute, sondern im Laufe der Geschichte äußerst häufig. In der Türkei kann man zum Beispiel sehen, was aus dem großen christlichen Byzantinischen Reich geworden ist, nachdem es im siebten Jahrhundert erstmals von Arabern überfallen wurde, bis hin zum Fall Konstantinopels durch Sultan Mehmet II. im Jahr 1453 und bis zum Völkermord an Armeniern, Assyern und pontischen Griechen Anfang des 20. Jahrhunderts.

Wie hier zu sehen ist, vergeht heute in der muslimischen Welt und zunehmend auch im Westen kaum ein Monat, in dem nicht mehrere Anschläge auf oder Belästigungen von Kirchen stattfinden. Auch wenn einige davon glücklicherweise nicht tödlich endeten, unterstreichen sie doch alle die Abneigung des Islams gegenüber Kirchen und, wie es scheint, gegenüber allen religiösen Strukturen oder Symbolen, die nicht Teil des Islams sind.

Es ist aufschlussreich, dass diejenigen, die Kirchen terrorisieren, oft wenig miteinander gemein haben: Sie kommen aus ganz unterschiedlichen Nationen (Nigeria, Irak, Philippinen usw.), gehören verschiedenen Rassen an, sprechen verschiedene Sprachen und leben unter unterschiedlichen sozioökonomischen Bedingungen. Das Einzige, was sie *gemeinsam haben* – und was sie anscheinend dazu bringt, Kirchen anzugreifen und Christen zu ermorden – scheint ihre Religion zu sein.

Bedauerliche Nebenprodukte fehlplatzierter „muslimischer Missstände“

Mit anderen Worten: Die muslimischen Angriffe auf Kirchen scheinen einen ideologischen Ursprung zu haben, sind systemisch und daher ein tatsächliches, andauerndes Problem, auf das die internationale Gemeinschaft hinweisen und das sie lindern muss.

Die UNO möchte jedoch, dass wir all diese andauernden Massaker an christlichen Gläubigen als bedauerliche Nebenprodukte fehlplatzierter „muslimischer Missstände“ ignorieren und beiseite schieben – und uns stattdessen auf einen einzigen, wenn auch zugegebenermaßen schrecklichen Vorfall konzentrieren.

Für die UNO stellt ein einzelner Vorfall offensichtlich ein „Muster“ dar – eines, das dringend anerkannt und auf das reagiert werden muss. Die Reaktion besteht darin, all diejenigen zum Schweigen zu bringen, zu ignorieren oder anzugreifen, die das umfassend dokumentierte reale Muster von Missbrauch und Gewalt gegen Nicht-Muslime aufdecken – und genau *darum* geht es bei der „Bekämpfung der Islamophobie“.

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches „Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam“ („Verteidiger des Westens: Die Christlichen Helden, die sich dem Islam entgegenstellten“), ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum. Der Beitrag erschien zuerst bei Gatestone Institut. Übersetzung von Daniel Heniger.

Schwarze Leben, die nicht zählen: 50 Christen in ihrer Kirche ermordet

Von

[David Berger](#)

10. Juli 2022

0

Anfang Juni ermordeten islamische Terroristen mehr als 50 Christen, die friedlich in der katholischen Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo Gottesdienst feierten. Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria angegriffen, beschossen oder in Brand gesteckt. Wo bleibt die Empörung? Wo sind die „Hashtags“ zur Unterstützung der christlichen Nigerianer? Warum sind diese schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur diese nicht?

Am ersten Sonntag im Juni dieses Jahres stürmten islamische Terroristen die katholische Kirche St. Francis im nigerianischen Bundesstaat Ondo und [massakrierten](#) mehr als 50 Christen, die friedlich ihrem Gott huldigten. Einem [Bericht](#) zufolge zeigten Videos, „wie die Gläubigen in Blutlachen lagen, während die Menschen um sie herum wehklagten“.

So schrecklich dieses Massaker auch erscheinen mag, es ist nur die sprichwörtliche „Spitze des Eisbergs“: Im Laufe der Jahre haben Muslime unzählige Kirchen in Nigeria überfallen, beschossen oder in Brand gesteckt. Im Folgenden werden nur drei Beispiele genannt:

- [Ostersonntag](#), 20. April 2014: Islamische Terroristen steckten eine vollbesetzte Kirche in Brand; 150 Christen wurden getötet und unzählige verletzt.
- [Ostersonntag](#), 8. April 2012: Von Muslimen gelegte Sprengsätze detonierten in der Nähe von zwei voll besetzten Kirchen; mehr als 50 Christen wurden getötet und eine unbekannte Zahl von Menschen verletzt.
- [Weihnachtstag](#), 25. Dezember 2011: Muslimische Terroristen beschossen und bombardierten drei Kirchen; 37 Christen wurden getötet und 57 verwundet. Christen in einem Völkermord ausgelöscht

Nach Angaben mehrerer Nichtregierungsorganisationen (z. B. [hier](#) und [hier](#)) werden die Christen in Nigeria in der Tat [in einem Völkermord ausgelöscht](#). [Alle zwei Stunden](#) wird in Nigeria ein Christ getötet. Einem [Bericht](#) vom August 2021 zufolge wurden seit Beginn des islamischen Aufstands im Juli 2009 – zunächst durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram und später durch muslimische [Fulani](#)-Hirten, die ebenfalls von einer dschihadistischen Ideologie motiviert sind, die sie dazu treibt, christliches („ungläubiges“) Land [einzunehmen](#) – mehr als 60.000 Christen entweder bei Überfällen ermordet oder entführt und nie wieder gesehen. In dieser Zeit wurden etwa 20.000 Kirchen und christliche Schulen von Muslimen, die „Allahu Akbar“ („Allah ist größer“) schrien, in Brand gesteckt und zerstört.

Vor weniger als einem Monat veröffentlichte der Islamische Staat in Nigeria ein Video, das zeigt, wie seine Mitglieder [20 Christen abschlachten](#). Obwohl es sehr an das Video aus dem Jahr 2015 erinnert, in dem eine andere Meute muslimischer Terroristen [21 koptische Christen in Libyen abschlachtet](#), wurde in den Medien deutlich weniger darüber berichtet. Über das Video der Kopten aus dem Jahr 2015 wurde [sechsmal weniger in den Medien berichtet](#) als über die [Tötung eines Gorillas](#), die zur gleichen Zeit stattfand. Das Video der nigerianischen Christen vom letzten Monat fand in den westlichen Medien kaum Beachtung –

als wollte man damit andeuten, dass das rituelle Abschlagen von Christen so abgedroschen geworden ist, dass es nicht mehr der Berichterstattung wert ist.

Wo bleibt der Aufschrei?

Wo bleibt der Aufschrei? Als der Australier Brenton Tarrant 2019 in Neuseeland zwei Moscheen [angriff](#) und 51 Muslime tötete, stand die ganze Welt auf und verurteilte die Tat. Die Vereinten Nationen reagierten auf diesen [seltenen und abwegigen Anschlag](#) mit der Gründung einer Initiative zur [Bekämpfung der Islamophobie](#). Wo bleiben nach Jahren und Jahrzehnten der Angriffe die UNO-Initiativen zur „Bekämpfung des Antisemitismus“ und zur „Bekämpfung des Völkermords an Christen“?

Die UNO scheint nur daran interessiert zu sein, zuzusehen, wie ihre Mitglieder ihre Regeln verletzen. Die [völkermörderischen Drohungen](#) Irans, die gegen die UNO-Charta [verstoßen](#), sind ein Grund für den [Ausschluss](#). Die UNO ignoriert unaussprechliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie die Sklaverei ([hier](#) und [hier](#)) oder Chinas [Lügen](#) über die Übertragbarkeit von COVID-19 von Mensch zu Mensch, während sie stattdessen [Israel zu Unrecht verfolgt](#), eine Demokratie, die die Menschenrechte für alle ihre Bürger – ob Muslime, Juden oder Christen – tatsächlich wahrt.

Was werden die UNO und andere große Regierungsorganisationen nun als Reaktion auf die Schüsse in einer weiteren Kirche und die Ermordung von mehr als 50 Christen tun?

Wahrscheinlich nichts – abgesehen davon, dass sie versuchen werden, [jeden zum Schweigen zu bringen](#), der versucht, die Ideologie zu entlarven, die viele der Mörder erwiesenermaßen antreibt (Siehe etwa [hier](#) und [hier](#)). Wir wissen das, weil die UNO und viele Mitglieder des Klerus absolut nichts als Reaktion auf die zahllosen anderen muslimischen Angriffe auf Kirchen unternommen haben, die im Laufe der Jahre [Tausende von christlichen Menschenleben](#) gefordert haben – abgesehen von dem Versuch, die Motivation der Mörder zu vertuschen, wie z. B. mit Ausreden wie „[High auf Cannabis](#)“ oder „[Geisteskrankheit als Verteidigungsstrategie](#)“.

Erst vor zwei Wochen, als Mitglieder des Europäischen Parlaments, eines der gesetzgebenden Organe der Europäischen Union, den Vorschlag unterbreiteten, eine Debatte über die zunehmende [Christenverfolgung](#) in der ganzen Welt zu führen – ironischerweise im Zusammenhang mit der jüngsten Gräueltat in Nigeria: der [Steinigung und Verbrennung](#) der christlichen Studentin Deborah Samuel – [weigerte sich](#) die Mehrheit des Europäischen Parlaments, von denen die meisten den linken Parteien angehören, die Debatte überhaupt zu führen.

In den Medien sucht man Begriffe wie „Muslim“ oder „Islam“ vergeblich

Das Ignorieren der Ermordung von Christen ist natürlich nur ein Teil des Puzzles; das Vertuschen der religiösen Identität ihrer Mörder ist der andere. Bei der Beschreibung des Massakers an mehr als 50 Christen am vergangenen Sonntag tauchten die Worte „Muslim“, „Islam“ oder gar „Islamist“ in dem [AP-Bericht](#) nicht auf. Stattdessen heißt es: „Es war nicht sofort klar, wer hinter dem Angriff auf die Kirche steckte“. Um diese Zweideutigkeit aufrechtzuerhalten, unterlässt es die AP, darauf hinzuweisen, dass islamische Terroristen im Laufe der Jahre in Nigeria *regelmäßig* Kirchen gestürmt und viele Christen abgeschlachtet haben – eine Tatsache, die vielleicht einen Hinweis darauf geben könnte, „wer hinter dem Angriff steckt“. Aber das Verschweigen dessen, was den Christen in Nigeria widerfährt, ist eine alte [Taktik der „Mainstream-Medien“](#).

Man denke nur an die [Worte](#) von Johnnie Carson, dem stellvertretenden US-Außenminister für afrikanische Angelegenheiten unter Präsident Barack Obama. Nachdem muslimische Terroristen in Nigeria am Ostersonntag 2012 mehr als 50 christliche Gottesdienstbesucher abgeschlachtet hatten, sagte Carson: „Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einen wichtigen Punkt zu betonen, und zwar, dass die Religion nicht die Ursache für extremistische Gewalt [in Nigeria] ist.“ Stattdessen sind „Ungleichheit“ und „Armut“ – um den ehemaligen Präsidenten Bill Clinton zu [zitieren](#) – „der Treibstoff für all diese Dinge“ („diese Dinge“ sind die Massaker an Christen durch Muslime). Ein Jahrzehnt – und unzählige christliche Leichen später – haben die USA ihren Standpunkt nicht geändert.

Schlimmer noch: Die Reaktion der Regierung Biden auf den dschihadistischen Ansturm auf die Christen in Nigeria – wo jeden Tag [13 Christen](#) abgeschlachtet werden – bestand darin,

Nigeria von der Liste der besonders besorgniserregenden Länder des Außenministeriums zu streichen: Länder, die Verletzungen der Religionsfreiheit begehen oder tolerieren.

Wo bleibt die Empörung? Wo sind die „Hashtags“ zur Unterstützung der christlichen Nigerianer? Warum sind *diese* schwarzen Leben nicht wichtig? Black Lives Matter, nur *diese* nicht?

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam („Verteidiger des Westens: Die christlichen Helden, die sich dem Islam entgegengestellt haben“, ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

Bei Gatestone erschien dieser Artikel zuerst. Übersetzung Daniel Heiniger.

https://twitter.com/manaf12hassan/status/1551251026946170882?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1551251026946170882%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Ferdogans-islamisten-bombardieren-mini-hagia-sophia-einweihung-in-syrien%2F

Erdogans Islamisten bombardieren „Mini-Hagia-Sophia“-Einweihung in Syrien

25. 07. 2022

Im mittlerweile zu weiten Teilen befriedeten Bürgerkriegsland Syrien blüht auch die christliche Minderheit nach Jahren der brutalen Verfolgung durch die vom Westen finanzierten Islamisten wieder auf. Ein Dorn im Auge der islamischen Hardliner, allen voran der letzten verbliebenen Islamisten-Gruppierungen, die von der Türkei aus finanziert werden und den Norden des Landes destabilisieren. Denn sie dulden weder Kurden noch Christen in den von ihnen beanspruchten Territorien. Einmal mehr unbeachtet von westlichen Medien, ereignete sich nun in Hama ein brutaler Anschlag auf eine christliche Prozession.

Christen bauten Hagia Sophia in Miniatur nach

Die Christen Syrien reagierten auf die vor einigen Jahren vorgenommene Umwandlung der berühmten Kirche Hagia Sophia durch Türkeis Präsidenten Recep Erdogan in eine Moschee auf ihre ganz eigene Weise. Im christlichen bewohnten Suqeilbieh, im Umland von Hama, wurde die Hagia Sophia (auch dank finanzieller Hilfe aus Russland) als Kirche nachgebaut und vergangenes Wochenende feierlich eingeweiht. Denn: In Syrien herrscht

unter der Regierung des als „Diktator“ gebrandmarkten Bashar al-Assad eine Religionsfreiheit, die im Nahen Osten sonst ihresgleichen sucht.

Drohnen-Angriff auf Kirchen-Einweihung

Doch die Zeremonie wurde von einem Drohnenangriff durch Al-Kaida-nahe Islamisten überschattet. Eine mit einer Bombe bestückte Drohne wurde in die Feierlichkeiten gelenkt und detonierte. Dabei kamen mindestens zwei Menschen ums Leben, dutzende wurden verletzt. Anwesend waren auch zahlreiche Kinder. Exil-Syrer vermuten einen gezielten Racheakt Erdogans auf die Einweihung sowie die christliche Minderheit in der umkämpften Region.

<https://www.pi-news.net/2022/08/viktor-orban-in-texas-die-globalisten-koennen-alle-zur-hoelle-fahren/>
Viktor Orbán: „Die Globalisten können alle zur Hölle fahren“

5. August 2022

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat die Konservativen in seiner Grundsatzrede am Donnerstag auf der CPAC 2022 in Dallas, Texas, der Hauptveranstaltung der US-Konservativen, dazu aufgerufen, ihre Kräfte im Kampf gegen die Globalisten zu vereinen.

„Wir müssen die Institutionen in Washington und Brüssel zurückerobern“, betonte Orbán und erinnerte daran, dass die Zwischenwahlen in den USA noch in diesem Jahr stattfinden, gefolgt von den Präsidentschafts- und Kongresswahlen im Jahr 2024, dem Jahr, in dem auch das Europäische Parlament gewählt wird. „Diese beiden Orte sind die beiden Fronten im Kampf um die westliche Zivilisation“, erklärte er.

„Wir Ungarn wissen, wie man die Feinde der Freiheit auf dem politischen Schlachtfeld besiegen kann“, sagte der Politiker. Laut Orbán liegt der Schlüssel zum Erfolg der konservativen Werte – Nation, Familie, christliche Wurzeln – auch unter der liberalen Hegemonie im hundertprozentigen Kampf.

„Die Progressiven von heute versuchen wieder einmal, die westliche Zivilisation von ihren christlichen Wurzeln zu trennen. Sie überschreiten damit eine Grenze, die niemals überschritten werden sollte. Wenn man die westliche Zivilisation von ihrem jüdisch-christlichen Erbe trennt, geschehen die schlimmsten Dinge in der Geschichte. Die schlimmsten Dinge in der modernen Geschichte wurden von Menschen verübt, die das Christentum hassten“, fügte der Premierminister hinzu.

„Ich kenne George Soros gut, er ist mein Gegner. Er glaubt nicht an das, wofür wir stehen. Er hat eine ganze Armee zu seinen Diensten: Geld, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten, Forschungsinstitute und die halbe Bürokratie in Brüssel“, sagte Orbán. George Soros, so der Ministerpräsident, „benutzt diese Armee, um seinen Gegnern, einschließlich der Ungarn, seinen Willen aufzuzwingen, in dem Glauben, dass die Werte, die wir alle hochhalten,

zu den Schrecken des 20. Jahrhunderts geführt haben“. „Im Gegenteil, unsere Werte bewahren uns davor, die Fehler der Geschichte noch einmal zu begehen“, fügte er hinzu.

Viktor Orbán kritisierte die Biden-Regierung dafür, Ungarn und Europa unter ideologischen Druck zu setzen. Er bezeichnete es als bizarr, dass die Obama-Regierung Ungarn zwingen wollte, sein eigenes Grundgesetz zu ändern und christliche Werte daraus zu entfernen.

„Die Demokraten hassen mich, sie verleumden mich und mein Land, genauso wie sie Sie hassen und das Amerika, das Sie vertreten, verleumden“, sagte er.

Der ungarische Ministerpräsident wurde während seiner Rede mehrmals mit stehenden Ovationen bedacht, zum Beispiel als er sagte:

Die Globalisten können alle zur Hölle fahren, ich bin nach Texas gekommen.

Laut Orbán steht Texas – oft als Lone Star State bezeichnet – für Unabhängigkeit, Freiheit und Souveränität. „Mein Land, Ungarn, ist der einsame Stern Europas“, erklärte der Premierminister und erinnerte daran, dass die Ungarn seit 500 Jahren für diese Werte kämpfen.

„In Ungarn haben wir nicht nur eine physische Mauer an unseren Grenzen und eine finanzielle Mauer um unsere Familien gebaut, sondern auch eine rechtliche Mauer, um unsere Kinder vor der gegen sie gerichteten Gender-Ideologie zu schützen“, betonte Viktor Orbán. „Familienbande sollen auf der Ehe oder der Beziehung zwischen Eltern und Kindern basieren. Kurz gesagt: Die Mutter ist eine Frau, der Vater ist ein Mann, und lässt unsere Kinder in Ruhe. Punktum. Ende der Diskussion“, erklärte Orbán. „Weniger Dragqueens, mehr Chuck Norris“, scherzte er.

Zum Krieg sagte der Ministerpräsident, dass es ohne amerikanisch-russische Gespräche niemals Frieden in der Ukraine geben werde. Laut Orbán führt die Strategie der globalistischen Führer zu einer Eskalation und Verlängerung des Krieges und verringert die Chance auf Frieden. „Nur starke Führer sind in der Lage, Frieden zu schaffen“, fügte er hinzu.

Die vollständige Rede des Premierministers als Textform in englischer Sprache finden Sie [hier](#).

Holländischer Anti-Globalist Thierry Baudet: „die größte Zivilisation der Welt“

16. 07. 2022

Screenshot: YouTube

Von JÖRG WOLLSCHLÄGER | **Thierry Baudet sieht sich als Vorkämpfer der europäischen Zivilisation, der „größten der Welt“. Baudet gilt mit seinem intellektuellen Auftreten als Fürsprecher der gebildeten Mittelschicht und der Studenten. Er kann übergeordnete Zusammenhänge erkennen und steht inhaltlich im starken Gegensatz zum einseitig auf den politischen Islam fixierten Geert Wilders [Link]. Als Newcomer auf der politischen Bühne gelang es ihm 2019 mit seinem „Forum voorDemocratie“ mit 14,53 % die meisten Stimmen zu gewinnen, was auch mit der extrem zersplitterten Parteienlandschaft (über 20 Parteien, Stand 2019) in den Niederlanden zusammenhängt [Link].**

Er sieht in der EU ein „**kulturmarxistisches Projekt**“, deren eigentliches Ziel die „**Zerstörung der europäischen Zivilisation**“ ist [Link]. Folgenden beiden Sätze sind unter dem Video einer Rede von Baudet zu lesen, die am 6.7.2022 auf dem YouTube Kanal des Forum voorDemocratie hochgeladen wurde und die er vor dem Generalstaaten, dem niederländischen Parlament, hielt:

Wenn man eine große Zivilisation zerstören will, muss man genau das tun, was die westlichen Regierungen in unseren Ländern seit Jahrzehnten tun. Wenn Sie das Gegenteil wollen, eine Wiederbelebung unserer Zivilisation, unserer Geschichte und unserer Menschen, dann landen Sie bei der FVD.

Forum voorDemocratie, 6.7.2022, [Link](#)

Parlaments-Rede des Thierry Baudet

Wenn man eine große Zivilisation wie unsere zerstört, dann könnte man eine Anleitung erstellen mit den Dingen die dafür zu tun sind. Zum Beispiel Massenmigration, Enteignung der Bauern, so daß die Nahrungsversorgung gefährdet ist, Energiepreise werden unleistbar, das Umschreiben der Geschichte durch Homo-Propaganda und Emanzipation, Feminismus, Abtreibungspropaganda, Zerstörung der Familie und der Familienstrukturen, moderne Kunst, moderne Architektur um die Seelen der Menschen zu schädigen, überstaatliche Verbindungen zerstören die Demokratie.

Tatsächlich muß man genau das tun, was die Leute des Kartells seit Jahrzehnten in unseren Ländern machen. Es ist eigentlich ein vollständige Anleitung für die Zerstörung einer großen Zivilisation, der größten Zivilisation, die die Welt jemals gesehen hat! Und es versetzt mich so sehr in Trauer jeden Tag zu sehen wie es passiert.

Sie wird jeden Tag ein bißchen mehr zerstört, jeden Tag wird gegen unsere Welt ein wenig stärker gearbeitet und man liest über die Dekadenz der Römer, von

Montesquieu, man liest darüber bei Tomasi di Lampedusa wie ein Hanswurst gerade versuchte Clover zu zitieren, Sie betreiben Hühnerdiebstahl bei Sprengler! Man sieht wie es passiert aber man kann zu Euch, dem hypnotisierten Mob nicht durchdringen. Es ist nicht möglich diesen Menschen zu sagen, sie machen weiter gemäß ihrer Anweisung. Ich mache was ich kann um es aufzuhalten, aber ich kann wahrscheinlich ihren Vormarsch nicht aufhalten. Danke!

Fragen und Antworten

Abgeordneter Herr van der Berg: *Der Vorsitzende Herr Baudet verlas vor allen einen zum Widerspruch aufreizenden Text über Schwulen-Propaganda, den ich einfach wegwarf und Sie haben noch nicht einmal ihre Antwort gegeben. Ich habe nicht einmal die ganze Debatte zugehört, Nein.*

TB: All das Geplapper von Deppen wie Ihnen, daß ich nichts ändern werde daran, ist auch Teil des Verfalls unserer Gesellschaft. Es ist das **Problem des Mikromanagements**. Mikromanager wie alle von Euch hier, die wirklich nur auf den allerkleinsten Effekt von großen Problem erkennen können. Das führt uns zu dem Paradox, daß es zum Beispiel kurzfristig gut sein könnte diesem Bereich eine kleine Subvention zu geben. Aber das Endergebnis ist noch mehr Staat. Zum Beispiel nur wenn man die wichtigsten Themen aus einer Hubschrauberperspektive angehen kann, kann man sie diskutieren und eine Übereinstimmung finden. Dann macht es Sinn anzufangen auf einer Mikroebene

Abgeordneter Herr van der Berg: Abgehobenes Gerede wieder. Er wurde endlich Vorsitzender, aber nach viel Gerede über Psychologie und den Euro. Aber intellektueller Unsinn hilft auch nicht die Lebenskosten zu bezahlen, die Wähler von seiner Herrlichkeit Buddha haben heute gesehen. Überhaupt keine Ideen wie man vorangehen kann, wie sie ihre Rechnungen zahlen können, nur moralisch abgehobenes Gerede. Keine Lösungen, ein Jammer.

TB: Das ist völliger Unsinn. Meine Lösungen sind sehr **konkret und sehr wohl anwendbar. Man kann Gas einführen in Groningen, Ende des Energiewandels, Ende der Masseneinwanderung die die Wohnungen verteuert, Ende des Euro, der unsere Pensionen verdunstet und unser Geld. Ende der modernen Architektur, die die Seelen der Menschen zerstört, Ende der Zerstörung der Familien, so daß unsere Zivilisation wiederbelebt wird. Es ist gar nicht so schwer.** Nur auf der höheren Ebene gibt es keine Übereinstimmung mit Euch, daher sprechen wir über die allerkleinsten Mikropunkte. Und ja, Sie lehnen sich ein klein wenig zurück, um zu spielen und Fliegen zu fangen, und indigniert zu spielen. Ja, sehen Sie...Ich finde das nicht so interessant.

Abgeordneter Herr van der Berg: Ja, Sie sitzen uns in den Ohren jeden Tag, und Sie dürfen es nicht sehr interessant finden, aber ich denke, daß alle die Leute, die diese Debatte hier sehen finden seine Zerknirschung nicht so sinnvoll.

TB: Nun, ich denke, weil die Menschen in den Niederlanden die wählen können zwischen allen Arten von **Varianten des Great Reset**. Great Reset Partei 1, Great Reset Partei 2, Great Reset Partei 3. Ihr wollt alle dasselbe. Ihr wollt, daß die massive Immigration weitergeht, daß der Energiewandel weitergeht, bald ein Proteinübergang, wir müssen also alle Vegetarier werden, mehr moderne Kunst, mehr moderne Steuerung, mehr

Atomisierung, mehr Einsamkeit, mehr Gerede über Transnationalismus, also weniger Demokratie.

Das ist eine Richtung, das ist eine Option. Oder die Leute können leistbare Energie, leistbare Lebenshaltungskosten, wenn die Niederlande wieder für die Niederlande da sind, mit unserer Kultur, unserer Geschichte. Keine Verunreinigung und Verleumdung mehr unserer großartigen kolonialen, ehrbaren und stolzen Vergangenheit. Leben inmitten der Nachkommen meiner Familie. Das ist eine ernsthaft politische Wahl. Und alles andere ist die Durchführung und Positur.

Parlamentsvorsitzende: Danke mein Herr.

<https://de.gatestoneinstitute.org/18774/gotteslaesterer-pakistan>

Tod für "Gotteslästerer" in Pakistan

von [Raymond Ibrahim](#)

3. August 2022

Englischer Originaltext: [Death for "Blasphemers" in Pakistan](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

Am 4. Juli 2022 wurde ein christlicher Mechaniker, der seit fünf Jahren unter der falschen Anschuldigung der "Blasphemie" wegen angeblicher Beleidigung des muslimischen Propheten Mohammed inhaftiert war, von einem pakistanischen Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Fünf Jahre zuvor, am 5. Juni 2017, war Ashfaq Masih, 34, in einen Streit mit Muhammad Naveen geraten, einem Konkurrenten, der in der Nähe von Masihs Werkstatt eine Mechanikerwerkstatt eingerichtet hatte. Laut Masihs [Nicht-Schuldig-Plädoyer](#) war Muhammad "eifersüchtig, weil mein Geschäft besser lief", und drohte mir nach dem Streit "mit schlimmen Konsequenzen". Am folgenden Tag, dem 6. Juni, geschah [laut Aussage](#) Masihs folgendes:

"Muhammad Irfan kam in mein Geschäft, um die Räder seines Motorrads auszuwuchten. Ich wuchtete das Rad aus und verlangte den zwischen uns vereinbarten Betrag für meine Arbeit. Muhammad Irfan weigerte sich, mir Geld zu geben, und sagte: 'Ich bin ein Anhänger von Peer Fakhir [einem muslimischen Asketen] und verlange kein Geld von mir.' Ich sagte ihm, dass ich an Jesus Christus glaube und nicht an Peer Fakhir, und dass er mir bitte meine Arbeit vergüten möge."

Zu diesem Zeitpunkt ging Muhammad Irfan in das Geschäft des Konkurrenten Muhammad Naveed – oder kehrte vielleicht dorthin zurück – und kurz darauf hatte sich ein muslimischer Mob um das Geschäft des Christen gebildet. Wie Masih [erklärt](#):

"Die beiden haben sich gegen mich verschworen und eine falsche Anzeige gegen mich erstattet. Ich erzählte einem Polizeibeamten die wahre Geschichte, aber er notierte meine Version gar nicht, sondern führte die Untersuchung ex-parte durch. Ich habe weder ein abfälliges Wort gegen den Propheten Mohammed geäußert noch würde ich so etwas denken."

Neben dem rivalisierenden Ladenbesitzer Muhammad Naveed brachte Muhammad Irfan, der Kläger, auch zwei andere Muslime – Muhammad Nawaz und Muhammad Tahir – dazu, zu lügen und der Polizei zu [sagen](#), sie hätten "gehört, wie Masih sich abfällig über den muslimischen Propheten geäußert hat", obwohl keiner von ihnen bei der Auseinandersetzung zwischen Irfan und Masih anwesend war.

Masih wurde nach Abschnitt 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuchs angeklagt, der [besagt](#):

"Wer den heiligen Namen des heiligen Propheten Muhammad (Friede sei mit ihm) durch Worte, in gesprochener oder geschriebener Form, oder durch sichtbare Darstellung oder durch irgendeine Unterstellung, Anspielung oder Andeutung direkt oder indirekt beschmutzt, wird mit dem Tode oder mit lebenslanger Haft bestraft und muss außerdem mit einer Geldstrafe rechnen."

Das Problem mit diesem Gesetz ist nicht so sehr, dass die Strafe extrem und unwiderruflich ist, sondern vielmehr, dass Muslime es regelmäßig ausnutzen, um persönlichen Groll gegen nicht-muslimische Minderheiten in Pakistan zu befriedigen. Tatsache ist, dass die nicht-muslimischen Minderheiten Pakistans, zumeist Christen und Hindus, es besser wissen, als irgendetwas zu sagen, das als Beleidigung des muslimischen Propheten missverstanden werden könnte – sie kennen die schlimmen Folgen sehr genau. Von Jugend an wird ihnen beigebracht, dem islamischen Propheten nichts als [Ehrerbietung](#) entgegenzubringen. Das hält die Muslime jedoch nicht davon ab, diese "Ungläubigen", mit denen sie ein Problem haben, fälschlicherweise der angeblichen Beleidigung Mohammeds zu beschuldigen.

Amnesty International stellte diese Dynamik in einem [Bericht](#) fest, der vor fast drei Jahrzehnten, im Jahr 1994, erstellt wurde:

"In allen Fällen, die Amnesty International bekannt sind, wurden die Anklagen wegen Blasphemie [in Pakistan] offenbar willkürlich erhoben, und zwar ausschließlich aufgrund der religiösen Minderheitenüberzeugungen der Betroffenen... In all diesen Fällen deuten die vorliegenden Beweise darauf hin, dass die Anklagen als Maßnahme zur Einschüchterung und Bestrafung von Angehörigen religiöser Minderheiten erhoben wurden ... Die Feindseligkeit gegenüber religiösen Minderheiten schien in vielen Fällen durch persönliche Feindschaft, berufliche oder wirtschaftliche Rivalität oder den Wunsch, politische Vorteile zu erlangen, verstärkt zu werden. Infolgedessen ist Amnesty International zu dem Schluss gekommen, dass die meisten der Personen, die sich heute wegen Blasphemie angeklagt oder verurteilt sehen, Gefangene aus Gewissensgründen sind, die ausschließlich wegen ihrer tatsächlichen oder unterstellten religiösen Überzeugungen inhaftiert sind, womit ihr Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verletzt wird [Hervorhebung hinzugefügt]."

Der Eindruck, dass in pakistanischen Gerichtssälen standgerichtliche Schauprozesse abgehalten werden, wenn es um Blasphemie geht, scheint eine angemessene Beschreibung des jüngsten Prozesses von Ashfaq Masih zu sein. Obwohl die Christen in Pakistan wissen, dass sie äußerst vorsichtig sein müssen, wenn sie *irgend etwas* sagen, was als Beleidigung Mohammeds missverstanden werden könnte, erklärte die Staatsanwaltschaft:

"Am 15. Juni 2017 um 12 Uhr mittags hat der Angeklagte Ashfaq Masih, während er in seinem Geschäft saß, blasphemische Worte über den Propheten Mohammed geäußert und Worte gesagt, die nicht wiedergegeben werden können."

Der dem Fall vorsitzende muslimische Richter Khalid Wazir, ging sogar so weit, zu erklären, dass "es unvorstellbar ist, dass ein Muslim eine derartige Geschichte frei erfinden würde", während er gleichzeitig die von Masih's Verteidigungsteam vorgelegten Beweise als "unglaublich" bezeichnete. So verkündete Khalid am 4. Juli 2022, dass der 34-jährige Christ, der eine Frau und eine kleine Tochter hat, "am Hals aufgehängt werden soll, bis der Tod eintritt, vorbehaltlich der Bestätigung durch das ehrenwerte Hohe Gericht".

Angesichts der Tatsache, dass Masih in den vergangenen fünf Jahren bereits im Gefängnis gelitten hatte, war seine Familie entsetzt, als der Richter das Todesurteil verkündete. Er durfte seine 2019 verstorbene Mutter nicht sehen oder bei ihr sein, weil er hinter Gittern saß. Seitdem "wurde der Fall mehrfach vertagt, neu angesetzt, der Richter erschien nicht, die Zeugen erschienen nicht und sogar der Anwalt des Klägers registrierte seine Präsenz nicht."

Laut Masih's älterem Bruder, Mehmood:

"Das plötzliche Urteil verblüffte mich und ich wusste nicht, was ich tun sollte. Ich konnte mich kaum zusammenreißen, kam aus dem Gerichtssaal und fing an zu weinen, weil es für mich das Ende der Welt war. Ich eilte nach Hause und informierte meine Familie. Auch meine Frau und meine Kinder begannen zu weinen. Als sich die Nachricht verbreitete, begannen meine Verwandten uns zu besuchen, um uns zu trösten, aber das war nicht leicht für mich, denn Masih ist mein einziger Bruder und ich liebe ihn sehr."

Nasir Saeed, der Direktor des Centre for Legal Aid Assistance and Settlement, einer Wohltätigkeitsorganisation, die verfolgte Christen in Pakistan unterstützt, sagte zu diesem Urteil, es sei "sehr traurig, aber zu erwarten". Er fügte hinzu:

"Ich kann mich an keinen Fall erinnern, in dem die untere Instanz eine Kautionsbewilligung oder jemanden freiließ, der wegen des Blasphemiegesetzes angeklagt war. Die Richter sind sich bewusst, dass solche Fälle dazu dienen, die Gegner zu bestrafen und einen persönlichen Groll gegen sie auszutragen, insbesondere gegen Christen. Aufgrund des Drucks der islamischen Gruppen zögern die Richter der unteren Instanzen stets, die Opfer freizulassen, treffen aber populäre Entscheidungen, um ihre Haut zu retten und ihre Last auf das Oberste Gericht abzuwälzen. Masih's Fall war völlig klar: Der Ladenbesitzer wollte ihn weg haben, und Naveed war ein geschäftlicher Konkurrent, der ihn in einen falschen Blasphemie-Fall verwickelte. Er ist unschuldig und hat bereits fünf Jahre im Gefängnis verbracht für ein Verbrechen, das er nie begangen hat."

Masihs Fall ist nun mindestens das dritte Todesurteil dieser Art seit Anfang dieses Jahres.

Im Februar 2022 wurde Zafar Bhatti, 58 – ein weiterer Christ, der eine lebenslange Haftstrafe verbüßt hatte, weil er fälschlicherweise beschuldigt worden war, in einem Text Mohammed gelästert zu haben – [zum Tode verurteilt](#).

Im Januar 2022 wurde Aneeqa Atteeq, eine Muslimin, [zum Tode verurteilt](#), nachdem ein pakistanisches Gericht sie für schuldig befunden hatte, Mohammed in Textnachrichten, die sie über WhatsApp an einen Mann geschickt hatte, beleidigt zu haben. Sie hatte eine plausiblere, wenn auch nicht prosaische Erklärung angeboten: Der Mann, der sie angezeigt hatte, wollte sich an ihr "rächen", weil sie seine Annäherungsversuche zurückgewiesen hatte.

So schrecklich es auch ist, in einem pakistanischen Gerichtssaal der Blasphemie beschuldigt zu werden, so ist es noch viel schlimmer, in die Hände eines pakistanischen Mobs zu geraten. Einem zehn Jahre alten [Bericht](#) zufolge wurden in Pakistan allein zwischen 1990 und 2012 "zweiundfünfzig Menschen unter dem Vorwurf der Blasphemie außergerichtlich ermordet."

Jüngst wurde im März 2022 Safoora Bibi von einer muslimischen Frau und ihren beiden Nichten durch [Aufschlitzen der Kehle](#) ermordet, nachdem ein Verwandter der drei Mörderinnen nur *geträumt* hatte, Bibi habe gegen Mohammed gelästert.

Im Februar 2022 steinigte ein muslimischer Mob einen geistig behinderten Mann [zu Tode](#), nachdem das *Gerücht* aufgetaucht war, er habe ein Exemplar des Korans verbrannt.

Im Dezember 2021 stürmte ein Mob eine Fabrik, [ermordete](#) und verbrannte die Leiche eines Mannes aus Sri Lanka, nachdem das *Gerücht* aufgekommen war, er habe Mohammed gelästert. Zumindest hat es den Anschein, dass der Mob ihn getötet hat, bevor er seine Leiche verbrannte, im Gegensatz zu einem jungen christlichen Paar, das 2015 von einem anderen pakistanischen Mob [bei lebendigem Leib verbrannt](#) wurde, weil *Gerüchte* behaupteten, es habe den Islam beleidigt.

Diese unsägliche Art der Ermordung von vermeintlichen "Gotteslästerern" hat sich in letzter Zeit auch in Nigeria gezeigt. Vor zwei Monaten [steinigten](#) und verbrannten einige Universitätsstudenten Deborah Emmanuel, eine christliche Studentin, die zuvor die sexuellen Annäherungsversuche eines muslimischen Mannes zurückgewiesen hatte. Dieser rächte sich, indem er lautstark behauptete, sie habe Mohammed, den Propheten des Islam, gelästert. Es dauerte nicht lange, da hatte sich ein Mob gebildet und sie ermordet.

So repressiv die "Blasphemiegesetze" in Pakistan auch sind, sie sind nicht auf ein Land beschränkt oder ein Nebenprodukt eines Landes. Sie sind bedauerlicherweise ein Nebenprodukt des Islam. Sie sind nicht nur in der gesamten islamischen Welt anzutreffen (z. B. in [Indonesien](#), [Iran](#), [Malaysia](#), [Oman](#) und [Bangladesch](#)), sondern haben auch im Westen Einzug gehalten – in [Frankreich](#) und [Spanien](#).

"Wenn man den Propheten berührt", [teilte uns](#) ein muslimischer Geistlicher, Yello Babo, mit, der die Steinigung und Verbrennung von Deborah Emmanuel durch einen Mob in Nigeria

verteidigte, "werden wir alle zu Verrückten... Jeder, der den Propheten berührt, wird nicht bestraft, sondern einfach getötet!"

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches "Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam" ("Verteidiger des Abendlandes: Die christlichen Helden, die dem Islam die Stirn boten"), ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

<https://unser-mittleuropa.com/proud-against-pride-mega-demo-gegen-lgbtq-in-belgrad-videos/>

„Proud-AGAINST-PRIDE“ Mega-Demo gegen LGBTQ in Belgrad (VIDEOS)

15. 08. 2022

Vor ELMAR FORSTER

Gleich vorweg...

Man mag zu der Proud-against-Pride-Anti-Demo stehen wie man will... Aber es handelt sich dabei um ein demokratisches Recht auf Redefreiheit, ganz im Sinne von Salman Rushdie, der dafür fast mit seinem Leben bezahlt hat:

„Das Recht zu sprechen beinhaltet die Abweichung von Religion, Satire, Vulgarität, Beleidigung. Wenn das nicht gegeben ist, gibt es keine Freiheit der Rede.“

„Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.“ (Kant vereinfacht)

Wo die einen eine Beleidigung traditioneller, christlicher Werte und Normen in Form einer Besatzungsmacht planen, haben auch die anderen das Recht dagegen mit denselben Mitteln offensiv vorzugehen. – Indem sie sich auf Kant berufen können...

Falsch verstandene Freiheit der Liberal-Nihilisten

«Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will.» (J.J. Rousseau)

„Hände weg von unseren Kindern !“

Von der internationalen LGBTQ-Lobby geflissentlich verschwiegen...: Zehntausende Serben protestierten gestern Sonntag gegen ungehemmte LGBTQ-Indoktrination, verteidigten vehement traditionelle Familienwerte und forderten ein Verbot für die im September geplante Pride-Parade.

Das Motto des serbischen Cancel-LGBTQ-Protest orientiert sich an der Devise der ungarischen Regierung: „Hände weg von unseren Kindern !“



Hier der [twitter-link](#)

Der serbisch-orthodoxe Patriarch brachte den nihilistischen Kulturkampf auf den Punkt:

„Sie werden kommen, um unsere Hauptstadt zu entweihen, nichts ist ihnen heilig. Wir werden uns alle dagegen wehren. Ich zuallererst, ich bin schon aufgestanden. Und ich werde jeden verfluchen, der das organisiert und sich daran beteiligt“.

Auch zahlreiche Fußball-Fans bekundeten umissverständlich ihre Position:

Links-nihilistische Besatzungsmacht gegen traditionelle, christliche Werte
Die postmodernen Links-Nihilisten mit ihrem grenzenlosen „anything goes“ sollen sich nichts vormachen: Ihre Positionen schienen bis vor kurzem nur deshalb sakrosankt zu sein, weil sie bisher nicht angefochten wurden. Un-anfechtbar sind sie nicht...

Eine bisher geschwiegen habende Mehrheit im traditionellen „Osten“ drückt das offenbar so aus: „Möge der links-nihilistisch-multikulturelle Westen vor die Hunde gehen! In unserer Heimat wollen wir nicht vom Links-Tugend-Totalitaristen besetzt werden.“

Bleibt gespannt abzuwarten: Wie viele der im Westen proud-pride-mäßig abstanzenden Sex-isten, im September in Belgrad, auf der Proud-Pride ihre Zivilcourage unter Beweis stellen mögen. Das Recht zu sprechen sei ihnen nicht abgesprochen...

Der Kulturkampf diesbezüglich lässt sich weder leugnen noch aufhalten...

Und gerade die Serben haben in ihrer Geschichte schmerzvoll erfahren, dass verloren gegangene Schlachten (Schlacht auf dem Amselfeld 1389 – 1878) gegen Besatzer eine lange Geschichte der kulturellen Unterdrückung nach sich ziehen...

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter [<ungarn_buch@yahoo.com>](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

<https://www.youtube.com/watch?v=oHTpjXqXSxg>

<https://www.n-tv.de/politik/17-45-Steinmeier-attackiert-russisch-orthodoxe-Kirche-Krieg-kein-Wille-Gottes--article23143824.html>

Ukraine-Krieg im Liveticker+++ 17:45 Steinmeier attackiert russisch-orthodoxe Kirche: Krieg kein Wille Gottes +++

Zum Auftakt des sogenannten Weltökumenetreffens in Karlsruhe kritisiert Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Führung der russisch-orthodoxen Kirche in scharfer Form für deren Unterstützung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Ihre Leitungsebene verbreite Propaganda, die "willkürlich Gottes Willen für die imperialen Herrschaftsträume einer Diktatur in Anspruch nimmt", sagt Steinmeier laut vorab verbreitetem Redetext in seiner Eröffnungsansprache. Sie beschreibe einen "blasphemischen Irrweg". Steinmeier verweist dabei unter anderem auf "Flächenbombardements" gegen zivile Ziele sowie Kriegsverbrechen und Zerstörungen religiöser Stätten in der Ukraine. "Kein Christ, der seinen Glauben, seine Vernunft und seine Sinne noch beisammen hat, wird darin Gottes Willen erkennen können", sagt der Bundespräsident.

<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/137635/US-Gouverneur-will-Transgenderklinik-ueberpruefen?rt=f190daa0ed5286f03c66201b65e7b427>

US-Gouverneur will Transgenderklinik überprüfen

Donnerstag, 22. September 2022

Washington – Der Gouverneur von Tennessee will eine Untersuchung der Vorwürfe gegen die Pädiatrieabteilung des Vanderbilt University Medical Center einleiten. Auslöser für die Ankündigung des Republikaners Bill Lee sind Aussagen von Lehrkräften über „lukrative Geschäfte“ mit Geschlechtsumwandlungen an Minderjährigen.

In einem Podcast der konservativen News-Website The Daily Wire waren in dieser Woche Videokommentare von leitenden Mitarbeitern der Klinik zu hören. Die Dokumente aus den Jahren 2018 und 2019 suggerieren, dass die Klinik die Profitmargen bei Geschlechtsumwandlungen lobe und Mitarbeitern, die aus religiösen Gründen dagegen Bedenken haben, Konsequenzen androhe.

Wenn Mitarbeiter aus Gewissensgründen die Behandlung nicht mittragen wollten, sei das „problematisch“, hatte eine Rechtsprofessorin in einem Video von 2019 erklärt. Wenn sie diese Arbeit nicht machen wollten, „arbeiten sie nicht an der Vanderbilt“.

Die Aussagen werfen „ernste moralische, ethische und rechtliche Fragen auf“, erklärte der Gouverneur. „Wir müssen die Kinder von Tennessee schützen, und das rechtfertigt eine gründliche Untersuchung“, so Lee. Die Klinik hatte erklärt, dass die Videoaufzeichnungen die Betreuung von Transgenderpatienten durch das Zentrum falsch darstelle.

Geschlechtsumwandlungen von Minderjährigen werden in den meisten US-Bundesstaaten nur mit Zustimmung der Eltern durchgeführt. Die Eingriffe sind sehr kostenintensiv, da sie nach den eigentlichen Operationen wie Brustamputation oder Geschlechtsresektion oft jahrzehntelange Folgebehandlungen nach sich ziehen. © kna/aerzteblatt.de

<https://de.gatestoneinstitute.org/19054/verfolgten-christen-radikale-muslime>

Der Westen wendet sich von verfolgten Christen ab und umarmt radikale Muslime

von **Raymond Ibrahim**

29. Oktober 2022

Englischer Originaltext: [The West Turns Back on Persecuted Christians, Embraces Radical Muslims](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger

Während die wenigen Christen, die um Asyl nachsuchen, streng geprüft und mit Hindernissen konfrontiert werden, werden Millionen von muslimischen Asylbewerbern problemlos in den Westen aufgenommen, und die meisten werden nicht einmal überprüft. Das britische Innenministerium verweigerte drei christlichen Führern – Erzbischöfen, die für ihren heldenhaften Einsatz zur Unterstützung verfolgter Christen in Syrien und im Irak gefeiert wurden und zur Einweihung der ersten syrischen Kathedrale Grossbritanniens eingeladen waren, an der auch der damalige Prinz Charles teilnahm – nicht nur die Einreise, sondern teilte ihnen auch spöttisch mit, es gebe "keinen Platz in der Herberge".

Westliche Behörden sind offenbar entschlossen, christliche Asylbewerber zu diskriminieren, während sie muslimische Asylbewerber willkommen heissen.

Kürzlich **verweigte Deutschland – das Millionen von Flüchtlingen aus der muslimischen Welt aufgenommen hat, darunter viele nicht überprüfte Afghanen – einem iranischen Konvertiten zum Christentum, bekannt unter den Initialen "H.H.", dessen Schwager inhaftiert, gefoltert und getötet wurde, nachdem er in seinem Heimatland Iran konvertiert war, die Aufnahme. Laut einem **Bericht** vom 2. August:**

"Nachdem der Asylantrag von H.H. vom BAMF abgelehnt wurde, legte er beim Verwaltungsgericht Greifswald Berufung ein. Doch das Gericht wies H.H.s Klage mit der Begründung ab, es sei 'nicht besonders wahrscheinlich', dass ein Muslim sich entschließen würde, Christ zu werden, nachdem sein Schwager gefoltert und getötet sowie seine Frau misshandelt worden war. Eher sei 'anzunehmen, dass von den geschilderten Geschehnissen, sollten sie tatsächlich stattgefunden haben, eine abschreckende Wirkung auf dritte Personen ausgeht', so das Verwaltungsgericht."

"Kürzlich lehnte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Anhörung von Hassan ab. Nun ist er von der Abschiebung bedroht, in ein Land in dem Konversionen mit Gefängnis bestraft werden können."

Lidia Rieder, Rechtsreferentin bei ADF International (Alliance Defending Freedom), **äußerte** sich zu H.H.s Fall:

"Der Iran ist für Christen eines der gefährlichsten Länder der Welt, und Konvertiten sind besonders gefährdet. Im letzten Jahr hat sich die religiöse Verfolgung stark verschärft. Sogenannte 'religiöse Abweichler' können zu Haftstrafen verurteilt werden, immer wieder werden Anklagen wegen Verstößen gegen die nationale Sicherheit gegen religiöse Minderheiten erhoben. Die Gerichte in Deutschland müssen dies bei der Bearbeitung von Asylanträgen berücksichtigen."

Deutschland und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sind nicht die einzigen, die verfolgten Christen Zuflucht verweigern oder sie diskriminieren. Im Laufe der Jahre haben sich viele andere westliche Staaten ähnlich verhalten.

Unter der Präsidentschaft von Barack Obama, insbesondere während der Flüchtlingskrise, die durch den Aufstieg des Islamischen Staates (ISIS) ausgelöst wurde, wurden das Weiße Haus und das Außenministerium allerlei **diskriminierender Maßnahmen gegen Christen beschuldigt – bis zu dem Punkt, dass ein Bundesberufungsgericht Ende 2016 eine Klage gegen das Ministerium für Heimatschutz einreichte. Darin äußerte **Richter Daniel Manion** seine "Besorgnis über den offensichtlichen Mangel an syrischen Christen als Teil der Einwanderer aus diesem Land":**

"Vielleicht 10 Prozent der syrischen Bevölkerung sind Christen, aber weniger als ein halbes Prozent der syrischen Flüchtlinge, die in diesem Jahr in den Vereinigten Staaten aufgenommen wurden, sind Christen... Bis heute gibt es keine gute Erklärung für diese verblüffende Diskrepanz."

Die Diskrepanz bei den Zahlen war sogar noch verblüffender: Obwohl die US-Regierung eingeräumt hatte, dass ISIS einen **Völkermord an Christen in Syrien allein aufgrund ihrer religiösen Identität begeht, nahm sie nur diejenigen auf, die *per definitionem* in keiner Weise Ziel von ISIS waren – sunnitische Muslime, mit denen sich ISIS, eine sunnitische Organisation, identifiziert und die sie nicht angreift. Trotz der Tatsache, dass Sunniten etwa 75 % der syrischen Bevölkerung**

ausmachen und Christen etwa 10 %, waren ganze 99 % der nach Amerika gebrachten Personen sunnitische Muslime und **weniger als 0,5 %** waren Christen.

Wie CNS News im Jahr 2016 **feststellte**: "Rekordzahl von 499 syrischen Flüchtlingen, die bisher im Mai in die USA aufgenommen wurden, darunter keine Christen." Mit anderen Worten: Selbst wenn man davon ausgeht, dass der Flüchtlingsstatus allen Syrern unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit hätte gewährt werden sollen, hätten unter Obama 20 Mal mehr Christen und etwa ein Viertel weniger Sunniten den Flüchtlingsstatus erhalten sollen.

Eine nahezu identische Situation herrschte in Grossbritannien. Im Jahr 2019 **notierte** die *Times*, dass Grossbritannien "den Christen keinen sicheren Hafen bietet" und "anscheinend zugunsten von Muslimen" statt Christen **diskriminiert**.

Wieder einmal bestätigen die **Statistiken** diese Behauptung: "Von den 4.850 syrischen Flüchtlingen, die 2017 vom Innenministerium zur Neuansiedlung akzeptiert wurden, waren nur elf Christen, was nur 0,2 % aller von Grossbritannien akzeptierten syrischen Flüchtlinge entspricht."

Damals **schrieb** Lord David Alton of Liverpool, ein Peer auf Lebenszeit im House of Lords, an Sajid Javid, den muslimischen Mann, der damals das britische Innenministerium leitete:

"Es ist weithin anerkannt, dass Christen, die etwa 10 Prozent der syrischen Vorkriegsbevölkerung ausmachten, gezielt von dschihadistischen Rebellen angegriffen wurden und weiterhin gefährdet sind... Wie die Statistiken des letzten Jahres mehr als deutlich zeigen, ist dies [das Ungleichgewicht zwischen den aufgenommenen muslimischen und christlichen Flüchtlingen] kein statistischer Ausrutscher. Es zeigt ein Muster der Diskriminierung, das die Regierung rechtlich dazu verpflichtet, konkrete Schritte zu unternehmen, um dagegen vorzugehen."

Wie in den USA wurde die Diskriminierung so eklatant, dass Lord George Carey das Innenministerium wegen "**institutioneller Voreingenommenheit**" gegen christliche Flüchtlinge und damit mitschuldig an dem, was er "die ständige Kreuzigung der Christen im Nahen Osten" nannte, verklagte.

Die Diskriminierung verfolgter christlicher Minderheiten beginnt lange bevor sie die westlichen Länder erreichen. Wie CBN News im Jahr 2019 **berichtete**:

"Christliche syrische Flüchtlinge... wurden von muslimischen UNO-Funktionären in Jordanien daran gehindert, Hilfe vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, dem UNHCR, zu erhalten. Einer der Flüchtlinge, Hasan, ein zum Christentum konvertierter Syrer, erzählte uns in einem Telefongespräch, dass muslimische UNO-Funktionäre in den Lagern "wussten, dass wir Muslime gewesen waren und Christen wurden, und sie behandelten uns mit Verfolgung und Spott. Sie haben uns nicht ins Büro gelassen. Sie haben unsere Bitten

ignoriert. Hasan und seine Familie sind jetzt untergetaucht, weil sie Angst haben, von der jordanischen Polizei verhaftet oder gar getötet zu werden. Der Übertritt zum Christentum ist in Jordanien ein schweres Verbrechen."

Laut Timothy, einem jordanischen Muslim, der zum Christentum konvertiert ist, "sind [offenbar in Jordanien] alle Funktionäre der Vereinten Nationen, die meisten von ihnen, 99 Prozent, Muslime, und sie haben uns als Feinde behandelt".

Paul Diamond, ein britischer Menschenrechtsanwalt, **führte dies weiter aus:**

"Sie haben diese absurde Situation, in der das Programm eingerichtet wurde, um syrischen Flüchtlingen zu helfen, und die Menschen, die es am nötigsten haben, nämlich Christen, die 'genozidiert' wurden, können nicht einmal in die UNO-Lager gelangen, um etwas zu Essen zu bekommen. Wenn du reinkommst und sagst, dass Du Christ oder konvertiert bist, blockieren die muslimischen UNO-Wachleute den Zugang, lachen dich aus, verspotten dich und bedrohen dich sogar... [Sie sagen]: "Du hättest nicht konvertieren sollen. Du bist ein Idiot, weil du konvertiert bist. Du bekommst halt, was du bekommst' und ähnliche Worte."

Derselbe Hohn trifft oft auf die Christen, die die westlichen Länder erreichen. Allein das britische Innenministerium bietet mehrere Beispiele. In einem Fall machte es sich über eine iranische Asylbewerberin in ihrem Ablehnungsschreiben lustig, indem es **schrieb**: "Sie haben in Ihrem AIR [Asylum Interview Record] bekräftigt, dass Jesus Ihr Retter ist, aber dann behauptet, dass er Sie nicht vor dem iranischen Regime retten kann. Daher wird davon ausgegangen, dass Sie keine Überzeugung in Ihrem Glauben haben und Ihr Glaube an Jesus nur halbherzig ist".

Später **sagte** sie, dass ihr Gesprächspartner vom Innenministerium, wann immer sie ihm antwortete, "entweder kicherte oder sich über mich lustig machte... Er fragte mich, warum Jesus mir nicht vor dem iranischen Regime oder den iranischen Behörden geholfen hat."

"In meinem Land", **fügte sie hinzu**, "wird jemand, der zum Christentum konvertiert, mit dem Tod oder der Hinrichtung bestraft."

Einem anderen Muslim, der zum Christentum konvertiert war, wurde in seinem Ablehnungsschreiben des Innenministeriums **mitgeteilt**, dass mehrere Bibelstellen mit seiner Behauptung, er sei zum Christentum konvertiert, weil er entdeckt habe, dass es ein "friedlicher" Glaube sei, "unvereinbar" seien. Der Brief ging so weit, dass er Bibelstellen – u. a. aus Exodus, Levitikus, Matthäus und der Offenbarung – zitierte, um zu argumentieren, dass die Bibel gewalttätig sei, und schloss mit:

"Diese Beispiele stehen im Widerspruch zu Ihrer Behauptung, Sie seien zum Christentum konvertiert, nachdem Sie entdeckt hätten, dass es eine "friedliche" Religion sei, im Gegensatz zum Islam, der Gewalt, Wut und Rache beinhalte."

Das britische Innenministerium verweigerte nicht nur drei christlichen Führern die Einreise – Erzbischöfen, die für ihren heldenhaften Einsatz zur Unterstützung verfolgter Christen in Syrien und im Irak gefeiert wurden und zur Einweihung der ersten syrischen Kathedrale Grossbritanniens eingeladen waren, an der auch der damalige Prinz Charles teilnahm – sondern teilte ihnen auch spöttisch mit, es gebe "keinen Platz in der Herberge".

Sogar im jüngsten Fall von H.H. – dem Iraner, dem in Deutschland Asyl verweigert wurde – war ein Hauch von Spott in der Schlussfolgerung der Behörden zu erkennen: Er muss gelogen haben, schlussfolgerten sie, da offensichtlich kein vernünftiger Mensch zum Christentum konvertieren oder Christ bleiben würde, nachdem er mit ansehen musste, wie ein Verwandter ermordet wurde, weil er konvertierte.

Während die wenigen Christen, die um Asyl nachsuchen, genauestens überprüft und mit Hindernissen konfrontiert werden, werden Millionen von muslimischen Asylbewerbern problemlos in den Westen aufgenommen, die meisten sogar, ohne überprüft zu werden (hier und hier).

Dasselbe Deutschland, das H.H. die Einreise verweigerte und ihn zurück in den Iran schickte, wo ihn möglicherweise Folter und Tod erwarteten, nahm 2015 über eine Million muslimische Migranten und 2021, nachdem H.H. einen Antrag gestellt hatte, zehntausend nicht überprüfte Afghanen auf – obwohl Afghanistan das wohl christenfeindlichste Land ist.

Auch hier handelt es sich um Menschen, die per definitionem keine religiöse Verfolgung in ihrer Heimat erlebt haben können, da sie selbst Muslime sind – ganz zu schweigen davon, dass viele von ihnen die Neigung der Taliban zu Gewalt und Extremismus teilen.

Aktuell wurden, unter der Regierung Biden – der außerdem vorgeworfen wird, christliche Minderheiten absichtlich an der Flucht aus Afghanistan zu hindern – im Jahr 2022 über 74.000 nicht überprüften Afghanen Asyl in Amerika gewährt, und viele von ihnen scheinen auch das Verhalten mitgebracht zu haben, vor dem sie angeblich geflohen sind.

Das britische Innenministerium gewährte Ahmed Hassan Asyl, obwohl er keine Papiere bei sich trug – und obwohl er dem Innenministerium erklärte, er sei "als ISIS-Soldat ausgebildet worden" – zwei Jahre bevor er im September 2017 einen Terroranschlag auf einen Londoner Bahnhof verübte, bei dem 30 Menschen verletzt wurden. Das Innenministerium erlaubte auch einem ausländischen muslimischen Geistlichen, nach London einzureisen und dort Vorträge zu halten, obwohl er das Enthaupten, Verbrennen und Werfen von Homosexuellen von den Klippen befürwortete. In einem anderen Bericht heißt es:

"Britische Teenager werden gezwungen, im Ausland zu heiraten und werden vergewaltigt und geschwängert, während das Innenministerium 'ein Auge zudrückt' und ihren [meist muslimischen] Ehemännern Visa ausstellt."

Der Fall von Asia Bibi – einer christlichen Ehefrau und Mutter von fünf Kindern, die ein Jahrzehnt ihres Lebens in der Todeszelle in Pakistan verbrachte, weil sie

die Autorität Mohammeds in Frage gestellt hatte – wirft vielleicht das beste Licht auf die Einwanderungssituation in Grossbritannien. Obwohl sie im November 2018 schließlich freigesprochen wurde, kam es zu massiven Ausschreitungen, als die Pakistaner in Großbritannien erfuhren, dass ihr Land Bibi Asyl gewähren würde.

Daraufhin blockierte die damalige Premierministerin Theresa May persönlich Bibis Asylantrag, "obwohl Grossbritannien Gastland für [muslimische] Entführer, Extremisten und Vergewaltiger ist", wie es in einer Schlagzeile heißt. Mit anderen Worten, Grossbritannien ließ sich "die Asylpolitik von einem pakistanischen Mob diktieren", berichtete der Guardian, "nachdem bestätigt wurde, dass [der Mob] das Innenministerium drängte, Asia Bibi kein politisches Asyl in Grossbritannien zu gewähren..."

In der Zwischenzeit erlaubte das Innenministerium wie üblich einem pakistanischen Geistlichen – der als so extrem gilt, dass er aus seinem Heimatland Pakistan verbannt worden ist und der die Ermordung eines Politikers, weil er Bibi verteidigt hatte, feierte – britische Moscheen zu betreten und dort Vorträge zu halten.

Der Menschenrechtsaktivist Dr. Martin Parsons brachte seine Frustration darüber zum Ausdruck, dass "im Juli [2016] zwei pakistanischen islamischen Führern, die zur Tötung von Christen, die der Blasphemie beschuldigt werden, aufgerufen haben, Visa [vom Innenministerium] erteilt wurden":

"Es ist unfassbar, dass man diesen verfolgten Christen, die aus der Wiege des Christentums stammen, sagt, dass es keinen Platz in der Herberge gibt, während Grossbritannien Islamisten, die Christen verfolgen, willkommen heißt."

Wenn es darum geht, wer im Westen Asyl erhält, so brauchen verfolgte Christen gar nicht erst einen Antrag zu stellen, während extremistische Muslime mit offenen Armen empfangen werden.

Raymond Ibrahim, Autor des neuen Buches "*Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam*", ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

https://www.focus.de/politik/deutschland/in-muenster-auswaertiges-amt-laesst-kreuz-aus-saal-fuer-g7-treffen-entfernen_id_176714291.html

Auswärtiges Amt lässt Kreuz aus Saal für G7-Treffen entfernen

Freitag, 04.11.2022, 12:52

In Münster wurde für das G7-Treffen das Ratskreuz aus dem Saal entfernt, bestätigt das Auswärtige Amt. Der Grund: Viele G7-Teilnehmer gehören anderen Religionen an. Außenministerin Baerbock sei mit dieser Entscheidung nicht befasst gewesen.

Angesichts des Treffens des G7-Gipfels wurde das Ratskreuz aus dem Saal des historischen Rathauses in Münster entfernt. Das bestätigte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, nach dem einige Medien berichteten. Allerdings sei Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) mit der Entscheidung nicht befasst gewesen, erklärte der Sprecher am Freitag in Berlin. Es habe sich dabei um eine Absprache zwischen Protokoll und der Stadt Münster gehandelt und sei keine Entscheidung auf politischer Ebene gewesen.

Auswärtiges Amt lässt Kreuz für G7-Gipfel entfernen

Zuvor hatten unter anderem die „Westfälischen Nachrichten“ (WN) von der Entfernung des Kreuzes berichtet. **Auf Anfrage bestätigte die Stadt Münster demnach eine entsprechende Bitte aus dem Auswärtigen Amt. Man habe dies damit begründet, dass Menschen mit unterschiedlichem religiösem Hintergrund an dem Treffen teilnahmen. Laut Bild-Zeitung nannte das Auswärtige Amt „protokollarische Gründe“.**

Eine solche Bitte sei bislang noch nie an die Stadt gerichtet worden, schrieben die „Westfälischen Nachrichten“ unter Berufung auf Kreise der Stadtverwaltung. Dabei hatte Baerbock sich den Friedenssaal als Tagungsort des Außenministertreffens gewünscht, wie Münsters Oberbürgermeister Markus Lewé ([CDU](#)) der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) kürzlich bestätigte.

G7-Gipfel beherbergt Teilnehmer unterschiedlicher Religionen

Vor dem - nun vorübergehend entfernten - Ratskreuz werden bis heute alle neuen Mitglieder des Münsterschen Stadtrats vereidigt, es sei denn, sie verzichten ausdrücklich auf den Zusatz „So wahr mir Gott helfe“. **Bei einem Besuch von Großimam Ahmad al-Tayyeb aus Kairo im Jahr 2016 war das Kreuz nicht entfernt worden.**

Das Kreuz stammt nach Angaben der Stadt Münster aus dem Jahr 1540 und ist damit über 100 Jahre älter als der 1648 im Friedenssaal geschlossene Westfälische Friede. In der Regel würden neue Ratsmitglieder in Münster vor ihm vereidigt.

<https://unser-mittleuropa.com/muenster-baerbock-laesst-historisches-kreuz-aus-friedenssaal-waehrend-g7-treffen-entfernen/>

Münster: Baerbock lässt historisches Kreuz aus Friedenssaal während G7-Treffen entfernen

04. 11. 2022



Die Aversion der aktuellen Machthaber und im Besonderen der Grünen zum Christentum verhält sich offenbar verkehrt proportional zur Liebe dieser „fortschrittlichen“ Leute zum Islam. Anders ist es nicht zu erklären, dass ohne Not Symbolik und Feierlichkeiten unserer abendländischen Kultur zunehmend durch Riten und Gebräuche einer importierten orientalischen Wüstenreligion ersetzt werden. Die obendrein noch dazu das Gegenteil von dem vorschreibt, was gemeinhin als „fortschrittlich“ bezeichnet wird. Nachdem gerade Claudia Roth mit ihrem Vorhaben die Bibelsprüche am Berliner Schloss zu überblenden auffällig wurde, setzt nun Annalena Baerbock mit einer weiteren Aktion gegen das Christentum nach. Die grüne Bundesaußenministerin hat für die Dauer des G7-Gipfels das Jahrhunderte-alte Kruzifix aus dem Friedenssaal im Historischen Rathaus in Münster entfernen lassen.

Das Ratskreuz zählt noch dazu zum festen Inventar des Friedenssaales. Auf den Foto- und Filmaufnahmen, die am Donnerstag und Freitag aus Münster rund um die Welt gehen, wird es allerdings nicht zu sehen sein. Auf Bitten des von Baerbock geführten Außenministeriums sei das Ratskreuz für die Dauer des G7-Treffens aus dem Friedenssaal

entfernt worden, bestätigte die Stadt Münster auf Anfrage, der *Westfälischen Nachrichten*.

Das Außenamt habe seine „Bitte“ damit begründet, dass Menschen mit unterschiedlichem religiösen Hintergrund an dem Treffen teilnehmen würden. Eine solche Bitte sei bislang noch nie an die Stadt gerichtet worden, heißt es aus Kreisen der Verwaltung. Das ist natürlich eine fiese Ausrede, denn kaum einer der anwesenden G7-Politiker würde sich wegen dem Kreuze „beleidigt“ fühlen. Hier soll vielmehr ein Zeichen bzw. ein Signal in Richtung „Abschied vom Abendland“ gesetzt werden, indem Baerbock einen wichtigen Teil der Geschichte aussperrt: das 482 Jahre alte Ratskreuz!



G7-

Gipfel im Friedenssaal – an dieser Stelle (weißer Pfeil) hing beinahe 500 Jahre das historische Kreuz bis eine Baerbock die temporäre Entfernung anordnete.

Das G7-Außenministertreffen findet nämlich ausgerechnet im geschichtsträchtigen Friedenssaal von Münster statt: Der war 1648 Schauplatz der Beschwörung des Spanisch-Niederländischen Friedens – Teil des Westfälischen Friedens.

<https://philosophia-perennis.com/2022/11/06/nigeria-muslime-ermorden-fuenfzehn-christen-und-schneiden-einer-frau-die-brust-ab/>

Nigeria: Muslime ermorden fünfzehn Christen und schneiden einer Frau die Brust ab

BY DAVID BERGER

6. NOVEMBER 2022

(David Berger) Islamistische Terroristen töteten zwei Christen im Norden Nigerias, nachdem sie zuvor bei zwei Angriffen 13 weitere Christen abgeschlachtet hatten, so „Morning Star News“.

Die Terroristen griffen das Dorf Gidan Ityotyev, Obi County, gegen 23 Uhr an und töteten Moses Saaku und Aondofa Saaku und verletzten eine weitere Christin, alle Mitglieder der Universal Reformed Christian Church (NKST in Nigeria), sagte der örtliche Gemeindeleiter Ukpuu Abaa in einer Textnachricht an Morning Star News.

„Eine Christin namens Kwaghdoo Saaku wurde verletzt, als die Fulani eine ihrer Brüste abschnitten“, sagte Abaa. „Die Fulani schossen während des Überfalls auf unser Dorf wahllos auf unsere Leute, die in ihren Häusern schliefen.“

Hunderte an Christen vertrieben

In Gidan Sule, einem überwiegend christlichen Dorf im Bezirk Keana, töteten die Terroristen in der Nacht zum 8. Oktober 10 Christen und vertrieben Hunderte von Menschen, sagte Peter Ahemba, Präsident der Tiv Development Association. Die meisten der getöteten Christen waren Frauen, Kinder und ältere Menschen, die dem Angriff nicht entkommen konnten, so Peter Ahemba in einer SMS.

„Zehn Leichen von Christen, die während des Angriffs auf die Gemeinde Gidan Sule getötet wurden, wurden am Sonntagmorgen, den 9. Oktober, von Überlebenden in der Gemeinde geborgen“, sagte Ahemba. „Die Angreifer, bei denen es sich nach unserer festen Überzeugung um Fulani und Terroristen handelt, schossen sporadisch auf Christen, die in ihren Häusern schliefen“...

Extreme Christenverfolgung in Nigeria

Nigeria war im vergangenen Jahr (1. Oktober 2020 bis 30. September 2021) weltweit führend bei der Zahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen (4.650, gegenüber 3.530 im Vorjahr), so der Bericht von Open Doors für die Weltbeobachtungsliste 2022. Auch die Zahl der entführten Christen war in Nigeria mit mehr als 2.500 am höchsten, gegenüber 990 im Vorjahr, so der WWL-Bericht.

Nigeria liegt dem Bericht zufolge mit 470 Fällen von Angriffen auf Kirchen nur noch hinter China. In der Weltbeobachtungsliste 2022 der Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, stieg Nigeria von Platz 9 im Vorjahr auf den siebten Platz auf und erreichte damit seinen bisher höchsten Rang.

<https://unser-mitteleuropa.com/zemmour-soll-europa-afrika-werden-orban-unsere-kultur-wird-aufhoeren-zu-existieren/>

Zemmour: „Soll Europa Afrika werden?“ – Orban: „Unsere Kultur wird aufhören zu existieren.“

12. 11. 2022

Jubel unter den Neo-Europäern

Diplomatische Spannungen zwischen Italien und Frankreich

Wie bereits berichtet, untersagte die italienische Meloni-Regierung dem NGO-Flüchtlingsschiff „Ocean Viking“, das Anlegen. Die Folge waren diplomatische Spannungen zwischen Frankreich und Italien.

Zemmour kritisiert Einschiffungserlaubnis der „Ocean Viking“

Doch auch der französische Ex-Präsidentschaftskandidat Eric Zemmour reagierte harsch: Indem der Anti-Muslim- und Anti-Migrationskämpfer auf Twitter den französischen Präsidenten Emmanuel Macron wegen der Einschiffungserlaubnis für die „Ocean Viking“ in Toulon scharf kritisierte.

Noch am Hafen gab er den Medien ein Interview:

„Morgen, im Jahr 2050, wenn es in Afrika zwei Milliarden Afrikaner gibt, was werden die zukünftigen Emmanuel Macrons sagen? Dass es unsere Pflicht ist, sie alle aufzunehmen? Seien wir konsequent: Wollen wir wirklich, dass Europa in einigen Jahren zu Afrika wird?“ fragte er. ([twitter](#))

„Macron hat drei Fehler gemacht“

„Einen Fehler gegen Frankreich, das er lächerlich macht. Ein anderer Fehler für die Franzosen, die den Preis für die Einwanderung zahlen. Und ein dritter Fehler selbst für Migranten, die die gefährliche Überfahrt in zunehmender Zahl auf sich nehmen werden“.

Zemmour war außer sich:

„Vor 40 Jahren hörte ich: „Es gibt nur 30, es gibt nur 100... (Migranten – Anm. d. Red.), und heute sind es Millionen. Heute gibt es Viertel, ganze Städte, in denen wir nicht mehr in Frankreich sind.“ ([twitter](#))

Zemmour wurde deutlich:

„Im Gegensatz zur (Flüchtlings-NGO) 'SOS Méditerranée' richtet sich mein humanitäres Gefühl in erster Linie an die Franzosen. Diese NGOs sind mitschuldig an der illegalen Einwanderung. Denn sie wollen, dass Europa Afrika wird!“

Philippot: „Soros trägt zur illegalen Einwanderung bei“

Unterdessen meldete sich auch Florian Philippot, ein EU- und NATO-skeptischer französischer Politiker diesbezüglich zu Wort:

„Französische staatliche Beihilfen für die Regierungsorganisationen „SOS Méditerranée“ und Soros müssen strengstens verboten werden, da sie zur geheimen, illegalen Einwanderung beitragen, die die Regierung verbal bekämpfen will!“

Philippot betonte auch die Probleme in Frankreich:

„Während Frankreich laut Regierung ‘seine Menschheitspflicht erfüllt’ – mit der Ocean Viking, lässt es einen 77-jährigen Patienten in einem Krankenhaus verhungern, begrüßt Kinder bei 11 Grad Kälte in der Schule und lässt 15.000 suspendierte Krankenschwestern auf der Straße stehen!“ ([twitter](#))

Laut dem französischen Europaabgeordneten ist dies das Luxushotel, in dem die afrikanischen Neuankömmlinge untergebracht werden.

Orban:

„Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, dass es besetzt wird.“

Bereits 2018 hatte der ungarische Ministerpräsident Orban diese Bevölkerungskatastrophe prophezeit:

„Bis 2050 wird sich die Zahl der in Afrika Lebenden verdoppeln (auf) 2,5 Milliarden Menschen. Afrika wird zehnmal mehr Jugendliche haben als Europa. ... Wenn man dieser aus mehreren hundert Millionen bestehenden jungen Masse erlaubt, nach Norden zu kommen, dann werden ... unsere Kultur, unsere Identität und unsere Nationen ... aufhören zu existieren.“

Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, dass es besetzt wird. ... Anscheinend haben sich die Entwicklungsrichtungen (von) West- und Mitteleuropa getrennt. ... In Westeuropa sind die alten, großen europäischen Nationen zu Einwanderungsländern geworden. Die ... Abnahme der Bevölkerung christlicher Kultur, die Islamisierung der Großstädte schreitet ... voran, und ich sehe jene politischen Kräfte nicht, die die Prozesse aufhalten wollten oder könnten... Wir (Ungarn) haben verhindert, dass die islamische Welt uns überströmte. In dieser Richtung sind wir das letzte Land des lateinischen, das heißt des westlichen Christentums...

Die absurde Situation ist die, dass die Gefahr uns heute vom Westen droht. Dieser Gefahr setzen uns Brüsseler, Berliner und Pariser Politiker aus. ... Jene Politik, die ... den Weg für den Niedergang der christlichen Kultur und den Raumgewinn des Islam eröffnet hat. ... Weil das Fremde schön, die gemischte Bevölkerung besser sei und weil der wahre Europäer keine derart mittelalterlichen Dinge verteidigen soll wie seine Heimat und seine Religion. ... Jetzt heißt (es), wir müssten ihnen ähnlich werden wegen Solidarität. ... Wir werden niemals mit jenen europäischen führenden Politikern solidarisch sein, die Europa in ein postchristliches und postnationales Zeitalter führen wollen.“ (Viktor Orbán: „[Rede](#) zur Lage der Nation, 18.2.2018)

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter [<ungarn_buch@yahoo.com>](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

<https://www.pi-news.net/2022/11/gruene-kulturleugner-lieben-das-fremde-hassen-das-eigene/>

Grüne Kulturleugner lieben das Fremde & hassen das Eigene!

24. November 2022

Martin Renners Rede im Wortlaut:

Hochverehrtes Präsidium, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Wieder einmal sprechen wir über den Haushalt. Über den Haushalt der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, die so gerne die Inschrift an der Kuppel des Berliner Stadtschlusses überblenden würde. So, wie auch Ihre Parteigenossin Baerbock, das historische Ratskreuz in Münster zum Treffen der G7-Außenminister entfernen ließ.

Ist es das, was unserer deutschen Kultur und unserer christlich geprägten Nation blüht? Wenn der Schutz unserer Kultur in die Verantwortung von grünen und linken Kulturleugnern anheimgegeben wird, die das Fremde lieben und das Eigene abgrundtief hassen. Hier wird nicht für die Pflege und den Erhalt der deutschen Kultur Sorge getragen, sondern unsere Kultur und unsere Identität wird parteipolitisch umgedeutet, umgeschrieben und in einen ideologischen, grün-linken Geisteskäfig eingepfercht.

Es ist noch niemals eine gute Idee gewesen, Geld in die Pflege eines Gartens zu stecken, in dem man zuvor den Bock zum Gärtner gemacht hatte. Was hier am Ende übrigbleibt, schmeckt bestenfalls dem Bock selbst – und auch seiner gefräßigen Herde.

Wir sehen doch überall: Eine sich selbst festklebende Wokerilla. Die Kulturgüter beschmutzt und auch Menschenleben gefährdet. Die uns ihre links-ideologische Schmalspur-Weltsicht aufzwingen will. Wir sehen, dass Kultur- und Buchpreise zumeist nur noch für schamlose und peinliche Individuen vergeben werden. Ist das wirklich Kunst? Oder kann das weg?

Nehmen wir die Deutsche Welle: Die mit immer mehr Millionen Euro Steuergeld verwöhnt wird. Hier wird potentiellen Migranten das deutsche Paradies nahe und ans Herz gelegt. Hier wird das Tragen von Kopftüchern auch hierzulande beworben. Und die Deutsche Welle engagiert sich im Ausland für Revolutionen.

Medien, Kunst und Kultur müssen staatskritisch sein. Das ist ihre Aufgabe und Berufung. Doch hier wird mit dem Geld des Steuerzahlers seit Jahrzehnten die Kumpanei mit der Kultur-Bourgeoisie alimentiert, die dem opportunistischen Grundsatz huldigt: Wes Brot ich ess' – des Lied ich sing'. Ich sage: Kumpanei ist Lumperei.

Dieser Haushalt ist abzulehnen.

Zitat: Friedrich Hölderlin: „Doch wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Und ganz sicher ist. Die bolschewoke Kulturpolitik der Ampel ist nicht das Rettende – sondern sie ist die dräuende Gefahr.

<https://unser-mittleuropa.com/grossbritannien-weiße-und-christliche-briten-werden-zum-auslaufmodell/>

Großbritannien: Weiße und christliche Briten werden zum Auslaufmodell

02. 12. 2022

Die Schändung einer Kirche in Großbritannien durch einen Migranten am helllichten Tag.

Nur mehr weniger als 50 Prozent der Briten sind Christen und der Anteil ethnischer Minderheiten wächst

Die Tage des weißen, christlichen Großbritannien scheinen sich ihrem Ende zuzuneigen. Wie die Zeitung „Daily Mail“ berichtet, bezeichneten sich bei der Volkszählung 2021 deutlich weniger Engländer und Waliser als weiß bzw. christlich als ein Jahrzehnt zuvor. Konkret bezeichnet sich nach Angaben der nationalen Statistikbehörde ONS rund 81,7 Prozent der Einwohner von England und Wales als weiß – 2011 waren es noch 86 Prozent gewesen.

Besonders krass ist die Lage in London. In der Hauptstadt bezeichneten sich bei der Volkszählung 36,8 Prozent der Einwohner als „weiße Engländer, Waliser, Schotten, Nordiren oder Briten“, während es im Jahr 2011 noch 44,9 Prozent waren.

Allgemein ist in Großbritannien ein deutlicher Anstieg von Angehörigen verschiedener Minderheiten zu verzeichnen. Jene, die sich bei der Volkszählung als Asiaten identifizierten, stieg von 7,5 Prozent (4,2 Millionen) im Jahr 2011 auf 9,3 Prozent (5,5 Millionen) im Jahr 2021. Bei den Schwarzen ist ein Anstieg von 3,3 Prozent (1,9 Millionen) auf 4,0 Prozent (2,4 Millionen) zu verzeichnen, und gemischte oder mehrere ethnische Gruppen stieg von 1,0 Prozent (564.000) auf 2,1 Prozent (1,3 Millionen).

Die vom ONS veröffentlichten Daten zeigen auch, dass in Großbritannien das Christentum im Rückzug ist. 2021 bezeichneten sich nur noch 46 Prozent der Briten als Christen, gegenüber 59,3 Prozent im Jahr 2011. **Innerhalb eines Jahrzehnts sank die Gesamtzahl der Christen von 33,3 Millionen auf 27,5 Millionen.**

Die am stärksten wachsende „Religionsgruppe“ sind die Konfessionslosen. Ihr Anteil stieg innerhalb eines Jahrzehnts von 25,2 Prozent auf 37,2 Prozent bzw. um 8,1 Millionen Menschen. Stark im Vormarsch sind auch die Moslems, deren

Bevölkerungsanteil von 4,9 Prozent auf 6,5 Prozent stieg. Die Zahl der Hindus stieg von 1,5 Prozent auf 1,7 Prozent und konnte die Millionengrenze überspringen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

<https://unser-mittleuropa.com/wiener-sozialist-will-gruess-gott-verbot-foederal-rassismus-anti-christlicher-kulturhass-politisch-korrekte-sprach-zensur/>

Wiener Sozialist will „Grüß-Gott“-Verbot: Föederal-Rassismus, anti-christlicher Kulturhass, Sprach-Zensur

03. 12. 2022

„Grüß Gott“-Verbot durch Sozi-Berufs-Aufsteiger

Während eines parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses ist es zwischen einem österreichischen Sozi und der post-konservativen ÖVP zu einem denkwürdigen Kultur-Kampf gekommen: Erstere störten sich an der Grußformel „Grüß Gott“.

SPÖ-Fraktionsführer (und Studienabbrecher) Kai Jan Krainer fühlte sich durch die (in weiten Teilen Österreichs gebräuchliche Grußformel), ausgesprochen durch Bernhard Ebner, Landesgeschäftsführer der niederösterreichischen Volkspartei brüskiert: Auf dessen herzliches „Grüß Gott“ soll Krainer ihm entgegengeworfen haben soll: „In Wien heißt das nicht ‚Grüß Gott‘, sondern ‚Guten Tag!‘“

Föederal-Rassismus, anti-christlicher Kulturhass, politisch-korrekte Sprach-Zensur

Womit wieder einmal bewiesen wäre: Österreich ist in Wirklichkeit gar keine Nation, sondern ein Föederal-Ausgrenzungs-Politgebilde...

ÖVP entrüstet

Die ÖVP-Abgeordnete Corinna Scharzenberger reagierte mit einer Presseaussendung durchaus entrüstet:

„Wer ‚Grüß Gott‘ sagt, wird von der SPÖ verbal angegriffen. Dass SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer nun offenbar allen Menschen in Wien die Grußformel ‚Grüß Gott‘ verbieten

will, ist eine massive Grenzüberschreitung und zeigt, wie abgehoben die SPÖ agiert. Krainer hat kein Gespür für dieses Land und seine Menschen.“ (oe24)

Außerdem ortete Scharzenberger in Krainers Aussage eine „Bevormundung“, die „volumfänglich abzulehnen“ sei. Nun erwartet sie, dass „sich die noch verbliebenen vernünftigen Kräfte in der SPÖ von ihrem Parteifreund distanzieren“.

Who the fuck is Kai?

Kai Jan Krainer verfügt über eine nicht nur bei Sozialisten postmodern gewordene Under-Low-Karriere: Studienabbrecher der Wirtschaftsinformatik, Zivildienstler beim linken Arbeiter-Samariter-Bund. Dann Polit-Ersatz-Handlungen in der „Sozialistischen Jugend Österreichs“, bei der „Aktion Kritischer Schüler“. Bezirkssekretär, Bezirksrat und Radverkehrsbeauftragter...

Mit so einer Bilderbuch-Berufs-Politiker-Karriere musste es dann aber doch endlich klappen: Seit 2002 ist Kai Jan Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat geworden, wobei er klassisch Gutmenschen-Bereiche politisch abdeckte: Integrations- und Umweltsprecher der SPÖ... ([wikipedia](#))

Vorschlag: Politisch-korrektler Sprach-Verbots-Sprecher

Wie wäre es denn, wenn die SPÖ eine dringend gebotene neue Politfunktion mit Jan Kai besetzen würde...?

—

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter [<ungarn_buch@yahoo.com>](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

Bitte unterstützen Sie unseren Kampf für Freiheit und Bürgerrechte.

Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber „CORONA-DIKTATUR? NEIN DANKE“ portofrei und gratis! [Details hier](#).

Putin, Xi und das Mullah-Regime überschatten andere Gräueltaten

Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea, Kuba weitgehend vom internationalen Radar verschwunden

**Steinmeier soll deutlich machen, dass Deutschland auf der Seite der Opfer
steht – Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2022 zieht IGFM
erschütternde Bilanz**

Frankfurt am Main, 9. Dezember 2022 – **Kein gutes Jahr: Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, das brutale Vorgehen gegen die Demokratiebewegung im Iran, extreme Einschränkungen der Freiheitsrechte durch die Null-Covid-Politik der Volksrepublik China, willkürliche Verhaftungen von Bürgerrechtlern auf Kuba, Ausbeutung der Bevölkerung in Nordkorea, Blasphemie-Klagen gegen Christen – die Liste der Menschenrechtsverletzungen ist in diesem Jahr lang, so die Bilanz der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Anlässlich des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember betont die in Frankfurt ansässige Organisation, dass sich Staaten, die Menschenrechte verletzen, gegenseitig schützen und fordert die UN auf, solche Länder aus Ausschüssen und Gremien auszuschließen, die diese Vergehen verurteilen sollen.**

„2022 war ein sehr schlechtes Jahr für die Menschenrechte. Putin hat durch seinen völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf sich gezogen und andere Menschenrechtsverletzer sind vom internationalen Radar verschwunden. So konnten Länder wie Kuba oder Nordkorea weitgehend ungehindert Minderheiten, Kritiker und Bürgerrechtler verfolgen, verhaften und ermorden. Am 10. Dezember denken wir auch an jene Menschen, die die Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten nicht hinnehmen wollten und sich in diesem Jahr mutig gegen die Regime aufgelehnt haben – wie zum Beispiel die Frauen und Männer bei der Revolution im Iran“, erklärt Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM.

Es gibt auch positive Zeichen aus der Politik: Die für Januar 2023 angekündigte Anerkennung des Völkermords an den Jesiden ist ein wichtiges Zeichen, so die IGFM. Ebenso positiv ist, dass Deutschland und andere Demokratien im UN-Menschenrechtsrat bei der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen Fortschritte machen konnten. Wichtig wäre auch, dass **Bundespräsident Frank**

Walter Steinmeier seine bisherige Zurückhaltung mit Äußerungen zum Tag der Menschenrechte aufgibt. „Deutschland muss sich eindeutig auf der Seite der Opfer positionieren. Gerade die 2022 alarmierende menschenrechtliche Weltlage ruft nach deutlichen Signalen von Bundespräsident Steinmeier, der als ehemaliger Außenminister den negativen Wandel bestens einschätzen kann und die richtigen Worte zu wählen weiß“, so IGFM-Vorstandssprecher Lessenthin.

Zum diesjährigen Tag der Menschenrechte werfen die Experten einen Blick auf die **Situation im Iran, in Kuba, in der Volksrepublik China, in der Türkei, in Nordkorea und in Belarus.**

Iran: Deutsch-Iranerin musste zurück ins Gefängnis

Das Mullah-Regime im Iran will den Widerstand der Menschen durch Hinrichtungen und durch barbarische Härte gegen Protestierende brechen. Abgeurteilt werden die Aktivisten in Schnellverfahren – angeklagt wegen angeblichem „Krieg gegen Gott“ oder „Verderben bringen auf Erden“, wie der am 8. Dezember hingerichtete Mohsen Shekari. Die Herrschaft der Mullahs braucht den Terror, den Tod, die systematische Unterdrückung von Frauen und Minderheiten. Tausende Frauen und Männer im Iran gehen seit Wochen jeden Tag auf die Straße, um für ihre Freiheit zu demonstrieren. Sie lassen sich durch Gewalt, Festnahmen und Todesurteile nicht abschrecken. Bis jetzt sind bereits über 470 Menschen getötet worden, darunter 64 Kinder.

Die Menschen nehmen die jahrzehntelange systematische Unterdrückung nicht mehr länger hin. Wer dem Mullah-Regime ein Dorn im Auge ist, wird verhaftet. So ging es auch der Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi, die Mitte November zurück ins Evin Gefängnis in Teheran musste. Die Architektin ist seit ihrer willkürlichen Verhaftung am 16. Oktober 2020 eine politische Gefangene des Iran. Sie war in einem unfairen Prozess zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie sich für Frauenrechte eingesetzt hatte. Im Juli 2022 wurde sie in medizinischen Hafturlaub entlassen. Die IGFM setzt sich seit ihrer Inhaftierung für die Frauenrechtlerin ein und steht in engem Kontakt mit deren Tochter Mariam Claren. Gemeinsam mit den politischen Paten Bijan Djir-Sarai, MdB und Axel Voss, MdEP fordert die IGFM die sofortige Freilassung der Kölnerin.

[Weitere Informationen zur Menschenrechtssituation in Iran](#)

Kuba: Aktuell rund 1.000 politische Gefangene auf der Karibikinsel

Die Menschenrechtslage ist auf Kuba so katastrophal wie seit langem nicht mehr. Oppositionelle Bewegungen werden weiterhin unterdrückt, Regimegegner verfolgt und inhaftiert. Viele politische Gefangene – zahlreiche Teilnehmer der Proteste vom 11. Juli 2021 – sind weiter in Haft und wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt, weil sie sich für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie auf Kuba eingesetzt haben. Dazu

zählt der Deutsch-Kubaner Luis Frómeta Compte, der im Dezember 2021 wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ und „Anstiftung zum Aufruhr“ zu 25 Jahren Haft verurteilt worden war. Auch Bürgerrechtler und IGFM-Vorstandsmitglied Felix Navarro und seine Tochter Saily Navarro wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Seit Januar wurden auf der Karibikinsel mindestens 1.350 Bürgerrechtler verhaftet. Experten gehen davon aus, dass es aktuell rund 1.000 politische Gefangene und Gewissensgefangene auf Kuba gibt – davon etwa 30 Minderjährige. Am 1. Dezember ist zudem ein neues Strafgesetz in Kraft getreten, demnach die Zahl der Straftaten, die mit der Todesstrafe oder lebenslänglicher Haft geahndet werden, zugenommen hat. Die IGFM sieht auch die jüngste Annäherung Kubas an Russland äußerst kritisch und befürchtet, dass sich die Menschenrechtssituation auf der Karibikinsel durch die Nähe zu Russland weiter verschlechtert.

[Weitere Informationen zur Menschenrechtssituation in Kuba](#)

China: Sinisierung Tibets schreitet voran

Seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Xi Jinping hat sich nach Aussage der Experten der IGFM die Menschenrechtslage in China – und dabei besonders in Tibet – immer weiter verschlechtert. Die Sinisierung der Region wird durch die Volksrepublik immer weiter vorangetrieben. Die systematische Ausrottung der tibetischen Kultur hat auch im Jahr 2022 drastisch zugenommen. Die IGFM erfährt jeden Monat von Menschen, die in der Region unterdrückt, verfolgt und verhaftet werden. So wurden im Oktober fünf Tibeter festgenommen und gefoltert, weil sie in der Öffentlichkeit Weihrauch angezündet und gebetet hatten. Einer der Inhaftierten starb an den Folgen der Misshandlungen. Im November wurden fünf tibetische Männer in der Provinz Amdo wegen eines Liedes über den Dalai Lama verhaftet, das sie im Rahmen eines Musikwettbewerbs auf einer chinesischen Videoplattform vorgetragen hatten.

Als Bundeskanzler Scholz Anfang November nach China gereist war, hatte die IGFM gefordert, dass bei solchen Terminen Menschenrechte und nicht Wirtschaftsdeals ganz oben auf der Agenda stehen sollten. Aktuell beobachtet die Menschenrechtler die massive und dauerhafte Einschränkung der Freiheitsrechte im Zuge der staatlich durchgesetzten Null-Covid-Politik mit großer Sorge.

Weitere Informationen zur Menschenrechtssituation in China

Türkei: Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit seit Jahren verletzt

Durch die Abkehr vom Istanbul-Abkommen hat sich die menschenrechtliche Lage der Frauen in der Türkei weiter verschlechtert. Die Zahl der Femizide ist erschreckend hoch, Täter können in vielen Fällen mit Milde oder Straflosigkeit rechnen. Präsident Erdogan selbst erschüttert die Rechtsstaatlichkeit und grenzt die politisch-gesellschaftliche Debatte durch Kriminalisierung seiner politischen Gegner ein.

Mitte November hat die Türkei erneut Ziele in Nordostsyrien angegriffen und dadurch die ganze Region destabilisiert. Erdogan gehe es dabei um Vorherrschaft in der Region durch die „Vernichtung kurdischer Selbstbestimmung und Identität“. Denn die Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien wird seit Jahren als störendes Element für die islamistisch-nationalistische Expansionspolitik der türkischen Regierung angesehen. Doch nicht nur die Kurden, auch andere Minderheiten wie Jesiden und assyrische Christen / Aramäer leiden in der Türkei seit Jahren unter massiven Menschenrechtsverletzungen.

Die IGFM fordert Präsident Erdogan auf, Minderheitenrechte und Religionsfreiheit im Innern zu achten und jedes Bündnis mit islamistischen Milizen in Syrien und sowohl die Vertreibungspolitik in Syrien als auch die Bombardierungen im Nordirak zu beenden. Die Türkei als NATO-Mitglied müsse auch die Ideale des Verteidigungsbündnisses verteidigen und sich der religiös und politisch motivierten Gewalt sowie der aggressiven Expansionspolitik verweigern.

[Weitere Informationen zur Menschenrechtssituation in der Türkei](#)

Nordkorea: Grausame Menschenrechtsverletzungen durch China und Russland gedeckt

Die Menschenrechtssituation hat sich auch in dem isoliertesten Land der Welt weiter verschlechtert. Während die Bevölkerung in Nordkorea hungert und unter Misswirtschaft, Zwangsarbeit, Verhaftungen und Indoktrination leidet, provoziert Kim Jong Un Südkorea und den Westen mit immer neuen Raketentests. Jeden Tag werden in Nordkorea grausame Menschenrechtsverletzungen verübt. Wegen kleinster vermeintlicher Vergehen werden Menschen in Arbeitslager gesteckt, gefoltert und getötet. Freiheitsrechte existieren in Nordkorea nicht, Christen werden verfolgt und es herrscht laut IGFM „ein Klima der Angst, Denunziation und Korruption, bei dem jeder nur ums Überleben kämpft“.

Menschenrechte seien für das nordkoreanische Regime schlichtweg ein Fremdwort, so die Experten. „Nordkorea terrorisiert seine eigene Bevölkerung und kann nur durch den Schutz von China und Russland bestehen“, erklärt Martin Lessenthin.

[Weitere Informationen zur Menschenrechtssituation in Nordkorea](#)

Belarus: Katastrophale Haftbedingungen für politische Gefangene

Das belarusische Strafvollzugssystem ist eine Black Box und verfügt über keinen wirksamen Mechanismus zum Schutz der Betroffenen. Was in Untersuchungshaft, Gefängnissen und Strafkolonien geschieht, wird nur durch die persönlichen Aussagen derjenigen bekannt, die selbst in diesen Einrichtungen waren.

Die Haftbedingungen in Belarus sind katastrophal und entsprechen nicht den Regelungen gemäß Internationalem Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie dem UN-Übereinkommen gegen Folter. Insbesondere die Bedingungen der temporären Sicherungsverwahrung seien besonders schwierig: keine Betten, keine Duschen, keine Spaziergänge, überfüllte Zellen, unhygienische Bedingungen, schlechte Wasser- und Nahrungsmittelqualität und oft keine Zustellung von Post. Massenverhaftungen verschlimmern diese Bedingungen noch.

Die IGFM macht auf die Gesundheitssituation der politischen Gefangenen Kseniya Lutschina, Andrei Skurko, Uladzimir Hundar, Uladzimir Malakhouski, Ryhor Kastusiu, Andrei Voinich, Ryhor Kastusiu, Andrei Voinich, Aliaksandr Fiaduta und Volha Anishchuk aufmerksam. Allesamt leiden aufgrund der katastrophalen Mangelsituation, Folter und gezielter Verweigerung von medizinischer Behandlung unter schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen, dazu gehören: Bronchitis, Tumorerkrankungen, Diabetes, Tuberkulose und Herzrhythmus-Störungen. Ihnen muss sofort adäquate medizinische Behandlung zukommen, fordern die Menschenrechtler. Erst vor wenigen Tagen appellierte die IGFM an das Auswärtige Amt, gegenüber den belarusischen Behörden die Zulassung unabhängiger Ärzte und Fachleute für die inhaftierte Oppositionelle Maria Kolesnikowa einzufordern.

[Weitere Informationen zur Menschenrechtssituation in Belarus](#)

Pakistan, China, Nigeria, Iran, Indonesien, Eritrea, Afghanistan, Vietnam und Indien

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt unter Regimen, die das Recht auf freie Religionsausübung missachten. In den genannten Staaten kommt es regelmäßig zu Missachtung von Religionsfreiheit. Religiöse und ethnische Minderheiten sind dort immer wieder gezielter Repression, Gewalt und Lebensgefahr ausgesetzt. Insbesondere Christen in einigen der genannten Länder sind immer wieder Blasphemie-Vorwürfen und anschließend auch Todesurteilen ausgesetzt, so die IGFM.

Die Menschenrechtsorganisation ruft die Weltgemeinschaft zudem auf, die Situation in Afghanistan nicht zu vergessen. Dort sind Frauen sowie Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten extremer Repression und Verfolgung ausgesetzt. Unter systematischer Gewalt durch Taliban und IS leidet insbesondere die schiitische Minderheit der Hazara. Erst im September wurden über 50 junge Mädchen bei einem Anschlag auf eine Schule getötet. Aufgrund der systematischen

geschlechtsspezifischen und religiösen Diskriminierung, der hohen Analphabetenrate und der extremen Armut, haben Hazara-Mädchen in Afghanistan täglich ein extrem hohes Risiko ihr Leben zu verlieren.

Die Gewalt gegen Gläubige ist weltweit auf dem Vormarsch – Mehr Infos

Die IGFM setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 1972 für den Schutz der Menschenrechte und besonders für die Freilassung politischer Gefangener ein, prangert Menschenrechtsverletzungen an, engagiert sich in internationalen Gremien und leistet humanitäre Hilfe. Ebenso berichtet sie seit ihrer Gründung über Schicksale aus Glaubensgründen Verfolgter und von Menschen, die dieses wichtige Recht verteidigen.

Weitere Informationen zum Thema Menschenrechte

https://citizengo.org/en-row/rf/209731-prayer-not-thought-crime?dr=1721237::34b4b64792949dcb845598ede2cf3091&utm_source=em&utm_medium=email&utm_content=em_btn&utm_campaign=EN_ROW-2022-12-20-International-RF-CFA-209731-Prayer_is_not_thought_crime.02_AA_L_Retargeting&mkt_tok=OTA3LU9EWS0wNTEAAAGI0kOq06KxjL6P2Pfm-pbD61cgExBdfSkG5qKiQHWtZd4I5Sv-ppy2LD0JgMLUBk4svBdzAcSo5ZplwYYKkAqayHnUuOC_G03uRZJFTW_NgaDfStFg

Gebet ist kein Gedankenverbrechen!

CitizenGO

startete diese Petition an

Suella Braverman Innenministerin

- 12/20/2022

Die Wohltätigkeitsarbeiterin Isabel Vaughan-Spruce, Direktorin von March for Life UK und Freiwillige, die seit vielen Jahren Frauen in Krisenschwangerschaften unterstützt, wurde einer demütigenden Verhaftung unterzogen und in vier Anklagepunkten angeklagt, weil sie schweigend auf der Straße stand und betete.

Isabel stand schweigend in einer Zone, die dank der Nähe zu einer Abtreibungseinrichtung unter Schutz des öffentlichen Raums fällt. Sie trug keine Schilder oder religiösen Symbole oder äußerte irgendeine Meinung über Abtreibung, die alle verbotene Aktivitäten innerhalb der Zone sind; Sie stand einfach in stiller Kontemplation da.

Vaughan-Spruce äußerte sich nicht nur nicht zum Thema Abtreibung, sondern sie hatte auch Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass sie nicht als Belästigung oder Einschüchterung von Nutzern oder Mitarbeitern der Abtreibungseinrichtung wahrgenommen werden konnte, indem sie die Zone nur betrat, wenn sie geschlossen war.

Isabel wurde durchsucht, verhaftet, in eine Gefängniszelle gesteckt, verhört und dann wegen dem, was sie gedacht haben könnte, angeklagt. Als Isabel Fotos von sich selbst erhielt, wie sie schweigend in der Zone stand, wurde sie gefragt, ob sie bete und sagte, dass sie es nicht wusste, sie könnte gebetet haben, oder sie könnte abgelenkt gewesen sein und darüber nachgedacht haben, was sie zum Mittagessen hatte!

Es ist absolut verrückt, dass jemand für das, worüber er vielleicht nachgedacht hat, strafrechtlich verfolgt wird, besonders wenn solche Gedanken völlig friedlich sind und keinerlei Bedrohung darstellen.

Ebenso schockierend war, dass die Polizei versuchte, Isabels Religionsfreiheit weiter einzuschränken, indem sie sie daran hinderte, einen örtlichen katholischen Priester zu kontaktieren, der auch in der Pro-Life-Arbeit tätig ist, eine Einschränkung, die später fallen gelassen wurde, aber sie ist derzeit auch von der Teilnahme an jeder anderen Form des öffentlichen Gebets verboten, um "weitere Straftaten zu verhindern". Mit anderen Worten, für den Fall, dass Isabels Anwesenheit andere Menschen ermutigt, in der Öffentlichkeit die falschen Gedanken zu denken.

Isabel ist eine Frau mit gutem Charakter, die zuvor Hunderten von Frauen geholfen hat, die mit einer Schwangerschaft zu kämpfen haben, und doch wurde sie wie eine Gewaltverbrecherin behandelt.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Gedankenkriminalität durch die Hintertür in die Gesetzbücher gelangt. Isabels Situation zeigt, wie Zensurzonen, egal wie gut gemeint, bürgerliche Freiheiten und grundlegende Menschenrechte verletzen.

Unterschreiben Sie, um zu fordern, dass Suella Braverman persönlich interveniert und dass alle Anklagen gegen Isabel Vaughan-Spruce fallen gelassen werden.

ADF: Frau wegen Gedankenverbrechen angeklagt

<https://adf.uk/woman-charged-for-thoughtcrime/>

13.907 haben unterschrieben. Kommen wir zu 20.000!

Benutzer-Profil

Michael

redigieren

Kriminalisieren Sie das Gebet nicht

Die Wohltätigkeitsarbeiterin Isabel Vaughan-Spruce wurde verhaftet und in vier Anklagepunkten angeklagt, weil sie schweigend auf der Straße stand und in einem Gebiet in der Nähe einer Abtreibungseinrichtung betete, die zeitweise unter eine Anordnung zum Schutz des öffentlichen Raums fiel, als die Einrichtung geschlossen war.

Isabel äußerte keine Meinung über Abtreibung oder zeigte irgendwelche Schilder, und sie belästigte auch keine Mitglieder der Öffentlichkeit.

Die Polizei von Birmingham beschloss, Isabel zu verhaften, nachdem sich ein Zuschauer beschwert hatte, dass sie still beten könnte, und sie wurde gefragt, ob dies der Fall sei oder nicht.

Dies ist eine entsetzliche Verletzung der bürgerlichen Freiheiten. Niemand sollte verhaftet oder kriminalisiert werden, weil er seine verfassungsmäßig geschützten Rechte ausübt.

Ich fordere Sie auf, zu intervenieren und zu fordern, dass alle Anklagen gegen Isabel Vaughan-Spruce fallen gelassen werden, und auch die Anordnungen zum Schutz des öffentlichen Raums in der Nähe von Abtreibungseinrichtungen, die zu dieser schändlichen Situation geführt haben, zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen

[Ihr Name]

22.1.23

Dear Michael,

Britain is turning into an Orwellian dystopia.

Another day and yet another person criminalised simply because of what was going on inside their head.

This time it's the turn of army veteran Adam Smith-Connor, who was standing near to an abortion centre in Bournemouth silently offering prayers for his unborn son who lost his life 22 years ago. Council officials approached Adam to ascertain what he was doing before demanding, "*what is the nature of your prayers*", and then issuing him with a fine.

Is this really how we repay a man who has given years of service to his country? Criminalising and fining him for thinking the wrong thoughts in the wrong place?!

It's a total disgrace.

[Sign here to demand that Home Secretary Suella Braverman intervenes to stop Adam's penalty fine.](#)

Perhaps you think I am missing details out and that there must be more to the story. After all, the realisation that we live in a society where certain thoughts are illegal is terrifying.

As the video footage from the incident makes clear, Adam was only fined after he confessed that he was praying for his dead son. This army veteran was not carrying any signage or leaflets, he was simply standing silently, thinking about and praying for his deceased child who was lost to abortion.

When asked what he was doing by council officers, Adam told the truth, whereupon they replied,

"I'm sorry for your loss, but ultimately we have to go along with the guidelines..."

If he had lied and told the council officers that he was taking a moment to contemplate the beauty of nature, was thinking about global warming or wondering whether or not the road was used as a local rat run, to name a few excuses off the top of my head, then nothing more would have happened.

Adam was fined because he was stood in a zone where all acts of faith, such as prayer or making the sign of the cross, are forbidden.



Army veteran Adam Smith-Connor was standing silently on a street in Bournemouth when he was approached by council officials.

When Adam admitted that he was praying for his deceased son, he was immediately issued with a penalty fine because the council has prohibited all acts of prayer within a certain zone.

Nobody should be criminalised for what goes on inside their heads. Tell Home Secretary Suella Braverman to intervene and demand that Adam's penalty fine is dropped.

[**SIGN THE PETITION**](#)

This is ludicrous and a chilling assault on religious freedom.

How can we have a situation whereby it's legal to stop and think about Greta Thurnburg or what you had for your lunch but not to have a silent conversation with God in the privacy of your own mind about your dead son?!

[Add your voice. Tell the Home Secretary not to allow the UK to turn into a place where our thoughts or prayers can be policed.](#)

The video footage of Adam also demonstrates that he was standing with his back to the abortion centre, mindful of respecting the privacy of the staff and attendees of the facility.

Adam was not causing any kind of public disturbance or breach of the peace. He was not obstructing access to the abortion centre, he was not approaching anyone entering or leaving the facility and neither was he expressing any opinion whatsoever about abortion.

The only reason Adam has incurred a fine is that he was honest enough to admit that he was thinking about and praying for his son. As far as the regulations are concerned, the circumstances surrounding the death of Adam's son are irrelevant. **Regardless of how the child died, the act of praying for him in public was illegal.**

Are we really saying that people are no longer allowed to be seen to be praying in public in case this causes distress to other people? Where does this end? Can religious processions be banned because they cause deep distress to atheists or those who may have had negative experiences in childhood?

Adam has not been fined because of anything he did, but on the off chance that a woman thinking about abortion may have been able to read his mind and been upset by it. It is a gross infringement of civil liberties to dictate where we are allowed to pray for our deceased relatives.

[Support Adam and let Suella Braverman know of your outrage. Sign the petition demanding her intervention.](#)

Thanks for all you do,

Caroline Farrow and the entire CitizenGO team

P.S. Adam's story is incredibly moving. Do check out the ADF site linked to below and keep him and his family in your prayers.

More information:

Army veteran fined for silent prayer (ADF)
<https://adf.uk/army-vet-fined-for-praying/>

Moment army veteran claims he was confronted for silently praying outside abortion clinic (Daily Mail)
<https://www.dailymail.co.uk/news/article-11653993/Moment-Army-veteran-confronted-silently-praying-outside-abortion-clinic.html>

Bournemouth council challenged over new buffer zone criminalising silent prayer (Christian Concern)
<https://christianconcern.com/news/bournemouth-council-challenged-over-new-buffer-zone-criminalising-prayer/>

English town forbids making the sign of the cross, using holy water near abortion centre (CNA)
<https://www.catholicnewsagency.com/news/252570/english-town-forbids-making-the-sign-of-the-cross-prayer-use-of-holy-water-near-abortion-center>

<https://unser-mittleuropa.com/beten-sie-polizei-verhaftet-frau-fuer-stilles-beten-vor-einer-abtreibungsklinik/>

Die Gedanken sind nicht mehr frei

Jeremiah Iggunnubole, Rechtsberater von ADF UK, betonte, dass das Polizei- und Strafverfolgungsgesetz von 1984 „es einem Beamten erlaubt, eine festgenommene Person nach allem zu durchsuchen, was sie benutzen könnte, um sich dem rechtmäßigen Gewahrsam zu entziehen“ oder „was ein Beweis für eine Straftat sein könnte“.

Aber solche Durchsuchungen müssen „vernünftigerweise erforderlich sein“, stellte er fest.

„Wir können mit Sicherheit davon ausgehen, dass unsere Grundrechte und -freiheiten in Gefahr sind, wenn eine Durchsuchung von Haaren als „vernünftigerweise erforderlich“ angesehen wird, weil der Verdacht besteht, dass es sich um eine Straftat handelt, bei der gebetet wird, selbst wenn es sich um ein stilles Gebet handelt“, so Iggunnubole weiter.

„Während der Gesetzesentwurf zur öffentlichen Ordnung durch das Parlament geht, ist es entscheidend, dass Isabels Erfahrung den Abgeordneten im Gedächtnis bleibt. Niemand sollte für die friedliche, harmlose Ausübung seines Glaubens kriminalisiert werden, geschweige denn für seine Gedanken“.

In den Vereinigten Staaten hat die Abteilung für Bürgerrechte des Justizministeriums in diesem Jahr fast 30 Abtreibungsgegner wegen Verstößen gegen den Freedom of Access to Clinic Entrances Act angeklagt.

Das Justizministerium hat das FACE-Gesetz als Reaktion auf die Aufhebung des Urteils Roe v. Wade genutzt, um Aktivisten für das Recht auf Leben ins Visier zu nehmen, sagte die stellvertretende Generalstaatsanwältin Vanita Gupta Anfang des Monats.

Die stellvertretende Generalstaatsanwältin bezeichnete die Aufhebung des Urteils Roe v. Wade als „verheerenden Schlag für Frauen im ganzen Land“, der „das verfassungsmäßige Recht auf Abtreibung“ beseitige und „die Dringlichkeit“ der Arbeit des Justizministeriums erhöhe – einschließlich der „Durchsetzung des FACE-Gesetzes, um den rechtmäßigen Zugang zu reproduktiven Dienstleistungen zu gewährleisten“.

Die Abteilung für Bürgerrechte des Justizministeriums setzt das FACE-Gesetz durch, das „Gewaltandrohungen, Behinderungen und Sachbeschädigungen verbietet, die darauf abzielen, reproduktive Gesundheitsdienste zu behindern“.

Es schützt sowohl Schwangerschaftsberatungsstellen, die für das Leben eintreten, als auch Abtreibungskliniken, wie ein Beamter des Justizministeriums letzte Woche gegenüber dem Abgeordneten Chip Roy (Texas) erklärte.

Angriffe auf Pro-Life-Organisationen

Mindestens 98 katholische Kirchen und 77 Schwangerschaftsberatungsstellen und andere Pro-Life-Organisationen wurden seit Mai in den USA angegriffen, aber das Justizministerium hat keine einzige Person im Zusammenhang mit diesen Angriffen angeklagt.

Schwangerschaftsberatungsstellen werden in der Regel von Frauen geleitet, die sich für das Leben einsetzen und werdenden Müttern Alternativen zur Abtreibung anbieten wollen. Solche Zentren bieten Windeln, Babykleidung und Ressourcen für Mütter und Väter an, um sie zu befähigen, sich um ihr Kind zu kümmern, Abhängigkeiten zu überwinden, eine Gemeinschaft aufzubauen und Arbeit zu finden.

MENSCHENRECHTE

Palästinenser: Warum werden Angriffe auf Christen ignoriert?

BY DAVID BERGER

20. NOVEMBER 2022

Eine Reihe von gewalttätigen Vorfällen in Bethlehem, dem Geburtsort Jesu, und den nahe gelegenen Städten Beit Jala und Beit Sahour haben die Christen um ihre Sicherheit und ihre Zukunft unter der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) besorgt gemacht. Ein Gastbeitrag von Khaled Abu Toameh.

Viele Christen, die in diesen Gemeinden leben, beklagen sich darüber, dass die Palästinensische Autonomiebehörde nicht genug tut, um diejenigen zu bestrafen, die Kirchen und Geschäfte in christlichem Besitz angreifen. Bei den Tätern handelt es sich um Muslime, die in der Region Bethlehem die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen.

Anfang dieses Jahres wurde der palästinensische evangelische Pastor Johnny Shahwan von den Sicherheitskräften der Palästinensischen Autonomiebehörde unter dem Vorwurf der „Förderung der Normalisierung“ mit Israel **verhaftet**.

Die Verhaftung erfolgte, nachdem Shahwan, Gründer und Vorsitzender des Vorstands von *Beit Al-Liqa* (Haus der Begegnung) in Beit Jala, auf einem Foto mit Rabbi Yehuda Glick, einem ehemaligen Mitglied des israelischen Parlaments, der Knesset, zu sehen war.

Beit Al-Liqa ist ein christliches Gemeinde- und Ausbildungszentrum. Das Zentrum, das beschuldigt wird, den Rabbiner zusammen mit einer Gruppe deutscher Touristen beherbergt zu haben, wurde auf Anordnung der Palästinensischen Behörde für eine Woche geschlossen.

Nachdem das Foto des Pastors und des Rabbiners in den sozialen Medien aufgetaucht war, feuerten Unbekannte Schüsse auf das Zentrum ab. Es wurde niemand verletzt, und es wurde kein Schaden gemeldet. Einigen **Berichten** zufolge wurde der Pastor mehr als einen Monat lang in palästinensischem Gewahrsam gehalten, um ihn vor Palästinensern zu schützen, die sein Leben bedrohten.

Bei einem anderen Vorfall Anfang des Jahres **attackierte** eine große Gruppe maskierter muslimischer Männer mit Stöcken und Eisenstangen die christlichen Brüder Daoud und Daher Nassar, während diese auf ihrem Land arbeiteten. Bshara Nassar, der Sohn von Daher, **kommentierte**:

„Ich bin besonders erschüttert, dass dieser [Angriff] von einer Gruppe maskierter Palästinenser aus dem nahe gelegenen Dorf Nahalin verübt wurde. Dies spiegelt sicherlich nicht das palästinensische Volk wider und wir sind uns nicht sicher, was ihre Motive sind und wer dahinter steckt. Aber es ist wirklich hart zu sehen, wie unsere palästinensischen Brüder die Familie angreifen. Die Familie fordert Gerechtigkeit und dass die Verantwortlichen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden.“

Anfang Oktober gaben Bewaffnete **Schüsse** auf das Bethlehem Hotel ab, weil es in einem seiner Tagungsräume jüdische Symbole ausgestellt hatte. Die Bewaffneten **beschuldigten** das in christlichem Besitz befindliche Hotel, „die Normalisierung mit Israel zu fördern“, weil in dem Raum Pappausschnitte eines Davidsterns und einer Menora angebracht waren.

Das palästinensische Tourismusministerium ordnete die Schließung des Saals an und **erklärte**, es habe eine Untersuchung zu den Behauptungen eingeleitet, dass das Hotel eine jüdische Feier ausrichten wolle.

Der erschrockene Manager des Hotels, Elias al-Arja, wies die Behauptungen zurück. Er **sagte** dem palästinensischen Radiosender Mawwal, dass eine Gruppe von Touristen von den Philippinen eine christliche religiöse Konferenz in dem Versammlungsraum abhalten wolle. „Wir erlauben Juden nicht, hierher zu kommen“, sagte al-Arja. „Wir veranstalten keine Partys zu jüdischen Feiertagen.“

Die regierende Fatah-Partei, an deren Spitze der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, steht, **verurteilte** in einer Erklärung den Versuch, in dem Hotel eine „zionistische Party“ zu veranstalten, und nannte dies einen „Stich gegen Bethlehem und einen Verrat an den Traditionen und Werten des Heiligen Landes“.

Der jüngste Angriff auf Christen fand Ende Oktober statt, als Dutzende von muslimischen Männern die orthodoxe Kirche der Vorväter in Beit Sahour angriffen. Bei dem **Angriff** warfen die Angreifer Steine auf die Kirche und verletzten mehrere Christen.

Die Bewohner der christlichen Stadt forderten die Palästinensische Autonomiebehörde auf, alle Angreifer zu verhaften. Sie **erklärten**, der Angriff auf die Kirche sei ein Angriff auf die gesamte Stadt. Nach dem Vorfall läuteten die Kirchenglocken um Hilfe, und einige in den sozialen Medien kursierende Videos zeigten, wie die Angreifer das Gebäude mit Steinen bewerfen.

Der griechisch-orthodoxe Erzbischof Atallah Hanna **verurteilte** den Angriff als „schockierend“ und „entsetzlich“. Er **fügte hinzu**:

„Der Angriff auf die Kirche ist ein krimineller Akt par excellence. Die Kirche ist kein Ort für Abrechnungen und Hassbekundungen von Menschen, die ihre Menschlichkeit und ihren patriotischen Sinn verloren haben“.

Shadi Khalloul, ein prominenter Verfechter der christlichen Rechte, **äußerte** sich zu dem Anschlag:

„Der muslimische arabische Stamm der Atamra hat gestern Abend die christliche Kirche in Bet Sahour bei Bethlehem angegriffen. Haben Sie jemals gesehen, dass ein Christ eine Moschee [sic] in Städten mit christlicher Mehrheit im Nahen Osten angegriffen hat? Natürlich nicht. Das zeigt den Unterschied zwischen Kultur, Glauben, Respekt und Anerkennung, die wir haben.“

Auch die Versammlung der katholischen Ordinarien des Heiligen Landes verurteilte den Angriff auf die Kirche. „Eine Gruppe von Männern griff die Kirche in Beit Sahour nach einer Schlägerei zwischen einigen jungen Männern an“, **so die** Gruppe.

„Wir verurteilen diesen Anschlag und fordern, dass die Palästinensische Autonomiebehörde die Angreifer so schnell wie möglich vor Gericht stellt. Andererseits sprechen wir all jenen unsere Anerkennung aus, die aus verschiedenen Glaubensrichtungen und Familien an den Ort des Geschehens gekommen sind und ihr Bestes getan haben, um die Kirche zu schützen. Wir hoffen, dass es in Zukunft keine ähnlichen Vorfälle mehr geben wird, und fordern alle auf, Gotteshäuser von Streitigkeiten fernzuhalten.“

Wie in früheren Fällen hat es die Palästinensische Autonomiebehörde versäumt, echte Maßnahmen zu ergreifen, um diejenigen zu bestrafen, die Christen oder christliche heilige Stätten in der Region Bethlehem angreifen. Im April 2002 **stürmten** mehrere Bewaffnete die

Geburtskirche in Bethlehem. Drei Mönchen, die von den Bewaffneten als Geiseln gehalten wurden, gelang es, durch ein Seitentor aus der Kirche zu fliehen. Sie erzählten israelischen Armeeoffizieren, dass die Bewaffneten Gold und andere Gegenstände, darunter Kruzifixe und Gebetsbücher, gestohlen hätten.

Solche Vorfälle sind der Hauptgrund dafür, dass sich viele Christen in den von der Palästinensischen Behörde kontrollierten Gebieten im Westjordanland nicht mehr sicher fühlen. Die Zahl der Christen ist in den letzten Jahrzehnten erheblich **zurückgegangen**: von 18 % der Bevölkerung im Jahr 1948 auf nur noch 2 % der Bevölkerung im Westjordanland, im Gazastreifen und in Israel. In Bethlehem ist ihr Anteil von 80 % auf 12 % gesunken. Viele sind in die USA, nach Kanada und Europa gezogen.

Die Angriffe von Muslimen auf Christen werden von der internationalen Gemeinschaft und den Medien oft ignoriert, die sich nur zu Wort melden, wenn sie einen Weg finden, Israel die Schuld geben zu können.

Beunruhigend ist auch, dass die Führer der christlichen Gemeinschaft im Westjordanland zögern, die Palästinensische Behörde und ihre muslimischen Nachbarn für die Angriffe verantwortlich zu machen. Sie haben Angst vor Vergeltung und ziehen es vor, der offiziellen Linie zu folgen und Israel allein für das Elend der christlichen Minderheit verantwortlich zu machen.

Leider kann man davon ausgehen, dass sich die Notlage der palästinensischen Christen angesichts des Schweigens der internationalen Gemeinschaft und der allzu berechtigten¹³ Angst vor Vergeltung, die ihre eigenen Führer belastet, nur noch verschärfen wird.

*Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter Journalist mit Sitz in Jerusalem. Sein Beitrag erschien **zuerst bei Gatestone Institut**. Übersetzung Daniel Heiniger.*

<https://journalistenwatch.com/2022/12/14/winter-statt-weihnachten-alles-christliche-soll-verschwinden/>

„Winter“ statt „Weihnachten“: Alles Christliche soll verschwinden

Die kulturelle Selbstabschaffung der westlichen Identität im Namen des woken Wahnsinns schreitet unaufhörlich voran. So hat die [britische Universität Brighton](#) ihren Mitarbeitern nun dringend davon **abgeraten, das Wort „Weihnachten“ zu verwenden. Stattdessen solle besser von „winter closing period“ gesprochen werden. Damit soll eine „christlich geprägte Sprache“ vermieden werden. Diese schwer übersetzbare, jedem natürlichen Sprachgebrauch widersprechende Idiotie lässt sich**

wohl am besten als „Winterschlussphase“ übersetzen, wenn man sich überhaupt noch die Mühe machen will, den totalitären Sprachvergewaltigungen einen Sinn zu geben. Jedenfalls sei Weihnachten sei „christlich-zentriert“, stellt die Universität in einem neunseitigen Dokument mit „*integrativen Sprachrichtlinien*“ fest, mit dem sie neuerdings ihre Dozenten schikaniert.

Unbedingt sollen sie auch vermeiden, ihre Studenten nach ihrem „christian name“ (Vornamen) zu fragen. Besser seien Bezeichnungen wie „erster“ oder „given“ (gegebener) Name. Ebenfalls tabu sind generalisierende Behauptungen wie etwa „Schneeflocken der Jahrtausendwende“, eine ironische Bezeichnung für überempfindliche junge Leute, die nach dem Jahr 2000 geboren wurden oder „alte Menschen können nicht mit Technologie umgehen“. **An der verächtlichen Bezeichnung „alte weiße Männer“, worunter die Woken jeden verstehen, der sich ihrem Wahn widersetzt, soll aber offenbar nicht gerüttelt werden.**

„Integrative Sprache“

Mit dem Leitfaden will das Personal befähigen, *„eine integrative Sprache selbstbewusst und effektiv zu verwenden, um zu gewährleisten, dass sich sowohl Schüler als auch Mitarbeiter sicher, geschätzt und respektiert fühlen“*, heißt es in dem Dokument. Sprache und Bedeutung seien nämlich stark von den vorherrschenden Normen der Kultur, in der sie existieren, geprägt. „Vorherrschende Einstellungen, falsche Vorstellungen und Stereotypen“ seien in die Kommunikationsformen eingebettet, „und diese Faktoren spiegeln sich manchmal – ob bewusst oder unbewusst – in der Sprache wider, die wir verwenden, wenn wir mit anderen kommunizieren und uns auf sie beziehen“. Dies bedeutet, dass schriftliche und mündliche Kommunikation beleidigend sein könne, auch wenn dies nicht unsere Absicht sei. Das trifft ausnahmsweise sogar zu. Der im Westen grassierende Irrsinn beeinflusst und beleidigt tatsächlich die Sprache in einem derartigen Ausmaß, dass eine normale Kommunikation gar nicht mehr möglich ist.

Ein Sprecher der Universität von Brighton erklärte das unsägliche Geschwurbel: *„Dieser Leitfaden wurde zusammen mit unseren Mitarbeitern und Studenten erstellt und ist Teil unserer gemeinsamen Verpflichtung, Brighton zu einem Ort zu machen, an dem sich jeder respektiert und geschätzt fühlt. Der Leitfaden ist genau das – ein Leitfaden“*. Worte seien in Brighton nicht verboten, wurde großzügig festgestellt, womit sich jedoch nur der Größenwahn dieser Leute offenbart.

Totalitäre Wokeness

Andrew Allison von der Freedom Association sagte: *„Universitäten sollten Orte sein, an denen Ideen frei debattiert werden. Dies ist orwellsch und lächerlich. Das Personal und die Studenten sollten es ignorieren und sich eine schöne Weihnachtszeit machen“*. Mehr wäre dazu eigentlich auch nicht zu sagen.

Allerdings verbreitet sich dieser orwellsche Nonsens eben überall in der westlichen Welt. **So auch an einem [Gymnasium im österreichischen Linz](#)**. Dort wurde die traditionelle Weihnachtsfeier der 1. Klassen nun in „Winterfeier“ umbenannt. Jeder weihnachtliche Bezug wurde in der Einladung tunlichst vermieden. Stattdessen waren, warum auch immer, ein Fuchs und zwei Hasen abgebildet. Es wird vermutet, dass, wie auch an der Universität Brighton, jeder christlich-kulturelle Bezug ausgemerzt werden soll, damit sich Schüler und Eltern anderer Herkunft oder Religionszugehörigkeit nicht ausgeschlossen fühlen. Die Schulleitung äußerte sich nicht dazu. **„Und was kommt als nächstes? Statt Ostern das Frühlings- oder Hasenfest, statt Weihnachtsbeleuchtung das Winterlicht? Warum kann man heutzutage die Dinge nicht mehr beim Namen nennen?“**, fragte eine Mutter zurecht. (DM)

<https://www.patriotpetition.org/2023/01/12/die-suspendierung-von-pater-wernersbach-muss-sofort-aufgehoben-werden/>

Die Suspendierung von Pater Wernersbach muss sofort aufgehoben werden!

Grüß Gott und guten Tag,

erneut wird ein **mutiger Priester im Namen der radikalen LGBTQ-Agenda verfolgt**, die mittlerweile große Teile der katholischen Kirche unterwandert hat.

Pater Joachim Wernersbach OSB wurde suspendiert, weil er die **biblische Wahrheit verkündet** und gegen die Gender-Ideologie und den Synodalen Weg gepredigt hat.

Pater Wernersbach braucht jetzt dringend unsere Hilfe und Rückendeckung!

Pater Joachim Wernersbach wurde von seinem **Abt der Benediktinerabtei Tholey** suspendiert, weil er **gegen die Gender-Ideologie und den heterodoxen Synodalen Weg gepredigt** hat. Er darf auch **keinerlei pastorale Tätigkeiten** in der zum Kloster gehörenden Gemeinde durchführen und wird „*einer kirchlichen Untersuchung*“ unterzogen.

<https://www.patriotpetition.org/2023/01/12/die-suspendierung-von-pater-wernersbach-muss-sofort-aufgehoben-werden/>

Sein „*Verbrechen*“: Pater Wernersbach wiederholte in seiner Weihnachtspredigt einfach die katholische Lehre.

„Man hört von Gender und Transgender, Transhumanismus und reproduktiver Gesundheit, Wokeness und LGBTQ, Diversität und Identität“, sagte er.

„Meine lieben Freunde, schon die Begriffe sind absolut verstörend. Sie alle haben eines gemeinsam: Es fehlt ihnen an Schönheit, es fehlt ihnen an Kohärenz und es fehlt ihnen an Natürlichkeit. Sie sind nicht ausgerichtet, nicht in Harmonie mit der unvorstellbar schönen göttlichen Ordnung.“ Und weiter: „Das nächste, was wir von diesem wunderbaren Ereignis in Bethlehem ableiten können, ist eben die Heiligkeit der Familie. Familie besteht aus Mann, Frau und Kind.“

Für diese treffende Anprangerung antikatholischer Tendenzen wurde Pater Joachim Wernersbach von seinem eigenen Abt suspendiert. Die gesamte Predigt wurde auch von YouTube entfernt.

Die Benediktinerabtei Tholey teilte mit: *„Die von unserem Mitbruder getroffenen Wertungen und fehlendes pastorales Einfühlungsvermögen widersprechen nicht nur der*

gesellschaftlichen Realität, sondern diskriminieren in vielfacher Hinsicht große Teile der Gesellschaft, etwa im Bild der Frauen, im Verständnis von Familie und auch gegenüber den queeren Mitmenschen sowie der LGBT-Gemeinde.“

Wer solche Brüder hat, der braucht wahrlich keine Feinde mehr!

<https://www.patriotpetition.org/2023/01/12/die-suspendierung-von-pater-wernersbach-muss-sofort-aufgehoben-werden/>

Umso mehr müssen wir uns jetzt alle gemeinsam hinter den suspendierten Pater Joachim Wernersbach stellen und uns für ihn einsetzen! Es darf nicht sein, dass ein weiterer mutiger und frommer Priester der LGBTQ-Agenda und dem woken Zeitgeist zum Opfer fällt. Es wurden schon viel zu viele Pro-Life- und Pro-Family-Priester auf der ganzen Welt zum Schweigen gebracht und entlassen, während Pro-LGBTQ-Aktivisten von Bischöfen und Kirchenfürsten hofiert werden.

Die systematische Verfolgung von Priestern, die für das Leben und die Familie eintreten, muss jetzt beendet werden! Fordern wir mit anbei stehender Petition den Abt der Benediktinerabtei Tholey, Abt Mauritius Choriol auf, Pater Wernersbach unverzüglich wieder zum vollen priesterlichen Dienst zuzulassen und fordern wir den Abt auf, ein für alle Mal aufzuhören, der LGBTQ-Agenda zu huldigen!

Gute und treue Priester werden systematisch verfolgt – aber wir können und müssen unsere Stimme für sie erheben, um die Angriffe zu stoppen.

Bitte unterzeichnen und teilen auch Sie diese dringende Petition, Pater Wernersbach braucht Ihre Stimme!

Hochwürdiger Herr Abt Choriol,

hiermit protestieren wir energisch gegen die von Ihnen veranlasste Suspendierung Ihres mutigen und frommen Mitbruders, Pater Joachim Wernersbach. Diese in keinsten Weise nachvollziehbare und völlig ungerechte Strafe für einen glaubenstreuen Priester hat bei uns und unzähligen anderen Gläubigen weltweit viel Wut, Leid aber auch Bestürzung hervorgerufen.

Pater Wernersbach hat nichts Unrechtes getan, ganz im Gegenteil. Er hat einfache biblische Wahrheiten verkündet und die katholische Lehre gepredigt. Den Sünder zu lieben, bedeutet die Sünde beim Namen zu nennen. Pater Wernersbach hat in vorbildlicher Weise sein Hirtenamt ausgeübt, indem er vor den zutiefst antichristlichen und letztendlich menschenverachtenden (weil sie das innere Wesen des Menschen verachten) Ideologien unserer Zeit gewarnt hat. Dafür gebührt ihm Anerkennung und Dank.

Hochwürdiger Herr Abt, wir fordern Sie auf, machen Sie Ihre ungerechte Entscheidung rückgängig! Lassen Sie Pater Wernersbach unverzüglich wieder zum vollen priesterlichen Dienst zu und hören Sie auf, der LGBTQ-Agenda zu huldigen!

%%Ihre Unterschrift%%

<https://reitschuster.de/post/pfarrer-predigt-die-biblische-wahrheit/>

Pfarrer predigt die biblische Wahrheit...

... und wird von seiner Abtei an den Pranger gestellt

VERÖFFENTLICHT AM 07. Jan 2023

191 Kommentare

Von Kai Rebmann

„Wie auch Sodom und Gomorra und die umliegenden Städte, die gleicherweise wie diese Unzucht getrieben haben und nach einem andern Fleisch gegangen sind, zum Beispiel gesetzt sind und leiden des ewigen Feuers Pein. Desgleichen sind auch diese Träumer, die das Fleisch beflecken, die Herrschaft aber verachten und die Majestäten lästern.“ (Jud 7-8)

Der Judas-Brief (Judas = Bruder des Jakobus, nicht zu verwechseln mit Judas Iskariot) ist vielleicht nicht ganz zufällig das letzte Buch vor der Offenbarung. Die oben zitierten Worte aus eben dieser Schrift können als biblische Definition des Begriffs der Sodomie verstanden werden. Entstanden im späten ersten Jahrhundert nach Christus, war der Judas-Brief für die damaligen Adressaten etwas, das man heute wohl als Brandbrief bezeichnen würde. Das junge Christentum und seine Kirche – beide Begriffe konnten damals noch als Synonym verstanden werden – erlebten die erste handfeste Krise ihrer Geschichte, die nicht zuletzt durch die Eroberung Jerusalems durch die Römer im Jahr 70 manifestiert wurde. Was aber vor allem bemerkenswert ist: Die Mahnungen aus dem Judas-Brief an „die umliegenden Städte“ und „diese Träumer“ sind aktueller denn je und hätten auch gestern aufgeschrieben worden sein können.

In diesen Tagen werden die letzten Weihnachtsbäume aus den deutschen Wohnzimmern geräumt. Die Geburt Jesu Christi, um die es an Weihnachten ursprünglich einmal ging, ist für viele – wenn überhaupt – nur noch ein Nebenaspekt. Waren die Gottesdienste bis vor nicht allzu langer Zeit wenigstens an Heiligabend noch gut besucht, so brechen immer mehr Gelegenheits-Kirchgänger inzwischen auch mit dieser Tradition. Der Grund dafür ist so einleuchtend wie ernüchternd: Von dem, was da vielerorts von der Kanzel gelassen wird, fühlt sich niemand mehr angesprochen, geschweige denn überzeugt. Die Kirche macht sich mehr und mehr zum Erfüllungsgehilfen eines woken Zeitgeistes, der allem, wofür das Christentum steht, blanken Hohn spottet.

Pfarrer sorgt mit Weihnachtspredigt für Schnappatmung

Jetzt hat es in Wittichenau (Sachsen) ein Pfarrer gewagt, diesem Trend entgegenzuwirken und zumindest an Heiligabend das uneingeschränkt gültige Wort Gottes zu verkünden. Der Benediktiner Joachim Wernersbach wandte sich mit einer aufrüttelnden Predigt an seine Zuhörer, deren wichtigste Passage wir im Wortlaut wiedergeben möchten:

„Es gibt so viele seltsame moderne Strömungen. Man hört von Gender und Transgender, von Transhumanismus und reproduktiver Gesundheit, von Wokeness und LGBTIQ, von Diversität und Identität, von multiplen Geschlechtern und Geschlechtsumwandlungen; dazu noch von diesem verheerenden neuen Offenbarungsverständnis des Synodalen Weges. Schon die Begriffe, meine Lieben, sind absolut befremdlich. Sie haben alle eines gemeinsam: Es fehlt ihnen an Schönheit, es fehlt ihnen an Stimmigkeit und es fehlt ihnen an Natürlichkeit! Es fehlt einfach der Wohlklang. Sie sind sperrig und bringen unsere Seele, unser Innerstes einfach nicht zum Schwingen. Sie sind nicht im Einklang, nicht in Harmonie mit der unvorstellbar schönen göttlichen Ordnung. Eine große Dissonanz ist über unser Land hereingebrochen.“

Und weiter: „Das nächste, was wir von diesem wunderbaren Ereignis in Bethlehem ableiten können, ist eben die Heiligkeit der Familie. Familie besteht aus Mann, Frau und Kind. Und dabei gab es auch damals schon so etwas wie Patchwork-Familien. Josef hatte ja nichts mit der Zeugung von Jesus zu tun. Maria und Josef hatten keine sexuelle Beziehung. Und das alles ist in den Augen Gottes vollkommen okay, solange das Familienprinzip – Mann, Frau, Kind – nicht infrage gestellt wird.“

Wie sehr der Geistliche mit seinen Worten punktgenau ins Schwarze getroffen hat, zeigen die hektischen Reaktionen, die diese Predigt in den sozialen Medien hervorgerufen hat. Aber leider

nicht nur dort. Wer nun geglaubt hat, dass sich die Kirche und seine Heimatabtei in Tholey (Saarland) hinter Joachim Wernersbach stellen und dem unerschrockenen Theologen den Rücken stärken würden, musste sich einmal mehr eines Besseren belehren lassen. Wolfgang Ipolt, Bischof von Görlitz, bezeichnete die Predigt gegenüber der „Saarbrücker Zeitung“ als „unüberlegt und unverantwortlich“. Wernersbach habe damit viele Gläubige „vor den Kopf gestoßen“. Offen blieb, wie genau der Bischof den Begriff „Gläubige“ zu definieren gedenkt. Waren damit die anwesenden Gottesdienstbesucher gemeint, die wiedergeborenen Christen – oder die Jünger des woken Zeitgeistes, die in gewissem Sinne ja auch an irgendetwas glauben. Jedenfalls werde man den Kontakt mit dem Heimatkloster des Pfarrers suchen, so versicherte Ipolt, um „weitere Schritte einvernehmlich abzusprechen“.

Verkauft für ein bisschen woken Applaus

Im Saarland ist man unterdessen ebenfalls um mediale Schadensbegrenzung bemüht. Die Abtei der Benediktiner in Tholey teilte mit, dass man sich ausdrücklich gegen das von Wernersbach gezeichnete Menschenbild und dessen schöpfungsgeschichtliche Aussagen verwahre. Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, verstiegen sich die Benediktiner zu folgender Bewertung: „Die von unserem Mitbruder getroffenen Wertungen und fehlendes pastorales Einfühlungsvermögen widersprechen nicht nur der gesellschaftlichen Realität, sondern diskriminieren in vielfacher Hinsicht große Teile der Gesellschaft, etwa im Bild der Frauen, im Verständnis von Familie und auch gegenüber den queeren Mitmenschen sowie der LGBT-Gemeinde.“ Erste Konsequenzen wurden bereits gezogen: Die Benediktiner in Tholey haben Wernersbach zunächst „jede Art der pastoralen Tätigkeit im Umfeld des Klosters“ untersagt.

Und damit wären wir wieder bei Judas – dieses Mal jedoch bei Judas Iskariot. Dieser verkaufte seinen Meister einst für 30 Silberlinge. Am schnöden Mammon zeigt sich die katholische Kirche der Gegenwart freilich wenig interessiert. Erstens hat sie mehr als genug davon, und zweitens scheint das Einvernehmen mit dem Zeitgeist im 21. Jahrhundert zu einer sehr viel wichtigeren Währung geworden zu sein als alles andere. Es geht schließlich nichts über ein weichgespültes Evangelium für jedermann, oder? Und so wurde Joachim Wernersbach von seinen Brüdern im Glauben eben für ein bisschen Applaus aus der LGBTIQ-Blase an selbige verkauft. Wer solche Brüder hat, der braucht wahrlich keine Feinde mehr!

Zur Erinnerung: Jesus Christus ist in die Welt gekommen, um sich gerade gegen die damals vorherrschende „gesellschaftliche Realität“ zu wenden. Der Messias hat es sich geradezu zur Aufgabe gemacht, sich mit dem Mainstream anzulegen – aus keinem anderen Grund ist Gott vor etwas mehr als 2.000 Jahren Mensch geworden. Wenn uns die Geschichte eines gelehrt hat, dann dies: Sobald sich der Mensch, oder auch ganze Völker von Gott abwenden, führt dies

zwangsläufig ins Verderben. So war es unter anderem während der Wirren des Dritten Reiches in Deutschland, und so zeichnet es sich auch in diesen Tagen wieder ab. Nicht weniger als das beschreibt der in Sachsen predigende Pfarrer aus dem Saarland, wenn er sagt: „Eine große Dissonanz ist über unser Land hereingebrochen.“ Oder anders ausgedrückt: Das biblische „Sodom und Gomorra“ ist zum Synonym für die westliche Welt der Gegenwart geworden!

<https://unser-mittleuropa.com/der-tod-des-christentums-in-bethlehem/>

Der Tod des Christentums in Bethlehem

10. 01. 2023

In einem **Bericht** vom 21. November wird festgestellt, dass „die religiös motivierten Angriffe palästinensischer Muslime auf Christen in Bethlehem deutlich zugenommen haben“, und es werden folgende Beispiele angeführt:

„Vor etwas mehr als zwei Wochen wurde ein muslimischer Mann beschuldigt, junge christliche Frauen in der orthodoxen Kirche der Vorväter in Beit Sahour nahe Bethlehem belästigt zu haben. Kurz darauf wurde die Kirche von einem großen Mob palästinensischer Männer angegriffen, die das Gebäude mit Steinen bewarfen, während die Gläubigen im Inneren kauerten. Mehrere Gemeindemitglieder wurden bei dem Angriff verletzt.

Die Palästinensische Autonomiebehörde, die für die Sicherheit in dem Gebiet zuständig ist, unternahm nichts.

Im Oktober schossen Unbekannte auf das in christlichem Besitz befindliche Bethlehem Hotel, nachdem ein Video in den sozialen Medien das Hotel mit einer Ausstellung in Verbindung brachte, die Pappausschnitte eines Davidsterns und einer Menora enthielt. ...

Es gab keine Verhaftungen im Zusammenhang mit der Schießerei.

Der vielleicht größte Schock für die Gemeinde kam im April, als der palästinensische evangelische Pastor Johnny Shahwan von den Sicherheitskräften der Palästinensischen Autonomiebehörde unter dem Vorwurf der ‚Förderung der Normalisierung‘ mit Israel verhaftet wurde. ...

Im Januar griff eine große Gruppe maskierter Männer mit Stöcken und Eisenstangen die christlichen Brüder Daoud und Daher Nassar auf ihrem Bauernhof in der Nähe von Bethlehem an. Die palästinensischen Gerichte bemühen sich um die Beschlagnahmung des Hofes, der sich seit dem Osmanischen Reich im Besitz der Familie befindet."

Die Verfolgung der palästinensischen Christen ist in der Tat ein seit langem bestehendes Problem, so Rabbi **Pesach Wolicki**, Direktor des Zentrums für jüdisch-christliche Verständigung und Zusammenarbeit:

„Diese jüngsten Angriffe auf Kirchen sind leider nichts neues. Christen werden in Bethlehem schon seit vielen, vielen Jahren angegriffen. Es hat Bombenanschläge gegeben. Es gibt fast ständig physische Angriffe auf Christen. Sie finden regelmäßig statt, seit die Palästinensische Autonomiebehörde die Macht übernommen hat."

Kamal Tarazi, ein Christ, der 2007 aus dem von der Hamas kontrollierten Gazastreifen geflohen ist, **sagt**: „In dem Moment, in dem sie [die Hamas] die Kontrolle [über den Gazastreifen] übernahmen, begannen sie, uns zu verfolgen, unsere Kirchen zu zerstören und die Christen zu zwingen, zum Islam zu konvertieren“. Vor seiner Flucht versuchte Tarazi, sich der islamistischen Machtübernahme zu widersetzen, und rief Muslime und Christen auf, sich gegen die Hamas zu vereinen. **Daraufhin** „wurde ich mehrmals ins Gefängnis geworfen“, sagte er. „Wissen Sie, was ein Hamas-Gefängnis ist? Es ist die reine Folter.“

Zahlen bestätigen, dass Christen, die unter der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) leben, ständigen Misshandlungen ausgesetzt sind, die Muslime nicht erleiden. Im Jahr 1947 machten die Christen 85 % der Bevölkerung von Bethlehem aus, einer alten christlichen Hochburg. Im Jahr 2016 war ihr Anteil auf nur noch 16 % gesunken.

„In einer Gesellschaft, in der arabische Christen keine Stimme und keinen Schutz haben, ist es keine Überraschung, dass sie das Land verlassen“, **so** Justus Reid Weiner, ein mit der Region vertrauter Anwalt.

„Die systematische Verfolgung christlicher Araber in den palästinensischen Gebieten wird von der internationalen Gemeinschaft, Menschenrechtsaktivisten, den Medien und NROs mit fast völligem Schweigen quittiert."

Die internationalen Medien berichten nie über Verfolgungsvorfälle. Ein christlicher Araber, der in Bethlehem wohnt, **betonte** unter der Bedingung der Anonymität, dass über alle oben genannten jüngsten Fälle nicht einmal innerhalb Israels selbst berichtet wurde. Dann **ergänzte er**:

„Dies muss gehört werden, um die jüdische und die christliche Welt über den Zustand von Bethlehem aufzuklären. Ständig kommt es zu Zwischenfällen, sei es zwischen Nachbarn oder zwischen Menschen auf der Straße oder sogar zwischen Organisationen und Kirchen. Meistens ist es so, dass die muslimische Gemeinschaft die Minderheit, also die christliche Gemeinschaft, überfährt."

Warum wird über die Verfolgung von Christen in Bethlehem und anderen von der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrollierten Gebieten so wenig oder gar nicht berichtet? Sicherlich nicht, weil sie weniger verfolgt werden als ihre Glaubensbrüder in der muslimischen Welt, wo der **Großteil** der weltweiten Christenverfolgung stattfindet.

„Die Angriffe von Muslimen auf Christen werden von der internationalen Gemeinschaft und den Medien oft ignoriert, die sich nur zu Wort melden, wenn sie einen Weg finden, Israel dafür die Schuld zu geben“, [schrieb](#) der muslimische Journalist Khaled Abu Toameh.

„Eine weitere beunruhigende Situation ist, dass die Führer der christlichen Gemeinschaft im Westjordanland zögern, die Palästinensische Behörde und ihre muslimischen Nachbarn für die Angriffe verantwortlich zu machen. Sie haben Angst vor Vergeltung und ziehen es vor, der offiziellen Linie zu folgen und Israel allein für das Elend der christlichen Minderheit verantwortlich zu machen.“

Open Doors, eine Menschenrechtsorganisation, die die Christenverfolgung beobachtet, [berichtet](#), dass die palästinensischen Christen unter einem „hohen“ Grad an Verfolgung leiden:

„Diejenigen, die vom Islam zum Christentum konvertieren, sind jedoch der schlimmsten Christenverfolgung ausgesetzt, und es ist schwierig für sie, gefahrlos bei den bestehenden Kirchen mitzumachen. Im Westjordanland werden sie bedroht und unter großen Druck gesetzt, im Gazastreifen ist ihre Situation so gefährlich, dass sie ihren christlichen Glauben in äußerster Geheimhaltung leben... Der Einfluss der radikalen islamischen Ideologie nimmt zu, und die historischen Kirchen müssen in ihrem Umgang mit den Muslimen diplomatisch sein.“

Die einzigartige Situation der palästinensischen Christen – die in einem politisch umkämpften Gebiet leben, in dem das „öffentliche Image“ und damit die öffentliche Meinung alles ist – erklärt auch den Mangel an Öffentlichkeit. Ein [Bericht](#) von Dr. Edy Cohen dokumentiert weitere Fälle der Verfolgung von Christen. Sie alle ereigneten sich kurz vor der Veröffentlichung des Berichts und keiner von ihnen wurde von den so genannten „Mainstream-Medien“ gemeldet:

- **25. April:** „[D]ie verängstigten Bewohner des christlichen Dorfes Jifna in der Nähe von Ramallah ... wurden von muslimischen Bewaffneten angegriffen, ... nachdem eine Frau aus dem Dorf bei der Polizei Anzeige erstattet hatte, dass der Sohn eines prominenten, der Fatah nahestehenden Führers, ihre Familie angegriffen habe. Daraufhin kamen Dutzende von bewaffneten Fatah-Anhängern in das Dorf, feuerten Hunderte von Kugeln in die Luft, warfen unter Flüchen Benzinbomben und verursachten schwere Schäden an öffentlichem Eigentum. Es war ein Wunder, dass es keine Toten oder Verletzten gab.
- **13. Mai:** „Vandalen brachen in eine Kirche der maronitischen Gemeinde im Zentrum von Bethlehem ein, entweiheten sie und stahlen teure Ausrüstungsgegenstände der Kirche, darunter auch die Sicherheitskameras... Das ist bereits das sechste Mal, dass die maronitische Kirche in Bethlehem Opfer von Vandalismus und Diebstahl wurde, einschließlich eines Brandanschlags im Jahr 2015, der beträchtlichen Schaden anrichtete und die Kirche für längere Zeit zur Schließung zwang.
- **16. Mai:** „Die anglikanische Kirche im Dorf Aboud, westlich von Ramallah, war an der Reihe. Vandalen durchtrennten den Zaun, schlugen die Fenster der Kirche ein und brachen ein. Sie entweiheten sie, suchten nach wertvollen Gegenständen und stahlen eine große Menge an Ausrüstung.“

Diese Angriffe, die sich im Laufe von drei Wochen ereigneten, entsprechen dem gleichen **Muster von Übergriffen**, wie sie Christen in anderen muslimischen Mehrheitsregionen üblicherweise erleben. Während die **Entweihung und Plünderung** von Kirchen weit verbreitet ist, sind es auch die Aufstände des muslimischen Mobs gegen christliche Minderheiten – die in der Regel als **Dhimmis** oder „Bürger zweiter Klasse“ unter islamischer Herrschaft behandelt werden, die angeblich dankbar sein sollten, überhaupt toleriert zu werden. Wenn sie es wagen, für ihre Rechte einzutreten, wie es am 25. April **geschah**, „forderten die Randalierer in [dem Dorf] Jifna die [christlichen] Bewohner auf, die **Dschizya** zu zahlen – eine Kopfsteuer, die im Laufe der Geschichte von nicht-muslimischen Minderheiten unter islamischer Herrschaft erhoben wurde. Die jüngsten Opfer der Dschizya waren die christlichen Gemeinden im Irak und in Syrien unter der Herrschaft von ISIS“.

Schlimmer noch, wie so oft, wenn christliche Minderheiten in Ländern mit muslimischer Mehrheit angegriffen werden: „Trotz der Hilferufe der [christlichen] Einwohner [in Jifna] griff die Polizei der PA während der Stunden des Chaos nicht ein. Sie hat keine Verdächtigen verhaftet.“ Auch bei den beiden Anschlägen auf Kirchen wurden „**keine Verdächtigen festgenommen**“.

Obwohl die palästinensischen Christen unter denselben Verfolgungsmustern leiden wie ihre Glaubensbrüder in anderen muslimischen Ländern, einschließlich Anschlägen auf Kirchen, Entführungen und Zwangskonvertierungen, wurde über die Verfolgung palästinensischer Christen „in den palästinensischen Medien nicht berichtet. Tatsächlich“, **so Cohen weiter**, „wurde in vielen Fällen eine vollständige Nachrichtensperre verhängt“:

„Das Einzige, was die Palästinensische Autonomiebehörde interessiert, ist, dass solche Vorfälle nicht an die Medien durchsickern. Die Fatah übt regelmäßig starken Druck auf die Christen aus, nicht über die Gewalttaten und den Vandalismus zu berichten, unter denen sie häufig zu leiden haben, da eine solche Publizität dem Image der Palästinensischen Autonomiebehörde als einem Akteur, der in der Lage ist, das Leben und das Eigentum der christlichen Minderheit unter ihrer Herrschaft zu schützen, schaden könnte. Noch weniger möchte die Palästinensische Autonomiebehörde als radikale Organisation dargestellt werden, die religiöse Minderheiten verfolgt. Ein solches Bild könnte sich negativ auf die massive internationale und insbesondere europäische Hilfe auswirken, die die Palästinensische Autonomiebehörde erhält.“

Das Brot und Butter der Palästinensischen Autonomiebehörde und ihrer Unterstützer, insbesondere in den Medien, besteht darin, die Palästinenser im Allgemeinen als Opfer ungerechter Aggression und Diskriminierung durch Israel **darzustellen**. Diese Darstellung würde in Frage gestellt, wenn die internationale Gemeinschaft erfährt, dass es palästinensische Muslime sind, die ihre palästinensischen Mitchristen verfolgen – allein aufgrund ihrer Religion. Es könnte schwer sein, Mitgefühl für ein angeblich unterdrücktes Volk aufzubringen, wenn man feststellt, dass es selbst die Minderheiten in seiner Mitte unterdrückt – und das aus keinem anderen Grund als religiöser Bigotterie.

Weil sie so empfindlich auf diese potenzielle Schwierigkeit reagieren, üben Beamte der Palästinensischen Autonomiebehörde Druck auf die Christen vor Ort aus, damit sie solche Vorfälle nicht melden, die die Palästinensische Autonomiebehörde als ein

weiteres Regime im Nahen Osten entlarven könnten, das einer radikalen islamischen Ideologie anhängt“, so Cohen [zum Schluss](#).

Einige palästinensische Christen sind ebenfalls mitschuldig. Mitri Rehab, ein palästinensischer Akademiker und lutherischer Geistlicher, der in Bethlehem lebt, [besteht](#) in seinem kürzlich erschienenen Buch *The Politics of Persecution* („Die Politik der Verfolgung“) darauf, dass die Verfolgung von Christen im Nahen Osten nichts mit dem Islam und alles mit westlichen oder israelischen Aktionen zu tun hat. In seinem Versuch, die Schuld auf alles andere zu schieben, bietet er in seinem Buch sogar einen Abschnitt über „den Klimawandel, der seinen Tribut an der christlichen Gemeinschaft fordern wird“.

Schließlich unterdrückt die Palästinensische Autonomiebehörde nicht nur Nachrichten über die Verfolgung von Christen, sondern sie verbreitet aktiv ein falsches Bild. Obwohl die Zahl der Christen in Bethlehem rapide abnimmt, „ist die Tatsache, dass die Palästinensische Autonomiebehörde weiterhin dafür sorgt, dass es in Bethlehem einen christlichen Bürgermeister gibt, nur Augenwischerei“, [so](#) Rabbi Wolicki.

„Es ist eine Show, die die Welt davon überzeugen soll, dass Bethlehem, der Geburtsort des Christentums, immer noch eine christliche Stadt ist. Sie ist nicht christlich. Sie ist in jeder Hinsicht muslimisch.“

In dieser Weihnachtszeit ist es wichtig, sich daran zu erinnern, dass das Christentum aufgrund der andauernden, aber schweigenden Verfolgung am Ort seiner Geburt – [Bethlehem](#), dem Schauplatz der Geburt Christi – zu [verschwinden](#) droht. Dieses Schweigen verleiht dem Weihnachtslied „Stille Nacht“ eine unheilvolle Bedeutung. „Die Verfolgung“, so der jüngste [Bericht](#), „bedroht die Existenz der ältesten christlichen Gemeinschaft der Welt“.

[Raymond Ibrahim](#), Autor des neuen Buches *Defenders of the West: The Christian Heroes Who Stood Against Islam* („Verteidiger des Abendlandes: Die christlichen Helden, die dem Islam die Stirn boten“), ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute, Shillman Fellow am David Horowitz Freedom Center und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [GATESTONE INSTITUTE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

<https://www.pro-medienmagazin.de/kongo-mindestens-zehn-tote-bei-anschlag-auf-kirche>

Verdächtiger festgenommen

Kongo: Mindestens zehn Tote bei Anschlag auf Kirche

Auf eine Pfingstgemeinde in Ost-Kongo ist ein Anschlag verübt worden. Die Regierung macht einen IS-Ableger für den Terror verantwortlich.

Von Johannes Schwarz

16. Januar 2023

In der Demokratischen Republik Kongo sind bei einem Bombenanschlag auf eine Kirche am Sonntag mindestens zehn Menschen getötet worden. 27 Menschen wurden verletzt. In der Kirche der Stadt Kasindi im östlichen Kongo explodierte laut dem Sender Radio Okapi während einer Konferenz ein selbstgebauter Sprengsatz.

Ein Sprecher des Militärs bezeichnete den Vorfall in der christlichen Gemeinde als „Terrorakt“. Die Armee in der östlichen Provinz Nord-Kivu teilte mit, dass Ermittlungen eingeleitet wurden. Ein kenianischer Staatsbürger gilt als verdächtig. Er wurde am Tatort ohne Papiere angetroffen. Auch wenn keine akute Gefahr drohe, warnen die Sicherheitsbehörden größere Menschenansammlungen zu meiden. Dies berichtet die Deutsche Presseagentur (dpa).

Es verdichten sich die Hinweise, dass der IS-Ableger Provinz Zentralafrika (ISCAP), auch bekannt als Alliierte Demokratische Kräfte (ADF), für den Anschlag verantwortlich ist. Sowohl Experten als auch die Regierung kommen zu diesem Schluss. Die ADF steht auf der Terrorliste der USA. Die Organisation sei für einige Anschläge und Terrorakte verantwortlich. Tausende Kongolesen seien durch die AFD getötet worden. Sowohl die kongolesische als auch das ugandische Militär gehen gegen die ADF vor.

<https://www.pro-medienmagazin.de/weltverfolgungsindex-2023-nordkorea-wieder-an-der-spitze>

Christenverfolgung

Weltverfolgungsindex 2023: Nordkorea wieder an der Spitze

Zum dreißigsten Mal veröffentlicht Open Doors den Weltverfolgungsindex. Er zeigt: Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen hat einen neuen Höchststand erreicht. Besonders in Afrika werden Christen verfolgt.

Von Johannes Schwarz

18. Januar 2023

Weltverfolgungsindex 2023

Foto: Open Doors

Weltweit sind mehr als 360 Millionen Christen bedroht und verfolgt

Nordkorea belegt Rang 1 bei der weltweiten Christenverfolgung. Das geht aus dem Weltverfolgungsindex (WVI) 2023 des Hilfswerks Open Doors hervor, der am Mittwoch veröffentlicht wurde. Die Diktatur erreicht mit 98 Punkten von 100 möglichen Punkten in der Bewertung einen Negativrekord. Durch die Einführung eines neuen „Gesetzes gegen reaktionäres Gedankengut“ wird noch gezielter gegen Christen vorgegangen. Besonders Christen in Hauskirchen werden verfolgt.

Daher löst Nordkorea Afghanistan an der Spitze ab. Vergangenes Jahr nahm der afghanische Staat Rang 1 im WVI ein. Die Terror-Organisation Taliban hatte ab August 2021 zahlreiche Christen wegen ihres Glaubens ermordet und vertrieben. Dieses Jahr landet Afghanistan auf Rang 9. Noch immer werden dort massiv Christen verfolgt, allerdings sei nicht erkennbar, ob dies aufgrund der Religion oder der Zusammenarbeit mit westlichen Streitkräften geschehe. Die Lage der Christen in Afghanistan ist unübersichtlich.

Weltverfolgungsindex 2023: Christen in der Subsahara besonders gefährdet

Seit Jahren steigt die Gewalt und Verfolgung gegen Christen in Afrika. 13 von 50 Ländern des WVI befinden sich in Subsahara-Afrika. Die Gewalt erreicht dort einen neuen Höchststand. Islamische und andere bewaffnete Gruppen unterdrücken und setzen mit Gewalt ihre Ziele durch.

Ein Mann liest in der BibelFoto: Open Doors

Verfolgte gewinnen aus dem Lesen der Bibel Glaube, Kraft und Hoffnung

Fünf afrikanische Staaten landen somit unter den unrühmlichen „Top Ten“: Somalia (Platz 2), Eritrea (Platz 4), Libyen (Platz 5), Nigeria (Platz 6) und Sudan (Platz 10). In einigen Fällen fliehen Christen aus den Ländern. Diejenigen, die trotz der Angriffe bleiben, werden zunehmend mit Feindseligkeiten der meist muslimischen Bevölkerung schikaniert. Hinzu kommt eine allgemeine schwierige Situation. Armut und Hunger machen sich breit. Dies wird durch die Folgen des russischen Krieges in der Ukraine und der Corona-Pandemie verstärkt, berichten die Verantwortlichen von Open Doors.

Die Rangliste des Weltverfolgungsindex 2023

Nordkorea (98 Punkte)

Somalia (92 Punkte)

Jemen (89 Punkte)

Eritrea (89 Punkte)

Libyen (88 Punkte)

Nigeria (88 Punkte)

Pakistan (86 Punkte)

Iran (86 Punkte)

Afghanistan (84 Punkte)

Sudan (83 Punkte)

Plätze 11 bis 50 des Weltverfolgungsindex 2023

Autokratische Regime unterdrücken Christen

Die Hilfsorganisation Open Doors verzeichnet immer mehr Druck und Unterdrückung christlicher Gemeinschaften in autokratischen Staaten. In diesem Zusammenhang gilt China gemeinhin als Vorbild für einige Regime. Gegenüber dem Vorjahr hat sich China (Platz 16) verschlechtert und fällt um einen Rang. Durch den technologischen Fortschritt können autoritäre Staaten Christen und andere Religionsgemeinschaften leichter unterdrücken. Dies geschieht auch in Malaysia (Platz 43) und Myanmar (Platz 14).

Drei chinesische Christinnen, die an einem Tisch zusammensitzenFoto: Open Doors

Chinesische Christen beim gemeinsamen Bibelstudium

Auch Russland folgt dem Vorbild Chinas, wird allerdings nicht im WVI unter den 50 Staaten gelistet. Jedoch verfolgen auch zentralasiatische Staaten Christen: Kasachstan (Platz 48), Turkmenistan (Platz 26), Usbekistan (Platz 21) und Tadschikistan (Platz 44).

Weltverfolgungsindex 2023 – die Karte

In der Türkei (Platz 41) wurden viele Kirchen beschädigt oder in Moscheen umgewandelt. Die islamisch-nationalistische Regierung lässt wenig Raum für Christen und schürt Hass gegen Christen.

Auch in Algerien (Platz 19) leiden Christen. Sie werden isoliert und aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt.

88 Witwen sitzen zusammen in einem Klassenraum und hören einer Referentin zuFoto: Open Doors

In Burkina Faso, im Weltverfolgungsindex 2023 auf Rang 23, lassen sich Witwen zu Trauma-Seelsorgerinnen ausbilden

Im Iran (Platz 8) überwachen islamische Hardliner das religiöse Leben. Die Zahl dokumentierter gewaltsamer Übergriffe auf Christen ist gestiegen. So macht in Indien (Platz 11) ein Anti-Bekehrungsgesetz in elf Bundesstaaten Christen das Leben schwer. Willkürliche Verhaftungen und Schikanen sind für Christen real. Seitdem der Premier Narendra Modi 2014 die Macht übernommen hat, hat der Druck auf Christen in Indien deutlich zugenommen.

Mehr zum Thema

» Christen blicken mit Sorge auf Wahlen in Indien

» Open Doors: „Indiens Christen vor Eskalation der Gewalt schützen“

Zwei indische Männer beten für Pastor Sudeep aus dem Osten Indiens, der bereits mehrfach wegen seiner christlichen Aktivitäten verhaftet wurde. Foto: Open Doors

Immer wieder wird Gebet benötigt: Hier für einen Pastor aus dem Osten Indiens, der bereits mehrfach wegen seiner christlichen Aktivitäten verhaftet wurde.

Pastor Krishna und seine Familie sahen sich ununterbrochener Verfolgung ausgesetztFoto: Open Doors

Pastoren und ihre Familien sehen sich in Indien ununterbrochener Verfolgung ausgesetzt
Weltverfolgungsindex 2023 verzeichnet Höchststand an Gewalt

Im gesamten Berichtszeitraum von Oktober 2021 bis September 2022 wurden mindestens 5.621 Christen wegen ihres Glaubens ermordet. Vor fünf Jahren waren etwas mehr als 3.000 Christen. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen hat somit laut Open Doors einen neuen Höchststand erreicht. Auffällig ist Nigeria, allein dort wurden rund 5.000 Christen ermordet. Autoritarismus und ideologischer Nationalismus verschärfen die Verfolgung und Diskriminierung von Christen.

Ein zerstörtes Gemeindehaus in BangladeschFoto: Open Doors

Nicht nur Menschen sind in Gefahr. Wie hier in Bangladesch werden immer wieder Gemeindehäuser zerstört.

Junge Christen aus Nigeria stehen zusammen vor einem HausFoto: Open Doors

Tausende Christen in Nigeria tragen die Narben der von Islamisten verursachten Unruhen

Der Leiter von Open Doors Deutschland, Markus Rode, sagte: „Der 30. Weltverfolgungsindex in Reihe belegt die starke Zunahme von Christenverfolgung weltweit.“ Es sei wichtig, dass Unrecht dokumentiert werde und verfolgte Christen nicht ungehört blieben. Durch Gebet und materielle Hilfe an Opfer sei es möglich, auch Hoffnung zu schöpfen.

360 Millionen Christen seien „sehr hoher bis extremer“ Verfolgung ausgesetzt. Open Doors analysiert mithilfe von Fragebögen verschiedene Lebensbereiche von Christen: das Privat- und Familienleben, das Leben in Gesellschaft und Staat sowie das kirchliche Leben. Zudem erfasst das Hilfswerk physische Gewalt gegen Christen. Mit einem Punktesystem ermittelt Open Doors dann den Grad der Verfolgung von Christen.

Die Fragebögen werden von Fachleuten aus drei Bereichen beantwortet: von Forschern von Open Doors, die mit lokalen Kirchengemeinden zusammenarbeiten, von Analysten des Weltverfolgungsindex-Teams sowie von externen Experten.

Der Index umfasst 50 Länder, zu denen das Hilfswerk detaillierte Berichte veröffentlicht. In weiteren 26 Ländern seien Christen einem „hohen“ Maß von Verfolgung ausgesetzt.

Der Weltverfolgungsindex von Open Doors– so hat er sich in den vergangenen Jahren entwickelt

Weltverfolgungsindex 2020

2020: Der Weltverfolgungsindex 2020 zeigt eine stetige Zunahme von Gewalt gegen Christen. Besonders dramatisch war die Lage für Christen in Somalia (Platz 3). Dort hatte es wiederholt Anschläge auf Kirchen gegeben; Bibeln waren verbrannt worden. Neben Nordkorea (Platz 1) und Afghanistan (Platz 2) war die Christenverfolgung in Afrika und Asien besonders hoch.

Die ersten zehn Plätze des Weltverfolgungsindex' 2020

Nordkorea (94 Punkte)

Afghanistan (93 Punkte)

Somalia (92 Punkte)

Libyen (90 Punkte)

Pakistan (88 Punkte)

Eritrea (87 Punkte)

Sudan (85 Punkte)

Jemen (85 Punkte)

Iran (85 Punkte)

Indien (83 Punkte)

Weltverfolgungsindex 2021

2021: Im Jahr 2021 verschärfte die Corona-Pandemie erheblich die Situation für Christen weltweit. Die Pandemie wirkt als Katalysator für weltweite Christenverfolgung. Nordkorea blieb unangefochten auf Platz 1. Libyen (Platz 3) fiel unter den afrikanischen Staaten besonders auf.

Die ersten zehn Plätze des Weltverfolgungsindex' 2021

Nordkorea (94 Punkte)

Afghanistan (94 Punkte)

Somalia (92 Punkte)

Libyen (92 Punkte)

Pakistan (88 Punkte)

Eritrea (88 Punkte)

Jemen (87 Punkte)

Iran (86 Punkte)

Nigeria (85 Punkte)

Indien (83 Punkte)

Weltverfolgungsindex 2022

2022: Vergangenes Jahr löste Afghanistan Nordkorea von der Spitze des Index ab. Die Terror-Organisation Taliban hatte die Situation für Christen im Land unerträglich gemacht. In Nordkorea war die Christenverfolgung dennoch sehr hoch. Einige afrikanische Staaten erreichten erneut die „Top Ten“. Indien lag erneut auf Platz 10.

Die ersten zehn Plätze des Weltverfolgungsindex' 2022

Afghanistan (98 Punkte)

Nordkorea (96 Punkte)

Somalia (91 Punkte)

Libyen (91 Punkte)
Jemen (88 Punkte)
Eritrea (88 Punkte)
Nigeria (87 Punkte)
Pakistan (87 Punkte)
Iran (85 Punkte)
Indien (82 Punkte)

<https://unser-mittleuropa.com/lgbtq-wahnsinn-fruehsexualisierung-in-den-usa-kleinkinder-muessen-transvestiten-befummeln-videos/>

LGBTQ-Wahnsinn: +UPDATE 19.01.+ LGBTQ-Lobby missbraucht Geistig-Behinderte für „Drag-Show“

19. 01. 2023

In loser Folge berichtet UNSER MITTELEUROPA über die Exzesse einer ultra-libertinären LGBTQ-Propaganda, die als extreme Steigerung des Political-Correctness-Wahns nur ein Ziel zu haben scheint: Die Zerstörung des traditionellen Familien- und Gesellschafts-Modells.

+++UPDATE 19.01.2023+++

LGBTQ-Lobby missbraucht Geistig-Behinderte für „Drag-Show“

Die Aufnahmen zeigen Menschen mit Down-Syndrom, die in Transvestitenkostümen kitschig tanzen.

Geistig behinderte Menschen haben eine Dragqueen-Performance gegeben. Das Video wurde von einem US-amerikanischen digitalen Medienanbieter auf Twitter veröffentlicht – wie „TV News“ berichtete.

Das im Internet hochgeladene Video verursachte großen Protest:

Social-Media-Nutzer kritisierten etwa, dass mit dieser Aktion die Rechte von behinderten Menschen nicht befördert würden. Viele waren der Ansicht, **dass die LGBTQ-Lobby damit**

alle Grenzen vollständig überschritten hat: Von „unethisch, böse und auch extrem niederträchtig“ war die Rede.

+++UPDATE 17.10.2022+++

Christliche Kinderbetreuerin weigerte sich, aus LGBTQ-Büchern vorzulesen: Kündigung

Der Vorfall ereignete sich in Kalifornien. Das Opfer, Nelli Parisenkova, verklagte nun ihren Arbeitgeber – wie [Foxnews](#) berichtete.

Eine Kinderbetreuerin verklagte letzte Woche im US-Bundesstaat Kalifornien ihren Ex-Arbeitgeber, nachdem sie wegen ihres religiös verwurzelten Protests gekündigt und gedemütigt wurde: Hatte sie sich doch geweigert, Kindern aus Büchern Geschichten mit gleichgeschlechtlichen Paaren vorzulesen.

Vorfall am „Bright Horizons“-Kinderzentrum

Nelli Parisenkova arbeitete zuvor vier Jahre lang im „Bright Horizons Children’s Center“ in Studio City mit Kindern unter fünf Jahren. Ihre Klage wurde am Donnerstag beim Obersten Gerichtshof von Kalifornien eingereicht.

Das „Bright Horizons“-Kinderzentrum wurde 1986 gegründet hat mittlerweile Hunderte von Standorten weltweit und beschäftigt mehr als 26.000 Mitarbeiter.

Nachdem die Direktorin der kalifornischen Website, Katy Callas, von Parisenkovas religiösen Einwänden gegen das Material erfahren hatte, schuf sie ihr gegenüber ein feindliches Arbeitsumfeld, was schließlich zu ihrer Kündigung führte.

Von Sicherheitsdienst ab-escortiert

„Sie versuchten, Nelli durch Belästigung und Einschüchterung zum Aufhören zu bewegen. Sie konnte nicht zu ihrem Arbeitsplatz zurückkehren, weil ihr Antrag auf Unterkunft abgelehnt wurde“, fügte der Anwalt hinzu. Außerdem stellte er fest, dass seine Klientin ins Büro ihrer Chefin zitiert wurde, wo jene dann sie dann wütend befragte und ihr sagte: Wenn sie Vielfalt nicht feiern wolle, wäre es nicht die richtige Arbeit für sie. Dann wurde sie auf Verwaltungsurlaub gesetzt. Nelli wurde mittels Wachmann nach Draußen eskortiert, wo man sie draußen in der Hitze ohne Transportmittel alleine ließ. Am Ende musste er bei dem schwülen Wetter zwanzig Minuten laufen und 45 Minuten auf den Transfer warten. Wonach sie die nächsten zwei Tage unter Hitzeerschöpfung litt.“

LGBTQ plus Wahnsinn

Kind sollen intime Körperteile streicheln und erforschen



Derselbe Herr wie oben im Bild hier auch hier:
Bereits Kleinkinder sollen erfahren, was sich da unter dem Kleid dieser pädophilen Tunte so abspielt.



Sehr erfreut über den sexuellen Übergriff scheint der Junge nicht zu sein



Soll der Blick auf den Intimbereich dieses Herrn bei den Kleinen Appetit mehr machen?

Auf einem Video wird ein Kind sogar ermutigt, intimen Körperteile eines, als Meerjungfrau verkleideten, Transvestiten zu streicheln.

Tanzender Transvestit erhält Tipps von einem Kind

Die abartige Performance wurde von einem bekannten US-Kinderkanal (!) gesponsert.

Ein Video von einer tanzenden Transvestiten-Drag Queen, auf die Kind zuläuft und ihr einen „Tipp“ gibt, wurde auf Twitter gepostet. Das Video wurde in Burbank, Kalifornien, bei einer Veranstaltung aufgenommen, die von einem Kinderkanal (!) namens Nickelodeon gesponsert wurde.

Zum Kontext der Veranstaltung: Vor kurzem konnten Kinder bei einer „familienfreundlichen und kinderfreundlichen“ Veranstaltung in Chattanooga, USA, neben Drag Queens auftreten. Mehrere Videoaufnahmen zeigen hochgradig sexualisierte Shows mit Kindern.

*NOTHING LIKE CHILDREN TIPPING A DRAG QUEEN AT AN EVENT SPONSORED
BY @NICKELODEON. #BURBANKPRIDE PIC.TWITTER.COM/YA9NUVTEJ5*

— *INSIDE THE CLASSROOM (@EITC_OFFICIAL) OCTOBER 2, 2022*

Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter [<ungarn_buch@yahoo.com>](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

<https://philosophia-perennis.com/2023/01/22/weltverfolgungsindex-2023-christenverfolgung-auf-besorgniserregend-hohem-niveau/>
MENSCHENRECHTE

Weltverfolgungsindex 2023: Christenverfolgung auf besorgniserregend

22. JANUAR 2023

(David Berger) Die Menschenrechtsorganisation „Open Doors“ hat ihren Weltverfolgungsindex für das Jahr 2023 veröffentlicht: der Bericht listet die Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Für die Bundesregierung ist die Verfolgung von Christen bisher aber so gut wie kein Thema, obwohl 360 Millionen Menschen davon betroffen sind.

Der Weltverfolgungsindex ist eine Rangliste der 50 Länder, in denen Christen der stärksten Verfolgung und Diskriminierung wegen ihres Glaubens ausgesetzt sind. Er wird von einem ausführlichen Bericht darüber begleitet, wie sich Verfolgung und Diskriminierung konkret äußern und auswirken. Open Doors gibt den Weltverfolgungsindex jährlich neu heraus.

„Unser Ziel ist es, Kirchen, Medien, Politik und Gesellschaft auf die Situation der bedrängten Kirche aufmerksam zu machen. Zudem ist der Weltverfolgungsindex ein Aufruf zum Gebet und praktischen Einsatz für die weltweit am stärksten unterdrückten Christen.“ – so der Bericht.

Unverändert hoch

Die Intensität der Verfolgung ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert hoch. Weltweit sind mehr als 360 Millionen Christen wegen ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. In den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex gilt dies sogar in einem sehr hohen bis extremen Maß; davon betroffen sind 312 Millionen der dort lebenden 744 Millionen Christen.

Wie befürchtet hat sich die Christenverfolgung in islamischen Ländern weiter verstärkt. Die Leidtragenden sind dabei v.a. die orientalischen Christen, sodass die Wiege der frühen Kirche derzeit ganz bewusst vom Islam ausgerottet wird.

China und Klaus Schwab als Vorbild für Abschaffung der Menschenrechte

Verhältnismäßig neu ist allerdings die Erkenntnis, dass das totalitäre Gebaren Chinas zur Überwachung und Unterdrückung der Menschen, das sich in der Corona-Pandemie anschaulich zeigte, immer mehr zum Model für die Abschaffung der Menschenrechte und damit auch des Menschenrechts auf Religionsfreiheit weltweit wird.

Verschärft wird diese säkular-katastrophale Zeitenwende dadurch, dass auch der „great reset“ bei der Abschaffung der Menschenrechte in eine sehr ähnliche Richtung spekuliert. Eine klare Absage an solch gefährliches Zündeln aus der Politik und von Menschenrechtsorganisation sowie den Kirchen sucht man bisher allerdings vergeblich.

Der einzige Spitzenpolitiker, der bislang zu den erschreckenden Zahlen Stellung bezogen hat, ist der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Braun. Braun zeigte sich erschüttert von den Fakten im jüngsten Bericht der Organisation OpenDoors zur Christenverfolgung:

Nordkorea, Iran und Afghanistan

„Die Details sind erschütternd. In 80 Ländern auf der Erde werden aktuell Christen verfolgt. Teilweise besonders brutal. Das hat die Organisation OpenDoors jetzt aufgedeckt.

Besonders schlimm ist es im kommunistischen Nordkorea. Unter der fragwürdigen Top 10 befindet sich aber auch der Iran und Afghanistan. Ebenfalls auf der Liste – wenn auch weiter unten – China und Russland.

Die AfD-Fraktion hat diese Verbrechen seit 2017 immer wieder zum Thema im Bundestag gemacht. Als einzige Fraktion nennen wir konsequent die weltweite Christenverfolgung beim Namen.

Für die Bundesregierung ist die Verfolgung von Christen bisher aber so gut wie kein Thema. Obwohl 360 Millionen Menschen davon betroffen sind. Das muss sich endlich ändern.“

<https://journalistenwatch.com/2023/04/28/libyen-behoerden-und-militaerpolizei-gehen-gegen-christen-vor/>

Libyen: Behörden und Militärpolizei gehen gegen Christen vor

Videos von verhafteten Gläubigen in den sozialen Medien veröffentlicht

(Open Doors, Kelkheim) – Die christliche Gemeinschaft in Libyen steht nach einer Reihe von Festnahmen derzeit unter sehr hohem Druck. Unter den Verhafteten sind sowohl aus dem Ausland stammende Christen als auch einheimische. Zusätzlich dazu hat die Veröffentlichung von Videos mit Aufnahmen der Christen für Aufruhr in den sozialen Medien gesorgt.

Ein Beitrag von [Open-Doors](#)

Behörden konstruieren anti-islamische Verschwörung

Die große Mehrheit der in Libyen lebenden Christen stammt aus dem Ausland. Innerhalb der vergangenen drei Wochen wurden drei ausländische Christen festgenommen, von denen sich aktuell noch einer in Haft befindet. Zwei amerikanische Christen wurden am vergangenen Wochenende freigelassen und sind mittlerweile aus Libyen ausgereist.

Darüber hinaus haben die Behörden sieben Libyer in Gewahrsam genommen, eine Frau und sechs Männer. Ihnen wird der Abfall vom Islam (Apostasie) und Missionierung für den christlichen Glauben (Proselytismus) vorgeworfen. Von den meisten wurden Videoaufnahmen angefertigt, in denen sie mit unkenntlich gemachten Gesichtern ausführlich schildern, wie sie vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind. Sie teilen darin auch detaillierte Informationen über andere mit, die sie in diesem Zusammenhang kennengelernt haben.

Die Aufnahmen wurden auf der offiziellen Website der staatlichen „Agentur für Innere Sicherheit“ (ISA) veröffentlicht und sind somit frei zugänglich. Die durch die Videos vermittelte Botschaft lautet: Libyen ist Ziel einer Verschwörung von außen, um den islamischen Charakter der libyschen Gesellschaft und des Staates zu untergraben. Dies hat in den sozialen Medien eine Hasskampagne gegen Christen ausgelöst.

Islamistische Spezialeinheit im Einsatz gegen Christen

Die Verhaftungen wurden allesamt von der ISA verantwortet und von der „ar-Radaa“ durchgeführt, einer der ISA angegliederten islamistischen Spezialeinheit der Militärpolizei. Die ISA befasst sich in der Regel mit der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, war aber auch an der Verfolgung von politischen Dissidenten, Politikern und anderen Personen beteiligt; Anlass war oftmals die mutmaßliche Beteiligung der Zielpersonen an Aktivitäten, die als unislamisch gelten.

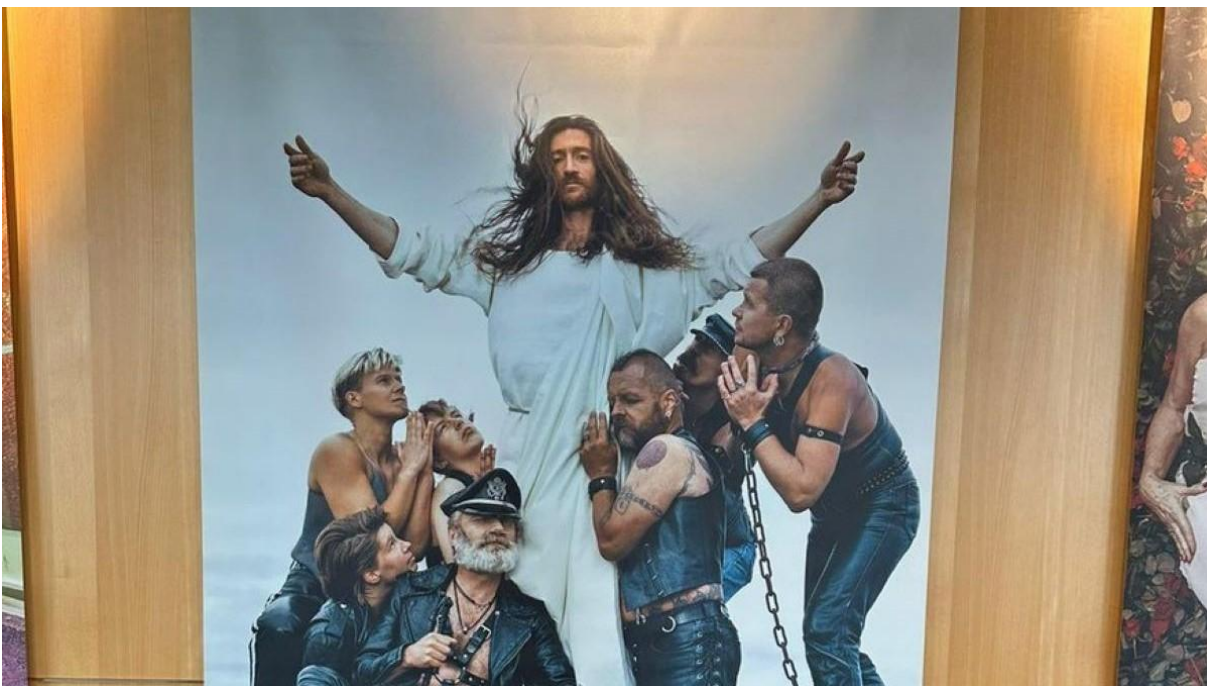
In Libyen sind sowohl einheimische Christen als auch christliche Migranten aus anderen Ländern (zumeist Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge) extremer Gewalt ausgesetzt. In Abwesenheit einer handlungsfähigen Zentralregierung verfügen sowohl militante islamische Extremistengruppen als auch organisierte Verbrecherbanden über große Macht. Sie nehmen Christen ins Visier, wobei es immer wieder zu Entführungen oder anderen gewaltsamen Übergriffen kommt. Vereinzelt mit tödlichem Ausgang für die Christen.

Wer sich in Libyen öffentlich zu seinem christlichen Glauben bekennt oder gar das Evangelium an andere weitergibt, muss damit rechnen, von extremistischen Gruppen gefangengenommen oder bestraft zu werden.

<https://unser-mittleuropa.com/eu-ausstellung-jesus-unter-sado-maso-juengern-gekreuzigter-schwuler-schwarzer-video-blasphemische-bilder/>

EU-Ausstellung: Jesus unter Sado-Maso-Jüngern & Gekreuzigter schwuler Schwarzer (Video / blasphemische Bilder)

11. 05. 2023



Eine temporäre Fotoausstellung der lesbischen Fotografin Elisabeth Ohlson im EU-Parlament (2. bis 5. Mai) zeigte u.a. Jesus Christus unter homosexuellen Männern in BDSM-Lederkleidung.

Laut Ohlson bestünde der Zweck des Kunstwerks darin, Jesus als Unterstützer der LGBTQ-Community zu präsentieren. Malin Björk, eine schwedische linke Europaabgeordnete, sagte bei der Eröffnung der Ausstellung:

„Kunst zeigt, dass sich unsere Gesellschaften in den letzten 25 Jahren in Bezug auf LGBT-Rechte weiterentwickelt haben“.

Gekreuzigter Schwarzer



Was war noch zu sehen? U.a. auch ein gekreuzigter nackter schwarzer Mann, wie er von einem nackten weißen Mann umarmt wird.

Empörung über Blasphemie



Besonders innovativ: „Das letzte Abendmahl“

Mehrere italienische, polnische und spanische Abgeordnete empfanden die Bilder als blasphemisch. Die italienische EU-Abgeordnete Maria Veronica Rossi nannte die Ausstellung eine ungerechtfertigte Provokation. Im Gespräch mit Italy24 sagte sie:

„Die Ausbeutung einer Religion ist eine unerträgliche Respektlosigkeit gegenüber Millionen von Gläubigen in ganz Europa.“

durchblick 115 (2023),¹³

Christenverfolgung in Nicaragua: Bischof zu 26 Jahren Haft verurteilt

Managua. Das weltweite päpst-liche Hilfswerk „Kirche in Not“ (ACN) zeigt sich sehr besorgt angesichts der Lage in Nicaragua. Schon im Zeitraum 2018 bis 2022 sei es zu fast 400 Übergriffen gegen die katholische Kirche gekommen. Nach örtlichen Medienberichten lässt die Ortega-Regierung Priester festnehmen, die den zu einer 26-jährigen Haftstrafe verurteilten Bischof Rolando Jose Álvarez Lagos in ihren Predigten erwähnen, was die Behörden als „verbotene Tätigkeit“ bezeichnen. **Nach „Kirche in Not“ vorliegenden Informationen seien mindestens zwei Priester in Madriz und**

Nuevia Segovia verhaftet worden, nachdem sie in ihren Sonntagsgottesdiensten Bischof Álvarez entweder erwähnt oder für ihn gebetet hatten. Bischof Álvarez wurde zu 26 Jahren Haft verurteilt, als er sich geweigert hatte, das Land zu verlassen und sich zusammen mit einer Gruppe von über 200 anderen politischen Gefangenen in die USA abschieben zu lassen

<https://philosophia-perennis.com/2023/05/11/tuerkei-die-zurueckgelassenen-irakischen-und-syrischen-christlichen-fluechtlinge/>

Türkei: Die zurückgelassenen irakischen und syrischen christlichen Flüchtlinge

BY [DAVID BERGER](#)

11. MAI 2023

2119

Mit zu den Ärgernis erregendsten Fakten der Asylpolitik in der EU gehört die Tatsache, dass verfolgte Christen, etwa aus dem Irak, Syrien oder Pakistan bei uns nicht willkommen sind, während man selbst gefährliche Islamisten bei uns willkommen heißt. Ein Gastbeitrag von Uzay Bulut

Die Christen im Irak und in Syrien haben jahrzehntelang unter [Verfolgung](#) und Instabilität gelitten, verursacht durch die Unterdrückung durch das Baath-Regime, die US-geführte [Invasion](#) im Irak im Jahr 2003, den [Ausbruch](#) der sunnitisch-schiitischen Kämpfe im Jahr 2006, den [Terrorismus](#) der Al-Qaida, den [Völkermord](#) der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) im Jahr 2014, die anhaltenden türkischen Luftangriffe auf den [Irak](#) und [Syrien](#) und in vielen Fällen auch durch Druck und Schikanen seitens ihrer muslimischen Nachbarn. Aufgrund dieser Verfolgung waren viele von ihnen gezwungen, ihre Heimatländer zu verlassen und anderswo Asyl zu suchen.

In einem [Bericht](#) von Open Doors, einem überkonfessionellen christlichen Hilfswerk, heisst es:

„Im Irak gibt es eine Reihe orthodoxer und katholischer Kirchen, aber alle sind ernsthaft von Intoleranz, Diskriminierung und Verfolgung durch lokale Machthaber, Regierungsbehörden und islamistische Gruppen betroffen. In der Region der Ninive-Ebene sind in der Vergangenheit Kirchenvertreter entführt worden; diejenigen, die sich gegen lokale Milizen oder politische Führer aussprechen, sind besonders gefährdet.“

Seit der von den USA angeführten Invasion des Irak im Jahr 2003 ist die christliche Gemeinschaft des Landes von rund 1,5 Millionen auf weniger als 200.000 geschrumpft. Die Verfolgung von Christen erreichte ihren Höhepunkt mit der Übernahme grosser Teile des Irak durch den Islamischen Staat im Jahr 2014.

Nachdem der IS die irakische Stadt Mosul im Juni 2014 erobert hatte, wurden die Christen vor die Wahl gestellt, entweder zum Islam überzutreten, Steuern (Dschizya) zu zahlen, die Stadt zu verlassen oder getötet zu werden. Die Terroristen markierten die Häuser der Christen mit dem arabischen Buchstaben „N“ für Nasrani, also Christen. Zwei Monate später, im August 2014, übernahm der IS die Kontrolle über christliche Städte in der Ninive-Ebene, was laut einem [Bericht](#) der Universität von Minnesota zu einer zweiten Welle von Massenvertreibungen führte.

Auch in Syrien sind die Christen weiterhin einer schweren Verfolgung ausgesetzt. Open Doors [berichtet](#):

„Die Christen in Syrien haben immer noch mit täglicher Verfolgung zu kämpfen, die gewalttätig werden kann, obwohl die öffentliche Bedrohung durch den sogenannten Islamischen Staat weitgehend verschwunden ist. Die Verkündigung des Evangeliums ist sehr riskant, und Kirchengebäude werden oft komplett zerstört. Die Entführung von Kirchenleitern hat nach wie vor erhebliche negative Auswirkungen auf die christlichen Gemeinschaften.

Die Zahl der Christen im Lande nimmt weiter ab, da viele vor dem Konflikt und der Verfolgung geflohen sind.

Alle Syrer und Iraker haben in den letzten zehn Jahren viel Leid erfahren, aber die Christen waren stärker betroffen als die meisten anderen. In vielen Regionen wurden sie von militanten Islamisten angegriffen und verloren ihre Arbeit, ihr Zuhause und sogar ihr Leben. Viele mussten fliehen und wurden entweder innerhalb Syriens oder ins Ausland vertrieben.“

Viele verfolgte Christen aus dem Irak und Syrien, die ihre Heimat verlassen mussten, sind immer noch auf der Suche nach einer neuen Heimat.

Derzeit leben etwa 5 000 bis 6 000 irakische und syrische christliche Asylbewerber in der Türkei und warten darauf, in den Westen umgesiedelt zu werden. Viele kamen während des Völkermords durch die Terrororganisation Islamischer Staat 2014 in die Türkei. Sie leben derzeit in 35 Städten der Türkei, da die Regierung sie über das ganze Land verteilt hat.

Der Irakische Christliche Hilfsrat ([ICRC](#)) reiste Ende Februar in die Türkei, um christliche Familien aus dem Irak und Syrien für einen geplanten Dokumentarfilm über die Flüchtlingskrise zu interviewen. Die Autorin sprach mit dem ICRC und seiner Gründungspräsidentin, Juliana Taimoorazy.

Vergessene, im Stich gelassene Menschen

Irakische und syrische christliche Asylbewerber, die seit Jahren in der Türkei festsitzen, leiden unter zahllosen Problemen wie mangelnder Bildung ihrer Kinder, großer Armut, fehlender Religionsfreiheit, fehlender Arbeitserlaubnis, eingeschränkter Bewegungsfreiheit, Feindseligkeit von manchen Muslimen gegen ihren Glauben und Ablehnung ihrer Asylanträge durch westliche Regierungen.

Ein großes Problem für sie ist, dass ihre Kinder in der Türkei keine Schulbildung erhalten können. Die Christen im Nahen Osten legen großen Wert auf Bildung, aber wenn ihre Kinder versuchen, in einigen kleineren türkischen Städten zur Schule zu gehen, werden viele schikaniert, weil sie Christen sind und kein Türkisch sprechen. Einige von ihnen gehen in Behelfsschulen, die in der Türkei nicht anerkannt sind. Die meisten gehen daher gar nicht zur Schule.

Im Irak und in Syrien waren die geflohenen Christen hauptsächlich Fachkräfte wie Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte und Geschäftsinhaber. In der Türkei hingegen sind sie nur Asylbewerber mit minimalen Rechten und – wichtig im Nahen Osten – sie empfinden es als „Verlust der Würde“. Obwohl viele von ihnen gebildet und fähig sind, erhalten sie keine Arbeitserlaubnis und können daher nicht legal arbeiten. Sie können daher ihre Familien nicht versorgen und kämpfen mit extremer Armut.

Einige betteln auf der Strasse oder leihen sich Geld von Familien oder Nachbarn – und verschulden sich dann. In einigen Fällen versuchen ihre Verwandten zu helfen, aber die meisten, auch im Westen, sind selbst Flüchtlinge und können nur minimale Hilfe leisten, wenn überhaupt.

Die Wohngegenden sind schlecht, die Häuser sind feucht und von Kakerlaken befallen. Sie können sich keine Heizung leisten. Manchmal leben zwei Familien zusammen in einer Wohnung, ohne Privatsphäre.

Viele sind krank, aber haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung.

Sie können nicht frei reisen: Selbst um von einer Stadt in eine andere zu gelangen, müssen sie erst eine Genehmigung (ein offizielles Dokument) von den staatlichen Behörden erhalten.

Alleinerziehende Mütter

Alleinerziehende Mütter versuchen, sowohl Mutter als auch Vater zu sein. Ihre Ehemänner sind entweder gestorben oder haben ihre Familien verlassen, weil sie nicht in der Lage waren, die schrecklichen Situationen zu bewältigen, in denen sich ihre Familien befanden. Leider wird von einigen Fällen berichtet, in denen Frauen keine andere Wahl haben, als ihren Körper zu verkaufen, um ihre Familie zu versorgen – aber sie sagen, dass dies gegen ihren Glauben, ihre Moral und alles, wozu sie erzogen wurden, verstößt.

Feindseligkeit gegenüber Christen

In einigen Städten können die Asylbewerber keine Kontakte zu Einheimischen knüpfen: Sie werden diskriminiert, weil sie Iraker oder Syrer und Christen sind. In kleineren Städten fürchten sich die Eltern aufgrund der Christenfeindlichkeit, ihre Töchter allein nach draussen zu schicken, selbst wenn sie einkaufen gehen.

Da die meisten in kleinen Städten leben, haben sie Angst, sich als Christen zu erkennen zu geben. Aus Angst vor Verfolgung verbergen sie ihren Glauben und meiden öffentliche Gottesdienste.

Wenn Asylbewerber in derselben Nachbarschaft mit muslimischen Flüchtlingen oder Migranten aus Afghanistan, dem Irak und Syrien leben, haben sie auch vor ihnen Angst. In grösseren Städten ist ihr Leben ein wenig besser: Die Menschen sind etwas freundlicher gegenüber Christen und Ausländern.

Die Verantwortung der Türkei gegenüber christlichen Asylbewerbern und Flüchtlingen

Der im März 2016 unterzeichnete „[EU-Türkei-Deal](#)“ bezieht sich auf die „Erklärung zur Zusammenarbeit“ zwischen den EU-Staaten und der türkischen Regierung. Demnach erhält die Türkei 6 Milliarden Euro, um die humanitäre Lage der Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern. Im Dezember 2020 [zahlte](#) die Europäische Union die letzte Rate eines 6-Milliarden-Euro-Fonds an die Türkei zur Aufnahme von Flüchtlingen.

In einem [Bericht](#) des Migration Policy Institute aus dem Jahr 2021 heisst es jedoch:

„Die Europäische Union hat zugestimmt, zwischen 2016 und 2019 6 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe, Bildung, Gesundheitsversorgung, kommunale Infrastruktur und sozioökonomische Unterstützung für syrische Flüchtlinge in der Türkei bereitzustellen. Obwohl die Europäische Union sagt, dass der gesamte Betrag zugewiesen wurde und mehr als 4 Milliarden Euro ausgezahlt wurden, hat die türkische Regierung das Tempo und die Art und Weise der Zahlungen beanstandet, die statt auf Regierungskonten an Flüchtlingshilfsorganisationen gegangen sind. Die Europäische Union hat sich verpflichtet, 2020 weitere 485 Millionen Euro bereitzustellen, damit einige Programme bis 2021 fortgesetzt werden können.“

Was ist also aus den 6 Milliarden Euro geworden, die die EU der Türkei gegeben hat, damit die Türkei den Flüchtlingen mehr helfen kann? Wenn der Türkei so viel Geld zur Verfügung gestellt wurde, um mehr für Flüchtlinge zu tun, warum leiden dann immer noch so viele Flüchtlinge und Asylbewerber unter den schrecklichen Bedingungen im Land? Und wer sind diese Organisationen, die als „flüchtlingsunterstützend“ bezeichnet werden? Haben sie das Geld genommen, veruntreut, ausgegeben, und es war nicht genug? Die internationale Gemeinschaft, einschliesslich der EU, braucht dringend mehr Transparenz darüber, wie das Geld ausgegeben wurde und wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber davon profitiert haben.

Seit 2018 ist die Regierung der Türkei für die Flüchtlingsarbeit zuständig. Die türkischen Regierungsbehörden sind somit für das Wohlergehen dieser Asylsuchenden verantwortlich.

Im Jahr 2018 hat das UN-Flüchtlingshilfswerk die Verwaltung der Registrierungsverfahren für Flüchtlinge in der Türkei an die Migrationsbehörde des Landes [übergeben](#).

Die türkische Generaldirektion für Migrationsmanagement überwacht nun selbst die Registrierung von Flüchtlingen und entscheidet über ihren Status. Jeder Ausländer, der in der Türkei um internationalen Schutz ersucht, muss sich zunächst an die örtlichen Büros der türkischen Migrationsbehörde wenden.

Daher könnten die türkischen Regierungsbeamten Asylbewerbern und Flüchtlingen mehr helfen. Sie könnten sie mit medizinischer Versorgung, einschliesslich Medikamenten und psychologischer Betreuung, versorgen. Und sie könnten christliche Asylbewerber in Städten unterbringen, die toleranter gegenüber Christen und anderen Nicht-Muslimen sind.

Ablehnung von Asylanträgen durch den Westen

Obwohl syrische und irakische christliche Asylbewerber in der Türkei Schikanen, Armut und Diskriminierung ausgesetzt sind, werden die Asylanträge vieler irakischer und syrischer Christen von Australien, Kanada, den USA und anderen westlichen Ländern abgelehnt. Und warum? Der Irakische Christliche Hilfsrat (Iraqi Christian Relief Council) versucht nun, den Grund dafür herauszufinden.

Rund 22 000 irakische und syrische Christen, die Asyl suchen, leben derzeit im Libanon, in Jordanien und in der Türkei. Sie waren in ihren Heimatländern Völkermord, Terrorismus, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgesetzt. Wo sind die westlichen Regierungen?

Warum werden keine Visa für Nicht-Flüchtlinge ausgestellt? Zumal nach [Angaben](#) der Biden-Regierung 5,5 Millionen illegale Migranten die mexikanische Grenze zu den USA überquert haben und allein im Jahr 2022 mehr als 414 Millionen tödliche [Dosen](#) Fentanyl hergestellt wurden.

Derzeit benötigen Asylbewerber ein humanitäres Visum, um in den Westen umgesiedelt zu werden. Viele christliche Asylbewerber verfügen jedoch über eine Ausbildung oder Qualifikationen, so dass sie eine Arbeitserlaubnis für den Aufenthalt in westlichen Ländern erhalten könnten. Sie hoffen auf eine sichere Arbeitsmigration, bei der sie ihre Fähigkeiten einsetzen können, um ihre Familien zu versorgen und ein würdiges Leben zu führen.

Westliche Regierungen und internationale Menschenrechtsorganisationen könnten mit anderen Organisationen wie dem Irakischen Christlichen Hilfsrat zusammenarbeiten und Partnerschaften mit ihnen eingehen, um Asylbewerbern und Flüchtlingen dringend und wirksam zu helfen.

Pfarrer Bashar Warda, der Erzbischof von Irbil, der Hauptstadt der irakischen Regionalregierung Kurdistans, [sagte](#) 2019 in London:

„Das Christentum im Irak, eine der ältesten Kirchen, wenn nicht sogar die älteste Kirche der Welt, ist dem Aussterben gefährlich nahe. Diejenigen von uns, die bleiben, müssen bereit sein, sich dem Martyrium zu stellen.“

Mit Blick auf die Dschihadisten des IS, die die Christen aus ihrer historischen Heimat im Irak vertrieben haben, sagte der Erzbischof:

„Unsere Peiniger haben unsere Gegenwart geraubt, während sie versuchen, unsere Geschichte auszulöschen und unsere Zukunft zu zerstören. Im Irak gibt

es keine Entschädigung für diejenigen, die Eigentum, Häuser und Geschäfte verloren haben. Zehntausende von Christen haben nichts vorzuweisen für ihr Lebenswerk, für die Arbeit von Generationen, an Orten, an denen ihre Familien vielleicht seit Tausenden von Jahren leben."

Der Erzbischof [kritisierte](#) die christlichen Entscheidungsträger Grossbritanniens dafür, dass sie nicht genug zur Verteidigung der verschwindenden christlichen Gemeinschaft im Irak unternommen hätten.

Fast vier Jahre nach dem Appell des Erzbischofs hat sich nichts geändert. Wo sind die UNO, internationale Frauenorganisationen, das Internationale Rettungskomitee und Kinderrechtsorganisationen? Diese Asylsuchenden sind in ihren Heimatländern vom Aussterben bedroht, leiden in Ländern wie der Türkei, dem Libanon und Jordanien und hoffen, eines Tages im Westen Sicherheit zu finden.

Uzay Bulut, eine türkische Journalistin, ist Senior Fellow beim Gatestone Institute und wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Philos-Projekt. Der Beitrag [erschien zuerst beim Gatestone Institut](#). Übersetzung Audiatur Online.

<https://journalistenwatch.com/2023/09/26/politisches-verbrechen-die-armenier-werden-aus-berg-karabach-vertrieben/>

Politisches Verbrechen: Die Armenier werden aus Berg-Karabach vertrieben

Wo ist Annalena Baerbock wenn man sie braucht? Warum kommt die EU nicht zu einer Sondersitzung zusammen? Warum bestellt kein Land den türkischen Botschafter ein? Warum kommt die NATO nicht zu einer Krisensitzung zusammen? Warum, warum, warum.

Von Hans S. Mundi

Das Drama der Armenier ist Folge von falscher Toleranz gegenüber einem der gefährlichsten politischen Akteure, der mit einem Bein in Europa steht und mit dem anderen im Namen des Islam zutritt: „Kalif“ Erdogan, feudalistischer Herrscher über ein Neo-Osmanien i.Gr., ist kein billiger Provokateur. Erdogan ist ein skrupelloser, raffinierter Stratege mit langem Atem, der sein Land aus dem weltoffenen, zivilisierten Kemalismus Stück für Stück herausreisst und es zurück in die Geschichte eines kriegerischen Islamo-Turk-Herrschaftsraumes führen will. Er tut dieses sowohl innenpolitisch, in dem er tausende „Ungläubige“ oder sonst wie Andersdenkende – oft ohne jede haltbare Begründung – in seine prallvollen Gefängnisse sperrt, und in dem er aussenpolitisch auf Expansion, auf leisen Krieg, auf Zersetzung und Unterwanderung setzt. Er hält die Hälfte Zyperns in seiner blutigen Kriegshand, nimmt sich über den Sommer auch mal ein weiteres Stück Strand vom zyprischen Reste-Kuchen und bedroht dabei den hellenischen Nachbarn, dem er den Raub seiner Inseln gleich auch noch dreist ankündigt.

Angela Merkel, die schlimmste deutsche Kanzlerkatastrophe nach Adolf Hitler, machte Erdogan riesengroß, als sie mit Hofknicks und untertänigst lächelnd in der EU-Staatskrise 2015 vorpreschte und Tür und Tor hiesiger Grenzen weit öffnete – von da an sollte ausgerechnet Erdogan für die westlichen Versager und die deutschen Feiglinge einige der hunderttausend Flüchtlinge aus dem arabischen und afrikanischen Raum ein wenig bei sich festhalten und ernähren – bezahlt mit Millionen Euros. Von da an hatte Erdogan nicht nur Deutschland fest in der Hand. Ein Land, in welchem dank dümmster Idiotentoleranz auf dem gesamten Erdball, seine knallhart missionierenden DITIB-Moscheen anwachsen wie Pilze auf dem Herbstboden und via DITIB mit den christlichen Untermenschen Staatsverträge über Islamunterricht in deutschen Schulen geschlossen werden.

Bei sowenig Gegenwehr gegenüber seinem islamofaschistischen Eroberungseifer musste sich Erdogan ermuntert fühlen, die vom türkischen Völkermord an den christlichen Armeniern in einer Ecke der Welt noch übriggebliebenen, auch dort weiter zu massakrieren, zu entrechten, zu enteignen, ihre Kirchen niederzubrennen und letztlich aus Berg-Karabach endgültig zu vertreiben.

Eine klare einfache Geschichte. Relativ leicht erzählbar. Doch deutsche Medien gehen lieber den Umweg der gehobenen Desinformation, in welchem sie lang und breit die Vorgeschichte der Enklave aus Zeiten der sowjetischen Besatzung durchkauen. Natürlich ist das auch relevant, zumal Putin als „Schutzmacht“ der Armenier auftrat und sich dort als Friedensstifter gegenüber den Muselmanen aus Aserbaidschan ausgab. Doch der in die weltpolitische Enge getriebene Russenherrscher zeigte jetzt dem Westen seinen beleidigten Reflex, ließ bei einer erneut durch Erdogan angeheizten Attacke der Aserbaidschaner diesen nun freien Lauf – **ein klein wenig Völkermord an den Armeniern gelangt so erneut in die Geschichtsbücher. Damit hat Putin allerdings alle Türen im Westen endgültig zugeschlagen. Denn wer will nun noch ernsthaft mit**

einem Mann verhandeln, der gerade ein Mega-Bündnis der übelsten Schurkenstaaten schmiedet, wozu neben Nordkorea, Venezuela, Cuba nun auch zunehmend der Iran und nun offenbar auch noch der türkische Aggressor Erdogan gehört...?!

Doch Putin ist in diesem revanchistischen Angriffskrieg gegen eine Ethnie und deren geplante Vertreibung aus uraltem Siedlungsgebiet tatsächlich auch nur Getriebener – der Ost-West-Konflikt weitet sich offensichtlich immer mehr zu einer globalen Katastrophe aus. Denn Moskau wollte offenbar nicht, was der extrem raffinierte Erdogan jetzt angezettelt hat, der sich ohnehin mehr als Zuschauer im Konflikt der EU mit den Russen via Ukraine sieht. Immer auf seinen Vorteil bedacht und seine wahren Ziele nur von Anhängern überdeutlich äussernd, zündete Erdogan nun die Lunte an. Auch die Russen waren offenbar entsetzt: „In Moskau sind die meisten Beobachter überzeugt, dass neben innenpolitischem Druck erst die türkische Unterstützung den aserbaidischen Präsidenten dazu trieb, auf eine militärische Lösung zu setzen. „Aserbaidchan verfügt über eine deutlich größere Armee, eine doppelt so große Bevölkerung und kaufte in den vergangenen fünf Jahren Waffen für über 20 Milliarden Euro mehr als doppelt so viel wie Armenien. Nur Aserbaidchan hatte das Interesse den Status Quo zu verändern“, sagt Arkadi Dubnow, der Karabach-Experte vom Moskauer Carnegie Center.“ <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/berg-karabach-russland-tuerkei-100.html>

Die Möglichkeiten einer gemeinsamen Intervention gegen den Aggressor Aserbaidchan – mit der EU und Putin – waren bzw. sind auch dank der tölpelhaften und trampeligen Baerbock-Fernando-Draussenpolitik nicht mehr gegeben. So erleben wir nun die Tragödie einer historischen Vertreibung, weil Erdogan schlau pokerte und sich klar war, dass Putin in seinem Abnutzungskrieg gegen die Ukraine keinen weiteren Kriegsschauplatz mehr gebrauchen konnte – und die kriegerischen Polit-Muslime somit frei gewähren ließ.

Leider haben wir Deutschen in dieser Situation keinen echten deutschen Kanzler mehr, sondern nur noch den Träger einer leeren Aktentasche, der, an gut bezahlter Schwindel-Demenz leidend, ständig so dermaßen dumm dahergrinst, dass hier ein Psychiater eigentlich mal eingreifen müsste. Scholz hat vom neuen deutschen Recht, sich alle paar Wochen sein eigenes Geschlecht unter circa zweihundertfünfzehn verfügbaren neu auszuwählen, Gebrauch gemacht. Er möchte nun gerne Angela Merkel sein. Also nichtssagende Moderatorin. Leider fehlt ihm/ihr dafür aber das Hinterzimmer-Format der Ex-Kanzlerin, welche sowohl diplomatische Kanäle zu nutzen wusste und sich durchaus auch raffiniert aussenpolitisch darstellte. Da kommt der Oberclown der Ampel-Zirkusriege nicht mit. Was soll Scholz auch machen? Erdogan den Einbau von Gender-Toiletten, auf deutsche Kosten, für türkische Moscheen anbieten? Ihm ein Lastenfahrrad

schenken? Der türkischen Botschaft in Berlin das Recht auf Einbau einer Ölheizung auch noch in zwanzig Jahren versprechen?

Nein. Deutschland hat sich in all seiner Lächerlichkeit von der weltpolitischen Bühne verabschiedet, wie auch der peinliche Auftritt von Grinsschmolz oder Schlumpfschwulz (oder wie auch immer der Iddel heißt) vor den leeren Rängen bei der UN-Versammlung deutlich zeigte. Auch Baerbock bekommt nur noch Termine in anderen Ländern bei politischem Personal, wenn sie deutsches Steuergeld in Drittwelt-Ländern in Massen sinnlos verschleudert.

Ausgerechnet die staatlich geführte Bundeszentrale für politische Bildung informiert – noch! – recht sachlich über den grausamen Konflikt rund um Aserbaidshan und die Enklave Karabach. Ausgerechnet. Aber wer in dieser Hampel-Regierung und der herunter gekommenen politischen Klasse interessiert sich noch für Bildung, geschweige denn für politische Bildung. Geht doch auch ohne. Die Diäten kann man auch ohne jede Kenntnis von irgendwas verzehren und sich dabei schon auf die nächste Erhöhung der großzügigen Alimentierung freuen.

Arme Armenier. Hilfe ist nirgends in Sicht.

P.S. Baerbock behauptet übrigens, sie käme “aus” dem Völkerrecht, nur kommt sie offenbar nicht wieder “rein”.

BpB: „Das Recht zur Bildung eines eigenen Staates haben die Armenier des ehemaligen “Autonomen Gebiets Berg-Karabach”, weil sie (auch) kraft Völkerrecht zur Sezession von der Sowjetrepublik Aserbaidshan berechtigt waren und die Sezession in Übereinstimmung mit dem Rechtsinstitut der Sezession als Heilmittel (“remedial secession”) vollzogen haben. Ihm zufolge ist ein Volk dann zur Sezession berechtigt, wenn es als fremde Ethnie von dem Mutterstaat so schwerwiegend diskriminiert und unterdrückt wird, dass den Angehörigen des Volkes politische Loyalität gegenüber der Regierung und ein Verbleib in dem fremdnationalen Staat nicht mehr zugemutet werden kann. Das Rechtsinstitut der Sezession als Notwehrrecht steht in engstem Zusammenhang mit dem UN-Konzept der Schutzverantwortung (“responsibility to protect”) Zur Auflösung der Fußnote, das mit der traditionellen Vorstellung bricht, der Staat und seine Machthaber seien kraft der staatlichen Souveränität berechtigt, mit ihren Bürgern beliebig umzuspringen.“ <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/344244/meinung-das-voelkerrecht-und-der-berg-karabach-konflikt/>

<https://philosophia-perennis.com/2023/10/01/nackt-zurschaugestellt-und-gruppenvergewaltigt-christenverfolgung-in-indien/>

Nackt zurschaugestellt und gruppenvergewaltigt: Christenverfolgung in Indien



BYPP-REDAKTION

1. OKTOBER 2023

284

Die zunehmende Christenverfolgung in Indien hat dazu geführt, dass dieses Land laut der World Watch List an elfter Stelle der Länder steht, in denen Christen am schlimmsten verfolgt werden. Ein Gastbeitrag von von Raymond Ibrahim

Die jüngste Gräueltat, **die auf Video festgehalten** wurde, verdeutlicht die schreckliche Lage der christlichen Minderheiten im hinduistischen Indien.

Polizisten schauen bei brutaler Vergewaltigung zu

In einem **Bericht** heißt es:

„Das virale Video zeigt die erschütternde Tortur, die zwei christliche Frauen aus Manipur erlitten haben. Am 4. Mai 2023 wurden die Frauen nackt zurschaugestellt, während ein Mob von Männern sie belästigte und erbarmungslos prügelte. Tragischerweise wurde die jüngere Frau, die erst 19 Jahre alt war, von dem wütenden Mob, zu dem auch Angehörige des Stammes der Meitei [Hindu] gehörten, brutal vergewaltigt. Zu allem Überfluss sollen vier Polizeibeamte dem wilden Angriff tatenlos zugesehen haben, ohne einzugreifen.“

„Auf dem Video ist zu hören, wie die Meitei-Stammesgruppe schreit: ‚Wenn ihr euch nicht auszieht, werden wir euch töten‘. Die Frauen werden dann öffentlich begrabscht, geohrfeigt und geschlagen. Man kann hören, wie die Frauen um Gnade flehen, während sie ständig schluchzen und vor Angst stöhnen.

„In einer beunruhigenden Wendung haben die Überlebenden ausgesagt, dass die Polizeibeamten möglicherweise aktiv an dem abscheulichen Angriff teilgenommen oder ihn erleichtert haben. Es wird behauptet, dass die Beamten die Frauen direkt zu dem Mob von 800 bis 1000 Männern geführt haben oder während des Angriffs anwesend waren. Die tragische Gewalttat ereignete sich, nachdem die Frauen aus ihrem Dorf geflohen waren und sich in einem Wald versteckt hatten, nachdem das Dorf von den hinduistischen Meitei dem Erdboden gleichgemacht worden war. Auf der Suche nach Sicherheit trafen die Frauen und drei weitere Personen auf Polizeibeamte, die ihnen Hilfe anboten, sie aber tragischerweise in die Hände des gewalttätigen Mobs führten.

„Während der Mob die jüngere Frau öffentlich vergewaltigte, versuchten ihr Bruder und ihr Vater, sie zu schützen. Bei den anschließenden Ausschreitungen wurden die beiden Männer von der rasenden Menge getötet...

„Der schockierende Vorfall ereignete sich inmitten eskalierender ethnischer Zusammenstöße zwischen den Gemeinschaften der Meitei (Hindus) und der Kuki (Christen) in Manipur.“

Die Unruhen begannen, nachdem die Meitei, die mehrheitlich Hindus sind und die Mehrheit des nordöstlichen indischen Bundesstaates Manipur bilden, darauf bestanden hatten, denselben Status und dieselben Vorteile zu erhalten, die die Regierung den historisch marginalisierten Minderheitenstämmen des Staates zugesteht, zu denen auch die christlichen Kuki (Protestanten, meist Baptisten) gehören. Als es hart auf hart ging, brachen Unruhen zwischen den Minderheitenstämmen und den Mehrheits-Meitei aus, die in Ausschreitungen der Hindus in ganz Manipur gipfelten. Das **Ergebnis** war:

„Lokalen Quellen zufolge wurden seit dem 3. Mai mindestens 317 Kirchengebäude durch die gewalttätigen Ausschreitungen zerstört. Inoffiziellen Schätzungen zufolge haben die Unruhen in dem Bundesstaat mehr als 160 Todesopfer gefordert. Nach offiziellen Angaben vom 2. Juni waren es 98 Tote und 310 Verletzte, darunter unverhältnismäßig viele Angehörige christlicher Stämme, wie lokale Quellen berichten.“

Christliche Kinder bei lebendigem Leib verbrannt

Mehrere Christen – darunter ein junges Kind – wurden von den Hindu-Stammesangehörigen bei lebendigem Leib verbrannt. „Sie nehmen keine Rücksicht auf Frauen und Kinder“, sagte ein Einheimischer. „Eine Frau wurde in der Kirche getötet, während sie betete, so unbarmherzig sind sie“.

Seit dem Beginn der Meitei-Angriffe Anfang Mai hat die indische Regierung weitgehend geschwiegen und sich erst zu Wort gemeldet, als das Video der beiden nackten Christinnen am 19. Juli im Internet auftauchte. Am folgenden Tag, dem 20. Juli, brachte der indische Premierminister Narendra Modi seine „Empörung“ zum Ausdruck:

„Ich möchte der Nation versichern, dass kein Schuldiger verschont bleiben wird. Es wird nach dem Gesetz gehandelt werden. Was den Töchtern von Manipur widerfahren ist, kann niemals verziehen werden... [M]ein Herz ist voller Schmerz und Wut. Der Vorfall in Manipur ist beschämend für jede zivilisierte Nation. Das ganze Land hat Schande über sich gebracht.“

In einem Bericht heißt es jedoch: „Die erste Verhaftung, 77 Tage nach dem Vorfall, wurde heute [20. Juli] gemeldet, einen Tag, nachdem das Video im Internet aufgetaucht war“ und am selben Tag, an dem Modi endlich das Ausmaß der Ereignisse in Manipur anerkannte.

Presse klammert Religion der Opfer komplett aus

Das Ergebnis ist:

„Premierminister Narendra Modi und die Regierung von Manipur wurden für ihre verspätete Reaktion auf den Vorfall kritisiert. Erst nachdem das drastische Video des Angriffs im Internet aufgetaucht war, hat sich der Premierminister zu dem Thema geäußert, was Bedenken über mögliche politische Motive hinter der verspäteten Reaktion aufkommen lässt.“

Bemerkenswert ist, dass sowohl die hinduistische Regierung als auch die internationale Presse die religiöse Identität sowohl der Angreifer als auch der Opfer völlig ausklammern und nur von „konfessionellen Zusammenstößen“ zwischen den (hinduistischen) Meitei und den (christlichen) Kuki sprechen.

Dies ist eine bekannte Taktik – wie wenn die westlichen Medien von Zusammenstößen zwischen Fulani-Hirten und Bauern in Nigeria sprechen. In Wirklichkeit sind die Fulani Muslime, die einen völkermörderischen Dschihad gegen die „Bauern“, die Christen sind, führen.

Es hat den Anschein, dass die Religion – insbesondere der aufkommende Hindu-Nationalismus, der ethnische Inder, die Christen sind, als Verräter betrachtet – wieder einmal der entscheidende Faktor ist, der die Zusammenstöße in Manipur anheizt. „Nachdem der Mob die Kirchen angezündet hatte, hissten sie ihre Flagge auf den Dächern der Kirchen“, sagte ein Kuki-Pastor über die Gewalt. „Es ist, als wollten sie zeigen, dass sie die Kirche – den religiösen, heiligen Ort unserer Anbetung – erobert haben.“

In ähnlicher Weise **schrieb** Erzbischof Joseph D'Souza von der anglikanischen Good Shepherd Church of India und Präsident des All India Christian Council, nachdem er die Regierung von Manipur und die Polizei der „Mitschuld“ an der „abscheulichen Gewalt“ beschuldigt hatte:

„So sieht es in der Tat überall dort aus, wo Christen, die einer Minderheit angehören, in Uttar Pradesh, Madhya Pradesh und anderen Bundesstaaten angegriffen worden sind. Die örtliche Polizei in ganz Indien lässt es zu, dass hinduistische extremistische Mobs unglückliche Christen ohne Konsequenzen angreifen.“

„Die christliche Identität der Kuki-Bevölkerung in Manipur kommt nicht in die Schlagzeilen, wenn diese Gewalttaten bekannt werden. Aber die indischen Behörden können nicht länger die Tatsache leugnen, dass es sich um einen religiösen Angriff und eine barbarische ethnische Säuberung einer Volksgruppe handelt...

Hunderte ähnlicher Fälle

„Der Oberste Minister von Manipur – der mit den Meitei-Hindu-Extremisten sympathisiert – behauptet, es habe **Hunderte ähnlicher Vorfälle** auf beiden Seiten gegeben, was stark irreführend ist. Wenn er von Unruhen auf beiden Seiten spricht, verschweigt er, dass die große Mehrheit der Opfer Kuki-Christen sind.

„Als der BJP-Vizepräsident des benachbarten Bundesstaates Mizoram zurücktrat, erklärte er, dass seiner Meinung nach die BJP zu einer antichristlichen Partei geworden sei. Dies hat in ganz Indien und in der ganzen Welt das Bewusstsein dafür geschärft, dass es sich bei den Vergewaltigungen und Morden an zahlreichen Frauen und dem Niederbrennen von Häusern und Kirchen eindeutig um gezielte Angriffe auf Kuki-Christen handelt.

„An diesem Punkt ist es offensichtlich, dass die Kuki-Christen von radikalisierten Hindu-Gruppen in vollem Umfang angegriffen werden und dass die Polizei diese Ungerechtigkeit ignoriert. Die Zerstörung von Hunderten von Kirchen, die große Zahl von vertriebenen Kuki-

Christen und die brutale Vergewaltigung ihrer Frauen sind unbestreitbar.

Oder denken Sie an die **Worte** von Erzbischof Dominic Lumon von Imphal:

„Die Wiederbelebung der einheimischen Religion und das Entstehen von Milizgruppen... zum Schutz ihrer traditionellen Religion (Sanamahismus) und zur Verhinderung des [vermeintlichen] Ansturms des Christentums um jeden Preis ist eine Tatsache, die vielen außerhalb des Staates Manipur nicht bekannt ist. Berichten zufolge werden die Meitei-Christen vor schlimmen Konsequenzen gewarnt, wenn sie nicht zu ihrer ursprünglichen Religion zurückkehren. Einigen Pastoren wurde nahegelegt, die Kirchen nicht wieder aufzubauen. Minderheiten werden systematisch zum Schweigen gebracht. Ist dies nicht ein weiteres ‚Ghar Wapsi‘?“

„Ghar Wapsi“ bedeutet „nach Hause zurückkehren“. Es ist eine Anspielung auf das laufende Programm verschiedener nationalistischer Hindu-Organisationen, die „abgefallene“ Hindus, die zum Christentum oder zu anderen Religionen konvertiert sind, davon „überzeugen“ wollen, zur Staatsreligion des Hinduismus „nach Hause“ zurückzukehren.

Die zunehmende Verfolgung von Christen in Indien hat sogar dazu geführt, dass dieses Land laut World Watch List an elfter Stelle der Länder steht, in denen Christen am schlimmsten verfolgt werden. Diesem **Bericht zufolge:**

Verfolgung auch von Muslimen

„Im Jahr 2023 ist es in einigen Bundesstaaten [Indiens] ein beängstigender Ort, ein Christ zu sein.

„In den letzten Jahren hat die Hindutva stark zugenommen, eine Ideologie, die glaubt, dass nur Hindus wahre Inder sind und dass Christen, Muslime und andere religiöse Minderheiten ‚fremde‘ Wurzeln haben und vertrieben werden müssen. Hindu-Extremisten scheinen fähig zu sein, andere ungestraft anzugreifen und in einigen Teilen des Landes sogar extreme Gewalt anzuwenden.

„Immer mehr Bundesstaaten führen Anti-Konversionsgesetze ein, angeblich um zu verhindern, dass Hindus gewaltsam zu anderen Religionen konvertieren, aber in Wirklichkeit werden sie oft als Vorwand benutzt, um Christen zu schikanieren und einzuschüchtern, die einfach nur Hilfsgüter verteilen oder eine private Kirchenversammlung abhalten wollen. Diese Gesetze scheinen Christen

nicht davor zu schützen, gezwungen zu werden, zum Hinduismus zurückzukehren.

„Christen werden in ihren Gemeinden zunehmend ausgegrenzt, am Arbeitsplatz diskriminiert, und es werden falsche Anschuldigungen und Gerüchte über sie verbreitet.

„Die Christen, die am meisten gefährdet sind, sind diejenigen, die von einem hinduistischen Hintergrund zum Glauben gekommen sind. In einigen Teilen Indiens sind viele von ihnen ständigem Druck ausgesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren, sie werden sozial ausgegrenzt, am Arbeitsplatz diskriminiert, körperlich angegriffen und manchmal sogar getötet. Auch Kirchenführer sind besonders gefährdet; der Beruf des Pastors ist heute einer der riskantesten Berufe im Land. Hindu-Extremisten greifen sie, ihre Frauen und Kinder mit gewalttätigen Angriffen an, um in der christlichen Gemeinschaft Angst zu säen.“

Der Bericht stuft die Verfolgung von Christen in Indien als „extrem“ ein – die schlimmstmögliche Kategorie. „Extrem“ ist die gleiche Bezeichnung, mit der die Verfolgung beschrieben wird, die auch in den drei führenden

Verfolgungsländern **Nordkorea, Somalia und Jemen stattfindet.**

Das nackt Ausziehen christlicher Frauen, ihre öffentliche Zurschaustellung und Gruppenvergewaltigungen sind nur der Anfang.

Raymond Ibrahim, Autor von *Defenders of the West* („Verteidiger des Westens“), *Sword and Scimitar* („Schwert und Krummsäbel“), *Crucified Again* („Wieder gekreuzigt“) und *The Al Qaeda Reader* („Der Al-Kaida-Bericht“), ist Distinguished Senior Shillman Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum

<https://unser-mittleuropa.com/eu-leitfaden-weihnachten-und-maria-josef-sind-diskriminierend-da-unsensibel-gegenueber-nicht-christen/>

EU-Leitfaden: „Weihnachten“ und „Maria/Josef“ sind diskriminierend da unsensibel gegenüber Nicht-Christen

03. 12. 2023

Die Gleichstellungs-Kommissarin der Europäischen Union, Helena Dalli.

Das ist bitte kein Witz: Ein „Leitfaden“ der EU rät von Wörtern wie „Maria“ oder „Weihnachten“ ab. Man solle sensibel gegenüber Nicht-Christen sein, berichtet die [Berliner Zeitung](#).

Um nicht in Verdacht zu geraten wir, verbreiten hier Fake-News oder sind in unserem Freiluft-Irrenhaus bereits ebenfalls schon übergeschnappt, wollen wir wörtlich zitieren:

„Die Gleichstellungskommission der Europäischen Union hält Wörter wie Weihnachten oder christliche Namen wie Maria für diskriminierend. In einem von der Union of Equality (Union der Gleichheit) verfassten und veröffentlichten Leitfaden heißt es, dieser solle eine „inklusive Kommunikation“ sicherstellen, mit der Menschen „unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit“ sowohl „wertgeschätzt“ als auch „anerkannt“ werden. Mitarbeiter der EU-Kommission dürften nicht annehmen, dass jeder Christ sei und christliche Feste entsprechend feiern. Man solle „sensibel“ gegenüber Personen sein, die nicht dem Christentum angehören.“

Handreichung empfiehlt politisch korrektes zeitgeistkonformes Verhalten

Damit der fortschrittliche und woke Systemtrottler auch weiß, wie er politisch korrekt zu sprechen hat, ist folgende Sprachregelung laut Leitfaden zu beachten:

- Das Wort Weihnachten (Englisch: Christmas) soll tunlichst vermieden werden. Ein Beispiel für den woken Verhaltenskodex wird ebenfalls nachgeschoben: Statt „Die Weihnachtszeit kann anstrengend sein“ soll man dem Leitfaden zufolge besser „Die Ferien-Zeit kann anstrengend sein“ sagen.
- Zudem sollte man keine Namen verwenden, „die nur einer Religion“ angehören wie etwa „Maria und Josef“. Besser sei in diesem Fall zum Beispiel „Malika und Julio“.

Nachdem mehrere Abgeordnete des Europa-Parlaments eine offizielle Beschwerde gegen diesen Wahnsinn eingereicht haben, lässt die Gleichstellungs-Kommissarin Helena Dalli den Leitfaden nun „überarbeiten“, lässt jedoch nicht locker indem sie erklärt:

„Die Richtlinie sollte die Diversität der europäischen Kultur darstellen und die inklusive Haltung der Kommission zeigen.“

Wir dürfen uns auf die Neufassung freuen, denn die jetzt neu abzufassende Version sei noch „kein ausgereiftes Dokument und entspricht nicht unseren Qualitätsstandards“, so die Kommissarin. Mal sehen wie die neue „Qualität“ dann aussieht. Vielleicht wird dann „Malinka und Julio“ durch „Elter 1 und Elter 2“ ersetzt? Und Jusus Christus durch „Wokus Diversus“.

<https://journalistenwatch.com/2023/12/18/krippenfiguren-koepfe-und-haende-abgehackt-an-welche-religion-erinnert-das/#>

Krippenfiguren Köpfe und Hände abgehackt – An welche Religion erinnert das?

Im hessischen Rüsselsheim wurden den lebensgroßen Krippenfiguren Köpfe und Hände abgehackt. Während die Stifter der geköpften Krippenfiguren den Vorfall krampfhaft versuchen herunterzuspielen, eine kleine Preisfrage: Erinnert Sie das an irgendeine Religion?

An der evangelischen Marktkirche im Herzen der hessischen Stadt Rüsselsheim steht in der Adventszeit traditionsmäßig die Weihnachtskrippe. Lebensgroß sind die Figuren der Heiligen Familie mit Jesus. Gestiftet wurde das Krippenensemble vom Rüsselsheimer Gewerbeverein 1888 e.V..

Am Sonntagmorgen jedoch hat die Krippe Ähnlichkeit mit einem muslimischen Massaker: Allen Figuren wurden die Köpfe abgeschlagen. Josef wurde umgetreten, Maria weggeschlagen. Das Jesuskind wird unter den Trümmern gefunden. Mit brachialer Gewalt wurde einem der Heiligen Drei Könige der Kopf und die linke Hand abgetrennt.

Der Gewerbeverein, Stifter der Krippenfiguren, versucht auf Facebook den Vorfall mit aller Macht runterzuspielen und schreibt verharmlosend: „Unbekannte Täter haben sich offenbar einen makabren Scherz erlaubt und die Köpfe der Figuren abgeschlagen.“

In den Kommentarbereichen scheint es indes so, dass die Menschen es bei Weitem nicht als „makabren Scherz“ auffassen, den man mit „Humor“ nehmen sollte, wenn der heiligen Familie die Köpfe abgeschlagen werden.

Werbung

Ein Kommentator fragt: Heute die Krippe, Morgen der Pfaffe und Übermorgen die Familie 'Almans' ?

Ein anderer stellt zu dem devoten Statement fest:

"Dieses Statement ist unfassbar! Es macht mich richtig wütend. Hier werden christliche Traditionen mit den Füßen getreten und der Gewerbeverein sieht es mit Humor und bittet die Täter um MITHILFE beim Wiederaufbau – einfach lächerlich und unfassbar! Ich hoffe die Täter werden gefunden und bestraft!"

"Mit Humor"???..mir ist eben schlecht geworden. Geköpfte Figuren, klare Aussage würd ich sagen, ziemlich unmissverständlich. Und in diesem Fall noch viel dramatischer. – Was stimmt mit euch nicht, Gewerbeverein Rüsselsheim??"

Der AfD-Politiker Georg Pazderski stellt die Denksportaufgabe in den Raum und fragt, an welche Religion abgehackte Köpfe und Hände wohl erinnern könnten:

<https://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/weihnachts-krippe-in-ruesselsheim-beschaedigt-86461932.bild.html>

Maria, Josef, die Könige, sogar der Esel

Lebensgroße Krippen-Figuren geköpft!

Die zerstörte Krippe in Rüsselsheim: Links zwei der drei Könige – geköpft! Am Boden liegt Josef, ebenfalls ohne seinen Kopf. Daneben der zerstörte Esel, rechts im Bild ein weiterer geköpfter König

Die zerstörte Krippe in Rüsselsheim: Links zwei der drei Könige – geköpft! Am Boden liegt Josef, ebenfalls ohne seinen Kopf. Daneben der zerstörte Esel, rechts im Bild ein weiterer geköpfter König

Foto: Quelle: Gewerbeverein Rüsselsheim/Instagram

TEILEN

TWITTERN

SENDEN

Von: STEFAN SCHLAGENHAUFER

17.12.2023 - 18:48 Uhr

Rüsselsheim (Hessen) – Attacke auf die lebensgroße Weihnachts-Krippe in der Opelstadt. In der Nacht zu Sonntag wurden alle Krippenfiguren geköpft: Josef, Maria, die Heiligen Drei Könige aus dem Orient – und sogar der Esel.

Die Rüsselsheimer sind geschockt: An der evangelischen Marktkirche im Herzen der Stadt, gleich neben dem Rathaus, steht in der Adventszeit die Weihnachtskrippe. Lebensgroß sind die Figuren der Heiligen Familie mit Jesus. Umringt von zwei Weihnachtsbäumen. Gestiftet vom Rüsselsheimer Gewerbeverein 1888 e.V.!

Doch am Morgen des 17. Dezember sieht die Krippe aus wie ein Schlachtfeld. Allen Figuren wurden die Köpfe abgeschlagen. Josef wurde umgetreten, Maria weggeschlagen. Jesus wird erst vermisst, später unter den Trümmern gefunden.

LESEN SIE AUCH

Teaser-Bild

Alkohol, Bleifuß, Crash

Anwalt warnt: Sprechen Sie nicht mit der Polizei!

In kaum einem anderen Monat werden so viele Führerscheine einkassiert wie im Dezember.

Mit brachialer Gewalt wurde einem der Heiligen Drei Könige der Kopf und die linke Hand abgetrennt

Mit brachialer Gewalt wurde einem der Heiligen Drei Könige der Kopf und die linke Hand abgetrennt

Foto: Reinhard Roskaritz

Der Gewerbeverein versucht, den Vorfall runterzuspielen: „Unbekannte Täter haben sich offenbar einen makabren Scherz erlaubt und die Köpfe der Figuren abgeschlagen.“

Damit macht der Gewerbeverein die Situation nicht unbedingt besser. In Rüsselsheim kocht es. Ein Anwohner zu BILD: „Ein Scherz ist, wenn man darüber lachen kann. Was ist lustig daran, Maria und Josef zu köpfen?“

Josef, dem Vater von Jesus, wurden Kopf und Hände abgeschlagen

Josef, dem Vater von Jesus, wurden Kopf und Hände abgeschlagen

Foto: Reinhard Roskaritz

Auch im Internet ist man fassungslos über die Gewalt, die sich gegen die Weihnachtskrippe gerichtet hat. Man ist wütend auf den oder die Täter. Einer schreibt dazu bei Instagram unter die Veröffentlichung des Gewerbevereins: „Es ist eine barbarische Tat! Straftaten dürfen nicht verharmlost werden.“

Die Instagram-Veröffentlichung des Gewerbevereins

Die Instagram-Veröffentlichung des Gewerbevereins

Foto: Quelle: Gewerbeverein Rüsselsheim/Instagram

Polizei ermittelt – auch wegen religiös motivierter Straftat

Bereits 2021 und 2022 wurde einigen Figuren der Kopf abgeschlagen. Die vielen Jahrzehnte davor gab es solche Vorfälle nicht.

Der Gewerbeverein schreibt: „Trotz des bedauerlichen Vorfalls möchten wir versuchen, dieser Situation mit Humor zu begegnen (...) Wir sehen diese ‚kopflose Nacht‘ als eine Gelegenheit, zusammenzustehen und gemeinsam Licht in die Dunkelheit zu bringen.“

Licht ins Dunkel bringen wird die Polizei. Ein Sprecher bestätigt BILD, dass Anzeige erstattet wurde und die Ermittlungen bereits laufen – auch in Richtung einer religiös motivierten Straftat.

<https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/wirtschaftskrise-was-der-fall-nigerias-%C3%BCber-den-zustand-afrikas-verr%C3%A4t/ar-AA1m9SI1?ocid=msedghp&pc=LCTS&cvid=606284e6606347008453a927fcc5d48d&ei=28>

Wirtschaftskrise: Was der Fall Nigerias über den Zustand Afrikas verrät

Artikel von Drechsler, Wolfgang

Noch vor zehn Jahren galt Nigeria als ökonomischer Hoffnungsträger. Heute steht die größte Volkswirtschaft Afrikas exemplarisch für die Perspektivlosigkeit eines ganzen Kontinents.

Es war eine besonders brutale Attacke islamistischer Milizen: Bewaffnete Gruppen attackierten Weihnachten 2017 mehrfach von Christen bewohnte Dörfer im nigerianischen Bundesstaat Plateau, mindestens 160 Menschen wurden dabei getötet.

Wie bereits zuvor bei ähnlichen Attacken versagte das Militär: Die ersten Soldaten tauchten erst nach zwölf Stunden am Tatort auf, obwohl die Staatsgewalt der Bevölkerung seit Jahren einen gnadenlosen und effizienten Feldzug gegen die Islamisten verspricht.

In den betroffenen Gebieten kam es nach dem Massaker zu spontanen Demonstrationen gegen die Regierung. Gouverneur Caleb Mutfwang versicherte den wütenden Demonstranten zwar, man werde noch in den letzten Tagen des Jahres Maßnahmen zur Eindämmung der Attacken auf unschuldige Zivilisten ergreifen.

<https://www.mopo.de/im-norden/kirche-bedroht-jetzt-sagt-sie-termine-ab/>

Kirche bei Hamburg bekommt Drohbriefe: Gemeinde sagt Kindertermine ab

Weil eine Kirche in Geesthacht wiederholt bedroht wurde, sagt sie jetzt Termine mit Kindern ab. Die Drohungen könnten etwas mit dem Nahostkonflikt zu tun haben. Weihnachtsgottesdienste sollen zwar stattfinden, allerdings mit einer Einschränkung – und selbst Polizeischutz ist wahrscheinlich!

Heuchlerisches Schweigen zu Weihnachtsmassakern an Christen in Nigeria

(c) Screenshot YT

David Berger

BY

DAVID BERGER

28. DEZEMBER 2023

2008

Der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Braun, hat kein Verständnis für das Schweigen von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und von UN-Generalsekretär António Guterres zu den Weihnachtsmassakern an Christen in Nigeria.

Die Stille nach dem 160fachen Mord durch islamische Terroristen ist mehr als bedrückend. Sind getötete Christen in Nigeria etwa keine politische Reaktion wert?

Wo bleibt der Aufschrei von Außenministerin Annalena Baerbock, oder wenigstens eine Trauerbekundung? Für peinliche Ratschläge zur feministischen Toilettenbenutzung und für die lächerliche Übergabe von Benin-Bronzen hat Baerbock stets Zeit, gerne auch mit Bundeswehr-Sonderflügen.

Heuchlerische feministische Außenpolitik

Massenmorde an Christen ignoriert die heuchlerische feministische Außenpolitik, obwohl zu den Todesopfern überwiegend Frauen und Kinder gehören.

Genauso verräterisch ist die Nicht-Reaktion von UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Dieser Sozialist versagt seit Jahren, wenn es um Verbrechen islamischer Terroristen geht.

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert seit jeher, den Kampf gegen die Christenverfolgung endlich zum wesentlichen Inhalt deutscher Außenpolitik zu machen.

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/christen-verfolgung-weltweit-zunahme-index-100.html>

Index zu Religionsfreiheit: Bericht: Christenverfolgung nimmt weltweit zu

17.01.2024 | 13:07

Verfolgt, gefoltert, getötet: Zehntausende Christen wurden 2023 vertrieben - über 5.000 ermordet. Die Gewalt gegen Gläubige steigt an - das zeigt der neue Weltverfolgungsindex.

Weltweit steigt die Gewalt gegen Christen. Am stärksten werden Christen in Afrika verfolgt und getötet.

Die christliche Hilfsorganisation "Open Doors" mahnt auch für das letzte Jahr massive Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit in zahlreichen Ländern an. Nach dem am Mittwoch im hessischen Kelkheim vorgestellten [Weltverfolgungsindex](#) erreichte die Gewalt gegen Christen von Oktober 2022 bis September 2023 einen neuen Höhepunkt.

"Open Doors"-Deutschland-Leiter Markus Rode appellierte an Politik und Medien, sich stärker für die Religionsfreiheit von Millionen verfolgter Christen einzusetzen.

Wir schreiben das Jahr 2024 nach Christi Geburt und müssen eine schier entfesselte Gewalt gegen Christen erleben.

Markus Rode, Leiter von "Open Doors" Deutschland

Verfolgung in Nordkorea und Nordafrika am stärksten

Die zehn Länder mit der stärksten Christenverfolgung sind den Angaben zufolge [Nordkorea](#), gefolgt von Somalia, [Libyen](#), Eritrea, [Jemen](#), Nigeria, Pakistan, Sudan, [Iran](#) und [Afghanistan](#). Fast alle diese Länder fanden sich auch zuvor auf den ersten Rängen der Negativ-Rangliste von 50 Ländern, in denen Christen aufgrund ihres Glaubens der stärksten Verfolgung ausgesetzt sind. Indien und [China](#) belegen die Ränge 11 und 19.

Rund 5.000 Christen seien weltweit wegen der Ausübung ihres Glaubens getötet worden, allein 4.118 in Nigeria, so "Open Doors". Im Vorjahreszeitraum waren es insgesamt mindestens 5.621 getötete Christen.

Gewaltandrohungen massiv gestiegen

Von physischer Gewalt oder Todesdrohungen seien 42.849 Christen betroffen, im Vorjahres-Index waren es 29.411.

Laut Rode werden Zehntausende Menschen vertrieben, geschlagen, verschwinden in Arbeitslagern und dunklen Kerkern, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen.

Die Verfolger sind zumeist islamistische, hinduistische, buddhistische oder kommunistische Regime und Gruppierungen sowie Autokraten und kriminelle Banden

Markus Rode, Leiter von "Open Doors" Deutschland

Vier mal soviel Angriffe auf Häuser von Christen

Angriffe auf Häuser von Christen haben dem Index zufolge gegenüber 2022 von 4.547 auf 21.431 zugenommen. 278.716 Christen seien aus ihren Häusern vertrieben worden, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr mit 124.310. Insgesamt seien 365 Millionen Christen weltweit wegen ihres Glaubens mindestens in hohem Maße Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt.

Der Weltverfolgungsindex von "Open Doors" ...

.... erscheint 2024 zum 31. Mal.

Wie das christliche Hilfswerk mit Sitz im hessischen Kelkheim erklärt, dokumentiert der Index seit 1993 die Verfolgung und Diskriminierung von Christen in 50 Ländern. Die Negativ-Rangfolge soll aufzeigen, wo es für Christen am gefährlichsten ist, ihren Glauben zu bekennen, wo sie getötet oder inhaftiert, von Behörden schikaniert, misshandelt oder dazu gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Der Weltverfolgungsindex basiert den Angaben zufolge auf der Erhebung von dokumentierten Übergriffen auf Christen und Gemeinden.

Zusätzlich werden laut "Open Doors" ortsansässige Forscher und Länderexperten befragt. Der Index soll Verfolgung sichtbar machen und verfolgten Christen eine Stimme geben. Es existiere jedoch keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung, räumt "Open Doors" ein. Bestimmte Situationen könnten als Verfolgung eingeordnet werden, wenn etwa Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit verwehrt werde.

Die Methodik des Weltverfolgungsindex folge "eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition". Nach diesem Ansatz sei Verfolgung definiert als "jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus". Diese weit gefasste Definition beinhalte unter anderem Diskriminierung, Einschüchterung, Ächtung, sexuellen Missbrauch und Gewalt, bis hin zur ethnischen Säuberung und Völkermord.

Quelle: epd

Der Weltverfolgungsindex basiert den Angaben zufolge auf der Erhebung von dokumentierten Übergriffen auf Christen und Gemeinden in den einzelnen Ländern. Das überkonfessionelle Hilfswerk "Open Doors" ist seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern für verfolgte Christen aktiv. Der deutsche Zweig ist als Verein organisiert und wird vor allem von Freikirchen unterstützt.

Quelle: epd

2/2024

Grüß Gott und guten Tag, Michael,

vielleicht erinnern Sie sich an Päivi Räsänen, die seit inzwischen fünf Jahren um die Meinungsfreiheit in Finnland kämpft. CitizenGO hat ihr durch zwei Gerichtsverfahren zur Seite gestanden. Nun steht ein drittes bevor, denn die finnische Generalstaatsanwaltschaft hat erneut Berufung eingelegt.

Falls Sie sie noch nicht kennen: Päivi Räsänen ist seit 1995 Mitglied des finnischen Parlaments. Sie leitete die Christdemokraten von 2004 bis 2015 und war von 2011 bis 2015 finnische Innenministerin.

Frau Räsänen wurde aus folgenden Gründen angeklagt:

Als aktives Mitglied der finnischen Lutherischen Kirche stellte sie auf Twitter Fragen zur offiziellen Unterstützung des LGBT-Events „Pride 2019“ durch diese Kirche. Sie fügte ihren Fragen ein Bild von Bibelversen aus dem Neuen Testament, dem Römerbrief 1:24-27, hinzu.

Nach ihrem Tweet wurden Ermittlungen gegen Räsänen eingeleitet. Diese erstrecken sich auch auf eine Broschüre, die Räsänen vor fast zwanzig Jahren herausgab. In dieser Broschüre werden biblische Ansichten zu Ehe und Sexualität erläutert.

Im Dezember 2019 nahm sie an einer Radiosendung teil, in der sie humorvoll ihre Ansichten zur Homosexualität äusserte. Die Anklagepunkte im Zusammenhang mit dem Radioauftritt wurden jedoch fallen gelassen.

Päivi Räsänen hat vor Gericht bereits zwei Siege errungen, zuletzt im November 2023. Dennoch geht der Kampf weiter.

Obwohl die Gerichte in erster und zweiter Instanz sowohl Päivi Räsänen als auch ihren Mitangeklagten Bischof Juhana Pohjola in allen Anklagepunkten freigesprochen haben, kündigte die Generalstaatsanwältin im Januar an, dass sie den Freispruch zum zweiten Mal anfechten wird!

Das bedeutet, dass Päivi trotz ihrer beiden Siege ein weiteres Gerichtsverfahren durchstehen muss. Im Kampf um ihre Meinungsfreiheit und ihre christlichen Überzeugungen ist sie seit nunmehr fünf Jahren dieser Verfolgung ausgesetzt.

CitizenGO wird ihr auch ein drittes Mal zur Seite stehen. Sobald wir den Gerichtstermin wissen, werden wir eine Aktion auf die Beine stellen.

Im Zusammenhang mit dem Fall von Päivi Räsänen möchte ich Ihnen verdeutlichen, wie das Leben in einem Land aussieht, das von Zensur beherrscht wird. Ich wurde im kommunistischen Polen geboren und bin dort aufgewachsen.

Während der kommunistischen Zeit war die Meinungsfreiheit eindeutig eingeschränkt. Die Regierung in Polen kontrollierte die Medien, zensierte Informationen und unterdrückte jegliche

Kritik. Die Menschen hatten Angst, ihre Meinung zu sagen, aus Furcht vor Repressalien der Behörden.

Von Kind auf brachten mir meine Eltern bei, dass man bestimmte Themen nur zu Hause besprechen darf und einige besser gar nicht erst angesprochen werden sollten...

Eltern in vielen Familien hatten Angst, bestimmte Themen in Hörweite ihrer Kinder zu erwähnen, aus Furcht, dass diese versehentlich die verbotenen Überzeugungen der Eltern preisgeben könnten, zum Beispiel in der Schule.

Ich erinnere mich noch genau daran, wie sorgfältig ich in Schulaufsätzen meine Worte wählen musste...

Die Religionsfreiheit war ebenfalls stark eingeschränkt. Die kommunistischen Behörden in Polen versuchten, den Einfluss der Kirche zu schwächen, indem sie den Atheismus förderten und religiöse Aktivitäten einschränkten.

Wer eine gute Arbeitsstelle haben oder befördert werden wollte, musste der kommunistischen Partei beitreten und durfte keine Kirche besuchen. Und Spitzel gab es überall: Konkurrenten am Arbeitsplatz würden der Geschäftsleitung melden, wenn sie herausfanden, dass jemand religiös war und Gottesdienste besuchte.

Nach dem Fall des Kommunismus im Jahr 1989 hoffte ich, dass wir fortan uneingeschränkte Meinungsfreiheit genießen würden und dass ich stets in der Lage sein würde, meine Ansichten ohne Angst vor Verfolgung zu äussern.

Leider stellt sich heraus, dass unsere Freiheit immer noch bedroht ist.

Wenn wir uns Fälle wie den von Päivi Räsänen ansehen, erkennen wir, wie wichtig es ist, wachsam zu bleiben und unsere Rechte fortwährend zu verteidigen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Geschichte wiederholt. Wir dürfen uns die Meinungsfreiheit und die Glaubensfreiheit nicht nehmen lassen.

Ich ermutige Sie, Päivi Räsänen und alle, die für den Erhalt unserer Freiheiten kämpfen, zu unterstützen.

Erinnern wir uns an ein Zitat von Ronald Reagan, das perfekt ausdrückt, wie wichtig es ist, unsere Freiheit, die wir schätzen, zu bewahren und zu schützen, um sicherzustellen, dass sie für zukünftige Generationen erhalten bleibt:

"Freiheit ist eine zerbrechliche Sache und nie mehr als eine Generation von der Auslöschung entfernt.

Sie ist nicht unser Erbe; sie muss von jeder Generation immer wieder erkämpft und verteidigt werden, denn jedes Volk bekommt sie nur einmal.

Und diejenigen in der Weltgeschichte, die die Freiheit gekannt und dann verloren haben, haben sie nie wiedererlangt."

Gemeinsam können wir unsere grundlegenden Freiheiten verteidigen.

Hochachtungsvoll

Sylwia Mleczko, Kampagnenleiterin in Polen, gemeinsam mit dem gesamten Team von CitizenGO

PS: Würden Sie in Erwägung ziehen, unsere Mission zu unterstützen? Angesichts von Herausforderungen wie dem Fall von Päivi Räsänen in Finnland bleibt CitizenGO entschlossen, Leben, Familie und Freiheit zu verteidigen. Um unsere Arbeit fortsetzen und neuen Herausforderungen begegnen zu können, benötigen wir Ihre Unterstützung mehr denn je. Jeder Beitrag zählt und hilft uns, unseren Kampf für diese lebenswichtigen Werte fortzusetzen. Wenn Sie unsere Bemühungen schätzen und es sich leisten können, möchten wir Sie herzlich dazu ermutigen, unsere Organisation regelmässig zu unterstützen. Selbst ein Betrag von 10 € pro Monat trägt dazu bei, dass wir weiterhin für die Meinungsfreiheit kämpfen können.

Weitere Informationen:

Christliche Werte verteidigen: Helfen wir Päivi Räsänen! (CitizenGO):

<https://citizengo.org/de-ch/rf/211633-christliche-werte-verteidigen-helfen-wir-paivi-rasanen>

<https://journalistenwatch.com/2024/03/30/tanzen-fuer-das-kalifat-die-doppelmoral-der-heiden-entlarvt-sich-am-kreuz/>

Tanzen für das Kalifat? – Die Doppelmoral der Heiden entlarvt sich am Kreuz!

Kulturelles Erbe und überliefertes Brauchtum sind nur dann schützenswert, wenn sie fremd sind. Diesen Eindruck vermittelt dieser Tage der Protest einer Bewegung von Atheisten bis Humanisten, von Jugendorganisationen bis Linkspartei.

Von Dennis Riehle

Sie empören sich darüber, dass sie an einem Tag im Jahr bundesweit und rund um die Uhr nicht tanzen dürfen – begrüßen es aber gleichzeitig, wenn der Weihnachtsmarkt zum Geschenkemarkt wird, Volksfeste aus Rücksicht auf Alkohol verzichten oder der Ramadan mit entsprechender Beleuchtung begrüßt und dank der Hinweise aus den rechtlichen Leitmedien zum korrekten Verhalten vor dem Fastenbrechen als Ansporn zum Hungern von Nicht-Muslimen herangezogen wird. Mit Blick auf die Toleranz sind wir in einem Zustand angekommen, den Popper bereits als Paradoxon beschrieben hat: Wir legen derart Wert auf Antidiskriminierung, dass wir in unserer Naivität gar nicht bemerken, wie wir ausgerechnet von jenen für unsere Blauäugigkeit verhöhnt und verachtet werden, die selbst mit Pietät überhaupt nichts am Hut haben – und den von uns gezeigten Anstand als einen Ausdruck von Schwäche begreifen. Denn die gutmenschliche Ambition des sich selbst aufgebenden Respekts vor dem Anderen ist in einer Demokratie dann fehl am Platz, wenn er mit einer Unterwerfung der Mehrheit und die Minderheit verbunden ist.

Wir leben in einem christlich tradierten Land, welches den Islam insgeheim bereits zur Staatsreligion erkoren hat. Es sind nicht mehr die Gäste, die sich an unsere Gepflogenheiten anpassen. Stattdessen wird nun der Deutsche moralisiert, Taktgefühl für eine Lebensart aufzubringen, die der unsrigen mehr als fern ist. Es hat nichts mehr mit Neugier oder Interesse an dem Unbekannten zu tun, wenn wir die eigene kulturelle Identität kostengünstig zum Verkauf bereitstellen – und der Bedacht auf die eingewanderten Traditionen die

Wertschätzung für das Hiesige gegen null zurückfährt. In einer bis zur Unkenntlichkeit strapazierten Manier der Knechtschaft vor den religiösen Gefühlen Dritter offenbaren wir gleichzeitig die Verachtung für unsere persönliche Herkunft und Verwurzelung, aber auch eine völlig unbegründete Huldigung und Ehrerbietung vor dem Exotischen. Wer sich einerseits als praktizierender Heide gibt, andererseits aber den Halbmond anbetet, bedient nicht nur das sich immer häufiger bestätigende Vorurteil der Doppelmoral unserer korrekten Gesellschaft. Wir lassen mit dieser Form des Pluralismus den Übergang von einer Wesenseinheit in die andere zu. Es kommt einer sozialen Erodierung aller wesentlichen Prinzipien gleich, wenn wir den Gleichberechtigungsgrundsatz dahingehend außer Kraft setzen, dass wir die Freiheit zur Ausübung des Glaubens nur noch jenen zusprechen, die im Zweifel mit dem Totschlagargument von Rassismus, Diskriminierung oder Benachteiligung drohen.

Das forcierte und untermauerte Leugnen einer eigenen ethnischen, spirituellen und historischen Verankerung trägt die fehlende Kongruenz und mangelnde Echtheit aller zur Schau, die sich für das Kreuz schämen – und die Burka bejubeln. Dass offenbar eine bestimmte Bevölkerungsgruppe keinen Einklang mit ihrem Ursprung findet, dürfte nicht zuletzt auch der Infiltration des Gedankens der Kollektivschuld zuzurechnen sein, welche Schamesrötige in den Zwang versetzt, aus der eigenen Haut fahren zu wollen. **Letztlich scheint der bewusst gewollte Untergang des Abendlandes auch für sie ein hehres Ziel darzustellen, weil sie lediglich aus dem vollständigen Zusammenbruch einen Neuanfang erwarten, der in ihrer Simplizität unbefleckt daherkommt – sich in Wahrheit aber als ein Teil des weltumspannenden Kalifats entpuppen könnte. Immerhin braucht es nicht einmal die teils verwirrten Aussagen der Einzelfall-Messerstecher, die ihre Taten im Namen von Allah begehen. Auch in den hiesigen Moscheen hören wir mehr oder weniger vage Verheißungen eines Übermorgens, das auf dem Fundament des Koran erbaut ist.** Nein, nicht jeder der Muslime verfolgt diese fundamentalistische Sichtweise. Doch es ist der im Augenblick in der Öffentlichkeit mit seiner Präsenz dominierende politische Arm, der keine Sozialisation oder Säkularisierung möchte, welcher den Takt vorgibt. Das Bemühen der Liberalen ist zu spüren, doch es kann momentan nicht durchdringen. Und daher läuft es auf eine Rivalität über die religiöse, aber auch weltliche Vorherrschaft hinaus.

https://www.nius.de/medien/von-unseren-gebuehren-bezahlt-ard-vergleicht-osterfeuer-mit-vaginalpilz/b3515724-d2a9-4066-ac1a-776502ed3729#google_vignette

Von unseren Gebühren bezahlt: ARD vergleicht Osterfeuer mit Vaginalpilz



31.03.2024 - 15:59 Uhr



JOELLE RAUTENBERG

Der christliche Ostersonntag steht in über 176 Ländern weltweit für Hoffnung, Zusammenhalt und den Sieg des Lebens über den Tod. Das gebührenfinanzierte Funk-Format „Mädelsabende“ aber vergleicht die christliche Tradition ... mit „Vaginalpilz“ und fehlender „Gleichberechtigung im Patriarchat“.

Wissenschaftler schätzen, dass das christliche Fest Ostern seit dem 2. Jahrhundert gefeiert wird. Hier: Kardinal Marx in München.

Seit Jahrhunderten feiern Menschen weltweit und auch in Deutschland Ostern, ein Fest, das die Auferstehung Jesu und seinen Sieg über den Tod feiert und deshalb für Christen zu einem der höchsten Feste des Glaubens zählt. Während Menschen in Deutschland sich zu diesem Anlass normalerweise „Frohe Ostern!“ oder ein „Gesegnetes Osterfest“ wünschen, verfolgt das Social-Media-Rundfunkformat „Mädelsabende“, welches nach eigenen Angaben [„der oberflächlichen Social-Media-Welt mit gut recherchierten Inhalten entgegen“](#) treten möchte und über „Sexualität, diverse Lebensentwürfe bis zu Gesundheit oder Self-Care“ aufklärt, einen anderen, eher unkonventionellen Ansatz.

So teilte das Format, welches sich vorwiegend an junge Menschen zwischen 14 bis 29 Jahren richtet, mehrere Diagramme auf Instagram. Unter anderem wird dabei das christliche Osterfeuer – ein Brauch, der symbolisch für die Sonne als Mittelpunkt des menschlichen Lebens steht und die Auferstehung Jesu Christi symbolisiert – mit

Vaginalpilz verglichen. Beides, Vaginalpilz und Osterfeuer, brennen schließlich. Na immerhin.



Hier vergleicht das rundfunkfinanzierte Funkformat „Mädelsabende“ den christlichen Brauch des Osterfeuers mit Vaginalpilz, da beides „brennt“.

Neben blasphemischen Vergleichen christlicher Traditionen mit Geschlechtskrankheiten fügt das Jugendformat auch linke Theorien in seinen Post ein: So wird der Osterhase mit der „Gleichberechtigung im Patriarchat“ verglichen, die, laut „Mädelsabende“, genauso wie der Osterhase nicht existieren würde.



Die Theorie der Existenz eines Patriarchats, also einer strukturellen gesellschaftlichen Herrschaft von Männern über Frauen, ist ein Denkansatz aus der politisch Linken.

Ramadan Hui, Ostern Pfui!

Während christliche Bräuche von Funk mit Geschlechtskrankheiten verglichen werden, schlagen die Formate des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dessen jährliches Budget auf über 9 Milliarden Euro geschätzt wird, andere Töne an, wenn es um islamische Traditionen geht:



funk



RAMADAN-BELEUCHTUNG IN FRANKFURT



Heute startet der Ramadan und zum ersten Mal gibt es in der Frankfurter Innenstadt passende Beleuchtung.

Wir wünschen allen aus der Community, die es betrifft, einen besinnlichen Ramadan!

Quelle: Hessenschau, Bild: Picture Alliance



Gefällt benedikt_witka und weiteren Personen
funk Auch in einer Kölner Straße soll es laut der
Katholischen Nachrichten-Agentur dieses... mehr

Dieses Bild teilte der Funk Kanal zu Beginn des Ramadans auf Instagram.

So teilte Funk pünktlich zu Beginn des muslimischen Fastenmonats Ramadan am 10. März einen Beitrag, in dem der zwangsfinanzierte Jugendkanal die Ramadan-Beleuchtung in Frankfurt lobte und Muslimen einen „besinnlichen“ Ramadan wünscht.

Und das ganz ohne Vergleiche zu Geschlechtskrankheiten

<https://de.gatestoneinstitute.org/20213/dschihad-gegen-kirchen-frankreich>

Dschihad gegen Kirchen in Frankreich

von [Raymond Ibrahim](#)

10. Dezember 2023

Englischer Originaltext: [Jihad on Churches in France](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger



Im Juli 2023 setzten Muslime die Kirche Saint-Georges De La Haye aus dem 12. Jahrhundert in Descartes, Frankreich, in Brand. (Bildquelle: Joël Thibault/Wikimedia Commons)

Die christlichen Kirchen werden in ganz Westeuropa angegriffen, wie jüngst in [Österreich](#), [Deutschland](#), [Italien](#) und [Schweden](#).

Kein westliches Land scheint jedoch so viele Angriffe auf seine Kirchen zu erleben wie Frankreich, das einst als "Älteste Tochter der Kirche" bekannt war.

Die Enthüllungsjournalistin Amy Mek [twitterte](#) am 1. Juli 2023:

"Angriffe auf Kirchen sind in Frankreich an der Tagesordnung. Täglich werden zwei Kirchen verwüstet – sie werden niedergebrannt, demoliert und verlassen, und ihre Anhänger werden auf dem Altar der politischen Korrektheit geopfert. Priester sind ständig bedroht. Wann werden Frankreichs Politiker der offenen Grenzen zur Verantwortung gezogen?"

Mit dieser letzten Frage werden ungewollt die Schuldigen identifiziert, nämlich Migranten aus der muslimischen Welt, in der Angriffe auf Kirchen nichts Ungewöhnliches sind.

Im Juli 2023 beispielsweise haben Muslime mehrere Kirchen in Frankreich [angegriffen](#) und geschändet, indem sie die Türen und Fenster einer Kirche einschlugen und Anti-Jesus- und Pro-Muhammad-Graffiti an die Wände [sprühten](#). Die Männer fackelten auch mindestens zwei historische Kirchen ab – eine [Kirche aus dem 16. Jahrhundert](#) in Drosnay und die Kirche [Saint-Georges De La Haye-Descartes aus dem 12. Jahrhundert](#) – als es zu allgemeinen Unruhen gekommen war, nachdem die Polizei am 27. Juni den muslimischen Kriminellen Nahel Merzouk erschossen hatte.

Die französischen Behörden gaben nicht nur vor, dass diese beiden historischen Kirchen einfach "Feuer gefangen" hätten – "wahrscheinlich aufgrund eines [Sturms](#)" – sondern sie bestanden auch darauf, dass es die Tötung durch die Polizei war, die die ansonsten friedlichen Muslime zu den Unruhen veranlasste.

Wenn dies der Fall war, was ist dann von der Tatsache zu halten, dass Muslime *seit Jahrzehnten* Anschläge auf Kirchen in Frankreich verüben? Im Folgenden finden Sie eine Auswahl von Anschlägen, die *vor* den Schüssen auf Merzouk am 27. Juni verübt wurden:

26. Juni: Die Kirche Saint-Lazare, die in der Nähe einer anderen Kirche steht, die am 5. Juli von Muslimen stark verwüstet worden war, wurde [geschändet und ausgeraubt](#).

20. Juni: Eine "Bande von Studenten" [stürmt](#) in die Saint-Roch-Kirche in Nizza, übergießt sich spöttisch mit Weihwasser und beginnt "Allahu akbar" zu rufen, was dem [Bericht](#) zufolge "regelmäßig bei islamistischen Anschlägen zu hören ist". Der erste stellvertretende Bürgermeister von Nizza, Anthony Borré, [reagierte](#) in einem Brief an seine offenbar gleichgültigen Vorgesetzten und forderte sie auf, solche Angelegenheiten ernst zu nehmen:

"Seit dem 29. Oktober 2020 und dem islamistischen Angriff auf die Notre-Dame-Basilika in unserer Stadt [als ein anderer "Allahu akbar" schreiender Muslim zwei französische Frauen – eine durch Enthauptung – und einen Mann in einer Kirche [abschlachtete](#)] wissen Sie, wie traumatisch es für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sein kann, solche Äußerungen in einer Kirche zu hören, und welche schmerzhaften Erinnerungen sie wecken können. Angesichts dieser

Versuche, die Gesellschaft zu destabilisieren, und angesichts der Angriffe auf unsere laizistische Republik müssen wir eine starke und gemeinsame Antwort geben."

23. Juni: Drei Muslime im Alter von 12 und 13 Jahren [drangen](#) während einer Nachmittagsmesse in die Kirche Saint-Joseph in Nizza ein und riefen "Allahu akbar". Es sei daran erinnert, dass in Nizza 2016 ebenfalls ein Muslim 84 Menschen [ermordet](#) hat.

12. Juni: Nachdem sie in die Kirche eingebrochen waren, [schlug](#) eine Gruppe von Muslimen – die nur als "Gruppe junger Leute" beschrieben wird – Pater Joseph Eid von der Pfarrei Notre-Dame-du-Liban brutal zusammen und beschimpfte ihn als "dreckigen Christen". Auf der Flucht vor eingreifenden Passanten stießen sie [weitere](#) "antichristliche Beleidigungen" aus.

Muslime [verprügelten](#) auch den 80-jährigen katholischen Priester von Saint Vincent de Paul in Saint-Étienne. Nachdem sie Pater Francis Palle zu Boden geworfen hatten, schlugen und traten sie weiter auf den Achtzigjährigen ein, bis er bewusstlos wurde (letzten Berichten zufolge befand er sich in kritischem Zustand). Obwohl sich dieser Angriff am 30. Juni, drei Tage nach der Tötung von Nahel Merzouk durch die Polizei, ereignete, [erklärte](#) die Diözese, der Zwischenfall habe nichts mit den Unruhen zu tun, sondern sei der ganz normale Umgang.

3. Juni: Die Kirche von Mailhac wird schwer [verwüstet](#).

28. Mai: Mehrere "Unbekannte" brachen in die Kirche Saint-Laurent in Cugnaux ein, wo es eine starke muslimische Präsenz gibt, und [verwüsteten](#) sie: Sie verunstalteten ein Kruzifix, warfen Kerzen auf den Boden und beschädigten Ikonen, bevor sie die Kirche in Brand steckten. Ein Passant griff jedoch schnell ein und rief unter anderem die Feuerwehr, die schnell eintraf und die Flammen löschte. Albert Sanchez, der Bürgermeister von Cugnaux, [rief](#) daraufhin zu mehr "Dialog und Verständnis zwischen den verschiedenen religiösen und kulturellen Gemeinschaften unserer Stadt" auf, denn "Vielfalt ist unsere Stärke und unser Stolz".

4. Mai: "Es lebe der Islam" sowie arabische Schriftzeichen wurden an die Wände einer Kirche in Lieusaint in der Region Seine-et-Marne [gesprüht](#). In dem [Bericht](#) heißt es weiter: "Es ist nicht das erste Mal, dass diese Kirche verwüstet wird... Mehrere Statuen wurden beschädigt und umgeworfen".

16. März: Ein Mann, der zuvor "wegen seiner islamistischen Radikalisierung aktenkundig" war, [stürmte](#) die Kirche Saint-Hippolyte in Paris und störte den Gottesdienst. Er stahl auch das sechs Fuß hohe Plexiglas-Kreuz der Kirche, das einen 400 Jahre alten hölzernen Christus getragen hatte. Später wurde es in der Nähe "in viele Teile zerbrochen" gefunden, [so die](#) Polizei.

8. März: Ein muslimischer Migrant [betritt](#) den Friedhof der Kirche Saint-Louis in Évreux und bricht die Kruzifixe, die an etwa 30 Gräbern angebracht sind, ab und schändet sie.

2. März: Ein Mann, der als "afrikanischer Typ" [beschrieben](#) wird, verübt [Vandalismus](#) in Saint-Eustache, einer der größten Kirchen von Paris, indem

er mit einem Feuerlöscher das Schutzglas eines Altars zerschlägt. Der Bericht [stellt fest](#), dass "der Modus Operandi des Verdächtigen ... vergleichbar [ist] mit dem [Vandalismus] der Saint-François-Xavier-Kirche, wo am Dienstag, dem 28. Februar, ein Schaden entstanden war".

Bei der Erörterung dieser Pariser Kirchenanschläge wurde in einem [Bericht](#) vom 17. März festgestellt, dass in den zehn Wochen zwischen Januar und Mitte März 2023 insgesamt acht Pariser Kirchen vandalisiert oder in Brand gesetzt wurden.

Wie bereits erwähnt, sind dies nur einige Beispiele: Die meisten Angriffe auf Kirchen in Frankreich werden von den lokalen Medien nicht einmal gemeldet. Die Enthüllungsjournalistin Sonja Dahlmans [liefert](#) weitere Details:

"Kruzifixe, Orgeln, Altäre und andere religiöse Symbole werden regelmäßig zerstört oder [aus den Kirchen Frankreichs] gestohlen. Auch Heiligenstatuen leiden darunter. In der Kirche von Angers wurden im April dieses Jahres sieben Heiligenstatuen geköpft oder amputiert. In der St. Martinskirche in Choisy-le-Roi wurde eine Marienstatue enthauptet. Auch die Glasfenster alter Kirchen werden regelmäßig von Vandalen zertrümmert, so auch in Guerlesquin. Extreme Gewalt wurde im vergangenen Oktober in der Kapelle Saint-Joseph in Saint-Pol-de-Léon angewendet. Dort schlugen Vandalen die Kirchentüren mit einer Axt ein und zerstörten alle Kirchenfenster. Alle Kruzifixe und andere religiöse Symbole wurden von den Tätern zerstört.

"Kirchliche Friedhöfe und Gräber bleiben von Vandalismus nicht verschont. In Velsy wurden im Juni 2022 150 Gräber beschädigt und ausgeraubt. Die Kreuze auf den Gräbern und andere religiöse Symbole wurden von den Tätern entwendet oder zerstört. Im Mai desselben Jahres wurden achtzehn Gräber in der Kirche von Rocquemont zerstört. Eine Marienstatue auf dem Friedhof von Guignicourt-sur-Vence wurde im August 2022 gestohlen."

Es hat den Anschein, als sei ein regelrechter Dschihad gegen die Kirchen in Frankreich im Gang, und die Führung des Landes schaut einfach weg.

Eine von Christianophobie.fr veröffentlichte [Karte](#), auf der jeder Ort in Frankreich, an dem zwischen 2017 und 2018 eine Kirche angegriffen wurde, mit einem roten Stift markiert ist, sieht aus wie ein Kriegsgebiet. Praktisch die gesamte Karte Frankreichs ist rot eingefärbt. Sogar Snopes, das sich als letzte Instanz für die Beurteilung von echten und gefälschten Nachrichten präsentiert, gab die [Richtigkeit](#) der Karte zu, versuchte aber, ihre Ergebnisse herunterzuspielen:

"Während dieses Bild [die Karte] oft geteilt wird, als ob es alle Kirchen zeigt, die in Frankreich 'zerstört' wurden, dokumentiert diese Karte tatsächlich ein breites Spektrum an ruchlosen Aktivitäten, wie Vandalismus, Diebstahl und Brandstiftung, die sowohl an Kirchen als auch an Friedhöfen über eine scheinbare Spanne von zwei Jahren (nicht vier), die 2017 und 2018 umfassen, stattgefunden haben.

"Es sollte auch angemerkt werden, dass diese Karte zwar einige relativ schwerwiegende Straftaten wie Brandstiftung oder das Umstürzen von Kirchenstatuen dokumentiert, viele dieser Stecknadeln jedoch mit Graffiti in Verbindung stehende Vorfälle darstellen. Wir

haben auch eine Stecknadel gefunden, die sich darauf bezieht, dass eine Person einfach einen Gottesdienst gestört hat."

Mit anderen Worten: Laut Snopes ist es nicht ernst genug, wenn dschihadistische, antichristliche Graffiti auf eine Kirche gesprüht werden oder wenn ein Gottesdienst von einem muslimischen Eindringling unterbrochen wird, der "Allahu akbar" brüllt.

Man fragt sich, ob sie auch so lässig wären, wenn ein Christ eine Moschee verwüstet oder in eine Moschee einbricht und dabei christliche Parolen brüllt?

Es sollte im Übrigen nicht überraschen, dass die offizielle Reaktion des Mainstreams auf den Dschihad an den französischen Kirchen in gespielter Ignoranz besteht, wie ein etwas surrealer *Newsweek*-[Titel](#) zeigt: "Katholische Kirchen werden in ganz Frankreich geschändet – und die Behörden wissen nicht, warum".

Während dieser Bericht die "Flut von Angriffen auf katholische Kirchen" – unter anderem durch "Brandstiftung", "Vandalismus" und "Schändung" – anständig zusammenfasst, tauchen die Worte "Muslime", "Migranten" oder gar "Islamisten" nirgendwo in dem Bericht auf. Vielmehr wird auf "anarchistische und feministische Gruppen" angespielt, die auf Kirchen wütend sind, weil sie "ein Symbol des Patriarchats sind, das abgebaut werden muss".

Inzwischen wird selbst durch deduktives Denken deutlich, dass Muslime den Löwenanteil der Angriffe auf Kirchen verüben. Dahlmans [berichtet](#):

"Einem OSZE-Bericht aus dem Jahr 2022 zufolge gehört Frankreich zu den fünf europäischen Ländern mit den meisten registrierten antichristlichen Hassverbrechen. Die anderen Länder unter den ersten fünf sind Spanien, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Schweden."

Diese fünf Länder haben noch etwas anderes gemeinsam: einen signifikant hohen muslimischen Bevölkerungsanteil. Anders ausgedrückt: Während Polen, Ungarn und andere osteuropäische Länder ihren Anteil an "anarchistischen und feministischen Gruppen" haben, gibt es dort nur sehr wenige Angriffe auf Kirchen – und noch weniger Muslime.

Natürlich gibt es "praktische" Gründe, warum all diese muslimischen Angriffe auf französische Kirchen massiv verschleiert und vertuscht werden. Stellen Sie sich zum Beispiel vor, wie der tragische Brand der Kathedrale Notre Dame im Jahr 2019 verstanden werden könnte, wenn allgemein bekannt wäre, dass unzählige Kirchen in jeder Ecke Frankreichs von der bedeutenden muslimischen Bevölkerung des Landes (von denen Hunderte es sich nicht nehmen ließen, [schadenfroh](#) zu sein, als Notre Dame in Flammen aufging) ständig angegriffen wurden und werden, auch durch Brandstiftung?

[Raymond Ibrahim](#), Autor von [Defenders of the West](#), [Sword and Scimitar](#), [Crucified Again](#) und [The Al Qaeda Reader](#), ist Distinguished Senior Shillman Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

<https://www.gatestoneinstitute.org/20171/jihad-on-churches-france>

Jihad on Churches in France

by [Raymond Ibrahim](#)

November 22, 2023 at 5:00 amA map, published by Christianophobie.fr, which marks with a red pin every spot where a church in France was attacked between just 2017-2018, looks like a war zone. Virtually the entire map of France is covered in red. Even Snopes, which presents itself as the final arbiter on what is real or fake news, admitted the accuracy of the map, while trying to minimize its findings...

- One wonders if [Snopes] would be so casual if a Christian vandalized a mosque, or broke into a mosque while screaming Christian slogans?



In July 2023, Muslims torched the 12th century Saint-Georges De La Haye church in Descartes, France. (Image source: Joël Thibault/Wikimedia Commons)

Christian churches are under attack throughout Western Europe, with very recent examples from [Austria](#), [Germany](#), [Italy](#) and [Sweden](#).

No Western nation, however, seems to experience as many attacks on its churches as France, once known as the "Eldest Daughter of the Church."

Investigative journalist Amy Mek [tweeted](#) on July 1, 2023:

"Attacks on Churches are the norm in France; two Churches a day are vandalized — they are being burned, demolished, and abandoned, and their adherents are being sacrificed on the altar of political correctness. Priests are under constant threat. At what point will France's open border politicians be held responsible?"

That last question inadvertently identifies the culprits — namely, migrants from the Muslim world, where attacks on churches are not abnormal.

In July 2023, for instance, Muslims [attacked](#) and desecrated several churches in France, by breaking the doors and windows of one church and [spray-painting](#) anti-Jesus and pro-Muhammad graffiti on its walls. The men also torched at least two historic churches — a [16th century](#) church in Drosnay, and the [12th century](#) Saint-Georges De La Haye-Descartes church — after general riots prompted by the June 27 police shooting of Nahel Merzouk, a Muslim criminal.

Not only did French authorities pretend that these two heritage churches simply "caught fire" — "probably due to a [storm](#)" — but they insisted that it was the police killing that prompted otherwise peaceful Muslims to riot at all.

If this was the case, what does one make of the fact that Muslims have been attacking churches in France *for decades*? Below is a recent sampling of attacks that occurred *before* the June 27 shooting of Merzouk:

June 26: Saint-Lazare church, which stands near another church that was heavily vandalized by Muslims on July 5, was [desecrated and robbed](#).

June 20: A "gang of college students" [stormed](#) into the Saint Roch Church in Nice, mockingly doused themselves with holy water, and began shouting "Allahu akbar," which, the [report](#) notes, is "regularly heard during Islamist attacks." The first deputy mayor of Nice, Anthony Borré, [responded](#) in a letter to his apparently indifferent higher ups, urging them to take such matters seriously:

"Since October 29, 2020 and the Islamist attack on the Notre-Dame Basilica in our city [when another "Allahu akbar" yelling Muslim [slaughtered](#) two French women—one by beheading—and a man inside a church], you are not unaware of how traumatic it can be for our fellow citizens to hear such remarks within a church and the painful memories that they can revive. Faced with these attempts to destabilize society and with the attacks on our secular Republic, we must provide a strong and collective response."

June 23: Three Muslims, aged between 12 and 13, [barged](#) into Saint Joseph Church in Nice, during an afternoon mass, and also began shouting "Allahu akbar." Nice, it bears remembering, is also where another Muslim [murdered](#) 84 people in 2016.

June 12: After breaking into church property, a gang of Muslims — described only as a "group of young people" — savagely [beat](#) Fr. Joseph Eid of Notre-Dame-du-Liban parish and called him a "dirty Christian." While fleeing intervening passersby, they [spewed](#) other "anti-Christian insults."

Muslims also [thrashed](#) the 80-year-old Catholic priest of Saint Vincent de Paul in Saint-Étienne. After knocking Fr. Francis Palle to the ground, they continued beating and kicking the octogenarian, until he fell unconscious (last reported he was in critical condition). Although this attack occurred on June 30, three days after the police killing of Nahel Merzouk, the diocese [said](#) that it had nothing to do with the riots, but was, rather, standard fare.

June 3, The Church of Mailhac was heavily [vandalized](#).

May 28: Several "unidentified" people broke into and [vandalized](#) the Saint-Laurent church in Cugnaux, which has a large Muslim presence: they defaced a crucifix, overturned candles onto the ground, and damaged icons — before setting the church aflame. A passerby, however, quickly intervened, including by calling the fire department which arrived swiftly and put out the flames. In response, Albert Sanchez, the mayor of Cugnaux, [called](#) for more "dialogue and understanding between the different religious and cultural communities of our city," since "diversity is our strength and our pride."

May 4: "Long live Islam," as well as Arabic writing, were [found](#) spray-painted on the walls of a church in Lieusaint in Seine-et-Marne. The [report](#) adds that "This is not the first time this church has been vandalized... Several statues had been damaged and knocked over."

March 16: A man, previously "on file for his Islamist radicalization," [stormed](#) the Saint-Hippolyte Church in Paris and disrupted its service. He also stole the church's six-foot-tall Plexiglas cross, which had supported a 400-year-old wooden Christ. It was later found nearby "smashed into many pieces," [said](#) police.

March 8: A Muslim migrant [entered](#) into the Saint-Louis church cemetery in Évreux and proceeded to break off and desecrate the crucifixes affixed to some 30 graves.

March 2: A man [described](#) as of an "African type," [vandalized](#) Saint-Eustache, one of the largest churches in Paris, in part by smashing the protective glass of an altar with a fire extinguisher. The report [notes](#) that "The suspect's modus operandi ... [is] comparable to that of the Saint-François-Xavier church [vandalism], where damage had been committed on Tuesday, February 28."

While discussing these Paris church attacks, a March 17 [report](#) noted that a total of eight Parisian churches were vandalized or set on fire during the ten weeks between January and mid-March of 2023.

The above, as mentioned, are just a few examples: most attacks on churches in France are not even reported by local media. Investigative journalist Sonja Dahlmans [offers](#) more details:

"Crucifixes, organs, altars and other religious symbols are regularly destroyed or stolen [from the churches of France]. Statues of saints also suffer. In the church of Angers, seven statues of saints were beheaded or amputated in April this year. A statue of Mary was beheaded in the St. Martin's Church in Choisy-le-Roi. Stained glass windows of old churches are also regularly smashed by vandals, such as in Guerlesquin. Extreme violence was used last October in the Saint-Joseph Chapel in Saint-Pol-de-Léon. There, vandals smashed the church doors with an ax and smashed all the church windows. All crucifixes and other religious symbols were destroyed by the perpetrators.

"Church cemeteries and graves cannot escape vandals. In Velsy, this involved damaging and robbing 150 graves in June 2022. The crosses on the graves and other religious symbols were taken or destroyed by the perpetrators. Eighteen graves of the church in Rocquemont were destroyed in May of the same year. A statue of Mary at the Guignicourt-sur-Vence cemetery was stolen in August 2022."

It would seem that a full blown jihad has been declared on the churches of France, and the country's leadership is looking the other way.

A [map](#), published by Christianophobie.fr, which marks with a red pin every spot where a church in France was attacked between just 2017-2018, looks like a war zone. Virtually the entire map of France is covered in red. Even Snopes, which presents itself as the final arbiter on what is real or fake news, [admitted](#) the accuracy of the map, while trying to minimize its findings:

"While this image [the map] is often shared as if it shows all of the churches that were 'destroyed' in France, this map actually documents a wide range of nefarious activity, such as vandalism, theft, and arson, that occurred at both churches and cemeteries over an apparent span of two years (not four), covering 2017 and 2018.

"It should also be noted that while this map does document some relatively serious crimes, such as arson or the toppling of church statues, many of these pins correspond to

graffiti-related incidents. We also found one pin related to a person's simply interrupting a church service."

In other words, according to Snopes, having jihadist, anti-Christian graffiti spray-painted on a church, or having a church service interrupted by a Muslim intruder screaming "Allahu akbar," is not sufficiently "serious."

One wonders if they would be so casual if a Christian vandalized a mosque, or broke into a mosque while screaming Christian slogans?

It should, incidentally, be unsurprising that the official mainstream response to the jihad on French churches is one of feigned ignorance, as captured by one somewhat surreal *Newsweek* [title](#): "Catholic Churches Are Being Desecrated Across France—and Officials Don't Know Why."

While this report does a decent job of summarizing the "spate of attacks against Catholic churches" — including through "arson," "vandalism," and "desecration" — the words "Muslim," "migrants," or even "Islamists" appear nowhere in the report. Rather, "anarchist and feminist groups," angry at churches because they are "a symbol of the patriarchy that needs to be dismantled," are alluded to.

Meanwhile, even deductive reasoning makes clear that Muslims perpetrate the lion's share of attacks on churches. Dahlmans [reports](#):

"[A]ccording to a 2022 OSCE report, France is in the top five European countries with the most recorded anti-Christian hate crimes. The other countries in the top five are Spain, Germany, the United Kingdom and Sweden."

There is something else that these top five nations have in common: significantly large Muslim populations. Put differently, while Poland, Hungary and other Eastern European nations have their share of "anarchist and feminist groups," they have very few attacks on churches — and even fewer Muslims.

There are, of course, "practical" reasons why all of these Muslim attacks on French churches are massively obfuscated and dissembled. Imagine, for instance, how the tragic burning of the Notre Dame Cathedral in 2019 might be understood if it was common knowledge that countless churches in every corner of France have been and continue to be under constant attack, including through arson, by that nation's significant Muslim population (hundreds of whom made it a point to [gloat](#) as Notre Dame went up in flames)?

[Raymond Ibrahim](#), author of [Defenders of the West](#), [Sword and Scimitar](#), [Crucified Again](#), and [The Al Qaeda Reader](#), is the Distinguished Senior Shillman Fellow at the Gatestone Institute and the Judith Rosen Friedman Fellow at the Middle East Forum.

- Follow Raymond Ibrahim on [X \(formerly Twitter\)](#) and [Facebook](#)

https://www.snopes.com/fact-check/churches-destroyed-in-france/?fbclid=IwAR3dqp7lopcMS3fiRrEpVVQF6wZcEeJ-4fZVt0NvZVYzpD9pS1JX9_jKY5Q

Does a Map Shared Online Depict All Churches 'Destroyed' in France in the Last 4 Years?

A 2019 fire at Notre Dame Cathedral in Paris sparked interest in the condition of France's other churches.

[Dan Evon](#)

Published April 18, 2019

Claim:

A map shows all of the churches that were destroyed in France in the last four years.

Rating:

On 15 April 2019, as firefighters rushed to save the Notre Dame Cathedral in Paris from a fire, a slew of bad actors started to spread an [unfounded narrative](#) that blamed the fire on Muslims and [connected](#) the incident, which is being investigated as an [accident](#) by authorities, to churches that had been recently vandalized in France.

The Facebook page 1776TV.com, for instance, [shared](#) a map that supposedly showed churches "destroyed" in France over the last four years:

Advertisement:



1776TV.com

1 hr · 🌐



Churches destroyed in France over the last 4 years. Let this sink in for a minute...



Advertisement:

This map comes from the christianophobie.fr, a website dedicated to tracking acts of "Christianophobia" in France and the rest of the world. While this image is often shared as if it shows all of the churches that were "destroyed" in France, this map actually documents a wide range of nefarious activity, such as vandalism, theft, and arson, that occurred at both churches and cemeteries over an apparent span of two years (not four), covering 2017 and 2018.

It should also be noted that while this map does document some relatively serious crimes, such as arson or the toppling of church statues, many of these pins correspond to graffiti-related incidents. We also found one pin related to a person's simply interrupting a church service.

This map does not show churches that have been destroyed in France. However, it does correspond with what French authorities have reported concerning vandalism at places of worship in the country.

[Newsweek](#) reported in March 2019 that France had seen a "spate of attacks" against Catholic churches:

France has seen a spate of attacks against Catholic churches since the start of the year, vandalism that has included arson and desecration.

Vandals have smashed statues, knocked down tabernacles, scattered or destroyed the Eucharist and torn down crosses, sparking fears of a rise in anti-Catholic sentiment in the country.

Advertisement:

In March 2019, France's central criminal intelligence service, SCRC, reported that there were approximately 875 acts of vandalism against Catholic churches in 2018.

The [Ministry of the Interior](#) came to a similar conclusion.

The Ministry of the Interior released a report in February 2019 that tallied the number of acts of degradation (or vandalism) against various religious establishments. The Ministry found that there were 1,063 anti-Christian acts in 2018 (approximately 700 of which related to property crimes and 100 of which related to violent acts), 541 anti-semitic acts (81 of which were related to violence, 102 related to property crimes), and 100 anti-Muslim acts.

The Ministry [stated](#) that one reason churches were targeted more frequently than the places of worship of other religions was that France simply had more churches. France is home to approximately [40,000 churches](#):

"The ministry also said that the large number of degradations to Christian sites was partly explained by the higher number of churches compared to the places of worship of the other two religions."

The Ministry noted that attacks on Muslims were at their lowest levels since 2010, attacks on Christians were at the same level as the previous year, and that attacks on the Jewish community rose in 2018.

Advertisement:

Christophe Castaner, minister of the interior, condemned acts of hate against all religious people and places of worship.

"Hate has no place in the Republic. We are determined to protect all French people, to protect secularism, the freedom not to believe, as to believe in respect, in complete safety. These numbers show that we must not let our guard down. Anti-Semitic, Islamophobic, anti-Christian, racist, xenophobic: there is no small attack, no small insult. Nothing will be tolerated: every culprit will have to be found and judged."

Sources

Chamberlain, Samuel. "Notre Dame Cathedral Fire Being Investigated as Accident For Now, Prosecutors Say." *Fox News*. 16 April 2019. Samuel Chamberlain By Samuel Chamberlain | Fox News

Tharoor, Ishaan. "The Notre Dame Fire Ignites the West's Far Right." *Washington Post*. 17 April 2019.

Lytvynenko, Jane; Silverman, Craig. "A Timeline of How the Notre Dame Fire Was Turned Into an Anti-Muslim Narrative." *Buzzfeed*. 16 April 2019.

McPartland, Ben. "'Turn France's Empty Churches into Mosques'." *The Local*. 15 June 2015.

Ministry of the Interior. "Fight Against Hatred, Discrimination, Racism and Anti-Semitism." 12 February 2019.

CheckNews. "Is it True That 875 Churches Were Vandalized in France in One Year?" 18 April 2019.

<https://www.matthias-matussek.de/liebes-abendland/>

21/05/2024|IM ALLGEMEIN

Liebes Abendland,

Matthias MatussekVON MATTHIAS MATUSSEK

Schon dein Wortklang stimmt mich wehmütig. Es ist wohl an der Zeit, adieu zu sagen, leise, denn man muss Provokationen vermeiden, wer weiss, wer da gerade von der Sprachpolizei um die Ecke kommt.

Wir – die in deinem Zauber gewachsenen europäischen Vaterländer – hatten eine glorreiche Zeit, danke dafür. Du hast uns, wurzelnd im Christentum, die gotischen Kathedralen geschenkt und Schönheit mit Michelangelos «Pietà» und Mozarts «Krönungsmesse». Und wir haben dich verteidigt, 732 vor Poitiers, 1571 in einer wunderreichen Seeschlacht bei Lepanto, 1683 vor Wien, ja wir waren durchaus abwehrbereit, vor allem gegen islamische Heere. Wir verdanken dir die Demokratie, die wissenschaftlichen Durchbrüche und die Gleichberechtigung der Frau.

Damit ist nun Schluss. Wir haben die Grenzen geöffnet. Messermorde und Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung. Unsere durchaus korrupten Eliten haben dich und uns buchstäblich ans Messer geliefert. Ein Vorgang scheint mir symptomatisch: Die niederländische Kleinstadt Dordrecht, die ein neues

Asylzentrum eröffnet hat, schenkt jedem Einwohner tausend Euro, damit er sich zu seinem Schutz aufrüsten kann. Der Feind ist intra muros und fordert das Kalifat!

Ein die Deutschen verachtender Funktionär der Grünen forderte gerade auf X: «Zuwanderung bis zum Volkstod». Irre, denn die, die dann am Drücker wären, würden ihn und seine LGBTQ-Freunde sofort vom nächsten Hochhaus schmeissen. Unser Verteidigungsminister fordert «Verteidigungsbereitschaft», aber von wem und wofür? Für das Recht auf sechzig Geschlechter und freie Drogen? Für einen Chansonwettbewerb, der zum judenhassenden Hamas-Fetischfestival geworden ist? Will er Kerle mit Hundemasken und rosa Röcken gegen humorlose Bärte in den Krieg schicken?

Liebes Abendland, wir sind in einer alles nivellierenden Disney World gelandet, mit Grundverblödeten, die sich einer ewigen Gegenwart hingeben möchten, abgeschnitten von allen Wurzeln. Um es mit einem berühmten Spruch von Wolfgang Schäuble zu sagen, Abendland: «Isch over!»

<https://www.gmx.net/magazine/sport/olympia/sommer/katholische-kirche-kritisiert-olympia-eroeffnungsfeier-scharf-39938444>

"Christentum verspottet"

Katholische Kirche kritisiert Olympia-Eröffnungsfeier scharf

Aktualisiert am 27.07.2024, 17:01 Uhr



Vor allem diese Szene sorgte bei einigen Menschen für Aufregung. © IMAGO/Bestimage/IMAGO/Capture TV France 2 via Bestimage

Lesedauer: 2 Min.

Die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris spaltet die Gemüter. Neben Elon Musk und anderen Personen äußert sich vor allem auch die katholische Kirche kritisch über Teile der aufwändigen Inszenierung.

An der Eröffnungsfeier der [Olympischen Spiele](#) in [Paris](#) hat es heftige Kritik unter anderem von der katholischen Kirche gegeben. "Diese Zeremonie enthielt leider auch Szenen, in denen das Christentum verspottet und verhöhnt wurde, was wir zutiefst bedauern", hieß es in einer Mitteilung der französischen Bischofskonferenz. Was ihr konkret missfallen hat, präzisierte die Kirche nicht.

Offenbar löste vor allem eine Szene heftige Reaktionen aus, die an [Leonardo da Vincis](#) berühmtes Gemälde "Das letzte Abendmahl" erinnert, das das letzte Mahl von Jesus Christus mit seinen Aposteln darstellt. **Bei der Eröffnungszeremonie wurden die Apostel allerdings von Dragqueens verkörpert sowie einem Transgender-Model und einem fast nackten Sänger.**

Bischofskonferenz: "Übertreibung und Provokation"

Kritik daran kam auch von konservativen und rechtsextremen Politikern in [Frankreich](#). So sprach etwa die Senatorin der bürgerlich-konservativen *Républicains*, Valérie Boyer, von einer "Vision unserer Geschichte (...), die darauf abzielt, die Christen lächerlich zu machen".

"Wir danken den Mitgliedern anderer religiöser Konfessionen, die uns ihre Solidarität bekundet haben. Heute Morgen denken wir an alle Christen auf allen Kontinenten, die durch die Übertreibung und Provokation einiger Szenen verletzt wurden", teilte die

Bischofskonferenz mit. "Wir wünschen uns, dass sie verstehen, dass sich das olympische Fest weit über die ideologischen Vorlieben einiger Künstler hinaus entfaltet."

Die russisch-orthodoxe Kirche und das Außenministerium in Moskau äußerten sich ebenfalls entsetzt über die Eröffnungsfeier. "Ein kulturell-historischer Selbstmord geht in einer der einst christlichen Hauptstädte der europäischen Zivilisation vor sich", sagte der Geistliche Wachtang Kipschidse, der im Moskauer Patriarchat der russisch-orthodoxen Kirche für Kontakte zur Gesellschaft und zu den Medien zuständig ist.

Die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, veröffentlichte bei Telegram Fotos und meinte, die Eröffnungsfeier sei zu einer Verspottung der Christen und zu einer "Gay-Pride-Parade" verkommen.

Musk und Orban sind sich einig

Auch [Elon Musk](#), der in Paris vor Ort war, kritisierte die Eröffnungsfeier scharf. Die Feier sei äußerst respektlos gegenüber Christen gewesen.

Ungarns Regierungschef Viktor Orban sprach in einer Rede in Rumänien eine "Entledigung" der "metaphysischen Bindungen an Gott, das Vaterland und die Familie" in westlichen Ländern an. Dies habe zu "einem Mangel an öffentlicher Moral geführt, wie Sie sehen konnten, wenn Sie gestern die Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele gesehen haben", erklärte Orban in Aile Tusnad vor der dort lebenden großen ungarischen Gemeinde.

Auch aus Spanien gab es Kritik. In der spanische Zeitung "Marca" echauffierte sich der La-Liga-Präsident Javier Tebas: "Inakzeptabel, respektlos, schändlich. Die Verwendung des Bildes des letzten Abendmahls bei den Olympischen Spielen in Paris ist eine Beleidigung für uns Christen. Wo bleibt der Respekt vor dem religiösen Glauben?"

Regisseur der Eröffnungsfeier: "Idee war, inklusiv zu sein"

Die Olympia-Macher wiesen die Kritik zurück und verwiesen auf die Kunst- und Meinungsfreiheit. Organisationschef Tony Estanguet betonte, die Show habe zum Nachdenken anregen sollen und sei in ihren Grundlinien mit dem IOC abgestimmt worden. "Unsere Absicht war es nie, unverschämt zu sein", sagte der Regisseur der Eröffnungszeremonie, Thomas Jolly. "In Frankreich ist das künstlerische Schaffen frei." Die Idee sei gewesen, inklusiv zu sein, was bedeute, niemanden auszuschließen.

Auch die französische Presse feierte die Eröffnungsparty. "Les Dernières Nouvelles d'Alsace" schrieb: "Paris hat sich auf die schönste Art und Weise in Szene gesetzt. Die Zeremonie (...) feierte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und vor allem die Vielfalt eines Landes, das sein Erbe annimmt und sich in die Zukunft wagt, indem es seine Kulturen ohne Komplexe und mit Kühnheit vereint (...)." (dpa/ska)

<https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/ein-h%C3%B6hnischer-tiefpunkt-in-deutschland-w%C3%A4chst-die-kritik-an-der-er%C3%B6ffnungszeremonie-der-olympischen-spiele/ar-BB1qLsjf?ocid=msedgntp&pc=HCTS&cvid=8db3707f21fd4ce1b257d19239750835&ei=15>

Ein höhnischer Tiefpunkt? In Deutschland wächst die Kritik an der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele

Geschichte von Alexander Kissler, Berlin

Die [Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Paris](#) dauerte mehrere Stunden, und sie endete am späten Freitagabend. Noch immer sorgt aber eine relativ kurze Szene für Empörung, auch in Deutschland. Auf einer Bühne wurde an einem angedeuteten Tisch das berühmte «Letzte Abendmahl» von Leonardo da Vinci in verfremdeter Form nachgestellt.

In die Rolle der Jünger waren Dragqueens und queere, zum Teil dunkelhäutige Personen geschlüpft, unter ihnen ein bärtiger Mann mit Bustier. Eine korpulente Frau mit Strahlenkranz, die queere Aktivistin Barbara Butch, sass an jener Stelle in der Mitte, wo bei Leonardo Jesus Christus platziert ist. Davor räkelte sich im blauen Ganzkörpertrikot ein Schauspieler mit Blumenschmuck am Kopf und an den Lenden, den antiken Gott Bacchus imitierend. [Die grossen Kirchen in Deutschland](#) nehmen mittlerweile Anstoss an der Performance.

Bischof Oster stört das «queere Abendmahl»

Zuvor kritisierte die französische Bischofskonferenz «Szenen, in denen das Christentum verspottet und verhöhnt wurde, was wir zutiefst bedauern». Für den Vatikan sprach der Kurienerzbischof Vincenzo Paglia in der Zeitung «Il Giornale» von der «blasphemischen Verhöhnung eines der heiligsten Momente des Christentums». So drastisch äussert sich Stefan Oster, der Sportbischof der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), nicht.

Oster, Diözesanbischof in Passau, erklärte über die offiziellen Kanäle der DBK, insgesamt habe es sich um eine «eindrucksvolle Eröffnung von hoffentlich friedlichen Spielen» gehandelt. Das, wie Oster formuliert, «queere Abendmahl» sei allerdings ein Tiefpunkt gewesen und in der Inszenierung völlig überflüssig. Erläuterungen, die ins theologische Detail gingen, finden sich in der knappen Stellungnahme des Bischofs und Salesianers nicht.

Das protestantische Pendant zu Oster ist der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Thorsten Latzel. Er hat das Amt des Sportbeauftragten des Rates der [Evangelischen Kirche in Deutschland](#) inne und sagt, «selbstverständlich» gehörten queere Menschen zur Kirche Jesu Christi. Darum verstehe er die Pariser Darstellung auch nicht als blasphemisch, sondern als «Ausdruck einer religiösen Emanzipation, vor allem angesichts einer schuldhaften Diskriminierung von queeren Menschen gerade auch aus religiösen Gründen». Auch sei die Darbietung von der Kunstfreiheit gedeckt.

Ein deplatzierte Bacchus

An einem Punkt übt jedoch auch Latzel scharfe Kritik: Die Kombination mit einem nackten Bacchus sei problematisch und zudem schlechte Kunst. Dadurch

werde das Abendmahl zu einem «sexualisierten Trinkgelage einer völlig anderen, antiken Gottheit». Statt einer «religiös ideologisierten Überhöhung von Sexualität» wünsche er, Latzel, sich mehr Sensibilität gegenüber «gelebter Religion, gerade bei einer internationalen Sportveranstaltung».

Die meisten Politiker halten sich bis jetzt mit Einlassungen zum Pariser «Abendmahl» zurück. **Die kirchenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Nicole Höchst, schreibt jedoch bei Facebook, das Leitmotiv der gesamten Eröffnungszeremonie scheine ein «Frontalangriff auf die christliche Religion» zu sein. Mit dem Islam, vermutet Höchst, würde ein solches «blasphemisches Spiel» nicht getrieben, denn dann stünde wohl die halbe Welt in Flammen.**

Entspannt sieht es Lars Castellucci, Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der SPD-Bundestagsfraktion. Er sagte dieser Zeitung, er finde die beanstandete Pariser Abendmahls-Szene eher langweilig. Allerdings interpretiere er Jesus so, dass er alle Menschen eingeladen und für Barmherzigkeit gegenüber menschlichen Schwächen eingestanden habe. Und, setzte Castellucci hinzu, solange christliche Bilder verunglimpft werden könnten, seien sie noch relevant.

<https://philosophia-perennis.com/2024/08/04/us-satanisten-bedanken-sich-bei-olympischem-komitee/>

US-Satanisten bedanken sich bei Olympischem Komitee

By [David Berger](#)

4. August 2024

(David Berger) Die in den USA etablierte „Church of Satan“ hat sich bei den Veranstaltern der Olympischen Spiele von Paris ausdrücklich bedankt. Die Eröffnungszeremonie hätte die Macht der menschlichen Freiheit über Gott gefeiert.

Unser Tweet des Tages:

Olympia als „Satanische Party“?

Die Church of Satan (CoS) ist eine religiöse Organisation, die sich der Religion des Satanismus widmet, wie sie von Anton Szandor LaVey definiert wurde. Sie wurde 1966 in San Francisco von LaVey gegründet und gilt als die „älteste satanische Religion, die noch immer existiert“, und vor allem als die einflussreichste, die „zahlreiche Nachahmer und abtrünnige Gruppen“ inspiriert hat.

Nach Angaben der Kirche wurde der Satanismus von LaVey und seiner Kirche als „Religion und Philosophie“ „kodifiziert“. Die Kirche wurde in einer Zeit gegründet, in der es ein großes öffentliches Interesse an Okkultismus, Hexerei und Satanismus gab, und erlebte nach ihrer Gründung mehrere Jahre lang eine Blütezeit. Berühmtheiten besuchten LaVey's satanische Partys und er wurde in Talkshows eingeladen. Seine Satanische Bibel verkaufte sich fast eine Million Mal. ([Quelle](#))

Neben hohen Kirchenleuten hatte auch Donald Trump Jr. ist auf den Einfluss des Satanismus bei der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Paris hingewiesen. Ähnliche Beobachtungen hatten auch zu Proteste gegen den letzten ESC geführt, wo ebenfalls Satanismus offen gefeiert wurde.

29.7.24

Wir fordern vom IOC nach dem Angriff auf das Christentum eine Erklärung und Entschuldigung

CitizenGO hat diese Petition gestartet an Thomas Bach, den Präsidenten des IOC - 2024/07/29

Bei der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele 2024 in Paris wurden das Christentum und der christliche Glaube auf die beleidigendste Art und Weise, die man sich vorstellen kann, offen verspottet.

Halbnackte Transsexuelle und Drag Queens waren dabei zu beobachten, wie sie etwas den Christen so Heiliges wie das letzte Abendmahl entweihten. Das war abscheulich und widerwärtig anzusehen.

Die Beleidigung unseres Glaubens ist so tiefgreifend, dass sich mittlerweile weltweit Protest erhebt. Bischöfe verschiedener christlicher Kirchen auf der ganzen Welt haben ihre Empörung zum Ausdruck gebracht und selbst der Vatikan hat die gezeigten

Darstellungen verurteilt. Und unzählige Gläubige haben ihren Unmut in den sozialen Netzwerken zum Ausdruck gebracht.

Wir können nicht hinnehmen, dass das Internationale Olympische Komitee sich angesichts der tiefgreifenden Beleidigung des christlichen Glaubens in Schweigen hüllt.

Die Olympischen Spiele sollten Einheit und Respekt zwischen allen Kulturen und Glaubensrichtungen symbolisieren. Das IOC ist dieser Pflicht nicht nachgekommen und hat eklatante Feindseligkeit gegenüber Christen zugelassen.

Das darf so nicht stehen bleiben!

Ein weiterer verstörender Punkt war, dass das IOC die Beteiligung kleiner Kinder an diesem beleidigenden Spektakel hingenommen hat.

Warum erlaubt das IOC die Sexualisierung von Kindern bei solchen Aufführungen? Warum stand ein Kind neben einem fast nackten Mann auf der Bühne?

Fordern Sie jetzt IOC-Präsident Bach und alle anderen Mitglieder des IOC auf, jetzt ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Es braucht dringend eine vollständige, angemessene Entschuldigung des IOC und eine schriftliche Garantie, dass derartiges nie wieder passieren wird! **Unterschreiben Sie diese dringende Petition noch heute!**

Weitere Informationen:

Olympia 2024: Katholische Kirche reagiert mit heftiger Kritik auf Eröffnungsfeier der Olympischen Sommerspiele in Paris

(Eurosport): https://www.eurosport.de/olympia/olympia-paris-2024/2024/eroffnungsfeier-paris-katholische-kirche-kritik-abendmahl-jesus-transgender_sto20021944/story.shtml

Verspottung des Letzten Abendmahls bei Olympia-Eröffnung in Paris verurteilt (CNA Deutsch): <https://de.catholicnewsagency.com/news/16259/verspottung-des-letzten-abendmahls-bei-olympia-eroffnung-in-paris-verurteilt>

Queeres Abendmahl bei Olympia-Eröffnung sorgt für Empörung (PRO Medienmagazin): <https://www.pro-medienmagazin.de/queeres-abendmahl-bei-olympia-eroeffnung-sorgt-fuer-empoeerung/>

Die Empörung über die Olympia-Eröffnungsfeier lässt nicht nach (GMX AT): <https://www.gmx.at/magazine/sport/olympia/sommer/olympia-eroeffnungsfeier-empoeerung-laest-39939512>

“Blasphemische Verhöhnung” - nun zürnt auch der Vatikan über die Eröffnungsfeier (WELT): <https://www.welt.de/sport/olympia/article252730720/Olympia-2024-Blasphemische-Verhoehnung-nun-zuernt-der-Vatikan-ueber-die-Eroeffnungsfeier.html>

25,042 haben unterschrieben.

Lassen Sie uns 50,000 erreichen!

Email *

Email *

☐ Schicken Sie mir per E-Mail weitere Informationen. ☐ Ich möchte keine weiteren Informationen.

Unterzeichnen Sie diese PetitionWir verarbeiten Ihre Daten in Übereinstimmung mit unseren [Datenschutzrichtlinien](#) und [Nutzungsbedingungen](#)

Dringend: Das IOC muss sich für den Angriff auf das Christentum entschuldigen!

Sehr geehrter Herr Thomas Bach, Präsident des IOC,
sehr geehrte Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees,
cc an die Sponsoren der Olympischen Spiele von Paris,

ich schreibe Ihnen, um meine Empörung über die das Christentum beleidigenden Aktionen während der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele 2024 in Paris auszudrücken.

Die groteske Parodie des heiligen „Abendmahls“ mit Drag Queens, Transgendern und nackten Sängern war ein direkter und abscheulicher Angriff auf den christlichen Glauben.

Dies war kein Fehler, sondern ein kalkulierter Schachzug, um Christen weltweit anzugreifen und zu demütigen.

Darüber hinaus bin ich entsetzt darüber, dass Sie zugelassen haben, dass kleine Kinder an diesem beleidigenden Spektakel beteiligt waren.

Warum erlaubt das IOC die Sexualisierung von Kindern bei solchen Aufführungen? Warum war ein Kind neben einem fast völlig nackten Mann anwesend?

All dies war zutiefst verstörend!

Ich verlange eine sofortige, öffentliche und echte Entschuldigung des IOC für diese beleidigenden Aktionen.

Die Olympischen Spiele sollten Einheit und Respekt zwischen allen Kulturen und Glaubensrichtungen symbolisieren. Das IOC ist dieser Pflicht nicht nachgekommen und hat eklatante Feindseligkeit gegenüber Christen zugelassen.

Das darf so nicht stehen bleiben!

Wir fordern vom IOC nach dem Angriff auf das Christentum eine Erklärung und Entschuldigung, noch bevor die Olympischen Spiele enden!

Wir fordern vom IOC nach dem Angriff auf das Christentum eine Erklärung und Entschuldigung

CitizenGO hat diese Petition gestartet an Thomas Bach, den Präsidenten des IOC - 2024/07/29

Bei der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele 2024 in Paris wurden das Christentum und der christliche Glaube auf die beleidigendste Art und Weise, die man sich vorstellen kann, offen verspottet.

Halbnackte Transsexuelle und Drag Queens waren dabei zu beobachten, wie sie etwas den Christen so Heiliges wie das letzte Abendmahl entweihten. Das war abscheulich und widerwärtig anzusehen.

Die Beleidigung unseres Glaubens ist so tiefgreifend, dass sich mittlerweile weltweit Protest erhebt. Bischöfe verschiedener christlicher Kirchen auf der ganzen Welt haben ihre Empörung zum Ausdruck gebracht und selbst der Vatikan hat die gezeigten Darstellungen verurteilt. Und unzählige Gläubige haben ihren Unmut in den sozialen Netzwerken zum Ausdruck gebracht.

Wir können nicht hinnehmen, dass das Internationale Olympische Komitee sich angesichts der tiefgreifenden Beleidigung des christlichen Glaubens in Schweigen hüllt.

Die Olympischen Spiele sollten Einheit und Respekt zwischen allen Kulturen und Glaubensrichtungen symbolisieren. Das IOC ist dieser Pflicht nicht nachgekommen und hat eklatante Feindseligkeit gegenüber Christen zugelassen.

Das darf so nicht stehen bleiben!

Ein weiterer verstörender Punkt war, dass das IOC die Beteiligung kleiner Kinder an diesem beleidigenden Spektakel hingenommen hat.

Warum erlaubt das IOC die Sexualisierung von Kindern bei solchen Aufführungen? Warum stand ein Kind neben einem fast nackten Mann auf der Bühne?

Fordern Sie jetzt IOC-Präsident Bach und alle anderen Mitglieder des IOC auf, jetzt ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Es braucht dringend eine vollständige, angemessene Entschuldigung des IOC und eine schriftliche Garantie, dass derartiges nie wieder passieren wird! **Unterschreiben Sie diese dringende Petition noch heute!**

Weitere Informationen:

Olympia 2024: Katholische Kirche reagiert mit heftiger Kritik auf Eröffnungsfeier der Olympischen Sommerspiele in Paris

(Eurosport): https://www.eurosport.de/olympia/olympia-paris-2024/2024/eröffnungsfeier-paris-katholische-kirche-kritik-abendmahl-jesus-transgender_sto20021944/story.shtml

Verspottung des Letzten Abendmahls bei Olympia-Eröffnung in Paris verurteilt (CNA Deutsch): <https://de.catholicnewsagency.com/news/16259/verspottung-des-letzten-abendmahls-bei-olympia-eröffnung-in-paris-verurteilt>

Queeres Abendmahl bei Olympia-Eröffnung sorgt für Empörung (PRO Medienmagazin): <https://www.pro-medienmagazin.de/queeres-abendmahl-bei-olympia-eroeffnung-sorgt-fuer-empoeuerung/>

Die Empörung über die Olympia-Eröffnungsfeier lässt nicht nach (GMX AT): <https://www.gmx.at/magazine/sport/olympia/sommer/olympia-eroeffnungsfeier-empoeuerung-laesst-39939512>

“Blasphemische Verhöhnung” - nun zürnt auch der Vatikan über die Eröffnungsfeier (WELT): <https://www.welt.de/sport/olympia/article252730720/Olympia-2024-Blasphemische-Verhoehnung-nun-zuernt-der-Vatikan-ueber-die-Eroeffnungsfeier.html>

287,163 haben unterschrieben.

Lassen Sie uns 500,000 erreichen!

Email *

Email *

☐ Schicken Sie mir per E-Mail weitere Informationen. ☐ Ich möchte keine weiteren Informationen.

Unterzeichnen Sie diese Petition Wir verarbeiten Ihre Daten in Übereinstimmung mit unseren [Datenschutzrichtlinien](#) und [Nutzungsbedingungen](#)

Dringend: Das IOC muss sich für den Angriff auf das Christentum entschuldigen!

Sehr geehrter Herr Thomas Bach, Präsident des IOC,

sehr geehrte Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees,

cc an die Sponsoren der Olympischen Spiele von Paris,

ich schreibe Ihnen, um meine Empörung über die das Christentum beleidigenden Aktionen während der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele 2024 in Paris auszudrücken.

Die groteske Parodie des heiligen „Abendmahls“ mit Drag Queens, Transgendern und nackten Sängern war ein direkter und abscheulicher Angriff auf den christlichen Glauben.

Dies war kein Fehler, sondern ein kalkulierter Schachzug, um Christen weltweit anzugreifen und zu demütigen.

Darüber hinaus bin ich entsetzt darüber, dass Sie zugelassen haben, dass kleine Kinder an diesem beleidigenden Spektakel beteiligt waren.

Warum erlaubt das IOC die Sexualisierung von Kindern bei solchen Aufführungen? Warum war ein Kind neben einem fast völlig nackten Mann anwesend?

All dies war zutiefst verstörend!

Ich verlange eine sofortige, öffentliche und echte Entschuldigung des IOC für diese beleidigenden Aktionen.

Die Olympischen Spiele sollten Einheit und Respekt zwischen allen Kulturen und Glaubensrichtungen symbolisieren. Das IOC ist dieser Pflicht nicht nachgekommen und hat eklatante Feindseligkeit gegenüber Christen zugelassen.

Das darf so nicht stehen bleiben!

Wir fordern vom IOC nach dem Angriff auf das Christentum eine Erklärung und Entschuldigung, noch bevor die Olympischen Spiele enden!

7.8..24

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,

ich bin ziemlich aufgewühlt, denn seit wir Ihnen am Montagvormittag geschrieben hatten, dass sich Teammitglieder von CitizenGO mit einem Bus auf dem Weg nach Paris befinden, haben sich die Ereignisse überschlagen.

Der Bus mit der Aufschrift "Beendet die Angriffe auf das Christentum" sollte, wie berichtet, ein sichtbares Zeichen gegen die blasphemische Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele setzen und den Unmut von mehr als 383.363 Unterzeichner unserer [Petition "Wir fordern vom IOC nach dem Angriff auf das Christentum eine Erklärung und Entschuldigung"](#) sichtbar machen.

Der Bus fuhr dann auch am Montag ab 9 Uhr morgens durch Paris und erregte die Aufmerksamkeit (und das Lob) vieler Passanten. Er fuhr auch (das wird später wichtig) an Dutzenden von Polizisten vorbei, ohne dass diese etwas gesagt hätten.



Was dann geschehen ist, kam für alle von uns aus heiterem Himmel. Wir erhielten plötzlich aus Paris die Nachricht: ***"Bus von der Polizei gestoppt, die Kollegen, die im Bus waren, werden zu einer Polizeistation gebracht."***

Das war am späten Nachmittag. Dann hörten wir eine Weile nichts mehr und konnten unsere Leute telefonisch nicht erreichen. Es dauerte Stunden, bis wir die Einzelheiten erfuhren: **Dass Polizisten unseren Bus mitten in Paris angehalten und mit vorgehaltener Waffe umzingelt hatten.** Sie verhafteten sechs Teammitglieder von CitizenGO und den Busfahrer.



Ich wollte Ihnen da eigentlich sofort schreiben, aber rasch wurde klar, dass wir unsere Kollegen gefährden könnten, wenn wir zu schnell an die Öffentlichkeit gingen. Also beschlossen wir, erst einmal abzuwarten, wie sich die Lage weiter entwickeln würde. Was folgte, war hochdramatisch (all dies erfuhren wir erst Stunden nach dem Geschehen):

Zusammen mit dem Busfahrer wurden unser Teammitglieder, die mit im Bus gesessen hatten, in den hinteren Teil eines Polizeiwagens gepackt und zu einer Polizeistation gefahren, mit der Begründung, dass sie „eine Demonstration ohne Genehmigung der französischen Regierung organisiert“ hätten!

Das war kein Versehen unsererseits – natürlich machen wir immer unsere Hausaufgaben, bevor wir etwas organisieren. Aber eine Aktion mit einem einzelnen Fahrzeug braucht man in Paris nicht anzumelden. Die betreffenden Vorschriften beziehen sich auf groß angelegte Demonstrationen auf der Straße, auf Protestmärsche. Nicht auf einen bedruckten Bus.

Und es sollte noch schlimmer kommen: Als sie auf der Polizeistation ankamen, wurden unsere Leute in Handschellen gelegt und anschließend in eine zweite Sicherheitseinrichtung gebracht. Alle ihre Habseligkeiten wurden konfisziert, sie wurden ausgezogen und durchsucht, ihnen wurde die Möglichkeit verweigert, ihre Anwälte zu kontaktieren, und einigen wurde nicht einmal erlaubt, Kontakt zu ihren Familien aufzunehmen.

Damit nicht genug, denn die Kollegen wurden unter starken psychischen Druck gesetzt und es wurde ihnen eine längere Gefangenschaft angedroht. Die folgende Nacht mussten sie unter katastrophalen Bedingungen verbringen. Einigen wurde sogar Nahrung und Wasser vorenthalten – und das alles wegen nicht stichhaltiger Anschuldigungen, denn sie hatten ja nichts getan.

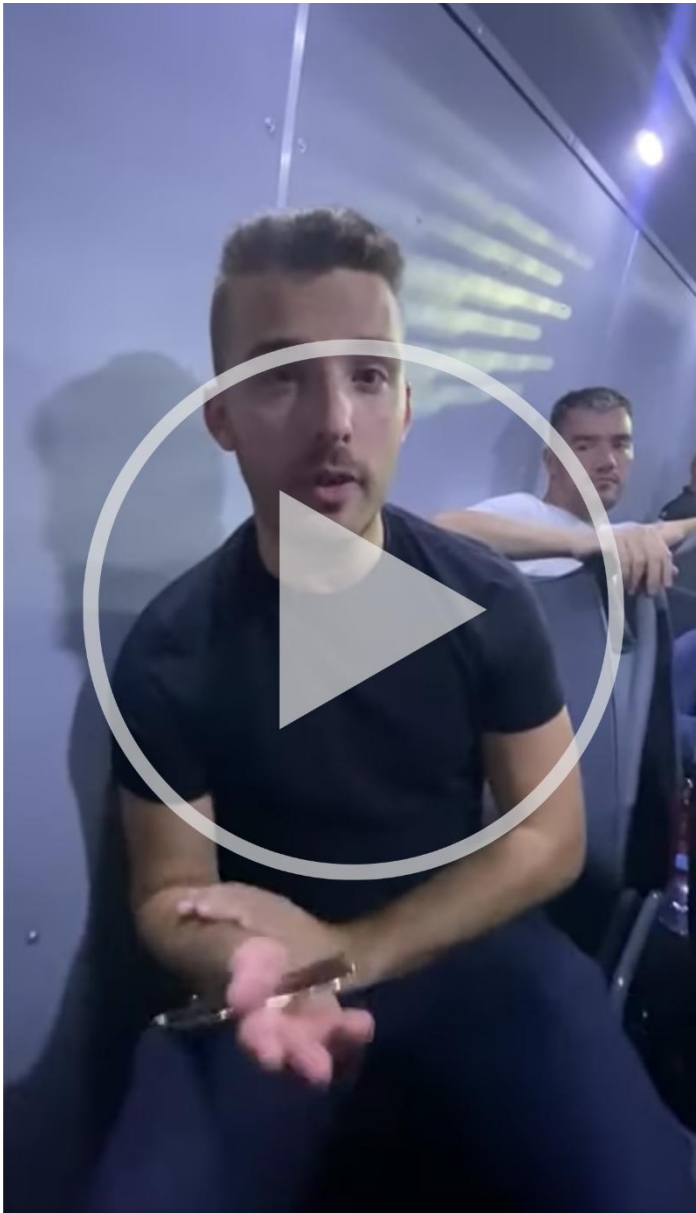
Schließlich gelang es uns, einen guten Anwalt einzuschalten, der die Behörden in den frühen Morgenstunden stark unter Druck setzte und endlich die Freilassung unserer Teammitglieder und des Busfahrers erreichte. Aber auch da war die Aufregung noch nicht zu Ende.

Denn diejenigen Teammitglieder, die noch nicht polizeilich verhört worden waren, mussten am Nachmittag zur weiteren Befragung auf die Polizeiwache zurückkehren, bevor dann die Staatsanwälte das entschieden, was wir die ganze Zeit wussten – dass es keine Grundlage für eine Anklage gab, unsere Leute hatten nichts Unrechtes getan!

Unsere Anwältin äußerte zu dem gesamten Vorgang:

„Es scheint unmöglich, den Tatbestand der ‘Unterlassung der Anmeldung einer Demonstration’ als erfüllt anzusehen, da es sich bei einem einzelnen Fahrzeug nicht um eine Demonstration handelt. Der Staatsanwalt hat das Gesetz bis an seine Grenzen ausgereizt, um den Bus anzuhalten und ihre freie Meinungsäußerung einzuschränken. Darüber hinaus war das Verfahren nicht regelkonform.“

Hier ist ein Video unseres Kollegen im Polizeiwagen, bevor sie in Handschellen gelegt wurden:



Meine Kollegin Caroline Farrow, die in Paris nicht dabei war, aber in der Vergangenheit aufgrund falscher Anschuldigungen verhaftet worden war, sagte zu dem, was unseren Kollegen widerfahren ist: “Das ist keine Erfahrung, die man auf die leichte Schulter nehmen sollte. Es ist zutiefst erniedrigend, einer Leibesvisitation unterzogen zu werden, in eine Zelle mit offener Latrine gesteckt zu werden, eine DNA-Probe abzugeben, ein Fahndungsfoto machen zu lassen und wie ein gewöhnlicher Krimineller behandelt zu werden, obwohl man weiß, dass man nichts Unrechtes getan hat.”

Was geschehen ist war absolut nicht das, was unsere Teammitglieder erwartet haben, als sie mit dem Bus nach Paris fahren - ihr Ziel war es, die Aufmerksamkeit der Besucher der Olympischen Spiele zu erregen und den Organisatoren eine starke Botschaft zu senden, dass die Öffentlichkeit nicht bereit ist, eine so offensichtliche Verhöhnung des Christentums zu akzeptieren, wie sie bei der Eröffnungsfeier stattgefunden hat.

Ich konnte vor Sorge kaum schlafen, als ich vorletzte Nacht diese beunruhigenden Nachrichten hörte. Denn eigentlich hätte ich selbst in diesem Bus mit nach Paris fahren sollen. Ich musste dann nur kurzfristig meine Pläne ändern, weil ich gebeten worden war, einen neuen Kollegen einzuarbeiten. Aber natürlich habe ich darüber nachgedacht, dass eigentlich ich mit in der Gefängniszelle gesessen wäre. Von daher kann ich gut nachvollziehen, dass einige Kollegen in der Folge dessen, was ihnen widerfahren ist,

traumatisiert sind und unter Schock stehen. Ich kann nur hoffen und beten, dass sie sich bald davon erholen.

Hier wird das Team von der Polizei umzingelt

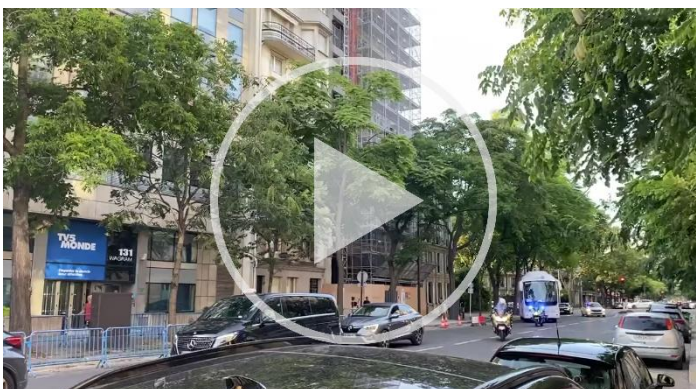


Die gute Nachricht ist, dass die Kollegen nun in Sicherheit sind und sich auf den Heimweg machen. Unseren Quellen zufolge handelte die französische Polizei auf Befehl hochrangiger Politiker, die sich über die Aufmerksamkeit, die unsere Kampagne erfährt, massiv ärgern. Sie sehen den Schandfleck auf dem Ruf Frankreichs und schämen sich.

In einem wunderbaren Akt der Ironie wurde unser weißer Bus, den die französischen Behörden offensichtlich so beleidigend fanden, vor der Polizeiwache im 16. Pariser Bezirk geparkt. Er stand dort für alle Passanten sichtbar, nur drei Häuserblöcke vom Arc de Triomphe entfernt, mitten in der Pariser Innenstadt. Die französische Polizei machte damit genau das sichtbar, was sie zu zensieren versuchte!

Tatsächlich muss jemand in der Politik unsere Botschaft als so bedrohlich empfunden haben, dass die Polizei nach der Freilassung unseres Teams verlangte, vor einer Weiterfahrt die Beschriftung vom Bus zu entfernen. Natürlich weigerten wir uns, das zu tun, und so wurde der Bus von Polizeimotorrädern aus Paris hinaus begleitet.

Hier verlässt der Bus Paris. Die Stadt, die für Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit steht, aber in der scheinbar keine christlichen Gebete erwünscht sind.



Wir werden die Behörden mit dem, was sie getan haben, nicht davonkommen lassen. Wir werden jetzt eine Klage gegen hochrangige Schlüsselfiguren einreichen: Frankreichs Präsidenten Macron, den Generalstaatsanwalt, der offenbar hinter dem Druck steckt, uns zu verhaften, und die Gendarmerie. Was geschehen ist, hätte nach Frankreichs eigenen Gesetzen nicht passieren dürfen. Und es darf sich nicht wiederholen.

Es handelt sich um ideologische und politische Verfolgung. Wir werden nicht zulassen, dass Ihre Stimme zum Schweigen gebracht wird. Wir werden weiterhin in der Öffentlichkeit für Ihre christlichen Werte

eintreten, denn wenn wir es nicht tun, wer dann? Wir müssen zeigen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.

Es ist erschreckend, dass eine Botschaft, in der dazu aufgerufen wurde, die Angriffe auf Christen einzustellen, auf eine so unverhältnismäßige und bössartige Reaktion der Behörden gestoßen ist.

Ich bin sicher, Sie werden sich mir anschließen und dafür danken, dass alle unsere Teammitglieder jetzt in Freiheit und Wohlauf sind, und ihnen alles Gute für ein paar wohlverdiente freie Tage wünschen.

Voller Entschlossenheit

Eduard Pröls, Christina Widmann und das gesamte Team von CitizenGO

PS: Wie Sie sich vorstellen können, kostet so eine Aktion eine Stange Geld: Nicht nur, den Bus zu mieten, zu bedrucken und zu betanken, sondern auch zehn Leute in Paris unterzubringen, gerade jetzt, wo sämtliche Hotels wegen der Olympischen Spiele bis oben hin belegt sind. Dazu kommen jetzt noch die ganzen Anwaltskosten, vor allem für die geplanten Klagen gegen die französischen Behörden. [Bitte erwägen Sie deshalb, unsere Aktion und die kommenden Schritte mit einer Spende zu unterstützen!](#)

<https://unser-mittleuropa.com/143592>

Französisches Zensur-Regime verhaftet christliche NGO wegen "Stoppt Angriffe auf Christen" (Video)

Von [Redaktion Ungarn](#)

Aug 7, 2024 [#CitizenGO-NGO verhaftet](#), [#Olympia Paris](#)

Sechs Mitglieder des „[CitizenGO](#)“-Teams wurden in Paris verhaftet und fast einen halben Tag lang in inhaftiert: Sie hatten einen Bus genommen, um gegen antichristliche Handlungen bei den Olympischen Spielen zu protestieren – wie die NGO mitteilte. Ab 9 Uhr morgens war der Bus ohne Zwischenfälle durch Paris gefahren und erregte dadurch große Aufmerksamkeit und Unterstützung von Passanten und Besuchern der Olympischen Spiele. Aus Angst vor einer Schädigung des internationalen Ansehens Frankreichs griff die politische Elite daher auf autoritäre Zensur zurück. ([Pesti Sracok](#))

„Am Montag wurde das CitizenGO-Fahrzeug von bewaffneten Polizisten umstellt und mit vorgehaltener Waffe gestoppt, woraufhin unsere Mitarbeiter unrechtmäßig verhaftet, in Handschellen gelegt, durchsucht und für die Nacht in Zellen gesperrt wurden. Der Bus fuhr den ganzen Montag durch die Straßen von Paris unter dem Motto: Stoppt die Angriffe auf Christen!“

Später, um 19 Uhr, wurde der Fahrer des CitizenGO-Busses von bewaffneten Polizisten abgewunken. Kurze Zeit später wurden Mitglieder ihres Teams in ein Polizeiauto gepfercht und auf eine Wache gebracht, 'weil sie ohne Genehmigung der französischen Regierung eine Demonstration organisiert hatten'“

Ein Video zeigt „CitizenGO“-Mitglieder im Polizeiauto, bevor sie in Handschellen gelegt werden:

Illegale Verhaftung und Drangsalierung durch Polizei

Wie CitizenGO schreibt...,

...”wurde ihnen zunächst gesagt, dass sie zur Polizeistation gehen müssten, um die Situation zu klären. Als sie ankamen, wurden ihnen Handschellen angelegt. Ein Polizist bemerkte lachend, dass sie wahrscheinlich von einem Kollegen über den schnellen Fortgang des Verfahrens getäuscht worden seien und dass sie, wenn sie nicht kooperierten, 24 Stunden lang inhaftiert würden. Das Absurde an dem, was geschah, war, dass es keinen Gesetzesverstoß gab. Wir prüfen immer vor großen Straßendemonstrationen und Umzügen alle Vorschriften. Die französische Gesetzgebung ist eindeutig, ein einzelnes Fahrzeug mit einem Schild kann nicht als Demonstration angesehen werden.”

“Sie behandelten unsere Freunde auf demütigende Weise, steckten sie in Zellen mit Kriminellen, ohne Kontakt zur Außenwelt – ihre Telefone wurden beschlagnahmt und sie wurden 12 Stunden lang in fensterlosen Zellen festgehalten, in denen die Temperatur 35 Grad überstieg! Während dieser Zeit erhielten sie weder Wasser noch Nahrung. Sie wurden gedemütigt und gezwungen, sich zur “Drogenkontrolle” auszuziehen.”

Und weiter:

“Ihnen wurden grundlegende Rechte verweigert, einschließlich des Zugangs zu persönlichen Anwälten und der Kommunikation mit Familienmitgliedern.”

Obwohl es also keine rechtliche Grundlage für ihre Inhaftierung gab, wurden sie dank der Bemühungen des Anwalts von CitizenGO erst nach 4 Uhr morgens wieder freigelassen.

“Diejenigen, die nicht von der Polizei vernommen worden waren, wurden am Dienstagnachmittag zur weiteren Vernehmung auf die Wache zurückbeordert, bevor die Staatsanwaltschaft die Entscheidung traf, die wir schon lange wussten – dass es keine Grundlage für eine Verhaftung gab!”

Weitere illegale Einschüchterung nach Freilassung

“Unsere Botschaft erwies sich als so unerwünscht, dass die Polizei nach der Freilassung unseres Teams verlangte, dass wir sie aus dem Bus entfernen. Natürlich haben wir die Forderung abgelehnt, weil wir wussten, dass unsere Botschaft nicht illegal war. So wurde der Bus schließlich in Begleitung von drei Polizeimotorrädern aus der Stadt verwiesen.”

– so CitizenGO.

Menschenrechtsklage gegen Macron und Frankreichs Elite angekündigt

Laut der Menschenrechtsorganisation sei das gesamte Team nun in Sicherheit und auf dem Heimweg nach Ungarn. „CitizenGO“ kündigte eine Klage gegen Präsident Macron und die politische Elite Frankreichs an. Ihrer Auffassung nach sind es diese, welche für deren Verhaftung und Polizeiaktionen verantwortlich sind.

Irland: Lehrer wird wegen Widerstand gegen Trans-Ideologie zum dritten Mal verhaftet

am vergangenen Montag wurde **in Irland der Lehrer Enoch Burke zum dritten Mal verhaftet**, weil er sich der gerichtlichen Anordnung widersetze, die Schule nicht zu betreten, an der er bis August 2022 unterrichtet hatte.

Der Lehrer für Deutsch und Geschichte ist vom Schuldienst suspendiert, **weil er sich geweigert hatte, einen Trans-Schüler mit dem selbst gewählten Namen und dem Pronomen „they“ anzusprechen.**

Burke [sagte](#), er würde dadurch gezwungen werden, **die Schüler mit der Trans-Ideologie zu indoktrinieren, was mit seinem christlichen Glauben nicht vereinbar sei:** „Ich unterrichte jeden, der vor mir steht. Ich unterrichte jeden einzelnen Schüler. Aber wenn mir befohlen wird, daß ich meinen religiösen Glauben nicht mehr haben kann, wenn mir gesagt wird, daß ich mich zum Transgenderismus bekennen muß, statt zu meinem einfachen Glauben, der männlich und weiblich ist, dann ist das einfach ein Verstoß gegen meine Rechte.“

Burke hatte gegen seine Entlassung Berufung eingelegt, über die bis heute noch nicht verhandelt worden ist. Deshalb besuchte er trotz eines Zutrittsverbots die Schule weiterhin. In Folge mußte er bereits zweimal für **über 400 Tage ins Gefängnis.**

Während der Lehrer nun zum dritten Mal von der Polizei in Gewahrsam genommen wurde (hier im [Video](#)), erklärte er einem der Polizisten: „Ich habe das Recht, hier zu sein, ich habe das Recht, hier zu arbeiten, **und den Schülern nicht zu sagen, daß sie Pubertätsblocker nehmen sollen.**“

Aber dieses Recht wird ihm offensichtlich verwehrt. Burke nimmt einen dritten Gefängnisaufenthalt in Kauf, um für die elementare Tatsache zu protestieren, daß es nur zwei Geschlechter gibt und **daß man sein Geschlecht nicht wechseln kann.**

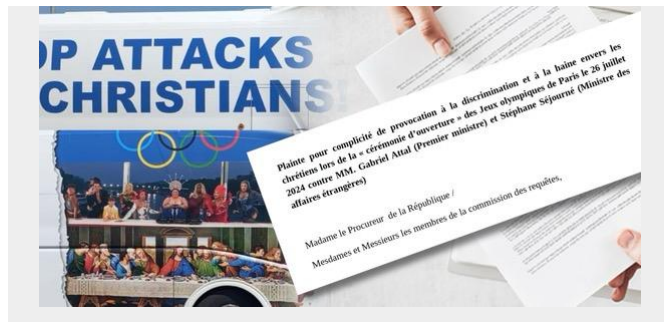
Die Trans-Ideologie beraubt uns unserer grundlegenden Rechte. **Wir können Burkes Einsatz unterstützen, indem wir seinen Fall bekannt machen** – und indem, wir frühzeitig unsere Rechte wahrnehmen und für die Wahrheit ein Zeichen setzen.

Dazu gibt es bald wieder eine Gelegenheit: **Am Samstag, den 21. September, findet in Berlin und Köln jeweils der [Marsch für das Leben](#) statt.** Los geht es um 13 Uhr am Brandenburger Tor (Berlin) und auf der Deutzer Werft (Köln). Kommen Sie zahlreich!

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,

zu lange haben radikale linke Regierungen Terror eingesetzt, um christliche Stimmen zu verspotten und zu unterdrücken, im Glauben, es würde sich ihnen niemand entgegenstellen und Widerstand leisten.

Jetzt haben sie die Grenze überschritten und wir gehen in die Offensive!



CitizenGO reicht 10 Straf- und Verwaltungsklagen bei französischen Gerichten wegen der Blasphemie ein, die bei den Olympischen Spielen zugelassen wurde, und wegen der illegalen Verhaftung unseres tapferen CitizenGO-Teams. Ich brauche Ihre Unterstützung, um diese Auseinandersetzung zu gewinnen.

Aber lassen Sie mich Sie zunächst aufklären.

Wie Sie war ich empört, als bei der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Paris Christen und christliche Sakramente offen verhöhnt wurden. Nackten, Transgendern und Drag Queens dabei zuzusehen, wie sie das heilige Abendmahl entweiheten, war wirklich entsetzlich.

Deshalb begann ich sofort, rechtliche Möglichkeiten zu prüfen, und unser Rechtsteam bereitete schnell die ersten Klagen vor, die gegen das Internationale Olympische Komitee, den ehemaligen französischen Premierminister Gabriel Attal und den ehemaligen Außenminister wegen Anstiftung zur Diskriminierung von Christen eingereicht wurden.

Darüber hinaus haben wir gerade eine Verwaltungsbeschwerde gegen die französische Regierung beim französischen Staatsrat eingereicht, der dafür verantwortlich ist, dass die Regierung ihre eigenen Gesetze gegen Intoleranz auch selbst befolgt.

Und als dann die Pariser Polizei unsere sechs Teammitglieder und den Fahrer unseres gemieteten Busses unter Vorspiegelung falscher Tatsachen festnahm und versuchte, sie zu erpressen, versprach ich, jede ihrer Strafanzeigen gegen die Behörden zu finanzieren, die ihre Festnahme genehmigt hatten.

Wie Sie sehen, haben wir eine Menge zu tun, und französische Gerichte sind dafür berüchtigt, Gerichtsverfahren in die Länge zu ziehen, die ihnen nicht gefallen. Wir können diesen Kampf gegen staatliche Ungerechtigkeit und religiöse Intoleranz nicht ohne die anhaltende Unterstützung mutiger Menschen wie Ihnen aufrechterhalten.

Deshalb bitte ich Sie, einen mutigen Schritt zu wagen und monatlich an CitizenGO zu spenden, damit wir diesen Kampf durchziehen können, egal was passiert!

JA, ich möchte monatlich spenden:

<https://www.derstandard.at/story/3000000240352/bis-der-arzt-kommt-holzingers-sancta-macht-stuttgarter-fertig>

Ohnmachtsoper

Bis der Arzt kommt: Holzingers "Sancta" macht Stuttgarter fertig

Blut, nackte Haut, Sex, Verletzungen. 18 Erste-Hilfe-Einsätze wurden am Premierenwochenende der österreichischen Starchoreografin benötigt

11. Oktober 2024, 13:16

190 Postings

Später lesen

Bimmel, bammel. In Holzingers Stück baumeln die Darstellerinnen an Haken, die durch den Rücken gebohrt wurden.

Die feministischen Performances der Wienerin Florentina Holzinger sind über die Landesgrenzen hinaus bekannt und teils auch berüchtigt. Mit ihren Arbeiten, bei denen sie radikal und freizügig weibliche Körper in Szene setzt, schmerzhaftes Stunts einbaut und auch vor Trash nicht zurückschreckt, sorgt Holzinger seit Jahren für Aufsehen in der Theaterwelt.

Stets sind ihre körperlich diversen Performerinnen nackt und führen verschiedenste artistische Kunststücke vor, die buchstäblich unter die Haut gehen. In der Opernperformance Sancta, die während der Wiener Festwochen diesen Mai erstmals in Österreich aufgeführt wurde, hängen sich die Performerinnen an Haken auf und baumeln so, leicht blutend, wie Glocken durch die Luft. An einer anderen Stelle wird gar ein Stück Haut aus einer Darstellerin herausgezielt und verspeist.

Ohnmacht, Übelkeit

Spiritualität, Sexualität, aber auch Religionskritik und ein kritischer Blick auf religiöse und gesellschaftliche Gewalt stehen im Mittelpunkt der Aufführungen. "Grenzen auszuloten und lustvoll zu überschreiten war von jeher eine zentrale Aufgabe der Kunst", zitiert die Oper ihren Intendanten Viktor Schoner.

Was das Publikum in Wien mit Jubel aufnahm – schließlich glänzt Holzingers freie Adaption von Paul Hindemiths 1921 verfasster Oper Sancta Susanna auch durch grandiose musikalische Einlagen, feministische Religionskritik und harmlosere Stunts, etwa in Gestalt nackter, rollschuhfahrender Nonnen –, hat in Baden-Württembergs Landeshauptstadt Stuttgart für Schnappatmung gesorgt.

Es geht auch lustig zu in Florentina Holzingers "Sancta".

18 Personen mussten laut Medienberichten während der Stuttgarter Premiere am vergangenen Wochenende den medizinischen Notfalldienst in Anspruch nehmen, in drei Fällen wurde ein Arzt hinzugezogen. Großteils wurde über Übelkeit und Ohnmacht geklagt. Dabei war das Stück mit reichlich Vorwarnungen ausgestattet. Das Opernhaus warnte vor sexuellen Handlungen, echtem Blut, Piercingvorgängen und echten Verwundungen und empfahl die Performance explizit einem Publikum, das "wagemutig auf der Suche nach neuen Theatererfahrungen" sei.

Laut dem Sprecher der Stuttgarter Oper, Sebastian Ebling, werde an den verbleibenden Vorstellungen nichts geändert. Die Premiere sei umjubelt gewesen. "Wir empfehlen allen Zuschauerinnen und Zuschauern, sich diese Hinweise nochmals genau durchzulesen, damit man weiß, was einen da erwartet", sagte Ebling zur Stuttgarter Zeitung. Außerdem: Ohnmacht komme nicht selten beim Opernpublikum vor, "das kann auch mal bei einer längeren Wagner-Oper der Fall sein". (red, 11.10.2024)

21.10.2024

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,

der Skandal ging um die Welt: Am vergangenen Wochenende führte die Stuttgarter Staatsoper zum ersten Mal "Sancta" von Florentina Holzinger auf. Von diesem Spektakel wurde 18 Personen speiübel, drei brauchten einen Arzt. Sogar US-amerikanische Zeitungen haben darüber berichtet.

Worum geht es in dieser Oper? Lesbische Nonnen, eine Travestie auf die katholische Messe, und sehr viel nackte Haut. Im Grunde ist es Pornographie. Dazu kommt ein "Jesus" in Gestalt einer lesbischen Frau, Verletzungen und Blut auf der Bühne.

Am kommenden Samstag und Sonntag will Holzinger dieselbe Oper erneut in Stuttgart aufführen.

[Unterzeichnen Sie deshalb diese Petition an den Intendanten der Staatsoper Stuttgart und fordern Sie ihn auf, "Sancta" abzusagen!](#)

Mit "Sancta" will die Österreicherin Florentina Holzinger angeblich anprangern, wie sehr die katholische Kirche die weibliche Sexualität unterdrückt. Dass Sexualität überhaupt - egal ob männlich oder weiblich - in einer Messe nichts zu suchen hat, so weit scheint Holzinger nicht zu denken.

Wahrscheinlich ist der Feminismus hier insgesamt nur eine Ausrede, um ein möglichst voyeuristisches Spektakel auf die Bühne zu bringen. Sex und Gewalt verkaufen bekanntlich Filme. Mit "Sancta" setzt Holzinger auf beides.

Um der bloßen Aufmerksamkeit und des Skandals willen zieht sie das Christentum durch den Schmutz, entweiht berühmte Kirchenmusikstücke und **lässt ihre Darstellerinnen sich auf der Bühne gegenseitig verletzen**, ohne Rücksicht auf deren Gesundheit.

[Fügen Sie deshalb Ihren Namen hinzu: Fordern Sie den Intendanten auf, diesem Schauspiel ein Ende zu machen!](#)

Worin genau die Gewalt auf der Bühne besteht, von der 18 Zuschauern übel wurde, möchte ich hier nicht beschreiben. Wenn Sie es wissen wollen und einen starken Magen haben, können Sie es in der österreichischen Zeitung "Der Standard" nachlesen. Den Link kopiere ich Ihnen unten.

Mir jedenfalls hat es den Appetit verschlagen.

[Bitte unterzeichnen Sie gleich heute die Petition gegen diese übelkeitserregende Oper!](#)

Vielen Dank für Ihre Mithilfe

Ihre
Christina Widmann
und das gesamte Team von CitizenGO

PS: Hier ist der Link zum Österreichischen "Standard" mit den Einzelheiten. Bitte nur klicken, wenn Sie einen starken Magen haben: <https://www.derstandard.at/story/3000000240352/bis-der-arzt-kommt-holzingers-sancta-macht-stuttgarter-fertig>

Weitere Informationen:

Die nächsten Termine für "Sancta" auf dem Spielplan der Stuttgarter Staatsoper: <https://www.staatsoper-stuttgart.de/en/schedule/a-z/sancta/>

Warnhinweise und Übelkeit: "Sancta in Stuttgart ausgebucht (SZ): <https://www.sueddeutsche.de/panorama/performance-warnhinweise-und-uebelkeit->

[sancta-in-stuttgart-ausgebucht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-241010-930-257025](https://citizengo.org/de/ot/14156-stoppt-die-blasphemische-oper--sancta--?dr=1721237::34b4b64792949dcb845598ede2cf3091&utm_source=em&utm_medium=e-mail&utm_content=em_btn&utm_campaign=DE-2024-10-17-Local-NA-CWI-14156-Stop_the_blasphemic_opera_Sanc.01_AA_Launch&mkt_tok=OTA3LU9EWS0wNTEAAAGWTtctyUf-jpMdtq4we70tva0W6ktr9_uxNBOHPZQTz7m5pW7fEvstqlornhLBr6RIjzO_LB3ylSeVcsTmKy3uQmAGnC7oqpkvw11Awr69VxMucwvSkA)

https://citizengo.org/de/ot/14156-stoppt-die-blasphemische-oper--sancta--?dr=1721237::34b4b64792949dcb845598ede2cf3091&utm_source=em&utm_medium=e-mail&utm_content=em_btn&utm_campaign=DE-2024-10-17-Local-NA-CWI-14156-Stop_the_blasphemic_opera_Sanc.01_AA_Launch&mkt_tok=OTA3LU9EWS0wNTEAAAGWTtctyUf-jpMdtq4we70tva0W6ktr9_uxNBOHPZQTz7m5pW7fEvstqlornhLBr6RIjzO_LB3ylSeVcsTmKy3uQmAGnC7oqpkvw11Awr69VxMucwvSkA

Stoppt die blasphemische Oper "Sancta"!

CitizenGO Deutschland hat diese Petition gestartet an Viktor Schoner, den Intendanten der Staatsoper Stuttgart - 2024/10/21

Eine Oper, die das Christentum verhöhnt und beleidigt und Zuschauer zum Erbrechen bringt, soll am Samstag und Sonntag, den 26. und 27. Oktober 2024, wieder in Stuttgart aufgeführt werden.

Stoppen wir dieses geschmacklose Spektakel: Unterzeichnen Sie diese Petition!

Der Skandal ging um die Welt: Am vergangenen Wochenende führte die Stuttgarter Staatsoper zum ersten Mal "Sancta" von Florentina Holzinger auf. Von diesem Spektakel wurde 18 Personen speiübel, drei brauchten einen Arzt. Sogar US-amerikanische Zeitungen haben darüber berichtet.

Worum geht es in dieser Oper? Lesbische Nonnen, eine Travestie auf die katholische Messe, und sehr viel nackte Haut. Im Grunde ist es Pornographie. Dazu kommt ein "Jesus" in Gestalt einer lesbischen Frau, Verletzungen und Blut auf der Bühne.

Am kommenden Samstag und Sonntag will Holzinger dieselbe Oper erneut in Stuttgart aufführen.

Mit "Sancta" will die Österreicherin Florentina Holzinger angeblich anprangern, wie sehr die katholische Kirche die weibliche Sexualität unterdrückt. Dass Sexualität überhaupt - egal ob männlich oder weiblich - in einer Messe nichts zu suchen hat, so weit scheint Holzinger nicht zu denken.

Vermutlich ist der Feminismus insgesamt nur eine Ausrede, um ein möglichst voyeuristisches Spektakel auf die Bühne zu bringen. Sex und Gewalt verkaufen bekanntlich Filme. Mit "Sancta" setzt Holzinger auf beides.

Um der bloßen Aufmerksamkeit und des Skandals willen zieht sie das Christentum durch den Schmutz, entweiht berühmte Kirchenmusikstücke und lässt ihre Darstellerinnen sich auf der Bühne gegenseitig verletzen, ohne Rücksicht auf deren Gesundheit.

Worin genau die Gewalt auf der Bühne besteht, von der 18 Zuschauern übel wurde, möchte ich hier nicht beschreiben. Wenn Sie es wissen wollen und einen starken Magen haben, können Sie es in der österreichischen Zeitung "Der Standard" nachlesen: <https://www.derstandard.at/story/3000000240352/bis-der-arzt-kommt-holzingers-sancta-macht-stuttgarter-fertig>

Bitte unterzeichnen Sie diese Petition und fordern Sie den Intendanten der Stuttgarter Staatsoper auf, alle weiteren Aufführungen von "Sancta" abzusagen!

9,308 haben unterschrieben.

Lassen Sie uns 10,000 erreichen!

Email *

Email *

Unterzeichnen Sie diese PetitionWir verarbeiten Ihre Daten in Übereinstimmung mit unseren [Datenschutzrichtlinien](#) und [Nutzungsbedingungen](#)

Keine weiteren Aufführungen von "Sancta" in Stuttgart

Sehr geehrter Herr Intendant Schoner,

*mit Entsetzen habe ich erfahren, was für ein blasphemisches und buchstäblich
übelkeiterregendes Stück die Staatsoper Stuttgart zur Zeit aufführt.*

*"Sancta" greift Paul Hindemiths ohnehin schon blasphemische Oper "Sancta Susanna" auf
und macht sie noch schlimmer. Offene Pornographie auf der Bühne, ein ins Lächerliche
gezogener Jesus Christus, eine Travestie auf die Heilige Messe - Sie wissen es selbst.*

*Dazu kommen Verletzungen und echtes Blut auf der Bühne, rein um des Skandals willen
und ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Darstellerinnen.*

*Herr Schoner, bitte bedenken Sie, dass Sie eine Staatsoper leiten: Ein Opernhaus, das
den Bürgern gehört. Und als Bürger wollen wir Kunst sehen, keine Effekthascherei und
keine Blasphemie.*

Bitte sagen Sie alle noch geplanten Aufführungen von "Sancta" in Stuttgart ab.

Hochachtungsvoll

<https://de.gatestoneinstitute.org/21111/voelkermord-nigeria-christen>

**"Reinster Völkermord" In Nigeria abgeschlachtete Christen und die große
Vertuschung durch die Presse**

von [Raymond Ibrahim](#)

10. November 2024

Englischer Originaltext:

Allein in den vier Jahren zwischen 2019 und 2023 haben muslimische Militante in Nigeria 16.769 Christen abgeschlachtet. Für die Mainstream-Medien und Politiker spielen die von Muslimen ausgelöschten christlichen Leben offenbar keine Rolle. Im Bild: Das Gebäude der Kirche Christi in den Nationen in Mangu, Nigeria, fotografiert am 2. Februar 2024, nachdem es von islamischen Terroristen in Brand gesteckt wurde. (Foto von Kola Sulaimon/AFP via Getty Images)

Der "[reinste Völkermord](#)" an Christen in Nigeria, wie ihn mehrere [internationale Beobachter](#) charakterisiert haben, erreicht laut zwei separaten Berichten beispiellose Ausmaße.

"Dem Mythos der religiösen Gleichgültigkeit im nigerianischen Terror entgegentreten (10/2019 – 9/2023)", ein umfassender, 136 Seiten starker [Bericht](#), der am 29. August 2024 von der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika veröffentlicht wurde, stellte fest, dass muslimische Militante allein in den vier Jahren zwischen 2019 und 2023 16.769 Christen abgeschlachtet haben. Das entspricht durchschnittlich 4.192 getöteten Christen pro Jahr – oder einem Christen, der alle zwei Stunden wegen seines Glaubens ermordet wird.

Mehr als die Hälfte dieser Morde (55 %) wurde von radikalisierten muslimischen Fulani-Hirten begangen, die im letzten Jahrzehnt zu größeren Verfolgern der Christen geworden sind als international bekanntere Terrorgruppen wie Boko Haram und Islamischer Staat Westafrika (ISWAP) – obwohl auch der ISWAP seinen Anteil am Völkermord hat: Die Fulani [töteten](#) zwischen 2019 und 2023 9.153 Christen; alle anderen Terrorgruppen töteten 4.895.

Der zweite [Bericht](#), "KEIN WEG NACH HAUSE: Durch extremistische Gewalt in Nigeria vertriebene christliche Binnenflüchtlinge", der am 1. September 2024 von Open Doors veröffentlicht wurde, stellt fest, dass die Verfolgung, das Abschlachten und die Vertreibung von Christen in Nigeria "unerbittlich" und "eine Zeitbombe" seien. Weil "militante Fulani-Gruppen gezielt Christen oder christliche Gemeinschaften, ihren Lebensunterhalt, religiöse Führer und Gotteshäuser ins Visier genommen haben", werden Christen in Nigeria zu einer "gefährdeten Art", wo sie einst mehr als die Hälfte der Bevölkerung des westafrikanischen Landes ausmachten (die andere Hälfte waren Muslime).

Die Gewalt habe einen Punkt erreicht, heißt es in dem [Bericht](#), dass viele traumatisierte christliche Kinder auf Bäumen schlafen, um zu versuchen, nicht nachts abgeschlachtet zu werden, wenn die Fulani am häufigsten attackieren. "Meine Kinder", wird ein Elternteil [zitiert](#), "geraten jedes Mal, wenn sie etwas hören, in Panik oder verstecken sich, weil es das Trauma auslöst. Der Terror der Angriffe hat nicht aufgehört, sondern eher zugenommen."

Allein im letzten Jahrzehnt hat sich die Zahl der Menschen, die durch die von den islamischen Gruppen verursachten Verwüstungen und das Chaos

vertrieben wurden, verdreifacht: 2014 gab es in Nigeria 1,1 Millionen Binnenvertriebene (Internally Displaced Persons, IDPs), 2023 sind es 3,4 Millionen.

Einer dieser Vertriebenen, der christliche Pastor Benjamin Barnabas, der seit fünf Jahren in einem winzigen Zelt lebt, [erzählte](#) seine Geschichte. Er und seine Familie arbeiteten auf ihrer Farm, als Fulani-Milizen "mit Gewehren, Macheten und Stöcken kamen" und den Pastor und seine Familie verprügelten:

"Wir haben alles verloren, was wir besaßen. Alles in meinem Haus und in meinem Dorf wurde niedergebrannt, ich hatte nichts mehr ... Wir wurden aufgrund der Gewalt vertrieben. Die Nachrichten kümmern sich nicht darum, wir bleiben im Dunkeln – wir werden vergessen, wir werden nicht beachtet."

Dass den Medien die Notlage der Christen gleichgültig ist oder noch schlimmer – und dass sie die Identität ihrer Peiniger verschleiern – wurde von der Beobachtungsstelle [betont](#):

"Seit über einem Jahrzehnt werden Gräueltaten an Zivilisten in Nigeria heruntergespielt oder verharmlost. Dies hat sich als großes Hindernis für diejenigen erwiesen, die die Gewalt verstehen wollen. Irreführende Euphemismen wie 'bewaffnete Hirten' und 'Viehweider' werden verwendet, um die ständigen Wellen von Invasionen, Folter und Mord in ländlichen Gemeinden zu beschreiben. Beschreibungen von Angriffen als 'ethnische Zusammenstöße', 'Zusammenstöße zwischen Bauern und Hirten' oder Vergeltungsangriffe sind ernsthaft irreführend. Die Verwendung des Begriffs 'Banditen' zur Bezeichnung von Milizen, die Massenentführungen durchführen und Gemeinden Leibeigenschaft auferlegen, ist ein weiteres Beispiel. Und eine Politik der Verschleierung der religiösen [christlichen] Identität der Opfer dient ebenfalls dazu, das wahre Bild zu verzerren."

Hinter all diesen irreführenden Euphemismen bleiben die Fakten: Die Mörder sind Muslime und ihre Opfer überwiegend Christen. Obwohl sich der Bericht der Beobachtungsstelle hauptsächlich auf die Verzerrung der Ereignisse durch die nigerianischen Medien konzentriert, weigern sich auch die westlichen Mainstream-Medien strikt, die offensichtlichsten, grundlegendsten Identifizierungsmerkmale sowohl der Angreifer (Muslime) als auch der Angegriffenen (Christen) zu verwenden.

Als muslimische Terroristen letztes Weihnachtsfest fast 200 Christen abschlachteten, versäumte es die [Associated Press](#), die Identität der Angreifer und ihrer Opfer zu erwähnen. Stattdessen stellte sie die Gräueltat, wie [so viele es heute tun](#), als bedauerliches Nebenprodukt des Klimawandels dar – der angeblich "Hirten" (Muslime) dazu zwingt, Übergriffe auf das Land der "Bauern" (Christen) auszuführen.

In einem anderen AP-[Bericht](#) über den Bombenanschlag auf die Kirche am Pfingstsonntag 2022, bei dem 50 christliche Gläubige ums Leben kamen, tauchen die Wörter "Muslim" und "Islam" – noch nicht einmal "Islamist" – an keinem Ort auf. Den Lesern wurde vielmehr mitgeteilt: "Es war nicht sofort klar, wer hinter dem Anschlag auf die Kirche steckt." Um diese Mehrdeutigkeit

aufrechtzuerhalten, versäumte es die AP zu erwähnen, dass islamische Terroristen im Laufe der Jahre in Nigeria Hunderte Kirchen gestürmt und Tausende Christen "[als Sport](#)" abgeschlachtet haben – eine Tatsache, die möglicherweise einen Hinweis darauf gegeben hätte, "wer hinter dem Anschlag steckt".

Oder denken Sie an die [Worte](#) von Präsident Barack Obamas damaligem stellvertretenden Außenminister für afrikanische Angelegenheiten, Johnnie Carson, nachdem muslimische Terroristen am Ostersonntag 2012 50 christliche Kirchenbesucher abgeschlachtet hatten:

"Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um einen wichtigen Punkt hervorzuheben, nämlich dass die extremistische Gewalt [in Nigeria] nicht von Religion angetrieben wird."

Stattdessen sind es "Ungleichheit" und "Armut" – um den ehemaligen US-Präsidenten William J. Clinton zu [zitieren](#) –, "die all diese Dinge anheizen" (wobei "diese Dinge" der muslimische Völkermord an Christen sind).

Vor Ort in Nigeria erkennen die meisten Christen diese anhaltenden Angriffe als das, was sie sind. Die Nonne Schwester Monica Chikwe [bemerkte](#) einmal:

"Es ist schwer, den nigerianischen Christen erklären zu wollen, dass dies kein religiöser Konflikt sei, da sie Fulani-Kämpfer sehen, die ganz in Schwarz gekleidet sind [wie ISIS], 'Allahu Akbar!' rufen und 'Tod den Christen' schreien."

Die jüngsten Berichte enthalten auch Zitate und Anekdoten, die den wahren Ursprung der Feindseligkeit unterstreichen. Einer der Überlebenden [sagte](#):

"Als die bewaffneten Fulani zum Angriff übergingen, konnte man sie 'Allahu Akbar (Allah ist der Größte), wir werden alle Christen vernichten' rufen hören. ... Die Fulani begannen zu schießen und brannten Häuser nieder. Sie verbrannten unsere Tiere und Maispflanzen."

Wie die Christliche Vereinigung Nigerias einmal rhetorisch [fragte](#):

"Wie kann es sich um einen [säkularen oder wirtschaftlichen] Konflikt handeln, wenn eine Gruppe [die Muslime] ständig angreift, tötet, verstümmelt und zerstört, während die andere Gruppe [die Christen] ständig getötet und verstümmelt wird und deren Gotteshäuser zerstört werden?"

Im Jahr 2018, als die Angriffe bei weitem nicht so schlimm waren wie heute, fasste das National Christian Elders Forum of Nigeria die [eigentliche Ursache](#) für den Völkermord an den Christen in Nigeria prägnant [zusammen](#):

"Der Dschihad wurde in Nigeria von den Islamisten Nordnigerias unter Führung der Fulani-Ethnie ins Leben gerufen. Dieser Dschihad basiert auf der Doktrin des Hasses, die in Moscheen und islamischen Madrasas in Nordnigeria gelehrt wird, sowie auf der Überlegenheitsideologie der Fulani. Die Islamisten Nordnigerias scheinen entschlossen, Nigeria in ein islamisches Sultanat zu verwandeln und die liberale Demokratie durch die Scharia als nationale

Ideologie zu ersetzen. Wir wollen ein Nigeria, in dem die Bürger auf allen Ebenen vor dem Gesetz gleich behandelt werden ..."

Beide Berichte stimmen darin überein, dass täglich auch oft nominelle Muslime – die von den Terroristen als kaum mehr als Abtrünnige angesehen werden – durch das Chaos leiden und vertrieben werden. Christen "werden [gezielt](#) Opfer von Gewalt, sind harten Lebensbedingungen ausgesetzt und erleben während ihrer Vertreibung religiöse Herausforderungen." Die [Beobachtungsstelle](#) weist darauf hin, **dass es "seit 2015 immer wieder Berichte über die ungleiche Behandlung christlicher und muslimischer Gefangener durch Mitglieder von Terrorgruppen gibt":**

- **Zwangsarbeit:** Christliche Gefangene, darunter Männer, Frauen und Kinder, werden regelmäßig Zwangsarbeit und zermürenden körperlichen Arbeiten unterworfen, oft unter unmenschlichen Bedingungen. Im Gegensatz dazu bleiben ihre muslimischen Gegenstücke in der Regel von einer solchen Behandlung verschont.
- **Sexuelle Gewalt:** Christliche Frauen und Mädchen werden häufig von ihren Entführern vergewaltigt, sexuell missbraucht und anderen Formen sexueller Gewalt ausgesetzt. Muslimische Frauen hingegen sind im Allgemeinen solchen Gräueltaten nicht ausgesetzt.
- **Lösegeldforderungen und Freilassung:** Muslimische Gefangene, die sich kein Lösegeld leisten können, werden manchmal ohne Zahlung freigelassen – eine Form der Vorzugsbehandlung. Christlichen Gefangenen wird jedoch selten eine solche Nachsicht gewährt.
- **Hinrichtungsrisiken:** Medienberichten und Untersuchungen der letzten 10 Jahre zufolge werden christliche Gefangene häufiger hingerichtet als muslimische Gefangene, die von denselben Terrorgruppen festgehalten werden. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen christliche Gefangene von ihren Entführern brutal ermordet wurden, selbst nachdem Lösegeld gezahlt worden war.

Die "Radikalisierung" in Nigeria ist so weit fortgeschritten, dass sogar lokale Funktionäre Christen diskriminieren und verfolgen: "Es wurden [einige](#) Versuche der lokalen Regierung und der Öffentlichkeit beschrieben, Druck auszuüben, sie zu nötigen oder sie zur Konvertierung zum Islam zu zwingen." So fühlten sich [beispielsweise](#) in den Lagern im Bundesstaat Borno "einige gezwungen, zum Islam zu konvertieren oder ihren Glauben absichtlich zu verbergen, um Zugang zu wichtiger Unterstützung zu erhalten ... [und] an einigen Bildungseinrichtungen konnten sie unter christlichen Namen keinen Zutritt erhalten."

Leider geht die Verfolgung weiter. Nachfolgend sind einige Schlagzeilen aufgeführt, die im August und September 2024 erscheinen werden, ungefähr zur Veröffentlichungszeit dieser beiden Berichte, und die daher nicht darin enthalten sind:

- 3. Okt.: [Hirten töten Christen in Nord- und Zentralnigeria](#)
- 1. Okt.: [Hierten töten Christen im Bundesstaat Plateau in Zentralnigeria](#)
- 23. Sept.: [Fulan-Hirten töten Christen bei Gottesdiensten in Nigeria: Pastor und 30 weitere Personen entführt.](#)
- 2. Sept.: [Fulani-Hirten töten sechs Christen in Zentralnigeria](#)
- 20. Aug.: [Schicksal des in Nigeria entführten Pastors und seiner Tochter unbekannt: Entführer erhalten Lösegeld, fordern aber ein weiteres.](#)

- 14. Aug.: [Muslime brennen Kirchengebäude in Zentralnigeria nieder: Gottesdienstsaal der RCCG zum zweiten Mal zerstört.](#)
- 13. Aug.: [Nigeria toleriert weiterhin Terrorismus, erklärt USCIRF](#)
- 12. Aug.: [Banditen töten Kirchenkleriker und eine weitere Person, entführen acht Personen aus Gemeinde im Bundesstaat Kaduna](#)
- 9. Aug.: [Viehhirten und kriminelle Bande töten mindestens 50 Christen in Nigeria](#)
- 7. Aug.: [Viehhirten verletzen vier Christen im nigerianischen Bundesstaat Plateau: Ein angeschlossener Bauer erleidet eine Zerschmetterung seiner Hand.](#)
- 1. Aug.: [Prominente Christin in Nigeria aus Kirche entführt: Polizist und Fahrer werden bei Angriff getötet.](#)

Im Jahr 2020 setzte Präsident Donald J. Trump Nigeria auf die Liste des Außenministeriums von jenen Ländern, die besondere Bedenken hervorrufen – damit sind Länder gemeint, die Verstöße gegen die Religionsfreiheit begehen oder tolerieren. Darüber hinaus fragte Trump den damaligen nigerianischen Präsidenten Muhammadu Buhari mit seiner ihm eigenen Direktheit: "Warum töten Sie Christen?"

Während der Amtszeit von Präsident Joseph R. Biden hingegen strich das Außenministerium Nigeria – wo alle zwei Stunden ein Christ abgeschlachtet wird – aus unerklärlichen Gründen von der Liste. Außenminister Antony Blinken machte dieses [Zugeständnis](#) offenbar drei Tage vor einem Treffen mit Muhammadu Buhari.

Damals reagierten viele Beobachter mit [scharfer Kritik](#) an der Biden-Regierung. Sean Nelson, Rechtsberater für globale Religionsfreiheit bei Alliance Defending Freedom International (ADF), [hielt fest](#):

"Der Aufschrei über die Aufhebung des Status als Land besonderer Besorgnis durch das Außenministerium wegen der Verstöße gegen die Religionsfreiheit in Nigeria ist völlig gerechtfertigt. Es wurden keine Erklärungen gegeben, die diese Entscheidung rechtfertigen könnten. Die Situation in Nigeria hat sich im letzten Jahr eher noch verschlechtert. Tausende Christen sowie Muslime, die sich den Zielen von Terroristen und Milizen widersetzen, werden angegriffen, getötet und entführt, und die Regierung ist einfach nicht bereit, diese Gräueltaten zu beenden... Die Aufhebung des Status als Land besonderer Besorgnis für Nigeria wird die zunehmend autoritäre Regierung dort nur ermutigen."

Das ist der aktuelle Stand der Dinge: Seit vielen Jahren wird der christlichen Bevölkerung Nigerias ein Dschihad von völkermörderischem Ausmaß erklärt – während die amerikanischen Medien und die Regierung Nigerias die Probleme bizarrerweise in rein wirtschaftlichen Begriffen darstellen.

Für die Mainstream-Medien und Politiker spielen die von Muslimen im Rahmen ihres gegen das Christentum gerichteten Dschihad ausgelöschten Leben von Christen offenbar keine Rolle.

[Raymond Ibrahim](#), Autor von "[Defenders of the West](#)", "[Sword and Scimitar](#)", "[Crucified Again](#)" und "[The Al Qaeda Reader](#)", ist Distinguished Senior Shillman Fellow am Gatestone Institute und Judith Rosen Friedman Fellow am Nahostforum.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/gericht-verhandelt-gegen-baptisten-wegen-volksverhetzung/ar-AA1ut7xq?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=457d135aa69643e488df67f3a30ba273&ei=43>

Gericht verhandelt gegen Baptisten wegen Volksverhetzung

Artikel von dpa

Ein Vertreter der vom Verfassungsschutz beobachteten «Baptistenkirche Zuverlässiges Wort Pforzheim» (BKZW) wehrt sich am Amtsgericht Pforzheim gegen einen Strafbefehl wegen Volksverhetzung. Das Gericht hat nur einen Verhandlungstag am Donnerstag (11.30 Uhr) angesetzt, es könnte also schon am Nachmittag ein Urteil sprechen.

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hatte eine Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je 80 Euro beantragt. Sollte es dabei bleiben, wäre der 32-Jährige vorbestraft. Es handelt sich laut Staatsanwaltschaft um die erste Hauptverhandlung im Zusammenhang mit der BKZW.

Nicht der einzige Beschuldigte

Mehrere Menschen hätten wegen Predigten Anzeigen erstattet, die verschiedene Personen in Räumen der BKZW gehalten hätten und die auf mehreren Internetplattformen veröffentlicht worden sein sollen. «In diesen Reden wurden mutmaßlich volksverhetzende Inhalte, insbesondere gegenüber Homosexuellen sowie auch gegenüber Juden, verbreitet», hieß es. In einer Predigt soll auch die Tötung eines Theologen befürwortet worden sein.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt einem Sprecher zufolge nach wie vor noch gegen einen weiteren Beschuldigten wegen Volksverhetzung in mehreren Fällen sowie der Billigung von Straftaten. In diesem Zusammenhang hätten Einsatzkräfte im Januar die Kirchenräumlichkeiten in Pforzheim und eine Privatwohnung in Leipzig durchsucht.

Abwertung von Homosexuellen und Demokratiefeindlichkeit

Das Landesamt für Verfassungsschutz führt die BKZW seit 2023 als Beobachtungsobjekt im Phänomenbereich «Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates». Ihr ideologischer Fokus liegt laut Verfassungsschutzbericht auf der massiven Abwertung von Homosexuellen, die unverhohlen in öffentlich frei zugänglichen Reden gepredigt wird.

Außerdem lehne die BKZW demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung grundsätzlich ab. Sie stelle Entscheidungen demokratisch legitimierter Personen infrage und delegitimiere staatliches Handeln, erläuterte der Verfassungsschutz. In einigen Predigten seien auch antisemitische und verschwörungsideologische Elemente enthalten.

Die BKZW nutzt nach Kenntnissen des Landesamts für Verfassungsschutz im Land ausschließlich die Räumlichkeiten in Pforzheim. «Dieser Standort dient der aktiven Anhängerschaft als Anlaufstelle – unabhängig vom Wohnort», erklärte ein Sprecher. Die Behörde rechnet der Gruppierung derzeit eine niedrige zweistellige Personenzahl zu, von denen Einzelne auch als Prediger aktiv seien. «Über ihre Onlineauftritte erreicht die "Baptistenkirche" allerdings eine weitaus größere Zahl an Personen und verbreitet ihre extremistischen Inhalte somit auch über den genannten Kreis der Mitglieder hinaus.»

https://www.intoleranceagainstchristians.eu/fileadmin/user_upload/publications/files/Preseaussendung_OIDAC_Europe_und_OSZE_Bericht_2024.pdf

Pressemitteilung: Wiener NGO veröffentlicht neuen Bericht: Mehr als 2.400 antichristliche Hassverbrechen in Europa im Jahr 2023 (Wien, 15. November 2024)

OSZE/ODIHR und OIDAC Europe veröffentlichen Zahlen zu wachsender religiöser Intoleranz in Europa

Die heute von der in Wien ansässigen Dokumentationsstelle OIDAC Europe veröffentlichten Zahlen zu antichristlichen Hassverbrechen in Europa zeichnen ein besorgniserregendes Bild: Im Jahr 2023 haben Polizei und Zivilgesellschaft in 35 europäischen Ländern insgesamt 2.444 antichristliche Hassverbrechen dokumentiert, darunter 232 persönliche Angriffe auf Christen wie Belästigungen, Drohungen und körperliche Gewalt. Auch die Zahlen aus Deutschland und Österreich lassen aufhorchen. Laut dem Hate Crime Data Report des OSZE-Menschenrechtsbüros (ODIHR), der ebenfalls heute mit Blick auf den morgigen Internationalen Tag der Toleranz veröffentlicht wurde, meldeten 10 europäische Staaten für das Jahr 2023 1.230 antichristliche Hassverbrechen. 2022 hatte eine vergleichbare Zahl von Staaten 1.029 Fälle registriert. Während nur 10 europäische Regierungen Daten zu antichristlichen Hassverbrechen im Jahr 2023 vorlegten, meldete die Zivilgesellschaft der OSZE Vorfälle aus 26 europäischen Ländern.

Tragischerweise und wenig überraschend war die Zahl der Gewalttaten gegen jüdische und muslimische Gläubige im vergangenen Jahr besonders hoch. **Rund 9.000 antisemitische und 6.000 antimuslimische Hassverbrechen wurden für das Jahr 2023 von europäischen Regierungen an das ODIHR/OSZE gemeldet.** Dies sei jedoch nur ein Teil des Gesamtbildes, meint Anja Homann, Direktorin von OIDAC Europe. „Da Frankreich und einige andere Länder mit hohen Zahlen keine Statistiken an die OSZE übermitteln, sind die tatsächlichen Zahlen wesentlich höher als die OSZE-Daten vermuten lassen.“

Bei antichristlichen Hassverbrechen haben wir für das Jahr 2023 2.444 Fälle registriert, gehen aber von einer hohen Dunkelziffer aus“, so Homann. Besorgt zeigte sich auch die Wiener Theologin Prof. Regina Polak, OSZE-Sonderbeauftragte im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit Fokus auf Christen und Angehörige anderer Religionen: „Christen werden in der gesamten OSZE-Region zur Zielscheibe von Hassverbrechen. Die Art dieser Straftaten reicht von Graffiti über Vandalismus bis hin zu körperlichen Angriffen auf Christen, die religiöses Material verteilen. Antichristliche Hassverbrechen senden eine Botschaft der Ausgrenzung an die Opfer und ihre Gemeinschaften sowie an die Gesellschaft als Ganzes. Wir können auch in Europa eine Zunahme von Diskriminierung und Hassverbrechen gegen Christen beobachten.

Diese Phänomene müssen auch im weiteren Kontext von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber anderen Gruppen und insbesondere gegenüber Mitgliedern religiöser Gemeinschaften, sowohl von Minderheiten als auch von Mehrheiten, gesehen werden.“ Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Österreich

Besonders auffällig ist die Situation laut OIDAC Europe insbesondere in Frankreich, mit fast 1.000 antichristlichen Hassverbrechen im Jahr 2023, in Großbritannien mit mehr als 700 Fällen und in Deutschland, wo antichristliche Hassverbrechen um mehr als 100 Prozent von 135 im Jahr 2022 auf 277 im Jahr 2023 angestiegen sind. Allerdings werden in Deutschland nur politisch motivierte Hassverbrechen erfasst, was bedeutet, dass viele antichristliche Vorfälle nicht in die offizielle Statistik einfließen, so Homann. „In Sachsen wurde beispielsweise in einer Kirche eine Bibel verbrannt, eine andere Kirche mit rohen Eiern beworfen und mehrere christliche Gotteshäuser mit satanistischen Graffiti beschmiert – keiner dieser Fälle scheint in der bundesweiten Statistik auf“, so Homann.

„Straftaten, wie Sachbeschädigungen oder Brandstiftungen in bzw. an Kirchen, die ohne politische Motivation begangen werden, werden im KPMD-PMK nicht abgebildet“, bestätigt eine Sprecherin des deutschen Bundeskriminalamtes.

Auf Anfrage erhielt OIDAC Europe von den Landeskriminalämtern Zahlen zu Sachbeschädigungen an religiösen Einrichtungen in Deutschland. „Aus den an uns übermittelten Zahlen können wir daraus schließen, dass im Jahr 2023 mehr als 2.000 Sachbeschädigungen in und an deutschen Kirchen registriert wurden“, so Homann. „Natürlich handelt es sich nicht bei allen Fällen um antichristliche Hasskriminalität, aber sie sind ein interessanter Vergleichspunkt zur bundesweiten deutschen Statistik.“ Dies wird auch im Vergleich zu Österreich deutlich, wo für das Jahr 2023 150 antichristliche Hassverbrechen registriert wurden. Laut dem österreichischen Lagebericht „Hate Crime“ betraf etwa die Hälfte dieser Fälle Sachbeschädigungen an Kirchen. Allerdings verzeichnete Österreich auch 13 Fälle von Körperverletzungen und 7 gefährliche Drohungen gegen Christen.

Diskriminierung und Verletzung der Religionsfreiheit

Neben den gewalttätigen Übergriffen stellt der Bericht von OIDAC Europe in einigen europäischen Ländern auch Diskriminierung von Christen am Arbeitsplatz und im öffentlichen Leben fest. Die Diskriminierungen reichten vom Verlust von Arbeitsstellen und Suspendierungen bis hin zu gerichtlichen Verfahren gegen Christen, die ihre religiösen Überzeugungen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck brachten. „Es ist besorgniserregend, dass die friedliche Äußerung persönlicher religiöser Überzeugungen, etwa zu Themen wie Ehe und Familie, das Ende einer politischen Karriere, den Verlust des Arbeitsplatzes oder sogar der eine Anklage vor Gericht bedeuten kann“, so Homann.

OIDAC Europe sieht in diesen Trends einen der Gründe für die zunehmende Selbstzensur unter Christen in Europa. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2024 in Großbritannien gaben nur 36 % der Christen unter 35 Jahren an, dass sie sich frei fühlten, ihre christlichen Ansichten zu gesellschaftlichen Fragen am Arbeitsplatz zu äußern. Doch auch von Seiten einiger europäischer Regierungen gebe es Einschränkungen der Religionsfreiheit, die vom Verbot religiöser Prozessionen bis zur strafrechtlichen Verfolgung von Christen wegen der friedlichen Äußerung ihrer religiösen Überzeugungen reichten. Alarmierend war in diesem Zusammenhang der Fall eines Mannes, der von einem britischen Gericht für schuldig befunden wurde, nachdem er auf einer öffentlichen Straße in einer sogenannten „Bannmeile“ in der Nähe einer Abtreibungsklinik still in Gedanken gebetet hatte. Sein geneigter Kopf und seine gefalteten Hände hätten gegen das Gesetz verstoßen, befand das Gericht.

Dieser und ähnliche Fälle haben international Besorgnis ausgelöst, auch bei der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit. Handlungsbedarf „Diese Trends zeigen, dass wir unsere Bemühungen zum Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit verstärken müssen“, sagte Homann. Dazu gehöre auch die Freiheit, unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Positionen zu sensiblen Themen offen und respektvoll zu diskutieren, ohne Angst vor Repressalien und Zensur. Angesichts der hohen Zahl antichristlicher Hassverbrechen in Europa betonte Homann auch die Notwendigkeit einer koordinierten Zusammenarbeit, unter anderem durch die Schaffung des Amtes eines EU Koordinators für die Bekämpfung antichristlicher Hassverbrechen, parallel zu den bestehenden Mandaten für die Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischen Hassverbrechen.

Professor Polak betonte, dass die Zunahme von Diskriminierung und Hassverbrechen gegen Christen in Europa „von den Regierungen und der Zivilgesellschaft ernster genommen werden muss und eine gründliche Untersuchung erfordert, um ihre spezifische Natur und ihre Ursachen zu verstehen“. Sie verwies auf die vom ODIHR/OSZE bereitgestellten Leitlinien zur Bekämpfung von Hassverbrechen gegen Christen und ermutigte die Opfer, Vorfälle dem ODIHR zu melden.

https://jihadwatch.org/2024/11/iran-christian-convert-gets-10-years-for-propaganda-against-the-islamic-republic-through-promoting-christianity?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=iran-christian-convert-gets-10-years-for-propaganda-against-the-islamic-republic-through-promoting-christianity

Iran: Christian convert gets 10 years for 'propaganda against the Islamic Republic through promoting Christianity'

Nov 20, 2024 9:00 am By [Robert Spencer](#) [5 Comments](#)

Tomaj Aryankia is in grave danger. Shi'ite Islam, like Sunni Islam, prescribes the death penalty for apostasy:

Shaykh al-Kulayni narrates a saḥīḥ (correct) ḥadīth from `Ammār as-Sābāti who said: I heard (Imam) Abu `Abdullāh (as-Sādiq) (a.s.) saying, "A Muslim from among the Muslims who renounces Islam and rejects the prophethood of Muhammad and considers him untrue, then verily his blood is lawful (mubāḥ) for anyone who hears that from him, his wife is to be separated from him the day he became murtad [apostate], his wealth will be divided among his heirs, and his wife will observe the `idda of a widow (i.e., four months). The Imam is obliged to kill him, and not ask him to seek forgiveness." (*Furu al-Kāfi*, vol. 7, p. 257)

The Islamic Republic of Iran might not carry out this sentence in the absence of the Imam, but they're not likely to be lenient and kind to Laleh Saati, either.

"Iranian Christian Convert Sentenced to 10 Years in Prison," [Iran International](#), November 18, 2024:

A Revolutionary Court in Karaj has sentenced an Iranian Christian convert to 10 years in prison and a two-year ban on social activities.

Tomaj Aryankia received the sentence on November 5 after attending a court hearing following a phone summons.

According to Mohabat News, Aryankia was charged with "propaganda against the Islamic Republic through promoting Christianity."

He also faced accusations of collaborating with "hostile governments" and "membership in anti-Islamic Republic groups."...

While Iran recognizes Christians as a religious minority, authorities harshly persecute those who convert from Islam to Christianity.

29.11.24

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,

Arroganz. Verachtung. Spott.

Das war es, was uns in Lausanne begegnete, als wir das Internationale Olympische Komitee (IOC) in seinem Hauptquartier besuchten.

Mit 400.000 Unterschriften in der Hand forderten wir eine Entschuldigung für die groteske Parodie des Letzten Abendmahls, die während der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Paris im Juli gezeigt wurde.

Ich sollte darüber nicht wirklich überrascht sein, aber was ich erlebte, war mehr als schockierend.

Anstelle von Reue lachte uns das IOC ins Gesicht. Christian Klaue, der Direktor für öffentliche Angelegenheiten des IOC, weigerte sich, jegliches Fehlverhalten einzugestehen und hatte sogar die Dreistigkeit, anzudeuten, dass eine solche Beleidigung wieder passieren könnte ...

Dies ist dieselbe Elitementalität, mit der wir in Paris konfrontiert wurden – der Glaube, dass das Christentum Freiwild für Beleidigungen ist und dass diejenigen, die es verteidigen, durch Einschüchterung zum Schweigen gebracht werden können.

Hier ist das Video, in dem Sie die Protestaktion des CitizenGO-Teams am Hauptsitz des Internationalen Olympischen Komitees in Lausanne sehen können:



Lassen Sie mich an die Ereignisse in Paris zurückdenken – eine erschreckende Ungerechtigkeit, die unsere Entschlossenheit, unseren Glauben zu verteidigen und unermüdlich für unsere Freiheiten zu kämpfen, nur noch verstärkt hat.

Im Sommer dieses Jahres reagierte CitizenGO auf die entsetzliche Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Paris – eine groteske Parodie des letzten Abendmahls, die das Christentum verhöhnte – mit einem friedlichen Protest.

Wir beauftragten einen Bus, durch die Straßen von Paris zu fahren, mit einer klaren und einfachen Botschaft: „Stoppt die Angriffe auf Christen.“



Neun Stunden lang fuhr der Bus durch die geschäftige Stadt, schlängelte sich durch überfüllte Straßen und erreichte zahllose Zuschauer – Bürger, Touristen, Polizisten und sogar den einen oder anderen Olympiateilnehmer – und das alles ohne Zwischenfälle.

Dann umzingelten plötzlich bewaffnete Polizisten den Bus und hielten ihn mit vorgehaltener Waffe an.



Was folgte, war staatliche
Repression in ihrer schlimmsten Form. Wir wurden:

- unserer Habseligkeiten beraubt und schutzlos zurückgelassen.
- Der Kontakt zu unseren Rechtsbeiständen und zu unseren Familien wurde uns verweigert.
- Wir wurden über Nacht in entwürdigenden Zellen eingesperrt und einigen von uns wurde der Zugang zu Nahrung und Wasser verweigert.

Auch nach unserer Freilassung missbrauchten die Behörden ihre Macht weiter. Sie eskortierten den Bus aus Paris hinaus, obwohl sie zugaben, dass keine Gesetze gebrochen worden waren und der Fahrer völlig unschuldig war.

Hier ging es nicht um Legalität – es ging darum, Christen zum Schweigen zu bringen, die es wagten, ihre Meinung zu äußern.

Man fragt sich, ob die Behörden diese neun Stunden der Untätigkeit früher am Tag damit verbracht haben, Pläne zu schmieden, wie sie uns ausschalten könnten. Der Protest war völlig legal, friedlich und effektiv – zu effektiv, wie es scheint. Ein Beamter gab später zu, dass er nicht einmal sicher war, warum wir verhaftet worden waren, und sagte, die Befehle seien „von oben gekommen“.

Als sie keinen legitimen Weg fanden, uns aufzuhalten, griffen sie auf rohe Gewalt und Einschüchterung zurück.

Aber der Kampf war damit noch nicht zu Ende.

Wir wollten sicherstellen, dass Ihre Stimmen gehört werden, und brachten Ihre Botschaft direkt vor die Haustür des IOC in Lausanne.

Mit 400.000 Unterschriften in der Hand forderten wir eine Entschuldigung für die groteske Verhöhnung des Christentums bei den Olympischen Spielen in Paris und die Garantie, dass eine solche Blasphemie nie wieder vorkommen würde.

Die Antwort? **Blanke Arroganz und Verachtung.**

Der Public Affairs Director des IOC, Christian Klaue, wies unsere Bedenken rundheraus zurück. Er bestritt, dass die Parodie des letzten Abendmahls beleidigend sei, und behandelte unsere Petition, als wäre sie bedeutungslos.

Schlimmer noch: Mit einem Grinsen sagte er meinem Kollegen Sebastian, dass solche Aufführungen wieder vorkommen könnten, und sagte: „Los Angeles ist ein sehr kreativer Ort.“

Die Botschaft des IOC ist klar: Sie scheren sich nicht um Christen und glauben nicht, dass sie uns Rechenschaft schuldig sind.

Das IOC lacht uns vielleicht aus, und die französischen Behörden dachten vielleicht, ihre Handschellen und Zellen würden uns brechen – aber sie lagen falsch.

Wir leiten rechtliche Schritte gegen das IOC ein, um sicherzustellen, dass sie sich den Konsequenzen ihrer verächtlichen Handlungen stellen müssen.

Gleichzeitig streben wir Gerechtigkeit für die Missbräuche und die ungerechtfertigte Behandlung an, die wir durch die französischen Behörden in Paris ertragen mussten.

Dies ist mehr als ein einzelner Protest; es ist ein Aufstand gegen die wachsende Welle der Zensur und Feindseligkeit gegenüber dem Christentum in einer Welt, die unseren Glauben zunehmend marginalisiert und missachtet.

Ich bin zutiefst dankbar für Ihre unerschütterliche Unterstützung. Ihre Kraft, Ihre Gebete und Ihre Solidarität treiben alles an, was wir tun. Aus tiefstem Herzen danke ich Ihnen, dass Sie uns in diesem Kampf zur Seite stehen. Ohne Sie könnten wir das nicht tun.

Voller Glauben und Zuversicht

Christopher Joyce und das gesamte Team von CitizenGO

P.S. Gemeinsam sind wir eine mächtige Kraft, die der Welt beweist, dass Christen niemals verspottet, zum Schweigen gebracht oder ignoriert werden.

[Könnten Sie unseren Kampf darum unterstützen, mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln eine Entschuldigung für die groteske Verhöhnung des Christentums bei den Olympischen Spielen in Paris zu fordern?](#)

<https://www.ead.de/2024/dezember/19122024-bericht-zu-antichristlichen-hassverbrechen-in-europa/>

Bericht zu antichristlichen Hassverbrechen in Europa

Deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren

OIDAC Europe und die OSZE fordern stärkere Bemühungen zum Schutz der Religionsfreiheit und schlagen die Schaffung eines EU-Koordinators zur Bekämpfung antichristlicher Hassverbrechen vor

Ein neuer Bericht der Wiener Dokumentationsstelle OIDAC Europe zeigt, dass 2023 europaweit 2.444 antichristliche Hassverbrechen dokumentiert wurden – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren. Besonders betroffen sind Länder wie Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Österreich. Die Vergehen reichen von Vandalismus und Drohungen bis hin zu körperlicher Gewalt gegen Christen.

Neben physischen Angriffen weist der Bericht auch auf Diskriminierungen hin, etwa im Arbeitsumfeld oder durch gesetzliche Einschränkungen der Religionsfreiheit. Die wachsende Intoleranz führt zu vermehrter Selbstzensur unter Christen und alarmiert Menschenrechtsorganisationen.

OIDAC Europe und die OSZE fordern stärkere Bemühungen zum Schutz der Religionsfreiheit und schlagen die Schaffung eines EU-Koordinators zur Bekämpfung antichristlicher Hassverbrechen vor. Christen in Europa sind eingeladen, Vorfälle zu melden, damit das Ausmaß dieser Entwicklung besser erfasst werden kann.

Den ganzen Bericht und weitere Informationen finden sich unter <https://www.intoleranceagainstchristians.eu/publications/oidac-report-2024>

Email von Evangelischer Allianz am 19.12.24

Bremen: Brandanschlag auf das Sozialwerk der Freien Christengemeinde

Das Verwaltungsgebäude des Sozialwerk der Freien Christengemeinde, das Teil von „Gemeinsam für Bremen – ein Netzwerk der Ev. Allianz in Deutschland“ ist, wurde gemeinsam mit der Polizeiwache in Grambke Opfer eines Brandanschlags „weil sie evangelikal“ sind. "Gemeinsam für Bremen" hat eine Erklärung veröffentlicht. Wir laden ein, für die Situation in Bremen zu beten.

sozialwerk-bremen.de

www.demofueralle.de

Mitteilung, 19. Dezember 2024

Unsägliches im SWR: Staatlich finanzierte Porno-Serie mit Altersfreigabe ab 12 Jahren

Sehr geehrter Herr Schröter-Kunhardt,

immer hemmungsloser verführt der öffentlich-rechtliche Rundfunk Kinder und Jugendliche zu Schamlosigkeit, Bindungslosigkeit und Sexsucht: Der Südwestrundfunk (SWR) hat eine **pornographische Serie** mit dem Titel „30 Tage Lust“ ausgestrahlt und dafür eine **Altersfreigabe ab 12 Jahren** angegeben.

Und als ob die Freigabe für 12-jährige Kinder nicht skandalös genug wäre, ist die Serie seit Ende Oktober zudem **unzensuriert und vollständig in der ARD-Mediathek** verfügbar und damit theoretisch für jedes Alter zugänglich.

In der Serie trifft ein langjähriges Paar die Abmachung, 30 Tage lang getrennte Wege zu gehen, um jeden Tag mit einer anderen Person (oder mehreren gleichzeitig) zu schlafen. Es gibt keine Regeln, außer daß sie miteinander nicht darüber reden. **Und das alles wird explizit und obszön dargestellt.**

Was abstoßend klingt, ist es auch: Die Tagespost-Autorin Dorothea Schmidt [resümiert](#), die Serie weise „den Weg gnadenlos in den Abgrund, in dem Trauer, Trostlosigkeit, Sinnlosigkeit ihre hässliche Fratze

zeigen. **Es ist eine Serie, die sich jeglicher Moral verweigert** und Ego statt Beziehung und Hingabe propagiert – und das auch noch eine ‚nette Erfahrung‘ nennt.“

Die Serie – wohlgernekt auf Basis des öffentlich-rechtlichen Informations- und Bildungsauftrags – reißt das natürliche Schamgefühl von Kindern und Jugendlichen ein, propagiert familienzerstörerische Untreue und **birgt – wie jedes pornographische Material – extreme Suchtgefahr**. Auf dergleichen dürften Minderjährige überhaupt keinen Zugriff haben!

Obendrein wird die Serie von der staatlichen Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mit **490.000 Euro** und vom staatlichen FilmFernsehFonds Bayern mit **450.000 Euro** gefördert.

Richten Sie deshalb bitte eine [offizielle Programmbeschwerde](#) an den verantwortlichen SWR. Sie können darauf hinweisen, daß diese [Serie](#) gegen den [Jugendmedienschutz-Staatsvertrag](#) (S. 6f) verstößt, demzufolge pornografische Inhalte unzulässig sind. Fordern Sie die Redaktion auf, die Serie aus dem Programm und der Mediathek zu nehmen. Vielen Dank!

Zum Abschluß kann ich Ihnen glücklicherweise noch etwas Angenehmes empfehlen, nämlich die 44. Folge und den **Jahresrückblick des Podcasts „Familie & Gedöns“**. Unsere beiden Moderatoren blicken auf die vergangenen turbulenten 12 Monate zurück und küren jeweils einen „Aufreger des Monats“. Hören Sie sich die Folge auf [YouTube](#), [Spotify](#) und [ApplePodcasts](#) an und teilen Sie sie bitte überall im Netz.

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre wertvolle Unterstützung im Jahr 2024!

Wie glücklich können wir uns doch schätzen, daß sich dieser so tief gefallenen Welt der große Gott als kleines Kind schenkt, um uns zu erlösen. So wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie frohe und gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2025!

Herzliche Grüße, Ihre

Hedwig v. Beverfoerde

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article109334415/Alle-fuenf-Minuten-wird-ein-Christ-getoetet.html>

Alle fünf Minuten wird ein Christ getötet

Von Ulli Kulke

Veröffentlicht am 19.09.2012 Lesedauer: 5 Minuten

Palästinensische Kinder mit einem verkohlten Kruzifix in einer ausgebrannten Kirche. Aufgebrachte Muslime hatten sie nach islamkritischen Äußerungen des Papstes im Jahr 2006 angezündet

Millionen von Muslimen werden derzeit angestachelt zu tödlichen Hasstiraden auf alles Westliche. Von der Verfolgung von 100 Millionen Christen in vielen islamischen Staaten spricht kein Mensch.

In Amerika hat jemand einen Film ins Internet gestellt, der Mohammed, den Propheten Allahs, beleidigt, unter anderem als Kinderschänder. Gut findet ihn kaum jemand, auch wenn die Filmemacher den Anspruch erheben, ihre Ideen aus dem Koran geschöpft zu haben, wo schließlich zu lesen sei, dass der Prophet Mohammed die Ehe mit einer Neunjährigen vollzogen habe. So oder so: Die muslimische Welt fühlt sich getroffen.

Reaktionen blind vor Wut

Die Folge sind Mord und Totschlag. Rund um den Globus marschiert in islamischen Ländern der Mob auf, um gegen westliche – nicht nur amerikanische – Einrichtungen und gegen Menschen aus dem Westen Gewalt anzuwenden, oftmals unbehelligt von den staatlichen Stellen vor Ort, bisweilen mit deren stiller Duldung und Sympathie.

Viele Tote sind inzwischen zu beklagen, Hunderte Verletzte. Ein Teil unserer Medien sucht zumindest die Mitschuld im Westen selbst, der Moderator des ZDF-Magazins, Claus Kleber, gehört dazu, auch die „Süddeutsche Zeitung“ und einige andere.

Die Beleidigung ihrer Religion, auch wenn sie von einem zunächst Unbekannten ausging, scheint für viele Muslims das schlimmste Verbrechen zu sein, ein todeswürdiges Verbrechen. Dafür dürfen nun ganze Gesellschaften, Staaten, ja eine komplette Hemisphäre in Haftung genommen werden.

So wird der Islam vom Opfer zum Täter

Zur Erinnerung: Die wütenden Attacken gegen den Westen nach der Veröffentlichung von „Mohammed-Karikaturen“ in Dänemark vor sieben Jahren forderten etwa 100 Todesopfer. Satirische Beleidigung einer anderen Religion ist also ein todeswürdiges Verbrechen. Weitaus ehrenwerter scheint es da offenbar für die Wächter des muslimischen Glaubens zu sein, Angehörige einer anderen Religion nicht zu beleidigen, sondern gleich totzuschlagen, zu verfolgen, zu vertreiben, einfach so. Schließlich kennt man den passenden Begriff des Ehrenmords. Ehrenbeleidigung ist unbekannt.

Das christliche Hilfswerk Open Doors gibt an, dass weltweit 100 Millionen Christen wegen ihres Glaubens von Verfolgung, Misshandlung oder Tod bedroht sind. Es gibt noch höhere und es gibt auch niedrigere Schätzungen.

Unumstritten ist, dass Christen heute die am meisten verfolgte Glaubensgemeinschaft sind.

Laut dem Theologen Thomas Schirrmacher, Geschäftsführer des Arbeitskreises für Religionsfreiheit der Deutsch-Österreichischen Evangelischen Allianz, bekennen sich neun von zehn wegen ihres Glaubens verfolgte zum Christentum. In ganz überwiegendem Maße sind davon Christen in muslimischen Ländern betroffen (auch wenn Nordkorea hierbei an der Spitze stehen soll und auch aus China Vorfälle gemeldet werden).

Der Beauftragte für Religionsfreiheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Massimo Introvigne, geht sogar davon aus, dass weltweit alle fünf Minuten ein Christ wegen seines Glaubens stirbt.

Eine Vielzahl gefährlicher Länder

In vielen muslimischen Ländern hoffen Christen vergeblich auf den Schutz durch staatliche Stellen. In Nigeria, Somalia, auch im Iran gilt es nicht einmal als Kavaliersdelikt, einen Christen zu erschießen, zu erdolchen oder zu erschlagen. Handelt es sich um einen konvertierten Muslim, gilt es oft geradezu als Pflicht. Abfall vom Glauben an Allah ist vielerorts ein Kapitalverbrechen.

Tatsächliche Hinrichtungen von Konvertiten werden selten gemeldet. Viele aber saßen und sitzen nach ihren Urteilen monatelang in Todeszellen, bis sie begnadigt werden zu Haftstrafen mit regelmäßigen Auspeitschungen. Amnesty International schildert Fälle, bei denen in Saudi-Arabien allein der Besitz einer Bibel in der Hand der zahlreichen Gastarbeiter etwa aus den katholischen Philippinen zu jahrelangen Haftstrafen und vielen Dutzend Peitschenhieben führt.

Selbst in dem oberflächlich unkomplizierten und in seiner muslimischen Religion so liberalen Indonesien werden Gemeinden mancherorts aufgefordert, ihre Kirchen wieder einzureißen. Auf den Molukken im Osten des Archipels waren Christen erst vor einer Dekade jahrelangen Pogromen mit Tausenden von Toten ausgesetzt, denen die muslimische Zentralregierung nichts entgegensetzen wollte.

Diskriminierung bis vor die Türen Europas

Auch in der Türkei ist es nach aller Erfahrung offenbar nicht schwer, nach Morden an Christen einfach unbehelligt abzutauchen, selbst dort werden

Christengemeinden nicht als Körperschaften anerkannt, selbst dort dürfen sie keine Priester ausbilden. Wer einmal auch nur mit dem Gedanken gespielt hat, in Saudi-Arabien oder im Norden Nigerias eine christliche Kirche zu errichten, wird manchen Streit hierzulande um die Höhe von Minaretten und andere Details beim Bau von Moscheen mit ganz eigenen Augen sehen.

Inzwischen weiß man, dass jener beanstandete Film wohl von Kopten gedreht wurde. Dabei handelt es sich um eine christliche Glaubensgemeinschaft in Ägypten, die dort für viele Muslims als Freiwild gilt. Erst Anfang vergangenen Jahres kamen bei einem Anschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria 21 Gläubige ums Leben.

Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan, überall dort, wo man jetzt wegen des Tatbestandes der Beleidigung mit Mordaufrufen massenhaft durch die Straßen zieht, sind sich ansässige Christen seit vielen Jahren ihres Lebens nicht mehr sicher.

Erschreckende Gleichgültigkeit in deutschen Medien

Man könnte in den Medien hierzulande natürlich auch all diese Angelegenheit einmal näher beleuchten. Allerdings, das wäre absehbar, fänden sich auch da genügend Gründe bei willigen Medien, die Schuld auch dafür bei den Christen zu suchen.

Die Umtriebe der christlichen Missionare im 19. Jahrhundert böten ein weites Feld von Argumenten für einen Claus Kleber. Er kann sich dann ja noch mal mit dem iranischen Präsidenten darüber beraten. Den kennt er schon von seinem großartigen Interview im Frühjahr, in dem Ahmadinedschad endlich einmal seine Meinung zur Weltlage im ZDF unter die Leute bringen konnte, unbehelligt von bohrenden Nachfragen des Interviewers Kleber.

Dann können sie auch darüber sprechen, ob der Iran das Mindestalter für Mädchen bei der Hochzeit wirklich, wie man hört, herabsetzen will auf neun Jahre. So wie bei Mohammed.

Festzuhalten bleibt: Beleidigung ist ein anderes Kaliber von Verbrechen als Mord. Alles eben eine Frage der Ehre.

<https://www.katholisch.at/aktuelles/2016/03/04/alle-fuenf-minuten-wird-ein-christ-ermordet>

Alle fünf Minuten wird ein Christ ermordet

Christian Solidarity International: Weltweit werden rund 100 Millionen Christen verfolgt

04.03.2016

Alle fünf Minuten wird ein Christ wegen seines Glaubens ermordet. Weltweit werden rund 100 Millionen Christen verfolgt. - Auf diese dramatischen Zahlen hat Elmar Kuhn, Generalsekretär von Christian Solidarity International Österreich (CSI), aufmerksam gemacht. **Gegenwärtig spielen sich die zahlen- wie flächenmäßig umfangreichste Christenverfolgung der Geschichte ab**, betonte Kuhn im Interview in der aktuellen Ausgabe der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag".

Keine Religion werde so verfolgt wie das Christentum, "und dazu hat leider die Fundamentalisierung der islamischen Welt massiv beigetragen". In nahezu allen islamischen Ländern im Nahen Osten, Asien und Afrika seien Christen Bürger zweiter Klasse," von Willkür auch mancher Ortsrichter und durch aufgestachelten Mob bedroht und verfolgt", so Kuhn. Er führte aber auch positive Gegenbeispiele für islamische Staaten an: Tunesien, Marokko, Jordanien, den Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Auch der "galoppierende Säkularismus" in den Industriestaaten macht es laut dem CSI-Generalsekretär bekennenden Christen oft sehr schwer, "ein freies Leben zu führen".

Zur Frage, warum die Christenverfolgung kaum ein Thema in Mitteleuropa sei, meinte Kuhn wörtlich: "Weil wir selbst völlig verunsichert sind über unseren Glauben. Ist Christentum überhaupt noch in einer säkularen Welt angebracht, wo doch eh alles in Frieden lebt? Gehören Religionen in Europa nicht ganz in die Privatsphäre vertrieben und leben wir öffentlich nur noch als Bürger in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit?"

Das offene Anprangern der Christenverfolgung würde ein christliches Bekenntnis im eigenen Leben voraussetzen, so Kuhn und weiter: "Eigentlich müssten sechs Millionen Österreicher laut aufschreien, wenn Christen um des

Glaubens willen vertrieben und ermordet werden. Muslime stehen auf, wenn Muslime diskriminiert werden. Und Christen?"

Sowohl die Politik wie auch jeder einzelne Bürger könne zur Eindämmung der Christenverfolgung beitragen, zeigte sich der CSI-Generalsekretär überzeugt: "Im Großen könnte Europa anfangen, Waffenlieferungen nach Syrien und Geldwäsche effizient zu kontrollieren. Das würde schon viel bewirken." In Europa müsste die Politik zudem mit mehr Mut die Integration von Muslimen einfordern.

Im Kleinen wiederum könne jede Pfarre ein Beispiel für Integration geben, so Kuhn: **"Wir können auf islamische Familien und Gemeinden zugehen und in Dialog treten. Aber bevor wir das tun, sollten wir uns über unseren eigenen Glauben sicher sein und ein wenig Bescheid wissen. Denn blutleere Gutmenschen ohne religiöse Überzeugung werden meiner Erfahrung nach von gläubigen Muslimen nicht ernst genommen."**

Am 13. März lädt CSI um 12 Uhr zu einem Gottesdienst in den Wiener Stephansdom, in dem besonders für die verfolgten und ermordeten Christen gebetet werden soll. (Infos: www.csi.or.at)

Quelle: Kathpress

<https://philosophia-perennis.com/2025/01/16/weltverfolgungsindex-derzeit-herrscht-die-groesste-christenverfolgung-aller-zeiten/>

Weltverfolgungsindex: Derzeit herrscht die größte Christenverfolgung aller Zeiten

By

David Berger

16. Januar 2025

(David Berger) **Auch in diesem Jahr hat die Verfolgung von Christen weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Inzwischen sind 380 Millionen Christen weltweit betroffen. Das zeigt der gestern veröffentlichte Weltverfolgungsindex**

des christlichen Hilfswerks Open Doors. An der Spitze stehen dabei Nordkorea, Somalia und der Jemen. Aber auch in Syrien und Gaza spitzt sich die Situation zu.

„Derzeit herrscht die größte Christenverfolgung aller Zeiten“ – Mit dieser beunruhigenden Nachricht wartet die Organisation Open Doors auf, die sich seit 70 Jahren für verfolgte Christen in mittlerweile über 70 Ländern engagiert. Jedes Jahr veröffentlicht Open Doors neu den Weltverfolgungsindex. Dies ist eine Rangliste der 50 Länder, in denen Christen der stärksten Verfolgung und Diskriminierung wegen ihres Glaubens ausgesetzt sind. Er wird von einem ausführlichen Bericht darüber begleitet, wie sich Verfolgung und Diskriminierung konkret äußern und auswirken.

Der Weltverfolgungsindex ist keine bloße Statistik, sondern soll verfolgten Christen dienen, in ihrem Leid wahrgenommen zu werden und Trost und Ermutigung zu erfahren.

380 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens zumindest verfolgt

Das Ergebnis des aktuellen Index für 2025, der den Berichtszeitraum vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2024 umfasst: Die Verfolgung hat – trotz einzelner positiver Entwicklungen – gegenüber 2024 erneut an Intensität zugelegt. Weltweit sind mehr als 380 Millionen Christen in 78 Ländern wegen ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. In den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex gilt dies sogar in einem sehr hohen bis extremen Maß. Davon betroffen sind 310 Millionen der dort lebenden 741 Millionen Christen. An der Spitze stehen dabei Nordkorea, Somalia und der Jemen. Ihnen folgen Libyen, Sudan und Eritrea, Nigeria, Pakistan, Iran und Afghanistan.

Nach neuesten Angaben wurden weltweit 4.476 Christen im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Glaubens getötet. Die Zahl der Übergriffe auf Häuser von Christen stieg erneut deutlich von 21.431 auf 28.368. Weltweit sind 380 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens zumindest starker Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt – das sind 15 Millionen mehr als im Vorjahr.

Syrien: Zukunft des christlichen Lebens unsicher

Immer wieder dabei sind die vom Islam geprägten Länder. Nur einige Beispiele aus Ländern, die derzeit in den Nachrichten generell von großem Interesse sind:

Im Blick auf Syrien ist wichtig zu bedenken, dass der Sturz des Assad-Regimes und die daraus folgenden Entwicklungen im Land aufgrund des Berichtszeitraumes (1. Oktober 2023 bis 30. September 2024) nicht in den Bericht eingeflossen sind. Die Zahl der Plünderungen von Kirchen ging leicht zurück. Steigende Kriminalität, zunehmende Korruption, wachsende religiöse Diskriminierung und politische Instabilität schürten

jedoch die Angst bei vielen Menschen. Dies führt zu einer Auswanderung von Christen und verändert die demografische Struktur in einer Region, wo die christliche Gemeinde schon unmittelbar nach ihrer Entstehung Fuß fasste. Diese Entwicklung schwächt die Kirchen und stellt die Zukunft des christlichen Lebens in der Region in Frage.

Gaza und Westjordanland: Kirchen kämpfen ums Überleben

Im Gazastreifen und im Westjordanland kämpfen die christlichen Gemeinden seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem dadurch ausgelösten Krieg buchstäblich ums Überleben. **Im Gazastreifen wurden mindestens 33 Christen getötet, die meisten Häuser sind mittlerweile zerstört.**

Im Westjordanland wurden die von den israelischen Behörden auferlegten Beschränkungen verschärft; Reisebeschränkungen, die bereits für christliche Gemeinden galten, wurden nach Ausbruch des Krieges weiter verstärkt. Viele christliche Familien sind ins Ausland gezogen oder versuchen, das Land zu verlassen.

Die Kirche in Afghanistan ist tief in den Untergrund abgetaucht. Aus diesem Grund gibt es kaum noch wahrnehmbare Ausdrucksformen des christlichen Glaubens, gegen die die Taliban-Behörden vorgehen können. Andererseits ist es aufgrund der Isolation der Kirche sehr schwierig, verifizierte Berichte über Angriffe im Zusammenhang mit dem Glauben zu erhalten.

Afrika: Gewalt von Muslimen gegen Christen extrem hoch

Nicht vergessen werden darf Afrika. Dort leben mehr Christen als auf jedem anderen Kontinent. Im Laufe der Jahre hat Open Doors dokumentiert, dass die hier beheimateten christlichen Gemeinschaften in hohem Maß gezielter Gewalt ausgesetzt sind. Dieses Muster setzt sich auch im Jahr 2024 fort.

Die verbreitete Instabilität in Teilen des Kontinents hat islamistischen Gruppierungen viel Raum geschaffen. Seit dem Weltverfolgungsindex von 2023 ist die Wertung im Bereich Gewalt für die 15 gelisteten Länder südlich der Sahara im Durchschnitt um einen Punkt angestiegen. In 13 dieser 15 Länder – darunter Burkina Faso, Mali und die Demokratische Republik Kongo – wird die herrschende christenfeindliche Gewalt gemäß der Methodik des Weltverfolgungsindex als „extrem hoch“ eingestuft.

As we document anti-Christian hate crime and discrimination across Europe, we are often surprised at how **few of these incidents make it into the media** beyond the local press. To fill this gap, we would like to provide you with an overview of key developments and recent cases.

The incidents reported in the last week alone show the wide range of attacks against Christians: from a [double arson attack in Spain](#), to a sacrilegious theft in [Sarajevo](#), to the vandalism of a [convent in France](#) after hosting a pro-life event.

In this newsletter, we highlight:

- the vandalism of **nativity scenes** during the Christmas season
- a recent **series of attacks** on churches in **Rennes**
- a wave of anti-Christian attacks in **Sardinia**
- the bizarre increase in **cross vandalism in Poland**

We also present you with some legal cases, such as:

- the **fines** imposed on a French TV channel for presenting **abortion as a cause of death**
- the current attempts to **ban confession for minors in Poland**
- discrimination against **Christian teachers** for expressing traditional Christian beliefs.



Thank you for your continued interest and support!

Best
Anja
Executive Director

regards,
Hoffmann

VANDALISM AND ARSON ATTACKS

Vandalism of nativity scenes and attacks during Christmas

Sadly, anti-Christian attitudes continue to surface across Europe over the Christmas period. Whether in churches or public squares, the number of acts of **vandalism against nativity scenes** increases dramatically at this time of year.



In Italy, where most of the attacks occurred, nativity scenes were vandalised or robbed in [Roncoferraro](#), [Aprilia](#), [Persico](#), [Dosimo](#) and [Salò](#), where such incidents already have a [sad tradition](#).

In France, anti-Christian bias is well documented in several cases. In [Metz](#) and [Rennes](#), **nativity scene figures were beheaded**. In Roque-Gageac, the whole scene was burnt down. Similar incidents have also been reported in Austria, Germany, Spain and the UK.

In [Spain](#), police have thankfully foiled an Islamist terrorist attack on a Christian church just before Christmas.

Series of church attacks in Rennes

In Rennes, France, there has been a **series of attacks on churches** in recent weeks. Since Saint-Pierre Cathedral was closed in the afternoons in December due to "repeated acts of vandalism", the attacks have not stopped.

On 13 January, the Basilica of Saint Aubin was found vandalised, with pews overturned and a statue of Mary [smashed to pieces](#). Shortly afterwards, vandals [beheaded](#) a statue of the Infant Jesus in the same church.



Series of attacks in Sardinia



In Italy, the island of **Sardinia** has seen a **surge in anti-Christian attacks**. In January, the Church of Christ the King in Valledoria was [set on fire twice](#) in three days. One of the incidents even took place during the celebration of Mass. This happened just days after a priest in Siniscola received a [threatening letter](#) and a priest's car was set on fire in Orosei. On 23 January, the church of San Francesco in Oristano was [severely vandalised](#), including the vandalism of **two crucifixes which were thrown against the altar** and destroyed.

Series of cross vandalism in Poland

In another strange series, three crosses in Poland have been vandalised in the same way in the last three months. In each case, in [Tarnow](#), [Krosno](#) and [Tychy](#), the **figure of Jesus** was ripped from the cross and **smashed to pieces**.



Observatory on Intolerance & Discrimination

Von:observatory@intoleranceagainstchristians.eu

An:schroeterk2@aol.com

Mi., 15. Jan. um 11:17

OBSERVATORY ON
INTOLERANCE AND DISCRIMINATION
AGAINST CHRISTIANS IN EUROPE

Dear << Test First Name >> << Test Last Name >>,

Today Open Doors released the **World Watch List 2025**, one of the world's most comprehensive studies of the global persecution of Christians.

The findings show that **violence** and **authoritarian restrictions** against Christians have increased worldwide over the past year, particularly in Central Asia and sub-Saharan Africa. It is high time for the **West to respond to the growing number of persecuted Christians!**

As Christian persecution is largely **under-reported in the European media**, we are pleased to share with you the following information provided by Open Doors.

The full report, including dossiers on each of the [top 50 countries](#), is available at: www.opendoors.org.

Yours sincerely,

Anja Hoffmann

Executive Director of OIDAC Europe



Open Doors: More than 380 million Christians face high levels of persecution and discrimination for their faith

Authoritarian regimes and jihadist movements intensify danger for Christians in Central Asia and Sub-Saharan Africa

The Open Doors World Watch List 2025 reveals that violence and authoritarian restrictions against Christians have risen globally during the past year, most notably in **Central Asia** and **Sub-Saharan Africa**. No country stood out more than **Kyrgyzstan**, which rose sharply on the World Watch List, the annual ranking of the countries where it is most difficult to live as a Christian.

For the third straight year and for the 23rd time since the first World Watch List in 1993, **North Korea** ranked at the top of the list. Since 2002, the DPRK has been No. 1 every year but 2022, when it ranked second to Afghanistan in the wake of its fall to the Taliban.

Along with the suffocating oppression that has long been endured by North Korea's underground Christians, the 2025 list continues to document other trends that have spanned the years, such as the continuing deadly violence across much of the African continent.



(c) Open Doors

Central Asia: Authoritarianism on the rise

If there is a new development for 2025, it is found in Central Asia. **Kyrgyzstan's** World Watch List score rose 7.5 points — the most of any

country on the list — which was enough to elevate it 14 spots to rank 47th, its first appearance in the top 50 since 2013.

"Before the current president, [Sadyr] Japarov, came to power in January 2021, Kyrgyzstan was known as the least authoritarian country in the Central Asia region," said World Watch Research analyst Rolf Zeegers. Since then, he said, "a whole range of more restrictive legislation was introduced. We have been noting an increase of religious freedom restrictions."

The country saw a sharp uptick in violence against churches, including stone-throwing incidents and raids on worship services.

Similarly, tightening government controls in neighbouring **Kazakhstan** increased its World Watch List score by 3 points, which helped to push it up 9 places to 38th. Researchers logged reports of police raids on worship meetings, as well as of sexual abuse of Christian women.

"The threat from authoritarian regimes in Central Asia has intensified to the point where many Christians in the region feel increasingly fearful," says Frans Veerman, Research Fellow at Open Doors. "Christians are purposefully targeted or extra vulnerable in countries beset by increasingly autocratic regimes and radical elements."

Sub-Saharan Africa: Ongoing violence

Sudan's score rose 3 points, which helped to move the country up 3 spots to 5th, driven by intensification of civil war. The country saw increases in Christians killed, sexually assaulted, and attacks on Christian homes and businesses. More than 7.7 million people were internally displaced by mid-2024, making it the largest displacement crisis in the world.

Nigeria remains one of the most dangerous places for Christians, ranking 7th. Attacks by Fulani militants and jihadist groups continue, with Christians disproportionately affected.



Other notable findings

Civil war: **Yemen's** World Watch List score rose a robust 4.6 points, which elevated the country to 3rd on the list. The ongoing civil war, and the increasing influence of the Houthis rebels, has forced dozens of Christian house churches to cease their meetings. In addition, a Christian convert was killed by family members. The fighting between **Myanmar's** army and a host of opposition militias drove its score into the "Extreme persecution" category, which encompasses the top 13 countries on the World Watch List.

The disappearing Church: In countries like **Algeria, Libya** and **Afghanistan**, the visible Christian presence is diminishing, forcing believers into isolation or underground worship.

Surveillance states: Christians in **China** and other autocratic states are increasingly cautious about openly expressing their faith due to advanced surveillance.

*Information retrieved from: **Open Doors, World Watch Research.***

The **full report**, including dossiers on each of the [top 50 countries](#), is available at: www.opendoors.org.

More detailed information on the **methodology** and ranking can be found at: <https://opendoorsanalytical.org/world-watch-list-documentation/>, password: freedom

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/verschleierungspflicht-und-islam-konversion-hilfswerk-meldet-bedrohung-f%C3%BCr-christen-in-syrien-durch-islamisten/ar-AA1yk8ME?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=892b63dd710c492a818585b9fd6dbb03&ei=48>

Verschleierungspflicht und Islam-Konversion: Hilfswerk meldet Bedrohung für Christen in Syrien durch Islamisten

Verschleierungspflicht, Appelle zum Islam-Übertritt, Geschlechtertrennung – das müssen „Kirche in Not“ zufolge manche Christen in Syrien über sich ergehen lassen. Dies trifft aber offenbar nur auf Teile des Landes zu.

Syriens Christen haben einem Bericht des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ zufolge vereinzelt damit zu kämpfen, dass Islamisten ihre Religionsfreiheit einschränken wollen. In einigen Orten hätten radikale Gruppen zum Beispiel getrennte Sitzplätze für Frauen und Männer in öffentlichen Verkehrsmitteln und die Pflicht zur Verschleierung für Frauen durchsetzen können, teilte das Hilfswerk am Montag in München unter Berufung auf lokale Quellen mit. Den Erfolg dieser Maßnahmen führten die Beobachter auf das Fehlen einer einheitlichen Verwaltung nach dem Machtwechsel zurück.

Am schwierigsten für Christen sei es in den Städten Homs und Hama im Westen Syriens, teilte ein Gesprächspartner „Kirche in Not“ mit: „Die Menschen vermeiden es, nach 17.00 Uhr auf die Straßen zu gehen. Es sind Dschihadisten unterwegs, die mit Megafonen die Menschen dazu aufrufen, zum Islam überzutreten.“ Frauen, die in der Öffentlichkeit keinen Schleier trügen, würden öffentlich kritisiert.

Im „Tal der Christen“, etwa 60 Kilometer von Homs nahe der Grenze zum Libanon, sei die Lage weitgehend friedlich, erklärten die Ansprechpartner. Zwischenfälle habe es bisher nur auf den Zufahrtsstraßen gegeben: „Es gibt Fälle, in denen Christen an Straßensperren aufgefordert wurden, zum Islam zu konvertieren. Wenn sie sich weigern, werden sie an der Weiterfahrt gehindert.“ Vereinzelt seien Reisende ausgeraubt worden.

Kirchenvertreter sprechen mit Machthabern

Da die Hauptstadt Damaskus im medialen und politischen Fokus stehe, seien die neuen Verantwortlichen dort „auf ein positives Image bedacht“, hieß es weiter. „Dennoch gibt es einzelne Vorfälle wie die Aufforderung an Frauen, einen Schleier zu tragen, oder das Verbot für Frauen und Männer, nicht gemeinsam auf die Straße zu gehen, wenn sie nicht miteinander verwandt sind.“ Ähnliches werde aus Aleppo im Norden des Landes berichtet.

Kirchenvertreter hätten derweil ihren Willen zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern bekundet. Bei mehreren Gesprächen hätten die politisch Verantwortlichen den Christen versichert, ihre Rechte in vollem Umfang zu respektieren. In den Gesprächen gehe es vor allem darum, den Status der Christen als integralen Bestandteil der syrischen Gesellschaft zu sichern. Die Stimmung unter den Christen sei dennoch insgesamt „vorsichtig optimistisch“.

Auch wenn sich die schlimmsten Prognosen zur Machtübernahme durch die Islamisten bisher nicht bewahrheitet haben, bleibt die Situation in dem Bürgerkriegsland äußerst angespannt. **Nach Angaben von Aktivisten wurden vergangene bei mutmaßlichen Racheakten mindestens 39 Menschen getötet worden. Unter den Opfern seien Mitglieder religiöser Minderheiten sowie Anhänger des im Dezember gestürzten Machthabers Baschar al-Assad, berichtete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in Großbritannien. (Trf, KNA)**

<https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2024-01/weltverfolgungsindex-gewalt-an-christen-nimmt-zu.html>

Weltverfolgungsindex: Gewalt an Christen nimmt zu

Rund 5.000 Christen wurden im letzten Jahr getötet, weltweit sind mehr als 365 Millionen wegen ihres Glaubens einem hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Das ist jeder und jede siebte Getaufte. Die Dunkelziffer soll noch höher liegen, geht aus dem am Mittwoch veröffentlichten Weltverfolgungsindex 2024 hervor.

Im letzten Jahr wurden weltweit 5.000 Christen getötet, während über 365 Millionen, das entspricht jedem siebten Christen, aufgrund ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt waren. Der am Mittwoch veröffentlichte [Weltverfolgungsindex 2024](#) weist darauf hin, dass die Dunkelziffer noch höher liegen könnte.

Open Doors Rangliste: Nordkorea führt erneut

Das Hilfswerk Open Doors erstellt seit 30 Jahren eine Rangliste von 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung. Laut dem aktuellen Bericht führt Nordkorea die Negativ-Rangliste der stärksten Unterdrückung erneut an, gefolgt von Somalia, Libyen, Eritrea, Jemen, Nigeria, Pakistan, Sudan, Iran und Afghanistan. Die bevölkerungsreichsten Länder der Welt, Indien und China, belegen die Ränge 11 und 19. Außerdem sollen allein im Zeitraum von 1. Oktober 2022 bis 30. September 2023 14.766 christliche Gebäude zerstört oder geschlossen worden sein.

Zerstörung von christlicher Infrastruktur nimmt zu

Die Verfolgung habe im Vergleich zum Vorjahr weiter an Intensität zugelegt, so der Weltverfolgungsindex. Das zeichne sich vor allem an zerstörten oder geschlossenen christlichen Einrichtungen, wie Schulen, Kirchen oder Krankenhäuser ab. Am stärksten von Schließungen oder Zerstörung bedroht sind Kirchen in China und Indien. Während in China die Restriktion und Kontrolle hauptsächlich von der Regierung ausgehe, seien es in Indien „aggressive Mobs“, die Angriffe auf Kirchen verübten, so Open Doors. In Indien wurden dem Bericht zufolge mindestens 160 Christen wegen ihres Glaubens von Hindu-Nationalisten ermordet; im Vorjahr waren es 17. Allein im Bundesstaat Manipur wurden 2023 mehr als 400 Kirchen zerstört.

Nordkorea weiter auf Platz 1

Nordkorea steht erneut auf Platz eins des Weltverfolgungsindex. Christen sind unter der kommunistischen Diktatur gezwungen, ihren Glauben in völliger Geheimhaltung zu praktizieren, ihnen droht bei Entdeckung Zwangsarbeit. Nach Schätzungen von Open Doors gibt es in Nordkorea etwa 200.000 politische und religiöse Gefangene, von denen 50.000 bis 70.000 aufgrund ihres christlichen Glaubens inhaftiert sein sollen.

Die Situation in Afrika

Darüber hinaus spitzt sich die Situation von christlichen Gläubigen in Subsahara-Afrika weiter dramatisch zu. Die meisten Morde an Christinnen und Christen geschahen laut Bericht wie in den Vorjahren in Ländern südlich der Sahara; Täter waren vorwiegend islamistische Gruppen. Allein in Nigeria (Rang 6) sollen mindestens 4.118 Gläubige getötet worden sein. Radikale islamische Gruppen, die instabile politische Verhältnisse ausnutzen, seien aber auf dem gesamten afrikanischen Kontinent verbreitet: Zu beobachten seien etwa islamistische Organisationen in Burkina Faso (Platz 20), Mali (Platz 14), Mosambik (Platz 39), Nigeria (Platz 6) und Somalia (Platz 2), so der Bericht.

Open Doors: Karte der Länder, in der Christen verfolgt werden

Flucht als einzige Lösung

Zudem habe die Auswanderung christlicher Bevölkerung im Nahen Osten nicht nachgelassen. Als Beispiel wurde auch die nordsyrische Region Afrin genannt, wo türkische Soldaten die gesamte christliche Bevölkerung in die Flucht getrieben haben sollen. Auch in Nicaragua (Rang 30) steht laut dem Index die Regierung von Präsident Ortega Christen zunehmend feindlich gegenüber und ließ Kirchen, Radiostationen sowie Universitäten schließen, Priester und Ordensfrauen des Landes verweisen.

Hintergrund

Die Zahlen von Open Doors lassen sich nicht unabhängig nachprüfen. Das Hilfswerk selbst räumte gegenüber der deutschen katholischen Nachrichtenagentur KNA ein, dass keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung existiere. „Nicht immer ist eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren Glauben bedingt ist.“ Dennoch verteidigt die Hilfsorganisation ihre Statistiken: Seit 1992 würden Daten aus rund 100 Ländern von kirchlichen Netzwerken, Menschenrechtsanwälten, Analysten sowie Experten von Open Doors International ausgewertet.

(kna - sb)

<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/christen-verfolgung-weltweit-zunahme-index-100.html>

Index zu Religionsfreiheit

Bericht: Christenverfolgung nimmt weltweit zu

17.01.2024

Verfolgt, gefoltert, getötet: Zehntausende Christen wurden 2023 vertrieben - über 5.000 ermordet. Die Gewalt gegen Gläubige steigt an - das zeigt der neue Weltverfolgungsindex.

Die christliche Hilfsorganisation "Open Doors" mahnt auch für das letzte Jahr massive Verletzungen der Religions- und Glaubensfreiheit in zahlreichen Ländern an. Nach dem am Mittwoch im hessischen Kelkheim vorgestellten Weltverfolgungsindex **erreichte die Gewalt gegen Christen von Oktober 2022 bis September 2023 einen neuen Höhepunkt.**

"Open Doors"-Deutschland-Leiter Markus Rode appellierte an Politik und Medien, sich stärker für die Religionsfreiheit von Millionen verfolgter Christen einzusetzen.

Verfolgung in Nordkorea und Nordafrika am stärksten

Die zehn Länder mit der stärksten Christenverfolgung sind den Angaben zufolge Nordkorea, gefolgt von Somalia, Libyen, Eritrea, Jemen, Nigeria, Pakistan, Sudan, Iran und Afghanistan. Fast alle diese Länder fanden sich auch zuvor auf den ersten Rängen der Negativ-Rangliste von 50 Ländern, in denen Christen aufgrund ihres Glaubens der stärksten Verfolgung ausgesetzt sind. Indien und China belegen die Ränge 11 und 19.

Rund 5.000 Christen seien weltweit wegen der Ausübung ihres Glaubens getötet worden, allein 4.118 in Nigeria, so "Open Doors". Im Vorjahreszeitraum waren es insgesamt mindestens 5.621 getötete Christen.

Gewaltandrohungen massiv gestiegen

Von physischer Gewalt oder Todesdrohungen seien 42.849 Christen betroffen, im Vorjahres-Index waren es 29.411.

Laut Rode werden Zehntausende Menschen vertrieben, geschlagen, verschwinden in Arbeitslagern und dunklen Kerkern, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen.

Die Verfolger sind zumeist islamistische, hinduistische, buddhistische oder kommunistische Regime und Gruppierungen sowie Autokraten und kriminelle Banden

Vier mal soviel Angriffe auf Häuser von Christen

Angriffe auf Häuser von Christen haben dem Index zufolge gegenüber 2022 von 4.547 auf 21.431 zugenommen. 278.716 Christen seien aus ihren Häusern vertrieben worden, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr mit 124.310. Insgesamt seien 365 Millionen Christen weltweit wegen ihres Glaubens mindestens in hohem Maße Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt.

Wie das christliche Hilfswerk mit Sitz im hessischen Kelkheim erklärt, dokumentiert der Index seit 1993 die Verfolgung und Diskriminierung von Christen in 50 Ländern. Die Negativ-Rangfolge soll aufzeigen, wo es für Christen am gefährlichsten ist, ihren Glauben zu bekennen, wo sie getötet oder inhaftiert, von Behörden schikaniert, misshandelt oder dazu gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Der Weltverfolgungsindex basiert den Angaben zufolge auf der Erhebung von dokumentierten Übergriffen auf Christen und Gemeinden.

Zusätzlich werden laut "Open Doors" ortsansässige Forscher und Länderexperten befragt. Der Index soll Verfolgung sichtbar machen und verfolgten Christen eine Stimme geben. Es existiere jedoch keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung, räumt "Open Doors" ein. Bestimmte Situationen könnten als Verfolgung eingeordnet werden, wenn etwa Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit verwehrt werde.

Die Methodik des Weltverfolgungsindex folge "eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition". Nach diesem Ansatz sei Verfolgung definiert als "jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus". Diese weit gefasste Definition beinhalte unter anderem Diskriminierung, Einschüchterung, Ächtung, sexuellen Missbrauch und Gewalt, bis hin zur ethnischen Säuberung und Völkermord. Der Weltverfolgungsindex basiert den Angaben zufolge auf der Erhebung von dokumentierten Übergriffen auf Christen und Gemeinden in den einzelnen Ländern. Das überkonfessionelle Hilfswerk "Open Doors" ist seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern für verfolgte Christen aktiv. Der deutsche Zweig ist als Verein organisiert und wird vor allem von Freikirchen unterstützt.

<https://www.opendoors.de/christenverfolgung>

<https://www.welt.de/politik/ausland/article255597384/Israel-In-Jerusalem-ist-die-Zukunft-der-Christen-in-Gefahr.html>

„Bald holen wir euch!“ – In Jerusalem ist die Zukunft der Christen in Gefahr

Autorenprofilbild von Martin U. K. Lengemann

Von Martin U. K. Lengemann

Stand: 13:47 UhrLesedauer: 6 Minuten

Die Zahl der Angriffe gegen die christliche Minderheit in Jerusalem nimmt zu. Sogar die Stadtverwaltung attackiert inzwischen ein kirchliches Patriarchat und fordert dramatische Steuernachzahlungen. Es droht ein Präzedenzfall, der das Gesicht der Region für immer verändern kann.

Im Schatten von Israels Kampf gegen die Terrororganisation Hamas schreitet er weiter voran: der Rückzug des Christentums im Heiligen Land. **Lag der Anteil der Christen in Jerusalem zu Beginn des Jahrhunderts noch bei knapp 20 Prozent, ist er inzwischen auf unter zwei Prozent gefallen. Tendenz: weiter sinkend.**

Zwar garantiert Israel als Demokratie die Freiheit der Religionen. Aber wer im Heiligen Land das Sagen hat, behandelt andere Religionen meist nicht gut, diese Regel gilt seit Jahrhunderten. In jüngster Zeit hat sich diese Tendenz noch einmal verstärkt.

Es ist eine Entwicklung, die wie so oft in der Geschichte zuerst nicht von staatlicher Seite kommt, sondern von der Straße. Zuletzt zeigte sich die Polizei von Jerusalem öffentlich besorgt über die Zunahme von Gewalttaten gegen Christen und christliche Einrichtungen in der Altstadt.

Vor wenigen Tagen stach ein jüdischer Extremist eine Frau nieder, die er für eine Christin hielt. Die Frau war allerdings Jüdin, meldete „Channel 13“. In der vergangenen Woche nahm die Polizei acht Personen fest, die eine Kirche in der Altstadt bespuckt haben sollen. Dass Mönche und Priester von jüdischen Extremisten angespuckt werden, gehört mittlerweile zur Tagesordnung.

„Leider sind wir Zeugen eines verabscheuungswürdigen und inakzeptablen Phänomens von Hassausbrüchen gegenüber Christen in der Altstadt von Jerusalem“, teilte der Kommandant der Jerusalemer Polizei, Dvir Tamim, am vergangenen Freitag mit.

Nun zeigen sich die Oberhäupter der verschiedenen Kirchen im Heiligen Land über eine neue Art der von Übergriffen besorgt. Diesmal stammen sie von öffentlicher Seite.

Seit im vergangenen Jahr bei den Jerusalemer Kommunalwahlen die ultraorthodoxen Juden und die jüdischen Siedler einen Erdrutschsieg einfahren konnten, auch dank niedriger Wahlbeteiligung, geht die Stadtverwaltung mit großer Härte gegen das Orthodoxe Armenische Patriarchat von Jerusalem vor. Nach Ansicht der Behörde schuldet das Patriarchat der Stadt rückwirkend bis zum Jahr 1994 eine kommunale Grundsteuer, die sogenannte Arnona. Um die Steuerschuld zu begleichen, droht die Stadtverwaltung nun damit, Immobilien des Patriarchats zu pfänden und versteigern zu lassen.

Das würde einer Auslöschung des Armenischen Viertels in der Altstadt gleichkommen, das bereits seit dem 4. Jahrhundert existiert und mit rund 15 Prozent der Fläche und knapp 2000 Einwohnern das kleinste Viertel der berühmten Altstadt ist.

Ein anberaumter Gerichtstermin zur Lösung des Falls musste kürzlich wegen Schneefalls abgesagt werden. Wenn es in Jerusalem schneit, bricht schnell ein Großteil des Verkehrs zusammen. Um den Fall zu verstehen, muss man etwas tiefer in juristische Fragen einsteigen.

Kirchen dürfen keine Klage einreichen

Der Staat Israel hat bis heute keine Verfassung, sondern nur einen obersten Gerichtshof. Das bedeutet: Alle Staatlichkeit geht von Gesetzen aus, und diese stammen aus verschiedenen Rechtssystemen und Jahrhunderten. So gilt in Jerusalem israelisches Recht, osmanisches Recht, Recht aus der britischen Mandatszeit und auch religiöses Recht, wie etwa die Scharia oder Kirchenrecht.

Da nun fast alle Kirchen mehrere hundert, wenn nicht gar tausend Jahre alt sind, gilt für sie noch immer Recht aus osmanischer Zeit. In dieser Rechtsprechung ist festgelegt, dass religiöse Einrichtungen keine Steuern zahlen, aber auch keine juristischen Personen sind, also keine Institutionen des öffentlichen Rechts. Somit kann eine Kirche niemals am obersten Gerichtshof eine Klage einreichen.

Im Jahr 1994 hatte der Vatikan unter Papst Johannes Paul II. angefangen, offizielle diplomatische Beziehungen aufzubauen, um einen Grundlagenvertrag mit dem Staat Israel auszuhandeln.

In der Folge wurde 1997 ein Vertrag zur Neuordnung fiskalischer Fragen geschlossen. Der wurde allerdings nicht mehr von dem israelischen Parlament, der Knesset, ratifiziert, da man über Rom verärgert war, das mittlerweile gleichlautenden Verträge mit der PLO geschlossen und auch den Staat Palästina anerkannt hatte.

Bis heute gilt: Die Katholische Kirche ist zwar bereit Steuern zu zahlen, aber ihr fehlt weiter der offizielle Status. Dass aber überhaupt ein Vertrag verhandelt wurde, war nur durch eine Besonderheit möglich. Die katholische Kirche ist durch einen Staat vertreten, den Vatikan, die meisten anderen Kirchen in Israel haben diese Möglichkeit nicht. Allerdings sind fast alle daran interessiert, das Verabredete als Blaupause zu übernehmen.

Nach der Drohung der Stadtverwaltung, das Armenische Patriarchat zu enteignen, haben sich nun alle christlichen Kirchen hinter Roms Vertreter, Pierbattista Kardinal Pizzaballa versammelt, um gegen das Vorgehen zu protestieren und einen Präzedenzfall abzuwenden. Fällt erst einmal das Armenische Viertel, befürchten die Kirchenführer, könnte es bald allen kirchlichen Einrichtungen schlecht ergehen.

Auch Abt Nikodemus Schnabel, ranghöchster Vertreter deutscher Katholiken im Heiligen Land, ist besorgt über eine mögliche langfristige Bedrohung der deutschen Besitztümer, darunter die Dormitio Abtei auf dem Berg Zion und das Kloster in Tabgha, am See Genezareth. Bisher war man auf deutscher Seite mit provisorischen Lösungen vorgegangen, um eine halbwegs stabile Situation zu haben. So ist bisher das Erzbistum Köln als Eigentümer aller Liegenschaften im Grundbuch eingetragen.

Die Mönche aber, die ihren Dienst in Israel verrichten, sind nur mit Touristenvisa ausgestattet, die alle ein bis zwei Jahre erneuert werden müssen. Einen offiziell anerkannten Arbeitgeber im Heiligen Land haben sie schließlich nicht, dafür fehlt den Kirchen der rechtliche Status.

Schon länger steht das armenische Eigentum in Jerusalem unter Druck. Bereits vor ein paar Jahren versuchten dubiose Geschäftsleute über Strohmannen von einem Mitglied der Patriarchatsleitung die sogenannte armenische Kuhweide zu kaufen, die früher ein Garten vor der armenischen Kathedrale war und heute mitten in der Altstadt als Parkplatz genutzt wird.

Der Deal flog aber auf, der Verkäufer wurde vom Hof gejagt. Nach einigen Nachforschungen stellte sich heraus, dass die Käuferfirma erst am Tag nach Vertragsunterzeichnung gegründet wurde. Das dazugehörige Gerichtsverfahren läuft noch immer, der Ausgang ist ungewiss.

Solche Fälle gibt es immer wieder. Nicht selten enden sie damit, dass jahrhundertlange Eigentümer ihren Besitz abgeben müssen. Wenn jüdische Siedler oder ihre Organisationen eine Immobilie im christlichen oder armenischen Viertel kaufen wollen, suchen sie sich einen Strohmann aus der Gemeinschaft und kaufen über ihn die gewünschte Immobilie.

Neuer Eigentümer ist dann zumeist eine Offshore-Firma, irgendwo auf der Welt. Im Fall der armenischen Kuhweide sollte ein Luxushotel gebaut werden. Das hätte das Gesicht der Altstadt unwiederbringlich verändert. Man kann davon ausgehen, sollte es zur Zwangsversteigerung des armenischen Viertels kommen, würden recht schnell die Abrissarbeiten beginnen, etwas Neues entstehen und ein Stück zweitausendjährige Geschichte ausgelöscht werden. **Derweil geht in den Gassen der Altstadt die Gewalt gegen Christen weiter. Abt Nikodemus nennt die Angreifer „Hooligans der Religion“. Meist sind es junge Männer, die zu den militanten jüdischen Siedlern gehören und ganz Jerusalem unter ihre Kontrolle bringen wollen.**

Wenn es abends dunkel wird, spielen sich oft solche Szenen ab. „Jesus war ein Schwein!“, brüllt einer, als er vor den Toren der Dormitio Abtei entlanggeht. An Samstagabenden fliegen auch mal Steine in Richtung der Mönche, Drohungen und Schmähungen werden gerufen. „Wartet nur, bald holen wir Euch!“

Jerusalems Polizeikommandant Tamim sagt: „Wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, dass jeder Mensch jeder Religion in der Altstadt und insbesondere an den heiligen Stätten seine Religion ausüben kann.“ Das hören die Christen in und um die Altstadt gerne. Aber derweil geht ihr Exodus weiter.

„Ein religiöser Mensch hat politische Ansichten, die nicht wahnsinnig sind“

Da mittlerweile die Gesamtzahl eine kritische Größe unterschritten hat und junge Christen kaum noch Partner für eine Eheschließung finden, wandern viele aus. Wer einmal gegangen ist, kommt kaum wieder. Aber immerhin ist der Schnee inzwischen getaut, wieder einmal wird es Frühling in Jerusalem und mit dem Frühling kommt auch die Zuversicht.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren feiern dieses Jahr alle Kirchen gemeinsam das Osterfest, da der orthodoxe und der gregorianische Kalender im Heiligen Jahr 2025 synchron verlaufen. „Und gibt es eine bessere Nachricht als die Auferstehung?“, fragt Abt Nikodemus. „Jerusalem ist und bleibt die Stadt der Auferstehung.“

<https://de.gatestoneinstitute.org/21474/syrien-muslime-entfuehren-christen>

Syrien: Muslime entführen und foltern möglicherweise Christen

von [Uzay Bulut](#)

15. März 2025

Englischer Originaltext: [Syria: Muslims Kidnapping, Possibly Torturing, Christians](#)

Übersetzung: Daniel Heiniger



Die Verfolgung der Christen in Syrien hat zugenommen, seit Ahmed Al-Sharaa das Amt des Präsidenten des Landes übernommen hat, nachdem seine mit Al-Kaida verbundene Terrorgruppe Hayat Tahrir al-Sham im Dezember das Assad-Regime gestürzt hatte. Seit kurzem trägt Al-Sharaa Anzug und Krawatte und präsentiert sich im Westen als "Gemäßigter". In Schulbüchern ersetzte seine Regierung

allerdings das Wort "Gesetz" durch "Scharia" und nutzte die islamische Lehre zur Rekrutierung der neuen Armee des Landes. Im Bild: Al-Sharaa schüttelt dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan während einer Pressekonferenz in Ankara, Türkei, am 4. Februar 2025 die Hand. (Foto von Ozan Kose/AFP via Getty Images)

Bedauerlicherweise hat die Verfolgung der Christen im syrischen "Tal der Christen" (*Wadī al-Nasara*), das überwiegend von ursprünglich aus Antiochia stammenden Griechen bewohnt wird, zugenommen.

Nachdem Streitkräfte der mit al-Qaida verbundenen Terrorgruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS) Damaskus erobert und im Dezember 2024 das syrische Assad-Regime gestürzt hatten, forderten sie die Bewohner des Tals der Christen auf, alle zur Selbstverteidigung aufbewahrten Waffen [abzugeben](#), und sagten ihnen, dass Zivilisten nicht zu Schaden kommen würden. Seit der Machtübernahme der Dschihadisten in Syrien sind jedoch rund 500.000 Christen im Land zunehmender Verfolgung und Entführung ausgesetzt.

Am 14. Februar 2025 wurden etwa zehn christliche Männer von Muslimen aus einem Dorf im Tal entführt, Berichten zufolge jedoch später wieder freigelassen. Am 16. Februar wurden weitere Christen – drei von ihnen als Majd Shahoud, Tony Salloum und Bahjat Shehab – aus einem anderen Dorf in der Gegend [entführt](#). Quellen vor Ort zufolge werden sie von ihren Entführern [gefoltert](#).

Innerhalb weniger Tage drangen bewaffnete Islamisten in einen Friedhof in der christlichen Stadt Zaydal östlich der Stadt Homs ein, wo sie ein [Steinkreuz umstürzten und zerschlugen](#) und [Gräber entweihten](#). Am 17.

Februar [warfen](#) maskierte Männer Rauchbomben auf die Kirche Unserer Lieben Frau von der Verkündigung im christlichen Dorf al-Masmiyah in Daraa.

HTS ist eine Terrorgruppe, die 2017 aus dem Zusammenschluss von fünf islamistischen Milizen [entstand](#). Seitdem herrscht HTS über Idlib im Nordwesten Syriens. Im Jahr 2018 wurde sie vom US-Außenministerium als ausländische Terrororganisation eingestuft. Ende November 2024 starteten dschihadistische Kräfte unter der Führung von HTS eine Offensive. Im Dezember stürzte HTS in weniger als zwei Wochen bei einem Marsch durch Syrien Bashar al-Assad und beendete damit das sechs Jahrzehnte andauernde Baath-Regime seiner Familie.

HTS-Gründer Ahmed Al-Sharaa, früher bekannt als Abu Mohammad al-Jolani, wurde damals Präsident und De-facto-Herrscher Syriens. **Zuvor hatte er als "Absolvent" der Jabhat Al-Nusra (Nusra-Front) gedient, einer anderen als ausländische Terrororganisation eingestuften Organisation und syrischem Ableger von Al-Qaida. Ein für seine Festnahme ausgesetztes Kopfgeld von zehn Millionen Dollar wurde von der Biden-Regierung am 20. Dezember 2024 aufgehoben, vermutlich in der Hoffnung, er würde Syrien nicht in den Graben extremistischer Gruppierungen führen.**

Die Anführer des Islamischen Staates (ISIS) [nutzten](#) das von HTS kontrollierte Gebiet in Syrien als sicheren Hafen. Zwei bedeutende US-Militäroperationen richteten sich gegen ISIS-Anführer in von HTS kontrollierten Gebieten: [Abu Bakr Al-Baghdadi](#) im Jahr 2019 und [Abu Ibrahim Al-Hashimi Al-Quraishi](#) im Jahr 2022.

Aufgrund seiner Verbindungen zu al-Qaida und ISIS wurde HTS zudem vom UNO-Sicherheitsrat als Terrororganisation [auf die schwarze Liste gesetzt](#). Die Bezeichnung wurde in das Recht der Europäischen Union übernommen und wird von allen 27 EU-Mitgliedstaaten befolgt.

Wie die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit im Jahr 2022 in "Religiöse Freiheit in Syrien unter Hay'at Tahrir al-Sham (HTS)" [berichtete](#):

"[HTS] bleibt eine wirksame Quelle eines salafistischen Dschihadismus, der die Religionsfreiheit nonkonformistischer sunnitischen Muslime einschränkt und das Eigentum, die Sicherheit und die Existenz religiöser Minderheitengruppen wie Alawiten, Christen und Drusen bedroht. Darüber hinaus verschärft HTS durch seine Pflege einer für beide Seiten und politisch zweckmäßigen Beziehung zur Türkei – die selbst durch ihre militärischen Einfälle in Nordsyrien eine deutliche Bedrohung für gefährdete religiöse Minderheitengruppen darstellt – die gefährlichen Bedingungen der Religionsfreiheit in und um Idlib.

"HTS, oder Organisation zur Befreiung der Levante, hat seit ihrer Gründung im Jahr 2011 als Jabhat al-Nusra, ursprünglich eine syrische Front für den Islamischen Staat im Irak, der damals selbst ein irakischer Ableger von al-Qaida war, mehrere Namens- und angebliche Identitätsänderungen durchgemacht. Die aufeinanderfolgenden Umbenennungen und "Rebrandings" von HTS scheinen die Strategie von al-Qaida in Syrien widerzuspiegeln, Zweigstellen zu gründen und sie als lokal gewachsene Organisationen zu präsentieren, die als Reaktion auf die Bedürfnisse der Syrer entstanden sind ...

"In den Jahren 2021 und 2022 beging HTS weiterhin einige der gleichen Menschenrechtsverletzungen – darunter Folter, erzwungenes Verschwindenlassen, Vergewaltigung und andere sexuelle Gewalt sowie Tötungen in Haft – die die unabhängige internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für Syrien bis 2020 für die Organisation und ihre Vorgänger dokumentiert hat. Nachdem HTS Regierungsgefängnisse übernommen und zusätzliche Gefängnisse eingerichtet hatte, setzte sie konfessionell motivierte Inhaftierungen und damit verbundene Entführungen und Lösegeldforderungen gegen Angehörige von Minderheitengruppen ein. Religiöse Minderheiten, darunter nicht-sunnitische Muslime und Drusen – beides langjährige Ziele der Diskriminierung, Belästigung und des erzwungenen Sunnitentums durch sunnitische Rebellengruppen – sind zum sunnitischen Islam konvertiert oder aus den HTS-Gebieten geflohen, und diejenigen, die

geblieben sind, sind in den offiziellen Gremien, die das Gebiet regieren, nicht vertreten."

Im Jahr 2023 [berichtete](#) das US-Außenministerium:

"Bewaffnete Terrorgruppen wie Hayat Tahrir al-Sham haben eine breite Palette von Menschenrechtsverletzungen begangen, darunter Morde, Entführungen, körperliche Misshandlungen sowie die Rekrutierung oder den Einsatz von Kindersoldaten."

Seit kurzem trägt Al-Sharaa Anzug und Krawatte und präsentiert sich im Westen als "Gemäßigter". Er [sprach](#) von Plänen zur Bildung einer inklusiven Übergangsregierung, die vielfältige Gemeinschaften repräsentiert und die Institutionen aufbauen und das Land regieren soll, bis freie und faire Wahlen abgehalten werden können. **In Schulbüchern [ersetzte](#) seine Regierung allerdings das Wort "Gesetz" durch "Scharia" und [nutzte die islamische Lehre](#) zur Rekrutierung der neuen Armee des Landes.**

HTS verfolgt eine fundamentalistisch-islamische Agenda und strebt seit langem die [Einführung der Scharia in Syrien](#) an. Im Dezember 2024 [berichtete](#) die Menschenrechtsorganisation Open Doors:

"Unter der Kontrolle der HTS in Idlib ist es christlichen Geistlichen nicht gestattet, in einer Kleidung aufzutreten, die sie als Priester oder Pastoren erkennbar macht. Kreuze wurden aus Kirchengebäuden entfernt."

Al-Sharaa [sagte](#) letzten Monat, die Organisation nationaler Wahlen in Syrien könne bis zu fünf Jahre dauern.

"Christina", eine griechische Christin, die in einer Stadt in Syrien lebt, in der eine christliche Mehrheit lebt, erklärte Gatestone unter der Bedingung, anonym bleiben zu können, dass der Hauptgrund, warum es in ganz Syrien noch keine systematische Verfolgung von Christen gebe, darin liege, dass "die Medien sich in weiten Teilen des Landes und in vielen Bereichen auf christlich besiedelte Gebiete konzentrieren".

"Diese Aufmerksamkeit bedeutet, dass weniger überwachende Augen es den Dschihadisten ermöglichen könnten, zu weit zu gehen. Sie haben bereits einige christliche Gebiete, wo die Medienberichterstattung auf lokaler oder staatlicher Ebene eingeschränkt ist.

"Beispielsweise werden in Damaskus und Umgebung sowie in den ländlichen Gebieten, wo niemand die von dschihadistischen Kräften begangenen Übergriffe dokumentieren kann, sogar christlichen Frauen islamische Symbole wie den Hijab aufgezwungen. Das ist eine Verletzung unserer Freiheiten. In anderen Gebieten sind Christen Schikanen durch Muslime ausgesetzt, beispielsweise durch das Eindringen in christliches Land und christliche Häuser, Entführungen und Lösegeldforderungen für die Freilassung der Entführten.

"Die größte Angst der Christen ist die mögliche Anwendung des islamischen Rechts durch das Regime und die Einführung der Dschizya – einer Steuer, die Nichtmuslimen als 'Schutz' auferlegt wird – oder sogar die Auferlegung des Islams in der Zukunft. Was ich persönlich am meisten fürchte, ist der

erneute Ausbruch bewaffneter Konflikte und die Möglichkeit, dass Dschihadisten Massaker an uns verüben."

Christina erwähnte, dass sie Syrien auch während der Jahre des Bürgerkriegs nicht verlassen habe, die wirtschaftliche Belastung für die christliche Gemeinschaft nun jedoch unerträglich geworden sei. "Wir hoffen auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, denn die Situation ist furchtbar. Viele Christen versuchen jetzt, insbesondere nachdem der Staat die Lohnzahlungen an Arbeitnehmer eingestellt hat, unterhalb der Armutsgrenze zu überleben. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist katastrophal. Wir leiden unter vielen Herausforderungen – sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch in Bezug auf die Sicherheit."

Die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Jean-Noël Barrot und Annalena Baerbock, reisten am 3. Januar nach Damaskus, um laut Euronews ein klares Signal zu senden, dass ein "politischer Neuanfang zwischen Europa und Syrien möglich" sei, wie Baerbock es nannte.

Christina sagte, sie sei anderer Meinung:

"Ich glaube nicht, dass die Anerkennung einer mit Al-Kaida verbundenen Gruppe als offizielle Regierung gerechtfertigt ist, insbesondere nachdem ihre Führer, allen voran ihr Präsident, zuvor bewiesen haben, dass sie Terroristen sind und ihretwegen das Blut von so vielen Menschen vergossen wurde."

"Die Anerkennung einer solchen Terrorgruppe durch den Westen wäre ein Akt der Ungerechtigkeit gegenüber den Unschuldigen, die von ihnen ermordet wurden, und wir wissen, dass es sich um dieselbe Terrorgruppe handelt, ganz gleich, was sie heute zu sein behauptet."

"Syrien muss ein säkulares und demokratisches Land sein. Es muss auch politische Parteien geben, die Christen vertreten. Das neue Syrien kann nicht ohne Parteien aufgebaut werden, die die Minderheitengruppen im Land vertreten, wie etwa Christen, Kurden, Drusen und Alawiten."

"Die offizielle Anerkennung und Akzeptanz der Dschihadisten durch westliche Regierungen ist, als würde man den Christen im Besonderen und allen, die anderer Meinung sind, generell das Schwert an den Hals legen."

Christina sagte, dass die meisten Christen in Syrien griechische Abstammung hätten, aber seit Jahrhunderten einer Zwangsarabisierung ausgesetzt seien:

"Heute sprechen unsere Griechen in Syrien Arabisch, weil die arabischen Muslime seit ihrer Invasion in die Levante im siebten Jahrhundert sich geweigert haben, Raum für andere Sprachen zu lassen. Mit anderen Worten, alles wurde arabisiert, indem die arabische Sprache aufgezwungen und jeder verfolgt wurde, der Griechisch sprach, mit Ausnahme dessen, was das Arabische nicht arabisieren konnte, aus griechischen Begriffen, die wir bis heute in unserer Umgangssprache verwenden. Der Islam toleriert keine anderen Kulturen, daher wurde die griechische Sprache nach und nach abgeschafft, bis sie unter den Menschen

verschwand und ihre Existenz auf das Gebiet der theologischen Studien beschränkt war.

"Ich hoffe, dass Griechenland etwas unternimmt, um uns, den griechischen Christen hier, zu helfen. Beispielsweise indem es Hilfe schickt oder unsere Regionen vor zukünftigen Angriffen schützt. Oder indem es uns hilft, hier rauszukommen, vor allem jenen, die schon immer darunter gelitten haben, dass ihre Gebiete Konfliktgebiete sind. Ich denke, dass die griechische Regierung jetzt eine Verantwortung gegenüber unseren Leuten hier hat."

Eiad Herera, Sprecher der Antiochisch-Griechischen Organisation, sagte gegenüber Gatestone:

"Syrische Christen, darunter auch griechische Antiocher, sind seit langem eine friedliche und tolerante Gemeinschaft in Syrien und der Levante. Im Gegensatz zu anderen Gruppen haben sie keine Milizen gebildet oder am Bürgerkrieg teilgenommen. Sie besaßen nur Kleinwaffen zur Selbstverteidigung. Trotzdem sind sie wiederholt Entführungen, Angriffen auf ihre Kirchen und Friedhöfe und wachsender sektiererischer Gewalt ausgesetzt, während die neue Regierung sie nicht schützt. Die USA, die UNO, Griechenland und die internationale Gemeinschaft müssen dringend Maßnahmen ergreifen, um diese gefährdeten Gemeinschaften zu schützen. Dies ist ihre angestammte Heimat, doch ihre Zahl nimmt rapide ab."

Uzay Bulut, eine türkische Journalistin, ist Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/annalena-baerbock-au%C3%9Fenministerin-sagt-300-millionen-euro-zus%C3%A4tzliche-syrien-hilfen-zu/ar-AA1B4i1u?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=29d613916c1a4a0abc7f7a25a43ec444&ei=16>

Annalena Baerbock: Außenministerin sagt 300 Millionen Euro zusätzliche Syrien-Hilfen zu

Massaker an Zivilisten überschatteten zuletzt den Neubeginn in Syrien. Außenministerin Annalena Baerbock appelliert nun an die Machthaber, Minderheiten zu schützen. Den Wiederaufbau werde Deutschland finanziell unterstützen.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) fordert von der Übergangsregierung in Syrien den Schutz der Minderheiten. »Es kann nur eine friedliche Zukunft für Syrien geben, wenn es einen inklusiven politischen Prozess gibt«, sagte Baerbock am Montag am Rande eines Treffens der EU-Außenminister in Brüssel. Zugleich sagte Baerbock weitere 300 Millionen Euro an Hilfen für das langjährige Bürgerkriegsland zu.

Die Ministerin nahm damit auf die jüngsten Massaker in Syrien Bezug. In der vergangenen Woche war es im Westen des Landes zu den bisher heftigsten Kämpfen seit dem Sturz des

syrischen Machthabers Baschar al-Assad durch die islamistische HTS-Miliz am 8. Dezember gekommen.

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte wurden mindestens 1.383 Zivilistinnen und Zivilisten getötet, die meisten davon Angehörige der religiösen Minderheit der Alawiten, der auch Assad angehört.

»Die Übergangsregierung muss sicherstellen, dass sie die Kontrolle über die unterschiedlichen Akteure in ihrem Sicherheitsapparat hat«, betonte Baerbock. Die Einigung der neuen islamistischen Führung in Damaskus mit kurdischen Kämpfern zur Integration der kurdischen Autonomieverwaltung in die nationale Regierung begrüßte sie deshalb als wichtigen Schritt.

Wiederaufbau laut Baerbock »Mammutaufgabe«

Baerbock bezeichnete den Wiederaufbau des Landes in Brüssel als

»Mammutaufgabe«. Deutschland werde dafür »der Uno und ausgewählten Organisationen weitere 300 Millionen Euro für diesen friedlichen Prozess und für die Menschen in Syrien und für die Menschen in der Region zur Verfügung stellen«.

Nach Angaben des Außenministeriums stammen 168 Millionen Euro der Summe aus dem Auswärtigen Amt und 133 Millionen Euro aus dem

Bundesentwicklungsministerium. Mehr als die Hälfte der bereitgestellten Mittel soll demnach den Menschen in Syrien zugutekommen, mit weiteren Mitteln sollen syrische Flüchtlinge und Aufnahmegemeinden in Jordanien, Libanon, Irak und der Türkei unterstützt werden.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) wollte derweil bei RTL/ntv Frühstart keine Empfehlung für Syrerinnen und Syrer in Deutschland aussprechen, nach dem Machtwechsel in ihre Heimat zurückzukehren. »Ich glaube, das ist eine individuelle Entscheidung. Die Sicherheitslage ist noch nicht ganz einfach, und deswegen müssen wir ein Interesse haben, Syrien jetzt zu unterstützen«, sagte Schulze.

Diese Memory Titanium-Lesebrille für 39,99 €, die weit und nah sehen kann, mit i
likonline

Diese Memory Titanium-Lesebrille für 39,99 €, die weit und nah sehen kann, mit i
Anzeige

Bei dem Treffen der EU-Außenminister geht es unter anderem um Unterstützung für die Ukraine. Im Anschluss findet auch eine Unterstützerkonferenz für Syrien statt.

Dabei soll es um humanitäre Hilfe für das Land und Nachbarstaaten wie die Türkei und den Libanon gehen, die zahlreiche Geflüchtete aufgenommen haben. Mit dem syrischen Außenminister Asaad al-Shaybani soll erstmals ein Vertreter der Übergangsregierung an dem Treffen teilnehmen.

Gefechte an der Grenze zum Libanon

Wie volatil die Lage in Syrien weiterhin ist, zeigen indes Berichte aus der Nacht zum Montag. Nach Angaben syrischer Staatsmedien brachen entlang der Grenze zwischen dem Libanon und Syrien Kämpfe aus. Zuvor waren bei früheren Zusammenstößen drei syrische Soldaten getötet worden.

Die Gewalt ereignete sich einen Monat nach tagelangen Kämpfen zwischen dem syrischen Militär und bewaffneten libanesischen Schiitengruppen, die eng mit der gestürzten Regierung von Baschar Assad verbündet sind, im syrischen Gebiet Qasr.

Gesendet: Dienstag, 25. März 2025 um 14:02

Von: "Sebastian Lukomski" <petitionen@citizengo.org>

An: m.schroeter-kunhardt@gmx.de

Betreff: Unser Rechtsstreit um die illegalen Verhaftungen in Paris:
Stand der Dinge

Grüß Gott und Guten Tag, Michael,

als im vergangenen August bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Paris unser christlicher Glaube auf der Weltbühne verspottet wurde, gehörten wir von CitizenGO zu den ersten, die dagegen aufstanden. Wir haben nicht geschwiegen. Wir fuhren nach Paris und verteidigten das Ansehen des Christentums.

Dann passierte mir etwas, das ich nie vergessen werde.

Ich wurde zu Unrecht verhaftet - in Handschellen abgeführt und wie ein Verbrecher behandelt - nur weil ich für meinen Glauben eintrat.

Sie erinnern sich, oder?

Die französische Polizei verhaftete mich und fünf meiner Kollegen von CitizenGO, als wir friedlich einen Aufruf gegen die ekelhafte Parodie des Abendmahls bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele 2024 in Paris verbreiteten.

Wir waren nicht gewalttätig. Wir waren keine Störenfriede.

Wir haben lediglich einen Bus organisiert, der in Paris herumfuhr. Mit einer Aufschrift auf diesem Bus verlangten wir von den Olympia-Organisatoren, die Attacken gegen das Christentum zu beenden.

So sah der Bus aus:

Das ist alles. Das war unser ganzes angebliches Verbrechen.

Aber den Behörden war das genug. Sie schickten bewaffnete Polizisten, um uns aufzuhalten.

Man warf uns in Polizeiwagen, konfiszierte unsere Habseligkeiten, verweigerte uns den Zugang zu Anwälten und demütigte uns - und das alles, weil wir für unseren Glauben eintraten und gegen die ekelhaften Angriffe durch das Olympia-Komitee aufmerksam machten.

Es war eine der traumatischsten Erfahrungen meines Lebens - etwas, das niemand durchmachen sollte.

Aber es hat mich mit einer einzigen Überzeugung zurückgelassen: Dass dies nicht unbeantwortet bleiben darf!

Dank Ihrer unglaublichen Unterstützung konnten wir eine Klage gegen die französische Regierung anstrengen.

Denn es geht nicht nur darum, was meinen Kollegen und mir passiert ist - es geht darum, Sie und jeden Christen zu schützen, der aufsteht, um seine Meinung öffentlich zu äußern. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass Regierungen nicht damit durchkommen, Gläubige wie Sie und mich zu verfolgen und zum Schweigen zu bringen.

Aber hier ist das eigentlich Schockierende:

Anstatt seine Schuld zuzugeben oder aber sich vor Gericht zu verantworten, versucht die französische Regierung, den Fall ohne Gerichtsverhandlung einstellen zu lassen!

So weit sind wir.

Anstatt auf unsere Klage zu antworten, verstecken sie sich hinter verfahrenstechnischen Tricks, in der Hoffnung, dass das Gericht sich weigert, den Fall überhaupt anzuhören.

Dieselbe französische Regierung, die sich weigert, die französischen Kirchen vor den fast täglichen Sachbeschädigungen und Brandanschlägen zu schützen, hat bewaffnete Beamte geschickt, um uns zum Schweigen zu bringen, weil wir unseren Glauben verteidigen.

Das sagt doch alles. Es zeigt, wie schlimm die Dinge stehen, und warum wir in Ländern wie Frankreich für unsere Sache kämpfen müssen. Denn die Regierung ignoriert die Christen nicht nur. Sie drängt uns aktiv aus der Gesellschaft, schüchtert uns ein und bestraft jeden, der es wagt, seine Meinung zu sagen.

Deshalb ist dieser Fall so wichtig: Weil er eine tiefere Wahrheit aufdeckt.

Nach französischem Recht entscheidet der Oberste Gerichtshof, wann ein Fall „verhandlungsreif“ ist. Im Moment geht es noch zwischen den Anwälten beider Parteien hin und her.

Und dieser Teil des Gerichtsverfahrens ist in Frankreich notorisch undurchsichtig. In der Tat ist das französische Rechtssystem so vage und komplex, dass es für normale Bürger fast unmöglich ist, sich gegen Entscheidungen der Regierung zu wehren.

Die Regierung oder die hohen Beamten, die uns verhaften ließen, zählen jetzt darauf, dass uns die Luft ausgeht und wir irgendwann aufgeben. Oder aber, dass ein Richter den Fall einstellt, bevor es zu einer Gerichtsverhandlung kommt.

Aber es gibt gute Nachrichten.

Die Klageschrift unserer Anwälte war so überzeugend, dass die Regierung gar nicht erst versucht, dem eine Verteidigungsschrift entgegenzusetzen. Das gibt es äußerst selten in Frankreich. Es geschieht nur dann, wenn Regierungsvertreter wissen und beinahe schon zugeben, dass sie wirklich das Gesetz gebrochen haben.

Alles, was sie jetzt tun, zielt darauf, eine Gerichtsverhandlung zu verhindern.

Aber das werden wir nicht zulassen. Zwei französische Anwälte wehren für uns jeden Winkelzug der Regierung ab.

Was kommt als nächstes? Das Conseil d'État - Frankreichs oberstes Verwaltungsgericht - muss entscheiden, ob eine Beweisaufnahme stattfinden soll.

Wenn das Gericht einer Beweisaufnahme zustimmt, wäre das ein großer Durchbruch. Es würde bedeuten, dass unsere Anklage nicht nur rechtlich einwandfrei ist, sondern dass man Christen nicht einfach verhaften, zum Schweigen bringen und vergessen kann.

In diesem Rechtsstreit geht es nicht um mich. Es geht nicht um meine Kollegen. Es geht nicht einmal um den Fall an sich.

Christen auf der ganzen Welt sehen sich zunehmender Feindseligkeit ausgesetzt. Verhaftungen. Anklagen. Zensur. Einschüchterung.

In diesem Fall geht es darum, zu sagen: Es reicht!

Das ist nun der Stand der Dinge. Ich werde Sie auf dem Laufenden halten, wie es mit dem Rechtsstreit in Paris weitergeht.

Ich danke Ihnen aufrichtig dafür, dass Sie von Anfang an in diesem Kampf zu uns gestanden haben.

Ihr
Sebastian Lukomski
mit Matilde, Jason, Anne, Chris, Isabel und dem gesamten Team
von CitizenGO

Gesendet: Mittwoch, 23. April 2025 um 08:40

Von: "Menschenrechte | IGFM" <medieninfos@igfm.de>

An: m.schroeter-kunhardt@gmx.de

Betreff: Gedenktag Genozid: Anerkennung des Völkermords reicht nicht aus - neue Angriffe gegen Armenier drohen

Pressemitteilung

Internationaler Gedenktag des Genozids an den Armeniern am 24. April

„Die Anerkennung des Völkermords reicht nicht aus – Armenier müssen als schützenswerte Opfergruppe rechtlich wirksam definiert werden“

IGFM veröffentlicht 167-seitige Dokumentation und warnt vor neuen Angriffen gegen Armenier

Frankfurt am Main, 23. April 2025 - Anlässlich des 110. internationalen Gedenktags am 24. April zum Völkermord an den Armeniern mahnt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) zu wachsender und entschiedener Solidarität mit dem ersten christlichen Staat der Welt. Die Überlebenden des Völkermords und ihre Nachkommen leiden bis heute unter einem doppelten Trauma: **der unverjährbaren Last des Erlittenen und der zusätzlichen Bürde durch die anhaltende Leugnung des Verbrechens durch die Türkei und Aserbaidschan.** In einer einzigartigen wissenschaftlichen Dokumentation bildet die IGFM die Geschichte Armeniens vom ersten systematischen Völkermord des 20. Jahrhunderts bis zum ersten modernen Drohnenkrieg des 21. Jahrhunderts ab.

"Die systematische und staatlich organisierte anti-armenische Politik Aserbaidschans wurde über Jahrzehnte ohne angemessene internationale Reaktion hingenommen. Anstatt internationale Proteste gegen die ethnische Säuberung in Berg-Karabach mit Sanktionen zu untermauern, wurde Aserbaidschan mit der Ausrichtung des Weltklimagipfels belohnt. Weitere massive Gewalttaten gegen Armenier und Armenien drohen, in Deutschland werden Armenier sogar am Telefon mit der Wiederholung des Völkermords eingeschüchtert", kommentiert Valerio Krüger, Sprecher des Vorstands der IGFM.

In den Jahren 1915/16 fielen mehr als die Hälfte der 1,5 bis zwei Millionen Armenier einem systematischen Vernichtungsprogramm zum Opfer. Soldaten des Osmanischen Reichs ermordeten gezielt Hunderttausende durch Massaker und Todesmärsche. Der 24. April erinnert an die Deportation armenischer Intellektueller aus Istanbul im Jahr 1915, die den Auftakt zum ersten systematischen Völkermord des 20. Jahrhunderts bildete.

Vom Genozid bis zum Drohnenkrieg

Der andauernde Berg-Karabach-Konflikt führt die Tragödie des Armenier-Genozids im 20. Jahrhundert direkt fort. Der 44-tätige Krieg (27. September – 10. November 2020) markierte den ersten modernen Drohnenkrieg des 21. Jahrhunderts und forderte über 7.000 Menschenleben, über 140.000 Menschen wurden vertrieben. Aserbaidschans jahrzehntelange anti-armenische Politik gipfelte 2023 in der völkerrechtswidrigen Vertreibung von mehr als 100.000 ethnischen Armeniern aus Berg-Karabach – ein weiteres genozidales Kapitel armenischen Leidens.

Die IGFM fordert daher ein entschlossenes Handeln der neuen Bundesregierung und besonders der EU-Staaten zum Schutz Armeniens. Sie betont die Notwendigkeit, die

Leugnung des Armenier-Völkermords international zu ächten sowie Armenien wirtschaftlich und sicherheitspolitisch gegen die Bedrohung durch das türkisch-aserbaidshanische Bündnis zu unterstützen. Aserbaidshanische Völkerrechtsverbrechen müssen vor internationalen Gerichten aufgearbeitet werden.

Die IGFM hat ein Kompendium mit dem Titel "Armenien – vom ersten systematischen Völkermord des 20. Jahrhunderts zum ersten modernen Drohnenkrieg des 21. Jahrhunderts" veröffentlicht. Die Dokumentation leistet einen fundamentalen Beitrag zum Verständnis des armenisch-aserbaidshanischen Konflikts und gibt einen tiefen Einblick in die geopolitischen Machtkonstellationen rund um Armenien.

<https://www.nius.de/kriminalitaet/news/berlin-wedding-24-jaehriger-geschlagen-weil-er-christ-ist/d16e61d1-7ead-4e76-97fa-7797d66a3396>

Berlin-Wedding: 24-Jähriger geschlagen, weil er Christ ist

20.05.2025 - 14:26 Uhr

Author icon

Redaktion

In der Nacht zu Montag ist ein junger Mann in Berlin-Wedding offenbar Opfer eines religiös motivierten Angriffs geworden. Wie die Polizei mitteilte, wurde der 24-Jährige gegen 22:45 Uhr an der Kreuzung Müllerstraße/Seestraße verletzt auf der Fahrbahn entdeckt. Passanten alarmierten daraufhin Polizei und Rettungskräfte.

Laut eigener Aussage sei der Mann zuvor von fünf Unbekannten angesprochen worden. Sie hätten ihn nach seiner Religionszugehörigkeit gefragt. „Nachdem er geantwortet hatte, dass er christlich getauft sei, sollen ihm die Unbekannten mehrfach auf den Kopf geschlagen haben“, heißt es in der Mitteilung der Polizei.

Der 24-Jährige erlitt dabei eine Gesichtsverletzung und musste ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Angreifer flüchteten in unbekannte Richtung.

Wegen eines möglichen religiösen Hintergrunds hat der Staatsschutz des Landeskriminalamts Berlin die Ermittlungen übernommen.

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/statt-%C3%BCber-verfolgte-christen-sprechen-sie-lieber-%C3%BCber-islamophobie-wie-westliche-kirchen-ihre-gl%C3%A4ubigen-in-afrika-und-asien-verraten/ar-AA1F64aL?ocid=msedgntp&pc=LCTS&cvid=54e9a9da6091404c949af8021111eb64&ei=31>

Statt über verfolgte Christen sprechen sie lieber über Islamophobie – wie westliche Kirchen ihre Gläubigen in Afrika und Asien verraten

Artikel von Kacem El Ghazzali

Der siebenjährige Nenche Steven überlebte wie durch ein Wunder. Islamistische Fulani-Milizen brachen am 13. April nachts in sein Zuhause ein. Sie erschossen seinen Vater, hackten seiner Mutter die Arme ab und versuchten, Nenche und seine beiden Geschwister mit Macheten zu enthaupten. Nur Nenche überlebte. Sein Schicksal wird in westlichen Medien kaum erwähnt, und die hiesigen Kirchen sprechen kaum über ihn.

Der Palmsonntag 2025 begann in der christlichen Gemeinde Zike im nigerianischen Gliedstaat Plateau wie jeder Feiertag – mit Gebeten und Vorbereitungen für den

Gottesdienst. Was folgte, war eines der brutalsten Massaker in der jüngeren Geschichte Nigerias: Die Fulani-Milizen töteten 56 Menschen, unter ihnen zahlreiche Kinder, mit unvorstellbarer Grausamkeit.

Aus religiösem Hass wird ein Konflikt zwischen Bauern und Hirten

Dies war kein isolierter Vorfall. Innerhalb von nur drei Wochen wurden in dieser Region 126 Christen getötet und etwa 7000 Menschen vertrieben. Die Statistik ist erschütternd: Seit 2009 wurden in Nigeria über 50 000 Christen durch islamische Extremisten ermordet. John Eibner, internationaler Präsident von Christian Solidarity International (CSI), kommt zu einem vernichtenden Urteil: Für viele westliche Politiker schienen schwarze, christliche Opfer keine Rolle zu spielen. Eine Einschätzung, die durch die spärliche Medienberichterstattung und die politische Reaktion auf diese Gewalt bestätigt wird.

Die nigerianische Regierung hat die brutalen Übergriffe lange als Konflikt zwischen Hirten und Bauern dargestellt, in dem es um knappe Ressourcen gehe. Eine Interpretation, die von internationalen Medien und manchen NGO weitgehend übernommen wurde. Doch für die Überlebenden ist diese Deutung eine zynische Verharmlosung. Wenngleich Konflikte um Land und Ressourcen eine Rolle spielen, darf die islamistische Ideologie als treibende Kraft nicht geleugnet werden. Gerade sie erklärt, weshalb die Angriffe gezielt während religiöser Messen stattfinden, warum Kirchen systematisch zerstört werden und die Gewalt von Rufen wie «Allahu akbar» begleitet wird.

Zwangsbekehrungen und -heiraten in Pakistan

Die Gewalt in Nordnigeria ist Teil eines globalen Musters. Nach Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors werden derzeit etwa 380 Millionen Christen weltweit wegen ihres Glaubens diskriminiert oder verfolgt. In 78 Ländern erleben Christen ein hohes Mass an Verfolgung.

Besonders prekär ist die Situation in Pakistan, das im Weltverfolgungsindex von diesem Jahr den achten Platz belegt. Religiöse Minderheiten werden nicht als gleichberechtigte Bürger behandelt. Jährlich werden mehr als tausend christliche und hinduistische Mädchen entführt, zur Konversion gezwungen und mit muslimischen Männern verheiratet.

Die berüchtigten Blasphemiegesetze, die unter General Zia-ul-Haq in den 1980er Jahren verschärft wurden, sehen für angebliche Beleidigungen des Islams oder des Propheten Mohammed drakonische Strafen vor – bis hin zur Todesstrafe. Diese Gesetze werden regelmässig instrumentalisiert, um persönliche Konflikte auszutragen und religiöse Minderheiten einzuschüchtern.

Im Nahen Osten, der historischen Wiege des Christentums, schwindet die christliche Präsenz dramatisch. Im Irak ist die christliche Bevölkerung seit 2003 von etwa 1,5 Millionen auf weniger als 150 000 geschrumpft. In Syrien sind Hunderttausende Christen vor dem Bürgerkrieg und islamistischen Milizen geflüchtet. In Ägypten erleben koptische Christen regelmässig Diskriminierung und Gewalt.

Dramatischer Abstieg des Christentums

Einst versuchten Christen und säkulare Denker während der arabischen Nahda (der Renaissance des 19. Jahrhunderts), die Zugehörigkeit zur arabischen Nation über Sprache, Kunst und Philosophie zu definieren – und nicht über die Religion. Mit dem Aufstieg islamistischer Bewegungen im 20. Jahrhundert erfolgte eine zunehmende Vermischung von Religion und Nationalismus. Damit begann der dramatische Abstieg des Christentums im Nahen Osten.

Autokratische Regime und religiös motivierte Gruppierungen erhöhen systematisch den Druck auf christliche Gemeinschaften. Der Religionssoziologe Philip Jenkins stellt in seinem Werk «The Next Christendom» eine bemerkenswerte Verschiebung fest: Während das Christentum im säkularen Westen zunehmend an Bedeutung

verliert, erlebt es im globalen Süden eine Renaissance – oft unter Bedingungen extremer Verfolgung.

Diese paradoxe Entwicklung bleibt im westlichen Diskurs weitgehend unbeachtet. Während das Warnen vor angeblicher Islamophobie in linken und kirchlichen Kreisen populär ist, findet das systematische Leiden von Millionen verfolgten Christen kaum Eingang in die öffentliche Debatte. Ein Schweigen, das verstörende Fragen über die selektive Empathie westlicher Gesellschaften aufwirft.

Christliche Opfer passen nicht ins progressive Weltbild

In der ideologisch verengten Weltsicht mancher progressiver Westler werden Christen aufgrund ihrer historischen Verbindung mit dem westlichen Kolonialismus pauschal als Täter kategorisiert – ungeachtet ihrer tatsächlichen Situation.

Während Gewalt gegen christliche Minderheiten systematisch ausgeblendet wird, gilt jede Kritik am politischen Islam reflexartig als «islamophob» oder «rassistisch». Gleichzeitig werden Christen im Gegensatz zu anderen religiösen Gruppen nicht als relevant wahrgenommen. Weder in Bezug auf die Sicherheit noch bezüglich der Wirtschaft oder der Politik.

Der mauretanische Anti-Sklaverei-Aktivist Mohamed Cheikh Ould Mkhaitir, der wegen seiner Kritik an der Tradition der Sklaverei im Islam zum Tode verurteilt wurde, beschrieb dies treffend als «Fluch der Geopolitik»: ein System, in dem humanitäre Prinzipien hinter strategischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen zurückstehen müssen. Möglicherweise liegt die Erklärung auch tiefer: Vielleicht erinnert das vitale, kompromisslose Christentum der Verfolgten westliche Beobachter an etwas, womit sie nichts mehr zu tun haben wollen. Die Existenz dieser mutigen Glaubensgenossen wirkt auf die zunehmend säkularen Gesellschaften des Westens möglicherweise verstörend. Die verbliebenen Christen werden mit einer Interpretation ihres eigenen Glaubens konfrontiert, die sie als fremd, unbequem und letztlich beschämend empfinden, da sie die Oberflächlichkeit ihres eigenen religiösen Engagements offenlegt.

Modethemen statt Solidarität

Die Frage drängt sich auf: Wo bleiben die Kirchen und die christlichen Theologen im Westen, die doch verpflichtet wären, eine Stimme für ihre Schwestern und Brüder im Glauben zu sein? Wer die hiesigen Kirchen medial verfolgt, wird enttäuscht. Sie schweigen, und in ihren interreligiösen Bemühungen wird das Thema der verfolgten Christen kaum angesprochen. Sie bemühen sich nicht nur, eine theatralische Harmonie nach aussen zu zelebrieren. Sie machen auch gerne mit, wenn es darum geht, aus angeblicher «Islamophobie» einen Popanz zu machen.

Dabei geht es Muslimen jeder Konfession nirgends besser als im Westen. Nicht einmal im vergleichsweise liberalen sunnitischen Marokko können Schiiten ihren Glauben frei leben. Dies bestätigt der muslimische Rechtsgelehrte und Islamwissenschaftler Abdullahi Ahmed an-Na'im in seinem Werk «Islam and the Secular State». Er argumentiert, dass Muslime paradoxerweise nur in säkularen Staaten wahre Religionsfreiheit genießen könnten. Es sei daher wichtig, dass westliche akademische und religiöse Institutionen ihr Engagement für die verfolgten Christen in vielen Teilen der Welt intensivierten – ohne dabei ihre legitime Kritik an allen Formen religiöser Diskriminierung zu vernachlässigen.

<https://www.unser-mitteuropa.com/168123>

Deutschland wird auch für Christen zunehmend lebensgefährlich

Der Islam gehört nicht zu Deutschland, er kämpft zunehmend dafür, dass ihm Deutschland gehört. Die gesamte Republik ist mittlerweile einem Ausmaß alltäglicher Zuwanderergewalt und insbesondere auch islamischem Alltagsterror

ausgesetzt, der sich nicht nur in spektakulären Anschlägen ausdrückt, sondern auch in tausenden kleineren Vorfällen, die sich überall ereignen.

Nicht nur in Hamburg, auch in ganz Deutschland breiten sich islamistische christenfeindliche Tendenzen aus.

Die Tatsache, dass ein Großteil der Muslime nicht gewalttätig ist, ist so lange kein Trost, wie ein Großteil der Gewalttäter muslimisch ist;

und diese Feststellung hat nichts mit "Islamophobie" zu tun, sondern ihre Verleugnung umgekehrt viel mit autophobem nationalem Selbsthass.

So riskieren neben Juden inzwischen auch Christen Leib und Leben, wenn sie sich öffentlich zu ihrem Glauben bekennen – vor allem in Berlin, das auch wieder einmal Vorreiter ist: Im Stadtteil Wedding wurde ein 24-Jähriger von fünf Unbekannten nach seiner Religionszugehörigkeit gefragt. Als er entgegnete, christlich getauft zu sein, wurde er zusammengeschlagen. Weiterlesen auf [anonymousnews.org](https://www.anonymousnews.org)

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/religioese-fussball-influencer-100.html>

Religiöse Fußball-Influencer für Evangelikale

Stand: 21.05.2025 15:06 Uhr

Christliche Influencer nutzen Fußball-Profis für ihre Missionsarbeit auf Social Media. Einige von ihnen haben Verbindungen zu evangelikalen Organisationen mit teils fragwürdigen Ansichten.

Von Pascal Siggelkow und Christian Saathoff, Redaktion ARD-faktenfinder

Als der HSV am vorvergangenen Wochenende den Aufstieg in die erste Bundesliga perfekt machte, jubelte HSV-Spieler Davie Selke auf bemerkenswerte Weise. Bilder nach dem Abpfiff zeigen ihn mit einem Shirt bekleidet, auf dem in großen Lettern "Jesus is King" (Jesus ist König) steht.

Schon in der Vergangenheit hat Selke offen über seinen Glauben gesprochen - und ist damit nicht allein. Viele Profifußballer bekennen sich öffentlich zum Christentum: etwa mit besonderem Torjubel, wie Nationalspieler Chris Führich vom VfB Stuttgart, mit christlichen Symbolen oder Statements auf der Kleidung, wie Brasiliens National-Torhüter Allisson Becker. Auch auf Social Media bewerben viele von ihnen ihren Glauben.

Kritik an Profi Felix Nmecha

Noch weiter geht DFB-Nationalspieler Felix Nmecha von Borussia Dortmund. Er hatte in der Vergangenheit mehrfach mit Inhalten auf seinem Social-Media-Kanal für Aufsehen gesorgt, die Kritiker als homophob und queerfeindlich interpretierten. Unter anderem hatte er auf Instagram ein Bild geteilt, in dem das Wort "Pride" mit dem Teufel in Verbindung gebracht wird. Gegen den Vorwurf der Diskriminierung verteidigte sich Nmecha später in einem Instagram-Post auch mit Verweis auf seinen Glauben an Jesus Christus. Gottes Liebe sei für alle.

"Kurze Zeit vor der [Verpflichtung von Nmecha](#) hat der BVB noch einen großen Aktionstag gegen Queerfeindlichkeit veranstaltet", sagt Julia Monroe, Beraterin für geschlechtliche Vielfalt und Vorstandsmitglied im LSVD⁺-Verband Queere Vielfalt. "Als Fan habe ich mich deshalb von meinem Verein verraten gefühlt." Sie wuchs eigenen Angaben zufolge selbst in einem evangelikalen Haushalt auf. Sie kritisiert, Queerfeindlichkeit und die untergeordnete Rolle der Frau seien in vielen evangelikalen Gemeinden verbreitet.

Nmecha hat außerdem Verbindungen zu mehreren Vereinigungen, die auf Instagram und TikTok mit dem Thema Fußball für den christlichen Glauben werben. Eine davon ist der Verein "Fußball mit Vision". Bekannt wurde er unter anderem mit einer Marketing-Kampagne zur Fußball-Europameisterschaft 2024, bei der Fußballprofis wie Nmecha, Selke und Maxence Lacroix über ihre persönliche Beziehung zu Jesus Christus sprechen. Erklärtes Ziel dieser

Kampagne war es, mit diesen Botschaften etwa beim Public Viewing für den christlichen Glauben zu werben.

"Fußball mit Vision" tritt in Schulen auf

Außerdem wirbt der Verein aktiv darum, in Schulen und Sportvereine eingeladen zu werden - und lockt mit der Aussicht darauf, dass Kinder und Jugendliche dabei mit einem Profifußballer über seinen Glauben sprechen können. Offensiv betriebene Missionsarbeit ist laut Maren Freudenberg ein typisches Merkmal des Evangelikalismus, eine größtenteils konservative, protestantische Strömung innerhalb des Christentums. Die Religionssoziologin forscht am "Center for Religious Studies" der Ruhr-Universität Bochum.

"Es wird als göttlicher Auftrag aufgefasst, Menschen zum 'richtigen Glauben' zu bekehren, um so viele Seelen wie möglich zu erlösen", sagt Freudenberg. Ansonsten drohten große Qualen für Sünder. "Deswegen sehen Evangelikale es als Lebensaufgabe an, nicht nur die eigene Seele durch die Bekehrung zu retten, sondern auch andere für diesen Glauben zu gewinnen.

Ein Screenshot des Internetauftritts von "Fußball mit Vision".

Ähnlich sieht es Martin Fritz, wissenschaftlicher Referent bei der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen: "Der Druck ist groß, möglichst viele Menschen mit der Botschaft zu konfrontieren." Des Weiteren sei der Evangelikalismus von einer wörtlichen Auslegung der Bibel und von Dualismus geprägt: "Diese starke Frömmigkeit steht dem modernen Zeitgeist entgegen: auf der einen Seite der Kreis der Gläubigen, auf der anderen Seite eine vermeintlich gottlose Gesellschaft."

Auf Nachfrage des *ARD-faktenfinders* schreibt Manuel Bühler, Vorstandsmitglied vom Verein "Fußball mit Vision": "In unseren Schulen gibt es bekanntlich den Fachbereich Religion, in dem Glaubensthemen besprochen und thematisiert werden. Für diesen Fachbereich bietet unser Angebot ein absolutes Highlight, das von Lehrkräften und Schülern sehr dankbar angenommen wird und sehr positives Feedback erhält."

[11.03.2025](#)

[Anti-LGBTQ-Gesetze in Afrika Wie Evangelikale aus den USA in Uganda mitmischen Uganda hat ein extrem restriktives Anti-LGBTQ-Gesetz. Das hat auch mit evangelikalen US-Christen zu tun. mehr](#)

Internationale Influencer: "Ballers in God"

Ähnlich wie "Fußball mit Vision" sind auch die "Ballers in God" in den Sozialen Netzwerken aktiv. Gegründet vom ehemaligen Profi John Bostock, haben die "Ballers" allein auf Instagram mehr als eine halbe Million Follower. Auch auf diesem Kanal werden beinahe täglich Glaubensbekenntnisse aktiver Profifußballer gepostet und von diesen teilweise geliket und kommentiert.

"Wir sind uns bewusst, dass wir als Spieler eine große Chance haben, Menschen mit unseren Plattformen zu beeinflussen und andere mit der Guten Nachricht von Jesus Christus zu erreichen", heißt es auf der Website. Dort gibt es zudem religiösen Merchandise zum Thema Fußball zu kaufen, zum Beispiel Armbänder oder Trikots.

Im gleichnamigen Podcast erzählen aktive und ehemalige Profifußballer, was ihnen ihr Glaube bedeutet. Auch Felix Nmecha war im Podcast schon zu Gast. Monroe vermutet, dass die Fußballer dabei nicht bloß instrumentalisierte Aushängeschilder sind. "Ich glaube, dass sie Teil des Systems sind und das auch leben und solche Positionen auch wirklich vertreten." Auf Anfrage des *ARD-faktenfinder* reagierte Nmecha nicht.

Von Nmecha postet Gründer John Bostock vergangenen Sommer zudem auf Instagram ein Bild, auf dem er ein Shirt mit Glaubensbekenntnis trägt. Aus weiteren Bildern wird ersichtlich, dass Bostock das Champions League-Finale von Nmechas Verein Borussia Dortmund gegen Real Madrid im vergangenen Sommer besucht hat. Bostocks Begleiter im Stadion: Ben Fitzgerald. Bostock schreibt dazu: "Ich hatte endlich das Privileg, einen Bruder zu treffen, der mir und dem Körper Christi viel bedeutet. ... Ich liebe dich innig Ben Fitzgerald!" Auf Anfrage des *ARD-faktenfinder* reagierte Bostock nicht.

Tastatursteuerung Bildergalerie aktivieren

Ben Fitzgerald ist Vertreter der evangelikalen "Awakening Church", die seit einigen Jahren in der Nähe von Lörrach aktiv ist. Fitzgerald thematisiert in Videos, Podcasts und in seinen Predigten immer wieder, wie der Heilige Geist durch ihn spreche. Und er berichtet von Dämonen-Austreibungen und davon, wie Menschen in seinem Beisein anfangen, in Zungen zu sprechen.

Kritik an ultrakonservativem Weltbild

Solche vermeintlichen Wunderheilungen sind ebenso wie Exorzismen und Prophezeiungen laut Freudenberg typisch für den charismatischen Evangelikalismus und für die US-amerikanische "Bethel Church". Dort wurde Fitzgerald als Missionar ausgebildet. Die Kirche steht immer wieder in der Kritik, vor allem für ihr ultrakonservatives Welt- und Familienbild. So wirbt sie etwa offensiv für eine Vernetzung von Menschen, die sich nach eigener Darstellung von ihrer queeren sexuellen Identität losgesagt haben.

Freudenberg weist darauf hin: Fitzgerald vertrete eben nicht irgendeine Religion, sondern eine konservativ christliche Auslegung von Religiosität - mit Positionen gegen Abtreibung, Homo- und Transsexualität.

Martin Fritz kritisiert, die Kirche stünde für "Ablehnung von Aufklärung, von Moderne, vom liberalen Staat." Und: "Es herrscht ein krasser Supernaturalismus vor, die Maxime lautet: Wir führen ein übernatürliches Leben voller Wunder." Bei Wunderheilungen würde teils massiver Druck bei den Betroffenen entstehen anzuerkennen, dass bei ihnen eine Heilung stattgefunden habe. "Häufig wird da reine Realitätsverweigerung gefordert. Es werden Heilsversprechen gemacht, die einfach nicht haltbar sind."

Beide Experten wundert die Verbindung von Fitzgerald zu den "Ballers in God" nicht. Sie vermuten eine Strategie. Fritz und Freudenberg verweisen vor diesem Hintergrund auf das "Seven Mountain Mandate", einer Strömung, die bei Teilen der charismatisch-evangelikalen Bewegung zu finden sei. Ziel dieser Bewegung sei es, über Schlüsselfiguren in sieben gesellschaftlichen Bereichen wie Politik und Bildung, aber auch Medien und Unterhaltung Menschen zum Christentum zu bekehren. Zum Feld der Unterhaltung zähle auch der Sport.

Redner der Pfingstkirche ebenfalls als Influencer aktiv

Auch Vertreter der "Church of Pentecost Germany" (COP) sind als Glaubens-Influencer auf Social Media unterwegs, etwa auf den Kanälen von "God's Power Germany". Zu sehen sind auf dem Kanal ebenfalls hauptsächlich Bilder von Sportlerinnen und Sportlern, die sich zu ihrem Glauben bekennen. So auch HSV-Spieler Selke mit dem "Jesus is King"-Shirt. Auf Anfrage des *ARD-faktenfinder* wollte Selke sich nicht dazu äußern.

In Kurz-Videos geht es neben Glaubensbekenntnissen im Fußball auch um alltägliche Dinge. So wird zum Beispiel davor gewarnt, als gläubiger Christ Halloween zu feiern, da Satanisten den Tag nutzen würden, um böse Geister zu feiern. Der Host der Videos, Jakes Boakye, beantwortet außerdem Fragen dazu, ob man als Christ bestimmte Musik hören oder welche "weltlichen" Berufe man ausüben dürfe.

Neben seiner Tätigkeit als Host von "God's Power Germany" ist Jakes Boakye auch als Redner in Kirchen der COP Germany aktiv. Auf ihrer Website stellt der COP-Dachverband in einer Übersicht die Werte vor, die er vertritt. Dort heißt es unter dem Punkt "Kirchenkultur": "Homosexualität, Lesbentum und andere perverse Sexualpraktiken sind in der Kirche nicht gestattet" und: "Die Kirche vertritt die Lehre der Bibel und duldet nicht die Verbreitung falscher Lehren". Auch genaue Kleidervorschriften für Frauen, die die Kirche besuchen, werden aufgeführt.

Laut Fritz zeige sich an diesem Beispiel eine radikale Ausprägung von Dualismus und autoritärem Charakter: "Dort ist das Falsche, hier das Richtige. Es gelten Kirchendisziplin, Respekt und Gehorsam gegenüber Autoritäten." Solche Vorschriften kenne man sonst eher aus bestimmten Strömungen des Islam. Mit solchen homophoben Äußerungen solle ein bestimmtes Milieu angesprochen werden, vermutet Freudenberg. Hier schließe sich gewissermaßen der Kreis: schließlich gebe es auch im Profi-Fußball nach wie vor ein hohes Maß an Homophobie, aller positiven Beispiele und Bemühungen zum Trotz.

Influencer weist Kritik von sich

Boakye schreibt auf Anfrage des *ARD-faktenfinder*, als Gastredner der COP respektiere er "die Vielfalt an Überzeugungen und Lebensentwürfen in unserer Gesellschaft". Er teile nicht alle Formulierungen oder Bewertungen des Dachverbands und distanzieren sich ausdrücklich von diskriminierenden Aussagen oder Praktiken gegenüber einzelnen Personengruppen. "Für mich stehen Respekt, Menschenwürde und das Miteinander im Vordergrund", so Boakye.

Auch den Vorwurf der versuchten Missionierung mit den Social Media Kanälen von "God's Power Germany" weist er zurück: "Unsere Social Media Kanäle dienen in erster Linie der Information über Veranstaltungen, dem Teilen von Glaubenserfahrungen sowie der Förderung von Gemeinschaft. Die Inhalte richten sich an Menschen aller Altersgruppen, ohne gezielte Missionierung oder Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen."

[hintergrund08.06.2023](#)

[Evangelikale in den USA](#) Desinformation im Auftrag des Herren

[Gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche, queere Menschen und den Sozialismus: die weißen Evangelikalen in den USA. mehr](#)

Aufklärung empfohlen

Die Experten Fritz und Freudenberg warnen vor dem Einfluss solcher religiöser Fußball-Influencer. Fritz betont: in Deutschland herrsche zwar Religionsfreiheit, prinzipiell dürfe jeder für die eigene Religion werben. Die genannten Beispiele sehe er aber kritisch. Und: "Die Werbung bei jungen Menschen ist noch mal problematischer, weil ihnen gar nicht bewusst ist, was für eine Form von Christentum sie da antreffen."

Auch Monro warnt davor, dass junge Menschen hineingezogen werden in evangelikale Organisationen, um ihren Vorbildern nachzueifern. Dass evangelikale Profifußballer öffentlichkeitswirksam ihren Glauben bewerben und auch in Schulen und Vereinen auftreten, findet sie kritikwürdig. "Ein Profifußballer hat auch immer eine Vorbildfunktion. Und wenn Kinder und Jugendliche sehen, dass ihre Vorbilder immer wieder ihre Weltanschauungen äußern, dann beeinflusst sie das."

Auf Anfrage des *ARD-faktenfinder* schreibt der DFB: Man verurteile jegliche Form von Diskriminierung, Hass und persönlichen Angriffen - sowohl innerhalb als auch außerhalb der Teams. "Gleichzeitig respektieren wir die persönlichen Überzeugungen unserer Spieler:innen und setzen uns für einen offenen und respektvollen Dialog ein."

Freudenberg fordert mehr Medienkompetenz und sieht dabei die Schulen und auch die Universitäten in der Pflicht. Fritz sieht die Aufgabe zu mehr Aufklärung insbesondere im Religions- oder Ethik-Unterricht. Lehrer müssten sich dringend über religiöse Influencer kundig machen und mit ihren Schülern darüber ins Gespräch kommen.

<https://www.gmx.net/magazine/sport/fussball/bundesliga/tagesschau-bericht-evangelikale-fussballer-erntet-kritik-41037574>

Angriff aufs Christentum?

Tagesschau-Bericht über evangelikale Fußballer erntet viel Kritik

Aktualisiert am 02.06.2025, 14:30 Uhr

Die Tagesschau informiert in einem Social-Media-Beitrag über evangelikale Fußballer und deren Weltbild. Viele Menschen fühlen sich davon offenbar angegriffen.

Immer wieder tragen Fußballprofis in der Bundesliga oder international offensiv ihren christlichen Glauben nach außen. Dass beim Jubeln T-Shirts mit Aufschriften wie "Jesus liebt dich" gezeigt werden, daran hat man sich im Fußball fast schon gewöhnt. Doch manchmal steckt dahinter etwas mehr als ein "normales" Glaubensbekenntnis. Viele Fußballer gehören inzwischen evangelikalen Freikirchen an, **die oft ein frauenfeindliches, homophobes Weltbild vertreten und auch missionarisch tätig sind.**

Die Tagesschau hat [in einem Artikel](#) und [in einem Social-Media-Beitrag](#) darüber berichtet und dabei unter anderem Kritiker dieser Freikirchen zitiert, die auf mögliche Gefahren dieser Religionspraxis, wie sie von vielen Fußballern zu Schau gestellt wird, hinweisen. So seien vor allem Kinder, die Fußballer als Vorbilder sehen und [so potenziell problematische Weltbilder übernehmen könnten](#), gefährdet.

Scharfe Kritik an Tagesschau-Beitrag

In den Sozialen Medien wird dieser Beitrag von vielen Menschen scharf kritisiert. So wird der Tagesschau beispielsweise vorgeworfen, den Islam wesentlich weniger streng zu beurteilen als das Christentum. Andere sehen sich in ihrem eigenen Glauben angegriffen, rufen zum Boykott der öffentlich-rechtlichen Sender auf. Leipzig-Profi und Nationalspieler Benjamin Henrichs kommentiert das Video der Tagesschau bei TikTok mit: "Ich werde so hart weiter beten auf dem Platz und neben dem Platz. I belong to Jesus."

Einige weisen jedoch auch daraufhin, dass die Tagesschau keinesfalls das Christentum angreife, sondern lediglich über bestimmte Strömungen innerhalb des Christentums informiere, die ein ultrakonservatives Weltbild verbreiten und eben auch von Profifußballern vertreten würden. Das stellte auch die Tagesschau selbst bei Instagram klar. In einem Kommentar zum Video heißt es: "Beim Evangelikalismus handelt es sich um eine Strömung innerhalb des Christentums. Kritik am Evangelikalismus richtet sich daher nicht gegen den christlichen Glauben an sich, sondern bezieht sich auf spezifische ultrakonservative Ausprägungen." (ska)

Verwendete Quellen

- Recherche auf Instagram, Tiktok und X
- "Tagesschau.de": [Religiöse Fußball-Influencer für Evangelikal](#)

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/other/cdu-beschwerde-nach-ard-bericht-%C3%BCber-glaubenssymbole-im-fu%C3%9Fball/ar-AA1GnnJW?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=d07f04037b9a45f39410374e7b67c43d&ei=44>
CDU: Beschwerde nach ARD-Bericht über Glaubenssymbole im Fußball

Ein „Tagesschau“-Bericht über christliche Symbole im Profifußball schlägt weiter Wellen: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Volkmann hat beim NDR Programmbeschwerde eingereicht. In einem Schreiben, das der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) vorliegt, wirft Volkmann dem Sender vor, christliche Glaubensbezeugungen pauschal zu problematisieren.

Dies stelle eine Missachtung der religiösen Überzeugungen gläubiger Christinnen und Christen dar. Vom Sender hieß es auf Nachfrage, man werde in den kommenden Tagen dazu Stellung nehmen.

Im Medienstaatsvertrag ist festgelegt, dass die Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer zu achten haben. „Wenn eine öffentlich-rechtliche Redaktion gezielt christliche Bekenntnisse mit einem negativen Werturteil versieht und dabei Grundsätze journalistischer Sachlichkeit oder Ausgewogenheit außen vor lässt, wird die Grenze zu einer einseitigen Weltanschauungskommunikation überschritten“, schreibt Volkmann.

Der Politiker, den zu dem Bericht und einem entsprechenden „Tagesschau“-Post vom 30. Mai nach eigenen Worten viele Zuschriften erreicht haben, fordert den NDR-Rundfunkrat auf, eine Korrektur oder Rücknahme des Beitrags zu prüfen.
Vergleich mit „Tauhid“-Finger

Er sehe diesen zudem in Kontrast mit der Berichterstattung über Islamismus-Vorwürfe gegen Nationalspieler Antonio Rüdiger. Der Kicker hatte zu Beginn des Ramadan ein Bild gepostet, das ihn auf einem Gebetsteppich kniend zeigte, den Zeigefinger der rechten Hand nach oben ausgestreckt.

Dieser „Tauhid“-Finger kann dem Bundesinnenministerium zufolge als Glaubensbekenntnis verstanden werden, wurde in der Vergangenheit jedoch auch von Islamisten verwendet. Rüdiger zeigte sich nach entsprechenden Vorwürfen selbstkritisch.

Gelebter Glaube oder gefährliche Mission?

In dem Instagram-Post von @tagesschau heißt es, bei vielen seien Gebete oder Jesus-Shirts „einfach ein Zeichen ihres Glaubens, doch bei manchen steckt dahinter gezielte Missionsarbeit.“ **Und weiter: „Einige Profis haben Verbindungen zu evangelikalen Organisationen mit ultrakonservativen Ansichten.“**

Moderatorin Amelie Marie Weber ergänzt, einige dieser Gruppen lehnten Homosexualität ab, stellten Frauen unter Männer oder machten Angst vor der Hölle; „diese Werte transportierten die Spieler in Sport, Medien und Bildung“.

Auf tagesschau.de wird die Religionssoziologin Maren Freudenberg zitiert, die erklärt, offensiv betriebene Missionsarbeit sei „ein typisches Merkmal des Evangelikalismus“.

Auch der wissenschaftliche Referent bei der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Martin Fritz, sagt dort: „Der Druck ist groß, möglichst viele Menschen mit der Botschaft zu konfrontieren.“

Auf Instagram wurde das Video inzwischen 36.000 Mal aufgerufen und erhielt über 8.000 Kommentare, darunter von dem Theologen Johannes Hartl, der den Beitrag „peinlich“ nennt.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article256313190/westjordanland-tief-sitzender-christenhass-israelische-siedler-greifen-christliches-palaestinenser-dorf-an.html>

„Tief sitzender Christenhass“ – Israelische Siedler greifen christliches Palästinenser-Dorf an

Autorenprofilbild von Martin U. K. Lengemann

Von Martin U. K. Lengemann

Fotograf und Autor

Stand: 15:48 Uhr Lesedauer: 5 Minuten

„Tief sitzender Christenhass“ – Siedler greifen christliches Dorf an

Jüdische Siedler greifen Taybeh an – das einzige vollständig christliche Dorf im Westjordanland. Seitdem herrschen Angst und Wachsamkeit, berichten Dorfbewohner WELT. Viele Christen sehen keinen anderen Ausweg mehr, als ihre Heimat zu verlassen.

Wann endet dieser unfassbare Hass?“, schreibt Nikodemus Schnabel, der katholische Abt der Dormitio Abtei in Jerusalem, und veröffentlicht auf der Plattform X die Bilder eines brennenden Ortes, der seit Jahrtausenden an den Hängen des Heiligen Landes liegt.

Taybeh ist eine kleine christliche Gemeinde im israelisch besetzten Westjordanland, nur zehn Kilometer von Ramallah entfernt. Die Bilder stammen aus einer Nacht, in der hier niemand schläft. Die Luft ist erfüllt vom schweren Geruch verbrannten Holzes und Gummis, Benzindämpfe wabern durch die Ortschaft, während etwa 70 Männer schweigend durch die Gassen patrouillieren. Ihre Gesichter sind angespannt, die Hände umklammern Taschenlampen und Handys. „Wir müssen wachsam sein“, sagt einer von ihnen leise, „sie könnten wiederkommen.“

So beschreibt ein Augenzeuge die nächtliche Szenerie. Seit dem Angriff gewalttätiger jüdischer Siedler am Mittwochabend ist Taybeh im Ausnahmezustand. Maskierte Männer hatten Olivenbauern überfallen, Steine geworfen, mehrere Autos und Gebäude in Brand gesteckt. Laut verschiedener Quellen gab es mindestens zehn Verletzte. Die Angst ist allgegenwärtig – und sie ist nicht neu.

Die meisten Menschen im Nahen Osten kennen den Ort mit 2100 Einwohner wegen seiner Brauerei. Taybeh Bier hat weit über die Grenzen des Westjordanlands einen guten Ruf. Es ist ein Ort mit langer Geschichte. Vor mehr als 4000 Jahren von Kanaanitern gegründet, wurde der Ort nicht zum ersten Mal in jüngerer Zeit Opfer von Pogromen.

Im Jahr 2005 waren es nicht jüdische Siedler, sondern muslimische Bewohner eines Nachbardorfes, die in Taybeh einfielen. Sie brannten vierzehn Häuser nieder – um die „Ehre ihres Dorfes“ wieder herzustellen, hieß es dann. Angeblich hatte zuvor ein Christ aus Taybeh mit einer verheirateten Muslimin Kontakt, sie sei schwanger geworden. Auch die Brauerei wäre beinahe niedergebrannt worden.

In Taybeh leben griechisch-orthodoxe, griechisch-katholische und römisch-katholische Christen, die ihre Feste gemeinsam feiern. Hierher soll sich Jesus Christus in den Tagen vor seiner Passion zurückgezogen haben. Aber nun, 2000 Jahre später, wird den Christen ihr Platz dort streitig gemacht. Immer näher kommen die wachsenden jüdischen Siedlungen an den Ort. Es beginnt, wie es immer beginnt, mit provisorischen Blechhütten und Holzverschlagen. Nach wenigen Wochen werden erste Fundamente errichtet.

Seit dem 7. Oktober hat die israelische Regierung viele dieser illegalen Außenposten genehmigt. Dann kommen maskierte Männer ins Dorf und beginnen, die Anwohner zu terrorisieren. Man kann es nicht anders interpretieren: Sie wollen das Land für sich. Die Christen sollen verschwinden.

Der römisch-katholische Gemeindepfarrer Bashar Fawadleh stellt resigniert fest, „in diesen Tagen leben wir unter dem Feuer, der Barbarei und der Brutalität der Siedler“.

Immer mehr Christen verlassen das Westjordanland

Der Olivenbaum, das Symbol des Friedens, ist für die Menschen hier mehr als nur Erwerbsquelle – er steht für ihre tiefe Verwurzelung im Land. Doch die Realität ist rau: Seit 1967 steht das Westjordanland unter israelischer Besatzung, die Siedlungspolitik der jetzigen israelischen

Regierung verschärft die Spannungen. Viele christliche Familien wandern aus, Dörfer wie Taybeh werde immer seltener.

„Wir sind schon so wenige“, sagte Pfarrer Fawadleh, „aber wir werden uns mit Hoffnung durchsetzen. Wir sind palästinensische Christen. Wir widerstehen mit unserem Glauben.“ Worauf er anspielt ist, dass die palästinensischen Christen bereits vor einem Vierteljahrhundert dem bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung entsagt haben. Sehr zum Ärger von einem großen Teil der muslimischen palästinensischen Bevölkerungsgruppe.

Eltern fürchten um ihre Kinder, denn die Erinnerungen an die Gewalt sind noch frisch. **„Wir fühlen uns alleingelassen“, schreibt eine Mutter aus Taybeh in den sozialen Medien. „Von der Polizei kommt kein Schutz, von der Armee auch nicht.“** Pfarrer Fawadleh versucht Öffentlichkeit zu schaffen. Internationale Aufmerksamkeit soll die Lage entschärfen. Doch viele Bewohner glauben nicht mehr an schnelle Lösungen. Recherchen unter anderem der **„New York Times“** zeigen, dass gewalttätige Siedler zwar gelegentlich von der Armee festgenommen werden, aber der Rechtsstaat oft nicht mehr durchgesetzt wird, seitdem in der israelischen Regierung radikale Vertreter der Siedler-Lobby in Ministerämtern sind.

Abt Nikodemus Schnabel, den WELT am See Genezareth erreicht, fasst die Lage so zusammen: **„Seit Antritt der derzeitigen israelischen Regierung scheint der Begriff ‚Terroristen‘ für die Feinde von außen reserviert zu sein, wie etwa die Hamas oder die Hisbollah. Die Existenz Israels ist aber auch von innen gefährdet, und zwar von denen, die der Autor Amos Oz als ‚jüdische Neonazis‘ bezeichnet hat.“**

Diese **„terroristische Gruppe“** hat vor genau zehn Jahren, am 18. Juni 2015, das Benediktinerkloster Tabgha am Nordwestufer des Sees Genezareth in Brand gesteckt, berichtet Schnabel. **„Ein Teil von deren kahanistischer Ideologie ist neben fremdenfeindlichem Rassismus nämlich auch ein tief sitzender Christenhass.“** Der Begriff bezieht sich auf den radikalen Rabbiner Meir Kahane, der einen ultranationalistischen und fundamentalistischen Zionismus begründete.

Jetzt hat es das einzige vollständig christliche Dorf in Westjordanland getroffen. Der Unterschied zum Brandanschlag auf das Kloster vor zehn Jahren aber sei, so Schnabel, **das damals das offizielle Israel, „dieses Hassverbrechen gegen uns auf das Schärfste verurteilt hat“, allen voran der damalige Staatspräsident Reuven Rivlin. „Diesmal nur dröhnendes Schweigen. In meinen Augen sollte Israel nicht weiter seine Augen vor diesem wachsenden staatsgefährdenden Problem verschließen, und zwar um seiner eigenen Zukunft willen!“**, sagt Schnabel.

Derweil zieht die Nachtwache weiter durch die Straßen von Taybeh. **„Wir schlafen nicht mehr“,** sagt einer der Männer. **„Aber wir geben unser Zuhause nicht auf.“** Trotz aller Angst, trotz aller Gewalt – in Taybeh hält man an der Hoffnung fest, dass der Olivenbaum eines Tages wieder nur für Frieden stehen wird.

Bis dahin bleibt der Alltag von Unsicherheit geprägt. Die Bewohner von Taybeh wissen: Jede Nacht könnte die nächste sein, in der sie wieder wach bleiben müssen – und immer näher rückt die Siedlung an den Ort heran.

<https://www.nius.de/kriminalitaet/news/hilf-mir-ihn-zu-toeten-syrer-schlaegt-kirchenhelfer-mit-kruzifix-nieder/88f4df93-8902-4f56-8c38-a62b10c3df9a>

Kriminalität

„Hilf mir, ihn zu töten“: Syrer schlägt Kirchenhelfer mit Kruzifix nieder

03.07.2025 - 16:32 Uhr

Author icon

Redaktion

Ein in Syrien geborener Mann hat am Montag im südhessischen Rodgau den Küster der katholischen St. Nikolaus-Gemeinde mit einem Kruzifix niedergeschlagen. Der Täter habe einen libanesischen und deutschen Pass, erklärte die Polizei auf Anfrage von NIUS. Er sei jedoch in Syrien geboren.

Ursprünglich hatte der Kirchenhelfer nur nach lauter Musik sehen wollen, die aus einem parkenden Auto vor der Sakristei dröhnte, berichtete die Offenbach-Post. Als er heraustrat, bearbeitete der 33-jährige Angreifer die Eingangstür allerdings mit Tritten und griff den Küster mit Fäusten an.

Danach riss er ein 1,6 Meter langes Kreuz samt Christusfigur von der Wand und schlug damit so kräftig auf den 55-jährigen Katholiken ein, dass es zu Bruch ging. Damit nicht genug: Die Überreste versuchte er als Stichwaffe zu nutzen, während er einem vorbeikommenden Passanten zugerufen haben soll: „Hilf mir, ihn zu töten.“

Zerstörte Christusfigur als Stichwaffe genutzt

Augenzeugen holten daraufhin Hilfe in der Nähe der Kirche. Zwei Männer schafften es, den Angreifer von seinem Opfer zu trennen. Nachdem es einem der Helfer gelang, den Syrer an der Flucht mit seinem Auto zu hindern, drehte dieser weiter frei: Laut Zeugenaussagen habe er nun auf fremde Autos eingeschlagen, sich dann bis zu den Knien entblößt und geschrien, er liebe es, Kindern Gewalt anzutun. Auch nach Allah soll er gerufen haben.

Die Polizei bereitete dem Treiben schließlich ein Ende und nahm den Mann fest. Aktuell befindet er sich in einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung. Dass er für schuldunfähig erklärt werden könnte, ist nicht auszuschließen.

Auch für den Küster hat die Tat Konsequenzen. Er scheint neuerdings sein Verhältnis zu Angriffen auf Christen hierzulande überdacht zu haben. Gegenüber der Offenbach-Post sagte er: „Ich sehe die Sperrungen bei Prozessionen jetzt mit anderen Augen.“ Vorher habe er die Maßnahmen für übertrieben gehalten.“ Gegenüber NIUS wollte sich die Gemeinde vorerst nicht weiter äußern.

Nicht der einzige Kirchenangriff

In Hessen war es am Montag nicht die einzige Attacke gegen eine Kirche. Zuvor war bereits in Hanau ein Altar mit Kerzen und christlichen Ikonen umgestoßen worden. Dabei entstand ein Schaden von 500 Euro. Ob der Syrer auch mit diesem Angriff zu tun hatte, sollen Ermittlungen zeigen.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article688637f410b8f718b65034c2/kongo-islamisten-richten-blutbad-in-katholischer-kirche-an-mindestens-21-tote.html>

Islamisten richten Blutbad in katholischer Kirche an – mindestens 21 Tote

27.07.2025, Die islamistische Miliz Allied Democratic Forces (ADF) hat Polizeiangaben zufolge bei einem Anschlag auf eine katholische Kirche in der Demokratischen Republik Kongo mindestens 43 Menschen getötet. Die Rebellen hätten 20 Gläubige während einer Gebetsstunde in der Ortschaft Komanda in der nordöstlichen Provinz Ituri erstochen, sagte Polizeibeamter Alfonse Leku der Deutschen Presse-Agentur. Anschließend hätten die Rebellen

umliegende Häuser und Geschäfte in Brand gesetzt. Dabei seien mindestens 23 weitere Menschen getötet worden, so Leku.

Bei einem Angriff mutmaßlicher ADF-Islamisten im Osten der Demokratischen Republik Kongo sind Dutzende Menschen getötet worden. In einer Kirche wurden laut Berichten mindestens 21 Gläubige niedergemetzelt. Islamisten aus Uganda haben in der Nacht zum Sonntag im Nachbarland Kongo ein Blutbad angerichtet. Der kongolesische Sender Radio Okapi berichtet von 43 Todesopfern; die internationale Nachrichtenagentur AP spricht von mindestens 21 Toten in einer Kirche

Den Berichten zufolge setzten die Angreifer kurz nach Mitternacht zunächst Geschäfte und Lastwagen in Brand. Dann seien etwa 20 Menschen, die in der Nacht zum Sonntag eine Gebetswache in einer katholischen Kirche hielten, überrascht und mit Stichwaffen niedergemetzelt worden, hieß es unter Berufung auf Augenzeugen. Weitere Leichen seien in niedergebrannten Häusern und Geschäften unweit der Kirche gefunden worden. Auch die Sachschäden seien erheblich.

Die Terroristen sollen laut Polizeiangaben von ihrer Hochburg Mont Hoyo aus aufgebrochen sein. Beim Eintreffen der Sicherheitskräfte seien die Täter bereits abgerückt gewesen. Einwohner hätten begonnen, aus Angst vor neuen Angriffen aus der Gegend zu fliehen, berichtet Radio Okapi.

Die Sicherheitskräfte, darunter die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo, das ugandische Militär sowie die örtliche Polizei, seien mobilisiert. Der Angriff erfolgte nach mehreren Monaten der Ruhe in der Region, in die zuletzt viele Vertriebene zurückgekehrt seien.

Die bevölkerungsreiche Demokratische Republik Kongo ist nach Algerien der zweitgrößte Flächenstaat Afrikas und fast siebenmal so groß wie Deutschland. Vor allem im rohstoffreichen Osten des Kongo kämpfen seit vielen Jahrzehnten diverse Rebellengruppen um die Vorherrschaft. Konflikte in den Nachbarstaaten tragen ebenfalls zu einer politisch instabilen Lage bei.

Terrormiliz ADF hat schon tausende Zivilisten getötet

Der Ostkongo war dabei in den letzten Jahren immer wieder Schauplatz tödlicher Angriffe bewaffneter Gruppen, darunter der ADF und von Ruanda unterstützter Rebellen. Die ADF, die Verbindungen zum Islamischen Staat hat, operiert im Grenzgebiet zwischen Uganda und Kongo und greift häufig Zivilisten an.

Die ADF wurde Ende der 1990er Jahre in Uganda von verschiedenen kleinen Gruppen gegründet, nachdem es angeblich zu Unzufriedenheit mit Präsident Yoweri Museveni gekommen war. **Nach militärischen Angriffen ugandischer Streitkräfte verlegte die Gruppe ihre Aktivitäten 2002 in den benachbarten Kongo und ist seitdem für die Tötung Tausender Zivilisten verantwortlich. 2019 schwor sie dem Islamischen Staat die Treue.**

KNA/AP/krö/saha

30.07.2025

CitizenGo

Aufenthaltsrecht und Familienzusammenhalt für die Aussiedlerin Liliya Klassen sichern!

Aufenthaltsrecht und Familienzusammenhalt für die Aussiedlerin Liliya Klassen sichern!

petition author image

W. Herzog hat diese Petition gestartet an Justizministerin Marion Gentges (CDU), Innenminister Thomas Stobl (CDU), das Regierungspräsidium Stuttgart, und die Härtefallkommission von Baden-Württemberg - 2025/07/24

Behördensturheit statt Menschlichkeit, wenn es um deutsche Spätaussiedler geht?

Der Fall Lilya Klassen erweckt genau diesen Eindruck. Offensichtlich soll hier an der falschen Stelle ein Exempel statuiert werden. Worum geht es?

Liliya Klassen wurde 1976 in Kasachstan als Angehörige der dortigen deutschen Minderheit geboren. 2020 reiste sie mit einem Schengen-Visum nach Deutschland ein und beantragte in der Folge eine Aufenthaltsgenehmigung. Das Ausländeramt des Landkreises Heilbronn verweigert seitdem die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung mit dem Hinweis darauf, dass ein Schengen-Visum nicht zur Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung berechtige.

Die Behörde besteht darauf, dass Lilya Klassen bis zum 31. Juli 2025 Deutschland verlässt. Nach der Ausreise müsse sie ein deutsches Visum beantragen, dann könne der Fall neu geprüft werden.

Sollte Frau Klassen Deutschland nicht vor Fristende verlassen, droht ihr die zwangsweise Abschiebung und ein 30-monatiges Einreiseverbot.

Dass die gesamte Familie, Liliyas Ehemann und die sieben Kinder, von denen zwei noch minderjährig sind, sowie ihre 86-jährige Mutter, bei einer Ausreise oder Abschiebung auf lange Zeit auseinandergerissen würde, interessiert die Behörden in Heilbronn nicht.

„Wir können das nicht verstehen“, sagt Vater Klassen. „Nur weil wir bei der Einreise einen Fehler gemacht haben, soll meine Frau jetzt von mir und unseren Kindern getrennt werden – obwohl sie Volksdeutsche ist, ihre gesamte Familie deutsch ist, und obwohl wir alle Deutsch sprechen.“

Die Zeit drängt - aber zum Glück wird eine immer breitere Öffentlichkeit auf den Fall Lilya Klassen aufmerksam und fordert neben den lokalen Behörden auch Baden-Württembergs Justizministerin Marion Gentges und Innenminister Thomas Strobl auf, eine rasche unbürokratische Lösung zu finden, die es ermöglicht, dass Lilya Klassen bleiben kann.

Mit ein wenig gutem Willen muss das möglich sein!

Bitte unterzeichnen Sie jetzt diese Petition und helfen Sie mit, die Verantwortlichen zu menschlichem, unbürokratischen Handeln zu bewegen, damit diese noch vor dem 31. Juli die gesetzte Frist zurücknehmen und die nötige Aufenthaltsgenehmigung für Lilya Klassen erteilen.

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2025/deutsch-und-unerwünscht>

<https://www.idea.de/artikel/falsches-visum-russlanddeutsche-christin-von-abschiebung-bedroht>

23,376 haben unterschrieben.

Lassen Sie uns 50,000 erreichen!

m.schroeter-kunhardt@gmx.de

Email *

kürzliche Unterzeichner

vor 29 sekunden
DEUTSCHLAND flag
Wilma D. DEUTSCHLAND

vor 56 sekunden
DEUTSCHLAND flag
Michel R. DEUTSCHLAND

vor 1 minute
DEUTSCHLAND flag
Olaf S. DEUTSCHLAND

vor 1 minute
DEUTSCHLAND flag
Emanuel B. DEUTSCHLAND

vor 1 minute
DEUTSCHLAND flag
Mai S. DEUTSCHLAND

Menschlichkeit statt Behördensturheit - Helfen Sie jetzt Familie Klassen

Sehr geehrte Frau Ministerin Marion Gentges,

sehr geehrter Herr Minister Thomas Strobl,

sehr geehrte Damen und Herren der Härtekommission Baden-Württemberg,

Sie haben sicher bereits auf dem Dienstweg oder über die Medien von dem Fall Liliya Klassen gehört.

Worum geht es?

Liliya Klassen, wurde 1976 in Kasachstan als Angehörige der dortigen deutschen Minderheit geboren. Reiste 2020 mit einem Schengen-Visum nach Deutschland ein und beantragte in der Folge eine Aufenthaltsgenehmigung. Das Ausländeramt des Landkreises Heilbronn verweigert seitdem die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung mit dem Hinweis darauf, dass ein Schengen-Visum nicht zur Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung berechtige.

Die Behörde besteht darauf, dass Lilya Klassen bis zum 31. Juli 2025 Deutschland verlässt. Nach der Ausreise müsse sie ein deutsches Visum beantragen, dann könne der Fall neu geprüft werden.

Sollte Frau Klassen nicht vor Fristende verlassen, droht ihr die zwangsweise Abschiebung und ein 30-monatiges Einreiseverbot.

Dass die gesamte Familie, Liliyas Ehemann noch die sieben Kinder, von denen zwei noch minderjährig sind, sowie ihre 86-jährige Mutter, bei einer Ausreise oder Abschiebung auf lange Zeit auseinandergerissen würde, interessiert die Behörden in Heilbronn nicht.

„Wir können das nicht verstehen“, sagt Vater Klassen. „Nur weil wir bei der Einreise einen Fehler gemacht haben, soll meine Frau jetzt von mir und unseren Kindern getrennt werden – obwohl sie Volksdeutsche ist, ihre gesamte Familie deutsch ist, und obwohl wir alle Deutsch sprechen.“

Die Zeit drängt - Sie können dieses drohende Familiendrama beenden, indem Sie jetzt ganz rasch handeln und eine unbürokratische Lösung finden, die es ermöglicht, dass Lilya Klassen bleiben kann.

Ich vertraue auf Ihren guten Willen und Ihre Bereitschaft, Familie Klassen noch vor dem 31. Juli 2025 zu helfen!

<https://www.welt.de/debatte/plus688b785d4ab4754741bf9f77/Kirchenschaendungen-Angriff-auf-das-Abendland.html>

Angriff auf das Abendland

Von Alexander Görlach

Seit Jahren nimmt die Zahl der Attacken auf christliche Kirchen zu. Dennoch wird in diesen Fällen weniger intensiv ermittelt als bei Anschlägen auf Synagogen oder Moscheen. Das muss sich ändern.

In Deutschland nimmt die Zahl von Kirchenschändungen seit Jahren zu. Das geht aus Daten der Deutschen Bischofskonferenz hervor. Alleine für 2024 führen die Landeskriminalämter Nordrhein-Westfalens und Bayerns 413 beziehungsweise 231 solcher Delikte in ihren Statistiken auf. Darin wird nur Vandalismus in Gotteshäusern erfasst, nicht jedoch Anschläge auf Wegkreuze und Bildstöcke, die in katholischen Teilen Deutschlands vielerorts Dörfer und Feldwege schmücken. Die Bilderstürmer gehen äußerst brutal vor: enthauptete Jesus- und Heiligenfiguren, angezündete Altäre, sakrale Gegenstände, die mit Kot und Urin überzogen werden, nichts ist den Verbrechern heilig.

Die Evangelische Kirche in Deutschland erhebt, anders als die Katholische Kirche, keine Daten über Anschläge auf ihre Gotteshäuser. Evangelische Kirchen sind zudem häufig tagsüber abgeschlossen, was sie weniger anfällig für Überfälle macht. Aber auch sie trifft der Hass: In der Nacht auf den 20. Juli wurde die historisch einmalige Holzkirche von Clausthal-Zellerfeld in Brand gesteckt. Die Feuerwehr konnte gerade noch die völlige Zerstörung des Gotteshauses verhindern.

Der zuständige Landesbischof aus Hannover, Ralf Meister, sagte bei einer Ortsbegehung: „Wenn eine Kirche brennt, dann brennt auch die Seele eines Ortes.“ Das ist wahr: Über Jahrhunderte haben diese Gebäude Menschen und ihren Lebensweg begleitet, von der Wiege bis zur Bahre. In vielen Teilen Deutschlands erfüllen die Kirchen nach wie vor eine zentrale kulturelle und soziale Rolle. Und jeden Sonntag finden rund 3,3 Millionen Menschen den Weg in ihre Kirche, um dort Gottesdienst zu feiern.

Wenn eine Kirche entweiht und mutwillig zerstört wird, traumatisiert das die Menschen in einer Gemeinde. Die Motive der Täter sind unklar, denn nur selten werden Kirchenschänder gefasst. Es gibt nur Vermutungen, was sie antreiben könnte. **Vergeltung für den Missbrauchsskandal? Radikale Muslime, denen religiöse Bildnisse ein Ärgernis sind? Dass man hier im Dunkeln tappt, liegt sicher auch daran, dass die Bundesländer in der Regel solche Anschläge nur als gewöhnliche Sachbeschädigung betrachten und den politischen Gehalt solcher verstörenden Taten nicht miteinbeziehen.**

Nigeria: Dankgottesdienst in einer Kirchenruine: Die Gemeinde in Mangu (Bundesstaat Plateau) wurde am 8.09.2023 von militanten Fulani überfallen. Ein Jahr später kehrten zahlreiche Mitglieder an den Ort zurück, um erstmals wieder einen Gottesdienst in ihrer Kirche zu feiern.

Artikeltyp:MeinungReligionsfreiheit

Der Westen muss die Verfolgung von Christen stärker anprangern

Das Christentum sieht sich hier einer gewissen Gleichgültigkeit ausgesetzt. Bei der Strafverfolgung aber „müssten vergleichbar engmaschige Analysekriterien und Ermittlungsraster angelegt werden wie bei Vandalismen an Kultstätten und Kultgegenständen anderer Religionsgemeinschaften“, fordert die Bischofskonferenz völlig zu Recht. Denn klar ist: Wer Gotteshäuser angreift, gefährdet den gesellschaftlichen Frieden und die vom Grundgesetz festgeschriebene Religionsfreiheit.

Das Gesetz ist hier deutlich: Keine Kultstätte, sei es Kirche, Synagoge, Moschee oder Tempel, darf entweiht werden. Darauf stehen eigentlich drei Jahre Haft und Geldstrafen. Zur Diskussion steht deshalb auch nicht zwingend das Strafmaß, das ja eigentlich in dieser Höhe schon eine abschreckende Wirkung entfalten müsste, sondern die lakonische Feststellung, dass es sich beim Angriff auf Kirchen „nur“ um eine Sachbeschädigung handelt, die die Behörden zum Wegsehen oder Nichtstun verleiten. Es geht zunehmend um neue Realitäten, die zur Sprache gebracht werden müssten, fordert Kopp: „Es geht um mehr als bloße Sachbeschädigung. Der herabwürdigende und offen feindliche Charakter vieler Taten spricht eine klare Sprache. Die Antwort des Rechtsstaats kann nur sein: konsequente Aufklärung und Strafverfolgung.“

Solange das nicht erfolgt, ist der Spekulation und Falschbeschuldigung von Gruppen Tür und Tor geöffnet. Gerade um den gesellschaftlichen Frieden in einer religiös immer pluraler und zur gleichen Zeit auch indifferenter werdenden Gesellschaft erhalten zu können, darf gerade das nicht sein. **Es darf nicht mit unterschiedlichem Maß gemessen und Kirchen weniger Bedeutung eingeräumt werden als beispielsweise Synagogen und Moscheen. Auch die Angehörigen der Mehrheitsreligion haben einen Anspruch auf den Schutz ihrer Gotteshäuser.**

Der Angriff auf eine Kirche, die Zerstörung wertvoller, Jahrhunderte alter Kunstwerke ist eine Attacke auf die abendländische Kultur. Hier sollten Katholiken und Protestanten, Agnostiker und Atheisten gemeinsam eine Phalanx gegen die Bilderstürmer bilden. Denn unabhängig davon, was jeder Einzelne glaubt: Das Christentum und mit ihm die christliche Kunst gehört zu unserem gemeinsamen Erbe, das wir für die Zukunft bewahren und vor Entehrung schützen müssen.

Alexander Görlach ist katholischer Theologe. Er unterrichtet Politische Philosophie an der New York University.

<https://www.kreiszeitung.de/lokales/niedersachsen/richtung-feuer-in-der-groessten-holzkirche-deutschlands-polizei-ermittelt-besonders-in-eine-93843033.html>

„Externe Zündquelle“ führt zu Brand in Deutschlands größter Holzkirche – neue Details bekannt

Stand:28.07.2025, 15:50 Uhr

Von: [Marcel Prigge](#)

[Kommentare](#)[Drucken](#)[Teilen](#)



Die Marktkirche zum Heiligen Geist in Clausthal-Zellerfeld ist die größte Holzkirche Deutschlands. Jetzt beschädigte ein Feuer die Fassade. © Freiwillige Feuerwehr Clausthal-Zellerfeld/Hans Blossey/Imago

Die größte Holzkirche Deutschlands ist bei einem Feuer beschädigt worden. Mittlerweile hat die Polizei eine Person in Verdacht, das Feuer vorsätzlich gelegt zu haben.

Update vom Montag, 28. Juli: Nach dem Brand der größten Holzkirche Deutschlands gibt es einen Verdächtigen. Das teilte die Staatsanwaltschaft jetzt mit. Weitere Angaben dazu machten die Ermittler mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen nicht. Die Kirche war 1637 gebaut worden, als im Dreißigjährigen Krieg die Stadt durch einen Großbrand weitgehend zerstört worden war.

Inzwischen liegt zum aktuellen Fall ein Brandgutachten vor. Demnach hat sich der Verdacht der Ermittler bestätigt und es handelte sich tatsächlich um Brandstiftung. Das Feuer sei durch eine „externe Zündquelle“ ausgelöst worden, teilten die Ermittler mit. Die Flammen loderten hinter der Fassade auf der Ostseite der Kirche vom Boden bis unter den Dachüberstand. Die Höhe des Schadens ist weiter nicht bekannt.

Erstmeldung vom Sonntag, 20. Juli: Sie ist ein Bauwerk der Superlative und ein echter Hingucker: [Die größte Holzkirche Deutschlands steht in Niedersachsen](#). Doch jetzt ist es zu einem Vorfall gekommen, der das schöne Bauwerk enorm beschädigte. Ein Feuer hat die Fassade auf der Ostseite zugesetzt. Besonders bitter: Nach ersten Angaben könnte es sich um Brandstiftung handeln.

Feuer in größter Holzkirche Deutschlands: Polizei ermittelt besonders in eine Richtung

Die Kirche in Clausthal-Zellerfeld wurde zwischen 1637 und 1642 aus Fichten- und Eichenholz im Barockstil erbaut. Und auch die Maße des Bauwerks beeindrucken: 57 Meter ist sie lang, 26 Meter breit. Der hölzerne Glockenturm ragt indes 30 Meter in die Höhe. Doch jetzt wäre ein Feuer beinahe der Kirche zum Verhängnis geworden.

Wie die Freiwillige Feuerwehr Clausthal-Zellerfeld berichtet, löste in der Nacht auf Sonntag, 20. Juli, gegen 0:39 Uhr die Brandmeldeanlage in der Kirche aus. Die Feuerwehrleute entdeckten bei ihrem Eintreffen, dass ein Brand hinter der Fassade auf der Ostseite der Kirche vom Boden bis zum Dachüberstand wütete. Ein Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr erklärte der Deutschen Presseagentur, dass das Feuer nach mehreren Stunden gelöscht worden sei. Der Einsatz endete in den frühen Morgenstunden.

Historische Holzkirche in Niedersachsen: Schäden durch Feuer an der Ostseite

Derzeit werden Nachkontrollen durchgeführt, weshalb die Kirche vorerst gesperrt bleibt. Ein Polizeisprecher informierte darüber, dass die Ermittler derzeit von Brandstiftung ausgehen und in diese Richtung ermitteln

Das Feuer beschädigte hauptsächlich die blaue Fassade der Kirche. Im Jahr 2001 führte ein Forschungsprojekt eine Untersuchung zur ursprünglichen Farbgebung des Bauwerks durch und fand heraus, dass sie im Jahr 1655 erstmals in einem intensiven Blauton gestrichen wurde. Aufgrund finanzieller Einschränkungen erhielt die Kirche nach Renovierungen jedoch auch Anstriche in anderen Farben wie Hellgrün, Dunkelgrau oder Gelb. Seit 2013 erstrahlt die Kirche wieder in ihrem ursprünglichen Blau.

<https://www.freilich-magazin.com/welt/frankreich-christlicher-islamkritiker-waehrend-eines-livestreams-getoetet>

Frankreich: Christlicher Islamkritiker während eines Livestreams getötet

Ashur Sarnaya hat sich in der Vergangenheit wiederholt kritisch zum Islam geäußert. Nun wurde er während eines Livestreams tödlich verletzt.

Redaktion (bw)

12.9.2025

Frankreich: Christlicher Islamkritiker während eines Livestreams getötet

Sarnaya hat sich in der Vergangenheit regelmäßig kritisch zum Islam geäußert und dafür auch Drohungen erhalten.

© Screenshot X

Lyon. – Ein grausames Verbrechen hat diese Woche die französische Stadt Lyon erschüttert: Am 10.

September wurde der 45-jährige Ashur Sarnaya, ein irakischer Christ aus der assyro-chaldäischen Gemeinde, vor laufender Kamera ermordet. Der Mann, der im Rollstuhl saß und in seiner Gemeinde als gläubig und zurückhaltend galt, wurde vor seinem Wohnhaus im 9. Arrondissement niedergestochen, wie mehrere französische Medien berichten.

FPÖ - Flaschenpfand stoppen!

Werbung

Angriff während TikTok-Livestreams

Am Abend seines Todes war Ashur Sarnaya in den Sozialen Netzwerken live zu sehen, als ein Angreifer ihn mit einem Messer attackierte. Einzelne Nachrichtenplattformen sprechen unterdessen von einer Machete. Laut der Regionalzeitung Le Progrès wartete der Täter vor dem Gebäude auf sein Opfer und verletzte es schwer am Hals, bevor er flüchtete. In einem Videoausschnitt, der nach wie vor in den Sozialen Medien kursiert, ist Sarnaya blutüberströmt zu sehen.

Ein Augenzeuge filmte zudem eine dunkel gekleidete, junge Person mit Kapuze, die den Tatort verließ. Sie gilt als mutmaßlicher Täter. Die herbeigerufenen Rettungskräfte konnten den Mann nicht wiederbeleben – er verstarb noch am Tatort.

Regelmäßige Drohungen wegen Islamkritik

Ashur lebte seit rund zehn Jahren mit seiner Schwester in Lyon und galt in seiner Gemeinde als aktives Mitglied. Er besuchte regelmäßig die assyro-chaldäische Kirche Saint-Ephrem und veröffentlichte Videos, in denen er über seinen christlichen Glauben sprach. Dabei äußerte er sich auch kritisch zum Islam. Bereits im März hatte er in einem Clip auf Einschüchterungen und Drohungen hingewiesen. Auf TikTok waren mehrfach Kommentare erschienen, die seine Beiträge abwerteten oder einschüchternd wirkten. Die Staatsanwaltschaft Lyon ermittelt wegen vorsätzlicher Tötung, hat aber noch keine klare Spur.

Das Hilfswerk L'Œuvre d'Orient verurteilte die Tat scharf. In einer Erklärung hieß es: „Mit größter Entschiedenheit verurteilen wir die Ermordung eines irakischen Christen in einer Situation der Verletzlichkeit.“ Es sei unerlässlich, „dass die Christen des Nahen Ostens in völliger Sicherheit von ihrem Glauben zeugen können und in Würde leben dürfen.“